Land Niedersachsen

Vorbericht

zum

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Das Haushaltsgesetz

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Haushaltsgesetz 2002/2003 – HG 2002/2003 –) Seite 3

Gesamtplan
- a) Haushaltsübersicht 2002 Seite 8
  - Haushaltsübersicht 2003 Seite 10
- b) Finanzierungsübersicht Seite 12
- c) Kreditfinanzierungsplan Seite 13

Allgemeine Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Allgemeine Bestimmungen 2002/2003) Seite 14

Begründung
- a) zum Haushaltsgesetz 2002/2003 Seite 18
- b) zu den Allgemeinen Bestimmungen 2002/2003 Seite 19

Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben Seite 20

Zweiter Teil: Anlagen zum Haushaltsplan

1. a) Gruppierungsübersicht Seite 21
   - b) Funktionenübersicht Seite 30
   - c) Zuordnungsverzeichnis zum Haushaltsquerschnitt Seite 48
     - Haushaltsquerschnitt 2002 Seite 50
     - Haushaltsquerschnitt 2003 Seite 74

2. Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten Seite 98

3. Übersicht über die Planstellen und die anderen Stellen (ohne Titelgruppen) Seite 101

Dritter Teil: Weitere Übersichten

1. Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich Seite 137

2. Darstellung der Erfolgs- und Finanzpläne von Landesbetrieben
   - a) für das Haushaltsjahr 2002 Seite 139
   - b) für das Haushaltsjahr 2003 Seite 141

G e s e t z
über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2002 und 2003
(Haushaltsgesetz 2002/2003 – HG 2002/2003 –)

Vom 18. Dezember 2001
(Nds. GVBl. S. 792)

§ 1

[1]Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 **(Gesamtplan – Anlage 1)** wird in Einnahme und Ausgabe festgestellt auf:

1. 21 996 555 000 Euro für das Haushaltsjahr 2002,
2. 22 486 145 000 Euro für das Haushaltsjahr 2003.

[2]Die Summe der im Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 ausgebrachten Ermächtigungen, über das Haushaltsjahr 2002 und das Haushaltsjahr 2003 hinaus Verpflichtungen zulasten des Landes einzugehen, wird festgestellt auf:

1. 1 438 987 000 Euro für das Haushaltsjahr 2002,
2. 1 314 390 000 Euro für das Haushaltsjahr 2003.

§ 2

[1]Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung (LHO) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange die Übersichten nach § 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 LHO nicht von dem zuständigen Ministerium und dem Finanzministerium gebilligt sind. [2]Ausnahmen kann das Finanzministerium zulassen.

§ 3

(1) [1]Das Finanzministerium ist ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2002 bis zur Höhe von 1 350 000 000 Euro,
2. im Haushaltsjahr 2003 bis zur Höhe von 1 300 000 000 Euro.

[2]Außerdem ist das Finanzministerium ermächtigt, die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH im eigenen Namen und auf eigene Rechnung zweckgebundene Kredite am Kreditmarkt aufnehmen zu lassen:

1. im Haushaltsjahr 2002 bis zur Höhe von 20 000 000 Euro,
2. im Haushaltsjahr 2003 bis zur Höhe von 10 000 000 Euro.

[3]Den Kreditrahmen nach Satz 2 wachsen die Beträge zur Tilgung von Krediten zu, soweit sie nicht vom Land erstattet werden.

(2) [1]Das Finanzministerium ist ferner ermächtigt, zweckgebundene Darlehen, insbesondere aus Mitteln des Bundes, die vor allem zur Förderung des Wohnungsbaus gewährt werden, aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2002 bis zur Höhe von 15 353 000 Euro,
2. im Haushaltsjahr 2003 bis zur Höhe von 14 345 000 Euro.

[2]Diese Kreditermächtigung erhöht sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge überschreiten.

§ 4

(1) Das Finanzministerium ist ermächtigt, Garantien und Bürgschaften zulasten des Landes zu übernehmen:

1. im Haushaltsjahr 2002 bis zur Höhe von 1 700 000 000 Euro,
2. im Haushaltsjahr 2003 bis zur Höhe von 1 700 000 000 Euro.

(2) [1]Zur Übernahme solcher Garantien und Bürgschaften ist die Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages erforderlich. [2]Ausgenommen sind Bürgschaften und Garantien, die

1. nach den Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen sowie den Grundsätzen bei der Übernahme von Bürgschaften für Schiffbaukredite,
2. nach den Richtlinien für Garantien des Landes Niedersachsen für Beteiligungen in Staaten, die sich im demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformprozess befinden,
3. nach den Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen für den Wohnungsbau einschließlich des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen,
4. zugunsten der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH für Finanzierungen innerhalb des beschlossenen Wirtschaftsplans und für Refinanzierungen,
5. zugunsten der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH,
6. zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen über die Umgliederung der Gemeinden im ehemaligen Amt Neuhaus und anderer Gebiete nach Niedersachsen vom 2./9. März 1993 (Nds. GVBl. S. 124) bezeichneten Gebiet,
7. zugunsten der Niedersächsischen Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen,
8. gegenüber der EU-Kommission im Rahmen ihres Programms INTERREG III für Haushaltsjahre bis einschließlich 2008 und bis zur Höhe von höchstens 15 339 000 Euro

übernommen werden.

(3) Das Finanzministerium ist in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 3 ermächtigt, die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die Vollziehung der entsprechenden Urkunden auf die mit den Förderprogrammen befassten Stellen außerhalb der Landesverwaltung zu übertragen.

§ 5

(1) [1]Das Finanzministerium kann auf Antrag einer obersten Landesbehörde für bestimmte Bereiche der Verwaltung, die zur Durchführung von Modellversuchen geeignet sind, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages zulassen, dass veranschlagte Ausgaben

1. übertragbar sind,
2. gegenseitig oder einseitig deckungsfähig sind oder
3. bis zur tatsächlichen Höhe damit zusammenhängender Einnahmen überschritten werden dürfen,

soweit erwartet werden kann, dass dadurch die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung verbessert wird. [2]Ein Modellversuch nach Satz 1 soll in der Regel so ausgestattet werden, dass die für den Bereich des Modellversuchs veranschlagten Ausgaben in Höhe eines vom Finanzministerium zu bestimmenden Vomhundertsatzes nicht in Anspruch genommen werden.

(2) [1]Soll ein Modellversuch über ein Haushaltsjahr hinaus fortgeführt werden, so ist er in den Entwurf des Haushaltsplans für das nächste Haushaltsjahr aufzunehmen. [2]Regelungen nach Absatz 1 Satz 1 sind mit dem In-Kraft-Treten des nächsten Haushaltsgesetzes aufgehoben; § 18 gilt entsprechend.

§ 6

(1) Das Finanzministerium ist ermächtigt, die zur Fortführung eines geordneten Forstwirtschaftsbetriebes im Forstwirtschaftsjahr 2003 (1. Oktober 2002 bis 30. September 2003) unvermeidbaren Ausgaben bis zur Anwendbarkeit der Bestimmungen für das Haushaltsjahr 2003 im Rahmen der im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 vorgesehenen Betriebsausgaben (Kapitel 10 04 Titelgruppen 61 bis 63) zuzulassen.

(2) Das Finanzministerium ist ermächtigt, die zur Fortführung eines geordneten Forstwirtschaftsbetriebes im Forstwirtschaftsjahr 2004 (1. Oktober 2003 bis 30. September 2004) unvermeidbaren Ausgaben bis zum In-Kraft-Treten des Haushaltsgesetzes 2004 im Rahmen der im Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 vorgesehenen Betriebsausgaben (Kapitel 10 04 Titelgruppen 61 bis 63) zuzulassen.

§ 7

Der nach § 37 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 LHO zu bestimmende Betrag wird auf 5 100 000 Euro festgesetzt.

§ 8

(1) Die gesetzlichen Vorschriften über die Veranschlagung und Bewirtschaftung von persönlichen Verwaltungsausgaben werden durch die nachstehenden Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Allgemeine Bestimmungen 2002/2003) – **Anlage 2** – ergänzt.

(2) [1]In Kapiteln, in denen Personalkostenbudgetierung angewendet wird, dürfen Planstellen und Stellen sowie entsprechende Ermächtigungen zu Personalausgaben nur bis zur Höhe des Beschäftigungsvolumens in Anspruch genommen werden. [2]Das Beschäftigungsvolumen wird jeweils in einer Erläuterung des Kapitels verbindlich festgelegt. [3]Es wird gebildet durch Umrechnung der Zahl der jahresdurchschnittlich mit Bezügen Beschäftigten in Vollzeiteinheiten pro Jahr. [4]Das Finanzministerium ist ermächtigt, das Beschäftigungsvolumen infolge von neuen Stellen, Stellenumsetzungen, Vollzug von kw-Vermerken sowie zulässigen kapitelübergreifenden Verwendungen von Planstellen und Stellen zu verändern. [5]Überschreitungen des Beschäftigungsvolumens bedürfen der Einwilligung des Finanzministeriums. [6]Sie darf nur im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.

(3) [1]Die zur Finanzierung des Beschäftigungsvolumens erforderlichen Mittel werden kapitelweise in einem Personalkostenbudget zusammengefasst. [2]Eine Überschreitung des Personalkostenbudgets ist nur zulässig, wenn das Beschäftigungsvolumen eingehalten oder gemäß Absatz 2 Satz 5 überschritten wird; Erhöhungen des Beschäftigungsvolumens nach Nummer 6 Abs. 1 Satz 9 der Allgemeinen Bestimmungen bleiben unberücksichtigt. [3]Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Personalkostenbudgets bei Besoldungs- und Tariferhöhungen aus den in Kapitel 13 02 Titel 461 11 veranschlagten Mittel zu verstärken.

(4) [1]Wird das Personalkostenbudget in einem Kapitel nicht in voller Höhe ausgeschöpft, so wird für dieses Kapitel im Folgejahr die Hälfte der nicht ausgeschöpften Mittel als Reformdividende bereitgestellt. [2]Die Mittel der Reformdividende sind übertragbar. [3]Sie dürfen für Ausgaben der Obergruppen 42 und 51 bis 54 (ohne Gruppe 529), der Gruppe 711 und der Obergruppe 81 (ohne Gruppe 811) sowie für Leistungsprämien im Sinne der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 5. Oktober 1999 (Nds. GVBl. S. 359) in der jeweils gültigen Fassung verwendet werden. [4]Dauerverpflichtungen dürfen nicht eingegangen werden. [5]Überschreitungen des Personalkostenbudgets, die nicht auf Absatz 3 Satz 2 beruhen, vermindern das Personalkostenbudget im Folgejahr. [6]Dieses verminderte Personalkostenbudget darf auch bei Einhaltung des Beschäftigungsvolumens nicht überschritten werden.

(5) [1]Die Absätze 2 bis 4 gelten ausschließlich für Kapitel mit Personalkostenbudgetierung. [2]Das Personalkostenbudget umfasst die Titel 422 01, 422 11, 422 19, 425 01, 425 02, 425 03, 425 05, 425 11, 425 13, 425 14, 425 23, 425 26, 425 27, 426 01, 426 03, soweit sie in den jeweiligen Kapiteln ausgebracht sind, sowie in den Kapiteln 03 14 und 03 18 den Titel 429 10. [3]Abweichend von § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a LHO bilden diese Titel innerhalb eines Kapitels sowie innerhalb der Kapitel 07 10 bis 07 20 einen eigenen Deckungskreis. [4]Sonstige Vorschriften über die Bewirtschaftung von Personalausgaben und Stellen bleiben unberührt.

§ 9

(1) [1]Bedienstete, die auf Stellen geführt werden, die im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform entbehrlich geworden sind, können vorübergehend in Bereichen eingesetzt werden, in denen ein Bedarf festgestellt worden ist. [2]Diese Feststellung wird vom jeweils zuständigen Ressort oder von der von diesem beauftragten Stelle im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen Vermittlungsstelle der Job-Börse bei den Bezirksregierungen getroffen.

(2) [1]Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO können für Beamtinnen und Beamte oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen des Abbaus von Personalüberhang infolge Maßnahmen der Verwaltungsreform mit dem Ziel der Versetzung zu einer Behörde eines anderen Dienstherrn abgeordnet worden sind, von der abordnenden Verwaltung die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung – höchstens für die Dauer von 24 Monaten – weitergezahlt werden. [2]Voraussetzung hierfür ist, dass die aufnehmende Behörde spätestens drei Monate nach Beginn der Abordnung eine verbindliche Erklärung zur Übernahme der Beamtin oder des Beamten oder der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers abgibt.

(3) Die zur Durchführung der in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen erforderlichen Bestimmungen erlässt das Innenministerium mit Einwilligung des Finanzministeriums.

(4) [1]Abweichend von § 98 des Niedersächsischen Beamtengesetzes und von § 1 Abs. 3 Nr. 1 der Trennungsgeldverordnung (TGV) in der Fassung vom 29. Juni 1999 (BGBl. I S. 1533) mit den nachfolgenden Änderungen wird bei Maßnahmen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verwaltungsreform, die mit dem Wechsel Bediensteter zu einem anderen Dienstort verbunden sind, den betroffenen Bediensteten Trennungsgeld für die Dauer von drei Jahren auch dann gewährt, wenn die Wohnung im Einzugsgebiet des neuen Dienstortes liegt. [2]Liegt die Wohnung nicht im Einzugsgebiet des neuen Dienstortes, so finden bis zur Zusage der Umzugskostenvergütung § 6 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 und Abs. 4 TGV keine Anwendung; § 6 Abs. 2 TGV gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Zahlwortes „elf“ das Zahlwort „acht“ tritt.

(5) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO können Personalausgaben für abgeordnete Bedienstete bei projektbezogenen Abordnungen auch für einen längeren Zeitraum als bis zur Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes – längstens für die Dauer des Projektes – von den abordnenden Verwaltungen weitergezahlt werden.

§ 10

[1]Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Stellen, die bis zur Verkündung dieses Gesetzes im Wege der Abweichung von den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen des Haushaltsjahres 2001 zu den für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in Betracht kommenden Titeln genehmigt wurden, in den entsprechenden Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen darzustellen, soweit sie im Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 noch nicht enthalten sind. [2]Entsprechendes gilt

1. für Änderungen in den Stellenplänen aufgrund Nummer 1 Abs. 1 bis 3 und Nummer 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2001,
2. für die im Haushaltsjahr 2001 nach den Haushaltsvermerken zu den Stellenplänen und -übersichten der Kapitel 06 10 bis 06 38 in Auswirkung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) in der Fassung vom 24. März 1998 (Nds. GVBl. S. 300), zuletzt geändert durch Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2000 (Nds. GVBl. S. 378), vorgenommenen Stellenumwandlungen.

§ 11

(1) Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb eines jeden Einzelplans die veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 – mit Ausnahme der Titel 529 . ., 532 11 bis 532 20, 546 12 und 546 06 –, soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind oder
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

(2) [1]Werden Maßnahmen vom Land Niedersachsen und der Europäischen Gemeinschaft gemeinsam finanziert, bei denen nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht, so kann das Finanzministerium Mehrausgaben ohne Ausgleich durch Einsparungen bei anderen Ausgaben in Höhe von zweckgebundenen Mehreinnahmen über den im Haushaltsplan veranschlagten entsprechenden Landesanteil hinaus zulassen. [2]§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 LHO ist nicht anzuwenden.

(3) [1]Mehrausgaben bei den Titeln der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, durch welche die jeweils für die Gemeinschaftsaufgabe veranschlagten Landesmittel überschritten werden, dürfen nur mit Einwilligung des Finanzministeriums geleistet werden und müssen durch Einsparungen an anderer Stelle innerhalb des die jeweilige Gemeinschaftsaufgabe betreffenden Einzelplans 08, 09, 10 oder 15 gedeckt sein. [2]Stellt der Bund zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen bereit, so darf das zuständige Fachministerium mit Einwilligung des Finanzministeriums zusätzliche Verpflichtungen unter Berücksichtigung des Mitleistungsverhältnisses eingehen.

§ 12

Im Bereich des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales wird folgende Bewirtschaftung der Ausgaben zugelassen:

1. Innerhalb der Kapitel 05 22 und 05 23 dürfen für Planstellen und Stellen (Titel 422 01 und 425 01), die nicht gesperrt sind, die nicht in Anspruch genommenen Personalausgaben zur Zahlung von Vergütungen an voll-, teil- oder stundenweise beschäftigte Vertretungs- und Aushilfslehrkräfte (Titel 427 01) verwendet werden.
2. Bei der Ermittlung der nicht in Anspruch genommenen Personalausgaben ist die Tabelle der Durchschnittssätze anzuwenden, die der Veranschlagung für Stellenveränderungen im Entwurf des Haushaltsplans für das laufende Haushaltsjahr zugrunde gelegen hat. Sonderzuwendungen und Urlaubsgeld bleiben dabei unberücksichtigt.

§ 13

[1]Im Rahmen des Pilotprojekts Landesbehörden-Energiesparaktion-Niedersachsen (LENI) eingesparte Ausgaben für Energie sind in Höhe von 80 vom Hundert des ermittelten Einsparbetrages übertragbar (Reformdividende). [2]Die Reformdividende darf für Ausgaben der Obergruppen 42 und 51 bis 54 (ohne Gruppe 529), der Gruppe 711 und der Obergruppe 81 verwendet werden. [3]Sie ist mindestens in Höhe von 60 vom Hundert für Energiesparmaßnahmen in Gebäuden einzusetzen. [4]Dauerverpflichtungen dürfen nicht eingegangen werden.

§ 14

(1) Aufwandsentschädigungen betreffende Erläuterungen sind für die Bewirtschaftung verbindlich.

(2) Das Finanzministerium kann Ausnahmen zulassen.

§ 15

(1) Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen:

1. Beträge, die aus Anlass der Mitbenutzung landeseigener oder vom Land angemieteter Einrichtungen erstattet werden, wenn die Erstattungsbeträge und die Gesamtkosten in demselben Haushaltsjahr anfallen und auf der gleichen Berechnungsgrundlage beruhen;
2. Erstattungen von Persönlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 4), soweit es sich nicht um durchlaufende Mittel Dritter (beispielsweise Bundesmittel) handelt sowie Zahlungen von Eingliederungszuschüssen durch die Bundesanstalt für Arbeit;
3. Erstattungen bei folgenden Titeln – einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen –:
   a) Titel 511 01 und 518 02 – aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte –,
   b) Titel 511 01 – aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen –,
   c) Titel 514 01 – aus der privaten Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen –,
   d) Titel 517 01 und 517 59 – aus Erstattungen Dritter –,
   e) Titel 527 01 – aus Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich –;
4. Schadensersatz, den Dritte im Rahmen der Durchführung der im Einzelplan 20 sowie in den Kapiteln 06 03 und 06 04 einzeln veranschlagten Hochbaumaßnahmen leisten, solange die jeweilige Maßnahme im Haushaltsplan aufgeführt ist;
5. Einnahmen aus Vereinbarungen nach § 34 b LHO.

(2) Werden vom Kostenschuldner geleistete Erstattungen von Auslagen gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes vom 7. Mai 1962 (Nds. GVBl. S. 43), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 1997 (Nds. GVBl. S. 539), an andere Behörden weitergeleitet, so ist die Ausgabe abweichend von § 35 Abs. 1 LHO von der Einnahme abzusetzen.

(3) Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

§ 16

(1) Die Landesregierung wird ermächtigt, unabhängig von den Bestimmungen des Niedersächsischen Schulgesetzes in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 15. Dezember 2000 (Nds. GVBl. S. 378), und von sozialrechtlichen Vorschriften an Träger von Fachschulen der Heilerziehungspflege sowie Berufsfachschulen der Heilerziehungshilfe oder an die Schülerinnen oder Schüler dieser Schulen Zuwendungen im Sinne der §§ 23 und 44 LHO zu dem Zweck zu gewähren, dass ein unentgeltlicher Schulbesuch möglich ist.

(2) [1]Die Landesregierung wird ermächtigt, für Miet- und Genossenschaftswohnungen, die mit Mitteln des Landes im Sinne des § 3 des Ersten Wohnungsbaugesetzes oder der §§ 6, 88 oder 88 d des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (II. WoBauG) in der Fassung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2137), zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 8 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), oder im Regionalprogramm des Bundes nach § 88 II. WoBauG gefördert worden sind, zur Senkung der Miete Aufwendungszuschüsse als Zuwendungen im Sinne der §§ 23 und 44 LHO zu gewähren. [2]Aufwendungszuschüsse können für den Zeitraum des Jahres gewährt werden, für den der Mieterin oder dem Mieter Wohngeld bewilligt worden ist. [3]Aufwendungszuschüsse können auch gewährt werden, wenn die Mieterin oder der Mieter wegen Überschreitung der wohngeldrechtlichen Einkommensgrenze kein Wohngeld erhält, aber eine von der für den Wohnort zuständigen Behörde ausgestellte Bescheinigung über die Wohnberechtigung nach § 5 des Wohnungsbindungsgesetzes in der Fassung vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2404) vorgelegt wird.

(3) Der Vollzug des § 132 Abs. 2 Sätze 3 bis 6 und Abs. 4 NHG wird ausgesetzt.

§ 17

Aufgrund des § 2 der Verordnung über die Erhebung von Gewerbesteuer im Gebiet des niedersächsischen Küstengewässers und des daran anschließenden Festlandsockels vom 21. Juli 1981 (Nds. GVBl. S. 203) wird der Hebesatz für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 auf 381 vom Hundert festgesetzt.

§ 18

Die Vorschriften und Ermächtigungen der §§ 4, 8, 9, 12, 15 und 16 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2004 weiter.

§ 19

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.

Hannover, den 18. Dezember 2001

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Rolf Wernstedt

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Sigmar Gabriel

GESAMT

2002

A. Haushaltsüber

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen 0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01	Landtag	—	130.000	—	—	130.000	30.998.000	2.842.000
02	Staatskanzlei	—	304.000	333.000	1.011.000	1.648.000	21.060.000	8.350.000
03	Innenministerium	400.000	110.342.000	233.683.000	63.407.000	407.832.000	1.105.131.000	171.284.000
04	Finanzministerium	—	78.679.000	127.883.000	13.644.000	220.206.000	580.565.000	149.895.000
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	—	24.539.000	217.084.000	65.268.000	306.891.000	115.810.000	35.558.000
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	23.863.000	119.519.000	102.687.000	246.069.000	70.885.000	34.536.000
07	Kultusministerium	—	13.449.000	8.723.000	188.000	22.360.000	3.428.948.000	45.169.000
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	300.405.000	513.391.000	397.918.000	1.211.714.000	224.144.000	312.806.000
09	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-	2.950.000	30.954.000	107.241.000	56.178.000	197.323.000	94.117.000	35.932.000
10	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-	1.738.000	85.315.000	3.297.000	2.416.000	92.766.000	88.291.000	45.384.000
11	Justizministerium	—	370.672.000	6.660.000	—	377.332.000	631.127.000	235.881.000
12	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	161.000	35.000
13	Allgemeine Finanzverwaltung	14.601.220.000	507.176.000	1.381.503.000	2.206.947.000	18.696.846.000	1.968.819.000	2.389.026.000
14	Landesrechnungshof	—	8.000	—	1.154.000	1.162.000	13.498.000	971.000
15	Umweltministerium	98.186.000	37.621.000	16.711.000	58.556.000	211.074.000	84.973.000	57.736.000
20	Hochbauten	—	1.018.000	150.000	2.034.000	3.202.000	—	28.667.000
	Summe 2002	14.704.494.000	1.584.475.000	2.736.178.000	2.971.408.000	21.996.555.000	8.458.527.000	3.554.072.000
	Summe 2001	14.425.026.716	1.587.933.281	2.827.692.181	3.509.582.686	22.350.234.864	8.274.223.153	3.450.825.693
	2002 mehr/weniger (-)	279.467.284	-3.458.281	-91.514.181	-538.174.686	-353.679.864	184.303.847	103.246.307

P L A N

s i c h t 2002

Anlage 1
(zu § 1 Satz 1)
– Haushaltsjahr 2002 –

Ausgaben					2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	Verpflichtungsermächtigungen	Epl.
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben			
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
10	11	12	13	14	15	16	17
7.243.000	—	408.000	—	41.491.000	-41.361.000	—	01
5.987.000	—	4.786.000	3.249.000	43.432.000	-41.784.000	4.048.000	02
762.019.000	7.199.000	129.782.000	48.479.000	2.223.894.000	-1.816.062.000	131.796.000	03
2.777.000	—	33.059.000	37.083.000	803.379.000	-583.173.000	19.900.000	04
1.723.622.000	—	318.999.000	8.276.000	2.202.265.000	-1.895.374.000	202.520.000	05
1.992.090.000	153.000	141.642.000	-1.901.000	2.237.405.000	-1.991.336.000	168.518.000	06
257.629.000	—	15.269.000	2.854.000	3.749.869.000	-3.727.509.000	9.708.000	07
255.327.000	65.655.000	680.914.000	30.063.000	1.568.909.000	-357.195.000	580.867.000	08
136.320.000	3.328.000	83.412.000	101.891.000	455.000.000	-257.677.000	107.904.000	09
3.512.000	3.405.000	2.825.000	45.063.000	188.480.000	-95.714.000	750.000	10
19.034.000	—	9.432.000	41.720.000	937.194.000	-559.862.000	3.881.000	11
—	—	—	—	196.000	-196.000	—	12
2.537.328.000	—	311.358.000	-198.434.000	7.008.097.000	11.688.749.000	1.359.000	13
—	—	575.000	198.000	15.242.000	-14.080.000	—	14
90.818.000	24.083.000	67.814.000	30.515.000	355.939.000	-144.865.000	92.736.000	15
69.000	133.930.000	2.841.000	256.000	165.763.000	-162.561.000	115.000.000	20
7.793.775.000	237.753.000	1.803.116.000	149.312.000	21.996.555.000	—	1.438.987.000	
7.759.109.447	288.549.475	2.412.249.588	165.277.508	22.350.234.864		1.705.346.689	
34.665.553	-50.796.475	-609.133.588	-15.965.508	-353.679.864		-266.359.689	

GESAMT

2003

A. Haushaltsüber

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01	Landtag	—	128.000	—	—	128.000	35.484.000	2.978.000
02	Staatskanzlei	—	308.000	333.000	716.000	1.357.000	20.969.000	7.553.000
03	Innenministerium	400.000	110.271.000	225.676.000	59.355.000	395.702.000	1.114.390.000	177.430.000
04	Finanzministerium	—	79.742.000	124.068.000	21.458.000	225.268.000	578.389.000	150.734.000
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	—	24.893.000	221.043.000	64.681.000	310.617.000	115.646.000	35.689.000
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	33.237.000	120.070.000	105.710.000	259.017.000	72.025.000	34.497.000
07	Kultusministerium	—	13.449.000	2.737.000	188.000	16.374.000	3.483.394.000	45.390.000
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	351.273.000	535.733.000	415.277.000	1.302.283.000	222.727.000	323.581.000
09	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-	2.950.000	30.949.000	108.955.000	48.784.000	191.638.000	94.339.000	35.969.000
10	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-	1.738.000	86.533.000	3.368.000	2.419.000	94.058.000	87.059.000	44.081.000
11	Justizministerium	—	371.783.000	7.385.000	—	379.168.000	631.042.000	237.722.000
12	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	160.000	35.000
13	Allgemeine Finanzverwaltung	15.021.320.000	824.999.000	1.396.231.000	1.857.994.000	19.100.544.000	2.151.871.000	2.461.180.000
14	Landesrechnungshof	—	8.000	—	1.116.000	1.124.000	13.473.000	966.000
15	Umweltministerium	95.856.000	36.996.000	16.501.000	57.846.000	207.199.000	84.544.000	56.642.000
20	Hochbauten	—	1.018.000	150.000	500.000	1.668.000	—	29.882.000
	Summe 2003	15.122.264.000	1.965.587.000	2.762.250.000	2.636.044.000	22.486.145.000	8.705.512.000	3.644.329.000
	Summe 2002	14.704.494.000	1.584.475.000	2.736.178.000	2.971.408.000	21.996.555.000	8.458.527.000	3.554.072.000
	2003 mehr/weniger (-)	417.770.000	381.112.000	26.072.000	-335.364.000	489.590.000	246.985.000	90.257.000

P L A N

s i c h t 2003

– Haushaltsjahr 2003 –

Ausgaben							
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	Verpflichtungsermächtigungen	Epl.
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
10	11	12	13	14	15	16	17
7.572.000	—	292.000	—	46.326.000	-46.198.000	—	01
5.979.000	—	4.228.000	3.249.000	41.978.000	-40.621.000	3.282.000	02
743.277.000	1.676.000	121.225.000	48.479.000	2.206.477.000	-1.810.775.000	108.693.000	03
2.808.000	—	30.510.000	44.810.000	807.251.000	-581.983.000	8.100.000	04
1.783.199.000	—	310.543.000	8.276.000	2.253.353.000	-1.942.736.000	127.519.000	05
2.001.633.000	—	117.357.000	-1.628.000	2.223.884.000	-1.964.867.000	149.794.000	06
262.130.000	—	10.879.000	2.857.000	3.804.650.000	-3.788.276.000	2.739.000	07
259.547.000	58.455.000	746.560.000	30.063.000	1.640.933.000	-338.650.000	610.870.000	08
136.846.000	3.328.000	69.419.000	103.691.000	443.592.000	-251.954.000	100.454.000	09
3.512.000	3.405.000	3.027.000	45.064.000	186.148.000	-92.090.000	750.000	10
19.053.000	—	9.186.000	41.720.000	938.723.000	-559.555.000	4.685.000	11
—	—	—	—	195.000	-195.000	—	12
2.610.803.000	—	317.296.000	-203.730.000	7.337.420.000	11.763.124.000	159.000	13
—	—	166.000	198.000	14.803.000	-13.679.000	—	14
86.906.000	17.243.000	69.714.000	32.540.000	347.589.000	-140.390.000	82.345.000	15
69.000	156.459.000	6.157.000	256.000	192.823.000	-191.155.000	115.000.000	20
7.923.334.000	240.566.000	1.816.559.000	155.845.000	22.486.145.000	—	1.314.390.000	
7.793.775.000	237.753.000	1.803.116.000	149.312.000	21.996.555.000		1.438.987.000	
129.559.000	2.813.000	13.443.000	6.533.000	489.590.000		-124.597.000	

B. Finanzierungsübersicht

	2003 in Mio. EUR		2002 in Mio. EUR	
I. Ermittlung des Finanzierungssaldos				
1. Ausgaben				
Ausgaben nach § 1 HG 2002/2003 (ohne Schuldentilgung an den Kreditmarkt für Allgemeine Deckungskredite)	22 486,1		21 996,6	
davon ab: Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite an den Kreditmarkt (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.2)	18,7		18,9	
Zuführungen an Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.2)	5,1		4,2	
Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	–,–	22 462,3	–,–	21 973,5
2. Einnahmen				
Einnahmen nach § 1 HG 2002/2003	22 486,1		21 996,6	
davon ab: Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt				
a) Allgemeine Deckungsmittel (siehe Abschnitt II Nr. 1.1.3)	1 300,0		1 350,0	
b) andere (zweckgebundene) Kredite (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.1)	–,–		–,–	
Entnahmen aus Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.1)	276,0		562,4	
Einnahmen aus Überschüssen	–,–	20 910,1	–,–	20 084,2
3. Finanzierungssaldo		– 1 552,2		– 1 889,3
II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos				
1. Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt				
1.1 Allgemeine Deckungsmittel				
1.1.1 Einnahmen aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)		4 930,9		4 008,0
1.1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)		3 630,9		2 658,0
1.1.3 Saldo (Nettokreditermächtigung nach § 3 Abs. 1 HG 2002/2003)		– 1 300,0		– 1 350,0
1.2 Andere (zweckgebundene) Kredite				
1.2.1 Einnahmen aus zweckgebundenen Krediten der Obergruppe 32	–,–		–,–	
1.2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite am Kreditmarkt (Obergruppe 59 – einschließlich Ausgleichsforderungen)	18,7	18,7	18,9	18,9
Saldo (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt)		– 1 281,3		– 1 331,1
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren				
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	–,–		–,–	
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	–,–	–,–	–,–	–,–
3. Rücklagenbewegung				
3.1 Entnahmen aus Rücklagen	276,0		562,4	
3.2 Zuführungen an Rücklagen	5,1	– 270,9	4,2	– 558,2
4. Finanzierungssaldo (Summe Nummern 1 bis 3)		– 1 552,2		– 1 889,3

C. Kreditfinanzierungsplan

	2003 in Mio. EUR	2002 in Mio. EUR
I. Einnahmen aus Krediten (brutto)		
1. aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)	4 930,9	4 008,0
2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32	14,3	15,4
Summe I	4 945,2	4 023,4
II. Tilgungsausgaben für Kredite		
1. für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)	3 630,9	2 658,0
2. für andere Kredite (Obergruppen 58 und 59)	61,1	68,7
Summe II	3 692,0	2 726,7
III. Einnahmen aus Krediten (netto)		
1. aus Kreditmarktmitteln (Abschnitt I Nr. 1 ⁄ Abschnitt II Nr. 1)	1 300,0	1 350,0
2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr. 2 ⁄ Abschnitt II Nr. 2)	– 46,8	– 53,3
Summe III (Summe I ⁄ Summe II)	1 253,2	1 296,7

Anlage 2
(zu § 8 Abs. 1)

Allgemeine Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben für die Haushaltsjahre 2002 und 2003

(Allgemeine Bestimmungen 2002/2003)

1. Stellenveranschlagungen sowie Bindung an Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

(1) [1]Das Finanzministerium ist ermächtigt, neue Stellen in der jeweils erforderlichen Besoldungsgruppe auszubringen für

1. von ihren dienstlichen Tätigkeiten voll freigestellte Vertrauensleute der Schwerbehinderten,
2. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr als nationale Sachverständige bei Einrichtungen der Europäischen Union eingesetzt und zu diesem Zweck zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden,
3. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union zu anderen Dienstherren oder öffentlichen Einrichtungen abgeordnet, zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden, sofern die Dienstbezüge in voller Höhe erstattet werden,
4. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr zu Hilfeleistungen bei öffentlichen Einrichtungen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen abgeordnet oder beurlaubt werden. In Fällen, in denen eine Wahrnehmung der Aufgaben der abgeordneten oder beurlaubten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter durch nichtbeamtete Ersatzkräfte gesetzlich ausgeschlossen ist, sowie bei Abordnungen mit dem Ziele der Versetzung kann bei einem unabweisbaren Bedarf eine Stelle auch bei Abordnungen oder Beurlaubungen von einem Jahr und weniger ausgebracht werden,
5. die zur Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität nach Berlin für die Dauer von mehr als einem Jahr abgeordneten Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter.

[2]Die Stellen erhalten den Vermerk „künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungs-, Abordnungs-, Beurlaubungsvoraussetzungen“. [3]Entfallen diese Voraussetzungen, so sind die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder ihrem Gericht einzuweisen. [4]Mit der Einweisung entfällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Planstelle. [5]Sofern durch die Ausbringung der Stellen die Gesamtzahl der besetzbaren Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöht werden, gelten die Stellen bei Eintritt der Voraussetzungen nach Satz 1 Nrn. 1 bis 5 als ausgebracht.

(2) [1]Für von ihren dienstlichen Tätigkeiten nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz freigestellte Personalratsmitglieder können Planstellen und Stellen durch Ausbringung von Haushaltsvermerken bereitgestellt werden. [2]Für zu mindestens 50 vom Hundert freizustellende Personalratsmitglieder gelten neue Stellen mit entsprechendem Haushaltsvermerk als ausgebracht, wenn sich dadurch die Gesamtzahl der besetzbaren Planstellen und Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöhen. [3]Die personalbewirtschaftenden Dienststellen sind ermächtigt, bei einem Wechsel der Person des freigestellten Personalratsmitglieds die ausgebrachte Planstelle oder Stelle auch dann mit dem neu freigestellten Personalratsmitglied zu besetzen, wenn dieses einer anderen Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe angehört; im nächsten Haushaltsplan ist die Planstelle oder Stelle wieder in der jeweils erforderlichen Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe auszubringen.

(3) [1]Steht bei der Anstellung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern eine entsprechende Planstelle nicht zur Verfügung, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle vorübergehend die bislang in Anspruch genommene Stelle für beamtete oder richterliche Hilfskräfte in eine Planstelle umwandeln. [2]Die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe einzuweisen. [3]Damit entfällt die umgewandelte Planstelle und steht zum gleichen Zeitpunkt wieder als Stelle für beamtete und richterliche Hilfskräfte zur Verfügung. [4]Änderungen der Stellenpläne und Stellenübersichten unterbleiben.

(4) [1]Aus den veranschlagten Stellen für Angestellte können die Vergütungen der nächsthöheren Vergütungsgruppe dann gezahlt werden, wenn diese den Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern aufgrund eines Zeit- oder Bewährungsaufstiegs zustehen. [2]Satz 1 gilt entsprechend für Planstellen und Stellen für beamtete und richterliche Hilfskräfte, wenn diese nach Nummer 2 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a und b vorübergehend mit Angestellten besetzt sind.

2. Ausnahmen zu den §§ 17 und 49 LHO sowie Nummer 1 dieser Bestimmungen

(1) [1]Stellen, die in die Eingangsgruppe der nächsthöheren Laufbahn gehoben werden oder worden sind, dürfen in Abweichung von § 49 Abs. 3 LHO übergangsweise auch mit Beamtinnen und Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, sofern diese den dazugehörigen Dienstposten schon vor der Stellenhebung innegehabt haben. [2]§ 49 Abs. 3 Satz 2 LHO gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte, die sich nach erfolgreicher Beendigung der Einführungszeit in der Laufbahn zu bewähren haben.

(2) Im Bedarfsfall dürfen innerhalb der einzelnen Kapitel verwendet werden

1. nicht besetzte Stellen
   a) der planmäßigen Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter vorübergehend für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
   b) der beamteten und richterlichen Hilfskräfte vorübergehend für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
   c) der Angestellten vorübergehend für Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger,
2. Stellen, deren Inhaber Grundwehrdienst oder dem Grundwehrdienst gleichgestellten Dienst leisten und Bezüge aus dem Landeshaushalt nicht erhalten,
   a) soweit es sich um planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter handelt, für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
   b) soweit es sich um beamtete und richterliche Hilfskräfte handelt,

   für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,

3. Planstellen und Stellen, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, bis zur Höhe der nicht in Anspruch genommenen Ausgaben für entsprechende nichtbeamtete Kräfte (Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter); die Buchung der Ausgaben erfolgt bei den entsprechenden Titeln der Gruppen 425 und 426,
4. Planstellen für die Besetzung mit Beamtinnen und Beamten im Eingangsamt einer niedrigeren Laufbahngruppe.

(3) [1]Eine Kraft (Voll- oder Teilzeitkraft) darf anteilig auf mehreren Stellen geführt werden. [2]Jede Planstelle und jede andere Stelle dürfen mit einer beliebigen Anzahl von Teilzeitkräften sowie Besetzungsanteilen von Vollzeitkräften besetzt werden, soweit die sich aus den Besetzungsanteilen ergebende regelmäßige durchschnittliche Gesamtarbeitszeit die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. [3]Sofern die Besetzung laufbahngruppenübergreifend erfolgt, darf sie nur in der niedrigsten Laufbahngruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird.

(4) [1]Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter werden bei gemäß § 54 a des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) in der Fassung vom 19. Februar 2001 (Nds. GVBl. S. 33) herabgesetzter Arbeitszeit nach dem Umfang der verbleibenden Arbeitszeit auf einer entsprechenden Planstelle geführt. [2]Von § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434), zuletzt geändert durch Artikel 26 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785), abweichende Besoldungszahlungen gemäß § 72 a Abs.1 und 2 BBesG bleiben bei der Berechnung der Inanspruchnahme der Planstelle unberücksichtigt. [3]Nach den Sätzen 1 und 2 freie Planstellenanteile können anderweitig besetzt werden.

(5) [1]Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO dürfen Planstellen vorübergehend auch mit Beamtinnen und Beamten einer niedrigeren Besoldungsgruppe einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden. [2]Die Planstellen sind für den nächsten Haushaltsplan zur Umwandlung in die niedrigere Besoldungsgruppe der niedrigeren Laufbahngruppe anzumelden. [3]Entsprechendes gilt für die Besetzung von Planstellen mit nichtbeamteten Kräften sowie für die Besetzung von Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(6) [1]Die Besetzung der in Absatz 2 Nrn. 1 und 2 genannten Stellen richtet sich nach § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO sowie nach Absatz 4 dieser Bestimmungen. [2]Entsprechendes gilt für die Besetzung von Stellen mit nichtbeamteten Kräften; als vergleichbare Gruppen im Sinne dieser Vorschrift gelten die in Nummer 6 der Vorbemerkungen zu allen Vergütungsgruppen der Anlage 1 a zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) als vergleichbar bezeichneten Vergütungs- und Besoldungsgruppen. [3]Die Besetzung der Stelle von Angestellten mit Ersatzkräften richtet sich nach den gleichen Grundsätzen. [4]Dies gilt nicht für Stellen im Bereich der Hochschulen, soweit sie Lehre und Forschung dienen und für Kräfte in Lehre und Forschung in Anspruch genommen werden.

(7) [1]Die stellenbewirtschaftenden Dienststellen dürfen für Angestellte ausgewiesene Stellen abweichend von den Stellenübersichten nach Maßgabe der tariflichen Bewertung in eine andere Vergütungsgruppe einstufen. [2]Dabei muss der finanzielle Mehrbedarf, der sich aus der Einstufung von Stellen in eine höhere als der veranschlagten Vergütungsgruppe ergibt, durch eine niedrigere Einstufung anderer Stellen ausgeglichen werden. [3]Die Ermittlung der finanziellen Auswirkungen ist anhand der Tabelle der Durchschnittssätze vorzunehmen, die für das laufende Haushaltsjahr zugrunde gelegt ist. [4]Die anderweitige Einstufung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen.

(8) Für die Bereiche des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur gilt folgendes:

1. Das Kultusministerium wird ermächtigt, die in den Bereichen des allgemein bildenden und des berufsbildenden Schulwesens bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 veranschlagten Stellen für Lehrkräfte bei Bedarf abweichend von § 50 Abs. 2 LHO innerhalb dieser Kapitel umzusetzen. Soweit es sich um nicht nur vorübergehende Stellenumsetzungen handelt, sind diese in den Stellenplänen oder Stellenübersichten des Haushaltsplans des nächsten Jahres darzustellen.
2. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur kann die bei den Kapiteln 06 10 bis 06 30 veranschlagten Planstellen in Fächern, die an der Lehrerausbildung beteiligt sind, sowie Planstellen zur Förderung des hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses (Fiebiger-Plan) in das Kapitel einer anderen Hochschule umsetzen.
3. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wird, soweit dieses nach dem Fachhochschulkonzept geboten ist, ermächtigt, die bei den Kapiteln 06 33 bis 06 39 veranschlagten Planstellen und die in der Anlage 3 zum Fachkapitel ausgewiesenen Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter in das Kapitel einer anderen Fachhochschule umzusetzen sowie zuzulassen, dass die zuvor genannten Stellen nach Maßgabe der tariflichen Bewertung in eine andere Vergütungs- oder Lohn- oder Funktionsgruppe eingestuft werden. Absatz 7 Sätze 2 bis 4 ist entsprechend anzuwenden.
4. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur unterrichtet den Landtag zum 1. Oktober eines jeden Jahres über die Denomination der Professorenstellen in den Hochschulkapiteln sowie über wesentliche strukturelle Änderungen in einzelnen Hochschulen.

(9) Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landesbediensteten, die während der Zeit der Mutterschutzfrist nicht beschäftigt werden dürfen, können entsprechende nichtbeamtete Ersatzkräfte eingestellt werden.

(10) [1]Die Bezirksregierungen sind ermächtigt, ihnen für ihre Behörde zur Bewirtschaftung zugewiesene Stellen (bis einschließlich Besoldungsgruppe A 15/Vergütungsgruppe I b BAT) vorübergehend, jedoch längstens für die Dauer von zwei Jahren, kapitel- und funktionsübergreifend zu verwenden. [2]Die anderweitige Verwendung ist den betroffenen Ministerien anzuzeigen.

3. Ausbringung von Leerstellen und Stellen für ehemalige Abgeordnete, Gewährleistungsentscheidungen

(1) [1]Sind planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes länger als ein Jahr unter Wegfall der Bezüge beurlaubt und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, diese Planstelle neu zu besetzen, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle für diese Bediensteten im Kapitel der jeweiligen Dienststelle eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. [2]Entsprechendes gilt, wenn

1. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes in die Landesregierung berufen werden,

2. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter zu Präsidentinnen oder Präsidenten von Hochschulen ernannt werden.

[3]Bei Beurlaubungen nach § 87 a Abs. 1 NBG, § 4 a Abs. 1 des Niedersächsischen Richtergesetzes vom 14. Dezember 1962 (Nds. GVBl. S. 265), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. Oktober 2001 (Nds. GVBl. S. 668), sowie bei Elternzeit – im Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen auch bei Beurlaubungen nach § 80 d Abs. 1 NBG – gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass eine Leerstelle auch bei kürzerer Beurlaubungsdauer ausgebracht werden kann. [4]Im Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen können die Leerstellen bei Beurlaubungen nach § 80 d Abs. 1 und § 87 a Abs. 1 NBG sowie bei Elternzeit ohne den Vermerk „künftig wegfallend“ ausgebracht werden.

(2) [1]Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter nach dem Ende der Beurlaubung wieder mit Dienstbezügen oder entsprechend den ihnen auf Dauer übertragenen Ämtern verwendet, so sind sie in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung – Richterinnen oder Richter bei ihrem Gericht – einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. [2]Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle sind sie auf Leerstellen zu führen. [3]Solange sie auf der Leerstelle mangels freier Planstelle geführt werden müssen, dürfen die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 LHO ohne besondere Einwilligung des Finanzministeriums überplanmäßig geleistet werden. [4]Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, nach Rückkehr der Leerstelleninhaberinnen oder -inhaber die Bezüge vorübergehend aus der Leerstelle zu zahlen, sind die hierdurch entstehenden Mehrausgaben im Rahmen der Personalausgaben der Hauptgruppe 4 (außerhalb von Ansätzen in Titelgruppen) einzusparen. [5]Diese Einsparauflage gilt nicht für Leerstellen, die im Haushaltsplan für die Durchführung gemeinsamer Berufungsverfahren gemäß § 53 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) in der Fassung vom 24. März 1998 (Nds. GVBl. S. 300), zuletzt geändert durch Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2000 (Nds. GVBl. S. 378), ausgewiesen sind.

(3) [1]Soweit für die Wiederverwendung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis aufgrund ihrer Wahl in den Landtag, in den Deutschen Bundestag oder in das Europäische Parlament nach § 106 NBG oder nach § 5 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) in der Fassung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266), ruhen und die nach § 107 Abs. 2 NBG oder § 6 AbgG wieder in das Beamten- oder Richterverhältnis zu übernehmen sind, eine freie Planstelle ihrer früheren Besoldungsgruppe nicht zur Verfügung steht, kann das Finanzministerium im Kapitel der jeweiligen Dienstbehörde die hierfür erforderliche Stelle mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. [2]Satz 1 gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder aus dem Richterverhältnis auf Lebenszeit nach § 194 a Abs. 4 NBG ruhen, soweit ein solches Beamtenverhältnis oder Richterverhältnis nach Beendigung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit nach § 194 a Abs. 1 NBG wieder auflebt. [3]Die in diesen Stellen wieder verwendeten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder bei ihrem Gericht einzuweisen. [4]Mit der Einweisung fällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Stelle weg. [5]Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Ausbringung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechende Anwendung.

(6) [1]Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter unter Wegfall ihrer Bezüge zur Ausübung einer Beschäftigung in einem anderen Rechtsverhältnis bei einem anderen Dienstherrn oder Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes oder einem privaten Arbeitgeber beurlaubt, so werden die obersten Dienstbehörden ermächtigt, für die Beurlaubungszeit einen förmlichen Gewährleistungsbescheid nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Sechsten Buchs des Sozialgesetzbuchs zu erteilen. [2]Diese Ermächtigung umfasst auch allgemeine Gewährleistungsentscheidungen für bestimmte Fallgruppen und Gewährleistungsentscheidungen für eine Zweitbeschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber.

4. Wiederbesetzung freier Stellen

(1) Aus Gründen des § 35 NBG oder des Abschnitts XII BAT freie oder frei werdende Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 und höher sowie Angestelltenstellen der Vergütungsgruppe I b BAT und höher dürfen erst nach Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages wieder besetzt werden, soweit dieser nicht darauf verzichtet hat oder verzichtet.

(2) [1]Für den Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur dürfen freie oder frei werdende Planstellen und Stellen für wissenschaftliches Personal in Fächern, die überwiegend an der Lehrerausbildung beteiligt sind, nur mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur wieder besetzt werden. [2]Bis zur Wiederbesetzung oder einer anderen Verwendung derartiger Planstellen und Stellen dürfen die diesen zuzurechnenden Personalausgaben für Zwecke im Rahmen des § 132 Abs. 3 NHG so genutzt werden, wie das dort für nicht in Anspruch genommene Ausgaben aus nicht gesperrten Planstellen und Stellen vorgesehen ist.

5. Umwandlung der Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter oder deren Vertreterinnen und Vertreter bei sinkenden Schülerzahlen

[1]Sind oder werden im Bereich des Einzelplans 07 Stellen der Schulleiterinnen und Schulleiter oder ihrer Vertreterinnen oder Vertreter frei und ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an dieser Schule so weit zurückgegangen, dass das der bisherigen Stelleninhaberin oder dem bisherigen Stelleninhaber übertragen gewesene Amt zu hoch eingestuft war, so sind sie in Stellen umzuwandeln, die dem Amt entsprechen, das den künftigen Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern nach den besoldungsrechtlich maßgebenden Schülerzahlen zu übertragen ist. [2]Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn begründete Aussicht besteht, dass die Schülerzahl an der Schule den Schwellenwert innerhalb von drei Jahren voraussichtlich wieder übersteigen wird. [3]In Fällen, in denen die Schülerzahl so weit gesunken ist, dass die Funktion der Stellvertreterin oder des Stellvertreters einer Schulleiterin oder eines Schulleiters besoldungsrechtlich kein herausgehobenes Amt mehr trägt, ist die frei werdende Stelle in eine dem Eingangsamt der Laufbahn entsprechende Stelle umzuwandeln; Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

6. Umsetzung der Altersteilzeit

(1) [1]Planstellen für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die nach § 80 b NBG oder § 4 f des Niedersächsischen Richtergesetzes Altersteilzeit in Anspruch nehmen, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 50 vom Hundert als besetzt; das gilt auch für das Beschäftigungsvolumen. [2]Bei Teilzeitbeschäftigten ist der als besetzt geltende Anteil der Planstellen oder des Beschäftigungsvolumens entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern. [3]Der nach der Altersteilzeitzuschlagsverordnung in der Fassung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2239) zu gewährende Altersteilzeitzuschlag ist aus Titel 422 19 zu zahlen. [4]Die Mehrausgaben nach Satz 3 sind durch personalwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. verzögerte Wiederbesetzungen/Beförderungen) oder Einsparungen, die sich aus einer Ersatzeinstellung (z. B. geringere Bezüge wegen jüngeren Lebensalters, unterwertige Beschäftigung) ergeben, auszugleichen. [5]Satz 4 gilt auch in Bereichen ohne Personalkostenbudgets; in diesen Fällen ist der Ausgleich gegenüber dem Finanzministerium nachzuweisen. [6]Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so sind während der Arbeitsphase 50 vom Hundert der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens und ein entsprechender Anteil des Personalkostenbudgets gesperrt. [7]Die gesperrten Budgetanteile sind nach den vom Finanzministerium hierfür festgelegten Durchschnittssätzen zu berechnen. [8]Bei Teilzeitkräften ist der Vomhundertsatz entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern. [9]Die während der Arbeitsphase gesperrten Anteile werden den zur Verfügung stehenden Anteilen der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens sowie des Personalkostenbudgets in der Freizeitphase hinzugerechnet. [10]Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen.

(2) [1]Stellen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aufgrund des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit (TV-ATZ) vom 5. Mai 1998, zuletzt geändert durch Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 30. Juni 2000, auf die Hälfte ihrer bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit vermindert wird, gelten bei Vollbeschäftigten mit einem Stellenanteil in Höhe von 70 vom Hundert als besetzt. [2]Der verbleibende Stellenanteil von 30 vom Hundert steht für Ersatzeinstellungen zur Verfügung. [3] Bei Teilzeitbeschäftigten verändern sich die vorgenannten Stellenanteile und das Beschäftigungsvolumen entsprechend der Reduzierung der Arbeitszeit. [4]Werden mehrere Stellenanteile für die Ersatzeinstellung einer oder eines Angestellten genutzt, so darf diese nur in der niedrigsten Vergütungsgruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird. [5]Sofern die Bundesanstalt für Arbeit Leistungen nach § 4 Abs. 1 des Altersteilzeitgesetzes (AtG) vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), zuletzt geändert durch Artikel 43 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), gewährt, erhöht sich für diesen Zeitraum der besetzbare Anteil um 20 vom Hundert der Stelle. [6]Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und eine Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so ist der besetzbare Stellenanteil von 30 vom Hundert während der Arbeitsphase gesperrt. [7]Dieser Stellenanteil wird dem besetzbaren Stellenanteil in der Freizeitphase hinzugerechnet, sodass dann ein besetzbarer Stellenanteil von insgesamt 60 vom Hundert für Ersatzeinstellungen zur Verfügung steht. [8]Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen. [9]Für den Zeitraum der Gewährung von Leistungen nach § 4 Abs. 1 AtG erhöht sich der besetzbare Anteil um 40 vom Hundert der Stelle. [10]Bei Änderung des Erstattungsverfahrens der Bundesanstalt für Arbeit ändert sich der Vomhundertsatz entsprechend. [11]Besetzbare Stellenanteile können für Vollzeitbeschäftigungen zusammengefasst werden. [12]Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht auf Stellen geführt werden, mit der Maßgabe, dass die hierdurch nicht in Anspruch genommenen Mittel gesperrt sind. [13]Diese Mittel sind übertragbar. [14]Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

7. Wegfall- und Umwandlungsvermerke

Ausnahmen von § 47 LHO bedürfen der Einwilligung des Finanzministeriums.

8. Durchführung der Verwaltungsreform

(1) [1]Besetzbare Planstellen sind mit Beamtinnen und Beamten zu besetzen, die bei der eigenen oder einer anderen Verwaltung des Landes entbehrlich geworden sind. [2]Abweichend von § 48 Abs. 2 und § 49 Abs. 3 LHO dürfen Planstellen auch mit Beamtinnen und Beamten einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, wenn dadurch eine sinnvolle Verwendung ermöglicht wird.

(2) [1]Werden Beamtinnen und Beamte, die bei der eigenen Verwaltung entbehrlich geworden sind, von einer anderen Verwaltung übernommen, so können mit Einwilligung des Finanzministeriums abweichend von § 50 Abs. 2 LHO die mit ihnen besetzten Planstellen in die aufnehmende Verwaltung umgesetzt werden. [2]Bei dieser sind zum Ausgleich entsprechende freie und besetzbare Planstellen in Abgang zu stellen, sofern sie nicht zur Beförderung von Beamtinnen und Beamten vorgesehen sind, denen ein höherwertiger Dienstposten übertragen worden ist. [3]In diesem Fall bleiben die umgesetzten Planstellen erhalten, es sind jedoch freie und besetzbare Stellen der entsprechenden Laufbahn in Abgang zu stellen. [4]Werden geringerwertige Planstellen in Abgang gestellt, so sind die umgesetzten Planstellen nach ihrem Freiwerden entsprechend umzuwandeln.

(3) [1]Sind Beamtinnen und Beamte nicht innerhalb angemessener Zeit gemäß Absatz 2 einzusetzen, so ist das Finanzministerium ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Innenministerium und den beteiligten Ministerien die entbehrlichen Planstellen abweichend von den Voraussetzungen des § 50 LHO in eine andere Verwaltung umzusetzen, wenn dort eine bessere Verwendungsmöglichkeit besteht. [2]Der Vollzug des Vermerks „künftig wegfallend“ wird bis zum Ablauf des vierten folgenden Haushaltsjahres ausgesetzt.

(4) Abweichend von § 47 Abs. 1 LHO sind die nach Absatz 3 mit einer Befristung ausgebrachten Vermerke „künftig wegfallend“ erst dann zu vollziehen, wenn bei der aufnehmenden Behörde Dienstposten mit Planstellen frei werden, deren Aufgaben von den unterzubringenden Beamtinnen und Beamten aufgrund ihrer Vorbildung, Ausbildung oder bisherigen Tätigkeit und gegebenenfalls nach Teilnahme an Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen wahrgenommen werden können.

(5) Auf Planstellen für Richterinnen und Richter, auf Stellen für beamtete Hilfskräfte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finden § 48 Abs. 2 LHO und die Absätze 1 bis 5 dieser Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Begründung

a) zum Haushaltsgesetz 2002/2003

§ 3 Abs. 1 Satz 2, § 9 Abs. 1 und § 16 Abs. 4 und 5 des Haushaltsgesetzes 2001 sind entfallen.
Das Haushaltsgesetz enthält darüber hinaus insbesondere durch die Neufassung der Verwaltungsvorschriften zur Haushaltssystematik des Landes Niedersachsen zum 1. Januar 2002 bedingte redaktionelle Anpassungen.
Die Vorschriften entsprechen im Übrigen denen des Vorjahres, soweit Änderungen im Folgenden nicht besonders begründet sind.

Zu § 4:

(Absatz 1)

Die Ermächtigungssumme ist vorgesehen zur Übernahme von Bürgschaften in folgenden Bereichen:

	2002 Mio. EUR	2003 Mio. EUR
Bürgschaften nach den Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien vom 9. August 1990 (Nds. MBl. S. 1019), zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, sozialer und kultureller Einrichtungen sowie freier Berufe	420	420
Bürgschaften zugunsten der niedersächsischen Landwirtschaft	5	5
Bürgschaften zugunsten der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH und der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH	700	700
Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens	450	450
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen (u. a. für Garantien des Landes für Beteiligungen im Ausland und für Gewährleistungen gegenüber der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Programm INTERREG III)	125	125
Insgesamt	1 700	1 700

(Absatz 2)

Durch die Ergänzung in Nummer 4 wird die Ausnahmeregelung für die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH konkretisiert.

In Nummer 8 wurde der Betrag im Rahmen der Umrechnung auf Euro geglättet.

(Absatz 3)

Mit der Durchführung des Förderprogramms ist die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen, Hannover, beauftragt. Die Ermächtigung des § 8 Abs. 4 des Gesetzes über das Schuldenwesen des Landes Niedersachsen vom 30. November 1954 (Nds. GVBl. Sb. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. November 1997 (Nds. GVBl. S. 481), nach der das Finanzministerium in besonderen Fällen die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die entsprechende Vollziehung der Urkunden auf andere Dienststellen übertragen kann, wird hiermit auch für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 auf die genannte Einrichtung ausgedehnt.

Zu § 7:

Der Betrag wurde im Rahmen der Umrechnung auf Euro geglättet.

Zu § 8:

(Absatz 5)

Einführung eines eigenen Deckungskreises für PKB-Titel innerhalb der Kapitel 07 10 bis 07 20.

Zu § 9:

(Absatz 1)

Folgeänderung aufgrund des Wegfalls von § 9 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 2001.

Zu § 17:

Anpassung an den durchschnittlichen Hebesatz für Gemeinden und gemeindefreie Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern.

b) zu den Allgemeinen Bestimmungen 2002/2003 (Anlage 2)

Zu Nummer 1:

(Absatz 1)

Die Regelung in Ziffer 3 -neu- erweitert die Möglichkeiten, neue Stellen zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen Ziffern 3 und 4 werden Ziffern 4 und 5.

Zu Nummer 2:

(Absatz 8)

Die Neufassung von Satz 1 in Ziffer 3 ist erforderlich, da infolge der Umwandlung der Fachhochschulen in Landesbetriebe Stellen für Tarifpersonal nicht mehr in den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen sondern in der Anlage 3 des jeweiligen Fachkapitels nachgewiesen sind.

Durch die Neufassung von Ziffer 4 wird die Unterrichtung des Landtages über die Denomination der Professorenstellen in den Hochschulkapiteln sowie über wesentliche strukturelle Änderungen in einzelnen Hochschulen auf den Stichtag 1. Oktober eines jeden Jahres festgelegt.

Zu Nummer 6:

(Absatz 2)

Durch das Gesetz zur Fortentwicklung der Altersteilzeit vom 20. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2494) ist der Geltungsbereich des Altersteilzeitgesetzes ab 1. Januar 2000 auch auf teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erweitert worden. Die Einfügung von Satz 3 -neu- ist erforderlich, weil die Tarifvertragsparteien durch den Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 30. Juni 2000 zum Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit im tariflichen Bereich die Möglichkeit für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer geschaffen haben, Altersteilzeit zu vereinbaren, soweit sie die übrigen tariflich festgelegten Altersteilzeitvoraussetzungen erfüllen. Die bisherigen Sätze 3 bis 13 werden Sätze 4 bis 14.

Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der persönlichen Verwaltungsausgaben

1. Haushaltsjahr 2002

   1.1 Grundlage für die Berechnung der **Personalkostenbudgets** ist eine Personalkostenhochrechnung (PKH), die auf der Basis des für das Haushaltsjahr 2002 festgelegten Beschäftigungsvolumens durchgeführt wurde. In der PKH sind alle budgetrelevanten Veränderungen im Stellenbereich enthalten. Einbezogen wurden dabei ausschließlich die sog. PKB-Titel (422 01, 422 11, 422 19, 425 01, 425 02, 425 03, 425 05, 425 11, 425 13, 425 14, 425 23, 425 26, 425 27, 426 01, 426 03 sowie in den Kapiteln 03 14 und 03 18 auch der Titel 429 01). Das Personalkostenbudget ist in den jeweiligen Kapiteln beim Titel 422 01 veranschlagt. Für die Kapitel 07 10 bis 07 20 ist das Budget bei Kapitel 07 10 zusammengefasst. Die weiteren PKB-Titel sind – soweit im jeweiligen Kapitel erforderlich – als Leertitel ausgebracht.

   In Kapiteln ohne PKB bzw. bei den Titeln, die nicht der PKB unterliegen, ist Ausgangsbasis für die Veranschlagung der persönlichen Verwaltungsausgaben grundsätzlich das jeweilige Jahres-Ist 2000.

   1.2. Beträge für **Nachversicherungen** ausscheidender Bediensteter werden zentral bei Kapitel 13 02 Titel 422 12 veranschlagt.

   1.3. Den Ansätzen für **Beihilfen** (Titel 441 .. und 446 01) liegt die jeweilige Ist-Ausgabe des Jahres 2000, hochgerechnet auf 2002, zugrunde. Die Mittel hierfür werden grundsätzlich für den jeweiligen Einzelplan zentral im Ministerialkapitel ..01 veranschlagt.

   1.4. Den Ansätzen für **Unterstützungen** (Titel 443 02) und **Fürsorgemaßnahmen** (Titel 443 01) liegt die jeweilige Ist-Ausgabe des Jahres 2000 unter Berücksichtigung von Mehr- und Minderausgaben aufgrund von Stellenveränderungen der Jahre 2001 und 2002 zugrunde. Die Mittel hierfür werden grundsätzlich für den jeweiligen Einzelplan zentral im Ministerialkapitel . . 01 veranschlagt.

2. Haushaltsjahr 2003

   Die Ansätze für 2003 bei den Titeln der Hauptgruppe 4 wurden grundsätzlich auf Basis der Ansätze 2002 fortgeschrieben.

   Zur Bestimmung des Personalkostenbudgets ist eine Hochrechnung auf der Basis des für das Haushaltsjahr 2003 festgelegten Beschäftigungsvolumens durchgeführt worden.

3. Mittel für

   3.1 die zu erwartende lineare Besoldungs-, Versorgungs- und Tariferhöhung des Jahres 2003 werden global im Einzelplan 13 bei Kapitel 13 02 Titel 461 11 bzw. bei Kapitel 13 50 Titel 461 11

   3.2 die Zuführungen an das Sondervermögen Nds. Versorgungsrücklage (§ 6 Nds. Versorgungsrücklagengesetz) werden zentral im Einzelplan 13 bei Kapitel 13 02 Titel 424 11 bzw. bei Kapitel 13 50 Titel 434 11

   veranschlagt.

Soweit sich aufgrund dieser Veranschlagungsmethoden bei den oben erwähnten Titeln Ansatzänderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben, werden sie zur Vermeidung eines unnötigen Verwaltungsaufwands nicht im Einzelnen begründet.

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel				
01	Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage				
011	Lohnsteuer	—	—	5.287.850.000	5.025.200.000
012	Veranlagte Einkommensteuer	—	—	252.875.000	278.375.000
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	—	—	327.500.000	336.500.000
014	Körperschaftsteuer	—	—	537.500.000	610.000.000
015	Umsatzsteuer	—	—	5.939.315.000	5.798.705.000
016	Einfuhrumsatzsteuer	—	—	—	—
017	Gewerbesteuerumlage	—	—	497.000.000	417.000.000
018	Zinsabschlagsteuer	—	—	303.160.000	298.320.000
	01 insgesamt	—	—	13.145.200.000	12.764.100.000
05	Landessteuern (05/06)				
051	Vermögensteuer	—	—	17.000.000	22.000.000
052	Erbschaftsteuer	—	—	237.000.000	226.000.000
053	Grunderwerbsteuer	—	—	390.000.000	379.000.000
054	Kraftfahrzeugsteuer	—	—	890.000.000	877.000.000
055	Totalisatorsteuer	—	—	1.000.000	1.000.000
056	Andere Rennwettsteuern	—	—	1.000.000	1.000.000
057	Lotteriesteuer	—	—	176.000.000	167.000.000
058	Sportwettsteuer	—	—	—	—
059	Feuerschutzsteuer	—	—	28.000.000	28.000.000
061	Biersteuer	—	—	40.000.000	40.000.000
062	Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel (abzüglich Gewerbesteuerumlage)	—	—	—	—
069	Sonstige	—	—	—	—
	05/06 insgesamt	—	—	1.780.000.000	1.741.000.000
09	Steuerähnliche Abgaben				
093	Abgaben von Spielbanken	—	—	96.120.000	96.120.000
099	Sonstige	—	—	100.944.000	103.274.000
	09 insgesamt	—	—	197.064.000	199.394.000
	0 insgesamt	—	—	15.122.264.000	14.704.494.000
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				
11	Verwaltungseinnahmen				
111	Gebühren, sonstige Entgelte	—	—	89.890.000	90.718.000
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	—	—	375.184.000	374.884.000
119	Sonstige	—	—	209.322.000	206.843.000
	11 insgesamt	—	—	674.396.000	672.445.000
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)				
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	—	—	49.184.000	35.785.000
122	Konzessionsabgaben	—	—	436.338.000	433.624.000
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	—	—	3.736.000	3.620.000
124	Mieten und Pachten	—	—	227.086.000	227.053.000
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	—	—	82.282.000	81.192.000
129	Sonstige	—	—	26.136.000	25.886.000
	12 insgesamt	—	—	824.762.000	807.160.000
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen				
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	—	—	31.000	31.000
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	—	2.518.000	2.570.000
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	—	—	315.970.000	80.000
134	Kapitalrückzahlungen	—	—	48.000	48.000
	13 insgesamt	—	—	318.567.000	2.729.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen				
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	—	—	563.000	563.000
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	—	563.000	563.000
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich				
151	Zinseinnahmen vom Bund	—	—	—	—
152	Zinseinnahmen von Ländern	—	—	—	—
153	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	339.000	344.000
154	Zinseinnahmen von Sondervermögen	—	—	—	—
156	Zinseinnahmen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
157	Zinseinnahmen von Zweckverbänden	—	—	52.000	54.000
	15 insgesamt	—	—	391.000	398.000
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen				
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	—	—	2.823.000	2.823.000
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	—	—	17.464.000	17.476.000
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	—	—	—	—
	16 insgesamt	—	—	20.287.000	20.299.000
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich				
171	Darlehensrückflüsse vom Bund	—	—	—	—
172	Darlehensrückflüsse von Ländern	—	—	—	—
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	4.542.000	5.263.000
174	Darlehensrückflüsse von Sondervermögen	—	—	—	—
176	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
177	Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden	—	—	2.941.000	3.291.000
	17 insgesamt	—	—	7.483.000	8.554.000
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen				
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	—	—	50.618.000	—
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	—	—	68.520.000	72.327.000
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	—	—	—	—
	18 insgesamt	—	—	119.138.000	72.327.000
	1 insgesamt	—	—	1.965.587.000	1.584.475.000
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich				
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	—	—	760.000.000	752.000.000
212	Allgemeine Zuweisungen von Ländern	—	—	470.000.000	446.000.000
213	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	25.000.000	41.000.000
214	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen	—	—	—	—
216	Allgemeine Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
217	Allgemeine Zuweisungen von Zweckverbänden	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	—	1.255.000.000	1.239.000.000
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich				
221	Schuldendiensthilfen vom Bund	—	—	—	—
222	Schuldendiensthilfen von Ländern	—	—	—	—
223	Schuldendiensthilfen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	—	—
224	Schuldendiensthilfen von Sondervermögen	—	—	—	—
226	Schuldendiensthilfen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
227	Schuldendiensthilfen von Zweckverbänden	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	—	—

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich				
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund	—	—	1.073.232.000	1.065.458.000
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	—	—	10.382.000	10.871.000
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	123.172.000	123.181.000
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	—	—	15.000	15.000
235	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	728.000	728.000
236	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	4.401.000	4.384.000
237	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen von Zweckverbänden	—	—	627.000	627.000
	23 insgesamt	—	—	1.212.557.000	1.205.264.000
26	Schuldendiensthilfen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen				
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	—	—	48.663.000	46.663.000
266	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	—	48.663.000	46.663.000
27	Zuschüsse von der EU				
271	Erstattungen von der EU	—	—	11.345.000	11.944.000
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	—	—	135.849.000	132.424.000
	27 insgesamt	—	—	147.194.000	144.368.000
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen				
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	—	—	96.126.000	97.977.000
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	—	—	2.710.000	2.906.000
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	—	—	—	—
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	—	—	—	—
	28 insgesamt	—	—	98.836.000	100.883.000
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen				
291	Vermögensübertragungen vom Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
292	Vermögensübertragungen von Ländern, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
293	Vermögensübertragungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
297	Vermögensübertragungen von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
298	Vermögensübertragungen von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
299	Vermögensübertragungen aus dem Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
	29 insgesamt	—	—	—	—
	2 insgesamt	—	—	2.762.250.000	2.736.178.000
3	Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen f. Investitionen, bes. Finanzierungseinn.				
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermög. u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüssen				
311	Schuldenaufnahmen beim Bund	—	—	14.345.000	15.353.000
312	Schuldenaufnahmen bei Ländern	—	—	—	—
313	Schuldenaufnahmen bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	—	—
314	Schuldenaufnahmen bei Sondervermögen	—	—	—	—
317	Schuldenaufnahmen bei Zweckverbänden	—	—	—	—
	31 insgesamt	—	—	14.345.000	15.353.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt				
321	Schuldenaufnahmen bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	—	—	—	—
322	Schuldenaufnahmen bei Sozialversicherungsträgern und bei der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	1.330.680.000	1.350.000.000
326	Schuldenaufnahmen im Ausland	—	—	-30.680.000	—
	32 insgesamt	—	—	1.300.000.000	1.350.000.000
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	—	—	596.142.000	588.120.000
332	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	—	—	716.000	1.011.000
333	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	65.172.000	65.759.000
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	—	—	—	—
336	Zuweisungen für Investitionen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
337	Zuweisungen für Investitionen von Zweckverbänden	—	—	—	—
	33 insgesamt	—	—	662.030.000	654.890.000
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen				
341	Beiträge	—	—	655.000	1.422.000
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	—	—	41.263.000	41.263.000
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	—	—	4.600.000	4.600.000
347	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	—	—	—	—
	34 insgesamt	—	—	46.518.000	47.285.000
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken				
351	Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage	—	—	104.998.000	513.500.000
352	Entnahmen aus der Betriebsmittelrücklage	—	—	—	—
353	Entnahmen aus der Schuldendienstrücklage	—	—	—	—
354	Entnahmen aus der Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—	—	—
355	Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage	—	—	—	—
356	Entnahmen aus Fonds und Stöcken	—	—	36.323.000	38.997.000
359	Sonstige	—	—	134.701.000	9.860.000
	35 insgesamt	—	—	276.022.000	562.357.000
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre				
361	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—	—	—
	36 insgesamt	—	—	—	—
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen				
371	Globale Mehreinnahmen	—	—	40.000.000	53.000.000
372	Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—
	37 insgesamt	—	—	40.000.000	53.000.000
38	Haushaltstechnische Verrechnungen				
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	—	—	287.180.000	278.327.000
382	Durchlaufende Posten	—	—	9.335.000	9.582.000
389	Sonstige	—	—	614.000	614.000
	38 insgesamt	—	—	297.129.000	288.523.000
	3 insgesamt	—	—	2.636.044.000	2.971.408.000
	0 - 3 Gesamteinnahmen	—	—	22.486.145.000	21.996.555.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
4	Personalausgaben				
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige				
411	Aufwendungen für Abgeordnete	—	—	27.501.000	22.995.000
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	210.000	210.000	3.350.000	3.345.000
	41 insgesamt	210.000	210.000	30.851.000	26.340.000
42	Bezüge und Nebenleistungen				
421	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister	—	—	1.716.000	1.716.000
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	12.000.000	12.000.000	5.790.540.000	5.748.690.000
424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	—	—	32.814.000	24.111.000
425	Vergütungen der Angestellten	—	—	165.217.000	157.925.000
426	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	88.776.000	88.420.000
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	1.575.000	3.625.000	36.718.000	36.417.000
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben - nur in Titelgruppen	21.777.000	33.190.000	168.431.000	173.550.000
	42 insgesamt	35.352.000	48.815.000	6.284.212.000	6.230.829.000
43	Versorgungsbezüge und dgl.				
431	Versorgungsbezüge Ministerpräsidentin/Ministerpräsidenten, Ministerinnen/Minister und d. Hinterbliebenen	—	—	2.045.000	2.045.000
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter und deren Hinterbliebenen	—	—	1.793.445.000	1.711.459.000
434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	—	—	13.284.000	9.401.000
435	Versorgungsbezüge der Angestellten und deren Hinterbliebenen	—	—	—	—
436	Versorgungsbezüge der Arbeiterinnen, Arbeiter und deren Hinterbliebenen	—	—	81.000	106.000
437	Versorgungsbezüge nach dem G 131	—	—	—	—
439	Sonstige	—	—	2.402.000	2.390.000
	43 insgesamt	—	—	1.811.257.000	1.725.401.000
44	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.				
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, und dgl.	—	—	228.370.000	206.088.000
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	—	280.000	26.390.000	27.746.000
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	—	—	227.884.000	218.600.000
	44 insgesamt	—	280.000	482.644.000	452.434.000
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben				
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie f. soziale Einrichtungen	—	—	—	—
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht Obergruppen 41 bis 44)	—	—	—	—
453	Trennungsentschädigung, Umzugskostenvergütung	—	—	6.531.000	6.549.000
459	Sonstige	—	—	26.920.000	26.922.000
	45 insgesamt	—	—	33.451.000	33.471.000
46	Globale Mehr- und Minderausgaben f. Personalausgaben				
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	—	—	66.742.000	-5.293.000
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—	-3.645.000	-4.655.000
	46 insgesamt	—	—	63.097.000	-9.948.000
	4 insgesamt	35.562.000	49.305.000	8.705.512.000	8.458.527.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				
51	Sächliche Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation, Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst., sonst. Gebrauchsggst.	—	—	106.652.000	106.515.000
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	1.534.000	1.534.000	42.318.000	41.975.000
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	69.219.000	68.163.000
518	Mieten und Pachten	6.144.000	—	52.069.000	50.622.000
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	33.489.000	32.198.000
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	—	20.950.000	20.950.000
523	Kunst- und wissentschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	—	12.997.000	12.621.000
525	Aus- und Fortbildung	—	14.800.000	39.108.000	39.323.000
526	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	160.000	160.000	36.182.000	36.760.000
527	Dienstreisen	1.100.000	1.100.000	23.218.000	23.193.000
529	Verfügungsmittel	—	—	1.092.000	1.091.000
531	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	640.000	640.000	7.252.000	8.631.000
532	Auslagen in Rechtssachen	—	—	150.282.000	150.282.000
534	Ausgaben für die Pflege von Auslandsbeziehungen und Förderung der politischen Zusammenarbeit	—	—	—	—
536	Ausgaben für Polizei, öffentliche Sicherheit und Ordnung	—	—	1.336.000	1.336.000
537	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	17.333.000	15.044.000	36.809.000	34.313.000
538	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	799.000	2.834.000	97.226.000	92.775.000
539	Ausgaben für Schulwesen, Erziehung, Wissenschaft, Sport, kulturelle Angelegenheiten	—	—	52.000	52.000
541	Ausgaben für Veranstaltungen und dgl.	—	—	746.000	817.000
542	Ausgleichsabgaben	—	—	1.399.000	1.399.000
546	Sonstige	—	3.368.000	45.052.000	44.914.000
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	365.236.000	378.067.000	422.817.000	415.382.000
548	Globale Mehrausgaben für sächl. Verwaltungsausgaben	—	—	—	—
549	Globale Minderausgaben f. sächl. Verwaltungsausgaben	—	—	-35.079.000	-35.083.000
	51 - 54 insgesamt	392.946.000	417.547.000	1.165.186.000	1.148.229.000
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse				
561	Zinsausgaben an Bund	—	—	10.648.000	14.143.000
562	Zinsausgaben an Länder	—	—	—	—
563	Zinsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
564	Zinsausgaben an Sondervermögen	—	—	—	—
567	Zinsausgaben an Zweckverbände	—	—	—	—
	56 insgesamt	—	—	10.648.000	14.143.000
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt				
571	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	—	5.113.000	5.113.000
572	Zinsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	135.000	163.000
573	Zinsausgaben für Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	2.365.744.000	2.282.200.000
576	Zinsausgaben an Ausland	—	—	36.410.000	35.500.000
	57 insgesamt	—	—	2.407.402.000	2.322.976.000
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüsse				
581	Tilgungsausgaben an Bund	—	—	42.362.000	49.867.000
582	Tilgungsausgaben an Länder	—	—	—	—
583	Tilgungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
584	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	—	—	1.000	1.000
587	Tilgungsausgaben an Zweckverbände	—	—	—	—
	58 insgesamt	—	—	42.363.000	49.868.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt				
591	Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	—	—	—
592	Tilgungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	795.000	921.000
593	Tilgungsausgaben für Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
595	Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	17.935.000	17.935.000
596	Tilgungsausgaben an Ausland	—	—	—	—
	59 insgesamt	—	—	18.730.000	18.856.000
	5 insgesamt	392.946.000	417.547.000	3.644.329.000	3.554.072.000
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich				
611	Allgemeine Zuweisungen an Bund	—	—	—	—
612	Allgemeine Zuweisungen an Länder	—	—	—	—
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	2.515.605.000	2.457.641.000
614	Allgemeine Zuweisungen an Sondervermögen	—	—	—	—
616	Allgemeine Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
617	Allgemeine Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—
	61 insgesamt	—	—	2.515.605.000	2.457.641.000
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich				
621	Schuldendiensthilfen an Bund	—	—	—	—
622	Schuldendiensthilfen an Länder	—	—	—	—
623	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
624	Schuldendiensthilfen an Sondervermögen	—	—	—	—
626	Schuldendiensthilfen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
627	Schuldendiensthilfen an Zweckverbände	—	—	—	—
	62 insgesamt	—	—	—	—
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich				
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	92.000	92.000	28.904.000	28.972.000
632	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	1.160.000	1.150.000	23.712.000	23.808.000
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	11.031.000	6.431.000	2.066.547.000	2.035.864.000
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	—	—	3.323.000	3.579.000
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	1.600.000	570.000	16.194.000	17.089.000
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	25.648.000	30.921.000	127.781.000	120.624.000
	63 insgesamt	39.531.000	39.164.000	2.266.461.000	2.229.936.000
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche				
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	72.812.000	133.778.000	43.454.000	33.537.000
662	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	22.500.000	22.500.000	24.761.000	25.191.000
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	—	37.500.000	17.181.000	25.035.000
664	Schuldendiensthilfen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—
666	Schuldendiensthilfen an Ausland	—	—	—	—
	66 insgesamt	95.312.000	193.778.000	85.396.000	83.763.000
67	Erstattungen an sonstige Bereiche				
671	Erstattungen an Inland	30.000	30.000	119.187.000	117.407.000
676	Erstattungen an Ausland	—	—	15.000	15.000
	67 insgesamt	30.000	30.000	119.202.000	117.422.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche				
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	1.307.000	1.251.000	257.064.000	254.410.000
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	35.034.000	35.767.000	1.842.134.000	1.825.342.000
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	29.670.000	31.845.000	74.398.000	71.626.000
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentl. Einrichtungen)	5.737.000	6.604.000	396.404.000	389.741.000
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öff. Einrichtungen	23.027.000	22.882.000	283.300.000	279.750.000
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	2.629.000	4.980.000	61.646.000	62.070.000
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU)	—	—	21.595.000	21.945.000
688	Abführung der Eigenmittel an die EU	—	—	—	—
	68 insgesamt	97.404.000	103.329.000	2.936.541.000	2.904.884.000
69	Vermögensübertragung, soweit nicht für Investitionen				
691	Vermögensübertragungen an Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
692	Vermögensübertragungen an Länder, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
693	Vermögensübertragungen an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	116.000	116.000	129.000	129.000
699	Vermögensübertragungen an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
	69 insgesamt	116.000	116.000	129.000	129.000
	6 insgesamt	232.393.000	336.417.000	7.923.334.000	7.793.775.000
7	Baumaßnahmen				
711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	36.187.000	39.661.000
712	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Hochbaumaßnahmen (712 - 729)	115.000.000	115.000.000	126.603.000	106.276.000
731	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Straßenbaumaßnahmen (731 - 739)	23.191.000	23.191.000	49.826.000	49.826.000
741	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Hafenbaumaßnahmen (741 - 759)	—	9.000.000	8.629.000	15.829.000
761	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Sonstige Tiefbaumaßnahmen (761 - 779)	46.419.000	40.903.000	19.321.000	26.161.000
	7 insgesamt	184.610.000	188.094.000	240.566.000	237.753.000
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen				
81	Erwerb von beweglichen Sachen				
811	Erwerb von Fahrzeugen	5.409.000	5.009.000	16.742.000	14.539.000
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	25.506.000	9.539.000	78.977.000	92.833.000
	81 insgesamt	30.915.000	14.548.000	95.719.000	107.372.000
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen				
821	Grunderwerb	203.000	202.000	5.632.000	5.692.000
822	Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen	—	—	—	—
	82 insgesamt	203.000	202.000	5.632.000	5.692.000
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.				
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	—	—	162.000	170.000
836	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Ausland	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	162.000	170.000

Gruppierungsübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
85	Darlehen an öffentlichen Bereich				
851	Darlehen an Bund	—	—	—	—
852	Darlehen an Länder	—	—	—	—
853	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—
854	Darlehen an Sondervermögen	—	—	—	—
856	Darlehen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
857	Darlehen an Zweckverbände	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	—	—
86	Darlehen an sonstige Bereiche				
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	—	2.352.000	12.194.000
862	Darlehen an private Unternehmen	—	—	511.000	511.000
863	Darlehen an Sonstige im Inland	12.306.000	12.266.000	14.371.000	15.379.000
866	Darlehen an Ausland	—	—	—	—
	86 insgesamt	12.306.000	12.266.000	17.234.000	28.084.000
870	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	—	—	25.000.000	25.000.000
	87 insgesamt	—	—	25.000.000	25.000.000
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich				
881	Zuweisungen für Investitionen an Bund	—	—	33.858.000	42.663.000
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	—	—	1.473.000	1.473.000
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	207.510.000	178.487.000	528.533.000	522.201.000
884	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen	—	—	78.378.000	78.436.000
886	Zuweisungen für Investitionen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	8.345.000	8.441.000
	88 insgesamt	207.510.000	178.487.000	650.587.000	653.214.000
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche				
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	130.873.000	145.298.000	525.521.000	479.022.000
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	17.100.000	17.100.000	183.953.000	185.696.000
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	67.972.000	70.794.000	302.503.000	305.268.000
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	2.000.000	1.409.000	10.248.000	13.598.000
896	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	—	—	—	—
	89 insgesamt	217.945.000	234.601.000	1.022.225.000	983.584.000
	8 insgesamt	468.879.000	440.104.000	1.816.559.000	1.803.116.000
9	Besondere Finanzierungsausgaben				
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke				
911	Zuführungen an Ausgleichsrücklage	—	—	—	—
912	Zuführungen an Betriebsmittelrücklage	—	—	—	—
913	Zuführungen an Schuldendienstrücklage	—	—	—	—
914	Zuführungen an Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—	—	—
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage	—	—	—	—
916	Zuführungen an Fonds und Stöcke	—	—	4.939.000	3.951.000
919	Sonstige	—	—	205.000	205.000
	91 insgesamt	—	—	5.144.000	4.156.000
960	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—	—	—
	96 insgesamt	—	—	—	—
97	Globale Mehr- und Minderausgaben				
971	Globale Mehrausgaben	—	7.520.000	90.536.000	88.597.000
972	Globale Minderausgaben	—	—	-236.964.000	-231.964.000
	97 insgesamt	—	7.520.000	-146.428.000	-143.367.000
98	Haushaltstechnische Verrechnungen				
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	—	—	287.180.000	278.327.000
982	Durchlaufende Posten	—	—	9.335.000	9.582.000
989	Sonstige	—	—	614.000	614.000
	98 insgesamt	—	—	297.129.000	288.523.000
	9 insgesamt	—	7.520.000	155.845.000	149.312.000
	4 - 9 Gesamtausgaben	1.314.390.000	1.438.987.000	22.486.145.000	21.996.555.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
011	Politische Führung	—	—	4.127.000	10.180.000
012	Innere Verwaltung	—	—	14.627.000	14.610.000
013	Informationswesen	—	—	—	—
014	Statistischer Dienst	—	—	288.000	288.000
015	Zivildienst	—	—	23.000	23.000
016	Hochbauverwaltung	—	—	88.183.000	93.257.000
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	—	—	139.633.000	140.835.000
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	—	170.000	170.000
	01 insgesamt	—	—	247.051.000	259.363.000
02	Auswärtige Angelegenheiten				
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	—	—	—
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	—	—	—
029	Sonstiges	—	—	—	—
	02 insgesamt	—	—	—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
042	Polizei	—	—	18.952.000	19.140.000
044	Brandschutz	—	—	1.363.000	1.337.000
045	Katastrophenschutz	—	—	670.000	670.000
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	—	—	—	—
049	Sonstiges	—	—	4.922.000	4.922.000
	04 insgesamt	—	—	25.907.000	26.069.000
05	Rechtsschutz				
051	Verfassungsgerichte	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	—	360.922.000	359.832.000
053	Verwaltungsgerichte	—	—	3.000.000	2.998.000
054	Arbeits- und Sozialgerichte	—	—	5.310.000	5.293.000
055	Finanzgerichte	—	—	1.067.000	1.067.000
056	Justizvollzugsanstalten	—	—	8.207.000	7.499.000
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—
	05 insgesamt	—	—	378.506.000	376.689.000
06	Finanzverwaltung				
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	—	—	321.078.000	318.756.000
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	—	4.479.000	4.479.000
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	—	—	—	—
	06 insgesamt	—	—	325.557.000	323.235.000
	0 insgesamt	—	—	977.021.000	985.356.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten				
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)				
111	Unterrichtsverwaltung	—	—	133.000	133.000
112	Grundschulen	—	—	—	1.738.000
113	Hauptschulen	—	—	—	—
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	—	—	1.143.000	1.143.000
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	—	—
116	Realschulen	—	—	274.000	274.000
117	Gymnasien, Kollegs	—	—	2.537.000	2.537.000
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	—	—	85.000	85.000
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	—	—
124	Sonderschulen	—	—	15.258.000	14.934.000
127	Berufliche Schulen	—	—	9.443.000	9.443.000
129	Sonstige schulische Aufgaben	—	—	1.620.000	5.868.000
	11/12 insgesamt	—	—	30.493.000	36.155.000
13	Hochschulen				
131	Universitäten	—	—	97.252.000	87.797.000
132	Hochschulkliniken	—	—	2.468.000	2.609.000
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	—	865.000	865.000
135	Kunsthochschulen	—	—	2.471.000	212.000
136	Fachhochschulen	—	—	4.750.000	3.336.000
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	—	—
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	—	—	30.930.000	30.483.000
	13 insgesamt	—	—	138.736.000	125.302.000
14	Förderung von Schüler(-innen), Student/-innen und dgl.				
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	32.142.000	31.587.000
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	—	44.358.000	43.541.000
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	—	—
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	—	76.500.000	75.128.000
15	Sonstiges Bildungswesen				
151	Förderung der Weiterbildung	—	—	48.000	48.000
152	Volkshochschulen	—	—	—	—
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	—	—	412.000	412.000
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	—	—	49.000	49.000
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	—	—	79.000	79.000
156	Berufsakademien	—	—	—	—
	15 insgesamt	—	—	588.000	588.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)				
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	—	—	2.584.000	3.525.000
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	—	—	21.697.000	23.122.000
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	—	—	356.000	356.000
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produk./Techn.(Einzelm.)	—	—	—	—
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	—	—	—
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	—	—	190.000	180.000
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	—	—
176	Forsch./exper. Entw. z. Infrastruktm./Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	—	—	—
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	—	—	4.156.000	4.156.000
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	1.033.000	1.015.000
	16/17 insgesamt	—	—	30.016.000	32.354.000
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)				
181	Theater	—	—	14.791.000	15.062.000
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	—	—
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	—	624.000	624.000
184	Zoologosche und botanische Gärten	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	—	—
186	Nicht wissentschaftliche Bibliotheken	—	—	—	—
187	Sonstige Kultureinrichtungen	—	—	3.684.000	3.684.000
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	—	449.000	449.000
	18 insgesamt	—	—	19.548.000	19.819.000
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten				
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	—	—	—
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	—	—	—
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	—	—	—
195	Denkmalschutz und -pflege	—	—	—	—
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	—	—
	19 insgesamt	—	—	—	—
	1 insgesamt	—	—	295.881.000	289.346.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung				
21	Verwaltung				
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	—	703.000	693.000
213	Jugendämter	—	—	75.000	75.000
214	Versorgungsämter	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	—	778.000	768.000
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
223	Unfallversicherung	—	—	1.776.000	1.776.000
224	Krankenversicherung	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	1.776.000	1.776.000
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.				
231	Kindergeld	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	207.000.000	207.000.000
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	—	89.519.000	89.519.000
235	Soziale Einrichtungen	—	—	16.273.000	17.316.000
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	—	—	1.000	1.000
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	29.500.000	29.500.000
	23 insgesamt	—	—	342.293.000	343.336.000
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen				
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	—	—
243	Lastenausgleich	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	—	304.000	304.000
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	—	—	643.000	638.000
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	33.120.000	33.120.000
249	Sonstiges	—	—	2.175.000	4.070.000
	24 insgesamt	—	—	36.242.000	38.132.000
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	—	3.900.000	3.900.000
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	—	58.594.000	56.969.000
254	Arbeitsschutz	—	—	5.201.000	5.251.000
	25 insgesamt	—	—	67.695.000	66.120.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
26	Jugendhilfe nach SGB VIII				
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	80.000	80.000
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	—	—
264	Förderung von Kindern in Tages-einrichtungen und in Tagespfl.	—	—	—	—
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	25.000	25.000
	26 insgesamt	—	—	105.000	105.000
27	Einrichtungen der Jugendhilfe				
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	—	—
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	—	220.000	220.000
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	—	—
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Auf-gaben der Jugendhilfe	—	—	40.000	40.000
	27 insgesamt	—	—	260.000	260.000
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	—	—	7.234.000	6.897.000
	2 insgesamt	—	—	456.383.000	457.394.000
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
311	Gesundheitsbehörden	—	—	191.000	191.000
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	69.587.000	68.174.000
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	—	2.682.000	2.682.000
319	Sonstiges	—	—	—	—
	31 insgesamt	—	—	72.460.000	71.047.000
32	Sport und Erholung				
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	—	92.000	92.000
324	Förderung des Sports	—	—	5.000	5.000
329	Sonstiges	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	—	97.000	97.000
33	Umwelt- und Naturschutz				
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	—	—	1.533.000	1.630.000
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	—	—	11.824.000	11.990.000
	33 insgesamt	—	—	13.357.000	13.620.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	—	28.608.000	28.992.000
	34 insgesamt	—	—	28.608.000	28.992.000
	3 insgesamt	—	—	114.522.000	113.756.000
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.				
41	Wohnungswesen				
411	Förderung des Wohnungsbaues	—	—	80.813.000	91.112.000
419	Sonstiges	—	—	—	—
	41 insgesamt	—	—	80.813.000	91.112.000
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	—	—	77.683.000	76.683.000
422	Raumordnung und Landesplanung	—	—	718.000	1.013.000
	42 insgesamt	—	—	78.401.000	77.696.000
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste				
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	—	678.000	755.000
434	Straßenreinigung	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	—	678.000	755.000
440	Städtebauförderung	—	—	14.844.000	11.231.000
	4 insgesamt	—	—	174.736.000	180.794.000
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
511	Ernährung und Landwirtschaft	—	—	17.350.000	17.350.000
512	Forsten	—	—	272.000	269.000
	51 insgesamt	—	—	17.622.000	17.619.000
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	—	—	62.828.000	68.396.000
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	—	1.000.000	1.600.000
529	Sonstiges	—	—	2.043.000	2.043.000
	52 insgesamt	—	—	65.871.000	72.039.000
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen				
531	EU-Garantiefonds	—	—	77.800.000	76.000.000
532	Marktordnungen (einschl. EU)	—	—	3.000.000	3.000.000
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—
	53 insgesamt	—	—	80.800.000	79.000.000

Funktionenübersicht
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
54	Sonstige Bereiche				
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—
542	Fischerei	—	—	4.622.000	4.610.000
549	Sonstiges	—	—	7.400.000	8.053.000
	54 insgesamt	—	—	12.022.000	12.663.000
	5 insgesamt	—	—	176.315.000	181.321.000
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				
610	Verwaltung	—	—	1.803.000	1.787.000
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
621	Kernenergie	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	—	—	104.119.000	106.509.000
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	—	32.909.000	35.471.000
626	Erdölversorgung	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—
	62 insgesamt	—	—	137.028.000	141.980.000
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	260.613.000	260.613.000
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	260.613.000	260.613.000
64	Handel				
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—
	64 insgesamt	—	—	—	—
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—
69	Regionale Förderungsmaßnahmen				
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	—	41.975.000	41.975.000
699	Sonstiges	—	—	116.486.000	110.679.000
	69 insgesamt	—	—	158.461.000	152.654.000
	6 insgesamt	—	—	557.905.000	557.034.000
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
711	Straßen- und Brückenbau	—	—	2.693.000	2.693.000
712	Wasserstraßen und Häfen	—	—	5.100.000	5.100.000
719	Sonstiges	—	—	—	—
	71 insgesamt	—	—	7.793.000	7.793.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
72	Straßen				
721	Bundesautobahnen	—	—	63.292.000	63.292.000
722	Bundesstraßen	—	—	12.375.000	12.375.000
723	Landesstraßen	—	—	4.170.000	4.170.000
724	Kreisstraßen	—	—	4.852.000	4.852.000
725	Gemeindestraßen	—	—	61.996.000	61.996.000
729	Sonstiges	—	—	—	—
	72 insgesamt	—	—	146.685.000	146.685.000
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	24.736.000	24.486.000
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	24.736.000	24.486.000
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	—	—	690.837.000	606.310.000
749	Sonstiges	—	—	—	—
	74 insgesamt	—	—	690.837.000	606.310.000
75	Luftfahrt				
751	Flugsicherung	—	—	90.000	90.000
759	Sonstiges	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	—	90.000	90.000
760	Wetterdienst	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen				
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—
	7 insgesamt	—	—	870.141.000	785.364.000
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	—	—	7.875.000	7.877.000
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	—	—	89.435.000	88.159.000
	81 insgesamt	—	—	97.310.000	96.036.000
82	Versorgungsunternehmen				
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
83	Verkehrsunternehmen				
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—
839	Sonstiges	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
851	Bergbau	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	14.827.000	14.827.000
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	179.461.000	176.631.000
859	Sonstiges	—	—	318.290.000	2.381.000
	85 insgesamt	—	—	512.578.000	193.839.000
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
871	Allgemeines Grundvermögen	—	—	1.011.000	1.011.000
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	48.388.000	45.643.000
873	Sondervermögen	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	—	49.399.000	46.654.000
	8 insgesamt	—	—	659.287.000	336.529.000
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	16.276.320.000	15.840.220.000
920	Schulden	—	—	1.314.483.000	1.365.561.000
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	276.022.000	562.357.000
960	Sonstiges	—	—	—	—
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
98	Globalposten				
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	—	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	40.000.000	53.000.000
	98 insgesamt	—	—	40.000.000	53.000.000
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	297.129.000	288.523.000
	9 insgesamt	—	—	18.203.954.000	18.109.661.000
	0 - 9 Gesamteinnahmen	—	—	22.486.145.000	21.996.555.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
011	Politische Führung	12.766.000	1.130.000	238.808.000	229.223.000
012	Innere Verwaltung	—	1.200.000	173.092.000	176.467.000
013	Informationswesen	—	—	3.471.000	4.647.000
014	Statistischer Dienst	—	—	26.197.000	26.345.000
015	Zivildienst	1.575.000	3.625.000	48.000	48.000
016	Hochbauverwaltung	—	—	109.856.000	111.418.000
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	—	—	2.090.637.000	1.986.131.000
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	—	16.083.000	16.092.000
	01 insgesamt	14.341.000	5.955.000	2.658.192.000	2.550.371.000
02	Auswärtige Angelegenheiten				
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1.500.000	1.500.000	706.000	706.000
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	—	919.000	919.000
029	Sonstiges	—	—	26.000	26.000
	02 insgesamt	1.500.000	1.500.000	1.651.000	1.651.000
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
042	Polizei	25.155.000	12.439.000	949.280.000	944.748.000
044	Brandschutz	—	—	29.333.000	30.826.000
045	Katastrophenschutz	—	614.000	2.040.000	1.399.000
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	—	—	—	—
049	Sonstiges	159.000	159.000	23.816.000	24.009.000
	04 insgesamt	25.314.000	13.212.000	1.004.469.000	1.000.982.000
05	Rechtsschutz				
051	Verfassungsgerichte	—	—	195.000	196.000
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	1.818.000	1.200.000	626.210.000	628.213.000
053	Verwaltungsgerichte	—	—	24.940.000	25.113.000
054	Arbeits- und Sozialgerichte	—	—	39.701.000	39.682.000
055	Finanzgerichte	—	—	7.353.000	7.338.000
056	Justizvollzugsanstalten	2.867.000	2.401.000	224.533.000	219.300.000
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	3.000	3.000
	05 insgesamt	4.685.000	3.601.000	922.935.000	919.845.000
06	Finanzverwaltung				
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	8.100.000	5.100.000	526.357.000	524.446.000
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	—	4.331.000	4.331.000
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	—	—	—	—
	06 insgesamt	8.100.000	5.100.000	530.688.000	528.777.000
	0 insgesamt	53.940.000	29.368.000	5.117.935.000	5.001.626.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten				
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)				
111	Unterrichtsverwaltung	—	—	20.866.000	21.275.000
112	Grundschulen	—	—	1.502.000	1.502.000
113	Hauptschulen	—	—	—	—
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	—	7.000.000	3.161.818.000	3.116.700.000
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	14.550.000	14.278.000
116	Realschulen	—	—	668.000	668.000
117	Gymnasien, Kollegs	—	—	77.427.000	76.154.000
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	—	—	750.000	750.000
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	21.010.000	20.698.000
124	Sonderschulen	—	—	65.900.000	64.554.000
127	Berufliche Schulen	—	—	52.770.000	51.835.000
129	Sonstige schulische Aufgaben	1.131.000	1.100.000	78.034.000	82.909.000
	11/12 insgesamt	1.131.000	8.100.000	3.495.295.000	3.451.323.000
13	Hochschulen				
131	Universitäten	228.715.000	239.050.000	1.046.926.000	1.015.077.000
132	Hochschulkliniken	—	—	324.984.000	323.706.000
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	—	12.241.000	10.320.000
135	Kunsthochschulen	10.000	10.000	29.611.000	29.699.000
136	Fachhochschulen	243.000	243.000	231.932.000	232.495.000
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	72.860.000	99.040.000
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	31.452.000	35.722.000	49.303.000	48.676.000
	13 insgesamt	260.420.000	275.025.000	1.767.857.000	1.759.013.000
14	Förderung von Schüler(-innen), Student/-innen und dgl.				
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	49.746.000	48.893.000
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	—	95.272.000	92.615.000
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	1.329.000	1.329.000
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	1.586.000	1.592.000
	14 insgesamt	—	—	147.933.000	144.429.000
15	Sonstiges Bildungswesen				
151	Förderung der Weiterbildung	—	—	4.949.000	4.906.000
152	Volkshochschulen	—	—	32.217.000	31.898.000
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	1.608.000	2.816.000	20.450.000	20.539.000
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	—	—	93.402.000	94.489.000
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	—	—	4.461.000	4.498.000
156	Berufsakademien	—	—	21.120.000	20.937.000
	15 insgesamt	1.608.000	2.816.000	176.599.000	177.267.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)				
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	840.000	—	36.455.000	35.807.000
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2.000.000	1.709.000	103.289.000	102.589.000
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	—	—	49.757.000	50.571.000
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur industr. Produk./Techn.(Einzelm.)	1.500.000	1.500.000	1.300.000	1.450.000
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	—	1.604.000	1.580.000
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	—	—	5.585.000	5.616.000
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	386.000	378.000
176	Forsch./exper. Entw. z. Infrastruktm./Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	—	256.000	305.000
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	2.230.000	1.841.000	22.849.000	23.367.000
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	163.000	162.000
	16/17 insgesamt	6.570.000	5.050.000	221.644.000	221.825.000
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)				
181	Theater	—	5.250.000	112.038.000	110.802.000
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	1.233.000	1.208.000
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	—	23.136.000	24.537.000
184	Zoologosche und botanische Gärten	—	—	562.000	562.000
185	Musikschulen	—	—	1.483.000	1.483.000
186	Nicht wissentschaftliche Bibliotheken	—	—	1.017.000	1.001.000
187	Sonstige Kultureinrichtungen	—	—	23.407.000	23.597.000
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	—	7.806.000	7.851.000
	18 insgesamt	—	5.250.000	170.682.000	171.041.000
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten				
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	—	2.329.000	5.244.000
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	—	1.397.000	1.397.000
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	766.000	4.799.000	4.799.000
195	Denkmalschutz und -pflege	1.534.000	1.534.000	4.902.000	4.899.000
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	39.395.000	38.537.000
	19 insgesamt	1.534.000	2.300.000	52.822.000	54.876.000
	1 insgesamt	271.263.000	298.541.000	6.032.832.000	5.979.774.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung				
21	Verwaltung				
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	—	222.402.000	242.916.000
213	Jugendämter	—	—	2.933.000	2.924.000
214	Versorgungsämter	—	—	56.000	56.000
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	3.630.000	3.630.000
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	95.000	95.000
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	—	229.116.000	249.621.000
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
223	Unfallversicherung	—	—	18.618.000	18.618.000
224	Krankenversicherung	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	—	—	755.000	709.000
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	19.373.000	19.327.000
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.				
231	Kindergeld	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	414.000.000	414.000.000
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	—	1.341.227.000	1.293.130.000
235	Soziale Einrichtungen	—	—	17.556.000	18.726.000
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	7.985.000	8.003.000	40.562.000	40.266.000
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	63.100.000	63.100.000
	23 insgesamt	7.985.000	8.003.000	1.876.445.000	1.829.222.000
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen				
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	26.000	26.000
243	Lastenausgleich	—	—	3.323.000	3.579.000
244	Wiedergutmachung	116.000	116.000	42.798.000	43.296.000
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	—	—	19.902.000	19.736.000
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	38.478.000	47.221.000
249	Sonstiges	—	—	2.193.000	5.107.000
	24 insgesamt	116.000	116.000	106.720.000	118.965.000
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	—	5.647.000	5.797.000
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	42.073.000	40.848.000	84.956.000	83.331.000
254	Arbeitsschutz	1.540.000	—	30.056.000	30.392.000
	25 insgesamt	43.613.000	40.848.000	120.659.000	119.520.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
26	Jugendhilfe nach SGB VIII				
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	74.000	74.000
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	2.050.000	2.050.000
264	Förderung von Kindern in Tages-einrichtungen und in Tagespfl.	—	—	—	—
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	10.657.000	10.657.000
	26 insgesamt	—	—	12.781.000	12.781.000
27	Einrichtungen der Jugendhilfe				
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	18.067.000	18.480.000
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	—	1.714.000	1.709.000
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	920.000	920.000
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Auf-gaben der Jugendhilfe	—	—	77.000	77.000
	27 insgesamt	—	—	20.778.000	21.186.000
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	767.000	767.000	170.974.000	167.935.000
	2 insgesamt	52.481.000	49.734.000	2.556.846.000	2.538.557.000
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
311	Gesundheitsbehörden	—	—	1.938.000	1.924.000
312	Krankenhäuser und Heilstätten	76.694.000	151.694.000	292.931.000	284.777.000
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	—	29.071.000	28.938.000
319	Sonstiges	—	—	122.000	122.000
	31 insgesamt	76.694.000	151.694.000	324.062.000	315.761.000
32	Sport und Erholung				
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	12.800.000	9.389.000	9.329.000
324	Förderung des Sports	—	—	27.317.000	26.782.000
329	Sonstiges	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	12.800.000	36.706.000	36.111.000
33	Umwelt- und Naturschutz				
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	—	—	26.790.000	27.388.000
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	3.980.000	10.304.000	32.277.000	33.754.000
	33 insgesamt	3.980.000	10.304.000	59.067.000	61.142.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	—	25.822.000	26.180.000
	34 insgesamt	—	—	25.822.000	26.180.000
	3 insgesamt	80.674.000	174.798.000	445.657.000	439.194.000
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.				
41	Wohnungswesen				
411	Förderung des Wohnungsbaues	43.314.000	69.051.000	60.831.000	65.704.000
419	Sonstiges	—	—	—	—
	41 insgesamt	43.314.000	69.051.000	60.831.000	65.704.000
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	—	3.068.000	152.763.000	158.814.000
422	Raumordnung und Landesplanung	1.432.000	1.432.000	4.059.000	4.148.000
	42 insgesamt	1.432.000	4.500.000	156.822.000	162.962.000
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste				
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	—	601.000	611.000
434	Straßenreinigung	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	—	601.000	611.000
440	Städtebauförderung	33.708.000	33.708.000	30.455.000	23.229.000
	4 insgesamt	78.454.000	107.259.000	248.709.000	252.506.000
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
511	Ernährung und Landwirtschaft	4.604.000	1.534.000	109.499.000	116.265.000
512	Forsten	—	—	12.781.000	13.091.000
	51 insgesamt	4.604.000	1.534.000	122.280.000	129.356.000
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	91.600.000	91.600.000	103.977.000	113.257.000
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	—	100.000	100.000
529	Sonstiges	—	—	5.652.000	6.950.000
	52 insgesamt	91.600.000	91.600.000	109.729.000	120.307.000
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen				
531	EU-Garantiefonds	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EU)	—	—	3.000.000	3.000.000
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—
539	Sonstiges	650.000	650.000	2.120.000	2.120.000
	53 insgesamt	650.000	650.000	5.120.000	5.120.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
54	Sonstige Bereiche				
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—
542	Fischerei	—	—	5.156.000	5.156.000
549	Sonstiges	2.100.000	5.100.000	90.898.000	91.085.000
	54 insgesamt	2.100.000	5.100.000	96.054.000	96.241.000
	5 insgesamt	98.954.000	98.884.000	333.183.000	351.024.000
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				
610	Verwaltung	—	—	16.751.000	16.847.000
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
621	Kernenergie	—	—	15.000	15.000
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	28.831.000	37.904.000	113.272.000	116.794.000
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—
625	Küstenschutz	40.903.000	40.903.000	48.074.000	51.798.000
626	Erdölversorgung	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—
	62 insgesamt	69.734.000	78.807.000	161.361.000	168.607.000
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	—	—
64	Handel				
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	1.640.000	1.666.000
	64 insgesamt	—	—	1.640.000	1.666.000
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	28.651.000	29.485.000
69	Regionale Förderungsmaßnahmen				
691	Betriebliche Investitionen	—	—	52.166.000	52.166.000
692	Verbesserung der Infrastruktur	79.822.000	79.822.000	137.799.000	143.587.000
699	Sonstiges	51.700.000	51.800.000	118.585.000	118.406.000
	69 insgesamt	131.522.000	131.622.000	308.550.000	314.159.000
	6 insgesamt	201.256.000	210.429.000	516.953.000	530.764.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
711	Straßen- und Brückenbau	92.000	92.000	68.400.000	71.905.000
712	Wasserstraßen und Häfen	12.000.000	12.000.000	52.204.000	52.451.000
719	Sonstiges	—	—	—	—
	71 insgesamt	12.092.000	12.092.000	120.604.000	124.356.000
72	Straßen				
721	Bundesautobahnen	—	—	73.518.000	73.518.000
722	Bundesstraßen	15.103.000	13.203.000	51.441.000	49.072.000
723	Landesstraßen	23.294.000	23.293.000	112.465.000	111.294.000
724	Kreisstraßen	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	1.756.000	1.756.000	62.477.000	62.477.000
729	Sonstiges	—	—	512.000	512.000
	72 insgesamt	40.153.000	38.252.000	300.413.000	296.873.000
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
731	Wasserstraßen und Häfen	—	9.000.000	19.422.000	26.622.000
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	9.000.000	19.422.000	26.622.000
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	424.373.000	387.560.000	787.067.000	702.389.000
749	Sonstiges	—	—	9.294.000	9.544.000
	74 insgesamt	424.373.000	387.560.000	796.361.000	711.933.000
75	Luftfahrt				
751	Flugsicherung	—	—	888.000	879.000
759	Sonstiges	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	—	888.000	879.000
760	Wetterdienst	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen				
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—
	7 insgesamt	476.618.000	446.904.000	1.237.688.000	1.160.663.000
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	—	—	8.812.000	8.726.000
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	750.000	750.000	118.586.000	120.578.000
	81 insgesamt	750.000	750.000	127.398.000	129.304.000

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansätze	
		2003 EUR	2002 EUR	2003 EUR	2002 EUR
82	Versorgungsunternehmen				
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen				
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	371.000	371.000
839	Sonstiges	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	371.000	371.000
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
851	Bergbau	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	—	—
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	555.000	537.000
859	Sonstiges	—	—	25.840.000	27.673.000
	85 insgesamt	—	—	26.395.000	28.210.000
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
871	Allgemeines Grundvermögen	—	—	61.218.000	60.282.000
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	205.000	205.000
873	Sondervermögen	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	—	61.423.000	60.487.000
	8 insgesamt	750.000	750.000	215.587.000	218.372.000
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	2.814.132.000	2.748.079.000
920	Schulden	—	—	2.479.143.000	2.405.843.000
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	238.777.000	223.729.000
950	Rücklagen	—	—	5.144.000	4.156.000
960	Sonstiges	—	14.800.000	61.667.000	61.177.000
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
98	Globalposten				
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	66.270.000	-28.982.000
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	7.520.000	90.536.000	88.597.000
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	-272.043.000	-267.047.000
	98 insgesamt	—	7.520.000	-115.237.000	-207.432.000
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	297.129.000	288.523.000
	9 insgesamt	—	22.320.000	5.780.755.000	5.524.075.000
	0 - 9 Gesamtausgaben	1.314.390.000	1.438.987.000	22.486.145.000	21.996.555.000

Zuordnung der Gruppierungen zu den einzelnen Spalten des Haushaltsquerschnitts (horizontale Gliederung)

Spalte	Bezeichnung	Gruppierungen
	A. Einnahmen	
3	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	0
4	Verwaltungseinnahmen	11
5	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	12
6	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	13
7	Zinseinnahmen vom Bund, von Ländern und Sondervermögen	151, 152, 154
8	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	153
9	Zinseinnahmen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	156, 157
10	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	16
11	Darlehensrückflüsse vom Bund und von Sondervermögen	171, 174
12	Darlehensrückflüsse von Ländern	172
13	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	173
14	Darlehensrückflüsse von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	176, 177
15	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	14, 18
16	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen vom Bund und von Sondervermögen	211, 214, 221, 224, 231, 234, 291
17	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Ländern	212, 222, 232, 292
18	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	213, 223, 233, 293
19	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	216, 217, 226, 227, 235, 236, 237
20	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen aus sonstigen Bereichen	26, 27, 28, 297, 298, 299
21	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen	31
22	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	32
23	Zuweisungen für Investitionen vom Bund und von Sondervermögen	331, 334
24	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	332
25	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	333
26	Zuweisungen für Investitionen von Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und von Zweckverbänden	336, 337
27	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	34
28	Sonstige Einnahmen	35, 36, 37, 38

Spalte	Bezeichnung	Gruppierungen
	B. Ausgaben	
3	Personalausgaben	4
4	Sächliche Verwaltungsaufgaben	51, 52, 53, 54
5	Zinsausgaben	56, 57
6	Tilgungsausgaben	58, 59
7	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Bund und Sondervermögen	611, 614, 624, 631, 634, 691
8	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Länder	612, 632, 692
9	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	613, 633, 693
10	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	616, 617, 636, 637
11	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen: Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	681
12	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Unternehmen	682, 683, 697
13	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an sonstige Bereiche	67, 684, 685, 686, 687, 688, 698, 699
14	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	623
15	Schuldendiensthilfen an Bund, Länder, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	621, 622, 624, 626, 627
16	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	66
17	Baumaßnahmen	7
18	Erwerb von beweglichen Sachen	81
19	Erwerb von unbeweglichen Sachen	82
20	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	83
21	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	853
22	Darlehen an Bund, Länder, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	851, 852, 854, 856, 857
23	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	86, 87
24	Zuweisungen für Investitionen an Länder	882
25	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	883
26	Zuweisungen für Investitionen an Bund, Sondervermögen, Sozialversicherungsträger, an die Bundesanstalt für Arbeit und an Zweckverbände	881, 884, 886, 887
27	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	89
28	Besondere Finanzierungsausgaben	9

2002

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähn-liche Abga-ben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirt-schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Ober-gr. 13) Kapital-rück-zahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
0	Allgemeine Dienste												
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung												
011	Politische Führung	—	2.995	181	246	—	—	—	—	—	—	—	—
012	Innere Verwaltung	—	8.428	68	38	—	—	—	—	—	—	—	—
013	Informationswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
014	Statistischer Dienst	—	235	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
015	Zivildienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Hochbauverwaltung	—	143	20	20	—	—	—	—	—	—	—	—
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	—	1.688	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	—	167	3	—	—	—	—	—	—	—	—
	01 insgesamt	—	13.489	436	314	—	—	—	—	—	—	—	—
02	Auswärtige Angelegenheiten												
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
029	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	02 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung												
042	Polizei	—	16.564	810	946	—	—	—	—	—	—	—	—
044	Brandschutz	—	133	50	51	—	—	—	—	—	—	—	—
045	Katastrophenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
049	Sonstiges	—	217	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—
	04 insgesamt	—	16.914	860	1.011	—	—	—	—	—	—	—	—
05	Rechtsschutz												
051	Verfassungsgerichte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	359.542	256	24	—	—	—	—	—	—	—	—
053	Verwaltungsgerichte	—	2.674	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	—	5.084	14	2	—	—	—	—	—	—	—	—
055	Finanzgerichte	—	1.066	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	—	832	519	12	—	—	—	—	—	—	—	—
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	05 insgesamt	—	369.198	792	40	—	—	—	—	—	—	—	—
06	Finanzverwaltung												
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	—	77.822	209.859	24	—	—	—	—	—	—	—	—
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	3.103	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	06 insgesamt	—	80.925	209.859	24	—	—	—	—	—	—	—	—
	0 insgesamt	—	480.526	211.947	1.389	—	—	—	—	—	—	—	—
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten												
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)												
111	Unterrichtsverwaltung	—	133	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
112	Grundschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
113	Hauptschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	—	1.143	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
116	Realschulen	—	274	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
117	Gymnasien, Kollegs	—	1.565	96	—	—	—	—	—	—	—	—	—
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	—	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
124	Sonderschulen	—	13.232	201	13	—	—	—	—	—	—	—	—
127	Berufliche Schulen	—	9.391	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
129	Sonstige schulische Aufgaben	—	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	11/12 insgesamt	—	25.901	300	13	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Hochschulen												
131	Universitäten	—	1.617	10.280	—	—	—	—	—	—	—	—	—
132	Hochschulkliniken	—	—	2.609	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	5	346	1	—	—	—	—	—	—	—	—
135	Kunsthochschulen	—	—	212	—	—	—	—	—	—	—	—	—
136	Fachhochschulen	—	—	3.336	—	—	—	—	—	—	—	—	—
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	13 insgesamt	—	1.630	16.783	1	—	—	—	—	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															0
															01
15	6.191	—	—	—	552	—	—	—	—	—	—	—	—	10.180	011
—	51	—	—	1.669	4.356	—	—	—	—	—	—	—	—	14.610	012
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	013
—	—	—	—	—	51	—	—	—	—	—	—	—	—	288	014
—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	015
—	86.398	—	—	2.050	4.626	—	—	—	—	—	—	—	—	93.257	016
—	54.786	767	77	179	83.333	—	—	—	—	—	—	—	—	140.835	018
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	170	019
15	147.449	767	77	3.898	92.918	—	—	—	—	—	—	—	—	259.363	
															02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	024
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	029
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															04
—	5	315	—	50	450	—	—	—	—	—	—	—	—	19.140	042
—	1.103	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.337	044
—	—	—	—	—	670	—	—	—	—	—	—	—	—	670	045
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	048
—	4.665	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.922	049
—	5.773	341	—	50	1.120	—	—	—	—	—	—	—	—	26.069	
															05
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	051
—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	359.832	052
—	—	320	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.998	053
—	—	193	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.293	054
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.067	055
—	150	180	—	527	5.279	—	—	—	—	—	—	—	—	7.499	056
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	058
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	059
—	150	693	—	527	5.289	—	—	—	—	—	—	—	—	376.689	
															06
—	—	87	—	17	30.947	—	—	—	—	—	—	—	—	318.756	061
—	1.376	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.479	062
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	068
—	1.376	87	—	17	30.947	—	—	—	—	—	—	—	—	323.235	
15	154.748	1.888	77	4.492	130.274	—	—	—	—	—	—	—	—	985.356	
															1
															11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	133	111
—	—	—	1.738	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.738	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.143	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	115
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274	116
—	—	—	875	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2.537	117
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85	119
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	123
—	460	—	—	116	912	—	—	—	—	—	—	—	—	14.934	124
—	—	—	—	—	49	—	—	—	—	—	—	—	—	9.443	127
—	4.774	—	1.016	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.868	129
—	5.234	—	3.629	116	962	—	—	—	—	—	—	—	—	36.155	
															13
—	2.469	—	—	—	—	—	—	73.072	—	—	—	359	—	87.797	131
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.609	132
—	—	460	—	—	53	—	—	—	—	—	—	—	—	865	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	212	135
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.336	136
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	137
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	138
—	4.910	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.565	—	30.483	139
—	7.379	460	—	—	53	—	—	73.072	—	—	—	25.924	—	125.302	

2002

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähn-liche Abga-ben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirt-schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Ober-gr. 13) Kapital-rück-zahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
14	Förderung von Schüler(-innen), Student/-innen und dgl.												
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	115	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	115	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Sonstiges Bildungswesen												
151	Förderung der Weiterbildung	—	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	—	398	12	1	—	—	—	—	—	—	—	—
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	—	49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
156	Berufsakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	15 insgesamt	—	505	12	1	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)												
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	—	515	251	2	—	—	—	—	—	—	—	—
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	—	1.978	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	—	36	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur in-dustr. Produk./Techn.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	—	10	33	—	—	—	—	—	—	—	—	—
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
176	Forsch./exper. Entw. z. Infra-struktm./Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	—	542	3	16	—	—	—	—	—	—	—	—
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	16/17 insgesamt	—	3.081	373	18	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)												
181	Theater	—	2.284	31	2	—	—	—	—	—	—	—	—
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	142	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—
184	Zoologosche und botanische Gärten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
186	Nicht wissentschaftliche Bibliotheken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
187	Sonstige Kultureinrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	277	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	18 insgesamt	—	2.703	95	2	—	—	—	—	—	—	—	—
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten												
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
195	Denkmalschutz und -pflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	19 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1 insgesamt	—	33.935	17.563	35	—	—	—	—	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															14
—	31.587	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31.587	141
—	42.747	256	—	—	423	—	—	—	—	—	—	—	—	43.541	142
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	143
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	145
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	146
—	74.334	256	—	—	423	—	—	—	—	—	—	—	—	75.128	
															15
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	151
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	152
—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	412	153
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49	154
—	—	—	—	69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79	155
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	156
—	—	—	—	69	1	—	—	—	—	—	—	—	—	588	
															16
—	208	—	—	—	1.782	—	—	—	—	—	—	767	—	3.525	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163
—	12.763	4.521	—	—	286	—	—	3.566	—	—	—	—	—	23.122	164
—	6	—	—	—	236	—	—	—	—	—	—	—	—	356	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	167
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	169
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	173
—	—	—	—	—	137	—	—	—	—	—	—	—	—	180	174
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	175
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	176
—	2.252	78	—	102	915	—	—	248	—	—	—	—	—	4.156	177
—	—	1.015	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.015	178
—	15.229	5.614	—	102	3.356	—	—	3.814	—	—	—	767	—	32.354	
															18
—	—	—	12.240	—	5	—	—	—	—	500	—	—	—	15.062	181
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	182
—	—	—	124	—	307	—	—	—	—	—	—	—	—	624	183
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	184
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	185
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	186
—	—	—	—	—	3.684	—	—	—	—	—	—	—	—	3.684	187
—	—	—	159	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	449	188
—	—	—	12.523	—	3.996	—	—	—	—	500	—	—	—	19.819	
															19
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	191
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	192
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	193
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	195
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	199
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	102.176	6.330	16.152	287	8.791	—	—	76.886	—	500	—	26.691	—	289.346	

2002

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung												
21	Verwaltung												
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	361	17	5	—	—	—	—	—	—	—	—
213	Jugendämter	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
214	Versorgungsämter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	436	17	5	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung												
223	Unfallversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
224	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.												
231	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	1.024	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—
235	Soziale Einrichtungen	—	5.078	105	1	—	—	—	—	—	—	—	—
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	23 insgesamt	—	6.102	105	1	—	—	—	3	—	—	—	—
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen												
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	—	54	27	16	—	—	—	31	—	—	—	—
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
249	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	24 insgesamt	—	63	27	16	—	—	—	32	—	—	—	—
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz												
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	404	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
254	Arbeitsschutz	—	5.157	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	25 insgesamt	—	5.561	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
26	Jugendhilfe nach SGB VIII												
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespfl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	Einrichtungen der Jugendhilfe												
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	220	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	260	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	—	3.926	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2 insgesamt	—	16.354	149	22	—	—	—	35	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															2
															21
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211
—	6	249	—	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	693	212
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75	213
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	214
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	216
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219
—	6	249	—	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	768	
															22
—	—	—	—	—	1.776	—	—	—	—	—	—	—	—	1.776	223
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229
—	—	—	—	—	1.776	—	—	—	—	—	—	—	—	1.776	
															23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	232
—	207.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	207.000	233
318	188	727	87.259	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	89.519	234
—	11.994	—	87	50	1	—	—	—	—	—	—	—	—	17.316	235
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	236
—	24.000	—	5.500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.500	237
319	243.182	727	92.846	50	1	—	—	—	—	—	—	—	—	343.336	
															24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	243
—	280	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	304	244
510	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	638	246
204	26.626	—	6.136	—	—	—	—	—	—	153	—	—	—	33.120	247
—	4.070	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.070	249
714	30.976	—	6.136	15	—	—	—	—	—	153	—	—	—	38.132	
															25
—	3.900	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.900	252
—	—	—	—	232	56.333	—	—	—	—	—	—	—	—	56.969	253
—	—	—	—	—	94	—	—	—	—	—	—	—	—	5.251	254
—	3.900	—	—	232	56.427	—	—	—	—	—	—	—	—	66.120	
															26
—	—	—	—	—	74	—	—	—	—	—	—	—	—	80	261
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	262
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	263
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	264
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	265
—	—	—	20	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	25	266
—	—	—	20	—	79	—	—	—	—	—	—	—	—	105	
															27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	271
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	220	272
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	273
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	275
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	276
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	280
—	2.971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.897	290
1.033	281.035	976	99.002	352	58.283	—	—	—	—	153	—	—	—	457.394	

2002

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Ober-gr. 13) Kapital-rück-zahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung												
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens												
311	Gesundheitsbehörden	—	191	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	2.190	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
319	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	—	2.381	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Sport und Erholung												
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Umwelt- und Naturschutz												
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	—	1.491	61	3	—	—	—	—	—	—	—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	—	557	213	1	—	—	—	—	—	—	—	—
	33 insgesamt	—	2.048	274	4	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz												
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	28.817	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	34 insgesamt	—	28.817	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3 insgesamt	—	33.343	274	5	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.												
41	Wohnungswesen												
411	Förderung des Wohnungsbaues	400	361	—	—	—	—	—	11.525	—	—	—	—
419	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	41 insgesamt	400	361	—	—	—	—	—	11.525	—	—	—	—
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen												
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	—	76.425	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
422	Raumordnung und Landesplanung	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	42 insgesamt	—	76.427	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste												
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	—	755	—	—	—	—	—	—	—	—	—
434	Straßenreinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	—	755	—	—	—	—	—	—	—	—	—
440	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4 insgesamt	400	76.788	755	—	—	—	—	11.525	—	—	—	—
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten												
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)												
511	Ernährung und Landwirtschaft	—	16.400	84	14	—	—	—	—	—	—	—	—
512	Forsten	—	30	25	1	—	—	—	—	—	—	—	—
	51 insgesamt	—	16.430	109	15	—	—	—	—	—	—	—	—
52	Verbesserung der Agrarstruktur												
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	—	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Sonstiges	—	257	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—
	52 insgesamt	—	757	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen												
531	EU-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EU)	2.950	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	—
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	53 insgesamt	2.950	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	—
54	Sonstige Bereiche												
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
542	Fischerei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
549	Sonstiges	1.738	241	4.857	505	—	—	—	—	—	—	—	—
	54 insgesamt	1.738	241	4.857	505	—	—	—	—	—	—	—	—
	5 insgesamt	4.688	17.428	4.966	520	—	—	—	58	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen				Beiträge	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	
aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	aus dem öffentlichen Bereich				und sonstige Zusch. f. Invest.			Fkt
	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb				Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															3
															31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	191	311
—	—	—	3.068	—	—	—	—	—	—	65.106	—	—	—	68.174	312
—	67	267	—	—	157	—	—	—	—	—	—	—	—	2.682	314
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	319
—	67	267	3.068	—	157	—	—	—	—	65.106	—	—	—	71.047	
															32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	322
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92	323
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	324
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	97	
															33
—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.630	331
—	336	466	—	—	10.417	—	—	—	—	—	—	—	—	11.990	332
—	411	466	—	—	10.417	—	—	—	—	—	—	—	—	13.620	
															34
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	341
—	175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.992	342
—	175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.992	
—	653	733	3.068	—	10.574	—	—	—	—	65.106	—	—	—	113.756	
															4
															41
44.214	—	—	—	—	—	—	—	34.612	—	—	—	—	—	91.112	411
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	419
44.214	—	—	—	—	—	—	—	34.612	—	—	—	—	—	91.112	
															42
—	—	258	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	76.683	421
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.011	—	—	—	—	1.013	422
—	—	258	—	—	—	—	—	—	1.011	—	—	—	—	77.696	
															43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	755	433
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	439
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	755	
—	—	—	—	—	—	—	—	11.231	—	—	—	—	—	11.231	440
44.214	—	258	—	—	—	—	—	45.843	1.011	—	—	—	—	180.794	
															5
															51
—	174	102	—	26	550	—	—	—	—	—	—	—	—	17.350	511
—	—	—	—	—	213	—	—	—	—	—	—	—	—	269	512
—	174	102	—	26	763	—	—	—	—	—	—	—	—	17.619	
															52
—	26.346	—	—	—	—	—	—	41.550	—	—	—	—	—	68.396	521
—	—	—	—	—	1.600	—	—	—	—	—	—	—	—	1.600	528
65	—	—	—	—	1.713	—	—	—	—	—	—	—	—	2.043	529
65	26.346	—	—	—	3.313	—	—	41.550	—	—	—	—	—	72.039	
															53
—	—	—	—	—	76.000	—	—	—	—	—	—	—	—	76.000	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.000	532
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	539
—	—	—	—	—	76.000	—	—	—	—	—	—	—	—	79.000	
															54
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	541
3	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	4.600	—	4.610	542
—	—	—	—	—	712	—	—	—	—	—	—	—	—	8.053	549
3	—	—	—	—	719	—	—	—	—	—	—	4.600	—	12.663	
68	26.520	102	—	26	80.795	—	—	41.550	—	—	—	4.600	—	181.321	

2002

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähn-liche Abga-ben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirt-schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Ober-gr. 13) Kapital-rück-zahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen												
610	Verwaltung	—	1.151	11	6	—	—	—	—	—	—	—	—
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau												
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	98.186	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	62 insgesamt	98.186	1.162	11	6	—	—	—	—	—	—	—	—
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe												
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	260.613	—	—	—	—	—	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
638	Baugewerbe Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	260.613	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Handel												
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	64 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
69	Regionale Förderungsmaßnahmen												
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	2.045	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
699	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	69 insgesamt	—	2.045	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6 insgesamt	98.186	3.207	260.624	6	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen												
71	Verwaltung												
711	Straßen- und Brückenbau	—	1.500	185	458	—	—	—	—	—	—	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	—	4.000	—	—	—	—	—	1.100	—	—	—	—
719	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71 insgesamt	—	5.500	185	458	—	—	—	1.100	—	—	—	—
72	Straßen												
721	Bundesautobahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
723	Landesstraßen	—	3.107	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—
724	Kreisstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	72 insgesamt	—	3.107	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt												
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	24.450	—	—	—	—	—	—	—	—	—
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	24.450	—	—	—	—	—	—	—	—	—
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr												
741	Maßnahmen für den öffent-lichen Personennahverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
749	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	74 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
75	Luftfahrt												
751	Flugsicherung	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
759	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
760	Wetterdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen												
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7 insgesamt	—	8.697	24.635	489	—	—	—	1.100	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen				Beiträge	sonstige Einnahmen	Einnahmen insgesamt	
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	und sonstige Zusch. f. Invest.	(Obergruppen 35 – 38)		Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															6
—	3	584	—	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.787	610
															62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	—	—	—	—	—	8.322	—	—	—	—	—	106.509	623
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	624
—	—	—	—	—	—	—	—	35.461	—	—	—	—	—	35.471	625
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	629
—	3	584	—	32	—	—	—	43.783	—	—	—	—	—	143.767	
															63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	631
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260.613	632
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	634
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	635
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	638
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	639
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260.613	
															64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	641
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	643
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	649
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	650
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	680
															69
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	691
—	—	—	—	—	—	—	—	39.930	—	—	—	—	—	41.975	692
—	110.679	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	110.679	699
—	110.679	—	—	—	—	—	—	39.930	—	—	—	—	—	152.654	
—	110.682	584	—	32	—	—	—	83.713	—	—	—	—	—	557.034	
															7
															71
—	—	—	—	550	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.693	711
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.100	712
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	719
—	—	—	—	550	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.793	
															72
—	47.953	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.339	—	63.292	721
—	12.375	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.375	722
—	1.032	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.170	723
—	—	—	4.852	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.852	724
—	1	—	29	—	—	—	—	61.966	—	—	—	—	—	61.996	725
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	729
—	61.361	—	4.881	—	—	—	—	61.966	—	—	—	15.339	—	146.685	
															73
—	—	—	—	—	36	—	—	—	—	—	—	—	—	24.486	731
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	732
—	—	—	—	—	36	—	—	—	—	—	—	—	—	24.486	
															74
—	328.148	—	—	—	—	—	—	278.162	—	—	—	—	—	606.310	741
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	749
—	328.148	—	—	—	—	—	—	278.162	—	—	—	—	—	606.310	
															75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90	751
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	759
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	760
															77
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	771
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	772
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	790
—	389.509	—	4.881	550	36	—	—	340.128	—	—	—	15.339	—	785.364	

2002

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen												
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen												
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	—	37	7.164	15	—	—	—	—	—	—	—	—
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	—	783	84.309	120	—	—	—	—	—	—	—	—
	81 insgesamt	—	820	91.473	135	—	—	—	—	—	—	—	—
82	Versorgungsunternehmen												
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen												
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
839	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen												
851	Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	14.827	—	—	—	—	—	—	—	—	—
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	176.631	—	—	—	—	—	—	—	—	—
859	Sonstiges	—	—	2.301	80	—	—	—	—	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	193.759	80	—	—	—	—	—	—	—	—
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen												
871	Allgemeines Grundvermögen	—	13	800	48	—	—	—	—	—	—	—	—
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	1.334	215	—	—	344	54	7.581	—	—	5.263	3.291
873	Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	1.347	1.015	48	—	344	54	7.581	—	—	5.263	3.291
	8 insgesamt	—	2.167	286.247	263	—	344	54	7.581	—	—	5.263	3.291
9	Allgemeine Finanzwirtschaft												
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	14.601.220	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
920	Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
960	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Globalposten												
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	14.601.220	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	14.601.220	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	0 - 9 Gesamteinnahmen	14.704.494	672.445	807.160	2.729	—	344	54	20.299	—	—	5.263	3.291

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															8
															81
—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	655	—	7.877	811
—	—	—	—	—	2.947	—	—	—	—	—	—	—	—	88.159	812
—	—	—	—	—	2.953	—	—	—	—	—	—	655	—	96.036	
															82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	822
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	824
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	829
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															83
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	831
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	832
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	834
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	835
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	839
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															85
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	851
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	852
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.827	853
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	854
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	176.631	856
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.381	859
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	193.839	
															87
—	150	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.011	871
27.560	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45.643	872
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	873
27.560	150	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46.654	
27.560	150	—	1	—	2.953	—	—	—	—	—	—	655	—	336.529	
															9
—	752.000	446.000	41.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.840.220	910
—	—	—	—	—	208	15.353	1.350.000	—	—	—	—	—	—	1.365.561	920
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	940
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	562.357	562.357	950
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	960
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	970
															98
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	981
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	988
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53.000	53.000	989
—	752.000	446.000	41.000	—	208	15.353	1.350.000	—	—	—	—	—	615.357	17.821.138	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	288.523	288.523	990
—	752.000	446.000	41.000	—	208	15.353	1.350.000	—	—	—	—	—	903.880	18.109.661	
72.890	1.817.473	456.871	164.181	5.739	291.914	15.353	1.350.000	588.120	1.011	65.759	—	47.285	903.880	21.996.555	

2002

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
0	Allgemeine Dienste											
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung											
011	Politische Führung	182.994	26.725	—	—	—	1.969	6.494	—	672	—	6.768
012	Innere Verwaltung	139.912	33.759	—	—	—	20	49	—	22	307	25
013	Informationswesen	—	2.199	—	—	—	—	—	—	—	334	580
014	Statistischer Dienst	20.988	5.188	—	—	—	—	130	—	1	—	—
015	Zivildienst	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Hochbauverwaltung	78.256	30.191	—	—	—	—	1	—	12	—	—
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	1.974.325	1.497	—	—	3.068	2.568	767	168	6	2.016	1.716
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	2.464	—	—	—	—	—	—	368	2.307	2.178
	01 insgesamt	2.396.523	102.023	—	—	3.068	4.557	7.441	168	1.081	4.964	11.267
02	Auswärtige Angelegenheiten											
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	302	—	—	—	—	—	—	248	—	110
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	888
029	Sonstiges	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	02 insgesamt	23	333	—	—	—	—	—	—	248	—	1.001
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung											
042	Polizei	801.492	97.180	—	—	163	2.691	—	—	695	—	—
044	Brandschutz	2.928	1.999	—	—	—	67	1.746	—	1	—	165
045	Katastrophenschutz	670	56	—	—	—	—	—	—	—	—	511
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
049	Sonstiges	12.402	9.940	—	—	75	—	—	—	8	—	—
	04 insgesamt	817.492	109.175	—	—	238	2.758	1.746	—	704	—	676
05	Rechtsschutz											
051	Verfassungsgerichte	161	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	422.898	191.350	—	—	—	609	—	—	3.019	—	1.943
053	Verwaltungsgerichte	21.761	3.352	—	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	25.685	13.814	—	—	—	—	—	—	1	—	34
055	Finanzgerichte	6.270	874	—	—	—	194	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	135.567	30.825	—	—	—	2.114	—	5.050	3.909	—	1.842
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	05 insgesamt	612.342	240.250	—	—	—	2.917	—	5.050	6.929	—	3.822
06	Finanzverwaltung											
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	425.213	78.191	—	—	—	—	96	—	26	256	—
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	589	—	—	—	—	1.176	—	—	—	2.566
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	06 insgesamt	425.213	78.780	—	—	—	—	1.272	—	26	256	2.566
	0 insgesamt	4.251.593	530.561	—	—	3.306	10.232	10.459	5.218	8.988	5.220	19.332
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten											
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)											
111	Unterrichtsverwaltung	20.229	949	—	—	—	97	—	—	—	—	—
112	Grundschulen	—	—	—	—	—	—	613	—	—	—	889
113	Hauptschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	3.102.434	2.147	—	—	—	—	4.443	—	—	—	7.676
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.278
116	Realschulen	598	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
117	Gymnasien, Kollegs	3.663	1.297	—	—	—	—	—	—	—	—	70.964
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	658	69	—	—	—	—	—	—	—	—	23
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.698
124	Sonderschulen	28.628	4.115	—	—	—	—	154	—	603	—	30.136
127	Berufliche Schulen	6.693	1.986	—	—	—	—	3.658	—	21	—	39.385
129	Sonstige schulische Aufgaben	30.693	27.867	—	—	—	8.284	3.159	—	14	—	442
	11/12 insgesamt	3.193.596	38.500	—	—	—	8.381	12.027	—	638	—	184.491
13	Hochschulen											
131	Universitäten	415	2.405	—	—	—	162	—	—	90	948.917	179
132	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	288.330	—
133	Verwaltungsfachhochschulen	8.932	1.265	—	—	—	1	—	—	1	—	—
135	Kunsthochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.386	—
136	Fachhochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	225.195	5.422
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	—	—	—	18	—	—	—	—	46.209
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	4.282	234	—	—	—	915	—	—	—	39.103	763
	13 insgesamt	13.629	3.904	—	—	—	1.096	—	—	91	1.530.931	52.573

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaß-	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere	Ausgaben	
öffentlichen Bereich		sonstige	nahmen	beweg-	unbeweg-	Beteili-	öffentlichen Bereich		sonstige	öffentlichen Bereich			sonstige	Finanzie-	insgesamt	
Gemein-den, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche		lichen Sachen	lichen Sachen	gungen und dgl.	Gemein-den, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Bereiche, Inanspruch-nahme aus Gewährl.	Länder	Gemein-den, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche	rungsaus-gaben		Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																0
																01
—	—	—	773	2.802	—	—	—	—	26	—	—	—	—	—	229.223	011
—	—	—	—	2.373	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	176.467	012
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.534	—	4.647	013
—	—	—	—	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.345	014
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	015
—	—	—	1.567	1.391	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	111.418	016
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.986.131	018
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.775	—	16.092	019
—	—	—	2.340	6.604	—	—	—	—	26	—	—	—	10.309	—	2.550.371	
																02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	—	706	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	919	024
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	029
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	—	1.651	
																04
—	—	—	1.198	41.108	221	—	—	—	—	—	—	—	—	—	944.748	042
—	—	—	1.187	1.204	—	—	—	—	—	—	21.529	—	—	—	30.826	044
—	—	—	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	87	—	1.399	045
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	048
—	—	—	—	1.584	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.009	049
—	—	—	2.385	43.971	221	—	—	—	—	—	21.529	—	87	—	1.000.982	
																05
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	196	051
—	—	—	—	8.394	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	628.213	052
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.113	053
—	—	—	—	148	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39.682	054
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.338	055
—	—	—	39.045	948	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219.300	056
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	058
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	059
—	—	—	39.045	9.490	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	919.845	
																06
—	—	—	—	20.664	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	524.446	061
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.331	062
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	068
—	—	—	—	20.664	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	528.777	
—	—	—	43.770	80.729	221	—	—	—	26	—	21.529	—	10.442	—	5.001.626	
																1
																11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.275	111
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.502	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.116.700	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.278	115
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	668	116
—	—	—	—	230	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	76.154	117
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	750	119
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.698	123
—	—	—	256	662	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64.554	124
—	—	—	—	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51.835	127
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.060	—	390	—	82.909	129
—	—	—	256	984	—	—	—	—	—	—	12.060	—	390	—	3.451.323	
																13
—	—	—	18.515	1.125	—	—	—	—	—	—	390	—	42.879	—	1.015.077	131
—	—	—	14.436	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.940	—	323.706	132
—	—	—	—	121	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.320	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	313	—	29.699	135
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.878	—	232.495	136
—	—	—	3.448	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49.365	—	99.040	137
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	138
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.379	—	48.676	139
—	—	—	36.399	1.246	—	—	—	—	—	—	390	—	118.754	—	1.759.013	

2002

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
14	Förderung von Schüler(-innen), Student/-innen und dgl.											
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	287	—	—	—	—	—	—	48.597	—	9
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	—	—	—	—	1.074	128	—	65.767	689	23.575
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.329	—
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	287	—	—	—	1.074	128	—	114.364	2.018	23.584
15	Sonstiges Bildungswesen											
151	Förderung der Weiterbildung	508	2.224	—	—	—	182	—	—	—	—	1.992
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	23.957	—	—	—	7.941
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	2.205	1.330	—	—	—	—	2.363	—	26	—	12.570
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	90.771	3.419	—	—	—	—	28	—	—	—	—
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	3.902	575	—	—	—	—	—	—	—	—	—
156	Berufsakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.937
	15 insgesamt	97.386	7.548	—	—	—	182	26.348	—	26	—	43.440
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)											
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	20.256	9.186	—	—	—	92	—	—	212	2.089	3.609
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	5.932	9.964	—	—	—	—	—	—	—	—	77.272
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	3.155	552	—	—	—	—	—	—	—	—	45.593
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur in-dustr. Produk./Techn.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.300	150
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	1.580	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	4.447	990	—	—	—	—	—	—	—	—	19
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	378
176	Forsch./exper. Entw. z. Infra-struktm./Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	80	—	—	—	—	—	—	—	—	225
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	11.786	6.131	—	—	591	—	—	—	—	—	3.854
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	162
	16/17 insgesamt	45.576	28.483	—	—	591	92	—	—	212	3.389	131.262
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)											
181	Theater	17.173	1.718	—	—	—	—	—	5.422	—	84.661	1.444
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.208
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	8.727	4.239	—	—	—	129	1.992	—	—	—	4.117
184	Zoologosche und botanische Gärten	—	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.483
186	Nicht wissentschaftliche Bibliotheken	—	—	—	—	—	193	—	—	—	—	808
187	Sonstige Kultureinrichtungen	3.685	6	—	—	—	—	—	—	—	—	18.291
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	7.093	691	—	—	—	—	—	—	—	—	13
	18 insgesamt	36.678	6.705	—	—	—	322	1.992	5.422	—	84.661	27.364
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten											
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	73	—	—	—	—	358	—	—	—	1.898
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	79	—	—	—	—	—	—	—	—	973
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	25	—	—	—	—	—	—	—	3.068	1.424
195	Denkmalschutz und -pflege	510	435	—	—	—	—	118	—	1	—	169
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	38.497
	19 insgesamt	510	652	—	—	—	—	476	—	1	3.068	42.961
	1 insgesamt	3.387.375	86.079	—	—	591	11.147	40.971	5.422	115.332	1.624.067	505.675

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaß-	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere	Ausgaben	
öffentlichen Bereich		sonstige	nahmen	beweg-	unbeweg-	Beteili-	öffentlichen Bereich		sonstige	öffentlichen Bereich			sonstige	Finanzie-	insgesamt	
Gemein- den, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche		lichen Sachen	lichen Sachen	gungen und dgl.	Gemein- den, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Bereiche, Inanspruch- nahme aus Gewährl.	Länder	Gemein- den, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche	rungsaus- gaben		Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																14
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48.893	141
—	—	615	—	767	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92.615	142
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.329	143
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	145
—	—	978	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	614	—	1.592	146
—	—	1.593	—	767	—	—	—	—	—	—	—	—	614	—	144.429	
																15
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.906	151
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31.898	152
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.045	—	20.539	153
—	—	—	—	271	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	94.489	154
—	—	—	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.498	155
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.937	156
—	—	—	—	292	—	—	—	—	—	—	—	—	2.045	—	177.267	
																16
—	—	—	128	196	—	—	—	—	—	—	—	—	39	—	35.807	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163
—	—	—	153	1.022	—	—	—	—	—	—	—	—	8.246	—	102.589	164
—	—	—	—	41	—	—	—	—	—	—	—	—	1.230	—	50.571	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	167
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.450	169
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.580	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	173
—	—	—	65	95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.616	174
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	378	175
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	305	176
—	—	—	—	509	—	—	—	—	—	—	—	—	496	—	23.367	177
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	162	178
—	—	—	346	1.863	—	—	—	—	—	—	—	—	10.011	—	221.825	
																18
—	—	—	—	153	—	—	—	—	—	—	—	—	231	—	110.802	181
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.208	182
—	—	—	2.540	364	—	—	—	—	—	—	363	—	2.066	—	24.537	183
—	—	—	511	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	562	184
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.483	185
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.001	186
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	81	—	1.534	—	23.597	187
—	—	—	—	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.851	188
—	—	—	3.051	571	—	—	—	—	—	—	444	—	3.831	—	171.041	
																19
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.915	—	—	—	5.244	191
—	—	—	—	307	—	—	—	—	—	—	38	—	—	—	1.397	192
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	—	256	—	4.799	193
—	—	—	—	31	—	—	—	—	—	—	1.191	—	2.444	—	4.899	195
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38.537	199
—	—	—	—	338	—	—	—	—	—	—	4.170	—	2.700	—	54.876	
—	—	1.593	40.052	6.061	—	—	—	—	—	—	17.064	—	138.345	—	5.979.774	

2002

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfol-geaufgaben, Wiedergutmachung											
21	Verwaltung											
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	46.024	12.273	—	—	—	—	182.079	1.030	119	—	22
213	Jugendämter	2.881	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—
214	Versorgungsämter	—	56	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—	—	—	3.630	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	78	—	—	—	6	—	1	—	—	10
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	48.905	12.450	—	—	—	6	185.709	1.031	119	—	32
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung											
223	Unfallversicherung	—	12.000	—	—	—	—	—	6.618	—	—	—
224	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	709	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	709	12.000	—	—	—	—	—	6.618	—	—	—
23	Familien- und Sozialhilfe, För-der. der Wohlfahrtspflege u.ä.											
231	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	329.000	—	85.000	—	—
234	Leistungen nach dem Bundessozi-alhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	—	—	—	148	—	1.278.333	—	3.232	—	11.417
235	Soziale Einrichtungen	5.715	6.963	—	—	—	—	—	—	2.205	—	3.789
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	—	500	—	—	—	—	—	250	—	—	34.785
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	—	—	5.500	—	57.600	—	—	—	—
	23 insgesamt	5.715	7.463	—	—	5.648	—	1.664.933	250	90.437	—	49.991
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen											
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	3.579	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	10.100	—	56	31	11.215	—	21.894
246	Vertriebene und Spätaussiedle-rinnen und Spätaussiedler	10.944	7.473	—	—	—	—	—	—	1.008	—	132
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	5.196	—	33.175	—	—	—	—
249	Sonstiges	—	—	—	—	—	142	4.965	—	—	—	—
	24 insgesamt	10.944	7.473	—	—	18.875	142	38.196	31	12.223	—	22.052
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz											
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	24	—	—	—	—	—	—	4.600	—	1.173
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	333	—	—	—	—	4.602	59.814	—	—	18.377
254	Arbeitsschutz	25.665	4.631	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	25 insgesamt	25.665	4.988	—	—	—	—	4.602	59.814	4.600	—	19.550
26	Jugendhilfe nach SGB VIII											
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	—	—	—	—	22	—	—	—	52
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.050
264	Förderung von Kindern in Tages-einrichtungen und in Tagespfl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	—	—	—	324	10.333	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	—	—	—	—	324	10.355	—	—	—	2.102
27	Einrichtungen der Jugendhilfe											
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	66	—	—	—	—	760	—	—	—	14.443
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	—	—	—	—	35	—	—	—	—	1.674
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	920
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Auf-gaben der Jugendhilfe	—	51	—	—	—	—	26	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	117	—	—	—	35	786	—	—	—	17.037
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	—	1.250	—	—	1.313	80	—	—	10.734	22.374	12.117
	2 insgesamt	91.938	45.741	—	—	25.836	587	1.904.581	67.744	118.113	22.374	122.881

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	Darlehen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehen an öffentlichen Bereich: Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Länder	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Zuweisungen für Investitionen an sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																2
																21
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211
—	—	—	—	1.369	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	242.916	212
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.924	213
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56	214
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.630	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95	216
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219
—	—	—	—	1.369	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	249.621	
																22
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.618	223
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	709	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.327	
																23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	232
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	414.000	233
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.293.130	234
—	—	—	—	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.726	235
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.731	—	40.266	236
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	63.100	237
—	—	—	—	54	—	—	—	—	—	—	—	—	4.731	—	1.829.222	
																24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.579	243
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43.296	244
—	—	—	—	179	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.736	246
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	107	8.743	—	—	47.221	247
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.107	249
—	—	—	—	179	—	—	—	—	—	—	107	8.743	—	—	118.965	
																25
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.797	252
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	205	—	83.331	253
—	—	—	—	96	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.392	254
—	—	—	—	96	—	—	—	—	—	—	—	—	205	—	119.520	
																26
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74	261
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	262
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.050	263
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	264
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	265
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.657	266
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.781	
																27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	518	—	2.693	—	18.480	271
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.709	272
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	920	273
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	275
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77	276
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	518	—	2.693	—	21.186	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	280
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120.067	—	167.935	290
—	—	—	—	1.698	—	—	—	—	—	—	625	8.743	127.696	—	2.538.557	

2002

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung											
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens											
311	Gesundheitsbehörden	1.330	82	—	—	—	—	512	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33.783	68.012
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	6.515	7.243	—	—	—	731	—	—	1	639	13.015
319	Sonstiges	108	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	7.953	7.339	—	—	—	731	512	—	1	34.422	81.027
32	Sport und Erholung											
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	43	—	—	—	—	—	—	—	—	24.023
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	135	—	—	—	—	—	—	—	—	24.023
33	Umwelt- und Naturschutz											
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	20.162	6.029	—	—	—	34	—	—	6	—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	8.223	4.464	—	—	780	833	2.006	—	—	6.124	3.624
	33 insgesamt	28.385	10.493	—	—	780	867	2.006	—	6	6.124	3.624
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz											
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	25.591	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	34 insgesamt	—	25.591	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3 insgesamt	36.338	43.558	—	—	780	1.598	2.518	—	7	40.546	108.674
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.											
41	Wohnungswesen											
411	Förderung des Wohnungsbaues	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	—	56
419	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	41 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	—	56
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen											
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	105.539	25.030	—	—	—	—	—	—	10	19.807	5
422	Raumordnung und Landesplanung	—	1.142	—	—	—	81	—	—	—	—	187
	42 insgesamt	105.539	26.172	—	—	—	81	—	—	10	19.807	192
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste											
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	111	—	—	—	—	256	—	—	—	244
434	Straßenreinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	111	—	—	—	—	256	—	—	—	244
440	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4 insgesamt	105.539	26.283	—	—	—	81	256	—	1.010	19.807	492
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten											
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)											
511	Ernährung und Landwirtschaft	72.963	27.176	—	—	—	—	—	—	—	—	8
512	Forsten	8.818	3.140	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	51 insgesamt	81.781	30.316	—	—	—	—	—	—	—	—	8
52	Verbesserung der Agrarstruktur											
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	—	492	—	—	—	—	—	—	—	18.610	5
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Sonstiges	—	4.439	—	—	—	—	—	600	—	60	1.177
	52 insgesamt	—	5.031	—	—	—	—	—	600	—	18.670	1.182
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen											
531	EU-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EU)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200	2.800
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	740	1.380
	53 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	940	4.180
54	Sonstige Bereiche											
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
542	Fischerei	—	39	—	—	—	—	—	—	—	11	15
549	Sonstiges	3.238	1.761	—	—	—	—	25	—	—	3.364	81.891
	54 insgesamt	3.238	1.800	—	—	—	—	25	—	—	3.375	81.906
	5 insgesamt	85.019	37.147	—	—	—	—	25	600	—	22.985	87.276

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaß-	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere	Ausgaben	
öffentlichen Bereich		sonstige	nahmen	beweg-	unbeweg-	Beteili-	öffentlichen Bereich		sonstige	öffentlichen Bereich			sonstige	Finanzie-	insgesamt	
Gemein-den, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche		lichen Sachen	lichen Sachen	gungen und dgl.	Gemein-den, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Bereiche, Inanspruch-nahme aus Gewährl.	Länder	Gemein-den, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche	rungsaus-gaben		Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																3
																31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.924	311
—	—	—	4.185	—	—	—	—	—	—	—	—	—	178.797	—	284.777	312
—	—	—	—	538	—	—	—	—	—	—	—	—	256	—	28.938	314
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	122	319
—	—	—	4.185	538	—	—	—	—	—	—	—	—	179.053	—	315.761	
																32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	322
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.265	—	972	—	9.329	323
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.716	—	26.782	324
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.265	—	3.688	—	36.111	
																33
—	—	—	—	1.157	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27.388	331
—	—	4.040	51	149	405	—	—	—	—	1.473	1.454	72	56	—	33.754	332
—	—	4.040	51	1.306	405	—	—	—	—	1.473	1.454	72	56	—	61.142	
																34
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	341
—	—	—	—	589	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.180	342
—	—	—	—	589	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.180	
—	—	4.040	4.236	2.433	405	—	—	—	—	1.473	9.719	72	182.797	—	439.194	
																4
																41
—	—	38.418	—	—	—	—	—	—	15.353	—	—	—	10.877	—	65.704	411
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	419
—	—	38.418	—	—	—	—	—	—	15.353	—	—	—	10.877	—	65.704	
																42
—	—	—	7.056	1.247	—	—	—	—	—	—	—	—	120	—	158.814	421
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.738	—	—	—	4.148	422
—	—	—	7.056	1.247	—	—	—	—	—	—	2.738	—	120	—	162.962	
																43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	611	433
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	439
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	611	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.229	—	—	—	23.229	440
—	—	38.418	7.056	1.247	—	—	—	—	15.353	—	25.967	—	10.997	—	252.506	
																5
																51
—	—	—	12.582	3.536	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	116.265	511
—	—	—	135	998	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.091	512
—	—	—	12.717	4.534	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129.356	
																52
—	—	25.150	—	—	—	—	—	—	—	—	16.500	—	52.500	—	113.257	521
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	528
—	—	10	—	—	—	—	—	—	511	—	—	—	153	—	6.950	529
—	—	25.160	—	—	—	—	—	—	511	—	16.500	—	52.653	—	120.307	
																53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.000	532
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.120	539
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.120	
																54
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	541
—	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.060	—	5.156	542
—	—	—	—	806	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	91.085	549
—	—	31	—	806	—	—	—	—	—	—	—	—	5.060	—	96.241	
—	—	25.191	12.717	5.340	—	—	—	—	511	—	16.500	—	57.713	—	351.024	

2002

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen											
610	Verwaltung	15.312	1.497	—	—	—	—	—	—	1	—	1
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau											
621	Kernenergie	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	311	9.554	—	—	—	163	11.121	2.796	10.754	41.747	5.152
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	—	—	—	12	—	—	629	—	—	497
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	62 insgesamt	15.623	11.066	—	—	12	163	11.121	3.425	10.755	41.747	5.650
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe											
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Handel											
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.666
	64 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.666
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.022	674
69	Regionale Förderungsmaßnahmen											
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	—	—	—	—	—	—	—	—	78	1.534
699	Sonstiges	—	304	—	—	—	—	7.874	—	—	14.419	5.669
	69 insgesamt	—	304	—	—	—	—	7.874	—	—	16.519	7.877
	6 insgesamt	15.623	11.370	—	—	12	163	18.995	3.425	10.755	58.266	15.193
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen											
71	Verwaltung											
711	Straßen- und Brückenbau	58.576	10.804	—	—	175	—	—	—	—	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	28.672	23.485	—	—	281	—	—	13	—	—	—
719	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71 insgesamt	87.248	34.289	—	—	456	—	—	13	—	—	—
72	Straßen											
721	Bundesautobahnen	47.953	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	21.779	25.463	—	—	1.017	—	228	—	—	—	534
723	Landesstraßen	31.439	23.751	—	—	205	—	—	—	—	—	421
724	Kreisstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	512
	72 insgesamt	101.171	49.214	—	—	1.222	—	228	—	—	—	1.467
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt											
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	256
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	256
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr											
741	Maßnahmen für den öffent-lichen Personennahverkehr	—	215.661	—	—	—	—	49.529	55.291	—	82.500	8.041
749	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	102	—	—	6.119	—
	74 insgesamt	—	215.661	—	—	—	—	49.631	55.291	—	88.619	8.041
75	Luftfahrt											
751	Flugsicherung	43	125	—	—	279	—	—	—	—	—	432
759	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	75 insgesamt	43	125	—	—	279	—	—	—	—	—	432
760	Wetterdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen											
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7 insgesamt	188.462	299.289	—	—	1.957	—	49.859	55.304	—	88.619	10.196

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaß-	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere	Ausgaben	
öffentlichen Bereich		sonstige	nahmen	beweg-	unbeweg-	Beteili-	öffentlichen Bereich		sonstige	öffentlichen Bereich			sonstige	Finanzie-	insgesamt	
Gemein-den, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche		lichen Sachen	lichen Sachen	gungen und dgl.	Gemein-den, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Bereiche, Inanspruch-nahme aus Gewährl.	Länder	Gemein-den, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche	rungsaus-gaben		Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																6
—	—	—	—	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.847	610
																62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	3.887	478	2.296	—	—	—	—	—	7.380	3.281	17.874	—	116.794	623
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	624
—	—	—	20.145	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.515	—	51.798	625
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	629
—	—	—	24.032	514	2.296	—	—	—	—	—	7.380	3.281	48.389	—	185.454	
																63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	631
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	632
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	634
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	635
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	638
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	639
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
																64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	641
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	643
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.666	649
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.666	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	650
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660
—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.000	—	—	—	1.789	—	29.485	680
																69
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52.166	—	52.166	691
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.228	78.436	34.311	—	143.587	692
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.000	—	62.140	—	118.406	699
—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.000	—	57.228	78.436	150.406	—	343.644	
—	—	—	24.032	514	2.296	—	—	—	25.000	—	64.608	81.717	198.795	—	530.764	
																7
																71
—	—	—	1.190	1.160	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	71.905	711
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52.451	712
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	719
—	—	—	1.190	1.160	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	124.356	
																72
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.565	—	—	73.518	721
—	—	—	—	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49.072	722
—	—	—	49.826	3.913	1.739	—	—	—	—	—	—	—	—	—	111.294	723
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	724
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62.477	—	—	—	62.477	725
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	512	729
—	—	—	49.826	3.964	1.739	—	—	—	—	—	62.477	25.565	—	—	296.873	
																73
—	—	—	15.829	231	1.000	—	—	—	—	—	1.023	8.283	—	—	26.622	731
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	732
—	—	—	15.829	231	1.000	—	—	—	—	—	1.023	8.283	—	—	26.622	
																74
—	—	2.761	—	—	—	—	—	—	12.194	—	20.469	5.160	250.783	—	702.389	741
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.323	—	9.544	749
—	—	2.761	—	—	—	—	—	—	12.194	—	20.469	5.160	254.106	—	711.933	
																75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	879	751
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	759
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	879	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	760
																77
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	771
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	772
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	790
—	—	2.761	66.845	5.355	2.739	—	—	—	12.194	—	83.969	39.008	254.106	—	1.160.663	

2002

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen											
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen											
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	2.927	854	—	—	—	—	—	—	—	612	783
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	75.026	41.126	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	81 insgesamt	77.953	41.980	—	—	—	—	—	—	—	612	783
82	Versorgungsunternehmen											
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen											
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	212	—
839	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	212	—
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen											
851	Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	537
859	Sonstiges	—	15	—	—	—	—	—	—	—	13.194	—
	85 insgesamt	—	15	—	—	—	—	—	—	—	13.194	537
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen											
871	Allgemeines Grundvermögen	—	27.190	—	—	69	—	—	—	—	—	—
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	205	—	—
873	Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	27.190	—	—	69	—	—	—	205	—	—
	8 insgesamt	77.953	69.185	—	—	69	—	—	—	205	14.018	1.320
9	Allgemeine Finanzwirtschaft											
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	—	—	—	—	2.465.841	—	—	—	18
920	Schulden	—	—	2.337.119	68.724	—	—	—	—	—	—	—
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	223.729	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
960	Sonstiges	25.006	34.099	—	—	—	—	—	—	—	—	—
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Globalposten											
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	-30.048	—	—	—	—	—	—	—	—	1.066	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	-35.083	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	218.687	-984	2.337.119	68.724	—	—	2.465.841	—	—	1.066	18
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	218.687	-984	2.337.119	68.724	—	—	2.465.841	—	—	1.066	18
	0 - 9 Gesamtausgaben	8.458.527	1.148.229	2.337.119	68.724	32.551	23.808	4.493.505	137.713	254.410	1.896.968	871.057

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	Darlehen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehen an öffentlichen Bereich: Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Länder	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Zuweisungen für Investitionen an sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																8
																81
—	—	—	3.328	222	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.726	811
—	—	—	2.694	1.701	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120.578	812
—	—	—	6.022	1.923	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129.304	
																82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	822
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	824
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	829
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
																83
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	831
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	832
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	834
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	159	—	371	835
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	839
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	159	—	371	
																85
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	851
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	852
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	853
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	854
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	537	856
—	—	11.760	—	—	—	170	—	—	—	—	—	—	2.534	—	27.673	859
—	—	11.760	—	—	—	170	—	—	—	—	—	—	2.534	—	28.210	
																87
—	—	—	33.023	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60.282	871
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	205	872
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	873
—	—	—	33.023	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60.487	
—	—	11.760	39.045	1.923	31	170	—	—	—	—	—	—	2.693	—	218.372	
																9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	282.220	—	—	—	2.748.079	910
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.405.843	920
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	223.729	940
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.156	4.156	950
—	—	—	—	2.072	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61.177	960
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	970
																98
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-28.982	981
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	88.597	88.597	988
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-231.964	-267.047	989
—	—	—	—	2.072	—	—	—	—	—	—	282.220	—	—	-139.211	5.235.552	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	288.523	288.523	990
—	—	—	—	2.072	—	—	—	—	—	—	282.220	—	—	149.312	5.524.075	
—	—	83.763	237.753	107.372	5.692	170	—	—	53.084	1.473	522.201	129.540	983.584	149.312	21.996.555	

2003

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
0	Allgemeine Dienste												
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung												
011	Politische Führung	—	3.146	181	178	—	—	—	—	—	—	—	—
012	Innere Verwaltung	—	8.428	68	38	—	—	—	—	—	—	—	—
013	Informationswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
014	Statistischer Dienst	—	235	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
015	Zivildienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Hochbauverwaltung	—	143	20	20	—	—	—	—	—	—	—	—
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	—	1.688	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	—	167	3	—	—	—	—	—	—	—	—
	01 insgesamt	—	13.640	436	246	—	—	—	—	—	—	—	—
02	Auswärtige Angelegenheiten												
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
029	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	02 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung												
042	Polizei	—	16.376	810	946	—	—	—	—	—	—	—	—
044	Brandschutz	—	133	50	61	—	—	—	—	—	—	—	—
045	Katastrophenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
049	Sonstiges	—	217	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—
	04 insgesamt	—	16.726	860	1.021	—	—	—	—	—	—	—	—
05	Rechtsschutz												
051	Verfassungsgerichte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	360.632	256	24	—	—	—	—	—	—	—	—
053	Verwaltungsgerichte	—	2.674	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	—	5.084	14	2	—	—	—	—	—	—	—	—
055	Finanzgerichte	—	1.066	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	—	832	519	12	—	—	—	—	—	—	—	—
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	05 insgesamt	—	370.288	792	42	—	—	—	—	—	—	—	—
06	Finanzverwaltung												
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	—	78.884	209.859	25	—	—	—	—	—	—	—	—
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	3.103	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	06 insgesamt	—	81.987	209.859	25	—	—	—	—	—	—	—	—
	0 insgesamt	—	482.641	211.947	1.334	—	—	—	—	—	—	—	—
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten												
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)												
111	Unterrichtsverwaltung	—	133	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
112	Grundschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
113	Hauptschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	—	1.143	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
116	Realschulen	—	274	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
117	Gymnasien, Kollegs	—	1.565	96	—	—	—	—	—	—	—	—	—
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	—	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
124	Sonderschulen	—	13.560	201	9	—	—	—	—	—	—	—	—
127	Berufliche Schulen	—	9.391	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
129	Sonstige schulische Aufgaben	—	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	11/12 insgesamt	—	26.229	300	9	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Hochschulen												
131	Universitäten	—	1.617	16.302	—	—	—	—	—	—	—	—	—
132	Hochschulkliniken	—	—	2.468	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	5	346	1	—	—	—	—	—	—	—	—
135	Kunsthochschulen	—	—	2.471	—	—	—	—	—	—	—	—	—
136	Fachhochschulen	—	—	4.750	—	—	—	—	—	—	—	—	—
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	13 insgesamt	—	1.630	26.337	1	—	—	—	—	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															0
															01
15	55	—	—	—	552	—	—	—	—	—	—	—	—	4.127	011
—	51	—	—	1.686	4.356	—	—	—	—	—	—	—	—	14.627	012
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	013
—	—	—	—	—	51	—	—	—	—	—	—	—	—	288	014
—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	015
—	81.324	—	—	2.050	4.626	—	—	—	—	—	—	—	—	88.183	016
—	54.786	767	77	179	82.131	—	—	—	—	—	—	—	—	139.633	018
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	170	019
15	136.239	767	77	3.915	91.716	—	—	—	—	—	—	—	—	247.051	
															02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	024
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	029
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															04
—	5	315	—	50	450	—	—	—	—	—	—	—	—	18.952	042
—	1.119	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.363	044
—	—	—	—	—	670	—	—	—	—	—	—	—	—	670	045
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	048
—	4.665	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.922	049
—	5.789	341	—	50	1.120	—	—	—	—	—	—	—	—	25.907	
															05
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	051
—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	360.922	052
—	—	320	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.000	053
—	—	210	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.310	054
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.067	055
—	150	180	—	527	5.987	—	—	—	—	—	—	—	—	8.207	056
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	058
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	059
—	150	710	—	527	5.997	—	—	—	—	—	—	—	—	378.506	
															06
—	—	46	—	17	32.247	—	—	—	—	—	—	—	—	321.078	061
—	1.376	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.479	062
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	068
—	1.376	46	—	17	32.247	—	—	—	—	—	—	—	—	325.557	
15	143.554	1.864	77	4.509	131.080	—	—	—	—	—	—	—	—	977.021	
															1
															11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	133	111
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.143	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	115
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274	116
—	—	—	875	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2.537	117
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85	119
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	123
—	460	—	—	116	912	—	—	—	—	—	—	—	—	15.258	124
—	—	—	—	—	49	—	—	—	—	—	—	—	—	9.443	127
—	526	—	1.016	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.620	129
—	986	—	1.891	116	962	—	—	—	—	—	—	—	—	30.493	
															13
—	2.444	—	—	—	—	—	—	76.530	—	—	—	359	—	97.252	131
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.468	132
—	—	460	—	—	53	—	—	—	—	—	—	—	—	865	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.471	135
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.750	136
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	137
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	138
—	5.357	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.565	—	30.930	139
—	7.801	460	—	—	53	—	—	76.530	—	—	—	25.924	—	138.736	

2003

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähn-liche Abga-ben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirt-schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Ober-gr. 13) Kapital-rück-zahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
14	Förderung von Schüler(-innen), Student/-innen und dgl.												
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	115	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	115	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Sonstiges Bildungswesen												
151	Förderung der Weiterbildung	—	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	—	398	12	1	—	—	—	—	—	—	—	—
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	—	49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
156	Berufsakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	15 insgesamt	—	505	12	1	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)												
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	—	515	77	2	—	—	—	—	—	—	—	—
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	—	1.978	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	—	36	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur in-dustr. Produk./Techn.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	—	10	33	5	—	—	—	—	—	—	—	—
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
176	Forsch./exper. Entw. z. Infra-struktm./Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	—	542	3	16	—	—	—	—	—	—	—	—
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	16/17 insgesamt	—	3.081	199	23	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)												
181	Theater	—	2.284	31	2	—	—	—	—	—	—	—	—
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	142	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—
184	Zoologosche und botanische Gärten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
186	Nicht wissentschaftliche Bibliotheken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
187	Sonstige Kultureinrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	277	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	18 insgesamt	—	2.703	95	2	—	—	—	—	—	—	—	—
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten												
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
195	Denkmalschutz und -pflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	19 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1 insgesamt	—	34.263	26.943	36	—	—	—	—	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen				Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb				Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															14
—	32.142	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32.142	141
—	43.564	256	—	—	423	—	—	—	—	—	—	—	—	44.358	142
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	143
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	145
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	146
—	75.706	256	—	—	423	—	—	—	—	—	—	—	—	76.500	
															15
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	151
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	152
—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	412	153
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49	154
—	—	—	—	69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79	155
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	156
—	—	—	—	69	1	—	—	—	—	—	—	—	—	588	
															16
—	208	—	—	—	1.782	—	—	—	—	—	—	—	—	2.584	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163
—	12.282	4.012	—	—	286	—	—	3.131	—	—	—	—	—	21.697	164
—	6	—	—	—	236	—	—	—	—	—	—	—	—	356	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	167
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	169
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	173
—	—	—	—	—	142	—	—	—	—	—	—	—	—	190	174
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	175
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	176
—	2.252	78	—	102	915	—	—	248	—	—	—	—	—	4.156	177
—	—	1.033	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.033	178
—	14.748	5.123	—	102	3.361	—	—	3.379	—	—	—	—	—	30.016	
															18
—	—	—	11.969	—	5	—	—	—	—	500	—	—	—	14.791	181
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	182
—	—	—	124	—	307	—	—	—	—	—	—	—	—	624	183
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	184
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	185
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	186
—	—	—	—	—	3.684	—	—	—	—	—	—	—	—	3.684	187
—	—	—	159	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	449	188
—	—	—	12.252	—	3.996	—	—	—	—	500	—	—	—	19.548	
															19
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	191
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	192
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	193
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	195
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	199
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	99.241	5.839	14.143	287	8.796	—	—	79.909	—	500	—	25.924	—	295.881	

2003

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuereinnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung												
21	Verwaltung												
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	361	17	5	—	—	—	—	—	—	—	—
213	Jugendämter	—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
214	Versorgungsämter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	436	17	5	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung												
223	Unfallversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
224	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Familien- und Sozialhilfe, Förder. der Wohlfahrtspflege u.ä.												
231	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	1.024	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—
235	Soziale Einrichtungen	—	4.027	105	1	—	—	—	—	—	—	—	—
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	23 insgesamt	—	5.051	105	1	—	—	—	3	—	—	—	—
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen												
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	—	54	27	21	—	—	—	31	—	—	—	—
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
249	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	24 insgesamt	—	63	27	21	—	—	—	32	—	—	—	—
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz												
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	404	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
254	Arbeitsschutz	—	5.157	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	25 insgesamt	—	5.561	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
26	Jugendhilfe nach SGB VIII												
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespfl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	Einrichtungen der Jugendhilfe												
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	220	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	260	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	—	3.956	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2 insgesamt	—	15.333	149	27	—	—	—	35	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															2
															21
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211
—	6	259	—	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	703	212
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75	213
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	214
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	216
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219
—	6	259	—	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	778	
															22
—	—	—	—	—	1.776	—	—	—	—	—	—	—	—	1.776	223
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229
—	—	—	—	—	1.776	—	—	—	—	—	—	—	—	1.776	
															23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	232
—	207.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	207.000	233
318	188	727	87.259	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	89.519	234
—	12.002	—	87	50	1	—	—	—	—	—	—	—	—	16.273	235
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	236
—	24.000	—	5.500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.500	237
319	243.190	727	92.846	50	1	—	—	—	—	—	—	—	—	342.293	
															24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	243
—	280	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	304	244
510	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	643	246
204	26.626	—	6.136	—	—	—	—	—	—	153	—	—	—	33.120	247
—	2.175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.175	249
714	29.081	—	6.136	15	—	—	—	—	—	153	—	—	—	36.242	
															25
—	3.900	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.900	252
—	—	—	—	232	57.958	—	—	—	—	—	—	—	—	58.594	253
—	—	—	—	—	44	—	—	—	—	—	—	—	—	5.201	254
—	3.900	—	—	232	58.002	—	—	—	—	—	—	—	—	67.695	
															26
—	—	—	—	—	74	—	—	—	—	—	—	—	—	80	261
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	262
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	263
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	264
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	265
—	—	—	20	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	25	266
—	—	—	20	—	79	—	—	—	—	—	—	—	—	105	
															27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	271
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	220	272
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	273
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	275
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	276
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	280
—	3.278	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.234	290
1.033	279.455	986	99.002	352	59.858	—	—	—	—	153	—	—	—	456.383	

2003

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Ober-gr. 13) Kapital-rück-zahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemein-den, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung												
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens												
311	Gesundheitsbehörden	—	191	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	2.190	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
319	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	—	2.381	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Sport und Erholung												
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Umwelt- und Naturschutz												
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	—	1.394	61	3	—	—	—	—	—	—	—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	—	557	213	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	33 insgesamt	—	1.951	274	3	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz												
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	28.433	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	34 insgesamt	—	28.433	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3 insgesamt	—	32.862	274	4	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.												
41	Wohnungswesen												
411	Förderung des Wohnungsbaues	400	361	—	—	—	—	—	11.525	—	—	—	—
419	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	41 insgesamt	400	361	—	—	—	—	—	11.525	—	—	—	—
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen												
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	—	77.425	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
422	Raumordnung und Landesplanung	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	42 insgesamt	—	77.427	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste												
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	—	678	—	—	—	—	—	—	—	—	—
434	Straßenreinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	—	678	—	—	—	—	—	—	—	—	—
440	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4 insgesamt	400	77.788	678	—	—	—	—	11.525	—	—	—	—
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten												
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)												
511	Ernährung und Landwirtschaft	—	16.400	84	14	—	—	—	—	—	—	—	—
512	Forsten	—	30	25	4	—	—	—	—	—	—	—	—
	51 insgesamt	—	16.430	109	18	—	—	—	—	—	—	—	—
52	Verbesserung der Agrarstruktur												
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	—	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Sonstiges	—	257	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—
	52 insgesamt	—	757	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen												
531	EU-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EU)	2.950	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	—
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	53 insgesamt	2.950	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	—
54	Sonstige Bereiche												
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
542	Fischerei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
549	Sonstiges	1.738	241	4.857	502	—	—	—	—	—	—	—	—
	54 insgesamt	1.738	241	4.857	502	—	—	—	—	—	—	—	—
	5 insgesamt	4.688	17.428	4.966	520	—	—	—	58	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															3
															31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	191	311
—	—	—	5.068	—	—	—	—	—	—	64.519	—	—	—	69.587	312
—	67	267	—	—	157	—	—	—	—	—	—	—	—	2.682	314
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	319
—	67	267	5.068	—	157	—	—	—	—	64.519	—	—	—	72.460	
															32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	322
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92	323
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	324
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	97	
															33
—	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.533	331
—	336	466	—	—	10.252	—	—	—	—	—	—	—	—	11.824	332
—	411	466	—	—	10.252	—	—	—	—	—	—	—	—	13.357	
															34
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	341
—	175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.608	342
—	175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.608	
—	653	733	5.068	—	10.409	—	—	—	—	64.519	—	—	—	114.522	
															4
															41
40.572	—	—	—	—	—	—	—	27.955	—	—	—	—	—	80.813	411
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	419
40.572	—	—	—	—	—	—	—	27.955	—	—	—	—	—	80.813	
															42
—	—	258	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77.683	421
—	—	—	—	—	—	—	—	—	716	—	—	—	—	718	422
—	—	258	—	—	—	—	—	—	716	—	—	—	—	78.401	
															43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	678	433
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	439
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	678	
—	—	—	—	—	—	—	—	14.844	—	—	—	—	—	14.844	440
40.572	—	258	—	—	—	—	—	42.799	716	—	—	—	—	174.736	
															5
															51
—	174	102	—	26	550	—	—	—	—	—	—	—	—	17.350	511
—	—	—	—	—	213	—	—	—	—	—	—	—	—	272	512
—	174	102	—	26	763	—	—	—	—	—	—	—	—	17.622	
															52
—	27.498	—	—	—	—	—	—	34.830	—	—	—	—	—	62.828	521
—	—	—	—	—	1.000	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	528
65	—	—	—	—	1.713	—	—	—	—	—	—	—	—	2.043	529
65	27.498	—	—	—	2.713	—	—	34.830	—	—	—	—	—	65.871	
															53
—	—	—	—	—	77.800	—	—	—	—	—	—	—	—	77.800	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.000	532
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	539
—	—	—	—	—	77.800	—	—	—	—	—	—	—	—	80.800	
															54
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	541
3	—	—	—	—	19	—	—	—	—	—	—	4.600	—	4.622	542
—	—	—	—	—	62	—	—	—	—	—	—	—	—	7.400	549
3	—	—	—	—	81	—	—	—	—	—	—	4.600	—	12.022	
68	27.672	102	—	26	81.357	—	—	34.830	—	—	—	4.600	—	176.315	

2003

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen												
610	Verwaltung	—	1.151	11	6	—	—	—	—	—	—	—	—
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau												
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	95.856	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	62 insgesamt	95.856	1.162	11	6	—	—	—	—	—	—	—	—
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe												
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	260.613	—	—	—	—	—	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	260.613	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Handel												
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	64 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
69	Regionale Förderungsmaßnahmen												
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	2.045	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
699	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	69 insgesamt	—	2.045	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6 insgesamt	95.856	3.207	260.624	6	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen												
71	Verwaltung												
711	Straßen- und Brückenbau	—	1.500	185	458	—	—	—	—	—	—	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	—	4.000	—	—	—	—	—	1.100	—	—	—	—
719	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71 insgesamt	—	5.500	185	458	—	—	—	1.100	—	—	—	—
72	Straßen												
721	Bundesautobahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
723	Landesstraßen	—	3.107	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—
724	Kreisstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	72 insgesamt	—	3.107	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt												
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	24.700	—	—	—	—	—	—	—	—	—
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	24.700	—	—	—	—	—	—	—	—	—
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr												
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
749	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	74 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
75	Luftfahrt												
751	Flugsicherung	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
759	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
760	Wetterdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen												
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7 insgesamt	—	8.697	24.885	489	—	—	—	1.100	—	—	—	—

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.					Schuldenaufnahmen		Zuweisungen für Investitionen				Beiträge	sonstige Einnahmen	Einnahmen insgesamt	
	aus dem öffentlichen Bereich							aus dem öffentlichen Bereich							
aus sonstigen Bereichen	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	und sonstige Zusch. f. Invest.	nahmen (Obergruppen 35 – 38)		Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															6
—	3	600	—	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.803	610
															62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	—	—	—	—	—	8.262	—	—	—	—	—	104.119	623
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	624
—	—	—	—	—	—	—	—	32.899	—	—	—	—	—	32.909	625
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	629
—	3	600	—	32	—	—	—	41.161	—	—	—	—	—	138.831	
															63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	631
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260.613	632
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	634
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	635
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	638
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	639
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260.613	
															64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	641
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	643
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	649
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	650
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	680
															69
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	691
—	—	—	—	—	—	—	—	39.930	—	—	—	—	—	41.975	692
—	116.486	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	116.486	699
—	116.486	—	—	—	—	—	—	39.930	—	—	—	—	—	158.461	
—	116.489	600	—	32	—	—	—	81.091	—	—	—	—	—	557.905	
															7
															71
—	—	—	—	550	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.693	711
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.100	712
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	719
—	—	—	—	550	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.793	
															72
—	47.953	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.339	—	63.292	721
—	12.375	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.375	722
—	1.032	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.170	723
—	—	—	4.852	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.852	724
—	1	—	29	—	—	—	—	61.966	—	—	—	—	—	61.996	725
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	729
—	61.361	—	4.881	—	—	—	—	61.966	—	—	—	15.339	—	146.685	
															73
—	—	—	—	—	36	—	—	—	—	—	—	—	—	24.736	731
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	732
—	—	—	—	—	36	—	—	—	—	—	—	—	—	24.736	
															74
50.618	344.672	—	—	—	—	—	—	295.547	—	—	—	—	—	690.837	741
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	749
50.618	344.672	—	—	—	—	—	—	295.547	—	—	—	—	—	690.837	
															75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90	751
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	759
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	760
															77
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	771
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	772
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	790
50.618	406.033	—	4.881	550	36	—	—	357.513	—	—	—	15.339	—	870.141	

2003

Haushaltsquer
A. Gliederung der Einnahmen nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen, steuerähnliche Abgaben, EU-Eigenmittel	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit und aus Vermögen (o. Zins.)	Erlöse (nur Obergr. 13) Kapitalrückzahlungen	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, Länder, SDV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Länder	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Soz. VT, BfA, ZVb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen												
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen												
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	—	37	7.164	13	—	—	—	—	—	—	—	—
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	—	793	85.509	120	—	—	—	—	—	—	—	—
	81 insgesamt	—	830	92.673	133	—	—	—	—	—	—	—	—
82	Versorgungsunternehmen												
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen												
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
839	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen												
851	Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	14.827	—	—	—	—	—	—	—	—	—
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	179.461	—	—	—	—	—	—	—	—	—
859	Sonstiges	—	—	2.320	315.970	—	—	—	—	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	196.608	315.970	—	—	—	—	—	—	—	—
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen												
871	Allgemeines Grundvermögen	—	13	800	48	—	—	—	—	—	—	—	—
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	1.334	4.215	—	—	339	52	7.569	—	—	4.542	2.941
873	Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	1.347	5.015	48	—	339	52	7.569	—	—	4.542	2.941
	8 insgesamt	—	2.177	294.296	316.151	—	339	52	7.569	—	—	4.542	2.941
9	Allgemeine Finanzwirtschaft												
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	15.021.320	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
920	Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
960	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Globalposten												
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	15.021.320	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	15.021.320	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	0 - 9 Gesamteinnahmen	15.122.264	674.396	824.762	318.567	—	339	52	20.287	—	—	4.542	2.941

schnitt
Funktionen und Einnahmegruppen
EUR

aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, SdV, gk. Zus.schl.	am Kreditmarkt	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Bund, SdV	Länder	Gemeinden, GV	BfA, ZVb	Beiträge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Einnahmen (Obergruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															8
															81
—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	655	—	7.875	811
—	—	—	—	—	3.013	—	—	—	—	—	—	—	—	89.435	812
—	—	—	—	—	3.019	—	—	—	—	—	—	655	—	97.310	
															82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	822
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	824
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	829
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															83
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	831
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	832
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	834
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	835
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	839
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
															85
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	851
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	852
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.827	853
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	854
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	179.461	856
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	318.290	859
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	512.578	
															87
—	150	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.011	871
27.395	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48.388	872
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	873
27.395	150	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49.399	
27.395	150	—	1	—	3.019	—	—	—	—	—	—	655	—	659.287	
															9
—	760.000	470.000	25.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.276.320	910
—	—	—	—	—	138	14.345	1.300.000	—	—	—	—	—	—	1.314.483	920
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	940
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	276.022	276.022	950
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	960
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	970
															98
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	981
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	988
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40.000	40.000	989
—	760.000	470.000	25.000	—	138	14.345	1.300.000	—	—	—	—	—	316.022	17.906.825	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	297.129	297.129	990
—	760.000	470.000	25.000	—	138	14.345	1.300.000	—	—	—	—	—	613.151	18.203.954	
119.701	1.833.247	480.382	148.172	5.756	294.693	14.345	1.300.000	596.142	716	65.172	—	46.518	613.151	22.486.145	

2003

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
0	Allgemeine Dienste											
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung											
011	Politische Führung	186.082	26.355	—	—	—	2.008	12.574	—	672	—	7.107
012	Innere Verwaltung	138.884	32.457	—	—	—	20	49	—	22	307	25
013	Informationswesen	—	1.023	—	—	—	—	—	—	—	334	580
014	Statistischer Dienst	20.833	5.230	—	—	—	—	133	—	1	—	—
015	Zivildienst	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Hochbauverwaltung	73.503	29.634	—	—	—	—	1	—	12	—	—
018	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger/-innen	2.078.111	1.497	—	—	3.068	2.568	767	168	6	2.736	1.716
019	sonstige Allgemeine Staatsaufgaben	—	2.576	—	—	—	—	—	—	368	2.341	2.301
	01 insgesamt	2.497.461	98.772	—	—	3.068	4.596	13.524	168	1.081	5.718	11.729
02	Auswärtige Angelegenheiten											
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	—	302	—	—	—	—	—	—	248	—	110
024	Auslandsschulwesen u. kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	888
029	Sonstiges	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	02 insgesamt	23	333	—	—	—	—	—	—	248	—	1.001
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung											
042	Polizei	809.465	102.540	—	—	163	2.691	—	—	695	—	—
044	Brandschutz	2.956	1.954	—	—	—	67	1.803	—	1	—	165
045	Katastrophenschutz	706	47	—	—	—	—	—	—	—	—	511
048	Versorgung einschl. Beihilfen Öffntl. Sicherheit und Ordnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
049	Sonstiges	12.390	9.850	—	—	75	—	—	—	8	—	—
	04 insgesamt	825.517	114.391	—	—	238	2.758	1.803	—	704	—	676
05	Rechtsschutz											
051	Verfassungsgerichte	160	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	419.489	192.106	—	—	—	540	—	—	3.019	—	1.860
053	Verwaltungsgerichte	21.568	3.352	—	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	25.776	13.813	—	—	—	—	—	—	1	—	1
055	Finanzgerichte	6.285	874	—	—	—	194	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	138.415	31.918	—	—	—	2.114	—	5.277	3.909	—	1.806
058	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Rechtsschutz)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	05 insgesamt	611.693	242.098	—	—	—	2.848	—	5.277	6.929	—	3.670
06	Finanzverwaltung											
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	428.222	79.594	—	—	—	—	93	—	26	256	—
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	589	—	—	—	—	1.176	—	—	—	2.566
068	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Finanzverwltg.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	06 insgesamt	428.222	80.183	—	—	—	—	1.269	—	26	256	2.566
	0 insgesamt	4.362.916	535.777	—	—	3.306	10.202	16.596	5.445	8.988	5.974	19.642
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten											
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen (11/12)											
111	Unterrichtsverwaltung	19.813	956	—	—	—	97	—	—	—	—	—
112	Grundschulen	—	—	—	—	—	—	613	—	—	—	889
113	Hauptschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	3.147.119	2.177	—	—	—	—	4.443	—	—	—	8.079
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.550
116	Realschulen	598	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
117	Gymnasien, Kollegs	3.663	1.297	—	—	—	—	—	—	—	—	72.237
118	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Schulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	658	69	—	—	—	—	—	—	—	—	23
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
123	Freie Waldorfschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.010
124	Sonderschulen	28.586	4.120	—	—	—	—	154	—	603	—	30.776
127	Berufliche Schulen	6.819	1.986	—	—	—	—	3.706	—	21	—	40.146
129	Sonstige schulische Aufgaben	30.297	27.860	—	—	—	8.063	3.260	—	14	—	390
	11/12 insgesamt	3.237.553	38.535	—	—	—	8.160	12.176	—	638	—	188.100
13	Hochschulen											
131	Universitäten	415	2.405	—	—	—	165	—	—	90	949.604	149
132	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	288.625	—
133	Verwaltungsfachhochschulen	10.394	1.491	—	—	—	1	—	—	1	—	—
135	Kunsthochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.301	—
136	Fachhochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224.585	5.422
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	—	—	—	—	—	34	—	—	—	—	47.501
138	Versorgung einschließlich Beihilfen (Bereich Hochschulen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
139	Sonstige Hochschulaufgaben	4.150	234	—	—	—	915	—	—	—	39.858	767
	13 insgesamt	14.959	4.130	—	—	—	1.115	—	—	91	1.531.973	53.839

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	Darlehen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehen an öffentlichen Bereich: Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Länder	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Zuweisungen für Investitionen an sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																0
																01
—	—	—	1.795	2.189	—	—	—	—	26	—	—	—	—	—	238.808	011
—	—	—	—	1.328	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	173.092	012
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.534	—	3.471	013
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.197	014
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	015
—	—	—	5.333	1.373	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	109.856	016
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.090.637	018
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.497	—	16.083	019
—	—	—	7.128	4.890	—	—	—	—	26	—	—	—	10.031	—	2.658.192	
																02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	—	706	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	919	024
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	029
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	—	1.651	
																04
—	—	—	3.630	29.885	211	—	—	—	—	—	—	—	—	—	949.280	042
—	—	—	717	670	—	—	—	—	—	—	21.000	—	—	—	29.333	044
—	—	—	—	75	—	—	—	—	—	—	614	—	87	—	2.040	045
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	048
—	—	—	—	1.493	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.816	049
—	—	—	4.347	32.123	211	—	—	—	—	—	21.614	—	87	—	1.004.469	
																05
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	195	051
—	—	—	1.023	8.173	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626.210	052
—	—	—	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.940	053
—	—	—	—	110	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39.701	054
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.353	055
—	—	—	37.342	3.752	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224.533	056
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	058
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	059
—	—	—	38.365	12.055	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	922.935	
																06
—	—	—	—	18.166	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	526.357	061
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.331	062
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	068
—	—	—	—	18.166	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	530.688	
—	—	—	49.840	67.234	211	—	—	—	26	—	21.614	—	10.164	—	5.117.935	
																1
																11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.866	111
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.502	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.161.818	114
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.550	115
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	668	116
—	—	—	—	230	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77.427	117
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	750	119
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.010	123
—	—	—	767	894	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65.900	124
—	—	—	—	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52.770	127
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.000	—	150	—	78.034	129
—	—	—	767	1.216	—	—	—	—	—	—	8.000	—	150	—	3.495.295	
																13
—	—	—	26.931	1.125	—	—	—	—	—	—	—	—	66.042	—	1.046.926	131
—	—	—	19.883	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.476	—	324.984	132
—	—	—	—	354	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.241	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	310	—	29.611	135
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.925	—	231.932	136
—	—	—	12.888	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.437	—	72.860	137
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	138
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.379	—	49.303	139
—	—	—	59.702	1.479	—	—	—	—	—	—	—	—	100.569	—	1.767.857	

2003

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
14	Förderung von Schüler(-innen), Student/-innen und dgl.											
141	Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	287	—	—	—	—	—	—	49.450	—	9
142	Fördermaßnahmen für Studierende	—	—	—	—	—	1.074	128	—	67.023	702	23.627
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.329	—
145	Schülerinnen- und Schülerbeförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	287	—	—	—	1.074	128	—	116.473	2.031	23.636
15	Sonstiges Bildungswesen											
151	Förderung der Weiterbildung	513	2.224	—	—	—	248	—	—	—	—	1.964
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	24.197	—	—	—	8.020
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	2.176	1.259	—	—	—	—	2.363	—	26	—	12.581
154	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung	89.454	3.681	—	—	—	—	28	—	—	—	—
155	Einrichtungen der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung	3.865	575	—	—	—	—	—	—	—	—	—
156	Berufsakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.120
	15 insgesamt	96.008	7.739	—	—	—	248	26.588	—	26	—	43.685
16	Wissensch.,Forschung, Entwickl. außerh. d. Hochschulen (16/17)											
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive,Fachinformationszentren	20.258	9.085	—	—	—	92	—	—	212	2.087	3.611
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	6.054	10.249	—	—	—	—	—	—	—	—	78.762
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	3.162	552	—	—	—	—	—	—	—	—	46.001
167	Zusch. an intern. wiss. Org. u. zwischenstaatl. Forschungseinr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
168	Forsch. u. experim. Entw. zur Weltr.-Erk. u. -nutz.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Forsch./experim. Entw. zur in-dustr. Produk./Techn.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.300	—
171	Forsch./experim. Entw. z. Erz./ Vert./Nutz. d. Energ.(Einzelm.)	—	1.604	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Forsch./experim. Entw. z. Sch./ Förd. d. Gesundheit (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Forschung/experimentelle Entw. zum Umweltschutz (Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Forsch./exper. Entw. z. landw. Produk. u. Technolog.(Einzelm.)	4.427	990	—	—	—	—	—	—	—	—	19
175	Forsch./exper. Entw. z. gesell. Strukt. u. Beziehung.(Einzelm.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	386
176	Forsch./exper. Entw. z. Infra-struktm./Raumgesamtpl.(Einzlm.)	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	225
177	Forsch./exper. Entw. z. Erk./ Nutz. d. ird. Umwelt (Einzelm.)	11.408	6.131	—	—	591	—	—	—	—	—	3.854
178	Nicht zielor. Forsch./s. Maßn. z. Förd. d. Wiss./ziv. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163
	16/17 insgesamt	45.309	28.642	—	—	591	92	—	—	212	3.387	133.021
18	Kultureinrichtungen (einschl. Kulturverwaltung)											
181	Theater	17.304	1.718	—	—	—	—	—	5.624	—	85.564	1.444
182	Einrichtungen der Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.233
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	8.735	3.999	—	—	—	131	2.024	—	—	—	4.132
184	Zoologosche und botanische Gärten	—	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Musikschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.483
186	Nicht wissentschaftliche Bibliotheken	—	—	—	—	—	193	—	—	—	—	824
187	Sonstige Kultureinrichtungen	3.685	6	—	—	—	—	—	—	—	—	18.101
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	7.072	703	—	—	—	—	—	—	—	—	13
	18 insgesamt	36.796	6.477	—	—	—	324	2.024	5.624	—	85.564	27.230
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, Kirchliche Angelegenheiten											
191	Einzelmaßnahmen im Bereich Theater und Musikpflege	—	73	—	—	—	—	358	—	—	—	1.898
192	Einzelmaßnahmen im Bereich Museen und Ausstellungen	—	79	—	—	—	—	—	—	—	—	973
193	Andere Einzelmaßnahmen der Kulturpflege	—	25	—	—	—	—	—	—	—	3.068	1.424
195	Denkmalschutz und -pflege	513	435	—	—	—	—	118	—	1	—	169
199	Kirchliche Angelegenheiten	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	39.355
	19 insgesamt	513	652	—	—	—	—	476	—	1	3.068	43.819
	1 insgesamt	3.431.138	86.462	—	—	591	11.013	41.392	5.624	117.441	1.626.023	513.330

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	Darlehen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehen an öffentlichen Bereich: Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Länder	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Zuweisungen für Investitionen an sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																14
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49.746	141
—	—	1.951	—	767	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95.272	142
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.329	143
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	145
—	—	972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	614	—	1.586	146
—	—	2.923	—	767	—	—	—	—	—	—	—	—	614	—	147.933	
																15
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.949	151
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32.217	152
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.045	—	20.450	153
—	—	—	—	239	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	93.402	154
—	—	—	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.461	155
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.120	156
—	—	—	—	260	—	—	—	—	—	—	—	—	2.045	—	176.599	
																16
—	—	—	767	196	—	—	—	—	—	—	—	—	147	—	36.455	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163
—	—	—	—	360	—	—	—	—	—	—	—	—	7.864	—	103.289	164
—	—	—	—	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49.757	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	167
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.300	169
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.604	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	172
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	173
—	—	—	23	126	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.585	174
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	386	175
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	256	176
—	—	—	—	369	—	—	—	—	—	—	—	—	496	—	22.849	177
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163	178
—	—	—	790	1.093	—	—	—	—	—	—	—	—	8.507	—	221.644	
																18
—	—	—	—	153	—	—	—	—	—	—	—	—	231	—	112.038	181
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.233	182
—	—	—	3.057	367	—	—	—	—	—	—	363	—	328	—	23.136	183
—	—	—	511	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	562	184
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.483	185
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.017	186
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	81	—	1.534	—	23.407	187
—	—	—	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.806	188
—	—	—	3.568	538	—	—	—	—	—	—	444	—	2.093	—	170.682	
																19
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.329	191
—	—	—	—	307	—	—	—	—	—	—	38	—	—	—	1.397	192
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	—	256	—	4.799	193
—	—	—	—	31	—	—	—	—	—	—	1.191	—	2.444	—	4.902	195
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39.395	199
—	—	—	—	338	—	—	—	—	—	—	1.255	—	2.700	—	52.822	
—	—	2.923	64.827	5.691	—	—	—	—	—	—	9.699	—	116.678	—	6.032.832	

2003

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfol-geaufgaben, Wiedergutmachung											
21	Verwaltung											
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	45.607	12.320	—	—	—	—	162.235	970	119	—	22
213	Jugendämter	2.890	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—
214	Versorgungsämter	—	56	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—	—	—	3.630	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	78	—	—	—	6	—	1	—	—	10
219	Sonstige Behörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	48.497	12.497	—	—	—	6	165.865	971	119	—	32
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung											
223	Unfallversicherung	—	12.000	—	—	—	—	—	6.618	—	—	—
224	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	755	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	755	12.000	—	—	—	—	—	6.618	—	—	—
23	Familien- und Sozialhilfe, För-der. der Wohlfahrtspflege u.ä.											
231	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	329.000	—	85.000	—	—
234	Leistungen nach dem Bundessozi-alhilfe- / Asylbewerbergesetz	—	—	—	—	151	—	1.326.227	—	3.243	—	11.606
235	Soziale Einrichtungen	5.730	6.963	—	—	—	—	—	—	2.205	—	2.613
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	—	500	—	—	—	—	—	250	—	—	35.081
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	—	—	—	—	5.500	—	57.600	—	—	—	—
	23 insgesamt	5.730	7.463	—	—	5.651	—	1.712.827	250	90.448	—	49.300
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen											
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	3.323	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	10.000	—	56	31	11.165	—	21.546
246	Vertriebene und Spätaussiedle-rinnen und Spätaussiedler	10.963	7.551	—	—	—	—	—	—	1.008	—	260
247	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	5.196	—	33.175	—	—	—	—
249	Sonstiges	—	—	—	—	—	142	2.051	—	—	—	—
	24 insgesamt	10.963	7.551	—	—	18.519	142	35.282	31	12.173	—	21.832
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz											
252	Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	24	—	—	—	—	—	—	4.600	—	1.023
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	358	—	—	—	—	4.602	60.477	—	—	19.314
254	Arbeitsschutz	25.488	4.481	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	25 insgesamt	25.488	4.863	—	—	—	—	4.602	60.477	4.600	—	20.337
26	Jugendhilfe nach SGB VIII											
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	—	—	—	—	—	22	—	—	—	52
262	Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
263	Förderung der Erziehung in der Familie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.050
264	Förderung von Kindern in Tages-einrichtungen und in Tagespfl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
266	Andere Aufgaben der Jugendhilfe	—	—	—	—	—	324	10.333	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	—	—	—	—	324	10.355	—	—	—	2.102
27	Einrichtungen der Jugendhilfe											
271	Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	—	66	—	—	—	—	760	—	—	—	14.982
272	Einrichtungen der Jugendsozialarbeit	—	—	—	—	—	35	—	—	—	—	1.679
273	Einrichtungen der Familienförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	920
274	Tageseinrichtungen für Kinder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
275	Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
276	Einrichtungen für andere Auf-gaben der Jugendhilfe	—	51	—	—	—	—	26	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	117	—	—	—	35	786	—	—	—	17.581
280	Förderung der Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	—	1.250	—	—	1.315	80	—	—	11.201	22.779	12.174
	2 insgesamt	91.433	45.741	—	—	25.485	587	1.929.717	68.347	118.541	22.779	123.358

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	Darlehen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehen an öffentlichen Bereich: Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Länder	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Zuweisungen für Investitionen an sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																2
																21
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211
—	—	—	—	1.129	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	222.402	212
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.933	213
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56	214
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.630	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95	216
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	219
—	—	—	—	1.129	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229.116	
																22
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.618	223
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	755	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.373	
																23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	232
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	414.000	233
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.341.227	234
—	—	—	—	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.556	235
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.731	—	40.562	236
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	63.100	237
—	—	—	—	45	—	—	—	—	—	—	—	—	4.731	—	1.876.445	
																24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.323	243
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42.798	244
—	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.902	246
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	107	—	—	—	38.478	247
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.193	249
—	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	107	—	—	—	106.720	
																25
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.647	252
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	205	—	84.956	253
—	—	—	—	87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.056	254
—	—	—	—	87	—	—	—	—	—	—	—	—	205	—	120.659	
																26
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74	261
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	262
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.050	263
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	264
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	265
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.657	266
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.781	
																27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	518	—	1.741	—	18.067	271
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.714	272
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	920	273
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	275
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77	276
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	518	—	1.741	—	20.778	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	280
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	122.175	—	170.974	290
—	—	—	—	1.381	—	—	—	—	—	—	625	—	128.852	—	2.556.846	

2003

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung											
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens											
311	Gesundheitsbehörden	1.334	82	—	—	—	—	522	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33.777	71.346
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	6.728	7.270	—	—	—	731	—	—	1	639	13.008
319	Sonstiges	108	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	8.170	7.366	—	—	—	731	522	—	1	34.416	84.354
32	Sport und Erholung											
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	43	—	—	—	—	—	—	—	—	24.558
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	135	—	—	—	—	—	—	—	—	24.558
33	Umwelt- und Naturschutz											
331	Umwelt und Naturschutzbehörden	20.172	5.570	—	—	—	34	—	—	6	—	—
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	8.165	4.316	—	—	807	901	1.982	—	—	5.908	2.620
	33 insgesamt	28.337	9.886	—	—	807	935	1.982	—	6	5.908	2.620
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz											
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	—	25.261	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	34 insgesamt	—	25.261	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3 insgesamt	36.507	42.648	—	—	807	1.666	2.504	—	7	40.324	111.532
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, komm. Gemeinschaftsd.											
41	Wohnungswesen											
411	Förderung des Wohnungsbaues	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	—	56
419	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	41 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	—	56
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen											
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	104.709	25.667	—	—	—	—	—	—	10	19.526	5
422	Raumordnung und Landesplanung	—	1.642	—	—	—	81	—	—	—	—	188
	42 insgesamt	104.709	27.309	—	—	—	81	—	—	10	19.526	193
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste											
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	101	—	—	—	—	256	—	—	—	244
434	Straßenreinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	101	—	—	—	—	256	—	—	—	244
440	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4 insgesamt	104.709	27.410	—	—	—	81	256	—	1.010	19.526	493
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten											
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)											
511	Ernährung und Landwirtschaft	72.959	27.222	—	—	—	—	—	—	—	—	8
512	Forsten	8.717	3.140	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	51 insgesamt	81.676	30.362	—	—	—	—	—	—	—	—	8
52	Verbesserung der Agrarstruktur											
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	—	492	—	—	—	—	—	—	—	20.955	5
528	EU-Ausrichtungsfonds	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Sonstiges	—	4.439	—	—	—	—	—	500	—	40	4
	52 insgesamt	—	5.031	—	—	—	—	—	500	—	20.995	9
53	Einkommenstabilisierende Maßnahmen											
531	EU-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EU)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200	2.800
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	740	1.380
	53 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	940	4.180
54	Sonstige Bereiche											
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
542	Fischerei	—	39	—	—	—	—	—	—	—	11	15
549	Sonstiges	3.247	1.761	—	—	—	—	25	—	—	3.223	81.846
	54 insgesamt	3.247	1.800	—	—	—	—	25	—	—	3.234	81.861
	5 insgesamt	84.923	37.193	—	—	—	—	25	500	—	25.169	86.058

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an			Baumaß-	Erwerb von			Darlehen an			Zuweisungen für Investitionen an				Besondere	Ausgaben	
öffentlichen Bereich		sonstige	nahmen	beweg-	unbeweg-	Beteili-	öffentlichen Bereich		sonstige	öffentlichen Bereich			sonstige	Finanzie-	insgesamt	
Gemein-den, GV	Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche		lichen Sachen	lichen Sachen	gungen und dgl.	Gemein-den, GV	Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Bereiche, Inanspruch-nahme aus Gewährl.	Länder	Gemein-den, GV	Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Bereiche	rungsaus-gaben		Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																3
																31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.938	311
—	—	5.000	4.772	—	—	—	—	—	—	—	—	—	178.036	—	292.931	312
—	—	—	—	438	—	—	—	—	—	—	—	—	256	—	29.071	314
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	122	319
—	—	5.000	4.772	438	—	—	—	—	—	—	—	—	178.292	—	324.062	
																32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	322
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.325	—	972	—	9.389	323
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.716	—	27.317	324
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.325	—	3.688	—	36.706	
																33
—	—	—	—	1.008	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.790	331
—	—	4.040	67	97	355	—	—	—	—	1.473	1.480	10	56	—	32.277	332
—	—	4.040	67	1.105	355	—	—	—	—	1.473	1.480	10	56	—	59.067	
																34
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	341
—	—	—	—	561	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.822	342
—	—	—	—	561	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.822	
—	—	9.040	4.839	2.104	355	—	—	—	—	1.473	9.805	10	182.036	—	445.657	
																4
																41
—	—	37.986	—	—	—	—	—	—	14.345	—	—	—	7.444	—	60.831	411
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	419
—	—	37.986	—	—	—	—	—	—	14.345	—	—	—	7.444	—	60.831	
																42
—	—	—	1.329	1.397	—	—	—	—	—	—	—	—	120	—	152.763	421
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.148	—	—	—	4.059	422
—	—	—	1.329	1.397	—	—	—	—	—	—	2.148	—	120	—	156.822	
																43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	601	433
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	439
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	601	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.455	—	—	—	30.455	440
—	—	37.986	1.329	1.397	—	—	—	—	14.345	—	32.603	—	7.564	—	248.709	
																5
																51
—	—	—	3.823	5.487	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	109.499	511
—	—	—	—	924	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.781	512
—	—	—	3.823	6.411	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	122.280	
																52
—	—	24.725	—	—	—	—	—	—	—	—	12.500	—	45.300	—	103.977	521
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	528
—	—	5	—	—	—	—	—	—	511	—	—	—	153	—	5.652	529
—	—	24.730	—	—	—	—	—	—	511	—	12.500	—	45.453	—	109.729	
																53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.000	532
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.120	539
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.120	
																54
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	541
—	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.060	—	5.156	542
—	—	—	—	796	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90.898	549
—	—	31	—	796	—	—	—	—	—	—	—	—	5.060	—	96.054	
—	—	24.761	3.823	7.207	—	—	—	—	511	—	12.500	—	50.513	—	333.183	

2003

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen											
610	Verwaltung	15.306	1.406	—	—	—	—	—	—	1	—	1
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau											
621	Kernenergie	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	311	9.639	—	—	—	163	8.974	2.346	10.871	41.587	5.091
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	—	—	—	12	—	—	559	—	—	505
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	62 insgesamt	15.617	11.060	—	—	12	163	8.974	2.905	10.872	41.587	5.597
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe											
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Handel											
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.640
	64 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.640
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
660	Geld- und Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.702	694
69	Regionale Förderungsmaßnahmen											
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80	1.534
699	Sonstiges	—	304	—	—	—	—	8.174	—	—	14.969	6.669
	69 insgesamt	—	304	—	—	—	—	8.174	—	—	16.751	8.897
	6 insgesamt	15.617	11.364	—	—	12	163	17.148	2.905	10.872	58.338	16.134
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen											
71	Verwaltung											
711	Straßen- und Brückenbau	57.112	8.974	—	—	167	—	—	—	—	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	28.425	23.485	—	—	281	—	—	13	—	—	—
719	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71 insgesamt	85.537	32.459	—	—	448	—	—	13	—	—	—
72	Straßen											
721	Bundesautobahnen	47.953	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	22.103	27.508	—	—	1.017	—	228	—	—	—	534
723	Landesstraßen	31.909	23.751	—	—	205	—	—	—	—	—	421
724	Kreisstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	512
	72 insgesamt	101.965	51.259	—	—	1.222	—	228	—	—	—	1.467
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt											
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	256
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	256
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr											
741	Maßnahmen für den öffent-lichen Personennahverkehr	—	226.470	—	—	—	—	49.379	61.141	—	82.500	8.218
749	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	102	—	—	5.869	—
	74 insgesamt	—	226.470	—	—	—	—	49.481	61.141	—	88.369	8.218
75	Luftfahrt											
751	Flugsicherung	44	125	—	—	287	—	—	—	—	—	432
759	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	75 insgesamt	44	125	—	—	287	—	—	—	—	—	432
760	Wetterdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen											
771	Post- und Telekommunikation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
790	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7 insgesamt	187.546	310.313	—	—	1.957	—	49.709	61.154	—	88.369	10.373

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	Darlehen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehen an öffentlichen Bereich: Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Länder	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Zuweisungen für Investitionen an sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																6
—	—	—	—	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.751	610
																62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	3.000	395	2.296	—	—	—	—	—	6.749	3.230	18.620	—	113.272	623
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	624
—	—	—	14.176	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32.822	—	48.074	625
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	629
—	—	—	17.176	432	2.296	—	—	—	—	—	6.749	3.230	51.442	—	178.112	
																63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	631
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	632
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	634
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	635
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	638
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	639
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
																64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	641
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	643
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.640	649
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.640	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	650
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660
—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.000	—	—	—	1.255	—	28.651	680
																69
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52.166	—	52.166	691
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.126	78.378	28.681	—	137.799	692
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.250	—	60.219	—	118.585	699
—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.000	—	57.376	78.378	142.321	—	337.201	
—	—	—	17.176	432	2.296	—	—	—	25.000	—	64.125	81.608	193.763	—	516.953	
																7
																71
—	—	—	1.334	813	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68.400	711
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52.204	712
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	719
—	—	—	1.334	813	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120.604	
																72
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.565	—	—	73.518	721
—	—	—	—	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51.441	722
—	—	—	49.826	4.614	1.739	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112.465	723
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	724
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62.477	—	—	—	62.477	725
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	512	729
—	—	—	49.826	4.665	1.739	—	—	—	—	—	62.477	25.565	—	—	300.413	
																73
—	—	—	8.629	231	1.000	—	—	—	—	—	1.023	8.283	—	—	19.422	731
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	732
—	—	—	8.629	231	1.000	—	—	—	—	—	1.023	8.283	—	—	19.422	
																74
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.352	—	24.753	5.115	327.139	—	787.067	741
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.323	—	9.294	749
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.352	—	24.753	5.115	330.462	—	796.361	
																75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	888	751
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	759
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	888	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	760
																77
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	771
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	772
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	790
—	—	—	59.789	5.709	2.739	—	—	—	2.352	—	88.253	38.963	330.462	—	1.237.688	

2003

Haushaltsquer
B. Gliederung der Ausgaben nach
in 1.000

Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Personal-ausgaben	Säch-liche Ver-waltungs-ausgaben	Zins-ausgaben	Tilgungs-ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, SdV	Länder	Gemein-den, GV	Soz. VT. BfA, ZVb	an natürliche Personen	Unter-nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
8	Wirtsch.-untern., Allg. Grund- u. Kapitalverm., Sondervermögen											
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen											
811	Landwirtschaftliche Unternehmen	2.923	854	—	—	—	—	—	—	—	702	783
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	73.915	39.823	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	81 insgesamt	76.838	40.677	—	—	—	—	—	—	—	702	783
82	Versorgungsunternehmen											
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen											
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	212	—
839	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	212	—
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen											
851	Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
854	Wohnungsbauunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
856	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	555
859	Sonstiges	—	15	—	—	—	—	—	—	—	12.943	—
	85 insgesamt	—	15	—	—	—	—	—	—	—	12.943	555
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen											
871	Allgemeines Grundvermögen	—	28.405	—	—	69	—	—	—	—	—	—
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	205	—	—
873	Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	28.405	—	—	69	—	—	—	205	—	—
	8 insgesamt	76.838	69.097	—	—	69	—	—	—	205	13.857	1.338
9	Allgemeine Finanzwirtschaft											
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	—	—	—	—	2.524.805	—	—	—	18
920	Schulden	—	—	2.418.050	61.093	—	—	—	—	—	—	—
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	238.777	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
960	Sonstiges	25.011	34.260	—	—	—	—	—	—	—	—	—
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Globalposten											
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	50.097	—	—	—	—	—	—	—	—	16.173	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	-35.079	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	313.885	-819	2.418.050	61.093	—	—	2.524.805	—	—	16.173	18
990	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	313.885	-819	2.418.050	61.093	—	—	2.524.805	—	—	16.173	18
	0 - 9 Gesamtausgaben	8.705.512	1.165.186	2.418.050	61.093	32.227	23.712	4.582.152	143.975	257.064	1.916.532	882.276

schnitt
Funktionen und Ausgabegruppen
EUR

Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich: Bund, Länder, Soz. VT., BfA, ZVb	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	Baumaßnahmen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	Darlehen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Darlehen an öffentlichen Bereich: Bund, Ld. SvT, BfA, ZVb	Darlehen an sonstige Bereiche, Inanspruchnahme aus Gewährl.	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Länder	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Gemeinden, GV	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Bund, SdV, Soz. VT., BfA, ZVb	Zuweisungen für Investitionen an sonstige Bereiche	Besondere Finanzierungsausgaben	Ausgaben insgesamt	Fkt
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																8
																81
—	—	—	3.328	222	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.812	811
—	—	—	2.871	1.946	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118.586	812
—	—	—	6.199	2.168	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	127.398	
																82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	822
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	824
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	829
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
																83
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	831
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	832
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	834
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	159	—	371	835
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	839
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	159	—	371	
																85
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	851
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	852
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	853
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	854
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	555	856
—	—	10.686	—	—	—	162	—	—	—	—	—	—	2.034	—	25.840	859
—	—	10.686	—	—	—	162	—	—	—	—	—	—	2.034	—	26.395	
																87
—	—	—	32.744	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61.218	871
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	205	872
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	873
—	—	—	32.744	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61.423	
—	—	10.686	38.943	2.168	31	162	—	—	—	—	—	—	2.193	—	215.587	
																9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	289.309	—	—	—	2.814.132	910
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.479.143	920
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	238.777	940
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.144	5.144	950
—	—	—	—	2.396	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61.667	960
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	970
																98
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66.270	981
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90.536	90.536	988
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-236.964	-272.043	989
—	—	—	—	2.396	—	—	—	—	—	—	289.309	—	—	-141.284	5.483.626	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	297.129	297.129	990
—	—	—	—	2.396	—	—	—	—	—	—	289.309	—	—	155.845	5.780.755	
—	—	85.396	240.566	95.719	5.632	162	—	—	42.234	1.473	528.533	120.581	1.022.225	155.845	22.486.145	

Übersicht
über die den Haushalt 2003/2002 in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen Ansätze für 2003 EUR	Einnahmen Ansätze für 2002 EUR	Ausgaben Ansätze für 2003 EUR	Ausgaben Ansätze für 2002 EUR
	Epl. 03	Innenministerium				
03 05	382 01	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
	382 10	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
	982 01	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
	982 10	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
03 31	382 01	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
	382 10	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
	982 01	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
	982 10	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
		Summe Epl. 03	—	—	—	—
	Epl. 08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr				
08 03	382 10	Bundesmittel f. d. Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseig. Eisenbahnen	199.000	199.000	—	—
	982 10	Bundesmittel zur Unterhaltung u. zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen	—	—	199.000	199.000
08 20	982 01	Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft	—	—	—	—
		Summe Epl. 08	199.000	199.000	199.000	199.000
	Epl. 09	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-				
09 02	382 11	Durchlaufende Gelder für die Gemeinschaftsinitiative Pesca (1994 - 1999)	—	—	—	—
	TGr. 68 / 69	EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung im ländlichen Raum (LEADER II 1994 bis 1999)				
	382 68	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL	—	—	—	—
	382 69	Durchlaufende Gelder aus dem EFRE	—	—	—	—
	TGr. 75	EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER+ 2000 bis 2006)				
	382 75	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL	—	—	—	—
	TGr. 68	Abwicklung der Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER II 1994 bis 1999)				
	982 68	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften	—	—	—	—
	TGr. 75	EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER + 2000 bis 2006)				
	982 75	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften	—	—	—	—

Übersicht
über die den Haushalt 2003/2002 in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen Ansätze für 2003 EUR	Einnahmen Ansätze für 2002 EUR	Ausgaben Ansätze für 2003 EUR	Ausgaben Ansätze für 2002 EUR
09 40	382 10	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen	—	—	—	—
	982 10	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen	—	—	—	—
		Summe Epl. 09	—	—	—	—
	Epl. 13	Allgemeine Finanzverwaltung				
13 20	382 11	Bundesanteile an den Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG -Zinsen-	34.000	65.000	—	—
	382 12	Wie 382 11 -Tilgungen-	834.000	1.019.000	—	—
	382 13	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG -Zinsen-	1.074.000	1.074.000	—	—
	382 14	Wie 382 13 -Tilgungen-	7.056.000	7.056.000	—	—
	382 15	Bundesanteile an den Darlehen Flurbereinigung GemAgrG -Zinsen-	—	—	—	—
	382 16	Wie 382 15 -Tilgungen-	138.000	169.000	—	—
	982 11	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG	—	—	8.130.000	8.130.000
	982 12	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Flurbereinigung GemAgrG	—	—	138.000	169.000
	982 13	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG	—	—	868.000	1.084.000
		Summe Epl. 13	9.136.000	9.383.000	9.136.000	9.383.000
		Gesamtsumme	9.335.000	9.582.000	9.335.000	9.582.000

3.) Übersicht über die Planstellen der Beamten/-innen und die anderen Stellen (ohne Titelgruppen)

Zergliederung

der

Stellenpläne usw.

nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen

für die Haushaltsjahre 2002 und 2003

Anmerkung: Bei den Angestellten und Arbeitern/-innen sind die Stellen für Auszubildende nicht mit aufgeführt.

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	Außerhalb der Besoldungsordnung		PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN			
				Besoldungsgruppe:			Besoldungs
		Minister-präsident	Minister/-in	**9**	**8**	**7**	**6**
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	0	0	1	0	0	0
02	Staatskanzlei	1	1	2	0	1	4
03	Innenministerium	0	1	1	2	2	6
04	Finanzministerium	0	1	1	0	1	4
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	1	1	0	0	5
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	1	1	0	2	4
07	Kultusministerium	0	1	1	0	0	4
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	1	1	0	0	4
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	1	1	0	0	4
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	1	1	0	0	3
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	1	0	1	5
15	Umweltministerium	0	1	1	0	0	4
	Stellen insgesamt	1	10	13	2	7	47

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

UND RICHTER/-INNEN

ordnung B				**Besoldungsordnung A**					
				Besoldungsgruppe:					
5	**4**	**3**	**2**	**16**	**15**	**14**	**13 höherer Dienst**	**13 gehobener Dienst**	**12**
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
4	0	2	4	5	9	5	0	14	6
0	1	4	16	20	20	16	6	41	23
1	3	11	40	103	233	319	131	555	1.140
0	0	10	23	69	155	177	67	540	991
0	1	8	18	44	134	215	209	75	96
2	9	9	19	46	257	581	425	66	119
0	0	4	19	499	3.236	8.752	10.308	14.674	23.052
0	1	7	18	39	88	95	47	104	166
0	1	4	13	39	62	114	73	46	85
0	0	0	0	2	56	48	20	16	63
0	0	4	11	22	48	69	63	191	388
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	2	2	1	0	3	0
0	0	0	5	8	14	11	3	48	55
0	1	7	16	43	89	125	88	79	149
7	17	70	202	941	4.403	10.528	11.440	16.452	26.333

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN					
		Besoldungsordnung A					
		Besoldungsgruppe:					
		11	**10**	**9 geh. Dienst**	**9 mittl. Dienst**	**8**	**7**
1	2	19	20	21	22	23	24
01	Landtag	4	2	0	1	0	0
02	Staatskanzlei	10	7	4	9	0	1
03	Innenministerium	2.182	4.769	7.679	1.061	1.455	418
04	Finanzministerium	1.724	1.009	918	1.770	1.351	698
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	160	114	55	306	232	155
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	124	193	105	11	26	44
07	Kultusministerium	154	1.468	896	6	1	2
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	180	63	5	13	21	20
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	113	90	25	18	28	29
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	261	251	50	0	1	0
11	Justizministerium	631	673	304	1.396	1.614	1.915
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	47	0	0	2	0	0
15	Umweltministerium	167	68	1	44	50	26
	Stellen insgesamt	5.757	8.707	10.042	4.637	4.779	3.308

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

UND RICHTER/-INNEN								
					Besoldungsordnung C			
					Besoldungsgruppe:			
6 mittl. Dienst	**6 einf. Dienst**	**5 einf. Dienst**	**4**	**3**	**C4**	**C3**	**C2**	**C1**
25	26	27	28	29	30	31	32	33
0	4	12	0	0	0	0	0	0
0	3	11	1	0	0	0	0	0
73	3	8	2	0	0	1	3	0
425	1	12	0	0	0	0	0	0
20	1	1	0	0	0	0	0	0
42	0	0	0	0	1.102	1.654	1.016	928
0	0	2	0	0	0	0	0	0
0	0	2	0	0	0	0	0	0
11	12	42	6	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
332	126	439	67	27	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
903	150	529	76	27	1.102	1.655	1.019	928

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN Besoldungsordnung R für Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen Besoldungsgruppe: 8	7	6	5	4	3
1	2	34	35	36	37	38	39
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	0	0	0	0	0
03	Innenministerium	0	0	0	0	0	0
04	Finanzministerium	0	0	0	0	0	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	0	1	0	0	15
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	0	0	0
07	Kultusministerium	0	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	0	0	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	0	0	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	5	0	3	9	12	99
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	0	0	0	0	0	0
	Stellen insgesamt	5	0	4	9	12	114

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

UND RICHTER/-INNEN					BEAMTETE UND RICHTERLICHE HILFSKRÄFTE				
		Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen			Besoldungsordnung A				
Besoldungsgruppe:		insgesamt (Spalte 5 bis 41)			Besoldungsgruppe:				
2	**1**	2002	2001	2000	**14**	**13 höherer Dienst**	**13 gehob. Dienst**	**12**	**11**
40	41	42	43	44	45	46	47	48	49
0	0	73	73	73	0	0	0	0	0
0	0	200	184	164	0	0	0	0	0
2	4	20.207	20.127	20.195	0	39	0	0	0
0	0	9.946	9.884	9.955	0	0	0	0	0
7	50	1.923	1.947	1.984	0	0	0	2	0
0	0	6.785	6.820	6.855	0	0	0	0	0
0	0	63.078	61.741	61.289	0	0	0	0	0
0	0	874	887	952	0	0	0	0	0
0	0	816	787	788	2	0	0	0	0
0	0	768	792	809	0	3	0	0	0
680	1.379	10.511	10.311	10.006	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	8	0	0	0	0	0	0	0
0	0	200	201	205	0	0	0	0	0
0	0	958	947	977	0	1	0	0	0
689	1.433	116.347	114.701	114.252	2	43	0	2	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	BEAMTETE UND RICHTERLICHE HILFSKRÄFTE					
		Besoldungsordnung A					
		Besoldungsgruppe:					
		10	**9 gehob. Dienst**	**9 mittl. Dienst**	**8**	**7**	**6**
1	2	50	51	52	53	54	55
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	0	0	0	0	0
03	Innenministerium	0	386	0	0	0	2
04	Finanzministerium	0	39	0	0	0	278
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	0	0	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	0	0	0
07	Kultusministerium	0	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	0	0	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	5	0	4	0	0	4
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	5	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	23	0	0	0	66
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	7	0	0	0	0	0
	Stellen insgesamt	12	453	4	0	0	350

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

				Beamtete wissen-schaftl. Hilfskräfte	Besoldungsordnung R Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen		Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte insgesamt (Spalte 45 bis 62)		
5 einf. Dienst	**4**	**3**	**2**	**H 2 A 14 A 13**	**2**	**1**	2002	2001	2000
56	57	58	59	60	61	62	63	64	65
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	427	443	505
0	0	0	0	18	0	0	335	335	338
0	0	0	0	0	0	0	2	2	6
0	0	0	0	0	0	0	0	0	15
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
0	0	0	0	0	0	0	15	15	16
0	0	0	0	0	0	0	8	8	8
0	0	0	0	0	0	94	183	150	189
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	8	8	8
0	0	0	0	18	0	94	978	963	1.087

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	BEAMTE/-INNEN IM VORBEREITUNGSDIENST					
		Vorbereitungsdienst für Eingangs-Bes.-Gr. A:					Praktikanten/-innen und Dienstanfänger/-innen in einem ö.-r. Ausbildungs-verhältnis
		13	**12**	**9 -11**	**6 - 8**	**1 - 4**	
1	2	66	67	68	69	70	71
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	2	0	3	0	0	0
03	Innenministerium	90	0	1.978	118	0	0
04	Finanzministerium	22	0	673	227	0	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	0	24	8	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	15	0	3	40	0	0
07	Kultusministerium	2.529	1.872	180	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	33	0	34	3	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	48	0	4	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	40	0	45	0	0	0
11	Justizministerium	1.755	0	213	324	11	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	21	0	13	5	0	0
	Stellen insgesamt	4.555	1.872	3.170	725	11	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

			NICHTBEAMTETE KRÄFTE												
insgesamt (Spalte 66 bis 71)			Angestellte												
			Vergütungsgruppe BAT:												
2002	2001	2000	außer-tarifver-traglich	Sonder-tarife	I	Ia	Ib	IIa	IIb	III	IVa	IVb	Va	Vb	Vc
72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87
0	0	0	0	0	0	1	1	3	0	4	9	0	0	7	25
5	7	7	7	0	8	5	0	0	0	3	5	6	0	21	32
2.186	1.761	1.766	0	0	2	2	9	43	0	132	321	277	6	189	1.296
922	829	748	2	0	2	3	3	83	0	235	321	41	0	59	1.428
32	45	45	3	10	2	2	2	12	0	22	80	25	0	190	362
58	58	58	4	0	5	5	23	117	0	17	32	31	0	90	67
4.581	4.360	3.900	1	0	0	1	2	397	66	416	228	514	0	761	1.372
70	70	70	5	0	5	13	24	60	0	117	145	46	0	80	217
52	52	57	0	0	1	2	8	12	0	21	144	90	0	84	245
85	85	85	0	0	0	1	1	8	0	3	23	3	0	5	76
2.303	2.532	2.809	0	0	0	0	7	1	0	0	17	52	0	19	221
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	19	3	0	0	2	0
39	39	34	1	0	2	10	11	82	0	111	98	32	0	49	63
10.333	9.838	9.579	23	10	27	45	91	821	66	1.100	1.426	1.117	6	1.556	5.404

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	NICHTBEAMTETE KRÄFTE								
		noch: Angestellte								
		Vergütungsgruppe BAT:								Vergü
		VIa	**VIb**	**VII**	**VIII**	**IXb**	**IXb-VII**	**VIII/VII Fallgr. 4**	**X**	außer-tarifver-traglich
1	2	88	89	90	91	92	93	94	95	96
01	Landtag	0	8	2	6	0	10	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	30	20	18	0	14	0	0	0
03	Innenministerium	0	609	1.803	336	49	640	0	1	0
04	Finanzministerium	0	277	1.051	56	106	252	0	14	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	234	267	34	5	105	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	76	80	69	3	47	0	0	0
07	Kultusministerium	0	1.176	204	6	2	34	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	142	36	20	1	113	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	177	135	44	0	35	41	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	75	61	23	1	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	1.220	898	31	2	828	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	1	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	8	4	0	2	4	0	0	0
15	Umweltministerium	0	100	55	24	0	85	0	0	0
	Stellen insgesamt	0	4.132	4.617	667	171	2.167	41	15	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

noch: A n g e s t e l l t e
Krankenpflegepersonal

tungsgruppe Kr.:

XIII	XII	XI	X	IX	VIII	VII	VI	Va	V	IV	III	II	I
97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	2	0	5	0	0	1	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	NICHTBEAMTETE KRÄFTE							
		Angestellte insgesamt (Spalte 75 bis 110)			Arbeiter/-innen Vollbeschäftigte Lohngruppe:				
		2002	2001	2000	Gesamt-pauschal-lohn (Kraftf.)	9	8/8a	7/7a	6/6a
1	2	111	112	113	114	115	116	117	118
01	Landtag	76	76	78	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	169	166	149	0	0	0	0	1
03	Innenministerium	5.718	5.780	5.985	0	4	149	21	81
04	Finanzministerium	3.933	4.166	4.389	61	0	10	0	2
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	1.358	1.422	1.536	4	0	0	0	1
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	666	667	5.489	9	0	1	0	3
07	Kultusministerium	5.180	5.214	5.283	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	1.024	1.048	1.211	38	0	54	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	1.039	1.018	1.031	36	0	6	0	3
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	280	286	297	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	3.298	3.335	3.403	27	0	0	0	5
12	Staatsgerichtshof	1	1	1	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	45	52	54	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	723	757	1.085	4	0	2	3	2
	Stellen insgesamt	23.510	23.988	29.991	179	4	222	24	98

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2002)

noch: Arbeiter/-innen Vollbeschäftigte						Arbeiter/-innen insgesamt (Spalte 114 bis 124)			Landesbedienstete insgesamt (Spalte 41/43, 63/65,72/74,111/113,125/127)		
5/5a	**4/4a**	**3/3a**	**2/2a**	**1/1a**	**MTW**	2002	2001	2000	2002	2001	2000
119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130
4	11	0	0	0	0	15	15	15	164	164	166
1	9	6	20	1	0	38	39	41	412	396	361
223	591	131	367	145	0	1.712	1.770	1.839	30.250	29.881	30.290
14	37	54	105	2	0	285	292	314	15.421	15.506	15.744
9	45	21	85	16	0	181	183	197	3.496	3.599	3.768
18	17	40	31	19	0	138	138	1.329	7.647	7.683	13.746
5	13	4	4	6	0	32	37	41	72.871	71.352	70.513
0	6	8	0	0	0	106	106	117	2.074	2.113	2.352
7	25	12	45	1	0	135	136	142	2.057	2.008	2.034
0	1	1	0	3	972	977	977	1.008	2.118	2.148	2.207
20	13	102	6	16	0	189	186	201	16.484	16.514	16.608
0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
0	0	0	0	0	0	0	0	0	8	0	0
0	2	0	0	0	0	2	2	2	247	255	261
2	14	8	1	0	0	36	37	333	1.764	1.788	2.437
303	784	387	664	209	972	3.846	3.918	5.579	155.014	153.408	160.488

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Leerstellen – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen			Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte		
		2002	2001	2000	2002	2001	2000
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	2	3	3	0	0	0
02	Staatskanzlei	11	14	10	0	0	0
03	Innenministerium	392	419	439	4	3	5
04	Finanzministerium	637	663	686	27	32	34
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales x)	49	46	39	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	97	98	94	0	0	0
07	Kultusministerium	3.066	3.067	3.067	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	15	14	15	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	24	29	27	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	7	10	10	0	0	0
11	Justizministerium	469	459	462	30	32	32
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	2	2	2	0	0	0
14	Landesrechnungshof	2	4	8	0	0	0
15	Umweltministerium	36	32	22	0	0	0
	Leerstellen insgesamt	4.809	4.860	4.884	61	67	71

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Leerstellen – Haushaltsjahr 2002)

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst			Angestellte			Arbeiter/-innen insgesamt			Landesbedienstete insgesamt		
2002	2001	2000	2002	2001	2000	2002	2001	2000	2002	2001	2000
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
0	0	0	2	3	3	0	0	0	4	6	6
0	0	0	14	12	9	0	1	0	25	27	19
0	0	0	296	327	402	10	10	16	702	759	862
40	40	40	231	248	272	1	0	0	936	983	1.032
0	0	0	35	38	33	0	0	0	84	84	72
0	0	0	18	20	143	1	0	2	116	118	239
160	160	160	81	70	71	0	0	0	3.307	3.297	3.298
0	0	0	11	9	8	0	0	0	26	23	23
0	0	0	66	66	66	0	0	0	90	95	93
0	0	0	8	11	11	0	0	0	15	21	21
0	0	0	470	486	495	4	3	3	973	980	992
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	2
0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	4	8
0	0	0	41	36	10	0	0	0	77	68	32
200	200	200	1.273	1.326	1.523	16	14	21	6.359	6.467	6.699

Zergliederung der Stellenpläne usw. (zu den Titeln 422 31, 425 31 und 426 31 – Haushaltsjahr 2002)

Einzel-plan	Bezeichnung	Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen			Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte		
		2002	2001	2000	2002	2001	2000
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	2	6	7	0	0	0
03	Innenministerium	79	92	97	0	0	0
04	Finanzministerium	43	54	57	0	0	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales x)	24	32	33	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	44	54	58	0	0	1
07	Kultusministerium	57	67	71	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	33	45	48	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	22	27	28	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	27	29	30	0	0	0
11	Justizministerium	10	11	11	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	10	11	12	0	0	0
15	Umweltministerium	36	51	53	0	0	0
	Stellen insgesamt	387	479	505	0	0	1

Zergliederung der Stellenpläne usw. (zu den Titeln 422 31, 425 31 und 426 31 – Haushaltsjahr 2002)

Angestellte			Arbeiter/-innen			Landesbedienstete insgesamt		
2002	2001	2000	2002	2001	2000	2002	2001	2000
9	10	11	12	13	14	15	16	17
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	2	6	7
0	0	61	0	0	60	79	92	218
0	0	6	0	0	1	43	54	64
0	0	0	0	0	0	24	32	33
0	0	25	0	0	10	44	54	94
0	0	0	0	0	0	57	67	71
0	0	55	0	0	2	33	45	105
0	0	24	0	0	3	22	27	55
0	0	9	0	0	1	27	29	40
0	0	2	0	0	0	10	11	13
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	4	0	0	0	10	11	16
0	0	0	0	0	0	36	51	53
0	0	186	0	0	77	387	479	769

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	Außerhalb der Besoldungsordnung		PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN			
				Besoldungsgruppe:			Besoldungs
		Minister-präsident	Minister/-in	**9**	**8**	**7**	**6**
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	0	0	1	0	0	0
02	Staatskanzlei	1	1	2	0	1	4
03	Innenministerium	0	1	1	2	2	6
04	Finanzministerium	0	1	1	0	1	4
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	1	1	0	0	5
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	1	1	0	2	4
07	Kultusministerium	0	1	1	0	0	4
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	1	1	0	0	4
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	1	1	0	0	4
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	1	1	0	0	3
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	1	0	1	5
15	Umweltministerium	0	1	1	0	0	4
	Stellen insgesamt	1	10	13	2	7	47

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

UND RICHTER/-INNEN

ordnung B				**Besoldungsordnung A**					
				Besoldungsgruppe:					
5	**4**	**3**	**2**	**16**	**15**	**14**	**13 höherer Dienst**	**13 gehobener Dienst**	**12**
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
4	0	2	4	5	9	5	0	14	6
0	1	4	16	20	20	16	5	41	23
1	3	12	39	100	220	312	130	550	1.140
0	0	10	23	69	155	177	67	542	992
0	1	8	18	44	133	213	209	75	96
2	9	9	18	47	256	578	423	66	119
0	0	4	19	499	3.236	8.764	10.357	14.770	23.192
0	1	7	18	39	88	95	45	104	166
0	1	4	13	39	62	114	73	46	85
0	0	0	0	2	56	48	19	16	63
0	0	4	11	24	50	79	64	195	388
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	2	2	1	0	3	0
0	0	0	5	8	14	11	3	48	55
0	1	7	16	43	88	125	88	79	149
7	17	71	200	941	4.389	10.538	11.483	16.549	26.474

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN					
		Besoldungsordnung A					
		Besoldungsgruppe:					
		11	**10**	**9 geh. Dienst**	**9 mittl. Dienst**	**8**	**7**
1	2	19	20	21	22	23	24
01	Landtag	4	2	0	1	0	0
02	Staatskanzlei	10	7	4	9	0	1
03	Innenministerium	2.432	5.012	8.393	621	850	316
04	Finanzministerium	1.724	1.081	867	1.760	1.341	693
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	160	114	55	306	232	155
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	124	193	105	11	26	44
07	Kultusministerium	154	1.468	896	6	1	2
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	180	63	5	13	21	17
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	113	90	25	18	28	29
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	261	251	49	0	1	0
11	Justizministerium	636	667	298	1.394	1.619	1.917
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	47	0	0	2	0	0
15	Umweltministerium	166	68	1	44	50	26
	Stellen insgesamt	6.011	9.016	10.698	4.185	4.169	3.200

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

UND RICHTER/-INNEN								
					Besoldungsordnung C			
					Besoldungsgruppe:			
6 mittl. Dienst	**6 einf. Dienst**	**5 einf. Dienst**	**4**	**3**	**C4**	**C3**	**C2**	**C1**
25	26	27	28	29	30	31	32	33
0	4	12	0	0	0	0	0	0
0	3	11	1	0	0	0	0	0
69	3	6	2	0	0	33	22	0
425	1	12	0	0	0	0	0	0
20	1	1	0	0	0	0	0	0
42	0	0	0	0	1.101	1.652	1.012	928
0	0	2	0	0	0	0	0	0
0	0	2	0	0	0	0	0	0
11	12	42	6	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
330	126	439	67	27	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
897	150	527	76	27	1.101	1.685	1.034	928

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN Besoldungsordnung R für Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen Besoldungsgruppe: 8	7	6	5	4	3
1	2	34	35	36	37	38	39
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	0	0	0	0	0
03	Innenministerium	0	0	0	0	0	0
04	Finanzministerium	0	0	0	0	0	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	0	1	0	0	15
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	0	0	0
07	Kultusministerium	0	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	0	0	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	0	0	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	5	0	3	9	12	99
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	0	0	0	0	0	0
	Stellen insgesamt	5	0	4	9	12	114

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

UND RICHTER/-INNEN					BEAMTETE UND RICHTERLICHE HILFSKRÄFTE				
		Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen			Besoldungsordnung A				
Besoldungsgruppe:		insgesamt (Spalte 5 bis 41)			Besoldungsgruppe:				
2	**1**	2003	2002	2001	**14**	**13 höherer Dienst**	**13 gehob. Dienst**	**12**	**11**
40	41	42	43	44	45	46	47	48	49
0	0	73	73	73	0	0	0	0	0
0	0	199	200	184	0	0	0	0	0
0	2	20.279	20.207	20.127	0	39	0	0	0
0	0	9.945	9.946	9.884	0	0	0	0	0
7	50	1.920	1.923	1.947	0	0	0	2	0
0	0	6.772	6.785	6.820	0	0	0	0	0
0	0	63.375	63.078	61.741	0	0	0	0	0
0	0	869	874	887	0	0	0	0	0
0	0	816	816	787	2	0	0	0	0
0	0	766	768	792	0	3	0	0	0
678	1.378	10.523	10.511	10.311	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	8	8	0	0	0	0	0	0
0	0	200	200	201	0	0	0	0	0
0	0	956	958	947	0	1	0	0	0
685	1.430	116.701	116.347	114.701	2	43	0	2	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	BEAMTETE UND RICHTERLICHE HILFSKRÄFTE					
		Besoldungsordnung A					
		Besoldungsgruppe:					
		10	**9 gehob. Dienst**	**9 mittl. Dienst**	**8**	**7**	**6**
1	2	50	51	52	53	54	55
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	0	0	0	0	0
03	Innenministerium	0	386	0	0	0	2
04	Finanzministerium	0	39	0	0	0	278
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	0	0	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	0	0	0
07	Kultusministerium	0	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	0	0	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	5	0	4	0	0	4
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	5	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	23	0	0	0	66
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	7	0	0	0	0	0
	Stellen insgesamt	12	453	4	0	0	350

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

				Beamtete wissen-schaftl. Hilfskräfte	Besoldungsordnung R Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen		Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte insgesamt (Spalte 45 bis 62)		
5 einf. Dienst	**4**	**3**	**2**	**H 2 A 14 A 13**	**2**	**1**	2003	2002	2001
56	57	58	59	60	61	62	63	64	65
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	427	427	443
0	0	0	0	17	0	0	334	335	335
0	0	0	0	0	0	0	2	2	2
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
0	0	0	0	0	0	0	15	15	15
0	0	0	0	0	0	0	8	8	8
0	0	0	0	0	0	94	183	183	150
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	8	8	8
0	0	0	0	17	0	94	977	978	963

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	BEAMTE/-INNEN IM VORBEREITUNGSDIENST					
		Vorbereitungsdienst für Eingangs-Bes.-Gr. A:					Praktikanten/-innen und Dienstanfänger/-innen in einem ö.-r. Ausbildungs-verhältnis
		13	**12**	**9 -11**	**6 - 8**	**1 - 4**	
1	2	66	67	68	69	70	71
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	2	0	3	0	0	0
03	Innenministerium	90	0	2.048	118	0	0
04	Finanzministerium	22	0	723	227	0	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	0	24	8	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	15	0	3	40	0	0
07	Kultusministerium	2.529	1.872	180	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	33	0	34	3	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	48	0	4	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	40	0	45	0	0	0
11	Justizministerium	1.600	0	213	324	11	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	21	0	13	5	0	0
	Stellen insgesamt	4.400	1.872	3.290	725	11	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

			NICHTBEAMTETE KRÄFTE												
insgesamt (Spalte 66 bis 71)			Angestellte												
			Vergütungsgruppe BAT:												
2003	2002	2001	außer-tarifver-traglich	Sonder-tarife	I	Ia	Ib	IIa	IIb	III	IVa	IVb	Va	Vb	Vc
72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87
0	0	0	0	0	0	1	1	3	0	4	9	0	0	7	25
5	5	7	7	0	8	5	0	0	0	3	5	6	0	21	32
2.256	2.186	1.761	0	0	2	2	9	43	0	132	321	277	6	189	1.297
972	922	829	2	0	2	3	3	83	0	235	317	41	0	58	1.427
32	32	45	3	7	2	2	2	13	0	22	80	25	0	188	362
58	58	58	4	0	5	5	22	117	0	17	32	31	0	90	67
4.581	4.581	4.360	1	0	0	1	2	397	66	416	228	514	0	761	1.372
70	70	70	5	0	5	13	24	54	0	116	143	35	0	78	215
52	52	52	0	0	1	2	8	12	0	21	144	90	0	84	245
85	85	85	0	0	0	1	1	8	0	3	22	3	0	5	76
2.148	2.303	2.532	0	0	0	0	6	1	0	0	18	53	0	21	220
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	19	3	0	0	2	0
39	39	39	1	0	2	10	11	82	0	111	97	32	0	49	62
10.298	10.333	9.838	23	7	27	45	89	816	66	1.099	1.419	1.107	6	1.553	5.400

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	NICHTBEAMTETE KRÄFTE								
		noch: Angestellte								
		Vergütungsgruppe BAT:								Vergü
		VIa	**VIb**	**VII**	**VIII**	**IXb**	**IXb-VII**	**VIII/VII Fallgr. 4**	**X**	außer-tarifver-traglich
1	2	88	89	90	91	92	93	94	95	96
01	Landtag	0	8	2	6	0	10	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	30	20	17	0	13	0	0	0
03	Innenministerium	0	608	1.800	330	48	640	0	0	0
04	Finanzministerium	0	373	902	56	106	232	0	51	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	238	264	33	5	105	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	77	78	70	3	47	0	0	0
07	Kultusministerium	0	1.166	204	6	2	33	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	134	32	20	1	111	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	176	130	44	0	34	41	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	75	61	22	1	0	0	0	0
11	Justizministerium	0	1.217	905	30	2	775	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	1	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	8	4	0	2	4	0	0	0
15	Umweltministerium	0	100	55	23	0	83	0	0	0
	Stellen insgesamt	0	4.210	4.458	657	170	2.087	41	51	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

noch: A n g e s t e l l t e
Krankenpflegepersonal

tungsgruppe Kr.:

XIII	XII	XI	X	IX	VIII	VII	VI	Va	V	IV	III	II	I
97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	2	0	5	0	0	1	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	NICHTBEAMTETE KRÄFTE							
		Angestellte insgesamt (Spalte 75 bis 110)			Arbeiter/-innen Vollbeschäftigte Lohngruppe:				
		2003	2002	2001	Gesamt-pauschal-lohn (Kraftf.)	9	8/8a	7/7a	6/6a
1	2	111	112	113	114	115	116	117	118
01	Landtag	76	76	76	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	167	168	166	0	0	0	0	1
03	Innenministerium	5.707	5.718	5.780	0	4	147	21	80
04	Finanzministerium	3.891	3.933	4.166	61	0	10	0	2
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	1.354	1.358	1.422	4	0	0	0	1
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	665	666	667	9	0	1	0	3
07	Kultusministerium	5.169	5.180	5.214	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	986	1.024	1.048	38	0	54	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	1.032	1.039	1.018	36	0	6	0	3
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	278	280	286	0	0	0	0	0
11	Justizministerium	3.250	3.298	3.335	31	0	0	0	5
12	Staatsgerichtshof	1	1	1	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	45	45	52	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	718	723	757	4	0	2	3	2
	Stellen insgesamt	23.339	23.509	23.988	183	4	220	24	97

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2003)

noch: Arbeiter/-innen Vollbeschäftigte						Arbeiter/-innen insgesamt (Spalte 114 bis 124)			Landesbedienstete insgesamt (Spalte 41/43, 63/65,72/74,111/113,125/127)		
5/5a	**4/4a**	**3/3a**	**2/2a**	**1/1a**	**MTW**	2003	2002	2001	2003	2002	2001
119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130
4	11	0	0	0	0	15	15	15	164	164	164
1	9	6	20	1	0	38	39	39	409	412	396
219	581	129	362	138	0	1.681	1.712	1.770	30.350	30.250	29.881
14	37	54	105	2	0	285	285	292	15.427	15.421	15.506
9	45	21	85	16	0	181	181	183	3.489	3.496	3.599
18	17	40	31	19	0	138	138	138	7.633	7.647	7.683
5	13	4	4	6	0	32	32	37	73.157	72.871	71.352
0	5	8	0	0	0	105	106	106	2.030	2.074	2.113
7	25	12	44	1	0	134	135	136	2.049	2.057	2.008
0	1	1	0	3	949	954	977	977	2.091	2.118	2.148
20	15	103	6	16	0	196	189	186	16.300	16.484	16.514
0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
0	0	0	0	0	0	0	0	0	8	8	0
0	2	0	0	0	0	2	2	2	247	247	255
2	14	8	1	0	0	36	36	37	1.757	1.764	1.788
299	775	386	658	202	949	3.797	3.847	3.918	155.112	155.014	153.408

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Leerstellen – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen			Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte		
		2003	2002	2001	2003	2002	2001
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	2	2	3	0	0	0
02	Staatskanzlei	11	11	14	0	0	0
03	Innenministerium	393	392	419	4	4	3
04	Finanzministerium	635	637	663	27	27	32
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	49	49	46	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	96	97	98	0	0	0
07	Kultusministerium	3.066	3.066	3.067	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	15	15	14	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	24	24	29	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	5	7	10	0	0	0
11	Justizministerium	469	469	459	30	30	32
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	2	2	2	0	0	0
14	Landesrechnungshof	2	2	4	0	0	0
15	Umweltministerium	36	36	32	0	0	0
	Leerstellen insgesamt	4.805	4.809	4.860	61	61	67

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Leerstellen – Haushaltsjahr 2003)

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst			Angestellte			Arbeiter/-innen insgesamt			Landesbedienstete insgesamt		
2003	2002	2001	2003	2002	2001	2003	2002	2001	2003	2002	2001
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
0	0	0	2	2	3	0	0	0	4	4	6
0	0	0	14	14	14	0	0	1	25	25	29
0	0	0	296	296	327	10	10	10	703	702	759
40	40	40	230	231	248	1	1	0	933	936	983
0	0	0	35	35	38	0	0	0	84	84	84
0	0	0	18	18	20	1	1	0	115	116	118
160	160	160	81	81	70	0	0	0	3.307	3.307	3.297
0	0	0	11	11	9	0	0	0	26	26	23
0	0	0	66	66	66	0	0	0	90	90	95
0	0	0	8	8	11	0	0	0	13	15	21
0	0	0	470	470	486	4	4	3	973	973	980
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	2
0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	4
0	0	0	41	41	36	0	0	0	77	77	68
200	200	200	1.272	1.273	1.328	16	16	14	6.354	6.359	6.469

Zergliederung der Stellenpläne usw. (zu den Titeln 422 31, 425 31 und 426 31 – Haushaltsjahr 2003)

Einzel-plan	Bezeichnung	Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen		
		2003	2002	2001
1	2	3	4	5
01	Landtag	0	0	0
02	Staatskanzlei	2	2	6
03	Innenministerium	59	79	92
04	Finanzministerium	32	43	54
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	22	24	32
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	31	44	54
07	Kultusministerium	50	57	67
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	25	33	45
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	15	22	27
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	18	27	29
11	Justizministerium	10	10	11
12	Staatsgerichtshof	0	0	0
13	Liegenschaftsverwaltung	0	0	0
14	Landesrechnungshof	8	10	11
15	Umweltministerium	26	36	51
	Stellen insgesamt	298	387	479

Dritter Teil:

Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich für 2003 und 2002

Als Zahlungen im Sinne dieser Aufstellung sind anzusehen: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Der kommunale Bereich umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und kommunale Sondervermögen.

1. **Zuweisungen innerhalb des Steuerverbundes**	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR
1.1 Allgemeine Schlüsselzuweisungen	2 048 533 000	1 997 993 000
1.2 Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	379 396 000	371 972 000
1.3 Bedarfszuweisungen	64 000 000	64 000 000
1.4 Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	287 309 000	280 220 000
Zuweisungsmasse	2 779 238 000	2 714 185 000
1.5 Finanzausgleichsumlage	25 000 000	25 000 000
Kapitel 13 12 Titelgruppe 81/84	2 804 238 000	2 739 185 000
2. **Finanzausgleichsumlage**	–25 000 000	–25 000 000

3. **Zahlungen außerhalb des Steuerverbundes**

		Ansatz für 2003 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter*) EUR	Ansatz für 2002 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter*) EUR	Vorläufiges Ist für 2001 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	Zusammenstellung					
	Einzelplan 02	2.148.000	—	2.738.000	—	1.123.268
	03	571.870.000	191.199.000	581.117.000	187.548.000	604.889.101
	04	93.000	—	96.000	—	86.734
	05	1.582.990.000	89.267.000	1.534.013.000	87.975.000	1.474.241.665
	06	34.148.000	—	36.979.000	—	27.268.796
	07	20.204.000	—	24.115.000	3.760.000	30.880.532
	08	269.768.000	251.369.000	259.381.000	241.389.000	216.051.747
	09	12.525.000	—	16.525.000	—	47.715.512
	13	11.972.000	—	10.972.000	—	11.747.138
	15	25.576.000	—	28.923.000	—	18.666.923
	zusammen	2.531.294.000	531.835.000	2.494.859.000	520.672.000	2.432.671.417
	Bindung durch					
	Bundesgesetze					
	Gemeinschaftsaufgaben	41.299.000	13.847.000	45.689.000	13.847.000	34.405.533
	Sozialleistungen	1.650.941.000	210.704.000	1.602.319.000	207.424.000	1.605.916.923
	Auftragsverwaltung	3.858.000	3.630.000	3.858.000	3.630.000	3.393.594
	Verwaltungsvereinbarungen	69.000	—	167.000	—	51.118
	Sonstige	146.243.000	130.848.000	136.633.000	126.557.000	119.222.830
	Summe Bundesgesetze	1.842.410.000	359.029.000	1.788.666.000	351.458.000	1.762.989.998
	Landesgesetze	284.682.000	35.114.000	277.509.000	29.376.000	471.755.265
	Verträge u. ä.	118.937.000	93.576.000	119.898.000	91.951.000	74.088.680
	zusammen	2.246.029.000	487.719.000	2.186.073.000	472.785.000	2.308.833.943
	weitere Zahlungen	285.265.000	44.116.000	308.786.000	47.887.000	123.837.473
	insgesamt	2.531.294.000	531.835.000	2.494.859.000	520.672.000	2.432.671.417

*) Beträge sind teilweise geschätzt

4. Zusammenstellung nach Gruppierungen

Grupp. Nr.	Ausgaben	Ansatz für 2003 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter*) EUR	Ansatz für 2002 EUR	darin enthaltene Mittel Dritter*) EUR	Vorläufiges Ist für 2001 EUR
1	2	3	4	5	6	7
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich					
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.515.605.000	—	2.457.641.000	—	2.200.076.058
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich					
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.066.547.000	232.902.000	2.035.864.000	233.014.000	2.020.259.231
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	127.781.000	119.099.000	120.624.000	111.624.000	98.043.490
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche					
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen **)	2.557.000	—	2.608.000	—	1.227.392
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich					
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	528.533.000	143.410.000	522.201.000	139.273.000	471.294.109
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	8.345.000	5.115.000	8.441.000	5.119.000	1.023.095
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche					
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen **)	86.164.000	31.309.000	86.665.000	31.642.000	93.338.757
	Summe insgesamt	5.335.532.000	531.835.000	5.234.044.000	520.672.000	4.885.262.133

*) Beträge sind teilweise geschätzt
**) Hier nur Zahlungen an kommunale Unternehmen

Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2002*)

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne: Summe Erfolgsplan	Erfolgspläne: Aufwendungen (In den Aufwendungen sind enthalten): Personalaufwand	Erfolgspläne: Aufwendungen (In den Aufwendungen sind enthalten): Sachaufwand	Erfolgspläne: Aufwendungen (In den Aufwendungen sind enthalten): Ablieferungen an den Landeshaushalt	Erfolgspläne: Erträge: In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Finanzpläne: Ausgaben für Investitionen	Finanzpläne: In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.7 + Sp.9)	Summe Erfolgsplan und Investitionen (Sp.3 + Sp.8)
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
03 17	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen	24.324	16.313	6.989	1.022	19.807	120	120	19.927	24.444
04 30	Informationszentrum Niedersachsen	80.583	25.401	55.182	—	2.307	10.828	8.775	11.082	91.411
05 21	Landeskrankenhaus Brauel	6.413	5.034	1.379	—	—	136	—	—	6.549
05 21	Landeskrankenhaus Göttingen	34.005	24.911	9.094	—	3.455	794	—	3.455	34.799
05 21	Landeskrankenhaus Hildesheim	37.903	27.601	10.302	—	4.121	726	—	4.121	38.629
05 21	Landeskrankenhaus Königslutter	40.431	31.981	8.450	—	1.828	1.620	—	1.828	42.051
05 21	Landeskrankenhaus Lüneburg	53.877	39.385	14.492	—	6.668	940	—	6.668	54.817
05 21	Landeskrankenhaus Moringen	25.395	19.633	5.762	—	1.082	286	—	1.082	25.681
05 21	Landeskrankenhaus Osnabrück	35.350	25.785	9.565	—	3.410	1.423	—	3.410	36.773
05 21	Landeskrankenhaus Tiefenbrunn	11.531	9.136	2.395	—	923	475	—	923	12.006
05 21	Landeskrankenhaus Wehnen	35.803	27.741	8.062	—	1.900	1.311	—	1.900	37.114
05 21	Landeskrankenhaus Wunstorf	45.522	35.491	10.031	—	2.928	1.312	—	2.928	46.834
06 06	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)	5.850	2.808	3.042	174	1.767	839	601	2.368	6.689
06 10	Universität Göttingen	274.101	192.535	81.566	0	225.592	8.562	6.869	232.461	282.663
06 10	Versuchswirtschaft Marienstein	442	130	312	10	—	69	—	—	511
06 10	Versuchswirtschaft Reinshof	496	133	363	74	—	74	—	—	570
06 10	Versuchswirtschaft Relliehausen	896	372	524	—	44	113	—	44	1.009
06 12	Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -	403.388	259.035	144.301	2.275	133.186	13.413	12.117	145.303	416.801
06 13	Universität Oldenburg	103.308	79.058	24.250	—	91.658	2.484	1.717	93.375	105.792
06 14	Universität Osnabrück	81.192	62.089	19.103	—	75.117	1.401	1.311	76.428	82.593
06 15	Technische Universität Braunschweig	190.773	139.007	51.766	—	154.491	5.434	3.593	158.084	196.207
06 16	Technische Universität Clausthal	76.521	56.064	19.522	44	58.714	1.413	1.413	60.127	77.934
06 17	Universität Hannover	264.694	189.130	75.564	442	211.253	8.710	7.315	218.568	273.404
06 18	Hochschule Vechta	17.161	13.027	4.134	0	16.414	335	335	16.749	17.496

Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2002*)

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne: Summe Erfolgsplan	Erfolgspläne: Aufwendungen: In den Aufwendungen sind enthalten: Personalaufwand	Erfolgspläne: Aufwendungen: In den Aufwendungen sind enthalten: Sachaufwand	Erfolgspläne: Aufwendungen: In den Aufwendungen sind enthalten: Ablieferungen an den Landeshaushalt	Erfolgspläne: Erträge: In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Finanzpläne: Ausgaben für Investitionen	Finanzpläne: In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.7 + Sp.9)	Summe Erfolgsplan und Investitionen (Sp.3 + Sp.8)
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
06 19	Medizinische Hochschule Hannover	440.857	268.056	172.801	334	143.382	11.445	8.628	152.010	452.302
06 21	Lehr- u. Forschungsgut Ruthe	1.986	614	1.372	—	379	138	—	379	2.124
06 21	Tierärztliche Hochschule Hannover	64.333	41.345	22.988	—	52.515	1.038	1.038	53.553	65.371
06 22	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	13.328	10.388	2.940	196	12.854	568	568	13.422	13.896
06 23	Hochschule für Musik und Theater Hannover	16.821	14.005	2.536	133	16.532	231	216	16.748	17.052
06 29	Universität Hildesheim	25.141	20.418	4.723	—	23.003	379	379	23.382	25.520
06 30	Universität Lüneburg	30.026	21.780	8.246	—	27.453	523	523	27.976	30.549
06 33	Fachhochschule Osnabrück	44.560	31.359	13.201	—	41.436	800	800	42.236	45.360
06 34	Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen	33.222	25.582	7.640	—	33.079	680	680	33.759	33.902
06 36	Fachhochschule Nordostniedersachsen	26.020	18.847	7.173	—	25.481	445	445	25.926	26.465
06 37	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	33.232	26.076	7.156	—	32.177	784	784	32.961	34.016
06 38	Fachhochschule Hannover	42.575	30.420	12.155	—	41.258	629	629	41.887	43.204
06 39	Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	59.004	46.602	12.402	—	58.467	2.170	2.170	60.637	61.174
06 60	Staatstheater Braunschweig	27.891	23.427	4.464	—	24.808	205	205	25.013	28.096
08 11	Mess- und Eichwesen Niedersachsen	8.928	7.006	1.922	—	916	595	590	1.506	9.523
08 13	Materialprüfanstalten	12.638	9.978	2.660	—	1.106	1.473	1.199	2.305	14.111
09 30	Domäne Derneburg	420	129	167	92	—	26	—	—	446
09 30	Domäne Hollanderhof	243	98	125	—	—	46	10	10	289
09 30	Domäne Kloster Appingen	446	153	245	—	—	46	—	—	492
09 30	Domäne St. Ludgeri	1.038	256	472	205	—	123	—	—	1.161
09 50	Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück	1.195	275	606	204	—	98	—	—	1.293
09 50	Hengstparade Celle	737	103	420	214	—	—	—	—	737
15 55	Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz	53.390	33.793	19.597	—	—	31.473	44.393	44.393	84.863
	Gesamt	2.787.990	1.912.510	872.161	5.419	1.551.511	116.733	107.423	1.658.934	2.904.723

* ohne Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten

Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2003*)

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne: Summe Erfolgsplan	Erfolgspläne: Aufwendungen (In den Aufwendungen sind enthalten): Personalaufwand	Erfolgspläne: Aufwendungen (In den Aufwendungen sind enthalten): Sachaufwand	Erfolgspläne: Aufwendungen (In den Aufwendungen sind enthalten): Ablieferungen an den Landeshaushalt	Erfolgspläne: Erträge: In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Finanzpläne: Ausgaben für Investitionen	Finanzpläne: In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.7 + Sp.9)	Summe Erfolgsplan und Investitionen (Sp.3 + Sp.8)
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
03 17	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen	24.310	16.181	7.107	1.022	19.526	120	120	19.646	24.430
04 30	Informationszentrum Niedersachsen	89.822	27.942	61.880	—	2.341	11.786	8.497	10.838	101.608
05 21	Landeskrankenhaus Brauel	6.448	5.069	1.379	—	—	136	—	—	6.584
05 21	Landeskrankenhaus Göttingen	34.137	25.032	9.099	—	3.445	825	—	3.445	34.962
05 21	Landeskrankenhaus Hildesheim	38.046	27.741	10.305	—	4.111	755	—	4.111	38.801
05 21	Landeskrankenhaus Königslutter	40.712	32.262	8.450	—	1.804	1.295	—	1.804	42.007
05 21	Landeskrankenhaus Lüneburg	53.998	39.584	14.414	—	6.664	962	—	6.664	54.960
05 21	Landeskrankenhaus Moringen	25.413	19.648	5.765	—	1.082	435	—	1.082	25.848
05 21	Landeskrankenhaus Osnabrück	35.501	25.916	9.585	—	3.406	1.945	—	3.406	37.446
05 21	Landeskrankenhaus Tiefenbrunn	11.578	9.183	2.395	—	923	544	—	923	12.122
05 21	Landeskrankenhaus Wehnen	36.272	28.134	8.138	—	1.900	1.139	—	1.900	37.411
05 21	Landeskrankenhaus Wunstorf	47.186	36.878	10.308	—	2.928	1.351	—	2.928	48.537
06 06	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)	5.889	2.877	3.012	—	1.765	384	147	1.912	6.273
06 10	Universität Göttingen	274.458	192.497	81.961	—	225.162	8.474	6.781	231.943	282.932
06 10	Versuchswirtschaft Marienstein	441	133	308	18	—	74	—	—	515
06 10	Versuchswirtschaft Reinshof	501	136	365	76	—	80	—	—	581
06 10	Versuchswirtschaft Relliehausen	905	384	521	—	35	71	—	35	976
06 12	Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -	408.237	262.462	145.862	2.418	134.244	13.413	12.117	146.361	421.650
06 13	Universität Oldenburg	105.365	80.746	24.619	—	93.175	2.497	1.730	94.905	107.862
06 14	Universität Osnabrück	80.757	62.234	18.523	—	74.285	1.413	1.323	75.608	82.170
06 15	Technische Universität Braunschweig	190.378	138.821	51.557	—	153.543	5.460	3.619	157.162	195.838
06 16	Technische Universität Clausthal	76.433	56.015	19.579	—	58.570	1.512	1.512	60.082	77.945
06 17	Universität Hannover	265.479	188.827	76.652	—	210.788	9.750	8.355	219.143	275.229
06 18	Hochschule Vechta	17.203	13.084	4.119	—	16.402	204	204	16.606	17.407

Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2003*)

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne: Summe Erfolgsplan	Erfolgspläne: Aufwendungen: In den Aufwendungen sind enthalten: Personalaufwand	Erfolgspläne: Aufwendungen: In den Aufwendungen sind enthalten: Sachaufwand	Erfolgspläne: Aufwendungen: In den Aufwendungen sind enthalten: Ablieferungen an den Landeshaushalt	Erfolgspläne: Erträge: In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Finanzpläne: Ausgaben für Investitionen	Finanzpläne: In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt	Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.7 + Sp.9)	Summe Erfolgsplan und Investitionen (Sp.3 + Sp.8)
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
06 19	Medizinische Hochschule Hannover	440.066	267.986	172.080	548	142.487	11.445	8.628	151.115	451.511
06 21	Lehr- u. Forschungsgut Ruthe	2.027	647	1.380	—	357	121	—	357	2.148
06 21	Tierärztliche Hochschule Hannover	65.635	42.667	22.968	—	53.805	1.044	1.044	54.849	66.679
06 22	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	13.331	10.374	2.957	196	12.857	300	300	13.157	13.631
06 23	Hochschule für Musik und Theater Hannover	16.733	14.055	2.536	133	16.444	233	218	16.662	16.966
06 29	Universität Hildesheim	24.585	20.371	4.214	—	22.796	383	383	23.179	24.968
06 30	Universität Lüneburg	30.584	22.306	8.278	—	27.760	532	532	28.292	31.116
06 33	Fachhochschule Osnabrück	44.861	31.400	13.461	—	41.663	809	809	42.472	45.670
06 34	Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen	33.529	25.691	7.838	—	33.281	687	687	33.968	34.216
06 36	Fachhochschule Nordostniedersachsen	25.821	18.971	6.850	—	25.185	450	450	25.635	26.271
06 37	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	33.430	26.192	7.238	—	32.253	791	791	33.044	34.221
06 38	Fachhochschule Hannover	42.304	30.437	11.867	—	40.819	637	637	41.456	42.941
06 39	Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	58.752	46.712	12.040	—	58.087	2.182	2.182	60.269	60.934
06 60	Staatstheater Braunschweig	27.332	22.933	4.399	—	24.198	205	205	24.403	27.537
08 11	Mess- und Eichwesen Niedersachsen	8.930	7.048	1.882	—	925	478	470	1.395	9.408
08 13	Materialprüfanstalten	12.542	9.926	2.616	—	777	1.365	785	1.562	13.907
09 30	Domäne Derneburg	421	126	163	92	—	34	—	—	455
09 30	Domäne Hollanderhof	242	74	138	—	—	46	100	100	288
09 30	Domäne Kloster Appingen	446	153	245	—	—	46	—	—	492
09 30	Domäne St. Ludgeri	1.015	263	466	205	—	118	—	—	1.133
09 50	Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück	1.195	275	606	204	—	98	—	—	1.293
09 50	Hengstparade Celle	737	103	420	214	—	—	—	—	737
15 55	Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz	54.098	33.864	20.234	—	—	24.576	44.183	44.183	78.674
	Gesamt	2.808.085	1.924.360	880.779	5.126	1.549.793	111.205	106.809	1.656.602	2.919.290

* ohne Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 01

Landtag

Vorwort zum Einzelplan 01

Dem am 1. März 1998 gewählten Landtag der 14. Wahlperiode gehören 157 Abgeordnete an. Die Fraktion der SPD hat 83, die der CDU 62 und die von Bündnis 90/Die Grünen 11 Mitglieder, ein Abgeordneter ist fraktionslos. Die Abgeordneten sind auf fünf Jahre gewählt.

Der Einzelplan 01 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Landtages und seiner Verwaltung.

Die Verwaltung des Landtages ist eine oberste Landesbehörde.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0101	Landtag	—	130.000	—	—	130.000	30.998.000	2.842.000
	Summe 2002	—	130.000	—	—	130.000	30.998.000	2.842.000
	Summe 2001	—	112.484	86.920	—	199.404	29.461.147	2.757.191
	2002 mehr/weniger (-)	—	17.516	-86.920	—	-69.404	1.536.853	84.809

2002

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 01**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
7.243.000	—	408.000	—	41.491.000	-41.361.000	-40.066.258	-1.294.742	—
7.243.000	—	408.000	—	41.491.000	-41.361.000	-40.066.258	-1.294.742	—
7.487.971	—	559.353	—	40.265.662				—
-244.971	—	-151.353	—	1.225.338				—

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0101	Landtag	—	128.000	—	—	128.000	35.484.000	2.978.000
	Summe 2003	—	128.000	—	—	128.000	35.484.000	2.978.000
	Summe 2002	—	130.000	—	—	130.000	30.998.000	2.842.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	-2.000	—	—	-2.000	4.486.000	136.000

2003

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 01**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
7.572.000	—	292.000	—	46.326.000	-46.198.000	-41.361.000	-4.837.000	—
7.572.000	—	292.000	—	46.326.000	-46.198.000	-41.361.000	-4.837.000	—
7.243.000	—	408.000	—	41.491.000				—
329.000	—	-116.000	—	4.835.000				—

Einzelplan 01 Landtag
Kapitel 0101 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		4.000	6.000	—	—
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ****Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen, Gesetzesmaterialien, Drucksachen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt bzw. unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.*		10.000	10.000	1.023	0
119 06-2	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	1.023	0
119 10-0	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Gegenständen und Veröffentlichungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit * *Vgl. K-Vermerk zu 531 10.*		—	—	—	8
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	511	14
119 51-8	011	Vermischte Einnahmen		—	—	2.556	4
121 10-5	011	Einnahmen aus Braugerechtsamen		46.000	46.000	35.790	46
124 01-5	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung ****Nach § 63 Abs. 5 i. V. m. § 63 Abs. 3 LHO wird zugelassen, daß die Landespressekonferenz unentgeltlich ein Büro und bei Bedarf den Vortragsraum 2 nutzt. Die Reinigung und Heizung der Räume sowie die Lieferung von Strom und Wasser erfolgt ebenfalls unentgeltlich. Außerdem wird zugelassen, dass den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanbietern der für ihre Berichterstattung aus dem Landtag und für ihre Beteiligung an Veranstaltungen des Landtages erforderliche Strom unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.*		68.000	68.000	70.558	76
132 01-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
132 10-7	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 10.*		—	—	—	98
282 10-9	011	Erstattungen der Fraktionen		—	—	86.920	81
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.023	
		A U S G A B E N					
411 10-3	011	Aufwendungen für Abgeordnete * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 411 10, 411 11 und 411 12.* ****Der Präsident hat freie Amtswohnung mit Ausstattung. Die Abgeordneten erhalten bei Benutzung von Kraftwagen einschließlich Taxen und Mietwagen zwischen Wohngemeinde und Ort der Veranstaltung eine Entschädigung von 0,30 Eur je km.*	—	14.813.000	13.877.000	13.293.078	12.975
411 11-1	011	Aufwendungen für frühere Abgeordnete und deren Hinterbliebene * *Vgl. D-Vermerk zu 411 10.*	—	9.665.000	6.164.000	6.046.026	5.615
411 12-0	011	Aufwendungen für die Beschäftigung von Schreib- und Bürokräften nach § 7 Abs. 2 NAbgG * *Vgl. D-Vermerk zu 411 10.*	—	3.023.000	2.954.000	2.684.282	2.635
412 10-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	—	—	—	—
422 01-6	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	7.612.000	7.593.000	7.170.766	2.583

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Verkauf von Gegenständen	1	1
2. Private Mitbenutzung	1	1
3. Überzahlungen	1	1
4. Vermischte Einnahmen	1	3
Zusammen	4	6

Zu 121 10

Dividende von der Brauergilde Hannover AG.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	4	4
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	12	12
3. Sonstige Mieten und Pachten	52	52
Zusammen	68	68

Zu 411 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Grundentschädigungen	10 810	10 014
2. Aufwandsentschädigungen		
a) gem. § 7 NAbgG	2 108	1 955
b) Reisekosten (auch für gewählte Personen in der Zeit bis zum Beginn der Wahlperiode)	1 434	1 465
3. Leistungen für Krankheits- und Pflegefälle	409	391
4. Unterstützungen in Notfällen an Abgeordnete Die Unterstützungen werden nach den Richtlinien des Präsidiums gewährt.	26	26
5. Ersatz von Schäden	26	26
Zusammen	14 813	13 877

Zu 411 11

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Übergangsgelder, Altersrenten/Altersentschädigungen, Witwenrenten/Witwenentschädigungen, Waisenentschädigungen und Sterbegelder	8 760	5 749
2. Leistungen für Krankheits- und Pflegefälle	261	261
3. Versorgungsabfindungen	618	128
4. Unterstützungen an frühere Abgeordnete und Hinterbliebene, wenn ein besonderer Notfall vorliegt oder wenn ein angemessenes Einkommen fehlt. Die Unterstützungen werden nach den Richtlinien des Präsidiums gewährt.	26	26
Zusammen	9 665	6 164

Zu 411 12

Als Aufwandsentschädigungen gem. § 7 NAbgG:

Vergütungen der Schreib- und Bürokräfte der Abgeordneten, einschließlich Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und gesetzlicher Arbeitgeberleistungen.

Zu 412 10

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 1 000 EUR.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
164,71	164,71	164,71	—

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zu-/Abgang	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	59,14	59,14	—	73
Angestellte	86,66	86,66	—	76
Lohnempfänger/-innen	18,91	16,25	2,66	15
Insgesamt	164,71	162,05	2,66	164

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	59,14	59,14	—	73
Angestellte	86,66	86,66	—	76
Lohnempfänger/-innen	18,91	16,25	2,66	15
Insgesamt	164,71	162,05	2,66	164

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	7 612	7 593

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	7 612	7 593
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	195	234
43	Versorgungsbezüge	1 198	1 143
44	Beihilfen, Unterstützungen	212	206
45	Personalbezogene Sachausgaben	4	4
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	55	–8
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		9 276	9 172

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

120 800 EUR (2003) 120 400 EUR (2002) für 4 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen – sämtlich im Reinigungsdienst – veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
422 04-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	1.000	1.000	511	—
422 06-7	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1.000	1.000	511	—
422 09-1	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-9	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-5	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.263
425 04-0	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	24.000	21.000	15.850	10
425 06-6	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	511	—
426 01-1	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	666
426 06-2	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2.000	2.000	1.534	1
427 01-8	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	126.000	174.000	122.199	105
441 01-0	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	193.000	187.000	119.131	180
441 02-9	940	Beihilfen für Angestellte	—	3.000	3.000	1.636	2
441 03-7	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	1
441 10-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	14.000	14.000	—	11
443 01-3	940	Fürsorgeleistungen	—	1.000	1.000	511	0
443 02-1	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-9	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	4.000	4.000	4.090	7
511 01-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	466.000	511.000	457.606	323
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	36.000	36.000	35.790	28
517 01-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	938.000	938.000	327.227	322
517 19-0	011	Reinigungskosten	—	—	—	306.775	323
517 59-9	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	270.985	238
518 01-3	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.000	2.000	146.996	53
518 02-1	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	147.000	147.000	—	—
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	88.000	85.000	—	—
519 02-8	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	30.678	18
519 03-6	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	17.895	20
519 10-9	011	Unterhaltung des Denkmals auf dem Platz der Göttinger Sieben	—	2.000	2.000	1.278	—
523 10-6	011	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	107.000	104.000	101.031	104
523 11-4	011	Erwerb und Unterhaltung von Kunstwerken für das Landtagsgebäude * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 523 11 und 812 11.*	—	3.000	3.000	2.556	3
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	35.000	35.000	35.790	8
526 01-6	011	Sachverständige ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zu Nr. 3 und 4 verbindlich*	—	25.000	25.000	25.565	20

Zu 422 06

Insbesondere für Beamte des einfachen Dienstes im Sitzungsdienst.

Zu 426 06

Überstundenlöhne insbesondere für Hausmeister und Heizer.

Zu 427 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Für Hilfs- und Aushilfskräfte		
1. Stenographen	36	84
2. Schreibkräfte, Landtagsdiener	71	71
3. Sonstige	19	19
Zusammen	126	174

Zu 511 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf	186	237
2. Bücher und Zeitschriften	53	52
3. Post-/Fernmeldegebühren	138	138
4. Unterhaltung der Geräte	31	31
5. Ersatz und Ergänzung der Geräte	55	50
6. Dienstkleidung	3	3
Zusammen	466	511

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	6	6	6

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	6	6	6

Zu 517 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Unterhaltung der Grundstücke	343	343
2. Reinigungskosten	338	338
3. Heizung, Strom	257	257
Zusammen	938	938

Zu 518 02

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2000 in Anspruch genommene VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	135 000	135 000
2003	135 000	135 000
2004	135 000	135 000
2005	135 000	135 000
2006	79 000	79 000
Summe	619 000	619 000

Zu 519 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Unterhaltungsarbeiten	35	31
2. Betriebl. Einbauten	31	31
3. Vor-/Ziergärten, Grünanlagen	22	23
Zusammen	88	85

Zu 526 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. (Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	2	2
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	1	1
3. Kontrollkommission nach Art. 10 GG		
a) Aufwandsentschädigungen	14	14
b) Reisekosten	1	1
c) Kosten der Geschäftsstelle	1	1
4. Kosten der Kommission gemäß § 25 Abs. 2 NAbgG	1	1
5. Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung	5	5
Zusammen	25	25

Zu 3.:

Die Mitglieder der Kommission gemäß § 3 NAusfG zu Art. 10 GG und deren Vertreter erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 205 EUR monatlich.

Zu 4.:

Mitglieder der Kommission gem. § 25 Abs. 2 NAbgG können zur Abgeltung ihrer Unkosten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 77 EUR je Sitzung und Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz mit der Maßgabe erhalten, dass bei Benutzung des eigenen Pkw 0,30 EUR je km erstattet werden.

Einzelplan 01 Landtag
Kapitel 0101 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 02-4	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	26.000	31.000	40.903	8
527 02-0	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	9
527 03-9	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	—
529 10-4	011	Verfügungsmittel	—	46.000	46.000	46.016	42
529 11-2	011	Veranstaltungen des Landtages	—	128.000	108.000	107.371	167
531 02-8	011	Ausstellungen im Landtagsgebäude	—	—	—	—	0
531 04-4	011	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	—	—	—	—	17
531 10-9	019	Öffentlichkeitsarbeit und Einführung von Gruppen in die Arbeit des Parlaments * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10.*	—	468.000	356.000	324.670	314
536 08-9	011	Kosten der Ausländerkommission	—	—	—	4.090	3
536 09-7	011	Genehmigte Anhörungen von Sachverständigen durch Ausschüsse des Landtages, Kosten der Enquete-Kommissionen	—	—	—	5.113	1
536 12-7	011	Kosten parlamentarischer Untersuchungsausschüsse	—	—	—	3.323	0
541 10-4	011	Ausgaben für die Durchführung von Landtagsausschusssitzungen	—	12.000	12.000	—	—
546 01-7	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 02-5	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1.000	1.000	511	1
547 10-2	011	Dienstleistungen Außenstehender - dpa -	—	87.000	87.000	86.920	81
547 11-0	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	14.000	14.000	18.918	12
632 10-0	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	42.000	41.000	58.799	38
684 10-0	019	Staatliche Mittel für Parteien und Einzelbewerber * *Übertragbar.*	—	2.301.000	2.178.000	2.178.103	2.173
684 11-8	011	Zahlungen an die Fraktionen des Landtages ****Die Fraktionen erhalten neben den Zuschüssen zur Deckung ihres allgemeinen Bedarfs in dem bisherigen Rahmen unentgeltlich folgende Sach- und Dienstleistungen:* *1. Die Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- und Sitzungsräumen einschließlich Mikrofonanlagen in den Räumen 117 und 122 sowie einer grundsätzlich einheitlichen Ausstattung an Tischen, Stühlen und Schränken,* *2. die Bereitstellung von Projektionsgeräten der Landtagsverwaltung (z.B. Beamer, Tageslichtschreiber und Leinwand), soweit die Geräte im Einzelfall zur Erfüllung der Aufgaben der Landtagsverwaltung nicht benötigt werden,* *3. die Reinigung und Heizung der Räume, die Lieferung von Strom und Wasser,* *4. die Bereitstellung der Telekommunikationsanlage des Landtages, des EDV-Netzes und eingerichteter zentraler Informations- und Kommunikationseinrichtungen einschließlich der für den jeweiligen Anschluß erforderlichen Kopplungselemente, aber mit Ausnahme der anfallenden Nutzungs- und Übertragungsgebühren, die von den Fraktionen zu tragen sind,* *5. die Weiterleitung der Postsendungen und die Durchführung von Umzügen.*	—	5.216.000	5.011.000	4.912.492	4.745

Zu 529 10

Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Es stehen dem Präsidenten 33 215 EUR, jedem der vier Vizepräsidenten 2 557 EUR und der Verwaltung 2 557 EUR zur Verfügung.

Zu 529 11

Der Ansatz schließt die Kosten für Repräsentationsgeschenke, soweit diese nicht aus Tit. 529 10 zu beschaffen sind, ein. Kulturelle Veranstaltungen werden bei 531 10 nachgewiesen. Mitveranschlagt sind Reisekosten für Fachpersonal und Pressevertreter, die das Präsidium auf Reisen begleiten.

Zu 531 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Allgemeine Kosten der Öffentlichkeitsarbeit (einschl. Broschüren, Begleitmaterial u.s.w.)	220	93
2. Besuchergruppen		
a) Fahrtkosten	82	77
b) Bewirtungskosten	31	31
3. Projekt: Schüler begleiten Abgeordnete	—	15
4. Besondere Veranstaltungen (Schülerwettbewerb, Europäischer Wettbewerb, Senioren im Parlament u.s.w.)	10	10
5. Tag der offenen Tür	—	—
6. Tag der Niedersachsen	8	8
7. Besondere Veröffentlichungen (u. a. Schriftenreihe)	10	10
8. Taschenhandbuch	30	20
9. Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche (VG Wort)	20	20
10. Kulturelle Veranstaltungen	26	26
11. Ausstellungen	8	8
12. a) Internet	18	18
b) Multimedia	5	20
Zusammen	468	356

Zu 541 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Ausländerkommission	4	4
2. Anhörungen, Enquete-Kommission	5	5
3. Parlament. UntersuchungsA	3	3
Zusammen	12	12

Zu 547 10

Benutzergebühren und Leitungskosten für den dpa-Anschluss.

Zu 547 11

Erstattung der Kosten, die Gaststättenpächtern durch den vom Landtag für den Sitzungsbetrieb (Ausschüsse, Fraktionssitzungen usw.) geforderten Service im Landtagsgebäude zusätzlich entstehen und weitere Dienstleistungen Dritter.

Zu 632 10

Anteilmäßige Kostenerstattung an die Verwaltung des Landtages Nordrhein-Westfalen, die im Einvernehmen mit den anderen Landtagsverwaltungen die Herausgabe des Parlamentsspiegels bearbeitet.

Zu 684 10

Zahlungen aufgrund des Parteiengesetzes und des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes.

Zu 684 11

Die Berechnung richtet sich nach §§ 30 bis 33 d des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *684 11-8*		*Über das Nähere entscheidet der Präsident.*					
686 10-2	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	3.000	3.000	3.170	3
811 01-2	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	24.031	—
811 10-1	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.*	—	—	—	—	98
812 10-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	42.000	72.000	—	—
812 11-6	011	Erwerb von Kunstwerken für das Landtagsgebäude * *Vgl. D-Vermerk zu 523 11.*	—	8.000	8.000	7.669	15
812 15-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	297.572	257
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(598.000)	(636.000)	(417.725)	(203)
511 99-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	168.000	136.000	23.008	17
518 98-6	011	Mieten und Pachten für Software	—	15.000	15.000	—	—
518 99-4	011	Mieten und Pachten für Hardware	—	3.000	3.000	15.339	10
525 98-2	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten IZN	—	11.000	11.000	—	—
525 99-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	10.000	10.000	21.474	17
538 98-7	011	Dienstleistungen des IZN	—	87.000	77.000	—	—
538 99-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	52.000	46.000	117.597	69
671 99-7	011	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme von Fremddatenbanken	—	10.000	10.000	10.226	4
812 99-0	011	Erwerb von Geräten und Programmen	—	242.000	328.000	230.081	86
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			506.947	
		Abschluss Kapitel 01 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		128.000	130.000	112.484	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	86.920	
		Summe der Einnahmen		128.000	130.000	199.404	
		4 Personalausgaben	—	35.484.000	30.998.000	29.461.147	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.978.000	2.842.000	3.082.372	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	7.572.000	7.243.000	7.162.790	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	292.000	408.000	559.353	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	46.326.000	41.491.000	40.265.662	
		Zuschuss		46.198.000	41.361.000	40.066.258	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.198.000	1.143.000	919.865	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		47.524.000	42.634.000	41.185.527	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		47.396.000	42.504.000	40.986.123	

Zu 686 10

Für Mitgliedschaften bei Vereinigungen u. a., an denen ein dienstliches Interesse besteht.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Fernmeldeanlagen	—	—
2. Geräte u. a.	42	72
Zusammen	42	72

Zu 812 11

Für die Ausstattung des Landtagsgebäudes.

Zu Titelgruppe 99

Für die Beschaffung bzw. Anmietung sowie Unterhaltung von EDV-Anlagen einschließlich der Programme für EDV-Anwendungen.

Zu 511 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Geschäftsbedarf	18	18
2. Bücher und Zeitschriften	1	1
3. Post-/Fernmeldegebühren	8	8
4. Unterhaltung der Geräte	141	109
Zusammen	168	136

671 99

U. a. Benutzergebühren insbesondere für JURIS.

812 99

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Geräten, Programmen und Ausstattungsgegenständen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		128.000	130.000	112.484	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	86.920	
		Summe der Einnahmen		128.000	130.000	199.404	
		4 Personalausgaben	—	35.484.000	30.998.000	29.461.147	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.978.000	2.842.000	3.082.372	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	7.572.000	7.243.000	7.162.790	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	292.000	408.000	559.353	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	46.326.000	41.491.000	40.265.662	
		Zuschuss		46.198.000	41.361.000	40.066.258	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.198.000	1.143.000	919.865	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		47.524.000	42.634.000	41.185.527	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		47.396.000	42.504.000	40.986.123	

Einzelplan 01

Landtag

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag
Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	1	Direktor/-in beim Niedersächsischen Landtag
B 5	2	2	2	Ministerialdirigent/-in
B 5	2	2	2	Parlamentsrat/-rätin
B 3	1	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
B 2	4	4	4	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[3])	5	5	5	Ministerialrat/-rätin
A 15	9	9	6	Direktor/-in
A 14[4])[10])	5	5	8	Oberrat/-rätin
A 13[8])	14	14	14	Oberamtsrat/-rätin
A 12	6	6	6	Amtsrat/-rätin
A 11	4	4	4	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	2	2	Oberinspektor/-in
A 9[2])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 6	4	4	4	Oberamtsmeister/-in
A 5	12	12	12	Oberamtsmeister/-in
	73	73	73	Zusammen
				Leerstellen:
A 11[7])	1	1	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10[7])	1	1	1	Oberinspektor/-in
	2	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01:

Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen und Stellenübersichten dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenographen befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben.

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[2]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 15 mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (Stellen-Nr. 5).

[4]) 3 Stellen können wahlweise mit Richtern/-innen der Bes.-Gr. R 1 und/oder R 2 besetzt werden.

[7]) kw.

[8]) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[10]) 1 kw.

Die Planstelle entfällt mit Ende des Monats, in dem die 14. Wahlperiode endet.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Hebung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	3	von Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin
Zusammen	3	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 11	
Amtmann/ -männin/-frau	1
Zusammen	1

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag
Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
I a	1	1	—	
I b	1	1	—	
II a	3	3	3	
III	4	4	6	
IV a[1])	9	9	9	
V b[1])	7	7	7	
V c	25	25	25	
VI b	8	8	8	
VII	2	2	1	
VIII	6	6	6	
IX b–VII[3])	10	10	11	
	76	76	76	Zusammen
				Leerstellen:
V c[5])	1	1	2	
IX b–VII[5])	1	1	1	
	2	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01:

Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen und Stellenübersichten dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenographen befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben.

[1]) Die erste Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. IV a BAT eingruppiert.

Die zweite Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in und die Sekretärin des/der Direktors/-in beim Niedersächsischen Landtag sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe V b BAT eingruppiert.

Die Beschränkung „für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft“ entfällt nach fünfjähriger Bewährung in dieser Tätigkeit.

Die zweite Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in und die Sekretärin des/der Direktors/-in beim Niedersächsischen Landtag erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b BAT und Verg.-Gr. IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung sind sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt.

Die Sekretärinnen der Vizepräsidenten/-innen sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe V b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. I a	1	von Verg.-Gr. II a
Verg.-Gr. I b	1	von Verg.-Gr. II a
Verg.-Gr. II a	2	von Verg.-Gr. III
Verg.-Gr. VII	1	von Verg.-Gr. IX b–VII
Zusammen	5	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen
Verg.-Gr. V c	1
Zusammen	1

Sonstige Veränderungen:
Der allgemeine Haushaltsvermerk wurde geändert.

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag
Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) 1 (–) kw zum 31. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (ZV 2003).
				Arbeiter/-innen	
4[1])	7	7	7	Kraftfahrdienst	
5	4	4	4	Boten-, Pförtner- und	
4	4	4	4	Hausmeisterdienst	
	15	15	15	Zusammen	

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 02

Staatskanzlei

Vorwort zum Einzelplan 02

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 02 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs der Staatskanzlei, und zwar:

I. der Staatskanzlei (Kap. 02 01) einschl. Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund (TGr. 64/65) und bei der Europäischen Union (TGr. 70/71)

II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 02 02)

III. des Landesbeauftragten für Sachsen-Anhalt (Kap. 02 03),

IV. der Raumordnung und Landesentwicklung (Kap. 02 04)

V. der Staatsarchive (Kap. 02 06),
in Aurich, Bückeburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Wolfenbüttel und des Hauptstaatsarchivs in Hannover.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen:

1. Durch Beschlüsse der Landesregierung vom 13. 12. 2000 (Nds. MBl. S. 768) und 29. 12. 2000 (Nds. MBl. 2001 S. 5) sind mit Wirkung vom 1. 1. 2001 die
   – Referate 37 und 38 „Raumordnung und Landesentwicklung“ vom MI zur StK verlagert worden
   – Aufgaben „Verfassungsrecht“ (Staats- und verfassungsrechtliche Angelegenheiten des Landes, der Bundesrepublik und der EU sowie ihrer Verfassungsorgane, Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Staatsgerichtshof) und „Rechtsvereinfachung“ vom MJ auf die StK übergegangen.
2. Die Teilaufgaben „Verwaltungsreform, Reformarbeitsmarkt“ sind durch Beschluss der Landesregierung vom 13. 12. 2000 (Nds. MBl. S. 767) mit Wirkung vom 1. 1. 2001 von der StK auf das MI verlagert worden.

C. Sonstige Veränderungen:

Infolge der Änderung gemäß Buchst. B Nr. 1 (erster Spiegelstrich) wurde im Einzelplan 02 das Kapitel 02 04 (Raumordnung und Landesentwicklung) neu eingerichtet.

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich der Staatskanzlei sind im Kap. 20 25 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

E. Hinsichtlich der **persönlichen Verwaltungsausgaben** für 2001 wird auf die „Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ verwiesen.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0201	Staatskanzlei	—	141.000	76.000	—	217.000	14.733.000	4.600.000
0202	Allgemeine Bewilligungen	—	1.000	48.000	—	49.000	23.000	1.066.000
0203	Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt	—	—	—	—	—	—	—
0204	Raumordnung und Landesentwicklung	—	2.000	—	1.011.000	1.013.000	—	1.142.000
0206	Staatsarchive	—	160.000	209.000	—	369.000	6.304.000	1.542.000
	Summe 2002	—	304.000	333.000	1.011.000	1.648.000	21.060.000	8.350.000
	Summe 2001	—	304.627	297.060	—	601.687	18.925.776	7.151.692
	2002 mehr/weniger (-)	—	-627	35.940	1.011.000	1.046.313	2.134.224	1.198.308

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	82.000	1.216.000	20.631.000	-20.414.000	-17.536.544	-2.877.456	—
5.701.000	—	1.836.000	—	8.626.000	-8.577.000	-10.915.981	2.338.981	2.616.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
268.000	—	2.738.000	—	4.148.000	-3.135.000	—	-3.135.000	1.432.000
18.000	—	130.000	2.033.000	10.027.000	-9.658.000	-8.994.134	-663.866	—
5.987.000	—	4.786.000	3.249.000	43.432.000	-41.784.000	-37.446.659	-4.337.341	4.048.000
6.877.235	—	2.116.748	2.976.895	38.048.346				4.269.287
-890.235	—	2.669.252	272.105	5.383.654				-221.287

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0201	Staatskanzlei	—	145.000	76.000	—	221.000	14.687.000	3.353.000
0202	Allgemeine Bewilligungen	—	1.000	48.000	—	49.000	23.000	1.016.000
0203	Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt	—	—	—	—	—	—	—
0204	Raumordnung und Landesentwicklung	—	2.000	—	716.000	718.000	—	1.642.000
0206	Staatsarchive	—	160.000	209.000	—	369.000	6.259.000	1.542.000
	Summe 2003	—	308.000	333.000	716.000	1.357.000	20.969.000	7.553.000
	Summe 2002	—	304.000	333.000	1.011.000	1.648.000	21.060.000	8.350.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	4.000	—	-295.000	-291.000	-91.000	-797.000

2003

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 02**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	114.000	1.216.000	19.370.000	-19.149.000	-20.414.000	1.265.000	—
5.676.000	—	1.836.000	—	8.551.000	-8.502.000	-8.577.000	75.000	1.850.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
269.000	—	2.148.000	—	4.059.000	-3.341.000	-3.135.000	-206.000	1.432.000
34.000	—	130.000	2.033.000	9.998.000	-9.629.000	-9.658.000	29.000	—
5.979.000	—	4.228.000	3.249.000	41.978.000	-40.621.000	-41.784.000	1.163.000	3.282.000
5.987.000	—	4.786.000	3.249.000	43.432.000				4.048.000
-8.000	—	-558.000	—	-1.454.000				-766.000

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-3	011	Vermischte Einnahmen		26.000	26.000	25.565	19
119 02-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		31.000	31.000	30.678	29
119 03-0	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		15.000	15.000	15.339	113
119 06-4	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	511	0
119 41-2	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	511	1
119 46-3	011	Ersatzleistungen		6.000	6.000	5.624	16
124 01-7	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		7.000	7.000	6.340	5
125 61-7	859	Erlöse der Gästehäuser, sonstige Dienstleistungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		51.000	51.000	48.573	46
132 01-0	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 11, 531 12 und 531 13.*		3.000	3.000	2.556	3
132 10-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		4.000	—	4.090	—
132 11-7	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	31
235 10-2	011	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
235 11-0	011	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Schwerbehinderte		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund**		(77.000)	(77.000)	(62.633)	(41)
124 64-5	011	Mieten und Pachten		1.000	1.000	1.278	9
132 64-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	5.113	—
231 64-6	011	Zuweisungen d.Presse-und Informationsamtes d.Bundesregierung zu d.staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen d.Landesvertretung * *Vgl. K-Vermerk zu 529 64.*		15.000	15.000	15.339	—
281 64-3	011	Kostenerstattungen Dritter für Veranstaltungen in der Landesvertretung * *Vgl. K-Vermerk zu 529 64.*		61.000	61.000	40.903	32
TGr. 73		**Tagungen „Neues Niedersachsen“** ****vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73*		(—)	(—)	(—)	(—)
281 73-2	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	—
282 73-9	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		—	—	—	—
286 73-4	011	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland		—	—	—	—
287 73-0	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-1	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	511	—
421 01-1	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	333.000	333.000	322.114	227

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 02

Abgabe kann bei Bedarf unentgeltlich an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken erfolgen.

Zu 119 03

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Abführung auf Grund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	15	15
Abführung auf Grund des § 75 a Abs. 2 NBG	—	—
Zusammen	15	15

Zu 119 06

Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	7	7
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	7	7

Zu 125 61

Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Hauses der Landesregierung in Hannover, Lüerstr. 5.

Vgl. TGr. 61.

Zu 124 64

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	—	—
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	1	1
Zusammen	1	1

Zu 231 64

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gewährt Zuweisungen zu staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen.

Vgl. 529 64.

Zu 412 10

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält eine angemessene Vergütung, deren Höhe das Finanzministerium nach pauschalen Sätzen bestimmt.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
421 02-0	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	—
422 01-8	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	13.632.000	13.627.000	11.748.567	5.401
422 10-7	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	35.000	100.000	161.415	227
425 01-7	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.674
425 04-1	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-8	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.000	3.000	3.068	0
425 10-6	011	Vergütung der stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-9	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-3	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	788
426 04-8	011	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10.000	10.000	10.226	—
426 06-4	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5.000	5.000	4.602	—
426 10-2	011	Löhne der stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10.000	10.000	9.715	4
427 39-7	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	5.000	5.000	4.602	—
441 01-2	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	316.000	306.000	271.445	279
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	39.000	38.000	3.630	1
441 03-9	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	4.000	4.000	562	1
441 04-7	940	Beihilfen für Sonstige	—	6.000	6.000	6.442	—
441 10-1	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	7.000	7.000	7.465	—
443 01-5	940	Fürsorgeleistungen	—	7.000	7.000	6.647	7
453 01-0	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	66.000	95.000	230.695	126
462 10-9	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	306.000	307.000	38.603	48
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	56.000	56.000	55.271	73
517 01-9	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	208.000	208.000	130.379	102
517 19-1	011	Reinigungskosten	—	—	—	63.911	74
517 59-0	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	57.000	57.000	56.242	50
518 01-5	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	48.000	48.000	51.129	81
518 02-3	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-1	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	1.000	1.000	—	—
519 02-0	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	1.278	7

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
247,62	248,62	234,49	211,92

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	21,50
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	4,85
– Sonstige Veränderungen	—	0,99
Summe Zugänge	—	27,34
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	2,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	11,21
Summe Abgänge	1,00	13,21
Bleibt Zugang	—	14,13

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	114,86	114,86	—	137
Angestellte	106,43	106,43	—	100
Lohnempfänger/-innen	26,33	22,92	3,41	23
Insgesamt	247,62	244,21	3,41	260

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	115,86	115,86	—	137
Angestellte	106,43	106,43	—	101
Lohnempfänger/-innen	26,33	22,92	3,41	23
Insgesamt	248,62	245,21	3,41	261

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	13 632	13 627

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	13 632	13 627
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	666	687
43	Versorgungsbezüge	2 560	2 469
44	Beihilfen, Unterstützungen	263	255
45	Personalbezogene Sachausgaben	67	96
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	101	–14
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		17 289	17 120

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

69 000 EUR für 3 (3) ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte im Haus der Landesregierung im Haus- und Küchendienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt. Sie erhalten für die Dauer der Tätigkeit im Haus der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von je 115,04 EUR monatlich.

Außerdem sind 87 000 EUR für 6 (9) ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungs-, Servierdienst u. ä. der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 422 31

Dienstbezüge für gemäß § 15 SonderUrlVO dienstlich freigestellte lebensältere Beamtinnen und Beamte.

Zu 425 31

Leistungen gemäß Vereinbarungen zu § 81 Nds. PersVG über Personalabbau durch Auflösungsverträge mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern.

Zu 426 04

Veranschlagt sind 10 000 EUR für 1 (–) bei der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund beschäftigten Auszubildenden (Fachgehilfe im Gastgewerbe).

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	8	8	8

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	8	8	8

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 03-8	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	5.266	9
525 01-1	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	26.000	26.000	10.226	10
526 01-8	011	Sachverständige	—	25.000	25.000	38.347	12
526 02-6	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	26.000	26.000	—	—
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	113.000	113.000	97.401	96
527 02-2	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehinderten-angelegenheiten	—	3.000	3.000	3.119	1
529 10-6	011	Zur Verfügung der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerin oder des Ministers	—	31.000	31.000	30.678	17
531 11-9	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung -Veröffentlichungen- * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 01.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 531 11, 531 12 und 531 13.* *** *Abweichend von § 63 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.*	—	51.000	51.000	51.129	57
531 12-7	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung -Auftritt im Internet - * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 531 11.* *** *Abweichend von § 63 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgeben werden.*	—	486.000	1.662.000	511.292	—
531 13-5	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung -Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit- * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 531 11.* *** *Abweichend von § 63 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.*	—	486.000	486.000	511.292	473
539 10-1	011	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen	—	5.000	5.000	5.113	3
539 11-0	011	Niedersachsenpreis	—	43.000	43.000	43.460	39
546 01-9	011	Vermischte Ausgaben	—	4.000	4.000	4.244	4
546 02-7	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	3.000	3.000	2.556	5
546 03-5	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	2.000	2.000	1.585	11
546 05-1	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 10-8	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	614	0
547 10-4	011	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 10, 412 62, 526 62, 531 62, 538 62 und 547 62.*	—	46.000	46.000	46.016	40
686 10-4	011	Zuschuss an die Akademie für Publizistik in Hamburg	—	—	—	—	13
811 01-4	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	33.000	—	—	36

ERLÄUTERUNGEN

Zu 531 11 und 531 13

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Pressestelle der Landesregierung, u. a. Aufwendungen für Broschüren, Informationsmaterial und kleine Werbegeschenke, Veröffentlichungen, eigene Informationsdienste, Pressekonferenzen und Pressefahrten, Informationsveranstaltungen, Bewirtungskosten im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit; Bezugsgebühren für Nachrichtendienste.

Zu 531 12

Die Zuständigkeit für die Neugestaltung der gemeinsamen Internet-Präsentation der Landesregierung sowie die künftige Koordinierung dieser Internet-Präsentation liegt gem. Beschluss der Landesregierung vom 11. 4. 2000 in der Staatskanzlei.

Der Auftritt der Landesregierung im Internet, das sich zu einer wichtigen Informationsquelle und Kommunikationsplattform entwickelt, ist Bestandteil moderner Öffentlichkeitsarbeit.

Veranschlagt sind die Sachkosten für die Präsentation im Internet, sowie die Kosten für die Neugestaltung des Internet-Auftrittes aller Landesbehörden unter „niedersachsen.de“.

Zu 539 10

Orden und Ehrenzeichen einschl. Urkunden, insbesondere Nieders. Verdienstorden und Verdienstmedaille für vorbildliche Verdienste um den Nächsten.

Zu 539 11

„Niedersachsenpreis” für Persönlichkeiten, die sich in den Bereichen Kultur, Frauen, Soziales, Wissenschaft, Umwelt oder Wirtschaft um das Land verdient gemacht haben (Beschluss der Landesregierung vom 12. 6. 2001, Nds. MBl. Nr. 31/2001, S. 684) einschl. Reisekosten der Jury-Mitglieder, Kosten der Preisverleihung, sonstiger Nebenkosten.

Zu 546 10

Mitgliedschaften des Ministerpräsidenten.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
811 11-1	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	31
812 13-4	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-7	990	Abführung an 1321-38102	—	1.216.000	1.216.000	1.153.270	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/97		**Bewirtschaftung des Hauses der Landesregierung in Hannover, Lüerstraße 5** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 125 61.*	(—)	(105.000)	(104.000)	(102.770)	(98)
427 61-3	011	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	—	13.000	12.000	8.896	11
511 61-4	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	8.000	8.000	7.874	17
514 61-3	011	Verbrauchsmittel	—	37.000	37.000	36.813	33
517 61-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	29.000	29.000	20.963	22
517 97-3	859	Reinigungskosten	—	—	—	6.647	6
519 61-5	859	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	2.045	0
538 61-0	859	Dienstleistung Außenstehender	—	—	—	—	—
547 61-9	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8.000	8.000	9.306	8
812 61-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10.000	10.000	10.226	—
TGr. 62		**Planungsaufgaben** * *Übertragbar.*	(—)	(88.000)	(88.000)	(86.920)	(30)
412 62-4	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige * *Vgl. D-Vermerk zu 547 10.*	—	26.000	26.000	25.565	12
526 62-0	011	Sachverständige * *Vgl. D-Vermerk zu 547 10.*	—	21.000	21.000	20.963	1
531 62-3	011	Veröffentlichungen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 10.*	—	24.000	24.000	—	—
538 62-8	011	Dienstleistungen Außenstehender * *Vgl. D-Vermerk zu 547 10.*	—	—	—	38.858	16
547 62-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 547 10.*	—	17.000	17.000	1.534	0
TGr. 63		**Ehrung der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger durch die Nds. Landesregierung**	(—)	(23.000)	(23.000)	(23.008)	(18)
538 63-6	019	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	23.008	18
547 63-5	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	23.000	23.000	—	—
685 63-9	019	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 64/65		**Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund**	(—)	(537.000)	(519.000)	(542.632)	(353)
511 64-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	82.000	87.000	10.737	9
514 64-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	18.000	18.000	12.782	9

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/97

Zu 812 61

Beschaffung von Einrichtungsgegenständen p. p. 10 000 EUR

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind hier die Ausgaben für die politische Planung in Aufgabenfeldern, die unter dem Gesichtspunkt der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten besondere Bedeutung haben. Zurzeit sind dies u. a. Bündnis für Arbeit und Ausbildung, Mittelstand, zentrale bildungspolitische Fragen.

Zur sachverständigen Beratung in zentralen bildungspolitischen Fragen ist vom Ministerpräsidenten ein Bildungsrat als unabhängiges Gremium berufen worden (Kab.-Beschluss vom 29. 6. 1999). Dem Bildungsrat gehören Persönlichkeiten an, die als anerkannte Expertinnen und Experten im Bildungsbereich über langjährige nationale und auch internationale Erfahrungen in Wissenschaft und Praxis verfügen.

Zu 412 62

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Bildungsrates.

1. Der Vorsitzende erhält für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine pauschale Aufwandsentschädigung von 306,78 EUR (600 DM).
2. Die übrigen Mitglieder des Bildungsrates erhalten für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine pauschale Aufwandsentschädigung von 255,65 EUR (500 DM).

Für die Erstattung der Reisekosten finden die für Landesbeamte geltenden reisekostenrechtlichen Vorschriften entsprechende Anwendung.

Zu Titelgruppe 63

Veranschlagt sind die Kosten für den jährlichen Empfang der Landesregierung zur Ehrung ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger. Die Empfänge finden im jährlichen Wechsel in den vier Regierungsbezirken statt.

Zu Titelgruppe 64/65

Veranschlagt sind die Kosten der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin.

Zu 514 64

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	3	3	3

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	3	3	3

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 64-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	202.000	202.000	220.776	130
517 65-5	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	80.000	80.000	90.243	51
518 64-3	011	Mieten und Pachten	—	11.000	11.000	11.248	27
519 64-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	26.000	3.000	2.556	19
519 65-8	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	10.737	7
525 64-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	3.000	3.000	3.068	2
526 64-6	011	Sachverständige	—	1.000	1.000	511	1
526 65-4	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 64-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	10.000	10.000	10.226	54
527 65-0	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	511	—
529 64-5	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand in Berlin aus dienstlicher Veranlassung * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 64 und 281 64.*	—	97.000	97.000	112.484	26
531 64-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	5.000	5.000	10.226	6
546 64-7	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	46.016	9
547 64-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	511	—
TGr. 70/71		**Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union**	(—)	(462.000)	(417.000)	(282.437)	(56)
427 70-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	1.000	1.176	4
429 70-5	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	167.000	136.000	107.422	26
429 71-3	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	0
459 70-1	011	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	767	0
511 70-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	43.000	46.000	5.113	1
514 70-2	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	3.000	3.000	2.556	0
517 70-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	46.000	46.000	23.519	4
518 70-8	011	Mieten und Pachten	—	138.000	108.000	82.062	22
527 70-7	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	12.000	12.000	10.226	0
529 70-0	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand der Vertretung in Brüssel aus dienstlicher Veranlassung	—	10.000	10.000	10.226	0
531 70-4	011	Veröffentlichungen	—	3.000	3.000	2.556	—
531 71-2	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	36.000	39.000	18.407	0
546 70-1	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	10.000	10.226	—
547 70-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.000	8.181	0
812 70-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Tagungen „Neues Niedersachsen“** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden,*	(—)	(—)	(102.000)	(255.646)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 70/71

Veranschlagt sind die Kosten der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel.

Zu 429 70

Aus den veranschlagten Mitteln wird Vergütung nach belgischem Tarifrecht für drei in der Vertretung in Brüssel beschäftigte Ortskräfte gezahlt.

Zu 514 70

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 531 71

Die Durchführung von Veranstaltungen sowie Kontaktpflege und Besucherbetreuung gehören zu den zentralen Aufgaben der Vertretung in Brüssel. Mit ihrer Hilfe sollen vor allem der Kommunikationsprozess und die Lobbyfunktion des Büros gestärkt werden.

Veranschlagt sind die in diesem Zusammenhang anfallenden sächlichen Verwaltungsausgaben.

Zu 546 70

Veranschlagt sind die Kosten für einen Umzug der Landesvertretung in eine andere Liegenschaft.

Zu Titelgruppe 73

Im Anschluss an die Weltausstellung EXPO werden in den Jahren 2001 und 2002 unter dem Motto „Neues Niedersachsen“ Tagungen mit vorwiegend internationalem Charakter durchgeführt. Unter Einbindung von qualifizierten Wissenschaftlern, Experten und Politikern aus aller Welt soll ein Erfahrungsaustausch ermöglicht und aufgezeigt werden, wie andere Länder u. a. Zukunftsfähigkeit herstellen, Wissenschaft organisieren, innere Sicherheit gewährleisten, Wirtschaft anregen und fördern sowie Finanzen verwalten. Aus diesen Erfahrungen werden neue Impulse für Niedersachsen erwartet.

Ausgaben fallen insbesondere an für Anmietung von Tagungsräumen und technischen Hilfsmitteln, Honorare sowie Reisekosten von Experten, Programmhefte, Plakate, Veröffentlichungen, Konferenzbewirtungen.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 73**		*wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei der Einnahmetitelgruppe 73*					
429 73-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
531 73-9	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—	70.000	—	—
538 73-3	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	204.517	—
547 73-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	32.000	51.129	—
TGr. 94		**Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-2	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-5	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-0	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(337)
429 96-9	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	45
547 96-1	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	160
711 96-6	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-7	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	132
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(400.000)	(401.000)	(353.251)	(327)
427 98-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 98-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	234.000	234.000	226.247	166
514 98-2	011	Verbrauchsmittel	—	23.000	23.000	15.850	22
518 98-8	011	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-6	011	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-4	019	Kosten für Aus- und Fortbildung beim IZN	—	2.000	2.000	—	—
525 99-2	019	Kosten für Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	8.000	8.000	7.669	17
538 98-9	019	Kosten der Dienstleistungen des IZN	—	22.000	22.000	—	—
538 99-7	019	Kosten der Dienstleistungen Anderer	—	35.000	35.000	34.461	34
547 98-8	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	—
812 98-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	71.000	72.000	63.911	89
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			388.173	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Kosten zur Beschaffung von Hard- und Software für die Bürokommunikation in den Liegenschaften der Staatskanzlei einschl. der Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin und bei der Europäischen Union in Brüssel sowie für Ersatz und Ergänzung nicht mehr einsatzbereiter oder überalterter Hard- und Softwarekomponenten.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 02 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		145.000	141.000	146.178	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		76.000	76.000	56.242	
		Summe der Einnahmen		221.000	217.000	202.420	
		4 Personalausgaben	—	14.687.000	14.733.000	12.935.532	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.353.000	4.600.000	3.576.025	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	114.000	82.000	74.137	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.216.000	1.216.000	1.153.270	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	19.370.000	20.631.000	17.738.964	
		Zuschuss		19.149.000	20.414.000	17.536.544	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.560.000	2.469.000	1.980.182	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		21.930.000	23.100.000	19.719.146	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		21.709.000	22.883.000	19.516.726	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-6	011	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	3
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		**Staatsmodernisierung**		(1.000)	(1.000)	(511)	(—)
119 66-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	511	—
TGr. 70		**Europäisches Informations-Zentrum (EIZ)**		(40.000)	(40.000)	(25.565)	(—)
272 70-2	011	Zuschüsse der EU-Kommission zum Europäischen Informations-Zentrum (EIZ)		40.000	40.000	25.565	—
282 70-8	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
287 70-0	011	Zuschüsse aus dem Ausland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
TGr. 71		**Unterstützung der europäischen Integration**		(—)	(—)	(—)	(—)
282 71-6	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu 684 71.*		—	—	—	—
TGr. 73		**Interregionale Beziehungen**		(8.000)	(8.000)	(7.669)	(—)
281 73-6	011	Erstattungen im Rahmen der Neuen Hanse Interregio		8.000	8.000	7.669	—
286 73-8	011	Beteiligung der NHI-Partner an Maßnahmen und Vorhaben des NHI-Sekretariates * *Vgl. K-Vermerk zu 547 97.*		—	—	—	—
TGr. 82		**Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen**		(—)	(—)	(—)	(—)
297 82-9	193	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
632 04-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	61.000	61.000	61.355	—
683 10-9	193	Finanzhilfe an die Gesellschaft zur Förderung der Medienentwicklung gem. § 7 Abs. 1 NLottG aus Konzessionsabgabemitteln ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	3.068.000	3.068.000	3.067.751	—
684 10-5	011	Zuschuss an den Verein Global Partnership e.V. * *Übertragbar.*	—	128.000	128.000	127.823	—
981 01-0	990	Abführung an 1321-38102	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		**Staatsmodernisierung** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus-*	(300.000) (300.000) (1.278.230)	(482.000)	(532.000)	(1.533.876)	(1.207)

Zu 286 73

Kostenbeteiligung bei Maßnahmen des Neuen Hanse Interregio (NHI)-Sekretariates in Oldenburg durch die NHI-Partner.

Zu 297 82

Rückflüsse aus Zinsen, Tilgungen u. a. des Film-/Medienförderprogramms des Landes, bei dem die Landestreuhandstelle für Wirtschaftsförderung – Bereich Filmförderung – als Bewilligungsstelle tätig wurde.

Zu 632 04

Nach dem Abkommen über den Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften vom 24. 10. 1996 ist ein Beobachter der Länder bei der EU in Brüssel bestellt worden, der die Länder laufend über den Stand und die Entwicklung der europäischen Integration unterrichtet. Die vom Land Baden-Württemberg getragenen Kosten für den Länderbeobachter werden nach dem vorl. Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 683 10

Die Gesellschaft zur Förderung der Medienentwicklung erhält gem. § 7 Abs. 1 Satz 4 NLottG vom 21. 06. 1997 (Nds. GVBl. I S. 289) in der zz. geltenden Fassung aus den Konzessionsabgaben eine Finanzhilfe in Höhe von 3 067 751 EUR zur zweckgebundenen Verwendung nach Maßgabe des § 9 a NLottG.

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 66

Die Mittel sind bestimmt für die Steuerung des Gesamtprozesses der Staatsmodernisierung einschl. des dafür notwendigen gesellschaftlichen Diskurses als ressortübergreifende Aufgabe der Staatskanzlei.

Belastung (2002) der in 2001 bei 538 66 ausgebrachten VE

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	445 000	—	445 000
2003	—	112 000	—	112 000
2004	—	—	—	—
2005 —	—	—	—	—
Summe	—	557 000	—	557 000

Belastung (2003) der in 2001 bei 538 66 ausgebrachten VE

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	112 000	—	—	112 000
2004	—	—	—	—
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
Summe	112 000	—	—	112 000

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 66**		*halts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
429 66-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 66-7	011	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 66-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	32.000	32.000	—	—
525 66-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	153.388	18
526 66-6	011	Sachverständige	160.000 160.000 —	170.000	170.000	—	—
527 66-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	10
531 66-0	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	140.000 140.000 —	180.000	180.000	102.258	69
538 66-4	011	Dienstleistungen Außenstehender	— — 1.278.230	—	—	1.278.230	1.081
547 66-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100.000	150.000	—	9
682 66-8	011	Zuschüsse an Landesbetriebe zur Förderung von Projekten	—	—	—	—	—
812 66-9	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	20
TGr. 70		**Europäisches Informations-Zentrum (EIZ)** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 70 und 287 70.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(75.000)	(75.000)	(—)	(—)
529 70-3	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 529 70, 531 70, 547 70, 531 71, 547 71, 682 71, 684 71, 547 73, 547 97, 682 73, 684 73 und 687 73.*	—	15.000	15.000	—	—
531 70-8	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation * *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.* *** *Abweichend von § 63 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.*	—	10.000	10.000	—	—
547 70-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	—	50.000	50.000	—	—
TGr. 71		**Unterstützung der europäischen Integration**	(—)	(125.000)	(150.000)	(156.456)	(4)
531 71-6	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation * *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	—	25.000	25.000	25.565	—
538 71-0	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	511	—
547 71-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	—	51.000	51.000	46.528	—
682 71-4	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	—	—	—	—	4
684 71-7	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden*	—	49.000	74.000	83.852	—

Zu 526 66

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	160 000	160 000
2004	—	—	—	—
2005 —	—	—	—	—
Summe	—	—	160 000	160 000

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	160 000	—	160 000
2004	—	—	160 000	160 000
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
Summe	—	160 000	160 000	320 000

Zu 531 66

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	140 000	140 000
2004	—	—	—	—
2005 —	—	—	—	—
Summe	—	—	140 000	140 000

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	140 000	—	140 000
2004	—	—	140 000	140 000
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
Summe	—	140 000	140 000	280 000

Zu Titelgruppe 70

Die Mittel sind vorgesehen für Sachausgaben des Europäischen Informationszentrums (EIZ) Niedersachsen in Hannover sowie für Informations- und Aufklärungsarbeit des EIZ.

Zu Titelgruppe 71

Die Mittel sind veranschlagt für projektorientierte Zuschüsse an Organisationen und Verbände, die der Förderung der europäischen Integration dienen. Weiterhin sind Mittel für die Informations- und Aufklärungsarbeit der Landesregierung zu europäischen Fragen vorgesehen.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *684 71-7*		*bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 71.* *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
TGr. 72		**Kosten der Entsendung von Landesbediensteten an Einrichtungen der EU**	(—)	(23.000)	(23.000)	(52.560)	(0)
422 72-0	029	Auslandszuschläge u. ä. für Beamte	—	7.000	7.000	26.587	0
425 72-0	029	Auslandszuschläge u. ä. für Angestellte	—	9.000	9.000	8.999	—
453 72-3	029	Auslandstrennungsgeld	—	7.000	7.000	14.827	—
527 72-7	029	Auslandsreisekosten	—	—	—	2.147	—
682 72-2	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 73/97		**Interregionale Beziehungen**	(50.000) (50.000) (51.129)	(219.000)	(219.000)	(222.412)	(10)
547 73-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	—	48.000	48.000	51.129	3
547 97-3	011	Maßnahmen und Vorhaben des NHI-Sekretariates in Oldenburg * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 286 73.* *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	50.000 50.000 51.129	25.000	25.000	25.565	5
682 73-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	—	—	—	—	—
684 73-3	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen * *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	—	51.000	51.000	51.129	—
687 73-2	011	Zuschüsse und Beiträge an interregionale Institutionen * *Vgl. D-Vermerk zu 529 70.*	—	95.000	95.000	94.589	2
TGr. 74 bis 76		**Internationale Beziehungen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(769.000)	(769.000)	(789.435)	(1)
429 74-1	023	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 429 74, 547 74, 682 74, 684 74, 686 74, 687 74, 893 74, 896 74, 429 78, 547 78, 682 78, 684 78, 685 78, 686 78, 687 78, 893 78 und 896 78.*	—	—	—	—	—
547 74-4	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	159.000	159.000	199.404	1
682 74-9	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	—	—	—	—
684 74-1	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	90.000	90.000	—	—
685 74-8	023	Zuschüsse zur Förderung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen	—	—	—	204.517	—
685 75-6	023	Zuschüsse zur Förderung der wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen	—	—	—	244.398	—
685 76-4	029	Humanitäre Hilfe	—	—	—	89.987	—

Zu Titelgruppe 72

Zur Wahrnehmung der Interessen des Landes bei der EU ist beabsichtigt, jährlich 5 bis 7 Landesbedienstete als Sachverständige unter Beurlaubung und gleichzeitiger Fortzahlung der Bezüge/Vergütungen an Institutionen der EU sowie an die dortigen Einrichtungen des Bundes und der Länder bzw. zur Teilnahme an Austauschprogrammen der EU zu entsenden.

Die hierfür zusätzlich erforderlichen Mittel sind an dieser Stelle zentral veranschlagt.

Zu Titelgruppe 73/97

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die Pflege von interregionalen Beziehungen.

Zu 547 97

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen des NHI-Sekretariates in Oldenburg, die von Dritten durchgeführt werden.

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen gelten für die gesamte Titelgruppe. Sie dienen der Finanzierung mehrjähriger Projekte im interregionalen Bereich, z.B. im Rahmen der EU Gemeinschaftsinitiative Interreg III.

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	25 000	—	25 000
2003	—	25 000	25 000	50 000
2004	—	—	25 000	25 000
2005	—	—	—	—
Summe	—	50 000	50 000	100 000

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	25 000	25 000	—	50 000
2004	—	25 000	25 000	50 000
2005	—	—	25 000	25 000
2006	—	—	—	—
Summe	25 000	50 000	50 000	125 000

Zu Titelgruppe 74 bis 76

Die Mittel sind vorgesehen für die Zusammenarbeit im Rahmen bestehender Partnerschaften des Landes mit den Regionen Perm, Tjumen in Russland, den Wojewodschaften Großpolen und Niederschlesien in Polen, der Provinz Ostkap in Südafrika, den Partnerregionen in der VR China sowie zur Intensivierung internationaler Kontakte.

Zu 547 74

Veranschlagt sind u. a. Mittel für Projekte und Maßnahmen der Fachressorts im Rahmen der Koordinierung der internationalen Beziehungen.

Zu 684 74

Der Ansatz dient der Finanzierung von Maßnahmen für Hilfeleistungen in mittel- und osteuropäischen Ländern.

Zu 685 75, 813 74 und 896 76

Gefördert werden sollen auch Projekte für die Landwirtschaft sowie strukturverbessernde und Bildungsmaßnahmen im Bereich der Wirtschaft (auch durch Zuschüsse für Investitionen an im Ausland ansässige Institutionen).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 74-4	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	244.000	244.000	—	—
687 74-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	230.000	230.000	—	—
893 74-0	023	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	46.000	46.000	—	—
896 74-9	023	Zuschüsse für Investitionen an Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	—	—	51.129	—
TGr. 78 bis 80		**Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(511.000)	(511.000)	(279.166)	(—)
429 78-4	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	—	—	—	—
547 78-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	8.000	8.000	30.166	—
682 78-1	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	—	—	—	—
684 78-4	011	Zuschüsse zur Umsetzung der Agenda 21 im kommunalen Bereich * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	15.000	15.000	15.339	—
685 78-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	16.000	16.000	25.565	—
685 79-9	011	Zuschüsse zur Förderung der wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen	—	—	—	25.565	—
685 80-2	011	Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe	—	—	—	182.531	—
686 78-7	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	184.000	184.000	—	—
687 78-3	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.* *** *Davon 62.900 EUR zur Unterstützung der Partnerprovinz Eastern Cape bei AIDS-Prävention und AIDS-Behandlung.*	—	288.000	288.000	—	—
893 78-2	011	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	—	—	—	—
896 78-1	011	Zuschüsse für Investitionen an Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 429 74.*	—	—	—	—	—
TGr. 82		**Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 297 82.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Gegenseitig deckungsfähig mit TGr. 86*	(—) (766.000) (383.469)	(512.000)	(512.000)	(511.292)	(—)
547 82-5	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	— 766.000 383.469	—	—	—	—
682 82-0	193	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—

Zu 686 74, 687 74, 893 74 und 896 74

Die Mittel sind vorgesehen insbesondere zur Förderung der kulturellen, wissenschaftlichen und schulischen Beziehungen mit den Partnerregionen.

Zu Titelgruppe 78 bis 80

Die Mittel sind vorgesehen für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe in Entwicklungsländern sowie für die Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen in Niedersachsen.

Zu 684 78

Zur Unterstützung von nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Agenda 21 werden Maßnahmen niedersächsischer Kommunen und lokaler gemeinnütziger Nicht-Regierungsorganisationen gefördert, die einen internationalen Bezug haben.

685 78

Vorgesehen sind z. B. Zuschüsse zur Hochschulzusammenarbeit, soweit nicht aus Einzelplan 06 gefördert wird. Außerdem wird das Studienbegleitprogramm (STUBE) des kirchlichen Entwicklungsdienstes für ausländische Studenten an niedersächsischen Hochschulen gefördert.

Zu 686 78, 687 78

Die veranschlagten Haushaltsmittel sollen für Maßnahmen der Zusammenarbeit mit Partnern in Entwicklungsländern (hauptsächlich in der Provinz Ostkap, Südafrika) und zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Niedersachsen eingesetzt werden. Wichtigster hiesiger Träger ist der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) als Dachverband der entwicklungspolitischen Nicht-Regierungs-Organisationen.

Gefördert werden sollen auch über den lokalen Rahmen hinausgehende Projekte der Bildungsarbeit zur Struktur des Nord-Süd-Verhältnisses und zu dessen zukunftsfähigen Gestaltung im Rahmen der globalen Interdependenzen.

Des Weiteren dient der Ansatz der Förderung von Projekten der Zusammenarbeit mit Partnern in Entwicklungsländern sowie zur Beteiligung an und Finanzierung von Maßnahmen der humanitären Hilfe für dortige bedürftige Bevölkerungsgruppen.

Zu Titelgruppe 82

Die Mittel sind vorgesehen für zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen. Sie sollen die Qualität und Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Medienwirtschaft steigern, die Qualifizierung des Mediennachwuchses verbessern und die Vielfalt medienkultureller Projekte, Einrichtungen und Veranstaltungen gewährleisten.

Im Übrigen sind Mittel für entsprechende Zwecke als Finanzhilfe für die Gesellschaft zur Förderung der Medienentwicklung bei Kapitel 02 02 Titel 683 10 veranschlagt.

Zu 547 82

Die veranschlagte VE gilt für die gesamte Titelgruppe.

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	383 000	—	383 000
2003	—	—	383 000	383 000
2004	—	—	383 000	383 000
2005	—	—	—	—
Summe	—	383 000	766 000	1 149 000

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	383 000	—	383 000
2004	—	383 000	—	383 000
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
Summe	—	766 000	—	766 000

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 82-5	193	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	256.000	256.000	255.646	—
893 82-0	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	256.000	256.000	255.646	—
TGr. 86		**Multimedia-Initiativen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Gegenseitig deckungsfähig mit TGr. 82*	(1.500.000) (1.500.000) (2.556.459)	(2.578.000)	(2.578.000)	(4.090.336)	(—)
547 86-8	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.500.000 1.500.000 2.556.459	143.000	143.000	255.646	—
682 86-2	013	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	105.000	156.000	153.388	—
683 86-9	013	Zuschüsse an private Unternehmen	—	229.000	178.000	1.380.488	—
686 86-8	013	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	567.000	567.000	766.938	—
892 86-7	013	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	1.023.000	1.023.000	1.022.584	—
893 86-3	013	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	511.000	511.000	511.292	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			57.264	
		Abschluss Kapitel 02 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.000	1.000	511	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		48.000	48.000	33.234	
		Summe der Einnahmen		49.000	49.000	33.745	
		4 Personalausgaben	—	23.000	23.000	50.413	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1.850.000 2.616.000 4.269.287	1.016.000	1.066.000	2.181.785	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	5.676.000	5.701.000	6.830.861	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.836.000	1.836.000	1.886.667	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.850.000 2.616.000 4.269.287	8.551.000	8.626.000	10.949.726	
		Zuschuss		8.502.000	8.577.000	10.915.981	

Zu Titelgruppe 86

Mit den veranschlagten Mitteln soll die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien gefördert werden. In diesem Zusammenhang sind Kooperationen des Landes mit Partnern in der IuK-Wirtschaft geplant, u. a.:

– Beteiligung des Landes an der Initiative Deutschland 21 (D 21),
– Fortführung der Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom AG und der Microsoft GmbH,
– Vereinbarung weiterer Multimedia-Initiativen mit Unternehmen der Informations- und Kommunikationswirtschaft.

Die Mittel sollen überwiegend für die Komplementärfinanzierung von Projekten verwendet werden, die von den beteiligten Ressorts im Rahmen der o. g. strategischen Kooperationen entwickelt werden.

Im Übrigen sollen die Mittel auch für in diesem Zusammenhang notwendige Dienstleistungen Dritter verwendet werden.

Zu 547 86

Die veranschlagte VE gilt für die gesamte Titelgruppe.

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 000 000	—	1 000 000
2003	—	1 000 000	1 500 000	2 500 000
2004	—	500 000	—	500 000
2005	—	—	—	—
Summe	—	2 500 000	1 500 000	4 000 000

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 000 000	1 500 000	—	2 500 000
2004	500 000	—	1 500 000	2 000 000
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
Summe	1 500 000	1 500 000	1 500 000	4 500 000

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0203 Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 61-4	019	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
232 62-3	960	Erstattungen von Verwaltungskosten von anderen Ländern		—	—	—	187
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Hilfen für das Land Sachsen-Anhalt und andere neue Bundesländer**		(—)	(—)	(—)	(—)
231 61-9	960	Personalkostenerstattung vom Bund im Zusammenhang mit Abordnungen von Landesbediensteten in die neuen Bundesländer		—	—	—	—
232 61-5	960	Erstattung von Verwaltungskosten vom Land Sachsen-Anhalt		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Hilfen für das Land Sachsen-Anhalt und andere neue Bundesländer** * *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
461 61-4	981	Z.Deckg.d.zusätzl. Personalausg. sowie f.d. Einstellg.v.Ersatz- u.Aushilfskr.für in die neuen Länder abgeordn. bzw. beurl. Landesb.	—	—	—	—	—
461 62-2	981	Z.Deckg.d.zusätzl. Personalausg.sowie f.d. Einstellg.v. Ersatzkräften f.d.in d.neuen Bundesl. abgeordn. Bediensteten d. Justiz	—	—	—	—	—
631 61-7	960	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	—	—	—	—
632 61-3	960	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 02 03					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Die Veranschlagung der Haushaltsmittel im Zusammenhang mit der Hilfeleistung von Landesbediensteten bei öffentlichen Einrichtungen in den neuen Bundesländern ist ab 1997 dezentral in den Einzelplänen der Ressorts bei den entsprechenden Titeln vorzunehmen.

Die im Kapitel 02 03 ausgebrachten Leertitel sind für die Abrechnung der bis zum 31. 12. 1996 zentral veranschlagten Mittel für die Verwaltungshilfe notwendig.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0204 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 42-1	422	Rückflüsse des Förderfonds Bremen/Nds.		—	—	—	—
231 10-8	176	Sonstige Zuweisungen vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu 633 10.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung**		(—)	(—)	(—)	(—)
119 62-6	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
281 62-8	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
TGr. 63		**Für Arbeiten und für Veröffentlichungen der staatlichen Landesplanung**		(2.000)	(2.000)	(—)	(—)
119 63-4	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		2.000	2.000	—	—
281 63-6	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
TGr. 66		**Förderfonds Hamburg/Niedersachsen**		(716.000)	(1.011.000)	(—)	(—)
153 66-2	422	Zinseinnahmen aus den gewährten Darlehen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	—
173 66-3	422	Rückflüsse aus den gewährten Darlehen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	—
332 66-4	422	Zuweisung der Freien und Hansestadt Hamburg		716.000	1.011.000	—	—
TGr. 68		**Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung**		(—)	(—)	(—)	(—)
119 68-5	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
281 68-7	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
633 10-9	176	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	—	—	—	—
883 02-4	422	Zuweisungen an den Förderfonds Bremen/Nds.	—	716.000	716.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesenwicklung** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 62.*	(—)	(218.000)	(217.000)	(—)	(—)
531 62-4	422	Veröffentlichungen	—	51.000	51.000	—	—
537 62-2	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	—	—	—	—	—

Zu 231 10

Zuweisungen vom Bund aus Forschungsmitteln des BM Bau; Forschungsvorhaben „EXWOST“, Forschungsfeld „Städtenetze“.

Zu 119 63

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken sowie für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

Zu 281 63

Erstattung von Gutachterkosten, die im Rahmen von Raumordnungsverfahren anfallen und die von Dritten übernommen werden.

Zu 332 66

Anteil Hamburgs am Förderfonds.

Zu 883 02

Bremen und Niedersachsen betreiben seit 1963 eine gemeinsame Landesplanung. Aus dem 1965 gebildeten Förderfonds, an dem sich beide Länder je zur Hälfte beteiligen, werden Zuwendungen bewilligt. Mit diesen Zuwendungen soll die Struktur des gemeinsamen Planungsraumes verbessert werden.

Ab 2002 verwaltet der Landkreis Diepholz die Landesmittel gemäß § 44 Abs. 2 LHO.

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	510 000	—	510 000
2003	—	—	—	—
2004	—	—	—	—
2005 —	—	—	—	—
Summe	—	510 000	—	510 000

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind die Kosten für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung.

Zu 531 62, 537 62 und 547 62

In der trilateralen Kabinettsausschusssitzung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein am 9. Dezember 1996 haben die drei Landesregierungen beschlossen, zur Finanzierung des Arbeitsstabes der Trilateralen Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein einen Betrag von jährlich bis zu 153 000 Euro ab 1997 bereitzustellen, von dem jedes der drei beteiligten Länder 51 000 Euro zu tragen hat.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0204 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 62-8	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
632 62-5	422	Erstattungen an die Länder	—	81.000	81.000	—	—
633 62-1	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
671 62-0	422	Erstattung des Landesanteils an der Geschäftsstelle der Regionalen AG im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Nds.	—	35.000	34.000	—	—
676 62-2	422	Erstattungen an Ausland	—	—	—	—	—
686 62-8	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im Inland	—	51.000	51.000	—	—
TGr. 63		**Für Arbeiten und Veröffentlichungen der Landesplanung** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 63.*	(—)	(193.000)	(193.000)	(—)	(—)
531 63-2	422	Veröffentlichungen	—	43.000	43.000	—	—
537 63-0	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	—	48.000	48.000	—	—
547 63-6	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-0	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
686 63-6	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im Inland	—	102.000	102.000	—	—
TGr. 66		**Förderfonds Hamburg/Niedersachsen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 153 66 und 173 66.*	(1.432.000) (1.432.000) (—)	(1.432.000)	(2.022.000)	(—)	(—)
853 66-4	422	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
883 66-0	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.432.000 1.432.000 —	1.432.000	2.022.000	—	—
TGr. 67		**Aufbaufonds Bremen/Niedersachsen**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
632 67-6	422	Rückzahlungen an das Land Bremen	—	—	—	—	—
853 67-2	422	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
883 67-9	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 68.*	(—)	(1.500.000)	(1.000.000)	(—)	(—)
531 68-3	422	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
537 68-1	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	—	1.500.000	1.000.000	—	—
547 68-7	422	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 68-0	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
671 68-0	422	Erstattungen an Inland	—	—	—	—	—
686 68-7	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
883 68-7	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—

Zu 671 62

In der Gemeinsamen Sitzung der Landesregierungen von Niedersachsen und Bremen am 11. Mai 1999 haben die beiden Landesregierungen beschlossen, die Gemeinsame Landesplanung auf dauerhafter Grundlage fortzuführen. Die Mittel sind zur Finanzierung der Geschäftsstelle der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 1. 1. 2002 bestimmt.

Zu 632 62, 676 62 und 686 62

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat 1999 im Rahmen der Reform der EU-Strukturfonds für die Jahre 2002-2006 die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III beschlossen, die unter ihrer Ausrichtung B eine transnationale Zusammenarbeit von europäischen Kooperationsräumen fördert. Europaweit sind elf Kooperationsräume vorgesehen, davon sechs mit deutscher Beteiligung. Niedersachsen arbeitet in den Kooperationsräumen Ostsee und Nordsee mit. Der gesamte Finanzrahmen wurde entsprechend der Kabinettsvorlage vom 15. 2. 1998 von der Nds. Landesregierung am 2. 3. 1998 beschlossen.

Zu 632 62

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	51 000	—	51 000
2003	—	51 000	—	51 000
2004	—	51 000	—	51 000
2005	—	51 000	—	51 000
2006	—	51 000	—	51 000
Summe	—	255 000	—	255 000

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	51 000	—	—	51 000
2004	51 000	—	—	51 000
2005	51 000	—	—	51 000
2006	51 000	—	—	51 000
Summe	204 000	—	—	204 000

Zu Titelgruppe 63

Die Mittel sind für die Durchführung der sich aus dem Nieders. Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) i. d. F. vom 27. 4. 1994 (Nds. GVBL. S. 211), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21. 11. 1997 (Nds. GVBL. S. 481) ergebenden Aufgaben und zur Fortentwicklung der Ziele und Instrumente der Landesentwicklung vorgesehen. Ebenso sind die Mittel bestimmt zur Weiterentwicklung der regionalisierten Landesentwicklungspolitik.

Zu 531 63 und 537 63

Die Mittel sind für raumordnerische Gutachten, teilräumliche Konzepte, Dienstleistungen Außenstehender, Druck von Raumordnungsprogrammen, Basiskarten und thematischen Karten sowie für sonstige Veröffentlichungen aus dem Bereich der Raumordnung. Vgl. 119 63.

Zu 633 63 und 686 63

Für die Kofinanzierung (Landesanteil) der EU-Mittel für die Absicherung und Weiterentwicklung des Regionalisierungsprozesses. Die Mittel sind für die Förderung der regionalen Entwicklung durch regionale Kooperation/Netzwerke als Teil einer regionalisierten und europaorientierten Landesentwicklungspolitik.

Zu Titelgruppe 66

Hamburg und Niedersachsen betreiben seit 1958 eine gemeinsame Landesplanung. Aus dem 1962 gebildeten Förderfonds, an dem sich beide Länder je zur Hälfte beteiligen, werden Zuwendungen bewilligt. Mit diesen Zuwendungen soll die Struktur des gemeinsamen Planungsraumes verbessert werden.

Der Hamburger Anteil wird im nds. Haushalt veranschlagt.

Zu 883 66

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	818 000	—	818 000
2003	—	—	1 432 000	1 432 000
2004	—	—	—	—
2005	—	—	—	—
Summe	—	818 000	1 432 000	2 250 000

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 432 000	—	1 432 000
2004	—	—	1 432 000	1 432 000
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
Summe	—	1 432 000	1 432 000	2 864 000

Zu Titelgruppe 68

Veranschlagt sind die Kosten für die Förderung einer regionalisierten Landesentwicklung.

Vorrangige Zielsetzung ist die Mobilisierung der Potentiale in der Fläche, insbes. über eine Weiterentwicklung und Intensivierung regionaler Kooperationen und des regionalen Managements, grundlegender Innovationskonzepten und Entwicklung von Schlüsselprojekten.

Auch zur Förderung außerhalb der Ziel 2 - Fördergebietskulisse.

Zu 531 68, 537 68, 547 68 und 671 68

Die Mittel sind für gutachtliche und wissenschaftliche Begleitung des Regionalisierungsprozesses, teilräumliche Konzepte, Dienstleistungen Außenstehender sowie für sonstige Veröffentlichungen aus dem Bereich der Landesentwicklung vorgesehen.

Zu 633 68, 686 68 und 883 68

Die Mittel sollen eingesetzt werden für
- Initiierung und Begleitung von regionalen Netzwerken und Kooperationen,
- Profilierung der Regionen,
- Erarbeitung von regionalen Handlungskonzepten und innovativen Projekten,
- Erprobung neuer Ansätze für das regionale Management von Leitprojekten.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0204 Raumordnung und Landesentwicklung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 02 04					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.000	2.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		716.000	1.011.000	—	
		Summe der Einnahmen		718.000	1.013.000	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.642.000	1.142.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	269.000	268.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.432.000 1.432.000 —	2.148.000	2.738.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.432.000 1.432.000 —	4.059.000	4.148.000	—	
		Zuschuss		3.341.000	3.135.000		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0206 Staatsarchive

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	162	Gebühren und tarifliche Entgelte		36.000	36.000	35.790	33
119 01-1	162	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	3
119 02-0	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		4.000	4.000	3.835	2
119 41-0	162	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	716	16
119 66-6	162	Einnahmen aus Fotoarbeiten der Staatsarchive * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		87.000	87.000	86.920	88
124 01-5	162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		30.000	30.000	29.655	30
231 62-8	162	Erstattungen vom Bund für die Sicherungs-verfilmung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		208.000	208.000	207.073	182
235 10-0	162	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	489
235 11-9	162	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Schwerbehinderte		—	—	—	—
282 65-6	162	Zuschüsse Dritter zur Förderung sachthematischer Erschließung und archivfachlicher Publikationsvorhaben * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	130
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Vervollständigung, Erschließung und Pflege der Archivbestände**		(2.000)	(2.000)	(1.022)	(5)
132 61-1	162	Einnahmen aus dem Verkauf von redundantem Bibliotheksgut * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		1.000	1.000	511	5
282 61-3	162	Förderungs- und Kostenbeiträge sowie Spenden Dritter zur Erschließung und Pflege von Archivgut * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		1.000	1.000	511	—
		A U S G A B E N					
422 01-6	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	5.646.000	5.711.000	5.536.729	2.441
422 04-0	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungs-dienst	—	66.000	47.000	68.360	66
422 05-9	162	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	0
422 19-9	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	162	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	7.465	30
425 01-5	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.562
426 01-1	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	488
426 04-6	162	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	98.000	98.000	95.560	83
426 10-0	162	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	33
427 01-8	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	1.000	1.023	491
427 31-0	162	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	3.000	3.000	3.323	0

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 02 06

Es sind vorhanden:

Hauptstaatsarchiv in Hannover, Staatsarchive in Aurich, Bückeburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Wolfenbüttel.

Zu 119 02

Abgabe kann bei Bedarf zu wissenschaftlichen und Austauschzwecken sowie im archivischen Interesse unentgeltlich erfolgen.

Zu 119 66

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 66.

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	30	30
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	30	30

Zu 231 62

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 62.

Zu 235 11

Arbeitsentgeltzuschüsse von Arbeitsämtern.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
142,52	144,52	143,26	142,84

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	1,42
Summe Zugänge	—	1,42
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	2,00	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	2,00	—
Bleibt Zugang oder Abgang	2,00	1,42

Noch zu 422 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	61,00	61,00	—	62
Angestellte	62,62	62,62	—	67
Lohnempfänger/-innen	18,90	16,00	2,90	15
Insgesamt	142,52	139,62	2,90	144

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	62,00	62,00	—	63
Angestellte	63,62	63,62	—	68
Lohnempfänger/-innen	18,90	16,00	2,90	15
Insgesamt	144,52	141,62	2,90	146

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	5 646	5 711

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	5 646	5 711
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	629	605
43	Versorgungsbezüge	936	898
44	Beihilfen, Unterstützungen	116	113
45	Personalbezogene Sachausgaben	14	14
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	44	–6
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		7 385	7 335

Im Personalkostenbudget sind Mittel in Höhe von 49 000 EUR für 3 (3) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungs- und Magazindienst, deren Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie in Höhe von 33 000 EUR für 3 (3) stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst veranschlagt.

Zu 422 31

Dienstbezüge für gemäß § 15 Sonder-UrlVO dienstlich freigestellte lebensältere Beamtinnen und Beamte.

Zu 426 04

Mittel sind veranschlagt für 9 (9) Auszubildende – Buchbinder – .

Zu 427 01

Veranschlagt sind 1 000 EUR für 1 Vertretungskraft im Reinigungsdienst.

Zu 427 31

Entschädigung der Mitglieder in Prüfungsausschüssen bei Abnahme von Prüfungen nach den §§ 34, 42, 46 und 47 des Berufsbildungsgesetzes auf der Grundlage des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 – VD4 – 0053.20 – (Nds. MBl. S. 666).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-5	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-9	162	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	10.000	10.000	10.226	2
453 11-6	162	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbil-dungslehrgängen	—	2.000	2.000	1.534	—
511 01-9	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	141.000	141.000	9.715	9
514 01-8	162	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	4.000	4.000	3.221	4
517 01-7	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	105.000	105.000	64.167	82
517 19-0	162	Reinigungskosten	—	—	—	21.730	17
517 59-9	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	155.000	155.000	162.795	147
518 01-3	162	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	73.000	73.000	76.694	70
519 01-0	162	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	15.000	15.000	—	0
519 02-8	162	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	10.328	19
519 03-6	162	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	2.454	8
525 01-0	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	8.000	8.000	2.863	10
526 01-6	162	Sachverständige	—	6.000	6.000	6.238	6
526 02-4	162	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-2	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	10.000	10.000	11.146	10
527 02-0	162	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehinderten-angelegenheiten	—	1.000	1.000	511	0
546 01-7	162	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	511	—
546 03-3	162	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	19.000	19.000	—	—
546 10-6	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	3.000	3.000	3.323	3
632 01-0	137	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Archivschule in Marburg	—	34.000	18.000	39.881	46
811 01-2	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-2	162	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	25.565	—
812 15-9	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	64.000	64.000	63.911	134
812 19-1	162	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 01-5	990	Abführung an 1321-381 02	—	2.033.000	2.033.000	1.823.625	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Vervollständigung, Erschließung und Pflege der Archivbestände** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 132 61 und 282 61.*	(—)	(87.000)	(86.000)	(122.658)	(126)
427 61-1	162	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	—	9.000	8.000	8.027	0
511 61-2	162	Entsorgung von Altpapier	—	—	—	—	1
514 61-1	162	Verbrauchsmittel	—	17.000	17.000	49.953	59
521 61-8	162	Geräte für Fachaufgaben	—	4.000	4.000	3.732	9
523 61-0	162	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	41.000	41.000	43.409	46

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kastentransport-wagen	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kastentransport-wagen	1	1	1

Zu 519 01

Für die Wartung von Alarmanlagen in den Archiven.

Zu 546 10

Für Mitgliedschaften im dienstlichen Interesse bei

	2003	2002
	Tsd. EUR	
– 50 landesgeschichtlichen Vereinen,	1,6	1,6
– einer internationalen Archivvereinigung	1,4	1,4
Zusammen	3	3

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzungsbeschaffung:		
Repro-Scanner einschließlich Zubehör beim Staatsarchiv in Bückeburg	47	—
Regalböden zur Kapazitätserweiterung im Magazin des Staatsarchivs in Osnabrück	9	—
Ersatzbeschaffung:		
Lesesaalausstattung für das Hauptstaatsarchiv in Hannover (1. Rate)	—	10,2
Schneidemaschine für die zentrale Restaurierungswerkstatt beim Staatsarchiv in Bückeburg	—	41
Bestuhlung des Vortragssaales beim Staatsarchiv in Bückeburg (2. Rate)	—	12,8
Schneidemaschine für die Restaurierungswerkstatt beim Staatsarchiv in Wolfenbüttel	8	—
Zusammen	64	64

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Die Mittel sind zur Vervollständigung, Erschließung und Pflege des staatlichen und des nichtstaatlichen Archivgutes vorgesehen.

523 61

Für den Erwerb von Archivalien und Büchern einschl. Bindekosten.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 61-3	162	Aufwendungen für Veranstaltungen im Rahmen der nichtstaatlichen Archivpflege	—	—	—	—	—
531 61-3	162	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	12.000	12.000	12.782	6
538 61-8	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	3.323	4
547 61-7	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.000	4.000	1.432	0
TGr. 62		**Sicherungsverfilmung** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 62.*	(—)	(208.000)	(208.000)	(207.073)	(182)
427 62-0	162	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	—	207.000	207.000	206.562	182
459 62-9	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	511	—
TGr. 63		**Zentrale Instandsetzung und Erhaltung von Archivgut**	(—)	(542.000)	(542.000)	(169.697)	(169)
425 63-5	162	Löhne der Angestellten	—	215.000	215.000	—	—
426 63-1	162	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
459 63-7	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	511	—
511 63-9	162	Geräte für Fachaufgaben und Transportkosten	—	2.000	2.000	1.278	0
514 63-8	162	Verbrauchsmittel	—	71.000	71.000	6.391	27
537 63-8	162	Transportkosten	—	—	—	818	—
538 63-4	162	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	—	—	160.137	141
547 63-3	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	253.000	253.000	562	1
812 63-9	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Förderung sachthematischer Erschließung und archivfachlicher Publikationsvorhaben durch Dritte** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(136)
425 65-1	162	Vergütung von Angestellten	—	—	—	—	132
459 65-3	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
514 65-4	162	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	0
527 65-9	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	2
538 65-0	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	1
547 65-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
TGr. 66		**Fotoarbeiten der Staatsarchive** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 66.*	(—)	(78.000)	(78.000)	(91.776)	(88)
511 66-3	162	Entsorgung der Foto-Chemikalien; Geräte für Fachaufgaben	—	12.000	12.000	1.636	1
514 66-2	162	Verbrauchsmittel	—	29.000	29.000	31.393	18
518 66-8	162	Mieten und Pachten	—	30.000	30.000	30.064	18
547 66-8	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7.000	7.000	28.683	52

531 61

Für wissenschaftliche Veröffentlichungen, vornehmlich aus den Beständen der Staatsarchive.

Zu Titelgruppe 62

Um im Katastrophenfall dem Verlust der wichtigsten Archivalien vorzubeugen, wird eine Sicherungsverfilmung durchgeführt.

Nach dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu der Konvention vom 14. 5. 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 10. 8. 1971 (BGBl. II S. 1025) hat der Bund die Kosten der Sicherungsverfilmung ab 1. 1. 1972 zu übernehmen.

427 62

Vgl. 231 62.

Zu Titelgruppe 63

Die Mittel sind für die zentrale Instandsetzung und Erhaltung von Archivgut bestimmt.

Hier sind zusammengefasst die zentralen Aufgaben

– Restaurierung von älterem Archivgut
– Konservierung von modernem Archivgut
– fototechnische Erhaltungsmaßnahmen der Schutzverfilmung.

425 63

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschäftigung von Aushilfskräften zur Beseitigung der Schimmelpilzkontamination an Archivalien des Hauptstaatsarchivs Hannover.

Zu Titelgruppe 66

Die niedersächsischen Staatsarchive erledigen Film- und Kopierarbeiten im Auftrage Dritter gegen Kostenerstattung nach der Entgeltordnung für Staatsarchive vom 25. 7. 1990 und für dienstliche Zwecke.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0206 Staatsarchive

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(585.000)	(585.000)	(508.173)	(568)
511 98-1	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	18.000	18.000	7.669	7
518 98-6	162	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-4	162	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-2	162	Kosten für Aus- und Fortbildung beim IZN	—	17.000	17.000	25.565	5
525 99-0	162	Kosten für Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	1.000	1.000	—	—
538 98-7	162	Kosten der Dienstleistungen des IZN	—	430.000	430.000	408.471	353
538 99-5	162	Kosten der Dienstleistungen Anderer	—	53.000	53.000	—	—
547 98-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 98-1	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	66.000	66.000	66.468	203
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			207.381	
		Abschluss Kapitel 02 06					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		160.000	160.000	157.938	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		209.000	209.000	207.584	
		Summe der Einnahmen		369.000	369.000	365.522	
		4 Personalausgaben	—	6.259.000	6.304.000	5.939.831	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.542.000	1.542.000	1.400.375	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	34.000	18.000	39.881	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	130.000	130.000	155.944	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.033.000	2.033.000	1.823.625	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	9.998.000	10.027.000	9.359.656	
		Zuschuss		9.629.000	9.658.000	8.994.134	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		936.000	898.000	857.999	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		10.934.000	10.925.000	10.217.655	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		10.565.000	10.556.000	9.852.133	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Kosten zur Beschaffung von Hard- und Software für die Bürokommunikation, für Ersatz und Ergänzung nicht mehr einsatzbereiter oder überalterter Hard- und Softwarekomponenten sowie für die Erledigung der Fachaufgaben in den Staatsarchiven.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		308.000	304.000	304.627	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		333.000	333.000	297.060	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		716.000	1.011.000	—	
		Summe der Einnahmen		1.357.000	1.648.000	601.687	
		4 Personalausgaben	—	20.969.000	21.060.000	18.925.776	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1.850.000 2.616.000 4.269.287	7.553.000	8.350.000	7.158.185	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	5.979.000	5.987.000	6.870.742	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.432.000 1.432.000 —	4.228.000	4.786.000	2.116.748	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.249.000	3.249.000	2.976.895	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.282.000 4.048.000 4.269.287	41.978.000	43.432.000	38.048.346	
		Zuschuss		40.621.000	41.784.000	37.446.659	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.496.000	3.367.000	2.838.181	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		45.474.000	46.799.000	40.886.527	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		44.117.000	45.151.000	40.284.840	

Einzelplan 02

Staatskanzlei

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 9[1])	2	2	2	Staatssekretär/-in
B 7	1	1	1	Ministerialdirigent/-in – als Beauftragte/-r für Staatsmodernisierung –
B 6	4	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 4[4])	1	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin – als stellvertretende(r) Beauftragte(r) für Staatsmodernisierung
B 3	3	3	3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
B 2	16	16	13	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	17	17	16	Ministerialrat/-rätin
A 15[7])	13	13	11	Direktor/-in
A 14[6])	4	4	2	Oberrat/-rätin
A 13 h. D.	1	1	1	Rat/Rätin
A 13	40	40	38	Oberamtsrat/-rätin
A 12[5])	20	20	16	Amtsrat/-rätin
A 11	4	4	4	Amtmann/-frau/-männin
A 10	1	1	1	Oberinspektor/-in
A 9[2])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9	7	7	6	Amtsinspektor/-in
A 7	1	1	1	Obersekretär/-in
	137	137	122	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
B 3	—	—	1	Ministerialrat/-rätin
A 16	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 15	1	1	2	Direktor/-in
A 5	—	—	1	Oberamtsmeister/-in
	2	2	5	Zusammen
				Leerstellen:
B 9[3])	1	1	1	Staatssekretär/-in
B 2[3])	—	—	1	Ministerialrat/-rätin
A 15[3])	1	1	2	Direktor/-in
A 13[3])	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12[3])	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11[3])	—	—	1	Amtmann/-frau
A 9	2	2	2	Amtsinspektor/-in
	7	7	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[2]) Der/die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) kw.

[5]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003.

[6]) Eine Stelle darf von einem/einer Richter/-in bzw. Staatsanwalt/-wältin (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden.

[7]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 12. 2001 – Buchstabe d/bbb – (Nds. GVBl. Nr. 30/2001, S. 668) gestrichen worden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)	3	davon 2 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 16 (Ministerialrat/-rätin)	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	3	davon 2 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 07 84 (Nr. 8 Abs. 3 Allgem. Bestimmungen)
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	2	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	4	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01
Zusammen	17	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 (Ministerialrat/-rätin)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 05 01
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks „1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge Zielvereinbarung bis 2003“
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	15	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)	1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/-frau)	1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks
Zusammen	3	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:		
Bes.-Gr. B 3 (Ministerialrat/-rätin)	1	Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 5 (Oberamtsmeister-/in)	1	Eintritt in den Ruhestand
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 6 und 7 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
Außertariflich (B 9)	—	—	—	
Außertariflich (B 6)	1	1	1	
Außertariflich (B 3)	3	3	3	
Außertariflich (B 2)	3	3	3	
I	8	8	7	
I a[26])	5	5	5	
III	3	3	3	
IV a[2])	5	5	4	
IV b[5])[9])[12])	3	3	3	
V b üt[3])	1	1	1	
V b[3])	9	9	9	
V c[8])[11])[25])	22	22	23	
VI b[3])[13])	19	19	18	
VII	4	4	3	
VIII	1	1	2	
IX b–VII[4])	13	14	13	
	100	101	98	Zusammen
				Leerstellen:
I[23])	1	1	1	
IV a[23])	1	1	—	
V c[23])	2	2	1	
VI b üt[23])	1	1	1	
IX b–VII[23])	5	5	5	
	10	10	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) 1 Stelle darf nur mit einer/einem nicht voll beschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

[3]) Die zweite Vorzimmerkraft des Ministerpräsidenten, die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei, die erste Vorzimmerkraft des Staatssekretärs/der Staatssekretärin, die Vorzimmerkraft der Leiterin/des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (soweit die Leiterin/der Leiter mindestens der Bes.-Gr. B 9 angehört) und die Vorzimmerkraft der Leiterin/des Leiters der Landesvertretung und Bevollmächtigten des Landes sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.- Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Grn. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs, der Leiterin/des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (soweit die Leiterin/der Leiter mindestens der Bes.-Gr. B 9 angehört), die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen, der Referatsgruppenleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Nach sechsjähriger Bewährung bleibt die übertarifliche Eingruppierung in Verg.-Gr. VI b auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorzimmerdienst erhalten.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

Die bis zum 31. 8. 1994 eingesetzte zweite Vorzimmerkraft des Ministers im ehemaligen MB – Hannover – wird nach dem durch die Auflösung des MB bedingten Ausscheiden aus der Vorzimmerfunktion weiterhin wie bisher nach dem Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Kapitel 12 01 des Haushaltsplans 1994 (Haushaltsgesetz 1994 vom 20. 12. 1993) eingruppiert und vergütet.

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[8]) 1 Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage in Höhe von 135,49 EUR monatlich.

[9]) 1 Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 153,39 EUR monatlich.

[11]) 1 (1) übertariflich.

[12]) 2 (1) übertariflich.

[13]) 2 (1) Stelleninhaber der Verg.-Gr. VI b erhalten eine persönliche aufzehrbare Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem letzten Pauschallohn als Chefkraftfahrer zzgl. aller sonstigen Lohnzulagen und Lohnzuschläge und der tariflichen Vergütung einschl. aller Zulagen und Zuschläge. Die Zulage verringert sich um jeweils die Hälfte des Betrages, um den sich die Bezüge auf Grund einer allgemeinen linearen Erhöhung verbessern; sie verringert sich ferner um jede sonstige Erhöhung der Bezüge.

[23]) kw.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[25]) 1 (3) Stelle darf nur mit einer/einem nicht voll beschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt. [26]) Davon 1 kw nach Beendigung des Einsatzes bei der EU-Kommission.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002

Angestellte

Zugang:	Stellen	
ehem. Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. I	1	neue Stelle
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01
Verg.-Gr. IV b	1	infolge dessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden
Verg.-Gr. V c	2	davon 1 infolge dessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden 1 neue Stelle
Verg.-Gr. VI b	2	davon 1 infolge dessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden 1 neue Stelle
Verg.-Gr. VII	1	infolge Umwandlung von einer Stelle der Verg.-Gr. V c
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01
Zusammen	9	

Abgang:	Stellen	
ehem. Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V c	2	davon 1 infolge Umwandlung in eine Stelle der Verg.-Gr. VII 1 infolge Zusammenlegung zweier Stellen, die zur Hälfte gesperrt sind (s. HV Nr. 25 bei Verg.-Gr. V c)
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks
ehem. Sonstige Dienste		
Verg.-Gr. IV b	1	infolgedessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden
Verg.-Gr. V c	1	infolgedessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden
ehem. Bibliotheksdienst		
Verg.-Gr. VI b	1	infolgedessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden
Zusammen	6	
Bleibt Zugang	3	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01
Verg.-Gr. V c	1	infolge Beurlaubung
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	2	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 1 ([1]) – (1) Stelleninhaber/-in (Außertariflich entsprechend B 9) erhält eine Zulage in Höhe der Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.) und 18 ([18]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. VII BAT. Der Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit im Wirtschaftsdienst der Landesvertretung in Bonn übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT und nach 3jähriger Bewährung übertariflich in Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert.) wurden gestrichen.

Die Funktionen wurden gestrichen, die Vergütungsgruppen zusammengefasst.

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde durch Absatz 3 ergänzt.

Die Haushaltsvermerke Nr. 8 ([8]) Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage in Höhe von 135,49 EUR (265 DM) monatlich.) und Nr. 9 ([9]) Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 153,39 EUR (300 DM) monatlich.) wurden geändert.

Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und 5 wurden neu ausgebracht.

Bei der Verg.-Gr. V b üt wurde die Fußnote Nr. 3 ausgebracht.

Der Haushaltsvermerk Nr. 27 wurde gestrichen.

Erläuterungen für 2003

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks (Nr. 28)

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 28 (1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003) wurde vollzogen.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[3]) 1 (2) Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 115,04 EUR monatlich.
				Arbeiter/-innen	
4	8	8	8		
1	1	1	1		
2[3])	1	1	1		
2 a	7	7	7		
6	1	1	1		
5	1	1	1		
3[3])	4	4	4		
	23	23	23	Zusammen	
				Leerstellen:	
4	—	—	1		
	—	—	1	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolgedessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden
Lohn-Gr. 3	1	infolgedessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden
Zusammen	2	

Abgang:		
ehem. Hausmeister/-in, Kraftfahrdienst		
Lohn-Gr. 4	1	infolgedessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden
ehem. Haus- und Hofarbeiter/-in, Wirtschaftsdienst		
Lohn-Gr. 3	1	infolgedessen, dass keine Funktionen mehr ausgebracht werden
Zusammen	2	
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Leerstellen:	Stellen	
Abgang:		
Lohn-Gr. 4	1	infolge Wirksamwerden des kw-Vermerks
Zusammen	1	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zu den Leerstellen ([1])kw.) wurde gestrichen.
Die Funktionen wurden gestrichen, die Lohngruppen zusammengefasst.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 06 Staatsarchive

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[9])	3	3	3	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	7	7	7	Direktor/-in
A 14	12	12	12	Oberrat/-rätin
A 13	4	5	6	Rat/-rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	3	2	Amtsrat/-rätin
A 11	6	6	6	Amtmann/-frau
A 10	6	6	5	Oberinspektor/-in
A 9	4	4	4	Inspektor/-in
A 9	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 6	3	3	3	Betriebsassistent/-in
A 5[1])[2])[8])	11	11	10	Betriebsassistent/-in
A 4[5])	1	1	2	Hauptaufseher/-in
	62	63	62	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31
A 11	—	—	1	Amtmann/-frau
	—	—	1	Zusammen
				Leerstellen:
A 14[6])[7])	2	2	2	Oberrat/-rätin
A 13[7])	1	1	1	Rat/-rätin
A 9[7])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
	4	4	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 8 (8) DW.

[2]) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten eine Hausdienstvergütung nach Lohngruppe 2a.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[6]) 1 (1) Stelle für die Abordnung einer Beamtin/eines Beamten an das Historische Institut in Rom.

[7]) kw.

[8]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[9]) 1 (1) Leitende(r) Archivdirektor/-in – als Leiter/-in des Hauptstaatsarchivs in Hannover. Er/Sie erhält eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 16 LBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Bes.-Gr. A 13
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. IV b BAT
Bes.-Gr. A 5	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Bes.-Gr. A 4
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	1	infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 4	1	infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 5
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	1	

Erläuterungen für 2003

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	1	infolge ZV bis 2003
Zusammen	1	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Ablebens des Beamten
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 (1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 5. 2002 infolge ZV bis 2003.) wurde vollzogen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
IV b	3	3	4	
V b[7])	11	11	11	
V c[1])	10	10	9	
VI b[8])	11	11	12	
VII[4])[5])[9])	16	16	16	
VIII[8])[10])	16	17	16	
	67	68	68	Zusammen
				Leerstellen:
IV b	—	—	1	
V c	1	1	1	
VII	2	2	2	
VIII	1	1	2	
	4	4	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 6 (6) der Angestellten sind für die Dauer ihrer Tätigkeit im Archivdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[4]) 1 (1) kw.

[5]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Oldenburg).

[7]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Oldenburg).

[8]) 1 (1) Stelle der Verg.-Gr. VI b und 1 (1) Stelle der Verg.-Gr. VIII darf nur mit einem Bediensteten/einer Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines/einer Vollbeschäftigten besetzt werden.

[10]) 2 (–) Stellen der Verg.-Gr. VIII kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. VI b BAT
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Lohn-Gr. 3/3 a
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 10
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. V c BAT
Zusammen	2	
Bleibt Zugang/Abgang	—	

Erläuterungen für 2003

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VIII	1	mit Ablauf des 30. 6. 2002 infolge ZV 2003 HV Nr. 9
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 (1 Stelle der Verg.-Gr. VIII kw mit Ablauf des 30. 6. 2002 infolge ZV bis 2003.) ist infolge Vollzugs gestrichen worden.

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	gem. Nr. 3 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. VII	1	gem. Nr. 3 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	Beendigung der Beurlaubung
Verg.-Gr. VIII	1	Beendigung der Beurlaubung
Zusammen	2	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13[6])	2	2	3	Referendar/-in
A 9[6])	3	3	4	Inspektor/-Anwärter/-in
	5	5	7	Zusammen
				Arbeiter/-innen
2 a	1	1	1	
2/2 a	11	11	11	
3/3 a[3])	2	2	3	
4[5])	1	1	1	
	15	15	16	Zusammen

Haushaltsvermerke

[3]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Stade).

[5]) kw.

[6]) Davon 1 (1) kw nach Beendigung der Ausbildung.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	nach Beendigung der Ausbildung
Bes.-Gr. A 9	1	nach Beendigung der Ausbildung
Zusammen	2	

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3/3 a	1	infolge Umwandlung in Vollzugs des HV Nr. 4
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (1 (1) ku in Verg.-Gr. VIII BAT) ist infolge Vollzugs gestrichen worden.

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 03

Innenministerium

Vorwort zum Einzelplan 03

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 03 enthält die Einnahmen und die Ausgaben des Geschäftsbereichs des Innenministeriums, im Einzelnen:

I. des Innenministeriums (Kap. 03 01),
II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 03 02),
III. der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (Kap. 03 04),
IV. der Bezirksregierungen (Kap. 03 05)
Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems,
V. des Brandschutzes (Kap. 03 07)
mit den
Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy,
VI. des Landesamtes für Statistik (Kap. 03 09),
VII. des Notrufs 110 (Kap. 03 12),
VIII. des Präventionsprogramms Polizei/Sozialarbeiter (Kap. 03 13),
IX. des Studieninstituts des Landes Niedersachsen (Kap. 03 14),
X. der Wiedergutmachung (Kap. 03 15),
XI. des Landesbetriebes „Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen“ – LGN – (Kap. 03 17),
XII. der 4 Dezernate für Vermessungs- und Katasterangelegenheiten bei den Bezirksregierungen und 24 Vermessungs- und Katasterbehörden in der Ortsstufe,
– soweit budgetiert (Kap. 03 18),
– soweit nicht budgetiert (Kap. 03 19),
XIII. der Landespolizei (Kap. 03 20)
mit den
Polizeibehörden
a) Bezirksregierungen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems,
b) Polizeidirektionen Braunschweig und Hannover,
– Zu a) und b):
Hierzu zählen auch die unselbstständigen Dienststellen, die den Polizeibehörden nachgeordnet sind –,
c) Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover
und den polizeilichen Einrichtungen
a) Landesbereitschaftspolizei mit der Direktion und der I. BPA in Hannover, der II. BPA in Braunschweig, Lüneburg und Göttingen sowie der III. BPA in Oldenburg und Osnabrück
b) Bildungsinstitut der Polizei,
c) Polizeiamt für Technik und Beschaffung,
XIV. der Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche (Kap. 03 23) und Friedland (Kap. 03 24),
XV. der Asylbewerber, Asylberechtigten, Kontingentflüchtlinge; Zentralen Anlaufstellen für Asylbewerber und Gemeinschaftsunterkünfte (Kap. 03 26),
XVI. der Sportförderung (Kap. 03 31),
XVII. der Bauaufsicht und des Städtebaues (Kap. 03 34),
XVIII. des Wohnungs- und Siedlungswesens (Kap. 03 35),
XIX. der Wohnungsbauprogramme (Kap. 03 37),
XX. der städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung (Kap. 03 38),
XXI. des Landesbeauftragten für den Datenschutz (Kap. 03 80),
XXII. des Landesamtes für Verfassungsschutz (Kap. 03 90).

B. Organisatorische Veränderungen

1. Durch Beschlüsse der Landesregierung vom 13. 12. 2001 (Nds. MBl. S. 768) bzw. vom 29. 12. 2001 (Nds. MBl. 2001 S. 5) sind mit Wirkung vom 1. 1. 2001 folgende Aufgaben verlagert worden:
– „Verwaltungsreform, Reformarbeitsmarkt“ von der StK zum MI,
– „Raumordnung und Landesentwicklung“ vom MI zur StK,
– „Geschäftsstelle des Landespräventionsrates, Erfassung der niedersächsischen Präventionsgremien, Geschäftsabwicklung Landespräventionsrat“ vom MI zum MJ,
– „Städtebau und Wohnungswesen“ vom MFAS zum MI.
Entsprechende Stellen- und Mittelumsetzungen sind wie folgt vorgenommen worden:
– von Kap. 02 01 nach Kap. 03 01,
– von Kap. 02 02 nach Kap. 03 02,
– von Kap. 03 01 nach Kap. 02 01 und Kap. 11 01,
– von Kap. 03 02 nach Kap. 02 04 und Kap. 11 02,
– von Kap. 05 01 nach Kap. 03 01,
– von Kap. 05 02 nach Kap. 03 35,
– von Kap. 05 04 nach Kap. 03 34,
– von Kap. 05 05 nach Kap. 03 35,
– von Kap. 05 07 nach Kap. 03 37,
– von Kap. 05 08 nach Kap. 03 38.
2. Das Kapitel 03 10 wurde aufgelöst; Stellen und Mittel sind verlagert nach Kap. 03 05.

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des MI sind in den Kapiteln 20 31 und 20 32 des Einzelplanes 20 – Hochbaumaßnahmen – ausgewiesen.

D. Hinsichtlich der **persönlichen Verwaltungsausgaben** für 2002 und 2003 wird auf die „Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ verwiesen.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0301	Ministerium des Innern	—	202.000	—	324.000	526.000	36.765.000	1.608.000
0302	Allgemeine Bewilligungen	—	93.000	11.072.000	—	11.165.000	690.000	2.735.000
0304	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	—	352.000	513.000	—	865.000	8.932.000	1.265.000
0305	Bezirksregierungen	—	8.399.000	518.000	644.000	9.561.000	94.380.000	16.505.000
0306	Studieninstitut des Landes Niedersachsen	—	—	—	—	—	—	—
0307	Brandschutz	—	234.000	1.103.000	—	1.337.000	2.928.000	1.999.000
0309	Landesamt für Statistik	—	237.000	51.000	—	288.000	20.988.000	5.188.000
0310	Bezirksregierungen - Reform-Arbeitsmarkt -	—	—	—	—	—	—	—
0312	Notruf 110	—	16.000	—	—	16.000	—	1.291.000
0313	Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter	—	—	—	—	—	398.000	16.000
0314	Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -	—	41.000	166.000	243.000	450.000	1.172.000	1.351.000
0315	Wiedergutmachung	—	9.000	50.000	—	59.000	—	78.000
0317	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen	—	—	—	—	—	—	—
0318	Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -	—	76.400.000	—	—	76.400.000	104.777.000	18.910.000
0319	Vermessungs- und Katasterverwaltung - nicht budgetiert -	—	25.000	258.000	—	283.000	762.000	6.120.000
0320	Landespolizei	—	18.320.000	820.000	—	19.140.000	801.094.000	97.164.000
0323	Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche	—	41.000	540.000	—	581.000	4.764.000	2.622.000
0324	Grenzdurchgangslager Friedland	—	56.000	11.526.000	—	11.582.000	6.180.000	4.803.000
0326	Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber	—	5.184.000	66.000	—	5.250.000	5.715.000	6.963.000

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
25.000	—	206.000	1.002.000	39.606.000	-39.080.000	-36.633.807	-2.446.193	—
31.303.000	—	162.000	189.000	35.079.000	-23.914.000	-24.650.712	736.712	614.000
2.000	—	121.000	1.528.000	11.848.000	-10.983.000	-9.865.838	-1.117.162	—
96.000	—	1.750.000	7.069.000	119.800.000	-110.239.000	-109.301.881	-937.119	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
1.979.000	143.000	22.343.000	2.140.000	31.532.000	-30.195.000	-32.053.711	1.858.711	—
131.000	—	38.000	—	26.345.000	-26.057.000	-24.663.695	-1.393.305	—
—	—	—	—	—	—	-855.596	855.596	—
—	—	250.000	—	1.541.000	-1.525.000	-1.651.473	126.473	—
—	—	—	—	414.000	-414.000	-388.272	-25.728	—
—	—	—	168.000	2.691.000	-2.241.000	-2.154.737	-86.263	—
34.783.000	—	—	—	34.861.000	-34.802.000	-37.136.869	2.334.869	116.000
19.807.000	—	120.000	—	19.927.000	-19.927.000	-20.772.664	845.664	—
15.000	—	1.247.000	3.700.000	128.649.000	-52.249.000	-48.152.652	-4.096.348	3.068.000
—	—	—	—	6.882.000	-6.599.000	-6.716.330	117.330	—
3.549.000	7.056.000	41.329.000	30.446.000	980.638.000	-961.498.000	-902.007.949	-59.490.051	12.439.000
54.000	—	93.000	—	7.533.000	-6.952.000	-7.040.442	88.442	—
1.206.000	—	86.000	929.000	13.204.000	-1.622.000	-1.719.934	97.934	—
190.723.000	—	54.000	1.308.000	204.763.000	-199.513.000	-219.162.509	19.649.509	—

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0330	Sportförderung	—	—	—	—	—	—	—
0331	Sportförderung	—	97.000	—	—	97.000	—	135.000
0334	Bauaufsicht und Städtebau	—	205.000	—	—	205.000	4.630.000	8.000
0335	Wohnungs- und Siedlungswesen	400.000	361.000	207.000.000	1.000.000	208.761.000	—	80.000
0337	Wohnungsbauprogramme	—	—	—	49.965.000	49.965.000	—	—
0338	Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung	—	—	—	11.231.000	11.231.000	—	—
0380	Landesbeauftragter für den Datenschutz	—	6.000	—	—	6.000	950.000	297.000
0390	Landesamt für Verfassungsschutz	—	64.000	—	—	64.000	10.006.000	2.146.000
	Summe 2002	400.000	110.342.000	233.683.000	63.407.000	407.832.000	1.105.131.000	171.284.000
	Summe 2001	—	108.116.293	22.156.477	1.866.114	132.138.884	1.056.172.823	156.867.829
	2002 mehr/weniger (-)	400.000	2.225.707	211.526.523	61.540.886	275.693.116	48.958.177	14.416.171

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 03**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	—	—	—	—	—
24.020.000	—	11.953.000	—	36.108.000	-36.011.000	-35.715.681	-295.319	12.800.000
—	—	—	—	4.638.000	-4.433.000	—	-4.433.000	—
415.825.000	—	—	—	415.905.000	-207.144.000	—	-207.144.000	—
38.418.000	—	26.230.000	—	64.648.000	-14.683.000	—	-14.683.000	69.051.000
—	—	23.229.000	—	23.229.000	-11.998.000	—	-11.998.000	33.708.000
—	—	48.000	—	1.295.000	-1.289.000	-1.197.242	-91.758	—
83.000	—	523.000	—	12.758.000	-12.694.000	-11.348.685	-1.345.315	—
762.019.000	7.199.000	129.782.000	48.479.000	2.223.894.000	-1.816.062.000	-1.533.190.679	-282.871.321	131.796.000
319.099.878	7.976.153	77.722.504	47.490.376	1.665.329.563				55.024.210
442.919.122	-777.153	52.059.496	988.624	558.564.437				76.771.790

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0301	Ministerium des Innern	—	355.000	—	324.000	679.000	37.849.000	1.623.000
0302	Allgemeine Bewilligungen	—	93.000	3.041.000	—	3.134.000	690.000	2.735.000
0304	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	—	352.000	513.000	—	865.000	10.394.000	1.491.000
0305	Bezirksregierungen	—	8.399.000	518.000	644.000	9.561.000	94.126.000	16.495.000
0306	Studieninstitut des Landes Niedersachsen	—	—	—	—	—	—	—
0307	Brandschutz	—	244.000	1.119.000	—	1.363.000	2.956.000	1.954.000
0309	Landesamt für Statistik	—	237.000	51.000	—	288.000	20.833.000	5.230.000
0310	Bezirksregierungen - Reform-Arbeitsmarkt -	—	—	—	—	—	—	—
0312	Notruf 110	—	16.000	—	—	16.000	—	1.188.000
0313	Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter	—	—	—	—	—	399.000	16.000
0314	Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -	—	41.000	166.000	243.000	450.000	1.177.000	1.351.000
0315	Wiedergutmachung	—	9.000	50.000	—	59.000	—	78.000
0317	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen	—	—	—	—	—	—	—
0318	Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -	—	77.400.000	—	—	77.400.000	104.168.000	19.429.000
0319	Vermessungs- und Katasterverwaltung - nicht budgetiert -	—	25.000	258.000	—	283.000	541.000	6.238.000
0320	Landespolizei	—	18.132.000	820.000	—	18.952.000	809.066.000	102.524.000
0323	Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche	—	41.000	540.000	—	581.000	4.772.000	2.701.000
0324	Grenzdurchgangslager Friedland	—	61.000	11.534.000	—	11.595.000	6.191.000	4.802.000
0326	Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber	—	4.133.000	66.000	—	4.199.000	5.730.000	6.963.000

Ausgaben					2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
25.000	—	271.000	1.002.000	40.770.000	-40.091.000	-39.080.000	-1.011.000	—
34.179.000	—	776.000	189.000	38.569.000	-35.435.000	-23.914.000	-11.521.000	6.400.000
2.000	—	354.000	1.528.000	13.769.000	-12.904.000	-10.983.000	-1.921.000	—
96.000	—	1.308.000	7.069.000	119.094.000	-109.533.000	-110.239.000	706.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.036.000	347.000	21.670.000	2.140.000	31.103.000	-29.740.000	-30.195.000	455.000	—
134.000	—	—	—	26.197.000	-25.909.000	-26.057.000	148.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	256.000	—	1.444.000	-1.428.000	-1.525.000	97.000	—
—	—	—	—	415.000	-415.000	-414.000	-1.000	—
—	—	—	168.000	2.696.000	-2.246.000	-2.241.000	-5.000	—
34.283.000	—	—	—	34.361.000	-34.302.000	-34.802.000	500.000	116.000
19.526.000	—	120.000	—	19.646.000	-19.646.000	-19.927.000	281.000	—
15.000	—	1.397.000	3.700.000	128.709.000	-51.309.000	-52.249.000	940.000	—
—	—	—	—	6.779.000	-6.496.000	-6.599.000	103.000	—
3.549.000	1.329.000	30.096.000	30.446.000	977.010.000	-958.058.000	-961.498.000	3.440.000	25.155.000
54.000	—	29.000	—	7.556.000	-6.975.000	-6.952.000	-23.000	—
1.206.000	—	91.000	929.000	13.219.000	-1.624.000	-1.622.000	-2.000	—
169.703.000	—	45.000	1.308.000	183.749.000	-179.550.000	-199.513.000	19.963.000	—

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0330	Sportförderung	—	—	—	—	—	—	—
0331	Sportförderung	—	97.000	—	—	97.000	—	135.000
0334	Bauaufsicht und Städtebau	—	205.000	—	—	205.000	4.550.000	8.000
0335	Wohnungs- und Siedlungswesen	400.000	361.000	207.000.000	1.000.000	208.761.000	—	31.000
0337	Wohnungsbauprogramme	—	—	—	42.300.000	42.300.000	—	—
0338	Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung	—	—	—	14.844.000	14.844.000	—	—
0380	Landesbeauftragter für den Datenschutz	—	6.000	—	—	6.000	954.000	292.000
0390	Landesamt für Verfassungsschutz	—	64.000	—	—	64.000	9.994.000	2.146.000
	Summe 2003	400.000	110.271.000	225.676.000	59.355.000	395.702.000	1.114.390.000	177.430.000
	Summe 2002	400.000	110.342.000	233.683.000	63.407.000	407.832.000	1.105.131.000	171.284.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	-71.000	-8.007.000	-4.052.000	-12.130.000	9.259.000	6.146.000

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 03**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	—	—	—	—	—
24.555.000	—	12.013.000	—	36.703.000	-36.606.000	-36.011.000	-595.000	—
—	—	—	—	4.558.000	-4.353.000	-4.433.000	80.000	—
415.845.000	—	—	—	415.876.000	-207.115.000	-207.144.000	29.000	—
37.986.000	—	21.789.000	—	59.775.000	-17.475.000	-14.683.000	-2.792.000	43.314.000
—	—	30.455.000	—	30.455.000	-15.611.000	-11.998.000	-3.613.000	33.708.000
—	—	55.000	—	1.301.000	-1.295.000	-1.289.000	-6.000	—
83.000	—	500.000	—	12.723.000	-12.659.000	-12.694.000	35.000	—
743.277.000	1.676.000	121.225.000	48.479.000	2.206.477.000	-1.810.775.000	-1.816.062.000	5.287.000	108.693.000
762.019.000	7.199.000	129.782.000	48.479.000	2.223.894.000				131.796.000
-18.742.000	-5.523.000	-8.557.000	—	-17.417.000				-23.103.000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0301 Ministerium des Innern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		305.000	152.000	102.258	92
119 01-5	011	Vermischte Einnahmen		30.000	30.000	—	—
119 41-4	011	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	4.090	3
119 46-5	011	Ersatzleistungen		—	—	3.068	5
119 51-1	011	Vermischte Einnahmen		—	—	10.226	28
124 01-9	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		4.000	4.000	3.272	4
132 01-1	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	—
132 11-9	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
182 06-0	011	Rückflüsse aus Darlehen an Landesbedienstete für Rechtsschutz		—	—	15.339	1
182 10-8	011	Rückflüsse aus Darlehen an Landesbedienstete für Rechtsschutz		15.000	15.000	—	—
235 01-5	011	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
381 01-1	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	323.597	396
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		324.000	324.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.023	
		A U S G A B E N					
412 04-9	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	—	—	511	—
412 10-3	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	—	—
421 01-3	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	153.000	153.000	147.559	144
422 01-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	17.426.000	17.540.000	15.660.103	11.408
422 06-0	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 09-5	960	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 10-9	960	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-2	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	305.000	441.000	530.056	534
425 01-9	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.799
425 06-0	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	1.023	0
426 01-5	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	620
426 03-1	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-0	011	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 06-6	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	0
426 41-4	011	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Sonderkosten für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte/-innen, die dem Niedersächsischen Innenministerium angehören, sind im Haushalt der Landespolizei – 03 20 – mit veranschlagt.

Dazu gehören:

a) Kosten für das Fernsprechsondernetz der Polizei	511 01 u. TGr. 69/70
b) Haltung von Dienstkraftfahrzeugen (nur für den/die Landespolizeidirektor/-in)	514 01
c) Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst	527 10
d) Kosten für Sportzwecke	511 01 u.a.
e) Heilfürsorge	Titelgruppe 64
f) Bekleidungszuschuss für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst	Titelgruppe 65
g) Unterhaltung sowie Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung	Titelgruppe 65
h) Kosten für Aus- und Fortbildung	Titelgruppe 67
i) Kosten für Waffen und Munition	Titelgruppe 68

Vgl. Allgemeinen Vermerk zu Kapitel 03 20.

Zu 111 01

Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Nds. Verwaltungskostengesetz – Nds.Verw.KostG. – i. d. F. vom 2. 12. 1974 (Nieders. GVBl. S. 531) sowie Einnahmen aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allg. GebO) vom 5. 6. 1997 (Nieders. GVBl. S. 171) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 132 11

Nach den neuen Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Zu 381 10

Erstattung der auf die Fachaufsicht über das Grenzdurchgangslager Friedland entfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben (vgl. 03 24 – 981 02) sowie Zuführung von 03 07 – 981 10 für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten des Innenministeriums.

Zuführung von

	2003	2002
	Tsd. EUR	
03 07 – 981 10	303	303
03 24 – 981 02	21	21
Zusammen	324	324

Für das Grenzdurchgangslager Bramsche ist die Erstattungspflicht entfallen, da Spätaussiedler grundsätzlich nur noch im Grenzdurchgangslager Friedland aufgenommen werden.

Zu 412 10

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 73 b Abs. 4 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 511,29 EUR.

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
349,11	352,11	334,00	312,16

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	43,80
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	43,80
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,00	20,75
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	4,94
Summe Abgänge	3,00	25,69
Bleibt Zugang (2002)		18,11
Bleibt Abgang (2003)	3,00	

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	245,83	245,83	—	263
Angestellte	85,83	85,83	—	88
Lohnempfänger/-innen	17,45	15,95	1,50	18
Insgesamt	349,11	347,61	1,50	369

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	247,83	247,83	—	265
Angestellte	85,83	85,83	—	88
Lohnempfänger/-innen	18,45	16,95	1,50	19
Insgesamt	352,11	350,61	1,50	372

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	17 426	17 540

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	17 426	17 540
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	673	786
43	Versorgungsbezüge	5 139	4 998
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 267	1 198
45	Personalbezogene Sachausgaben	32	32
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	127	–18
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		24 664	24 536

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 01-1	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10.000	10.000	10.226	44
427 39-9	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	37.000	37.000	—	37
441 01-4	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	19.429.000	18.106.000	17.318.427	14.994
441 02-2	940	Beihilfen für Angestellte	—	117.000	109.000	133.447	102
441 03-0	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	19.000	18.000	20.656	17
441 04-9	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 06-5	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	206.818	65
441 10-3	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	72.000	70.000	—	—
443 01-7	940	Fürsorgeleistungen	—	246.000	246.000	302.480	246
443 02-5	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-2	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	32.000	32.000	31.547	32
453 11-0	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	0
459 01-0	011	Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen	—	—	—	—	—
459 10-0	011	Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen	—	—	—	—	—
511 01-2	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	370.000	370.000	38.603	47
514 01-1	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	27.000	27.000	33.234	42
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	433.000	418.000	199.404	200
517 19-3	011	Reinigungskosten	—	—	—	103.281	121
517 59-2	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	84.363	88
518 01-7	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	52.000	52.000	35.790	42
518 02-5	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	41.000	41.000	—	—
519 01-3	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	6.000	6.000	5.113	—
519 02-1	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	39.000	39.000	33.234	39
519 03-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	1.023	3
525 01-3	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	25.000	25.000	8.692	17
526 01-0	011	Sachverständige	—	42.000	42.000	25.565	31
526 02-8	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	17.000	17.000	2.045	1
526 10-9	011	Kosten des Landespersonalausschusses	—	2.000	2.000	—	—
527 01-6	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	129.000	129.000	102.258	158
527 02-4	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	37.000	37.000	—	—
527 03-2	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	36.046	36
529 10-8	011	Zur Verfügung des Ministers oder der Ministerin	—	5.000	5.000	5.113	3
531 01-3	011	Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63*	—	—	—	46.016	19

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2003)

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	5	5	5
Kleintraktoren	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	5	5	5
Kleintraktoren	1	1	1

Zu 519 02

Insbesondere Kosten technischer Einrichtungen zur Überwachung der Dienstgebäude.

Zu 526 10

Aufgrund der §§ 116 ff. des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) in der jeweils geltenden Fassung ist ein Landespersonalausschuss gebildet worden, für den beim Innenministerium eine Geschäftsstelle eingerichtet worden ist.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0301 Ministerium des Innern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *531 01-3*		*Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*					
531 03-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	6.647	4
531 10-2	011	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	61.000	61.000	—	—
538 01-8	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	17.895	17
546 01-0	011	Vermischte Ausgaben	—	4.000	4.000	—	—
546 03-7	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	3.000	3.000	2.556	2
546 59-2	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	3.068	1
547 10-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	21.000	21.000	—	—
632 01-4	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	20.401	14
632 10-3	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	23.000	23.000	—	—
681 01-5	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	2.045	0
681 10-4	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	2.000	2.000	—	—
685 01-0	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	307	0
811 01-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-3	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 15-2	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	9.000	20.000	15.339	14
812 59-4	011	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
863 06-7	011	Darlehen an Landesbedienstete für Kosten ihrer Rechtsverteidigung	—	—	—	25.565	30
863 10-5	011	Darlehen an Landesbedienstete für Kosten ihrer Rechtsverteidigung	—	26.000	26.000	—	—
981 03-5	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.002.000	1.002.000	1.001.212	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.930)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	1.044
547 96-3	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	315
711 96-8	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	121
812 96-9	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	451
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(545.000)	(469.000)	(470.848)	(278)
511 99-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	113.000	113.000	—	—
514 99-2	011	Verbrauchsmittel	—	45.000	45.000	—	—
525 98-6	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	75.000	75.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 632 10

Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der ständigen Geschäftsstelle der IMK.

Zu 811 11

Es handelt sich um Dienstkraftfahrzeuge für die Ministerin/den Minister, die Staatssekretärin/den Staatssekretär.

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
Näherungsmelder	—	20
Dienstzimmerausstattung	9	—
Zusammen	9	20

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0301 Ministerium des Innern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 99-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten (andere Dienstleister)	—	20.000	20.000	—	—
538 98-0	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	36.000	36.000	—	—
538 99-9	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	20.000	20.000	181.304	56
547 99-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	153	0
812 99-3	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	236.000	160.000	289.391	222
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			407.653	
		Abschluss Kapitel 03 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		355.000	202.000	139.276	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		324.000	324.000	323.597	
		Summe der Einnahmen		679.000	526.000	462.873	
		4 Personalausgaben	—	37.849.000	36.765.000	34.363.364	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.623.000	1.608.000	1.379.056	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	25.000	25.000	22.753	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	271.000	206.000	330.295	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.002.000	1.002.000	1.001.212	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	40.770.000	39.606.000	37.096.680	
		Zuschuss		40.091.000	39.080.000	36.633.807	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.139.000	4.998.000	4.055.363	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		45.909.000	44.604.000	41.152.043	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		45.230.000	44.078.000	40.689.170	

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
64 APC	160	160
Clusterbasierende Servereinheit	76	—
Zusammen	236	160

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	011	Vermischte Einnahmen		90.000	90.000	—	—
119 02-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		2.000	2.000	1.534	1
119 41-8	011	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	51.129	260
119 51-5	011	Vermischte Einnahmen		—	—	15.339	51
119 70-1	193	Einnahmen aus Sponsoring (Tag der Niedersachsen) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	54
119 76-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 76.* ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
119 90-6	011	Sonstige Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	511	—
231 10-2	249	Erstattung für die Erhaltung von Gräbern auf Grund des Gräbergesetzes vom Bund ****Vgl. K-Vermerke zu 633 10 und 981 01.*		2.142.000	2.142.000	—	—
231 11-0	244	Erstattung des Bundesanteils zu den Kosten der Betreuung jüdischer Friedhöfe * *Vgl. K-Vermerk zu 685 11.*		196.000	196.000	—	—
231 12-9	249	Sonstige Zuweisungen vom Bund		33.000	1.928.000	—	—
231 61-7	011	Erstattungen von Wahlkosten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	6.136.000	—	820
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung**		(—)	(—)	(—)	(—)
119 62-0	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
281 62-2	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
TGr. 63		**Für Arbeiten und für Veröffentlichungen der staatlichen Landesplanung**		(—)	(—)	(1.534)	(10)
119 63-9	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	1.534	1
281 63-0	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	10
TGr. 65		**Personalkosten des erweiterten Katastrophenschutzes**		(670.000)	(670.000)	(766.938)	(672)
261 65-6	045	Erstattung von Personalkosten für der DLRG zur Verfügung gestellte Bedienstete * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		670.000	670.000	—	—
271 65-1	045	Erstattung von Personalkosten für der DLRG zur Verfügung gestellte Bedienstete		—	—	766.938	672
TGr. 66		**Förderfonds Hamburg/Niedersachsen**		(—)	(—)	(715.809)	(442)
153 66-7	692	Zinseinnahmen aus den gewährten Darlehen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	—
173 66-8	692	Rückflüsse aus den gewährten Darlehen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 01

Rückzahlungen des Bundes aufgrund von Leistungen des Landes gem. § 6 (4) LAG, Überzahlungen und sonstige vermischte Einnahmen.

Vgl. 634 10.

Zu 119 76

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen erfolgen.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 76/97.

Zu 119 90

Die aus Tit. 511 90 beschafften Druckschriften, Bücher etc. dürfen an Institutionen und Personen, die bei der Erfüllung von Aufgaben gem. § 96 BVFG beteiligt sind, abgegeben werden.

Zu 231 10

Kostenerstattung des Bundes für Pflege und Instandsetzung von Gräbern nach dem Gräbergesetz vom 29. 1. 1993 – BGBl. I S. 178 –.

Weniger infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Vgl. 633 10 und 981 01.

Zu 231 11

Der Bund zahlt einen Pauschbetrag je qm Friedhofsfläche unter der Voraussetzung, dass das Land Aufwendungen in gleicher Höhe für die Friedhofspflege übernimmt. Der veranschlagte Betrag entspricht der zu betreuenden Friedhofsfläche.

Vgl. 685 11.

Zu 231 12

Der Bund erstattet den Ländern nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) 65 v. H. der Aufwendungen für die Kapitalentschädigung, die Berechtigte aufgrund des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes i. d. F. vom 17. 12. 1999 (BGBl. 1999 Teil I S. 2662) erhalten.

Weniger infolge Rückgang der Entschädigungszahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

Vgl. 633 12.

Zu 231 61

Erstattung der Kosten der Bundestagswahl 2002 durch den Bund.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 61.

Zu 251 01

Verlagert in den Epl. 02.

Zu Titelgruppen 62 und 63

Verlagert in den Epl. 02.

Zu Titelgruppe 65

Kostenerstattung der DLRG für die Bediensteten der ehemaligen KatS-Schule.

Weniger infolge Verringerung der Anzahl der Bediensteten.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 65.

Zu Titelgruppe 66

Verlagert in den Epl. 02.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
332 66-9	692	Zuweisung der Freien und Hansestadt Hamburg		—	—	715.809	442
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				6.215.775	
		A U S G A B E N					
511 01-6	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	586.000	586.000	639.115	529
511 02-4	011	Kosten der zentralen Beschaffung von Gültigkeitsverzeichnissen	—	—	—	39.523	39
525 01-7	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	45.000	45.000	25.565	11
531 02-5	019	Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	10.226	8
531 04-1	019	Zentrale Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag	—	—	—	6.391	—
541 02-0	011	Für Rettungstaten	—	—	—	511	—
541 10-1	019	Öffentlichkeitsarbeit	—	9.000	9.000	—	—
541 11-0	019	Zentrale Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag	—	6.000	6.000	—	—
546 01-4	012	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	—	—
546 59-6	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	2.556	—
547 10-0	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	24.000	24.000	—	—
632 10-7	131	Zuweisungen des Landes für die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer	—	165.000	162.000	—	—
633 10-3	249	Erstattung der Kosten aus Bundesmitteln auf Grund des Gräbergesetzes * *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 10 und 981 01.* ****Ausgaben bei 633 10 und 981 01 dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	2.000.000	2.000.000	—	—
633 11-1	215	Zuweisungen zu den Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten	—	3.630.000	3.630.000	—	—
633 12-0	249	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	51.000	2.965.000	—	—
633 13-8	011	Zuweisungen an durch die Konversion besonders betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände * *Übertragbar.*	6.400.000 — —	6.400.000	358.000	—	—
634 10-0	243	Finanzzuweisungen an den Lastenausgleichsfonds	—	3.323.000	3.579.000	—	—
681 04-3	011	Ehrengaben	—	—	—	604.858	443
681 10-8	011	Ehrengaben	—	605.000	605.000	—	—
684 02-6	011	Zuwendungen für kommunalpolitische Veranstaltungen ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
684 10-7	246	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen * *Übertragbar.*	—	136.000	8.000	—	—
684 11-5	165	Zuschuss an die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn	—	1.000	1.000	—	—
684 12-3	151	Kosten der Sonderlehrgänge für jugendliche Spätaussiedler * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 12 und 981 02.*	—	378.000	406.000	—	—

Zu 511 01

Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken und VORIS-Gültigkeitsverzeichnissen.

Weniger infolge Reduzierung der Vordruckbeschaffung.

Zu 541 10

Veranschlagt sind im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Ausgaben für die Organisation und Durchführung niedersächsischer Beiträge zu den zentralen Festveranstaltungen aus Anlass des Nationalfeiertages „Tag der Deutschen Einheit" jeweils am 3. 10. d. J.

Zu 541 11

Die Gedenkfeier zum Volkstrauertag wird gemeinsam vom Land Niedersachsen und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gestaltet.

Zu 547 10

Gewährung von Geldbelohnungen für Rettungstaten, Beschaffung von Urkunden.

Kosten des Verwaltungsvolontariats und der FKS-Veranstaltungen in Niedersachsen.

Bewerber/-innen für eine Laufbahn des gehobenen und mittleren Dienstes sind vor ihrer Einstellung als Anwärter/-innen oder als Fachoberschulpraktikanten/-innen in einem Auswahlverfahren zu begutachten (§ 8 Abs. 1 APVO geh. Dienst, § 4 Abs. 2 APVO geh. Landesplanungsdienst und § 7 APVO mittl. Dienst).

Das Gleiche gilt für Bewerber/-innen, die in den Vorbereitungsdienst der Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes mit einem abgeschlossenen Studium der Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften (§ 2 Abs. 3 APVO höherer allgemeiner Verwaltungsdienst), der Laufbahn des höheren Landesplanungsdienstes (§ 4 APVO höherer Landesplanungsdienst) und als Verwaltungsfachangestellte eingestellt werden sollen. Volljuristen, die in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst eingestellt werden sollen, werden ebenfalls in einem Vorstellungsverfahren ausgewählt.

Zu 632 10

Beitragsanteile zu den Kosten der Unterhaltung der Hochschule.

Zu 633 10

Aufwendungen für die im Gräbergesetz vom 29. 1. 1993 (BGBl. I S. 178) genannten Gräber mit Ausnahme der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Vgl. Erläuterungen zu 231 10 und 981 01.

Zu 633 11

Nach Wegfall der Verwaltungskostenerstattung durch den Bund mit Ablauf des Hj. 1973 – Außerkrafttreten der 15. LeistungsDV-LA vom 3. 3. 1960 auf Grund des Art. 2 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit Art. 17 des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. 8. 1971 (BGBl. I S. 1426) – trägt das Land Niedersachsen seit 1974 die Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten zu 50 v. H.

Zu 633 12

Nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) haben die Länder 35 v. H. der Aufwendungen für die Kapitalentschädigung, die Berechtigte aufgrund des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes i. d. F. vom 17. 12. 1999 (BGBl. 1999 Teil I S. 2662) erhalten, zu tragen.

Veranschlagt sind die Bundes- und Landesmittel.

Weniger infolge Rückgang der Entschädigungszahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

Vgl. 231 12.

Zu 633 13

Die von den Truppenreduzierungen der Bundeswehr besonders betroffenen Kommunen werden im Rahmen eines Konversionsprogramms vom Land finanziell unterstützt.

Belastung (2002)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001*) ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	358 000	—	358 000

*) 2001 apl. bewilligt.

Belastung (2003)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2004	—	—	6 400 000	6 400 000

Zu 634 10

Bund und Länder leisten an den Ausgleichsfonds einen jährlichen Zuschuss von 50 v. H. des Jahresaufwandes des Ausgleichsfonds für die Unterhaltshilfe, höchstens 332,3 Mio. EUR. Die Länder erbringen $^2/_3$ nach dem Verhältnis ihrer Steueraufkommen im jeweils vorhergehenden Haushaltsjahr (§ 6 Abs. 4 LAG).

Der Ansatz ist nach dem Verhältnis des nieders. Steueraufkommens zum Gesamtsteueraufkommen aller Länder geschätzt.

Weniger durch Verringerung des Landeszuschusses nach § 6 Abs. 4 LAG.

Vgl. 119 01.

Zu 653 01

Verlagert in den Epl. 02.

Zu 681 10

Aufwendungen der Landesregierung für die Ehrung von Alters- und Ehejubilaren (Vollendung des 100. Lebensjahres, 50-, 60-, 65- und 70jähriges Ehejubiläum).

Zu 684 10

1. Förderung von Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen für Aussiedler (8 000 EUR).
   1.1 § 7 Bundesvertriebenengesetz (BVFG).
   1.2 Förderung der Integration von Aussiedlern mit jährlich 8 000 EUR.
   1.3 Zeitlich begrenzte Projektförderung.

Mehr infolge

2. Förderung des Schlesiertreffens 2003 in Hannover (128 000 EUR).
   2.1 Entscheidung der Landesregierung vom 19. 6. 2001.
   2.2 Ab 2003 Förderung der Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover alle zwei Jahre mit jeweils 128 000 EUR.
   2.3 Daueraufgabe ohne Rechtsverpflichtung.

Zu 684 11

1. Das Land und die Bundesländer fördern die Deutsche Sektion des internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften institutionell, um Informationen über die von Wissenschaftlern und Praktikern entwickelten Lösungen bei Verwaltungsproblemen zu erhalten.
2. Förderung der Deutschen Sektion des internationalen Instituts für Verwaltungwissenschaften in Bonn.
3. Daueraufgabe ohne Rechtsverpflichtung.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 684 12

1. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15. 4. 1994 über die „Eingliederung von Berechtigten nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in Schule und Berufsausbildung“.
2. Durchführung von Sonderlehrgängen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung für junge Spätaussiedler durch das Göttinger Institut.
3. Daueraufgabe ohne Rechtsverpflichtung.

Die Erstattung anteiliger Dienstbezüge für Lehrkräfte ist bei Titel 981 02 veranschlagt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Göttinger Instituts – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e. V.
Göttingen

	Betrag für 2002 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben		
1. Personalausgaben	355 000	365 100
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 000	47 300
3. Schuldendienst	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	—	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—
Zusammen	406 000	412 400
Einnahmen		
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	—	—
Abschreibungen	—	—
Mithin Fehlbetrag	406 000	412 400

Der Fehlbetrag für 2002 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	406 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	406 000 EUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Göttinger Instituts – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e. V.
Göttingen

	Betrag für 2003 EUR	Istergebnis 2001 EUR
Ausgaben		
1. Personalausgaben	333 000	365 100
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	45 000	47 300
3. Schuldendienst	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	—	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—
Zusammen	378 000	412 400
Einnahmen		
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	—	—
Abschreibungen	—	—
Mithin Fehlbetrag	378 000	412 400

Der Fehlbetrag für 2003 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	378 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	378 000 EUR

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 07-3	244	Zuschüsse zur Betreuung jüdischer Friedhöfe * *Übertragbar.* *** *Der Ansatz darf jedoch nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.*	—	—	—	390.627	383
685 08-1	246	Zuwendungen für soziale Aufgaben für Aussiedler	—	—	—	8.181	10
685 10-3	011	Zuwendungen für kommunalpolitische Veranstaltungen ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
685 11-1	244	Zuschüsse zur Betreuung jüdischer Friedhöfe * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200,0 v.H. der Isteinnahmen bei 231 11.* *** *Der Ansatz darf jedoch nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.*	—	392.000	392.000	—	—
685 12-0	165	Zuweisung an die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn	—	—	—	1.023	1
685 52-9	187	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) für die Stiftung Niedersachsen * *Übertragbar.* *** *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	1.555.000	1.523.000	1.491.541	1.460
685 54-5	187	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-abgabe) an die Niedersächsische Lottostiftung * *Übertragbar.* *** *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	4.381.000	4.292.000	4.203.433	4.115
685 55-3	187	Zuschüsse aus Konzessions-Abgaben für Bingo-Lotterie an die Niedersächsische Lottostiftung * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1302 - 122 12.*	—	3.750.000	4.187.000	2.096.297	—
685 56-1	151	Kosten der Sonderlehrgänge für jugendliche Spätaussiedler	—	—	—	399.268	412
883 02-9	692	Zuweisungen an den Aufbaufonds Bremen/Nds.	— — 511.292	—	—	715.809	332
981 01-2	990	Abführung an 0784 - 381 64 * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* *** *Vgl. K-Vermerke zu 231 10 und 633 10.*	—	142.000	142.000	150.831	169
981 02-0	990	Abführung an 0714 - 381 01 * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 12.*	—	46.000	46.000	47.806	—
981 03-9	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.000	1.000	818	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zur Durchführung öffentlicher Wahlen und Volksabstimmungen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 61.*	(—)	(6.414.000)	(6.197.000)	(102.258)	(6)
547 61-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	61.000	61.000	102.258	6
633 61-8	011	Erstattungen an Gemeinden (GV) * *Übertragbar.*	—	6.174.000	6.136.000	—	—
671 61-7	011	Erstattungen für die Beförderung von Wahlbriefen anläßlich von Landtagswahlen * *Übertragbar.*	—	179.000	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 11

1. Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und jüdischen Gemeinden vom 21. 06.1957, Zuwendungsvertrag des Landes mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen KdöR vom 22. 12. 2000/29. 01. 2001.
2. Sicherung und Betreuung der pflegeverwaisten jüdischen Friedhöfe.
3. Die Kosten der Betreuung dieser Friedhöfe werden vom Bund und von den Ländern je zur Hälfte getragen. Daueraufgabe.

Veranschlagt sind Bundes- und Landesmittel.

Vgl. 231 11.

Zu 685 52 und 685 54

Die dem Land auf Grund § 6 Abs. 1 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) vom 21. 6. 1997 (Nds. GVBl. S. 289) zustehende Konzessionsabgabe beim Zahlenlotto, bei Sportwetten, bei Lotterien und Ausspielungen in Höhe von 69 229 000 EUR (2002) und 70 661 000 EUR (2003) ist zweckgebunden gem. § 7 Abs. 1 bis 3 NLottG zu verwenden und nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 NLottG zu verausgaben.

Zu 685 55

Gemäß § 7 Abs. 4 NLottG erhält die Niedersächsische Lottostiftung die Konzessionsabgaben der Lotterie „BingoLotto“ mit der Auflage, sie zur Förderung von Projekten in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz und mit einem Anteil von höchstens 20 v. H. zur Förderung von Entwicklungshilfeprojekten zu verwenden.

Zu 883 02

Verlagert in den Epl. 02.

Zu 981 01

Abführung der auf den Friedhof Bergen-Belsen entfallenden pauschalen Bundesmittel für die Pflege und Instandsetzung der Gräber nach dem Gräbergesetz.

Vgl. 231 10 und 633 10.

Zu 981 02

Abführung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften des Göttinger Instituts – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e. V. zugunsten Kapitel 07 14 Titel 381 01.

Vgl. 684 12.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Kosten der Bundestagswahl (2002) und der Landtagswahl (2003).

Vgl. 231 61.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 62		**Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 62.*	(—)	(—)	(—)	(102.258)	(70)
531 62-9	422	Veröffentlichungen * *Übertragbar.*	—	—	—	51.129	46
538 62-3	422	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
547 62-2	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 62-6	422	Zuweisungen an Sonstige * *Übertragbar.*	—	—	—	51.129	24
TGr. 63		**Für Arbeiten und für Veröffentlichungen der Landesplanung** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 63.*	(—)	(—)	(—)	(235.194)	(147)
531 63-7	422	Veröffentlichungen * *Übertragbar.*	—	—	—	81.807	15
538 63-1	422	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	—	—	51.129	126
547 63-0	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	6
685 63-4	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke * *Übertragbar.*	—	—	—	102.258	—
TGr. 64		**Katastrophenschutz und zivile Verteidigung** * *Übertragbar.*	(—) (614.000) (—)	(1.330.000)	(716.000)	(692.801)	(597)
511 64-4	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	26.000	26.000	—	—
547 64-9	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	17.000	17.000	17.895	7
684 64-6	045	Zuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	—	511.000	511.000	511.292	511
812 64-4	045	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	75.000	75.000	76.694	15
883 64-9	045	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	— 614.000 —	614.000	—	—	—
893 64-4	045	Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	—	87.000	87.000	86.920	64
TGr. 65		**Personalkosten des erweiterten Katastrophenschutzes** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 261 65.*	(—)	(670.000)	(670.000)	(766.938)	(629)
425 65-9	045	Vergütungen der Angestellten	—	440.000	440.000	460.163	417
426 65-5	045	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	230.000	230.000	306.775	211
TGr. 66		**Förderfonds Hamburg/Niedersachsen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 153 66 und 173 66.*	(—) (—) (818.067)	(—)	(—)	(1.431.617)	(925)
853 66-9	692	Darlehen an Gemeinden und Landkreise	—	—	—	—	—
883 66-5	692	Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise	— — 818.067	—	—	1.431.617	925

Zu Titelgruppe 62

Verlagert in den Epl. 02.

Zu Titelgruppe 63

Verlagert in den Epl. 02.

Zu Titelgruppe 64

1. Niedersächsisches Katastrophenschutzgesetz, Förderrichtlinien vom 17. 4. 1991 und 7. 2. 1990 i. d. F. vom 26. 3. 1997 bzw. 24. 6. 1998.
2. Zuschüsse für Ausstattung und Ausbildung von Katastrophenschutzeinheiten privater Träger (Titel 684 64) und für die Beschaffungsmaßnahmen von Fahrzeugen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen (Titel 893 64).
3. Daueraufgabe ohne Rechtsverpflichtung.

Ausgaben für den Katastrophenschutz nach Landesrecht sowie sächliche Verwaltungskosten für den Bereich der zivilen Verteidigung, die nach Art. 104 a Abs. 5 GG vom Land zu tragen sind.

511 64

Laufende Kosten für Fernmeldeanlagen des KatS, für technisches Gerät und Führungsmittel sowie sonstige mit der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Behörden im Katastrophen- und Verteidigungsfall in Zusammenhang stehende Kosten.

547 64

Kosten für die Teilnahme an Übungen, für die Ausbildung von Führungskräften des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung, Planungskosten u.a. mehr.

684 64

Für die Aufstellung und Ausbildung von Einheiten des Katastrophenschutzes sowie für die Beschaffung und Instandhaltung der Katastrophenschutzausstattung.

Zuschüsse erhalten:

1. das Deutsche Rote Kreuz
   – Landesverbände Niedersachsen und Oldenburg
2. der Arbeiter-Samariter-Bund
3. die Johanniter-Unfall-Hilfe
4. der Malteser-Hilfsdienst
5. die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

nach Maßgabe der entsprechenden Förderrichtlinien des Landes.

Den genannten Hilfsorganisationen obliegen durch ihre Mitwirkung im Katastrophenschutz wichtige Aufgaben, die sie nur mit Hilfe des Landes erfüllen können.

812 64

Umrüstung der im überörtlichen Sprechfunknetz des Katastrophenschutzes eingesetzten Funkzubringeranlagen auf digitale Technik.

883 64

Förderung der Anschaffung von Einsatzfahrzeugen für den Katastrophenschutz im Wesertunnel bei Loxstedt/Stadland.

Belastung (2003)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	614 000	—	614 000

893 64

Zuschüsse an private Träger von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes für Beschaffung von Ausstattung im investiven Bereich (KatS-Fahrzeuge und Spezialgerät).

Zu Titelgruppe 65

Personalkosten der Bediensteten der ehemaligen KatS-Schule.

Die Mittel werden von der DLRG (ehem. KatS-Schule) erstattet.

Weniger infolge Verringerung der Anzahl der Bediensteten.

Vgl. 271 65.

Zu Titelgruppe 66

Verlagert in den Epl. 02.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70		**Förderung des Tages der Niedersachsen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 70.*	(—)	(189.000)	(189.000)	(190.200)	(232)
547 70-3	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	25.000	25.000	26.587	34
684 70-0	193	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
685 70-7	193	Zuschüsse an Verbände und Organisationen	—	164.000	164.000	163.613	198
TGr. 71/72		**Ressortübergreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltungsorganisation**	(—)	(20.000)	(20.000)	(20.452)	(9)
459 71-5	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagwesens für Landesbedienstete und Versorgungsempfänger, deren Bezüge durch das NLBV gezahlt werden	—	20.000	20.000	20.452	9
459 72-3	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagwesens, soweit nicht Titel 459 71	—	—	—	—	—
TGr. 74/77		**Verwaltungsreform** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(607)
525 74-2	012	Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	148
527 74-5	012	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	15
531 74-2	012	Veröffentlichungen	—	—	—	—	9
538 74-7	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	367
538 77-1	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	44
547 74-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	10
812 74-1	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	8
812 77-6	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	6
TGr. 75		**Kosten des Landespräventionsrates**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
525 75-0	012	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 75-4	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 76/97		**Verwaltungsreform; Ressortübergreifende- und ressortbezogene Maßnahmen der Personalentwicklung** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 76.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (—) (1.022.584)	(2.194.000)	(2.194.000)	(1.845.764)	(1.620)
443 76-2	012	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	—	—	—	—	—
459 76-6	012	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	—	—
511 76-8	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	159.000	159.000	—	—
519 76-9	012	Kleine Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 76-9	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.163.000	1.163.000	204.517	1.219

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 70

1. Grundsatzbeschluss der Landesregierung vom 22. 7. 1980.
2. Förderung des „Tages der Niedersachsen“ im Rahmen der Projektförderung (Zuschüsse an Verbände und Organisationen).
3. Daueraufgabe ohne Rechtsverpflichtung.

547 70

Verpflegungs- und Unterbringungskosten sowie Kosten für technische Hilfsmittel, Werbung, Verbreitung von Plakaten und Programmhefte.

684 70 und 685 70

Zuschüsse an die für die Durchführung des Programmteils der im Kuratorium „Tag der Niedersachsen“ zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen bzw. an soziale oder ähnliche Einrichtungen.

Zu Titelgruppe 75

Verlagert in den Epl. 11.

Zu Titelgruppe 76/97

Mit den Mitteln sollen ressortübergreifende und ressortbezogene Maßnahmen der Personalentwicklung sowie sonstige Maßnahmen der Verwaltungsreform unterstützt werden.

Mehr infolge Verlagerung aus dem Epl. 02 (Kap. 02 02 TGr. 66).

Vgl. 119 76.

525 76

Durchführung von Vortrags- und Schulungsveranstaltungen, Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Fahrtkosten, Honorare für externe Referenten.

Belastung (2002)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001*) ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	963 000	963 000

*) bei Kapitel 02 02 Titel 538 66 und Kapitel 03 02 Titel 538 76.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 76-1	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	34.000	34.000	7.669	—
531 76-9	012	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	107.000	107.000	5.113	—
538 76-3	012	Dienstleistungen Außenstehender	— — 1.022.584	—	—	1.533.876	280
538 97-6	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	35.790	—
547 76-2	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	424.000	424.000	58.799	28
682 76-7	012	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	307.000	307.000	—	81
812 76-8	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	12
812 97-0	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 90		**Förderung kultureller Aufgaben nach § 96 BVFG , grenzüberschreitender Maßnahmen sowie von Maßnahmen i.d. Aussiedlungsgebieten** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(125.000)	(125.000)	(132.936)	(139)
511 90-3	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	4.000	4.000	—	—
547 90-8	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	44.000	44.000	46.016	40
632 90-5	246	Sonstige Zuweisungen	—	—	—	—	—
684 90-5	246	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	77.000	77.000	—	—
685 90-1	246	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	86.920	99
686 90-8	246	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	255.646			16.064.484	
		Abschluss Kapitel 03 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		93.000	93.000	70.047	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.041.000	11.072.000	6.982.713	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	715.809	
		Summe der Einnahmen		3.134.000	11.165.000	7.768.569	
		4 Personalausgaben	—	690.000	690.000	787.390	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— — 1.022.584	2.735.000	2.735.000	3.359.954	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	6.400.000 — 255.646	34.179.000	31.303.000	25.761.442	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— 614.000 1.329.359	776.000	162.000	2.311.040	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	189.000	189.000	199.455	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	6.400.000 614.000 2.607.589	38.569.000	35.079.000	32.419.281	
		Zuschuss		35.435.000	23.914.000	24.650.712	

547 76

Belastung (2002 und 2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001*) ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	331 000	331 000
2003	—	143 000	143 000

*) bei Kapitel 02 02 Titel 538 66 und Kapitel 03 02 Titel 538 76.

682 76

Zuschüsse an Landesbetriebe, bei denen Personalentwicklungsmaßnahmen und sonstige Maßnahmen der Verwaltungsreform eingeführt werden.

682 76

Belastung (2002)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001*) ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	307 000	307 000

*) bei Kapitel 02 02 Titel 538 66 und Kapitel 03 02 Titel 538 76.

Zu Titelgruppe 90

1. § 96 BVFG.
2. Förderung des Nordostdeutschen Kulturwerks und der Stiftung Schlesien im Rahmen der institutionellen Förderung bzw. Projektförderung.
3. Daueraufgabe ohne Rechtsverpflichtung.

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Förderung von kulturellen Aufgaben sowie Kunst- und Forschungsförderung nach § 96 BVFG, von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Maßnahmen in den Aussiedlungsgebieten.

547 90

Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der Verleihung des Kulturpreises Schlesien des Landes Niedersachsen entstehenden Kosten.

632 90

Veranschlagt sind Zuweisungen an Einrichtungen in Niedersachsen zur Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des § 96 BVFG oder von grenzüberschreitenden Maßnahmen. Empfänger sind Museen, Universitäten, Bibliotheken etc.

684 90

Förderung von kulturellen Aufgaben, Kunst- und Forschungsförderung nach § 96 BVFG sowie grenzüberschreitenden Maßnahmen.

Gefördert werden Einrichtungen und Organisationen (z.B. Nordostdeutsches Kulturwerk und Künstlergilde, Landesverband Niedersachsen e.V.), die entsprechende Aufgaben im Kunst- und Forschungsbereich wahrnehmen sowie inländische und grenzüberschreitende Maßnahmen im kulturellen Bereich.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	133	Gebühren und tarifliche Entgelte		1.000	1.000	—	—
111 61-9	133	Gebühren für die Nachdiplomierung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen		—	—	511	1
119 01-6	133	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	—	—
119 02-4	133	Einnahmen aus Veröffentlichungen		2.000	2.000	2.045	3
119 06-7	133	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	205	—
119 26-1	133	Einnahmen für die Verpflegung		—	—	262.906	—
119 51-2	133	Vermischte Einnahmen		—	—	1.534	6
124 01-0	133	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		14.000	14.000	13.600	4
125 10-5	133	Einnahmen für die Verpflegung		332.000	332.000	—	—
132 01-2	133	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	—
232 01-7	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		—	—	460.163	—
232 10-6	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		460.000	460.000	—	—
235 01-6	133	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
271 01-2	133	Erstattungen von Lehrgangskosten		—	—	53.174	—
281 10-7	133	Erstattung von Lehrgangskosten		53.000	53.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.125	
		A U S G A B E N					
422 01-0	133	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	9.113.000	7.769.000	7.424.214	698
422 19-3	133	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	133	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	242
425 03-6	133	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-4	133	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	34.000	34.000	—	—
425 41-9	133	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	31.853	—
426 01-6	133	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-7	133	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	102	—
427 01-2	133	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	11.000	11.000	11.044	—
427 31-4	133	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	379.000	320.000	317.154	45
453 01-3	133	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	857.000	798.000	15.339	28
453 11-0	133	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	663.248	30
511 01-3	133	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	215.000	168.000	30.013	8
514 10-1	133	Verpflegungskosten für Lehrgangsteilnehmer ** *Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	—	129.000	129.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege wird als eigenständige Fachhochschule für den öffentlichen Dienst zur Sicherung der Bedarfsausbildung von Anwärterinnen und Anwärtern des gehobenen Dienstes in den Fachbereichen „Allgemeine Verwaltung", „Polizei", „Steuerverwaltung" und „Rechtspflege" geführt. Auf dieser Grundlage werden hochschulgerechte Strukturen in Verwaltung (gemeinsamer Haushalt, Einheitsverwaltung) und Lehrkörper (Einrichtung von Professorenstellen) geschaffen.

Die nach dem Hochschulgesetz erforderliche Angleichung an die Strukturen der allgemeinen Fachhochschulen gebietet es, die mit Errichtung der Fachhochschule im Jahr 1979 zugleich als Besonderheit eingeführte Beleihung der kommunalen Studieninstitute zu beenden und die gesondert bestehenden kommunalen Abteilungen ab 2003 vollständig zu integrieren. Die zur Ausweitung des Lehrbetriebs am Fachbereich allgemeine Verwaltung notwendige Verstärkung der Ansätze nach Hauptgruppen ergibt sich aus nachfolgender Übersicht:

HGr.		Hj. 2003 (anteilig) in Tsd. EUR
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	794
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	273
8	sonstige Ausgaben für Investitionen	194
	Ausgaben insgesamt	1 261

Sonderkosten für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte/-innen, die der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege angehören, sind weiterhin im Haushalt der Landespolizei – 03 20 – mit veranschlagt. Dazu gehören:

a)	Kosten für das Fernsprechsondernetz der Polizei	TGr. 69
b)	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	514 01
c)	Heilfürsorge	TGr. 64
d)	Bekleidungszuschuss für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst	TGr. 65
e)	Unterhaltung sowie Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung	
f)	Kosten für Waffen und Munition	TGr. 68

Vgl. Allgemeiner Vermerk zu Kapitel 03 20.

Zu 111 01

Gebühren für die Nachdiplomierung von Fachhochschulabsolventen/-innen.

Zu 124 01

Für Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.

Zu 125 10

Im Fachbereich Steuerverwaltung:

Einnahmen aus der entgeltlichen Bereitstellung von Frühstück und Mittagsverpflegung für Beamte/-innen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte/-innen während der Einführungszeit sowie für sonstige Personen.

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf von Leitfäden.

Zu 232 10

In der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege – werden Rechtspflegeanwärter/-innen der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg ausgebildet. Die Ausgaben der Fachhochschule tragen die Länder anteilig nach bestimmten Schlüsseln.

Zu 281 10

Erstattung der Lehrgangskosten für Bedienstete anderer Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
183,55	163,55	163,05	19,64

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	21,00	7,50
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	21,00	7,50
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	6,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	1,00
Summe Abgänge	1,00	7,00
Bleibt Zugang	20,00	0,50

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	138,75	138,75	—	140
Angestellte	32,60	32,10	0,50	33
Lohnempfänger/-innen	12,20	9,00	3,20	9
Insgesamt	183,55	179,85	3,70	182

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	119,75	119,75	—	121
Angestellte	31,60	31,10	0,50	32
Lohnempfänger/-innen	12,20	9,00	3,20	9
Insgesamt	163,55	159,85	3,70	162

Personalkostenbudget:

		2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt		9 113	7 769
Es sind veranschlagt:			
Lehrzulagen*)			
a) für 4 (4) Stelleninhaber/-innen mtl. 64 EUR – jährl. 768 EUR	rd.	3,1	3,1
b) für 85 (85) Stelleninhaber/-innen mtl. 48 EUR – jährl. 576 EUR	rd.	49,0	49,0
	Zusammen	52,1	52,1

*) Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel enthalten für 1 (1) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte – davon 1 (1) für das Frauenbüro – und 6 (6) ständige nicht voll beschäftigte Arbeiter/-innen – davon 4 (4) Kräfte im Reinigungsdienst –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	9 113	7 769
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	513	430
43	Versorgungsbezüge	2 704	2 206
44	Beihilfen, Unterstützungen	674	536
45	Personalbezogene Sachausgaben	857	798
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	68	–8
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		13 929	11 731

Zu 427 01

Für die Beschäftigung von Aushilfskräften im Reinigungs- und Küchendienst für unvermeidliche Urlaubs- und Krankheitsvertretung.

Zu 427 31

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	330	279
2. Prüfungsvergütungen für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse	49	41
Zusammen	379	320

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 2.:

Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Die Vergütungen für Prüfungen nach dem Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz sind bei Kapitel 04 05 ausgebracht.

Zu 453 01

Hier sind auch die Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeld für Beamte/-innen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamtinnen und -beamte während der Einführungszeit veranschlagt.

Zu 514 10

Im Fachbereich Steuerverwaltung werden Verpflegungskosten (Frühstück und Mittagessen) mit 2,30 EUR je Verpflegungsteilnehmer/-in pro Tag veranschlagt.

Die Einnahmen aus der Verpflegung für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte/-innen während der Einführungszeit sind bei Titel 125 10 veranschlagt.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-1	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	295.000	261.000	62.736	8
517 19-4	133	Reinigungskosten	—	—	—	66.417	21
517 59-3	133	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	129.203	18
518 01-8	133	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	325.000	256.000	278.041	–1
518 02-6	133	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Grundstücke	—	22.000	22.000	—	—
519 01-4	133	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	7.000	7.000	—	—
519 03-0	133	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	4.346	7
519 10-3	133	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	4.000	4.000	—	—
525 01-4	133	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	131.000	148.000	126.903	5
525 11-1	133	Lehr- und Lernmittel	—	211.000	194.000	—	—
526 01-0	133	Sachverständige	—	—	—	—	—
526 02-9	133	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	133	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	24.000	22.000	17.997	2
527 02-5	133	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	—	—
527 03-3	133	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	1.483	—
529 10-9	133	Zur Verfügung der Rektorin/des Rektors der Fachhochschule	—	—	—	—	—
531 01-4	133	Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	—	1.994	—
531 10-3	133	Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	2.000	2.000	—	—
532 01-0	133	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	—	2.863	—
546 01-1	133	Vermischte Ausgaben	—	5.000	5.000	—	—
546 02-0	133	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	69.000	—	—	—
546 59-3	133	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	4.806	—
632 01-5	133	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder * *Übertragbar.*	—	—	—	1.278	—
632 10-4	133	Erstattung an Länder für gemeinsame Verwaltungseinrichtungen * *Übertragbar.*	—	1.000	1.000	—	—
681 01-6	133	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	511	—
681 10-5	133	Entschädigungen, Ersatzleistungen an Unfallgeschädigte u. dergl.	—	1.000	1.000	—	—
812 10-2	133	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	202.000	40.000	—	—
812 13-7	133	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	8
812 15-3	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	16.822	—
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—
981 03-6	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	1.528.000	1.528.000	940.521	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 01

Wartungskosten der betrieblichen Einbauten (Feuermeldeanlagen, Unterrichtsmitschauanlage u. ä.).

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 im EPl. 13 veranschlagt

Zu 632 10

Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten der anderen Länder.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung:		
Rasentrac	—	9
Zusammentraggerät und Hefter	—	11
1 Hörsaalausstattung	77	6
Neubeschaffungen:		
Dienstzimmerausstattung	125	14
Zusammen	202	40

Zu 981 01

Abführung des Versorgungszuschlags an Kapitel 13 50 – 381 03.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Rektorat der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege**	(—)	(—)	(—)	(—)	(9)
511 61-7	133	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	5
527 61-0	133	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	2
529 61-3	133	Zur Verfügung der Rektorin / des Rektors der Fachhochschule	—	—	—	—	1
547 61-1	133	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(203.000)	(127.000)	(61.509)	(2)
511 99-4	133	Geschäftsbedarf und Kommunikation	—	48.000	43.000	—	—
538 98-1	133	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	3.000	3.000	—	—
538 99-0	133	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	2.710	2
812 99-4	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	152.000	81.000	58.799	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			450.704	
		Abschluss Kapitel 03 04					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		352.000	352.000	281.926	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		513.000	513.000	513.337	
		Summe der Einnahmen		865.000	865.000	795.263	
		4 Personalausgaben	—	10.394.000	8.932.000	8.462.954	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.491.000	1.265.000	1.180.216	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.000	2.000	1.789	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	354.000	121.000	75.621	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.528.000	1.528.000	940.521	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	13.769.000	11.848.000	10.661.101	
		Zuschuss		12.904.000	10.983.000	9.865.838	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.704.000	2.206.000	1.806.599	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		16.473.000	14.054.000	12.467.700	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		15.608.000	13.189.000	11.672.437	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:		
Ausstattung und Vernetzung von DV-Schulungsräumen	89	49
PC-Ergänzungsarbeitsplatzcomputer, Monitore, Drucker	63	32
Zusammen	152	81

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0305 Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-9	012	Gebühren und tarifliche Entgelte		7.423.000	7.423.000	7.417.056	7.163
111 02-7	012	Säumniszuschläge und Verspätungszuschläge		—	—	6.136	—
111 13-2	012	Gebühren und Auslagen für Prüfungen der Vergabekammer		51.000	51.000	51.129	—
112 01-5	012	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		450.000	450.000	449.937	159
112 10-4	012	Erstattungen von Prozesskosten		55.000	55.000	—	—
119 01-0	012	Vermischte Einnahmen		300.000	300.000	3.988	10
119 02-8	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen		8.000	8.000	8.027	6
119 03-6	012	Einnahmen aus Nebentätigkeit		10.000	10.000	57.520	50
119 06-0	012	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	511	3
119 41-9	012	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	13.140	10
119 46-0	012	Ersatzleistungen		—	—	83.238	60
119 51-6	012	Vermischte Einnahmen		—	—	339.140	163
119 54-0	012	Einnahmen nach Schluß des Haushaltsjahres aus Anlaß von Titelverwechslungen		—	—	—	0
124 01-3	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		68.000	68.000	67.542	63
132 01-6	012	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		34.000	34.000	31.189	31
132 11-3	012	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
231 01-4	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		—	—	51.129	59
231 10-3	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		51.000	51.000	—	—
235 01-0	012	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-0	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Landesbetriebe und sonstige öffentliche Einrichtungen		467.000	467.000	—	—
271 09-1	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Landesbetriebe und sonstige öffentliche Einrichtungen		—	—	462.003	467
271 10-5	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		—	—	—	402
381 05-9	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	606.852	343
381 10-5	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		644.000	644.000	—	—
382 01-2	990	Durchlaufende Gelder * *Vgl. K-Vermerk zu 982 01.*		—	—	—	17
382 10-1	990	Durchlaufende Gelder * *Vgl. K-Vermerk zu 982 10.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				3.221	
		A U S G A B E N					
422 01-4	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	90.882.000	90.936.000	89.216.241	44.622

ERLÄUTERUNGEN

Es sind vorhanden:

Bezirksregierungen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems.

Zu 03 05 – allgemein:

Bei den Bezirksregierungen werden in sogenannten Fachdezernaten Aufgaben verschiedener Spezialverwaltungen erfüllt, für die haushaltsmäßig besondere Kapitel (Fachkapitel) vorgesehen sind. In diesen Fachkapiteln werden folgende durch die Fachdezernate bei den Bezirksregierungen entstehende Einnahmen und Ausgaben veranschlagt:

a) die Ausgaben für die Dienstbezüge und dergl. für das Fachpersonal (Obergruppe 42),

b) die Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535, des Titels 812 35 und der Titelgruppen) sowie

c) die Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen. Dazu gehören nicht die Einnahmen aus „Gebühren und entgeltlichen Tarifen" (Titel 111 01) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten" (Titel 112 01).

Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben für die Fachdezernate werden, um eine einfache und zweckmäßige Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen, zusammengefasst im Kapitel 03 05 ausgebracht.

Sonderkosten (Dienstkleidungszuschuss, Kosten der Aus- und Fortbildung, Reisekosten) für das bei den Bezirksregierungen eingesetzte Forstfachpersonal sind im Haushalt der Landesforstverwaltung – Kap. 10 03 – mit veranschlagt.

Die im Bereich des Nationalparks Harz entstehenden Sachkosten des Dezernates 04 der Bezirksregierung Braunschweig sind bei Kapitel 10 04 mit veranschlagt.

Die gemäß § 114 des Vergaberechtsänderungsgesetzes (VgRÄG) einzurichtende Vergabekammer ist bei der Bezirksregierung Lüneburg angesiedelt.

Zu 111 01

Einnahmen aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung) vom 5. 6. 1997 (Nieders. GVBl. S.171) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 111 13

Vgl. Ausgabetitelgruppe 61.

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Vertrieb der Amtsblätter der Bezirksregierungen.

Zu 132 01

Vgl. 811 01.

Zu 132 11

Vgl. 811 11.

Zu 231 10

Erstattung von Personal- und Sachausgaben durch den Bund für die Aufgaben der Dezernate für Verteidigungslasten bei den Bezirksregierungen.

Zu 261 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erstattungen von Personal- und Sachausgaben für die Wahrnehmung der Kassengeschäfte und Rechnungsprüfung:		
1. Braunschweigischer Vereinigter Kloster- und Studienfonds	420	420
2. Klosterkammer Hannover	47	47
3. Sonstiges	—	—
Zusammen	467	467

Zu 271 10

Vgl. 546 10.

Zu 381 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erstattung von Personal- und Sachausgaben:		
Zuführung von		
03 07 – 981 10	336	336
15 56 – 981 13	308	308
Zusammen	644	644

Zu 382 10

Vgl. 982 10.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
2 283,96	2 295,22	2 432,50	2 267,14

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	47,62
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	1,00
Summe Zugänge	—	48,62
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	11,00	91,50
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	0,26	94,40
Summe Abgänge	11,26	185,90
Bleibt Abgang	11,26	137,28

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1 230,50	1 230,50	—	1 317
Angestellte	943,44	943,44	—	1 022
Lohnempfänger/-innen	110,02	103,00	7,02	120
Insgesamt	2 283,96	2 276,94	7,02	2 459

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1 230,50	1 230,50	—	1 317
Angestellte	954,44	954,44	—	1 022
Lohnempfänger/-innen	110,28	103,00	7,28	120
Insgesamt	2 295,22	2 287,94	7,28	2 459

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	90 882	90 936
Es sind veranschlagt		
Lehrzulagen*)		
a) für 15 (15) Stelleninhaber/-innen – je 767 EUR mtl. 64 EUR	11,6	11,6
b) für 9 (9) Stelleninhaber/-innen – je 288 EUR mtl. 24 EUR	2,6	2,6
Zusammen	14,2	14,2

*) Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 39 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 614 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

2002:

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel für 16 – kw: 2 – (22 – kw: 2 –) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Haushaltsmittel für 9 – davon 1 bis 31. 12. 2002 – (17) stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 8 – davon 1 bis 31. 12. 2002 – (16) Kräfte im Reinigungsdienst – veranschlagt.

2003:

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel für 16 – kw: 2 – (16 – kw: 2 –) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Haushaltsmittel für 8 – (9) stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 7 – (8) Kräfte im Reinigungsdienst – veranschlagt.

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	90 882	90 936
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	3 629	3 742
43	Versorgungsbezüge	18 665	17 906
44	Beihilfen, Unterstützungen	6 638	6 206
45	Personalbezogene Sachausgaben	204	204
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	666	–92
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		120 684	118 902

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0305 Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
422 04-9	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	1.800.000	1.730.000	1.524.672	1.263
422 06-5	012	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	3
422 19-7	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-6	012	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	560.000	813.000	987.151	1.178
425 01-3	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	37.949
425 02-1	012	Vergütungen der ständigen , nur teilzeitbeschäftigten Angestellten	—	—	—	—	149
425 03-0	012	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	25
425 04-8	012	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	446.000	446.000	—	—
425 06-4	012	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	8.000	8.000	8.436	14
425 41-2	012	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	446.256	218
426 01-0	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	3.554
426 03-6	012	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	9
426 04-4	012	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	7.000	7.000	—	—
426 06-0	012	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	7.000	7.000	8.283	0
426 41-9	012	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
427 01-6	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	35.000	35.000	40.085	15
427 03-2	012	Vergütungen an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	—	—	64.423	32
427 10-5	012	Vergütungen an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	74.000	91.000	—	—
427 31-8	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	72.000	72.000	71.581	46
427 39-3	012	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	31.000	31.000	30.626	5
453 01-7	012	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	197.000	197.000	186.213	204
453 11-4	012	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	7.000	7.000	6.033	5
511 01-7	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände ****Ausgaben, die hier zunächst für Organisationseinheiten der Bezirksregierungen, denen für besondere Fachaufgaben eigene Ausgaben zur Verfügung stehen, und in Einzelfällen für andere Landesbehörden geleistet und erstattet werden, sind, sofern keine besonderen Einnahmetitel ausgebracht sind, durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.* *Minderausgaben bei den sächlichen Verwaltungsausgaben nach § 11 Abs. 1 Satz 1 HG, die sich bei den Bezirksregierungen ergeben, wachsen den Ansätzen des nächsten Haushaltsjahres zu.* *Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	—	3.920.000	3.930.000	752.110	585
514 01-6	012	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	230.000	230.000	229.979	218
517 01-5	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.739.000	2.739.000	774.045	774
517 19-8	012	Reinigungskosten	—	—	—	851.148	757

Zu 425 04

Für 167 (167) Auszubildende im Beruf des Verwaltungsfachangestellten und 20 (20) Auszubildende im Beruf Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation.

Zu 427 10

Vergütungen für bei den Bezirksregierungen tätige Praktikantinnen und Praktikanten, die bei der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege als externe Bewerberinnen und Bewerber studieren und im Rahmen ihrer Ausbildung auf der Grundlage eines Praktikumsvertrages bei den Bezirksregierungen berufspraktische Abschnitte absolvieren.

Zu 427 31

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Lehrvergütungen	72	72
2. Prüfungsvergütungen	—	—
Zusammen	72	72

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 23. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 2.:

Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2003)

	Ist 1. 1. 2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	60	60	60
Sonderfahrzeuge	8	8	8
Zusammen	68	68	68

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2002)

	Ist 1. 1. 2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	60	60	60
Sonderfahrzeuge	8	8	8
Zusammen	68	68	68

	Ist 1.1.2002 (2001)		2002/2003	
	Pkw	Sonderfahrzeuge*)	Pkw	Sonderfahrzeuge*)
Braunschweig	11	—	11	—
Hannover	17	2	17	2
Lüneburg	12	—	12	—
Weser-Ems	20	6	20	6
Zusammen	60	8	60	8

*) 1 Kleintraktor (Weser-Ems)
3 Wohnwagenanhänger (Hannover und Weser-Ems)
4 Anhänger (Hannover und Weser-Ems)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 59-7	012	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	1.113.543	1.099
518 01-1	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Geräte	—	2.908.000	2.908.000	3.164.334	3.174
518 02-0	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	330.000	330.000	—	—
519 01-8	012	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	6.000	6.000	—	—
519 02-6	012	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	6.187	1
519 03-4	012	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	32.723	37
519 10-7	012	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	33.000	33.000	—	—
519 11-5	012	Unterhaltung eines Grenzgrabens	—	1.000	1.000	—	—
521 01-2	012	Unterhaltung eines Grenzgrabens	—	—	—	971	1
525 01-8	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	295.000	295.000	285.710	341
525 10-7	012	Lehr- und Lernmittel	—	26.000	26.000	—	—
526 01-4	012	Sachverständige	—	189.000	189.000	753.235	815
526 02-2	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	644.000	644.000	—	—
527 01-0	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1.113.000	1.113.000	1.113.236	1.135
527 02-9	012	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	296.000	296.000	—	—
527 03-7	012	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	316.387	288
529 10-2	012	Zur Verfügung der Regierungspräsidenten	—	—	—	—	—
531 01-8	012	Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	—	—	—
531 10-7	012	Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	—	—	—
536 01-0	215	Beschwerdeverfahren	—	—	—	5.624	7
536 02-8	012	Zeugenentschädigungen	—	—	—	1.074	0
538 01-2	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	74.137	74
546 01-5	012	Vermischte Ausgaben	—	28.000	28.000	—	360
546 02-3	012	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	7.000	7.000	—	—
546 03-1	012	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	62.000	62.000	42.488	69
546 10-4	012	Vermischte drittfinanzierte Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 10.*	—	—	—	—	—
546 59-7	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	29.297	25
547 10-0	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	43.000	43.000	—	—
633 01-5	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Kommunalverwaltungen	—	—	—	48.573	48
633 02-3	012	Erstattung von Gerichtskosten an kommunale Gebietskörperschaften	—	—	—	24.542	3
633 10-4	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Kommunalverwaltungen	—	49.000	49.000	—	—

Zu 518 01

Belastung (2002 und 2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 142 000	—	—	—	1 142 000
2003	1 358 000	—	—	—	1 358 000
2004	1 402 000	—	—	—	1 402 000
2005	1 345 000	—	—	—	1 345 000
ff.	4 741 000	—	—	—	4 741 000

Zu 519 11

Unterhaltung des Grenzgrabens zwischen Niedersachsen und Bremen bei Lilienthal.

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 im EPl. 13 veranschlagt.

Zu 546 02

Entschädigungen an Zeugen/-innen in Disziplinarverfahren.

Zu 546 10

Zweckgebundene Zuwendungen Dritter zur Umsetzung der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems (RIS); ein Modellprojekt der EU im Rahmen des Art. 10 des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung.

Vgl. 271 10.

Zu 633 10

Erstattung von Dienstbezügen für die Abordnung von juristischen Nachwuchskräften oder sonstigen Bediensteten von der Kommunalverwaltung an die Bezirksregierungen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
671 12-0	012	Erstattung von Gerichtskosten an kommunale Gebietskörperschaften	—	25.000	25.000	—	—
681 01-0	012	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 5 000 DM zulässig.*	—	—	—	22.497	42
681 10-9	012	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 3.000 EUR zulässig*	—	22.000	22.000	—	—
685 01-5	012	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	2.914	2
811 01-0	012	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen ****Die Ansätze der Titel 811 01, 812 13 und 812 15 sowie der Titelgruppe 99 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Minderausgaben bei den sächlichen Verwaltungsausgaben nach § 11 Abs.1 Satz 1 HG, die sich bei den Bezirksregierungen ergeben, überschritten werden. Von den Erläuterungen darf insoweit abgewichen werden.*	—	41.000	164.000	111.871	105
811 11-8	012	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen ** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 13-0	012	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen ****Vgl. Vermerk zu 811 01.*	—	—	291.000	—	426
812 15-7	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen ****Vgl. Vermerk zu 811 01.*	—	231.000	194.000	370.175	235
812 59-9	012	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 01-3	990	Abführung an 13 02 - 381 02 zur Refinanzierung des Grundstocks	—	—	—	21.474	21
981 03-0	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	7.048.000	7.048.000	7.075.308	—
981 10-2	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	21.000	21.000	—	—
982 01-0	990	Durchlaufende Gelder ** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 01.*	—	—	—	—	17
982 10-9	990	Durchlaufende Gelder ** Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kosten der Vergabekammer**	(—)	(51.000)	(51.000)	(51.129)	(—)
427 61-0	012	Entschädigung der Beisitzer	—	—	—	5.113	—
526 61-8	012	Entschädigung der Beisitzer	—	46.000	46.000	—	—
538 61-6	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	40.903	—
547 61-5	012	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** ****Vgl. Vermerk zu 811 01*	(—)	(4.610.000)	(4.675.000)	(2.639.084)	(2.636)
427 99-7	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 99-8	012	IuK Geschäftsbedarf und Kommunikation, Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	2.200.000	2.200.000	—	—

Zu 811 01

	Listenpreis einschl. MwSt. Tsd. EUR	Sonderausstattung u. a. Tsd. EUR	Gesamtpreis Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen 2002:			
8 Pkw	157,1	6,9	164
Ersatzbeschaffungen 2003:			
2 Pkw	39,3	1,7	41

Sonderausstattungen:

u.a.: Radio, Dreipunkt-Automatikgurte für alle Sitze, ABS, Halogen-Nebelscheinwerfer, Handyvorbereitung mit Freisprechanlage, Heckscheiben-Wisch-Waschanlage mit Intervallschaltung, Standheizung, Klimaanlage, Feuerlöscher 2 kg und Halterung, Verbandskasten, Warndreieck, Airbags, Fahrersitz mit Lordosestütze.

Zur Aussonderung gelangen 2002/2003 16 Fahrzeuge:

6 Kfz werden durch Leasingfahrzeuge ersetzt.

Zu 811 11

Dienstfahrzeuge für die Regierungspräsidentinnen/die Regierungspräsidenten.

Zu 812 13

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:		
Fernmeldeanlage für Bez. Reg. WE	—	291

Zu 812 15

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
Arbeitsplatzausstattungen	51	77
div. Großküchengeräte	180	31
Zeiterfassungssystem	—	51
Multimedia-Operatorplätze	—	20
Aktenvernichter	—	15
Zusammen	231	194

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 981 10

Abführung zur Refinanzierung des Grundstocks wegen der Nutzung der Cambridge-Dragoner-Kaserne in Celle (bis zum 31. 12. 2008).

Zu 982 10

Finanzielle Abwicklung des im Rahmen einer EU-Initiative von verschiedenen kommunalen Trägern durchgeführten Projekts eines Radwanderweges um die Nordsee. Die Beiträge der deutschen Projektteilnehmer werden von der Bezirksregierung Weser-Ems abgeführt.

Vgl. 382 10.

Zu Titelgruppe 61

Kosten für die gemäß § 114 des Vergaberechtsänderungsgesetzes (VgRÄG) einzurichtenden Vergabekammern. Für die Amtshandlungen der Vergabekammern werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben, die die voraussichtlichen Aufwendungen decken werden Vgl. Titel 111 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie damit verbundene Einrichtungen zusammengefasst.

511 99

IuK-Geschäftsbedarf einschließlich Leistungskosten und Anschlussgebühren, Disketten, Endlospapier, Farbbänder u. dergl., Wartung der Geräte, Beschaffung von Software und Geräten, soweit nicht bei Titel 538 98 und 538 99 veranschlagt.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0305 Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 99-2	012	Anmietung von Hardware	—	6.000	6.000	6.340	4
519 99-9	012	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	—
525 98-0	012	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	63.000	63.000	—	—
525 99-9	012	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (andere Dienstleister)	—	83.000	83.000	146.383	102
538 98-5	012	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	1.023.000	1.023.000	—	—
538 99-3	012	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	166.000	166.000	1.188.600	1.246
547 99-2	012	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	—	33.000	33.000	33.336	—
711 99-7	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 99-8	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	1.036.000	1.101.000	1.264.425	1.284
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			6.449.844	
		Abschluss Kapitel 03 05					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8.399.000	8.399.000	8.531.774	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		518.000	518.000	513.132	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		644.000	644.000	606.852	
		Summe der Einnahmen		9.561.000	9.561.000	9.651.758	
		4 Personalausgaben	—	94.126.000	94.380.000	92.595.113	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.495.000	16.505.000	17.416.747	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	96.000	96.000	98.526	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.308.000	1.750.000	1.746.471	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	7.069.000	7.069.000	7.096.782	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	119.094.000	119.800.000	118.953.639	
		Zuschuss		109.533.000	110.239.000	109.301.881	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		18.665.000	17.906.000	15.674.011	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		137.759.000	137.706.000	134.627.650	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		128.198.000	128.145.000	124.975.892	

518 99

Mietkosten für Geräte.

525 98 und 525 99

Aus- und Fortbildung der Bediensteten in der Datenverarbeitung.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Arbeitsplatzcomputer, Monitore, Drucker	633	621
Software updates	205	205
Server und Plattenstapel	—	77
Server	19	19
Akt. Netzkomponenten	179	179
Zusammen	1 036	1 101

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0306 Studieninstitut des Landes Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-2	012	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	—	0
119 02-1	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 24-2	012	Einnahmen für Unterkunft im Studien-institut		—	—	—	0
119 26-9	012	Einnahmen für Verpflegung im Studien-institut		—	—	—	18
119 27-7	012	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in Bad Münder		—	—	—	14
119 41-2	012	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	—
124 01-7	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	8
271 01-0	012	Erstattungen von Lehrgangskosten		—	—	—	117
		A U S G A B E N					
422 01-8	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	—	—	562
422 19-0	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	012	Vergütungen der Angestellten ****Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu Ziffer 2 verbindlich.*	—	—	—	—	293
426 01-3	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	53
426 03-0	012	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiter/Arbeiterinnen	—	—	—	—	62
426 41-2	012	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
427 01-0	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-1	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	72
453 01-0	012	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	—	—	—	7
511 01-0	012	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	11
517 01-9	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	14
517 19-1	012	Reinigungskosten	—	—	—	—	7
517 59-0	012	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	26
518 01-5	012	Mieten und Pachten	—	—	—	—	2
519 03-8	012	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	3
525 01-1	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	16
525 02-0	012	Kosten für Verpflegung und Unterbringung der Teilnehmer an Ausbildungslehrgängen	—	—	—	—	341
525 03-8	012	Fortbildungsveranstaltungen, zentrale Lehrgänge an Heimvolkshochschulen	—	—	—	—	284
526 01-8	012	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	1
527 01-4	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	7
532 01-8	012	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	—	—	46
546 59-0	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
681 52-8	012	Stipendien an begabte Absolventen / Absolventinnen einer anerkannten Berufs-ausbildung nach den Richtlinien des Bundes	—	—	—	—	—
711 01-0	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	652

ERLÄUTERUNGEN

Die Haushaltsmittel und Stellen des Kapitels 03 06 sind wegen der Budgetierung des Haushalts des Studieninstituts seit 1. 1. 2001 in das Kapitel 03 14 verlagert.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0306 Studieninstitut des Landes Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 13-4	012	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-7	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(—)	(—)	(—)	(1)
518 99-6	012	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
538 99-7	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	1
812 99-1	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 03 06					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 62-8	044	Einnahmen aus der Tätigkeit der „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		11.000	11.000	—	—
119 01-7	044	Vermischte Einnahmen		6.000	6.000	—	—
119 02-5	044	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		3.000	3.000	—	6
119 10-6	044	Einnahmen der Beschulung von Bediensteten der Berufsfeuerwehren anderer Bundesländer und der Werksfeuerwehren		113.000	113.000	—	—
119 21-1	044	Einnahmen aus der Verpflegung		—	—	14.418	16
119 24-6	044	Einnahmen der Beschulung von Bediensteten der Berufsfeuerwehren anderer Bundesländer und der Werkfeuerwehren		—	—	102.258	114
119 41-6	044	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 42-4	044	Rückzahlung von Zuweisungen		—	—	—	—
119 51-3	044	Vermischte Einnahmen		—	—	511	9
119 62-9	044	Einnahmen aus der Tätigkeit der „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“		—	—	15.339	11
124 01-0	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		35.000	35.000	28.632	36
125 10-6	044	Einnahmen aus der Verpflegung * *Vgl. K-Vermerk zu 514 61.*		15.000	15.000	—	—
132 01-3	044	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		61.000	51.000	19.940	30
231 01-1	044	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		—	—	245.420	229
231 10-0	044	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		229.000	229.000	—	—
381 01-3	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts * *Vgl. K-Vermerk zu 883 11.*		—	—	—	1.790
		Titelgruppe(n)					
TGr. 67		**Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen**		(890.000)	(874.000)	(511.292)	(866)
231 67-4	044	Sonstige Zuweisungen vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		890.000	874.000	511.292	862
232 67-0	044	Sonstige Zuweisungen von Ländern * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	—
233 67-7	044	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	3
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	
		A U S G A B E N					
422 01-1	044	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.652.000	2.629.000	2.417.899	1.024
422 04-6	044	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	117.000	117.000	116.830	129
422 19-4	044	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	044	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	547

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Das Land Niedersachsen ist nach dem „Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren" vom 8. 3. 1978 – Nieders. GVBl. S. 233 in der jeweils geltenden Fassung – Träger der zentralen Aufgaben des Brandschutzes und der Hilfeleistung.

Gem. § 25 Abs. 2 und 3 NBrandSchG ist das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer für Brandschutzaufgaben zu verwenden.

Das Land erhält gem. § 25 NBrandSchG einen Anteil aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer zur Deckung seiner Aufwendungen für Aufgaben des Brandschutzes.

Die Ausgaben für die im Geschäftsbereich des MI ressortierenden Brandschutzaufgaben – u. a. Aufwendungen für die Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy, für die Brandbekämpfung aus der Luft, für den Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen, für die Bezirksbrandmeister/-innen und für sonstige zentralen Aufgaben des Brandschutzes – sind in den Kapiteln 03 07 und 20 31 veranschlagt.

Das Feuerschutzsteueraufkommen wird abzüglich des Landesanteils gem. § 25 NBrandSchG an Landkreise und Gemeinden ausschließlich für Zwecke des Brandschutzes verteilt.

Für 2002 und 2003 wird ein Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von je rd. 28 Mio. EUR geschätzt – vgl. 13 01 – 059 01 –.

Für Brandschutzaufgaben des Landes sind folgende Mittel veranschlagt:

	2003	2002
	Mio. EUR	
a) Laufende Aufwendungen der Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy	4,87	4,91
b) Sonstige Sachausgaben	0,12	0,13
c) Zuweisungen an die Länder	0,06	0,07
d) Zuschüsse	0,12	0,12
e) Ausgaben für Bezirksbrandmeister/-innen	0,12	0,12
f) Brandbekämpfung aus der Luft	0,17	0,18
g) Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen	2,18	2,23
h) Um- und Erweiterungsbau Loy	0,10	0,07
i) Um- und Erweiterungsbau Celle	0,24	0,08
j) Abführungen von Personal- und Sachkosten	2,14	2,14
k) Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden für besondere Zwecke	—	0,50
Zusammen	10,12	10,55

Zu 111 62

Prüfgebühren gemäß der VO über die Gebühren für die Prüfung von Feuerlöschschläuchen vom 16. 9. 1999 (Nieders. GVBl. S. 344) in der jeweils geltenden Fassung.

Vgl. Ausgabetitelgruppe 62.

Zu 119 10

Lehrgangskosten für Angehörige nieders. Werksfeuerwehren und für Angehörige von Feuerwehren anderer Länder zuzügl. Verpflegungskosten (vgl. TGr. 61).

Zu 125 10

Teilnahme von Schulbediensteten sowie von anderen Personen – außer Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern – an der Schulküchenverpflegung (vgl. 514 61).

Titelgruppe 67

Vgl. Ausgabetitelgruppe 67.

231 67

Veranschlagung der Erstattungen des Bundes für vom Land verauslagte Kosten (des Bundes und des Landes) aufgrund der mit den Hafenstädten geschlossenen Vereinbarungen.

Mehr infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
71,00	70,50	68,10	60,58

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	0,50	2,40
Summe Zugänge	0,50	2,40
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang	0,5	2,40

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	39,00	39,00	—	39
Angestellte	13,00	13,00	—	13
Lohnempfänger/-innen	19,00	19,00	—	19
Insgesamt	71,00	71,00	—	71

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	38,50	38,50	—	39
Angestellte	13,00	13,00	—	13
Lohnempfänger/-innen	19,00	19,00	—	19
Insgesamt	70,50	70,50	—	71

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	2 652	2 629

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 652	2 629
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	167	165
43	Versorgungsbezüge	508	483
44	Beihilfen, Unterstützungen	43	40
45	Personalbezogene Sachausgaben	12	12
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	20	–3
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		3 402	3 326

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 04-5	044	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-1	044	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	1.023	1
425 41-0	044	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-7	044	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	594
426 04-1	044	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-8	044	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	2
426 41-6	044	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
427 01-3	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	23.000	23.000	23.008	24
427 39-0	044	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-6	044	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	41.000	38.000	37.580	35
441 02-4	044	Beihilfen für Angestellte	—	—	—	665	0
441 03-2	044	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	0
443 01-9	044	Fürsorgeleistungen	—	1.000	1.000	511	0
443 04-3	044	Heilfürsorge für Beamtinnen und Beamte des Feuerwehrdienstes, die im Brandbekämpfungs- und Hilfeleistungsdienst stehen	—	—	—	818	0
453 01-4	044	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	8.000	8.000	7.669	13
453 11-1	044	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	4.000	4.000	4.346	16
511 01-4	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände ****Die im HG zugelassene gegenseitige Deckungsfähigkeit der sächlichen Verwaltungsausgaben ist für das Kapitel nicht anzuwenden.* *Die Titel der HGr. 5 - mit Ausnahme der Ausgaben in Titelgruppen - des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig.*	—	77.000	77.000	10.226	9
511 11-1	044	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	27.000	27.000	—	—
514 01-3	044	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	38.000	38.000	4.857	5
514 06-4	044	Unterhaltung der Feuerwehrfahrzeuge und Kraftspritzen einschließlich der feuerwehrtechnischen Ausrüstung	—	—	—	37.324	32
514 10-2	044	Rohstoffe für Werkstätten	—	13.000	13.000	—	—
517 01-2	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	419.000	419.000	49.595	48
517 19-5	044	Reinigungskosten	—	—	—	178.952	172
517 59-4	044	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	122.710	187
518 01-9	044	Mieten und Pachten	—	—	—	5.113	14
518 02-7	044	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	7.000	7.000	—	—
519 01-5	044	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	121.000	121.000	105.837	98
519 02-3	044	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	9.203	4
519 03-1	044	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	10.226	8
525 01-5	044	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	28.000	28.000	21.065	22
525 10-4	044	Lehr- und Lernmittel	—	15.000	15.000	—	—

Zu 427 01

Für die zeitweilige Beschäftigung von Aushilfs- und Vertretungskräften.

Zu 443 04

Referendare/-innen und Anwärter/-innen haben gem. § 230 Abs. 1 i. V. m. § 224 Abs. 3 NBG Anspruch auf freie Heilfürsorge, wenn sie als Beamte/Beamtinnen des Feuerwehrdienstes im Brandbekämpfungs- und Hilfeleistungsdienst stehen.

Zu 453 11

Für das Lehr- und Ausbildungspersonal sowie für Auszubildende.

Zu 514 01

Betriebsstoffe, Instandsetzungen, Unterhaltung und feuerwehrtechnische Ausrüstung gemäß Beladeplan. Im Rahmen der Zweckbestimmung ist die Ausrüstung der Feuerwehrfahrzeuge regelmäßig zu ergänzen und zu erneuern.

Bestand an Dienstkraft- und Feuerwehrfahrzeugen (2003):

	Soll 2002		Ist 1. 1. 2002		Für 2003 erforderlich	
	Celle	Loy	Celle	Loy	Celle	Loy
Löschfahrzeug (LF 8)*)	4	4	4	4	4	4
Löschfahrzeug (LF 16)	3	1	3	1	3	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 16)	1	1	1	1	1	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 8 -S-/TLF 8/18)	1	1	1	1	1	1
Gerätewagen Atem- und Strahlenschutz (GW-A/S)	1	—	1	—	1	—
Gerätewagen (GW-Öl/GW-Z)	1	—	1	—	1	—
Gerätewagen(GW-G)	1	1	1	1	1	1
Drehleiter (DLK 23-12)	1	—	1	—	1	—
Drehleiter (DL 16-4)	—	1	—	1	—	1
Schlauchwagen (SW 1000/2000)	1	—	1	—	1	—
Rüstwagen (RW 2)	1	1	1	1	1	1
Lastkraftwagen (Lkw) – mit 2-Achsanhänger –	1	—	1	—	1	—
Mehrzweckfahrzeug (MZF)	—	1	—	1	—	1
Kommandowagen (KdoW)	1	1	1	1	1	1
Einsatzleitwagen (ELW 2)	1	1	1	1	1	1
Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF)*)	3	1	3	1	3	1
Mannschaftstransportwagen (MTW)	1	1	1	1	1	1
Anhänger für Löschwasserbehälter	2	—	2	—	2	—
Feuerwehranhänger für Sondergerät	—	1	—	1	—	1
Pulveranhänger P 250	—	1	—	1	—	1
Kleintraktor m. Zubehör	1	1	1	1	1	1
Anhänger f. Kleintraktor	—	1	—	1	—	1
Gabelstapler m. Zubehör	1	—	1	—	1	1
Kehrsaugmaschine mit Zubehör	—	1	—	1	—	1
Zusammen	26	20	26	20	26	21

Veränderungen siehe 811 01.

Die mit *) gekennzeichneten Fahrzeugtypen sind jeweils mit 1 TS 8 bestückt.

Vgl. 811 01.

Noch zu 514 01

Bestand an Dienstkraft- und Feuerwehrfahrzeugen (2002):

	Soll 2001		Ist 1. 1. 2001		Für 2002 erforderlich	
	Celle	Loy	Celle	Loy	Celle	Loy
Löschfahrzeug (LF 8)*)	4	4	4	4	4	4
Löschfahrzeug (LF 16)	3	1	3	1	3	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 16)	1	1	1	1	1	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 8 -S-/TLF 8/18)	1	1	1	1	1	1
Gerätewagen Atem- und Strahlenschutz (GW-A/S)	1	—	1	—	1	—
Gerätewagen (GW-Öl/GW-Z)	1	—	1	—	1	—
Gerätewagen(GW-G)	1	1	1	1	1	1
Drehleiter (DLK 23-12)	1	—	1	—	1	—
Drehleiter (DL 16-4)	—	1	—	1	—	1
Schlauchwagen (SW 1000/2000)	1	—	1	—	1	—
Rüstwagen (RW 2)	1	1	1	1	1	1
Lastkraftwagen (Lkw) – mit 2-Achsanhänger –	1	—	1	—	1	—
Mehrzweckfahrzeug (MZF)	—	1	—	1	—	1
Kommandowagen (KdoW)	1	1	1	1	1	1
Einsatzleitwagen (ELW 2)	1	1	1	1	1	1
Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF)*)	3	1	3	1	3	1
Mannschaftstransportwagen (MTW)	1	1	1	1	1	1
Anhänger für Löschwasserbehälter	2	—	2	—	2	—
Feuerwehranhänger für Sondergerät	—	1	—	1	—	1
Pulveranhänger P 250	—	1	—	1	—	1
Kleintraktor m. Zubehör	1	1	1	1	1	1
Anhänger f. Kleintraktor	—	1	—	1	—	1
Gabelstapler m. Zubehör	1	—	1	—	1	—
Kehrsaugmaschine mit Zubehör	—	1	—	1	—	1
Zusammen	26	20	26	20	26	20

Veränderungen siehe 811 01.

Die mit *) gekennzeichneten Fahrzeugtypen sind jeweils mit 1 TS 8 bestückt.

Vgl. 811 01.

Zu 525 01

Hierin enthalten sind die Reisekosten, die durch die Teilnahme der Schulbediensteten an feuerwehrtechnischen Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagungen sowie Veranstaltungen der Freiwilligen Feuerwehren entstehen.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 01-1	044	Sachverständige	—	2.000	2.000	2.045	3
526 02-0	044	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-8	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2.000	2.000	2.556	1
527 02-6	044	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- u. Schwerbehinderten-angelegenheiten	—	1.000	1.000	—	—
527 03-4	044	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	1.074	0
531 01-5	044	Veröffentlichungen	—	—	—	86.920	78
531 10-4	044	Veröffentlichungen	—	93.000	93.000	—	—
532 01-1	044	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	—	29.399	29
538 01-0	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	5.113	—
541 02-9	044	Feuerwehrehrenzeichen	—	—	—	20.452	13
546 01-2	044	Vermischte Ausgaben	—	3.000	3.000	14.316	13
546 59-4	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	1.790	2
547 10-8	044	Fahrkosten und Unkostenbeiträge für Lehrgangsteilnehmer	—	287.000	287.000	—	—
547 11-6	044	Geräte für Fachaufgaben	—	49.000	59.000	—	—
547 12-4	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 13-2	044	Feuerwehrehrenzeichen	—	20.000	20.000	—	—
547 14-0	044	Durchführung von Leistungswettbewerben der Feuerwehren	—	16.000	15.000	—	—
632 10-5	044	Zuweisungen an die Länder * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 10, 685 51 und 686 52.*	—	67.000	67.000	—	—
681 01-7	044	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.000	1.000	767	—
685 51-9	044	Sonstige Zuschüsse * *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	43.000	43.000	43.460	16
685 52-7	044	Zuschuß an den Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V.	—	—	—	78.483	78
686 52-3	044	Zuschuß an den Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V. * *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	79.000	79.000	—	—
711 01-3	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	347.000	143.000	127.823	26
811 01-8	044	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	560.000	359.000	—	70
811 04-2	044	Erwerb von Löschfahrzeugen, Tragkraftspritzen und Sonderfahrzeugen	— — 507.202	—	—	273.541	360
812 02-2	044	Erwerb von größeren Prüf- und Übungsgeräten	—	—	—	6.647	—
812 10-3	044	Erwerb von größeren Prüf- und Übungsgeräten	—	—	13.000	—	—
812 11-1	044	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 12-0	044	Erwerb von Geräten, Austattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	36.000	—	—
812 13-8	044	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	192.000	—	—
812 15-4	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	51.129	21
812 19-7	044	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
883 01-9	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden ****Ausgaben dürfen nur geleistet werden in Höhe des in § 25 Abs. 2 Nds. BrandSchG festgelegten Anteils am Feuerschutzsteueraufkommen zuzüglich der nicht in Anspruch genommenen Mittel des Landes-*	—	—	—	23.391.604	24.264

ERLÄUTERUNGEN

Zu 531 10

Überarbeitung der Waldbrandeinsatzkarte (WBEK).

Zu 547 10

Fahrkosten und Unkostenbeiträge (2,6 EUR je Person/Tag) für Lehrgangsteilnehmer/-innen aus nieders. Freiwilligen Feuerwehren.

Zu 547 11

Kosten der Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Lehr- und Übungszwecke.

Zu 547 13

Das Feuerwehr-Ehrenzeichen wird für Verdienste im Feuerlöschwesen gem. RdErl. des MI vom 17. 7. 1975 (Nds. MBl. S. 1107) in der z. Zt. geltenden Fassung verliehen.

Zu 547 14

Zur Durchführung von Wettbewerben der nds. Feuerwehren auf Bezirks- und Landesebene.

Zu 632 10

Für die Brandschutzforschungsstelle in Karlsruhe und das Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge (Sachsen-Anhalt).

Zu 685 51

In diesem Titel sind zwei Förderbereiche enthalten:

A) Normenausschuss Feuerwehrwesen (FNFW)

1) Zentrale Aufgaben des Brandschutzes – § 5 NBrandSchG –
2) Beteiligung im Länderverbund an den Kosten der Normungsarbeit im Normenausschuss Feuerwehrwesen (FNFW).
3) Daueraufgabe.

B) Wettkämpfe/Sonstige Maßnahmen

1) Zentrale Aufgaben des Brandschutzes – § 5 NBrandSchG –
2) Förderung des Feuerwehrwesens in Einzelfällen; z. B. Sportwettkämpfe, Wertungsspiele der Feuerwehrmusik,
3) Einzelmaßnahmen ohne Rechtsverpflichtung.

Zu 686 52

1. Zentrale Aufgabe des Brandschutzes – § 5 NBrandSchG –
2. Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e.V. im Rahmen der Projektförderung (z. B. Jugendarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Musikwesen, Wettbewerbe, Mitgliederbetreuung)
3. Einzelmaßnahmen ohne Rechtsverpflichtung.

Zu 711 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
LFS Celle:		
Überdachung Übungsflächen	—	77
Pflasterung Übungshof I	240	—
LFS Loy:		
Erker im Brandhaus (Üb.-Anl.)	—	15
Ausbau Garagenwohnhaus (2. Bauabschnitt)	—	51
Überdachung Übungsflächen	41	—
Umbau ehem. Hausmeisterwohnung	66	—
Zusammen	347	143

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
LFS Celle:		
Ersatzbeschaffungen:		
TS 8/8	—	10
DLK 23/12 – mit Teilbestückung –	499	—
LFS Loy:		
Ergänzungsbeschaffung:		
Gabelstapler, gebraucht	21	—
Ersatzbeschaffung:		
Aufsitzrasenmäher	9	—
LF 16/12 – mit Teilbestückung –	—	216
LF 8 – mit Teilbestückung –	—	123
TS 8/8	—	10
MTW	31	—
Zusammen	560	359

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
LFS Loy:		
Ersatzbeschaffung:		
Strahlenschutzausrüstung	—	13

Zu 812 12

	2003	2002
	Tsd. EUR	
LFS Celle		
2 Computer-Video-Projektionsgeräte	—	36

Zu 812 13

	2003	2002
	Tsd. EUR	
LFS Celle		
Abgasabsauganlage Fz.-Halle	—	51
Abgasabsauganlage Üb.-Halle	—	103
LFS Loy:		
Flash-Over-Container	—	13
Laufband-Ergometer m. Zub.	—	15
Erg.Küche (Gefrierzelle)	—	10
Zusammen	—	192

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *883 01-9*		*anteils gem. § 25 Abs. 3 Nds. BrandSchG in der jeweils geltenden Fassung sowie der nicht verbrauchten Isteinnahmen des Kapitels, soweit diese nicht der Ausgabendeckung des Kapitels dienen.*					
883 02-7	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden für besondere Zwecke ****Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu.* *Dadurch entstehende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	—	—	—	816.380	2.496
883 10-8	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden ****Ausgaben dürfen nur geleistet werden in Höhe des in § 25 Abs. 2 Nds. BrandSchG festgelegten Anteils am Feuerschutzsteueraufkommen zuzüglich der nicht in Anspruch genommenen Mittel des Landesanteils gem. § 25 Abs. 3 Nds. BrandSchG in der jeweils geltenden Fassung sowie der nicht verbrauchten Isteinnahmen des Kapitels, soweit diese nicht der Ausgabendeckung des Kapitels dienen.*	—	21.000.000	21.000.000	—	—
883 11-6	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden für besondere Zwecke ** Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 01.* ****Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu.* *Dadurch entstehende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	—	—	529.000	—	—
981 02-9	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	798.638	823
981 03-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	889.000	889.000	885.558	—
981 10-0	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	1.251.000	1.251.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kosten für die Abhaltung von Lehrgängen und die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer**	(—)	(241.000)	(231.000)	(11.760)	(9)
427 61-7	044	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender	—	10.000	10.000	10.993	9
511 61-8	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
514 61-7	044	Lebensmittel und Zutaten zur Selbstbewirtschaftung ** Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 10.* *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	—	195.000	195.000	—	—
547 61-2	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.000	16.000	—	—
633 61-6	044	Erstattungen an Gemeinden	—	—	—	767	—
812 61-8	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	20.000	10.000	—	—
TGr. 62		**Ausgabe der „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“** ** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 62.*	(—)	(48.000)	(54.000)	(45.096)	(2)
511 62-6	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	767	0
527 62-0	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1.000	1.000	767	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 883 10

Vgl. Allgemeinen Vermerk.

Die bei diesem Titel tatsächlich verfügbaren Mittel werden über die Bezirksregierungen schlüsselmäßig den Landkreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden mit Berufsfeuerwehr auf der Grundlage

a) der Zahl der Brandschaubereiche für die Durchführung der hauptamtlichen Brandschau
b) der Zahl der Ortsfeuerwehren, der Zahl der Einwohner und der Fläche für die Förderung des abwehrenden Brandschutzes

zugewiesen und sind von diesen gemäß den vom Innenministerium herausgegebenen Richtlinien für die Förderung des Brandschutzes zu verwenden.

Der Ansatz entspricht 75 % des jeweiligen Jahresaufkommens aus der Feuerschutzsteuer.

Zu 883 11

Insbesondere Zuweisungen zur Beschaffung von Feuerwehrschutzkleidung.

Das Programm läuft im Jahre 2002 aus.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 981 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Abführung für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten des Nds. Innenministeriums und der Bezirksregierungen und der Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy		
an 03 01 – 381 10	303	303
an 03 05 – 381 10	336	336
an 13 50 – 381 03	612	612
Zusammen	1 251	1 251

Zu Titelgruppe 61

427 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	6,5	6,5
2. Vergütungen für Gastlehrer/-innen (aus privaten Spezialinstituten, Industriebetrieben usw.)	—	—
3. Prüfungsvergütungen	3,5	3,5
Zusammen	10	10

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 3.:

Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

514 61

Verpflegungskosten (Tagesverpflegungssatz zu 4,30 EUR).

Die Verpflegungswirtschaft wird in Celle und Loy als „Selbstbewirtschaftung" nach § 15 Abs. 2 LHO durchgeführt.

547 61

Kosten der Lehrgänge und Arbeitstagungen für Berufs-, Freiw. und Werkfeuerwehren sowie für Brandschutzprüfer/-innen und andere kommunale Fachkräfte, die hauptberuflich im abwehrenden und im vorbeugenden Brandschutz der Landkreise und Gemeinden tätig sind, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln veranschlagt sind.

633 61

Für abgeordnetes Vertretungs- und Aushilfspersonal im Lehr- und Ausbildungsbereich.

812 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
LFS Celle		
1 Visualizier (3D-Darstellung)	—	10
2 Visualizier (3D-Darstellung)	20	—

Zu Titelgruppe 62

Die Ausgaben sind von der Zahl der Prüfaufträge abhängig und werden, soweit es sich um Arbeiten für Schlauchwebereien u. ä. Privatbetriebe handelt, durch Gebühren gemäß VO vom 16. 9. 1999 (Nds. GVBl. S. 344) in der jeweils geltenden Fassung gedeckt (vgl. 119 62).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 62-1	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	2.045	—
547 62-0	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.000	6.000	614	0
812 62-6	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	40.000	46.000	40.903	—
TGr. 64		**Durchführung von Fachausstellungen, Fachtagungen usw.**	(—)	(—)	(—)	(—)	(15)
531 64-3	044	Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	—
547 64-7	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	15
TGr. 65		**Ausgaben für Bezirksbrandmeister und stellvertr. Bezirksbrandmeister mit eigenem Aufsichtsbereich**	(—)	(123.000)	(121.000)	(110.184)	(84)
412 65-2	044	Entschädigungen	—	97.000	95.000	94.845	70
511 65-0	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	10.000	10.000	—	—
547 65-5	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.000	16.000	15.339	14
812 65-0	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Brandbekämpfung/Waldbrandbeobachtung aus der Luft**	(—)	(179.000)	(179.000)	(131.658)	(58)
518 66-3	044	Mieten und Pachten	—	8.000	8.000	7.158	6
538 66-4	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	42.693	12
547 66-3	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	97.000	97.000	7.669	—
633 66-7	044	Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	31.000	31.000	30.678	—
685 66-7	044	Zuschuß an den Feuerwehrflugdienst des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e.V.	—	—	—	43.460	40
686 66-3	044	Zuschuß an den Feuerwehrflugdienst des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e.V.	—	43.000	43.000	—	—
812 66-9	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 67, 232 67 und 233 67.*	(—)	(2.184.000)	(2.233.000)	(352.792)	(53)
511 67-7	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	29.000	29.000	—	—
538 67-2	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	122.710	—
547 67-1	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	333.000	369.000	25.565	36
631 67-2	044	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	—	—	—	—
632 67-9	044	Erstattungen an Länder	—	—	—	—	—
633 67-5	044	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	1.772.000	1.715.000	—	—
711 67-6	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
811 67-0	044	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 67-7	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50.000	120.000	204.517	17

547 62

Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen in Zusammenhang mit der „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche".

Zu 812 62

	2003	2002
	Tsd. EUR	
LFS Celle		
Prüfgeräte für Schlauchprüfungen	40	46

Zu Titelgruppe 65

412 65

Es sind für die 9 Bezirksbrandmeisterinnen und Bezirksbrandmeister und stellv. Bezirksbrandmeisterinnen und Bezirksbrandmeister veranschlagt:

1. pauschaler Auslagenersatz – mtl. (2003) 578 EUR, mtl. (2002) 568 EUR –,
2. Verdienstausfallentschädigung für Selbstständige (bis zu 39 EUR/Std. bei 8 Std./Tag),
3. Erstattung des fortgezahlten Arbeitsentgelts.

Vgl. § 12 NBrandSchG.

547 65

Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der techn. Ausrüstung, Funkgebühren, Reisekosten für Dienstreisen außerhalb des Aufsichtsbereichs sowie zu der im Aufsichtsbereich gelegenen Bezirksregierung.

Zu Titelgruppe 66

518 66

Anmietung von Lagerraum für Löschwasseraußenlastbehälter.

547 66

Flugstunden für Ausbildungs- und Übungsdienst, Wartung und Reparatur der Löschwasseraußenlastbehälter und der Transportanhänger, Kosten der Waldbrandbeobachtung aus der Luft (Flugkosten) sowie Kosten für Bodenpersonal/Kleingeräte und Verbrauchsmaterial.

633 66

Erstattung von Sach- und Personalkosten an Landkreise und Gemeinden.

686 66

1. Zentrale Aufgabe des Brandschutzes – § 5 NBrandSchG –
2. Grundfinanzierung des Feuerwehrflugdienstes des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e. V.

   Das Land bedient sich des vom LFV Niedersachsen e. V. ehrenamtlich betriebenen Feuerwehrflugdienstes zur Waldbrandüberwachung.
3. Daueraufgabe.

Zu Titelgruppe 67

Die Verhandlungen mit dem Bund, den Ländern und Gemeinden (GV) über die Aufgabenwahrnehmung und Kostenerstattung sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Die zur Erstattung veranschlagten Haushaltsmittel können daher teilweise nur geschätzt werden.

511 67

Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von landeseigenen Ausrüstungsgegenständen.

547 67

Unterhaltung des Feuerlöschboots FLB II, der Hafenfeuerwache in Emden und der sonstigen feuerwehrtechnischen Ausrüstung in landeseigenen Häfen. Anmietung von Feuerlöschschleppern. Zur Durchführung von Übungen.

633 67

Erstattung von Personal- und Sachkosten aufgrund der mit Gemeinden geschlossenen Vereinbarungen über den Brandschutz und Hilfeleistungen.

Mehr durch bereits abgeschlossene und noch abzuschließende Vereinbarungen.

812 67

Vervollständigung der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der mit Brandschutzaufgaben des Landes beauftragten Gebietskörperschaften.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzungsbeschaffung:		
feuerwehrtechnische Ausrüstung	50	120

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(23.000)	(61.000)	(20.912)	(10)
511 99-5	044	IuK Geschäftsbedarf und Kommunikation, Geräte und Gegenstände	—	10.000	10.000	—	—
514 99-4	044	Verbrauchsmittel	—	5.000	5.000	—	—
525 98-8	044	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	4.000	4.000	—	—
525 99-6	044	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (andere Dienstleister)	—	1.000	1.000	—	—
538 98-2	044	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	1.000	1.000	—	—
538 99-0	044	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	2.000	2.000	12.731	1
547 98-1	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	1.023	2
812 99-5	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	38.000	7.158	7
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			2.515.456	
		Abschluss Kapitel 03 07					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		244.000	234.000	181.609	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.119.000	1.103.000	756.712	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.363.000	1.337.000	938.321	
		4 Personalausgaben	—	2.956.000	2.928.000	2.717.209	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.954.000	1.999.000	1.745.143	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.036.000	1.979.000	1.925.782	
		7 Baumaßnahmen	—	347.000	143.000	127.823	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— 507.202	21.670.000	22.343.000	24.791.879	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.140.000	2.140.000	1.684.196	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— — 507.202	31.103.000	31.532.000	32.992.032	
		Zuschuss		29.740.000	30.195.000	32.053.711	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		508.000	483.000	455.868	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		31.611.000	32.015.000	33.447.900	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		30.248.000	30.678.000	32.509.579	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
LFS Celle:		
Ergänzungsbeschaffung:		
1 Server	—	23
5 PC mit Zubehör	—	15
Zusammen	—	38

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0309 Landesamt für Statistik

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-3	014	Gebühren und tarifliche Entgelte		32.000	32.000	1.278	1
111 12-9	014	Gebühren für statistische Auskünfte		—	—	30.678	31
112 01-0	014	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		86.000	86.000	127.823	49
112 02-8	014	Zwangsgelder		—	—	15.339	5
119 01-4	014	Vermischte Einnahmen		15.000	15.000	—	—
119 02-2	014	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		92.000	92.000	92.033	100
119 03-0	014	Erstattungen von Prozeßkosten		—	—	511	—
119 06-5	014	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	—	—
119 10-3	014	Sonstige Einnahmen aus der Vermarktung von Daten * *Vgl. K-Vermerk zu 531 11.*		10.000	10.000	—	—
119 32-4	014	Sonstige Einnahmen aus der Vermarktung von Daten * *Vgl. K-Vermerk zu 531 03.*		—	—	10.226	10
119 41-3	014	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	4.295	—
119 46-4	014	Ersatzleistungen		—	—	4.602	9
119 51-0	014	Vermischte Einnahmen		—	—	4.755	2
132 01-0	014	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	—
132 02-9	014	Erlöse aus dem Verkauf sonstiger beweglicher Sachen		—	—	—	—
231 10-8	014	Sonstige Zuweisungen vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
235 10-3	014	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
272 10-6	014	Sonstige Zuschüsse von der EU * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		51.000	51.000	—	—
281 01-6	014	Erstattungen Dritter zur Durchführung von Sonderstatistiken		—	—	—	96
281 10-5	014	Sonstige Erstattungen aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
287 01-4	014	Zuschüsse der EU zu den Kosten von EU-Statistiken		—	—	51.129	170
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**		(1.000)	(1.000)	(—)	(—)
132 99-1	014	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten		1.000	1.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.176	
		A U S G A B E N					
422 01-9	014	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	17.430.000	17.432.000	16.648.482	1.810
422 19-1	014	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	014	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	50.000	50.000	49.800	50
425 01-8	014	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	14.706

Zu 119 02

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken sowie für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

Zu 231 10

Zuweisungen vom Bund zu den Kosten von Statistiken.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 61.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
405,67	406,67	415,42	406,37

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	1,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	9,75
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	1,00	9,75
Bleibt Abgang	1,00	8,75

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	40,13	40,13	—	49
Angestellte	363,54	363,54	—	373
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	405,67	405,67	—	424

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	40,13	40,13	—	49
Angestellte	364,54	364,54	—	374
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	406,67	406,67	—	425

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	17 430	17 432

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	17 430	17 432
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	3 426	3 575
43	Versorgungsbezüge	731	697
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 472	1 383
45	Personalbezogene Sachausgaben	1	1
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	148	–20
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		23 208	23 068

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0309 Landesamt für Statistik

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 06-9	014	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.000	3.000	3.221	—
426 01-4	014	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	37
427 01-0	014	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	105.000	105.000	106.195	87
427 02-9	014	Versicherungsbeiträge für Praktikanten/ Praktikantinnen	—	—	—	511	0
427 10-0	014	Versicherungsbeiträge für Praktikantinnen und Praktikanten	—	1.000	1.000	—	—
427 31-2	014	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1.000	1.000	511	0
427 39-8	014	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	36.000	36.000	76.694	35
451 11-6	014	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
453 01-1	014	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	1.000	1.000	—	0
453 11-9	014	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	511	—
511 01-1	014	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	369.000	369.000	92.033	62
514 01-0	014	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	2.000	2.000	1.534	1
517 01-0	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	252.000	252.000	43.664	27
517 19-2	014	Reinigungskosten	—	—	—	117.597	116
517 59-1	014	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	56.242	77
518 01-6	014	Mieten und Pachten	—	767.000	767.000	770.875	878
518 02-4	014	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	4.000	4.000	—	—
519 01-2	014	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3.000	3.000	—	—
519 02-0	014	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	2.556	11
525 01-2	014	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5.000	5.000	5.113	17
526 01-9	014	Sachverständige	—	—	—	5.164	10
526 02-7	014	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	5.000	5.000	—	—
527 01-5	014	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	33.000	34.000	33.234	35
527 02-3	014	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	—	—
527 03-1	014	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	1.278	1
529 10-7	014	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
531 01-2	014	Veröffentlichungen	—	—	—	23.008	47
531 03-9	014	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 32.*	—	—	—	—	22
531 10-1	014	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	29.000	43.000	—	—
531 11-0	014	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 10.*	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 01

Für Vertretungs- und Aushilfskräfte.

Im übrigen vgl. 235 10.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2003)

	Ist 1. 1. 2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kleinbus	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2002)

	Ist 1. 1. 2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kleinbus	1	1	1

Zu 518 01

Mietkosten für das Dienstgebäude.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE*) EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	767 000	—	—	767 000
2004	767 000	—	—	767 000
2005	767 000	—	—	767 000
ff.	3 004 000	—	—	3 004 000

*) 1999 üpl. bewilligt

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE*) EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	767 000	—	—	767 000
2003	767 000	—	—	767 000
2004	767 000	—	—	767 000
2005	767 000	—	—	767 000
ff.	3 004 000	—	—	3 004 000

*) 1999 üpl. bewilligt

Zu 529 10

Zentrale Veranschlagung im Epl. 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 01-7	014	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	218.833	222
546 01-0	014	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-6	014	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1.000	1.000	4.806	115
546 59-1	014	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
547 10-5	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	212.000	217.000	—	—
633 01-0	014	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden	—	—	—	130.379	128
633 10-9	014	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	133.000	130.000	—	—
681 01-4	014	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	1.023	0
681 10-3	014	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.000	1.000	—	—
685 01-0	014	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	409	0
811 01-5	014	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-0	014	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
812 13-5	014	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-1	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/96		**Zur Durchführung von Statistiken** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 10, 272 10 und 281 10.* *** *Es wird die Ermächtigung erteilt, die Ausgaben der Titelgruppe zur Durchführung der einzelnen Statistiken entsprechend dem jeweiligen Bedarf in Anspruch zu nehmen. Die Bewilligung von Ausgaben für Statistiken, die bei der Ermittlung der Ansätze nicht berücksichtigt worden sind und für die bei 231 10, 281 10 und 272 10 keine Mehreinnahmen eingehen, bedarf der Zustimmung des MF. Hieraus dürfen auch die mit der Durchführung der Statistiken verbundenen persönlichen Ausgaben für zusätzliche Aushilfskräfte und sächliche Ausgaben (Werkverträge und sonstige Sachausgaben) geleistet werden.*	(—)	(4.628.000)	(4.719.000)	(3.900.747)	(3.245)
425 61-1	014	Vergütungen der Angestellten * *Übertragbar.* *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung hinsichtlich der Dauerarbeitsplätze verbindlich.*	—	3.202.000	3.355.000	2.932.872	2.276
426 61-8	014	Löhne der Arbeiter	—	—	—	—	—
443 61-0	014	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
459 61-3	014	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	1
511 61-5	014	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	292.000	299.000	94.180	46
517 61-3	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	51.000	51.000	27.047	21
517 96-6	014	Reinigungskosten	—	—	—	23.519	20
518 61-0	014	Mieten und Pachten	—	148.000	148.000	148.019	283
525 61-6	014	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	3.000	4.000	7.107	4
527 61-9	014	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	35.000	49.000	33.336	17

Zu 547 10

Prämien für buchführende Haushaltungen sowie Entschädigungen für Preisermittler/-innen und Ernteberichterstatter/-innen.

a) Die Ernteberichterstattung wird aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und anderer Gesetze vom 25. 6. 1998 (BGBl. I S. 1626) durchgeführt. Aus den insgesamt 3 683 Berichten sollen die Auswinterungsschäden, der Wachstumsstand und – aufgrund von Schätzungen und repräsentativen Gewichtsermittlungen – die Erträge von Hauptfeldfrüchten und Grünland sowie von Obst und Gemüse festgestellt werden.
Aus diesem Titel sind den ehrenamtlichen Berichterstattern/-innen Reisekostenvergütungen und Entschädigungen – je Bericht 5,10 EUR – zu zahlen sowie die Kosten für Schulungsmaterial und Hilfsmittel zu bestreiten.

b) Die Wirtschaftsrechnungen werden aufgrund des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. 1. 1961 (BGBl. I S. 18) durchgeführt. Als Anerkennung für sorgfältige Führung der Wirtschaftsbücher wird eine monatliche Prämie von 30,70 EUR an die buchführenden Haushaltungen gezahlt.

c) Die Preisstatistiken sind aufgrund des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. 8. 1958 (BGBl. I S. 605) durchzuführen. Aus diesem Titel sind den Preisermittlern/-innen Entschädigungen – 61,40 EUR je Erhebungstag – zu zahlen.
Im Lande Niedersachsen sind in 16 Städten ehrenamtliche Preisermittler/-innen tätig, die monatlich an 125 Erhebungstagen durch persönliche Besuche in Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben die erforderlichen Preisangaben erfragen.

Die den Preisermittlern/-innen gewährten Entschädigungen sind Aufwandsentschädigungen.

Zu 633 10

Erstattungen für die Durchführung der Verbraucherpreisstatistik aufgrund der Verordnung zur Durchführung von Statistiken vom 1. 5. 1999 (Nds. GVBl. Nr. 8/1999). Die Aufwendungen für die in die Erhebungen eingebundenen Gemeinden werden seit 1. 1. 1999 nicht mehr im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs abgegolten.

Zu Titelgruppe 61/96

Veranschlagt sind die Kosten der durchzuführenden Statistiken für den Bund und die EU.

Mehr infolge der Weiterentwicklung des KFA-Systems.

425 61

Der Veranschlagung liegen zugrunde:

	2003	2002	
Verg.-Gr. II a BAT	42	48	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. IV a BAT	65	72	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. IV b BAT	36	51	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. V b BAT	19	46	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. V c BAT	116	150	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. VI b BAT	—	—	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. VII BAT	710	677	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. VIII BAT	84	—	Arbeitsmonate

Hieraus können folgende Dauerarbeitsplätze finanziert werden:

Verg.-Gr. II a BAT	2	2	Stelle(n)
Verg.-Gr. IV a BAT	5	5	Stelle(n)
Verg.-Gr. IV b BAT	1	1	Stelle(n)
Verg.-Gr. V c BAT	8	8	Stelle(n)
Verg.-Gr. VII BAT	26	26	Stelle(n)

511 61

Einschließlich Druckkosten für statistische Erhebungen.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0309 Landesamt für Statistik

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
531 61-6	014	Ausgaben für Veröffentlichungen * *Übertragbar.*	—	16.000	17.000	15.492	54
538 61-0	014	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	—	—	618.152	522
547 61-0	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	881.000	796.000	1.023	—
632 61-7	014	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	—	—	—	—
633 61-3	014	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
812 61-5	014	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(2.125.000)	(2.163.000)	(1.935.138)	(1.255)
427 98-3	014	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
427 99-1	014	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige (andere Dienstleister)	—	4.000	4.000	4.397	4
511 99-2	014	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	224.000	224.000	—	—
514 99-1	014	Verbrauchsmittel	—	56.000	56.000	—	—
518 98-9	014	Mieten und Pachten (IuK-Software)	—	5.000	5.000	—	—
518 99-7	014	Mieten und Pachten (IuK-Hardware)	—	72.000	72.000	76.694	22
525 98-5	014	Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	26.000	26.000	—	—
525 99-3	014	Aus- und Fortbildung der Bediensteten (andere Dienstleister)	—	41.000	41.000	25.565	74
538 98-0	014	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	1.543.000	1.543.000	—	—
538 99-8	014	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) * *Übertragbar.*	—	154.000	154.000	1.828.482	1.144
547 99-7	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	—
812 99-2	014	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	38.000	—	12
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			777.982	

547 61

Entschädigungen für Interviewer/-innen.

Zu Titelgruppe 98/99

511 99

Insbesondere Ersatzbeschaffung, Umrüstung auf Dialogverarbeitungsprogramme, neue Software und für die Umsetzung der EU-Regelung zum Arbeitsschutzgesetz.

514 99

Verbrauchsmittel – EDV-Papier, Drucktücher, Druckbänder, Disketten u. ä. –.

538 99

Weniger infolge Effektivitätssteigerung durch die Zusammenlegung aller Abteilungen in einem Dienstgebäude.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
1 Server	—	38

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0309 Landesamt für Statistik

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 09					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		237.000	237.000	292.716	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		51.000	51.000	51.129	
		Summe der Einnahmen		288.000	288.000	343.845	
		4 Personalausgaben	—	20.833.000	20.988.000	19.823.194	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.230.000	5.188.000	5.052.535	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	134.000	131.000	131.811	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	38.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	26.197.000	26.345.000	25.007.540	
		Zuschuss		25.909.000	26.057.000	24.663.695	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		731.000	697.000	618.919	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		26.928.000	27.042.000	25.626.459	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		26.640.000	26.754.000	25.282.614	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0310 Bezirksregierungen - Reform-Arbeitsmarkt -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 01-9	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	—	855.596	148
422 19-1	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	194
426 01-4	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	271
		Abschluss Kapitel 03 10					
		4 Personalausgaben	—	—	—	855.596	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	855.596	
		Zuschuss				855.596	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	—	45.096	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		—	—	900.692	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil				900.692	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 10

Für die Beibehaltung des Kapitels 03 10 besteht keine Notwendigkeit mehr, da inzwischen flexiblere Instrumentarien zur Vermittlung der Bediensteten entwickelt worden sind. Die nach teilweisen Vollzug der kw-Vermerke und Umsetzungen verbliebenen Haushaltsmittel und Stellen des Kapitels 03 10 sind ab 1. 1. 2002 in das Kapitel 03 05verlagert.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0312 Notruf 110

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 61-5	049	Sonstige Verwaltungseinnahmen		16.000	16.000	35.790	11
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Für die Einrichtung des Notrufs 110** * *Übertragbar.*	(—)	(1.444.000)	(1.541.000)	(357.904)	(49)
511 61-2	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.188.000	1.291.000	—	—
812 61-2	049	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	256.000	250.000	357.904	49
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			1.329.359	
		Abschluss Kapitel 03 12					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16.000	16.000	35.790	
		Summe der Einnahmen		16.000	16.000	35.790	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.188.000	1.291.000	1.329.359	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	256.000	250.000	357.904	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.444.000	1.541.000	1.687.263	
		Zuschuss		1.428.000	1.525.000	1.651.473	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 61

Erstattung von Einrichtungskosten und Gebühren für den Anschluss an das Notrufsystem.

Zu Titelgruppe 61

511 61

Gebühren an die Telekom für die Einrichtung und laufende Gebühren für den Betrieb des Notrufsystems der Landespolizei (z. B. Notrufanschlüsse, Notrufabfrageeinrichtungen, Notruftelefone, Notrufmelder, besondere Festverbindungen). Lfd. Wartung und Unterhaltung (Materialkosten) der Notrufabfrageeinrichtungen und der Stromversorgungsanlagen, die mit eigenem Fachpersonal durchgeführt werden.

812 61

Die analogen Notrufabfrageeinrichtungen werden seit 1999 im Rahmen eines mehrjährigen Programms durch EURO-ISDN-Anlagen ersetzt.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0313 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
282 01-3	042	Zweckgebundene Geldspenden * *Vgl. K-Vermerk zu 546 01.*		—	—	—	—
282 10-2	042	Zweckgebundene Geldspenden * *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	395.000	394.000	369.050	1
422 06-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1.000	1.000	102	—
422 19-2	042	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-9	042	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	373
425 06-0	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	1.278	0
427 01-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2.000	2.000	2.403	—
427 10-0	042	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikanten/Praktikantinnen	—	—	—	—	—
427 39-9	042	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-2	042	Geschäftsbedarf	—	7.000	7.000	1.636	—
517 01-0	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.000	2.000	256	—
517 19-3	042	Reinigungskosten	—	—	—	562	—
517 59-2	042	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	818	—
518 01-7	042	Mieten und Pachten	—	5.000	5.000	5.266	—
525 01-3	042	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.000	1.000	511	0
526 01-0	042	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-6	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1.000	1.000	1.380	1
546 01-0	042	Verwendung zweckgebundener Geldspenden * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.*	—	—	—	—	—
546 10-0	042	Verwendung zweckgebundener Geldspenden * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			5.010	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Im Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter wird in den Diensträumen von Polizeidienststellen die Zusammenarbeit von Polizei und Sozialdienst gefördert. Grundgedanke ist es, Hilfsmaßnahmen an den Ort der Entstehung kriminalitätsträchtiger Konflikte so weit vorzuverlagern, dass sich Notsituationen nicht in Straftaten verlagern, sondern rechtzeitig kanalisiert werden.

Zu 282 10

Leertitel für die Vereinnahmung etwaiger zweckgebundener Einnahmen (Spenden u. ä.) für das Präventionsprogramm.

Vgl. 546 01.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
8,00	8,00	8,00	7,90

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1,00	1,00	—	1
Angestellte	7,00	7,00	—	7
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	8,00	8,00	—	8

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1,00	1,00	—	1
Angestellte	7,00	7,00	—	7
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	8,00	8,00	—	8

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	395	394

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	395	394
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	5	5
43	Versorgungsbezüge	18	17
44	Beihilfen, Unterstützungen	28	26
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	3	—
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		449	442

Zu 422 06 und 425 06

Für unabweisbar notwendige Überstunden, insbesondere im nächtlichen Schichtdienst.

Zu 546 10

Leertitel für die Verausgabung etwaiger zweckgebundener Einnahmen (Spenden u. ä.) für das Präventionsprogramm.

Vgl. 282 10.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0313 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 13					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	399.000	398.000	372.833	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.000	16.000	15.439	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	415.000	414.000	388.272	
		Zuschuss		415.000	414.000	388.272	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		18.000	17.000	14.981	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		433.000	431.000	403.253	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		433.000	431.000	403.253	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0314 Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	012	Vermischte Einnahmen		41.000	41.000	—	—
119 51-5	012	Sonstige Einnahmen		—	—	48.113	—
231 10-2	012	Zuweisungen vom Bund für die Vergabe von Stipendien * *Vgl. K-Vermerk zu 681 52.*		—	—	—	—
271 01-5	012	Erstattungen von Lehrgangskosten (Ausbildung)		—	—	127.823	—
271 02-3	012	Erstattungen von Seminarkosten(Fortbildung) ****Vgl. ***-Vermerk zu 427 31*		—	—	—	—
282 10-6	012	Erstattung von Lehrgangskosten (Ausbildung)		128.000	128.000	—	—
282 11-4	012	Erstattungen von Seminarkosten (Fortbildung) ****Vgl. ***-Vermerk zu 427 31*		38.000	38.000	—	—
381 01-5	990	Zuführung von 0402 - 981 66		—	—	219.856	—
381 10-4	990	Zuführung von 0402 - 981 66 * *Vgl. K-Vermerk zu 427 31.*		243.000	243.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				6.136	
		A U S G A B E N					
427 31-7	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 381 10.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 427 31, 429 10, 547 10, 711 01 und 812 10.* ****Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 282 11. 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben und 90 v.H. der nicht verbrauchten Einnahmen bei 282 11 wachsen den Ausgaben bei 427 31 bis 547 10 und 711 01 bis 812 10 für das nächste Haushaltsjahr zu.* *Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	—	84.000	84.000	76.029	—
429 01-8	012	Nicht aufteilbare Personalausgaben ****Vgl.*** -Vermerk zu 427 31*	—	—	—	1.018.136	—
429 10-7	012	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 427 31.* ****Vgl.***-Vermerk zu 427 31*	—	1.093.000	1.088.000	—	—
546 59-6	012	Nicht aufteilbare Sachausgaben ****Vgl. *** -Vermerk zu 427 31*	—	—	—	1.289.018	—
547 10-0	012	Nicht aufteilbare Sachausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 427 31.* ****Vgl.*** -Vermerk zu 427 31*	—	1.351.000	1.351.000	—	—
681 52-3	012	Stipendien an begabte Absolventen/ Absolventinnen einer anerkannten Berufsausbildung nach den Richtlinien des Bundes * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	—	—	6.136	—
711 01-5	012	Kleine Neu-,Um- und Erweiterungsbauten * *Vgl. D-Vermerk zu 427 31.* ****Vgl. *** Vermerk zu 427 31*	—	—	—	—	—
812 10-5	012	Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 427 31.*	—	—	—	—	—
981 03-9	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	168.000	168.000	167.346	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 14 allgemein

Das SiN ist eine zentrale Einrichtung für Aus- und Fortbildung des Landes Niedersachsen. Ihm obliegt seit 1. 7. 1997 (Kab. Beschluss v. 25. 3. 1997) neben der Ausbildung auch die Aufgabe der fachübergreifenden dienstlichen Fortbildung für Landesbedienstete aller Ressorts. Für den Fortbildungsbereich wird das SiN von der ressortübergreifenden „Arbeitsgruppe Fortbildung“ unterstützt.

Durch die Zusammenführung der Aufgaben Aus- und Fortbildung in einer zentralen Einrichtung wurde eine Rückkopplung von Aus- und Fortbildungsinhalten sowie die Bündelung von Sachverstand beider Bereiche ermöglicht. Innovative Entwicklungen wurden begünstigt, Synergieeffekte genutzt.

Das SiN ist unmittelbar dem Nds. Innenministerium nachgeordnet und hat seinen Sitz in Bad Münder. Hier stehen neben 12 Seminarräumen, einer Bibliothek und Gruppenarbeitsbereichen auch ein 1999/2000 saniertes Gästehaus mit 49 Einzelzimmern für Fortbildungsteilnehmer und eine Cafeteria zur Verfügung.

Die Ausbildungsteilnehmer werden in Privatunterkünften in Bad Münder untergebracht. Die Mittags- und Abendverpflegung erfolgt für alle Teilnehmer in örtlichen Restaurants. Insgesamt stellt das SiN damit einen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor in der Stadt Bad Münder dar.

Außerhalb der Einrichtung in Bad Münder führt das SiN auch in auswärtigen Tagungshotels, Heimvolkshochschulen und sonstigen Einrichtungen einschließlich verschiedener Landesdienststellen Fortbildungsveranstaltungen durch. Gründe hierfür liegen in der nicht ausreichenden räumlichen Kapazität zur Durchführung des gesamten Programmangebotes in Bad Münder sowie in dem Ansatz, Fortbildungsmaßnahmen auch in der Fläche anzubieten (Dezentralisierung).

Zu 427 31

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	73	73
2. Prüfungsvergütungen für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse	11	11
Zusammen	84	84

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 2.:

Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 429 10

Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 25,94 Vollzeiteinheiten (VZE). Aufgrund der Gesamtbudgetierung des Kapitels 03 14 dient dieses – nur nachrichtlich aufgeführte – Beschäftigungsvolumen abweichend von § 8 Abs. 2 bis 5 HG 2002/2003 lediglich der Berechnung der Haushaltsansätze. Im übrigen gelten die Vorschriften des § 8 Abs. 2 bis 5 HG 2002/2003 entsprechend, soweit durch die ausgebrachten Haushaltsvermerke nicht anderes bestimmt wird.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
25,94	25,94	25,50	23,84

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	2,75
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	2,75
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	2,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	0,31
Summe Abgänge	—	2,31
Bleibt Zugang	—	0,44

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	16,00	16,00	—	16
Angestellte	5,30	5,30	—	6
Lohnempfänger/-innen	4,64	1,44	3,20	2
Insgesamt	25,94	22,74	3,20	24

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	16,00	16,00	—	16
Angestellte	5,30	5,30	—	6
Lohnempfänger/-innen	4,64	1,44	3,20	2
Insgesamt	25,94	22,74	3,20	24

Personalkostenbudget:

		2003	2002
		Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt		1 093	1 088
Es sind veranschlagt:			
Lehrzulagen*)			
a) für 1 Lehrkraft mtl. 64 EUR – 768 EUR/Jahr	rd.	0,8	0,8
b) für 6 Lehrkräfte mtl. 48 EUR – 576 EUR/Jahr	rd.	3,5	3,5
Zusammen	rd.	4,3	4,3

*) Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel für 6 (6) stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst veranschlagt.

Zu 547 10

Auf der Grundlage der Kosten- und Leistungsrechnung haben sich in 2000 die Sachkosten auf folgende Kostenarten verteilt:

	in Tsd. EUR
Büro- und Verwaltungskosten	18
Kommunikations- und Reisekosten	47
Material-, Verbrauchsmittel-, Betriebs-, Instandhaltungskosten	85
Unterhaltungs-, Berwirtschaftungs-, Instandhaltungskosten unbewegliches Vermögen	54
Dozentenhonorare, Lehr- und Prüfungsvergütungen	587
Unterkunft und Verpflegung	612
Dienstleistungen Dritter	80
Kalkulatorische Abschreibungen	55
Kalkulatorische Zinsen auf gebundenes Kapital	17
Kalkulatorische Miete	243
Zusammen	1 798

In den Kosten sind neben den Ansätzen aus Kapitel 03 14 auch Haushaltsmittel aus den Kapiteln 03 01, 03 02 und 04 02 sowie haushaltsmäßig nicht gebuchte Ansätze (kalkulatorische Kosten) enthalten.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Im Ansatz enthaltene Mittel für IuK-Technik	12	12

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Aufgaben und Ziele

Das SiN versteht sich als bedarfs- und kundenorientierter Dienstleister mit den Produktionsbereichen

– Ausbildung
– Fortbildung
– Leitstelle.

1.1 Ausbildung

Das SiN führt i. d. R. pro Jahr etwa 20 Ausbildungslehrgänge für die unterschiedlichsten Ausbildungsgänge der allgemeinen Verwaltung und diverser Fachverwaltungen durch. Die Lehrgangsdauer variiert zwischen drei Wochen und elf Monaten. Die Klientel reicht dabei von Auszubildenden, Anwärtern für den mittleren Dienst über Teilnehmer an den Angestelltenlehrgängen I und II bis zu Anwärtern für den gehobenen technischen sowie forst- und landwirtschaftlichen Dienst und Referendaren der Sonderverwaltungen. Ab 2001 erwerben erstmals Beamte des mittleren Dienstes die Befähigung für den gehobenen Dienst durch die Teilnahme am Angestellenlehrgang II im Aufstiegsverfahren. Die Lehrgänge schließen regelmäßig mit einer Prüfung ab.

Im Jahr 2000 nahmen 428 Personen an Ausbildungslehrgängen teil. Daraus ergaben sich rd. 24 100 Teilnehmertage, inkl. Lehrgang für die ev.-luth. Landeskirche.

Der Unterricht wird derzeit zu ca. 40% von eigenen (hauptamtlichen) Dozenten des SiN und zu ca. 60% von Bediensteten anderer Landesbehörden bzw. Kommunalbehörden erteilt.

1.2 Fortbildung

Im Bereich Fortbildung wendete sich das SiN im Jahr 2000 mit mehr als 230 Veranstaltungen/Jahr an Bedienstete aller Laufbahn- und Vergütungsgruppen aus ca. 800 Dienststellen/Behörden aller Ressorts der Niedersächsischen Landesverwaltung. Hierbei handelt es sich in der Regel um mehrtägige Veranstaltungen. Im Jahr 2000 wurden rd. 12 690 Teilnehmertage durchgeführt.

Im Mittelpunkt des Angebotes stehen Themen der Staatsmodernisierung, wie zum Beispiel Personalentwicklung und Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung. Dazu kommen Fach- und Funktionsfortbildungen sowie Veranstaltungen zur Stärkung der Europakompetenz. Ein Schwerpunkt bei den Zielgruppen liegt derzeit im Bereich der Führungskräfte.

Das SiN setzt fast ausschließlich externe Trainer, Unternehmensberater und Bedienstete anderer Dienststellen als Referenten ein.

Neben richtungsweisender konzeptioneller Tätigkeit auf dem Gebiet ressort- und fachübergreifender Fortbildung stellt das SiN sein Know-how hinsichtlich Entwicklung, Referentengewinnung, Organisation, Durchführung und Evaluation von Fortbildungsveranstaltungen in Form von Beratungen und organisatorischer Unterstützung allen anderen Dienststellen der Niedersächsischen Landesverwaltung zur Verfügung.

Zusätzlich hat das SiN im Jahr 2000 bei der Durchführung von behördeninternen Seminaren (Inhouse-VA'en) für insgesamt rd. 480 Teilnehmer in einem Umfang von rd. 1 200 Teilnehmertagen konzeptionelle, vertragliche, organisatorische und sonstige beratende Hilfestellung gegenüber Behörden aller Geschäftsbereiche geleistet.

1.3 Leitstelle

Die beim SiN eingerichtete Leitstelle des staatlichen und der 3 kommunalen Studieninstitute ist für die Koordinierung der Ausbildung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst und im mittleren Polizeiverwaltungsdienst verantwortlich.

Gleichzeitig nimmt sie die Aufgaben als zuständige Stelle gemäß § 84 Berufsbildungsgesetz (BBiG) für die Ausbildungsberufe „Verwaltungsfachangestellte“ und „Fachangestellte für Bürokommunikation“ wahr. 2000 wurden für diese Berufe 650 Verträge geprüft und in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverträge eingetragen. In 195 Fällen hat die Leitstelle im Jahre 2000 kommunale und staatliche Behörden bei der Gestaltung, Organisation und Abwicklung der Ausbildungsverhältnisse beraten.

Seit 1999 unterstehen auch die Angestelltenlehrgänge I und II dem Berufsbildungsgesetz und damit hinsichtlich der rechtlichen Umsetzung der Leitstelle und der zuständigen Stelle nach dem BBiG.

Die Leitstelle ist verantwortlich für die Organisation und Durchführung der Prüfung nach der Ausbildereignungsverordnung. In Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern ist sie hier auch für andere zuständige Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz tätig. Im Jahr 2000 legten insgesamt 50 Lehrgangsteilnehmer die Prüfung nach der Ausbildereignungsverordnung ab.

2. Ziele

2.1 Allgemeine Ziele

Das SiN wird als zentraler Dienstleister für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten der niedersächsischen Landesverwaltung seine Leistung bedarfs- und kundenorientiert kontinuierlich weiterentwickeln.

Es kooperiert mit anderen Aus- und Fortbildungseinrichtungen, insbesondere den drei kommunalen Studieninstituten, dem Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen sowie dem Senator der Finanzen (früher Senatskommission für das Personalwesen SKP) Bremen.

Die mit dem Haushaltsjahr 2001 erstmals erfolgten Budgetierung des Kapitels 03 14 wird fortgesetzt, um weitere Effizienz und Effektivitätssteigerungen der Leistungserbringung des SiN zu ermöglichen. Auf der Grundlage der mit der Software Baan ERP 1999 im Echtbetrieb eingeführte Kosten- und Leistungsrechnung wird das begleitende Controllingsystem weiterentwickelt.

Die seit 2001 durchgeführte Erhebung von Entgelten für Fortbildungsmaßnahmen für die Teilnahme von Bediensteten aus Landesbetrieben wird in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 fortgesetzt. Sie dient u. a. zur Vorbereitung einer weiteren Pilotphase auf dem Weg zu einer möglicherweise komplett entgeltfinanzierten Aus- und Fortbildung.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Ausbildungslehrgänge (neue Lerninhalte, Einführung von Referaten, Hausarbeit etc.) und zur Unterstützung des Bereichs Fortbildung hat die Studienbibliothek an Bedeutung gewonnen. Ihr Bestand wird daher ständig aktualisiert, aufgestockt und mit der Software izn-bibliothek systematisch verwaltet.

2.2 Ziele im Bereich Ausbildung

Es werden sowohl im Jahr 2002 als auch 2003 jeweils folgende Lehrgänge stattfinden, zu deren Durchführung das SiN aufgrund zahlreicher Ausbildungs- und Prüfungsordnungen verpflichtet ist:

– Verwaltungslehrgänge für den gehobenen technischen Verwaltungsdienst einschl. Fachunterricht für die verschiedenen Laufbahnen
– Grundlehrgänge für Referendare von Sonderverwaltungen
– Aufbaulehrgänge für Referendare von Sonderverwaltungen
– Fachlehrgang für Vermessungsreferendare
– Verwaltungslehrgang für Forstreferendare
– Verwaltungslehrgang für den gehobenen Forstdienst
– Einführungslehrgang für Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten
– Abschlusslehrgang für Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten

Daneben werden angeboten:

2002:

– 1 Angestelltenlehrgang II (Grundlehrgang) mit zeitlich versetztem Abschlusslehrgang, der im Jahr 2003 endet,
– 1 Angestelltenlehrgang I (Grundlehrgang)
– 1 Angestelltenlehrgang II (Abschlusslehrgang)

2003:

– 1 Angestelltenlehrgang I (Abschlusslehrgang)
– 1 Angestelltenlehrgang II (Abschlusslehrgang)
– 1 Angestelltenlehrgang II (Grundlehrgang)
– 1 Grundlehrgang für Beamtenanwärter mittlerer Dienst

Zusätzlich wird für Angestellte aus dem Geschäftsbereich der ev.-luth. Landeskirche Hannover ein Angestelltenlehrgang II (Grundlehrgang) durchgeführt. Die Kosten hierfür trägt das Landeskirchenamt.

Die Zahl der Teilnehmertage wird sich sowohl im Jahr 2002 als auch im Jahr 2003 auf jeweils rd. 22 000 belaufen. Da das SiN allerdings auf die Teilnehmerzahl in bestimmten Lehrgängen keinen Einfluss hat, basiert die vorgenannte Teilnehmerzahl teilweise auf Erfahrungswerten.

In qualitativer Hinsicht strebt das SiN die folgenden Leistungssteigerungen an:

– Die Vermittlung des Lehrgangsstoffes durch fachübergreifende Ansätze und handlungsorientierte Methodik wird weiter intensiviert.
– Der Erfahrungsaustausch mit vergleichbaren Ausbildungseinrichtungen wird ebenso gestärkt wie die die Koordination zwischen haupt- und nebenamtlichen Dozenten.
– Zusätzliche Kompetenzen der Teilnehmenden (Eigenständigkeit, Teamverhalten, Sozialkompetenz, Umgang mit modernen Medien etc.) werden intensiver gefördert.
– Das System zur Qualitätsmessung und -überwachung wird weiterentwickelt.

2.3 Ziele im Bereich Fortbildung

2.3.1 Inhaltliche Ziele

Der Vergleichszeitraum 1996 bis 2000 zeigt eine signifikante Steigerung im Produktionsbereich Fortbildung und zwar unabhängig davon, ob man als Kennzahlen Veranstaltungsmenge, Anmeldezahlen, Teilnehmerzahlen oder Teilnehmertage zugrundelegt.

Entwicklung des SiN – Bereich Fortbildung in Zahlen (ohne Inhouse-Veranstaltungen):

	1996[1])	1999	Steigerung 1996 – 1999 in %	2000	Steigerung 1999 – 2000 in %
Zahl der Veranstaltungen	67	196	193	232	18
Teilnehmeranmeldungen	1 264	5 821	360	6 962	20
Teilnehmer	1 264	2 571[2])	103	3 572	39
Teilnehmertage	4 369	10 691	145	12 692	19

[1]) Letztes Jahr, in dem die Fortbildungsaufgabe noch dem MI oblag
[2]) aktualisierte Zahl aufgrund datentechnischer Überarbeitung

Inhaltlich finden sich die Steigerungen insbesondere in den Themen zum Modernisierungsprozess der Landesverwaltung, hier vor allem Personalentwicklung und seit 1998 verstärkt auch Betriebswirtschaftliche Elemente des Neuen Steuerungsmodells wieder.

Quantitativ und qualitativ resultieren sie neben einem erhöhten Mitteleinsatz insbesondere aus dem vorangegetriebenen Einsatz moderner Technik, einer konsequenten Implementierung eines Qualitätsmanagements im SiN und dem hohen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In den Jahren 2002 und 2003 wird angestrebt, die Anzahl der zuletzt erreichten Teilnehmertage beizubehalten und nach Möglichkeit nochmals zu steigern. Hierbei wird darauf geachtet, dass die steigende Produktion nicht zu Lasten der bisher erreichten Leistungsqualität geht. Der Umfang der Angebote zu einzelnen Themenfeldern wird sich an den aktuellen Entwicklungen in der Landesverwaltung orientieren.

Schwerpunkte des Angebots werden voraussichtlich die Themen der „Steuerungsinstrumente Niedersachsen“ mit den Feldern „Führungskompetenz und Personalentwicklung“ und den betriebswirtschaftlichen Elementen im engeren Sinne (KLR, Controlling, Budgetierung) sein. Unter Berücksichtigung der fortschreitenden Implementierung betriebswirtschaftlicher Steuerungselemente in den Behörden soll der Bereich der betriebswirtschaftlichen Elemente sowie des Qualitätsmanagements weiter gestärkt werden. Angebote zur Stärkung der Europakompetenz niedersächsischer Landesbediensteten werden weiter entwickelt.

Das SiN wird im Jahre 2002 und 2003 Fortbildungsveranstaltungen im Umfang von jeweils ca. 12 500 Teilnehmertagen (TNT) durchführen. Diese könnten sich im Rahmen einer perspektivischen Planung in etwa wie folgt verteilen:

Nr. TK	Themenkreis	2002/2003 Leistungsverpflichtung TNT	2000 Ist-Leistung TNT	2001 Angebotsverpflichtung TNT lt. Budget
1	Führungskompetenz	2 100	2 2002	2 600
2	Personalentwicklung	800	872	
3	Kommunikation	1 600	1 761	
4	Präsentations- und arbeitstechniken	900	966	4 550
5	Personalbetreuung	800	857	
9	Ausbildung, Didaktik, Pädagogik	1 300	1 558	
6	Betriebswirtschaftliche Entwicklung/Steuerung	2 500	2 184	3 000
7	Organisations- und Strukturveränderungen	400	331	500
8	Europa	800	697	350
10	Fach- und Funktionsfortbildung	1 200	1 193	1 400
	Sonstige	100	71	100
		12 500	12 692	12 500

Durch die Ausbildung von „Multiplikatoren“ soll der Landesverwaltung ermöglicht werden, Veränderungsprozesse aus eigener Kraft zu gestalten.

Zur Steigerung von Effektivität und Effizienz von Fortbildungsmaßnahmen werden weitere zielgruppen- und arbeitsplatzspezifische Angebote entwickelt.

Das im Rahmen der Direktevaluation von Fortbildungsveranstaltungen (sog. „Seminarecho“ und Schlußbesprechung) erreichte hohe Niveau der Kundenzufriedenheit (Teilnehmerinnen/Teilnehmer) soll gehalten und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

2.3.2 Organisatorische Ziele

Seit der Sanierung des Gästehauses 2000 stehen im SiN neben 45 Einzelzimmern vier behindertengerechte Zimmer zur Verfügung, sodass Bediensteten, die hierauf angewiesen sind, die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen spürbar erleichtert wird.

Die im Jahr 2001 erstmals nach der Sanierung ermittelte Auslastung wird in ein Controlling eingestellt.

Auch weiterhin werden Veranstaltungen in der Fläche (dezentral) durchgeführt. Dabei wird das SiN Fortbildungsveranstaltungen anbieten, die sich an den zeitlichen Bedürfnissen von Teilzeitbeschäftigten orientieren.

2.3.3 Sonstige Ziele

Neben dem Einsatz externer Referenten gilt es, Landesbedienstete als Referenten zu gewinnen, die neben einer hohen fachlichen Qualifikation vor allem auch den Praxisbezug zur Landesverwaltung im Reformprozess mitbringen.

Das SiN entwickelt die Kooperation mit anderen Fortbildungsanbietern der öffentlichen Verwaltung weiter.

Im Rahmen freier Kapazitäten können auch Personen, die nicht Bedienstete der unmittelbaren Landesverwaltung sind, gegen Entgelt an Veranstaltungen teilnehmen.

Das SiN unterstützt im Rahmen der vorhandenen Personalkapazitäten hausinterne Fortbildungsvorhaben der Ressorts/Behörden durch Beratung, Konzeption, Referentenvermittlung, Organisation, Durchführung und Evaluation von Fortbildungsveranstaltungen.

Das im SiN eingeführte Verfahren zur Evaluation von Fortbildungsmaßnahmen wird weiter ausgebaut (z. B. Qualitätskennzahlen).

Zur Steigerung der Effektivität der Teilnehmerverwaltung soll ein EDV-gestütztes Anmeldeverfahren via Intranet entwickelt werden. Darüber hinaus soll das Intranet verstärkt zur Information über das Fortbildungsangebot genutzt werden.

2.4 Ziele im Bereich Leitstelle

Die Leitstelle wird die Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen und den betrieblichen Ausbildungseinrichtungen (Studieninstitute) im dualen System verbessern.

Die neustrukturierte Ausbildung der Verwaltungsfachangestellten erfordert ein hohes Maß an handlungsorientierter Vermittlung des Ausbildungsstoffes. Die Prüfung muss diesen Kriterien ebenfalls Rechnung tragen. Dies bedeutet für die Leitstelle einen erhöhten Bedarf an Beratung und Weiterbildung der in den Ausbildungsbehörden mit der Ausbildung befassten Personen.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0314 Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 14					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		41.000	41.000	48.113	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		166.000	166.000	133.959	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		243.000	243.000	219.856	
		Summe der Einnahmen		450.000	450.000	401.928	
		4 Personalausgaben	—	1.177.000	1.172.000	1.094.165	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.351.000	1.351.000	1.289.018	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	6.136	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	168.000	168.000	167.346	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.696.000	2.691.000	2.556.665	
		Zuschuss		2.246.000	2.241.000	2.154.737	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		247.000	235.000	197.205	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.943.000	2.926.000	2.753.870	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		2.493.000	2.476.000	2.351.942	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0315 Wiedergutmachung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 42-0	244	Einnahmen, die mit Entschädigungsaufwendungen zusammenhängen		8.000	8.000	7.669	6
119 43-8	244	Einnahmen, die mit dem Härtefonds zusammenhängen * *Vgl. K-Vermerk zu 698 10.*		1.000	1.000	—	—
231 10-6	244	Erstattungen vom Bund nach § 172 BEG vom 29.6.1956 (BGBl. I S.562)		50.000	50.000	—	—
		A U S G A B E N					
532 10-6	216	Verfahrenskosten * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 532 10, 632 10, 636 10 und 676 10.*	—	78.000	78.000	—	—
536 01-2	216	Verfahrenskosten * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 536 01, 632 01, 636 01 und 676 01.*	—	—	—	81.807	78
631 10-4	244	Erstattungen an den Bund nach § 172 BEG * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 10, 681 31, 681 41, 687 31 und 687 41.*	—	10.000.000	10.100.000	—	—
632 01-1	216	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an andere Länder * *Vgl. D-Vermerk zu 536 01.*	—	—	—	6.340	5
632 10-0	216	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an andere Länder * *Vgl. D-Vermerk zu 532 10.*	—	6.000	6.000	—	—
636 01-7	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 227 b Abs. 1 BEG * *Vgl. D-Vermerk zu 536 01.*	—	—	—	1.023	1
636 10-6	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 227 b Abs. 1 BEG * *Vgl. D-Vermerk zu 532 10.*	—	1.000	1.000	—	—
676 01-9	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an ausländische Dienststellen, die bei der Wiedergutmachung mitwirken * *Vgl. D-Vermerk zu 536 01.*	—	—	—	10.226	6
676 10-8	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an ausländische Dienststellen, die bei der Wiedergutmachung mitwirken * *Vgl. D-Vermerk zu 532 10.*	—	10.000	10.000	—	—
681 31-4	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* *** *Gemäß § 15 Abs. 1 S. 3 LHO dürfen zurückzuzahlende Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG auch nach Schluß des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 31, 681 32, 687 31 und 687 41 vereinnahmt werden.*	—	2.966.000	3.016.000	3.067.751	2.705
681 32-2	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Inland * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 681 32 und 687 32.* *** *Vgl. Vermerk zu 681 31.*	—	20.000	20.000	20.452	15
681 41-1	244	Kapitalentschädigungen und sonstige einmalige Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	179.000	179.000	178.952	48
686 31-6	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Ausland *** *Vgl. Vermerk zu 681 31.*	—	—	—	22.752.489	22.124

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 15 allgemein:

Entschädigungsbehörde (§§ 173, 184 BEG) ist das Nds. Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV). Oberste Landesbehörde ist das Innenministerium.

Nach § 172 BEG werden die Entschädigungsaufwendungen ab 1. 4. 1956 je zur Hälfte vom Bund und von der Gesamtheit der Länder getragen. Die Länder bringen ihren Anteil nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl auf. Dazu tragen die Länder 25 % der vom Land Berlin zu leistenden Entschädigungsaufwendungen.

Dieselbe Verteilung erfolgt bei den Aufwendungen nach Artikel V BEG-Schlussgesetz (BEG-SG) für die überregionalen Verfolgtengruppen.

Entschädigungsleistungen, die über die Bundesregelung hinaus auf Grund günstigerer niedersächsischer Regelung gewährt werden, müssen vom Land zu 100 % getragen werden.

Der Lastenausgleich erfolgt durch den Bund.

Zu 119 42

Rückflüsse aus Leistungen auf Grund des Niedersächsischen Sonderhilfegesetzes, des Niedersächsischen Haftentschädigungsgesetzes, des Bundesergänzungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes.

Zu 231 10

Hier sind Erstattungen des Bundes zu vereinnahmen, wenn die von Niedersachsen erbrachten Entschädigungsleistungen den gem. § 172 BEG auf das Land entfallenden Anteil übersteigen.

Mehr infolge Anpassung an die zu erwartende Entwicklung.

Zu 532 10

Hier sind Zeugengebühren, Sachverständigengebühren und sonstige Beweiserhebungskosten nachzuweisen, soweit sie nicht unter 632 10, 636 10 und 676 10 fallen. Zu den Beweiserhebungskosten gehören auch Reisekosten, die durch Entsendung Bediensteter der Entschädigungsbehörde ins Ausland entstehen.

Zu 631 10

Abführungsbeträge an den Bund, wenn die von Niedersachsen erbrachten Entschädigungsleistungen niedriger sind als der nach § 172 BEG auf das Land entfallende Lastenanteil.

Weniger infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 632 10

Kostenanteil des Landes an der Bundeszentralkartei.

Zu 676 10

Für Aufwendungen des Medical Board für die Mitwirkung bei Heilverfahren in Israel.

Zu 681 31

Hier sind auch die gemäß § 59 Abs. 3 Pflegeversicherungsgesetz zu zahlenden Beiträge zur Pflegeversicherung nachzuweisen.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0315 Wiedergutmachung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 32-4	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Ausland ****Vgl. Vermerk zu 681 31.*	—	—	—	7.158	6
686 41-3	244	Kapitalentschädigungen u. sonst. einmalige Leistungen nach dem BEG an Berechtigte im Ausland	—	—	—	664.679	597
687 31-2	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ****Vgl. Vermerk zu 681 31*	—	20.300.000	20.650.000	—	—
687 32-0	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 681 32.* ****Vgl. Vermerk zu 681 31*	—	7.000	7.000	—	—
687 41-0	244	Kapitalentschädigungen u. sonst. einmalige Leistungen nach dem BEG an Berechtigte im Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.*	—	665.000	665.000	—	—
698 01-2	244	Hilfen an Verfolgte des NS-Regimes in besonderen Notlagen * *Übertragbar.*	— — 115.041	—	—	127.823	126
698 10-1	244	Hilfen an Verfolgte des NS-Regimes in besonderen Notlagen * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 43.*	116.000 116.000 —	129.000	129.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			10.225.838	
		Abschluss Kapitel 03 15					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		9.000	9.000	7.669	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		50.000	50.000	—	
		Summe der Einnahmen		59.000	59.000	7.669	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	78.000	78.000	81.807	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	116.000 116.000 115.041	34.283.000	34.783.000	37.062.731	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	116.000 116.000 115.041	34.361.000	34.861.000	37.144.538	
		Zuschuss		34.302.000	34.802.000	37.136.869	

Zu 687 31

Weniger wegen des Rückgangs der Anzahl der Berechtigten.

Zu 698 10

Belastung (2002 und 2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	66 000	7 700	—	—	73 700
2003	66 000	7 700	8 000	—	81 700
2004	66 000	7 700	8 000	8 000	89 700
2005	66 000	7 700	8 000	8 000	89 700
ff.	594 000	84 300	92 000	100 000	870 300

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0317 Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 01-4	421	Ablieferungen des Landesbetriebs von Versorgungszuschlägen für Beamte		—	—	102.258	121
121 10-3	421	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-6	421	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 01.* ****Gemäß §17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich*	—	—	—	20.397.069	19.345
682 10-5	421	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 10.* ****Gemäß §17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 1.022.200 EU dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	19.526.000	19.807.000	—	—
682 11-3	421	Zuschuss an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften im Mutterschutz	—	—	—	—	—
682 39-3	421	Zuschuß an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 01-4	421	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* ****Gemäß §17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich*	—	—	—	375.595	725
891 10-3	421	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 10.* ****Gemäß §17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	120.000	120.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			102.258	
		Abschluss Kapitel 03 17					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	102.258	
		Summe der Einnahmen		—	—	102.258	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	19.526.000	19.807.000	20.397.069	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	120.000	120.000	375.595	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	102.258	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	19.646.000	19.927.000	20.874.922	
		Zuschuss		19.646.000	19.927.000	20.772.664	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 17 allgemein:

Aufgrund des Beschlusses der Landesregierung vom 14. 1. 1997 wird die „Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN)“ als Landesbetrieb geführt.

Zur Erledigung der Aufgaben, die dem Landesbetrieb LGN nach § 2 der Betriebssatzung zugewiesen sind, sind die Zuführungen an ihn bei 682 10, 682 11 und 891 10 veranschlagt.

Zu 682 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Im Ansatz enthaltene Mittel für IuK-Technik	1 817,5	1 810,3

Belastung (2002 und 2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002/3 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 412 900	—	—	1 412 900
2003	1 412 900	—	—	1 412 900
2004	1 412 900	—	—	1 412 900
2005	1 412 900	—	—	1 412 900
ff.	9 010 500	—	—	9 010 500

Zu 891 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 Geodatenserver für ATKIS	—	84
je 1 Kfz-Kombi	37	36
1 GPS-Empfänger	16	—
1 Druckplattenentwicklungsmaschine	36	—
1 Workstation	31	—
Zusammen	120	120
Im Ansatz enthaltene Mittel für IuK-Technik	31	84

Erfolgsplan für die Geschäftsjahre 2002 und 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
8 Aufwendungen für den Kauf von Geräten für Fachaufgaben, DV-Geräten, Software	678 000	664 700	605 400	1 572 800	51 Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse u.a. eigene Leistungen	4 615 400	4 348 100	3 471 700	3 485 700
61 Materialaufwand: Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 346 600	1 321 500	1 011 800	936 500	57/58 Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	4 189 800
62 Aufwand für bezogene Leistungen	2 176 900	2 138 100	2 066 800	2 495 000	59 Zuschüsse und Zuweisungen 59.1 für Programmpflege/Projekte	168 800	168 800	207 600	476 100
63 Personalkosten	14 918 200	15 057 000	16 310 100	14 875 700	59.2 Zuführung des Bundes	—	—	—	—
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge u. f. Unterstützung	1 254 700	1 247 300	311 700	1 013 900	59.2 Zuführung des Landes	19 526 000	19 807 000	20 397 000	19 345 400
65 Abschreibungen	—	—	—	1 529 700					
66 Sonstige Personalaufwendungen	8 200	8 200	8 200	6 900					
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Gerätemieten, Leasing	662 500	662 500	747 000	742 500					
68 Aufwendungen für Kommunikation (Reisekosten, Fortbildung, Telekommunikation, Postgebühren, Öffentlichkeitsarbeit)	809 500	809 500	789 400	710 700					
69 Aufwendungen für Beiträge u. Sonstiges sowie Wertkorrekturen u. periodenfremde Aufwendungen, Schadenersatzleistungen	4 100	4 100	4 100	548 000					
70 Gebäudekosten/ Grundstücke*)	1 797 200	1 782 300	1 710 500	1 632 900					
71 Unterhaltung/ Instandhaltung	439 900	427 100	316 000	541 700					
72 Kfz-Kosten	112 100	109 500	136 500	64 200					
74 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—	2 035 400					
48 Umsatzsteuer (aus Kontengruppe 4)	102 300	92 100	58 800	8 100					
Gesamtsumme:	24 310 200	24 323 900	24 076 300	28 714 000		24 310 200	24 323 900	24 076 300	27 497 000

*) Zur Abführung der ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 700 EUR

Erläuterungen zum Erfolgsplan

		2003 EUR	2002 EUR
Zu Kontengruppe			
63	Personalkosten (Beamte, Angestellte, Arbeiter einschl. Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte)	14 729 000	14 863 800
	Aus dem Ansatz dürfen, ohne dass dafür Stellen ausgewiesen sind, auch ständige, nicht vollbeschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter bezahlt werden.		
	– für 17 Auszubildende	186 000	186 000
	– Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne	3 200	3 200
64	– Beihilfen	232 500	225 100
	– Versorgungszuschläge Beamte	1 007 100	1 007 100
	– Erstattung der gesetzlichen Unfallversicherung	15 100	15 100

Finanzplan für die Geschäftsjahre 2003 und 2002

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
7 Technische Anlagen und Maschinen					1 Erlöse aus der Abgabe von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	—	—	—	—
77 Geräte für Fachaufgaben	52 000	—	255 600	494 100	2 Zuweisungen der Öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben	120 000	120 000	375 600	724 700
78 ADV-Kommunikationsanlagen	31 000	84 000	87 000	167 400	3 Zuschüsse aus Drittmitteln	—	—	—	—
8 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung									
801 Andere Anlagen	—	—	—	40 000					
841 Fuhrpark	37 000	36 000	33 000	23 200					
Summe:	120 000	120 000	375 600	724 700		120 000	120 000	375 600	724 700

Erläuterungen zum Finanzplan

		2003 EUR	2002 EUR
Zu Kontengruppe			
77	1 GPS-Empfänger	16 000	—
	1 Druckplattenentwicklungsmaschine	36 000	—
78	1 Geodatenserver für ATKIS	—	84 000
	1 Workstation für photogrammetrische Auswertungen	31 000	—
841	je 1 Kfz-Kombi für den vermessungstechnischen Außendienst	37 000	36 000
Summe:		120 000	120 000

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Gemäß Zielvereinbarung vom 18. 10. 1999 über den Stellenabbau bis zum Jahre 2003 sind in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 beim Landesbetrieb LGN jeweils 10 Stellen einzusparen.
2. Mehreinnahmen dürfen nicht für Dauerverpflichtungen verwendet werden.

Sonstiges

1. Aufträge von Landesverwaltungen, die von der Druckerei des Landesbetriebs gegen Erstattung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Material, Maschinenkosten) erledigt worden sind, werden bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Personalkostenanteile abgerechnet.
2. Aufträge der Vermessungs- und Katasterbehörden für die Digitalisierung der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) sind bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Kostenerstattung zu erledigen.
3. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Dies gilt nicht für Veröffentlichungen im Marktleistungsbereich.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[3][4][7]
II a	4	4	4	
III	29	29	28	
IV a	45	45	45	
IV b	16	16	18	
V b	9	9	9	
V c	74	74	76	
VI b	11	12	13	
VII	12	19	18	
IX b–VII	—	—	4	
	200	208	215	Zusammen
				Leerstellen:
III[5])	1	1	1	
IV a[5])	1	1	1	
IV b	1	1	—	
V b	1	1	—	
V c[5])	7	7	5	
VII[5])	—	—	1	
	11	11	8	Zusammen

Bemerkungen

[3]) Siehe HV Nr. 5 zum Stellenplan Kapitel 03 17.

[4]) Siehe HV Nr. 6 zum Stellenplan Kapitel 03 17.

[5]) kw.

[7]) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Abweichend von 2002 enthält 2003 die Bemerkung Nr. 4 nicht.

Bemerkungen

Erläuterungen für 2002:

Zugang	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 18
Abgang:		
Verg.-Gr. IV b	2	infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 2 (Stellen gem. ZV)
Verg.-Gr. V c	2	
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. VII	3	
Zusammen	8	
Bleibt Abgang	7	

Änderung der Eingruppierung:

Verg.-Gr. VII	4	von Verg.-Gr. IX b–VII infolge Abweichung von den Stellenübersichten gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001

Leerstellen:

Zugang	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	neu
Verg.-Gr. V b	1	
Verg.-Gr. V c	2	
Zusammen	4	
Abgang:		
Verg.-Gr. VII	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bleibt Zugang	3	

Sonstige Veränderungen:

Die Bemerkung Nr. 2 (Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kap. 03 17) ist vollzogen worden (davon 1 Stelle bei 03 18).
Die Bemerkung Nr. 1 (Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen) entfällt infolge abweichender Einstufung der Stellen.

Erläuterungen für 2003:

Abgang	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 4 (Stellen gem. ZV)
Verg.-Gr. VII	7	
Zusammen	8	

Sonstige Veränderungen:

Die Bemerkung Nr. 4 ist vollzogen worden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Arbeiter/-innen[2][3])	[2]) Siehe HV Nr. 5 zum Stellenplan Kapitel 03 17. [3]) Siehe HV Nr. 6 zum Stellenplan Kapitel 03 17. **Abweichend von 2002 enthält 2003 die Bemerkung Nr. 3 nicht.**
8	10	10	10		
6	7	8	8		
5	14	14	14		
4	10	11	12		
3	1	1	1		
2/2 a	5	5	5		
	47	49	50	Zusammen	

Bemerkungen

Erläuterungen für 2002:

Abgang	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 1 (Stelle gem. ZV)
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Die Bemerkung Nr. 1 (Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kap. 03 17) ist vollzogen worden.

Erläuterungen für 2003:

Abgang	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolge Vollzugs der Bemerkung Nr. 3 (Stellen gem. ZV)
Lohn-Gr. 6	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Die Bemerkung Nr. 3 ist vollzogen worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-1	421	Einnahmen aus der Herstellung der digital geführten Liegenschaftskarte		1.500.000	2.000.000	—	—
111 12-8	421	Einnahmen aus der Herstellung der digital geführten Liegenschaftskarte		—	—	807.841	2.108
119 10-2	421	Sonstige Einnahmen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.* *** *Abweichend von §35 Abs.1 LHO sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben:* *1. Beträge, die im Rahmen der Vertriebspartnerschaft dem Landesbetrieb LGN von den Vermessungs- und Katasterbehörden (VKB) für gemeinsam hergestellte Produkte erstattet werden müssen, weil die Gesamtkosten im Kapitel 0318 vereinnahmt worden sind.* *2. Beträge für Rechnerleistungen, die aus Anlass von Auszügen aus den Nachweisen des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung zu zahlen sind.*		75.900.000	74.400.000	—	—
119 51-0	421	Sonstige Einnahmen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.* *** *Abweichend von §35 Abs.1 LHO sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben:* *1. Beträge, die im Rahmen der Vertriebspartnerschaft dem Landesbetrieb LGN von den Vermessungs- und Katasterbehörden (VKB) für gemeinsam hergestellte Produkte erstattet werden müssen, weil die Gesamtkosten im Kapitel 0318 vereinnahmt worden sind.* *2. Beträge für Rechnerleistungen, die aus Anlass von Auszügen aus den Nachweisen des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung zu zahlen sind.*		—	—	76.744.911	71.934
236 10-9	421	Zuweisungen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
429 01-2	421	Dienstbezüge, Vergütungen, Löhne * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 429 01, 429 02, 546 59, 681 01, 685 51, 981 01 und 981 03.* *** *Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zu 85 v. H.der Einnahmen bei 111 12, bis zu 90 v. H. der nicht verbrauchten Mehreinnahmen bei 119 51 und bis zu 100 v.H. der Einnahmen bei 256 01 und 381 01.* *90 v. H. der nicht verbrauchten Ausgaben und 100 v. H. der nicht verbrauchten Einnahmen bei 256 01 und 381 01 sowie nicht verbrauchte Ausgaben aus 85 v. H. der Einnahmen bei 111 12 wachsen den Ausgaben bei 429 01 bis 981 03 für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	—	—	—	98.071.203	96.896
429 02-0	421	Sonstige persönliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 429 01.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.*	—	—	—	3.714.024	3.297
429 10-1	421	Dienstbezüge, Vergütungen, Löhne * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 429 10, 429 11, 546 01, 681 10, 686 10 und 981 10.* *** *Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zu 85 v. H.der Einnahmen bei 111 10, bis zu 90 v. H. der nicht verbrauchten Mehreinnahmen bei 119 10 und bis zu 100 v.H. der Einnahmen bei 236 10.* *90 v. H. der nicht verbrauchten Ausgaben*	—	100.343.000	101.027.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 18 allgemein:

Es sind vorhanden:

4 Dezernate für Vermessungs- und Katasterangelegenheiten bei den Bezirksregierungen,
24 Vermessungs- und Katasterbehörden unterteilt in 53 Katasterämter in der Ortsstufe.

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben für Bezüge,

b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben, insbesondere für Fachgeräte und IuK-Technik,

c) Einnahmen, die mit den eigentlichen Fachaufgaben in ursprünglichem Zusammenhang stehen.

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kapitel 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 03 05).

Zu 429 10

Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Aus dem Haushaltsansatz dürfen, ohne dass dafür Stellen ausgewiesen sind, auch ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Hausmeisterentschädigungen an Bedienstete, die über die reguläre Arbeitszeit hinaus stundenweise Hausmeistertätigkeiten in Katasterämtern ohne Hausmeister ausüben, bezahlt werden.

Der Haushaltsansatz kann bei Besoldungs- und Tariferhöhungen aus im Epl. 13 zentral veranschlagten Personalverstärkungsmitteln verstärkt werden.

Das Beschäftigungsvolumen (BV) beträgt 2 417,60 Vollzeiteinheiten im Haushaltsjahr 2002 und 2 395,60 Vollzeiteinheiten(VZE) im Haushaltsjahr 2003. Aufgrund der Gesamtbudgetierung des Kapitels 03 18 dient dieses – nur nachrichtlich aufgeführte – BV abweichend von § 8 Abs. 2 bis 5 HG 2002/2003 lediglich der Berechnung der Haushaltsansätze. Im übrigen gelten die Vorschriften des § 8 Abs. 2 bis 5 HG 2002/2003 entsprechend, soweit durch die ausgebrachten Haushaltsvermerke nichts anderes bestimmt wird.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
2 395,60	2 417,60	2 461,69	2 398,57

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	2,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	2,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	22,00	25,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	1,00
– Sonstige Veränderungen	—	20,09
Summe Abgänge	22,00	46,09
Bleibt Abgang	22,00	44,09

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	715,00	715,00	—	794
Angestellte	1 460,60	1 370,00	90,60	1 434
Lohnempfänger/-innen	220,00	204,00	16,00	233
Insgesamt	2 395,60	2 289,00	106,60	2 461

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	719,00	719,00	—	798
Angestellte	1 469,60	1 386,00	83,60	1 443
Lohnempfänger/-innen	229,00	214,00	15,00	242
Insgesamt	2 417,60	2 319,00	98,60	2 483

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *429 10-1*		*und 100 v. H. der nicht verbrauchten Einnahmen bei 236 10 sowie nicht verbrauchte Ausgaben aus 85 v. H. der Einnahmen bei 111 10 wachsen den Ausgaben bei 429 10 bis 981 11 für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*					
429 11-0	421	Sonstige persönliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 429 10.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 10.*	—	3.825.000	3.750.000	—	—
546 01-9	421	Vermischte Ausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 429 10.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 10.* *Abweichend von §35 Abs. 1 LHO sind Erstattungen für die Mitbenutzung von Fortbildungsveranstaltungen durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	— 3.068.000 —	19.429.000	18.910.000	—	—
546 59-0	421	Sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 429 01.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.*	— — 3.067.751	—	—	19.054.826	20.772
681 01-3	421	Schadenersatzleistungen * *Vgl. D-Vermerk zu 429 01.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.* *Die Ausgaben dürfen in der Höhe überschritten werden, in der Schadenersatzleistungen im Einzelfall den Betrag von DM 10.000 übersteigen.* *Diese Überschreitungen sind nicht innerhalb des Budgets auszugleichen.*	—	—	—	9.715	10
681 10-2	421	Schadenersatzleistungen * *Vgl. D-Vermerk zu 429 10.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 10.* *Die Ausgaben dürfen in der Höhe überschritten werden, in der Schadenersatzleistungen im Einzelfall den Betrag von 5.000 EUR übersteigen.* *Diese Überschreitungen sind nicht innerhalb des Budgets auszugleichen.*	—	10.000	10.000	—	—
685 51-5	421	Sonstige Zuschüsse * *Vgl. D-Vermerk zu 429 01.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.*	—	—	—	2.863	3
686 10-4	421	Sonstige Zuschüsse * *Vgl. D-Vermerk zu 429 10.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 10.*	—	5.000	5.000	—	—
812 10-0	421	Investitionen *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 10.* - *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 10 bis 686 10.* - *Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 429 10 bis 686 10 bis zur Höhe von insgesamt höchstens 256.000 EUR.* - *Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Ausgaben bei 812 10 für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	—	1.397.000	1.247.000	—	—
981 01-7	990	Abführungen an 1399 - 381 64 * *Vgl. D-Vermerk zu 429 01.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.*	—	—	—	—	471
981 03-3	990	Abführungen an 13 21 - 381 03 * *Vgl. D-Vermerk zu 429 01.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.*	—	3.700.000	3.700.000	3.855.754	—
981 10-6	990	Abführungen an 1399 - 381 63 * *Vgl. D-Vermerk zu 429 10.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 429 10.*	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			997.019	

Zu 429 11

In dem Haushaltsansatz sind Vergütungen für 206 (205) Auszubildende des technischen Dienstes enthalten.

Zu 546 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Im Ansatz enthaltene Mittel für IuK-Technik	8 320,2	8 028,7

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	809 000	3 068 000	—	3 877 000
2003	572 000	—	3 068 000	3 640 000
2004	—	—	—	—
2005	—	—	—	—
ff.	—	—	—	—

Zu 546 01 und 812 10

Nach der Kosten- und Leistungsrechnung haben sich die Sach- und Investitionskosten der Vermessungs- und Katasterbehörden der Ortsstufe in 2000 wie folgt auf die Kostenartengruppen verteilt:

	in Tsd. EUR
1. Geschäftskosten	1 340
2. Materialkosten	431
3. Reisekosten	682
4. Energiekosten	706
5. Sonstige Sachkosten	191
6. Dienstleistungen Dritter	8 269
7. Anlagekosten Grundstücke und Gebäude	5 314
8. Anlagekosten Kfz	1 053
9. Anlagekosten Fachgeräte einschl. IuK-Technik	3 854
10. Anlagekosten Ausrüstungsgegenstände	1 592
Zusammen	23 432
Diese Aufteilung bleibt in 2002 und 2003 im Wesentlichen unverändert.	
Zusätzlich werden aufgrund der „Zielvereinbarung“ über Stellenabbau vom 18. 10. 1999	3 068
für Dienstleistungen Dritter (vgl. Nr. 6.) in den Haushalt eingestellt.	
Zusammen Kosten 2002 und 2003	26 500

In den o. g. Kosten sind die Ansätze der Titel 546 01 und 812 10, an anderer Stelle im Haushalt veranschlagte Ausgaben sowie haushaltsmäßig nicht gebuchte Ansätze (z. B. kalkulatorische Mietkosten für landeseigene Gebäude) enthalten.

Ersatzbeschaffungen sind im wesentlichen in folgenden Bereichen vorgesehen:

– Dienstkraftfahrzeuge
– Dokumentenmanagementsysteme und Archivanlagen
– Elektronische Tachymeter
– Satellitenmess- und Empfangseinrichtungen

Zu 686 10

1. Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen – MI – und dem Deutschen Institut für Normung (DIN) vom Aug./Dez. 1994.
2. Beteiligung im Länderverbund an den Kosten der Normungsarbeit im Normenausschuss Bauwesen (NABAU) für den Fachbereich 03 „Vermessungswesen; Geoinformation“.
3. Daueraufgabe, Kündigung im Verbund mit allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zum Ende jeden Jahres möglich.

Mehr wegen höherer Länderumlage.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Im Ansatz enthaltene Mittel für IuK-Technik	668,2	632,4

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 981 10

Abführung von Beiträgen zur gesetzlichen Unfallversicherung.

Aufgabenbeschreibung:

Rechtsgrundlage der Tätigkeiten der Vermessungs- und Katasterverwaltung (VKV) ist das Nds. Vermessungs- und Katastergesetz.

Aufgabe der 24 Vermessungs- und Katasterbehörden und der zuständigen Dezernate der Bezirksregierungen ist es, landesweit einen Kernbestand an Angaben zum Grund und Boden (Basisinformationen) für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft sowie für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zuverlässig und aktuell vorzuhalten (Führung des Liegenschaftskatasters). Dafür werden flächendeckend Flurstücke und alle wesentlichen Gebäude grafisch, beschreibend und durch Vermessungszahlen erfasst und nachgewiesen.

Die Flurstücke beschreiben die Grundstücke im Grundbuch und dienen damit der Eigentumssicherung; mit den Gebäuden werden für den Grundstücksrechtsverkehr wertbeeinflussende, bauplanungsrechtlich bedeutsame Rechtsobjekte nachgewiesen. Darüber hinaus werden weitere, für den Rechtsverkehr wesentliche Merkmale des Grund und Bodens geführt. Dazu zählen Hinweise auf öffentlichrechtliche Festlegungen (z. B. zu Naturschutzgebieten oder die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung), die tatsächliche Nutzung der Grundstücke und deren Flächengröße.

Die Angaben sind in raumbezogenen Informationssystemen auf der Grundlage eines einheitlich geodätischen Bezugssystems zu führen. Damit wird sichergestellt, dass die Angaben zum Grund und Boden für die Nutzer bedarfsorientiert abrufbar sind und überregional mit anderen Sachdaten verknüpft werden können. Dies ist besonders für die öffentlichen Aufgaben der Bauleitplanung, der Energie- und Wasserver- und -entsorgung sowie für den Katastrophenschutz bedeutsam. Vor allem für diese Zwecke sind die Nachweise auch kontinuierlich zu aktualisieren.

Aus den Anforderungen im Rechtsverkehr und als Basisinformation für die zuvor genannten öffentlichen Aufgaben werden örtlich Liegenschaftsvermessungen durchgeführt, insbesondere anlässlich beabsichtigter Grundstücksteilungen, für Grenzfeststellungen oder auf Grund geänderter Bebauung. Außerdem sind die Ergebnisse von Liegenschaftsvermessungen anderer Stellen, vor allem von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieuren (ÖbVI) zu übernehmen. Weiterhin sind wechselseitig Daten mit anderen Behörden, insbesondere mit den Grundbuchämtern und den Finanzämtern zur Erhaltung der Übereinstimmung der amtlichen Nachweise auszutauschen. Soweit dabei Rechte betroffener Eigentümer berührt werden, sind die Verfahren unter den üblichen verwaltungsverfahrensrechtlichen Bedingungen durchzuführen.

Neben der inhaltlichen Aktualisierung sind die historisch seit über 100 Jahren geführten Nachweise fortwährend technologischen Entwicklungen anzupassen; z. Z. wird dazu ein einheitlicher digitaler Gesamtdatenbestand (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem – ALKIS) aufgebaut. Nur auf dieser Basis können dem Nutzer künftig dauerhaft die gewünschten bodenbezogenen Sachverhalte effektiv für seine Informations- und Entscheidungssysteme bereitgestellt werden. Diese Bereitstellung umfasst aber auch, dass Nutzer beraten werden und Auskunft erhalten, ihnen sachgerecht Auszüge aus den Nachweisen erteilt werden, ebenso, dass für sie Bescheinigungen und Planunterlagen nach anderen Rechtsvorschriften (z. B. Lagepläne) gefertigt werden können. Auf diese Weise wird die Transparenz und Öffentlichkeit wesentlicher Angaben zum Grund und Boden für alle gesellschaftlichen Prozesse nachhaltig gewährleistet.

Die Vermessungs- und Katasterbehörden sind fachlich eingebunden in die gesetzlichen Aufgaben der Landesvermessung, die schwerpunktmäßig vom „Landesbetrieb Landesvermessung und Geoinformation Niedersachsen (LGN)“ wahrgenommen werden. Vgl. hierzu Kapitel 03 17.

Ferner nehmen die Vermessungs- und Katasterbehörden auf Grund bundesrechtlicher Vorschriften (BauBG) i. V. mit einer Landesverordnung (DVO-BauBG) umfangreiche Arbeiten der Wertermittlung und Bodenordnung wahr.

Als Geschäftsstelle der auf Kreisebene eingerichteten Gutachterausschüsse führen die Vermessungs- und Katasterbehörden die Kaufpreissammlung und bereiten die Wertermittlungen (Verkehrswertgutachten, Bodenrichtwerte, Grundstücksmarktberichte) vor. Die Arbeitsergebnisse tragen wesentlich zur Markttransparenz bei und dienen vielen Stellen aus Wirtschaft und Verwaltung sowie den freiberuflich tätigen Sachverständigen als Grundlage ihrer Aufgabenerfüllung. Die Finanzverwaltung benötigt die Bodenrichtwerte als Grundlage ihrer Einheitsbewertung und der steuerlichen Bedarfsverwertung für die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Auf Antrag der Kommunen übernehmen die Vermessungs- und Katasterbehörden die Geschäftsstellenfunktion der kommunalen Umlegungsausschüsse und bereiten deren Entscheidungen vor. Die Bodenordnungsmaßnahmen (Umlegung, Grenzlegung) dienen insbesondere der beschleunigten Bereitstellung von Bauland.

ERLÄUTERUNGEN

Zielkonzept:

Die VKV hat im Rahmen der Aufgabenkritik (Beschluss der LReg. vom 29. 4. 1997) eine langfristige Zielkonzeption für ihre Entwicklung für die nächsten 10 Jahre erstellt. Dieses Zielkonzept umfasst folgende Maßnahmen:

– Einstellung von Aufgaben,
– Standardabsenkung bei der Wahrnehmung von Aufgaben,
– Kundenorientierte Weiterentwicklung von Aufgaben,
– Wirtschaftlichkeitssteigerung durch technische Verfahrensentwicklungen,
– Wirtschaftlichkeitssteigerung durch organisatorische Veränderungen,
– Wahrnehmung von Aufgaben durch Dritte.

Diese Veränderungen betreffen sowohl die Amtsleistungen als auch die Marktleistungen der VKV und haben das Ziel, den Zuschussbedarf für die VKV und die Kosten der Leistungen für den Bürger zu senken. Einige Maßnahmen bedürfen noch der Abstimmung mit anderen Stellen.

Die Produkte entwickeln sich in den Haushaltsjahren 2002 und 2003, bezogen auf das Basisjahr 2000, wie folgt (in Mio. EUR):

	2000[1])			2001[1])			2002[1])			2003[1])		
	Kosten	Erlöse	Deckungsgrad (Erlöse/Kosten)	Kosten	Erlöse	Deckungsgrad (Erlöse/Kosten)	Kosten	Erlöse	Deckungsgrad (Erlöse/Kosten)	Kosten	Erlöse	Deckungsgrad (Erlöse/Kosten)
1 Liegenschaftskataster[2])												
1.1 Anfertigung von Vermessungsunterlagen[2])	6,3	8,1	1,29	6,5	8,0	1,25	6,4	8,1	1,27	6,1	8,2	1,34
1.2 Ausführung und Auswertung von Liegenschaftsvermessungen[2])	30,4	36,6	1,20	31,2	36,8	1,18	30,7	36,3	1,18	29,6	37,1	1,25
1.3 Übernahme[2])	13,8	14,9	1,08	14,3	15,2	1,06	13,9	14,8	1,06	13,4	15,1	1,12
1.4 Nutzungen, öffentl.-rechtliche Festlegungen, Übereinstimmung mit anderen Nachweisen[3])	6,0	—	—	5,8	—	—	6,2	—	—	6,0	—	—
1.5 Erneuerung und Bereinigung des Liegenschaftskatasters[3])	31,2	—	—	36,5	—	—	39,0	—	—	39,0	—	—
1.6 Benutzung des Liegenschaftskatasters[2])	12,3	11,8	0,96	11,8	13,3	1,13	12,4	11,8	0,95	12,1	12,1	1,00
2 Bodenordnung[2])	2,9	3,7	1,26	3,0	3,0	0,99	2,9	3,6	1,24	2,9	3,7	1,26
3 Wertermittlung												
3.1 Kaufpreissammlung und Markttransparenz[3])	5,8	—	—	6,1	—	—	6,0	—	—	5,8	—	—
3.2 Gutachten und Auskünfte[2])	7,0	5,8	0,83	6,6	5,5	0,83	7,1	5,8	0,82	6,9	5,9	0,85
4 Landesvermessung[3])	8,1	—	—	8,4	—	—	8,3	—	—	8,3	—	—
5 Produkte der Dez. 207 der Bezirksregierungen[3])	6,6	—	—	6,9	—	—	6,9	—	—	6,9	—	—
	130,3	80,8		137,0	81,8		139,8	80,4		137,2	82,1	
Kosten minus Erlöse	49,5			55,2			59,4			55,1		

[1]) Personalkosten 2000 und 2001 auf der Basis der Durchschnittssätze für Haushaltsaufstellung 2001, Personalkosten 2002 und 2003 auf Basis der feststehenden Erhöhungen ermittelt.
[2]) Die Marktleistungen sind gegenseitig austauschbar.
[3]) Kapazitäten der Amtsleistungen dürfen nur in besonderen Ausnahmefällen für Marktleistungen eingesetzt werden.

Die Zahlenangaben zur Entwicklung der Produkte 2002 und 2003 basieren auf der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) 2000.

Die Budgetansätze enthalten Einnahmen und Ausgaben, während die Erläuterungen zu den Produkten auf Kosten und Erlösen basieren, wie sie in der KLR ermittelt werden. Kosten und Erlöse umfassen u. a. auch haushaltsmäßig nicht gebuchte Ansätze wie beispielsweise Mieten für landeseigene Gebäude und Leistungen bei Gebührenbefreiungen. Die Kosten und Erlöse geben somit die wirtschaftliche Leistungsbilanz der VKV umfassend wieder.

Die KLR der VKV ist vom Grundsatz her eine Vollkostenrechnung. Z. Z. werden aber einige Kostenanteile (z. B. Entwicklungskosten IuK, Risikokosten, überbehördliche Leistungsverrechnungen BezReg. und MI ...) nicht auf die Produkte umgelegt. Deshalb geht die Planung von einem Deckungsgrad (Erlöse dividiert durch Kosten) von 1,05 bis 1,10 als Ziel aus.

Maßnahmen in den Haushaltsjahren 2002 und 2003

Das Budget geht davon aus, dass die Leistungsmengen 2000 für die Marktleistungen um 2 % zurückgehen.

Bei den Produkten sind – als Teil des langjährigen Zielkonzepts der VKV – folgende Maßnahmen vorgesehen:

– Kundenorientierter Aufbau eines „GIS-Service für Basisinformation“ der VKV wird erweitert,
– Vergabe von Digitalisierungen für die ALK in Höhe von rd. 3 Mio. EUR (Kosten sind enthalten),
– Steigerung der Wirtschaftlichkeit bei der Aufgabenerledigung im Jahre 2003.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 18					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		77.400.000	76.400.000	77.552.752	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		77.400.000	76.400.000	77.552.752	
		4 Personalausgaben	—	104.168.000	104.777.000	101.785.227	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— 3.068.000 3.067.751	19.429.000	18.910.000	19.054.826	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	15.000	15.000	12.578	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.397.000	1.247.000	997.019	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.700.000	3.700.000	3.855.754	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 3.068.000 3.067.751	128.709.000	128.649.000	125.705.404	
		Zuschuss		51.309.000	52.249.000	48.152.652	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		9.918.000	9.559.000	8.825.920	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		138.627.000	138.208.000	134.531.324	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		61.227.000	61.808.000	56.978.572	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0319 Vermessungs- und Katasterverwaltung - nicht budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 10-6	421	Einnahmen von Bauwerkseinmessungen, die von Öffentlich bestellten Ingenieuren ausgeführt werden * *Vgl. K-Vermerk zu 547 10.*		25.000	25.000	—	—
119 14-9	421	Einnahmen von Bauwerkseinmessungen, die von Öffentlich bestellten Ingenieuren ausgeführt werden * *Vgl. K-Vermerk zu 538 01.*		—	—	81.807	9
232 10-7	421	Zuweisungen zur Erledigung der Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungs-verwaltungen der Länder (AdV) * *Vgl. K-Vermerk zu 547 11.*		258.000	258.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				77.563	
		A U S G A B E N					
422 31-3	421	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei-stellung bei Personalüberhang	—	541.000	762.000	956.116	1.261
538 01-0	421	Erstattung der Kosten für Bauwerksein-messungen an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 85,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 14.*	—	—	—	69.536	8
542 01-7	421	Umsatzsteuer ****Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der vom Land zu entrichtenden Umsatz-steuer aus Einnahmen bei 03 18 - 119 51*	—	—	—	5.772.485	5.668
546 12-8	421	Umsatzsteuer ****Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der vom Land zu entrichtenden Umsatz-steuer aus Einnahmen bei 03 18 - 119 10*	—	5.958.000	5.840.000	—	—
547 02-7	421	Ausgaben in Verbindung mit der Arbeitsge-meinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) * *Übertragbar.*	—	—	—	77.563	—
547 10-8	421	Erstattung der Kosten für Bauwerksein-messungen an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 85,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 10.*	—	22.000	22.000	—	—
547 11-6	421	Ausgaben in Verbindung mit der Arbeitsge-meinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 10.*	—	258.000	258.000	—	—
981 01-0	990	Abführungen an 13 50 - 381 03 ****Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der bei 03 18 - 119 51 enthaltenen Versorgungszuschläge für Beamte*	—	—	—	—	4.812
981 10-0	990	Abführungen an 13 50 - 381 03 ****Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der bei 03 18 - 119 10 enthaltenen Versorgungszuschläge für Beamte*	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 19 – allgemein

Nicht budgetierte Einnahmen und Ausgaben der 4 Dezernate für Vermessungs- und Katasterangelegenheiten bei den Bezirksregierungen und der 24 Vermessungs- und Katasterbehörden in der Ortsstufe (vgl. Kapitel 03 18).

Zu 119 10

Einnahmen für Bauwerkseinmessungen in Fällen des § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster vom 2. 7. 1985 (Nieders. GVBl. S. 187), die von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren/-innen ausgeführt werden.

Vgl. 547 10.

Zu 232 10

Beiträge der Länder zur Finanzierung gemeinsamer Projekte im Rahmen bestehender Verwaltungsvereinbarungen.

Vgl. 547 11.

Zu 422 31

In den Ansätzen sind auch die Zahlungen für Dienstbezüge und Leistungen an Bedienstete des Landesbetriebes LGN (Kapitel 03 17) enthalten, die von der sog. „58er-Regelung“ Gebrauch gemacht haben.

Zu 546 12

Für die Buchung der vom Land zu entrichtenden Umsatzsteuer.

Mehr infolge höherer umsatzsteuerpflichtiger Einnahmen im Kapitel 03 18.

Zu 547 10

Erstattung von Kosten für Bauwerkseinmessungen an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure/-innen in Fällen des § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster vom 2. 7. 1985 (Nieders. GVBl. S. 187).

Vgl. 119 10.

Zu 547 11

Im Ansatz sind auch die Kosten für die Geschäftsstelle der AdV enthalten, die beim Landesbetrieb LGN (Kap. 03 17) eingerichtet ist.

Vgl. 232 10.

Zu 981 10

In den Gebühren und Entgelten, die die Vermessungs- und Katasterverwaltung (VuKV) für Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamte/-innen enthalten. Der abzuführende Anteil aus diesen Einnahmen, die bei Kap. 03 18 Titel 119 10 nachgewiesen werden, beträgt 7 v. H.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0319 Vermessungs- und Katasterverwaltung - nicht budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 19					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		25.000	25.000	81.807	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		258.000	258.000	77.563	
		Summe der Einnahmen		283.000	283.000	159.370	
		4 Personalausgaben	—	541.000	762.000	956.116	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.238.000	6.120.000	5.919.584	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	6.779.000	6.882.000	6.875.700	
		Zuschuss		6.496.000	6.599.000	6.716.330	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		200.000	270.000	309.689	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		6.979.000	7.152.000	7.185.389	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		6.696.000	6.869.000	7.026.019	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0320 Landespolizei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-6	042	Gebühren und tarifliche Entgelte		3.068.000	3.068.000	3.067.751	2.866
112 01-2	042	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		4.985.000	4.985.000	4.985.096	4.068
119 01-7	042	Vermischte Einnahmen		772.000	772.000	—	—
119 02-5	042	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	4.090	—
119 06-8	042	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	20.247	31
119 21-1	042	Einnahmen aus dem Verpflegungswesen		—	—	112.484	117
119 25-4	042	Einnahmen für die Verpflegung zur Selbstbewirtschaftung * *Vgl. K-Vermerk zu 514 13.* ***Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Erstattungen auch nach Schluß des Hj. durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.*		500.000	500.000	347.014	490
119 41-6	042	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	51.129	51
119 45-9	042	Umsatzsteuerrückzahlungen aus Vorjahren		—	—	511	—
119 46-7	042	Ersatzleistungen * *Vgl. K-Vermerk zu 811 01.*		1.380.000	1.380.000	1.380.488	1.034
119 51-3	042	Vermischte Einnahmen		—	—	460.163	556
124 01-0	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		800.000	800.000	815.511	737
124 02-9	042	Pachten für Polizeikantinen		—	—	5.113	7
124 10-0	042	Pachten für Polizeikantinen * *Vgl. K-Vermerk zu 514 13.*		10.000	10.000	—	—
132 01-3	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		346.000	346.000	409.034	468
132 02-1	042	Erlöse aus der Veräußerung gebraucht erworbener Kraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 07.*		—	—	—	0
132 03-0	042	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	—	2.556	5
132 10-2	042	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen ****Vgl. K-Vermerk zu 81101*		500.000	500.000	—	—
132 11-0	042	Erlöse aus der Veräußerung gebraucht erworbener Kraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 12.*		—	—	—	—
132 65-0	042	Verkaufserlöse aus dem Bekleidungswesen		100.000	100.000	102.258	51
231 01-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		—	—	5.113	2
231 10-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		5.000	5.000	—	—
232 01-8	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		—	—	204.517	30
232 10-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		205.000	205.000	—	—
233 10-3	042	Zuweisungen von Gemeinden * *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		—	—	—	—
235 10-6	042	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	145
235 11-4	042	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Schwerbehinderte		50.000	50.000	—	—
272 67-2	042	Erstattung durch die EU für fachbezogene grenzüberschreitende Aus-und Fortbildung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	—
282 02-3	042	Zuschüsse der Hauptfürsorgestelle		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Zur Landespolizei gehören:

a) Der Polizeiverwaltungsdienst,
b) die Schutzpolizei,
c) die Kriminalpolizei.

Die Landespolizei hat folgende Polizeibehörden und polizeiliche Einrichtungen:

I. **Polizeibehörden**

a) Die Bezirksregierungen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems,
b) die Polizeidirektionen Braunschweig und Hannover,
– Zu a) und b):
Hierzu zählen auch die unselbstständigen Dienststellen, die den Polizeibehörden nachgeordnet sind –,
c) das Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover.

II. **Polizeiliche Einrichtungen**

a) Die Landesbereitschaftspolizei mit der Direktion und der I. BPA in Hannover, der II. BPA in Braunschweig, Lüneburg und Göttingen sowie der III. BPA in Oldenburg und Osnabrück,
b) das Bildungsinstitut der Polizei,
c) das Polizeiamt für Technik und Beschaffung Niedersachsen.

Zu 03 20 allgemein:

Für das bei den BezReg. tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (Ausgaben der Titelgruppen) sowie die
c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Gebühren und tarifliche Entgelte" (Titel 111 01) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten" (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

In den Haushaltsansätzen bei den Titeln 514 01, 527 10 und bei den Titelgruppen 64, 65, 67 und 68 sind auch die Sonderkosten für Polizeibeamte/-innen enthalten, die dem Innenministerium und dem Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz angehören (vgl. allgemeine Vermerke zu den Kapiteln 03 01 und 03 90).

In den Haushaltsansätzen bei den Titeln 514 01 und bei den Titelgruppen 64, 65 und 68 sind auch die Sonderkosten für Polizeibeamte/-innen enthalten, die dem Fachbereich Polizei der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege angehören (vgl. allgemeinen Vermerk zu dem Kapitel 03 04).

Dies gilt auch für Titel 511 01 und TGr. 69/70, soweit Polizei- und Verwaltungsbeamte/-innen an das FeSo-Netz der Polizei angeschlossen sind.

Die Mittel und Stellen für die bisherige polizeiliche Einrichtung – Fachbereich Polizei der FHS – sind seit 2001 nach Kapitel 03 04 verlagert.

Vgl. Kapitel 03 04.

Zu 112 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Verwarnungsgelder	4 975	4 975
2. Geldstrafen und -bußen	10	10
Zusammen	4 985	4 985

Zu 119 25

Erhebung von Verpflegungskosten von Teilnehmern/-innen an der Gemeinschaftsverpflegung.

Vgl. 514 13.

Zu 119 46

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Schadenersatzleistungen aus dem Kraftfahrbetrieb	1 120	1 120
2. Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen bei Verlusten und Beschädigungen an Dienstkleidung und Ausrüstung	10	10
3. Sonstige Schadenersatzleistungen	250	250
Zusammen	1 380	1 380

Vgl. 811 01.

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	320	320
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	450	450
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	30	30
Zusammen	800	800

Zu 124 10

Vgl. 514 13.

Zu 132 01

Mehr durch den Verkauf auszusondernder Polizeipistolen.

Zu 132 10

Vgl. 811 01.

Zu 132 11

Vgl. 811 12.

Zu 231 10

Anteilige Kosten für die Mitbenutzung der Datenverarbeitungsanlagen und Übertragungswege.

Zu 232 10

Erstattung von Einsatzkosten u. a.

Zu 233 10

Für Beschäftigungsförderungsmaßnahmen von Kommunen.

Vgl. 427 10.

Zu 235 10

Für Arbeitsentgeltzuschüsse von Arbeitsämtern.

Zu 243 01

Seit 1999 werden die von den Gebietskörperschaften von ihren Gesamteinnahmen aus rechtskräftigen Bußgeldbescheiden auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts an die Landeskasse abzuführenden Beträge bei der Bemessung der Zuweisung für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises berücksichtigt.

Infolgedessen entfiel hier die Vereinnahmung ab 2000.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
282 11-2	042	Zuschüsse der Hauptfürsorgestelle * *Vgl. K-Vermerk zu 427 02.*		—	—	—	—
282 68-6	042	Zweckgebundene Spenden * *Vgl. K-Vermerk zu 546 68.*		—	—	—	1
286 67-3	042	Erstattung durch die EU für fachbezogene grenzüberschreitende Aus-und Fortbildung		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Heilfürsorge**		(5.671.000)	(5.859.000)	(5.920.760)	(6.276)
119 64-5	042	Einnahmen aus der Eigenbeteiligung an der Heilfürsorge		5.671.000	5.859.000	5.920.760	6.276
TGr. 72		**Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72*		(—)	(—)	(—)	(98)
119 72-6	042	Vermischte Einnahmen		—	—	—	38
132 72-2	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
232 72-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		—	—	—	—
272 72-9	042	Zuschüsse der EU für ein länderübergreifendes Kooperationsprojekt		—	—	—	—
286 72-0	042	Zuschüsse der EU für ein länderübergreifendes Kooperationsprojekt		—	—	—	60
TGr. 75		**Gefangenenwesen**		(560.000)	(560.000)	(219.856)	(409)
232 75-1	042	Erstattungen v. Ländern für die Abschiebung von Ausländern		110.000	110.000	—	—
281 75-2	042	Sonstige Erstattungen für die Abschiebung von Ausländern		450.000	450.000	219.856	409
TGr. 86		**Einnahmen der Polizeiinspektion Salzgitter** ****vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86*		(—)	(—)	(—)	(0)
119 86-6	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	0
132 86-2	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 87		**Einnahmen der Polizeidirektion Braunschweig** ****vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87*		(—)	(—)	(—)	(6)
119 87-4	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	0
132 87-0	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	6
TGr. 88		**Einnahmen der Polizeiinspektion Delmenhorst** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 88*		(—)	(—)	(—)	(18)
119 88-2	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	18
132 88-9	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 89		**Einnahmen der Polizeiinspektion Cloppenburg** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 89*		(—)	(—)	(—)	(0)
119 89-0	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	0
132 89-7	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 90		**Einnahmen der Polizeiinspektion Celle** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 90-4	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 72

Vgl. Ausgabetitelgruppe 72.

Zu 272 72

Zuschüsse der EU zur Durchführung eines „Operativen Analyseprojektes zur Internationalen Schleusungskriminalität“.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0320 Landespolizei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
132 90-0	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 91		**Einnahmen der Polizeiinspektion Goslar** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91*		(—)	(—)	(—)	(0)
119 91-2	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	0
132 91-9	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 92		**Einnahmen der Polizeiinspektion Hameln** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 92-0	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 92-7	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 93		**Einnahmen der Polizeiinspektion Holzminden** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 93*		(—)	(—)	(—)	(4)
119 93-9	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	4
132 93-5	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	1
TGr. 94		**Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Weser-Ems** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 94*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 94-7	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 94-3	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 95		**Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Braunschweig** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 95-5	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 95-1	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 96		**Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Hannover** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 96*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 96-3	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 96-0	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
TGr. 97		**Expo 2000** ****Vgl. K-Vermerk bei Ausgabetitelgruppe 97*		(—)	(—)	(—)	(—)
111 97-0	042	Verwaltungsgebühren		—	—	—	—
112 97-7	042	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	—
119 97-1	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 97-8	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
282 97-0	042	Zuschüsse zu Beschäftigungsentgelten		—	—	—	—
286 97-5	042	Zuschüsse für fachbezogene Aus- und Fortbildung		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				394.972	
		A U S G A B E N					
422 01-1	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	762.171.000	756.245.000	722.784.342	624.466

Zu 422 01, 425 01, 425 10, 426 01 und 426 10

Das Beschäftigungsvolumen beträgt im Haushaltsjahr 2002 20 754,90 und im Haushaltsjahr 2003 20 790,90 Vollzeiteinheiten (VZE). Davon sind in 2002 312 VZE und in 2003 382 VZE gesperrt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
20 790,90***)	20 754,90**)	20 714,00*)	20 425,11

*) 234 VZE waren im Jahr 2001 gesperrt,
**) 312 VZE sind in 2002 gesperrt,
***) 382 VZE sind in 2003 gesperrt.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	59,00	80,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	59,00	80,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	23,00	39,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	0,10
Summe Abgänge	23,00	39,10
Bleibt Zugang	36,00	40,90

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	17 382,00	17 382,00	—	17 755
Angestellte	2 388,90	2 388,90	—	2 408
Lohnempfänger/-innen	1 020,00	950,00	70,00	1 046
Insgesamt	20 790,90	20 720,90	70,00	21 209

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	17 323,00	17 323,00	—	17 696
Angestellte	2 390,90	2 390,90	—	2 410
Lohnempfänger/-innen	1 041,00	971,00	70,00	1 067
Insgesamt	20 754,90	20 684,90	70,00	21 173

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	762 171	756 245

Es sind veranschlagt:

Aufwandsentschädigungen:

Lehrzulagen*)

a) für 3 (3) Stelleninhaber/-innen – je 768 EUR –	mtl. 64 EUR	2 304 EUR
b) für 297 (297) Stelleninhaber/-innen – je 576 EUR –	mtl. 48 EUR	171 072 EUR
c) für 13 (13) Stelleninhaber/-innen – je 192 EUR –	mtl. 16 EUR	2 496 EUR
	Zusammen	175 872 EUR
	gerundet	176 000 EUR

*) Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. 1 Nr. 4 der LehrzRL v. 25. 3. 1998 – VORIS 20444 00 00 00 002 – in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Noch zu 422 01, 425 01, 425 10, 426 01 und 426 10

Besondere Zulagen:

1. Stellenzulagen:

a) Polizeizulage*)	30 266 000 EUR
b) Zulage für fliegendes Personal**)	144 000 EUR
c) Zulage für Nachprüfer von Luftfahrtgerät***)	4 000 EUR
d) Zulage für den Marinebereich****)	15 000 EUR

*) gem. Nr. 9 der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.
**) gem. Nr. 6 der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.
***) gem. Nr. 6a der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.
****) gem. Nr. 9a der Anl. I zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.

2. Erschwerniszulagen:

a) Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten einschließlich der Gewährung der Zulagen nach § 4 MuSchV*)	10 000 000 EUR
b) Zulage für besondere polizeiliche Einsätze**)	646 000 EUR
c) Taucherzulage***)	1 000 EUR
d) EDV-Zulage****)	13 000 EUR
e) Wechselschicht- und Schichtzulagen*****)	4 090 000 EUR
f) Zulage für fliegendes Personal******)	103 000 EUR

*) gem. §§ 3 bis 6 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.
**) gem. § 22 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.
***) gem. §§ 7 bis 9 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.
****) gem. § 4 ZulTVe in der jeweils geltenden Fassung.
*****) gem. § 20 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.
******) gem. § 22a EZulV in der jeweils geltenden Fassung.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel enthalten für 122 (122) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen – davon 104 (104) Kräfte im Reinigungsdienst –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Haushaltsmittel für 140 (140) stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 123 (123) Kräfte im Reinigungsdienst.

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	762 171	756 245
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	30 695	26 084
43	Versorgungsbezüge	243 981	230 470
44	Beihilfen, Unterstützungen	22 223	23 586
45	Personalbezogene Sachausgaben	1 790	1 790
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	5 567	–756
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 066 427	1 037 419

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
422 04-6	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	21.230.000	17.821.000	15.692.877	14.831
422 06-2	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	599.000	599.000	599.234	630
422 19-4	042	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	042	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	85.675
425 04-5	042	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	53.000	53.000	53.072	32
425 06-1	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	97.000	97.000	96.839	70
425 10-0	042	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	22
426 01-7	042	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	33.453
426 04-1	042	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	191.000	191.000	191.070	98
426 06-8	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	25.000	25.000	24.593	30
426 10-6	042	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	482
427 01-3	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	163.000	163.000	163.255	166
427 02-1	042	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben durch die Hauptfürsorgestelle * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 11.*	—	—	—	—	—
427 10-2	042	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen kommunaler Arbeitsförderungsprogramme * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.*	—	—	—	—	31
427 39-0	042	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	163.000	163.000	245.216	163
453 01-4	042	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	511.000	511.000	511.292	1.377
459 03-9	042	Gebührenanteile und Pauschentschädigungen für Geschäftszimmeraufwand	—	—	—	—	18
511 01-4	042	Geschäftsbedarf	—	5.812.000	5.812.000	448.403	441
514 01-3	042	Haltung von Dienstfahrzeugen *** *Erstattungen dürfen auch nach Schluß des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	10.293.000	10.293.000	9.816.395	12.195
514 10-2	042	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	358.000	358.000	357.904	418
514 11-0	042	Haltung von Luftfahrzeugen	—	1.176.000	1.176.000	1.175.971	1.386
514 12-9	042	Kosten der unentgeltlichen Verpflegung *** *Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Dies gilt nur, soweit die Ausgaben Beköstigungsfonds zugeführt werden.* *Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	557.000	557.000	528.829	446
514 13-7	042	Kosten der entgeltlichen Verpflegung * *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 25 und 124 10.* ** *Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.* *Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	510.000	510.000	352.127	498
517 01-2	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	14.212.000	13.994.000	3.184.786	3.307

ERLÄUTERUNGEN

Zu 425 04

Für Auszubildende 5 (5)

Zu 426 04

Für Auszubildende 18 (18)

Zu 514 01

Die Kosten der Herrichtung – Aus- und Umbauten sowie Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände – von handelsüblich bezogenen Neufahrzeugen in Grundausführung zu Spezialfahrzeugen sind, wenn die Arbeiten in polizeieigenen Werkstätten durchgeführt werden, wie folgt nachzuweisen:

a) bei 811 01 die Beschaffungskosten für das Kfz in Grundausführung sowie alle Kosten für Gegenstände, die handelsüblich bezogen werden können,
b) bei 514 01 die Sachkosten für Gegenstände, die durch handwerkliche Arbeit in den Polizeiwerkstätten erstellt werden.

Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2003

Typ	Polizeilicher Einzel-dienst	PK BAB	LBPN Land	LBPN Bund	LKA	BIP NI	FHS	Gesamt 2003	Gesamt 2002	Mehr/ Weniger (–) als 2002
Pkw gebraucht	40	0	0	0	0	0	0	40	40	0
FuStw	1 684	165	23	144	106	11	3	2 136	2 126	10
VU-Kfz	144	0	0	0	0	0	0	144	144	0
Verk.-Überw.-Kfz	2	14	0	0	0	0	0	16	16	0
Gefangenen-Kfz	9	0	2	0	0	0	0	11	11	0
Kranken-Kfz	3	0	2	6	0	0	0	11	11	0
Fm-Instands.-Kfz	21	0	0	3	0	0	0	24	24	0
Tatort-Kfz	13	0	0	0	2	0	0	15	15	0
leichte Lkw	27	0	0	18	1	2	0	48	48	0
mittlere Lkw	24	0	5	28	0	1	0	58	58	0
MKW (Kombi)	269	13	0	24	2	5	2	315	300	15
mittlere Busse	35	0	5	89	0	8	0	137	142	–5
schwere Busse	2	0	0	12	0	4	1	19	19	0
Küchen-Kraftwagen	2	0	0	12	0	0	0	14	14	0
Wasserwerfer	0	0	6	9	0	0	0	15	15	0
Sonder-Kfz	10	0	20	64	13	0	0	107	107	0
Sonderanhänger	54	0	6	12	2	0	0	74	74	0
Küchenanhänger	5	0	0	0	0	0	0	5	6	0
Krafträder	87	34	0	58	2	0	0	181	181	0
Summe	2 431	226	69	479	128	31	6	3 370*)	3 350	20

*) Erhöhung des Kfz-Solls für OK-Dienststellen und Änderung des LEO-LEINE-Konzeptes auf Kleingruppenverlastung.

Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2002

Typ	Polizeilicher Einzel-dienst	PK BAB	LBPN Land	LBPN Bund	LKA	BIP NI	FHS	Gesamt 2002	Gesamt 2001	Mehr/ Weniger (–) als 2001
Pkw gebraucht	40	0	0	0	0	0	0	40	40	0
FuStw	1 678	165	23	144	102	11	3	2 126	2 108	18
VU-Kfz	144	0	0	0	0	0	0	144	144	0
Verk.-Überw.-Kfz	2	14	0	0	0	0	0	16	16	0
Gefangenen-Kfz	9	0	2	0	0	0	0	11	11	0
Kranken-Kfz	3	0	2	6	0	0	0	11	11	0
Fm-Instands.-Kfz	21	0	0	3	0	0	0	24	24	0
Tatort-Kfz	13	0	0	0	2	0	0	15	15	0
leichte Lkw	27	0	0	18	1	2	0	48	48	0
mittlere Lkw	24	0	5	28	0	1	0	58	58	0
MKW (Kombi)	254	13	0	24	2	5	2	300	285	15
mittlere Busse	40	0	5	89	0	8	0	142	147	–5
schwere Busse	2	0	0	12	0	4	1	19	19	0
Küchen-Kraftwagen	2	0	0	12	0	0	0	14	14	0
Wasserwerfer	0	0	6	9	0	0	0	15	15	0
Sonder-Kfz	10	0	20	64	13	0	0	107	107	0
Sonderanhänger	54	0	6	12	2	0	0	74	74	0
Küchenanhänger	5	0	0	0	0	0	0	5	5	0
Krafträder	87	34	0	58	2	0	0	181	181	0
Summe	2 415	226	69	479	124	31	6	3 350*)	3 322	28

*) Erhöhung des Kfz-Solls für OK- und Staatsschutzdienststellen und Änderung des LEO-LEINE-Konzeptes auf Kleingruppenverlastung.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 10

Bestand an Wasserfahrzeugen (2003)

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Küstenboote	5	5	5
Streckenboote	11	11	11
Hafenboote	8	8	8
Hilfsboote	15	15	15
Zusammen	39	39	39

Bestand an Wasserfahrzeugen (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Küstenboote	5	5	5
Streckenboote	11	11	11
Hafenboote	8	8	8
Hilfsboote	15	15	15
Zusammen	39	39	39

Zu 514 11

Für Grund- und Industrieüberholungen der Hubschrauber sowie Kosten für Ersatzteile, Kraft- und Schmierstoffe zur Aufrechterhaltung des Flugdienstes.

Im Falle der Inanspruchnahme von Hubschraubern durch den in Nr. 6.2 DA-PHuSt genannten Personenkreis findet ein Aufwandersatz nicht statt.

Bestand an Luftfahrzeugen (2003)

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Hubschrauber	6	6	6

Bestand an Luftfahrzeugen (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Hubschrauber	6	6	6

Zu 514 12

Der Tagesverpflegungssatz richtet sich nach den Verpflegungsbestimmungen PolNds. (RdErl. des MI vom 8. 6. 1977 – Nds. MBl. S. 613 – in der jeweils geltenden Fassung).

Zu 514 13

Kosten der Verpflegung für Beamte/-innen der LBPN, des BIP sowie für Lehrgangsteilnehmer/-innen ohne Trennungsgeld, die verpflichtet oder berechtigt sind, gegen Bezahlung an der Verpflegung teilzunehmen.

Verpflegungskosten für an der Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung teilnehmende Mittagsköstler und Küchenbedienstete.

Die anfallenden Beträge sind dem Beköstigungsfonds (Selbstbewirtschaftung) zuzuführen.

Vgl. 119 25 und 124 10.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 19-5	042	Reinigungskosten	—	—	—	4.379.317	5.088
517 59-4	042	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	4.832.271	5.655
518 01-9	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	12.843.000	12.813.000	12.358.947	13.027
518 02-7	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	100.000	100.000	—	—
519 01-5	042	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	478.000	478.000	—	—
519 02-3	042	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	464.611	555
519 03-1	042	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	13.191	14
526 01-1	042	Sachverständige	—	3.934.000	3.934.000	3.934.391	4.889
526 02-0	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 59-3	042	Sachverständige und ähnliche Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	—	—	—	—
527 01-8	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	718.000	718.000	680.274	740
527 02-6	042	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	15.000	15.000	14.879	28
527 10-7	042	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte und Fahndungskosten	—	358.000	358.000	496.464	574
529 10-0	042	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
531 01-5	042	Veröffentlichungen	—	—	—	39.216	38
531 10-4	042	Veröffentlichungen	—	39.000	39.000	—	—
532 01-1	042	Unterkunftsgerät und Spinnstoffe	—	—	—	142.344	142
532 11-9	042	Zeugenentschädigungen	—	57.000	57.000	—	—
536 10-6	042	Auslobungen und Belohnungen	—	5.000	5.000	—	—
536 12-2	042	Zeugenentschädigungen	—	—	—	57.009	180
536 21-1	042	Auslobungen und Belohnungen	—	—	—	4.653	25
538 01-0	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	639.473	742
546 01-2	042	Vermischte Ausgaben	—	2.000	2.000	—	—
546 02-0	042	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-9	042	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	58.000	58.000	58.032	107
546 59-4	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	15
547 10-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	678.000	678.000	—	—
631 01-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
631 10-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 01-6	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder * *Übertragbar.*	—	—	—	2.351.943	2.466
632 10-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder * *Übertragbar.*	—	2.340.000	2.340.000	—	—
681 01-7	042	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 15000 DM zulässig.*	—	—	—	694.846	997

Zu 518 01

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE*) EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	6 795 700	—	—	6 795 700
2004	6 795 700	—	—	6 795 700
2005	6 741 000	—	—	6 741 000
ff.	40 845 400	—	—	40 845 400

*) teilweise in 1999, 2000 und 2001 üpl. bewilligt.

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE*) EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE**) EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	6 702 800	73 600	—	6 776 400
2003	6 702 800	92 900	—	6 795 700
2004	6 702 800	92 900	—	6 795 700
2005	6 648 100	92 900	—	6 741 000
ff.	40 009 700	835 700	—	40 845 400

*) teilweise in 1999 und 2000 üpl. bewilligt.
**) üpl. bewilligt.

Zu 527 10

a) Bewegungsgeld für Polizeivollzugsbeamte

Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 10. 9. 1999 – 22.2 – 03590 – VORIS 50 444 00 00 03 007 in der jeweils geltenden Fassung.

b) Pauschvergütung für Bedienstete der Landespolizei bei Leichenöffnungen.

Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 20. 8. 1998 – VORIS 20441 00 00 03 018.

Ausgenommen sind die bei TGr. 72 veranschlagten besonderen Fahndungskosten für Maßnahmen zur Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität.

Weniger infolge Verlagerung nach 547 72 für Maßnahmen zur Bekämpfung Politisch Motivierter Kriminalität.

Zu 532 11

Entschädigung von Personen, die von der Polizei als Zeugen/-innen herangezogen werden.

Zu 536 10

Belohnung für die Mitwirkung bei der Aufklärung von Straftaten oder bei der Fahndung nach Straftätern/Straftäterinnen.

Zu 547 10

u. a. Abschleppkosten für sichergestellte Fahrzeuge.

Zu 631 10

Anteilige Kosten für den Druck und Versand von Vorschriftenentwürfen sowie Beteiligung an den Aufwendungen für die Instandsetzung von Schießplätzen.

Zu 632 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Polizei-Führungsakademie Münster	617	617
2. Wasserschutzpolizeischule Hamburg	223	223
3. Anteilige Kosten für die wasserschutzpolizeiliche Überwachung auf der Elbe	1 485	1 485
4. Sonstige anteilige Kosten	10	10
5. Kosten für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung Mecklenburg-Vorpommerns im Umgliederungsgebiet Neuhaus	5	5
Zusammen	2 340	2 340

Die Anteile des Landes Niedersachsen sind nach den Verwaltungsabkommen zu tragen und werden nach den Jahresabschlüssen endgültig verrechnet.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 10-6	042	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 8000 EUR zulässig.*	—	695.000	695.000	—	—
685 01-2	042	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	614	1
811 01-8	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen ** Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um 25,0 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 46.* ****Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Erlöse bei 132 10 aus dem Verkauf von nicht den Aussonderungskriterien unterliegenden Fahrzeugen.*	4.100.000 4.100.000 3.579.043	9.300.000	7.400.000	7.720.507	7.099
811 02-6	042	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	—	6.136	1.438
811 03-4	042	Ankauf von Luftfahrzeugen	—	—	—	178.952	2.431
811 07-7	042	Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch ** Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 02.*	—	—	—	25.565	13
811 10-7	042	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	34.000	—	—
811 11-5	042	Erwerb von Luftfahrzeugen	—	243.000	232.000	—	—
811 12-3	042	Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch ** Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	26.000	26.000	—	—
812 15-4	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	486.000	419.000	204.517	87
812 19-7	042	Erwerb von Geräten für Kraftfahrzeugwerkstätten der Polizei und sonstigen besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	259.225	271
812 59-6	042	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
821 01-3	042	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	230.899	241
821 10-2	042	Erwerb von Grundstücken	—	211.000	221.000	—	—
981 02-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	276.000	276.000	276.098	276
981 03-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	30.170.000	30.170.000	30.006.238	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kriminaltechnisches Gerät und Dienstkraftfahrzeuge**	(—)	(3.210.000)	(3.420.000)	(1.636.134)	(1.579)
511 61-8	042	Geräte für Fachaufgaben	—	373.000	373.000	—	—
514 61-7	042	Verbrauchsmittel	—	1.099.000	1.099.000	—	—
811 61-1	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für die Spezialeinheiten	—	562.000	820.000	664.679	638
812 61-8	042	Erwerb von kriminaltechnischem Gerät	—	1.176.000	1.128.000	971.455	941
TGr. 62		**Sport**	(—)	(—)	(—)	(29.297)	(26)
527 62-0	042	Reisekostenvergütungen	—	—	—	7.260	6
541 62-2	042	Erwerb von Sportpreisen und Ehrenurkunden	—	—	—	2.556	3
547 62-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	5.113	5
685 62-4	042	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	1.023	1
812 62-6	042	Erwerb von Sportgerät	—	—	—	13.345	11

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

2003 entfallen auf:

	Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR		Gesamtpreis EUR
Ersatzbeschaffungen:					
271	Funkstreifenwagen bis zu je 2 000 ccm Hubraum	15 500	5 400	(1.1, 2.1, 3.1)	5 663 900
25	Funkstreifenwagen bis zu je 2 600 ccm Hubraum	18 000	6 200	(1.1, 2.1, 3.3)	605 000
5	Police-Pilot-Kraftwagen bis zu je 3 000 ccm Hubraum	19 500	4 200	(1.1, 2.1, 3.5)	118 500
43	Mannschaftswagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	21 100	6 900	(1.2, 2.2, 3.2)	1 204 000
31	Verkehrsunfallwagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	21 100	6 900	(1.2, 2.2, 3.2)	868 000
49	Motorräder bis zu je 650 ccm Hubraum	5 900	3 100	(1.3, 2.3, 3.4)	441 000
–	Mannschaftskraftwagen bis zu 50 Sitzplätze	210 900	17 600	(1.4, 2.4, 3.8)	—
3	Mannschaftskraftwagen bis zu je 22 Sitzplätze	66 600	17 600	(1.4, 2.4, 3.8)	252 600
–	Lastkraftwagen bis zu je 10 t Nutzlast	74 600	12 000	(1.4, 2.4, 3.6)	—
4	Lastkraftwagen bis zu je 4 t Nutzlast (einschl. Kripotatortwagen)	26 100	6 900	(1.4, 2.4, 3.2)	132 000
2	Anhänger bzw. Einsatzcontainer	4 900	2 600	(2.3, 3.7)	15 000
433		Summe			9 300 000

Sonderausstattungen:

1. **Funkvorbereitung**		2. **Sicherheitsausstattung**		3. **Einsatzausstattung**	
1.1	1 200 EUR	2.1	1 000 EUR	3.1	3 200 EUR
1.2	1 000 EUR	2.2	1 600 EUR	3.2	4 300 EUR
1.3	800 EUR	2.3	400 EUR	3.3	4 000 EUR
1.4	600 EUR	2.4	2 000 EUR	3.4	1 900 EUR
				3.5	2 000 EUR
				3.6	9 400 EUR
				3.7	2 200 EUR
				3.8	15 000 EUR

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2003 voraussichtlich folgende Fahrleistungen erbracht haben:

271	Funkstreifenwagen bis zu je 2000 ccm Hubraum	240 000 bis 290 000 km
25	Funkstreifenwagen bis zu je 2600 ccm Hubraum	230 000 bis 450 000 km
5	Police-Pilot-Kraftwagen	200 000 bis 250 000 km
28	leichte Mannschaftswagen	170 000 bis 230 000 km
31	Verkehrsunfallkraftwagen	170 000 bis 230 000 km
49	Motorräder	60 000 bis 90 000 km
4	leichte Lastkraftwagen	70 000 bis 190 000 km
8	mittlere Mannschaftskraftwagen*)	120 000 bis 220 000 km
2	Anhänger	keine km-Erfassung
423		

*) 5 ausgesonderte mittlere Mannschaftskraftwagen werden durch 15 leichte Mannschaftswagen ersetzt,
– Kleingruppenverlastung der LEO-Leine Einheiten –.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

2002 entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR		Gesamtpreis EUR
Ersatzbeschaffungen:				
212 Funkstreifenwagen bis zu je 2 000 ccm Hubraum	15 500	5 400	(1.1, 2.1, 3.1)	4 430 800
25 Funkstreifenwagen bis zu je 2 600 ccm Hubraum	18 000	6 200	(1.1, 2.1, 3.3)	605 000
3 Police-Pilot-Kraftwagen bis zu je 3 000 ccm Hubraum	19 500	4 200	(1.1, 2.1, 3.5)	71 100
37 Mannschaftswagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	21 100	6 900	(1.2, 2.2, 3.2)	1 036 000
25 Verkehrsunfallwagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	21 100	6 900	(1.2, 2.2, 3.2)	700 000
33 Motorräder bis zu je 650 ccm Hubraum	5 900	3 100	(1.3, 2.3, 3.4)	297 000
– Mannschaftskraftwagen bis zu 50 Sitzplätze	210 900	17 600	(1.4, 2.4, 3.8)	—
1 Mannschaftskraftwagen bis zu je 22 Sitzplätze	66 500	17 600	(1.4, 2.4, 3.8)	84 100
– Lastkraftwagen bis zu je 10 t Nutzlast	74 600	12 000	(1.4, 2.4, 3.6)	—
5 Lastkraftwagen bis zu je 4 t Nutzlast (einschl. Kripotatortwagen)	25 300	6 900	(1.4, 2.4, 3.2)	161 000
2 Anhänger bzw. Einsatzcontainer	4 900	2 600	(2.3, 3.7)	15 000
343	Summe			7 400 000

Sonderausstattungen:

1. **Funkvorbereitung**		2. **Sicherheitsausstattung**		3. **Einsatzausstattung**	
1.1	1 200 EUR	2.1	1 000 EUR	3.1	3 200 EUR
1.2	1 000 EUR	2.2	1 600 EUR	3.2	4 300 EUR
1.3	800 EUR	2.3	400 EUR	3.3	4 000 EUR
1.4	600 EUR	2.4	2 000 EUR	3.4	1 900 EUR
				3.5	2 000 EUR
				3.6	9 400 EUR
				3.7	2 200 EUR
				3.8	15 000 EUR

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2002 voraussichtlich folgende Fahrleistungen erbracht haben:

212 Funkstreifenwagen bis zu je 2000 ccm Hubraum	240 000 bis 290 000 km
25 Funkstreifenwagen bis zu je 2600 ccm Hubraum	230 000 bis 450 000 km
3 Police-Pilot-Kraftwagen	200 000 bis 250 000 km
22 leichte Mannschaftswagen	170 000 bis 230 000 km
25 Verkehrsunfallkraftwagen	170 000 bis 230 000 km
33 Motorräder	60 000 bis 90 000 km
5 leichte Lastkraftwagen	70 000 bis 190 000 km
6 mittlere Mannschaftskraftwagen*)	120 000 bis 220 000 km
2 Anhänger	keine km-Erfassung
333	

*) 5 ausgesonderte mittlere Mannschaftskraftwagen werden durch 15 leichte Mannschaftswagen ersetzt,
– Kleingruppenverlastung der LEO-Leine Einheiten –.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	4 100 000	—	4 100 000
2004	—	—	4 100 000	4 100 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	3 579 000	—	3 579 000
2003	—	—	4 100 000	4 100 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 Außenbordmotor	—	6
1 Seeradaranlage	—	14
1 Kreiselkompass	—	14
Zusammen	—	34

Zu 811 11

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Hauptersatzteile für Hubschrauber	243	232
Zusammen	243	232

Zu 811 12

Mittel für den Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch.

Vgl. 132 11.

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
10 Notstromaggregate	240	210
1 Drehmaschine	32	—
1 Klarinette	7	—
5 Mehrzweckarbeitsgeräte	130	—
1 Mehrzweckbühne	10	—
Gebäudebeschilderung	8	—
Dienstzimmerausstattung	18	16
1 Fräsmaschine	—	25
1 Schwenkbiegemaschine	—	17
1 Waldhorn	—	13
1 Zusammentrag-/Falzmaschine	—	64
3 Aktenvernichter	—	34
1 Kaffeeautomat	—	16
Ergänzungsbeschaffungen:		
1 Notstromaggregat	25	10
Kraftraumeinrichtung	16	14
Zusammen	486	419

Zu 821 10

Restkaufraten für den Ankauf eines bebauten Grundstücks.

Belastung

der Haushaltsjahre	Tsd. EUR
2002	221
2003	211

Zu 981 02

Abführung an Kapitel 13 21 Titel 381 22 (seit 1997 bis einschl. 20 11) zur Refinanzierung des Grundstocks für den Ankauf eines bebauten Grundstücks sowie (seit 1997 bis einschl. 2005) für den Erwerb von Teilflächen der Ohnacker-Kaserne.

Belastung

der Haushaltsjahre	Tsd. EUR
2002	276
2003	276
2004	276
2005	276
ff.	985

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Zu 811 61

2003 entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR		Gesamtpreis EUR
Ersatzbeschaffungen:				
18 Pkw bis zu je 3 500 ccm Hubraum	23 400	6 800	(1.1, 2.1, 3.1)	543 600
2 Motorräder	7 100	2 100	(1.2, 2.2, 3.2)	18 400
– Observations-Basis-Kw	31 300	6 200	(1.3, 2.3, 3.3)	—
20	Summe			562 000

Sonderausstattungen:

1. **Funkvorbereitung**		2. **Sicherheitsausstattung**		3. **Einsatzausstattung**	
1.1	2 600 EUR	2.1	1 000 EUR	3.1	3 200 EUR
1.2	1 000 EUR	2.2	700 EUR	3.2	400 EUR
1.3	800 EUR	2.3	800 EUR	3.3	4 600 EUR

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2003 voraussichtlich folgende Fahrleistungen (km) erbracht haben:

18 Pkw bis zu 3 500 ccm	240 000	bis	350 000 km
2 Motorräder	65 000	bis	90 000 km
20			

2002 entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR		Gesamtpreis EUR
Neubeschaffungen:				
8 Pkw bis zu je 3 500 ccm Hubraum	20 750	5 000	(1.1, 2.1, 3.1)	206 000
Ersatzbeschaffungen:				
20 Pkw bis zu je 3 500 ccm Hubraum	23 000	6 800	(1.1, 2.1, 3.1)	596 000
2 Motorräder	6 900	2 100	(1.2, 2.2, 3.2)	18 000
– Observations-Basis-Kw	31 300	6 200	(1.3, 2.3, 3.3)	–
30	Summe			820 000

Sonderausstattungen:

1. **Funkvorbereitung**		2. **Sicherheitsausstattung**		3. **Einsatzausstattung**	
1.1	2 600 EUR	2.1	1 000 EUR	3.1	3 200 EUR
1.2	1 000 EUR	2.2	700 EUR	3.2	400 EUR
1.3	800 EUR	2.3	800 EUR	3.3	4 600 EUR

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2002 voraussichtlich folgende Fahrleistungen (km) erbracht haben:

20 Pkw bis 3 500 ccm	240 000	bis	350 000 km
2 Motorräder	65 000	bis	90 000 km
22			

812 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
8 ED-Aufnahmestationen	198	198
4 Fach-Fotolaborgeräte	28	28
50 Spezial-Fotogerätesätze	84	84
2 Analytische Beweissicherungsgeräte	10	10
6 digitale Bildsendestationen	—	194
8 digitale Bildsendestationen	232	—
4 Tatortüberwachungsanlagen	39	39
4 Fingerabdruckscannerstationen	—	125
1 GC/MS Kriminalwissenschaftl. Gerät	—	87
1 Videoendoskop	19	—
1 Fingerspurenvergleichsgerät	35	—
Ergänzungsbeschaffungen:		
1 Urkundenuntersuchungsgerät	—	10
1 Spurenkamera mit Entwicklung	—	24
1 Chromatograf	—	80
1 Geschossfang für Funktionsbeschuss	—	6
1 Stereomikroskop	—	24
1 ICP-Spektrometer	—	197
1 Teleskop-Manipulatorstange	—	8
1 tragbares Röntgengerät	—	6
1 Untersuchungslaboreinrichtung	—	8
1 Pipetierstation	27	—
1 Vergleichsmikroskop	74	—
1 Densiometer	6	—
1 digitale Fotoanlage für Fingerspuren	66	—
1 Enzym-Immuni Assay	29	—
1 Infrarotmikroskop	147	—
1 Schuhspurenidentifizierung	125	—
1 digitale Videokomponenten	22	—
1 Thermo-Cycler	35	—
Zusammen	1 176	1 128

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Polizeimusikkorps**	(—)	(—)	(—)	(31.189)	(2)
525 63-5	042	Sachaufwand der Bediensteten	—	—	—	1.278	0
527 63-8	042	Reisekostenvergütungen	—	—	—	5.369	2
812 63-4	042	Erwerb von Musikinstrumenten	—	—	—	24.542	—
TGr. 64		**Heilfürsorge und Arbeitsschutz** * *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 511 64, 514 64 und 812 64.*	(—)	(22.417.000)	(23.788.000)	(23.621.583)	(25.088)
443 64-7	042	Heilbehandlungs-, Krankenhaus-, Zahnbehandlungs- und Kurkosten	—	22.223.000	23.586.000	23.567.846	25.069
511 64-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	94.000	94.000	—	—
514 64-1	042	Arzneimittel, Heilmittel u. ä. sowie Kleingeräte	—	81.000	81.000	—	—
812 64-2	042	Erwerb von ärztlichen Instrumenten	—	19.000	27.000	53.737	19
TGr. 65		**Bekleidung**	(2.556.000) (2.556.000) (—)	(4.350.000)	(4.350.000)	(555.979)	(67)
511 65-0	042	Bekleidungszuschüsse, sonstige Entschädigungen, Einkleidungsbeihilfen	—	402.000	402.000	—	—
514 65-0	042	Verbrauchsmittel	—	17.000	17.000	—	—
538 65-6	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	44.687	67
547 65-5	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	45.000	45.000	—	—
711 65-0	042	Bauausgaben	—	—	—	511.292	—
812 65-0	042	Erwerb von landeseigener Dienst- und Schutzkleidung	2.556.000 2.556.000 —	3.886.000	3.886.000	—	—
TGr. 66		**Dienstpferde und Diensthunde**	(—)	(356.000)	(355.000)	(324.875)	(338)
427 66-8	042	Beschäftigungsentgelte für Vertragstierärzte	—	—	—	—	—
534 66-9	042	Unterhaltungskosten für Dienstpferde und -hunde, Aufwandsentschädigung für die Pflege von Dienstpferden und -hunden	—	—	—	324.875	338
547 66-3	042	Unterhaltungskosten für Dienstpferde und -hunde, Aufwandsentschädigung für die Pflege von Dienstpferden und -hunden	—	325.000	325.000	—	—
812 66-9	042	Ankauf von Dienstpferden	—	31.000	30.000	—	—
TGr. 67		**Aus- und Fortbildung / Nachwuchsgewinnung** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 67.*	(—)	(2.970.000)	(3.185.000)	(2.314.311)	(2.160)
427 67-6	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	167.000	167.000	167.499	110
453 67-7	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.122.000	1.122.000	1.121.877	422
525 67-8	042	Sachaufwand der Bediensteten einschl. Reisekostenvergütungen	—	804.000	804.000	650.363	1.051
538 67-2	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	148.786	461
547 67-1	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	590.000	832.000	—	9
631 67-2	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	159.000	159.000	158.500	52
632 67-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	67.000	67.000	67.286	54

Zu Titelgruppe 64

812 64

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
1 Nyktometer	—	5
2 Sehtestgeräte	—	14
1 Sterilisator	7	—
1 Perimeter	—	8
1 Hämatologie-Automat	12	—
Zusammen	19	27

Zu Titelgruppe 65

511 65

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Bekleidungszuschüsse für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst und Angestellte je 14 EUR mtl., jährlich 168 EUR	258	258
2. Einkleidungsbeihilfen für im Personenschutz verwendete Polizeivollzugsbeamte/-innen je 256 EUR	1	1
3. Beschaffung von Dienstkleidung	143	143
Zusammen	402	402

Zu 1. und 2.:

Zur Abgeltung der durch die Besonderheiten des Dienstes bedingten erhöhten Abnutzung der Bekleidung erhalten Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst und Angestellte, die eine vergleichbare Tätigkeit wahrnehmen, einen Bekleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von mtl. 14 EUR.
Polizeivollzugsbeamte/-innen, die ständig im Personenschutz verwendet werden und in Wahrnehmung dieser Aufgabe bei besonderen Anlässen Gesellschaftskleidung tragen müssen, erhalten auf Antrag eine steuerfreie Einkleidungsbehilfe von 256 EUR (RdErl. d. MI vom 7. 12. 1999 – 22. 2. – 03590 – VORIS 20 444 00 00 03 008).

514 65

Materialkosten der Instandsetzung in eigenen Werkstätten.

547 65

Kosten der Instandsetzung durch Dritte.

812 65

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatz und Ergänzung der Dienst- und Schutzkleidung	3 886	3 886

Gem. § 224 Abs. 1 NBG erhalten Polizeivollzugsbeamte/-innen Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordert. Als Folge dieses Rechtsanspruchs entsteht ein zwangsläufiger Ausgabebedarf für die Ersteinkleidung der Dienstanfänger/-innen, sowie für die notwendigen Ersatzbeschaffungen von Bekleidung und Ausrüstung.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	2 556 000	—	2 556 000
2004	—	—	2 556 000	2 556 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 556 000	—	2 556 000
2003	—	—	2 556 000	2 556 000

Zu Titelgruppe 66

547 66

Bei Vorliegen der Voraussetzungen werden Aufwandsentschädigungen für die Pflege oder Haltung gewährt

a) eines Dienstpferdes mtl. 13 EUR
b) eines Diensthundes mtl. 66 EUR
c) eines ausgemusterten Diensthundes mtl. 51 EUR

gem. RdErl. des MI vom 20. 8. 1998 – VORIS 20441 00 00 03 018 – in der jeweils geltenden Fassung.

812 66

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Für den Ankauf von Dienstpferden als Ersatz für auszumusternde Dienstpferde	31	30

Zu Titelgruppe 67

427 67

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Lehrvergütungen	156	156
2. Prüfungsvergütungen	5	5
3. Beschäftigungsentgelte	6	6
Zusammen	167	167

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 – VORIS 20444 00 00 002 –, in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.:

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Höhe der veranschlagten Entschädigungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.

Zu 1./2.:

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

547 67

Die Aufstiegsbewerber/-innen für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst werden durch die Gesellschaft für Personalwesen unter einheitlichen Bedingungen einer Eignungsprüfung unterzogen.

Mehr aufgrund erhöhten Werbeaufwandes im Zusammenhang mit der temporären Bereitstellung von Anwärterstellen.

631 67

Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten des Bundes.

632 67

Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten der anderen Länder. Es liegt eine angenommene durchschnittliche Lehrgangsteilnehmerzahl von 45 (45) Beamten/-innen zugrunde.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 67-7	042	Erwerb von Lehr- und Ausbildungsgeräten	—	61.000	34.000	—	—
TGr. 68		**Waffen, Munition und technisches Gerät**	(153.000) (2.187.000) (6.135.503)	(4.857.000)	(3.774.000)	(1.278.230)	(1.455)
511 68-5	042	Geräte für Fachaufgaben	—	562.000	562.000	—	—
514 68-4	042	Munition und Verbrauchsmaterial	—	716.000	716.000	—	—
518 68-0	042	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
541 68-1	042	Erwerb von Schießpreisen	—	—	—	—	0
546 68-3	042	Verwendung zweckgebundener Spenden * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 68.*	—	—	—	—	—
547 68-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 68-5	042	Erwerb von Waffen und technischem Gerät	153.000 2.187.000 6.135.503	3.579.000	2.496.000	1.278.230	1.455
TGr. 69/70		**Fernmeldewesen**	(2.556.000) (2.056.000) (2.556.459)	(10.952.000)	(6.846.000)	(5.641.544)	(8.613)
511 69-3	042	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	821.000	821.000	—	—
511 70-7	042	Ersatz, Ergänzung und Erstbeschaffung der Fernmeldeanlagen * *Übertragbar.*	—	389.000	389.000	—	—
514 69-2	042	Verbrauchsmittel	—	214.000	214.000	—	—
538 69-9	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	171.181	369
547 69-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	172.000	252.000	767	—
631 69-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
812 69-3	042	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	2.556.000 2.056.000 2.556.459	9.356.000	5.170.000	5.469.596	8.244
TGr. 71		**Verkehrsaufklärung und -erziehung**	(—)	(—)	(—)	(36.455)	(18)
511 71-5	042	Geschäftsbedarf	—	—	—	5.215	11
538 71-0	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	7.209	1
547 71-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	24.031	6
812 71-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und -Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität** ****Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen der Einnahmetitelgruppe 72.*	(—)	(1.056.000)	(1.056.000)	(684.109)	(765)
511 72-3	042	Geräte für Fachaufgaben	—	149.000	149.000	—	—
547 72-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	907.000	907.000	684.109	741
632 72-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 72-7	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	4
812 72-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	20
TGr. 73		**Bewerberinformation und Nachwuchsauswahl**	(—)	(—)	(—)	(84.312)	(136)
511 73-1	042	Geschäftsbedarf	—	—	—	14.879	27

812 67

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ergänzungsbeschaffungen:		
Medien- und Beamerausstattung	20	34
Reanimationssystem	11	—
Multimediale Lehrsaalausstattung	18	—
EDV-Ausstattung	12	—
Zusammen	61	34

Zu Titelgruppe 68

514 68

Mehr infolge Einführung von Deformationgeschossen.

812 68

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:		
1. Einsatzmittel	764	313
2. Technisches Gerät	571	230
3. Gerät für die Verkehrsüberwachung	710	419
4. Polizeipistolen	1 534	1 534
Zusammen	3 579	2 496

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 534 000	653 000	—	2 187 000
2004	1 534 000	—	153 000	1 687 000
2005	1 534 000	—	—	1 534 000
ff.	—	1 534 000	—	1 534 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 534 000	—	1 534 000
2003	—	1 534 000	653 000	2 187 000
2004	—	1 534 000	—	1 534 000
2005	—	1 534 000	—	1 534 000
ff.	—	—	1 534 000	1 534 000

Zu Titelgruppe 69/70

511 69 und 511 70

Unterhaltung des polizeieigenen Fernsprechnetzes und der Funkanlagen.

514 69

Für die Beschaffung von Fernschreib-, Fernkopierer-, Telebildpapier sowie Farb- und Magnetbändern u. a.

547 69

Wartung und Instandsetzung durch Dritte.

812 69

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Fernsprechanlagen	3 335	2 450
Intercomsysteme	1 293	12
Mess- und Prüfmittel	230	81
Telekommunikationsbetriebstische	155	133
Antennenanlagen	25	77
Mobiles Datenfunksystem	77	85
Sprechfunkgeräte	52	133
Funkzubringeranlagen	25	38
Sprechfunkversorgung/-netze	—	51
Einsatzleitrechner incl. FMS und FVS	615	728
Videoanlagen	51	150
Lautsprecheranlagen	46	12
Telebild Systeme	—	245
Telekommunikationsüberwachung	652	635
Spezialüberwachungstechnik	77	90
Digitale Richtfunkstrecken	76	62
Peil- und Ortungssysteme incl. GPS	90	60
Pilotierung Digitalfunk	—	128
Einführung Digitalfunk	2 557	—
Zusammen	9 356	5 170

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	2 056 000	—	2 056 000
2004	—	—	2 556 000	2 556 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 556 000	—	2 556 000
2003	—	—	2 056 000	2 056 000

Zu Titelgruppe 72

Mittel für operative Maßnahmen zur Intensivierung der Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität.

511 72

Beschaffung einsatztaktisch notwendiger Geräte für Fachaufgaben.

547 72

U. a. besondere Fahndungskosten für operative Maßnahmen und verdeckte Zeugenschutzmaßnahmen.

Im übrigen vgl. 527 10.

811 72

Beschaffung einsatztaktisch notwendiger neuer und gebrauchter Kraftfahrzeuge.

812 72

Beschaffung von einsatztaktisch notwendigen Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 73-7	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	19.838	99
547 73-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	49.595	10
812 73-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 74		**Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung**	(—)	(157.000)	(157.000)	(156.097)	(157)
427 74-9	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	1.000	1.000	511	—
519 74-0	042	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	1.000	1.000	818	3
531 74-0	042	Veröffentlichungen	—	7.000	7.000	6.749	1
538 74-5	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	6.340	2
547 74-4	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	33.000	33.000	26.638	46
632 74-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	115.000	115.000	115.041	105
TGr. 75		**Gefangenenwesen**	(—)	(1.276.000)	(1.276.000)	(1.540.727)	(1.508)
514 75-7	042	Verpflegung	—	19.000	19.000	—	—
536 75-0	042	Gefangenenvorführungs- und ähnliche Beförderungskosten	—	1.093.000	1.093.000	—	—
537 75-7	042	Gefangenenvorführungs- und ähnliche Beförderungskosten	—	—	—	1.377.318	1.278
538 75-3	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	716	1
547 75-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	—
632 75-0	042	Erstattungen an die Länder für die Abschiebung von Ausländern	—	163.000	163.000	162.693	229
TGr. 76		**Einrichtung und Ausstattung von Spezialdienststellen**	(—)	(369.000)	(369.000)	(368.130)	(359)
511 76-6	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
547 76-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
811 76-0	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	257.000	256.000	255.646	160
812 76-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	112.000	113.000	112.484	199
TGr. 80		**Feststellung von Alkohol im Blut und der Einnahme von Rauschgiften**	(—)	(2.805.000)	(2.805.000)	(2.706.524)	(2.909)
514 80-3	042	Verbrauchsmittel	—	98.000	98.000	—	—
538 80-0	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	2.706.524	2.909
547 80-9	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.707.000	2.707.000	—	—
631 80-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 80-6	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Kosten für Sondereinsätze der Polizei** ****Erstattungen der Kosten für Einsätze ausserhalb Niedersachsens sind im laufenden Haushaltsjahr durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	(—)	(8.240.000)	(8.240.000)	(1.239.883)	(756)
429 85-7	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	12
459 85-3	042	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 74

Durchführung von kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogrammen. Durch gezielte, auf den gleichen Tatbestand abgestimmte Maßnahmen aller Bundesländer zum gleichen Zeitpunkt soll eine größere Wirksamkeit erreicht werden.

632 74

Für die Finanzierung des „Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“.

Zu Titelgruppe 76

Mittel zur Ausstattung von Spezialdienststellen/-einrichtungen für die Bekämpfung der Organisierten und Politisch Motivierten Kriminalität.

811 76

2003 entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR	Gesamtpreis EUR
Neubeschaffungen:			
10 Pkw bis zu je 2 600 ccm Hubraum	19 900	5 800 (1.1, 1.2, 1.3)	257 000
10 Summe			257 000

Sonderausstattungen:

1. **Funkvorbereitung**
   1.1 1 600 EUR
2. **Sicherheitsausstattung**
   2.1 1 000 EUR
3. **Einsatzausstattung**
   3.1 3 200 EUR

2002 entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung EUR	Gesamtpreis EUR
Neubeschaffungen:			
10 Pkw bis zu je 2 600 ccm Hubraum	19 800	5 800 (1.1, 1.2, 1.3)	256 000
10 Summe			256 000

Sonderausstattungen:

1. **Funkvorbereitung**
   1.1 1 600 EUR
2. **Sicherheitsausstattung**
   2.1 1 000 EUR
3. **Einsatzausstattung**
   3.1 3 200 EUR

812 76

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen.

Zu Titelgruppe 80

Anfallende Einnahmen – Erstattung entstandener Kosten bei Strafverfahren – werden im Falle der Verurteilung bei 11 04 – 112 01 nachgewiesen.

514 80

Kosten für Verbrauchsmittel bei Feststellung von Alkohol im Blut und der Einnahme von Rauschgiften.

547 80

Für Kosten der Entnahmen und Untersuchungen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 85-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	8.240.000	8.240.000	1.239.883	744
812 85-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 86		**Ausgaben der Polizeiinspektion Salzgitter** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahme der Einnahmetitelgruppe 86*	(—)	(—)	(—)	(—)	(913)
422 86-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 86-0	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	2
426 86-6	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1
427 86-2	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
453 86-3	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Forbildungs-lehrgängen	—	—	—	—	7
547 86-8	042	Nicht aufteilbare sachliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	903
631 86-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	—	—	—	—
632 86-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	0
811 86-7	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 86-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 87		**Ausgaben der Polizeidirektion Braunschweig** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahme der Einnahmetitelgruppe 87*	(—)	(1.855.000)	(1.855.000)	(1.013.176)	(1.097)
422 87-9	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	13.000	13.000	12.731	11
425 87-8	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	2.000	1.994	4
426 87-4	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2.000	2.000	1.994	1
427 87-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10.000	10.000	10.072	3
453 87-1	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Forbildungs-lehrgängen	—	81.000	81.000	80.580	20
511 87-1	042	Geräte für Fachaufgaben	—	755.000	755.000	—	—
514 87-0	042	Verbrauchsmittel	—	337.000	337.000	—	—
547 87-6	042	Nicht aufteilbare sachliche Verwaltungs-ausgaben	—	652.000	652.000	903.044	1.048
631 87-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	1.000	1.000	767	0
632 87-3	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	2.000	2.000	1.994	1
811 87-5	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	8
812 87-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 85

547 85

Hier sind Ausgaben, die durch Sondereinsätze der Polizei entstehen, zu buchen.

Zu den Titelgruppen 87, 90, 94 bis 96

In Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom 12. 11. 1996 ist seit Beginn des Jahres 1997 bei der PI Salzgitter und bei der PD Braunschweig, seit Beginn des Jahres 1999 bei den PI'en Delmenhorst, Cloppenburg, Celle, Goslar, Hameln und Holzminden und seit Beginn des Jahres 2001 bei den PI'en Hildesheim, Schaumburg, Peine und Oldenburg-Stadt die Kosten- und Leistungsrechnung als Pilotvorhaben für die Landespolizei (KOLEIPOL) eingeführt worden, um eine fundierte Entscheidung über die Ausgestaltung einer flächendeckenden Einführung in der gesamten Polizei zu ermöglichen.

Durch die weitgehende Übertragung der Budget- und Kostenverantwortung auf die Polizeidienststellen sollen diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben noch effektiver zu erledigen. Die hierfür erforderlichen Globalhaushalte, die in je fünf Einnahme- und Ausgabe-Titelgruppen dokumentiert werden, ermöglichen die Zusammenführung der Fach- und Ressourcenverantwortung und fördern das Kostenbewusstsein sowie die Motivation der Bediensteten.

Innerhalb der einzelnen Budgets besteht die Möglichkeit, losgelöst vom Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit, 80 % der erwirtschafteten und nicht verausgabten Haushaltsmittel dem nächsten Haushaltsjahr zuzuführen, um so die zweckmäßigste und damit wirtschaftlichste Lösung zum richtigen Zeitpunkt treffen zu können.

Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2003

Typ	PD Braunschweig TGr. 87	PI Celle (BR Lüneburg) TGr. 90	BR Weser-Ems TGr. 94	BR Braunschweig TGr. 95	BR Hannover TGr. 96	Gesamt 2003	Gesamt 2002	Mehr/ Weniger (–) als 2002
Pkw gebraucht	3	0	0	2	0	5	5	—
FuStw	93	45	113	126	169	546	546	—
VU-Kfz	6	8	6	8	22	50	50	—
Verk.-Überw.-Kfz	1	2	7	6	9	25	25	—
Gefangenen-Kfz	1	0	1	2	1	5	5	—
Kranken-Kfz	2	0	0	0	0	2	2	—
Fm-Instands.-Kfz	2	1	3	1	2	9	9	—
Tatort-Kfz	2	1	2	2	2	9	9	—
leichte Lkw	1	1	2	2	3	9	9	—
mittlere Lkw	4	1	0	0	2	7	7	—
MKW (Kombi)	15	2	13	4	13	47	47	—
mittlere Busse	2	1	2	3	6	14	14	—
schwere Busse	0	0	0	0	0	0	0	—
Küchen-Kraftwagen	0	0	0	1	0	1	1	—
Wasserwerfer	0	0	0	0	0	0	0	—
Sonder-Kfz	4	5	7	4	4	24	24	—
Sonderanhänger	3	3	3	4	3	16	16	—
Küchenanhänger	0	0	0	0	1	1	1	—
Krafträder	8	2	13	8	13	44	44	—
Summe	147	72	172	173	250	814	814	—

Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2002

Typ	PD Braunschweig TGr. 87	PI Celle (BR Lüneburg) TGr. 90	BR Weser-Ems TGr. 94	BR Braunschweig TGr. 95	BR Hannover TGr. 96	Gesamt 2002	Gesamt 2001	Mehr/ Weniger (–) als 2001
Pkw gebraucht	3	0	0	2	0	5	5	—
FuStw	93	45	113	126	169	546	546	—
VU-Kfz	6	8	6	8	22	50	50	—
Verk.-Überw.-Kfz	1	2	7	6	9	25	25	—
Gefangenen-Kfz	1	0	1	2	1	5	5	—
Kranken-Kfz	2	0	0	0	0	2	2	—
Fm-Instands.-Kfz	2	1	3	1	2	9	9	—
Tatort-Kfz	2	1	2	2	2	9	9	—
leichte Lkw	1	1	2	2	3	9	9	—
mittlere Lkw	4	1	0	0	2	7	7	—
MKW (Kombi)	15	2	13	4	13	47	47	—
mittlere Busse	2	1	2	3	6	14	14	—
schwere Busse	0	0	0	0	0	0	0	—
Küchen-Kraftwagen	0	0	0	1	0	1	1	—
Wasserwerfer	0	0	0	0	0	0	0	—
Sonder-Kfz	4	5	7	4	4	24	24	—
Sonderanhänger	3	3	3	4	3	16	16	—
Küchenanhänger	0	0	0	0	1	1	1	—
Krafträder	8	2	13	8	13	44	44	—
Summe	147	72	172	173	250	814	814	—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 88		**Ausgaben der Polizeiinspektion Delmenhorst** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 88*	(—)	(—)	(—)	(—)	(442)
422 88-7	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	10
425 88-6	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	—	—
426 88-2	042	Mehrarbeits- bzw- Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 88-9	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
453 88-0	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	1
547 88-4	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	431
631 88-5	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 88-1	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 88-3	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 88-0	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 89		**Ausgaben der Polizeiinspektion Cloppenburg** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 89*	(—)	(—)	(—)	(—)	(428)
422 89-5	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 89-4	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	—	—
426 89-0	042	Mehrarbeits- bzw- Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 89-7	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
453 89-8	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	1
547 89-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	425
631 89-3	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 89-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 89-1	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	2
812 89-8	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 90		**Ausgaben der Polizeiinspektion Celle** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 90*	(—)	(1.369.000)	(1.369.000)	(961.996)	(828)
422 90-9	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	18.000	18.000	17.588	1

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 90-8	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	3.000	3.000	3.477	—
426 90-4	042	Mehrarbeits- bzw- Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	716	—
427 90-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	3.000	3.000	2.505	—
453 90-1	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	20.000	20.000	20.145	15
511 90-1	042	Geräte für Fachaufgaben	—	58.000	58.000	—	—
514 90-0	042	Verbrauchsmittel	—	359.000	359.000	—	—
547 90-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	907.000	907.000	917.360	812
631 90-7	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 90-3	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	205	0
811 90-5	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 90-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 91		**Ausgaben der Polizeiinspektion Goslar** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 91*	(—)	(—)	(—)	(—)	(473)
422 91-7	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 91-6	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	—	2
426 91-2	042	Mehrarbeits- bzw- Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	8
427 91-9	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
453 91-0	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	5
547 91-4	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	458
631 91-5	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 91-1	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 91-3	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 91-0	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 92		**Ausgaben der Polizeiinspektion Hameln** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 92*	(—)	(—)	(—)	(—)	(482)
422 92-5	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 92-4	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	—	3
426 92-0	042	Mehrarbeits- bzw- Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	0
427 92-7	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
453 92-8	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
547 92-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	479
631 92-3	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 92-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 92-1	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 92-8	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 93		**Ausgaben der Polizeiinspektion Holzminden** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 93*	(—)	(—)	(—)	(—)	(386)
422 93-3	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 93-2	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	—	—
426 93-9	042	Mehrarbeits- bzw- Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 93-5	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
453 93-6	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
547 93-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	386
631 93-1	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 93-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 93-0	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 93-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 94		**Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Weser-Ems** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 94.*	(—)	(3.037.000)	(3.037.000)	(1.723.309)	(—)
422 94-1	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	28.000	28.000	27.865	—
425 94-0	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	4.000	4.000	4.193	—
426 94-7	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	767	—
427 94-3	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	8.000	8.000	8.078	—
453 94-4	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	15.000	15.000	14.776	—
511 94-4	042	Geräte für Fachaufgaben	—	171.000	171.000	—	—
514 94-3	042	Verbrauchsmittel	—	1.127.000	1.127.000	—	—
547 94-9	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.683.000	1.683.000	1.667.630	—
631 94-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
632 94-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 94-8	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 94-4	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 95		**Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Braunschweig** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 95.*	(—)	(2.879.000)	(2.879.000)	(1.637.360)	(—)
422 95-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	34.000	34.000	34.154	—
425 95-9	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	5.011	—
426 95-5	042	Mehrarbeits bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3.000	3.000	3.323	—
427 95-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	12.000	12.000	11.606	—
453 95-2	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	41.000	41.000	40.852	—
511 95-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	268.000	268.000	—	—
514 95-1	042	Verbrauchsmittel	—	980.000	980.000	—	—
547 95-7	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.529.000	1.529.000	1.535.000	—
631 95-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	3.000	3.000	3.375	—
632 95-4	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	4.000	4.000	4.039	—
811 95-6	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 95-2	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Hannover** ****80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 96.*	(—)	(3.911.000)	(3.911.000)	(2.500.321)	(—)
422 96-8	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	32.000	32.000	31.802	—
425 96-7	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	4.960	—
426 96-3	042	Mehrarbeits bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	614	—
427 96-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	8.000	8.000	8.130	—
453 96-0	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 96-0	042	Geräte für Fachaufgaben	—	143.000	143.000	—	—
514 96-0	042	Verbrauchsmittel	—	1.271.000	1.271.000	—	—
547 96-5	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.451.000	2.451.000	2.454.815	—
631 96-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 96-2	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—

Zu 547 96

Belastung (2002 und 2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE*) EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	76 100	—	—	76 100
2003	—	76 100	—	—	76 100
2004	—	76 100	—	—	76 100
2005	—	76 100	—	—	76 100
ff.	—	874 400	—	—	874 400

*) üpl. bewilligt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
811 96-4	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 96-0	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 97		**EXPO 2000** ****Die nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 97.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(17.681)
422 97-6	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	17
425 97-5	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	—	4
426 97-1	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	0
427 97-8	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	20
453 97-9	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	1.105
547 97-3	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	10.720
631 97-4	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 97-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	0
711 97-8	042	Bauausgaben	—	—	—	—	2.021
811 97-2	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	937
812 97-9	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	2.857
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** ** Übertragbar.* ****In 2002 dürfen Ausgaben bis zur Höhe von 384.000 EUR für Zahlungen an das Bundeskriminalamt im Rahmen der Durchführung des Projektes Inpol-neu nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen geleistet werden.*	(15.790.000) (1.540.000) (2.556.459)	(19.791.000)	(38.330.000)	(23.265.416)	(7.407)
511 99-5	042	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	344.000	416.000	—	—
514 99-4	042	Verbrauchsmittel	—	776.000	776.000	—	—
518 98-1	042	Kosten der Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-0	042	Kosten der Anmietung von Hardware	—	76.000	76.000	76.438	71
525 98-8	042	Kosten der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen beim IZN	—	365.000	365.000	—	—
525 99-6	042	Kosten der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durch andere	—	—	—	—	—
538 98-2	042	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	1.422.000	1.422.000	—	—
538 99-0	042	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	749.000 — —	14.688.000	9.182.000	3.003.175	3.632
631 99-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	490.840	468
711 99-4	421	Bauausgaben	—	1.329.000	7.056.000	7.337.038	—
812 99-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15.041.000 1.540.000 2.556.459	791.000	19.037.000	12.357.925	3.236
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	29.399.283			20.868.838	

Zu Titelgruppe 98/99

511 99

Belastung (2003)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	13 038 000	—	—	13 038 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	13 805 000	—	13 805 000
2003	—	13 038 000	—	13 038 000

538 99

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	—	—
2004	—	—	749 000	749 000

711 99

Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Projekt MIKADO-neu.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
INPOL-neu/MIKADO-neu	—	17 456
AGIL im BKA	—	384
Ersatz- und Ergänzungbeschaffungen:		
Kriminaltechnische Untersuchung	76	40
Mess- und Prüfmittel	50	40
Ergänzungbeschaffungen:		
PC für Sachbearbeitung und sonstige Insellösungen	130	601
Systemergänzung zum Test des Datenaustausches Polizei/Justiz	—	20
Systemintegration Digitalfunk	50	—
DV-Ausstattung Funkstreifenwagen	50	—
DV-Systeme Führung und Einsatz	100	200
DV-Ermittlungsgruppen	260	260
Projekt WEFUSA	75	36
Zusammen	791	19 037

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	791 000	—	791 000
2004	—	749 000	10 041 000	10 790 000
2005	—	—	5 000 000	5 000 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 556 000	—	2 556 000
2003	—	—	791 000	791 000
2004	—	—	749 000	749 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0320 Landespolizei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		18.132.000	18.320.000	17.787.741	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		820.000	820.000	720.922	
		Summe der Einnahmen		18.952.000	19.140.000	18.508.663	
		4 Personalausgaben	—	809.066.000	801.094.000	765.567.456	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	749.000 — 26.842.824	102.524.000	97.164.000	78.944.081	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3.549.000	3.549.000	4.053.166	
		7 Baumaßnahmen	—	1.329.000	7.056.000	7.848.330	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	24.406.000 12.439.000 17.383.923	30.096.000	41.329.000	33.821.243	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	30.446.000	30.446.000	30.282.336	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	25.155.000 12.439.000 44.226.747	977.010.000	980.638.000	920.516.612	
		Zuschuss		958.058.000	961.498.000	902.007.949	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		243.981.000	230.470.000	202.321.419	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.220.991.000	1.211.108.000	1.122.838.031	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.202.039.000	1.191.968.000	1.104.329.368	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0323 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	246	Vermischte Einnahmen		30.000	30.000	—	—
119 06-9	246	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	92.033	6
119 41-7	246	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	511	—
119 46-8	246	Ersatzleistungen		—	—	—	—
119 51-4	246	Vermischte Einnahmen		—	—	511	1
124 01-1	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung ****Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen im GDL Osnabrück-Bramsche und seinen Nebenstellen an die hier tätigen Stellen zur Betreuung der Spätaussiedler sowie den Dienststellen des Bundes, der Bundesländer und der Kommunen die notwendigen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	511	8
132 01-4	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		10.000	10.000	—	—
231 10-1	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund		530.000	530.000	—	—
233 10-4	235	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		10.000	10.000	—	—
281 01-0	246	Erstattungen der Friedlandhilfe		—	—	—	645
281 10-9	246	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.315.555	
		A U S G A B E N					
422 01-2	246	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.733.000	4.725.000	4.953.498	223
422 19-5	246	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-1	246	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.801
425 06-2	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.000	3.000	2.556	0
426 01-8	246	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1.676
426 06-9	246	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5.000	5.000	5.113	—
427 01-4	246	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	26.000	26.000	25.565	10
427 09-0	246	Entgelte für Zivildienstleistende	—	—	—	17.384	—
427 39-1	246	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 01-0	246	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
453 01-5	246	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	5.000	5.000	5.113	4
511 01-5	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	150.000	150.000	5.113	5
514 01-4	246	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	30.000	30.000	33.234	27
514 10-3	246	Verbrauchsmittel	—	4.000	4.000	—	—
517 01-3	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	783.000	704.000	207.585	148
517 19-6	246	Reinigungskosten	—	—	—	235.706	90
517 59-5	246	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	257.180	229
518 01-0	246	Mieten und Pachten	—	1.000	1.000	30.422	29

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 23:

Für die Erstaufnahme der Spätaussiedler und deren Familienangehörigen stehen im GDL Osnabrück-Bramsche täglich 1 300 Reservebetten für den Bund zur Verfügung. Darüber hinaus werden mindestens 700 Betten für die vorübergehende Aufnahme von jüdischen Emigranten, Asylbewerbern und Spätaussiedlern vorgehalten.

Zu 119 01

Überwiegend Mieteinnahmen Landeswohnheim.

Weniger infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 231 10

Der Bund erstattet dem Land die für die Bereithaltung von 1 300 Reservebetten und die Betreuung der Spätaussiedler notwendigen Kosten.

Weniger infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 233 10

Die Kommunen erstatten dem Land die für die Wahrnehmung melderechtlicher Aufgaben anfallenden Personalkosten.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
122,64	122,64	138,81	126,73

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	16,17
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	16,17
Bleibt Abgang	—	16,17

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	4,50	4,50	—	5
Angestellte	70,34	70,34	—	77
Lohnempfänger/-innen	47,80	47,80	—	50
Insgesamt	122,64	122,64	—	132

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	4,50	4,50	—	5
Angestellte	70,34	70,34	—	77
Lohnempfänger/-innen	47,80	47,80	—	50
Insgesamt	122,64	122,64	—	132

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	4 733	4 725

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 733	4 725
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	37	36
43	Versorgungsbezüge	82	78
44	Beihilfen, Unterstützungen	337	314
45	Personalbezogene Sachausgaben	5	5
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	34	–5
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		5 228	5 153

Zu 427 01

Bei Bedarf werden Aushilfskräfte befristet in Anlehnung an den BAT beschäftigt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2003)

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1
Lkw	—	—	—
Kleinbus	3	3	3
Elektrowagen	—	—	—
Allzweckfahrzeug-Kleinschlepper	2	2	2
Kreiselmäher	—	—	—
Summe	6	6	6

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1
Lkw	—	—	—
Kleinbus	4	4	3
Elektrowagen	—	—	—
Allzweckfahrzeug-Kleinschlepper	2	2	2
Kreiselmäher	—	—	—
Summe	7	7	6

Zu 517 01

Mehr (2003) infolge der Vergabe der Bewachung des GDL-Geländes an Dritte.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 02-8	246	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	24.000	24.000	—	—
519 01-6	246	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	200.000	200.000	255.646	113
519 03-2	246	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	2.556	1
521 10-0	246	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	—	—	—	—
525 01-6	246	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.000	2.000	1.790	0
526 01-2	246	Sachverständige	—	1.000	1.000	1.994	2
526 02-0	246	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-9	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	5.000	5.000	5.113	4
527 02-7	246	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	—	—
527 03-5	246	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	0
532 01-2	246	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	—	109.928	54
537 04-9	246	Kosten des Transports von Spätaussiedlern und anderen Personen	—	—	—	240.307	465
538 01-0	246	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	1.789.522	854
546 01-3	246	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	—	—
546 59-5	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 10-9	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.465.000	1.465.000	—	—
681 01-8	246	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	2.045	2
681 10-7	246	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2.000	2.000	—	—
681 11-5	246	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an Spätaussiedler	—	5.000	5.000	—	—
684 10-6	246	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	47.000	47.000	—	—
685 03-0	236	Zuwendungen an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die Betreuung der Spätaussiedler	—	—	—	46.528	112
811 01-9	246	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	18.000	54.000	—	—
812 10-4	246	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	28.000	—	—
812 15-5	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	58.287	—
981 01-1	990	Abführung an 0305 - 381 10 und 0301 - 381 10	—	—	—	—	146
981 02-0	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	43
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(44.000)	(44.000)	(6.494)	(1)
511 99-6	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	21.000	21.000	—	—
514 99-5	246	Verbrauchsmittel	—	2.000	2.000	—	—
518 98-2	246	Mieten und Pachten (IuK-Software)	—	1.000	1.000	—	—
518 99-0	246	Mieten und Pachten (IuK-Hardware)	—	1.000	1.000	—	—
538 98-3	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	4.000	4.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 01

Bauunterhaltung auf Grund außergewöhnlicher Beanspruchung der Liegenschaften, bedingt durch turnusmäßigen Wechsel und durch Belegung mit Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen.

Weniger infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 546 01

Weniger infolge Anpassung an die Belegungszahlen. Die Kosten des Transports für jüdische Emigranten und Asylbewerber sind bei Kapitel 03 26 veranschlagt.

Zu 547 10

Veranschlagt sind die Kosten der Verpflegung der Spätaussiedler und ausländischen Flüchtlinge, außerdem Kosten für den Betrieb der Sanitäts- und Pflegestation in Bramsche sowie für Entgelte bei der Vergabe von Werkverträgen.

Weniger infolge Anpassung an die Belegungszahlen.

Zu 684 10

Zuwendungen an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege für die Betreuung von Spätaussiedlern, Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingen im Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche. Z. Zt. keine Förderungsmaßnahmen vorhanden. Die Entscheidung über Fördermaßnahmen wird jeweils kurzfristig nach der Belegungssituation der Einrichtung getroffen.

Zu 811 01

	2003	2002
	EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 Kleinbus	18 000	18 000
1 Kompaktschlepper mit Frontkehrmaschine	—	36 000
Zusammen	18 000	54 000

Zu 812 10

	2003	2002
	EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
2 Kochkessel	—	28 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0323 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 99-1	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	1.000	1.000	3.426	—
547 99-0	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	3.000	3.000	3.068	1
812 99-6	246	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	11.000	11.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			150.884	
		Abschluss Kapitel 03 23					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		41.000	41.000	95.100	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		540.000	540.000	1.314.021	
		Summe der Einnahmen		581.000	581.000	1.409.121	
		4 Personalausgaben	—	4.772.000	4.764.000	5.009.229	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.701.000	2.622.000	3.333.474	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	54.000	54.000	48.573	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	29.000	93.000	58.287	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.556.000	7.533.000	8.449.563	
		Zuschuss		6.975.000	6.952.000	7.040.442	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		82.000	78.000	80.733	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		7.638.000	7.611.000	8.530.296	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		7.057.000	7.030.000	7.121.175	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 99

	2003	2002
	EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Aktive Netzwerkkomponenten	11 000	—
2 Server	—	11 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	246	Vermischte Einnahmen		24.000	24.000	—	—
119 06-2	246	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	511	92
119 21-6	246	Einnahmen aus der Verpflegung		—	—	17.895	19
119 41-0	246	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	511	—
119 46-1	246	Ersatzleistungen		—	—	2.556	0
119 51-8	246	Vermischte Einnahmen		—	—	511	0
119 53-4	246	Einnahmen aus Nachlässen * *Vgl. K-Vermerk zu 681 16.*		—	—	—	8
124 01-5	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung ****Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen im GDL Friedland an die hier tätigen Stellen zur Betreuung der im GDL untergebrachten Personen sowie den Dienststellen des Bundes, der Bundesländer und der Kommunen die notwendigen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.*		26.000	26.000	20.452	26
132 01-8	246	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		11.000	6.000	3.323	—
231 10-5	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund		11.457.000	11.449.000	—	—
233 10-8	235	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		77.000	77.000	—	—
235 10-0	235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				11.053.109	
		A U S G A B E N					
422 01-6	246	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.131.000	6.120.000	5.887.321	90
422 19-9	246	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-5	246	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.358
425 06-6	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.000	3.000	2.556	0
426 01-1	246	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2.605
426 06-2	246	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	11.000	11.000	12.782	2
427 01-8	246	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	46.000	46.000	—	—
427 09-3	246	Entgelte für Zivildienstleistende	—	—	—	46.016	34
427 39-5	246	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 01-3	246	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
453 01-9	246	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	—	—	—	—
511 01-9	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	498.000	498.000	15.339	17
514 01-8	246	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	41.000	41.000	40.903	39
514 10-7	246	Verbrauchsmittel	—	1.307.000	1.308.000	—	—
517 01-7	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	785.000	785.000	296.549	205

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 24:

Bei der Veranschlagung der Haushaltsmittel ist von einer täglichen Lagerbelegung von bis zu 2 600 Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen im GDL Friedland ausgegangen worden.

Zu 119 01

Überwiegend Einnahmen aus der Verpflegung des Lagerpersonals.

Zu 231 10

Vereinbarungsgemäß erstattet der Bund dem Land die für die Erstaufnahme von Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen entstehenden Kosten im GDL Friedland; Erstattung für die Beschäftigung von 9 (9) Zivildienstleistenden.

Mehr infolge höherer Erstattungen und Zuweisungen des Bundes aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen vom 15./20. 9. 2000.

Zu 233 10

1. Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen (Grenzdurchgangslager Friedland) und der Gemeinde Friedland vom 12. 2. 1997.
2. Melderechtliche Erfassung der Daten der Spätaussiedler durch Bedienstete des Grenzdurchgangslagers für die Gemeinde Friedland (Personalkostenerstattung).
3. Daueraufgabe

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
165,00	165,00	165,00	134,92

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang oder Abgang	—	—

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	2,00	2,00	—	2
Angestellte	68,00	68,00	—	75
Lohnempfänger/-innen	95,00	95,00	—	102
Insgesamt	165,00	165,00	—	179

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	2,00	2,00	—	2
Angestellte	68,00	68,00	—	75
Lohnempfänger/-innen	95,00	95,00	—	102
Insgesamt	165,00	165,00	—	179

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	6 131	6 120

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	6 131	6 120
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	61	61
43	Versorgungsbezüge	40	38
44	Beihilfen, Unterstützungen	438	407
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	44	–6
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		6 714	6 620

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2003)

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1
Lkw	1	1	1
Kleinbus	3	3	3
Allzweckfahrzeug-Kleinschlepper	2	2	2
Tanklöschfahrzeug	1	1	1
Einachsanhänger	1	1	1
Zusammen	9	9	9

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1
Lkw	1	1	1
Kleinbus	3	3	3
Allzweckfahrzeug-Kleinschlepper	2	2	2
Tanklöschfahrzeug	1	1	1
Einachsanhänger	1	1	1
Zusammen	9	9	9

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 19-0	246	Reinigungskosten	—	—	—	102.258	99
517 59-9	246	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	368.130	243
518 01-3	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	59.000	59.000	61.355	52
518 02-1	246	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	2.000	2.000	—	—
519 01-0	246	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	235.000	235.000	219.856	240
519 02-8	246	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	15.339	13
519 03-6	246	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	2.556	2
519 04-4	246	Instandsetzung von Lagerstraßen und -plätzen	—	—	—	15.339	31
519 05-2	246	Kosten der Unterhaltung der Friedlandgedächtnisstätte	—	—	—	2.556	3
521 10-3	246	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	21.000	21.000	—	—
525 01-0	246	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5.000	5.000	5.113	2
526 01-6	246	Sachverständige	—	1.000	1.000	1.534	1
526 02-4	246	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-2	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	5.000	5.000	5.113	4
527 02-0	246	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	—	—
527 03-9	246	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Schwerbehinderten	—	—	—	1.023	1
532 01-6	246	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	—	357.904	239
537 04-2	246	Kosten des Transports von Spätaussiedlern und anderen Personen	—	—	—	1.380.488	967
538 01-4	246	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	306.775	295
546 01-7	246	Vermischte Ausgaben	—	1.451.000	1.451.000	—	—
546 59-9	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	511	—
547 10-2	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	360.000	360.000	—	—
681 01-1	246	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	511	—
681 10-0	246	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1.000	1.000	—	—
681 11-9	246	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an Spätaussiedler	—	1.000.000	1.000.000	—	—
681 16-0	246	Nachlaßangelegenheiten * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 53.*	—	—	—	—	33
684 10-0	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	205.000	205.000	—	—
685 03-3	236	Zuwendungen an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die Betreuung der Spätaussiedler	—	—	—	204.517	159
811 01-2	246	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	31.000	48.000	27.098	—
812 15-9	246	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	60.000	38.000	38.347	—
981 01-5	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	31.000	31.000	30.678	21
981 02-3	990	Abführung an 0301 - 381 10	—	21.000	21.000	20.554	—
981 03-1	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	877.000	877.000	831.770	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 547 10

Erstattung der Kosten für den Betrieb der Kranken- und Pflegestation sowie die Vergabe von sonstigen Dienstleistungen und Werkverträgen.

Zu 684 10

1. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen vom 15./20. 9. 2000.
2. Erstattung von Personal- und Sachkosten an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die Betreuung der Spätaussiedler im Grenzdurchgangslager Friedland. Die Zuwendungen werden vom Bund erstattet.
3. Daueraufgabe.

Zu 811 01 (2003)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. Tsd. EUR	Sonderausstattung u. a. Tsd. EUR	Gesamt Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:			
1 Traktor	31	—	31

Zur Aussonderung gelangt folgendes Fahrzeug:

1 Traktor mit einer voraussichtlicher Betriebsleistung von 1 640 Stunden (ca. 82 000 km) zum Zeitpunkt der Aussonderung.

Zu 811 01 (2002)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. Tsd. EUR	Sonderausstattung u. a. Tsd. EUR	Gesamt Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:			
1 Kleinbus	27	—	27
1 Pkw	21	—	21
Zusammen	48	—	48

Zur Aussonderung gelangt folgendes Fahrzeug:

1 Kleinbus mit 640 000 km und 1 Pkw mit 400 000 km voraussichtlicher Fahrleistung zum Zeitpunkt der Aussonderung.

Zu 812 15

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:		
2 Konvektomaten	60	—
1 Getränkeportionierer-Station	—	38
Zusammen	60	38

Zu 981 01

Abführung des Versorgungszuschlags an 13 50 – 381 03.

Zu 981 02

Erstattungen der auf die Fachaufsicht entfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben im Ministerium (vgl. Zuführung bei Kapitel 03 01 – 381 10).

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(30.000)	(30.000)	(10.226)	(29)
511 99-0	246	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	20.000	20.000	—	—
518 98-6	246	Mieten und Pachten (IuK-Software)	—	—	—	—	—
518 99-4	246	Mieten und Pachten (IuK-Hardware)	—	—	—	—	—
538 98-7	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	—	—	—	—
538 99-5	246	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 99-4	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	10.000	10.226	3
812 99-0	246	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	26
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			2.507.785	
		Abschluss Kapitel 03 24					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		61.000	56.000	47.293	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		11.534.000	11.526.000	11.051.575	
		Summe der Einnahmen		11.595.000	11.582.000	11.098.868	
		4 Personalausgaben	—	6.191.000	6.180.000	5.948.675	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.802.000	4.803.000	5.716.652	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.206.000	1.206.000	205.028	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	91.000	86.000	65.445	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	929.000	929.000	883.002	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	13.219.000	13.204.000	12.818.802	
		Zuschuss		1.624.000	1.622.000	1.719.934	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		40.000	38.000	35.535	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		13.259.000	13.242.000	12.854.337	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.664.000	1.660.000	1.755.469	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

511 99

Ersatz-/Ergänzungsbedarf für vorhandene IuK-Ausstattung sowie sonstiger Geschäftsbedarf.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0326 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	235	Vermischte Einnahmen		4.027.000	5.078.000	—	—
119 06-0	235	Einnahmen aus der Benutzung von Gemeinschaftsunterkünften und sonstigen Einrichtungen		—	—	255.646	355
119 41-8	235	Rückzahlung von Überzahlungen usw.		—	—	2.300.813	6.946
119 46-9	235	Ersatzleistungen		—	—	1.023	1
119 51-5	235	Vermischte Einnahmen		—	—	25.565	33
124 01-2	235	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		105.000	105.000	104.815	101
132 01-5	235	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	5.113	—
231 10-2	235	Sonstige Zuweisungen vom Bund		15.000	15.000	—	—
236 10-4	235	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit		50.000	50.000	—	—
282 02-5	235	Spenden für Asylbewerber		—	—	511	—
282 10-6	235	Spenden für Asylbewerber * *Vgl. K-Vermerk zu 681 14.*		1.000	1.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				42.181	
		A U S G A B E N					
422 01-3	235	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	5.546.000	5.531.000	5.567.611	190
422 19-6	235	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	235	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.240
425 06-3	235	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	10.000	10.000	10.226	—
426 01-9	235	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.739
426 06-0	235	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10.000	10.000	10.226	—
427 01-5	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	146.000	146.000	153.388	87
427 09-0	235	Entgelte für Zivildienstleistende	—	—	—	16.361	—
427 39-2	235	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	5.000	5.000	5.164	—
453 01-6	235	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	6.000	6.000	5.113	7
453 11-3	235	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungsveranstaltungen	—	—	—	1.023	—
459 01-4	235	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	6.749	—
459 10-3	235	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	7.000	7.000	—	—
511 01-6	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	192.000	192.000	35.790	20
511 10-5	235	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	77.000	77.000	—	—
514 01-5	235	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	26.000	26.000	25.565	22
514 02-3	235	Dienst und Schutzkleidung	—	—	—	—	—
514 10-4	235	Lebensmittel, Zutaten	—	930.000	930.000	—	—
514 11-2	235	Kleingeräte	—	30.000	30.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 26:

Veranschlagt sind die Kosten, die dem Land unmittelbar durch die Aufnahme von Asylbewerbern, Asylberechtigten und ausländischen Flüchtlingen entstehen (u. a. für die Zentralen Anlaufstellen des Landes für Asylbewerberinnen und Asylbewerber), ferner Mittel für die Erstattung der Kosten, die den Gemeinden (GV) und anderen Trägern aus dem gleichen Grund entstehen.

Zu 231 10

Veranschlagt sind Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst für 5 (15) Zivildienstleistende (2002); 5 (5) Zivildienstleistende (2003).

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
143,62	143,62	153,00	140,50

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	9,38
Summe Abgänge	—	9,38
Bleibt Abgang	—	9,38

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	7,00	7,00	—	8
Angestellte	79,00	79,00	—	97
Lohnempfänger/-innen	57,62	57,62	—	60
Insgesamt	143,62	143,62	—	165

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	7,00	7,00	—	8
Angestellte	79,00	79,00	—	97
Lohnempfänger/-innen	57,62	57,62	—	60
Insgesamt	143,62	143,62	—	165

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	5 546	5 531

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	5 546	5 531
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	174	173
43	Versorgungsbezüge	79	74
44	Beihilfen, Unterstützungen	404	376
45	Personalbezogene Sachausgaben	13	13
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	41	–6
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		6 257	6 161

Zu 427 01

Bei Bedarf werden sonstige Aushilfskräfte befristet in Anlehnung an den BAT beschäftigt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kleinbusse	3	3	3
Compactschlepper	2	2	2
Zusammen	5	5	5

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2003)

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kleinbusse	3	3	3
Compactschlepper	2	2	2
Zusammen	5	5	5

Zu 514 10

Tagesverpflegung für durchschnittlich 500 Personen à 5 EUR in der landeseigenen Küche der ZASt in Braunschweig.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0326 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-4	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.282.000	2.282.000	1.278.230	959
517 19-7	235	Reinigungskosten	—	—	—	518.961	473
517 59-6	235	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	511.292	453
518 01-0	235	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	530.000	530.000	562.421	501
518 02-9	235	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	50.000	50.000	—	—
519 01-7	235	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	179.000	179.000	178.952	158
525 01-7	235	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	13.000	13.000	12.782	20
526 01-3	235	Sachverständige	—	2.000	2.000	5.113	13
526 02-1	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.000	3.000	—	—
527 01-0	235	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	11.000	11.000	12.782	3
527 02-8	235	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	4.000	4.000	—	—
527 03-6	235	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	3.835	0
532 01-3	235	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	—	76.694	65
537 02-3	235	Kosten der Rückführung und Weiterwanderung von ausländischen Flüchtlingen	—	—	—	2.556.459	2.079
538 01-1	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	1.457.182	1.324
546 01-4	235	Vermischte Ausgaben	—	8.000	8.000	—	—
546 03-0	235	Kosten des Transports von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen	—	—	—	306.775	201
546 10-3	235	Kosten des Transports von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen	—	307.000	307.000	—	—
546 11-1	235	Kosten der Rückführung und Weiterwanderung von ausländischen Flüchtlingen	—	844.000	844.000	—	—
546 59-6	235	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	8.181	1
547 10-0	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.400.000	1.400.000	—	—
633 01-4	212	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV)	—	—	—	766.938	535
633 10-3	212	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 10, 671 10, 681 15, 681 16 und 681 17.*	—	162.235.000	182.079.000	—	—
671 10-2	235	Erstattungen an Wohlfahrts- und sonstige Verbände und Träger von Gemeinschaftsunterkünften * *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.*	—	2.613.000	3.789.000	—	—
681 01-9	235	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	4.295	—
681 10-8	235	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	4.000	4.000	—	—
681 11-6	235	Erstattung von Bar- und Sozialhilfeleistungen an Gemeinden pp. für Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina	—	—	—	—	—
681 12-4	235	Kostenerstattung für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Umverteilung	—	—	—	—	—
681 14-0	235	Verwendung der Spenden für Asylbewerber * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	1.000	1.000	511	—
681 15-9	235	Sozialleistungen in den ZASten * *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.*	—	2.200.000	2.200.000	1.278.230	1.496

ERLÄUTERUNGEN

Zu 546 11

Der Bund und die Länder haben zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen und Bürgerkriegsflüchtlingen ein humanitäres Hilfsprogramm vereinbart. Gewährt werden sollen durchschnittliche Flugkosten von 613 EUR, Gepäckkostenpauschale von rd. 52 EUR und eine Überbrückungshilfe von 154 EUR.

Veranschlagt ist der Anteil des Landes Niedersachsen. Weniger wegen Rückgangs der Rückführungsmaßnahmen.

Zu 547 10

Veranschlagt sind u. a. die Aufwendungen für die Lieferung von Verpflegung in der ZASt Oldenburg sowie die Kosten für Sprachmittler.

Zu 633 10

Erstattung der den Kommunen entstehenden Verwaltungskosten für die in den Zentralen Anlaufstellen betriebenen Außenstellen der Gesundheitsämter sowie Erstattung der den Gemeinden durch die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge entstehenden Kosten nach dem Aufnahmegesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Weniger infolge des Rückgangs der Zahl der ausländischen Flüchtlinge, für die das Land den Gemeinden und GV die nach dem Aufnahme- und Asylbewerberleistungsgesetz (AsylblG) entstehenden Kosten erstatten muss.

Zu 671 10

Veranschlagt sind die Kosten für die Erstattung der Aufwendungen an kommunale und private Träger von Gemeinschaftsunterkünften.

Zu 681 15 und 681 16

Mehr infolge höherer Auslastung der Zentralen Anlaufstellen und der angeschlossenen Gemeinschaftsunterkünfte wegen längerer Verweildauer von Asylbewerbern.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0326 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 16-7	234	Erstattungen von Krankenhilfeleistungen an die KVN u.a. * *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.*	—	2.500.000	2.500.000	2.045.168	1.769
681 17-5	234	Erstattungen von zahnärztlichen Leistungen * *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.*	—	150.000	150.000	127.823	94
685 51-0	235	Zuwendungen an Hilfsorg. zur Finanzierung v. Projekten z. Förderung d. freiw. Rückk. in Gebiete des ehemaligen Jugoslawien	—	—	—	511.292	215
811 01-0	235	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	65.445	—
812 10-5	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	26.000	35.000	—	—
812 15-6	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	25.565	20
981 03-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	264.000	264.000	263.827	264
981 04-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.044.000	1.044.000	1.013.687	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(94.000)	(94.000)	(43.562)	(16)
427 99-6	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 99-7	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgeräte	—	15.000	15.000	—	—
514 99-6	235	Verbrauchsmittel	—	10.000	10.000	—	—
525 98-0	235	Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (IZN)	—	7.000	7.000	—	—
538 98-4	235	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	13.000	13.000	—	—
538 99-2	235	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	25.000	25.000	38.449	16
547 99-1	235	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	0
812 99-7	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	19.000	19.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			202.424.958	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 51

Zuwendungen an Hilfsorganisationen zur Finanzierung von Projekten zur Förderung der freiwilligen Rückkehr in Gebiete des ehemaligen Jugoslawien. Das Förderprogramm ist 2001 ausgelaufen.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Erneuerung der Einrichtung in den Anlaufstellen	26	26
Traktor mit Mähwerk und Schneepflug	—	9
Zusammen	26	35

Zu 981 03

Abführung an 13 21 – 381 22 zur Refinanzierung des Kaufpreises für ein bebautes Grundstück (ehem. Husarenkaserne in Braunschweig) – bis 2011 –.

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:		
Arbeitsplatzcomputer, Monitore, Drucker	19	19

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0326 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 26					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.133.000	5.184.000	2.694.253	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		66.000	66.000	41.414	
		Summe der Einnahmen		4.199.000	5.250.000	2.735.667	
		4 Personalausgaben	—	5.730.000	5.715.000	5.775.861	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.963.000	6.963.000	8.740.383	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	169.703.000	190.723.000	206.013.408	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	45.000	54.000	91.010	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.308.000	1.308.000	1.277.514	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	183.749.000	204.763.000	221.898.176	
		Zuschuss		179.550.000	199.513.000	219.162.509	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		79.000	74.000	62.224	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		183.828.000	204.837.000	221.960.400	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		179.629.000	199.587.000	219.224.733	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 42-7	323	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes (einschl. Zinsen)		—	—	—	82
119 51-6	324	Vermischte Einnahmen		—	—	—	1
331 64-7	323	Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	63
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung des Sports aus Konz.-Abgabe gem. § 7 NLottG.** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(431)
547 61-5	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 61, 684 61, 883 61, 893 61, 684 62, 893 62, 547 65, 684 65, 883 70, 883 72, 893 70, 893 71, 893 72 und 684 76.* *** *Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	—	—	—	107
684 61-2	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	324
883 61-5	323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	—
893 61-0	323	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	—
TGr. 62 63/66		**Förderung der Sportorganisationen und -vereine** *** *Abweichend von § 20 Abs.1 Nr.1 LHO sind innerhalb der Titelgruppe Landesmittel, Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) und Toto-/Lotto-Mittel (Konz.-Abgabe) nicht gegenseitig deckungsfähig.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(24.821)
684 62-0	324	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) für lfd. Zwecke an Sonstige * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	22.105
684 63-9	324	Zuschüsse aus Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) für lfd. Zwecke an Sonstige * *Übertragbar.* *** *Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap. 13 02 Tit. 122 03 geleistet werden.*	—	—	—	—	—
684 66-3	324	Zuschüsse aus Landesmitteln für sportmedizinische Betreuung	—	—	—	—	—
893 62-9	324	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) für Investitionen an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	2.716
893 63-7	324	Zuschüsse aus Landesmitteln für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 30 allgemein

Die bisher bei Kapitel 03 30 veranschlagten Haushaltsmittel für die Sportförderung wurden neu gegliedert und sind seit 2001 in das Kapitel 03 31 verlagert.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 64		**Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- u. Sportstätten** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 64.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(63)
883 64-0	323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	63
893 64-5	323	Zuschüsse für Investitionen an andere Träger	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Förderung besonderer Aufgabenbereiche des Sports aus Konz.-Abgabe gem. § 7 NLottG.** * *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(639)
547 65-8	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	1
684 65-5	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	638
TGr. 69 bis 73		**Förderung der Errichtung von Sportanlagen durch das Land** ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Abweichend von § 20 Abs.1 Nr.1 LHO sind innerhalb der Titelgruppe Landesmittel, Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) und Toto-/Lotto-Mittel (Konz.-Abgabe) nicht gegenseitig deckungsfähig.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.838)
883 69-0	323	Zuweisungen aus Landesmitteln an Gemeinden (GV) für Investitionen	—	—	—	—	—
883 70-4	323	Zuweisungen aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an Gemeinden (GV) für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61*	—	—	—	—	316
883 71-2	323	Zuweisungen aus Landesmitteln an Gemeinden (GV) für Investitionen nach dem Zonenrandförderungsgesetz	—	—	—	—	—
883 72-0	323	Zuweisungen aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an Gemeinden (GV) für Investitionen nach dem Zonenrandförderungsgesetz * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	—
883 73-9	323	Zuschüsse aus Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) an Gemeinden (GV) für Investitionen *** *Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap. 1302 Tit. 122 03 geleistet werden.*	—	—	—	—	—
893 69-6	323	Zuschüsse aus Landesmitteln an Sonstige für Investitionen	—	—	—	—	—
893 70-0	323	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an Sonstige für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61*	—	—	—	—	1.195
893 71-8	323	Zuschüsse aus Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) an Sonstige für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61*	—	—	—	—	327
893 72-6	323	Zuweisungen aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an Sonstige für Investitionen nach dem Zonenrandförderungsgesetz * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* *** *Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.*	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0330 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 76		**Förderung von Sportschulen, Lehrstätten und Leistungszentren aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe)** * *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(325)
684 76-0	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 547 61.* ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61*	—	—	—	—	325
		Abschluss Kapitel 03 30					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0331 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-3	324	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	—	—
119 42-0	323	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes (einschl. Zinsen) * *Vgl. K-Vermerk zu 547 10.*		92.000	92.000	92.033	—
119 51-0	324	Vermischte Einnahmen		—	—	5.113	—
331 63-2	323	Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
382 01-6	990	Durchlaufende Gelder * *Vgl. K-Vermerk zu 982 01.*		—	—	—	—
382 10-5	990	Durchlaufende Gelder * *Vgl. K-Vermerk zu 982 10.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
547 10-4	323	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Bundeszuw. (einschl.Zinsen) * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.*	—	92.000	92.000	—	—
982 01-3	990	Durchlaufende Gelder * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 01.*	—	—	—	—	—
982 10-2	990	Durchlaufende Gelder * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Allgemeine Förderung des außerschulischen Sports** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 1302 - 122 13.*	(—) (12.800.000) (4.499.880)	(10.184.000)	(10.124.000)	(10.032.263)	(—)
547 61-9	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	43.000	43.000	34.768	—
684 61-6	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	512.000	512.000	306.775	—
685 61-2	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	332.000	332.000	—	—
883 61-9	323	Zuweisungen für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände	— 12.800.000 4.090.335	8.325.000	8.265.000	8.718.754	—
893 61-4	323	Zuschüsse für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen an Sonstige	— — 409.545	972.000	972.000	971.966	—
TGr. 62		**Förderung des Landessportbundes Niedersachsen** * *Übertragbar.*	(—)	(26.427.000)	(25.892.000)	(25.356.191)	(—)
684 62-4	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke	—	23.711.000	23.176.000	22.640.209	—
893 62-2	324	Zuschüsse für Investitionen	—	2.716.000	2.716.000	2.715.982	—
TGr. 63		**Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge-*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 31 allgemein

1. NLottG vom 21. 6. 1997, VO-Sport vom 16. 12. 1998, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sportstättenbaus vom 30. 5. 2001.
2. Allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (Titel 547 61, 685 61 und 684 61 – z. B. Betriebskosten von Sportschulen, Lehrstätten und Leistungszentren, Titel 883 61 und 893 61 – Errichtung und Sanierung von Sportstätten) und Förderung des Landessportbundes Niedersachsen.
3. Daueraufgabe

In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht

- Mittel zur Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden durch den Landessportbund Niedersachsen e. V. (TGr. 62),
- Mittel zur Förderung des Sportstättenbaues (883 61, 893 61, TGr. 63),
- Mittel für internationale Sportbegegnungen und Ehrenpreise (547 61),
- Betriebskostenzuschüsse für Sportschulen (TGr. 61).

Die dem Land aufgrund § 6 Abs. 1 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) vom 21. 6. 1997 (Nieders. GVBl. S. 289) zustehende Konzessionsabgabe beim Zahlenlotto, bei Sportwetten, bei Lotterien und Ausspielungen in Höhe von 69 229 000 EUR [2002] und 70 661 000 EUR [2003] ist zweckgebunden gem. § 7 Abs. 1 bis 3 NLottG zu verwenden. Der Landessporbund Niedersachsen e. V. erhält davon 37,4 % als Finanzhilfe zur Förderung des Sports in anerkannten niedersächsischen Sportverbänden und -vereinen (25 892 000 EUR [2002] und 26 427 000 EUR [2003], TGr. 62). Das Land Niedersachsen verwendet 3,9 % der zweckgebundenen Konzessionsabgaben für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (2 700 000 EUR [2002] und 2 756 000 EUR [2003], TGr. 61).

In TGr. 61 sind außer den Konzessionsabgabemitteln auch originäre Landesmittel (5 158 000 EUR [2002] und 5 158 000 EUR [2003]) sowie Mehrerträge aus der Lotterie GlücksSpirale (2 266 000 EUR [2002] und 2 270 000 EUR [2003]) veranschlagt.

Zu 382 10

Vgl. 982 10.

Zu 982 10

Mittel der EU für das Projekt „Kampf gegen Doping in erwerbswirtschaftlichen Sporteinrichtungen“.

Zu 547 61

Ausgaben u.a. für Ehrenpreise.

Zu 684 61

Veranschlagt sind Zuwendungen für

a) internationale Begegnungen besonderen Charakters,
b) besondere Sportveranstaltungen.

Zu 685 61

Veranschlagt sind Zuwendungen zu den laufenden Betriebskosten von Sportschulen, Lehrstätten und Leistungszentren.

Zu 883 61 und 893 61

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Sanierung und Förderung des Baues von Sportstätten einschl. innovativer Sportanlagen nach den Richtlinien vom 30. 5. 2001 (Nds. MBl. S. 397).

Zu 883 61

Belastung (2002 und 2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000*) in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 045 000	4 091 000	—	6 136 000
2003	—	—	4 100 000	4 100 000
2004	—	—	4 100 000	4 100 000
2005	—	—	4 600 000	4 600 000

*) bei Kap. 03 30 Titel 883 69.

Zu 893 61

Belastung (2002)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	410 000	—	410 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0331 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 63**		*leistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 63.*					
883 63-5	323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 63-0	323	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			424.373	
		Abschluss Kapitel 03 31					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		97.000	97.000	97.146	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		97.000	97.000	97.146	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	135.000	135.000	126.801	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	24.555.000	24.020.000	23.279.324	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— 12.800.000 4.499.880	12.013.000	11.953.000	12.406.702	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 12.800.000 4.499.880	36.703.000	36.108.000	35.812.827	
		Zuschuss		36.606.000	36.011.000	35.715.681	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0334 Bauaufsicht und Städtebau

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-3	018	Gebühren und tarifliche Entgelte		205.000	205.000	204.517	158
235 10-3	018	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-9	018	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.241.000	4.231.000	4.030.361	1.869
422 04-3	018	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	181.000	181.000	174.504	90
422 06-0	018	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-1	018	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	018	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	127.000	217.000	111.768	112
425 01-8	018	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.145
425 06-9	018	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 31-0	018	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	11
427 01-0	018	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-2	018	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1.000	1.000	511	0
427 39-8	018	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-1	018	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	8.000	8.000	7.669	8
812 35-6	018	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 03 34					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		205.000	205.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		205.000	205.000	—	
		4 Personalausgaben	—	4.550.000	4.630.000	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	8.000	8.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.558.000	4.638.000	—	
		Zuschuss		4.353.000	4.433.000		
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		844.000	838.000	—	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		5.402.000	5.476.000	—	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		5.197.000	5.271.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 34 – allgemein:

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 511, des Titels 812 35 und der Titelgruppen) sowie die
c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 111 01

Verwaltungsgebühren für Baudispense und Widerspruchsentscheide.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
76,07	76,07	76,66	76,29

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	0,59	0,59
Summe Abgänge	0,59	0,59
Bleibt Zugang (oder Abgang)	0,59	0,59

Nachrichtl. Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	40,27	40,27	—	42
Angestellte	35,80	35,80	—	37
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	76,07	76,07	—	79

Nachrichtl. Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	40,27	40,27	—	42
Angestellte	35,80	35,80	—	37
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	76,07	76,07	—	79

Noch zu 422 01

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	4 241	4 231

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 241	4 231
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	333	420
43	Versorgungsbezüge	844	838
44	Beihilfen, Unterstützungen	322	305
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	32	–5
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		5 772	5 789

Lehrzulagen

für 1 (1) Stelleninhaber/-in mtl. 47,94 EUR – jährl. 575,28 EUR	rd.	0,6	0,6

Beamte, die als Ausbildungsleiter tätig sind, erhalten eine Lehrzulage. Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt. Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) bzw. für Prüfungsvergütungen für Mitglieder in Prüfungsausschüssen nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 511 01

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen zur landeseinheitlichen Umstellung des Städtebaukatasters (Fortsetzungsmaßnahme).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0335 Wohnungs- und Siedlungswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 10-6	411	Ausgleichszahlungen nach dem Gesetz über den Abbau von Fehlsubventionierungen im Wohnungswesen (AFWoG)		400.000	400.000	511.292	430
111 01-7	411	Gebühren und tarifliche Entgelte		358.000	358.000	357.904	279
119 01-8	411	Vermischte Einnahmen		3.000	3.000	2.556	—
231 10-1	233	Erstattungen des Bundes für Zuschüsse nach dem Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses		—	—	—	—
231 62-4	233	Erstattung des Bundesanteils an den Aufwendungen für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz		207.000.000	207.000.000	207.073.212	171.389
359 01-9	950	Entnahme aus dem Vermögen der Landestreuhandstelle für den Härteausgleich * *Vgl. K-Vermerk zu 681 12.*		1.000.000	1.000.000	1.022.584	1.154
		A U S G A B E N					
537 10-3	176	Planungsarbeiten, Wettbewerbe und Preisverleihungen sowie Gutachtertätigkeiten auf dem Gebiet des Städtebaues * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 537 10 und 686 51.*	—	25.000	74.000	25.565	144
546 01-3	176	Vermischte Ausgaben	—	6.000	6.000	5.880	3
632 10-6	011	Bauministerkonferenz	—	24.000	24.000	—	—
633 01-3	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für Hauszinssteuer- und ähnliche Darlehen * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 01 und 671 01.*	—	1.000	1.000	562	0
663 01-0	411	Zuschüsse für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Amt Neuhaus	—	—	—	—	5
671 01-2	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Bremer Landesbank für Hauszinssteuer- und ähnliche Darlehen * *Vgl. D-Vermerk zu 633 01.*	—	—	—	—	—
681 12-3	411	Zuwendungen zur Verminderung von Mieterhöhungen im Sozialwohnungsbestand (Härteausgleich) * *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 359 01.*	—	1.000.000	1.000.000	1.022.584	1.154
685 21-8	680	Anteil des Landes Niedersachsen an dem Zuschussbedarf des Instituts für Bautechnik * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 21 und 685 22.*	—	511.000	491.000	—	—
685 22-6	176	Zuschüsse zu den Kosten für Untersuchungen, Planungen und Erprobungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht * *Vgl. D-Vermerk zu 685 21.*	—	92.000	92.000	—	—
686 23-0	680	Anteil des Landes Nds. an den Kosten des Deutschen Instituts für Normung e. V. (DIN)	—	84.000	84.000	—	—
686 51-6	176	Zuschüsse zur Ausbildung, Aufklärung und Beratung auf dem Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 537 10.*	—	51.000	51.000	51.129	23
686 52-4	176	Zuschüsse an das Institut für Bauforschung e.V. Hannover * *Übertragbar.*	—	82.000	82.000	81.807	82
686 55-9	176	Zuschüsse zur Förderung der Deutschen Akademie für Städtebau u. Landesplanung	—	—	—	10.226	—
893 10-4	411	Zuschüsse zur Förderung von Wohnungen i.S. der §§ 87a, 87b und 111 des II. Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsfürsorgemittel)	—	—	—	511.292	358

ERLÄUTERUNGEN

Zu 099 10

Einnahmen nach § 10 Abs. 3 und 4 des Bundesgesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen.

Die aufkommenden Mittel werden bei Bedarf bei 893 10 wieder zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt.

Zu 111 01

Überwiegend Leistungen gem. § 7 und § 25 des Wohnungsbindungsgesetzes in der Fassung v. 19. 8. 1994 (BGBl. I S. 2166).

Zu 231 62

Nach § 34 Abs. 1 des Wohngeldgesetzes in der Fassung vom 2. 1. 2001 (BGBl. I S. 2) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvermögens (Altersvermögensgesetz - AvmG) vom 26. 6. 2001 (BGBl. I S. 13010), erstattet der Bund dem Land die Hälfte des gezahlten Wohngeldes.

Von der dem Land verbleibenden Hälfte übernimmt der Bund nach § 34 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes n. F. ab dem 1. 3. 2003 einen Teil in Form eines Festbetrages, der unter Berücksichtigung der Aufwendungen für das Wohngeld nach dem 5. Teil des Wohngeldgesetzes im Jahre 2002 ermittelt wird. Wegen der nicht hinreichend einschätzbaren Höhe der zu erwartenden zusätzlichen Einnahmen wurde von der Veranschlagung im Haushaltsjahr 2003 abgesehen.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 62/63.

Zu 537 10

Durchführung des niedersächsischen Staatspreises für Architektur.

Der Staatspreis für Architektur wird durch Entschließung des Niedersächsischen Landtages vom 17. 5. 1995 alle zwei Jahre für hervorragende und beispielhafte Arbeiten vergeben. Die zur Ausrichtung erforderlichen Leistungen, wie Vorarbeiten, Ausschreibung, Bereisung durch die Jury, Bewertung, Verleihung und Dokumentation werden zeitlich über zwei Jahre versetzt erbracht und entsprechend mit zwei unterschiedlichen Jahresbeträgen veranschlagt.

Zu 546 01

	2003	2002
	EUR	
1. Institut für Bauforschung	1 850	1 850
2. Deutsches Volksheimstättenwerk e. V. Hannover	1 850	1 850
3. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	2 300	2 300
Zusammen	6 000	6 000

Zu 632 10

Umgesetzt von Kapitel 05 02 Titel 632 01.

Anteilige Kosten der Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz (ARGEBAU) gemäß Verwaltungsvereinbarung der für das Bauwesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder vom 1. 7. 1991. Die anteiligen Verpflichtungen der Länder richten sich nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl.

Zu 633 01 und 671 01

Veranschlagt sind die Kosten für die Verwaltung der staatlichen und gemeindlichen Hauszinssteuerhypotheken sowie verschiedener von der Bremer Landesbank verwalteten Wohnungsbaudarlehen.

Zu 681 12

Der Härteausgleich wird gewährt nach der zurzeit gültigen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Senkung der Miete für mit Mitteln des Landes oder im Regionalprogramm des Bundes geförderte Mietwohnungen (RdErl. d. MFAS v. 15. 6. 1999 – 306 – 25110 – 7/2, Nds. MBl. S. 343).

Der Härteausgleich stellt sicher, dass Mieten von Wohnungen, die mit Mitteln des Landes oder des Bundes gefördert wurden, noch tragbar bleiben, wenn geltende Wohngeldregelungen nicht ausreichen. Er setzt die Härteausgleichsförderung 1991 bis 2001 fort.

Entsprechende Einnahmen sind bei 359 01 veranschlagt.

Zu 685 21

Umgesetzt von Kapitel 05 02 Titel 685 21.

Das Deutsche Institut für Bautechnik dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.

Es wird aufgrund eines Abkommens zwischen Bund und Ländern als überwiegend regional finanzierte Einrichtung (rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts) des Landes Berlin geführt. Die Finanzierung erfolgt – soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt ist – durch die am Abkommen Beteiligten.

Zu 685 22

Umgesetzt von Kapitel 05 02 Titel 685 51.

Aufwendungen für technische und bauaufsichtliche Untersuchungen sowie für Maßnahmen der Typisierung und Rationalisierung auf dem Gebiet des Bauwesens durch das Deutsche Institut für Bautechnik in Berlin.

Durch Ländervereinbarung wurde beim Deutschen Institut für Bautechnik ein gemeinsamer Forschungsfonds geschaffen, aus dem entsprechende Forschungsvorhaben gefördert werden. Die anteiligen Verpflichtungen der Länder richten sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Die Forschungsplanung wird vom Deutschen Institut für Bautechnik aufgestellt und nach Beratung in der Fachkommission Baunormung vom Allgemeinen Ausschuss der ARGEBAU gebilligt.

Zu 686 23

Umgesetzt von Kapitel 05 02 Titel 685 23.

Die Zuwendungen an den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung (DIN) beruhen auf einem zwischen dem Land Nds. und dem DIN erstmals 1978 geschlossenen Vertrag.

Der Normenausschuss Bauwesen im DIN erarbeitet Normen mit sicherheitstechnischer Relevanz, die als technische Baubestimmungen im bauaufsichtlichen Bereich eingeführt werden. Er erhält dafür von den Ländern einen angemessenen Kostenbeitrag, der nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt wird.

Zu 686 51

Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen und zur Durchführung von Veranstaltungen mit dem Ziel, Wohnungsbau-, Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Zu 686 52

Zuschüsse für das Institut für Bauforschung e. V. in Hannover:

a) für die Beratungsstelle „Gesundes Bauen und Wohnen – Ökologisches Bauen“,
b) zur Erweiterung von Grundlagen über Gesundes Bauen und Wohnen – Ökologisches Bauen – und zur Erarbeitung von Merkblättern zur Weiterbildung der Mitarbeiter.

Zu 893 10

Vgl. Erläuterungen zu 099 10.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0335 Wohnungs- und Siedlungswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62/63		**Wohngeld**	(—)	(414.000.000)	(414.000.000)	(414.146.424)	(346.917)
633 62-5	233	Erstattung an Gemeinden (GV) für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz ****Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	—	135.000.000	135.000.000	112.484.214	78.219
633 63-3	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) für Mietzuschüsse nach dem 5. Teil des Wohngeldgesetzes ****Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	—	194.000.000	194.000.000	219.855.509	215.814
681 62-0	233	Leistungen an Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen nach dem Wohngeldgesetz ****Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen*	—	85.000.000	85.000.000	81.806.701	52.884
TGr. 64/65		**Leistungen nach dem Gesetz zur Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses** ****Ausgaben dürfen nur geleistet werden in Höhe des gesetzlichen Erstattungsanspruchs des Landes gegen den Bund.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
633 64-1	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) und sonstige Stellen für Zuschüsse nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes an Wohngeldempfänger	—	—	—	—	—
633 65-0	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) und sonstige Stellen für Zuschüsse nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes an sonstige Berechtigte	—	—	—	—	—
681 64-6	233	Zuschüsse nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes an Wohngeldempfänger	—	—	—	—	—
681 65-4	233	Zuschüsse nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes an sonstige Berechtigte	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 03 35					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		400.000	400.000	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		361.000	361.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		207.000.000	207.000.000	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.000.000	1.000.000	—	
		Summe der Einnahmen		208.761.000	208.761.000	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	31.000	80.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	415.845.000	415.825.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	415.876.000	415.905.000	—	
		Zuschuss		207.115.000	207.144.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 62/63
Vgl. Erläuterungen zu 231 62.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0337 Wohnungsbauprogramme

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
221 10-3	411	Einnahmen vom Bund für Aufwendungszuschüsse im Wohnungsbau * *Vgl. K-Vermerk zu 663 10.*		—	—	—	35.317
311 10-2	920	Einnahmen vom Bund für Baudarlehen im Wohnungsbau * *Vgl. K-Vermerk zu 863 10.* ** *Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.*		9.047.000	9.042.000	9.028.392	9.015
311 11-0	920	Einnahmen vom Bund für Aufwendungsdarlehen im Wohnungsbau * *Vgl. K-Vermerk zu 863 10.* ** *Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.*		5.298.000	6.311.000	12.261.802	9.519
331 10-3	411	Einnahmen vom Bund für Zuschüsse im Wohnungsbau * *Vgl. K-Vermerk zu 893 10.*		27.955.000	34.612.000	42.952.097	29.932
		A U S G A B E N					
661 11-1	411	Zuweisung von Finanzierungskosten im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle * *Übertragbar.*	21.683.000 44.638.000 —	24.277.000	14.361.000	—	—
663 10-6	411	Zuweisungen für Aufwendungszuschüsse an die Landestreuhandstelle * *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 221 10.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 663 10, 863 10 und 893 10.*	—	13.709.000	24.057.000	29.853.822	36.009
863 10-5	411	Zuschüsse für Darlehen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 311 10 und 311 11.* *Vgl. D-Vermerk zu 663 10.* *** *Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Abs. 2 der Erläuterung verbindlich.*	12.306.000 12.266.000 —	14.345.000	15.353.000	—	—
891 01-0	411	Zuschüsse für Investitionen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle	— — 25.675.544	—	—	34.591.452	48.831
893 10-1	411	Zuschüsse für Investitionen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 663 10.* *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Abs. 2 der Erläuterung verbindlich.*	9.325.000 12.147.000 —	7.444.000	10.877.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 37

1. Im Kapitel 03 37 sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt, die zur Abwicklung der Wohnungsbauprogramme erforderlich sind, soweit sie nicht aus Rückflussmitteln oder im Rahmen des Bankenmodells finanziert werden.
2. Die Finanzierung der Wohnungsbauförderung ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 14. 2. 1995 ab dem Haushaltsjahr 1995 auf das Bankenmodell umgestellt worden. Dazu ist mit der Nord/LB am 4. 5. 1995 eine Vereinbarung über die Finanzierung der Wohnungsbauförderung durch die LTS geschlossen worden. Nach dieser Vereinbarung erstellt die LTS jährlich vor der Aufstellung des Haushaltsplans des Landes einen besonderen Wirtschaftsplan für die Finanzierung des Wohnungsbaus. Der Wirtschaftsplan für die Jahre 2002/2003 ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt. Er berücksichtigt nicht die Änderungen, die sich durch die Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 2002 durch den Bund sowie durch die Senkung des Leitzinses ergeben haben.
3. Neue Wohnungsbauprogramme 2002/2003: Im Rahmen der jährlich zwischen dem Bund und den Ländern abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens stellt der Bund dem Land Niedersachsen in den Jahren 2002 voraussichtlich rund 32 960 000 EUR und 2003 voraussichtlich rund 16 590 000 EUR an Bundesfinanzhilfen zur Verfügung, die in Tranchen über einen Zeitraum von **sieben Jahren** ausgezahlt werden. Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend dem Barwert vom Land voll gegenfinanziert. Entsprechend dem Barwert ergibt sich eine Gegenfinanzierung in Höhe von insgesamt rund 41 462 000 EUR bzw. 24 693 000 EUR. Die Wohnungsbauprogramme 2002/2003 haben somit ein Gesamtvolumen in Höhe von rund 74 422 000 EUR bzw. 41 283 000 EUR. Die Programme werden vom Land in Tranchen über einen Zeitraum von **vier Jahren** abgewickelt.

Wohnungsbauprogramm 2002 (Abwicklung von 2002 bis 2005)

Förderungsweg	geplantes Programmvolumen	geplanter Einsatz von		
		Bundesfinanzhilfen (1. bis 4. Jahresrate)	Rückflussmitteln (Landesanteil)	Finanzierungsmitteln aus Bankenmodell: Kredite der LTS
Baudarlehen 1. Förderungsweg	9 049 000	9 049 000	—	—
Baudarlehen 3. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	53 869 000	13 177 000	16 575 000	24 117 000
KfW-Darlehen	11 504 000	—	—	11 504 000
Summe	74 422 000	22 226 000	16 575 000	35 621 000

Wohnungsbauprogramm 2003 (Abwicklung von 2003 bis 2006)

Förderungsweg	geplantes Programmvolumen	geplanter Einsatz von		
		Bundesfinanzhilfen (1. bis 4. Jahresrate)	Rückflussmitteln (Landesanteil)	Finanzierungsmitteln aus Bankenmodell: Kredite der LTS
Baudarlehen 1. Förderungsweg	9 049 000	9 049 000	—	—
Baudarlehen 3. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	20 730 000	4 155 000	16 575 000	—
KfW-Darlehen	11 504 000	—	—	11 504 000
Summe	41 283 000	13 204 000	16 575 000	11 504 000

Die Vorfinanzierung der 5. bis 7. Jahresrate der Bundesfinanzhilfen in Höhe von 10 734 000 EUR in 2002 bzw. 3 386 000 EUR in 2003 durch das Land (s. Tabelle oben, Spalte 3 – Gesamtbetrag an Bundesfinanzhilfen = 32 960 000 EUR in 2002 bzw. 16 590 000 EUR in 2003 –) erfordert den Einsatz höherer Rückflüsse im vierjährigen Abwicklungszeitraum bzw. eine Kreditaufnahme durch die Landestreuhandstelle (siehe Tabelle oben, Spalten 4 und 5). Der Ausgleich erfolgt durch die Vereinnahmung der Bundesfinanzhilfen in den Haushaltsjahren 2006 bis 2009 (vgl. Wirtschaftsplan der LTS, Ziffer 5.3 und 5.4, Einnahmen).

4. Alte und neue Wohnungsbauprogramme: Durch die Haushaltsansätze wird gewährleistet, dass für die **alten und neuen** Wohnungsbauprogramme
   – die jeweils zur Verfügung gestellten Bundesfinanzhilfen entsprechend dem Barwert voll gegenfinanziert,
   – die Bundesfinanzhilfen eingesetzt,
   – die Verpflichtungsermächtigungen für die alten Wohnungsbauprogramme bedient und
   – die Finanzierungskosten im Rahmen des Bankenmodells abgedeckt werden.

Die Programmstrukturen ergeben sich im einzelnen aus dem Wirtschaftsplan der Niedersächsischen Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS), der diesem Kapitel als Anlage beigefügt ist. Der Wirtschaftsplan berücksichtigt nicht die Änderungen, die sich durch die Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 2002 durch den Bund sowie durch die Senkung des Leitzinses ergeben haben. Es ergibt sich für die Wohnungsbauförderung (aufgeteilt auf die Förderungswege Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen und Aufwendungszuschüsse) ein Gesamtbedarf im Jahre 2002 in Höhe von 180 640 000 EUR bzw. im Jahre 2003 in Höhe von 148 186 000 EUR. Die Finanzierung des Gesamtbedarfs wird durch den Einsatz der Bundesfinanzhilfen, Landesmittel und Rückflüsse sichergestellt bzw. durch die LTS im Rahmen des Bankenmodells refinanziert.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 03 37

Finanzierung der alten und neuen Wohnungsbauprogramme im Haushaltsjahr 2002

Förderungsweg	Bedarf	Deckung				
		Titel 663 10	Titel 863 10	Titel 893 10	Rückflussmittel (Landesanteil)	Finanzierungsmittel aus Bankenmodell: Kredite der LTS
Baudarlehen 1. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	65 520 000	—	9 042 000	10 555 000	32 272 000	13 651 000
Aufwendungsdarlehen	16 149 000	—	6 311 000	322 000	9 516 000	—
Aufwendungszuschüsse	80 948 000	24 057 000	—	—	56 891 000	—
KfW-Darlehen	18 023 000	—	—	—	—	18 023 000
Summe	180 640 000	24 057 000	15 353 000	10 877 000	98 679 000	31 674 000
davon Bundesmittel	—	24 057 000	15 353 000	10 555 000	—	—
davon Landesmittel	—	—	—	322 000	—	—

Finanzierung der alten und neuen Wohnungsbauprogramme im Haushaltsjahr 2003

Förderungsweg	Bedarf	Deckung				
		Titel 663 10	Titel 863 10	Titel 893 10	Rückflussmittel (Landesanteil)	Finanzierungsmittel aus Bankenmodell: Kredite der LTS
Baudarlehen 1. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	52 804 000	—	9 047 000	7 291 000	28 849 000	7 617 000
Aufwendungsdarlehen	13 321 000	—	5 298 000	153 000	7 870 000	—
Aufwendungszuschüsse	69 023 000	13 709 000	—	—	55 314 000	—
KfW-Darlehen	13 038 000	—	—	—	—	13 038 000
Summe	148 186 000	13 709 000	14 345 000	7 444 000	92 033 000	20 655 000
davon Bundesmittel	—	13 709 000	14 345 000	7 291 000	—	—
davon Landesmittel	—	—	—	153 000	—	—

Zu 221 10, 311 10, 311 11 und 331 10

Bundesfinanzhilfen für alle laufenden Wohnungsbauprogramme und die neuen Wohnungsbauprogramme 2002 und 2003.

Zu 661 11

Die LTS wird die auszuzahlenden Wohnungsbaumittel – soweit sie nicht aus dem jährlichen Aufkommen aus Rückflussmitteln und Bundesfinanzhilfen gedeckt sind – im Rahmen des Bankenmodells refinanzieren. Das Land trägt den Schuldendienst dieser Refinanzierung entsprechend dem Wirtschaftsplan der LTS. Finanzierungskosten fallen für das Wohnungsbauprogramm 2002 (bis auf das KfW-Darlehen) erstmals ab 1. 1. 2003 und für das Wohnungsbauprogramm 2003 (bis auf das KfW-Darlehen) erstmals ab 1. 1. 2004 an.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	10 903 000	1 410 000	1 687 000	—	—	14 000 000
2003	17 774 000	491 000	3 138 000	2 613 000	—	24 016 000
2004	21 382 000	2 224 000	3 951 000	3 288 000	1 086 000	31 931 000
2005	14 696 000	2 224 000	4 833 000	3 781 000	1 639 000	27 173 000
2006ff.	107 508 000	5 704 000	27 853 000	34 956 000	18 958 000	194 979 000
Summe	172 263 000	12 053 000	41 462 000	44 638 000	21 683 000	292 099 000

Der Haushaltsansatz für 2002 in Höhe von 14 361 000 EUR bzw. für 2003 in Höhe von 24 277 000 EUR enthält die notwendigen Mittel zur Bedienung der Finanzierungskosten für alte Verpflichtungen (vgl. vorstehendes Ablaufgitter), Barmittel für KfW-Darlehen in Höhe von rd. 361 000 EUR für 2002 bzw. rd. 261 000 EUR für 2003 sowie Mittel zur Tilgung aufgenommener Kapitalmarktdarlehen für 2003. Barmittel zur Bedienung des neuen Programms werden nicht benötigt, weil Finanzierungskosten für das neue Programm erst im folgenden Jahr anfallen.

Die Höhe der notwendigen Bedienungsmittel für die Altverpflichtungen sind einem laufenden Änderungsprozess unterworfen. Ursache dafür ist, dass der Einsatz der Finanzierungsquellen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller laufenden Wohnungsbauprogramme im Rahmen der Vereinbarungen so gesteuert wird, daß eine Minimierung der Finanzierungskosten erreicht werden kann.

Verpflichtungsermächtigungen

Für die Finanzierungskosten der im Bankenmodell aufzunehmenden Kredite des Haushaltsjahres 2002 wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 44 638 000 EUR bzw. für 2003 in Höhe von 21 683 000 EUR benötigt. Die Verpflichtungsermächtigung enthält die Summe der in den folgenden Jahren benötigten Haushaltsmittel zur Bedienung der Finanzierungskosten für die neuen Kredite des Haushaltsjahres (Kredite siehe Tabelle oben „Finanzierung der alten und neuen Wohnungsbauprogramme“, Spalte 7, Finanzierungsmittel aus Bankenmodell – Kredite der LTS –).

Zu 663 10

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1994 in Anspruch genommenen VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	24 057 000	24 057 000
2003	13 709 000	13 709 000
Summe	37 766 000	37 766 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu 863 10

Zuschüsse für Darlehen zur Finanzierung alter und neuer Wohnungsbauprogramme gem. dem Wirtschaftsplan der LTS. Bis 2001 waren die Zuschüsse beim Titel 891 01 veranschlagt. Um die vermögens- und schuldenwirksame Nachweisung der Baudarlehen sicherzustellen, werden diese ab 2002 beim Titel 863 10 veranschlagt.

Für den Fall, dass der Verpflichtungsrahmen des Wohnungsbauprogramms 2001 bis zum 31. 12. 2001 bzw. 2002 bis zum 31. 12. 2002 nicht voll belegt werden konnte, werden bis zu 60 v. H. der ursprünglichen Verpflichtungsermächtigung als „Reserve-VE“ im folgenden Jahr erneut veranschlagt. Hierdurch wird die Haushaltsbelastung der Ursprungs-VE nicht ausgeweitet. Durch die Inanspruchnahme der „Reserve-VE“ darf der ursprüngliche Bewilligungsrahmen des jeweiligen Programms nicht überschritten werden.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	7 665 000	2 711 000	3 620 000	—	—	13 996 000
2003	5 298 000	1 356 000	2 715 000	3 619 000	—	12 988 000
2004	4 405 000	—	1 358 000	2 715 000	3 619 000	12 097 000
2005	3 557 000	—	—	1 358 000	2 715 000	7 630 000
2006ff.	7 461 000	—	—	—	1 358 000	8 819 000
Summe	28 386 000	4 067 000	7 693 000	7 692 000	7 692 000	55 530 000
zuzügl. Reserve-VE				4 574 000	4 614 000	
Gesamt-VE				12 266 000	12 306 000	

Verpflichtungsermächtigungen

Für die Wohnungsbauprogramme 2002/2003 werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von je 7 692 000 EUR benötigt. Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten die Summe der in den folgenden Jahren benötigten Haushaltsmittel zur Bedienung der Wohnungsbauprogramme, soweit nicht Rückflussmittel und aufzunehmende Kredite durch die LTS zur Finanzierung der Wohnungsbauprogramme vorgesehen sind. Im Jahr der Ausbringung der Verpflichtungsermächtigung sind für das Programm bereits Barmittel in Höhe von 1 357 000 EUR ausgebracht. Es verbleibt somit ein Haushaltsmittelbedarf für die zukünftigen Jahre in Höhe von je 7 692 000 EUR. Für den Fall, dass der Verpflichtungsrahmen des Wohnungsbauprogramms bis zum 31. 12. des Jahres nicht voll belegt werden konnte, werden bis zu 60 v. H. der ursprünglichen Verpflichtungsermächtigung als „Reserve-VE“ im folgenden Jahr erneut veranschlagt.

Im Jahre 2001 war die Ursprungs-VE in voller Höhe beim Titel 891 01 veranschlagt. Wegen der nunmehr getrennten Veranschlagung der vermögens- und schuldenwirksamen Anteile der Zuschüsse beim Titel 863 10 bzw. 893 10 wurde die „Reserve-VE“ im Verhältnis von 70 v. H. beim Titel 863 10 zu 30 v. H. beim Titel 893 10 für 2002 berücksichtigt.

Zu 893 10

Zuschüsse für Darlehen der vereinbarten Förderung und Aufwendungsdarlehen zur Finanzierung alter und neuer Wohnungsbauprogramme gemäß dem Wirtschaftsplan der LTS, soweit diese in den vermögens- und schuldenwirksamen Nachweisungen des Landes nicht zu berücksichtigen sind.

Für den Fall, dass der Verpflichtungsrahmen des Wohnungsbauprogramms 2001 bis zum 31. 12. 2001 bzw. 2002 bis zum 31. 12. 2002 nicht voll belegt werden konnte, werden bis zu 60 v. H. der ursprünglichen Verpflichtungsermächtigung als „Reserve-VE“ im folgenden Jahr erneut veranschlagt. Hierdurch wird die Haushaltsbelastung der Ursprungs-VE nicht ausgeweitet. Durch die Inanspruchnahme der „Reserve-VE“ darf der ursprüngliche Bewilligungsrahmen des jeweiligen Programms nicht überschritten werden.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	3 837 000	2 978 000	1 072 000	—	—	7 887 000
2003	153 000	1 772 000	1 180 000	3 396 000	—	6 501 000
2004	6 386 000	—	961 000	3 396 000	1 071 000	11 814 000
2005	4 839 000	—	—	3 396 000	1 071 000	9 305 000
2006ff.	8 282 000	—	—	—	1 071 000	9 353 000
Summe	23 497 000	4 750 000	3 213 000	10 188 000	3 213 000	44 859 000
zuzügl. Reserve-VE				1 959 000	6 112 000	
Gesamt-VE				12 147 000	9 325 000	

Verpflichtungsermächtigungen

Für die Wohnungsbauprogramme 2002/2003 werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von je 10 188 000 EUR für 2002 bzw. 3 213 000 EUR für 2003 benötigt. Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten die Summe der in den folgenden Jahren benötigten Haushaltsmittel zur Bedienung der Wohnungsbauprogramme, soweit nicht Rückflussmittel und aufzunehmende Kredite durch die LTS zur Finanzierung der Wohnungsbauprogramme vorgesehen sind. Im Jahr der Ausbringung der Verpflichtungsermächtigung sind für das Programm bereits Barmittel in Höhe von 2 990 000 EUR für 2002 bzw. 943 000 EUR ausgebracht. Es verbleibt somit ein Haushaltsmittelbedarf für die zukünftigen Jahre in Höhe von 10 188 000 EUR für 2002 bzw. 3 213 000 EUR für 2003. Für den Fall, dass der Verpflichtungsrahmen des Wohnungsbauprogramms bis zum 31. 12. des Jahres nicht voll belegt werden konnte, werden bis zu 60 v. H. der ursprünglichen Verpflichtungsermächtigung als „Reserve-VE“ im folgenden Jahr erneut veranschlagt.

Im Jahre 2001 war die Ursprungs-VE in voller Höhe beim Titel 891 01 veranschlagt. Wegen der nunmehr getrennten Veranschlagung der vermögens- und schuldenwirksamen Anteile der Zuschüsse beim Titel 863 10 bzw. 893 10 wurde die „Reserve-VE“ im Verhältnis von 70 v. H. beim Titel 863 10 zu 30 v. H. beim Titel 893 10 für 2002 berücksichtigt.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0337 Wohnungsbauprogramme

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 37					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		42.300.000	49.965.000	—	
		Summe der Einnahmen		42.300.000	49.965.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	21.683.000 44.638.000 —	37.986.000	38.418.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	21.631.000 24.413.000 —	21.789.000	26.230.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	43.314.000 69.051.000 —	59.775.000	64.648.000	—	
		Zuschuss		17.475.000	14.683.000		

Wirtschaftsplan 2002/2003 der Niedersächsischen Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS) für die Finanzierung des Wohnungsbaues

(Stand 8. 6. 2001)

Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2003[1])

	SOLL 2000 EUR	IST 2000 EUR	SOLL 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR	Planung 2004 EUR	Planung 2005 EUR	Planung 2006ff.[2]) EUR	Gesamt 2003ff.[2]) EUR
Einnahmen									
1. Übertrag liquider Mittel aus Vorjahr		(13 170 380,35)							
1.1 noch nicht eingesetzte Rückflüsse		11 829 428,59							
1.2 noch nicht weitergeleitete Mittel		1 079 821,85							
1.3 noch nicht zur Rückführung von Kapitalmarktmitteln eingesetzt		245 556,57							
1.4 den Erstattungsansprüchen gegenzurechnende Zinserträge aus refinanzierten Darlehen		15 573,34							
						[3])	[3])	[3])	
2. Rückflüsse	149 808 000	(159 031 510,71)	204 772 000	148 275 000	138 049 000	16 491 000	8 433 000	1 417 000	
2.1 Zinsen		29 158 534,13							
2.2 Tilgungen		129 872 976,58							
3. Sonstige Zinserträge		597 737,40							
4. Zuweisungen des Landes für Investitionen im Wohnungsbau	86 183 000	84 840 495,88	64 445 000	48 240 000	33 173 000	80 747 000	66 782 000	262 676 000	443 378 000
5. Zuweisungen des Landes für Tilgungen aufgenommener Kapitalmarktdarlehen gem. § 10 der Vereinbarung vom 4./9. 5. 95					(6 955 000)	(13 075 000)	(8 312 000)	(11 273 000)	(39 617 000)
5.1 Programme bis 2000					6 955 000	13 075 000	7 241 000	2 188 000	29 459 000
5.2 Programm 2001							1 071 000	2 315 000	3 386 000
5.3 Programm 2002								3 385 000	3 385 000
5.4 Programm 2003								3 385 000	3 385 000
6. Zuweisungen des Landes für Finanzierungskosten im Wohnungsbau	(24 207 000)	(13 725 459,93)	(14 179 000)	(15 260 000)	(18 272 000)	(18 306 000)	(17 530 000)	(169 494 000)	(223 602 000)
6.1 für Kredite bis 2000	24 207 000	13 725 459,93	13 941 000	12 314 000	11 310 000	10 531 000	9 679 000	111 023 000	142 543 000
6.2 für Kredite im Jahr 2001			238 000	2 586 000	4 198 000	3 951 000	3 761 000	25 538 000	37 448 000
6.3 für Kredite ab dem Jahr 2002				360 000	2 503 000	2 738 000	2 451 000	17 361 000	25 053 000
6.4 für Kredite ab dem Jahr 2003					261 000	1 086 000	1 639 000	15 572 000	18 558 000
7. Rückflussaufkommen außerhalb der Rückflussbindung	(3 988 000)	(1 694 928,99)	(4 547 000)	(3 377 000)	(4 749 000)	(4 851 000)	(4 947 000)	(29 466 000)	(44 013 000)
7.1 planmäßige Zinsaufkommen gem. § 5 der Vereinbarung v. 4./9. 5. 95									
7.1.1 Auszahlungen bis 2000	13 000	67 487,00	93 000	186 000	271 000	373 000	469 000	6 651 000	7 764 000
7.1.2 Auszahlungen im Jahr 2001				—	—	—	—	5 438 000	5 438 000
7.1.3 Auszahlungen im Jahr 2002				—	—	—	—	—	—
7.1.4 Auszahlungen im Jahr 2003				—	—	—	—	—	—
7.2 planmäßige Tilgungen aus Eigentumsmaßnahmen (3. FW)									
7.2.1 Auszahlungen bis 2000	3 975 000	1 369 275,95	4 454 000	1 861 000	1 861 000	1 861 000	1 861 000	4 748 000	10 331 000
7.2.2 Auszahlungen im Jahr 2001				1 330 000	1 330 000	1 330 000	1 330 000	5 764 000	9 754 000
7.2.3 Auszahlungen im Jahr 2002					1 287 000	1 287 000	1 287 000	6 865 000	10 726 000
7.2.4 Auszahlungen im Jahr 2003									
7.3 außerplanmäßiges Tilgungsaufkommen		257 883,83							
7.4 außerplanmäßiges Zinsaufkommen		282,21							
8. Kredit- und Darlehensaufnahmen	(70 986 000)	(24 598 774,06)	(65 835 000)	(28 751 000)	(13 038 000)	(5 752 000)	(1 150 000)	—	(19 940 000)
8.1 Programme bis 2000	70 986 000	144 967 311,04	57 770 000	18 397 000	1 534 000	—	—	—	1 534 000
8.2 Programm 2001			8 065 000	4 602 000	1 150 000	—	—	—	1 150 000
8.3 Programm 2002				5 752 000	4 602 000	1 150 000	—	—	5 752 000
8.4 Programm 2003					5 752 000	4 602 000	1 150 000	—	11 504 000
8.5 Rückführungen am Geld- und Kapitalmarkt		–120 368 536,98							
Summe der Einnahmen	335 172 000	297 659 287,32	353 778 000	243 902 000	214 236 000	139 222 000	107 154 000	474 326 000	

[1]) Der Wirtschaftsplan berücksichtigt nicht die Änderungen, die sich durch die Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 2002 durch den Bund sowie durch die Senkung des Leitzinses ergeben haben.
[2]) jeweils bis zum Ende des Förderzeitraumes.
[3]) dargestellt sind die zur Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2003 erforderlichen Anteile an dem Gesamtaufkommen der Rückflüsse.

Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2003

	SOLL 2000 EUR	IST 2000 EUR	SOLL 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR	Planung 2004 EUR	Planung 2005 EUR	Planung 2006ff.[1]) EUR	Gesamt 2003ff.[1]) EUR
Ausgaben									
1. Abführung von Rückflüssen an das Land (Bundesanteil)	50 107 000	62 367 946,91	69 127 000	49 596 000	46 016 000				
2. Auszahlungen	(256 871 000)	(210 607 180,15)	(265 925 000)	(175 669 000)	(138 244 000)	(102 990 000)	(76 365 000)	(264 093 000)	(581 692 000)
2.1 Baudarlehen	129 805 000	93 517 293,20	155 100 000	78 572 000	55 900 000	33 037 000	15 796 000	3 845 000	108 578 000
2.2 Aufwendungsdarlehen	32 258 000	23 985 581,53	23 028 000	16 149 000	13 321 000	10 791 000	8 395 000	15 742 000	48 249 000
2.3 Zuschüsse	94 808 000	93 104 305,42	87 797 000	80 948 000	69 023 000	59 162 000	52 174 000	244 506 000	424 865 000
3. Kapitaldienst	(28 194 000)	(9 252 495,46)	(18 727 000)	(18 637 000)	(23 021 000)	(23 157 000)	(22 477 000)	(198 960 000)	(267 615 000)
3.1 Zinsen									
3.1.1 für Kredite bis 2000	21 266 000	9 252 495,46	11 571 000	10 303 000	9 383 000	8 707 000	7 950 000	89 820 000	115 860 000
3.1.2 für Kredite im Jahr 2001				1 753 000	3 366 000	3 118 000	2 929 000	24 435 000	33 848 000
3.1.3 für Kredite im Jahr 2002					1 782 000	2 017 000	1 730 000	12 675 000	18 204 000
3.1.4 für Kredite ab dem Jahr 2003						449 000	864 000	9 268 000	10 581 000
3.2 Tilgungen gem. § 8 der Vereinbarung v. 4./9. 5. 95 Tilgungen aus Eigentumsmaßnahmen (3. FW)									
3.2.1 für Kredite bis 2000	6 928 000		6 918 000	4 059 000	4 059 000	4 059 000	4 059 000	32 603 000	44 780 000
3.2.2 für Kredite im Jahr 2001			238 000	2 162 000	2 162 000	2 162 000	2 162 000	12 304 000	18 790 000
3.2.3 für Kredite im Jahr 2002				360 000	2 008 000	2 008 000	2 008 000	11 551 000	17 575 000
3.2.4 für Kredite ab dem Jahr 2003					261 000	637 000	775 000	6 304 000	7 977 000
4. Tilgung aufgenommener Kapitalmarktdarlehen gem. § 10 der Vereinbarung vom 4./9. 5. 95					(6 955 000)	(13 075 000)	(8 312 000)	(11 275 000)	(39 617 000)
4.1 für Kredite bis 2000						13 075 000	8 311 000	2 459 000	23 845 000
4.2 für Kredite in 2001					723 000			148 000	871 000
4.3 für Kredite in 2002					6 232 000		1 000	5 282 000	11 515 000
4.4 für Kredite in 2003								3 386 000	3 386 000
5. nicht verausgabte Mittel zum Ende des laufenden Haushaltsjahres		(15 431 664,79)							
5.1 noch nicht eingesetzte Rückflüsse		13 901 161,89							
5.2 noch nicht weitergeleitete Mittel		1 036 856,93							
5.3 noch nicht zur Rückführung von Kapitalmarktmitteln eingesetzt		460 491,88							
5.4 den Erstattungsansprüchen gegenzurechnende Zinserträge aus refinanzierten Darlehen		33 154,09							
Summe der Ausgaben	335 172 000	297 659 287,31	353 779 000	243 902 000	214 236 000	139 222 000	107 154 000	474 328 000	

[1]) jeweils bis zum Ende des Förderzeitraumes

Auszahlungen von Baudarlehen bis 2006ff.

	SOLL 2000 EUR	IST 2000 EUR	SOLL 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR	Planung 2004 EUR	Planung 2005 EUR	Planung 2006ff.[1]) EUR	Gesamt 2003ff.[1]) EUR
I. Baudarlehen 1. FW									
1. 1. Förderungsweg									
1993		4 601,63							—
1994		5 624,21							—
1995		4 448,24							—
1996		5 624,21							—
1997	80 000	99 205,96							—
1998	2 701 000	1 549 981,34	395 000						
1999	3 601 000	6 124 390,35	2 616 000	256 000					
2000	1 350 000	363 784,17	3 621 000	3 809 000	1 246 000				1 246 000
2001			1 356 000	3 621 000	2 824 000	1 248 000			4 072 000
2002				1 357 000	3 619 000	2 715 000	1 358 000		7 692 000
2003					1 357 000	3 619 000	2 715 000	1 358 000	9 049 000
II. Baudarlehen 3. FW									
1. Eigentumsmaßnahmen 3. FW									
1997	8 245 000	364 039,82							
1998	9 970 000	17 308 564,65	8 573 000						
1999	13 294 000	14 114 723,67	8 406 000	13 567 000	3 324 000				3 323 000
2000	4 985 000	1 598 298,42	6 585 000	7 227 000	1 053 000				1 053 000
2001			1 380 000	3 681 000	2 761 000	1 380 000			4 141 000
2002				1 242 000	3 313 000	2 485 000	1 242 000		7 040 000
2003					1 242 000	3 313 000	2 485 000	1 242 000	8 282 000
2. Vereinbarte Förderung									
1992 § 25									
1993 § 25		23 775,07							
1994 § 25		208 607,09							
1995 § 25		2 004 895,88							
1996 § 25		1 240 109,31							
1997 § 25	11 040 000	8 775 299,18	5 414 000	1 110 000					
1998 § 25	27 955 000	17 649 531,74	9 330 000	3 015 000					
1999 § 25	18 637 000	4 814 672,03	28 941 000	9 818 000	5 106 000				5 106 000
2000 § 25	9 318 000		4 969 000	6 084 000	5 573 000	1 890 000			7 463 000
2001 § 25			1 947 000	3 895 000	5 843 000	1 299 000			7 142 000
2002 § 25				1 867 000	3 734 000	5 602 000	1 245 000		10 581 000
2003 § 25					1 867 000	3 734 000	5 602 000	1 245 000	12 448 000
1992 § 25 + 60 %									
1993 § 25 + 60 %		4 090,34							
1994 § 25 + 60 %		49 084,02							
1995 § 25 + 60 %		93 658,45							
EXPO Start 1996		2 143 734,60							
EXPO Start 1997	18 631 000	14 966 548,81							
EXPO Vornutzer § 25			28 051 000						
EXPO Vornutzer § 25+60%			31 628 000						
3. Modern.-Darlehen KfW									
2000			6 136 000	7 669 000	1 534 000				1 534 000
2001			5 752 000	4 602 000	1 150 000				1 150 000
2002				5 752 000	4 602 000	1 150 000			5 752 000
2003					5 752 000	4 602 000	1 150 000		11 504 000
Zwischensumme Baudarlehen	129 807 000	93 517 293,19	155 100 000	78 572 000	55 900 000	33 037 000	15 797 000	3 845 000	108 578 000

Auszahlungen von AWD bis 2006ff.

	SOLL 2000 EUR	IST 2000 EUR	SOLL 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR	Planung 2004 EUR	Planung 2005 EUR	Planung 2006ff.[1]) EUR	Gesamt 2003ff.[1]) EUR
II. Aufwendungsdarlehen									
Sozialprogramme 1973–1977		220,88							
AWD-Zukunft	3 600	3 349,98							
Eigentumsprogramme 1978–1982	1 500	1 507,49							
Eigentumsprogramme 1983–1986/2. Fw 1987/88	1 859 000	1 399 042,94	852 000	328 000	131 000	34 000	3 000	1 000	169 000
1. Förderungsweg 1987/88	669 000	456 638,31	392 000	204 000	106 000	32 000	5 000	3 000	146 000
1. Förderungsweg 1989/90	1 170 000	870 421,51	844 000	518 000	393 000	276 000	159 000	75 000	903 000
2. Förderungsweg 1989/90	2 549 000	1 828 054,99	1 776 000	1 080 000	808 000	567 000	328 000	147 000	1 850 000
1. u. 2. Förderungsweg 1989 – Aufst. –	2 021 000	1 417 381,38	1 257 000	812 000	577 000	349 000	140 000	21 000	1 087 000
1. Förderungsweg 1991	1 448 000	1 023 983,58	950 000	736 000	608 000	480 000	351 000	349 000	1 788 000
2. Förderungsweg 1991	2 310 000	1 489 680,08	1 363 000	1 040 000	846 000	653 000	460 000	379 000	2 338 000
1. Förderungsweg 1992	832 000	563 852,84	526 000	415 000	354 000	294 000	233 000	345 000	1 226 000
2. Förderungsweg 1992	3 863 000	2 483 442,85	2 292 000	1 726 000	1 442 000	1 158 000	875 000	1 002 000	4 477 000
1. Förderungsweg 1993	660 000	498 528,56	538 000	344 000	298 000	256 000	214 000	448 000	1 216 000
2. Förderungsweg 1993	4 805 000	3 579 598,19	3 888 000	2 227 000	1 834 000	1 536 000	1 236 000	1 971 000	6 577 000
1. Förderungsweg 1994	775 000	624 334,39	642 000	475 000	420 000	366 000	312 000	726 000	1 824 000
2. Förderungsweg 1994	5 193 000	4 373 894,85	4 307 000	3 338 000	2 896 000	2 481 000	2 067 000	4 196 000	11 640 000
1. Förderungsweg 1995	296 000	229 345,09	221 000	192 000	172 000	152 000	132 000	370 000	826 000
2. Förderungsweg 1995	2 222 000	1 933 942,78	1 872 000	1 579 000	1 408 000	1 237 000	1 066 000	2 851 000	6 562 000
2. Förderungsweg 1996	1 207 000	1 024 653,93	1 008 000	840 000	755 000	669 000	585 000	1 764 000	3 773 000
Eigentumsmaßnahmen „EXPO 2000“	375 000	183 706,92	300 000	295 000	273 000	251 000	229 000	1 094 000	1 847 000
Zwischensumme Aufwendungsdarlehen	32 259 100	23 985 581,54	23 028 000	16 149 000	13 321 000	10 791 000	8 395 000	15 742 000	48 249 000

Auszahlungen von AZ bis 2006ff.

	SOLL 2000 EUR	IST 2000 EUR	SOLL 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR	Planung 2004 EUR	Planung 2005 EUR	Planung 2006ff.[1]) EUR	Gesamt 2003ff.[1]) EUR
III. Zuschüsse									
Eigentumsprogramm 1983 (AZ 15)	52 000	51 530,09							
Mietwohnungsbau 1989 – Aufst. – (AZ 12) –	3 077 000	3 023 206,43	2 996 000	1 779 000	255 000	50 000	7 000	4 000	316 000
Mietwohnungsbau 1990 (AZ 12) –	14 533 000	14 085 325,27	13 037 000	11 984 000	6 213 000	1 490 000	298 000	100 000	8 101 000
Dachausbau (AZ 12) –	3 472 000	3 416 347,32	2 442 000	2 088 000	1 978 000	1 541 000	489 000	116 000	4 124 000
1. Förderungsweg 1991	2 322 000	2 161 352,43	2 322 000	2 196 000	2 196 000	2 196 000	2 196 000	13 809 000	20 397 000
Allgemeine MW-Bau/Altenwohnungen/ Mietwohnungen für Schwerbeh. 1991	32 906 000	33 068 343,82	31 649 000	30 651 000	29 338 000	28 025 000	26 711 000	161 557 000	245 631 000
Mietwohnungsbau 1992 „§ 25“	7 709 000	7 586 978,42	7 020 000	6 327 000	5 633 000	4 939 000	4 245 000	11 118 000	25 935 000
Mietwohnungsbau 1993 „§ 25“	10 013 000	9 613 780,89	9 241 000	8 616 000	7 773 000	6 924 000	6 075 000	19 199 000	39 971 000
Mietwohnungsbau 1994 „§ 25“	10 217 000	9 722 416,51	9 540 000	8 738 000	7 920 000	7 108 000	6 296 000	21 589 000	42 913 000
Freimacher von Mietwohnungen 1992	25 000	23 547,83							
Mietwohnungsbau 1992 „§ 88“ (EUR 5,10)	1 962 000	1 933 524,33	1 650 000	1 221 000	1 089 000	979 000	666 000	343 000	3 077 000
Mietwohnungsbau 1992 „§ 25 + 60 %“	3 021 000	3 033 404,16	2 774 000	2 592 000	2 314 000	2 038 000	1 761 000	4 861 000	10 974 000
Mietwohnungsbau 1993 „§ 25 + 60 %“	2 635 000	2 552 867,61	2 428 000	2 212 000	2 001 000	1 788 000	1 576 000	5 132 000	10 497 000
Mietwohnungsbau 1994 „§ 25 + 60 %“	2 865 000	2 831 680,26	2 698 000	2 544 000	2 313 000	2 084 000	1 854 000	6 678 000	12 929 000
Zwischensumme Zuschüsse	94 809 000	93 104 305,37	87 797 000	80 948 000	69 023 000	59 162 000	52 174 000	244 506 000	424 865 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-8	440	Rückzahlung von Überzahlungen aus Sanierungsprogrammen * *Vgl. K-Vermerk zu 883 65.*		—	—	—	264
119 42-6	440	Rückzahlung von Überzahlungen aus sonstigen Programmen * *Vgl. K-Vermerk zu 546 01.* *** *Der in den Rückzahlungen enthaltene Anteil an Bundesmitteln ist durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	523
119 43-4	440	Rückzahlungen von Überzahlungen aus der Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt - * *Vgl. K-Vermerk zu 883 69.*		—	—	—	—
331 11-5	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen) * *Vgl. K-Vermerk zu 883 63.* *** *Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei 0508 - 883 63 verwendet werden.*		8.550.000	6.480.000	4.705.930	5.572
331 12-3	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern) * *Vgl. K-Vermerk zu 883 71.* *** *Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei O508 - 883 71 verwendet werden.*		—	—	—	19
331 13-1	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt -) * *Vgl. K-Vermerk zu 883 68.*		6.294.000	4.751.000	3.114.023	—
		A U S G A B E N					
546 01-4	440	Vermischte Ausgaben * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.*	—	—	—	—	—
883 10-0	440	Zuweisungen an Gemeinden für die Modernisierung von Wohnungen in Problemgebieten * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10 und 883 70.*	—	—	—	—	—
883 11-8	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	–27
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/63 65/67 68/69		**Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen**	(33.708.000) (33.708.000) (18.043.798)	(30.455.000)	(23.229.000)	(17.429.428)	(12.699)
883 61-4	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Landesmitteln	10.089.000 10.089.000 4.470.634	9.317.000	7.247.000	5.472.868	6.700
883 63-0	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Bundesmitteln * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 11.*	10.089.000 10.089.000 4.470.634	8.550.000	6.480.000	4.705.930	5.304
883 65-7	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Rückzahlungen und Zinsen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 41.*	—	—	—	—	695
883 67-3	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Landesmitteln zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf -die soziale Stadt-	6.765.000 6.765.000 4.551.265	6.294.000	4.751.000	4.136.607	—
883 68-1	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Bundesmitteln zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf -die soziale Stadt- * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden*	6.765.000 6.765.000 4.551.265	6.294.000	4.751.000	3.114.023	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu 03 38

Im Kapitel 03 38 sind die Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen, die erforderlich sind zur Förderung

– städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und
– von Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern.

Zu Einnahmetitel 331 11 und 331 13 sowie Ausgabe-Titelgruppen 61 bis 65, 67 bis 69

Der Bund stellt Mittel zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen über Finanzhilfen gem. Art. 104a Abs. 4 GG zur Verfügung.

Seit dem Programmjahr 1999 hat der Bund die neue Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ in das bewährte Verfahren der Städtebauförderung integriert. Um den inhaltlich und strukturell neuen Ansatz herauszustellen, werden die Mittel für diese Programmkomponente bei den Titeln 883 67 und 883 68 veranschlagt. Die für die Programmjahre ab 2002 voraussichtlich abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und den Ländern weisen für die allgemeine Städtebauförderung voraussichtlich einen Betrag in Höhe von jährlich 94,736 Mio. EUR für die westlichen Bundesländer bzw. 78,947 Mio. EUR für die Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt – für sämtliche Bundesländer aus. Der auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil wird demnach jährlich 10,620 Mio. EUR für die allgemeine Städtebauförderung bzw. 7,122 Mio. EUR für die Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ betragen. Das Land stellt Komplementärmittel in gleicher Höhe bereit.

Förderungsgegenstand sind städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Sinne von §§ 136 ff. BauGB als Gesamtmaßnahmen. Die §§ 136 ff. BauGB bestimmen auch die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Förderung; ergänzend finden die VV-BauGB Anwendung. Daneben sind die Städtebauförderungsrichtlinien (R-StBauF) maßgebend.

Ehemals wurden die Städtebauförderungsmittel gemäß § 245 Abs. 11 BauGB in Verb. mit § 39 Abs. 5 StBauFG als Vorauszahlung gegeben unter Vorbehalt einer späteren Bestimmung, ob sie als Darlehen oder als Zuschuss gewährt werden oder durch andere Finanzierungsmittel zu ersetzen oder zurückzuzahlen sind; die vorausgezahlten Mittel sind in der Vorauszahlungszeit zins- und tilgungsfrei. Dieser Grundsatz hat Eingang in die mit dem Bund abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen gefunden. Die Bewilligung von Vorauszahlungen für die allgemeine Städtebauförderung erfolgt aus den Titeln 883 61 und 883 63 bzw. für die Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ aus den Titeln 883 67 und 883 68.

Noch zu Einnahmetitel 331 11 und 331 13 sowie Ausgabe-Titelgruppen 61 bis 65, 67 bis 69

Programmkomponente „Allgemeine Städtebauförderung“	Verpflichtungsermächtigungen 2002 2003 EUR	Ausgabemittel 2002 2003 EUR
Veranschlagt sind:		
I. Landesmittel		
1.) Für Alt-Programme bei 883 61		
Zuweisungen zur Bedienung der VE'en	—	6 716 000
aus Vorjahren	—	8 786 000
2.) Für Programm 2002 bei 883 61		
Zuweisungen aus Landesmitteln	10 089 000	531 000
3.) Für Programm 2003 bei 883 61	—	—
Zuweisung aus Landesmitteln	—	—
	10 089 000	531 000
Landesmittel insgesamt	10 089 000	7 247 000
	10 089 000	9 317 000
II. Bundesmittel		
1.) Für Alt-Programme bei 883 63		
Zuweisungen zur Bedienung der VE'en	—	5 949 000
aus Vorjahren	—	8 019 000
2.) Für Programm 2002 bei 883 63		
Zuweisungen aus Bundesmitteln	10 089 000	531 000
3.) Für Programm 2003 bei 883 63	—	—
Zuweisung aus Bundesmitteln	—	—
	10 089 000	531 000
Bundesmittel insgesamt	10 089 000	6 480 000
	10 089 000	8 550 000

Für die Programme 2002/2003 stehen jeweils zur Verfügung:

Bundesmittel	
bar bei 883 63	531 000 EUR
VE bei 883 63	10 089 000 EUR
Landesmittel	
bar bei 883 61	531 000 EUR
VE bei 883 61	10 089 000 EUR
	21 240 000 EUR

Noch zu Einnahmetitel 331 11 und 331 13 sowie Ausgabe-Titelgruppen 61 bis 65, 67 bis 69

Programmkomponente „Soziale Stadt“	Verpflichtungs-ermächtigungen 2002 2003 EUR	Ausgabe-mittel 2002 2003 EUR
Veranschlagt sind:		
I. Landesmittel		
1.) Für Alt-Programme bei 883 67		
Zuweisungen zur Bedienung der VE’en	—	4 394 000
aus Vorjahren	—	5 937 000
2.) Für Programm 2002 bei 883 67		
Zuweisungen aus Landesmitteln	6 765 000	357 000
3.) Für Programm 2003 bei 883 67	—	—
Zuweisung aus Landesmitteln	—	—
	6 765 000	357 000
Landesmittel insgesamt	6 765 000	4 751 000
	6 765 000	6 294 000
II. Bundesmittel		
1.) Für Alt-Programme bei 883 68		
Zuweisungen zur Bedienung der VE’en	—	4 394 000
aus Vorjahren	—	5 937 000
2.) Für Programm 2002 bei 883 68		
Zuweisungen aus Bundesmitteln	6 765 000	357 000
3.) Für Programm 2003 bei 883 68	—	—
Zuweisung aus Bundesmitteln	—	—
	6 765 000	357 000
Bundesmittel insgesamt	6 765 000	4 751 000
	6 765 000	6 294 000

Für die Programme 2002/2003 stehen jeweils zur Verfügung:

Bundesmittel	
bar bei 883 68	357 000 EUR
VE bei 883 68	6 765 000 EUR
Landesmittel	
bar bei 883 67	357 000 EUR
VE bei 883 67	6 765 000 EUR
	14 244 000 EUR

ERLÄUTERUNGEN

Zu 883 01

Haushaltsstelle für die Ausfinanzierung von Strukturhilfeprojekten aus Landesmitteln.

Zu 883 61

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 1997 üpl. in Anspruch genommene VE EUR	durch die 1998 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 1999 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	767 000	706 000	941 000	1 647 000	2 655 000	—	—	6 716 000
2003	767 000	—	706 000	941 000	3 717 000	2 655 000	—	8 786 000
2004	767 000	—	—	706 000	2 124 000	3 717 000	2 655 000	9 969 000
2005	767 000	—	—	—	1 593 000	2 124 000	3 717 000	8 201 000
2006ff.	5 318 000	—	—	—	—	1 593 000	3 717 000	10 628 000
Summe	8 386 000	706 000	1 647 000	3 294 000	10 089 000	10 089 000	10 089 000	44 300 000

Zu 883 63

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 1998 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 1999 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	706 000	941 000	1 647 000	2 655 000	—	—	5 949 000
2003	—	706 000	941 000	3 717 000	2 655 000	—	8 019 000
2004	—	—	706 000	2 124 000	3 717 000	2 655 000	9 202 000
2005	—	—	—	1 593 000	2 124 000	3 717 000	7 434 000
2006ff.	—	—	—	—	1 593 000	3 717 000	5 310 000
Summe	706 000	1 647 000	3 294 000	10 089 000	10 089 000	10 089 000	35 914 000

Zu 883 67

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 1999 üpl. in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2000 apl. in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	957 000	1 656 000	1 781 000	—	—	4 394 000
2003	718 000	946 000	2 492 000	1 781 000	—	5 937 000
2004	—	710 000	1 424 000	2 492 000	1 781 000	6 407 000
2005	—	—	1 068 000	1 424 000	2 492 000	4 984 000
2006ff.	—	—	—	1 068 000	2 492 000	3 560 000
Summe	1 675 000	3 312 000	6 765 000	6 765 000	6 765 000	25 282 000

Zu 883 68

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 1999 üpl. in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2000 apl. in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	957 000	1 656 000	1 781 000	—	—	4 394 000
2003	718 000	946 000	2 492 000	1 781 000	—	5 937 000
2004	—	710 000	1 424 000	2 492 000	1 781 000	6 407 000
2005	—	—	1 068 000	1 424 000	2 492 000	4 984 000
2006ff.	—	—	—	1 068 000	2 492 000	3 560 000
Summe	1 675 000	3 312 000	6 765 000	6 765 000	6 765 000	25 282 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0338 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *883 68-1*		*bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 13.*					
883 69-0	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Rückzahlungen und Zinsen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 43.*	—	—	—	—	—
TGr. 70/71		**Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern** ****Ausgaben dieser Titelgruppe dürfen nur entsprechend dem zwischen Bund und Land vereinbarten Beteiligungsverhältnis geleistet werden.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(175)
883 70-3	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Landesmitteln * *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	—	—	—	156
883 71-1	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Bundesmitteln * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 12.*	—	—	—	—	19
		Abschluss Kapitel 03 38					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		14.844.000	11.231.000	—	
		Summe der Einnahmen		14.844.000	11.231.000	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	33.708.000 33.708.000 —	30.455.000	23.229.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	33.708.000 33.708.000 —	30.455.000	23.229.000	—	
		Zuschuss		15.611.000	11.998.000		

Zu Titelgruppe 70/71

Im Rahmen eines besonderen Programms werden vom Bund und vom Land zu Forschungszwecken ausgewählte Maßnahmen als Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern in einzelnen Gemeinden gefördert. Hierfür gewährt der Bund dem Land Darlehen und Zuschüsse. Nach den „Richtlinien des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau)“ vom 2. 11. 1987 (BBauBl. 1988, S. 293) übernimmt der Bund bei Modellvorhaben nur den forschungsbedingten Anteil der förderungsfähigen Kosten. Die Höhe dieses Anteils wird fallbezogen ermittelt. Die Durchführungskosten der Modellvorhaben sind vom Land und der jeweiligen Gemeinde in dem im Einzelfall festgelegten Beteiligungsverhältnis zu übernehmen.

Die zweckgebundene Verwendung der erwarteten Bundesmittel ist durch Haushaltsvermerk bei dem Ausgabe-Titel 883 71 geregelt.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0380 Landesbeauftragter für den Datenschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-2	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		4.000	4.000	4.090	1
112 01-9	011	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.000	1.000	511	—
119 01-3	011	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	—
119 51-0	011	Vermischte Einnahmen		—	—	511	4
119 99-4	011	Vermischte Einnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-8	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	953.000	949.000	890.568	740
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	106
426 01-3	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
453 01-0	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	—	—	—	—
453 11-8	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbil-dungslehrgängen	—	1.000	1.000	1.023	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	20.000	25.000	1.023	3
517 01-9	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	39.000	39.000	11.760	14
517 19-1	011	Reinigungskosten	—	—	—	6.647	6
517 59-0	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	6.647	10
518 01-5	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	50.000	50.000	52.407	51
518 02-3	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	2.000	2.000	—	—
525 01-1	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	6.000	6.000	6.391	2
526 01-8	011	Sachverständige	—	1.000	1.000	1.534	0
526 02-6	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	6.000	6.000	6.136	3
529 10-6	011	Zur Verfügung des Datenschutzbeauftragten	—	—	—	—	—
531 01-1	011	Veröffentlichungen	—	—	—	2.556	12
531 10-0	011	Veröffentlichungen	—	9.000	9.000	—	—
538 01-6	011	Dienstleistungen Aussenstehender	—	—	—	7.669	—
546 01-9	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 59-0	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 10-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8.000	8.000	—	—
812 15-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen*	(—)	(205.000)	(198.000)	(180.282)	(113)

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Nach § 21 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) ist ein Landesbeauftragter für den Datenschutz bestellt, dessen Geschäftsstelle beim Niedersächsischen Innenministerium eingerichtet ist. Der Landesbeauftragte ist unabhängig und nur an Gesetz und Recht gebunden, im übrigen untersteht er der Dienstaufsicht der Landesregierung.

Er hat die Einhaltung der Datenschutzvorschriften in der öffentlichen Verwaltung im Lande zu kontrollieren, kann Empfehlungen zur Verbesserung des Datenschutzes geben und in Fragen des Datenschutzes beratend tätig werden. Zugleich ist er Aufsichtsbehörde für den nichtöffentlichen Bereich.

Zu 111 01

Gebühren für Aufsichtsprüfungen gem. § 38 Bundesdatenschutzgesetz.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
17,02	17,02	17,51	15,52

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	0,49
Summe Abgänge	—	0,49
Bleibt Abgang	—	0,49

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	15,02	15,02	—	17
Angestellte	2,00	2,00	—	2
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	17,02	17,02	—	19

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	15,02	15,02	—	17
Angestellte	2,00	2,00	—	2
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	17,02	17,02	—	19

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	953	949

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	953	949
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	10	9
43	Versorgungsbezüge	310	296
44	Beihilfen, Unterstützungen	67	63
45	Personalbezogene Sachausgaben	1	1
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	7	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 348	1 317

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 im Epl. 13 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0380 Landesbeauftragter für den Datenschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 98/99**		*überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 99.*					
511 99-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	7.000	7.000	—	—
514 99-0	011	Verbrauchsmittel	—	1.000	1.000	—	—
538 98-9	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	40.000	40.000	—	—
538 99-7	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	102.000	102.000	141.935	93
547 99-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-1	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	55.000	48.000	38.347	19
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			27.711	
		Abschluss Kapitel 03 80					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		6.000	6.000	5.112	
		Summe der Einnahmen		6.000	6.000	5.112	
		4 Personalausgaben	—	954.000	950.000	891.591	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	292.000	297.000	272.416	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	55.000	48.000	38.347	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.301.000	1.295.000	1.202.354	
		Zuschuss		1.295.000	1.289.000	1.197.242	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		310.000	296.000	248.028	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.611.000	1.591.000	1.450.382	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.605.000	1.585.000	1.445.270	

ERLÄUTERUNGEN

538 99

Unterstützung durch Dritte bei datenschutzrechtlichen Prüfungen und Beratungen.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Neubeschaffung:		
Anbindung Telearbeitsplätze (Server, Router, Software)	—	21
PC-Faxlösung	—	18
Ersatzbeschaffung:		
2 Workstations	—	3
2 Notebooks	—	6
3 Server	20	—
10 Drucker	5	—
20 Workstations	30	—
Zusammen	55	48

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0390 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	049	Vermischte Einnahmen		51.000	51.000	—	—
119 51-2	049	Vermischte Einnahmen		—	—	51.129	1
132 01-2	049	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		13.000	13.000	12.782	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	049	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	9.828.000	9.794.000	8.925.929	5.637
422 06-1	049	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-3	049	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	049	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	140.000	186.000	215.356	179
425 01-0	049	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.391
425 06-0	049	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	1.023	—
426 01-6	049	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter ****Hier sind auch Betriebspersonalkosten für zwei Küchenkräfte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von zusammen 30 Std. zu verausgaben.*	—	—	—	—	757
426 06-7	049	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	20.000	20.000	20.452	22
453 01-3	049	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	3.000	3.000	2.556	1
453 11-0	049	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	2.000	2.000	1.534	—
511 01-3	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	60.000	60.000	19.940	23
514 01-2	049	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	135.000	135.000	132.271	174
517 01-1	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	206.000	206.000	62.122	67
517 19-4	049	Reinigungskosten	—	—	—	69.536	62
517 59-3	049	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	71.223	98
518 01-8	049	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	692.000	692.000	697.913	703
518 02-6	049	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	6.000	6.000	—	—
519 01-4	049	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4.000	4.000	2.250	2
519 03-0	049	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	2.147	3
526 01-0	049	Sachverständige	—	5.000	5.000	2.914	7
526 02-9	049	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 02-5	049	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	—	—
527 03-3	049	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	307	0
529 10-9	049	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
531 03-0	049	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	2.556	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Einnahmen und Ausgaben, die im Einzelnen der Geheimhaltung unterliegen, werden nicht erläutert. Hierüber ist der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammen mit dem/der Vorsitzenden und dem/der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu unterrichten.

Die Prüfung der hier nachgewiesenen Ausgaben und der damit im Zusammenhang stehenden Einnahmen erfolgt gemeinsam durch den Präsidenten/die Präsidentin und zwei weitere durch den Senat zu bestimmende Mitglieder des LRH (§ 89 Abs. 3 LHO).

Sonderkosten für Polizeivollzugsbeamte/-beamtinnen, die dem Landesamt für Verfassungsschutz angehören, sind in dem Haushalt der Landespolizei – Kap. 03 20 – mitveranschlagt.

Dazu gehören:
a) Kosten für Heilfürsorge – Titelgr. 64 –
b) Kosten für Sportbekleidung – Titelgr. 65 –
c) Kosten für Aus- und Fortbildung (Laufbahnlehrgänge) – Titelgr. 67 –
d) Kosten für das Fernschreib- oder Fernsprechsondernetz der Polizei – Titelgr. 69/70 –

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
219,87	219,87	214,25	206,75

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	10,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	10,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	3,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	1,38
Summe Abgänge	—	4,38
Bleibt Zugang	—	5,62

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	147,26	147,26	—	172
Angestellte	53,17	53,17	—	35
Lohnempfänger/-innen	19,44	19,44	—	20
Insgesamt	219,87	219,87	—	227

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	147,26	147,26	—	172
Angestellte	53,17	53,17	—	35
Lohnempfänger/-innen	19,44	19,44	—	20
Insgesamt	219,87	219,87	—	227

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	9 828	9 794

Mitveranschlagt sind 5 000 EUR für Stellenzulagen gem. Nr. 8 der Vorbemerkungen der Bundesbesoldungsordnungen A und B an vorübergehend im NLfV tätige Beamte/-innen, die ihre Dienstbezüge weiterhin von ihrer Stammbehörde erhalten.

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	9 828	9 794
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	238	273
43	Versorgungsbezüge	2 384	2 288
44	Beihilfen, Unterstützungen	706	659
45	Personalbezogene Sachausgaben	5	5
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	71	–10
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		13 232	13 009

Zu 517 01 bis 519 01

In den Ansätzen sind auch die Aufwendungen berücksichtigt, die durch die Mitbenutzung des Dienstgebäudes durch andere Dienststellen entstehen.

Zu 529 10

Mittel sind ab 2002 im Epl. 13 veranschlagt.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0390 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
531 10-3	049	Veröffentlichungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit	—	3.000	3.000	—	—
536 03-2	049	Geheimschutzaufklärung und -erziehung	—	—	—	—	—
536 10-5	049	Geheimschutzaufklärung und -erziehung	—	—	—	—	—
546 59-3	049	Sonstige Verwaltungsausgaben ****Vgl. Allgem. Vermerk zu Kapitel 0390.*	—	968.000	968.000	763.205	920
631 01-9	049	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund * *Übertragbar.*	—	75.000	75.000	71.581	67
681 01-6	049	Schadenersatzleistungen- und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 5.000 DM zulässig.*	—	—	—	8.181	13
681 10-5	049	Schadenersatzleistungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 3.000 EUR zulässig*	—	8.000	8.000	—	—
812 01-3	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen ****Vergl. Allgem. Vermerk zu Kapitel 0390.*	—	469.000	472.000	227.525	225
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(96.000)	(116.000)	(38.654)	(21)
511 99-4	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	54.000	54.000	—	—
525 98-7	049	Aus- und Fortbildung IZN	—	5.000	5.000	—	—
525 99-5	049	Aus- und Fortbildung durch Außenstehende	—	1.000	1.000	—	—
538 98-1	049	Ausgaben für Datenverarbeitung (IZN)	—	3.000	3.000	—	—
538 99-0	049	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	2.000	2.000	10.533	3
812 99-4	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	31.000	51.000	28.121	18
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			73.421	
		Abschluss Kapitel 03 90					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		64.000	64.000	63.911	
		Summe der Einnahmen		64.000	64.000	63.911	
		4 Personalausgaben	—	9.994.000	10.006.000	9.166.850	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.146.000	2.146.000	1.910.338	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	83.000	83.000	79.762	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	500.000	523.000	255.646	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	12.723.000	12.758.000	11.412.596	
		Zuschuss		12.659.000	12.694.000	11.348.685	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.384.000	2.288.000	1.980.591	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		15.107.000	15.046.000	13.393.187	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		15.043.000	14.982.000	13.329.276	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 546 59

Für besondere Zwecke des Verfassungsschutzes.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzungsbeschaffungen:		
1 Server und Switcherweiterung	16	—
Ersatz abstrahlgeschützter PC	15	—
Erweiterung VS-Intranet des NLfV	—	26
Erweiterung offenes Netzwerk	—	25
Zusammen	31	51

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 03					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		400.000	400.000	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		110.271.000	110.342.000	108.116.293	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		225.676.000	233.683.000	22.156.477	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		59.355.000	63.407.000	1.866.114	
		Summe der Einnahmen		395.702.000	407.832.000	132.138.884	
		4 Personalausgaben	—	1.114.390.000	1.105.131.000	1.056.172.823	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	749.000 3.068.000 30.933.159	177.430.000	171.284.000	156.867.829	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	28.199.000 44.754.000 370.687	743.277.000	762.019.000	319.099.878	
		7 Baumaßnahmen	—	1.676.000	7.199.000	7.976.153	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	79.745.000 83.974.000 23.720.364	121.225.000	129.782.000	77.722.504	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	48.479.000	48.479.000	47.490.376	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	108.693.000 131.796.000 55.024.210	2.206.477.000	2.223.894.000	1.665.329.563	
		Zuschuss		1.810.775.000	1.816.062.000	1.533.190.679	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		285.850.000	270.453.000	236.732.181	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.492.327.000	2.494.347.000	1.902.061.744	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		2.096.625.000	2.086.515.000	1.769.922.860	

Einzelplan 03

Innenministerium

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 01 Ministerium

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1][6][22]
				Feste Gehälter:
B 9[13]	1	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	5	5	4	Ministerialdirigent/-in
B 3	6	6	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	1	1	1	Landespolizeidirektor/-in
B 3	—	—	1	Direktor/-in der Polizei im Innenministerium als Vertreter/-in der Landespolizeidirektorin/ des Landespolizeidirektors
B 2	1	1	—	Direktor/-in der Polizei – im Innenministerium –
B 2	15	15	14	Ministerialrat/-rätin
B 2	—	—	1	Landesbranddirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	26	26	24	Ministerialrat/-rätin, Leitende(r) Direktor/-in
A 15	20	20	18	Direktor/-in
A 14	13	13	12	Oberrat/-rätin
A 13[16]	4	4	4	Oberamtsrat/-rätin
A 13[4]	67	67	64	Oberamtsrat/-rätin, Erste(r) Hauptkommissar/-in
A 12	61	61	54	Amtsrat/-rätin, Hauptkommissar/-in
A 11	17	17	16	Amtmann/-männin/-frau, Hauptkommissar/-in
A 10	9	9	8	Oberkommissar/-in Oberinspektor/-in
A 9[18]	8	8	8	Amtsinspektor/-in, Hauptmeister/-in
A 9	7	7	9	Amtsinspektor/-in, Hauptmeister/-in
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in, Obermeister/-in
A 7	1	1	1	Obersekretär/-in
A 5	—	2	3	Oberamtsmeister/-in
	263	265	249	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
B 2	2	2	2	Ministerialrat/-rätin
A 16	3	3	3	Ministerialrat/-rätin
A 15	1	1	1	Direktor/-in
A 13	4	5	6	Oberamtsrat/-rätin
A 6	—	1	1	Oberamtsmeister/-in
	10	12	13	Zusammen
				Leerstellen:
B 2[21]	1	1	2	Ministerialrat/-rätin
A 16[21]	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 15[21]	—	—	1	Direktor/-in
A 13[21]	—	—	1	Rat/Rätin
A 13[21]	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[21]	5	5	3	Amtsrat/-rätin
A 11[21]	3	2	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10[21]	1	1	—	Oberinspektor/-in
A 9[21]	1	1	1	Amtsinspektor/-in
	13	12	11	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Insgesamt 3 (4) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 01 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[4]) 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 80 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[13]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[16]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[18]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[21]) kw.

[22]) Bei Bedarf können Stellen bei Kapitel 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 1 nicht.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6 (Ministerialdirigent/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 05 01
Bes.-Gr. B 3 (Ltd. Ministerialrat/-rätin)	1	
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)	3	davon 2 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 05 01 1 gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Nds. Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. B 2 (Direktor/-in der Polizei – im Innenministerium)	1	gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Nds. Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 16 (Ministerialrat/-rätin)	3	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 05 01
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	4	
Bes.-Gr. 14 (Oberrat/-rätin)	2	
Bes.-Gr. A 13 g. D. (Oberamtsrat/-rätin)	5	
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	11	davon 1 neu 10 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 05 01
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/-frau)	2	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 05 01
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 14
Zusammen	35	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3 (Direktor/-in der Polizei im Innenministerium als Vertreter/-in der Landespolizeidirektorin/des Landespolizeidirektors)	1	gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Nds. Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. B 2 (Landesbranddirektor/-in)	1	gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Nds. Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)	2	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 02 01
Bes.-Gr. A 16 (Ministerialrat/-rätin)	1	
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	2	
Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D. (Oberamtsrat/-rätin)	2	
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	4	
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/-frau)	1	infolge Verlagerung nach Kap. 11 01
Bes.-Gr. A 9 m.D. (Amtsinspektor/-in)	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 02 01 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 03 14
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	1	infolge Verlagerung nach Kap. 11 01
Bes.-Gr. A 5 e.D. (Oberamtsmeister/-in)	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1
Zusammen	19	
Bleibt Zugang	16	

Stellen zu 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	infolge Versetzung in den Ruhestand

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	2	neu
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 10	1	
Zusammen	4	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist teilweise vollzogen worden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 5 e.D. (Oberamtsmeister/-in)	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1

Stellen zu 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 6	1	
Zusammen	2	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	neu

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Insgesamt 3 Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 01 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 [2002].) ist vollzogen worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[1])[9])[17])
I[4])	2	2	1	
I a	1	1	—	
II a	2	2	—	
III	1	1	—	
IV a[18])	4	4	4	
IV b	4	4	4	
V b[2])	5	5	5	
V c	8	8	9	
VI b[2])	25	25	21	
VII[6])	8	8	8	
VIII	2	2	2	
IX b–VII[5])	26	26	24	
	88	88	78	Zusammen
				Leerstellen:
IV a[7])	1	1	—	
V b[7])	1	1	—	
V c[7])	2	2	2	
VI b[7])	2	2	2	
VII[7])	2	2	1	
IX b–VII[7])	4	4	8	
	12	12	13	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 01.

[2]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Grn. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Grn. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. I a (VD).

[5]) Hier sind Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[6]) Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.

[7]) kw.

[9]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 80 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[17]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[18]) 1 (–) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 1 nicht.

[18]) 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 01 Ministerium

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 05 01
Verg.-Gr. I a	1	neu
Verg.-Gr. II a	2	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 05 01
Verg.-Gr. III	1	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge in 2001 bewilligter Abweichung von den Stellenübersichten gem. § 49 Abs. 7 LHO
Verg.-Gr. VI b	4	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 05 01
Verg.-Gr. IX b–VII	3	
Zusammen	13	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 02 01
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung nach Kap. 11 01
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 02 01
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	10	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	2	neu
Verg.-Gr. V b	1	
Verg.-Gr. VII	1	
Zusammen	4	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 02 01
Verg.-Gr. IX b–VII	4	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist neu ausgebracht worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse redaktionell geändert worden.

Erläuterungen für 2003:

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 01.) ist vollzogen worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[2])
5	3	3	—	
4	5	5	5	
2/2 a	8	9	13	
1	2	2	2	
	18	19	20	Zusammen
				Leerstellen:
4[1])	1	1	—	
2/2 a[1])	—	—	1	
	1	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) kw.
[2]) Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 01.

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 2 nicht.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 1	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 14

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	neu

Abgang:		
Lohn-Gr. 2/2 a	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bleibt Zugang/Abgang	—	

Sonstige Veränderungen:
Anpassung der Lohngruppen an die tatsächlichen Eingruppierungen.

Erläuterungen für 2003:

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2/2 a	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 01.) ist vollzogen worden
Anpassung der Lohngruppen an die tatsächlichen Eingruppierungen.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 04 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1][3][6][7][11]
				Feste Gehälter:
B 3	1	—	—	Präsident/-in
B 2	—	1	1	Fachbereichsdirektor/-in – als Dekan/-in des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung –
				Aufsteigende Gehälter:
				Verwaltung
A 15	1	1	1	Direktor/-in
A 13[4]	3	3	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11	4	4	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	2	Oberinspektor/-in
A 9[2][13]	2	2	2	Amtsinspektor/-in
A 9[14]	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in
				Lehre, Praxisausbildung
C 3	33	1	—	Professor/-in
C 2	22	3	—	Professor/-in
R 2[12]	—	2	2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Oberlandesgericht, Oberstaatsanwalt/-wältin
R 1[12][15]	2	4	4	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht, Staatsanwalt/-wältin
A 16[8]	1	4	4	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[9]	6	19	18	Direktor/-in
A 14[16]	7	14	16	Oberrat/-rätin
A 13[17]	7	7	7	Rat/Rätin
A 13	14	19	20	Oberamtsrat/-rätin, Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in
A 12	9	9	9	Amtsrat/rätin, Hauptkommissar/-in
A 11	4	4	4	Amtmann/-männin/-frau, Hauptkommissar/-in
A 10	7	7	7	Oberkommissar/-in
A 9	13	13	13	Kommissar/-in
	140	121	118	Zusammen
				Leerstellen:
A 15[5]	1	1	1	Direktor/-in
A 10[5]	1	1	1	Polizeioberkommissar/-in
A 8[5]	1	1	1	Hauptsekretär/-in
	3	3	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04, 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) Für die Dauer der Tätigkeit als Rektor/-in erhält ein/eine Stelleninhaber/-in eine Stellenzulage in Höhe von 116 EUR monatlich.

[4]) 2 (–) ku nach Bes.-Gr. A 11.

[5]) kw.

[6]) Die Planstellen für Professorinnen und Professoren (Bes.-Gr. C 2 und C 3) dürfen mit Laufbahnbeamtinnen und -beamten (BesO A und B) sowie mit Richterinnen und Richtern oder Staatsanwältinnen und Staatsanwälten besetzt werden.

[7]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[8]) 1 (1) ku nach Bes.-Gr. C 3.

[9]) 2 (3) ku nach Bes.-Gr. C 3.

[11]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[12]) Vgl. 11 04 – Leerstellen.

[13]) 1 (–) ku nach Bes.-Gr. A 11.

[14]) 1 (–) ku nach Bes.-Gr. A 11.

Abweichend von 2002 erhält 2003 folgende Haushaltsvermerke:

[4]) 2 (2) ku nach Bes.-Gr. A 11.

[9]) 6 (2) ku nach Bes.-Gr. C 3, davon 4 ab 1. 7. 2003.

[13]) 1 (1) ku nach Bes.-Gr. A 11.

[14]) 1 (1) ku nach Bes.-Gr. A 11.

[15]) 2 (–) ku nach Bes.-Gr. C 3 ab 1. 7. 2003.

[16]) 7 (–) ku nach Bes.-Gr. C 2 ab 1. 7. 2003.

[17]) 7 (–) ku nach Bes.-Gr. C 2 ab 1. 7. 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9
Bes.-Gr. C 2	3	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10
Bes.-Gr. A 15	2	infolge Verlagerung aus Kapitel 03 20
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 11	1	neu
Zusammen	8	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 15	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9
Bes.-Gr. A 14	3	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kap. 03 05
Zusammen	5	
Bleibt Zugang	3	
Stellenhebung:		
Bes.-Gr. A 11	1	von Bes.-Gr. A 10

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 6, 13 und 14 sind neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 (225 DM ist ersetzt durch 116 EUR) ist angepasst worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 (3 ku nach Bes.-Gr. C 3) ist teilweise vollzogen und Nr. 10 (3 ku nach Bes.-Gr. C 2) ist vollständig vollzogen.

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	neu
Bes.-Gr. C 3	32	davon 11 neu 1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. B 2 3 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 16 13 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 2 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. R 2 2 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. R 1
Bes.-Gr. C 2	19	davon 7 neu 7 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 14 5 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 g.D.
Zusammen	52	
Abgang:		
Bes.-Gr. B 2	1	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 3
Bes.-Gr. A 16	3	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 3
Bes.-Gr. A 15	13	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 3
Bes.-Gr. R 2	2	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 3
Bes.-Gr. R 1	2	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 3
Bes.-Gr. A 14	7	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 2
Bes.-Gr. A 13 g.D.	5	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 2
Zusammen	33	
Bleibt Zugang	19	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 15, 16 und 17 sind neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 (2 ku nach Bes.-Gr. C 3) ist geändert worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[2])
Außertariflich				
A 15	—	—	2	
II a[4])	1	1	—	
IV b	3	3	—	
V b	1	1	1	
V c	6	5	4	
VI b	6	7	7	
VII	4	3	2	
VIII	2	2	2	
IX b–VII[1])[5])[6])[7])	10	10	15	
	33	32	33	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[2]) Bei Bedarf können Stellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[4]) 1 (–) Stelle für eine Frauenbeauftragte darf nur bis zu 50 v. H. besetzt werden.

[5]) 5 (–) ku nach Verg.-Gr. VII.

[6]) 2 (–) ku nach Verg.-Gr. VIII.

[7]) 3 (–) kw nach Vollzug der Haushaltsvermerke Nr. 5 und 6.

Abweichend von 2002 erhält 2003 folgende Haushaltsvermerke:

[4]) 1 (1) Stelle für eine Frauenbeauftragte darf nur bis zu 50 v. H. besetzt werden.

[5]) 5 (5) ku nach Verg.-Gr. VII.

[6]) 2 (2) ku nach Verg.-Gr. VIII.

[7]) 3 (3) kw nach Vollzug der Haushaltsvermerke Nr. 5 und 6.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	neu
Verg.-Gr. IV b	3	davon 1 neu 2 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
Zusammen	4	
Abgang:		
Außertariflich		
Bes.-Gr. A 15	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3
Verg.-Gr. IX b–VII	3	infolge Einsparung
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	1	
Umwandlungen:		
Verg.-Gr. V c	1	von Verg.-Gr. IX b–VII
Verg.-Gr. VII	1	von Verg.-Gr. IX b–VII
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 5, 6 und 7 sind neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 (2 kw zum 31. 12. 2001) ist vollzogen.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	neu
Verg.-Gr. VII	1	neu
Zusammen	2	
Abgang:		
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Einsparung
Bleibt Zugang	1	

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
4	4	4	4		
3	1	1	1		
2/2 a	4	4	4		
	9	9	9	Zusammen	

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 05 Bezirksregierungen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 8	2	2	2	Regierungspräsident/-in – Hannover, Weser-Ems –
B 7	2	2	2	Regierungspräsident/-in – Braunschweig, Lüneburg –
B 4	2	2	2	Regierungsvizepräsident/-in – Hannover, Weser-Ems –
B 3	2	2	2	Regierungsvizepräsident-in – Braunschweig, Lüneburg –
B 2	15	15	17	Abteilungsdirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter:[2)][7)][23)][24)][25)][26)][27)][28)][29)]
A 16	24	24	22	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	54	54	57	Direktor/-in
A 14[1)]	66	66	67	Oberrat/-rätin
A 13	25	25	25	Rat/Rätin
A 13[8)][10)]	39	39	35	Oberamtsrat/-rätin
A 12[12)][22)]	109	109	111	Amtsrat/-rätin
A 11[6)][13)][18)][22)]	221	221	224	Amtmann/-männin/-frau
A 10[22)]	240	240	246	Oberinspektor/-in
A 9[22)]	105	105	111	Inspektor/-in
A 9[5)]	35	35	36	Amtsinspektor/-in
A 9[4)][19)][22)]	107	107	114	Amtsinspektor/-in
A 8[22)]	62	62	63	Hauptsekretär/-in
A 7	78	78	83	Obersekretär/-in
A 6	28	28	42	Sekretär/-in
A 6	3	3	3	Oberamtsmeister/-in
A 5	5	5	7	Oberamtsmeister/-in
A 4	2	2	2	Amtsmeister/-in
	1 226	1 226	1 273	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
B 2	1	1	2	Abteilungsdirektor/-in
A 15	1	2	3	Direktor/-in
A 14	1	1	3	Oberrat/-rätin
A 13	5	5	6	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	6	7	Amtsrat/-rätin
A 11	3	5	5	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	1	Oberinspektor/-in
A 9 m. Z.	3	4	7	Amtsinspektor/-in
A 8	—	1	1	Hauptsekretär/-in
A 5	1	1	1	Erste(r) Justizhauptwachtmeister/-in
	19	27	36	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[11)]	8	8	9	Rat/Rätin
A 11[11)]	12	12	12	Amtmann/-männin/-frau
A 10[11)]	47	47	60	Oberinspektor/-in
A 9[11)]	24	24	28	Inspektor/-in
A 9[11)]	6	6	8	Amtsinspektor/-in
A 8[11)]	8	8	12	Hauptsekretär/-in
A 7[11)]	12	12	15	Obersekretär/-in
A 6[11)]	4	4	5	Sekretär/-in
	121	121	149	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1)] Abweichend von § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO können 2 Planstellen bei Bedarf mit Beamtinnen oder Beamten einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden.

[2)] Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[4)] 1 (1) kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Hannover).

[5)] Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[6)] 1 (3) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Braunschweig).

[7)] Bei Bedarf können Planstellen bei Kap. 03 04, 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[8)] 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers (Weser-Ems).

[10)] 5 (2) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Weser-Ems, Hannover, Lüneburg).

[11)] kw.

[12)] 4 (4) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Weser-Ems, Braunschweig).

[13)] 1 (1) ku nach Bes.-Gr. A 10 (Braunschweig).

[18)] 1 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Hannover).

[19)] 2 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Hannover, Lüneburg).

[22)] 4 (4) A 12*)
3 (3) A 11
8 (8) A 10
3 (3) A 9 (RI)
4 (4) A 9 (RAI)
10 (10) A 8
} kw mit Wegfall der Aufgaben bei Abschiebungen nach § 63 Abs. 1 AuslG und bei den ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber Ausländern, die in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind.

[*)] davon 1 (1) ku nach A 11 (Weser-Ems/Bramsche).

[23)] Insgesamt 11 (16) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[24)] Insgesamt 29 (32) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 bis (2003).

[25)] Insgesamt 66 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des mittleren Dienstes des Kapitels 03 05 kw infolge ZV bis 2003.

[26)] Insgesamt 63 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des mittleren Dienstes des Kapitels 03 05 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003.

[27)] Insgesamt 18 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des Kapitels 03 05 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[28)] Insgesamt 56 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des Kapitels 03 05 kw infolge ZV bis 2003.

[29)] Insgesamt 30 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des Kapitels 03 05 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 05 Bezirksregierungen

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Abweichend von 2002 erhält 2003 folgende Haushaltsvermerke:

[6]) 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Braunschweig).

[10]) 5 (5) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Weser-Ems, Hannover, Lüneburg).

[18]) 1 (1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Hannover).

[19]) 2 (2) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Hannover, Lüneburg).

[23]) Insgesamt 11 (11) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[24]) Insgesamt 29 (29) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 bis (2003).

[25]) Insgesamt 66 (66) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des mittleren Dienstes des Kapitels 03 05 kw infolge ZV bis 2003.

[26]) Insgesamt 63 (63) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des mittleren Dienstes des Kapitels 03 05 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003.

[27]) Insgesamt 18 (18) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des Kapitels 03 05 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[28]) Insgesamt 56 (56) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des Kapitels 03 05 kw infolge ZV bis 2003.

[29]) Insgesamt 30 (30) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des Kapitels 03 05 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf die VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596):

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 12 der VO
A 16	4
A 15	3
A 14	6
A 13	1
Insgesamt höh. Dienst	14

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 9 der VO
A 12	5
A 11	5
A 10	3
Insgesamt geh. Dienst	13

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 6 der VO
A 9	6
A 8	3
A 7	1
Insgesamt mittl. Dienst	10

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.):

Bes.-Gr.	§ 3 Abs. 1 Nr. 2 a) der VO
A 11	3 (1*)
Insgesamt geh. Dienst	3

Bes.-Gr.	§ 3 Abs. 1 Nr. 4 der VO
A 9 mit Amtszulage	29
A 9	86
A 8	20
Insgesamt mittl. Dienst	135

*) Die in der Klammer genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 09
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 04
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Bes.-Gr. A 9 m.D.	3	davon 1 infolge Verlagerung von Kapitel 15 50 2 infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Bes.-Gr. A 8	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 14 1 infolge Verlagerung von Kapitel 15 50
Zusammen	8	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 09
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 04
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 23 (Stelle gem. ZV)
Bes.-Gr. A 13 g.D.	2	davon 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 16 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 12	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 10	7	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01 6 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 9 g.D.	6	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 14 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01 4 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 9 m. D.	10	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 8	3	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 7	5	davon 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 nach Kapitel 03 20 – Stelle gem. ZV bis 2003 – HV Nr. 25 – 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20 3 infolge Einsparung (Stellen gem. ZV 2003)
Bes.-Gr. A 6	14	davon 6 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20 8 infolge Einsparung (Stellen gem. ZV 2003)
Bes.-Gr. A 5 e.D.	2	davon 1 infolge Einsparung (Stelle gem. ZV 2003) 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 nach Kapitel 04 30 – Stelle gem. ZV für 2003 – HV Nr. 23 –
Zusammen	57	
Bleibt Abgang	49	

– noch Planmäßige Beamte/-innen –

Umwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	2	von (425 01) Verg.-Gr. II a BAT
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	von Bes.-Gr. A 15 } gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2001
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 12	1	von Bes.-Gr. A 11
Zusammen	6	

Stellenhebungen/-senkungen:		
Bes.-Gr. A 16	1	von Bes.-Gr. B 2
Bes.-Gr. A 16	1	von Bes.-Gr. A 15
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	von Bes.-Gr. A 14
Bes.-Gr. A 10	1	von Bes.-Gr. A 11 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17
Zusammen	4	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	} infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20 1 infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	} infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	3	
Zusammen	9	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 10	13	
Bes.-Gr. A 9 g. D.	4	
Bes.-Gr. A 9 m. D.	2	
Bes.-Gr. A 8	4	
Bes.-Gr. A 7	3	
Bes.Gr. A 6	1	
Zusammen	28	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 17 ist vollzogen worden (1 ku bei Ausscheiden des Stelleninhabers in Bes.-Gr. A 10).
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 (3 Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.) und 10 (2 Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.) sind geändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist weggefallen (1 Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 16 ist vollzogen worden (1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 18 und 19 sind im Zuge der Stellenverlagerungen aus dem Kapitel 03 10 übernommen worden (kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000).
Der Haushaltsvermerk Nr. 23 ist teilweise vollzogen worden (Insgesamt 16 Planstellen für Planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).).
Der Haushaltsvermerk Nr. 24 ist infolge der Umsetzungen von 3 Planstellen nach Kap. 04 01 teilweise vollzogen worden (Insgesamt 32 Planstellen für Planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).).
Der Haushaltsvermerk Nr. 25 ist neu ausgebracht und teilweise auch infolge der Umsetzung von 1 Planstelle nach Kapitel 03 20 vollzogen worden (Insgesamt 129 Planstellen für Planmäßige Beamte/-innen und Stellen für Angestellte des mittleren Dienstes des Kapitels 03 05 kw infolge ZV bis 2003.).
Die Haushaltsvermerke Nr. 26, 27, 28 und 29 sind neu ausgebracht worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist weggefallen (1 Planstelle darf im Rahmen des Projektes zur flächendeckenden Einführung des neuen integrierten Haushaltswirtschaftssystems (Haushaltsvollzug P 53) abweichend von § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO mit einem Beamten oder einer Beamtin einer niedrigeren Laufbahngruppe beim Amtsgericht Bückeburg (Kapitel 11 04) besetzt werden.).

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	} infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 12	3	
Bes.-Gr. A 11	2	
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	1	
Bes.-Gr. A 8	1	
Zusammen	8	

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13	39	39	39	Assessor/-in
A 9	50	50	50	Inspektor/-in z. A.
A 6	2	2	2	Sekretär/-in z. A.
	91	91	91	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[10])	—	—	1	Assessor/-in
A 9[10])	3	3	—	Inspektor/-in z. A.
A 6[10])	1	1	2	Sekretär/-in z. A.
	4	4	3	Zusammen
				Angestellte[14])[31])[32])[33])[34])[35])[37])[38])
I a	1	1	1	
I b	8	8	8	
II a	11	11	12	
III	11	11	11	
IV a[7])[18])[30])	61	61	64	
IV b[22])[30])	31	31	30	
V b[8])[11])[16])[30])	79	79	77	
V c[2])[3])[19])[21])[23])[30])	231	231	257	
VI b[2])[24])[27])	106	106	138	
VII[4])[25])[30])	238	238	262	
VIII[30])[36])	35	35	41	
IX b[13])	29	29	31	
IX b–VII[5])[26])[30])	181	181	171	
	1 022	1 022	1 103	Zusammen
				Leerstellen:
IV b[10])	2	2	3	
V b[10])	9	9	7	
V c[10])	11	11	22	
VI b[10])	10	10	14	
VII[10])	12	12	17	
VIII[10])	4	4	3	
IX b[10])	1	1	1	
IX b–VII[10])	19	19	26	
	68	68	93	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Die jeweilige Sekretärin der Regierungspräsidentin/des Regierungspräsidenten ist für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Sie erhält eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Vergütungsgruppen V c und V b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. V b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung wird sie in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die jeweilige Sekretärin eines(r) Regierungsvizepräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) 3 (3) Angestellte bei den Bezirksregierungen sind für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[4]) 1 (–) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Weser-Ems).

[5]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[7]) 2 (2) Stellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Braunschweig, Weser-Ems).

[8]) Die bis zum 31. 8. 1994 eingesetzte Vorzimmerkraft des Staatssekretärs wird nach dem durch die Auflösung des MB bedingten Ausscheiden aus der Vorzimmerfunktion weiterhin wie bisher nach dem Haushaltsvermerk Nr. 1 in Kapitel 12 01 des Haushaltsplans 1994 (Haushaltsgesetz 1994 vom 20. 12. 1993) eingruppiert und vergütet. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten (Hannover).

[10]) kw.

[11]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V c BAT (Hannover).

[13]) 2 (2) Angestellte erhalten als ehemalige persönliche Kraftfahrer eine aufzehrbare Besitzstandszulage nach dem RdSchr. d. MF v. 18. 4. 1986 i. d. F. des RdSchr. v. 10. 3. 1993 (454080/1N) (Braunschweig, Weser-Ems).

[14]) Bei Bedarf können Stellen bei Kapitel 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[16]) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Lüneburg).

[18]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. IV b (Braunschweig).

[19]) 1 (2) Datenverarbeitung ku in Verwaltungsdienst.

[21]) 1 (1) ku von Verg.-Gr. V c Datenverarbeitung nach Verg.-Gr. VIII BAT (VD) bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (Lüneburg).

[22]) 1 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg).

[23]) 1 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg).

[24]) 1 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg).

[25]) 2 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg).

[26]) 1 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg).

[27]) 1 (1) außertariflich (Braunschweig).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 05 Bezirksregierungen

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
					[30]) 1 (1) IV a 4 (4) IV b 4 (4) V b 12 (12) V c 2 (2) VII 1 (1) VIII 2 (2) IX b–VII } kw mit Wegfall der Aufgaben bei Abschiebungen nach § 63 Abs. 1 AuslG und bei den ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber Ausländern, die in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind. [31]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 23 zum Stellenplan des Kap. 03 05. [32]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 24 zum Stellenplan des Kap. 03 05. [33]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 25 zum Stellenplan des Kap. 03 05. [34]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 26 zum Stellenplan des Kap. 03 05. [35]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 27 zum Stellenplan des Kap. 03 05. [36]) 2 (–) kw (Umweltverwaltung Braunschweig). [37]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 28 zum Stellenplan des Kap. 03 05. [38]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 29 zum Stellenplan des Kap. 03 05. Abweichend von 2002 erhält 2003 folgende Haushaltsvermerke: [4]) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Weser-Ems). [19]) 1 (1) Datenverarbeitung ku in Verwaltungsdienst. [22]) 1 (1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg). [23]) 1 (1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg). [24]) 1 (1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg). [25]) 2 (2) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg). [26]) 1 (1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg). [36]) 2 (2) kw (Umweltverwaltung Braunschweig).

Erläuterungen für 2002:

Beamtete Hilfskräfte

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g. D.	3	neu
Abgang:		
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 6	1	
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	1	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Verlagerung von Kapitel 15 50
Verg.-Gr. IV b	3	davon 2 infolge Verlagerung von Kapitel 15 50 1 infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Verg.-Gr. V b	2	infolge Verlagerung von Kapitel 15 50
Verg.-Gr. V c	3	davon 2 infolge Verlagerung von Kapitel 15 50 1 infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Verg.-Gr. VI b	8	davon 7 infolge Verlagerung von Kapitel 15 50 1 infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Verg.-Gr. VII	6	davon 3 infolge Verlagerung von Kapitel 15 50 1 neu gem. Nr. 1 Abs. 1 Ziff. 1 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 2 infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Verg.-Gr. VIII	3	infolge Verlagerung von Kapitel 15 50
Verg.-Gr. IX b–VII	10	davon 9 infolge Verlagerung von Kapitel 15 50 1 infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Zusammen	36	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	3	davon 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 17 1 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 31 (Stelle gemäß ZV)
Verg.-Gr. IV b	2	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 31 (Stellen gemäß ZV)
Verg.-Gr. V c	29	davon 23 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20 3 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9 2 infolge Einsparung (Stellen gemäß ZV 2003)
Verg.-Gr. VI b	39	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01 14 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20 24 infolge Einsparung (Stellen gemäß ZV 2003)
zu übertragen	73	

noch Abgang:	Stellen	
Übertrag:	73	
Verg.-Gr. VII	31	davon 13 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 07 10 – Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 6 17 infolge Einsparung (Stellen gemäß ZV 2003)
Verg.-Gr. VIII	9	davon 3 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20 6 infolge Einsparung (Stellen gemäß ZV 2003).
Verg.-Gr. IX b	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 20 1 infolge Einsparung (Stelle gemäß ZV 2003)
Zusammen	115	
Bleibt Abgang	79	

Höher-/Herabgruppierungen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	von Verg.-Gr. IV a
Verg.-Gr. VII	1	von Verg.-Gr. VI b
Zusammen	2	

Umwandlungen:

Verg.-Gr. II a	2	nach (422 01) Bes.-Gr. A 13 g.D.

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	2	neu
Verg.-Gr. VIII	1	
Zusammen	3	
Abgang:		
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. V c	11	
Verg.-Gr. VI b	4	
Verg.-Gr. VII	5	
Verg.-Gr. IX b–VII	7	
Zusammen	28	
Bleibt Abgang	25	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 33, 34, 35, 36, 37 und 38 sind neu ausgebracht worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 (1 Stelle ist nach Ausscheiden der Stelleninhaberin bei dem SAA Uelzen nach Kapitel 07 10 zurückzuverlagern), Nr. 9 (1 kw zum 31. 12. 2001 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998) und Nr. 17 (2 kw) sind vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 19 ist teilweise vollzogen worden (2 Datenverarbeitung ku in Verwaltungsdienst).
Die Haushaltsvermerke Nr. 22, 23, 24, 25 und 26 sind im Zuge der Stellenverlagerungen aus dem Kapitel 03 10 übernommen worden (kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000).
Der Haushaltsvermerk Nr. 31 ist teilweise vollzogen worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und 8 sind in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse redaktionell geändert worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 05 Bezirksregierungen

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13	5	5	5	Referendar/-in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
A 9[3])	264	264	264	Inspektoranwärter/-in
A 6[2])	100	100	100	Sekretäranwärter/-in
	369	369	369	Zusammen
				Arbeiter/-innen[5])[6])[7])
6[8])	4	4	3	
4[9])	45	45	41	
3	7	7	7	
2/2 a[10])	56	56	53	
1	8	8	8	
	120	120	112	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) 4 (4) Stellen können bei Bedarf für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst des Kapitels 03 07 in Anspruch genommen werden.

[3]) 5 (5) Stellen können bei Bedarf für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst des Kapitels 03 07 in Anspruch genommen werden.

[5]) Bei Bedarf können Stellen vorübergehend im Kapitel 03 14 in Anspruch genommen werden.

[6]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 23 zum Stellenplan des Kap. 03 05.

[7]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 24 zum Stellenplan des Kap. 03 05.

[8]) 1 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg).

[9]) 3 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Hannover, Lüneburg).

[10]) 3 (–) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Hannover, Lüneburg).

Abweichend von 2002 erhält 2003 folgende Haushaltsvermerke:

[8]) 1 (1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Lüneburg).

[9]) 3 (3) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Hannover, Lüneburg).

[10]) 3 (3) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 (Hannover, Lüneburg).

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Lohn-Gr. 4	4	davon 1 infolge Verlagerung von Kapitel 15 50 3 infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Lohn-Gr. 2/2 a	3	infolge Verlagerung von Kap. 03 10
Zusammen	8	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 8, 9 und 10 sind im Zuge der Stellenverlagerungen aus dem Kapitel 03 10 übernommen worden (kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 07 Brandschutz

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst	
A 15	1	1	1	Direktor/-in	
A 14	2	2	2	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	—	Rat/Rätin	
A 13	—	—	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	8	8	8	Amtsrat/-rätin	
A 11	9	9	9	Amtmann/-männin/-frau	
A 9[2])	3	3	3	Hauptbrandmeister/-in	
A 9	8	8	8	Hauptbrandmeister/-in	
A 8	7	7	7	Oberbrandmeister/-in, Hauptsekretär/-in	
	39	39	39	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	Umwandlung der Planstelle des Dienststellenleiters an der Nds. Landesfeuerwehrschule Loy
Abgang:		
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	Umwandlung der Planstelle des Dienststellenleiters an der Nds. Landesfeuerwehrschule Loy
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerwehrschulen:

Bes.-Gruppe	Celle*)	Loy
A 15	1 Brand-direktor/-in	—
A 14	2 Brandoberrat/-rätin	—
A 13	—	1 Brandrat/-rätin (Schulleiter/-in)
A 12	1 Regierungsamtsrat/-rätin	—
	6 Brandamtsrat/-rätin	1 Brandamtsrat/-rätin
A 11	6 Brandamtmann-männin/-frau	2 Brandamtmann-männin/-frau
		1 Regierungsamtmann/-männin/-frau
A 9 m. Z.	2 Hauptbrandmeister/-in	1 Hauptbrandmeister/-in
A 9	5 Hauptbrandmeister/-in	3 Hauptbrandmeister/-in
A 8	3 Oberbrandmeister/-in	3 Oberbrandmeister/-in
	1 Regierungshauptsekretär/-in	—
Insgesamt	27 Stellen	12 Stellen

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Feuerwehrtechnische Beamte/-innen, die Nachtdienst leisten, erhalten nach Maßgabe des RdErl. des MF vom 14. 6. 1971 (Nds. MBl. S. 765) in der Fassung vom 18. 12. 1975 (Nds. MBl. 1976 S. 63) eine Nachtdienstzulage.) ist weggefallen.

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
V c	2	2	2		
VI b	2	2	2		
VII	4	4	4		
VIII	4	4	4		
IX b	1	1	1		
	13	13	13	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerwehrschulen:

	Celle*)	Loy
Verg.-Gr. V c	—	2
Verg.-Gr. VI b	2	—
Verg.-Gr. VII	3	1
Verg.-Gr. VIII	3	1
Verg.-Gr. IX b	—	1
Insgesamt	8	5

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst[1])	[1]) 4 (4) Stellen des mittleren Dienstes und 5 (5) Stellen des gehobenen Dienstes im Vorbereitungsdienst können bei Bedarf zu Lasten des Kapitels 03 05 in Anspruch genommen werden.
				Arbeiter/-innen	
6	5	5	5		
5	3	3	3		
4	2	2	2		
2/2 a	9	9	9		
	19	19	19	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerwehrschulen:

Celle*)	Loy
12	7

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 09 Landesamt für Statistik

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Feste Gehälter:
B 4[3])	1	1	1	Präsident/-in des Landesamtes für Statistik
B 2	1	1	1	Abteilungsdirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter:[1])
A 16	3	3	3	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	6	6	5	Direktor/-in
A 14	9	9	10	Oberrat/-rätin
A 13	5	5	5	Rat/Rätin
A 13	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11	8	8	8	Amtmann/-männin/-frau
A 10	4	4	4	Oberinspektor/-in
A 9	2	2	2	Inspektor/-in
A 9[2])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	5	5	3	Hauptsekretär/-in
A 6	—	—	2	Sekretär/-in
	49	49	49	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
				Leerstellen:
A 11[4])	2	2	1	Amtmann/-männin/-frau

Haushaltsvermerke

[1]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) Soweit zugleich Landeswahlleiter/-in, sonst B 3, gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668).

[4]) kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.):

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 a) der VO 2003	§ 3 Nr. 2 a) der VO 2002
A 13	1	1
A 11	1	1
Insgesamt geh. Dienst	2	2

Erläuterungen für 2002:

	Stellen	
Zugang:		
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 05
Abgang:		
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 03 05
Bleibt Zu-/Abgang	—	
Stellenhebungen:		
Bes.-Gr. A 8	2	von Bes.-Gr. A 6
Leerstellen:		
Zugang:		
Bes.-Gr. A 11	1	neu

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 09 Landesamt für Statistik

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
I b	1	1	—	
III	3	3	3	
IV a[6])	35	35	29	
IV b	36	36	36	
V b	11	11	11	
V c	65	65	56	
VI b[9])	32	32	37	
VII[11])[13])	184	184	198	
VIII[5])[14])	6	7	12	
IX b–VII[10])	—	—	1	
	373	374	383	Zusammen
				Leerstellen:
II a[2])	—	—	1	
IV b[2])	—	—	1	
VII[2])	2	2	7	
	2	2	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) kw.

[5]) 1 (1) kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).

[6]) 1 (–) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[9]) Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten/der Präsidentin des Landesamtes für Statistik ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[10]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[11]) 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.

[13]) 1 (–) kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[14]) 4 (–) kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 5 nicht.

[6]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[13]) 1 (1) kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[14]) 4 (4) kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgang:

Verg.-Gr. VII	3	Einsparungen
Verg.-Gr. VIII	5	davon 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3 3 Einsparungen
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Einsparung
Zusammen	9	

Umwandlungen:

Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. IV b gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allg. Bestimmungen 2001

Höhergruppierungen:

Verg.-Gr. I b	1	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. IV a	5	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. IV b	1	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. V c	9	davon 5 von Verg.-Gr. VI b 4 von Verg.-Gr. VII
Zusammen	16	

Leerstellen:
Abgang:

Verg.-Gr. II a	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. VII	5	
Zusammen	7	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 (1 kw zum 30. 9. 2001) und 3 (1 kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 [2002]) sind vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 12 (1 Stelle Verg.-Gr. IV b darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.) ist weggefallen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 6, 13 und 14 sind neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse redaktionell geändert worden.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:

Verg.-Gr. VIII	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 5

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist vollzogen worden (1 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 [2003]).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 09 Landesamt für Statistik

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
5	1	1	1		
4	1	1	1		
	2	2	2	Zusammen	

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 10 Bezirksregierungen – Reform-Arbeitsmarkt –

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamte/-innen	
A 13	—	—	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 11	—	—	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 9	—	—	2	Amtsinspektor/-in	
	—	—	4	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/-frau)	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	2	
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000) ist teilweise vollzogen bzw. mit den Planstellen nach Kap. 03 05 verlagert worden.

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
IV b	—	—	3		
V c	—	—	2		
VI b	—	—	1		
VII	—	—	2		
IX b–VII	—	—	1		
Kr. II	—	—	1		
	—	—	10	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1
Verg.-Gr. Kr. II	1	
Verg.-Gr. IV b	3	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 05 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 nach Kap. 09 41 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 nach Kap. 11 04
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 05
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. VII	2	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	
Zusammen	10	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000) ist teilweise vollzogen bzw. mit den Stellen nach Kapitel 03 05 verlagert und nach Kap. 11 04 umgesetzt worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 10 Bezirksregierungen – Reform-Arbeitsmarkt –

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
6	—	—	2		
4	—	—	3		
2/2 a	—	—	4		
1	—	—	2		
	—	—	11	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1
Lohn-Gr. 2/2a	1	
Lohn-Gr. 1	2	
Lohn-Gr. 6	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 05
Lohn-Gr. 4	3	
Lohn-Gr. 2/2 a	3	
Zusammen	11	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000) ist teilweise vollzogen bzw. mit den Stellen nach Kapitel 03 05 verlagert worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 13 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamte/-innen	
A 10	1	1	1	Sozialoberinspektor/-in	
	1	1	1	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
IV a	1	1	1		
IV b	6	6	6		
	7	7	7	Zusammen	

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 14 Studieninstitut des Landes Niedersachsen – budgetiert –

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1][2])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	2	2	2	Direktor/-in
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 13	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11	5	5	5	Amtmann/-männin/-frau
A 9	1	1	—	Inspektor/-in
A 9	1	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8	—	—	2	Hauptsekretär/-in
	16	16	16	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04, 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Inspektor/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 9 m.D. (Amtsinspektor/-in)	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 01
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kap. 03 05

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[3][4])
V c	1	1	1	
VI b	1	1	1	
VIII	2	2	2	
IX b–VII[1])	2	2	2	
	6	6	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) Bei Bedarf können Stellen bei 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[4]) Bei Bedarf können Stellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[1])
1	1	1	—	
2/2 a	1	1	1	
	2	2	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können Stellen vorübergehend aus Kapitel 03 05 in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 1	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 01

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 17 Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN)

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[5])[6])
				Feste Gehälter:
B 2	1	1	1	Direktor/-in des Landesbetriebes LGN
				Aufsteigende Gehälter:[2])[13])
A 16	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	7	7	6	Direktor/-in
A 14	9	9	11	Oberrat/-rätin
A 13	2	2	2	Rat/Rätin
A 13[9])	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 13	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	15	15	15	Amtsrat/-rätin
A 11	14	14	14	Amtmann/-männin/-frau
A 10	6	6	6	Oberinspektor/-in
A 9[4])	4	4	3	Amtsinspektor/-in
A 9	8	7	5	Amtsinspektor/-in
A 8	7	8	9	Hauptsekretär/-in
A 7	7	7	8	Obersekretär/-in
A 6	—	—	1	Sekretär/-in
A 5	1	1	1	Oberamtsmeister/-in
	86	86	87	Zusammen
				Leerstellen:
A 8[3])	1	1	1	Hauptsekretär/-in
A 7[3])	1	1	1	Obersekretär/-in
A 6[3])	—	—	1	Sekretär/-in
	2	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[3]) kw.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[5]) Insgesamt 10 (10) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[6]) Insgesamt 10 (10) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[13]) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 6 nicht.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Die Planstellen verteilen sich auf
- den Allgemeinen Verwaltungsdienst nach § 26 Abs. 1 BBesG
- die Sachbearbeitung nach § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.)
- den Technischen Dienst nach § 1 Nr. 6, 9 und 12 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596)

wie folgt:

Bes.-Gr.	Allgemeiner Verwaltungsdienst	Sach-bearbeitung	Technischer Dienst	Zusammen
B 2	—	—	1	1
A 16	—	—	1	1
A 15	—	—	7	7
A 14	—	—	9	9
A 13 h. D.	—	—	2	2
A 13 m. Z.	—	—	2	2
A 13 g. D.	—	—	2	2
A 12	1	—	14	15
A 11	—	—	14	14
A 10	1	—	5	6
A 9 m. Z.	—	3	1	4
A 9	—	7	1	8
A 8	1	2	4	7
A 7	1	—	6	7
A 6	—	—	—	—
A 5	1	—	—	1
Insgesamt	5	12	69	86

Erläuterungen für 2002:

Verlagerung in den Funktionsbereich „Sachbearbeitung“:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 7	1	von Bes.-Gr. A 7 „Technischer Dienst“
Bes.-Gr. A 8	1	von Bes.-Gr. A 8 „Technischer Dienst“
Zusammen	2	

Zugang:

Bes.-Gr. A 15	1	Verlagerung von Kapitel 03 18

Abgang:

Bes.-Gr. A 14	2	Verlagerung nach Kapitel 03 18
Bleibt Abgang	1	

Stellenhebungen:
Anpassung gemäß § 3 Nr. 4 der VO vom 21. 8. 1992 zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Bes.-Gr. A 9 m. Z.	1	von Bes.-Gr. A 6
Bes.-Gr. A 9	2	je 1 von Bes.-Gr. A 7 und A 8
Zusammen	3	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Insgesamt 10 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).) ist vollzogen worden (s. Anlage zu Kap. 03 17).

Erläuterungen für 2003:

Stellenhebungen:
Anpassung gemäß § 3 Nr. 4 der VO vom 21. 8. 1992 zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Bes.-Gr. A 9	1	von Bes.-Gr. A 8

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist vollzogen worden (s. Anlage zu Kap. 03 17).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[8][11][15]
				Aufsteigende Gehälter:[2][13]
A 16[10]	2	2	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 16	9	9	9	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	28	28	29	Direktor/-in
A 14	38	38	37	Oberrat/-rätin
A 13	16	17	17	Rat/Rätin
A 13[9]	7	7	6	Oberamtsrat/-rätin
A 13[6]	34	34	34	Oberamtsrat/-rätin
A 12	89	89	89	Amtsrat/-rätin
A 11	105	105	106	Amtmann/-männin/-frau
A 10	56	56	56	Oberinspektor/-in
A 9[1][4]	45	41	40	Amtsinspektor/-in
A 9	85	85	85	Amtsinspektor/-in
A 8[5][14]	159	144	129	Hauptsekretär/-in
A 7	94	112	112	Obersekretär/-in
A 6	27	31	47	Sekretär/-in
	794	798	798	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[3]	1	1	1	Rat/Rätin
A 11[3]	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10[3]	5	5	5	Oberinspektor/-in
A 9 m. D.[3]	2	2	2	Amtsinspektor/-in
A 8[3]	2	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7[3]	4	4	4	Obersekretär/-in
A 6[3]	4	4	4	Sekretär/-in
	19	19	19	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur mit einer Bediensteten/einem Bediensteten mit höchstens 70 % der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer Vollbeschäftigten/eines Vollbeschäftigten besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[2]) Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[3]) kw.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[5]) 1 (1) kw (Landesplanungshauptsekretär/-in).

[6]) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[8]) Insgesamt 22 (22) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkungen Nr. 21 zur BBesO. A und B.

[11]) Insgesamt 47 (47) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[13]) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[14]) 1 (–) Stelle darf nur zu 50 v.H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[15]) Insgesamt 80 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2004 infolge ZV bis 2003.

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 8 nicht.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Die Planstellen verteilen sich auf
– die Sachbearbeitung nach § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.)
– den Technischen Dienst nach § 1 Nr. 6, 9 und 12 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596)

wie folgt:

Bes.-Gr.	Sach-bearbeitung	Technischer Dienst	Zusammen
A 16 m.Z.	—	2	2
A 16	—	9	9
A 15	—	28	28
A 14	—	38	38
A 13 h.D.	—	16	16
A 13 m.Z.	—	7	7
A 13 g.D.	—	34	34
A 12	—	89	89
A 11	—	105	105
A 10	—	56	56
A 9 m.Z.	37	8	45
A 9 m.D.	66	19	85
A 8	94	65	159
A 7	34	60	94
A 6	—	27	27
Insgesamt	231	563	794

Verlagerungen in andere Funktionsbereiche:

Sachbearbeitung

Bes.-Gr. A 9 m.Z.	5	von Bes.-Gr. A 9 m.Z. – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 9 m.D.	10	von Bes.-Gr. A 9 m.D. – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 8	38	von Bes.-Gr. A 8 – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 7	34	von Bes.-Gr. A 7 – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 6	15	von Bes.-Gr. A 6 – Technischer Dienst –

Die Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gruppe	mittlere (Bezirks-regierungen)	untere (Kataster-ämter)	Zusammen
	Landesbehörden		
A 16 mit Amtszulage	—	2	2
A 16	4	5	9
A 15	4	24	28
A 14	3	35	38
A 13	—	16	16
A 13 mit Amtszulage	3	4	7
A 13	6	28	34
A 12	11	78	89
A 11	1	104	105
A 10	—	56	56
A 9 mit Amtszulage	7	38	45
A 9	4	81	85
A 8	2	157	159
A 7	2	92	94
A 6	—	27	27
Insgesamt	47	747	794

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	infolge Verlagerung von Kapitel 03 17

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17
Bes.-Gr. A 6	1	infolge Vollzugs des Haushalts-vermerks Nr. 7 (Stelle gem. ZV)
Zusammen	2	
Bleibt	—	

Stellensenkungen/Stellenhebungen:

Anpassung der Stellen gemäß § 3 Nr. 4 der VO vom 21. 8. 1992 zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Bes.-Gr. A 13 m.Z.	1	von Bes.-Gr. A 14
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	1	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 8	15	von Bes.-Gr. A 6
Zusammen	17	

Ab 1. 1. 2004 wird das Budget infolge ZV um den Wert von 80 Stellen (=Vollzeiteinheiten) gekürzt.

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 ist vollzogen worden. (Insgesamt 22 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)).
Der Haushaltsvermerk Nr. 14 ist von der Stellenübersicht (Nr. 7) verlagert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6	4	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8 (Stelle gem. ZV)

Stellensenkung/Stellenhebungen:

Anpassung der Stellen gem. § 3 Nr. 4 der VO vom 21. 8. 1992 zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Bes.-Gr. A 9 m. Z.	4	davon 1 von Bes.-Gr. A 13 h. D. 3 von Bes.-Gr. A 7
Bes.-Gr. A 8	15	von Bes.-Gr. A 7
Zusammen	19	

Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist vollzogen worden (Insgesamt 22 (22) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[8][11][12][13]
II a[2]	3	3	3	
III	80	80	81	
IV a	162	162	162	
IV b[9]	151	151	152	
V b	4	4	4	
V c[4][10]	487	487	481	
VI b	172	172	172	
VII	368	372	380	
VIII	7	12	12	
IX b–VII	—	—	5	
	1 434	1 443	1 452	Zusammen
				Leerstellen:
IV b[5]	8	8	8	
V c[5]	23	23	23	
VI b[5]	11	11	11	
VII[5]	22	22	22	
VIII[5]	1	1	1	
	65	65	65	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) 2 (2) Stellen entfallen auf Personen, die gem. § 3 des NÖbVIngG vom 16. 12. 1993 (Nds. GVBl. S. 707) ihre praktische Tätigkeit im Landesdienst ableisten.

[4]) 2 (2) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stellen dürfen nur für Personalratstätigkeit und den Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten verwendet werden.

[5]) kw.

[8]) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[9]) 1 (1) kw.

[10]) 1 (1) Stelle darf ab 1. 12. 2001 nur bis zu 50 % besetzt werden und ist kw zum 1. 12. 2003.

[11]) Siehe HV Nr. 8 zum Stellenplan Kapitel 03 18.

[12]) Siehe HV Nr. 11 zum Stellenplan Kapitel 03 18.

[13]) Siehe HV Nr. 15 zum Stellenplan Kapitel 03 18.

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 11 nicht.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Die Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr.	mittlere (Bezirksregierungen)	untere (Katasterämter)	Zusammen
	Landesbehörden		
II a	1	2	3
III	11	69	80
IV a	20	142	162
IV b	8	143	151
V b	—	4	4
V c	56	431	487
VI b	10	162	172
VII	5	363	368
VIII	—	7	7
IX b–VII	—	—	—
Insgesamt	111	1 323	1 434

Erläuterungen für 2002:

Abgang:

	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3 (Stelle gem. ZV)
Verg.-Gr. VII	7	davon 6 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3 (Stellen gem. ZV), davon 1 für Kap. 03 17 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 15 20
Zusammen	9	

Änderung der Eingruppierung:

Verg.-Gr. VII	5	von Verg.-Gr. IX b–VII infolge Abweichung von den Stellenübersichten gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001

Höhergruppierungen:

Verg.-Gr. V c	6	von Verg.-Gr. VII infolge Abweichung von den Stellenübersichten gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist vollzogen worden (Siehe HV Nr. 7 zum Stellenplan Kapitel 03 18).
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 ist in den Stellenplan (Nr. 14) verlagert worden (1 (1) Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und für Personalratstätigkeit verwendet werden.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.) (Schreibkräfte) entfällt infolge abweichender Einstufung der Stellen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 13 ist neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:

	Stellen	
Verg.-Gr. VII	4	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11 (Stellen gem. ZV)
Verg.-Gr. VIII	5	
Zusammen	9	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 11 ist vollzogen worden (Siehe HV Nr. 8 zum Stellenplan Kap. 03 18).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13	75	75	75	Referendar/-in
A 10	20	20	20	Oberinspektor/-in-Anwärter/-in
A 6	10	10	10	Sekretäranwärter/-in
	105	105	105	Zusammen
				Arbeiter/-innen[2])[3])[5])
5	125	125	132	
4	105	113	121	
1	3	4	4	
	233	242	257	Zusammen
5[4])	1	1	1	Leerstellen:

Haushaltsvermerke

[2]) Siehe HV Nr. 8 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
[3]) Siehe HV Nr. 11 zum Stellenplan Kapitel 03 18.
[4]) kw.
[5]) Siehe HV Nr. 15 zum Stellenplan Kapitel 03 18.

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 2 nicht.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Die Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	mittlere (Bezirksregierungen)	untere (Katasterämter)	Zusammen
	Landesbehörden		
A 13	75	—	75
A 10	20	—	20
A 6	—	10	10
Insgesamt	95	10	105

Arbeiter/-innen

Alle Stellen sind in unteren Landesbehörden (Katasterämter).

Erläuterungen für 2002:

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 5	7	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1 (Stellen gem. ZV)
Lohn-Gr. 4	8	
Zusammen	15	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (Siehe HV Nr. 7 zum Stellenplan Kapitel 03 18.) ist vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	8	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2 (Stellen gem. ZV)
Lohn-Gr. 1	1	
Zusammen	9	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (Siehe HV Nr. 8 zum Stellenplan Kapitel 03 18.) ist vollzogen.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 19 Vermessungs- und Katasterverwaltung – nicht budgetiert –

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Stellen zu Titel 422 31:	
B 2	—	—	1	Abteilungsdirektor/-in	
A 16	—	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	1	2	2	Direktor/-in	
A 13 m. Z.	1	1	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	2	3	7	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	7	11	13	Amtsrat/-rätin	
A 11	2	4	5	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	—	1	1	Oberinspektor/-in	
A 9 m. Z.	2	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 9	3	3	3	Amtsinspektor/-in	
	18	28	37	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 13 m.Z.	1	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	4	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	9	

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	
Bes.-Gr. A 12	4	
Bes.-Gr. A 11	2	
Bes.-Gr. A 10	1	
Zusammen	10	

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 20 Landespolizei

STELLENPLAN				
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				a) **Polizei-Verwaltungsbeamte/ -innen**[4])[12])
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	1	Polizeipräsident/-in in Hannover
B 2	1	1	1	Polizeipräsident/-in in Braunschweig
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[2])	11	11	11	Direktor/-in
A 15	1	1	1	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung fort- und ausbildungsspezifischer Aufgaben beim Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen –
A 14[2])	26	26	26	Oberrat/-rätin
A 14	4	4	4	Oberstudienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an beruflichen Schulen bei einer der jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –
A 13[2])	5	5	5	Rat/Rätin
A 13	9	9	9	Oberamtsrat/-rätin
A 13	1	1	1	Oberlehrer/-in
A 12	26	26	25	Amtsrat/-rätin
A 11	48	48	47	Amtmann/-männin/-frau
A 10[1])[10])	46	46	47	Oberinspektor/-in
A 9	33	33	33	Inspektor/-in
A 9[3])	10	10	10	Amtsinspektor/-in
A 9[8])	14	14	14	Amtsinspektor/-in
A 8[6])[9])	55	55	54	Hauptsekretär/-in
A 7	60	60	56	Obersekretär/-in
A 6	14	14	18	Sekretär/-in
	367	367	365	Zusammen Abschnitt a)
				Leerstellen:
A 14[5])	1	1	—	Oberrat/-rätin
A 11[5])	3	3	3	Amtmann/-männin/-frau
A 10[5])	3	3	6	Oberinspektor/-in
A 9[5])	5	5	5	Inspektor/-in
A 8[5])	7	7	7	Hauptsekretär/-in
A 7[5])	8	8	11	Obersekretär/-in
	27	27	32	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 (–) kw zum 31. 12. 2005 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2001.

[2]) In Abweichung vom Stellenplan dürfen nicht in Anspruch genommene Ausgaben bei Titel 422 01 durch nicht besetzte Planstellen für 1 (1) Direktor/-in, 3 (3) Oberräte/-innen und 2 (2) Räte/-innen für Beschäftigungsentgelte von 6 (6) zusätzlichen Vertragsärzten/-innen bei Titel 427 64 verwendet werden.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[5]) kw.

[6]) 1 (–) kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[8]) 3 (3) kw.

[9]) 3 (3) kw.

[10]) 1 (1) kw.

[12]) Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.

Abweichend von 2002 erhält 2003 folgende Haushaltsvermerke:

[1]) 1 (1) kw zum 31. 12. 2005 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2001.

[6]) 1 (1) kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				b) **Schutzpolizei (uniformiert)**[7][30]
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 2	1	1	1	Direktor/-in der Landesbereitschaftspolizei
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	4	4	4	Direktor/Direktorin der Polizei bei einer Bezirksregierung oder einer Polizeidirektion
A 16	13	13	13	Leitende(r) Polizeidirektor/-in
A 15	38	38	40	Polizeidirektor/-in
A 14	80	80	80	Polizeioberrat/-rätin
A 13	41	41	38	Polizeirat/-rätin
A 13[17]	204	204	207	Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in
A 12[2][4][6]	450	450	451	Polizeihauptkommissar/-in
A 11[4][22][33]	1 372	1 172	989	Polizeihauptkommissar/-in
A 10[4][21]	3 533	3 343	3 157	Polizeioberkommissar/-in
A 9[4][15]	7 332	6 736	6 162	Polizeikommissar/-in
A 9[4]	66	371	651	Polizeihauptmeister/-in
A 8[4]	504	1 053	1 493	Polizeiobermeister/-in
A 7[4]	76	160	343	Polizeimeister/-in
	13 714	13 666	13 629	Zusammen Abschnitt b)
				Leerstellen:
A 11[8]	2	2	—	Polizeihauptkommissar/-in
A 10[8]	6	6	7	Polizeioberkommissar/-in
A 9[8]	21	21	12	Polizeikommissar/-in
A 9[8]	6	6	7	Polizeihauptmeister/-in
A 8[8]	64	64	80	Polizeiobermeister/-in
A 7[8]	28	28	30	Polizeimeister/-in
	127	127	136	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Bis zu 5 (5) Planstellen dürfen nur für Teilnehmer an der L III-Ausbildung und während der Dauer der Lehrgänge an der Polizei-Führungsakademie in Münster in Anspruch genommen werden.

[4]) 8 (15) DW für Beamte/-innen der Bes.-Gr. A 12, A 11, A 10, A 9, A 8 und A 7.

[6]) 1 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[8]) kw.

[15]) 1 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[17]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[21]) 7 (7) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[22]) 6 (3) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[30]) Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.

[33]) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.

Abweichend von 2002 erhält 2003 folgende Haushaltsvermerke:

[4]) 8 (8) DW für Beamte/-innen der Bes.-Gr. A 12, A 11, A 10, A 9, A 8 und A 7.

[6]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[15]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[22]) 6 (6) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 20 Landespolizei

STELLENPLAN				
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				c) **Kriminalpolizei**[5])[8])
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	—	Direktor/-in des Landeskriminalamtes
B 2	—	—	1	Direktor/-in des Landeskriminalamtes
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	2	Direktor/Direktorin der Polizei bei einer Bezirksregierung oder einer Polizeidirektion
A 16	6	6	6	Leitende(r) Kriminaldirektor/-in
A 15	30	30	30	Kriminaldirektor/-in
A 14	40	40	40	Kriminaloberrat/-rätin
A 13	26	26	23	Kriminalrat/-rätin
A 13	139	139	142	Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in
A 12[2])	318	318	317	Kriminalhauptkommissar/-in
A 11[17])	589	539	489	Kriminalhauptkommissar/-in
A 10[18])	1 052	999	934	Kriminaloberkommissar/-in
A 9	907	789	617	Kriminalkommissar/-in
A 9[4])	9	14	19	Kriminalhauptmeister/-in
A 9	175	310	475	Kriminalhauptmeister/-in
A 8	44	114	209	Kriminalobermeister/-in
	3 338	3 327	3 304	Zusammen Abschnitt c)
				Leerstellen:
A 11[6])	7	7	7	Kriminalhauptkommissar/-in
A 10[6])	10	10	17	Kriminaloberkommissar/-in
A 9[6])	2	2	12	Kriminalkommissar/-in
A 9[6])	8	8	12	Kriminalhauptmeister/-in
A 8[6])	6	6	14	Kriminalobermeister/-in
	33	33	62	Zusammen
	17 419	17 360	17 298	Zusammen Abschnitte a)–c) (ohne Leerstellen)

Haushaltsvermerke

[2]) Bis zu 5 (5) Planstellen dürfen nur für Teilnehmer an der L III-Ausbildung und während der Dauer der Lehrgänge an der Polizei-Führungsakademie in Münster in Anspruch genommen werden.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[5]) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[6]) kw.

[8]) Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.

[17]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[18]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO i. V. m. Nr. 8 Abs. 3 Satz 1 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 von Kapitel 05 20
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	1	infolge analoger Anwendung von Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 von Kapitel 03 23
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	1	infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 von Kapitel 03 05
Zusammen	3	

Abgang:		
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	1	infolge Einsparung für Stellenhebungen
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	2	

Hebungen:		
Bes.-Gr. A 7 (Obersekretär/-in)	3	von Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/ -frau)	1	von Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	1	von Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
Zusammen	5	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	neu

Abgang:		
Bes.-Gr. A 10	3	infolge Vollzugs des kw-Vermerkes
Bes.-Gr. A 7	3	
Zusammen	6	
Bleibt Abgang	5	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 6 sind neu ausgebracht.

b) Schutzpolizei (uniformiert)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 (Polizeiober-kommissar/-in)	16	neu
Bes.-Gr. A 9 (Polizei-kommissar/-in)	31	neu
Zusammen	47	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 (Polizeidirektor/-in)	2	infolge Verlagerung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 11 (Polizeihaupt-kommissar/-in)	1	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. IV a
Bes.-Gr. A 10 (Polizeiober-kommissar/-in)	1	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. IV b
Bes.-Gr. A 8 (Polizeiober-meister/-in)	4	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V c
Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in)	2	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. VII
Zusammen	10	
Bleibt Zugang	37	

Umwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D. (Polizeirat/-rätin)	3	von Bes.-Gr. A 13 g.D. (Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in)
Bes.-Gr. A 10 (Polizeiober-kommissar/-in)	252	davon 52 von Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in) 50 von Bes.-Gr. A 8 (Polizeiobermeister/-in) 150 von Bes.-Gr. A 9 m. D. (Polizeihauptmeister/-in)
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Polizei-kommissar/-in)	644	davon 129 von Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in) 385 von Bes.-Gr. A 8 (Polizeiobermeister/-in) 130 von Bes.-Gr. A 9 m.D. (Polizeihauptmeister/-in)
Zusammen	899	

Umwandlungen gemäß Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2001:

Bes.-Gr. A 10 (Polizeiober-kommissar/-in)	2	davon 1 von Bes.-Gr. A 9 g.D. (Polizeikommissar/-in) 1 von Bes.-Gr. A 8 (Polizeiobermeister/-in)
Bes.-Gr. A 11 (Polizeihaupt-kommissar/-in)	3	davon 2 von Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in) 1 von Bes.-Gr. A 12 (Polizeihauptkommissar/-in)
Zusammen	5	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 (Polizeihaupt-kommissar/-in)	181	davon 100 von Bes.-Gr. A 9 (Polizeikommissar/-in) 81 von Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	2	neu
Bes.-Gr. A 9 g. D.	9	
Zusammen	11	

Abgang:		
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerkes
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	
Bes.-Gr. A 8	16	
Bes.-Gr. A 7	2	
Zusammen	20	
Bleibt Abgang	9	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 32 ist weggefallen.
([32]) 234 (156) kw, davon 78 kw zum 31. 12. 2001, 78 kw zum 31. 12. 2002 und 78 kw zum 31. 12. 2003.)
Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 6, 15 und 22 sind geändert worden.
([4]) (15 (15) DW für Beamte/-innen der Bes.-Gr. A 12, A 11, A 10, A 9 mit Amtszulage, A 9, A 8 und A 7.
[6]) 2 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit in Anspruch genommen werden.
[15]) 2 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit in Anspruch genommen werden.
[22]) 3 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit in Anspruch genommen werden.).
Der Haushaltsvermerk Nr. 20 ist weggefallen.
([20]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)

noch Planmäßige Beamte/-innen

c) Kriminalpolizei

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 (Kriminalhauptkommissar/-in)	1	neu
Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)	6	neu
Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)	11	neu
Bes.-Gr. A 9 (Kriminalkommissar/-in)	12	neu
Zusammen	30	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)	2	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. IV a
Bes.-Gr. A 8 (Kriminalobermeister/-in)	5	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V c
Zusammen	7	
Bleibt Zugang	23	

Umwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D. (Kriminalrat/-rätin)	3	infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 g.D. (Erste(r) Kriminalhauptkommissar/in)
Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)	75	davon 5 von Bes.-Gr. A 9 m. Z. (Kriminalhauptmeister/-in m. Z.) 50 von Bes.-Gr. A 9 m. D. (Kriminalhauptmeister/-in) 20 von Bes.-Gr. A 8 (Kriminalobermeister/-in)
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Kriminalkommissar/-in)	185	davon 115 von Bes.-Gr. A 9 m.D. 70 von Bes.-Gr. A 8
Zusammen	263	

Hebungen:		
Bes.-Gr. B 3 (Direktor/-in des Landeskriminalamtes)	1	von Bes.-Gr. B 2 (Direktor/-in des Landeskriminalamtes) gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Nds. Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)	46	davon 25 von Bes.-Gr. A 9 (Kriminalkommissar/-in) 21 von Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)
Zusammen	47	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	7	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 9 g. D.	10	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 9 m. D.	4	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 8	8	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Zusammen	29	

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 6 sind angepasst worden.

b) Schutzpolizei (uniformiert)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (Polizeikommissar/-in)	32	neu
Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)	16	neu
Zusammen	48	

Umwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)	274	davon 26 von Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in) 93 von Bes.-Gr. A 8 (Polizeiobermeister/-in) 155 von Bes.-Gr. A 9 m.D. (Polizeihauptmeister/-in)
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Polizeikommissar/-in)	664	davon 58 von Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in) 456 von Bes.-Gr. A 8 (Polizeiobermeister/-in) 150 von Bes.-Gr. A 9 m.D. (Polizeihauptmeister/-in)
Zusammen	938	

Hebungen:		
Bes.-Gr. A 11 (Polizeihauptkommissar/-in)	200	davon 100 von Bes.-Gr. A 9 (Polizeikommissar/-in) 100 von Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 6, 15 und 22 sind angepasst worden.

c) Kriminalpolizei

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberoberkommissar/-in)	3	neu
Bes.-Gr. A 9 (Kriminalkommissar/-in)	8	neu
Zusammen	11	

Umwandlungen:		
Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)	75	davon 20 von Bes.-Gr. A 8 (Kriminalobermeister/-in) 50 von Bes.-Gr. A 9 m.D. (Kriminalhauptmeister/-in) 5 von Bes.-Gr. A 9 m. Z. (Kriminalhauptmeister/-in)
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Kriminalkommissar/-in)	135	davon 50 von Bes.-Gr. A 8 (Kriminalobermeister/-in) 85 von Bes.-Gr. A 9 m.D. (Kriminalhauptmeister/-in)
Zusammen	210	

Hebungen:		
Bes.-Gr. A 11 (Kriminialhauptkommissar/-in)	50	davon 25 von Bes.-Gr. A 9 (Kriminalkommissar/-in) 25 von Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/in)

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 20 Landespolizei

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Beamtete Hilfskräfte	
				a) Schutzpolizei (uniformiert)	
A 9	336	336	252	Polizeikommissar/-in z. A.	
A 7	—	—	100	Polizeimeister/-in z. A.	
	336	336	352	Zusammen	
				Angestellte[4][15]	
II a[23]	18	18	20		
III[13]	7	7	6		
IV a[12][28]	50	50	45		
IV b	13	13	14		
V a[1]	6	6	6		
V b[8][11]	66	66	67		
V c[6][19][22][24][29]	444	444	422		
VI b[2][5][7]	216	216	225		
VII[14][21][25]	926	926	921		
VIII	251	251	254		
IX b–VII[3][10]	395	395	398		
IX b	16	17	16		
X	—	1	4		
	2 408	2 410	2 398	Zusammen	
				Leerstellen:	
IV a[9]	1	1	2		
IV b[9]	1	1	—		
V b[9]	3	3	3		
V c[9]	13	13	9		
VI b[9]	10	10	14		
VII[9]	73	73	57		
VIII[9]	12	12	15		
IX b–VII[9]	38	38	38		
IX b[9]	—	—	3		
	151	151	141	Zusammen	

[1]) 6 (6) Angestellte erhalten für ihre Tätigkeit als Sprengstoffsachbearbeiter/-in beim Landeskriminalamt Niedersachsen eine Gefahrenzulage und Versicherungsschutz nach der Berechnungsgrundlage, wie sie sich aus dem Tarifvertrag für die Bediensteten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes ergibt.

[2]) Die jeweilige Sekretärin des/der Direktors/-in des Landeskriminalamts Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[4]) Insgesamt 23 (23) Stellen für Angestellte und/oder Arbeiter/-innen des Kapitels 03 20 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).

[5]) 1 (1) kw.

[6]) 1 (1) Angestellte beim LKA Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[7]) Der Angestellte ist als Hausmeister beim BIPNI übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

[8]) 10 (10) ku nach Verg.-Gr. VI b BAT.

[9]) kw.

[10]) 1 (1) kw bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. Nr. 6 der Allgemeinen Bestimmungen 1993.

[11]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[12]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[13]) 3 (3) ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.

[14]) 1 (1) kw bei der Polizeidirektion Braunschweig.

[15]) Insgesamt 70 (–) Stellen für Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 in den Bereichen „Werkstätten“, „Küchen“ und „Bekleidung“.

[19]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. VI b bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[21]) Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.

[22]) 1 (1) übertariflich.

[23]) 1 (1) für Sozialwissenschaftlicher Dienst.

[24]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[25]) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[28]) 1 (1) kw zum 31. 12. 2003 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000.

[29]) 1 (1) Angestellter erhält eine außertarifliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages der Vergütungsgruppen V c BAT und V b BAT bis zum Ablauf der Bewährungszeit (30. 6. 2003).

Abweichend von 2002 enthält 2003 den Haushaltsvermerk Nr. 4 nicht und folgenden Haushaltsvermerk:

[15]) Insgesamt 70 (70) Stellen für Angestellte und/oder Arbeiter/-innen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 in den Bereichen „Werkstätten“, „Küchen“ und „Bekleidung“.

Erläuterungen für 2002:

Beamtete Hilfskräfte

a) Schutzpolizei (uniformiert)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in z. A.)	16	infolge Einsparung für Stellenumwandlungen
Umwandlungen:		
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Polizeikommissar/-in z. A.)	84	von Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in z. A.)

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	3	davon 2 infolge Umwandlung von Bes.- Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in) 1 infolge Umwandlung von Bes.- Gr. A 11 (Polizeihauptkommissar/-in)
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)
Verg.-Gr. V c	11	davon 4 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 8 (Polizeiobermeister/-in) 5 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 8 (Kriminalobermeister/-in) 1 infolge Umwandlung von Lohn-Gr. 4 1 infolge Umwandlung von Lohn-Gr. 8
Verg.-Gr. VI b	2	davon 1 infolge Umwandlung von Lohn-Gr. 6 1 infolge Umwandlung von Lohn-Gr. 8
Verg.-Gr. VII	2	infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in)
Zusammen	19	

Abgang:		
Verg.-Gr. II a	1	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 27
Verg.-Gr. IV b	2	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 04
Verg.-Gr. VI b	2	davon 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 20 1 gem. Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2001
Verg.-Gr. IX b	1	infolge Einsparung für Stellenumwandlungen
Verg.-Gr. X	1	infolge Einsparung für Stellenumwandlungen
Zusammen	7	
Bleibt Zugang	12	

Umwandlungen:		
Verg.-Gr. V c	4	davon 2 von Verg.-Gr. VIII 1 von Verg.-Gr. IX b–VII 1 von Verg.-Gr. X

Gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 durchgeführte Veränderungen in der Stellenübersicht:

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	2	von Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. V b	1	von Verg.-Gr. V c
Verg.-Gr. V c	8	davon 4 von Verg.-Gr. VI b 2 von Verg.-Gr. VII 1 von Verg.-Gr. IX b–VII 1 von Verg.-Gr. X
Verg.-Gr. VI b	1	von Verg.-Gr. IX b–VII
Verg.-Gr. VII	3	davon 2 von Verg.-Gr. VIII 1 von Verg.-Gr. IX b–VII
Zusammen	15	

Herabgruppierungen:

Verg.-Gr. III	1	von Verg.-Gr. II a
Verg.-Gr. VII	5	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. VIII	2	davon 1 von Verg.-Gr. VI b 1 von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. IX b–VII	1	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. IX b	2	davon 1 von Verg.-Gr. VII 1 von Verg.-Gr. VIII
Zusammen	11	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	neu
Verg.-Gr. V c	4	neu
Verg.-Gr. VII	16	neu
Zusammen	21	

Abgang:		
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. VI b	4	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. VIII	3	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. IX b	3	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Zusammen	11	
Bleibt Zugang	10	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse redaktionell geändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 20 ist vollzogen worden.
([20]) 1 (1) ku nach Lohn-Gr. 6 MTL.)
Der Haushaltsvermerk Nr. 27 wurde teilweise vollzogen und ist weggefallen.
([27]) 10 (10) kw zum 31. 12. 2001.)
Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist neu ausgebracht worden.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4
Verg.-Gr. X	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 15 ist angepasst worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 20 Landespolizei

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
				a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen
A 9	19	19	19	Inspektor/-in-Anwärter/-in
A 6	8	8	8	Sekretär/-in-Anwärter/-in
	27	27	27	Zusammen Abschnitt a)
				b) Schutzpolizei (uniformiert)
A 9[3])	1 702	1 632	1 220	Polizeikommissar/-in-Anwärter/-in
				c) Kriminalpolizei
A 9	40	40	40	Kriminalkommissar/-in-Anwärter/-in
	1 769	1 699	1 287	Zusammen Abschnitte a)–c)
				Arbeiter/-innen[1])[9])
9	4	4	3	
8	147	149	151	
7	21	21	22	
6	65	66	65	
5	80	84	88	
4[2])	386	388	392	
3	108	110	111	
2/2 a	140	144	150	
1	95	101	102	
	1 046	1 067	1 084	Zusammen
				Leerstellen:
5[4])	1	1	2	
4[4])	1	1	—	
3 a[4])	1	1	1	
2/2 a[4])	3	3	3	
2 a[4])	—	—	1	
1[4])	1	1	1	
	7	7	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 15 zu den Stellenübersichten des Kapitels 03 20.

[2]) 2 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[3]) 312 (–) kw, davon 78 kw zum 31. 3. 2005 und 234 kw zum 30. 9. 2005.

[4]) kw.

[9]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 zu den Stellenübersichten des Kapitels 03 20.

Abweichend von 2002 erhält 2003 folgenden Haushaltshaltsvermerk:

[3]) 382 (312) kw, davon 78 kw zum 31. 3. 2005, 234 kw zum 30. 9. 2005 und 70 kw zum 31. 3. 2006.

Erläuterungen für 2002:

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

b) Schutzpolizei (uniformiert)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Polizeikommissar/in-Anwärter/-in)	412	neu, davon 100 zum 1. 1. 2002 78 zum 1. 4. 2002 234 zum 1. 10. 2002

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6	1	infolge Umwandlung von Verg.-Gr. VI b in Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 20 – Stellenübersichten –

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 8	2	davon 1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. VI b 1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V c
Lohn-Gr. 6	1	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. VI b
Lohn-Gr. 5	4	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8
Lohn-Gr. 4	2	davon 1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V c 1 zur Gegenfinanzierung von Stellenumwandlungen
Lohn-Gr. 3	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7
Lohn-Gr. 2/2 a	6	davon 3 zur Gegenfinanzierung von Stellenumwandlungen 3 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 6
Lohn-Gr. 1	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 5
Zusammen	18	
Bleibt Abgang	17	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	neu

Abgang:		
Lohn-Gr. 5	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Lohn-Gr. 2 a	1	
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Anderweitige Einstufungen:

Lohn-Gr. 9	1	von Lohn-Gr. 7
Lohn-Gr. 6	1	von Lohn-Gr. 4
Lohn-Gr. 1	1	von Lohn-Gr. 4
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 5, 6, 7 und 8 sind vollzogen worden
([5]) 2 (–) kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002)
[6]) 3 (–) kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).
[7]) 1 (–) kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).
[8]) 4 (–) kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).).
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht worden.

Erläuterungen für 2003:

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

b) Schutzpolizei (uniformiert)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Polizeikommissar/in-Anwärter/-in)	70	neu zum 1. 4. 2003

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist geändert worden.

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 8	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9
Lohn-Gr. 6	1	
Lohn-Gr. 5	4	
Lohn-Gr. 4	2	
Lohn-Gr. 3	2	
Lohn-Gr. 2/2a	4	
Lohn-Gr. 1	6	
Zusammen	21	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist vollzogen worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 23 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[2])	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9[1])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	—	—	1	Hauptsekretär/-in
	5	5	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[2]) 1 (1) A 12 Amtsrat/-rätin kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8	1	infolge Umsetzung analog Nr. 8 Abs. 3 der Allg. Bestimmungen 2001 nach Kap. 03 20

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist mit der Planstelle nach Kap. 03 20 umgesetzt worden (1 A 8 Hauptsekretär/-in kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 [2003]).

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
IV a	1	1	1	
IV b	5	5	5	
V b[2])	7	7	7	
V c[2])	16	16	16	
VI b[2])	15	15	21	
VII[2])	19	19	20	
VIII[2])	9	9	9	
IX b–VII[1])[2])	5	5	7	
	77	77	86	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[2]) 5 (5) Verg.-Gr. V b kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
1 (1) Verg.-Gr. V c kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
10 (16) Verg.-Gr. VI b kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
7 (8) Verg.-Gr. VII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
9 (9) Verg.-Gr. VIII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
5 (7) Verg.-Gr. IX b–VII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Abweichend von 2002 erhält 2003 folgenden Haushaltsvermerk:

[2]) 5 (5) Verg.-Gr. V b kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
1 (1) Verg.-Gr. V c kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
10 (10) Verg.-Gr. VI b kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
7 (7) Verg.-Gr. VII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
9 (9) Verg.-Gr. VIII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
5 (5) Verg.-Gr. IX b–VII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	6	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. IX b–VII	2	
Zusammen	9	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist teilweise vollzogen worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 23 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
6	3	3	6	
5[2])	1	1	1	
4	9	9	17	
2 a[2])	33	33	39	
1[2])	4	4	10	
	50	50	73	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) 1 (1) Lohn-Gr. 5 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
2 (8) Lohn-Gr. 2 a kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
4 (10) Lohn-Gr. 1 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Abweichend von 2002 erhält 2003 folgenden Haushaltsvermerk:

[2]) 1 (1) Lohn-Gr. 5 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
2 (2) Lohn-Gr. 2 a kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
4 (4) Lohn-Gr. 1 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6	3	infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2
Lohn-Gr. 4	8	
Lohn-Gr. 2 a	6	
Lohn-Gr. 1	6	
Zusammen	23	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist teilweise vollzogen worden (3 Lohn-Gr. 6, 8 Lohn-Gr. 4 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 [2003]).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 24 Grenzdurchgangslager Friedland

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 13	—	—	—	Rat/Rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 8	—	—	—	Hauptsekretär/-in
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Insgesamt 24 (24) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 24 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[2])
II a	1	1	1	
IV a	2	2	2	
IV b	2	2	2	
V b	12	12	12	
V c	13	13	13	
VI b	8	8	8	
VII	21	21	21	
VIII	9	9	9	
IX b–VII[1])	7	7	7	
	75	75	75	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[2]) Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 24.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[1])
6	1	1	1	
5	6	6	6	
4	10	10	10	
3	3	3	3	
2/2 a	68	68	68	
1	14	14	14	
	102	102	102	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 24.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 26 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge, Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
A 13	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 11	2	2	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	3	3	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	1	Amtsinspektor/-in
	8	8	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
IV b	2	2	2	Verwaltungsdienst
V b	4	4	4	
V c	21	21	21	
VI b	2	2	2	
VII	25	25	25	
VIII	3	3	3	
IX b	2	2	2	
VII[1])	3	3	3	Wirtschaftsdienst
IV a	2	2	2	Sozial- und Erziehungsdienst
IV b	23	23	23	
VI b	4	4	4	
IX b–VII[2])	3	3	3	Schreibdienst
Kr. V	2	2	2	Krankenpflegedienst
Kr. II	1	1	1	
	97	97	97	Zusammen
				Leerstellen:
V b[3])	1	1	1	Verwaltungsdienst
IV b[3])	3	3	3	Sozial- und Erziehungsdienst
	4	4	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten übertariflich Vergütung nach VII BAT; nach einer Bewährungszeit von 1 Jahr und 6 Monaten übertariflich Vergütung nach VI b BAT.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b bis VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) kw.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	2	2	2	Kraftfahrdienst
6	2	2	2	Kesselwärter
4	8	8	8	Technischer Dienst, Handwerker/-innen
2 a	27	27	27	Hauswart/-in
2	13	13	13	Küchenhilfen
1	8	8	8	Haus- und Wäschedienst
	60	60	60	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 34 Bauaufsicht und Städtebau

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[3])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	3	3	—	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	7	7	—	Direktor/-in
A 14[2])	13	13	—	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	—	Rat/Rätin
A 13	2	2	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	7	7	—	Amtsrat/-rätin
A 11	8	8	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	—	Oberinspektor/-in
	42	42	—	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	1	1	—	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	1	1	—	Direktor/-in
A 14	2	2	—	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	1	—	Amtsrat/-rätin
	6	6	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[3]) 4 (4) kw (Kap. 03 34 – ehemals Kapitel 05 04 – insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	3	infolge Umsetzung von Kapitel 05 04
Bes.-Gr. A 15	7	
Bes.-Gr. A 14	13	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	2	
Bes.-Gr. A 12	7	
Bes.-Gr. A 11	8	
Bes.-Gr. A 10	1	
Zusammen	42	

Stellen zu Titel 422 31:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Umsetzung von Kapitel 05 04
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 14	2	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und 3 sind aus Kapitel 05 04 umgesetzt worden.
Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. 1 (bei Bedarf kann 1 (1) Stelle der Bes.-Gr. A 16 aus Kap. 05 40 gegen 1 (1) Stelle der Bes.-Gr. A 15 in Anspruch genommen werden).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 34 Bauaufsicht und Städtebau

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[3])
II a[1])	5	5	—	
III	28	28	—	
VI b	4	4	—	
	37	37	—	Zusammen
				Leerstellen:
III[2])	2	2	—	

Haushaltsvermerke

[1]) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
[2]) 2 (2) kw.
[3]) Siehe HV Nr. 3 zum Stellenplan bei Kap. 03 34 (ehemals Kapitel 05 04).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	5	infolge Umsetzung von Kap. 05 04
Verg.-Gr. III	28	
Verg.-Gr. VI b	4	
Zusammen	37	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 1, 2 und 3 sind aus Kapitel 05 04 umgesetzt worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst[1])
A 13	10	10	—	Baureferendar/-in
A 9	3	3	—	Bauinspektoranwärter/-in
	13	13	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Siehe HV Nr. 3 zum Stellenplan bei Kap. 03 34 (ehemals Kapitel 05 04).

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

– Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	10	infolge Umsetzung von Kap. 05 04
Bes.-Gr. A 9	3	
Zusammen	13	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist aus Kapitel 05 04 umgesetzt worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 80 Landesbeauftragter für den Datenschutz

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[2])
				Feste Gehälter:
B 7	—	—	1	Landesbeauftragte(r) für den Datenschutz
B 6	1	1	—	Landesbeauftragte(r) für den Datenschutz
B 2	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	2	Ministerialrat/-rätin
A 15	1	1	1	Direktor/-in
A 14[1])	2	2	2	Rat/Rätin
A 13	3	3	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	6	6	5	Amtsrat/-rätin
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in
	17	17	16	Zusammen
				Leerstellen:
A 13	—	—	1	Oberamtsrat/-rätin

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Planstelle kann wahlweise mit einem(r) Richter/-in der Bes.-Gr. R 1 besetzt werden.

[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6	1	gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Nds. Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 12	1	neu
Zusammen	2	

Abgang:		
Bes.-Gr. B 7	1	gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Nds. Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bleibt Zugang	1	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 (kw) ist vollzogen worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[2])
VI b[1])	1	1	1	
IX b–VII[3])	1	1	1	
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die jeweilige Sekretärin des(r) Landesbeauftragten für den Datenschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensalterstufe.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse redaktionell geändert worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 90 Landesamt für Verfassungsschutz

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 5	1	1	1	Präsident/-in des Landesamts für Verfassungsschutz
B 2	1	1	1	Vizepräsident/-in des Landesamts für Verfassungsschutz
B 2	2	2	2	Abteilungsdirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Ltd. Direktor/-in
A 15	7	7	6	Direktor/-in
A 14	2	2	2	Oberrat/-rätin
A 13	12	12	12	Oberamtsrat-rätin/ Erste(r) Hauptkommissar/-in
A 12	35	35	31	Amtsrat/-rätin/ Hauptkommissar/-in
A 11	25	25	25	Amtmann/-männin/-frau/ Hauptkommissar/-in
A 10	53	53	27	Oberinspektor/-in/Oberkommissar/-in
A 9	—	—	23	Inspektor/-in/Kommissar/-in
A 9[2])	7	7	8	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
A 9	22	22	21	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
A 8	4	4	3	Hauptsekretär/-in/Obermeister/-in
	172	172	163	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
B 2	1	1	1	Abteilungsdirektor/-in
A 13	3	3	3	Oberamtsrat/-rätin
A 9 m. Z.	1	1	1	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
	5	5	5	Zusammen
				Leerstellen:
A 11[3])	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9[3])	2	2	1	Kriminal-/Polizeihauptmeister/-in/ Amtsinspektor/-in
	3	3	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)	1	neu
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin/ Hauptkommisar/-in)	4	neu
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in/ Oberkommissar/-in)	3	neu
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in/ Hauptmeister/-in)	1	neu
Zusammen	9	

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in/ Oberkommissar/-in)	23	von Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in/Kommissar/-in)
Zusammen	23	

Stellensenkungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 m. Z. (Amtsinspektor/-in/ Hauptmeister/-in)	1	nach Bes.-Gr. A 9 m. D. (Amtsinspektor/-in/ Hauptmeister/-in)
Bes.-Gr. A 9 m. D. (Amtsinspektor/-in/ Hauptmeister/-in)	1	nach Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in/ Obermeister/-in)
Zusammen	2	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 m. D. (Amtsinspektor/-in/ Hauptmeister/-in)	1	neu

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 90 Landesamt für Verfassungsschutz

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	2	2	2	
III	2	2	2	
IV a	3	3	2	
IV b[4])	1	1	1	
V c	3	3	3	
VI b[3])	14	14	14	
IX b-VII[2])	10	10	13	
	35	35	37	Zusammen
				Leerstellen:
IX b–VII[5])	2	2	2	
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) Die jeweilige Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Landesamts für Verfassungsschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V b.

[5]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	neu

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	3	infolge Stelleneinsparung
Bleibt Abgang	2	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse redaktionell geändert worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	4	4	4	
3	10	10	10	
2/2 a	3	3	3	
1	3	3	3	
	20	20	20	Zusammen

Haushaltsvermerke

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 04

Finanzministerium

Vorwort zum Einzelplan 04

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 04 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Finanzministeriums, im Einzelnen:

I. Ministerium (Kap. 04 01)
II. Allgemeine Bewilligungen (Kap. 04 02)
III. Oberfinanzdirektion (Kap. 04 05)
IV. Finanzämter (Kap. 04 06)
V. Landesfinanzschule Niedersachsen (Kap. 04 07)
VI. Staatliches Baumanagement Niedersachsen (Kap. 04 10)
VII. Landesamt für Bezüge und Versorgung (Kap. 04 20)
VIII. Informatikzentrum Niedersachsen (Kap. 04 30).

B. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums sind im Kap. 20 35 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

C. Wesentliche Veränderungen gegenüber dem HP 2001

In den Kapiteln 04 01 – Ministerium –, 04 06 – Finanzämter –, 04 10 – Staatliches Baumanagement Niedersachsen – und 04 20 – Landesamt für Bezüge und Versorgung – werden für den Einsatz der luK-Technik in der Verwaltung bestimmte Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen in den Titelgruppen 98/99 (bisher Titelgruppen 99) nachgewiesen. Entsprechendes gilt für das Kapitel 04 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 98/99 – Kosten der luK-Techniken (Projekt P 53). Daneben werden im Kapitel 04 06 – Finanzämter – die Ausgaben für das Projekt „FISCUS“ neu in der Titelgruppe 96/97 (bisher Titelgruppe 98) nachgewiesen.

Im Kapitel 04 02 - Allgemeine Bewilligungen – sind neu in der Titelgruppe 96 die Ausgaben für das landesweite Projekt „E-Government – Maßnahmen zur elektronischen Abwicklung von Regierungs- und Verwaltungsprozessen – nachgewiesen.

Das Kapitel 04 10 wurde in „Staatliches Baumanagement Niedersachsen“ umbenannt (bisher: „Hochbauverwaltung“).

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0401	Ministerium	—	353.000	35.000	—	388.000	36.259.000	2.301.000
0402	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	313.000	40.914.000
0405	Oberfinanzdirektion	—	17.000	—	—	17.000	21.246.000	1.320.000
0406	Finanzämter	—	77.743.000	31.051.000	5.079.000	113.873.000	400.971.000	62.770.000
0407	Landesfinanzschule Niedersachsen	—	123.000	—	—	123.000	1.218.000	481.000
0410	Staatliches Baumanagement Niedersachsen	—	183.000	93.074.000	8.565.000	101.822.000	77.228.000	30.128.000
0420	Landesamt für Bezüge und Versorgung	—	93.000	3.723.000	—	3.816.000	43.330.000	11.981.000
0430	Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	167.000	—	—	167.000	—	—
	Summe 2002	—	78.679.000	127.883.000	13.644.000	220.206.000	580.565.000	149.895.000
	Summe 2001	—	77.566.095	123.132.530	12.765.936	213.464.561	560.905.855	143.826.973
	2002 mehr/weniger (-)	—	1.112.905	4.750.470	878.064	6.741.439	19.659.145	6.068.027

2002

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 04**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
80.000	—	252.000	945.000	39.837.000	-39.449.000	-36.899.682	-2.549.318	—
256.000	—	4.461.000	243.000	46.187.000	-46.187.000	-53.180.390	6.993.390	19.900.000
9.000	—	162.000	2.571.000	25.308.000	-25.291.000	-25.268.964	-22.036	—
113.000	—	17.965.000	16.883.000	498.702.000	-384.829.000	-362.101.259	-22.727.741	—
—	—	50.000	361.000	2.110.000	-1.987.000	-1.977.369	-9.631	—
12.000	—	1.349.000	14.751.000	123.468.000	-21.646.000	-25.529.829	3.883.829	—
—	—	45.000	1.329.000	56.685.000	-52.869.000	-49.616.737	-3.252.263	—
2.307.000	—	8.775.000	—	11.082.000	-10.915.000	-4.932.177	-5.982.823	—
2.777.000	—	33.059.000	37.083.000	803.379.000	-583.173.000	-559.506.407	-23.666.593	19.900.000
1.126.735	3.323.397	28.696.818	35.091.190	772.970.968				4.601.627
1.650.265	-3.323.397	4.362.182	1.991.810	30.408.032				15.298.373

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0401	Ministerium	—	353.000	35.000	—	388.000	36.674.000	2.300.000
0402	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	318.000	40.608.000
0405	Oberfinanzdirektion	—	18.000	—	—	18.000	21.360.000	1.257.000
0406	Finanzämter	—	78.759.000	32.310.000	5.079.000	116.148.000	403.819.000	64.771.000
0407	Landesfinanzschule Niedersachsen	—	169.000	—	—	169.000	1.214.000	361.000
0410	Staatliches Baumanagement Niedersachsen	—	183.000	88.000.000	16.379.000	104.562.000	72.475.000	29.571.000
0420	Landesamt für Bezüge und Versorgung	—	93.000	3.723.000	—	3.816.000	42.529.000	11.866.000
0430	Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	167.000	—	—	167.000	—	—
	Summe 2003	—	79.742.000	124.068.000	21.458.000	225.268.000	578.389.000	150.734.000
	Summe 2002	—	78.679.000	127.883.000	13.644.000	220.206.000	580.565.000	149.895.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	1.063.000	-3.815.000	7.814.000	5.062.000	-2.176.000	839.000

2003

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 04**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
80.000	—	150.000	945.000	40.149.000	-39.761.000	-39.449.000	-312.000	—
256.000	—	4.581.000	243.000	46.006.000	-46.006.000	-46.187.000	181.000	4.100.000
9.000	—	119.000	2.571.000	25.316.000	-25.298.000	-25.291.000	-7.000	—
110.000	—	15.774.000	16.834.000	501.308.000	-385.160.000	-384.829.000	-331.000	4.000.000
—	—	—	361.000	1.936.000	-1.767.000	-1.987.000	220.000	—
12.000	—	1.369.000	22.527.000	125.954.000	-21.392.000	-21.646.000	254.000	—
—	—	20.000	1.329.000	55.744.000	-51.928.000	-52.869.000	941.000	—
2.341.000	—	8.497.000	—	10.838.000	-10.671.000	-10.915.000	244.000	—
2.808.000	—	30.510.000	44.810.000	807.251.000	-581.983.000	-583.173.000	1.190.000	8.100.000
2.777.000	—	33.059.000	37.083.000	803.379.000				19.900.000
31.000	—	-2.549.000	7.727.000	3.872.000				-11.800.000

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 45-8	011	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz * *Vgl. K-Vermerk zu 427 32.*		256.000	256.000	255.646	202
119 01-7	011	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	12.271	86
119 02-5	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
119 03-3	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		85.000	85.000	51.129	96
119 46-7	011	Ersatzleistungen		2.000	2.000	2.556	17
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		9.000	9.000	9.050	9
132 01-3	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen * *Vgl. K-Vermerk zu 811 01.*		—	—	—	—
231 01-1	011	Sonstige Zuweisungen vom Bund		35.000	35.000	25.565	27
282 01-5	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Hannoverschen Hospital-,Legat- und Stiftungsfonds		—	—	511	1
282 02-3	143	Spenden Dritter zum Zwecke der Auslobung von Laves-Reisestipendien * *Vgl. K-Vermerk zu 681 52.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 04-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungs-stellen gem. § 71 Abs. 7 NPersVG § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	1.023	0
421 01-5	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	153.000	153.000	147.559	163
421 02-3	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	—
422 01-1	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	14.729.000	14.675.000	13.859.231	9.660
422 10-0	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-4	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei-stellung bei Personalüberhang	—	619.000	934.000	993.594	1.058
425 01-0	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.736
425 04-5	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	20.758	11
425 06-1	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 31-2	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-7	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	316
426 06-8	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Ar-beiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1
426 31-9	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-3	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15.000	15.000	15.339	6
427 32-3	011	Prüfungsvergütungen * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 45.*	—	180.000	180.000	204.517	144
427 39-0	061	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	31

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 45

Gebühren für das Zulassungs-, Prüfungs- und Anerkennungsverfahren aufgrund der §§ 39, 44, 51 und 157 des Steuerberatungsgesetzes.

Zu 119 03

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	54	54
2. Abführungen auf Grund des § 75a Abs. 2 NBG	31	31
Zusammen	85	85

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	—	—
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	9	9
Zusammen	9	9

Zu 231 01

Für die Wahrnehmung von Aufgaben der Verteidigungslastenverwaltung.

Zu 282 01

Für die Wahrnehmung von Kassengeschäften.

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 1 000 EUR.

Zu 422 01, 422 19, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
299,16	299,16	292,75	288,28

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	16,92
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	1,20
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	18,12
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	11,71
Summe Abgänge	—	11,71
Bleibt Zugang	—	6,41

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	209,16	209,16	—	223
Angestellte	82	82	—	92
Lohnempfänger/-innen	8	8	—	10
Insgesamt	299,16	299,16	—	325

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	209,16	209,16	—	220
Angestellte	82	82	—	92
Lohnempfänger/-innen	8	8	—	10
Insgesamt	299,16	299,16	—	322

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
	14 729	14 675

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	14 729	14 675
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 097	1 392
43	Versorgungsbezüge	4 149	4 066
44	Beihilfen, Unterstützungen	592	579
45	Personalbezogene Sachausgaben	7	7
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	111	–16
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		20 685	20 703

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 01-6	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	20.710.000	20.036.000	18.310.896	18.631
441 02-4	940	Beihilfen für Angestellte	—	85.000	83.000	124.039	77
441 03-2	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5.000	5.000	7.005	4
441 04-0	940	Beihilfen für Sonstige	—	3.000	3.000	2.659	—
441 06-7	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	—	45
443 01-9	940	Fürsorgeleistungen	—	166.000	166.000	166.068	178
443 02-7	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1.000	1.000	511	—
453 01-4	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	7.000	7.000	7.209	2
462 01-3	981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-4	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	152.000	150.000	61.508	48
514 01-3	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	25.000	26.000	19.787	25
517 01-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	374.000	374.000	88.607	97
518 01-9	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	132.000	132.000	195.313	163
518 02-7	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	140.000	140.000	—	—
519 01-5	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	2.000	2.000	—	—
519 10-4	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	49.000	49.000	30.678	48
519 11-2	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	3.017	5
525 01-5	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	24.000	24.000	24.031	23
526 01-1	011	Sachverständige	—	9.000	9.000	9.561	29
526 02-0	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-8	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	90.000	90.000	79.097	95
527 02-6	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	32.000	32.000	32.672	29
527 10-7	011	Fahrtkosten und Sachaufwand des Zulassungs-, Prüfungs- und Sachkundeausschusses	—	44.000	44.000	30.678	19
529 10-0	011	Zur Verfügung des Ministers/der Ministerin	—	5.000	5.000	5.113	5
529 11-8	011	Kongresse, Symposien, Wirtschaftskontakte	—	15.000	15.000	—	—
531 01-5	011	Veröffentlichungen	—	32.000	27.000	10.226	4
546 01-2	011	Vermischte Ausgaben	—	6.000	6.000	10.277	3
546 02-0	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	0
546 03-9	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	16.000	18.000	15.339	6
547 01-9	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	11.000	11.000	10.788	5
632 01-6	011	Anteilige Erstattung der Kosten der zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister in Bonn	—	58.000	58.000	58.287	54
632 02-4	011	Anteilige Erstattung der Kosten der Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst in Wiesbaden	—	10.000	10.000	10.226	10
632 03-2	018	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	12.000	12.000	11.657	11

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	4	4	4

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	4	4	4

Zu 531 01

Für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über finanzpolitische Fragen.

Zu 632 01

Die Finanzminister der Länder haben durch Vereinbarung vom 29. 4. 1971 eine zentrale Datenstelle in Berlin mit dem Zweck errichtet, die Landesfinanzminister durch die Sammlung und Aufbereitung finanzpolitisch bedeutsamer Daten zu beraten und zu unterstützen. Veranschlagt ist der für das Haushaltsjahr auf das Land entfallende Kostenanteil.

Darüber hinaus haben die Finanzminister und Finanzsenatoren der Länder beschlossen, die Personalkosten für die Geschäftsführung der Finanzministerkonferenz gemeinsam zu finanzieren. Die Kosten werden nach dem „Königsteiner Schlüssel" aufgeteilt und über die Zentrale Datenstelle abgerechnet.

Zu 632 02

Das hessische Finanzministerium hat für die Finanzminister und -senatoren der Länder in Wiesbaden eine Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst eingerichtet. Sie hat die Aufgabe, den Ländern Auskunft über Steuerstraftäter und Tätermerkmale zu geben. Sie nimmt Informationen der Länder entgegen, wertet diese aus und gibt den Ländern auf Anfrage Auskunft.

Nach der zwischen den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung werden die Kosten auf die Länder nach dem „Königsteiner Schlüssel" aufgeteilt.

Zu 632 03

Auf Beschluss der Länderarbeitsgemeinschaft – Hochbau (LAG-Hochbau) vom 20./21. 4. 1975 sind die Planungs- und Kostendaten der Hochbaumaßnahmen von in den einzelnen Ländern geplanten und fertiggestellten großen Baumaßnahmen zentral bei der „Informationsstelle Wirtschaftliches Bauen" (IWB) in Freiburg zu sammeln und auszuwerten. Die Maßnahme dient der Rationalisierung bei der Planung und Durchführung von Hochbaumaßnahmen. Die Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 52-1	143	Auslobung von Laves-Reisestipendien * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 02.*	—	—	—	—	—
686 01-9	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	—
811 01-8	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 01.*	—	—	—	—	—
812 15-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	15.000	—	—
812 19-7	011	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	6.000	6.000	—	—
981 04-5	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	945.000	945.000	728.029	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(326)
429 96-2	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	93
547 96-5	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	10
711 96-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-0	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	223
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken**	(—)	(1.285.000)	(1.377.000)	(1.412.035)	(686)
511 99-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	466.000	471.000	22.957	4
518 98-1	011	Ausgaben für die Anmietung von Software	—	93.000	93.000	4.960	2
518 99-0	011	Ausgaben für die Anmietung von Hardware	—	—	—	87.738	73
525 98-8	011	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)	—	37.000	37.000	—	—
525 99-6	011	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	—	18.000	18.000	59.463	46
538 98-2	011	Ausgaben für die Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn)	—	520.000	520.000	—	—
538 99-0	011	Ausgaben für die Dienstleistungen Anderer	—	7.000	7.000	817.607	7
812 99-5	011	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik	—	144.000	231.000	419.310	554
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			549.076	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Ausgaben für die Datenverarbeitungsanlagen.

511 99

Instandhaltungs-(Wartungs-)kosten, Ersatz und Ergänzungsbeschaffungen sowie Verbrauchsmaterial für Geräte der Informationsverarbeitung.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatz und Ergänzung von aktiven Netzkomponenten und Servern, sowie Implementierung neuer Anwendungen und Verfahren	144	231

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 04 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		353.000	353.000	330.652	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		35.000	35.000	26.076	
		Summe der Einnahmen		388.000	388.000	356.728	
		4 Personalausgaben	—	36.674.000	36.259.000	33.860.408	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.300.000	2.301.000	2.168.493	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	80.000	80.000	80.170	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	150.000	252.000	419.310	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	945.000	945.000	728.029	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	40.149.000	39.837.000	37.256.410	
		Zuschuss		39.761.000	39.449.000	36.899.682	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		4.149.000	4.066.000	3.544.787	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		44.298.000	43.903.000	40.801.197	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		43.910.000	43.515.000	40.444.469	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
271 02-5	061	Tagungsgebühren für den überregionalen Erfahrungsaustausch „Verwaltungsreform - Kosten- und Leistungsrechnung“ * *Vgl. K-Vermerk zu 525 66.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		**Kosten für landesweite Maßnahmen im Bereich der Neuen Steuerungsinstrumente und der Personalkostenbudgetierung** * *Übertragbar.*	(4.100.000) (5.100.000) (4.601.627)	(7.186.000)	(7.605.000)	(4.894.649)	(2.517)
429 66-4	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben für den Gesamthaushalt	4.100.000 5.100.000 4.601.627	28.000	28.000	28.837	28
459 66-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	358	—
511 66-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	126.000	126.000	—	—
518 66-7	061	Mieten und Pachten	—	51.000	51.000	51.129	—
525 66-3	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 02.*	—	1.000.000	1.000.000	1.329.359	295
538 66-8	061	Dienstleistungen Außenstehender	—	3.910.000	4.329.000	1.986.369	2.186
547 66-7	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	511	7
682 66-1	061	Zuschüsse an Landesbetriebe zur Förderung von Projekten	—	256.000	256.000	255.646	—
812 66-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Software	—	1.571.000	1.571.000	1.022.584	—
981 66-9	990	Abführung an 0314 - 381 01	—	243.000	243.000	219.856	—
TGr. 77/78		**Zentrale Aufgaben der IuK-Technik - Zentrale Aufgaben IZN, Koordinierungsstelle -IuK-, Innovationen -** * *Übertragbar.*	(—)	(24.820.000)	(24.021.000)	(15.933.338)	(16.834)
525 78-7	960	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	—	33.000	33.000	25.769	5
538 77-3	960	Ausgaben für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn)	—	22.328.000	21.514.000	13.424.582	11.075
538 78-1	960	Ausgaben für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn) und anderer Dienstleister	—	2.443.000	2.458.000	2.482.987	1.364
547 77-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 78-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.000	16.000	—	38
812 77-8	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (Netzbereich)	—	—	—	—	—
812 78-6	960	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik	—	—	—	—	4.351
TGr. 96		**E-Government -Maßnahmen zur elektronischen Abwicklung von Regierungs- und Verwaltungsprozessen-** * *Übertragbar.*	(—) (14.800.000) (—)	(4.841.000)	(4.849.000)	(—)	(—)
525 96-5	960	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	— 14.800.000 —	—	—	—	—
538 96-0	960	Ausgaben für Datenverarbeitung	—	2.369.000	2.608.000	—	—

Zu Titelgruppe 66

Im Rahmen der Staatsmodernisierung soll durch das Aufgabengebiet „Neue Steuerungsinstrumente in der niedersächsischen Landesverwaltung“ der Einführungsprozeß u. a. der Personalkostenbudgetierung und der Kosten- und Leistungsrechnung koordiniert, gesteuert und unterstützt werden.

Zu 429 66

Für die Implementierung der erforderlichen Software, für den Erwerb von Lizenzen und Schulungsmaßnahmen durch Dritte wurden Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 600 000	4 100 000	—	—	6 700 000
2003	1 000 000	500 000	4 600 000	—	6 100 000
2004	—	—	500 000	3 600 000	4 100 000
2005 ff.	—	—	—	500 000	500 000
Summe	3 600 000	4 600 000	5 100 000	4 100 000	17 400 000

Zu 511 66

Post- und Fernmeldegebühren u. a. für ISDN-Anschlüsse im Rahmen der Durchführung von Einzelprojekten.

Ersatz und Ergänzung von Geräten und Zubehör für die Einführung neuer Steuerungsinstrumente.

Zu 518 66

Mieten für Geräte u. a. für Teststellungen der Einzelprojekte sowie deren Instandhaltung.

Zu 525 66

Durchführung von Vortrags- und Schulungsveranstaltungen für Bedienstete der Landesverwaltung.

Zu 538 66

Beratung und Unterstützung bei der zentralen Projekteinführung und -steuerung sowie für Einzelprojekte. Der Mehrbedarf betrifft das Projekt „Leistungsorientierte Haushaltswirtschaft Niedersachsen“ (LoHN) zur flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung.

Zu 682 66

Zuschüsse an Landesbetriebe für die Einführung neuer Steuerungsinstrumente.

Zu 812 66

Erwerb von Geräten und Software für die Personalkostenbudgetierung und die Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung.

Zu 981 66

Abführung an das Studieninstitut des Landes Niedersachsen (SiN) für betriebswirtschaftliche Veranstaltungen.

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 77/78

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für die zentralen Aufgaben auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik zusammengefasst. Die zentralen Aufgaben der Informations-. und Kommunikationstechnik lassen sich in zwei große Teilbereiche aufgliedern:

1. Netzdienste
2. Koordinierungsstelle -IuK-

Zu 1: Netzdienste

Unter dem Oberbegriff Netzdienste sind die Kosten zusammengefasst, die in den Bereichen Datendienste, Fernsprechdienste und iznnet anfallen. Hier sind sämtliche Mittel konzentriert worden, die bislang an unterschiedlichen Stellen des Landeshaushaltes für diese Aufgaben veranschlagt waren. Im Rahmen der Neukonzeption des Landesdatennetzes ist der Anschluss einer jeden Dienststelle in der Niedersächsischen Landesverwaltung vorgesehen. Mit der Umsetzung wurde bereits begonnen.

Zu 2: Koordinierungsstelle -IuK-

Die Koordinierungsstelle -IuK- ist zuständig für die ressortübergreifende Koordinierung des Einsatzes der IuK-Technik in der gesamten Landesverwaltung. Hier wurden die Kosten veranschlagt, die sich für ressortübergreifende Projekte und Aufgaben ergeben. Es handelt sich hierbei vorrangig um Kosten für Beratungstätigkeiten und für ressortübergreifende technische Infrastrukturmaßnahmen.

Zu Titelgruppe 96

Nach Maßgabe der Kabinettsentscheidung vom 15. Mai 2001 ist die niedersächsische Verwaltung zu einem leistungsfähigen Electronic Government (E-Government) fortzuentwickeln.

Unter E-Government wird die „Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken“ verstanden. Die technische Entwicklung ermöglicht es, auf der Grundlage standardisierter Produkte Transaktionen ohne Medienbrüche, also durchgängig elektronisch und zugleich rechtssicher, über alle in Kommunikationsbeziehungen stehende Instanzen abzuwickeln. Über Verwaltungsgrenzen und verteilte Zuständigkeit hinweg ist die elektronische Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und anderen Organisationen realisierbar.

Die Entwicklung dient den Zielen, die niedersächsische Verwaltung insgesamt kunden- und bürgernäher auszurichten, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung weiter zu erhöhen und den Multimedia-Standort Niedersachsen zu stärken.

Der Einführung von E-Government-Verfahren wird eine dreijährige Erprobungsphase in Pilotprojekten vorangestellt, in der vordringlich auf die Einführung neuer Technologien Wert gelegt wird. In dieser Zeit soll zugleich die systematische Einführung vorbereitet werden. Danach ist die schrittweise Einführung von E-Government-Lösungen in allen geeigneten Bereichen der Verwaltung geplant.

Um interaktive Kommunikation und Transaktionen von der Verwaltung her durchführen zu können, ist dabei einerseits eine entsprechende luK-Ausstattung und vor allem die Erfassung und Abbildung der internen Geschäftsprozesse der Verwaltung mit Hilfe der neuen Technologien notwendig. Die Entwicklungen in der Landesverwaltung müssen mit den Prozessen auf kommunaler Verwaltungsebene vernetzt werden, um den Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Organisationen entsprechend ihrer jeweiligen Situation gerecht zu werden. Gerade auf kommunaler Ebene findet ein E-Government zwischen Verwaltung und Bürgern statt. Hier muss verstärkt die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene gesucht werden.

Für die Anwendung dieser neuen Technologien sind strategische Planungsdaten unerlässlich. Diese strategischen Daten lassen sich zum einen aus dem bereits bestehenden zentralen Haushaltswirtschaftssystem gewinnen, zum anderen sind hierfür Daten über die personellen Ausstattungen erforderlich. Hierzu bedarf es der Einführung eines zentralen Managementverfahrens für Personaldaten (Personalmanagementverfahren, PMV). Derzeit sind in diesem Zusammenhang in Niedersachsen über 20 verschiedene Verfahren im Einsatz. Einige Dienststellen arbeiten bislang ohne jede DV-Unterstützung. Um hieraus entsprechende Planungsdaten gewinnen zu können, ist die Einführung eines einheitlichen Verfahrens mit entsprechenden Schnittstellen zur zentralen Bezügeabrechnung und zum zentralen Haushaltswirtschaftssystem dringend erforderlich. Damit einher gehen zum einen die Optimierung der Abläufe und damit die Bearbeitungszeiten und zum anderen die Minimierung des Ressourcenverbrauches sowohl im Hinblick auf die Personal- als auch auf die Sachkosten.

Zu 525 96

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	4 800 000	4 800 000
2004	5 000 000	5 000 000
2005	5 000 000	5 000 000
Summe	14 800 000	14 800 000

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0402 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 96-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltung-ausgaben	—	76.000	169.000	—	—
812 96-4	960	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik	—	2.396.000	2.072.000	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken (Projekt P 53)** * *Übertragbar.*	(—)	(9.159.000)	(9.712.000)	(24.099.231)	(20.206)
429 99-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben für den Gesamthaushalt	—	290.000	285.000	284.534	4
462 99-8	981	Globale Minderausgaben im Personalbereich für den Gesamthaushalt	—	—	—	—	—
511 99-9	981	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
525 98-1	061	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)	—	211.000	259.000	—	—
525 99-0	960	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	—	307.000	613.000	3.451.220	2.698
538 98-6	061	Ausgaben für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn)	—	2.553.000	2.553.000	—	—
538 99-4	960	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer	—	5.136.000	5.136.000	16.988.951	9.502
546 99-7	061	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
547 99-3	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	48.000	48.000	51.129	4
711 98-0	061	Kleine Neu-,Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
711 99-8	061	Kleine Neu-,Um-und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
712 98-6	061	Große Neu-,Um-und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
712 99-4	960	Große Neu-,Um-und Erweiterungsbauten ****Gegenseitig deckungsfähig: VE 1998 bei 712 99 und VE 1998 bei 812 99.*	—	—	—	3.323.397	7.998
812 98-0	061	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik	—	614.000	818.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			8.253.172	
		Abschluss Kapitel 04 02					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	4.100.000 5.100.000 4.601.627	318.000	313.000	313.729	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— 14.800.000 —	40.608.000	40.914.000	40.073.217	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	256.000	256.000	255.646	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	3.323.397	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	4.581.000	4.461.000	8.994.545	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	243.000	243.000	219.856	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.100.000 19.900.000 4.601.627	46.006.000	46.187.000	53.180.390	
		Zuschuss		46.006.000	46.187.000	53.180.390	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Der „Aufbau eines neuen integrierten Haushaltswirtschaftssystems“ im Rahmen des Projektes P 53 ist abgeschlossen. Neben der Weiterentwicklung der eingesetzten Software beinhalten die Ansätze überwiegend Kosten für den laufenden Betrieb des Verfahrens.

Zu 525 98

Kosten der Aus- und Fortbildung der mit Haushaltsvollzugsaufgaben betrauten Bediensteten (IT-Grund- und Fachschulungen, Nachschulungen, Workshops) durch das IZN insbesondere im Zusammenhang mit Arbeitsplatzwechsel (Neueinstellungen, Fluktuation).

Zu 525 99

Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Dritte insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung von Data Warehouse, Archiv.

Zu 538 98

Kosten des laufenden Betriebes für - durch das IZN erbrachte - Leistungen insbesondere Betrieb von Call-, Competence-, UNIX-Service- und Output-Center. Ferner Kosten für IZN-Infrastruktur (Standplatz im Rechenzentrum, Bunker...) sowie für Datensicherung und Archivierung.

Zu 538 99

Kosten für Pflege- und Wartungsverträge (Hardware, Software und Datenbank) und Aufwendungen für die digitale Signatur und Verfahrensanpassungen. Der Minderbedarf entfällt auf die Kosten für Netzdienste des Projektes P 53, die jetzt bei Kapitel 04 02 Titel 538 77 veranschlagt sind.

Zu 711 98/99 und 712 98/99

Vorsorgliche Leertitel für 2001 nicht abschließbare Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Anschluss der Dienststellen an das Landesdatennetz und der Einrichtung von lokalen Netzwerken.

Zu 812 98

Beschaffung und Erweiterung von zentraler Hardware (Server, Platten, Speicher) im Zusammenhang mit Betrieb und Weiterentwicklung des Verfahrens.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0405 Oberfinanzdirektion

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-7	061	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	511	—
119 01-1	061	Vermischte Einnahmen		6.000	6.000	—	—
119 46-1	061	Ersatzleistungen		3.000	3.000	2.556	5
124 01-5	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		2.000	2.000	5.113	0
132 01-8	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		7.000	6.000	5.113	22
236 01-8	061	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				28.121	
		A U S G A B E N					
422 01-6	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	21.352.000	21.238.000	20.908.821	13.798
422 19-9	061	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-5	061	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.199
426 01-1	061	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.374
427 39-5	061	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-9	061	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	8.000	8.000	7.669	8
511 01-9	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	262.000	297.000	71.530	88
514 01-8	061	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	131.000	130.000	125.778	122
517 01-7	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	487.000	483.000	92.033	81
518 01-3	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	32.000	290.925	203
518 02-1	061	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	133.000	130.000	—	—
519 01-0	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	28.000	28.000	—	—
519 03-6	061	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	3.000	3.000	2.556	3
526 01-6	061	Sachverständige	—	16.000	17.000	20.452	22
526 02-4	061	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	18.000	17.000	—	—
527 01-2	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	99.000	104.000	202.472	194
527 02-0	061	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	25.000	25.000	—	—
527 04-7	061	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	971	0
529 10-4	061	Zur Verfügung des Oberfinanzpräsidenten	—	—	—	511	1
531 03-6	061	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	8.000	8.000	7.669	6
541 01-5	061	Zuwendungen an Bedienstete zum Erwerb des Verwaltungs- und Wirtschaftsdiploms	—	—	—	—	—
546 01-7	061	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 02-5	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2.000	2.000	—	—
546 03-3	061	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	5.000	5.000	5.113	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 05

Es ist vorhanden: Oberfinanzdirektion Hannover mit den Besitz- und Verkehrsteuerabteilungen Hannover und Oldenburg als Mittelinstanz für 68 Finanzämter und die Landesfinanzschule Niedersachsen.

Ausgaben für frauenrelevante Maßnahmen werden insbesondere in der für die Oberfinanzdirektion Hannover und die Finanzämter zusammengefassten Titelgruppe 61 bei Kapitel 04 06 nachgewiesen.

Zu 132 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Dienstfahrzeuge	6	5
2. Maschinen, Geräte	1	1
3. Ausstattungsgegenstände	—	—
4. Sonstiges	—	—
Zusammen	7	6

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Miete für Wohnungen	2	2
2. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
3. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	2	2

Zu 422 01, 422 19, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
504,13	504,13	521,00	501,57

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	6,75	6,75
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	6,75	6,75
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	23,62	23,62
Summe Abgänge	23,62	23,62
Bleibt Abgang	16,87	16,87

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	312,00	312,00	—	351
Angestellte	156,00	156,00	—	165
Lohnempfänger/-innen	36,13	35,13	1	50
Insgesamt	504,13	503,13	1	566

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	312,00	312,00	—	351
Angestellte	156,00	156,00	—	165
Lohnempfänger/-innen	36,13	35,13	1	50
Insgesamt	504,13	503,13	1	566

Noch zu 422 01, 422 19, 425 01 und 426 01

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
	21 352	21 238

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	21 352	21 238
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	180	152
43	Versorgungsbezüge	5 433	5 168
44	Beihilfen, Unterstützungen	805	771
45	Personalbezogene Sachausgaben	8	8
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	151	–21
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		27 929	27 316

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

Lehrzulagen

Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Regierungsassessoren erhält eine Lehrzulage von monatl. voraussichtlich 31,96 EUR bis voraussichtlich 63,90 EUR gem. RdErl. des MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulage gilt bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Der Oberfinanzpräsident ist zugleich Bundes- und Landesbeamter. Seine Planstelle ist sowohl im Bundes- als auch im Landeshaushalt ausgebracht. Er wird jedoch nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften des Bundes besoldet. Die Bezüge des Oberfinanzpräsidenten werden vom Bund und vom Land je zur Hälfte getragen.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Allgemeiner Geschäftsbedarf	65	70
Fachbücher, Zeitschriften, Gesetzblätter	77	94
Vordrucke	—	—
Post- und Fernmeldegebühren	95	100
Unterhaltung Telefonanlagen	2	2
Erwerb von Geräten / Ausstattungsgegenständen	12	20
Unterhaltung von beweglichen Sachen	10	10
Schutzkleidung, Sehhilfen, Sonstige Ausgaben	1	1
Zusammen	262	297

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	23	23	23

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	23	23	23

Zu 517 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Energiekosten (Heizung, Strom)	259	255
Reinigung, Be-/ Entwässerung	150	150
Versicherung, Steuern, Abgaben	30	30
Bewachungskosten	20	20
Anliegerverpflichtungen	6	6
Sonstige Ausgaben	22	22
Zusammen	487	483

Zu 531 03

Die Mittel sind für Veranstaltungen vorgesehen, die das Ziel haben, die Bevölkerung über Aufgaben und Arbeitsweise der nieders. Steuerverwaltung zu unterrichten.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0405 Oberfinanzdirektion

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 05-0	061	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	5.000	5.000	—	—
547 02-1	061	Dienstleistungen Außenstehender	—	35.000	34.000	—	—
681 01-1	061	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	9.000	9.000	10.226	12
811 01-2	061	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	55.000	82.000	58.696	173
812 05-1	061	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
812 13-2	061	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	13.000	13.000	63.911	—
812 15-9	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	31.000	46.000	46.016	46
812 16-7	061	Erwerb von Maschinen und Einrichtungen zur Rationalisierung und Vereinfachung des Geschäftsbetriebes b. d. Oberfinanzdirektion	—	20.000	21.000	51.129	306
981 04-0	990	Abführung an 13 21-381 04	—	2.571.000	2.571.000	2.570.111	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			773.789	
		Abschluss Kapitel 04 05					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		18.000	17.000	41.414	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		18.000	17.000	41.414	
		4 Personalausgaben	—	21.360.000	21.246.000	20.916.490	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.257.000	1.320.000	1.593.799	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	9.000	9.000	10.226	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	119.000	162.000	219.752	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.571.000	2.571.000	2.570.111	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	25.316.000	25.308.000	25.310.378	
		Zuschuss		25.298.000	25.291.000	25.268.964	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.433.000	5.168.000	4.625.811	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		30.749.000	30.476.000	29.936.189	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		30.731.000	30.459.000	29.894.775	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1/– Pkw bis 2 400 ccm Hubraum		
Listenpreis	11	—
3/2 Kombi bis 2 400 ccm Hubraum		
Listenpreis	41	67
Sonderausstattungen	3	15
Zusammen	55	82

An Sonderausstattungen sind vorgesehen:

ABS, Lordosestütze, Radio, Klimaanlage

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Büromöbel für Schulungs-/ Besprechungsräume	—	23
Ausstattung für Küche/Kantine	21	13
Ergänzungsbeschaffungen:		
Regalsysteme	—	10
Beleuchtung	10	—
Zusammen	31	46

Zu 812 16

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
IuK-gerechte Büroausstattung	20	21

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 - Kapitel 13 21 - 381 04.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Finanzämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	061	Gebühren und tarifliche Entgelte		2.850.000	2.850.000	2.812.105	2.914
111 45-6	061	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz		40.000	40.000	28.121	8
112 01-0	061	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		7.000.000	6.700.000	6.135.503	7.197
119 01-5	061	Vermischte Einnahmen		920.000	920.000	—	—
119 02-3	061	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	511	—
119 03-1	061	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		—	—	—	—
119 05-8	061	Stundungszinsen, Verzugszinsen, Säumniszuschläge und Verspätungszuschläge		67.644.000	66.928.000	—	—
119 41-4	061	Rückzahlung von Überzahlungen		10.000	10.000	40.903	6
119 46-5	061	Ersatzleistungen		200.000	200.000	230.081	174
121 01-0	859	Ablieferungen aus behördeneigenen Küchen- und Kantinenbetrieben		—	—	—	—
124 01-9	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		77.000	77.000	76.694	79
132 01-1	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		18.000	18.000	5.113	3
232 01-6	061	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Sachsen-Anhalt		46.000	87.000	102.258	171
236 01-1	061	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit		17.000	17.000	—	—
261 01-6	061	Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Kirchensteuer		31.000.000	29.700.000	—	—
261 02-4	061	Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Landwirtschaftskammerbeiträge		1.124.000	1.124.000	—	—
261 03-2	061	Erstattung sonstiger Verwaltungskosten		123.000	123.000	—	—
381 11-9	990	Zuführung von 13 99-981 11		5.079.000	5.079.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				103.798.898	
		A U S G A B E N					
422 01-0	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	391.804.000	390.297.000	377.514.968	287.893
422 04-4	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	10.659.000	9.259.000	7.328.244	7.088
422 19-2	061	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-9	061	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	82.295
425 06-0	061	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-5	061	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	4.580
426 03-1	061	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	97
426 04-0	061	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-6	061	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5.000	5.000	5.113	—
427 01-1	061	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	6.000	65.000	335.970	1.036
427 39-9	061	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	67.000	67.000	66.979	134

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 06

Es sind vorhanden: 57 Veranlagungsfinanzämter, 7 Finanzämter für Großbetriebsprüfung und 4 Finanzämter für Fahndung und Strafsachen.

Ausgaben für frauenrelevante Maßnahmen werden insbesondere in der Titelgruppe 61 nachgewiesen.

In den Haushaltsjahren bis 2003 wird bei den Finanzämtern Emden, Göttingen, Uelzen und Vechta als Pilotvorhaben für die Steuerverwaltung eine Teil-Sachkostenbudgetierung durchgeführt. Durch die weitgehende Übertragung der Budget- und Kostenverantwortung bei ausgewählten Titeln der Hauptgruppen 4, 5 und 8 sollen die vier Finanzämter in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben effektiver zu erledigen und damit ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern. Das Modellvorhaben dient dem Ziel, die Möglichkeiten einer Effizienzsteigerung bei der Haushaltswirtschaft (sparsame Verwendung von Haushaltsmitteln) durch

– die Zulassung größerer Flexibilität bei der Haushaltsführung und
– die Übertragung von Eigenverantwortung für ein Haushaltsbudget (Bewirtschaftung der verfügbaren Haushaltsmittel unter wirtschaftlicheren und bedarfsorientierteren Gesichtspunkten)

bei allen 68 niedersächsischen Finanzämtern im Rahmen einer späteren Voll-Sachkostenbudgetierung zu prüfen.

Für den Modellversuch gilt

a) Die Ausgabeansätze der Titel der Hauptgruppen 5 und 8 sind innerhalb der Titelgruppe 75 gegenseitig deckungsfähig.
b) Der Ausgabeansatz des Titels 427 75 ist einseitig deckungsfähig zugunsten der Titel der Hauptgruppen 5 und 8 der Titelgruppe 75.
c) Bei Titel 812 75 wird zugelassen, dass von den Erläuterungen abgewichen werden kann.
d) Für nicht verausgabte Haushaltsmittel der Titelgruppe 75 dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 90 v.H. in das Folgejahr übertragen und ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden dürfen. Die Deckungsfähigkeit gilt auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu 111 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Vollstreckungskosten usw.	2 800	2 800
2. Sonstige Gebühren und Auslagen	50	50
Zusammen	2 850	2 850

Zu 112 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Erstattung von Prozesskosten	560	540
2. Zwangsgelder wegen Nichtbefolgung steuerrechtlicher Anordnungen	3 220	3 080
3. Bußgelder nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	3 220	3 080
Zusammen	7 000	6 700

Mehr infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 119 01

Es handelt sich im wesentlichen um Steuererstattungen, die den Empfängern wegen unbekannten Aufenthalts nicht zugestellt werden können.

Zu 119 05

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Säumniszuschläge	48 044	47 500
2. Verspätungszuschläge	19 600	19 428
Zusammen	67 644	66 928

Mehr infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 119 46

Schadenersatzleistungen, insbesondere von Versicherungsunternehmen.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Miete für Wohnungen	57	57
2. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
3. Sonstige Mieten und Pachten	20	20
Zusammen	77	77

Zu 232 01

Erstattung der Verwaltungsausgaben der Titelgruppe 70 und der steuerpflichtigen Aufwandsentschädigungen, die bei 422 01 und 425 01 verauslagt werden.

Zu 261 01

Veranschlagt sind 4 v. H. des Aufkommens an Kirchensteuer.

Zu 261 02

Veranschlagt sind 4,5 v. H. des Aufkommens an Landwirtschaftskammerbeiträgen.

Zu 261 03

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Verwaltungskosten-Erstattung für		
1. die Mitteilung der Gewerbesteuermessbeträge an die Industrie- und Handelskammern, Datenabgleich	20	20
2. Sonstiges (zentrale Versendeanlage beim Finanzamt Gifhorn: Kostenerstattung durch die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein)	103	103
Zusammen	123	123

Zu 381 11

Erstattung der Personal- und Sachausgaben für den Spielbankenaufsichtsdienst.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
10 919,68	10 932,68	11 042,23	10 921,84

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	25,00	25,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	25,00	25,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	44,67	31,67
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	102,88	102,88
Summe Abgänge	147,35	134,55
Bleibt Abgang	122,55	109,55

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	8 533,61	8 533,61	—	8 889
Angestellte	2 236,17	2 236,17	—	2 425
Lohnempfänger/-innen	149,90	134,01	15,89	156
Insgesamt	10 919,68	10 903,79	15,89	11 470

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	8 533,61	8 533,61	—	8 889
Angestellte	2 249,17	2 249,17	—	2 438
Lohnempfänger/-innen	149,90	134,01	15,89	156
Insgesamt	10 932,68	10 916,79	15,89	11 483

Noch zu 422 01, 422 19, 425 01, 426 01 und 426 03

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	391 804	390 297

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	391 804	390 297
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	14 906	13 005
43	Versorgungsbezüge	116 055	110 082
44	Beihilfen, Unterstützungen	15 189	14 521
45	Personalbezogene Sachausgaben	819	819
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	2 858	–390
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		541 631	528 334

In den Personalkostenbudget sind enthalten:

Lehrzulagen für den Ausbildungsleiter für Regierungsassessoren im Betriebsprüfungsdienst sowie die Ausbildungsleiter für Anwärter des gehobenen und des mittleren Dienstes. Sie erhalten eine Lehrzulage von monatl. voraussichtlich 15,98 EUR bis voraussichtlich 63,90 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Die bei den öffentlichen Spielbanken im Aufsichtsdienst eingesetzten Bediensteten der niedersächsischen Steuerverwaltung erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 76,70 EUR.

Zu 426 06

Für unabweisbar notwendig werdende Mehrarbeit im Bereich des Ressorts, insbesondere im Hausmeisterdienst und bei der Zentralen Versendeanlage des Finanzamts Gifhorn.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
453 01-2	061	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	260.000	260.000	230.081	311
459 04-5	061	Vergütungen für Beamte im Vollstreckungs-dienst	—	312.000	312.000	311.888	277
511 01-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	17.703.000	17.585.000	2.636.221	2.615
514 01-1	061	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	16.000	16.000	24.542	20
517 01-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	5.118.000	5.073.000	956.116	973
518 01-7	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	4.523.000	4.434.000	4.703.885	4.495
518 02-5	061	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	285.000	281.000	—	—
519 01-3	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	216.000	216.000	—	—
519 03-0	061	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	49.000	43.460	55
526 01-0	061	Sachverständige	—	147.000	144.000	715.348	894
526 02-8	061	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	742.000	716.000	116.063	128
526 03-6	061	Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses und der Schätzungsausschüsse	—	143.000	143.000	—	—
527 01-6	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	5.395.000	5.318.000	4.762.173	4.944
527 02-4	061	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	8.000	8.000	—	—
527 04-0	061	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	735.000	727.000	713.763	723
532 01-0	061	Zeugenentschädigungen	—	3.000	3.000	—	—
546 01-0	061	Vermischte Ausgaben	—	578.000	578.000	—	—
546 02-9	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	5.000	5.000	—	—
546 03-7	061	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	83.000	83.000	83.341	89
546 05-3	061	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	8.000	8.000	—	—
547 02-5	061	Dienstleistungen Außenstehender	—	698.000	668.000	—	—
633 01-0	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden	—	93.000	96.000	86.920	87
681 01-5	061	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	17.000	17.000	20.452	12
811 01-6	061	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	39.421	19
812 05-5	061	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	6.000	6.000	—	—
812 13-6	061	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	305.000	679.000	1.285.899	603
812 15-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	38.000	407.000	562.421	555
812 16-0	061	Erwerb von Maschinen und Einrichtungen zur Rationalisierung und Vereinfachung des Geschäftsbetriebes bei den Finanzämtern	—	—	37.000	604.858	1.239
981 02-7	990	Abführung an 13 21-381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	1.280.000	1.329.000	1.328.745	1.329
981 04-3	990	Abführung an 13 21-381 04	—	15.554.000	15.554.000	14.738.193	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Allgemeiner Geschäftsbedarf	400	400
Fachbücher, Zeitschriften, Gesetzblätter	586	586
Vordrucke	2 000	2 000
Post- und Fernmeldegebühren	14 330	14 330
Unterhaltung Telefonanlagen	170	170
Erwerb von Geräten/Ausstattungsgegenständen	88	—
Unterhaltung von beweglichen Sachen	120	90
Schutzkleidung, Sehhilfen, Sonstige Ausgaben	9	9
Zusammen	17 703	17 585

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	8	8	8

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	8	8	8

Zu 517 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Energiekosten (Heizung, Strom)	1 950	1 910
Reinigung, Be-/Entwässerung	2 350	2 350
Versicherung, Steuern, Abgaben	425	420
Bewachungskosten	55	55
Anliegerverpflichtungen	230	230
Sonstige Ausgaben	108	108
Zusammen	5 118	5 073

Zu 518 01

Für die Miete von Finanzamtsdienstgebäuden sind Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht, und zwar:

Finanzamt Wolfenbüttel	10 417	Tsd. EUR
Finanzämter Westerstede, Goslar	14 578	Tsd. EUR
Finanzamt Lingen	2 608	Tsd. EUR
Finanzamt Nordenham	6 841	Tsd. EUR
Finanzamt Osnabrück-Land	1 029	Tsd. EUR
Finanzamt Stade	704	Tsd. EUR

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte üpl. VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2001	1 754 600	—	—	1 754 600
2002	1 754 600	76 800	—	1 831 400
2003	1 754 600	76 800	—	1 831 400
2004	1 233 700	76 800	—	1 310 500
2005	763 900	76 800	—	840 700
2006 bis 2021	4 041 500	396 800	—	4 438 300
Summe	11 302 900	704 000	—	12 006 900

Zu 527 04

Veranschlagt sind die Pauschvergütungen für die steuerliche Außenprüfung und die Steuerfahndung.

Die den Steuerfahndungsbeamten zu erstattenden Ermittlungsauslagen gelten in Höhe von 10 EUR je Monat als Aufwandsentschädigung.

Zu 532 01

Veranschlagt sind Zeugenentschädigungen, die im Rahmen des Steuerstraf- und Bußgeldverfahrens anfallen.

Zu 546 01

Es handelt sich im Wesentlichen um Bankgebühren für nicht eingelöste Lastschriften von Steuerzahlungen im Einzugsermächtigungsverfahren (Rückscheckgebühren) sowie um Gebühren der Banken und Sparkassen für das Führen der Konten der Finanzämter.

Guthabenzinsen für Konten der Finanzämter werden im Kapitel 13 20 beim Titel 162 53 vereinnahmt.

Zu 633 01

Kosten für Aushilfskräfte der Gemeinden im Zusammenhang mit der Bodenschätzung.

Zu 812 13

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
Telefonanlage für 3/7 Finanzämter	280	657
Für Erweiterungen oder Teilerneuerungen	25	25
Zusammen	305	679

Zu 812 15

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
Zeiterfassungsgeräte	—	—
Frankiermaschinen	13	45
Kantinenausstattung	12	34
Dienstzimmerausstattung	—	252
Schneideanlage	—	25
Schneeräum-/Kehrgeräte	13	—
Zusammen	38	356
Ergänzungsbeschaffungen:		
Prüfgeräte	—	51
Zusammen	—	51

Zu 812 16

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
Iuk-gerechte Büroausstattung	—	37
Zusammen	—	37

Zu 981 02

Zuführung eingesparter Mieten zur Refinanzierung an den Grundstock für den Erwerb von Dienstgebäuden (Finanzamt Northeim – 1996/2008, Finanzamt Rotenburg (Wümme) – 1998/2012, Finanzamt Göttingen – 1999/2013 und Finanzamt für Großbetriebsprüfung Osnabrück – 2000/2003).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch Kauf eines Dienstgebäudes in 2000 EUR	in 2001 EUR	in 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 329 000	—	—	1 329 000
2003	1 280 000	—	—	1 280 000
2004	1 238 000	—	—	1 238 000
2005	1 238 000	—	—	1 238 000
2006 bis 2013	8 393 000	—	—	8 393 000
Summe	13 478 000	—	—	13 478 000

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 - Kapitel 13 21 - 381 04.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Aus- und Fortbildung**	(—)	(1.558.000)	(1.558.000)	(1.112.980)	(821)
427 61-5	061	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 525 98 und 525 99.*	—	336.000	336.000	115.399	113
453 61-6	061	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 525 98 und 525 99.*	—	247.000	247.000	280.392	145
525 61-7	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 525 98 und 525 99.*	—	975.000	975.000	717.189	563
TGr. 70		**Personelle Verwaltungshilfe für das Land Sachsen-Anhalt**	(—)	(26.000)	(51.000)	(86.920)	(136)
453 70-5	061	Trennungsgeld für entsandte Bedienstete	—	—	—	—	1
459 70-3	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	0
527 70-9	061	Reisekostenvergütungen	—	26.000	51.000	86.920	135
TGr. 71		**Projekt Finanzamt 2003** * *Übertragbar.*	(4.000.000) (—) (—)	(600.000)	(600.000)	(—)	(—)
511 71-3	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation	—	38.000	38.000	—	—
525 71-4	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	8.000	8.000	—	—
547 71-8	061	Dienstleistungen Außenstehender	—	84.000	84.000	—	—
812 71-3	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	4.000.000 — —	470.000	470.000	—	—
TGr. 75		**Ausgaben der Finanzämter Emden, Göttingen, Uelzen und Vechta im Rahmen des Modellversuchs einer Teil-Sachkostenbudgetierung** * *Übertragbar.* *** *Der Titel 427 75 ist nur einseitig deckungsfähig zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe.* *Ausgabereste der Titelgruppe dürfen zu 90 v.H. in das Folgejahr übertragen und ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden.* *Beim Titel 812 75 wird zugelassen, daß von den Erläuterungen abgewichen werden kann.*	(—)	(1.861.000)	(1.879.000)	(1.106.436)	(—)
427 75-5	061	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	123.000	123.000	122.710	—
511 75-6	061	Geschäftsbedarf	—	—	—	22.497	—
514 75-5	061	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	6.136	—
517 75-4	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume einschl. Kosten für Reinigung, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	383.469	—
518 75-0	061	Mieten und Pachten	—	—	—	79.762	—
526 75-3	061	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	147.252	—
527 75-0	061	Reisekostenvergütungen; Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	317.512	—
547 75-0	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.686.000	1.674.000	15.850	—

Zu Titelgruppe 61

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für die Aus- und Fortbildungslehrgänge der Kapitel 04 05 und 04 06 veranschlagt.

427 61

a) zu Lehrvergütungen:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

b) zu Prüfungsvergütungen:

Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu Titelgruppe 70

Die Verwaltungsausgaben werden durch das Land Sachsen-Anhalt erstattet. Hinweis auf 232 01.

Zu Titelgruppe 71

In dieser Titelgruppe werden die Ausgaben der niedersächsischen Steuerverwaltung für das Projekt „Finanzamt 2003“ veranschlagt.

Mit dem Projekt soll eine neue Gesamtkonzeption für die Steuerverwaltung in Niedersachsen erarbeitet werden, um auch mittelfristig dem hohen Anspruch an eine moderne Steuerverwaltung zu genügen.

Ziele des Projekts sind:
- Die Optimierung des Dienstleistungsangebots für die Bürgerinnen und Bürger,
- die Erhöhung der Effektivität und der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung,
- die Verbesserung der schwierigen Arbeits- und Personallage in den Finanzämtern,
- die Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit und Motivation.

Zu den einzelnen Themenbereichen sollen unabhängig von anschließenden Modellversuchen die optimalsten Lösungsvarianten erarbeitet werden bis hin zur modellhaften Erprobung sämtlicher Arbeitsergebnisse in neu zu konzipierenden Finanzämtern der Zukunft.

Von den veranschlagten Projektkosten entfallen auf den Bereich „Personalentwicklung“ jeweils 100 Tsd. EUR und auf den Bereich „Organisation/Modellversuche“ jeweils 500 Tsd. EUR.

Zur Durchführung des Projekts wird für den IuK-Bereich beim Titel 812 71 eine Verpflichtigungsermächtigung ausgebracht.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	—	—
2004	—	—	2 000 000	2 000 000
2005	—	—	2 000 000	2 000 000
2006	—	—	—	—
Summe	—	—	4 000 000	4 000 000

Zu 812 71

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzungsbeschaffung:		
Ausstattung von Infotheken/Beratungsplätzen	470	470

Zu Titelgruppe 75

Für den Modellversuch zur Sachkostenbudgetierung sind in der Titelgruppe 75 die den vier Pilotfinanzämtern zur eigenverantwortlichen Verwendung zugewiesenen Ausgabemittel zusammengefasst veranschlagt.

Verteilung der Haushaltsansätze auf die Pilotfinanzämter:

Titel	Finanzamt Göttingen Tsd. EUR		Finanzamt Uelzen Tsd. EUR		Finanzamt Emden Tsd. EUR		Finanzamt Vechta Tsd. EUR		Haushaltsansatz insgesamt Tsd. EUR	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
427 75	31	31	31	31	30	30	31	31	123	123
547 75	531	523	320	318	297	296	538	537	1 686	1 674
812 75	52	51	—	23	—	8	—	—	52	82
Summe	614	605	351	372	327	334	569	568	1 861	1 879

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 75-6	061	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen; Ergänzung landeseigener Fernmeldeanlagen	—	52.000	82.000	11.248	—
TGr. 94		**Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-4	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-7	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-1	061	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-2	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 96/97		**Weiterer Ausbau der IuK-Technik in der nds. Steuerverwaltung /(FISCUS)** * *Übertragbar.*	(—)	(20.926.000)	(20.774.000)	(12.256.791)	(6.529)
518 96-3	061	Ausgaben für die Anmietung von Software * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 518 96, 518 97, 538 96, 538 97, 812 97, 511 99, 518 98, 518 99, 525 98, 525 99, 538 98, 538 99 und 812 99.*	—	2.181.000	1.238.000	1.859.875	499
518 97-1	061	Ausgaben für die Anmietung von Hardware * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	—	—	—	—
538 96-4	061	Ausgaben für Software * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	520.000	130.000	—	—
538 97-2	061	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	5.717.000	6.068.000	3.058.804	1.761
812 97-7	061	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	12.508.000	13.338.000	7.338.112	4.269
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken** * *Übertragbar.*	(—)	(19.525.000)	(19.395.000)	(15.291.820)	(12.990)
511 99-3	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	5.255.000	5.305.000	—	—
518 98-0	061	Ausgaben für die Anmietung von Software * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	2.627.000	2.454.000	2.186.233	1.799
518 99-8	061	Ausgaben für die Anmietung von Hardware * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	—	—	—	—
525 98-6	061	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn) * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 61, 453 61 und 525 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	52.000	52.000	—	—
525 99-4	061	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 61, 453 61 und 525 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	872.000	872.000	923.700	468
538 98-0	061	Ausgaben für die Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn) * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	8.015.000	7.361.000	9.115.516	6.914
538 99-9	061	Ausgaben für die Dienstleistungen Anderer * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	309.000	405.000	—	—
812 99-3	061	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik * *Vgl. D-Vermerk zu 518 96.*	—	2.395.000	2.946.000	3.066.371	3.809
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			26.261.435	

Zu 812 75

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Schneeräum- und Kehrgerät	—	23
Telefonanlage	52	51
Beschilderung	—	8
Zusammen	52	82

Zu Titelgruppe 94

An dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (Leni) ist das Finanzamt Hannover-Mitte beteiligt.

Zu Titelgruppe 96/97

In dieser Titelgruppe werden die IuK-Kosten veranschlagt, die durch das Bund/Länder-Projekt FISCUS einschließlich der Vergabe von Aufträgen an die vom Bund und den Ländern im März 2001 gegründete FISCUS-GmbH verursacht werden.

FISCUS (**F**öderales **I**ntegriertes **S**tandardisiertes **C**omputer **U**nterstütztes **S**teuersystem) ist ein Gemeinschaftsprojekt auf der Basis eines Verwaltungsabkommens der 16 deutschen Länder und des Bundes mit dem Ziel, arbeitsteilig eine Neukonzeption und Neuentwicklung der Automationsunterstützung in der Steuerverwaltung durchzuführen.
Die Automationsunterstützung umfasst die den Steuerverwaltungen der Länder gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, insbesondere alle Vorgänge des Besteuerungsverfahrens einschließlich der steuerlichen Nebenleistungen und des Strafsachen- und Bußgeldverfahrens in den Finanzämtern, Oberfinanzdirektionen und Oberste Finanzbehörden (ohne Haushalts- und Personalwesen).

812 97

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Geräte und Maschinen	12 508	13 338

Zu Titelgruppe 98/99

In dieser Titelgruppe – hinsichtlich des Projekts FISCUS in der TGr. 96/97 – werden die Ausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung in der niedersächsischen Steuerverwaltung (Kapitel 04 05, 04 06 und 04 07) zusammengefasst.

Dazu zählen insbesondere

- die Kosten für die Produktionsstätten Hannover und Lüneburg,
- die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der ADV-Anlagen und Geräte in den Finanzämtern sowie in den Fachreferaten der Oberfinanzdirektion,
- die Kosten für die Leistungen des IZN,
- die Kosten für die Verbrauchsmaterialien, die im Rahmen der automatisierten Verfahren benötigt werden und
- die Kosten, die für IuK-Aus- und Fortbildung der Bediensteten entstehen.

Mit Hilfe der Datenverarbeitung werden die Finanzämter von den automatisierten Arbeiten auf den Gebieten der Steuerfestsetzung und der Steuererhebung im Interesse eines rationelleren Personaleinsatzes entlastet. Aus dem Bereich der Steuerfestsetzung werden die meisten Aufgaben im automatisierten Verfahren durchgeführt.

Das Steuererhebungsverfahren, das ein ständiges Verbundnetz von Datenfernübertragungsleitungen zwischen Finanzämtern und dem Großrechner beim IZN voraussetzt, wird für sämtliche Finanzämter automatisiert durchgeführt.

Mittels eines Datenerfassungs- und Dialogsystems (VDV II-System) wird Computerleistung direkt am Arbeitsplatz verfügbar gemacht und die Auskunftsbereitschaft der Finanzämter verbessert.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Maschinen und Geräte	2 395	2 946

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Finanzämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 04 06					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		78.759.000	77.743.000	76.796.551	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		32.310.000	31.051.000	32.236.952	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		5.079.000	5.079.000	4.196.684	
		Summe der Einnahmen		116.148.000	113.873.000	113.230.187	
		4 Personalausgaben	—	403.819.000	400.971.000	386.311.744	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	64.771.000	62.770.000	59.937.062	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	110.000	113.000	107.372	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.000.000 — —	15.774.000	17.965.000	12.908.330	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	16.834.000	16.883.000	16.066.938	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.000.000 — —	501.308.000	498.702.000	475.331.446	
		Zuschuss		385.160.000	384.829.000	362.101.259	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		116.055.000	110.082.000	96.207.339	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		617.363.000	608.784.000	571.538.785	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		501.215.000	494.911.000	458.308.598	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0407 Landesfinanzschule Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	061	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	—
119 24-8	061	Einnahmen für Unterkunft in der Landesfinanzschule		44.000	31.000	47.857	37
119 26-4	061	Einnahmen für Verpflegung in der Landesfinanzschule		113.000	80.000	122.863	78
124 01-2	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		11.000	11.000	10.226	10
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.023	
		A U S G A B E N					
422 01-3	061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.159.000	1.170.000	1.288.916	491
422 19-6	061	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	061	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	188
425 03-9	061	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-7	061	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-9	061	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	492
427 01-5	061	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	7.000	7.000	3.579	—
427 31-7	061	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	3.000	3.000	2.608	1
427 39-2	061	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-6	061	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	2.000	2.000	1.534	—
453 11-3	061	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	43.000	36.000	54.095	67
511 01-6	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	17.000	87.000	2.045	1
514 02-3	061	Verpflegungskosten für Lehrgangsteilnehmer und sonstige Personen, die in der Landesfinanzschule verpflegt werden ** *Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.* *Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	137.000	125.000	—	—
514 03-1	061	Kleingeräte	—	2.000	2.000	—	—
517 01-4	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	164.000	162.000	41.261	34
518 01-0	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.000	65.000	27.098	55
518 02-9	061	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	1.000	1.000	—	—
519 01-7	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5.000	5.000	—	—
519 02-5	061	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	1.943	6
519 03-3	061	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	562	1
519 04-1	061	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	2.000	2.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 07

Es ist vorhanden: 1 Landesfinanzschule (LFS) in Bad Eilsen für die Ausbildung der Anwärter des mittleren Dienstes und für die Fortbildung der Bediensteten der Steuerverwaltung (mit internatsmäßiger Unterbringung und Verpflegung).

Ausgaben für frauenrelevante Maßnahmen werden insbesondere im Titel 525 01 nachgewiesen.

Zu 119 24

Einnahmen aus der entgeltlichen Bereitstellung von Unterkünften für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit sowie für sonstige Personen.

Zu 119 26

Einnahmen aus der entgeltlichen Bereitstellung von Verpflegung für den zu 119 24 genannten Personenkreis.

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Miete für Wohnungen	8	8
2. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
3. Sonstige Mieten und Pachten	3	3
Zusammen	11	11
Zu 3.: Pacht für die behördeneigene Kantine,		
geschätzter Jahresumsatz	60	60
davon 5% Pacht	3	3

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
30,81	31,14	35,08	31,67

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,00	3,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	1,27	0,94
Summe Abgänge	4,27	3,94
Bleibt Abgang	4,27	3,94

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	10,24	10,24	—	12
Angestellte	6,12	6,12	—	6
Lohnempfänger/-innen	14,45	5,95	8,5	9
Insgesamt	30,81	22,31	8,5	27

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	10,24	10,24	—	12
Angestellte	6,12	6,12	—	6
Lohnempfänger/-innen	14,78	6,28	8,5	9
Insgesamt	31,14	22,64	8,5	27

Noch zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
	1 159	1 170

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 159	1 170
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	16	15
43	Versorgungsbezüge	168	162
44	Beihilfen, Unterstützungen	44	43
45	Personalbezogene Sachausgaben	45	38
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	8	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 440	1 427
In dem Personalkostenbudget sind enthalten:			
Lehrzulagen für			
a) die Leiterin/den Leiter der Landesfinanzschule*)		0,8	0,8
b) die hauptamtlichen Lehrer an der Landesfinanzschule – je 575,20 EUR – *)		5,8	5,8
Zusammen		6,6	6,6

Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

*) RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 427 01

Vergütung für die Betreuung von Kindern, wenn Bedienstete mit Familienaufgaben an Fortbildungsveranstaltungen in der LFS teilnehmen.

Zu 427 31

a) zu Lehrvergütungen

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

b) zu Prüfungsvergütungen

Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 453 11

Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeld für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Allgemeiner Geschäftsbedarf	2	2
Fachbücher, Zeitschriften, Gesetzblätter	2	2
Vordrucke	—	—
Post- und Fernmeldegebühren	4	4
Unterhaltung, Telefonanlagen	—	—
Erwerb von Geräten/Ausstattungsgegenständen	4	74
Unterhaltung von beweglichen Sachen	4	4
Schutzkleidung, Sehhilfen, Sonstige Ausgaben	1	1
Zusammen	17	87

Zu 514 02

Verpflegungskosten werden 2002 mit 4,00 EUR und 2003 mit 4,20 EUR je Verpflegungsteilnehmer pro Tag veranschlagt.

Die Einnahmen aus der Verpflegung für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit sind bei 119 26 veranschlagt.

Die Einnahmen aus der Verpflegung sonstiger Verpflegungsteilnehmer in Höhe des Selbstkostentagessatzes von z. Z. 12,53 EUR sind bei 119 26 veranschlagt.

Zu 514 03

Für Ersatz und Ergänzung des Geschirrs und der Bestecke.

Zu 517 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Energiekosten (Heizung, Strom)	84	84
Reinigung, Be-/Entwässerung	37	37
Versicherung, Steuern, Abgaben	31	31
Bewachungskosten	—	—
Anliegerverpflichtungen	10	10
Sonstige Ausgaben	2	—
Zusammen	164	162

Zu 519 04

Wartungskosten der betrieblichen Einbauten (Unterrichtsmitschauanlage, Lastenaufzüge, Alarmanlage u. ä.).

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0407 Landesfinanzschule Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-7	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	28.000	28.000	3.068	5
526 01-3	061	Sachverständige	—	—	—	—	0
527 01-0	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2.000	2.000	971	1
546 01-4	061	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 02-2	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 05-7	061	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
547 02-9	061	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.000	1.000	—	—
681 01-9	061	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	—
812 13-0	061	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-6	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	50.000	20.196	21
812 19-9	061	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
812 24-5	061	Erwerb von Lehr- und Lernmitteln	—	—	—	—	—
812 32-6	061	Erwerb von Unterkunftsgeräten und Spinnstoffen	—	—	—	—	—
981 04-7	990	Abführung an 13 21-381 04	—	361.000	361.000	360.972	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			350.490	
		Abschluss Kapitel 04 07					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		169.000	123.000	181.969	
		Summe der Einnahmen		169.000	123.000	181.969	
		4 Personalausgaben	—	1.214.000	1.218.000	1.350.732	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	361.000	481.000	427.438	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	50.000	20.196	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	361.000	361.000	360.972	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.936.000	2.110.000	2.159.338	
		Zuschuss		1.767.000	1.987.000	1.977.369	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		168.000	162.000	178.748	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.104.000	2.272.000	2.338.086	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.935.000	2.149.000	2.156.117	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Möblierung für Lehrsäle, Diensträume	—	42
Küchenausstattung	—	8

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 – Kapitel 13 21 – 381 04.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	016	Vermischte Einnahmen		105.000	105.000	—	—
119 02-4	016	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		38.000	38.000	38.347	101
119 06-7	016	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	—	—
124 01-0	016	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		20.000	20.000	20.452	20
132 01-2	016	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		20.000	20.000	20.452	18
231 01-0	016	Erstattungen der Verwaltungsausgaben für die hochbautechnische Betreuung der Bundesbauanlagen		38.347.000	40.903.000	40.903.350	40.392
231 61-4	016	Erstattungen von Baunebenkosten - Bauleitungskosten - durch den Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		42.900.000	45.418.000	40.163.511	46.528
231 66-5	016	Erstattungen vom Bund für Baunebenkosten - Bauleitungskosten - bei Hochbauten an BAB		77.000	77.000	76.694	13
236 01-2	016	Erstattungen der Verwaltungsausgaben für die hochbautechnische Betreuung der Bauanlagen der Bundesanstalt für Arbeit		5.000	5.000	5.113	—
236 02-0	016	Erstattungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
236 63-2	016	Erstattungen von Baunebenkosten - Bauleitungskosten - durch die Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		2.045.000	2.045.000	2.045.168	1.971
261 01-7	016	Erst. der Verw.Ausg. für die hochbautechn. Betreuung der Grundstücke des Braunschw. Vereinigten Kloster- u. Studienfonds		51.000	51.000	—	—
261 03-3	016	Erst. der Verw.Ausgaben für die Unterhaltungsbetreuung für Bauten von Landesbetrieben		3.323.000	3.323.000	—	—
261 66-1	016	Erstattungen für die Bauleitungskosten für Hochbaumaßnahmen an Bundesfernstraßen u.BAB		51.000	51.000	—	—
261 68-8	016	Erstattungen von Baunebenkosten - Bauleitungskosten - durch Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		1.201.000	1.201.000	—	—
381 65-9	990	Verrechung zwischen Kapiteln; Zuführung von Bauleitungsmitteln für Landesbauten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		15.765.000	7.951.000	—	—
381 66-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
381 68-3	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
381 99-3	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts * *Vgl. K-Vermerk zu 511 99.*		—	—	—	28
389 65-0	990	Verrechnung zwischen Kapiteln; Zuführung für Sachaufwendungen der staatlichen Bauleitung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		614.000	614.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				13.303.814	
		A U S G A B E N					
422 01-0	016	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	44.828.000	45.123.000	55.687.457	9.939

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 10

Das Staatliche Baumanagement Niedersachsen umfasst die Oberfinanzdirektion Hannover (Landesbauabteilung) sowie 18 Bauämter. Ihm obliegt die Durchführung der Bauaufgaben des Landes, des Bundes und Dritter.

Die Übertragung der Bauaufgaben des Bundes beruht auf Abschnitt III, §8 Abs. 7 des Gesetzes über die Finanzverwaltung (FVG) in der Fassung des Finanzanpassungsgesetzes (FanpG) vom 30. August 1971 (BGBI S. 1426) in Verbindung mit dem Verwaltungsabkommen über die Erledigung von Bauaufgaben des Bundes vom 10. 12./21. 12. 1993. Die Erstattung der Verwaltungsausgaben für die Wahrnehmung der Bauaufgaben des Bundes erfolgt gemäß der Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen vom 16. 2./8. 3. 2001.

Soweit darüber hinaus Baumaßnahmen Dritter aufgrund von Verpflichtungen des Bundes bzw. Landes wahrzunehmen sind, werden die dabei entstehenden Kosten dem Land erstattet.

Mittel für frauenrelevante Maßnahmen sind insbesondere im Ansatz des Titels 525 01 enthalten.

Zu 124 01

	2003	2002
	EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	7 000	7 000
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3 000	3 000
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1 000	1 000
5. Sonstige Mieten und Pachten	9 000	9 000
Zusammen	20 000	20 000

Zu 132 01

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf auszusondernder Kraftfahrzeuge (s. Tit. 811 01, 811 61).

Zu 231 01

Die vom Bund zu erstattenden Verwaltungskosten für die Wahrnehmung seiner Planaufgaben erfolgen gemäß Vereinbarung v. 16. 2./8. 3. 2001.

Zu 231 61

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung von großen und kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

Vgl. Titelgruppe 61/62.

Zu 236 01

Erstattung der Verwaltungskosten durch die Bundesanstalt für Arbeit.

Zu 236 63

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung von Bauvorhaben der Bundesanstalt für Arbeit. – Vgl. Titelgruppe 63/64. –

Zu 261 01

Erstattung der Verwaltungskosten nach der Vereinbarung vom 21. 1./31. 5. 1976 zwischen dem Braunschweigischen Kloster- und Studienfonds und dem Land Niedersachsen.

Zu 261 03

Die Betreuung der landeseigenen baulichen Anlagen und die Betriebsüberwachung für Landesbetriebe nach § 26 LHO wird vom Staatlichen Baumanagement Niedersachsen durchgeführt. Für deren Leistungen ist von den Landesbetrieben eine Entschädigung zu zahlen.

Zu 261 66

Voraussichtliche Bauleitungskosten für Hochbauten an den BAB und Bundesfernstaßen.

Zu 261 68

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung von Hochbaumaßnahmen von Dritten.

Vgl. TGr. 68/69.

Zu 381 65

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung der veranschlagten großen und kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes einschließlich der Landesbetriebe nach § 26 LHO.

Vgl. Tgr. 65

Zu 381 99

Vorsorglich Leertitel für Erstattungen anderer Verwaltungen bei der Aus- und Fortbildung durch das Staatl. Baumanagement Nieders. im IuK-Bereich.

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
769,52	779,52	1 073,52	1 043,94

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Einsparung gem. ZV für 2001	10	10
– Veränderungen im Stellenbereich	—	270
– Ansatzkürzungen	—	14
Summe Abgänge	10	294
Bleibt Abgang	10	294

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	198,8	198,8	—	241
Angestellte	538,92	538,92	—	517
Lohnempfänger/-innen	31,8	30,55	1,25	28
Insgesamt	769,52	768,27	1,25	786

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	201,8	201,8	—	244
Angestellte	545,92	545,92	—	523
Lohnempfänger/-innen	31,8	30,55	1,25	28
Insgesamt	779,52	778,27	1,25	795

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	44 828	45 123

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	44 828	45 123
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	27 640	32 082
43	Versorgungsbezüge	3 252	3 153
44	Beihilfen, Unterstützungen	2 728	2 799
45	Personalbezogene Sachausgaben	107	109
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	513	–75
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		79 068	83 191

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
422 04-5	016	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	346.000	346.000	345.736	292
422 06-1	016	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-3	016	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	016	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	249.000	341.000	785.395	589
425 01-0	016	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	43.673
425 03-6	016	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-4	016	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	368.000	368.000	—	—
425 06-0	016	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	2.000	1.841	—
425 31-1	016	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	164
426 01-6	016	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.225
426 03-2	016	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-7	016	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 31-8	016	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-2	016	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	19.000	19.000	29.297	8
427 21-7	016	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	—	—	—	—
427 31-4	016	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	8.000	8.000	8.436	8
427 39-0	016	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	016	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	62.000	62.000	76.694	136
511 01-3	016	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	787.000	787.000	366.699	330
514 01-2	016	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	59.000	59.000	78.330	123
517 01-1	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	391.000	391.000	99.702	133
518 01-8	016	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	114.000	114.000	202.983	180
518 02-6	016	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	40.000	40.000	—	—
519 01-4	012	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	21.000	21.000	—	—
525 01-4	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	125.000	125.000	164.994	125
526 01-0	016	Sachverständige	—	2.000	2.000	68.053	107
526 02-9	016	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	50.000	50.000	—	—
527 01-7	016	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	174.000	174.000	243.477	237
527 02-5	016	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	14.000	14.000	—	—
531 03-0	016	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	2.454	4
546 01-1	016	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-8	016	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	12.424	19

ERLÄUTERUNGEN

Zu 425 04

Veranschlagt sind Vergütungen für die auszubildenden Bauzeichner.

Zu 427 01

Veranschlagt sind Beschäftigungsentgelte für Vertretungen von Hausmeistern, Reinigungskräften und Lichtpausern.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Die Vergütungen von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung richten sich nach dem RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 453 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	36	36
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	26	26
Zusammen	62	62

Zu 511 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	90	90
2. Büro- und Kanzleibedarf	160	160
3. Bekanntmachungen	18	18
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	20	20
5. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	38	38
6. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	15	15
7. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	20	20
8. Buchbinderkosten	3	3
9. Postgebühren	71	71
10. Fernmeldegebühren	80	80
11. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	70	70
12. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	12	12
13. Rundfunk- und Fernsehgebühren	—	—
14. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	7	7
15. Sonstiges	12	12
16. Dienstzimmerausstattungen	58	58
17. Büromaschinen	53	53
18. Wirtschaftsgeräte	—	—
19. Werkstattausrüstungen	—	—
20. Ausstattung von Amts- und (Werk-) Dienstwohnungen	—	—
21. Unterhaltung der Geräte u. a.	30	30
22. Betriebsärztl. Aufwendungen	30	30
Zusammen	787	787

Zu 514 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	7	7
2. Unterhaltung und Instandsetzung	46	46
3. Kraftfahrzeugsteuer	5	5
4. Sonstiges	1	1
Zusammen	59	59

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
18 Bauämter	66	66	66
OFD Hannover –LBA–	2	2	2
Zusammen	68	68	68

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
18 Bauämter	66	66	66
OFD Hannover –LBA–	2	2	2
Zusammen	68	68	68

Zu 517 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Wassergeld	30	30
2. Grundbesitzabgaben	31	31
3. Bewachungskosten	—	—
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	—	—
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	12	12
6. Reinigungskosten	190	190
7. Heizung, Beleuchtung u. elektr. Kraft	128	128
Zusammen	391	391

Zu 518 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Diensträume und -gebäude	114	114
2. Wohnungen und Wohngebäude	—	—
3. Unbebaute Grundstücke	—	—
Zusammen	114	114

Zu 525 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	8	8
2. Fortbildungsveranstaltungen	80	80
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	36	
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	1	1
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	—	—
6. Sonstiger Aufwand	—	—
Zusammen	125	125

ERLÄUTERUNGEN

Zu 526 02

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. (Amts-) ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	1	1
2. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	48	48
3. Aufwandsentschädigungen und Auslagenersatz von Beirats- und Ausschussmitgliedern, Landespersonalausschuss, Richterwahlausschuss, Vertrauensleute zur Wahl von Schöffen und Geschworenen	—	—
4. Kosten des Rechtsschutzes in Strafsachen	1	1
Zusammen	50	50

Zu 527 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Reisekosten allgemein	159	159
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	15	15
Zusammen	174	174

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
636 01-0	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—	—
681 01-6	016	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	12.000	12.000	12.782	14
811 01-7	016	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	153.000	153.000	153.388	133
812 13-7	016	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	71.581	106
812 15-3	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	67.000	47.000	153.388	136
812 35-8	016	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	—	14.009	9
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 04	—	1.892.000	1.892.000	1.891.780	1.892
981 02-8	990	Abführung an 13 21 - 381 19	—	422.000	422.000	421.816	422
981 03-6	990	Abführung an 1404 - 38110	—	1.116.000	1.154.000	—	—
981 04-4	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	2.718.000	2.718.000	2.913.392	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Baunebenkosten -Bauleitungskosten- für die Durchführung von Bauten des Bundes** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 61.* ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung über die Anrechnung auf die Zielvereinbarung verbindlich.*	(—)	(42.900.000)	(45.418.000)	(19.353.933)	(25.518)
429 61-9	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	19.885.000	22.441.000	17.895.216	22.261
459 61-5	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	33.000	33.000	25.565	5
547 61-1	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausg aben	—	1.642.000	1.604.000	1.318.622	1.834
547 62-0	016	Vergütungen der freiberuflich Tätigen	—	21.251.000	21.251.000	—	—
811 61-0	016	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	33.000	33.000	32.723	20
812 61-7	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	56.000	56.000	56.242	102
981 61-3	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	25.565	1.295
TGr. 63/64		**Baunebenkosten -Bauleitungskosten- für die Durchführung von Bauten der Bundesanstalt für Arbeit** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 236 63.* ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung über die Anrechnung auf die Zielvereinbarung verbindlich.*	(—)	(2.045.000)	(2.045.000)	(665.753)	(436)
429 63-5	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	511.000	511.000	511.292	403
459 63-1	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	562	0
547 63-8	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausg aben	—	154.000	154.000	153.388	33
547 64-6	016	Vergütungen der freiberuflich Tätigen	—	1.379.000	1.379.000	—	—
811 63-7	016	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 63-3	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 63-0	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	511	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffungen:		
a) 3 Pkw bis 1 800 ccm Hubraum		
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)	60	60
Sonderausstattung	6	6
b) 6 Pkw bis 1 400 ccm Hubraum bzw. bis 1 900 ccm bei Dieselmotor		
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)	75	75
Sonderausstattung	12	12
Zusammen	153	153

An Sonderausstattungen sind vorgesehen:

Zu a)+b) Radio, Nebelscheinwerfer, Automatikgetriebe, Schiebedach oder Klimaanlage, Standheizung, Freisprechanlage

Zu 812 15

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
Div. Dienstzimmereinrichtungen	30	40
Ergänzungsbeschaffungen:		
Div. Dienstzimmereinrichtungen	17	27
Zusammen	47	67

Zu 981 01

Anteilige Kosten zu den Versorgungsbezügen (vgl. Erläuterung zu 231 01).

Zu 981 02

Anteilige Bewirtschaftungskosten für die Bauämter, die in Behördenhäusern untergebracht sind (vgl. Erläuterung zu 231 01).

Zu 981 03

Abführung der Verwaltungskostenerstattung für das Rechnungsprüfungsamt (vgl. Erläuterung zu 231 01).

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppen 61/62 bis 70 allgemein

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung von großen und kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

Aufgrund der geänderten Baunebenkostenregelung bei kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes und des Bundes sind die bisher bei den Plantiteln veranschlagten Verwaltungskosten in die Titelgruppen 61/62, 65 und 70 umgesetzt worden.

Im Zusammenhang mit der Durchführung von Bauleitungsaufgaben werden sowohl Landesbedienstete beschäftigt als auch freiberuflich Tätige (Architekten, Sonderfachleute) beauftragt, deren Einsatz sich nach der jeweiligen Höhe der zur Verfügung stehenden Bauleitungsmittel richtet.

Übersicht

über die beschäftigten Dienstkräfte, deren Vergütung aus Bauleitungsmitteln gezahlt wird

Verg.-Gr. BAT	Für die Haushaltsjahre sind durchschnittlich erforderlich
Angestellte	
I b	7
II a	20
III	57
IV a	244
IV b	136
V a	3
V b	139
V c	58
VI b	128
VII	86
VIII	18
IXb-VII	54
IX a	10
IX b	1
	961
Lohnempfänger	21
	982

Personalausgaben für 148 Vollzeitarbeitskräfte im Bereich kleiner NUE kw ab 1. 1. 2004 in Anrechnung auf die ZV bis 2003. Die Personalausgaben sind bei Ausscheiden einer Vollzeitarbeitskraft aus dem Aufgabenbereich Kleine NUE einzusparen.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
18 Bauämter	20	20	20
OFD Hannover - LBA -	—	—	—
Zusammen	20	20	20

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
18 Bauämter	20	20	20
OFD Hannover - LBA -	—	—	—
Zusammen	20	20	20

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 65		**Baunebenkosten -Bauleitungskosten- für die Durchführung von Bauten des Landes** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 65 und 389 65.* ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung über die Anrechnung auf die Zielvereinbarung verbindlich.*	(—)	(16.379.000)	(8.565.000)	(613.550)	(410)
981 65-6	990	Nicht aufteilbare Personal- und Fürsorgeleistungen	—	15.765.000	7.951.000	—	—
989 65-7	990	Sachaufwand der staatlichen Bauleitung	—	614.000	614.000	613.550	410
TGr. 66/67		**Baunebenkosten -Baultg.kost.- für Hochbaumaßnahmen an Bundesfernstraßen und BAB** * *Übertragbar.* ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung über die Anrechnung auf die Zielvereinbarung verbindlich.*	(—)	(958.000)	(958.000)	(916.234)	(189)
429 66-0	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	915.000	915.000	915.212	182
459 66-6	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	511	—
547 66-2	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausg aben	—	1.000	1.000	511	7
547 67-0	016	Vergütungen der freiberuflich Tätigen	—	41.000	41.000	—	—
811 66-1	016	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 66-8	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 68/69		**Baunebenkosten -Bauleitungskosten- für die Durchführung von Bauten Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 261 68.* ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung über die Anrechnung auf die Zielvereinbarung verbindlich.*	(—)	(1.201.000)	(1.201.000)	(1.129.955)	(579)
429 68-6	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.023.000	1.023.000	1.022.584	544
459 68-2	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	5.000	5.000	5.113	1
547 68-9	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	102.000	102.000	102.258	34
547 69-7	016	Vergütungen der freiberuflich Tätigen	—	71.000	71.000	—	—
811 68-8	016	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 68-4	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 68-0	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Baunebenkosten - Bauleitungsmittel für die vorübergehende Durchführung von kleinen Bau ten des Landes** * *Übertragbar.* ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung über die Anrechnung auf die Zielvereinbarung verbindlich.*	(—)	(5.410.000)	(7.815.000)	(—)	(—)
429 70-8	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	4.214.000	6.022.000	—	—
459 70-4	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	5.000	7.000	—	—
546 70-4	016	Vermischte Ausgaben	—	156.000	234.000	—	—
547 70-0	016	Vergütungen der FBT	—	1.035.000	1.552.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 65

Vgl. 381 65.

Zu Titelgruppe 66/67

Vgl. 231 66.

Zu Titelgruppe 68/69

Vgl. 261 68.

Zu Titelgruppe 70

Voraussichtliche Bauleitungsmittel, die zur Fortführung bzw. Fertigstellung aller bis Haushaltsjahr 2001 begonnenen kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes benötigt werden.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikations technik** * *Übertragbar.*	(—)	(3.022.000)	(3.022.000)	(3.864.753)	(3.456)
511 98-6	016	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (izn)	—	10.000	10.000	—	—
511 99-4	016	Geschäftsbedarf für die Informationstechnik * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 99.*	—	300.000	300.000	—	—
518 99-9	016	Ausgaben für die Anmietung von IuK-Technik	—	—	—	—	—
525 98-7	016	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn)	—	35.000	35.000	—	—
525 99-5	016	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	—	—	—	40.903	37
538 98-1	016	Ausgaben für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn)	—	100.000	100.000	—	—
538 99-0	016	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer	—	887.000	887.000	475.297	509
547 98-0	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (izn)	—	30.000	30.000	—	—
547 99-9	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben Andere	—	600.000	600.000	2.070.323	802
812 98-6	016	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik (izn)	—	900.000	900.000	—	—
812 99-4	016	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik Andere	—	160.000	160.000	1.278.230	2.109
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			31.756.444	
		Abschluss Kapitel 04 10					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		183.000	183.000	191.735	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		88.000.000	93.074.000	87.821.027	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		16.379.000	8.565.000	8.564.139	
		Summe der Einnahmen		104.562.000	101.822.000	96.576.901	
		4 Personalausgaben	—	72.475.000	77.228.000	77.679.041	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	29.571.000	30.128.000	28.838.143	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	12.000	12.000	12.782	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.369.000	1.349.000	1.759.561	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	22.527.000	14.751.000	13.817.203	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	125.954.000	123.468.000	122.106.730	
		Zuschuss		21.392.000	21.646.000	25.529.829	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.252.000	3.153.000	3.649.908	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		129.206.000	126.621.000	125.756.638	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		24.644.000	24.799.000	29.179.737	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Fortführung des von der OFD Hannover durchgeführten Projektes „Automatisierte Datenverarbeitung - ADV - im Staatl. Baumanagement Nieders.“ entstehen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-8	012	Gebühren und tarifliche Entgelte		1.000	1.000	511	4
112 01-4	012	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	—
119 01-9	012	Vermischte Einnahmen		85.000	85.000	—	—
119 41-8	012	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	2.556	0
119 46-9	012	Ersatzleistungen		—	—	6.136	14
132 01-5	012	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		4.000	4.000	—	0
132 11-2	012	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge		—	—	—	—
132 99-6	019	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Investitionsgütern		3.000	3.000	511	—
233 01-6	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Gemeinden (GV)		—	—	—	—
235 01-9	012	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 01-0	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland		3.723.000	3.723.000	—	—
381 02-3	990	Zuführung von 05 12 - 981 03		—	—	5.113	57
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				3.062.535	
		A U S G A B E N					
422 01-3	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	41.689.000	42.340.000	39.291.554	13.483
422 04-8	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	166.000	143.000	377.896	—
422 06-4	012	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	8.000	10.000	2.556	11
422 19-6	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	012	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	295.000	460.000	536.959	563
425 01-2	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	25.976
425 03-9	012	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-7	012	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	220.000	220.000	—	—
425 06-3	012	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	20.000	26.000	2.556	25
425 31-4	012	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	25
426 01-9	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	887
426 06-0	012	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3.000	3.000	511	—
426 31-0	012	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	0
427 01-5	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	77.000	77.000	76.694	74
427 31-7	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	6.442	9
427 39-2	012	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-6	012	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	51.000	51.000	11.248	13

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 20

Das seit dem 1. 1. 1998 bestehende NLBV nimmt als selbstständige obere Landesbehörde mit seinen Standorten in Aurich, Braunschweig, Hannover und Lüneburg zentral für die Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung - einschließlich der Landesbetriebe - sowie teilweise für den Hochschulbereich des Landes Aufgaben des finanziellen öffentlichen Dienstrechtes (Bezüge, Versorgung und Beihilfen) wahr. Aufgaben aus dem Vollstreckungsbereich werden beim Standort Aurich konzentriert.

Zu 111 01

Gebühren für Auskünfte aus dem Versorgungsrecht

Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Nds. Verwaltungskostengesetz - Nds. VerwKostG - vom 7. 5. 1962 (Nds. GVBl. S. 43) sowie Einnahmen aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung) vom 22. 9. 1966 (Nds. GVBl. S. 191) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 261 01

Erstattungen von Verwaltungskosten für die Festsetzung und Zahlbarmachung der Bezüge für Landesbetriebe, Klosterkammern und Sonstige.

Zu Titel 422 01, 422 19, 425 01, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
1 057,36	1 081,36	1 057,01	1 073,30

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	91,75
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	91,75
Abgänge:		
– Einsparung gem. ZV für 2001	—	7
– Einsparung gem. ZV für 2002/2003	24	—
– Ansatzkürzung	—	53,4
– Veränderungen im Stellenbereich	—	7
Summe Abgänge	24	67,4
Bleibt Zugang	—	24,35
Bleibt Abgang	24	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	406,76	406,76	—	449
Angestellte	621,52	621,52	—	686
Lohnempfänger/-innen	29,08	29,08	—	32
Insgesamt	1 057,36	1 057,36	—	1 167

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	407,89	407,89	—	450
Angestellte	644,49	644,49	—	709
Lohnempfänger/-innen	28,98	28,98	—	32
Insgesamt	1 081,36	1 081,36	—	1 191

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	41 689	42 340

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	41 689	42 340
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	959	1 086
43	Versorgungsbezüge	5 317	5 205
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 601	1 571
45	Personalbezogene Sachausgaben	51	51
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	301	–42
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		49 918	50 211

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
453 11-3	012	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	5.113	1
461 01-9	981	Einsparung von Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-6	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 01, 532 01, 546 01, 546 02, 546 03, 546 05, 811 01, 812 13, 812 15, 427 99, 511 99, 518 99, 525 98, 525 99, 538 98, 538 99 und 812 99.* ***Ausgaben, die hier zunächst für andere Landesbehörden geleistet und erstattet werden, sind, sofern keine besonderen Einnahmetitel ausgebracht sind, durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	1.495.000	1.650.000	268.479	234
514 01-5	012	Haltung von Dienstfahrzeugen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	13.000	13.000	41.261	28
517 01-4	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	657.000	657.000	185.906	191
518 01-0	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1.122.000	1.122.000	695.306	920
518 02-9	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeug * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	220.000	220.000	—	—
519 01-7	012	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	28.000	28.000	—	—
519 02-5	012	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	9.970	0
519 03-3	012	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	10.328	0
525 01-7	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	60.000	80.000	25.667	63
526 01-3	012	Sachverständige * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	30.000	30.000	66.877	80
526 02-1	012	Gerichts- und ähnliche Kosten * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	53.000	53.000	—	—
527 01-0	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	25.000	25.000	84.568	68
527 02-8	012	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	6.000	6.000	—	—
529 10-1	012	Zur Verfügung des Präsidenten des Landesamtes für Bezüge und Versorgung * *Übertragbar.*	—	—	—	511	1
531 01-7	012	Veröffentlichungen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1.000	1.000	—	—
531 03-3	012	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	1.023	0

Zu 511 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Geschäftsbedarf	157	224
Bücher und Zeitschriften	90	100
Post- und Fernmeldegebühren	1 050	1 050
Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	45	45
Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	150	228
Dienst- und Schutzkleidung	3	3
Gesamt	1 495	1 650

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw (einschl. Kombi)	5	5	5
Sonderwagen (einschl. Kombi)	4	4	4
Anhänger	—	—	—

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw (einschl. Kombi)	5	5	5
Sonderwagen (einschl. Kombi)	4	4	4
Anhänger	—	—	—

Zu 517 01

Seit dem Haushaltsjahr 2001 wird das DG Am Klagesmarkt vom NLBV bewirtschaftet. Für das Haushaltsjahr 2002 sind die Kosten somit erstmalig im Kapitel 04 20 zu veranschlagen.

Zu 518 01

Mietkosten für das Dienstgebäude Am Listholze (310 Tsd. EUR) zuzüglich der Nebenkosten (40 Tsd. EUR) und das Dienstgebäude Am Klagesmarkt (767 Tsd. EUR).

Sonstige Anmietung für Dienstversammlungen: 5 Tsd. EUR

Zu 518 02

Anmietung von Kopiergeräten und eines Hochleistungskopierers für die zentrale Vervielfältigungsstelle.

Zu 525 01

In den Haushaltsjahren 2002/2003 sollen vermehrt Schulungen im Bereich Gesundheitsförderung, Frauenförderung und Personalentwicklung stattfinden.

Zu 531 01

Ausgaben für die Herstellung von Informationsbroschüren über das NLBV und sonstiger Öffentlichkeitsarbeit.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
532 01-3	012	Auslagen in Rechtssachen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	2.000	2.000	—	—
538 01-1	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	127.823	84
546 01-4	012	Vermischte Ausgaben * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	20.000	20.000	—	—
546 02-2	012	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	15.000	15.000	—	—
546 03-0	012	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	60.000	—	25.565	55
546 05-7	012	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
681 01-9	012	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	15.390	2
685 01-4	012	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	307	0
811 01-0	012	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	20.000	25.000	21.474	42
812 13-0	012	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen * *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	49
812 15-6	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	20.000	—	11
981 04-7	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	1.329.000	1.329.000	1.328.081	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken**	(—)	(8.059.000)	(8.059.000)	(5.792.528)	(4.765)
427 99-6	019	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	—	—
511 99-7	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	1.419.000	1.419.000	—	—
518 99-1	019	Ausgaben für die Anmietung von Software * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	921.000	921.000	921.348	1.071
519 99-8	019	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten und baulichen Anlagen	—	—	—	77.870	6
525 98-0	012	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn) * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	179.000	179.000	—	—
525 99-8	019	Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	214.487	319
538 98-4	012	Ausgaben für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (izn) * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	4.560.000	4.560.000	—	—
538 99-2	019	Ausgaben für Dienstleistungen Anderer * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	980.000	980.000	4.517.468	3.041

Zu 811 01

Kfz-Typ	Listenpreis incl. Sonderausstattung u. MwSt. HJ 2003 Tsd. EUR	Listenpreis incl. Sonderausstattung u. MwSt. HJ 2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffung:		
1 PKW mit geregeltem Katalysator	20	25

*) Sonderausstattungen

Radio, Winterpaket für Kombis, Schiebedach, Fahrer-/Beifahrerairbag, Trennwand, Rahmenkopfstützen vorn, Heckscheibenwischer, Innenleuchten für den Laderaum

Zu 812 15

Ersatzbeschaffung einer Frankiermaschine für die Poststelle Auestr.

Zu Titelgruppe 98/99

Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen.

525 98

Kosten für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN.

525 99

Schulungen der Gesellschaft für innovatives Personalmanagement (GIP) für das Verfahren KIDICAP und allgemeine Schulungen der Systemadministratoren.

538 98

Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechnerleistungen für das Verfahren KIDICAP beim IZN.

Softwareentwicklungskosten für das Verfahren SAMBA an das IZN.

Zu 538 99

Softwarepflegeentgelte und Lizenzgebühren an die Gesellschaft für inovatives Personalmanagement (GIP) für das Verfahren KIDICAP.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-7	019	Erwerb von Geräten, Programmen und Lizenzen zur Informationstechnik * *Vgl. D-Vermerk zu 511 01.*	—	—	—	61.355	328
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			3.681.506	
		Abschluss Kapitel 04 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		93.000	93.000	23.774	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.723.000	3.723.000	3.048.475	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	5.113	
		Summe der Einnahmen		3.816.000	3.816.000	3.077.362	
		4 Personalausgaben	—	42.529.000	43.330.000	40.473.711	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	11.866.000	11.981.000	10.793.781	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	15.697	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	20.000	45.000	82.829	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.329.000	1.329.000	1.328.081	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	55.744.000	56.685.000	52.694.099	
		Zuschuss		51.928.000	52.869.000	49.616.737	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.317.000	5.205.000	4.756.804	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		61.061.000	61.890.000	57.450.903	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		57.245.000	58.074.000	54.373.541	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0430 Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 01-6	019	Ablieferungen des Landesbetriebes * *Vgl. K-Vermerk zu 891 01.*		167.000	167.000	—	—
381 01-8	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-8	019	Zuschüsse für laufende Zwecke an den Landesbetrieb * *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 682 01 und 891 01.*	—	—	—	—	—
682 03-4	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke,der technischen u.baulichen Anlagen,Abführung an 1321-12404 * *Übertragbar.*	—	1.008.000	1.008.000	609.818	—
682 04-2	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Versorgung von Beamten; Abführung an 1350-28116	—	1.301.000	1.257.000	—	—
682 38-7	019	Zuschüsse an den Landesbetrieb für die Ausbildung in Kammerberufen	—	32.000	42.000	30.064	—
891 01-6	019	Zuschüsse für Investitionen an den Landesbetrieb * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 01.* *Vgl. D-Vermerk zu 682 01.*	—	8.497.000	8.775.000	4.292.295	—
		Abschluss Kapitel 04 30					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		167.000	167.000	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		167.000	167.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.341.000	2.307.000	639.882	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	8.497.000	8.775.000	4.292.295	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	10.838.000	11.082.000	4.932.177	
		Zuschuss		10.671.000	10.915.000	4.932.177	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 30

Das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN) wird seit dem 1. 5. 1997 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Es unterstützt die Landesverwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IuK-Technik). Zur Erfüllung dieser Aufgabe bietet es verschiedene Dienstleistungen als Pflichtaufgaben an.

Im Auftrag der Landesdienststellen kann das IZN als zentrale Beschaffungsstelle für IuK-Technik tätig werden. Es ist berechtigt, in Abstimmung mit dem IMA IuK-Technik oder der Koordinierungsstelle – IuK – im MF für die Landesverwaltung Rahmenverträge abzuschließen. Darüber hinaus kann es weitere IuK-Dienstleistungen anbieten.

Ein in Finanz- und Erfolgsplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 03

Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes zur Abführung an den Einzelplan 13 – Kapitel 13 21 – 381 04.

Zu 682 38

Zuschüsse für Ausbildungsplätze, die im Rahmen der Ausbildungsplatzinitiative des Landes Niedersachsen für die Ausbildung in Kammerberufen eingerichtet wurden.

Zu 891 01

Ersatz und Ergänzung des Anlagevermögens über eine Zuführung für Investitionen.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Netze und Netzdienste	6 715	6 845
2. Übrige Bereiche	1 782	1 930
Zusammen	8 497	8 775

Wirtschaftsplan für das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Plan 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11 599 000	11 114 000	7 155 000
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	11 857 000	10 362 000	7 633 000
62	Löhne	—	—	—
63	Dienstbezüge und Gehälter	20 549 000	18 583 000	16 589 000
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	5 681 000	5 160 000	3 660 000
65	Abschreibungen	6 919 000	4 317 000	—
66	Sonstige Personalaufwendungen	1 712 000	1 658 000	1 564 000
67	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	23 244 000	21 627 000	24 760 000
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	537 000	520 000	412 000
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	860 000	795 000	630 000
70	Betriebliche Steuern	6 843 000	6 426 000	6 397 000
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21 000	21 000	—
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Gesamtsumme:		89 822 000	80 583 000	68 800 000

KGr.	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Plan 2001 EUR
50 10	Umsatzerlöse für RZ-Leistungen	27 246 000	25 196 000	21 020 000
50 20	Umsatzerlöse für Netzleistungen	27 730 000	24 995 000	26 098 000
50 30	Umsatzerlöse Dezentrale Systeme	7 825 000	6 347 000	6 793 000
50 40	Umsatzerlöse Beratung und Unterstützungen	1 706 000	1 585 000	1 295 000
50 50	Umsatzerlöse Entwicklung	3 456 000	3 329 000	2 352 000
50 60	Umsatzerlöse Schulung	2 272 000	2 143 000	2 190 000
51	Umsatzerlöse für Waren und sonstige Umsatzerlöse	13 048 000	12 526 000	8 181 000
54	Sonstige betriebliche Erträge	4 185 000	2 142 000	217 000
57	Zinsen und sonstige Erträge	13 000	13 000	14 000
58	Außerordentliche Erträge	2 341 000	2 307 000	640 000
Gesamtsumme:		89 822 000	80 583 000	68 800 000

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11 114 000	7 155 000	9 335 643
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	10 362 000	7 633 000	5 694 843
62	Löhne	—	—	95 527
63	Dienstbezüge und Gehälter	18 583 000	16 589 000	9 876 673
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	5 160 000	3 660 000	2 127 193
65	Abschreibungen	4 317 000	—	1 890 802
66	Sonstige Personalaufwendungen	1 658 000	1 564 000	2 124 095
67	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	21 627 000	24 760 000	14 672 433
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	520 000	412 000	486 063
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	795 000	630 000	763 573
70	Betriebliche Steuern	6 426 000	6 397 000	4 837 175
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21 000	—	8
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
	Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)	—	—	1 484 727
Gesamtsumme:		80 583 000	68 800 000	53 388 754

KGr.	Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
50 10	Umsatzerlöse für RZ-Leistungen	25 196 000	21 020 000	18 419 711
50 20	Umsatzerlöse für Netzleistungen	24 995 000	26 098 000	12 939 685
50 30	Umsatzerlöse Dezentrale Systeme	6 347 000	6 793 000	1 685 384
50 40	Umsatzerlöse Beratung und Unterstützungen	1 585 000	1 295 000	2 223 815
50 50	Umsatzerlöse Entwicklung	3 329 000	2 352 000	2 412 252
50 60	Umsatzerlöse Schulung	2 143 000	2 190 000	2 395 091
51	Umsatzerlöse für Waren und sonstige Umsatzerlöse	12 526 000	8 181 000	11 156 002
54	Sonstige betriebliche Erträge	2 142 000	217 000	2 031 304
57	Zinsen und sonstige Erträge	13 000	14 000	12 241
58	Außerordentliche Erträge	2 307 000	640 000	113 269
Gesamtsumme:		80 583 000	68 800 000	53 388 754

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Plan 2001 EUR
Investitionsmittel			
02 Softwarelizenzen	433 000	403 000	305 000
05 Grundstücke und Bauten	210 000	174 000	550 000
07 technische Anlagen und Maschinen	10 665 000	9 860 000	4 780 000
08 Betriebs- und Geschäftsausstattung	311 000	224 000	591 000
42 Rückzahlung von Krediten	167 000	167 000	—
Sonstiger Finanzbedarf			
Im Vorjahre nicht gedeckter Finanzbedarf	—	—	—
verfügbare Deckungsmittel	1 345 000	1 701 000	1 409 000
Gesamtsumme:	13 131 000	12 529 000	7 635 000

Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Plan 2001 EUR
34 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	—	—	—
35 Zuweisungen für Investitionen	8 497 000	8 775 000	4 292 000
46 Kredite des Landes	—	—	—
Sonstige Deckungsmittel	—	—	—
65 Abschreibungen	2 933 000	2 345 000	—
im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	1 701 000	1 409 000	3 343 000
nicht gedeckter Finanzbedarf	—	—	—
Gesamtsumme:	13 131 000	12 529 000	7 635 000

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Investitionsmittel			
02 Softwarelizenzen	403 000	305 000	157 000
05 Grundstücke und Bauten	174 000	550 000	3 000
07 technische Anlagen und Maschinen	9 860 000	4 780 000	1 084 000
08 Betriebs- und Geschäftsausstattung	224 000	591 000	1 482 000
42 Rückzahlung von Krediten	167 000	—	—
Sonstiger Finanzbedarf			
Im Vorjahre nicht gedeckter Finanzbedarf	—	—	—
verfügbare Deckungsmittel	1 701 000	1 409 000	3 342 727
Gesamtsumme:	12 529 000	7 635 000	6 068 727

Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
34 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	—	—	1 484 727
35 Zuweisungen für Investitionen	8 775 000	4 292 000	1 176 000
46 Kredite des Landes	—	—	588 000
Sonstige Deckungsmittel	—	—	—
65 Abschreibungen	2 345 000	—	160 000
im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	1 409 000	3 343 000	2 660 000
nicht gedeckter Finanzbedarf	—	—	—
Gesamtsumme:	12 529 000	7 635 000	6 068 727

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	
I	1	1	1		
I a	2	2	1		
I b	4	4	5		
II a	5	5	5		
III	17	17	17		
IV a[1])[2])[6])[7])	190	180	184		
IV b[6])	13	13	15		
V b[6])	44	43	29		
V c[6])	24	24	20		
VI b[6])	29	29	26		
VII	7	7	6		
VIII[6])	12	12	15		
IX b	—	—	—		
	348	337	324	Zusammen	

[1]) 1 Stelle ku nach IV b nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[2]) 1 Stelle zum Ausgleich von Personalratstätigkeit.

[6]) Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aufgrund der Auftragslage besetzt werden.

Verg.-Gr.	2002	2003
IV a	93	97
IVb	3	3
Vb	5	6
Vc	12	12
VIb	7	7
VIII	2	2
	122	127

[7]) Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Verlagerung von Aufgaben im Bereich zentrale/dezentrale Systembetreuung unter im Einzelfall zu prüfenden Bedingungen genutzt werden.

BesGr.	Stellen
IVa	25

Erläuterungen zu den Übersichten der vollbeschäftigten Angestellten

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I a	1	Stelle gem. Nr.2 Abs.7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. IV a	13	Stellen neu entsprechend dem Bedarf
Verg.-Gr. V b	14	Stellen gem. Nr.2 Abs.7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. V c	4	Stellen neu entsprechend dem Bedarf
Verg.-Gr. VI b	3	Stellen gem. Nr.2 Abs.7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. VII	1	Stelle gem. Nr.2 Abs.7 der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	36	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	Stelle gem. Nr.2 Abs.7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. IV a	17	davon 12 Stellen gem. Nr.2 Abs.7 der Allgemeinen Bestimmungen 2 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 11 3 infolge Verlagerung nach Kapitel 05 20
Verg.-Gr. IV b	2	davon 1 Stelle gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 04 20
Verg.-Gr. VIII	3	davon 1 infolge Einsparung gemäß Nr. 8.2 der Allgemeinen Bestimmungen für Einzelplan 03 2 Stellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	23	
Bleibt Zugang	13	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (1 Stelle ku nach IV b) wurde angepasst.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (davon darf 1 Stelle (in Höhe von 100 v. H. nur für Personal ratstätigkeit verwendet werden) wurde angepasst.
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aufgrund der Auftragslage besetzt werden:

Verg.-Gr.	P53	Projekt Solum Star	Sonst.	Gesamt
IV a	22	12	55	89
IVb	—	2	1	3
Vb	—	—	5	5
Vc	6	1	1	8
VIb	—	—	7	7
VIII	—	—	2	2
	28	15	71	114)

wurde angepasst.

Erläuterungen für 2003:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	10	Stellen neu entsprechend dem Bedarf
Verg.-Gr. V b	1	Stelle neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	11	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Zu Kontengruppe					
50	**Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen**	**70 235 000**	**63 595 000**	**59 748 000**	**40 075 938**
5010	Rechenzentrumsleistungen	27 246 000	25 196 000	21 020 000	18 419 711
5020	Netzleistungen	27 730 000	24 995 000	26 098 000	12 939 685
5030	Systembetreuung	7 825 000	6 347 000	6 793 000	1 685 384
5040	Beratung	1 706 000	1 585 000	1 295 000	2 223 815
5050	Entwicklung	3 456 000	3 329 000	2 352 000	2 412 252
5060	Schulung	2 272 000	2 143 000	2 190 000	2 395 091
Zu Kontengruppe					
51	**Umsatzerlöse für Waren und sonstige Umsatzerlöse**	**13 048 000**	**12 526 000**	**8 181 000**	**11 156 001**
5110	Verkauf bezogener Waren	12 546 000	12 024 000	7 656 000	10 437 621
5120	Verkauf bezogener Leistungen	297 000	297 000	525 000	516 875
5130	Vermietung von Anlagen	205 000	205 000	—	201 505
Zu Kontengruppe					
52	**Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen**	**—**	**—**	**—**	**—**
5210	Bestandsveränderungen an nicht abgerechneten Leistungen	—	—	—	—
Zu Kontengruppe					
54	**Sonstige betriebliche Erträge**	**4 185 000**	**2 142 000**	**217 000**	**2 031 303**
5410	Sonstige Erlöse	—	—	—	—
5420	Erträge aus Anzeigen in IZN-mail	51 000	51 000	50 000	49 558
5425	Mieterträge	—	—	—	—
5430	Andere sonstige betriebliche Erträge	148 000	119 000	65 000	125 341
5440	Erträge aus Werterhöhung von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—	—
5460	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—	284
5470	Herabsetzung von Sonderposten	3 986 000	1 972 000	—	1 703 755
5480	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	—	—	102 000	152 365
5490	Periodenfremde Erträge	—	—	—	—
Zu Kontengruppe					
57	**Zinsen und sonstige Erträge**	**13 000**	**13 000**	**14 000**	**12 241**
5710	Zinserträge	—	—	—	—
5720	Erhaltene Skonti	13 000	13 000	14 000	12 241
Zu Kontengruppe					
58	**Außerordentliche Erträge**	**2 341 000**	**2 307 000**	**640 000**	**113 269**
5810	Erträge aus Zuführungen des Landes	2 341 000	2 307 000	640 000	113 269
5820	Zugang von Anlagen aus Haushalt	—	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Zu Kontengruppe					
60	**Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren**	**11 599 000**	**11 114 000**	**7 155 000**	**9 335 644**
6010	Papier, Vordrucke, Etiketten	300 000	289 000	271 000	190 695
6015	Datenträger	—	—	7 000	645
6020	Drucktücher, -bänder, Toner	32 000	31 000	37 000	21 585
6025	Mikrofilme	—	—	3 000	—
6030	Sonstiges RZ-Material	5 000	5 000	1 000	2 808
6035	Treibstoff	15 000	13 000	9 000	1 852
6040	Heizung	58 000	56 000	56 000	53 580
6045	Strom	422 000	384 000	324 000	263 919
6060	Reparaturmaterial	5 000	5 000	—	3 270
6070	Sonstiges Material	64 000	61 000	40 000	29 903
6080	Bezogene Waren	10 698 000	10 270 000	6 407 000	8 767 387
Zu Kontengruppe					
61	**Aufwendungen für bezogene Leistungen**	**11 857 000**	**10 362 000**	**7 633 000**	**5 694 844**
6105	Datenerfassung	205 000	205 000	362 000	198 708
6110	Beratung und Unterstützung	1 930 000	1 899 000	1 475 000	1 251 484
6115	Lehrvergütung für externe Lehrkräfte	366 000	348 000	617 000	372 336
6120	Lehrvergütung für eigene Mitarbeiter	10 000	10 000	11 000	8 412
6125	Lehrgangsunterlagen	92 000	87 000	142 000	82 281
6140	Porto Kuvertieranlage	4 809 000	3 740 000	1 923 000	1 044 570
6165	Instandhaltung Hardware	2 857 000	2 622 000	2 167 000	1 755 256
6166	Instandhaltung TK-Netze	31 000	28 000	—	26 813
6170	Softwarepflege	1 376 000	1 242 000	877 000	770 981
6175	Update Softwarelizenzen	102 000	102 000	15 000	107 688
6190	Transportkosten	28 000	28 000	11 000	27 991
6195	Sonstige Aufwendungen	51 000	51 000	33 000	48 324

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Zu Kontengruppe					
62	**Löhne**	—	—	—	**95 527**
6210	Löhne und Zulagen	—	—	—	88 861
6220	Urlaubs- und Weihnachtsgeld	—	—	—	6 666
Zu Kontengruppe					
63	**Dienstbezüge und Gehälter**	**20 549 000**	**18 583 000**	**16 589 000**	**9 876 674**
6310	Dienstbezüge und Zulagen für Beamte	4 027 000	3 891 000	2 490 000	2 377 136
6320	Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte	310 000	299 000	193 000	189 997
6330	Vergütungen und Zulagen für Angestellte	15 026 000	13 343 000	12 874 000	6 786 000
6340	Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Angestellte	1 186 000	1 050 000	1 032 000	523 541
	In diesem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen sowie für die Stellen der beamteten Hilfskräfte und der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:				
1	Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—	—
2	a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkung zur BBesO C	—	—	—	—
	b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkung zur BBesO C	—	—	—	—
3	Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	—	—	—	—
4	Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—	—
5	Auszubildende für Angestelltenberufe	87 000	84 000	41 000	33 944
6	Überstundenvergütungen für Angestellte	26 000	26 000	77 000	20 093
7	Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen/Arbeiter	—	—	—	—
8	Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen/Arbeiter	—	—	—	—
9	Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—	—
10	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	—	—	—	—
11	Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	26 000	26 000	26 000	25 612
12	Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	—
13	Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—	—
14	Vergütungen für studentische Hilfskräfte	—	—	—	—
15	Vergütungen für sonstige wissenschaftliche Beschäftigte	—	—	—	—
16	Vergütungen für sonstige Beschäftigte	—	—	—	—
17	Lehraufträge	—	—	—	—
18	Emeritierte Professoren	—	—	—	—
19	VBL-Versteuerung	—	—	—	—
Zu Kontengruppe					
64	**Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung**	**5 681 000**	**5 160 000**	**3 660 000**	**2 127 193**
6410	Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—	18 699
6420	Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	3 128 000	2 775 000	2 594 000	1 476 075
6430	Beihilfen und Unterstützungen	249 000	247 000	151 000	183 376
6440	Versorgungsbezüge	—	—	—	—
6450	Aufwendungen für Pensionsrückstellungen (Versorgungszuschlag)	1 301 000	1 257 000	—	—
6455	Aufwendungen für die Versorgungsrücklage	36 000	27 000	21 000	—
6460	VBL (Lohnbereich)	—	—	—	6 091
6470	VBL (Gehaltsbereich)	967 000	854 000	894 000	442 952
Zu Kontengruppe					
65	**Abschreibungen**	**6 919 000**	**4 317 000**	—	**1 890 801**
6510	Softwarelizenzen	561 000	478 000	—	439 976
6520	Verwaltungsgebäude	—	—	—	292 297
6530	Gebäudeeinrichtungen/Klimaanlage	—	—	—	6 344
6535	RZ-Hardware	842 000	718 000	—	354 253
6540	TK-Hardware	4 368 000	2 143 000	—	249 483
6545	Unterbrechungsfreie Stromversorgung	—	—	—	—
6550	Fuhrpark	—	—	—	—
6555	Telekommunikationsanlage	—	—	—	153
6560	Arbeitsplatzrechner	893 000	761 000	—	391 460
6570	Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	153 000	130 000	—	101 186
6580	Geringwertige Wirtschaftsgüter	102 000	87 000	—	55 649

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Zu Kontengruppe					
66	**Sonstige Personalaufwendungen**	**1 712 000**	**1 658 000**	**1 564 000**	**2 124 095**
6610	Personaleinstellungen	41 000	36 000	56 000	29 552
6620	Heimfahrten, Trennungsgeld, Umzugskosten	—	—	—	—
6630	Aus- und Fortbildung	938 000	894 000	641 000	503 622
6635	Reisekosten für Aus- und Fortbildung	174 000	169 000	25 000	90 340
6640	Rückstellungen für Jubiläums-Zuwendungen	—	—	1 000	-2 556
6641	Rückstellungen für Mehrarbeit	—	—	—	-106 860
6642	Rückstellungen für Urlaub	—	—	—	127 823
6645	Rückstellungen für Altersteilzeit	533 000	533 000	826 000	1 450 535
6650	Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—	—
6660	Kantine und Sozialeinrichtungen	—	—	9 000	—
6690	Übrige sonstige Personalaufwendungen	26 000	26 000	6 000	31 639
Zu Kontengruppe					
67	**Inanspruchnahme von Rechten und Diensten**	**23 244 000**	**21 627 000**	**24 760 000**	**14 672 432**
6710	Miete für Gebäude	1 473 000	1 468 000	753 000	44 288
6715	Miete für Dienstkraftwagen	7 000	6 000	8 000	4 319
6720	Miete, Leasing RZ – Hardware	3 865 000	3 736 000	3 356 000	3 709 542
6730	Miete, Leasing RZ – Software	3 828 000	3 700 000	3 276 000	3 339 314
6740	Gebühren für Netzinfrastruktur	13 223 000	11 901 000	16 706 000	7 119 781
6750	Gebühren für Datendienste	491 000	491 000	220 000	114 905
6760	Gebühren für Fernsprechdienste	337 000	307 000	423 000	324 871
6780	Kosten des Geldverkehrs	—	—	—	—
6790	Rechts- und Beratungskosten	20 000	18 000	18 000	15 412
Zu Kontengruppe					
68	**Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)**	**537 000**	**520 000**	**412 000**	**486 062**
6810	Büromaterial	110 000	102 000	93 000	101 255
6820	Fotokopien	—	—	12 000	—
6830	Zeitungen und Fachliteratur	46 000	43 000	19 000	41 494
6835	Onlinedienste	—	—	—	881
6840	Gebühren für Post, Telekom	199 000	194 000	120 000	192 489
6860	Reisekosten allgemein	51 000	51 000	37 000	44 757
6870	Bewirtung und Präsentation	3 000	2 000	3 000	1 666
6880	Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	128 000	128 000	128 000	103 520
Zu Kontengruppe					
69	**Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges**	**860 000**	**795 000**	**630 000**	**763 573**
6910	Versicherungsbeiträge	—	—	—	—
6920	Instandhaltung Gebäude	255 000	232 000	284 000	345 881
6925	Gebäudereinigung	126 000	115 000	74 000	68 600
6930	Müllabfuhr, Straßenreinigung	10 000	10 000	1 000	9 875
6935	Wasser-, Kanalgebühren	53 000	48 000	51 000	29 061
6940	Instandhaltung Geschäftsausstattung	118 000	118 000	4 000	116 885
6945	Entsorgung, Vernichtung von Abfall	20 000	18 000	30 000	17 423
6950	Gebäude-, Betriebssicherung	268 000	244 000	186 000	167 583
6960	Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—	—
6980	Sonstige Aufwendungen	10 000	10 000	—	8 265
6990	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—	—
Zu Kontengruppe					
70	**Betriebliche Steuern**	**6 843 000**	**6 426 000**	**6 397 000**	**4 837 175**
7007	Nicht abziehbare Vorsteuer (7 %)	8 000	8 000	—	7 748
7015	Nicht abziehbare Vorsteuer (15 %)	—	—	—	—
7016	Nicht abziehbare Vorsteuer (16 %)	6 834 000	6 417 000	6 397 000	4 828 088
7030	Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	—	1 339
Zu Kontengruppe					
75	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	**21 000**	**21 000**	—	**8**
7510	Zinsen für kurzfristige Kredite	—	—	—	—
7520	Zinsen für langfristige Kredite	—	—	—	—
7530	Gewährte Skonti	—	—	—	—
7540	Zinskostenerstattung an das Land	21 000	21 000	—	—
7590	Kursgewinne, -verluste	—	—	—	8
Zu Kontengruppe					
76	**Außerordentliche Aufwendungen**	—	—	—	—
7610	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—	—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 04					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		79.742.000	78.679.000	77.566.095	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		124.068.000	127.883.000	123.132.530	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		21.458.000	13.644.000	12.765.936	
		Summe der Einnahmen		225.268.000	220.206.000	213.464.561	
		4 Personalausgaben	4.100.000 5.100.000 4.601.627	578.389.000	580.565.000	560.905.855	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— 14.800.000 —	150.734.000	149.895.000	143.831.933	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.808.000	2.777.000	1.121.775	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	3.323.397	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.000.000 — —	30.510.000	33.059.000	28.696.818	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	44.810.000	37.083.000	35.091.190	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	8.100.000 19.900.000 4.601.627	807.251.000	803.379.000	772.970.968	
		Zuschuss		581.983.000	583.173.000	559.506.407	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		134.374.000	127.836.000	112.963.397	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		941.625.000	931.215.000	885.934.365	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		716.357.000	711.009.000	672.469.804	

Einzelplan 04

Finanzministerium

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 01 Ministerium

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 9[3])	1	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 3	5	5	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2[6])	15	15	15	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	14	14	14	Ministerialrat/-rätin
A 15	21	21	19	Direktor/-in
A 14[7])	11	11	10	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 13	59	57	54	Oberamtsrat/-rätin
A 12[9])[10])	46	47	47	Amtsrat/-rätin
A 11[8])[10])[11])	24	22	19	Amtmann/-männin/-frau
A 10[8])	1	1	—	Oberinspektor/-in
A 9[8])	1	1	—	Inspektor/-in
A 9[4])	12	12	12	Amtsinspektor/-in
A 9	4	4	5	Amtsinspektor/-in
A 8	3	3	3	Hauptsekretär/-in
A 6	1	1	1	Oberamtsmeister/-in
	223	220	210	Zusammen
				(Titel 422 31)
B 6	2	2	2	Ministerialdirigent/-in
B 3	1	2	3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	4	4	4	Ministerialrat/-rätin
A 16	1	2	3	Ministerialrat/-rätin
A 13[1])	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 13	5	7	8	Oberamtsrat/-rätin
	14	18	21	Zusammen
				Leerstellen:
B 2[2])	2	2	3	Ministerialrat/-rätin
A 16[2])	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 15[2])	1	1	1	Direktor/-in
A 13[2])	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[2])	3	3	4	Amtsrat/-rätin
A 11[2])	1	1	—	Amtmann/-männin/-frau
A 9[4])[2])	1	1	—	Amtsinspektor/-in
	10	10	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[2]) kw.

[3]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[6]) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.

[7]) Davon 1 kw zum 1. 1. 2004.

[8]) Davon je 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[9]) Davon 1 besetzbar ab 1. 1. 2004.

[10]) Davon 2 besetzbar ab 1. 1. 2004.

[11]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	davon 1 neu entsprechend dem Bedarf 1 Verlagerung von Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 12	2	davon 1 neu entsprechend dem Bedarf 1 Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 11	2	davon 1 Verlagerung von Kapitel 04 06 1 Verlagerung von Kapitel 05 20
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	1	Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	8	

Umwandlungen:		
Bes.-Gr. A 14	1	aus 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	aus 1 Stelle der Verg.-Gr. II a
Bes.-Gr. A 12	1	aus 1 Stelle der Verg.-Gr. III
Bes.-Gr. A 11	1	aus 1 Planstelle der Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in
Zusammen	4	

Titel 422 31:

Abgang:		
Bes.-Gr. B 3	1	Ausscheiden des Stelleninhabers
Bes.-Gr. A 16	1	
Bes.-Gr. A 13	1	
Zusammen	3	

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	aus 2 Planstellen der Bes.-Gr. A 12

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	neu gem. Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 9[4])	1	
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 2
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	2	
Bleibt Zugang/ Abgang	—	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 zu Bes.-Gr. A 16 und Bes.-Gr. A 12 (Davon 2 kw zum 1. 1. 2002) wurde gestrichen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 11 ist neu ausgebracht und ersetzt den bisher bei Kapitel 05 20 ausgebrachten Haushaltsvermerk Nr. 13 (kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003) für die nach Kapitel 04 01 verlagerte Planstelle.

Erläuterungen für 2003:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 11	2	
Zusammen	3	

Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Ausscheiden des Stelleninhabers
Bes.-Gr. A 16	1	
Bes.-Gr. A 13	2	
Zusammen	4	

Stellenhebungen:		
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	aus 2 Planstellen der Bes.-Gr. A 12

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 9 und 10 sind neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 01 Ministerium

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
Außertariflich				
(B 2)[8])	2	2	2	
I[8])	2	2	2	
II a	2	2	3	
III	6	6	3	
IV a[9])	3	3	—	
IV b[8])	2	2	2	
V b[3])[8])	9	9	9	
V c	28	28	26	
VI b[3])	20	20	19	
VII	3	3	3	
IX b–VII[5])	15	15	15	
	92	92	84	Zusammen
				Leerstellen:
IV a[7])	1	1	1	
V c[7])	2	2	1	
VI b[7])	1	2	2	
IX b–VII[7])	3	3	3	
	7	8	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[3]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[5]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[7]) kw.

[8]) Davon 1 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-in.

[9]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	4	davon 3 Abweichungen von den Stellenübersichten 1 Verlagerung von Kapitel 09 01
Verg.-Gr. IV a	3	davon 1 Abweichung von den Stellenübersichten 1 Verlagerung von Kapitel 05 20 1 Verlagerung von Kapitel 09 05
Verg.-Gr. V c	3	Verlagerung von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	11	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin
Verg.-Gr. III	1	Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 12
Verg.-Gr. V c	1	Einsparung für Umwandlungen und neue Stellen
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	8	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	neu gem. Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist neu ausgebracht und ersetzt den bisher bei Kapitel 05 20 im Stellenplan und in der Stellenübersicht ausgebrachten Haushaltsvermerk Nr. 13 (kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003) für die nach Kapitel 04 01 verlagerte Stelle.

Erläuterungen für 2003:

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	teilweiser Vollzug des HV Nr. 7

BEDARFSNACHWEISE

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	4	4	4	Kraftfahrdienst
2 a	6	6	6	Sonstige Dienste
	10	10	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 05 Oberfinanzdirektion

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1][2]
				Feste Gehälter:
B 7	1	1	1	Oberfinanzpräsident/-in
B 3	2	2	2	Finanzpräsident/-in
B 2	4	4	4	Abteilungsdirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	8	8	8	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[5])	28	28	28	Direktor/-in
A 14	9	9	9	Oberrat/-rätin
A 13	—	—	2	Rat/Rätin
A 13[5])	56	54	52	Oberamtsrat/-rätin
A 12	74	71	69	Amtsrat/-rätin
A 11	89	94	94	Amtmann/-männin/-frau
A 10	16	16	13	Oberinspektor/-in
A 9	4	4	7	Inspektor/-in
A 9[4])	19	19	19	Amtsinspektor/-in
A 9	31	31	31	Amtsinspektor/-in
A 8	10	10	9	Hauptsekretär/-in
	351	351	348	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[3])	1	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 11[3])	12	12	12	Amtmann/-männin/-frau
A 10[3])	2	2	—	Oberinspektor/-in
A 9[3])[4])	2	2	2	Amtsinspektor/-in
	17	17	14	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 05, 04 06 und 04 07 mit vorheriger Zustimmung des MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

[2]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) und § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[3]) kw.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[5]) Davon darf eine Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2a) der VO 2003	§ 3 Nr. 2a) der VO 2002
A 13	8	8
A 12	16	16
A 11	59 (7)**)	59 (7)**)
A 10	10	10
A 9	2	2
Insgesamt	95	95

**) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die Obergrenzen nach § 1 Nr. 11 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG angerechnet worden.

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2b) der VO 2003	§ 3 Nr. 2b) der VO 2002	§ 3 Nr. 4 der VO 2003	§ 3 Nr. 4 der VO 2002
A 9[4])	8 (7)*)	8 (7)*)	11 (6)*)	11 (6)*)
A 9	8 (4)*)	8 (4)*)	5	5
A 8	9	9	—	—
Insgesamt	25	25	16	16

*) Die in den Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Von den Planstellen entfallen auf den Bereich der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 11 der VO 2003	§ 3 Nr. 11 der VO 2002
A 13	48	46
A 12	58	55
A 11	30	35
A 10	6	6
A 9 (g.D.)	2	2
Insgesamt	144	144

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	2	davon 1 Verlagerung von Kapitel 04 06 1 Verlagerung von Kapitel 04 07
Bes.-Gr. A 10	3	Verlagerung von Kapitel 04 06
Bes.-Gr. A 8	1	Verlagerung von Kapitel 04 06
Zusammen	6	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	3	Verlagerung nach Kapitel 04 06
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	3	
Umwandlungen:		
Abgang:		
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –
Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	neu gem. Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 10	2	
Zusammen	3	

Erläuterungen für 2003:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	Verlagerung von Kapitel 04 06
Bes.-Gr. A 12	3	Verlagerung von Kapitel 04 06
Zusammen	5	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 11	5	Verlagerung nach Kapitel 04 06

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 05 Oberfinanzdirektion

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	8	8	8	Verwaltungsdienst
III	3	3	3	
IV a[5])	12	12	12	
V b	4	4	3	
V c	40	40	37	
VI b[1])[4])	33	33	33	
VII	12	12	12	
VIII	19	19	19	
IX b	8	8	8	
IX b–VII[2])	26	26	27	
	165	165	162	Zusammen
				Leerstellen:
V c[3])	3	3	2	
VIII[3])	1	1	1	
IX b[3])	—	—	1	
IX b–VII[3])	6	6	2	
	10	10	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die 1. Sekretärin des/der Oberfinanzpräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) kw.

[4]) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. VII.

[5]) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV b,
1 ku nach Verg.-Gr. V c.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

	Stellen	
Zugang:		
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerung von Kap. 04 07
Verg.-Gr. V c	3	Verlagerungen von Kap. 04 20
Zusammen	4	
Abgang:		
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Verlagerung nach Kap. 04 20
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	3	

	Stellen	
Leerstellen:		
Zugang:		
Verg.-Gr. V c	1	neu gem. Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. IX b–VII	4	
Zusammen	5	
Abgang:		
Verg.-Gr. IX b	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 3)
Bleibt Zugang	4	

BEDARFSNACHWEISE

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
5	1	1	1	
4	30	30	30	
3	8	8	8	
2 a	11	11	11	
	50	50	50	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 06 Finanzämter

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1][2][3][4]
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[5]	6	6	6	Leitende(r) Direktor/-in
A 16	22	22	22	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	65	65	65	Direktor/-in
A 14[14]	120	120	127	Oberrat/-rätin
A 13	45	45	38	Rat/Rätin
A 13[8][23]	376	378	376	Oberamtsrat/-rätin/
A 12[8]	767	770	767	Amtsrat/-rätin
A 11[7]	1 458	1 453	1 443	Amtmann/-männin/-frau
A 10[24][25]	949	874	804	Oberinspektor/-in
A 9	848	898	945	Inspektor/-in
A 9[6]	450	450	449	Amtsinspektor/-in
A 9[7]	1 137	1 147	1 154	Amtsinspektor/-in
A 8	1 195	1 205	1 217	Hauptsekretär/-in
A 7	688	693	699	Obersekretär/-in
A 6	404	404	404	Sekretär/-in
A 6	14	14	14	Oberamtsmeister/-in
A 5	11	11	11	Oberamtsmeister/-in
	8 555	8 555	8 541	Zusammen
				Leerstellen:
A 14[10]	5	5	5	Oberrat/-rätin, soweit sie am Nieders. Finanzgericht in freien Planstellen der Bes.-Gr. R 2 geführt werden (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen –)
A 14[11]	4	4	5	Oberrat/-rätin
A 12[11]	3	3	4	Amtsrat/-rätin
A 11[11]	62	62	61	Amtmann/-männin/-frau
A 10[11]	116	116	122	Oberinspektor/-in
A 9[11]	75	75	55	Inspektor/-in
A 9[6][11]	5	5	4	Amtsinspektor/-in
A 9[11]	14	14	15	Amtsinspektor/-in
A 8[11]	67	67	78	Hauptsekretär/-in
A 7[11]	166	166	175	Obersekretär/-in
A 6[11]	32	32	46	Sekretär/-in
A 6[11]	1	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5[11]	2	2	2	Oberamtsmeister/-in
	552	552	573	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk

Bei Vorliegen eines unabweisbaren Bedarfs dürfen mit Zustimmung des MF vorübergehend bis zu jeweils 25 Planstellen der Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in) und der Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in) gegen Einsparung entsprechender Stellen im Tarifbereich in Abweichung vom Stellenplan ausgebracht werden.

[1]) Beamte/-innen des mittleren Dienstes, die im Vollstreckungsdienst der Steuerverwaltung tätig sind (Vollziehungsbeamte/-innen), erhalten eine Vergütung nach der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung.

[2]) Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 05, 04 06 und 04 07 mit vorheriger Zustimmung des MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

[3]) Beamte/-innen, die im Aufsichtsdienst über die öffentlichen Spielbanken im Land Niedersachsen eingesetzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 76,70 EUR monatlich.

[4]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) und § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.

[6]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[7]) Davon dürfen 2 Planstellen (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[8]) Davon darf 1 Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[10]) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.

[11]) kw.

[14]) Davon 9 Planstellen ku nach Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.

[23]) Davon 2 kw zum 31. 12. 2004.

[24]) Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)
50 besetzbar ab 1. 7. 2002
50 besetzbar ab 1. 7. 2003

[25]) Davon für Verwendungsaufsteiger/-innen
– 25 besetzbar ab 1. 9. 2002
– 25 besetzbar ab 1. 7. 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1a) der VO 2003	§ 2 Nr. 1a) der VO 2002	§ 2 Nr. 1b) der VO 2003	§ 2 Nr. 1b) der VO 2002
A 13	172 *)	172 *)	—	—
A 12	241	241	144 **) (2)***)	144 **) (2)***)
A 11	112	112	303	303
A 10	—	—	30	30
Insgesamt	525	525	477	477

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1c) der VO 2003	§ 2 Nr. 1c) der VO 2002	§ 2 Nr. 1e) der VO 2003	§ 2 Nr. 1e) der VO 2002
A 13	—	—	82 (1)***)	82 (1)***)
A 12	—	—	44	44
A 11	520	520	—	—
A 10	492	492	—	—
Insgesamt	1 012	1 012	126	126

*) Höchstens 50 v.H. von 445 Planstellen.
**) Höchstens 40 v.H. von 354 Planstellen. Gem. Art. 2 der ÄnderungsVO vom 3. 7. 1986 (BGBl. I S. 993).
***) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die Obergrenzen nach § 1 Nr. 11 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG anzurechnen.

Von den Planstellen entfallen auf den Bereich der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) in der jeweils geltenden Fassung.

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 11 der VO 2003	§ 1 Nr. 11 der VO 2002
A 13	122	124
A 12	338	341
A 11	523	518
A 10	427	352
A 9	848	898
Insgesamt	2 258	2 233

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1d) der VO 2003	§ 2 Nr. 1d) der VO 2002	§ 3 Nr. 4) der VO 2003	§ 3 Nr. 4) der VO 2002
A 9[6])	78	78	372	372
A 9	185	185	822	832
A 8	176	176	501	511
A 7	—	—	113	118
A 6	—	—	10	10
Insgesamt	439	439	1 818	1 843

Aufsichtsdienst bei den öffentlichen Spielbanken

Bes.-Gr.	Aufsichtsdienst 2003	Aufsichtsdienst 2002
A 11	6	6
A 10	1	1
A 9[6])	2	2
A 9 Amtsinspektor/-in	17	17
A 8	1	1
A 7	3	3
	30	30

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 12	4	davon 1 Verlagerung von Kapitel 04 07 1 gemäß Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 2 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 11	2	gemäß Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 9 Steuerinspektor/-in	3	Verlagerung von Kapitel 04 05
Bes.-Gr. A 9[6])	2	davon 1 Verlagerung von Kapitel 04 20 1 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	3	davon 2 Verlagerungen von Kapitel 04 20 1 gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	16	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 12	1	Verlagerung nach Kapitel 04 05
Bes.-Gr. A 11	2	davon 1 Verlagerung nach Kapitel 04 01 1 Verlagerung nach Kapitel 04 07
Bes.-Gr. A 10	5	davon 3 Verlagerung nach Kapitel 04 05 2 Teilweiser Vollzug des HV Nr. 7
Bes.-Gr. A 9[6])	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 8
Bes.-Gr. A 8	2	davon 1 Verlagerung nach Kapitel 04 05 1 teilweiser Vollzug des HV Nr. 8
Bes.-Gr. A 7	1	teilweiser Vollzug des HV Nr. 8
Zusammen	12	
Bleibt Zugang	4	
Hebungen:		
Bes.-Gr. A 10	50	von Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)
Umwandlungen:		
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	7	von Bes.-Gr. A 14 (teilweiser Vollzug des HV Nr. 14)
Bes.-Gr. A 11	10	von Verg.-Gr. IV a
Bes.-Gr. A 10	25	davon 10 von Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in) 10 von Bes.-Gr. A 8 5 von Bes.-Gr. A 7

Leerstellen: Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	neu gem. Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	20	
Bes.-Gr. A 9[6])	1	
Zusammen	22	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 10	6	
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 8	11	
Bes.-Gr. A 7	9	
Bes.-Gr. A 6 Sekretär/-in	14	
Zusammen	43	
Bleibt Abgang	21	

Erläuterungen zum Stellenplan

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk wurde neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 14 (Davon ku nach Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin, 6 Planstellen zum 1. 1. 2003, 10 Planstellen nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.) wurde teilweise vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 19 zu Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in (Davon 12 kw zum 31. 12. 2001.) wurde gestrichen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 23 (Davon 2 kw zum 31. 12. 2002.) wurde geändert.
Die bisherigen Haushaltsvermerke Nr. 24 – zu Bes.-Gr. A 9 [6]) (Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in 12 besetzbar ab 1. 7. 2001, 11 besetzbar ab 1. 1. 2002.), 25 zu Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in (Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 8 54 besetzbar ab 1. 7. 2001, 55 besetzbar ab 1. 1. 2002.), 26 – zu Bes.-Gr. A 8 (Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 7 134 besetzbar ab 1. 7. 2001, 135 besetzbar ab 1. 1. 2002.) und 27 – zu Bes.-Gr. A 8 (Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 6 4 besetzbar ab 1. 7. 2001, 3 besetzbar ab 1. 1. 2002.) wurden gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 24 und 25 wurden neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

	Stellen	
Zugang:		
Bes.-Gr. A 11	5	Verlagerung von Kapitel 04 05
Abgang:		
Bes.-Gr. A 13	2	Verlagerung nach Kapitel 04 05
Oberamtsrat/-rätin		
Bes.-Gr. A 12	3	Verlagerung nach Kapitel 04 05
Zusammen	5	
Hebungen:		
Bes.-Gr. A 10	50	von Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)
Umwandlungen:		
Bes.-Gr. A 10	25	davon 10 von Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in) 10 von Bes.-Gr. A 8 5 von Bes.-Gr. A 7

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13	17	17	17	Assessor/-in
A 9	39	39	39	Inspektor/-in z. A.
A 6	278	278	278	Sekretär/-in z. A.
	334	334	334	Zusammen
				Leerstellen:
A13[5])	—	—	1	Assessor/-in
A 9[5])	12	12	19	Inspektor/-in z. A.
A 6[5])	15	15	12	Sekretär/-in z. A.
	27	27	32	Zusammen
				Angestellte[1])*)
II a	14	14	2	
III	16	16	16	
IV a	92	92	102	
IV b	25	25	25	
V c[10])	863	863	765	
VI b	272	176	262	
VII[2])	833	979	1 011	
VIII	28	28	28	
IX b	92	92	92	
IX b–VII[3])[4])	139	139	156	
X[11])	51	14	1	
	2 425	2 438	2 460	Zusammen
IV a[5])	2	2	1	Leerstellen
IV b[5])	1	1	1	
V c[5])	11	11	8	
VI b[5])	27	27	30	
VII[5])	72	72	69	
VIII[5])	15	15	11	
IX b–VII[5])	24	24	29	
	152	152	149	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Allgemeiner Haushaltsvermerk
188 Stellen der Verg.-Gr. VII bis X sowie die Verg.-Gr. IX b–VII kw ab 1. 1. 2004 in den Aufgabenbereichen Bürobetriebsdienst, Datenerfassung und Schreibdienst.

[1]) Angestellte, die im Aufsichtsdienst über die öffentlichen Spielbanken im Land Niedersachsen eingesetzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 76,70 EUR monatlich.

[2]) Die am 31. 12. 1983 als Bedienungskräfte von Datenerfassungsgeräten des Typs Nixdorf 720 tätigen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf-Systems 8860 für ihre Person eine jederzeit widerrufliche außertarifliche Stellenzulage in Höhe von 8 v. H. der Anfangsvergütung der jeweiligen Vergütungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit zwei Halbtagskräften gilt dies entsprechend.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) kw.

[10]) Davon dürfen 2 Stellen (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[11]) Davon
13 Stellen der Verg.-Gr. X kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)
50 Stellen der Verg.-Gr. X kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2002)

Angestellte

Aufsichtsdienst bei den öffentlichen Spielbanken

Verg.-Gr.	Aufsichtsdienst 2003	Aufsichtsdienst 2002
IV a	1	1
V c	54	54
VI b	2	2
VII	1	1
VIII	2	2
	60	60

Erläuterungen für 2002:

Beamtete Hilfskräfte

Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6	3	neu gem. Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Abgang:		
Bes.-Gr. A 13	1	infolge teilweisen Vollzugs
Bes.-Gr. A 9	7	des kw-Vermerks (HV Nr. 5)
Zusammen	8	
Bleibt Abgang	5	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	12	neu entsprechend dem Bedarf
Verg.-Gr. V c	12	davon 4 Verlagerungen von Kap. 04 20 8 neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	24	
Abgang:		
Verg.-Gr. IV a	10	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 11
Verg.-Gr. IX b–VII	17	davon 10 Verlagerungen nach Kap. 04 20 7 gemäß ZV 2002
Verg.-Gr. X	19	gemäß ZV 2002
Zusammen	46	
Bleibt Abgang	22	
Umwandlungen:		
Verg.-Gr. V c	86	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. X	32	von Verg.-Gr. VII
Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	neu gem. Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. V c	3	
Verg.-Gr. VII	3	
Verg.-Gr. VIII	4	
Zusammen	11	
Abgang:		
Verg.-Gr. VI b	3	infolge teilweisen Vollzugs
Verg.-Gr. IX b–VII	5	des kw-Vermerks (HV Nr. 5)
Zusammen	8	
Bleibt Zugang	3	

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. X	13	gemäß ZV 2003
Umwandlungen:		
Verg.-Gr. VI b	96	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. X	50	von Verg.-Gr. VII

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk (Nach Umwandlung von Angestelltenstellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen sollen gem. ZV 2001 bis 2003 in Abgang gestellt werden: 19 Stellen der Verg.-Gr. X zum 31. 12. 2001, 13 Stellen der Verg.-Gr. X zum 31. 12. 2002, 24 Stellen der Verg.-Gr. X zum 31. 12. 2003) wurde geändert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 zu Verg.-Gr. IX b–VII (7 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).) wurde vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 11 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 06 Finanzämter

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 9[1])[2])[6])[7])	700	650	559	Finanzanwärter/-in
A 6[3])	221	221	221	Steueranwärter/-in
	921	871	780	Zusammen
				Leerstellen:
A 9[5])	40	40	40	Finanzanwärter/-in
				Arbeiter/-innen
5	12	12	12	
4	39	39	39	
3	42	42	42	
2 a	62	62	62	
1	1	1	1	
	156	156	156	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon 41 besetzbar ab 1. 8. 2002.
[2]) Davon 50 besetzbar ab 1. 8. 2003.
[3]) Davon 50 kw ab 1. 8. 2003.
[5]) kw.
[6]) Davon 50 besetzbar ab 1. 3. 2002.
[7]) Davon 50 ku nach Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in zum 1. 3. 2005.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	91	entsprechend dem Bedarf

Erläuterungen für 2003:

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	50	entsprechend dem Bedarf

Sonstige Veränderungen:

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Bes.-Gr. A 9 (Davon 60 besetzbar ab 1. 8. 2001.) wurde vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 1 bis 3 sowie 6 und 7 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 07 Landesfinanzschule Niedersachsen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 13	4	4	4	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	4	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	—	Amtmann/-männin/-frau
A 9[2])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	1	Amtsinspektor/-in
	12	12	13	Zusammen
				Leerstellen:
A 12[3])	1	1	1	Amtsrat/-rätin

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 05, 04 06 und 04 07 mit vorheriger Zustimmung des MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

[2]) Der (die) Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) kw

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

	Stellen	
Zugang:		
Bes.-Gr. A 11	1	Verlagerung von Kapitel 04 06
Abgang:		
Bes.-Gr. A 12	2	davon 1 Verlagerung nach Kap. 04 05 1 Verlagerung nach Kap. 04 06
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V b	—	—	1	
V c	1	1	1	
VI b	2	2	2	
VII	1	1	1	
VIII	1	1	1	
IX b–VII	1	1	1	
	6	6	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

	Stellen	
Abgang:		
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerung nach Kap. 04 05

BEDARFSNACHWEISE

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
5	1	1	1	
4	2	2	2	
3	2	2	2	
2 a	1	1	1	
2	3	3	3	
	9	9	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 10 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen*) (Titel 422 01)
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	1	Finanzpräsident/-in
B 2	1	1	1	Abteilungsdirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[5])	4	4	4	Leitende(r) Direktor/-in
A 16	11	11	11	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	28	28	28	Direktor/-in
A 14	32	32	32	Oberrat/-rätin
A 13	20	20	20	Rat/Rätin
A 13[3])	5	5	3	Oberamtsrat/-rätin
A 13	17	17	17	Oberamtsrat/-rätin
A 12	55	55	53	Amtsrat/-rätin
A 11	49	49	50	Amtmann/-männin/-frau
A 10[7])	14	17	18	Oberinspektor/-in
A 9[6])[8])	2	2	2	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in
	241	244	241	Zusammen
				Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[4])	—	—	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[4])	2	2	4	Direktor/-in
A 14[4])	3	4	5	Oberrat/-rätin
A 13[3])[4])	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 13[4])	1	1	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12[4])	1	1	2	Amtsrat/-rätin
	8	9	15	Zusammen
				Leerstellen:
B 2[4])	1	1	1	Abteilungsdirektor/-in
A 16[4])	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 13[4])	—	1	—	Rat/Rätin
A 12[4])	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11[4])	—	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10[4])	1	1	2	Oberinspektor/-in
	4	6	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zum Stellenplan des Kap. 04 10:

46 Stellen in versch. Bes.-Gr.'en, Verg.-Gr.'en und LGr'en kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 in den Aufgabenbereichen, in denen nach dem Beschluss der Landesregierung, zuletzt vom 3. 4. 2001, Personal abzubauen und Stellen einzusparen sind.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[4]) kw.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A und B.

[6]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[7]) 3 Stellen kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[8]) Davon ist 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 9 (m. D.) nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (m. D.)	1	Verlagerung von Kap. 04 20
Bes.-Gr. A 12	3	Stellenumwandlungen von Verg.-Gr. III BAT
Zusammen	4	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	Stelle infolge ZV bis 2003 (2001) Vollzug HV Nr. 1
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	3	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13[3]) Oberamtsrat/-rätin	2	von Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12	1	von Bes.-Gr. A 11
Zusammen	5	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	1	neu gem. Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 4
Zusammen	1	

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin
Bes.-Gr. A 15	2	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Bes.-Gr. A 10 (1 Stelle kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).) wurde vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (kw) wurde teilweise vollzogen.
Der Allgemeine Haushaltsvermerk (10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2002, der Einsparbetrag soll mindestens 636 000 DM betragen. 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003, der Einsparbetrag soll mindestens 636 000 DM betragen) wurde konkretisiert durch die neu ausgebrachten Haushaltsvermerke Nr. 7 zum Stellenplan und Nr. 4 bis 5 und 8 bis 10 zu den Stellenübersichten.
Der Allgemeine Haushaltsvermerk zum Stellenplan wurde neu ausgebracht, der Haushaltsvermerk Nr. 2 (Davon ist eine Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.) wurde durch den Haushaltsvermerk Nr. 8 ersetzt.

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	3	Stellen infolge ZV bis 2003 (2002) Vollzug HV Nr. 7
Zusammen	3	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 4
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	2	

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der HV Nr. 7 wurde vollzogen.

Von den ausgebrachten Planstellen für planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01) entfallen auf Ämter nach der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG:

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 9 der VO (geh. techn. Dienst) 2003	2002	§ 1 Nr. 12 der VO (höh. techn. Dienst) 2003	2002
B 2	—	—	1	1
A 16[5])	—	—	4	4
A 16	—	—	11	11
A 15	—	—	25	25
A 14	—	—	32	32
A 13 (h.D.)	—	—	19	19
A 13[3])	5	5	—	—
A 13 (g.D.)	15	15	—	—
A 12	52	52	—	—
A 11	47	47	—	—
A 10	11	14	—	—
Insgesamt	130	133	92	92

Die ausgebrachten Planstellen für planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01) verteilen sich auf die:

Bes.-Gr.	Mittelinstanz- 2003	2002	Ortsinstanz- 2003	2002	Zusammen 2003	2002
B 3	1	1	—	—	1	1
B 2	1	1	—	—	1	1
A 16[5])	—	—	4	4	4	4
A 16	2	2	9	9	11	11
A 15	10	10	18	18	28	28
A 14	4	4	28	28	32	32
A 13 (h.D.)	3	3	17	17	20	20
A 13[3])	1	1	4	4	5	5
A 13 (g.D.)	4	4	13	13	17	17
A 12	10	10	45	45	55	55
A 11	4	4	45	45	49	49
A 10	1	1	13	16	14	17
A 9 [6])	1	1	1	1	2	2
A 9 (m.D.)	1	1	—	—	1	1
A 8	—	—	1	1	1	1
Insgesamt	43	43	198	201	241	244

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 10 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13[4])	—	1	1	Assessor/-in
	—	1	1	Zusammen
				Angestellte (Titel 425 01)*)
I a	3	3	3	
I b	3	3	3	
II a	58	58	58	
III[6])[9])	207	207	240	
IV a[5])[10])	164	167	315	
IV b[8])	1	1	24	
V b[6])	6	6	7	
V c	6	6	9	
VI b	13	13	21	
VII[5])[8])	20	23	48	
VIII	—	—	12	
IX b – VII[8])	36	36	59	
	517	523	799	Zusammen
				Leerstellen
III[7])	1	1	1	
VI b[7])	1	1	1	
VII[7])	1	1	1	
IX b – VII[7])	3	3	2	
	6	6	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Stellenübersichten des Kap. 04 10:

Hinweis auf den allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan des Kapitels 04 10.

[4]) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)

[5]) 3 Stellen kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)

[6]) Davon darf eine Stelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) kw.

[8]) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)

[9]) 3 Stellen kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)

[10]) 4 Stellen kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte (Titel 425 01)

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III	3	Umwandlung nach Bes.-Gr. A 12 BBesO
Verg.-Gr. IV a	5	Stellen infolge ZV bis 2003 (2001); Vollzug HV Nr. 2
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung nach Kap. 04 20
Verg.-Gr. V c	2	Stellen infolge ZV bis 2003 (2001); Vollzug HV Nr. 3
Verg.-Gr. VI b	1	Stelle infolge ZV bis 2003 (2001); Vollzug HV Nr. 1
Verg.-Gr. VII	1	Stelle infolge ZV bis 2003 (2001); Vollzug HV Nr. 1
Verg.-Gr. III	30	infolge Personalumsetzung in den Titelgruppenbereich
Verg.-Gr. IV a	141	
Verg.-Gr. IV b	23	
Verg.-Gr. V b	1	
Verg.-Gr. VI b	7	
Verg.-Gr. VII	26	
Verg.-Gr. VIII	12	
Verg.-Gr. IX b – VII	23	
Zusammen	276	

Umwandlungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	2	von Verg.-Gr. IV a
Zusammen	2	

Leerstellen: Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	neu gem. Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 zu Verg.-Gr. VI b und VII (1 Stelle kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)), 2 zu Verg.-Gr. IV a (5 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)) und 3 zu Verg.-Gr. V c (2 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)) wurden vollzogen, die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 5 sowie 8 bis 10 wurden neu ausgebracht.
Der Allgemeine Haushaltsvermerk zu den Stellenübersichten wurde neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Stelle infolge ZV bis 2003 (2002); Vollzug HV Nr. 4
Zusammen	1	

Angestellte (Titel 425 01)

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	3	Stellen infolge ZV bis 2003 (2002); Vollzug HV Nr. 5
Verg.-Gr. VII	3	Stellen infolge ZV bis 2003 (2002); Vollzug HV Nr. 5
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 5 wurden vollzogen.

Die ausgebrachten Stellen für Angestellte (Titel 425 01) verteilen sich auf die:

Bes.-Gr.	Mittelinstanz- 2003	2002	Ortsinstanz- 2003	2002	Zusammen 2003	2002
I a	3	3	—	—	3	3
I b	2	2	1	1	3	3
II a	27	27	31	31	58	58
III	49	49	158	158	207	207
IV a	9	12	155	155	164	167
IV b	1	1	—	—	1	1
V b	1	1	5	5	6	6
V c	6	6	—	—	6	6
VI b	4	4	9	9	13	13
VII	8	11	12	12	20	23
IX b–VII	8	8	28	28	36	36
Insgesamt	118	124	399	399	517	523

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 10 Staatliches Baumanagement Niedersachsen

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst (Titel 422 04)
A 13	22	22	22	Referendar/-in
A 9	17	17	17	Inspektoranwärter/-in
	39	39	39	Zusammen
				Arbeiter/-innen (Titel 426 01)*)
4	18	18	21	Kraftfahrdienst
1–8	10	10	14	Sonstige Dienste
	28	28	35	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Bedarfsnachweisen des Kap. 04 10:

Hinweis auf den Allgemeinen Haushaltsvermerk zum Stellenplan des Kapitels 04 10.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Arbeiter/-innen (Titel 426 01)

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	3	infolge Personalumsetzung in den Titelgruppenbereich
Lohn-Gr. 1–8	4	
Zusammen	7	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk zu den Bedarfsnachweisen wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 20 Landesamt für Bezüge und Versorgung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)
				Feste Gehälter:
B 4	—	—	1	Präsident/-in des Landesamtes für Bezüge und Versorgung
B 3	1	1	—	Präsident/-in des Landesamtes für Bezüge und Versorgung
B 2	2	2	2	Abteilungsdirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter[1]):
A 16	2	2	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	8	8	8	Direktor/-in
A 14	3	3	3	Oberrat/-rätin
A 13	17	17	16	Oberamtsrat/-rätin
A 12[4])	24	24	22	Amtsrat/-rätin
A 11	66	66	65	Amtmann/-männin/-frau
A 10	76	76	72	Oberinspektor/-in
A 9[7])[8])	14	15	12	Inspektor/-in
A 9[2])[4])	23	23	21	Amtsinspektor/-in
A 9	70	70	56	Amtsinspektor/-in
A 8	132	132	140	Hauptsekretär/-in
A 7	5	5	4	Obersekretär/-in
A 6[9])	6	6	—	Sekretär/-in
	449	450	424	Zusammen
				Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)
B 2[5])	1	2	2	Abteilungsdirektor/-in
A 15[5])	3	3	3	Direktor/-in
A 14[5])	—	1	—	Oberrat/-rätin
A 13[5])	2	2	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12[5])	—	—	1	Amtsrat/-rätin
A 11[5])	1	2	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10[5])	2	2	2	Oberinspektor/-in
A 9[2])[5])	—	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9[5])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 6[5])	—	—	—	Sekretär/-in
	10	14	15	Zusammen
				Leerstellen:
A 12[5])	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11[5])	4	4	5	Amtmann/-männin/-frau
A 10[5])	15	15	17	Oberinspektor/-in
A 9[5])	2	2	7	Inspektor/-in
A 9[5])	2	2	7	Amtsinspektor/-in
A 8[5])	21	21	17	Hauptsekretär/-in
A 7[5])	1	1	—	Obersekretär/-in
A 6[5])	1	1	—	Sekretär/-in
A 5[5])	—	—	1	Assistent/-in
	47	47	55	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk

265 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV nach 2003 in den Arbeitsbereichen Besoldung, Vergütung sowie im Bereich des Schreibdienstes. Dabei handelt es sich um Planstellen/Stellen der Besoldungsgruppen bzw. Vergütungsgruppen A 10, A 9 (g.D.), A 9 (m. D.), A 8, V b, V c sowie IX b–VII. Darin sind 16 Stellen für Bedienstete enthalten, die vorübergehend in den Geschäftsbereichen des ML und des MJ eingesetzt sind.

[1]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4]) 1 Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[5]) kw.

[7]) 1 Stelle kw zum 30. 4. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[8]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[9]) 6 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597ff.).

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO 2002	§ 3 Nr. 4 der VO 2003
A 9 mit Amtszulage	23	23
A 9	70	70
A 8	132	132
Insgesamt	225	225

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Überleitung von Bes.-Gr. B 4 gem. Artikel 1 § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Nr. 3 d) aa) bbb) und bb) aaa) des Gesetzes zur Änderung des LBesG und anderer dienstrechtlicher Vorschriften
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 10	6	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	4	
Bes.-Gr. A 9[2]) (Amtsinspektor/-in)	1	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	10	
Bes.-Gr. A 8	3	
Bes.-Gr. A 7	1	
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	6	
Zusammen	35	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Überleitung nach Bes.-Gr. B 3 gem. Artikel 1 § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Nr. 3 d) aa) bbb) und bb) aaa) des Gesetzes zur Änderung des LBesG und anderer dienstrechtlicher Vorschriften
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Verlagerung nach Kap. 04 30
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	1	Stelle gem. ZV bis 2003 (2001) (Vollzug HV Nr. 6)
Bes.-Gr. A 9[2]) (Amtsinspektor/-in)	1	infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	3	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 10 2 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 8	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 06 01 1 infolge ZV bis 2003 durch Umsetzung nach Kap. 06 17 (Nr. 8 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen)
Zusammen	9	
Bleibt Zugang	26	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11	1	von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	9	von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 9[2]) (Amtsinspektor/-in)	2	von Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)
Zusammen	13	

Leerstellen:		
Zugang:		
Bes.-Gr. A 8	4	neu gem. Nr 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 7	1	
Bes.-Gr. A 6	1	
Zusammen	6	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 5
Bes.-Gr. A 10	2	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	5	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	5	
Bes.-Gr. A 5	1	
Zusammen	14	
Bleibt Abgang	8	

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung von Kap.03 05
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	1	infolge Ausscheidens des Stelleninhabers
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (1 Stelle kw zum 31. 1. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).) wurde vollzogen.
Der Allgemeine Haushaltsvermerk und die Haushaltsvermerke Nrn. 8 und 9 wurden neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	1	Stelle gem. ZV bis 2003 (ZV 2002) (Vollzug des HV Nr. 7)
Zusammen	1	

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	infolge Ausscheidens des Stelleninhabers
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9[2]) (Amtsinspektor/-in)	1	
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 zu Bes.-Gr. A 9 (1 Stelle kw zum 30. 4. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) wurde vollzogen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 20 Landesamt für Bezüge und Versorgung

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 9	—	—	—	Inspektor/-in z.A.
	—	—	—	Zusammen
				Angestellte (Titel 425 01)
I a	—	—	—	
II a	1	1	1	
III	3	3	3	
IV a[10])	46	47	45	
IV b	13	13	12	
V b[9])[14])[17])[23])	39	40	42	
V c[3])[4])[6])[18])[24])	489	490	484	
VI b[2])[22]	33	33	19	
VII	33	33	9	
VIII	8	8	5	
IX b	6	6	6	
IX b–VII[1])[16])[19])[20])[21])[25])	15	35	28	
	686	709	654	Zusammen
				Leerstellen:
IV a[5])	1	1	1	
IV b[5])	1	1	—	
V b[5])	4	4	5	
V c[5])	37	37	55	
VI b[5])	2	2	7	
VII[5])	5	5	4	
VIII[5])	1	1	—	
IX b–VII[5])	4	4	9	
	55	55	81	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk:

265 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV nach 2003 in den Arbeitsbereichen Besoldung, Vergütung sowie im Bereich des Schreibdienstes. Dabei handelt es sich um Planstellen/Stellen der Besoldungsgruppen bzw. Vergütungsgruppen A 10, A 9 (g.D.), A 9 (m. D.), A 8, V b, V c sowie IX b–VII. Darin sind 16 Stellen für Bedienstete enthalten, die vorübergehend in den Geschäftsbereichen des ML und des MJ eingesetzt sind.

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages v. 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[2]) Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes für Bezüge und Versorgung ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) 1 Angestellte ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[4]) Davon dürfen 2 Stellen (in Höhe von 100 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[5]) kw.

[6]) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2002 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998.

[9]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[10]) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2002 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998.

[14]) 1 Stelle kw zum 31. 7. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[16]) 1 Stelle kw zum 31. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[17]) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[18]) 1 Stelle kw zum 30. 11. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[19]) 1 Stelle kw zum 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[20]) 2 Stellen kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).

[21]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[22]) 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[23]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[24]) 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[25]) 17 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

Erläuterungen für 2002:

Angestellte (Titel 425 01)

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	2	infolge Umwandlung von Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Verlagerung von Kap. 04 30
Verg.-Gr. V c	25	davon 23 infolge Verlagerung von Kap. 03 05 1 infolge Verlagerung von Kap. 04 10 1 infolge Verlagerung von Kap. 06 01
Verg.-Gr. VI b	14	infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. VII	25	davon 13 infolge Verlagerung von Kap. 03 05 12 infolge Umwandlung von Verg.-Gr. V c
Verg.-Gr. VIII	3	infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. IX b	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Verg.-Gr. IX b–VII	11	davon 10 infolge Verlagerung von Kap. 04 06 1 infolge Verlagerung von Kap. 04 05
Zusammen	82	

Abgang:		
Verg.-Gr. V b	2	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. IV a
Verg.-Gr. V c	19	davon 3 infolge Verlagerung nach Kap. 04 05 4 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06 12 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. VII	1	Stellen gem. ZV bis 2003 (ZV 2001) (Vollzug des HV 11)
Verg.-Gr. IX b	1	Stelle gem. ZV bis 2003 (ZV 2001) (Vollzug des HV 12)
Verg.-Gr. IX b–VII	4	davon 2 Stellen gem. ZV bis 2003 (ZV 2002) (Vollzug des HV 15) 2 Stellen gem. ZV bis 2003 (ZV 2001) (Vollzug des HV 13)
Zusammen	27	
Bleibt Zugang	55	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	neu gem. Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. VIII	1	
Zusammen	3	

Abgang:		
Verg.-Gr. V b	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 5
Verg.-Gr. V c	18	
Verg.-Gr. VI b	5	
Verg.-Gr. IX b–VII	5	
Zusammen	29	
Bleibt Abgang	26	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk und die Haushaltsvermerke Nrn. 21 bis 25 wurden neu ausgebracht.
Die Haushaltsvermerke Nr. 11 zu Verg.-Gr. VII (1 Stelle kw zum 31. 7. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).), 12 zu Verg.-Gr. IX b (1 Stelle kw zum 28. 2. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).), 13 zu Verg.-Gr. IX b–VII (2 Stellen kw zum 28. 2. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).) und 15 zu Verg.-Gr. IX b–VII (2 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).) wurden vollzogen.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte (Titel 425 01)

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 10
Verg.-Gr. V b	1	Stelle gem. ZV bis 2003 (ZV 2002) (Vollzug des HV 14)
Verg.-Gr. V c	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 6
Verg.-Gr. IX b–VII	20	davon 1 Stelle gem. ZV bis 2003 (ZV 2002) (Vollzug des HV 16) 2 Stellen gem. ZV bis 2003 (ZV 2003) (Vollzug des HV 20) 17 Stellen gem. ZV bis 2003 (ZV 2002) (Vollzug des HV 25)
Zusammen	23	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 6, 10, 14, 16, 20 und 25 wurden vollzogen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 20 Landesamt für Bezüge und Versorgung

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst (Titel 422 04)	
A 9	6	6	4	Inspektoranwärter/-in	
A 6	6	6	6	Sekretäranwärter/-in	
Dienst-anfänger/-in	—	—	—		
	12	12	10	Zusammen	
				Arbeiter/-innen (Titel 426 01)	
6	2	2	2		
4	5	5	5		
3	2	2	2		
2/2 a	22	22	22		
1	1	1	1		
	32	32	32	Zusammen	
				Leerstellen:	
2/2 a	1	1	—		

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	2	entsprechend dem Bedarf

Arbeiter/-innen (Titel 426 01)

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2/2 a	1	neu gem. Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 30 Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[2]) **(Titel 422 01)**
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	1	Geschäftsführer/-in
B 2	1	1	1	Geschäftsführer/-in und Kaufmännischer Leiter/-in
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	5	5	4	Direktor/-in
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	—	—	1	Rat/Rätin
A 13	8	8	7	Oberamtsrat/-rätin
A 12[3])[6])[8])	23	21	19	Amtsrat/-rätin
A 12	1	1	1	Polizeihauptkommissar/-in
A 11[8])	36	38	36	Amtmann-/männin/-frau
A 11	1	1	1	Polizeihauptkommissar/-in
A 10[6])[8])	25	25	24	Oberinspektor/-in
A 9[6])[7])	3	3	3	Amtsinspektor/-in
A 9[6])	6	6	6	Amtsinspektor/-in
A 6	1	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5	1	1	—	Oberamtsmeister/-in
	114	114	107	Zusammen
				Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)
A 15[5])	—	—	1	Direktor/-in
A 14[5])	—	1	1	Oberrat/-rätin
A 13[5])	—	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	—	2	3	Zusammen
				Leerstellen:
A 11[1])	4	4	4	Amtmann/-männin/-frau

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk:

Das MF ist ermächtigt, für das IZN im Bedarfsfall bis zu 20 Planstellen in einem Haushaltsjahr gegen Einsparung entsprechender Angestelltenstellen im Wirtschaftsplan auszubringen.

[1]) kw.

[2]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweiligen Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[3]) 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 10 und 3 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 11 (davon 2 Stellen der Bes.-Gr. A 12 aus dem DV-Bereich), jeweils nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

[5]) kw jeweils nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/Stelleninhabers.

[6]) Planstellen dürfen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aus bestimmten Ausgabefeldern (u. a. P 53) aufgrund der Auftragslage besetzt werden.

Bes.-Gr.	2002	2003
A 12	1	1
A 10	4	4
A 9 m.D. Z	1	1
A 9 m.D.	6	6
	12	12

[7]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[8]) Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Verlagerung von Aufgaben im Bereich zentrale/dezentrale Systembetreuung unter im Einzelfall zu prüfenden Bedingungen genutzt werden.

Bes.-Gr.	Stellen
A 12	5
A 11	10
A 10	10
	25

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 der VO 2003	§ 3 Nr. 2 der VO 2002
A 13	5	5
A 12	12	10
A 11	30	32
A 10	3	3
Insgesamt	50	50

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 der VO 2003	§ 3 Nr. 2 der VO 2002
A 9[7])	2	2
A 9	6	6
Insgesamt	8	8

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	5	davon 2 infolge Umwandlung von Verg.-Gr. IV a 3 infolge Verlagerung von Kapitel 05 20
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Verlagerung von Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 5 (Oberamts-meister/-in)	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Zusammen	7	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	von Bes.-Gr. A 14
Bes.-Gr. A 14	1	von Bes.-Gr. A 13 (Rat/Rätin)
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	1	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12	3	von Bes.-Gr. A 11
Zusammen	6	

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Eintritt in den Ruhestand

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk (Das MF ist ermächtigt, für das IZN im Bedarfsfall bis zu 20 Planstellen gegen Einsparung entsprechender Angestelltenstellen im Wirtschaftsplan auszubringen.) wurde angepasst.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 zu Bes.-Gr. A 15 (1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 14 nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/Stelleninhabers.) ist weggefallen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aus dem Projekt P 53 aufgrund der Auftragslage besetzt werden.) wurde angepasst und ergänzt um die Angaben für einen Doppelhaushalt.
Die Stellenbezeichnungen der Besoldungsgruppen B 2 und B3 BBesO (Geschäftsführende(r) Direktor/-in und Kaufmännische(r) Direktor/-in) wurden angepasst.

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	2	von Bes.-Gr. A 11

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 13	1	
Zusammen	2	

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 05

Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales

Vorwort zum Einzelplan 05

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen.

Der Einzelplan 05 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales (MFAS):

des Ministeriums (Kap. 05 01)
der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 05 02)
der Arbeit und Qualifizierung (Kap. 05 03)
der Frauen (Kap. 05 11)
des Landesprüfungsamtes für die Sozialversicherung (Kap. 05 12)
der Arbeitsgerichtsbarkeit
mit dem Landesarbeitsgericht Niedersachsen und 15 Arbeitsgerichten (Kap. 05 15)
der Zentralen Sozialen Aufgaben mit dem Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben und den Versorgungsämtern (Kap. 05 20)
der Landeskrankenhäuser Brauel, Göttingen, Hildesheim, Königslutter, Lüneburg, Moringen, Osnabrück, Tiefenbrunn, Wehnen und Wunstorf (Kap. 05 21)
der Landesbildungszentren für Hörgeschädigte (Kap. 05 22)
des Landesbildungszentrums für Blinde (Kap. 05 23)
der Sozialhilfe (Kap. 05 30)
der Sonstigen sozialen Leistungen (Kap. 05 36)
der Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen (Kap. 05 38)
der Gesundheitsverwaltung
mit den Gesundheitsdezernaten bei den Bezirksregierungen (Kap. 05 40)
des Landesgesundheitsamtes (Kap. 05 42)
der Jugendhilfe, Nieders. Landesjugendamt (Kap. 05 71)
der Kinderpolitik, Mädchenförderung und des Kinder- und des Jugendschutzes (Kap 05 72)
der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und generationsübergreifenden Projekten (Kap. 05 73)
der Familie (Kap. 05 74)
des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht – Neuntes Sozialgesetzbuch (SGB IX) – (Kap. 50 51, Anlage zu Kap. 05 20)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

I. Aufgrund der Beschlüsse der Landesregierung vom 13. 12. 2000 (Nds. MBl. S. 768) und 29. 12. 2000 (Nds. MBl. 2001 S. 5) sind mit Wirkung vom 01. 01. 2001 die Aufgaben „Städtebau und Wohnungswesen“ auf das MI übergegangen. Gleichzeitig ist die Aufgabe „Jugend“ vom MK in das MFAS verlagert worden.

II. Das Landesversicherungsamt im Nieders. Landesgesundheitsamt ist mit Wirkung vom 1. 10. 2001 aufgelöst und in das MFAS eingegliedert worden (RdErl. d. MFAS v. 11. 10. 2001, Nds. MBl. S. 809).

C. Sonstige Veränderungen.

I. Infolge der Aufgabenverlagerungen gem. Abschnitt B haben sich folgende Veränderungen ergeben:

a) Die Ansätze der Kapitel 05 04 (Bauaufsicht und Städtebau), Kapitel 05 05 (Wohnungs- und Siedlungswesen), Kapitel 05 07 (Wohnungsbauprogramme) und Kapitel 05 08 (Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung) sind mit Wirkung vom 01. 01. 2001 in den Einzelplan 03 (Kapitel 03 34, 03 35, 03 37 und 03 38) umgesetzt worden. Weiterhin wurden aus dem Kapitel 05 02 (Allgemeine Bewilligungen) die Ansätze der Titel 632 01, 685 21, 685 23 und 685 51 in das Kapitel 03 35 umgesetzt.

b) Die bisher bei Kapitel 07 71 und Kapitel 07 74 veranschlagten Ansätze sind zum 01. 01. 2002 in die neu eingerichteten Kapitel 05 71 (Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt), Kapitel 05 72 (Kinderpolitik, Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz) und Kapitel 05 73 (Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte) umgesetzt worden.

c) Die im Zusammenhang mit den Aufgabenverlagerungen notwendigen Umsetzungen von Stellen und Beschäftigungsvolumen sowie von Personal- und Sachmitteln sind bei der Veranschlagung der Haushaltsansätze des Kapitels 05 01 (Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales) berücksichtigt.

II. Die bisher im Kapitel 05 11 (Frauen) veranschlagten Ansätze für familienbezogene Maßnahmen sind ab 2002 in das neue Kapitel 05 74 (Familie) verlagert worden.

III. Für das Kapitel 05 15 (Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte) wird die Budgetierung – ohne die Ausgaben der Hauptgruppe 4 (siehe hierzu § 8 HG 2002/2003) – fortgeführt.

1. Erfasst sind die Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 8.
2. Die Ansätze sind jeweils innerhalb der
   Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 10 und 532 .. – und der
   Hauptgruppe 8
   gegenseitig deckungsfähig.
   Deckungsfähig sind darüber hinaus die Ansätze
   der Hauptgruppe 5 zugunsten der Hauptgruppe 8.
3. Bei den von der Budgetierung erfassten Titeln dürfen Ausgabereste in Höhe von 90 v.H. der nicht verausgabten Haushaltsmittel gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden.
4. Bei der OGr. 81 wird zugelassen, dass von den Erläuterungen abgewichen werden darf.

D. Kurzer Hinweis auf Hochbaumaßnahmen.

Sämtliche Hochbaumaßnahmen sind im Kapitel 20 42 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0501	Ministerium	—	84.000	370.000	9.000	463.000	18.148.000	2.772.000
0502	Allgemeine Bewilligungen	—	37.000	—	—	37.000	—	1.211.000
0503	Arbeit und Qualifizierung	—	404.000	56.333.000	—	56.737.000	—	333.000
0511	Frauen	—	157.000	—	—	157.000	—	—
0512	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung	—	3.000	1.669.000	—	1.672.000	1.010.000	310.000
0515	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	—	1.846.000	—	—	1.846.000	12.086.000	5.575.000
0520	Zentrale Soziale Aufgaben	—	833.000	3.281.000	—	4.114.000	46.131.000	13.342.000
0521	Landeskrankenhäuser	—	—	—	—	—	—	—
0522	Landesbildungszentren für Hörgeschädigte	—	8.978.000	888.000	—	9.866.000	18.768.000	2.885.000
0523	Landesbildungszentrum für Blinde	—	4.357.000	400.000	—	4.757.000	8.940.000	1.094.000
0530	Sozialhilfe	—	322.000	88.158.000	—	88.480.000	—	—
0536	Sonstige soziale Leistungen	—	4.500.000	65.000	—	4.565.000	—	500.000
0538	Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen	—	205.000	32.762.000	153.000	33.120.000	—	—
0540	Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen	—	191.000	3.437.000	65.106.000	68.734.000	1.331.000	4.284.000
0542	Landesgesundheitsamt	—	2.191.000	122.000	—	2.313.000	6.515.000	3.042.000
0571	Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt	—	82.000	25.000	—	107.000	2.881.000	47.000
0572	Kinderpolitik, Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz, Tageseinrichtungen für Kinder	—	220.000	—	—	220.000	—	—
0573	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte	—	129.000	74.000	—	203.000	—	163.000
0574	Familie	—	—	29.500.000	—	29.500.000	—	—
	Weggefallene Kapitel							
	Summe 2002	—	24.539.000	217.084.000	65.268.000	306.891.000	115.810.000	35.558.000
	Summe 2001	511.292	25.348.524	437.620.758	158.428.646	621.909.220	115.787.159	31.452.433
	2002 mehr/weniger (-)	-511.292	-809.524	-220.536.758	-93.160.646	-315.018.220	22.841	4.105.567

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
63.000	—	230.000	467.000	21.680.000	-21.217.000	-20.766.327	-450.673	—
4.019.000	—	—	—	5.230.000	-5.193.000	-5.664.706	471.706	—
84.992.000	—	205.000	—	85.530.000	-28.793.000	-30.851.353	2.058.353	41.615.000
11.082.000	—	—	—	11.082.000	-10.925.000	-54.861.619	43.936.619	—
20.000	—	—	330.000	1.670.000	2.000	-524.840	526.840	—
35.000	—	83.000	409.000	18.188.000	-16.342.000	-15.545.164	-796.836	—
12.444.000	—	1.369.000	2.844.000	76.130.000	-72.016.000	-72.263.387	247.387	—
26.348.000	—	—	—	26.348.000	-26.348.000	-17.355.035	-8.992.965	—
456.000	—	500.000	2.497.000	25.106.000	-15.240.000	-15.193.911	-46.089	—
152.000	—	162.000	1.291.000	11.639.000	-6.882.000	-7.260.803	378.803	—
1.232.214.000	—	—	—	1.232.214.000	-1.143.734.000	-1.133.295.325	-10.438.675	—
180.101.000	—	124.670.000	—	305.271.000	-300.706.000	-303.933.981	3.227.981	8.003.000
38.371.000	—	8.850.000	—	47.221.000	-14.101.000	-14.975.334	874.334	—
29.883.000	—	179.053.000	—	214.551.000	-145.817.000	-167.200.518	21.383.518	151.694.000
6.000	—	538.000	438.000	10.539.000	-8.226.000	-7.291.127	-934.873	—
10.669.000	—	—	—	13.597.000	-13.490.000	—	-13.490.000	—
1.709.000	—	—	—	1.709.000	-1.489.000	—	-1.489.000	—
23.636.000	—	3.211.000	—	27.010.000	-26.807.000	—	-26.807.000	1.208.000
67.422.000	—	128.000	—	67.550.000	-38.050.000	—	-38.050.000	—
						-234.232.884	234.232.884	
1.723.622.000	—	318.999.000	8.276.000	2.202.265.000	-1.895.374.000	-2.101.216.314	205.842.314	202.520.000
2.140.067.903	—	423.650.469	12.167.570	2.723.125.534				268.863.398
-416.445.903	—	-104.651.469	-3.891.570	-520.860.534				-66.343.398

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0501	Ministerium	—	84.000	370.000	9.000	463.000	18.157.000	2.807.000
0502	Allgemeine Bewilligungen	—	37.000	—	—	37.000	—	1.211.000
0503	Arbeit und Qualifizierung	—	404.000	57.958.000	—	58.362.000	—	358.000
0511	Frauen	—	157.000	—	—	157.000	—	—
0512	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung	—	3.000	1.686.000	—	1.689.000	1.032.000	310.000
0515	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	—	1.846.000	—	—	1.846.000	12.126.000	5.567.000
0520	Zentrale Soziale Aufgaben	—	863.000	3.598.000	—	4.461.000	45.714.000	13.389.000
0521	Landeskrankenhäuser	—	—	—	—	—	—	—
0522	Landesbildungszentren für Hörgeschädigte	—	8.973.000	888.000	—	9.861.000	18.786.000	2.890.000
0523	Landesbildungszentrum für Blinde	—	4.686.000	400.000	—	5.086.000	8.878.000	1.094.000
0530	Sozialhilfe	—	322.000	88.158.000	—	88.480.000	—	—
0536	Sonstige soziale Leistungen	—	4.500.000	65.000	—	4.565.000	—	500.000
0538	Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen	—	205.000	32.762.000	153.000	33.120.000	—	—
0540	Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen	—	191.000	5.437.000	64.519.000	70.147.000	1.335.000	4.239.000
0542	Landesgesundheitsamt	—	2.191.000	122.000	—	2.313.000	6.728.000	3.114.000
0571	Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt	—	82.000	25.000	—	107.000	2.890.000	47.000
0572	Kinderpolitik, Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz, Tageseinrichtungen für Kinder	—	220.000	—	—	220.000	—	—
0573	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte	—	129.000	74.000	—	203.000	—	163.000
0574	Familie	—	—	29.500.000	—	29.500.000	—	—
	Summe 2003	—	24.893.000	221.043.000	64.681.000	310.617.000	115.646.000	35.689.000
	Summe 2002	—	24.539.000	217.084.000	65.268.000	306.891.000	115.810.000	35.558.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	354.000	3.959.000	-587.000	3.726.000	-164.000	131.000

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
63.000	—	230.000	467.000	21.724.000	-21.261.000	-21.217.000	-44.000	—
4.019.000	—	—	—	5.230.000	-5.193.000	-5.193.000	—	—
86.592.000	—	205.000	—	87.155.000	-28.793.000	-28.793.000	—	42.840.000
11.100.000	—	—	—	11.100.000	-10.943.000	-10.925.000	-18.000	—
20.000	—	—	330.000	1.692.000	-3.000	2.000	-5.000	—
2.000	—	83.000	409.000	18.187.000	-16.341.000	-16.342.000	1.000	—
12.853.000	—	1.129.000	2.844.000	75.929.000	-71.468.000	-72.016.000	548.000	—
26.296.000	—	—	—	26.296.000	-26.296.000	-26.348.000	52.000	—
456.000	—	610.000	2.497.000	25.239.000	-15.378.000	-15.240.000	-138.000	—
152.000	—	284.000	1.291.000	11.699.000	-6.613.000	-6.882.000	269.000	—
1.279.611.000	—	—	—	1.279.611.000	-1.191.131.000	-1.143.734.000	-47.397.000	—
184.764.000	—	126.778.000	—	312.042.000	-307.477.000	-300.706.000	-6.771.000	7.985.000
38.371.000	—	107.000	—	38.478.000	-5.358.000	-14.101.000	8.743.000	—
34.896.000	—	178.292.000	—	218.762.000	-148.615.000	-145.817.000	-2.798.000	76.694.000
6.000	—	438.000	438.000	10.724.000	-8.411.000	-8.226.000	-185.000	—
10.669.000	—	—	—	13.606.000	-13.499.000	-13.490.000	-9.000	—
1.714.000	—	—	—	1.714.000	-1.494.000	-1.489.000	-5.000	—
24.175.000	—	2.259.000	—	26.597.000	-26.394.000	-26.807.000	413.000	—
67.440.000	—	128.000	—	67.568.000	-38.068.000	-38.050.000	-18.000	—
1.783.199.000	—	310.543.000	8.276.000	2.253.353.000	-1.942.736.000	-1.895.374.000	-47.362.000	127.519.000
1.723.622.000	—	318.999.000	8.276.000	2.202.265.000				202.520.000
59.577.000	—	-8.456.000	—	51.088.000				-75.001.000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-8	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		50.000	50.000	92.033	167
119 01-9	011	Vermischte Einnahmen		4.000	4.000	3.579	1
119 02-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 03-5	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		5.000	5.000	5.113	4
119 10-8	011	Einnahmen für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen * *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	—
119 41-8	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	511	—
119 46-9	011	Ersatzleistungen		3.000	3.000	2.556	12
124 01-2	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		20.000	20.000	19.992	22
132 01-5	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	—
132 11-2	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
235 01-9	011	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-9	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser		370.000	370.000	639.115	159
381 10-4	990	Zuführung von 05 03 - 981 10 * *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	26
381 11-2	990	Zuführung von 05 12 - 981 13		9.000	9.000	5.113	4
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Der Landesbeauftragte für Behinderte**		(—)	(—)	(—)	(23)
119 61-2	011	Einnahmen im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des Behindertenbeauftragten * *Vgl. K-Vermerk zu 427 61, 527 61, 531 61, 538 61, 547 61, 684 61 und 812 61.*		—	—	—	19
282 61-0	011	Einnahmen aus Spenden * *Vgl. K-Vermerk zu 546 61.*		—	—	—	4
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	
		A U S G A B E N					
412 10-7	011	Kosten verschiedener Ausschüsse und Arbeitskreise	—	27.000	27.000	22.497	19
412 11-5	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	511	—
421 01-7	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	156.000	156.000	147.559	161
421 02-5	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	—	—	—	—
422 01-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	15.218.000	15.218.000	15.024.619	8.565
422 10-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-6	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	291.000	357.000	535.834	608

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 01

Weniger infolge Aufgabenverlagerung zum MI (vgl. Vorwort zum Epl. 05, B).

Zu 132 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Geräte	1	1
2. Maschinen	—	—
3. Ausstattungsgegenstände	—	—
4. Akten, Drucksachen und dgl.	—	—
Zusammen	1	1

Zu 119 03

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Abführung auf Grund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	5	5
2. Abführung aufgrund des § 75 a Abs. 2 NBG	—	—
Zusammen	5	5

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	8	8
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume Wagenhallen	3	3
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	9	9
Zusammen	20	20

Zu 381 11

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen durch das Landesversicherungsamt.

Zu Titelgruppe 61

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe TGr. 61.

Zu 412 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Entschädigungen, die den Laienmitgliedern der aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 35 vom 20. 8. 1946 gebildeten Schiedsausschüsse zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlen sind, und die Kosten für die Tarifausschüsse	0,5	0,5
2. Nach § 4 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. 3. 1951 (BGBl. I S. 191) i.d. F. des Heimarbeitsänderungsgesetzes vom 29. 10. 1974 (BGBl. I S. 2879) hat die zuständige Arbeitsbehörde Heimarbeitsausschüsse für Gewerbezweige und Beschäftigungsarten zu errichten, in denen Heimarbeit in nennenswertem Umfang geleistet wird. Die Kosten der auf Landesebene errichteten Ausschüsse trägt das betreffende Land. Die Kosten eines für mehrere Länder errichteten Ausschusses trägt das Land, in dem der Ausschuss errichtet ist. Die Entschädigung der Mitglieder nach den für ehrenamtliche Richter geltenden Vorschriften haben die Länder zu tragen, die die Mitglieder entsenden. Veranschlagt sind: Reisekosten sowie Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausfall der Beisitzer nach den für die ehrenamtlichen Richter geltenden Vorschriften	0,5	0,5

Noch zu 412 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
3. Nach § 55 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. 4. 1976, zuletzt geändert durch Art. 13 des 1. Rechtsbereinigungsgesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560) sind bei der obersten Landesbehörde ein Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz und ggf. Unterausschüsse zu bilden; daneben sind Ausschüsse bei den Aufsichtsbehörden zu bilden. Veranschlagt sind Tagegelder und Bundesbahnfahrkosten der 1. Klasse nach dem Bundesreisekostengesetz sowie Entschädigung bei nachgewiesenem Verdienstausfall nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 1. 10. 1969 (BGBl. I S. 1757), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes zur Änderung von Kostengesetzen vom 9. 12. 1986 (BGBl. I S. 2326)	2	2
4. Kosten des Beirats für Kriegsopferrecht und soziale Fürsorge einschl. Reisekosten	0,5	0,5
5. Um die Bestrebungen nach einer Verbesserung des Unfallschutzes in den gewerblichen Betrieben zu verstärken, soll in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Berufsgenossenschaften und der staatlichen Gewerbeaufsicht in jedem Jahr eine Arbeitssicherheitskonferenz durchgeführt werden.	10	10
6. Aufgabe des beim MFAS bestehenden Landesarbeitskreises für Arbeitssicherheit und der bezirklichen Arbeitskreise ist es, durch Koordinierung geeigneter Maßnahmen sowie durch Sicherheits-Werbewochen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit auf eine Senkung der Anzahl der Unfälle in allen Bereichen hinzuwirken. Veranschlagt sind: Vortragshonorare, Durchführung von Sicherheitsveranstaltungen, Aufwandsentschädigungen und Reisekosten für die Beiräte sowie Sachkosten (Porto, Telefon, Druckkosten pp.)	13	13
7. Aufgabe des beim MFAS bestehenden Beirates für Arbeitsschutz ist es, das MFAS in allen Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik zu beraten. Veranschlagt sind: Reisekosten sowie Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausfall der Mitglieder nach den für die ehrenamtlichen Richter geltenden Vorschriften.	0,5	0,5
Zusammen	27	27

Zu 421 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amtsgehalt	145	145
2. Dienstaufwandsentschädigung	6	6
3. Entschädigung bei getrennter Haushaltsführung	5	5
Zusammen	156	156

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
287,21	287,21	301,81	292,81

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	30,70
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	30,70
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	45,30
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	45,30
Bleibt Abgang	—	14,60

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				192
Angestellte				90
Lohnempfänger/-innen				16
Insgesamt				298

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				192
Angestellte				90
Lohnempfänger/-innen				16
Insgesamt				298

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	15 218	15 218

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	15 218	15 218
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	587	637
43	Versorgungsbezüge	3 384	3 260
44	Beihilfen, Unterstützungen	342	332
45	Personalbezogene Sachausgaben	6	6
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	111	–15
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		19 648	19 438

Die den Beamten/Beamtinnen gem. § 75 Abs. 3 NBG belassenen Beträge sind Aufwandsentschädigungen im Sinne des EStG.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 01-2	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.765
425 06-3	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	869	—
425 31-4	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-9	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	503
426 03-5	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-0	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	18.000	18.000	17.895	10
426 31-0	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-5	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 381 10.*	—	12.000	12.000	11.760	27
427 02-3	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 31-7	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1.000	1.000	511	—
427 39-2	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	0
441 01-8	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	2.354.000	2.279.000	2.125.645	2.160
441 02-6	940	Beihilfen für Angestellte	—	43.000	43.000	45.045	40
441 03-4	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2.000	2.000	1.994	1
441 04-2	940	Beihilfen für Sonstige	—	1.000	1.000	511	—
441 10-7	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	22.000	22.000	21.628	2
443 01-0	940	Fürsorgeleistungen	—	3.000	3.000	2.761	3
443 02-9	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1.000	1.000	511	0
453 01-6	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	5.000	5.000	5.113	11
453 11-3	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	511	—
511 01-6	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	340.000	340.000	61.355	80
514 01-5	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	34.000	34.000	53.686	21
517 01-4	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume ****Ausgaben, die hier zunächst für andere Landesdienststellen geleistet werden, sind durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	679.000	679.000	242.966	202
518 01-0	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	277.000	277.000	449.937	334
518 02-9	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	127.000	127.000	—	—
519 01-7	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3.000	3.000	—	—
521 10-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	716	1
525 01-7	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	36.000	36.000	18.151	21
526 01-3	011	Sachverständige	—	372.000	321.000	269.911	106

Zu 427 31

Weniger infolge Aufgabenverlagerung zum MI (vgl. Vorwort zum Epl. 05, B).

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	5	5	5
Sonstige	1	1	1

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	5	5	5
Sonstige	1	1	1

Zu 511 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	15	15
2. Büro- und Kanzleibedarf	35	35
3. Bekanntmachungen	10	10
4. Bücher und Zeitschriften	64	64
5. Post- und Fernmeldegebühren	144	144
6. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	17	17
7. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	48	48
8. Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—
9. Dienst- und Schutzkleidung	3	3
Zusammen	336	336

Zu 517 01

Weniger durch Kündigung des angemieteten Bürogebäudes in der Kurt-Schumacher-Straße.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Wassergeld	25	25
2. Grundbesitzabgaben	35	35
3. Bewachung	120	120
4. sonstige Hauswirtschaftskosten	33	33
5. Reinigungskosten	261	261
6. Heizung	120	120
7 Beleuchtung und elektrische Kraft	85	85
Zusammen	679	679

Zu 518 01

Weniger durch Kündigung des angemieteten Bürogebäudes in der Kurt-Schumacher-Straße.

Zu 525 01

Mehr für Führungskräfte zur Qualifizierung ihrer Europakompetenz.

Zu 526 01

Mehr für die Wahrnehmung der Fachaufsicht über das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen infolge des beschleunigten Stufenaufbaus (2002: +92 000 EUR, 2003: +82 000 EUR).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 02-1	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	16.000	16.000	—	—
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	114.000	114.000	103.076	103
527 02-8	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	9.000	9.000	8.999	7
529 10-1	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5.000	5.000	5.113	5
531 10-6	011	Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	307.000	307.000	306.775	304
541 10-1	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	31.000	31.000	30.678	45
546 01-4	011	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	1.227	—
546 02-2	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-0	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	10.000	10.000	10.226	4
546 04-9	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10.*	—	—	—	—	—
547 10-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	73.000	73.000	52.152	29
681 10-8	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	40.000	40.000	40.494	41
684 10-7	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	23.000	23.000	—	—
685 01-4	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	17.077	15
811 11-7	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 15-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	89.000	89.000	102.258	83
972 01-3	989	Globale Minderausgabe zum Haushaltsausgleich	—	—	—	—	—
981 10-1	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	467.000	467.000	414.504	—
981 11-0	990	Abführung an 05 12 - 381 10	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Der Landesbeauftragte für Behinderte** * *Übertragbar.*	(—)	(38.000)	(38.000)	(40.904)	(82)
427 61-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.*	—	—	—	—	—
527 61-3	011	Reisekostenvergütungen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.*	—	3.000	3.000	3.068	2
529 61-6	011	Zur Verfügung des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
531 61-0	011	Veröffentlichungen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.*	—	15.000	15.000	15.339	36

Zu 547 10

Kosten der Fachkommissionen, der Prüfung von Rechenzentren nach § 88 SGB IV und für arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz gem. § 16 Arbeitssicherheitsgesetz und andere Verträge für Dienstleistungen Außenstehender.

Mehr für die Durchführung von Assessment-Centers und den Aufbau eines internetunterstützten Informations- und Kommunikationssystems zur Marktüberwachung.

Zu 681 10

Schadensersatzleistungen für Haftungsfälle der ehem. Landesfrauenklinik Hannover.

Zu 684 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt (Main)	15	15
2. Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, Düsseldorf	2	2
3. Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser, Köln	1	1
4. Aktion „Das sichere Haus“	5	5
Zusammen	23	23

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1. 10 Dienstzimmer- und Ausstattungsgegenstände (u. a. Gardinen und Mobiliar)	45	50
2. Küchen- und Kantinenausstattung (technische Geräte und Mobiliar)	5	—
3. Kuvertiermaschine	—	10
4. Kompaktanlage für Pressekeller	—	15
5. Vertikaljalousien für großen Sitzungssaal GBA	—	9
6. 3 Kompaktanlagen für Kellerräume	39	—
7. Laufkatze (Papierkeller)	—	5
Zusammen	89	89

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur Förderung der Eingliederung behinderter Menschen in Beruf und Gesellschaft.

Zu 529 61

Es wird zugelassen, dass bis zu 200 EUR im Rahmen der Deckungsfähigkeit der TGr. zur Bestreitung von Aufwendungen für dienstliche Besucherinnen und Besucher aus besonderem Anlass verwendet werden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 61-5	011	Dienstleistungen Außenstehender * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.*	—	—	—	22.497	42
546 61-8	011	Zur Verwendung von Spenden * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 61.*	—	—	—	—	—
547 61-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.*	—	20.000	20.000	—	—
684 61-1	011	Sonstige Zuschüsse * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.*	—	—	—	—	—
812 61-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.*	—	—	—	—	2
TGr. 62		**Frauenratschläge, insbesondere Maßnahmen zur Herstellung der Gleichberechtigung**	(—)	(25.000)	(25.000)	(25.565)	(3)
526 62-5	011	Sachverständigenhonorare	—	—	—	—	—
547 62-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	25.000	25.000	25.565	3
TGr. 67		**Durchführung von Fachminister/-innen-Konferenzen**	(—)	(—)	(16.000)	(—)	(32)
429 67-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 67-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	16.000	—	32
812 67-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(242)
429 96-4	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-7	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	197
711 96-1	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-2	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	45
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(450.000)	(450.000)	(338.731)	(347)
511 99-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	151.000	151.000	11.248	11
518 98-3	011	Kosten für die Anmietung von Software	—	11.000	11.000	—	—
518 99-1	011	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	25.000	25.000	35.790	35
519 99-8	011	Unterhaltung,Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	25.565	16
525 98-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	27.000	27.000	—	—
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	10.000	10.000	36.813	20
527 99-0	011	Reisekosten	—	5.000	5.000	5.113	2
538 98-4	011	Kosten für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	16.000	16.000	—	—
538 99-2	011	Kosten für Dienstleistungen Anderer	—	64.000	64.000	96.890	43

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind u. a. Mittel für Beratungsleistungen zur Unterstützung der Umsetzung des Gender Mainstreaming in Niedersachsen (z. B. Entwicklung von Controlling-Kriterien, Evaluationskonzept).

Zu Titelgruppe 67

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung der Jugendminister/-innen-Konferenz im Jahr 2002 einschließlich der vorbereitenden Tagung der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesjugendbehörden.

Zu Titelgruppe 98/99

Neben den Kosten der IuK-Technik des MFAS sind auch die Kosten für das kaufm. Rechnungswesen (kfm. Buchführung, Kosten-Leistungsrechnung sowie Controlling) in den landeseigenen Krankenhäusern veranschlagt, soweit sie zentral verausgabt werden. Diese Kosten werden von den Krankenhäusern erstattet und bei Titel 261 10 vereinnahmt.

Zu 511 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Geschäftsbedarf	11	11
2. Post- und Fernmeldegebühren	5	5
3. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	81	81
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	26	26
5. Verbrauchsmittel	18	18
Zusammen	141	141

Zu 525 98

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten des MFAS durch das IZN.

Zu 525 99

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten des MFAS, die nicht durch das IZN, sondern durch Andere durchgeführt werden.

Zu 527 99

Die einzelnen Verfahren im Rahmen der kaufm. Buchführung erfordern Anwesenheiten der mit den Aufgaben betrauten Bediensteten in den Krankenhäusern sowie die Schulung des Personals.

Zu 538 99

Erwerb, Beratung und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Inanspruchnahme von Dienstleistungen Anderer (ohne IZN).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-7	011	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Ausrüstungsgeräten sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	141.000	141.000	127.312	221
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			974.575	
		Abschluss Kapitel 05 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		84.000	84.000	124.295	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		370.000	370.000	639.115	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		9.000	9.000	5.113	
		Summe der Einnahmen		463.000	463.000	768.523	
		4 Personalausgaben	—	18.157.000	18.148.000	17.965.774	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.807.000	2.772.000	2.867.431	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	63.000	63.000	57.571	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	230.000	230.000	229.570	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	467.000	467.000	414.504	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	21.724.000	21.680.000	21.534.850	
		Zuschuss		21.261.000	21.217.000	20.766.327	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.384.000	3.260.000	2.982.263	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		25.108.000	24.940.000	24.517.113	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		24.645.000	24.477.000	23.748.590	

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erneuerung von Netzwerk-Komponenten	60	60
Ausbau der Meta Frame Server Farm	81	81
Zusammen	141	141

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	0
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
119 41-1	011	Rückzahlung von Überzahlungen		36.000	36.000	35.790	17
		Titelgruppe(n)					
TGr. 81		**Integration und Betreuung von Ausländern**		(—)	(—)	(—)	(6)
282 81-9	290	Sonstige Zuschüsse für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Verständigung * *Vgl. K-Vermerk zu 684 84.*		—	—	—	6
		A U S G A B E N					
636 10-6	223	Unfallversicherung für Schüler usw.	—	108.000	108.000	108.496	91
636 11-4	223	Zuschüsse der Küstenländer zur Unfallversicherung der Küstenfischer gem. § 163 Abs. 1 SGB VII	—	230.000	230.000	230.081	227
684 10-0	411	Zuschüsse für soziale Wohnraumhilfe * *Übertragbar.*	—	56.000	56.000	56.242	56
684 11-9	236	Zuschüsse an Kontakt- und Informationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen -KIB-	—	804.000	804.000	803.751	801
684 12-7	236	Zuschüsse an Selbsthilfegruppen für Homosexuelle	—	102.000	102.000	102.258	101
684 13-5	290	Psychosoziale und medizinische Beratung von Flüchtlingen und Ausländern	—	153.000	153.000	153.388	151
685 22-0	680	Anteil d.Landes Niedersachsen am Zuschussbedarf der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik u.Akkreditierung	—	32.000	32.000	33.234	2
685 24-7	680	Anteil des Landes Nds.am Zuschussbedarf der Zentralstelle d.Länder f.Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln u. Medizinprodukten (ZLG)	—	60.000	60.000	59.821	33
687 10-0	680	Anteil des Landes Nds. am Netzwerk Gesunde Regionen der Weltgesundheitsorganisationen (WHO)	—	7.000	7.000	6.136	6
		Titelgruppe(n)					
TGr. 80		**Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz**	(—)	(961.000)	(961.000)	(974.011)	(943)
526 80-7	254	Kosten der ärztlichen Untersuchungen	—	946.000	946.000	958.672	941
531 80-0	254	Veröffentlichungen	—	15.000	15.000	15.339	2
547 80-4	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 81 82/83 84/87		**Integration und Betreuung von Ausländern** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(2.467.000)	(2.467.000)	(2.466.983)	(2.427)
531 81-9	290	Veröffentlichungen	—	—	—	—	78
547 81-2	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	21

ERLÄUTERUNGEN

Zu 636 10

Ausgewiesen sind die voraussichtlichen Kosten nach dem Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. 3. 1971 (BGBl. I S. 237) für den Bereich des Epl. 05.

Zu 636 11

Gem. § 163 SGB VII haben die Länder mit Küstenbezirken Zuschüsse zu den Beiträgen für Unternehmen der Küstenfischerei zu leisten. Ausgewiesen sind die für Niedersachsen hierzu voraussichtlich entstehenden Kosten.

Zu 684 10

Zur Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen an die Soziale Wohnraumhilfe gGmbH. Ziel der sozialen Wohnraumhilfe ist die Integration von alleinstehenden wohnungslosen Menschen, denen aufgrund ihrer schwierigen sozialen Situation der Wohnungsmarkt praktisch versperrt ist. Das Land finanziert anteilig Personal- und Sachkosten für die Beschaffung und Verwaltung von Wohnraum sowie die Vermittlung sozialer Betreuung im Rahmen des Projekts soziale Wohnraumhilfe.

Zu 684 11

Gefördert werden Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen zum Ausbau der Selbsthilfe im sozialen und gesundheitlichen Bereich.

Zu 684 12

Nach den „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Aktivitäten für den Abbau von Diskriminierungen homosexueller Männer“ (RdErl. d. MS v. 15. 6. 1993, Nds. MBl. S. 700, geä. mit RdErl. d. MS v. 18. 2. 1998, Nds. MBl. S. 499) werden Aktivitäten mit dem Ziel der Emanzipation und des Abbaus von Diskriminierungen homosexueller Männer in Niedersachsen gefördert.

Zu 684 13

Gefördert werden durch Zuwendungen als Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben Maßnahmen (Beratungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen u. ä.), die der sozialen Integration und der Verbesserung der medizinischen Versorgung von ausländischen Mitbürgern und Flüchtlingen dienen.

Zu 685 22

Anteil des Landes aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 21. 12. 1989 und des Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrenstoffrechtes (AKMP) vom 12. 5. 2000 (Nds. GVBl. S. 110).

Zu 685 24

Anteil des Landes am nicht gedeckten Finanzbedarf der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidenten v. 30. 6. 1994 und des Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten vom 12. 5. 1999 (Nds. GVBl. S. 108).

Die ZLG übernimmt Vollzugsaufgaben der Länder im Rahmen der Durchführung des Medizinproduktegesetzes (MPG) für den Bereich der nicht energetisch betriebenen Medizinprodukte, soweit sie diese Akkreditierung und Überwachung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen betreffen.

Anteil des Landes am Förderbeitrag für das technische Komitee CEN „Rettungssysteme“ (Europäische DIN-Behörde in Brüssel).

Zu 687 10

Durch die Anbindung an das „Netzwerk Gesunde Regionen“ (RHN) werden effektive Wege des Austausches gesundheitspolitisch relevanter Informationen mit anderen Ländern und der Weltgesundheitsorganisation hergestellt. Vordringlich werden überregional entwickelte Strategien der Gesundheitsförderung und Prävention (WHO-Programme „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“) und die damit gewonnenen Erfahrungen ausgetauscht und weiterentwickelt.

Zu Titelgruppe 80

Gemäß § 32 ff. des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965), geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 15. 10. 1984 (BGBl. I S. 1277), sind die Jugendlichen vor Beginn und während einer Berufstätigkeit ärztlich zu untersuchen. Die Kosten hat das Land zu tragen.

Zu 531 80

Veröffentlichungen zur Information der Schulabgänger.

Zu Titelgruppe 81 bis 84, 87

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Ausländern in Niedersachsen, insbesondere zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern sowie von Deutschen ausländischer Herkunft im Rahmen des Interventionsprogramms des Landes (Kooperative Migrationsarbeit, Bekanntmachung des MFAS v. 9. 11. 2000 - Nds. MBl. 2001 S. 212 -).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
632 81-0	290	Sonstige Zuweisungen für wissenschaftliche Einrichtungen * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 0502 - 632 81, 0502 - 684 81, 0502 - 684 82, 0573 - 633 76 und 0573 - 684 76.*	—	80.000	80.000	—	—
633 81-6	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	107.371	101
684 81-0	290	Zuschüsse zur Integration von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien * *Vgl. D-Vermerk zu 0502 - 632 81.*	—	685.000	685.000	685.131	634
684 82-8	290	Zuschüsse z. Integration sonstiger Ausländerinnen u. Ausländer und Deutscher ausländischer Herkunft an Verbände * *Vgl. D-Vermerk zu 0502 - 632 81.*	—	1.454.000	1.454.000	1.533.876	1.541
684 83-6	290	Sondermaßnahmen	—	141.000	141.000	140.605	52
684 84-4	290	Verwendung der Zuschüsse für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Verständigung * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 81.*	—	—	—	—	—
684 87-9	290	Koodinierungsmaßnahmen	—	107.000	107.000	—	—
TGr. 85		**Dialog Soziales Niedersachsen** * *Übertragbar.*	(—)	(250.000)	(250.000)	(—)	(—)
547 85-5	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	250.000	250.000	—	—
632 85-2	290	Sonstige Zuweisungen	—	—	—	—	—
684 85-2	290	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			706.606	
		Abschluss Kapitel 05 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		37.000	37.000	36.301	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		37.000	37.000	36.301	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.211.000	1.211.000	974.011	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	4.019.000	4.019.000	4.726.996	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.230.000	5.230.000	5.701.007	
		Zuschuss		5.193.000	5.193.000	5.664.706	

Zu 684 81

Zuschüsse für die Sozialberatung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien und zur Aus- und Fortbildung von Sozialberatern nach den „Grundsätze für Aufgaben, Arbeitsweisen und Organisation der Sozialberatung für in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer in der Trägerschaft von den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege“ vom 14. 11. 1984 i. d. F. v. 28. 5. 1998 (Bundesarbeitsblatt 1999, S. 52) i. V. m. dem Einvernehmen über die gemeinsame Finanzierung der Ausländersozialberatung v. 5. 5. 1987 i. d. F. v. 18. 7. 2000.

Zu 684 82

Gewährt werden Personal- und Sachkostenzuschüsse nach der Richtlinie Integration vom 27. 9. 2001 (Nds. MBl. S. 869).

Zu 684 83

Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen zugunsten von Ausländern sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Toleranz und Akzeptanz zwischen Ausländern und Deutschen.

Zu 684 87

Zuschüsse zu den Aufwendungen der Vertretungen von Ausländern und Flüchtlingen.

Flüchtlingsrat:	61 000 EUR
AG KAN:	46 000 EUR
	107 000 EUR

Zu Titelgruppe 85

Mit dem „Dialog Soziales Niedersachsen“ wird ein Prozess eingeleitet, der auf eine Bündelung der im sozialen Bereich tätigen Kräfte, insbesondere der Gewerkschaften, Kirchen, Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsverbände und der öffentlich-rechtlichen Träger zielt.

Bei den Akteuren bereits vorhandene Mittel sollen vernetzt und optimiert werden und somit zu mehr Transparenz in der Sozialpolitik führen.

Im Landesdialog werden die Themen entwickelt und Aufgabenfelder bestimmt, die im Weiteren bearbeitet werden. Im MFAS unterstützt ein interner Fachdialog die Arbeit des Landesdialogs.

Die Organisation, Koordination sowie die Auf- und Nachbereitung aller geplanten Maßnahmen und Veranstaltungen obliegt in enger Zusammenarbeit mit der Leitung des MFAS der Geschäftsstelle des „Dialogs Soziales Niedersachsen“. Hiermit wurde das Institut für Sozialpolitik und Policy Studies e. V. (isps) in Hannover beauftragt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	253	Vermischte Einnahmen		26.000	26.000	25.565	4
119 10-5	253	Verzugszinsen der ESF-Förderung		20.000	20.000	5.113	32
119 41-5	253	Rückzahlung von Überzahlungen		358.000	358.000	357.904	188
272 10-8	253	Einnahmen aus dem ESF ****Vgl. ***) HV zu Titel 637 10*		57.958.000	56.333.000	54.332.432	28.145
272 11-6	253	Einnahmen aus den Gemeinschaftsinitiativen der EU ****Vgl.***) HV zu Titel 637 11*		—	—	3.579.043	2.631
		A U S G A B E N					
633 10-0	253	Zuschüsse für die Qualifizierung von Sozialhilfeempfängern und Langzeitarbeitslosen ** Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 10, 684 11, 684 12, 685 10, 685 11, 636 65, 685 67, 685 83 und 893 83.* *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig: 633 10, 684 11, 684 12, 685 10, 685 11, 636 65, 685 67, 685 83 und 893 83.*	2.301.000 2.301.000 2.300.813	4.602.000	4.602.000	4.601.627	6.204
637 10-6	253	Zuweisungen aus dem ESF ** Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 981 10.* *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Der Ansatz erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 10, entsprechend den genehmigten Förderkonzepten.* *Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.* *Die Verpflichtungsermächtigung darf im Rahmen der genehmigten Förderungskonzepte überschritten werden, soweit es sich um Maßnahmen handelt, die nicht mit Landesmitteln kofinanziert werden.*	24.370.000 24.393.000 23.734.169	57.958.000	56.333.000	54.332.432	35.429
637 11-4	253	Zuweisungen aus den Gemeinschaftsinitiativen der EU ** Übertragbar.* ****Der Ansatz erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend der genehmigten Förderkonzepte bei 272 11.* *Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. § 37 LHO nachzuweisen.* *Die Verpflichtungsermächtigung darf im Rahmen der genehmigten Förderungskonzepte überschritten werden, soweit es sich um Maßnahmen handelt, die nicht mit Landesmitteln kofinanziert werden.*	—	—	—	3.579.043	5.921
684 10-4	253	Zuschüsse an die Landesgesellschaft zur Beratung und Information von Beschäftigungsinitiativen mbH - LABIB ** Übertragbar.* *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	517.000	512.000	506.179	496

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen:

Mit dem Programm „Arbeit und Qualifizierung für Niedersachsen“ werden Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes gefördert. Das Arbeitsmarktprogramm gibt mit wesentlicher Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) vielfältige Impulse zur Arbeitsförderung in Niedersachsen. Dabei steht die Integration in den regulären Arbeitsmarkt im Zentrum der Bestrebungen. Das Land gewährt Zuschüsse und Zuweisungen, insbesondere an Gemeinden (GV), Wohlfahrtsverbände, Einrichtungen der Erwachsenen- und beruflichen Weiterbildung und an Arbeitgeber der Privatwirtschaft zur Förderung arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen. Außerdem ergänzt es die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Ansätze werden im übrigen teilweise neben den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, der Kommunen und der sonstigen öffentlichen Träger als komplementärer nationaler Anteil zur Bindung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF).

Zu 633 10

Das Land gewährt Zuwendungen zur Beratung, Beschäftigung und Qualifizierung insbesondere von jugendlichen Sozialhilfeempfängern/-innen und Langzeitarbeitslosen mit Mitteln des Landes. Vorrangig wird dies mit der Fördermaßnahme „Arbeit und Qualifizierung sofort“ umgesetzt. Außerdem sollen Jugendbüros gefördert werden. Die Beratung und Vermittlung durch die Jugendbüros soll Jugendliche beruflich eingliedern.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 301 000	—	—	2 301 000
2003	—	1 329 000	—	1 329 000
2004	—	614 000	1 329 000	1 943 000
2005	—	358 000	614 000	972 000
2006	—	—	358 000	358 000
Summe	2 301 000	2 301 000	2 301 000	6 903 000

Zu 637 10

Die hier veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den Einnahmen bei Titel 272 10.

Mittel des Europäischen Sozialfonds werden im Rahmen der Förderziele der EU zur Verstärkung von Landesprogrammen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung eingesetzt bzw. an Dritte zur Durchführung entsprechender Maßnahmen weitergeleitet.

Für die Umsetzung der Programme werden neben den nachstehenden Richtlinien des MFAS weitere Richtlinien anderer Ressorts angewendet.

Richtlinie über Zuwendungen für Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 2 (RdErl. d. MFAS v. 23. 7. 2001 – Nds. MBl. S. 675 –).

Richtlinie über Zuwendungen für Maßnahmen zur Anpassung der Beschäftigungen in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 2 (RdErl. d. MFAS v. 23. 7. 2001 – Nds. MBl. S. 678 –).

Richtlinie über Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung von regionalen Bündnissen und territorialen Beschäftigungspakten in Gebieten mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 2 (RdErl. d. MFAS v. . . . – Nds. MBl. S. . . –).

Richtlinie über Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 3 (RdErl. d. MFAS v. 16. 03. 2001 – Nds. MBl. S. 335 –).

Richtlinie über Zuwendungen zur Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 3 (RdErl. d. MFAS v. 09. 04. 2001 – Nds. MBl. S. 361).

Richtlinie über Zuwendungen für Maßnahmen zur Anpassung der Beschäftigten an den wirtschaftlichen und strukturellen Wandel mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Zieles 3 (RdErl. d. MFAS v. 23. 7. 2001 – Nds. MBl. S. 676 –).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Qualifizierung von Nichtsesshaften mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (RdErl. d. MFAS v. 18. 06. 2001 – Nds. MBl. S. 581 –).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (RdErl. d. MFAS v. 24. 08. 2000 – Nds. MBl S. 633 –).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (RdErl. d. MFAS v. 16. 06. 2000 – Nds. MBl. S. 517 –).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zu den Ausgaben von Jugendwerkstätten im Rahmen der Jugendsozialarbeit (RdErl. d. MFAS v. 09. 05. 2001 – Nds. MBl. S. 448 –).

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zu den Ausgaben von „Regionalen Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen“ (RAN) im Rahmen der Jugensozialarbeit (RdErl. d. MK v. 12. 09. 2000 – Nds. MBl. S. 634 –).

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Einrichtung von besonderen Qualifizierungs- und Vermittlungsdiensten in Übergangsgruppen zur Verbesserung der Chancen einer dauerhaften Beschäftigung von Behinderten aus Werkstätten für Behinderte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (RdErl. d. MFAS v. 28. 08. 2000 – Nds. MBl. S. 520 –).

Richtlinie zur Förderung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen (RdErl. d. MFAS v. 5. 10. 2001 – Nds. MBl. S. 843 –).

Die Richtlinien sind bzw. werden bis zum 31. 12. 2006 (Ablauf der ESF-Förderperiode) befristet.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 637 10

Belastung unter Berücksichtigung des HV

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	12 277 000	22 234 000	—	—	34 511 000
2003	10 819 000	7 394 000	19 434 000	—	37 647 000
2004	10 743 000	2 712 000	4 576 000	18 899 000	36 930 000
2005	10 811 000	1 102 000	383 000	5 087 000	17 383 000
2006	11 387 000	1 102 000	—	384 000	12 873 000
Summe	56 037 000	34 544 000	24 393 000	24 370 000	139 344 000

ERLÄUTERUNGEN

noch zu 637 10

Die ESF-Förderung des Landes ist in Abstimmung mit der Europäischen Kommission in mehrjährigen Plänen (2000 bis 2006) festgelegt. Bedarfsgerechte Anpassungen sind nach den EU-Vorschriften im Rahmen des Planes und mit Zustimmung der Europäischen Kommission zulässig.

Übersicht 2002

Der Ablauf der Förderung mit Mitteln des ESF stellt sich wie folgt dar (in Mio. EUR):

Fördermaßnahmen Ziel 2		ESF-Mittel	Komplementärmittel					
Schwerpunkt/ Maßnahme	**Bezeichnung**	**ESF**	**Bund**	**Land**	**Kommunen**	**Sonstige**	**Einnahmen**	**Haushaltsstelle Kofinanzierung**
Schwerpunkt 1-KMU								
Maßnahme 1.7	Qualifizierung von Arbeitslosen für Tätigkeiten in KMU mit besonderem Schwerpunkt in den Informationstechnologien	3,899	2,883	0,156	0,737	0,055	0,069	***
Maßnahme 1.8	Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten aus KMU insbesondere in den Informationstechnologien	2,097	0,084	0,126	0,042	0,042	1,804	***
Maßnahme 1.9	Hochschulmaßn. z. Existenzgründg. o. Betriebsübernahme durch Absolventen	0,418	0,000	0,418	0,000	0,000	0,000	***
Schwerpunkt 2-Tourismus								
Maßnahme 2.6	Qualifizierung von Arbeitslosen für Tätigkeiten im Tourismus- und Kultursektor	0,439	0,325	0,018	0,083	0,006	0,008	***
Maßnahme 2.7	Weiterbildung von Beschäftigten im Tourismusbereich insbesondere in ländlich geprägten Gebieten	0,468	0,019	0,028	0,009	0,009	0,402	***
Schwerpunkt 3-	Lokale Aktivierung und Förderung des endogenen Potentials							
Maßnahme 3.4	Förd. v. regionalen Bündnissen territorialen Beschäftigungspakten	0,449	0,000	0,000	0,449	0,000	0,000	
Schwerpunkt 4-Infrastruktur								
Maßnahme 4.2	Qualifizierung von Arbeitslosen aus städtischen Problemgebieten und in Konversionsgebieten	0,591	0,437	0,024	0,117	0,008	0,010	***
Schwerpunkt 6-Technische Hilfe	Analyse und Evaluierung	0,096	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	
Gesamt		**8,457**	**3,748**	**0,770**	**1,437**	**0,120**	**2,293**	

Fördermaßnahmen Ziel 3		ESF-Mittel	Komplementärmittel					
Schwerpunkt/ Maßnahme	**Bezeichnung**	**ESF**	**Bund**	**Land**	**Kommunen**	**Sonstige**	**Einnahmen**	**Haushaltsstelle Kofinanzierung**
Schwerpunkt 1-A								
Maßnahme 1.1	Einzelprojekte Qualifiz.-Maßnahmen	5,082	3,129	0,277	2,589	0,108	0,108	***
	davon MFAS	4,855	3,129	0,000	2,589	0,108	0,108	
	davon MWK, Kulturber.	0,227	0,000	0,277	0,000	0,000	0,000	*
Maßnahme 1.2	Jugendwerkstätten	10,875	24,865	5,415	8,799	0,000	4,754	05 73 – TGr. 75
Schwerpunkt 2-B								
Maßnahme 2.1	Straffällige	1,253	2,149	0,134	0,990	0,000	0,426	11 02 – 685 54
Maßnahme 2.2	Nichtsesshafte	3,068	0,077	3,681	0,008	0,000	0,836	05 36 – 684 10
Maßnahme 2.3	Behind. Ausglied. Gruppen	2,045	1,554	5,332	0,000	0,000	0,000	05 30 – 633 20
Maßnahme 2.4	Sozialhilfeempfänger	5,113	0,114	0,227	5,795	0,011	0,102	05 03 – 633 10
Maßnahme 2.5	Arbeitslosen- u. Sozialhilfe-Initiativen	0,486	0,000	0,800	0,555	0,000	0,041	05 03 – 684 11
Schwerpunkt 3-C								
Maßnahme 3.1	RAN	2,613	0,000	2,517	1,464	0,000	0,246	05 73 – TGr. 79 u. 05 03 – 685 11
Maßnahme 3.2	Prävention an Schulen	0,511	0,000	0,461	1,331	0,000	0,000	05 73 – TGr. 76
Maßnahme 3.3	MK überbetr. Ausbildung	1,621	5,082	4,807	0,000	0,000	15,961	07 02 – 685 67
Schwerpunkt 4-D								
Maßnahme 4.1	Wissenschaftl. Maßnahmen	1,357	0,000	1,659	0,000	0,000	0,000	**
Maßnahme 4.2	Präv. Arbeitsmarktpolitik, gesamt	6,756	0,640	1,376	0,171	0,294	5,776	
Maßnahme 4.2.1	davon MFAS	5,745	0,383	0,970	0,128	0,255	5,285	05 03 – 685 10
Maßnahme 4.2.2	davon MK	0,399	0,000	0,000	0,000	0,039	0,448	
Maßnahme 4.2.3	davon MWK, Erw.-Bildung	0,386	0,257	0,129	0,043	0,000	0,043	Kap.06 80
Maßnahme 4.2.4	davon MWK, Kulturbereich	0,226	0,000	0,277	0,000	0,000	0,000	*
Schwerpunkt 5-E								
Maßnahme 5.1	FIFA, Frauen, gesamt	5,582	2,073	2,199	1,873	0,000	0,562	05 03 – 685 67
	davon FIFA, allgem.	4,815	2,073	1,534	1,822	0,000	0,511	05 03 – 685 67
	davon Koordinierungsstellen	0,767	0,000	0,665	0,051	0,000	0,051	05 03 – 685 67
Maßnahme 5.2	Verlässliche Grundschule	0,812	0,000	0,992	0,000	0,000	0,000	07 10 – 427 32
Schwerpunkt 6-F								
Maßnahme 6.1	Soziales Risikokapital-Kleinstprojekte	0,184	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	
Technische Hilfe	Technische Hilfe, ges.	0,518	0,000	0,518	0,000	0,000	0,000	
	davon Evaluierung	0,215	0,000	0,215	0,000	0,000	0,000	05 03 – 547 84
	davon LaBIB	0,189	0,000	0,189	0,000	0,000	0,000	05 03 – 684 10
	davon Sonstiges	0,114	0,000	0,114	0,000	0,000	0,000	Einzelplan 05
Gesamt		**47,876**	**39,683**	**30,395**	**23,575**	**0,413**	**28,812**	

* Die Kofinanzierung wird aus den jeweiligen Einzelkapiteln – Kultur – des Einzelplans 06 sichergestellt.

** Die Kofinanzierung wird aus den jeweiligen Hochschulkapiteln des Einzelplans 06 sichergestellt.

*** Unterschiedliche Haushaltsstellen verschiedener Ressorts, die eingesetzten Landesmittel wurden entsprechend den Ergebnissen der Förderperiode 1994 – 1999 hochgerechnet.

ERLÄUTERUNGEN

noch zu 637 10

Übersicht 2003

Der Ablauf der Förderung mit Mitteln des ESF stellt sich wie folgt dar (in Mio. EUR):

Fördermaßnahmen Ziel 2		ESF-Mittel	Komplementärmittel					
Schwerpunkt/ Maßnahme	**Bezeichnung**	**ESF**	**Bund**	**Land**	**Kommunen**	**Sonstige**	**Einnahmen**	**Haushaltsstelle Kofinanzierung**
Schwerpunkt 1-KMU								
Maßnahme 1.7	Qualifizierung von Arbeitslosen für Tätigkeiten in KMU mit besonderem Schwerpunkt in den Informationstechnologien	5,004	3,700	0,200	0,946	0,070	0,089	***
Maßnahme 1.8	Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten aus KMU insbesondere in den Informationstechnologien	2,652	0,106	0,160	0,053	0,053	2,281	***
Maßnahme 1.9	Hochschulmaßn. z. Existenzgründg. o. Betriebsübernahme durch Absolventen	0,425	0,000	0,425	0,000	0,000	0,000	***
Schwerpunkt 2-Tourismus								
Maßnahme 2.6	Qualifizierung von Arbeitslosen für Tätigkeiten im Tourismus- und Kultursektor	0,551	0,407	0,022	0,104	0,008	0,010	***
Maßnahme 2.7	Weiterbildung von Beschäftigten im Tourismusbereich insbesondere in ländlich geprägten Gebieten	0,476	0,019	0,029	0,009	0,009	0,409	***
Schwerpunkt 3-	Lokale Aktivierung und Förderung des endogenen Potentials							
Maßnahme 3.4	Förd. v. regionalen Bündnissen territorialen Beschäftigungspakten	0,300	0,000	0,000	0,300	0,000	0,000	
Schwerpunkt 4-Infrastruktur								
Maßnahme 4.2	Qualifizierung von Arbeitslosen aus städtischen Problemgebieten und in Konversionsgebieten	0,600	0,444	0,024	0,114	0,008	0,011	***
Schwerpunkt 6-Technische Hilfe	Analyse und Evaluierung	0,098	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	
Gesamt		**10,106**	**4,676**	**0,860**	**1,526**	**0,148**	**2,800**	

Fördermaßnahmen Ziel 3		ESF-Mittel	Komplementärmittel					
Schwerpunkt/ Maßnahme	**Bezeichnung**	**ESF**	**Bund**	**Land**	**Kommunen**	**Sonstige**	**Einnahmen**	**Haushaltsstelle Kofinanzierung**
Schwerpunkt 1-A								
Maßnahme 1.1	Einzelprojekte Qualifiz.-Maßnahmen	5,881	3,669	0,230	3,036	0,126	0,127	***
	davon MFAS	5,693	3,669	0,000	3,036	0,126	0,127	
	davon MWK, Kulturber.	0,188	0,000	0,230	0,000	0,000	0,000	*
Maßnahme 1.2	Jugendwerkstätten	10,875	24,865	5,415	8,799	0,000	4,754	05 73 – TGr. 75
Schwerpunkt 2-B								
Maßnahme 2.1	Straffällige	1,275	2,187	0,136	1,008	0,000	0,433	11 02 – 685 54
Maßnahme 2.2	Nichtsesshafte	3,068	0,077	3,681	0,008	0,000	0,836	05 36 – 684 10
Maßnahme 2.3	Behind. Ausglied. Gruppen	2,045	1,554	5,332	0,000	0,000	0,000	05 30 – 633 20
Maßnahme 2.4	Sozialhilfeempfänger	5,113	0,114	0,227	5,795	0,011	0,102	05 03 – 633 10
Maßnahme 2.5	Arbeitslosen- u. Sozialhilfe-Initiativen	0,486	0,000	0,800	0,555	0,000	0,041	05 03 – 684 11
Schwerpunkt 3-C								
Maßnahme 3.1	RAN	2,613	0,000	2,517	1,464	0,000	0,246	05 73 – TGr. 79 u. 05 03 – 685 11
Maßnahme 3.2	Prävention an Schulen	0,511	0,000	0,461	1,331	0,000	0,000	05 73 – TGr. 76
Maßnahme 3.3	MK überbetr. Ausbildung	1,621	5,082	4,807	0,000	0,000	15,961	07 02 – 685 67
Schwerpunkt 4-D								
Maßnahme 4.1	Wissenschaftl. Maßnahmen	1,023	0,000	1,250	0,000	0,000	0,000	**
Maßnahme 4.2	Präv. Arbeitsmarktpolitik, gesamt	7,253	0,638	1,408	0,177	0,321	6,320	
Maßnahme 4.2.1	davon MFAS	6,344	0,423	1,071	0,141	0,282	5,836	05 03 – 685 10
Maßnahme 4.2.2	davon MK	0,399	0,000	0,000	0,000	0,039	0,448	
Maßnahme 4.2.3	davon MWK, Erw.-Bildung	0,322	0,215	0,107	0,036	0,000	0,036	Kap.06 80
Maßnahme 4.2.4	davon MWK, Kulturbereich	0,188	0,000	0,230	0,000	0,000	0,000	*
Schwerpunkt 5-E								
Maßnahme 5.1	FIFA, Frauen, gesamt	5,386	2,000	2,199	1,807	0,000	0,542	05 03 – 685 67
	davon FIFA, allgem.	4,619	2,000	1,534	1,756	0,000	0,491	05 03 – 685 67
	davon Koordinierungsstellen	0,767	0,000	0,665	0,051	0,000	0,051	05 03 – 685 67
Maßnahme 5.2	Verlässliche Grundschule	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	07 10 – 427 32
Schwerpunkt 6-F								
Maßnahme 6.1	Soziales Risikokapital-Kleinstprojekte	0,184	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	
Technische Hilfe	Technische Hilfe, ges.	0,518	0,000	0,518	0,000	0,000	0,000	
	davon Evaluierung	0,215	0,000	0,215	0,000	0,000	0,000	05 03 – 547 84
	davon LaBIB	0,189	0,000	0,189	0,000	0,000	0,000	05 03 – 684 10
	davon Sonstiges	0,114	0,000	0,114	0,000	0,000	0,000	Einzelplan 05
Gesamt		**47,852**	**40,186**	**28,981**	**23,980**	**0,458**	**29,362**	

* Die Kofinanzierung wird aus den jeweiligen Einzelkapiteln – Kultur – des Einzelplans 06 sichergestellt.

** Die Kofinanzierung wird aus den jeweiligen Hochschulkapiteln des Einzelplans 06 sichergestellt.

*** Unterschiedliche Haushaltsstellen verschiedener Ressorts, die eingesetzten Landesmittel wurden entsprechend den Ergebnissen der Förderperiode 1994 – 1999 hochgerechnet.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 637 11

Die Förderung ist ausgelaufen.

Zu 684 10

Die Gesellschaft, durch das Land 1991 gegründet, wird dauerhaft mit Zuschüssen zu den Personal- und Sachkosten gefördert.

Übersicht der Einnahmen und Ausgaben
der Landesberatungsgesellschaft für Integration
und Beschäftigung mbH – LaBIB –

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	734 730	790 970	705 583	689 496
Einnahmen	86 430	87 900	81 807	89 493
Fehlbetrag	648 300	703 070	623 776	600 003

	2003	2002
	EUR	
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	517 000	512 000
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	131 300	191 070
e) Private	—	
Zusammen	648 300	703 070

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0503 Arbeit und Qualifizierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 11-2	253	Zuschüsse an Träger von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Vgl. ***) HV zu Titel 633 10*	614.000 614.000 613.550	889.000	889.000	843.632	809
684 12-0	253	Zuschüsse für Modellvorhaben * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 981 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Vgl. ***) HV zu Titel 633 10*	511.000 412.000 —	748.000	328.000	—	1
685 10-0	253	Sonstige Zuschüsse für die Qualifizierung von Beschäftigten * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 981 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Vgl. ***) HV zu Titel 633 10*	869.000 869.000 613.550	1.513.000	1.513.000	1.002.132	261
685 11-9	253	Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Jugendliche * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* ****Vgl. ***) HV zu Titel 633 10*	4.606.000 4.606.000 3.732.431	6.136.000	5.624.000	5.624.211	3.390
981 10-9	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 637 10, 684 12, 685 10 und 685 83.*	—	—	—	—	26
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65/66		**Förderung von Arbeitsbeschaffungs - und Strukturanpassungsmaßnahmen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(1.600.000) (570.000) (3.579.043)	(2.519.000)	(3.481.000)	(5.470.823)	(6.836)
461 65-2	981	Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs für Personalausgaben	—	—	—	—	—
461 66-0	981	Förderung der Beschäftigung von schwerbehinderten älteren Langzeitarbeitslosen bei Landesbehörden	—	—	—	—	—
636 65-7	253	Erstattung an die Bundesanstalt für Arbeit für gewährte Zuschüsse * *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* ****Vgl. ***) HV zu Titel 633 10*	1.600.000 570.000 3.579.043	2.519.000	3.481.000	5.470.823	6.836
TGr. 67		**Maßnahmen zur Integration von Frauen in das Arbeitsleben** * *Übertragbar.*	(767.000) (767.000) (766.938)	(2.199.000)	(2.199.000)	(2.198.555)	(2.477)
547 67-0	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	25
685 67-4	290	Zuschüsse für laufende Zwecke * *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* ****Vgl. ***) HV zu Titel 633 10*	767.000 767.000 766.938	2.199.000	2.199.000	2.198.555	2.452

Zu 684 11

Gem. Richtlinie des MFAS vom 5. 10. 2001 (Nds. MBl. S. 843) werden Personal- und Sachkosten von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen bezuschusst.

Zusätzlich werden modellhaft Initiativen gefördert, die über ihr Angebot hinaus neue Strategien entwickeln und erproben, durch die die Entstehung von Langzeitarbeitslosigkeit verhindert und bereits eingetretene Langzeitarbeitslosigkeit abgebaut wird.

Hierfür stehen zusätzlich Mittel aus dem ESF zur Verfügung.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	614 000	—	—	614 000
2003	—	614 000	—	614 000
2004	—	—	614 000	614 000
Summe	614 000	614 000	614 000	1 842 000

Zu 684 12

Das Land fördert Modellvorhaben mit der Zielseztung, Arbeitslosigkeit abzubauen und die Entstehung von Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	339 000	—	339 000
2004	64 000	511 000	575 000
2005	9 000	—	9 000
Summe	412 000	511 000	923 000

Zu 685 10

Es werden Qualifizierungen für Arbeitnehmer gefördert, deren Arbeitsplätze gefährdet sind. Daneben werden Beratungen und Studien zu diesem Themenbereich durchgeführt. Die Mittel dienen der Kofinanzierung von ESF-geförderten Projekten in diesem Bereich.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	358 000	—	—	358 000
2003	256 000	511 000	—	767 000
2004	—	358 000	511 000	869 000
2005	—	—	358 000	358 000
Summe	614 000	869 000	869 000	2 352 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 11

1. Richtlinie Förderung der beruflichen Integration arbeitsloser junger Erwachsener (RdErl. des MFAS vom 11. 05. 2000 – Nds. MBl. S. 314 –).
2. Durch das Programm „Regionale Arbeits- und Bildungsangebote für die Zukunft arbeitsloser Jugendlicher – RABaZ“ erhalten langzeitarbeitslose und von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche durch ein abgestimmtes Arbeits-, Ausbildungs- und Qualifizierungsangebot die Möglichkeit zum Einstieg in das Berufsleben. Zum Ausgleich von Vermittlungshemmnissen werden Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse mit Lohnkostenzuschüssen gefördert. Zur Eingliederung in die Beschäftigung erhalten Jugendliche Förderschecks.
3. Das Förderprogramm ist längerfristig ausgerichtet.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	550 000	2 862 000	—	—	3 412 000
2003	224 000	562 000	3 580 000	—	4 366 000
2004	—	256 000	660 000	3 630 000	4 546 000
2005	—	52 000	314 000	634 000	1 000 000
2006	—	—	52 000	290 000	342 000
2007	—	—	—	52 000	52 000
Summe	774 000	3 732 000	4 606 000	4 606 000	13 718 000

Zu Titelgruppe 65/66

Die Bundesanstalt für Arbeit fördert Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gem. §§ 260–271 SGB III und Strukturanpassungsmaßnahmen gem. §§ 272 – 279 SGB III. Die ergänzende Landesförderung sichert die Bindung der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit und ihren zielgruppenorientierten Einsatz in Niedersachsen. Gefördert werden Maßnahmen, die ohne den Einsatz von Landesmitteln nicht durchgeführt werden könnten.

Zu 636 65

Das Land stellt im Rahmen der Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen (RdErl. d. MS vom 27. 10. 1997 – Nds. MBl. S 2000) Mittel bereit und erweitert somit die Anzahl der förderbaren Maßnahmen. Gleichermaßen werden Förderschwerpunkte (Soziale Infrastruktur, Arbeiten und Lernen) gesetzt, die den Bedürfnissen des niedersächsischen Arbeitsmarktes entsprechen. Die Arbeitsämter entscheiden im Rahmen der o. g. Richtlinien auch über den Einsatz der Landesmittel. Näheres regelt eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	94 000	3 068 000	—	—	3 162 000
2003	—	511 000	470 000	—	981 000
2004	—	—	100 000	1 400 000	1 500 000
2005	—	—	—	200 000	200 000
Summe	94 000	3 579 000	570 000	1 600 000	5 843 000

Zu Titelgruppe 67

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (RdErl. d. MFAS v. 16. 06. 2000, Nds. MBl. S. 517).
2. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (RdErl. d. MFAS v. 24. 08. 2000, Nds. MBl. S. 633).

Es werden Zuschüsse für arbeitsmarkt- und strukturpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen gewährt, dabei u. a. auch für Veranstaltungen, Maßnahmen der betrieblichen Frauenförderung und zur Beratung und Vernetzung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen.

Zu 685 67

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	767 000	—	—	767 000
2003	—	767 000	—	767 000
2004	—	—	767 000	767 000
Summe	767 000	767 000	767 000	2 301 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0503 Arbeit und Qualifizierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 83		**Förderung der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in Sozialen Betrieben** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(7.151.000) (7.006.000) (8.049.779)	(9.716.000)	(9.716.000)	(10.737.130)	(12.163)
685 83-6	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 981 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* ****Vgl. ***) HV zu Titel 633 10*	7.151.000 7.006.000 8.049.779	9.511.000	9.511.000	10.532.613	12.163
893 83-8	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 633 10.* ****Vgl. ***) HV zu Titel 633 10*	—	205.000	205.000	204.517	—
TGr. 84		**Kosten für Konferenzen, Tagungen und Gutachten im Zusammenhang mit dem Programm zur Entlastung des Arbeitsmarktes** * *Übertragbar.*	(51.000) (77.000) (—)	(358.000)	(333.000)	(255.646)	(85)
518 84-0	253	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
531 84-7	253	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 84-1	253	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	255.646	85
547 84-0	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben und Dienstleistungen Außenstehender	51.000 77.000 —	358.000	333.000	—	—
		Abschluss Kapitel 05 03					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		404.000	404.000	388.582	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		57.958.000	56.333.000	57.911.475	
		Summe der Einnahmen		58.362.000	56.737.000	58.300.057	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	51.000 77.000 —	358.000	333.000	255.646	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	42.789.000 41.538.000 43.390.273	86.592.000	84.992.000	88.691.247	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	205.000	205.000	204.517	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	42.840.000 41.615.000 43.390.273	87.155.000	85.530.000	89.151.410	
		Zuschuss		28.793.000	28.793.000	30.851.353	

Zu Titelgruppe 83

Die Förderung erfolgt gemäß den Richtlinien

1. Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Dauerarbeitsplätzen in Sozialen Betrieben (RdErl. d. MS v. 1. 8. 1997, Nds. MBl. S. 1498).
2. Förderung von Dauerarbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose in Sozialen Betrieben (RdErl. d. MS v. 9. 5. 1995, Nds. MBl. S. 706).

Es werden Zuschüsse zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in Sozialen Betrieben, die Langzeitarbeitslose und von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohte beschäftigen, qualifizieren und sozial stabilisieren, gewährt.

Zu 685 83

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	3 937 000	3 956 000	—	—	7 893 000
2003	740 000	2 986 000	3 650 000	—	7 376 000
2004	—	1 107 000	2 616 000	3 682 000	7 405 000
2005	—	—	740 000	2 550 000	3 290 000
2006	—	—	—	919 000	919 000
Summe	4 677 000	8 049 000	7 006 000	7 151 000	26 883 000

Zu Titelgruppe 84

Sachverständige Begleitung des Programms zur Entlastung des Arbeitsmarktes soll einen optimalen Mitteleinsatz gewährleisten. Die Mittel dienen außerdem zur Kofinanzierung der Evaluation der ESF-Maßnahmen sowie der Technischen Hilfe.

Zu 547 84

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 üpl. bewilligte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamt-Belastung EUR
2002	192 000	—	—	192 000
2003	192 000	77 000	—	269 000
2004	192 000	—	51 000	243 000
2005	192 000	—	—	192 000
2006	192 000	—	—	192 000
Summe	960 000	77 000	51 000	1 088 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0511 Frauen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		7.000	7.000	7.158	8
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		150.000	150.000	332.340	94
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				41.653.416	
		A U S G A B E N					
684 10-0	290	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungseinrichtungen und Schutzwohnungen für von Frauenhandel Betroffene * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 10, 684 12, 684 13, 547 65, 633 65, 633 66, 684 65, 684 66, 684 67, 893 65, 547 69, 633 69, 684 69, 893 69, 547 71, 684 71 und 893 71.*	—	308.000	308.000	127.823	128
684 12-6	314	Zuschüsse an Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatungsstellen * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	256.000	256.000	255.646	255
684 13-4	312	Zuschüsse an Beratungs- und Interventionsstellen sowie Projekte bei häuslicher Gewalt * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	570.000	570.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Verwendung der Konzessionsabgaben gem. § 7 Abs. 3 NLottG, Anteil für die Förderung von frauenbezogenen Maßnahmen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(—)	(555.000)	(537.000)	(1.618.239)	(1.550)
547 61-7	856	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	5
684 61-4	856	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	555.000	537.000	1.490.416	1.407
893 61-2	856	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	127.823	138
TGr. 65 bis 67		**Maßnahmen zur Beratung und zum Schutze von Mädchen und Frauen in Problemsituationen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(3.053.000)	(3.053.000)	(3.052.412)	(3.036)
547 65-0	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	—
633 65-3	290	Zuweisungen für Frauenhäuser an Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	197
633 66-1	290	Zuweisungen für Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen u.ä. an Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	—
684 65-7	290	Zuschüsse für Frauenhäuser * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	2.199.000	2.199.000	2.198.555	2.009
684 66-5	290	Zuschüsse für Beratungsstellen f. v. Gewalt betroffene Mädchen u. Frauen, Notrufeinrichtungen und sonstige zentrale Maßnahmen * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	624.000	624.000	623.776	589

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen:

Frauenpolitik zielt weiterhin darauf ab, Frauen und Mädchen ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist es notwendig, der Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegenzuwirken und deren materielle Unabhängigkeit zu erreichen.

Die bisher bei Kapitel 05 11 ausgewiesenen Ansätze für familienbezogene Maßnahmen (Tit. 684 11, TGr. 61 tw., TGr. 63 und TGr. 72) sind ab 2002 im neuen Kapitel 05 74 (Familie) veranschlagt.

Zu 684 10

Gefördert wird KOBRA, eine Einrichtung in Trägerschaft des Phoenix e. V. Hannover; sie ist die einzige zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Frauenhandel in Niedersachsen.

Mehr für die Förderung einer Schutzwohnung in Trägerschaft des Sozialdienstes Katholischer Frauen.

Zu 684 12

Nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatungsstellen (RdErl. d. MFAS v. 21. 11. 2000, Nds. MBl. 2001 S.13) werden Beratungsstellen für Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatung gefördert, die zur Bewältigung von schwierigen oder krisenhaften Situationen im persönlichen, familiären oder partnerschaftlichen Bereich fachkundige Hilfe anbieten.

Zu 684 13

Zur Unterstützung der Umsetzung des neuen Gewaltschutzgesetzes (Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellung sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung) ist die Förderung von 6 Beratungs- und Interventionsstellen – BISS gegen häusliche Gewalt – vorgesehen.

Des Weiteren ist die Durchführung von ergänzenden Projekten und Maßnahmen zur Etablierung des Gewaltschutzgesetzes geplant.

Zu Titelgruppe 61

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil (2,5 v. H.) für familien- und frauenbezogene Maßnahmen sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beträgt 1 731 000 EUR für 2002 und 1 767 000 EUR für 2003.

Konzessionsabgabemittel sind für den Kinder- und Jugendschutz bei Kap. 05 73 TGr. 93 i. H. v. 77 000 EUR jährlich und für familienbezogene Maßnahmen bei Kap. 05 74 TGr. 61 i. H. v. 1 117 000 EUR für 2002 und 1 135 000 EUR für 2003 ausgebracht.

Aus den hier veranschlagten Mitteln für frauenbezogene Maßnahmen sollen gefördert werden:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
a) Maßnahmen im Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Verstärkung der TGr. 65 bis 67)	113	113
b) Landesfrauenrat Niedersachsen	72	72
c) Gesundheits- und Therapiezentren	149	149
d) Projekt für drogenabhängige Frauen (La Strada)	169	169
e) Sonstige frauenpolitische Maßnahmen	52	34
Zusammen	555	537

Zu Titelgruppe 65 bis 67

Nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Zufluchtstätten für misshandelte Frauen und ihre Kinder (RdErl. d. MFr. v. 19. 12. 1996, Nds. MBl. 1997 S. 118, zuletzt geändert durch RdErl. d. MFAS v. 15. 12. 2000, Nds. MBl. 2001 S. 69) werden Zuwendungen an Frauenhäuser gewährt.

Nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Beratungseinrichtungen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind RdErl. d. MFr. v. 25. 11. 1991, Nds. MBl. 1992 S. 222) werden Kontakt- und Informationsstellen zur Betreuung der von Gewalt betroffenen Mädchen, Frauenberatungsstellen und Notrufeinrichtungen gefördert.

Weiterhin sind Zuwendungen für die drei Mädchenhäuser in Hannover, Oldenburg und Osnabrück veranschlagt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0511 Frauen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 67-3	290	Förderung von Mädchenhausinitiativen * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	230.000	230.000	230.081	240
893 65-5	290	Zuschüsse für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Zuschüsse für Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und sexualpäd. Arbeitskreise nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz** * *Übertragbar.*	(—)	(2.403.000)	(2.403.000)	(2.403.072)	(2.167)
531 68-0	314	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 68-4	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 68-8	314	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 68-1	314	Förderung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und sexualpäd. Arbeitskreisen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	—	2.403.000	2.403.000	2.403.072	2.167
TGr. 69		**Maßnahmen zur Förderung von Frauengruppen und Frauenselbsthilfegruppen, Frauenprojekten und kulturellen Maßnahmen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(450.000)	(450.000)	(449.937)	(515)
547 69-2	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	8
633 69-6	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	96
684 69-0	290	Zuschüsse für laufende Zwecke * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	450.000	450.000	449.937	412
893 69-8	290	Zuschüsse für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Frauen- und familienpolitische Einzelmaßnahmen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(153.000)	(153.000)	(153.388)	(127)
547 71-4	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	47
684 71-1	290	Zuschüsse für laufende Zwecke * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	153.000	153.000	153.388	79
893 71-0	290	Zuschüsse für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 684 10.*	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen** * *Übertragbar.*	(—)	(3.352.000)	(3.352.000)	(3.181.258)	(3.503)
636 73-3	236	Erstattung von Verwaltungskosten	—	250.000	250.000	171.283	259
684 73-8	236	Ärztliche Kosten	—	3.102.000	3.102.000	3.009.975	3.244
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			85.612.758	

Zu Titelgruppe 68

Nach dem Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten vom 21. 08. 1995 (BGBl. I S. 1054) haben die zur Sicherstellung eines ausreichenden Beratungsangebotes erforderlichen Einrichtungen Anspruch auf eine angemessene Förderung der Personal- und Sachkosten, wobei näheres landesrechtlich zu regeln ist. Gem. der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Betrieb von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen (RdErl. d. MFAS v. 15. 12. 1999, Nds. MBl. 2000 S. 113, zuletzt geändert durch RdErl. d. MFAS v. 11. 12. 2000, Nds. MBl. 2001 S. 74) werden Zuwendungen zum Betrieb von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen gewährt.

Weiterhin sind Zuwendungen für drei sexualpädagogische Arbeitskreise veranschlagt.

Zu Titelgruppe 69

Veranschlagt sind u. a. Zuwendungen an Frauenverbände und Frauengruppen zu Maßnahmen der Information und Aktivierung von Frauen in verschiedenen Lebenslagen, die nach Förderrichtlinien vom 30. 11. 1998 (Nds. MBl. S. 1429) gewährt werden.

Zu Titelgruppe 71

Die Mittel sind veranschlagt für:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung und Frauenbeauftragte	87	87
2. Projekt Frauenserver (www.frauenonlineniedersachsen.de)	66	66
Zusammen	153	153

Zu Titelgruppe 73

Nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21. 8. 1995 (BGBl. I S. 1054), erstattet das Land Niedersachsen den gesetzlichen Krankenkassen die ihnen durch dieses Gesetz entstandenen Kosten.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0511 Frauen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 11					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		157.000	157.000	339.498	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	41.653.416	
		Summe der Einnahmen		157.000	157.000	41.992.914	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	11.100.000	11.082.000	96.726.710	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	127.823	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	11.100.000	11.082.000	96.854.533	
		Zuschuss		10.943.000	10.925.000	54.861.619	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0512 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	012	Gebühren und tarifliche Entgelte		2.000	2.000	—	3
119 01-5	012	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	1
236 10-0	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern ****Rückzahlungen vereinnahmter Beträge aus Vorjahren dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.*		1.686.000	1.669.000	1.551.924	1.281
236 11-9	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungträgern-für Vorjahre -		—	—	—	67
236 62-3	012	Erstattung von Ausgaben für Sozialversicherungswahlen von Sozialversicherungsträgern		—	—	—	—
381 10-0	990	Zuführung von 05 01 - 981 11		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	012	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets ****Die Personalkostenbewirtschaftung im Kap. 05 12 ist von den Regelungen zur Reformdividende ausgeschlossen.*	—	911.000	897.000	1.346.027	1.093
422 19-2	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	012	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	40.000	40.000	44.789	45
425 01-9	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	126
425 31-0	012	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
441 01-4	012	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	81.000	73.000	22.292	—
441 02-2	012	Beihilfen für Angestellte	—	—	—	511	—
443 01-7	012	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
511 01-2	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	34.000	34.000	3.068	3
517 01-0	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	25.000	25.000	9.715	9
518 01-7	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	40.000	40.000	40.903	35
518 02-5	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	1.000	1.000	—	—
525 01-3	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	31.000	31.000	30.678	15
526 01-0	012	Sachverständige	—	1.000	1.000	511	0
526 02-8	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-6	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	82.000	82.000	76.694	69
531 10-2	012	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
546 01-0	012	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	1.534	0
546 02-9	012	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	5.000	5.000	4.090	4
546 10-0	012	Rückzahlung vereinahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
547 10-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20.000	20.000	20.452	—
981 10-8	990	Abführung an 13 50 - 381 05	—	320.000	320.000	306.775	312
981 11-6	990	Abführung an 13 99 - 381 63	—	1.000	1.000	511	0
981 12-4	990	Abführung an 04 20 - 381 02	—	—	—	5.113	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 05 12 allgemein:

Infolge Auflösung des Landesversicherungsamtes und Eingliederung der Aufgaben in das MFAS zum 1. 10. 2001 sind die Prüfungen nach § 274 Abs. 1 SGB V, § 46 Abs. 6 SGB XI und § 281 Abs. 3 i. V. m. § 274 SGB V dem Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung beim MFAS zugeordnet worden (RdErl. d. MFAS v. 11. 10. 2001, Nds. MBl. S. 809). Das Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung ist bei der Durchführung der Prüfungen unabhängig. Der Haushalt des Prüfdienstes ist in diesem Kapitel ausgewiesen.

Die für die Wahrnehmung der Sozialversicherungsaufsicht notwendigen Personal- und Sachausgaben (TGr. 61–63) sind ab dem Hj. 2002 im Kapitel 05 01 mitveranschlagt.

Der Prüfdienst hat im Einzelnen die Aufgabe, mindestens alle fünf Jahre die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der landesunmittelbaren Krankenkassen und der Landesverbände sowie der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KVN und KZVN) zu prüfen. Dieser Prüfung unterliegen auch der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDKN) und die Pflegekassen. Die Personal- und Sachkosten des Prüfdienstes tragen in vollem Umfange die zu prüfenden Institutionen (Drittmittel).

Zu 111 01

Einnahmen von Gebühren für Prüfungen nach § 31 SVHV, der KVN, der KZVN und des MDKN.

Zu 236 10

Kostendeckende Vorschüsse der Krankenkassen und Landesverbände nach § 274 SGB V für den Prüfdienst.

Zu 236 11

Nachzahlungen der Kostenträger aus Abrechnungen für Vorjahre.

Zu 422 01

Das Kapitel ist von den Regelungen der Reformdividende ausgenommen, da die Kosten für die Prüfdienste in voller Höhe von den Sozialversicherungsträgern erstattet werden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
19,00	19,00	30,00	27,53

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	11,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	11,00
Bleibt Abgang	—	11,00

Noch zu 422 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				17
Angestellte				3
Lohnempfänger/-innen				—
Insgesamt				20

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				17
Angestellte				3
Lohnempfänger/-innen				—
Insgesamt				20

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	911	897

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	911	897
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	50	49
43	Versorgungsbezüge	322	303
44	Beihilfen, Unterstützungen	81	73
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	7	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 371	1 321

Zu 546 10

Rückzahlungen überzahlter Vorschüsse an Kostenträger des Prüfdienstes aus Abrechnungen für Vorjahre.

Zu 547 10

Zur Prüfung von Rechenzentren durch externe Prüfer.

Zu 981 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Abführung von Versorgungslastenanteilen an Kapitel 13 50.Veranschlagt sind 30 v. H. der Dienstbezüge der Beamten	240	240
2. Erstattung der Kosten für die Versorgungsempfänger, die gem. § 274 i. V. m. Art. 74 Abs. 4 SGB V von den Landesversicherungsanstalten Braunschweig, Hannover und Oldenburg/Bremen übernommen wurden	80	80
Zusammen	320	320

Zu 981 11

Erstattung von Ausgaben für die Angestellten des Prüfdienstes an die Landesunfallkasse.

Zu 981 12

Erstattung der Verwaltungskosten für die Zahlbarmachung der Beamtenbesoldung und der Angestelltenvergütungen des Prüfdienstes an das NLBV.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 13-2	990	Abführung an 05 01 - 381 11	—	9.000	9.000	5.113	7
981 14-0	990	Abführung an 05 42 - 381 05	—	—	—	4.090	3
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61 bis 63		**Sachausgaben der Sozialversicherungs-aufsicht**	(—)	(—)	(—)	(17.894)	(8)
511 61-6	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	1.534	1
518 61-0	012	Mieten und Pachten	—	—	—	1.023	1
525 61-7	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	2.556	1
526 61-3	012	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	511	0
526 62-1	012	Kosten des Landeswahlausschusses für die Wahlen zu den Organen der Sozialversiche-rungsträger	—	—	—	—	—
526 63-0	012	Kosten der/des Landeswahlbeauftragten für die Wahlen zu den Organen der Sozialversi-cherungsträger	—	—	—	511	1
527 61-0	012	Reisekostenvergütungen	—	—	—	11.248	4
546 61-4	012	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
681 61-9	012	Schadensersatzleistungen und Unfall-entschädigungen	—	—	—	511	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikati-onstechnik**	(—)	(90.000)	(90.000)	(41.415)	(28)
511 99-3	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	55.000	55.000	3.068	0
519 99-4	012	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	7.669	0
525 98-6	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	8.000	8.000	—	—
525 99-4	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	2.000	2.000	5.113	6
538 98-0	012	Dienstleistungen des IZN	—	5.000	5.000	—	—
538 99-9	012	Dienstleistungen Anderer	—	—	—	5.113	—
632 99-5	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die IuK-Geschäftsstelle der Prüfdienste des Bundes und der Länder	—	20.000	20.000	20.452	9
812 99-3	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	13
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			94.589	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 13

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen des MFAS für den Prüfdienst.

Zu TGr. 61 – 63

Infolge Auflösung des Landesversicherungsamtes und Eingliederung der Aufgaben in das MFAS sind ab 2002 die Mittel im Kapitel 05 01 mitveranschlagt.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten des Prüfdienstes.

Zu 632 99

Lizenzgebühren für den Einsatz des IuK-Systems der Prüfdienste des Bundes und der Länder.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0512 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 12					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.000	3.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.686.000	1.669.000	1.551.924	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.689.000	1.672.000	1.551.924	
		4 Personalausgaben	—	1.032.000	1.010.000	1.413.619	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	310.000	310.000	320.580	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	20.000	20.000	20.963	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	330.000	330.000	321.602	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.692.000	1.670.000	2.076.764	
		Zuschuss		3.000		524.840	
		Überschuss			2.000		
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		322.000	303.000	401.006	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.014.000	1.973.000	2.477.770	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		325.000	301.000	925.846	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0515 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-1	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten ****Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C.III. des Vorwortes zum Einzelplan 05 sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*		1.841.000	1.841.000	1.840.651	1.674
119 01-6	054	Vermischte Einnahmen		3.000	3.000	2.045	3
119 41-5	054	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	1.023	1
124 01-0	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1.000	1.000	511	0
132 01-2	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	3.579	—
235 01-6	054	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	18
		A U S G A B E N					
412 10-4	054	Entschädigung für ehrenamtliche Richter/Richterinnen und andere Beisitzer/Beisitzerinnen	—	506.000	506.000	506.179	464
422 01-0	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	11.515.000	11.476.000	10.672.349	5.448
422 04-5	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	25.000	24.000	23.673	—
422 06-1	054	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-3	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.946
425 06-0	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-6	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	126
426 04-0	054	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-7	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 10-5	054	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	75
427 01-2	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	31.000	31.000	30.678	45
427 02-0	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 31-4	054	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	2.000	2.000	1.534	0
427 39-0	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	26.000	26.000	20.912	26
443 01-8	054	Fürsorgeleistungen	—	—	—	—	—
453 01-3	054	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	20.000	20.000	20.452	10
453 11-0	054	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	511	—
511 01-3	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	849.000	849.000	81.807	47
514 01-2	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	4.000	4.000	3.886	6
517 01-1	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	213.000	213.000	25.513	30

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 05 15

Es sind vorhanden: Landesarbeitsgericht Niedersachsen und Arbeitsgerichte Braunschweig, Celle, Emden, Göttingen, Hameln, Hannover, Hildesheim, Lingen, Lüneburg, Nienburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Verden, Wilhelmshaven.

Zu 112 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Gebühren	921	921
2. Erstattete Auslagen in Rechtssachen	920	920
Zusammen	1 841	1 841

Zu 412 10

Entschädigungen für Zeitversäumnis und Aufwand sowie Fahrtkosten und Wegegeld nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 10. 1969 (BGBl. I S. 1753) zuletzt geändert durch Artikel 5 des Kostenänderungsgesetzes 1994 vom 24. 6. 1994 (BGBl. I S. 1325).

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
257,00	257,00	253,00	248,39

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zu-/Abgang	—	—

Noch zu 422 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				113
Angestellte				139
Lohnempfänger/-innen				5
Insgesamt	257,00			257

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				113
Angestellte				139
Lohnempfänger/-innen				5
Insgesamt	257,00			257

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	11 515	11 476

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	11 515	11 476
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	159	146
43	Versorgungsbezüge	2 269	2 161
44	Beihilfen, Unterstützungen	253	243
45	Personalbezogene Sachausgaben	21	21
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	82	–11
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		14 299	14 036

Mitveranschlagt sind

Lehrzulagen für 3 Stelleninhaber/-innen je 613,55 EUR.

Die Lehrzulagen gelten gem. Abschnitt I Nr. 4 des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 427 31

Lehrstundenentschädigung für nebenamtlichen Unterricht an auszubildende Kräfte.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Danach gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0515 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 19-4	054	Reinigungskosten	—	—	—	111.871	112
517 59-3	054	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	74.649	73
518 01-8	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	689.000	689.000	663.657	653
518 02-6	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	8.000	8.000	—	—
519 01-4	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	7.000	7.000	—	—
519 10-3	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	5.000	5.000	5.113	8
525 01-4	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	23.000	23.000	23.008	14
526 01-0	054	Sachverständige	—	13.000	13.000	4.499	4
526 02-9	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	11.000	11.000	11.351	12
527 02-5	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2.000	2.000	1.534	3
529 10-9	054	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts	—	—	—	511	1
532 11-8	054	Entschädigungen beigeordneter Anwälte * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 532 11, 532 12, 532 13, 532 15, 532 16 und 532 17.*	—	2.565.000	2.565.000	2.760.976	3.160
532 12-6	054	Zeugenentschädigungen * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	95.000	95.000	94.589	73
532 13-4	054	Sachverständigenentschädigungen * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	110.000	110.000	109.928	66
532 15-0	054	Bekanntmachungskosten * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1.000	1.000	1.227	2
532 16-9	054	Sonstige Verfahrensauslagen * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1.000	1.000	920	2
532 17-7	054	Reisekosten des Gerichts * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1.000	1.000	562	0
546 01-1	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	511	—
546 03-8	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	8.000	7.669	—
681 10-5	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.000	1.000	511	0
684 10-4	054	Zuschüsse zur lehrgangsmäßigen Fortbildung der ehrenamtlichen Richter	—	—	33.000	—	19
684 11-2	054	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—
811 01-7	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	20.452	—
812 10-2	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	67.000	67.000	—	—
812 13-7	054	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	25.565	36
812 15-3	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	40.903	50
981 05-2	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	353.000	353.000	304.679	—
981 10-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzier ung des Sondervermögens Landesliegenschafts fonds Niedersachsen	—	56.000	56.000	56.447	56

ERLÄUTERUNGEN

Zu 518 01

Belastung aus den VE zur Anmietung von Dienstgebäuden für das Landesarbeitsgericht und das Arbeitsgericht Hannover:

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR
2002	272 120
2003	272 120
2004	272 120
2005	272 120
2006 ff.	926 399
Summe	2 014 879

Zu 532 11 bis 532 17

Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen werden auch aus Mitteln des Kap. 11 04 – 532 11 bis 532 17 gezahlt (RdErl. d. MS vom 29. 5. 1978 – Nds. MBl. S. 842 –).

Zu 684 10 (2002)

Gem. RdErl. d. MFAS vom 21. 6. 2000 – Nds. MBl. S. 491 – werden Zuschüsse zu den Kosten der den Verbänden und Organisationen übertragenen Fortbildung der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen gegeben. Es wird die lehrgangmäßige Fortbildung als Dauermaßnahme in Abständen von 2 Jahren gefördert.

Zu 684 11

Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Arbeitsgerichtsverband.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Fernmeldeanlagen und Telefaxgeräte	26	26
Mobiliar für Diensträume	26	26
Büromaschinen	15	15
Zusammen	67	67

Zu 981 05

Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke.

Zu 981 10

Zuführung an den „Grundstock“ wegen des Erwerbs eines Gebäudes für das Arbeitsgericht Braunschweig in Höhe der ersparten Miete auf die Dauer von 10 Jahren (1996 – 2005).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0515 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—) (—) (5.234.351)	(985.000)	(985.000)	(816.430)	(709)
511 99-4	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	102.000	102.000	43.460	19
518 98-0	054	Kosten für die Anmiertung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	054	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
519 99-5	054	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	49.084	57
525 98-7	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten für vom IZN durchgeführte Maßnahmen	—	27.000	27.000	—	—
525 99-5	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister	—	—	—	12.782	4
527 99-8	054	Reisekostenvergütungen	—	4.000	4.000	3.528	5
538 98-1	054	Kosten der Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	748.000	748.000	—	—
538 99-0	054	Kosten der Dienstleistungen „Anderer“	— — 5.234.351	88.000	88.000	691.215	267
812 99-4	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	16.000	16.000	16.361	356
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			867.917	
		Abschluss Kapitel 05 15					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.846.000	1.846.000	1.847.809	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.846.000	1.846.000	1.847.809	
		4 Personalausgaben	—	12.126.000	12.086.000	11.276.288	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— — 5.234.351	5.567.000	5.575.000	5.651.256	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.000	35.000	1.022	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	83.000	83.000	103.281	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	409.000	409.000	361.126	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— — 5.234.351	18.187.000	18.188.000	17.392.973	
		Zuschuss		16.341.000	16.342.000	15.545.164	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.269.000	2.161.000	1.795.759	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		20.456.000	20.349.000	19.188.732	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		18.610.000	18.503.000	17.340.923	

Zu Titelgruppe 99

Mit Hilfe der elektronischen Daten- bzw. Textverarbeitung werden im Geschäftsbereich des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen folgende Aufgaben erledigt:

a) Erfassung und Auswertung der Daten der Prozessparteien und -bevollmächtigten sowie Termindaten
b) Erstellen von Ladungen, Beschlüssen, Urteilen pp. mit Hilfe der integrierten Textverarbeitung
c) Erstellen der nach der Aktenordnung vorgeschriebenen Register sowie der monatlichen Statistiken
d) Nutzung der Juris-Datenbank
e) Erstellen von Abrechnungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter
f) Erstellen von Überweisungsträgern und Kostenrechnungen
g) allgemeiner Schriftverkehr.

Zu 525 98

Ausbildungslehrgänge und Fortbildungsveranstaltungen.

Zu 527 99

Reisekosten, insbesondere für Reisen zur Betreuung der Anwender und Pflege der Anwendungen.

Zu 538 98

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	747 764	747 764
2003	747 764	747 764
2004	747 764	747 764
2005	747 764	747 764
2006ff.	2 243 295	2 243 295
Summe	5 234 351	5 234 351

Zu 812 99

Einrichtung von DV-Arbeitsplätzen.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	212	Gebühren und tarifliche Entgelte		270.000	270.000	818.067	209
112 01-6	212	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3.000	3.000	3.272	1
119 01-0	212	Vermischte Einnahmen		18.000	18.000	17.895	3
119 02-9	212	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 03-7	212	Einnahmen aus Nebentätigkeit		15.000	15.000	15.339	10
119 41-0	212	Rückzahlung von Überzahlungen		10.000	10.000	5.113	8
119 46-0	212	Ersatzleistungen		45.000	45.000	76.694	37
124 01-4	212	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		17.000	17.000	16.873	17
132 01-7	212	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5.000	5.000	8.181	9
132 02-5	212	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	—	511	0
231 10-4	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund		1.000	1.000	511	—
231 11-2	212	Zuweisungen vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		5.000	5.000	2.556	6
231 68-6	290	Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG; Erstattungen des Bundes nach § 17 VwRehaG		6.000	6.000	6.136	1
232 10-0	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		200.000	190.000	153.388	184
235 01-0	212	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		15.000	15.000	30.678	11
236 10-6	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Sozialversicherungsträger sowie die Bundesanstalt für Arbeit		31.000	31.000	30.678	28
236 11-4	212	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (Leistungen zur beruflichen Eingliederung von behinderten Menschen)		9.000	9.000	—	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Leistungen nach dem OEG**		(3.752.000)	(3.415.000)	(3.042.187)	(2.658)
119 65-7	290	Ersatzleistungen * *Vgl. K-Vermerk zu 631 65.*		480.000	450.000	383.469	431
231 65-1	290	Erstattungen vom Bund gem. § 4 Abs. 2 OEG		3.272.000	2.965.000	2.658.718	2.227
TGr. 99		**Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik**		(59.000)	(59.000)	(—)	(27)
119 99-1	212	Einnahmen aus Aufträgen Dritter		—	—	—	1
232 99-2	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Länder		59.000	59.000	—	26
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	
		A U S G A B E N					
412 10-9	212	Kosten für Mitglieder von Ausschüssen, Fachbeiräten und Kommissionen beim NLZSA	—	45.000	45.000	42.437	36
422 01-5	212	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	45.042.000	45.396.000	45.429.818	12.222

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 20

A. Mit Wirkung vom 1. 1. 1994 wurden die Aufgaben des Landessozialamtes Niedersachsen, des Landesversorgungsamtes Niedersachsen und des Niedersächsischen Landesprüfungsamtes für Studierende der Medizin, Pharmazie und Zahnmedizin in dem Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben (NLZSA) zusammengefasst.

B. Es sind vorhanden:

Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben und die Versorgungsämter Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Verden.

C. Nach § 9 der Approbationsordnung für Ärzte in der Neufassung vom 14. 7. 1987 (BGBl. I S. 1593), zuletzt geändert durch Einigungsvertragsgesetz vom 23. 9. 1990 (BGBl. II S. 1077), und § 5 der Approbationsordnung für Apotheker vom 19. 7. 1989 (BGBl. I S. 1489), zuletzt geändert durch Einigungsvertragsgesetz vom 23. 9. 1990, sind Prüfungen der Studierenden vor der nach Landesrecht zuständigen Stelle (Versorgungsamt Hannover) abzulegen.

Das Versorgungsamt Hannover bedient sich bei der Festlegung der Prüfungsfragen des durch Länderabkommen vom 14. 10. 1970 (Nds. MBl. 1971 S. 1042), geändert durch Abkommen vom 17. 6. 1993 (Nds. MBl. 26/95 S. 798 ff.), errichteten Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz.

D. Die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – SGB IX (BGBl. I S. 1045 ff.) sind zum 1. 1. 2001 in ein Sondervermögen überführt worden. Das Sondervermögen wird vom Integrationsamt beim NLZSA verwaltet.

Die Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens ist Anlage zu Kapitel 05 20 (siehe auch Vorwort zum Einzelplan 05, B I).

Zu 111 01

Einnahmen aus gebührenpflichtigen Tatbeständen nach dem Heimgesetz i. d. F. vom 23. 4. 1990 – BGBl. I S. 763, berichtigt S. 1069 – i. V. mit dem Beschluss des LM über zuständige Behörden nach dem Heimgesetz vom 11. 10. 1994 – Nds. MBl. S. 1344 –.

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung in der Fassung vom 25. 10. 1995 (Nieders. GVBl. S. 335).

Gebühren für Schiedsstellenverfahren nach § 94 BSHG.

Zu 112 01

Einnahmen aus vom Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben festgesetzten Geldbußen im Rahmen der Heimaufsicht.

Zu 119 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Erstattung von Prozesskosten	13	13
2. Sonstige Einnahmen	5	5
Zusammen	18	18

Zu 119 03

Versorgungsärzte/-innen üben – insbesondere nach Dienstschluss – in den Diensträumen genehmigte Nebentätigkeiten aus.

Zu 119 46

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstigen Rückgriffen von haftenden Versicherungsunternehmen z. B. bei Kraftfahrzeugunfällen.

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	14	14
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für	—	—
unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	3	3
Zusammen	17	17

Zu 132 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Geräte	2	3
2. Maschinen	3	3
3. Ausstattungsgegenstände	—	—
4. Akten, Drucksachen und dgl.	—	—
Zusammen	5	5

Zu 231 10

Im Rahmen der Amtshilfe werden Dienststellen der Bundeswehr mit Heil- und Hilfsmitteln beliefert.

Zu 232 10

Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern für die Inanspruchnahme des Prüf- und Beschaffungsamtes für Heil- und Hilfsmittel (PBHH) beim Versorgungsamt Hannover.

Zu 236 10

Erstattungen von Verwaltungsausgaben für ärztliche Untersuchungen und Begutachtungen für Berufsgenossenschaften, Krankenkassen u. a.

Zu 231 11

Beitrag des Bundes zu den Kosten für die Fortbildung des Verwaltungspersonals sowie der Ärzte/-innen, Zahnärzte/-innen, Apotheker/-innen und des ärztlichen Hilfspersonals.

Zu 235 01

Vgl. Erl. zu 427 01.

Zu 119 65

Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen in Fällen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 i. V. mit § 5 Abs. 1 OEG.

Zu 231 65

Erstattungen vom Bund gem. § 4 Abs. 2 OEG.

Vergleiche Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppen 65/66.

Zu 231 68

Erstattungen vom Bund gem. § 17 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG – vom 1. 7. 1997 (BGBl. I S. 1670 ff.)

Vgl. Ausgabetitelgruppe 68/69.

Zu 412 10

Entschädigung für Zeitversäumnisse, Fahrkosten und Fußwegstrecken sowie Aufwand nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der jeweils gültigen Fassung, das für die Abfindung sinngemäß angewendet wird.

Beim Landesamt sind folgende Ausschüsse und Beiräte gebildet worden:

1. Widerspruchsausschuss	gemäß § 41 Schwerbehindertengesetz
2. Beratender Ausschuss	gemäß § 32 Schwerbehindertengesetz
3. Beirat in der Kriegsopferfürsorge	gemäß RdErl. MS vom 16. 3. 1966 (Nds. MBl. S. 236) i.V. mit §§ 6 und 9 der VO über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. 2. 1919 (RGBl. S. 187)
4. Beteiligung sozial erfahrener Personen	gemäß § 114 Bundessozialhilfegesetz
5. Ausschuss und Besuchskommissionen	gemäß § 24 Nds. MVollzG und § 30 NPsychKG

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
1 077,67	1 086,42	1 178,93	1 167,07

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	4,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		—
Summe Zugänge	—	4,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	9	59,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	11,26	11,26
Summe Abgänge	20,26	70,26
Bleibt Abgang:	20,26	66,26

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				419
Angestellte				734
Lohnempfänger/-innen				52
Insgesamt	1 077,67			1 205

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				422
Angestellte				740
Lohnempfänger/-innen				52
Insgesamt	1 086,42			1 214

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	45 042	45 396

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	45 042	45 396
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	680	721
43	Versorgungsbezüge	4 553	4 402
44	Beihilfen, Unterstützungen	992	968
45	Personalbezogene Sachausgaben	95	95
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	323	–45
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		51 685	51 537

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
422 04-0	212	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	125.000	125.000	132.885	82
422 06-6	212	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-8	212	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	212	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	133.000	196.000	247.721	232
425 01-4	212	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	33.253
425 04-9	212	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	143.000	143.000	157.529	106
425 06-5	212	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	2.000	1.585	—
425 10-3	212	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	7
425 31-6	212	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 01-0	212	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.641
426 04-5	212	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-1	212	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 10-0	212	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	8
426 31-2	212	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-7	212	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 02-5	212	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitbeschaffung	—	—	—	—	—
427 11-4	212	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
427 39-4	212	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-0	212	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-8	212	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	91.000	91.000	76.796	91
453 10-7	212	Trennungsgeld und Ausbildungshilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	4.000	4.000	1.892	4
511 01-8	212	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.889.000	1.867.000	281.211	385
511 02-6	212	Verpackungs- und Versandkosten	—	—	—	1.023	0
514 01-7	212	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	64.000	64.000	69.024	57
514 10-6	212	Arzneien, Stärkungsmittel, Verbands- und Impfstoffe	—	1.000	1.000	1.023	0
517 01-6	212	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	852.000	831.000	127.823	122
517 19-9	212	Reinigungskosten	—	—	—	319.251	287
517 59-8	212	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	306.775	288
518 01-2	212	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	501.000	501.000	501.066	488
518 02-0	214	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	12.000	12.000	—	—

Zu 425 51

Überstundenpauschale für Hausmeister.

Zu 511 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	6	6
2. Büro- und Kanzleibedarf	257	257
3. Bekanntmachungen	2	2
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	6	6
5. Verpackungs- und Versandkosten für orthopädische Hilfsmittel	1	1
6. Bücher und Zeitschriften	91	91
7. Post- und Fernmeldegebühren	1 300	1 280
8. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	54	52
9. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	142	142
10. Dienst- und Schutzkleidungen	3	3
11. Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	15	15
12. Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	9	9
13. Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	3	3
Zusammen	1 889	1 867

Zu 514 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Betriebsstoffe	53	53
2. Unterhaltung und Instandsetzung	9	9
3. Kraftfahrzeugsteuer	2	2
4. Sonstiges	—	—
Zusammen	64	64

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	16	15	15

*) Davon 3 für Selbstfahrer.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	16	15	15

*) Davon 3 für Selbstfahrer.

Zu 517 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Wassergeld	3	3
2. Grundbesitzabgaben	60	60
3. Bewachungskosten	120	120
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	49	45
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	8	5
6. Reinigungskosten	227	220
7. Heizung	305	298
8. Beleuchtung und elektrische Kraft	80	80
Zusammen	852	831

Mehr insbesondere wegen Privatisierung des Pförtnerdienstes beim NLZSA.

Zu 518 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Diensträume und -gebäude	420	420
Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	81	81

Zu 518 02

Veranschlagt sind Leasingkosten für Kfz.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-9	214	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	44.000	44.000	—	—
519 10-8	212	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	1.023	1
526 01-5	212	Sachverständige	—	245.000	245.000	577.760	590
526 02-3	212	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	395.000	395.000	—	—
527 01-1	212	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	240.000	240.000	255.646	224
527 02-0	212	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehinderten-angelegenheiten	—	13.000	13.000	12.782	14
529 10-3	212	Zur Verfügung des Präsidenten/der Präsidentin des Niedersächsischen Landesamtes für Zentrale Soziale Aufgaben	—	—	—	1.534	1
532 10-4	290	Kosten für Beratungshilfen nach dem Nieders. Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung * *Übertragbar.*	—	1.000.000	1.000.000	1.789.522	414
546 01-6	212	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	511	1
546 03-2	212	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1.000	1.000	767	10
546 10-5	214	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
547 10-1	212	Dienstleistungen Außenstehender * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 10 und 681 11.*	—	5.699.000	5.689.000	5.189.613	5.491
636 10-4	212	Ersatz an Krankenkassen nach § 20 Bundesversorgungsgesetz und an andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger * *Übertragbar.*	—	840.000	900.000	1.124.842	813
636 11-2	212	Ersatz an Krankenkassen nach § 11 Abs. 6 Bundesvertriebenengesetz	—	130.000	130.000	166.170	114
671 10-4	212	Erstattung an sonstige Stellen	—	20.000	20.000	20.452	15
671 11-2	242	Erstattung von Verwaltungskosten an Versehrtensportverbände	—	26.000	26.000	25.565	47
681 10-0	212	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	13.000	13.000	12.782	9
681 11-8	212	Entschädigung der zur ärztlichen Untersuchung Vorgeladenen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 10.*	—	106.000	106.000	106.349	96
684 10-9	212	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—
685 10-5	112	Zuschuss an das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz	—	480.000	480.000	475.501	466
811 01-1	212	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	43.715	53
812 10-7	212	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	410.000	408.000	—	—
812 13-1	212	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	86.920	—
812 15-8	212	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	283.358	153
812 35-2	212	Erwerb von ärztlichen Geräten und Laborgerät	—	—	—	5.624	—
981 10-3	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	2.844.000	2.844.000	2.957.926	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ärztliche, zahnärztliche,pharmazeutische und lebensmittelrechtliche Prüfungen**	(—)	(120.000)	(120.000)	(120.153)	(107)
427 61-0	319	Prüfungsvergütungen	—	107.000	107.000	107.371	98

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen, die ab 2002 erstmals in den Kapiteln ausgewiesen werden. Der Ansatz ist vom MF zentral ermittelt worden.

Zu 526 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. (Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	25	25
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	170	170
3. Entschädigungen der Landesärzte	50	50
Zusammen	245	245

Zu 2.: Unter anderem auch für Untersuchungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Zu 3.: Landesärztlicher Dienst für behinderte Menschen (10 Ärzte).

Zu 526 02

Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus.

Zu 527 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Reisekosten allgemein	70	70
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	170	170
Zusammen	240	240

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	40	40	40

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	40	40	40

Zu 529 10

Ausgaben sind ab 2002 im Einzelplan 13 veranschlagt.

Zu 532 10

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Beratungsvergütung der geeigneten Stellen im Sinne der §§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und 3 Abs. 1 Satz 1 Nds. Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung (Nds. AG InsO, Nds. GVBl. 31/1998, S. 710ff.) nach Maßgabe des § 5 Abs. 2 Nds. AG InsO sowie die Gebühren der Rechtsanwälte nach dem Beratungshilfegesetz für die Wahrnehmung der Beratungstätigkeit im Bereich der außergerichtlichen Insolvenzberatung gem. § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnung (InsO).

Zu 547 10

a) Gutachten, Befundberichte und Stellungnahmen nach der BVG und dem SchwbG.
b) Durchführung der orthopädischen Sprechtage durch außenstehende Fachärzte/-innen.

Zu 636 10

Den Krankenkassen sind für die Erbringung von Leistungen nach § 18 c BVG 3,25 v. H. Verwaltungskosten zu erstatten. Basis ist die nach §§ 19, 20 Abs. 1 BVG jährlich festgesetzte pauschale Erstattung.

Zu 636 11

Als Ersatz für Verwaltungskosten erhalten die Krankenkassen 8 v. H. ihres Aufwands für Leistungen bei Krankheit an Heimkehrer p. p.

Zu 671 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Beiträge zu den Verwaltungskosten der Arbeitsgemeinschaften		
1. der Hauptfürsorgestellen	1	1
2. der überörtlichen Träger der Sozialhilfe	9	9
3. der Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenfürsorge	5	5
4. Beitrag zu den Verwaltungskosten der Zentralstelle Schweiz beim Landeswohlfahrtsverband Baden (Sozialhilfe für Deutsche im Ausland)	5	5
Zusammen	20	20

Zu 671 11

Erstattung von Verwaltungskosten für die Durchführung von Versehrtenleibesübungen an die Versehrtensportverbände gemäß § 11 a Bundesversorgungsgesetz.

Zu 681 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
a) Schadensersatzleistungen für 3 ehemalige Bedienstete bzw. deren Hinterbliebene des früheren BFW in Bad Pyrmont rd. =	4	4
b) Andere Schadensersatzleistungen an Bedienstete (z. B. Kfz-Schäden) rd. =	9	9
Zusammen	13	13

Zu 681 11

Zur Abgeltung der entstandenen Reisekosten und des entstandenen Verdienstausfalls der zur ärztlichen Untersuchung vorgeladenen Beschäftigten.

Zu 684 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Dt. Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter Dt. Sozialrechtsverband e. V.	1	1
Zusammen	1	1

Zu 685 10

Die anderweitig nicht gedeckten Kosten der Einrichtung und der Unterhaltung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen tragen nach Art. 11 des Länderabkommens vom 14. 10. 1970 i. d. F. vom 17. 6. 1993 (siehe allgemeine Erläuterungen) die Länder. Der Fehlbetrag des Instituts wird für 2002 auf 5 271 000 EUR geschätzt. In dieser Höhe benötigt das Institut Länderzuweisungen. Das Land Niedersachsen hat nach dem „Königsteiner Schlüssel“ für 2000 rd. 9,10 % = rd. 480 000 EUR zu übernehmen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts f. medizinische u. pharmazeutische Prüfungsfragen

	Betrag für 2002 (Entwurf) EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	5 745 700	5 488 100	4 988 400
Einnahmen	474 700	352 700	303 800
Mithin Fehlbetrag	5 271 000	5 135 400	4 684 600

Der Fehlbetrag 2002 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	480 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit (andere Länder)	4 791 000 EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	5 271 000 EUR

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Vgl. Erläuterungen zu Titel 518 02.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ausstattung der Poststelle NLZSA	30	—
Küchenmaschine (Kantine NLZSA)	20	—
Profilpfosten für Aktenregale (VA Verden)	9	—
Ausstattung Bürgerbüro (VA Oldenburg, Außenstelle Osnabrück)	8	—
Kompaktanlage (VA Oldenburg, Außenstelle Osnabrück)	31	—
Kuvertierstraße (NLZSA)	142	—
Umrüstung Telefonanlage VA Verden	33	—
IuK-Dienstzimmerausstattungen	129	73
IuK-Arbeitstische	—	154
Frankiermaschine (VA Hannover)	—	8
Falzmaschine (Druckerei VA Hannover)	—	15
Zeiterfassungsgeräte (VA Hannover)	—	20
Jalousetten (VA Oldenburg u. Außenstelle Osnabrück)	8	13
Tiefkühlzelle (Kantine NLZSA)	—	9
Spülmaschine (Kantine VA Hannover)	—	11
Telefonanlage VA Braunschweig	—	105
Zusammen	410	408

Zu 981 10

Veranschlagt sind die Überlassungsentgelte für die Nutzung landeseigener Liegenschaften gem. § 64 LHO.

Zu Titelgruppe 61

Prüfungsvergütungen, die den Mitgliedern und Sekretären/-innen der Prüfungsausschüsse nach Maßgabe der jeweiligen Prüfungsordnung zustehen, und mit den Prüfungen verbundene sächliche Verwaltungsausgaben.

Außerdem werden den bei den schriftlichen Prüfungen tätigen Aufsichtspersonen Vergütungen gewährt.

Entwicklung der Zahl der Prüfungsteilnehmer:

Jahr		Teilnehmer			
		1)	2)	3)	zus.
1999	Ist	3 643	496	152	4 291
2000	Ist	3 498	479	149	4 126
2001	ca.	3 600	500	150	4 250
2002	ca.	3 500	520	180	4 200
2003	ca.	3 500	520	180	4 200

1) = Humanmedizin
2) = Pharmazie
3) = Zahnmedizin.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 61-5	319	Reisekosten	—	3.000	3.000	2.556	—
547 61-6	319	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	10.000	10.000	10.226	9
TGr. 63		**Aus- und Fortbildung der Bediensteten** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 11.*	(—)	(241.000)	(241.000)	(252.578)	(211)
427 63-7	212	Entschädigungen an nebenamtliche Lehr-kräfte	—	22.000	22.000	22.497	64
453 63-8	212	Trennungsgeld für Lehrgangsteilnehmer	—	—	—	—	—
525 63-9	212	Lehr- und Lernmittel,Kosten von Eignungs-prüfungen für Laufbahnbewerber	—	14.000	14.000	11.248	22
527 63-1	212	Reisekosten für Lehrkräfte und Lehrgangs-teilnehmer	—	46.000	46.000	46.016	37
538 63-3	212	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	153.388	73
547 63-2	212	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben sowie Dienstleistungen Außen-stehender	—	159.000	159.000	19.429	16
TGr. 65/66		**Leistungen nach dem OEG** ****Überzahlungen aus Vorjahren sind abweichend von § 35 LHO durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	(—)	(11.217.000)	(10.748.000)	(10.254.623)	(9.214)
631 65-0	290	Erstattungen gem. § 5 Abs. 2 an den Bund * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 7,5 v.H. der Isteinnahmen bei 119 65.*	—	36.000	34.000	28.786	9
631 66-8	290	Erstattung von Beiträgen gem. § 22 BVG (Landesanteil) an den Bund	—	—	—	—	—
681 65-7	290	Geldleistungen	—	8.181.000	7.414.000	6.646.794	5.826
681 66-5	290	Sachleistungen	—	3.000.000	3.300.000	3.579.043	3.379
TGr. 68/69		**Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG -**	(—)	(20.000)	(20.000)	(20.452)	(1)
681 68-1	290	Geldleistungen	—	10.000	10.000	10.226	1
681 69-0	290	Sachleistungen	—	10.000	10.000	10.226	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(2.918.000)	(3.166.000)	(2.723.396)	(2.491)
511 99-9	212	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	805.000	739.000	63.911	71
518 98-5	212	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-3	212	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
519 99-0	212	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	296.549	404
525 98-1	212	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	97.000	97.000	—	—
525 99-0	212	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	46.000	46.000	127.823	109
527 99-2	212	Reisekostenvergütungen	—	4.000	4.000	4.346	3
538 98-6	212	Kosten für Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	941.000	1.013.000	—	—
538 99-4	212	Kosten für Dienstleistungen Anderer	—	306.000	306.000	1.227.101	1.257

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Hier sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung des Verwaltungspersonals sowie für die Fortbildung der Ärzte/-innen pp. veranschlagt.

Zu Titelgruppe 65/66

Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 11. 5. 1976 (BGBl. I S. 1181) i. d. F. v. 21. 7. 1993 (BGBl. I S. 1262). Der Bund trägt gemäß § 4 des Gesetzes 40 v. H. der Geldleistungen.

Vgl. Tit. 231 65.

Zu 631 65

Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen (vgl. Titel 119 65) werden gem. § 5 Abs. 2 OEG zu 7,5 v. H. an den Bund abgeführt.

Zu 681 65

Geldleistungen in Fällen des § 4 Abs. 1 Satz 1 OEG.

Zu 681 66

Leistungen in Fällen des § 4 Abs. 1 Satz 1 OEG, die nicht Geldleistungen sind.

Zu Titelgruppe 68/69

Leistungen nach dem verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz vom 1. 7. 1997 (BGBl. I S. 1609). Der Bund trägt gem. § 17 des Gesetzes 60 v.H. der Geldleistungen (vgl. Einnahmetitel 231 68).

Zu 681 68

Geldleistungen in Fällen des § 3 Abs. 1 S. 1 VwRehaG.

Zu 681 69

Leistungen in Fällen des § 3 Abs. 1 S. 1 VwRehaG, die nicht Geldleistungen sind.

Zu Titelgruppe 98/99

A) Mit Hilfe von Anlagen der Informations- und Kommunikationstechnik beim NLZSA und den Versorgungsämtern werden insbesondere folgende Aufgaben ausgeführt:
   a) Dokumentation und Auswertung von Haushaltsdaten für Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe incl. Bearbeitung der Selbstkostenblätter, Pflegesatzermittlung.
   b) Erstellung von Grundanerkenntnissen im Rahmen der Heranziehungs-Verordnungen BSHG und KOF.
   c) Dokumentation und Auswertung von Daten im Rahmen der Heranziehungsverordnungen BSHG und KOF oder von Verwaltungsvereinbarungen mit den herangezogenen Gebietskörperschaften.
   d) Textverarbeitung im Zentralen Schreibdienst für alle Bereiche des NLZSA.
   e) Haushaltsmittelbewirtschaftung
   f) für den Bereich des Schwerbehindertenrechtes:
      – Kündigung und Kündigungsschutzstatistik
      – Verwendung der Ausgleichsabgabe einschließlich Statistik
      – Schulung nach dem SchwbG einschließlich Statistik
      – Psychosoziale Dienste einschließlich Statistik
      – begleitende Hilfen einschließlich Statistik
      – Dokumentation technischer Hilfsmittel
      – § 53 REHA-Statistik
      – Bearbeitung der Anträge nach dem SchwbG und Pflege des Datenbestandes
   g) Sachbearbeitung des BVG sowie der Anhanggesetze zum BVG mit PROSID,
   h) Abwicklung der Beschaffungen des PBHH beim Versorgungsamt Hannover für die bundesweite orthopädische Versorgung (einschl. Rechnungsstellung),
   i) Abwicklung der Prüfungen im Rahmen der Zuständigkeiten des Versorgungsamtes Hannover (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 05 20 Buchst. C).

Zu 511 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Geschäftsbedarf	61	61
2. Bücher und Zeitschriften	3	3
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	300	343
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	400	291
5. Verbrauchsmaterial	41	41
Zusammen	805	739

Zu 525 98

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten durch das IZN.

Zu 525 99

Veranschlagt sind die Kosten der Aus- und Fortbildung von Bediensteten, die nicht durch das IZN, sondern von Anderen durchgeführt werden.

Zu 538 98

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Inanspruchnahme von Dienstleistungen Anderer (ohne IZN).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-9	212	Erwerb von Geräten, Austattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	719.000	961.000	1.003.666	646
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			2.284.554	
		Abschluss Kapitel 05 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		863.000	833.000	1.345.925	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.598.000	3.281.000	2.882.665	
		Summe der Einnahmen		4.461.000	4.114.000	4.228.590	
		4 Personalausgaben	—	45.714.000	46.131.000	46.220.531	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	13.389.000	13.342.000	13.682.990	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	12.853.000	12.444.000	12.207.247	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.129.000	1.369.000	1.423.283	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.844.000	2.844.000	2.957.926	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	75.929.000	76.130.000	76.491.977	
		Zuschuss		71.468.000	72.016.000	72.263.387	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		4.553.000	4.402.000	5.094.052	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		80.482.000	80.532.000	81.586.029	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		76.021.000	76.418.000	77.357.439	

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
4 NT-Server	29	—
152 Arbeitsplatz-PC und 76 Drucker	386	—
Umsetzung Zielvereinbarung:		
5 NT-Server	62	—
Software PROSID	195	—
20 Laptops	47	—
3 Datenbankserver	—	89
7 NT-Server	—	50
115 Arbeitsplatz-PC und 65 Drucker	—	299
Umsetzung Zielvereinbarung:		
100 Arbeitsplatz-PC inkl. Drucker	—	256
Software PRODSID	—	195
2 NT-Server	—	25
20 Laptops	—	47
Zusammen	719	961

Übersicht

über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht
– Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – (SGB IX)
– Kapitel 50 51 – gemäß § 26 Abs. 2 LHO

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
111 10	Ausgleichsabgabe von privaten Arbeitgebern		32.251.000	32.251.000	34.767.848	—
111 11	Ausgleichsabgabe von Arbeitgebern der öffentlichen Hand außer vom Land		2.100.000	2.100.000	2.147.426	—
112 01	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		77.000	77.000	153.388	—
119 10	Rückzahlung widerrufener Leistungen; Erstattung von Vorsteuern; Erstattung von anderen Trägern		182.000	182.000	1.022.584	—
162 10	Zinsen für Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV		67.000	67.000	86.920	—
162 11	Zinsen für Darlehen nach § 30 SchwbAV		1.030.000	1.030.000	869.196	—
162 12	Zinsen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch (SGB IX)		1.023.000	1.247.000	1.533.876	—
182 10	Rückflüsse aus Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV		1.071.000	1.071.000	1.227.101	—
182 11	Rückflüsse aus Darlehen nach § 30 SchwbAV		1.519.000	1.519.000	1.380.488	—
232 10	Ausgleichsleistungen von anderen Integrationsämtern		2.900.000	2.900.000	3.834.689	—
233 10	Zinsen für Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX (Erstattungen von örtlichen Trägern)		—	—	—	—
333 10	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX (Erstattungen von örtlichen Trägern)		—	—	—	—
361 01	Bestand aus Vorjahr		—	—	—	—
381 10	Zuweisung Ausgleichsabgabe Land		1.339.000	1.339.000	3.834.689	—
381 11	Sonstige Zuweisungen aus dem Einzelplan 13		—	—	—	—
	Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				665	
	A U S G A B E N					
632 10	Ausgleichsleistungen an andere Integrationsämter ****Übertragbar* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.*	—	—	—	—	—
634 10	Abführung an den Ausgleichsfonds für überregional finanzierte Maßnahmen zur Eingliederung Schwerbehinderter beim BMA ****Übertragbar* *Ausgaben dürfen bis zu 45 v.H. der Einnahmen bei den Titeln 111 10, 111 11 und 381 10 zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus den Vorjahren geleistet werden.*	—	16.061.000	16.061.000	18.337.483	—
682 10	Zuschüsse nach §§ 27 SchwbAV an Betriebe ****Übertragbar* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.* *Die Verpflichtungsermächtigung kann für alle Ausgabetitel in Anspruch genommen werden.*	7.158.000 7.158.000 25.564.594	5.450.000	5.450.000	7.413.732	—
684 10	Zuschüsse nach §28 SchwbAV an soziale und ähnliche Einrichtungen ****Übertragbar* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vor-*	—	2.000.000	2.000.000	—	—

Zu Kapitel 50 51

Allgemeine Erläuterungen

Die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht hat sich ab 1. 7. 2001 durch das Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1045ff.) geändert.

Mit Wirkung vom 1. 1. 2001 sind die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz (SchwbG) in ein Sondervermögen „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz“ überführt worden (Art. I Haushaltsbegleitgesetz 2001, Nds. GVBl. 25/2000, S. 378 ff.).

Das Sondervermögen wird vom Integrationsamt beim NLZSA verwaltet (siehe auch allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 20, D).

Durch das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter (SchwBAG) vom 29. 9. 2000 (BGBl. I S. 1394ff.) ist das SchwbG u. a. auch dahingehend geändert worden, dass die Pflichtquote ab dem Erhebungsjahr 2001 von 6 v. H. auf 5 v. H. gesenkt wurde (vgl. § 77 SGB IX).

Aufgrund dieser Änderung ist mit einem geringeren Aufkommen an Ausgleichsabgabe zu rechnen.

Die Veranschlagung des Sondervermögens berücksichtigt diese Veränderungen.

Zu 111 10, 111 11 und 381 10

Gemäß § 71 Abs. 1 und 2 i. V. mit § 77 Abs.1 und 2 SGB IX haben private Arbeitgeber und Arbeitgeber der öffentlichen Hand, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz mtl. eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist ab 2001 abhängig von der durchschnittlichen Beschäftigungsquote gestaffelt. Für die Verpflichtung, je Monat und unbesetzten Pflichtplatz Ausgleichsabgabe zu entrichten, gilt das Land als ein Arbeitgeber (§ 77 Abs. 8 SGB IX).

Zu 112 01

Säumniszuschläge nach § 77 Abs. 4 und Geldbußen gem. § 156 Abs. 1, 2 und 5 SGB IX.

Zu 119 10, 162 10, 162 11, 162 12, 182 10, 182 11, 232 10, 233 10 und 333 10

Die Rückflüsse aus den aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gewährten Darlehen sind ebenso wie die beim Integrationsamt verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe aufgrund des SGB IX gesondert zu verwalten (§ 77 Abs. 7 SGB IX). Die Zinseinnahmen und Tilgungen aus diesen Darlehen sowie Zinseinnahmen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX werden ebenfalls der zweckgebundenen Verwendung wieder zugeführt.

Voraussichtliches Aufkommen nach den Zins- und Tilgungsplänen.

Zwischen den Integrationsämtern wird nach Maßgabe des § 77 Abs. 6 SGB IX ggf. ein Ausgleich durchgeführt.

Zu 634 10

Gem. §§ 77 Abs. 6 und 78 SGB IX sind 45 v. H. des Aufkommens an Ausgleichsabgabe an den „Ausgleichsfonds für überregionale Maßnahmen zur Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung weiterzuleiten.

45 v. H. der geschätzten Einnahmen bei den Titeln 111 10, 111 11 und 381 10 in Höhe von 35 690 000 EUR ergeben = 16 061 000 EUR

Zu 632 10, 682 10 bis 893 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Der dem Lande gem. § 77 Abs. 6 SGB IX verbleibende Anteil der Ausgleichsabgabe = 55 v. H. von 35 690 000 EUR =	19 629	19 629
wird zusammen mit dem voraussichtlichen Aufkommen an Zinsen und Tilgungen von Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bei Tit. 162 10, 162 11, 182 10, 182 11, 233 10, 333 10 und Einnahmen bei 119 10 in Höhe von voraussichtlich =	3 869	3 869
sowie den Zinseinnahmen aus der Anlage von Mitteln der Ausgleichsabgabe bei 162 12 =	1 023	1 247
und ggf. Ausgleichsleistungen von anderen Integrationsämtern bei Tit. 232 10 sowie Säumniszuschläge und Geldbußen bei Tit. 112 01 =	2 977	2 977
Insgesamt =	27 498	27 722

zweckgebunden verwendet.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	durch die 2002 ausgebrachte VE DM	durch die 2003 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2002	10 226 000	—	—	10 226 000
2003	—	7 158 000	—	7 158 000
2004	—	—	7 158 000	7 158 000
Summe	10 226 000	7 158 000	7 158 000	24 542 000

Zu 682 10

Leistungen an Arbeitgeber für besondere Belastungen bei Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

Zu 684 10

Leistungen an freie gemeinnützige Träger psychosozialer Dienste.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
noch *684 10*	*jahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.*					
684 11	Zuschüsse nach §§ 14 Abs. 1 Nr.4, 15, 16 und 19 bis 26 und 29 SchwbAV ****Übertragbar* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.*	—	17.492.000	17.716.000	18.154.083	—
863 10	Darlehen nach §§ 15, 20 bis 22 und 26 SchwbAV ****Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.*	—	—	—	511.292	—
863 11	Darlehen nach § 30 SchwbAV ****Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.*	—	1.704.000	1.704.000	3.834.689	—
883 10	Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben (Zuweisung an die örtlichen Träger) ****Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.*	—	—	—	—	—
893 10	Zuschüsse nach § 30 SchwbAV ****Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.*	—	852.000	852.000	2.607.589	—
982 10	Übertrag des Bestandes in das Folgejahr ****Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren.* *Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.*	—	—	—	—	—
	Abschluss Kapitel 50 51					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		39.320.000	39.544.000	43.188.827	
	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.900.000	2.900.000	3.834.689	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.339.000	1.339.000	3.835.354	
	Summe der Einnahmen		43.559.000	43.783.000	50.858.870	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.158.000 7.158.000 25.564.594	41.003.000	41.227.000	43.905.298	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.556.000	2.556.000	6.953.570	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	7.158.000 7.158.000 25.564.594	43.559.000	43.783.000	50.858.868	
	Überschuss				2	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 684 11 und 863 10

1. Aufwendungen zur Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung sowie zum Erreichen des Arbeitsplatzes. Hierunter fällt auch das Betreute Wohnen von schwerbehinderten Menschen, soweit die Beschaffung und Erhaltung des Wohnraumes mit ihrer beruflichen Eingliederung in Zusammenhang steht.
2. Aufwendungen für Hilfen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit schwerbehinderter Menschen.
3. Geldleistungen an Arbeitgeber. Hierunter fallen auch Leistungen an Arbeitgeber für die Einstellung schwerbehinderter jugendlicher Arbeitsloser.

Es werden Zuschüsse und Darlehen gewährt.

Zu 863 11 und 893 10

Gefördert werden sollen insbesondere Werkstätten für behinderte Menschen und sonstige Rehabilitationseinrichtungen sowie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Werkstätten für behinderte Menschen.

Zu 883 10

Die örtlichen Träger und anderen Gebietskörperschaften haben in dem Umfang, in dem sie zu Aufgaben des überörtlichen Trägers herangezogen sind, auch Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben nach dem SGB IX zu gewähren sowie die darauf entfallenden Zins- und Tilgungsbeträge zu erheben und mit dem Land abzurechnen (vgl. Erl. zu Tit. 233 10 und 333 10).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0521 Landeskrankenhäuser

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	312	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 41-3	312	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
121 10-8	312	Ablieferungen der kaufmännisch geführten landeseigenen Krankenhäuser		—	—	715.809	459
		A U S G A B E N					
422 01-9	312	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	—	—	—
422 19-1	312	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	312	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-4	312	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
682 10-0	312	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser für laufende Zwecke	—	26.296.000	26.348.000	17.968.586	15
682 39-8	312	Zuschüsse an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 10-8	312	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser für Investitionen	—	—	—	—	—
981 10-7	990	Abführung an 2042 - 381 01	—	—	—	102.258	1.099
		Abschluss Kapitel 05 21					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	715.809	
		Summe der Einnahmen		—	—	715.809	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	26.296.000	26.348.000	17.968.586	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	102.258	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	26.296.000	26.348.000	18.070.844	
		Zuschuss		26.296.000	26.348.000	17.355.035	

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 21

Es sind folgende Landeskrankenhäuser (LKH) vorhanden:

– Psychiatrische Krankenhäuser in
Göttingen, Hildesheim, Königslutter, Lüneburg, Moringen, Osnabrück, Wehnen und Wunstorf

– Fachklinik für straffällige drogenabhängige Frauen und Männer als Entziehungsanstalt gem. §§ 7, 93 a des Jugendgerichtsgesetzes und § 64 des Strafgesetzbuches in Brauel.

– Krankenhaus für Psychiatrie und Psychotherapie Tiefenbrunn in Rosdorf.

Die Kostendeckung der Landeskrankenhäuser wird nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung überwacht. Zuführungen sind bei 682 10 und 891 10 nachzuweisen. Wirtschaftspläne mit den Übersichten über die Stellen der Angestellten und Arbeiter sind diesem Kapitel als Anlagen 1 bis 10 beigefügt.

Die Pflegesätze (§ 13 BPfLV) werden auf der Grundlage des Budgets (§ 12 BPfLV) für jedes Landeskrankenhaus ermittelt. Die Entgelte für die Forensik sowie für Heim- und Pflegebereiche werden nach den dafür geltenden Grundsätzen festgelegt.

Wahlleistungen nach § 22 BPfLV werden angeboten.

Krankenhausbetten – insgesamt –

Krankenhausbetten in	2003	2002	2001
Brauel	76	76	76
Göttingen	450	446	430
Hildesheim	448	448	461
Königslutter	558	541	510
Lüneburg	528	522	546
Moringen	300	300	300
Osnabrück	446	446	446
Tiefenbrunn	176	176	176
Wehnen	503	489	425
Wunstorf	600	573	520
Summe	4 085	4 017	3 890

davon KHG-Betten

KHG-Betten in	2003	2002	2001*)
Brauel	—	—	—
Göttingen	360	360	360
Hildesheim	407	407	461
Königslutter	510	510	510
Lüneburg	446	456	456
Moringen	—	—	—
Osnabrück	410	410	410
Tiefenbrunn	176	176	176
Wehnen	437	437	425
Wunstorf	465	465	465
Summe	3 211	3 221	3 263

*) Stand 1. 1. 2001.

davon Maßregelvollzugsbetten

Maßregelvollzugsbetten in	2003	2002	2001
Brauel	76 (76)	76 (80)	76 (96)
Göttingen	90 (98)	86 (94)	70 (96)
Hildesheim	41 (52)	41 (49)	— (35)
Königslutter	48 (49)	31 (46)	— (45)
Lüneburg	82 (100)	66 (98)	90 (85)
Moringen	300 (299)	300 (300)	300 (295)
Osnabrück	36 (45)	36 (45)	36 (46)
Tiefenbrunn	— (—)	— (—)	— (—)
Wehnen	66 (70)	52 (59)	— (60)
Wunstorf	135 (168)	108 (153)	55 (123)
Summe	874 (957)	796 (924)	627 (881)

Insgesamt werden in den LKH im Jahre 2002 = 924 und im Jahre 2003 = 957 forensische Patienten behandelt (davon je 60 einstweilig untergebrachte Patienten). Die jeweilige Patientenzahl ist in Klammern angegeben.

Zusätzliche Plätze in Heimbereichen u. ä.

Krankenhaus	2003	2002	2001
Lüneburg	136	136	136
Osnabrück	40	40	40
Summe	176	176	176

Zu 682 10

Zum Ausgleich nicht gedeckter Betriebskosten auch aus vorangegangenen Geschäftsjahren. Die LKH werden als rechtlich unselbstständige abgesonderte Teile der Landesverwaltung nach § 26 LHO geführt.

Mitveranschlagt sind Zuschüsse für nicht gedeckte Kosten

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. der Kindertagesstätte im LKH Königslutter	16	16
2. für Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	26 220	26 220
3. für 11 Auszubildende in Kammerberufen (bis 31. 7. 2003)	60	112
Zusammen	26 296	26 348

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Brauel

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	3 870	3 850	3 901
61	Gesetzliche Sozialabgaben	777	773	745
62	Aufwendungen für Altersversorgung	380	370	349
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	23	22	4
64	Sonstige Personalaufwendungen	19	19	14
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	206	206	177
66	Medizinischer Bedarf	285	285	414
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	110	110	110
68	Wirtschaftsbedarf	60	60	24
69	Verwaltungsbedarf	82	82	82
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	35	35	69
72	Instandhaltung	186	186	116
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	22	22	8
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	20	26
76	Abschreibungen	136	136	41
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	161	161	346
79	Übrige Aufwendungen	76	76	—
	Summe:	6 448	6 413	6 426

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	6 395	6 363	6 376
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	5	4	1
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	24	23	15
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
46	Erträge aus sonst. Forderungen	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	—	—	22
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	16	16	12
59	Übrige Erträge	8	7	—
	Summe:	6 448	6 413	6 426

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	90	88
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Sonstige Anlagegüter und aktivierungspflichtige kleine bauliche Maßnahmen	46	48
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Abführungen an das Land	—	—
5. Deckungsmittelvortrag	—	—
Summe:	136	136

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	—	—
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	136	136
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
Summe:	136	136

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Brauel für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Haushaltsjahr 2003 hochgerechnet worden. In den Löhnen für Arbeiter sind 132 000 EUR für 7 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte – davon 5 Kräfte im Reinigungsdienst mit 94 000 EUR – veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu KGr. 74

Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten, für Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Gebäudemiete	108 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	12 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	41 000 EUR
Zusammen	161 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um Aufwendungen wie Bekleidungshilfe, Taschengeld, Weihnachtsbeihilfe und Probewohnen.

B. Erträge

Zu KGr. 40

Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit	
29 200 Berechnungstage je 219,02 EUR	= 6 395 384,00 EUR
	rd. 6 395 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte	5 000 EUR

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für	
– Unterkunft	8 000 EUR
– Verpflegung	16 000 EUR
– sonstige Leistungen	— EUR
2. Erstattungen Fremder für	
– Unterkunft	— EUR
– Verpflegung	— EUR
– sonstige Leistungen	— EUR
Zusammen	24 000 EUR

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten sowie Skonti.

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Brauel für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter (Einrichtung- und Ausrüstungsgegenstände)	
1 EDV-Ausstattung	77 000 EUR
2. Kleine bauliche Maßnahmen (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)	— EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Brauel

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	3 850	3 901	3 677
61	Gesetzliche Sozialabgaben	773	745	739
62	Aufwendungen für Altersversorgung	370	349	356
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	22	4	20
64	Sonstige Personalaufwendungen	19	14	18
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	206	177	206
66	Medizinischer Bedarf	285	414	285
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	110	110	106
68	Wirtschaftsbedarf	60	24	60
69	Verwaltungsbedarf	82	82	96
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	35	69	36
72	Instandhaltung	186	116	217
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	22	8	22
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	26	20
76	Abschreibungen	136	41	136
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	161	346	154
79	Übrige Aufwendungen	76	—	177
	Summe:	6 413	6 426	6 325

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	6 363	6 376	6 252
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	4	1	4
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	23	15	23
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
46	Erträge aus sonst. Forderungen	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	—	22	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
53	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	—	—	15
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	16	12	16
59	Übrige Erträge	7	—	7
	Summe:	6 413	6 426	6 317

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	88	87
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Sonstige Anlagegüter und aktivierungspflichtige kleine bauliche Maßnahmen	48	41
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Abführungen an das Land	—	—
5. Deckungsmittelvortrag	—	15
Summe:	136	143

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	—	—
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	136	41
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
5. Zuführung für Anlagegüter	—	102
Summe:	136	143

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Brauel für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Haushaltsjahr 2002 hochgerechnet worden. In den Löhnen für Arbeiter sind 132 000 EUR für 7 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte – davon 5 Kräfte im Reinigungsdienst mit 94 000 EUR – veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu KGr. 74

Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten, für Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Gebäudemiete	108 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	12 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	41 000 EUR
Zusammen	161 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um Aufwendungen wie Bekleidungshilfe, Taschengeld, Weihnachtsbeihilfe und Probewohnen.

B. Erträge

Zu KGr. 40

Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen
Betäubungsmittelabhängigkeit
29 200 Berechnungstage je 217,93 EUR = 6 363 556,00 EUR
rd. 6 363 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte. 4 000 EUR

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für	
– Unterkunft	7 000 EUR
– Verpflegung	16 000 EUR
– sonstige Leistungen	— EUR
2. Erstattungen Fremder für	
– Unterkunft	— EUR
– Verpflegung	— EUR
– sonstige Leistungen	— EUR
Zusammen	23 000 EUR

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten sowie Skonti.

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Brauel für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter (Einrichtung- und Ausrüstungsgegenstände)	— EUR
2. Kleine bauliche Maßnahmen (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)	— EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Brauel (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte[2])	[1]) 1 Stelle darf nur zu $^3/_4$ besetzt werden. [2]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
I b	2	2	2		
II a	8	8	8		
III	1	1	1		
IV a	2	2	1		
IV b	10	10	11		
V b	1	1	1		
V c	21	21	21		
VI b	1	1	2		
VII[1])	6	6	6		
VIII	5	5	5		
IX b–VII	2	2	2		
Sondervergütungen*)	2	2	2		
Kr. VI	3	3	3		
Kr. V	19	19	19		
Kr. IV	2	2	2		
	85	85	86	Zusammen	

*) 2 Praktikanten/-innen für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Erläuterungen für 2002:

Höhergruppierungen/Herabgruppierungen/Umwandlungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. VI b	1	nach Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. VII	1	nach Lohn-Gr. 4

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 2

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Arbeiter/-innen[1])	[1]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	3	3	3		
4	11	11	7		
3	1	1	1		
	15	15	11	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Erläuterungen für 2002:

Umwandlungen:

	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	von Verg.-Gr. VII

Zugang:

Lohn-Gr. 4	3	Fahrdienst, Hausmeister und Botendienst

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 1

Auszubildende

	2003	2002	2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	—	—	—
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	1	1	1
Zusammen	2	2	2

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Göttingen

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	19 740	19 641	19 906
61	Gesetzliche Sozialabgaben	3 766	3 748	3 820
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 324	1 317	1 693
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	80	77	62
64	Sonstige Personalaufwendungen	128	128	128
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	948	948	947
66	Medizinischer Bedarf	1 273	1 273	1 272
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	940	940	937
68	Wirtschaftsbedarf	1 007	1 007	1 007
69	Verwaltungsbedarf	227	227	227
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	100	100	159
72	Instandhaltung	696	696	695
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	98	98	98
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	157
76	Abschreibungen	69	69	69
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3 638	3 633	209
79	Übrige Aufwendungen	103	103	102
	Summe:	34 137	34 005	31 488

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	29 554	29 425	30 402
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	428	428	360
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	4	2	3
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	111	111	116
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	225	225	225
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	3 470	3 480	46
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	1
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	20	20	21
57	Sonstige ordentliche Erträge	230	229	232
59	Übrige Erträge	92	82	82
	Summe:	34 137	34 005	31 488

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	520	464
b) Mieten für Anlagegüter	16	16
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	140	160
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel nach KHG	24	33
b) Abschreibungen	125	121
Summe:	825	794

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	607	581
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	33	25
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	64	64
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	121	124
5. Überschussverwendung	—	—
6. Zuführung des Landes	—	—
Summe:	825	794

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Göttingen für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Sollergebnis 2001 ist auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	25 000 EUR
2. Sachaufwand aus Fort- und Weiterbildung	=	61 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	118 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	3 434 000 EUR
	Zusammen	3 638 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Pflegesatz 105 100 Berechnungstage je 195,90 EUR	=	20 589 090,00 EUR
b) Tagesklinik 9 100 Berechnungstage je 83,40 EUR	=	758 940,00 EUR
c) Forensik		
Aufnahme/Intensivbehandlung im Maßregelvollzug 11 680 Berechnungstage je 295,89 EUR	=	3 455 995,20 EUR
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 12 775 Berechnungstage je 199,58 EUR	=	2 549 634,50 EUR
Regelbehandlung gem. § 63 StGB andere Bundesländer 365 Berechnungstage je 206,89 EUR	=	75 514,85 EUR
Offener Maßregelvollzug 2 555 Berechnungstage je 146,39 EUR	=	374 026,45 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 5 475 Berechnungstage je 200,50 EUR	=	1 097 737,50 EUR
Sonstige forensische Unterbringungen		
730 Berechnungstage je 295,89 EUR	=	215 999,70 EUR
730 Berechnungstage je 199,58 EUR	=	145 693,40 EUR
1 460 Berechnungstage je 199,85 EUR	=	291 781,00 EUR
	Zusammen	29 554 412,60 EUR
	rd.	29 554 000,00 EUR

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz 2 100 Fälle x 204,23 EUR	=	428 883 EUR
	rd.	428 000 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	31 800 EUR
– Verpflegung	=	28 300 EUR
– sonstige Leistungen	=	38 400 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	2 000 EUR
– Verpflegung	=	11 400 EUR
– sonstige Leistungen	=	— EUR
	Zusammen	111 900 EUR
	rd.	111 000 EUR

Zu KGr. 45

Erträge durch die Versorgung der Jugendanstalt Leineberg mit Wärme und Wasser.

Zu KGr. 47

1. Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten des Personalwohnheims, die aus Überschussvorträgen finanziert werden	=	25 000 EUR
2. Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	11 000 EUR
3. Überlassungsentgelt für Gebäude und Grundstücke	=	3 434 000 EUR
	Zusammen	3 470 000 EUR

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Werkstätten, der Gärtnerei, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Rückvergütungen für Zivildienstleistende und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Skonti und Erstattungen aus Fort- und Weiterbildung 230 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Göttingen für das Geschäftsjahr 2003

Begründung für Investitionen über 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände) Erneuerung der Hard- und Software für die Finanzbuchhaltung	103 000 EUR
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)	— EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Göttingen

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	19 641	19 906	18 480
61	Gesetzliche Sozialabgaben	3 748	3 820	3 527
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 317	1 693	1 226
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	77	62	72
64	Sonstige Personalaufwendungen	128	128	107
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	948	947	711
66	Medizinischer Bedarf	1 273	1 272	1 130
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	940	937	801
68	Wirtschaftsbedarf	1 007	1 007	923
69	Verwaltungsbedarf	227	227	461
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	100	159	47
72	Instandhaltung	696	695	978
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	98	98	103
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	157	—
76	Abschreibungen	69	69	80
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3 633	209	296
79	Übrige Aufwendungen	103	102	2
	Summe:	34 005	31 488	28 944

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	29 425	30 402	29 907
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	428	360	435
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	2	3	3
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	111	116	112
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	225	225	227
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	3 480	46	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	3
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	20	21	49
57	Sonstige ordentliche Erträge	229	232	207
59	Übrige Erträge	82	82	6
	Summe:	34 005	31 488	30 949

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	464	447
b) Mieten für Anlagegüter	16	16
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	160	164
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	25
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel nach KHG	33	24
b) Abschreibungen	121	124
Summe:	794	800

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	581	581
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	25	7
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	25
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	64	63
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	124	124
5. Überschussverwendung	—	—
6. Zuführung des Landes	—	—
Summe:	794	800

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Göttingen für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	25 000 EUR
2. Sachaufwand aus Fort- und Weiterbildung	=	61 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	113 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	3 434 000 EUR
	Zusammen	3 633 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Pflegesatz 105 100 Berechnungstage je 197,75 EUR	=	20 783 525,00 EUR
b) Tagesklinik 9 000 Berechnungstage je 83,80 EUR	=	754 200,00 EUR
c) Forensik		
Aufnahme/Intensivbehandlung im Maßregelvollzug 11 680 Berechnungstage je 294,92 EUR	=	3 438 825,60 EUR
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 12 775 Berechnungstage je 198,59 EUR	=	2 536 987,25 EUR
Regelbehandlung gem. § 63 StGB andere Bundesländer 365 Berechnungstage je 206,21 EUR	=	75 266,65 EUR
Offener Maßregelvollzug 2 555 Berechnungstage je 145,67 EUR	=	372 186,85 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 4 015 Berechnungstage je 201,70 EUR	=	809 825,50 EUR
Sonstige forensische Unterbringungen		
730 Berechnungstage je 294,42 EUR	=	214 926,60 EUR
730 Berechnungstage je 198,59 EUR	=	144 970,70 EUR
1 460 Berechnungstage je 201,70 EUR	=	294 482,00 EUR
	Zusammen	29 425 196,15 EUR
	rd.	29 425 000,00 EUR

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz 2 100 Fälle x 204,23 EUR	=	428 883 EUR
	rd.	428 000 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	31 800 EUR
– Verpflegung	=	28 300 EUR
– sonstige Leistungen	=	38 400 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	2 000 EUR
– Verpflegung	=	11 400 EUR
– sonstige Leistungen	=	— EUR
	Zusammen	111 900 EUR
	rd.	111 000 EUR

Zu KGr. 45

Erträge durch die Versorgung der Jugendanstalt Leineberg mit Wärme und Wasser.

Zu KGr. 47

1. Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten des Personalwohnheims, die aus Überschussvorträgen finanziert werden	=	25 000 EUR
2. Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	21 000 EUR
3. Überlassungsentgelt für Gebäude und Grundstücke	=	3 434 000 EUR
	Zusammen	3 480 000 EUR

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Werkstätten, der Gärtnerei, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Rückvergütungen für Zivildienstleistende und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Skonti und Erstattungen aus Fort- und Weiterbildung 229 100 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Göttingen für das Geschäftsjahr 2002

Begründung für Investitionen über 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände) — EUR
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Göttingen (Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte[10])	[1]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
I a	2	2	2		[2]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
I b[4])	12	12	12		
II a[3])	33	33	33		[3]) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
IV a	5	5	5		
IV b	19	19	19		[4]) 2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
V b	1	1	1		
V c[7])	43	43	43		[5]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
VI b[9])	10	10	10		
VII	6	6	6		[6]) 35 (29) kw.
VIII	7	7	7		
IX b–VII	7	7	7		[7]) 1 Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als Sporttherapeut und Sportpädagoge übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert.
Sonderver-gütungen*)	4	4	4		
Kr. VIII	2	2	2		[8]) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
Kr. VII	13	13	13		
Kr. VI[5])	17	17	17		[9]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
Kr. V[1])[2])[8])	250	250	250		
	431	431	431	Zusammen	[10]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
				Leerstellen[6]): Angestellte	
I a	1	1	1		
I b	—	—	2		
II a	8	8	4		
IV b	2	2	2		
V c	7	7	4		
VI b	1	1	1		
VII	2	2	2		
Kr. V	14	14	13		
	35	35	29	Zusammen	

*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Arbeiter/-innen[2])	[1]) – (1) kw.
6	3	3	3		[2]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	18	18	18		
4	5	5	5		
3	17	17	17		
2 a	6	6	6		
2	15	15	15		
	64	64	64	Zusammen	
				Leerstellen[1]):	
5	—	—	1		

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 2

	Auszubildende 2003	2002	2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	80	80	80
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	13	13	13
Zusammen	95	95	95

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Hildesheim

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	21 609	21 501	22 094
61	Gesetzliche Sozialabgaben	4 212	4 191	4 261
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 739	1 730	1 821
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	61	59	62
64	Sonstige Personalaufwendungen	120	120	100
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	994	994	1 044
66	Medizinischer Bedarf	1 555	1 555	1 555
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	840	840	840
68	Wirtschaftsbedarf	961	961	978
69	Verwaltungsbedarf	283	283	282
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	166	166	171
72	Instandhaltung	744	744	744
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	166	166	167
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26	26	203
76	Abschreibungen	56	56	36
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4 232	4 231	130
79	Übrige Aufwendungen	282	280	285
	Summe:	38 046	37 903	34 773

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	32 224	32 082	33 154
41	Erlöse aus Wahlleistungen	15	15	15
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	714	714	591
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	112	112	112
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	212	212	212
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	4 111	4 121	21
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	8	8
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	361	361	380
59	Übrige Erträge	289	278	280
	Summe:	38 046	37 903	34 773

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	709	678
b) Mieten für Anlagegüter	31	31
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel nach KHG	10	12
b) Abschreibungen	5	5
Summe:	755	726

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	687	657
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	12	13
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	51	51
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	5	5
5. Überschussverwendung	—	—
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	755	726

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Hildesheim einschließlich der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

Mit veranschlagt sind 7 200 Euro für Leistungsprämien nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 5. 10. 1999 (Nds. MBI. S. 359).

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

Veranschlagt ist die Fortschreibung der Betriebsmittelkreditzinsen auf der Basis des Jahres-Ist 2000.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten und für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	40 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	82 000 EUR
4. Überlassungsentgelt für Gebäude und Grundstücke	=	4 100 000 EUR
4. Andere sonstige Aufwendungen	=	10 000 EUR
	Zusammen	4 232 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Pflegesatz 87 300 Berechnungstage je 212,98 EUR		=	18 593 154,00 EUR
c) Kinder- und Jugendpsychiatrie 23 600 Berechnungstage je 302,98 EUR		=	7 150 328,00 EUR
c) Tageskliniken 15 500 Berechnungstage je 162,36 EUR		=	2 516 580,00 EUR
d) Forensik			
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 12 410 Berechnungstage je 199,58 EUR	= 2 476 787,80 EUR		
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 3 285 Berechnungstage je 212,98 EUR	= 699 639,30 EUR		
Behandlung von Jugendlichen gem. § 63 StGB 730 Berechnungstage je 302,98 EUR	= 221 175,40 EUR		
Sonstige forensische Behandlungen 730 Berechnungstage je 199,58 EUR	= 145 693,40 EUR		
1 460 Berechnungstage je 212,98 EUR	= 310 950,80 EUR		
365 Berechnungstage je 302,98 EUR	= 110 587,70 EUR		
Zwischensumme Forensik		=	3 964 834,40 EUR
		Zusammen	32 224 896,40 EUR
		rd.	32 224 000,00 EUR

Zu KGr. 41

Zuschlag für 1-Bett-Zimmer 198 Berechnungstage je 76,69 EUR	=	15 184,62 EUR
	rd.	15 000,00 EUR

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanzen

a) Erwachsenenpsychiatrie 500 Fälle je Quartal = 2 000 Fälle x 204,23 EUR	=	408 460 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie 250 Fälle je Quartal = 1 000 Fälle x 306,37 EUR	=	306 370 EUR
	Zusammen	714 830 EUR
	rd.	714 000 EUR

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	100 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	5 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Wasser, Energie	=	66 000 EUR
– Verpflegung	=	11 000 EUR
– Telefon, Labor	=	30 000 EUR
	Zusammen	212 000 EUR

Zu KGr. 47

Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand

a) Überlassungsentgelt für Gebäude und Grundstücke	=	4 100 000 EUR
b) für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	11 000 EUR
	Zusammen	4 111 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei, Rückvergütungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Zivildienstleistende sowie Skonti	=	281 000,00 EUR
2. Erträge aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe 920 Berechnungstage je 87,57 EUR	=	80 564,40 EUR
	Zusammen	361 564,40 EUR
	rd.	361 000,00 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Hildesheim einschließlich der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Schaltschrank	62 000 EUR
1 Software Rechnungswesen	103 000 EUR
Summe	165 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Hildesheim

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	21 501	22 094	21 657
61	Gesetzliche Sozialabgaben	4 191	4 261	4 128
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 730	1 821	1 757
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	59	62	55
64	Sonstige Personalaufwendungen	120	100	102
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	994	1 044	753
66	Medizinischer Bedarf	1 555	1 555	1 429
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	840	840	813
68	Wirtschaftsbedarf	961	978	1 166
69	Verwaltungsbedarf	283	282	361
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	166	171	112
72	Instandhaltung	744	744	1 483
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	166	167	141
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26	203	26
76	Abschreibungen	56	36	17
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4 231	130	146
79	Übrige Aufwendungen	280	285	281
	Summe:	37 903	34 773	34 427

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	32 082	33 154	32 893
41	Erlöse aus Wahlleistungen	15	15	41
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	714	591	699
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	112	112	97
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	212	212	212
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	4 121	21	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	8	3
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	361	380	270
59	Übrige Erträge	278	280	281
	Summe:	37 903	34 773	34 496

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	678	869
b) Mieten für Anlagegüter	31	31
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel nach KHG	12	11
b) Abschreibungen	5	22
Summe:	726	933

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	657	743
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	13	142
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	51	31
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	5	17
5. Überschussverwendung	—	—
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	726	933

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Hildesheim einschließlich der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

Mit veranschlagt sind 7 200 Euro für Leistungsprämien nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 5. 10. 1999 (Nds. MBl. S. 359).

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

Veranschlagt ist die Fortschreibung der Betriebsmittelkreditzinsen auf der Basis der Jahres-Ist 2000.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten und für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	39 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	82 000 EUR
3. Überlassungsentgelt für Gebäude und Grundstücke	=	4 100 000 EUR
4. Andere sonstige Aufwendungen	=	10 000 EUR
	Zusammen	4 231 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Pflegesatz 87 300 Berechnungstage je 213,52 EUR		=	18 640 296,00 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie 23 600 Berechnungstage je 304,50 EUR		=	7 186 200,00 EUR
c) Tageskliniken 15 500 Berechnungstage je 163,48 EUR		=	2 533 940,00 EUR
d) Forensik			
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 12 410 Berechnungstage je 198,59 EUR	= 2 464 501,90 EUR		
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 2 190 Berechnungstage je 213,52 EUR	= 467 608,80 EUR		
Behandlung von Jugendlichen gem. § 63 StGB 730 Berechnungstage je 304,50 EUR	= 222 285,00 EUR		
Sonstige forensische Behandlungen 730 Berechnungstage je 198,59 EUR	= 144 970,70 EUR		
1 460 Berechnungstage je 213,52 EUR	= 311 739,20 EUR		
365 Berechnungstage je 304,50 EUR	= 111 142,50 EUR		
Zwischensumme Forensik		=	3 722 248,10 EUR
		Zusammen	32 082 684,10 EUR
		rd.	32 082 000,00 EUR

Zu KGr. 41

Zuschlag für 1-Bett-Zimmer 198 Berechnungstage je 76,69 EUR	=	15 184,62 EUR
	rd.	15 000,00 EUR

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanzen

a) Erwachsenenpsychiatrie 500 Fälle je Quartal = 2 000 Fälle x 204,23 EUR	=	408 460,00 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie 250 Fälle je Quartal = 1 000 Fälle x 306,37 EUR	=	306 370,00 EUR
	Zusammen	714 830,00 EUR
	rd.	714 000,00 EUR

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	100 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	5 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Wasser, Energie	=	66 000 EUR
– Verpflegung	=	11 000 EUR
– Telefon, Labor	=	30 000 EUR
	Zusammen	212 000 EUR

Zu KGr. 47

Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand

a) Überlassungsentgelt für Gebäude und Grundstücke	=	4 100 000 EUR
b) Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	21 000 EUR
	Zusammen	4 121 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei, Rückvergütungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Zivildienstleistende sowie Skonti	=	281 000,00 EUR
2. Erträge aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe 920 Berechnungstage je 87,57 EUR	=	80 564,40 EUR
	Zusammen	361 564,40 EUR
	rd.	361 000,00 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Hildesheim einschließlich der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Gebäudeschließsystem	77 000 EUR
1 Gebäudeleittechnik	52 000 EUR
1 Speisewassergefäß	47 000 EUR
Zusammen	176 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. des § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Hildesheim (Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[7])
I a	3	3	3	
I b	12	12	12	
II a[4])	41	41	41	
IV a	2	2	2	
IV b	26	26	26	
V b[1])	11	11	11	
V c	68	68	68	
VI b[6])	10	10	10	
VII	19	19	19	
VIII	11	11	11	
IX b–VII	12	12	12	
Sondervergütungen*)	4	4	4	
Kr. IX	1	1	1	
Kr. VIII	2	2	2	
Kr. VII	16	16	16	
Kr. VI	33	33	33	
Kr. V[2])[3])[5])	281	281	281	
	552	552	552	Zusammen

*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

[1]) 1 (1) Stelle im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

[2]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

[3]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

[4]) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[5]) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

[6]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[7]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[1])
6	11	11	11	
5	9	9	9	
4	8	8	8	
3	15	15	15	
2 a	11	11	11	
2	14	14	14	
1	3	3	3	
	71	71	71	Zusammen

[1]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende 2003	2002	2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	80	80	80
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	9	9	9
Zusammen	90	90	90

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 1

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Königslutter

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	25 273	25 056	23 626
61	Gesetzliche Sozialabgaben	4 694	4 652	4 404
62	Aufwendungen für Altersversorgung	2 085	2 068	1 978
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	92	89	90
64	Sonstige Personalaufwendungen	118	116	93
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	1 031	1 031	1 031
66	Medizinischer Bedarf	1 394	1 394	1 394
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	952	952	952
68	Wirtschaftsbedarf	1 284	1 284	1 284
69	Verwaltungsbedarf	293	293	293
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	267	267	235
72	Instandhaltung	762	762	762
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	219	219	219
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	182
76	Abschreibungen	74	74	80
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2 156	2 156	320
79	Übrige Aufwendungen	18	18	54
	Summe:	40 712	40 431	36 997

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	38 109	37 828	36 115
41	Erlöse aus Wahlleistungen	200	200	187
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	54	54	38
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	127	127	134
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	1 838	1 862	67
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	2
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	330	330	399
59	Übrige Erträge	52	28	55
	Summe:	40 712	40 431	36 997

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	856	1 088
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	390	486
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	42	39
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	—	—
b) Abschreibungen	7	7
Summe:	1 295	1 620

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	859	822
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	351
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	39	36
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	49	51
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	7	7
5. Überschussverwendung	341	353
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	1 295	1 620

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Königslutter für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

Mit veranschlagt sind 15 000 Euro für Leistungsprämien nach der Leistungsprämien - und -zulagenverordnung vom 5. 10. 1999 (Nds. MBl. S. 359).

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittlelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	104 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	92 000 EUR
3. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	1 796 000 EUR
4. Andere sonstige Aufwendungen	=	164 000 EUR
	Zusammen	2 156 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Pflegesatz 141 200 Berechnungstage je 204,91 EUR	=	28 933 292,00 EUR
b) Allgem. Pflegesatz teilstationär 7 800 Berechnungstage je 162,27 EUR	=	1 265 706,00 EUR
c) Kinder- und Jugendpsychiatrie 13 100 Berechnungstage je 309,22 EUR	=	4 050 782,00 EUR
d) Kinder- und Jugendpsychiatrie teilstationär 1 100 Berechnungstage je 251,05 EUR	=	276 155,00 EUR
e) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 10 950 Berechnungstage je 199,58 EUR	=	2 185 401,00 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 4 380 Berechnungstage je 199,58 EUR	=	874 160,40 EUR
Sonstige forensische Unterbringungen 2 190 Berechnungstage je 204,91 EUR	=	448 752,90 EUR
365 Berechnungstage je 204,91 EUR	=	74 792,15 EUR
	Zusammen	38 109 041,45 EUR
	rd.	38 109 000,00 EUR

Zu KGr. 41

Zuschlag für 1-Bett-Zimmer 410 Berechnungstage je 87,12 EUR	=	35 719,20 EUR
Zuschlag für 2-Bett-Zimmer 3 400 Berechnungstage je 48,42 EUR	=	164 628,00 EUR
	Zusammen	200 347,20 EUR
	rd.	200 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	38 000 EUR
– Verpflegung	=	43 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	2 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	15 000 EUR
– Verpflegung	=	24 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	5 000 EUR
	Zusammen	127 000 EUR

Zu KGr. 47

1. Überlassungsentgelt für Gebäude und Grundstücke	=	1 796 000 EUR
2. Zu Lasten des Landes gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten der Kindertagesstätten	=	16 000 EUR
3. Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	26 000 EUR
	Zusammen	1 838 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei, Rückvergütungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Zivildienstleistende sowie Skonti	=	222 000 EUR
2. Fort- und Weiterbildungsstätten	=	108 000 EUR
	Zusammen	330 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Königslutter für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)		
1 Transporter		38 000 EUR
Hard- und Software Rechnungswesen		102 000 EUR
Hard- und Software Stationskommunikation		80 000 EUR
	Summe	220 000 EUR
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)		
Erneuerung der Aufzugsanlage in Klinik A		390 000 EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Königslutter

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	25 056	23 626	23 040
61	Gesetzliche Sozialabgaben	4 652	4 404	4 160
62	Aufwendungen für Altersversorgung	2 068	1 978	1 896
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	89	90	83
64	Sonstige Personalaufwendungen	116	93	101
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	1 031	1 031	816
66	Medizinischer Bedarf	1 394	1 394	1 176
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	952	952	723
68	Wirtschaftsbedarf	1 284	1 284	1 091
69	Verwaltungsbedarf	293	293	415
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	267	235	337
72	Instandhaltung	762	762	2 201
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	219	219	153
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	182	—
76	Abschreibungen	74	80	71
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2 156	320	270
79	Übrige Aufwendungen	18	54	43
	Summe:	40 431	36 997	36 576

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	37 828	36 115	34 390
41	Erlöse aus Wahlleistungen	200	187	201
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	54	38	95
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	127	134	227
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	1 862	67	15
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	—
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	330	399	330
59	Übrige Erträge	28	55	28
	Summe:	40 431	36 997	35 286

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 088	794
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	486	532
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	39	3
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	—	—
b) Abschreibungen	7	2
Summe:	1 620	1 331

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	822	822
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	351	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	36	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	51	60
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	7	5
5. Überschussverwendung	353	444
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	1 620	1 331

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Königslutter für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

Mit veranschlagt sind 15 000 Euro für Leistungsprämien nach der Leistungs- und -zulagenverordnung vom 5. 10. 1999 (Nds. MBl. S. 359).

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittlefristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	104 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	92 000 EUR
3. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	1 796 000 EUR
4. Andere sonstige Aufwendungen	=	164 000 EUR
	Zusammen	2 156 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Pflegesatz 141 200 Berechnungstage je 204,63 EUR	=	28 893 756,00 EUR
b) Allgem. Pflegesatz teilstationär 7 800 Berechnungstage je 162,05 EUR	=	1 263 990,00 EUR
c) Kinder- und Jugendpsychiatrie 13 100 Berechnungstage je 308,79 EUR	=	4 045 149,00 EUR
d) Kinder- und Jugendpsychiatrie teilstationär 1 100 Berechnungstage je 250,71 EUR	=	275 781,00 EUR
e) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 10 950 Berechnungstage je 198,59 EUR	=	2 174 560,50 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 3 285 Berechnungstage je 198,59 EUR	=	652 368,15 EUR
Sonstige forensische Unterbringungen 2 190 Berechnungstage je 204,63 EUR	=	448 139,70 EUR
365 Berechnungstage je 204,63 EUR	=	74 689,95 EUR
	Zusammen	37 828 434,30 EUR
	rd.	37 828 000,00 EUR

Zu KGr. 41

Zuschlag für 1-Bett-Zimmer 410 Berechnungstage je 87,12 EUR	=	35 719,20 EUR
Zuschlag für 2-Bett-Zimmer 3 400 Berechnungstage je 48,42 EUR	=	164 628,00 EUR
	Zusammen	200 347,20 EUR
	rd.	200 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	38 000 EUR
– Verpflegung	=	43 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	2 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	15 000 EUR
– Verpflegung	=	24 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	5 000 EUR
Zusammen		127 000 EUR

Zu KGr. 47

1. Überlassungsentgelt für Gebäude und Grundstücke	=	1 796 000 EUR
2. Zu Lasten des Landes gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten der Kindertagesstätte	=	16 000 EUR
3. Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	50 000 EUR
Zusammen		1 862 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei, Rückvergütungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Zivildienstleistende sowie Skonti	=	222 000 EUR
2. Fort- und Weiterbildungsstätten	=	108 000 EUR
Zusammen		330 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Königslutter für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Lastkraftwagen (Niederflurhubwagen)	128 000 EUR
DV-Anbindung der Stations- und Therapiebereiche	148 000 EUR
1 Labor-Analysegerät	92 000 EUR
1 Transporter	36 000 EUR
Summe	404 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (aktivierungspflichtige Maßnahmen)

Tagesklinik Peine (Ausbau und Erweiterung)	240 000 EUR
Tagesklinik Gifhorn (Vorbereitung Inbetriebnahme)	246 000 EUR
Summe	486 000 EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Königslutter (Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte[8])	
I a	1	1	1		
I b	7	7	5		
II a[5])	47	47	47		
III	1	1	—		
IV a	4	4	4		
IV b	23	23	21		
V b[1])	11	11	11		
V c[2])	59	59	58		
VI b[7])	11	11	13		
VII	3	3	3		
VIII	11	11	12		
IX b–VII	14	14	14		
Sondervergütungen*)	7	7	7		
Kr. VII	27	27	27		
Kr. VI	36	36	30		
Kr. V[3])[4])[6])	232	232	232		
	494	494	485	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

[1]) 1 (1) Stelle im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

[2]) 1 Stelle kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

[3]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

[4]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

[5]) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[6]) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

[7]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[8]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Angestellten

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. IV b	1	Sozialdienst
Verg.-Gr. V c	1	Ergotherapie
Verg.-Gr. Kr. VI	6	Krankenpflegedienst
Zusammen	10	
Abgang:		
Verg.-Gr. VI b	1	Einsparung für Höhergruppierungen
Bleibt Zugang:	9	

Höhergruppierungen

	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. IV b	1	von Verg.-Gr. VIII

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Königslutter (Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Arbeiter/-innen[1])	[1]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
8	3	3	3		
6	13	13	13		
5	6	6	6		
4	13	13	13		
3	7	7	7		
2 a	1	1	1		
2	42	42	42		
1	10	10	10		
	95	95	95	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende 2003	2002	2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	88	88	88
Auszubildende im Verwaltungsdienst	8	8	8
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	24	24	24
Zusammen	120	120	120

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 1

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Lüneburg

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	30 947	30 793	28 257
61	Gesetzliche Sozialabgaben	5 855	5 825	5 490
62	Aufwendungen für Altersversorgung	2 563	2 550	2 293
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	69	67	74
64	Sonstige Personalaufwendungen	150	150	152
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel	1 252	1 252	1 252
66	Medizinischer Bedarf	2 246	2 246	2 246
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1 101	1 101	1 101
68	Wirtschaftsbedarf	979	979	979
69	Verwaltungsbedarf	280	280	280
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	193	193	218
72	Instandhaltung	909	987	875
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	116	116	116
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	245
76	Abschreibungen	153	153	187
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6 816	6 816	158
79	Übrige Aufwendungen	369	369	369
	Summe:	53 998	53 877	44 292

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	41 317	41 135	38 257
41	Erlöse aus Wahlleistungen	82	82	73
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	616	616	557
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	122	122	149
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	96	96	96
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	6 664	6 668	10
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	3
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	4 853	4 835	4 887
59	Übrige Erträge	245	320	260
	Summe:	53 998	53 877	44 292

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	875	857
b) Mieten für Anlagegüter	22	22
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	65	61
4. Deckungsmittelvortrag	—	—
Summe:	962	940

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	752	736
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	9
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	65	61
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	145	145
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	–11
5. Überschussverwendung	—	—
Summe:	962	940

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Lüneburg einschließlich der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 unter Berücksichtigung der zusätzlichen Personalkosten für die gestiegenen Plätze in der Forensik hochgerechnet worden (zuzüglich Steigerung für 47 Patienten Forensik 2001 sowie weitere 8 Patienten Forensik 2002).

Zu KGr. 65

Der Haushaltsansatz 2001 ist auf das Geschäftsjahr 2003 übertragen worden.

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter sowie für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach KHG geförderte Betten und landeseigene Wohnbauten.

Zu KGr. 78

1. Liegenschaftsüberlassungsentgelte	=	6 658 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	95 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	37 000 EUR
4. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden	=	26 000 EUR
	Zusammen	6 816 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Psychiatrie 94 900 Berechnungstage je 221,71 EUR	=	21 040 279,00 EUR
b) Neurologie 22 000 Berechnungstage je 300,12 EUR	=	6 602 640,00 EUR
c) Kinder- und Jugendpsychiatrie 13 100 Berechnungstage je 331,19 EUR	=	4 338 589,00 EUR
d) Tagesklinik 11 700 Berechnungstage je 156,24 EUR	=	1 828 008,00 EUR
e) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 26 280 Berechnungstage je 199,58 EUR	=	5 244 962,40 EUR
Behandlung von Jugendlichen gem. § 63 StGB 365 Berechnungstage je 331,19 EUR	=	120 884,35 EUR
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit 7 300 Berechnungstage je 211,42 EUR	=	1 543 366,00 EUR
Sonstige forensische Unterbringungen		
365 Berechnungstage je 199,58 EUR	=	72 846,70 EUR
1 825 Berechnungstage je 221,71 EUR	=	404 620,75 EUR
365 Berechnungstage je 331,19 EUR	=	120 884,35 EUR
	Zusammen	41 317 080,55 EUR
	rd.	41 317 000,00 EUR

Zu KGr. 41

a) Zuschlag für 1-Bett-Zimmer 600 Berechnungstage je 76,95 EUR	=	46 170 EUR
b) Zuschlag für 2-Bett-Zimmer 1 100 Berechnungstage je 32,98 EUR	=	36 278 EUR
	Zusammen	82 448 EUR
	rd.	82 000 EUR

Zu KGr. 42

Erträge aus der Institutsambulanz je Quartal 500 Fälle = 2 000 Fälle x 204,23 EUR	=	408 460,00 EUR
Erträge aus der Institutsambulanz Kinder- und Jugendpsychiatrie je Quartal 170 Fälle = 680 Fälle x 306,37 EUR	=	208 331,60 EUR
	Zusammen	616 791,60 EUR
	rd.	616 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte	=	122 000 EUR

Zu KGr. 44

1. Erstattung des Personals für		
– Unterkunft	=	37 000 EUR
– Verpflegung	=	35 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	16 000 EUR
2. Erstattung Fremder für		
– Verpflegung	=	3 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	5 000 EUR
	Zusammen	96 000 EUR

Zu KGr. 47

1. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	6 658 000 EUR
2. Für einen zusätzlichen Ausbildungsplatz aus Landesmitteln	=	6 000 EUR
	Zusammen	6 664 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Werkstätten, der Gärtnerei, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Rückvergütung für Zivildienstleistende, Skonti sowie durch die Versorgung der Justizvollzugsanstalt mit Wärme	=	198 000 EUR
2. Pflegeheim für seelisch Behinderte Ebstorf des Nieders. Landeskrankenhauses Lüneburg 29 200 Berechnungstage je 68,40 EUR	=	1 997 280 EUR
3. Bereich heilpädagogisches Zentrum 17 500 Berechnungstage je 137,60 EUR	=	2 408 000 EUR
4. Erträge aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe 2 900 Berechnungstage je 86,30 EUR	=	250 270 EUR
	Zusammen	4 853 550 EUR
	rd.	4 853 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Lüneburg für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Winterdienst-Fahrzeug		72 000 EUR
1 Doppler-Sonographiegerät		33 000 EUR
1 EDV-System		102 000 EUR
	Summe	207 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Lüneburg

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	30 793	28 257	28 339
61	Gesetzliche Sozialabgaben	5 825	5 490	5 342
62	Aufwendungen für Altersversorgung	2 550	2 293	2 326
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	67	74	63
64	Sonstige Personalaufwendungen	150	152	150
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel	1 252	1 252	1 194
66	Medizinischer Bedarf	2 246	2 246	2 268
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1 101	1 101	910
68	Wirtschaftsbedarf	979	979	1 508
69	Verwaltungsbedarf	280	280	504
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	193	218	215
72	Instandhaltung	987	875	2 820
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	116	116	130
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	245	—
76	Abschreibungen	153	187	169
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6 816	158	138
79	Übrige Aufwendungen	369	369	353
	Summe:	53 877	44 292	46 429

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tds. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	41 135	38 257	38 683
41	Erlöse aus Wahlleistungen	82	73	76
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	616	557	767
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	122	149	117
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	96	96	94
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	6 668	10	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	5
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	4 835	4 887	4 895
59	Übrige Erträge	320	260	214
	Summe:	53 877	44 292	44 851

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	857	875
b) Mieten für Anlagegüter	22	17
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	61	—
4. Abführung an das Land	—	102
5. Deckungsmittelvortrag	—	—
Summe:	940	994

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	736	736
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	9	–8
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	61	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	145	154
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	–11	10
5. Überschussverwendung	—	102
Summe:	940	994

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Lüneburg einschließlich der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 unter Berücksichtigung der zusätzlichen Personalkosten für die gestiegenen Plätze in der Forensik hochgerechnet worden (zuzüglich Steigerung für 47 Patienten Forensik 2001 sowie weitere 8 Patienten Forensik für 2002).

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter sowie für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach KHG geförderte Betten und landeseigene Wohnungsbauten.

Zu KGr. 78

1. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	6 658 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	95 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	37 000 EUR
4. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden	=	26 000 EUR
	Zusammen	6 816 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Psychiatrie 98 200 Berechnungstage je 216,80 EUR	=	21 289 760,00 EUR
b) Neurologie 22 000 Berechnungstage je 292,41 EUR	=	6 433 020,00 EUR
c) Kinder- und Jugendpsychiatrie 13 100 Berechnungstage je 322,50 EUR	=	4 224 750,00 EUR
d) Tagesklinik 11 700 Berechnungstage je 153,38 EUR	=	1 794 546,00 EUR
e) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 21 170 Berechnungstage je 198,59 EUR	=	4 204 150,30 EUR
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 4 380 Berechnungstage je 216,80 EUR	=	949 584,00 EUR
Behandlung von Jugendlichen gem. § 63 StGB 365 Berechnungstage je 322,50 EUR	=	117 712,50 EUR
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit 7 300 Berechnungstage je 210,37 EUR	=	1 535 701,00 EUR
Sonstige forensische Unterbringungen		
365 Berechnungstage je 198,59 EUR	=	72 485,35 EUR
1 825 Berechnungstage je 216,80 EUR	=	395 660,00 EUR
365 Berechnungstage je 322,50 EUR	=	117 712,50 EUR
	Zusammen	41 135 081,65 EUR
	rd.	41 135 000,00 EUR

Zu KGr. 41

a) Zuschlag für 1-Bett-Zimmer 600 Berechnungstage je 76,95 EUR	=	46 170 EUR
b) Zuschlag für 2-Bett-Zimmer 1 100 Berechnungstage je 32,98 EUR	=	36 278 EUR
	Zusammen	82 448 EUR
	rd.	82 000 EUR

Zu KGr. 42

Erträge aus der Institutsambulanz je Quartal 500 Fälle = 2 000 Fälle x 204,23 EUR	=	408 460,00 EUR
Erträge aus der Institutsambulanz Kinder- und Jugendpsychiatrie je Quartal 170 Fälle = 680 Fälle x 306,37 EUR	=	208 331,60 EUR
	Zusammen	616 791,60 EUR
	rd.	616 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte	=	122 000 EUR

Zu KGr. 44

1. Erstattung des Personals für		
– Unterkunft	=	37 000 EUR
– Verpflegung	=	35 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	16 000 EUR
2. Erstattung Fremder für		
– Verpflegung	=	3 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	5 000 EUR
	Zusammen	96 000 EUR

Zu KGr. 47

1. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	6 658 000 EUR
2. Für einen zusätzlichen Ausbildungsplatz aus Landesmitteln	=	10 000 EUR
	Zusammen	6 668 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Werkstätten, der Gärtnerei, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Rückvergütung für Zivildienstleistende, Skonti sowie durch die Versorgung der Justizvollzugsanstalt mit Wärme	=	197 000 EUR
2. Pflegeheim für seelisch Behinderte Ebstorf des Nieders. Landeskrankenhauses Lüneburg 29 200 Berechnungstage je 68,20 EUR	=	1 991 440 EUR
3. Bereich heilpädagogisches Zentrum 17 500 Berechnungstage je 137,00 EUR	=	2 397 500 EUR
4. Pflegebereich 2 900 Berechnungstage je 85,90 EUR	=	249 110 EUR
	Zusammen	4 835 050 EUR
	rd.	4 835 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Lüneburg für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Grasaufnahmegerät	32 000 EUR
1 EMG/ENG-Gerät	28 000 EUR
1 Elektro-Fahrzeug	39 000 EUR
Zusammen	99 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Lüneburg
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte[10])	
I a	2	2	2		
I b	15	15	12		
II a[6])	44	44	41		
IV a	1	1	1		
IV b	23	23	22		
V b[2])	6	6	7		
V c	62	62	59		
VI b[1])[9])	13	13	13		
VII	12	12	12		
VIII	8	8	8		
IX b–VII	14	14	14		
Sonderver-gütungen*)	7	7	7		
Kr. VII	9	9	9		
Kr. VI	41	41	37		
Kr. V[3])[5])[8])	323	323	314		
	580	580	558	Zusammen	
				Leerstellen[7]):	
I a	1	1	—		
I b	—	—	1		
II a	5	5	1		
IV b	1	1	1		
V c	4	4	—		
VI b	1	1	1		
VII	1	1	6		
Kr. VII	—	—	1		
Kr. VI	1	1	1		
Kr. V	21	21	17		
	35	35	29	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

[1]) 1 (2) Stellen ku nach Verg.-Gr. VII mit dem Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

[2]) 4 (5) Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

[3]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

[5]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

[6]) 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[7]) 35 (29) kw.

[8]) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

[9]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[10]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Angestellten

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	3	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. II a	3	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. IV b	1	Sozialdienst
Verg.-Gr. V c	2	Ergo-/Bewegungstherapie
Verg.-Gr. Kr. VI	4	Krankenpflegedienst
Verg.-Gr. Kr. V	9	Krankenpflegedienst
Zusammen	22	

Sonstige Veränderungen:
Vollzug des HV Nr. 4 zu Verg.-Gr. V b

([4]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V c BAT (Technischer Dienst).)

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Lüneburg
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Arbeiter/-innen[1])	[1]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	8	8	8		
5	14	14	14		
4	18	18	18		
3	5	5	5		
2 a	15	15	15		
2	25	25	25		
1	10	10	10		
	95	95	95	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende 2003	Auszubildende 2002	Auszubildende 2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	104	104	104
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	9	9	9
Zusammen	114	114	114

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 1

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Moringen

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	15 279	15 275	14 581
61	Gesetzliche Sozialabgaben	2 968	2 965	2 833
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 218	1 216	1 217
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	59	58	44
64	Sonstige Personalaufwendungen	124	119	119
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel	619	619	619
66	Medizinischer Bedarf	922	922	922
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	414	414	414
68	Wirtschaftsbedarf	392	392	392
69	Verwaltungsbedarf	267	267	267
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	77	77	105
72	Instandhaltung	419	419	419
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	60	60	60
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	10
76	Abschreibungen	435	435	972
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2 085	2 085	995
79	Übrige Aufwendungen	75	72	31
	Summe:	25 413	25 395	24 000

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	23 803	23 781	23 476
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	1	1	1
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	78	78	78
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	1 082	1 082	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	37	37	37
57	Sonstige ordentliche Erträge	372	372	372
59	Übrige Erträge	39	43	35
	Summe:	25 413	25 395	24 000

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	435	286
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Sonstige Anlagegüter und aktivierungspflichtige kleine bauliche Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Abführung an das Land	—	—
5. Deckungsmittelvortrag	—	—
Summe:	435	286

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	—	—
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	435	435
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	–149
5. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	435	286

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 74

Zinsen für Betriebsmittelzuschüsse

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den Kontengruppen 60 – 64 veranschlagt worden)	=	31 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	141 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen (Taschengeld, Weihnachts- und Bekleidungsbeihilfen, Bildungsmaßnahmen für Patienten u. ä.)	=	831 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	1 082 000 EUR
	Zusammen	2 085 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um Taschengeld, Kosten für Probewohnen, Weihnachts- und Bekleidungsbeihilfen außerhalb des Pflegesatzes (siehe Erläuterungen zu KGr. 78).

B. Erträge

Zu KGr. 40

Aufnahme/Intensivbehandlung im Maßregelvollzug 21 535 Berechnungstage je 295,89 EUR		=	6 371 991,15 EUR
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 67 160 Berechnungstage je 199,58 EUR		=	13 403 792,80 EUR
Offener Maßregelvollzug 3 285 Berechnungstage je 146,39 EUR		=	480 891,15 EUR
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit 4 015 Berechnungstage je 211,42 EUR		=	848 851,30 EUR
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen sonstiger Suchtstofferkrankungen 10 220 Berechnungstage je 193,16 EUR		=	1 974 095,20 EUR
Sonstige forensische Unterbringungen 1 460 Berechnungstage je 295,89 EUR 1 460 Berechnungstage je 199,58 EUR	= 431 999,40 EUR = 291 386,80 EUR		723 386,20 EUR
		Summe Forensik	23 803 007,80 EUR
		rd.	23 803 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattung des Personals für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	22 000 EUR
– Sonstige Leistungen	=	2 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	2 000 EUR
– Sonstige Leistungen	=	52 000 EUR
	Zusammen	78 000 EUR

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten sowie Skonti.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Dienstkraftfahrzeug	28 000 EUR
1 Personensuchanlage	104 000 EUR
1 Hard-/Software Finanzbuchhaltung	64 000 EUR
Summe	196 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Moringen

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	15 275	14 581	14 214
61	Gesetzliche Sozialabgaben	2 965	2 833	2 776
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 216	1 217	1 147
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	58	44	54
64	Sonstige Personalaufwendungen	119	119	111
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel	619	619	603
66	Medizinischer Bedarf	922	922	1 009
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	414	414	405
68	Wirtschaftsbedarf	392	392	469
69	Verwaltungsbedarf	267	267	394
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	77	105	103
72	Instandhaltung	419	419	536
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	60	60	81
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	10	—
76	Abschreibungen	435	972	1 129
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2 085	995	973
79	Übrige Aufwendungen	72	31	9
	Summe:	25 395	24 000	24 013

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	23 781	23 476	23 721
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	1	1	1
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	78	78	67
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	1 082	—	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	5
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	37	37	35
57	Sonstige ordentliche Erträge	372	372	314
59	Übrige Erträge	43	35	5
	Summe:	25 395	24 000	24 148

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	286	469
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Sonstige Anlagegüter und aktivierungspflichtige kleine bauliche Maßnahmen	—	373
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Abführung an das Land	—	614
5. Deckungsmittelvortrag	—	258
Summe:	286	1 714

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	—	—
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	435	972
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	–149	742
5. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	286	1 714

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 74

Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den Kontengruppen 60 – 64 veranschlagt worden)	=	31 000 EUR
2. Sachaufwand für Fort- und Weiterbildung	=	141 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen (Taschengeld, Weihnachts- und Bekleidungsbeihilfen, Bildungsmaßnahmen für Patienten)	=	831 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	1 082 000 EUR
	Zusammen	2 085 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um Taschengeld, Kosten für Probewohnen, Weihnachts- und Bekleidungsbeihilfen außerhalb des Pflegesatzes (siehe Erläuterungen zu KGr. 78).

B. Erträge

Zu KGr. 40

Aufnahme/Intensivbehandlung im Maßregelvollzug 21 535 Berechnungstage je 294,42 EUR		= 6 340 334,70 EUR
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 67 160 Berechnungstage je 198,59 EUR		= 13 337 304,40 EUR
Offener Maßregelvollzug 3 285 Berechnungstage je 145,67 EUR		= 478 525,95 EUR
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen Betäubungsmittelabhängigkeit 5 475 Berechnungstage je 210,37 EUR		= 1 151 775,75 EUR
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen sonstiger Suchtstofferkrankungen 9 125 Berechnungstage je 192,24 EUR		= 1 754 190,00 EUR
Sonstige forensische Unterbringungen 1 460 Berechnungstage je 294,42 EUR 1 460 Berechnungstage je 198,59 EUR	= 429 853,20 EUR = 289 941,40 EUR	719 794,60 EUR
	Summe Forensik	23 781 925,40 EUR
	rd.	23 781 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattung des Personals für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	22 000 EUR
– Sonstige Leistungen	=	2 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	2 000 EUR
– Sonstige Leistungen	=	52 000 EUR
	Zusammen	78 000 EUR

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten sowie Skonti.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)
   1 Schlüsselsafe — 77 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — — EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Moringen (Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[8])
I a	1	1	1	
I b	7	7	7	
II a[3])	26	26	26	
IV a	3	3	3	
IV b	15	15	15	
V b	2	2	2	
V c	36	36	36	
VI b[7])	8	8	8	
VII	7	7	7	
VIII	7	7	7	
IX b–VII	7	7	7	
Sondervergütungen*)	2	2	2	
Kr. VII	3	3	3	
Kr. VI[4])	20	20	20	
Kr. V[1])[2])[6])	173	173	173	
	317	317	317	Zusammen
				Leerstellen[5]):
I b	1	1	1	
II a	3	3	4	
IV b	—	—	1	
V b	1	1	—	
VII	2	2	3	
VIII	—	—	1	
Kr. VI	1	1	—	
Kr. V	1	1	2	
	9	9	12	Zusammen

*) 2 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

[1]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

[2]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

[3]) 1 (1) Stelle kann bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[4]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[5]) 9 (12) kw.

[6]) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

[7]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[8]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[2])
6	2	2	2	
5	13	13	13	
4	2	2	2	
3	3	3	3	
2 a	1	1	1	
2	11	11	11	
1	2	2	2	
	34	34	34	Zusammen
				Leerstellen[1]):
4	1	1	1	
	1	1	1	Zusammen

[1]) 1 (1) kw.

[2]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende 2003	2002	2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	45	45	45
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	13	13	13
Zusammen	60	60	60

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 2

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Osnabrück

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	20 092	19 992	19 675
61	Gesetzliche Sozialabgaben	3 747	3 728	3 664
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 819	1 810	1 785
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	104	101	106
64	Sonstige Personalaufwendungen	154	154	154
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und sonstige bezogene Leistungen	841	841	930
66	Medizinischer Bedarf	1 179	1 179	1 179
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	689	689	689
68	Wirtschaftsbedarf	1 409	1 409	1 409
69	Verwaltungsbedarf	343	343	254
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	144	144	199
72	Instandhaltung	917	917	917
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	124	124	124
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	151
76	Abschreibungen	132	132	132
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3 535	3 535	88
79	Übrige Aufwendungen	272	252	252
	Summe:	35 501	35 350	31 708

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	28 926	28 783	28 507
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	539	539	529
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	72	72	72
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	150	150	150
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	3 426	3 430	31
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	3
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	205	205	204
57	Sonstige ordentliche Erträge	2 031	2 024	1 979
59	Übrige Erträge	149	144	233
	Summe:	35 501	35 350	31 708

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 480	912
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	294	49
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	—	276
b) Abschreibungen	171	186
Summe:	1 945	1 423

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	691	661
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	276	433
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	128	128
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	186	201
5. Überschussverwendung	664	—
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	1 945	1 423

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 256 000 EUR für 16 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, enthalten.

Mit veranschlagt sind 15 000 EUR für Leistungsprämien nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 5. 10. 1999 (Nds. MBl. S. 359).

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand der Kranken, des Personals und der Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 73

Veranschlagt sind Steuern, Abgaben sowie Gebäude-, Sach- und Haftpflichtversicherungen.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter und Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten und aus Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	41 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	41 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	53 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	3 400 000 EUR
	Zusammen	3 535 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen und Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgemeiner Pflegesatz 119 486 Berechnungstage je 200,00 EUR	=	23 897 200,00 EUR
b) Tagesklinik 10 900 Berechnungstage je 157,30 EUR	=	1 714 570,00 EUR
c) Forensik 16 469 Berechnungstage je 201,30 EUR	=	3 315 209,70 EUR
	Zusammen	28 926 979,20 EUR
	rd.	28 926 000,00 EUR

Zu KGr. 42

Einnahmen aus psychiatrischer Institutsambulanz

je Quartal 660 Fälle = 2 640 Fälle x 204,23 EUR	=	539 167,20 EUR
	rd.	539 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	11 000 EUR
– Verpflegung	=	99 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	14 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	26 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	— EUR
	Zusammen	150 000 EUR

Zu KGr. 47

1. Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten, die aus Überschussvorträgen finanziert werden		
a) des Personalwohnheimes	=	20 000 EUR
b) der Mietwohnungen	=	— EUR
2. Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	6 000 EUR
3. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	3 400 000 EUR
	Zusammen	3 426 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei sowie Rückvergütungen für Zivildienstleistende, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Skonti und Fort- und Weiterbildungsstätten	=	376 000 EUR
2. Tagesstätte 390 Fälle je Fallkosten von 628,00 EUR = 244 920,00 EUR	= rd.	244 000 EUR
3. Heimbereich 14 600 Berechnungstage je 96,70 EUR = 1 411 820,00 EUR	= rd.	1 411 000 EUR
	Zusammen	2 031 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Speisen-Verteilersystem	647 000 EUR
1 Rechnungswesensoftware	102 000 EUR
Summe	749 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)

1 Erneuerung der Türschließanlage	97 000 EUR
1 Einbau einer hydraulischen Weiche in der Heizzentrale Knollstr. 31	64 000 EUR
1 Einbau eines Blockheizkraftwerkes für die Gebäude Knollstr. 86, 86a, 86b, 86c	133 000 EUR
Summe	294 000 EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Osnabrück

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	19 992	19 675	19 239
61	Gesetzliche Sozialabgaben	3 728	3 664	3 603
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 810	1 785	1 707
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	101	106	88
64	Sonstige Personalaufwendungen	154	154	83
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und sonstige bezogene Leistungen	841	930	791
66	Medizinischer Bedarf	1 179	1 179	1 155
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	689	689	600
68	Wirtschaftsbedarf	1 409	1 409	1 440
69	Verwaltungsbedarf	343	254	387
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	144	199	184
72	Instandhaltung	917	917	1 790
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	124	124	98
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	151	—
76	Abschreibungen	132	132	132
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3 535	88	135
79	Übrige Aufwendungen	252	252	255
	Summe:	35 350	31 708	31 687

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	28 783	28 507	28 914
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	539	529	560
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	72	72	60
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	150	150	157
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	3 430	31	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	1
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	205	204	196
57	Sonstige ordentliche Erträge	2 024	1 979	2 279
59	Übrige Erträge	144	233	139
	Summe:	35 350	31 708	32 306

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	912	1 141
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	49	560
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	276	—
b) Abschreibungen	186	192
Summe:	1 423	1 893

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	661	661
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	433	606
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	128	128
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	201	207
5. Überschussverwendung	—	291
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	1 423	1 893

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 256 000 EUR für 16 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, enthalten.

Mit veranschlagt sind 15 000 EUR für Leistungsprämien nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 5. 10. 1999 (Nds. MBl. S. 359).

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand der Kranken, des Personals und der Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 69

Veranschlagt sind zusätzliche Kosten für E-Mail und Internetzugang.

Zu KGr. 73

Veranschlagt sind Steuern, Abgaben sowie Gebäude-, Sach- und Haftpflichtversicherungen.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter und Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten und aus Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	41 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	41 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	53 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	3 400 000 EUR
	Zusammen	3 535 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen und Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgemeiner Pflegesatz 119 486 Berechnungstage je 199,00 EUR	=	23 777 714,00 EUR
b) Tagesklinik 10 900 Berechnungstage je 156,60 EUR	=	1 706 940,00 EUR
c) Forensik 16 469 Berechnungstage je 200,30 EUR	=	3 298 740,70 EUR
	Zusammen	28 783 394,70 EUR
	rd.	28 783 000,00 EUR

Zu KGr. 42

Einnahmen aus psychiatrischer Institutsambulanz

je Quartal 660 Fälle = 2 640 Fälle x 204,23 EUR	=	539 167,20 EUR
	rd.	539 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	11 000 EUR
– Verpflegung	=	99 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	14 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	26 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	— EUR
	Zusammen	150 000 EUR

Zu KGr. 47

1. Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten, die aus Überschussvorträgen finanziert werden		
a) des Personalwohnheimes	=	20 000 EUR
b) der Mietwohnungen	=	— EUR
2. Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	10 000 EUR
3. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	3 400 000 EUR
	Zusammen	3 430 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei sowie Rückvergütungen für Zivildienstleistende, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Skonti und Fort- und Weiterbildungsstätten	=	375 000 EUR
2. Tagesstätte 390 Fälle je Fallkosten von 626,10 EUR = 244 179,00 EUR	= rd.	244 000 EUR
3. Heimbereich 14 600 Berechnungstage je 96,30 EUR = 1 405 980,00 EUR	= rd.	1 405 000 EUR
	Zusammen	2 024 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Speisetransportwagen	50 000 EUR
1 Erweiterung der Telekommunikationsanlage	62 000 EUR
1 OrgaCard-Menübestellsystem mit PenPads	67 000 EUR
Summe	179 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)

Erweiterung der Gebäudeleittechnik	49 000 EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Osnabrück
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[8])
I a	2	2	2	
I b	3	3	3	
II a[4])	42	42	42	
IV a[1])	5	5	5	
IV b	24	24	24	
V b	2	2	2	
V c	45	45	45	
VI b[7])	10	10	10	
VII	9	9	9	
VIII	9	9	9	
IX b	1	1	1	
IX b–VII	10	10	10	
Sondervergütungen*)	7	7	7	
Kr. VIII	1	1	1	
Kr. VII	2	2	2	
Kr. VI[5])	15	15	15	
Kr. V[2])[3])[6])	228	228	228	
	415	415	415	Zusammen

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (Verwaltungsdienst).

[2]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

[3]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

[4]) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[5]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6]) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

[7]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[8]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[1])
6	4	4	4	
5	10	10	10	
4	6	6	6	
3	13	13	13	
2 a	17	17	17	
2	23	23	23	
1	6	6	6	
	79	79	79	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf deren Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

	Auszubildende 2003	2002	2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	75	75	75
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	14	14	14
Zusammen	91	91	91

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 1

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Tiefenbrunn

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	7 171	7 136	6 931
61	Gesetzliche Sozialabgaben	1 387	1 380	1 344
62	Aufwendungen für Altersversorgung	554	551	428
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	22	20	33
64	Sonstige Personalaufwendungen	49	49	51
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und sonstige bezogene Leistungen	311	311	310
66	Medizinischer Bedarf	101	101	100
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	249	249	249
68	Wirtschaftsbedarf	249	249	178
69	Verwaltungsbedarf	148	148	148
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	34	34	40
72	Instandhaltung	270	270	269
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	54	54	54
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	51
76	Abschreibungen	12	12	32
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	943	943	32
79	Übrige Aufwendungen	22	22	22
	Summe:	11 578	11 531	10 272

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	10 304	10 257	9 939
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	131	131	128
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	35	35	35
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	32	32	26
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	923	923	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	2	2	1
57	Sonstige ordentliche Erträge	134	134	123
59	Übrige Erträge	16	16	19
	Summe:	11 578	11 531	10 272

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	368	280
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	50	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	—	71
b) Abschreibungen	126	124
Summe:	544	475

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	297	284
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	71	67
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	2	2
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	124	122
5. Überschussverwendung	50	—
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	544	475

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 106 000 EUR für 8 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, – davon 4 Kräfte im Reinigungsdienst mit 55 000 EUR – veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; außerdem sind 79 000 EUR für 6 stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 24 000 EUR für 2 Kräfte im Reinigungsdienst – veranschlagt.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand der Kranken, des Personals und der Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

Veransclagt ist die Fortschreibung der Betriebsmittelkreditzinsen auf Basis der Istergebnisses 2000.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	— EUR
2. Fort- und Weiterbildung	=	20 000 EUR
3. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	923 000 EUR
	Zusammen	943 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Weihnachtsbeihilfen und Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgemeiner Psychiatrie 36 800 Berechnungstage je 150,80 EUR	=	5 549 440,00 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie 12 500 Berechnungstage je 278,00 EUR	=	3 482 500,00 EUR
c) Psychotherapeutische Medizin 8 500 Berechnungstage je 149,70 EUR	=	1 272 450,00 EUR
	Zusammen	10 304 390,00 EUR
	rd.	10 304 000,00 EUR

Zu KGr. 42

a) Erwachsene 365 Fälle je 204,23 EUR	=	74 543,95 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie 187 Fälle je 306,37 EUR	=	57 291,19 EUR
	Zusammen	131 835,14 EUR
	rd.	131 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	6 000 EUR
– Verpflegung	=	16 900 EUR
– sonstige Leistungen	=	4 500 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	3 000 EUR
– Verpflegung	=	1 800 EUR
– sonstige Leistungen	=	— EUR
	Zusammen	32 200 EUR
	rd.	32 000 EUR

Zu KGr. 47

Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	923 000 EUR

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie sowie Skonti.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)	
Hard- und Software Rechnungswesen	77 000 EUR
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)	
Erneuerung Wasserleitungen	50 000 EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Tiefenbrunn

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	7 136	6 931	6 434
61	Gesetzliche Sozialabgaben	1 380	1 344	1 252
62	Aufwendungen für Altersversorgung	551	428	509
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	20	33	18
64	Sonstige Personalaufwendungen	49	51	45
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und sonstige bezogene Leistungen	311	310	273
66	Medizinischer Bedarf	101	100	112
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	249	249	201
68	Wirtschaftsbedarf	249	178	247
69	Verwaltungsbedarf	148	148	181
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	34	40	26
72	Instandhaltung	270	269	354
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	54	54	42
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	51	2
76	Abschreibungen	12	32	30
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	943	32	38
79	Übrige Aufwendungen	22	22	10
	Summe:	11 531	10 272	9 774

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	10 257	9 939	9 340
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	131	128	129
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	35	35	35
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	32	26	36
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	923	—	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	2	1	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	134	123	139
59	Übrige Erträge	16	19	14
	Summe:	11 531	10 272	9 694

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	280	246
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	102
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	71	29
b) Abschreibungen	124	145
Summe:	475	522

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	284	284
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	67	42
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	2	20
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	122	125
5. Überschussverwendung	—	51
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	475	522

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 105 000 EUR für 8 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, – davon 4 Kräfte im Reinigungsdienst mit 54 000 EUR – veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; außerdem sind 78 000 EUR für 6 stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 24 000 EUR für 2 Kräfte im Reinigungsdienst – veranschlagt.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand der Kranken, des Personals und der Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

Veranschlagt ist die Fortschreibung der Betriebsmittelkreditzinsen auf Basis des Istergebnisses 2000.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	— EUR
2. Fort- und Weiterbildung	=	20 000 EUR
3. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	923 000 EUR
	Zusammen	943 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Weihnachtsbeihilfen und Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgemeiner Psychiatrie 36 800 Berechnungstage je 150,09 EUR	=	5 523 312,00 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie 12 500 Berechnungstage je 277,30 EUR	=	3 466 250,00 EUR
c) Psychotherapeutische Medizin 8 500 Berechnungstage je 149,15 EUR	=	1 267 775,00 EUR
	Zusammen	10 257 337,00 EUR
	rd.	10 257 000,00 EUR

Zu KGr. 42

a) Erwachsene 365 Fälle je 204,23 EUR	=	74 543,95 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie 187 Fälle je 306,37 EUR	=	57 291,19 EUR
	Zusammen	131 835,14 EUR
	rd.	131 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	6 000 EUR
– Verpflegung	=	16 900 EUR
– sonstige Leistungen	=	4 500 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	3 000 EUR
– Verpflegung	=	1 800 EUR
– sonstige Leistungen	=	— EUR
	Zusammen	32 200 EUR
	rd.	32 000 EUR

Zu KGr. 47

Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	923 000 EUR

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie sowie Skonti.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:	— EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn (Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte[6])	[1]) 7 Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
I b	10	10	10		[2]) 15 (19) kw.
II a[3])	13	13	13		[3]) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärztinnen/Ärzten im Praktikum besetzt werden.
III	3	3	3		[4]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
IV a	2	2	1		[5]) 10% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
IV b	6	6	8		[6]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
V b[1])	9	9	8		
V c	28	28	28		
VI b	10	10	10		
VII	2	2	2		
VIII	4	4	4		
IX b	1	1	1		
IX b–VII	7	7	7		
Sondervergütungen*)	2	2	2		
Kr. VIII	1	1	1		
Kr. VI	22	22	22		
Kr. V a	9	9	9		
Kr. V[4])[5])	27	27	27		
	156	156	156	Zusammen	
				Leerstellen[2]):	
I b	5	5	6		
V c	2	2	3		
VI b	1	1	—		
IX b–VII	1	1	1		
Kr. VI	3	3	4		
Kr. V a	—	—	1		
Kr. V	3	3	4		
	15	15	19	Zusammen	

*) 2 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Erläuterungen für 2002:

Höhergruppierungen/Herabgruppierungen

	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. IV b	1	nach Verg.-Gr. V b

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 6

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Arbeiter/-innen[1])	[1]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	1	1	1		
5	10	10	10		
4	3	3	3		
3	7	7	7		
2 a	1	1	1		
1	27	27	27		
	49	49	49	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 1

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wehnen

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	22 028	21 720	21 124
61	Gesetzliche Sozialabgaben	4 217	4 155	4 104
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 758	1 736	1 688
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	30	29	34
64	Sonstige Personalaufwendungen	101	101	101
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	945	922	915
66	Medizinischer Bedarf	1 326	1 292	1 056
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	500	500	502
68	Wirtschaftsbedarf	1 280	1 280	1 292
69	Verwaltungsbedarf	381	381	258
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	114	114	137
72	Instandhaltung	1 035	1 035	759
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	103	103	94
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	163
76	Abschreibungen	135	116	117
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2 052	2 052	103
79	Übrige Aufwendungen	267	267	157
	Summe:	36 272	35 803	32 604

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	33 570	33 101	31 885
41	Erlöse aus Wahlleistungen	23	23	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	273	273	240
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	33	33	3
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	107	107	141
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	1 900	1 900	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	3
54	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	302	302	273
59	Übrige Erträge	62	62	59
	Summe:	36 272	35 803	32 604

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 085	1 251
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	34	31
4. Abführung an das Land	—	—
5. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel nach KHG	—	—
b) Abschreibungen	20	29
Summe:	1 139	1 311

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	737	704
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	11
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	34	31
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	130	111
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	29	57
5. Überschussverwendung	209	397
6. Zuführung des Landes	—	—
Summe:	1 139	1 311

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Wehnen für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 66

Das Istergebnis 2000 ist unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Belegung auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 69

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 fortgeschrieben worden.

Zu KGr. 72

Vorausgerechneter Bedarf einschließlich der Instandhaltungen gem. § 4 Abs. 2 AbgrV.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	55 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	96 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	1 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	1 900 000 EUR
	Zusammen	2 052 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfe, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Psychiatrie 128 400 Berechnungstage je 206,38 EUR		=26 499 192,00 EUR
b) Tagesklinik 10 300 Berechnungstage je 186,89 EUR		= 1 924 967,00 EUR
c) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 16 425 Berechnungstage je 199,58 EUR	= 3 278 101,50 EUR	
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 6 205 Berechnungstage je 206,38 EUR	= 1 280 587,90 EUR	
Sonstige forensische Unterbringungen 2 190 Berechnungstage je 199,58 EUR	= 437 080,20 EUR	
730 Berechnungstage je 206,38 EUR	= 150 657,40 EUR	
Zwischensumme Forensik		= 5 146 427,00 EUR
	Zusammen	33 570 586,00 EUR
	rd.	33 570 000,00 EUR

Zu KGr. 41

Erstattung der Patienten für Telefonbenutzung.

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz 1 340 Fälle x 204,23 EUR	=	273 668,20 EUR
	rd.	273 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1.	Erstattungen des Personals für		
	– Unterkunft	=	55 000 EUR
	– Verpflegung	=	40 000 EUR
	– sonstige Leistungen	=	1 000 EUR
2.	Erstattungen Fremder für		
	– Unterkunft	=	1 000 EUR
	– Verpflegung	=	1 000 EUR
	– sonstige Leistungen	=	9 000 EUR
		Zusammen	107 000 EUR

Zu KGr. 47

Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	1 900 000 EUR

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Skonto sowie Rückvergütungen für Zivildienstleistende und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	=	260 000 EUR
2. Erträge aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe 500 Berechnungstage je 85,55 EUR = 42 775 EUR	= rd.	42 000 EUR
	Zusammen	302 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Wehnen für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter**
(Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Ackerschlepper	62 000 EUR
1 DV-Anlage einschl. Software	103 000 EUR
Zusammen	165 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG
(Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wehnen

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	21 720	21 124	19 124
61	Gesetzliche Sozialabgaben	4 155	4 104	3 666
62	Aufwendungen für Altersversorgung	1 736	1 688	1 502
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	29	34	27
64	Sonstige Personalaufwendungen	101	101	11
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	922	915	906
66	Medizinischer Bedarf	1 292	1 056	1 265
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	500	502	450
68	Wirtschaftsbedarf	1 280	1 292	1 280
69	Verwaltungsbedarf	381	258	381
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	114	137	79
72	Instandhaltung	1 035	759	1 304
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	103	94	103
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	163	—
76	Abschreibungen	116	117	75
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2 052	103	152
79	Übrige Aufwendungen	267	157	234
	Summe:	35 803	32 604	30 559

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	33 101	31 885	32 041
41	Erlöse aus Wahlleistungen	23	—	23
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	273	240	266
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	33	3	33
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	107	141	105
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	1 900	—	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	20
54	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	—	—	1
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	302	273	298
59	Übrige Erträge	62	59	62
	Summe:	35 803	32 604	32 849

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 251	1 262
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	31	27
4. Abführung an das Land	—	—
5. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel nach KHG	—	—
b) Abschreibungen	29	58
Summe:	1 311	1 347

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	704	686
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	11	171
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	31	27
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	111	112
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	57	83
5. Überschussverwendung	397	268
6. Zuführung des Landes	—	—
Summe:	1 311	1 347

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Wehnen für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 66

Das Istergebnis 2000 ist unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Belegung auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 69

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 fortgeschrieben worden.

Zu KGr. 72

Vorausgerechneter Bedarf einschließlich der Instandhaltungen gem. § 4 Abs. 2 AbgrV.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	55 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	96 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	1 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	1 900 000 EUR
	Zusammen	2 052 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfe, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Psychiatrie 128 400 Berechnungstage je 209,19 EUR		=26 859 996,00 EUR
b) Tagesklinik 10 300 Berechnungstage je 187,77 EUR		= 1 934 031,00 EUR
c) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB 16 425 Berechnungstage je 198,59 EUR	= 3 261 840,75 EUR	
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB 2 190 Berechnungstage je 209,19 EUR	= 458 126,10 EUR	
Sonstige forensische Unterbringungen 2 190 Berechnungstage je 198,59 EUR	= 434 912,10 EUR	
730 Berechnungstage je 209,19 EUR	= 152 708,70 EUR	
Zwischensumme Forensik		= 4 307 587,65 EUR
	Zusammen	33 101 614,65 EUR
	rd.	33 101 000,00 EUR

Zu KGr. 41

Erstattung der Patienten für Telefonbenutzung.

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz 1 340 Fälle x 204,23 EUR	=	273 668,20 EUR
	rd.	273 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1.	Erstattungen des Personals für		
	– Unterkunft	=	55 000 EUR
	– Verpflegung	=	40 000 EUR
	– sonstige Leistungen	=	1 000 EUR
2.	Erstattungen Fremder für		
	– Unterkunft	=	1 000 EUR
	– Verpflegung	=	1 000 EUR
	– sonstige Leistungen	=	9 000 EUR
		Zusammen	107 000 EUR

Zu KGr. 47

Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	1 900 000 EUR

Zu KGr. 57

1.	Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Skonto sowie Rückvergütungen für Zivildienstleistende und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	=	260 000 EUR
2.	Erträge aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe 500 Berechnungstage je 85,55 EUR = 42 775 EUR	= rd.	42 000 EUR
		Zusammen	302 000 EUR

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Wehnen für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter**
   (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

1 Personenrufanlage		107 000 EUR
2 Server-Systeme		82 000 EUR
1 Netzwerkinstallation für DV		66 000 EUR
2 Elektrofahrzeuge		76 000 EUR
	Zusammen	331 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG
   (Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 der Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Wehnen (Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[8])
I a	2	2	1	
I b	10	10	10	
II a[4])	36	36	33	
IV a	3	3	2	
IV b[1])	24	24	24	
V b	7	7	7	
V c	53	53	48	
VI b[7])	8	8	10	
VII	9	9	9	
VIII	9	9	9	
IX b–VII	10	10	10	
Sondervergütungen*)	4	4	4	
Kr. VIII	3	3	3	
Kr. VII	13	13	13	
Kr. VI	29	29	26	
Kr. V a	6	6	6	
Kr. V[2])[3])[6])	257	257	252	
	483	483	467	Zusammen
				Leerstellen[5]):
IV b	1	1	—	
V b	—	—	1	
V c	1	1	2	
VII	—	—	3	
Kr. VI	1	1	—	
Kr. V	22	22	13	
	25	25	19	Zusammen

*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

[1]) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V b mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (– Wirtschaftsdienst –).

[2]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

[3]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

[4]) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[5]) 25 (19) kw.

[6]) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

[7]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[8]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Angestellten

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. II a	3	Ärztlicher Dienst
Verg.-Gr. IV b	1	Sozialdienst
Verg.-Gr. V c	2	Ergo-/Bewegungstherapie
Verg.-Gr. VIII	1	Arzthelferin
Verg.-Gr. Kr. VI	2	Krankenpflegedienst
Verg.-Gr. Kr. V	6	Krankenpflegedienst
Zusammen	16	

Höhergruppierungen:		
Verg.-Gr. I a	1	von Verg.-Gr. I b
Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. V c	3	von Verg.-Gr. VI b (2) und VIII (1)
Verg.-Gr. Kr. VI	1	von Verg.-Gr.. Kr. V

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Wehnen (Übersicht über die Stellen Angestellten und Arbeiter)

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Arbeiter/-innen[1])	[1]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
6	28	28	28		
5	4	4	4		
4	2	2	2		
3	29	29	29		
2 a	4	4	4		
2	9	9	10		
1	34	34	34		
	110	110	111	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Erläuterungen für 2002:

Abgang: Stellen
Lohn-Gr. 2 1 Einsparung

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 1

	Auszubildende 2003	2002	2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	70	70	70
Auszubildende im Verwaltungsdienst	—	—	—
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	—	—	—
Zusammen	70	70	70

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wunstorf

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2003

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

KGr.	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	28 523	27 497	24 557
61	Gesetzliche Abgaben	5 892	5 677	5 174
62	Aufwendungen für Altersversorgung	2 288	2 144	1 833
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	57	55	28
64	Sonstige Personalaufwendungen	118	118	159
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	1 062	1 030	1 027
66	Medizinischer Bedarf	1 360	1 220	1 211
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	990	930	929
68	Wirtschaftsbedarf	1 130	1 100	1 102
69	Verwaltungsbedarf	370	350	351
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	151	151	176
72	Instandhaltung	1 290	1 290	1 163
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	221	221	182
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	195
76	Abschreibungen	220	220	488
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3 139	3 139	210
79	Übrige Aufwendungen	375	380	275
	Summe:	47 186	45 522	39 060

KGr.	Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	42 357	40 707	37 340
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 017	1 017	837
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	14	10	6
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	81	81	80
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	85	85	85
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	2 954	2 954	26
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	10	9
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	30	30	31
57	Sonstige ordentliche Erträge	410	410	414
59	Übrige Erträge	229	218	232
	Summe:	47 186	45 522	39 060

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 151	1 122
b) Mieten für Anlagegüter	180	180
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag	20	10
Summe:	1 351	1 312

Deckung	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	784	750
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	95
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	170	170
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	10	—
5. Überschussverwendung	387	297
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	1 351	1 312

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Wunstorf für das Geschäftsjahr 2003

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2003 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 64 000 EUR für 6 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist die Verpflegung für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen für das Personal und die Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

Zinsen für die Betriebsmittelkredite

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	36 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	38 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	137 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	2 928 000 EUR
	Zusammen	3 139 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Psychiatrie 130 400 Berechnungstage je 193,80 EUR		=	25 271 520,00 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie 9 800 Berechnungstage je 352,90 EUR		=	3 458 420,00 EUR
c) Tagesklinik 6 800 Berechnungstage je 162,40 EUR		=	1 104 320,00 EUR
1 800 Berechnungstage je 286,00 EUR		=	514 800,00 EUR
d) Forensik Regelbehandlung gem. § 63 StGB 21 900 Berechnungstage je 200,20 EUR	= 4 384 380,00 EUR		
Regelbehandlung gem. § 64 StGB 36 500 Berechnungstage je 193,90 EUR	= 7 077 350,00 EUR		
Sonstige forensische Unterbringungen 700 Berechnungstage je 200,20 EUR	= 140 140,00 EUR		
2 100 Berechnungstage je 193,80 EUR	= 406 980,00 EUR		
Zwischensumme Forensik		=	12 008 850,00 EUR
		Zusammen	42 357 910,00 EUR
		rd.	42 357 000,00 EUR

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz		
975 Fälle je Quartal = 3 900 Fälle x 204,23 EUR	=	796 497,00 EUR
180 Fälle je Quartal = 720 Fälle x 306,37 EUR	=	220 586,40 EUR
	Zusammen	1 017 083,40 EUR
	rd.	1 017 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	32 000 EUR
– Verpflegung	=	31 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	8 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	2 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	8 000 EUR
	Zusammen	81 000 EUR

Zu KGr. 45

Erträge durch die Versorgung der Stadt Wunstorf und der St.-Bonifatius-Gemeinde mit Fernwärme.

Zu KGr. 47

1. Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten, die aus Überschussvorträgen finanziert werden	
a) des Personalwohnheims	26 000 EUR
b) der Mietwohnungen	— EUR
2. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	2 928 000 EUR
Zusammen	2 954 000 EUR

Zu KGr. 57

Rückläufige Erträge aus Vermietung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei, Rückvergütungen für Zivildienstleistende und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Skonti, Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätte.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Wunstorf für das Geschäftsjahr 2003

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter**
(Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

Ersatz von DV-Hard- und Software		213 000 EUR
1 Gewächshaus		35 000 EUR
1 Heizkessel für das Blockheitskraftwerk		125 000 EUR
1 Notstromerzeuger		75 000 EUR
Umstellung DV-Organisation Rechnungswesen		102 000 EUR
	Summe	550 000 EUR

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen) — EUR

Wirtschaftsplan für das Landeskrankenhaus Wunstorf

(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)

für das Geschäftsjahr 2002

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

KGr.	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	27 497	24 557	23 710
61	Gesetzliche Abgaben	5 677	5 174	4 890
62	Aufwendungen für Altersversorgung	2 144	1 833	1 870
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	55	28	51
64	Sonstige Personalaufwendungen	118	159	160
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	1 030	1 027	698
66	Medizinischer Bedarf	1 220	1 211	1 327
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	930	929	791
68	Wirtschaftsbedarf	1 100	1 102	1 145
69	Verwaltungsbedarf	350	351	445
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	151	176	85
72	Instandhaltung	1 290	1 163	2 705
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	221	182	212
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	195	2
76	Abschreibungen	220	488	156
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3 139	210	512
79	Übrige Aufwendungen	380	275	35
	Summe:	45 522	39 060	38 794

KGr.	Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	40 707	37 340	38 785
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 017	837	986
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	10	6	27
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	81	80	110
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	85	85	72
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	2 954	26	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	9	3
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	30	31	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	410	414	914
59	Übrige Erträge	218	232	69
	Summe:	45 522	39 060	40 966

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 122	1 088
b) Mieten für Anlagegüter	180	124
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	330
4. Deckungsmittelvortrag	—	—
a) Fördermittel	—	—
b) Abschreibungen	10	—
Summe:	1 312	1 542

Deckung	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	750	750
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	95	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	170	458
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
5. Überschussverwendung	297	334
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	1 312	1 542

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans des Landeskrankenhauses Wunstorf für das Geschäftsjahr 2002

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 2000 ist auf das Geschäftsjahr 2002 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 64 000 EUR für 6 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist die Verpflegung für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen für das Personal und die Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

Zinsen für Betriebsmittelkredite

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für kurz- und mittelfristige Anlagegüter für nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	36 000 EUR
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	38 000 EUR
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	137 000 EUR
4. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	=	2 928 000 EUR
	Zusammen	3 139 000 EUR

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge

Zu KGr. 40

a) Allgem. Psychiatrie			
130 400 Berechnungstage je 191,00 EUR		=	24 906 400,00 EUR
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie			
9 800 Berechnungstage je 350,00 EUR		=	3 430 000,00 EUR
c) Tagesklinik			
6 800 Berechnungstage je 161,30 EUR		=	1 096 840,00 EUR
1 800 Berechnungstage je 283,40 EUR		=	510 120,00 EUR
d) Forensik			
Regelbehandlung gem. § 63 StGB			
9 100 Berechnungstage je 198,60 EUR	= 1 807 260,00 EUR		
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB			
7 300 Berechnungstage je 191,00 EUR	= 1 394 300,00 EUR		
Regelbehandlung gem. § 64 StGB			
36 500 Berechnungstage je 192,40 EUR	= 7 022 600,00 EUR		
Sonstige forensische Unterbringungen			
700 Berechnungstage je 198,60 EUR	= 139 020,00 EUR		
2 100 Berechnungstage je 191,00 EUR	= 401 100,00 EUR		
Zwischensumme Forensik		=	10 764 280,00 EUR
		Zusammen	40 707 640,00 EUR
		rd.	40 707 000,00 EUR

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz		
975 Fälle je Quartal = 3 900 Fälle x 204,23 EUR	=	796 497,00 EUR
180 Fälle je Quartal = 720 Fälle x 306,37 EUR	=	220 586,40 EUR
	Zusammen	1 017 083,40 EUR
	rd.	1 017 000,00 EUR

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	32 000 EUR
– Verpflegung	=	31 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	8 000 EUR
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	— EUR
– Verpflegung	=	2 000 EUR
– sonstige Leistungen	=	8 000 EUR
	Zusammen	81 000 EUR

Zu KGr. 45

Erträge durch die Versorgung der Stadt Wunstorf und der St.-Bonifatius-Gemeinde mit Fernwärme.

Zu KGr. 47

1. Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten, die aus Überschussvorträgen finanziert werden	
a) des Personalwohnheims	26 000 EUR
b) der Mietwohnungen	— EUR
2. Überlassungsentgelte für Gebäude und Grundstücke	2 928 000 EUR
Zusammen	2 954 000 EUR

Zu KGr. 57

Rückläufige Erträge aus Vermietung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, ZDL, der Gärtnerei, Rückvergütung für Zivildienstleistende und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Skonti, Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätte.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Wunstorf für das Geschäftsjahr 2002

Folgende Investitionen übersteigen 25 000 EUR im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)	
Ersatz von DV-Hard- und Software incl. Betriebssystemwechsel	388 000 EUR
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)	— EUR

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Wunstorf
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte[9])	
I a[1])	1	1	1		
I b	18	18	17		
II a[4])	58	58	58		
IV a	6	6	6		
IV b	34	34	32		
V b	5	5	5		
V c	81	81	79		
VI b[8])	10	10	10		
VII	14	14	14		
VIII	15	15	15		
IX b–VII	11	11	11		
Sondervergütungen*)	7	7	7		
Kr. VIII	2	2	2		
Kr. VII	6	6	6		
Kr. VI[5])	54	54	52		
Kr. V[2])[3])[7])	329	329	321		
	651	651	636	Zusammen	
				Leerstellen[6]):	
II a	3	3	3		
IV b	1	1	1		
V c	5	5	5		
VII	2	2	2		
VIII	—	—	—		
Kr. V	12	12	12		
	23	23	23	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

[1]) 1 Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT.

[2]) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.

[3]) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.

[4]) 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[5]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6]) 23 (23) kw.

[7]) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.

[8]) 2 (2) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[9]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.

Erläuterungen zu den Angestellten

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	Fachärzte/Fachärztinnen
Verg.-Gr. IV b	2	Sozialarbeiter/-in
Verg.-Gr. V c	2	Ergotherapeuten
Verg.-Gr. Kr. VI	2	Krankenpflegedienst
Verg.-Gr. Kr. V	8	Krankenpflegedienst
Zusammen	15	

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftspläne 2002 und 2003 des Landeskrankenhauses Wunstorf
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Arbeiter/-innen	[1]) 3 (3) kw.
6	9	9	9		[2]) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
5	15	15	15		
4	17	17	17		
3	4	4	4		
2 a	7	7	7		
2	20	20	18		
1	27	27	27		
	99	99	97	Zusammen	
				Leerstellen[1]):	
2 a	2	2	2		
4	1	1	1		
	3	3	3	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2	2	Stationshilfen

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 2

Auszubildende

	2003	2002	2001
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	69	69	69
Auszubildende im Verwaltungsdienst	4	4	4
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	11	11	11
Zusammen	84	84	84

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	124	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	1.023	0
119 21-2	124	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und Sonstiger an der Verpflegung		51.000	51.000	51.129	55
119 24-7	124	Einnahmen für Unterkunft, Verpflegung und Ausbildung		8.800.000	8.800.000	8.362.690	9.148
119 41-7	124	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	1
119 46-8	124	Ersatzleistungen		1.000	1.000	6.647	0
124 01-1	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		107.000	107.000	107.371	108
125 10-7	124	Erlöse der Werkstätten u. a. technische Betriebe		3.000	3.000	3.068	2
125 11-5	124	Erlöse des Gärtnereibetriebes		5.000	5.000	5.113	3
132 01-4	124	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5.000	10.000	3.528	2
231 10-1	124	Erstattung des Bundes für Beschäftigungs-entgelte an Zivildienstleistende * *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		133.000	133.000	112.484	82
235 01-8	124	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		78.000	78.000	—	78
281 10-9	124	Erstattung besonderer Auslagen ****Vergl.K-Vermerk zu 547 11,681 11,681 12 und 681 13.*		677.000	677.000	647.807	957
282 10-5	124	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu 511 15.*		—	—	—	3
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	
		A U S G A B E N					
422 01-2	124	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	18.566.000	18.548.000	18.172.950	140
422 06-3	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-0	124	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	8.636
422 15-2	124	Dienstbezüge der nichtplanmäßigen beamte-ten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	—
422 19-5	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-1	124	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.466
425 03-8	124	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	47
425 04-6	124	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-2	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	0
425 11-9	124	Vergütungen der nichtbeamteten,vollbe-schäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.838
426 01-8	124	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.662
426 03-4	124	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-2	124	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbei-terinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-9	124	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Ar-beiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-4	124	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	5.000	5.000	4.602	119

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 22

Es sind vorhanden:

	Schüler/ Schülerinnen/ Berufsschüler/ Berufs-schülerinnen	Aus-zubil-dende	Kinder-garten-kinder	Kinder in Wechsel-gruppen
Landesbildungszentren für Hörgeschädigte in				
Hildesheim	300	73	30	10
Osnabrück	353	12	16	—
Braunschweig	210	—	22	—
Oldenburg	237	—	38	16
Zusammen	1 100	85	106	26

Zu 132 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Geräte	1	1
2. Maschinen	—	—
3. Ausstattungsgegenstände	—	—
4. Akten, Drucksachen und dgl.	—	—
5. Kraftfahrzeuge	4	9
Zusammen	5	10

Zu 119 24

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
192 Schüler/Schülerinnen	4 105	4 105
14 Schüler/Schülerinnen extern (vgl. 538 01)	225	225
	4 330	4 330
45 Auszubildende (stat.)	1 350	1 350
40 Auszubildende (ambulant)	572	572
– Kindergartenkind (stat.)	—	—
106 Kindergartenkinder (teilstat.)	2 540	2 540
26 Kinder in Wechselgruppen	8	8
Zusammen	8 800	8 800

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	23	23
2. Mietwohnungen und Einzelräume	26	26
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Andere Mieten und Pachten	58	58
Zusammen	107	107

Zu 281 10

Erstattung der Aufwendungen für stationäre und ambulante Krankenbehandlung außerhalb des Hauses.

Fahrgelder, Ferienkosten, Bekleidung, Barbeträge, Weihnachtsbeihilfen und dgl. (vgl. Erl. zu 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13).

Zu 282 10

Von Dritten werden hin und wieder Zuschüsse gegeben, die über 511 15 ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
399,39	399,39	409,54	394,68

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		—
Summe Zugänge	—	1,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	11,15
Summe Abgänge	—	11,15
Bleibt Abgang	—	10,15

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nach-richtlich)
Beamte/-innen				223
Angestellte				153
Lohnempfänger/ -innen				56
Insgesamt				432

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nach-richtlich)
Beamte/-innen				223
Angestellte				154
Lohnempfänger/ -innen				56
Insgesamt				433

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	18 566	18 548

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober-gruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	18 566	18 548
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	329	313
43	Versorgungsbezüge	3 364	3 214
44	Beihilfen, Unterstützungen	409	395
45	Personalbezogene Sachausgaben	2	2
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	133	–18
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		22 803	22 454

Zu 427 01

Vergütungen oder Löhne der nur vorübergehend zu Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen oder zur Personalverstärkung aushilfsweise Tätigen.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 02-2	124	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-3	124	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.* ** *Kostenbeiträge der Beschäftigungsstellen dürfen aus Ersparnissen bei 425 01 und 426 01 infolge zeitweilig nicht besetzter oder unterbesetzter Stellen für Erzieher/Erzieherinnen oder Arbeiter/Arbeiterinnen hier zusätzlich verwendet werden.*	—	133.000	133.000	112.484	132
427 11-1	124	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	12.000	12.000	9.459	12
427 21-9	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	68.000	68.000	53.277	67
427 39-1	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-8	124	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-5	124	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	2.000	2.000	1.278	2
453 11-2	124	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-5	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	144.000	144.000	15.339	20
511 10-4	124	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	12.000	12.000	15.339	11
511 11-2	124	Reinigung und Instandhaltung der Bekleidung für Schülerinnen/Schüler, Auszubildende und Kinder	—	—	—	614	—
511 12-0	124	Betriebstechn. Anlagen, Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Wohn-, Schul- und Wirtschaftsräumen	—	193.000	193.000	51.998	30
511 13-9	124	Maschinen und Geräte für den Gärtnereibetrieb	—	4.000	4.000	818	0
511 14-7	124	Maschinen und Geräte für die Werkstättenbetriebe	—	15.000	15.000	2.914	6
511 15-5	124	Beschaffung aus Zuschüssen Dritter * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	—	—	—	—
514 01-4	124	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	40.000	40.000	30.678	31
514 10-3	124	Beköstigung	—	265.000	265.000	276.098	265
514 11-1	124	Arznei- und Stärkungsmittel, sowie Verbands- und Impfstoffe	—	2.000	2.000	1.994	0
514 12-0	124	Reinigungs- und Entwesungsmittel	—	10.000	10.000	10.226	—
514 13-8	124	Sachaufwand für Beschäftigung, Unterhaltung u.pers. Bedarf d. Kinder, Schüler u. Auszubildenden sowie f. bes. Schulungsmaßnahmen	—	80.000	80.000	71.581	52
514 14-6	124	Pflanz- und Saatgut; Düngemittel	—	7.000	7.000	6.954	5
514 15-4	124	Rohstoffe für Werkstätten	—	35.000	35.000	30.678	37
517 01-3	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.125.000	1.125.000	204.517	225
518 01-0	124	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	12.782	13
518 02-8	124	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	29.000	24.000	—	—

Zu 427 11

Für stundenweise beschäftigte Ärzte/Ärztinnen und Seelsorger/Seelsorgerinnen.

Zu 511 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	6	6
2. Büro- und Kanzleibedarf	6	6
3. Bekanntmachungen	2	2
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	1	1
5. Bücher und Zeitschriften	11	11
6. Post- und Fernmeldegebühren	51	51
7. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	27	27
8. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	38	38
9. Dienst- und Schutzkleidung	2	2
Zusammen	144	144

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kombiwagen	9	9	9
Neunsitzer	3	3	3

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kombiwagen	8	9	9
Neunsitzer	3	3	3

Zu 511 15

Vgl. Erläuterung zu 282 10.

Zu 517 01

Mehr insbesondere durch Privatisierung des Reinigungsdienstes und durch Intensivierung der Reinigungsarbeiten in den Schulen der vier Landesbildungszentren für Hörgeschädigte infolge des neuen Infektionsschutzgesetzes vom 20. 07. 2000 (BGBl. Teil I Nr. 33, S. 1045).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-6	124	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	24.000	24.000	—	—
519 02-4	124	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	14.000	14.000	14.061	—
521 10-0	124	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	10.000	10.000	10.124	25
525 01-6	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	44.000	44.000	76.694	22
525 10-5	124	Lehr- und Lernmittel	—	148.000	148.000	148.275	144
526 01-2	124	Sachverständige	—	—	—	7.669	1
526 02-0	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-9	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	61.000	61.000	61.355	56
527 02-7	124	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2.000	2.000	1.994	3
527 10-8	124	Kostenerstattungen an Eltern und Elternvertreter	—	5.000	5.000	6.340	4
546 01-3	124	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 02-1	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1.000	1.000	511	2
546 03-0	124	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
546 10-2	124	Beiträge zur Unfallversicherung für die Internatskinder	—	1.000	1.000	1.023	1
547 10-9	124	Kosten der Externatsunterbringung für Schüler und Lehrlinge	—	230.000	230.000	317.001	231
547 11-7	124	Sonstige Dienstleistungen Außenstehender im Auftrag oder für Rechnung der Kostenträger außerhalb des Pflegesatzes * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13.* *** *Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.*	—	225.000	225.000	224.968	184
547 12-5	124	Kosten für Schullandheimaufenthalte und betriebspraktische Aufenthalte	—	38.000	38.000	41.210	43
547 13-3	124	Kosten der Untersuchungen in fremden Laboratorien	—	1.000	1.000	511	—
547 14-1	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15.000	15.000	—	14
681 11-5	124	Kosten der Familienheimfahrten * *Vgl. D-Vermerk zu 547 11.* *** *Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.*	—	368.000	368.000	337.453	321
681 12-3	124	Barbeträge an Schüler/Schülerinnen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 11.* *** *Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.*	—	75.000	75.000	71.581	63
681 13-1	124	Weihnachtsbeihilfen an Schüler/Schülerinnen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 11.* *** *Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.*	—	9.000	9.000	8.692	7
685 01-3	124	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	3.579	2
685 10-2	124	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	4.000	4.000	—	—
811 01-9	124	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	28.000	—	16.157	—
812 13-9	124	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	45.000	—	—
812 15-5	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	416.000	399.000	201.142	189

ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 01

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	10	10	10

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	11	11	10

Zu 519 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen, die ab 2002 erstmals in den Kapiteln ausgewiesen werden. Der Ansatz ist vom MF zentral ermittelt worden.

Zu 525 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Lehrbücher	104	104
2. Gerätschaften	30	30
3. Verbrauchsstoffe	14	14
Zusammen	148	148

Zu 527 10

Veranschlagt sind gem. § 81 Abs. 3 NSchG die Reisekosten für die Teilnahme an einer Gesamtelternversammlung und zwei Versammlungen der Klassenelternschaft in jedem Schuljahr.

Zu 546 01

Veranschlagt sind insbesondere Innungsbeiträge.

Zu 547 10

Für 16 Schüler/Schülerinnen

Zu 547 11

Auslagen für die Schüler/Schülerinnen (vgl. Erläuterungen zu 281 10).

Zu 681 11

Familienheimfahrten werden gewährt als Teil der Eingliederungshilfe gem. § 40 Abs. 1 Ziff. 2 a, 3 und 4 BSHG.

(Vgl. Erl. zu 281 10).

Zu 681 12

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach Maßgabe der Richtlinien des MS und des MK vom 3. 12. 1986 (Nds.Min.Bl. S. 1118).

Vgl. Erl. zu 281 01.

Zu 681 13

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach den jeweils geltenden Richtlinien des MS.

Vgl. Erl. zu 281 10.

Zu 811 01 (2003)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR
Ersatzbeschaffungen: (einschl. Sonderausstattung)	
1 Kombi	27 400 EUR

Zu 812 13

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Fernmeldeanlage für LBZH Osnabrück	—	45

Zu 812 15

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Fasti-hydr. Tafelschere	47	—
Geschirrspülmaschine Zentralküche	7	—
Lehrküche	9	—
Kreissägemaschine	25	—
2 Bügelanlagen	11	—
Überwendlich Nähmaschine	8	—
div. Mobiliar (Internat)	60	—
Spezialbandschleifmaschine	7	—
5 Frequenz-Modulations-Höranlagen	116	—
Infrarot-Höranlage	40	—
Beschallungsanlage	10	—
10 Klassenraumausstattungen	76	—
Kochgruppe Zentralküche	—	110
Heißluftdämpfer	—	15
Beschallungsanlage	—	6
Orthopädische Schleifmaschine	—	19
Zeiterfassungssystem	—	6
5 Frequenz-Modulations-Höranlagen	—	116
2 Portable Audiometer	—	14
8 Klassenraumausstattungen	—	62
HNO-Einheit	—	22
Medienstudio	—	9
Regalanlage (Kindergarten)	—	9
Kletterwandsystem	—	11
Zusammen	416	399

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 31-7	124	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
812 35-0	124	Erwerb von Geräten für Unterrichtszwecke	—	—	—	258.049	283
981 10-0	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	2.497.000	2.497.000	2.498.479	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(275.000)	(165.000)	(130.380)	(44)
511 99-6	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	65.000	65.000	—	2
519 99-7	124	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	5.113	5
525 98-9	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	2.000	2.000	—	—
525 99-7	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	25.000	25.000	—	—
538 99-1	124	Dienstleistungen Anderer	—	17.000	17.000	30.678	37
812 99-6	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	166.000	56.000	94.589	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			971.454	
		Abschluss Kapitel 05 22					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8.973.000	8.978.000	8.541.080	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		888.000	888.000	760.291	
		Summe der Einnahmen		9.861.000	9.866.000	9.301.371	
		4 Personalausgaben	—	18.786.000	18.768.000	18.354.050	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.890.000	2.885.000	2.651.511	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	456.000	456.000	421.305	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	610.000	500.000	569.937	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.497.000	2.497.000	2.498.479	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	25.239.000	25.106.000	24.495.282	
		Zuschuss		15.378.000	15.240.000	15.193.911	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.364.000	3.214.000	2.946.626	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		28.603.000	28.320.000	27.441.908	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		18.742.000	18.454.000	18.140.537	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

Zu 511 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Geschäftsbedarf	2	2
2. Post- und Fernmeldegebühren	10	10
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	17	17
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	16	16
5. Verbrauchsmittel	4	4
6. PC-Beschaffung für Lehrwerkstätten und -klassen	16	16
Zusammen	65	65

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege.

Für die Abrechnung der Pflegekosten mit den einzelnen Kostenträgern wird eine private EDV-Anlage in Anspruch genommen.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Iuk-Ausstattung analog der Anwendung des Aktionsprogramms „n–21: Schulen in Niedersachsen online“ des MK an allgemeinbildenen Schulen in kommunaler Trägerschaft	166	—
2. 4 NT-Server	—	56
Zusammen	166	56

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	124	Vermischte Einnahmen		3.000	3.000	511	3
119 21-6	124	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und sonstiger an der Verpflegung		17.000	17.000	15.339	18
119 24-0	124	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung sowie für die Ausbildung der Umschüler/Umschülerinnen und Auszubildenden		4.576.000	4.248.000	3.732.431	3.757
119 41-0	124	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 46-1	124	Ersatzleistungen		—	—	—	—
124 01-5	124	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		66.000	66.000	66.468	63
125 10-0	124	Erlöse der Werkstätten u. a. technischer Betriebe		20.000	20.000	25.565	20
132 01-8	124	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		4.000	3.000	—	2
231 10-5	124	Erstattung des Bundes für Beschäftigungsentgelte an Ersatzdienstleistende * *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		127.000	127.000	76.694	71
235 01-1	124	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		38.000	38.000	—	38
281 10-2	124	Erstattung besonderer Auslagen ****vergl.K-Vermerk zu 547 11,681 11,681 12 und 681 13.*		235.000	235.000	214.743	274
282 10-9	124	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu 511 15.*		—	—	—	4
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	
		A U S G A B E N					
422 01-6	124	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.698.000	8.760.000	8.575.081	86
422 06-7	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-3	124	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	2.474
422 15-6	124	Dienstbezüge der nichtplanmäßigen beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	96
422 19-9	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-5	124	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.100
425 03-1	124	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	8
425 04-0	124	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-6	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	511	—
425 11-2	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	920
426 01-1	124	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	802
426 03-8	124	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-6	124	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-2	124	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	0
427 01-8	124	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	28.000	28.000	27.865	51

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 05 23

Sitz des Landesbildungszentrums für Blinde: Hannover.

Zu 119 24

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. 70/66 Schüler/Schülerinnen	3 131	2 952
2. 25/22 Auszubildende und Umschüler/ Umschülerinnen (stat.)	1 240	1 091
3. 11/11 Auszubildende und Umschüler/ Umschülerinnen (ambulant)	205	205
Zusammen	4 576	4 248

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	7	7
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	59	59
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	66	66

Zu 125 01

Betriebseinnahmen der Lehrwerkstätten.

Zu 281 10

Erstattung der Aufwendungen für stationäre und ambulante Krankenbehandlung außerhalb des Hauses, Fahrgelder, Ferienreisekosten, Bekleidung, Barbeträge, Weihnachtsbeihilfen und dgl. (vgl. Erl. zu 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13).

Zu 282 10

Von Dritten werden hin und wieder Zuschüsse gegeben, die über Tit. 511 15 ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
193,00	195,00	200,00	193,34

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		—
Summe Zugänge	—	1,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,00	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	5,00
Summe Abgänge	2,00	6,00
Bleibt Abgang	2,00	5,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen				76
Angestellte				101
Lohnempfänger/ -innen				33
Insgesamt				210

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen				76
Angestellte				103
Lohnempfänger/ -innen				33
Insgesamt				212

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	8 698	8 760

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	8 698	8 760
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	209	204
43	Versorgungsbezüge	989	952
44	Beihilfen, Unterstützungen	193	188
45	Personalbezogene Sachausgaben	4	4
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	63	–9
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		10 156	10 099

Zu 427 01

Vergütungen oder Löhne der nur vorübergehend zu Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen oder zur Personalverstärkung aushilfsweise Tätigen.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 02-6	124	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-7	124	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.* ** *Kostenbeiträge der Beschäftigungsstellen dürfen aus Ersparnissen bei 425 01 und 426 01 infolge zeitweilig nicht besetzter oder unterbesetzter Stellen für Erzieher/Erzieherinnen oder Arbeiter/Arbeiterinnen hier zusätzlich verwendet werden.*	—	127.000	127.000	76.694	126
427 11-5	124	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	2.000	2.000	716	2
427 21-2	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	18.000	18.000	17.997	15
427 39-5	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 02-1	124	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-9	124	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	4.000	4.000	4.448	—
453 11-6	124	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-9	124	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	48.000	48.000	7.721	5
511 10-8	124	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	17.000	17.000	17.435	15
511 11-6	124	Reinigung und Instandhaltung der Bekleidung für Schülerinnen/Schüler, Auszubildende und Kinder	—	1.000	1.000	716	1
511 13-2	124	Betriebstechnische Anlagen, Geräte u. Ausstattungsgegenstände in den Wohn-, Schul- und Wirtschaftsräumen	—	74.000	74.000	30.678	47
511 14-0	124	Maschinen und Gerät für die Lehrwerkstatt	—	14.000	14.000	5.113	2
511 15-9	124	Beschaffung aus Zuschüssen Dritter * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	—	—	—	17
514 01-8	124	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	19.000	19.000	15.339	19
514 10-7	124	Beköstigung	—	130.000	130.000	130.379	108
514 11-5	124	Arznei- und Stärkungsmittel sowie Verbands- und Impfstoffe	—	1.000	1.000	1.023	1
514 12-3	124	Reinigungs- und Entwesungsmittel	—	18.000	18.000	17.895	—
514 13-1	124	Sachaufwand für Beschäftigung, Unterhaltung und persönlichen Bedarf der Schüler/innen sowie für besondere Schulungsmaßnahmen	—	10.000	10.000	9.817	30
514 14-0	124	Rohstoffe für Werkstätten	—	11.000	11.000	11.248	7
517 01-7	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	422.000	422.000	86.920	89
518 01-3	124	Mieten und Pachten	—	10.000	10.000	14.827	9
518 02-1	124	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	4.000	4.000	—	—
519 01-0	124	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	14.000	14.000	—	—
519 02-8	124	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5.000	5.000	5.113	—

Zu 427 11

Vergütungen für stundenweise beschäftigte Seelsorger/Seelsorgerinnen, Vertragsärzte/Vertragsärztinnen und Organisten/Organistinnen.

Zu 427 21

Für nebenamtliche Erteilung des Berufsschulunterrichts.

Vgl. RdErl. MS vom 9. 10. 1992 (Nds. MBl. S. 1382).

Zu 511 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	1	1
2. Büro- und Kanzleibedarf	5	5
3. Bekanntmachungen	1	1
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	1	1
5. Bücher und Zeitschriften	3	3
6. Post- und Fernmeldegebühren	21	21
7. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	3	3
8. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	12	12
9. Dienst- und Schutzkleidung	1	1
Zusammen	48	48

Zu 511 15

Vgl. Erläuterungen zu 282 10.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kombi	—	—	—
Pkw	4	4	4
Sonderfahrz.	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kombi	—	—	—
Pkw	4	4	4
Sonderfahrz.	1	1	1

Zu 517 01

Mehr insbesondere wegen Intensivierung der Reinigungsarbeiten infolge des neuen Infektionsschutzgesetzes vom 20. 07. 2000 (BGBl. Teil I Nr. 33, S. 1 045).

Zu 519 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen, die ab 2002 erstmals in den Kapiteln ausgewiesen werden. Der Ansatz ist vom MF zentral ermittelt worden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
521 10-3	124	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	1.023	5
525 01-0	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	12.000	12.000	25.565	8
525 10-9	124	Lehr- und Lernmittel	—	95.000	95.000	94.589	74
526 01-6	124	Sachverständige	—	1.000	1.000	1.687	1
526 02-4	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-2	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	40.000	40.000	34.768	40
527 02-0	124	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	562	0
527 10-1	124	Kostenerstattung an Eltern und Elternvertreter	—	1.000	1.000	511	1
546 01-7	124	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	562	2
546 02-5	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2.000	2.000	—	2
546 05-0	124	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 10-6	124	Beiträge zur Unfallversicherung für die Internatskinder	—	1.000	1.000	562	0
547 10-2	124	Kosten für die externe Unterbringung von Auszubildenden	—	5.000	5.000	5.113	0
547 11-0	124	Sonstige Dienstleistungen Außenstehender im Auftrag oder für Rechnung der Kostenträger außerhalb des Pflegesatzes * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 547 11, 681 11, 681 12 und 681 13.* *** *Die Ausgaben bei 538 02,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 01.*	—	84.000	84.000	84.363	55
547 12-9	124	Kosten für Schullandheimaufenthalte und Betriebspraktika	—	15.000	15.000	15.339	14
547 13-7	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	10.000	10.226	12
681 11-9	124	Kosten der Familienheimfahrten der Schüler/Schülerinnen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 11.* *** *Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.*	—	140.000	140.000	119.642	137
681 12-7	124	Barbeträge an Schüler/Schülerinnen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 11.* *** *Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.*	—	8.000	8.000	8.181	7
681 13-5	124	Weihnachtsbeihilfen an Schüler/Schülerinnen * *Vgl. D-Vermerk zu 547 11.* *** *Die Ausgaben bei 547 11,681 11,681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d.Mehreinnahmen bei 281 10.*	—	3.000	3.000	2.556	3
684 10-0	124	Mitgliedsbeiträge an Verine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—
685 01-7	124	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	102	—
811 01-2	124	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	34.000	—	—	15
812 15-9	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	130.000	162.000	67.695	42
812 35-3	124	Erwerb von Geräten für Unterrichtszwecke	—	—	—	99.958	135
981 10-4	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	1.291.000	1.291.000	1.336.670	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 525 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Lehrbücher	45	45
2. Gerätschaften	25	25
3. Verbrauchsstoffe	25	25
Zusammen	95	95

Veranschlagt ist u. a. auch die Ausstattung der integrativ beschulten Schülerinnen und Schüler mit Lernmitteln.

Zu 527 01

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	7	7	7

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	7	7	7

Zu 527 10

Veranschlagt sind gem. § 81 NSchG die Reisekosten für die Teilnahme an einer Gesamtelternversammlung und zwei Versammlungen der Klassenelternschaft in jedem Schuljahr.

Zu 547 13

Mit der Ausführung des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASIG) und der Unfallverhütungsvorschrift des GuV Hannover ist eine Fremdfirma beauftragt.

Zu 547 11

Auslagen für die Schüler/Schülerinnen (vgl. Erl. zu 281 10).

U. a. werden auch die Kosten für die Bekleidung der Schüler/Schülerinnen abgerechnet.

Zu 681 11

Familienheimfahrten werden gewährt als Teil der Eingliederungshilfe gem. § 40 Abs. 1 Ziff. 2 a, 3 und 4 BSHG.

Zu 681 12

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe aufgrund der Richtlinien des MS und des MK vom 21. 9. 1977 (Nds. MBl. S. 1353).

Vgl. auch 281 10.

Zu 681 13

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach den jeweils geltenden Richtlinien des MFAS.

Vgl. auch 281 10.

Zu 811 01 (2003)

	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung u. a. EUR	Gesamtpreis EUR
Ersatzbeschaffung:			
1 VW Caravelle			
Sonderausstattung:			
Autoradio, Anhängevorrichtung, 2er Sitzbank, u. Einzelsitz, Beifahrerdoppelbank, Dachblinkleuchten, Heckflügeltüren, Klimaanlage, Standheizung, Hubmatik-Schwenklift, Rollstuhlhalterung			
Zusammen	24 200	9 800	34 000

Zu 812 15

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Erneuerung der Großküche	46	—
3 Braillezeilen	45	—
Ausstattung Haus R (2. Phase)	24	—
2 Fernsehlesegeräte	15	—
Therapiewasserbett	—	6
Lifter	—	7
Erneuerung der Schulküche	—	20
Kletterwand	—	9
5 Braillezeilen	—	75
2 Fernsehlesegeräte	—	15
Ausstattung Haus R (1. Phase)	—	30
Zusammen	130	162

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(146.000)	(26.000)	(19.940)	(3)
511 99-0	124	Geschäftsbedarf	—	21.000	21.000	511	2
519 99-0	124	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	1.023	—
525 98-2	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	1.000	1.000	—	—
525 99-0	124	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	3.000	3.000	—	—
538 99-5	124	Dienstleistungen Anderer	—	1.000	1.000	5.113	1
547 99-4	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	511	—
812 99-0	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	120.000	—	12.782	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			405.915	
		Abschluss Kapitel 05 23					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.686.000	4.357.000	3.840.825	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		400.000	400.000	291.437	
		Summe der Einnahmen		5.086.000	4.757.000	4.132.262	
		4 Personalausgaben	—	8.878.000	8.940.000	8.703.312	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.094.000	1.094.000	1.042.167	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	152.000	152.000	130.481	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	284.000	162.000	180.435	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.291.000	1.291.000	1.336.670	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	11.699.000	11.639.000	11.393.065	
		Zuschuss		6.613.000	6.882.000	7.260.803	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		989.000	952.000	936.533	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		12.688.000	12.591.000	12.329.598	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		7.602.000	7.834.000	8.197.336	

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Iuk-Ausstattung analog der Anwendung des Aktionsprogramms „n-21: Schulen in Niedersachsen online“ des MK an allgemeinbildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft	120	—

Zu 511 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Geschäftsbedarf	2	2
2. Post- und Fernmeldegebühren	7	7
3. Geräte und Gebrauchsgegenstände	7	7
4. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	2	2
5. Verbrauchsmittel	1	1
6. PC-Beschaffung für die Lehrwerkstatt	2	2
Zusammen	21	21

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0530 Sozialhilfe

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 10-2	234	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 11-0	234	Sonstige Einnahmen im Rahmen der TBC-Hilfe		1.000	1.000	511	0
162 10-5	234	Einnahmen aus Darlehn, die im Rahmen der Sozialhilfe und TBC-Hilfe gewährt worden sind - Zinseinnahmen -		3.000	3.000	1.023	3
182 10-6	234	Wie 162 10 - Darlehnsrückflüsse		318.000	318.000	409.034	318
231 10-7	234	Erstattungen des Bundes zu den Kosten der Sozialhilfe für Deutsche im Ausland		173.000	173.000	153.388	173
232 10-3	234	Kostenerstattung - von staatlichen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe -		727.000	727.000	153.388	727
233 10-0	234	Wie 232 10 - von kommunalen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe -		93.000	93.000	357.904	93
233 11-8	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Hilfe zum Lebensunterhalt - außerhalb von Einrichtungen - lfd. u. einm. Leistungen		158.000	158.000	204.517	158
233 12-6	234	wie 233 11 - in Einrichtungen -		85.000	85.000	255.646	85
233 13-4	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Hilfe zur Pflege - außerhalb von Einrichtungen -		11.000	11.000	12.782	11
233 14-2	234	wie 233 13 - in Einrichtungen -		7.755.000	7.755.000	8.691.962	7.755
233 15-0	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Eingliederungshilfe - außerhalb von Einrichtungen -		399.000	399.000	460.163	399
233 16-9	234	wie 233 15 - in Einrichtungen -		77.119.000	77.119.000	76.693.782	77.119
233 17-7	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Krankenhilfe - außerhalb von Einrichtungen-		150.000	150.000	51.129	342
233 18-5	234	wie 233 17 - in Einrichtungen -		1.000.000	1.000.000	306.775	1.399
233 19-3	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen -		150.000	150.000	204.517	150
233 20-7	234	wie 233 19 - in Einrichtungen -		337.000	337.000	409.034	337
233 21-5	234	Erstattung der Überschüsse im Rahmen der Hilfe zur Arbeit nach § 72 BSHG		1.000	1.000	511	1
		A U S G A B E N					
546 10-8	234	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
631 10-5	234	Erstattungen an den Bund für Aufwendungen in der Tbc-Hilfe * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 631 10, 633 10, 633 11, 633 12, 633 13, 633 14, 633 15, 633 16, 633 17, 633 18, 633 19, 633 20, 633 21, 633 22, 633 23, 633 24, 633 25, 633 26, 671 10, 671 11, 671 12, 671 13 und 681 10.*	—	151.000	148.000	150.320	144
633 10-8	234	Kostenerstattung - an überörtl. und örtl. Träger der Sozialhilfe - * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* *** *Überzahlungen aus Vorjahren bei den Titeln 633 10 bis 681 10 sind abweichend von §35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	3.919.000	3.845.000	5.752.545	3.735
633 11-6	234	Hilfe zum Lebensunterhalt - außerhalb von Einrichtungen - lfd. und einm. Leistungen (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* *** *Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	1.648.000	1.617.000	1.744.528	1.570

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Vorbemerkungen

1. Gemäß § 2 des Nieders. Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Nds. AG BSHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 12. 11. 1987 (Nieders. GVBl. S. 205), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Nds. AG BSHG vom 21. 11. 2000 (Nds. GVBl. S. 294), ist das Land überörtlicher Träger der Sozialhilfe. Die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe ergibt sich aus § 100 BSHG und § 3 des Nieders. Gesetzes zur Ausführung des BSHG.
2. Soweit der überörtliche Träger der Sozialhilfe zur Durchführung seiner Aufgaben die örtlichen Träger der Sozialhilfe und andere Gebietskörperschaften heranzieht (Heranziehungsverordnung – AG BSHG vom 14. 4. 1994 – Nieders. GVBl. S. 205), sind die betreffenden Titel mit dem Zusatz „Erstattungen an die örtlichen Träger“ versehen. Die für die Gewährung von Sozialhilfe in stationären Einrichtungen veranschlagten Ausgaben enthalten auch Nebenkosten wie Barbeträge, Bekleidungsbeihilfen, Fahrtkosten, Ausgaben für die Sozialversicherung behinderter Menschen sowie Ausgaben für Erholungsmaßnahmen und Weihnachtsbeihilfen.
3. Mit dem Gesetz zur Änderung des Nds. AG BSHG vom 21. 11. 2000 (Nds. GVBl. S. 294) wurde zum 1. 1. 2001 das „Quotale System“ zur Finanzierung der Sozialhilfe eingeführt. Danach beteiligen sich das Land – als überörtlicher Träger der Sozialhilfe – sowie die Landkreise und kreisfreien Städte – als örtliche Träger der Sozialhilfe – jeweils gegenseitig mit bestimmten, vorher festgelegten Anteilen an den Pflichtaufwendungen des Anderen.

Zu 119 11, 162 10 und 182 10 allgemein

Durch Artikel 26 des 2. Rechtsbereinigungsgesetzes vom 16. 12. 1986 (BGBl. I S. 2441) sind die Vorschriften über die Tuberkulosehilfe und die Tuberkulosebekämpfung außerhalb der Sozialhilfe mit Wirkung vom 1. 1. 1987 aufgehoben worden. Es sind jedoch noch Einnahmen im Zusammenhang mit früheren Darlehensbewilligungen sowie sonstige Einnahmen wie z. B. Rückzahlungen von Überzahlungen aus Vorjahren und Schadensersatzleistungen abzuwickeln (119 11, 162 10 und 182 10). Der auf die Einnahmen entfallende Bundesanteil ist bei Titel 631 10 veranschlagt.

Zu 182 10

Voraussichtliches Aufkommen nach den vertraglich vereinbarten Tilgungsleistungen für Darlehen, die im Rahmen der Sozialhilfe und Tuberkulosehilfe gewährt worden sind.

Zu 231 10

Erstattung des Bundes gemäß § 119 BSHG i. V. mit dem Rundschreiben des BMI vom 24. 7. 1962 (GMBl. S. 329).

Vgl. Erläuterung zu 681 10.

Zu 232 10 und 233 10

Kostenerstattungen gemäß § 103 BSHG durch kostenpflichtige überörtliche Träger der Sozialhilfe.

Zu 233 11 bis 233 20

Ersatzleistungen gemäß §§ 90, 91, 92 und 140 BSHG, § 48 Abs. 1 Satz 2 SGB I, §§ 102 ff. und 119 ff. SGB X und § 292 Abs. 3 – 5 LAG.

Zu 631 10

Vgl. Erl. zu 119 11, 162 10 und 182 10.

Zu 633 10 und 671 10

Kostenerstattungen bei Aufenthalt in einer Anstalt und bei Übertritt aus dem Ausland (§§ 103 und 108 BSHG).

Zu 633 11

Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß § 11 BSHG außerhalb von Einrichtungen. Hierunter fallen z. B. Erhalt der Wohnung bei kurzzeitigen stationären Aufenthalten.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0530 Sozialhilfe

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 12-4	234	Hilfe zum Lebensunterhalt - in Einrichtungen - lfd. und einm. Leistungen (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	1.149.000	1.127.000	1.161.655	1.095
633 13-2	234	Hilfe zur Pflege - außerhalb von Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	134.000	131.000	74.137	127
633 14-0	234	Hilfe zur Pflege - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	46.317.000	41.520.000	45.660.410	40.335
633 15-9	234	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen - außerhalb von Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	2.173.000	2.132.000	1.902.517	2.071
633 16-7	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Gew. ärztl. Beh.,Körperersatzst. u. Hilfsmittel - in Einrichtungen - (Erst. a. d. örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	37.705.000	36.872.000	36.455.622	34.956
633 17-5	234	Eingliederungsh. f. beh.Menschen d.Gew. von heilpäd. Maßn. f. Kinder - in Einrichtungen (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	105.081.000	103.101.000	101.728.167	100.158
633 18-3	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Gew. einer angemessenen Schulausbildung - in Einrichtungen - (Erst. a. d. örtl.Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	113.913.000	110.317.000	108.378.540	104.392
633 19-1	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Gew. v. Hilfen zur Berufsausb.,Fortb. u. Arbeitsplatz-besch. - in Einr. - (Erst. a. d. ö. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	3.440.000	3.375.000	6.238.784	3.279
633 20-5	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	284.090.000	269.245.000	273.409.754	236.959
633 21-3	234	Eingliederungsh. f. beh. Menschen d. Gew. von sonstigen Maßn. - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	524.215.000	506.502.000	488.100.193	472.631
633 22-1	234	Krankenhilfe - außerhalb von Einrichtungen- (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	3.500.000	3.434.000	3.043.721	3.336
633 23-0	234	Krankenhilfe - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	17.418.000	17.090.000	17.829.770	16.602
633 24-8	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	4.472.000	4.384.000	4.497.323	4.255
633 25-6	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	20.181.000	19.801.000	19.093.684	18.954
633 26-4	234	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	99.495.000	97.163.000	95.304.807	65.614
671 10-7	234	Kostenerstattung an sonstige (Einrichtungs-) Träger gem § 108 BSHG * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	1.157.000	1.135.000	1.597.276	1.103

ERLÄUTERUNGEN

Zu 633 12

Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß §§ 11 BSHG innerhalb von Einrichtungen. Hierunter fallen z. B. Bekleidungsbeihilfen, Barbeträge usw.

Zu 633 13

Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen durch Gewährung häuslicher Pflege (§ 69 Abs. 2 BSHG) und Pflegegeld (§ 69 Abs. 3 bis 5 BSHG).

Zu 633 14

Hilfe zur Pflege in Einrichtungen gemäß § 68 BSHG für Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert sind.

Zu 633 15

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen durch ambulante Behandlungen (§ 100 Abs. 2 BSHG), Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel (§ 100 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 BSHG) sowie zum Besuch einer Hochschule (§ 100 Abs. 1 Nr. 6 BSHG).

Zu 633 16

Eingliederungshilfe in stationären Einrichtungen sind

- Sprachheilbehandlung
- Krebsbehandlung
- Gewährung von Kuren
- stationäre Behandlung
- Behandlung in psychiatrischen Krankenhäusern
- Behandlung in Drogeneinrichtungen

Für die in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Sprachbehinderten werden 60 % der Ausgaben für stationäre Sprachheilbehandlung erstattet. Dieser Betrag wird bei Titel 233 16 vereinnahmt.

Die Eingliederungsmaßnahmen werden auch für sprachbehinderte Kinder in Sonderkindergärten gewährt.

Zu 633 17

Eingliederungshilfe gemäß § 55 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX i. V. mit § 40 Abs. 1 Nr. 8 BSHG durch heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind.

Ausgaben für die Betreuung behinderter Kinder in Sonderkindergärten für geistig behinderte und körperbehinderte Kinder, auch in Gruppen zur gemeinsamen Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder.

Zu 633 18

Eingliederungshilfe gemäß § 40 Abs. 1 Nr. 3 BSHG als Hilfe zu einer angemessenen Schulausbildung, vor allem im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und durch Hilfe zum Besuch weiterführender Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu.

Die Leistungen werden an sinnesbehinderte und geistig-seelisch behinderte, körperlich behinderte Menschen, behinderte Menschen in psychiatrischen Einrichtungen sowie als Hilfen zur Ergänzung der Bildungsarbeit aus teilstationären Einrichtungen erbracht.

Veranschlagt sind auch die Kosten für die Betreuung geistig, körperlich und seelisch behinderter Menschen in Tagesbildungsstätten (teilstationäre Einrichtungen, die keine Schulen i. S. des Nds. SchulG sind).

Zu 633 19

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gem. § 33 Abs. 3 SGB IX i. V. mit § 40 Abs. 1 Nr. 3, 5 und 6 BSHG:

- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie sonstige Hilfen zur Erlangung eines geeigneten Arbeitsplatzes im Arbeitsleben,
- Hilfe zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf einschließlich des Besuchs einer Hochschule,
- Hilfe zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit.

Zu 633 20

Hilfe gemäß § 40 Abs. 1 Nr. 7 BSHG.

Für das Eingangsverfahren und den Berufsbildungsbereich ist die Bundesanstalt für Arbeit unmittelbarer Kostenträger, soweit nicht die im § 42 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 SGB IX genannten Träger zuständig sind.

Aufwendungen für die gesetzliche Rentenversicherung der in Werkstätten beschäftigten behinderten Menschen werden ab 01. 01. 1987 ausschließlich vom Bundesversicherungsamt getragen (Kapitel 11 13 Titel 656 04).

Zu 633 21

Eingliederungsmaßnahmen gemäß § 55 Abs. 2 Nr. 5 u. 7 SGB IX i. V. mit § 40 Abs. 1 Nr. 8 BSHG. Durch diese Hilfe sollen u.a. die in Werkstätten beschäftigten behinderten Menschen befähigt werden, sich soweit wie möglich selbstständig zu versorgen.

Eingliederungsmaßnahmen gem. § 40 BSHG, die nicht bei den Titeln 633 16, 633 20 und 671 12 ausgewiesen sind, insbesondere:

- nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztlichen oder ärztlich verordneten Maßnahmen und zur Sicherung der Eingliederung des behinderten Menschen in das Arbeitsleben,
- Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft, sowie
- Hilfe zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten, die erforderlich und geeignet sind, behinderten Menschen die für sie erreichbare Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, soweit diese Hilfe in besonderen teilstationären Einrichtungen erbracht werden.

Die Eingliederungshilfen werden gewährt für Hilfeempfänger

- in Landeskrankenhäusern
- für Kuren für krebskranke Menschen und an Atmungsorganen erkrankte Menschen
- in psych. Übergangseinrichtungen
- in Einrichtungen für geistig und seelisch behinderte Menschen
- in Einrichtungen für körperlich behinderte Menschen
- in psych. Krankenhäusern (alkoholkranke Menschen)
- in sonstigen Einrichtungen
- in Einrichtungen für stationäre Hilfe nach § 72 BSHG.

Die Leistungsentgelte dienen auch dem Übergang zur Eingliederung von behinderten Menschen in die örtliche Gemeinschaft (Extramurale Betreuung und Pflege).

Ausgaben für die Betreuung von behinderten Menschen in Fördergruppen an Werkstätten für behinderte Menschen und in sonstigen teilstationären Arbeitsstätten.

Zu 633 22

Krankenhilfe im Rahmen des § 37 BSHG, soweit sie außerhalb von Einrichtungen erbracht wird.

Zu 633 23

Krankenhilfe im Rahmen des § 37 BSHG in Landeskrankenhäusern und sonstigen stationären Einrichtungen.

Zu 633 24

Hilfe gem. § 72 BSHG i. V. mit § 3 Abs. 1 Nieders. AG BSHG in der Form der Hilfe zum Lebensunterhalt, laufende und einmalige Leistungen sowie durch Tagesaufenthalte. Im Übrigen sind Ausgaben für Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe für werdende Mütter, Wöchnerinnen, Blindenhilfe, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts und Hilfen in besonderen Lebenslagen außerhalb von Einrichtungen veranschlagt.

Zu 633 25

Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, vorbeugende Gesundheitshilfen, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Blindenhilfe, Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes und Hilfen in anderen besonderen Lebenslagen innerhalb von Einrichtungen;

Hilfe gemäß § 72 BSHG in stationären Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten;

teilstationäre Hilfen an Hilfeempfänger, die aus hilfespezifischen Gründen nicht das Landesprogramm (Kapitel 05 36 Titel 684 10 – Hilfe gemäß § 72 BSHG zur Qualifizierung und Beschäftigung Nichtsesshafter) in Anspruch nehmen können.

Zu 633 26

Veranschlagt sind die Mittel für den ehemaligen Altenplafond (Hilfen für über 60-Jährige in besonderen Lebenslagen).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0530 Sozialhilfe

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
671 11-5	234	Hilfe zur Pflege - in Einrichtungen - * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	—	—	—	—
671 12-3	234	Eingliederungshilfe für Behinderte - in Einrichtungen - * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	462.000	453.000	471.922	440
671 13-1	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	8.398.000	8.240.000	8.422.000	8.005
681 10-2	234	Sozialhilfe für Deutsche im Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 631 10.* ***Vgl. Vermerk zu Titel 633 10*	—	593.000	582.000	643.716	565
		Abschluss Kapitel 05 30					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		322.000	322.000	410.568	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		88.158.000	88.158.000	87.955.498	
		Summe der Einnahmen		88.480.000	88.480.000	88.366.066	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.279.611.000	1.232.214.000	1.221.661.391	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.279.611.000	1.232.214.000	1.221.661.391	
		Zuschuss		1.191.131.000	1.143.734.000	1.133.295.325	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 671 11

Vgl. Erläuterung zu 633 14.

Zu 671 12

Vgl. Erläuterung zu 633 16 bis 633 21.

Zu 671 13

Vgl. Erläuterung zu 633 24.

Hilfe gem. § 72 BSHG i. V. mit § 3 Abs. 1 Nieders. AG BSHG durch ambulante flächenorientierte Hilfe und ambulante Nachsorge.

Zu 681 10

Hilfen gemäß §§ 119 und 146 BSHG, insbesondere Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe und Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, für Deutsche im Ausland.

Der Bundesanteil ist bei Tit. 231 10 veranschlagt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-3	290	Eigenbeteiligung an den Aufwendungen für die unentgeltl. Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentl. Personenverkehr ****Zu erstattende Eigenbeteiligungsbeträge sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.(Vgl. Vermerk zu 631 10)*		3.476.000	3.476.000	3.476.785	3.317
119 41-4	234	Rückzahlung von Überzahlungen		1.023.000	1.023.000	1.022.584	1.038
182 10-8	236	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Spielbankabgabe		1.000	1.000	1.023	—
233 10-1	234	Beteiligung der Unterhaltshilfeempf. an der Krankenvers. nach § 276 LAG (Erstattung von den örtlichen Trägern)		1.000	1.000	511	—
234 10-8	234	Erstattungen des Ausgleichsfonds zu der Krankenversorgung nach § 276 LAG		15.000	15.000	15.339	16
		Titelgruppe(n)					
TGr. 79		**Erstattungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (2.SED-UnBerG)**		(49.000)	(49.000)	(46.017)	(35)
231 79-6	244	Erstattungen des Bundes für Leistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG)		34.000	34.000	30.678	35
236 79-8	244	Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit für Leistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG)		15.000	15.000	15.339	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				3.834.689	
		A U S G A B E N					
546 10-0	234	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
631 10-7	290	Abführung von Eigenbeteiligungsbeträgen an den Bund ****Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der gesetzlich abzuführenden Einnahmen bei 05 36 - 111 10.*	—	1.279.000	1.279.000	1.124.842	1.069
633 10-0	234	Landesblindengeld (Erstattungen an die örtlichen Träger)	—	57.300.000	56.600.000	56.548.882	55.784
633 11-8	234	Krankenversorgung gem. § 276 LAG (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 11 und 671 14.*	—	77.000	77.000	76.694	36
671 10-9	290	Zuweisung an die Umlagestelle nach §§ 8,9 APBG zur Herstellung der Liquidität	—	810.000	698.000	657.521	297
671 11-7	290	Erstattung an die Umlagestelle nach §§ 8,9 APBG	—	194.000	256.000	294.504	306
671 12-5	312	Kosten des Vollzugs der Maßregeln der Besserung und Sicherung nach dem Nds. Maßregelvollzugsgesetz	—	69.037.000	65.657.000	61.094.267	52.965
671 13-3	234	Kosten der Untersuchung, Behandlung und Heimunterbringung von Geschlechtskranken	—	3.000	3.000	2.556	29
671 14-1	234	Krankenversorgung gemäß § 276 Lastenausgleichsgesetz * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	5.000	5.000	5.113	16
682 10-0	290	Erstattung von Fahrgeldausfällen an die Verkehrsträger * *Übertragbar.*	—	22.779.000	22.374.000	20.707.321	19.340
684 10-3	236	Förderung der Qualifizierung u. Beschäftigung von Nichtseßhaften d. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse * *Übertragbar.*	3.681.000 3.681.000 3.681.302	3.681.000	3.681.000	3.681.302	3.365

Zu 111 10

Gemäß § 145 SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1045 ff.) haben sich bestimmte Personengruppen schwerbehinderter Menschen an den Kosten für die unentgeltliche Beförderung mit einem Betrag von 60 EUR jährlich oder 30 EUR halbjährlich zu beteiligen. Der schwerbehinderte Mensch hat die Freifahrtberechtigung durch den Schwerbehindertenausweis und eine entsprechende Wertmarke nachzuweisen. Gem. § 152 SGB IX ist von den Einnahmen aus der Abgabe von Wertmarken ein bestimmter Anteil an den Bund abzuführen (vgl. Tit. 631 10).

Zu 243 03

Beteiligung der Unterhaltshilfeempfänger gemäß § 276 Abs. 4 LAG an den Kosten der Krankenhausbehandlung. Veranschlagt bei Tit. 633 11 und 671 14.

Zu 234 10

Die Krankenversorgung für Empfänger von Unterhaltshilfe obliegt dem Träger der Sozialhilfe. Der Ausgleichsfonds hat gemäß § 276 Abs. 3 LAG 25 v. H. der Kosten bei Tit. 633 11 und 671 14 zu erstatten.

Zu 231 79

Erstattungen des Bundes nach § 29 BerRehaG für Aufwendungen gem. Art. 2, 3. Abschnitt, § 8 2. SED-UnBerG (BerRehaG) vom 23. 6. 1994 (BGBl. I S. 1311), zuletzt geändert durch Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 17. 12. 1999 (BGBl. I S. 2662).

Vgl. Erläuterungen zu Titel 633 79.

Zu 236 79

Erstattungen des Bundes nach § 28 BerRehaG für Aufwendungen gem. Art. 2, 2. Abschnitt, § 6 2. SED-UnBerG (BerRehaG) vom 23. 6. 1994 (BGBl. I S. 1311) zuletzt geändert durch Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 17. 12. 1999 (BGBl. I S. 2662).

Vgl. Erläuterungen zu Titel 636 79.

Zu 631 10

Vgl. Erl. zu Tit. 111 10.

Zu 633 10

Gemäß §§ 1 und 9 des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde i. d. F. vom 18. 1. 1993 (Nieders. GVBl. S. 25), zuletzt geändert durch Art. 9 des Haushaltsbegleitgesetzes 1999 vom 21. 1. 1999 (Nds. GVBl. S. 10) ist Landesblindengeld durch den überörtlichen Träger der Sozialhilfe zu gewähren. Der monatliche Satz gemäß § 2 Abs. 1 des Landesblindengeldgesetzes beträgt 492 EUR.
(ab 1. 7. 2002 voraussichtlich 502 EUR, ab 1. 7. 2003 voraussichtlich 512 EUR).

Das Landesblindengeld geht der Blindenhilfe nach § 67 BSHG vor.

Das Gesetz wird gemäß § 9 von den herangezogenen Gebietskörperschaften ausgeführt.

Veranschlagt ist der Bedarf für 11 759 (2002) / 11 779 (2003) Zivilblinde entsprechend der Abrechnungen zum 30. 9. 2000 (11 719 Zivilblinde).

Zu 633 11 allgemein:

Empfänger von Unterhaltshilfe erhalten als zusätzliche Leistung im Falle der Krankheit Krankenversorgung (einschließlich Erstattung freiwilliger Krankenversicherungsbeiträge), die gem. § 276 Abs. 3 und 4 LAG den Trägern der Sozialhilfe obliegt, die auch die Kosten der Krankenversorgung tragen (vgl. Tit. 233 10 und 234 10).

Zu 633 11

		2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Hilfeempfänger in stationärer Behandlung Hilfeempfänger in ambulanter Behandlung	=	82	82
Zusammen		82	82

davon bei 633 11 = 77 000 EUR
671 14 = 5 000 EUR

Der Ausgleichsfonds erstattet gemäß § 276 Abs. 3 LAG 25 v. H. der Aufwendungen (vgl. Erl. zu Tit. 234 10).

Zu 671 11

Durch Art. 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des SGB XI und anderer Gesetze vom 29. 5. 1998 (BGBl. I Nr. 32 S. 1188) wurde in das SGB XI der § 82a eingefügt. Hierdurch wurden die bisher umlagefinanzierten Ausbildungsvergütungen pflegesatzwirksam. Gem. § 82a Abs. 3 Nr. 3 SGB XI bleiben hierbei jedoch die Verwaltungskosten der nach Landesrecht für das Umlageverfahren zuständigen Stelle (Nord/LB) unberücksichtigt. Die Verwaltungskosten der Umlagestelle hat ab 1. 1. 1998 das Land unmittelbar zu tragen.

Zu 671 12

Kosten der Unterbringung auf Grund einer strafrichterlichen Entscheidung in psychiatrischen Krankenhäusern oder in Entziehungsanstalten.

		2003 Patienten	2002 Patienten
LKH Brauel	=	76	70
LKH Göttingen	=	89	85
LKH Hildesheim	=	45	42
LKH Königslutter	=	42	39
LKH Lüneburg	=	93	91
LKH Moringen	=	279	280
LKH Osnabrück	=	37	37
LKH Wehnen	=	62	51
LKH Wunstorf	=	160	145
Einrichtungen anderer Bundesländer		14	14
Insgesamt	=	897	854

Zu 671 13

Leistungen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. 7. 1953 (BGBl. I S. 700) i. d. F. des Artikels 66 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469 und 552).

		2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Hilfeempfänger in stationärer Behandlung	=	1,5	1,5
Hilfeempfänger in ambulanter Behandlung	=	1,5	1,5
Zusammen		3	3

Zu 671 14

Vgl. Erl. zu Tit. 633 11.

Zu 682 10

Nach § 151 (1) Satz 2 d. SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1045 ff.) tragen die Länder die Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter und der mitgeführten Gegenstände im Sinne des § 145 (2) Nr. 2 des Gesetzes, soweit nicht gemäß § 151 (1) Satz 1 der Bund zur Kostentragung verpflichtet ist. Das Land erstattet den Verkehrsträgern die Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach einem durchschnittlichen (§ 148 (4) SGB IX) bzw. einem im Einzelfall ermittelten (§ 148 (5) SGB IX) Vomhundertsatz der von den Unternehmern nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen.

Zu 684 10

Die Förderung erfolgt nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Qualifizierung von Nichtsesshaften mit Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (RdErl. d. MFAS vom 18. 6. 2001 Nds. MBl. S. 581).

Hilfe gemäß § 72 BSHG zur Qualifizierung und Beschäftigung von Nichtsesshaften.

Die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse soll im Rahmen des Landesprogramms wie bisher gefördert werden.

Die Landesmittel (3 681 000 EUR) werden dem Bedarf entsprechend mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds aus Kap. 05 03 – 637 10 (3 068 000 Mio. EUR) ergänzt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	3 681 000	—	—	3 681 000
2003	—	3 681 000	—	3 681 000
2004	—	—	3 681 000	3 681 000
Summe	3 681 000	3 681 000	3 681 000	11 043 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 11-1	236	Zuschuss zu den laufenden Kosten des Vereins zur Förderung der Blindenbildung e.V. Hannover	—	82.000	82.000	81.807	82
684 12-0	236	Zuschüsse zu den Kosten der Betreuung von seelisch und geistig behinderten Menschen in Wohngemeinschaften * *Übertragbar.*	621.000 639.000 746.486	639.000	658.000	1.073.713	1.199
684 13-8	236	Zuschüsse zur Förderung der Zentralen Beratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	—	460.000	460.000	460.163	448
684 14-6	236	Zuschuss zur Förderung d. Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma	—	240.000	240.000	240.307	230
684 15-4	234	Zuschüsse zu Maßnahmen der Früherkennung behinderter oder von einer Behinderung bedrohter Kinder * *Übertragbar.*	—	115.000	115.000	115.041	106
684 16-2	234	Zuschüsse an Selbsthilfegruppen und Träger von Initiativen zur Aktivierung der Selbsthilfe in sozialen Brennpunkten	—	289.000	289.000	289.391	274
684 17-0	234	Zuschüsse an Träger von Schuldnerberatungsstellen	—	384.000	384.000	357.904	349
684 18-9	234	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsvereinen nach dem Betreuungsgesetz	—	793.000	793.000	511.292	493
684 22-7	236	Zuschüsse zu den Kosten der Betreuung von seelisch Behinderten in Nachsorgeeinrichtungen für Drogenabhängige	—	445.000	445.000	444.824	390
684 23-5	290	Zuschüsse an Träger von Heilerziehungspflege- und Heilerziehungshilfeschulen	—	614.000	614.000	613.550	599
684 24-3	236	Zuschüsse an Familienentlastende Dienste	—	251.000	251.000	250.533	236
684 25-1	252	Qualifizierung von Gebärdendolmetschern * *Übertragbar.*	—	—	150.000	—	—
684 51-0	236	Finanzhilfe gem. § 7 Abs. 2 NLottG, Anteil für Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	22.046.000	21.599.000	21.152.759	20.706
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Verwendung der Konzessionsabgabe gem. § 7 Abs. 3 NLottG für die allgem. Förderung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(1.637.000) (1.637.000) (1.636.134)	(2.473.000)	(2.423.000)	(2.372.906)	(1.729)
547 65-3	236	Dienstleistungen Außenstehender	1.637.000 1.637.000 1.636.134	—	—	—	—
684 65-0	236	Zuschüsse zur Durchführung von Einzelmaßnahmen in besonderen Fällen	—	837.000	787.000	736.772	874
893 65-9	236	Zuschüsse zu den Kosten von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie der Ausstattung von Heimen und sonstigen Einrichtungen	—	1.636.000	1.636.000	1.636.134	855

Zu 684 11

Veranschlagt sind Zuschüsse für:

1. Entwicklung und Herstellung von Lehr-, Unterrichts- und Hilfsmitteln für Blinde,
2. Druckerei und Buchbinderei für Blindenschriften und
3. Übertragung von Noten aus dem Normaldruck in die Musikschrift der Blinden.

Der Verein vertreibt seine Artikel im gesamten deutschsprachigen Raum.

Zu 684 12

Veranschlagt ist der voraussichtlich notwendige Förderbedarf (gem. LT-Entschließung vom 20. 5. 1983 – LT-Drs. 10/1178).

Die Wohngemeinschaften für seelisch und geistig behinderte Menschen sind von rd. 360 Plätzen im Jahre 1990 auf nunmehr rd. 600 Plätze erweitert worden. Durch die Einrichtung solcher Plätze verringern sich die Kosten für die sonst notwendige stationäre Betreuung dieses Personenkreises.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	658 000	—	—	658 000
2003	—	639 000	—	639 000
2004	—	—	621 000	621 000
Summe	658 000	639 000	621 000	1 918 000

Zu 684 13

Grundlage der Förderung bildet der Gem.RdErl. d. MS u. d. MK vom 20. 9. 1982 (Nds. MBl. S. 1845), zuletzt geändert durch RdErl. d. MS vom 30. 9. 1996 (Nds. MBl. S. 1676).

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Aufwendungen, die das Land den Trägern der Zentralen Beratungsstellen für die Durchführung von Landesaufgaben gewährt.

Gefördert werden die Zentralen Beratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten in Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

Zu 684 14

Sinti und Roma gehören zu den Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse auch wegen des ausgrenzenden Verhaltens Dritter häufig mit sozialen Schwierigkeiten i.S. des § 1 der VO zu § 72 BSHG v. 24. 1. 2001 (BGBl. I S. 179) verbunden sind. Es liegt im besonderen Interesse des Landes, eine adäquate Beratung dieses Personenkreises sicherzustellen.

Zu 684 15

Grundlage der Förderung bilden die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Leistungen im Bereich der Frühförderung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern durch das Land Niedersachsen (RdErl. MS v. 2. 2. 1996 – Nds. MBl. S. 205, zuletzt geändert durch RdErl. MFAS v. 30. 11. 2000 – Nds. MBl. S. 73).

Zuwendungen an bestehende oder aufzubauende Einrichtungen für Personal-, Sach- und Investitionskosten.

Ein flächendeckendes Netz für Niedersachsen wird angestrebt.

Zu 684 16

Die Förderung erfolgt nach Richtlinien des MS vom 20. 7. 1993 (Nds. MBl. S. 1035), zuletzt geändert durch RdErl. MS vom 17. 12. 1996 (Nds. MBl. S. 85).

Zur Stärkung der Selbsthilfekräfte der in den sozialen Brennpunkten lebenden Personen werden Zuschüsse (Personal- und Sachkostenzuschüsse) an Selbsthilfegruppen, Träger von Projekten der Gemeinwesenarbeit zur Aktivierung der Selbsthilfe gewährt.

Außerdem ist die Landeszuwendung zur Förderung des landesweiten Zusammenschlusses der Initiativen und Projekte (Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte e.V.) veranschlagt. Die Zuwendung dient der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung der LAG Soziale Brennpunkte e.V. in Form von fachlicher Beratung, Koordination und Aktivierung von Initiativen in den sozialen Brennpunkten Niedersachsens sowie für die Beratung des MFAS und des NLZSA als aktive Unterstützung bei der Programmentwicklung nach Maßgabe der vorgenannten Richtlinien.

Zu 684 17

Die Zuwendung dient der Erhaltung und Förderung des flächendeckenden Netzes der Schuldnerberatungsstellen in Niedersachsen, die auch Insolvenzberatung i. S. d. § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnung (InsO) anbieten.

Veranschlagt ist die Landeszuwendung zur Förderung der allgemeinen, sozialen Schuldnerberatung nach Maßgabe der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Träger von Schuldnerberatungsstellen (Nds. MBl. 32/1993, S. 1037), zuletzt geändert durch Rd.Erl. MFAS vom 16. 6. 2000 (Nds. MBl. 21/2000, S. 358).

Zu 684 18

Das Land fördert nach den Richtlinien des MFAS vom 20. 12. 1999 (Nds. MBl. S. 57) auf der Grundlage des Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) vom 12. 9. 1990 anteilig anerkannte Betreuungsvereine zur Gewinnung, Betreuung und Fortbildung von ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern (sogen. Querschnittsaufgabe). Durch die Erhöhung des Ansatzes von letztjährig 511 292 EUR auf 793 000 EUR sollen in bislang nicht versorgten Landkreisen anerkannte Breuungsvereine gefördert und die Gewinnung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer anstelle von Berufsbetreuungen honoriert werden. Erwartet werden dadurch Einsparungen bei den Landesausgaben für Berufsbetreuungen.

Zu 684 22

Die Förderung erfolgt aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land und den Landesversicherungsanstalten mit Sitz in Niedersachsen.

Gegenwärtig bestehen in Niedersachsen rd. 200 Plätze für die „Nachsorge“ von Drogenkranken, die aus stationärer Therapie entlassen worden sind. Hier findet neben Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation auch Eingliederungshilfe gem. den §§ 39, 40 BSHG statt. Die Einrichtungen werden insoweit gefördert, als sich das Land mit 50 v. H. an den Kosten für das Betreuungspersonal im Rahmen der ambulanten Nachsorge beteiligt. Die verbleibenden 50 v. H. tragen die Rentenversicherungsträger.

Zu 684 23

Die Förderung erfolgt nach der Richtlinie des MFAS vom 15. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 275).

Zuwendungen zur Aufrechterhaltung der Schulgeldfreiheit für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege und Heilerziehungshilfe, die keinen Anspruch auf Erstattung von Lehrgangsgebühren aufgrund eines Gesetzes haben.

Zu 684 24

Die Förderung erfolgt nach den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Familienentlastenden Diensten (FED) durch das Land Niedersachsen vom 8. 3. 1999 (Nds. MBl. S. 217).

Veranschlagt sind die Finanzierungshilfen zur Förderung Familienentlastender Dienste (FED).

Zu 684 25

Veranschlagt sind die Haushaltsmittel für einen erhöhten Bedarf an Gebärdendolmetschern infolge des SGB IX (BGBl. I S. 1045 ff.)

Zu 684 51

Veranschlagt sind die in § 7 Abs. Nr. 2 NLottG (Nds. GVBl. Nr. 12/97, S. 289 ff.) festgelegten Anteile für Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind die in § 7 Abs. 3 Nr. 3 NLottG (Nds. GVBl. Nr. 12/97, S. 289 ff.) festgelegten Anteile für die Förderung allgemeiner wohlfahrtspflegerischer Aufgaben durch das MFAS entsprechend der hierfür geltenden Richtlinie (RdErl. MFAS v. 10. 8. 2000, Nds. MBl. S. 576).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 637 000	—	—	1 637 000
2003	—	1 637 000	—	1 637 000
2004	—	—	1 637 000	1 637 000
Summe	1 637 000	1 637 000	1 637 000	4 911 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 66		**Zusch. aus Konzessionsabgabe gem. Art. 10 Abs.3 Haushaltsbegleitges.1997, Anteil für wohlfahrtspfleg. Einzelmaßnahmen durch MFAS** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap.1302 Tit.112 15 geleistet werden*	(—)	(—)	(—)	(—)	(130)
547 66-1	236	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
684 66-9	236	Zuschüsse zur Durchführung von Einzelmaßnahmen in besonderen Fällen	—	—	—	—	30
893 66-7	236	Zuschüsse zu den Kosten von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie der Ausstattung von Heimen und sonstigen Einrichtungen	—	—	—	—	100
TGr. 78		**Enthospitalisierung** * *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(322)
547 78-5	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
633 78-9	235	Sonstige Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
671 78-8	235	Ambulante Hilfe für behinderte Menschen	—	—	—	—	143
893 78-0	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	180
TGr. 79		**Leistungen nach dem 2.SED-Unrechtsbereinigungsgesetz**	(—)	(87.000)	(87.000)	(81.807)	(58)
633 79-7	244	Ausgleichsleistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG) - Erstattungen an die örtlichen Träger	—	56.000	56.000	51.129	55
636 79-6	244	Erstattungen an die Bundesanstalt für Arbeit für Leistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG)	—	31.000	31.000	30.678	3
TGr. 81		**Verwendung des Landesanteils am Aufkommen der Spielbankabgabe für außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(2.046.000) (2.046.000) (2.045.168)	(2.749.000)	(2.749.000)	(2.748.194)	(2.776)
547 81-5	236	Dienstleistungen Außenstehender	2.046.000 2.046.000 2.045.168	—	—	—	—
684 81-2	236	Zuschüsse an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege	—	26.000	26.000	25.565	—
686 81-5	236	Zuschüsse an Sonstige	—	256.000	256.000	255.646	921
893 81-0	236	Zuschüsse an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinn.Träger sowie an Sonstige	—	2.467.000	2.467.000	2.466.983	1.855
TGr. 86		**Förderung der Investitionsfolgekosten nach §10 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG)**	(—)	(20.500.000)	(20.500.000)	(19.429.091)	(22.465)
883 86-6	290	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	101
893 86-1	290	Zuschüsse an Sonstige	—	20.500.000	20.500.000	19.429.091	22.364
TGr. 87 bis 89		**Förderung der Investitionsfolgekosten nach §§11 u. 13 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG)**	(—)	(100.040.000)	(97.830.000)	(111.869.641)	(122.201)
883 87-4	290	Zuweisungen an Gemeinden für teil - stationäre Pflegeplätze (§ 11 NPflegeG)	—	—	—	—	6

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 78

Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und den Landkreisen Hannover und Celle sowie der Landeshauptstadt Hannover vom 25. 6. 1996.

Der Langzeitbereich des Klinikum Wahrendorff GmbH umfasst z. Z. rd. 700 Bewohner/-innen. Dies entspricht nicht dem heutigen Stand der Sozialpsychiatrie. In einem auf drei Jahre angelegten Programm wurde unter fachlicher Begleitung des Landesfachbeirats „Psychiatrie“ und auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Landkreisen Celle und Hannover sowie der Landeshauptstadt Hannover eine Infrastruktur von Angeboten geschaffen, die es wesentlich seelisch behinderten Menschen ermöglicht, ambulante und teilstationäre Hilfen in Anspruch nehmen zu können und somit stationäre Hilfen zu vermeiden. Außerdem werden neue Verfahren bei der Prüfung des Hilfebedarfs eingeführt und erprobt.

Zu Titelgruppe 79

Veranschlagt sind die Aufwendungen des Landes nach Art. 2, 2. und 3. Abschnitt des 2. SED-UnBerG (BerRehaG) vom 23. 6. 1994 (BGBl. I S. 1311) zuletzt geändert durch Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 17. 12. 1999 (BGBl. I S. 2662).

Zu 633 79

Ausgleichsleistungen gem. § 8 BerRehaG (3. Abschnitt). Der Bund erstattet gem. § 29 BerRehaG 60 v. H. der Aufwendungen der Länder (vgl. Erl. zu Titel 231 79).

Zu 636 79

Leistungen gem. § 6 BerRehaG (2. Abschnitt). Die Leistungen werden von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) erbracht und aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der BA und den Ländern von den Ländern erstattet. Gem. § 28 BerRehaG trägt der Bund 60 v. H. der Leistungen der Länder (vgl. Erl. zu Titel 236 79).

Zu Titelgruppe 81

Zuwendungen gemäß Richtlinie des MFAS vom 10. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 576).

Zur Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs.1 des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken in der derzeit gültigen Fassung.

Aus Mitteln der Spielbankabgabe stehen für die Haushaltsjahre 2002/2003 12 782 000 EUR zur Verfügung.

Veranschlagt ist der Anteil für den Geschäftsbereich des MFAS zur Durchführung von außergewöhnlichen Maßnahmen im sozialen Bereich entsprechend der Landtagsentschließung vom 5. 7. 1973 – LT-Drucksache 7/2077 –.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 046 000	—	—	2 046 000
2003	—	2 046 000	—	2 046 000
2004	—	—	2 046 000	2 046 000
Summe	2 046 000	2 046 000	2 046 000	6 138 000

Zu Titelgruppe 86, 87 bis 89 und 90 allgemein

Die im SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) getroffenen Regelungen und Vorgaben bedürfen der Ausführung und Umsetzung durch den Landesgesetzgeber. Das Land Niedersachsen ist den Vorgaben durch das Nds. Pflegegesetz (NPflegeG) sowie die Durchführungsverordnung zum Nds. Pflegegesetz (DVO-NPflegeG) nachgekommen.

Zu 883 86 und 893 86

Das Land fördert die Investitionsfolgekosten ambulanter Pflegeeinrichtungen nach Maßgabe des § 10 NPflegG (Nds. GVBl. Nr. 10/96, S. 245 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 Haushaltsbegleitgesetz 2002 (Nds. GVBl. Nr. 35/2001, S. 806). Der Gesamtumfang der Förderung beträgt 20,5 Mio. Euro.

Zu 883 87, 893 87, 883 88 und 893 88

Gemäß § 11 NPflegeG i. V. mit § 1 und §§ 3 ff. DVO-PflegeG erhalten Träger von teilstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege Investitionsfolgekostenzuschüsse. Gefördert werden der Bestand sowie neue Plätze, soweit diese durch Pflegebedürftige im Sinne des SGB XI belegt sind (leistungsfolgende Förderung).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 88-2	290	Zuweisungen an Gemeinden für Kurz - zeitpflegeplätze (§ 11 NPflegeG)	—	—	—	—	217
883 89-0	290	Zuweisungen an Gemeinden (§ 13 NPflegeG)	—	—	—	—	4.579
893 87-0	290	Zuschüsse an Sonstige für teil - stationäre Pflegeplätze (§ 11 NPflegeG)	—	1.050.000	1.030.000	1.022.584	1.353
893 88-8	290	Zuschüsse an Sonstige für Kurzzeit - pflegeplätze (§ 11 NPflegeG)	—	4.190.000	4.100.000	3.579.043	4.676
893 89-6	290	Zuschüsse an Sonstige (§ 13 NPflegeG)	—	94.800.000	92.700.000	107.268.014	111.370
TGr. 90		**Förderung der Investitionsfolgekosten nach § 12 Nieders. Pflegegesetz (NPflegeG)**	(—)	(1.635.000)	(1.737.000)	(1.760.378)	(899)
883 90-4	290	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 90-0	290	Zuschüsse an Sonstige	—	1.635.000	1.737.000	1.760.378	899
TGr. 91/92		**Förderung nach §§16 und 17 NPflegeG** * *Übertragbar.*	(—) (—) (429.485)	(1.500.000)	(1.500.000)	(449.937)	(354)
547 91-2	290	Dienstleistungen Außenstehender	— — 429.485	—	—	—	86
633 91-6	290	Zuschüsse gem § 16 NPflegeG an Gemeinden	—	—	—	—	—
633 92-4	290	Zuschüsse gem. § 17 NPflegeG an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 91-0	290	Zuschüsse gem.§ 16 NPflegeG an Sonstige	—	117.000	117.000	143.162	—
684 92-8	290	Zuschüsse gem. § 17 NPflegeG an Sonstige	—	1.383.000	1.383.000	306.775	268
TGr. 94		**Betreuung und Versorgung schwerstkranker Kinder** * *Übertragbar.*	(—)	(1.535.000)	(1.735.000)	(—)	(—)
547 94-7	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	500.000	500.000	—	—
633 94-0	236	Zuschüsse an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 94-4	236	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	535.000	735.000	—	—
686 94-7	236	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 94-7	236	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
892 94-6	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
893 94-2	236	Zuschüsse für Investitionen bei sozialen oder ähnlichen Einrichtungen	—	500.000	500.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			3.834.689	

Zu 883 89 und 893 89

Gemäß § 13 Abs. 1 NPflegeG erhalten Träger von vollstationären Einrichtungen der Dauerpflege bewohnerbezogene Zuschüsse nach §§ 9 und 10 DVO-NPflegeG für die nach § 8 Abs. 3 NPflegeG zu berücksichtigenden Pflegebedürftigen, die Leistungen nach dem BSHG oder den Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge erhalten oder ohne den bewohnerbezogenen Aufwendungszuschuss erhalten würden. Dieser Zuschuss wird in Abhängigkeit vom Einkommen der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner gewährt. Der Zuschuss wird für Einrichtungen im Bestand gewährt. § 13 Abs. 1 NPflegeG gilt für Maßnahmen, die der Verbesserung der pflegerischen Versorgungsstruktur vollstationärer Einrichtungen dienen (§ 12 NPflegeG), nur insoweit, als eine Förderung nach § 12 NPflegeG allein deshalb unterbleibt, weil die Maßnahme trotz Förderfähigkeit nicht in das Förderprogramm (§ 12 Abs. 2 NPflegeG) aufgenommen ist oder die Förderung nach § 12 NPflegeG die Aufwendungen nach Abs. 1 Satz 1 nicht ausgleicht.

Durch Art. 1 Haushaltsbegleitgesetz 2002 (Nds. GVBl. Nr. 35/2001, S. 806) ist § 13 NPflegG dahingehend geändert worden, dass ein bewohnerbezogener Aufwendungszuschuss nur für Heimbewohner/-innen gewährt wird, die im Zeitpunkt der Aufnahme und in den letzten zwei Monaten vor der Aufnahme in die Einrichtung ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Niedersachsen hatten.

Der bewohnerbezogene Aufwendungszuschuss darf bei tägl. Abrechnung 18 Euro je Tag, bei monatl. Abrechnung 550 Euro je Monat nicht übersteigen.

Zu Titelgruppe 90

Gemäß § 12 Abs. 1 NPflegeG erhalten Träger von vollstationären Einrichtungen der Dauerpflege für Maßnahmen zur Umstrukturierung, Modernisierung oder zum Ersatz einer Einrichtung oder wesentlicher Teile einer Einrichtung, die die Qualität der Pflege oder Unterkunft verbessern, eine Förderung in Höhe der Zinskosten gem. § 5 Abs. 3 DVO-NPflegeG für das zur Durchführung der Maßnahmen eingesetzte Fremdkapital. Die Förderung erfolgt leistungsfolgend nur für belegte Plätze. Die Maßnahmen werden durch ein jährliches Förderprogramm nach Maßgabe des Haushaltsplans aufgestellt und von der Landesregierung beschlossen (§ 12 Abs. 2 NPflegeG).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 1996 außerplanm. VE EUR	durch die 1997 ausgebrachte VE EUR	durch die 1998 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	373 000	151 000	1 213 000	1 737 000
2003	357 000	109 000	1 170 000	1 636 000
2004	345 000	105 000	931 000	1 381 000
2005	345 000	105 000	931 000	1 381 000
2006 ff .	4 124 000	1 126 000	14 542 000	19 792 000
Summe	5 544 000	1 596 000	18 787 000	25 927 000

Zu Titelgruppe 91/92

Zuwendung nach Maßgabe von Richtlinien des MFAS vom 24. 9. 1998 – Nds. MBl. S.1328.

In Ausführung der Vorschriften von § 16 des Niedersächsischen Pflegegesetzes (NPflegeG) – Förderung neuartiger Maßnahmen – und § 17 NPflegeG – Förderung vorpflegerischer Maßnahmen – sollen gefördert werden

- die Entwicklung und Erprobung neuartiger Formen der Pflege, Maßnahmen zur Vermeidung von Pflege und Verbindungen von Pflegeangeboten oder -einrichtungen mit gesundheits- oder sozialpflegerischen Angeboten oder Einrichtungen,
- Maßnahmen der Vermittlung, Durchführung und Organisation hauswirtschaftlicher und sozialpflegerischer Hilfen, auf die nach anderen gesetzlichen Vorschriften kein Anspruch besteht.

Daneben werden niederschwellige Betreuungsangebote sowie Modellvorhaben zur Verbesserung der Versorgung von Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (insbes. Altersdemenz) als Kofinanzierung zu Mitteln aus der Pflegeversicherung nach dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz vom 14. 12. 2001 (BGBl. I S. 3728 ff.) gefördert.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 1999 ausgebrachte VE EUR	durch die 2000 ausgebrachte VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	107 000	107 000	107 000	321 000
2003	107 000	107 000	107 000	321 000
2004	—	107 000	107 000	214 000
2005	—	—	107 000	107 000
Summe	214 000	321 000	428 000	963 000

Zu Titelgruppe 94

Grundlage der Förderung ist die einstimmige Entschließung des Nds. Landtages „Flächendeckende Versorgung und Betreuung schwerstkranker Kinder sicherstellen“ (Lt. Drs. 14/2567) vom 13. 6. 2001. Insbesondere werden gefördert

- Einrichtungen und Modellprojekte zur Verbesserung der Versorgung schwerstkranker Kinder,
- die Vernetzung von Angeboten (Ermöglichung oder Verstärkung der Zusammenarbeit unter den Beteiligten, Koordination von Hilfen),
- eine qualifizierte Fortbildung von ambulanten Krankenpflegediensten in Fragen der Versorgung schwerstkranker Kinder.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 36					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.500.000	4.500.000	4.500.392	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		65.000	65.000	61.867	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	3.834.689	
		Summe der Einnahmen		4.565.000	4.565.000	8.396.948	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	3.683.000 3.683.000 4.110.787	500.000	500.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.302.000 4.320.000 4.427.788	184.764.000	180.101.000	171.334.013	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	126.778.000	124.670.000	137.162.227	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	3.834.689	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	7.985.000 8.003.000 8.538.575	312.042.000	305.271.000	312.330.929	
		Zuschuss		307.477.000	300.706.000	303.933.981	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0538 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-1	247	Rückzahlung von Überzahlungen * *Vgl. K-Vermerk zu 631 11.*		—	—	—	—
162 10-4	247	Darlehenszinsen - Altdarlehen - - * *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		1.000	1.000	511	0
182 10-5	247	Darlehensrückflüsse -Altdarlehen - * *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		204.000	204.000	204.517	67
231 10-6	247	Erstattungen durch den Bund für Aufwendungen in der Kriegsopferfürsorge		26.626.000	26.626.000	26.647.715	22.357
233 10-9	247	Ersatzl. v. Anspruchsber., Unterhaltsverpfl., sonst.Dritten sowie Erst. v. zu Unrecht erh. Leistg. (Erst. v.d.örtl.Trägern) * *Vgl. K-Vermerk zu 631 11.*		6.135.000	6.135.000	6.646.794	5.602
233 11-7	247	Sonstige Erstattungen von Gemeinden (GV) -Darlehenszinsen- * *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		1.000	1.000	511	—
281 10-3	247	Ersatzl. v. Anspruchsberechtigten, Unterhaltsverpfl., sonst. Dritten sowie Erstattung von zu Unrecht erhaltenen Leistungen * *Vgl. K-Vermerk zu 631 11.*		—	—	—	—
333 10-3	247	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden (GV) - Darlehensrückflüsse - * *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		153.000	153.000	153.388	141
		A U S G A B E N					
631 10-4	247	Abführung von Darlehensrückflüssen an den Bund * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 162 10, 182 10, 233 11 und 333 10.*	—	288.000	288.000	287.142	115
631 11-2	247	Abführung der sonstigen Einnahmen im Rahmen der KOF an den Bund * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 41, 233 10 und 281 10.*	—	4.908.000	4.908.000	5.317.436	4.481
633 11-5	247	Hilfen z. berufl. Rehabilitat. -Beih. an Beschäd. u. Witw. o. Kfz-Beih., Übergangsgeld u. Unterh.Beih.- (Erst. a. d. ö. Tr.) * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 633 11, 633 12, 633 13, 633 14, 633 15, 633 16, 633 17, 633 18, 633 19, 633 21, 633 22, 633 23, 633 24, 633 25, 633 26, 633 27, 633 28 und 633 29.* ***Überzahlungen aus den Vorjahren bei den Titeln 633 11 bis 633 29 sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu verein - nahmen.*	—	60.000	60.000	30.678	80
633 12-3	247	wie 633 11 -Beih. a. Beschäd. z.Beschaffg., z. Betrieb, z. Unterh., z. Unterstell. u.z. Abstellen eines Kfz.- (Erst. a.d.ö. Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	50.000	50.000	76.694	39
633 13-1	247	wie 633 11 -Übergangsgeld u. Unterhaltsbeihilfe an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	16.000	16.000	10.226	14
633 14-0	247	wie 633 11 -Leistungen an Arbeitgeber- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	1.000	1.000	511	—
633 15-8	247	Krankenhilfe -Beihilfen- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	11.000	11.000	20.452	4

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Vorbemerkung zum Kapitel:

Leistungen der Kriegsopferfürsorge (KOF) erhalten Beschädigte und Hinterbliebene zur Ergänzung der übrigen Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) als besondere Hilfen im Einzelfall. Die KOF hilft, bei Beschädigten die Folgen der erlittenen Schädigung oder bei Hinterbliebenen die Folgen des Verlustes des Ernährers in allen Lebenslagen nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern.

Zu 162 10 und 182 10

Zur Abwicklung der bis 1987 aus Tit. 863 01 bis 863 11 vom Nds. Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben unmittelbar bewilligten und ausgezahlten Darlehen.

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 231 10, 631 10, 631 11 und 883 10 bis 883 14.

Zu 231 10

		2003	2002
		Tsd. EUR	
Der Bund trägt die Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25–27 j des Bundesversorgungsgesetzes ab 1. 1. 1964 zu 80 v.H.			
Die Höhe der Erstattung ist wie folgt errechnet:			
Ausgaben bei Tit. 633 11 bis 633 29 und Tit. 883 10 bis 883 14	=	33 282	33 282
hiervon 80 %	=	26 626	26 626

Zu 233 10

Rückerstattungen gemäß § 50 Sozialgesetzbuch (SGB) – Zehntes Buch (X) – vom 18. 8. 1980 (BGBl. I S. 1469) und Einnahmen aus dem Übergang von Ansprüchen (§ 115 SGB X, § 27 g BVG und § 81 a BVG), Erstattungsansprüchen (§ 104 SGB X) und Auslagenersatz (§ 109 SGB X) für Aufwendungen der KOF aus Tit. 633 11 bis 633 29.

Zu 233 11 und 333 10

Zur Vereinnahmung von Darlehensrückflüssen (Zinsen und Tilgung) aus von den örtlichen Trägern der KOF bewilligten und ausgezahlten Darlehen (vgl. Erl. zu Tit. 883 10 bis 883 14).

Allgemeine Vorbemerkungen zu den Ausgaben:

Der überörtliche Träger der KOF hat zur Durchführung seiner Aufgaben die örtlichen Träger herangezogen (VO über die Heranziehung örtl. Träger der KOF zur Durchführung von Aufgaben der KOF vom 25. 3. 1981 [Nds. GVBl. S. 47]). Die Titel sind daher mit dem Zusatz „Erstattungen an die örtlichen Träger“ versehen.

Zu 631 10

		2003	2002
		Tsd. EUR	
Abführung des Bundesanteils (80 v. H.) an den Darlehensrückflüssen im Rahmen des KOF.			
Der Ansatz errechnet sich danach wie folgt:			
Voraussichtliches Zinsaufkommen Titel 162 10 und 233 11	=	2	2
Voraussichtliches Tilgungsaufkommen Titel 182 10 und 333 10	=	357	357
Zusammen	=	359	359
davon 80 v. H.	=	288	288

Zu 631 11

		2003	2002
		Tsd. EUR	
Abführung des Bundesanteils (80 v. H.) an den übrigen Einnahmen im Rahmen der KOF.			
Der Ansatz errechnet sich wie folgt:			
Voraussichtliche Einnahmen bei Titel 233 10	=	6 135	6 135
davon 80 v. H.	=	4 908	4 908

Vgl. Erläuterungen zu 231 10.

Zu 633 11, 633 12, 633 13 und 633 14

Gewährung von Beihilfen nach §§ 26 und 26 a BVG.

Zu 633 15

Gewährung von Beihilfen nach § 26 b BVG.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0538 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 16-6	247	Hilfe zur Pflege -Beihilfen an Beschädigte für häusliche Pflege einschl. Pflegegeld- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	65.000	65.000	61.355	62
633 17-4	247	wie 633 16 -Sonstige Hilfen zur Pflege an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	803.000	803.000	766.938	848
633 18-2	247	wie 633 16 -Beihilfen an Hinterbliebene für häusliche Pflege einschl. Pflegegeld- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	—	—	—	—
633 19-0	247	wie 633 16 -Sonstige Hilfe zur Pflege an Hinterbliebene- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	17.896.000	17.896.000	17.895.216	17.472
633 21-2	247	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts -Beihilfen an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	26.000	26.000	25.565	20
633 22-0	247	Altenhilfe -Beihilfen an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	8.000	8.000	8.692	8
633 23-9	247	Erziehungsbeihilfe (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	77.000	77.000	153.388	80
633 24-7	247	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt -Beihilfen an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	210.000	210.000	255.646	181
633 25-5	247	Erholungshilfe -Beihilfen an Beschädigte (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	195.000	195.000	204.517	160
633 26-3	247	Wohnungshilfe -Beihilfen- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	103.000	103.000	51.129	122
633 27-1	247	Hilfen in besonderen Lebenslagen -Beihilfen an Beschädigte ohne Kfz-Beihilfen- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	870.000	870.000	869.196	853
633 28-0	247	wie 633 27 -Beih. a. Beschäd. z.Beschaffg., z. Betrieb, z. Unterh., z. Unterst. u.z. Abstellen eines Kfz.- (Erst.a.d.ö.Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	512.000	512.000	511.292	548
633 29-8	247	wie 633 27 -Beihilfen an Hinterbliebene- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * *Vgl. D-Vermerk zu 633 11.*	—	12.272.000	12.272.000	12.271.005	13.018
881 10-0	247	Investitionszuschuss an den Bund gem. Art. 52 Pflegeversicherungsgesetz	—	—	8.743.000	9.714.546	9.712
883 10-3	247	Hilfen z.berufl.Rehabilitation -Darlehen an Beschädigte zur Beschaffung, zum Unterstellen u. zum Abstellen eines Kfz- * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10, 883 11, 883 12, 883 13 und 883 14.*	—	10.000	10.000	10.226	6
883 11-1	247	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt -Darlehen- * *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	1.000	1.000	—	1
883 12-0	247	Wohnungshilfe -Darlehen- * *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	29.000	29.000	15.339	30
883 13-8	247	Hilfen in besonderen Lebenslagen -Darlehen- * *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	62.000	62.000	66.468	65
883 14-6	247	Erziehungsbeihilfe -Darlehen- * *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	5.000	5.000	5.113	2

ERLÄUTERUNGEN

Zu 633 16

Gewährung von Beihilfen nach § 26 c BVG.

Zu 633 17 und 633 19

Gewährung von Beihilfen nach § 26 c BVG.

Zu 633 21

Gewährung von Beihilfen nach § 26 d BVG.

Zu 633 22

Gewährung von Beihilfen nach § 26 e BVG.

Zu 633 23

Gewährung von Beihilfen nach § 27 BVG.

Zu 633 24

Gewährung von Beihilfen nach § 27 a BVG.

Zu 633 25

Gewährung von Beihilfen nach § 27 b BVG.

Zu 633 26

Gewährung von Beihilfen nach § 27 c BVG.

Zu 633 27, 633 28 und 633 29

Gewährung von Beihilfen nach § 27 d BVG i. V. mit Abschnitt 3 des BSHG.

Zu 881 10

Nach Art. 52 Abs. 3 Nr. 2 Pflegeversicherungsgesetz haben die alten Länder nach Inkrafttreten der 2. Stufe der Pflegeversicherung (stationäre Pflege) zur Finanzierung der Investitionen in Pflegeeinrichtungen in den neuen Bundesländern beizutragen. Eine Verwaltungsvereinbarung gem. Art. 52 Abs. 3 Nr. 2 PflegeVG zwischen den Bundesländern wurde geschlossen. Der Bund kürzt die Erstattungen an die alten Bundesländer in den Jahren 1997 bis 2001 um 800 Millionen EUR und im Jahre 2002 um 720 Millionen EUR. Der auf das Land Niedersachsen nach dem Einwohnerschlüssel entfallende Anteil ist bei Titel 881 10 ausgebracht.

Zu 883 10 bis 883 14 allgemein:

Nach § 25 b Abs. 4 BVG werden Geldleistungen als Beihilfen oder Darlehen gewährt. Darlehen können gegeben werden, wenn diese Art der Hilfe zur Erreichung des Leistungszwecks ausreichend oder zweckmäßiger ist. Zinseinnahmen und Tilgungen werden bei den Titeln 233 11 und 333 10 nachgewiesen (vgl. Erl. zu Tit. 631 10).

Zu 883 10

Gewährung von Darlehen nach § 26 BVG.

Zu 883 12

Gewährung von Darlehen nach § 27 c BVG.

Zu 883 13

Gewährung von Darlehen nach § 27 d BVG i. V. mit Abschnitt 3 des BSHG.

Zu 883 14

Gewährung von Darlehen nach § 27 BVG.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0538 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 38					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		205.000	205.000	205.028	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		32.762.000	32.762.000	33.295.020	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		153.000	153.000	153.388	
		Summe der Einnahmen		33.120.000	33.120.000	33.653.436	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	38.371.000	38.371.000	38.817.078	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	107.000	8.850.000	9.811.692	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	38.478.000	47.221.000	48.628.770	
		Zuschuss		5.358.000	14.101.000	14.975.334	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	314	Gebühren und tarifliche Entgelte ****Vgl. Vermerk zu 631 10, 632 10, 637 10 und 671 10.*		—	—	—	17
119 01-6	311	Vermischte Einnahmen		15.000	15.000	15.339	15
119 41-5	311	Rückzahlung von Überzahlungen		150.000	150.000	255.646	55
119 46-6	311	Ersatzleistungen		26.000	26.000	25.565	21
231 10-0	314	Zuweisungen des Bundes zur Suchtbekämpfung * *Vgl. K-Vermerk zu 685 89.*		—	—	—	115
282 10-3	314	Zuschüsse für umwelthygienische Untersuchungen		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 68/72		**Krankenhausfinanzierung**		(36.548.000)	(35.135.000)	(37.298.743)	(37.003)
233 68-4	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 1,2 und 3 KHG		3.068.000	3.068.000	2.991.058	2.541
333 72-7	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 5 und (3) KHG		33.480.000	32.067.000	34.307.685	34.462
TGr. 74		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 1 KHG**		(33.039.000)	(33.039.000)	(47.038.853)	(46.916)
233 74-9	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte - Schuldendiensthilfen -		2.000.000	—	—	—
333 74-3	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte		31.039.000	33.039.000	47.038.853	46.916
TGr. 90		**Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens**		(369.000)	(369.000)	(369.664)	(323)
232 90-4	314	Erstattungen der norddeutschen Länder aufgrund d. gemeins. Aufgabenwahrnehmung auf versch. Gebieten des Gesundheitswesens * *Vgl. K-Vermerk zu 682 90.*		267.000	267.000	267.406	267
261 90-4	314	Erstattung von Kosten für Arzneimitteluntersuchungen und andere Dienstleistungen der AMI-Nord GmbH * *Vgl. K-Vermerk zu 632 90.*		102.000	102.000	102.258	55
		A U S G A B E N					
412 10-4	311	Entschädigung für ehrenamtliche Pharmazieräte	—	36.000	36.000	40.903	34
422 01-0	311	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.298.000	1.294.000	1.178.221	1.155
422 19-3	311	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	311	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	44.789	45
425 01-0	311	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	47
427 01-2	311	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-4	311	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	—
427 39-0	311	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 05 40:

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal der Gesundheitsdezernate sind hier nur die

a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben sowie die
c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 111 01

Im Rahmen der Überwachung der Herstellung und des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 Arzneimittelgesetz haben die pharmazeutischen Überwachungskräfte der Bezirksregierungen Betriebsbesichtigungen in besonderen Fällen unter Beteiligung von Sachverständigen anderer Bundesländer, des Bundes oder öffentlicher Institutionen vorzunehmen. Die für die Beteiligung externer Sachverständiger zu erhebenden Verwaltungsgebühren sind hier zu vereinnahmen. Ebenso werden Überwachungskräfte der Bezirksregierungen in Niedersachsen zu Betriebsbesichtigungen in anderen Ländern hinzugezogen, die Erstattungen der anteiligen Kosten sind ebenfalls hier zu vereinnahmen.

Zu 231 10

Zur Vereinnahmung von durchlaufenden Bundesmitteln.

Vgl. Titel 685 89.

Zu TGr. 68/72

Nach dem Nds. KHG vom 12. 7. 1973 (Nieders. GVBl. S. 231) in der Fassung vom 12. 11. 1986 (Nieders. GVBl. S. 343) haben von den Aufwendungen nach § 9 (2) 1, 2, 3, 5 und 6 und (3) KHG (s. Ausgabe-TGr. 67 – 73) das Land zwei Drittel und die Landkreise und kreisfreien Städte ein Drittel zu tragen.

Zu TGr. 74

Die Aufwendungen nach § 9 (1) KHG für den Krankenhausbau (s. Ausgabe-TGr. 74) übernehmen nach dem Nds. KHG vom 12. 7. 1973 (Nieders. GVBl. S. 231) in der Fassung vom 12. 11. 1986 (Nieders. GVBl. S. 343) das Land zu 60 v. H. und die Landkreise und kreisfreien Städte zu 40 v. H.

Zu 232 90

Zur Vereinnahmung der Anteile der Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein am gemeinsam in Niedersachsen betriebenen Giftinformationszentrum für Norddeutschland – GIZ-Nord – (vgl. Titel 682 90).

Zu 261 90

Es handelt sich um Einnahmen von Verwaltungsgebühren nach AllGO für Untersuchungsleistungen der AMI-Nord i. R. der Durchführung des Arzneimittelgesetzes.

Zu 412 10

Ehrenamtliche Pharmazieräte, die nach § 6 des Gesetzes über das Apothekenwesen i. d. F. vom 15. 10. 1980 (BGBl. I S. 1933) mit Änderungen i.V. m. der Richtlinie für die amtliche Besichtigung von Apotheken (RdErl. d. MFAS vom 14. 7. 2000 – Nds. MBl. S. 570) an der amtlichen Besichtigung von Apotheken teilnehmen, erhalten Entschädigung nach dem RdErl. d. MS vom 13. 8. 1997 (Nds. MBl. S. 1499) i. d. F. vom 5. 4. 2000 (Nds. MBl. S. 284).

Für die amtliche Besichtigung von Apotheken werden Gebühren nach dem Kostentarif zur Allgemeinen Gebührenordnung v. 22. 7. 1966 (Nds. GVBl. S. 191) in der jeweils geltenden Fassung erhoben und bei 03 05 – 111 01 vereinnahmt.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
23,61	23,61	23,61	23,04

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zu-/Abgang	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				24
Angestellte				—
Lohnempfänger/-innen				—
Insgesamt	23,61			24

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				24
Angestellte				—
Lohnempfänger/-innen				—
Insgesamt	23,61			24

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 298	1 294

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 298	1 294
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	16	14
43	Versorgungsbezüge	447	426
44	Beihilfen, Unterstützungen	28	27
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	9	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 798	1 760

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
511 10-2	314	Anteil d. Landes Nds. a. d. Kosten der Nutzung der AMIS- Datenbanken des DIMDI im Rahmen der Arzneimittelüberwachung	—	12.000	12.000	11.555	12
514 10-1	314	Bekämpfung von Seuchen, einschließlich Geschlechtskrankheiten	—	8.000	8.000	10.226	2
525 01-4	311	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	12.000	12.000	12.782	11
526 01-0	314	Sachverständige * *Übertragbar.*	—	—	250.000	—	—
526 02-9	314	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 10-0	311	Kosten verschiedener Ausschüsse	—	70.000	70.000	46.016	64
547 10-7	314	Überwachung und Untersuchungen zur Umwelthygiene * *Übertragbar.*	—	377.000	385.000	393.695	221
631 10-8	314	Erstattung anteiliger Verwaltungsgebühren an den Bund ****Ausgaben bei den Titeln 631 10, 632 10, 637 10 und 671 10 dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 01.*	—	—	—	—	—
632 10-4	314	Erstattung anteiliger Verwaltungsgebühren an andere Länder ****Vgl. Vermerk zu 631 10.*	—	—	—	—	—
633 10-0	311	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für die Wahrnehmung des hafenärztlichen Dienstes	—	522.000	512.000	511.292	452
637 10-6	314	Erstattungen an die Zentrale Koordinierungsstelle der Länder im Arzneimittelbereich ****Vgl. Vermerk zu 631 10.*	—	—	—	—	—
671 10-0	314	Erstattungen an die AMI-Nord GmbH ****Vgl. Vermerk zu 631 10.*	—	—	—	—	—
671 11-8	212	Kosten der Unterbringung gem. § 37 Abs. 2 Nds. PsychKG	—	1.000	1.000	1.023	0
671 12-6	314	Erstattung der Kosten der Unterrichtsveranstaltungen für Apothekeranwärter	—	30.000	30.000	30.166	28
671 13-4	314	Erstattung der Aufwendungen gem. § 8 Abs. 3 Transplantationsgesetz an die Ärztekammer	—	5.000	5.000	25.565	—
684 10-4	314	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	—
685 10-0	314	Zuschüsse an die Akademie für Sozialmedizin in Hannover	—	48.000	48.000	43.460	43
685 11-9	314	Zuschüsse für gesundheitliche Aufklärung	—	332.000	332.000	332.340	332
685 12-7	314	Gesundheitsfördernde Projekte „ Gesundheit 2000 „	—	276.000	276.000	280.188	266
685 13-5	312	Zuschüsse für Wettbewerbe im Krankenhauswesen	—	16.000	16.000	15.339	—
685 14-3	314	Hebammenfortbildung	—	41.000	41.000	40.903	36
685 15-1	175	Zuschuss an die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf	—	386.000	378.000	352.791	317
685 16-0	314	Anteil des Landes Niedersachsen zur Weiterführung der Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“	—	—	—	—	—
685 17-8	244	Erstattungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)	—	53.000	51.000	47.550	42
685 18-6	314	Zuschüsse an das zentrale Substitutionsregister im Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)	—	23.000	30.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz**	(—)	(10.453.000)	(10.558.000)	(7.925.024)	(7.835)
429 62-7	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—

Zu 511 10

Die Datenbanken des Arzneimittelinformationssystems (AMIS) beim Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information (DIMIDI) werden von der deutschen Arzneimittel-Zulassungsstelle, dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), unterhalten und stehen den Ländern im Rahmen der Überwachung der Herstellung und des Verkehrs von Arzneimitteln zur Verfügung. In Niedersachsen nutzen vornehmlich die Bezirksregierungen als zuständige Überwachungsbehörden die Datenbanken.

Nach dem Medizinproduktegesetz besteht für die mit der Durchführung betrauten Behörden eine Verpflichtung zur Nutzung.

Die Kosten der AMIS-Datenbanken werden von den Ländern nach dem „Königsteiner Schlüssel“ getragen.

Zu 514 10

a) Überführungskosten zum Sektionsort der verdachtsweise an der Creuzfeldt-Jakob-Krankheit Verstorbenen,
b) Vorsorgemittel zur Prävention bzw. für den Fall des Ausbruchs eines besonderen Seuchengeschehens (z. B. Seuchenalarmplanung, Informationsmittel, sonstige Sachkosten) und
c) Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes (z. B. Fachtagungen; Beteiligung Dritter) im Bereich des ÖGD.

Zu 525 01

Die Mittel werden veranschlagt, um eine angemessene und qualifizierte Fortbildung der hauptamtlichen pharmazeutischen Überwachungskräfte und jener für den Medizinproduktebereich zu ermöglichen, damit diese dem mit hoher Verantwortung (Sicherstellung des Verbraucherschutzes durch Gewährleistung eines Höchstmaßes an Arzneimittelsicherheit) verbundenen Überwachungsauftrag nachkommen können.

Die Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von GMP-Inspektionen zwischen der EU und USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan verlangen ein Qualitätssicherungssystem, das nur mit einem Mindestmaß an qualifizierter und damit entsprechend kostenaufwendiger Fortbildung zu gewährleisten ist.

Für die pharmazeutischen Inspektorinnen/Inspektoren sind 10 Tage fachliche Fortbildung pro Jahr vorgeschrieben. In Niedersachsen sind 10 Inspektorinnen/Inspektoren tätig. Es müssen damit 100 Tage fachliche Fortbildung durchgeführt werden.

Im Bereich der ehrenamtlichen Überwachungskräfte (Pharmazierätinnen und Pharmazieräte für die Apothekenüberwachung) werden Mittel eingesetzt, um es diesen nebenberuflich tätigen Kräften zu ermöglichen, sich im notwendigen Umfang auf ihre Tätigkeit vorzubereiten. Das ehrenamtlich tätige Überwachungspersonal entlastet die hauptamtlichen Kräfte in erheblichem Umfang, dies ist jedoch nur bei qualifizierter Fortbildung leistbar.

Zu 526 01

Veranschlagt sind die Kosten für ein wissenschaftliches Gutachten zu den Perspektiven der Krankenhausplanung und -finanzierung in Niedersachsen vor dem Hintergrund der Einführung eines neuen Krankenhausvergütungssystems.

Zu 526 10

Mitglieder der Gutachterausschüsse für Heilpraktiker erhalten Entschädigung nach dem RdErl. d. MS vom 22. 2. 1995 (Nds. MBl. S. 375).

Gutachterausschuss für das Fachgespräch nach § 2 der VO zur Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung der Medizinischen Sprachheilpädagoginnen und -pädagogen vom 17. 05. 2001 (Nds. GVBl. S. 308).

Die Aufwendungen werden im Wege des Auslagenersatzes erstattet und bei 03 05 – 111 01 vereinnahmt.

Zu 547 10

Veranschlagt sind Ausgaben für epidemiologische und humanmedizinische Untersuchungen über Auswirkungen schädlicher Umweltbelastungen.

Zu 631 10

Soweit Sachverständige der Bundesoberbehörden bei Betriebsbesichtigungen in Niedersachsen zu beteiligen sind, stehen dem Bund die anteiligen Verwaltungsgebühren hierfür zu. Ausgaben sind dann in der Höhe zu leisten, wie anteilige Verwaltungsgebühren vereinnahmt worden sind.

Zu 632 10

Vergleiche Erläuterung zu 631 10.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen insoweit den anderen Ländern zu, als deren Überwachungskräfte bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

Zu 633 10

Die Aufgaben der Schiffshygiene (Hafenärztlicher Dienst) sind Pflichtaufgaben des Bundes nach Artikel 1 i. V. mit Artikel 14–17 der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) vom 25.7.1969 (BGBl. II S. 865) i. d. F. vom 10.4.1975 (BGBl. II S. 456) zuletzt geändert durch VO vom 17.3.1982 (BGBl. II S. 286), deren Ausführung den Ländern obliegt.
Nach Artikel 14 Abs. 1 IGV hat die Gesundheitsverwaltung – dies ist entsprechend den Definitionen nach Artikel 1 IGV das Land – sicherzustellen, dass die Häfen und Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet über eine Organisation und Ausrüstung verfügen, die für die Durchführung der in diesen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen angemessen sind. Die Aufgaben betreffen die internationale Schifffahrt und dienen der Verhütung von Infektionskrankheiten durch die Einschleppung per Schiff. Daneben sind Aufgaben der Prüfung der Medizinkenntnisse der Schiffsoffiziere, -apparate und des Apothekenstandards an Bord der unter Bundesflagge fahrenden Seeschiffe als Bundes- und EU-Recht u. ä. auszuführen. Das Land bedient sich hierfür der kommunalen Gesundheitsämter in den Kommunen mit Schiffsverkehr und hat die angemessenen Personal- und Sachkosten für mdst. 10 Stellen der Spitzenämter des mittleren Dienstes (Hafengesundheitsaufseher) sowie der Hafenärzte zu tragen.

Zu 637 10

Vergleiche Erläuterung zu 631 10.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen insoweit der zentralen Koordinierungsstelle zu, als deren Sachverständige bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

Zu 671 10

Vergleiche Erläuterung zu 631 10.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen der AMI-Nord GmbH insoweit zu, als deren Beschäftigte außerhalb des vom Rahmenabkommen abgedeckten Auftrags als Sachverständige bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

Zu 671 11

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringungsmaßnahme sind vom Land zu tragen, wenn

1. der Antrag auf Anordnung einer Unterbringung abgelehnt oder zurückgenommen wird oder aus anderen Gründen seine Erledigung findet oder
2. die Anordnung einer Unterbringung vom Beschwerdegericht aufgehoben wird

und die Voraussetzungen für die Unterbringung von Anfang an nicht vorgelegen haben.

Zu 671 12

Nach § 4 Abs. 4 der Approbationsordnung für Apotheker vom 19.7.1989 (BGBl. I S. 1489) sind die Länder verpflichtet, begleitende Unterrichtsveranstaltungen durchzuführen, an denen die Auszubildenden im Rahmen der praktischen Ausbildung teilnehmen müssen. Durch Beschluss des Landesministeriums vom 17.12.1973 (Nds. MBl. S. 1713) wurde die Aufgabe der Apothekerkammer Niedersachsen übertragen (Erstattung an die Apothekerkammer).

Zu 671 13

Personal- und Sachkosten für die gemäß § 8 Abs. 3 Transplantationsgesetz vom 5. 11. 1997 (BGBl. I S. 2631) vorzunehmende Begutachtung (Prüfung der Freiwilligkeit der Organspende bei Lebenden).

Zu 685 10

Gefördert werden als satzungsgemäße Aufgaben der Akademie landesweite Fortbildungsveranstaltungen für Ärztinnen und Ärzte, medizinisches Personal und interessierte Gruppen auf dem Gebiet der Sozialmedizin. Die Akademie organisiert u. a. Veranstaltungen zu den Themenfeldern AIDS, Sucht, öffentliches Gesundheitswesen, übertragbare Krankheiten, Ernährung, Alter, soziale Faktoren und Gesundheit.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 11

Es handelt sich um die institutionelle Förderung der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V. in Höhe von 297 000 EUR und 35 000 EUR für die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege e. V. Die Förderung wird nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für gesundheitliche Aufklärung zur Unterstützung gesundheitsfördernder Aktivitäten und Selbsthilfegruppen (RdErl. d. MS vom 27. 5. 1987 – Nds. MBl. S. 725) gewährt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Ist-Ergebnis für 2000 EUR
Ausgaben	670 000	665 957	687 201	549 913
Einnahmen	65 000	60 000	52 663	34 078
Mithin Fehlbetrag	605 000	605 957	634 538	515 835

Der Fehlbetrag 2002 und 2003 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	297 000 EUR
c) den Bund und EU-Mittel	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	115 000 EUR
e) andere Mittel	193 000 EUR
Zusammen	605 000 EUR

Zu 685 12

Förderung der freien Träger der Gesundheitsförderung, der Prävention, der Rehabilitation und der gesundheitlichen Selbsthilfe, gem. RdErl. des MS v. 27. 05. 1987, Nds. MBl. S. 725.

Maßgeblich sind die Ziele der WHO zur „Gesundheit 2000“ mit dem Aufbau der Chancengleichheit, der Stärkung der Eigenverantwortung und der Verbesserung der gesundheitlichen Lebensverhältnisse sowie einer vermehrten Bürgerbeteiligung.

Förderschwerpunkte sind:

1. Gesundheitszentrum Osnabrück
2. Gesundheitszentrum Göttinen
3. Gesundheitliche Selbsthilfegruppen
4. Nds. Krebsgesellschaft
5. Zahnärztliche Behindertenhilfe
6. Behindertensportverband Landesverband Nds.

Eine Evaluation der Fördermaßnahmen im September 2000 hat gezeigt, dass die derzeit geförderten Projekte im Sinne einer qualifizierten Gesundheitsförderung erforderlich sind. Insbesondere die Gesundheitszentren, wirken vor Ort ähnlich einer regionalen Gesundheitskonferenz, bringen alle beteiligten Gruppen miteinander ins Gespräch und wirken vernetzend.

Zu 685 13

Mit einem Niedersächsischen Qualitätspreis sollen besondere Leistungen im Krankenhausmanagement anerkannt, Anreize zu vorbildlichem Verhalten im Bereich der Managementqualität im Gesundheitswesen gesetzt und durch die Vermittlung von „best practice“ zur Verbreitung der Qualitätsorientierung beigetragen werden. Der Niedersächsische Qualitätspreis orientiert sich maßgeblich an dem international anerkannten Qualitätsmodell der Europäischen Stiftung für Qualitätsmanagement (EFQM).

Zu 685 14

Die kontinuierliche Fortbildung der Angehörigen des Hebammenberufs wird durch nieders. Berufsrecht (6. DVO zum HebG vom 21. 12. 1938 – Nds. GVBl. Sb. II S. 262), Berufsordnung für Hebammen und Entbindungspfleger – RdErl. MS v. 16. 02. 1995, Nds. MBl. S. 467) vorgeschrieben. Zur Sicherstellung der Fortbildungspflicht gewährt das Land dem Berufsverband Zuwendungen.

Zu 685 15

Der anderweitig nicht gedeckte Finanzbedarf für die Einrichtung und die Unterhaltung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf ist nach Artikel 7 (1) des Länderabkommens vom 9. 2. 1971 (Nds. MBl. S. 885) von den Ländern zu tragen. Der auf die Länder entfallende Anteil bemisst sich nach Art. 7 (2) je zur Hälfte nach dem Verhältnis ihrer Einwohner und nach der Zahl der aus ihnen kommenden Lehrgangsteilnehmer.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Ist-Ergebnis für 2000 EUR
Ausgaben	1 987 735	1 948 380	1 905 023	1 905 432
Einnahmen	202 141	198 177	194 291	135 492
Mithin Fehlbetrag	1 785 594	1 750 203	1 710 732	1 769 940

Der Fehlbetrag 2002 und 2003 soll gedeckt werden durch:

	2002 EUR	2003 EUR
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers (Überschuss aus Vorjahr)	111 568	113 744
b) das Land mit690 000 EUR	378 000	386 000
c) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit den Ländern: Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein	1 260 635	1 285 850
d) Private	—	—
Zusammen	1 750 203	1 785 594

Zu 685 17

Das Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz, AntiDHG) vom 2. 8. 2000 (BGBl. I S. 1270) sieht eine Kostenbeteiligung der alten Bundesländer in Höhe von 12,4 v. H. an den neben den im Gesetz vorgesehenen Einmalzahlungen (Kostenträger Bund) entstehenden Kosten vor (§ 10 Abs. 3). Die veranschlagten Beträge sind ausgehend von den für das Haushaltsjahr 2001 erwarteten Gesamtkosten ermittelt worden.

Zu 685 18

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) soll auf der Grundlage des § 13 Abs. 3 Betäubungsmittelgesetz (BtMG) i. V. mit § 5 a Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) ein Register mit Daten über das Verschreiben von Substitutionsmitteln errichten und führen. Dies schließt die laufende fachliche und technische Verwaltung des Registers ein. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern erstatten diese sämtliche durch die Errichtung, Führung und Verwaltung des Registers entstehenden Personal- und Sachkosten des BfArM einschließlich der notwendigen Auslagen nach dem Königsteiner Schlüssel.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 62-0	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 62-0	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.453.000	2.558.000	—	—
681 62-8	244	Entschädigungen ****Überzahlungen aus Vorjahren aus Leistungen nach dem IfSG i.V. mit dem BVG sind abweichend von §35 LHO durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	8.000.000	8.000.000	7.925.024	7.835
TGr. 67		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 1 KHG** ****Überzahlungen aus Vorjahren bei den Titelgruppen 67 und 69 sowie 72 und 73 sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	(—)	(2.659.000)	(2.557.000)	(2.428.636)	(2.240)
682 67-5	312	Zuführungen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	138.000	128.000	51.129	29
683 67-1	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	2.434.000	2.347.000	2.300.813	2.135
684 67-8	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	87.000	82.000	76.694	77
TGr. 69		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 3 KHG** ****Vgl. ***-Vermerk zu Titelgruppe 67.*	(—)	(6.545.000)	(6.647.000)	(6.544.536)	(6.865)
682 69-1	312	Zuschüsse für lfd. Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	2.557.000	2.608.000	2.607.589	2.391
683 69-8	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	2.352.000	2.352.000	2.249.684	2.842
684 69-4	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	1.636.000	1.687.000	1.687.263	1.632
TGr. 72		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 5 u. 6 KHG** ****Vgl. ***-Vermerk zu Titelgruppe 67.*	(—)	(512.000)	(512.000)	(511.292)	(–147)
682 72-1	312	Zuschüsse für lfd. Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	—	—	—	—
683 72-8	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	—	—	—	—
684 72-4	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	—	—	—	—
891 72-0	312	Zuschüsse für kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	—	—	—	–147
892 72-6	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	256.000	256.000	255.646	—
893 72-2	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	256.000	256.000	255.646	—
TGr. 73/76		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (3) KHG** ****Vgl. ***-Vermerk zu Titelgruppe 67.*	(—) (—) (10.225.838)	(99.926.000)	(95.687.000)	(102.411.763)	(98.143)
891 73-8	312	Zuschüsse für Investitionen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	5.502.000	5.261.000	5.261.960	5.033
891 76-2	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	— — 5.112.919	47.365.000	45.366.000	48.794.578	45.161
892 73-4	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	8.457.000	8.087.000	8.443.423	10.201
893 73-0	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	— — 5.112.919	38.602.000	36.973.000	39.911.802	37.748

Zu 547 62

Nach § 36 Abs. 4 des am 01. 01. 2001 in Kraft getretenen Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. 07. 2000 (BGBl. I S. 1 045) haben Personen, die in eine Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes für Spätaussiedler oder eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, vor oder unverzüglich nach ihrer Aufnahme der Leitung der Einrichtung ein ärztliches Zeugnis darüber vorzulegen, dass bei ihnen keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer ansteckungsfähigen Lungentuberkulose vorhanden sind. Bei Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, muss sich das Zeugnis auf eine im Geltungsbereich des IfSG erstellte Röntgenaufnahme der Lunge stützen. Bei Schwangeren ist von einer Röntgenaufnahme abzusehen; statt dessen ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen, dass nach sonstigen Befunden eine ansteckungsfähige Lungentuberkulose nicht zu befürchten ist.

Die Kosten für die Röntgenuntersuchungen nach § 36 Abs. 4 Satz 2 IfSG sind nach § 69 Abs. 1 IfSG aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten, soweit nicht aufgrund anderweitiger gesetzlicher Vorschriften oder aufgrund Vertrages Dritter zur Kostentragung verpflichtet sind.

Die Vorschrift erfasst die im Grenzdurchgangslager Friedland und dem Ausweichlager Bramsche aufzunehmenden Spätaussiedler (jährlich ca. 100 000 Personen) aus dem Zuwanderungsbereich der ehemaligen Sowjetunion.

Da Dritte nicht zur Kostentragung verpflichtet sind und die übrigen Untersuchungskosten sowie die Zeugniskosten nicht von den mittellosen Spätaussiedlern getragen werden können, steht das Land – ressortzuständig das MFAS – in der Kostenverpflichtung sowie in der Verpflichtung, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der gesetzlichen Erfordernisse zu treffen. Es ist vorgesehen, zur Umsetzung der Untersuchungspflichten Dienstleistungen Dritter (Vergabe der Untersuchungsleistungen einschl. Zeugniserteilung an ein geeignetes medizinisches Dienstleistungsunternehmen) in Anspruch zu nehmen (Europaweite Ausschreibung für die Leistungen ab 2002).

Zu 681 62

Entschädigungen gem. §§ 56, 58, 60 und 62, i. V. mit § 64 des Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. 07. 2000 (BGBl. I S. 1 045).

Aus dem Ansatz werden im wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Heilbehandlungskosten, Beiträge zur Pflegeversicherung u. ä. Leistungen in Impfschadensfällen in analoger Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes getragen.

Zu Titelgruppen 67 bis 74/75

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Fördermittel nach dem KHG in Verbindung mit dem Nds. KHG werden vom Land, den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen (vgl. Erl. zu Einnahme-Titelgruppen 68/72 und 74).		
Insgesamt sind bei den Ausgabe-Titelgruppen 67 bis 74/75 als Barmittel veranschlagt	192 240	188 001
Davon werden aufgebracht:		
a) von den Landkreisen und kreisfreien Städten (Tit. 233 68, 333 72, 233 74 und 333 74)	69 587	68 174
b) vom Land	122 653	119 827

Es sind folgende Fördermittel vorgesehen:

1. Zu Titelgruppen 67 bis 73/76

– Förderung aufgrund eines Rechtsanspruchs nach dem KHG –

Zu TGr. 67

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Übernahme von Entgelten für die Nutzung von Anlagegütern (Miete, Pacht usw.) nach § 9 (2) 1 KHG	2 659	2 557

Zu TGr. 69

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Übernahme von Lasten für förderungsfähige Investitionskosten, für die auf dem Kapitalmarkt Darlehen nach § 9 (2) 3 KHG aufgenommen wurden (alte Last)	6 545	6 647

Zu TGr. 72

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Fördermittel zur Erleichterung der Schließung und zur Umstellung von Krankenhäusern auf andere Aufgaben nach § 9 (2) 5 u. 6 KHG i. V. m. § 7 Nds.KHG	512	512
Der Bedarf orientiert sich nach den geplanten Umstellungsmaßnahmen.		

Zu TGr. 73/76

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 9 (3) KHG	99 926	95 687
Der Ansatz beinhaltet Fördermittel auf der Grundlage der nach dem Krankenhausplan vorhandenen Betten und des geltenden Pauschalbetrages nach § 9 (3) KHG i. V. m. § 6 Abs. 2 Nds. KHG.		

Zu 891 73

Es handelt sich um die Landeskrankenhäuser (Kap. 05 21).

TGrn. 67 bis 73/76 zusammen =	109 642	105 403

Belastung zu TGr. 73/76

des Haushaltsjahres	durch die 1999 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 veranschlagte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	5 113 000	—	5 113 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 74/75		**Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (1) KHG**	(76.694.000) (151.694.000) (102.258.376)	(82.598.000)	(82.598.000)	(117.597.132)	(93.984)
661 74-0	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen -Schuldendiensthilfen - * *Übertragbar.* ****Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig: 661 74 und 663 74.*	— 37.500.000 —	2.500.000	—	—	—
662 74-7	312	Zuschüsse für Investitionen an private Krankenanstalten - Schuldendiensthilfen - * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
663 74-3	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser - Schuldendiensthilfen - * *Übertragbar.* ****Vgl. Vermerk zu 661 74.*	— 37.500.000 —	2.500.000	—	—	—
891 74-6	312	Zuschüsse für Investitionen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	—	—	—	—
891 75-4	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen ****Folgende Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig: 891 75 und 893 74.*	38.347.000 38.347.000 51.129.188	38.799.000	41.299.000	58.798.566	36.831
892 74-2	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	—	—	—	1.947
893 74-9	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser ****Vgl.****-Vermerk zu 891 75.*	38.347.000 38.347.000 51.129.188	38.799.000	41.299.000	58.798.566	55.207
981 74-5	990	Abführung an Kap. 2041 - 381 02	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Aufbau und Betrieb eines Krebsregisters**	(—)	(1.258.000)	(940.000)	(826.963)	(678)
547 78-6	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.258.000	940.000	826.963	678
812 78-1	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 79		**Ambulante Versorgung und Nachsorge im Bereich gemeindenaher Psychiatrie sowie Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker** * *Übertragbar.*	(—)	(383.000)	(383.000)	(485.728)	(322)
547 79-4	314	Nicht aufteilbare sächl.Verwaltungsausgaben	—	48.000	48.000	51.129	32
683 79-5	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Träger	—	10.000	10.000	153.388	—
684 79-1	314	Zuschüsse an Vereine oder Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinnützige Träger	—	300.000	300.000	194.291	273
685 79-8	314	Zuschüsse zur Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker	—	25.000	25.000	86.920	17
TGr. 82		**Förderung des Rettungsdienstes**	(—)	(52.000)	(52.000)	(153.387)	(64)
633 82-8	314	Zuweisungen an kommunale Träger für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
684 82-1	314	Zuschüsse an freie gemeinn. Träger für laufende Zwecke	—	52.000	52.000	51.129	64
883 82-4	314	Zuweisungen an kommunale Träger für Investitionen	—	—	—	—	—
893 82-0	314	Zuschüsse an freie gemeinnützige Träger für Investitionen	—	—	—	102.258	—
TGr. 85		**Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von AIDS aus Landesmitteln**	(—)	(1.483.000)	(1.483.000)	(1.482.746)	(1.479)
547 85-9	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

2. Zu Titelgruppe 74/75

– Investitionsprogramme –

Förderung der Errichtung von Krankenhäusern einschl. der Erstausstattung mit Anlagegütern nach § 9 (1) 1 KHG und Wiederbeschaffung von Anlagegütern (soweit sie nicht von § 9 (3) KHG erfasst werden – s. TGr. 73/76) nach § 9 (1) 2 KHG aufgrund der jeweiligen Nieders. Krankenhaus-Investitionsprogramme (KIP) gem. Beschlüssen der Landesregierung vom ■ ■ (Nds. MBl. S. ■)

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	82 598	82 598

Belastung zu 661 74 und 663 74

der Haushaltsjahre	durch die 2002 veranschlagte VE EUR
2002	—
2003	5 000 000
2004	5 000 000
2005	5 000 000
2006 ff.	60 000 000
Summe	75 000 000

Die Belastung ergibt sich aus der VE für den darlehensfinazierten Teil des KIP 2002 nach § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Nds. KHG mit einem Investitionsvolumen von 50 Mio. EUR. Für entsprechende Annuitätendarlehen werden 15-jährige Aufwendungszuschüsse gewährt.

Belastung zu 891 75 und 893 74

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2002 veranschlagte VE EUR	durch die 2003 veranschlagte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	82 598 000	—	—	—	82 598 000
2003	67 373 000	10 225 000	—	—	77 598 000
2004	57 146 000	20 452 000	—	—	77 598 000
2005	36 581 000	25 565 000	15 452 000	—	77 598 000
2006ff.	14 345 000	46 016 376	61 242 000	76 694 000	198 297 376
Summe	258 043 000	102 258 376	76 694 000	76 694 000	513 689 376

Die Belastung ergibt sich aus den VE bis 2003 für Investitionsförderungen entsprechend den jeweiligen KIP nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nds. KHG.

Zu Titelgruppe 78

Am 1.1.2000 ist das Gesetz über das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (GEKN) vom 16.11.1999 (Nds. GVBl. S. 390) in Kraft getreten.

Ab Januar 2000 sind in der ersten Ausbaustufe (unter Beibehaltung aller bereits während der Erprobungsphase funktionierenden Meldewege) alle innerhalb des Regierungsbezirks Weser-Ems gemeldeten Krebserkrankungen (einschließlich ihrer Frühformen) vom EKN dokumentiert worden. Ab Januar 2001 ist auch der Regierungsbezirk Lüneburg einbezogen, ab 2002 Braunschweig und ab 2003 Hannover.

Hier sind die Personal- und Sachkosten der Registerstelle veranschlagt.

Die Kosten der Vertrauensstelle sind bei Kapitel 05 42 (Titel 422 01, 511 01 und 527 01) und die Kosten der Fachaufsicht bei Kapitel 05 01 (Titel 422 01 und 526 01) mit veranschlagt.

Zu Titelgruppe 79

Die Förderung erfolgt nach Richtlinien des MS vom 11. 09. 1991 über die Gewährung von Zuwendungen für Zwecke der ambulanten Versorgung und Nachsorge im Bereich gemeindenaher Psychiatrie (Nds. MBI. S. 1 256) sowie nach den Richtlinien zur Förderung von Aktivitäten psychisch Krander (RdErl. MS vom 18. 06. 1991 – 406.1–41580/90.6).

Die Mittel sollen insbesondere verwendet werden für gemeindenahe Psychiatrie, Sozial- und Psychotherapie sowie für die ambulante Behandlung ehemals forensischer Patientinnen und Patienten, die ambulante Versorgung auf dem Gebiet der Gerontopsychiatrie, die Forschung im Bereich der „Kinder- und Jugendpsychiatrie“ sowie die gemeindenahe Versorgung psychisch kranker Mütter und Kinder. Des weiteren sollen Selbsthilfegruppen von Kranken und deren Angehörigen in den Bereichen der psychisch Kranken, der an Erkrankungen des Zentralnervensystems leidenden Menschen sowie der an Autismus leidenden Kinder gefördert werden.

Zielgruppe der Förderung sind Vereine und Verbände, die Hilfen für psychisch Kranke anbieten sowie die an Selbsthilfe interessierte Bevölkerung.

Beabsichtigt ist weiterhin eine infrastrukturelle Förderung der o. g. Bereiche und der Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit und Vernetzung vor Ort.

In Niedersachsen hat sich die Zahl der Selbsthilfegruppen und Aktivitätenangebote für psychisch Kranke seit Beginn der Förderung im Jahre 1991 kontinuierlich erhöht und gefestigt.

Es ist inzwischen eine Angebotsstruktur entstanden, die ohne die Fördermittel nicht aufrechterhalten werden kann.

Die Angebote der Vereine und Selbsthilfegruppen haben sich als das wesentliche Element der Hilfe für psychisch kranke Menschen und deren Angehörige in Niedersachsen herausgestellt.

Zu 684 82

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Zuschuss an den Landesverband Niedersachsen der DLRG	52	52
Zur Errichtung und Unterhaltung von Rettungsstationen und -wachen und zur Ausbildung von Rettungsschwimmern.		

Zu Titelgruppe 85

Die epidemiologische Entwicklung der Infektionskrankheit AIDS erfordert weiterhin wirksame Maßnahmen zur Verhinderung einer schnellen Ausbreitung bei den Betroffenengruppen, zur Verhütung eines Übergreifens auf die Allgemeinbevölkerung (Prävention) und zur geeigneten Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe und Betreuung Betroffener.

Begünstigte sind freie Träger im Bereich der lokalen und landesweiten AIDS-Aktivitäten gemäß der Förderrichtlinie (RdErl. d. MFAS vom 16. 6. 1997 – Nds. MBl. 1997, S. 1101). Mittelbar werden durch die durchgeführten Maßnahmen alle Bevölkerungsgruppen erreicht mit Schwerpunkten bei Aufklärungsmaßnahmen in Schulen und in den Hauptbetroffenengruppen. Daneben werden auch Aktivitäten unterstützt, die der Stabilisierung von Menschen mit HIV und AIDS im Sinne der Sekundärprävention dienen.

Bei Titel 685 85 sind Mittel für Zuwendungen in folgenden Bereichen veranschlagt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Frauen- und Kinderrelevante AIDS-Prävention und Sexualaufklärung	190	190
2. AIDS-Hilfen und andere freie Träger der AIDS-Bekämpfung zur Unterstützung der Beratungs- und Betreuungstätigkeit, betreutes Wohnen	1 079	1 079
3. Sonderprojekte (Fortbildung von Multiplikatoren, ambulante Hilfen und Präventionsprojekte)	214	214
Zusammen	1 483	1 483

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 85-2	314	Zuschüsse an Verbände, Vereine u.ä.	—	1.483.000	1.483.000	1.482.746	1.479
TGr. 87		**Laufbahnprüfung für den mittleren Gesundheitsdienst**	(—)	(2.000)	(2.000)	(1.022)	(0)
427 87-0	319	Prüfungsvergütungen	—	1.000	1.000	511	0
547 87-5	319	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	511	0
TGr. 88/89		**Maßnahmen zur Suchtbekämpfung**	(—)	(7.985.000)	(7.985.000)	(6.961.239)	(7.810)
547 88-3	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	32
685 88-7	314	Zuschüsse für Maßnahmen zur Suchtbekämpfung	—	7.729.000	7.729.000	6.705.593	7.620
685 89-5	314	Zuschüsse für Maßnahmen zur Suchtbekämpfung aus Bundesmitteln * *Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	—	—	—	115
893 88-9	314	Zuschüsse für Investitionen	—	256.000	256.000	255.646	43
TGr. 90 bis 92		**Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens**	(—)	(1.360.000)	(1.360.000)	(1.456.056)	(1.456)
632 90-2	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut der norddeutschen Länder * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 261 90.*	—	553.000	553.000	650.363	650
632 91-0	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an das Norddeutsche Zentrum zur Sicherstellung der Pflege	—	73.000	73.000	72.603	73
632 92-9	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an die Einr. f. Forschung u. Beratung a. d. Gebiet d. Schifffahrtsmedizin der nordd. Länder	—	105.000	105.000	104.508	104
682 90-0	314	Zuführungen an die Kliniken der Universität Göttingen für den Betrieb eines Giftinformationszentrums für Norddeutschland * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 232 90.*	—	629.000	629.000	628.582	629

Zu Titelgruppe 87

Zur Zahlung von Prüfungs- und Reisekostenvergütungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses nach § 10 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren Gesundheitsdienstes (APVO mittl. GesD) vom 8. 3. 1985 (Nieders. GVBl. S. 69) i. V. m. dem RdErl. d. MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), geändert durch RdErl. MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569). Außerdem sind die mit den Prüfungen verbundenen Sachkosten zu übernehmen.

Zu Titelgruppe 88/89

1. Titel 685 88

Es sind Zuwendungen für folgende Bereiche vorgesehen:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Suchtberatungsstellen	4 159	4 159
2. Präventionsmaßnahmen	435	435
3. Methadongestützte Sozialtherapie	2 045	2 045
4. Unterstützung der Suchtberatung in Justizvollzugsanstalten	716	716
5. Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten	62	62
6. Landesstelle gegen die Suchtgefahren	307	307
7. Nieders. Suchtkonferenz	5	5
Zusammen	7 729	7 729

Nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke und -gefährdete (RdErl. d. MFAS vom 11. 1. 1999 – Nds. MBl. S. 139) werden Trägern solcher Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung bewilligt. Ausgewählte Suchtberatungsstellen erhalten zusätzliche Zuwendungen für Prävention, psychosoziale Begleitung Substituierter und Beratung im Justizvollzug. Die Landesstelle gegen die Suchtgefahren, die u. a. die Koordination und die Weiterentwicklung von Hilfen für Suchtkranke und den effektiven Einsatz der hierfür bereitgestellten Mittel fördert, erhält für die Wahrnehmung dieser Aufgaben ebenfalls eine Landeszuwendung als institutionelle Förderung.

2. Titel 685 89

Vorsorglich Leertitel zur Verausgabung von durchlaufenden Bundesmitteln für Modellprogramme zur Verstärkung der Drogenhilfe (vgl. 231 10).

3. Titel 893 88

Für Zuwendungen als Investitionszuschüsse zum Auf- und Ausbau von ambulanten und stationären Therapieeinrichtungen zur Suchtbekämpfung.

Zu TGr. 90 bis 92

Die norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen nehmen auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens ihre Aufgaben gemeinsam wahr.

Die Ratifizierung des Staatsvertrages erfolgte durch Gesetz vom 1. 10. 1995, die Ratifizierung des ersten Änderungsabkommens hierzu durch Gesetz vom 11. 10. 2000. Die Minderung des Ansatzes bei Titel 632 90 ist durch den Beitritt Hessens zur AMI-Nord zum 1. 1. 2001 bedingt.

Zu 632 90

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Veranschlagt sind Zuweisungen an das gemeinsame Arzneimitteluntersuchungsinstitut in Bremen	553	553

Die Einnahmen des Landes Niedersachsen für Dienstleistungen der AMI-Nord werden bei 261 90 vereinnahmt.

Zu 632 91

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Norddeutsches Zentrum zur Sicherstellung der Pflege in Schleswig-Holstein	73	73

Zu 632 92

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Veranschlagt sind Zuweisungen an die gemeinsame Einrichtung für Forschung und Beratung auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin in Hamburg	105	105

Zu 682 90

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Veranschlagt sind Zuschüsse für das in Niedersachsen betriebene gemeinsame Informationszentrum für Vergiftungen (GIZ-Nord).	629	629

Die Anteile der Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein werden bei 232 90 vereinnahmt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 40					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		191.000	191.000	296.550	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5.437.000	3.437.000	3.360.722	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		64.519.000	65.106.000	81.346.538	
		Summe der Einnahmen		70.147.000	68.734.000	85.003.810	
		4 Personalausgaben	—	1.335.000	1.331.000	1.264.424	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.239.000	4.284.000	1.352.877	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 75.000.000 —	34.896.000	29.883.000	28.708.936	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	76.694.000 76.694.000 112.484.214	178.292.000	179.053.000	220.878.091	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	76.694.000 151.694.000 112.484.214	218.762.000	214.551.000	252.204.328	
		Zuschuss		148.615.000	145.817.000	167.200.518	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		447.000	426.000	376.924	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		219.209.000	214.977.000	252.581.252	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		149.062.000	146.243.000	167.577.442	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-2	314	Gebühren und tarifliche Entgelte * *Vgl. K-Vermerk zu 514 11.*		2.147.000	2.147.000	2.147.426	2.313
119 01-3	314	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	511	3
119 03-0	314	Einnahmen aus Nebentätigkeit		10.000	10.000	10.226	19
119 41-2	314	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	511	—
119 67-6	314	Erstattung für Aus- und Fortbildung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		31.000	31.000	30.678	70
124 01-7	314	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	1
132 01-0	314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	1
231 10-7	314	Erstattungen des Bundes für Beschäftigungs-entgelte an Ersatzdienstleistende * *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		—	—	—	—
231 66-2	314	Zuweisungen des Bundes für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Polioeradikation in Europa bis zum Jahre 2003“ * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		67.000	67.000	66.979	106
235 01-3	314	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaff ung		—	—	—	59
282 62-3	314	Zuweisungen d.Robert-Koch-Institutes f.d. Durchf.d.Modellprogramms“Anonyme HIV-Tests von Neugeborenenseren“. * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	61.406	61
282 64-0	314	Zuweisung des Bundes für Nationales Referenzzentrum für Influenzaüberwachung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		55.000	55.000	55.731	84
282 68-2	314	Zuschüsse der Deutschen Krebshilfe zur Durchf. des Modellversuches „Früherkennung des Neuroblastoms im Säuglingsalter“ * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.* *** *Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei 0542 Ausgabe-TGr. 68 verwendet werden.*		—	—	—	1.473
381 10-9	990	Zuführung von 0512-981 06		—	—	4.090	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.022	
		A U S G A B E N					
422 01-8	314	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.540.000	6.327.000	5.947.398	337
422 19-0	314	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	314	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei-stellung bei Personalüberhang	—	40.000	40.000	87.789	90
425 01-7	314	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.667
425 04-1	314	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	41.000	41.000	40.954	50
425 06-8	314	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	11.300	4
425 10-6	314	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	8
426 01-3	314	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	514
426 04-8	314	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeit erinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-4	314	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Ar-beiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	13
426 10-2	314	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 42

Sitz des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes: Hannover mit Außenstelle in Aurich.

Zu 111 01

Gebühren und Auslagen werden für bakteriologische, serologische und virologische Untersuchungen erhoben.

Die Untersuchungen werden nach der noch gültigen Gebührenordnung für die Medizinaluntersuchungsämter vom 14. 12. 1994 (Nds. GVBl. S. 544) berechnet.

Zu 119 03

Für die Inanspruchnahme von Einrichtungen oder Material des Landes oder der Arbeitskraft anderer Landesbediensteter in Ausübung einer Nebentätigkeit ist ein Entgelt nach dem RdErl. d. MFAS vom 1. 12. 2000 (Nds. MBI. 2001, S. 14) i.V. mit dem RdErl. d. MS vom 29. 7. 1997 (Nds. MBl. S. 1582) an das Land abzuführen.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Amts- und Dienstwohnungen	—	—
Zusammen	—	—

Zu 231 66, 282 62, 282 64 und 282 68

Zur Vereinnahmung von durchlaufenden Bundesmitteln. Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 62, 64, 66 und 68.

Zu 381 10

Das Landesversicherungsamt ist ab 1. 10. 2001 in das MFAS verlagert worden. Die Mittel sind nach Kapitel 05 01 Titel 381 11 umgesetzt worden.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
149,50	144,50	141,25	129,02

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	6,00	6,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	6,00	6,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	2,75
Summe Abgänge	1,00	2,75
Bleibt Zugang	5,00	3,25

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				28
Angestellte				114
Lohnempfänger/-innen				19
Insgesamt				161

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				28
Angestellte				109
Lohnempfänger/-innen				19
Insgesamt				156

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	6 540	6 327

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	6 540	6 327
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	189	188
43	Versorgungsbezüge	164	153
44	Beihilfen, Unterstützungen	146	137
45	Personalbezogene Sachausgaben	4	4
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	48	–6
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		7 091	6 803

Die den Beamtinnen/Beamten gemäß § 75 a Abs. 3 NBG belassenen Beträge sind Aufwandsentschädigungen im Sinne des EStG.

Zu 425 04

Für 5 Auszubildende im Labordienst.

Zu 425 06

Für Zeitzuschläge und Überstundenvergütungen aus Anlass des regelmäßigen Sonn- und Feiertagsdienstes.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 01-0	314	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2.000	2.000	2.045	—
427 10-9	314	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.* ** *Zur Zahlung der Entgelte dürfen Ersparnisse aus nicht besetzten oder unterbesetzten Stellen für Angestellte und Arbeiter/Arbeiterinnen bei Kapitel 05 42 Titel 425 01 und 426 01 zusätzlich verwendet werden.*	—	—	—	—	—
427 11-7	314	Entschädigung für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
427 39-7	314	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	314	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	3.000	3.000	3.068	5
453 11-8	314	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	511	—
511 01-0	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Ger äte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	546.000	546.000	81.704	59
514 01-0	314	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	13.000	13.000	12.782	14
514 10-9	314	Impfstoffe, Verbandsstoffe, Arznei- und Heilmittel u.ä.	—	32.000	32.000	—	—
514 11-7	314	Laborbedarf, Röntgen- und Photobedarf * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.*	—	1.180.000	1.180.000	1.252.665	1.198
514 12-5	314	Versuchstierhaltung	—	—	—	—	0
517 01-9	314	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	204.000	204.000	47.550	45
517 19-1	314	Reinigungskosten	—	—	—	62.378	53
517 59-0	314	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	98.168	108
518 01-5	314	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	47.000	47.000	—	—
519 01-1	314	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	7.000	7.000	—	—
519 02-0	314	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	20.000	20.000	26.587	10
519 10-0	314	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	1.074	1
525 01-1	314	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	9.000	9.000	9.203	11
526 01-8	314	Sachverständige	—	80.000	80.000	—	—
526 02-6	314	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-4	314	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	40.000	40.000	49.749	12
527 02-2	314	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.000	1.000	511	0
529 10-6	212	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes	—	—	—	511	0
546 01-9	314	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	6.000	6.000	7.669	5
546 05-1	314	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
547 10-4	314	Umweltmedizin	—	77.000	77.000	76.694	79
547 11-2	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	424.000	352.000	270.985	18

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 11

Für die Erstattung von Fahrkosten an Auszubildende, die eine auswärtige Berufsschule besuchen, nach § 10 (1) des Manteltarifvertrages für Auszubildende vom 6. 12. 1974 (Nds. MBl. 1975 S. 269) in der jeweils gültigen Fassung.

Zu 511 01

Auf die Erläuterungen zu Kapitel 05 40 TGr. 78 wird hingewiesen.

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	12	12
2. Büro- und Kanzleibedarf	84	84
3. Bekanntmachungen	10	10
4. Bücher und Zeitschriften	28	28
5. Post- und Fernmeldegebühren	180	180
6. Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	10	10
7. Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	27	27
8. Dienst- und Schutzkleidung	1	1
9. Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	20	20
10. Unterhaltung der Geräte für den Untersuchungsbetrieb mit den dazugehörigen Einrichtungen	74	74
11. Ersatz und Ergänzung der Geräte für den Untersuchungsbetrieb mit den dazugehörigen Einrichtungen	100	100
Zusammen	546	546

Zu 514 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Betriebsstoffe	5	5
2. Unterhaltung und Instandsetzung	7	7
3. Kraftfahrzeugsteuer	1	1
Zusammen	13	13

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kombi-Fahrzeuge	5	5	5

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kombi-Fahrzeuge	5	5	5

Zu 517 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Wassergeld	40	40
2. Grundbesitzabgaben	6	6
3. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	2	2
4. Reinigungskosten	58	58
5. Heizung	50	50
6. Licht- und Kraftstrom	48	48
Zusammen	204	204

Zu 518 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anmietung von Diensträumen für die Unterbringung der Vertrauensstelle des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen.

Zu 526 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Akkreditierung im Bereich Qualitätsmanagement der Labore	50	50
2. Kosten der Audits (externe Kontrolle durch Sachverständige) für die Akkreditierung	30	30
Zusammen	80	80

Zu 527 01

Die Reisekostenvergütungen für Dienstreisen zur Durchführung gebührenpflichtiger Untersuchungen werden neben den Gebühren wieder eingezogen und bei 111 01 vereinnahmt.

Auf die Erläuterungen zu Kapitel 05 40 TGr. 78 wird hingewiesen.

Zu 547 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Überwachung und Untersuchungen zur Umwelthygiene und Toxikologie	77	77

Zu 547 11

Kosten für arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz sowie Meldehonorare nach dem Gesetz über das epidemiologische Krebsregister Nds. (GEKN) vom 16. 11. 1999 (GVBL Nr. 23, S. 390).

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Betriebsarzt	10	10
2. Sicherheitsingenieur	15	15
3. Meldehonorare	399	327
Zusammen	424	352

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 10-2	314	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.000	1.000	—	—
684 10-1	314	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	5.000	5.000	—	—
811 01-4	314	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	18
812 10-0	314	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Sachen	—	400.000	400.000	—	—
812 13-4	314	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	25.565	26
812 35-5	314	Erwerb von Laborgerät	—	—	—	375.800	68
981 10-6	990	Abführung an 1321-381 05	—	438.000	438.000	340.316	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Durchführung d. Modellprogramms „Anonyme HIV-Tests von Neugeborenenseren“** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.*	(—)	(—)	(—)	(61.406)	(29)
429 62-4	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	36.813	4
547 62-7	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	24.593	25
TGr. 64		**Unterhaltung des Nationalen Referenzzentrums für Influenzaüberwachung aus Bundesmitteln** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 64.*	(—)	(55.000)	(55.000)	(55.731)	(23)
429 64-0	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	35.000	35.000	35.279	—
547 64-3	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20.000	20.000	20.452	23
TGr. 66		**Durchführung des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens „Polioeradikation in Europa bis zum Jahr 2003“ aus Bundesmitteln** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 66.*	(—)	(67.000)	(67.000)	(66.980)	(54)
429 66-7	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50.000	50.000	50.107	33
547 66-0	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	17.000	17.000	16.873	21
TGr. 67		**Aus- und Fortbildung im Gesundheitsdienst** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 67.*	(—)	(25.000)	(25.000)	(—)	(—)
427 67-2	314	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	10.000	10.000	—	—
525 67-4	314	Fortbildung von Fachkräften des Gesundheitsdienstes	—	15.000	15.000	—	—
TGr. 68		**Durchführung des Modellprogramms „Neuroblastom-Screening“** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 68.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(810)
429 68-3	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	379
547 68-6	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	431

Zu 684 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Deutscher Verein für Reisemedizin e. V.	1	1
2. Deutscher Verein zur Bekämpfung der Virus-Krankheiten e. V.	4	4
Zusammen	5	5

Zu 812 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Arbeitsplatzausstattungen	24	24
2. Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—
3. Kühl- und Standzentrifuge	13	—
4. Brutschrank	14	—
5. Mikroskope	31	—
6. Tiefkühltruhe	8	—
7. Abzug für Säure-/Laugenarbeitsplatz	8	—
8. L3-Labor	38	—
9. Analyseautomaten für molekularbiologischen Arbeitsplatz	123	—
10. Thermogerät für molekularbiologische Analysen	56	—
11. Durchflusszentrifuge	28	—
12. Pumpe und Filterhalter	8	—
13. Automatischer Probengeber für GC-Arbeitsplatz	26	—
14. Automatisierte Testlesehilfe	8	6
15. Werkbank	8	6
16. Automatisiertes Mikrotiterplatten-Pipettiergerät	7	5
17. Zeemann-AAS	—	80
18. Autoklaven	—	155
19. Glasspülmaschine/Trockner	—	10
20. Heißluftsterilisator	—	7
21. Kühl-Standzentrifuge	—	10
22. Ionenchromatograph	—	40
23. Probengeber Thermodesorption	—	30
24. Temperatur-Überwachung	—	27
Zusammen	400	400

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62

Für die Durchführung von anonymen HIV-Tests im Rahmen eines Modellprogramms. Die Ausgaben erstattet das Bundesgesundheitsamt bei 282 62. Das Modellprogramm ist 2001 ausgelaufen.

Zu Titelgruppe 64

Für das beim NLGA eingerichtete Nationale Referenzzentrum für Influenzaüberwachung. Die Ausgaben erstattet der Bund bei 282 64.

Zu Titelgruppe 66

Für die Durchführung des F. u. E.-Vorhabens „Polioeradikation in Europa bis zum 31. 8. 2003“. Die Ausgaben erstattet der Bund bei 231 66.

Zu Titelgruppe 67

Zu 427 67

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Honorar für Gastdozenten bei Fortbildungsveranstaltungen	10	10

Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass der MF festgelegt.

Zu Titelgruppe 68

Für die Durchführung des Modellversuchs „Früherkennung des Neuroblastoms im Säuglingsalter“. Die Finanzierung erfolgt über die Deutsche Krebshilfe durch die Krankenkassen. Daneben stellt die Deutsche Krebshilfe unmittelbar Mittel zur Verfügung (vgl. auch Einnahmetitel 282 68). Das Modellprogramm ist 2001 ausgelaufen.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 68-1	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(413.000)	(513.000)	(95.306)	(538)
511 99-1	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	44.000	44.000	8.181	5
518 99-6	314	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
525 99-2	314	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	10.000	10.000	16.208	4
527 99-5	314	Reisekostenvergütungen	—	1.000	1.000	1.023	0
538 98-9	314	Dienstleistungen des IZN	—	200.000	200.000	—	—
538 99-7	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	120.000	120.000	44.329	28
812 99-1	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	38.000	138.000	25.565	501
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			556.797	
		Abschluss Kapitel 05 42					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.191.000	2.191.000	2.190.374	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		122.000	122.000	184.116	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	4.090	
		Summe der Einnahmen		2.313.000	2.313.000	2.378.580	
		4 Personalausgaben	—	6.728.000	6.515.000	6.226.001	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.114.000	3.042.000	2.671.347	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	6.000	6.000	5.113	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	438.000	538.000	426.930	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	438.000	438.000	340.316	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	10.724.000	10.539.000	9.669.707	
		Zuschuss		8.411.000	8.226.000	7.291.127	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		164.000	153.000	153.285	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		10.888.000	10.692.000	9.822.992	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		8.575.000	8.379.000	7.444.412	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten.

Zu 511 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Geschäftsbedarf	6	6
2. Bücher und Zeitschriften	1	1
3. Post- und Fernmeldegebühren	3	3
4. Geräte- und Gebrauchsgegenstände	21	21
5. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	3	3
6. Verbrauchsmaterial	10	10
Zusammen	44	44

Zu 538 98

Kosten für die Lieferung und den Austausch von Komponenten sowie die DV-Systembetreuung durch das IZN.

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege. Inanspruchnahme von Dienstleistungen Außenstehender (ohne IZN).

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Netzwerk und Ausstattung-Vertrauensstelle EKN	—	100
2. Arbeitsplatzendgeräte	13	20
3. Datenbankmanagementsystem-Gesundheitsberichterstattung	15	18
4. Netzanbindung Seminarraum	10	—
Zusammen	38	138

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0571 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	276	Vermischte Einnahmen		4.000	4.000	2.556	7
119 41-7	276	Rückzahlung von Überzahlungen		3.000	3.000	—	—
119 62-0	213	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		70.000	70.000	—	64
119 63-8	213	Einnahmen nach der Nds. Verordnung über die Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII - KJHG - * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		5.000	5.000	—	5
233 01-5	266	Erstattung (Kostenbeiträge) zu den abgeschlossenen Hilfen für Minderjährige durch örtliche Träger der Jugendhilfe		20.000	20.000	40.903	9
235 01-8	213	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 10-9	266	Kostenbeiträge zu den Kosten ehemaliger Fürsorgeerziehung und freiwilliger Erziehungshilfe		5.000	5.000	5.113	2
		A U S G A B E N					
422 01-2	213	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.726.000	2.717.000	2.385.841	1.292
422 06-3	213	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 19-5	213	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	213	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	92.000	92.000	107.883	153
425 01-1	213	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.270
427 01-4	213	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 10-3	213	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten/ Praktikantinnen	—	26.000	26.000	25.565	—
511 01-5	213	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	5.000	5.000	5.113	3
526 01-2	213	Sachverständige	—	4.000	4.000	3.579	3
526 02-0	213	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
531 10-5	213	Veröffentlichungen	—	10.000	10.000	10.226	10
546 01-3	271	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	614	—
547 10-9	271	Kosten des Landesbeirats für Jugendarbeit und seiner Mitglieder	—	3.000	3.000	2.965	3
632 10-6	266	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Hamburg für die gemeinsame zentrale Adoptionsstelle	—	324.000	324.000	248.539	217
633 11-0	266	Erstattung an Gemeinden (GV) von Hilfen für Minderjährige	—	10.333.000	10.333.000	10.634.871	9.157
681 10-7	213	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
685 10-2	271	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	12.000	12.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Jugendhilfe** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen*	(—)	(65.000)	(65.000)	(58.287)	(94)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 05 71 allgemein:

Das der Bezirksregierung Hannover angehörende Nds. Landesjugendamt (NLJA) mit weiteren Standorten in Braunschweig, Lüneburg und Oldenburg nimmt die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe wahr (§§ 69 ff. SGB VIII).

Für das bei der Bezirksregierung Hannover tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42)

b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben sowie die

c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen veranschlagt.

Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kapitel 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 119 41

Rückzahlung von Überzahlungen bei Erstattungen an örtliche Jugendhilfeträger.

Zu 233 01

Kostenersatz (Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche) zu den Hilfen für Minderjährige durch örtliche Jugendhilfeträger.

Zu 281 10

Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche zu den Kosten ehem. Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfen.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
53,72	53,72	55,34	52,93

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	1,62
Summe Abgänge	—	1,62
Bleibt Abgang	—	1,62

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	—	—	—	38
Angestellte	—	—	—	20
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	—	—	—	58

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	—	—	—	38
Angestellte	—	—	—	20
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	—	—	—	58

Noch zu 422 01

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	2 726	2 717

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 726	2 717
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	179	176
43	Versorgungsbezüge	545	520
44	Beihilfen, Unterstützungen	63	61
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	20	–3
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		3 533	3 471

Zu 427 10

Aus den veranschlagten Mitteln sollen bis zu 3 Praktikanten/ -innen vergütet werden.

Zu 526 01

Ersatz der Auslagen und des Verdienstausfalls der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses.

Zu 546 01

Ehrenpreise, die vom Land für Veranstaltungen und Wettbewerbe u.a. der Jugendorganisationen gestiftet werden.

Zu 547 10

Veranschlagt sind Ausgaben gem. §§ 15 und 16 Jugendförderungsgesetz zu den Kosten des Landesbeirats für Jugendarbeit.

Zu 632 10

Erstattungen von Verwaltungsausgaben an das Land Hamburg zur Unterhaltung der gemeinsamen zentralen Adoptionsstelle der vier norddeutschen Länder in Hamburg gem. Art. 5 des Abkommens v. Mai 1979 (MBl. 1980 S. 366).

Zu 633 11

Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach den §§ 89 bis 89 e SGB VIII (insbesondere gem. § 89 d Abs. 3 SGB VIII – minderjährige unbegleitete Flüchtlinge).

Zu 685 10

	2003	2002
	EUR	
1. Vereinsbeitrag für das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. in Heidelberg	1 200	1 200
2. Beitrag des Landes Niedersachsen für die BAG der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden	1 004	903
3. Mitgliedsbeitrag für die AG für Erziehungshilfe (AFET) in Hannover	4 040	4 040
4. Beitrag für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt	65	65
5. Beitrag für den „Deutschen Jugendhilfepreis“- (Hermine-Albers-Preis)	500	500
6. Beitrag für die AG der Jugendhilfe (AGJ)	3 800	3 800
7. AG der Jugendämter Niedersachsen/Bremen	1 100	1 100
Zusammen	11 709	11 608
rd.	12 000	12 000

Zu Titelgruppe 62

Sachaufwand für die Aus- und Fortbildung sowie Prüfung Außenstehender. Zusätzlich zu den veranschlagten Ausgaben dürfen die bei Tit. 119 62 vereinnahmten Teilnehmerbeiträge von voraussichtlich rd. 70 000 EUR verausgabt werden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0571 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 62**		*überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.*					
427 62-6	213	Entschädigungen an nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	44.000	44.000	43.511	76
527 62-0	213	Reisekostenvergütungen	—	14.000	14.000	14.776	18
547 62-1	213	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7.000	7.000	—	—
TGr. 63		**Kosten der Schiedsstelle gem. Nds. Verordnung nach § 78 g SGB VIII - KJHG -** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63.*	(—)	(5.000)	(5.000)	(—)	(2)
412 63-7	213	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	2.000	2.000	—	2
526 63-2	213	Kosten für Sachverständige u.ä.	—	—	—	—	—
527 63-9	213	Reisekosten	—	1.000	1.000	—	0
546 63-3	213	Rückzahlungen	—	1.000	1.000	—	—
547 63-0	213	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	0
		Abschluss Kapitel 05 71					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		82.000	82.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		25.000	25.000	—	
		Summe der Einnahmen		107.000	107.000	—	
		4 Personalausgaben	—	2.890.000	2.881.000	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	47.000	47.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	10.669.000	10.669.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	13.606.000	13.597.000	—	
		Zuschuss		13.499.000	13.490.000		
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		545.000	520.000	—	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		14.151.000	14.117.000	—	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		14.044.000	14.010.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 62

Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,55 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen, bei Prüfungsvergütungen höchstens jedoch bis zu jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu Titelgruppe 63

Das Land Niedersachsen hat die Geschäftsführung für die Schiedsstelle gem. Nds. Verordnung nach § 78 g SGB VIII vom 22. 3. 2000, GVBl. S. 54 (Leistungen und Entgelte in Einrichtungen der Jugendhilfe) übernommen. Die Geschäftsstelle ist beim NLJA eingerichtet worden. Die mit der Führung der Geschäftsstelle entstehenden Personal- und Sachkosten werden vollständig aus Gebühreneinnahmen (vgl. Titel 119 63) gedeckt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0572 Kinderpolitik, Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz, Tageseinrichtungen für Kinder

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	272	Vermischte Einnahmen		20.000	20.000	—	—
119 41-0	272	Rückzahlung von Überzahlungen		200.000	200.000	—	—
282 65-6	271	Spenden Dritter für den Landeswettbewerb Kinderfreundliche Gemeinde * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
632 10-0	272	Erstattung von Verwaltungsausgaben an länderübergreifende Kontrollinstitutionen des Jugendmedienschutzes	—	35.000	35.000	33.745	35
671 10-5	272	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Landesstelle Jugendschutz	—	305.000	300.000	293.993	256
684 10-0	272	Zuschüsse an die Landesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes	—	94.000	94.000	94.078	94
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Förderung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes** * *Übertragbar.*	(—)	(1.062.000)	(1.062.000)	(1.060.930)	(1.095)
429 64-9	272	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 64-1	272	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	55
684 64-9	272	Zuschüsse für präventive Maßnahmen	—	320.000	320.000	319.557	233
685 64-5	272	Zuschüsse für Kinderschutzzentren und Beratungsstellen	—	742.000	742.000	741.373	807
893 64-7	272	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Förderung von Maßnahmen im Bereich Kinderpolitik** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
547 65-0	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 65-3	276	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 65-7	271	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige aus Landesmitteln	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Finanzhilfen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
633 70-0	264	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 70-3	264	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 75		**Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen in der Jugendhilfe** * *Übertragbar.*	(—)	(218.000)	(218.000)	(217.299)	(331)
547 75-7	272	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	76
684 75-4	272	Maßnahmen zur beruflichen Orientierung von Mädchen und zur Förderung der Mädchenarbeit	—	77.000	77.000	76.694	165

ERLÄUTERUNGEN

Zu 05 72 allgemein

In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht

a) Förderung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes,
b) Maßnahmen der Mädchenförderung,
c) Förderung von Maßnahmen im Bereich Kinderpolitik.

Zu 632 10

Anteile des Landes Niedersachsen für die ständige Vertretung der obersten Landesjugendbehörden bei der freiwilligen Filmselbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und dessen Vertretung aufgrund der Ländervereinbarung vom 1. 8. 1988 und aufgrund der Vereinbarung über die Wahrung des Jugendschutzes in den elektronischen Informations- und Kommunikationsdiensten durch die länderübergreifende Stelle jugendschutz.net vom 1. 1. 2000.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. FSK	17,5	17,5
2. jugendschutz.net	17,5	17,5
Zusammen	35,0	35,0

Zu 671 10

Die Landesstelle Jugendschutz ist eine Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege. Sie nimmt Landesaufgaben i. S. des § 14 SGB VIII wahr. Aufgrund des abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 14. 10. 1994 werden die Verwaltungsausgaben erstattet.

Zu 684 10

Veranschlagt sind die Mittel für die Landesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes.

Zu Titelgruppe 64

1. Gefördert werden die Kinderschutzzentren in Hannover und Oldenburg
2. Das Land gewährt Zuwendungen für Beratungsstellen, die schwerpunktmäßig im Bereich Gewalt gegen Kinder arbeiten. Zum Bereich Gewalt gegen Kinder gehören sexueller Missbrauch an Mädchen und Jungen, Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung.
3. Ferner sind hier Mittel zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzesgem.§ 14 SGB VIII veranschlagt, u. a. für Präventionsmaßnahmen mit den Themenschwerpunkten Suchtprävention, Gewalt und Aggression, Jugendmedienschutz. Hiermit soll entsprechend § 82 SGB VIII die Tätigkeit der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe angeregt und gefördert und ein Beitrag zur fachlichen-Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendschutzes geleistet werden.

Zu Titelgruppe 65

Im Rahmen der jährlichen Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – ein Land für Kinder“ werden Maßnahmen gefördert, die der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der alltagsorientierten Gestaltung des Nahbereichs und von fach- bzw. ressortübergreifenden Planungsprozessen dienen. Gefördert werden können Maßnahmen der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe, der Städte und Gemeinden sowie rechtsfähiger Träger, die nach ihrem Satzungszweck Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wahrnehmen.

Die Kosten für den Landeswettbewerb „Kinderfreundliche Gemeinde“ (Geld- und Sachpreise sowie der Sachaufwand der Jury) werden teilweise aus Spenden Dritter gedeckt.

Für die Maßnahmen sind Spielbankmittel in Höhe von 115 000 EUR bei TGr. 90 veranschlagt.

Für die inhaltliche Weiterentwicklung von Kinderpolitik als umfassender Querschnittsaufgabe werden z. B. Fach- und Informationsveranstaltungen sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Zu Titelgruppe 70

Vorgesehen sind Finanzhilfen des Landes i. H. v. 20 % der berücksichtigungsfähigen Personalausgaben auf der Grundlage des wieder in Kraft zu setzenden Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder einschließlich der Finanzhilfen für die integrative Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern in Kindertagesstätten und Sonderkindergärten.

Ab 1. 8. 1999 wurden die Mittel für die Finanzhilfeleistungen in den kommunalen Finanzausgleich überführt.
Eine Änderung der Finanzierung erfolgt aufgrund des Urteils des Nds. Staatsgerichtshofes vom 23. 10. 2001 – StGH2/00.

Zu Titelgruppe 75

Veranschlagt sind Mittel zur besonderen Förderung von Mädchen für Maßnahmen der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe, Städte und Gemeinden, die Mädchen aller Altersgruppen bei der Entwicklung von eigenständiger Lebensperspektive und aktiver Lebensgestaltung unterstützen.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0572 Kinderpolitik, Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz, Tageseinrichtungen für Kinder

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 75-0	272	Zuschüsse für laufende Zwecke zentraler Maßnahmen ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	141.000	141.000	140.605	90
893 75-2	272	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 05 72					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		220.000	220.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		220.000	220.000	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.714.000	1.709.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.714.000	1.709.000	—	
		Zuschuss		1.494.000	1.489.000		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-5	261	Vermischte Einnahmen		6.000	6.000	—	—
119 41-4	276	Rückzahlung von Überzahlungen		33.000	33.000	1.536.432	—
119 42-2	271	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuweisungen d. Bundes u.Dritter (einschl.Zinsen) * *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		—	—	20.452	—
119 61-9	271	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
119 75-9	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl.Zinsen) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		65.000	65.000	—	75
119 79-1	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl.Zinsen) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 79.*		25.000	25.000	—	20
231 66-4	271	Bundeszuweisungen für Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	—
282 91-9	261	Zuschüsse des deutsch-französischen Jugendwerkes zur Förderung des Austausches und der Begegnung von Jugendlichen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91.*		49.000	49.000	276.098	201
282 92-7	261	Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerks zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92.*		25.000	25.000	32.723	17
		A U S G A B E N					
546 10-0	271	Rückzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Zuweis. d.Bundes u.Dritter(einschl. Zinsen) * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.*	—	—	—	20.452	—
684 10-3	271	Zuschüsse gem. §§ 6 und 7 des Jugendförderungsgesetz an anerkannte Träger der Jugendarbeit * *Übertragbar.*	—	4.928.000	4.928.000	4.928.036	4.757
684 11-1	271	Zuschüsse für das DJI	—	23.000	23.000	23.008	23
684 13-8	271	Verwaltungskosten der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 Abs. 4 JFG ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	256.000	256.000	255.646	256
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung von Trägern der Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(2.548.000)	(3.548.000)	(2.549.097)	(2.535)
429 61-8	271	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 61-0	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	12.000	12.000	12.782	38
633 61-4	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	153.000	153.000	153.388	198

ERLÄUTERUNGEN

Zu 684 10

Gemäß § 6 Abs. 1 des Jugendförderungsgesetzes sind Zuschüsse zu den Personalkosten der hauptberuflichen Jugendbildungsreferenten/-innen sowie Zuschüsse zu den Aufwendungen für den notwendigen Personal- und Sachbedarf der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 JFG veranschlagt.

Zuschüsse werden für 55 Jugendbildungsreferenten/-innen gewährt.

Zu 684 11

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) erarbeitet die empirischen und theoretischen Grundlagen für die Durchführung von Entscheidungen im Bereich der Familien- und Jugendpolitik. Die Finanzierung erfolgt überwiegend durch den Bund. Die Länderanteile werden nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt.

Zu 684 13

Veranschlagt sind Zuwendungen an den Landesjugendring Niedersachsen e.V. zu den Personal- und Sachkosten.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	348 161	348 161	412 868	419 882
Einnahmen	15 544	15 544	15 544	15 339
Fehlbetrag	332 617	332 617	397 324	404 543

	2003 EUR	2002 EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit		
Zuwendungen nach § 7 Abs. 4 JFG (Titel 684 13 und TGr. 93)	276 000	276 000
Zuschuss nach § 6 Abs. 1 i. V. m. § 9 Abs. 2 JFG (Titel 684 10)	53 447	53 447
c) den Bund mit	3 170	3 170
Zusammen	332 617	332 617

Zu Titelgruppe 61

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Vorgesehen sind Zuwendungen gemäß §§ 10, 11, 12 und 13 Jugendförderungsgesetz (JFG) zur Förderung von auf Landesebene tätigen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 10, 12 und 13 JFG, insbesondere – zu den Kosten von Bildungsveranstaltungen (RdErl. v. 12. 07. 99 – Nds. MBl. S. 441), – zur Erstattung von Verdienstausfall bei Inanspruchnahme von Arbeitsbefreiung zu Zwecken der Jugendarbeit (RdErl. v. 15. 1. 87 – Nds. MBl. S. 136), – für Freizeit- und Erholungsmaßnahmen (RdErl. v. 12. 7. 99 – Nds. MBl. S. 441), – für die Entwicklung neuer Inhalte und Methoden der Kinder- und Jugendarbeit – für besondere Einzelvorhaben – für den Verband Niedersächsischer Jugendredakteure e. V. – für die Förderung der Ehrenamtlichkeit;	730	730
überverbandlich wirkenden Bildungsstätten gem. §§ 11 und 13 JFG, insbesondere Zuwendungen zu den Personalkosten der Jugendbildungsstätten Juist und Steinkimmen (ab Hj. 1999 Projektförderung);	1 007	1 007
internationalen Begegnungen gem. §§ 12 und 13 JFG. Darin enthalten sind auch Zuwendungen zu internationalen Jugendbegegnungen des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg;	69	69
regionalen und örtlichen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 12 und 13 JFG. Veranschlagt sind insbesondere Zuwendungen für – Modellvorhaben und innovative Konzepte – Personal- und Sachausgaben von 9 Mädchenbildungsreferenten/-innen und deren Bildungsmaßnahmen – Förderung strukturschwacher Gebiete, insbesondere durch Zuwendungen zu den Personal- und Sachkosten von 9 Jugendbildungsreferenten/-innen und zu den Kosten für Bildungsmaßnahmen mit dem Ziel der Gewinnung, Ausbildung und Beratung von Jugendleitern		
– Aus- und Fortbildung von Jugendleitern (Erl. v. 5. 10. 1994, geänd. 12. 5. 1999)	742	742
– Neu-, Um- und Erweiterungsbau von Freizeit- und zentralen Tagungsstätten gem. §§ 12 und 13 JFG einschl. entsprechend genutzter Schullandheime	—	1 000
Zusammen	2 548	3 548

Zusätzliche Förderungen erfolgen aus der Titelgruppe 93 (Konzessionsabgaben).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 61-8	271	Zuschüsse an Sonstige	—	2.383.000	2.383.000	2.382.927	2.299
883 61-0	276	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 61-6	271	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	1.000.000	—	—
TGr. 66		**Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 66.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
547 66-1	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 66-5	276	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 66-9	271	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige aus Bundesmitteln	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes** * *Übertragbar.*	(—)	(2.600.000)	(2.100.000)	(—)	(—)
547 67-0	276	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 67-3	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 67-7	271	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	2.600.000	2.100.000	—	—
TGr. 71		**Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und generationsübergreifender Projekte** * *Übertragbar.*	(—)	(511.000)	(511.000)	(—)	(—)
547 71-8	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 71-1	271	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 71-5	271	Sonstige Zuschüsse	—	511.000	511.000	—	—
TGr. 75		**Förderung von Jugendwerkstätten** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 75.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *Zur Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten dürfen Verpflichtungen für den im nächsten Haushaltsjahr liegenden Zeitraum des lfd. Schuljahres bis zur Höhe von 7/12 der für diesen Zweck vorgesehenen Mittel eingegangen werden.*	(—) (1.208.000) (25.564.594)	(5.415.000)	(5.415.000)	(5.414.581)	(5.229)
633 75-4	153	Zuweisungen an Gemeinden	— — 25.564.594	1.023.000	1.023.000	1.022.584	1.052
684 75-8	153	Zuschüsse an Sonstige	— 1.208.000 —	4.392.000	4.392.000	4.391.997	4.177
TGr. 76		**Förderung von Projekten zur Gewaltprävention** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus-*	(—)	(1.855.000)	(1.855.000)	(1.858.546)	(181)

Zu Titelgruppe 66

Der Bund fördert auf der Basis des Programms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ Maßnahmen der Jugendbildungsarbeit gegen Gewalt und Rechtsextremismus,

Vorsorglich Leertitel für Bundeszuweisungen.

Zu Titelgruppe 67

Mit der Erstellung eines Kinder- und Jugendplans sollen die Zuwendungen des Landes im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gebündelt und transparent dargestellt werden. Die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der mit den eingesetzten Mitteln geförderten Programme und Maßnahmen soll erhöht und verbessert und in der Kinder- und Jugendhilfe weitere Schwerpunkte in der Förderung des Landes gesetzt werden.

Die Mittel sind für neue Schwerpunktmaßnahmen und -programme, die jungen Menschen in Niedersachsen zu Gute kommen, vorgesehen. Zuwendungsempfänger der Mittel sind öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen.

Zu Titelgruppe 71

Die Landesregierung unterstützt das bürgerschaftliche Engagement für Niedersachsen durch Information, Beratung und Vernetzung. Dazu gehören u.a. Projekte zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten von Frauen, Ausschreibung von Landeswettbewerben und die Einrichtung der Koordinierungsstelle „Freiwilliges Engagement von Alt und Jung“.

Als Qualifizierungsangebot wird ein flächendeckendes Netz von Fortbildungs- und Weiterbildungsangeboten und Freiwilligenakademien aufgebaut.

Empfänge und Auszeichnungen würdigen den oft nicht sichtbaren Einsatz von freiwillig Engagierten.

Zu Titelgruppe 75

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Förderung von Jugendwerkstätten und qualifizierenden Beschäftigungsprojekten im Rahmen des Gesamtprogramms der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen gem. Richtlinie vom 9. 5 2001 (Nds. MBl. S. 448) und zur Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten (§ 67 Abs. 5 NSchG). Mittel für dieses Programm sind auch ausgewiesen bei Kap. 05 03 Titel 637 10. In 94 Jugendwerkstätten werden landesweit bis zu 4 500 junge Menschen gefördert.

Die Mittel dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kapitel 05 03 Titel 272 10 veranschlagt sind.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	5 113 000	5 113 000	5 113 000
2003	5 113 000	5 113 000	5 113 000
2004	5 113 000	5 113 000	5 113 000
2005ff.	10 226 000	10 226 000	10 226 000

Zu 684 75

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die 2002 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2002	—	—
2003	302 000	302 000
2004	302 000	302 000
2005	302 000	302 000
2006	302 000	302 000

Zu Titelgruppe 76

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Förderung von präventiven Angeboten im Bereich der Jugendsozialarbeit (Gewaltprävention) gem. Richtlinie vom 28. 11. 2000 (Nds. MBl. S. 761).

Der Ansatz ist Teil des Projektes „Integration von jugendlichen Ausländern und jugendlichen Deutschen ausländischer Herkunft“, in dem Haushaltsmittel des MI, MFAS und des MK zusammengefasst sind.

In den Haushaltsjahren 2002 und 2003 stehen zusätzlich Mittel der Spielbankabgabe (TGr. 90) bis zur Höhe von 154 000 EUR jährlich zur Verfügung.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 76**		*halts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
527 76-8	153	Reisekosten	—	10.000	10.000	10.226	—
531 76-5	153	Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	10.000	10.000	12.782	—
547 76-9	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	30.000	30.000	30.678	150
633 76-2	153	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 0502 - 632 81.*	—	890.000	890.000	889.648	15
684 76-6	153	Zuweisungen an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 0502 - 632 81.*	—	915.000	915.000	915.212	15
TGr. 79		**Regionale Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen (RAN)** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 79.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (—) (5.624.211)	(1.125.000)	(1.125.000)	(1.124.842)	(1.067)
633 79-7	153	Zuweisungen an Gemeinden	— — 5.624.211	450.000	450.000	449.937	459
684 79-0	153	Zuschüsse an Sonstige	—	675.000	675.000	674.905	607
TGr. 84		**Förderung von Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.789.000)	(1.789.000)	(1.789.522)	(1.790)
633 84-3	271	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	511.000	511.000	511.292	543
684 84-7	271	Zuschüsse an Sonstige	—	1.278.000	1.278.000	1.278.230	1.247
TGr. 90		**Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Abweichend v. §61 Abs.1 u. §63 Abs.3 LHO dürfen Fach-Veröffentlichungen f. Zwecke der Jugendhilfe unentgeltlich abgegeben werden.*	(—)	(1.086.000)	(1.086.000)	(1.086.495)	(1.035)
429 90-1	276	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 90-4	276	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	51.000	51.000	51.129	122
633 90-8	276	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	26.000	26.000	25.565	328
684 90-1	271	Zuschüsse an Sonstige	—	920.000	920.000	920.325	586
883 90-4	276	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 90-0	271	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	89.000	89.000	89.476	—
TGr. 91		**Verwendung der Zuschüsse des DFJW zur Förderung der Begegnung von Jugendlichen** * *Übertragbar.*	(—)	(49.000)	(49.000)	(276.097)	(196)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 79

Gefördert werden im Rahmen des Gesamtprogramms der Jugendsozialarbeit die Regionalen Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen (RAN) gem. Richtlinie vom 12. 9. 2000 (Nds. MBl. S. 634). In 29 RAN-Projekten werden landesweit bis zu 5000 junge Menschen gefördert. Mittel für dieses Programm sind auch bei Kap. 05 03 Titel 637 10 ausgewiesen.

Die Mittel dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kap. 05 03 Titel 272 10 veranschlagt sind.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 125 000	1 125 000	1 125 000
2003	1 125 000	1 125 000	1 125 000
2004	1 125 000	1 125 000	1 125 000
2005ff.	2 250 000	2 250 000	2 250 000

Zu Titelgruppe 84

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Zuwendungen des Landes zu den Personalkosten von pädagogischen Fachkräften bei ambulanten sozialpädagogischen Angeboten der Jugendhilfe für junge Straffällige (RdErl. v. 24. 6. 1991 – Nds. MBl. S. 904 i. d. F. vom 4. 9. 1992 – Nds. MBl. S. 1305).

Zusätzlich zu den hier veranschlagten Zuwendungen werden in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 weitere Zuwendungen bis zur Höhe von 512 500 EUR jährlich aus Mitteln der Spielbankabgabe (TGr. 90) geleistet.

Zu Titelgruppe 90

Zur Verwendung des zweckgebundenen Anteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs.1 des Niedersächsischen Spielbankgesetzes (NSpielbG) vom 10. 11. 1989 – Nds. GVBl. S. 375 – zugunsten der Jugendhilfe.

Für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 stehen aus Mitteln der Spielbankabgabe 12 782 000 EUR jährlich zur Verfügung. Auf den Bereich Jugendhilfe entfällt hiervon ein Anteil von 8,5 v. H. = 1 086 000 EUR.

Zuwendungen sind vorgesehen u. a. zur Förderung

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
– von Bildungs- und Freizeitmaßnahmen im Rahmen der Jugendsozialarbeit gem. Richtlinie v. 8. 3. 1999 (Nds. MBI. S. 181)	51	51
– der sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter (TGr. 84)	512,5	512,5
– von sozialpädagogischen Maßnahmen für besondere Zielgruppen der Jugendsozialarbeit (insbesondere für sozial benachteiligte junge Menschen, junge Aussiedler und junge Ausländer) gem. Richtlinie v. 4. 8. 1998 (Nds. MBl. S. 1190); davon sind 154 000 EUR jährlich für das Präventions- und Integrationsprogramm der Landesregierung (TGr. 76) bestimmt.	256	256
– von Maßnahmen im Bereich „Gewalt“ einschl. FAN-Projekte – Umsetzung des „Nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit“ –	56	56
– von pädagogischen Sondermaßnahmen in Kindertagesstätten (insbes. Curriculum-Arbeit)	35,8	35,8
– von Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte und von Sondermaßnahmen der Jugendhilfe	38	38
– von schülerinnen- und schülerbezogener Jugendsozialarbeit	7,7	7,7
– von Maßnahmen im Bereich Kinderpolitik, insbes. Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder“ gem. Vertrag vom 22. 11. 1999 und Landeswettbewerb „Kinderfreundliche Gemeinde“ (05 72 TGr. 65)	115	115
– von Landesverbänden (Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung und Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern)	14	14
Zusammen	1 086	1 086

Zu Titelgruppe 91

Zur Verausgabung der bei Titel 282 91 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk gewährt nach Maßgabe besonderer Förderungsrichtlinien (vgl. RdErl. d. MK vom 20. 1. 1971 - Nds. MBl. S. 397 -) aus dem Gemeinschaftsfonds der Organisation Zuschüsse für die in Art. 2 des Abkommens über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerkes vom 5. 7. 1963 (BGBl. II S. 1613) aufgeführten Maßnahmen, insbesondere für die Begegnung und den Austausch von Jugendlichen beider Länder.

Nicht in Anspruch genommene oder nicht zweckentsprechende verwendete Zuschüsse, die von den Trägern an das Deutsch-Französische Jugendwerk zurückgezahlt werden müssen, sind nach Vereinnahmung wieder zu verwenden.

Bis 2001 sind Zuschüsse aus Kap. 07 02 TGr. 63 gezahlt worden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0573 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 91**		*Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 91.*					
547 91-2	261	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	2.556	—
633 91-6	261	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	7.000	7.000	76.694	23
684 91-0	261	Zuschüsse an andere Träger	—	42.000	42.000	196.847	174
TGr. 92		**Verwendung der Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerks zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 92.*	(—)	(25.000)	(25.000)	(32.723)	(17)
547 92-0	261	Rückzahlung nicht zweckentsprechend verwendeter Zuschüsse an das DPJW	—	—	—	—	—
633 92-4	261	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	15.000	15.000	8.692	11
684 92-8	261	Zuschüsse an Sonstige	—	10.000	10.000	24.031	6
TGr. 93		**Zuschüsse aus Konzessionsabgaben für Zwecke der Jugendarbeit und des Kinder- u. Jugendschutzes** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(—)	(4.387.000)	(4.300.000)	(4.205.068)	(4.153)
429 93-6	271	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 93-9	271	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50.000	50.000	51.129	53
633 93-2	271	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden	—	96.000	96.000	102.258	101
684 93-6	271	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	2.071.000	2.032.000	1.994.038	1.804
883 93-9	271	Zuweisungen an Gemeinden	—	518.000	518.000	511.292	712
893 93-4	271	Zuschüsse an Sonstige	—	1.652.000	1.604.000	1.546.351	1.482
		Abschluss Kapitel 05 73					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		129.000	129.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		74.000	74.000	—	
		Summe der Einnahmen		203.000	203.000	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	163.000	163.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 1.208.000 —	24.175.000	23.636.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.259.000	3.211.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 1.208.000 —	26.597.000	27.010.000	—	
		Zuschuss		26.394.000	26.807.000		

Zu Titelgruppe 92

Zur Verausgabung der bei Titel 282 92 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes.

Ausgehend von dem Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendwerkes wurde mit der Gründung des DPJW 1991 eine Organisation ins Leben gerufen, die ein Modell für die Zusammenarbeit und Versöhnung zwischen Deutschland und Polen sein und ein Zeichen für die neuen vertrauensvollen Beziehungen zwischen beiden Ländern setzen sollte.

Vorrangige Aufgabe des DPJW ist „das gegenseitige Kennenlernen, das gegenseitige Verstehen und das enge Zusammenwirken der Jugend Deutschlands und Polens in jeder Weise zu fördern“ (Abkommen zwischen Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen vom 17. 6. 1991).

Zu Titelgruppe 93

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 1 NLottG festgelegte Anteil von 6,9 v. H. für Zwecke der Jugendarbeit und des Schulsports beträgt 4 777 000 EUR für 2002 und 4 876 000 EUR für 2003. Konzessionsabgabemittel sind für den Schulsport bei Kap. 07 02 TGr. 81 i. H. v. 554 000 EUR für 2002 und i. H. v. 566 000 EUR für 2003 veranschlagt.

Aus den hier veranschlagten Mitteln für Zwecke der Jugendarbeit sowie Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes sollen gefördert werden:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
– Verwaltungskosten der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 Abs. 4 JFG (Titel 684 10)	20	20
– auf Landesebene tätigen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 10, 12 und 13 JFG (TGr. 61)	1 405	1 405
– verbandlichen Bildungsstätten anerkannter Träger der Jugendarbeit gem. § 11 JFG	255	255
– überverbandlich wirkenden Bildungsstätten gem. §§ 11 und 13 JFG (TGr. 61)	102	102
– internationalen Begegnungen gem. §§ 12 und 13 JFG (TGr. 61)	33	33
– regionalen und örtlichen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 12 und 13 JFG (TGr. 61)	545	500
– Jugendherbergen gem. §§ 12 und 13 JFG	1 057	1 057
– Neu-, Um- und Erweiterungsbau von Freizeit- und zentralen Tagungsstätten gem. §§ 12 und 13 JFG einschließlich entsprechend genutzter Schullandheime	515,5	473,5
– Vorhaben der politischen Jugendbildung	200	200
– Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (Kap. 05 72 TGr. 64)	153	153
– von besonderen Maßnahmen im Bereich der familienunterstützenden Hilfen zur Erziehung	24,5	24,5
– sonstige jugendpolitische Maßnahmen	77	77
Zusammen	4 387	4 300

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0574 Familie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	272	Vermischte Einnahmen		—	—	10.226	21
119 41-8	272	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	153.388	278
		Titelgruppe(n)					
TGr. 72		**Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle**		(29.500.000)	(29.500.000)	(41.653.416)	(39.132)
231 72-2	237	Erstattungen durch den Bund für Leistungen an die Berechtigten		24.000.000	24.000.000	26.416.918	22.259
233 72-5	237	Erstattungen von Kommunen aus Rückzahlungen von Unterhaltspflichtigen * *Vgl. K-Vermerk zu 631 72.*		5.500.000	5.500.000	15.236.498	16.873
		A U S G A B E N					
684 11-5	273	Zuschüsse zur Förderung von Familienbildungsstätten durch das Land	—	920.000	920.000	920.325	911
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Verwendung der Konzessionsabgaben gem. § 7 Abs 3. NLottG, Anteil für die Förderung von familienbezogenen Maßnahmen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(—)	(1.135.000)	(1.117.000)	(—)	(—)
547 61-4	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 61-1	236	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	1.007.000	989.000	—	—
893 61-0	236	Zuschüsse für Investitionen	—	128.000	128.000	—	—
TGr. 63		**Förderung von familienbezogenen Maßnahmen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(363.000)	(363.000)	(363.017)	(361)
547 63-0	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-4	236	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 63-8	236	Zuschüsse zu den Kosten von Familien-Erholungsaufenthalten	—	363.000	363.000	363.017	361
893 63-6	236	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Familienpolitik/Leben mit Kindern** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(2.050.000)	(2.050.000)	(—)	(—)
547 64-9	263	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen:

Mit gezielten Maßnahmen wird auf die speziellen Bedürfnisse von Familien präventiv eingegangen. Es sollen damit Familien in besonderen Lebenslagen, insbesondere auch in schwieriger Einkommenssituation, entlastet, das Selbsthilfepotential aktiviert und die Erziehungsfähigkeit von Familien gestärkt werden.

Zu 231 72

Veranschlagt sind bei einem geschätzten Gesamtbedarf von 72 Mio. EUR jährlich die zu erwartenden Erstattungen des Bundes von rd. 24 Mio. EUR jährlich. Die Rückflüsse werden bei 233 72 vereinnahmt.

Zu 233 72

Veranschlagt ist der Bundesanteil an den zu erwartenden Rückflüssen aufgrund der Einziehung von den zum Unterhalt Verpflichteten. Vgl. auch Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 72.

Zu 684 05

Förderung von Familienbildungsstätten nach Maßgabe der entsprechenden Richtlinien in der jeweils geltenden Fassung.

Das Land gewährt Zuwendungen für Familienbildungsstätten, die Aufgaben besonderer öffentlicher Verantwortung für die Erziehung in Familien i. S. von § 16 SGB VIII erfüllen.

Zu Titelgruppe 61

Der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil (2,5 v. H.) für familien- und frauenbezogene Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes beträgt 1 731 000 EUR für 2002 und 1 767 000 EUR für 2003. Konzessionsabgabemittel sind für den Kinder- und Jugendschutz bei Kapitel 05 73 TGr. 93 i. H. v. 77 000 EUR jährlich und für frauenbezogene Maßnahmen bei Kap. 05 71 TGr. 61 i. H. v. 537 000 EUR für 2002 und i. H. v. 555 000 EUR für 2003 ausgebracht.

Aus den hier veranschlagten Mitteln für familienbezogene Maßnahmen sollen gefördert werden:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
a) Mütterzentren nach Maßgabe der entsprechenden Richtlinien in der jeweils geltenden Fassung	317	317
b) Familienfreizeiten gem. RL v. 7. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 212)	297	297
c) Familienerholungsaufenthalte (Verstärkung der TGr. 63)	219	219
d) Investitionen Familienerholung (Verstärkung der TGr. 63)	128	128
e) Familienverbände	118	118
f) Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik	6	6
g) Sonstige familienpolitische Maßnahmen	50	32
Zusammen	1 135	1 117

Zu Titelgruppe 63

Die Förderung von Familienerholungsmaßnahmen erfolgt nach der Richtlinie vom 24. 4. 1997 (Nds. MBl. S. 938) geä. d. RdErl. d. MFAS vom 15. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 304).

Die zu gewährenden Zuschüsse sollen Familien, insbesondere Familien mit einem behinderten Kind und Eineltern-Familien mit geringeren Einkommen eine gemeinsame Erholung ermöglichen.

Außerdem können Zuschüsse insbesondere zu den Kosten der Erneuerung und Einrichtung von gemeinnützigen Erholungseinrichtungen gewährt werden.

Zu Titelgruppe 64

Im Rahmen des Maßnahmenfeldes „Familienpolitik/Leben mit Kindern in Niedersachsen“ und zur lebenslagenorientierten Unterstützung des Lebens mit Kindern sind u.a. vorgesehen:
– Bündnis für ein Leben mit Kindern
– Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit
– Familienkarte
– Modellprojekt „Familien und Medien“
– Familienbericht
– Fachtagungen
– Öffentlichkeitsarbeit/Kampagne

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0574 Familie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 64-2	263	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
684 64-6	263	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	2.050.000	2.050.000	—	—
TGr. 72		**Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle** * *Übertragbar.*	(—)	(63.100.000)	(63.100.000)	(84.329.416)	(79.768)
631 72-0	237	Erstattungen an den Bund aus Rückzahlungen von Unterhaltspflichtigen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 72.*	—	5.500.000	5.500.000	5.079.174	5.844
633 72-3	237	Erstattungen an Kommunen für Leistungen an die Berechtigten ****Ausgaben dürfen bis zu der Höhe geleistet werden, die zur Erfüllung der sich aus § 8 Abs.1 Satz 1 UVG ergebenden Verpflichtungen notwendig sind.*	—	57.600.000	57.600.000	79.250.242	73.924
		Abschluss Kapitel 05 74					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		29.500.000	29.500.000	—	
		Summe der Einnahmen		29.500.000	29.500.000	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	67.440.000	67.422.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	128.000	128.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	67.568.000	67.550.000	—	
		Zuschuss		38.068.000	38.050.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 72

Veranschlagt ist der Landesanteil an den Kosten des Bundesgesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz).

Nach dem Unterhaltsvorschussgesetz geht der Anspruch in Höhe der geleisteten Zahlung auf das Land über.

Vgl. auch Erläuterungen zu 231 72 und 233 72.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 05					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		—	—	511.292	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		24.893.000	24.539.000	25.348.524	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		221.043.000	217.084.000	437.620.758	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		64.681.000	65.268.000	158.428.646	
		Summe der Einnahmen		310.617.000	306.891.000	621.909.220	
		4 Personalausgaben	—	115.646.000	115.810.000	115.741.143	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	3.734.000 3.760.000 9.345.138	35.689.000	35.558.000	31.503.050	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	47.091.000 122.066.000 103.314.704	1.783.199.000	1.723.622.000	2.140.063.302	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	76.694.000 76.694.000 156.203.556	310.543.000	318.999.000	423.650.469	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	8.276.000	8.276.000	12.167.570	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	127.519.000 202.520.000 268.863.398	2.253.353.000	2.202.265.000	2.723.125.534	
		Zuschuss		1.942.736.000	1.895.374.000	2.101.216.314	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		16.037.000	15.391.000	15.408.494	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.269.390.000	2.217.656.000	2.738.534.028	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.958.773.000	1.910.765.000	2.116.624.808	
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Kapitel					
		Einnahmen				281.234.820	
		Ausgaben	99.215.985			515.467.704	

Einzelplan 05

Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 01 Ministerium

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[14])
				Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	1	Staatssekretär/-in
B 6[9])	5	5	5	Ministerialdirigent/-in
B 3[10])[11])	7	7	6	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	—	—	—	Ministerialrat/-rätin
B 2[2])	15	15	16	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[6])	17	17	18	Ministerialrat/-rätin
A 15	17	17	19	Direktor/-in
A 14[3])	19	19	18	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 13[5])	41	41	42	Oberamtsrat/-rätin
A 12	36	36	37	Amtsrat/-rätin
A 11[13])	22	22	21	Amtmann/-männin/-frau
A 10	6	6	7	Oberinspektor/-in
A 9	—	—	1	Inspektor/-in
A 9[7])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 7[16])	1	1	1	Obersekretär/-in
A 6	1	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5	1	1	1	Oberamtsmeister/-in
	192	192	197	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
B 6	—	—	1	Ministerialdirigent/-in
B 3	—	—	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	—	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 16	2	2	3	Ministerialrat/-rätin
A 15	1	1	1	Direktor/-in
A 13	5	5	6	Oberamtsrat/-rätin
A 9[7])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
	9	10	14	Zusammen
				Leerstellen:
B 6[8])	—	—	—	Ministerialdirigent/-in
B 2[8])	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 16[8])	—	—	—	Ministerialrat/-rätin
A 15[8])	1	1	1	Direktor/-in
A 14[8])	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13[8])	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[8])	3	3	3	Amtsrat/-rätin
A 11[8])	4	4	4	Amtmann/-männin/-frau
	11	11	11	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[2]) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.

[3]) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.

[4]) – (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.

[5]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6]) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.

[7]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[8]) 11 (11) kw.

[9]) – (1) kw zum 1. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[10]) – (1) kw zum 1. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[11]) 1 (1) ku nach Bes.-Gr. B 2 BBesO nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in.

[12]) – (1) kw nach dem 31. 12. 2001.

[13]) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.

[14]) 1,2 Stellen dürfen für die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden.

[16]) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 01 Ministerium

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6[9])		
Ministerialdirigent/-in	1	2001 umgesetzt gem. § 50 (1) LHO von Kapitel 07 01
Bes.-Gr. B 3[10])[11])		
Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. B 2		
Ministerialrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 16		
Ministerialrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	1	
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	3	
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	3	
Bes.-Gr.- A 11		
Amtmann/-männin/frau	2	
Zwischensumme	16	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	1	umgesetzt gem. § 50 (1) LHO von Kapitel 05 12
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	4	
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	1	
Zwischensumme	9	
Sonstige Zugänge:		
Bes.-Gr. A 16		
Ministerialrat/-rätin	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 02 01
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	2	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 21
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 20
Zwischensumme	4	
Zusammen	29	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6		
Ministerialdirigent/-in	1	2001 umgesetzt gem. § 50 (1) LHO nach Kapitel 03 01
Bes.-Gr. B 3		
Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. B 2		
Ministerialrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A 16		
Ministerialrat/-rätin	3	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	4	
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	5	
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	10	
Bes.-Gr.- A 11		
Amtmann/-männin/frau	2	
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	1	
Zwischensumme	31	
Sonstige Abgänge:		
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	1	Vollzug des kw-Vermerks (HV Nr. 4)
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kapitel 05 21
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	1	
Zwischensumme	3	
Zusammen	34	
Bleibt Abgänge	14	

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 4 infolge Vollzug.
Wegfall der HV Nr. 9 und 10 infolge Verlagerung nach Kap. 05 20 HV Nr. 21.
Wegfall des HV Nr. 12 gegen Einsparung einer Stelle IX b–VII.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 01 Ministerium

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[8])
Außertariflich				
(B 2)	1	1	1	
(A 16)[1])	2	2	2	
I	2	2	3	
I b	1	1	1	
II a[4])	1	1	3	
III	10	10	11	
IV a[10])[14])	5	5	3	
IV b[13])	2	2	2	
V b[5])	6	6	6	
V c[3])	14	14	14	
VI b[2])[5])[12])	23	23	26	
VII	1	1	1	
VIII	2	2	2	
IX b	—	—	—	
X	—	—	—	
IX b–VII[5])[7])	20	20	23	
	90	90	98	Zusammen
				Leerstellen:
IV a[9])	1	1	2	
V b[9])	2	2	1	
V c[9])	1	1	—	
VI b[9])	2	2	1	
IX b–VII[9])	1	1	1	
	7	7	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der derzeitige Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen seiner jeweiligen Dienstaltersstufe und dem Endgrundgehalt der Bes.-Gr. A 16.

[2]) 1 (1) Ein derzeitiger Stelleninhaber erhält eine Besitzstandszulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen der Vergütungsgruppe und seinen ehem. jährlichen Bezügen als pers. Ministerfahrer gem. Erlaß v. 18. 4. 1986 – 4540 80/1 N.

[3]) 2 (2) kw nach dem 31. 12. 2002.

[4]) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. IV a nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[5]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen dem/der Staatssekretär/-in unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-in sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[7]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[8]) 2 Stellen dürfen für die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden.

[9]) 7 (5) kw.

[10]) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 1998.

[12]) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.

[13]) 1 (1) Stelle darf nur zur Hälfte besetzt werden.

[14]) 1 (–) Stelle darf nur für PR-Tätigkeit verwendet werden und nur zur Hälfte besetzt werden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 01 Ministerium

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	halbe Stelle für Personalratstätigkeit (HV Nr. 14)
Verg.-Gr. IV a	1	2001 umgesetzt gem. § 50 (1) LHO von Kapitel 07 01
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	umgesetzt gem. § 50 (1) LHO von Kapitel 05 12
Zusammen	4	
Abgänge:		
Verg.-Gr. I	1	2001 umgesetzt gem. § 50 (1) LHO nach Kapitel 03 01
Verg.-Gr. II a	2	
Verg.-Gr. III	1	
Verg.-Gr. VI b	4	
Verg.-Gr. IX b–VII	3	
Zwischensumme	11	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Einsparung für Wegfall eines kw-Vermerkes zum Stellenplan (HV Nr. 12).
Zusammen	12	
Bleibt Abgänge	9	

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 14.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
TV für Personen-kraft-fahrer/-innen	4	4	4	
5	1	1	1	
4	2	2	2	
3	2	2	2	
2 a	7	7	7	
1	—	—	—	
	16	16	16	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 12 Landesversicherungsamt

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Feste Gehälter:	
B 2	1	1	1	Abteilungsdirektor/-in	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 16	—	—	—	Ltd. Direktor/-in	
A 15	2	2	3	Direktor/-in	
A 14	—	—	1	Oberrat/-rätin	
A 13	7	7	9	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	7	7	11	Amtsrat/-rätin	
A 11	—	—	2	Amtmann/-männin/-frau	
	17	17	27	Zusammen	
				Stellen zu Titel 422 31:	
A 15	1	1	1	Direktor/-in	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	umgesetzt gem. § 50 (1) LHO nach Kapitel 05 01
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A12 Amtsrat/-rätin	4	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	2	davon 1 umgesetzt gem. § 50 (1) LHO nach Kapitel 05 01; 1 gem. ZV für 2002 (HV Nr. 1)
Zusammen	10	

Sonstige Veränderungen:
Wegfall des HV Nr. 1 bei Bes.-Gr. A 11 mit folgendem Wortlaut:
[1]) – (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002) infolge Vollzugs.

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
VI b	2	2	2		
IX b–VII[1])	1	1	3		
	3	3	5	Zusammen	
				Stellen zu Titel 425 31:	
IX b–VII	—	—	—		

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	2	davon 1 gem. ZV für 2003 (HV Nr. 2); 1 umgesetzt gem. § 50 (1) LHO nach Kapitel 05 01

Sonstige Veränderungen:
Wegfall des HV Nr. 2 bei Verg.-Gr. IX b–VII mit folgendem Wortlaut:
[2]) – (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003) infolge Vollzugs.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 15 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[6]) und Richter/-innen
				Feste Gehälter:
R 6	1	1	1	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts
R 3[1])	1	1	1	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts
R 3	14	14	14	Vorsitzende Richter/-in am Landesarbeitsgericht
				Aufsteigende Gehälter:
R 2[7])	6	6	5	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an Arbeitsgerichten mit 4 und mehr Richterplanstellen
R 2	1	1	1	Richter/-in am Arbeitsgericht – als der/die ständige Vertreter/-in eines Direktors/einer Direktorin eines Arbeitsgerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen
R 1[2])	9	9	10	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an Arbeitsgerichten mit bis zu 3 Richterplanstellen
R 1[4])[8])[9])	41	41	39	Richter/-in am Arbeitsgericht
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[5])	7	7	7	Amtsrat/-rätin
A 11	14	14	14	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	3	3	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	1	Inspektor/-in
A 9	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7	10	10	10	Obersekretär/-in
A 6	1	1	1	Sekretär/-in
	113	113	111	Zusammen
				Leerstellen:[3])
R 1	1	1	1	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an Arbeitsgerichten mit bis zu 3 Richterplanstellen
R 1	6	6	4	Richter/-in am Arbeitsgericht
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 7	1	1	1	Obersekretär/-in
	9	9	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1.

[3]) 9 (7) kw.

[5]) 1 kw – befristet nach dem 31. 12. 2001 – RAR'in –

[6]) Abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen dürfen Leerstellen auch in den Fällen ausgebracht werden, in denen Richter/-innen und Beamte/-innen (auch bis zu einem Jahr) an eine Dienststelle des Bundes abgeordnet und die Dienstbezüge erstattet werden. Diese Leerstellen gelten von Beginn der Abordnung an als ausgebracht. Gleiches gilt, wenn Richter/-innen an andere Dienststellen der Landesverwaltung abgeordnet werden, wenn die Dienstbezüge erstattet oder aus dem Kapitel der aufnehmenden Dienststelle gezahlt werden.

[7]) Ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2.

[8]) 2 (2) kw ab 1. 1. 2004.

[9]) 2 (2) kw ab 1. 1. 2005.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:

	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	2	Richter/-in am Arbeitsgericht

Hebung aufgrund gesetzlicher Vorschriften:

	Stellen	
Bes.-Gr. R 1	1	von Bes.-Gr. R 1 mit Zulage – gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO –

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist geändert worden.

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Landesarbeitsgericht	Arbeitsgerichte	Zusammen
R 6	1	—	1
R 3	15	—	15
R 2	—	7	7
R 1	—	50	50
A 13 (g. D.)	1	—	1
A 12	4	3	7
A 11	1	13	14
A 10	—	3	3
A 9 (g. D.)	—	1	1
A 9 (m. D.)	—	1	1
A 8	—	2	2
A 7	1	9	10
A 6	1	—	1
Insgesamt	24	89	113

Leerstellen:

Für 9 (7) beurlaubte bzw. abgeordnete Richter/-innen bzw. Beamte/-innen.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 15 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V b	2	2	2	
V c	10	10	10	
VI b[1][2][4][7][8])	118	118	116	
VII	1	1	1	
VIII	5	5	5	
IX b[6])	2	2	2	
IX b–VII[3])	1	1	1	
	139	139	137	Zusammen
				Leerstellen:[5])
V c	2	2	—	
VI b	12	12	12	
IX b–VII	1	1	1	
	15	15	13	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Stelle darf nur zu 80% besetzt werden.

[2]) Die Sekretärin des Präsidenten des LAG ist für die Dauer der Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b eingruppiert.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[4]) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[5]) 15 (13) kw.

[6]) 1 Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

[7]) 4 kw ab 1. 1. 2004.

[8]) 4 kw ab 1. 1. 2005.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	2	Angestellte in einer Serviceeinheit

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr. BAT	Landesarbeitsgericht	Arbeitsgerichte	Zusammen
V b	2	—	2
V c	2	8	10
VI b	19	99	118
VII	1	—	1
VIII	1	4	5
IX b	1	1	2
IX b–VII	1	—	1
Insgesamt	27	112	139

Leerstellen:

Für 14 (12) Angestellte, die gem. § 50 BAT beurlaubt sind sowie für 1 (1) Angestellte infolge Gewährung einer Rente auf Zeit (§ 59 BAT).

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 9	2	2	1	Rechtspfleger/-in-Anwärter/-in
A 6	—	—	1	Sekretär/-in-Anwärter/-in
	2	2	2	Zusammen
				Arbeiter/-innen
4	1	1	1	
3[1])	1	1	1	
2 a	3	3	3	
	5	5	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 (1) kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	Rechtspfleger/-in-Anwärter/-in

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6	1	Sekretär/-in-Anwärter/-in

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 20 Zentrale Soziale Aufgaben

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[8][12][13][14][19][20][21]
				Feste Gehälter:
B 5	—	—	1	Präsident/-in
B 4	1	1	—	Präsident/-in
B 2	—	—	1	Vizepräsident/-in
B 2	2	2	2	Abteilungsdirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	8	8	7	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[5][10][15]	44	45	47	Direktor/-in
A 14[11][16][17]	17	19	19	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 13[6]	13	13	13	Oberamtsrat/-rätin
A 12	33	33	33	Amtsrat/-rätin
A 11	89	89	94	Amtmann/-männin/-frau
A 10[18]	73	73	76	Oberinspektor/-in
A 9	52	52	52	Inspektor/-in
A 9[3][4][9]	18	18	18	Amtsinspektor/-in
A 8	26	26	24	Hauptsekretär/-in
A 7	23	23	23	Obersekretär/-in
A 6	19	19	19	Sekretär/-in
A 6	—	—	—	Oberamtsmeister/-in
A 5	—	—	—	Oberamtsmeister/-in
	419	422	430	Zusammen
				Leerstellen:[1]
A 11	2	2	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10	14	14	14	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	1	Inspektor/-in
A 8	2	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7	1	1	—	
A 6	1	1	1	Sekretär/-in
	21	21	20	Zusammen
				Stellen zu 422 31:
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	3	Amtsrat/-rätin
A 11	2	2	2	Amtmann/-männin/-frau
A 7	1	1	1	Obersekretär/-in
A 5[7]	—	1	1	Oberamtsmeister/-in
	6	7	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 21 (20) kw.

[2]) Die allen Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2162) vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[3]) 7 Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4]) 1 (1) kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers.

[5]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) ku nach Arbeiter – Sonstige Dienste (Boten usw.) –.

[8]) 4 Stellen dürfen für die Amtsgeschäfte der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsführung für die Stiftung „Familie in Not“ liegt im MFAS.

[9]) 1 (2) kw beim NLZSA infolge Auflösung des Mehrzweckrechenzentrums.

[10]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers. Bei Ausscheiden des Stelleninhabers kann mit Zustimmung des MF eine Stelle mit geringerer Bewertung innerhalb der betreffenden Laufbahngruppe wegfallen.

[11]) 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[12]) – (211) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).

[13]) – (84) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[14]) – (2) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[15]) – (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[16]) – (1) kw mit Ablauf des 31. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[17]) – (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[18]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[19]) 134 (–) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) infolge ZV bis 2003.

[20]) 76 (–) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003.

[21]) 87 (–) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen für 2002

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	1	infolge Verlagerung von Kap. 05 23
Zusammen	1	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	2	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 05 23 1 gem. ZV für 2001 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 42 in 2001
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/ -männin/-frau	5	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (1) LHO nach Kap. 04 01 zum 1. 1. 2002 3 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 04 30 in 2000 1 infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 01 in 2000 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Umsetzung gem. Nr. 8.3 Allgemeine Bestimmungen 2001 nach Kap. 03 20 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Zusammen	9	
verbleiben Abgang	8	

Erläuterungen für 2003

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	1	gem. ZV für 2002 (Vollzug HV Nr. 15)
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	2	gem. ZV für 2002 (Vollzug HV Nr. 16, 17)
Zusammen	3	

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Landesamt		Versorgungsämter		Zusammen	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002
B 5	1	1	—	—	1	1
B 2	2	2	—	—	2	2
A 16	4	4	4	4	8	8
A 15	25	26	19	19	44	45
A 14	2	3	15	16	17	19
A 13	—	—	1	1	1	1
A 13 (geh. D.)	7	7	6	6	13	13
A 12	27	27	6	6	33	33
A 11	64	64	25	25	89	89
A 10	39	39	34	34	73	73
A 9	11	11	41	41	52	52
A 9 (mittl. D.)	13	13	5	5	18	18
A 8	9	9	17	17	26	26
A 7	4	4	19	19	23	23
A 6	5	5	14	14	19	19
Insgesamt	213	215	206	207	419	422

Leerstellen:

Für 21 (20) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubte Beamte/-innen.

Sonstige Veränderungen 2002:

1. Abgang bei Titel 422 31:

	Stellen
Bes.-Gr. A 12	
Amtsrat/-rätin	1

2. Zum finanziellen Ausgleich der Hebungen gem. Nr. 1 (2) Allgem. Bestimmungen 2001 (vgl. sonstige Veränderungen Stellenübersichten, Ziff. 3)

Senkungen:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	nach Bes.-Gr. A 16
Bes.-Gr. A 10	2	nach Bes.-Gr. A 8

3. Änderungen infolge des Gesetzes zur Änderung des Nds. Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668):

	Stellen	
Bes.-Gr. B 5	1	nach Bes.-Gr. B 4
Bes.-Gr. B 2		
Vizepräsident/-in	1	nach Bes.-Gr. B 2 Abteilungsdirektor/-in

Sonstige Veränderungen 2003:

Abgang bei Titel 422 31

	Stellen	
Bes.-Gr. A 5	1	Oberamtsmeister/-in

Die Haushaltsvermerke Nr. 19 bis 21 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 20 Zentrale Soziale Aufgaben

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13	—	—	—	Assessor/-in
A 9	—	—	—	Inspektor/-in z. A.
	—	—	—	Zusammen
				Angestellte[11][12][18]
I b	1	1	1	
II a	2	2	2	
III[8]	11	11	10	
IV a[9]	53	53	51	
IV b	9	9	9	
V b[9]	91	94	113	
V c[3][10]	200	200	174	
VI b[1][2][14]	49	49	61	
VII[6][7][13][15][16]	219	222	247	
VIII[4]	19	19	18	
IX b	3	3	4	
IX b–VII[17]	77	77	95	
	734	740	785	Zusammen
				Leerstellen[5]:
V b	4	4	4	
V c	1	1	1	
VII	6	6	5	
IX b–VII	1	1	5	
	12	12	15	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

[2]) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) 1 (1) Der/die Stelleninhaber/-in ist übertariflich in Verg.-Gr. V c eingruppiert.

[4]) 1 (1) kw gem. Nr. 5 Abs. 5 der Allgem. Bestimmungen 1980.

[5]) 12 (15) kw.

[6]) Hier sind auch die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b –VII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. Fassung des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[7]) Die am 31. Dezember 1983 als Bedienungskräfte des Datenerfassungs- und Terminalsystems Nixdorf 8820 tätigen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf-Systems 8850 und Nachfolgesysteme für ihre Person eine jederzeit widerrufliche Stellenzulage in Höhe von 8 v. H. der Anfangsgrundvergütung der jeweiligen Vergütungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit 2 Halbtagskräften gilt dies entsprechend.

[8]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[9]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[10]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[11]) 6 Stellen dürfen für die Amtsgeschäfte der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsführung für die Stiftung „Familie in Not“ liegt im MFAS.

[12]) Siehe HV Nr. 12–14 Stellenplan Kapitel 05 20.

[13]) – (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[14]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[15]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[16]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 11. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[17]) 1 (1) kw mit Ablauf des 30. 3. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[18]) Siehe HV Nr. 19–21 Stellenplan Kap. 05 20.

Erläuterungen für 2002

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	3	infolge Umsetzung gem. § 50 (2) LHO von Kap. 04 30 (siehe auch Abgänge Bes.-Gr. A 11) in 2000
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 (1) LHO nach Kap. 04 01 zum 1. 1. 2002
Verg.-Gr. V b	7	gem. ZV 2001 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Verg.-Gr. VII	20	davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 05 22 (Teilvollzug HV Nr. 12) 19 gem. ZV für 2001 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Verg.-Gr. VIII	1	gem. ZV für 2001 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Verg.-Gr. IX b–VII	18	gem. ZV für 2001 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Verg.-Gr. IX b	1	gem. ZV für 2001 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Zusammen	48	
verbleiben Abgang	45	

Erläuterungen für 2003

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	3	infolge ZV für 2002 (Teilvollzug HV Nr. 12)
Verg.-Gr. VII	3	davon 2 infolge ZV für 2002 (Teilvollzug HV Nr. 12) 1 infolge ZV für 2002 (Vollzug HV Nr. 13)
Zusammen	6	

Leerstellen:

Für 12 (15) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte Angestellte.

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr.	Landesamt		Versorgungsämter		Zusammen	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002
I b	—	—	1	1	1	1
II a	1	1	1	1	2	2
III	9	9	2	2	11	11
IV a	19	19	34	34	53	53
IV b	4	4	5	5	9	9
V b	5	5	86	89	91	94
V c	18	18	182	182	200	200
VI b	12	12	37	37	49	49
VII	22	22	197	200	219	222
VIII	4	4	15	15	19	19
IX b	—	—	3	3	3	3
IX b–VII (Schreibkräfte)	19	19	58	58	77	77
Insgesamt	113	113	621	627	734	740

Sonstige Veränderungen 2002:

1. Anderweitige Einstufungen gem. Nr. 2 (7) Allgem. Bestimmungen 2001:

Hebungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	12	nach Verg.-Gr. V c
Verg.-Gr. VII	3	nach Verg.-Gr. V c

Senkungen:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	11	nach Verg.-Gr. V c
Verg.-Gr. VII	2	nach Verg.-Gr. VIII

2. Stellenveränderungen gem. Nr. 1 (2) Allgem. Bestimmungen 2001:

Hebungen:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	nach Verg.-Gr. IV a
Verg.-Gr. IV a	1	nach Verg.-Gr. III

(siehe auch sonstige Veränderungen 2002 Stellenplan, Ziff. 2)

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 20 Zentrale Soziale Aufgaben

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst[1])
A 9	22	22	22	Inspektor/-in-Anwärter/-in
A 5	8	8	8	Assistent/-in-Anwärter/-in
	30	30	30	Zusammen
				Arbeiter/-innen[1])[3])
5	2	2	2	
4	14	14	15	
3[2])	8	8	8	
2 a	27	27	28	
1	1	1	1	
	52	52	54	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Siehe HV Nr. 12–14 Stellenplan Kapitel 05 20.
[2]) 1(–) kw mit Ablauf des 30. 6. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
[3]) Siehe HV Nr. 19–21 Stellenplan Kap. 05 20.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a	1	gem. ZV für 2001 (Teilvollzug HV Nr. 1)
Lohn-Gr. 4	1	gem. ZV für 2001 (Teilvollzug HV Nr. 1)
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 21 Niedersächsische Landeskrankenhäuser

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	10	10	10	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[1])	33	33	33	Direktor/-in
A 14	65	65	65	Oberrat/-rätin/
A 13	43	43	43	Rat/Rätin
A 13	9	9	9	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	3	5	Amtsrat/-rätin
A 11[7])	10	10	9	Amtmann/-männin/-frau, Erste Oberin, Erster Pflegevorsteher
A 10[8])	12	12	12	Oberinspektor/-in, Erste Oberin, Erster Pflegevorsteher
A 9	2	2	1	Inspektor/-in
A 9[2])	3	3	3	Pflegevorsteher/Oberin
A 9[3])	47	47	47	Pflegevorsteher/Oberin
A 9	233	233	233	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in
A 8	201	201	201	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in, Hauptsekretär/-in
A 7[4])	72	72	72	Stationspfleger/-schwester
A 7	47	47	47	Krankenpfleger/-schwester, Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in
	790	790	790	Zusammen
				Leerstellen:[6])
A 13	2	2	2	Rat/Rätin
A 9	—	—	—	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in
A 8	1	1	1	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in
A 7	1	1	1	Stationspfleger/-schwester
	4	4	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Stelle darf nur mit Zustimmung des MF besetzt werden (LKH Göttingen).

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten Amtszulagen gem. Fußnoten 6 und 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO.

[6]) 4 (4) kw.

[7]) 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 11 LBesO.

[8]) 1 Stelleninhaber/-in erhält eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 10 LBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erfolgte Umsetzungen gem. § 50 Abs. 2 LHO:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	2	nach Kap. 05 01
Bes.-Gr. A 11	1	von Kap. 05 01
Bes.-Gr. A 9	1	von Kap. 05 01

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Stellenbezeichnung	LKH Brauel	LKH Göttingen	LKH Hildesheim	LKH Königslutter	LKH Lüneburg	LKH Moringen	LKH Osnabrück	LKH Tiefenbrunn	LKH Wehnen	LKH Wunstorf	Zusammen
A 16	Leitende(r) Direktor/-in	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	10
A 15	Direktor/-in	1	4	4	4	3	4	2	2	5	4	33
A 14	Oberrat/-rätin/	—	8	5	8	10	3	5	4	10	12	65
A 13	Rat/Rätin	2	2	14	2	6	3	5	3	2	4	43
A 13	Oberamtsrat/-rätin	1	1	1	1	1	1	1	—	1	1	9
A 12	Amtsrat/-rätin	—	—	—	1	—	—	1	1	—	—	3
A 11	Amtmann/-männin/-frau, Erste Oberin/Erster Pflegevorsteher	1	2	2	2	2	—	—	—	1	—	10
A 10	Oberinspektor/-in, Erste Oberin/ Erster Pflegevorsteher	—	—	1	1	2	2	1	1	—	4	12
A 9	Inspektor/-in	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	2
A 9	Pflegevorsteher/Oberin mit Amtszulage (Fußnoten 6 und 7)	—	—	1	—	—	—	1	—	—	1	3
A 9	Pflegevorsteher/Oberin mit Amtszulage (Fußnote 6)	—	6	3	8	8	5	9	—	4	4	47
A 9	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in	1	30	24	28	30	26	38	—	21	35	233
A 8	Abteilungspfleger/ -schwester, Hauptwerkmeister/-in, Hauptsekretär/-in	—	35	16	23	33	29	26	1	14	24	201
A 7	Stationspfleger/-schwester	—	3	12	16	11	6	16	—	1	7	72
A 7	Krankenpfleger/-schwester, Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in	—	5	9	3	5	5	5	—	3	12	47
	Insgesamt	7	97	93	99	112	85	111	13	63	110	790

Leerstellen:

Für 4 (4) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubte Beamte/-innen.

Von den Planstellen des mittleren Dienstes entfallen auf

Bes.-Gr.	Werkdienst bei den LKH – mittlerer technischer Dienst – (§ 1 Nr. 6 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG)	Krankenpflegedienst (Sonderlaufbahn nach § 24 BBesG)	Zusammen
A 9 (mit Amtszulagen nach Fußnoten 6 u. 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO	—	3	3
A 9 (mit Amtszulage nach Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO)	—	47	47
A 9	1	232	233
A 8	21	179	200
A 7 (mit Amtszulage nach Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO)	—	72	72
A 7	5	40	45
Zusammen	27	573	600

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (4 (5) kw) ist verändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 (4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 10 LBesO) ist verändert worden.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 22 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	4	4	4	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –
A 15[2])[6])	13	13	13	Studiendirektor/-in
A 14	68	68	68	Oberstudienrat/-rätin
A 13[3])	117	117	117	Studienrat/-rätin
A 13	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12[7])	2	2	2	Lehrer/-in – bei einer Schule für Gehörlose und Schwerhörige –
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin
A 10[10])	10	10	10	Lehrer/-in für Fachpraxis
A 9[11])	2	2	2	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7	1	1	1	Obersekretär/-in
	223	223	223	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[8])	1	1	1	Studienrat/-rätin

Haushaltsvermerke

[1]) Die ausgebrachten Planstellen dürfen im Bedarfsfalle in dem Umfange mit mehreren Beamten, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilzeitbeschäftigung der Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf kann auch eine Lehrkraft, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stellen geführt werden.

[2]) 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 LBesO.

[3]) 20 (20) Stellen dürfen gem. § 49 Abs. 3 Satz 2 LHO mit Lehrkräften des gehobenen Dienstes besetzt werden.

[6]) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 12 LBesO.

[8]) 1 (1) kw.

[10]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Lehrers/-in für Fachpraxis erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 LBesO.

[11]) 1 (1) kw nicht vor dem 31. 12. 2000 beim LBZH Braunschweig.

Erläuterungen zum Stellenplan

Folgende Lehrkräfte an der staatlich anerkannten privaten Sonderschule für zusätzlich behinderte gehörlose Kinder und Jugendliche im Karl-Luhmann-Heim in Osnabrück sind hier veranschlagt:

	Stellen 2003	Stellen 2002	Stellen 2001
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in	—	—	—
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/--rätin	2	2	2

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 4 mit folgendem Wortlaut:

[4]) – (1) kw (Kapitel 05 22 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)

infolge Abgangs einer Stelle in den Stellenübersichten.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 22 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	1	1	1	
III	1	1	1	
IV b[2])	5	5	5	
V b[5])	48	48	48	
V c	61	61	61	
VI b	3	3	3	
VII[3])	21	21	20	
VIII	2	2	2	
IX b–VII[6])	5	5	5	
Sondervergütung*)	6	7	7	
	153	154	153	Zusammen
				Leerstellen[4]):
V b	—	—	2	

Haushaltsvermerke

[2]) 1 (1) Stelle darf nur zu $^3/_4$ besetzt werden.

[3]) 1 (–) kw beim LBZH Oldenburg ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[4]) – (2) kw.

[5]) 40 (40) ku nach Verg.-Gr. V c BAT nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen im Sozial- und Erziehungsdienst.

[6]) 1 (1) kw nicht vor dem 31. 12. 2000 beim LBZH Hildesheim.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugänge: Stellen
Verg.-Gr. VII 1 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 20

Abgänge:
Sondervergütung 1 ab 1. 1. 2003 gem. ZV für 2002 (HV Nr. 1)

Leerstellen:
Für – (2) gem. § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte Angestellte.

*) Praktikanten/-innen des Sozial- und Erziehungsdienstes – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt.) vom 23. 3. 1991.

Sonstige Veränderungen:
Wegfall des HV Nr. 1 (Siehe HV Nr. 4 zum Stellenplan Kapitel 05 22.) infolge Vollzugs.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
6	1	1	1	
5	5	5	5	
4	9	9	9	
3[2])	7	7	7	
2 a	10	10	10	
2	21	21	21	
1	3	3	3	
	56	56	56	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) 2 (–) kw beim LBZH Braunschweig ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sonstige Veränderungen:
Wegfall des HV Nr. 1 (Siehe HV Nr. 4 zum Stellenplan Kapitel 05 22.) infolge Abgangs einer Stelle in den Stellenübersichten.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 23 Landesbildungszentrum für Blinde

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Landesbildungszentrums für Blinde mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –
A 15[2])	7	7	7	Studiendirektor/-in
A 15	1	1	—	Direktor/-in
A 14[3])	20	20	20	Oberstudienrat/-rätin
A 14	—	—	1	Oberrat/-rätin
A 13[4])[10])	41	41	41	Studienrat/-rätin
A 12[5])[7])	1	1	1	Technische(r) Lehrer/-in mit der Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen – bei einer Blindenschule –
A 10	2	2	2	Jugendleiterin
A 10	1	1	1	Oberinspektor/-in
A 8	1	1	1	Abteilungsschwester
A 7	1	1	1	Obersekretär/-in
	76	76	76	Zusammen
				Leerstellen:[8])
A 13	1	1	1	Studienrat/-rätin

Haushaltsvermerke

[1]) Die ausgebrachten Planstellen dürfen im Bedarfsfalle in dem Umfang mit mehreren Beamten, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilzeitbeschäftigung der Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf kann auch eine Lehrkraft, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stellen geführt werden.

[2]) 2 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 LBesO.

[3]) 8 Stelleninhaber/-innen erhalten als Taubblindenlehrer/-innen eine ruhegehaltsfähige Stellenzulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 14 LBesO.

[4]) 8 Stellen dürfen gemäß § 49 Abs. 3 Satz 2 LHO mit Lehrkräften des gehobenen Dienstes besetzt werden.

[5]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 12 Anh. LBesO.

[7]) 1 (1) ku in Lehrer/-in – bei einer Schule für Blinde –.

[8]) 1 (1) kw.

[10]) 8 (8) Stelleninhaber/-innen erhalten als Taubblindenlehrer/-innen eine ruhegehaltsfähige Stellenzulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Folgende Lehrkräfte an der staatlich anerkannten privaten Schule für Taubblinde (Sonderschule) im Deutschen Taubblindenwerk sind hier veranschlagt:

	Stellen 2003	Stellen 2002	Stellen 2001
Bes.-Gr. A 15			
Studiendirektor/-in	3	3	3
Bes.-Gr. A 14			
Oberstudienrat/-rätin	8	8	8
Bes.-Gr. A 13			
Studienrat/-rätin	8	8	8
Bes.-Gr. A 12			
Technische(r) Lehrer/-in	1	1	1
Bes.-Gr. A 10			
Jugendleiterinnen	2	2	2
Zusammen	22	22	22

Leerstellen:

Für 1 (1) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubten Beamten/-in.

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 20

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kapitel 05 20

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 6 mit folgendem Wortlaut:

[6]) – (2) kw (Kapitel 05 23 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)

infolge Abgang von 2 Stellen in den Stellenübersichten.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 23 Landesbildungszentrum für Blinde

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 12	2	2	2	
				Angestellte
II a	2	2	2	
IV b	9	9	9	
Kr. V	3	3	3	
V b[1])	23	23	23	
V c	43	43	43	
VI b	3	3	3	
VII	12	12	12	
Sondervergütung*)	1	3	3	
VIII	4	4	4	
IX b–VII	1	1	1	
	101	103	103	Zusammen

*) Praktikanten/-innen des Sozial- und Erziehungsdienstes – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 23. 3. 1991.

Haushaltsvermerke

[1]) 18 (18) ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhabers/Stelleninhaberin im Sozial- und Erziehungsdienst.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2003:

Abgang: Stellen
Sondervergütung 2 gem. ZV für 2002 (HV Nr. 2)

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 2 (Siehe HV Nr. 6 zum Stellenplan Kapitel 05 23.) infolge Vollzugs.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
5	1	1	1	
4	5	5	5	
3	1	1	1	
2 a	4	4	4	
2	10	10	10	
1	12	12	12	
	33	33	33	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 1 (Siehe HV Nr. 6 zum Stellenplan Kapitel 05 23.) infolge Abgangs von 2 Stellen in den Stellenübersichten.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 40 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	3	3	3	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[1])[2])	9	9	9	Direktor/-in
A 14[5])	7	7	7	Oberrat/-rätin
A 11	5	5	5	Amtmann/-männin/-frau
	24	24	24	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31
A 15	—	—	1	Direktor/-in
				Leerstellen:[4])
A 15	1	1	1	Direktor/-in

Haushaltsvermerke

[1]) 3 (3) ku nach Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin) nach Ausscheiden des Stelleninhabers (gilt nur für Medizinaldirektor/-in).

[2]) 1 (1) ku nach Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin) nach Ausscheiden des Stelleninhabers (gilt nur für Pharmaziedirektor/-in bei der Bez.-Reg. Hannover).

[4]) 1 (1) kw.

[5]) 1 (1) kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des HV Nr. 3 (Bei Bedarf kann 1 (1) Stelle der Bes.-Gr. A 15 aus Kapitel 05 04 im Austausch gegen 1 (1) Stelle der Bes.-Gr. A 16 in Anspruch genommen werden.).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 42 Landesgesundheitsamt

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[2][3][4]
				Feste Gehälter:
B 3[1]	1	1	1	Präsident/-in des Landesgesundheitsamtes
				Aufsteigende Gehälter:
A 15	5	5	5	Direktor/-in
A 14	11	11	10	Oberrat/-rätin
A 13	6	6	6	Rat/Rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	3	3	Oberinspektor/-in
	28	28	27	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	—	—	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin
	1	1	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der Stelleninhaber erhält für seine Person Bezüge nach Bes.-Gr. B 6.

[2]) — (1) kw (Kapitel 05 42 insgesamt) infolge ZV bis 2003 mit Ablauf des 31. 12. 2002 (2002).

[3]) 2 (2) kw (Kapitel 05 42 insgesamt) infolge ZV bis 2003 mit Ablauf des 31. 12. 2003 (2003).

[4]) 15 (—) kw (Kapitel 05 42 insgesamt) ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 20

Sonstige Veränderungen:

Wegfall 1 Stelle zu Titel 422 31 infolge Ausscheidens des Stelleninhabers wegen Eintritts in den Ruhestand.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ([2]) 1 (—) kw (Kapitel 05 42 insgesamt) infolge ZV bis 2003 mit Ablauf des 31. 12. 2002 (2002).) ist verändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ([3]) 2 (—) kw (Kapitel 05 42 insgesamt) infolge ZV bis 2003 mit Ablauf des 31. 12. 2003 (2003).) ist verändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[2]
I a	2	2	2	
II a[3])	7	6	5	
IV a	2	2	2	
V b	18	17	16	
V c	34	34	34	
VI b	40	36	32	
VII[1])	10	10	10	
VIII	1	2	3	
	114	109	104	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 (1) Stelle darf nur mit einer/einem nicht vollbeschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

[2]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bis 4 zum Stellenplan bei Kapitel 05 42

[3]) 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärztinnen/Ärzten im Praktikum besetzt werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VIII	1	umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kap. 05 20

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	neue Stelle gegen Einsparung von Mitteln bei Kapitel 05 40, TGr. 78
Verg.-Gr. V b	1	jeweils zum Aufbau und Betrieb der Vertrauensstelle nach dem Krebsregistergesetz
Verg.-Gr. VI b	4	

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VIII	1	gem. ZV für 2002 (Vollzug HV Nr. 2 zum Stellenplan)

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	jeweils zum Aufbau und Betrieb der Vertrauensstelle nach dem Krebsregistergesetz
Verg.-Gr. V b	1	
Verg.-Gr. VI b	4	

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 42 Landesgesundheitsamt

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bis 4 zum Stellenplan bei Kapitel 05 42
				Arbeiter/-innen[1])	
4	14	14	14		
3	2	2	2		
2 a	2	2	2		
2	1	1	1		
	19	19	19	Zusammen	

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 71 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) kw. [2]) 1 (—) kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	1	Ltd. Direktor/-in	
A 15	2	2	2	Direktor/-in	
A 14	6	6	6	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	5	5	5	Amtsrat/-rätin	
A 11	19	19	19	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	4	4	4	Oberinspektor/-in[2])	
	38	38	38	Zusammen	
				Stellen zu Titel 422 31:	
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	3	3	3	Amtmann/-männin/-frau	
	5	5	5	Zusammen	
				Leerstellen[1]):	
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
	1	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) kw. [2]) 2 (—) kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
				Angestellte	
IV a	20	20	20	Sozial- und Erziehungsdienst[2])	
	20	20	20	Zusammen	
				Leerstellen:[1])	
IV b	1	1	1	Verwaltungsdienst	
	1	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 sind neu ausgebracht worden.

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 06

Ministerium

für Wissenschaft und Kultur

Vorwort zum Einzelplan 06

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 06 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, und zwar:

des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (Kap. 06 01)

der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 06 02)

der Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen (Kap. 06 03)

der Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG (Kap. 06 04)

der Ausbildungsförderung, sonstigen Förderung von Studierenden (Kap. 06 05)

der Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (Kap. 06 06)

der Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung (Kap. 06 07)

der Förderung der Wissenschaft allgemein (Kap. 06 08)

der zusätzlichen Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre (Kap. 06 09)

der Universität Göttingen (Kap. 06 10)

der Kliniken der Universität Göttingen (Kap. 06 12)

der Universität Oldenburg (Kap. 06 13)

der Universität Osnabrück (Kap. 06 14)

der Technischen Universität Braunschweig (Kap. 06 15)

der Technischen Universität Clausthal (Kap. 06 16)

der Universität Hannover (Kap. 06 17)

der Hochschule Vechta (Kap. 06 18)

der Medizinischen Hochschule Hannover (Kap. 06 19)

der Tierärztlichen Hochschule Hannover (Kap. 06 21)

der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (Kap. 06 22)

der Hochschule für Musik und Theater Hannover (Kap. 06 23)

der Universität Hildesheim (Kap. 06 29)

der Universität Lüneburg (Kap. 06 30)

der Fachhochschule Osnabrück (Kap. 06 33)

der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen (Kap. 06 34)

der Fachhochschule Nordostniedersachsen (Kap. 06 36)

der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (Kap. 06 37)

der Fachhochschule Hannover (Kap. 06 38)

der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven (Kap. 06 39)

der Landesbibliothek Hannover (Kap. 06 45)

der Landesbibliothek Oldenburg (Kap. 06 46)

der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (Kap. 06 47)

des Instituts für Vogelforschung – Vogelwarte Helgoland – in Wilhelmshaven-Rüstersiel (Kap. 06 49)

des Instituts für historische Küstenforschung (Kap. 06 50)

der Technischen Informationsbibliothek an der Universität Hannover (Kap. 06 51)

des Staatstheaters Braunschweig (Kap. 06 60)

des Oldenburgischen Staatstheaters (Kap. 06 61)

der Museen (Kap. 06 65)

der Förderung der nichtstaatlichen Theater sowie der Sozio-Kultur und der kulturellen Jugendbildung (Kap. 06 74)

der Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein (Kap. 06 75)

der Denkmalpflege (Kap. 06 76)

der Öffentlichen Gärten (Kap. 06 77)

der Klosterkammer Hannover (Kap. 06 79 – nur persönliche Verwaltungsausgaben sowie Stellenplan, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)

der Erwachsenenbildung (Kap. 06 80)

der Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz (Kap. 06 96)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Mit dem 1. 1. 2003 soll die Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (Kap. 06 51) in einen Landesbetrieb gemäß § 26 LHO mit kaufmännischer Buch- und Wirtschaftsführung umgewandelt werden.

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sind in den Kapiteln 20 51 bis 20 53 und 20 60 bis 20 69 des Einzelplans 20 – Hochbaumaßnahmen – ausgewiesen.

Weitere Hochschulbaumaßnahmen sind in den Kapiteln 06 03 und 06 04 veranschlagt.

Darüber hinaus werden Hochschulbaumaßnahmen auch aus dem Kapitel 06 09 (VW-Vorab) finanziert.

Die Zuweisungen für die von der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen zu finanzierenden Bauvorhaben sind im Kapitel 20 69 ausgebracht.

Eine Darstellung des Hochschulbauplafonds ist in den allgemeinen Erläuterungen zu Kap. 06 03 ausgebracht.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0601	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	40.000	—	—	40.000	7.070.000	1.564.000
0602	Allgemeine Bewilligungen	—	8.000	—	—	8.000	951.000	1.412.000
0603	Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen	—	—	—	—	—	—	—
0604	Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG	—	—	—	68.318.000	68.318.000	—	—
0605	Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden	—	115.000	75.013.000	—	75.128.000	—	—
0606	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)	—	174.000	—	—	174.000	—	—
0607	Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung	—	1.483.000	14.105.000	3.213.000	18.801.000	—	—
0608	Förderung der Wissenschaft allgemein	—	274.000	7.379.000	125.000	7.778.000	4.160.000	2.405.000
0609	Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre	—	—	—	30.678.000	30.678.000	—	—
0610	Universität Göttingen	—	2.018.000	—	—	2.018.000	—	—
0612	Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -	—	2.275.000	—	—	2.275.000	—	—
0613	Universität Oldenburg	—	1.084.000	—	—	1.084.000	—	—
0614	Universität Osnabrück	—	992.000	—	—	992.000	—	—
0615	Technische Universität Braunschweig	—	1.354.000	—	—	1.354.000	—	—
0616	Technische Universität Clausthal	—	305.000	—	—	305.000	—	—
0617	Universität Hannover	—	3.068.000	—	—	3.068.000	—	—
0618	Hochschule Vechta	—	187.000	—	—	187.000	—	—
0619	Medizinische Hochschule Hannover	—	334.000	—	—	334.000	—	—
0621	Tierärztliche Hochschule Hannover	—	176.000	—	—	176.000	—	—
0622	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	—	106.000	—	—	106.000	—	—
0623	Hochschule für Musik und Theater Hannover	—	106.000	—	—	106.000	—	—
0629	Universität Hildesheim	—	362.000	—	—	362.000	—	—

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	42.000	-9.226.000	-550.000	590.000	2.382.312	-1.792.312	—
5.259.000	—	—	—	7.622.000	-7.614.000	-7.699.543	85.543	—
—	—	49.365.000	213.000	49.578.000	-49.578.000	-12.936.195	-36.641.805	—
—	—	36.850.000	—	36.850.000	31.468.000	-24.392.407	55.860.407	102.861.000
143.000.000	—	1.381.000	—	144.381.000	-69.253.000	-91.584.852	22.331.852	—
1.767.000	—	39.000	—	1.806.000	-1.632.000	-1.826.795	194.795	—
138.592.000	—	9.476.000	—	148.068.000	-129.267.000	-132.918.149	3.651.149	1.409.000
53.260.000	—	4.504.000	125.000	64.454.000	-56.676.000	-55.493.218	-1.182.782	22.970.000
29.911.000	—	—	767.000	30.678.000	—	—	—	20.452.000
221.349.000	—	1.993.000	—	223.342.000	-221.324.000	-220.604.501	-719.499	1.871.000
133.186.000	—	10.456.000	—	143.642.000	-141.367.000	-140.650.057	-716.943	—
86.545.000	—	530.000	—	87.075.000	-85.991.000	-85.044.150	-946.850	307.000
75.117.000	—	583.000	—	75.700.000	-74.708.000	-71.987.545	-2.720.455	292.000
154.491.000	—	1.817.000	—	156.308.000	-154.954.000	-152.226.830	-2.727.170	3.988.000
58.714.000	—	219.000	—	58.933.000	-58.628.000	-56.170.731	-2.457.269	1.411.000
206.049.000	—	2.491.000	—	208.540.000	-205.472.000	-200.888.063	-4.583.937	5.036.000
16.414.000	—	202.000	—	16.616.000	-16.429.000	-15.508.555	-920.445	—
143.382.000	—	5.623.000	—	149.005.000	-148.671.000	-148.447.462	-223.538	—
52.894.000	—	511.000	—	53.405.000	-53.229.000	-49.172.371	-4.056.629	435.000
12.854.000	—	97.000	—	12.951.000	-12.845.000	-12.713.119	-131.881	10.000
16.532.000	—	216.000	—	16.748.000	-16.642.000	-16.510.023	-131.977	—
23.003.000	—	169.000	—	23.172.000	-22.810.000	-22.032.283	-777.717	87.000

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0630	Universität Lüneburg	—	671.000	—	—	671.000	—	—
0633	Fachhochschule Osnabrück	—	600.000	—	—	600.000	—	—
0634	Fachhochschule Hi/Holzm./Gö	—	536.000	—	—	536.000	—	—
0636	Fachhochschule Nordostniedersachsen	—	388.000	—	—	388.000	—	—
0637	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	—	530.000	—	—	530.000	—	—
0638	Fachhochschule Hannover	—	538.000	—	—	538.000	—	—
0639	FH Old./Ostfr./Whv	—	744.000	—	—	744.000	—	—
0645	Niedersächsische Landesbibliothek Hannover	—	31.000	752.000	—	783.000	7.307.000	3.510.000
0646	Landesbibliothek Oldenburg	—	19.000	1.000	—	20.000	1.541.000	605.000
0647	Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel	—	384.000	1.028.000	—	1.412.000	4.690.000	2.351.000
0649	Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel	—	13.000	108.000	—	121.000	1.092.000	207.000
0650	Institut für historische Küstenforschung	—	6.000	134.000	—	140.000	954.000	137.000
0651	Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover	—	1.986.000	4.480.000	353.000	6.819.000	5.932.000	9.964.000
0660	Staatstheater Braunschweig	—	—	7.983.000	—	7.983.000	—	—
0661	Oldenburgisches Staatstheater	—	2.317.000	4.262.000	—	6.579.000	17.173.000	1.718.000
0665	Museen	—	193.000	431.000	—	624.000	8.727.000	4.239.000
0674	Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung	—	105.000	—	—	105.000	—	5.113.000
0675	Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein	—	139.000	—	—	139.000	1.000	185.000
0676	Denkmalpflege	—	33.000	—	—	33.000	7.061.000	1.075.000
0677	Öffentliche Gärten	—	13.000	159.000	—	172.000	542.000	51.000
0679	Klosterkammer Hannover	—	—	3.684.000	—	3.684.000	3.684.000	—
0680	Erwachsenenbildung	—	156.000	—	—	156.000	—	—
0696	Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2002	—	23.863.000	119.519.000	102.687.000	246.069.000	70.885.000	34.536.000
	Summe 2001	—	35.888.397	115.304.193	106.541.878	257.734.468	91.304.971	40.270.986
	2002 mehr/weniger (-)	—	-12.025.397	4.214.807	-3.854.878	-11.665.468	-20.419.971	-5.734.986

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
27.453.000	—	314.000	—	27.767.000	-27.096.000	-25.549.409	-1.546.591	62.000
40.874.000	—	335.000	—	41.209.000	-40.609.000	-38.531.876	-2.077.124	123.000
32.358.000	—	286.000	—	32.644.000	-32.108.000	-30.818.271	-1.289.729	16.000
24.358.000	—	177.000	—	24.535.000	-24.147.000	-23.133.913	-1.013.087	13.000
31.691.000	—	276.000	—	31.967.000	-31.437.000	-29.850.446	-1.586.554	41.000
38.937.000	—	334.000	—	39.271.000	-38.733.000	-40.537.060	1.804.060	11.000
56.977.000	—	470.000	—	57.447.000	-56.703.000	-57.561.393	858.393	39.000
104.000	—	22.000	755.000	11.698.000	-10.915.000	-11.642.732	727.732	—
2.000	—	14.000	252.000	2.414.000	-2.394.000	-2.281.949	-112.051	—
209.000	—	30.000	569.000	7.849.000	-6.437.000	-6.283.576	-153.424	—
—	—	—	143.000	1.442.000	-1.321.000	-1.315.912	-5.088	—
—	—	—	138.000	1.229.000	-1.089.000	-1.117.121	28.121	—
21.000	153.000	1.022.000	877.000	17.969.000	-11.150.000	-10.404.996	-745.004	300.000
24.808.000	—	205.000	6.000	25.019.000	-17.036.000	-16.889.710	-146.290	—
27.000	—	153.000	670.000	19.741.000	-13.162.000	-13.472.948	310.948	—
4.972.000	—	2.793.000	2.234.000	22.965.000	-22.341.000	-15.422.762	-6.918.238	—
68.886.000	—	87.000	—	74.086.000	-73.981.000	-80.165.711	6.184.711	5.250.000
16.604.000	—	4.840.000	—	21.630.000	-21.491.000	-17.803.334	-3.687.666	—
296.000	—	3.684.000	480.000	12.596.000	-12.563.000	-13.679.052	1.116.052	1.534.000
5.000	—	36.000	96.000	730.000	-558.000	-519.933	-38.067	—
—	—	—	—	3.684.000	—	-2	2	—
51.189.000	—	—	—	51.189.000	-51.033.000	-50.555.007	-477.993	—
—	—	—	—	—	—	11.171.728	-11.171.728	—
1.992.090.000	153.000	141.642.000	-1.901.000	2.237.405.000	-1.991.336.000	-1.992.789.922	1.453.922	168.518.000
1.933.388.841	153.388	181.107.208	4.298.996	2.250.524.390				305.576.560
58.701.159	-388	-39.465.208	-6.199.996	-13.119.390				-137.058.560

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0601	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	34.000	—	—	34.000	8.046.000	1.569.000
0602	Allgemeine Bewilligungen	—	8.000	—	—	8.000	959.000	1.417.000
0603	Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen	—	—	—	—	—	—	—
0604	Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG	—	—	—	71.776.000	71.776.000	—	—
0605	Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden	—	115.000	76.385.000	—	76.500.000	—	—
0606	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)	—	—	—	—	—	—	—
0607	Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung	—	1.483.000	13.009.000	3.023.000	17.515.000	—	—
0608	Förderung der Wissenschaft allgemein	—	274.000	7.801.000	125.000	8.200.000	4.020.000	2.405.000
0609	Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre	—	—	—	30.678.000	30.678.000	—	—
0610	Universität Göttingen	—	3.621.000	—	—	3.621.000	—	—
0612	Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -	—	2.418.000	—	—	2.418.000	—	—
0613	Universität Oldenburg	—	2.183.000	—	—	2.183.000	—	—
0614	Universität Osnabrück	—	1.799.000	—	—	1.799.000	—	—
0615	Technische Universität Braunschweig	—	2.480.000	—	—	2.480.000	—	—
0616	Technische Universität Clausthal	—	374.000	—	—	374.000	—	—
0617	Universität Hannover	—	5.169.000	—	—	5.169.000	—	—
0618	Hochschule Vechta	—	298.000	—	—	298.000	—	—
0619	Medizinische Hochschule Hannover	—	548.000	—	—	548.000	—	—
0621	Tierärztliche Hochschule Hannover	—	200.000	—	—	200.000	—	—
0622	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	—	196.000	—	—	196.000	—	—
0623	Hochschule für Musik und Theater Hannover	—	133.000	—	—	133.000	—	—
0629	Universität Hildesheim	—	578.000	—	—	578.000	—	—

Ausgaben					2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	25.000	-9.226.000	414.000	-380.000	590.000	-970.000	—
5.074.000	—	—	—	7.450.000	-7.442.000	-7.614.000	172.000	—
—	—	12.437.000	247.000	12.684.000	-12.684.000	-49.578.000	36.894.000	—
—	—	57.695.000	1.000.000	58.695.000	13.081.000	31.468.000	-18.387.000	92.526.000
146.504.000	—	1.381.000	—	147.885.000	-71.385.000	-69.253.000	-2.132.000	—
1.765.000	—	147.000	—	1.912.000	-1.912.000	-1.632.000	-280.000	840.000
141.764.000	—	7.864.000	—	149.628.000	-132.113.000	-129.267.000	-2.846.000	2.000.000
54.188.000	—	4.504.000	125.000	65.242.000	-57.042.000	-56.676.000	-366.000	18.700.000
30.678.000	—	—	—	30.678.000	—	—	—	20.452.000
220.919.000	—	1.905.000	—	222.824.000	-219.203.000	-221.324.000	2.121.000	1.871.000
134.244.000	—	9.050.000	—	143.294.000	-140.876.000	-141.367.000	491.000	—
88.062.000	—	543.000	—	88.605.000	-86.422.000	-85.991.000	-431.000	307.000
74.285.000	—	595.000	—	74.880.000	-73.081.000	-74.708.000	1.627.000	292.000
153.543.000	—	1.843.000	—	155.386.000	-152.906.000	-154.954.000	2.048.000	3.988.000
58.570.000	—	225.000	—	58.795.000	-58.421.000	-58.628.000	207.000	1.411.000
205.584.000	—	2.531.000	—	208.115.000	-202.946.000	-205.472.000	2.526.000	5.036.000
16.402.000	—	204.000	—	16.606.000	-16.308.000	-16.429.000	121.000	—
142.487.000	—	5.623.000	—	148.110.000	-147.562.000	-148.671.000	1.109.000	—
54.162.000	—	517.000	—	54.679.000	-54.479.000	-53.229.000	-1.250.000	435.000
12.857.000	—	92.000	—	12.949.000	-12.753.000	-12.845.000	92.000	10.000
16.444.000	—	218.000	—	16.662.000	-16.529.000	-16.642.000	113.000	—
22.796.000	—	173.000	—	22.969.000	-22.391.000	-22.810.000	419.000	87.000

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0630	Universität Lüneburg	—	1.181.000	—	—	1.181.000	—	—
0633	Fachhochschule Osnabrück	—	750.000	—	—	750.000	—	—
0634	Fachhochschule Hi/Holzm./Gö	—	751.000	—	—	751.000	—	—
0636	Fachhochschule Nordostniedersachsen	—	586.000	—	—	586.000	—	—
0637	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	—	779.000	—	—	779.000	—	—
0638	Fachhochschule Hannover	—	881.000	—	—	881.000	—	—
0639	FH Old./Ostfr./Whv	—	1.003.000	—	—	1.003.000	—	—
0645	Niedersächsische Landesbibliothek Hannover	—	31.000	752.000	—	783.000	7.341.000	3.396.000
0646	Landesbibliothek Oldenburg	—	19.000	1.000	—	20.000	1.544.000	608.000
0647	Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel	—	384.000	1.028.000	—	1.412.000	4.700.000	2.356.000
0649	Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel	—	13.000	108.000	—	121.000	1.096.000	207.000
0650	Institut für historische Küstenforschung	—	6.000	134.000	—	140.000	956.000	137.000
0651	Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover	—	1.986.000	4.604.000	108.000	6.698.000	6.054.000	10.249.000
0660	Staatstheater Braunschweig	—	—	7.779.000	—	7.779.000	—	—
0661	Oldenburgisches Staatstheater	—	2.317.000	4.195.000	—	6.512.000	17.304.000	1.718.000
0665	Museen	—	193.000	431.000	—	624.000	8.735.000	3.999.000
0674	Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung	—	105.000	—	—	105.000	—	5.113.000
0675	Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein	—	139.000	—	—	139.000	1.000	185.000
0676	Denkmalpflege	—	33.000	—	—	33.000	7.042.000	1.085.000
0677	Öffentliche Gärten	—	13.000	159.000	—	172.000	543.000	53.000
0679	Klosterkammer Hannover	—	—	3.684.000	—	3.684.000	3.684.000	—
0680	Erwachsenenbildung	—	156.000	—	—	156.000	—	—
0696	Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2003	—	33.237.000	120.070.000	105.710.000	259.017.000	72.025.000	34.497.000
	Summe 2002	—	23.863.000	119.519.000	102.687.000	246.069.000	70.885.000	34.536.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	9.374.000	551.000	3.023.000	12.948.000	1.140.000	-39.000

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
27.760.000	—	322.000	—	28.082.000	-26.901.000	-27.096.000	195.000	62.000
41.101.000	—	344.000	—	41.445.000	-40.695.000	-40.609.000	-86.000	123.000
32.560.000	—	293.000	—	32.853.000	-32.102.000	-32.108.000	6.000	16.000
24.062.000	—	182.000	—	24.244.000	-23.658.000	-24.147.000	489.000	13.000
31.767.000	—	282.000	—	32.049.000	-31.270.000	-31.437.000	167.000	41.000
38.498.000	—	342.000	—	38.840.000	-37.959.000	-38.733.000	774.000	11.000
56.597.000	—	482.000	—	57.079.000	-56.076.000	-56.703.000	627.000	39.000
104.000	—	31.000	755.000	11.627.000	-10.844.000	-10.915.000	71.000	—
2.000	—	11.000	252.000	2.417.000	-2.397.000	-2.394.000	-3.000	—
209.000	—	24.000	569.000	7.858.000	-6.446.000	-6.437.000	-9.000	—
—	—	—	143.000	1.446.000	-1.325.000	-1.321.000	-4.000	—
—	—	—	138.000	1.231.000	-1.091.000	-1.089.000	-2.000	—
39.000	—	360.000	883.000	17.585.000	-10.887.000	-11.150.000	263.000	—
24.198.000	—	205.000	6.000	24.409.000	-16.630.000	-17.036.000	406.000	—
27.000	—	153.000	670.000	19.872.000	-13.360.000	-13.162.000	-198.000	—
5.019.000	—	1.058.000	2.234.000	21.045.000	-20.421.000	-22.341.000	1.920.000	—
70.601.000	—	87.000	—	75.801.000	-75.696.000	-73.981.000	-1.715.000	—
16.759.000	—	1.925.000	—	18.870.000	-18.731.000	-21.491.000	2.760.000	—
296.000	—	3.684.000	480.000	12.587.000	-12.554.000	-12.563.000	9.000	1.534.000
5.000	—	—	96.000	697.000	-525.000	-558.000	33.000	—
—	—	—	—	3.684.000	—	—	—	—
51.701.000	—	—	—	51.701.000	-51.545.000	-51.033.000	-512.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.001.633.000	—	117.357.000	-1.628.000	2.223.884.000	-1.964.867.000	-1.991.336.000	26.469.000	149.794.000
1.992.090.000	153.000	141.642.000	-1.901.000	2.237.405.000				168.518.000
9.543.000	-153.000	-24.285.000	273.000	-13.521.000				-18.724.000

Allgemeine Vorbemerkungen zum Einzelplan 06

Zu den persönlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 4):

Die allgemeine Einsparauflage für die persönlichen Verwaltungsausgaben bei Kapitel 06 01 Titel 462 01 ist unter Berücksichtigung der Erfüllung der Einsparauflagen gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 und § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 (entsprechende Mittelkürzung und Stellenabgänge in den jeweiligen Kapiteln des Einzelplans) angepasst worden; der Kürzungsbetrag ist durch Bewirtschaftungsmaßnahmen zu realisieren.

Zu den sächlichen Verwaltungsausgaben (OGr. 51-54):

Aufgrund der Neufassung der Verwaltungsvorschriften zur Haushaltssystematik des Landes Niedersachsen (VV-HNds) werden ab dem Haushaltsjahr 2002 die Ausgaben für kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen an Grundstücken, Gebäuden und Räumen nicht mehr im Einzelplan 20 ausgewiesen, sondern im jeweiligen Einzelplan und Kapitel (Titel 519 01) veranschlagt.

Zum Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagement:

Mit der Einführung der ersten Stufe eines integrierten Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagements werden die von einem unabhängigen Unternehmen ermittelten marktgerechten Nutzungsentgelte für Landesliegenschaften im Ergebnis belastungsneutral im Landeshaushalt bzw. bei Landesbetrieben in den Wirtschaftsplänen veranschlagt.

Die ausgabeseitige Veranschlagung im Einzelplan 06 erfolgt kapitelweise grundsätzlich bei Titel 981 06. Bei Dienststellen des Landes, die als Landesbetrieb geführt werden, wurde der Ansatz des jeweiligen Zuführungstitels entsprechend erhöht. Die Einnahmen im Landeshaushalt sind bei Kapitel 13 21 Titel 381 06 bzw. Titel 124 06 veranschlagt.

Die für den Einzelplan 06 ermittelten Nutzungsentgelte betragen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 jeweils insgesamt 176,06 Mio. EUR. Hiervon entfallen 175,90 Mio. EUR auf bebaute und 0,16 Mio. EUR auf unbebaute Grundstücke.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		18.000	18.000	15.339	18
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		15.000	15.000	—	—
119 02-9	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 01.* ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	511	23
124 01-4	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung ******Die für den Betrieb einer Cafeteria erforderlichen Räume dürfen ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.*		—	—	—	—
132 01-7	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	6.000	—	—
132 11-4	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
216 01-6	910	Allgemeine Zuweisungen von der Bundesanstalt fuer Arbeit		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				15.339	
		A U S G A B E N					
412 04-4	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG.	—	2.000	2.000	2.045	0
421 01-9	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	153.000	153.000	147.559	145
422 01-5	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	9.451.000	9.448.000	9.247.787	5.295
422 09-0	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-8	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	495.000	540.000	624.696	683
425 01-4	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.346
425 03-0	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-9	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	17.000	17.000	—	—
425 06-5	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	1.994	—
425 41-3	011	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	15.901	16
426 01-0	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	360
426 06-1	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 31-2	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
427 01-7	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15.000	15.000	31.547	12
427 39-4	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-0	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	976.000	976.000	975.698	8.190
441 02-8	940	Beihilfen für Angestellte	—	263.000	255.000	319.046	238
441 03-6	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	23.000	23.000	23.315	19

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 01

Gebühren insbesondere für die Bestätigung ausländischer akademischer Grade sowie für Nachgraduierungen.

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf von Katalogen und anderen Drucksachen.

Zu 132 11

Vgl. Erläuterungen zu 811 11.

Zu 412 04

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

Zu 422 01 (PKB-Titel)

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
173,74	174,41	180,33	172,65

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	0,5
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	0,5
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	1,0	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen Einsparauflage	./. 0,33	6,42
Summe Abgänge	0,67	6,42
Bleibt Abgang	0,67	5,92

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	93,81	93,81	—	123
Angestellte	70,93	70,93	—	53
Lohnempfänger/-innen	9,0	9,0	—	9
Insgesamt	173,74	173,74	—	185

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	94,48	94,48	—	123
Angestellte	70,93	70,93	—	53
Lohnempfänger/-innen	9,0	9,0	—	9
Insgesamt	174,41	174,41	—	185

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	9 451	9 448

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	9 451	9 448
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	748	783
43	Versorgungsbezüge	2 195	2 116
44	Beihilfen, Unterstützungen	397	395
45	Personalbezogene Sachausgaben	2	2
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	72	–10
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	3 645	4 655
Summe der Personalausgaben im Kapitel		9 220	8 079

Zu 425 04

2 (2) Auszubildende im Verwaltungsdienst.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 04-4	940	Beihilfen für Sonstige	—	12.000	12.000	11.811	10
441 06-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	170.000	170.000	169.749	169
443 01-2	940	Fürsorgeleistungen	—	111.000	111.000	143.469	111
443 02-0	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-8	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	1.000	1.000	1.023	17
453 11-5	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für die Teilnahme an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	511	—
462 01-7	981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	–3.645.000	–4.655.000	–6.166.180	—
511 01-8	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs-und Ausruestungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	218.000	213.000	48.470	47
514 01-7	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	28.000	28.000	28.070	18
517 01-6	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	309.000	309.000	105.531	111
517 19-9	011	Reinigungskosten	—	—	—	96.430	113
517 58-0	131	Ausgaben für von Dritten vorfinanzierte Energiesparmaßnahmen	—	—	—	—	—
517 59-8	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	57.878	109
518 01-2	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	76.694	64
518 02-0	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	77.000	77.000	—	—
519 01-9	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstuecken, Gebäuden und Räumen	—	347.000	347.000	—	—
519 03-5	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	3.221	1
525 01-9	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	19.000	19.000	18.918	14
526 01-5	011	Sachverständige	—	7.000	7.000	16.770	63
526 02-3	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10.000	10.000	—	—
527 01-1	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	65.000	65.000	65.343	76
527 03-8	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	13.000	13.000	12.527	12
529 10-3	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5.000	5.000	5.113	5
531 01-9	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 02.*	—	78.000	78.000	61.202	81
531 03-5	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	17.384	10
546 03-2	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
547 10-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-0	011	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	1
811 01-1	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	17.000	—	—
811 11-9	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 15-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	25.000	25.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 11

Für die Ableistung der Unterweisungszeit aufgrund laufbahnrechtlicher Vorschriften (Laufbahnwechsel).

Zu 462 01

Allgemeine Einsparauflage gem. § 9 Abs. 2 Haushaltsgesetze 1995/1996 und 1997/1998. Angepasst an den realisierten Stellenabbau in den Kapiteln des Einzelplans in den Haushaltsjahren 2002 und 2003.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2001	Für 2002/2003 erforderlich
Pkw	4	4	4

Zu 531 01

Für hochschul-, kunst- und kulturpolitische Dokumentationen sowie sonstige Druckwerke zur Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Zu 811 01

Für die Ersatzbeschaffung eines Referentenfahrzeuges.

Zu 811 11

Für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für Minister/-in und Staatssekretär/-in.

Personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge dürfen schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse der bisherigen Fahrzeuge mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
972 01-5	989	Globale Minderausgabe	—	–9.964.000	–9.964.000	–9.963.545	—
981 06-5	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	738.000	738.000	735.596	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(112)
429 96-6	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	15
547 96-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	79
711 96-3	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-4	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	18
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(393.000)	(393.000)	(458.373)	(380)
427 99-8	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 98-0	011	Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung der Hard- und Softwarekomponenten	—	—	—	91.521	140
514 98-0	011	Betriebskosten und Verbrauchsmittel	—	26.000	26.000	—	—
514 99-8	011	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	—
518 98-5	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-3	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-1	011	Kosten für die Aus- und Fortbildung (IZN)	—	—	—	—	—
525 99-0	011	Kosten für die Aus- und Fortbildung (Andere)	—	—	—	—	—
538 98-6	011	Kosten für die Dienstleistungen des IZN	—	367.000	367.000	—	—
538 99-4	011	Kosten für die Dienstleistungen Anderer	—	—	—	366.852	239
547 99-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	1
812 99-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			254.931	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Weniger infolge von Einsparauflagen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		34.000	40.000	31.189	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		34.000	40.000	31.189	
		4 Personalausgaben	—	8.046.000	7.070.000	5.549.971	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.569.000	1.564.000	1.326.855	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	25.000	42.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–9.226.000	–9.226.000	–9.227.949	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	414.000	–550.000	–2.351.123	
		Zuschuss		380.000			
		Überschuss			590.000	2.382.312	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.195.000	2.116.000	2.019.501	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.609.000	1.566.000	–331.622	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		2.575.000	1.526.000		
		Überschuss einschl. Versorgungsanteil				362.811	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-3	139	Rückzahlung von Überzahlungen		8.000	8.000	7.669	—
119 42-1	187	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes * *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		—	—	—	5
119 81-2	162	Erstattungen durch andere Länder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		—	—	—	5
119 83-9	162	Einnahmen von niedersächsischen Einrichtungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		—	—	—	—
119 84-7	162	Erstattungen durch andere Projektpartner * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
525 01-2	178	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	5.113	4
531 05-5	139	Betreiberabgabe gem. § 54 Abs. 2 S. 2 UrhG	—	183.000	183.000	182.940	182
546 10-9	187	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Bundeszuweisungen * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.*	—	—	—	—	—
547 10-5	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	51.000	51.000	—	—
632 01-3	139	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen * *Übertragbar.*	—	915.000	915.000	915.212	828
632 02-1	186	Erstattung an die Freie und Hansestadt Hamburg für die lfd. Unterhaltung der Norddeutschen Blindenhörbücherei	—	193.000	193.000	192.757	—
685 02-8	024	Zuschuss an den internationalen Arbeitskreis Sonnenberg -Laufende Zuschüsse-	—	757.000	757.000	739.277	739
685 22-2	162	Zuschuss für Bibliothekstantieme	—	1.212.000	1.212.000	1.163.751	1.057
685 24-9	139	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu der Finanzierung der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	—	210.000	184.000	221.287	194
685 25-7	139	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Hochschulrektorenkonferenz * *Übertragbar.*	—	200.000	200.000	273.541	186
685 26-5	013	Zuschuss zu den Kosten einer Informationsschrift für Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen	—	13.000	13.000	12.782	11
685 27-3	186	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Büchereizentrale Lüneburg	—	824.000	808.000	788.668	—
685 51-6	324	Zuschuss des Landes Niedersachsen an den Hochschulsportverband	—	3.000	3.000	2.556	2
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Nieders.**	(—)	(323.000)	(551.000)	(593.661)	(201)
682 61-4	131	Zuführungen an die Landesbetriebe für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze	—	323.000	551.000	593.661	201
TGr. 63		**Wissenschaftliche Kommission des Landes Niedersachsen**	(—)	(545.000)	(537.000)	(537.266)	(510)
429 63-3	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	545.000	537.000	537.266	367

Zu 119 81

Vereinnahmt wird hier der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den Herstellungskosten des Mitteilungsblattes der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowohl für wissenschaftliche als auch für öffentliche Bibliotheken.

Zu 119 83

Betriebseinnahmen von den nicht vom Land Niedersachsen finanzierten Einrichtungen.

Zu 119 84

Beiträge Dritter im Rahmen von Projekten der Europäischen Bibliothekszusammenarbeit.

Zu 547 10

Pauschale Vergütung für die Nutzung von Urheberrechten an Musikwerken in Lehrveranstaltungen in Hochschulen.

Zu 531 05

Pauschale Abgeltung für die in den Hochschulen, wissenschaftlichen und kommunalen öffentlichen Bibliotheken von den Bibliotheksträgern aufgestellten Kopiergeräte.

Zu 632 01

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist am 1. 5. 1973 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Dortmund und zugleich als Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen staatsvertraglich errichtet worden. Die ZVS vergibt Studienplätze für Studienanfänger in bestimmten Studiengängen und Fächerkombinationen.

Gemäß Artikel 17 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 12. März 1992 (Nds. GVBl. S. 87) erstatten die Länder dem Sitzland anteilig den rechnungsmäßigen Finanzbedarf für die Studienplatzvergabe durch die ZVS. Darüber hinaus erstatten die Länder gemäß Artikel 17 Abs. 3 Staatsvertrag anteilig die in die Haushaltsrechnung der Zentralstelle nicht eingehenden besonderen Kosten des Sitzlandes.

Zu 632 02

Die durch den Verein „Norddeutsche Blindenhörbücherei“ gegründete Blindenhörbücherei in Hamburg steht auch für Blinde der Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Verfügung, wenn diese Länder zu einer Kostenbeteiligung bereit sind. Als Sitzland übernimmt die Freie und Hansestadt Hamburg vorweg 30 v. H. der Gesamtaufwendungen. Die hiernach verbleibenden Kosten werden auf die vier beteiligten Länder nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt, die der Freien und Hansestadt Hamburg als federführende Kulturbehörde zu erstatten sind.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Norddeutschen Blindenhörbücherei, Hamburg

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	514	514	527	503
Einnahmen	39	39	42	37
Fehlbetrag	475	475	485	466

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	193	193
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	282	282
e) Private	—	—
Zusammen	475	475

Zu 685 02

Der Internationale Arbeitskreis Sonnenberg – Gesellschaft für Kulturaustausch e. V. – ist eine seit 1949 bestehende, bewährte und vom Land laufend finanziell unterstützte Einrichtung, die die Verständigung zwischen den Gruppen und Völkern fördert.

Diesem Ziel dienen vor allem internationale Tagungen für Erwachsene und Jugendliche aus allen Nationen, Rassen und Berufen, die im Haus Sonnenberg in St. Andreasberg/Harz durchgeführt werden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg
– Gesellschaft für Kulturaustausch e. V. –

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	3 326	3 326	6 378	6 085
Einnahmen	1 895	1 895	3 476	3 361
Fehlbetrag	1 431	1 431	2 902	2 724

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land (MWK)	757	757
das Land (MK)	47	47
c) den Bund mit	277	277
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	233	233
e) Private	117	117
Zusammen	1 431	1 431

Neben dem Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg – Gesellschaft für Kulturaustausch e. V. – bestehen das Haus Sonnenberg – Internationale Bildungsstätte e. V. – sowie die gemeinsame Geschäftsstelle mit Sitz in Braunschweig.

Zu 685 22

Das Gesetz zur Änderung des Urheberrechts vom 10. 11. 1972 (BGBl. I S. 2081) sieht mit Wirkung vom 1. 1. 1973 einen Vergütungsanspruch der Urheber (sog. Bibliothekstantieme) gegen die einzelnen Bibliotheken vor. Der Vergütungsanspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Die Bibliothekstantieme soll aus kulturpolitischen Gründen nicht auf den Benutzer abgewälzt werden und auch zu keiner Kürzung des Buchanschaffungsetats der Bibliotheken führen. Sie soll deshalb durch zusätzliche Mittel der Träger der öffentlichen Bibliotheken aufgebracht werden.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich in Verhandlungen mit den bestehenden Verwertungsgesellschaften auf eine pauschale Abgeltung des Vergütungsanspruchs pro Jahr geeinigt. Der auf die Gemeinden und die freien Träger entfallende Anteil wird von Bund und Ländern übernommen. Unter Einbeziehung dieses Anteils tragen die Länder 90 v. H. und der Bund 10 v. H.

Veranschlagt ist der niedersächsische Landesanteil für das Haushaltsjahr 2002 und 2003.
Mehr aufgrund einer Erhöhung zum 01.01.2002.

Zu 685 24

Anteil, der aufgrund Artikel 9 des Verwaltungsabkommens vom 5. 9. 1957 i. d. F. vom 28. 2. 1991 zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrats im Haushaltsjahr 1994 voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfällt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Wissenschaftsrates

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	4 061	4 035	4 041	4 228
Einnahmen	3	3	1	1
Fehlbetrag	4 058	4 032	4 040	4 227

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	210	184
c) den Bund mit	2 029	2 015
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	1 819	1 833
e) Private	—	—
Zusammen	4 058	4 032

Zu 685 25

Haushalt der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

Der Zuschussbedarf der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz wird gem. Art. 1 und 2 der Verwaltungsvereinbarung vom 4. 12. 1992 von Bund und Ländern im Verhältnis 50 : 50 aufgebracht, soweit nicht der Bund oder die Länder einzelne Aufgabenbereiche allein finanzieren. Der auf die Länder entfallende Anteil am Zuwendungsbetrag wird zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem der Bevölkerungszahlen der Länder aufgebracht.

Übersicht über den (vorläufigen) Haushaltsplan (Einzelpläne I und IV) der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	4 416	4 416	5 777	3 551
Einnahmen	59	59	59	60
Fehlbetrag	4 357	4 357	5 718	3 491

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	200	200
c) den Bund mit	2 326	2 326
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	1 831	1 831
e) Private		
Zusammen	4 357	4 357

Für die HRK wurde der Neubau eines Dienstgebäudes beschlossen. Die Kosten werden zu 75 v.H. vom Bund und zu 25 v.H. von den Ländern aufgebracht. Zur Abdeckung des niedersächsischen Anteils an den Kosten wurde 1999 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 128 100 EUR ausgebracht.Nachträglich hat sich die baurechtliche Notwendigkeit zur Errichtung einer Tiefgarage ergeben. Der niedersächsische Anteil an den Mehrkosten beläuft sich auf rund 15 300 EUR, die zusätzlich veranschlagt wurden.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2000 ausgebrachte VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	23 000	—	—	23 000

Zu 685 26

Die Informationsschrift für Abiturienten und Absolventen der Fachoberschulen wird von der BLK und der Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben. Die Kosten werden je zu einem Drittel von Bund, Ländern und der BAfA getragen. Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil Niedersachsens für das Haushaltsjahr 2001.

Zu 685 27

Der Büchereiverband Lüneburg-Stade e.V. (Büchereizentrale Lüneburg) unterhält ein das Land Niedersachsen umfassendes Beratungs- und Dienstleistungssystem für die öffentlichen Bibliotheken.

Die Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Büchereiverband Lüneburg-Stade e. V. vom 30.11.1992/14.12.1992 sieht eine Festbetragsfinanzierung als jährlichen Zuschuss vor, der zur teilweisen Finanzierung der jährlich anstehenden Personal- und Sachkosten bestimmt ist.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Büchereiverbandes Lüneburg-Stade e.V.

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	1 451	1 435	1 629	1 625
Einnahmen	482	482	703	669
Fehlbetrag	969	953	926	956

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	824	808
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	145	145
e) Private	—	—
Zusammen	969	953

Zu Titelgruppe 61

Zu 682 61

Die Landesregierung hat in ihren Sitzungen am 13.7.1999 und 20./21.5.2000 die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Kammerberufen beschlossen. Auf den Geschäftsbereich des MWK entfallen (ab 1999) 12 Auszubildende für den Ausbildungsberuf Fachinformatikerin/Fachinformatiker sowie (ab 2000) 45 Auszubildende für übrige Kammerberufe.

Veranschlagt sind die notwendigen Ausgaben für die Ausbildungsvergütungen für die Dauer der Ausbildungsverhältnisse.

Zu Titelgruppe 63

Die Niedersächsische Landesregierung hat mit Beschluss vom 25. 3. 1997 der Errichtung einer Wissenschaftlichen Kommission des Landes Niedersachsen zugestimmt. Die Wissenschaftliche Kommission wird auf Dauer eingesetzt und soll die Landesregierung und die wissenschaftlichen Institutionen kontinuierlich im Wege gutachterlicher Stellungnahmen bei der Wahrnehmung folgender Aufgaben beraten:

- Fortentwicklung der Struktur des niedersächsischen Hochschul- und Forschungssystems
- Entwicklung und Prüfung von Forschungsschwerpunkten
- Entwicklung und Organisation von Evaluationsverfahren für die Forschung
- Schwerpunktsetzung bei der Verteilung von Personalstellen und/oder Mittel aus dem Forschungspool des Landes sowie aus Mitteln des Nieders. Vorabs der Volkswagen-Stiftung
- Umsetzung von Empfehlungen des Wissenschaftsrates in Niedersachsen.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben bedient sich die Wissenschaftliche Kommission einer Geschäftsstelle und darüber hinaus auch des Sachverstandes von Arbeitsgruppen und ad hoc-Kommissionen.

Zu 429 63

1. In der Geschäftsstelle der Wissenschaftlichen Kommission werden 6 hauptamtliche Angestellte unbefristet beschäftigt.
2. Der ehrenamtlich tätige Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission erhält für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 307 EUR und für eine zweitägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 614 EUR.
3. Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission erhalten für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 256 EUR und für eine zweitägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 512 EUR.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 63-6	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	—	—	—	—	143
812 63-1	139	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Kosten der Geschäftsführung der Landeshochschulkonferenz**	(—)	(85.000)	(84.000)	(83.801)	(—)
682 66-5	139	Zuführungen an die Landesbetriebe	—	85.000	84.000	83.801	—
TGr. 67		**Kosten der Geschäftsstelle der Landes Konferenz der niedersächsischen Hochschulfrauenbeauftragten (LNHF)**	(—)	(17.000)	(17.000)	(16.668)	(17)
682 67-3	131	Zuführungen an die Landesbetriebe	—	17.000	17.000	16.668	17
TGr. 80		**Zusätzliche Förderung von Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten in Landes- und Hochschulbibliotheken**	(—)	(496.000)	(491.000)	(504.798)	(466)
429 80-3	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	414.000	414.000	414.146	287
538 80-7	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	36
547 80-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	71.000	66.000	85.539	128
682 80-0	162	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	11.000	11.000	5.113	15
812 80-1	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Förderung der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken im Land Niedersachsen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 81.*	(—)	(19.000)	(19.000)	(18.969)	(24)
527 81-3	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	3.000	3.000	2.608	1
547 81-4	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ****Abweichend von §61 Abs. 1 bzw. §63 Abs. 3 LHO darf das Mitteilungsblatt unentgeltlich abgegeben werden.*	—	16.000	16.000	16.361	23
TGr. 82		**Nieders. Beirat für Bibliotheksangelegenheiten**	(—)	(7.000)	(7.000)	(6.647)	(5)
526 82-5	162	Entschädigungen für die Beiratsmitglieder	—	4.000	4.000	3.528	1
547 82-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.000	3.000	3.119	4
TGr. 83		**Betriebsausgaben der niedersächsischen Bibliotheksautomation** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 83.*	(—)	(1.356.000)	(1.356.000)	(1.355.486)	(—)
425 83-2	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
427 83-5	162	Beschäftigungsentgelte; Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
429 83-8	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 83-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.045.000	1.045.000	1.044.876	—
682 83-5	162	Zuführungen an Landesbetriebe	—	311.000	311.000	310.610	—
812 83-6	162	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 84		**Europäische Bibliothekszusammenarbeit** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen*	(—)	(41.000)	(41.000)	(40.903)	(40)

Zu Titelgruppe 66

Nach § 7 Abs. 2 NHG ist für Aufgaben der Hochschulen, die ein ständiges Zusammenwirken erfordern, eine Landeshochschulkonferenz zu bilden. Sie fördert die Zusammenarbeit der einzelnen Hochschulen in Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung und wirkt mit bei der Aufstellung und Fortschreibung des Hochschulgesamtplans. Die Mittel dienen zur Bestreitung der Kosten der Geschäftsführung der Landeshochschulkonferenz.

682 66

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschäftigung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters nach Verg.-Gr. II a BAT und einer ständig nicht vollbeschäftigten Kraft nach Verg.-Gr. VII BAT, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie eine jährliche Aufwandsentschädigung von 1 841 EUR für den Vorsitzenden der Landeshochschulkonferenz, die Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernsprechgebühren sowie Reisekosten.

Zu Titelgruppe 67

Für die Geschäftsstelle der Landeskonferenz Niedersächsischer Hochschulfrauenbeauftragter (LNHF) sind Mittel in Höhe von 17 000 EUR für eine ständige, nicht vollbeschäftigte Kraft veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Die Ausgaben dürfen nur für die Vergütung einer Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.

Zu Titelgruppe 80

Die Ausgaben gliedern sich auf in

- zentrale Mittel für Restaurierungsaufträge
- verstärkte Förderung von Restaurierung/Konservierung in den wissenschaftlichen Bibliotheken.

Zu Titelgruppe 81

Die Ausgaben dienen zur Bestreitung von Reisekosten und der Kosten der Herstellung des Manuskriptes, der Korrektur und des Druckes eines Mitteilungsblattes der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken in den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie der in diesem Zusammenhang anfallenden Schreibarbeiten.

Zu Titelgruppe 82

Der Bibliotheksbeirat hat die Aufgabe, das Land in allen bibliothekarischen Fragen zu beraten und zu unterstützen sowie im Auftrage des MWK Vorschläge für die Fortschreibung des Bibliotheksplans zu erarbeiten.

526 82

Veranschlagt sind die Ausgaben für Aufwandsentschädigungen und Reisekostenvergütungen für die Mitglieder des Beirates, die nicht Landesbedienstete sind (Rd.Erl. MWK v. 13. 3. 1979 Nds. MBl. S. 441).

Zu Titelgruppe 83

547 83

Aus dem Ansatz sind alle sächlichen Verwaltungsausgaben zu bestreiten, die für die niedersächsische Bibliotheksautomation anfallen.

682 83

Aus dem Ansatz sind die Aufwendungen für die niedersächsische Bibliotheksautomation zu bestreiten, die in dem Landesbetrieb „Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)“ entstehen.

812 83

Für Investitionen an niedersächsischen Bibliotheksstandorten.

Zu Titelgruppe 84

Die EG-Kommission fördert mit einem Aktionsprogramm die europäische Bibliothekszusammenarbeit. Dieses Programm sieht Zuschüsse der EG bei einer Eigenbeteiligung der Bibliotheken vor. Dabei geht es im wesentlichen um die Vorbereitung einer EDV-Vernetzung europäischer Bibliotheksverbände und eine Zusammenarbeit bei der Bibliotheksautomation. Der Ansatz ist erforderlich, um den Projektanträgen der nds. Bibliotheken Erfolgschancen zu geben.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 84**		*überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 84.*					
429 84-6	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	31
547 84-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	41.000	41.000	40.903	9
682 84-3	162	Zuführungen an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 84-2	162	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			51.129	
		Abschluss Kapitel 06 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8.000	8.000	7.669	
		Summe der Einnahmen		8.000	8.000	7.669	
		4 Personalausgaben	—	959.000	951.000	951.412	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.417.000	1.412.000	1.436.116	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	5.074.000	5.259.000	5.319.684	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.450.000	7.622.000	7.707.212	
		Zuschuss		7.442.000	7.614.000	7.699.543	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0603 Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
331 01-7 (GA)	137	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG		—	—	12.936.196	—
333 01-0	137	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
891 02-0	137	Zuführungen für Baumaßnahmen bis 1,5 Mio. Euro ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* ***Die allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 0603 sind verbindlich.*	—	—	—	—	—
891 03-9	137	Zuführungen aus dem Sonderprogramm BU zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
891 05-5 (GA)	137	Fachhochschule Osnabrück, Standort Haste; Zuführung für den Erwerb eines Gebäudes Rpl.Nr. 5500 006	—	1.272.000	1.072.000	511.292	—
891 06-3 (GA)	137	Fachhochschule Osnabrück; Zuführungen für Baukosten und Erwerb von Grundstücken Rpl.Nr. 5500 003.	—	—	971.000	1.564.553	—
891 07-1 (GA)	137	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Standort Wolfsburg; Zuführung für den Erwerb von Grundstücken - Rpl.Nr. 5313 005	—	—	4.090.000	4.090.335	—
891 08-0 (GA)	137	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbuettel; Ankauf eines Gebäudes für Verkehrs- und Transportwesen in Salzgitter-RplNr.5314 005	—	—	—	—	—
916 01-5 (GA)	950	Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Gött.; Zuführung an den Grundstock für den Erwerb eines Grundstücks in Göttingen * *Übertragbar.*	—	247.000	213.000	460.163	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.1 Rpl.Nr. 5331 004**	(—)	(—)	(28.326.000)	(7.669.378)	(—)
891 61-6 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	26.280.000	6.646.794	—
893 61-9 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	2.046.000	1.022.584	—
TGr. 62		**Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.2 Rpl.Nr. 5331 005**	(—)	(—)	(5.205.000)	(1.124.842)	(—)
891 62-4 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	5.000.000	—	—
893 62-7 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	205.000	1.124.842	—
TGr. 63		**Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.3 Rpl.Nr. 5331 006**	(—)	(—)	(470.000)	(296.549)	(—)
891 63-2 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 63-5 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	470.000	296.549	—
TGr. 64		**Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden; Umbau im Altgebäudebestand - Rpl.Nr. 5302 002**	(—)	(789.000)	(800.000)	(1.022.584)	(—)
891 64-0 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	449.000	800.000	1.022.584	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 03 allgemein (s. Haushaltsvermerk zu 891 02)

1. Die Ansätze der Kapitel 06 03 und 06 04 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Hochschulbauplafond
   Der Aufbau und Ausbau von Hochschulen (einschließlich der Hochschulkliniken) ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder (Art. 91 a Abs. 1 Nr. 1 GG). Die Ausführung richtet sich nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Hochschulbauförderungsgesetz – HBFG –) vom 1. 9. 1969 (BGBl. I Seite 1556) in der jeweils gültigen Fassung. Für die Erfüllung dieser Gemeinschaftsaufgabe wird entsprechend dem Zeitraum der Finanzplanung ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt, der jährlich der Entwicklung angepasst und fortgeschrieben wird (§ 5 HBFG).

   Die Ausgaben für den Hochschulbauplafond (kleine und große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten – ohne Bauunterhaltung) werden in den Kapiteln 06 03/06 04 sowie im Einzelplan 20 nachgewiesen.

   Hierfür sind im Haushaltsjahr 2002 insgesamt 119 383 000 EUR und im Haushaltsjahr 2003 insgesamt 125 720 000 EUR veranschlagt.

   Der Betrag für den Plafond erhöht sich zukünftig durch Einsparungen aus der geplanten räumlichen Konzentration der MHH um 10,2 Mio. EUR (brutto), sowie in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 ggf. um von Dritten finanzierte Vorhaben sowie im laufenden Betrieb der Hochschulen eingesparte Mittel (§ 132 NHG).

   Die Bewirtschaftung des Hochschulbauplafonds erfolgt nach Einzelplanzuständigkeit.

   Die Deckungsfähigkeit im Epl. 20 zwischen den Maßnahmen des Hochschulbauplafonds und den sonstigen Hochbaumaßnahmen wird für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 in dem Sinne eingeschränkt, dass Verstärkungen zugunsten oder zu Lasten des einen oder anderen Plafonds bei der Resteübertragung bzw. im Zuge der Bewirtschaftung des nächsten Jahres auszugleichen sind („Vorgriffsregelung“).
3. MWK darf die zur Durchführung der im Kap. 06 03 aufgeführten Maßnahmen erforderlichen Mittel nach dem Bau- oder Beschaffungsfortschritt in der Höhe zusätzlich in Anspruch nehmen, in der sie bei anderen Titeln oder Titelgruppen der Kap. 06 03 oder 06 04 entbehrlich sind.
4. Grundstückskosten für große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes, die aus dem Allgemeinen Grundstock vorfinanziert werden, sind diesem nach entsprechender Veranschlagung zu erstatten.
5. Die Ausgabeansätze erhöhen sich um die für einzelne Maßnahmen bestimmten Mehreinnahmen der Titel 121 02 der Hochschulkapitel.
6. Die Erläuterung zu Kapitel 06 04 Titel 891 45 gilt für das Kapitel 06 03 entsprechend.

Zu 891 02

Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden Ablieferungen der Landesbetriebe bei Titel 121 02 der Kapitel 06 33 bis 06 39.

Zu 891 05

Vorläufige Gesamtkosten	
Baukosten	5 156 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	2 812 000 EUR
Haushalt 2002	1 072 000 EUR
Haushalt 2003	1 272 000 EUR

Zu 891 06

Gesamtkosten	**6 309 342 EUR**
Grunderwerbskosten	2 405 628 EUR
Baukosten	3 903 714 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	5 338 342 EUR
Haushalt 2002	971 000 EUR

Zu 891 07

Gesamtkosten	**12 782 297 EUR**
Grunderwerbskosten	12 782 297 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	8 692 297 EUR
Haushalt 2002	4 090 000 EUR

Zu 891 08

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 10,226 Mio EUR.

Zu TGr. 61

Gesamtkosten	**37 171 000 EUR**
Grunderwerbskosten	34 103 000 EUR
Ersteinrichtung	3 068 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	8 845 000 EUR
Haushalt 2002	28 326 000 EUR

Zu TGr. 62

Gesamtkosten	**32 253 000 EUR**
Grunderwerbskosten	30 923 000 EUR
Ersteinrichtung	1 330 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	27 048 000 EUR
Haushalt 2002	5 205 000 EUR

Zu TGr. 63

Gesamtkosten	**4 857 000 EUR**
Grunderwerbskosten	4 090 000 EUR
Ersteinrichtung	767 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	4 387 000 EUR
Haushalt 2002	470 000 EUR

Zu TGr. 64

Gesamtkosten	**3 114 790 EUR**
Baukosten	1 759 867 EUR
Ersteinrichtung	1 354 923 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	511 000 EUR
Haushalt 2002	800 000 EUR
Haushalt 2003	789 000 EUR
Noch zu veranschlagen	1 014 790 EUR

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0603 Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 64-3 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	340.000	—	—	—
TGr. 65		**Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Wilhelmhaven; Neubau eines Hallen- u. Laborber. -Rpl.Nr.5303 005**	(—)	(3.028.000)	(1.000.000)	(1.354.923)	(—)
891 65-9 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	3.028.000	1.000.000	1.354.923	—
893 65-1 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven; Neubau einschl. Beschaffung eines Simulators - Rpl.Nr. 5304 001**	(—)	(—)	(409.000)	(1.949.044)	(—)
891 66-7 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten und Erwerb von Grundstücken	—	—	409.000	1.846.786	—
893 66-0 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	102.258	—
TGr. 68		**Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden; Neubau für praxisnahe Forschung u.a. - Rpl.Nr.5302 006**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 68-3 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 68-6 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Umbau der Northhampton Barracks Rpl.Nr. 5311 188**	(—)	(1.000.000)	(416.000)	(511.292)	(—)
891 69-1 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	500.000	416.000	511.292	—
893 69-4 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	500.000	—	—	—
916 69-4 (GA)	950	Zuführungen an den Grundstock	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Fachhochschule Osnabrück; Erwerb und Umbau der Von-Stein-Kaserne Rpl.Nr. 5500 001**	(—)	(500.000)	(700.000)	(1.533.876)	(—)
891 70-5 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten und Erwerb von Grundstücken	—	500.000	700.000	1.533.876	—
893 70-8 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Neubau Gesundheiswesen und Wirtschaftswissenschaften in Wolfsburg - RplNr. 5313 006**	(—)	(700.000)	(—)	(—)	(—)
891 71-3 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	700.000	—	—	—
893 71-6 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Neubau (2. Halle) fuer den FB Prod.- u. Ver fahrenstechn. in Wolfsburg - RplNr.5313 008**	(—)	(500.000)	(—)	(—)	(—)
891 72-1 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	500.000	—	—	—
893 72-4 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—

Zu TGr. 65

Gesamtkosten	**12 772 582 EUR**
Baukosten	11 571 046 EUR
Ersteinrichtung	1 201 536 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	783 810 EUR
Haushalt 2002	1 000 000 EUR
Haushalt 2003	3 028 000 EUR
Noch zu veranschlagen	7 960 800 EUR

Zu TGr. 66

Gesamtkosten	**4 941 125 EUR**
Grunderwerbskosten	6 136 EUR
Baukosten	4 832 731 EUR
Ersteinrichtung	102 258 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	4 532 125 EUR
Haushalt 2002	409 000 EUR

Zu TGr. 68

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 3 046 300 EUR.

Zu TGr. 69

Gesamtkosten	**7 087 000 EUR**
Baukosten	5 420 000 EUR
Ersteinrichtung	1 483 000 EUR
Grunderwerbskosten	184 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	1 789 519 EUR
Haushalt 2002	416 000 EUR
Haushalt 2003	1 000 000 EUR
Noch zu veranschlagen	3 881 500 EUR

Zu TGr. 70

Gesamtkosten	**8 436 316 EUR**
Grunderwerbskosten	869 196 EUR
Baukosten	6 544 536 EUR
Ersteinrichtung	1 022 584 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	4 755 014 EUR
Haushalt 2002	700 000 EUR
Haushalt 2003	500 000 EUR
Noch zu veranschlagen	2 481 300 EUR

Zu TGr. 71

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 10,226 Mio EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	700 000 EUR
Noch zu veranschlagen	9 526 000 EUR

Zu TGr. 72

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 2,045 Mio EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	500 000 EUR
Noch zu veranschlagen	1 545 000 EUR

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0603 Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 73		**Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Gött.-Standort Göttingen; Neubau für Präzisionsfertigungstechnik - Rpl.Nr. 5382 007**	(—)	(1.448.000)	(2.886.000)	(2.249.684)	(—)
891 73-0 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	1.923.000	1.738.392	—
893 73-2 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	1.448.000	963.000	511.292	—
TGr. 74		**Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Erwerb/Umbau des ehem. Ordnungsamtes für Bibl.zwecke in Wolfsburg - RplNr. 5313 009**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 74-8 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 74-0 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 75		**Fachhochschule Nordostniedersachsen; Umbau des Gebäudes Rotenbleicher Weg 67 Rpl.Nr. 5461 004**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 75-6 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 75-9 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 76		**Fachhochschule Nordostniedersachsen; Umbau des Gebäudes Wilschenbrucher Weg Rpl.Nr. 5461 005**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 76-4 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 76-7 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 77		**Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Neubau für die Produktions und Verfahrenstechnik in Wolfsburg - RplNr. 5313 010**	(—)	(700.000)	(—)	(—)	(—)
891 77-2 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	700.000	—	—	—
893 77-5 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Neubau einer Mehrzweckhalle in Salzgitter RplNr. 5314 004**	(—)	(500.000)	(—)	(—)	(—)
891 78-0 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	500.000	—	—	—
893 78-3 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 79		**Fachhochschule Osnabrueck; Neubau einer Mensa am Standort Westerberg einschl. Grunderwerb - RplNr. 5500 005**	(—)	(2.000.000)	(—)	(—)	(—)
891 79-9 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	2.000.000	—	—	—
893 79-1 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Hochschule für Bildende Künste Braunschweig; Erweiterung der Bibliothek Rpl.Nr. 2830 001**	(—)	(—)	(3.020.000)	(1.533.876)	(—)
891 81-0 (GA)	137	Zuführungen für den Erwerb von Gebäuden und für Baukosten	—	—	3.020.000	1.349.811	—
893 81-3 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	184.065	—

Zu TGr. 73

Gesamtkosten	**6 941 589 EUR**
Baukosten	4 019 556 EUR
Ersteinrichtung	2 922 033 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	2 607 589 EUR
Haushalt 2002	2 886 000 EUR
Haushalt 2003	1 448 000 EUR

Zu TGr. 74

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 3,579 Mio EUR.

Zu TGr. 75 und 76

Leertitel zur Abwicklung der Bauvorhaben.

Zu TGr. 77

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 7,056 Mio EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	700 000 EUR
Noch zu veranschlagen	6 356 000 EUR

Zu TGr. 78

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 6 Mio EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	500 000 EUR
Noch zu veranschlagen	5 500 000 EUR

Zu TGr. 79

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 18,407 Mio EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	2 000 000 EUR
Noch zu veranschlagen	16 407 000 EUR

Zu TGr. 81

Gesamtkosten	**4 554 000 EUR**
Baukosten	4 370 000 EUR
Ersteinrichtung	184 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2001	1 534 000 EUR
Haushalt 2002	3 020 000 EUR

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0603 Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 82		**Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven; Standort Oldenburg, Erwerb und Umbau BBS - RplNr.5301 001**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 82-9 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 82-1 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
916 82-1 (GA)	950	Abführung an Grundstock	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Dienstleistungen Außenstehender bei Modellversuchen für Bauunterhaltungsmaßnahmen und kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
682 85-5	137	Zuführungen für Bauunterhaltungsmaßnahmen	—	—	—	—	—
891 85-3	137	Zuführungen für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 06 03					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	12.936.196	
		Summe der Einnahmen		—	—	12.936.196	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	12.437.000	49.365.000	25.412.228	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	247.000	213.000	460.163	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	12.684.000	49.578.000	25.872.391	
		Zuschuss		12.684.000	49.578.000	12.936.195	

ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 82

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 6 Mio. EUR.

Zu TGr. 85

Leertitel zur Abwicklung der Vorhaben.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
331 01-0 (GA)	131	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG		71.417.000	67.959.000	25.159.242	16.361
333 01-3	132	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden		—	—	—	—
342 01-2 (GA)	131	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland		359.000	359.000	—	—
		A U S G A B E N					
883 02-1 (GA)	131	Zuweisungen für Investitionen der Stadt Göttingen - Rpl.Nr. 1031 905 ****Die allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 0604 sind verbindlich.*	—	—	390.000	—	—
883 03-0 (GA)	131	Zuweisungen für Investitionen der Stadt Hannover - Rpl.Nr. 1739 018	—	—	—	—	—
891 02-4	131	Zuführungen für Baumaßnahmen bis 1,5 Mio. Euro *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
891 03-2	131	Zuführungen aus dem Sonderprogramm BU zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
891 04-0	132	Zuführungen für Baumaßnahmen bis 1,5 Mio. Euro der Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 1 der Erläuterung verbindlich.*	—	511.000	511.000	511.292	—
891 05-9 (GA)	132	Zuführungen für die U. Göttingen, Bereich Humanmed.; Erneuerung von Sterilisationsanlagen einschl. Umbau -Rpl.Nr.1039-002/017	—	—	—	—	—
891 06-7 (GA)	132	Zuführungen für die U. Göttingen, Bereich Humanmedizin; Grundinstandsetzung der AWT-Anlage - Rpl.Nr. 1039-004	—	—	—	—	—
891 07-5 (GA)	131	Zuführungen für den Erweiterungsbau des Kuratoriums OFFIS e.V.	—	—	—	—	—
891 08-3 (GA)	132	Zuführungen für die Med. Hochschule Hannover; baul. Maßnahmen zur Inbetriebnahme eines Kernspintomographen - Rpl.Nr.1739 028	—	—	—	—	—
891 11-3 (GA)	131	Zuführungen für die Universität Osnabrück; Erwerb eines Hörsaal- und Verfügungsgebäudes - Rpl.Nr. 0530 006	—	2.352.000	2.352.000	—	—
891 12-1 (GA)	131	Universität Hannover; Zuführungen für die Herrichtung des Rechnerraumes (Hochleistungsrechner)	—	—	—	—	—
891 13-0 (GA)	131	Zuführungen an die TU Braunschweig für den Ankauf eines Gebäudes für das Institut für Mikrotechnik; RplNr. 1430 026	—	—	—	—	—
891 36-9 (GA)	131	Zuführungen an die Landesbetriebe für Großgerätebeschaffungen nach dem HBFG einschl. Vernetzungen ** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 0610 - 682 01, 0610 - 891 01, 0612 - 682 01, 0612 - 891 01, 0613 - 682 01, 0613 - 891 01, 0614 - 682 01, 0614 - 891 01, 0615 - 682 01, 0615 - 891 01, 0616 - 682 01, 0616 - 891 01, 0617 - 682 01, 0617 - 891 01, 0618 - 682 01, 0618 - 891 01, 0619 - 682 01, 0619 - 891 01, 0621 - 682 01, 0621 - 891 01, 0622 - 682 01, 0622 - 891 01, 0623 - 682 01, 0623 - 891 01, 0629 - 682 01, 0629 - 891 01, 0630 - 682 01, 0630 - 891 01, 0633 - 682 01, 0633 - 891 01, 0634 - 682 01, 0634 - 891 01, 0636 - 682 01, 0636 - 891 01, 0637 - 682 01, 0637 - 891 01, 0638 - 682 01, 0638 - 891 01, 0639 - 682 01 und*	12.526.000 12.526.000 20.196.029	22.533.000	21.775.000	27.644.018	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 04 allgemein (s. Haushaltsvermerk zu 883 02)

1. Die Ansätze der Kapitel 06 03 und 06 04 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die sonstigen Erläuterungen zu Kap. 06 03 allgemein gelten für das Kap. 06 04 entsprechend.

Zu 331 01

Erstattungen des Bundes gem. § 12 HBFG für die für den Hochschulbau veranschlagten Baumaßnahmen der Kap. 06 03, 06 04 sowie des Epl. 20.

Zu 891 02

Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden bzw. veranschlagten Ablieferungen der Landesbetriebe bei Titel 121 02 der Kapitel 06 10, 06 13 bis 06 21, 06 29 und 06 30.

Zu 891 04

1. Mehrausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der für diesen Zweck zusätzlich aufkommenden Ablieferungen des Landesbetriebs bei Kap. 06 12 Titel 121 02.
2. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt aus dem Anreizsystem. Die Veranschlagung umfasst folgende Maßnahmen:

2002:		
1. Umgestaltung des Eingangsbereichs, 1. BA	358 000	EUR
2. Bauliche Maßnahmen zur Inbetriebnahme von Großgeräten	153 000	EUR
Zusammen	511 000	EUR
2003:		
1. Umgestaltung des Eingangsbereichs, 2. BA	358 000	EUR
2. Bauliche Maßnahmen zur Inbetriebnahme von Großgeräten	153 000	EUR
Zusammen	511 000	EUR

Zu 891 11

Vorhaben mit privater Vorfinanzierung.
Letzte Kaufrate 2006.

Gesamtkosten:	**11 760 000**	**EUR**
Finanzierung:		
Haushalt 2002	2 352 000	EUR
Haushalt 2003	2 352 000	EUR
Noch zu veranschlagen	7 056 000	EUR

Zu 891 12

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 1,176 Mio EUR.

Zu 891 13

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 2,946 Mio EUR.

Zu 891 36

1. Die Ausgaben erhöhen sich um die für diesen Zweck zusätzlich aufkommenden Ablieferungen der Landesbetriebe bei Titel 121 02 der Kap. 06 10 bis 06 39.
2. Ansätze und VE 2002:

1. Barmittel	7 998 300	EUR
2. Ablösung einer Verpflichtungsermächtigung aus dem Haushaltsjahr 2001 zu Lasten des Haushaltsjahres 2002	12 526 000	EUR
3. Aus Drittmitteln finanzierte Großgeräte	1 250 700	EUR
4. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2002 zu Lasten des Haushaltsjahres 2003	12 526 000	EUR
Zusammen	34 301 000	EUR

3. Ansätze und VE 2003:

1. Barmittel	10 007 000	EUR
2. Ablösung einer Verpflichtungsermächtigung aus dem Haushaltsjahr 2002 zu Lasten des Haushaltsjahres 2003	12 526 000	EUR
3. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2003 zu Lasten des Haushaltsjahres 2004	12 526 000	EUR
Zusammen	35 059 000	EUR

davon

1. Großgeräte NIG	12 949 500	EUR
2. Großgeräte Medizin	17 823 200	EUR
3. Großgeräte FHS	3 922 000	EUR
4. Wiss. EDV-Netzprogramm	5 550 700	EUR
5. Wiss. EDV-Großgeräte	16 588 600	EUR
Zusammen	56 834 000	EUR

Noch zu 891 36

Zusammenstellung der Großgeräte nach Landesbetrieben (einschließlich Wiss. EDV-Netzprogramm) und Großgeräten über 1 Mio. EUR:

Universität Göttingen (ohne Medizin)			3 738 700 EUR
Universität Göttingen (Medizin)			8 874 000 EUR
12-01-07	Herzkatheter-messplatz (Abt. Kardiologie)	1 787 000 EUR	
12-02-20	Kernspintomograph Sonata (Abt. Röntgendiagnosik I)	1 516 900 EUR	
Universität Oldenburg			2 374 800 EUR
Universität Osnabrück			1 845 000 EUR
Technische Universität Braunschweig			4 798 300 EUR
15-02-07	NMR-Spektrometer Avance 600 MHz (Institut für Anorganische und Analytische Chemie und Organische Chemie	1 153 000 EUR	
Technische Universität Clausthal			3 690 300 EUR
Universität Hannover			12 203 600 EUR
17-01-G 025-ZR-01	Landeshochleistungsrechner (Gesamtkosten 10,226 Mio. EUR, Zahlung in 4 Raten zu je 2,556 Mio. EUR, die 1. Rate in 2001) (Regionales Rechenzentrum)	5 113 000 EUR	
Hochschule Vechta			132 900 EUR
Medizinische Hochschule Hannover			8 645 000 EUR
19-02-01	Ersatz der biplanen Röntgen-Fernsehanlage im HK-Labor III (Kardiologie und Angiologie)	1 325 200 EUR	
19-02-03	Digitales Bildkommunikations- und Archivierungssystem (PACS) Teil 1 (Diagnostische Radiologie I)	1 656 000 EUR	
19-02-05	2-Ebenen-DSA-Anlage für kriniale und spinale Angiographie (Neuroradiologie)	1 689 200 EUR	
Tierärztliche Hochschule Hannover			1 283 700 EUR
Hochschule für Bildende Künste Braunschweig			429 400 EUR
Universität Hildesheim			419 900 EUR
Universität Lüneburg			419 100 EUR
FH Osnabrück			1 129 100 EUR
FH Hildesheim/Holzminden/Göttingen			788 400 EUR
FH Nordostniedersachsen			907 500 EUR
FH Braunschweig/Wolfenbüttel			1 263 200 EUR
FH Hannover			1 087 300 EUR
FH Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven			1 701 700 EUR
Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes			562 000 EUR
Preissteigerungsansätze und Unvorhersehbares			540 100 EUR

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	15 083 100	—	—	15 083 100
2003	2 556 500	12 526 000	—	15 082 500
2004	2 556 500	—	12 526 000	15 082 500

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *891 36-9*		*0639 - 891 01.* ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 1 der Erläuterung verbindlich.*					
891 45-8 (GA)	131	Zuführungen für die Durchführung von Hochbaumaßnahmen *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	80.000.000 90.335.000 181.511.686	—	—	—	—
916 01-9 (GA)	950	Technische Universität Braunschweig; Zuführung an den Grundstock für den Erwerb einer BGS-Kaserne -Rpl.Nr. 1430 025/026- ** Übertragbar.*	—	—	—	5.112.919	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Universität Göttingen; Neubau für den FB Physik, 1. BA - Rpl.Nr. 1031 003/004 -**	(—)	(9.909.000)	(770.000)	(—)	(—)
891 62-8 (GA)	131	Zuführungen für den Erwerb von Grundstücken	—	4.709.000	770.000	—	—
893 62-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	5.200.000	—	—	—
TGr. 63		**Universität Göttingen; Sanierung der SUB, 1.BA - Rpl.Nr. 1031 009 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 63-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 63-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Dienstleistungen Außenstehender bei Modellversuchen für Bauunterhaltungsmaßnahmen und kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten**	(—)	(—)	(—)	(—)	(47)
682 64-6	131	Zuführungen für Bauunterhaltungsmaßnahmen	—	—	—	—	47
891 64-4	131	Zuführungen für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Universität Göttingen; Umbau im Auditorengebäude für die Kunstsammlung des Kunstgeschichtlichen Seminars - Rpl.Nr. 1031 015 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 65-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 65-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Universität Oldenburg; Neubau eines Hörsaalzentrums - Rpl.Nr. 0520 002 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 66-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 66-3 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Universität Oldenburg; Neubau für Wirtschaftswissenschaften, Informatik und Zentrale Einrichtungen - Rpl.Nr. 0520 005 -**	(—)	(—)	(—)	(1.880.532)	(—)
891 67-9 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	1.765.491	—
893 67-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	115.041	—

Zu 891 45

Zur Durchführung von Baumaßnahmen, die in den Kap. 06 03 und 06 04 veranschlagt sind, dürfen Verpflichtungen zu Lasten kommender Haushaltsjahre eingegangen werden, für Einzelmaßnahmen jedoch nur bis zur Höhe der lt. Einzelnachweis noch zu veranschlagenden Ausgaben.

Gleiches gilt für Vorhaben, bei denen im Rahmen der Bauausführung Mehrkosten entstehen.

Der noch nicht belegte Anteil der Verpflichtungsermächtigungen stellt sich wie folgt dar:

Belastung künftiger Haushaltsjahre

Belastung der Haushaltsjahre	EUR
Hj. 2004 und später	80 000 000

Zu TGr. 62

Vorhaben mit privater Vorfinanzierung.
Letzte Leasingrate: 2022.

Gesamtkosten	**104 375 000**	**EUR**
Baukosten	49 192 000	EUR
Finanzierungskosten	39 790 000	EUR
Ersteinrichtung	14 112 000	EUR
Qualitätssicherung	1 281 000	EUR
Finanzierung:		
bis einschl. Haushalt 2001	511 000	EUR
Haushalt 2002	770 000	EUR
Haushalt 2003	9 909 000	EUR
Noch zu veranschlagen	93 185 000	EUR

Zu TGr. 63

Leertitel zur Abwicklung des Bauvorhabens.

Zu TGr. 65

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 1,463 Mio. EUR.

Zu TGr. 66

Leertitel zur Abwicklung des Bauvorhabens.

Zu TGr. 67

Leertitel zur Abwicklung des Bauvorhabens.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 68		**Universität Göttingen; Umbau des Isotopenlabors für das Tierärztliche Institut - Rpl.Nr. 1031 065 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 68-7 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 68-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Universität Göttingen; Neubau eines interdiszipl. Experimentallabors zur Förderung des wiss. Nachwuchses -Rpl.Nr.1031 061-**	(—)	(3.700.000)	(500.000)	(—)	(—)
891 69-5 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	3.700.000	500.000	—	—
893 69-8 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Universität Osnabrück; Engpassbeseitigung im Innenstadtbereich - Rpl.Nr. 0530 003 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 70-9 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 70-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Technische Universität Braunschweig; Umbau eines Gebäudes für Naturwissenschaften - Rpl.Nr.1430 030 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 71-7 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 71-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Technische Universität Braunschweig; Energetische Sanierung eines Gebäudes - Rpl.Nr. 1430 031 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 72-5 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 72-8 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 74		**Technische Universität Braunschweig; Neubau eines Informatikzentrums - Rpl.Nr. 1430 001/019 -**	(—)	(2.840.000)	(1.790.000)	(1.048.199)	(—)
891 74-1 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	2.240.000	1.790.000	1.048.199	—
893 74-4 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	600.000	—	—	—
TGr. 75		**Technische Universität Braunschweig; Neubau von Hörsälen mit Umbau eines Gebäudes für Seminarzwecke - Rpl.Nr. 1430 033-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 75-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 75-2 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 76		**Technische Universität Clausthal; Neubau und Sanierung von Mensen - Rpl.Nr. 1440 226 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 76-8 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 76-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—

Zu TGr. 68

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 3,497 Mio. EUR.

Zu TGr. 69

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 5,062 Mio. EUR.

Die Realisierung erfolgt im Rahmen des XLAB-Projekts.

Zu TGr. 70

Leertitel zur Abwicklung des Bauvorhabens.

Zu TGr. 71

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden Gesamtkosten belaufen sich auf 6,317 Mio EUR.

Zu TGr. 72

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 5,113 Mio EUR.

Zu TGr. 74

Gesamtkosten	**19 117 000 EUR**
Baukosten	16 305 000 EUR
Ersteinrichtung	2 812 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2001	13 792 000 EUR
Haushalt 2002	1 790 000 EUR
Haushalt 2003	2 840 000 EUR
noch zu veranschlagen	695 000 EUR

Zu TGr. 75

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 3,528 Mio. EUR.

Zu TGr. 76

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 77		**Universität Hannover; Erweiterungsbauten am Standort Herrenhausen für den FB Gartenbau, 1.BA - Rpl.Nr. 1450 017 -**	(—)	(2.280.000)	(1.160.000)	(2.106.267)	(—)
891 77-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	2.280.000	1.160.000	2.106.267	—
893 77-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 79		**Universität Hannover; Ausbau der Informatikinstitute - Rpl.Nr. 1450 674 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 79-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 79-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 80		**Universität Hannover; Umbau Gebäude Nienburger Str. 1-4 - Rpl.Nr. 1450 021 -**	(—)	(800.000)	(500.000)	(1.329.359)	(—)
891 80-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	800.000	500.000	1.329.359	—
893 80-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Universität Hannover; Erwerb und Herrichtung Grundstück Schneiderberg - RplNr. 1450 023 -**	(—)	(—)	(—)	(1.022.584)	(—)
891 81-4 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	1.022.584	—
TGr. 82		**Universität Hannover; Neubauten für den FB Gartenbau, 2.BA - RplNr. 1450 018 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 82-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 82-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 83		**Med. Hochschule Hannover; Neubau eines Transplantationsforschungszentrums (TPFZ) sowie einer Frauenkl.- Rpl.Nr. 1739 003/033**	(—)	(4.356.000)	(450.000)	(—)	(—)
891 83-0 (GA)	131	Zuführungen für den Erwerb von Grundstücken	—	440.000	450.000	—	—
893 83-3 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	3.916.000	—	—	—
TGr. 84		**Technische Universität Braunschweig; Aufstockung eines Gebäudes - Rpl.Nr. 1430 034 -**	(—)	(700.000)	(—)	(—)	(—)
891 84-9 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	700.000	—	—	—
893 84-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 87		**Klinikum Göttingen; Ausstattung mit Client-Server-Strukturen einschl. Vernetzung - Rpl.Nr. 1039 027 -**	(—)	(989.000)	(1.818.000)	(2.556.459)	(1.172)
891 87-3 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	2.556.459	1.172
893 87-6 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	989.000	1.818.000	—	—

Zu TGr. 77

Gesamtkosten	**8 641 000 EUR**
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2001	2 107 000 EUR
Haushalt 2002	1 160 000 EUR
Haushalt 2003	2 280 000 EUR
Noch zu veranschlagen	3 094 000 EUR

Zu TGr. 79

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

Zu TGr. 80

Gesamtkosten	**3 268 000 EUR**
Baukosten	2 470 000 EUR
Ersteinrichtung	798 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2001	869 000 EUR
Haushalt 2002	500 000 EUR
Haushalt 2003	800 000 EUR
Noch zu veranschlagen	1 099 000 EUR

Zu TGr. 81

Leertitel zur Abwicklung des Vorhabens.

Zu TGr. 82

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 9,255 Mio. EUR.

Zu TGr. 83

Vorhaben mit privater Vorfinanzierung.
Letzte Leasingrate: 2023.

Gesamtkosten	**128 946 765 EUR**
Planungskosten	3 988 747 EUR
Baukosten	61 893 412 EUR
Finanzierungskosten	40 977 467 EUR
Ersteinrichtung	20 452 139 EUR
Qualitätssicherung	1 635 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2001	745 464 EUR
Haushalt 2002	450 000 EUR
Haushalt 2003	4 356 000 EUR
Noch zu veranschlagen	119 406 554 EUR

Zu TGr. 84

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 4,908 Mio. EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	700 000 EUR
Noch zu veranschlagen	4 208 000 EUR

Zu TGr. 87

Gesamtkosten	**12 782 000 EUR**
Baukosten	2 045 000 EUR
Ersteinrichtung	10 737 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2001	9 975 000 EUR
Haushalt 2002	1 818 000 EUR
Haushalt 2003	989 000 EUR

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 88		**Medizinische Hochschule Hannover; Ausstattung mit Client-Server-Strukturen einschl. Vernetzung - Rpl.Nr. 1739 026 -**	(—)	(—)	(2.300.000)	(2.556.459)	(1.209)
891 88-1 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten	—	—	300.000	2.556.459	1.209
893 88-4 (GA)	132	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	2.000.000	—	—
TGr. 89		**Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -; Umbau VER-Gebäude Ost - Rpl.Nr. 1039 022 -**	(—)	(1.025.000)	(1.534.000)	(1.533.876)	(—)
891 89-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	987.000	1.534.000	1.533.876	—
893 89-2 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	38.000	—	—	—
TGr. 90		**Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -; Grundinstandsetzung der zentralen OP-Abteilung - Rpl.Nr. 1039 013 -**	(—)	(500.000)	(—)	(511.292)	(—)
891 90-3 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	500.000	—	511.292	—
TGr. 91		**Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -; Grundinstandsetzung der Zufahrten - Rpl.Nr. 1039 023 -**	(—)	(200.000)	(—)	(204.517)	(—)
891 91-1 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	200.000	—	204.517	—
TGr. 92		**Technische Universität Clausthal; Einrichtung eines Zentrums für Materialtechnik, RplNr. 1440 010**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 92-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 92-2 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 93		**Univ. Göttingen - Bereich Humanmedizin -; Errichtung einer Krisenstation für die Abt. Kinder u. Jugendpsychiatrie -RplNr.1039 031**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 93-8 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 93-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
TGr. 94		**Universität Hannover; Neubau eines produktionstechnischen Zentrums - Rpl.Nr. 1450 026 -**	(—)	(4.000.000)	(1.000.000)	(—)	(—)
891 94-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	4.000.000	1.000.000	—	—
893 94-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 95		**Universität Osnabrück; Erwerb und Herrichtung des AOK-Gebäudes für Zentrale Einrichtungen u.a. - Rpl.Nr. 0530 008 -**	(—)	(2.000.000)	(—)	(—)	(—)
891 95-4 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	1.000.000	—	—	—
893 95-7 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
916 95-7 (GA)	950	Abführungen an den Grundstock	—	1.000.000	—	—	—

Zu TGr. 88

Gesamtkosten	**12 782 297 EUR**
Baukosten	2 914 364 EUR
Ersteinrichtung	9 867 933 EUR
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2001	10 482 297 EUR
Haushalt 2002	2 300 000 EUR

Zu TGr. 89

Gesamtkosten	**4 859 000 EUR**
Baukosten	4 821 000 EUR
Ersteinrichtung	38 000 EUR
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2001	2 300 000 EUR
Haushalt 2002	1 534 000 EUR
Haushalt 2003	1 025 000 EUR

Zu TGr. 90

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 40,616 Mio. EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	500 000 EUR
Noch zu veranschlagen	40 116 000 EUR

Zu TGr. 91

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 2,94 Mio. EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	200 000 EUR
Noch zu veranschlagen	2 740 000 EUR

Zu TGr. 92

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 30,678 Mio. EUR.

Zu TGr. 93

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 4,86 Mio. EUR.

Zu TGr. 94

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 33,388 Mio. EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2002	1 000 000 EUR
Haushalt 2003	4 000 000 EUR
Noch zu veranschlagen	28 388 000 EUR

Zu TGr. 95

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 3,8 Mio. EUR.

Finanzierung:	
Haushalt 2003	2 000 000 EUR
Noch zu veranschlagen	1 800 000 EUR

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 96		**Universität Osnabrück; Erweiterung der Bibliothek - Rpl.Nr. 0530 009 -**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 96-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 96-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			1.533.876	
		Abschluss Kapitel 06 04					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		71.776.000	68.318.000	25.159.242	
		Summe der Einnahmen		71.776.000	68.318.000	25.159.242	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	92.526.000 102.861.000 201.707.715	57.695.000	36.850.000	44.438.730	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.000.000	—	5.112.919	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	92.526.000 102.861.000 201.707.715	58.695.000	36.850.000	49.551.649	
		Zuschuss				24.392.407	
		Überschuss		13.081.000	31.468.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 96

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die noch zu veranschlagenden vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 11,503 Mio. EUR.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-5	142	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	1.023	—
119 41-4	142	Rückzahlung von Überzahlungen		107.000	107.000	107.371	81
119 67-8	142	Rückzahlung von aus Landesmitteln gewährten Ausbildungsbeihilfen		5.000	5.000	5.113	3
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Ausbildungsförderung (BAföG)**		(76.387.000)	(75.015.000)	(113.248.595)	(73.590)
119 62-7	142	Erstattungen der Deutschen Ausgleichsbank aus übergegangenen Darlehensansprüchen		2.000	2.000	—	—
231 61-3	141	Zuweisungen des Bundes für Schüler (Zuschüsse)		32.142.000	31.587.000	29.546.995	19.545
231 62-1	142	Zuweisungen des Bundes für Studierende (Zuschüsse)		43.564.000	42.747.000	41.105.771	27.493
232 62-8	142	Erstattung von Förderungsbeträgen für Auszubildende im Ausland durch Länder		256.000	256.000	255.646	225
281 61-0	142	Erstattungen für Leistungen im Rahmen der Ausbildungsförderung durch Unterhalts-pflichtige		423.000	423.000	562.421	423
331 61-8	141	Zuweisungen des Bundes für Schüler (Darlehen)		—	—	166.170	75
331 62-6	142	Zuweisungen des Bundes für Studierende (Darlehen)		—	—	41.611.592	25.829
342 62-8	142	Zuschüsse Dritter (Darlehen für Studierende und Schüler)		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				767	
		A U S G A B E N					
663 01-7	146	Schuldendiensthilfe für Studentenwohn-raumbau	—	972.000	978.000	983.214	989
682 01-1	142	Zuschüsse an Landesbetriebe für Essen der Studierenden * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 682 01 und 684 01.*	—	702.000	689.000	784.833	618
684 01-4	142	Essenzuschüsse für Studierende an Hoch-schulen außerhalb des Einzugsbereichs von Mensen der Studentenwerke * *Die Ausgaben sind einseitig deckungs-fähig zu Gunsten 684 02.* *Vgl. D-Vermerk zu 682 01.*	—	41.000	41.000	40.903	38
684 02-2	142	Finanzhilfe für die Studentenwerke gemäß § 145 NHG * *Die Ausgaben sind einseitig deckungs-fähig zulasten 684 01.*	—	15.396.000	15.344.000	17.674.747	17.708
684 22-7	142	Zuschuss zur Studienstiftung des Deutschen Volkes	—	282.000	282.000	281.773	259
812 19-5	142	Betriebliche Einbauten in die Mensen der Studentenwerke	—	767.000	767.000	766.938	1.686
893 21-7	146	Zuschüsse des Landes für Studentenwohnraumförderung	—	614.000	614.000	766.938	1.040
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Ausbildungsförderung (BAföG)**	(—)	(119.621.000)	(116.176.000)	(173.961.950)	(126.173)
632 62-6	142	Erstattung von Ausbildungsförderung an Länder * *Übertragbar.*	—	1.074.000	1.074.000	869.196	910

Zu Titelgruppe 61/62

Vgl. Erläuterungen zu der Ausgabetitelgruppe 61/62.

231 61, 231 62, 331 61 und 331 62

Veranschlagt sind die zu erwartenden Zuweisungen des Bundes i. H. v. 65 % des Gesamtansatzes der Ausgabetitelgruppe 61/62.

242 62

Erstattung des Länderanteils an der Förderung für Auszubildende, die ihren ständigen Wohnsitz in anderen Bundesländern haben und eine Ausbildungsstätte in Benelux-Staaten besuchen.

281 61

Erstattungen für Vorausleistungen an Schüler und Studierende.

Zu 663 01

Für die Umnutzung ehem. Kasernen und anderer geeigneter Liegenschaften für Zwecke stud. Wohnens ist ein Schuldendiensthilfeprogramm im Umfang von rd. 10,3 Mio. EUR eingerichtet, in dessen Rahmen ca. 800 zusätzliche Wohnplätze an verschiedenen Hochschulstandorten geschaffen werden.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	972 000	—	—	972 000
2004	553 000	—	—	553 000
2005	548 000	—	—	548 000
2006	467 000	—	—	467 000
2007	185 000	—	—	185 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	978 000	—	—	978 000
2003	972 000	—	—	972 000
2004	553 000	—	—	553 000
2005	548 000	—	—	548 000
2006 ff.	652 000	—	—	652 000

Zu 682 01

	2003	2002
	Portionen	
1. Medizinische Hochschule Hannover (Betriebsküche)	120 000	120 000
2. Kliniken der Universität Göttingen (Betriebsküche)	170 000	170 000
3. Fachhochschule Hannover	19 000	18 000
4. Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen	50 000	50 000
5. Fachhochschule Nordostniedersachsen	160 000	160 000
6. Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	90 000	90 000
7. Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	60 000	60 000
8. Fachhochschule Osnabrück	93 000	80 000
Zusammen	762 000	748 000

2003 je 0,92 EUR = 701 040 EUR
2002 je 0,92 EUR = 688 160 EUR

Zu 684 01

	2003	2002
	Portionen	
1. Ev. Fachhochschule Hannover	23 780	23 780
2. Freie Kunststudienstätte Ottersberg e. V.	20 780	20 780
Zusammen	44 560	44 560

2003 je 0,92 EUR = 40 995 EUR
2002 je 0,92 EUR = 40 995 EUR

Zu 684 02

Die Studentenwerke erhalten ab 1994 eine Finanzhilfe gemäß § 145 NHG.

Auf die einzelnen Studentenwerke entfallen folgende Beträge:

	2003	2002
	EUR	
Braunschweig	3 795 176	3 878 434
Clausthal	1 086 910	1 060 843
Göttingen	3 442 764	3 423 225
Hannover	2 636 762	2 571 881
Oldenburg	2 141 537	2 173 121
Osnabrück	2 292 851	2 236 496
Zusammen	15 396 000	15 344 000

Zu 684 22

Die Studienstiftung des Deutschen Volkes gewährt Stipendien an Studenten im Grund- und Promotionsstudium und betreibt Auslandsförderungen sowie studienbegleitende Maßnahmen.

Der Zuschuss an die Studienstiftung des Deutschen Volkes wird nach der Kopfzahl der Wohnbevölkerung des Landes ermittelt.

Zu 812 19 (2003)

Folgende Ersatzbeschaffungen bzw. Investitionszuschüsse sind erforderlich:

Studentenwerk Braunschweig 172 827 EUR
Uni Hildesheim:
Kombidämpfer
Elt.Hubfriteuse mit Feuerlöschanlage
HBK Braunschweig:
Umbau Tresen Cafeteria
2 thermische Gargeräte
FH Nordostniedersachsen, Lüneburg:
Erneuerung Spülmaschine
TU Braunschweig:
Entlüftung Fritieranlage
FH Hildesheim/Holzminden/Göttingen:
Lüftung/Klimagerät Spülküche
Bestuhlung Speisesaal
Uni Lüneburg:
Kaffeemaschine/Bistro
Hubfriteuse

Studentenwerk Clausthal 71 591 EUR
1 Flexipfanne
Umgestaltung des Gastraumes in der Cafeteria Leibnizstraße
Erweiterung des Kassensystems
Temperaturerfassungsprogramm
Umstellung des Chipkartensystems
Automatische Fruchtpresse

Studentenwerk Göttingen 172 827 EUR
Mensa Wilhelmsplatz:
Erneuerung der Teeküche der Taberna
Erneuerung eines Tresens
Ersatzbeschaffung eines Kaffeeautomaten

Studentenwerk Hannover 116 585 EUR
Uni Hannover:
Ersatz von 4 Kochkesseln und 4 Kippbratpfannen
FH Hannover:
Geschirrspülmaschine

Studentenwerk Oldenburg 116 585 EUR
Uni Oldenburg:
1 Bandfriteuse
1 Dunstabzugshaube für Zwiebelschneidemaschine
1 Konvektomat für Ausbildungsküche
3 Kühlvitrinen für die Ausgabetheke

Studentenwerk Osnabrück 116 585 EUR
Schloßgarten:
1 Wärmeschrank
1 Kippbratpfanne
1 Konvektomat
Vechta:
1 Wärmeschrank
1 Druckgargerät
1 Kochkessel (60 ltr.)
Cafeteria Fachhochschule:
1 Kaffeeautomat

Zusammen 767 000 EUR

Zu 812 19 (2002)

Folgende Ersatzbeschaffungen bzw. Investitionszuschüsse sind erforderlich:

Studentenwerk Braunschweig	172 827 EUR
Uni Hildesheim:	
Kaffeemaschine mit Intercard	
Kühlzelle	
HBK Braunschweig:	
Friteuse für Cafeteria-Bereich	
Kaffeemaschine mit Intercard	
FH Nordostniedersachsen, Lüneburg:	
2 Kombidämpfer (aus 2001)	
Kaffeemaschine mit Intercard	
TU Braunschweig:	
3 Bankettwagen	
FH Braunschweig/Wolfenbüttel,	
FB in Braunschweig:	
Intercard-Kasse	
FH Hildesheim/Holzminden/Göttingen:	
Einbau einer Kühlzelle	
Studentenwerk Clausthal	71 591 EUR
Schallisolierung, Mensa-Speisesaal	
Sanierung des Sanitärbereichs in der	
Cafeteria Leibnizstraße	
Warenwirtschaftsprogramm	
Induktionswok	
2 Kühlbehälter	
Erweiterung der Wärmestrahler an der	
Free-Flowausgabe	
Studentenwerk Göttingen	172 827 EUR
Café Campus:	
Erneuerung der Ausgabe und des Gastbereichs	
Studentenwerk Hannover	116 585 EUR
Uni Hannover:	
3 Kombidämpfer	
Erneuerung einer Menülinie	
Studentenwerk Oldenburg	116 585 EUR
Uni Oldenburg:	
Salatbuffet mit Aktionstresen	
1 Knollenschälmaschine	
1 Knochenbandsäge	
2 Einfahrkühlschränke	
1 Tischkutter	
FH Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	
Standort Oldenburg:	
1 Tischkutter	
1 Einfahrkühlschrank	
Standort Wilhelmshaven:	
1 Allzweckküchenmaschine	
1 Einfahrkühlschrank	
Standort Emden:	
1 Tischkutter	
Studentenwerk Osnabrück	116 585 EUR
Vechta:	
Beschaffung einer Geschirrspülmaschine	
für die Mensa	
Zusammen	767 000 EUR

Zu 893 21

Die Zuschüsse des Landes sind für die Sanierung und Modernisierung der älteren Studentenheime der Studentenwerke aus den 50er und 60er Jahren vorgesehen.

Zu Titelgruppe 61/62

Die Mittel für die aufgrund des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Zuschüsse für die Förderung der Studenten (Epl. 06) und die Förderung der Schüler (Epl. 07) sind hier veranschlagt. Der Bund trägt 65 v. H., die Länder tragen 35 v. H. der Förderungsleistungen.

Vgl. Erläuterungen zu Einnahmetitelgruppe 61/62.

632 62

Landesanteil an der Förderung für Auszubildende, die ihren ständigen Wohnsitz in Niedersachsen haben und eine Ausbildungsstätte außerhalb der Bundesrepublik und außerhalb der Benelux-Staaten besuchen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
661 62-6	142	Aufwendungsersatz, Zinszahlungen und Tilgungsausfälle für Darlehen nach BAföG ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1.951.000	615.000	—	—
681 61-9	141	Zuschüsse für Schüler * *Übertragbar.* *** *Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 LHO dürfen zurückzuzahlende anteilige Förderungsbeträge für laufende Zuschüsse einschließlich der anfallenden Zinsen auch nach Schluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	49.450.000	48.597.000	45.456.916	33.574
681 62-7	142	Zuschüsse für Studierende * *Übertragbar.* *** *Vgl. Vermerk zu 681 61.*	—	67.023.000	65.767.000	63.239.648	47.400
685 62-2	142	Anspruch der Deutschen Ausgleichsbank auf Erstattung von Verwaltungskosten sowie Darlehens- und Zinsbeträgen * *Übertragbar.*	—	123.000	123.000	122.710	8
863 61-0	141	Darlehen für Schüler	—	—	—	255.646	129
863 62-8	142	Darlehen für Studierende	—	—	—	64.017.834	44.152
TGr. 64		**Besondere Kosten der Ausbildungsförderung**	(—)	(7.913.000)	(7.913.000)	(8.108.578)	(7.290)
633 64-9	142	Erstattung für Sonderzuständigkeiten gemäß § 45 Abs. 4 BAföG	—	128.000	128.000	127.823	114
684 64-2	142	Erstattung an die Studentenwerke *** *Etwaige Überzahlungen sind auf die Abschlagszahlungen des folgenden Haushaltsjahres anzurechnen.*	—	7.785.000	7.785.000	7.980.755	7.176
812 64-0	142	Erwerb von Informations- und Kommunikationstechnik	—	—	—	—	—
TGr. 67/68		**Studienförd. für ausländische Studenten** * *Übertragbar.* *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zur Titelgruppe verbindlich.*	(—)	(248.000)	(248.000)	(248.488)	(109)
681 67-8	023	Zuschüsse für Studenten aus Entwicklungsländern	—	248.000	248.000	248.488	109
681 68-6	142	Zuschüsse für Studenten aus anderen Ländern	—	—	—	—	—
685 68-1	142	Zuschüsse an Institutionen und Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses an Hochschulen** * *Übertragbar.*	(—)	(1.329.000)	(1.329.000)	(1.329.359)	(1.264)
681 72-4	143	Zuschüsse	—	—	—	—	903
682 72-0	143	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	1.329.000	1.329.000	1.329.359	361

661 62

Veranschlagt sind die Leistungen im Zusammenhang mit der Gewährung von Darlehen nach dem BAföG.

Zu Titelgruppe 64

633 64

Veranschlagt ist der erwartete Bedarf für das Amt für Auslandsförderung in Hannover.

684 64

Für die verwaltungsmäßige Abwicklung der Förderungsfälle der Studierenden als Erstattungen an Studentenwerke.

Zu Titelgruppe 67/68

Für die Förderung ausländischer Studenten, die nicht förderungsberechtigt nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sind.

Diese Leistungen werden als Leistungen eigener Art unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes gewährt.

Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

681 67

Die Mittel sind bestimmt zur Gewährung von Stipendien an Fachhochschulstudenten (Teilnehmer des Bund/Länder-Stipendienprogramms).

Zu Titelgruppe 72

681 72

Die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses an den Hochschulen durch Promotionsstipendien sowie durch Sonderzuwendungen für Sach- und Reisekosten richtet sich nach dem Nieders. Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Graduiertenförderungsgesetz – GradFöG).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 05					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		115.000	115.000	114.274	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		76.385.000	75.013.000	71.470.833	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	41.777.762	
		Summe der Einnahmen		76.500.000	75.128.000	113.362.869	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	146.504.000	143.000.000	139.140.365	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.381.000	1.381.000	65.807.356	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	147.885.000	144.381.000	204.947.721	
		Zuschuss		71.385.000	69.253.000	91.584.852	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 5061 Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62	**Ausbildungsförderung (BAföG)**		(57.399.000)	(57.399.000)	(—)	(—)
331 61	Zuweisungen des Bundes für Schüler (Darlehen)		166.000	166.000	—	—
331 62	Zuweisungen des Bundes für Studierende (Darlehen)		37.143.000	37.143.000	—	—
342 62	Zuschüsse Dritter (Darlehen für Studierende und Schüler)		20.090.000	20.090.000	—	—
	A U S G A B E N					
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62	**Ausbildungsförderung (BAföG)**	(—)	(57.399.000)	(57.399.000)	(—)	(—)
863 61	Darlehen für Schüler ****Gemäß § 15 Abs.1 Satz 2 LHO dürfen zurückzuzahlende anteilige Förderungsbeträge für laufende Zuschüsse einschließlich der anfallenden Zinsen auch nach Schluss des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	256.000	256.000	—	—
863 62	Darlehen für Studierende ****Vgl. Vermerk zu 863 61.*	—	57.143.000	57.143.000	—	—
	Abschluss Kapitel 50 61					
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		57.399.000	57.399.000	—	
	Summe der Einnahmen		57.399.000	57.399.000	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	57.399.000	57.399.000	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	57.399.000	57.399.000	—	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 50 61

Ab Haushaltsjahr 2002 sind die Einnahmen und Ausgaben der BAföG-Darlehen für Schüler und Studierende aus dem Kapitel 06 05 ausgegliedert und in die Sonderrechnung im Kapitel 50 61 überführt worden. Das MWK ist ermächtigt worden, im Einvernehmen mit MF den Landesanteil an den Darlehen nach § 17 Abs. 2 BAföG von der Landestreuhandstelle oder einem Kreditinstitut bereitstellen zu lassen und im Gegenzug den Anteil des Landes an den Darlehensrückflüssen nach § 56 Abs. 2 BAföG abzutreten.

Die Zinszahlungen und evtl. Tilgungsausfälle für die Darlehen sowie der Aufwendungsersatz werden im Kapitel 06 05 Titel 661 62 veranschlagt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0606 Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-1	162	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	174.000	—	—
381 01-5	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-5	162	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 891 01.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	840.000 — —	1.765.000	1.767.000	1.631.328	—
891 01-3	162	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 01.* *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	147.000	39.000	195.467	—
		Abschluss Kapitel 06 06					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	174.000	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	174.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	840.000 — —	1.765.000	1.767.000	1.631.328	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	147.000	39.000	195.467	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	840.000 — —	1.912.000	1.806.000	1.826.795	
		Zuschuss		1.912.000	1.632.000	1.826.795	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 06 allgemein

Die Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GVB) in Göttingen wird seit dem 1.1.2001 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt. Der Landesbetrieb ist aus der bisherigen Titelgruppe 97/98 im Kapitel 06 10 hervorgegangen.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.

Zu 682 01 (2003)

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2004	—	—	840 000	840 000

(Niedersächsisches Konsortium zur Zeitschriftensicherung)

Wirtschaftsplan für die Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60 Sachaufwand	619 650	610 800		501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen	1 765 000[1])	1 767 000	
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	257 600	257 600		503 Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen	3 732 000	3 698 000	
63 Dienstbezüge, Löhne und Gehälter	2 298 900	2 244 400		51 Erträge aus Entgelten (Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen)	61 000	61 000	
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen	577 700	564 100		54 Sonstige betriebliche Erträge	331 000	324 000	
66 Sonst. Personalaufwendungen	35 000	30 100		55 Übrige Erträge	—	—	
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 808 700	1 851 100		58 Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	
68 Aufwendungen für Kommunikation	291 450	291 900					
69 Sonstige Aufwendungen	—	—					
70 Betriebliche Steuern	—	—					
76 Außerordentlicher Aufwand	—	—					
78 Sonstige Steuern	—	—					
Gesamtsumme:	5 889 000	5 850 000			5 889 000	5 850 000	

[1]) Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes 1 765 000 EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60 Sachaufwand	610 800	299 700	293 000	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen	1 767 000[1])	1 631 300	1 606 000
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	257 600	367 600	368 000	503 Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen	3 698 000	3 345 900	3 257 000
63 Dienstbezüge, Löhne und Gehälter	2 244 400	2 140 500	2 127 000	51 Erträge aus Entgelten (Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen)	61 000	12 800	13 000
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen	564 100	651 700	542 000	54 Sonstige betriebliche Erträge	324 000	310 500	303 000
66 Sonst. Personalaufwendungen	30 100	15 300	15 000	55 Übrige Erträge	—	—	—
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 851 100	1 567 400	1 574 000	58 Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	291 900	258 300	260 000				
69 Sonstige Aufwendungen	—	—	—				
70 Betriebliche Steuern	—	—	—				
76 Außerordentlicher Aufwand	—	—	—				
78 Sonstige Steuern	—	—	—				
Gesamtsumme:	5 850 000	5 300 500	5 179 000		5 850 000	5 300 500	5 179 000

[1]) Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes 1 767 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
07 Technische Anlagen und Maschinen	384 000	665 000		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen	147 000[1])	39 000	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen nach dem HBFG	—	562 000	
09 Abführung an andere Kapitel	—	174 000		509 a) Zuweisungen Dritter für Investitionen	237 000	64 000	
				b) nach dem HBFG	—	174 000	
				546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
				65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	384 000	839 000			384 000	839 000	

[1]) Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes 147 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
07 Technische Anlagen und Maschinen	665 000[2])	576 000	580 000	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen	39 000[1])	195 000	207 000
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen nach dem HBFG	562 000	—	—
09 Abführung an andere Kapitel	174 000	—	—	509 a) Zuweisungen Dritter für Investitionen	64 000	381 000	373 000
				b) nach dem HBFG	174 000	—	—
				546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
				65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	839 000	576 000	580 000		839 000	576 000	580 000

[1]) Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes 39 000 EUR

Ablieferung des Landesbetriebes nach Titel 121 02 174 000 EUR

[2]) davon 562 000 EUR Zuführungen aus Kap. 06 04 Titel 891 36 (HBFG-Beschaffungen):

a) Land 107 000 EUR
b) übrige Verbundteilnehmer 174 000 EUR
c) Bundesmittel nach dem HBFG 281 000 EUR

Bewirtschaftungsvermerke

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 = 3 000 EUR und in 2003 = 3 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansatz der KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen der Angestellten)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte im nds. Dienstverhältnis	Die Kosten für insgesamt 33 Stellen werden zu $^{4}/_{33}$ vom Land Niedersachsen getragen. Die übrigen $^{29}/_{33}$, die 2 von Hamburg 2001 verlagerten und die 3 in Hamburg etatisierten Stellen werden von allen Verbundteilnehmern am Bibliotheksverbund getragen.
III	1	1	1	Verwaltungsdienst	
VI b	1	1	1		
I a	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	1	1	1		
II a	4	4	4		
I b	1	1	1	Bibliotheksdienst	
II a	2	2	2		
IV a	1	1	1		
I	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
I b	2	2	2		
III	4	4	4		
IV a	10	10	10		
IV b	2	2	2		
V b	2	2	2		
VI b	2	2	2		
	35	35	35	Zwischensumme Niedersachsen	
				Beamte und Angestellte im Hamburger Dienstverhältnis	
IV a	1	1	1	Bibliotheksdienst	
A 11	1	1	1		
A 10	1	1	1		
	3	3	3	Zwischensumme Hamburg	
	38	38	38	Gesamt	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Sachaufwand	619 650	610 800	299 700
6075	Sachaufwendungen für bibl. Fremddaten	236 200	233 100	226 800
6076	Weiterer Sachaufwand für bezogene Waren	360 650	354 900	50 100
605	Aufwendungen für Energie	22 800	22 800	22 800
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	257 600	257 600	367 600
616	Aufwendungen für Fremdwartung und Instandhaltung	257 600	257 600	367 600
Zu Kontengruppe				
63	Dienstbezüge, Gehälter	2 298 900	2 244 400	2 140 500
6301	Vergütungen der Angestellten	1 870 800	1 816 300	1 693 500
	Vergütung der befr. Beschäftigten	428 100	428 100	447 000
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen	577 700	564 100	651 700
6410	Arbeitgeberanteile Angestellte VZ	467 700	454 100	562 300
	Arbeitgeberanteile befr. Angestellte	107 000	107 000	89 400
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	3 000	3 000	—
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	35 000	30 100	15 300
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	35 000	30 100	15 300
Zu Kontengruppe				
67	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 808 700	1 851 100	1 567 400
670	Arbeitsplatzkosten (Miete) VZ	190 600	190 600	190 600
	Arbeitsplatzkosten (Miete) Nds. Bibliotheksautomation	18 400	18 400	18 400
6721	Aufwendungen für das zentrale Bibliothekssystem	665 000	644 700	629 000
6722	Aufwendungen für die lokalen Bibliothekssysteme	562 600	632 700	354 700
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	372 100	364 700	374 700
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation	291 450	291 900	258 300
682	Aufwendungen für Telefon, Fax, WIN-Anschluss	201 050	201 000	230 000
685	Aufwendungen für Dienstreisen	65 400	65 900	28 300
687	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	25 000	25 000	—
Zu Kontengruppe				
69	Sonstige Aufwendungen	—	—	—
693	Andere sonst. Betriebliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgs- und Finanzplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse sowie Erträge aus Zuweisungen und Entgelten	5 881 000	6 304 000	5 552 900
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	1 765 000	1 767 000	1 631 300
504	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen in der VZ	147 000	39 000	195 500
503	Erträge aus Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen	3 732 000	3 698 000	3 345 900
507	Erträge aus Zuweisungen des Landes für Investitionen nach dem HBFG	—	562 000	—
509	a) Erträge aus Zuweisungen Dritter für Investitionen	237 000	64 000	380 200
	b) für Investitionen nach dem HBFG	—	174 000	—
Zu Kontengruppe				
51	Erträge aus Entgelten Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen	61 000	61 000	12 800
511	Erträge aus Nutzungsentgelten	61 000	61 000	12 800
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	331 000	324 000	310 500
544	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen zur Nds. Bibliotheksautomation	331 000	324 000	310 500

Die Verbundzentrale des GBV ist eine Dienstleistungseinrichtung des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes. Träger ist das Land Niedersachsen. Vertragspartner des Verwaltungsabkommens vom 14. 06. 1996 sind die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die Staatsbibliothek zu Berlin nimmt aufgrund des Vertrages vom 18. 06. 1999 am GBV teil.

Grundlage der Aufgaben und die Finanzierungsmodalitäten der Verbundzentrale des GBV sind das Verwaltungsabkommen über die Einrichtung eines Bibliotheksverbundes vom 14.6.1996 und die Beschlüsse der Verbundleitung des GBV.

Zu 503:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Bremen:	145	148
Hamburg:	541	533
Mecklenburg-Vorpommern:	487	486
Sachsen-Anhalt:	554	550
Schleswig-Holstein:	417	414
Thüringen:	702	699
Staatsbibliothek zu Berlin:	886	868
Zusammen	3 732	3 698

Zu 509a):

Bremen:	11	3
Hamburg:	47	13
Mecklenburg-Vorpommern:	40	11
Sachsen-Anhalt:	46	12
Schleswig-Holstein:	35	10
Thüringen:	58	15
Zusammen	237	64

Zu 509b):

HJ 2002
HBFG-Anteile der Länder:

Bremen:	8 000	EUR
Hamburg:	35 000	EUR
Mecklenburg-Vorpommern:	29 000	EUR
Sachsen-Anhalt:	34 000	EUR
Schleswig-Holstein:	26 000	EUR
Thüringen:	42 000	EUR
Niedersachsen:	107 000	EUR
Zusammen	281 000	EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-1	131	Rückzahlung von Überzahlungen		1.483.000	1.483.000	1.482.746	914
231 01-7	164	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Betrieb -		7.964.000	8.569.000	—	—
232 01-3	178	Sonstige Zuweisungen von Ländern		1.033.000	1.015.000	—	—
232 02-1	164	Sonstige Zuweisungen von Ländern aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung ****1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Absatz 1 der Erläuterungen verbindlich.* *2. Rückzahlungen können abweichend von § 15 LHO durch Absetzungen von der Einnahme erfolgen.*		4.012.000	4.521.000	—	—
331 01-1	164	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Investitionen -		3.023.000	3.213.000	640.649	1.505
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				16.607.068	
		A U S G A B E N					
671 01-7	178	Erstattungen an das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES) für Versorgungsleistungen	—	40.000	40.000	38.756	—
685 27-1	165	Zuschüsse an wissenschaftliche Vereinigungen	—	314.000	307.000	340.469	295
685 28-0	164	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) ** Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 685 28, 685 29, 685 32, 685 35, 685 36, 685 51, 685 52, 685 53, 685 55, 685 57, 685 64, 894 64, 685 69, 894 69, 685 71 und 894 71.*	—	574.000	563.000	568.710	548
685 29-8	165	Zuschuss an das Soziologische Forschungsinstitut e.V. in Göttingen (SOFI) ** Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	728.000	717.000	705.481	694
685 32-8	165	Zuschuss für das Laser-Laboratorium Göttingen e. V. (LLG) ** Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	788.000	776.000	763.614	752
685 35-2	165	Kuratorium OFFIS e.V. (Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatik-Werkzeuge und -Systeme) ** Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	2.181.000	2.066.000	1.948.840	1.667
685 36-0	165	Zuschuss für das Forschungszentrum TERRAMARE in Wilhelmshaven ** Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	873.000	780.000	725.728	714
685 51-4	165	Zuschuss für die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft in Braunschweig (BWG) ** Vgl. D-Vermerk zu 685 28.* ****Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die BWG erbringen, werden Leistungsgebühren / Entgelte nicht erhoben.*	—	94.000	92.000	90.703	89
685 52-2	165	Zuschuss an die Akademie der Wissenschaften in Göttingen (AdW) ** Vgl. D-Vermerk zu 685 28.* ****Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die Akademie der Wissenschaften in Göttingen erbringen, werden Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.*	—	663.000	631.000	586.503	577
685 53-0	165	Zuschuss an das Kriminologische Forschungsinstitut in Hannover (KFN) ** Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	1.075.000	1.059.000	1.037.871	987
685 55-7	165	Finanzierung Niedersachsens an das Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK) ** Vgl. D-Vermerk zu 685 28.* *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus-*	—	1.150.000	1.150.000	1.150.407	1.150

Zu 232 01

Erstattungsanteil der Länder, die nach § 8 des Gesetzes über die Gründung des „Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“ die Mitverantwortung für die Arbeit des Instituts übernehmen.

Vgl. Erläuterungen zu 685 57.

Zu 251 01 und 252 02

Einnahmen sind aufgrund des geänderten Verfahrens nicht mehr zu veranschlagen (vgl. hierzu Erl. zu 685 89).

Zu 231 01 und 333 01

Seit dem Haushaltsjahr 1998 werden die Bundesmittel zur Förderung der Einrichtungen der Blauen Liste nicht mehr den Einrichtungen bewilligt, sondern den Sitzländern zur Bewilligung zugewiesen. Dementsprechend sind bei den Ausgabetiteln die Bundes- und Länderanteile veranschlagt.

Zu 232 02

Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird die von den Ländern beschlossene Verrechnung der Länderleistungen zugelassen.

Die gemeinsame Förderung der in Betracht kommenden Einrichtungen ist in der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen geregelt:

Ab 1997 werden die selbstständigen Forschungseinrichtungen und die Einrichtungen mit Servicefunktion für die Forschung vom Bund und von den Ländern gemeinsam finanziert.

Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungsbetrages abzüglich des Länderanteils für Bauinvestitionen, der vom jeweiligen Sitzland allein zu tragen ist, wird

– bei Forschungseinrichtungen in Höhe von 75 %,
– bei Serviceeinrichtungen in Höhe von 25 %

vom Sitzland aufgebracht (Interessenquote).

Der Rest des Länderanteils wird von den Ländern gemeinsam nach dem Königsteiner Schlüssel getragen.

Der Finanzierungsbeitrag der Länder für die einzelnen Einrichtungen wird vereinbarungsgemäß durch die Sitzländer bereitgestellt. Der Saldo zwischen der Mittelbereitstellung durch das Sitzland und seinem schlüsselmäßigen Anteil am Finanzierungsbeitrag der Länder zur Förderung aller Einrichtungen bildet die Ausgleichszuweisung an andere Länder bzw. von anderen Ländern.

Nach dem von Bund und Ländern beschlossenen Berechnungs- und Zahlungsverfahren sind folgende Einnahmen zu veranschlagen:

Gesamtzuschuss für die niedersächsischen Blaue-Liste-Einrichtungen:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Deutsches Primatenzentrum	7 323	7 683
Institut für den Wissenschaftlichen Film	4 760	3 839
Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen	4 618	4 289
Akademie für Raumforschung und Landesplanung	1 986	1 947
Institut für Erdöl und Erdgasforschung	—	1 730
Technische Informationsbibliothek Kapitel 06 51	14 751	15 153
Institut für Geowisssenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (Kap. 08 02 TGr. 73)	4 346	4 346
Zusammen	37 784	38 987
Länderanteil	22 239	22 914
– davon Anteil Niedersachsens	7 078	7 293
– davon Anteil anderer Länder	15 161	15 621
./. Anteil Niedersachsens an Einrichtungen anderer Länder	11 149	11 100
Erstattungsbetrag anderer Länder	4 012	4 521

Zu 685 27

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung.

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende wissenschaftliche Vereine in Niedersachsen:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Archäologische Kommission in Hannover	18	17
Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft e.V. in Hannover	52	51
Historische Kommission für Niedersachsen in Hannover	98	96
Institut für Sozialgeschichte in Braunschweig	5	5
Lessing-Akademie in Wolfenbüttel	56	55
Volkskundliche Kommission für Niedersachsen	5	5
Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V., Hannover	24	23
Akademie für Ethik in der Medizin e. V., Göttingen	56	55
Zusammen	314	307

Der Arbeitskreis „Geschichte des Landes Niedersachsen (nach 1945)“ soll in die Universität Göttingen eingegliedert werden. Die Mittel sind daher ab Haushaltsjahr 2002 in das Kapitel 06 10 verlagert worden.

Zu 685 28

Vertragliche Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung gem. Beschluss der Gemeinsamen Konferenz der Finanz- und Kultusminister der Länder vom 31. 1. 1974.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Hochschul-Informations-System-GmbH in Hannover (HIS)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	10 257	10 311	10 149	10 411
Einnahmen	2 004	2 217	1 923	2 369
Fehlbetrag	8 253	8 094	8 226	8 042

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	574	563
c) den Bund mit	2 751	2 698
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	4 928	4 833
e) Private	—	—
Zusammen	8 253	8 094

Bund und Länder beteiligen sich an der Finanzierung im Verhältnis 1:2. Neben seinem Anteil entsprechend Königssteiner Schlüssel (einschl. des übernommenen Anteils des Saarlandes) hat das Land Niedersachsen eine Sonderfinanzierung als Sitzland in Höhe von rd. 2 500 EUR zu tragen.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 29

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Soziologischen Forschungsinstituts e. V. Göttingen (SOFI)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	2 550	2 813	2 864	2 340
Einnahmen	1 822	2 096	2 159	1 646
Fehlbetrag	728	717	705	694

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	728	717
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	728	717

Das Soziologische Forschungsinstitut e. V. Göttingen betreibt Forschungen insbesondere auf dem Gebiet der Industriesoziologie. Der Zuschuss dient zur Grundfinanzierung der Arbeit des Instituts.

Weniger (100 000 EUR) zur Einsparung.

Zu 685 32

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Laser-Laboratoriums Göttingen e. V. (LLG)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	2 467	2 562	2 287	2 555
Einnahmen	1 679	1 786	1 523	1 803
Fehlbetrag	788	776	764	752

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	788	776
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	788	776

Zuschuss zur Grundfinanzierung des Laser-Laboratoriums Göttingen e. V. (LLG), das sich mit der anwendungsorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Excimer- und Farbstofflaser befasst.

Zu 685 35

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Kuratoriums OFFIS e. V.

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	8 495	8 023	7 995	6 311
Einnahmen	6 314	5 957	6 047	4 644
Fehlbetrag	2 181	2 066	1 948	1 667

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	2 181	2 066
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	2 181	2 066

Zuschuss zur Grundfinanzierung des „Kuratoriums OFFIS“ e. V., das sich im Wesentlichen mit der anwendungsorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Informationswerkzeuge und -Systeme befasst.

Mehr für den weiteren Aufbau des Instituts.

Zu 685 36

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Zentrums für Flachmeer-, Küsten- und Meeresumweltforschung (TERRAMARE) e. V.

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	1 033	1 014	1 380	1 111
Einnahmen	160	234	654	397
Fehlbetrag	873	780	726	714

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	873	780
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	873	780

Zuschuss für Personal- und Sachkosten des Zentrums für Flachmeer-, Küsten- und Meeresumweltforschung (TERRAMARE), Wilhelmshaven, das als gemeinsame wissenschaftlich-technische Infrastruktureinrichtung für die in Niedersachsen angesiedelten meereskundlich orientierten Forschungseinrichtungen und Arbeitsgruppen konzipiert ist.

Mehr für je 1 Stelle der Verg.-Gr. IV a BAT (EDV) und VI b BAT (Werkstattbereich) zur Erfüllung der anfallenden Seviceaufgaben.

Zu 685 51

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Zu 685 52

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Akademie der Wissenschaften in Göttingen (AdW)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben*)	7 731	7 377	6 973	7 013
Einnahmen*)	7 068	6 746	6 387	6 436
Fehlbetrag	663	631	586	577

*) einschl. Anteil am Akademienprogramm

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	663	631
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	663	631

Das Akademienprogramm wird ab 2001 komplett von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz durchgeführt (vgl. auch Erläuterungen zu 685 89).

Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die Akademie der Wissenschaften in Göttingen erbringen, werden Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.

Zu 685 53

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Kriminologischen Forschungsinstituts in Hannover (KFN)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	1 542	1 519	1 490	1 449
Einnahmen	467	460	452	462
Fehlbetrag	1 075	1 059	1 038	987

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 075	1 059
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	1 075	1 059

Zu 685 55

Gemäß Stiftungsurkunde und Stiftungssatzung vom 5. 10. 1995 werden für die von den Stiftern (Land Bremen, Land Niedersachsen und Stadt Delmenhorst) errichtete Stiftung „Hanse-Wissenschaftskolleg“ die Bauinvestitionen und die Betriebskosten anteilig vom Land Niedersachsen gedeckt. Die dafür notwendigen Mittel wurden in den Haushaltsjahren 1996 und 1997 aus dem Nieders. Vorab der VW-Stiftung (Kapitel 06 09) aufgebracht. Ab dem Haushaltsjahr 1998 ist der niedersächsische Anteil an der Finanzierung der Stiftung hier veranschlagt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *685 55-7*		*gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
685 57-3	165	Zuschuss des Landes Niedersachsen für das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI) * *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.* *** *Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für das Institut erbringen, werden Leistungsgebühren/ Entgelte nicht erhoben.*	—	1.678.000	1.649.000	1.599.474	1.544
685 58-1	165	Zuschuss für das Niedersächsische Institut für Peptid-Forschung (IPF)	—	—	—	10.225.838	1.293
685 59-0	178	Zuschuss an das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH in Hannover (IES)	—	—	—	—	3.477
894 36-9	165	Zuschuss für das Forschungszentrum TERRAMARE in Wilhelmshaven -Investitionen-	—	—	1.230.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Förderung der Institute für technisch-wissenschaftliche Innovation an Fachhochschulen**	(—)	(338.000)	(333.000)	(327.534)	(322)
685 64-6	165	Zuschuss für laufende Zwecke * *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	338.000	333.000	327.534	322
894 64-4	165	Zuschuss für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Förderung des Instituts für Solarenergieforschung (ISFH)**	(—)	(2.521.000)	(2.481.000)	(2.502.518)	(2.549)
685 69-7	165	Zuschuss für laufende Zwecke * *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	2.521.000	2.481.000	2.502.518	2.483
894 69-5	165	Zuschuss für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	—	—	—	66
TGr. 71		**Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC)**	(—)	(3.097.000)	(3.051.000)	(4.053.317)	(2.865)
685 71-9	165	Zuschuss für laufende Zwecke * *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	3.097.000	3.051.000	3.005.169	2.865
894 71-7	165	Zuschuss für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 685 28.*	—	—	—	1.048.148	—
TGr. 77 **78/79** **80/86** **87/88** **89/91** **92/94** **95/96** **97/98**		**Gemeinsame Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen mit überregionalem Wirkungsbereich** *** *Soweit Landesbehörden Verwaltungsleistungen für die gemeinsam finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen erbringen, werden hierfür Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.*	(2.000.000) (1.409.000) (15.187.926)	(133.514.000)	(131.143.000)	(124.982.849)	(118.620)
682 98-1	164	Zuführung an den Landesbetrieb TU Clausthal für die Abwicklung des Instituts für Erdölforschung (IfE)	—	—	—	—	—
685 77-8	164	Zuschuss an das Deutsche Primatenzentrum GmbH, Göttingen (DPZ)	—	7.093.000	6.844.000	6.129.367	6.069
685 78-6	164	Zuschuss an das Institut für den Wissenschaftlichen Film gemeinn. GmbH, Göttingen (IWF) * *Übertragbar.*	—	3.371.000	3.450.000	3.432.814	3.569
685 79-4	164	Zuschuss an die Deutsche Sammlung Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ)	—	4.284.000	3.954.000	3.626.082	3.262
685 80-8	164	Zuschuss an die Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (ARL) *** *Übertragbar bis zur Höhe von . 110.000 EUR.*	—	1.986.000	1.947.000	1.927.468	1.890

Zu 685 57

Gesetzliche Leistung gem. § 8 des „Gesetzes über die Gründung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“ (Nds. GVBl. 1975 S. 212) in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung (GEI)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	1 895	1 866	1 858	2 014
Einnahmen	217	217	258	470
Fehlbetrag	1 678	1 649	1 600	1 544

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 678	1 649
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	1 678	1 649

Die Leistungen der mitfinanzierenden Länder sind bei 232 01 veranschlagt.

Zu 894 36

Für den Anbau des ICBM in Oldenburg.

Zu Titelgruppe 64 allgemein

685 64

Unterhaltung der Einrichtung als Mitgesellschafter (1/3) in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Institute für technisch-wissenschaftliche Innovation an den Fachhochschulen Braunschweig/Wolfenbüttel, Osnabrück und Wilhelmshaven

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	1 598	1 593	1 582	1 620
Einnahmen	1 260	1 260	1 255	1 297
Fehlbetrag	338	333	327	323

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	338	333
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	338	333

Aufgabe und Ziel der Institute ist es, auf einzelnen Forschungsbereichen in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen dem Stand der Technik vorgelagerte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, durchzuführen. Die Institute werden als unselbstständige Betriebsstätten der Niedersächsischen Agentur für Technologietransfer und Innovation GmbH (NATI) geführt. Es bestehen Institute an den Fachhochschulen Osnabrück (Automatisierungstechnik, Oberflächenanalytik, Oberflächentechnik), Wilhelmshaven (Automatisierungstechnik, Umwelttechnik) und an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (Verfahrensoptimierung, Entsorgungstechnik).

Veranschlagt sind eine Grundfinanzierung für Personal- und Sachausgaben aller drei Institute.

Zu Titelgruppe 69

685 69

Unterhaltung der Einrichtung als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Solarenergieforschung GmbH (ISFH)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	4 273	4 205	4 911	5 137
Einnahmen	1 752	1 724	2 408	2 654
Fehlbetrag	2 521	2 481	2 503	2 483

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	2 521	2 481
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	2 521	2 481

Die Solarenergie wird in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Energieversorgung in den Industrieländern leisten können. Das Land Niedersachsen fördert daher den Aufbau eines Instituts für Solarenergieforschung und stellt die langfristige Finanzierung sicher.

Zu Titelgruppe 71

685 71

Unterhaltung der Einrichtung als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der CUTEC

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	5 749	5 704	7 153	5 346
Einnahmen	2 652	2 653	3 125	2 341
Fehlbetrag	3 097	3 051	4 028	3 005

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	3 097	3 051
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	3 097	3 051

Mit dem Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC) soll die wirtschaftsnahe Forschung im Bereich der Umwelttechnologien in Niedersachsen nachhaltig ausgebaut werden. Schwerpunkt soll sein die in die Bereiche Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Energiewirtschaft und Mobilitätswirtschaft gegliederte Erforschung von Technologien zur Minderung von Emissionen in Wasser/Luft, wie Recyclingtechnik, Prozessanalytik und Prozesssteuerung sowie die Veränderung und Neugestaltung von Produktionsprozessen mit dem Ziel der prozessintegrierten Emissionsminderung.

Zu Titelgruppe 77/98 allgemein

Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch den Bund und die Länder ist durch die Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG vom 28. 11. 1975 (RV-Fo), zuletzt geändert am 20. 3. 2001, geregelt worden.

Die Rahmenvereinbarung ist mit Wirkung vom 1. 1. 1976 in Kraft getreten. Nach dieser Rahmenvereinbarung und den geschlossenen Ausführungsvereinbarungen wirken die Vertragschließenden bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung nach den näheren Bestimmungen dieser Vereinbarungen zusammen.

685 77 und 894 77 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutsches Primatenzentrum GmbH in Göttingen (DPZ)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	14 163	15 347	12 331	10 995
Einnahmen	2 750	2 802	2 500	3 925
Fehlbetrag	11 413	12 545	9 831	7 070

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 77)*)	7 093	6 844
c) das Land mit Investitionen (894 77)**)	4 320	5 701
d) den Bund mit	—	—
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
f) Private	—	—
Zusammen	11 413	12 545

*) davon 3 546 500 bzw. 3 422 000 EUR Bundesanteil (50%) und 2 418 700 bzw. 2 333 800 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2% des Länderanteils).

**) davon 2 160 000 bzw. 2 850 500 EUR Bundesanteil (50%) und 252 700 bzw. 286 400 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2% des Länderanteils ohne Bauinvestition).

Die Deutsche Primatenzentrum GmbH in Göttingen betreibt naturwissenschaftliche und medizinische Forschung über und mit Primaten. Darüber hinaus hält und züchtet sie Primaten für die Versorgung anderer Forschungsinstitute.

Die 2001 ausgebrachte VE ist vorgesehen für die Sanierung des Tierhauses. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen rd. 16,3 Mio. EUR. Die Differenz wird aus übertragenen Ausgaberesten finanziert.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	3 579 000	—	—	3 579 000
2004	3 067 800	—	—	3 067 800
2005	2 055 900	—	—	2 055 900

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	4 346 000	—	4 346 000
2003	—	3 579 000	—	3 579 000
2004	—	3 067 800	—	3 067 800
2005	—	2 055 900	—	2 055 900

685 78 und 894 78 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des IWF

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	5 399	4 402	4 203	4 784
Einnahmen	639	563	460	512
Fehlbetrag	4 760	3 839	3 743	4 272

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 78)*)	3 371	3 450
c) das Land mit Investitionen (894 78)**)	1 389	389
d) den Bund mit	—	—
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
f) Private	—	—
Zusammen	4 760	3 839

*) davon 1 685 500 bzw. 1 725 000 EUR Bundesanteil (50%) und 1 149 500 bzw. 1 176 500 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2% des Länderanteils).

**) davon 694 500 bzw. 194 500 EUR Bundesanteil (50%) und jeweils 132 700 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2% des Länderanteils ohne Bauinvestition).

Das Institut für den Wissenschaftlichen Film GmbH hat die Herstellung und Veröffentlichung von Filmen für Forschung und Hochschulunterricht in allen Disziplinen zur Aufgabe.

Die VE und die Mittel bei 894 78 sind veranschlagt für die Grundsanierung der Hauptgebäude und die Baumaßnahmen Kommunikationszentrum (Cinema I) und Konferenz-/Schulungsraum.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 000 000	—	1 000 000
2004	—	—	1 000 000	1 000 000
2005	—	—	1 000 000	1 000 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	1 000 000	1 000 000

685 79 und 894 79 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	5 896	5 568	5 242	6 358
Einnahmen	1 275	1 277	1 278	1 823
Fehlbetrag	4 621	4 291	3 964	4 535

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 79)*)	4 284	3 954
c) das Land mit Investitionen (894 79)**)	337	337
d) den Bund mit	—	—
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
f) Private	—	—
Zusammen	4 621	4 291

*) davon 2 142 000 bzw. 1 977 000 EUR Bundesanteil (50%) und 1 460 800 bzw. 1 348 300 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2% des Länderanteils).

**) davon jeweils 168 500 EUR Bundesanteil (50%) und jeweils 114 900 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2% des Länderanteils).

Die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH in Braunschweig (DSMZ) besteht seit dem 1. 1. 1988. Alleiniger Gesellschafter ist nach dem Gesellschaftervertrag vom 16. 12. 1987 das Land Niedersachsen.

Hauptaufgaben der DSMZ liegen in der Sammlung, Konservierung und Bereitstellung von Mikroorganismen für Forschung und Industrie sowie in ihrer Funktion als international anerkannte Hinterlegungsstelle für patentrechtlich geschützte Stämme von Mikroorganismen.

685 80

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE) i. d. F. vom 24. 10./3. 11. 1997 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover (ARL)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	2 098	2 059	2 057	2 028
Einnahmen	112	112	112	122
Fehlbetrag	1 986	1 947	1 945	1 906

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit*)	1 986	1 947
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	1 986	1 947

*) davon 595 800 bzw. 584 100 EUR Bundesanteil (30%) und 954 900 bzw. 929 500 EUR Anteil anderer Länder (rd. 68,2% des Länderanteils).

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) ist eine bundesweite Forschungseinrichtung; ihre Aufgabe ist es, selbstständig und im Zusammenwirken mit ähnlichen Einrichtungen des In- und Auslandes wissenschaftliche Grundlagen der Entwicklung von Raum und Umwelt zu erarbeiten.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 86-7	164	Zuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft (MPG)	—	49.312.000	46.964.000	44.727.302	40.758
685 87-5	137	Zuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für die allgemeine Forschungsförderung * *Übertragbar.*	—	36.200.000	35.146.000	33.684.983	32.832
685 88-3	137	Graduiertenkollegs	—	2.775.000	2.775.000	2.774.679	715
685 89-1	164	Akademienprogramm * *Übertragbar.*	—	2.202.000	2.190.000	6.213.986	5.947
685 91-3	137	Zuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu den Kosten der Finanzierung von Sonderforschungsbereichen (SFB) * *Übertragbar.*	—	8.183.000	7.945.000	7.589.668	7.346
685 92-1	164	Zuschuss an die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH, Stöckheim (GBF)	—	2.452.000	2.380.000	2.203.668	2.259
685 94-8	137	Spitzenforschung (Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Programm)	—	343.000	343.000	310.610	310
685 95-6	164	Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	2.002.000	1.874.000	1.702.602	2.714
685 96-4	164	GKSS - Forschungszentrum Geesthacht mbH - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	499.000	491.000	475.246	454
685 97-2	164	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	4.948.000	4.864.000	4.479.582	4.337
685 98-0	164	Institut für Erdöl- und Erdgasforschung, Clausthal-Zellerfeld (IfE) - Zuschuss für laufende Zwecke - * *Übertragbar.*	— — 1.730.212	—	1.730.000	2.530.895	1.436
893 86-9	164	Zuschuss für den Netzanschluss des Max-Planck-Institutes für Aeronomie an die Region Göttingen	—	—	—	—	—
893 98-2	164	Institut für Erdöl-und Erdgasforschung, Clausthal-Zellerfeld (IfE) - Zuschuss für Investitionen -	—	—	—	—	—
894 77-6	164	Für Investitionen (Deutsches Primatenzentrum)	— — 13.048.680	4.320.000	5.701.000	634.002	1.163
894 78-4	164	Für Investitionen (Institut für den Wissenschaftlichen Film)	2.000.000 1.000.000 —	1.389.000	389.000	309.843	301
894 79-2	164	Für Investitionen (Deutsche Sammlung Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH)	—	337.000	337.000	337.453	1.560
894 92-0	164	Für Investitionen (Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH)	— 409.000 409.034	830.000	830.000	894.761	767
894 96-2	164	GKSS - Forschungszentrum Geesthacht mbH - Zuschuss für Investitionen -	—	115.000	116.000	112.229	105
894 97-0	164	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) - Zuschuss für Investitionen -	—	873.000	873.000	885.609	825
981 98-9	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—

685 86

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung MPG (AV-MPG) i. d. F. vom 18. 12. 1996 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Max-Planck-Gesellschaft (MPG)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	1 018 662	996 938	955 236	962 482
Einnahmen	35 258	54 980	28 185	27 364
Fehlbetrag	983 404	941 958	927 051	935 118

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	49 312	46 964
c) den Bund mit	491 702	470 979
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	442 390	424 015
e) Private	—	—
Zusammen	983 404	941 958

Die 1948 gegründete Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., die unmittelbar an die Tradition der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft anknüpft, ist Träger von etwa 50 Instituten (davon 6 in Niedersachsen), in denen Grundlagenforschung vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich, aber auch auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften betrieben wird. Ihre Aufgabe ist es auch, neue Forschungsbereiche aufzugreifen, die innerhalb der universitären Forschung nicht oder nicht ausreichend erfasst werden können, und somit Lücken im deutschen Wissenschaftsgefüge zu schließen.

Der allgemeine Zuwendungsbedarf der Max-Planck-Gesellschaft wird aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung nach Art. 91 b GG vom Bund und von den Ländern je zur Hälfte gedeckt. Er wird nach der „Ausführungsvereinbarung MPG“ von dem Ausschuss „Forschungsförderung“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, dem Vertreter des Bundes und der Länder angehören, geprüft und von den Regierungschefs bzw. – bei Einstimmigkeit – von der Bund-Länder-Kommission festgestellt. Neben dem gemeinsam aufzubringenden allgemeinen Zuschussbedarf können Bund und Länder im gegenseitigen Einvernehmen Sonderleistungen erbringen.

685 87, 685 88, 685 91 und 685 94 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung DFG (AV-DFG) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	1 353 399	1 288 951	1 205 504	1 186 973
Einnahmen	785	748	682	1 043
Fehlbetrag	1 352 614	1 288 203	1 204 822	1 185 930

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss		
Titel 685 87 (Allg. Forschungsförderung)	36 200	35 146
Titel 685 88 (Graduiertenkollegs)	2 775	2 775
Titel 685 91 (Sonderforschungsbereiche)	8 183	7 945
Titel 985 94 (Spitzenforschung)	343	343
c) andere Länder mit	497 347	472 693
d) den Bund mit	804 075	765 786
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
f) Private	3 691	3 515
Zusammen	1 352 614	1 288 203

Die DFG fördert einzelne Forschungsvorhaben auf allen Gebieten der Wissenschaft (Normalverfahren). Sie regt auf ausgewählten, besonders wichtigen Gebieten intensive Forschungen in überregionaler Zusammenarbeit an (Schwerpunktverfahren). Außerdem verbessert die DFG die Ausstattung der wissenschaftlichen Hochschulen mit Großgeräten und nimmt wichtige internationale Beziehungen für die Wissenschaft wahr.

Nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung DFG (AV-DFG) i. d. F. vom 20. 3. 2001 tragen der Bund und die Länder den Bedarf der DFG in allen Programmen im Verhältnis 58:42.

Der Anteil Niedersachsens errechnet sich nach dem sog. „Königsteiner Schlüssel“.

685 89

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) i. d. F. vom 16. 12. 1999/27. 1. 2000 in Form einer Zuwendung zur Projektförderung an die Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz.

Nach der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) finanzieren Bund und Länder gemeinsam ein von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. in der Bundesrepublik Deutschland koordiniertes Programm.

Die zuwendungsfähigen Ausgaben des koordinierten Programms werden vom Bund und von den an der Finanzierung beteiligten Ländern im Verhältnis 50:50 aufgebracht.

Ab 2001 wird das Akademienprogramm über die Union direkt abgewickelt. Veranschlagt ist daher nur noch der auf Niedersachsen entfallende Anteil am Akademienprogramm sowie ein Betrag von rd. 60 000 EUR als Anteil an den Verwaltungskosten der Geschäftsstelle der Union.

ERLÄUTERUNGEN

685 92 und 894 92 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag vom 3. 8. 1976 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH, Braunschweig-Stöckheim (GBF)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	38 420	37 643	40 113	40 554
Einnahmen	5 600	5 543	9 435	11 414
Fehlbetrag	32 820	32 100	30 678	29 140

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land (90%) mit lfd. Zuschuss (685 92)	2 452	2 380
c) das Land (10%) mit Investitionen (894 92)	830	830
d) den Bund (90%) mit	29 538	28 890
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
f) Private	—	—
Zusammen	32 820	32 100

Nach dem am 3. 8. 1976 zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen geschlossenen Konsortialvertrag wird der Zuwendungsbedarf der GBF im Verhältnis 90:10 finanziert.

Die 2001 ausgebrachte VE ist vorgesehen für Ausbau- und Geräteinvestitionen in Höhe von insgesamt rd. 4,01 Mio. EUR (Landesanteil rd. 409 100 EUR).

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	153 400	—	—	153 400
2004	102 300	—	—	102 300

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	153 400	—	153 400
2003	—	153 400	—	153 400
2004	—	102 300	—	102 300

685 95

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Fraunhofer-Gesellschaft

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	901 254	879 535	750 326	774 820
Einnahmen	437 894	428 942	378 001	442 105
Fehlbetrag	463 360	450 593	372 325	332 715

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	18 078	15 141
b) das Land mit	2 002	1 874
c) den Bund mit	369 536	356 423
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	73 744	77 155
e) Private	—	—
Zusammen	463 360	450 593

Die Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) betreibt in ihren Einrichtungen Forschung und Entwicklung auf wirtschaftlich relevanten Gebieten der angewandten Naturwissenschaften und der Technik. Die institutionelle Förderung durch Bund und vierzehn Länder ermöglicht der FhG die Bearbeitung selbstgewählter Forschungsthemen zur Sicherung ihres wissenschaftlichen Potentials und die Entwicklung neuer Technologien.

Die Mittel der institutionellen Förderung werden ab 1. Januar 1977 im Verhältnis 90:10 vom Bund und von vierzehn Ländern aufgebracht.

685 96 und 894 96 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag i. d. F. von 1998 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	67 184	68 180	65 972	71 758
Einnahmen	8 999	9 663	10 584	19 735
Fehlbetrag	58 185	58 517	55 388	52 023

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 96)	499	491
c) das Land für Investitionen (894 96)	115	116
d) den Bund mit	52 367	52 666
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	5 204	5 244
f) Private	—	—
Zusammen	58 185	58 517

Das Land Niedersachsen ist zusammen mit dem Bund und den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen im Jahre 1961 der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt mbH (GKSS) – jetzt: GKSS, Forschungszentrum Geesthacht GmbH – in Hamburg als Gesellschafter beigetreten und hat sich im Rahmen eines Konsortialvertrages zur gemeinsamen Aufbringung des Zuschussbedarfs für das Forschungsprogramm der GKSS verpflichtet.

Mit Vertragsneufassung vom 13. 12. 1971 wurde der Bundesanteil auf 90 v. H. des Gesamtzuschussbedarfs erhöht, während die verbleibenden 10 v. H. von den Ländern aufzubringen sind.

Seit 1998 beträgt der Finanzierungsanteil Niedersachsens 1,0 v. H.

685 97 und 894 97 gemeinsam

Vertragliche Leistung gem. Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) i. d. F. vom 20. 3. 2001 in Verbindung mit dem Konsortialvertrag in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	453 621	434 793	404 546	409 966
Einnahmen	195 000	195 000	173 430	178 176
Fehlbetrag	258 621	239 793	231 116	231 790

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit lfd. Zuschuss (685 97)	4 948	4 864
c) das Land für Investitionen (894 97)	873	873
d) den Bund mit	232 245	214 734
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	20 555	19 322
f) Private	—	—
Zusammen	258 621	239 793

Zuschuss an die DLR aufgrund der zwischen dem Bund und den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit Wirkung vom 1. Januar 1977 geschlossenen Ausführungsvereinbarung DLR (AV-DLR).

685 98

Das Institut für Erdöl- und Erdgasforschung in Clausthal-Zellerfeld wird gem. § 1 des IfE Auflösungsgesetzes (Nds. GVBl. 2001 S. 300) zum 31. 12. 2001 aufgelöst.

Veranschlagt sind für die Abwicklung der Auflösung noch erforderliche Mittel.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 07					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.483.000	1.483.000	1.482.746	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		13.009.000	14.105.000	16.607.068	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		3.023.000	3.213.000	640.649	
		Summe der Einnahmen		17.515.000	18.801.000	18.730.463	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— — 1.730.212	141.764.000	138.592.000	147.426.567	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.000.000 1.409.000 13.457.714	7.864.000	9.476.000	4.222.045	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.000.000 1.409.000 15.187.926	149.628.000	148.068.000	151.648.612	
		Zuschuss		132.113.000	129.267.000	132.918.149	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	131	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	1.278	—
119 41-5	131	Rückzahlung von Überzahlungen		128.000	128.000	127.823	62
119 65-2	131	Technologietransfer - Einnahmen aus Veröffentlichungen, Zuwendungen und Aufträgen Dritter - * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.* *** *Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		5.000	5.000	5.113	19
119 73-3	131	Rückzahlungen für Titelgruppe 73 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	—
119 95-4	131	Rückzahlungen für TGr. 95 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		—	—	—	—
231 05-3	139	Zuweisungen des Bundes * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		5.357.000	4.910.000	4.463.578	—
231 06-1	131	Zuweisungen des Bundes * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 76.*		446.000	446.000	446.358	446
231 07-0	131	Zuwendungen des Bundes * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		1.998.000	2.023.000	—	—
233 01-3	136	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		—	—	44.073	—
282 01-4	131	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 74		**Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte**		(—)	(—)	(—)	(158)
119 74-1	178	Rückzahlungen für TGr. 74 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.*		—	—	—	33
331 74-0 (GA)	178	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG für aus TGr. 74 finanzierte Aufwendungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.*		—	—	—	125
TGr. 75		**Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA)**		(265.000)	(265.000)	(262.497)	(—)
121 75-4	131	Ablieferungen der ZEvA * *Vgl. K-Vermerk zu 682 75.*		140.000	140.000	138.049	—
381 75-6	990	Zuführung von 0608 - 981 73		125.000	125.000	124.448	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	139	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 429 74, 459 74, 547 74, 681 74, 682 74, 685 74, 812 74, 891 74, 893 74, 425 76, 427 76, 459 76, 525 76, 547 76, 682 76 und 891 76.* *** *1. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 02.* *2. Zeitweilig nicht in Anspruch genommene Ausgaben für Planstellen der Professoren dürfen für Vertretungsaufträge und für Aufträge zur Wahrnehmung von Professorenstellen verwendet werden.* *3. Zeitweilig nicht in Anspruch genommene Ausgaben für Planstellen der Professoren und Akademischen Räte dürfen ferner zur Verstärkung der Ausgaben bei Titelgruppe 76 verwendet werden. Dies gilt nicht für Planstellen zur Förderung des hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses (Fiebiger-Plan).* *4. Die Verstärkung der Ausgaben bei den deckungsberechtigten Titeln darf den*	—	438.000	510.000	651.795	457

ERLÄUTERUNGEN

Zu 231 05

Bund und Länder haben am 16. 12. 1999 eine Vereinbarung nach Artikel 91 b GG über die Fortsetzung ihrer gemeinsamen Anstrengung zur Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit in Forschung und Lehre mit einer Laufzeit vom 1. 1. 2001 bis 31. 12. 2003 beschlossen. Die Vereinbarung beinhaltet u. a. die Durchführung von Fachprogrammen zur Förderung

– der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre,
– der Entwicklung von Fachhochschulen,
– struktureller Innovationen im Hochschulbereich,

die gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden.

2002/2003 beteiligt sich der Bund an den Maßnahmen des Landes in Höhe der veranschlagten Beträge.

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 95.

Zu 231 06

Einnahmen für das Sofortprogramm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums an den Hochschulen in Deutschland (WIS).

Zu 233 01

Zuschüsse der Stadt Wolfsburg für das Investorenbauvorhaben der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel jeweils für das Mietjahr 1. 4. – 31. 3.

Zu Titelgruppe 74

331 74

Die Mehreinnahmen aus Bundesmitteln gem. § 12 HBFG werden für zusätzliche Beschaffungen benötigt.

Zu Titelgruppe 75

121 75

Entgelte für die Akkreditierung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen niedersächsischer Hochschulen sowie von Hochschulen vorwiegend norddeutscher Länder. Mehrerträge sowie die Erträge aus der Evaluation insbesondere durch Beteiligung von Hochschulen anderer Länder an Evaluationsverfahren stehen der ZEvA im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung zur Deckung der hierdurch entstehenden zusätzlichen Aufwendungen zur Verfügung.

381 75

Für eine Übergangszeit werden die Grundkosten für die Akkreditierung von Studiengängen aus den Ansätzen der Ausgabetitelgruppe 73 (Hochschulübergreifende Innovationen) bestritten, soweit sie nicht über Entgelte gedeckt werden können. Mittelfristig sollen die Kosten in voller Höhe über Entgelte erwirtschaftet werden.

Zu 422 01 (2002/2003)

1. Es sind Ausgaben für 24 Planstellen veranschlagt für den zu erwartenden dringenden Bedarf zum Abbau des Numerus clausus, um Engpässe zu beseitigen oder zu lindern und um eine kapazitätsrechtlich gebotene Erhöhung des Lehrangebots an den Hochschulen zu gewährleisten, soweit die vorhandene Aufnahmekapazität überschritten wird, weil auf Zulassungsbeschränkungen verzichtet oder ein besonderes Verteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie angeordnet worden ist, sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur und zur Steigerung der Qualität des Studiums.
2. Für Nachfolgeaktivitäten des HSP III mit den Teilprogrammen
   a) Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
   b) Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen und
   c) Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich

   stehen 51 Planstellen (Bes.-Gr. C 3 = 8, Bes.-Gr. C 2 = 18 und Bes.-Gr. C 1 = 25) zur Verfügung.
3. 5 Planstellen (Bes.-Gr. A 13 = 2, Bes.-Gr. C 3 = 1, Bes.-Gr. C 2 = 1 und Bes.-Gr. C 1 = 1) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive zur Verfügung.
4. 1 Planstelle (Bes.-Gr. C 3) gehört zum Fiebiger-Plan.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *422 01-0*		*Gesamtbetrag der Einsparungen nach Nr. 2 und 3 nicht überschreiten.*					
422 19-3	139	Altersteilzeitzuschläge	—	15.000	15.000	—	—
425 01-0	139	Vergütungen der Angestellten * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 429 74, 459 74, 547 74, 681 74, 682 74, 685 74, 812 74, 891 74, 893 74, 425 76, 427 76, 459 76, 525 76, 547 76, 682 76 und 891 76.* ****Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 02.*	—	3.152.000	3.220.000	3.139.843	2.210
426 01-6	139	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 429 74, 459 74, 547 74, 681 74, 682 74, 685 74, 812 74, 891 74, 893 74, 425 76, 427 76, 459 76, 525 76, 547 76, 682 76 und 891 76.*	—	—	—	—	—
538 01-9	131	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	1.279.000	1.279.000	1.278.230	—
682 02-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 01 und 425 01.*	—	—	—	—	1.041
682 03-9	139	Zuschuss an Landesbetriebe zur Finanzierung der EU-Büros	—	892.000	880.000	876.354	—
682 04-7	131	Zuschuss an Landesbetriebe zur besonderen Frauenförderung * *Übertragbar.*	—	400.000	400.000	—	—
684 01-5	136	Finanzhilfe für Fachhochschulen in kirchlicher Trägerschaft gemäß § 140 NHG ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	5.167.000	5.167.000	5.166.707	4.831
684 02-3	136	Zuschuss an die Freie Kunststudienstätte Ottersberg e.V.	—	255.000	255.000	204.517	205
684 03-1	131	Zuschuß zur Finanzierung der Deutsch-Französischen Hochschule	—	99.000	78.000	56.242	—
684 04-0	131	Zuschuss an die Internationale Frauenuniversität GmbH	—	—	—	255.646	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland** * *Übertragbar.* *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 429 61, 511 61, 527 61, 547 61, 681 61, 682 61 und 685 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(287.000)	(287.000)	(254.214)	(237)
429 61-9	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	2.761	18
511 61-7	131	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	13.805	—
527 61-0	131	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	58.645	12
529 61-3	131	Repräsentative Ausgaben	—	1.000	1.000	511	0
547 61-1	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	101.798	12
681 61-0	131	Stipendien ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	77.000	77.000	76.694	38
682 61-6	132	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	209.000	209.000	—	109
685 61-5	131	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	48

Zu 425 01 (2002/2003)

1. Es sind Ausgaben für 56 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 7, Verg.-Gr. II a = 18; Verg.-Gr. II a (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) = 31) im Rahmen eines zentral bewirtschafteten Forschungspools veranschlagt. Damit soll vorwiegend ermöglicht werden, Hochschuleinrichtungen, in denen in besonders hohem Maße Forschungsaufgaben wahrgenommen werden, kurzfristig zusätzliche Stellen für Personal mit Aufgaben in der Forschung zuzuweisen
2. 2 Stellen stehen den Hochschulen für die Umstellung auf einen Landesbetrieb nach § 26 LHO zur Verfügung (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. V c).

Darüber hinaus sind folgende Stellen in der Stellenübersicht für Angestellte veranschlagt, für die Ausgaben in den Titelgruppen 74, 75 und 95 sowie im Titel 682 03 enthalten sind.

3. Ausgaben für die Vergütung von 84,75 Angestellten sowie zusätzliche Personal- und Sachausgaben sind bei Titelgruppe 76 veranschlagt.
4. 23 Stellen (s. Erläuterungen zur Stellenübersicht) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.
5. 7 Stellen (Verg.-Gr. I = 1, I b = 2, II a = 1, IV a = 1; VI b = 2) sind für die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) bestimmt.

   Die Mittel sind bei Kapitel 06 08 Titel 682 75 enthalten.
6. 7 Stellen (Verg.-Gr. II a = 5, Verg.-Gr. IV a = 2) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III zur Verfügung.
7. 13 Stellen (s. Erläuterungen zur Stellenübersicht) sind für die vier EU-Hochschulbüros bestimmt.

   Die Mittel sind bei Titel 682 03 veranschlagt.

Zu 538 01

Zahlungen an den DFN-Verein für das Landeswissenschaftsnetz.

Zu 682 03

Vgl. Erläuterungen zu 425 01 Nr. 7.

Zu 682 04

Zur besonderen Frauenförderung in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen.

Zu 684 01

Zur Förderung der staatlich anerkannten Evangelischen Fachhochschule in Hannover (FB Sozialwesen) und der staatlich anerkannten Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen Norddeutschland in Osnabrück und Vechta sowie des Instituts für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie.

Für die Finanzhilfe für die Kirchlichen Fachhochschulen sind veranschlagt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Evangelische Fachhochschule Hannover:	3 267,2	3 267,2
davon 873 000 EUR für das Institut für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie.		
Katholische Fachhochschule Norddeutschland:	1 899,8	1 899,8
Zusammen	5 167,0	5 167,0

Zu 684 02

Zuwendungen nach § 139 NHG.

Zu 684 03

Die Deutsch-Französische Hochschule wird als Verbund deutscher und französischer Hochschulen gestaltet, durch den die Möglichkeiten integrierter Studiengänge vermehrt und die gemeinsamen Forschungsvorhaben entwickelt werden. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund und die Länder. Die Aufteilung des Länderanteils wird nach dem Königsteiner Schlüssel vorgenommen.

Zu Titelgruppe 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Vorgesehen sind:		
a) Zusammenarbeit mit den USA	53,7	53,7
b) Zusammenarbeit mit den ost- und südosteuropäischen Staaten	35,0	35,0
c) Zusammenarbeit mit übrigen Staaten	52,2	52,2
d) Zusammenarbeit im Hochschulbereich zwischen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen, den Niederlanden und Flandern	115,1	115,1
e) Bildungsmessen	31,0	31,0
Zusammen	287,0	287,0

681 61

Stipendien können als Leistungen eigener Art im Einzelfall bis zur Höhe von monatlich 690,24 EUR zzgl. 92,03 EUR für Krankenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Der Gesamtbedarf pro Haushaltsjahr beträgt bis zu 77 000 EUR.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Internationalisierung der Hochschulen** * *Übertragbar.*	(—)	(102.000)	(102.000)	(102.258)	(—)
429 63-5	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	102.258	—
547 63-8	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 63-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	102.000	102.000	—	—
685 63-1	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Förderung der Lehre mit neuen Medien** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(5.000.000) (7.670.000) (—)	(5.113.000)	(5.113.000)	(—)	(—)
547 64-6	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.000.000 7.670.000 —	—	—	—	—
682 64-0	139	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	2.557.000	2.557.000	—	—
891 64-9	139	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	2.556.000	2.556.000	—	—
TGr. 65		**Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 65.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.181.000)	(931.000)	(930.909)	(671)
427 65-9	131	Vergütungen für Lehraufträge * *Übertragbar.*	—	—	—	86.868	—
547 65-4	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	—	—	772.460	438
682 65-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe * *Übertragbar.*	—	1.181.000	931.000	71.581	233
685 65-8	132	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 65-4	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
891 65-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 07.*	(6.000.000) (7.600.000) (8.538.574)	(6.469.000)	(6.494.000)	(5.112.919)	(—)
429 66-0	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	6.000.000 7.600.000 8.538.574	—	—	—	—
538 66-3	139	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	—	—
547 66-2	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 66-7	139	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	5.646.000	5.671.000	4.090.335	—
685 66-6	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 63

Zur Förderung von besonderen Internationalisierungsmaßnahmen der Hochschulen.

Kernbereiche sind:

1. Ausgleichsfinanzierung für Fachhochschulen bei Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen (z. B.: personelle Hilfen bei der Vorbereitung von EU-Forschungsanträgen und der Durchführung genehmigter Forschungsprojekte),
2. Zuschüsse für innovative Anreizmaßnahmen der Hochschulen zur Anwerbung von ausländischen Studierenden zur Aufnahme des Studiums an niedersächsischen Hochschulen,
3. Zuschüsse für kurzzeitige „Orientierungs"-Tutorien für ausländische Studierende zu Beginn ihres Aufenthaltes an einer niedersächsischen Hochschule,
4. Zuschüsse zur Förderung innovativer Maßnahmen der europäischen Zusammenarbeit im Einzelfall.

Zu Titelgruppe 64

Folgende Maßnahmen sollen gefördert werden: Entwicklung, Erprobung und Einführung multimedialer und netzgestützter Studienangebote (intranet-, internetgestützte Lehrmodule, Offline-Module mit neuen Technologien, z.B. CD-ROM, DVD), insbesondere hochschulübergreifende Angebote und Anschub eines elektronischen Zeitschriftenkonsortiums.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	2 557 000	—	2 557 000
2004	—	2 045 000	2 000 000	4 045 000
2005	—	1 790 000	2 000 000	3 790 000
2006	—	1 278 000	1 000 000	2 278 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	2 557 000	2 557 000
2004	—	—	2 045 000	2 045 000
2005	—	—	1 790 000	1 790 000
2006	—	—	1 278 000	1 278 000

Zu Titelgruppe 65

Um das erhebliche Forschungspotential der Hochschulen für die Innovationsbedürfnisse der Wirtschaft zu erschließen, sind an den Hochschulen des Landes Niedersachsen Technologiekontaktstellen eingerichtet und Technologietransferbeauftragte bestellt worden.

Veranschlagt sind

– die Kosten für zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (z. B. Förderung von Existenzgründungen, Ausbau der Patentberatung und -verwertung im Hochschulbereich, Präsentation von Forschungsergebnissen der Hochschulen auf herausgehobenen Messen und Ausstellungen) sowie
– der Geschäftsbedarf der Technologiekontaktstellen

(Mehr infolge GIP).

Zu Titelgruppe 66

Zur zeitlich befristeten Anschubfinanzierung von Kompetenzzentren im Rahmen des Innovationsprogramms der Landesregierung für folgende fachliche Schwerpunkte:

– Multimedia/Virtual Reality,
– Produktionstechnik/Präzisionsfertigungstechnik/Optische Technologien,
– Biomedizinische Technik/Messtechnik in der Medizin
– Biotechnologie/Bioinformatik.

Förderung ab 2001:

– Kompetenzzentrum Medizintechnik „Kardiovaskuläre Implantate" (MHH),
– Kompetenzzentrum Medizintechnik, Biotechnologie und Meßtechnik (U Göttingen),
– Kompetenzzentrum „Mobile Informationssysteme (U Braunschweig, U Hannover, U Oldenburg),
– Kompetenzzentrum Optische Technologien (U Hannover, FH Hildesheim/Holzminden/Göttingen)
– Kompetenzzentrum HörTech (U Oldenburg, FH Ostfriesland/Oldenburg/Wilhelmshaven),
– Learning Laboratory Lower Saxony (U Hannover, TU Braunschweig), Hochschule für Bildende Künste Braunschweig und weitere nieders. Hochschulen in Verbindung mit der Universität Stanford, Ca. (USA),
– Innovationsgesellschaften an nieders. Hochschulen,
– Kompetenzzentrum Media@ Marketing (FH Hannover).

429 66

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	2 147 000	2 000 000	—	4 147 000
2004	1 892 000	2 000 000	1 000 000	4 892 000
2005	1 585 000	1 500 000	1 500 000	4 585 000
2006	—	1 500 000	1 500 000	3 000 000
2007 ff.	—	600 000	2 000 000	2 600 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 914 000	—	2 914 000
2003	—	2 147 000	2 000 000	4 147 000
2004	—	1 892 000	2 000 000	3 892 000
2005	—	1 585 000	1 500 000	3 085 000
2006 ff.	—	—	2 100 000	2 100 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 66-2	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
891 66-5	139	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	823.000	823.000	1.022.584	—
893 66-8	139	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Erhaltung und Förderung der Lehre und Forschung** * *Übertragbar.* *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 425 71, 429 71, 459 71, 547 71, 681 71, 682 71, 685 71, 812 71 und 891 71.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.048.000)	(1.048.000)	(1.064.561)	(1.134)
425 71-0	131	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	132
429 71-6	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben ****Ausgaben dürfen nur für die Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.*	—	51.000	51.000	261.015	193
459 71-2	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
529 71-0	131	Zur Verfügung verschiedener Ausschüsse ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1.000	1.000	562	0
547 71-9	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	570.000	570.000	791.940	268
681 71-7	131	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	13.000	13.000	11.044	5
682 71-3	132	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	413.000	413.000	—	173
685 71-2	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen	—	—	—	—	160
812 71-4	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	172
891 71-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	30
TGr. 72		**Reform der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Hochschulen** * *Übertragbar.*	(—)	(261.000)	(261.000)	(3.221.140)	(4.906)
538 72-8	131	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	133.000	133.000	2.045.168	2.738
547 72-7	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	128.000	128.000	409.034	35
682 72-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	2
685 72-0	131	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
812 72-2	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	357.904	2.132
891 72-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	409.034	—
TGr. 73		**Hochschulübergreifende Innovationen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 73.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus-*	(—)	(7.418.000)	(7.865.000)	(7.925.024)	(4.533)

Zu Titelgruppe 71

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die veranschlagten Mittel teilen sich wie folgt auf:		
1. Mittel für strukturelle Förderung des Bibliothekswesens	540	540
2. Sonstige Ausgaben zur zusätzlichen Förderung der Lehre und Forschung	475	475
3. Bereitstellungskosten für ATKIS-Daten	33	33
Zusammen	1 048	1 048

Zu 1.:

Ausbau von Lehrbuchsammlungen bzw. Ergänzung von Studienliteratur an den Hochschulen sowie ergänzende Schwerpunktförderung.

429 71

Veranschlagt sind Ausgaben zur zusätzlichen Förderung der Lehre und Forschung.

529 71

Aus diesem Ansatz können Ausgaben bis zur Höhe von je 500 EUR für Repräsentationsausgaben anlässlich der Vergabesitzung des Ausschusses zur Vergabe von Mitteln zur verstärkten Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie Sitzungen zur externen Evaluation von Bibliotheken geleistet werden.

681 71

Veranschlagt ist die Vergabe eines Stipendiums des Landes am Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München in Höhe von bis zu 1 083 EUR monatlich für 12 Monate im Einzelfall als Leistung eigener Art. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden. Der Gesamtbedarf pro Haushaltsjahr beträgt bis zu 13 000 EUR.

Zu Titelgruppe 72

Veranschlagt sind Ausgaben für Dienst- und Beratungsleistungen sowie Sachausgaben bei der Entwicklung von Verfahren zur künftigen aufgaben- und leistungsbezogenen Bemessung der Landeszuschüsse (§ 132 Abs. 5 NHG) sowie für ausgewählte Bereiche der Kosten- und Leistungsrechnung.

538 72

Veranschlagt sind Ausgaben für Dienst- und Beratungsleistungen.

547 72

Veranschlagt sind Sachausgaben für die Umstellung von Hochschulen auf das Kaufmännische Rechnungswesen sowie für die stufenweise einzuführenden Verfahren einer aufgaben- und leistungsbezogenen Mittelbemessung und im Zusammenhang mit ausgewählten Bereichen der Kosten- und Leistungsrechnung.

Zu Titelgruppe 73, 74 und 95 allgemein

Durch kostensenkende Strukturmaßnahmen sollen im Hochschulbereich in den nächsten Jahren Gestaltungsspielräume in einer Größenordnung von 13,8 Mio. EUR geschaffen werden. Die an den Hochschulen erzielten Effizienzgewinne werden im Rahmen einer sog. Innovationsoffensive durch Landeszuschüsse auf 27,6 Mio. EUR verdoppelt. In diesem Zusammenhang ist schrittweise (3 x 3,07 Mio. EUR), beginnend ab 1999, ein zentraler Pool in Höhe von 9,2 Mio. EUR, aus dem hochschulübergreifende Innovationen finanziert werden, geschaffen worden (Pool II).

Aus dem Gesamtbetrag von 27,6 Mio. EUR wird des weiteren der Forschungs- und Berufungspool in TGr. 74 aufgestockt. Für Promotionsprogramme und die Projektförderung der Fachhochschulen sind außerdem Landesmittel im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Förderung der Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft“ veranschlagt (vgl. auch TGr. 95).

Die finanzielle Ausstattung der sog. Innovationsoffensive in Höhe von insgesamt 27,6 Mio. EUR (54 Mio. DM) wurde mit dem Haushalt 2001 erreicht und umfasst folgende Maßnahmen:

1. Hochschulinterne Innovationen – Umschichtungen innerhalb der einzelnen Hochschulkapitel in Höhe von 18 Mio. DM –		9,2 Mio. EUR
2. Hochschulübergreifende Innovationen – Titelgruppen 73, 74 und 95 (s. folgende Übersichten) in Höhe von 18 Mio. DM –	9,2 Mio. EUR	
3. Verstärkung des Forschungs- und Berufungspools – Titelgruppen 74 und 95 (s. folgende Übersichten) in Höhe von 18 Mio. DM –	9,2 Mio. EUR	18,4 Mio. EUR
Insgesamt		27,6 Mio. EUR

Veranschlagt sind:	2003	2002
in der Titelgruppe 73	7 418 000 EUR	7 865 000 EUR
in der Titelgruppe 74	6 981 900 EUR	7 037 200 EUR
in der Titelgruppe 95	2 664 600 EUR	2 217 600 EUR
Insgesamt	17 064 500 EUR	17 119 800 EUR
Nachrichtlich: Verlagerung von Ausgabemitteln in den Hj. 1999 bis 2002 aus der TGr. 74 in Hochschulkapitel	1 342 500 EUR	1 287 200 EUR
Zusammen	18 407 000 EUR	18 407 000 EUR

Noch zu Titelgruppe 73, 74 und 95 allgemein

Es sind 2003 veranschlagt:

Förderung/Verwendungsbereiche	insgesamt	davon in		
		TGr. 73	TGr. 74	TGr. 95
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Wissenschaftlicher Nachwuchs	4 601 900	1 281 900	1 534 000	1 786 000
2. Innovative Fachhochschulprojekte	2 977 600	306 800	1 792 200	878 600
3. Innovative Projekte der anderen Hochschulen	5 829 300	5 829 300	—	—
4. Forschungs- und Berufungspool	3 655 700	—	3 655 700	—
5. Hochschulübergreifende Verlagerung von Stellen im Bereich Lehramt	—	—	—	—
Zusammen	17 064 500	7 418 000	6 981 900	2 664 600

Es sind 2002 veranschlagt:

Förderung/Verwendungsbereiche	insgesamt	davon in		
		TGr. 73	TGr. 74	TGr. 95
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Wissenschaftlicher Nachwuchs	4 601 800	1 728 900	1 534 000	1 338 900
2. Innovative Fachhochschulprojekte	3 033 000	306 800	1 847 500	878 700
3. Innovative Projekte der anderen Hochschulen	5 829 300	5 829 300	—	—
4. Forschungs- und Berufungspool	3 655 700	—	3 655 700	—
5. Hochschulübergreifende Verlagerung von Stellen im Bereich Lehramt	—	—	—	—
Zusammen	17 119 800	7 865 000	7 037 200	2 217 600

Zu Titelgruppe 73

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Weniger infolge Verlagerung nach TGr. 95 (für Promotionsprogramme)	508	61

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 73**		*halts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
429 73-2	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	7.800.576	1.738
682 73-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe ****Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 74 und 891 74.*	—	7.293.000	7.740.000	—	2.149
891 73-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	646
981 73-7	990	Abführung an 0608 - 381 75	—	125.000	125.000	124.448	—
TGr. 74		**Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 74 und 331 74.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(7.700.000) (7.700.000) (7.669.378)	(13.054.000)	(12.922.000)	(12.881.283)	(11.514)
429 74-0	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.* ****Die Ausgaben dürfen nur für Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.*	7.700.000 7.700.000 7.669.378	364.000	364.000	8.463.721	2.372
459 74-7	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	—	0
547 74-3	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	293.000	293.000	3.292.720	722
681 74-1	165	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	—	—
682 74-8	132	Zuschüsse an Landesbetriebe * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.* ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 73 und 682 95.*	—	11.272.000	11.140.000	—	3.805
685 74-7	165	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	—	730
812 74-9	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	1.125.000	1.125.000	1.124.842	1.509
891 74-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.* ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 73 und 682 95.*	—	—	—	—	1.977
893 74-9	165	Zuschüsse für Investitionen * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	—	400

Zu Titelgruppe 74

Die Mittel des Forschungs- und Berufungspools sind insbesondere bestimmt für

- die Förderung von Forschungsvorhaben auf der Grundlage des RdErl. des MWK vom 16. 6. 1997 (Nds. MBl. S. 1085)
- die Bildung von Forschungsschwerpunkten
- Berufungs- und Bleibeverhandlungen
- Strukturverbesserungen im Bereich der Forschung
- innovative Hochschulprojekte (s. a. TGr. 73).

Im Rahmen der sog. Innovationsoffensive sind hier für hochschulübergreifende Innovationen (vgl. zu TGr. 73, 74 und 95 allgemein) insgesamt 6 981 900 EUR (2003) und 7 037 200 EUR (2002) veranschlagt.

Ablösung der Verpflichtungsermächtigung:

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	4 500 000	4 100 000	—	8 600 000
2004	767 000	2 810 000	4 100 000	7 677 000
2005	—	790 000	2 810 000	3 600 000
2006	—	—	790 000	790 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	3 375 000	4 090 000	—	7 465 000
2003	1 687 300	2 812 000	4 100 000	8 599 300
2004	—	767 000	2 810 000	3 577 000
2005	—	—	790 000	790 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75		**Zentrale Evaluations- und Akkreditierungs-agentur Hannover (ZEvA)** * *Übertragbar.*	(—)	(790.000)	(782.000)	(781.970)	(—)
682 75-6	131	Zuschuss an den Landesbetrieb U Hannover für laufende Zwecke der ZEvA * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 75.* *** *Die Mittel für die Vergütung von 2 Angestellten der VergGr. II a BAT stehen nur für eine befristete Beschäftigung zur Verfügung.*	—	790.000	782.000	781.970	—
891 75-4	131	Zuschuss an den Landesbetrieb U Hannover für Investitionen der ZEvA	—	—	—	—	—
TGr. 76		**Besondere Maßnahmen zum Abbau des Numerus Clausus, zur Förderung der Hochschul-struktur und der Qualität des Studiums** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 06.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 3 zu 422 01.* *2. Vgl. Buchst. B, Nr. 1 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen. Im übrigen dürfen nur Ausgaben für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.*	(—)	(7.097.000)	(7.025.000)	(6.741.741)	(4.445)
425 76-1	139	Vergütungen der Angestellten * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	4.751.026	1.956
427 76-4	139	Beschäftigungsentgelte; Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	574.283	347
459 76-3	139	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	3.068	1
525 76-6	139	Lehrmittel * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	—	—
547 76-0	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	242.710	500
682 76-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	7.097.000	7.025.000	1.170.654	1.642
891 76-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 422 01, 425 01 und 426 01.*	—	—	—	—	—
TGr. 95		**Programm zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschulen und Wissenschaft** * *Übertragbar.*	(—) (—) (22.160.004)	(10.725.000)	(9.820.000)	(9.917.068)	(—)

Zu Titelgruppe 75

Die seit 1995 tätige ZEvA (Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover) ist eine Einrichtung in der Trägerschaft der niedersächsischen Hochschulen. Sie ist der Universität Hannover zugeordnet.

1. Abteilung Evaluation:
   Koordinierung der hochschulübergreifenden Evaluation der Lehrangebote und Beratung der Hochschulen bei ihrer Selbstevaluation (§ 10 Abs. 2 NHG) mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität der Lehre.
2. Abteilung Akkreditierung:
   Die Einrichtung von Bachelor/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen als konsekutive Studiengänge aufgrund von Empfehlungen der KMK, HRK und der Regierungschefs von Bund und Ländern soll durch Akkreditierungen begleitet werden, die die nationale und vor allem die internationale Vergleichbarkeit prüfen, Transparenz gewährleisten und die Qualität der Hochschulausbildung auf diesem Sektor sichern. Die Teilnahme an dem Verfahren steht den in der norddeutschen Wissenschaftsministerkonferenz kooperierenden Ländern offen. Die Genehmigung von Studiengängen soll von der Akkreditierung abhängig gemacht werden.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Es sind veranschlagt:		
Für die Abteilung Evaluation	525	517
Für die Abteilung Akkreditierung	265	265
Zusammen	790	782

682 75

Ausgaben für die Vergütung folgender in der Stellenübersicht für Angestellte enthaltene Stellen:

Für die Geschäftsführung 1 Verg.-Gr. I BAT (Verwaltungsdienst); für die Abteilung Evaluation 1 Verg.-Gr. I b,1 Verg.-Gr. II a BAT (Wissenschaftlicher Dienst), 1 Verg.-Gr. IV a und 1 Verg.-Gr. VI b BAT (Verwaltungsdienst); für die Abteilung Akkreditierung 1 Verg.-Gr. I b BAT (Wissenschaftlicher Dienst) und 1 Verg.-Gr. VI b BAT (Verwaltungsdienst) sowie 2 Verg.-Gr. II a (Wissenschaftlicher Dienst) – befristet –, die nicht in der Stellenübersicht enthalten sind.

Außerdem sind veranschlagt: Ausgaben für die wissenschaftliche Leitung der ZEvA im Nebenamt, für wissenschaftliche Hilfskräfte und Aushilfskräfte, Entschädigungen für die Mitglieder der „Peer-Groups“ (Gutachter) im Rahmen der Evaluation und für die Mitglieder der Akkredtierungskommission, sonstige Gutachterkosten sowie für Geschäftsbedarf, Miet-, Betriebs- und Energiekosten.

Die Haushaltsmittel werden dem Landesbetrieb Universität Hannover zugeführt.

Zu Titelgruppe 76

Zum Abbau von Engpässen in stark nachgefragten Studiengängen an Universitäten und Fachhochschulen, insbesondere in den Lehramtsstudiengängen sowie zur Umsetzung des Programms „Profilbildung, Kapazitätserweiterung und beschleunigter Ausbau innovativer Schwerpunkte in der Informatik“ ferner zur Verbesserung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums.

Mit Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur sollen notwendige Umstrukturierungen zügig umgesetzt und Anreize für die Hochschulen zur Stärkung der Effektivität und der Effizierung des Mitteleinsatzes geschaffen werden. Mit Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Studiums sollen insbesondere Vorhaben zur Verkürzung überlanger Studienzeiten, zur Erhöhung der Studienerfolgsquoten und zur Verbesserung der Auslastung der Ausbildungskapazitäten ermöglicht werden.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Es entfallen auf Maßnahmen		
– zum Abbau des Numerus clausus	2 800	2 728
– zur Verbesserung der Hochschulstruktur	767	767
– zur Verbesserung der Qualität des Studiums	2 000	2 000
– im Informatik-Programm	1 530	1 530
Zusammen	7 097	7 025

Vgl. Erläuterung zu 422 01.

425 76 und 426 76

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter für 2002:

I. Angestellte

	Verg.-Gr.	Zahl	
Wissenschaftlicher Dienst	I b	–	(2)
	II a	78	(54)
Technischer Dienst/ Verwaltungsdienst	IV a	2	(6)
	V b	3	(4,5)
	V c	–	(1)
	VI b	1,5	(5)
	VII	0,25	(1)
	Zusammen	84,75	(73,5)

Zu Titelgruppe 95

Durchführung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschulen und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre.

Vgl. Erläuterungen zu 231 05.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre	2 690,5	2 678,3
Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen	4 463,6	4 463,6
Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich	3 570,9	2 678,1
Zusammen	10 725,0	9 820,0

Im Rahmen der sog. Innovationsoffensive sind hier für hochschulübergreifende Innovationen (vgl. zu TGr. 73, 74 und 95 allgemein) insgesamt 2 664 600 EUR (2003) und 2 217 600 EUR (2002) veranschlagt.

Belastung (2003)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	10 725 000	—	—	10 725 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	9 820 000	—	9 820 000
2003	—	10 725 000	—	10 725 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 95**		*Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 95.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 05.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
547 95-6	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 95-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe ***1. *Gemäß § 17 Abs. 2 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zu Nr. 2 und Nr. 3 verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 74 und 891 74.*	— — 22.160.004	10.725.000	9.820.000	9.917.068	—
683 95-7	136	Zuschüsse an staatlich anerkannte Fachhochschulen	—	—	—	—	—
684 95-3	136	Zuschüsse an kirchliche Fachhochschulen	—	—	—	—	—
685 95-0	136	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
891 95-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			281.517	
		Abschluss Kapitel 06 08					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		274.000	274.000	272.263	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		7.801.000	7.379.000	4.954.009	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		125.000	125.000	124.448	
		Summe der Einnahmen		8.200.000	7.778.000	5.350.720	
		4 Personalausgaben	13.700.000 15.300.000 16.207.952	4.020.000	4.160.000	25.837.214	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	5.000.000 7.670.000 —	2.405.000	2.405.000	9.289.100	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— — 22.160.004	54.188.000	53.260.000	22.678.812	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	4.504.000	4.504.000	2.914.364	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	125.000	125.000	124.448	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	18.700.000 22.970.000 38.367.956	65.242.000	64.454.000	60.843.938	
		Zuschuss		57.042.000	56.676.000	55.493.218	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	—	211.164	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		65.242.000	64.454.000	61.055.102	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		57.042.000	56.676.000	55.704.382	

ERLÄUTERUNGEN

682 95

1. Im Stellenplan des Kapitels 06 08 sind 25 Planstellen der Bes.-Gr. C 1 veranschlagt. Die Personalausgaben für diese Planstellen werden aus 682 95 finanziert.
2. Im Rahmen des Fachprogramms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre können für die Qualifizierung des weiblichen künstlerischen Nachwuchses für eine Professur im Einzelfall Stipendien bis zur Höhe von jährlich 22 395 EUR gewährt werden.
3. Im Rahmen des Fachprogramms zur Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich können zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in innovativen Promotionsstudiengängen (Ausschreibung des MWK über die Förderung von Promotionsprogrammen vom 30. 9. 1999) im Einzelfall Stipendien an hochqualifizierte Bewerber nach Maßgabe des RdErl. des MWK vom 30. 9. 1999 – 21.2 – 78904 – 63 gewährt werden.

Zu 2. und 3.:

Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0609 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	178	Vermischte Einnahmen ****Vgl. K-Vermerk zu 682 01.*		—	—	—	—
282 01-8	178	Zuschüsse der „Volkswagen-Stiftung“ für die Vergabe von Stipendien		—	—	—	291
331 01-9 *(GA)*	131	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG ****Vgl. K-Vermerk zu 682 01.*		5.113.000	5.113.000	5.112.919	7.669
342 01-0	139	Zuschüsse der „Volkswagen-Stiftung“ zur zusätzlichen Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre ****Vgl. K-Vermerk zu 682 01.* *Rückzahlungen der bei den Ausgabetiteln verausgabten Beträge - auch aus Vorjahren - sind hier zu vereinnahmen.*		25.565.000	25.565.000	20.451.675	30.436
		A U S G A B E N					
681 01-0	139	Stipendien	—	—	—	—	291
682 01-6	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an Landesbetriebe ** Übertragbar.* ****Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 02, 685 01, 712 01, 821 01, 891 01, 893 01 und 429 76 bis 812 76.* *Ausgaben bei den deckungsberechtigten Titeln dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 01, 331 01 und 342 01.* *Sind in Vorjahren Verpflichtungen auf Grund von Verpflichtungsermächtigungen eingegangen worden, dürfen Ausgaben im Vorgriff auf die nächstjährige Bewilligung auch geleistet werden, wenn die Isteinnahmen die Höhe der Istausgaben nicht erreichen.* *Vor Eingang der Zuschüsse dürfen Zahlungsverplichtungen begründet werden, soweit die VW-Stiftung entsprechende Mittel verbindlich zugesagt hat.* *Persönliche Verwaltungsausgaben dürfen nur für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.* *Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben des Kapitels 0609 im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	20.452.000 20.452.000 20.451.675	30.678.000	29.911.000	24.797.656	—
682 02-4	139	Zuschüsse für Stipendien an Landesbetriebe ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.* *Vgl. Vermerk zu 682 01.* *Gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO sind die Sätze 2 und 3 der Erläuterungen verbindlich.*	—	—	—	—	—
685 01-5	178	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.* *Vgl. Vermerk zu 682 01.*	—	—	—	—	—
712 01-2	139	Hochbaumaßnahmen ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.* *Vgl. Vermerk zu 682 01.*	—	—	—	—	—
821 01-6	139	Erwerb von Grundstücken ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.* *Vgl. Vermerk zu 682 01.*	—	—	—	—	—
891 01-4	139	Zuschüsse für Investitionen an Landesbetriebe ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.* *Vgl. Vermerk zu 682 01.*	—	—	—	—	—

Zu 331 01

Buchungsstelle für Erstattungen des Bundes für aus Mitteln des Nieders. Vorabs der Volkswagen-Stiftung getragene Erschließungs- und Baukosten sowie Kosten für Ersteinrichtungen, Baugrundstücke und Großgeräte.

Zu 342 01

Die Einnahmen dienen der Finanzierung der auf Vorschlag der Landesregierung vom Kuratorium der Volkswagen-Stiftung beschlossenen Fördermaßnahmen des Niedersächsischen Vorabs.

Zu 682 01

Aus den hier zentral veranschlagten Mitteln sollen u. a. finanziert werden:

– Auf- und Ausbau der Forschungsinfrastruktur,
– Baumaßnahmen im Hochschulbereich,
– Einrichtung von Graduierten-Kollegs,
– nieders.-israelische Gemeinschaftsvorhaben,
– Forschungsschwerpunkte,
– Projekte auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung,
– Zusagen aus Berufungs- und Bleibevereinbarungen

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	15 339 000	5 113 000	—	20 452 000
2004	10 226 000	5 113 000	5 113 000	20 452 000
2005	5 113 000	5 113 000	5 113 000	15 339 000
2006	—	5 113 000	5 113 000	10 226 000
2007	—	—	5 113 000	5 113 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	21 116 000	5 113 000	—	26 229 000
2003	10 226 000	5 113 000	5 113 000	20 452 000
2004	5 113 000	5 113 000	5 113 000	15 339 000
2005	—	5 113 000	5 113 000	10 226 000
2006	—	—	5 113 000	5 113 000

Es ist vorgesehen, die Verpflichtungsermächtigungen bei den einzelnen Titeln des Kapitels 06 09 in Anspruch zu nehmen.

Zu 682 02

Stipendien für israelische Postdoktoranden sowie für Doktoranden und Postdoktoranden aus bestimmten Ländern Amerikas, Asiens und Afrikas. Stipendien können im Einzelfall bis zur Höhe von jährlich 25 000 EUR gezahlt werden. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0609 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 01-7	178	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.* *Vgl. Vermerk zu 682 01.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 76		**Zusätzliche Förderung sonstiger staatlicher Einrichtungen** ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.* *Vgl. Vermerk zu 682 01.*	(—)	(—)	(767.000)	(766.938)	(—)
429 76-0	178	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 76-7	178	Nicht aufteilbare Fuersorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 76-3	178	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 76-1	178	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen ****Gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
812 76-9	178	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 76-5	990	Abführung an 20 53 - 381 67	—	—	767.000	766.938	—
		Abschluss Kapitel 06 09					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		30.678.000	30.678.000	25.564.594	
		Summe der Einnahmen		30.678.000	30.678.000	25.564.594	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	20.452.000 20.452.000 20.451.675	30.678.000	29.911.000	24.797.656	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	767.000	766.938	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	20.452.000 20.452.000 20.451.675	30.678.000	30.678.000	25.564.594	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 76

Hier können Stipendien gezahlt werden nach Maßgabe der Erläuterungen zu Titel 682 02.

Zu 981 76

Anbau eines Lesesaals bei der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel (HAB). Die Baumaßnahme ist im Einzelplan 20 veranschlagt. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich rd. 3,07 Mio. EUR. Hiervon trägt das Land rd.1,534 Mio. EUR, die in 2 Raten zu 0,767 Mio. EUR in den Haushaltsjahren 2001 und 2002 an den Einzelplan 20 abgeführt werden. Die restlichen Kosten werden von der Gesellschaft der Freunde der HAB bzw. durch Sponsoren erbracht.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0610 Universität Göttingen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-2	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.941.000	1.941.000	2.345.603	—
121 04-9	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		1.603.000	—	—	—
121 07-3	811	Ablieferungen der Versuchswirtschaften der Universität Göttingen		77.000	77.000	—	—
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-6	131	Zuführung für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	1.871.000 1.871.000 1.871.328	216.799.000	217.576.000	217.553.008	—
682 03-2	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	3.948.000	3.550.000	2.933.282	—
682 39-3	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	122.000	122.000	122.097	—
685 41-4	131	Zuschüsse an die Versuchswirtschaften	—	50.000	101.000	—	—
891 01-4	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	1.905.000	1.993.000	2.341.717	—
		Abschluss Kapitel 06 10					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.621.000	2.018.000	2.345.603	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		3.621.000	2.018.000	2.345.603	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.871.000 1.871.000 1.871.328	220.919.000	221.349.000	220.608.387	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.905.000	1.993.000	2.341.717	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.871.000 1.871.000 1.871.328	222.824.000	223.342.000	222.950.104	
		Zuschuss		219.203.000	221.324.000	220.604.501	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 10 allgemein

Die Universität Göttingen wird seit dem 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Göttingen dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.
Dem Studentenwerk Göttingen in Göttingen dürfen landeseigene Gebäude für studentische Wohnzwecke ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes gegen Übernahme der Kosten für die Bauunterhaltung, der Verkehrssicherung und der mit dem Grundstück zusammenhängenden öffentlichen Lasten überlassen werden.

nachrichtlich:

Einrichtung	qm	Mietwert/jährlich
Mensen	9 710	594 500 EUR
Studentenwohnheime/ -wohnungen	8 836	
Geschäftsräume	1 300	
Werkstätten/Garagen	300	
Kindergarten	308	
Wohnungen	352	

Der Akademie der Wissenschaften dürfen für ihre Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

nachrichtlich:

Einrichtung	qm	Mietwert/jährlich
Diensträume	872	32 101 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 871 000	—	—	1 871 000
2003	—	1 871 000	—	1 871 000
2004	—	—	1 871 000	1 871 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 871 000	—	1 871 000
2003	—	—	1 871 000	1 871 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 27 472 000 EUR; vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Einzelplan 06.

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	869,4	996,6
2. Pflanzenschutzkammer im Institut für Waldbau	122,8	122,8
3. Ersatzbeschaffung von Arbeitsplatzrechnern	25,5	25,5
4. Argon-Ionen-Laser		57,3
5. Sedigraph		75,3
6. Laborzentrifuge		45,4
7. Röntgengoniometer-Kopf		67,5
8. Optische Geräte für die Lehre		92,1
9. VW-Transporter		28,2
10. Elektronenstrahl-Verdampfer		25,6
11. Vakuumcontroller	168,8	46,1
12. Batterien und Lichtsteuergeräte	59,8	26,6
13. Investitionen für die GWDG	269,0	384,0
14. Kamera-Scanner	64,0	
15. Atomabsorptions-Spektrometer	40,0	
16. Kleinbedampfungsanlage	76,3	
17. Langtisch-Flachschleifmaschine	116,6	
18. 3 Tiefkühlschränke	30,7	
19. HPLC (Kohlenhydratanalytik)	33,9	
20. Helium-Leckdetektor	28,2	
Zusammen	1 905,0	1 993,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Universität Göttingen

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	274 458 000	274 101 000	217 605 298
1.1.1	– Personalaufwand	192 497 000	192 535 000	171 368 700
1.1.2	– Sachaufwand	78 013 000	78 016 000	46 236 598
1.1.3	– Bauunterhaltung	3 948 000	3 550 000	*)
1.2	Erträge gesamt	274 458 000	274 101 000	*)
1.2.1	– Landeszuschuss	220 919 000	221 349 000	*)
1.2.2	– Sondermittel	4 243 000	4 243 000	*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt	32 869 000	32 869 000	37 466 366
1.2.3.1	– DFG			14 082 382
1.2.3.2	– BMBF			8 429 036
1.2.3.3	– EU			2 166 830
1.2.3.4	– Eigener Erwerb			5 737 634
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel			7 050 484
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	16 427 000	15 640 000	*)
1.3	Investitionen gem. Finanzplan	8 474 400	8 562 300	7 739 543

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	5 388		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	3 630		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	1 115		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	725	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	1 758	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	682		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	573		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	334		
2.1.3.1	– Frauenanteil	9,6%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	371	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	18		
2.3.1	– Frauenanteil	39%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	2 753	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	3 656	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	19 145		
3.3.1	– in der RStZ	11 568		
3.3.2	– Frauenanteil	43,7%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	10,2%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	18,9%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr	2 812		
3.4.1	– grundständiges Studium	2 692		
3.4.1.1	– Frauenanteil	44,7%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	120	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	30,8%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	7		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	5		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	6		
4.4	Forschungszentren	16	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	1	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	11		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	10		
4.8	Promotionen	441	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	25,9%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	384 556	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	164 030		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Universität Göttingen

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24 441 000	24 441 000		501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	220 919 000	221 349 000	
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	6 801 000	6 403 000		502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	4 243 000	4 243 000	
62 Löhne und Vergütungen	26 114 000	26 114 000		503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	20 180 000	20 180 000	
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	146 827 000	146 880 000		51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	11 889 000	11 889 000	
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19 556 000	19 541 000		54 Sonstige betriebliche Erträge	17 227 000	16 440 000	
66 Sonstige Personalaufwendungen	2 882 000	2 882 000		57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	36 676 000	36 676 000		58 Außerordentliche Erträge	—	—	
68 Aufwendungen für Kommunikation	4 596 000	4 596 000					
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	6 555 000	6 558 000					
70 Betriebliche Steuern	10 000	10 000					
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—					
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—					
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—					
Gesamtsumme:	274 458 000	274 101 000			274 458 000	274 101 000	

Zu 501:

davon

682 01	216 799 000	EUR
682 03	3 948 000	EUR
682 39	122 000	EUR
685 41	50 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24 441 000	24 307 000	26 263 894	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	221 349 000	220 609 000	174 159 590
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	6 403 000	5 766 000	3 926 426	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	4 243 000	4 243 000	5 661 961
62 Löhne und Vergütungen	26 114 000	26 114 000	23 981 124	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	20 180 000	20 180 000	23 333 476
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	146 880 000	137 714 000	139 127 017	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	11 889 000	11 889 000	10 493 192
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19 541 000	29 013 000	8 896 749	54 Sonstige betriebliche Erträge	16 440 000	16 440 000	9 408 920
66 Sonstige Personalaufwendungen	2 882 000	2 882 000	2 373 771	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	36 676 000	36 520 000	5 458 943	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	4 596 000	4 592 000	5 761 141				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	6 558 000	6 443 000	7 258 005				
70 Betriebliche Steuern	10 000	10 000	10 069				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Gesamtsumme:	274 101 000	273 361 000	223 057 140		274 101 000	273 361 000	223 057 140

Zu 501:

davon

682 01	217 576 000	EUR
682 03	3 550 000	EUR
682 39	122 000	EUR
685 41	101 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans[1])	1 905 000	1 993 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln[2])	4 876 400	4 876 300	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	267 000	267 000		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	1 150 000	1 150 000	
07 Technische Anlagen und Maschinen[3])	8 073 400	8 161 300		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	543 000	543 000	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	134 000	134 000		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	8 474 400	8 562 300			8 474 400	8 562 300	

[1]) Zuführungen aus 891 01.
[2]) davon 1 639 400 EUR Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)
[3]) davon 1 639 400 EUR für HBFG-Beschaffungen

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans[1])	1 993 000	2 342 000	3 845 931
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln[2])	4 876 300	5 045 000	6 209 893
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	267 000	267 000	500 221	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	1 150 000	1 150 000	2 192 280
07 Technische Anlagen und Maschinen[3])	8 161 300	8 679 000	12 200 736	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	543 000	543 000	1 030 031
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	134 000	134 000	577 178	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	8 562 300	9 080 000	13 278 136		8 562 300	9 080 000	13 278 136

[1]) Zuführungen aus 891 01.
[2]) davon 1 639 300 EUR Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)
[3]) davon 1 639 300 EUR für HBFG-Beschaffungen

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsmerke Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Abweichend von § 50 LHO dürfen Stellen in das Kap. 06 12 umgesetzt werden. Ein eventueller finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   a) Verg.-Gr. I a – Verwaltungsdienst –
   1 kw zum 31. 12. 2006
   (Zentrale Studien- und Studentenberatung
   – St.-Nr. A 191/1 –).
   b) Verg.-Gr. III – Verwaltungsdienst –
   1 kw mit Ablauf 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003
   c) Verg.-Gr. IV a – Verwaltungsdienst –
   1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003
   d) Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst –
   2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003
   e) Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   (Institut für Forstbotanik – St.-Nr. A 851/10).
   f) Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   (Prüfungsamt Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
   – St.-Nr. A 450-2/4).
   0,5 kw zum 31. 12. 2005
   (Institut für Tierzucht und Haustiergenetik
   – St.-Nr. A 959/3 –).
   g) Verg.-Gr. I b – Wissenschaftlicher Dienst –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   Agrikulturchemie – St.-Nr. A 967/13 –
   (bei Inkrafttreten Verlagerung nach Kap. 06 08 TGr. 74).
   h) Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –
   1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in
   (Institut Wirtschafts- und Sozialpsychologie).
   i) Verg.-Gr. VI b – Technischer Dienst –
   1 kw bei Außerbetriebsetzung der Neutronenschleuder des II. Physikalischen Instituts.
   1 kw zum 31. 12. 2003
   (Isotopenlaboratorium – St.-Nr. A 965/14).
   j) Verg.-Gr. IV a – Datenverarbeitungsdienst –
   1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003
   k) Verg.-Gr. II a – Lektorin, Lektor –
   1 kw zum 31. 12. 2004
   Ev. Theologie – St.-Nr. A 300/3
   (bei Inkrafttreten Verlagerung nach Kap. 06 08 TGr. 74).
   l) Stellen zu 422 31 Bes.-Gr. A 13 – Lektor –
   kw gem. Nr. 1 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998.
4. Verg.-Gr. IV a/V c – Bibliotheksdienst –
   Bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. IV a bzw. die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 108 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen für befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   a) Lohn-Gr. 8 – Handwerklicher Dienst –
   0,5 kw zum 31. 12. 2004
   (A. v. H.-Institut für Pflanzenwissenschaften
   – St.-Nr. L 773/8).
   b) Lohn-Gr. 1 – Reinigungsdienst –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   (Allgemeine Verwaltung – St.-Nr. L 1709/46).
9. Lohn-Gr. 2 a – Sonstige Dienste –
   1 als Pförtner beschäftigter Arbeiter erhält weiterhin Lohn der Lohn-Gr. 4 MTL.
10. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 = 6 107 900 EUR und in 2003 = 5 149 200 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).
11. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13[6])	2	2	2	Lektorin, Lektor
	2	2	2	Zusammen
				Angestellte
I a	1	1	1	Verwaltungsdienst
I b	3	3	3	
II a	16	16	15	
III	1	1	1	
IV a	3	3	3	
IV b	10	10	10	
V b	10	10	10	
V c[1])	130	130	125	
VI b	82	82	86	
VII	74	74	77	
VIII	21	21	21	
IX b	1	1	1	
I b	1	1	1	Ärztlicher und zahnärztlicher Dienst
V b	1	1	1	sowie Angestellte in med. Hilfsberufen
V c	1	1	1	und med.-techn. Berufen
VI b	2	2	2	
I a	4	4	4	Wissenschaftlicher Dienst
I b	26	27	27	
II a[2])	52	52	52	
II a	137	137	137	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)
II a	8	8	8	Lehrkräfte
IV b	2	2	2	Sozial- und Erziehungsdienst
II a	5	5	5	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
IV a	4	4	5	
IV b	6	6	5	
V b	30	30	30	
V c	7	7	7	
VI b	23	23	23	
VII	14	14	14	
VIII	27	27	28	
IX b	2	2	2	
I	1	1	1	Technischer Dienst
I b	2	2	2	
II a	6	6	6	
III	14	14	15	
IV a	20	20	19	
IV b	44	44	44	
V b	65	65	66	
V c	111	111	113	
VI b[3])	170	171	171	
VII[4])	14	14	13	
VIII	12	12	13	
IX b	2	2	2	
II a	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst
III	—	1	1	
IV a	10	10	10	
IV b	10	10	9	
V b	4	4	5	
V c	1	1	1	
VI b	1	1	1	
VII	2	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst
VIII/VII	10	11	11	
IX b–VII	22	22	22	
VI b	2	2	2	Sonstige Dienste
VIII	2	2	2	
II a	27	27	27	Lektor/-in
	1 257	1 261	1 266	Zusammen
				Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung:
A 13	–	—	1	Lektor/-in
	—	—	1	Zusammen

[1]) 1 ku nach Verg.-Gr. VI b für das Institut und Museum für Geologie und Paläontologie.

1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Forsteinrichtung und Ertragskunde).

[2]) Die für das Institut für theoretische Physik ausgebrachte Stelle ist nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in in den Funktionsbereich „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ zu verlagern.

1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Spezialforschungen des Fachbereichs Theologie).

[3]) 1 Stelle des Instituts für Waldbau ist vorgesehen für die Weiterbeschäftigung eines zusätzlich eingestellten Angestellten (vgl. Abschnitt B Nr. 3 der Allgemeinen Haushaltsvermerke).

[4]) 1 Stelle darf in Höhe von 50 v. H. nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Agrartechnik).

[5]) kw.

[6]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a für das Seminar für Englische Philologie nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

1 ku nach Verg.-Gr. II a für das Seminar für Romanische Philologie nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[7]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung).

[8]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung).

[9]) kw.

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				noch Angestellte	
				Leerstellen[5]):	
II a	1	1	1	Verwaltungsdienst	
V c	4	4	7		
VI b	4	4	4		
VII	5	5	6		
VIII	—	—	1		
II a	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	1	1	1	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
V b	1	1	1	Bibliotheks- und Archivdienst	
V c	1	1	1		
VII	1	1	1		
VIII	1	1	2		
III	1	1	—	Technischer Dienst	
V b	—	—	1		
V c	3	3	4		
VI b	11	11	13		
VII	1	1	1		
VIII	2	2	3		
VIII/VII	—	—	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
VII	—	—	1		
	38	38	51	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
4	12	12	12	Kraftfahrdienst	
8	47	47	48	Handwerklicher Dienst	
6[7])	108	108	108		
5	20	20	20		
4	37	37	37		
3	16	16	16		
2 a	9	9	9		
1	—	—	1		
2 a	4	4	4	Labordienst	
4	69	69	69	Hausmeisterdienst	
3	1	1	1		
2	1	1	1	Reinigungsdienst	
1[8])	43	43	44		
5	5	5	5	Sonstige Dienste	
4	7	7	7		
3	5	5	5		
2 a	14	14	14		
2	1	1	1		
1	3	3	3		
	402	402	405	Zusammen	
				Leerstellen[9]):	
6	1	1	1	Handwerklicher Dienst	
	1	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zu der Übersicht

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	4	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
Verg.-Gr. VI b	1	Technischer Dienst
Zusammen	5	

Abgang:		
Verg.-Gr. II a	3	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
Verg.-Gr. V b	1	Technischer Dienst
Verg.-Gr. VI b	1	Technischer Dienst
Verg.-Gr. VII	3	Verwaltungsdienst
Verg.-Gr. VIII	1	Verwaltungsdienst
Verg.-Gr. VIII	1	Bibliotheks- und Archivdienst
Zusammen	10	
Bleibt Abgang	5	

Arbeiterinnen/Arbeiter

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 8	1	Handwerklicher Dienst
Lohn-Gr. 1	1	Handwerklicher Dienst
Lohn-Gr. 1	1	Reinigungsdienst
Zusammen	3	

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	Wissenschaftlicher Dienst
Verg.-Gr. III	1	Datenverarbeitungsdienst
Verg.-Gr. VI b	1	Technischer Dienst
Verg.-Gr. VIII/VII	1	Schreib- und Fernschreibdienst
Zusammen	4	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	24 441 000	24 441 000	24 307 000
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	7 373 000	7 373 000	7 373 000
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	7 526 000	7 526 000	7 526 000
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	9 542 000	9 542 000	9 408 000
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	6 801 000	6 403 000	5 766 000
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	6 030 000	5 632 000	4 995 000
617	Aufwendungen für sonstige bezogene Leistungen	771 000	771 000	771 000

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	26 114 000	26 114 000	26 114 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	146 827 000	146 880 000	137 714 000

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	675 000	675 000	674 905
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	432 000	432 000	431 786
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	2 403 000	2 403 000	2 403 072
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	420 000	420 000	419 566
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	768 000	768 000	767 551
5. Überstundenvergütung für Angestellte	15 000	15 000	9 306
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	5 164 000	5 164 000	5 164 048
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	608 000	608 000	608 386
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	665 000	665 000	665 191
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	10 000	10 000	16 208
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	210 000	210 000	209 630
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	66 000	66 000	66 468
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	6 749 000	6 749 000	6 381 792

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 139 (134) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 4

Für die Vergütung von 75 (75) Auszubildenden (Verwaltungsdienst und Technischer Dienst).

Zu lfd. Nr. 6

Für 327 (327) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 8

Für die Vergütung von 65 (65) Auszubildenden (Handwerklicher Dienst und Sonstige Dienste).

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19 556 000	19 541 000	29 013 000
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	186 000	186 000	326 000
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	4 963 000	5 922 000	16 471 000
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	581 000	579 000	345 000
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	11 540 000	10 568 000	9 585 000
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	2 286 000	2 286 000	2 286 000

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	2 882 000	2 882 000	2 882 000
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	33 000	33 000	33 000
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	85 000	85 000	85 000
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	89 000	89 000	89 000
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	2 675 000	2 675 000	2 675 000
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	36 676 000	36 676 000	36 520 000
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	27 452 000	27 452 000	27 298 000
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	835 000	835 000	835 000
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	620 000	620 000	620 000
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	136 000	136 000	134 000
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	7 633 000	7 633 000	7 633 000
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	4 596 000	4 596 000	4 592 000
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	2 097 000	2 097 000	2 097 000
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	1 000	1 000	1 000
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	752 000	752 000	752 000
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	1 707 000	1 707 000	1 707 000
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	8 000	8 000	4 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	31 000	31 000	31 000
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	6 555 000	6 558 000	6 443 000
690	Versicherungsbeiträge, diverse	460 000	460 000	460 000
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	7 000	7 000	7 000
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	4 039 000	4 042 000	3 927 000
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	2 049 000	2 049 000	2 049 000
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	10 000	10 000	10 000
702	Grundsteuer	—	—	—
703	Kraftfahrzeugsteuer	10 000	10 000	10 000
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	245 342 000	245 772 000	245 032 000
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	220 919 000	221 349 000	220 609 000
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	4 243 000	4 243 000	4 243 000
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	20 180 000	20 180 000	20 180 000
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	11 889 000	11 889 000	11 889 000
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	1 605 000	1 605 000	1 605 000
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	10 284 000	10 284 000	10 284 000
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	17 227 000	16 440 000	16 440 000
540	Nebenerlöse	15 637 000	15 637 000	15 637 000
541	Sonstige Erlöse	1 340 000	553 000	553 000
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	120 000	120 000	120 000
546	Erlöse aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	79 000	79 000	79 000
549	Periodenfremde Erträge	51 000	51 000	51 000
Zu Kontengruppe				
55	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel 2003 EUR	Sondermittel 2003 EUR	Drittmittel 2002 EUR	Sondermittel 2002 EUR
A. Aufwendungen				
60	6 977 000	464 000	6 977 000	464 000
61	922 000	314 000	922 000	314 000
62	279 000	1 326 000	279 000	1 326 000
63	17 687 000	1 069 000	17 687 000	1 069 000
64	—	17 000	—	17 000
66	2 573 000	14 000	2 573 000	14 000
67	5 000	29 000	5 000	29 000
68	2 352 000	579 000	2 352 000	579 000
69	2 069 000	431 000	2 069 000	431 000
70	5 000	—	5 000	—
75	—	—	—	—
76	—	—	—	—
77	—	—	—	—
Zusammen:	32 869 000	4 243 000	32 869 000	4 243 000
B. Erträge				
50	20 180 000	4 243 000	20 180 000	4 243 000
51	11 888 000	—	11 888 000	—
54	801 000	—	801 000	—
55	—	—	—	—
57	—	—	—	—
58	—	—	—	—
Zusammen:	32 869 000	4 243 000	32 869 000	4 243 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 2000

	Verg.-Gr.	Zahl
I. Angestellte:		
1. Wiss. Hilfskräfte	—	135
2. Außertarifliche	—	—
3. Tariflich Vollbeschäftigte	I a bis IX b	195
4. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	II a bis IX b	395
Zusammen		725
II. Arbeiter/-innen:		
Tariflich Vollbeschäftigte		8
Zusammen		8
Insgesamt		733

Wirtschaftspläne

der Versuchswirtschaft Relliehausen der Universität Göttingen
der Versuchswirtschaft Marienstein der Universität Göttingen
der Versuchswirtschaft Reinshof der Universität Göttingen
für das Wirtschaftsjahr 2001/2002
(Betriebe gem. § 26 LHO)

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Relliehausen

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

(LF 330 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	190 000	189 178	172 165
Tierproduktion	368 000	327 227	374 230
Forstwirtschaft, Jagd	2 800	2 812	5
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	15 000	15 339	15 458
Summe Umsatzerlöse	575 800	534 556	561 858
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–7 217
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	5 000	—	36 409
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	270 000	268 428	257 107
Zeitraumfremde Erträge	—	—	—
Betriebliche Erträge	850 800	802 984	848 157
Zuführung aus Kapitel 06 10 Titel 682 01 Zur Durchführung von Lehre, Versuchs- und Forschungsarbeiten.	263 315	263 315	228 367

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	52 000	51 129	48 105
Tierproduktion	190 800	166 170	191 837
Nebenbetriebe	—	—	—
Dienstleistungen	—	—	1 105
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	404
sonstiger Materialaufwand	87 000	63 911	88 939
Summe Materialaufwand	329 800	281 211	329 175
Personalaufwand	372 000	383 469	345 987
Abschreibungen	51 000	48 573	47 803
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	94 800	97 145	90 193
Betriebsversicherungen	13 000	13 294	12 276
sonstiger Betriebsaufwand	18 000	19 429	15 436
zeitraumfremde Aufwendungen	17 000	8 181	13 849
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	142 800	138 049	131 754
Betriebliche Aufwendungen	895 600	851 301	854 719
Betriebsergebnis	–44 800	–48 317	–6 562
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	+300	+256	+214
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	–358
Finanzergebnis	+300	+256	–144
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–44 500	–48 061	–6 706
+a. o. Erträge	+1 000	—	+29 317
-a. o. Aufwand	—	—	—
sonstige Steuern	–500	–1 023	–803
Gewinn/Verlust	–44 000	–49 084	+21 808

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind
a) Angestellte
b) Lohnempfänger

Zu a)
3 BAT (davon eine nicht vollbeschäftigt)

Zu b)
11 MTArb (davon1 x 0,3-Aushilfskraft)
3 Auszubildende

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	82 000	46 018	48 393	1. Abschreibungen	51 000	48 573	47 803
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	31 000	7 668	39 093	2. Betriebserträge	5 000	—	14 008
3. Tieranlagevermögen	—	—	1 564	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	5 000	5 113	409
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	2 487	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 891 71)	52 000	—	29 317
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	113 000	53 686	91 537	Finanzdeckung	113 000	53 686	91 537

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:
1 Hallenbau 31 000 EUR
1 Hallenbau altes Jahr 51 000 EUR

Zu 2.:
1 Feldspritze 28 000 EUR
Sonstiges 3 000 EUR

Zusammen 113 000 EUR

Abgänge:
Sonstiges –5 000 EUR
Nettoinvestitionen 108 000 EUR

Ersatzinvestitionen i. Wj. 2002/2003 = 113 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	–44 000	–65 445	21 808
+ Abschreibungen	51 000	48 573	47 803
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	5 000	5 113	409
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	–113 000	—	–91 537
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 685 41	–101 000	–65 445	–21 517
Ablieferung	—	—	—

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Marienstein

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

(LF 260 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	35 000	327 227	382 335
Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	28 200	15 339	17 738
Summe Umsatzerlöse	378 200	342 566	395 073
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–6 974
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	–2 500	—	—
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	70 000	83 341	67 169
zeitraumfremde Erträge	5 000	15 339	72 654
Betriebliche Erträge	450 700	441 245	527 922
Zuführung aus Kapitel 06 10 Titel 682 01	33 234	33 234	28 106
Zur Durchführung von Lehre, Versuchs- und Forschungsarbeiten			33 200 EUR

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	98 000	86 920	96 042
Tierproduktion	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	200	256	7
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	28 000	20 452	26 315
Summe Materialaufwand	126 200	107 627	122 364
Personalaufwand	130 000	125 267	118 036
Abschreibungen	64 000	63 911	61 576
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	18 000	15 339	16 378
Betriebsversicherungen	6 000	6 647	4 973
sonstiger Betriebsaufwand	90 000	86 920	91 196
zeitraumfremde Aufwendungen	8 000	6 647	22 514
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	122 000	115 552	135 061
Betriebliche Aufwendungen	442 200	412 357	437 037
Betriebsergebnis	+8 500	+28 888	+90 885
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	+1 000	+1 023	+645
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	+869
Finanzergebnis	+1 000	+1 023	+1 514
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	+9 500	+29 911	+92 399
a. o. Erträge	+1 000	+767	—
sonstige Steuern	–500	–256	—
Gewinn/Verlust	+10 000	+30 422	+92 399

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind
a) Angestellte
b) Lohnempfänger

Zu a)
2 BAT (davon 1 nicht vollbeschäftigt)
– je zur Hälfte Reinshof und Marienstein –

Zu b)
3 MTArb (davon 1,0 für Versuchswesen – 1/2 ökol. Anbau, 1/2 sonst. Feldversuche)
Vergütung vom Klostergut Reinshof in Höhe von 18 000 EUR für Inanspruchnahme einer AK.

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	—	—	1. Abschreibungen	64 000	28 377	61 576
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	69 000	37 580	117 004	2. Betriebserträge	—	—	51 188
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	5 000	9 203	9 739
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	–5 499
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	69 000	37 580	117 004	Finanzdeckung	69 000	37 580	117 004

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

0,5 Drilltechnik	33 000 EUR
1 Mulcher	6 000 EUR
0,5 Pflug	12 000 EUR
0,5 Anhänger	7 000 EUR
Sonstiges	11 000 EUR
Zusammen	69 000 EUR

Abgänge:

1 Schlepper	–5 000 EUR
Nettoinvestitionen	64 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	+10 000	+30 422	+92 399
+ Abschreibungen	+64 000	+35 535	+61 576
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	+5 000	—	+9 739
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	–69 000	—	–117 004
Endergebnis:			
Zuschuss	—	—	—
Ablieferung	+10 000	+65 957	+46 710

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Reinshof
für das Wirtschaftsjahr 2001/2002
(LF 235 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	397 000	301 151	372 449
Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	7 000	9 203	7 479
Summe Umsatzerlöse	404 000	310 354	379 928
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	–6 000	—	–9 595
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	—
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	165 000	107 371	108 139
zeitraumfremde Erträge	5 000	8 436	9 975
Betriebliche Erträge	568 000	426 162	488 447
Zuführung aus Kapitel 06 10 Titel 682 01 Zur Durchführung von Lehre, Versuchs- und Forschungsarbeiten	38 350	38 350	38 349
			38 300 EUR

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	91 000	81 807	57 667
Tierproduktion	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	28 000	9 715	9 163
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	42 000	29 655	20 431
Summe Materialaufwand	161 000	121 176	87 261
Personalaufwand	133 000	133 447	103 319
Abschreibungen	62 000	59 821	55 180
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	39 000	33 745	82 355
Betriebsversicherungen	7 700	7 669	7 028
sonstiger Betriebsaufwand	81 000	80 273	64 265
zeitraumfremde Aufwendungen	12 500	6 647	24 984
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	140 200	128 334	178 632
Betriebliche Aufwendungen	496 200	442 779	424 392
Betriebsergebnis	+71 800	–16 617	+64 054
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	+1 700	+1 790	+908
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Finanzergebnis	+1 700	+1 790	+908
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	+73 500	–14 827	+64 962
a. o. Erträge	+1 000	+1 023	—
sonstige Steuern	–500	–511	–626
Gewinn/Verlust	+74 000	–14 316	+64 336

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind
a) Angestellte
b) Lohnempfänger

Zu a)
2 BAT (davon 1 nicht vollbeschäftigt)
– je zur Hälfte Reinshof und Marienstein –

Zu b)
3 MTArb (davon 1,0 für Versuchswesen – 1/2 ökol. Anbau, 1/2 sonst. Feldversuche)
Vergütung für das Klostergut Marienstein in Höhe von 18 000 EUR für Inanspruchnahme einer AK.

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	8 000	—	13 752	1. Abschreibungen	62 000	35 535	55 180
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	66 000	35 535	81 193	2. Betriebserträge	7 000	—	8 658
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	5 000	—	31 107
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	74 000	35 535	94 945	Finanzdeckung	74 000	35 535	94 945

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Getreidelager	8 000 EUR

Zu 2.:

0,5 Drilltechnik, Feldspritze	36 000 EUR
0,5 Pflug	12 000 EUR
0,5 Anhänger	7 000 EUR
Sonstiges	11 000 EUR
Zusammen	74 000 EUR

Abgänge:

Sonstiges, Drilltechnik	–5 000 EUR
Nettoinvestitionen	69 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	+74 000	–14 316	+64 336
+ Abschreibungen	+62 000	+24 286	+55 180
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	+5 000	+1 790	+31 107
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	–74 000	—	–94 945
Endergebnis:			
Zuschuss	—	—	—
Ablieferung	+67 000	+11 760	+55 678

Wirtschaftspläne

der Versuchswirtschaft Relliehausen der Universität Göttingen
der Versuchswirtschaft Marienstein der Universität Göttingen
der Versuchswirtschaft Reinshof der Universität Göttingen
für das Wirtschaftsjahr 2002/2003
(Betriebe gem. § 26 LHO)

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Relliehausen

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 330 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	194 700	190 000	174 212
Tierproduktion	374 000	368 000	392 828
Forstwirtschaft, Jagd	2 800	2 800	162
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	15 000	15 000	19 687
Summe Umsatzerlöse	586 500	575 800	586 889
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	10 951
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	5 000	–40 755
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	281 000	270 000	278 151
Zeitraumfremde Erträge	1 000	—	—
Betriebliche Erträge	868 500	850 800	835 235
Zuführung aus Kapitel 06 10 Titel 682 01 Zur Durchführung von Lehre, Versuchs- und Forschungsarbeiten	263 315	263 315	263 315 EUR

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	52 000	52 000	54 872
Tierproduktion	192 000	190 800	165 079
Nebenbetriebe	—	—	–6
Dienstleistungen	—	—	1 307
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	87 000	87 000	101 942
Summe Materialaufwand	331 000	329 800	323 194
Personalaufwand	384 000	372 000	322 773
Abschreibungen	51 000	51 000	48 732
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	92 000	94 800	154 289
Betriebsversicherungen	12 000	13 000	11 426
sonstiger Betriebsaufwand	18 000	18 000	21 771
zeitraumfremde Aufwendungen	17 000	17 000	15 809
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	139 000	142 800	203 295
Betriebliche Aufwendungen	905 000	895 600	897 993
Betriebsergebnis	–36 500	–44 800	–62 758
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	+1 000	+300	1 389
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Finanzergebnis	+1 000	+300	1 389
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–35 500	–44 500	–61 369
+a. o. Erträge	+1 000	+1 000	55 016
-a. o. Aufwand	—	—	—
sonstige Steuern	–500	–500	–887
Gewinn/Verlust	–35 000	–44 000	–7 240

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind
a) Angestellte
b) Lohnempfänger

Zu a)
3 BAT (davon eine nicht vollbeschäftigt)

Zu b)
11 MTArb (davon 1x 0,3-Aushilfskraft)
3 Auszubildende

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	82 000	22 310	1. Abschreibungen	51 000	51 000	48 732
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	71 000	31 000	86 324	2. Betriebserträge	15 000	5 000	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	5 000	5 000	10 410
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	3 970	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 685 41)	—	52 000	–1 555 55 016
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	71 000	113 000	112 603	Finanzdeckung	71 000	113 000	112 603

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

1 Schlepper	55 500 EUR
1 Bodenbearbeitung	8 000 EUR
Sonstiges	7 500 EUR
Zusammen	71 000 EUR

Abgänge:

Sonstiges	5 000 EUR
Nettoinvestitionen	66 000 EUR

Ersatzinvestitionen i. Wj. 2002/2003 = 66 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
+/– Gewinn/Verlust	–35 000	–44 000	–7 240
+ Abschreibungen	51 000	51 000	48 732
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	5 000	5 000	10 410
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	–71 000	–113 000	–112 603
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 685 41	–50 000	–101 000	—
Ablieferung	—	—	60 701

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Marienstein

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 260 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	355 200	350 000	345 524
Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	28 000	28 200	12 291
Summe Umsatzerlöse	383 200	378 200	357 815
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	4 291
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	–2 500	—
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	4 481
sonstige betriebliche Erträge	70 000	70 000	62 254
zeitraumfremde Erträge	5 000	5 000	3 152
Betriebliche Erträge	458 200	450 700	431 992
Zuführung aus Kapitel 06 10 Titel 682 01 Zur Durchführung von Lehre, Versuchs- und Forschungsarbeiten	33 234	33 234	33 234 EUR

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	97 000	98 000	93 611
Tierproduktion	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	200	200	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	28 000	28 000	30 828
Summe Materialaufwand	125 200	126 200	124 439
Personalaufwand	133 000	130 000	119 531
Abschreibungen	64 000	64 000	59 559
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	17 000	18 000	18 893
Betriebsversicherungen	6 000	6 000	5 384
sonstiger Betriebsaufwand	88 000	90 000	67 949
zeitraumfremde Aufwendungen	8 000	8 000	5 313
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	119 000	122 000	97 539
Betriebliche Aufwendungen	441 200	442 200	401 069
Betriebsergebnis	+17 000	+8 500	30 923
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	+1 000	+1 000	2 086
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	1 373
Finanzergebnis	+1 000	+1 000	3 459
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	+18 000	+9 500	34 383
a. o. Erträge	+500	+1 000	1 580
sonstige Steuern	–500	–500	–1 126
Gewinn/Verlust	+18 000	+10 000	+34 837

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind
a) Angestellte
b) Lohnempfänger

Zu a)
2 BAT (davon 1 nicht vollbeschäftigt)
– je zur Hälfte Reinshof und Marienstein –

Zu b)
3 MTArb (davon 1,0 für Versuchswesen – 1/2 ökol. Anbau, 1/2 sonst. Feldversuche)
Vergütung vom Klostergut Reinshof in Höhe von 18 000 EUR für Inanspruchnahme einer AK.

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	—	—	1. Abschreibungen	64 000	64 000	59 559
				2. Betriebserträge	5 000	—	—
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	74 000	69 000	41 133	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	5 000	5 000	18 499
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—				
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	74 000	69 000	41 133	Finanzdeckung	74 000	69 000	78 058

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

0,5 Schlepper	61 000 EUR
0,5 Packer	4 000 EUR
0,5 Mulcher, Bodenbearbeitung	9 000 EUR
Zusammen	74 000 EUR

Abgänge:

Sonstiges	–10 000 EUR
Nettoinvestitionen	64 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
+/– Gewinn/Verlust	+18 000	+10 000	+34 837
+ Abschreibungen	+64 000	+64 000	+59 559
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	+5 000	+5 000	+18 499
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	–74 000	–69 000	–41 133
Endergebnis:			
Zuschuss	—	—	—
Ablieferung	+13 000	+10 000	+71 762

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Reinshof

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 235 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	397 500	397 000	278 951
Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	7 000	7 000	12 634
Summe Umsatzerlöse	404 500	404 000	291 585
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	–6 000	127 420
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	46 127
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	165 000	165 000	64 820
zeitraumfremde Erträge	5 000	5 000	10 564
Betriebliche Erträge	574 500	568 000	540 516
Zuführung aus Kapitel 06 10 Titel 682 01 Zur Durchführung von Lehre, Versuchs- und Forschungsarbeiten	38 350	38 350	38 350 EUR

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	93 000	91 000	83 609
Tierproduktion	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	28 000	28 000	10 604
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	42 000	42 000	38 082
Summe Materialaufwand	163 000	161 000	132 295
Personalaufwand	136 000	133 000	112 040
Abschreibungen	62 000	62 000	50 873
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	39 000	39 000	24 221
Betriebsversicherungen	7 700	7 700	7 413
sonstiger Betriebsaufwand	81 000	81 000	76 370
zeitraumfremde Aufwendungen	12 000	12 500	5 979
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	139 700	140 200	113 963
Betriebliche Aufwendungen	500 700	496 200	409 191
Betriebsergebnis	+73 800	+71 800	131 325
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	+1 700	+1 700	1 535
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Finanzergebnis	+1 700	+1 700	1 535
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	+75 500	+73 500	132 859
a. o. Erträge	+1 000	+1 000	5 113
sonstige Steuern	–500	–500	–812
Gewinn/Verlust	+76 000	+74 000	137 160

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind
a) Angestellte
b) Lohnempfänger

Zu a)
2 BAT (1 Wirtschaftsleiter, 1 nicht vollbeschäftigt)
– je zur Hälfte Reinshof und Marienstein –

Zu b)
3 MTArb (davon 1,0 für Versuchswesen – 1/2 ökol. Anbau, 1/2 sonst. Feldversuche)
Vergütung für das Klostergut Marienstein in Höhe von 18 000 EUR für Inanspruchnahme einer AK.

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	8 000	—	1. Abschreibungen	62 000	62 000	50 873
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	80 000	66 000	37 368	2. Betriebserträge	12 000	7 000	46 286
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	6 000	5 000	3 497
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	1 483	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	65 302 –3 497	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—					
Finanzbedarf	80 000	74 000	100 656	Finanzdeckung	80 000	74 000	100 656

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

0,5 Schlepper	65 000 EUR
0,5 Packer	4 000 EUR
0,5 Mulcher, Bodenbearbeitung	11 000 EUR
Zusammen	80 000 EUR

Abgänge:

Sonstiges	–6 000 EUR
Nettoinvestitionen	74 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	+76 000	+74 000	+137 160
+ Abschreibungen	+62 000	+62 000	+50 873
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	+6 000	+5 000	+3 497
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	–80 000	–74 000	–100 656
Endergebnis:			
Zuschuss	—	—	—
Ablieferung	+64 000	+67 000	+90 874

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0612 Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 01-1	859	Ablieferungen aus behördeneigenen Küchen- und Kantinenbetrieben		—	—	—	—
121 02-0	132	Ablieferungen des Landesbetriebs ** *Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei den im K-Vermerk genannten Titeln insgesamt verwendet werden.* ***Vgl. K-Vermerk zu 891 01 sowie HV zu 0604 - 883 02.*		1.764.000	1.905.000	357.904	623
121 03-8	132	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		370.000	370.000	411.488	—
121 04-6	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		284.000	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-3	132	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich.* *2. Übertragbar: Nicht ausgezahlte Mittel zur Verstärkung bei 682 03, 891 01 und 0604 - 891 36.* *3. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	—	129.856.000	128.798.000	127.473.809	101.320
682 03-0	132	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich.* *2. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.*	—	4.287.000	4.287.000	4.287.745	5.611
682 39-0	132	Zuführungen an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	101.000	101.000	58.390	100
891 01-1	132	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich.* *2. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.* *3. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 02.*	—	9.050.000	9.050.000	9.049.866	11.363
891 25-9	132	Zuschuss an den Körperschaftshaushalt	— — 984.237	—	1.406.000	549.639	—
		Abschluss Kapitel 06 12					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.418.000	2.275.000	769.392	
		Summe der Einnahmen		2.418.000	2.275.000	769.392	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	134.244.000	133.186.000	131.819.944	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— — 984.237	9.050.000	10.456.000	9.599.505	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— — 984.237	143.294.000	143.642.000	141.419.449	
		Zuschuss		140.876.000	141.367.000	140.650.057	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 12 allgemein

Der Fachbereich Humanmedizin der Universität Göttingen wird als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei 682 01, 682 03, 891 01 bzw. Kap. 06 04 Titel 891 36, Ablieferungen des Landesbetriebs bei 121 02 nachzuweisen.

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der Klinikverwaltung jährlich zu überprüfen.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.

Bei dem Landesbetrieb besteht ein 1979 eingerichteter Küchen- und Kantinenbetrieb gem. § 26 LHO, der von dem Landesbetrieb u. a. mit Mittagessen für das Personal und die Studenten beliefert wird. Nach dem Erfolgsplan des Küchen- und Kantinenbetriebs sind veranschlagt:

	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2000 EUR
Aufwendungen			
1. Personalkosten	1 268 000	1 253 000	1 206 000
2. Wareneinsatz	1 534 000	1 529 000	1 495 000
3. Allgemeiner Geschäftsaufwand	132 000	130 000	128 000
4. Abschreibung auf Anlagevermögen	146 000	147 000	149 000
5. Sonstige Aufwendungen	46 000	51 000	51 000
6. Erstattung Bewirtschaftungskosten	102 000	102 000	102 000
Zusammen	3 228 000	3 212 000	3 131 000
Erträge			
1. Verkauf	2 827 000	2 812 000	2 776 000
2. Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	192 000	195 000	201 000
3. Sonstige Erträge	62 000	61 000	59 000
4. Erstattung von Personalkosten	147 000	144 000	139 000
Zusammen	3 228 000	3 212 000	3 175 000
Mithin **Verlust**	—	—	—

Zu 682 01 und 682 03 gemeinsam

Vgl. Erläuterungen zu 06 12 allgemein.

Veranschlagt ist das im Erfolgsplan ermittelte Abschlussergebnis des Landesbetriebes.

Zu 682 01

Mehr für Tarifsteigerungen des Jahres 2001 sowie für Nutzungsentgelte für Liegenschaften.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 23 683 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 682 03

Die Veranschlagung, Bewirtschaftung und Abrechnung der Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Bereich der Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin – obliegt dem Landesbetrieb.

Zu 891 01 und Kap. 06 04 891 36 gemeinsam

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit dürfen nicht in Anspruch genommene Zuführungen für laufende Zwecke (vgl. D-Vermerk zu 682 01) und Ablieferungen des Landesbetriebes aus Vorjahren (vgl. K-Vermerke) für Investitionen verwendet werden.

Zu 891 01

Vgl. Erläuterungen zu 06 12 allgemein.

Veranschlagt ist der auf diese Buchungsstelle entfallende Zuschussbedarf gem. Finanzplan.

Zu 891 25

Der Zuschuss ermöglicht es der Universität Göttingen, sich über ihren Körperschaftshaushalt gemäß § 134 NHG an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des privaten Rechts, insbesondere an der Goe Inno GmbH, zu beteiligen.

Mitwirkungs- und Entscheidungsbefugnisse des Bereichs Humanmedizin insbesondere bei der Mittelverwendung und der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten werden in der Körperschaftssatzung geregelt.

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	408 324 000	403 336 000	386 616 200
1.1.1	– Personalaufwand	262 462 000	259 035 000	244 277 500
1.1.2	– Sachaufwand	141 575 000	140 014 000	140 996 500
1.1.3	– Bauunterhaltung	4 287 000	4 287 000	
1.2	Erträge gesamt	408 324 000	403 336 000	386 598 200
1.2.1	– Landeszuschuss	134 244 000	133 186 000	
1.2.2	– Sondermittel	3 199 300	3 199 300	3 199 300
1.2.3	– Drittmittel gesamt	17 001 000	17 001 000	16 581 700
1.2.3.1	– DFG	8 650 900	8 650 900	8 650 900
1.2.3.2	– BMBF	1 855 500	1 855 500	1 855 500
1.2.3.3	– EU	719 000	719 000	719 000
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	410 000	410 000	410 000
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	4 946 300	4 946 300	4 946 300
1.2.4	– Sonstige Erträge	254 296 000	250 469 000	246 674 300
1.3	– Investitionen gem. Finanzplan	13 413 500	13 413 500	17 667 100

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	7 275		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	5 994		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	1 731		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	882	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	1 281	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	215		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	180		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	102		
2.1.3.1	– Frauenanteil	4,9%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	146	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	5		
2.3.1	– Frauenanteil	0		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	436	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	574	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	3 722		
3.3.1	– in der RStZ	2 233		
3.3.2	– Frauenanteil	51,6%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	9,4%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	42,9%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en	2 812		
3.4.1	– grundständiges Studium	2 692		
3.4.1.1	– Frauenanteil	44,7%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	120	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	30,8%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	5		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	—		
4.2	Transferbereiche	—		
4.3	Forschergruppen	—		
4.4	Forschungszentren	—	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	—	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	5		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	1		
4.8	Promotionen	269		
4.8.1	– Frauenanteil	39,0%	Studienjahr 1999	
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	130 575 qm		
5.2	kapazitätsrelevante HNF	130 575 qm	30. Rahmenplan	

Wirtschaftsplan für die Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten medizinischen Hochschuleinrichtungen des Landes Niedersachsen vom 15. 3. 1999 – 23.4 – 04101/1 –.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR
1. Personalaufwendungen			
60 Löhne und Gehälter 61 Gesetzliche Sozialabgaben 62 Aufwendungen für Altersversorgung	261 540 000	258 113 000	—
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	767 000	767 000	—
64 Sonstige Personalaufwendungen	155 000	155 000	—
Zw.-Summe	262 462 000	259 035 000	—
2. Sachaufwendungen			
65 Lebensmittel	3 002 000	2 957 000	—
66 Medizinischer Bedarf	57 389 000	56 593 000	—
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	13 229 000	13 062 000	—
68 Wirtschaftsbedarf	8 643 000	8 509 000	—
69 Verwaltungsbedarf	5 954 000	5 918 000	—
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	5 454 000	5 429 000	—
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	16 566 000	16 259 000	—
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	1 575 000	1 575 000	—
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	2 000	2 000	—
76 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 50 bis zu 400 EUR ohne MwSt.)	1 806 000	1 799 000	—
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	30 901 000	30 856 000	—
Zw.-Summe	144 521 000	142 959 000	—
3. Übrige Aufwendungen			
79 Übrige Aufwendungen	1 341 000	1 342 000	—

Erträge	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR
1. Betriebliche Erträge			
40 Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	219 557 000	216 312 000	—
41 Erlöse aus Wahlleistungen	1 329 000	1 329 000	—
42 Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	20 792 000	20 792 000	—
43 Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	3 835 000	3 835 000	—
44 Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	1 047 000	1 047 000	—
45 Erträge aus Küche, Apotheke, Wäscherei u. a.	2 183 000	2 183 000	—
472 Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)	12 907 000	12 906 000	—
473 Zuwendungen Dritter (nicht öffentliche Hand)	2 682 000	2 682 000	—
Zw.-Summe	264 332 000	261 086 000	—
2. Andere Erträge			
51 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	86 000	54 000	—
53 Erträge aus Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	94 000	94 000	—
54 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	562 000	562 000	—
55 Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	4 000	4 000	—
57 Sonstige ordentliche Erträge	4 586 000	4 447 000	—
59 Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	2 764 000	2 253 000	—
599 Entgelte Dritter	1 753 000	1 750 000	—
Zw.-Summe	9 849 000	9 164 000	—
47 200 Erfolgsplan/Zuschuss	134 143 000	133 086 000	—
Gesamtsumme:	408 324 000	403 336 000	—
	408 324 000	403 336 000	—

Zuschussbedarf (Titel 682 01):	129 856 000	EUR
(Titel 682 03):	4 287 000	EUR[1])
Zusammen	134 143 000	EUR

[1]) Ansätze der Konten 70 011 und 72 010.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. Personalaufwendungen			
60 Löhne und Gehälter 61 Gesetzliche Sozialabgaben 62 Aufwendungen für Altersversorgung	258 113 000	259 798 700	243 355 700
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	767 000	816 500	767 100
64 Sonstige Personalaufwendungen	155 000	180 100	154 700
Zw.-Summe	259 035 000	260 795 300	244 277 500
2. Sachaufwendungen			
65 Lebensmittel	2 957 000	2 978 900	2 742 000
66 Medizinischer Bedarf	56 593 000	55 840 900	56 329 200
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	13 062 000	10 247 400	12 625 300
68 Wirtschaftsbedarf	8 509 000	7 655 700	7 675 200
69 Verwaltungsbedarf	5 918 000	5 738 400	5 616 400
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	5 429 000	5 152 600	5 540 500
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	16 259 000	14 864 900	15 940 000
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	1 575 000	1 499 700	1 470 000
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	2 000	1 800	1 800
76 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 100 bis zu 800 EUR ohne MwSt.)	1 799 000	1 759 900	2 359 600
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	30 856 000	30 554 900	30 696 500
Zw.-Summe	142 959 000	136 295 100	140 996 500
3. Übrige Aufwendungen			
79 Übrige Aufwendungen	1 342 000	1 742 000	1 342 200

Erträge	Soll 2002 EUR	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. Betriebliche Erträge			
40 Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	216 312 000	213 743 800	210 804 300
41 Erlöse aus Wahlleistungen	1 329 000	1 359 000	1 329 400
42 Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	20 792 000	21 406 400	20 792 100
43 Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	3 835 000	2 965 700	3 834 700
44 Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	1 047 000	954 500	827 200
45 Erträge aus Küche, Apotheke, Wäscherei u. a.	2 183 000	2 249 000	1 614 300
472 Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)	12 907 000	12 551 800	15 346 000
473 Zuwendungen Dritter (nicht öffentliche Hand)	2 682 000	2 958 600	2 682 200
Zw.-Summe	261 087 000	258 188 800	257 230 200
2. Andere Erträge			
51 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54 000	79 900	86 300
53 Erträge aus Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	94 000	78 700	94 100
54 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	562 000	557 300	1 176 000
55 Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	4 000	4 000	4 000
57 Sonstige ordentliche Erträge	4 447 000	4 289 500	3 862 000
59 Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	2 253 000	1 581 100	2 249 700
599 Entgelte Dritter	1 750 000	2 291 500	1 753 000
Zw.-Summe	9 164 000	8 882 000	9 225 100
47 200 Erfolgsplan/Zuschuss	133 085 000	131 761 600	120 142 900
Gesamtsumme:	403 336 000	398 832 400	386 616 200
	403 336 000	398 832 400	386 598 200

Zuschussbedarf (Titel 682 01):	128 798 000	EUR
(Titel 682 03):	4 287 000	EUR[1])
Zusammen	133 085 000	EUR

[1]) Ansätze der Konten 70 011 und 72 010.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) Deckungsfähigkeit

Die Kontengruppen des Erfolgsplans sind gegenseitig deckungsfähig.

Ausgenommen hiervon sind die Konten 70 011 und 72 010 (Bauunterhaltung). Die Konten für die Bauunterhaltung sind einseitig deckungsfähig zu Lasten anderer Konten des Erfolgsplans.

Die Aufwendungen erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererträge.

Der Erfolgsplan ist insgesamt zugunsten des Finanzplans deckungsfähig.

(2) Personalaufwendungen

Die Bemerkungen zu den Übersichten über die Stellen der vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter/- innen sind verbindlich. Der Landesbetrieb ist befugt, von den Übersichten unter Beachtung des Tarifrechts im Rahmen einer eigenverantwortlichen Wirtschaftsführung abzuweichen, soweit dieses im Rahmen der Ansätze der KGr. 60 – 64 oder durch Budgetzusagen der Kostenträger dauerhaft gesichert ist oder sofern dieses befristet erfolgt. Dies gilt auch für die Schaffung zusätzlicher Stellen.

Die Allgemeinen Haushaltsvermerke A zu den Stellenplänen der Kap. 06 08 und 06 10 ff. finden Anwendung.

Die Mittel für die Beschäftigung wissenschaftlicher Hilfskräfte stehen nur für eine befristete Beschäftigung zur Verfügung.

(3) Konten 47 222, 47 223, 47 229, 47 300, 47 301 und 59 900

Im Rahmen von Personalaufwendungen aus den bei diesen Konten aufkommenden Erträgen können im Bedarfsfall aus Landesmitteln vergüteten Arbeitnehmern über die Vergütung (§ 26 BAT)/ den Monatstabellenlohn (§ 21 Abs. 3 MTL) hinaus andere tarifliche Leistungen gewährt werden.

(4) Konto 59 900

Der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin erhält aus den bei diesem Konto aufkommenden Erträgen aus Blutalkoholuntersuchungen einen Anteil von 0,75 EUR je Untersuchungsfall als Nebenvergütung.

(5) Drittmittel (vgl. Konten 47 222, 47 223, 47 229, KUGr. 473 und Konto 59 900 und die jeweiligen Aufwandskonten)

Die aus Drittmitteln finanzierten Aufwendungen sind übertragbar.

Aufwendungen aus Drittmitteln erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindererträge bei den korrespondierenden Ertragskonten. Abweichend hiervon dürfen die Erträge (Isteinnahmen) des Instituts für Rechtsmedizin aus Blutalkoholuntersuchungen nur bis zur Höhe von 70 v. H. zweckgebunden verwendet werden.

In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Deckungsmittel begründet werden, wenn es sich um Vorhaben von mindestens 250 000 EUR handelt und der MF zustimmt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

(6)

Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 45 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/- innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

(7)

Die Hochschule ist befugt, für die Belegung von Betten aus wissenschaftlichem Interesse oder für besonders Bedürftige Freibetten im Umfang von bis zu 1 000 Berechnungstagen in Anspruch zu nehmen.

(8)

Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.

(9)

MWK wird gem. § 40 Abs. 2 LHO ermächtigt, mit Zustimmung des MF in den Dienstverträgen mit Vorstandsmitgliedern außertarifliche Vergütungen zu vereinbaren.

(10)

Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

(11)

Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

(12)

Von dem Ansatz dürfen in 2002 = 1 270 400 EUR und in 2003 = 1 439 000 EUR für den Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten (35 %) sowie für den Beitrag zur Landesunfallkasse nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003
(ohne Baumaßnahmen)

Investitionsausgaben für:	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR
06 Technische Anlagen	102 000	77 000	—	1. Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	5 100	5 100	—
07 Einrichtungen und Ausstattungen einschl. des Aufwandes für Festwertgüter	13 311 500	13 336 500	—	2. Zuweisungen der öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben			
08 Anzahlungen auf Anlagen	—	—	—	2.1 Kap. 06 12 Tit. 891 01 für Investitionen	9 050 000	9 050 000	—
				2.2 Kap. 06 04 Tit. 891 36 (zum Rahmenplan nach dem HBFG angemeldete Vorhaben)	3 067 400	3 067 400	—
				3. Zuschüsse aus Drittmitteln	1 291 000	1 291 000	—
Summe:	13 413 500	13 413 500	—		13 413 500	13 413 500	—

Zuschussbedarf gem. Ziff. 2.1 – Deckungsmittel – (Titel 891 01): 9 050 000 EUR.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002
(ohne Baumaßnahmen)

Investitionsausgaben für:	Soll 2002 EUR	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
06 Technische Anlagen	77 000	76 700	—	1. Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	5 100	5 100	—
07 Einrichtungen und Ausstattungen einschl. des Aufwandes für Festwertgüter	13 336 500	13 627 500	—	2. Zuweisungen der öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben			
08 Anzahlungen auf Anlagen	—	—	—	2.1 Kap. 06 12 Tit. 891 01 für Investitionen	9 050 000	9 049 900	
				2.2 Kap. 06 04 (bis 2000 Kap. 06 12) Tit. 891 36 (zum Rahmenplan nach dem HBFG angemeldete Vorhaben)	3 067 400	3 579 000	—
				3. Zuschüsse aus Drittmitteln	1 291 000	1 070 200	—
Summe:	13 413 500	13 704 200	—		13 413 500	13 704 200	—

Zuschussbedarf gem. Ziff. 2.1 – Deckungsmittel – (Titel 891 01): 9 050 000 EUR.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) KGr. 06 und 07

Die Ansätze der Kontengruppen 06 und 07 sind gegenseitig deckungsfähig.

(2) KGr. 06 und 07 sowie Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen

Die Investitionsausgaben erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen ohne Beschränkung auf den Buchwert.

(3) Drittmittel

Die Ausgaben für aus Drittmitteln finanzierte Investitionen sind übertragbar.

Investitionsausgaben aus Drittmitteln erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindererträge bei den korrespondierenden Ertragskonten. Abweichend hiervon dürfen die Deckungsmittel (Isteinnahmen) des Instituts für Rechtsmedizin aus Blutalkoholuntersuchungen nur bis zur Höhe von 70 v.H. zweckgebunden verwendet werden.

In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Deckungsmittel begründet werden, wenn es sich um Vorhaben von mindestens 250 000 EUR handelt und der MF zustimmt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – Löhne und Gehälter
61 – Gesetzliche Sozialabgaben
62 – Aufwendungen für Altersversorgung

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen (einschl. Einzelzahlungen) für die Planstellen und für die Stellen der beamteten Hilfskräfte und der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. Mehrarbeit und Überstunden	1 272 400	1 253 600	1 260 500	1 206 100
Bereitschaftsdienste	4 047 700	3 987 900	3 987 000	3 836 900
Rufbereitschaften	2 478 100	2 441 500	2 297 100	2 349 100
Zusammen	7 798 200	7 683 000	7 544 600	7 392 100
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	40 700	40 000	46 100	39 200
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	35 300	34 800	39 400	34 000
3. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	452 800	446 000	429 900	430 000
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	3 956 800	3 898 400	3 756 400	3 756 400
5. Zulage gem. § 2 Abs. 1 des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 9 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 20. 6. 1983	—	—	715 800	—
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	4 887 900	4 815 700	4 675 900	4 675 000
7. Auszubildende für Arbeiterberufe	98 900	97 500	94 300	94 000
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	173 800	171 200	164 000	165 000
9. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	—	1 564 000	—
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter/-innen)	—	—	418 600	—
11. Wissenschaftliche Hilfskräfte	673 200	663 200	544 900	647 700
12. Aushilfskräfte/Bundesanstalt für Arbeit	140 000	140 000	267 800	137 300
13. Praktikanten/-innen	380 100	374 500	365 200	360 900
14. Vergütung von Personen, die zivilen Ersatzdienst leisten	664 700	664 700	613 600	632 100
15. Emeritierte Professoren	1 332 000	1 225 000	1 468 900	1 201 300
16. Pauschalbetrag als Anwartschaft auf die Altersversorgung der Beamten	3 801 500	3 719 700	4 493 000	3 653 900
17. Erstattung der Leistungen des Landes für die gesetzliche Unfallversicherung der Angestellten und Arbeiter	310 000	310 000	660 700	306 800
Drittmittel*):	11 104 200	10 459 300	10 879 500	10 459 300

Zu lfd. Nr. 3

Für 29 (29) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, davon:

7 Verg.-Gr. II a
1 Verg.-Gr. V b
3 Verg.-Gr. V c
3 Verg.-Gr. VIb
4 Verg.-Gr. VII
4 Verg.-Gr. VIII
1 Verg.-Gr. IX b
1 Verg.-Gr. IX b –VII
4 Verg.-Gr. VIII/VII
1 Verg.-Gr. Kr. IV

Zu lfd. Nr. 4

Für die Vergütung von
a) 273 (271) Auszubildenden für Angestelltenberufe, davon
6 (4) für den Beruf der/des Bürokauffrau/-manns
24 (24) für den Beruf der/des zahnärztlichen Helferin/Helfers
5 (5) für den Beruf der/des Zahntechnikerin/-technikers
214 (214) Lernschwestern/-pfleger
24 (24) für den Beruf der/des Biologie-/Chemielaborantin/-laboranten
b) 36 (36) Hebammenschülerinnen/-schüler/Entbindungspfleger/-innen.

Zu lfd. Nr. 6

Für 241 (241) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen, davon 1 im medizinisch-technischen Dienst und 240 im Wirtschafts-, Versorgungs- und technischen Dienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 7

Für die Vergütung von
26 (26) Auszubildenden für Arbeiterberufe, davon
2 (2) für den Beruf eines/einer Maschinenschlossers/-schlosserin
13 (13) für den Beruf eines/einer Feinmechanikers/-mechanikerin
3 (3) für den Beruf eines/einer Tierpflegers/-pflegerin
1 (1) für den Beruf eines/einer Rundfunk- und Fernsehtechnikers/-technikerin
2 (2) für den Beruf eines/einer Kältetechnikers/-technikerin
3 (3) für den Beruf eines/einer Elektrotechnikers/-technikerin
2 (2) für den Beruf eines/einer Kochs/Köchin.

Zu lfd. Nr. 8

Für 13 (13) stundenweise beschäftigte Kräfte, davon 10 im Wirtschafts-, Versorgungs- und technischen Dienst und 3 klinisches Hauspersonal.

Zu lfd. Nr. 12

Für die Beschäftigung von Aushilfskräften im Rahmen der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (vgl. Konto 47 211).

Erläuterungen zum Erfolgsplan

noch zu KGr. 60 – 62

Zu lfd. Nr. 13

Für Beschäftigungsentgelte von

19 (19) Praktikanten/-innen, davon
9 (9) Praktikanten für den Beruf des Sozialarbeiters
10 (10) Praktikanten für den Beruf des Masseurs und med. Bademeisters

Zu lfd. Nr. 15

Bezüge für 24 (22) emeritierte Professoren.

Zu KGr. 63 – Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen

1. Beihilfen	766 800 EUR
2. Unterstützungen auf Grund der Unterstützungsgrundsätze	— EUR
3. Fürsorgemaßnahmen (insbesondere bei Dienstunfällen)	— EUR
Drittmittel*):	300 EUR
Zusammen	767 100 EUR

Zu KGr. 64 – Sonstige Personalaufwendungen

1. Trennungsgeld abgeordneter oder versetzter Bediensteter und Umzugskostenvergütungen	50 000 EUR
2. Jubiläumszuwendungen	8 000 EUR
3. Essengeldzuschüsse für Zivildienstleistende	7 000 EUR
Drittmittel*):	— EUR
Zusammen	65 000 EUR

Zu KGr. 65 – Lebensmittel

Die Ansätze beinhalten die Aufwendungen für die Verpflegung für Kranke einschl. Sonderkost und Formelkost sowie die Sonderverpflegung der Blutspender und für das Personal (u.a. Landesbedienstete, Studenten, Gäste und betriebseigener Kindergarten).

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 66 – Medizinischer Bedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
66 00	Arznei-, Heil- und Hilfsmittel	13 324 000	13 129 000	12 116 000	14 132 100
66 02	Blut, Blutkonserven und Blutersatzmittel	2 690 000	2 650 000	3 178 800	2 569 200
66 03	Verbandmittel	905 000	891 000	848 900	864 100
66 04	Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	7 305 000	7 197 000	7 147 300	6 976 600
66 06	Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Medizinische Gase	6 750 000	6 651 000	7 311 700	6 447 400
66 07	Röntgen- und Nuklearmedizin	2 406 000	2 370 000	2 543 500	2 298 300
66 08	Laborbedarf	10 840 000	10 680 000	10 089 500	10 353 700
66 09	Entgelte für Untersuchungen in fremden Instituten	316 000	311 000	260 900	301 700
66 10	EKG, EEG und Sonographie	187 000	185 000	162 700	179 000
66 11	Bedarf der physikalischen Therapie	5 000	5 000	2 900	5 100
66 12	Apothekenbedarf, Desinfektionsmaterial	134 000	132 000	119 200	127 800
66 13	Implantate	6 959 000	6 856 000	6 826 100	6 646 800
66 14	Transplantate	455 000	448 000	398 800	434 600
66 15	Dialysebedarf	1 060 000	1 044 000	942 500	1 012 400
66 16	Kosten für Krankentransporte	185 000	182 000	162 200	176 400
66 17	Sonstiger medizinischer Bedarf	286 000	281 000	216 000	273 500
66 180	Honorar für nicht eingestellte Ärzte	75 000	74 000	127 000	71 600
Lehrmittel:		755 000	755 000	638 100	708 700
Drittmittel*):		2 752 000	2 752 000	2 749 000	2 750 300
		57 389 000	56 593 000	55 841 100	56 329 300

Zu KUGr. 66 00

Davon 102 000 EUR für die Durchführung von Hepatitis-B-Schutzimpfungen für Studenten.

Zu KGr. 67 – Wasser, Energie, Brennstoffe

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
67 00	Wasser einschl. Abwasser	1 929 000	1 929 000	1 820 600	1 833 000
67 10	Strom	7 565 000	7 454 000	5 604 000	7 225 600
67 11	Fernwärme	3 665 000	3 610 000	2 774 400	3 500 300
67 20	Gas/Sonstige Brennstoffe	70 000	69 000	48 400	66 500
		13 229 000	13 062 000	10 274 400	12 625 400

Zu KGr. 68 – Wirtschaftsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
68 00	Verbrauchsmittel	3 119 000	3 056 000	2 885 200	2 858 100
68 01	Wäsche	900 000	890 000	864 200	848 700
68 100	Fremdreinigung	1 850 000	1 830 000	1 393 600	1 431 600
68 103	Andere Leistungen durch Dritte	594 000	590 000	416 700	567 100
68 104	Werkfeuerwehr/Stadt Göttingen	1 911 000	1 874 000	1 836 900	1 687 300
Lehrmittel:		101 000	101 000	120 300	94 300
Drittmittel*):		168 000	168 000	138 800	170 100
		8 643 000	8 509 000	7 655 700	7 657 200

Zu KGr. 69 – Verwaltungsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
69 000–69 115	Verwaltungsbedarf	4 844 000	4 806 000	4 491 100	4 536 700
Lehrmittel:		513 000	513 000	642 200	481 100
Drittmittel*):		597 000	599 000	602 200	598 700
		5 954 000	5 918 000	5 735 500	5 616 500

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Konto 69 000

Davon 16 200 EUR für das Frauenbüro.

Zu Konto 69 110

1.	Prüfungskosten der Wibera	81 800 EUR
2.	Externe Berechnung im Rahmen der Einführung neuer DV-Systeme (Med. Mikrobiologie, Pathologie, Radiologie)	409 000 EUR
3.	Gerichts- und Anwaltskosten	153 400 EUR
4.	Beratung in umsatzsteuerrechtl. Fragen durch die Treuarbeit	5 100 EUR
	Zusammen	649 300 EUR

Zu Konto 69 111

1.	Niedersächsische Krankenhausgesellschaft	50 216 EUR
2.	Feinmechanikerinnung (Abt. Med. Physik und Biophysik)	44 EUR
	Zusammen	50 260 EUR

Zu KGr. 70 – Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
70 0	Zentrale Universitätsverwaltung, NLBV, Staatshochbauamt	5 439 000	5 414 000	5 137 600	5 525 100
70 1	Nds. Landeskrankenhaus/Weiterbildung des Pflegepersonals	15 000	15 000	14 600	15 300
		5 454 000	5 429 000	5 152 200	5 540 400

Zu KUGr. 70 0

a) Veranschlagt sind die gem. § 61 Abs. 3 Satz 1 LHO zu erstattenden Aufwendungen von anderen Einrichtungen der Universität gegenüber dem Landesbetrieb (Betriebstechnische Verwaltung, Personalsachbearbeitung, zentrale Hausverwaltung, Teilbibliothek usw. – s. auch Wipl. des Kap. 06 10 KUGr. 617).

Die Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebs gegenüber der Universität sind bei Konto 45 090 veranschlagt.

b) Veranschlagt ist die Entschädigung für die Baubetreuung durch das zuständige Staatshochbauamt im Rahmen der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des Landesbetriebs (15 v. H. des Ansatzes bei Konto 72 010).

Zu KGr. 72 – Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
72 00	Außenanlagen	10 000	10 000	27 700	10 200
72 01	Gebäudeunterhaltung	7 017 000	6 843 000	5 618 300	6 814 800
72 02	Technische Anlagen	819 000	807 000	854 700	782 300
72 03	Einrichtung und Ausstattung	7 414 000	7 305 000	7 009 600	7 081 400
72 04	Kosten der gesetzlichen Überwachung	466 000	459 000	362 900	444 800
72 07	Fahrzeuge und sonstige Instandhaltung	48 000	47 000	68 300	46 000
72 130	Nicht aktivierungspflichtiger Aufwand	182 000	179 000	194 200	173 800
72 30	Material für aktivierte Eigenleistungen	6 000	6 000	5 500	5 500
Lehrmittel:		357 000	357 000	361 000	335 100
Drittmittel*):		247 000	246 000	362 700	246 000
		16 566 000	16 259 000	14 864 900	15 939 900

Zu KGr. 73 – Steuern, Abgaben, Versicherungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
73 00	Grundsteuer	60 000	60 000	59 900	61 400
73 01	Kraftfahrzeugsteuer	3 000	3 000	3 000	2 600
73 100	Sonstige Abgaben	668 000	668 000	571 200	562 400
73 200	Versicherungen	844 000	844 000	865 100	843 600
		1 575 000	1 575 000	1 499 200	1 470 000

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 76 – Abschreibungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
76 10	Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter	466 000	458 000	394 600	444 800
76 30/31	Abschreibungen auf Forderungen und Pauschalwertberichtigungen	1 304 000	1 304 000	1 324 300	1 879 000
Lehrmittel:		18 000	18 000	24 300	17 000
Drittmittel*):		18 000	19 000	16 700	18 800
		1 806 000	1 799 000	1 759 900	2 359 600

Zu KGr. 78 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
78 10	Schulen	188 000	184 000	180 300	176 400
78 11	Sachaufwendungen für Auszubildende	11 000	11 000	14 400	10 200
78 20/ 78 21	Mieten und Pachten	24 300 000	24 279 000	24 250 800	24 236 400
78 22	Nicht aufteilbare Frachten	37 000	37 000	21 200	35 800
78 24	Akademische Lehrkrankenhäuser	1 656 000	1 656 000	1 655 400	1 674 500
78 25	Bücher (bis 100 EUR ohne MwSt.)	509 000	500 000	131 200	485 700
78 26	Fort- und Weiterbildung, Lehraufträge usw.	558 000	553 000	511 500	483 200
78 29	Sonstiger Aufwand	123 000	122 000	320 800	117 800
78 50	Verkäufe Wareneinsatz Apotheke, Technik, Materialwirtschaft	238 000	235 000	230 600	227 500
Lehrmittel:		525 000	525 000	483 300	492 700
Drittmittel*):		2 756 000	2 754 000	2 755 100	2 756 300
		30 901 000	30 856 000	30 554 600	30 696 500

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KUUGr. 78 10

Die nebenamtlichen Lehrkräfte erhalten eine Stundenvergütung gem. RdErl. des MK vom 28. 4. 1994 (Nds. MBl. S. 883), zuletzt geändert durch RdErl. v. 24. 5. 1996 (Nds. MBl. S. 983).

Zu KUUGr. 78 24

Für 234 Ausbildungsplätze an den Akademischen Lehrkrankenhäusern wird pro Jahr und Ausbildungsplatz eine Gesamtpauschale in Höhe von 7 100 EUR gezahlt. Die Pauschale beinhaltet Personal- und Sachkosten sowie ein Essensgeld.

Zu KUUGr. 78 26

1. Vergütungen für Lehraufträge (davon 97 100 EUR für die Erteilung von Lehraufträgen an Ärzte in den Lehrkrankenhäusern)	128 900 EUR
2. Gastvorträge und Gastprofessuren	23 000 EUR
3. Für die Drogenberatungsstelle	8 900 EUR
Zusammen	160 800 EUR

Zu KGr. 79 – Übrige Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
79 00	Außerordentliche Aufwendungen aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV	—	—	—	—
79 20	Schadenersatzleistungen	716 000	716 000	1 132 800	715 800
79 21	Unfallentschädigungen	—	—	—	—
79 22	Schlichtungsstelle	10 000	10 000	17 500	10 200
79 23/ 79 27	Inventurdifferenzen, Materialwagnis, Transportverluste, Preisdifferenzen	268 000	268 000	128 800	268 500
	Umwertung, Skontoverluste, Apoth., Zentrallager	—	—	—	—
79 30	Periodenfremde Aufwendungen	348 000	348 000	462 900	347 700
		1 342 000	1 342 000	1 742 000	1 342 200

Zu KUUGr. 79 22

Für die Einschaltung der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der Norddeutschen Ärztekammern in allen Auseinandersetzungen über Schadenersatzforderungen von Patienten aus der Behandlung.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

B. Erträge

Zu KGr. 40 und 41 gemeinsam

An planmäßigen Betten sind vorhanden:

Bezeichnung der Klinik	Zahl der betriebenen Betten			Nachrichtlich: Zahl der zuschlagspflichtigen Betten	
	Normalpflege	Intensivpflege	Zusammen	in Einbettzimmern	in Zweibettzimmern*)
Zentrum Innere Medizin	227	17	244	6	—
Abt. Allgemeinchirurgie/Abt. Transplantationschirurgie	95	9	104	4	—
Abt. Orthopädie	75	—	75	2	—
Abt. Urologie	50	—	50	2	—
Abt. Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie	64	14	78	2	—
Abt. Unfallchirurgie	72	—	72	—	—
Abt. Nuklearmedizin	6	—	6	—	—
Abt. Strahlentherapie	12	—	12	1	—
Zentrum Frauenheilkunde	100	—	100	3	—
Zentrum Kinderheilkunde	116	10	126	—	—
Abt. Augenheilkunde und Abt. Strabologie und Neuroophthalmologie	80	—	80	3	—
Abt. Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	60	—	60	3	—
Abt. Dermatologie und Venerologie	70	—	70	—	10
Zentrum Neurologische Medizin					
Abt. Neurologie und Abt. Klinische Neurophysiologie	80	13	93	2	—
Abt. Neurochirurgie	60	10	70	—	—
Zentrum Psychologische Medizin	131	—	131	—	9
Zentrum Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde	34	—	34	2	—
Zentrum Anästhesiologie	—	18	18	—	—
Zusammen	1 332	91	1 423	30	19

dazu

Für gesunde Säuglinge im Zentrum Frauenheilkunde		20 Betten
Tagesklinik	des Zentrums Psychologische Medizin	2 Plätze
Nachtklinik	des Zentrums Psychologische Medizin	2 Plätze
Dialyse		22 Plätze

*) Im Neubau des Zentralklinikums sind die Patienten im Regelfall in Zweibettzimmern untergebracht, ein besonderer Zuschlag für die Unterbringung in Zweibettzimmern kann deshalb nicht mehr erhoben werden.

Zahl der Pflegetage/Berechnungstage:

Betriebene Betten	Berechnungstage 84,84% Belegungsquote (311 Berechnungstage i. D. jährl. je Bett)	Pflegetage 83,72% Belegungsquote (306 Berechnungstage i. D. jährl. je Bett)
1 423	441 853	436 017
	441 853	436 017
davon ab Für die Belegung von Betten aus wissenschaftlichem Interesse (Freibetten)	1 000	
Bleiben Berechnungstage	440 853	

Zu KGr. 40 – Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
40 010	Basispflegesatz	42 921 000	42 286 000	49 033 000	40 993 100
40 030	Abteilungspflegesätze	132 387 000	130 430 000	117 887 900	126 442 100
40 040 - 40 44	Teilstationäre Pflegesätze	1 845 000	1 819 000	1 962 400	1 762 700
40 100	Erlöse aus Fallpauschalen	28 557 000	28 135 000	31 067 600	28 381 500
40 110	Erlöse aus Sonderentgelten	13 847 000	13 642 000	13 792 900	13 224 800
		219 557 000	216 312 000	213 743 800	210 804 200

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 41 – Erlöse aus Wahlleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
41 100	1-Bett-Zimmer	499 000	499 000	524 100	498 500
41 110	2-Bett-Zimmer	128 000	128 000	123 700	127 500
41 310	Telefon	702 000	702 000	711 200	703 300
		1 329 000	1 329 000	1 359 000	1 329 300

Zu Konto 41 100
3 900 Tage à 127,82 EUR rd. 499 000 EUR

Zu Konto 41 110
2 375 Tage à 53,68 EUR rd. 128 000 EUR

Zu KGr. 42 – Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
42 00	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen	8 204 000	8 204 000	8 038 400	8 204 400
42 01	Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen	1 023 000	1 023 000	1 521 900	1 022 600
42 02	Sozialleistungsträger, z. B. Sozialämter, Jugendämter	3 748 000	3 748 000	3 478 100	3 747 700
42 03	Sonstige				
42 04/		1 000	1 000	24 700	600
42 05	Selbstzahler	2 849 000	2 849 000	2 929 800	2 849 900
42 06	Laboruntersuchungen für externe Auftraggeber	1 022 000	1 022 000	1 003 200	1 021 800
42 08	Sachkosten	85 000	85 000	86 700	84 900
42 10	Vorteilsausgleich und Sachkosten	3 860 000	3 860 000	4 323 600	3 860 300
		20 792 000	20 792 000	21 406 400	20 792 200

Zu KGr. 43 – Erstattungen der Ärzte

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
43 00	Stationärer Bereich – Vorteilsausgleich	3 835 000	3 835 000	2 947 300	3 834 700
43 40	Vorteilsausgleich aus sonstigen Nebentätigkeiten	—	—	12 300	—
43 41	Sachkosten – Sonstige Nebentätigkeiten	—	—	6 100	—
		3 835 000	3 835 000	2 965 700	3 834 700

Zu KUGr. 472 – Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
47 210	Bund/Ersatzdienstpflichtige	281 000	281 000	259 900	269 400
47 211	Bundesanstalt für Arbeit/Aushilfskräfte	56 000	56 000	68 300	55 600
47 221	Nds. Vorab/Zuweisung*)	—	—	—	2 452 300
47 222	DFG/Zuweisung	8 651 000	8 651 000	8 280 900	8 650 900
47 223	Bund/Wissenschaftsförderung	1 856 000	1 856 000	2 189 100	1 855 500
47 229	Sonstige Zuschüsse Öffentliche Hand	2 063 000	2 063 000	1 753 600	2 062 300
		12 907 000	12 907 000	12 551 800	15 346 000

*) Zuweisungen überwiegend aus Haushaltsmitteln des Landes, die nach Art und Höhe bei Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht ausreichend exakt vorausgeschätzt werden können und die wegen ihrer Zweckgebundenheit ohne Auswirkungen auf den Zuschussbedarf bei Kapitel 06 12 sind.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 57 – Sonstige ordentliche Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
57 000	Vermietung Betriebseinrichtungen allgemein	2 000	2 000	2 400	2 300
57 020	Vermietung Verkaufseinrichtungen	137 000	137 000	180 300	137 200
57 100–57 107	Boni, Rückvergütungen, Skonti, Sonstiges	406 000	406 000	413 200	406 100
57 110	Erstattungen/Organentnahme	—	—	22 000	—
57 200	Kindergarten	238 000	238 000	242 400	238 500
57 301	Erstattung durch das Deutsche Primatenzentrum GmbH	114 000	114 000	185 500	—
57 307	Erstattung Notarzt	332 000	332 000	297 700	332 300
57 308	Erstattung Rettungshubschrauber	139 000	139 000	156 900	77 700
57 330	Erstattung Studiengebühren Langzeitstudierender	139 000	—	—	—
57 390	Sonstige Erstattungen für das Personal	1 278 000	1 278 000	1 508 300	1 278 200
57 900–57 996	Sonstige Verwaltungsgebühren, Erstattungen, Kostenbeiträge u. a.	1 801 000	1 801 000	1 280 900	1 389 600
		4 586 000	4 447 000	4 289 600	3 861 900

Zu Konto 57 301

Erstattung der Personalkosten für die für das Deutsche Primatenzentrum tätigen Inhaber folgender Stellen:

1 Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessor/-in –

Zu Konto 57 390

Davon Anteil 62 200 EUR des Bundes an den Bezügen für 1 (1) emeritierten Professor:

1 (1) gem. § 23 Abs. 1 BWG.

Zu Konto 57 994

Der Anteil der Aufträgen Dritter entstammenden Mittel, die gem. Bewirtschaftungsvermerk Nr. 10 Abs. 2 Satz 2 zum Erfolgsplan und Nr. 4 Abs. 2 Satz 2 zum Finanzplan nicht zweckgebunden verwendet werden dürfen, beträgt 173 000 EUR.

Vgl. Übersicht über die Drittmittel.

Zu KUGr. 599 – Entgelte Dritter

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
59 900	Entgelte Dritter	1 753 000	1 750 000	2 291 500	1 753 000
		1 753 000	1 750 000	2 291 500	1 753 000

Zu Konto 59 900

Davon entfallen auf

a) die Abteilung Rechtsmedizin (Blutalkoholuntersuchungen) 410 000 EUR
b) Sonstige Aufträge Dritter 1 340 000 EUR

Zu a): Aufgrund von Nr. 5 Abs. 2 Satz 2 der Bewirtschaftungsvermerke sind die berücksichtigten Erträge um 173 000 EUR niedriger veranschlagt als das erwartete Aufkommen. Dieser Betrag ist in dem Ansatz des Kontos 57 994 enthalten.

Vgl. Übersicht über die Drittmittel.

Erläuterungen zum Finanzplan

Zu Ziff. 3 – Deckungsmittel –

Davon entfallen auf

a)	die Abteilung Rechtsmedizin (Blutalkoholuntersuchungen)	— EUR
b)	Sonstige Aufträge Dritter	186 600 EUR
c)	andere Drittmittel	1 104 400 EUR

Zu KGr. 06

Die im Finanzplan bei der KGr. 07 enthaltenen Investitionen aus Zuführungen bei 06 04 – 891 36 in Höhe von 3 094 600 EUR sind bei dieser Zweckbestimmung erläutert.

Übersicht über die Drittmittel

1. Ansätze im Wirtschaftsplan für die Geschäftsjahre 2002/2003

1.1 Erfolgsplan
1.11 Ertragskonten

2002

Konten	Bruttoerträge	**abzüglich** Zuführung zu den allgemeinen Deckungsmitteln/ Konto 57 994	Ansatz
47 222			8 651 000 EUR
47 223			1 856 000 EUR
47 229			2 062 000 EUR
47 300			2 682 000 EUR
59 900			
a) Rechtsmedizin	583 000 EUR	173 000 EUR*)	
b) Sonstige Aufträge Dritter	1 340 000 EUR		
	1 923 000 EUR	173 000 EUR	1 750 000 EUR
		Summe	17 001 000 EUR

*) ca. 30 % von 583 000 EUR

2003

Konten	Bruttoerträge	**abzüglich** Zuführung zu den allgemeinen Deckungsmitteln/ Konto 57 994	Ansatz
47 222			8 651 000 EUR
47 223			1 856 000 EUR
47 229			2 062 000 EUR
47 300			2 682 000 EUR
59 900			
a) Rechtsmedizin	583 000 EUR	173 000 EUR*)	
b) Sonstige Aufträge Dritter	1 343 000 EUR		
	1 926 000 EUR	173 000 EUR	1 753 000 EUR
		Summe	17 001 000 EUR

*) ca. 30 % von 583 000 EUR

1.12 Aufwandskonten

Kontengruppen	Ansatz 2002	Ansatz 2003
60 – 62	10 459 000 EUR	10 459 000 EUR
64	4 000 EUR	4 000 EUR
66	2 752 000 EUR	2 752 000 EUR
68	168 000 EUR	168 000 EUR
69	599 000 EUR	597 000 EUR
72	246 000 EUR	247 000 EUR
76	19 000 EUR	18 000 EUR
78	2 754 000 EUR	2 756 000 EUR
Summe	17 001 000 EUR	17 001 000 EUR

1.2 Finanzplan
1.21 Deckungsmittel/Investitionen

Konten	Bruttoerträge	**abzüglich** Zuführung zu den allgemeinen Deckungsmitteln/ Konto 57 994	Ansatz
Drittmittel ohne Aufträge Dritter			1 104 400 EUR
Aufträge Dritter			
a) Rechtsmedizin	— EUR	— EUR	
b) Sonstige Aufträge Dritter	186 600 EUR		
	186 600 EUR	— EUR	186 600 EUR
		Summe	1 291 000 EUR

1.3 Zuführungen zu den allgemeinen Deckungsmitteln/ Konto 57 994

Erfolgsplan (gem. Ziff. 1.11)	173 000 EUR
Finanzplan (gem. Ziff. 1.21)	— EUR
Summe	173 000 EUR

2. Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 1. 1. 2001

Aus Erträgen des Kontos:

47 222 DFG/Zuweisung

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I a	1
	I b	2
	II a	42
	IV b	2
	V b	8
	V c	25
	VI b	11
	VII	3
b) Nichtvollbeschäftigte	II a	127
	IV a	1
	V b	1
	V c	5
	VII	2
	VIII	1
	Insgesamt	231 (223)

47 223 Bund/Wissenschaftsförderung

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I b	4
	II a	19
	V b	3
	V c	2
	VI b	6
b) Nichtvollbeschäftigte	II a	20
	V b	2
	VI b	1
	VII	1
	Insgesamt	58 (55)

Übersicht über die Drittmittel

47 300 Mittel Dritter/nicht öffentliche Hand

		Verg.-Gr.	Zahl
I.	Angestellte		
	a) Vollbeschäftigte	II a	12
		III	1
		IV b	2
		V a	1
		V b	5
		V c	11
		VI b	6
		VII	2
		VIII	2
	b) Nichtvollbeschäftigte	I a	1
		I b	5
		II a	26
		V a	2
		V b	2
		V c	3
		VI b	4
		VII	1
		Insgesamt	86 (80)

59 900 Entgelte Dritter

		Verg.-Gr.	Zahl
I.	Angestellte		
	a) Vollbeschäftigte	I b	2
		II a	14
		IV b	1
		V b	2
		V c	2
		VI b	3
		VII	3
		VIII	3
	b) Nichtvollbeschäftigte	II a	23
		V b	1
		VII	5
		VIII	1
		Insgesamt	60 (58)

Übersicht über die Lehrmittel

1. Ansätze im Wirtschaftsplan für die Geschäftsjahre 2002/2003

1.1 Erfolgsplan

Kontengruppen	Ansatz
66	755 000 EUR
68	101 000 EUR
69	513 000 EUR
72	357 000 EUR
76	18 000 EUR
78	525 000 EUR
Summe	2 269 000 EUR

1.2 Finanzplan

Der Anteil der Lehrmittel im Finanzplan ist nicht betragsmäßig abgegrenzt.

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60–62
(Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte[2])	
I a[4])[24])[28])	12	12	12		
I b[5])[25])[28])	164	164	162		
II a[26])	115	115	108		
II a[1])[3])[20])	291	291	291	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
III	13	13	14		
IV a[13])	32	32	32		
IV b[8])	74	74	74		
V b[14])[22])[23])	217	217	217		
V c[15])	425	425	425		
VI b[9])	361	361	360		
VII[10])	205	205	204		
VIII	158	158	158		
IX b	14	14	14		
X	2	2	2		
IX b–VII	28	28	28		
VIII/VII	126	126	126		
Kr. XII	1	1	1		
Kr. X	3	3	3		
Kr. IX	8	8	8		
Kr. VIII[27])	18	18	18		
Kr. VII[21])	57	57	57		
Kr. VI[6])	261	261	261		
Kr. V a	440	440	440		
Kr. V[17])[18])	742	742	742		
Außertariflich[7])[12])[18])	96	96	95		
	3 863	3 863	3 852	Zusammen	

Mehr infolge Umwandlung von Beamtenstellen sowie Umsetzungen aus Kap. 06 10.

[1]) Vgl. Haushaltsvermerke Nr. 2 zum Stellenplan.

[2]) Abweichend von § 50 LHO dürfen Stellen in das Kap. 06 10 umgesetzt werden. Ein evtl. finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.

[3]) Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte/ -innen (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/ -innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. I b BAT einzustufen sind.

[4]) Die Leiterin des betriebsärztlichen Dienstes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. I a BAT eingruppiert.

[5]) 1 ku nach Bes.-Gr. C 2 – Oberassistent/-in – für das Zentrum Hygiene und Humangenetik – Abt. Medizinische Mikrobiologie –.

[6]) 1 Stelle übertariflich für eine(n) Stomatherapeuten/-in.

[7]) Im Bedarfsfall dürfen zeitweilig unbesetzte Stellen für Mutterhausschwestern für freie Krankenschwestern in Anspruch genommen werden.

[8]) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V c für das Zentrum Chirurgie – Abt. Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie –.

[9]) 2 Stellen kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen für das Zentrum Anatomie.

[10]) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[11]) kw nach Fortfall der Inanspruchnahme für die Leistungen nach Nr. 2 Abs. 2 Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 2001.

[12]) Davon 3 Stellen für die Leitungsstruktur nach § 125 a Abs. 2 NHG. Die Stellen sind nur mit Zustimmung des MF besetzbar.

[13]) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV b bei Ausscheiden des Stelleninhabers für die Allgemeine Verwaltung.

[14]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Zentrum Physiologie und Pathophysiologie).

[15]) 1 ku nach Verg.-Gr. VI b BAT bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[16]) kw.

[17]) Davon je 1 ku nach Verg.-Gr. VI b – Sonderdienste – für die Allgemeine Verwaltung.

[18]) Davon 1 für ein gemeinsames Berufungsverfahren mit dem Max-Planck-Institut für Biophysikalische Medizin zur Einrichtung einer Professur für Neurobiologie (entsprechend der Bes.-Gr. C 4).

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				noch Angestellte[2])
				Leerstellen[16]):
Kr. VII	1	1	1	
Kr. VI	7	7	7	
Kr. V a	29	29	29	
Kr. V	52	52	52	
Kr.[19])	50	50	50	
Außertariflich	8	8	8	
V c	1	1	1	
	148	148	148	Zusammen
				Stellen nach § 81 NdsPersVG[11])
Kr. V a	1	1	1	
IV b	1	1	1	
V b	1	1	1	
V c	1	1	1	
VI b	1	1	1	
VII	1	1	1	
VIII	1	1	1	
IX b	2	2	2	
	9	9	9	Zusammen

Bemerkungen

[18]) Davon sind 20 Stellen ohne Mittel ausgebracht.

Ihre Inanspruchnahme ist nur vorübergehend für Kräfte der Verg.-Gr'n Kr. IV und Kr. V im Rahmen der Ansätze für Personalaufwand des Pflege- und Funktionspersonals zulässig, wenn bei einem zu erwartenden Freiwerden einer Stelle aus zwingenden betrieblichen Gründen die Einstellung der Nachfolgekraft oder der Abschluß eines Arbeitsvertrages bereits vor dem Freiwerden der Stelle erforderlich ist.

Die auf diesen Stellen geführten Kräfte sind auf die nächsten freiwerdenden mit Mitteln ausgestatteten Stellen ihrer Verg.-Gr. zu übernehmen.

[19]) Abweichend von Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 dürfen die Leerstellen auch für Kräfte in Anspruch genommen werden, die unter Fortfall der Vergütung länger als 3 Monate beurlaubt sind.

Soweit es aus zwingenden betrieblichen Gründen erforderlich ist, dürfen ausnahmsweise mit den zur Vertretung eingestellten Kräften unbefristete Arbeitsverhältnisse begründet werden. In diesen Fällen ist, soweit erforderlich, Nr. 3 Abs. 2 i. V. m. Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, daß ein Ausgleich innerhalb der Ansätze für den Personalaufwand des Pflege- und Funktionspersonals erfolgt.

[20]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Abt. Kinder- und Jugendpsychiatrie).

[21]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Krankenpflegedienst).

[22]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Abt. Psychosomatik und Psychotherapie).

[23]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Abt. Vegetative Physiologie und Pathologie).

[24]) davon 10 Stellen für den Wissenschaftlichen Dienst.

[25]) davon 158 Stellen für den Wissenschaftlichen Dienst.

[26]) davon 86 Stellen für den Wissenschaftlichen Dienst.

[27]) Zwei Angestellte sind übertariflich in die Verg.-Gr. Kr. VIII eingruppiert.

[28]) Bis zu 100 Stellen für den Abschluss von leistungsbezogenen Angestelltenverträgen mit Oberärzten.

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Arbeiter/-innen[5])	[1]) 50 Stellen ku nach Lohn-Gr. 1.
8	12	12	12		[2]) 1 kw nach Durchführung der Investitionsmaßnahmen in der Zentralsterilisation (Packautomat).
6	143	143	143		
5	13	13	13		[3]) 2 kw nach Durchführung der Investitionsmaßnahmen an der Spülanlage der Zentralküche.
4	101	101	102		
3	71	71	71		[4]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Allgemeine Verwaltung).
2 a[2])	86	86	86		
2[1])[3])	434	434	434		[5]) Abweichend von § 50 LHO dürfen Stellen in das Kap. 06 10 umgesetzt werden. Ein evtl. finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.
1[4])	47	47	47		
	907	907	908	Zusammen	

Erläuterungen

Nachweis über die Zahl und Eingruppierung der Angestellten/Arbeiter/-innen, die mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt sind und aus Drittmitteln der KGr. 60 bis 64 vergütet werden (vgl. Nr. 6 der Bewirtschaftungsvermerke zum Erfolgsplan).

Verg.-Gr./Lohn-Gr.	Zahl
Angestellte	
I b	1,5
II a	1,5
II b	1
III	1
V b	1
V c	4,5
VI b	4,5
VII	4
VII	0,5
IX b	1
Zusammen	20,5

Die Stellenzugänge gehen zum größten Teil auf die Umsetzung des Gutachtens zur Bemessung des Personalbedarfs in der stationären Krankenversorgung zurück.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0613 Universität Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-3	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	788
121 03-1	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.084.000	1.084.000	1.093.347	1.050
121 04-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		1.099.000	—	—	—
381 01-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-7	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	307.000 307.000 306.775	87.018.000	85.870.000	84.306.407	77.205
682 03-3	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	994.000	625.000	1.305.277	1.305
682 39-4	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	50.000	50.000	61.355	45
891 01-5	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	543.000	530.000	464.458	500
		Abschluss Kapitel 06 13					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.183.000	1.084.000	1.093.347	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.183.000	1.084.000	1.093.347	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	307.000 307.000 306.775	88.062.000	86.545.000	85.673.039	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	543.000	530.000	464.458	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	307.000 307.000 306.775	88.605.000	87.075.000	86.137.497	
		Zuschuss		86.422.000	85.991.000	85.044.150	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 13 allgemein

Die Universität Oldenburg wird seit dem 1. 1. 1995 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Im Rahmen des Pilotvorhabens „Maßnahmen zur Reduzierung des Energie- und Medienverbrauchs in Hochschulen des Landes durch Drittfinanzierung“ wird die Universität Oldenburg ermächtigt, bis zu einem Investitionsvolumen i. H. von 580 000 EUR Verpflichtungen für Änderungen an den RLT-Anlagen einzugehen und Verträge mit sog. Contractoren abzuschließen, in denen die Verpflichtung des Landes enthalten ist, aus eingesparten Energiekosten die Investitionskosten zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen. Die Maßnahmen bedürfen der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT.

Dem Studentenwerk Oldenburg werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	5 756	} 232 488 EUR
Verwaltung	486	

Dem Wolfgang-Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Verwaltung	240	7 417 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

2003: Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	307 000	—	307 000
2004	—	—	307 000	307 000

2002: Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	307 000	—	307 000
2003	—	—	307 000	307 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 7 061 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	502,1	361,2
2. 2 Laborgasanlagen	—	40,9
3. Kompaktschlepper mit Anbaugeräten	—	40,9
4. Kapillarelektrophorese	—	35,8
5. HPLC	—	25,6
6. Multimedia-Sprachlabor (Ausbau)	—	25,6
7. 2 Laborgasanlagen	40,9	—
Zusammen	543,0	530,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Universität Oldenburg

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	105 364 800	103 307 800	93 840 979
1.1.1	– Personalaufwand	80 746 300	79 058 300	74 110 736
1.1.2	– Sachaufwand	23 624 500	23 624 500	18 942 342
1.1.3	– Bauunterhaltung	994 000	625 000	787 901
1.2	Erträge gesamt	105 364 800	103 307 800	93 036 204
1.2.1	– Landeszuschuss	88 062 000	86 545 000	78 458 762
1.2.2	– Sondermittel	5 112 900	5 112 900	744 782
1.2.3	– Drittmittel gesamt	10 293 700	10 293 700	12 481 316
1.2.3.1	– DFG			3 974 286
1.2.3.2	– BMBF			1 624 318
1.2.3.3	– EU			1 859 029
1.2.3.4	– Eigener Erwerb			632 809
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel			4 390 874
1.2.4	– Sonstige Erträge	1 896 200	1 356 200	1 351 344
1.3	Investitionen gem. Finanzplan	2 497 300	2 484 300	10 324 006

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	1 619		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	823		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	311		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	203	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	796	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	328		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	277		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	183		
2.1.3.1	– Frauenanteil	13,1%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	208	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	9		
2.3.1	– Frauenanteil	44,44%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	1 497	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	2 178	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	10 695		
3.3.1	– in der RStZ	6 872		
3.3.2	– Frauenanteil	51,3%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	4,5%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	27,3%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en	1 152		
3.4.1	– grundständiges Studium	1 105		
3.4.1.1	– Frauenanteil	52,5%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	47	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	70,2%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	1		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	1		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	1		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	1	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	2		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	1		
4.8	Promotionen	97	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	29,9%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	99 772	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	47 407		

Wirtschaftsplan für die Universität Oldenburg

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5 750 000	5 750 000		501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	88 062 000[1])	86 545 000	
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 884 700	4 515 700		502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	5 112 900	5 112 900	
62 Löhne und Vergütungen	2 495 300	2 507 800		503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	9 731 300	9 731 300	
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	62 965 100	61 298 100		51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	562 400	562 400	
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	15 285 900	15 252 400		54 Sonstige betriebliche Erträge	1 896 200	1 356 200	
66 Sonst. Personalaufwendungen	1 051 000	1 051 000		57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	10 825 800	10 825 800		58 Außerordentliche Erträge	—	—	
68 Aufwendungen für Kommunikation	1 637 000	1 637 000					
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	468 000	468 000					
70 Betriebliche Steuern	2 000	2 000					
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—					
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—					
Gesamtsumme:	105 364 800	103 307 800			105 364 800	103 307 800	

[1]) Zuführungen:

682 01	87 018 000	EUR
682 03	994 000	EUR
682 39	50 000	EUR
Gesamt	88 062 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5 750 000	5 671 500	6 046 026	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	86 545 000[1])	85 673 000	78 458 762
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 515 700	5 196 100	7 258 299	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	5 112 900	5 112 900	744 782
62 Löhne und Vergütungen	2 507 800	2 342 700	55 079 429	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	9 731 300	9 731 300	9 569 850
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	61 298 100	59 811 600	3 063 150	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	562 400	562 400	—
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	15 252 400	15 448 700	15 967 134	54 Sonstige betriebliche Erträge	1 356 200	1 356 200	4 033 240
66 Sonst. Personalaufwendungen	1 051 000	1 051 200	1 425 993	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	10 825 800	10 809 700	1 102 345	58 Außerordentliche Erträge	—	—	229 570
68 Aufwendungen für Kommunikation	1 637 000	1 634 200	2 240 995				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	468 000	468 300	1 652 495				
70 Betriebliche Steuern	2 000	1 800	5 113				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—					
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—					
Gesamtsumme:	103 307 800	102 435 800	93 840 979		103 307 800	102 435 800	93 036 204

[1]) Zuführungen:

682 01	85 870 000	EUR
682 03	625 000	EUR
682 39	50 000	EUR
Gesamt	86 545 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	543 000[1])	530 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	1 187 400[2])	1 187 400	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 954 300	1 954 300		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	766 900	766 900	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	543 000	530 000		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	2 497 300	2 484 300			2 497 300	2 484 300	

[1]) Zuführungen aus Titel 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	273 541	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	530 000[1])	464 500	9 766 187
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	1 187 400[2])	1 282 300	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	68 002	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	557 819
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 954 300	2 049 200	699 958	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	766 900	766 900	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	530 000	464 500	5 512 238	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	3 770 267	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	2 484 300	2 513 700	10 324 006		2 484 300	2 513 700	10 324 006

[1]) Zuführungen aus Titel 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Lohn-Gr. 8	Handwerklicher Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit
1 Verg.-Gr. II a	Wissenschaftlicher Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
2 Verg.-Gr. V c	Technischer Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
1 Verg.-Gr. VI b	Technischer Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
1 Verg.-Gr. IX b/VII	Schreibdienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)

sowie um die Mittel

0,5 Verg.-Gr. V c	Technischer Dienst	bei ihrem Freiwerden (0542)

4. Angestellte im Bibliotheksdienst, deren Tätigkeit zu mindestens 50 v. H. ihrer Gesamtarbeitszeit gründliche und vielseitige Fachkenntnisse sowie selbstständige Leistungen erfordert, sind für die Dauer ihrer Tätigkeit bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
5. 6 Hausmeister/-innen sind für die Dauer ihrer Hausmeister/(-innen)tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
6. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
7. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Verg.-Gr. VI b	Verwaltung	zum 31. 12. 2003
1 Verg.-Gr. VI b	Verwaltung	zum 31. 12. 2004
1 Lohn-Gr. 2	Verwaltung	zum 31. 12. 2004

Stellenabgang gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes.

9. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.

   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
10. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 3 652 400 EUR und in 2003 3 685 700 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfalllkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	
I a	2	2	1	Verwaltungsdienst	
I b	3	3	2		
II a	10	10	11		
III	3	3	2		
IV a	7	7	7		
IV b	7	7	8		
V b[1])[5])	15	15	12		
V c	59	59	62		
VI b	33	33	32		
VII	22	22	21		
VIII	6	6	6		
I a	6	6	6	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	10	10	10		
II a[2])	54	54	54		
II a	53	53	53	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	5	5	5	Lehrkräfte	
V b	1	1	1		
II a	1	1	1	Bibliotheksdienst	
IV b	2	2	2		
V b	1	1	1		
V c	8	8	8		
VI b	11	11	11		
VII	6	6	7		
VIII	4	4	4		
I a	1	1	1	Technischer Dienst	
II a	—	—	—		
III	10	10	10		
IV a	16	16	16		
IV b	3	3	3		
V b[3])	33	33	33		
V c	47	47	47		
VI b	21	21	23		
VII	3	3	3		
VIII	3	3	3		
III	6	6	6	Datenverarbeitungsdienst	
IV a[5])	12	12	12		
IV b[4])	2	2	1		
V b	2	2	2		
VI b	4	4	4		
VIII	—	—	—		
VI b	2	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
VIII/VII	2	2	2		
IX b–VII	52	52	54		
VI b	6	6	6	Sonstige Dienste	
VII	1	1	1		
VIII	2	2	2		
II a	8	8	8	Lektor/-in	
	565	565	566	Zusammen	

[1]) Die Vergütung für 1 Bediensteten in unbefristetem Beschäftigungsverhältnis wird aus Erträgen der Kontengruppe 51 erwirtschaftet.

[2]) 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Hochschulassistent/-in – (Soziologie).

[3]) 1 ku nach Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Technische Verwaltung).

[4]) 1 ku nach Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Allgemeine Verwaltung).

[5]) Davon darf eine Stelle nur für die Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen für 2002:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	Bibliotheksdienst

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Arbeiterinnen, Arbeiter	[1]) Davon 1 Stelle für den Personalrat.
4	3	3	3	Kraftfahrdienst	
8	12	12	12	Handwerklicher Dienst	
7	1	1	1		
6	19	19	19		
5	20	20	20		
4[1])	7	7	6		
4	3	3	3	Hausmeisterdienst	
3	—	—	—		
1	1	1	1	Reinigungsdienst	
5	1	1	1	Sonstige Dienste	
4	5	5	5		
2 a	3	3	3		
2	2	2	2		
	(6)	(6)	(6)	(hiervon: Bot(en)/-in, Pförtner/-in, Hausmeister/-in)	
	77	77	76	Zusammen	

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Handwerklicher Dienst

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5 750 000	5 750 000	5 671 500
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	281 200	281 200	281 200
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	319 600	319 600	319 600
602	Hilfsstoffe	173 800	173 800	173 800
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	173 800	173 800	173 800
604	Verpackungsmaterial	56 200	56 200	56 200
605	Energie	232 100	232 100	232 100
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	375 800	375 800	375 800
607	Sonstiges Material	3 918 500	3 918 500	3 840 100
608	Aufwendungen für Waren	219 000	219 000	218 900
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 884 700	4 515 700	5 196 100
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	460 200	460 200	460 200
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	409 000	409 000	409 000
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	255 600	255 600	255 600
613	Weitere Fremdleistungen	1 500 700	1 500 700	1 500 800
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 086 000	717 000	1 397 300
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 173 200	1 173 200	1 173 200

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	2 495 300	2 507 800	2 342 700
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	62 965 100	61 298 100	59 811 600

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	164 100	164 100	164 100
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	33 800	33 800	33 800
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	565 800	565 800	727 700
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	161 900	161 900	161 900
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	157 000	157 000	299 600
5. Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	1 600
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	416 700	416 700	512 700
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	200 900	200 900	197 500
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	—	—	—
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	76 700	76 700	83 600
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	2 198 600	2 198 600	2 198 600

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 3

Für 38 (37) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 53 000 EUR für 2 Kräfte im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a/VI b).

Zu lfd. Nr. 5

Für die Vergütung von 16 (22) Auszubildenden – TD –.

Zu lfd. Nr. 7

Für 35 (35) ständig nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Außerdem sind 53 000 EUR für die Betreuung (1 Hausmeister zu 15 %) und Reinigung (1 Kraft im Reinigungsdienst zu 72,5 %) des Gästehauses enthalten.

Zu lfd. Nr. 9

Für die Vergütung von 24 (33) Auszubildenden – Handwerklicher Dienst –.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	15 285 900	15 252 400	15 448 700
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	447 700	447 700	450 000
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	7 101 400	7 101 400	6 658 500
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	73 600	73 600	104 800
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	3 612 100	3 578 800	5 672 900
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	213 400	213 200	167 700
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	3 115 000	3 115 000	1 672 000
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	722 700	722 700	722 800
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	1 051 000	1 051 000	1 051 200
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	894 600	894 600	894 800
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	71 600	71 600	71 600
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	84 800	84 800	84 800
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	10 825 800	10 825 800	10 809 700
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	7 736 600	7 736 600	7 720 500
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	29 600	29 600	29 600
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	172 000	172 000	172 000
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	3 700	3 700	3 700
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	109 200	109 200	109 200
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	2 774 700	2 774 700	2 774 700
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	1 637 000	1 637 000	1 634 200
680	Büromaterial, Drucksachen	942 800	942 800	942 900
681	Zeitungen, Fachliteratur (Verwaltung)	12 800	12 800	12 800
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	637 300	637 300	637 300
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	—	—	—
686	Gästebewirtung und Repräsentation	7 100	7 100	5 100
687	Öffentlichkeitsarbeit	36 000	36 000	36 100
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	1 000	1 000	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	468 000	468 000	468 300
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	1 500	1 500	1 500
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	466 500	466 500	466 800
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	2 000	2 000	1 800
702	Grundsteuer	2 000	2 000	1 800
703	Kraftfahrzeugsteuer	—	—	—
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	102 906 200	101 389 200	100 517 200
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	88 062 000	86 545 000	85 673 000
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	5 112 900	5 112 900	5 112 900
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	9 731 300	9 731 300	9 731 300
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	562 400	562 400	562 400
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	562 400	562 400	562 400
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	1 896 200	1 356 200	1 356 200
540	Nebenerlöse	1 229 200	1 229 200	1 229 200
541	Sonstige Erlöse	667 000	127 000	127 000
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel 2002/2003 EUR	Sondermittel 2002/2003 EUR
A. Aufwendungen		
60	1 037 100	514 700
61	1 368 800	678 200
62	—	—
63	5 382 700	2 675 200
64	1 345 600	668 900
66	423 600	210 400
67	80 700	40 100
68	364 400	181 100
69	290 800	144 300
70	—	—
75	—	—
76	—	—
Zusammen:	10 293 700	5 112 900
B. Erträge		
50	9 731 300	5 112 900
51	562 400	—
54	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	10 293 700	5 112 900

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 2000

	Verg.-Gr.	Zahl
I. Angestellte:		
1. Wiss. Hilfskräfte	—	167
2. Außertarifliche	—	—
3. Tarifliche	I a	—
	I b	3
	II a	58
	III	2
	IV a	1
	IV b	1
	V b	1
	V c	2
	VI b	3
	VII	3
	VIII	1
4. Nichtvollbeschäftigte	I b	—
	II a	152
	III	1
	IV a	—
	V b	2
	V c	2
	VI b	2
	VII	1
	VIII	2
	IX b	—
Zusammen		404
II. Arbeiter/-innen:		
Nichtvollbeschäftigte	Lohn-Gr. 4	1
Insgesamt		405

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0614 Universität Osnabrück

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-5	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		992.000	992.000	1.008.779	—
121 04-3	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		807.000	—	—	—
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	292.000 292.000 291.436	73.396.000	73.649.000	71.499.210	54.957
682 03-7	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	762.000	1.341.000	829.469	—
682 39-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	127.000	127.000	126.698	—
891 01-9	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	595.000	583.000	540.947	2.556
		Abschluss Kapitel 06 14					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.799.000	992.000	1.008.779	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.799.000	992.000	1.008.779	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	292.000 292.000 291.436	74.285.000	75.117.000	72.455.377	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	595.000	583.000	540.947	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	292.000 292.000 291.436	74.880.000	75.700.000	72.996.324	
		Zuschuss		73.081.000	74.708.000	71.987.545	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 14 allgemein:

Die Universität Osnabrück wird seit dem 1. 1. 2000 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei den Titeln 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Osnabrück werden die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben nach § 134 NHG erforderlichen landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen. Es handelt sich dabei insbesondere um folgende Einrichtungen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
1. Mensa/Cafeteria, AVZ	1 900	393 000 EUR
2. Mensa/Cafeteria Innenstadt einschl. Studentenwerksverwaltung und Tiefgarage	7 255	
3. Studentenlokal im Schloss	239	
4. Ehem. Kreishausgaststätte	300	
5. Cafeteria im Bio-Gebäude	139	
	9 833	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen , die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	292 000	—	292 000
2004	—	—	292 000	292 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	292 000	—	292 000
2003	—	—	292 000	292 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 6 193 000 EUR
(vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	283,0	221,7
2. Investitionen über 25 000 EUR im Einzelfall		
Erweiterung Telekommunikation		153,4
Management-Software		25,6
Sedigraph 5100, FB 2		40,9
ABI Prism 310 Genetik-Analyzer FB 5		50,6
Server-Erweiterung		48,6
Multimedia-Ausstattung FB 7		42,2
Exkursionsmobil	29,7	
Neuausstattung der zentralen Server FB 9 1. Rate	44,2	
Elektr. Schließsystem	30,7	
Szintillationszähler FB 8	27,6	
Neuausstattung der zentralen Server F 9 2. Rate	44,2	
Ausbau der Genbank	76,7	
Erw. Medienausstattung	28,2	
Ersatz des Schleppers	30,7	
Zusammen	595,0	583,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Universität Osnabrück

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	80 757 000	81 192 000	55 209 466
1.1.1	– Personalaufwand	62 233 600	62 089 300	48 828 886
1.1.2	– Sachaufwand	17 761 400	17 761 700	6 380 580
1.1.3	– Bauunterhaltung	762 000	1 341 000	*)
1.2	Erträge gesamt	80 757 000	81 192 000	*)
1.2.1	– Landeszuschuss	74 285 000	75 117 000	*)
1.2.2	– Sondermittel	5 571 540	5 571 540	*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt*)	6 075 000	6 075 000	10 000 007
1.2.3.1	– DFG*)	2 900 000	2 900 000	4 000 542
1.2.3.2	– BMBF*)	650 000	650 000	1 469 451
1.2.3.3	– EU*)	255 000	255 000	238 384
1.2.3.4	– Eigener Erwerb*)	2 255 000	2 255 000	4 259 355
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel*)	15 000	15 000	32 275
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	900 460	503 460	*)
1.3	– Investitionen gemäß Finanzplan	1 413 487	1 401 487	*)

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	1 311		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	635		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	265		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	224	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	676	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	280		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	249		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	164		
2.1.3.1	– Frauenanteil	14,0%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	186	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	8		
2.3.1	– Frauenanteil	0		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	1 610	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	2 376	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	9 868		
3.3.1	– in der RStZ	7 064		
3.3.2	– Frauenanteil	51,3%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	6,7%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	30,4%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr			
3.4.1	– grundständiges Studium	922		
3.4.1.1	– Frauenanteil	54,8%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	61	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	55,7%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	1		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	1		
4.2	Transferbereiche	1		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	4		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	5		
4.8	Promotionen pro Jahr	125	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	29,6%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	76 670	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	42 897		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Universität Osnabrück

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5 294 500	5 594 600		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	74 285 000	75 117 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	791 600	973 600		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	
62	Löhne und Vergütungen	3 623 100	3 639 000		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	3 642 440	3 642 440	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	50 924 000	50 754 000		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 929 100	1 929 100	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	7 686 500	7 696 300		54	Sonstige betriebliche Erträge	900 460	503 460	
66	Sonstige Personalaufwendungen	1 124 700	1 125 000		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9 845 500	9 942 400		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	1 281 800	1 281 800						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	8 700	8 700						
70	Betriebliche Steuern	176 600	176 600						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—						
	Summe der Aufwendungen	80 757 000	81 192 000			Summe der Erträge	80 757 000	81 192 000	

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen:

für laufende Aufwendungen des Landesbetriebes (06 14 – 682 01)	73 396 000 EUR
für Ersatzkräfte im Mutterschutz (06 14 – 682 39)	127 000 EUR
für die Unterhaltung der Grundstücke und technischen Anlagen (06 14 – 682 03)	762 000 EUR
Zusammen	74 285 000 EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5 594 600	5 153 669	2 188 084	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	75 117 000	72 455 377	54 957 457
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	973 600	873 593	491 223	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	1 217 436
62	Löhne und Vergütungen	3 639 000	3 391 958	47 310 519	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	3 642 440	3 642 444	9 288 291
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	50 754 000	47 761 818	—	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 929 100	1 929 104	243 808
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	7 696 300	8 883 702	1 518 367	54	Sonstige betriebliche Erträge	503 460	503 469	467 907
66	Sonstige Personalaufwendungen	1 125 000	1 124 689	793 626	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	886
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9 942 400	9 879 233	1 884 939	58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	1 281 800	1 276 491	926 246					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	8 700	8 692	84 254					
70	Betriebliche Steuern	176 600	176 549	10 624					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	1 585					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—						
	Summe der Aufwendungen	81 192 000	78 530 394	55 209 467		Summe der Erträge	81 192 000	78 530 394	66 175 785

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen:

für laufende Aufwendungen des Landesbetriebes (06 14 – 682 01)	73 649 000	EUR
für Ersatzkräfte im Mutterschutz (06 14 – 682 39)	127 000	EUR
für die Unterhaltung der Grundstücke und technischen Anlagen (06 14 – 682 03)	1 341 000	EUR
Zusammen	75 117 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	595 000[1])	583 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	728 500[2])	728 500	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	51 129	51 129	
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 199 857	1 043 182		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	38 858	38 858	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	213 630	358 305		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	1 413 487	1 401 487			1 413 487	1 401 487	

[1]) Zuführung aus 891 01
[2]) Zuführung aus 06 04 – 891 36 (HBFG)

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	583 000[1])	540 947	2 556 459
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	728 500[2])	1 506 777	2 567 829
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	51 129	51 129	
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 043 182	1 685 729	891 815	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	38 858	38 858	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	358 305	451 982	1 594 963	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	1 401 487	2 137 711	2 486 778		1 401 487	2 137 711	5 124 288

[1]) Zuführung aus 891 01
[2]) Zuführung aus 06 04 – 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.
3. Soweit ausreichend Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeitnehmer(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

   1 Lohn-Gr. 4 MTL Handwerkl. Dienst zum 31. 12. 2004
   im Rahmen des Hochschulstrukturkonzepts.
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um 70 v. H. des Gegenwertes folgender Stellen:

   1 Verg.-Gr. IV a BAT Verwaltungsdienst zum 21. 12. 2004
   1 Verg.-Gr. IV a BAT Datenverarbeitungsdienst zum 31. 12. 2004
   2 Verg.-Gr. V c BAT Verwaltungsdienst zum 31. 12. 2004
   infolge Zielvereinbarung bis 2003.
6. Die Stellen für Angestellte verringern sich zum 31. 12. 2004 um eine Stelle der Verg.-Gr. III BAT infolge Zielvereinbarung bis 2003.
7. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag von zwei Stellen der Lohn-Gr. 4 – Labordienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
9. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag von 3 Stellen der Verg.-Gr. V b BAT und von 2 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT sowie 0,75 und 0,5 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT – Ärztlicher Dienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
10. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
11. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 5 056 651 EUR und in 2003 5 039 066 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).
12. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 14	1	1	1	Lektorin, Lektor
A 13	3	3	2	Lektorin, Lektor
	4	4	3	Zusammen
				Angestellte
I a[1])	2	2	2	Verwaltungsdienst
I b	5	5	5	
II a	16	16	14	
III	1	1	1	
IV a	3	3	3	
IV b	6	6	5	
V b	1	1	1	
V c	40	40	40	
VI b	38	38	38	
VII	22	22	22	
VIII	2	2	2	
IX b	2	2	2	
I b	4	4	4	Wissenschaftlicher Dienst
II a	54	55	58	
II a	43	43	43	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)
II a	2	2	2	Lehrkräfte
V b	6	6	6	Bibliotheksdienst
V c[3])	3	3	3	
VI b	4	4	4	
VII	14	14	14	
VIII	7	7	7	
V b	3	3	3	Ärztlicher Dienst
VI b[4])	4	4	4	
I a	1	1	1	Technischer Dienst
II a	1	1	1	
III	4	4	4	
IV a	2	2	2	
IV b	11	11	11	
V b	15	15	15	
V c[1])	36	36	38	
VI b	27	27	27	
VII	1	1	1	
VIII	3	3	3	
II a	3	3	2	Datenverarbeitungsdienst
III	5	5	5	
IV a	6	6	5	
IV b	5	5	3	
V b	4	4	4	
V c	2	2	2	
VI b	2	2	2	
VIII/VII	9	9	9	Schreib- und Fernschreibdienst
IX b–VII	36	36	36	
VII	4	4	4	Sonstige Dienste
II a	1	1	1	Lektoren
	460	461	459	Zusammen
				Arbeiter/-innen
4	1	1	1	Kraftfahrdienst
8	3	3	3	Handwerklicher Dienst
6	17	17	17	
5	18	18	18	
4	1	1	1	
4	2	2	2	Labordienst
2 a	1	1	1	Sonstige Dienste
2	1	1	1	
	44	44	44	Zusammen

[1]) Je 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[3]) Bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[4]) Eine Stelle darf nur zu drei Vierteln, eine weitere nur zur Hälfte besetzt werden.

Erläuterungen zu der Übersicht

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Beamtete Hilfskräfte		
Bes.-Gr. A 13	1	Lektorin, Lektor infolge Verlagerung von Kapitel 06 08
Angestellte		
Verg.-Gr. V c		
Technischer Dienst	1	für die Personalratstätigkeit gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 – Oberrätin, Oberrat –
Verg.-Gr. IV b		
Datenverarbeitungsdienst	1	gegen Fortfall von 2 Teilzeitstellen

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Angestellte		
Verg.-Gr. II a		
Wissenschaftlicher Dienst	1	für den FB 6 (Vollzug Bewirtschaftungsvermerk Nr. 4)

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	5 294 500	5 594 600	5 153 669
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	1 075 838	1 375 971	1 431 617
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	153 388	153 388	153 387
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	—
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	1 127 398	1 127 398	1 127 399
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	675 823	675 823	255 646
607	Sonstiges Material	1 099 017	1 098 984	1 022 584
608	Aufwendungen für Waren	1 163 036	1 163 036	1 163 036
609	Sonderabschreibungen auf Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	791 600	973 600	873 593
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	
614	Frachten und Fremdlager	—	—	
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	783 266	965 259	865 259
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	8 334	8 341	8 334

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	3 623 100	3 639 000	3 391 958
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	50 924 000	50 754 000	47 761 818

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	164 431	164 431	164 431
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	20 349	20 349	20 349
3. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	700 000	700 000	682 933
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	122 150	122 150	119 745
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	62 000	62 000	61 406
6. Überstundenvergütung für Angestellte	3 600	3 600	3 579
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	64 000	64 000	62 889
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	125 000	125 000	123 733
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	1 750	1 750	1 687
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	63 000	63 000	62 633
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	2 560 000	2 560 000	2 505 330

Zu Nr. 3

Für 27 ständig nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon
5 für die Verwaltung,
2 für die Bibliothek,
5 für die Zentrale Studienberatung,
1 für das Zentrum für Hochschulsport,
1 für das Zentrum für Hochschulsport,
1 für das Audiovisuelle Medienzentrum,
3 für den FB Kultur- und Geowissenschaften,
1 für den FB Physik,
4 für den FB Biologie/Chemie,
1 für den FB Mathematik/Informatik,
1 für den FB Sprach- und Literaturwissenschaften
2 für den FB Wirtschaftswissenschaften,
1 für den FB Rechtswissenschaften

Zu Nr. 5

Vergütung für 6 Auszubildende(n)

Zu Nr. 7

Für 4 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen, deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon
2 für die Verwaltung,
2 für den FB Biologie/Chemie

Zu Nr. 9

Lohn für 12 Auszubildende(n)

Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7 686 500	7 696 300	8 883 702
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	57 900	57 900	81 756
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	4 981 166	4 998 751	6 598 273
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	218 700	218 800	120 593
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	1 590 027	1 582 155	1 244 306
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	838 707	838 694	838 774

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	1 124 700	1 125 000	1 124 689
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	28 121	28 121	28 121
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	40 903	40 903	40 903
667	Nebenbezüge	1 055 676	1 055 676	1 055 665
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9 845 500	9 942 400	9 879 233
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	6 746 091	6 746 091	6 882 091
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	133 958	133 958	133 959
673	Gebühren	183 198	183 198	180 997
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	2 495 709	2 592 709	2 395 709
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
676	Provisionen	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	5 180	5 080	5 113
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	281 364	281 364	281 364
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	1 281 800	1 281 800	1 276 491
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	270 727	270 727	265 412
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	15 339	15 339	15 339
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	634 710	634 710	634 716
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	328 556	328 556	328 556
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	1 790	1 790	1 790
687	Öffentlichkeitsarbeit	30 678	30 678	30 678
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	8 700	8 700	8 692
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	6 655	6 655	6 647
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	2 045	2 045	2 045
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	—	—	—
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	176 600	176 600	176 549
702	Grundsteuer	174 400	174 400	174 350
703	Kraftfahrzeugsteuer	2 200	2 200	2 199
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Betriebliche Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber			
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	75 117 000	74 285 000	72 455 377
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	3 642 440	3 642 440	3 642 444
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 929 100	1 929 100	1 929 104
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	51 129	51 129	51 129
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Zwecke	1 877 971	1 877 971	1 877 975
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	900 460	503 460	503 469
540	Nebenerlöse	483 680	483 680	483 682
541	Sonstige Erlöse	411 670	14 670	14 674
542	Eigenverbrauch	—	—	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	5 110	5 110	5 113
544	Erträge aus Werterhöhungen von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Drittmittel

Drittmittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
A. Aufwendungen			
60	409 034	409 034	409 034
61	—	—	—
62	296 549	296 549	296 549
63	4 062 044	4 062 044	4 062 061
64	533 789	533 789	533 789
66	102 258	102 258	102 258
67	512 826	512 826	512 826
68	158 500	158 500	158 500
69	—	—	—
70	—	—	—
Zusammen:	6 075 000	6 075 000	6 075 017
B. Erträge			
503	3 642 440	3 642 440	3 642 444
51	1 929 100	1 929 100	1 929 104
54	503 460	503 460	503 469
Zusammen:	6 075 000	6 075 000	6 075 017

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 2000

	Verg.-Gr.	Zahl
I. Angestellte:		
1. Wiss. Hilfskräfte	—	—
2. Tarifliche	I a	2
	I b	2
	II a	89
	IV a	2
	IV b	0,5
	V b	2
	V c	2,62
	VI b	1,5
	VII	4,51
Zusammen		106,13

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0615 Technische Universität Braunschweig

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	462.464	—
121 03-9	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.354.000	1.354.000	1.380.999	—
121 04-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		1.126.000	—	—	—
381 01-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-4	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	3.988.000 3.988.000 3.988.077	151.129.000	151.868.000	150.289.647	—
682 03-0	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	2.388.000	2.597.000	2.042.253	—
682 39-1	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	26.000	26.000	25.565	—
891 01-2	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	1.843.000	1.817.000	1.712.828	—
		Abschluss Kapitel 06 15					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.480.000	1.354.000	1.843.463	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.480.000	1.354.000	1.843.463	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.988.000 3.988.000 3.988.077	153.543.000	154.491.000	152.357.465	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.843.000	1.817.000	1.712.828	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.988.000 3.988.000 3.988.077	155.386.000	156.308.000	154.070.293	
		Zuschuss		152.906.000	154.954.000	152.226.830	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 15 allgemein

Die TU Braunschweig wird seit 01. 01. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa I	5 844	686 700 EUR
Geschäftsräume	1 224	
Cafeteria	233	
Mensa II	3 272	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	3 988 000	—	—	3 988 000
2003	—	3 988 000	—	3 988 000
2004	—	—	3 988 000	3 988 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	3 988 000	—	3 988 000
2003	—	—	3 988 000	3 988 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 17 934 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	784,0	920,0
2. DNA-Sequenzierautomat	—	74,0
3. PST-Steuerungssystem	—	41,0
4. Arbeitsplatz- u. Multimediarechner	—	38,0
5. Auswertesoftware und -Rechner	—	27,0
6. Energiedisp. Röntgenfluor.-Spektrometer	—	84,0
7. Großrechner SGI	—	126,0
8 Anschlusseinheit f. Prüfmaschinen (Hydraulik)	—	29,0
9. Arbeitsplatzrechner u. Software	—	41,0
10. Regler für Hydraulikeinheit	—	31,0
11. Videosequenzanlage	—	26,0
12. PC-Labor (8 Rechner, 1 Beamer)	—	26,0
13. 2 Digitalkopierer	—	31,0
14. Kompressoranlage Geb. 3317	—	31,0
15. Ersatz Tafel- und Projektionsanlage	—	28,0
16. Lüftung für Hörsaal 2.2 erneuern	—	54,0
17. Ersatz digitaler Fernsprechendgeräte	—	51,0
18. Zentrale Gasversorgung	—	26,0
19. Workbench/Holobench f. Stereoprojektion	—	102,0
20. Kraftgeräte	31,0	31,0
21. Microarray Scanner	82,0	—
22. NC-Fräse zu Stahlbearbeitung	56,0	—
23. Logikanalysator m. Digitalspeicheroszilloskop	30,0	—
24. Arbeitsplatzrechner	36,0	—
25. Universal-Fräsmaschine	97,0	—
26. Ultrazentrifuge	77,0	—
27. Arbeitsplätze für computergeschützte psychodiagn. Testungen incl. Video-Beamer	31,0	—
28. Heissdruckanlage	122,0	—
29. GC/MS ENCI	112,0	—
30. Fräsmaschine	56,0	—
31. Umbau Lüftungsanlage für Versuchsstände	77,0	—
32. Ersatz von Brandmeldeanlagen	51,0	—
33. Lüftung für Hörsaal PK 2.1 erneuern	49,0	—
34. Hörsaalgestühlerneuerung MS 1.1	50,0	—
35. Ergänzung/Ersatz stud. Arbeitsplätze zugeordneter Serversysteme	102,0	—
Zusammen	1 843,0	1 817,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Technische Universität Braunschweig

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	190 378 000	190 773 000	157 943 289
1.1.1	– Personalaufwand	138 821 000	139 007 000	127 478 458
1.1.2	– Sachaufwand	49 169 000	49 169 000	30 464 831
1.1.3	– Bauunterhaltung	2 388 000	2 597 000	*)
1.2	Erträge gesamt	190 378 000	190 773 000	*)
1.2.1	– Landeszuschuss	153 543 000	154 491 000	*)
1.2.2	– Sondermittel	—	—	*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt	35 007 000	35 007 000	36 043 454
1.2.3.1	– DFG	—	—	17 354 978
1.2.3.2	– BMBF	—	—	6 903 336
1.2.3.3	– EU	—	—	1 724 588
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	7 787 450
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	2 273 102
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	1 828 000	1 275 000	*)
1.3	– Investitionen gem. Finanzplan	5 460 200	5 434 200	4 253 351

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	2 675		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	1 311		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	379		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	334	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	1 364	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	404		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	324		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	206		
2.1.3.1	– Frauenanteil	6,3%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	251	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	15		
2.3.1	– Frauenanteil	2		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	2 259	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	2 830	SS 2000	
3.3	Studierende (Personen)	13 509		
3.3.1	– in der RStZ	9 175		
3.3.2	– Frauenanteil	39,1%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	8%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	21,9%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr	1 377		
3.4.1	– grundständiges Studium	1 360		
3.4.1.1	– Frauenanteil	41,6%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	17	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	35,3%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	5		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	3		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	2		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen pro Jahr	242	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	20,2%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	238 176	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	149 863		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Technische Universität Braunschweig

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13 597 000	13 597 000		501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	153 543 000	154 491 000	
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 972 000	3 181 000		502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	
62 Löhne und Vergütungen	10 951 000	11 095 000		503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	20 743 000	20 743 000	
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	116 219 000	116 232 000		51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	13 942 000	13 942 000	
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11 651 000	11 680 000		54 Sonstige betriebliche Erträge	2 150 000	1 597 000	
66 Sonstige Personalaufwendungen	2 697 000	2 697 000		55 Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	25 226 000	25 226 000		57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
68 Aufwendungen für Kommunikation	5 978 000	5 978 000		58 Außerordentliche Erträge	—	—	
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 082 000	1 082 000					
70 Betriebliche Steuern	5 000	5 000					
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—					
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—					
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—					
Gesamtsumme:	190 378 000	190 773 000			190 378 000	190 773 000	

Zu 501:

davon
682 01 151 129 000 EUR
682 03 2 388 000 EUR
682 39 26 000 EUR

Zu 51:

Hierin enthalten sind 10 226 EUR Zuschüsse der Gewerkschaften.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13 597 000	13 538 600	13 690 456	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	154 491 000	152 357 465	119 881 379
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	3 181 000	2 626 251	665 686	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
62 Löhne und Vergütungen	11 095 000	10 513 109	14 428 747	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	20 743 000	20 743 112	20 310 760
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	116 232 000	110 538 363	105 391 154	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	13 942 000	13 942 316	15 529 019
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11 680 000	17 444 921	5 402 223	54 Sonstige betriebliche Erträge	1 597 000	1 595 946	2 365 023
66 Sonstige Personalaufwendungen	2 697 000	2 696 656	2 541 422	55 Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	25 226 000	24 216 586	6 189 091	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	5 978 000	5 977 565	7 121 528	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 082 000	1 081 676	2 560 012				
70 Betriebliche Steuern	5 000	5 113	8 593				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	87 269				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Gesamtsumme:	190 773 000	188 638 839	158 086 181		190 773 000	188 638 839	158 086 181

Zu 501:

davon
682 01 151 868 000 EUR
682 03 2 597 000 EUR
682 39 26 000 EUR

Zu 51:

Hierin enthalten sind 10 226 EUR Zuschüsse der Gewerkschaften.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans[1])	1 843 000	1 817 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln[2])	1 776 200	1 776 200	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	598 000	598 000	
07 Technische Anlagen und Maschinen[3])	3 542 200	3 519 200		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	1 243 000	1 243 000	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 918 000	1 915 000		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	5 460 200	5 434 200			5 460 200	5 434 200	

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)
[3]) davon 1 776 200 EUR für HBFG-Beschaffungen

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans[1])	1 817 000	1 712 828	1 612 788
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln[2])	1 776 200	4 119 888	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	753 508	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	598 000	597 843	675 765
07 Technische Anlagen und Maschinen[3])	3 519 200	5 756 533	1 629 269	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	1 243 000	1 242 807	1 636 906
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 915 000	1 916 833	1 542 682	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	5 434 200	7 673 366	3 925 459		5 434 200	7 673 366	3 925 459

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)
[3]) davon 1 776 200 EUR für HBFG-Beschaffungen

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsmerke Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   a) Verg.-Gr. III – Verwaltungsdienst –
   1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
   b) Verg.-Gr. IV a – Verwaltungsdienst –
   1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
   c) Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst –
   2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
   d) Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst –
   1 kw bei Wegfall der Voraussetzungen für die Gestellung einer Vorlesekraft (Seminar B für Philosophie).
   e) Verg.-Gr. V b – Angestellte in med. Heilberufen –
   1 kw
   f) Verg.-Gr. V c – Angestellte in med. Heilberufen –
   1 kw
   g) Verg.-Gr. V c – Med.-techn. Dienst –
   kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.
   h) Verg.-Gr. I a – Wissenschaftlicher Dienst –
   1 kw zum 31. 12. 2004 gem. § 9 Abs. 2 HG 1995/96 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes (Institut für Geowissenschaften – EDV-Nr. 6936).
   i) Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –
   1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Botanisches Institut und Botanischer Garten).
   j) Verg.-Gr. II a – Technischer Dienst –
   1 kw zum 31. 12. 2004
   für das Institut für Hochmagnetfeldanlage (St.-Nr. 9561).
   k) Verg.-Gr. IV a – Technischer Dienst –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   für die Betriebsverwaltung
   1 kw zum 31. 12. 2004
   für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nr. 13967).
   l) Verg.-Gr. IV b – Technischer Dienst –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   für das Leichtweiß-Institut (St.-Nr. 9818).
   2 kw zum 31. 12. 2004
   davon
   1 für das Institut für Angewandte Mechanik (St.-Nr. 9814)
   1 für das Institut für Thermodynamik (St.-Nr. 9903).
   m) Verg.-Gr. V b – Technischer Dienst –
   2 kw zum 31. 12. 2004
   davon
   1 für das Institut für Hochmagnetfeldanlage (St.-Nr. 9563)
   1 für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nr. 9634)
   n) Ver.-Gr. V c – Technischer Dienst –
   1 kw zum 31.12. 2004
   für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nr. 9633).
   o) Verg.-Gr. VI b – Technischer Dienst –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   für das Institut für Maschinenelemente (St.-Nr. 9938)
   1 kw zum 31. 12. 2004
   für das Institut für Elektrische Energieanlagen (St.-Nr. 10059)
   1 kw zum 31. 12. 2004
   für das Institut für Hochspannungstechnik.
   p) Verg.-Gr. III – Datenverarbeitungsdienst –
   1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2004
   für das Rechenzentrum (St.-Nr. 9540)
   q) Verg.-Gr. IV a – Datenverarbeitungsdienst –
   2 kw zum 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
   r) Verg.-Gr. V b – Datenverarbeitungsdienst –
   2 kw zum 31. 12. 2004
   für das Rechenzentrum (St.-Nrn. 9553 und 9550).
3. Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung ist ein/-e Angestellte(r) im Bibliotheksdienst für die Dauer seiner/ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppiert:
   1 Verg.-Gr. V c BAT
4. 1 Hausmeister/-in ist übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 136 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   Lohn-Gr. 8 – Handwerklicher Dienst –
   4 kw zum 31. 12. 2004
   davon
   1 für das Institut für Metallphysik (St.-Nr. 9628)
   1 für das Institut für Messtechnik und Austauschbau (St.-Nr. 9962)
   1 für das Institut für Werkstoffkunde (St.-Nr. 10000)
   1 für das Institut für Thermodynamik (St.-Nr. 9989).
9. Eine Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Wissenschaftlicher Dienst – und eine Stelle der Verg.-Gr. V c BAT – Verwaltungsdienst –, beide besetzbar ab 1. 4. 2001 für die Dauer von 7 Jahren (kw 31. 3. 2008), dürfen nur im Rahmen der Bereitstellung der Mittel durch die Stifterin in Anspruch genommen werden.
10. 1 Stelle der Verg.-Gr. V b – Technischer Dienst darf ab 01. 01. 2004 mit nur 31 Stunden wöchentlich besetzt werden.
11. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 ein Betrag i. H. v. 4 502 500 EUR und in 2003 ein Betrag i. H. v. 4 291 400 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).
12. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar ist.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Beamtete Hilfskräfte	[1]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Romanisches Seminar).
AH 2	—	1	1	Oberassistentin, -assistent, Oberingenieurin, -ingenieur	3 Stellen ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/ des Stelleninhabers
A 13[1])	3	3	3	Lektorin, Lektor	davon
	3	4	4	Zusammen	2 für das Romanische Seminar
					1 für das Seminar für Anglistik und Amerikanistik.
				Angestellte	[2]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Oberflächentechnik und Plasmatechnische Entwicklung).
I a	1	1	1	Verwaltungsdienst	5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
I b	1	1	1		
II a	10	10	9		[3]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Allgemeine Verwaltung).
III	1	1	1		
IV a	3	3	3		
IV b	3	3	3		[4]) 1 Stelle darf i. H. von 50 v. H. nur für für Personalratstätigkeit verwendet werden (Allgemeine Verwaltung).
V b	15	15	15		
V c[2])	99	99	100		
VI b	69	70	71		[5]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Rechenzentrum).
VII[3])	25	26	25		
VIII	9	9	9		
V b	3	3	3	Angestellte in med. Hilfsberufen und med.-techn. Berufen	[6]) kw
V c	2	2	2		[7]) kw
VI b	3	3	3		
V c	1	1	1	Medizinisch-technischer Dienst	
I a	8	8	8	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	29	29	30		
II a[4])	65	66	64		
II a	290	290	291	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	5	5	5	Lehrkräfte	
II a	1	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	13	13	13		
V c	1	1	1		
VI b	4	4	4		
VII	9	9	9		
VIII	4	4	4		
IX b	2	2	2		
II a	5	5	5	Technischer Dienst	
III	7	7	7		
IV a	35	35	36		
IV b	54	55	56		
V b	71	71	72		
V c	53	53	54		
VI b	83	83	84		
VII	4	4	4		
VIII	2	2	2		
III	3	3	3	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	17	17	18		
IV b	6	6	6		
V b[5])	7	7	7		
V c	3	3	3		
VI b	—	—	1		
IX b–VII	11	11	11	Schreib- und Fernschreibdienst	
VI b	1	1	1	Sonstige Dienste	
VII	5	5	5		
II a	1	1	1	Lektorin, Lektor	
	1 044	1 048	1 055	Zusammen	

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				noch Angestellte	
				Leerstellen:[6])	
II a	1	1	1	Verwaltungsdienst	
V c	6	6	4		
VI b	6	6	8		
VII	1	1	1		
V b	1	1	1	Angestellte in med. Hilfsberufen	
V c	2	2	2	und med.-techn. Berufen	
VI b	1	1	1		
II a	2	2	3	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	5	5	5	Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
V b	1	1	1	Bibliotheksdienst	
VII	1	1	1		
IX b	—	—	1		
IV a	1	1	1	Technischer Dienst	
V b	1	1	—		
V c	5	5	6		
VI b	6	6	5		
VII	2	2	1		
	42	42	42	Zusammen	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
4	3	3	3	Kraftfahrdienst	
9	14	14	15	Handwerklicher Dienst	
8	59	60	64		
6	30	30	30		
5	13	13	13		
4	6	6	6		
3	1	1	1		
4	3	3	3	Hausmeisterdienst	
1	17	17	17	Reinigungsdienst	
3	8	8	8	Sonstige Dienste	
2 a	26	26	26		
1	1	1	1		
	181	182	187	Zusammen	
				Leerstellen[7]):	
6	1	1	1	Handwerklicher Dienst	
	1	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zu der Übersicht

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	3	Wissenschaftlicher Dienst
Verg.-Gr. II a	1	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
Verg.-Gr. V b	1	Technischer Dienst
Verg.-Gr. VII	1	Technischer Dienst
Zusammen	6	

Abgang:		
Verg.-Gr. I b	1	Wissenschaftlicher Dienst
Verg.-Gr. II a	1	Wissenschaftlicher Dienst
Verg.-Gr. II a	2	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
Verg.-Gr. IV a	1	Datenverarbeitungsdienst
Verg.-Gr. V b	4	Technischer Dienst
Verg.-Gr. V c	1	Verwaltungsdienst
Verg.-Gr. VI b	1	Verwaltungsdienst
Verg.-Gr. VI b	1	Datenverarbeitungsdienst
Zusammen	13	
Bleibt Abgang	7	

Arbeiterinnen/Arbeiter

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 9	1	Handwerklicher Dienst
Lohn-Gr. 8	4	Handwerklicher Dienst
Zusammen	5	

Erläuterungen für 2003:

Beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
AH 2	1	Oberassistentin, Oberassistent Oberingenieurin, Oberingenieur
Zusammen	1	

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	Wissenschaftlicher Dienst
Verg.-Gr. IV b	1	Technischer Dienst
Verg.-Gr. VI b	1	Verwaltungsdienst
Verg.-Gr. VII	1	Verwaltungsdienst
Zusammen	4	

Arbeiterinnen/Arbeiter

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 8	1	Handwerklicher Dienst
Zusammen	1	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13 597 000	13 597 000	13 538 600
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	4 582 000	4 582 000	4 582 249
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	3 170 000	3 170 000	3 170 112
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	5 845 000	5 845 000	5 786 239
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 972 000	3 181 000	2 626 251
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	2 962 000	3 171 000	2 616 281
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	10 000	10 000	9 970

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	10 951 000	11 095 000	10 513 109
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	116 219 000	116 232 000	110 538 363

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	401 100	401 100	401 100
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	389 700	389 700	389 700
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	1 031 600	1 031 600	1 031 600
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	397 100	397 100	397 100
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	322 100	322 100	322 100
5. Überstundenvergütung für Angestellte	2 700	2 700	2 700
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	2 638 000	2 638 000	2 638 000
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	797 900	797 900	797 900
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	20 600	20 600	20 600
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	5 535 900	5 535 900	5 535 900
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	1 380 900	1 380 900	1 380 900
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	2 396 100	2 396 100	2 396 100

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 58 (58) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 4

Für die Vergütung von 36 (36) Auszubildenden (Technischer Dienst).

Zu lfd. Nr. 6

Für 162 (162) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 8

Für die Vergütung von 85 (85) Auszubildenden (Handwerklicher Dienst).

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11 651 000	11 680 000	17 444 921
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	134 000	134 000	236 063
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	4 157 000	4 369 000	9 969 885
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	140 000	140 000	209 579
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	5 855 000	5 672 000	5 664 756
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	1 365 000	1 365 000	1 364 638

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	2 697 000	2 697 000	2 696 656
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	2 000	2 000	1 534
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	105 000	105 000	104 764
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	41 000	41 000	40 903
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	2 549 000	2 549 000	2 549 455
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	25 226 000	25 226 000	24 216 586
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	19 159 000	19 159 000	18 162 059
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	235 000	235 000	235 286
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	2 326 000	2 326 000	2 325 788
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	833 000	833 000	820 214
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	2 673 000	2 673 000	2 673 239
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	5 978 000	5 978 000	5 977 565
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	4 198 000	4 198 000	4 197 655
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	690 000	690 000	689 835
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	1 036 000	1 036 000	1 036 389
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	3 000	3 000	2 557
687	Öffentlichkeitsarbeit	51 000	51 000	51 129
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 082 000	1 082 000	1 081 676
690	Versicherungsbeiträge, diverse	35 000	35 000	35 317
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	20 000	20 000	19 736
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	537 000	537 000	536 856
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	490 000	490 000	489 767
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	5 000	5 000	5 113
702	Grundsteuer	4 000	4 000	4 346
703	Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	767
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	174 286 000	175 234 000	173 100 576
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	153 543 000	154 491 000	152 357 464
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	20 743 000	20 743 000	20 743 112
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	13 942 000	13 942 000	13 942 316
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	1 585 000	1 585 000	1 585 005
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	12 357 000	12 357 000	12 357 311
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	2 150 000	1 597 000	1 595 946
540	Nebenerlöse	1 402 000	1 402 000	1 401 604
541	Sonstige Erlöse	676 000	123 100	122 761
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
546	Erlöse aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	72 000	72 000	71 581
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Ertäge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel 2003 EUR	Drittmittel 2002 EUR
A. Aufwendungen		
60	3 578 000	3 578 000
61	—	—
62	419 000	419 000
63	23 234 000	23 234 000
64	—	—
66	2 518 000	2 518 000
67	54 000	54 000
68	4 330 000	4 330 000
69	874 000	874 000
70	—	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	35 007 000	35 007 000
B. Erträge		
50	20 743 000	20 743 000
51	13 932 000	13 932 000
54	332 000	332 000
55	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	35 007 000	35 007 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 1999

	Verg.-Gr.	Zahl
I. Angestellte:		
1. Wiss. und stud. Hilfskräfte		432
2. Außertarifliche		—
3. Tariflich Vollbeschäftigte	I bis VII	325
4. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	II a bis IX b	258
Zusammen		1 015
II. Arbeiter/-innen:	Lohn-Gr.	
1. Außertarifliche		—
2. Tariflich Vollbeschäftigte	5 bis 8 a	10
3. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	8 a	3
Zusammen		13
Insgesamt		1 028

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0616 Technische Universität Clausthal

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-4	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	44.000	287.090	341
121 03-2	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		261.000	261.000	252.783	244
121 04-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		113.000	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-8	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	1.411.000 1.411.000 1.411.166	57.713.000	57.761.000	55.174.376	48.271
682 03-4	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	839.000	935.000	1.270.663	1.271
682 39-5	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	18.000	18.000	45.709	46
891 01-6	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	225.000	219.000	219.856	230
		Abschluss Kapitel 06 16					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		374.000	305.000	539.873	
		Summe der Einnahmen		374.000	305.000	539.873	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.411.000 1.411.000 1.411.166	58.570.000	58.714.000	56.490.748	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	225.000	219.000	219.856	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.411.000 1.411.000 1.411.166	58.795.000	58.933.000	56.710.604	
		Zuschuss		58.421.000	58.628.000	56.170.731	

Zu Kapitel 06 16 allgemein:

Die Technische Universität Clausthal wird seit dem 1. 1. 1995 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.

Zu 121 02

Aus Drittmitteln finanzierter Landesanteil für 1 Großgerät der Technischen Universität Clausthal.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Clausthal in Clausthal-Zellerfeld und dem Zentrum für Funktionswerkstoffe Göttingen/Clausthal GmbH dürfen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume, dem Zentrum auch die erforderlichen Einrichtungen und Geräte ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden. Der Clausthaler Umweltinstitut GmbH – CUTEC – dürfen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume, Einrichtungen und Geräte ohne Erstattung der Kosten überlassen werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Der Stadtwerke Clausthal-Zellerfeld GmbH darf das landeseigene Gebäude des Heizwerks nach Maßgabe des Vertrages vom 27. 9. 1988 ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 411 000	—	—	1 411 000
2003	—	1 411 000	—	1 411 000
2004	—	—	1 411 000	1 411 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 411 000	—	1 411 000
2003	—	—	1 411 000	1 411 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 6 748 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. MALDI-TOF-Massenspektrometer	99	—
2. Einkristall-Röntgengerät	103	—
3. SAP-Produktivrechner (Ersatz)	23	—
4. Nd-Yag-Laser Verstärker	—	60
5. Plasma-Analysespektograph	—	50
6. Gaschromatograph	—	20
7. Feldspektrometer	—	89
Zusammen	225	219

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Technische Universität Clausthal

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	76 433 000	76 521 000	69 144 717
1.1.1	– Personalaufwand	56 015 000	56 064 000	48 004 885
1.1.2	– Sachaufwand	19 579 000	19 522 000	19 639 343
1.1.3	– Bauunterhaltung	839 000	935 000	1 270 663
1.2	Erträge gesamt	76 433 000	76 521 000	71 239 939
1.2.1	– Landeszuschuss	58 570 000	58 714 000	51 698 464
1.2.2	– Sondermittel	902 000	902 000	3 282 971
1.2.3	– Drittmittel gesamt	16 106 000	16 106 000	14 796 261
1.2.3.1	– DFG	—	—	6 333 085
1.2.3.2	– BMBF	—	—	822 951
1.2.3.3	– EU	—	—	1 672 759
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	3 477 092
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	2 490 374
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	855 000	799 000	553 071
1.3	Investitionen gem. Finanzplan	1 511 700	1 412 700	229 826

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	1 064		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	605		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	103		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	79	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	459	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	160		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	136		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	77		
2.1.3.1	– Frauenanteil	1,3%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	91	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	6		
2.3.1	– Frauenanteil	0		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	542	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	696	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	2 472		
3.3.1	– in der RStZ	1 525		
3.3.2	– Frauenanteil	17,7%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	18%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	9,2%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent (inn)en pro Jahr	—		
3.4.1	– grundständiges Studium	255		
3.4.1.1	– Frauenanteil	12,5%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	0	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	0	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	3		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	2		
4.2	Transferbereiche	1		
4.3	Forschergruppen	2		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	1		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	6		
4.8	Promotionen pro Jahr	101	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	21,8%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	87 914	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	61 247		

Wirtschaftsplan für die Technische Universität Clausthal

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Plan 2001 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3 910 000	3 910 000	3 622 000	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentl. Zuschussgeber	—	—	—
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 278 000	4 374 000	4 710 000	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	58 570 000[1])	58 714 000	56 491 000
62 Löhne und Vergütungen	5 740 000	5 756 000	5 842 000	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	902 000	902 000	902 000
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	38 169 000	38 207 000	36 081 000	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	12 961 000	12 961 000	12 961 000
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	11 891 000	11 886 000	11 699 000	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	3 145 000	3 145 000	3 145 000
66 Sonst. Personalaufwendungen	215 000	215 000	215 000	54 Sonstige betriebliche Erträge	855 000	799 000	799 000
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9 694 000	9 693 000	9 655 000	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	1 533 000	1 533 000	1 531 000	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	988 000	932 000	932 000				
70 Betriebliche Steuern	11 000	11 000	11 000				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4 000	4 000	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Summe der Aufwendungen	76 433 000	76 521 000	74 298 000	Summe der Erträge	76 433 000	76 521 000	74 298 000

[1]) Zuführungen:

682 01	57 713 000	EUR
682 03	839 000	EUR
682 39	18 000	EUR
Gesamt	58 570 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3 910 000	3 622 000	6 924 521	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentl. Zuschussgeber	—	—	—
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 374 000	4 710 000	3 066 086	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	58 714 000[1])	56 491 000	50 197 975
62 Löhne und Vergütungen	5 756 000	5 842 000	35 104 475	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	902 000	902 000	3 282 971
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	38 207 000	36 081 000	1 646 264	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	12 961 000	12 961 000	11 319 169
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	11 886 000	11 699 000	10 537 973	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	3 145 000	3 145 000	3 477 092
65 Abschreibungen	—	—	-140 403	54 Sonstige betriebliche Erträge	799 000	799 000	1 013 946
66 Sonst. Personalaufwendungen	215 000	215 000	716 174	55 Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	380 188
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9 693 000	9 655 000	681 972	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	3 592
68 Aufwendungen für Kommunikation	1 533 000	1 531 000	1 306 807	58 Außerordentliche Erträge	—	—	64 516
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	932 000	932 000	8 902 057	59 Erträge Interne Leistungsverrechnung	—	—	182 790
70 Betriebliche Steuern	11 000	11 000	15 504				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4 000	—	6 284				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
78 Betriebsfremde Aufwendungen	—	—	6 775				
Summe der Aufwendungen	76 521 000	74 298 000	68 774 488	Summe der Erträge	76 521 000	74 298 000	69 922 240

[1]) Zuführungen:

682 01	57 761 000	EUR
682 03	935 000	EUR
682 39	18 000	EUR
Gesamt	58 714 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Plan 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	225 000[1])	219 000[1])	219 000[1])
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	1 286 700[2])	1 193 700[2])	2 916 000[2])
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 480 700	1 412 700	2 916 000	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	31 000	—	219 000	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 511 700	1 412 700	3 135 000		1 511 700	1 412 700	3 135 000

[1]) Zuführungen aus Titel 891 01

[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	219 000[1])	219 000[1])	229 826[1])
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	1 193 700[2])	2 916 000[2])	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 412 700	2 916 000	—	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	219 000	229 826	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 412 700	3 135 000	229 826		1 412 700	3 135 000	229 826

[1]) Zuführungen aus Titel 891 01

[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. V b BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/- in (Institut für Erdöl- und Erdgastechnik).
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. VI b BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/- in (Institut für Schweißtechnik und Trennende Fertigungsverfahren).
5. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 74 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
7. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2004 um den Betrag einer Stelle der Verg.Gr. VI b BAT (Abgang gem. § 9 Abs. 2 Hg 1997/1998 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes).
8. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.

   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
9. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 darf in 2002 2 038 000 EUR und in 2003 2 058 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644 „Versorgungszuschlag der BeamtInnen“ sowie KuGr. 642 „Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse“).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	Der Zuschuss verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. V c BAT bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Institut für Metallkunde).
I b	2	2	2	Verwaltungsdienst	
II a	11	11	10		
III	2	2	2		
IV a	4	4	4		
IV b	5	5	5		[1]) Davon darf eine Stelle nur für die Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Metallkunde).
V c	28	28	31		
VI b	29	29	26		
VII	29	29	29		
VIII	2	2	2		
I a	2	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	3	3	2		
II a	10	10	13		
II a	94	94	93	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II b	2	2	2	Lehrkräfte	
V c	1	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
VI b	1	1	1		
VII	5	5	5		
VIII	5	5	5		
II a	1	1	1	Technischer Dienst	
III	4	4	4		
IV a	6	6	5		
IV b	21	21	23		
V b	33	33	33		
V c[1])	31	31	30		
VI b	56	56	59		
VII	11	11	11		
VIII	1	1	1		
III	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	5	5	4		
IV b	6	6	6		
V b	4	4	4		
VII	1	1	1		
VIII–VII	5	5	5	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b–VII	5	5	6		
VI b	1	1	1	Sonstige Dienste	
VIII	2	2	2		
	429	429	432	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
4	5	5	5	Kraftfahrdienst	
8	9	9	10	Handwerklicher Dienst	
6	24	24	23		
5	16	16	15		
4	3	3	3		
3	1	1	1		
2 a	2	2	2		
4	9	9	9	Hausmeisterdienst	
1	12	12	15	Reinigungsdienst	
2 a	1	1	1	Sonstige Dienste	
	82	82	84	Zusammen	

Erläuterungen für 2002

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung nach Kap. 06 08 TGr. 74
Verg.-Gr. II a	1	
Verg.-Gr. IV b	2	
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. IX b-VII	1	

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. I b	1
Verg.-Gr. IV a	2

Arbeiter

Abgang:	Stellen
Lohn-Gr. 1	3
Lohn-Gr. 8	1

Zugang:	Stellen
Lohn-Gr. 5	1
Lohn-Gr. 6	1

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3 910 000	3 910 000	3 622 000
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	132 000	132 000	128 000
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	132 000	132 000	128 000
602	Hilfsstoffe	132 000	132 000	128 000
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	132 000	132 000	128 000
604	Verpackungsmaterial	12 000	12 000	10 000
605	Energie	302 000	302 000	227 000
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	663 000	663 000	662 000
607	Sonstiges Material	2 016 000	2 016 000	1 873 000
608	Aufwendungen für Waren	389 000	389 000	338 000
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 278 000	4 374 000	4 710 000
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	1 176 000	1 176 000	1 176 000
613	Weitere Fremdleistungen	626 000	626 000	625 000
614	Frachten und Fremdlager	26 000	26 000	26 000
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 753 000	1 849 000	2 186 000
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	697 000	697 000	697 000

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	5 740 000	5 756 000	5 842 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	38 169 000	38 207 000	36 081 000

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	221 100	221 100	221 100
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	165 100	165 100	165 100
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	286 700	286 700	194 900
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	21 400
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	236 800	236 800	253 500
5. Überstundenvergütung für Angestellte	5 800	5 800	5 600
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	236 300	236 300	400 100
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	17 300	17 300	17 000
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	749 900	749 900	873 400
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	8 100	8 100	7 900
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	123 800	123 800	102 900
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	19 800	19 800	19 400
12. Emeritierte Professoren (KGr. 64)	1 906 000	1 906 000	1 740 700

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 14 (10) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 26 724 EUR für 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a).

Zu lfd. Nr. 4

Für die Vergütung von 24 (24) Auszubildenden – TD –.

Zu lfd. Nr. 6

Für 13 (22) ständig nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 8

Für die Vergütung von 76 (76) Auszubildenden – Handwerklicher Dienst –.

Zu lfd. Nr. 12

Bezüge für 28 (28) emeritierte Professoren.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11 891 000	11 886 000	11 699 000
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	889 000	892 000	869 000
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	4 758 000	4 773 000	4 673 000
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	51 000	51 000	63 000
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	2 007 000	1 987 000	1 889 000
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	1 590 000	1 596 000	1 626 000
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	2 012 000	2 003 000	1 995 000
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	584 000	584 000	584 000
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	215 000	215 000	215 000
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	31 000	31 000	31 000
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	81 000	81 000	81 000
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	81 000	81 000	81 000
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	7 000	7 000	7 000
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	15 000	15 000	15 000
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9 694 000	9 693 000	9 655 000
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	7 096 000	7 096 000	7 060 000
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	65 000	65 000	65 000
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	159 000	158 000	156 000
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	5 000	5 000	5 000
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	193 000	193 000	193 000
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	2 176 000	2 176 000	2 176 000
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation	1 533 000	1 533 000	1 531 000
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	248 000	248 000	248 000
681	Aufwendungen für Zeitungen, Fachliteratur	12 000	12 000	12 000
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	439 000	439 000	438 000
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	729 000	729 000	730 000
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	30 000	30 000	28 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	53 000	53 000	53 000
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	22 000	22 000	22 000
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	988 000	932 000	932 000
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	583 000	583 000	583 000
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	405 000	349 000	349 000
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	11 000	11 000	11 000
702	Grundsteuer	7 000	7 000	7 000
703	Kraftfahrzeugsteuer	4 000	4 000	4 000
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4 000	4 000	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4 000	4 000	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	72 358 000	72 502 000	70 354 000
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	58 495 000	58 639 000	56 491 000
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	902 000	902 000	902 000
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	12 961 000	12 961 000	12 961 000
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	3 145 000	3 145 000	3 145 000
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	3 073 000	3 073 000	3 073 000
514	Andere Umsatzerlöse	72 000	72 000	72 000
516	Skonti	—	—	—
517	Boni	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	855 000	799 000	799 000
540	Nebenerlöse	459 000	459 000	458 000
541	Sonstige Erlöse	355 000	299 000	299 000
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	41 000	41 000	42 000
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel 2003 EUR	Sondermittel 2003 EUR	Drittmittel 2002 EUR	Sondermittel 2002 EUR
A. Aufwendungen				
60	1 134 000	91 000	1 134 000	91 000
61	1 969 000	25 000	1 969 000	25 000
62	1 585 000	54 000	1 585 000	54 000
63	8 186 000	562 000	8 186 000	562 000
64	2 147 000	92 000	2 147 000	92 000
67	77 000	—	77 000	—
68	599 000	15 000	599 000	15 000
69	410 000	61 000	410 000	61 000
75	–1 000	2 000	–1 000	2 000
Zusammen:	16 106 000	902 000	16 106 000	902 000
B. Erträge				
50	12 961 000	902 000	12 961 000	902 000
51	3 145 000	—	3 145 000	—
Zusammen:	16 106 000	902 000	16 106 000	902 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 1999

		Verg.-Gr.	Zahl
I.	**Angestellte:**		
	1. Wiss. Hilfskräfte	—	14
	2. Studentische Hilfskräfte	—	134
	3. Tarifliche Vollbeschäftigte	I b bis VIII	116
	4. Nichtvollbeschäftigte	I b bis VIII	79
	Zusammen		343
II.	**Arbeiter/-innen:**		
	1. Tarifl. Vollbeschäftigte	—	23
	2. Nichtvollbeschäftigte		3
	Zusammen		26
III.	**Auszubildende**		1
	Insgesamt		370

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0617 Universität Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	442.000	1.406.053	—
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		2.626.000	2.626.000	2.777.133	—
121 04-4	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		2.543.000	—	—	—
381 01-1	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	5.036.000 5.036.000 5.036.225	202.384.000	203.429.000	199.751.870	—
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	3.139.000	2.559.000	2.559.425	—
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	61.000	61.000	61.355	—
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	2.531.000	2.491.000	2.698.599	—
		Abschluss Kapitel 06 17					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.169.000	3.068.000	4.183.186	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		5.169.000	3.068.000	4.183.186	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.036.000 5.036.000 5.036.225	205.584.000	206.049.000	202.372.650	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.531.000	2.491.000	2.698.599	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	5.036.000 5.036.000 5.036.225	208.115.000	208.540.000	205.071.249	
		Zuschuss		202.946.000	205.472.000	200.888.063	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 17 allgemein

Die Universität Hannover wird seit 01. 01. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 121 02

Aus Drittmitteln finanzierter Landesanteil für ein Großgerät bei 06 04 – 891 36.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Hannover dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietwert/jährlich
Mensen	10 650	741 400 EUR
Studentenwohnheim	674	
Milchbar	239	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts übelassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	5 036 000	—	—	5 036 000
2003	—	5 036 000	—	5 036 000
2004	—	—	5 036 000	5 036 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	5 036 000	—	5 036 000
2003	—	—	5 036 000	5 036 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 25 663 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	979,4	966,0
2. Computer-Selbstlernanlage	—	102,3
3. Hochleistungs-Flüssigkeitschromatograph	—	43,5
4. Werkzeugvermessungssystem	—	109,1
5. Multimedia-GIS	—	76,7
6. Gasanalysesystem	—	50,6
7. Erneuerung HLW-Anlage (2. Teilmaßnahme)	179,0	409,0
8. Anpassung Absauganlagen und Raumluft	—	179,0
9. Erneuerung der Regelung für Kälteanlagen	—	43,5
10. Erneuerung der Notbeleuchtungsanlage	—	102,3
11. Techn. Sicherheitsmaßnahmen Objektschutz	40,9	76,7
12. Kühlung EDV-Raum Bibliothek	—	25,6
13. Einrichtung einer übergeordneten Leitzentrale	—	117,6
14. Ersatz von Sonnenschutzeinrichtungen	—	40,9
15. Erneuerung regeltechn. Einrichtungen	—	148,2
16. Audiomessplatz	89,5	—
17. Festkörper-Pumplaser	68,0	—
18. Laser Vakuumsystem	76,2	—
19. Uncompressed Digital HTDV-Discrecorder	61,4	—
20. Iris-CID ICO-Spektrometer	127,5	—
21. 8 Workstations	76,7	—
22. Prüfsystem für Elastornerbauteile	71,6	—
23. Lichtstreudedektor	40,0	—
24. Biegeprüfmaschine	120,2	—
25. RVS-Fileserver	38,3	—
26. Dreh- und Gewindeschneidemaschine	71,6	—
27. Anpassung Absauganlagen und Raumluft	35,8	—
28. Erneuerung der Notbeleuchtungsanlage	127,8	—
29. Erneuerung Batterieanlagen (Notlichtbetrieb)	61,4	—
30. Erneuerung von Klimakammern	265,7	—
Zusammen	2 531,0	2 491,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Universität Hannover

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	265 479 000	264 694 000	198 402 476
1.1.1	– Personalaufwand	188 826 500	189 130 000	156 741 518
1.1.2	– Sachaufwand	73 513 500	73 005 000	41 660 958
1.1.3	– Bauunterhaltung	3 139 000	2 559 000	*)
1.2	Erträge gesamt	265 479 000	264 694 000	*)
1.2.1	– Landeszuschuss	205 584 000	206 049 000	*)
1.2.2	– Sondermittel	5 204 000	5 204 000	*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt	53 442 000	53 441 000	48 271 169
1.2.3.1	– DFG	—	—	17 127 570
1.2.3.2	– BMBF	—	—	7 788 922
1.2.3.3	– EU	—	—	4 081 940
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	11 561 145
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	7 711 592
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	1 249 000	—	*)
1.3	– Investitionen gemäß Finanzplan	9 750 400	8 710 300	10 282 294

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	3 612		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	1 632		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	129		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	94	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	1 980	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	360		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	295		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	341		
2.1.3.1	– Frauenanteil	10,3%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	399	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	25		
2.3.1	– Frauenanteil	16%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	3 541	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	5 087	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	27 172		
3.3.1	– in der RStZ	17 938		
3.3.2	– Frauenanteil	44,8%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	10,8%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	28,4%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr	2 737		
3.4.1	– grundständiges Studium	2 710		
3.4.1.1	– Frauenanteil	42,2%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	27	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	81,5%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	8		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	4		
4.2	Transferbereiche	3		
4.3	Forschergruppen	4		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit	1	01 .04. 2001	
	Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	5		
4.6	Graduiertenkollegs	14		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen	391	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	26,9%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	293 820	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	164 160		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Universität Hannover

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23 625 000	23 245 000		501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	205 584 000	206 049 000	
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 309 000	3 601 000		502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	5 204 000	5 204 000	
62 Löhne und Vergütungen	14 233 000	14 233 000		503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	30 729 000	30 729 000	
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	125 336 000	125 552 700		51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	19 289 000	19 289 000	
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	49 257 500	49 344 300		54 Sonstige betriebliche Erträge	4 673 000	3 423 000	
66 Sonstige Personalaufwendungen	5 170 000	5 170 000		57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	34 567 500	34 567 000		58 Außerordentliche Erträge	—	—	
68 Aufwendungen für Kommunikation	7 114 000	7 114 000					
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 838 000	1 838 000					
70 Betriebliche Steuern	29 000	29 000					
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—					
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—					
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—					
Gesamtsumme:	265 479 000	264 694 000			265 479 000	264 694 000	

Zu 501:

davon

682 01	202 384 000	EUR
682 03	3 139 000	EUR
682 39	61 000	EUR

Zu 51:

Hierin enthalten sind 10 226 EUR Zuschüsse der Gewerkschaften.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23 245 000	23 245 000	23 475 000
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	3 601 000	3 716 000	2 644 000
62 Löhne und Vergütungen	14 233 000	14 233 000	15 116 000
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	125 552 700	117 624 000	111 594 000
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	49 344 300	55 285 000	22 994 000
66 Sonstige Personalaufwendungen	5 170 000	5 170 000	4 618 000
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	34 567 000	32 817 000	6 695 000
68 Aufwendungen für Kommunikation	7 114 000	7 061 000	6 723 000
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 838 000	1 838 000	1 503 000
70 Betriebliche Steuern	29 000	29 000	29 000
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—
Gesamtsumme:	264 694 000	261 018 000	195 391 000

Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	206 049 000	202 373 000	138 291 000
502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	5 204 000	5 204 000	5 204 000
503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	30 729 000	30 729 000	29 846 000
51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	19 289 000	19 289 000	18 513 000
54 Sonstige betriebliche Erträge	3 423 000	3 423 000	3 537 000
57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
Gesamtsumme:	264 694 000	261 018 000	195 391 000

Zu 501:

davon

682 01	203 429 000	EUR
682 03	2 559 000	EUR
682 39	61 000	EUR

Zu 51:

Hierin enthalten sind 10 226 EUR Zuschüsse der Gewerkschaften.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans[1])	2 531 000	2 491 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln[2])	5 824 400	4 824 300	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	634 000	634 000	
07 Technische Anlagen und Maschinen[3])	9 659 400	8 619 300		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	761 000	761 000	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	91 000	91 000		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	9 750 400	8 710 300			9 750 400	8 710 300	

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)
[3]) davon 5 824 000 EUR für HBFG-Beschaffungen

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans[1])	2 491 000	2 699 000	5 266 000
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln[2])	4 824 300	10 202 000	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	98 000	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	634 000	634 000	321 000
07 Technische Anlagen und Maschinen[3])	8 619 300	13 332 000	5 863 000	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	761 000	761 000	707 000
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	91 000	964 000	333 000	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	8 710 300	14 296 000	6 294 000		8 710 300	14 296 000	6 294 000

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)
[3]) davon 4 824 300 EUR für HBFG-Beschaffungen

Anlage 2
zu Kapitel 06 17

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsmerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   a) Verg.-Gr. III – Verwaltungsdienst –
   1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
   b) Verg.-Gr. Vb – Verwaltungsdienst –
   1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
   c) Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst –
   4 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
   d) Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst –
   Davon 1 kw bei Fortfall der Voraussetzungen für die Gestellung einer Vorlesekraft (Fachbereich Rechtswissenschaften).
   e) Verg.-Gr. I a – Wissenschaftlicher Dienst –
   1 von Kap. 06 08 übernommene Stelle wird sofort nach ihrem Freiwerden in das Kap. 06 08 zurückverlagert (Historisches Seminar).
   f) Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   für das Institut für Sonderpädagogik (NLB)
   0,25 kw zum 31. 12. 2004
   für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung (NLB)
   1 kw (30 Std.) zum 31. 12. 2004
   für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung
   g) Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst –
   1 kw bei Freiwerden einer Stelle für eine(n) Angestellte(n), der/die nach Fallgruppe 1 des Teils II Abschnitt L der Anlage 1a zum BAT eingruppiert ist.
   h) Verg.-Gr. IV a – Datenverarbeitung –
   2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 infolge ZV bis 2003.
3. Verg.-Gr. V c – Bibl.- u. Archivdienst
   Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
4. Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst –
   Ein Angestellter erhält bis zu seiner Eingruppierung in Verg.-Gr. V b im Wege des Bewährungsaufstiegs für seine Person eine übertarifliche Zulage in Höhe des jeweiligen Unterschiedsbetrages zwischen Verg.-Gr. V c und der Lohngruppe 8 MTL II einschl. Zulage von 0,11 EUR je Stunde (Institut für Hochfrequenztechnik).
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 160 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   a) Lohn-Gr. 6 – Handwerklicher Dienst –
   1 kw.
   b) Lohn-Gr. 3 – Sonstige Dienste –
   1 kw zum 31. 12. 2004
   für das Institut für Gemüse- und Obstbau.
   c) Lohn-Gr. 2 – Sonstige Dienste –
   1 kw zum 31. 12. 2003
   für das Institut für Gemüse- und Obstbau
   3 kw zum 31. 12. 2004
   davon
   1 für das Rechenzentrum
   2 für das Institut für Gemüse- und Obstbau.
9. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 = 9 089 800 EUR und in 2003 = 8 435 800 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsansatzplansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).
10. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
AH 2	2	4	4	Oberassistentin, -assistent, Oberingenieurin, -ingenieur
	2	4	4	Zusammen
				Angestellte
I a	2	2	2	Verwaltungsdienst
I b[1])	4	4	4	
II a[2])	13	13	13	
III	1	1	1	
IV a[16])	4	4	4	
IV b	8	8	7	
V b[16])	9	9	9	
V c[3])[16])	102	102	92	
VI b	95	95	101	
VII[4])[16])	83	83	85	
VIII	6	6	7	
IX b	1	1	1	
X	2	2	—	
I	2	2	2	Wissenschaftlicher Dienst
I a	6	6	6	
I b[5])	45	45	47	
II a[6])	70	70	68	
II a	290	290	292	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)
II a	1	1	1	Lehrkräfte
II b	1	1	1	
IV b	5	5	5	Bibliotheks- und Archivdienst
V b	4	4	4	
V c	3	3	3	
VI b	7	7	7	
VII	14	14	14	
VIII	3	3	3	
II a	5	5	5	Technischer Dienst
III	23	23	23	
IV a	35	35	33	
IV b	33	33	36	
V b[7])	84	84	83	
V c[8])	65	65	68	
VI b	70	70	73	
VII	18	18	17	
VIII[9])	8	8	9	
III	7	7	7	Datenverarbeitungsdienst
IV a	17	17	16	
IV b	2	2	1	
V b	13	13	13	
VI b	5	5	5	
VIII	1	1	1	
IX b–VII	20	20	20	Schreib- und Fernschreibdienst
VI b	1	1	1	Sonstige Dienste
VII	9	9	9	
VIII	1	1	1	
IX b	1	1	1	
II a	6	6	6	Lektoren
	1 205	1 205	1 207	Zusammen

Bemerkungen

[1]) 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Regierungsrat/-rätin – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.

[2]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[3]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[4]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[5]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Curt-Risch-Institut für Dynamik, Schall- und Messtechnik).

[6]) 6 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, davon 3 für das Weiterbildende Studium Arbeitswissenschaft, 1 für das Institut für Mineralogie, 1 für das Institut für Technik im Gartenbau und 1 für das Institut für Thermodynamik (volle Beschäftigung gem. Buchst. A, Nr. 9 der Allgemeinen HV).
1 ku nach Verg.-Gr. III – Datenverarbeitungsdienst – (Rechenzentrum).

[7]) 2 ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschutz / Institut für Elektrowärme – Stellen-Nr. 58 –).

[8]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[9]) 1 Stelle darf zur Hälfte im Schreibdienst in Anspruch genommen werden (Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur).

[10]) 2002: Stellenabgang V c wegen Zugang A 8 (ZielVE 04 20).

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				noch Angestellte
				Stellen zu ehem. 425 31[10]):
II a	1	1	1	Verwaltungsdienst
V c	1	1	1	
VI b	1	1	1	
VII	1	1	2	
VII	—	1	1	Bibliotheks- und Archivdienst
IV b	—	—	1	Technischer Dienst
V b	2	3	4	
VI b	2	2	2	
VII	1	1	1	
IX b–VII	1	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst
	10	13	16	Zusammen
				Leerstellen:[11])
I b	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
VI b	1	1	1	Technischer Dienst
	2	2	2	Zusammen
				Arbeiterinnen, Arbeiter
4	4	4	4	Kraftfahrdienst
9	15	15	15	Handwerklicher Dienst
8[12])	49	49	49	
6	80	81	81	
5	3	3	3	
4	17	17	17	
4	2	2	2	Hausmeisterdienst
3	2	2	2	
1[13])	111	111	111	Reinigungsdienst
6	2	2	2	Sonstige Dienste
5	3	3	3	
4[14])	9	9	9	
3	8	9	9	
2 a	24	24	24	
2	5	5	5	
	334	336	336	Zusammen
				Stellen zu ehem. 426 31[15]):
8	2	3	4	Handwerklicher Dienst
4	2	2	2	
	4	5	6	Zusammen

[10]) kw nach Fortfall der Inanspruchnahme für die Leistungen nach Nr. 2 Abs. 2 Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998:
Verwaltungsdienst
– Verg.-Gr. II a
1 für die Verwaltung
kw 31. 12. 2004
– Verg.-Gr. V c
1 für das Institut für Organische Chemie
kw 31. 12. 2003
– Verg.-Gr. VI b
für das Institut für Erdmessung
kw 31. 12. 2003
– Verg.-Gr. VII
1 für das Institut für Mathem. Stochastik
kw 31. 12. 2004
Technischer Dienst
– Verg.-Gr. V b
2 davon
1 für das Institut für Techn. Chemie
kw 31. 12. 2004
1 für das Institut für Photogrammetrie
kw 31. 12. 2004
– Verg.-Gr. VI b
2 davon
1 für das Zentrum für Strahlenschutz
kw 31. 12. 2004
1 für das Geographische Institut
kw 31. 12. 2004
– Verg.-Gr. VII
1 für die Verwaltung
kw 31. 12. 2004
Schreib- und Fernschreibdienst
– Verg.-Gr. IX b–VII
1 für die Verwaltung
kw 31. 12. 2003

[11]) kw.

[12]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[13]) 116/2000 = 113 Stellen dürfen nur mit Kräften besetzt werden, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens 30 Stunden, höchstens jedoch 34 Stunden beträgt.

[14]) 1 Stelle ku nach Lohn-Gr. 2 a bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (Institut für Obstanbau und Baumschule).

[15]) kw nach Fortfall der Inanspruchnahme für die Leistungen nach Nr. 2 Abs. 2 Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998:
Handwerklicher Dienst
– Lohn-Gr. 8
2 davon
1 für das Institut für Grünplanung
kw 31. 12. 2003
1 für das Franzius-Institut
kw für 31. 12. 2004
– Lohn-Gr. 4
2 für das Institut für Gemüse- und Obstbau
kw 31. 12. 2003

[16]) kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge Zielvereinbarung bis 2003:
1 IV a Verwaltungsdienst
1 V b Verwaltungsdienst
2 V c Verwaltungsdienst
1 VII Verwaltungsdienst

Erläuterungen zu der Übersicht

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	2	Verwaltungsdienst
Zusammen	2	

Erläuterungen für 2003:

Beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. AH 2	2	Oberassistentin, Oberassistent
Zusammen	2	

Arbeiterinnen/Arbeiter

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6	1	Handwerklicher Dienst
Lohn-Gr. 3	1	Sonstige Dienste
Zusammen	2	

Anlage 4
zu Kapitel 06 17

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	23 625 000	23 245 000	23 245 000
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	1 220 000	1 220 000	1 220 000
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	643 000	643 000	643 000
602	Hilfsstoffe	447 000	447 000	447 000
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	7 998 000	7 998 000	7 998 000
604	Verpackungsmaterial	4 000	4 000	4 000
605	Energie	3 775 000	3 886 000	3 886 000
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	499 000	499 000	499 000
607	Sonstiges Material	9 039 000	8 548 000	8 499 000
608	Aufwendungen für Waren	—	—	49 000
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	4 309 000	3 601 000	3 716 000
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	146 000	146 000	146 000
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	64 000	64 000	64 000
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	12 000	12 000	12 000
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	3 805 000	3 225 000	3 225 000
617	Aufwendungen für sonstige bezogene Leistungen	282 000	154 000	269 000

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	14 233 000	14 233 000	14 233 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	125 336 000	125 552 700	117 624 000

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	537 000	537 000	537 000
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	309 000	309 000	309 000
2. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	1 008 000	1 008 000	965 000
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	1 099 000	1 099 000	1 099 000
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	135 000	135 000	126 000
5. Überstundenvergütung für Angestellte	7 000	7 000	7 000
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	1 150 000	1 150 000	1 101 000
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	743 000	743 000	743 000
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	32 000	32 000	32 000
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	—	—
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	4 793 000	4 565 000	4 348 000

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 45 (45) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 4

Für die Vergütung von 13 (13) Auszubildenden (Verwaltungsdienst und Technischer Dienst).

Zu lfd. Nr. 6

Für 67 (67) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 8

Für die Vergütung von 62 (62) Auszubildenden (Handwerklicher Dienst).

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	49 257 500	49 344 300	55 285 000
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	2 970 000	2 970 000	2 970 000
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	19 905 000	19 905 000	19 107 000
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	266 300	266 300	348 000
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	8 169 500	8 823 500	15 666 000
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	7 839 200	7 847 500	7 945 000
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	8 115 500	7 540 000	7 257 000
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	1 992 000	1 992 000	1 992 000

Anlage 4
zu Kapitel 06 17

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	5 170 000	5 170 000	5 171 000
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	279 000	279 000	279 000
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	182 000	182 000	182 000
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	88 000	88 000	88 000
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	27 000	27 000	27 000
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	4 594 000	4 594 000	4 595 000
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	34 567 500	34 567 000	32 817 000
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	26 711 400	26 711 000	24 767 000
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	129 000	129 000	129 000
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	4 489 000	4 489 000	4 704 000
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	196 100	196 000	175 000
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	3 042 000	3 042 000	3 042 000
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	7 114 000	7 114 000	7 061 000
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	1 895 000	1 895 000	1 895 000
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	1 092 000	1 092 000	1 092 000
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	1 772 000	1 772 000	1 719 000
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	187 000	187 000	187 000
685	Aufwendungen für Reisekosten	2 084 000	2 084 000	2 084 000
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	3 000	3 000	3 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	81 000	81 000	81 000
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 838 000	1 838 000	1 838 000
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	15 000	15 000	15 000
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	236 000	236 000	236 000
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	1 587 000	1 587 000	1 587 000
697	Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	29 000	29 000	29 000
702	Grundsteuer	21 000	21 000	21 000
703	Kraftfahrzeugsteuer	8 000	8 000	8 000
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	241 517 000	241 982 000	238 307 000
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	205 584 000	206 049 000	202 374 000
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	5 204 000	5 204 000	5 204 000
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	30 729 000	30 729 000	30 729 000
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	19 289 000	19 289 000	19 289 000
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	1 278 000	1 278 000	1 278 000
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	18 011 000	18 011 000	18 011 000
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	4 673 000	3 424 000	3 423 000
540	Nebenerlöse	3 424 000	3 423 000	3 423 000
541	Sonstige Erlöse	1 249 000	—	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
55	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel 2003 EUR	Sondermittel 2003 EUR	Drittmittel 2002 EUR	Sondermittel 2002 EUR
A. Aufwendungen				
60	7 242 000	1 702 000	7 242 000	1 702 000
61	—	—	—	—
62	41 000	1 197 000	41 000	1 197 000
63	21 871 000	1 471 000	21 871 000	1 471 000
64	16 997 000	325 000	16 997 000	325 000
66	3 532 000	16 000	3 532 000	16 000
67	—	13 000	—	13 000
68	2 664 000	418 000	2 664 000	418 000
69	1 095 000	62 000	1 095 000	62 000
70	—	—	—	—
75	—	—	—	—
76	—	—	—	—
77	—	—	—	—
Zusammen:	53 442 000	5 204 000	53 442 000	5 204 000
B. Erträge				
50	30 729 000	5 204 000	30 729 000	5 204 000
51	19 289 000	—	19 289 000	—
54	3 424 000	—	3 424 000	—
55	—	—	—	—
57	—	—	—	—
58	—	—	—	—
Zusammen:	53 442 000	5 204 000	53 442 000	5 204 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 2000

	Verg.-Gr.	Zahl
I. Angestellte:		
1. Wiss. und stud. Hilfskräfte		276
2. Außertarifliche		—
3. Tariflich Vollbeschäftigte	I b bis VII	338
4. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	II a bis IX b	290
Zusammen		904
II. Arbeiter/-innen:	Lohn-Gr.	
1. Außertarifliche		—
2. Tariflich Vollbeschäftigte	5 bis 8 a	9
3. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	8 a	2
Zusammen		11
Insgesamt		915

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0618 Hochschule Vechta

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-1	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		187.000	187.000	173.175	82
121 04-8	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		111.000	—	—	—
381 10-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-5	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	—	16.275.000	16.272.000	15.415.143	14.085
682 03-1	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	119.000	134.000	82.829	83
682 39-2	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	8.000	8.000	3.630	7
891 01-3	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	204.000	202.000	180.128	188
		Abschluss Kapitel 06 18					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		298.000	187.000	173.175	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		298.000	187.000	173.175	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	16.402.000	16.414.000	15.501.602	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	204.000	202.000	180.128	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.606.000	16.616.000	15.681.730	
		Zuschuss		16.308.000	16.429.000	15.508.555	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 18 allgemein:

Die Hochschule Vechta wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Osnabrück werden die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben nach § 134 NHG erforderlichen landeseigenen Räume in Vechta ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen.

Es handelt sich dabei um folgende Einrichtung:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietwert/jährlich
Mensa/Cafeteria	1 567	68 800 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 1 013 000 EUR
(vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl.06).

Zu 891 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	119,6	65,2
2. Investitionen über 25 000 EUR im Einzelfall		
Werkstattausstattung (Fach Gestaltendes Werken)	—	39,5
Regalsystem (Hochschulbibliothek)	—	41,0
Grafitrohr AAS (IUW)	—	56,3
Einrichtung eines PC-Raumes	53,7	—
Farb- und Lacknebelabsaugung	30,7	—
Zusammen	204,0	202,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Hochschule Vechta

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	17 203 000	17 161 000	14 441 562
1.1.1	– Personalaufwand	13 084 000	13 027 000	11 915 777
1.1.2	– Sachaufwand	4 000 000	4 000 000	1 944 738
1.1.3	– Bauunterhaltung	119 000	134 000	161 990
1.2	Erträge gesamt	17 203 000	17 161 000	15 923 453
1.2.1	– Landeszuschuss	16 402 000	16 414 000	14 362 835
1.2.2	– Sondermittel	—	—	
1.2.3	– Drittmittel gesamt	631 000	631 000	725 054
1.2.3.1	– DFG	—	—	9 149
1.2.3.2	– BMBF	—	—	20 530
1.2.3.3	– EU	—	—	159 838
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	242 479
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	293 058
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	170 000	116 000	474 535
1.3	– Investitionen gemäß Finanzplan	204 000	334 900	419 057

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	198		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	96		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	33		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	32	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	102	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	21		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	20		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	42		
2.1.3.1	– Frauenanteil	14,3%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	51	HH 2000	
2.3	Neuberufungen			
2.3.1	– Frauenanteil			
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	237	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	390	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	1 765		
3.3.1	– in der RStZ	1 547		
3.3.2	– Frauenanteil	70,3%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	2,1%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	21,6%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr			
3.4.1	– grundständiges Studium	189		
3.4.1.1	– Frauenanteil	84,7%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	56	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	75%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche			
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion			
4.2	Transferbereiche			
4.3	Forschergruppen			
4.4	Forschungszentren		Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion		01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs			
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion			
4.8	Promotionen pro Jahr	8	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	25%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	12 149	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	4 812		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Hochschule Vechta

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 224 000	1 224 000		50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	17 001 000	17 013 000	
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	674 000	689 000		501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	16 402 000	16 414 000	
62 Löhne und Gehälter	622 000	620 000		502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	100 000	100 000	
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	9 295 000	9 244 000		503 Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber	499 000	499 000	
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3 167 000	3 163 000		51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	32 000	32 000	
65 Abschreibungen	—	—		54 Sonstige betriebliche Erträge	170 000	116 000	
66 Sonst. Personalaufwendungen	28 000	28 000		55 Erträge aus Beteiligungen	—	—	
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 925 000	1 925 000		57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
68 Aufwendungen für Kommunikation	238 000	238 000		58 Außerordentliche Erträge	—	—	
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	26 000	26 000					
70 Betriebliche Steuern	4 000	4 000					
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—					
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—					
78 Sonstige Steuern	—	—					
Gesamtsumme:	17 203 000	17 161 000			17 203 000	17 161 000	

Zu 501:

Zuführungen:

682 01	16 275 000	EUR
682 03	119 000	EUR
682 39	8 000	EUR
Gesamt	16 402 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 224 000	1 064 330	860 002	50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	17 013 000	16 111 366	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	689 000	934 708	495 903	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	16 414 000	15 501 603	14 174 934
62	Löhne und Gehälter	620 000	321 628	8 933 718	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	100 000	99 778	361 030
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	9 244 000	9 079 962	125 675	503	Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber	499 000	509 985	500 868
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3 163 000	3 056 252	2 773 482	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	32 000	31 700	242 479
65	Abschreibungen	—	—	—	54	Sonstige betriebliche Erträge	116 000	114 840	264 056
66	Sonst. Personalaufwendungen	28 000	26 332	82 902	55	Erträge aus Beteiligungen	—	—	190 673
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 925 000	1 511 583	275 995	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	30
68	Aufwendungen für Kommunikation	238 000	234 427	227 141	58	Außerordentliche Erträge	—	—	1 483
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	26 000	24 900	243 465					
70	Betriebliche Steuern	4 000	3 784	4 223					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
78	Sonstige Steuern	—	—						
Gesamtsumme:		17 161 000	16 257 906	14 022 506			17 161 000	16 257 906	15 735 553

Zu 501:

Zuführungen:

682 01	16 272 000	EUR
682 03	134 000	EUR
682 39	8 000	EUR
Gesamt	16 414 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnl. Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	204 000	202 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	—	132 900	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	—	—		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	204 000	334 900		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	204 000	334 900			204 000	334 900	

Zu 504:
Zuführungen aus 891 01 204 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnl. Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten	—	—	1 702	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	202 000	180 128	414 874
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	132 900	—	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	32 723	509 Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	—	—	20 081	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	334 900	180 128	364 551	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	4 183
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	334 900	180 128	419 057		334 900	180 128	419 057

Zu 504:
Zuführungen aus 891 01 202 000 EUR

Zu 507:
Zuführungen aus Kap. 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
4. Eine Stelle der Lohn-Gr. 4 – Sonstige Dienste – entfällt zum 1. 1. 2004.
5. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, darf mit einem aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten oder Arbeiterin/Arbeiter ein unbefristeter Arbeitsvertrag unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, daß der Abschluss des befristeten Vertrages nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. 4 Stellen der Verg.-Gr. II a –Wissenschaftlicher Dienst – und 2 Stellen der Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst – entfallen zum 1. 1. 2004.
9. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 772 700 EUR und 2003 780 500 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	
I b	1	1	1	Verwaltungsdienst	
II a	7	7	7		
V b	3	3	3		
V c	5	5	5		
VI b	6	6	6		
VII	3	3	3		
VIII	2	2	2		
II a	21	21	22	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	1	1	1	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	1	1	1	Lehrkräfte	
V b	2	2	2	Bibliotheksdienst	
VI b	4	4	4		
VII	2	2	2		
VIII	1	1	1		
IX b	1	1	1		
IV b	2	2	2	Technischer Dienst	
V c	5	5	5		
VI b	4	4	4		
VIII	1	1	1		
V b	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
VIII/VII	5	5	5	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b–VII	8	8	8		
VII	2	2	2	Sonstige Dienste	
II a	1	1	1	Lektorin, Lektor	
	89	89	90	Zusammen	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
4	1	1	1	Kraftfahrdienst	
5	3	3	3	Handwerklicher Dienst	
4	2	2	2		
1	2	2	2	Reinigungsdienst	
4	2	2	2	Sonstige Dienste	
	10	10	10	Zusammen	

Erläuterungen

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a Wissenschaftlicher Dienst	1	für das Institut für Umweltwissenschaften gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin/Wissenschaftlicher Assistent –

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	1 224 000	1 224 000	1 064 330
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	131 000	131 000	130 456
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	—
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	300 000	300 000	299 003
606	Reparaturmaterial und Fremdinstallierung	20 000	20 000	3 579
607	Sonstiges Material	773 000	773 000	631 292
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	674 000	689 000	934 708
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	11 000	11 000	10 328
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
615	Vertriebsprovision	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	310 000	325 000	289 647
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	353 000	353 000	634 733
618	Skonti	—	—	—
619	Boni und andere Aufwandsberichtigungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	622 000	620 000	321 628
63	Vergütungen für weitere Personen	9 295 000	9 244 000	9 079 962

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	9 800	9 800	9 800
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
3. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	145 000	145 000	123 000
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	46 000	46 000	17 900
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	8 800
6. Überstundenvergütung für Angestellte	700	700	600
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	29 000	29 000	28 600
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	10 100	10 100	8 800
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	—	—	—
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	5 100	5 100	4 800
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	176 000	175 000	160 100
14. Vergütungen für studentische Hilfskräfte	(s. Ziffer 13)		
15. Vergütungen für sonst. wissenschaftliche Beschäftigte	5 000	5 000	7 100
16. Vergütungen für sonst. Beschäftigte	86 000	86 000	79 200
17. Lehraufträge/Gastvorträge	60 000	60 000	52 700
18. Emeritierte Professoren 432 59/KGr. 64	816 000	816 000	784 300

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 3

Für 8 ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 2 im Frauenbüro (II a/VI b), 1 ZSB (VIII), 1 ZpB) (V c), 1 ISPA (V c), 1 Verwaltungsangestellte Hochschulrat (VI b), 0,52 V b EDV-Systemtechniker und 0,73 VII Bibliothek und anteilige Stelle für Personalrat.

Zu lfd. Nr. 5

Vergütung für 1 Auszubildenden.

Zu lfd. Nr. 7

Für 2 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 9

Lohn für 1 Auszubildenden.

Zu lfd. Nr. 13/14

Die Beträge für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte in Forschung und Lehre wurden zusammen erfasst.

Zu lfd. Nr. 18

Bezüge für 12 (12) emeritierte Professoren/-innen.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 167 000	3 163 000	3 056 252
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	80 000	79 000	68 845
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	903 000	907 000	845 775
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (GUV)	11 600	11 600	15 339
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	15 775
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	768 900	761 100	764 995
645	Veränderungen der Pensionsrückstellungen	—	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen	348 700	349 700	327 771
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	816 000	816 000	780 743
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	238 800	238 600	237 009
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	28 000	28 000	26 332
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und Entlassungen	10 000	10 000	9 203
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Trennungsgeld	11 000	11 000	10 533
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	7 000	7 000	6 596
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 925 000	1 925 000	1 511 583
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	1 239 000	1 239 000	1 238 451
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	4 000	4 000	3 579
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	208 000	208 000	207 073
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	447 000	447 000	35 586
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	9 000	9 000	8 999
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	18 000	18 000	17 895
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	238 000	238 000	234 427
680	Büromaterial und Drucksachen	88 000	88 000	87 993
681	Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Post, Telekom	89 000	89 000	88 811
685	Reisekosten	56 000	56 000	55 475
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	3 000	3 000	205
687	Öffentlichkeitsarbeit	2 000	2 000	1 943
689	Sonstige Aufwendungen Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	26 000	26 000	24 900
690	Versicherungsbeiträge, diverse	4 000	4 000	3 375
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	3 000	3 000	2 556
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	19 000	19 000	18 969
695	Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des UV	—	—	—
696	Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
697	Einstellung in den SoPo für Investitionszuschüsse	—	—	—
698	Sonstige Zuführungen zu Rückstellungen	—	—	—
699	periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	4 000	4 000	3 784
702	Grundsteuer	4 000	4 000	3 375
703	Kraftfahrzeugsteuer	—	—	409
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	17 001 000	17 013 000	16 111 366
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	16 402 000	16 414 000	15 501 603
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für lfd. Aufwendungen aus Sondermitteln	100 000	100 000	99 778
503	Erträge aus Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	499 000	499 000	509 985
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen	32 000	32 000	31 700
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	32 000	32 000	31 189
512	Erträge aus Zuwendungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für Investitionen	—	—	—
514	andere Umsatzerlöse	—	—	511
515	Erträge aus sonstigen Entgelten	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	170 000	116 000	114 840
540	Nebenerlöse	90 000	90 000	89 322
541	Sonstige Erlöse	77 000	23 000	22 910
542	Eigenverbrauch	—	—	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	3 000	3 000	2 608
544	Erträge aus Werterhöhung von Gegenständen des AV	—	—	—
545	Erträge aus Werterhöhung von Gegenständen des UV	—	—	—
546	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
547	Erträge aus der Auflösung von Sopo	—	—	—
548	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
55	Erträge aus Beteiligungen	—	—	—
551		—	—	—
552		—	—	—

Aufteilung der Drittmittel

Drittmittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		2003 EUR	2002 EUR
A. Aufwendungen			
60		57 000	57 000
61		—	—
62		75 000	75 000
63		347 000	347 000
64		99 000	99 000
65		—	—
66		—	—
67		7 000	7 000
68		46 000	46 000
	Zusammen:	631 000	631 000
B. Erträge			
50		599 000	599 000
51		32 000	32 000
54		—	—
	Zusammen:	631 000	631 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 2000

		Verg.-Gr.	Zahl
I.	**Angestellte:**		
	1. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	5
	2. Außertarifliche	—	—
	3. Tarifliche	II a	5
	4. Nichtvollbeschäftigte	II a	13
		VII	1
	Zusammen		24
II.	**Arbeiter/-innen:**	Lohn-Gr.	
		—	—
	Insgesamt		24

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0619 Medizinische Hochschule Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-5	132	Ablieferungen des Landesbetriebs ****Vgl. K-Vermerk zu 891 01 sowie HV zu 0604 - 883 02.*		—	—	—	—
121 03-3	132	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		334.000	334.000	328.249	329
121 04-1	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		214.000	—	—	—
381 01-9 (GA)	990	Zuführung von 0609 - 981 01		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-9	132	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs ** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ****1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich.* *2. Übertragbar: Nicht ausgezahlte Mittel zur Verstärkung bei 682 03, 891 01 und 0604 - 891 36.* *3. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	— — 511.292	137.381.000	137.556.000	135.545.574	112.040
682 03-5	132	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen ** Übertragbar.* ****1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich.* *2. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.*	—	3.835.000	3.835.000	3.834.689	3.835
682 05-1 (GA)	132	Zuführungen für die Stillegung und Entsorgung des TRIGA-MARK I Reaktors der Medizinischen Hochschule Hannover ** Übertragbar.*	—	862.000	1.582.000	1.319.133	1.204
682 39-6	132	Zuführungen an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	409.000	409.000	459.754	408
891 01-7	132	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs ** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ****1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich.* *2. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.* *3. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 02.*	—	5.623.000	5.623.000	5.622.523	5.623
891 25-4	132	Zuschuss an den Körperschaftshaushalt	—	—	—	1.994.038	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 19 allgemein

Die Medizinische Hochschule Hannover wird als Landesbetrieb gem. § 26 Abs.1 LHO geführt.

Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei 682 01, 682 03, 682 05, 891 01 bzw. Kap. 06 04 – 891 36, evtl. Ablieferungen des Landesbetriebs bei 121 02 nachzuweisen.

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist zu überprüfen und jährlich von der Zentralen Hochschulverwaltung festzuhalten.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.

Zu 682 01 und 682 03 gemeinsam

Vgl. Erläuterungen zu 06 19 allgemein.

Veranschlagt ist das im Erfolgsplan ermittelte Abschlussergebnis des Landesbetriebs.

Zu 682 01

Mehr für Tarifsteigerungen des Jahres 2001.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 19 344 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	102 300	—	102 300
2003	—	102 300	—	102 300
2004 ff.	—	306 800	—	306 800

Zu 682 03

Die Veranschlagung, Bewirtschaftung und Abrechnung der Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Medizinischen Hochschule Hannover obliegt dem Landesbetrieb.

Zu 891 01 und Kap. 06 04 – 891 36 gemeinsam

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit dürfen nicht in Anspruch genommene Zuführungen für laufende Zwecke (vgl. D-Vermerk zu 682 01) und Ablieferungen des Landesbetriebes aus Vorjahren (vgl. K-Vermerke) für Investitionen verwendet werden.

Zu 891 01

Vgl. Erläuterungen zu 06 19 allgemein.

Veranschlagt ist der auf diese Buchungsstelle entfallende Zuschussbedarf gem. Finanzplan.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0619 Medizinische Hochschule Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 19					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		548.000	334.000	328.249	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		548.000	334.000	328.249	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— — 511.292	142.487.000	143.382.000	141.159.150	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	5.623.000	5.623.000	7.616.561	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— — 511.292	148.110.000	149.005.000	148.775.711	
		Zuschuss		147.562.000	148.671.000	148.447.462	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Medizinische Hochschule Hannover

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	440 066 000	440 857 000	424 107 000
1.1.1	– Personalaufwand	267 986 000	268 056 000	249 104 000
1.1.2	– Sachaufwand	168 245 000	168 966 000	166 396 000
1.1.3	– Bauunterhaltung	3 835 000	3 835 000	
1.2	Erträge gesamt	440 066 000	440 857 000	424 775 000
1.2.1	– Landeszuschuss	142 487 000	143 382 000	127 056 700
1.2.2	– Sondermittel			
1.2.3	– Drittmittel gesamt	25 340 000	25 340 000	27 471 000
1.2.3.1	– DFG	6 069 000	6 069 000	6 693 000
1.2.3.2	– BMBF	4 548 000	4 548 000	7 320 000
1.2.3.3	– EU	795 000	795 000	591 000
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	3 010 000	3 010 000	4 788 000
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	10 918 000	10 918 000	8 079 000
1.2.4	– Sonstige Erträge (u.a. Gebühren, Entgelte)			
1.3	Investitionen gem. Finanzplan	11 445 000	11 445 000	20 137 700

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	6 697		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	5 334		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	1 372		
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	857	Stichtag	
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	1 363	01. 12. 1999	
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	263		
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	234		
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	112		
2.1.3.1	– Frauenanteil	9,8%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	166	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	8		
2.3.1	– Frauenanteil	—		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	345	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	433	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	3 338		
3.3.1	– in der RStZ	2 778		
3.3.2	– Frauenanteil	54,1%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	9,5%	WS 1999/2000+	
3.3.3.1	– Bildungsinländer	56,4%	SS 2000	
3.4	Absolvent(inn)en	363		
3.4.1	– grundständiges Studium	363		
3.4.1.1	– Frauenanteil	51,2%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	0	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil		SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	4		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	3		
4.2	Transferbereiche	1		
4.3	Forschergruppen	—		
4.4	Forschungszentren	—	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	1	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	4		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	2		
4.8	Promotionen pro Jahr	298	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	47,0%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	169 733 qm	30. Rahmenplan	
5.2	kapazitätsrelevante HNF	135 273 qm		

Wirtschaftsplan für die Medizinische Hochschule Hannover

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten medizinischen Hochschuleinrichtungen des Landes Niedersachsen vom 15. 3. 1999 – 23.4 – 04101/1 –.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR
1. Personalaufwendungen			
60 Löhne und Gehälter 61 Gesetzliche Sozialabgaben 62 Aufwendungen für Altersversorgung	267 125 000	267 195 000	
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	731 000	731 000	
64 Sonstige Personalaufwendungen	130 000	130 000	
Zw.-Summe	267 986 000	268 056 000	
2. Sachaufwendungen			
65 Lebensmittel	2 599 000	2 599 000	
66 Medizinischer Bedarf	72 471 000	72 471 000	
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	9 157 000	9 157 000	
68 Wirtschaftsbedarf	12 057 000	12 057 000	
69 Verwaltungsbedarf	5 019 000	5 019 000	
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	574 000	574 000	
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	17 097 000	17 097 000	
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	2 647 000	3 368 000	
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	—	—	
76 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 100 bis zu 800 EUR ohne MwSt.)	996 000	996 000	
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	47 594 000	47 594 000	
Zw.-Summe	170 211 000	170 932 000	
3. Übrige Aufwendungen			
79 Übrige Aufwendungen	1 869 000	1 869 000	

Erträge	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR
1. Betriebliche Erträge			
40 Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	230 543 000	230 543 000	
41 Erlöse aus Wahlleistungen	2 567 000	2 567 000	
42 Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	8 021 000	8 021 000	
43 Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	15 688 000	15 688 000	
44 Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	1 602 000	1 602 000	
45 Erträge aus Küche, Forschungswerkstätten u. a.	1 233 000	1 233 000	
472 Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)	15 976 000	16 697 000	
473 Zuwendungen Dritter	9 203 000	9 203 000	
Zw.-Summe	284 833 000	285 554 000	
2. Andere Erträge			
51 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26 000	26 000	
52 Erträge aus der Abgabe von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	
53 Erträge aus Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	—	—	
54 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	513 000	513 000	
55 Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	104 000	104 000	
57 Sonstige ordentliche Erträge	12 320 000	12 215 000	
58 Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV für frühere Geschäftsjahre	—	—	
59 Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	2 526 000	2 526 000	
599 Entgelte Dritter	2 363 000	2 363 000	
Zw.-Summe	17 852 000	17 747 000	
47 200 Erfolgsplan/Zuschuss	137 381 000	137 556 000	
Gesamtsumme:	440 066 000	440 857 000	

Zuschussbedarf (Titel 682 01):	137 381 000	EUR
(Titel 682 03):	3 835 000	EUR[1])
(Titel 682 05):	862 000	EUR
Zusammen	142 078 000	EUR

[1]) Ansätze der Konten 68 104, 70 011, 72 054, 72 056 und 72 059.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. Personalaufwendungen			
60 Löhne und Gehälter 61 Gesetzliche Sozialabgaben 62 Aufwendungen für Altersversorgung	267 195 000	264 859 000	246 978 000
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	731 000	731 000	567 000
64 Sonstige Personalaufwendungen	130 000	130 000	1 559 000
Zw.-Summe	268 056 000	265 720 000	249 104 000
2. Sachaufwendungen			
65 Lebensmittel	2 599 000	2 812 000	2 591 000
66 Medizinischer Bedarf	72 471 000	69 604 000	77 752 000
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	9 157 000	10 205 000	8 022 000
68 Wirtschaftsbedarf	12 057 000	12 693 000	13 053 000
69 Verwaltungsbedarf	5 019 000	5 140 000	5 377 000
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	574 000	581 000	1 307 000
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	17 097 000	17 362 000	28 896 000
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	3 368 000	3 167 000	6 987 000
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	—	—	—
76 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 100 bis zu 800 EUR ohne MwSt.)	996 000	998 000	771 000
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	47 594 000	47 672 000	21 640 000
Zw.-Summe	170 932 000	170 234 000	166 396 000
3. Übrige Aufwendungen			
79 Übrige Aufwendungen	1 869 000	1 863 000	8 607 000
Gesamtsumme:	440 857 000	437 817 000	424 107 000

Erträge	Soll 2002 EUR	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. Betriebliche Erträge			
40 Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	230 543 000	231 154 000	237 735 000
41 Erlöse aus Wahlleistungen	2 567 000	2 567 000	3 030 000
42 Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	8 021 000	8 021 000	8 375 000
43 Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	15 688 000	14 310 000	15 661 000
44 Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	1 602 000	1 602 000	1 310 000
45 Erträge aus Küche, Forschungswerkstätten u. a.	1 233 000	1 233 000	1 771 000
472 Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)	16 697 000	16 434 000	17 767 000
473 Zuwendungen Dritter	9 203 000	9 203 000	—
Zw.-Summe	285 554 000	284 524 000	285 649 000
2. Andere Erträge			
51 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26 000	26 000	121 000
52 Erträge aus der Abgabe von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	21 000
53 Erträge aus Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	—	—	—
54 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	513 000	513 000	1 281 000
55 Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	104 000	104 000	166 000
57 Sonstige ordentliche Erträge	12 215 000	12 215 000	12 284 000
58 Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV für frühere Geschäftsjahre	—	—	—
59 Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	2 526 000	2 526 000	7 321 000
599 Entgelte Dritter	2 363 000	2 363 000	4 300 000
Zw.-Summe	17 747 000	17 747 000	25 494 000
47 200 Erfolgsplan/Zuschuss	137 556 000	135 546 000	113 632 000
	440 857 000	437 817 000	424 775 000

Zuschussbedarf (Titel 682 01):	137 556 000	EUR
(Titel 682 03):	3 835 000	EUR[1])
(Titel 682 05):	1 582 000	EUR
Zusammen	142 973 000	EUR

[1]) Ansätze der Konten 68 104, 70 011, 72 054, 72 056 und 72 059.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) Deckungsfähigkeit

Die Kontengruppen des Erfolgsplans sind gegenseitig deckungsfähig.

Ausgenommen hiervon sind die Konten 68 104, 70 011, 72 054, 72 056 und 72 059 (Bauunterhaltung). Die Konten für die Bauunterhaltung sind einseitig deckungsfähig zu Lasten anderer Konten des Erfolgsplans.

Die Aufwendungen erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererträge.

Der Erfolgsplan ist insgesamt zugunsten des Finanzplans deckungsfähig.

(2) Personalaufwendungen

Die Bemerkungen zu den Übersichten über die Stellen der vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter/-innen sind verbindlich. Der Landesbetrieb ist befugt, von den Übersichten unter Beachtung des Tarifrechts im Rahmen einer eigenverantwortlichen Wirtschaftsführung abzuweichen, soweit dieses im Rahmen der Ansätze der KGr. 60 – 64 oder durch Budgetzusagen der Kostenträger dauerhaft gesichert ist oder sofern dieses befristet erfolgt. Dies gilt auch für die Schaffung zusätzlicher Stellen.

Die Allgemeinen Haushaltsvermerke A zu den Stellenplänen der Kap. 06 08 und 06 10 ff. finden Anwendung.

Die Mittel für die Beschäftigung wissenschaftlicher Hilfskräfte stehen nur für eine befristete Beschäftigung zur Verfügung.

(3) Konten 47 222, 47 223, 47 300 und 59 900

Im Rahmen von Personalaufwendungen aus den bei diesen Konten aufkommenden Erträgen können im Bedarfsfall aus Landesmitteln vergüteten Arbeitnehmern über die Vergütung (§ 26 BAT)/den Monatstabellenlohn (§ 21 Abs. 3 MTL) hinaus andere tarifliche Leistungen gewährt werden.

(4) KUGr. 570

Dem Studentenwerk Hannover in Hannover dürfen die für seine Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.

(5) Konto 59 900

Der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin erhält aus den bei diesem Konto aufkommenden Erträgen aus Blutalkoholuntersuchungen einen Anteil von 0,75 EUR je Untersuchungsfall als Nebenvergütung.

(6) Drittmittel

Die aus Drittmitteln finanzierten Aufwendungen sind übertragbar.

Aufwendungen aus Drittmitteln erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindererträge bei korrespondierenden Ertragskonten. Abweichend hiervon dürfen die Erträge (Isteinnahmen) des Instituts für Rechtsmedizin aus Blutalkoholuntersuchungen nur bis zur Höhe von 70 v. H. und die Erträge (Isteinnahmen) der Abteilung Psychiatrie aus Ermächtigungsvertrag nur bis zur Höhe von 77,5 v. H. zweckgebunden verwendet werden.

In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Deckungsmittel begründet werden, wenn es sich um Vorhaben von mindestens 250 000 EUR handelt und der MF zustimmt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

(7) Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 75 aus diesen Mitteln zu vergütende Angestellten und Arbeiter/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

(8) Freibetten

Die Hochschule ist befugt, für die Belegung von Betten aus wissenschaftlichem Interesse oder für besonders Bedürftige Freibetten im Umfang von bis zu 1 000 Berechnungstagen in Anspruch zu nehmen.

(9)
Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.

(10)
MWK wird ermächtigt, gem. § 40 Abs. 2 LHO mit Zustimmung MF in den Dienstverträgen mit Vorstandsmitgliedern außertarifliche Vergütungen zu vereinbaren.

(11)
Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

(12)
Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 = 1 179 500 EUR und in 2003 = 1 267 000 EUR für den Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten (35 %) sowie für den Beitrag zur Landesunfallkasse nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.

(13)
Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003
(ohne Baumaßnahmen)

Investitionsausgaben für:	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR
06 Technische Anlagen	230 000	230 000		1. Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	5 000	5 000	
07 Einrichtungen und Ausstattungen einschl. des Aufwandes für Festwertgüter	10 973 000	10 973 000		2. Zuweisungen der öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben			
08 Anzahlungen auf Anlagen	—	—		2.1 Kap. 06 19 Tit. 891 01 für Investitionen	5 623 000	5 623 000	
09 Immaterielle Vermögensgegenstände	242 000	242 000		2.2 Kap. 06 04 Tit. 891 36 (zum Rahmenplan nach dem HBFG angemeldete Vorhaben)	3 005 000	3 005 000	
				3. Zuschüsse aus Drittmitteln	2 812 000	2 812 000	
				4. etwaige Überschüsse	—	—	
Summe:	11 445 000	11 445 000			11 445 000	11 445 000	

Zuschussbedarf gem. Ziff. 2.1 – Deckungsmittel – (Titel 891 01): 5 623 000 EUR.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002
(ohne Baumaßnahmen)

Investitionsausgaben für:	Soll 2002 EUR	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
06 Technische Anlagen	230 000	230 100	—	1. Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	5 000	5 100	48 600
07 Einrichtungen und Ausstattungen einschl. des Aufwandes für Festwertgüter	10 973 000	11 598 400	16 688 500	2. Zuweisungen der öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben			
08 Anzahlungen auf Anlagen	—	—	3 071 000	2.1 Kap. 06 19 Tit. 891 01 für Investitionen	5 623 000	5 622 500	5 961 700
09 Immaterielle Vermögensgegenstände	242 000	241 600	378 200	2.2 Kap. 06 04 Tit. 891 36 (zum Rahmenplan nach dem HBFG angemeldete Vorhaben)	3 005 000	3 630 200	6 095 500
				3. Zuschüsse aus Drittmitteln	2 812 000	2 812 300	2 132 100
				4. etwaige Überschüsse	—	—	—
Summe:	11 445 000	12 070 100	20 137 700		11 445 000	12 070 100	14 237 900

Zuschussbedarf gem. Ziff. 2.1 – Deckungsmittel – (Titel 891 01): 5 623 000 EUR.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) KGr. 06 und 07

Die Ansätze der Kontengruppen 06 und 07 sind gegenseitig deckungsfähig.

(2) KGr. 06 und 07 sowie Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen

Die Investitionsausgaben erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen ohne Beschränkung auf den Buchwert.

(3) Drittmittel

Die Ausgaben für aus Drittmitteln finanzierte Investitionen sind übertragbar.

Investitionsausgaben aus Drittmitteln erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindererträge bei den korrespondierenden Ertragskonten. Abweichend hiervon dürfen die Deckungsmittel (Isteinnahmen) des Instituts für Rechtsmedizin aus Blutalkoholuntersuchungen nur bis zur Höhe von 70 v. H. zweckgebunden verwendet werden.

In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Deckungsmittel begründet werden, wenn es sich um Vorhaben von mindestens 250 000 EUR handelt und der MF zustimmt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

A.
Aufwendungen

Zu KGr. 60 – Löhne und Gehälter
61 – Gesetzliche Sozialabgaben
62 – Aufwendungen für Altersversorgung

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen (einschl. Einzelzahlungen) für die Planstellen und für die Stellen der beamteten Hilfskräfte und der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. Mehrarbeit und Überstunden	2 026 000	2 026 000	2 025 900	—
Bereitschaftsdienste	6 960 000	6 960 000	6 960 300	—
Rufbereitschaften	1 789 000	1 789 000	1 788 800	—
Zusammen	10 775 000	10 775 000	10 775 000	—
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	101 000	98 000	95 600	87 600
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	123 000	119 000	115 800	86 400
3. Kolleggeldpauschalen	1 000	1 000	1 200	1 200
4. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	1 318 000	1 318 000	1 317 200	1 317 200
5. Zulagen an Angestellte in Kernforschungseinrichtungen sowie für Angestellte, die in der Strahlentherapie im ambulanten Pflegedienst tätig sind	50 000	48 000	47 000	27 900
6. Auszubildende für Angestelltenberufe	2 782 000	2 738 000	2 696 800	3 005 500
7. Ständige, nur stundenweise beschäftigte Angestellte	57 000	57 000	57 500	57 500
8. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	1 859 000	1 859 000	1 859 600	1 840 700
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	141 000	141 000	136 900	181 400
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	2 420 000	2 420 000	2 420 000	834 000
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter/-innen)	126 000	126 000	126 200	46 000
12. Aushilfskräfte/Bundesanstalt für Arbeit	476 000	462 000	448 300	377 000
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	475 000	461 000	447 900	486 900
14. Praktikanten/-innen	657 000	638 000	619 100	108 700
15. Vergütung von Personen, die zivilen Ersatzdienst leisten	780 000	757 000	735 200	539 700
16. Emeritierte Professoren	1 910 000	1 855 000	1 737 200	1 883 500
17. Anwartschaft für die Altersversorgung der Beamten	3 023 000	3 023 000	3 023 700	2 331 000
18. Erstattung der Leistungen des Landes für die gesetzliche Unfallversicherung der Angestellten und Arbeiter	597 000	347 000	596 600	664 700
19. Beschäftigung von vollbeschäftigten Angestellten für Laboruntersuchungen externer Auftraggeber	1 044 000	1 013 000	983 800	449 500
Drittmittel*):	15 234 000	15 234 000	15 236 500	15 236 500

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu lfd. Nr. 4

Für 67 (67) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, davon:

6 Verg.-Gr. I b
8 Verg.-Gr. II a
7 Verg.-Gr. V b
20 Verg.-Gr. V c
3 Verg.-Gr. VI b
5 Verg.-Gr. VII
6 Verg.-Gr. VIII
1 Verg.-Gr. VIII/VII
1 Verg.-Gr. IX/VII

2 Verg.-Gr. Kr. VI
1 Verg.-Gr. Kr. V a
6 Verg.-Gr. Kr. V
1 Verg.-Gr. Kr. III

Zu lfd. Nr. 6

Für die Vergütung von
290 (290) Auszubildenden für Angestelltenberufe, davon

228 (228) Lernschwestern/-pfleger
2 (2) für den Beruf eines/einer Biologie-/Chemielaboranten/-in
20 (20) für den Beruf eines/ einer Arzthelfers/ -in
16 (16) für den Beruf eines/ einer zahnärztlichen Helfers/ -in
24 (24) für Berufe der Informations-, Telekommunikationstechnik, einschl. Bürokommunikation.

Zu lfd. Nr. 8

Für 95 (95) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte, davon 42 Klinisches Hauspersonal und 53 im Wirtschafts-, Versorgungs- und technischen Dienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 9

Für die Vergütung von
18 (18) Auszubildenden für Arbeiterberufe, davon

11 (11) für den Beruf eines/einer Tierpflegers/-in
7 (7) für den Beruf eines/einer Industriemechanikers/-in.

Zu lfd. Nr. 12

Für die Beschäftigung von Aushilfskräften im Rahmen der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (vgl. Konto 47 211).

Zu lfd. Nr. 14

Für Beschäftigungsentgelte von
27 (27) Praktikanten/-innen, davon
14 (14) für den Beruf eines/einer Krankengymnasten/-in
6 (6) für den Beruf eines/einer Masseurs/-in und med. Bademeisters/- in
4 (4) für den Beruf eines/einer Sozialarbeiters/-in
3 (3) für den Beruf eines/einer Erziehers/-in

Zu lfd. Nr. 19

Bezüge für 28 (26) emeritierte Universitätsprofessoren/- innen.

Zu KGr. 63 – Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen

1. Beihilfen	726 000 EUR
2. Fürsorgemaßnahmen (insbesondere bei Dienstunfällen)	1 000 EUR
Drittmittel*):	4 000 EUR
Zusammen	731 000 EUR

Zu KGr. 64 – Sonstige Personalaufwendungen

1. Trennungsgeld abgeordneter oder versetzter Bediensteter und Umzugskostenvergütungen	79 000 EUR
2. Hepatitis-Schutzimpfungen für gefährdetes Personal	41 600 EUR
3. Prüfungskosten für Auszubildende	9 400 EUR
Zusammen	130 000 EUR

Zu KGr. 65 – Lebensmittel

Die Ansätze beinhalten die Aufwendungen für die Verpflegung für Kranke einschl. Sonderkost und Formelkost sowie die Sonderverpflegung der Blutspender und für das Personal (u.a. Landesbedienstete, Studenten, Gäste und betriebseigener Kindergarten).

Die Aufwendungen erhöhen sich um die Erlöse aus Warenautomaten bei Konto 45 016.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 66 – Medizinischer Bedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
66 00	Arznei-, Heil- und Hilfsmittel	17 392 000	17 392 000	16 832 700	15 001 200
66 02	Blut, Blutkonserven und Blutersatzmittel	9 129 000	9 129 000	9 000 000	13 774 000
66 03	Verbandsmittel	903 000	903 000	899 500	782 300
66 04	Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	13 001 000	13 001 000	12 532 700	12 460 400
66 06	Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Medizinische Gase	1 638 000	1 638 000	1 245 000	2 165 900
66 07	Röntgenbedarf	2 734 000	2 734 000	2 728 300	2 911 800
66 08	Laborbedarf	8 128 000	8 128 000	7 995 000	10 943 100
66 09	Entgelte für Untersuchungen in fremden Instituten	934 000	934 000	929 600	2 114 200
66 10	EKG, EEG und Sonographie	126 000	126 000	123 300	224 000
66 11	Bedarf der physikalischen Therapie	54 000	54 000	12 500	5 200
66 12	Apothekenbedarf, Desinfektionsmaterial	152 000	152 000	150 900	168 900
66 13	Implantate	9 600 000	9 600 000	8 928 500	11 133 900
66 14	Transplantate	3 298 000	3 298 000	2 854 000	3 675 800
66 15	Dialysebedarf	916 000	916 000	911 600	1 105 400
66 16	Kosten für Krankentransporte	151 000	151 000	150 200	95 500
66 17	Sonstiger medizinischer Bedarf	1 519 000	1 519 000	1 515 500	1 190 900
Drittmittel*):		2 796 000	2 796 000	2 795 700	2 767 000
		72 471 000	72 471 000	69 605 000	80 519 500

Zu KUUGr. 66 00

Davon 76 700 EUR für die Durchführung von Hepatitis-B-Schutzimpfungen für Studenten.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 67 – Wasser, Energie, Brennstoffe

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
67 000	Wasser/Abwasser	1 413 000	1 413 000	1 437 600	1 372 400
67 100	Strom	4 322 000	4 322 000	5 272 000	3 345 400
67 110	Fernwärme	2 808 000	2 808 000	2 868 200	2 599 700
67 200	Heizgas/Sonstige Brennstoffe	614 000	614 000	626 800	704 800
Drittmittel		—	—	—	1 900
		9 157 000	9 157 000	10 204 600	8 024 200

Zu KGr. 68 – Wirtschaftsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
68 00	Verbrauchsmittel	734 000	734 000	791 900	1 018 900
68 01	Wäsche u. a.	457 000	457 000	486 700	806 600
68 100/ 68 101	Fremdreinigung	9 508 000	9 508 000	9 850 200	9 684 200
68 102– 68 110	Andere Leistungen durch Dritte	1 334 000	1 334 000	1 539 800	1 543 200
Drittmittel*):		24 000	24 000	24 000	51 700
		12 057 000	12 057 000	12 692 600	13 104 600

Zu KGr. 69 – Verwaltungsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
69 00	Materialaufwendungen	1 713 000	1 713 000	1 802 600	2 108 900
69 10/ 69 11	Bezogene Leistungen	2 539 000	2 539 000	2 570 400	3 267 800
Drittmittel*):		767 000	767 000	766 900	1 163 900
		5 019 000	5 019 000	5 139 900	6 540 600

Zu Konto 69 000

Davon 16 200 EUR für das Frauenbüro.

Zu Konto 69 110

1. Prüfungs- und Beratungskosten der Wibera	59 000	EUR
2. Steuerberatungskosten	12 000	EUR
3. Gerichts- und Anwaltskosten	23 000	EUR
4. Unterstützungsauftrag für SAP	506 000	EUR
Zusammen	600 000	EUR

Zu KUUGr. 69 11

Ausgewiesen werden neben Rechts- und Beratungskosten (Konto 69 110) auch Beiträge an Vereine, Verbände und Organisationen (u.a. Deutsche Krankenhausgesellschaft, Niedersächsische Krankenhausgesellschaft, Zentrum für Hochschulsport, Medizinischer Fakultätentag, Europäische Rektorenkonferenz).

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 70 – Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
70 01	NLBV, Staatshochbauamt	538 000	538 000	544 900	1 271 000
70 02	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen/ Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen	36 000	36 000	35 800	35 800
Drittmittel*):		—	—	—	12 600
		574 000	574 000	580 700	1 319 400

Zu KUUGr. 70 01

Veranschlagt sind u. a. die Entschädigung für die Baubetreuung durch das zuständige Staatshochbauamt im Rahmen der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des Landesbetriebs (15 v. H. der Ansätze bei den Konten 72 054 und 72 056).

Zu KUUGr. 70 02

Ersatz der Aufwendungen des KVN gem. der zwischen ihr und der Hochschule geschlossenen Vereinbarung über die Abrechnung von Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen.

Zu KGr. 72 – Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
72 00	Instandhaltung i. S. von § 17 Abs. 4 Satz 2 KHG	1 786 000	1 786 000	1 782 700	2 166 400
72 01	Instandhaltung Medizintechnik	5 635 000	5 635 000	5 705 100	6 796 600
72 02	Instandhaltung Technische Anlagen	2 365 000	2 365 000	2 459 500	2 379 800
72 03	Instandhaltung Einrichtung und Ausstattung	1 620 000	1 620 000	1 633 000	2 846 200
72 04	Gesetzliche Überwachung	162 000	162 000	240 800	305 300
72 05	Instandhaltung Gebäude/Außenanlagen	5 295 000	5 295 000	5 306 600	11 091 600
72 07	Instandhaltung Fahrzeuge und sonstige Instandhaltung	29 000	29 000	29 400	96 200
72 08	Instandhaltung Staatshochbauamt	—	—	—	3 214 500
Drittmittel*):		205 000	205 000	204 500	265 900
		17 097 000	17 097 000	17 361 600	29 162 500

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 73 – Steuern, Abgaben, Versicherungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
730	Grundsteuer/ Kraftfahrzeugsteuer	51 000	51 000	52 800	47 200
731	Sonstige Abgaben	1 723 000	2 443 000	2 251 600	6 073 600
732	Versicherungen	873 000	874 000	862 900	865 800
Drittmittel*):		—	—	—	22 400
		2 647 000	3 368 000	3 167 300	7 009 000

Zu KUGr. 731

Enthalten sind 1 582 000 EUR (2002) und 862 000 EUR (2003) für die Entsorgung des TRIGA-Mark I-Reaktors.

Zu KGr. 78 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
78 00	Ausgleichbeträge nach § 4 Abs. 1 und 2 BPflV	—	—	—	—
78 10	Sachaufwand der Ausbildungsstätten	601 000	601 000	631 300	379 300
78 20	Mieten und Pachten	22 471 000	22 471 000	22 367 500	1 801 900
78 22	Nicht aufteilbare Frachten	44 000	44 000	44 400	60 600
78 24	Akademische Lehrkrankenhäuser	1 327 000	1 327 000	1 379 000	1 232 600
78 25	Bücher (bis 100 EUR ohne MwSt.)	530 000	530 000	530 300	294 700
78 26	Fort- und Weiterbildung, Lehraufträge usw.	655 000	655 000	666 800	467 000
78 27	Erstattungen von Personal- und Sachkosten	12 735 000	12 735 000	12 735 500	9 074 900
78 28	Arbeitstherapie/Beschäftigungs- und Sozialtherapie	28 000	28 000	29 600	29 300
78 29	Sonstiger Aufwand für Studierende	245 000	245 000	329 300	463 400
783	Sonstige Kostenerstattungen	5 532 000	5 532 000	5 532 900	7 835 900
Drittmittel*):		3 426 000	3 426 000	3 425 700	3 085 900
		47 594 000	47 594 000	47 672 300	24 725 500

Zu KUUGr. 78 10

Die Lehrkräfte erhalten eine Stundenvergütung gem. RdErl. des MK vom 28. 4. 1994 (Nds. MBl. S. 883), zuletzt geändert mit RdErl. v. 24. 5. 1996 (Nds. MBl. S. 983).

Zu KUUGr. 78 20

Veranschlagt sind Nutzungsentgelte für Liegenschaften in Höhe von 19 344 000 EUR.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KUUGr. 78 24

Für 187 Ausbildungsplätze an den Akademischen Lehrkrankenhäusern wird pro Jahr und Ausbildungsplatz eine Gesamtpauschale in Höhe von 7 100 EUR gezahlt. Die Pauschale beinhaltet Personal- und Sachkosten sowie ein Essensgeld.

Zu KUUGr. 78 26

Enthalten sind Vergütungen für Lehraufträge, Gastvorträge und Gastprofessuren. (Davon 62 200 EUR für Lehraufträge.)

Zu KUUGr. 78 27

Pauschale Erstattung der durch Lehre und Forschung verursachten Mehrkosten für das nicht wissenschaftlich ausgebildete Personal sowie der zusätzlichen Sachausgaben sowie Erstattung der durch den Betrieb poliklinischer Einrichtungen verursachten Personal- und Sachkosten, gemindert um die Kosten für das vom Land gestellte wissenschaftliche Personal gemäß der Vereinbarung vom 5. 5. 1978 über die Nutzung des Krankenhauses Oststadt der Landeshauptstadt Hannover in der Fassung des Änderungsvertrages vom 25. 11. 1986 / 22. 1. 1987 sowie Vereinbarung vom 5. 5. 1978 über die Nutzung der Hautklinik Linden in der Fassung des Änderungsvertrages vom 8. 12. 1982 und der Vereinbarung vom 17. 9./9. 10. 1992 über die Nutzung des Annastifts.

Für das Oststadtkrankenhaus sind Ausgleichszahlungen von 12 473 000 EUR veranschlagt.

Zu KUGr. 783

Enthalten sind Kostenerstattungen für Herzoperationen im Krankenhaus Oststadt in Höhe von 3 998 000 EUR.

Zu KGr. 79 – Übrige Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
79 00	Außerordentliche Aufwendungen aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV	—	—	—	—
79 10	Aufwand aus Abgabe von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—	809 500
79 20	Schadenersatzleistungen	84 000	84 000	83 900	169 000
79 21-79 24	Sonstige Aufwendungen	15 000	15 000	16 100	150 400
79 30	Periodenfremde Aufwendungen	1 770 000	1 770 000	1 762 800	7 478 300
Drittmittel*):		—	—	—	147 500
		1 869 000	1 869 000	1 862 800	8 754 700

Zu KUUGr. 79 22

Für die Einschaltung der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der Norddeutschen Ärztekammern in allen Auseinandersetzungen über Schadenersatzforderungen von Patienten aus der Behandlung.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

B. Erträge

Zu KGr. 40 und 41 gemeinsam

An planmäßigen Betten sind vorhanden:

Bezeichnung der Klinik	Zahl der betriebenen Betten			Nachrichtlich: Zahl der zuschlagspflichtigen Betten	
	Normalpflege	Intensivpflege	Zusammen	in Einbettzimmern	in Zweibettzimmern*)
Aufnahmestation	20	—	20	—	—
Med. Klinik	204	58	262	11	12
Interdiszipl. Station f. Knochenmarktransplantationen	—	16	16	—	—
Chirurgische Klinik	239	48	287	10	10
Urologie	51	—	51	2	4
Institut für Klinische Radiologie	24	—	24	1	3
Institut für Nuklearmedizin	18	—	18	—	—
Kinderklinik	162	19	181	18	29
HNO-Klinik	87	—	87	4	5
Augenklinik	41	—	41	3	5
Neurochirurgische Klinik	69	7	76	4	5
Neurologische Klinik	78	—	78	4	4
Psychiatrische Klinik	116	—	116	4	4
Psychosomatische Klinik	14	—	14	—	—
Anästhesie	—	12	12	—	—
Zahn-, Mund- und Kieferklinik	34	4	38	2	1
Zusammen:	1 157	164	1 321	63	82

dazu

Tagesklinik d. Psych. Klinik	20 Plätze
Akutdialyse	4 Plätze
Auffangdialyse	6 Plätze
Onkologische Tagesklinik	10 Plätze
Pädiatrische Tagesklinik	4 Plätze
Gastroenterologische Tagesklinik	10 Plätze

Belegungsdaten:

Planbetten mit Intensiv	1 321
Planbetten ohne Intensiv	1 157
Nutzungsgrad der Planbetten	81,75 %
Berechnungstage im Budgetbereich	375 360
Verweildauer	9,1
Belegungstage im Fallpauschalen -Bereich	39 684
Vollstationäre Fälle im Budgetbereich	38 931
Fälle mit Fallpauschale	3 219
Berechnungstage für Basispflegesatz (vollstationär)	355 564

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 40 – Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
40 01/ 40 02	Basispflegesatz	37 907 000	37 907 000	41 046 300	36 498 300
40 03/ 40 04/ 40 05	Abteilungspflegesätze	123 784 000	123 784 000	126 601 300	122 234 800
40 10	Fallpauschalen	48 448 000	48 448 000	43 341 800	50 180 200
40 11	Sonderentgelte	20 404 000	20 404 000	20 164 300	27 755 700
40 40	Ausgleichsbeträge	—	—	—	1 066 000
		230 543 000	230 543 000	231 153 700	237 735 000

Zu KGr. 41 – Erlöse aus Wahlleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
41 100	1-Bett-Zimmer	1 166 000	1 166 000	1 166 100	1 299 200
41 110	2-Bett-Zimmer	1 371 000	1 371 000	1 371 500	1 728 700
41 300	Begleitperson	4 000	4 000	4 100	2 200
41 310	Telefon	26 000	26 000	25 800	—
		2 567 000	2 567 000	2 567 500	3 030 100

Zu Konto 41 100

6 953 Tage à 167,— EUR rd. 1 166 000 EUR

Zu Konto 41 110

20 477 Tage à 67,— EUR rd. 1 371 000 EUR

Zu Konto 41 300

41 Tage à 99,— EUR rd. 4 000 EUR

Zu KGr. 42 – Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
42 00	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen	2 146 000	2 146 000	2 145 300	2 651 100
42 01	Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen	1 745 000	1 745 000	1 745 100	1 758 200
42 02	Sozialleistungsträger, z.B. Sozialämter, Jugendämter	442 000	442 000	442 200	379 000
42 03	Sonstige Erlöse aus amb. Leistungen	661 000	661 000	660 300	628 600
42 04– 42 05	Selbstzahler	1 424 000	1 424 000	1 424 300	1 429 000
42 06	Laboruntersuchungen für externe Auftraggeber	1 378 000	1 378 000	1 378 400	1 226 100
42 07	Nierenlithotripsie	38 000	38 000	38 200	21 200
42 08	Sachkosten/Privatpatienten – ZMK –	38 000	38 000	38 000	136 800
42 09	Mukoviszidose-Ambulanz	149 000	149 000	149 100	144 800
		8 021 000	8 021 000	8 020 900	8 374 800

Zu KGr. 43 – Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
43 00	Stationärer Bereich – Vorteilsausgleich	2 385 000	2 385 000	2 385 400	4 369 100
43 10	Ambulanter Bereich – Vorteilsausgleich	2 537 000	2 537 000	2 274 100	2 283 200
43 11	Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen/Privatpatienten	9 749 000	9 749 000	8 738 900	7 985 300
43 40	Vorteilsausgleich aus sonstigen Nebentätigkeiten	520 000	520 000	466 100	593 000
43 41	Vorteilsausgleich und Sachkosten aus sonstigen Nebentätigkeiten	497 000	497 000	445 800	430 100
		15 688 000	15 688 000	14 310 300	15 660 700

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KUGr. 472 – Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
47 20	MWK*)	4 696 000	5 417 000	5 153 800	13 424 700
47 21	Bund/Ersatzdienstpflichtige/Bundesanstalt für Arbeit/Emeriten	318 000	318 000	317 700	2 237 500
47 22	Öffentliche Hand/Sonstige Zuschüsse	10 962 000	10 962 000	10 962 100	12 032 300
47 23	Bund/Betreuung ausländischer Studenten/Graduiertenförderung*)	—	—	—	45 400
47 24	Sonstiges	—	—	—	814 000
		15 976 000	16 697 000	16 433 600	28 553 900

Zu KUUGr. 47 20

Für die Entsorgung des TRIGA-MARK I Reaktors sind Mittel in Höhe von 1 582 000 EUR für 2002 und 862 000 EUR für 2003 enthalten.

*) Zuweisungen überwiegend aus Haushaltsmitteln des Landes, die nach Art und Höhe bei Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht ausreichend exakt vorausgeschätzt werden können und die wegen ihrer Zweckgebundenheit ohne Auswirkungen auf den Zuschussbedarf bei Kapitel 06 19 sind.

Zu KGr. 57 – Sonstige ordentliche Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
57 0	Mieteinnahmen	780 000	780 000	781 000	846 000
57 1	Erstattungen, Rückvergütungen u. ä.	200 000	200 000	199 700	521 500
57 2	Kindergarten	218 000	218 000	218 200	222 800
57 3	Erstattung Oststadtkrankenhaus u. sonstige Personalkostenerstattungen	10 274 000	10 274 000	10 273 000	9 302 300
57 5–57 7	Erträge aus Verkäufen und Arbeitsleistungen	74 000	74 000	73 900	57 000
57 9	Gebühren und sonstige Erträge und Erstattungen	669 000	669 000	669 600	1 334 600
57 33	Erstattung Studiengebühren Langzeitstudierender	105 000	—	—	—
		12 320 000	12 215 000	12 215 400	12 284 200

Zu KUGr. 570

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	Mietpreis/jährlich
Verkaufsraum mit Nebenraum	15	3 900 EUR
Kellerraum (Vorratslager)	80	

Zu KUGr. 575

Veranschlagt sind auch Erträge aus der Tätigkeit von psychisch Kranken, die zu ihrer Rehabilitation arbeitstherapeutisch eingesetzt werden.

Zu KUGr. 579

Der Anteil der Aufträgen Dritter entstammenden Mittel, die gem. Bewirtschaftungsvermerk Nr. 6 Abs. 2 Satz 2 zum Erfolgsplan und Nr. 3 Abs. 2 Satz 2 zum Finanzplan nicht zweckgebunden verwendet werden dürfen, beträgt 193 300 EUR.

Vgl. Übersicht über die Drittmittel.

Zu KUGr. 599 – Entgelte Dritter

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
59 900	Entgelte Dritter	2 363 000	2 363 000	2 363 200	4 299 900
		2 363 000	2 363 000	2 363 200	4 299 900

Zu Konto 59 900

Davon entfallen auf

a) das sportmedizinische Untersuchungszentrum	10 000 EUR
b) die Bibliothek	— EUR
c) das Institut für Rechtsmedizin (Blutalkoholuntersuchungen)	511 000 EUR
d) die Abteilung Psychiatrie (Ermächtigungsvertrag)	133 000 EUR
e) Sonstige Aufträge Dritter	1 902 000 EUR

Zu c) und d): Aufgrund von Nr. 6 Abs. 2 Satz 2 der Bewirtschaftungsvermerke sind die berücksichtigten Erträge um 193 000 EUR niedriger veranschlagt als das erwartete Aufkommen. Dieser Betrag ist in dem Ansatz der KUGr. 57 9 enthalten.

Vgl. Übersicht über die Drittmittel.

Erläuterungen zum Finanzplan

Zu Ziff. 3 – Deckungsmittel –

Davon entfallen auf

a) das Institut für Rechtsmedizin (Blutalkoholuntersuchungen)	13 000 EUR
b) die Abteilung Psychiatrie (Ermächtigungsvertrag)	3 000 EUR
c) Sonstige Aufträge Dritter (ohne Landessportbund Niedersachsen und Bibliothek	240 000 EUR

Zu KGr. 06

Die im Finanzplan bei der KGr. 07 enthaltenen Investitionen aus Zuführungen bei 06 04 – 891 36 in Höhe von jeweils 3,005 Mio EUR sind bei dieser Zweckbestimmung erläutert.

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60–62
(Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte[1])	
Außertariflich C 3[37])	6	6	—		
Außertariflich[30])	3	3	3		
I[36])	1	1	1		
I a[5])[33])[36])	48	48	47		
I b[34])[36])	358	358	354		
II a[6])[35])	116	116	116		
II a[2])[3])[7])[31])	368	368	366	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
III[8])	21	21	19		
IV a[9])	69	69	65		
IV b[26])[10])[19])	91	91	90		
V b[11])	281	281	286		
V c	560	560	549		
VI b[12])[20])[22])[28])	323	323	318		
VII[22])[13])	321	321	325		
VIII[29])	125	125	128		
IX b	6	6	5		
X	3	3	4		
IX b–VII	27	27	27		
VIII/VII	53	53	53		
Kr. XII	1	1	1		
Kr. XI	1	1	1		
Kr. X	5	5	5		
Kr. IX	7	7	7		
Kr. VIII	25	25	27		
Kr. VII	85	85	85		
Kr. VI	542	542	548		
Kr. V a	295	295	295		
Kr. V[23])	637	637	657		
Kr. IV	2	2	2		
Kr. III	56	56	56		
Kr. II[32])	2	2	2		
Kr. I	1	1	1		
	4 439	4 439	4 443	Zusammen	

[1]) Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 3 zum Stellenplan.

[2]) Wird für Angestellte in einem befristeten Arbeitsverhältnis die Arbeitszeit auf die Hälfte herabgesetzt, dürfen die Stellen für je 2 Kräfte in Anspruch genommen werden.

[3]) Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. I b BAT einzustufen sind.

[4]) frei (entfallen: kw)

[5]) Die Leiterin des betriebsärztlichen Dienstes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. I a BAT eingruppiert.

[6]) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. II a BAT (Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses) für das Zentrum Pharmakologie und Toxikologie – Abt. Molekularpharmakologie –.

[7]) Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk Nr. 9.

[8]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Biometrie, Informatik und Medizintechnik – Abt. Biometrie –).

[9]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Biometrie, Informatik und Medizintechnik – Abt. Medizinische Informatik –).

[10]) Ein Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als leitende(r) Kardiotechniker(in) außertariflich in Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert.

[11]) 1 ku nach Verg.-Gr. V c BAT für das Zentrum Pathologie und Rechtsmedizin – Abt. Neuropathologie –.

[12]) 2 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor und 1 ku nach Verg.-Gr. VII für die Einrichtungen gemeinsam (Tumorzentrum).

[13]) 5 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor.

[14]) 1 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor.

[15]) Krankenpflegekräfte der Poliklinik „Strahlentherapie“ und der Poliklinik der Abteilung für Nuklearmedizin und spezielle Biophysik erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit in diesen Polikliniken übertariflich die gleiche Zulage, die den unter die Protokollerklärung Nr. 1 Buchst. d) der Anlage 1 b zum BAT fallenden Pflegepersonen gewährt wird. Die übertarifliche Regelung gilt ebenfalls nur für die in der Protokollerklärung Nr. 1 genannten Vergütungsgruppen.

[16]) Der Leiter der Sachzentrale ist bis zur tarifvertraglichen Neuregelung für die Dauer seiner Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. Kr. VII BAT eingruppiert.

1 Krankenschwester ist übertariflich in Verg.-Gr. Kr. VIII BAT eingruppiert.

[17]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Krankenpflegedienst).

[18]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für den Krankenpflegedienst).

[19]) 1 ku nach Verg.-Gr. VI b bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen

[20]) Die Hauswirtschaftsleiterin des Bereichs Eigenreinigung bei der Haus- und Liegenschaftsabteilung der Verwaltung der Kliniken ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VII BAT und nach dreijähriger Bewährung in ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

[22]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Psychologische Medizin – Abt. Psychosomatik –).

[23]) Die Stellen sind ohne Mittel ausgebracht.

Ihre Inanspruchnahme ist nur vorübergehend für Kräfte der Verg.-Gr'n Kr. IV und Kr. V im Rahmen der Ansätze für Personalaufwand des Pflege- und Funktionspersonals zulässig, wenn bei einem zu erwartenden Freiwerden einer Stelle aus zwingenden betrieblichen Gründen die Einstellung der Nachfolgekraft oder der Abschluss eines Arbeitsvertrages bereits vor dem Freiwerden der Stelle erforderlich ist.

Die auf diesen Stellen geführten Kräfte sind auf die nächsten freiwerdenden mit Mitteln ausgestatteten Stellen ihrer Verg.-Gr. zu übernehmen.

[24]) Abweichend von Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/98 dürfen die Leerstellen auch für Kräfte in Anspruch genommen werden, die unter Fortfall der Vergütung länger als 3 Monate beurlaubt sind.

Soweit es aus zwingenden betrieblichen Gründen erforderlich ist, dürfen ausnahmsweise mit den zur Vertretung eingestellten Kräften unbefristete Arbeitsverhältnisse begründet werden. In diesen Fällen ist, soweit erforderlich, Nr. 3 Abs. 2 i. V. m. Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass ein Ausgleich innerhalb der Ansätze für den Personalaufwand des Pflege- und Funktionspersonals erfolgt.

[25]) 1 ku nach Verg.-Gr. Kr. V bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[26]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für die Allgemeine Verwaltung).

[27]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Pathologie und Rechtsmedizin – Abt. Rechtsmedizin –).

[28]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Anästhesiologie – Abt. Anästhesiologie –).

[29]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für die Abt. Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie).

[30]) Die Stellen sind für die neue Leitungsstruktur nach § 125 a Abs. 2 NHG vorgesehen und dürfen nur mit Zustimmung des MF besetzt werden.

[31]) Davon 1 Stelle zum 1. 1. 2005 zu verlagern in das Kap. 06 08.

[32]) Davon 1 kw zum 31. 12. 2003.

[33]) Davon 43 Stellen für den wissenschaftlichen Dienst.

[34]) Davon 353 Stellen für den wissenschaftlichen Dienst.

[35]) Davon 103 Stellen für den wissenschaftlichen Dienst.

[36]) Bis zu 100 Stellen für den Abschluss von leistungsbezogenen Angestelltenverträgen mit Oberärzten.

[37]) Davon

1 kw zum 31. 10 2005 (Experimentelle Hämatologie)

1 kw zum 31. 7. 2006 (Kardiovaskuläres Tissue Engineering)

1 kw zum 31. 8. 2006 (Transplantationsmedizin)

3 kw 5 Jahre nach Besetzung (Hepatozytentransplantation, Perinatale Infektiologie, Rehabilitationswissenschaften)

Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Arbeiter/-innen	[1]) 1 ku nach Lohn-Gr. 6 bei Ausscheiden des Stelleninhabers und 1 ku nach Verg.-Gr. VIII – Medizinisch-technischer Dienst – für das Zentrum Laboratoriumsmedizin – Abt. Klinische Chemie I –.
9	4	4	4		[2]) 2 ku nach Lohn-Gr. 2 a bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
8[1])	9	9	9		[3]) kw.
6	74	74	74		[4]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für die Allgemeine Verwaltung).
5	44	44	44		
4	47	47	47		
3[1])[2])	68	68	68		
2 a[4])	230	230	230		
2	166	166	166		
IV	1	1	1		
II	4	4	4		
	647	647	647	Zusammen	
				Leerstellen:[3])	
6	—	—	—		
5	—	—	—		
4	—	—	—		
3	—	—	—		
2 a	—	—	—		
2	—	—	—		
	—	—	—	Zusammen	

Erläuterungen

Nachweis über die Zahl und Eingruppierung der Angestellten/Arbeiter/-innen, die mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt sind und aus Drittmitteln der KGr. 60 bis 63 vergütet werden (vgl. Nr. 7 der Bewirtschaftungsvermerke zum Erfolgsplan).

Verg.-Gr.	Zahl
Angestellte	
I	1
I a	2
I b	2
II a	5
IV a	1
IV b	6
V b	10
V c	4
VI b	10
VII	8
VIII	5
Kr. VII	2
Kr. VI	6
Kr. V	3
Kr. V a	3
Zusammen	68

Übersicht über die Drittmittel

1. Ansätze im Wirtschaftsplan für die Geschäftsjahre 2002/2003

1.1 Erfolgsplan
1.11 Ertragskonten

Konten	Bruttoerträge	**abzüglich** Zuführung zu den allgemeinen Deckungsmitteln/ Konto 57 994	Ansatz
47 222			5 901 000 EUR
47 223			4 294 000 EUR
47 224			767 000 EUR
47 300			9 203 000 EUR
59 900			
a) Sportmedizinisches Untersuchungszentrum	10 000 EUR		
b) Bibliothek	— EUR		
c) Rechtsmedizin	511 000 EUR	153 000 EUR*)	
d) Abt. Psychiatrie	133 000 EUR	40 000 EUR**)	
e) Sonstige Aufträge Dritter	1 902 000 EUR		
	2 556 000 EUR	193 000 EUR	2 363 000 EUR
		Summe	22 528 000 EUR

*) 30 % von 511 000 EUR
**) 22,5 % von 133 000 EUR

1.12 Aufwandskonten

Kontengruppen	Ansatz
60 – 62	15 234 000 EUR
63	4 000 EUR
66	2 796 000 EUR
68	24 000 EUR
69	767 000 EUR
72	205 000 EUR
76	72 000 EUR
78	3 426 000 EUR
Summe	22 528 000 EUR

1.2 Finanzplan
1.21 Deckungsmittel/Investitionen

Konten	Bruttoerträge	**abzüglich** Zuführung zu den allgemeinen Deckungsmitteln/ Konto 57 994	Ansatz
Drittmittel ohne Aufträge Dritter			2 561 100 EUR
Aufträge Dritter			
a) Sportmedizinisches Untersuchungszentrum	— EUR		
b) Bibliothek	— EUR		
c) Rechtsmedizin	13 000 EUR	3 900 EUR*)	
d) Abt. Psychiatrie	3 000 EUR	600 EUR**)	
e) Sonstige Aufträge Dritter	240 000 EUR		
	256 000 EUR	4 500 EUR	251 500 EUR
		Summe	2 812 600 EUR

*) 30 % von 13 000 EUR
**) 22,5 % von 3 000 EUR

1.3 Zuführungen zu den allgemeinen Deckungsmitteln/ Konto 57 994

Erfolgsplan (gem. Ziff. 1.11)	193 000 EUR
Finanzplan (gem. Ziff. 1.21)	4 500 EUR
Summe	197 500 EUR

2. Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 1. 1. 2001

Aus Erträgen des Kontos:

47 121 Sonstige Mittel Dritter/öffentliche Hand

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I b	1
	II a	11
	V c	2
	VI b	3
	VII	1
b) Nichtvollbeschäftigte	II a	5
	IV a	1
	IV b	1
	Zusammen	25 (45)

I

47 222 DFG/Zuweisung

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I a	1
	I b	2
	II a	35
	IV b	5
	V b	14
	V c	14
	VI b	3
	VII	5
b) Nichtvollbeschäftigte	II a	47
	IV b	1
	V b	2
	V c	1
	VI b	3
	VIII	1
	Insgesamt	129 (128)

47 223 Bund/Wissenschaftsförderung

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I	1
	I a	1
	I b	4
	II a	8
	IV a	3
	V b	2
	V c	2
	VI b	3
	VII	1
b) Nichtvollbeschäftigte	II a	10
	IV b	1
	V b	2
	V c	1
	VI b	1
	Insgesamt	40 (73)

Übersicht über die Drittmittel

47 300 Mittel Dritter/nicht öffentliche Hand

		Verg.-Gr.	Zahl
I.	Angestellte		
	a) Vollbeschäftigte	I a	3
		I b	8
		II a	31
		IV a	2
		IV b	7
		V b	13
		V c	7
		VI b	5
		VII	7
		VIII	1
		Kr. VI	4
		Kr. V a	3
		Kr. V	2
		Kr. IV	1
	b) Nichtvollbeschäftigte	I b	2
		II a	14
		IV b	2
		V c	2
		VI b	2
		VII	5
		VIII	2
		Kr. VI	6
		Kr. V	1
		Zusammen	130 (145)
II.	Arbeiter		
	a) Vollbeschäftigte	Lohn-Gr. 2 a	1
	b) Nichtvollbeschäftigte		1
		Zusammen	2 (2)
		Insgesamt	132 (147)

59 900 Entgelte Dritter

		Verg.-Gr.	Zahl
I.	Angestellte		
	a) Vollbeschäftigte	I b	4
		II a	29
		IV a	1
		IV b	3
		V b	10
		V c	9
		VI b	2
		VII	10
		VIII	5
		Kr. V a	2
	b) Nichtvollbeschäftigte	I b	3
		II a	8
		IV a	1
		IV b	4
		V b	2
		V c	2
		VI b	3
		VII	1
		Insgesamt	99 (104)

Übersicht über die Lehrmittel

1. Ansätze im Wirtschaftsplan für die Geschäftsjahre 2002/2003

1.1 Erfolgsplan

Kontengruppen		
66	912 000	EUR
68	106 000	EUR
69	408 000	EUR
72	318 000	EUR
76	44 000	EUR
78	933 000	EUR
79	16 000	EUR
Summe	2 737 000	EUR

Der Anteil der Lehrmittel im Erfolgsplan ist in den einzelnen Kontengruppen betragsmäßig nicht abgegrenzt.

1.2 Finanzplan

Der Anteil der Lehrmittel im Finanzplan ist nicht betragsmäßig abgegrenzt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0621 Tierärztliche Hochschule Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-9	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	70.303	—
121 03-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		176.000	176.000	174.044	—
121 04-5	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		24.000	—	—	—
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-2	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	435.000 435.000 434.598	51.674.000	50.384.000	46.781.929	—
682 03-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	2.037.000	2.037.000	2.037.294	—
682 39-0	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	94.000	94.000	93.566	—
685 41-0	139	Zuführungen an das Lehr- und Forschungsgut Ruthe	—	357.000	379.000	—	—
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	517.000	511.000	503.929	—
		Abschluss Kapitel 06 21					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		200.000	176.000	244.347	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		200.000	176.000	244.347	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	435.000 435.000 434.598	54.162.000	52.894.000	48.912.789	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	517.000	511.000	503.929	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	435.000 435.000 434.598	54.679.000	53.405.000	49.416.718	
		Zuschuss		54.479.000	53.229.000	49.172.371	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 21 allgemein:

Die Tierärztliche Hochschule Hannover wird seit 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	806	91 500 EUR
Erfrischungsraum	153	
Mensa Bünteweg	488	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	435 000	—	435 000
2004	—	—	435 000	435 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	435 000	—	435 000
2003	—	—	435 000	435 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 7 282 000 EUR (davon 136 000 EUR für das Lehr- und Forschungsgut Ruthe) (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	427,8	171,0
2. Investitionen über 25 000 EUR im Einzelfall		
Ultrazentrifuge	—	116,0
Videoendoskop	—	40,0
Ausstattung Lehrgebäude 1 Institut für Tierökologie	—	46,0
VW–Transporter Klinik für kleine Klauentiere	—	29,0
2 Rohfaser-Bestimmungsgeräte	—	42,0
HPLC–Anlage, Institut für Reproduktionsmedizin	—	35,0
Operationstisch, Klinik für Rinderkrankheiten	—	32,0
Evaporative Light Scattering Detector	32,6	—
UW–Mehrkanal–Fotometer	25,6	—
PCR–Maschine Multi Cycler Institut für Tierzucht	31,0	—
Zusammen	517,0	511,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Tierärztliche Hochschule Hannover

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	65 635 300	64 333 300	51 052 100
1.1.1	– Personalaufwand	42 667 400	41 344 900	38 870 600
1.1.2	– Sachaufwand	20 930 900	20 951 400	12 181 500
1.1.3	– Bauunterhaltung	2 037 000	2 037 000	*)
1.2	Erträge gesamt	65 623 300	64 333 300	*)
1.2.1	– Landeszuschuss	53 805 000	52 515 000	*)
1.2.2	– Sondermittel	—	—	*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt	11 818 300	11 818 300	12 451 100
1.2.3.1	– DFG	—	—	—
1.2.3.2	– BMBF	—	—	—
1.2.3.3	– EU	—	—	—
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	—
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	—
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	—	—	*)
1.3	Investitionen gemäß Finanzplan	1 044 600	1 038 600	738 200

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	960		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	676		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	181		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	152	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	284	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	71		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	65		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	57		
2.1.3.1	– Frauenanteil	10,5%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	66	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	2		
2.3.1	– Frauenanteil	—		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	234	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	261	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	1752		
3.3.1	– in der RStZ	1232		
3.3.2	– Frauenanteil	79,3%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	6,3%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	9,9%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr	—		
3.4.1	– grundständiges Studium	229		
3.4.1.1	– Frauenanteil	83%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	0	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	—	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	1		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	—		
4.2	Transferbereiche	—		
4.3	Forschergruppen	—		
4.4	Forschungszentren	—	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	—	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	—		
4.7	EU-Projekte	6		
4.8	Promotionen pro Jahr	159	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	66%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	73 299	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	43 511		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Tierärztliche Hochschule Hannover

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9 326 200	9 346 700	—	50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentl. Zuschussgeber	57 692 900	56 402 900	—
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 440 200	2 440 200	—	501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	53 805 000[1])	52 515 000	—
62	Löhne und Vergütungen	6 377 500	6 405 000	—	502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	33 010 800	31 658 700	—	503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	3 887 900	3 887 900	—
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 279 100	3 281 200	—	51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	4 015 600	4 015 600	—
66	Sonst. Personalaufwendungen	558 900	558 900	—	54	Sonstige betriebliche Erträge	3 926 800	3 914 800	—
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8 991 000	8 991 000	—	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68	Aufwendungen für Kommunikation	872 900	872 900	—	58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	716 500	716 500	—					
70	Betriebliche Steuern	62 200	62 200	—					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—					
	Summe der Aufwendungen	65 635 300	64 333 300	—		Summe der Erträge	65 635 300	64 333 300	—

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	51 674 000	EUR
682 03	2 037 000	EUR
682 39	94 000	EUR
Zusammen	53 805 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9 346 700	8 323 321	9 813 300	50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentl. Zuschussgeber	56 402 900	52 800 652	44 418 600
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 440 200	2 440 345	298 600	501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	52 515 000[1])	48 912 789	38 601 000
62	Löhne und Vergütungen	6 405 000	6 212 248	8 196 100	502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	31 658 700	29 367 854	29 269 500	503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	3 887 900	3 887 863	5 817 600
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 281 200	4 171 973	864 700	51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	4 015 600	4 015 635	2 246 300
66	Sonst. Personalaufwendungen	558 900	558 893	540 300	54	Sonstige betriebliche Erträge	3 914 800	3 914 860	4 387 200
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8 991 000	7 746 634	703 400	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68	Aufwendungen für Kommunikation	872 900	861 220	775 900	58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	716 500	986 435	590 300					
70	Betriebliche Steuern	62 200	62 224	—					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—					
	Summe der Aufwendungen	64 333 300	60 731 147	51 052 100		Summe der Erträge	64 333 300	60 731 147	51 052 100

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	50 384 000	EUR
682 03	2 037 000	EUR
682 39	94 000	EUR
Zusammen	52 515 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	517 000[1])	511 000	—
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	527 600[2])	527 600	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	527 600	527 600	—	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	517 000	511 000	—	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 044 600	1 038 600	—		1 044 600	1 038 600	—

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	511 000[1])	503 929	738 200
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	527 600[2])	1 509 078	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	24 500	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	527 600	—	180 200	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	160 546	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	511 000	2 173 553	533 500	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 038 600	2 173 553	738 200		1 038 600	2 173 553	738 200

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.
3. Soweit ausreichend Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

   1 Verg.-Gr. VI b BAT Technischer Dienst zum 31. 12. 2004
   1 Verg.-Gr. V b BAT Datenverarbeitungsdienst zum 31. 12. 2004
   im Rahmen des Hochschulstrukturkonzeptes und

   1 Verg.-Gr. IV a BAT Verwaltungsdienst zum 31. 12. 2005
   1 Verg.-Gr. IV a BAT Datenverarbeitungsdienst zum 31. 12. 2005
   2 Verg.-Gr. V c BAT Verwaltungsdienst zum 31. 12. 2005
   infolge Zielvereinbarung bis 2003.
5. Die Stellen für Angestellte verringern sich zum 31. 12. 2005 um eine Stelle der Verg.-Gr. III BAT infolge Zielvereinbarung bis 2003.
6. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
7. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 1 940 300 EUR und in 2003 1 884 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
8. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearen Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	[1]) Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 3 zum Stellenplan.
I b	1	1	1	Verwaltungsdienst	[2]) Die/Der leitende Operationsschwester/-pfleger der Klinik für kleine Haustiere ist für die Dauer ihrer/seiner Tätigkeit außertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert und erhält eine persönliche Zulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen der Grundvergütung der Verg.-Gr. V c BAT und der Verg.-Gr. Kr. VII BAT.
II a	3	3	4		
III	2	2	2		
IV a	2	2	2		
IV b	2	2	2		
V b	2	2	3		
V c	15	15	15		
VI b	26	26	26		
VII	15	15	14		
VIII	6	6	6		[3]) Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung ist eine Angestellte im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
II a[1])	39	39	41	Tierärztlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	[4]) Davon darf eine Stelle nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Parasitologie).
IV b	1	1	1	Angestellte in med. Hilfsberufen und med.-techn. Berufen	
V b	21	21	21		
V c[2])	33	33	33		
VI b	28	28	28		
VII	5	5	5		
I b	5	5	5	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	16	16	12		
II a	9	9	9	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	1	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
V b	2	2	2		
V c[3])	1	1	1		
VI b	1	1	1		
VIII	3	3	3		
II a	2	2	2	Technischer Dienst	
III	2	2	2		
IV a	1	1	1		
IV b	2	2	2		
V b	13	13	14		
V c	25	25	25		
VI b[4])	50	50	50		
VII	7	7	7		
VIII	11	11	11		
III	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	4	4	4		
IV b	2	2	2		
V b	2	2	1		
VI b	1	1	1		
IX b–VII	3	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst	
	365	365	364	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	[1]) Davon darf eine Stelle nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Klinik für kleine Klauentiere).
4[1])	11	11	11	Kraftfahrdienst	
8	2	2	2	Handwerklicher Dienst	
6	2	2	2		
5	9	9	9		
4	5	5	5		
4	2	2	1	Labordienst	
3	4	4	4		
2 a	6	6	6		
2	1	1	1		
1	1	1	1		
1	41	41	41	Reinigungsdienst	
8	1	1	1	Sonstige Dienste	
6	1	1	1		
5	34	34	34		
4	27	27	28		
3	1	1	1		
2	1	1	1		
	149	149	149	Zusammen	

Erläuterungen zu der Übersicht

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	1	für das Institut für Zoologie gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Universitäts-professorin, Universitätsprofessor –

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	9 326 200	9 346 700	8 323 321
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	6 207 600	6 228 100	5 204 747
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	869 200	869 200	869 196
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	2 249 400	2 249 400	2 249 378
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	2 440 200	2 440 200	2 440 345
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	2 440 200	2 440 200	2 440 345
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	6 377 500	6 405 000	6 212 248
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	33 010 800	31 658 700	29 367 854

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	43 400	43 400	43 409
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	53 700	53 700	53 686
3. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	71 600	71 600	71 581
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	30 200	30 200	20 166
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	271 000	271 000	270 985
6. Überstundenvergütung für Angestellte	71 600	71 600	71 581
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	544 500	544 500	544 526
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	28 500	28 500	28 479
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	316 100	316 100	316 132
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter 11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	135 300	135 300	135 339
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	53 300	53 300	53 277
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	175 400	175 400	175 424
14. Entschädigung eine(s)/-r Professor(s)/-in für die nebenamtliche Leitung der Lehranstalt zur Ausbildung technischer Assistenten/-innen	800	800	767

Bemerkungen

Zu Nr. 3

Für 3 ständig nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt,
davon
1 für das Frauenbüro,
1 für das Institut für Pharmakologie, Toxikologie und Pharmazie,
1 für das Fachgebiet „Geschichte der Veterinärmedizin und der Haustiere“.

Zu Nr. 5

Vergütung für 25 Auszubildende.

Zu Nr. 7

Für 32 ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen – davon 29 Reinigungskräfte – deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu Nr. 9

Lohn für 29 Auszubildende.

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 279 100	3 281 200	4 171 973
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	37 300	37 300	87 891
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	1 846 700	1 903 000	2 748 398
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	70 900	71 000	54 054
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	976 000	922 200	933 849
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	348 200	347 700	347 781
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	558 900	558 900	558 893
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	68 800	68 800	68 820
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	18 800	18 800	18 815
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	471 300	471 300	471 258
668	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8 991 000	8 991 000	7 746 634
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	7 158 000	7 158 000	5 916 005
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	39 400	39 400	39 369
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	651 600	651 600	651 590
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	147 400	147 400	145 105
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	994 600	994 600	994 565
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	872 900	872 900	861 220
680	Büromaterial und Drucksachen	409 800	409 800	409 801
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	11 700	11 700	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	129 400	129 400	129 408
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	306 500	306 500	306 468
686	Gästebewirtung und Repräsentation	2 000	2 000	2 045
687	Öffentlichkeitsarbeit	13 500	13 500	13 498
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	716 500	716 500	986 435
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	2 300	2 300	2 250
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	484 500	484 500	754 513
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	229 700	229 700	229 672
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	62 200	62 200	62 224
702	Grundsteuer	54 800	54 800	54 810
703	Kraftfahrzeugsteuer	7 400	7 400	7 414
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	57 692 900	56 402 900	52 800 652
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	53 805 000	52 515 000	48 912 789
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	3 887 900	3 887 900	3 887 863
504	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	—	—	—
509	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	4 015 600	4 015 600	4 015 635
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	1 397 700	1 397 700	1 397 719
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	2 457 400	2 457 400	2 457 371
512	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für Investitionen	160 500	160 500	160 545
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	3 926 800	3 914 800	3 914 860
540	Nebenerlöse	3 822 100	3 822 100	3 822 111
541	Sonstige Erlöse	104 700	92 700	92 749
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	2002 EUR	2003 EUR
A. Aufwendungen		
60	7 635 100	7 635 100
61	42 800	42 800
62	239 300	239 300
63	3 128 800	3 128 800
64	—	—
66	273 300	273 300
67	1 100	1 100
68	308 300	308 300
69	185 000	185 000
70	4 600	4 600
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	11 818 300	11 818 300
B. Erträge		
50	4 856 700	4 856 700
51	3 469 300	3 469 300
54	3 492 300	3 492 300
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	11 818 300	11 818 300

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 2000

I. Angestellte:

Verg.-Gr.	Zahl
I b	1,5
II a	27,38
IV a	1
IV b	1,5
V b	2
V c	4,5
VI b	6,73
VII	5,5
VIII	1,94
IX	0,23
Zusammen	52,28

II. Arbeiter/-innen:

Lohn-Gr.	Zahl
6 a	1
4	1
Zusammen	2
Insgesamt	54,28

Wirtschaftsplan

des Lehr- und Forschungsgutes Ruthe der Tierärztlichen Hochschule Hannover
für das Wirtschaftsjahr 2001/2002
(Betrieb gem. § 26 LHO)

Wirtschaftsplan des Lehr- und Forschungsgutes Ruthe

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

(LF 214 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	219 856	209 630	220 758,50
Tierproduktion	835 962	588 395	502 973,00
Forstwirtschaft, Jagd	767	767	825,53
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	7 669	5 113	10 194,25
Summe Umsatzerlöse	1 064 254	803 905	734 751,28
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	—
Erhöhung Tierbestand Entschädigung	—	—	7 094,17
Erstattung Lehre und Forschung	173 839	163 613	163 613,40
zeitraumfremder Ertrag	—	—	30 478,65
außerordentlicher Ertrag	—	—	330,65
sonstige betriebliche Erträge	132 936	267 201	133 900,74
Erträge insgesamt	1 371 029	1 234 719	1 070 168,89
besondere Forschung	74 137	71 581	69 368,55
Lehrkurse	61 355	38 347	60 267,05
Übungsherde	7 669	7 669	7 669,38
Betriebliche Erträge	1 514 190	1 352 316	1 207 473,87

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	84 363	74 137	68 623,64
Tierproduktion	587 986	455 561	281 707,87
Forstwirtschaft, Jagd	307	307	315,98
sonstiger Materialaufwand	138 049	30 678	150 272,85
Summe Materialaufwand	810 705	560 683	500 920,34
Personalaufwand	613 550	582 873	550 897,57
Abschreibungen	230 081	178 952	287 002,91
Unterhaltung	132 936	117 597	140 263,46
Betriebsversicherungen	15 339	17 895	13 499,13
sonstiger Betriebsaufwand	17 895	147 354	17 970,46
zeitraumfremde Aufwendungen	21 986	16 361	13 993,87
Aufwand insgesamt:	1 842 492	1 621 715	1 524 547,74
besondere Forschung	74 137	71 581	69 368,55
Lehrkurse	61 355	38 347	60 267,05
Übungsherde	7 669	7 669	7 669,38
Betriebliche Aufwendungen	1 985 653	1 739 312	1 661 852,72
Betriebsergebnis	–471 463	–386 996	–454 378,85
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Finanzergebnis	—	—	—
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	—	—	—
sonstige Steuern	—	—	—
Gewinn/Verlust	–471 463	–386 996	–454 378,85

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind
a) Angestellte
b) Lohnempfänger

Zu a)
4 BAT (davon 1 teilzeitbeschäftigt)

Zu b)
11 vollbeschäftigt
5 teilzeitbeschäftigt
3 Auszubildende

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	75 000	92 033	—	1. Abschreibungen	137 618	102 259	72 086,65
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	62 618	10 226	89 242,10	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge, Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges (Milchquote)	—	—	41 924,95				
Finanzbedarf	137 618	102 259	131 167,05	Finanzdeckung	137 618	102 259	72 086,65

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Elektrifizierung der Maschinenhalle	6 000 EUR
Anbindung und Ausstattung Maschinenhalle	18 000 EUR
Vernetzung Güllesystem Schweinestall	15 000 EUR
Ersatz der Getreideannahme	36 000 EUR
insgesamt:	75 000 EUR

Zu 2.:

Ersatz Pflanzenschutzspritze	33 000 EUR
Ersatz Milchtank mit Reinigung	18 000 EUR
Ersatz Grubber zur Bodenbearbeitung	11 618 EUR
insgesamt:	62 618 EUR
Zusammen:	137 618 EUR

Ersatzinvestitionen i. Wj. 2000/2001 = 98 618 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	–471 463	–386 996	–454 378,85
+ nicht verwendete Abschreibungen	92 463	76 693	214 916,26
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	379 000	310 303	239 462,59
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 01	379 000	310 303	239 462,59
Ablieferung	—	—	—

Wirtschaftsplan

des Lehr- und Forschungsgutes Ruthe der Tierärztlichen Hochschule Hannover
für das Wirtschaftsjahr 2002/2003
(Betrieb gem. § 26 LHO)

Wirtschaftsplan des Lehr- und Forschungsgutes Ruthe

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 214 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	224 968	219 856	234 998,97
Tierproduktion	869 196	835 962	957 953,93
Forstwirtschaft, Jagd	767	767	768,50
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	7 669	7 669	412,60
Summe Umsatzerlöse	1 102 600	1 064 254	1194 134,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	—
Erhöhung Tierbestand Entschädigung	—	—	—
Erstattung Lehre und Forschung	178 952	173 839	163 613,40
zeitraumfremder Ertrag	—	—	1 498,13
außerordentlicher Ertrag	—	—	3 700,37
sonstige betriebliche Erträge	132 936	132 936	128 276,30
Erträge insgesamt:	1 414 488	1 371 029	1491 222,20
besondere Forschung	76 694	74 137	71 580,86
Lehrkurse	61 355	61 355	38 346,90
Übungsherde	7 669	7 669	7 669,38
Betriebliche Erträge:	1 560 206	1 514 190	1608 819,34

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
Materialaufwand:			
Pflanzenproduktion	84 363	84 363	76 607,13
Tierproduktion	587 986	587 986	581 845,22
Forstwirtschaft, Jagd	307	307	—
sonstiger Materialaufwand	138 049	138 049	223 169,99
Summe Materialaufwand	810 705	810 705	881 622,34
Personalaufwand	646 784	613 550	609 983,97
Abschreibungen	230 081	230 081	432 329,17
Unterhaltung	138 049	132 936	220 117,20
Betriebsversicherungen	17 895	15 339	15 559,12
sonstiger Betriebsaufwand	17 895	17 895	66 578,80
zeitraumfremde Aufwendungen	19 429	21 986	23 477,42
Aufwand insgesamt	1 880 838	1 842 492	2249 668,02
besondere Forschung	76 694	74 137	71 580,86
Lehrkurse	61 355	61 355	38 346,90
Übungsherde	7 669	7 669	7 669,38
Betriebliche Aufwendungen:	2 026 556	1 985 653	2367 265,16
Betriebsergebnis	–466 350	–471 463	–758 445,82
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Finanzergebnis	—	—	—
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	—	—	—
sonstige Steuern	—	—	—
Gewinn/Verlust	–466 350	–471 463	–758 445,82

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind
a) Angestellte
b) Lohnempfänger

Zu a)
4 BAT (davon 1 teilzeitbeschäftigt)

Zu b)
11 vollbeschäftigt
5 teilzeitbeschäftigt
3 Auszubildende

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	28 121	75 000	130 763,34	1. Abschreibungen	120 731	137 618	161 837,85
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	92 610	62 618	15 877,91	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	13 191,33	3. Buchwertabgänge, Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	2 005,27	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	120 731	137 618	161 837,85	Finanzdeckung	120 731	137 618	161 837,85

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:
Ersatz der Getreideanlage 28 121 EUR
insgesamt: 28 121 EUR

Zu 2.:
Ersatz Schlepper DEUTZ 46 016 EUR
Ersatz Kreiseldrillkombination 31 256 EUR
Ersatz Futterstation Schweinestall 15 338 EUR
insgesamt: 92 610 EUR
Zusammen: 120 731 EUR

Ersatzinvestitionen i. Wj. 2000/2001 = 120 731 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 2000/2001 EUR
+/– Gewinn/Verlust	–466 350	–471 463	–758 445,82
+ nicht verwendete Abschreibungen	109 350	92 463	270 491,32
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	1 156,03
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	-357 000	-379 000	486 798,47
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 01	357 000	379 000	486 798,47
Ablieferung	—	—	—

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0622 Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-2	135	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-0	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		106.000	106.000	106.042	—
121 04-9	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		90.000	—	—	—
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-6	135	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	10.000 10.000 10.226	12.650.000	12.686.000	12.604.521	—
682 03-2	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	192.000	153.000	107.371	—
682 39-3	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	15.000	15.000	15.236	—
891 01-4	135	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	92.000	97.000	92.033	—
		Abschluss Kapitel 06 22					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		196.000	106.000	106.042	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		196.000	106.000	106.042	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.000 10.000 10.226	12.857.000	12.854.000	12.727.128	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	92.000	97.000	92.033	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	10.000 10.000 10.226	12.949.000	12.951.000	12.819.161	
		Zuschuss		12.753.000	12.845.000	12.713.119	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 22 allgemein:

Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig wird ab 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	733	8 800 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen , die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2000 ausgebrachte VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	65 500	—	—	65 500
2003	65 500	—	—	65 500
2004	65 500	—	—	65 500
2005	65 500	—	—	65 500
2006 bis 2007	131 000	—	—	131 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2000 ausgebrachte VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	76 700	—	—	76 700
2003	76 700	—	—	76 700
2004	76 700	—	—	76 700
2005	76 700	—	—	76 700
2006 bis 2009	306 800	—	—	306 800

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 üpl. in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2000 ausgebrachte VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	10 300	—	—	10 300
2003	10 300	—	—	10 300
2004	10 300	—	—	10 300
2005	10 300	—	—	10 300
2006 bis 2009	41 200	—	—	41 200

Noch zu 682 01

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	10 300	—	—	10 300
2003	—	10 300	—	10 300
2004	—	—	10 300	10 300

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	10 300	—	10 300
2003	—	—	10 300	10 300

Auf Nutzungsentgelte entfallen 905 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Erweiterung Sicherheitsschränke Geb. 40	—	10,3
2. Sanierung Lager Druckgrafik Geb. 01	—	20,5
3. Mobile Beschallungsanlage Darstellendes Spiel	—	12,0
4. Digitaler Schnittplatz Medienwerkstatt	—	8,0
5. Präsentationseinheit Filmstudio, Freie Kunst	—	8,0
6. Professionelle DV-Kamera IMF	—	12,2
7. Erweiterung Absaugung f. Keramiköfen, Freie Kunst	25,5	—
8. Werkstatt Abformtechnik/Bildhauerei 1. Abschnitt	15,3	—
9. EDV-Arbeitsplätze; Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	25,2	—
10. Sonstige Investitionen	26,0	26,0
Zusammen	92,0	97,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Hochschule für bildende Künste Braunschweig

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt mit Finanzplan	13 331 000	13 328 000	10 243 600
1.1.1	– Personalaufwand	10 374 000	10 388 000	7 914 300
1.1.2	– Sachaufwand	2 765 000	2 787 000	2 329 300
1.1.3	– Bauunterhaltung	192 000	153 000	*)
1.2	Erträge gesamt	13 331 000	13 328 000	*)
1.2.1	– Landeszuschuss	12 857 000	12 854 000	*)
1.2.2	– Sondermittel	150 000	150 000	*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt	170 000	170 000	222 500
1.2.3.1	– DFG	—	—	—
1.2.3.2	– BMBF	—	—	—
1.2.3.3	– EU	—	—	—
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	77 700
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	—
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	154 000	154 000	*)
1.3	Investitionen gemäß Finanzplan	300 000	568 500	356 700

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	174		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	98		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	51		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	45	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	76	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	10		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	5		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	47		
2.1.3.1	– Frauenanteil	12,8%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	53	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	2		
2.3.1	– Frauenanteil	50%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	138	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	251	SS 2000	
3.3	Studierende (Personen)	1 037		
3.3.1	– in der RStZ	793		
3.3.2	– Frauenanteil	58%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	9,3%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	29,8%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr			
3.4.1	– grundständiges Studium	84		
3.4.1.1	– Frauenanteil	57,1%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	27	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	59,3%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01. 04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	6		
4.8	Promotionen pro Jahr	159	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	66%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	20 997	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	13 715		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	630 000	630 000	—	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	12 857 000[1])	12 854 000	—
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	85 000	76 000	—	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	150 000	150 000	—
62	Löhne und Vergütungen	630 000	740 000	—	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	50 000	50 000	—
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	8 254 000	8 194 000	—	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	120 000	120 000	—
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1 450 000	1 420 000	—	54	Sonstige betriebliche Erträge	144 000	144 000	—
66	Sonst. Personalaufwendungen	40 000	34 000	—	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 760 000	1 740 000	—	58	Außerordentliche Erträge	10 000	10 000	—
68	Aufwendungen für Kommunikation	325 000	342 000	—					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	155 000	150 000	—					
70	Betriebliche Steuern	2 000	2 000	—					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
	Summe der Aufwendungen	13 331 000	13 328 000	—		Summe der Erträge	13 331 000	13 328 000	—

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen aus:

06 22 – 682 01		12 650 000 EUR
06 22 – 682 03		192 000 EUR
06 22 – 682 39		15 000 EUR
	Zusammen	12 857 000 EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	630 000	818 000	448 000	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	12 854 000[1])	12 727 128	10 200 000
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	76 000	69 649	112 400	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	150 000	127 823	280 000
62	Löhne und Vergütungen	740 00	727 000	588 000	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	50 000	—	77 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	8 194 000	7 960 000	7 400 000	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	120 000	196 592	129 000
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1 420 000	1 415 000	1 250 000	54	Sonstige betriebliche Erträge	144 000	93 106	114 000
66	Sonst. Personalaufwendungen	34 000	29 000	23 500	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 740 000	1 866 000	556 000	58	Außerordentliche Erträge	10 000	—	5 000
68	Aufwendungen für Kommunikation	342 000	196 000	280 000					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	150 000	64 000	145 900					
70	Betriebliche Steuern	2 000	—	1 200					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
	Summe der Aufwendungen	13 328 000	13 144 649	10 805 000		Summe der Erträge	13 328 000	13 144 649	10 805 000

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen aus:

06 22 – 682 01		12 686 000 EUR
06 22 – 682 03		153 000 EUR
06 22 – 682 39		15 000 EUR
	Zusammen	12 854 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	92 000[1])	97 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	208 000	471 500	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	300 000	568 500		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	300 000	568 500			300 000	568 500	

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen aus 06 22 – 891 01 = 92 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	97 000[1])	92 033	392 000
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	471 500[2])	307 798	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	568 500	387 048	392 000	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	12 783	—	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	568 500	399 831	392 000		568 500	399 831	392 000

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen aus 06 22 – 891 01 = 97 000 EUR
[2]) Davon Zuführungen bzw. Einnahmen aus 06 04 – 891 36 = 296 500 EUR (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. 1 Verg.-Gr. I b – Wissenschaftlicher Dienst –
   kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers
   (Studiengang Industriedesign)
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistung eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.

   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. 2 Verg.-Gr. IV a – Datenverarbeitungsdienst –
   (ehemalige ZEDV) kw bis zum 31. 12. 2003 infolge Zielvereinbarung 2003.
6. Die Zuführung für laufenden Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   1 Verg.-Gr. III BAT – Verwaltungsdienst – zum 31. 12. 2005
   1 Verg.-Gr. IV a BAT – Verwaltungsdienst zum 31. 12. 2005
   1 Verg.-Gr. V c BAT – Verwaltungdienst – zum 31. 12. 2005
   infolge Zielvereinbarung bis 2003 (Projekt Uni 2001).
7. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 1 254 300 EUR und in 2003 1 284 300 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644 – Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten – sowie KuGr. 642 – Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse –).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	
II a	1	1	1	Verwaltungsdienst	
III[6])	1	1	1		
IV a[6])	2	2	2		
V c[6])	4	4	3		
VI b	9	9	10		
VII	6	6	5		
I b	1	2	2	Wissenschaftlicher Dienst[2])	
II a	12	12	11		
II a	1	1	1	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
IV a[5])	3	3	3	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	1	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	2	2	2		
VI b	3	3	3		
VII	1	1	1		
III	1	1	1	Technischer Dienst	
IV b	1	1	1		
V b	1	1	2		
V c	14	14	13		
VI b	3	3	3		
IX b–VII	3	3	4	Schreib- und Fernschreibdienst	
VII	1	1	1	Sonstige Dienste	
	71	72	71	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
6	—	—	1	Technischer Dienst	
5	1	1	—		
4	1	1	—	Handwerklicher Dienst	
3	1	1	2		
3	2	2	2	Hausmeisterdienst	
2 a	4	4	4	(auch Boten und Pförtner)	
	9	9	9	Zusammen	

Erläuterungen

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	– wissenschaftlicher Dienst – gegen Wegfall einer Stelle der Bes.-C 2 BBesO Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor
Verg.-Gr. VI b	1	– Verwaltungsdienst – Hebung von Verg.-Gr. VII
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	– Verwaltungsdienst – Hebung nach Verg.-Gr. VI b
Zusammen	1	

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	infolge wirksamwerdens des Bewirtschaftungsvermerks Nr. 2 zum 01. 07. 2002
Zusammen	1	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	630 000	630 000	818 220
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	2 000	2 000	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	2 000	2 000	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	5 000	5 000	251 095
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	159 000	159 000	153 388
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	130 000	130 000	—
607	Sonstiges Material	330 000	330 000	413 737
608	Aufwendungen für Waren	2 000	2 000	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	85 000	76 000	70 609
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	6 000	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	10 000	10 000	—
613	Weitere Fremdarbeiten	12 000	10 000	—
614	Frachten und Fremdlager	2 000	1 000	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	25 000	25 000	18 969
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	30 000	30 000	51 640

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	630 000	740 000	726 699
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	8 254 000	8 194 000	7 959 792

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR	Bemerkungen
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	
2. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte (= 6 Teilzeitangestellte)[1])	143 000	140 000	135 697	
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—	
4. Auszubildende für Angestelltenberufe (= 2/1 Plätze)	22 500	22 000	10 635	
5. Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen (= 7, bisher 11 Teilzeitarbeiter/innen)	127 500	125 000	194 547	
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	6 000	6 000	6 135	
8. Auszubildende für Arbeiterberufe (= 5/6 Plätze)	56 300	55 000	63 810	
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	1 000	1 000	511	
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	18 000	18 000	17 895	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	100 000	80 000	—	

[1]) 3 0,5 VI b BAT und 3 0,5 II a BAT

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1 450 000	1 420 000	1 414 745
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	s. Kontengr. 62	s. Kontengr. 62	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	s. Kontengr. 63	s. Kontengr. 63	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	9 300	9 300	17 793
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	1 275 000	1 245 000	1 233 441
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	23 000	23 000	22 241
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	142 700	142 700	141 270
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	40 000	34 000	28 632
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	15 000	12 000	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	1 000	1 000	1 023
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	12 500	11 000	5 010
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	8 500	7 000	3 835
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	1 000	1 000	18 764
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	1 000	1 000	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	1 000	1 000	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 760 000	1 740 000	1 866 011
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	1 177 000	1 177 000	1 406 820
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	15 000	15 000	10 226
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	505 000	490 000	407 346
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	307
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	5 000	2 000	409
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	58 000	56 000	40 903
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	325 000	342 000	196 132
680	Büromaterial, Drucksachen	46 000	50 000	46 067
681	Zeitungen und Fachliteratur	5 000	6 000	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	168 000	180 000	105 173
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	33 000	33 000	12 629
686	Gästebewirtung und Repräsentation	2 000	2 000	1 023
687	Öffentlichkeitsarbeit	70 000	70 000	31 240
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	1 000	1 000	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	155 000	150 000	63 860
690	Versicherungsbeiträge, diverse	3 000	3 000	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	5 000	5 000	3 988
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	1 000	1 000	1 022
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	146 000	141 000	58 850
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	2 000	2 000	256
702	Grundsteuer	—	—	—
703	Kraftfahrzeugsteuer	100	100	256
709	Sonstige betriebliche Steuern	1 900	1 900	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	13 057 000	13 054 000	12 854 951
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	12 857 000	12 854 000	12 727 128
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	150 000	150 000	127 823
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	50 000	50 000	—
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	120 000	120 000	196 592
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	120 000	120 000	196 592
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	144 000	144 000	93 106
540	Nebenerlöse	85 000	85 000	32 518
541	Sonstige Erlöse	59 000	59 000	60 588
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge (= Spenden)	10 000	10 000	—
581	Spenden	10 000	10 000	—
589	Sonstige außerordentliche Beträge	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel 2003/2002

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel 2002/2003	Sondermittel 2002/2003
A. Aufwendungen			
60		8 000	—
61		5 000	15 000
62		—	—
63		124 000	120 000
64		—	—
66		2 000	—
67		70 000	—
68		3 000	3 000
69		—	12 000
70		2 000	—
75		—	—
76		—	—
	Zusammen:	214 000	150 000
B. Erträge			
50		50 000	150 000
51		120 000	—
54		44 000	—
57		—	—
58		—	—
	Zusammen:	214 000	150 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0623 Hochschule für Musik und Theater Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-6	135	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-4	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		106.000	106.000	110.235	—
121 04-2	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		27.000	—	—	—
381 01-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	135	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	—	16.252.000	16.302.000	16.130.850	—
682 03-6	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	192.000	230.000	276.353	—
682 39-7	135	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 01-8	135	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	218.000	216.000	213.055	—
		Abschluss Kapitel 06 23					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		133.000	106.000	110.235	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		133.000	106.000	110.235	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	16.444.000	16.532.000	16.407.203	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	218.000	216.000	213.055	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.662.000	16.748.000	16.620.258	
		Zuschuss		16.529.000	16.642.000	16.510.023	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 23 allgemein:

Die Hochschule für Musik und Theater wird seit dem 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen , die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Aufgrund der 1992 üpl. bewilligten Verpflichtungsermächtigung für die Anmietung von Räumen:

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2000 ausgebrachte VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	66 000	—	—	66 000

Aufgrund der 1997 üpl. bewilligten Verpflichtungsermächtigung für die Anmietung von Räumen:

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 üpl. in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2000 ausgebrachte VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	99 000	—	—	99 000
2003	99 000	—	—	99 000
2004	99 000	—	—	99 000
2005	99 000	—	—	99 000
2006 bis 2010	495 000	—	—	495 000

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 931 000 EUR
(vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffungen Cembalo u. Flügel	—	52
2. Ersatzbeschaffungen Pianos	54	—
3. Sonstige Investitionen	164	164
Zusammen	218	216

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Hochschule für Musik und Theater Hannover

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	16 733 200	16 821 200	12 182 080*)
1.1.1	– Personalaufwand	14 005 100	14 055 100	10 132 600*)
1.1.2	– Sachaufwand	2 536 100	2 536 100	2 049 480*)
1.1.3	– Bauunterhaltung	192 000	230 000	—
1.2	Erträge gesamt	16 733 200	16 821 200	12 432 201*)
1.2.1	– Landeszuschuss	16 444 000	16 532 000	12 158 609*)
1.2.2	– Sondermittel	102 300	102 300	103 500*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt	77 600	77 600	75 600*)
1.2.3.1	– DFG	—	—	—
1.2.3.2	– BMBF	—	—	—
1.2.3.3	– EU	—	—	—
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	—
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	—
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	96 300	109 300	94 492*)
1.3	Investitionen gemäß Finanzplan	233 300	231 300	400 500*)

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	179		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	59		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	19		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	17	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	120	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	16		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	16		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	89		
2.1.3.1	– Frauenanteil	24,7%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	101	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	0		
2.3.1	– Frauenanteil	0		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	215	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	249	SS 2000	
3.3	Studierende (Personen)	1 023		
3.3.1	– in der RStZ	972		
3.3.2	– Frauenanteil	58,7%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	21,5%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	15,9%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr			
3.4.1	– grundständiges Studium	144		
3.4.1.1	– Frauenanteil	50,7%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	36	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	47,2%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen pro Jahr	0	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	0		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	11 652	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	8 094		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Hochschule für Musik und Theater Hannover

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	765 700	765 700		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	16 444 000	16 532 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	345 400	383 400		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	
62	Löhne und Vergütungen	853 500	853 500		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	102 300	102 300	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	10 817 400	10 867 400		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	77 600	77 600	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2 325 200	2 325 200		54	Sonstige betriebliche Erträge	109 300	109 300	
66	Sonst. Personalaufwendungen	9 000	9 000		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 433 000	1 433 000		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	152 300	152 300						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	31 500	31 500						
70	Betriebliche Steuern	200	200						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
	Summe der Aufwendungen	16 733 200	16 821 200			Summe der Erträge	16 733 200	16 821 200	

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

06 23 – 682 01	16 252 000 EUR
06 23 – 682 03	192 000 EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	765 700	765 700	949 082	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	16 532 000	16 407 200	12 158 609
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	383 400	383 400	65 700	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
62	Löhne und Vergütungen	853 500	843 500	861 800	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	102 300	102 300	103 500
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	10 867 400	10 754 400	9 261 800	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	77 600	77 600	75 600
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2 325 200	2 315 400	—	54	Sonstige betriebliche Erträge	109 300	96 300	94 492
66	Sonst. Personalaufwendungen	9 000	9 000	9 000	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 433 000	1 433 000	857 000	58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
68	Aufwendungen für Kommunikation	152 300	147 300	151 000					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	31 500	31 500	26 500					
70	Betriebliche Steuern	200	200	198					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
	Summe der Aufwendungen	16 821 200	16 683 400	12 182 080		Summe der Erträge	16 821 200	16 683 400	12 432 201

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

06 23 – 682 01	16 302 000 EUR
06 23 – 682 03	230 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	218 000	216 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	—	—	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	233 300	231 300		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	15 300	15 300	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	233 300	231 300			233 300	231 300	

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:
06 23 – 891 01 218 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	216 000	213 000	400 500
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	—	143 000	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	231 300	371 000	400 500	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	15 300	15 000	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	231 300	371 000	400 500		231 300	371 000	400 500

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:
06 23 – 891 01 216 000 EUR

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistung eigener Art gewährt werden.
3. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.

   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
   1 Verg.-Gr. III BAT – Verwaltungsdienst – zum 31. 12. 2005
   1 Verg.-Gr. IV a BAT – Verwaltungsdienst – zum 31. 12. 2005
   1 Verg.-Gr. V c BAT – Verwaltungsdienst – zum 31. 12. 2005
   infolge Zielvereinbarung bis 2003 (Projekt bis 2001).
5. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 2 031 700 EUR und in 2003 2 041 800 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden. (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	
II a	1	1	1	Verwaltungsdienst	
III[4])	1	1	1		
IV a[4])	2	2	2		
IV b	1	1	1		
V c[4])	4	4	4		
VI b	2	2	2		
VII	6	6	6		
I b	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	7	7	6		
II a	5	5	5	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
III	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
VI a	1	1	1		
II a	5	5	5	Lehrkräfte	
III	5	5	5		
IV a	3	3	3		
VI b	1	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	3	3	3		
VI b	1	1	1		
VII	1	1	1		
IV a	2	2	2	Technischer Dienst	
IV b	1	1	1		
V c	2	2	2		
VI b	2	2	2		
VII	2	2	2		
IX b–VII	2	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
	62	62	61	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
4	1	1	1	Handwerklicher Dienst	
3	1	1	1		
4	1	1	1	Hausmeisterdienst (auch Boten und Pförtner)	
3	2	2	2		
2 a	—	—	—		
	5	5	5	Zusammen	

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	wissenschatlicher Dienst gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Akademische Rätin/Akademischer Rat –
verbleibt Zugang	1	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	765 700	765 700	765 700
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	900	900	900
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	282 000	282 000	282 000
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	87 000	87 000	87 000
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	395 800	395 800	395 800
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	345 400	383 400	383 400
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	335 500	373 500	373 500
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	9 900	9 900	9 900

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	853 500	853 500	843 500
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	10 817 400	10 867 400	10 754 400

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR	Bemerkungen
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	53 000	53 000	53 000	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	20 100	20 100	20 100	
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte (= 11 Teilzeitangestellte)	200 000	200 000	200 000	
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	538 000	538 000	538 000	
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—	
5. Überstundenvergütung für Angestellte	4 400	4 400	4 400	
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—	
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	11 900	11 900	11 900	
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—	
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	3 400	3 400	3 400	
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	—	—	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	81 300	81 300	81 300	

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2 325 200	2 325 200	2 315 400
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	12 900	12 900	17 900
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	2 028 900	2 018 800	2 023 100
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	35 400	41 500	35 400
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	248 000	252 000	239 000
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	9 000	9 000	9 000
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigungen	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	3 100	3 100	3 100
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	5 900	5 900	5 900
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 433 000	1 433 000	1 433 000
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	1 110 300	1 110 300	1 110 300
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	12 900	12 900	12 900
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	225 700	225 700	225 700
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und derKapitalbeschaffung	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	1 400	1 400	1 400
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	82 700	82 700	82 700
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	152 300	152 300	147 300
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	41 100	41 100	36 100
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	77 800	77 800	77 900
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	28 100	28 100	28 100
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	2 100	2 100	2 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	3 200	3 200	3 200
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	31 500	31 500	31 500
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	3 400	3 400	3 400
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	5 500	5 500	5 500
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	22 600	22 600	22 600
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	200	200	200
702	Grundsteuer	80	80	80
703	Kraftfahrzeugsteuer	120	120	120
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	16 546 300	16 634 300	16 509 500
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	16 444 000	16 532 000	16 407 200
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	102 300	102 300	102 300
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	77 600	77 600	77 600
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	8 600	8 600	8 600
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	69 000	69 000	69 000
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	109 300	109 300	96 300
540	Nebenerlöse	61 500	61 500	61 500
541	Sonstige Erlöse	19 400	19 400	19 400
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	28 400	28 400	15 400
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Ertäge	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel 2003/2002	Sondermittel 2003/2002
A. Aufwendungen		
60	102 300	—
61	—	—
62	—	—
63	109 300	—
64	—	—
66	77 600	—
67	—	—
68	—	—
69	—	—
70	—	—
75	—	—
76	—	—
Zusammen:	289 200	—
B. Erträge		
50	102 300	—
51	77 600	—
54	109 300	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	289 200	—

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0629 Universität Hildesheim

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		362.000	362.000	345.838	—
121 04-4	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		216.000	—	—	—
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	87.000 87.000 86.920	22.567.000	22.574.000	21.963.054	—
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	225.000	425.000	271.394	—
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	4.000	4.000	3.579	—
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	173.000	169.000	140.094	—
		Abschluss Kapitel 06 29					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		578.000	362.000	345.838	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		578.000	362.000	345.838	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	87.000 87.000 86.920	22.796.000	23.003.000	22.238.027	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	173.000	169.000	140.094	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	87.000 87.000 86.920	22.969.000	23.172.000	22.378.121	
		Zuschuss		22.391.000	22.810.000	22.032.283	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 29 allgemein:

Die Universität Hildesheim wird seit dem 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	949	31 908 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	87 000	—	87 000
2004	—	—	87 000	87 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	87 000	—	87 000
2003	—	—	87 000	87 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen:

1 361 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	41,0	27,0
2. Investitionen über 25 000 EUR im Einzelfall		
Selbstverbuchungsautomat für die Bibliothek	—	50,0
Klimaanlage Audi max, Musiksaal und AMI-Technikräume	—	92,0
Steinway-Flügel	40,0	—
Schnittplätze Fast 601	92,0	—
Zusammen	173,0	169,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Universität Hildesheim

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	24 585 000	25 141 000	19 340 500
1.1.1	– Personalaufwand	20 370 900	20 418 200	16 341 400
1.1.2	– Sachaufwand	3 989 100	4 297 800	2 999 100
1.1.3	– Bauunterhaltung	225 000	425 000	*)
1.2	Erträge gesamt	24 585 000	25 141 000	*)
1.2.1	– Landeszuschuss	22 796 000	23 003 000	*)
1.2.2	– Sondermittel	794 000	1 204 000	*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt	508 000	553 000	902 400
1.2.3.1	– DFG	250 000	250 000	257 300
1.2.3.2	– BMBF	—	25 000	35 900
1.2.3.3	– EU	—	—	113 400
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	70 000	70 000	79 400
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	188 000	208 000	416 400
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	487 000	381 000	*)
1.3	– Investitionen gemäß Finanzplan	383 000	378 900	199 557

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	365		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	192		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	112		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	83	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	173	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	47		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	43		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	45		
2.1.3.1	– Frauenanteil	17,8%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	49	HH 2000	
2.3	Neuberufungen			
2.3.1	– Frauenanteil			
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	663	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	820	SS 2000	
3.3	Studierende (Personen)	3 406		
3.3.1	– in der RStZ	2 725		
3.3.2	– Frauenanteil	75,6%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	5,9%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	31,2%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr			
3.4.1	– grundständiges Studium	365		
3.4.1.1	– Frauenanteil	72,1%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	50	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	70%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	1	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	1		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen pro Jahr	4	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	25%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	24 072	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	10 205		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Universität Hildesheim

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 100 100	1 323 300		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	22 796 000	23 003 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	604 600	660 000		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	794 000	1 204 000	
62	Löhne und Vergütungen	1 298 200	1 309 900		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	508 000	553 000	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	16 570 000	16 615 400		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	—	—	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2 502 700	2 492 900		54	Sonstige betriebliche Erträge	487 000	381 000	
66	Sonst. Personalaufwendungen	50 700	50 700		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 787 600	1 987 600		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	469 400	499 500						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	200 300	200 300						
70	Betriebliche Steuern	1 400	1 400						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—						
	Summe der Aufwendungen	24 585 000	25 141 000			Summe der Erträge	24 585 000	25 141 000	

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen:

für laufende Aufwendungen des Landesbetriebes 06 29 – 682 01	22 567 000	EUR
für Ersatzkräfte im Mutterschutz 06 29 – 682 39	4 000	EUR
für die Unterhaltung der Grundstücke und technischen Anlagen 06 29 – 682 03	225 000	EUR
Zusammen	22 796 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 323 300	1 179 910	1 179 910	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	23 003 000	22 238 027	17 006 100
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	660 000	289 391	289 391	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 204 000	792 502	2 934 873
62	Löhne und Vergütungen	1 309 900	833 355	17 006 100	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	553 000	476 320	410 653
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	16 615 400	15 581 272	17 956 600	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	—	—	416 392
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2 492 900	3 311 014		54	Sonstige betriebliche Erträge	381 000	263 111	364 350
66	Sonst. Personalaufwendungen	50 700	11 402	11 402	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 987 600	1 945 414	409 395	58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	499 500	416 549	416 549					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	200 300	200 273	200 273					
70	Betriebliche Steuern	1 400	1 380	1 380					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—						
	Summe der Aufwendungen	25 141 000	23 769 960	20 464 900		Summe der Erträge	25 141 000	23 769 960	21 132 368

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen:

für laufende Aufwendungen des Landesbetriebes 06 29 – 682 01	22 574 000	EUR
für Ersatzkräfte im Mutterschutz 06 29 – 682 39	4 000	EUR
für die Unterhaltung der Grundstücke und technischen Anlagen 06 29 – 682 03	425 000	EUR
Zusammen	23 003 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	173 000[1])	169 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	210 000[2])	209 900	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	370 000	286 900		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	13 000	92 000		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	383 000	378 900			383 000	378 900	

[1]) Zuführung aus 891 01
[2]) Zuführung aus Kap. 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	169 000[1])	140 100	199 711
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	209 900[2])	153 900	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	286 900	269 500	137 538	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	92 000	24 500	62 173	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	378 900	294 000	199 711		378 900	294 000	199 711

[1]) Zuführung aus 891 01
[2]) Zuführung aus Kap. 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Verg.-Gr. IV a BAT Verwaltungsdienst	zum 21. 12. 2005
1 Verg.-Gr. IV a BAT Datenverarbeitungsdienst	zum 31. 12. 2005
1 Verg.-Gr. V c BAT Verwaltungsdienst	zum 31. 12. 2005

   infolge Zielvereinbarung bis 2003.
5. Die Stellen für Angestellte verringern sich zum 31. 12. 2005 um eine Stelle der Verg.-Gr. III BAT infolge Zielvereinbarung bis 2003.
6. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 552 200 EUR und in 2003 554 100 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft – Landesunfallkasse).
7. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	[1]) 1 Stelle ku nach Ver.-Gr. VII BAT (siehe Allgem. HV A 7).
II a	4	4	4	Verwaltungsdienst	[2]) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
III	3	3	4		
IV a	3	2	1		
IV b	—	1	1		
V b	6	6	6		
V c	7	7	8		
VI b[1])	10	10	9		
VII[2])	7	7	7		
I a	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	11	11	9		
II a	8	8	8	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	11	11	10	Lehrkräfte für besondere Aufgaben	
IV b	2	2	2	Bibliotheksdienst	
V b	2	2	2		
VI b	1	1	1		
VII	4	4	4		
III	3	3	3	Technischer Dienst	
IV a	—	1	1		
IV b	3	2	2		
V b	1	1	1		
V c	1	1	1		
VI b	5	5	6		
IV a	5	5	5	Datenverarbeitungsdienst	
IX b–VII	9	9	9	Schreib- und Fernschreibdienst	
VII	1	1	1	Sonstige Dienste	
II a	2	2	2	Lektoren	
	110	110	108	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
8	2	2	2	Handwerklicher Dienst	
6	2	2	2		
5	2	2	2		
4	2	2	2	Hausmeisterdienst	
3	1	1	1	Sonstige Dienste	
	9	9	9	Zusammen	

Erläuterungen

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. IV a	1	von Kapitel 06 08, TGr. 76
Wissenschaftlicher Dienst		
Verg.-Gr. II a	2	gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (vgl. Stellenplan)
Lehrkräfte für besondere Aufgaben		
Verg.-Gr. II a	1	gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (vgl. Stellenplan)
Zusammen	4	

Abgang:	Stellen	
Verwaltungdienst		
Verg.-Gr. III	1	für die Verwaltung
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08, TGr. 76
Zusammen	2	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 100 100	1 323 300	1 179 910
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	20 000	20 000	92 851
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	276 500	276 000	216 636
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	43 000	43 000	69 587
607	Sonstiges Material	760 600	984 300	800 836
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	604 600	660 000	289 391
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	15 000	20 000	20 451
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	569 600	620 000	268 940
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	20 000	20 000	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	1 298 200	1 309 900	833 355
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	16 570 000	16 615 400	15 581 272

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	20 200	20 200	20 196
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	801 500	801 500	764 995
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	1 113 200	1 114 100	1 328 439
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	20 100	20 100	10 277
6. Überstundenvergütung für Angestellte	1 700	1 700	869
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	46 800	46 800	45 249
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	633 200	633 200	404 023
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	700	700	767
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	17 500	17 500	17 435
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	128 641
13. Emeritierte Professoren (KGr. 64)	1 623 400	1 615 400	1 019 107

Bemerkungen

Zu Nr. 3

Für 32 ständig nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon
1 für die Verwaltung,
2 für die Studienberatung,
3 für das Akademische Auslandsamt,
2 für den Fachbereich 1,
1 für den Fachbereich 2,
2 für den Fachbereich 3,
1 für den Fachbereich 4,
1 für das Frauenbüro,
2 im Fernsprech- und Postabgangsdienst,
9 in der Bibliothek,
6 im Fernstudienzentrum,
1 für den Technologietransfer,
1 für die Organisation der Weiterbildung des Hochschulpersonals der Universität und der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen.

Zu Nr. 5

Vergütung für 1 Auszubildende(n)

Zu Nr. 7

Für 3 ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen, deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon
1 zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften,
2 im Reinigungsdienst.

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2 502 700	2 492 900	3 311 014
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	18 500	18 500	20 248
643	Sonstige soziale Abgaben	300	300	355
644	Versorgungszuschlag der Beamten	535 600	533 700	1 958 197
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	53 300	53 400	40 589
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	1 623 400	1 615 400	1 019 976
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	271 600	271 600	271 649
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	50 700	50 700	11 402
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	24 700	24 700	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	7 000	7 000	7 721
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	19 000	19 000	3 681
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 787 600	1 987 600	1 945 414
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	1 400 000	1 400 000	1 498 034
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	30 700	30 700	23 110
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	254 700	454 700	338 424
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	200	200	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	39 000	39 000	40 494
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	63 000	63 000	45 352
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	469 400	499 500	416 549
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	107 900	118 000	92 850
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	9 500	9 500	9 612
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	210 000	220 000	182 531
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	130 000	140 000	116 830
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	4 000	4 000	1 790
687	Öffentlichkeitsarbeit	8 000	8 000	12 936
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	200 300	200 300	200 273
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	1 300	1 300	1 278
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	700	700	716
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	198 300	198 300	198 279
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	1 400	1 400	1 380
702	Grundsteuer	1 100	1 100	1 125
703	Kraftfahrzeugsteuer	300	300	255
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	24 098 000	74 760 000	23 506 849
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	22 796 000	23 003 000	22 238 027
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	794 000	1 204 000	792 502
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	508 000	553 000	476 320
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	—	—	—
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	487 000	381 000	263 111
540	Nebenerlöse	305 000	305 000	234 274
541	Sonstige Erlöse	115 000	9 000	26 280
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	65 000	65 000	511
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
549	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	2 000	2 000	2 046
Zu Kontengruppe				
55	Anders sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Aufträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel EUR	Sondermittel EUR
A. Aufwendungen		
60	10 000	20 200
61	12 000	18 000
62	40 000	18 000
63	301 000	690 100
64	—	—
66	—	—
67	—	—
68	7 000	5 400
69	138 000	42 300
70	—	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	508 000	794 000
B. Erträge		
50	508 000	794 000
51	—	—
54	—	—
55	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	508 000	794 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 2000

	Verg.-Gr.	Zahl
I. Angestellte:		
1. Wiss. Hilfskräfte		2
2. Außertarifliche		
3. Tarifliche	II a	1
4. Nichtvollbeschäftigte	II a	3
	III	1
	VII	1
	Insgesamt	8
II. Arbeiter/-innen:		
Studentische Hilfskräfte		5
	Insgesamt	13

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0630 Universität Lüneburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		671.000	671.000	695.357	—
121 04-4	135	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		510.000	—	—	—
381 10-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	62.000 62.000 61.355	27.415.000	27.140.000	25.682.549	—
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	341.000	309.000	258.356	—
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	4.000	4.000	4.244	—
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	322.000	314.000	299.617	—
		Abschluss Kapitel 06 30					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.181.000	671.000	695.357	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.181.000	671.000	695.357	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	62.000 62.000 61.355	27.760.000	27.453.000	25.945.149	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	322.000	314.000	299.617	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	62.000 62.000 61.355	28.082.000	27.767.000	26.244.766	
		Zuschuss		26.901.000	27.096.000	25.549.409	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 30 allgemein:

Die Universität Lüneburg wird seit dem 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei den Titeln 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigefügt.

Zu 682 01

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen , die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	62 000	—	62 000
2004	—	—	62 000	62 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	62 000	—	62 000
2003	—	—	62 000	62 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen:

3 096 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	57,0	135,8
2. Investitionen über 25 000 EUR im Einzelfall		
AG EDV	126,1	137,2
Beamer für Hörsäle	41,0	41,0
Hochdruckverascher	42,1	—
Medienausstattung Senatssaal	55,8	—
Zusammen	322,0	314,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Universität Lüneburg

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	30 584 000	30 026 000	22 620 480
1.1.1	– Personalaufwand	22 306 000	21 780 000	17 423 506
1.1.2	– Sachaufwand	7 937 000	7 937 000	5 196 974
1.1.3	– Bauunterhaltung	341 000	309 000	*)
1.2	Erträge gesamt	30 584 000	30 026 000	*)
1.2.1	– Landeszuschuss	27 760 000	27 453 000	*)
1.2.2	– Sondermittel	—	—	*)
1.2.3	– Drittmittel gesamt	2 190 000	2 190 000	1 996 438
1.2.3.1	– DFG	203 700	203 700	185 213
1.2.3.2	– BMBF	280 300	280 300	254 840
1.2.3.3	– EU	21 900	21 900	18 853
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	6 000	6 000	3 630
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	1 678 100	1 678 100	1 533 902
1.2.4	– Sonstige Erträge (u.a. Gebühren, Entgelte)	634 000	383 000	*)
1.3	Investitionen gemäß Finanzplan	531 600	523 500	279 229

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	451		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	205		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	79		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	56	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	246	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	95		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	69		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	63		
2.1.3.1	– Frauenanteil	15,9%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	69	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	1		
2.3.1	– Frauenanteil	1		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	932	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	1 273	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	6 802		
3.3.1	– in der RStZ	4 684		
3.3.2	– Frauenanteil	62,7%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	3,6%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	44,9%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en pro Jahr	0		
3.4.1	– grundständiges Studium	551		
3.4.1.1	– Frauenanteil	67,3%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	28	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	60,7%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen pro Jahr	5	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	40%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	35 174	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	15 301		

*) 2000 = kamerale Haushaltsführung

Wirtschaftsplan für die Universität Lüneburg

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2 526 000	2 526 000		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	27 760 000	27 453 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	395 000	363 000		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	
62	Löhne und Vergütungen	1 332 000	1 335 000		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	1 332 000	1 332 000	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	18 079 500	17 563 000		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	858 000	858 000	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2 894 500	2 882 000		54	Sonstige betriebliche Erträge	634 000	383 000	
66	Sonst. Personalaufwendungen	241 000	241 000		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 633 000	4 633 000		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	349 000	349 000						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	133 000	133 000						
70	Betriebliche Steuern	1 000	1 000						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—						
	Summe der Aufwendungen	30 584 000	30 026 000			Summe der Erträge	30 584 000	30 026 000	

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen:

für laufende Zwecke des Landesbetriebes (06 30 – 682 01)	27 415 000	EUR
für Ersatzkräfte im Mutterschutz (06 30 – 682 39)	4 000	EUR
für die Unterhaltung der Grundstücke und technischen Anlagen (06 30 – 682 03)	341 000	EUR
Zusammen	27 760 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2 526 000	2 174 490	2 895 628	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	27 453 000	25 945 149	20 031 279
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	363 000	312 399	35 862	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
62	Löhne und Vergütungen	1 335 000	1 314 551	1 619 054	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	1 332 000	1 331 915	1 875 293
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	17 563 000	16 376 475	15 217 540	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	858 000	857 948	26 111
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2 882 000	3 391 174	586 912	54	Sonstige betriebliche Erträge	383 000	383 060	687 797
66	Sonst. Personalaufwendungen	241 000	240 075	280 826	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 633 000	4 227 106	1 044 179	58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
68	Aufwendungen für Kommunikation	349 000	348 866	808 804					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	133 000	132 425	131 675					
70	Betriebliche Steuern	1 000	511	—					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—					
	Summe der Aufwendungen	30 026 000	28 518 072	22 620 480		Summe der Erträge	30 026 000	28 518 072	22 620 480

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen:

für laufende Zwecke des Landesbetriebes (06 30 – 682 01)	27 140 000	EUR
für Ersatzkräfte im Mutterschutz (06 30 – 682 39)	4 000	EUR
für die Unterhaltung der Grundstücke und technischen Anlagen (06 30 – 682 03)	309 000	EUR
Zusammen	27 453 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	322 000[1])	314 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	209 600[2])	209 500	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	531 600	523 500		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	531 600	523 500			531 600	523 500	

[1]) Zuführung aus 891 01
[2]) Zuführung aus 06 04 – 891 36 (HBFG)

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	314 000[1])	299 617	288 574
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	209 500[2])	437 666	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	523 500	737 283	279 229	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	523 500	737 283	279 229		523 500	737 283	288 574

[1]) Zuführung aus 891 01
[2]) Zuführung aus 06 04 – 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. 3 Stellen der Verg.-Gr. II a BAT (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) dürfen nur im Rahmen frei verfügbarer Stiftungsmittel der „Stiftungsprofessur für Existenzgründung“ genutzt werden; die Stellen entfallen mit dem Auslaufen der Stiftungsmittel.
3. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
4. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Verg.-Gr. IV a BAT Verwaltungsdienst	zum 31. 12. 2005
1 Verg.-Gr. IV a BAT Datenverarbeitungsdienst	zum 31. 12. 2005
1 Verg.-Gr. V c BAT Verwaltungsdienst	zum 31. 12. 2005

   infolge Zielvereinbarung bis 2003.
6. Die Stellen für Angestellte verringern sich zum 31. 12. 2005 um eine Stelle der Verg.-Gr. III BAT infolge Zielvereinbarung bis 2003.
7. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 1 803 500 EUR und in 2003 1 792 300 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).
8. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	
I b	1	1	1	Verwaltungsdienst	
II a	5	5	5		
III	2	2	2		
IV a	2	2	2		
IV b	2	2	2		
V b	2	2	2		
V c	13	13	12		
VI b	8	8	7		
VII	14	14	15		
VI b	1	1	1	Angestellte in med. Hilfsberufen und med.-techn. Berufen	
I b	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	18	18	17		
II a	19	19	19	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	3	3	3	Lehrkräfte	
IV b	2	2	2	Bibliotheksdienst	
V b	3	3	3		
VI b	1	1	1		
VII	3	3	3		
VIII	3	3	3		
III	1	1	1	Technischer Dienst	
IV a	2	2	2		
V c	1	1	1		
VI b	2	2	2		
VIII	1	1	1		
IV a	3	3	3	Datenverarbeitungsdienst	
V c	1	1	1		
VIII/VII	4	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b–VII	7	7	8		
VI b	1	1	1	Sonstige Dienste	
II a	4	4	4	Lektoren	
	130	130	129	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
4	3	3	3	Kraftfahrdienst	
6	1	1	1	Handwerklicher Dienst	
5	2	2	2		
4	2	2	2		
3	3	3	3		
2 a	2	2	2	Hausmeisterdienst	
	13	13	13	Zusammen	

Erläuterungen zu der Übersicht

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a Wissenschaftlicher Dienst	1	für den Fachbereich II (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften)

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	2 526 000	2 526 000	2 174 490
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	1 091 000	1 091 000	753 814
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	123 000	123 000	123 170
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	1 312 000	1 312 000	1 297 506
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	395 000	363 000	312 399
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	364 000	332 000	281 210
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	31 000	31 000	31 189

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	1 332 000	1 335 000	1 314 551
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	18 079 500	17 563 000	16 376 475

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	32 000	32 000	31 700
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	25 000	25 000	24 542
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	649 000	649 000	648 708
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	143 000	143 000	211 368
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	21 000	21 000	21 225
6. Überstundenvergütung für Angestellte	2 000	2 000	1 534
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	166 000	166 000	166 437
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	15 000	15 000	15 339
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	21 000	21 000	21 225
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	1 000	1 000	511
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	26 000	26 000	26 337
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—

Bemerkungen

Zu Nr. 3

Für 33 ständig nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon
9 für die Verwaltung,
4 für die Bibliothek,
1 für das Akademische Auslandsamt,
2 für die Studienberatungsstelle,
2 für das Gemeinsame Prüfungsamt,
2 für die Zentrale Einrichtung für Fernstudien,
2 für das Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung,
1 für den Frauenbüro,
1 für das Rechen- und Medienzentrum,
1 für das Fremdsprachenzentrum,
1 für den Technologietransfer,
1 für das Institut für Schul- und Hochschulforschung,
1 für die Professorenstelle für Politische Wissenschaft,
1 für den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
1 für den FB Kulturwissenschaften,
3 für den FB Umweltwissenschaften.

Zu Nr. 5

Vergütung für 2 Auszubildende(n)

Zu Nr. 7

Für 6 ständig nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen, deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon
1 zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften,
1 im Reinigungsdienst,
1 Sport- und Gerätewart,
3 für die Verwaltung

Zu Nr. 9

Lohn für 2 Auszubildende(n)

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2 894 500	2 882 000	3 391 174
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	19 600	19 600	24 235
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	1 772 700	1 783 900	2 320 805
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	60 000	59 900	44 973
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	746 200	722 600	705 634
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	296 000	296 000	295 527

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	241 000	241 000	240 075
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	5 000	5 000	5 034
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	39 000	39 000	37 989
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	3 000	3 000	2 556
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	194 000	194 000	194 496
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 633 000	4 633 000	4 227 106
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	3 150 000	3 150 000	3 072 557
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	—	—	—
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 139 000	1 139 000	812 238
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	58 000	58 000	56 498
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	286 000	286 000	285 813
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	349 000	349 000	348 866
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	77 000	77 000	77 292
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	179 000	179 000	179 003
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	77 000	77 000	76 721
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	4 000	4 000	4 090
687	Öffentlichkeitsarbeit	12 000	12 000	11 760
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	133 000	133 000	132 425
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	1 000	1 000	1 176
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	—	—	—
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	132 000	132 000	131 249
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	1 000	1 000	511
702	Grundsteuer	—	—	—
703	Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	511
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	29 092 000	28 785 000	27 277 064
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	27 760 000	27 453 000	25 945 149
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	1 332 000	1 332 000	1 331 915
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	858 000	858 000	857 948
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Aufwendungen	858 000	858 000	857 948
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	634 000	383 000	383 060
540	Nebenerlöse	381 000	381 000	380 403
541	Sonstige Erlöse	253 000	2 000	2 657
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR
A. Aufwendungen		
60	828 000	828 000
61	—	—
62	511 000	511 000
63	3 000	3 000
64	—	—
66	631 000	631 000
67	115 000	115 000
68	—	—
69	102 000	102 000
70	—	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	2 190 000	2 190 000
B. Erträge		
50	1 332 000	1 332 000
51	858 000	858 000
54	—	—
55	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	2 190 000	2 190 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 2000

	Verg.-Gr.	Zahl
I. Angestellte:		
1. Wiss. Hilfskräfte		1
2. Außertarifliche		—
3. Tarifliche	II a	8
4. Nichtvollbeschäftigte	II a	27
	Insgesamt	36

Vorbemerkung
zu den Kapiteln 06 33 – 06 39

Erläuterung des Mittelbemessungssystems für die Fachhochschulen

Nach der Umwandlung der Fachhochschulen Braunschweig/Wolfenbüttel, Hannover, Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Nordostniedersachsen und Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven zum 1. 1. 1999 in Landesbetriebe gem. § 26 LHO mit kaufmännischem Rechnungswesen wurde ab dem Haushaltsjahr 2000 mit der stufenweisen Einführung eines formelgebundenen, aufgaben- und leistungsbezogenen Mittelbemessungsverfahren begonnen.

Das Verfahren dient der Verteilung der für die Fachhochschulen insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und unterscheidet dabei:

– Nicht in die Formelbemessung einbezogene Bereiche,
– Studiengangbezogene Budgetbemessung und
– Berücksichtigung des Frauenanteils.

Nicht in die Formelbemessung einbezogen werden flächenbezogene Kosten, Versorgungslasten und Kosten für Sonderaufgaben. Sie werden weiterhin herkömmlich ermittelt und als Vorabzuweisungen behandelt. Daneben werden Sockelbeträge und Standortstrukturzuschläge als Festbeträge außerhalb der Formel berücksichtigt.

Bei der studiengangbezogenen Budgetbemessung werden folgende Parameter berücksichtigt:

– Aufnahmekapazität vor Schwund im Planungsjahr (t)
– Studierende in der Regelstudienzeit (Ist-Zahlen von t – 2)
– Absolventen-Durchschnitt von drei Jahren (Ist-Zahlen der Jahre (t – 3) + (t – 4) + (t – 5)/3)

Diese Parameter werden für alle Studiengänge erfasst und wie folgt gewichtet:

– 60 % für die Aufnahmekapazität
– 20 % für die Studierenden
– 20 % für die Absolventen

Die Größen der Parameter werden mit den in den Budgetdaten für jeden Studiengang einer Fachhochschule dargestellten und nach Preisclustern (Hoch 1, Hoch 2, Mittel, Tief) differenzierten Preisen multipliziert. Die Preisclusterbildung basiert auf einem HIS-Ausstattungsvergleich und trägt der unterschiedlichen Kostenstruktur der Fächer Rechnung. Nachdem die Ergebnisse der Formelberechnung bei der Bemessung der Zuweisung an die Fachhochschulen im Haushaltsjahr 2000 zu 5 Prozent und im Haushaltsjahr 2001 mit 15 Prozent berücksichtigt wurden, sind die Formelergebnisse in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 zu 35 Prozent in die Haushaltsansätze eingerechnet.

Ein Bemessungsverfahren zum Zwecke der Frauenförderung wird anhand von ebenfalls drei Parametern, und zwar dem Frauenanteil

– unter den Studierenden,
– an den Absolventen und
– an den Neuberufungen auf Professuren

seit dem Jahr 2000 durchgeführt und bei der jährlichen Budgetbemessung berücksichtigt. Erfolg bzw. Misserfolg liegt dann vor, wenn der Frauenanteil der einzelnen Hochschule bei den jeweiligen Parametern über bzw. unter dem Landesdurchschnitt liegt. Die Abweichungen bei den einzelnen Parametern werden im Hinblick auf den Grad der Zielerreichung (= Abbau von Unterrepräsentanz) gewichtet. Die jeweils gewichtete Abweichung vom Landesdurchschnitt wird dann ebenfalls mit einem Preis, der wie folgt angesetzt ist, multipliziert:

– 128 EUR pro Studentin
– 256 EUR pro Absolventin und
– 12 800 EUR pro neuberufener Professorin.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0633 Fachhochschule Osnabrück

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-9	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	689
121 03-7	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		600.000	600.000	589.111	587
121 04-5	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		150.000	—	—	—
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-2	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	123.000 123.000 122.710	40.637.000	40.421.000	38.142.477	33.689
682 03-9	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	404.000	393.000	622.907	623
682 39-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	60.000	60.000	42.539	60
891 01-0	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	344.000	335.000	313.064	323
		Abschluss Kapitel 06 33					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		750.000	600.000	589.111	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		750.000	600.000	589.111	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	123.000 123.000 122.710	41.101.000	40.874.000	38.807.923	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	344.000	335.000	313.064	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	123.000 123.000 122.710	41.445.000	41.209.000	39.120.987	
		Zuschuss		40.695.000	40.609.000	38.531.876	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 33 allgemein:

Die Fachhochschule Osnabrück wird seit 1. 1. 1995 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Osnabrück werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	308	22 220 EUR
Studentenwohnheim	556	
Cafeteria	182	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	123 000	—	123 000
2004	—	—	123 000	123 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	123 000	—	123 000
2003	—	—	123 000	123 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 3 564 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	126,0	335,0
2. Orientierungssystem für Standort Haste	65,0	
3. 25 Arbeitsplatzrechner für Internetrecherchen (Haste)	45,0	
4. Erstausstattung Gebäude CH Caprivikaserne	59,0	
5. Erstausstattung Gebäude CJ Caprivikaserne	49,0	
Zusammen	344,0	335,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Fachhochschule Osnabrück

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	44 861 000	44 560 000	41 433 143
1.1.1	– Personalaufwand	31 399 900	31 359 200	30 266 726
1.1.2	– Sachaufwand	13 057 100	12 807 800	10 146 017
1.1.3	– Bauunterhaltung	404 000	393 000	1 020 400
1.2	Erträge gesamt	44 861 000	44 560 000	41 433 143
1.2.1	– Landeszuschuss	41 101 000	40 874 000	34 372 077
1.2.2	– Sondermittel	562 000	562 000	2 520 559
1.2.3	– Drittmittel gesamt	2 357 000	2 357 000	2 452 957
1.2.3.1	– DFG	—	—	—
1.2.3.2	– BMBF	—	—	80 353
1.2.3.3	– EU	—	—	747 556
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	1 040 731
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	584 317
1.2.4	– Sonstige Erträge (Erträge u. a. Gebühren, Entgelte)	841 000	767 000	2 087 550
1.3	– Investitionen gem. Finanzplan	808 700	799 600	2 951 1751.3

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	539		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	326		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	100		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	79	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	213	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	15		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	10		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	190		
2.1.3.1	– Frauenanteil	13,2%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	217	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	19		
2.3.1	– Frauenanteil	6%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	1 508	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	1 562	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	5 915		
3.3.1	– in der RStZ	4 976		
3.3.2	– Frauenanteil	32,3%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	5,8%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	28,5%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en	813		
3.4.1	– grundständiges Studium	782		
3.4.1.1	– Frauenanteil	29,5%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	31	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	32,3%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	6		
4.8	Promotionen	0	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	0 %		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	41 068	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	29 438		

Budgetdaten 2002/2003

Fachhochschule Osnabrück

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis-Cluster	Regel-studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv) vor Schwund Soll 2002 (WS 2001/02 + SS 2002)	Kapazität budget-relevant	Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv) 1997–1999	Absolventen budget-relevant	Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv) WS 1999/00	Studierende i.d. RZ budget-relevant
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundständige Studiengänge								
Agrarwissenschaft/Landwirtschaft	H1	8	96	96	59	59	362	362
Betriebswirtschaft in Einrichtungen des Gesundheitswesens – BIG –	T	8	59	59	42	42	197	197
Betriebswirtschaftslehre	T	8	99	100	120	120	447	447
Bodenwiss. (SS 1996)	H1	8	30	30	0	22	78	78
Elektrotechnik/Elektronik	H2	8	73	68	81	81	311	311
Dentaltechnologie (SS 2001)	M	8	27	27	0	0	0	0
Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie (SS 2001)	T	4	10	0	0	7	0	34
Fahrzeugtechnik (WS 2000/01)	H2	8	25	25	0	0	0	0
Produktionstechnik (auslaufend)	H2	8	0	0	10	10	43	43
Gartenbau	H1	8	54	54	45	45	222	222
Hochleistungswerkstoffe (auslaufend)	H2	8	0	0	3	3	0	0
Integrierte Produktentwicklung (WS 2000/01)	H2	8	25	25	0	0	0	0
Pflegewissenschaft	T	8	32	32	13	13	89	89
Kommunikationsmanagement (WS 2001/02)	H2	8	18	4	0	13	0	65
Landesentwicklung/Landschaftsentwicklung	H2	8	32	32	18	25	151	151
Landespflege/Landschaftsgestaltung/-bau/ Freiraumplanung	H2	8	103	103	97	97	361	361
Management Einrichtung Gesundheitswesen, Krankenpflegemanagement	T	8	29	29	24	24	92	92
Maschinenbau	H2	8	45	45	117	117	442	442
Maschinenbau im Praxisverbund Handwerk und Industrie (WS 2000/01)	H2	10	27	27	0	0	0	0
Maschinenbau-Informatik	H2	8	25	25	0	0	0	0
Medieninformatik/Multimedia, Medientechnik (SS 1999)	H2	8	68	68	0	49	45	245
Musikerziehung	H1	8	19	19	0	13	82	82
Ökotrophologie	T	8	29	29	13	13	84	84
Pflege- und Gesundheitsmanagement (SS 1999)	T	8	32	32	0	0	77	77
Techn. Informatik (SS 1999, vorher Informationstechnik)	H2	8	32	32	39	39	288	288
Technische Betriebswirtschaft	T	8	35	20	17	17	157	157
Verfahrenstechnik	H2	8	38	38	10	10	104	104
Verwaltungsmanagement (WS 1996/97)	T	8	33	33	0	24	142	142
Werkstoffwissenschaften	H2	8	40	34	45	45	86	86
Wirtschaftsingenieurwesen im Handwerk (WS 1999/00, Lingen)	M	2	32	32	0	0	0	0
Wirtschaftsrecht (WS 1998/99)	T	8	33	33	0	0	70	70
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Betriebswirtschaftslehre OS	T	2	10	10	9	9	19	19
Betriebswirtschaftslehre (Lingen)	T	2	9	9	0	0	17	17
International Business and Management (WS 1999/00)-Master	T	4	0	0	0	0	0	0
Kommunikation Zusatzstudium Lingen (SS 1996) Aufbaustudium	H2	4	22	22	8	8	26	26
Kommunikation Zusatzstudium Lingen (SS 1996) Zertifikat	H2	4	11	11	0	0	19	19
Technische Betriebswirtschaft	T	4	5	5	4	4	36	36
Theaterwissenschaft Erg.	H1	4	4	4	0	0	24	24
Theaterwissenschaft (WS 1998/99) Aufb.	H1	4	20	20	0	0	18	18
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Europäisches Elektrotechnik/Informatik-Studium EES/EIS	H2	8	23	23	14	14	122	122
European Business Studies – EBS –	T	8	60	60	60	60	410	410
International Business Management (WS 1999/00)	T	6	32	32	0	0	124	124
EMS European Mechanical Engineering/europ. Eng. and technology	H2	8	29	29	13	13	127	127
Weiterbildungsstudiengänge								
Business Administration, Master (WS 1998/99)	T	2,5	23	23	0	0	25	25
Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie	T	4	9	9	5	5	27	27
Pflegedienstleitung im Krankenhaus – PDL – (auslaufend)	T	4	0	0	7	7	19	19
Verwaltungsmanagement (WS 1997/98)	T	5	23	23	0	16	78	78

Wirtschaftsplan für die Fachhochschule Osnabrück

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4 493 300	4 352 700		501	Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	41 101 000[1])	40 874 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	872 400	847 300		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	562 000	562 000	
62	Löhne und Vergütungen	1 549 000	1 556 000		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	372 000	372 000	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	24 944 800	24 918 200		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	767 000	767 000	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4 906 100	4 885 000		54	Sonstige betriebliche Erträge	2 059 000	1 985 000	
66	Sonst. Personalaufwendungen	133 000	133 000		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 817 400	4 729 800		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	1 385 000	1 385 000						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 746 000	1 739 000						
70	Betriebliche Steuern	14 000	14 000						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
Gesamtsumme:		44 861 000	44 560 000				44 861 000	44 560 000	

[1]) Zuführungen:

682 01	40 637 000	EUR
682 03	404 000	EUR
682 39	60 000	EUR
Gesamt	41 101 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4 352 700	3 735 000	3 601 709	501	Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	40 874 000[1])	38 808 000	34 372 077
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	847 300	1 134 000	693 242	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	562 000	576 000	2 520 559
62	Löhne und Vergütungen	1 556 000	1 869 000	1 826 346	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	372 000	270 000	1 381 488
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	24 918 200	23 917 000	21 472 272	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	767 000	767 000	1 061 360
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4 885 000	4 787 000	6 968 108	54	Sonstige betriebliche Erträge	1 985 000	715 000	2 097 659
66	Sonst. Personalaufwendungen	133 000	133 000	157 196	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 729 800	4 240 000	1 182 156	58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
68	Aufwendungen für Kommunikation	1 385 000	879 000	1 336 615					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 739 000	428 000	1 300 985					
70	Betriebliche Steuern	14 000	14 000	7 747					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
Gesamtsumme:		44 560 000	41 136 000	38 546 376			44 560 000	41 136 000	41 433 143

[1]) Zuführungen:

682 01	40 421 000	EUR
682 03	393 000	EUR
682 39	60 000	EUR
Gesamt	40 874 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	344 000[1])	335 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	464 700[2])	464 600	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	464 700	464 600		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	344 000	335 000		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	808 700	779 600			808 700	799 600	

[1]) Zuführungen aus Titel 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	116 600	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	335 000[1])	313 100	323 100
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	464 600[2])	729 600	948 858
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	829 418	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	464 600	—	262 170	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	335 000	1 042 700	1 742 987	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	49 559
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	799 600	1 042 700	2 951 175		799 600	1 042 700	1 321 517

[1]) Zuführungen aus Titel 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2008 um den Betrag von 0,5 Stellen der Lohn-Gr. 1 a (05 42).
5. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.

   Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
6. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 4 276 100 EUR und in 2003 4 297 200 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	[1]) ku nach Verg.-Gr. IV a BAT bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
II a	4	4	4	Verwaltungsdienst	
III	3	3	3		
IV a	16	16	16		
IV b	4	4	4		
V b	—	—	—		
V c	17	17	17		
VI b	5	5	5		
VII	9	10	10		
VIII	1	1	1		
I a	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	9	9	9	Lehrkräfte	
II a	9	9	9		
IX b–VII	6	6	6	Schreib- und Fernschreibdienst	
VIII–VII	1	1	1		
III	1	1	1	Technischer Dienst	
IV a	66	66	66		
IV b	10	10	10		
V a	1	1	1		
V b	1	1	1		
V c	14	14	14		
VI b	6	6	6		
VII	—	—	—		
IV a	2	2	2	Bibliotheksdienst	
V b	1	1	1		
V c	1	1	1		
VI b	1	1	1		
VII	4	4	4		
II a	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
III[1])	1	1	1		
IV a	6	6	6		
IV b	1	1	1		
VII	2	2	2	Sonstige Dienste	
	204	205	205	Zusammen	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
9	1	1	1	Handwerklicher Dienst	
8	3	3	3		
6	3	3	3		
5	3	3	3		
8	3	3	3	Sonstige Dienste	
6	7	7	7		
5	6	6	6		
4	5	5	5		
2 a	5	5	5		
	36	36	36	Zusammen	

Erläuterungen

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	Verwaltungsdienst

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4 493 300	4 352 700	3 735 000
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	517 000	517 000	1 191 800
602	Hilfsstoffe	119 000	119 000	118 700
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	—
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	2 879 500	2 738 900	1 446 900
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	977 800	977 800	977 600
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	872 400	847 300	1 134 000
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	180 000	172 000	171 800
613	Weitere Fremdleistungen	6 200	6 100	5 900
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	680 200	669 200	956 300
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	6 000	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	1 549 000	1 556 000	1 869 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	24 944 800	24 918 200	23 917 000

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	410 300	410 300	396 200
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—
5. Überstundenvergütung für Angestellte	8 700	8 700	8 400
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	63 400	63 400	61 200
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	15 800	15 800	15 300
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	57 600	57 600	57 500
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	8 200	8 200	7 900
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	31 000	31 000	30 500
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	5 300	5 300	5 100

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 20 (19) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 53 000 EUR für 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a).

Zu lfd. Nr. 6

Für 4 (4) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte – davon eine Kraft zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 8

Für die Vergütung von 6 (6) Auszubildenden – Handwerklicher Dienst –.

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4 906 100	4 885 000	4 787 000
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	28 300	28 300	37 100
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	4 268 900	4 247 800	4 135 200
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	98 400	98 300	73 000
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	510 500	510 600	541 700
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	133 000	133 000	133 000
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	66 500	66 500	66 500
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	15 300	15 300	15 300
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	51 200	51 200	51 200
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Anlage 4
zu Kapitel 06 33

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 817 400	4 729 800	4 240 000
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	3 944 800	3 944 800	3 567 000
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	198 700	34 200	34 100
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	541 100	618 000	511 200
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	33 200	33 200	33 200
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	99 600	99 600	94 500
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	1 385 000	1 385 000	879 000
680	Büromaterial und Drucksachen	250 000	250 000	140 500
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	640 000	640 000	236 100
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	410 000	410 000	416 700
686	Gästebewirtung und Repräsentation	1 000	1 000	1 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	80 000	80 000	76 700
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	4 000	4 000	8 000
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 746 000	1 739 000	428 000
690	Versicherungsbeiträge, diverse	6 500	6 500	6 100
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	25 000	25 000	21 500
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	214 500	207 500	241 600
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	1 500 000	1 500 000	158 800
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	14 000	14 000	14 000
702	Grundsteuer	12 000	12 000	5 800
703	Kraftfahrzeugsteuer	2 000	2 000	1 200
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	7 000
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	42 035 000	41 808 000	39 654 000
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	41 101 000	40 874 000	38 808 000
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	562 000	562 000	576 000
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	372 000	372 000	270 000
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	767 000	767 000	767 000
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	247 000	247 000	255 700
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	520 000	520 000	511 300
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	2 059 000	1 985 000	715 000
540	Nebenerlöse	1 685 000	1 685 000	715 000
541	Sonstige Erlöse	324 000	250 000	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	50 000	50 000	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel 2003/2002	Sondermittel 2003/2002
A. Aufwendungen			
60		124 000	15 000
61		46 000	—
62		5 000	110 000
63		416 000	241 000
64		—	—
66		—	—
67		52 000	—
68		200 000	196 000
69		1 514 000	—
70		—	—
75		—	—
76		—	—
	Zusammen:	2 357 000	562 000
B. Erträge			
50		372 000	562 000
51		—	—
54		1 985 000	—
57		—	—
58		—	—
	Zusammen:	2 357 000	562 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0634 Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-2	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	255.646	0
121 03-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		536.000	536.000	564.978	502
121 04-9	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		215.000	—	—	—
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-6	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	16.000 16.000 15.339	32.219.000	32.228.000	31.241.877	25.331
682 03-2	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	338.000	127.000	127.312	127
682 39-3	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	3.000	3.000	2.914	3
891 01-4	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	293.000	286.000	266.792	249
		Abschluss Kapitel 06 34					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		751.000	536.000	820.624	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		751.000	536.000	820.624	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	16.000 16.000 15.339	32.560.000	32.358.000	31.372.103	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	293.000	286.000	266.792	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	16.000 16.000 15.339	32.853.000	32.644.000	31.638.895	
		Zuschuss		32.102.000	32.108.000	30.818.271	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 34 allgemein:

Die Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen wird seit 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Dem Studentenwerk Braunschweig dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	16 000	—	16 000
2004	—	—	16 000	16 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	16 000	—	16 000
2003	—	—	16 000	16 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 3 043 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum EPl 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	89,5	33,4
2. Axioplan-Auflichtmikroskop	—	64,7
3. 24 PC-Arbeitsplatzrechner für vernetzten PC-Pool	—	71,3
4. Rechnergesteuertes Mess- und Regelsystem der Betonprüfpresse	—	42,4
5. Grundausstattung Bitumenlabor	—	74,2
6. 5 Videogroßbildprojektoren	55,9	—
7. Spektralanalysesystem	75,1	—
8. 25 Arbeitsplatzrechner für Dozenten	72,5	—
Zusammen	293,0	286,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	33 529 000	33 222 000	26 892 000
1.1.1	– Personalaufwand	25 690 900	25 581 900	23 099 000
1.1.2	– Sachaufwand	7 500 100	7 513 100	3 653 500
1.1.3	– Bauunterhaltung	338 000	127 000	139 500
1.2	Erträge gesamt	33 529 000	33 222 000	27 861 800
1.2.1	– Landeszuschuss	32 560 000	32 358 000	25 331 000
1.2.2	– Sondermittel	720 700	720 700	1 914 000
1.2.3	– Drittmittel gesamt	124 500	124 500	482 800
1.2.3.1	– DFG	—	—	—
1.2.3.2	– BMBF	—	—	—
1.2.3.3	– EU	—	—	—
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	120 700
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	362 100
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	123 800	18 800	134 000
1.3	– Investitionen gem. Finanzplan	687 200	680 200	995 000

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	356		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	170		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	59		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	53	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	186	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	8		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	8		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	172		
2.1.3.1	– Frauenanteil	15,1%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	188	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	9		
2.3.1	– Frauenanteil	2%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	913	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	1 320	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	5 190		
3.3.1	– in der RStZ	4 259		
3.3.2	– Frauenanteil	42,3%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	4,0%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	64,9%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en	830		
3.4.1	– grundständiges Studium	809		
3.4.1.1	– Frauenanteil	41,7%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	21	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	33,3%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen	0	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	0%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	34 639	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	27 504		

Budgetdaten 2002/2003

Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis-Cluster	Regelstudienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2002 (WS 2001/02 + SS 2002)	budget-relevant	1997–1999	budget-relevant	WS 1999/00	budget-relevant
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundständige Studiengänge								
Architektur Hildesheim	M	8	88	88	64	64	322	322
Architektur Holzminden	M	8	81	77	65	65	315	315
Bau-Chemie (WS 1999/00)	H2	8	18	18	0	0	13	13
Bauinformatik (auslaufend)	M	8	0	0	3	3	0	0
Bauingenieurwesen Hildesheim	M	8	67	63	55	55	311	311
Bauingenieurwesen Holzminden	M	8	56	55	76	76	294	294
Betriebswirtschaftslehre	T	8	118	110	43	43	398	398
Elektrotechnik (WS 2001/02)	H2	8	20	18	0	0	0	0
Farbdesign (auslaufend)	H2	7	0	0	9	9	57	57
Feinwerktechnik	H2	8	14	14	10	10	59	59
Forstwissenschaft, -wirtschaft	M	8	117	114	98	98	389	389
Gestaltung	H2	8	120	113	0	0	0	0
Graphikdesign (auslaufend)	H2	8	0	0	41	41	184	184
Historisches Kulturgut (auslaufend)	H2	7	0	0	3	3	22	22
Holzingenieurwesen/Holzbau	M	8	74	70	36	36	194	194
Immobilienwirtschaft (Praxisverbund) (WS 1999/00)	T	8	16	16	0	0	12	12
Immobilienwirtschaft (WS 1999/00)	T	8	41	40	0	0	42	42
Informatik (WS 2001/02)	H2	8	29	23	0	0	0	0
Innenarchitektur (auslaufend)	H2	7	0	0	19	19	114	114
Krankenversicherung	T	8	19	18	0	0	86	86
Ergo-Logo-Physiotherapie (WS 2000/01)	T	4	82	77	0	0	0	0
Messtechnik (auslaufend)	H2	8	0	0	9	9	66	66
Metallgestaltung (auslaufend)	H2	7	0	0	13	13	57	57
Physiktechnik	H2	8	19	19	7	7	59	59
Präzisionsfertigungstechnik (WS 2000/01)	H2	8	18	16	0	13	0	65
Produktdesign (auslaufend)	H2	7	0	0	13	13	79	79
Restaurierungskunde	H1	8	38	38	12	12	112	112
Sozialarbeit/-hilfe (WS 2000/01)	T	8	20	18	0	0	0	0
Sozialwesen	T	8	193	177	174	174	844	844
Wirtschaftsingenieurwesen (WS 1996/97)	M	8	45	43	0	32	130	130
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Bauinformatik (auslaufend)	M	2	0	0	3	3	14	14
Ökologische Umwelt- und Landschaftsplanung	T	3	13	13	14	14	37	37
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Internationales Bauen	M	2	16	16	0	0	49	49
Weiterbildungsstudiengänge								
Sozialmanagement (WS 2000/01)	T	3,5	25	25	0	0	0	0
Optical Engineering/Photonics (MasterStG) (WS 2001/02)	H2	4	15	15	0	0	0	0

Wirtschaftsplan für die Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 534 200	1 534 200		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	32 560 000[1])	32 358 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	453 200	453 200		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	720 700	720 700	
62	Löhne und Vergütungen	434 000	435 900		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	52 900	52 900	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	21 278 100	21 184 100		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	71 600	71 600	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 978 800	3 961 900		54	Sonstige betriebliche Erträge	123 800	18 800	
66	Sonstige Personalaufwendungen	39 400	39 400		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	5 285 800	5 087 800		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	379 400	379 400						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	145 600	145 600						
70	Betriebliche Steuern	500	500						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
	Gesamtsumme:	33 529 000	33 222 000				33 529 000	33 222 000	

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	32 219 000	EUR
682 03	338 000	EUR
682 39	3 000	EUR
Gesamt	32 560 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 534 200	1 456 100	1 056 000	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	32 358 000[1])	31 372 100	25 331 000
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	453 200	448 100	131 000	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	720 700	720 700	1 914 000
62	Löhne und Vergütungen	435 900	421 900	426 000	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	52 900	52 900	126 100
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	21 184 100	20 423 000	18 761 000	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	71 600	71 600	356 700
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 961 900	4 122 700	3 912 000	54	Sonstige betriebliche Erträge	18 800	18 800	130 000
66	Sonstige Personalaufwendungen	39 400	39 400	370 000	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	5 087 800	4 799 400	1 514 000	58	Außerordentliche Erträge	—	—	4 000
68	Aufwendungen für Kommunikation	379 400	379 400	537 000					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	145 600	145 600	181 000					
70	Betriebliche Steuern	500	500	4 000					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
	Gesamtsumme:	33 222 000	32 236 100	26 892 000			33 222 000	32 236 100	27 861 800

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	32 228 000	EUR
682 03	127 000	EUR
682 39	3 000	EUR
Gesamt	32 358 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	293 000[1])	286 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	394 200[2])	394 200	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	687 200	680 200		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	687 200	680 200			687 200	680 200	

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	30 000	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	286 000[1])	266 800	240 000
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	394 200[2])	544 500	81 000
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	680 200	811 300	596 000	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	367 000	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	2 000	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	680 200	811 300	995 000		680 200	811 300	321 000

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 3 414 200 EUR und in 2003 3 431 000 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	[1]) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.
I b	1	1	1	Verwaltungsdienst	[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen.
II a	1	1	1		
III[1])	2	2	2		
IV a	2	2	2		
IV b	1	1	1		
V b	1	1	2		
V c	5	5	6		
VI b[2])	6	6	6		
VII	9	9	12		
I b	1	1	1	Lehrkräfte	
II a	6	6	6		
III	3	3	3		
IV a	2	2	2		
IX b–VII	11	11	11	Schreib- und Fernschreibdienst	
III	1	1	1	Technischer Dienst	
IV a	35	35	36		
IV b	4	4	4		
V b	1	1	1		
V c	1	1	1		
VI b	6	6	6		
IV a	—	—	1	Bibliotheksdienst	
V b	3	3	3		
V c	2	2	2		
VI b	1	1	1		
VII	3	3	3		
II a	—	—	—	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	7	7	7		
IV b	1	1	3		
V b	—	—	—		
VII	2	2	2	Sonstige Dienste	
VIII	1	1	1		
IX b	—	—	—		
	30	30	21	Stellenpool Durchschnittswertigkeit 44 900 EUR	
	149	149	149	Zusammen	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
5	2	2	2	Hausmeisterdienst	
4	3	3	3		
5	1	1	1	Sonstige Dienste	
4	1	1	1		
3	1	1	1		
	8	8	8	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 534 200	1 534 200	1 456 100
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	89 500	89 500	89 500
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	—
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	272 800	272 800	194 800
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	1 171 900	1 171 900	1 171 800
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	453 200	453 200	448 100
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	3 100	3 100	3 100
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	249 500	249 500	249 500
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	200 600	200 600	195 500

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	434 000	435 900	421 900
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	21 278 100	21 184 100	20 423 000

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	59 900	59 900	59 900
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—
5. Überstundenvergütung für Angestellte	1 700	1 700	1 700
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	119 700	119 700	119 700
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	700	700	700
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte) } 11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	14 300	14 300	14 300
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—
13. Vergütungen für sonst. Beschäftigte	36 900	36 900	36 900

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 8 (8) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 53 000 EUR für 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a).

Zu lfd. Nr. 4

Für die Vergütung von 2 (2) Auszubildenden – Verwaltungsdienst –.

Zu lfd. Nr. 6

Für 9 (9) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte – davon eine Kraft zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3 978 800	3 961 900	4 122 700
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	22 700	22 700	24 700
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	3 408 300	3 391 500	3 570 700
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	79 100	79 000	58 700
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	468 700	468 700	468 600
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	39 400	39 400	39 400
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	9 500	9 500	9 500
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	15 300	15 300	15 300
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	14 000	14 000	14 000
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	600	600	600
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Anlage 4
zu Kapitel 06 34

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	5 285 800	5 087 800	4 799 400
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	3 494 300	3 494 300	3 739 300
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzession	—	—	—
673	Gebühren	24 800	24 800	24 800
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 447 800	1 249 800	717 800
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	124 100	124 100	122 700
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	194 800	194 800	194 800
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	379 400	379 400	379 400
680	Büromaterial, Drucksachen	66 900	66 900	66 900
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	240 400	240 400	240 400
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	66 900	66 900	66 900
686	Gästebewirtung und Repräsentation	1 000	1 000	1 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	2 400	2 400	2 400
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	1 800	1 800	1 800
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	145 600	145 600	145 600
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	95 400	95 400	95 400
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	50 200	50 200	50 200
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	500	500	500
702	Grundsteuer	500	500	500
703	Kraftfahrzeugsteuer	—	—	—
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	33 333 600	33 131 600	32 145 700
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	32 560 000	32 358 000	31 372 100
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	720 700	720 700	720 700
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	52 900	52 900	52 900
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	71 600	71 600	71 600
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	30 700	30 700	30 700
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	40 900	40 900	40 900
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	123 800	18 800	18 800
540	Nebenerlöse	15 100	15 100	15 100
541	Sonstige Erlöse	108 700	3 700	3 700
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel 2003/2002	Sondermittel 2003/2002
A. Aufwendungen			
60		37 600	—
61		—	—
62		20 500	—
63		56 200	661 500
64		—	—
66		—	—
67		—	—
68		10 200	—
69		—	59 200
70		—	—
75		—	—
76		—	—
	Zusammen:	124 500	720 700
B. Erträge			
50		52 900	720 700
51		71 600	—
54		—	—
57		—	—
58		—	—
	Zusammen:	124 500	720 700

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0636 Fachhochschule Nordostniedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-8	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		388.000	388.000	384.389	384
121 04-6	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		198.000	—	—	—
381 05-6	990	Zuführungen von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-3	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	13.000 13.000 12.782	23.752.000	23.737.000	22.986.916	16.874
682 03-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	305.000	616.000	360.461	329
682 39-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	5.000	5.000	5.266	—
891 01-1	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	182.000	177.000	165.659	171
		Abschluss Kapitel 06 36					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		586.000	388.000	384.389	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		586.000	388.000	384.389	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.000 13.000 12.782	24.062.000	24.358.000	23.352.643	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	182.000	177.000	165.659	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	13.000 13.000 12.782	24.244.000	24.535.000	23.518.302	
		Zuschuss		23.658.000	24.147.000	23.133.913	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 36 allgemein:

Die Fachhochschule Nordostniedersachsen wird seit 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa Suderburg	680	3 714 EUR
Mensa Volgershall	795	6 505 EUR
Mensa Rotes Feld	721	5 897 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	13 000	—	13 000
2004	—	—	13 000	13 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	13 000	—	13 000
2003	—	—	13 000	13 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 2 405 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	96,6	46,8
2. Exzenter-Schwingmühle mit Zubehör	—	31,7
3. Ausstattung Video-Werkstatt	—	26,5
4. 7 Notebooks	—	28,0
5. Großbildtechnik und Beschallungsanlage	—	44,0
6. Rechnersysteme für Laborarbeitsplätze	28,0	—
7. 13 CAD-Arbeitsplätze incl. Monitor	31,0	—
8. Video/Audio (capture und Schnittsystem)	26,4	—
Zusammen	182,0	177,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Fachhochschule Nordostniedersachsen

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	25 821 200	26 020 200	22 605 400
1.1.1	– Personalaufwand	18 970 600	18 847 500	18 092 300
1.1.2	– Sachaufwand	6 545 600	6 556 700	4 347 992
1.1.3	– Bauunterhaltung	305 000	616 000	165 108
1.2	Erträge gesamt	25 821 200	26 020 200	22 260 000
1.2.1	– Landeszuschuss	24 062 000	24 358 000	17 381 900
1.2.2	– Sondermittel	1 122 600	1 122 600	2 749 600
1.2.3	– Drittmittel gesamt	520 800	520 800	1 642 386
1.2.3.1	– DFG	—	—	—
1.2.3.2	– BMBF	—	—	389 463
1.2.3.3	– EU	—	—	416 154
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	78 275
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	758 494
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	115 800	18 800	486 114
1.3	– Investitionen gem. Finanzplan	449 800	444 700	2 144 800

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	339		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	139		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	61		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	53	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	200	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	37		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	28		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	115		
2.1.3.1	– Frauenanteil	13,0%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	124	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	6		
2.3.1	– Frauenanteil	33,3%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	682	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger, 1. Fachsemester	940	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	3 782		
3.3.1	– in der RStZ	2 832		
3.3.2	– Frauenanteil	37,3%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	5,0%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	48,9%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en	643		
3.4.1	– grundständiges Studium	598		
3.4.1.1	– Frauenanteil	36,5%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	45	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	68,9%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen	0	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	0%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	34 418	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	25 842		

Budgetdaten 2002/2003

Fachhochschule Nordostniedersachsen

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis-Cluster	Regel-studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2002 (WS 2001/02 + SS 2002)	budget-relevant	1997–1999	budget-relevant	WS 1999/00	budget-relevant
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundständige Studiengänge								
Architektur	M	8	70	70	48	48	286	286
Automatisierungstechnik (M)	H1	8	62	50	30	30	144	144
Bauingenieurwesen/Buxtehude	M	8	75	75	58	58	279	279
Bauingenieurwesen/Suderburg (WS 2001/02)	H2	8	64	59	0	0	0	0
Angewandte Informatik im Bauwesen (Suderburg) WS 2001/02	H2	8	40	38	0	0	0	0
Betriebswirtschaftslehre	T	8	139	139	109	109	444	444
Ingenieurinformatik (WS 2001/02)	H2	8	36	29	0	0	0	0
Sozialwesen	T	8	150	150	100	100	531	531
Umwelttechnik (auslaufend)	H2	8	0	0	23	23	91	91
Wasserwirtschaft (auslaufend)	H2	8	64	0	51	51	180	180
Wirtschaftsinformatik	T	8	55	55	38	38	220	220
Wirtschaftspsychologie (WS 1999/00)	T	8	56	56	0	40	34	202
Wirtschaftsrecht (WS 1994/95)	T	8	99	99	34	46	378	378
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Abfallwirtschaft und Stoffstrommanagement	H2	3	30	30	6	6	6	6
Tropenwasserwirtsch. (Master)	H2	3	15	15	8	8	22	22
Weiterbildungsstudiengänge								
Angewandte Informatik im Bauwesen (WS 1997/98)	H2	5	30	30	0	0	56	56
Applied Computing (Master) (WS 1998/99)	T	3	15	15	1	1	26	26
Gesundheitswiss. (WB)	T	2	24	24	7	7	24	24
Multimedia (SS 1998)	M	2	25	25	17	17	25	25
Projektmanagement	M	3	20	0	0	0	0	0
Qualitätssicherung im Bauwesen	M	3	20	20	0	0	5	5
Sozialmanagement	T	4	20	20	9	9	44	44

Wirtschaftsplan für die Fachhochschule Nordostniedersachsen

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 325 500	1 325 500		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	24 062 000[1])	24 358 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	971 200	971 200		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 122 600	1 122 600	
62	Löhne und Vergütungen	495 500	497 800		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	102 300	102 300	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	15 389 000	15 294 400		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	355 100	355 100	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 086 100	3 055 300		54	Sonstige betriebliche Erträge	179 200	82 200	
66	Sonstige Personalaufwendungen	10 000	10 000		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 032 600	4 354 700		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	247 800	247 800						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	262 700	262 700						
70	Betriebliche Steuern	800	800						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
	Gesamtsumme:	25 821 200	26 020 200				25 821 200	26 020 200	

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	23 752 000	EUR
682 03	305 000	EUR
682 39	5 000	EUR
Gesamt	24 062 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 325 500	1 322 200	1 359 600	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	24 358 000[1])	23 352 600	17 381 900
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	971 200	971 200	980 800	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 122 600	1 122 600	2 749 600
62	Löhne und Vergütungen	497 800	482 400	385 700	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	102 300	102 300	242 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	15 294 400	14 793 000	13 527 900	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	355 100	355 100	511 600
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 055 300	2 875 400	4 178 700	54	Sonstige betriebliche Erträge	82 200	82 200	1 363 800
66	Sonstige Personalaufwendungen	10 000	10 000	133 000	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	400
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 354 700	4 049 400	989 200	58	Außerordentliche Erträge	—	—	10 700
68	Aufwendungen für Kommunikation	247 800	247 700	622 300					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	262 700	262 700	427 900					
70	Betriebliche Steuern	800	800	300					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
	Gesamtsumme:	26 020 200	25 014 800	22 605 400			26 020 200	25 014 800	22 260 000

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	23 737 000	EUR
682 03	616 000	EUR
682 39	5 000	EUR
Gesamt	24 358 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	182 000[1])	177 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	267 800[2])	267 700	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	267 800	267 700		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	182 000	177 000		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	449 800	444 700			449 800	444 700	

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	177 000[1])	165 700	780 700
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	267 700[2])	559 400	1 299 200
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	124 100
07 Technische Anlagen und Maschinen	267 700	559 400	1 624 200	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	177 000	165 700	520 600	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	34 600
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	444 700	725 100	2 144 800		444 700	725 100	2 238 600

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2004 um 55 700 EUR infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08 TGr. 74.
6. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2008 um 102 300 EUR infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08 TGr. 74.
7. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 2 685 500 EUR und in 2003 2 716 100 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	[1]) Lehrkräfte mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulausbildung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Angestellte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, erhalten eine Vergütung entsprechend der Verg.-Gr. II a BAT einschl. der allgemeinen Zulage.
I b	1	1	1	Verwaltungsdienst	[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen.
II a	2	2	2		
III	2	2	2		
IV a	1	1	2		
IV b	7	7	7		
V b	1	1	1		
V c	9	9	9		
VI b	11	11	11		
VII	8	8	8		
VIII	3	3	3		
II a	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
II a[1])	5	5	5	Lehrkräfte	
IV a	1	1	1		
IV b	—	—	—		
IX b–VII[2])	2	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
III	1	1	1	Technischer Dienst	
IV a	20	20	20		
IV b	—	—	—		
V b	2	2	2		
V c	6	6	6		
VI b	4	4	4		
IV b	1	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	1	1	1		
V c	2	2	2		
VI b	3	3	3		
VII	4	4	4		
I b	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
III	2	2	2		
IV a	13	13	13		
IV b	2	2	2		
V c	1	1	1		
VIII	3	3	3	Sonstige Dienste	
IX b	1	1	1		
	121	121	122	Zusammen	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
4	2	2	2	Sonstige Dienste	
3	1	1	1		
2 a	1	1	1		
	(1)	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
1	3	3	3	Reinigungsdienst	
	7	7	7	Zusammen	

Erläuterungen für 2002

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IVa	1	Verwaltungsdienst

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 325 500	1 325 500	1 322 200
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	102 300	102 300	102 300
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	579 700	579 700	579 700
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	643 500	643 500	640 200
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	971 200	971 200	971 200
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	670 100	670 100	670 100
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	301 100	301 100	301 100
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	495 500	497 800	482 400
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	15 389 000	15 294 400	14 793 000

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	—	—	—
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	189 600	189 600	189 600
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—
5. Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	1 800	1 800	1 800
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	212 700	212 700	212 700
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	21 700	21 700	21 700
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	600	600	600
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	—	—
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	64 300	64 300	64 300
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 3

Für 8 (8) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a), 1 im FB Architektur, 1 im FB Bauingenieurwesen, 1 für das Akademische Auslandsamt, 2 für den FB Sozialwesen und Wirtschaft und 1 Schreibkraft Technologietransfer.

Zu lfd. Nr. 7

Für 12 (12) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte – davon eine Kraft zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 8

Für die Vergütung von 2 (2) Auszubildenden – für den Beruf des Industriemechanikers im FB Angewandte Automatisierungstechnik –.

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3 086 100	3 055 300	2 875 400
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	16 900	16 900	21 500
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	2 699 200	2 668 600	2 500 100
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	59 000	58 800	42 800
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	311 000	311 000	311 000
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	10 000	10 000	10 000
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	7 600	7 600	7 600
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	2 400	2 400	2 400
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 032 600	4 354 700	4 049 400
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2 467 900	2 467 900	2 271 600
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	54 700	54 800	53 700
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 084 900	1 406 900	1 298 900
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	185 800	185 800	185 800
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	239 300	239 300	239 400
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	247 800	247 800	247 700
680	Büromaterial und Drucksachen	96 600	96 600	96 600
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	7 200	7 200	7 200
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	101 100	101 100	101 100
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	40 900	40 900	40 800
686	Gästebewirtung und Repräsentation	1 000	1 000	1 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	1 000	1 000	1 000
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	262 700	262 700	262 700
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	3 100	3 100	3 100
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	2 400	2 400	2 400
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	257 200	257 200	257 200
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	800	800	800
702	Grundsteuer	600	600	600
703	Kraftfahrzeugsteuer	200	200	200
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	25 286 900	25 582 900	24 577 500
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	24 062 000	24 358 000	23 352 600
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 122 600	1 122 600	1 122 600
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	102 300	102 300	102 300
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	355 100	355 100	355 100
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	355 100	355 100	355 100
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	179 200	82 200	82 200
540	Nebenerlöse	77 500	77 500	77 500
541	Sonstige Erlöse	101 700	4 700	4 700
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel 2003/2002	Sondermittel 2003/2002
A. Aufwendungen			
60		—	66 000
61		255 200	281 300
62		—	—
63		265 600	623 400
64		—	—
66		—	—
67		—	—
68		—	3 600
69		—	148 300
70		—	—
75		—	—
76		—	—
	Zusammen:	520 800	1 122 600
B. Erträge			
50		102 300	1 122 600
51		355 100	—
54		63 400	—
57		—	—
58		—	—
	Zusammen:	520 800	1 122 600

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0637 Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-3	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-1	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		530.000	530.000	512.826	520
121 04-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		249.000	—	—	—
381 01-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-7	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	41.000 41.000 40.903	31.405.000	31.404.000	29.818.849	25.310
682 03-3	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	343.000	268.000	268.428	268
682 39-4	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	19.000	19.000	18.713	16
891 01-5	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	282.000	276.000	257.282	281
		Abschluss Kapitel 06 37					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		779.000	530.000	512.826	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		779.000	530.000	512.826	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	41.000 41.000 40.903	31.767.000	31.691.000	30.105.990	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	282.000	276.000	257.282	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	41.000 41.000 40.903	32.049.000	31.967.000	30.363.272	
		Zuschuss		31.270.000	31.437.000	29.850.446	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 37 allgemein:

Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel wird seit 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm (HNF)	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa HNF	344	} 32 211 EUR
Cafeteria NNF	362	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	41 000	—	41 000
2004	—	—	41 000	41 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	41 000	—	41 000
2003	—	—	41 000	41 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 1 837 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	166,3	199,2
2. Entwicklungssystem für strukturierte Analysen	—	28,2
3. Geräteausstattung der PC-Poolräume (Standort Wolfenbüttel)	—	48,6
4. Magnetpulverbremse mit Mess- und Anzeigenelektronik	49,1	—
5. Geräteausstattung der PC-Poolräume (Standort Wolfenbüttel)	33,3	—
6. Geräteausstattung der PC-Poolräume (Standort Salzgitter)	33,3	—
Zusammen	282,0	276,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	33 429 900	33 231 600	32 858 200
1.1.1	– Personalaufwand	26 191 900	26 075 800	27 016 500
1.1.2	– Sachaufwand	6 895 000	6 887 800	5 680 115
1.1.3	– Bauunterhaltung	343 000	268 000	161 585
1.2	Erträge gesamt	33 429 900	33 231 600	33 322 100
1.2.1	– Landeszuschuss	31 767 000	31 691 000	25 594 500
1.2.2	– Sondermittel	486 000	486 000	3 184 600
1.2.3	– Drittmittel gesamt	1 029 000	1 029 000	3 051 583
1.2.3.1	– DFG	—	—	28 650
1.2.3.2	– BMBF	—	—	487 915
1.2.3.3	– EU	—	—	351 944
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	1 442 710
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	740 364
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	147 900	25 600	1 491 417
1.3	Investitionen gem. Finanzplan	790 500	784 400	6 422 066

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	483		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	299		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	73		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	57	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	184	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	11		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	5		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	150		
2.1.3.1	– Frauenanteil	14,0%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	169	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	9		
2.3.1	– Frauenanteil	0%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	1 213	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	1 685	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	5 003		
3.3.1	– in der RStZ	4 104		
3.3.2	– Frauenanteil	29,3%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	5,7%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	50,2%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en	660		
3.4.1	– grundständiges Studium	660		
3.4.1.1	– Frauenanteil	27,3%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	0	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	0%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	0	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen	0	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	0%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	37 145	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	28 400		

Budgetdaten 2002/2003

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis-Cluster	Regel-studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2002 (WS 2001/02 + SS 2002)	budget-relevant	1997–1999	budget-relevant	WS 1999/00	budget-relevant
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundständige Studiengänge								
Augenoptik (WS 2000/01)	M	9	20	20	0	0	0	0
Bank- und Versicherungswirtschaft/Bankwesen	T	8	18	18	9	9	76	76
Automobilwirtschaft (WS 1997/98)	T	8	22	22	0	0	66	66
Betriebswirtschaftslehre (WS 1998/99)	T	8	32	32	0	0	111	111
Elektr. Anlagen und Automatisierungstechnik	H2	8	31	31	40	40	101	101
Elektr. Messtechnik und Qualitätssicherung	H2	8	18	18	0	0	35	35
Fahrzeugtechnik/-bau	H1	8	78	69	45	45	300	300
Geragogik	T	8	20	20	8	8	73	73
Industrie-Automatisierung	H2	8	17	17	17	17	31	31
Industrieinformatik	H1	8	21	19	8	8	115	115
Konstruktion und Entwicklung	H2	8	37	37	39	39	106	106
Krankenversicherung/-management	T	8	19	19	3	7	70	70
Kunststofftechnik (Verf.-Technik) (WS 1998/99)	H1	8	21	19	0	0	17	17
Management Einrichtung Gesundheitswesen, Krankenpflegemanagement (WS 1996/97)	T	8	19	19	0	14	126	126
Maschinenbau im Praxisverbund	H2	8	28	28	0	0	90	90
Medieninformatik/Multimedia, Medientechnik (WS 1999/00)	M	8	44	42	0	0	123	123
Mediendesign (WS 2000/01)	M	8	20	18	0	0	0	0
Nachrichtentechnik	H2	8	31	31	45	45	115	115
Prakt. Informatik (E)	M	8	27	25	4	4	136	136
Produktion und Logistik	H2	8	17	17	26	26	68	68
Recycling	H1	8	21	19	31	31	54	54
Sozialwesen	T	8	207	207	167	167	724	724
Sportmanagement/-ökonomie	T	8	29	26	0	0	133	133
Techn. Gebäudeausrüstung, dualer Studiengang (2001/02)	H2	10	12	12	0	0	0	0
Techn. Gebäudeausrüstung	H2	8	36	36	49	49	154	154
Techn. Gesundheitswesen/Krankenhausbetriebs-technik (auslaufend)	H2	8	0	0	31	31	30	30
Techn. Informatik	M	8	18	17	35	35	65	65
Technische Betriebswirtschaft	T	8	13	13	29	29	108	108
Telekommunikation (SS 1996)	H2	8	31	31	0	0	84	84
Tourismusmanagement (WS 1996/97)	T	8	26	23	0	0	167	167
Transportwesen (WS 1994/95)	H2	8	7	7	7	7	75	75
Umwelttechnik	H2	8	48	48	0	0	94	94
Verkehrsbetriebswirtschaftslehre (WS 1994/95)	T	8	13	12	7	7	120	120
Verkehrsinformatik (WS 1994/95)	H2	8	6	5	10	10	20	20
Verkehrstechnik (WS 1994/95)	H2	8	6	5	19	19	55	55
Versorgungstechnik/Öffentl. u. ind. Versorgung	H2	8	24	24	21	21	46	46
Wirtschaftsinformatik (WS 1998/99)	T	8	25	25	0	0	47	47
Wirtschaftsrecht (SS 1999)	T	8	62	62	0	0	86	86
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Technische Unternehmensführung (WS 2000/01)	T	4	36	36	0	0	0	0
Umwelt- und Qualitätsmanagement (SS 1998)	H2	4	10	10	0	0	44	44
Wirtschaft (Absatz- und Beschaffungswesen)	T	4	6	6	4	4	9	9
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
European Business and Technology (WS 1997/98)	T	8	10	10	0	0	26	26
EMS European Eng. and Technology (WS 1996/97)	H2	8	9	9	1	1	21	21
Weiterbildungsstudiengänge								
Kreislaufwirtschaft (WS 1998/99)	T	5	—	—	0	0	13	13
Multimedia (SS 1998)	M	4	10	10	0	0	14	14
Wirtschaftsingenieurwesen, Vertriebsmanagement (WS 1998/99)	T	4	15	15	6	6	6	6
Wirtschaftswiss. für Absolventen von Berufsakademien (WS 1998/99)	T	2	0	0	0	0	0	0
Wirtschaftsingenieurwesen für Dipl.-Ing. (WS 1996/97)	T	4	15	15	0	0	119	119

Wirtschaftsplan für die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 561 900	1 561 900		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	31 767 000[1])	31 691 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 098 300	1 023 300		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	486 000	486 000	
62	Löhne und Vergütungen	402 000	404 000		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	257 000	257 000	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	21 692 300	21 592 000		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	385 000	385 000	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4 097 600	4 079 800		54	Sonstige betriebliche Erträge	509 000	387 000	
66	Sonstige Personalaufwendungen	15 300	15 300		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 756 500	3 749 300		58	Außerordentliche Erträge	25 900	25 600	
68	Aufwendungen für Kommunikation	263 800	263 800						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	542 000	542 000						
70	Betriebliche Steuern	200	200						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
Gesamtsumme:		33 429 900	33 231 600				33 429 900	33 231 600	

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	31 405 000	EUR
682 03	343 000	EUR
682 39	19 000	EUR
Gesamt	31 767 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 561 900	1 557 900	700 800	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	31 691 000[1])	30 106 000	25 594 500
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 023 300	1 023 300	505 500	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	486 000	485 700	3 184 600
62	Löhne und Vergütungen	404 000	388 000	844 100	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	257 000	256 700	721 500
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	21 592 000	20 319 500	20 062 400	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	385 000	385 100	2 239 000
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4 079 800	3 838 600	6 110 000	54	Sonstige betriebliche Erträge	387 000	386 800	1 477 400
66	Sonstige Personalaufwendungen	15 300	15 300	92 300	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	900
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 749 300	3 671 800	1 475 200	58	Außerordentliche Erträge	25 600	—	104 200
68	Aufwendungen für Kommunikation	263 800	263 700	672 400					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	542 000	542 000	1 898 300					
70	Betriebliche Steuern	200	200	1 100					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	496 100					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
Gesamtsumme:		33 231 600	31 620 300	32 858 200			33 231 600	31 620 300	33 322 100

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	31 404 000	EUR
682 03	268 000	EUR
682 39	19 000	EUR
Gesamt	31 691 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	282 000[1])	276 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	508 500[2])	508 400	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	790 500	784 400		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	790 500	784 400			790 500	784 400	

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	276 000[1])	257 300	280 955
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	508 400[2])	615 400	6 069 419
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	91 521
07 Technische Anlagen und Maschinen	784 400	615 400	6 422 066	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	257 300	—	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	784 400	872 700	6 422 066		784 400	872 700	6 441 895

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 3 575 400 EUR und in 2003 3 593 100 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte[1])	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen.
II a	4	4	4	Verwaltungsdienst	[2]) Davon 1 kw zum 31. 12. 2003 für den FB Gesundheitswesen – Studiengang Krankenversicherungsmanagement.
III	2	2	2		
IV a	5	5	5		
IV b	1	1	1		
V c	4	4	4		
VI b	7	7	7		
VII	10	10	10		
VIII	2	2	2		
II a[2])	21	21	21	Lehrkräfte	
III	3	3	3		
IX b–VII[1])	6	6	6	Schreib- und Fernschreibdienst	
II a	1	1	1	Technischer Dienst	
III	1	1	1		
IV a	64	64	64		
IV b	5	5	5		
V b	5	5	5		
V c	4	4	4		
VI b	2	2	2		
V b	1	1	1	Bibliotheksdienst	
V c	3	3	3		
VI b	1	1	1		
VIII	1	1	1		
II a	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	5	5	5		
IV b	—	—	1		
V b	2	2	2		
VII	1	1	1	Sonstige Dienste	
	162	162	163	Zusammen	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
9	—	—	1	Handwerklicher Dienst	
8	5	5	5	Sonstige Dienste	
6	2	2	2		
5	2	2	2		
4	1	1	1		
3	2	2	1		
	(1)	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	12	12	12	Zusammen	

Erläuterungen für 2002:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	Datenverarbeitungsdienst

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1 561 900	1 561 900	1 557 900
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	536 700	536 700	532 700
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	766 700	766 700	766 700
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	—
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	258 500	258 500	258 500
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	—	—	—
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 098 300	1 023 300	1 023 300
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	205 400	205 400	205 400
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	892 900	817 900	817 900
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	402 000	404 000	388 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	21 692 300	21 592 000	20 319 500

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
2. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	95 100	95 100	95 100
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	41 100	41 100	41 100
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—
5. Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	40 000	40 000	40 000
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	35 900	35 900	35 900
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	—	—	—
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	32 300	32 300	32 300
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)			
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 5 (5) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a), 1 in für die Zentrale Einrichtung, Auslandsamt, Praxissemester und Studienberatung für den Auslandsaufenthalt (ZAFRAP, Verg.-Gr. V c), 2 für die Verwaltung (VI b), 1 Schreibkraft.

Zu lfd. Nr. 6

Für 2 (2) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte – davon eine Kraft zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4 097 600	4 079 800	3 838 600
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	22 400	22 400	31 300
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	3 570 700	3 553 000	3 324 200
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen; VBL-Umlage	77 400	77 300	56 100
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	427 100	427 100	427 000
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	15 300	15 300	15 300
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	5 100	5 100	5 100
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	10 200	10 200	10 200
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	—	—	—
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 756 500	3 749 300	3 671 800
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2 895 800	2 951 800	2 999 600
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzession	—	—	—
673	Gebühren	—	—	—
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	324 000	324 000	321 100
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	30 700	30 700	30 700
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	506 000	442 800	320 400
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	263 800	263 800	263 700
680	Büromaterial, Drucksachen	51 100	51 100	51 100
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	138 200	138 200	138 200
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	32 900	32 900	32 900
686	Gästebewirtung und Repräsentation	2 700	2 700	2 700
687	Öffentlichkeitsarbeit	2 000	2 000	2 000
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	36 900	36 900	36 800
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	542 000	542 000	542 000
690	Versicherungsbeiträge, diverse	1 700	1 700	1 700
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	431 000	431 000	431 000
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	109 300	109 300	109 300
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	200	200	200
702	Grundsteuer	—	—	—
703	Kraftfahrzeugsteuer	200	200	200
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	32 510 000	32 434 000	30 848 400
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	31 767 000	31 691 000	30 106 000
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	486 000	486 000	485 700
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	257 000	257 000	256 700
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	385 000	385 000	385 100
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	385 000	385 000	385 100
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütung	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	509 000	387 000	386 800
540	Nebenerlöse	—	—	—
541	Sonstige Erlöse	247 000	125 000	124 800
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	262 000	262 000	262 000
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	25 900	25 600	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	25 900	25 600	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel 2003/2002	Sondermittel 2003/2002
A. Aufwendungen			
60		281 000	102 000
61		—	26 000
62		128 000	—
63		604 000	256 000
64		—	—
66		—	—
67		—	—
68		16 000	—
69		—	102 000
70		—	—
75		—	—
76		—	—
	Zusammen:	1 029 000	486 000
B. Erträge			
50		257 000	486 000
51		385 000	—
54		387 000	—
57		—	—
58		—	—
	Zusammen:	1 029 000	486 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0638 Fachhochschule Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-7	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	128
121 03-5	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		538.000	538.000	531.232	510
121 04-3	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		343.000	—	—	—
381 01-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	11.000 11.000 10.226	38.079.000	38.614.000	40.453.720	31.318
682 03-7	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	380.000	284.000	284.278	569
682 39-8	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	39.000	39.000	18.713	39
891 01-9	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* *** *1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* *2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	342.000	334.000	311.581	598
		Abschluss Kapitel 06 38					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		881.000	538.000	531.232	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		881.000	538.000	531.232	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	11.000 11.000 10.226	38.498.000	38.937.000	40.756.711	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	342.000	334.000	311.581	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	11.000 11.000 10.226	38.840.000	39.271.000	41.068.292	
		Zuschuss		37.959.000	38.733.000	40.537.060	

Zu Kapitel 06 38 allgemein:

Die Fachhochschule Hannover wird seit 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa Ricklingen	451	44 274 EUR

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	11 000	—	11 000
2004	—	—	11 000	11 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	11 000	—	11 000
2003	—	—	11 000	11 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 3 627 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	92,0	104,8
2. Rotationsautoklav	—	76,4
3. Optimierung Dozentenarbeitsplätze	—	30,7
4. Multimedia-Projektoren	—	25,6
5. Messplatz für NF-Analyse	—	35,1
6. DV-Arbeitsplatz und Softwarelizenzen	—	61,4
7. Redundante Firewall-Installation	61,4	—
8. Abgasmessanlage	25,6	—
9. Workstation	40,9	—
10. Frequenzzähler für Mikrowellenlabor	33,2	—
11. Laborausstattung	37,8	—
12. Netzwerk Infrastruktur	51,1	—
Zusammen	342,0	334,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Fachhochschule Hannover

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	42 304 000	42 575 000	31 157 986
1.1.1	– Personalaufwand	30 436 700	30 420 200	26 191 231
1.1.2	– Sachaufwand	11 487 300	11 870 800	4 530 953
1.1.3	– Bauunterhaltung	380 000	284 000	435 802
1.2	Erträge gesamt	42 304 000	42 575 000	34 852 748
1.2.1	– Landeszuschuss	38 498 000	38 937 000	31 241 857
1.2.2	– Sondermittel	2 321 000	2 321 000	2 076 667
1.2.3	– Drittmittel gesamt	1 240 000	1 240 000	773 431
1.2.3.1	– DFG	—	—	12 023
1.2.3.2	– BMBF	—	—	193 010
1.2.3.3	– EU	—	—	257 209
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	—
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	311 189
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	245 000	77 000	760 793
1.3	Investitionen gem. Finanzplan	636 800	628 700	2 223 773

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	477		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	252		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	48		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	35	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	225	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	30		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	14		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	200		
2.1.3.1	– Frauenanteil	15,0%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	220	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	10		
2.3.1	– Frauenanteil	2%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	874	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	1 166	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	5 182		
3.3.1	– in der RStZ	3 918		
3.3.2	– Frauenanteil	31,4%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	10,1%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	62,3%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en	701		
3.4.1	– grundständiges Studium	701		
3.4.1.1	– Frauenanteil	31,4%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	0	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	0%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren/Forschungsschwerpunkte	2	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	2	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	0		
4.8	Promotionen	0	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	0%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	42 039	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	36 264		

Budgetdaten 2002/2003

Fachhochschule Hannover

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis-Cluster	Regel-studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2002 (WS 2001/02 + SS 2002)	budget-relevant	1997–1999	budget-relevant	WS 1999/00	budget-relevant
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundständige Studiengänge								
Architektur	M	8	69	69	76	76	333	333
Bauingenieurwesen	M	8	71	71	92	92	317	317
Betriebswirtschaftslehre	T	8	70	67	19	19	272	272
Bibliothekswesen	M	8	33	33	32	32	144	144
Bildende Kunst	H2	10	27	27	16	16	109	109
Biowissenschaftliche Dokumentation	M	8	28	28	17	17	100	100
Design für elektrische Medien (auslaufend)	H2	9	0	0	2	2	21	21
Dokumentationswissenschaft	M	8	30	30	18	18	112	112
Elektr. Energietechnik/Energiewirtschaft	H2	8	43	43	49	49	131	131
Elektrotechnik/Elektronik (auslaufend)	H2	8	0	0	3	3	15	15
Fertigungs-/Produktionstechnik	H2	9	47	47	20	20	107	107
Fertigungsinformatik im Praxisverbund (auslaufend)	H2	8	0	0	2	2	1	1
Graphikdesign/Kommunikationsgestaltung (auslaufend)	H2	9	0	0	20	20	48	48
Graphikdesign-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	6	6	8	8
Industriedesign/Produktgestaltung (auslaufend)	H2	9	0	0	10	10	21	21
Industrie-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	4	4	4	4
Informatik (WS 1997/98)	M	8	52	52	0	0	104	104
Informationstechnik	H2	8	72	72	57	57	206	206
Ingenieurinformatik (WS 1996/97)	H2	8	48	48	0	0	136	136
Innenarchitektur	H2	9	29	29	25	25	146	146
Innenarchitektur Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	2	2	8	8
Journalistik (Bachelor) (WS 1999/00)	M	8	16	16	0	12	10	58
Kommunikationsdesign (WS 1997/98)	H2	9	48	48	0	0	156	156
Kostümdesign (auslaufend)	H2	9	0	0	4	4	15	15
Maschinenbau	H2	8	156	156	136	136	425	425
Milchwirtschaftliche Lebensmitteltechnologie	H1	8	25	25	20	20	84	84
Mode-Design (auslaufend)	H2	9	0	0	12	12	35	35
Mode-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	3	3	3	3
Nachrichtentechnik	H2	8	67	67	79	79	267	267
Produkt-Design	H2	9	63	63	0	0	163	163
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Bachelor (WS 1999/00)	M	8	16	16	0	12	9	58
Raumszenarien (auslaufend)	H2	9	0	0	6	6	11	11
Techn. Informatik (auslaufend)	H2	8	0	0	34	34	26	26
Techn. Informatik im Maschinenbau (WS 1996/97)	H2	8	23	23	0	0	62	62
Techn. Redakteur	M	8	36	36	24	24	138	138
Technologie nachwachs. Rohstoffe	H1	8	25	25	0	0	48	48
Textil-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	5	0	1	0
Textilgestaltung (auslaufend)	H2	9	0	0	16	0	27	0
Wirtschaftsinformatik	T	8	53	50	8	8	176	176
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Meisterschüler	H2	2	10	10	10	10	10	10
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Nachrichtentechn. (EU) (WS 2000/01)	H2	8	10	10	0	0	0	0
Weiterbildungsstudiengänge								
Banken und Versicherungen (WS 2001/02)	T	2	12	12	0	0	0	0
Nachhaltiges Planen und Bauen (WS 2000/01)	M	2	25	25	0	0	0	0

Wirtschaftsplan für die Fachhochschule Hannover

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2 382 200	2 396 200		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	38 498 000[1])	38 937 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 867 700	2 771 700		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	2 321 000	2 321 000	
62	Löhne und Vergütungen	760 000	760 000		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	335 000	335 000	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	24 606 200	24 570 000		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	826 000	826 000	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5 070 500	5 090 200		54	Sonstige betriebliche Erträge	324 000	156 000	
66	Sonstige Personalaufwendungen	104 000	104 000		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 943 200	5 295 700		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	1 389 200	1 406 200						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	177 000	177 000						
70	Betriebliche Steuern	4 000	4 000						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
Gesamtsumme:		42 304 000	42 575 000				42 304 000	42 575 000	

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	38 079 000	EUR
682 03	380 000	EUR
682 39	39 000	EUR
Gesamt	38 498 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2 396 200	2 180 000	647 208	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	38 937 000[1])	40 757 000	31 241 857
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 771 700	2 926 000	244 201	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	2 321 000	3 199 000	2 076 667
62	Löhne und Vergütungen	760 000	750 000	19 025 857	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	335 000	509 000	773 431
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	24 570 000	24 366 000	873 927	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	826 000	419 000	55 674
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5 090 200	4 972 000	6 291 447	54	Sonstige betriebliche Erträge	156 000	35 000	705 119
66	Sonstige Personalaufwendungen	104 000	104 000	995 621	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	5 295 700	8 045 000	491 506	58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
68	Aufwendungen für Kommunikation	1 406 200	1 395 000	413 387					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	177 000	177 000	2 170 694					
70	Betriebliche Steuern	4 000	4 000	4 138					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
Gesamtsumme:		42 575 000	44 919 000	31 157 986			42 575 000	44 919 000	34 852 748

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	38 614 000	EUR
682 03	284 000	EUR
682 39	39 000	EUR
Gesamt	38 937 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	342 000[1])	334 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	294 800[2])	294 700	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	636 800	628 700		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	636 800	628 700			636 800	628 700	

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	334 000[1])	311 600	1 384 779
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	294 700[2])	933 000	822 377
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	9 264
07 Technische Anlagen und Maschinen	628 700	933 000	1 735 961	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	311 600	487 812	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	7 353
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	628 700	1 244 600	2 223 773		628 700	1 244 600	2 223 773

[1]) Zuführungen aus 891 01
[2]) Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 4 437 100 EUR und in 2003 4 417 500 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen.
I b	1	1	1	Verwaltungsdienst	[2]) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV a (FB Maschinenbau).
II a	4	4	4		
III	5	5	5		
IV a	2	2	3		
IV b	8	8	9		
V b	2	2	2		
V c	6	7	7		
VI b	6	7	7		
VII	13	13	12		
II a	2	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	5	5	4	Lehrkräfte	
IV a	2	2	2	für besondere Aufgaben	
IX b–VII[1])	6	6	7	Schreib- und Fernschreibdienst	
II a	2	2	2	Technischer Dienst	
III[2])	3	3	3		
IV a	35	35	35		
IV b	27	27	27		
V b	5	5	5		
V c	6	6	6		
VI b	12	12	12		
IV b	—	—	—	Bibliotheksdienst	
V b	1	1	1		
V c	2	2	2		
VI b	3	3	3		
II a	2	2	2	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	17	17	17		
IV b	4	4	3		
V c	1	1	1		
VII	3	3	3	Sonstige Dienste	
	185	187	187	Zusammen	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
6	1	1	1	Handwerklicher Dienst	
5	1	1	1	Sonstige Dienste	
4	3	3	3		
3	4	4	4		
2 a	1	1	1		
	(3)	(3)	(3)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	10	10	10	Zusammen	

Erläuterungen für 2002

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	Lehrkräfte für besondere Aufgaben
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	Verwaltungsdienst
Zusammen	1	

Erläuterungen für 2003

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	Verwaltungsdienst
Verg.-Gr. VI b	1	Verwaltungsdienst
Zusammen	2	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 382 200	2 396 200	2 180 000
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	180 000	180 000	128 000
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	70 000	70 000	80 000
602	Hilfsstoffe	22 000	22 000	22 000
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	63 000	63 000	52 000
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	450 000	450 000	299 000
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	824 200	824 200	664 000
607	Sonstiges Material	49 000	49 000	49 000
608	Aufwendungen für Waren	724 000	738 000	886 000
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 867 700	2 771 700	2 926 000
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	477 700	477 700	423 000
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	66 000	66 000	81 000
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	90 000	90 000	141 000
613	Weitere Fremdleistungen	849 000	849 000	992 000
614	Frachten und Fremdlager	6 000	6 000	6 000
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	380 000	284 000	284 000
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	999 000	999 000	999 000

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontengruppe

62	Löhne und Vergütungen	760 000	760 000	750 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	24 606 200	24 570 000	24 366 000

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
2. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	197 100	197 100	197 100
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	82 400	82 400	82 400
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—
5. Überstundenvergütung für Angestellte	500	500	500
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	17 600	17 600	17 600
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	550	550	550
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	11 800	11 800	11 800
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	52 700	52 700	52 700

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 7 (7) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a), 1 für die Informationsvermittlungsstelle (Schreibkraft), 1 für das Rechenzentrum, 1 für den Verwaltungsdienst, 1 für das Akademische Auslandsamt, 1 für das Institut für ausländische Fachhochschulbewerber, 1 für Technologietransfer (Schreibkraft), $^1/_2$ IV a und $^1/_2$ V c für Agip umgesetzt aus dem Fachhochschulentwicklungsprogramm Kapitel 06 08 TGr. 93/94.

Zu lfd. Nr. 6

Für 1 (1) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften –, dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5 070 500	5 090 200	4 972 000
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	28 100	28 100	30 000
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	4 389 400	4 409 000	4 306 000
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	99 900	100 000	74 000
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	553 100	553 100	562 000

Zu Kontengruppe

66	Sonstige Personalaufwendungen	104 000	104 000	104 000
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	51 000	51 000	51 000
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	6 000	6 000	6 000
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	15 000	15 000	15 000
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	12 000	12 000	12 000
668	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	20 000	20 000	20 000

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4 943 200	5 295 700	8 045 000
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	3 710 200	3 653 400	4 219 000
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	26 000	26 000	26 000
673	Gebühren	26 000	26 000	26 000
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	—	—	—
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	409 300	2 675 000
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	681 000	681 000	679 000
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	500 000	500 000	420 000
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	1 389 200	1 406 200	1 395 000
680	Büromaterial, Drucksachen	215 500	215 500	230 000
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	470 000	487 000	496 000
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	301 200	301 200	266 000
683	Sonstige Kommunikationsmittel	91 500	91 500	92 000
685	Reisekosten	138 000	138 000	138 000
686	Gästebewirtung und Repräsentation	1 000	1 000	1 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	75 000	75 000	75 000
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	97 000	97 000	97 000
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	177 000	177 000	177 000
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	8 000	8 000	8 000
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	26 000	26 000	26 000
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	143 000	143 000	143 000
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	4 000	4 000	4 000
702	Grundsteuer	4 000	4 000	4 000
703	Kraftfahrzeugsteuer	—	—	—
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	41 154 000	41 593 000	44 465 000
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	38 498 000	38 937 000	40 757 000
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	2 321 000	2 321 000	3 199 000
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	335 000	335 000	509 000
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	826 000	826 000	419 000
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	348 000	348 000	419 000
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	478 000	478 000	—
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	324 000	156 000	35 000
540	Nebenerlöse	77 000	77 000	—
541	Sonstige Erlöse	194 000	26 000	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	26 000	26 000	35 000
549	Periodenfremde Erträge	27 000	27 000	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel 2003/2002	Sondermittel 2003/2002
A. Aufwendungen			
60		260 000	732 000
61		509 000	1 148 000
62		44 000	143 000
63		245 000	218 000
64		—	—
66		8 000	15 000
67		82 000	26 000
68		87 000	36 000
69		5 000	3 000
70		—	—
75		—	—
76		—	—
	Zusammen:	1 240 000	2 321 000
B. Erträge			
50		335 000	2 321 000
51		826 000	—
54		79 000	—
57		—	—
58		—	—
	Zusammen:	1 240 000	2 321 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0639 Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	0
121 03-9	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		744.000	744.000	731.045	618
121 04-7	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Studiengebühren Langzeitstudierender		259.000	—	—	—
381 01-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-4	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.*	39.000 39.000 38.347	56.065.000	56.082.000	57.572.846	44.193
682 03-0	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	511.000	874.000	259.736	260
682 39-1	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	21.000	21.000	20.656	21
891 01-2	136	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0604 - 891 36.* ***1. *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.* 2. *Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.*	—	482.000	470.000	439.200	859
		Abschluss Kapitel 06 39					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.003.000	744.000	731.045	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.003.000	744.000	731.045	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	39.000 39.000 38.347	56.597.000	56.977.000	57.853.238	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	482.000	470.000	439.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	39.000 39.000 38.347	57.079.000	57.447.000	58.292.438	
		Zuschuss		56.076.000	56.703.000	57.561.393	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 39 allgemein:

Mit Vereinbarung zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und dem Niedersächsischen Kultusministerium vom 19. 11. 1999 (in Kraft gesetzt zum 1. 1. 2000) erfolgte die Zusammenlegung der Berufsbildenden Schule – Fachschule Seefahrt – in Leer und des Fachbereichs Seefahrt in Leer der Fachhochschule Ostfriesland.

Mit dem „Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven“ vom 11. 11. 1999 (Nds. GVBl. Nr. 22/1999 vom 19. 11. 1999) erfolgte der Zusammenschluss der seit 1. 1. 1999 als Landesbetriebe gem. § 26 Abs. 1 LHO geführten Fachhochschulen Wilhelmshaven (Kapitel 06 31), Oldenburg (Kapitel 06 32) und Ostfriesland (Kapitel 06 35).

Das Gesetz trat mit Wirkung vom 1. 1. 2000 in Kraft.

Die Zuführungen der drei Teilstandorte sind zusammengeführt und bei den Titeln 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 des neu geschaffenen Kapitels 06 39 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Oldenburg werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	1 659	100 111 EUR
Studentenbüro	66	
Cafeteria	180	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	39 000	—	39 000
2004	—	—	39 000	39 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	39 000	—	39 000
2003	—	—	39 000	39 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 5 008 000 EUR (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	189,6	252,5
2. Messplatz für Analyse und Simulation	—	30,7
3. Arbeitsplatz für analoge Automatisierungstechnik	—	30,7
4. Universalprüfmaschine für Kunststoffe	—	39,9
5. HP 86 140A Optical Spectrum Analyzer	—	41,5
6. 2-Kanal-Model-Schallpegel-Analyse-System	—	45,2
7. Rechnerausstattung	—	29,5
8. Umbau Ausbildungsschiff Aurora	51,1	—
9. Kapillarelektrophorese	28,1	—
10. Zentrales Mailsystem	38,3	—
11. Spektroradiometer	32,0	—
12. Arbeitsplatz „Digitale Bildverarbeitung“	38,0	—
13. 6-Achsen-Kleinroboter	30,7	—
14. Multimediale Entwicklungswerkzeuge (MM-CASE)	43,5	—
15. Speichermessplatz für FH-Signale mit Steuerrechner	30,7	—
Zusammen	482,0	470,0

Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2002/2003 für die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

Finanz- und Grunddatenübersicht

Lfd. Nr.	Finanzdaten gem. Haushaltsjahr			
1	**Haushalt/Finanzen**	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1.1	Aufwendungen gesamt	58 752 000	59 004 000	51 662 629
1.1.1	– Personalaufwand	46 712 100	46 601 800	44 944 167
1.1.2	– Sachaufwand	11 528 900	11 528 200	3 917 462
1.1.3	– Bauunterhaltung	511 000	874 000	2 801 000
1.2	Erträge gesamt	58 752 000	59 004 000	58 441 025
1.2.1	– Landeszuschuss	56 597 000	56 977 000	50 808 761
1.2.2	– Sondermittel	1 490 000	1 490 000	4 947 122
1.2.3	– Drittmittel gesamt	394 000	394 000	2 540 586
1.2.3.1	– DFG	—	—	190 967
1.2.3.2	– BMBF	—	—	279 372
1.2.3.3	– EU	—	—	991 146
1.2.3.4	– Eigener Erwerb	—	—	262 446
1.2.3.5	– Sonstige Drittmittel	—	—	816 655
1.2.4	– Sonstige Erträge (u. a. Gebühren, Entgelte)	271 000	143 000	144 556
1.3	Investitionen gem. Finanzplan	2 181 900	2 169 800	4 182 559

Lfd. Nr.	Grunddaten gem. Stichtag/Periode			
2	**Personal**			
2.1	Personen ingesamt	796		
2.1.1	– nichtwissenschaftliches Personal	468		
2.1.1.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	101		ohne neben-
2.1.1.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	91	Stichtag	berufliches
2.1.2	– wissenschaftliches Personal gesamt	328	01. 12. 1999	Personal
2.1.2.1	– darunter Teilzeitbeschäftigte	19		aus amtl.
2.1.2.1.1	– darunter mit bis zu 2/3 der Arbeitszeit	16		Statistik
2.1.3	– Professoren (C2 – C4)	291		
2.1.3.1	– Frauenanteil	8,2%		
2.2	Stellen für Professoren (C2 – C4)	327	HH 2000	
2.3	Neuberufungen	9		
2.3.1	– Frauenanteil	1%		
3	**Lehre und Studium**			
3.1	Studienanfänger, 1. HS-Semester	1 568	WS 1999/2000+	
3.2	Studienanfänger., 1. Fachsemester	1 943	SS 2000	
3.3	Ordentliche Studierende	7 022		
3.3.1	– in der RStZ	5 714		
3.3.2	– Frauenanteil	30,2%	WS 1999/2000	
3.3.3	– Anteil ausländischer Studierende	3,9%	WS 1999/2000+	wie
3.3.3.1	– Bildungsinländer	49,8%	SS 2000	amtl. Stat.
3.4	Absolvent(inn)en	1 209		
3.4.1	– grundständiges Studium	1 195		
3.4.1.1	– Frauenanteil	30,1%	Studienjahr 1999	
3.4.2	– weiterführendes Studium	14	WS 1999/2000+	
3.4.2.1	– Frauenanteil	14,3%	SS 2000	
4	**Forschung/Nachwuchsförderung**			
4.1	Sonderforschungsbereiche	0		
4.1.1	– darunter mit Sprecherfunktion	0		
4.2	Transferbereiche	0		
4.3	Forschergruppen	0		
4.4	Forschungszentren	0	Stichtag	
4.5	Kompetenznetze und -zentren mit Sprecher- oder Koordinatorenfunktion	1	01 .04. 2001	
4.6	Graduiertenkollegs	0		
4.7	EU-Projekte mit Koordinatorenfunktion	1		
4.8	Promotionen	0	Studienjahr 1999	
4.8.1	– Frauenanteil	0%		
5	**Flächen**			
5.1	Hauptnutzfläche (brutto)	57 161	30. Rahmenplan	qm
5.2	kapazitätsrelevante HNF	44 925		

Budgetdaten 2002/2003

Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

Standorte Oldenburg und Elsfleth

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis-Cluster	Regel-studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2002 (WS 2001/02 + SS 2002)	budget-relevant	1997–1999	budget-relevant	WS 1999/00	budget-relevant
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundständige Studiengänge								
Architektur	M	8	98	93	90	90	373	373
Bauingenieurwesen	M	8	75	75	96	96	341	341
Baumanagement (SS 1996)	M	8	20	20	0	0	84	84
ECEM Europ. Baumanagement	M	8	20	20	21	21	106	106
Europäisches Transportmanagement (WS 1997/98)	M	8	15	15	0	0	34	34
Geoinformatik/-Informationswesen (WS 1997/98)	M	8	45	45	0	0	111	111
Nautik/Seefahrt	M	8	49	49	20	20	119	119
Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft	M	8	15	15	15	15	95	95
Vermessungswesen (Geodäsie)	M	8	37	37	54	54	157	157
Wirtschaftsingenieurwesen (WS 1999/00)	M	8	30	30	0	0	29	29

Budgetdaten 2002/2003

Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven
Standorte Emden und Leer

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis-Cluster	Regel-studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2002 (WS 2001/02 + SS 2002)	budget-relevant	1997–1999	budget-relevant	WS 1999/00	budget-relevant
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundständige Studiengänge								
Betriebswirtschaftslehre	T	8	90	90	72	72	377	377
Bioinformatik (WS 2001/02)	H2	8	25	25	0	0	0	0
Biotechnologie/Chemietechnik einschl. binational	H2	8	16	16	19	19	91	91
Chemietechnik	H2	8	18	10	30	30	34	34
Elektrotechnik/Elektronik	H2	8	46	40	57	57	184	184
Hörtechnik und Audiologie (WS 2001/02)	M	8	30	18	0	21	0	107
Informatik	H2	8	69	69	25	25	221	221
Maschinenbau/-wesen, Verfahrens- u. Prozesstechnik	H2	8	19	19	22	22	27	27
Medientechnik (WS 1998/99)	H2	8	35	35	0	0	68	68
Nautik/Seefahrt	M	8	44	43	20	20	118	118
Physikal. Technik	H2	8	25	26	15	15	31	31
Produktionsentwicklung und Design	H2	8	29	29	0	21	77	104
Produktionstechnik	H2	8	29	29	16	16	57	57
Prozessinformatik/Automatisierunstechnik	H2	8	16	16	8	8	42	42
Reedereilogistik	M	8	36	35	0	0	85	85
Sozialmanagement (WS 1999/00)	T	8	30	30	0	0	30	30
Sozialwesen	T	8	174	169	149	149	530	530
Umwelttechnik/Chemietechnik	H2	8	18	10	0	0	31	31
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Engineering physics	H2	8	20	20	0	14	3	3
Wirtschaftsingenieurwesen	T	3	20	20	5	5	20	20
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Industrial Business System (IBS)	T	8	25	26	7	7	78	78
Internationale Wirtschaftsbeziehungen	T	6	23	23	1	1	70	70
Lasertechnik	H2	8	33	33	8	8	68	68
Weiterbildungsstudiengänge								
Gesundheitswiss. (Public Health) Master (WS 1999/00)	T	6	25	25	0	0	0	0
Integrative Kleinkindpädagogik (WS 1997/98)	T	3	25	25	0	0	0	0
Psychosoziale Arbeit in der berufl. Praxis	T	4	25	25	0	0	0	0
Technical Management (WS 1999/00)	T	2	19	19	0	0	9	9
Master of Science in Environmental Technologies	H2	2	0	0	0	0	5	5

Budgetdaten 2002/2003

Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

Standort Wilhelmshaven

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis-Cluster	Regel-studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2002 (WS 2001/02 + SS 2002)	budget-relevant	1997–1999	budget-relevant	WS 1999/00	budget-relevant
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundständige Studiengänge								
Betriebswirtschaftslehre	T	8	133	133	97	97	452	452
Energiewirtschaft (WS 1999/00)	H2	8	10	10	0	0	1	1
Elektrotechnik/Elektronik	H2	8	76	76	85	85	183	183
Facility Management (WS 2000/01)	T	8	10	10	0	0	0	0
Feinwerktechnik	H2	8	35	35	68	68	141	
Maschinenbau/-wesen, Verfahrens- u. Prozesstechnik	H2	8	23	23	42	42	106	106
Maschinenbau-Informatik	H2	8	22	22	14	14	68	68
Mathematik (WS 1996/97)	H2	8	10	10	0	7	24	36
Mechatronik (SS 2000)	H2	8	10	10	0	0	0	0
Medizin-, Gesundheitstechnik (WS 2000/01)	H2	8	30	30	0	0	0	0
Telekommunikation (WS 1998/99)	M	8	20	20	0	0	49	49
Tourismuswirtschaft (WS 1994/95)	T	8	72	72	12	12	302	302
Umweltverfahrenstechnik (WS 1994/95)	H2	8	17	17	16	16	46	46
Wirtschaftsinformatik (WS 1994/95)	M	8	51	51	8	8	186	186
Wirtschaftsinformatik (Bachelor) (SS 1999)	M	6	35	35	0	25	0	95
Wirtschaftsingenieurwesen	M	8	53	53	64	64	318	318
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Betriebswirtschaftslehre	T	3	20	20	10	10	34	34
Wirtschaftsinformatik	M	3	10	10	10	10	13	13
Facility Management und Immobilienwirtschaft (WS 2001/02)	T	2	25	25	0	0	0	0
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Applied Microelectronics	H2	8	10	10	0	0	8	8
Biomedical Engineering (WS 1996/97)	H2	8	8	8	0	0	46	46
Environmental engineering/int. Umweltverfahrenstechnik (WS 1997/98)	H2	8	10	10	0	0	8	8
Systems engineering (WS 1997/98)	H2	8	17	17	0	0	8	8

Wirtschaftsplan für die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

	Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3 247 000	3 247 000		501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	56 597 000[1])	56 977 000	
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	858 700	1 221 000		502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 490 000	1 490 000	
62	Löhne und Vergütungen	1 154 600	1 160 000		503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	240 000	240 000	
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	37 221 600	37 139 000		51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	89 000	89 000	
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8 335 900	8 302 800		54	Sonstige betriebliche Erträge	336 000	208 000	
66	Sonst. Personalaufwendungen	48 000	48 000		57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	
67	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	6 786 200	6 786 200		58	Außerordentliche Erträge	—	—	
68	Aufwendungen für Kommunikation	936 000	936 000						
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	159 000	159 000						
70	Betriebliche Steuern	5 000	5 000						
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—						
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—						
Gesamtsumme:		58 752 000	59 004 000				58 752 000	59 004 000	

[1]) Zuführungen:

682 01	56 065 000	EUR
682 03	511 000	EUR
682 39	21 000	EUR
Gesamt	56 597 000	EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

	Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3 247 000	3 679 600	1 576 244	501	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	56 977 000[1])	57 853 300	50 808 761
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 221 000	606 900	282 185	502	Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 490 000	1 490 000	4 947 122
62	Löhne und Vergütungen	1 160 000	1 084 700	819 057	503	Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	240 000	240 300	1 292 017
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	37 139 000	37 688 300	33 836 759	51	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	89 000	90 000	221 008
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8 302 800	8 981 300	10 288 351	54	Sonstige betriebliche Erträge	208 000	207 300	1 126 271
66	Sonst. Personalaufwendungen	48 000	47 900	292 577	57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	891
67	Aufwendungenfür die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	6 786 200	6 872 000	2 671 419	58	Außerordentliche Erträge	—	—	44 955
68	Aufwendungen für Kommunikation	936 000	722 100	1 477 234					
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	159 000	159 000	413 850					
70	Betriebliche Steuern	5 000	39 100	4 953					
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—					
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—					
Gesamtsumme:		59 004 000	59 880 900	51 662 629			59 004 000	59 880 900	58 441 025

[1]) Zuführungen:

682 01	56 082 000	EUR
682 03	874 000	EUR
682 39	21 000	EUR
Gesamt	56 977 000	EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	—	—		504 Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	482 000[1])	470 000	
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Sondermitteln	1 699 900[2])	1 699 800	
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	2 170 900	2 158 800		512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11 000	11 000		546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	
Gesamtsumme:	2 181 900	2 169 800			2 181 900	2 169 800	

[1]) Zuführungen aus Titel 891 01
[2]) Davon Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG): 699 900 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	320 197	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	470 000[1])	439 200	661 305
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	1 699 800[2])	999 600	2 552 772
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	4 500
07 Technische Anlagen und Maschinen	2 158 800	1 427 600	2 600 658	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11 000	11 200	655 630	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	20 146
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	606 074	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	2 169 800	1 438 800	4 182 559		2 169 800	1 438 800	3 238 723

[1]) Zuführungen aus Titel 891 01
[2]) Davon Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG): 699 800 EUR

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
5. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen in 2002 6 134 200 EUR und in 2003 6 167 100 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden (Erfolgsplanansätze der KuGr. 644: Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten sowie KuGr. 642: Beiträge zur Berufsgenossenschaft-Landesunfallkasse).

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
				Angestellte	[1]) ku nach Verg.-Gr. II a BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (vormals HV Nr. 1 bei 06 35).
I b[1])	1	1	1	Verwaltungsdienst	[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen (vormals HV Nr. 1 bei 06 31 und 06 32 und HV Nr. 2 bei 06 35).
II a	6	6	6		
III	3	3	3		
IV a	5	5	5		
IV b	4	4	4		
V b	6	6	6		
V c	14	14	14		
VI b	9	9	9		
VII	13	13	13		
VIII	3	3	3		
II a	2	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	[3]) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (vormals HV Nr. 2 bei 06 32).
I b	1	1	1	Lehrkräfte	
II a	15	15	15		
III	4	4	4		
IX b–VII[2])	17	17	18	Schreib- und Fernschreibdienst	
III	7	7	7	Technischer Dienst	
IV a	106	106	106		
IV b	19	19	19		
V b	7	7	7		
V c	9	9	9		
VI b	3	3	3		
IV b[3])	1	1	1	Bibliotheksdienst	
IV b	1	1	1		
V b	2	2	2		
V c	2	2	2		
VI b	2	2	2		
VII	1	1	1		
VIII	1	1	1		
II a	3	3	3	Datenverarbeitungsdienst	
III	1	1	1		
IV a	30	30	33		
IV b	3	3	3		
V c	2	2	2		
VII	5	5	5	Sonstige Dienste	
VIII	—	—	—		
	308	308	312	Zusammen	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
6	1	1	1	Handwerklicher Dienst	
5	1	1	1		
4	1	1	1		
8	1	1	1	Sonstige Dienste	
6	6	6	6		
5	2	2	2		
4	2	2	2		
3	2	2	2		
	16	16	16	Zusammen	

Erläuterungen für 2002

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	3	Datenverarbeitungsdienst
Verg.-Gr. IX b - VII	1	Schreib- und Fernschreibdienst
Zusammen	4	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren	3 247 000	3 247 000	3 679 600
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	1 325 000	1 325 000	1 561 700
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	—
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	750 000	750 000	945 600
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	1 172 000	1 172 000	1 172 300
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	858 700	1 221 000	606 900
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	10 000	10 000	10 400
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	10 000	10 000	10 200
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	569 700	932 000	317 700
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	269 000	269 000	268 600

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontengruppe

62	Löhne und Vergütungen	1 154 600	1 160 000	1 084 700
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	37 221 600	37 139 000	37 688 300

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—
2. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	359 000	359 000	358 900
3. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	48 000	48 000	48 500
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	96 000	96 000	96 400
5. Überstundenvergütung für Angestellte	400	400	3 700
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	100 000	100 000	100 200
7. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	17 000	17 000	16 700
8. Auszubildende für Arbeiterberufe	44 000	44 000	43 600
9. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	2 000	2 000	17 000
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	56 000	56 000	55 600
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
12. Wissenschaftliche Hilfskräfte	30 000	30 000	30 500

Bemerkungen

Zu lfd. Nr. 2

Für 18 (18) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 3 für die Studienberatung, 1 für das Frauenbüro (Verg.-Gr. II a), 1 für den FB Seefahrt, 1 für das Akademische Auslandsamt, 1 Schreibkraft für die Verwaltung (umgesetzt aus Kap. 06 08 TGr. 65 Technologietransfer).

Zu lfd. Nr. 4

Für die Vergütung von 10 (10) Auszubildenden – 2 Verwaltungsdienst, 8 Technischer Dienst –.

Zu lfd. Nr. 6

Für 6 (6) ständige nicht vollbeschäftigte(n) Arbeiterinnen/Arbeiter für Arbeitssicherheit, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 8

Für die Vergütung von 4 (4) Auszubildenden – Sonstige Dienste –.

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8 335 900	8 302 800	8 981 300
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	54 900	54 900	56 300
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	1 158 000	1 158 000	1 064 000
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	44 600	44 600	55 200
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	6 122 500	6 089 600	6 886 700
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	146 900	146 700	110 400
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	809 000	809 000	808 700
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	48 000	48 000	47 900
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	21 000	21 000	21 300
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	20 000	20 000	19 800
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	7 000	7 000	6 800
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Anlage 4
zu Kapitel 06 39

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	6 786 200	6 786 200	6 872 000
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	5 183 500	5 183 500	5 275 400
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	38 000	38 000	37 800
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	941 000	941 000	940 700
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	500 700	500 700	495 400
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	123 000	123 000	122 700
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	936 000	936 000	722 100
680	Büromaterial, Drucksachen	212 000	212 000	211 900
681	Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	445 000	445 000	232 100
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	263 000	263 000	262 800
686	Gästebewirtung und Repräsentation	6 000	6 000	5 600
687	Öffentlichkeitsarbeit	10 000	10 000	9 700
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	159 000	159 000	159 000
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	500
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	34 000	34 000	33 700
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	—	—	—
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	125 000	125 000	124 800
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	5 000	5 000	39 100
702	Grundsteuer	3 000	3 000	38 600
703	Kraftfahrzeugsteuer	2 000	2 000	500
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	58 327 000	58 707 000	59 583 600
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	56 597 000	56 977 000	57 853 300
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 490 000	1 490 000	1 490 000
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	240 000	240 000	240 300
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	89 000	89 000	90 000
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	89 000	89 000	90 000
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	336 000	208 000	207 300
540	Nebenerlöse	186 000	186 000	185 600
541	Sonstige Erlöse	150 000	22 000	21 700
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
581	Spenden	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel 2003/2002	Sondermittel 2003/2002
A. Aufwendungen			
60		93 000	346 000
61		—	67 000
62		—	81 000
63		227 000	756 000
64		—	—
66		—	10 000
67		—	62 000
68		25 000	80 000
69		49 000	88 000
70		—	—
75		—	—
76		—	—
	Zusammen:	394 000	1 490 000
B. Erträge			
50		240 000	1 490 000
51		89 000	—
54		65 000	—
57		—	—
58		—	—
Zusammen:		394 000	1 490 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0645 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	162	Gebühren und tarifliche Entgelte		5.000	5.000	5.113	1
111 13-9	162	Gebühreneinnahmen der nds. staatl. Bibliotheken * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	162
119 01-6	162	Vermischte Einnahmen		3.000	3.000	2.556	2
119 02-4	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 01.* *** *Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		5.000	5.000	5.113	3
119 32-6	162	Einnahmen aus der Reproduktion von Beständen * *Vgl. K-Vermerk zu 511 02.*		10.000	10.000	10.226	12
119 61-0	162	Einnahmen aus Erstattungen der Ausgaben für Ersatzbeschaffungen verlorengegangener Buchbestände * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	2
124 01-0	162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		5.000	5.000	5.369	3
125 99-7	162	Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		3.000	3.000	2.556	0
129 02-0	162	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschaftsunternehmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
233 10-2	162	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
235 01-6	162	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 63-8	162	Sonstige Erstattungen aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		752.000	752.000	752.315	697
282 62-6	162	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	165
		A U S G A B E N					
422 01-0	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	5.789.000	5.768.000	5.808.531	2.431
422 04-5	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	545.000	545.000	544.781	507
422 19-3	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.992
425 03-6	162	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-0	162	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.000	3.000	2.556	—
426 01-6	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	225
426 03-2	162	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-0	162	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	22.000	22.000	21.219	19
426 06-7	162	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-2	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.*	—	44.000	44.000	43.460	39

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 45 allgemein

Die Nds. Landesbibliothek
- nimmt die Aufgaben einer Regionalbibliothek wahr
- ist Pflichtexemplarbibliothek für Niedersachsen
- betreibt die Niedersachsen-Dokumentation
- versorgt die Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Fachgebiete der Universität Hannover mit Literatur (s. § 106 NHG)
- ist zentrale Ausbildungsbehörde des Landes Niedersachsen für den höheren und mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken
- nimmt zentral die Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung im Bibliotheksbereich wahr
- betreibt Leibniz-Forschung.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	3,6	3,6
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	1,4	1,4
Zusammen	5	5

Zu 281 63

Einnahmen aus Zuweisungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen für Zwecke der Leibniz-Edition, entsprechend der Veranschlagung bei Kapitel 06 07.

Zu 282 62

Zuwendungen für Forschungsvorhaben.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 45 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
148,58	148,58	156,0	150,21

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen-Einsparauflage	—	7,42
Summe Abgänge	—	7,42
Bleibt Abgang	—	7,42

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	65,40	65,40	—	84
Angestellte	73,68	69,18	4,50	59
Lohnempfänger/-innen	9,50	8,00	1,50	7
Insgesamt	148,58	142,58	6,00	150

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	65,40	65,40	—	84
Angestellte	73,68	69,18	4,50	59
Lohnempfänger/-innen	9,50	8,00	1,50	7
Insgesamt	148,58	142,58	6,00	150

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	5 789	5 768

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	5 789	5 768
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 556	1 538
43	Versorgungsbezüge	1 154	1 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	10	10
45	Personalbezogene Sachausgaben	18	18
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	52	–7
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		8 579	8 427

Besondere Zulagen für die planmäßigen Beamtinnen und Beamten:

Lehrzulagen*)

a) 1 Beamter des höheren Bibliotheksdienstes als hauptamtliche Lehrkraft und Leiter der Nds. Bibliotheksschule – 64,— EUR monatlich	768,— EUR
b) 2 hauptamtliche Lehrkräfte der Nds. Bibliotheksschule – je 48 EUR monatlich –	1 152,— EUR
c) für den Ausbildungsleiter der Anwärter des mittleren Bibliotheksdienstes in Höhe von 24 EUR monatlich	288,— EUR
Zusammen	2 208,— EUR

Zu a+b):
Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu c):
Die Lehrzulage gilt bis zu dieser Höhe, höchstens jedoch bis zu jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

*) Gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 10 ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, davon

1 Kraft für die Zentralabteilung Allgemeine Verwaltung
4 Kräfte für die Zentralbibliothek
5 Kräfte für die Fachbereichsbibliotheken

sowie für 2 ständige nichtvollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 426 04

2 (2) Auszubildende – Technischer Dienst –.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0645 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 31-4	162	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	19.000	19.000	18.100	11
427 39-0	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	19.327	—
453 01-3	162	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	18.000	18.000	17.282	33
511 01-3	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	85.000	85.000	32.007	30
511 02-1	162	Sachausgaben für die Fotowerkstatt * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 32.*	—	8.000	8.000	8.181	9
514 01-2	162	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	3.000	3.000	2.965	2
517 01-1	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	273.000	273.000	46.937	33
517 19-4	162	Reinigungskosten	—	—	—	99.855	94
517 59-3	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	125.829	134
518 01-8	162	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	149.000	149.000	149.195	107
518 02-6	162	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-4	162	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4.000	4.000	—	—
519 02-2	162	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	25.871	18
519 03-0	162	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	716	2
525 01-4	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	18.000	18.000	10.533	11
526 01-0	162	Sachverständige	—	6.000	6.000	5.778	8
526 02-9	162	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	8.000	8.000	8.181	5
527 02-5	162	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2.000	2.000	1.534	—
531 01-4	162	Veröffentlichungen und Dokumentationen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 02.*	—	29.000	29.000	12.271	12
531 03-0	162	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	7.000	7.000	6.749	8
538 01-9	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	16.515	23
546 01-1	162	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 03-8	162	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	5.000	119.000	5.113	—
632 01-5	162	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Nordrhein-Westfalen	—	92.000	92.000	92.033	69
686 10-7	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	5.000	5.000	4.806	5
811 01-7	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-7	162	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-3	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	31.000	22.000	25.565	24
981 06-0	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	755.000	755.000	1.600.037	—

Zu 427 31

a) Die Lehrkräfte erhalten Lehrvergütungen gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem Erl. d. MWK vom 5. 4. 2001 (Nds. MBl. S. 368).

b) Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte, die in den Ausbildungsbibliotheken den die praktische Ausbildung begleitenden theoretischen Unterricht erteilen, erhalten eine Lehrvergütung gem. RdErl. des MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

c) Die Höhe der Prüfungsvergütungen bemisst sich nach den Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 29. 8. 1986 (Nds. MBl. S. 890) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem Erl. des MWK vom 18. 12. 1994 (Nds. MBl. 1995 S. 139).

Zu a) + b):
Davon gelten je Lehrkraft bis zu voraussichtlich mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu c):
25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu voraussichtlich jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Niedersächsische Landesbibliothek ist „zuständige Stelle“ i. S. von § 84 BBiG. Im Rahmen dieser Aufgabe sind weitere Prüfungsvergütungen sowie Entschädigungen für Ausschusstätigkeit zu zahlen.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF geregelt.

1. Lehrvergütungen für die theroretische Ausbildung	
a) des mittl. BiblD entsprechend dem RdErl. des MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem Erl. d. MWK v. 5. 4. 2001 (Nds. MBl. S. 368) 266 Std. à 17,85 EUR = 4 798,10 EUR	4 800 EUR
b) von Aufstiegsbeamtinnen und -beamten in den geh. BiblD 110 Std. à 19,95 EUR = 2 198 EUR	2 200 EUR
2. Prüfungsvergütungen entsprechend dem RdErl. des MF v. 29. 8. 1986 (Nds. MBl. S. 890) in Verbindung mit Erlass des MWK v. 18. 12. 1994 (Nds. MBl. 1995 S. 139) für 20 Anwärter	800 EUR
3. Lehrvergütungen für den praxisbegleitenden Unterricht	
a) für den mittl. BiblD aufgrund § 11 Abs. 6 APVO mittl. BiblD und entsprechend Nr. 1.6 Buchst. c) der Richtlinien v. 25. 3. 1998 i. d. F. vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568) 600 Std. à 10,07 EUR = 6 042 EUR	6 000 EUR
b) für Aufstiegsbeamtinnen und -beamte 150 Std. à 14,42 EUR = 2 163 EUR	2 100 EUR
4. Ausschusstätigkeiten nach dem BBiG	
a) für Prüfungsausschüsse = 2 200 EUR	
b) für Berufsbildungsausschuss = 900 EUR	3 100 EUR
Zusammen	19 000 EUR

Zu 453 01

Aus diesem Titel werden insbesondere Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für die Bibliotheksreferendarinnen, Bibliotheksreferendare und Bibliothekssekretärinanwärterinnen, Bibliothekssekretäranwärter gezahlt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1
	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1

Zu 527 02

Die Ausgaben sind insbesondere für die Reisetätigkeit von Mitgliedern des Personalrats zu den Ausbildungsbibliotheken vorgesehen.

Zu 531 01

Für den Druck von Veröffentlichungen, insbesondere im Rahmen der Niedersachsen-Dokumentation.

Zu 531 03

Für die Durchführung von Lesungen und Veranstaltungen.

Zu 632 01

Nach den Bestimmungen der APVO höherer Bibliotheksdienst an wiss. Bibliotheken des Landes Niedersachsen ist die theoretische Ausbildung und Prüfung an der Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen in Köln durchzuführen. Im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung sind die entstehenden Ausgaben zu erstatten. Veranschlagt sind eine monatliche Erstattung von 1 022,58 EUR pro Referendar.

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Regalanlage im Ausweichmagazin der Zentralbibliothek	—	22
Mikrofilmanlage für die Zentralbibliothek	31	—

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0645 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschließlich Buchbinderarbeiten** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 13, 119 61 und 129 02.*	(—)	(2.828.000)	(2.825.000)	(2.714.142)	(2.678)
429 61-9	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	181.000	178.000	177.623	218
523 61-5	162	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	2.640.000	2.640.000	2.529.565	2.386
547 61-1	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	55
681 61-0	162	Entschädigung gemäß § 12 des Nds. Pressegesetzes	—	7.000	7.000	6.954	6
812 61-7	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	14
TGr. 62		**Verwendung der Zuschüsse Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(131)
429 62-7	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	80
547 62-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	50
812 62-5	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Ausgaben für Zwecke der Leibniz-Edition** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 63.*	(—)	(762.000)	(752.000)	(752.315)	(691)
425 63-0	162	Vergütungen der Angestellten	—	664.000	654.000	654.454	666
441 63-5	162	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Angestellte	—	10.000	10.000	10.226	—
547 63-8	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	88.000	88.000	87.635	25
812 63-3	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Zur zusätzlichen Förderung der Niedersächsischen Landesbibliothek Hannover aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(46.000)	(46.000)	(46.016)	(63)
429 71-6	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	46.000	46.000	46.016	60
459 71-2	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 71-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
812 71-4	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis*	(—)	(70.000)	(70.000)	(22.088)	(12)

Zu Titelgruppe 61

429 61

Zum kontinuierlichen Ausbau sowie für die Verbesserung des Benutzerdienstes der Fachbereichsbibliotheken.

523 61

Veranschlagt sind:

1. für die Zentralbibliothek		1 293 500 EUR
2. für den lfd. Erwerb der Fachbereichsbibliotheken:		
Erziehungswissenschaften	229 500 EUR	
Literatur und Sprachwissenschaften	197 900 EUR	
Rechtswissenschaften	302 300 EUR	
Sozialwissenschaften	184 700 EUR	
Wirtschaftswissenschaften	299 900 EUR	1 214 300 EUR
3. für die Literaturversorgung des Fachs Geschichte durch die Fachbereichsbibliothek Sozialwissenschaften		52 800 EUR
und des Fachsprachenzentrums durch die Fachbereichsbibliothek Literatur und Sprachwissenschaft		8 000 EUR
4. Zum Bestandsausbau für neue Lehr- und Forschungsgebiete		23 800 EUR
5. für den Ausbau des Benutzungsdienstes in den Fachbereichsbibliotheken		39 600 EUR
6. für den allg. Informationsbestand in den Fachbereichsbibliotheken am Standort Königsworther Platz		8 000 EUR
	Zusammen	2 640 000 EUR

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Erläuterung zu 282 62.

812 62

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden, sofern hierfür Mittel besonders bereitgestellt worden sind.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Erläuterungen zu 281 63.

425 63

Zahl und Eingruppierung der Angestellten (ohne Berücksichtigung eines Bewährungsaufstieges):

– Vollbeschäftigte –	Verg.-Gr.	Zahl
	I a	1
	I b	2
	II a	6
	V b	3
	Zusammen	12

547 63

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren.

Zu Titelgruppe 71

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kap. 06 75.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Kosten von Datenbankanschlüssen und -recherchen für den Benutzungsdienst (insbes. JURIS), für Fortbildungsveranstaltungen an der Nds. Bibliotheksschule, für den Betrieb und die Unterhaltung der EDV-Geräte sowie die Kosten für das IZN.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0645 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 98/99**		*zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 99.*					
511 99-4	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	48.000	48.000	—	—
518 98-0	162	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	162	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-7	162	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
525 99-5	162	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-1	162	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
538 99-0	162	Dienstleistungen „Anderer“	—	—	—	5.113	4
547 99-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	22.000	22.000	16.975	8
812 99-4	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			135.492	
		Abschluss Kapitel 06 45					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		31.000	31.000	30.933	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		752.000	752.000	752.315	
		Summe der Einnahmen		783.000	783.000	783.248	
		4 Personalausgaben	—	7.341.000	7.307.000	7.363.575	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.396.000	3.510.000	3.333.010	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	104.000	104.000	103.793	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	31.000	22.000	25.565	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	755.000	755.000	1.600.037	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	11.627.000	11.698.000	12.425.980	
		Zuschuss		10.844.000	10.915.000	11.642.732	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.154.000	1.100.000	1.007.705	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		12.781.000	12.798.000	13.433.685	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		11.998.000	12.015.000	12.650.437	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0646 Landesbibliothek Oldenburg

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-9	162	Gebühren und tarifliche Entgelte		5.000	5.000	12.782	17
111 13-2	162	Gebühreneinnahmen der nds. staatl. Bibliotheken * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	3
119 01-0	162	Vermischte Einnahmen		—	—	—	0
119 02-8	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen ****Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	511	1
119 32-0	162	Einnahmen aus der Reproduktion von Beständen * *Vgl. K-Vermerk zu 511 02.*		10.000	10.000	10.226	9
119 41-9	162	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
124 01-3	162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3.000	3.000	3.426	3
125 99-0	162	Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	—
129 02-3	162	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschaftsunternehmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
132 01-6	162	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
233 10-6	162	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	22
235 01-0	162	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	24
282 62-0	162	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		1.000	1.000	511	11
		A U S G A B E N					
422 01-4	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.543.000	1.540.000	1.449.206	525
422 19-7	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-3	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	745
426 01-0	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	203
426 06-0	162	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	614	—
427 01-6	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.*	—	—	—	—	46
427 39-3	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	10.788	—
511 01-7	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	48.000	48.000	10.993	9
511 02-5	162	Sachausgaben für die Fotowerkstatt * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 32.*	—	8.000	8.000	8.181	6
514 01-6	162	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	2.000	2.000	1.636	1
517 01-5	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	72.000	69.000	9.868	12
517 19-8	162	Reinigungskosten	—	—	—	25.258	26

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 46 allgemein

Die Landesbibliothek Oldenburg ist Regionalbibliothek für Nordwestniedersachsen.

Zu 111 11

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Mahngebühren und Verzugszinsen	4,8	4,8
2. Gebühren für Ersatzleistungen	0,2	0,2
Zusammen	5,0	5,0

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	3	3
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	3	3

Zu 282 62

Zuwendungen Dritter u. a. für Buchbeschaffungen.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 46 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
39,30	39,30	40,90	38,75

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen Reduzierung Einsparauflage	0,19	—
Summe Zugänge	0,19	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,19	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen Einsparauflage	—	1,60
Summe Abgänge	0,19	1,60
Bleibt Abgang	—	1,60

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	13,33	13,33	—	16
Angestellte	19,96	18,28	1,68	16
Lohnempfänger/-innen	6,01	1,86	4,15	2
Insgesamt	39,30	33,47	5,83	34

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	13,33	13,33	—	16
Angestellte	19,96	18,28	1,68	16
Lohnempfänger/-innen	6,01	1,86	4,15	2
Insgesamt	39,30	33,47	5,83	34

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 543	1 540

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 543	1 540
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	8	7
43	Versorgungsbezüge	199	190
44	Beihilfen, Unterstützungen	61	60
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	11	–2
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 822	1 795

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 3 ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte (Magazin) enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie für 7 ständige nichtvollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Davon

4 Reinigungsdienst
3 Sonstige Dienste.

Zu 514 01

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 59-7	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	33.694	31
518 01-1	162	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.000	1.000	1.023	—
518 02-0	162	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-8	162	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
519 03-4	162	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	716	1
525 01-8	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.000	1.000	1.380	0
526 01-4	162	Sachverständige	—	1.000	1.000	511	0
526 02-2	162	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-0	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2.000	2.000	1.687	1
527 02-9	162	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	511	0
531 01-8	162	Veröffentlichungen	—	2.000	2.000	1.841	—
531 03-4	162	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	1.000	1.000	716	1
546 01-5	162	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-1	162	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1.000	1.000	1.380	—
686 10-0	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	2.000	2.000	1.790	2
811 01-0	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-7	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	11.000	14.000	11.760	12
981 06-4	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	252.000	252.000	251.402	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschließlich Buchbinderarbeiten** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 13 und 129 02.*	(—)	(422.000)	(422.000)	(405.097)	(389)
429 61-2	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
523 61-9	162	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	415.000	415.000	397.632	389
547 61-5	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7.000	7.000	7.465	0
812 61-0	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Verwendung der Zuschüsse Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.*	(—)	(1.000)	(1.000)	(511)	(10)
429 62-0	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 62-3	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	511	10
812 62-9	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Zur zusätzlichen Förderung der Landesbibliothek Oldenburg aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden,*	(—)	(31.000)	(31.000)	(30.678)	(28)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 531 01

Herstellung von Informationsmaterial für die Benutzer und Druckkosten für Kataloge von Teilbeständen.

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Einrichtung einer Informationsvermittlungsstelle	—	14
Beschaffung eines Microfilmscanners für den Lesesaal	11	—
Zusammen	11	14

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 61

547 61

Für die Anmietung von zwei Kopiergeräten.

Zu Titelgruppe 71

Vergleiche allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 71**		*wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
429 71-0	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	28
547 71-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	31.000	31.000	30.678	—
812 71-8	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 99.*	(—)	(13.000)	(13.000)	(6.595)	(5)
511 99-8	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	6.000	6.000	—	—
518 98-4	162	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-2	162	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-0	162	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
525 99-9	162	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-5	162	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
538 99-3	162	Dienstleistungen „Anderer“	—	—	—	2.556	1
547 99-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7.000	7.000	4.039	5
812 99-8	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			41.569	
		Abschluss Kapitel 06 46					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		19.000	19.000	26.945	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.000	1.000	511	
		Summe der Einnahmen		20.000	20.000	27.456	
		4 Personalausgaben	—	1.544.000	1.541.000	1.460.608	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	608.000	605.000	583.845	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.000	2.000	1.790	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	11.000	14.000	11.760	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	252.000	252.000	251.402	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.417.000	2.414.000	2.309.405	
		Zuschuss		2.397.000	2.394.000	2.281.949	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		199.000	190.000	182.889	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.616.000	2.604.000	2.492.294	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		2.596.000	2.584.000	2.464.838	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der EDV-Geräte sowie die Kosten für das IZN.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0647 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-2	162	Gebühren und tarifliche Entgelte		1.000	1.000	511	—
111 13-6	162	Gebühreneinnahmen der nds. staatl. Bibliotheken * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	11
111 41-1	162	Eintrittsgelder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		59.000	59.000	58.799	53
119 01-3	162	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	0
119 02-1	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.* *** *Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		235.000	235.000	235.194	167
119 32-3	162	Einnahmen aus der Reproduktion von Beständen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		51.000	51.000	51.129	53
124 01-7	162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		36.000	36.000	35.790	46
125 99-4	162	Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	—
129 02-7	162	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschaftsunternehmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
129 10-8	162	Einnahmen aus Überlassungs- und Nutzungsverträgen (ohne Dienst- und Landeswohnungen) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
132 01-0	162	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	511	2
233 10-0	162	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
235 01-3	162	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	177
282 62-3	162	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		256.000	256.000	255.646	275
282 63-1	162	Einnahmen des Kulturprogramms der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		5.000	5.000	5.113	1
282 65-8	162	Sachbeihilfen der DFG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		767.000	767.000	766.938	388
		A U S G A B E N					
422 01-8	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	3.687.000	3.681.000	3.526.687	783
422 19-0	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.429
425 03-3	162	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	18
425 06-8	162	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	2.000	—	—
425 31-9	162	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitehmern	—	—	—	—	9
425 41-6	162	Vergütung der Fortzubildenden	—	26.000	26.000	26.485	19
426 01-3	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	203
426 03-0	162	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	152

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 47 allgemein

Die Herzog-August-Bibliothek (HAB) ist eine internationale Forschungs- und Studienstätte für europäische Kulturgeschichte. Sie erfüllt außerdem museale Aufgaben und führt kulturelle Veranstaltungen durch. Im übrigen nimmt sie die Aufgaben einer Regionalbibliothek wahr.

Zu 111 11

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Mahngebühren und Verzugszinsen	0,5	0,5
2. Gebühren für Ersatzleistungen	0,5	0,5
Zusammen	1	1

Zu 111 41

Für die Besichtigung der musealen Räume der Herzog-August-Bibliothek und des Lessinghauses.

Zu 119 01

U. a. Verwaltungsgebühren sowie Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen.

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf von Katalogen und anderen Veröffentlichungen der HAB.

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	—	—
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	25	25
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0,5	0,5
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	10,5	10,5
Zusammen	36	36

Zu 282 62

Zuwendungen von dritter Seite für Forschungsvorhaben.

Zu 282 65

Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Forschungsvorhaben.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 47 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
82,24	82,24	84,73	83,02

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	1,0
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen-Einsparauflage	—	1,49
Summe Abgänge	—	2,49
Bleibt Abgang	—	2,49

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	20,13	20,13	—	27
Angestellte	49,45	46,95	2,50	43
Lohnempfänger/-innen	12,66	6,25	6,41	7
Insgesamt	82,24	73,33	8,91	77

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	20,13	20,13	—	27
Angestellte	49,45	46,95	2,50	43
Lohnempfänger/-innen	12,66	6,25	6,41	7
Insgesamt	82,24	73,33	8,91	77

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	3 687	3 681

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	3 687	3 681
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 022	1 017
43	Versorgungsbezüge	312	297
44	Beihilfen, Unterstützungen	184	182
45	Personalbezogene Sachausgaben	1	1
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	33	–5
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		5 239	5 173

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 5 ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt,

davon 1 Technischer Dienst
2 Sonstige Dienste
1 Bibliotheksdienst
1 Verwaltungsdienst

sowie für 2 ständige nichtvollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Die Arbeitskräfte sind in der Restaurierungswerkstatt (Handschriften- und Papierrestaurierung) eingesetzt.

Zu 425 41

Veranschlagt sind die Ausgaben für 3 (3) Fortzubildende zu Buch- und Papierrestauratoren.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 04-8	162	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	33.000	33.000	31.853	37
427 01-0	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.*	—	—	—	—	191
427 39-7	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	162	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	1.000	1.000	511	—
511 01-0	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	144.000	139.000	21.730	22
514 01-0	162	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	4.000	4.000	3.630	4
517 01-9	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	316.000	316.000	111.257	113
517 19-1	162	Reinigungskosten	—	—	—	98.270	61
517 59-0	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	106.809	107
518 01-5	162	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	44.000	44.000	44.022	27
518 02-3	162	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-1	162	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5.000	5.000	—	—
519 02-0	162	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	10.942	21
519 03-8	162	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	7.000	7.000	6.851	5
525 01-1	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5.000	5.000	5.317	15
526 01-8	162	Sachverständige	—	24.000	24.000	24.082	13
526 02-6	162	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-4	162	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	4.000	4.000	4.397	5
527 02-2	162	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	—
532 01-8	162	Unterhaltung und Ersatz des Geschirrs und der Wäsche in den Gästezimmern	—	—	—	920	—
546 01-9	162	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	716	—
546 03-5	162	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	2.000	2.000	2.199	1
681 01-3	162	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 10-4	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	4.000	4.000	3.784	3
811 01-4	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	17
812 15-0	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	24.000	30.000	29.144	13
981 06-8	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	569.000	569.000	568.608	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschließlich Buchbinderarbeiten** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 13 und 129 02.*	(—)	(1.131.000)	(1.128.000)	(1.093.041)	(1.018)
425 61-0	162	Vergütungen der Angestellten	—	136.000	133.000	133.345	115

ERLÄUTERUNGEN

Zu 426 04

Veranschlagt sind die Ausgaben für 3 (3) Auszubildende – Sonstige Dienste –.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Personenkraftwagen	1	1	1
Kombi-Fahrzeug	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Personenkraftwagen	1	1	1
Kombi-Fahrzeug	1	1	1

Zu 511 01

Unter anderem sind hier veranschlagt

- Ausgaben für vertragliche Wartungen und Reparaturen
- Ausgaben für Ersatz und Umrüstung der Geldkassiergeräte aufgrund der Einführung des Euro
- Ausgaben für den Ersatz und Unterhaltung des Geschirrs und der Wäsche in den Gästezimmern
- Kosten der Beschaffung von Kohlefiltern für die Klimaanlagen in der Bibliotheca Augusta und im Zeughaus

Zu 517 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Wassergeld	7	7
2. Grundbesitzabgaben	36	36
3. Bewachungskosten	28	28
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	18	18
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	22	22
6. Reinigungskosten	98	98
7. Heizung, Beleuchtung, elektr. Kraft	107	107
Zusammen	316	316

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Ersatzbeschaffung Einrichtungs- und Anschaffungsgegenstände für das Restaurant Leibnizhaus		30
2. Geräte für die Digitalisierungs- und Fotowerkstatt	24	
Zusammen	24	30

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Zur Erhaltung und Ergänzung der Bestände der Bibliothek, insbesondere infolge Überlassung (Dauerleihgabe) der Stolbergschen Leichenpredigten-Sammlung, Buchpflege, Magazinierung und für die Fortführung des Vorhabens „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts sind hier Haushaltsmittel veranschlagt.

425 61

Für das Vorhaben „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“ sind ab 1. 10 1995 die Vergütungen für folgende Angestellte veranschlagt:

	Verg.-Gr.	Zahl
Vollbeschäftigte:	IIa	1
	IVb	1
Nichtvollbeschäftigte:	IVb	1
	Zusammen	3

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
429 61-6	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	100.000	100.000	100.060	61
523 61-2	162	Bibliotheken, Kunst- u. wiss. Sammlungen	—	846.000	846.000	810.347	794
547 61-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	49.000	49.000	49.289	49
812 61-4	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Verwendung der Zuschüsse Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.*	(—)	(255.000)	(255.000)	(255.646)	(292)
429 62-4	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	102.000	102.000	102.258	109
547 62-7	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	153.000	153.000	153.388	183
812 62-2	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Ausgaben des Kulturprogramms der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 129 10.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 282 63.*	(—)	(53.000)	(53.000)	(51.743)	(46)
429 63-2	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	4.000	4.000	3.528	—
511 63-0	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	3.000	3.000	2.608	3
547 63-5	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	46.000	46.000	45.607	44
TGr. 64		**Ausgaben für den Studien- und Forschungs-Bereich der Herzog-August-Bibliothek** * *Übertragbar.*	(—)	(312.000)	(311.000)	(315.008)	(358)
429 64-0	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	42.000	41.000	40.188	37
547 64-3	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	65.000	65.000	70.303	141
681 64-1	162	Stipendien ****Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu 681 64 verbindlich.*	—	205.000	205.000	204.517	176
686 64-3	162	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	3
812 64-9	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Verwendung der Sachbeihilfen der DFG** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65.*	(—)	(767.000)	(767.000)	(766.938)	(503)
429 65-9	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	511.000	511.000	511.292	437
547 65-1	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	256.000	256.000	255.646	66
812 65-7	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Ausgaben für Erstellung und Verkauf von Veröffentlichungen sowie Ausgaben der Fotowerkstatt** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 41 und 119 02 sowie*	(—)	(334.000)	(334.000)	(314.444)	(257)

523 61

Für das Vorhaben „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“ sind folgende Sachkosten veranschlagt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	200	200

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Erläuterungen zu 282 62.

547 62

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren.

812 62

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden, sofern hierfür Mittel besonders bereitgestellt worden sind.

Zu Titelgruppe 63

Die Ausgaben der notwendigen Kosten für Ausstellungen und für Sonderführungen, für allgemeine Arbeitsunterlagen und Zeitungsanzeigen, für verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen Außenstehender (Honorare für Lesungen, Konzerte und sonstige Veranstaltungen) sind hier nachzuweisen.

Zu Titelgruppe 64

In dieser Titelgruppe sind die notwendigen Ausgaben zur Förderung der Forschungsarbeit der Herzog-August-Bibliothek veranschlagt.

429 64

Hier sind die Ausgaben für die Vergütung von wissenschaftlichen Hilfskräften nachzuweisen.

547 64

Die Ausgaben sind insbesondere zur Durchführung von Fachtagungen, wissenschaftlichen Veranstaltungen und anderen Sachaufwendungen vorgesehen.

681 64

Stipendien für Forschungsaufenthalte in der Herzog-August-Bibliothek. Die Stipendien werden im Einzelfall bis zur Höhe von 18 400 EUR jährlich und insgesamt bis zur Höhe des Titelansatzes – gewährt. Die Stipendien können auch über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Zu Titelgruppe 65

Vgl. Erläuterungen zu 282 65.

429 65

Zahl und Einstufung der Angestellten nach dem Stand vom 1. 1. 2001:

	Verg.-Gr.	Zahl
Vollbeschäftigte:	I b	1
	II a	1
	IV b	2
	V b	1
Nichtvollbeschäftigte:	II a	4
	VII	2
	Zusammen	11

547 65

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren.

Zu Titelgruppe 66

Die Ausgaben für die Erstellung und den Verkauf von Veröffentlichungen sowie Ausgaben der Fotowerkstatt sind hier nachzuweisen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0647 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 66**		*um 80,0 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 32.*					
429 66-7	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	20.000	20.000	20.452	47
511 66-5	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	61.000	61.000	40.903	14
531 66-6	162	Veröffentlichungen	—	253.000	253.000	253.089	196
547 66-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 66-5	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Zur zusätzlichen Förderung der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(36.000)	(36.000)	(35.790)	(36)
429 71-3	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	36.000	36.000	35.790	25
459 71-0	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 71-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	10
812 71-1	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 99.*	(—)	(68.000)	(68.000)	(52.561)	(42)
511 99-1	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	16.000	16.000	—	—
518 98-8	162	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-6	162	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-4	162	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
525 99-2	162	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-9	162	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
538 99-7	162	Dienstleistungen „Anderer“	—	—	—	9.203	—
547 99-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	52.000	52.000	43.358	36
812 99-1	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	7
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			180.333	

ERLÄUTERUNGEN

429 66

Hier sind die Ausgaben für höchstens 4 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte nachzuweisen.

Zu Titelgruppe 71

Vergleiche allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung der EDV-Geräte, die Kosten für den Anschluss an das Wissenschaftsnetz und GBV (Pica) sowie die Kosten für das IZN.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0647 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 47					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		384.000	384.000	382.445	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.028.000	1.028.000	1.027.697	
		Summe der Einnahmen		1.412.000	1.412.000	1.410.142	
		4 Personalausgaben	—	4.700.000	4.690.000	4.532.449	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.356.000	2.351.000	2.355.216	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	209.000	209.000	208.301	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	24.000	30.000	29.144	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	569.000	569.000	568.608	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.858.000	7.849.000	7.693.718	
		Zuschuss		6.446.000	6.437.000	6.283.576	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		312.000	297.000	243.631	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		8.170.000	8.146.000	7.937.349	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		6.758.000	6.734.000	6.527.207	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0649 Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	165	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	0
119 02-9	165	Einnahmen aus Veröffentlichungen ****Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	767	—
124 01-4	165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		11.000	11.000	11.248	11
231 10-4	165	Erstattungen des Bundes für Vergütungen an Ersatzdienstleistende * *Vgl. K-Vermerk zu 427 09.*		6.000	6.000	5.931	8
235 01-0	165	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	37
282 62-0	165	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		102.000	102.000	102.258	297
		A U S G A B E N					
422 01-5	165	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.030.000	1.026.000	1.033.423	182
422 19-8	165	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	165	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	165	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	707
426 01-0	165	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	149
426 03-7	165	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	3
426 41-0	165	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
427 01-7	165	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	39
427 02-5	165	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmer-innen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maß-nahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 09-2	165	Vergütungen für Personen, die zivilen Er-satzdienst leisten * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 10.*	—	15.000	15.000	15.390	14
427 39-4	165	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-8	165	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausruestungsge-genstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	17.000	17.000	562	—
514 01-7	165	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	4.000	4.000	3.886	3
517 01-6	165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	34.000	34.000	7.414	7
517 19-9	165	Reinigungskosten	—	—	—	716	1
517 59-8	165	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	22.190	32
518 01-2	165	Mieten und Pachten fuer Grundstuecke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	2
519 01-9	165	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	8.000	8.000	—	—
526 01-5	165	Sachverständige	—	1.000	1.000	562	1
527 01-1	165	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	5.000	5.000	5.113	2
531 01-9	165	Ausgaben fuer Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	7.000	7.000	6.749	4
546 01-6	165	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	562	1

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	7,5	7,5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	2,5	2,5
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1,0	1,0
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	11,0	11,0

Zu 1.: Mieterträge aus der Dienstwohnung auf Helgoland sowie aus der Hausmeisterwohnung in Wilhelmshaven.
Zu 2.: Kostenbeiträge für Beleuchtung, Heizung und Wasser bei Übernachtungen im Gästezimmer.
Zu 4.: Pachterträge.

Zu 231 10

Vgl. Erläuterungen zu 427 09.

Zu 282 62

Die Einnahmen aus Spenden sind entsprechend ihrer Zweckbindung, zweckfreie Spenden für den Ausbau der wissenschaftlichen Sammlungen sowie für die Anschaffung, Wartung und Nutzung von Geräten für Fachaufgaben (siehe Titelgruppe 62) zu verwenden.

Bewilligung von Mitteln insbesondere durch die DFG, das Umweltbundesamt und den BML.

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 06 49 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
23,00	23,00	24,57	24,50

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen (Einsparauflage)	—	1,57
Summe Abgänge	—	1,57
Bleibt Abgang	—	1,57

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	3,0	3,0	—	3
Angestellte	15,0	14,5	0,5	16
Lohnempfänger/-innen	5,0	5,0	—	5
Insgesamt	23,0	22,5	0,5	24

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	3,0	3,0	—	3
Angestellte	15,0	14,5	0,5	16
Lohnempfänger/-innen	5,0	5,0	—	5
Insgesamt	23,0	22,5	0,5	24

Noch zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 030	1 026

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 030	1 026
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	68	68
43	Versorgungsbezüge	71	67
44	Beihilfen, Unterstützungen	43	42
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	8	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 220	1 202

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 1 ständigen, nichtvollbeschäftigten Angestellten – techn. Dienst – enthalten, dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 427 09

Nach dem Zivildienstgesetz i. d. F. vom 29. 9. 1983 (BGBl. I S. 1221) werden anerkannte Kriegsdienstverweigerer zu einem Zivildienst in anerkannten Beschäftigungsstellen oder in einer Zivildienstgruppe herangezogen und erfüllen dort Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen.

Die Erstattungen durch den Bund werden bei 231 10 vereinnahmt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	2	2	2

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	2	2	2

Zu 526 01

Veranschlagt sind die Reisekosten für 8 Kuratoriumsmitglieder.

Zu 546 01

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HGr. 5 können hier Ausgaben für Mitgliedsbeiträge bis zur Höhe von 300 EUR und bis zur Höhe von 500 EUR für Bücher, Zeitschriften und Loseblattsammlungen geleistet werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0649 Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 06-5	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	143.000	143.000	142.855	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Wissenschaftliche Unternehmungen, Ankauf und Bearbeitung der Sammlungen, wissenschaftliches Schriftum** * *Übertragbar.*	(—)	(79.000)	(79.000)	(78.688)	(79)
429 61-3	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	6
527 61-5	165	Reisekostenvergütungen fuer Dienstreisen	—	6.000	6.000	6.187	7
546 61-0	165	Umsatzsteuer	—	1.000	1.000	511	1
547 61-6	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	72.000	72.000	71.990	64
812 61-1	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Verwendung der Zuschüsse Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.*	(—)	(102.000)	(102.000)	(102.258)	(322)
429 62-1	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	51.000	51.000	51.129	199
547 62-4	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	51.000	51.000	51.129	123
812 62-0	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			16.259	
		Abschluss Kapitel 06 49					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		13.000	13.000	12.526	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		108.000	108.000	108.189	
		Summe der Einnahmen		121.000	121.000	120.715	
		4 Personalausgaben	—	1.096.000	1.092.000	1.099.942	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	207.000	207.000	193.830	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	143.000	143.000	142.855	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.446.000	1.442.000	1.436.627	
		Zuschuss		1.325.000	1.321.000	1.315.912	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		71.000	67.000	57.111	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.517.000	1.509.000	1.493.738	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.396.000	1.388.000	1.373.023	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes Niedersachsen an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Zur Intensivierung der Forschungstätigkeit.

Zu 527 61

Bestand an anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugen nach § 6 Abs. 2 BRKG:

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

547 61

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände, Verbrauchsmittel, Bibliotheken und wissenschaftliche Sammlungen, Lehrmittel, Nutz- und Zuchttierhaltung, Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben, Beförderungskosten sowie Dienstleistungen Außenstehender.

Mitveranschlagt sind Mittel für Hilfskräfte (z. B. Schüler, Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter), denen für die Arbeiten auf der Inselstation Helgoland eine Entschädigung gewährt wird (Erlass des MWK vom 22. 7. 1975 – 2013 – B VIII 3 – 5/73 – Nds. MBl. S. 1342 –).

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Erläuterungen zu 282 62.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0650 Institut für historische Küstenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	165	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	0
119 65-7	165	Einnahmen für Aufträge Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		1.000	1.000	1.023	—
124 01-4	165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		4.000	4.000	4.090	4
235 01-0	165	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	4
282 62-0	165	Verwendung der Sachbeihilfen der DFG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		114.000	114.000	113.507	128
282 63-9	165	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		20.000	20.000	20.452	19
		A U S G A B E N					
422 01-5	165	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	858.000	856.000	854.573	202
422 19-8	165	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	165	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	165	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	546
426 01-0	165	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	59
427 01-7	165	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	27
427 02-5	165	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-4	165	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-8	165	Geschäftsbedarf	—	13.000	13.000	1.125	1
514 01-7	165	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	—
514 06-8	165	Haltung von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
517 01-6	165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	15.000	15.000	3.988	3
517 19-9	165	Reinigungskosten	—	—	—	971	1
517 59-8	165	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	9.050	9
518 01-2	165	Mieten und Pachten fuer Grundstuecke, Gebäude und Räume	—	10.000	10.000	9.817	10
519 01-9	165	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
526 01-5	165	Sachverständige	—	2.000	2.000	1.687	3
527 01-1	165	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1.000	1.000	767	1
531 01-9	165	Ausgaben fuer Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	13.000	13.000	13.345	13
532 01-5	165	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	—	511	0
546 01-6	165	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	1.380	1
811 01-1	165	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 06-2	165	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	29.655	—
981 06-5	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	138.000	138.000	137.180	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	2,5	2,5
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	0,5	0,5
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	0,5	0,5
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	0,5	0,5
Zusammen	4	4

Zu 282 62

Veranschlagung von Zuschüssen der DFG zur Förderung von Forschungsvorhaben entsprechend der Veranschlagungspraxis bei den Hochschulen.

Zu 282 63

Veranschlagung von Zuschüssen Dritter, die zweckgebunden für Forschungsvorhaben, insbesondere für Ausgrabungen, Bohrungen und wissenschaftliche Auswertungen gewährt werden.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 50 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
18	18	18,5	17,42

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	0	0
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen (Einsparauflage)	—	0,5
Summe Abgänge	—	0,5
Bleibt Abgang	0	0,5

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	4	4	0	4
Angestellte	12	11	1	12
Lohnempfänger/-innen	2	1	1	1
Insgesamt	18	16	2	17

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	4	4	0	4
Angestellte	12	11	1	12
Lohnempfänger/-innen	2	1	1	1
Insgesamt	18	16	2	17

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	858	856

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	858	856
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	101	100
43	Versorgungsbezüge	82	78
44	Beihilfen, Unterstützungen	37	37
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	7	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 085	1 070

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 1 ständige, nichtvollbeschäftigte Kraft enthalten, deren wöchentliche Arbeitszeit 19,25 Stunden beträgt, sowie für 2 ständige nichtvollbeschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 527 01

Bestand an anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	3	3	3

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	3	3	3

Zu 531 01

Für Druckkosten von wissenschaftlichen Publikationen, die das Institut herausgibt.

Zu 546 01

Buchungsstelle u. a. für Ausgaben für Pflege und Unterhaltung der Grünanlagen, Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie Labor-, Röntgen- und Fotobedarf.

Im übrigen dürfen im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HGr. 5 bis zur Höhe von 700 Euro Ausgaben für Mitgliedsbeiträge geleistet werden.

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes Niedersachsen an den Einzelplan 13.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0650 Institut für historische Küstenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Wissensch. Unternehmungen, Ankauf und Bearbeitung d. Samml., wissensch. Schrifttum**	(—)	(46.000)	(46.000)	(45.607)	(46)
427 61-0	165	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
429 61-3	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	6.000	6.000	5.624	0
527 61-5	165	Reisekostenvergütungen * *Übertragbar.*	—	8.000	8.000	7.823	7
547 61-6	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	32.000	32.000	32.160	38
812 61-1	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Verwendung der Sachbeihilfen der DFG** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Sachbeihilfen begründet werden, wenn die Sachbeihilfen bereits durch schriftlichen Zuwendungsbescheid der DFG bewilligt sind.* *Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu TG 62 verbindlich.*	(—)	(113.000)	(113.000)	(113.507)	(117)
425 62-6	165	Vergütungen der Angestellten	—	36.000	36.000	35.790	33
426 62-2	165	Löhne der Arbeiter	—	56.000	56.000	56.242	56
427 62-9	165	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
527 62-3	165	Reisekostenvergütungen	—	6.000	6.000	6.136	4
547 62-4	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15.000	15.000	15.339	24
812 62-0	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachenständen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Verwendung der Zuschüsse Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.*	(—)	(20.000)	(20.000)	(20.452)	(19)
429 63-0	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 63-2	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20.000	20.000	20.452	19
812 63-8	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Ausgaben für Aufträge Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65.*	(—)	(1.000)	(1.000)	(1.023)	(—)
429 65-6	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
527 65-8	165	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 65-9	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	1.023	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppen 61, 62, 63 und 65 gemeinsam

Die Landesbediensteten, die mit Ausgrabungsarbeiten und ähnlichen Verrichtungen beschäftigt werden, erhalten (auf Antrag) eine Feldaufwandsvergütung nach Maßgabe des RdErl. d. MWK vom 9. 9. 1991 (Nds. MBl. S. 1183 – GültL 26/369 –) in Höhe von 1,5 EUR für jeden Tag der Arbeiten im Freien.

Die Feldaufwandsvergütung entfällt, wenn Schutz- oder Berufskleidung gestellt wird oder für deren Beschaffung Zuschüsse gewährt werden.

547 61

Im Ansatz sind u. a. enthalten: Mittel für den Ankauf und die Bearbeitung der Sammlungen, die Erhaltung und Ergänzung des wissenschaftlichen Schrifttums, die Beschaffung von Foto- und Diapositivmaterial sowie für Betriebsstoffe und die Unterhaltung und Instandsetzung eines Kombifahrzeugs.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1
	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1

Zu Titelgruppen 62, 63 und 65

Vgl. Erläuterungen zu 282 62 und 262 63.

Zu Titelgruppe 62

Sofern es für Aufgaben von unbegrenzter Dauer aus arbeitsrechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist, darf mit Zustimmung des MWK mit einem aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten oder Arbeiter ein unbefristetes Arbeitsverhältnis begründet werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0650 Institut für historische Küstenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 65-4	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			12.066	
		Abschluss Kapitel 06 50					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		6.000	6.000	5.624	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		134.000	134.000	133.959	
		Summe der Einnahmen		140.000	140.000	139.583	
		4 Personalausgaben	—	956.000	954.000	952.229	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	137.000	137.000	137.640	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	29.655	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	138.000	138.000	137.180	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.231.000	1.229.000	1.256.704	
		Zuschuss		1.091.000	1.089.000	1.117.121	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		82.000	78.000	81.807	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.313.000	1.307.000	1.338.511	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.173.000	1.167.000	1.198.928	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Haushaltsvermerke zu Kapitel 06 51

a) Mehreinnahmen bei Titel 111 01 (Gebühren und tarifliche Entgelte) verstärken die Ausgaben der Titelgruppe 61.

b) Isteinnahmen bei Titel 216 01 (Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte) verstärken die Ausgaben der Hauptgruppe 4, Isteinnahmen bei Titel 282 02 (zweckfreie Spenden) die Ausgaben der Titelgruppe 61.

c) Ausgaben aus Beiträgen Dritter (Titelgruppe 63) können aus Mitteln der Grundfinanzierung vorübergehend finanziert werden.

d) Die Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 – ausgenommen Titel 525 32, 531 10 und 546 58 – und 6 sowie die Titelgruppen 61 – ausgenommen Titel 812 61 – und 99 – ausgenommen Titel 812 99 – sind untereinander gegenseitig deckungsfähig.

e) Die Ausgaben der Titel 811 01, 812 15, 812 61 und 812 99 sind untereinander gegenseitig deckungsfähig.

f) Die nach Buchstabe d) gegenseitig deckungsfähigen Ausgaben des Betriebshaushaltes und die Ausgaben der Hauptgruppe 8 gemäß Buchst. e) sind in Höhe von 10 % gegenseitig deckungsfähig.

g) Die Ausgaben der Titelgruppen 61, 63 und 65 sowie die Titel 711 01, 811 01, 812 15 und 812 99 sind übertragbar.

h) Inhabern von Stellen, die aufgrund tarifvertraglicher Regelungen nach Ablauf von Bewährungszeiten in die nächsthöhere Vergütungsgruppe aufrücken, kann aus den veranschlagten Stellen Vergütung der höheren Vergütungsgruppe gezahlt werden. Dies gilt auch für neu eingestellte Angestellte, die im Zeitpunkt der Einstellung bereits die Voraussetzung für die Eingruppierung in die nächsthöhere Vergütungsgruppe erfüllen.

i) Aus Drittmitteln zu finanzierendes Personal unterliegt den gleichen tariflichen Bestimmungen wie das im Rahmen der Grundfinanzierung beschäftigte Personal. Drittmittelpersonal wird befristet beschäftigt, soweit nicht dem Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrages zugestimmt wurde.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0651 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-3	164	Gebühren und tarifliche Entgelte		1.074.000	1.074.000	1.073.713	820
119 01-4	164	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 02-2	164	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 10.* ****Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	0
119 11-1	164	Einnahmen für Aufträge Dritter -Bestellungen- * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		460.000	460.000	460.163	352
119 12-0	164	Einnahmen für Aufträge Dritter -Übersetzungen-		—	—	—	—
119 13-8	164	Einnahmen für Aufträge Dritter -Leihverkehr der Bibliotheken- * *Vgl. K-Vermerk zu 546 58.*		26.000	26.000	25.565	17
119 15-4	164	Einnahmen für Aufträge Dritter -Bearbeitungskosten- * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		413.000	413.000	412.919	311
119 32-4	164	Einnahmen aus Fortbildungsveranstaltungen * *Vgl. K-Vermerk zu 525 32.*		5.000	5.000	5.113	4
119 46-4	164	Ersatzleistungen		—	—	—	—
124 01-8	164	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		8.000	8.000	8.078	—
132 01-0	164	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	3.528	—
216 01-0	910	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
231 01-9	164	Zuweisungen des Bundes		4.318.000	4.194.000	3.892.721	3.606
282 02-0	164	Zweckfreie Spenden		—	—	—	—
282 63-2	164	Einnahmen aus Beiträgen Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		286.000	286.000	286.323	899
331 01-3	164	Zuweisungen für Investitionen vom Bund		108.000	353.000	338.987	96
381 01-0	990	Zuführung von 2062 - 981 01		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-9	164	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets ****Davon 20.000 Euro für Besoldungserhöhung 2003 gesperrt bis zur Freigabe durch MF.*	—	1.115.000	1.095.000	1.165.490	1.071
422 02-7	164	Nachversicherungen für aus dem Landesdienst ausscheidende Bedienstete ****Ausgaben können gegen Einsparung bei 981 01 geleistet werden.*	—	—	—	—	—
422 05-1	164	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 19-1	164	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	164	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	164	Vergütungen der Angestellten ****Davon 75.000 Euro für tarifliche Neuregelung 2003 gesperrt bis zur Freigabe durch MF.*	—	3.834.000	3.738.000	3.852.175	3.651
425 03-4	164	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	21.474	17
425 06-9	164	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 41-7	164	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-4	164	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter ****Davon 6.000 Euro für Neuregelung der*	—	263.000	257.000	231.462	246

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 51 allgemein

Die Landesregierung wird ermächtigt, die Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (TIB) zum 1. 1. 2003 in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln und Zuführungen für laufende Zwecke und Investitionen bei Kap. 06 51 Titel 682 01 bzw. 891 01 vorzunehmen. Dabei sind die Zuführungen so zu begrenzen, daß sie die für das Jahr 2003 veranschlagten Ausgaben nicht überschreiten. Ausgaben aus Zuschüssen Dritter und zuerkannte Mehrausgaben aufgrund von Mindereinnahmen bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die im Jahr 1959 als unselbstständige Anstalt des Landes Niedersachsen gegründete Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (TIB) wird nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung vom 28. 11. 1975 von Bund und Ländern gemeinsam finanziert.

Hinsichtlich der Finanzierungsbeteiligung der anderen Länder vgl. Erläuterungen zu Kapitel 06 07 Titel 252 01.

Da die TIB eine unselbstständige Anstalt des Landes ist, sind sämtliche Ausgaben und Einnahmen im Landeshaushalt darzustellen.

Zu 111 01 und 119 11

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Verkauf von Bestellscheinen an Direktbenutzer, Erledigung von Eilaufträgen, Nachbelastung bei umfangreichen Aufträgen:	1 947	1 947
Von den Einnahmen fließen der Titelgruppe 65 zu (siehe auch Erläuterungen zu Titel 119 15):	413	413
verbleiben	1 534	1 534

Davon fließen 70 % dem Titel 111 01 und 30 % dem Titel 119 11 zu (lt. Beschluss des Ausschusses Forschungsförderung der BLK vom 10. 11. 1981).

Zu 119 13

Gemäß § 25 der Leihverkehrsordnung sind im Leihverkehr der Bibliotheken nur die Aufträge kostenpflichtig, für die im Einzelfall mehr als 20 Seiten kopiert werden müssen.

Zu 119 15

Die Portokosten für die Erledigung der Direktbestellungen und die Übertragungskosten bei Online-Bestellungen müssen als durchlaufender Posten getrennt im TIB-Haushalt ausgewiesen werden.

Hinzu kommen die Zusatzgebühren für die Eilbestellungen (TIB-QUICK), die für das notwendige Personal verwendet werden müssen:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Portokosten	61	61
2. Host-Nutzungsgebühren	11	11
3. Telefax-Übertragungsgebühren	29	29
4. Personal für die Erledigung von Eilbestellungen	312	312
Zusammen	413	413

Der Ansatz erhöht oder verringert sich entsprechend dem tatsächlichen Bestellscheinverkauf.

Zu 119 32

		2003	2002
		Tsd. EUR	
2 Seminare à 20 Teilnehmer x 102 EUR	=	4	4
2 Seminare (eintägig) à 15 Teilnehmer x 33 EUR	=	1	1
Zusammen		5	5

Zu 231 01 und 331 01

Zuweisungen des Bundes. Aufgrund der Ausführungsvereinbarungen zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung trägt der Bund 30 % des Zuschussbedarfs.

Zu 282 63

Zuwendungen der DFG und des Bundes für TIB-Projekte und andere Einnahmen aus Beiträgen Dritter (z. B. EU-Projekte, siehe Erläuterungen zu Titelgruppe 63).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0651 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *426 01-4*		*Löhne 2003 gesperrt bis zur Freigabe MF.*					
426 03-0	164	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-5	164	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	164	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	53.000	53.000	104.559	36
427 11-8	164	Entschädigung für nebenamtliche Tätigkeiten	—	—	—	—	—
427 31-2	164	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	—
427 39-8	164	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-3	164	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	22.000	22.000	21.986	17
441 02-1	164	Beihilfen für Angestellte	—	3.000	3.000	3.017	1
441 03-0	164	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
453 01-1	164	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	—	—	—	1
511 01-1	164	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausruestungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	139.000	165.000	78.074	67
514 01-0	164	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	3.000	3.000	2.556	5
517 01-0	164	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	403.000	403.000	54.862	40
517 19-2	164	Reinigungskosten	—	—	—	138.049	135
517 59-1	164	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	209.630	158
518 01-6	164	Mieten und Pachten	—	335.000	335.000	334.692	122
525 01-2	164	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	26.000	26.000	10.737	—
525 32-2	164	Fortbildungsveranstaltungen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 32.*	—	5.000	5.000	5.113	4
526 01-9	164	Sachverständige	—	4.000	4.000	3.835	102
526 02-7	164	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 03-5	164	Reisekostenvergütungen für den Fachbeirat	—	—	—	1.278	0
527 01-5	164	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	13.000	13.000	10.226	9
527 10-4	164	Reisekostenvergütungen für den Fachbeirat	—	3.000	3.000	—	—
529 10-7	164	Zur Verfügung des Bibliotheksdirektors/-direktorin	—	—	—	511	0
531 10-1	164	Veröffentlichungen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 02.*	—	—	—	—	—
531 11-0	164	Betreiberabgabe nach dem UrhG	—	12.000	12.000	12.271	11
546 01-0	164	Vermischte Ausgaben	—	3.000	3.000	2.556	0
546 03-6	164	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	141.000	140.605	—
546 58-3	164	Erledigung von Bestellungen im Leihverkehr der Bibliotheken * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 13.*	—	26.000	26.000	25.565	14
681 01-4	164	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 01

Veranschlagt ist der Einsatz von Aushilfskräften in Zeiten der Spitzenbenutzung und in Krankheitsfällen.

Zu 441 01 bis 441 03

Zur Bewilligung von Beihilfen an Landesbedienstete. Es gelten die Beihilfevorschriften in Verbindung mit den jeweils gültigen Tarifverträgen.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
1	1	1

Zu 517 01

Der Ansatz entspricht dem Schlüssel zwischen TIB (55 %) und Universitätsbibliothek Hannover (45 %).

Zu 518 01

Anmietung eines Außenmagazins.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 üpl. in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	300 200	—	—	300 200
2004	300 200	—	—	300 200
2005	300 200	—	—	300 200
2006 ff.	3 302 300	—	—	3 302 300

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 üpl. ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	300 200	—	300 200
2003	—	300 200	—	300 200
2004	—	300 200	—	300 200
2005	—	300 200	—	300 200
2006 ff.	—	3 302 300	—	3 302 300

Zu 525 32

Für UB/TIB-Seminare.

Zu 526 01

Betriebsärztlicher Dienst.

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 531 11

Nach der Rahmenvereinbarung mit der VG Wort sind 12 000 EUR zu zahlen.

Zu 546 58

Veranschlagung der Kosten für die Erledigung von Leihverkehrsbestellungen von über 20 Seiten entsprechend § 25 der Leihverkehrsordnung (Porto und Material).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 01-0	164	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes ** *Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.* ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 1 zu „0651 allgemein“ verbindlich.*	—	—	—	—	—
684 01-3	164	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	39.000	21.000	15.901	16
687 01-2	164	Zuschüsse für laufende Zwecke an Ausland	—	—	—	—	—
711 01-0	164	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ** *Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	—	153.000	153.388	22
811 01-5	164	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	30.678	—
812 15-1	164	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	34.000	736.000	690.244	18
891 01-9	164	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs	—	—	—	—	—
981 01-8	990	Abführung an 13 50 - 381 06 ***Vgl. Vermerk zu 422 02.* *Ausgaben dürfen in Höhe von 30 v.H. der Istausgaben bei den Titeln 422 01 und 422 05 geleistet werden. Mehrausgaben sind an anderer Stelle des Kap. 0651 einzusparen.*	—	339.000	333.000	349.673	321
981 06-9	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	544.000	544.000	531.079	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschl. Buchbinderarbeiten**	(—)	(8.484.000)	(8.111.000)	(7.115.189)	(6.173)
523 61-3	164	Bibliotheken, Kunst- u. wiss. Sammlungen	—	8.484.000	8.111.000	7.115.189	6.173
547 61-0	164	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 61-5	164	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Ausgaben aus Beiträgen Dritter** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.*	(—)	(286.000)	(286.000)	(286.324)	(630)
425 63-8	164	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	347
426 63-4	164	Löhne der Arbeiter	—	—	—	—	—
427 63-0	164	Aushilfskräfte	—	153.000	153.000	153.388	54
429 63-3	164	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 63-0	164	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens	—	—	—	—	—
523 63-0	164	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	—	—	—	—
527 63-5	164	Reisekosten	—	5.000	5.000	5.113	17
538 63-7	164	Erstellung von Referaten	—	—	—	—	—
547 63-6	164	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	128.000	128.000	127.823	213
812 63-1	164	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
981 63-8	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Ausgaben zur Erfüllung v. Aufträgen Dritter** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 11 und 119 15.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden,*	(—)	(872.000)	(872.000)	(873.082)	(585)

Zu 684 01

Mitgliedsbeitrag für die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

Zu 711 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Für den Umbau im Zusammenhang mit der Anmietung des neuen Außenmagazins (55 %)	—	153

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung für Mobiliar	34	21
Regalanlage für neues Außenmagazin	—	670
Ausbau der Ortsleihe	—	45
	34	736

Zu 981 01

Erstattung von Versorgungsleistungen.

Gemäß BLK-Drucksache F 71/81 vom 20. 10. 1981 wird im Haushaltsplan der TIB ein pauschaler Betrag von 30 % der Summe der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge der im jeweiligen Haushaltsjahr tätigen Mitarbeiter (Titel 422 01 und 422 05) ausgebracht, der an den Haushalt des Landes Niedersachsen abzuführen ist.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
30 % der Soll-Ausgaben	339	333

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 523 61

Mehr infolge hoher Preissteigerungen, insbesondere bei den Zeitschriften und einer ständigen Zunahme an fachrelevanten Publikationen. Hinzu kommt in steigendem Maße der parallele Bezug von elektronischen Zeitschriftenversionen, die zusätzlich bezahlt werden müssen.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Erläuterungen zu 282 63.

427 63

Aushilfskräfte für den Bereich der TIB (Bestellscheinerledigung, Leihverkehr).

Zu Titelgruppe 65

Am 1. 1. 2001 waren die folgenden 9 Stellen unbefristet besetzt:

1 BAT IV b Dokumentlieferung (Bibliotheksdienst)
3 BAT IV b TIBQUICK (Bibliotheksdienst)
1 BAT VIb Einbandstelle (Bibliotheksdienst)
1 BAT VI b Erwerbung von Zeitschriften (Bibliotheksdienst)
1 BAT VII TIBQUICK (Verwaltungsdienst)
1 BAT V c Dokumentlieferung
1 BAT V c EDV und techn. Infrastruktur

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0651 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 65**		*wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Bei 425 65 und 426 65 dürfen für 3 Mitarbeiter/-innen nur Ausgaben für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis und für 9 Mitarbeiter/-innen in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.*					
425 65-4	164	Vergütungen der Angestellten *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	458.000	458.000	458.475	329
426 65-0	164	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
427 65-7	164	Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	153.000	153.000	153.388	7
429 65-0	164	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 65-6	164	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	0
547 65-2	164	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	261.000	261.000	261.219	249
812 65-8	164	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
981 65-4	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 99		**Betriebsausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung**	(—) (300.000) (—)	(725.000)	(606.000)	(255.646)	(255)
511 99-2	164	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausruestungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	99.000	99.000	—	—
546 99-0	164	Vermischte Ausgaben *** Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	— 300.000 —	300.000	221.000	—	—
812 99-2	164	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	326.000	286.000	255.646	255
981 99-9	990	Verrechnungen zwischen Kapiteln	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			180.179	

Zu 425 65 und 426 65

Die Grundlage für unbefristete Arbeitsverträge aus eigenen Einnahmen bilden die Verfahrensgrundsätze der BLK für die Beschäftigung von drittmittelfinanziertem Personal-Beschluss der BLK vom 10. 12. 1979, 1989 redaktionell angepasst.

427 65

Hieraus werden Aushilfskräfte finanziert, um Personalausfall und Arbeitsspitzen ausgleichen zu können.

547 65

Hieraus wird der bei den Direktbestellungen entstehende Sachaufwand (Papier, Filme, Toner, Porto, Kopiermiete usw.) sowie weiterer Geschäftsbedarf finanziert.

Zu Titelgruppe 99

Im Herbst 1991 wurde von der Nds. Landesregierung entschieden, dass in allen wissenschaftlichen Bibliotheken in Niedersachsen das niederländische PICA-System als Integriertes EDV-Bibliothekssystem (IBS) eingeführt wird.

Veranschlagt sind die laufenden Kosten, die in der TIB bei dem Betrieb des Integrierten EDV-Bibliothekssystems PICA sowie der TIB-spezifischen EDV entstehen.

Die PICA-Kosten werden im Verhältnis 50/50 zwischen TIB und UB geschlüsselt.

546 99

Zusatzbedarf für die Umwandlung der TIB in einen Landesbetrieb zum 1. 1. 2003

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Schulungen	—	28
Wirtschaftsprüfer	24	26
Lizenzkosten SAP	5	25
Administration/Customizing/Lizenzkosten Referenzmodell	271	142
Zusammen	300	221

Es wurde eine VE in Höhe von 300 000 EUR in 2002 ausgebracht; Ablösung in 2003.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	300 000	—	300 000
2004	—	—	—	—
2005	—	—	—	—
Summe	—	300 000	—	300 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	300 000	300 000
2004	—	—	—	—
2005	—	—	—	—
Summe	—	—	300 000	300 000

812 99

Es handelt sich hierbei um den EDV-Ersatz- und Ergänzungsbedarf, der sich aus dem allgemeinen EDV-Einsatz, insbesondere auch aus dem Einsatz des integrierten PICA-Bibliothekssystems und der Dokumentlieferdienste in der Bibliothek ergibt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0651 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 51					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.986.000	1.986.000	1.989.079	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.604.000	4.480.000	4.179.044	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		108.000	353.000	338.987	
		Summe der Einnahmen		6.698.000	6.819.000	6.507.110	
		4 Personalausgaben	—	6.054.000	5.932.000	6.165.414	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— 300.000 —	10.249.000	9.964.000	8.720.083	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	39.000	21.000	15.901	
		7 Baumaßnahmen	—	—	153.000	153.388	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	360.000	1.022.000	976.568	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	883.000	877.000	880.752	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 300.000 —	17.585.000	17.969.000	16.912.106	
		Zuschuss		10.887.000	11.150.000	10.404.996	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		412.000	388.000	377.538	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		17.997.000	18.357.000	17.289.644	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		11.299.000	11.538.000	10.782.534	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0660 Staatstheater Braunschweig

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-6	181	Ablieferungen des Landesbetriebes		—	—	—	—
233 10-0	181	Zuweisung der Stadt Braunschweig zu den laufenden Kosten des Landesbetriebes		7.779.000	7.983.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				7.584.146	
		A U S G A B E N					
682 01-0	181	Zuschuss für laufende Zwecke des Landesbetriebes * *Übertragbar. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 682 01, 682 03 und 891 01.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	23.922.000	24.532.000	23.996.871	22.247
682 03-6	181	Zuschuss an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * *Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	272.000	272.000	266.332	261
682 39-7	181	Zuschuss an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	4.000	4.000	—	4
891 01-8	181	Zuschuss an den Landesbetrieb für Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 682 01.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	205.000	205.000	204.517	205
981 01-7	990	Abführung an 1350 - 38106	—	6.000	6.000	6.136	—
		Abschluss Kapitel 06 60					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		7.779.000	7.983.000	7.584.146	
		Summe der Einnahmen		7.779.000	7.983.000	7.584.146	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	24.198.000	24.808.000	24.263.203	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	205.000	205.000	204.517	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	6.000	6.000	6.136	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	24.409.000	25.019.000	24.473.856	
		Zuschuss		16.630.000	17.036.000	16.889.710	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 60 allgemein:

Das Staatstheater Braunschweig wird seit dem 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigefügt.

Zu 233 10

Die Stadt Braunschweig ist mit einem Drittel an den nicht gedeckten laufenden Kosten beteiligt mit Ausnahme der veranschlagten Nutzungsentgelte im Rahmen des neuen Liegenschaftsmanagements des Landes.

Zu 682 01

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 1 062 000 EUR

Zu 891 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	205	205

Wirtschaftsplan für das Staatstheater Braunschweig

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vorläufigen Betriebsanweisung für das Staatstheater Braunschweig vom 11. 8. 1999 sowie der Dienstanweisung für das Staatstheater Braunschweig (Landesbetrieb) aufgrund der §§ 74 und 87 LHO.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Erträge	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
60 Sachaufwand	1 462 300	1 411 200		50 Umsatzerlöse sowie Erträge aus Zuweisungen und Entgelten	—	—	
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	767 000	882 400		501 Zuweisungen für laufende Aufwendungen[1])	23 860 000	24 532 000	
62 Dienstbezüge, Löhne und Gehälter	9 862 400	9 988 000		503 Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen[2])	—	—	
63 Vergütungen für weitere Personen[3])	12 934 600	13 303 700		51 Erträge aus Entgelten (Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen)	2 878 600	2 827 400	
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	84 400	84 400		54 Sonstige betriebliche Erträge	178 900	178 900	
66 Sonst. Personalaufwendungen	51 100	51 100		55 Andere sonstige betriebliche Erträge	76 400	76 500	
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 774 400	1 774 400					
68 Aufwendungen für Kommunikation	328 200	328 200					
69 Sonstige Aufwendungen	64 400	64 400					
70 Betriebliche Steuern	3 100	3 000					
Gesamtsumme:	27 331 900	27 890 800			26 993 900	27 614 800	

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	23 922 000	EUR
682 03	272 000	EUR
682 39	4 000	EUR
Gesamt	24 198 000	EUR

[2]) Der Anteil der Stadt Braunschweig (rd. 1/3 der Gesamtaufwendungen) ist hier nicht berücksichtigt, da bei 233 10 gesondert veranschlagt.

[3]) Die zu erbringende Einsparauflage/der Konsolidierungsbeitrag ist in einer Summe bei Kontengruppe 63 abgesetzt worden. Im Haushaltsvollzug können im Rahmen der Deckungsfähigkeit auch die anderen Kontengruppen einbezogen werden.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Erträge	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
60 Sachaufwand	1 411 200	1 389 200	1 843 900	50 Umsatzerlöse sowie Erträge aus Zuweisungen und Entgelten	—	—	—
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	882 400	753 100	1 121 900	501 Zuweisungen für laufende Aufwendungen[1])	24 532 000	24 263 200	22 812 500
62 Dienstbezüge, Löhne und Gehälter	9 988 000	9 498 500	9 507 600	503 Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen[2])	—	—	577 500
63 Vergütungen für weitere Personen[3])	13 303 700	13 211 900	13 266 500	51 Erträge aus Entgelten (Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen)	2 827 400	2 766 100	2 774 900
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	84 400	62 900	47 200	54 Sonstige betriebliche Erträge	178 900	125 800	867 000
66 Sonst. Personalaufwendungen	51 100	65 400	42 900	55 Andere sonstige betriebliche Erträge	76 500	—	568 700
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 774 400	1 774 200	727 400				
68 Aufwendungen für Kommunikation	328 200	323 100	329 800				
69 Sonstige Aufwendungen	64 400	74 200	817 000				
70 Betriebliche Steuern	3 000	2 600	3 900				
Gesamtsumme:	27 890 800	27 155 100	27 708 100		27 614 800	27 155 100	27 600 600

[1]) Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	24 532 000	EUR
682 03	272 000	EUR
682 39	4 000	EUR
Gesamt	24 808 000	EUR

[2]) Der Anteil der Stadt Braunschweig (rd. 1/3 der Gesamtaufwendungen) ist hier nicht berücksichtigt, da bei 233 10 gesondert veranschlagt.

[3]) Vgl. Erläuterung Nr. 3 zum Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel	Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—		50 Zuweisungen für Investitionen[1])	205 000	205 000	
				65 Abschreibungen	—	—	
07 Technische Anlagen und Maschinen	66 500	51 500					
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	138 500	153 500					
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—					
Gesamtsumme:	205 000	205 000			205 000	205 000	

[1]) Zuführungen aus 891 01 205 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Deckungsmittel	Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist 2000 EUR
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	50 Zuweisungen für Investitionen[1])	205 000	204 500	204 500
				65 Abschreibungen	—	—	769 200
07 Technische Anlagen und Maschinen	51 500	86 900	133 100				
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	153 500	117 600	743 600				
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—				
Gesamtsumme:	205 000	204 500	876 700		205 000	204 500	973 700

[1]) Zuführungen aus 891 01 205 000 EUR

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert einer Stelle der Verg.-Gr. IV a – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Personalabteilung).
3. MWK wird gemäß § 40 Abs. 1 LHO ermächtigt, im Einvernehmen mit MF mit dem kaufmännischen Direktor eine außertarifliche Vergütung zu vereinbaren.
4. Die Vorzimmerkraft der Intendanz beim Staatstheater Braunschweig ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
5. Von dem Ansatz bei Titel 682 01 dürfen je Haushaltsjahr 31 800 EUR nur mit Einwilligung des MF geleistet werden. Hiervon entfallen auf den Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten 11 000 EUR und auf Beträge zur Landesunfallkasse 20 800 EUR.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter mit einer Vergütung nach BAT bzw. MTL II)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte	
Außer-tariflich[1])	1	1	1	Verwaltungsdienst	
I	—	—	—		
III	2	2	2		
IV a	2	2	2		
IV b	1	1	1		
V b	1	1	1		
V c[2])	6	6	6		
VI b	7	7	7		
VII	6	6	6		
VIII	1	1	1		
IX b	1	1	1		
	28	28	28	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
4	1	1	1	Kraftfahrdienst	
1	4	4	4	Reinigungsdienst	
3	7	7	7	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
	12	12	12	Zusammen	

[1]) Vgl. Bewirtschaftungsvermerk Nr. 3.

[2]) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Außerdem sind bei Kontengruppe 62 Aufwendungen für künstlerisches, technisches und künstlerisch-technisches Personal in folgendem Umfang enthalten (Personalbestand am 1. 1. 2001):

a)	Orchester	84
	künstlerische Vorstände	19
	Musiktheater	38
	Schauspiel (Kinder- und Jugendtheater)	44
	Chor	40
	Ballett	24
b)	künstlerisch-technische Angestellte	27
	technische Angestellte	24
	Bühnen-/Werkstattpersonal	132
	Zusammen	432

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
60	Sachaufwand	1 462 300	1 411 200	1 389 200
600	Aufwendungen für Geschäftsbedarf, Büromaterial und Drucksachen	49 600	49 600	49 600
601	Aufwendungen für Bücher, Zeitschriften	7 200	7 200	7 200
602	Aufwendungen für Post- und Fernmeldegebühren	92 000	92 000	92 000
603	Aufwendungen für Musikinstrumente (Reparaturen, Werterhaltung, Stimmung, Transport)	117 600	117 600	108 400
604	Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser	347 700	347 700	352 800
605	Aufwendungen für Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	225 000	225 000	209 600
606	Aufwendungen für Dienst-Kfz	15 300	15 300	12 800
607	Weiterer Sachaufwand für Materialien/Produktionskosten bis Premiere	494 900	458 100	458 100
608	Aufwendungen für Material/lfd. Kosten ab Premiere	51 100	36 800	36 800
609	Betriebsstoffe/Werkzeuge, Werkstätten und Technik	61 900	61 900	61 900
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	767 000	882 400	753 100
611	Aufwendungen für Tantiemen, Gema-Gebühren, Urheberabgaben	265 900	265 900	311 900
612	Aufwendungen für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	2 700	2 700	2 800
613	Aufwendungen für Fremdleistungen (Ausstattung)	15 300	15 300	15 300
614	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung, Wartung	127 800	127 800	140 600
615	Aufwendungen für Fremdentsorgung	43 500	43 500	40 900
617	Aufwendungen für sonstige bezogene Leistungen	311 800	427 200	241 600
Zu Kontengruppe				
62	Dienstbezüge, Löhne und Gehälter für Beamtinnen und Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter	9 862 400	9 988 000	9 498 500
621	Bezüge der Beamten und Beamtinnen	38 100	38 200	36 000
624	Vergütungen der Angestellten (BAT)	1 955 100	2 061 200	2 016 600
625	Vergütungen der Angestellten nach BTT	1 265 500	1 268 600	1 180 300
627	Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen	6 603 700	6 620 000	5 956 200
628	Löhne für Auszubildende	—	—	75 300
629	Löhne Vorderhauspersonal	—	—	234 100

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
63	Vergütungen für weitere Personen	12 934 600	13 303 700	13 211 900
631	Vergütungen der Betriebsleitung	1 027 200	1 024 000	924 300
632	Vergütungen der Orchester-Mitglieder	5 143 800	5 231 000	5 150 600
633	Vergütungen der Opern-Mitglieder	1 458 400	1 531 800	1 486 800
634	Vergütungen der Chor-Mitglieder	1 679 400	1 766 600	1 756 300
635	Vergütungen der Ballett-Mitglieder	850 200	858 100	961 700
636	Vergütungen der Schauspiel-Mitglieder	1 614 400	1 676 300	1 649 100
637	Vergütungen der Gäste	968 300	1 024 200	1 095 200
638	Vergütungen der Statisten	192 900	191 700	187 900
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	84 400	84 400	62 900
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	—	—	—
642	Arbeitgeberanteil für freiw. Sozialleistungen	—	—	—
643	Beiträge zur Berufsgenossenschaft	—	—	—
644	sonstige soziale Leistungen (VBL, usw.)	17 900	17 900	—
646	Aufwendungen für Altersversorgung	17 900	17 900	39 400
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	30 700	30 700	23 500
650	sonstige Aufwendungen	17 900	17 900	—
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	51 100	51 100	65 400
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	10 200	10 200	6 600
661	Aufwendungen für Fahrtkosten, Trennungsgeld	—	—	10 200
662	Aufwendungen für Betriebsarzt und Arbeitssicherheit	12 800	12 800	20 500
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	15 300	15 300	15 300
666	Dienstkleidung	12 800	12 800	12 800
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1 774 400	1 774 400	1 774 200
670	Mieten und Pachten	1 450 800	1 450 800	1 450 300
671	Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung	271 700	271 700	266 300
673	Gebühren	1 300	1 300	2 600
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	2 000	2 000	1 500
676	Aufwendungen für Prüfungen, Beratungen,	25 600	25 600	26 600
679	sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	23 000	23 000	17 900
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Reisen, Dokumentation, Information und Werbung	328 200	328 200	323 100
682	Aufwendungen für Werbung	30 700	30 700	25 600
685	Aufwendungen für Dienstreisen	40 900	40 900	40 900
686	Aufwendungen für Repräsentationen und Gästebewirtung	1 000	1 000	1 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	97 100	97 100	84 400
688	Druckerzeugnisse	132 900	132 900	120 100
689	sonstige Aufwendungen	25 600	25 600	51 100
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge, periodenfremde Aufwendungen und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen	64 400	64 400	74 200
690	Verschiedene Versicherungsbeiträge	—	—	—
691	Bühnenvereinsbeiträge	36 800	36 800	40 900
693	andere sonstige betriebliche Aufwendungen	27 600	27 600	33 300
699	periodenfremde Aufwendungen	—	—	—

Zu Kontenklasse 7: Aufwendungen

Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	3 100	3 000	2 600
703	Kraftfahrzeugsteuer	3 100	3 000	2 600
709	sonstige betriebliche Steuern	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Zu Kontengruppe				
51	Erträge aus Entgelten (Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse)	2 878 600	2 827 400	2 766 100
510	Erträge aus eigenen Vorstellungen	2 761 000	2 709 800	2 566 700
511	Erträge aus Vorstellungen anderer	—	—	51 100
512	Erträge aus Publikationen	117 600	117 600	148 300
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	178 900	178 900	71 600
541	Erträge aus Erstattung von Personalaufwendungen	15 300	15 300	—
543	Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	127 800	127 800	35 800
544	Nebenerlöse aus der Abgabe von Energien	—	—	—
546	Nebenerlöse aus anderen Nebenbetrieben	—	—	—
547	sonstige Erträge	35 800	35 800	35 800
Zu Kontengruppe				
55	Sonstige betriebliche Erträge	76 400	76 500	54 200
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	76 400	76 500	54 200
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
553	Erträge aus der Werterhöhung von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
555	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
558	periodenfremde Erträge	—	—	—

Zu Kontenuntergruppe 510

Eintrittspreise ab Spielzeit 2001/2002:

I. Großes Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Musikalische Werke (Kategorie A) EUR	Musikalische Werke (Kategorie B) EUR	Sprechstücke (Kategorie C) EUR
I	194	29	26	22
II	198	26	22	19
III	206	21	18	16
IV	188	18	14	12
V	68	14	11	9
VI	42	11	8	6
	896			

II. Kleines Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Normal EUR	Raumbühne EUR
I	72	21	16
II	58	18	
III	66	15	
IV	49	12	
V	18	9	
VI	20	6	
	283		

III. Stadthalle Braunschweig (Konzerte)

Platzgruppe	Platzanzahl	Kassenpreise EUR
I	338	26
II	419	22
III	330	19
IV	414	16
V	150	13
VI	440	11
	2 091	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0661 Oldenburgisches Staatstheater

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 42-3	181	Theatereinnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		2.200.000	2.200.000	2.045.168	2.292
119 01-7	181	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	—	—
119 51-3	181	Vermischte Einnahmen		—	—	2.045	1
119 61-0	181	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.* *** *Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		82.000	82.000	81.807	66
124 01-0	181	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		31.000	31.000	30.933	33
132 01-3	181	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		2.000	2.000	—	—
132 02-1	181	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	—	1.534	2
233 10-3	181	Zuweisung der Stadt Oldenburg zu den laufenden Kosten		4.190.000	4.257.000	—	—
235 01-7	181	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
282 62-7	181	Zuschüsse Dritter zur Förderung des Oldenburgischen Staatstheaters * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		5.000	5.000	5.113	81
342 62-0	181	Zuschüsse Dritter für Investitionen des Oldenburgischen Staatstheaters * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				4.207.574	
		A U S G A B E N					
422 01-1	181	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.285.000	1.282.000	1.321.587	93
422 19-4	181	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	181	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	181	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	594
425 06-1	181	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	2.000	2.096	—
426 01-7	181	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.032
426 03-3	181	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	56
426 04-1	181	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	11.000	11.000	—	—
426 06-8	181	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	18.000	18.000	17.997	—
426 41-6	181	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	10.635	11
427 01-3	181	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	31.000	31.000	30.933	41
427 39-0	181	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-4	181	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	—	—	—	—
511 01-4	181	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	185.000	185.000	9.561	16
517 01-2	181	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	275.000	275.000	42.846	56

Zu 111 42

I. Eintrittspreise

Eintrittspreise ab Spielzeit 2000/2001:

a) Großes Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Konzerte EUR (ger.)	Oper und Operette EUR (ger.)	Sprechstücke EUR (ger.)
I	182 (204)	31	28	23
II	150 (193)	28	24	20
III	117 (180)	24	18	15
IV	59 (114)	19	13	11
V	99 (16)	14	10	8
VI	47 (76)	10	8	7
	654 (783)			

( ) = Konzerte

b) Kleines Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Musicals EUR (ger.)	Kammerstücke EUR (ger.)	Sprechstücke EUR (ger.)
I	121	28	16	23
II	123	24	13	20
III	60	18	11	15
IV	46	13	8	11
	350			

Abonnementsermäßigung ca. 20 %.

II. Einnahmen

1. Theatereinnahmen:

		2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
a) Großes Haus	260 Aufführungen	1 200	1 200
b) Kleines Haus	235 Aufführungen	600	600
	Zusammen	1 800	1 800

2. Gastspieleinnahmen:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Wilhelmshaven:		
8 Abonnementsvorstellungen (musikalische Werke)	70	70
Sonstige	60	60
Zusammen	130	130

3. Konzerteinnahmen:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
a) Großes Haus		
12 Symphoniekonzerte im Abonnement	126	126
2 Jugendkonzerte	10	10
1 Kinderkonzert	2	2
b) Weser-Ems-Halle		
8 Symphoniekonzerte im Abonnement	132	132
Zusammen	270	270
Insgesamt	2 200	2 200

Zu 233 10

Die Stadt Oldenburg ist gemäß Vereinbarung vom 12. 2. 1963 mit 25 % an den nicht gedeckten laufenden Kosten beteiligt.

Der Zuschuss berechnet sich wie folgt:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Summe der bei 06 61 veranschlagten laufenden Ausgaben ohne 981 01 und 981 06	18 802	19 071
dazu		
Versorgungsbezüge für Verwaltungsbeamte, Kammermusiker und sonstige Beamte sowie deren Hinterbliebene rd.	77	77
dazu		
Bauunterhaltungskosten (8 % des Friedensneubauwertes von 2 566 000 EUR) rd.	205	205
Zusammen	19 084	19 353
ab Einnahmen ohne 233 10	2 322	2 322
bleibt ungedeckter Zuschuss	16 762	17 031
davon 1/4	4 190	4 257

Zu 422 01, 425 01, 426 01

Für das Kapitel 06 61 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
33,74	33,74	35,51	33,25

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	1,79
Summe Abgänge	—	1,79
Bleibt Abgang	—	1,79

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003=2002):

	(in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen
Beamte/-innen	2,00	2,00	—	2
Angestellte	14,54	14,54	—	15
Lohnempfänger/-innen	17,20	16,25	0,93	19
Insgesamt	33,74	32,79	0,93	36

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
	1 285	1 282

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 285	1 282
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	16 008	15 880
43	Versorgungsbezüge	30	29
44	Beihilfen, Unterstützungen	12	12
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	123	–17
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		17 458	17 186

Zu 426 04

Für 1 (1) Auszubildende, Auszubildenden.

Zu 427 01

Für Aushilfskräfte in Krankheitsfällen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 19-5	181	Reinigungskosten	—	—	—	72.961	62
517 59-4	181	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	159.165	160
518 01-9	181	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	30.000	30.000	29.706	3
518 02-7	181	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-5	181	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	14.000	14.000	—	—
519 02-3	181	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	61.713	60
519 03-1	181	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	511	0
525 01-5	181	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.000	2.000	2.045	3
526 01-1	181	Sachverständige	—	10.000	10.000	10.226	26
526 02-0	181	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-8	181	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	4.000	4.000	3.528	6
529 10-0	181	Zur Verfügung des Generalintendanten	—	—	—	971	1
538 01-0	181	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	76.000	76.000	200.478	184
542 01-7	181	Umsatzsteuer	—	—	—	3.119	2
546 03-9	181	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
546 12-8	181	Umsatzsteuer	—	3.000	3.000	—	—
681 01-7	181	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	23
685 01-2	181	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	24.491	26
686 10-8	181	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	27.000	27.000	—	—
811 06-9	181	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	21
812 13-8	181	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-4	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	153.000	153.000	—	—
812 19-7	181	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	153.388	—
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 06	—	19.000	19.000	19.020	—
981 06-1	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	651.000	651.000	729.153	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/63		**Theaterbetriebskosten einschl. Personalausgaben für das künstlerische und technische Bühnenpersonal** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 42, 119 61 und 132 01.*	(—)	(17.070.000)	(16.942.000)	(16.075.374)	(14.471)
425 61-4	181	Verg. der BTT-Angestellten u. der Musiker	—	4.954.000	4.954.000	4.953.856	4.668
425 63-0	181	Verg. der BAT-Angestellten	—	831.000	831.000	831.412	815
426 61-0	181	Vergütung des Bühnenpersonals	—	3.834.000	3.834.000	3.862.299	3.744
426 63-7	181	Vergütung des Abendpersonals	—	467.000	467.000	467.270	—
427 61-7	181	Beschäftigungsentgelte für das künstlerische Personal (einschl. Vertretungs- und Aushilfskräfte)	—	5.847.000	5.719.000	5.697.428	4.666
429 61-0	181	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	12.000	12.000	11.913	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 538 01

Weniger infolge Verlagerung von 124 000 EUR nach 547 61 für die Entrichtung von Urheberabgaben für Aufführungen im Rahmen des Spielbetriebes.

Zu 686 10

Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Bühnenverein.

Die Höhe des Beitrages ist von den Personalkosten abhängig.

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erneuerung einer Schachtzugangstür beim Prospektaufzug	—	51
Sanierung Durchrufanlage		
1. Bauabschnitt	—	65
2. Bauabschnitt	95	—
Investitionen bis zu 25 000 EUR im Einzelfall	58	37
Zusammen	153	153

Zu 981 01

Abführung der in der Zuweisung der Stadt Oldenburg enthaltenen anteiligen Versorgungslasten.

Vgl. Erläuterungen zu 233 10.

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/63

I. Die Titelgruppe umfasst alle Ansätze der Mittel für künstlerisch-technisches Personal, Orchester, Gäste- und Aushilfskräfte (einschl. Schauspielmusik), Konzertsolisten, Frack-, Instrumenten-, Saiten-, Rohr- und Blattgeld, künstlerische Vorstände, Einzeldarsteller, Chor, Ballett, Statisten und Probespiele sowie für das Abendpersonal.

II. Personalbestand am 1. 9. 2000:

a) Stellen für künstlerisches Personal:	
Orchester	68
Künstlerische Vorstände	21
Oper und Operette	17
Schauspiel	24
Chor	30
Ballett	16
Sonstiges NV-Solo Personal	28
b) Stellen für technisches und künstlerisch-technisches Personal:	
Künstlerisch-technische Angestellte	18
Technische Angestellte	17
Bühnenpersonal	87
Zusammen	326

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 61-0	181	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	12.000	12.000	11.606	11
459 61-6	181	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	0
511 61-8	181	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	46.000	46.000	11.453	5
514 61-7	181	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	724.000	724.000	5.624	15
518 61-2	181	Mieten und Pachten	—	2.000	2.000	1.738	68
527 61-1	181	Reisekostenvergütungen	—	36.000	36.000	35.739	22
531 61-9	181	Veröffentlichungen	—	65.000	65.000	64.627	104
532 61-5	181	Reinigung der Wäsche	—	—	—	4.499	6
538 61-3	181	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	96.379	325
547 61-2	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	240.000	240.000	19.531	21
812 61-8	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Verwendung der Zuschüsse Dritter zur Förderung des Oldenburgischen Staatstheaters** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62 und 342 62.*	(—)	(5.000)	(5.000)	(5.113)	(40)
547 62-0	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	27
712 62-1	181	Erschliessungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 62-6	181	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	13
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			860.505	
		Abschluss Kapitel 06 61					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.317.000	2.317.000	2.161.487	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.195.000	4.262.000	4.212.687	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		6.512.000	6.579.000	6.374.174	
		4 Personalausgaben	—	17.304.000	17.173.000	17.219.032	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.718.000	1.718.000	1.702.038	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	27.000	27.000	24.491	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	153.000	153.000	153.388	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	670.000	670.000	748.173	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	19.872.000	19.741.000	19.847.122	
		Zuschuss		13.360.000	13.162.000	13.472.948	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		30.000	29.000	35.893	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		19.902.000	19.770.000	19.883.015	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		13.390.000	13.191.000	13.508.841	

ERLÄUTERUNGEN

514 61

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kleinbus	1	1	1
Lkw mit Anhänger	1	1	1

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Kleinbus	1	1	1
Lkw mit Anhänger	1	1	1

518 61

Mieten, Requisiten und Bühnenmöbel.

547 61

Vgl. Erläuterungen zu 538 01.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 41-0	183	Eintrittsgelder von Museen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	204.517	307
119 01-1	183	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	—	—
119 02-0	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 31.* ****Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.* *Die Mehreinnahmen dürfen nur für Ausgaben bei den im k-Vermerk genannten Titeln insgesamt verwendet werden.*		—	—	131.913	165
119 32-1	183	Einnahmen aus museumspädagogischer Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	66
119 46-1	183	Ersatzleistungen		—	—	—	5
119 51-8	183	Vermischte Einnahmen		—	—	10.226	36
119 71-2	183	Vermischte Einnahmen im Bereich der Spielbankmittel * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	—	2
124 01-5	183	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung ****Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Sammlungsgegenstände unentgeltlich abgegeben werden.*		23.000	23.000	23.008	26
124 02-3	183	Mieten und Pachten für den Museumsshop und das Bistro des Landesmuseums Hannover * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	17.895	25
125 61-5	183	Einnahmen des Museumsshops beim Staatlichen Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	8
125 64-0	183	Erlöse aus der Cafeteria des Herzog Anton Ulrich-Museums * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	10.226	10
125 99-2	183	Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	—
129 01-7	183	Einnahmen aus Überlassungs- und Nutzungsverträgen (ohne Dienst- und Landeswohnungen) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	2
129 02-5	183	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschaftsunternehmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	18
233 10-8	183	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		124.000	124.000	—	—
282 63-0	183	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		307.000	307.000	306.775	775
		Titelgruppe(n)					
TGr. 81		**Einnahmen des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover**		(65.000)	(65.000)	(—)	(—)
111 81-9	183	Eintrittsgelder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		—	—	—	—
119 81-0	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		47.000	47.000	—	—
124 81-3	183	Mieten und Pachten des Museumsshops und des Bistro des Landesmuseums Hannover ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81*		18.000	18.000	—	—
129 81-5	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 65 allgemein:

Das Kapitel wurde umstrukturiert.

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben für die staatlichen und nichtstaatlichen Museen des Landes Niedersachsen.

Für die staatlichen Museen (ehem. Kapitel 06 65) wurden eigene Titelgruppen eingerichtet:

TGr. 81 Niedersächsisches Landesmuseum Hannover
TGr. 82 Herzog Anton Ulrich Museum in Braunschweig
TGr. 83 Braunschweigisches Landesmuseum
TGr. 84 Staatl. Naturhistorisches Museum Braunschweig
TGr. 85 Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg
TGr. 86 Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg (alt: Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg)

Die Einnahmen und Ausgaben der nichtstaatlichen Museen (ehem. Kapitel 06 74) sind veranschlagt in der TGr. 72 bis 78 "Förderung der nichtstaatlichen Museen".

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	—	—
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	2 800	2 800
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	1 000	1 000
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	19 200	19 200
Zusammen	23 000	23 000

Zu 233 10

Nach der zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Oldenburg am 27. 1. 1976 abgeschlossenen Vereinbarung erstattet die Stadt Oldenburg dem Land die Personalkosten für einen Hausmeister und drei Aufseher im Augusteum in Oldenburg. Das Augusteum ist 1976 vom Land erworben worden. Es wird nach dem Umbau als Außenstelle des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg geführt. Die Personalkosten umfassen den tariflichen Lohn, die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung, Zuwendungen und Zulagen aufgrund besonderer Tarifverträge, Beihilfen, Vermögenswirksame Leistungen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
233 81-7	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		—	—	—	—
235 81-0	183	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		—	—	—	—
TGr. 82		**Einnahmen des Herzog Anton Ulrich Museums in Braunschweig**		(56.000)	(56.000)	(—)	(—)
111 82-7	183	Eintrittsgelder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	—
119 82-8	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		46.000	46.000	—	—
125 82-8	183	Erlöse aus der Cafeteria des Herzog Anton Ulrich-Museums ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82*		10.000	10.000	—	—
129 82-3	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	—
233 82-5	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	—
235 82-8	183	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	—
TGr. 83		**Einnahmen des Braunschweigischen Landesmuseums**		(26.000)	(26.000)	(—)	(—)
111 83-5	183	Eintrittsgelder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		—	—	—	—
119 83-6	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		26.000	26.000	—	—
129 83-1	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		—	—	—	—
233 83-3	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		—	—	—	—
235 83-6	183	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		—	—	—	—
TGr. 84		**Einnahmen des Staatlichen Naturhistorischen Museums Braunschweig**		(3.000)	(3.000)	(—)	(—)
111 84-3	183	Eintrittsgelder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		—	—	—	—
119 84-4	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		3.000	3.000	—	—
129 84-0	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		—	—	—	—
233 84-1	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		—	—	—	—
235 84-4	183	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		—	—	—	—
TGr. 85		**Einnahmen des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg**		(9.000)	(9.000)	(—)	(—)
111 85-1	183	Eintrittsgelder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
119 85-2	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		9.000	9.000	—	—
129 85-8	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		—	—	—	—
233 85-0	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		—	—	—	—
235 85-2	183	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		—	—	—	—
TGr. 86		**Einnahmen des Staatlichen Museums für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg**		(1.000)	(1.000)	(—)	(—)
111 86-0	183	Eintrittsgelder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		—	—	—	—
119 86-0	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		1.000	1.000	—	—
125 86-0	183	Einnahmen des Museumsshops beim Staatlichen Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86*		—	—	—	—
129 86-6	183	Einnahmen aus Nutzungs- und Überlassungsverträgen (o. Dienst- und Landeswohnungen), museumspädagogischer Arbeit und Werbung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		—	—	—	—
233 86-8	183	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 19 BSHG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		—	—	—	—
235 86-0	183	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				124.039	
		A U S G A B E N					
422 01-6	183	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.125.000	8.105.000	8.347.300	1.519
422 19-9	183	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	183	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	64.000	83.000	80.324	80
425 01-5	183	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.875
425 03-1	183	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-6	183	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	511	1
425 41-4	183	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	—	—	21.270	22
426 01-1	183	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.488
426 03-8	183	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	112
426 06-2	183	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	19.000	19.000	18.662	11
426 31-3	183	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeinehmern	—	—	—	—	—
426 41-0	183	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	31.853	20
427 01-8	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	21.781	686
427 08-5	183	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	—	—	255.084	214

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 65 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
196,25	196,10	217,13	200,21

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen: Reduzierung Einsparauflage	0,15	—
Summe Zugänge	0,15	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	3,22
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen: Einsparauflage	—	17,81
Summe Abgänge	—	21,03
Bleibt Zugang	0,15	—
Bleibt Abgang	—	21,03

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen* (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	26,72	26,72	—	36
Angestellte	93,39	90,87	2,52**	90
Lohnempfänger/-innen	76,14	43,28	32,86	57
Insgesamt	196,25	160,87	35,38	183

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen* (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	26,72	26,72	—	36
Angestellte	93,39	90,87	2,52**	90
Lohnempfänger/-innen	75,99	43,28	32,71	57
Insgesamt	196,10	160,87	35,23	183

*) Bei den Angestellten darf eine Stelle nur zur Hälfte besetzt werden.

**) 0,5 kw bei Ausscheiden eines beim Nds. Landesmuseum Hannover Beschäftigten.

Aus Mitteln werden sowohl 5 ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte als auch 44 ständige nichtvollbeschäftigte Lohnempfänger/-innen – davon 12 Reinigungskräfte – bezahlt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Aufteilung des Beschäftigungsvolumens auf die Museen:

	2003	2002
Landesmuseum Hannover	58,30	58,27
Braunschweigisches Landesmuseum	33,01	32,98
Herzog Anton Ulrich Museum Braunschweig	37,36	37,36
Staatliches Naturhistorisches Museum in Braunschweig	18,05	18,02
Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg	28,37	28,34
Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg	21,16	21,13

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	8 125	8 105

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	8 125	8 105
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	622	632
43	Versorgungsbezüge	613	591
44	Beihilfen, Unterstützungen	342	339
45	Personalbezogene Sachausgaben	7	7
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	62	–9
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		9 771	9 665

Aufteilung des Budgets auf die Museen:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Landesmuseum Hannover	2 414	2 409
Braunschweigisches Landesmuseum	1 367	1 363
Herzog Anton Ulrich Museum Braunschweig	1 547	1 544
Staatliches Naturhistorisches Museum in Braunschweig	747	745
Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg	1 174	1 171
Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg	876	873

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-5	183	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	1.000	1.000	971	—
453 01-9	183	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	7.000	7.000	7.465	—
511 01-9	183	Geschäftsbedarf	—	—	—	13.958	17
517 01-7	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	1.353.748	1.279
517 19-0	183	Reinigungskosten	—	—	—	367.005	291
517 59-9	183	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	561.296	569
518 01-3	183	Mieten und Pachten	—	—	—	208.914	176
519 01-0	183	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	19.000	19.000	—	—
519 02-8	183	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	34.257	47
519 03-6	183	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	8.027	12
525 01-0	183	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	18.151	6
526 01-6	183	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	16.924	2
527 01-2	183	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	13.754	9
527 03-9	183	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso-nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre-tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	511	0
531 31-1	183	Veröffentlichungen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 02.*	—	—	—	117.086	142
546 03-3	183	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	61.000	61.000	61.355	20
546 59-9	183	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	716	—
681 01-1	183	Schadenersatzleistungen und Unfallent-schädigungen	—	—	—	—	1
685 01-7	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	3.017	3
811 01-2	183	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-2	183	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	9
812 15-9	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	102.258	180
812 19-1	183	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	127
981 06-6	990	Abfuehrung an 13 21 - 381 06	—	2.234.000	2.234.000	2.152.999	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ausgaben des Museumsshops beim Staatlichen Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 90,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 61.* *** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen neben den Ausgaben für den Museumsshop hier auch Ausgaben geleistet werden, für die auch Haushaltsmittel in der Titelgruppe 65 veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(4)
523 61-0	183	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	—	—	—	3
547 61-7	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus-gaben	—	—	—	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgesetzten Nutzungsentgelter für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 61-2	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Verwendung der Zuwendungen Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.*	(—)	(307.000)	(307.000)	(166.682)	(791)
429 63-0	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	30.000	30.000	29.911	127
459 63-7	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
527 63-2	183	Reisekostenvergütungen	—	2.000	2.000	1.790	1
547 63-3	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	135.000	135.000	134.981	663
685 63-7	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
812 63-9	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	140.000	140.000	—	—
TGr. 64		**Betriebsausgaben der Cafeteria des Herzog Anton Ulrich-Museums** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 75,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 64.*	(—)	(—)	(—)	(2.556)	(1)
547 64-1	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	2.556	1
812 64-7	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Museumsarbeit** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 41, 119 32, 124 02, 129 01 und 129 02.*	(—)	(—)	(—)	(985.514)	(1.276)
429 65-7	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	121.125	113
459 65-3	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 65-5	183	Geschäftsbedarf	—	—	—	48.010	44
523 65-3	183	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	—	—	250.533	176
527 65-9	183	Reisekosenvergütungen	—	—	—	12.527	40
531 65-6	183	Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	296.549	416
538 65-0	183	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	205.539	88
547 65-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	51.231	399
TGr. 71		**Zur zusätzlichen Förderung der Museen aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 71.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 0674 Ausgabetitelgruppe 64/65*	(—)	(1.326.000)	(1.326.000)	(654.454)	(806)
429 71-1	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	26.000	26.000	25.565	6
459 71-8	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
523 71-8	183	Beschaffung von Kunstwerken, Sammlungsgegenständen und Bibliotheken	—	26.000	26.000	25.565	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 63

Aus diesem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden.

Zu Titelgruppe 71

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Die TGr. 71 (alt) des Kap. 06 65 und die TGr. 78 (alt) des Kap. 06 74 wurden zusammengeführt.

429 71

Für die Beschäftigung von Personal für Ausstellungen, Fotoarbeiten, Katalogisierungen usw.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
531 71-0	183	Öffentlichkeitsarbeit	—	51.000	51.000	51.129	40
538 71-5	183	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	40.903	1
547 71-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	527.000	527.000	460.163	759
633 71-8	183	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	42.000	42.000	—	—
685 71-8	183	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	107.000	107.000	—	—
686 71-4	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
811 71-3	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 71-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	112.000	112.000	51.129	—
883 71-4	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	363.000	363.000	—	—
893 71-0	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 71-6	183	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	72.000	72.000	—	—
TGr. 72 bis 78		**Förderung der nichtstaatlichen Museen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(5.120.000)	(6.811.000)	(—)	(—)
633 72-6	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Stadt Hannover für das Sprengelmuseum	—	1.982.000	1.950.000	—	—
685 72-6	183	Zuschuss an den Museumsverband Niedersachsen und Bremen	—	171.000	171.000	—	—
685 73-4	183	Zuschuss an das „Ostpreußische Landesmuseum“ in Lüneburg	—	194.000	194.000	—	—
685 74-2	183	Zuschuss an die Rammelsberger Bergbaumuseum Goslar GmbH	—	773.000	773.000	—	—
685 75-0	183	Zuschuss an die Stiftung „Museumsdorf Cloppenburg“	—	933.000	918.000	—	—
685 76-9	183	Zuschuss an die Stiftung „Henri Nannen“	—	627.000	627.000	—	—
685 77-7	183	Zuschuss an den Museumsverband „ Die Oberharzer Bergbau- und Heimatmuseen e.V.“	—	128.000	128.000	—	—
685 78-5	183	Zuschuss an den Museumsverbund Südniedersachsen	—	56.000	56.000	—	—
686 72-2	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 72-2	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 72-8	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 72-4	183	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	256.000	1.994.000	—	—
TGr. 81		**Ausgaben des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 81, 119 81, 129 81, 233 81 und 235 81.* *** *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 81*	(—)	(1.487.000)	(1.564.000)	(—)	(—)
425 81-3	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	11.000	11.000	—	—
426 81-0	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	22.000	22.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

547 71

Neuordnung und Katalogisierung von Sammlungen, Ausstellungen, Restaurierung von Kunstwerken, Komplettierung von Fachbibliotheken, Publikationen und audiovisuelle Programme.

812 71

Zum Beispiel Neugestaltung von Ausstellungsräumen.

Zu Titelgruppe 72 bis 78

Zur Förderung der Einrichtungen im Bereich der nichtstaatlichen Museen.

633 72

Gemäß §7 Abs. 1 der zwischen dem Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover geschlossenen Vereinbarung über die Beteiligung des Landes und der Stadt bei der Errichtung einer Galerie für Werke der Malerei, der Plastik und der Grafik vom 1./29. 7. 1974 werden alle einmaligen und laufenden Ausgaben für die neue Galerie von Land und Stadt je zur Hälfte getragen.

685 72

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

685 73

Vertragliche Leistung gem. Vertrag mit dem Bund vom 20./28. 8. 1998. Die im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung gewährte Förderung beträgt 194 000 EUR jährlich.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	194 000	—	—	194 000
2004	194 000	—	—	194 000
2005	194 000	—	—	194 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	194 000	—	—	194 000
2003	194 000	—	—	194 000
2004	194 000	—	—	194 000
2005	194 000	—	—	194 000

685 74

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Rammelsberger Bergbaumuseum Goslar GmbH

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	3 217	3 053	3 256	3 906
Einnahmen	1 933	1 769	2 654	2 654
Fehlbetrag	1 284	1 284	1 481	1 252

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	773	773
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	511	511
e) Private	—	—
Zusammen	1 284	1 284

685 75

Unterhaltung der Einrichtung als Stifter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung (volle Personalkosten nach Maßgabe des durch das Land genehmigten Stellenplans).

– Beschluss des Nieders. Landesministeriums über die Errichtung einer Stiftung „Museumsdorf Cloppenburg“ - Nieders. Freilichtmuseum vom 21. 3. 1961 (Nds. MBl. S. 409), zuletzt geändert durch Beschluss vom 11. 3. 1980 (Nds. MBl. S. 490) –

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung „Museumsdorf Cloppenburg“

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	1 874	1 859	2 035	2 047
Einnahmen	752	752	730	775
Fehlbetrag	1 122	1 107	1 305	1 272

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	933	918
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	189	189
e) Private	—	—
Zusammen	1 122	1 107

685 76

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung zur Mitfinanzierung der Stiftung „Henri Nannen“ (Kunsthalle Emden und der angeschlossenen Kunstschulen).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kunsthalle Emden

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	2 007	1 985	1 796	2 087
Einnahmen	1 099	1 077	939	1 251
Fehlbetrag	908	908	857	836

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	627	627
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	281	281
e) Private	—	—
Zusammen	908	908

685 77 und 685 78 gemeinsam

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung.

893 72

Für die Sicherung des „Schwitters Erbe“ (Kunstwerke und Archivalien mit einem geschätzten aktuellen Marktwert von rd. 40 Mio. EUR) war im Haushaltsjahr 2001 eine VE in Höhe von rd. 767 000 EUR außerplanmäßig bereitgestellt worden (bei 06 74 – 893 72).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	—	—
2004	—	—	—	—
2005	767 000	—	—	767 000

894 72

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung.

a) Klimatisierung des Altbaus der Kunsthalle Emden und Umbau des Foyers der Kunsthalle (1,994 Mio. EUR in 2002)

b) Investitionen im Rahmen des Gesamtkonzeptes Rammelsberger Bergbaumuseum GmbH (0,256 Mio. EUR in 2003)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 81-6	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	74.000	72.000	—	—
429 81-9	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	35.000	35.000	—	—
511 81-7	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	61.000	51.000	—	—
514 81-6	183	Verbrauchsmittel	—	65.000	65.000	—	—
517 81-5	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	746.000	848.000	—	—
518 81-1	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 81-5	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	47.000	47.000	—	—
527 81-0	183	Reisekostenvergütungen	—	7.000	7.000	—	—
531 81-8	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	226.000	226.000	—	—
547 81-1	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	147.000	147.000	—	—
681 81-0	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 81-1	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—
811 81-0	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 81-7	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	45.000	32.000	—	—
TGr. 82		**Ausgaben des Herzog Anton Ulrich Museums Braunschweig** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 82, 119 82, 129 82, 233 82 und 235 82.* ***Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 75,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 82.*	(—)	(469.000)	(499.000)	(—)	(—)
425 82-1	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 82-8	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 82-4	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	63.000	61.000	—	—
429 82-7	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	51.000	51.000	—	—
511 82-5	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	48.000	48.000	—	—
514 82-4	183	Verbrauchsmittel	—	17.000	17.000	—	—
517 82-3	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	126.000	158.000	—	—
518 82-0	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 82-3	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	60.000	60.000	—	—
527 82-9	183	Reisekostenvergütungen	—	6.000	6.000	—	—
531 82-6	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	50.000	50.000	—	—
546 82-3	183	Ausgaben der Cafeteria des Herzog Anton Ulrich Museums	—	8.000	8.000	—	—
547 82-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	19.000	19.000	—	—
681 82-8	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 82-0	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 81-427 86

Bei den staatl. Museen werden Volontäre beschäftigt:

TGr. 81	Nds. Landesmuseum Hannover:	4
TGr. 82	Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig:	2
TGr. 83	Braunschweigisches Landesmuseum:	2
TGr. 84	Staatl. Naturhistorisches Museum in Braunschweig:	1
TGr. 85	Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg:	1
TGr. 86	Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg:	2
	Zusammen	12

Die Volontäre erhalten Vergütungen gem. RdErl. des MWK vom 2. 4. 1980 – Nds. MBl. S. 491 in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 686 81-686 86

Mitgliedsbeiträge an Gesellschaften und Vereine zwecks Bezugs verbilligter Veröffentlichungen. Neue Mitgliedschaften bedürfen der Zustimmung des MWK.

Zu 812 81

Davon 13 000 EUR in 2003 für die Kühlkammer Zoologie.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
811 82-9	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 82-5	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	20.000	20.000	—	—
TGr. 83		**Ausgaben des Braunschweigischen Landesmuseums** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 83, 119 83, 129 83, 233 83 und 235 83.*	(—)	(1.056.000)	(1.124.000)	(—)	(—)
425 83-0	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 83-6	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 83-2	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	62.000	61.000	—	—
429 83-5	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 83-3	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	57.000	57.000	—	—
514 83-2	183	Verbrauchsmittel	—	20.000	20.000	—	—
517 83-1	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	616.000	685.000	—	—
518 83-8	183	Mieten und Pachten	—	129.000	129.000	—	—
523 83-1	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	74.000	74.000	—	—
527 83-7	183	Reisekostenvergütungen	—	4.000	4.000	—	—
531 83-4	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	60.000	60.000	—	—
547 83-8	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	13.000	13.000	—	—
681 83-6	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 83-8	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—
811 83-7	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 83-3	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	20.000	20.000	—	—
TGr. 84		**Ausgaben des Staatlichen Naturhistorischen Museums Braunschweig** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 84, 119 84, 129 84, 233 84 und 235 84.*	(—)	(211.000)	(226.000)	(—)	(—)
425 84-8	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	11.000	11.000	—	—
426 84-4	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 84-0	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	18.000	18.000	—	—
429 84-3	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 84-1	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	18.000	18.000	—	—
514 84-0	183	Verbrauchsmittel	—	9.000	9.000	—	—
517 84-0	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	67.000	82.000	—	—
518 84-6	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
523 84-0	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	60.000	60.000	—	—
527 84-5	183	Reisekostenvergütungen	—	2.000	2.000	—	—
531 84-2	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	11.000	11.000	—	—
547 84-6	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	4.000	4.000	—	—
681 84-4	183	Schadenersatzleistungen und Unfallent-schädigungen	—	—	—	—	—
686 84-6	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—
811 84-5	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 84-1	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10.000	10.000	—	—
TGr. 85		**Ausgaben des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 85, 119 85, 129 85, 233 85 und 235 85.*	(—)	(290.000)	(308.000)	(—)	(—)
425 85-6	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
426 85-2	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	11.000	11.000	—	—
427 85-9	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	32.000	31.000	—	—
429 85-1	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	36.000	36.000	—	—
511 85-0	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	37.000	37.000	—	—
514 85-9	183	Verbrauchsmittel	—	7.000	7.000	—	—
517 85-8	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	35.000	54.000	—	—
518 85-4	183	Mieten und Pachten	—	40.000	40.000	—	—
523 85-8	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	47.000	47.000	—	—
527 85-3	183	Reisekostenvergütungen	—	3.000	3.000	—	—
531 85-0	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	26.000	26.000	—	—
547 85-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	5.000	5.000	—	—
681 85-2	183	Schadenersatzleistungen und Unfallent-schädigungen	—	—	—	—	—
686 85-4	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—
811 85-3	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 85-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10.000	10.000	—	—
TGr. 86		**Ausgaben des Landesmuseums für Natur und Mensch in Oldenburg** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 86, 119 86, 129 86, 233 86 und 235 86.* ****Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 90,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 86.*	(—)	(168.000)	(190.000)	(—)	(—)
425 86-4	183	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 86-0	183	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 86-7	183	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikanten	—	36.000	35.000	—	—
429 86-0	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 86-8	183	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	22.000	22.000	—	—
514 86-7	183	Verbrauchsmittel	—	9.000	9.000	—	—
517 86-6	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	29.000	42.000	—	—
518 86-2	183	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
523 86-6	183	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	—	37.000	37.000	—	—
527 86-1	183	Reisekostenvergütungen	—	2.000	2.000	—	—
531 86-9	183	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	16.000	16.000	—	—
546 86-6	183	Ausgaben des Museumsshops beim Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg	—	—	—	—	—
547 86-2	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.000	6.000	—	—
681 86-0	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
686 86-2	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	—
811 86-1	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	10.000	—	—
812 86-8	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10.000	10.000	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 99.*	(—)	(80.000)	(80.000)	(79.761)	(81)
518 98-6	183	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-4	183	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-2	183	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
525 99-0	183	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-7	183	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
538 99-5	183	Dienstleistungen „Anderer“	—	8.000	8.000	7.669	1
547 99-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	72.000	72.000	72.092	79
812 99-0	183	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	1
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			543.197	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der EDV-Geräte sowie die Kosten für das IZN.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0665 Museen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 65					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		193.000	193.000	397.785	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		431.000	431.000	430.814	
		Summe der Einnahmen		624.000	624.000	828.599	
		4 Personalausgaben	—	8.735.000	8.727.000	8.961.822	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.999.000	4.239.000	4.778.687	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	5.019.000	4.972.000	3.017	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.058.000	2.793.000	354.836	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.234.000	2.234.000	2.152.999	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	21.045.000	22.965.000	16.251.361	
		Zuschuss		20.421.000	22.341.000	15.422.762	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		613.000	591.000	576.277	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		21.658.000	23.556.000	16.827.638	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		21.034.000	22.932.000	15.999.039	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	188	Vermischte Einnahmen		28.000	28.000	—	—
119 41-0	188	Rückzahlung von Überzahlungen		77.000	77.000	76.694	13
119 64-9	188	Sonstige Verwaltungseinnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppen 64, 78, 83 und 86.* *** *Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben der im K-Vermerk genannten Titelgruppen insgesamt verwendet werden.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				28.121	
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Förderung des Theaters** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (5.250.000) (511.292)	(67.784.000)	(66.069.000)	(61.578.972)	(59.203)
637 61-5	181	Zuweisungen an die Landesbühnen	— 5.250.000 —	5.624.000	5.422.000	—	—
682 61-0	181	Zuwendung an die Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH *** *Gemäß § 17 Abs.1 S. 2 LHO ist der letzte Absatz der Erläuterungen verbindlich. Der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH dürfen landeseigene Gebäude ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.*	—	47.756.000	46.510.000	47.017.328	45.067
682 62-9	181	Zuweisungen an die kommunalen Theater	—	13.610.000	13.343.000	13.030.325	12.775
685 61-0	181	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	— — 511.292	794.000	794.000	917.769	748
686 61-6	181	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 61-1	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	613.550	614
894 61-8	181	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Sanierung der Bühnentechnik des Opernhauses der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH**	(—)	(5.113.000)	(5.113.000)	(5.112.919)	(5.113)
571 63-0	920	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen	—	5.113.000	5.113.000	5.112.919	5.113
591 63-1	920	Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 64/65		**Zur zusätzlichen Förderung der nichtstaatlichen Theater aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Gegenseitig deckungsfähig: Titelgruppen 64 /65, 78, 83 und 86, Kapitel 0665 Titelgruppe 71 sowie Kapitel 0675 Titelgruppen 61,71,77,83, 84,87,91,93 und 96.*	(—)	(649.000)	(649.000)	(664.680)	(373)
633 64-4	181	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 74 allgemein:

Es dürfen auch Zuwendungen für Fördermaßnahmen, bei denen die Zuwendungen im Einzelfall 2 600 EUR, bei Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 25 600 EUR unterschreiten, gewährt werden.

Zu Titelgruppe 61/62

637 61

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH (Vertrag vom 1. 1. 1986 i. d. F. vom 18. 5. 1993) und der Landesbühne Hannover.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesbühne Hannover

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	5 627	5 517	5 095	
Einnahmen	2 099	2 099	1 764	
Fehlbetrag	3 528	3 418	3 331	

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	2 667	2 615
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	861	803
e) Private	—	—
Zusammen	3 528	3 418

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	5 459	5 352	5 412	
Einnahmen	1 020	1 020	993	
Fehlbetrag	4 439	4 332	4 419	

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	2 815	2 760
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1 624	1 572
e) Private	—	—
Zusammen	4 439	4 332

Für die weitere Förderung der Landesbühne Hannover war ab 1. 1. 1999 zunächst für einen Übergangszeitraum bis zum 30 06. 2002 eine Festbetragsfinanzierung in Höhe von rd. 1 994 000 EUR jährlich vereinbart worden. Zum Ausgleich von Tarif- und sonstigen Kostensteigerungen war der Betrag für 2001 um rd. 357 900 EUR erhöht worden. Ab 1. 7. 2002 wird die Landesbühne Hannover wieder fortlaufend mit einem erhöhten Zuschussbetrag (Festbetragsfinanzierung) gefördert. Für den Abschluss des Vertrages ist die Verpflichtigungsermächtigung ausgebracht.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	2 625 000	—	2 625 000
2004	—	2 625 000	—	2 625 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	997 000	—	—	997 000
2003	—	—	2 625 000	2 625 000
2004	—	—	2 625 000	2 625 000

ERLÄUTERUNGEN

682 61

Unterhaltung des Staatstheaters als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Nds. Staatstheater Hannover GmbH

	Betrag für das Wj. 2002/2003 Tsd.EUR	Betrag für das Wj. 2001/2002 Tsd.EUR	Betrag für das Wj. 2000/2001 Tsd.EUR	Istergebnis für das Wj. 1999/2000 Tsd.EUR
Ausgaben	54 501	54 950	56 018	53 435
Einnahmen	7 743	7 743	7 743	8 651
Fehlbetrag	46 758	47 207	48 275	44 784

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch das Land und beträgt:	47 756	46 510

Das MWK wird ermächtigt, der Nds. Staatstheater Hannover GmbH in den Haushaltsjahren 2002 bzw. 2003 jeweils den Zuschuss für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 bzw. 2003/2004 im Vorgriff auf die Ansätze der Haushaltsjahre 2003 und 2004 bewilligen zu lassen.

Eintrittspreise ab Spielzeit 2001/2002:

I. Opernhaus

Platzgruppe	Platzanzahl	Kategorie A EUR	Kategorie B EUR	Kategorie S EUR	Kategorie P EUR	Konzerte EUR
I	212	37	41	48	51	28
II	269	34	38	43	46	26
III	198	31	35	39	41	24
IV	257	29	32	34	37	22
V	102	26	28	30	32	20
VI	147	23	25	25	28	18
VII	22	14	14	15	15	13
	1 207					

II. Schauspielhaus

Platzgruppe	Platzanzahl	Kategorie A EUR	Kategorie B EUR	Kategorie P EUR
I	190	27	28	32
II	176	24	26	29
III	122	19	20	25
IV	86	15	16	20
V	50	10	11	15
	624			

III. Ballhof/Cumberland

Spielstätte	Platzanzahl	Eintrittspreis EUR
Ballhof 1	406	15
Ballhof 2	131	12
Cumberland	88	6

ERLÄUTERUNGEN

682 62

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Theater Lüneburg GmbH, der Stadttheater Hildesheim GmbH, des Celler Schlosstheaters e. V., des Deutschen Theaters Göttingen und den Städtischen Bühnen Osnabrück (Verträge vom 1. 1. 1986 i. d. F. vom 1. 1. 1999).

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Celler Schloßtheaters e.V.

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	3 959	3 881	3 828	
Einnahmen	911	911	877	
Fehlbetrag	3 048	2 970	2 951	

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 041	1 021
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	2 007	1 949
e) Private	—	—
Zusammen	3 048	2 970

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Theaters Göttingen

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	7 058	6 920	6 756	
Einnahmen	1 098	1 098	1 061	
Fehlbetrag	5 960	5 822	5 695	

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	2 076	2 035
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	3 884	3 787
e) Private	—	—
Zusammen	5 960	5 822

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stadttheater Hildesheim GmbH

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	10 705	10 496	10 411	
Einnahmen	1 386	1 386	1 422	
Fehlbetrag	9 319	9 110	9 019	

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	3 309	3 244
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	6 010	5 866
e) Private	—	—
Zusammen	9 319	9 110

Noch zu 682 62

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Theater Lüneburg GmbH

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	6 623	6 493	6 366	
Einnahmen	1 166	1 166	1 131	
Fehlbetrag	5 457	5 327	5 235	

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	2 649	2 597
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	2 808	2 730
e) Private	—	—
Zusammen	5 457	5 327

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Städtischen Bühnen Osnabrück

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	15 379	15 077	15 347	
Einnahmen	1 980	1 980	2 010	
Fehlbetrag	13 399	13 097	13 337	

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	4 535	4 446
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	8 864	8 651
e) Private	—	—
Zusammen	13 399	13 097

685 61

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung für Freie Theater, Privattheater, Figurentheater, Amateurtheater und Kinder- und Jugendtheater, die u.a. ihren Sitz in Niedersachsen haben.

Für eine 3-jährige Modellphase ist einigen freien Theatern im Rahmen einer jahresübergreifenden Konzeptionsförderung eine zuverlässige Planungssicherheit für eine kontinuierliche Theaterarbeit gegeben worden. Hierfür sind jährlich rd. 256 000 EUR bis 2003 vorgesehen.

Weniger (124 000 EUR) infolge Verlagerung nach Kapitel 06 75 Titel 685 70.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	256 000	—	—	256 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	256 000	—	256 000
2003	—	256 000	—	256 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Einzelmaßnahme im Rahmen der Unterhaltung des Staatstheaters als alleiniger Gesellschafter in Form einer Zuwendung zur Projektförderung. Abwicklung der Finanzierung auf vertraglicher Grundlage.

Für die in den Jahren 1996–1998 erfolgte Sanierung der maschinentechnischen Einrichtungen der Bühne des Opernhauses der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH. Die Baumaßnahme wurde finanziert von der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG) im Auftrag des Landes Niedersachsen.

Die Mittel für die Rückzahlung der Finanzierungskosten an die NFG sind ab dem Haushaltsjahr 1998 in dieser Titelgruppe veranschlagt.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	5 113 000	—	—	5 113 000
2004	5 113 000	—	—	5 113 000
2005	5 113 000	—	—	5 113 000
2006	5 113 000	—	—	5 113 000
2007	1 074 000	—	—	1 074 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	5 113 000	—	—	5 113 000
2003	5 113 000	—	—	5 113 000
2004	5 113 000	—	—	5 113 000
2005	5 113 000	—	—	5 113 000
2006ff.	6 187 000	—	—	6 187 000

Zu Titelgruppe 64/65

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Weniger (16 000 EUR) infolge Verlagerung nach Kapitel 06 75 Titel 685 93.

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
637 65-8	181	Zuweisungen an die Landesbühnen	—	—	—	—	—
682 64-5	181	Zuweisungen an die kommunalen Theater	—	—	—	—	—
682 65-3	181	Zuschüsse an die Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH	—	—	—	—	—
685 64-4	181	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	623.000	623.000	639.115	373
686 64-0	181	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 64-0	181	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 64-6	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	25.565	—
894 64-2	181	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	26.000	26.000	—	—
TGr. 71 bis 77		**Förderung der nichtstaatlichen Museen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(4.874.350)	(7.732)
633 71-7	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Stadt Hannover für das Sprengelmuseum	—	—	—	2.083.310	1.949
685 71-7	183	Zuschuss an den Museumsverband Niedersachsen und Bremen	—	—	—	170.618	171
685 72-5	183	Zuschuss an das „Ostpreußische Landesmuseum“ in Lüneburg	—	—	—	194.291	194
685 73-3	183	Zuschuss an die Rammelsberger Bergbaumuseum Goslar GmbH	—	—	—	741.373	741
685 74-1	183	Zuschuss an die Stiftung „Museumsdorf Cloppenburg“	—	—	—	899.925	824
685 75-0	183	Zuschuss an die Stiftung „Henri Nannen“	—	—	—	600.768	601
685 76-8	183	Zuschuss an den Museumsverband „ Die Oberharzer Bergbau- und Heimatmuseen e.V.“	—	—	—	127.823	128
685 77-6	183	Zuschuss an den Museumsverbund Südniedersachsen	—	—	—	56.242	56
686 71-3	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
812 71-9	183	Beschaffung von Kunstwerken	—	—	—	—	—
883 71-3	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	2.455
893 71-9	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	614
894 71-5	183	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Zur zusätzlichen Förderung der nichtstaatlichen Museen aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 64/65.*	(—)	(—)	(—)	(567.534)	(549)
547 78-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	25.565	304
633 78-4	183	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 78-4	183	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	107.371	245
686 78-0	183	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppen 71 bis 77 und 78 gemeinsam

Die Haushaltsmittel für die Förderung der nichtstaatlichen Museen bzw. die zusätzliche Förderung aus Spielbankmitteln sind ab Haushaltsjahr 2002 im Kapitel 06 65 veranschlagt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 78-6	183	Beschaffung von Kunstwerken	—	—	—	—	—
883 78-0	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	363.017	—
893 78-6	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	71.581	—
894 78-2	183	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Förderung der Soziokultur** * *Übertragbar.*	(—)	(1.498.000)	(1.498.000)	(1.114.616)	(1.529)
671 81-3	187	Erstattung von Personal- und Sachkosten an die LAGS e. V. ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	383.000	383.000	—	—
685 81-4	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	1.115.000	1.115.000	1.114.616	1.529
686 81-0	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 83		**Zur zusätzlichen Förderung der Soziokultur aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 64/65.*	(—)	(572.000)	(572.000)	(572.647)	(1.563)
685 83-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	511.000	511.000	511.292	1.563
686 83-7	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 83-7	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	61.000	61.000	61.355	—
893 83-2	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 83-9	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Förderung der kulturellen Jugendbildung**	(—)	(159.000)	(159.000)	(112.944)	(113)
685 85-7	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	159.000	159.000	112.944	113
686 85-3	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 85-9	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 85-5	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 86		**Zur zusätzlichen Förderung der kulturellen Jugendbildung aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 64/65.*	(—)	(26.000)	(26.000)	(25.565)	(26)
685 86-5	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	26.000	26.000	25.565	26
686 86-1	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 86-7	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 86-3	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	4.494.256			5.646.299	

Zu Titelgruppe 81

Neben den traditionellen Kultureinrichtungen sind in vielen Städten Niedersachsens Kultur- und Kommunikationsstätten geschaffen worden, die unter dem Stichwort „Soziokultur“ zusammengefasst werden. Die Arbeit in diesem Bereich soll projektbezogen gefördert werden.

Der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in Niedersachsen e. V. (LAGS) ist gem. § 44 Abs. 3 LHO mit öffentlich-rechtlichem Vertrag die Befugnis verliehen werden, über Anträge von Personen und Einrichtungen, die Aufgaben im Bereich der Soziokultur wahrnehmen, auf Gewährung von Zuwendungen nach §§ 23, 44 LHO und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften für Projekte, Sonderprojekte und investive Maßnahmen im eigenen Namen und in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts zu entscheiden. Gleichzeitig ist die LAGS gem. § 44 Abs. 2 LHO beauftragt worden, die im Landeshaushalt hierfür veranschlagten Haushaltsmittel im Innenverhältnis zwischen dem Land und der LAGS treuhänderisch für Rechnung des Landes zu verwalten.

Veranschlagt sind auch die Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle der LAGS (vgl. auch Erl. zu 671 81).

671 81

Der öffentlich-rechtliche Vertrag mit der LAGS ist bis zum 31. 12. 2004 verlängert worden.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 498 000	—	—	1 498 000
2004	1 498 000	—	—	1 498 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 498 000	—	1 498 000
2003	—	1 498 000	—	1 498 000
2004	—	1 498 000	—	1 498 000

685 81 und 686 81 gemeinsam

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Soziokultur (RdErl. d. MWK vom 30. 12. 1996 – Nds. MBl. 1997 S. 194 –, zuletzt geändert durch RdErl. d. MWK vom 15. 12. 2000 – Nds. MBl. 2001 S. 74 –).

Zu Titelgruppe 83

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Zur verstärkten Förderung von Veranstaltungen der Soziokultur sowie zur Gewährung von Zuwendungen zum Aufbau des Gerätebestandes sozio-kultureller Einrichtungen.

Zu Titelgruppe 85

Freiwillige Leistung in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Niedersachsen e.V.

Mehr (46 000 EUR) für die Beteiligung an dem 3-jährigen Bundesmodellprojekt „Freiwilliges Soziales Jahr im kulturellen Bereich“.

Zu Titelgruppe 86

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kap. 06 75.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater sowie der Soziokultur und der kulturellen Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 74					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		105.000	105.000	104.815	
		Summe der Einnahmen		105.000	105.000	104.815	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.113.000	5.113.000	5.138.484	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 5.250.000 5.005.548	70.601.000	68.886.000	73.996.974	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	87.000	87.000	1.135.068	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 5.250.000 5.005.548	75.801.000	74.086.000	80.270.526	
		Zuschuss		75.696.000	73.981.000	80.165.711	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	188	Vermischte Einnahmen		36.000	36.000	—	—
119 41-3	188	Rückzahlung von Überzahlungen		102.000	102.000	102.258	29
119 51-0	188	Vermischte Einnahmen		—	—	35.790	10
119 61-8	188	Sonstige Verwaltungseinnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppen 61, 71, 77, 84, 87, 91, 93 und 96.* *** *Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben der im K-Vermerk genannten Titelgruppen insgesamt verwendet werden.*		—	—	—	52
124 01-8	188	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1.000	1.000	511	0
125 63-4	188	Einnahmen aus der Troja-Ausstellung *** *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63*		—	—	—	—
125 67-7	188	Einnahmen aus dem Verkauf von Kunstwerken * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
541 02-6	191	Kunst- und Förderpreise	—	70.000	70.000	72.092	72
632 01-3	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Freie Hansestadt Bremen für das Institut für Niederdeutsche Sprache e. V.	—	119.000	117.000	114.325	111
632 02-1	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste	—	12.000	12.000	11.453	9
685 01-0	187	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	27.456	26
685 20-6	187	Zuschuss an die Kulturstiftung der Länder	—	767.000	751.000	756.098	749
685 21-4	162	Zuschuss an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	—	2.388.000	2.386.000	2.300.813	2.301
685 22-2	187	Zuschuss an die Bundesakademie für kulturelle Bildung	—	974.000	955.000	936.022	912
686 10-5	187	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	63.000	63.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zur zusätzlichen Förderung der sonstigen Maßnahmen der Kunst, Kultur- und Heimatpflege aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.*	(—)	(204.000)	(204.000)	(204.517)	(148)
547 61-0	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	32
633 61-3	187	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 61-3	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	179.000	179.000	178.952	116
686 61-0	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 61-0	187	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	20.000	20.000	20.452	—
893 61-5	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 75 allgemein:

Aus dem Landesanteil am Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken steht für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 ein Betrag von rd. 12 782 300 EUR zur Verfügung.

Die Mittel sind entsprechend der Landtagsentschließung vom 5. 7. 1973 (Landtags-Drucksache Nr. 7/2077) für folgende Zwecke bestimmt:

1. Durchführung von außergewöhnlichen Maßnahmen im sozialen Bereich,
2. Pflege der Kunst, insbesondere Ankauf von Kunstwerken und Erhaltung von Baudenkmälern,
3. Förderung von Theatern und Orchestern,
4. Ausstattung und Ausbau von öffentlichen Bibliotheken und Museen,
5. Landschaftspflege, Pflege der Bodendenkmäler, Heimatpflege.

Hiervon entfallen auf den Bereich des MWK die Maßnahmen gem. lfd. Nrn. 2–5 (Nr. 5 ohne die Landschaftspflege) mit einem Anteil von 59 v. H. = rd. 7 541 600 EUR.

Es dürfen auch Zuwendungen für Fördermaßnahmen, bei denen die Zuwendungen im Einzelfall 2 600 EUR, bei Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 25 600 EUR unterschreiten, gewährt werden.

Zu 541 02

Aus diesen Mitteln werden in den Sparten Bildende Kunst, Literatur, Musik und Theater der Kunstpreis und der Förderpreis vergeben. Der Kunstpreis ist mit 7 500 EUR dotiert und wird in den Sparten Literatur und Musik je einmal und in der Sparte Bildende Kunst einschl. eines Galerien-Preises zweimal vergeben. Er dient der Anerkennung einer herausragenden künstlerischen Leistung. Der Förderpreis ist mit 5 000 EUR dotiert und wird in jeder Sparte 2 mal vornehmlich an jüngere Künstlerinnen und Künstler vergeben, die nach Abschluss ihrer Ausbildung auszeichnungswürdige, künstlerische Leistungen erbracht haben. Die Preise können an Künstlerinnen und Künstler vergeben werden, die in Niedersachsen leben bzw. geboren sind, sowie an eine nds. Galerie.

Zu 632 01

Vertragliche Leistung gegenüber dem Sitzland Bremen für eine Zuwendung zur institutionellen Förderung (Abkommen vom 1. 1. 1979).

Gem. Art. 3 des Abkommens über die gemeinsame Finanzierung des Instituts für niederdeutsche Sprache e. V. trägt Bremen als Sitzland 25 % des jährl. Zuwendungsbetrages. Der Rest wird von den Ländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam aufgebracht.

Zu 685 21

Nach dem am 1. 1. 1997 in Kraft getretenen Abkommen des Bundes und der Länder wird die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ vom Bund und allen alten Ländern gemeinsam finanziert. Die Kosten für Neubauten und ihre Ersteinrichtung einschließlich des Grunderwerbs werden allein vom Bund und dem Land Berlin je zur Hälfte getragen. Der übrige Gesamtzuschussbedarf wird vom Bund und von den Ländern gedeckt. Hiervon entfallen auf die Länder rd. 30,7 Mio. EUR; Berlin trägt davon rd. 10,2 Mio. EUR und Niedersachsen ist mit rd. 2,3 Mio. EUR beteiligt.

Mehr (85 000 EUR) infolge Auflösung des Deutschen Bibliotheksinstituts (DBI), dessen bisherige Aufgaben teilweise in die Stiftung Preußischer Kulturbesitz übergegangen sind.

Zu 685 22

Freiwillige Leistung gem. Gründungsbeschluss der Landesregierung vom 3. 7. 1979 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Bundesakademie für kulturelle Bildung e. V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	1 565	1 523	1 531	1 449
Einnahmen	591	568	595	538
Fehlbetrag	974	955	936	911

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	974	955
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	974	955

Die Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e. V. ist 1986 errichtet worden. Die Finanzierung erfolgt aus Zuwendungen des Landes, des Bundes und Teilnehmerbeiträgen.

Die Bundesakademie dient der Weiterbildung von haupt-, neben- und ehrenamtlichen Kräften, die kulturelle Bildung in der Bundesrepublik Deutschland vermitteln.

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Personal- und Sachausgaben der Einrichtung.

Zu 686 10

Mitgliedsbeiträge für die Numismatische Kommission der Länder, die Hannoversch-Britische Gesellschaft e. V., die Stiftung Lesen und die Versammlung der Regionen Europas (VRE).

Mehr (36 000 EUR) für die Übernahme der VRE aus dem EPl. 02.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
894 61-1	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 63/64		**Verstärkte Förderung der Bereiche Kunst und Kultur aus Konzessionsabgaben aufgrund § 7 NLottG** ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.* *Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 113 63 und 125 63*	(—) (—) (460.163)	(4.663.000)	(4.598.000)	(3.050.879)	(3.113)
429 63-3	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Übertragbar.*	— — 460.163	—	—	—	179
547 63-6	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	—	—	—	374
682 63-0	187	Zuschüsse an Landesbetriebe für laufende Zwecke * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
685 63-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen * *Übertragbar.*	—	1.646.000	1.581.000	1.517.003	1.455
685 64-8	185	Finanzhilfen ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1.483.000	1.483.000	—	—
686 63-6	187	Zuschüsse an Sonstige * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
711 63-0	187	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
712 63-7	187	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 63-1	187	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
891 63-9	187	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—
893 63-1	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	1.533.876	1.106
894 63-8	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	1.534.000	1.534.000	—	—
TGr. 66 75/76		**Förderung der Musik** ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (—) (5.184.500)	(2.475.000)	(5.365.000)	(3.521.318)	(3.599)
547 66-0	191	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.000	3.000	3.272	3
633 66-4	191	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 66-4	191	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	1.239.000	1.239.000	844.808	1.113
685 75-3	182	Zuschuss an das Göttinger Symphonie-Orchester * *Übertragbar.*	— — 2.270.136	1.233.000	1.208.000	1.190.492	1.001
685 76-1	185	Finanzhilfen	—	—	—	1.482.746	1.482
686 66-0	191	Zuschüsse an Sonstige *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66-68 und 80 allgemein verbindlich.*	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 63/64 allgemein

Aus den Mitteln der Konzessionsabgaben dürfen Ausgaben für die Bereiche der Kapitel 06 60, 06 61, 06 65, 06 74, 06 75 und 06 76 geleistet werden.

429 63

1. Die 1999 ausgebrachte VE diente i. H. von rd. 531 000 EUR zur Weiterfinanzierung der Restaurierung des Barfüßer-Altars.

Belastung (Barfüßer-Altar) 2002

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	131 400	—	—	131 400

2. Die 2001 ausgebrachte VE i. H. von rd. 460 200 EUR dient einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Landschaftsverband Südniedersachsen. Diesem ist im Rahmen eines Modellversuchs für seinen Bereich die staatliche Förderung der Kunst und Kultur übertragen worden, die bisher von der Bezirksregierung wahrgenommen wurde. Dem Verband sind hierbei u. a. für Projekte, über die eine regionale Kommission selbst entscheidet, aus Konzessionsabgabemitteln für die Dauer von 4 Jahren Haushaltsmittel in Höhe von jährlich rd. 153 400 EUR vertraglich zugesichert worden.
(Vgl. auch Erläuterungen zu 685 70).

Belastung (Landschaftsverband Südniedersachsen) (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	153 400	—	—	153 400
2004	153 400	—	—	153 400

Belastung (Landschaftsverband Südniedersachsen) (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	153 400	—	153 400
2003	—	153 400	—	153 400
2004	—	153 400	—	153 400

685 64

Finanzhilfen gem. § 9 b Nds. LottG für die Förderung der Musikhochschulen und der Ensembles der instrumentalen und vokalen Laienmusik.

Die Mittel waren bis zum Haushaltsjahr 2001 bei 685 76 veranschlagt.

Zu Titelgruppen 66/75/76, 67 und 68 allgemein

Aus diesen Titelgruppen werden auch Stipendien als Leistungen eigener Art für die in Aus- und Weiterbildung befindlichen Künstler – im Einzelfall bis zur Höhe von 17 900 EUR gewährt sowie Leistungen gemäß § 53 LHO zur Unterstützung alter und bedürftiger Künstler und ihrer Hinterbliebenen – im Einzelfall bis zur Höhe von 2 100 EUR – gezahlt, sofern diese Leistungen bereits im Vorjahr gewährt wurden. Die Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Insgesamt dürfen die Zahlungen den Betrag von 511 000 EUR nicht überschreiten.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Stipendien:

a) Stipendien für Studienaufenthalte in niedersächsischen Künstlerstätten

Die Stipendienhöhe ist derzeit grundsätzlich durch RdErl. vom 6. 9. 1996 – 303 – 57 001 – 1 – 2 geregelt.

b) Stipendien für Studienaufenthalte in ausländischen Künstlerstätten

Die Stipendien werden in Anlehnung an die bundesweiten Empfehlungen des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz gewährt.

c) Jahresstipendien

In den Bereichen der Bildenden Kunst, Musik und Literatur werden jährlich insgesamt 6 Jahresstipendien bewilligt. Diese Jahresstipendien beinhalten einen Betrag von 1 000 EUR/Monat bis zu einer Dauer von 12 Monaten.

d) Arbeitsstipendien

Die Vergabe von Arbeitsstipendien richtet sich nach dem RdErl. d. MWK vom 31. 8. 1984 (Nds. MBl. S. 803), geändert durch RdErl. vom 16. 8. 1989 (Nds. MBl. S. 1016).

685 66

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung von Einrichtungen im Musikbereich sowie Zuwendungen zur Projektförderung von Vorhaben, die von der Nds. Musikkommission als besonders förderungswürdig eingestuft werden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesmusikrats Niedersachsen

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	928	925	927	912
Einnahmen	211	208	210	181
Fehlbetrag	717	717	717	731

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	717	717
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	717	717

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Zuwendung für den Landesverband nieders. Musikschulen e. V.	136	136
2. Zuwendung für den Landesmusikrat Niedersachsen e.V.	717	717
3. Förderung sonstiger Einrichtungen und Maßnahmen	386	386
Zusammen	1 239	1 239

ERLÄUTERUNGEN

685 75

Vertragliche Leistung gem. Vertrag (Neufassung) vom 5. 3. 2001 in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins zur Förderung des Göttinger Symphonie-Orchesters e. V.

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis 2000 Tsd. EUR
Ausgaben	3 777	3 703	3 630	3 540
Einnahmen	929	878	770	725
Fehlbetrag	2 848	2 825	2 860	2 815

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 177	1 154
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	1 671	1 671
e) Private	—	—
Zusammen	2 848	2 825

Belastung (2003)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 135 100	—	—	1 135 100

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 135 100	—	1 135 100
2003	—	1 135 100	—	1 135 100

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 66-0	191	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	— — 2.914.364	—	2.915.000	—	—
893 66-6	191	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 66-2	191	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Förderung der bildenden Kunst** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 67.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.421.000)	(1.421.000)	(1.190.389)	(1.623)
523 67-2	192	Erwerb von Kunstwerken	—	—	—	—	10
547 67-9	192	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	28.000	28.000	28.274	82
633 67-2	192	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 67-2	183	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	1.137.000	1.137.000	1.162.115	1.403
686 67-9	183	Zuschüsse an Sonstige ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66-68 und 80 allgemein verbindlich.*	—	—	—	—	—
812 67-4	192	Erwerb von Kunstwerken	—	256.000	256.000	—	—
893 67-4	192	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	128
894 67-0	192	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Förderung der Literatur** ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(386.000)	(386.000)	(386.229)	(383)
429 68-4	187	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.000	1.000	562	—
547 68-7	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	1.176	21
685 68-0	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	384.000	384.000	384.491	362
686 68-7	193	Zuschüsse an Sonstige ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66-68 und 80 allgemein verbindlich.*	—	—	—	—	—
893 68-2	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 68-9	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 69/70		**Förderung der Heimatpflege** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—) (—) (2.443.259)	(1.778.000)	(1.752.000)	(1.606.888)	(1.469)
685 69-9	187	Zuschüsse für die Ostfriesische Landschaft und das Theaterpädagogische Zentrum Lingen	— — 2.237.413	1.300.000	1.274.000	1.253.125	474
685 70-2	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	— — 205.846	478.000	478.000	353.763	995
686 70-9	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—

883 66

Für den Landesanteil an den Baukosten einer Landesmusikakademie.

Belastung (2002)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 915 000	—	2 915 000

Zu Titelgruppe 67

547 67

Hieraus sind die Reisekosten sowie der Geschäftsbedarf für die Mitglieder der Kunstkommission zu bestreiten, außerdem die laufenden Nebenkosten aus dem Belegungsrecht bei der Künstlerateliersstätte Cité Internationale des Arts in Paris sowie Sachaufwand, z. B. für Bilderrahmungen.

685 67

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Kestner Gesellschaft Hannover e.V. (Vertrag vom 7. 7. 1999) und der Barkenhoff Stiftung, Worpswede (Stiftungsurkunde vom 25. 8. 1981, Nds. MBl. 1982 S. 242)

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der nds. Künstlerhäuser sowie Zuwendungen zur Projektförderung von Vorhaben, vorrangig im Rahmen des Förderschwerpunktes „aktuelle zeitgenössische Kunst“ unter Beteiligung der Kunstkommission.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kestner-Gesellschaft e. V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	2 147	2 147	2 030	2 490
Einnahmen	1 380	1 380	1 263	1 723
Fehlbetrag	767	767	767	767

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	767	767
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	767	767

Belastung (2003)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	767 000	—	—	767 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	767 000	—	—	767 000
2003	767 000	—	—	767 000

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Förderung der Kestner-Gesellschaft	767	767
2. Förderung der Barkenhoff Stiftung	21	21
3. Förderung nds. Künstlerhäuser	128	128
4. Projekte und Stipendien	221	221
Zusammen	1 137	1 137

Im übrigen vgl. Erläuterung zu Titelgruppen 66/75/76, 67 und 68 allgemein.

Zu Titelgruppe 68

In den Ansätzen dieser Titelgruppe sind auch die Kosten für die Literaturkommission, die den MWK in Literaturangelegenheiten berät, veranschlagt.

429 68 und 547 68

Ausgaben für den Bedarf der Mitglieder der Literaturkommission.

685 68

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Literaturverbände und -organisationen (Friedrich-Bödecker-Kreis, Literaturbüros Hannover und Lüneburg).

Daneben sind veranschlagt Stipendien im Rahmen der Künstlereinzelförderung. Vgl. hierzu Erläuterungen zu Titelgruppen 66/75/76, 67 und 68 allgemein.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 70-9	193	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 70-4	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 70-0	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Zur zusätzlichen Förderung der Musik aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.*	(—)	(1.017.000)	(1.017.000)	(664.679)	(1.023)
547 71-7	191	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
633 71-0	191	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	358.000	358.000	—	—
685 71-0	191	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	659.000	659.000	664.679	1.020
686 71-7	191	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 71-7	191	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 71-2	191	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 71-9	191	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 77		**Zur zusätzlichen Förderung der öffentlichen Bibliotheken aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 77-3	186	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 77-6	186	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 77-0	186	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 77-0	186	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
883 77-6	186	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
893 77-1	186	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 77-8	186	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 82		**Kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland** * *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 429 82, 547 82, 633 82, 685 82 und 686 82.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(158.000)	(158.000)	(131.402)	(127)
429 82-0	024	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 69/70

685 69

Vertragliche Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung der Ostfriesischen Landschaft gem. Vertrag (Neufassung) vom 20. 6. 2001 und des Theaterpädagogischen Zentrums Lingen gem. Vertrag vom 2./6. 3. 1998.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Ostfriesischen Landschaft in Aurich, Körperschaft des öffentlichen Rechts

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	3 302	3 238	3 177	3 016
Einnahmen	2 099	2 059	2 049	2 055
Fehlbetrag	1 203	1 179	1 128	961

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
I. Institutionelle Förderung		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 163	1 140
c) Sonstige Gebietskörperschaften und öffentl. Hand mit	—	—
d) Private	—	—
Zusammen	1 163	1 140
II. Projektförderung		
e) das Land aus Epl. 07 (Kapitel 07 58 Titel 685 62)	40	39
III. Summen I. und II.	1 203	1 179

1. Ostfriesische Landschaft

Ab 1. 1. 2001 ist mit der Ostfriesischen Landschaft ein neuer Vertrag abgeschlossen werden, in dem unter Einbeziehung der bisher schon bestehenden Verträge zur Förderung der Landschaftsbibliothek Aurich und des Kulturbildungszentrums die gesamte der Ostfriesischen Landschaft bisher gewährte institutionelle Förderung abgesichert werden soll. Hierzu war im HP 2001 eine VE ausgebracht worden.

Belastung (2003)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 118 700	—	—	1 118 700

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 118 700	—	1 118 700
2003	—	1 118 700	—	1 118 700

Noch zu 685 69

2. Theaterpädagogisches Zentrum

Die bis 1998 in der institutionellen Förderung der Emsländischen Landschaft enthaltene Förderung des Theaterpädagogischen Zentrums in Lingen erfolgt seit 1999 auf vertraglicher Basis. Hierfür war im NHP 1998 bei Titel 685 70 eine VE ausgebracht worden.

Belastung (2003)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	127 800	—	—	127 800

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	127 800	—	—	127 800
2003	127 800	—	—	127 800

685 70

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur institutionellen Förderung verschiedener Einrichtungen der Heimatpflege.

Daneben ist die Erstattung der Personal- und Sachkosten an den Landschaftsverband Südniedersachsen veranschlagt, dem im Rahmen eines Modellversuchs bis 2004 für sein Verbandsgebiet die Förderung der Kunst und Kultur anstelle der Bezirksregierung Braunschweig übertragen worden ist (vgl. auch Erläuterungen zu 429 63).

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Niedersächsischer Heimatbund e. V. (s. auch Titelgr. 93)	138	138
2. Emsländische Landschaft	43	43
3. Landschaftsverband Hameln–Pyrmont	43	43
4. Regionalverband Harz	43	43
5. Niederdeutscher Bühnenbund Niedersachsen/Bremen	95	95
6. Arbeitsgemeinschaft nds. Freilichtbühnen	29	29
7. Landestrachtenverband Nds. e.V.	18	18
8. Erstattung der Personal- und Sachkosten an den Landschaftsverband Südnieders.	69	69
Zusammen	478	478

Die VE war 2001 veranschlagt zum Abschluss eines Zuwendungsvertrages mit dem Landschaftsverband Südniedersachsen (siehe auch Erl. zu 429 63).

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	68 600	—	—	68 600
2004	68 600	—	—	68 600

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	68 600	—	68 600
2003	—	68 600	—	68 600
2004	—	68 600	—	68 600

Zu Titelgruppe 71

685 71

Weniger (6 000 EUR) infolge Verlagerung nach 685 93.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
529 82-4	024	Repräsentative Ausgaben	—	1.000	1.000	511	0
547 82-2	024	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	26.000	26.000	—	—
633 82-6	024	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 82-6	024	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	131.000	131.000	130.891	126
686 82-2	024	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 84		**Zur zusätzlichen Förderung der Kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ausland aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(23)
547 84-9	024	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	23
633 84-2	024	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 84-2	024	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 84-9	024	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 87		**Zur zusätzlichen Förderung der bildenden Kunst aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.*	(—)	(1.113.000)	(1.113.000)	(1.062.873)	(1.232)
523 87-7	192	Erwerb von Kunstwerken	—	51.000	51.000	51.129	—
547 87-3	192	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	65
633 87-7	192	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 87-7	192	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	973.000	973.000	973.397	1.085
686 87-3	192	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
812 87-9	192	Erwerb von Kunstwerken	—	51.000	51.000	—	—
883 87-3	192	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	38.000	38.000	38.347	—
893 87-9	192	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	82
894 87-5	192	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 91		**Zur zusätzlichen Förderung der Literatur aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veran-*	(—)	(409.000)	(409.000)	(409.034)	(421)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 82

547 82

Für Dienstleistungen des Chinesischen Zentrums. Die Mittel waren bis zum Haushaltsjahr 2001 bei Kapitel 06 80 Titel 684 06 veranschlagt.

685 82

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung für Maßnahmen kultureller Regionalpartnerschaften und auslandsbezogener Kulturveranstaltungen nds. Kulturträger.

Zu Titelgruppe 91

Das Land Niedersachsen vergibt zz. in einem Zweijahresrhythmus jeweils im Wechsel einen Verlags- und einen Buchhandelspreis.

Der Verlagspreis, der mit 12 500 EUR dotiert ist, wird an niedersächsische belletristische Verlage, der Buchhandelspreis, dotiert mit 5 000 EUR, an niedersächsische belletristische Buchhandlungen vergeben.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 91**		*schlagt sind.* ****Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.*					
429 91-9	193	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 91-1	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	6
633 91-5	193	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 91-5	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	409.000	409.000	409.034	416
686 91-1	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 93		**Zur zusätzlichen Förderung der Heimatpflege aus Spielbankmitteln** ** Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.*	(—)	(417.000)	(417.000)	(394.104)	(454)
633 93-1	193	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 93-1	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	391.000	391.000	368.539	454
686 93-8	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 93-8	193	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	26.000	26.000	25.565	—
893 93-3	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 93-0	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 95		**Förderung der Kunstschulen**	(—)	(237.000)	(237.000)	(237.239)	(334)
547 95-4	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 95-8	187	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	237.000	237.000	237.239	334
686 95-4	187	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 95-0	187	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 95-6	187	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Zur zusätzlichen Förderung der Kunstschulen aus Spielbankmitteln** ** Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabetitelgruppe 64/65.*	(—)	(199.000)	(199.000)	(199.404)	(102)
547 96-2	193	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 96-6	193	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	199.000	199.000	199.404	102
686 96-2	193	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
893 96-8	193	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 93

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Mittel sind vorgesehen für:		
1. Oldenburgische Landschaft	47	47
2. Landschaftsverband Stade e. V.	47	47
3. Nd. Heimatbund (s. auch Titelgr. 69/70)	36	36
4. Landschaftsverband Osnabrück e. V.	43	43
5. Regionale Kulturförderung im ehemaligen Fürstentum Lüneburg e. V.	43	43
6. Landschaftsverband Hildesheim	43	43
7. Braunschweigische Landschaft	43	43
8. Landschaftsverband Weser-Hunte	43	43
9. Landschaftsverband Schaumburg	43	43
10. LAG Tanz	10	10
11. Landesverband niedersächsischer Amateurbühnen e. V.	16	16
12. Sonstige Zuwendungen auf dem Gebiet der Heimatpflege	3	3
Zusammen	417	417

Mehr (22 000 EUR) infolge Verlagerung von Kapitel 06 74 Titel 685 64 (16 000 EUR) und von 685 71 (6 000 EUR).

Zu Titelgruppen 95 und 96

Freiwillige Leistungen in Form einer Zuwendung zur institutionellen Förderung des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e.V. einschl. Zuwendungen zur Projektförderung der 41 nds. Kunstschulen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	460	498	495	498
Einnahmen	24	62	59	62
Fehlbetrag	436	436	436	436

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	436	436
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	436	436

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
894 96-4	193	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			664.679	
		Abschluss Kapitel 06 75					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		139.000	139.000	138.559	
		Summe der Einnahmen		139.000	139.000	138.559	
		4 Personalausgaben	— — 460.163	1.000	1.000	562	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	185.000	185.000	161.567	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— — 4.713.395	16.759.000	16.604.000	15.854.749	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— — 2.914.364	1.925.000	4.840.000	1.925.015	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— — 8.087.922	18.870.000	21.630.000	17.941.893	
		Zuschuss		18.731.000	21.491.000	17.803.334	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-7	188	Gebühren und tarifliche Entgelte		1.000	1.000	511	—
119 01-8	188	Vermischte Einnahmen ****Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Bücher ohne Erstattung des vollen Wertes auch für Tauschzwecke abgegeben werden.*		10.000	10.000	—	—
119 02-6	188	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 01 und 531 03.* ****Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich sowie auch für Tauschzwecke abgegeben werden.*		2.000	2.000	1.534	2
119 20-4	188	Einnahmen aus der Fort- und Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege * *Vgl. K-Vermerk zu 525 02.*		—	—	—	—
119 41-7	188	Rückzahlung von Überzahlungen		20.000	20.000	20.452	1
119 51-4	184	Vermischte Einnahmen		—	—	10.226	15
119 61-1	195	Vermischte Einnahmen im Bereich der Spielbankmittel * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	18
119 71-9	195	Rückzahlungen von Überzahlungen bei der Förderung der Bau- und Kunstdenkmalpflege * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	—	74
125 99-9	188	Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	—
129 02-1	188	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschaftsunternehmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	14
233 10-4	188	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden * *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
235 01-8	188	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 72		**Zuwendungen Dritter**		(—)	(—)	(—)	(20)
233 72-4	195	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	—
272 72-0	195	Zuschuss der Europäischen Kommission * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	—
282 72-5	195	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	20
287 72-7	195	Zuschuss der Europäischen Kommission		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 02-5	188	Entschädigung für die Beauftragten für die Denkmalpflege	—	43.000	43.000	43.460	31
422 01-2	188	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.380.000	6.366.000	6.264.348	1.568
422 19-5	188	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	188	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	36.000	75.825	69
425 01-1	188	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.423
425 03-8	188	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 76 allgemein

Bedingt durch die Auflösung des Niedersächsischen Landesverwaltungsamts wurde zum 1. 1. 1998 das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege errichtet.

Zu 119 02

Die Veröffentlichungen werden überwiegend unentgeltlich abgegeben.

Zu 119 20

Teilnehmergebühren für die Fort- und Weiterbildung externer Mitarbeiter.

Zu 287 72

Einnahmen u. a. für das „Raphael-Projekt“.

Zu 412 02

Pauschalierte Aufwandsentschädigung für die Beauftragten für die Denkmalpflege (§ 22 Abs. 3 Nds. Denkmalschutzgesetz).

Zu 422 01, 425 01, 425 03 und 426 01

Für das Kapitel 06 76 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
124,69	124,69	131,0	125,40

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Ganzjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen: Einsparauflage	—	6,31
Summe Abgänge	—	6,31
Bleibt Abgang	—	6,31

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003=2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	33,05	33,05	—	39
Angestellte	85,15	85,15	—	86
Lohnempfänger/-innen	6,49	6,49	—	7
Insgesamt	124,69	124,69	—	132

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	6 380	6 366

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	6 380	6 366
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	639	669
43	Versorgungsbezüge	616	600
44	Beihilfen, Unterstützungen	274	272
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	50	–7
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		7 959	7 900

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 04-6	188	Vergütungen der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	44.000	44.000	—	—
425 06-2	188	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	7.000	7.000	6.647	2
425 31-3	188	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeinehmern	—	—	—	—	—
425 41-0	188	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	—	—	36.148	12
426 01-8	188	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	218
426 06-9	188	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	—
427 01-4	188	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 10.*	—	—	—	—	603
427 08-1	188	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	52.000	52.000	51.947	36
427 31-6	188	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	2.000	2.000	2.403	1
427 39-1	188	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-5	188	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	—	—	—	3
511 01-5	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	79.000	74.000	7.874	6
517 01-3	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	144.000	144.000	28.377	23
517 19-6	188	Reinigungskosten	—	—	—	59.872	63
517 59-5	188	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	56.242	63
518 01-0	188	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	3.000	3.000	2.556	2
518 02-8	188	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-6	188	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3.000	3.000	—	—
519 02-4	188	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	2.352	2
519 03-2	188	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	511	2
523 01-3	188	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	22.000	22.000	21.781	18
525 01-6	188	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	7.000	7.000	6.391	1
525 02-4	188	Fort- und Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 20.*	—	1.000	1.000	511	1
526 01-2	188	Sachverständige	—	—	—	—	4
526 02-0	188	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-9	188	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	11.000	11.000	11.248	8
529 10-0	188	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Nieders. Landesamtes für Denkmalpflege	—	—	—	511	1
531 01-6	188	Veröffentlichungen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 02.*	—	82.000	82.000	82.267	82
531 03-2	188	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 02.*	—	1.000	1.000	1.023	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 425 04

4 (4) Auszubildende – Technischer Dienst –

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendig werdende Mehrarbeit.

Zu 427 08

3 Volontäre – wissensch. Dienst

Zu 517 01

Für Bewirtschaftungskosten des Edo-Wiemke-Denkmals in Jever und andere im Eigentum des Landes stehende Denkmale sind 1 300 EUR vorgesehen.

Zu 525 02

Das Landesamt für Denkmalpflege hat nach einem Erlass des MWK vom 1. 7. 1983 (Nds. MBl. S. 751) die Aufgabe, die Fort- und Weiterbildung im Bereich Denkmalschutz auch für externe Mitarbeiter (z.B. aus dem kommunalen Bereich) durchzuführen.

Vgl. Erläuterungen zu 119 20.

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 bei Kapitel 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 01-8	188	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
685 01-3	188	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	5.420	5
686 10-9	188	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	8.000	8.000	—	—
981 06-2	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	480.000	480.000	479.541	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zur zusätzlichen Förderung der Bau-, Kunst- sowie der archäologischen Denkmalpflege aus Spielbankmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.499.000)	(1.499.000)	(1.380.079)	(1.480)
429 61-0	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	302.000	302.000	301.662	322
459 61-7	195	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 61-3	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	153.000	153.000	153.388	515
633 61-7	195	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	118.000	118.000	—	—
685 61-7	195	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	169.000	169.000	168.726	23
686 61-3	195	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
811 61-2	195	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-9	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	31.000	31.000	30.524	—
883 61-3	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	440.000	440.000	439.711	51
893 61-9	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	286.000	286.000	286.068	568
894 61-5	195	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Maßnahmen der archäologischen Denkmalpflege** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 129 02.*	(—)	(441.000)	(438.000)	(383.111)	(389)
429 65-3	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	211.000	208.000	205.539	211
459 65-0	195	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
514 65-0	195	Verbrauchsmittel	—	52.000	52.000	—	—
527 65-5	195	Reisekostenvergütungen	—	42.000	42.000	41.517	51
547 65-6	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	135.000	135.000	134.828	122
681 65-4	195	Entschädigungen gem. § 29 Nds. Denkmalschutzgesetz	—	1.000	1.000	1.227	—
685 65-0	195	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 65-6	195	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
812 65-1	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	5
981 65-8	990	Abführung an Kapitel 0303 Titel 381 01	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Für die Durchführung von Ausgrabungen und die Gewährung von Investitionszuschüssen zur Erhaltung von Baudenkmalen.

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung, Erforschung und Dokumentation von Bodendenkmalen.

Dazu gehört u. a. die archäologische Landesaufnahme mit Inventarisation der Bodendenkmale, Funde und Fundstellen sowie die Sicherung von Funden und Fundstellen.

429 65

Für die Beschäftigung von Saisonarbeitern zur Durchführung von Grabungen.

514 65

Für die Restaurierungswerkstatt für Bodendenkmalpflege.

527 65

Die Landesbediensteten, die mit Ausgrabungsarbeiten und ähnlichen Verrichtungen beschäftigt werden, erhalten (auf Antrag) eine Feldaufwandsvergütung nach Maßgabe des RdErl. d. MWK v. 9. 9. 1991 (Nds. MBl. S. 1183 – GültL 26/369 –) in Höhe von 1,53 EUR für jeden Tag der Arbeiten im Freien.

Die Feldaufwandsvergütung entfällt, wenn Schutz- oder Berufskleidung gestellt wird oder für deren Beschaffung Zuschüsse gewährt werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		**Förderung der Bau- und Kunstdenkmalpflege** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 71.*	(1.534.000) (1.534.000) (—)	(2.962.000)	(2.962.000)	(4.160.996)	(4.146)
514 71-5	195	Verbrauchsmittel	1.534.000 1.534.000 —	14.000	14.000	—	—
527 71-0	195	Reisekostenvergütungen	—	27.000	27.000	27.201	13
547 71-0	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	12.000	12.000	13.396	32
685 71-4	195	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	20
686 71-0	195	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
812 71-6	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
883 71-0	195	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	751.000	751.000	750.986	444
893 71-6	195	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	2.158.000	2.158.000	3.369.413	3.636
894 71-2	195	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Verwendung der Zuwendungen Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 233 72, 272 72 und 282 72.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(57)
429 72-6	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	1
547 72-9	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	56
812 72-4	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 74		**Verzeichnis der Kulturdenkmale**	(—)	(189.000)	(184.000)	(138.509)	(131)
527 74-4	188	Reisekostenvergütungen	—	41.000	41.000	40.801	22
547 74-5	188	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	130.000	125.000	79.813	97
811 74-4	188	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	18.000	18.000	17.895	13
812 74-0	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 99.*	(—)	(125.000)	(125.000)	(125.164)	(85)
518 98-2	188	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-0	188	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-9	188	Kosten für vom IZN durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
525 99-7	188	Kosten für von anderen Dienstleistern durchgeführte Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—
538 98-3	188	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
538 99-1	188	Dienstleistungen „Anderer“	—	—	—	81.040	5
547 99-0	188	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	125.000	125.000	44.124	78

Zu Titelgruppe 71

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung, Erforschung und Dokumentation von Bau- und Kunstdenkmalen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 534 000	—	1 534 000
2004	—	—	1 534 000	1 534 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 534 000	—	1 534 000
2003	—	—	1 534 000	1 534 000

522 71

Für die Restaurierungswerkstatt für Bau- und Kunstdenkmalpflege.

527 71

Vgl. Erläuterung zu 527 65.

685 71, 686 71, 883 71, 893 71 und 894 71 gemeinsam

Freiwillige Leistungen in Form von Zuwendungen zur Projektförderung nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmalen (RdErl. d. MWK vom 5. 1. 1987, Nds. MBl. S. 138).

Zu Titelgruppe 74

Veranschlagt sind die Sachausgaben für die Erstellung und Fortführung des Verzeichnisses der Kulturdenkmale gem. § 4 Nds. Denkmalschutzgesetz.

527 74

Vgl. Erläuterungen zu 527 65.

547 74

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren sowie Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben.

Mehr für die Beschaffung von Daten und Karten vom Landesbetrieb „Landesvermessung und Geobasisdaten Niedersachsen“ (LGN), die ab Haushaltsjahr 2002 direkt vom LGN in Rechnung gestellt werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-6	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	2
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	1.533.876			276.150	
		Abschluss Kapitel 06 76					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		33.000	33.000	32.723	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		33.000	33.000	32.723	
		4 Personalausgaben	—	7.042.000	7.061.000	6.988.490	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1.534.000 1.534.000 1.533.876	1.085.000	1.075.000	1.056.177	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	296.000	296.000	292.970	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	3.684.000	3.684.000	4.894.597	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	480.000	480.000	479.541	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.534.000 1.534.000 1.533.876	12.587.000	12.596.000	13.711.775	
		Zuschuss		12.554.000	12.563.000	13.679.052	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		616.000	600.000	551.991	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		13.203.000	13.196.000	14.263.766	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		13.170.000	13.163.000	14.231.043	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0677 Öffentliche Gärten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	188	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	—
119 51-8	188	Vermischte Einnahmen		—	—	1.023	8
124 01-5	188	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		12.000	12.000	11.504	14
233 10-8	188	Zuweisungen zur Unterhaltung der Gärten		159.000	159.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				158.858	
		A U S G A B E N					
422 01-6	188	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	532.000	531.000	—	—
425 01-5	188	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	527.449	97
425 06-6	188	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	511	—
426 01-1	188	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	414
426 03-8	188	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-2	188	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10.000	10.000	10.226	—
511 01-9	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	—
517 01-7	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	8.000	8.000	7.669	6
519 01-0	188	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3.000	3.000	—	—
526 01-6	188	Sachverständige	—	1.000	1.000	511	—
546 59-9	188	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	5.471	6
686 10-2	188	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	5.000	5.000	—	—
981 06-6	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	96.000	96.000	94.794	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Unterhaltung der Gartenanlagen**	(—)	(40.000)	(74.000)	(17.691)	(14)
511 62-0	188	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	9.000	9.000	—	—
514 62-0	188	Verbrauchsmittel	—	14.000	12.000	—	—
517 62-9	188	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	10.000	10.000	10.226	11
518 62-5	188	Mieten und Pachten	—	6.000	6.000	6.136	2
547 62-5	188	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	1.329	—
811 62-4	188	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 62-0	188	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	36.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			26.996	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 77 allgemein

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben

– des Schlossgartens in Oldenburg (einschl. Everstenholz) und
– des Schlossgartens in Jever.

Zu 233 10

1.: Die Stadt Oldenburg zahlt aufgrund einer vertraglichen Abmachung vom 8. 9. 1952 einen Zuschuss von $33^1/_3$% zu bestimmten Ausgaben für den Schlossgarten Oldenburg.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Der Zuschuss berechnet sich wie folgt:		
425 01:		
Bezüge für 1 Schlossgartenverwalter, 1 Angestellten und Löhne für die 9 im Schlossgarten voll beschäftigten sowie 1 stundenweise beschäftigten Arbeiter/-innen	371	371
Anteilige sächliche Verwaltungsausgaben	14	14
Titelgruppe 62:		
Unterhaltung der Gartenanlagen	52	52
Bauunterhaltung (20 11 – 519 01)	51	51
Zusammen	488	488
abzüglich 119 01 und 124 01 – Betriebseinnahmen aus dem Schlossgarten –	13	13
bleiben	475	475
davon $33^1/_3$%	158	158

2.: Die Stadt Jever zahlt einen jährlich gleichbleibenden Zuschuss von rd. 360 EUR.

Zu 425 01, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 06 77 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
14,62	14,62	15	14,50

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen:

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	0,38
Summe Abgänge	—	0,38
Bleibt Abgang	—	0,38

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003=2002):

	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Anzahl der Stellen
Beamte/-innen	—	—	—	—
Angestellte	2,00	2,00	—	2
Lohnempfänger/-innen	12,62	12,62	—	13
Insgesamt	14,62	14,62	—	15

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	532	531

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	532	531
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	11	11
43	Versorgungsbezüge	—	—
44	Beihilfen, Unterstützungen	21	21
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	4	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		568	562

Zu 526 01

Für den Arbeitsmedizinischen Arbeitsschutz.

Zu 686 10

Mitgliedsbeiträge für

1. Verein Dt. Rosenfreunde
2. Dt. Rhododendron-Gesellschaft

Zu 981 06

Zur Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62

518 62

Für die Anmietung eines Hubsteigers.

812 62

Für die Ersatzbeschaffung eines Großflächenmähers einschl. Zubehör.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0677 Öffentliche Gärten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 77					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		13.000	13.000	12.527	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		159.000	159.000	158.858	
		Summe der Einnahmen		172.000	172.000	171.385	
		4 Personalausgaben	—	543.000	542.000	538.186	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	53.000	51.000	58.338	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	5.000	5.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	36.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	96.000	96.000	94.794	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	697.000	730.000	691.318	
		Zuschuss		525.000	558.000	519.933	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0679 Klosterkammer Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
271 01-5	187	Erstattungen von Verwaltungsausgaben		—	—	3.684.063	3.293
281 10-0	187	Erstattungen von Verwaltungsausgaben ****Vgl. k-Vermerk zu Hauptgruppe 4.*		3.684.000	3.684.000	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-3	187	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets ****Die Ausgaben der Hauptgruppe 4 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 281 10. Ausgaben der Hauptgruppe 4 dürfen ausnahmsweise geleistet werden, wenn die Erstattung bei Titel 281 10 sichergestellt und vor Schluß des Haushaltsjahres nicht mehr möglich ist. Abweichend von § 20 Abs.1 Nr.2 Buchst.a LHO bilden die Titel der Hauptgruppe 4 des Kapitels einen eigenen Deckungskreis.*	—	876.000	876.000	875.485	895
422 04-8	187	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	37.000	37.000	36.762	—
422 19-6	187	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	187	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-2	187	Vergütungen der Angestellten	—	2.596.000	2.596.000	2.596.136	2.482
425 03-9	187	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	5
425 06-3	187	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	22
426 01-9	187	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	77.000	77.000	77.001	83
426 03-5	187	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	20.000	20.000	19.685	25
427 01-5	187	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	26.000	26.000	26.434	239
427 07-4	187	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	15.000	15.000	15.339	—
441 01-8	187	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	29.000	29.000	28.735	—
441 02-6	187	Beihilfen für Angestellte	—	5.000	5.000	5.420	—
441 03-4	187	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
441 04-2	187	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
453 01-6	187	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	3.000	3.000	3.068	5
453 11-3	187	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 79 allgemein

In diesem Kapitel sind die Personalausgaben der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Klosterkammer Hannover veranschlagt, mit Ausnahme der im Klosterkammerforstbetrieb tätigen Forstbeamten. Für diese Beamten sind die Personalkosten im Kapitel 10 11 des Landeshaushalts veranschlagt.

Zu 281 10

Der Allgemeine Hannoversche Klosterfonds erstattet dem Land die Aufwendungen für die Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne der bei der Klosterkammer beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter mit Ausnahme der im Klosterkammerforstbetrieb tätigen Forstbeamten.

Zu 426 03

Löhne für 5 stundenweise beschäftigte Kräfte im Hausarbeitsdienst.

Zu 427 01

Globalmittel zur Deckung eines unabweisbaren Bedarfs (Vertretungsfälle, Sonderaufgaben).

Zu 427 07

Beschäftigungsentgelte für 2 Praktikanten (Volontäre) in der Restaurierungswerkstatt der Klosterkammer Hannover.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0679 Klosterkammer Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 79					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.684.000	3.684.000	3.684.063	
		Summe der Einnahmen		3.684.000	3.684.000	3.684.063	
		4 Personalausgaben	—	3.684.000	3.684.000	3.684.065	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.684.000	3.684.000	3.684.065	
		Zuschuss				2	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		338.000	323.000	295.476	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.022.000	4.007.000	3.979.541	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		338.000	323.000	295.478	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0680 Erwachsenenbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	153	Vermischte Einnahmen		3.000	3.000	3.579	2
119 41-8	153	Rückzahlung von Überzahlungen		153.000	153.000	153.388	24
		A U S G A B E N					
526 01-3	153	Sachverständige	—	—	—	—	—
633 10-3	152	Finanzhilfe für kommunale Gebietskörperschaften	—	24.197.000	23.957.000	—	—
671 10-2	153	Erstattungen an Sonstige im Inland	—	885.000	876.000	—	—
684 01-8	156	Zuschuß zur Förderung der evangelischen Akademie Loccum	—	83.000	83.000	82.829	66
684 06-9	153	Zuschüsse zu Sondereinrichtungen	—	79.000	78.000	103.997	104
684 10-7	156	Finanzhilfe für Landeseinrichtungen	—	17.172.000	17.002.000	—	—
684 11-5	152	Finanzhilfe für Heimvolkshochschulen	—	8.020.000	7.941.000	—	—
684 12-3	156	Finanzhilfe für Landesverbände ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1.265.000	1.252.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 80		**Förderung nach Neustrukturierung der Erwachsenenbildung**	(—)	(—)	(—)	(32.029.880)	(31.792)
412 80-8	152	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	—	—
429 80-8	152	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 80-0	152	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 80-8	152	Förderung von Einrichtungen in nicht kommunaler Trägerschaft	—	—	—	32.029.880	31.792
685 80-4	152	Förderung von Modellvorhaben	—	—	—	—	—
893 80-6	152	Förderung von investiven Maßnahmen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			18.495.268	
		Abschluss Kapitel 06 80					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		156.000	156.000	156.967	
		Summe der Einnahmen		156.000	156.000	156.967	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	51.701.000	51.189.000	50.711.974	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	51.701.000	51.189.000	50.711.974	
		Zuschuss		51.545.000	51.033.000	50.555.007	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 80 allgemein

Die Leistungen des Landes für Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind im Nds. Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) in der Fassung vom 17. 12. 1999 neu geregelt worden.

Die Titel 633 10, 684 10, 684 11 und 684 12 enthalten die Finanzhilfen gem. § 4 Abs. 1 NEBG für kommunale Gebietskörperschaften, Landeseinrichtungen, Heimvolkshochschulen und Landesverbände.

Zu 684 01

Freiwilliger Beitrag des Landes zu den Kosten der Tagungen der Evangelischen Akademie Loccum.

Zu 684 06

Mittel für Kulturinstitute befreundeter Nationen.

Gefördert werden hieraus u. a. das Dänische Kulturinstitut, das Istituto Italiano und der deutsch-französische Kulturrat.

Mittel für das Chinesische Zentrum sind ab dem Haushaltsjahr 2002 bei Kapitel 06 75 Titel 547 82 veranschlagt.

Zu 671 10

Erstattet werden die Kosten für die Verwaltungsstelle des Niedersächsischen Bundes für Freie Erwachsenenbildung e. V. und die Kosten für die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle.

Zu 684 12

In dem Ansatz sind Mittel für die Mitarbeiterfortbildung wie folgt enthalten:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Für den Landesverband der Volkshochschulen	240	240
2. Für den Landesverband der Heimvolkshochschulen	15	15
Zusammen	255	255

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0696 Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-2	131	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	11.171.728	54
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 94		**Institut für Toxikologie und Aerosol-forschung**	(—)	(—)	(—)	(—)	(408)
892 94-4	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	408
893 94-0	169	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 06 96					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	11.171.728	
		Summe der Einnahmen		—	—	11.171.728	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	
		Überschuss				11.171.728	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 06					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		33.237.000	23.863.000	35.888.397	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		120.070.000	119.519.000	115.304.193	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		105.710.000	102.687.000	106.541.878	
		Summe der Einnahmen		259.017.000	246.069.000	257.734.468	
		4 Personalausgaben	13.700.000 15.300.000 16.668.115	72.025.000	70.885.000	91.304.971	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	6.534.000 9.504.000 1.533.876	34.497.000	34.536.000	40.270.986	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	35.034.000 39.444.000 68.310.539	2.001.633.000	1.992.090.000	1.933.388.841	
		7 Baumaßnahmen	—	—	153.000	153.388	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	94.526.000 104.270.000 219.064.030	117.357.000	141.642.000	181.107.208	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–1.628.000	–1.901.000	4.298.996	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	149.794.000 168.518.000 305.576.560	2.223.884.000	2.237.405.000	2.250.524.390	
		Zuschuss		1.964.867.000	1.991.336.000	1.992.789.922	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		6.022.000	5.779.000	5.640.983	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.229.906.000	2.243.184.000	2.256.165.373	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.970.889.000	1.997.115.000	1.998.430.905	

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Allgemeine Haushaltsvermerke:

A. Zu den Kapiteln 06 08, 06 10 bis 06 30

1. Die Stellen für Akademische Räte/Rätinnen/Akademische Oberräte/-rätinnen/Akademische Direktor(en)/-innen können im Bedarfsfalle mit Zustimmung des MWK auch mit Studienrät(en)/-rätinnen/Oberstudienrät(en)/-rätinnen/Studiendirektor(en)/-innen besetzt werden. Das gleiche gilt im umgekehrten Falle.

2. Bis zu folgender Anzahl können Inhaber/-innen einer Stelle der Bes.-Gr. C 4 einen Sonderzuschuss nach Nr. 2 Abs. 2 der Vorbemerkungen zur Bundesbesoldungsordnung C (Sonderzuschussplanstellen) erhalten:

		2002	2003	
06 08	=	0	0	Stelleninhaber/-innen
06 10	=	43	43	Stelleninhaber/-innen
06 12	=	12	12	Stelleninhaber/-innen
06 13	=	23	23	Stelleninhaber/-innen
06 14	=	21	21	Stelleninhaber/-innen
06 15	=	30	30	Stelleninhaber/-innen
06 16	=	11	11	Stelleninhaber/-innen
06 17	=	41	41	Stelleninhaber/-innen
06 18	=	4	4	Stelleninhaber/-innen
06 19	=	12	12	Stelleninhaber/-innen
06 21	=	5	5	Stelleninhaber/-innen
06 22	=	5	5	Stelleninhaber/-innen
06 23	=	7	7	Stelleninhaber/-innen
06 29	=	7	7	Stelleninhaber/-innen
06 30	=	6	6	Stelleninhaber/-innen.

Die Zahl der Stelleninhaber/-innen, die diesen Sonderzuschuss erhalten, kann bei den einzelnen Kapiteln in dem Umfange überschritten werden, in dem die bei den anderen Kapiteln ausgewiesene Zahl der Sonderzuschussplanstellen nicht ausgeschöpft ist. Die bei den Kapiteln insgesamt festgelegte Zahl der Sonderzuschussplanstellen darf jedoch nicht überschritten werden.

3. Die am 1. 1. 2002 mit Angestellten im wissenschaftlichen Dienst – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – besetzten Stellen für wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – Bes.-Gr. C 1 – dürfen für die Stelleninhaber/-innen bis zu ihrem Ausscheiden in Anspruch genommen werden.

   Bis zu 30 v. H. der Stellen dürfen nach Maßgabe des Haushaltsvermerks Nr. 9 verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§§ 65 Abs. 3 Satz 3, 66 und 68 NHG).

4. In den Kap. 06 10 – 06 21, 06 29 und 06 30 dürfen die Stellen für wissenschaftliche und künstlerische Assistent(en)/-innen – Bes.-Gr. C 1 – gegen Ausgleich eines Mehrbedarfs in Höhe von 50 v. H. des Differenzbetrages zwischen den Besoldungsgruppen C 1 und C 2 nach den jeweils gültigen Tabellendurchschnittssätzen in Stellen der Bes.-Gr. C 2 umgewandelt und nach Maßgabe des § 59 NHG mit Oberassistent(en)/-innen/Oberingenieur(en)/-innen besetzt werden.

   Die nach diesem Haushaltsvermerk umgewandelten Planstellen der Bes.-Gr. C 2 erhalten folgenden Vermerk:

   ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) oder künstlerische(r) Assistent/-in bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

5. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in/Rektor(s)/-in (ohne 06 19) ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Das gleiche gilt für die Sekretärin des Kanzlers bei den Kapiteln 06 10, 06 15, 06 17 und 06 19.

   Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

6. Stellen der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – dürfen in folgender Zahl nur mit Lehrer(n)/-innen besetzt werden, die nach Maßgabe der Runderlasse des MWK vom 12. 8. 1998 – 21.3 – 71057 (5) (Nds. MBl. S. 1193) im Rahmen einer Beurlaubung aus dem Schuldienst als wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen in der Lehrerausbildung beschäftigt werden:

06 10	=	12 Stellen	06 17	=	2 Stellen
06 13	=	4 Stellen	06 29	=	6 Stellen
06 14	=	2 Stellen	06 30	=	2 Stellen.
06 15	=	1 Stellen			

   Sofern diese Stellen nicht mit Lehrer(n)/-innen besetzt werden können, findet für sie der Haushaltsvermerk Nr. 7 Anwendung.

7. In folgender Zahl dürfen Stellen der Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – mit wissenschaftlichen Mitarbeiter(n)/-innen in einem befristeten Arbeitsverhältnis nach dem BAT, das nach seiner Zweckbestimmung zugleich die wissenschaftliche Weiterqualifikation ermöglichen soll, mit einer vollen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit (volle Beschäftigung – § 15 BAT) besetzt werden:

		2002	2003				2002	2003	
06 10	=	116	116	Stellen	06 19	=	11	11	Stellen
06 13	=	49	49	Stellen	06 21	=	6	6	Stellen
06 14	=	42	42	Stellen	06 22	=	1	1	Stelle
06 15	=	262	262	Stellen	06 23	=	5	5	Stellen
06 16	=	84	84	Stellen	06 29	=	8	8	Stellen
06 17	=	270	270	Stellen	06 30	=	19	19	Stellen.
06 18	=	1	1	Stelle					

   Die anderen freien und frei werdenden Stellen dürfen grundsätzlich nur mit wissenschaftlichen Mitarbeiter(n)/-innen in einem befristeten Arbeitsverhältnis, das nach seiner Zweckbestimmung zugleich die wissenschaftliche Weiterqualifikation ermöglichen soll, mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bis zu 30 Stunden besetzt werden.

   In Ausnahmefällen ist

   a) die Besetzung einer Stelle mit 2 wissenschaftlichen Mitarbeiter(n)/-innen in einem befristeten Arbeitsverhältnis, das nach seiner Zweckbestimmung zugleich die wissenschaftliche Weiterqualifikation ermöglichen soll, mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von jeweils der Hälfte einer vollen Beschäftigung und

   b) unter den Voraussetzungen des Abschnitts I Nr. 1.2 des RdErl. d. MWK v. 21. 8. 1991 (Nds. MBl. S. 1181 – GültL 26/368 –) eine volle Beschäftigung zulässig.

   In den Ausnahmefällen ist der erforderliche Mehrbedarf für die Dauer der Stellenbesetzung durch das Hinausschieben der Besetzung derselben oder einer anderen freien oder anderen frei werdenden Stelle für wissenschaftliches Personal zu erwirtschaften.

8. In den in der Anlage 3 zum Fachkapitel ausgewiesenen Stellen für Angestellte sind bei den Stellen der Verg.-Gr. VIII/VII – Schreib- und Fernschreibdienst – die Schreibkräfte der Verg.-Gr. VIII (Fallgr. 4) und VII (Fallgr. 4) der

   Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) und bei den Stellen der Verg.-Gr. IX b bis VII – Schreib- und Fernschreibdienst – die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgr. 1–3) und VII (Fallgr. 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

9. Nach Maßgabe des Artikels II des Fünften Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes können die von dem dort genannten Personenkreis besetzten Planstellen und Stellen in Planstellen der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentinnen/Hochschuldozenten auf Lebenszeit – umgewandelt werden.

   Die neuen Planstellen erhalten nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs den Vermerk „ku nach Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin/Hochschuldozent auf Zeit oder Oberassistentin/Oberassistent bzw. Oberingenieurin/Oberingenieur – oder Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r)/Künstlerische(r) Assistentin/Assistent – oder Verg.-Gr. II a BAT – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – bei Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers.“

10. Freiwerdende Planstellen für Akademische Räte/Rätinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit dürfen mit wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Verg.-Gr. II a BAT – FwN – besetzt werden. Der Mehrbedarf ist im Einzelfall durch personalwirtschaftliche Maßnahmen auszugleichen.

11. In den Kapiteln 06 10 – 06 30 können freie und frei werdende Planstellen der Bes.-Gr. C 1 und C 2 (ohne Professorenstellen), sobald die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, in Planstellen der Bes.-Gr. W 1 für Juniorprofessorinnen und -professoren oder in Stellen der Verg.-Gr. II a oder I b BAT für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Maßgabe der Funktion der jeweiligen Stelle umgewandelt werden.

B. Zu den Kapiteln 06 08, 06 10 bis 06 39

1. Zum Abbau des Numerus clausus, zur Förderung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums dürfen in Kapitel 06 08 bei Titelgruppe 76 für 50 Beschäftigungsmöglichkeiten unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden.

2. Bis zu 15 Professoren, die zugleich das Amt eines Richters der Bes.-Gr. R 1 oder R 2 ausüben, erhalten, solange sie beide Ämter bekleiden, die Dienstbezüge aus ihrem Amt als Professor und eine nichtruhegehaltfähige Zulage gemäß Nr. 5 der Vorbemerkungen zur Besoldungsgruppe C.

3. Die Hochschulen dürfen über die in der Anlage 3 zum Fachkapitel ausgewiesenen Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter hinaus zusätzliches Personal unter Beachtung des Tarifrechts einstellen, wenn sichergestellt ist, dass die einzustellenden Bediensteten spätestens drei Jahre nach ihrer Einstellung auf einer in der Anlage ausgewiesenen Stelle mit entsprechenden Tätigkeiten weiterbeschäftigt werden können und bis zu diesem Zeitpunkt die erforderlichen Mittel für das jeweilige Haushaltsjahr erwirtschaftet werden.

   Die für die Weiterbeschäftigung vorgesehene Stelle ist im Zeitpunkt der Einstellung zu bestimmen und im nächstfolgenden Haushaltsplan mit einem entsprechenden Bewirtschaftungsvermerk aufzunehmen.

Hinsichtlich der Zahl der Stellen gelten folgende Höchstgrenzen:

06 10 = 30	06 23 = 4
06 13 = 20	06 29 = 10
06 14 = 20	06 30 = 10
06 15 = 20	06 33 = 10
06 16 = 10	06 34 = 10
06 17 = 30	06 36 = 10
06 18 = 5	06 37 = 10
06 21 = 10	06 38 = 10
06 22 = 1	06 39 = 30

Abweichungen sind mit Zustimmung des MF zulässig.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 01 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte
				Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	1	Staatssekretärin, Staatssekretär
B 6	3	3	3	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent
B 3	3	3	3	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat
B 3	1	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat
B 2	10	10	10	Ministerialrätin, Ministerialrat
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	15	15	15	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	18	18	18	Direktorin, Direktor
A 14	3	3	3	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	1	Rätin, Rat
A 13	26	26	26	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	28	28	28	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	9	9	9	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
A 10[3])	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[2])	1	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	2	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 6	1	1	1	Oberamtsmeisterin, Oberamtsmeister
	123	123	123	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31[4]):
B 2	1	3	5	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 16	1	1	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 13	5	7	8	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 9	—	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
	7	12	16	Zusammen
				Leerstellen[5]):
A 16	1	1	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	1	1	—	Direktorin, Direktor
A 14	—	—	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	1	1	—	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
	4	4	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[2]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) kw zum 1. 3. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[4]) kw.

[5]) kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Abgang bei 422 31:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	2	Ministerialrätin, Ministerialrat infolge Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 16	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor infolge Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat infolge Eintritt in den Ruhestand
Zusammen	4	

Leerstellen Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor
Bes.-Gr. A 11	1	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
Zusammen	3	
Verbleibt Abgang	1	

Erläuterungen für 2003:

Abgang bei 422 31:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	2	Ministerialrätin, Ministerialrat infolge Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 13 g. D.	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat infolge Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor infolge Eintritt in den Ruhestand
Zusammen	5	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 01 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[1])
Außertariflich[2])				
(B 2)	1	1	1	Verwaltungsdienst
Außertariflich[3])				
(A 16)	2	2	2	
I	3	3	3	
IV a	3	3	3	
V b[4])	2	2	2	
V c	10	10	10	
VI b	6	6	6	
VII	1	1	1	
V b	1	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
IV a	1	1	1	Technischer Dienst
IV a	2	2	2	Datenverarbeitungsdienst
V b[6])	3	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst
VI b	6	6	6	
IX b–VII[7])	12	12	12	
	53	53	53	Zusammen
				Leerstellen:[8])
I a	—	—	1	Verwaltungsdienst
	—	—	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) ku nach Bes.-Gr. A 16 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.

[3]) 1 ku nach Bes.-Gr. A 15 oder Verg.-Gr. I a bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[4]) 1 kw zum 30. 6. 2004.

[6]) Eine Angestellte erhält für ihre Person weiterhin eine übertarifliche Vergütung entsprechend der Regelung für Vorzimmerkräfte.

[7]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[8]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

– Angestellte –

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V c	0,5	infolge Verlagerung von Kapitel 06 08 und Einsparungen. Der Vermerk Nr. 5 wurde gestrichen.
Zusammen	0,5	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
I a BAT	1	Verwaltungsdienst

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 bei Verg.-Gr. V c mit folgendem Wortlaut: (Eine Stelle darf nur mit einer/einem Angestellten besetzt werden, dessen/deren regelmäßige Arbeitszeit 50 % einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.) wurde gestrichen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 01 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
4	4	4	3	Kraftfahrdienst	
4	1	1	1	Hausmeisterdienst	
4	1	1	1	Druckerin, Drucker	
3	3	3	4	Botendienst	
	9	9	9	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

– Arbeiterinnen, Arbeiter –

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Kraftfahrdienst gegen Einsparung
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3	1	Botendienst zur Schaffung einer neuen Stelle
Zusammen	1	
Verbleibt	—	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 08 Förderung der Wissenschaft allgemein

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte
B 2[4])	—	1	1	Präsidentin/Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	—	—	1	Direktorin, Direktor
A 14	—	—	2	Oberrätin, Oberrat
A 13	3	3	4	Rätin, Rat
A 13	—	—	1	Lektorin, Lektor
C 4	2	2	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[2])	9	9	10	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	16	16	16	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor auf Zeit
C 3[3])	4	4	4	Professorin, Professor
C 2	3	3	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[1])	18	18	18	Professorin, Professor
C 2	—	—	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 1[1])	26	26	25	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	82	83	93	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) kw zum 31. 12. 2003.

[2]) Davon 6 kw zum 31. 12. 2003.

[3]) Davon 2 kw zum 31. 12. 2003.

[4]) ku nach Bes.-Gr. C 3 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers und Verlagerung der Planstelle nach Kapitel 06 39. – Vollzug 2003 –

Erläuterungen zum Stellenplan

2002/2003:

1. 24 Planstellen (Bes.-Gr. C 4 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 3 = 3 [davon 2 Professor(en)/-innen und 1 Universitätsprofessor/-in]; Bes.-Gr. C 3 = 16 Universitätsprofessor(en)/-innen auf Zeit; Bes.-Gr. C 2 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. A 13 = 1 Akademische Rat/Rätin), sollen für dringliche Maßnahmen zum Abbau des Numerus clausus verwendet werden, um Engpässe zu beseitigen oder zu lindern und um eine kapazitätsrechtlich gebotene Erhöhung des Lehrangebots an den Hochschulen zu gewährleisten, soweit die vorhandene Aufnahmekapazität überschritten wird, weil auf Zulassungsbeschränkungen verzichtet oder ein besonderes Verteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie angeordnet worden ist, sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur und zur Steigerung der Qualität des Studiums.

   Die Stellen werden bei nachgewiesenem Bedarf den Hochschulen für die notwendige Dauer der Maßnahme zugewiesen.

2002/2003:

2. 51 Planstellen (Bes.-Gr. C 3 = 6 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 3 = 2 Professor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 2 = 18 Professor(en)/-innen und Bes.-Gr. C 1 = 25 Wiss. Assistentinnen/Wiss. Assistenten) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III mit den Teilprogrammen

   a) Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre,
   b) Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen und
   c) Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich

   zur Verfügung.

2002/2003:

3. 5 Planstellen (Bes.-Gr. A 13 = 2 Akademische Rätin/Akademischer Rat; Bes.-Gr. C 3 = 1 Universitätsprofessor/-in; Bes.-Gr. C 2 = 1 Universitätsprofessor/-in; Bes.-Gr. C 1 = 1 Wissenschaftliche Assistentin/Wissenschaftlicher Assistent) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.

2002/2003:

4. 1 Planstelle (Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessor/-in – Fiebiger-Programm.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat von Kapitel 06 15
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor von Kapitel 06 39
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent von Kapitel 06 15
Zusammen	3	

Abgang:

Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen

Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor nach Kapitel 06 29
Bes.-Gr. A 14	2	Oberrätin, Oberrat nach Kapitel 06 29
Bes.-Gr. A 13	2	Rätin, Rat davon 1 nach Kapitel 06 17 1 nach Kapitel 06 29
Bes.-Gr. A 13	1	Lektorin/Lektor nach Kapitel 06 14
Bes.-Gr. C 4	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 nach Kapitel 06 18 1 nach Kapitel 06 30
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Kapitel 06 18
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor nach Kapitel 06 36
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor nach Kapitel 06 29
Bes.-Gr. C 2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent nach Kapitel 06 29
Zusammen	13	
Bleibt Abgang	10	

Erläuterungen für 2003:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor von Kapitel 06 36

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	Präsidentin, Präsident infolge Verlagerung nach Kapitel 06 39 bei gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Professorin, Professor –

Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen

	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor nach Kapitel 06 36
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (zu Bes.-Gr. B 2) ist 2003 vollzogen worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 08 Förderung der Wissenschaft allgemein

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[1])
I	1	1	1	Verwaltungsdienst
I a	4	4	3	
I b[2])	4	5	6	
II a	2	2	2	
IV a	1	1	1	
V c[3])	4	4	3	
VI b	4	4	4	
VII	1	1	1	
I b	9	9	9	Wissenschaftlicher Dienst
II a	24	24	25	
II a	50	50	47	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)
III	—	—	1	Technischer Dienst
IV a	2	2	2	
IV b	1	1	1	
V b	1	1	1	
	108	109	107	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stellen des Forschungspools dürfen nur in Anspruch genommen werden für Personal, das im Bereich der Forschung tätig ist.

[2]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge Zielvereinbarung bis 2003. – Vollzug 2003 –

[3]) 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge Zielvereinbarung bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

1. 56 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 7, Verg.- Gr. II a = 18, Verg.-Gr. II a [Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses] = 31) sollen im Rahmen eines Forschungspools zentral bewirtschaftet werden. Damit soll ermöglicht werden, Hochschuleinrichtungen, in denen im besonderen Maße Forschungsaufgaben wahrgenommen werden, kurzfristig zusätzliche Stellen zuzuweisen.
2. 7 Stellen sind für die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur der niedersächsischen Hochschulen (ZEvA) veranschlagt, davon 5 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. I = 1, Verg.-Gr. IV a = 1, Verg.-Gr. VI b = 1, Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 1, Verg.-Gr. II a = 1) für die Abteilung Evaluation und 2 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. VI b = 1; Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 1) für die Abteilung Akkreditierung.

   Die Mittel sind in dem Ansatz bei Kapitel 06 08 Titel 682 75 enthalten.
3. In den o. a. Stellen sind für die 4 EU-Hochschulbüros enthalten:

West	Mitte	Ost	Süd
I a = 1	I a = 1	I a = 1	I a = 1
I b = 1	I b = 1	I b = 1	I b = 1
II a = 1	II a = 1		
VI b = 1	VI b = 1	VI b = 0,5	VI b = 0,5

Die Mittel sind in Kap. 06 08 Titel 682 03 veranschlagt.

4. 2 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. V c) stehen den Hochschulen für die Umstellung auf einen Landesbetrieb nach § 26 LHO zur Verfügung.
5. 7 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. II a = 5 und Technischer Dienst: Verg.-Gr. IV a = 2) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III (vgl. Erläuterungen zum Stellenplan) zur Verfügung.
6. Insgesamt 24 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. V c = 2, Verg.-Gr. VII = 1; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Verg.-Gr. II a = 19 – davon eine mit 30 Stunden/Woche –, Technischer Dienst: Verg.-Gr. IV b = 1, Verg.-Gr. V b = 1) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

– Angestellte –

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. I a	1	für die EU-Hochschulbüros gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. I b – Verwaltungsdienst –
(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)		
Verg.-Gr. II a	1	für den Forschungspool gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. III – Technischer Dienst –

Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen

Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V c	1	von Kapitel 06 16
(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)		
Verg.-Gr. II a	2	von Kapitel 06 15
Zugang insgesamt	5	

Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. I b	1	für die EU-Hochschulbüros gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. I a – Verwaltungsdienst –
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. III	1	für den Forschungspool gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses –

Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen:

Wissenschaftlicher Dienst		
Verg.-Gr. II a	1	nach Kapitel 06 15
Abgang insgesamt	3	
Bleibt Zugang	2	

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. I b	1	gemäß Zielvereinbarung 2001

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (zu Verg.-Gr. I b – Verwaltungsdienst –) ist 2003 vollzogen worden.

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
8	1	1	1	Handwerklicher Dienst	
	1	1	1	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 10 Universität Göttingen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 7	1	1	1	Präsidentin, Präsident
B 4	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
B 2	1	1	1	Direktorin, Direktor der Staats- und Universitätsbibliothek
				Aufsteigende Gehälter:[2])
A 16	3	3	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15[2])	39	39	40	Direktorin, Direktor
A 14[3])[4])	134	134	140	Oberrätin, Oberrat
A 13[5])	82	84	84	Rätin, Rat
A 13	3	3	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12[7])	11	11	12	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	20	20	20	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10[8])	34	34	34	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	22	22	22	Inspektorin, Inspektor
A 9 AZ	1	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 9	1	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	4	4	4	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	8	8	8	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	8	8	7	Sekretärin, Sekretär
C 4[10])	216	216	213	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[11])	128	127	127	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[12])	24	25	30	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[13])[15])	17	16	18	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2[14])	35	35	32	Oberassistentin, Oberassistent
C 1[19])	212	212	205	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	1 005	1 006	1 005	Zusammen
				Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung[16]):
A 15	—	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	2	5	5	Oberrätin, Oberrat
A 13	—	1	1	Rätin, Rat
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	3	8	8	Zusammen
zuzügl. EZW:				
A 14	5	5	6	Oberrätin, Oberrat
	8	13	14	Zusammen
				Leerstellen:
C 4[17])	5	5	6	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[20])	1	1	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 1[18])	3	3	3	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
A 15[18])	2	2	2	Direktorin, Direktor
A 13[18])	2	2	2	Rätin, Rat
A 11[18])	1	1	1	
A 10[18])	7	7	7	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[18])	1	1	2	Inspektorin, Inspektor
	22	22	25	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
Erste(r) Vizepräsident/-in 153,39 EUR mtl.
Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident/-in je 127,82 EUR mtl.
13 Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl.
1 Leiter/-in einer gemeinsamen Kommission 63,91 EUR mtl.
Abweichend von § 50 LHO dürfen Planstellen in das Kapitel 06 12 umgesetzt werden. Ein eventueller finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.

[2]) – Frei –.

[3]) 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akademische Räte/Rätinnen – nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, deren Stellen im Rahmen des Übernahmeverfahrens gem. § 148 Abs. 11 NHG 1982 von Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – umgewandelt wurden (Volkswirtschaftliches Seminar).
1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wiss. Assistentin, Wiss. Assistent – nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für das Institut für Forstbotanik (St.-Nr. B 851/1)
Wirksamwerden des ku-Vermerkes:
(1 ku nach Bes.-Gr. A 14 – Bibliotheksoberrat/-rätin bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Staats- und Universitätsbibliothek).)
2 kw spätestens zum 1. 10. 2004 – EZW – (Beratungsstelle für Empirische und Statistische Methodik in den Erziehungswissenschaften – Stellen-Nr. B 628/1/Institut für Pädagogische Psychologie – Stellen-Nr. B 620/4).
1 kw spätestens zum 1. 10. 2006 – EZW – (Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte – Stellen-Nr. 623/12).
1 kw spätestens zum 1. 4. 2010 – EZW – (Institut für Pädagogische Psychologie – Stellen-Nr. B 620/6).
Wirksamwerden des kw-Vermerkes:
(2 kw zum 31. 12. 2001 – (Institut für Marketing und Handel, Institut für Geophysik), St.-Nrn. B 659/1 und 479/6.)
2 kw zum 31. 12. 2003 – (Institut für Geologie und Dynamik der Lithosphäre, St.-Nr. B 770-215, A. v. H.-Institut für Pflanzenwissenschaften, St.-Nr. B 774 – 215 –).
1 kw zum 31. 12. 2003 – Alte Geschichte – St. Nr. B 653/2 – (bei Inkrafttreten Verlagerung nach Kap. 06 08 TGr. 74)

[4]) 2 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek/Institut für Forstpolitik, Forstgeschichte und Naturschutz).

[5]) Wirksamwerden des kw-Vermerkes:
(1 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Geophysik).)
1 ku in eine Stelle der Verg.-Gr. IIa – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – für das II. Zoologische Institut nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin/-Assistent für das Geochemische Institut.
1 ku nach Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung.

[6]) – Frei –

[7]) kw (Geographisches Institut).

[8]) 1 kw spätestens zum 1. 9. 2005 – EZW – (Fachbereich Erziehungswissenschaften – Stellen-Nr. B 617/84).

[9]) – Frei –

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 10 Universität Göttingen

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	

[10]) Wirksamwerden des kw-Vermerkes:
(1 kw spätestens zum 1. 4. 2001 – EZW – Politikwissenschaften – (Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte – Stellen-Nr. P 623/2).)
1 kw spätestens zum 1. 10. 2004 – EZW – Didaktik der Geschichte – (Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte – Stellen-Nr. P 623/4).
1 kw zum 31. 12. 2005 (Stiftungsprofessur Deutsche Bundesstiftung Umwelt für die Fakultät für Forstwissenschaft und Waldökologie).
1 kw zum 31. 12. 2005 (Stiftungsprofessur Informatik; Besetzung nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Niedersächsischen Landtages).

[11]) 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Seminar für Deutsche Philologie).
Wirksamwerden des k-Vermerkes:
(1 kw zum 31. 12. 2001 – (Ver. Theologisches Seminar St.-Nr. P 350/4).)
2 kw zum 31. 12. 2003 – (beide für das Volkswirtschaftliche Seminar St.-Nrn. P 475/1 und P 475/3).

[12]) – Frei –.
Wirksamwerden des kw-Vermerkes:
(1 kw spätestens zum 1. 4. 2002 – EZW – (Seminar für Didaktik der Biologie und der Geographie – Stellen-Nr. P 624/2).)

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	

[13]) 2 ku nach Bes.-Gr. C 2 – Oberassistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Angewandte Mechanik und Strömungsphysik/Diplomatischer Apparat).

Wirksamwerden des ku-Vermerkes:

(3 ku nach Bes.-Gr. C 2 – Oberassistenten/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Angewandte Mechanik und Strömungsphysik/Institut für Anorganische Chemie/Diplomatischer Apparat).

5 ku nach Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozenten/-innen (auf Zeit) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber (I. Physikalisches Institut/Pädagogisches Seminar/Mineralogisch-Petrologisches Institut/Seminar für mittlere und neuere Geschichte und 1 für das Seminar für Romanische Philologie).

[14]) 31 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Wissenschaftsgeschichte/Institut für Geologie und Dynamik der Lithosphäre/Institut für Politikwissenschaften/I. Zoologisches Institut/ Romanische Philologie/Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte/Seminar für Klassische Philologie/ Institut für Zoologie und Anthropologie/III. Physikalisches Institut/ Institut für Numerische und Angewandte Mathematik/Juristisches Seminar/Kunstgeschichtliches Seminar und Kunstsammlung/IV. Physikalisches Institut/ Seminar für Deutsche Philologie/Musikwissenschaftliches Seminar/Institut für Organische Chemie/Seminar für Ägyptologie und Koptologie/Volkswirtschaftliches Seminar/Geochemisches Institut/Institut für Zoologie und Anthropologie/Institut für Mikrobiologie und Genetik/II. Physikalisches Institut/Institut für Bioklimatologie/Geographisches Institut/ Seminar für Slawische Philologie, Institut für Mikrobiologie und Genetik, Volkswirtschaftliches Seminar, 2 für das Juristische Seminar, Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Universitäts-Sternwarte, A-v-H-Institut für Pflanzenwissenschaften).

Wirksamwerden der ku-Vermerke:

(32 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Mathematische Stochastik/Fachbereich Historisch-Philologische Wissenschaften/Institut für Geologie und Dynamik der Lithosphäre/Institut für Politikwissenschaften/ Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung/ III. Zoologisches Institut/Universitätssternwarte/ Institut für Organische Chemie/Sprachwissenschaftliches Seminar/I. Zoologisches Institut/Romanische Philologie/Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte/Seminar für Klassische Philologie/Institut für Zoologie und Anthropologie/III. Physikalisches Institut/Institut für Numerische und Angewandte Mathematik/Juristisches Seminar/Kunstgeschichtliches Seminar und Kunstsammlung/IV.Physikalisches Institut/Seminar für Deutsche Philologie/Musikwissenschaftliches Seminar/Institut für Organische Chemie/Seminar für Ägyptologie und Koptologie/Volkswirtschaftliches Seminar/Geochemisches Institut/Institut für Zoologie und Anthropologie/Institut für Mikrobiologie und Genetik/II. Physikalisches Institut/Institut für Bioklimatologie/Geographisches Institut/Seminar für Slawische Philologie/Institut für Arbeitsrecht).

[15]) 2 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (I. Zoologische Institut, Institut für Numerische und Angewandte Mathematik).

Wirksamwerden der ku-Vermerke und Zugang gem. Nr. 6 Allg. HV zu Kap. 06 08, 06 10 – 06 30:

(4 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (2 für das I. Zoologische Institut und jeweils 1 Institut für Numerische und Angewandte Mathematik und Mineralogisch-Petrologisches Institut).

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	

[16]) 8 Stellen kw:
Bes.-Gr. A 14
2 Akademische(r) Oberrat/-rätin, davon
1 für das Institut für Arbeitsrecht
1 für das Seminar für Englische Philologie
Bes.-Gr. A 10
1 Bibliotheksoberinspektor/-in
für die Nieders. Staats- und Universitätsbibliothek
EZW
5 Akademische(r) Oberrat/-rätin, davon
1 für das Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte
1 für das Seminar für Didaktik der Biologie und der Geographie
1 für das Seminar für Schulpädagogik
1 für das Seminar für Allg. Pädagogik
1 für das Seminar für Didaktik der Kunst und der Musik

Wirksamwerden der kw-Vermerke:
(14 Stellen kw:
Bes.-Gr. A 15
1 Akademische(r) Direktor/-in für das Institut für Geologie und Dynamik der Lithosphäre.
Bes.-Gr. A 14
5 Akademische(r) Oberrat/-rätin, davon
1 für das Institut für Arbeitsrecht
1 für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung
1 für das Seminar für Indologie und Buddhismuskunde
1 für das Seminar für Geologie und Dynamik der Lithosphäre
1 für das Seminar für Englische Philologie
Bes.-Gr. A 13
1 Akademische(r) Rat/Rätin
für das Institut für Sportwissenschaften
Bes.-Gr. A 10
1 Bibliotheksoberinspektor/-in
für die Nieders. Staats- und Universitätsbibliothek
EZW
6 Akademische(r) Oberrat/-rätin, davon
1 für das Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte
1 für das Seminar für Didatik der Mathematik, der Chemie und der Physik
1 für das Seminar für Didaktik der Biologie und der Geographie
1 für das Seminar für Schulpädagogik
1 für das Seminar für Allg. Pädagogik
1 für das Seminar für Didaktik der Kunst und der Musik

[17]) 2 Leerstellen kw.
2 Leerstellen dürfen nur zur Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren in Anspruch genommen werden, davon
1 durch die Universität Göttingen und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.,
1 durch die Universität Göttingen und die Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel.
Umbenennung der DLR und Wirksamwerden des kw-Vermerks:
(3 Leerstellen kw.
3 Leerstellen dürfen nur zur Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren in Anspruch genommen werden, davon
1 durch die Universität Göttingen und die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V., Fach Physik,
1 durch die Universität Göttingen und die Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel,
1 durch die Universität Göttingen und die Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH. (GWDG).)

[18]) kw.

[19]) 1 kw zum 31. 12. 2005 – (Deutsche Bundesstiftung Umwelt für die Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie).

[20]) 1 Leerstelle kw.
Die Leerstelle darf nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens durch die Universität Göttingen und das Deutsche Primatenzentrum (DPZ) in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang infolge Verlagerung:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, -professor infolge Verlagerung von Kap. 06 12 für die Biologische Fakultät
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, -professor infolge Fortfall der Leerstelle für die Fakultät für Mathematik
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, -professor infolge Verlagerung von Kap. 06 23 für das Zentrum für Interdisziplinäre Medienwissenschaft

Zugang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

Bes.-Gr. C 2	1	Oberassistentin, Oberassistent von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut für Anorganische Chemie
Bes.-Gr. C 1	2	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent davon 1 für das Institut für Zoologie und Anthropologie 1 für das Mineralogisch-Petrologische Institut
Bes.-Gr. C 1	8	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent von Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent davon 1 für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung 1 für die Universitäts-Sternwarte 1 für das III. Zoologische Institut 1 für das Juristische Seminar 1 für das Institut für Mathematische Stochastik 1 für das Sprachwissenschaftliche Seminar 1 für das Institut für Organische Chemie 1 für das Institut für Arbeitsrecht

Gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 08 und 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2	7	Oberassistentin, Oberassistent von Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Mikrobiologie und Genetik 1 für das Volkswirtschaftliche Seminar 2 für das Juristische Seminar 1 für das Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft 1 für die Universitäts-Sternwarte 1 für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften
zu übertragen:	21	

noch Zugang:	Stellen	
Übertrag:	21	

Zugang infolge Umwandlung von Planstellen und Stellen:

Bes.-Gr. A 16	1	Leitende/r Direktorin, Direktor infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 15 für die Staats- und Universitätsbibliothek
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 14 für die Staats- und Universitätsbibliothek
Bes.-Gr. A 6	1	Sekretärin, Sekretär infolge Umwandlung von Verg.-Gr. VIII Bibliotheks- bzw. Archivdienst für die Staats- und Universitätsbibliothek
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent von Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Mathematische Stochastik (St.-Nr. P 751/2)
Bes.-Gr. C 2	3	Oberassistentin, Oberassistent von Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für das Seminar für Romanische Philologie (St.-Nr. P 660/1) 1 für das Mathematische Institut (St.-Nr. P 751/2) 1 für das Sozialwissenschaftliche Methodenzentrum (St.-Nr. P 462/1)

Zugang gegen Fortfall von Planstellen und Stellen:

Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für das Zentrum für Interdisziplinäre Medienwissenschaft gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. II a Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat für die Allgemeine Verwaltung gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 12 Amtsrätin, Amtsrat
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofesssor
Bes.-Gr. C 3	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofesssor davon 1 für das Seminar für Deutsche Philologie gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat zum 1. 4. 2002 1 für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofesssor zum 1. 10. 2002
zu übertragen:	33	

– noch Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

noch Zugang:	Stellen	
Übertrag:	33	

noch Zugang gegen Fortfall von Planstellen und Stellen:

Bes.-Gr. C 1	4	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Seminar für Deutsche Philologie gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat zum 1. 4. 2002 1 für die Mathematische Fakultät gegen Fortfall einer Stelle der Lohn-Gr. 1 Handwerklicher Dienst und einer Stelle der Lohn-Gr. 1 Reinigungsdienst 1 für das Institut für Mathematische Stochastik gegen Fortfall einer Stelle der Bes.-Gr. II a Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses 1 für das Geographische Institut gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. II a Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zum 1. 10. 2002
Zusammen	37	

Abgang infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. A 14	2	Oberrätin, Oberrat davon 1 für das Institut für Geophysik (St.-Nr. B 659/1) 1 für das Institut für Marketing und Handel (St.-Nr. B 479/6)
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für das Institut für Geophysik (St.-Nr. B 759/2)
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Seminar für Politikwissenschaft (St.-Nr. P 623/2)
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Vereinigten Theologischen Seminare (St.-Nr. P 350/4)

Abgang infolge Wirksamwerden der ku-Vermerke:

Bes.-Gr. C 2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Zoologie und Anthropologie 1 für das Mineralogisch-Petrologische Institut
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent für das Institut für Anorganische Chemie
zu übertragen	8	

noch Abgang:	Stellen	
Übertrag:	8	
Bes.-Gr. C 2	8	Oberassistentin, Oberassistent nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung 1 für die Universitäts-Sternwarte 1 für das III. Zoologische Institut 1 für das Juristische Seminar 1 für das Institut für Mathematische Stochastik 1 für das Sprachwissenschaftliche Seminar 1 für das Institut für Organische Chemie 1 für das Institut für Arbeitsrecht

Gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 08 und 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 1	7	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent davon 1 für das Institut für Mikrologie und Genetik 1 für das Volkswirtschaftliche Seminar 2 für das Juristische Seminar 1 für das Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft 1 für die Universitäts-Sternwarte 1 für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften

Abgang infolge Umwandlung von Planstellen:

Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 16 für die Staats- und Universitätsbibliothek
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat infolge Umwandlung nach Bes.-Gr A 13 für die Staats- und Universitätsbibliothek
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut für Mathematische Stochastik
Bes.-Gr. C 2	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent davon 1 für das Seminar für Romanische Philologie 1 für das Mathematische Institut 1 für das Sozialwissenschaftliche Methodenzentrum
zu übertragen	29	

– noch Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

noch Abgang:	Stellen
Übertrag:	29

Abgang gegen Schaffung von Planstellen und Stellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	3	Oberrätin, Oberrat davon 2 für das Seminar für Deutsche Philologie zum 1. 4. 2002 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor und einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent 1 für das Seminar für Klassische Philologie zum 1. 4. 2002 gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für die Mathematische Fakultät gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
Bes.-Gr. A 12	1	Amtsrätin, Amtsrat für die Allgemeine Verwaltung gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrätin, Oberamtsrat
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften zum 1. 10. 2002 gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	36	
Bleibt Zugang	1	

Abgang von Stellen nach § 15 SoUrlVO infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für das Seminar für Didaktik der Mathematik, Chemie und Physik
Zusammen	1	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 9	1	Inspektorin, Inspektor
Zusammen	3	

Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23.12.1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

Bes.-Gr. A 12	Amtsrätin, Amtsrat davon 1 Landesplanungsamtsrätin, -rat
Bes.-Gr. A 11	Amtmännin, -frau, -mann davon 1 Bauamtmännin, -frau, -mann

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende(r) Akademische(r) Direktorin, - Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 34 Akademische(r) Direktorin, - Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 111 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat 3 Forstoberrätin, Forstoberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 67 Akademische(r) Rätin, - Rat 4 Akademische(r) Rätin, - Rat (a.Z.) 8 Forsträtin, Forstrat

Stellen zu 422 31:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Akademische(r) Direktorin, - Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 10 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 1 Akademische(r) Rätin, - Rat

Erläuterungen für 2003:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang gegen Fortfall von Planstellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat zum 1. 10. 2003
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Seminar für Englische Philologie gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat zum 1. 4. 2003
Zusammen	3	

Abgang infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor zum 1. 4. 2002 für das Geographische Institut (St.-Nr. P 624/2)

Abgang gegen Schaffung von Planstellen:

Bes.-Gr. A 13	2	Rätin, Rat davon 1 für das Seminar für Englische Philologie zum 1. 4. 2003 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent 1 für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften zum 1. 10. 2003 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das A.-v.-H.-Institut für Pflanzenwissenschaften gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	1	

Abgang von Stellen nach § 15 SoUrlVO infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für das Zentrum für Geowissenschaften
Bes.-Gr. A 14	3	Oberrätin, Oberrat davon 1 für das Seminar für Indologie und Buddhismuskunde 1 für das Zentrum für Geowissenschaften 1 für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für das Institut für Sportwissenschaften
Zusammen	5	

Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 12		Amtsrätin, Amtsrat davon 1 Landesplanungsamtsrätin, -rat
Bes.-Gr. A 11		Amtmännin, -frau, -mann davon 1 Bauamtmännin, -frau, -mann

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende(r) Akademische(r) Direktorin, - Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 34 Akademische(r) Direktor, - Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 111 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat 3 Forstoberrätin, Forstoberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 65 Akademische(r) Rätin, - Rat 4 Akademische(r) Rätin, - Rat (a.Z.) 8 Forsträtin, Forstrat

Stellen zu 422 31:

Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 7 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 12 Kliniken der Universität Göttingen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1][8]
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15[10]	13	13	13	Direktorin, Direktor
A 14[10]	33	33	34	Oberrätin, Oberrat
A 13	15	15	23	Rätin, Rat
A 13	3	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	2	2	2	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	11	11	4	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	7	7	8	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	—	—	6	Inspektorin, Inspektor
A 9	1	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	1	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
C 4[11]	58	58	59	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[11]	61	61	61	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[10]	16	16	16	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2	10	10	10	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[7][10]	2	2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2[3][10]	52	52	52	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 2[10]	27	27	21	Oberassistentin, Oberassistent
C 1[2][4][5]	153	153	159	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	466	466	476	Zusammen
				Leerstellen:[6]
C 4[9]	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	1	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachstehend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Der Dekan für den Fachbereich Medizin erhält für die Dauer seiner Tätigkeit eine Stellenzulage von 63,91 EUR monatlich.

[2]) Wird für Angestellte in einem befristeten Arbeitsverhältnis die Arbeitszeit auf die Hälfte herabgesetzt, dürfen die Stellen für je 2 Kräfte in Anspruch genommen werden. Entsprechendes gilt, wenn Planstellen für Akademische(r) Rat/Rätin (auf Zeit) (A 13) und Stellen für Wissenschaftliche Assistenten/-innen (C 1) mit Angestellten besetzt sind.

[3]) 19 (13) Stellen ku in Bes.-Gr. C 1 – Wiss. Ass. –, davon 2 für die Abt. Biochemie II und je 1 für die Abteilungen Gastroenterologie und Endokrinologie, Gastroenteropathologie, Med. Mikrobiologie, Immunologie, Haematologie und Onkologie, Kardiologie und Pneumologie, Gynokologie und Geburtshilfe, Paradontologie, Molekularbiologie, Strahlentherapie, Neuro- und Sinnesphysiologie, Embryologie, Histologie, Morphologie, das Zentrum Anaesthesiologie, Rettungsmedizin und Intensivmedizin, Allg. Hygiene und Umweltmedizin sowie für das Zentrum Innere Medizin –. Abt. Kardiologie und Pulmonologie –.

[4]) Bis zu 50 v. H. der Stellen dürfen verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§ 65 Abs. 3 Satz 4 NHG).

Besetzte Stellen, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, dürfen für Ersatzkräfte im Angestelltenverhältnis in Anspruch genommen werden.

[5]) Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte/-innen (Fachärzte/-innen/Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in Verg.-Gr. I b einzustufen sind, wenn die Stellen gem. Haushaltsvermerk Nr. 5 mit Angestellten besetzt sind.

[6]) kw.

[7]) ku nach Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozent/-in (auf Zeit) oder Oberassistent/-in –.

[8]) Abweichend von § 50 LHO dürfen Planstellen in das Kap. 06 10 umgesetzt werden.

Ein evtl. finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.

[9]) Für biophysikalische Chemie.

[10]) Bis zu 30 Planstellen insgesamt für Universitätsprofessoren a. Z., Hochschuldozenten, Hochschuldozenten a. Z., Oberassistenten, Akademische Oberräte und Akademische Direktoren jeweils mit oberärztlichen Aufgaben können im Rahmen außertariflicher Angestelltenverträge besetzt werden.

[11]) Bis zu 70 der Planstellen für Universitätsprofessoren mit ärztlichen Aufgaben können auch im Rahmen außertariflicher Chefarztverträge besetzt werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	7	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann für die Allgemeine Verwaltung gegen Fortfall von 7 Planstellen der Bes.-Gr. A 13 – Akademische Rätin, Akademischer Rat –

Im Haushaltsjahr 2001 gem. Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 08 und 06 10–06 30 vollzogene Umwandlungen:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	8	Oberassistentin, Oberassistent von Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – davon 2 für Abt. Biochemie II 1 für Abt. Molekularbiologie 1 für Abt. Strahlentherapie 1 für Abt. Neuro- und Sinnesphysiologie 1 für Abt. Embryologie 1 für Abt. Histologie 1 für Abt. Morphologie

Zugang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

Bes.-C 1	2	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent von Bes.-Gr. C 2 – Oberassistent(in) – für Abt. Psychiatrie und Abt. Gastroenterologie
Zusammen	17	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat für die Abt. Zahnerhaltung gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. I b – Ärztlicher Dienst –
Bes.-Gr. A 13	8	Akademische Rätin, Akademischer Rat davon 1 für die Abt. Dermatologie und Venerologie gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. I b – Ärztlicher Dienst – 7 für die Allgemeine Verwaltung gegen Schaffung von 7 Planstellen der Bes.-Gr. A 11 – Regierungsamtmann, -frau –
Bes.-Gr. A 10	1	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor für Allgemeine Verwaltung infolge Inabgangstellung
Bes.-Gr. A 9	6	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor für Allgemeine Verwaltung infolge Inabgangstellung
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Einrichtungen gemeinsam infolge Verlagerung in das Kap. 06 10

Im Haushaltsjahr 2001 gem. Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 08 und 06 10–06 30 vollzogene Umwandlung:

Bes.-Gr. C 1	8	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent nach Bes.-Gr. C 2 – Oberassistent/-in – davon 2 für Abt. Biochemie II 1 für Abt. Molekularbiologie 1 für Abt. Strahlentherapie 1 für Abt. Neuro- und Sinnesphysiologie 1 für Abt. Embryologie 1 für Abt. Histologie 1 für Abt. Morphologie

Abgang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

Bes.-Gr. C 2	2	Oberassistentin, Oberassistent nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftl. Assistent/-in – für Abt. Psychiatrie und Abt. Gastroenterologie
Zusammen	27	
Bleibt Abgang	10	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		Direktorin, Direktor davon 12 Akademische(r) Direktorin, Direktor
Bes.-Gr. A 14		Oberrätin, Oberrat davon 33 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat
Bes.-Gr. A 13		Rätin, Rat davon 15 Akademische(r) Rätin, Rat

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk Nr. 3 ist verändert worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 13 Universität Oldenburg

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte
				Feste Gehälter:
B 5	1	1	1	Präsidentin, Präsident
B 2	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	13	13	13	Direktorin, Direktor
A 14[10])	21	21	21	Oberrätin, Oberrat
A 13	43	43	44	Rätin, Rat
A 13	3	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	3	3	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	8	8	6	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10[16])	13	13	14	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	13	13	14	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	3	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	4	4	4	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	6	6	5	Sekretärin, Sekretär
C 4[3])[9])	110	110	111	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[8])[12])	88	88	87	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	3	3	7	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	—	3	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2[4])	10	10	8	Oberassistentin, Oberassistent
C 2[5])	21	21	20	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2[6])	2	2	—	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 1	37	37	36	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	402	402	403	Zusammen
				Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung[11]):
C 4	2	2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
				Leerstellen:
A 9	3	3	3	Inspektorin, Inspektor
C 4[13])	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[14])	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	5	5	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

Erste(r) Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
Zweite(r) Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
11 Dekan(e)/-innen	je 63,91 EUR mtl.

[2]) – Frei –

[3]) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für den Fachbereich 6.
1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Fachbereich Soziologie).

[4]) ku nach Bes.-Gr. C 1 bei Ausscheiden der Stelleninhaber (3 Fachbereich Sozialwissenschaften, 2 Fachbereich Biologie, 1 Fachbereich Mathematik, 1 Fachbereich Physik).

[5]) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kap. 06 10 – 06 30.

[6]) 2 ku nach Bes.-Gr. C 1 bei Ausscheiden der Stelleninhaber (1 Fachbereich Biologie, 1 Fachbereich Literatur- und Sprachwissenschaften).

[7]) – Frei –

[8]) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für den Fachbereich 6 (Stellen-Nr. 698).

[9]) 3 kw gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes
davon
1 zum 31. 12. 2003
Fachbereich 4 Rechtswissenschaften (Stellen-Nr. 219)
1 zum 31. 12. 2004
Fachbereich 9 Chemie (Stellen-Nr. 449)
1 zum 31. 12. 2004
Fachbereich 3 Raumplanung (Stellen-Nr. 295)

[10]) 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[11]) kw zum 31. 12. 2004
davon
1 Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessor/-in für den FB 3 Soziologie
1 Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessor/-in für den FB 3 Raumplanung

[12]) kw gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 i. d. F. des Hochschulstruktur-Konzeptes
1 zum 31. 12. 2004
Fachbereich 3 Raumplanung (Stellen-Nr. 221)

[13]) Leiter des Zentrums für Marine Biodiversitätsforschung im Rahmen eines gemeinsamen Berufungsverfahrens mit der Universität Oldenburg.

[14]) kw.

[15]) – Frei –.

[16]) Davon darf eine Stelle nur für die Personalratstätigkeit verwendet werden (Bibliotheksdienst).

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	2	Amtsrätin, Amtsrat gegen Fortfall von zwei Planstellen der Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11	4	Amtmännin/-frau, Amtmann gegen Fortfall von vier Planstellen der Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 10	3	Oberinspektorin, Oberinspektor gegen Fortfall von drei Planstellen der Bes.-Gr. A 9
Bes.-Gr. A 9	2	Inspektorin, Inspektor gegen Fortfall von zwei Planstellen der Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 6	1	Sekretärin, Sekretär infolge Verlagerung von der NLB Hannover
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 10 (Informatik) infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 15
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 11 (Literatur- und Sprachwissenschaften) gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2

Im Haushaltsjahr 2000 gemäß Nr. 3 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent	2	von Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent	2	von Bes.-Gr. C 2 davon 1 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor 1 Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)	2	von Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)

Im Haushaltsjahr 2000 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 1	1	von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für den FB 11 – Literatur- und Sprachwissenschaften

Im Haushaltsjahr 2000 gemäß Nr. 12 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)	1	von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent
Zusammen	22	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr A 13	1	Rätin, Rat
Bes.-Gr. A 11	2	Amtmännin/-frau, Amtmann gegen Schaffung von zwei Planstellen der Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 10	4	Oberinspektorin, Oberinspektor gegen Schaffung von vier Planstellen der Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 9	3	Inspektorin, Inspektor gegen Schaffung von drei Planstellen der Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 8	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär gegen Schaffung von zwei Planstellen der Bes.-Gr. A 9
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 10 (Informatik) infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 15
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 4 Wirtschaftswissenschaften (Stellen-Nr. 243) Vollzug HV Nr. 12
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 für den FB 11 (Literatur- und Sprachwissenschaften)

Im Haushaltsjahr 2000 gemäß Nr. 3 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	2	nach Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent
Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	1	nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent
Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)	1	nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent
Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)	2	nach Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)

Im Haushaltsjahr 2000 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)	1	nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent

Im Haushaltsjahr 2000 gemäß Nr. 12 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent	1	nach Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
Zusammen	23	
Bleibt Abgang	1	

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 16 Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat und 1 Medizinaloberrätin, Medizinaloberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 38 Akademische Rätin, Akademischer Rat

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 12 zu Bes.-Gr. C 3 (davon 1 zum 31. 12. 2001 Fachbereich 4 Wirtschaftswissenschaften (Stellen-Nr. 243).) ist vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 15 zu Bes.-Gr. C 4 (ku nach Bes.-Gr. C 3 bei Ausscheiden des Stelleninhabers (FB 10 Informatik).) ist vollzogen worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 14 Universität Osnabrück

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 5	1	1	1	Präsidentin, Präsident
B 2	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15[20])	12	12	13	Direktorin, Direktor
A 14[12])	26	27	28	Oberrätin, Oberrat
A 13[10])[21])	36	36	36	Rätin, Rat
A 13	3	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	4	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	6	6	6	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	15	15	15	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	11	11	11	Inspektorin, Inspektor
A 8	2	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	5	5	5	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	4	4	4	Sekretärin, Sekretär
C 4[4])	105	105	106	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	75	76	76	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	2	2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	1	1	2	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2[6])	17	17	16	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2[7])	1	1	2	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 2[7])	5	5	4	Oberassistentin, Oberassistent
C 1	43	43	43	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	376	378	381	Zusammen
				Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung:
A 13[8])	1	1	1	Rätin, Rat
C 3[8])[9])	2	2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	3	4	4	Zusammen
				Leerstellen[11]):
C 4	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
A 13	1	1	—	Rätin, Rat
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	4	4	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

Erste(r) Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
Zweite(r) Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
10 Dekan(e)/-innen	je 63,91 EUR mtl.

[2]) Frei.

[4]) 1 kw für den Fachbereich Mathematik/Informatik bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin (Prof. Bruns).

[5]) Frei.

[6]) 11 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.
1 kw spätestens zum 1. 4. 2009 – EZW –.

[7]) ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, 1 Fachbereich Kultur- und Geowissenschaften, 1 Fachbereich Physik, 1 FB Mathematik/Informatik, 1 FB Psychologie, 1 FB Erziehungs- und Kulturwissenschaften).

[8]) Davon je 1 kw (1 A 13 für den FB Biologie/Chemie [31. 12. 2004]; 1 C 3 für den FB Erziehungs- und Kulturwissenschaften [31. 12. 2003] 1 C 2 für den FB Sprach- und Literaturwissenschaften [31. 12. 2002] – Vollzug 2003 –) im Rahmen des Hochschulstrukturkonzepts.

[9]) 1 kw (FB 3 zum 31. 12. 2003) im Rahmen des Hochschulstrukturkonzepts.

[10]) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in. Medizinalrätin, Medizinalrat.

[11]) kw.

[12]) 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akad. Rätin, Akad. Rat zum 1. 4. 2002 – Vollzug 2003 –.

[17]) Frei.

[18]) 1 kw für den Fachbereich 6 zum 30. 9. 2002.

[19]) Frei

[20]) 1 kw zum 31. 12. 2004 (bei Inkrafttreten: Verlagerung nach 06 08 TGr. 74 im Rahmen der Innovationsoffensive).

[21]) 1 kw zum 31. 12. 2002 (bei Inkrafttreten: Verlagerung nach 06 08 TGr. 74 im Rahmen der Innovationsoffensive). – Vollzug 2003 –.

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätprofessor für den FB 2 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr.. A 15 – Direktorin, Direktor – (Vollzug HV Nr. 5)
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für den FB 8 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) –
Bes.-Gr. C 2	2	Oberassistentin, Oberassistent für die FB 2 und 3 gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. C 1 –Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent –
Bes.-Gr. C 1	2	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für den FB 2 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) – (Vollzug HV Nr. 7) 1 für den FB 5 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Oberassistentin, Oberassistent –
Zusammen	6	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für den FB 2 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – (Vollzug HV Nr. 5)
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für den Personalrat gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 7 (Vollzug HV Nr. 17)
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 2 (Vollzug HV Nr. 18)
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, (auf Zeit) Universitätsprofessor (auf Zeit) für den FB 8 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin, Hochschuldozent –
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für den FB 2 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 –Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. C 2	1	Oberassistentin, Oberassistent für den FB 5 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 –Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. C 1	2	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für die FB 2 und 3 gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. C 2 – Oberassistentin, Oberassistent –
Zusammen	9	
Bleibt Abgang	3	

Sonstige Veränderungen:

Der HV Nr. 2 zu Bes.-Gr. A 14 entfällt infolge Verlagerung zu den Stellen der Angestellten (Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst –).
Der HV Nr. 5 zu Bes.-Gr. A 15 (1 ku nach Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor) ist vollzogen worden.
Der HV Nr. 7 zu Bes.-Gr. C 2 (ku nach C 1 – Wissenschaftliche Assistentinnen, Wissenschaftlicher Assistent) ist wie folgt geändert worden:
1 Planstelle für den FB Biologie/Chemie ist vollzogen;
1 Planstelle für den FB Erziehungs- und Kulturwissenschaften ist hinzugekommen.
Der HV Nr. 17 zu Bes.-Gr. C 4 (1 kw für den FB 2) ist vollzogen worden.
Der HV Nr. 18 zu Bes.-Gr. C 3 ist hinsichtlich einer Planstelle vollzogen worden.
Der HV Nr. 19 zu Bes.-Gr. C 4/C 3 ist durch den Vollzug der HV Nr. 17 und Nr. 18 entfallen.

Erläuterungen für 2003:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für den FB 4 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr.. A 14 – Oberrätin, Oberrat – (Vollzug HV Nr. 12)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für den FB 4 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Rätin, Rat – (Vollzug HV Nr. 12)
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für den FB 4 (Vollzug HV Nr. 21)
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 6 (Vollzug HV Nr. 18)
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 7 (Vollzug HV Nr. 8)
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	3	

Sonstige Veränderungen:

Der HV Nr. 8 (C 2 bei den Planstellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung) ist 2003 vollzogen worden.
Der HV Nr. 12 (A 14): 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akad. Rätin/Akad. Rat – ist 2003 vollzogen worden.
Der HV Nr. 18 (C 3): 1 kw ist 2003 vollzogen worden.
Der HV Nr. 21 (A 13): 1 kw ist 2003 vollzogen worden.

Zusätzliche Erläuterungen:

Von den Planstellen entfallen auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1997, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

Bes.-Gr. A 12	Amtsrätin, Amtsrat davon 1 Bauamtsrätin, Bauamtsrat
Bes.-Gr. A 10	Oberinspektorin, Oberinspektor davon 1 Technische Oberinspektorin, Technischer Oberinspektor

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 9 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 2002 22 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte 2003 23 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 32 Akademische Rätinnen, Akademische Räte 1 Medizinalrätin, Medizinalrat

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 6	1	1	1	Präsidentin, Präsident
B 3	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15[18])	31	31	31	Direktorin, Direktor
A 14[2])	68	68	66	Oberrätin, Oberrat
A 13[4])[5])	71	71	73	Rätin, Rat
A 13	4	4	4	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	4	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[7])	10	10	10	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	12	12	12	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	9	9	9	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	2	2	2	Obersekretärin, Obersekretär
C 4[8])	141	142	144	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[9])	88	89	90	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[10])	8	8	10	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[12])[13])	12	13	14	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2[14])	6	6	12	Oberingenieurin, Oberingenieur Oberassistentin, Oberassistent
C 1	117	117	116	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	588	591	602	Zusammen
				Leerstellen:[15])
A 13	2	2	1	Rätin, Rat
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	2	2	Inspektorin, Inspektor
C 4	14	14	13	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 1	1	1	—	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	21	21	18	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
Erste(r) Vizepräsident/-in 153,39 EUR mtl.
Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident/-in je 127,82 EUR mtl.
10 Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl.
2 Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen je 63,91 EUR mtl.

[2]) 2 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Leichtweißinstitut für Wasserbau/Institut für Analysis – EDV-Nr. 1723).
1 kw spätestens zum 1. 10. 2005 –EZW – (Historisches Seminar)
2 kw zum 31. 12. 2004
davon
1 für das Institut für Geographie (St.-Nr. 1819)
1 kw zum 31. 12. 2004 für das Romanische Seminar (St.-Nr. 1968)

[3]) – Frei –.

[4]) 3 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Geographie und Geoökologie/Fachbereich Biowissenschaften und Psychologie/Institut für Biochemie und Biotechnologie).
1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Geographie und Geoökologie).

[5]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a
(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) nach Ausscheiden des Stelleninhabers
für das Institut für Betriebssysteme und Rechnerverbund.
Wirksamwerden des ku-Vermerkes:
(1 für das Institut für Robotik.)

[6]) – Frei –.

[7]) Die für 1998 neu ausgebrachte Planstelle darf nur mit eine(m)/-r Beamt(en)/-in besetzt werden, der/die mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt wird.
1 kw infolge ZV bis 2003.

[8]) Wirksamwerden des kw- und der ku-Vermerke:
(1 kw zum 31. 12. 2001 für das Institut für Oberflächentechnik (St.-Nr. 6782).
1 ku nach Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin/-professor – zum 1. 4. 2001 für das Institut für Maschinenelemente
1 ku nach Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin/-professor – zum 1. 10. 2002 für das Institut für Geographie)
1 ku nach Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin/-professor – zum 1. 10. 2003 für den FB Biowissenschaften und Psychologie
Stelle bleibt i.R.d. Innovationsoffensive im BS:
(1 zurückzuverlagern nach Kap. 06 29 bei Ausscheiden des Stelleninhabers für Allgemeine Techniklehre und ihre Didaktik)
1 kw (Stiftungsprofessur) zum 31. 03. 2008 für Bauwerkserhaltung und Tragwerk im Fachbereich Bauingenieurwesen.

[9]) Gem. § 9 Abs. 2 HG 1995/96 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes:
Wirksamwerden der kw-Vermerke:
(1 kw zum 31. 12. 2002 (Institut für Geowissenschaften – EDV-Nr. 6516).
1 kw zum 31. 12. 2003 (Institut für Pharmazeutische Chemie – EDV-Nr. 6677).
2 kw zum 31. 12. 2001
davon
1 für das Institut für Strömungsmechanik (St.-Nr. 6648).
1 für das Institut für Werkstoffkunde (St.-Nr. 7027).
1 kw zum 31. 12. 2002
für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nr. 6896).)
1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Geographie (Nr. 1816)
1 kw zum 31. 12. 2004
für das Institut für Zoologie (St.-Nr. 1908).
Wirksamwerden des kw-Vermerkes:
(1 kw zum 1. 4. 2001
für das Institut für Geometrie.)

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	

[10]) 1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Maschinenelemente (St.-Nr. 6507).
1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Pharmazeutische Chemie (St.-Nr. 6726).

[11]) – Frei –.

[12]) 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in (Institut für Geophysik und Meteorologie).
8 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Institut für Analysis, Institut für Theoretische Informatik, Historisches Seminar, 2 für das Institut für Sozialarbeitswissenschaften, Seminar für Psychologie, Seminar für englische und französische Sprache und deren Didaktik, Institut für Didaktik der Mathematik und Elementarmathematik).
1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in (Institut für Fachdidaktik der Naturwissenschaften).
Wirksamwerdens der kw-Vermerke:
(1 kw zum 31. 12. 2001
für das Institut für Strömungsmechanik (St.-Nr. 6857).
1 kw zum 31. 12. 2002
für das Institut für Humanbiologie (St.-Nr. 1912).)
1 zum 31. 12. 2004
für das Institut für Geographie (St.-Nr. 2126).

[13]) – Frei –.
Wirksamwerden des ku-Vermerkes:
(1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Botanisches Institut und Botanischer Garten).)

[14]) 5 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistenten/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Pharmakologie und Toxikologie/Institut für Anorganische und Analytische Chemie/Institut für Zoologie/Institut für elektrische Maschinen und Bahnen/Institut für Wirtschaftswissenschaften).
Wirksamwerden der ku-Vermerke + Nr. 6 der Allg. HV zu 06 08, 06 10 – 06 30:
(8 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistenten/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Mathematische Stochastik/ Institut für Geometrie/Institut für Physikalische und Theoretische Chemie/Institut für Genetik/2 für das Institut für Werkstoffe/Institut für Pharmakologie und Toxikologie/Institut für Anorganische und Analytische Chemie).)

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	

[15]) 2 Stellen A 13 und 1 Stelle A 10, 2 Stellen A 9, 1 Stelle C 4 und 1 Stelle C 1 kw.

13 Leerstellen der Bes.-Gr. C 4 dürfen nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens in Anspruch genommen werden, davon

7 durch die Technische Universität Braunschweig und die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung
2 durch die Technische Universität Braunschweig und die Fraunhofer-Gesellschaft
1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH
3 durch die Technische Universität Braunschweig und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR).

1 Leerstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – darf nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens durch die Technische Universität Braunschweig und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) in Anspruch genommen werden.

Umwidmung von GSF zur DLR:
(1 Stelle A 13 und 1 Stelle A 10, 2 Stellen A 9, 1 Stelle C 4 und 1 Stelle C 3 kw.

12 Leerstellen der Bes.-Gr. C 4 dürfen nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens in Anspruch genommen werden, davon

6 durch die Technische Universität Braunschweig und die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung
1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung
2 durch die Technische Universität Braunschweig und die Fraunhofer-Gesellschaft
1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH
2 durch die Technische Universität Braunschweig und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR).)

[16]) – Frei –.

[17]) – Frei –.

[18]) Wirksamwerden des ku-Vermerkes:
(1 ku zum 1. 4. 2001 nach Bes.-Gr. C 3
für Ältere Deutsche Sprache und Literatur
(Übernahme Fiebigerprofessur).)
1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Allgemeine Mechanik
(St.-Nr. 6460).
1 ku nach Bes.-Gr. A 14 bei Ausscheiden des Stelleninhabers für das Sportzentrum.

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang infolge Wirksamwerden der ku-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für das Seminar für Ältere Deutsche Sprache und Literatur von Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor 1 für das Institut für Maschinenelemente von Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent davon 1 für das Deutsche Seminar von Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor 1 für Allgemeine Pädagogik von Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	3	Oberingenieurin, Oberingenieur Oberassistentin, Oberassistent von Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Zoologie 1 für das Institut für Elektrische Maschinen und Bahnen 1 für das Institut für Wirtschaftswissenschaften
Bes.-Gr. C 1	10	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Werkstoffe unter Verlagerung zum Institut für Bioverfahrenstechnik von Bes.-Gr. C 2 Oberingenieurin, Oberingenieur 1 für das Institut für Botanik von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent 1 für das Englische Seminar von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent 7 von Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent davon 1 für das Institut für Mathematische Stochastik 1 für das Institut für Geographie 1 für das Institut für Geometrie 1 für das Institut für Angewandte Mathematik 1 für das Institut für Physikalische und Theoretische Chemie 1 für das Institut für Genetik 1 für das Institut für Analysis

Zugang infolge Umwandlung von Planstellen und Stellen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 14 für das Institut für Geowissenschaften
zu übertragen	18	

	Stellen	
noch Zugang:		
Übertrag:	18	
Bes.-Gr. A 14	3	Oberrätin, Oberrat davon 1 infolge Umwandlung von Verg.-Gr. I b Wissenschaftlicher Dienst für das Institut für Organische Chemie 1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. C 2 für das Institut für Elektromagnetische Verträglichkeit 1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 für die Allgemeine Verwaltung
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat infolge Umwandlung von Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Fabrikbetriebslehre
Zusammen	22	

Abgang infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Oberflächentechnik (St.-Nr. 6782)
Bes.-Gr. C 3	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für das Institut für Geometrie 1 für das Institut für Strömungsmechanik (St.-Nr. 6648) 1 für das Institut für Werkstofftechnik (St.-Nr. 7027)
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut für Strömungsmechanik (St.-Nr. 6857)

Abgang infolge Wirksamwerden der ku-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für das Seminar für Ältere Deutsche Sprache und Literatur nach Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für das Institut für Robotik und Prozessinformatik nach Verg.-Gr. II a Wissenschaftlicher Dienst (FwN)
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Maschinenelemente nach Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für das Deutsche Seminar nach Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent 1 für Allgemeine Pädagogik nach Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent
Bes.-Gr. C 2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent davon 1 für das Institut für Botanik nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent 1 für das Englische Seminar nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
zu übertragen	12	

– noch Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

noch Abgang:	Stellen	
Übertrag:	12	
	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	8	Oberingenieurin, Oberingenieur, Oberassistentin, Oberassistent nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Werkstoffe 1 für das Institut für Mathematische Stochastik 1 für das Institut für Geographie 1 für das Institut für Geometrie 1 für das Institut für Angewandte Mathematik 1 für das Institut für Physikalische und Theoretische Chemie 1 für das Institut für Genetik 1 für das Institut für Analysis
Bes.-Gr. C 1	3	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent 2, davon 1 für das Institut für Zoologie 1 für das Institut für Wirtschaftswissenschaften 1 nach Bes.-Gr. C 2 Oberingenieurin, Oberingenieur für das Institut für Elektrische Antriebe und Bahnen

Abgang infolge Umwandlung von Planstellen:

Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat nach Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor für das Institut für Geowissenschaften
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat nach Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat für die Allgemeine Verwaltung
Bes.-Gr. C 2	1	Oberingenieurin, Oberingenieur nach Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat für das Institut für Elektromagnetische Verträglichkeit
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent infolge Umwandlung nach . Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat für das Institut für Fabrikbetriebslehre

Abgang im Rahmen der Innovationsoffensive

Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für den FB Geistes- und Erziehungswissenschaften
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für den FB Biochemie und Psychologie

Sonstiger Abgang:

Bes.-Gr. C 1	4	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Maschinenelemente 1 für das Institut für Analysis 1 für das Institut für Psychologie 1 für das Institut für Geographie
Zusammen	33	
Bleibt Abgang	11	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Zusammen	5	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
Zusammen	1	
Insgesamt Zugang	4	

Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „höherer technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		Direktorin, Direktor davon 1 Baudirektorin, Baudirektor

Nicht der Allgemeinen Obergrenzen sind aus folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		Direktorin, Direktor davon 26 Akademische(r) Direktorin, - Direktor 1 Sportdirektorin, Sportdirektor
Bes.-Gr. A 14		Oberrätin, Oberrat davon 64 Akademische(r) Oberrätin, - Oberrat
Bes.-Gr. A 13		Rätin, Rat davon 67 Akademische(r) Rätin, - Rat 1 Akademische(r) Rätin, - Rat (auf Zeit)

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2003:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang infolge Wirksamwerden der ku-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Geographie
Zusammen	1	

Abgänge infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. C 3	2	Universitätsgprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nrn. 6516 und 6896)
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut für Humanbiologie (St.-Nr. 1912)

Abgang infolge Wirksamwerden der ku-Vermerke:

Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor nach Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Geographie
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	3	

Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „höherer technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Baudirektorin, Baudirektor

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 26 Akademische(r) Direktorin, - Direktor 1 Sportdirektorin, Sportdirektor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 64 Akademische(r) Oberrätin, - Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 67 Akademische(r) Rätin, - Rat 1 Akademische(r) Rätin, - Rat (a.Z.)

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 16 Technische Universität Clausthal

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	11	11	11	Direktorin, Direktor
A 14[9])	29	29	29	Oberrätin, Oberrat
A 13[9])	13	13	13	Rätin, Rat
A 13	2	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	2	2	2	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	4	4	4	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	7	7	7	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 8	1	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
C 4	51	51	51	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	37	37	37	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[10])	2	2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2	—	—	1	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 2	3	3	2	Oberassistentin, Oberingenieurin/ Oberassistent, Oberingenieur
C 1	32	32	32	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	198	198	198	Zusammen
				Leerstellen:[7])
A 10	—	—	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
C 4[8])	—	—	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 4[5])	1	1	1	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 3[11])	1	1	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	2	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1	Rektor/-in	115,04 EUR monatlich
2	Prorektoren/-innen	je 63,91 EUR monatlich
4	Dekane/-innen	je 63,91 EUR monatlich
2	Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen	je 63,91 EUR monatlich

[2]) – Frei –.

[3]) – Frei –.

[4]) – Frei –.

[5]) Davon 1 für ein gemeinsames Berufungsverfahren (Direktor des Forschungsinstituts für angewandte Geowissenschaften/Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben – GGA).

[6]) – Frei –.

[7]) kw.

[8]) – Frei –.

[9]) Davon 1 (A 14/A13) ku nach C 1 bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin (Institut für Schweißtechnik und Trennende Fertigungsverfahren).

[10]) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.

[11]) Abteilungsleiter Chemische Prozesse für ein Gemeinsames Berufungsverfahren mit der CUTEC-GmbH.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	1	Oberassistentin, Oberassistent für das Institut für Mathematik gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) am Institut für Informatik
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für das Institut für Informatik gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent am Institut für Mathematik
Zusammen	1	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Abgang:		
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 26 Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 13 Akademische Rätin, Akademischer Rat

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 17 Universität Hannover

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 7	1	1	—	Präsidentin, Präsident
B 6	—	—	1	Präsidentin, Präsident
B 4	1	1	—	Kanzlerin, Kanzler
B 3	—	—	1	Kanzlerin, Kanzler
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15[2])	55	55	56	Direktorin, Direktor
A 14[3])[5])	117	119	120	Oberrätin, Oberrat
A 13[6])	53	53	53	Rätin, Rat
A 13	2	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	7	7	7	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	10	10	10	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	22	22	22	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	9	9	9	Inspektorin, Inspektor
A 9[22])	1	1	—	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8[7])	3	3	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	4	4	4	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	7	7	7	Sekretärin, Sekretär
C 4[10])	203	203	202	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[11])	150	150	150	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[12])[13])	41	41	41	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	5	5	5	Oberingenieurin, Oberingenieur, Oberassistentin, Oberassistent
C 2[15])[16])	46	48	48	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 1[17])	159	159	159	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	898	902	901	Zusammen
				Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung[18]):
A 15	—	1	1	Direktorin, Direktor
C 2	—	—	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	1	1	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
	1	2	3	Zusammen
				Leerstellen:
C 4[19])	6	6	6	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[20])	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
A 15[21])	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 11[21])	2	2	2	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10[21])	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[21])	1	1	1	Inspektorin, Inspektor
	12	12	12	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
Erste(r) Vizepräsident/-in 153,39 EUR mtl.
Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident/-in je 127,82 EUR mtl.
17 Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl.
2 Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen je 63,91 EUR mtl.

[2]) 1 kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Halbleitertechnologie und Werkstoffe der Elektrotechnik).

1 kw spätestens zum 1. 4. 2008 –EZW– (Hochschulinternes Fernsehen).

Wirksamwerden des kw-Vermerkes:
(1 kw zum 31. 12. 2001
für das Institut für Berufspädagogik.)

1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut Mathematik.

2 kw zum 31. 12. 2004
davon
1 für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung
1 für das Institut für Pädagogik.

1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – für das Institut für Unternehmensplanung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

[3]) 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akademische(r) Rat/-Rätin – für das Institut für Festkörperphysik und 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – für das Institut für Getriebetechnik im Maschinenbau bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

3 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – für das Institut für Volkswirtschaftslehre bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

1 ku nach Verg.-Gr. II a –Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

Wirksamwerden der kw-Vermerke:
(2 kw zum 31. 12. 2001
davon
1 für das Institut für Grundlagen der Elektrotechnik
1 für das Institut für Sportwissenschaften.

2 kw zum 31. 12. 2002
davon
1 für das Englische Seminar
1 für das Institut für Berufspädagogik.)

1 kw zum 31. 12. 2003
für das Lehrgebiet für Rechtssoziologie.

2 kw zum 31. 12. 2004
davon
1 für das Rechenzentrum
1 für das Institut für Atom- und Molekülphysik.

1 kw zum 31. 12. 2004
für das Romanische Seminar.

1 kw 31. 12. 2005
für das Institut für Erwachsenenbildung.

1 Verlagerung nach Kap. 06 21 bei Ausscheiden des Stelleninhabers im Wege des Tausches gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 13.

[4]) – Frei –.

[5]) 1 kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Oberstudienrat/-rätin).

[6]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Institut für Statik).

2 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers
davon
1 für das Institut für Unternehmensbesteuerung
1 für das Institut für Volkswirtschaftslehre.

[7]) 1 ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[8]) – Frei –.

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	

[9]) – Frei –.

[10]) 2 kw zum 31. 12. 2003
davon
1 für das Institut für Organische Chemie
1 für das Lehrgebiet für Rechtssoziologie.

3 kw zum 31. 12. 2004
davon
1 für das Institut für Anorganische Chemie
1 für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung
1 für das Institut für Erziehungswissenschaften.

1 kw (Stiftungsprofessur) zum 31. 12. 2006 für Software-Engineering

[11]) 1 von Kap. 06 08 übernommene Planstelle wird sofort nach ihrem Freiwerden in das Kap. 06 08 zurückverlagert (Psychologisches Institut).

[12]) 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Institut für Erziehungswissenschaften).

1 kw zum 31. 12. 2004
für das Philosophische Seminar

[13]) 2 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen:

1 für das Geodätische Institut

1 für den Fachbereich Erziehungswissenschaften I (Lehrgebiet Schulpädagogik)

[14]) – Frei –.

[15]) Davon 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für das Historische Seminar.

1 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Hochschuldozent/-in).

37 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gemäß Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen HV zu den Kap. 06 08, 06 10 – 06 30 (Institut für Theoretische Physik/Institut für Botanik/Institut für Geobotanik/Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie/Institut für Landesplanung und Raumforschung/Institut für Grundbau, Bodenmechanik und Energiewasserbau/Institut für Angewandte Genetik/Institut für Berufspädagogik/Englisches Seminar/Psychologisches Institut/Lehrgebiet Psychologie/Lehrgebiet Erwachsenenbildung/Lehrgebiet Allgemeine Erziehungswissenschaften/Lehrgebiet Schulpädagogik/Lehrgebiet Bildende Kunst und Textiles Gestalten/Lehrgebiet Lernbehindertenpädagogik/Institut für das Ländliche Bau- und Siedlungswesen/Lehrgebiet Deutsche Literatur und ihre Didaktik/Lehrgebiet Allgemeine Erziehungswissenschaften/Lehrgebiet Psychologie der Behinderten/Lehrgebiet Evangelische Theologie/Institut für Massivbau/Institut für Biophysik).

Jeweils 2 für das Institut für Politische Wissenschaften/Seminar für Deutsche Literatur und Sprache/Fachbereich Rechtswissenschaften/Lehrgebiet Soziologie/Lehrgebiet Geographie und ihre Didaktik und 4 für das Historische Seminar.

Wirksamwerden des kw-Vermerkes:
(1 kw zum 31. 12. 2002 – für das Seminar für Deutsche Literatur und Sprache.)

1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Theoretische Physik.

Wirksamwerden des kw-Vermerkes:
(1 kw zum 31. 12. 2002
für das Institut für Biophysik.)

1 ku nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – für das Institut für Volkswirtschaftslehre bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

[16]) 5 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Mineralogie/Institut für Technische Chemie/Lehrgebiet Deutsche Sprache und ihre Didaktik/Psychologisches Institut/Institut für Gestaltung und Darstellung).

[17]) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Ländliches Bau- und Siedlungswesen).

[18]) kw

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	

[19]) 3 Leerstellen dürfen nur zur Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren in Anspruch genommen werden, davon

1 durch die Universität Hannover und das Institut für Solarenergieforschung,

1 durch die Universität Hannover und die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V.

1 durch die Universität Hannover und das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung,

3 Leerstellen kw.

[20]) 1 Leerstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessor/-in – darf nur für ein gemeinsames Berufungsverfahren durch die Universität Hannover und das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. zur Besetzung der Stelle des/der stellvertretenden Institutsleiter(s)/-in in Anspruch genommen werden.

[21]) kw.

[22]) ku nach Bes.-Gr. A 8 nach Ausscheiden des Stelleninhabers gemäß Nr. 8 Abs. 2 der Allg. Bestimmungen 2001.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S 668):

	Stellen	
Bes.-Gr. B 7	1	Präsidentin, Präsident
Bes.-Gr. B 4	1	Kanzlerin, Kanzler

Zugang infolge Verlagerung:

Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für den Fachbereich Biologie von Kapitel 06 21
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für das Lehramt GHR von Kapitel 06 08
Bes.-Gr. A 9	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor für die Zentrale Verwaltung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 8	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär für die Zentrale Verwaltung von Kapitel 04 20
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (Stiftungsprofessur) für Software-Engineering)
Zugang insgesamt	7	

Abgang gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S 668):

	Stellen	
Bes.-Gr. B 6	1	Präsidentin, Präsident
Bes.-Gr. B 3	1	Kanzlerin, Kanzler

Abgang infolge Verlagerung:

Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für den Fachbereich Biologie nach Kapitel 06 21

Abgang infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für das Institut für Berufspädagogik
Bes.-Gr. A 14	2	Oberrätin, Oberrat davon 1 für das Institut für Grundlagen der Elektrotechnik 1 für das Institut für Sportwissenschaften
Insgesamt	6	
Bleibt Zugang	1	

Abgang von Stellen nach § 15 SoUrlVO infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Politische Wissenschaft
Insgesamt	1	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor als Leiter des Studienkollegs für ausländische Studierende
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 41 Akademische(r) Direktorin, - Direktor 9 Studiendirektorin, Studiendirektor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 106 Akademische(r) Oberrätin, - Oberrat 6 Oberstudienrätin, Oberstudienrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 50 Akademische(r) Rätin, - Rat 1 Akademische(r) Rätin, - Rat (a.Z.) 2 Studienrätin, Studienrat

Stellen zu 422 31:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Akademische(r) Direktorin, - Direktor

Erläuterungen für 2003:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Abgang infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	Oberrätin, Oberrat davon 1 für das Englische Seminar 1 für das Institut für Berufspädagogik
Bes.-Gr. C 2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent davon 1 für das Seminar für deutsche Literatur und Sprache 1 für das Institut für Biophysik
Insgesamt	4	

Abgang von Stellen nach § 15 SoUrlVO infolge Wirksamwerden der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für das Institut für Mathematik
Insgesamt	1	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor als Leiter des Studienkollegs für ausländische Studierende
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 41 Akademische(r) Direktorin, - Direktor 9 Studiendirektorin, Studiendirektor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 104 Akademische(r) Oberrätin, - Oberrat 6 Oberstudienrätin, Oberstudienrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 50 Akademische(r) Rätin, - Rat 1 Akademische(r) Rätin, - Rat (a.Z.) 2 Studienrätin, Studienrat

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 18 Hochschule Vechta

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 15[3])	4	4	4	Direktorin, Direktor
A 14	7	7	7	Oberrätin, Oberrat
A 13	8	8	8	Rätin, Rat
A 13	1	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	2	2	2	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 9	2	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 6	2	2	2	Sekretärin, Sekretär
C 4	14	14	13	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	33	33	32	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	3	3	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[2])	5	5	5	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 1	7	7	6	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	88	88	85	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30 und 06 10 bis 06 39 zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

Rektorin/Rektor	115,04 EUR mtl.
Zwei Prorektorinnen/ Prorektoren	je 63,91 EUR mtl.

[2]) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30.

[3]) 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Umweltwissenschaften gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –

Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen

Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Physik infolge Verlagerung von Kap. 06 08
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Chemie infolge Verlagerung von Kap. 06 08
Zusammen	3	

Zusätzliche Erläuterungen:

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 3 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 4 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 8 Akademische Rätinnen, Akademische Räte

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 19 Medizinische Hochschule Hannover

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	1	Kanzlerin/Kanzler
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	2	Leitende Direktorin/ Leitender Direktor
A 15[17])	12	12	12	Direktorin/Direktor
A 14[17])	34	34	34	Oberrätin/Oberrat
A 13[2])[14])	15	15	15	Rätin/Rat
A 13[13])	5	5	5	Oberamtsrätin/Oberamtsrat
A 12	5	5	5	Amtsrätin/Amtsrat
A 11	5	5	5	Amtmännin/-frau/Amtmann
A 10	13	13	13	Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	2	2	2	Inspektorin/Inspektor
C 4[16])[18])	63	63	64	Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor
C 3[4])[6])[18])	44	44	44	Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor
C 3[11])[17])	11	11	11	Universitätsprofessorin (auf Zeit)/ Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2[12])	21	21	21	Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor
C 2[2])	29	29	29	Universitätsprofessorin (auf Zeit)/ Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2[16])	5	5	5	Hochschuldozentin/Hochschuldozent
C 2[17])	4	4	4	Hochschuldozentin (auf Zeit)/ Hochschuldozent (auf Zeit)
C 1[5])[6])[7])	75	75	75	Wissenschaftliche Assistentin/ Wissenschaftlicher Assistent
	346	346	347	Zusammen
				Stellen der gem. § 15 SUVO freigestellten Beamten und Beamtinnen:[15])
B 3	—	—	1	Kanzlerin/Kanzler
A 13	2	2	3	Rätin/Rat
	2	2	4	Zusammen
				Leerstellen[8]):
A 10	3	3	3	Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	2	2	2	Inspektorin/Inspektor
C 4[9])	5	5	5	Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor
	10	10	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachstehend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1 Rektor/-in	230,08 EUR mtl.
1 1. Prorektor/-in	153,39 EUR mtl.
1 2. Prorektor/-in	127,82 EUR mtl.
1 Leiter/-in des zentralen Kollegialorgans	63,91 EUR mtl.

[2]) Die am 1. 1. 1986 mit Oberassistenten/-innen und Oberärzten/-innen der Bes.-Gr. AH 2 oder mit Wissenschaftlichen Assistenten/-innen der Bes.-Gr. A 13 besetzten Stellen dürfen für die Stelleninhaber/-innen bis zu ihrem Ausscheiden in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch für Angestellte, soweit sie bisher auf diesen Stellen geführt wurden.

Wissenschaftliche Assistenten/-innen erhalten, soweit sie mit selbständiger Lehrtätigkeit beauftragt sind, eine Stellenzulage gemäß Fußnote 14 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO 1974 in Verbindung mit dem Gem. RdErl. des MK und des MF vom 18. 1. 1973 (Nds. MBl. 1973 S. 116).

[4]) 3 ku nach Bes.-Gr. C 2, davon 2 ku nach Bes.-Gr. C 2 (Hochschuldozent/-in) und 1 ku nach Bes.-Gr. C 2 (Hochschuldozent/-in auf Zeit).

[5]) Bis zu 50 v. H. der Stellen dürfen verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§ 65 Abs. 3 Satz 4 NHG).

Besetzte Stellen, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, dürfen für Ersatzkräfte im Angestelltenverhältnis in Anspruch genommen werden.

[6]) Werden Stellen für Wissenschaftliche Assistenten/-innen mit Angestellten in einem befristeten Arbeitsverhältnis besetzt und wird die Arbeitszeit dann auf die Hälfte herabgesetzt, dürfen die Stellen für je 2 Kräfte in Anspruch genommen werden.

[7]) Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte/-innen (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. I b BAT einzustufen sind, wenn die Stellen gem. Haushaltsvermerk Nr. 5 mit Angestellten besetzt sind.

[8]) kw.

[9]) Davon 3 für Toxikologie- und Aerosolforschung und 1 für das Institut für experimentelle und klinische Peptidforschung und 1 für die Abt. Biophysikalische Chemie.

[11]) Davon
1 kw zum 31. 12. 2005 (Forschergruppe Humane Stammzellen).

[12]) 1 kw zum 31. 3. 2007 (Abt. Nephrologie).

[13]) Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. der Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13, Anlage 1 zum BBesG.

[14]) davon 1 (Med. Chemie) zum 1. 1. 2005 zu verlagern in das Kap. 06 08.

[15]) kw
1 A 13 zum 30. 6. 2004
1 A 13 zum 30. 11. 2004.

[16]) je 1 kw 6 Jahre nach Besetzung der Planstellen für Versicherungsmedizin.

[17]) Bis zu 30 Planstellen insgesamt für Universitätsprofessoren a. Z., Hochschuldozenten, Hochschuldozenten a. Z., Oberassistenten, Akademische Oberräte und Akademische Direktoren jeweils mit oberärztlichen Aufgaben können im Rahmen außertariflicher Angestelltenverträge besetzt werden.

[18]) Bis zu 50 der Planstellen für Universitätsprofessoren mit ärztlichen Aufgaben können auch im Rahmen außertariflicher Chefarztverträge besetzt werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Abt. Biomedizinische Technik und Krankenhaustechnik infolge Wirksamwerdens des ku-Vermerks (HV Nr. 3)
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Kanzlerin, Kanzler infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks (HV Nr. 15)
Bes.-A 13	1	Rätin, Rat infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks (HV Nr. 15)
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Abt. Nephrologie infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks (HV Nr. 10)
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Abteilung Biomedizinische Technik und Krankenhaustechnik infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks (HV Nr. 3)
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	3	

Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

Bes.-Gr. A 13	Oberamtsrätin, Oberamtsrat davon 1 Bauoberamtsrätin, Bauoberamtsrat

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende(r) Akademische(r) Direktorin, Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische(r) Direktorin, Direktor 1 Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 30 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat 1 Pharmazieoberrätin, Pharmazieoberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 15 Akademische(r) Rätin, Rat

Sonstige Veränderungen:

Der HV Nr. 3 (1 ku nach Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessor/-in – bei Ausscheiden des Stelleninhabers – Abt. Biomedizinische Technik und Krankenhaustechnik –.) ist vollzogen worden.

Der HV Nr. 10 (1 kw zum 30. 9. 2001 [Abt. Nephrologie].) ist vollzogen worden.

Der HV Nr. 11 (1 kw zum 31. 12. 2005 (Forschergruppe Humane Stammzellen).) ist verändert worden.

Der HV Nr. 15

(kw

1 B 3 zum 30. 4. 2001
1 A 13 zum 30. 4. 2001
1 A 13 zum 30. 6. 2004
1 A 13 zum 30. 11. 2004.)

ist teilweise vollzogen werden

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 21 Tierärztliche Hochschule Hannover

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
B3	1	1	—	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 15	9	9	9	Direktorin, Direktor
A 14[2])	14	14	15	Oberrätin, Oberrat
A 13[3])	17	17	16	Rätin, Rat
A 13	2	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	1	1	1	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	5	5	5	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	1	Inspektorin, Inspektor
C 4	25	25	25	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[4])	37	37	37	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	2	2	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[6])	3	3	4	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2[5])	5	5	5	Oberassistentin, Oberassistent
C 1	41	41	41	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	165	165	166	Zusammen
				Stellen nach § 15 Sonderurlaubsverordnung:[9])
A 15	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	1	Oberrätin, Oberrat
	2	2	2	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[8])	1	1	1	Rätin, Rat
C 4[7])	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[8])	—	—	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	2	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1 Rektor/-in 115,04 EUR mtl.
2 Prorektoren/-innen je 63,91 EUR mtl.

[2]) Davon 3 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akademische(r) Rat/Rätin – nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, deren Stellen im Rahmen des Übernahmeverfahrens gem. § 148 Abs. 11 NHG von Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – umgewandelt wurden (Physiologisches Institut, Institut für Mikrobiologie und Tierseuchen, Klinik für Geburtshilfe und Gynäkologie des Rindes).

[3]) Aus den Stellen können für Fachtierärzt(e)/-innen bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen auch Vergütungen nach Verg.-Gr. I b BAT geleistet werden.

[4]) Davon darf eine Stelle (Senat) nur mit Zustimmung des AfHuF und des AfWuK besetzt werden.

[5]) Davon 2 ku bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in.

[6]) Davon 1 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.

[7]) kw.
Die Leerstelle darf nur für die Dauer der Besetzung im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit der FhG in Anspruch genommen werden.

[8]) kw.

[9]) kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Präsidentin, Präsident gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für das Institut für Tierökologie und Zellbiologie infolge Verlagerung von Kapitel 06 17
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin, Hochschuldozent –
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für das Institut für Tierökologie und Zellbiologie infolge Verlagerung nach Kapitel 06 17
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Mikrobiologie und Tierseuchen gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. B 3 – Präsidentin, Präsident –
zu übertragen	2	

noch Abgang:	Stellen	
Übertrag	2	
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses –
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
Zusammen:	4	
Bleibt Abgang	1	

Zusätzliche Erläuterungen

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 8 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 14 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 14 Akademische Rätinnen, Akademische Räte 2 Akademische Rätinnen, Akademische Räte auf Zeit

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 22 Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 2	1	1	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
A 15	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 15	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	—	Oberrätin, Oberrat
A 13	—	—	1	Rätin, Rat
A 13	1	1	1	Oberamtsrätin,Oberamtsrat
A 12	2	2	2	Amtsrätin, Amtsrat
C 4	22	22	23	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	18	18	17	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2	10	10	11	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 1	5	5	5	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	64	64	65	Zusammen
				Leerstellen:[2])
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich
2. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich

[2]) kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	Absenkung von Bes.-Gr. C 4
Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat	1	Hebung von Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	Absenkung nach Bes.-Gr. C 3 (Finanzierung Hebungen Bes.-Gr. A 13 nach Bes.-Gr. A 14 und Verg.-Gr. VII nach Verg.-Gr. VI b BAT)
Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –
Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat	1	Hebung nach Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	1	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon Akademische Direktorin, Akademischer Direktor
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon Akademische Rätin, Akademischer Rat

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1

(Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich
2. Vizepräsident/-in 63,91 EUR monatlich)

ist verändert worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 23 Hochschule für Musik und Theater Hannover

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 2	1	1	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
A 15	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 14	2	2	2	Oberrätin, Oberrat
A 13	—	—	1	Rätin, Rat
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	1	1	1	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
C 4	34	34	36	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3[3])[4])	36	36	34	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	28	28	28	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	1	1	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent (auf Zeit)
	106	106	107	Zusammen
				Leerstellen:[2])
C 4	1	1	1	Universitätsprofessor/-in

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Für die Dauer der Amtstätigkeit als Vizepräsidenten/-innen erhalten Stellenzulagen:
2 Stelleninhaber/-innen je 63,91 EUR monatlich

[2]) kw.

[3]) 1 kw zum 30. 9. 2003.

[4]) 1 kw zum 31. 12. 2006.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	Medienausbildung gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	Stiftungsprofessur Chorleitung und Dirigieren des Stifts- und Förderkreises Knabenchor Hannover e. V.
Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	2	je 1 Musikwissenschaften/Musikethnologie, Szene/Ensemble gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor Musikwissenschaften/Musikethnologie und Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor Szene/Ensemble
Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	Musiktheorie gegen Fortfall einer Stelle der Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor Komposition
Zusammen	5	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	Medienausbildung infolge Verlagerung der Stelle an die Universität Göttingen (Kap. 06 10)
	2	gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Fach Musikwissenschaften/Musikethnologie und einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Fach Komposition
Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Fach Medienausbildung
Bes.-Gr. C 2 Universitätsprofessorin/ Universitätsprofessor	1	gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Fach Szene/Ensemble
Bes.-Gr. A 13 Akademische Rätin/ Akademischer Rat	1	gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Wissenschaftlicher Dienst –
Zusammen	6	
Verbleibt Zugang/ Abgang	1	

Zusätzliche Erläuterungen:

Nicht der Allgemeinen Obergrenze ist aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 2 Akademische Oberräte, Akademischer Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon Akademische Rätin, Akademischer Rat

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk Nr. 1

[1]) Für die Dauer der Amtstätigkeit als Vizepräsidenten/-innen erhalten Stellenzulagen:

2 Stelleninhaber/-innen je 63,91 EUR monatlich

ist verändert worden.

Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 29 Universität Hildesheim

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	1	Präsident/-in
				Aufsteigende Gehälter:
A 15	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 15	9	9	9	Direktorin, Direktor
A 14[9])	16	16	15	Oberrätin, Oberrat
A 13	20	20	21	Rätin, Rat
A 13	1	1	—	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	2	2	2	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 7	1	1	1	Obersekretärin, Obersekretär
C 4[10])[14])	24	24	24	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	26	26	24	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2[6])	2	2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	1	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2	4	4	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2[5])	2	2	2	Oberassistentin, Oberassistent
C 1	8	8	8	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	122	122	117	Zusammen
				Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung[13]):
A 14	2	2	2	Oberrätin, Oberrat
	2	2	2	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[11])	—	1	1	Rätin, Rat

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1. Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
2. Vizepräsident/-in	63,91 EUR mtl.
4 Dekan(e)/-innen	je 63,91 EUR mtl.

[5]) 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in – nach Ausscheiden des Stelleninhabers (FB Kulturwissenschaften und Ästhetische Kommunikation – Angewandte Sprachwissenschaft –).
1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) oder Künstlerische(r) Assistent/-in – bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.

[6]) 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers im FB II – Kulturwissenschaften und Ästhetische Kommunikation –.

[9]) 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber, davon
1 spätestens zum 1. 10. 2005 und
1 spätestens zum 1. 4. 2006 – EZW.

[10]) 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers im FB Erziehungswissenschaften, spätestens zum 1. 10. 2003.

[11]) kw zum 31. 3. 2002 – Vollzug 2003 –.

[13]) kw (FB IV) zum 31. 12. 2004.

[14]) 1 kw spätestens zum 1. 4. 2005 – EZW – FB I – Institut für Sozialwissenschaften.

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat infolge Verlagerung von Kap. 06 33
Bes.-Gr. C 3	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für den Fachbereich III gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 – Direktorin, Direktor – 1 für den Fachbereich I gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
Zusammen	3	

Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen:

Bes.-Gr. A 15	1	Akad. Direktorin, Akad. Direktor von Kapitel 06 08
Bes.-Gr. A 14	2	Akad. Oberrätin, Akad. Oberrat von Kapitel 06 08
Bes.-Gr. A 13	2	Akad. Rätin, Akad. Rat von Kapitel 06 08 und 06 15
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor von Kapitel 06 08
Bes.-Gr. C 2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent von Kapitel 06 08
Zusammen	8	
Zugang insgesamt	11	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für den Fachbereich III gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für den Fachbereich IV infolge Vollzugs HV Nr. 9
Bes.-Gr. A 13	3	Rätin, Rat davon 1 für den Fachbereich I gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a – Lehrkraft für besondere Aufgaben – 2 für den Fachbereich I bzw. II gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den Fachbereich IV (alt) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – im Fachbereich I
Zusammen	6	
Bleibt Zugang	5	

Sonstige Veränderungen:

Der HV Nr. 9

[9]) 3 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber, davon
1 spätestens zum 1. 4. 2001,
1 spätestens zum 1. 10. 2005 und
1 spätestens zum 1. 4. 2006 – EZW.

ist verändert worden.

Erläuterungen für 2003:

Sonstige Veränderungen:

Der HV Nr. 11
[11]) kw zum 31. 3. 2002
ist 2003 vollzogen worden.

Zusätzliche Erläuterungen:

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 8 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 16 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 17 Akademische Rätinnen, Akademische Räte

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 30 Universität Lüneburg

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 4	1	1	—	Präsidentin, Präsident
B 3	—	—	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	—	Kanzlerin, Kanzler
A 15	—	—	1	Kanzlerin, Kanzler
A 15	4	4	4	Direktorin, Direktor
A 14[5])	14	14	14	Oberrätin, Oberrat
A 13	15	15	13	Rätin, Rat
A 13	1	1	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	2	2	2	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 10	3	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 7	3	3	3	Obersekretärin, Obersekretär
C 4	33	33	32	Universitätsprofessorin, -professor
C 3	31	31	31	Universitätsprofessorin, -professor
C 2[6])	9	9	9	Universitätsprofessorin, -professor
C 2[2])	8	8	9	Hochschuldozentin, -dozent
C 1	13	13	13	Wissenschaftliche(r) Assistentin -Assistent
	139	139	138	Zusammen
				Leerstellen:[4])
C 3	1	1	1	Universitätsprofessorin, -professor

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1 1. Vizepräsident/-in 63,91 EUR mtl.
1 2. Vizepräsident/-in 63,91 EUR mtl.
1 3. Vizepräsident/-in 63,91 EUR mtl.
4 Dekan(e)/-innen je 63,91 EUR mtl.

[2]) 5 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.

[4]) kw.

[5]) 1 kw spätestens zum 1. 4. 2005 – EZW –,
1 kw spätestens zum 1. 10. 2009 – EZW –.

[6]) 1 kw spätestens zum 1. 4. 2006 – EZW –,
1 kw spätestens zum 1. 10. 2006 – EZW –.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Präsidentin, Präsident Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 16	1	Kanzlerin, Kanzler Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 13	2	Rätin, Rat davon 1 für den Fachbereich I (Erziehungswissenschaften) gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – – Vollzug HV Nr. 10 – 1 für die Verwaltung gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrätin, Oberamtsrat –
Bes.-Gr. C 4	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 (neu) für den Fachbereich II (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) 1 für den Fachbereich I (Erziehungswissenschaften) infolge Verlagerung von Kapitel 06 08
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den Fachbereich I (Erziehungswissenschaften) gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 4 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – – Vollzug HV Nr. 9 –
Zusammen	7	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Präsidentin, Präsident Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 15	1	Kanzlerin, Kanzler Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Rätin, Rat –
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den Fachbereich I (Erziehungswissenschaften) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – (Vollzug HV Nr. 9)
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den Fachbereich I (Erziehungswissenschaften) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Rätin, Rat – (Vollzug HV Nr. 10)
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für den Fachbereich I (Erziehungswissenschaften) (Vollzug HV Nr. 11)
Zusammen	6	
Bleibt Zugang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 (C 4)

[9]) 1 ku nach Bes.-Gr. C 3 zum 1. 4. 2001 (Sachunterricht).

ist vollzogen worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 (C 3)

[10]) 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 zum 1. 4. 2001 (DP. Nr. 0050).

ist vollzogen werden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 11 (C 2)

[11]) 1 kw zum 31. 12. 2001 im Rahmen des Hochschulstrukturkonzeptes (Schulpädagogik).

ist vollzogen worden.

Zusätzliche Erläuterungen:

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 3 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 13 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 13 Akademische Rätinnen, Akademische Räte

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 33 Fachhochschule Osnabrück

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 4	1	1	—	Präsidentin, Präsident
B 3	—	—	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
				Verwaltungsdienst
A 16	1	1	—	Kanzlerin, Kanzler
A 15	—	—	1	Kanzlerin, Kanzler
A 14	1	1	—	Oberrätin, Oberrat
A 13	—	—	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	2	2	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	2	2	2	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
A 10	1	1	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	—	—	1	Inspektorin, Inspektor
				Lehrkräfte
C 3	128	128	128	Professorin, Professor
C 2[3])[4])	89	89	89	Professorin, Professor
	225	225	226	Zusammen
				Leerstellen:[2])
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	1	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten je 63,91 EUR mtl.
7 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) kw.

[3]) 1 kw zum 31. 12. 2003 für vorgezogene Berufungen.

[4]) Davon 2 zu verlagern nach 06 08 (zugunsten 06 37)
1 Planstelle zum 31. 12. 2003
1 Planstelle zum 31. 12. 2004
(Umsetzung der Innovationsoffensive).

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Präsidentin, Präsident Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 16	1	Kanzlerin, Kanzler Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat
Bes.-Gr. A 12	1	Amtsrätin, Amtsrat gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11	2	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann gegen Fortfall von zwei Planstellen der Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 11 Vollzug des HV Nr. 2
Zusammen	7	
Bleibt Abgang	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Präsidentin, Präsident Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 15	1	Kanzlerin, Kanzler Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat infolge Verlagerung nach Kap. 06 29
Bes.-Gr. A 11	2	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann davon 1 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 12 1 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 10 (Vollzug des HV Nr. 2)
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor gegen Schaffung von zwei Planstellen der Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 9	1	Inspektorin, Inspektor
Zusammen	8	

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Bes.-Gr. A 11 (Davon 1 ku nach Bes.-Gr. A 10.) ist vollzogen worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 34 Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 4	1	1	—	Präsidentin, Präsident
B 3	—	—	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
				Verwaltungsdienst
A 16	1	1	—	Kanzlerin, Kanzler
A 15	—	—	1	Kanzlerin, Kanzler
A 13	1	1	1	Rätin, Rat
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 10	4	4	4	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	—	—	—	Inspektorin, Inspektor
				Lehrkräfte
C 3[3])	112	112	113	Professorin, Professor
C 2[4])	73	73	74	Professorin, Professor
A 13[5])	1	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
	194	194	196	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident 63,91 EUR mtl.
1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident 63,91 EUR mtl.
10 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) – Frei –

[3]) Davon zu verlagern nach Kap. 06 08 im Rahmen der Innovationsoffensive:
1 Planstelle der Bes.-Gr. C 3 zum 31. 12. 2004 (zugunsten der FH Braunschweig/Wolfenbüttel – ku nach Bes.-Gr. C 2).

[4]) Davon 1 kw zum 31. 12. 2004 für vorgezogene Berufungen im Rahmen der Innovationsoffensive.

[5]) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Präsidentin, Präsident Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 16	1	Kanzlerin, Kanzler Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Präsidentin, Präsident Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 15	1	Kanzlerin, Kanzler Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 2
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 2
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	2	

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Bes.-Gr. C 3 und C 2 (Je 1 kw zum 31. 12. 2001 (Stiftungsprofessuren FB Wirtschaft).) ist vollzogen worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 36 Fachhochschule Nordostniedersachsen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
				Verwaltungsdienst
A 15	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 13	1	1	1	Rätin, Rat
A 11	2	2	2	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	2	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
				Lehrkräfte
C 3	77	77	76	Professorin, Professor
C 2	54	54	53	Professorin, Professor
A 13[2])	4	4	4	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
	142	142	140	Zusammen
				Leerstellen:[3])
C 3	1	1	—	Professorin, Professor
	1	1	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident je 63,91 EUR mtl.
1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident je 63,91 EUR mtl.
7 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) 4 ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers

[3]) kw

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kap. 06 39 (Umsetzung der Innovationsoffensive)
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kap. 06 39
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	2	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor
Zusammen	1	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 37 Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 4	1	1	—	Präsidentin, Präsident
B 3	—	—	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
				Verwaltungsdienst
A 16	1	1	—	Kanzlerin, Kanzler
A 15	—	—	1	Kanzlerin, Kanzler
A 13	1	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	4	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	2	2	1	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
A 10	2	2	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	—	—	1	Inspektorin, Inspektor
				Lehrkräfte
C 3[2])[3])[4])	102	102	102	Professorin, Professor
C 2	65	65	65	Professorin, Professor
A 13[5])	2	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
	180	180	181	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1 Vizepräsidentin, Vizepräsident 63,91 EUR mtl.
10 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) Davon 2 Stiftungsprofessuren für das Institut für Fahrzeugbau.

[3]) Davon 1 Stiftungsprofessor für den FB Gesundheitswesen – Studiengang Krankenversicherungsmanagement, kw zum 31. 12. 2003.

[4]) Davon 2 Stiftungsprofessuren für den Fachbereich Transport- und Verkehrswesen –
1 ku nach C 2 zum 31. 12. 2005
1 ku nach C 2 zum 31. 12. 2006.

[5]) ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Präsidentin, Präsident Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 16	1	Kanzlerin, Kanzler Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 11	1	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 10
Zusammen	3	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Präsidentin, Präsident Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 15	1	Kanzlerin, Kanzler Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 9	1	Inspektorin, Inspektor
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	1	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 38 Fachhochschule Hannover

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 4	1	1	—	Präsidentin, Präsident
B 3	—	—	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
				Verwaltungsdienst
A 16	1	1	—	Kanzlerin, Kanzler
A 15	—	—	1	Kanzlerin, Kanzler
A 13	1	1	1	Rätin, Rat
A 13	1	1	—	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	2	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	3	3	3	Amtmännin, Amtfrau, Amtmann
A 10	4	4	4	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	3	3	3	Inspektorin, Inspektor
				Lehrkräfte
C 3[4])[6])	131	133	134	Professorin, Professor
C 2	84	84	86	Professorin, Professor
A 12[5])	7	7	8	Fachlehrerin, Fachlehrer
A 12	5	5	4	Amtsrätin, Amtsrat
	242	244	247	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten je 63,91 EUR mtl.
8 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) – Frei –

[3]) – Frei –

[4]) Verlagerung von 2 Stellen zum 31. 12. 2003 nach Kapitel 06 08 im Rahmen der Innovationsoffensive davon
1 im FB Bildende Kunst und
1 im FB Design und Medien
(1 Stelle zugunsten der FH Nordostniedersachsen und 1 Stelle zugunsten der FH Braunschweig/Wolfenbüttel)

[5]) 7 ku nach IV a BAT mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

[6]) Davon eine Stiftungsprofessur für den FB Wirtschaft – kw zum 1. 9. 2006.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Präsidentin, Präsident Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 16	1	Kanzlerin, Kanzler Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 12	1	Amtsrätin, Amsrat gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 12 Fachlehrerin, Fachlehrer Vollzug des HV Nr. 5
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 12 Amtsrätin, Amtsrat
Zusammen	4	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Präsidentin, Präsident Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 15	1	Kanzlerin, Kanzler Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor Abgang infolge Umsetzung des Fachhochschulstrukturkonzeptes Vollzug des HV Nr. 2
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor Abgang infolge Umsetzung des Fachhochschulstrukturkonzeptes Vollzug des HV Nr. 2
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a
Bes.-Gr. A 12	1	Fachlehrerin, Fachlehrer gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 12 Amtsrätin, Amtsrat Vollzug des HV Nr. 5
Bes.-Gr. A 12	1	Amtsrätin, Amtsrat gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrätin, Oberamtsrat
Zusammen	7	
Bleibt Abgang	3	

Erläuterungen für 2003:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	2	Professorin, Professor Abgang infolge Umsetzung des Fachhochschulstrukturkonzeptes Vollzug des HV Nr. 3
Zusammen	2	

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Bes.-Gr. C 3 und C 2 (Davon je 1 kw zum 31. 12. 2001 für vorgezogene Berufungen im Rahmen des Fachhochschulstrukturkonzeptes.) ist vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 zu Bes.-Gr. C 3 (Davon 2 kw zum 31. 12. 2002 für vorgezogene Berufungen im Rahmen des Fachhochschulstrukturkonzeptes.) ist vollzogen worden.
Der eine Teil des Haushaltsvermerkes Nr. 5 (1 ku nach A 12 Amtsrätin, Amtsrat bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.) ist vollzogen worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 39 Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 4	1	1	—	Präsidentin, Präsident
B 3	—	—	1	Präsidentin, Präsident
				Aufsteigende Gehälter:
				Verwaltungsdienst
A 16	1	1	—	Kanzlerin, Kanzler
A 15	—	—	1	Kanzlerin, Kanzler
A 13[2])	2	2	2	Rätin, Rat
A 13	1	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	4	4	4	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	3	3	3	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	3	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 7	1	1	1	Obersekretärin, Obersekretär
				Lehrkräfte
C 3[13])	193	192	150	Professorin, Professor
C 3	—	—	44	Professorin, Professor
C 2	—	—	106	Professorin, Professor
C 2[14])	131	132	28	Professorin, Professor
A 15	1	1	1	Studiendirektorin, Studiendirektor
A 14	2	2	2	Oberstudienrätin, Oberstudienrat
A 13	1	1	1	Studienrätin, Studienrat
A 13[9])	2	2	2	Seefahrtoberlehrerin, Seefahrtoberlehrer
A 13[15])	1	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11[7])	1	1	1	Funklehrerin, Funklehrer
	350	350	354	Zusammen
				Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung
C 3[8])	1	1	1	Professorin, Professor
C 3	—	—	1	Professorin, Professor
A 15[3])	1	1	1	Kanzlerin, Kanzler
	2	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH O):
2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten je 63,91 EUR mtl.
6 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH Ol):
4 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[1]) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH WHV):
5 Dekaninnen, Dekane je 63,91 EUR mtl.

[2]) Davon 1 ku nach Bes-Gr. A 11 (Leiter der Bibliothek).
(vormals HV Nr. 2 bei 06 35)

[3]) kw zum 31. 12. 2004.
(vormals HV Nr. 3 bei 06 35)

[4]) – Frei –

[5]) – Frei –

[6]) – Frei –

[7]) Die Stelleninhaberin, der Stelleninhaber erhält nach zehnjähriger Dienstzeit als Funklehrerin, Funklehrer, gerechnet vom Tage der Anstellung an, eine Amtszulage nach Anlage II LBes.O.
(vormals HV Nr. 3 bei 06 32)

[8]) kw für den FB Maschinenbau spätestens zum 31. 12. 2003.
(vormals HV Nr. 2 bei 06 31)

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
(vormals HV Nr. 2 bei 07 21)

[10]) – Frei –

[11]) – Frei –

[12]) – Frei –

[13]) 1 kw
(für vorgezogene Berufungen)
zum 31. 12. 2003

[14]) Davon 1 ku zum 31. 12. 2004 nach Bes.-Gr. C 3 für den Standort Oldenburg.

[15]) 1 ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Präsidentin, Präsident Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 16	1	Kanzlerin, Kanzler Zugang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Präsidentin, Präsident Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 15	1	Kanzlerin, Kanzler Abgang gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. C 3	3	Professorin, Professor davon 1 infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 4 1 infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 6 1 infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 12 (Umsetzung der Innovationsoffensive – Verlagerung nach Kap. 06 36)
Bes.-Gr. C 2	2	Professorin, Professor davon 1 infolge Umsetzung des Fachhochschulstrukturkonzeptes Vollzug des HV Nr. 10 1 infolge Verlagerung nach Kap. 06 36 Vollzug des HV Nr. 11
Zusammen	7	
Bleibt Abgang	5	

Erläuterungen für 2003:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor infolge Verlagerung von Kap. 06 08
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor Abgang infolge Umsetzung des Fachhochschulstrukturkonzeptes Vollzug des HV Nr. 10
Zusammen	1	

Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 zu Bes.-Gr. C 3 Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsvergütung (kw zum 31. 12. 2001. (vormals HV Nr. 4 bei 06 35)) ist vollzogen worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 zu Bes.-Gr. C 2 und C 3 (Soweit Beamtinnen, Beamte nicht als Professorinnen, Professoren übernommen werden und gemäß § 148 Abs. 10 in ihrem bisheringen Beamtenverhältnis verblieben sind, dürfen die Planstellen der Bes.-Gr. C 2 und C 3 für diese Beamtinnen, Beamte in Anspruch genommen werden. (vormals HV Nr. 2 bei 06 32)) ist gestrichen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 zu Bes.-Gr. C 3 (Davon 1 kw zum 30. 9. 2001 (Stiftungsprofessur für den FB Bauingenieurwesen).(vormals HV Nr. 4 bei 06 32)) ist gestrichen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 zu Bes.-Gr. C 2 (2 kw (für vorgezogene Berufungen) davon 1 zum 31. 12. 2001, 1 zum 31. 12. 2002) ist vollzogen worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 11 zu Bes.-Gr. C 2 (Davon zu verlagern 1 zum 31. 12. 2001 zugunsten Kapitel 06 36.) ist vollzogen worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 12 zu Bes.-Gr. C 3 (Davon zu verlagern nach Kapitel 06 08 (zugunsten Kapitel 06 36) 1 zum 31. 12. 2001)) ist vollzogen worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 45 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) kw.
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
				Aufsteigende Gehälter:	
				Verwaltungsdienst	
A 16	1	1	1	Leitende(r) Direktorin, Direktor	
A 15	4	4	4	Direktorin, Direktor	
A 14	9	9	9	Oberätin, Oberrat	
A 12	4	4	4	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	6	6	6	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10	14	14	14	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	20	20	20	Inspektorin, Inspektor	
A 9	3	3	3	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 8	7	7	7	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	9	9	9	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	7	7	6	Sekretärin, Sekretär	
				nachrichtlich:	
A 5	—	—	—	Assistentin, Assistent	
	84	84	83	Zusammen	
				Leerstellen:	
A 14[1])	1	1	—	Oberrätin, Oberrat	
A 9[1])	—	—	1	Inspektorin, Inspektor	
A 9	1	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 8[1])	—	—	—	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	2	2	2	Obersekretärin, Obersekretär	
	4	4	4	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6		
Sekretärin, Sekretär	2	infolge Umwandlung von Stellen der Verg.-Gr. VII – Bibliotheks- bzw. Archivdienst – davon 1 für die Unterbringung eines ehemaligen Soldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär –	1	infolge Umsetzung nach Kapitel 06 13 im Laufe des Jahres 2001
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	1	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 45 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V c	3	3	3	Verwaltungsdienst
VI b	3	3	3	
VII	2	2	2	
VIII	7	7	7	
II a	3	3	3	Wissenschaftlicher Dienst
IV b	3	3	3	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
V b	11	11	11	
V c[1])	1	1	1	
VI b	5	5	5	
VII	6	6	7	
VIII	10	10	10	
V b	1	1	1	Technischer Dienst
V c	4	4	4	
	59	59	60	Zusammen
				Leerstellen:
VI b	1	1	2	Verwaltungsdienst
V b	1	1	1	Technischer Dienst
V b[1])	1	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
VIII	1	1	1	
	4	4	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bis zum Inkrafttreten tarifvertraglicher Neuregelungen sind drei Angestellte im Bibliotheksdienst für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

	Stellen	
Zugang:		
Verg.-Gr. VII – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –	1	infolge Umsetzung von Kapitel 06 13 im Laufe des Jahres 2001
Zusammen	1	

	Stellen	
Abgang:		
Verg.-Gr. VII – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –	2	infolge Umwandlung in jeweils eine Stelle der Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär –
Zusammen	2	
Verbleibt Abgang	1	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtinnen, Beamte im Vorbereitungsdienst
A 13	15	15	15	Bibliotheksreferendarin, Bibliotheksreferendar
A 5	40	40	40	Bibliothekssekretärinanwärterinnen, Bibliothekssekretäranwärter
	55	55	55	Zusammen
				Arbeiter/-innen
4	1	1	1	Kraftfahrdienst
4	2	2	2	Sonstige Dienste
3	1	1	1	
2 a	3	3	3	
	(1)	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)
	7	7	7	Zusammen
				Leerstellen:
Lohn-Gr. 4	1	1	—	Sonstige Dienste
	1	1	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 46 Landesbibliothek Oldenburg

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	—	—	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	—	1	1	Direktorin, Direktor	
A 14	2	2	2	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	1	1	Rätin, Rat	
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	2	2	2	Amtsfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10	3	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	1	1	Inspektorin, Inspektor	
A 8	1	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	2	2	2	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	2	2	2	Sekretärin, Sekretär	
	16	16	16	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2003:

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 – Direktorin, Direktor –	1	nach Bes.-Gr. A 16 – Leitende Direktorin, Leitender Direktor –
Zusammen	1	

Die Hebung wird wirksam zum 1. 9. 2003

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
V c[1])	2	2	2	Verwaltungsdienst	
V b	6	6	6	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
VI b	2	2	2		
VIII	3	3	3		
IX b	1	1	1		
VII	1	1	1	Technischer Dienst	
IX b–VII[2])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	16	16	16	Zusammen	

[1]) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
4	1	1	1	Sonstige Dienste	
3	1	1	1		
	(1)	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	2	2	2	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 47 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Direktor
A 15	2	2	2	Direktorin, Direktor
A 14	3	3	3	Oberrätin, Oberrat
A 12	2	2	2	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[1])[2])	4	4	4	Amtfrau/-männin, Amtmann
A 10[1])	6	6	6	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	5	5	5	Inspektorin, Inspektor
A 7	2	2	2	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	2	2	2	Sekretärin, Sekretär
	27	27	27	Zusammen
				Leerstellen:
A 10	—	—	—	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	1	Inspektorin, Inspektor
	1	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon 1 kw bei Beendigung der Altkatalogisierung.

[2]) Davon 1 ku nach Bes.-Gr. A 10 nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 47 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
Außertariflich	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
I	1	1	1	
I b	3	3	3	
II a	6	6	7	
IV a[1])	1	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst[4])
IV b[2])	1	1	1	
V b	2	2	2	
VI b	2	2	2	
VII	2	2	2	
VIII	3	3	3	
IX b	1	1	1	
V c	1	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	2	2	2	
VIII	1	1	1	
III	1	1	1	Technischer Dienst
IV a	1	1	1	
IV b	2	2	2	
V b	1	1	1	
V c	2	2	2	
VIII[6])	3	3	3	
IX b–VII[3])	4	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst
VIII	2	2	2	Sonstiger Dienst
IX b	—	—	—	
	43	43	44	Zusammen
				Leerstellen:
IV b	1	1	1	Technischer Dienst
IV b	1	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.
[2]) kw.
[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
[4]) Davon 1 kw.
[6]) Davon darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang: Stellen
Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – 1 Realisierung des Vermerkes Nr. 5 zur Erfüllung der Einsparauflage

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 zu Verg.-Gr. II a (Davon 1 kw zum 31. 12. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998, Rate 97).) ist vollzogen worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	1	1	1	Kraftfahrdienst
2 a	3	3	3	Sonstige Dienste
1[1])	3	3	3	Reinigungsdienst
	7	7	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 49 Institut für Vogelforschung – Vogelwarte Helgoland – in Wilhelmshaven-Rüstersiel

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	1	Oberrätin, Oberrat
	3	3	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende Wissenschaftliche Direktorin, Leitender Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Wissenschaftliche Direktorin, Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 1 Wissenschaftliche Oberrätin, Wissenschaftlicher Oberrat

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V c	1	1	1	Verwaltungsdienst
VII	2	2	2	
VIII	1	1	1	
I b[1])	2	2	2	Wissenschaftlicher Dienst
II a	1	1	1	
IV b[2])	1	1	1	Bibliotheksdienst
IV b	1	1	1	Technischer Dienst
V b	1	1	1	
VI b	2	2	2	
VII	1	1	1	
VIII	1	1	1	
V b	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst
IX b–VII[3])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	16	16	16	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 DW auf der Inselstation Helgoland.

[2]) Der Stelleninhaber kann bis zu 50 % seiner Tätigkeit beim Nieders. Institut für historische Küstenforschung (Kap. 06 50) beschäftigt werden. Auf eine anteilige Erstattung der Vergütung wird in diesem Falle verzichtet.

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
1	1	1	1	Reinigungsdienst
1	1	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
5[1])	1	1	1	
4	1	1	1	Sonstige Dienste
3	1	1	1	
	5	5	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 50 Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung

STELLENPLAN — Haushaltsvermerke

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	1	Rätin, Rat
	4	4	4	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende Wissenschaftliche Direktorin, Leitender Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Wissenschaftliche Direktorin, Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 1 Wissenschaftliche Oberrätin, Wissenschaftlicher Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 1 Wissenschaftliche Rätin, Wissenschaftlicher Rat

STELLENÜBERSICHTEN — Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V c	1	1	1	Verwaltungsdienst
II a	2	2	2	Wissenschaftlicher Dienst
V b	5	5	5	Technischer Dienst
V c	2	2	2	
VI b	1	1	1	
IX b–VII[1])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	12	12	12	Zusammen

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 1969 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE — Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4[1])	1	1	1	Hausmeisterdienst
	1	1	1	Zusammen

[1]) 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 51 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) kw.
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
				Feste Gehälter:	
B 2	1	1	1	Direktorin, Direktor der TIB und UB	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 15	1	1	1	Direktorin, Direktor	
A 14	3	3	3	Oberrätin, Oberrat	
A 13	2	2	2	Rätin, Rat	
A 13	2	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	2	2	2	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	5	5	5	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10	14	14	13	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 8	1	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	3	3	3	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	3	3	3	Sekretärin, Sekretär	
	37	37	36	Zusammen	
				Leerstellen:	
A 10[1])	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
	1	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. IV b – Bibliotheksdienst – ab 1. 1. 2002
Zusammen	1	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 51 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
I a	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
I b	2	2	2	
II a	4	4	4	
IV b	5	5	6	Bibliotheksdienst
V b	2	2	2	
V c[2])	10	10	10	
VI b[3])	14	14	14	
VII[3])[6])	13	13	13	
VIII[8])	12	12	12	
IV a	2	2	—	Verwaltungsdienst
IV b	1	1	1	
V b	—	—	1	
V c[5])	2	2	1	
VI b	4	4	4	
VII	6	6	7	
VIII[7])	2	2	2	
V c	1	1	1	Technischer Dienst
VI b	1	1	1	
VII	1	1	1	
VIII	7	7	7	
IV a	2	2	2	Datenverarbeitungsdienst
VIII[4])	2	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst
IX b–VII	1	1	1	
VII	1	1	1	Sonstige Dienste
	96	96	96	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Eine Stelle darf nur mit 2 Halbtagskräften nach den Verg.-Gr. V c und VII BAT besetzt werden. Eine Stelle (LS Technik) ku nach Verg.-Gr. VI b BAT.

[3]) Eine Stelle darf nur mit einer/einem Angestellten besetzt werden, dessen regelmäßige Arbeitszeit 75 % einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.

[4]) Die Stellen können auch mit Angestellten des Bibliotheksdienstes besetzt werden.

[5]) Der/die Stelleninhaber/-in ist bei der Personalverwaltung der Universität Hannover tätig.

[6]) Eine Stelle kann auch mit einer/einem Angestellten des Verwaltungsdienstes besetzt werden.

[7]) Die Stellen dürfen nur mit Angestellten besetzt werden, deren regelmäßige Arbeitszeit 75 % einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.

[8]) Eine Stelle darf nur mit einer/einem Angestellten besetzt werden, dessen/deren regelmäßige Arbeitszeit 50 % einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

– Angestellte –

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. IV a	1	gegen Einsparung bei Titel 427 01 ab 1. 7. 2002
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bibiliotheksdienst		
Verg.-Gr. IV b	1	gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin, Oberinspektor – ab 1. 1. 2002
Zusammen	1	
Bleibt Abgang/ Zugang	—	

Hebungen:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V b	1	nach Verg.-Gr. IV a ab 1. 7. 2002
Verg.-Gr. VI b	1	nach Verg.-Gr. V c ab 1. 7. 2002
Verg.-Gr. VII	1	nach Verg.-Gr. VI b ab 1. 7. 2002

Die Stellenveränderungen im Verwaltungsdienst sind erforderlich aufgrund der Umwandlung der TIB in einen Landesbetrieb gem. § 26 LHO mit kaufmännischer Buch- und Wirtschaftsführung zum 1. 1. 2003.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
3	4	4	4	Bibliotheksdienst
4	1	1	1	Kraftfahrdienst
3	3	3	3	Sonstige Dienste
	8	8	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 60 Staatstheater Braunschweig

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
A 10	1	1	1	Aufsteigende Gehälter: Oberinspektorin, Oberinspektor	
	1	1	1	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 61 Oldenburgisches Staatstheater

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 15	1	1	1	Direktorin, Direktor	
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat	
	2	2	2	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
V b	2	2	2	Verwaltungsdienst	
V c	2	2	2		
VI b	2	2	2		
VII	7	7	7		
IX b	—	—	—		
IV b	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
IX b–VII	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
X	—	—	—	Sonstige Dienste	
	15	15	15	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiterinnen, Arbeiter	
1	13	13	13	Reinigungsdienst	
4	1	1	1	Boten-, Pförtner- und	
3	4	4	4	Hausmeisterdienst	
2	1	1	1		
	19	19	19	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 65 Staatliche Museen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte
				Feste Gehälter:
B 2	1	1	1	Direktorin, Direktor des Nds. Landesmuseums Hannover
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	3	3	3	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	5	5	5	Direktorin, Direktor
A 14	15	15	15	Oberkustodin, Oberkustos
A 13[1])	8	8	8	Kustodin, Kustos
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[2])	2	2	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
	36	36	36	Zusammen
				Stellen bei 422 31:
A 15[4])	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 14[4])	1	1	1	Oberkustodin, Oberkustos
	2	2	2	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[3])	1	1	1	Kustodin, Kustos

Haushaltsvermerke

[1]) Eine Stelle beim Nds. Landesmuseum Hannover – Abteilung Urgeschichte – darf mit zwei teilzeitbeschäftigten Angestellten der Verg.-Gr. II a BAT besetzt werden. Die Gesamtarbeitszeit darf die regelmäßige Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigen.

[2]) Ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) kw für das Nieders. Landesmuseum Hannover.

[4]) kw.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
IV b	2	2	2	Verwaltungsdienst
V b	3	3	—	
V c	2	2	5	
VI b	1	1	2	
VII[5])	8	8	8	
VIII[2])[3])	2	2	2	
I b	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
II a	3	3	3	
V b	3	3	3	Bibliotheksdienst
V c	1	1	1	
II a	2	2	2	Technischer Dienst
III	3	3	3	
IV a	3	3	2	
IV b	6	6	7	
V b	17	17	17	
V c	1	1	1	
VI b	10	10	10	
VII	2	2	1	
VIII	4	4	5	
IX b–VII[1])[2])[3])	13	13	13	Schreib- und Fernschreibdienst
VIII	2	2	2	Sonstige Dienste
IX b	1	1	1	
	90	90	91	Zusammen
				Leerstellen:
V c	1	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	1	1	1	
VII	1	1	1	
IX a	1	1	1	
II a	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
V b	2	2	2	Technischer Dienst
VIII	1	1	1	
IX b–VII	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	9	9	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) davon jeweils 1 kw

[3]) Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu [2]) darf jeweils eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

[4]) frei

[5]) Davon 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. IX b–VII BAT – Schreib- und Fernschreibdienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin beim Staat. Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII		
Verwaltungsdienst	1	Realisierung des kw-Vermerks zu [2]) beim Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg

Hebungen:	Stellen	
Verg.-Gr. V c		
Verwaltungsdienst	3	nach Verg.-Gr. V b – Verwaltungsdienst – Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg, Braunschweigisches Landesmuseum und Staatlich Naturhistorisches Museum Braunschweig
Verg.-Gr. V b		
Technischer Dienst	1	nach Verg.-Gr. IV a – Technischer Dienst – Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg

Absenkungen:		
Verg.-Gr. IV b	1	nach Verg.-Gr. V b – Technischer Dienst – Landesmuseum für Natur und Mensch in Oldenburg

Stellenveränderungen gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001:

Hebungen:		
Verg.-Gr. VIII		
– Technischer Dienst –	1	nach Verg.-Gr. VII – Technischer Dienst –

Absenkungen:		
Verg.-Gr. VI b		
– Verwaltungsdienst –	1	nach Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst –

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk Nr. 4

[4]) Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu [2]) darf eine Stelle nur mit einer 3/4-Kraft besetzt werden.

ist vollzogen worden.

Haushaltsvermerk Nr. 2 ist bei Verg.-Gr. VII vollzogen worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
6	3	3	3	Technischer Dienst
5	3	3	3	
2 a	1	1	1	Reinigungsdienst
1[1])	1	1	1	
5	4	4	4	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
4	6	6	6	
3	—	—	—	
2 a	2	2	2	
3[2])	16	16	16	Aufsichtsdienst
2 a[2])	19	19	19	
5	1	1	1	Sonstige Dienste
3	1	1	1	
	57	57	57	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) kw zum 31. 12. 2006 zur Erfüllung der Einsparauflage nach §§ 9 Abs. 2 HG 1995/1996 und 1997/1998.

[2]) Die Stellen im Aufsichtsdienst (Lohn-Gr. 2 a und 3) dürfen für je 2 Kräfte des Aufsichtsdienstes derselben oder einer niedrigeren Lohngruppe in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 76 Denkmalpflege

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte
				Feste Gehälter:
B 2	1	1	1	Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	—	Landeskonservatorin, Landeskonservator
A 15	1	1	2	Hauptkonservatorin, Hauptkonservator
A 15	2	2	2	Direktorin, Direktor
A 14	6	6	6	Oberrätin, Oberrat
A 14	11	11	11	Oberkonservatorin, Oberkonservator
A 13	4	4	4	Rätin, Rat
A 13[1])[3])	7	7	7	Konservatorin, Konservator
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 10	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	1	Inspektorin, Inspektor
A 9	1	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	2	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	39	39	39	Zusammen
				Stellen bei 422 31:
A 14[2])	—	1	2	Oberkonservatorin, Oberkonservator
	—	1	2	Zusammen
				Leerstellen:
A 13	1	1	1	Rätin, Rat
	1	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 kw (Einsparung Neuorganisation) infolge ZV bis 2003 (2003).

[2]) kw

[3]) 1 kw (Einsparung Neuorganisation; Anrechnung auf ZV).

Erläuterungen zum Stellenplan

Aufteilung der Planstellen 2002/2003

Bes.-Gr.	Amtsbezeichnung	Landesamt	Bez.-Reg. Braunschweig	Bez.-Reg. Hannover	Bez.-Reg. Lüneburg	Bez.-Reg. Weser-Ems	Zuammen
B 2	Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege	1					1
A 16	Landeskonservatorin, Landeskonservator	1					1
A 15	Direktorin, Direktor	2					2
A 15	Hauptkonservatorin, Hauptkonservator	1					1
A 14	Oberkonservatorin, Oberkonservator	4	3	2	1	1	11
	Oberrätin, Oberrat	3		1	1	1	6
A 13[1])	Konservatorin, Konservator	2	—	1	2	2	7
A 13	Rätin, Rat	3	1				4
A 12	Amtsrätin, Amtsrat	1					1
A 10	Oberinspektorin, Oberinspektor	1					1
A 9	Inspektorin, Inspektor	1					1
A 9	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	1					1
A 8	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	2					2
	Zusammen						39

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 – Hauptkonservator, Hauptkonservatorin –	1	nach Bes.-Gr. A 16 – Landeskonservatorin, Landeskonservator –

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 76 Denkmalpflege

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	1	1	1	Verwaltungsdienst
IV a	1	1	1	
V c	2	2	2	
VI b	—	—	3	
VII	5	5	2	
VIII[1])	7	7	7	
V b	1	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
II a	1	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
I b	1	1	1	Technischer Dienst
II a	16	16	16	
III	5	5	5	
IV a	6	6	6	
IV b	4	4	4	
V b	19	19	19	
V c	5	5	5	
VI b	2	2	2	
VII	6	6	6	
IX b–VII[2])	4	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst
	86	86	86	Zusammen
				Stellen bei 425 31:
V c	—	—	—	Technischer Dienst
				Leerstellen:
V b	2	2	2	Technischer Dienst
IV a	1	1	1	
	3	3	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon 3 kw (Einsparung Neuorganisation; Anrechnung auf ZV).

[2]) Davon 1 kw infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Aufteilung der Stellen 2002/2003

Verg.-Gr.	Stellenbezeichnung	Landesamt	Bez.-Reg. Braunschweig	Bez.-Reg. Hannover	Bez.-Reg. Lüneburg	Bez.-Reg. Weser-Ems	Zusammen
II a	Verwaltungsdienst	1					1
IV a		1					1
V c		2					2
VII		5					5
VIII		4	1		1	1	7
II a	Wissenschaftlicher Dienst				1		1
V b	Bibliotheksdienst	1					1
I b	Technischer Dienst	1					1
II a		16					16
III		5					5
IV a		2	2	1		1	6
IV b		4					4
V b		11	1	2,5	2	2,5	19
V c		3	1		1		5
VI b		1	1				2
VII		6					6
IX b–VII	Schreib- und Fernschreibdienst	4					4
	Zusammen						86

Absenkungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst –	3	nach Verg.-Gr. VII — Verwaltungsdienst — zur Finanzierung der Stellenhebung

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 76 Denkmalpflege

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
2 a	1	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
4	1	1	1		
5	1	1	1		
4	2	2	2	Kraftfahrdienst	
5	—	—	—	Sonstige Dienste	
2 a	—	—	—		
3	2	2	2	Technischer Dienst	
	7	7	7	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Aufteilung der Stellen 2002/2003

Lohn-Gr.	Stellenbezeichnung	Landesamt	Bez.-Reg. Braunschweig	Bez.-Reg. Hannover	Bez.-Reg. Lüneburg	Bez.-Reg. Weser-Ems	Zuammen
3	Technischer Dienst		1			1	2
4	Kraftfahrdienst	2					2
5	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	1					1
4		1					1
2 a		1					1
	Zusammen						7

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 77 Öffentliche Gärten

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
IV a	1	1	1	Technischer Dienst	
VI b	1	1	1		
	2	2	2	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
5	8	8	8	Handwerklicher Dienst	
4	2	2	2		
3	3	3	3	Technischer Dienst	
	13	13	13	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 79 Klosterkammer Hannover

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) – Frei –
				Planmäßige Beamtinnen, Beamte	
				Feste Gehälter:	
B 6	—	—	1	Präsidentin, Präsident der Klosterkammer Hannover	
B 4	1	1	—	Präsidentin, Präsident der Klosterkammer Hannover	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	2	2	2	Direktorin, Direktor	
A 14	5	5	5	Oberrätin, Oberrat	
A 13	2	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	5	5	5	Amtsrätin, Amtsrat	
A 11	3	3	3	Amtfrau, Amtmännin, Amtmann	
A 10	3	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor	
	22	22	22	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 4	1	Präsidentin, Präsident der Klosterkammer Hannover gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Zusammen	1	
Abgang:		
Bes.-Gr. B 6	1	Präsidentin, Präsident der Klosterkammer Hannover gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Zusammen	1	
Bleibt Abgang	—	

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Baudirektorin, Baudirektor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 3 Bauoberrätin, Bauoberrat
Bes.-Gr. A 13	Oberamtsrätin, Oberamtsrat davon 1 Bauoberamtsrätin, Bauoberamtsrat
Bes.-Gr. A 12	Amtsrätin, Amtsrat davon 1 Bauamtsrätin, Bauamtsrat

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Bes.-Gr. B 6 „Der Stelleninhaber erhält eine Dienstaufwandsentschädigung von monatlich 150 DM“ ist gestrichen worden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 79 Klosterkammer Hannover

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
III	1	1	1	Verwaltungsdienst
IV a	1	1	1	
IV b	1	1	1	
V b	7	7	7	
V c	10	10	10	
VI b[6])	6	6	6	
VII	14	14	14	
IV a	1	1	1	Datenverarbeitungsdienst
IV b	1	1	1	
V b	—	—	—	
VI b[5])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst[2])
IX b–VII[2])	9	9	9	
II a	2	2	2	Technischer Dienst
III	7	7	7	
IV a	4	4	4	
IV b[3])	1	1	1	
V b	1	1	1	
VI b	1	1	1	
VII[4])	1	1	1	
	69	69	69	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) – Frei –

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1–3) und VII (Fallgruppen 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) Eine Stelle der Verg.-Gr. IV b wird aus Mitteln der Lüneburger Klöster bestritten.

[4]) Die Vergütung wird zu etwa 50 v. H. aus Erstattungen der Klostergutspächter bei 1–271 01 bestritten.

[5]) Die Sekretärin des Präsidenten ist für die Dauer in dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Sie erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT, die die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage beträgt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[6]) Davon 1 Stelle mit 35 Wochenstunden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zu den Stellen im Verwaltungsdienst allgemein: „Auf bis zu 9 Stellen der Verg.-Gr. VI b und VII dürfen mehrere Teilzeitbeschäftigte pro Stelle geführt werden mit einer regelmäßigen Gesamtarbeitszeit, die jeweils die Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.“ ist gestrichen worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtinnen, Beamte im Vorbereitungsdienst
A 9[1])	3	3	3	Regierungsinspektorin-Anwärterin, Regierungsinspektor-Anwärter
	3	3	3	Zusammen
				Arbeiter/-innen
2 a	1	1	1	Kraftfahrdienst
4	—	—	—	Sonstige Dienste
2 a	1	1	1	
	(1)	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Anstelle von Beamten im Vorbereitungsdienst können im Rahmen der Bedarfszahl Verwaltungspraktikanten beschäftigt werden.

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 07

Kultusministerium

Vorwort zum Einzelplan 07

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Zum Geschäftsbereich des Kultusministeriums gehören folgende wesentliche Aufgabenbereiche:
- Schulwesen (allgemein bildende und berufsbildende Schulen),
- Aus-, Fort- und Weiterbildung im Schulwesen,
- Außerschulische Berufsbildung,
- Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften,
- Politisches Bildungswesen, einschließlich Gedenkstättenarbeit.

Das Kultusministerium bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben u.a. folgender Dienststellen und Einrichtungen:

4 Bezirksregierungen in Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück,
1 Nieders. Landesinstitut für Schulentwicklung und Bildung (NLI) in Hildesheim,
1 Nieders. Landesprüfungsamt für Lehrämter (NLPA) in Hannover,
1 Nieders. Landeszentrale für politische Bildung (NLpB) in Hannover,
3 682 Schulen,
darunter 8 vom Land getragene Schulen

Schulen	Öffentliche Schulen	Schulen in freier Trägerschaft	Schulen insgesamt
allgemein bildende	3 304	117	3 421
berufsbildende	144	117	261
Zusammen	3 448	234	3 682

25 Studienseminare für die Lehrämter an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Sonderpädagogik,
18 Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien,
7 Studienseminare für das Lehramt an berufsbildenden Schulen,
4 Ausbildungsseminare für Lehramtsanwärter/-innen (Lehrer/-innen für Fachpraxis),
4 Regionale Computer-Centren für Lehrerfortbildung.

Der Einzelplan 07 enthält folgende Kapitel:
Kultusministerium (Kap. 07 01)
Allgemeine Bewilligungen (Kap. 07 02)
Schulaufsicht (Kap. 07 05)
Schulen allgemein (Kap. 07 07)
Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen (Kap. 07 10)
Sonderschulen und Sonderschulklassen (Kap. 07 11)
Realschulen (Kap. 07 13)
Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs (Kap. 07 14)
Gesamtschulen (Kap. 07 18)
Berufsbildende Schulen (Kap. 07 20)
Vorbereitungsdienst für die Lehrämter (Kap. 07 51)
Nieders. Landesprüfungsamt für Lehrämter – NLPA – (Kap. 07 56)
Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung/Fort- und Weiterbildung (Kap. 07 58)
Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Kap. 07 65)
Nieders. Landeszentrale für politische Bildung – NLpB – (Kap. 07 84)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Durch Beschluss der Landesregierung vom 31. 12. 2000 (Nds. MBl. S. 763) wurde die Aufgabe „Jugend“ an das Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales verlagert. Die ehemaligen Kapitel 07 71 (Jugendhilfe, Niedersächsisches Landesjugendamt) und 07 74 (Tageseinrichtungen für Kinder, Kinder- und Jugendschutz, Mädchenförderung) sind daher neu im Einzelplan 05 als Kapitel 05 71 (Jugendhilfe, Niedersächsisches Landesjugendamt), 05 72 (Kinderpolitik, Mädchenförderung, Kinder- und Jugendschutz) und 05 73 (Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte) ausgewiesen.

Das letzte noch bestehende Lehrerfortbildungsheim in Wolfenbüttel (Kap. 07 58) ist durch Beschluss der Landesregierung vom 12. 12. 2000 zum 1. 8. 2001 geschlossen und vom MJ für Zwecke der Ausbildung des Justizvollzugsdienstes (Kap. 11 05) übernommen worden.

Durch Beschluss der Landesregierung vom 6. 11. 2001 hat das Niedersächsische Landesinstitut für Fortbildung und Weiterbildung im Schulwesen und Medienpädagogik (Kap. 07 58) mit Wirkung vom 1. 1. 2002 die Bezeichnung „Niedersächsisches Landesinstitut für Schulentwicklung und Bildung (NLI)“ erhalten. In diesem Zusammenhang wurden auch die Aufgaben neu festgelegt (vgl. Erl. d. MK v. 23. 11. 2001 – Nds. MBl. S. 962).

C. Sonstige Veränderungen

Die bisherigen Kapitel 07 14 (Gymnasien), 07 15 (Internatsgymnasien – vom Land getragen) und 07 16 (Kollegs – vom Land getragen) werden ab 2002 zum Kapitel 07 14 (Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs) zusammengefasst.

Das Förderprogramm des Bundes „Zukunftsinvestitionen für berufliche Schulen (ZIBS)“ ist bei Kapitel 07 02 TGr. 70 veranschlagt.

D. Hochbaumaßnahmen

Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Kultusministeriums werden im Einzelplan 20 ausgewiesen (Große Hochbaumaßnahmen – über 1,0 Mio. EUR –, Kleine Hochbaumaßnahmen und Bauunterhaltung).

E. Struktur des Einzelplans 07

1. Ausgaben nach Hauptgruppen

	2001		2002		2003	
	in Mio. EUR	%	in Mio. EUR	%	in Mio. EUR	%
Persönliche Verwaltungsausgaben (HGr. 4)	3 294,8	90,8	3 428,9	91,4	3 483,4	91,5
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst (HGr. 5)	50,8	1,4	45,2	1,2	45,4	1,2
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke mit Ausnahme für Investitionen (HGr. 6)	274,8	7,6	257,6	6,9	262,1	6,9
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (HGr. 8)	5,0	0,1	15,3	0,4	10,9	0,3
Besondere Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	2,6	0,1	2,9	0,1	2,9	0,1
Gesamt	3 628,0	100	3 749,9	100	3 804,7	100
Gegenüber Vorjahr	+ 128,5		+ 121,9		+ 54,8	

2. Ausgaben nach Geschäftsbereichen des MK

	2001		2002		2003	
	in Mio. EUR	%	in Mio. EUR	%	in Mio. EUR	%
a) Schulen (07 07 – 07 20)	3 232,5	89,1	3 380,6	90,2	3 428,5	90,1
b) Schulaufsicht (07 05)	18,1	0,5	18,4	0,5	18,0	0,5
c) Lehreraus- und -fortbildung (07 51 – 07 58)	99,1	2,7	104,8	2,8	103,6	2,7
d) Jugend (07 71 – 07 74)	39,0	1,1	—	—	—	—
e) Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (07 65)	38,2	1,1	38,5	1,0	39,4	1,0
f) Ministerium (07 01)	14,8	0,4	14,1	0,4	14,0	0,4
ohne – Beihilfen und Fürsorgemaßnahmen (für den gesamten Epl. 07)	151,4	4,2	154,4	4,1	166,3	4,4
g) Sonstiges (Allgemeine Bewilligungen – 07 02 – und NLpB – 07 84 –)	34,9	0,9	39,1	1,0	34,9	0,9
Gesamt	3 628,0	100	3 749,9	100	3 804,7	100

3. Stellen nach Geschäftsbereichen des MK (ohne Leerstellen und Vorruhestand)

	2001		2002		2003	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
a) Schulen (07 07 – 07 20)	65 705	92,1	67 073	92,0	67 363	92,1
b) Schulaufsicht (07 05)	302	0,4	304	0,4	303	0,4
c) Lehreraus- und -fortbildung (07 51 – 07 58)	5 009	7,0	5 233	7,2	5 230	7,1
d) Ministerium (07 01)	232	0,3	216	0,3	216	0,3
e) NLJA (07 71)	58	0,1	—	—	—	—
f) NLpB (07 84)	46	0,1	45	0,1	45	0,1
Gesamt	71 352	100	72 871	100	73 157	100

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0701	Kultusministerium	—	28.000	—	—	28.000	165.374.000	2.619.000
0702	Allgemeine Bewilligungen	—	395.000	4.000.000	—	4.395.000	416.000	2.516.000
0705	Schulaufsicht	—	4.000	—	—	4.000	18.358.000	—
0707	Schulen allgemein	—	123.000	3.528.000	—	3.651.000	29.740.000	26.578.000
0710	Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen	—	1.143.000	—	—	1.143.000	3.103.327.000	1.949.000
0711	Sonderschulen und Sonderschulklassen	—	111.000	200.000	—	311.000	920.000	136.000
0713	Realschulen	—	274.000	—	—	274.000	598.000	70.000
0714	Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs	—	1.661.000	876.000	46.000	2.583.000	3.663.000	1.297.000
0715	Internatsgymnasien - vom Land getragen -	—	—	—	—	—	—	—
0716	Kollegs - vom Land getragen -	—	—	—	—	—	—	—
0718	Gesamtschulen	—	85.000	—	—	85.000	658.000	69.000
0720	Berufsbildende Schulen	—	9.394.000	49.000	—	9.443.000	6.693.000	1.984.000
0751	Vorbereitungsdienst für die Lehrämter	—	49.000	—	—	49.000	90.771.000	3.437.000
0756	Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter	—	6.000	—	—	6.000	1.558.000	442.000
0758	Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung / Fort- und Weiterbildung	—	136.000	69.000	—	205.000	4.667.000	2.752.000
0765	Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	—	—	—	—	—	—	40.000
0784	Landeszentrale für politische Bildung	—	40.000	1.000	142.000	183.000	2.205.000	1.280.000
	Weggefallene Kapitel							
	Summe 2002	—	13.449.000	8.723.000	188.000	22.360.000	3.428.948.000	45.169.000
	Summe 2001	—	12.322.491	6.463.243	198.637	18.984.371	3.294.756.496	50.789.842
	2002 mehr/weniger (-)	—	1.126.509	2.259.757	-10.637	3.375.629	134.191.504	-5.620.842

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.000	—	160.000	377.000	168.531.000	-168.503.000	-166.199.109	-2.303.891	—
16.398.000	—	14.495.000	—	33.825.000	-29.430.000	-28.650.443	-779.557	1.300.000
—	—	—	—	18.358.000	-18.354.000	-18.094.006	-259.994	—
193.571.000	—	—	—	249.889.000	-246.238.000	-233.827.943	-12.410.057	1.100.000
5.883.000	—	—	—	3.111.159.000	-3.110.016.000	-2.975.019.404	-134.996.596	7.000.000
15.000	—	—	—	1.071.000	-760.000	-674.445	-85.555	—
—	—	—	—	668.000	-394.000	-443.443	49.443	—
—	—	230.000	1.410.000	6.600.000	-4.017.000	-2.866.558	-1.150.442	—
—	—	—	—	—	—	-401.109	401.109	—
—	—	—	—	—	—	-435.927	435.927	—
—	—	—	—	727.000	-642.000	-623.063	-18.937	—
1.516.000	—	92.000	191.000	10.476.000	-1.033.000	-2.563.361	1.530.361	—
28.000	—	271.000	615.000	95.122.000	-95.073.000	-89.567.038	-5.505.962	—
—	—	—	7.000	2.007.000	-2.001.000	-1.941.321	-59.679	—
90.000	—	21.000	95.000	7.625.000	-7.420.000	-7.326.708	-93.292	—
38.502.000	—	—	—	38.542.000	-38.542.000	-38.186.397	-355.603	—
1.625.000	—	—	159.000	5.269.000	-5.086.000	-5.015.775	-70.225	308.000
						-37.135.077	37.135.077	
257.629.000	—	15.269.000	2.854.000	3.749.869.000	-3.727.509.000	-3.608.971.127	-118.537.873	9.708.000
274.808.704	—	4.984.790	2.615.666	3.627.955.498				32.476.136
-17.179.704	—	10.284.210	238.334	121.913.502				-22.768.136

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0701	Kultusministerium	—	28.000	—	—	28.000	177.197.000	2.619.000
0702	Allgemeine Bewilligungen	—	395.000	—	—	395.000	401.000	2.528.000
0705	Schulaufsicht	—	4.000	—	—	4.000	17.973.000	—
0707	Schulen allgemein	—	123.000	1.542.000	—	1.665.000	29.355.000	26.568.000
0710	Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen	—	1.143.000	—	—	1.143.000	3.148.021.000	1.979.000
0711	Sonderschulen und Sonderschulklassen	—	111.000	200.000	—	311.000	922.000	136.000
0713	Realschulen	—	274.000	—	—	274.000	598.000	70.000
0714	Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs	—	1.661.000	876.000	46.000	2.583.000	3.663.000	1.297.000
0715	Internatsgymnasien - vom Land getragen -	—	—	—	—	—	—	—
0716	Kollegs - vom Land getragen -	—	—	—	—	—	—	—
0718	Gesamtschulen	—	85.000	—	—	85.000	658.000	69.000
0720	Berufsbildende Schulen	—	9.394.000	49.000	—	9.443.000	6.819.000	1.984.000
0751	Vorbereitungsdienst für die Lehrämter	—	49.000	—	—	49.000	89.454.000	3.690.000
0756	Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter	—	6.000	—	—	6.000	1.527.000	449.000
0758	Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung / Fort- und Weiterbildung	—	136.000	69.000	—	205.000	4.630.000	2.752.000
0765	Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	—	—	—	—	—	—	40.000
0784	Landeszentrale für politische Bildung	—	40.000	1.000	142.000	183.000	2.176.000	1.209.000
	Summe 2003	—	13.449.000	2.737.000	188.000	16.374.000	3.483.394.000	45.390.000
	Summe 2002	—	13.449.000	8.723.000	188.000	22.360.000	3.428.948.000	45.169.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	—	-5.986.000	—	-5.986.000	54.446.000	221.000

Ausgaben					2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.000	—	102.000	377.000	180.296.000	-180.268.000	-168.503.000	-11.765.000	—
16.604.000	—	10.195.000	—	29.728.000	-29.333.000	-29.430.000	97.000	1.300.000
—	—	—	—	17.973.000	-17.969.000	-18.354.000	385.000	—
196.996.000	—	—	—	252.919.000	-251.254.000	-246.238.000	-5.016.000	1.131.000
5.885.000	—	—	—	3.155.885.000	-3.154.742.000	-3.110.016.000	-44.726.000	—
15.000	—	—	—	1.073.000	-762.000	-760.000	-2.000	—
—	—	—	—	668.000	-394.000	-394.000	—	—
—	—	230.000	1.410.000	6.600.000	-4.017.000	-4.017.000	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	727.000	-642.000	-642.000	—	—
1.516.000	—	92.000	194.000	10.605.000	-1.162.000	-1.033.000	-129.000	—
28.000	—	239.000	615.000	94.026.000	-93.977.000	-95.073.000	1.096.000	—
—	—	—	7.000	1.983.000	-1.977.000	-2.001.000	24.000	—
100.000	—	21.000	95.000	7.598.000	-7.393.000	-7.420.000	27.000	—
39.360.000	—	—	—	39.400.000	-39.400.000	-38.542.000	-858.000	—
1.625.000	—	—	159.000	5.169.000	-4.986.000	-5.086.000	100.000	308.000
262.130.000	—	10.879.000	2.857.000	3.804.650.000	-3.788.276.000	-3.727.509.000	-60.767.000	2.739.000
257.629.000	—	15.269.000	2.854.000	3.749.869.000				9.708.000
4.501.000	—	-4.390.000	3.000	54.781.000				-6.969.000

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-1	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		1.000	1.000	1.023	0
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		25.000	25.000	—	—
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	511	—
119 03-9	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		—	—	—	—
119 04-7	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete * *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	—
132 01-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	511	0
132 10-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen * *Vgl. K-Vermerk zu 811 01.*		—	—	—	—
132 11-6	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	22
132 99-0	011	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	—
235 01-2	011	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				5.113	
		A U S G A B E N					
412 01-1	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige in den Beiräten nach dem NSchG	—	5.000	5.000	5.113	3
412 04-6	011	Entschädigungen an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 b Abs. 7 Nds. PersVG	—	3.000	3.000	2.556	3
421 01-0	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	153.000	153.000	147.559	148
422 01-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	10.531.000	10.502.000	10.846.904	7.098
422 09-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-9	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	204.000	300.000	438.944	491
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.285
425 06-7	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	511	—
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	425
426 06-3	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	1.023	7
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	3.000	3.000	2.556	—
441 01-1	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	163.661.000	151.867.000	148.451.041	141.758
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	552.000	502.000	520.904	469
441 03-8	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2
441 04-6	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 06-2	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	509.000	463.000	917.564	432
443 01-4	011	Fürsorgeleistungen	—	1.571.000	1.571.000	1.533.876	1.563

ERLÄUTERUNGEN

Zu 412 01

Aufwendungen für die im Landesschulbeirat sowie im Beirat für landw. Fachschulen ehrenamtlich tätigen Mitglieder (§§ 174 Abs. 2, 196 Abs. 2 NSchG).

Zu 412 04

Die/der Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz eine Vergütung für jeden bearbeiteten Einzelfall.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt	147 000 EUR
2. Dienstaufwandsentschädigungen	6 000 EUR
Zusammen	153 000 EUR

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
194,30	194,30	210,00	205,65

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	2,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	2,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	17,70
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	17,70
Bleibt Abgang	—	15,70

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	128,66	128,66	—	143
Angestellte	55,68	55,68	—	62
Lohnempfänger/-innen	9,96	9,96	—	11
Insgesamt	194,30	194,30	—	216

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	128,66	128,66	—	143
Angestellte	55,68	55,68	—	62
Lohnempfänger/-innen	9,96	9,96	—	11
Insgesamt	194,30	194,30	—	216

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	10 531	10 502

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	10 531	10 502
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	449	532
43	Versorgungsbezüge	2 709	2 619
44	Beihilfen, Unterstützungen	551	522
45	Personalbezogene Sachausgaben	3	3
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	77	–11
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		14 320	14 167

Zu 441 06

Anpassung an die letzte Ist-Entwicklung.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
453 01-0	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	3.000	3.000	2.659	16
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	350.000	350.000	52.561	100
514 01-9	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	30.000	30.000	30.013	33
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	191.000	191.000	39.063	46
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	282.000	282.000	311.888	299
518 02-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	30.000	30.000	—	—
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	1.000	1.000	716	1
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	11.000	11.000	12.987	7
525 10-0	011	Klausurtagungen	—	5.000	5.000	—	—
526 01-7	011	Sachverständige	—	8.000	8.000	18.304	5
526 02-5	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10.000	10.000	—	—
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	59.000	59.000	68.769	55
527 02-1	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	59.000	59.000	58.799	48
529 10-5	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5.000	5.000	5.113	5
531 10-0	011	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	248.000	248.000	238.057	216
538 01-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	25.565	8
546 01-8	011	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	716	3
546 02-6	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	0
546 03-4	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	3.000	3.000	2.659	16
546 04-2	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	—
686 10-3	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	51	0
811 01-3	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.*	—	20.000	17.000	17.895	9
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	38
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	82.000	143.000	112.484	67
981 07-5	990	Abführung an 1321 - 38107	—	377.000	377.000	376.413	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Bildungspolitische Veranstaltungen**	(—)	(16.000)	(16.000)	(15.339)	(12)
527 62-5	011	Reisekostenvergütungen	—	5.000	5.000	5.113	1
547 62-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	11.000	11.000	10.226	11

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw/Kombi	6	6	6

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw/Kombi	6	6	6

Zu 518 01 und 518 02

Ansatz des bisherigen Titels 518 01 aufgeteilt.

Zu 525 01 und 525 10

Ansatz des bisherigen Titels 525 01 aufgeteilt.

Zu 526 01 und 526 02

Ansatz des bisherigen Titels 526 01 aufgeteilt.

Zu 531 10

Aus diesem Ansatz werden vor allem Broschüren und Faltblätter sowie die Internetpräsentation des MK bezahlt. Bildungspolitische Dokumentationen sowie Veröffentlichungen zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit dürfen unentgeltlich abgegeben werden (vgl. Haushaltsvermerk zu 119 02).

Zu 538 01

Mittel für Maßnahmen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz – verlagert nach 07 01 Titel 443 01.

Zu 546 01

Hier sind auch Mittel für Erfrischungen anlässlich von Dienstbesprechungen mit Vertretern anderer Behörden veranschlagt.

Zu 811 01

1 Pkw Ersatzbeschaffung.

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Ausstattung von Diensträumen	—	43
2. Ausstattung der Sitzungsräume	—	70
3. Ersatz einer Zeiterfassungsanlage	—	30
4. Ersatzausstattung in der Druckerei	82	—
Zusammen	82	143

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62

Im Rahmen der bildungspolitischen Veranstaltungen sollen Tagungen zu bildungspolitischen Schwerpunkten durchgeführt werden (u. a. Werkstattgespräche, Foren, Symposien).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Frauenpolitische Maßnahmen**	(—)	(10.000)	(10.000)	(10.226)	(12)
427 63-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
527 63-3	011	Reisekostenvergütungen	—	5.000	5.000	5.113	4
547 63-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	8
TGr. 94		**Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-1	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-4	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-9	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-0	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Reformdividende (PKB)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(428)
429 96-8	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	86
547 96-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	36
711 96-5	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	242
812 96-6	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	64
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.*	(—)	(1.300.000)	(1.300.000)	(1.489.291)	(1.094)
511 99-0	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gegenstände	—	254.000	254.000	235.194	—
518 98-7	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-5	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-3	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN) * *Übertragbar.*	—	13.000	13.000	—	—
525 99-1	011	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	13.000	13.000	25.565	10
538 98-8	011	Dienstleistungen des IZN * *Übertragbar.*	—	1.000.000	1.000.000	—	—
538 99-6	011	Dienstleistungen „Anderer“ * *Übertragbar.*	—	—	—	1.203.581	754
547 99-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20.000	20.000	24.951	330
812 99-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			448.148	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Zur Durchführung von frauenpolitischen Veranstaltungen im MK und im nachgeordneten Bereich, z. B. Seminare zu aktuellen Themen, Arbeitstagungen und Dienstbesprechungen der Frauenbeauftragten der Schulabteilungen der Bezirksregierungen und der Frauenbeauftragten an Schulen sowie Netzwerkarbeit der Frauenbeauftragten im Schulbereich.

Zu Titelgruppe 94

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 23. 2. 1999 die Einführung einer „Nutzerprämie“ zur Förderung der Energiekosteneinsparung in Landesliegenschaften beschlossen.

Das MK ist an diesem Pilotprojekt beteiligt.

Leertitelgruppe zur Buchung der erwirtschafteten Dividende (§ 13 HG 2002/2003).

Zu Titelgruppe 96

Leertitelgruppe zur Buchung der im Rahmen der Personalkostenbudgetierung erwirtschafteten Reformdividende (§ 8 Abs. 4 HG 2002/2003).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		28.000	28.000	7.158	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		28.000	28.000	7.158	
		4 Personalausgaben	—	177.197.000	165.374.000	162.873.766	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.619.000	2.619.000	2.825.658	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.000	1.000	51	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	102.000	160.000	130.379	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	377.000	377.000	376.413	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	180.296.000	168.531.000	166.206.267	
		Zuschuss		180.268.000	168.503.000	166.199.109	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.709.000	2.619.000	2.445.714	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		183.005.000	171.150.000	168.651.981	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		182.977.000	171.122.000	168.644.823	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	011	Vermischte Einnahmen		270.000	270.000	20.452	21
119 67-9	153	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen (außerschul. Berufsbildung) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		125.000	125.000	—	—
119 68-7	129	Einnahmen für Maßnahmen zur EXPO 2000 im Bildungswesen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	12
119 69-5	129	Sonstige Verwaltungseinnahmen (N-21) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		—	—	—	—
231 01-0	151	Zuweisungen des BMBF im Rahmen der Begabtenförderung zur beruflichen Bildung * *Vgl. K-Vermerk zu 685 06.*		—	—	—	4
231 70-3	129	Zuweisungen des BMBF zur Durchführung des Programms „Zukunftsinvestitionen für berufliche Schulen“ * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	4.000.000	—	—
231 71-1	151	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche auf dem Gebiet der Berufsbildung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	—	159
272 02-7	151	Zuweisungen der EU zur Durchführung des Programms Sokrates		—	—	460.163	—
272 62-0	129	Zuweisungen u.a. der EU zur Durchführung von EU-Programmen sowie zur Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	72
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				480.615	
		A U S G A B E N					
525 01-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	12.731	—
632 23-6	111	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Geschäftsstelle des Deutschen Bildungsrates	—	10.000	10.000	9.459	10
636 01-0	223	Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten	—	6.280.000	6.280.000	6.748.439	6.820
685 06-2	151	Zuschüsse aus Mitteln des BMBW an die Sozialversicherungsträger im Rahmen der Begabtenförderung * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 01.*	—	—	—	—	4
685 52-6	178	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung des Instituts für Film und Bild in München	—	88.000	87.000	94.589	83
686 51-4	151	Zuschüsse i.R.d. Ausbildungsoffensive * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	1.586.000	1.586.000	1.556.884	1.005
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 62.*	(—)	(59.000)	(59.000)	(58.594)	(657)
547 62-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	59.000	59.000	58.594	135
685 62-3	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	482

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 02 allgemein:

Die Veranschlagung der Zuschüsse des deutsch-französischen Jugendwerkes (bis Hj. 2001 bei Kapitel 07 02 TGr. 63) zur Förderung des Austausches und der Begegnung von Schülergruppen erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2002 bei Kapitel 07 07 TGr. 80, in allen übrigen Fällen bei Kapitel 05 73 TGr. 91.

Zu 231 01

Mittel des BMBF zur Begabtenförderung berufliche Bildung für junge Absolventinnen und Absolventen im Ausbildungsberuf der oder des Sozialversicherungsfachangestellten nach den Richtlinien des BMBW vom 31. 1. 1992.

Zu 632 23

Das Abkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland untereinander und mit der Bundesregierung vom 12. 2. 1970 über die Verlängerung des Abkommens über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates vom 15. 7. 1965 ist über den 15. 7. 1975 hinaus nicht verlängert worden. Damit entfällt ab Haushaltsjahr 1977 ein laufender Zuschuß an die Geschäftsstelle. Die veranschlagten Mittel sind Abwicklungskosten (Versorgungsleistungen und Beihilfen des seinerzeitigen Generalsekretärs).

Zu 636 01

Durch das Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. 3. 1971 – BGBl. I S. 237 – sind in die gesetzliche Unfallversicherung insbesondere einbezogen worden:

a) Kinder während des Besuchs von Kindergärten,
b) Schüler während des Besuchs allgemeinbildender Schulen sowie
c) Studierende während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen.

Das Land Niedersachsen, das nach diesem Gesetz Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für bestimmte Personenkreise ist:

(vgl. §§ 539 Abs. 1 Nr. 14, 655 Abs. 2 SGB IV)

- Studierende an den vom Land getragenen Hochschulen und Fachhochschulen sowie den privaten Fachhochschulen,
- Schüler an den vom Land getragenen allgemeinbildenden Schulen und Kollegs und an allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft,
- Kinder in Kindergärten der Träger der freien Jugendhilfe und in anderen privaten gemeinnützigen Kindergärten,

zahlt die Beiträge an die Landesunfallkasse Niedersachsen.

Die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für Schüler und Kinder in Kindergärten kommunaler Träger werden hingegen von der jeweiligen Gebietskörperschaft übernommen.

Zu 685 06

Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des BMBF im Rahmen der Begabtenförderung berufliche Bildung an junge Absolventinnen und Absolventen im Ausbildungsberuf der oder des Sozialversicherungsfachangestellten.

Zu 685 52

Das Institut für Film und Bild in München ist eine gemeinnützige GmbH, in der das Land als Gesellschafter fungiert.

Das FWU hat die Aufgabe, audiovisuelle Medien herzustellen und deren Verwendung als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung und Wissenschaft zu fördern. Dazu gehört auch die Beratung bei der Entwicklung und Beschaffung geeigneter Geräte.

Veranschlagt ist der gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftervertrages vom 6. 3. 1950 auf Niedersachsen entsprechend der Schülerzahl entfallende voraussichtliche Anteil an den Kosten des Instituts.

Zu 686 51

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen sollen zusätzliche Ausbildungsplätze gewonnen werden. Ein Schwerpunkt der „Ausbildungsoffensive“ ist die Förderung von Ausbildungsverbünden zum Zwecke der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsverhältnisse in einem anerkannten Ausbildungsberuf. (Förderrichtlinie des MK, zuletzt geändert am 26. 6. 2000 (Nds. MBl. 431)).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	300 000	—	—	300 000
2003	200 000	—	—	200 000
2004 ff.	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 62

Die Mittel sind veranschlagt für:

1. Kooperationsprojekte (Austausch, sprachl. Vorbereitung, kulturelles Beiprogramm) u. a. mit den Ländern USA (Georgia), Frankreich (Haute Normandie), Großbritannien (County of Avon), Spanien, Rußland, Polen, Ungarn im Bereich der Bildung,
2. Reisekosten anlässl. der Entsendung nieders. Vertreter in das Ausland nach/analog BRKG und Betreuungskosten ausländischer Delegationen bei Veranstaltungen im Bereich der Bildung,

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
687 62-6	129	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	—	—	—	40
TGr. 64/65		**Zuweisungen für Einrichtungen der KMK und über sie geförderte Einrichtungen**	(—)	(2.012.000)	(1.908.000)	(1.972.206)	(1.721)
547 65-4	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	—	—	2.556	—
632 64-3	011	Zuweisung für die Kosten des Sekretariats der KMK sowie die gemeinsam finanzierten Einrichtungen	—	1.764.000	1.726.000	1.688.797	1.668
632 65-1	151	Zuweisung für besondere Projekte der KMK * *Übertragbar.*	—	248.000	182.000	280.853	52
TGr. 66		**Kosten des Landesausschusses für Berufsbildung**	(—)	(5.000)	(5.000)	(4.295)	(1)
412 66-0	151	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	4.000	4.000	3.784	1
547 66-2	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	511	—
TGr. 67/97		**Förderg. d. außerschulischen Berufsbildung** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 67.*	(1.300.000) (1.300.000) (—)	(6.223.000)	(6.222.000)	(6.016.321)	(5.197)
685 67-4	153	Zuschüsse für Lehrgänge, Kurse und Forschungsarbeiten sowie für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	4.112.000	4.112.000	3.909.542	3.780
685 97-6	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Landes gewerbeförderungsstelle des nieders. Handwerks in Hannover ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	66.000	65.000	61.611	60
686 67-0	153	Zuschüsse für Lehrgänge, Kurse und Forschungsarbeiten sowie für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
893 67-6	153	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland zur Errichtung und Ausstattung von Ausbildungszentren	1.300.000 1.300.000 —	2.045.000	2.045.000	2.045.168	1.357
894 67-2	153	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen zur Errichtung und Ausstattung von Ausbildungszentren	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Maßnahmen zur EXPO 2000 im Bildungswesen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 68.*	(—)	(—)	(—)	(15.339)	(173)
427 68-3	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	2
511 68-4	129	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	0
527 68-8	129	Reisekosten	—	—	—	15.339	30
531 68-5	129	Veröffentlichungen	—	—	—	—	36
547 68-9	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	104
TGr. 69		**N-21: Schulen in Niedersachsen online** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 69.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veran-*	(—)	(12.783.000)	(12.998.000)	(12.181.529)	(217)

Zu Titelgruppe 64/65

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) behandelt nach ihrer Geschäftsordnung Angelegenheiten der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der in ihrem Rahmen verwalteten Einrichtungen stellt das Land Berlin eine Dienststelle als Sekretariat zur Verfügung. Das Nähere, insbesondere über ihre Finanzierung, ist durch das Abkommen der Länder vom 20. 6. 1959 i. d. F. vom 25. 10. 1991 (Beitritt der neuen Länder) geregelt.

632 64

Zuweisung des Landes Niedersachsen an das Sekretariat der KMK für den laufenden Geschäftsbetrieb des Sekretariats und für die über die KMK geförderten Einrichtungen.

Die Zuschüsse der KMK an Vereine, Organisationen usw. für laufende Zwecke, u. a. für

1. Heinrich-Heine-Haus in der Cité Internationale in Paris (Wohnheimfreiplätze und Tutorenstellen)
2. Leo Baeck Institute of Jews from Germany (Förderungsgesellschaft des Instituts in Frankfurt/Main)
3. Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn-Bad Godesberg
4. Deutsche Künstlerhilfe, Bonn
5. Kuratorium „Junger Deutscher Film“, München
6. Hochschule für jüdische Studien, Heidelberg
7. Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
8. Gesellschaft für Deutsche Sprache e. V., Wiesbaden
9. Forschungsstelle für unabhängige Literatur und gesellschaftliche Bewegungen Osteuropas, Bremen
10. Deutscher Musikrat
11. Deutsches Komitee für den Europäischen Schultag, Bonn

632 65

Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der Länder an der Beteiligung Deutschlands an den internationalen Schülerleistungsuntersuchungen zur Lesefähigkeit, sowie in Mathematik und Naturwissenschaften der 15-Jährigen (PISA) einschließlich der Kosten der länderspezifischen Erweiterung der internationalen Schülerleistungsuntersuchung sowie in Deutsch und Englisch in der 9. Klasse (DESI).

Zu Titelgruppe 66

Fahrkostenersatz, Entschädigungen für Zeitversäumnis (Sitzungsgelder) für die 18 Mitglieder des gemäß § 54 des Berufsbildungsgesetzes v. 14. 8. 1969 (BGBl. I S. 1112) und gemäß Beschluss des Landesministeriums v. 28. 5. 1974 (Nds. MBl. S. 1192) bei der Landesregierung errichteten Landesausschusses für Berufsbildung sowie für die Mitglieder der Unterausschüsse des Landesausschusses.

Zu Titelgruppe 67/97

685 97

Der Fehlbetrag der Landesgewerbeförderungsstelle wird zu $^2/_3$ aus dem Epl. 08 und zu $^1/_3$ aus dem Epl. 07 gedeckt.

685 67 und 686 67

Zuwendungen zur Lehrgangsfinanzierung in der überbetrieblichen Ausbildung im Handel, Handwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im mittelständischen Wirtschaftsbereich.

893 67 und 894 67

Zuwendungen zur investiven Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Einrichtungen der beruflichen Fort- und Weiterbildung.

Zu Titelgruppe 69

Zur Erreichung des Ziels, Niedersachsens Schulen fit für den Weg in die Wissensgesellschaft zu machen und die Voraussetzungen für die Integration der neuen Medien in das schulische Lernen zu schaffen, hat die Landesregierung ein Aktionsprogramm „N-21: Schulen in Niedersachsen online“ beschlossen, das auf einander abgestimmte Aktionen zur Ausstattung von Schulen, zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, zur Entwicklung didaktischer Konzepte und multimedialer Lernumgebungen, zur Intensivierung der Ausbildung im IT- und Medienbereich sowie zur Öffnung des Zuganges zum Internet und zur Multimedia für breite Bevölkerungsgruppen beinhaltet. Zur Unterstützung dieses Programms ist im Juni 2000 ein Verein gleichen Namens von zunächst 20 Mitgliedern, davon 18 aus der Wirtschaft, gegründet worden.

Das Aktionsprogramm läuft bis zum 31.12.2003. Dafür stellt das Land 38,3 Mio. EUR – gleichmäßig verteilt auf die Jahre 2001 bis 2003 mit je 12,8 Mio. EUR – bereit, wobei der Ansatz im Hj. 2001 aufgrund der Anrechnung der im Hj. 2000 außerplanmäßig bewilligten Ausgaben i.H. von 601 Tsd. EUR gekürzt worden ist. Einen vergleichbar hohen Betrag soll der Verein durch Spenden und Sponsoren aufbringen.

Im Rahmen des zwischen dem Land und dem Verein am 21. 8. 2000 abgeschlossenen Kooperationsvertrages können u. a. folgende Maßnahmen (Aktionen) des Programms gefördert werden:

– „Schulen online“
(Verbesserung der Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software sowie Schulverwaltungssoftware; Förderrichtlinie des MK v. 15. 11. 2000 (Nds. MBl. S 758))
– „Lehrerzimmer online“
(Bereitstellung eines Internetarbeitsplatzes für Lehrkräfte in allen Schulen und Schaffung eines Bildungsnetzes; Förderrichtlinie des MK v. 29. 4. 2001 (Nds. MBl. S 362))
– „Lehrkräfte online“
(Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich Multimedia und Internet auf der Basis didaktisch-methodischer Konzepte)
– „Unterricht online“
(Entwicklung differenzierter Unterrichtskonzepte, Erarbeitung multimedialer Lernumgebungen und Bereitstellung geeigneter Software; Berücksichtigung frauenspezifischer Interessen an Techniknutzung)
– „Ausbildung online“
(Intensivierung der Ausbildung im IT- und Medienbereich, u.a. LOVE-IT)

Das Land trägt außerdem die notwendigen Sach- und Personalausgaben des Vereins.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 69**		*schlagt sind.* ****Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese abweichend von § 20 I 1 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.*					
427 69-1	129	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	13.000	18.000	2.556.459	—
429 69-4	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	240.000	250.000	639.115	—
511 69-2	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Austattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
527 69-6	129	Reisekostenvergütungen	—	1.500.000	1.600.000	3.195.574	—
531 69-3	129	Veröffentlichungen	—	—	—	255.646	—
538 69-8	129	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	4.857.273	—
547 69-7	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	430.000	330.000	255.646	124
633 69-0	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	2.200.000	2.100.000	421.816	94
686 69-7	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	250.000	250.000	—	—
812 69-2	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
883 69-7	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	8.000.000	8.300.000	—	—
893 69-2	129	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	150.000	150.000	—	—
TGr. 70		**Zukunftsinvestitionsprogramm für berufliche Schulen (ZIBS)** ** Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 70.* *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese abweichend von § 20 I 1 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.*	(—)	(—)	(4.000.000)	(—)	(—)
511 70-6	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Austattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
633 70-4	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
686 70-0	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
812 70-6	129	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
883 70-0	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	3.760.000	—	—
893 70-6	129	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	240.000	—	—
TGr. 71		**Verausgabung der Bundesmittel für Modellversuche auf dem Berufsbildungsgebiet** ** Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 71.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(159)
546 71-2	151	Rückzahlung nicht zweckentspr. verwendeter Zuwendungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 70

Der Bund gewährt den Ländern in den Jahren 2001 und 2002 im Rahmen des Programms „Zukunftsvisionen für berufliche Schulen“ (ZIBS) auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung vom 16. 2. 01 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 130 Mio. EUR. Entsprechend seiner Schülerzahl erhält Niedersachsen insgesamt 12 750 823 EUR, davon 2001 8 750 565 EUR und 2002 4 000 258 EUR.

Die finanziellen Hilfen werden nach Maßgabe der Förderrichtlinie des MK vom 30.3. 2001 (n. v.) gewährt für

- eine Ausstattung mit modernen Technologien und Medien einschl. Computer, Server und Peripherie,
- eine informations- und kommunikationstechnische Vernetzung sowie alle erforderliche Software inkl. Lernsoftware,
- eine technische Infrastruktur für den Einsatz dieser neuen Technologien,
- mit diesen Investitionen verbundene Dienstleistungen, wie Installationen, Softwareadaptionen und -modifikationen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 71-9	151	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	159
TGr. 76		**Prüfung für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fachhochschulreife**	(—)	(116.000)	(116.000)	(107.882)	(76)
427 76-4	129	Entschädigungen für nebenamtliche u. nebenberufliche Prüferinnen u. Prüfer sowie Hilfskräfte	—	93.000	93.000	93.055	35
511 76-5	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	19.000	19.000	10.737	2
526 76-2	129	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 76-9	129	Reisekostenvergütungen	—	4.000	4.000	4.090	3
682 76-4	129	Zuführungen an Landesbetriebe	—	—	—	—	37
TGr. 81		**Zuschüsse aus Konzessionsabgaben für Zwecke des Schulsports** * *Übertragbar.* ****Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	(—)	(566.000)	(554.000)	(549.639)	(657)
427 81-0	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	51.000	51.000	51.129	19
525 81-2	151	Sachaufwand für Aus- und Fortbildung	—	210.000	210.000	209.630	216
547 81-6	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	305.000	293.000	288.880	371
685 81-0	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	51
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			283.766	
		Abschluss Kapitel 07 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		395.000	395.000	224.969	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	4.000.000	736.261	
		Summe der Einnahmen		395.000	4.395.000	961.230	
		4 Personalausgaben	—	401.000	416.000	3.343.542	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.528.000	2.516.000	9.177.432	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	16.604.000	16.398.000	15.045.531	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.300.000 1.300.000 —	10.195.000	14.495.000	2.045.168	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.300.000 1.300.000 —	29.728.000	33.825.000	29.611.673	
		Zuschuss		29.333.000	29.430.000	28.650.443	

Zu Titelgruppe 76

Die Prüfungen für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fachhochschulreife werden vor Prüfungsausschüssen abgelegt, die von den für den Bereich der wissenschaftlichen und künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschulen sowie für den Bereich der Fachhochschulen bestellten örtlichen Beauftragten des Prüfungsamtes nach Bedarf gebildet werden.

Zu Titelgruppe 81

Nach § 6 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) v. 21. 6 1997 (GVBl. S. 289), geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 15. 12. 2000 (Nds. GVBl. S. 378) haben Wettunternehmen eine Konzessionsabgabe an das Land abzuführen. Ein Teil dieser Konzessionsabgabe ist aufgrund des § 7 Abs. 1 zweckgebunden zu verwenden. Der zweckgebundene Teil beträgt im Haushaltsjahr 2002 69,2 Mio. EUR und im Haushaltsjahr 2003 70,7 Mio. EUR.

Davon entfallen 6,9 v. H. auf die Zwecke der Jugendarbeit und des Schulsports (§ 7 Abs. 3 Nr. 1).

Die auf den Schulsport entfallende Konzessionsabgabe beträgt 2002 554 000 EUR und 2003 566 000 EUR.

Veranschlagt sind die Ausgaben für

- Schulsportveranstaltungen außerhalb des Unterrichts, z. B. Bundesjugendspiele, Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“, Feriensportkurse
- Aktionsprogramm für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein in Niedersachsen
- Fort- und Weiterbildungslehrgänge für Lehrkräfte im Fach Sport
- Beschaffung besonderer Lehr- und Lernmittel, sofern sie nicht zu den vom Schulträger nach dem NSchG zu tragenden sächlichen Kosten der Ausstattung der Schule gehören
- einmalige und besondere Aufgaben einschl. Innovationen und Modellversuche.

Die Konzessionsabgabe für die Zwecke der Jugendarbeit ist ab dem Haushaltsjahr 2002 im Einzelplan 05 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0705 Schulaufsicht

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-7	111	Vermischte Einnahmen		4.000	4.000	10.226	4
		A U S G A B E N					
422 01-1	111	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	17.612.000	17.615.000	16.843.642	15.889
422 19-4	111	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	111	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	324.000	706.000	1.241.826	1.269
425 01-0	111	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	612
425 02-9	111	Vergütungen der ständigen, nur teilzeit-beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 05-3	111	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	97
427 39-0	111	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	16.000	16.000	—	15
453 01-4	111	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	21.000	21.000	18.764	21
		Abschluss Kapitel 07 05					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.000	4.000	10.226	
		Summe der Einnahmen		4.000	4.000	10.226	
		4 Personalausgaben	—	17.973.000	18.358.000	18.104.232	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	17.973.000	18.358.000	18.104.232	
		Zuschuss		17.969.000	18.354.000	18.094.006	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		6.308.000	6.175.000	5.673.090	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		24.281.000	24.533.000	23.777.322	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		24.277.000	24.529.000	23.767.096	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 05 allgemein:

Infolge der Schulverwaltungsreform, die zum 1. 2. 1997 vollzogen wurde, sind hier nur noch die persönlichen Verwaltungsausgaben (Dienstbezüge und Trennungsgeld) für das bei den Bezirksregierungen im Bereich der Schulaufsicht tätige Fachpersonal sowie die damit im ursächlichen Zusammenhang stehenden Einnahmen veranschlagt. Alle sonstigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben für diesen Personenkreis sind bei Kap. 03 05 ausgebracht.

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 02, 425 05

Für das Kapitel 07 05 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
285,76	286,68	288,00	281,02

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	4,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	4,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	0,08
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,92	0,75
– Sonstige Veränderungen	—	4,49
Summe Abgänge	0,92	5,32
Bleibt Abgang	0,92	1,32

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	285,76	285,76	—	303
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	285,76	285,76	—	303

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	286,68	286,68	—	304
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	286,68	286,68	—	304

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	17 615	17 612

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	17 612	17 615
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	545	897
43	Versorgungsbezüge	6 308	6 175
44	Beihilfen, Unterstützungen	908	873
45	Personalbezogene Sachausgaben	21	21
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	127	–18
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		25 521	25 563

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 61-7	111	Gebühren für die Abnahme von Prüfungen		—	—	—	—
119 01-4	111	Vermischte Einnahmen		123.000	123.000	—	—
119 75-8	129	Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		—	—	—	1
119 88-0	129	Ersatzleistungen im Rahmen der Lernmittelfreiheit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 88.*		—	—	102.258	265
231 11-6	129	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche		26.000	26.000	25.565	142
231 78-7	129	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Modellversuchen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 78.*		500.000	748.000	409.034	693
233 11-9	112	Erstattungen für den Besuch von Vorklassen von Gemeinden (GV)		—	1.738.000	2.991.058	2.634
233 12-7	129	Erstattung anteiliger Gastschulbeiträge von Gemeinden (GV)		1.016.000	1.016.000	1.073.713	135
281 11-3	129	Erstattung von Versorgungszuschlägen durch Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu 981 01.*		—	—	—	—
282 73-0	129	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	—
282 80-2	141	Zuschüsse des deutsch-französischen Jugendwerkes zur Förderung des Austausches und der Begegnung von Schülergruppen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 80.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				337.453	
		A U S G A B E N					
422 01-9	129	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	28.282.000	28.594.000	—	208
422 19-1	129	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	129	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	27.964.700	27.946
425 05-0	129	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	823
427 39-8	129	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	26.000	26.000	25.565	13
453 01-1	129	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	3.000	3.000	3.068	6
511 01-1	111	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	48.000	48.000	48.317	55
526 01-9	111	Sachverständige	—	1.000	1.000	971	7
526 02-7	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-5	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1.000	1.000	716	1
527 02-3	129	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	562	—
531 12-8	024	Abgabe des Schulverwaltungsblattes an Auslandsschulen für die dort tätigen niedersächsischen Lehrkräfte ****Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO darf das Schulverwaltungsblatt kostenlos abgegeben werden.*	—	4.000	4.000	3.528	2
531 15-2	111	Abgeltung urheberrechtlicher Ausgleichsansprüche * *Übertragbar.*	—	440.000	440.000	439.711	414
546 01-0	111	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	562	11

Zu 119 88

Von der Veranschlagung der stark schwankenden Einnahmen wurde zur Vereinfachung der Mittelbewirtschaftung abgesehen.

Zu 231 11

Zu erwartende Einnahmen aus Bundeszuwendungen von 50 v. H. zu den Kosten für befristet eingestellte Ersatzlehrkräfte anlässlich der Durchführung von Modellversuchen, die zu 100 v. H. aus den bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 ausgebrachten persönlichen Verwaltungsausgaben vergütet werden.

Zu 233 11

Veranschlagt ist der Landesanteil an den Gebühren für den Besuch von Vorklassen für rd. 7000 Schülerinnen und Schüler gem. § 189 Abs. 6 NSchG bis zum 31. 7. 2002 (§ 189 Abs. 1 NSchG).

Zu 233 12

Erstattungen auf Grund der Heranziehung kommunaler Schulträger zu Ausgleichszahlungen gem. § 113 Abs. 5 NSchG oder nach einzelnen Gastschulverträgen.

Zu 282 73

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 73.

Zu 282 80

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 80.

Zu 281 11

Leertitel zur Erstattung von Versorgungszuschlägen i.H. v. 30% der Dienstbezüge ab 1. 8. 2000 für unter Wegfall der Dienstbezüge zur Dienstleistung an eine staatlich anerkannte Ersatzschule eines anderen Bundeslandes (Ökumenisches Gymnasium zu Bremen) beurlaubte niedersächsische Beamtinnen und Beamte.

Zu 422 01 bis 453 01 allgemein

Veranschlagt sind die Mittel für Schulassistentinnen und Schulassistenten an öffentlichen Schulen, für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an öffentlichen Ganztagsschulen sowie für Angestellte im Verwaltungsdienst als Vorlesekräfte für blinde oder sehbehinderte Lehrkräfte, beim Landeselternrat (TGr. 62), beim Landesschülerrat (TGr. 63) und bei der Förderschule für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche in Celle (TGr. 67).

Zu 422 01, 425 01 und 425 05

Für das Kapitel 07 07 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
713,21	722,70	736,23	748,63

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	9,49	8,53
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	5,00
Summe Abgänge	9,49	13,53
Bleibt Zugang (oder Abgang)	9,49	13,53

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	7,50	7,50	—	7
Angestellte	705,71	702,71	3,00	750
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	713,21	710,21	3,00	757

Noch zu 422 01, 425 01 und 425 05

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	7,50	7,50	—	7
Angestellte	715,20	712,20	3,00	760
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	722,70	719,70	3,00	767

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	28 282	28 594

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	28 282	28 594
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	695	767
43	Versorgungsbezüge	77	75
44	Beihilfen, Unterstützungen	300	300
45	Personalbezogene Sachausgaben	3	3
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	205	–29
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		29 562	29 710

Zu 425 01

Vergütungen und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteile) usw.

In den veranschlagten Vergütungen sind enthalten die Vergütung einer Angestellten im Verwaltungsdienst der Verg.-Gr. VII BAT in der Geschäftsstelle des Landeselternrats, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Angestellten beträgt, sowie die Vergütungen im Umfang von bis zu insgesamt 2,5 Stellen für Vorlesekräfte für blinde oder sehbehinderte Lehrkräfte.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Angestellten im Verwaltungsdienst und Schulassistentinnen und Schulassistenten.

Zu 427 39

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Angestellte im Verwaltungsdienst und Schulassistentinnen und Schulassistenten.

Zu 511 01

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Kranzspenden sowie für Nachrufe für verstorbene Lehrkräfte, die im Landesdienst gestanden haben, und übrige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an öffentlichen, nicht vom Lande getragenen Schulen gem. dem Gem.RdErl. v. 8. 1. 1993 (Nds. MBl. S. 130), geändert durch Gem.RdErl. v. 6. 7. 1994 (Nds. MBl. S. 1072).

Zu 531 15

Zur Zahlung der Vergütung für Ablichtungen und sonstige Vervielfältigungen von urheberrechtlich geschützten Werken in Schulen gem. § 54 ff. des Urheberrechtsgesetzes an die in der „Zentralstelle Fotokopieren an Schulen, ZFS“ zusammengeschlossenen Verwertungsgesellschaften WORT und Musikedition.

Zu 546 01

Zur Erstattung von Sachkosten im Rahmen der Tätigkeit der Vertrauensfrau und des Vertrauensmannes der Schwerbehinderten, soweit die Kosten nicht aus Kap. 03 05 abgerechnet werden können.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 02-8	129	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1.000	1.000	511	—
632 11-0	111	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Zentralstelle für Fernunterricht	—	87.000	87.000	86.817	75
632 12-9	129	Erstattung der Finanzhilfe für niedersächsische Schüler/-innen, die Privatschulen in Bremen und Hamburg besuchen * *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 12, 632 13, 633 11 und 633 12.*	—	2.365.000	2.537.000	2.843.448	2.949
632 13-7	129	Ausgleichszahlungen für den Besuch von öffentlichen Schulen in Bremen und Hamburg durch niedersächsische Schüler/-innen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 12.*	—	5.580.000	5.580.000	5.453.797	5.394
632 14-5	129	Erstattung der Kosten für die Beschulung nieders. Schüler/-innen in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang * *Übertragbar.*	—	23.000	23.000	23.008	17
633 11-7	129	Erstattung von Gastschulbeiträgen für allgemein bildende Schulen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 12.* ***Aufwendungen für Gastschüler/-innen aus anderen Bundesländern dürfen in besonderen Fällen erstattet werden.*	—	993.000	894.000	770.773	647
633 12-5	127	Erstattung von Gastschulbeiträgen für berufsbildende Schulen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 632 12.*	—	1.765.000	1.727.000	1.688.337	1.685
633 13-3	127	Erstattung v. Sachkosten f. d. Beschulung nichtnds. Schüler/-innen an Fachklassen länderübergreifender Einzugsbereiche * *Übertragbar.*	—	441.000	431.000	417.981	381
633 14-1	124	Erstattung von Sachkosten für die Beschulung langwierig erkrankter Kinder an der Seeparkschule Wesermünde	—	154.000	154.000	153.388	153
684 13-7	114	Finanzhilfe gemäß NSchG für allgemein bildende Schulen in freier Trägerschaft ohne Sonderschulen,Gymnasien u.Freie Waldorfsch. * *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 684 13, 684 14, 684 17, 684 18, 684 20 und 684 21.*	—	6.637.000	6.236.000	93.068.416	91.326
684 14-5	127	Finanzhilfe gemäß NSchG für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	39.110.000	38.349.000	37.328.909	36.613
684 15-3	129	Sonstige Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	—	61.000	104.000	182.020	41
684 16-1	115	Zuschüsse auf Grund des NSchG zu den laufenden sächlichen Kosten f. Ersatzschulen (Konkordatsschulen) * *Übertragbar.*	—	1.419.000	1.405.000	1.411.728	1.397
684 17-0	115	Zuschüsse zu den persönlichen Kosten für Lehrkräfte an Ersatzschulen (Konkordatsschulen) * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	13.131.000	12.873.000	12.978.122	12.329
684 18-8	124	Finanzhilfe gemäß NSchG für Sonderschulen in freier Trägerschaft * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	30.756.000	30.116.000	25.091.138	25.666
684 19-6	127	Sonstige Zuschüsse an Schulen für andere als ärztliche Heilberufe * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
684 20-0	117	Finanzhilfe gemäß NSchG für Gymnasien in freier Trägerschaft * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	72.237.000	70.964.000	—	—

Zu 632 11

Veranschlagt ist der gemäß Art. 14 (2) des Staatsvertrages vom 16. 2. 1978 (Anlage zum Gesetz vom 31. 5. 1978 – Nds. GVBl. S. 524), geändert durch Staatsvertrag v. 22. 12. 1992 (Nds. GVBl. S. 379) auf Niedersachsen entfallende voraussichtliche Anteil an den Kosten der Zentralstelle für Fernunterricht.

Zu 632 12

Nach Maßgabe der Vereinbarung vom 1. 3. 1996 mit der Freien Hansestadt Bremen und dem Abkommen vom 13. 6. 1996 mit der Freien und Hansestadt Hamburg leistet das Land Niedersachsen für den Besuch privater Schulen in Bremen und Hamburg durch niedersächsische Schülerinnen und Schüler finanzielle Beiträge an diese Länder. Die Zahlungen werden von dort an die Privatschulen weitergeleitet.

Zu 632 13

Veranschlagt sind die an Bremen gem. Vereinbarung vom 1. 3. 1996 und an Hamburg gem. Abkommen vom 13. 6. 1996 durch das Land Niedersachsen zu zahlenden Ausgleichsbeträge für den Besuch öffentlicher Schulen in Bremen und Hamburg durch Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen.

Zu 632 14

Schülerinnen und Schüler, die sich wegen schwerer organischer Erkrankungen in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang, Schweiz (Träger: Stiftung Deutsche Heilstätten), einer stationären Behandlung unterziehen, werden nach den Empfehlungen für den Unterricht kranker Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entsprechend der Schülerzahl entfallende voraussichtliche Anteil an den Lehrerpersonalkosten gem. Vereinbarung v. 1. 1. 1992.

Zu 633 11 und 633 12

Gastschulbeiträge für niedersächsische Schülerinnen und Schüler, die öffentliche Schulen in anderen Ländern besuchen und für die nicht auf die Erhebung von Gastschulbeiträgen verzichtet wurde oder keine pauschale Abgeltung aufgrund der Vereinbarung vom 1. 3. 1996 zwischen Bremen und Niedersachsen erfolgt (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 07 07 Titel 632 13).

Veranschlagt ist der Anteil des Landes ($^5/_6$) an den Gastschulbeiträgen (d. h. die Personalkosten für Lehrkräfte).

Zu 633 13

Gemäß § 105 Abs. 8 NSchG erstattet das Land niedersächsischen Schulträgern die für die Beschulung der nichtniedersächsischen Schülerinnen und Schüler in Klassen an berufsbildenden Schulen mit länderübergreifendem Einzugsbereich entstehenden Sachkosten nach Maßgabe des RdErl. d. MK v. 15. 1. 1985 (Nds. MBl. S. 203) in der Fassung vom 15. 4. 1992 (Nds. MBl. S. 765). Veranschlagt sind Erstattungen für Auszubildende in den Berufen Brunnenbauerin/Brunnenbauer, Rohrleitungsbauerin/Rohrleitungsbauer, Müllerin/Müller, Steinbildhauerin/Steinbildhauer, Steinmetzin/Steinmetz u. a.

Zu 633 14

Zur Erstattung der Sachkosten an den Landkreis Cuxhaven als Träger der Seeparkschule Wesermünde, Körperbehindertenschule in Langen-Debstedt, gemäß Vereinbarung vom 20.11.1997.

Zu 684 13, 684 20 und 684 21

Bisheriger Haushaltsansatz 2001 des Titels 684 03 aufgeteilt auf 684 13, 684 20 und 684 21.

Zu 684 13, 684 14, 684 17, 684 18, 684 20 und 684 21

Veranschlagt sind Finanzhilfeleistungen aufgrund der §§ 150 und 155 NSchG.

Die persönlichen Verwaltungsausgaben der gem. §§ 152 Abs. 3 und 155 Abs. 2 NSchG an Schulen in freier Trägerschaft mit Bezügen beurlaubten Lehrkräfte sind in den Kap. 07 10 und 07 11, diejenigen der in kirchlicher Trägerschaft stehenden Gymnasien Andreanum (s. Nds. GVBl. 1978 S. 327) und Josephinum (s. Nds. GVBl. 1989 S. 267) im Kap. 07 14 veranschlagt (s. Erläuterungen in den Stellenplänen und -übersichten dort).

In den Ansätzen sind auch Mittel für die Erstattung von Zulagen gem. §§ 152 Abs. 3 und 155 Abs. 2 NSchG enthalten.

Zu 684 15

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind vorgesehen für Zuschüsse gem. § 151 Abs. 1 NSchG an eine Sonderschule für Erziehungshilfe in Verden, die zum Schuljahr 2000/2001 wohnortnah für bislang an einem anderen Standort unterrichtete Schülerinnen und Schüler neu eingerichtet wurde.

Zu 684 16

Veranschlagt ist ein Schülerbetrag von 107,37 EUR gem. Art. III Nr. 5 des Gesetzes zu dem Vertrag zur Änderung des Konkordats mit dem Heiligen Stuhle vom 12. 7. 1994 (Nds. GVBl. S. 304).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 21-8	123	Finanzhilfe gemäß NSchG für Freie Waldorfschulen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 684 13.*	—	21.010.000	20.698.000	—	—
686 11-3	141	Zuschüsse zur Förderung von in Internaten untergebrachten Schiffer-, Schausteller- u. Zirkuskindern	—	9.000	9.000	8.692	7
686 12-1	119	Zuschüsse zum Schulgeld für Schüler/-innen der Nordseeinseln	—	23.000	23.000	22.088	21
981 01-8	990	Abführung an 13 50 - 381 07 * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 11.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Prüfungsvergütungen und Verwaltungsausgaben**	(—)	(330.000)	(330.000)	(357.904)	(276)
412 61-7	111	Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige	—	23.000	23.000	23.008	16
427 61-4	111	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	290.000	290.000	317.717	241
527 61-9	111	Reisekostenvergütungen	—	16.000	16.000	16.361	16
547 61-0	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	818	3
TGr. 62/90		**Kosten des Landeselternrates**	(—)	(130.000)	(121.000)	(99.599)	(91)
412 62-5	129	Entschädigungen für die Mitglieder	—	41.000	41.000	40.903	39
511 62-3	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Gebrauchsgegenstände	—	24.000	24.000	2.045	2
517 62-1	129	Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	4.000	4.000	3.681	3
518 62-8	129	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume	—	13.000	13.000	17.384	15
518 90-3	129	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	—	4.000	4.000	—	—
527 62-7	129	Reisekostenvergütungen	—	22.000	13.000	12.782	17
531 62-4	129	Veröffentlichungen	—	18.000	18.000	20.452	13
547 62-8	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.000	3.000	1.432	2
686 62-8	129	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	920	1
687 62-4	129	Mitgliedsbeiträge an die E.P.A. in Brüssel	—	—	—	—	—
TGr. 63/91		**Kosten des Landesschülerrates**	(—)	(65.000)	(58.000)	(56.345)	(31)
412 63-3	129	Entschädigungen für die Mitglieder	—	14.000	14.000	14.265	12
427 63-0	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 63-1	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Gebrauchsgegenstände	—	10.000	10.000	1.023	—
517 63-0	129	Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	3.000	3.000	3.068	2
518 63-6	129	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume	—	12.000	12.000	13.805	13
518 91-1	129	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	—	2.000	2.000	—	—
527 63-5	129	Reisekostenvergütungen	—	15.000	8.000	15.339	3
531 63-2	129	Veröffentlichungen	—	8.000	8.000	7.669	0

Zu 686 11

Aus den veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse zur Ermäßigung der Kosten für die Internatsunterbringung von Schiffer-, Schausteller- und Zirkuskindern (RdErl. MK v. 25. 4. 90 – Nds. MBl. S. 589, geändert durch RdErl. d. MK vom 18. 12. 1991 – Nds. MBl. 1992 S. 150) gezahlt.

Zu 686 12

Für die Kinder auf den Nordseeinseln, insbesondere auf Spiekeroog, die aus Mangel an öffentlichen weiterführenden Schulen eine Schule in freier Trägerschaft auf der Insel besuchen, wird ein Zuschuss zur Ermäßigung des Schulgeldes gewährt.

Zu 981 01

Abführung der erstatteten anteiligen Kosten zu den Versorgungsaufwendungen (vgl. Erl. zu Titel 281 11).

Zu Titelgruppe 61

Veranschlagt sind die Kosten für die

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Reifeprüfung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern, Sonderreifeprüfung und Ergänzungsprüfung in Latein, Hebräisch und Griechisch sowie für andere Schulprüfungen	10	10
2. Prüfung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern zur Erlangung des Abschlusszeugnis-ses an Hauptschulen und Realschulen	50	50
3. Schulwissenschaftliche Vorprüfung	—	—
4. Prüfungen an berufsbildenden Schulen	3	3
5. Prüfung von Gymnastiklehrkräften, Schwimmeisterinnen und Schwimmeistern sowie Schwimmeistergehilfin nen und Schwimmeistergehilfen	2	2
6. Prüfungen im Hufbeschlag	2	2
7. Prüfungen von Krankenpflegepersonal sowie anderer als ärztlicher Heilberufe	202	202
8. Prüfungen von pharmazeutisch-techni schen Assistentinnen undAssistenten	5	5
9. Anerkennungsprüfung für deutsche Staatsangehörige mit ausländischer Hochschulzulassungsberechtigung	2	2
10. Prüfungen für Lehrerinnen und Lehrer der Kurzschrift und des Maschineschreibens	2	2
11. Feststellung der Sprachbeherrschung und des Kenntnisstandes der Sprache des Herkunftslandes zur Anerkennung als erste Pflichtfremdsprache bei der Eingliederung von deutschen Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Ausländerinnen und Ausländern in die Schule	50	50
12. Anerkennungsprüfung der Muttersprache als Pflichtfremdsprache für ausländische Schülerinnen und Schüler zur Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe	2	2
Zusammen	330	330

Zu Titelgruppe 62/90

Veranschlagt sind die Ausgaben für die durch die Tätigkeit des Landeselternrates entstehenden notwendigen Kosten (§ 174 Abs. 2 NSchG) einschließlich Gewährung von Sitzungsgeldern und Reisekostenvergütungen sowie Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landeselternrates (VO vom 12. 5. 1981 – Nieders. GVBl. S. 120).

Die Vergütungen der in der Geschäftsstelle des Landeselternrats beschäftigten Angestellten sind im Ansatz bei Titel 425 01 enthalten (s. dortige Erläuterungen).

527 62

Mehr wegen Neuwahlen des Landeselternrats in 2003.

686 62

Beitrag für die Geschäftsstelle des Bundeselternrates.

Zu Titelgruppe 63/91

Veranschlagt sind die Ausgaben für die durch die Tätigkeit des Landesschülerrats entstehenden notwendigen Kosten (§ 174 Abs. 2 NSchG) einschließlich Gewährung von Sitzungsgeldern und Reisekostenvergütungen sowie Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landesschülerrats (VO vom 12. 5. 1981 – Nieders. GVBl. S. 120) und die sächliche Ausstattung für die Tätigkeit des Landesschülerrats (§ 168 Abs. 3 NSchG).

Die Vergütung der in der Geschäftsstelle des Landesschülerrats beschäftigten Angestellten (Verg.-Gr. VI b BAT) ist im Ansatz bei Tit. 425 01 enthalten (s. dortige Erläuterungen).

527 63

Mehr wegen Neuwahlen des Landesschülerrats in 2003.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 63-6	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	1.176	0
TGr. 65		**Kosten der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Versuchen im Schulbereich sowie deren wissenschaftliche Begleitung** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(277.000)	(277.000)	(275.894)	(270)
425 65-4	129	Vergütungen der Angestellten	—	128.000	128.000	127.823	142
429 65-0	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	26.000	26.000	25.565	13
527 65-1	129	Reisekostenvergütungen	—	25.000	25.000	20.247	31
547 65-2	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	93.000	93.000	76.694	84
632 65-0	129	Zuweisungen an andere Länder	—	—	—	—	—
633 65-6	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	5.000	5.000	25.565	—
684 65-0	129	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	—	—	—	—	—
686 65-2	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 65-2	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Kosten der Förderschule für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche in Celle**	(—)	(198.000)	(198.000)	(181.049)	(186)
511 67-4	114	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	19.000	19.000	2.199	1
517 67-2	114	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume sowie Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	61.000	61.000	61.048	63
518 67-9	114	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	93.000	93.000	93.055	102
519 67-5	114	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 67-5	114	Lehr- und Lernmittel	—	24.000	24.000	24.031	20
547 67-9	114	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	716	0
633 67-2	114	Erstattung anteiliger Sachkosten für den Besuch berufsbildender Schulen	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Kosten der Bestandsaufnahme zur Orientierungsstufe** * *Übertragbar.*	(—)	(—)	(—)	(409.034)	(102)
429 68-4	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	25.565	—
527 68-6	129	Reisekostenvergütungen	—	—	—	51.129	—
538 68-8	129	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	306.775	102
547 68-7	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	25.565	—
TGr. 70		**Kosten der Austausch- und Hospitationsaufenthalte von Lehrkräften**	(—)	(5.000)	(5.000)	(8.436)	(1)
427 70-3	129	Zuschüsse für ausländische Lehrkräfte	—	1.000	1.000	4.090	—
525 70-5	129	Erstattung von Auslagen an niedersächsische Lehrkräfte	—	4.000	4.000	4.346	1

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind Komplementärmittel für Modellversuche im Bildungswesen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im allgemein- und berufsbildenden Schulbereich (BLK-Modellversuche).

Darüber hinaus sind Mittel vorgesehen für die Durchführung von Schulversuchen gem. § 22 NSchG auf Grund bestehender pädagogischer, wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse und Erfordernisse sowie bestimmter bildungspolitischer Ziele.

Insgesamt sind veranschlagt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Komplementärmittel für Modellversuche und wiss. Begleitungen im Bildungswesen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung	202	193
2. für niedersächsische Modell-/Schulversuche	75	84
Zusammen	277	277

425 65

Veranschlagt ist der Landesanteil von 50 v. H. an den Vergütungen des unmittelbar für den Modellversuch eingestellten hauptberuflichen Personals.

429 65

Veranschlagt ist der Landesanteil von 50 v. H. an den Vergütungen der bei Modellversuchen befristet beschäftigten Hilfs- und Aushilfskräfte.

Zu Titelgruppe 67

Die Förderschule für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche in Celle wird vom Land Niedersachsen getragen (§ 102 Abs. 6 NSchG).

Zu Titelgruppe 68

Zur Abwicklung evtl. Ausgabereste aus 2001.

Zu Titelgruppe 70

427 70

Aus den Mitteln erhalten ausländische Lehrkräfte Zuschüsse zu den Kosten eines Hospitationsaufenthaltes in Niedersachsen.

525 70

Aus den Mitteln erhalten niedersächsische Lehrkräfte, die an ausländischen Schulen im Rahmen des Lehreraustausches unterrichten oder hospitieren, Zuschüsse zu ihren Auslagen gem. § 23 Abs. 2 BRKG.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		**Austauschvorhaben mit dem Ausland**	(—)	(20.000)	(20.000)	(22.088)	(11)
547 71-7	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.000	1.636	—
681 71-5	127	Zuschüsse für Teilnehmer/-innen	—	18.000	18.000	20.452	11
TGr. 72		**Förderung des Erziehungswesens in Sonderfällen**	(31.000) (—) (34.666)	(114.000)	(128.000)	(102.769)	(110)
429 72-2	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
527 72-4	129	Reisekostenvergütungen	—	40.000	40.000	32.211	27
531 72-1	129	Veröffentlichungen ****Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	5.000	5.000	5.113	—
539 72-2	129	Vergabe von Preisen und Urkunden	—	4.000	4.000	—	—
541 72-7	129	Kosten der Tagungsstätten bei Wettbewerbsveranstaltungen	—	3.000	3.000	—	—
547 72-5	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.000	16.000	16.361	5
681 72-3	129	Sonstige Geldleistungen	—	13.000	13.000	14.316	27
686 72-5	129	Zuschüsse an Sonstige	31.000 — 34.666	33.000	47.000	34.768	52
TGr. 73		**Kosten der Lehrplanarbeiten** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 73.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(65.000)	(65.000)	(65.548)	(73)
527 73-2	129	Reisekostenvergütungen	—	18.000	18.000	17.742	18
531 73-0	129	Veröffentlichungen ****Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Lehrpläne unentgeltlich abgegeben werden.*	—	38.000	38.000	23.468	51
538 73-4	129	Dienstleistungen Dritter für Aufträge zur Datenverarbeitung	—	5.000	5.000	21.270	—
547 73-3	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.000	4.000	3.068	4
TGr. 74		**Kosten der Hausaufgabenhilfe für Aussiedlerkinder und ausländische Schüler/-innen**	(—)	(1.022.000)	(1.022.000)	(1.022.584)	(891)
633 74-5	112	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	613.000	613.000	613.550	592
684 74-9	112	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	409.000	409.000	409.034	299
TGr. 75 bis 77		**Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 75.*	(1.100.000) (1.100.000) (1.124.842)	(2.250.000)	(2.250.000)	(2.249.684)	(3.065)
527 75-9	129	Schulfahrten im Inland * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 0707 - 527 75, 0707 - 527 76, 0707 - 527 77, 0707 - 539 75, 0707 - 546 75, 0707 - 547 75, 0707 - 525 88, 0707 - 547 88, 0758 - 427 69, 0758 - 525 69, 0758 - 547 69, 0758 - 427 70, 0758 - 525 70 und 0758 - 547 70.*	1.100.000 1.100.000 1.124.842	1.712.000	1.712.000	1.711.805	2.016

Zu Titelgruppe 71

Veranschlagt sind Reise- und Unterbringungskosten aus Anlass von Ausbildungsprogrammen nach dem Vertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland v. 27. 10. 86.

Zu Titelgruppe 72

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für:

1. Förderung der Arbeit in Schulbibliotheken
2. Kosten für überregionale Bildungsveranstaltungen
3. Schülerfriedenspreis
4. Kosten der Seminare zur Förderung der SV-Arbeit
5. Kosten der Einführungstagungen für Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten
6. Zuschüsse für
   - die 37. Jahrestagung der UNESCO-Projekt-Schulen
   - den Europäischen Wettbewerb auf Landesebene
   - den Europäischen Wettbewerb auf Bundesebene
   - die Schulschachmannschaftsmeisterschaften
   - Nieders. Schülertheatertreffen
   - Jugend zeichnet und gestaltet
   - Schulen musizieren (Land)
   - Bundessprachenfest
   - Fremdsprachenwettbewerb
   - Braunschweiger Schultheaterwoche
   - Schultheater der Länder
   - Uelzener Filmtage
   - Make a video
   - Wettbewerb „Junior“
   - Chemie (SEK I)
   - sonstige Schülerwettbewerbe (Erl. v. 10. 6. 97 – SVBl. S. 274)

686 72 (2003)

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	—	—
2004	—	—	31 000	31 000
2005 ff.	—	—	—	—

Die VE dient der Absicherung der Zuschüsse für das „Nieders. Schülertheatertreffen“ sowie für die Schülerwettbewerbe „Jugend zeichnet und gestaltet“ und „Schulen musizieren (Land)“.

Zu Titelgruppe 73

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Arbeitstagungen zur Entwicklung von Rahmenrichtlinien, Einheitlichen Abiturprüfungsanforderungen, unterrichtsbezogenen Empfehlungen und Materialien sowie von Leitlinien für die Lehrplanarbeiten, für die Veröffentlichung von Rahmenrichtlinien, Einheitlichen Prüfungsanforderungen und Materialien im Bereich der allgemeinbildenden Schulen sowie für die Teilnahme niedersächsischer Vertreterinnen und Vertreter in entsprechenden Bundes- bzw. EU-Arbeitsgruppen im allgemeinbildenden Bereich, soweit die Kosten nicht von anderer Seite getragen werden.

Zu Titelgruppe 74

Veranschlagt sind Zuwendungen gem. § 23 LHO an kommunale Gebietskörperschaften sowie andere Träger der Hausaufgabenhilfe für Aussiedlerkinder und ausländische Schüler/-innen

1. Das Land gewährt die Zuwendungen auf der Basis der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Durchführung der Hausaufgabenhilfe für ausländische und ausgesiedelte Schülerinnen und Schüler gem. RdErl. d. MK v. 8. 7. 1998 – Nds. MBl. S. 1020/SVBl. S. 252.
2. Es handelt sich um ein zusammenhängendes Förderprogramm.

Zu Titelgruppe 75 bis 77

Veranschlagt sind Reisekostenvergütungen für Lehrkräfte und Begleitpersonen zur Durchführung von

- Schulfahrten im Inland und Studienfahrten ins Ausland gem. RdErl. d. MK v. 30. 6. 1997 (SVBl. S. 266) sowie
- Schüleraustauschfahrten ins Ausland gem. RdErl. d. MK v. 23. 2. 1998 (SVBl. S. 93).

Die Mittel werden den öffentlichen Schulen in budgetierter Form zur Verfügung gestellt (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 07 07 TGr. 88).

Durch die Deckungsvermerke zu Kapitel 07 07 TGr. 75 bis 77, TGr. 88 und Kapitel 07 58 TGr. 69 ist gewährleistet, dass die öffentlichen Schulen die Mittel auch nach Ablauf des Modellversuchs gem. § 6 HG 1997/1998 in budgetierter Form bewirtschaften können.

527 75 (2003)

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 100 000	—	1 100 000
2004	—	—	1 100 000	1 100 000
2005ff.	—	—	—	—

527 75 (2002)

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommene VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 124 842	—	1 124 842
2003	—	—	1 100 000	1 100 000
2004ff.	—	—	—	—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *527 75-9*		****Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0720 - 427 63 und 0720 - 546 63.*					
527 76-7	141	Schüleraustauschfahrten * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	287.000	287.000	287.346	299
527 77-5	129	Studienfahrten ins Ausland * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	251.000	251.000	250.533	751
539 75-7	129	Sachaufwand * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
546 75-3	129	Schadensersatzleistungen * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	—	—	—	0
547 75-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Verausgabung der Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Modellversuchen** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 78.*	(—)	(500.000)	(748.000)	(409.035)	(633)
425 78-6	129	Vergütungen der Angestellten	—	160.000	233.000	153.388	166
429 78-1	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	8.000	8.000	3.068	4
527 78-3	129	Reisekostenvergütungen	—	100.000	107.000	15.339	93
547 78-4	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	130.000	146.000	83.852	187
631 78-5	129	Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesmittel	—	—	—	—	—
632 78-1	129	Sonstige Zuweisungen an Länder	—	40.000	94.000	25.565	41
633 78-8	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	62.000	160.000	127.823	142
686 78-4	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 78-4	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
TGr. 80		**Verwendung der Zuschüsse des DFJW zur Förderung der Begegnung von Schülergruppen** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 80.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
633 80-0	141	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 80-3	141	Zuschüsse an andere Träger	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit für Lehrkräfte an Schulen** * *Übertragbar.* ****Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt dafür abweichend von § 20 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe*	(—)	(500.000)	(500.000)	(—)	(—)
443 81-4	254	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	—	300.000	300.000	—	—
511 81-0	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs-und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	50.000	50.000	—	—
525 81-0	254	Aus-und Fortbildung	—	50.000	50.000	—	—
527 81-3	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	100.000	100.000	—	—
547 81-4	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 82		**Maßnahmen zur Öffnung von Schule, Schulprogrammentwicklung, Evaluation** * *Übertragbar.*	(—)	(300.000)	(300.000)	(—)	(—)

539 75

Die Schulen dürfen mit Wirkung für das Land Verpflichtungen im Zusammenhang mit Schulfahrten eingehen, soweit die Kostenübernahme durch Dritte (Eltern, Schülerinnen und Schüler, Sozialhilfeträger) gesichert ist – siehe §§ 71 Abs. 1 Satz 2 und 113 Abs. 4 Satz 2 NSchG.

Zu Titelgruppe 78

Zur Verausgabung der bei Tit. 231 78 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur koordinierten Vorbereitung und Durchführung von Modellversuchen im Schulbereich sowie dessen wissenschaftliche Begleitung.

425 78

Veranschlagt sind die anteiligen Bundesmittel zu den persönlichen Verwaltungsausgaben der am Modellversuch beteiligten Lehrkräfte und für das unmittelbar für den Versuch einzusetzende Personal. Die Komplementärmittel des Landes in Höhe von 50 v. H. werden bei dem entsprechenden Titel 425 27 der Kapitel 07 10 bis 07 20 bereitgestellt bzw. sind bei Titel 425 65 veranschlagt.

429 78

Für Vergütungen von befristet eingestellten Hilfs- und Aushilfskräften zur Durchführung von Modellversuchen.

632 78

Zur Verausgabung von Zuweisungen des BMBF an andere Bundesländer für die Abwicklung von Modellversuchs-Programmen, für die Niedersachsen die Federführung übernommen hat.

Zu Titelgruppe 80

Zur Verausgabung der bei Tit. 282 80 eingehenden Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, die nach Maßgabe besonderer Förderungsrichtlinien (vgl. RdErl. d. MK v. 20. 1. 1971 – Nds. MBl. S. 397) zur Förderung des Austausches und der Begegnung ausschließlich von Schülergruppen beider Länder gewährt wird.

Alle übrigen Zuschüsse des Deutsch-Französischen Jugendwerkes sind bei Kap. 05 73 TGr. 91 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 81

Veranschlagt sind Ausgaben zur Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes und des Arbeitssicherheitsgesetzes für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in dem nach EU-Richtlinien vorgeschriebenen Umfang insbesondere durch

- Qualifizierung von Lehrkräften zu Fachkräften für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbetreuern und Sicherheitsbeauftragten,
- Beschaffung von Schutzausrüstungen und Durchführung von Schutzimpfungen,
- Arbeitsmedizinische Betreuung durch Dritte.

Zu Titelgruppe 82

Die Bildungsmaßnahmen im Rahmen der Expo 2000 (bis 2001 bei Kapitel 07 02 TGr. 68) werden fortgeführt als Maßnahmen zur Öffnung von Schule und deren Leistungsorientierung.

Veranschlagt sind die Ausgaben u. a. für die Entwicklung von Kriterien und den Auf- und Ausbau von Schulnetzwerken, für die Durchführung von landesweiten Maßnahmen und Projekten zur Qualitätsverbesserung von Schule und Unterricht sowie für Schulprogrammentwicklung und Evaluation.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 82**		** *Die Ausgaben der Titelgruppe (Maßnahme) dürfen nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT geleistet werden.* ***Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt dafür abweichend von § 20 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe*					
429 82-0	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50.000	50.000	—	—
511 82-8	129	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,Ausstattungs-und Ausrüstungsgegenstände,sonstige Gebrauchsgegenstände	—	100.000	100.000	—	—
525 82-9	129	Aus- und Fortbildung	—	50.000	50.000	—	—
526 82-5	129	Ausgaben für Sachverständige, Gutachter und Beiräte	—	50.000	50.000	—	—
527 82-1	129	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	50.000	50.000	—	—
531 82-9	129	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	—	—	—	—	—
547 82-2	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 88		**Kosten der Lernmittelfreiheit** * *Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 88.*	(—)	(22.474.000)	(22.477.000)	(23.355.813)	(20.883)
525 88-8	129	Beschaffung von Lernmitteln durch Schulen * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	22.474.000	22.477.000	23.355.813	20.883
547 88-1	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	—	—	—	—
TGr. 89		**Maßnahmen zur Agenda 21 bei Umweltbildung und Gesundheitsförderung**	(—)	(60.000)	(60.000)	(59.719)	(48)
427 89-4	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	3.000	3.000	2.556	—
527 89-9	129	Reisekostenvergütungen	—	19.000	19.000	19.327	12
531 89-6	129	Veröffentlichungen ***Abweichend von §§ 61 Abs. 1 und 63 Abs.3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	18.000	18.000	18.407	24
547 89-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	19.000	19.000	18.918	12
681 89-8	129	Sonstige Geldleistungen	—	1.000	1.000	511	—
686 89-0	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 93		**Energieeinsparung an Schulen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ***Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt dafür abweichend von § 20 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(225)
633 93-1	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	42
883 93-8	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	183
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			74.650	

Zu Titelgruppe 88

Ausgaben nach dem Niedersächsischen Gesetz über Lernmittelfreiheit (NLFrG) vom 24. 4. 1991 (Nds. GVBl. S. 174), zuletzt geändert durch Art. 4 Haushaltsbegleitgesetz 1999 vom 21. 1. 1999 (Nds. GVBl. S. 10).

Aufbauend auf einen haushaltswirtschaftlichen Modellversuch gem. § 6 HG 1997/1998 werden den öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. MK v. 4. 8. 1998 (SVBl. S. 248) bis zum 31. 7. 2002 Haushaltsmittel für die Durchführung der Lernmittelfreiheit, von Dienstreisen aus Anlass von Schulfahrten (Kapitel 07 07 Titelgruppe 75 bis 77) und von schulinterner Lehrerfortbildung – SchiLF – (Kapitel 07 58 Titelgruppe 69) in Form eines Budgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen der geltenden Vorschriften zur Verfügung gestellt. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit der budgetierten Mittel sowie die Verstärkung der Ausgabenseite durch Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titel 119 75 und 119 88 ermöglichen eine flexible Inanspruchnahme des Budgets entsprechend dem Bedarf und der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung in den Schulen.

Durch die Deckungsvermerke zu Kapitel 07 07 TGr. 75 bis 77, TGr. 88 und Kapitel 07 58 TGr. 69 ist gewährleistet, dass die öffentlichen Schulen die Mittel auch nach Ablauf des Modellversuchs in budgetierter Form bewirtschaften können. Die öffentlichen berufsbildenden Schulen bewirtschaften als haushaltswirtschaftlichen Modellversuch Haushaltsmittel eigenverantwortlich für die Durchführung von Lernmittelfreiheit und von Dienstreisen aus Anlass von Schulfahrten sowie von Lehrerfort- und weiterbildung im Kernbereich der beruflichen Bildung und zur Leistung von Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten gem. § 54 Abs. 5 NSchG in Form eines Budgets (siehe Erl. zu Kap. 07 58 TGr. 70 und Kap. 07 20 TGr. 63).

Zu Titelgruppe 89

Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung des Bildungsauftrags der Schule in den Bereichen ökologisches Lernen, umweltbewusstes Verhalten, Umwelterziehung, zukunftsorientierte Umwelttechnologie sowie Gesundheitsförderung und Prävention zur Unterstützung schulischer Maßnahmen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 07					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		123.000	123.000	424.372	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.542.000	3.528.000	4.514.709	
		Summe der Einnahmen		1.665.000	3.651.000	4.939.081	
		4 Personalausgaben	—	29.355.000	29.740.000	28.731.281	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1.100.000 1.100.000 1.124.842	26.568.000	26.578.000	27.219.238	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	31.000 — 34.666	196.996.000	193.571.000	182.816.505	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.131.000 1.100.000 1.159.508	252.919.000	249.889.000	238.767.024	
		Zuschuss		251.254.000	246.238.000	233.827.943	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		77.000	75.000	63.758	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		252.996.000	249.964.000	238.830.782	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		251.331.000	246.313.000	233.891.701	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0710 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-7	114	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.000	2.000	5.113	2
119 01-1	114	Vermischte Einnahmen		957.000	957.000	—	—
119 11-9	114	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte * *Vgl. K-Vermerk zu 425 13.*		184.000	184.000	—	184
119 61-5	114	Vermischte Einnahmen im Rahmen des Programms „Stärkung der Hauptschule“ * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Modellversuch Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** * *Übertragbar.*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 63-1	114	Vermischte Einnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
236 63-8	114	Sonstige Einnahmen von der Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				746.997	
		A U S G A B E N					
422 06-7	114	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	6
422 11-3	114	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 34, 427 63 und 546 63.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 422 11 und 425 26.* ***Der letzte Satz der Erläuterungen (Reformdividende PKB) ist gem. § 17 Abs.1 S.1 LHO verbindlich.*	—	3.030.408.000	2.992.981.000	2.879.869.416	1.230.464
422 19-9	114	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	114	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	545.000	545.000	314.649	523
425 01-5	114	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	772
425 05-8	114	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	89
425 06-6	114	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-2	114	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	56.821
425 13-9	114	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 11.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 11.*	—	80.572.000	80.102.000	85.379.864	41.317
425 14-7	114	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	12.540
425 26-0	114	Vergütungen der nur vorübergehend zur Vertretung an verlässlichen Grundschulen tätigen teilzeitbe. nichtbeamt. Lehrkräfte * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 32 und 538 02.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 11.*	—	30.390.000	23.702.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 10 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Grundschulen, Hauptschulen und Orientierungsstufen sowie entsprechende gem. § 106 Abs. 4 NSchG zusammengefasste Schulen eingesetzte Lehrkräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt, die an den gem. § 155 f. NSchG aus öffentlichen Schulen hervorgegangenen Ersatzschulen (sog. Konkordatsschulen) tätig sind.

Zu 119 01

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstige Rückgriffe, insbesondere von haftenden Versicherungsunternehmen sowie Rückzahlung von Überzahlungen u. a. vermischte Einnahmen.

Zu 422 . . bis 425 . .

Für die Jahre 2002 und 2003 sind im Rahmen der Bildungsoffensive im Haushaltsplan zusätzlich veranschlagt:

1 700 neue Stellen für Lehrkräfte

davon für 2002:

300 (Kapitel 07 10) ab 1. 1. 2002 für die Unterrichtsversorgung der verlässlichen Grundschulen
300 (Kapitel 07 10 und 07 13) ab 1. 1. 2002 zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung insbesondere im Sekundarbereich I an Orientierungsstufen, Hauptschulen und Realschulen
500 (Kapitel 07 10 – 07 18) ab 1. 8. 2002 für die Unterrichtsversorgung
45 (Kapitel 07 14) ab 1. 8. 2002 zur Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an Gymnasien
20 (Kapitel 07 10 – 07 14) ab 1. 8. 2002 zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen
115 (Kapitel 07 10) ab 1. 2. 2002 für Förderstunden in den Jahrgängen 5 und 6 sowie sozialpädagogische Maßnahmen an Hauptschulen und Realschulen
120 (Kapitel 07 10) ab 1. 8. 2002 für ein Netz von Ganztagsschulen im Sekundarbereich I
1 400 Summe für 2002

davon für 2003

45 (Kapitel 07 14) ab 1. 8. 2003 zur Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an Gymnasien
20 (Kapitel 07 10 – 07 14) ab 1. 8. 2003 zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen
115 (Kapitel 07 10) ab 1. 2. 2003 für Förderstunden in den Jahrgängen 5 und 6 sowie sozialpädagogische Maßnahmen an Hauptschulen und Realschulen
120 (Kapitel 07 10) ab 1. 8. 2003 für ein Netz von Ganztagsschulen im Sekundarbereich I
300 Summe für 2003

Weiterhin sind für die Jahre 2002 und 2003 veranschlagt:

– 300 Einstellungsmöglichkeiten ab 1. 8. 2002
– 200 Einstellungsmöglichkeiten ab 1. 2. 2003
– 300 Einstellungsmöglichkeiten ab 1. 8. 2003

alle Kap. 07 10 Tit. 425 26 (verlässliche Grundschule)

– 13,1 Mio. EUR in 2002 für die verlässlichen Grundschulen (Betreuung und Vertretung) – Kapitel 07 10 Titel 425 26,
– 1,4 Mio. EUR in 2002 sowie
– 2,6 Mio. EUR in 2003 für ein Netz von Ganztagsschulen im Sekundarbereich I (Kapitel 07 10 Titel 422 11 bzw. Titel 427 34)

Für die Schulkapitel 07 10 – 07 20 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Das Beschäftigungsvolumen und das Personalkostenbudget für die Schulkapitel ist bei Kapitel 07 10 zusammengefasst dargestellt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Soll 2000
67 333,55	66 583,74	65 187,00	64 450,00

Noch zu 422 . . bis 425 . .

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	269,76	1 024,43
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	291,67	—
– Sonstige Veränderungen	189,46	537,50
Summe Zugänge	750,89	1 561,93
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	27,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	1,08	138,19
Summe Abgänge	1,08	165,19
Bleibt Zugang	749,81	1 396,74

Nachrichtl. Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	60 305,84	60 305,84	—	62 374
Angestellte	7 006,21	4 384,45	2 621,76	4 216
Lohnempfänger/-innen	21,50	16,00	5,50	16
Insgesamt	67 333,55	64 706,29	2 627,26	66 606

Nachrichtl. Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	59 712,49	59 712,49	—	62 074
Angestellte	6 849,75	4 384,45	2 465,30	4 216
Lohnempfänger/-innen	21,50	16,00	5,50	16
Insgesamt	66 583,74	64 112,94	2 470,80	66 306

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt		
Titel 422 11	3 030 408	2 992 981
Titel 425 13	80 572	80 102
Titel 425 26	30 390	23 702
	3 141 370	3 096 785

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	3 141 370	3 096 785
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	53 140	47 469
43	Versorgungsbezüge	1 029 245	974 486
44	Beihilfen, Unterstützungen	159 869	148 271
45	Personalbezogene Sachausgaben	337	337
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	22 409	–3 037
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		4 406 370	4 264 311

Eine Reformdividende i. S. d. § 8 Abs. 4 HG wird für die Schulkapitel (Kap. 07 10 – 07 20) nicht gewährt.

Zu 425 01, 425 05 und 427 39

Für die Schulsozialarbeit.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

53 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
863 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
44 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IVa BAT,
124 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
163 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
87 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. Vc BAT,
74 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
62 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Titel werden auch die Vergütungen der Lehrkräfte gezahlt, die nach den Einstellungserlassen zur Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemein bildenden Schulen eingestellt worden sind (Springer).

Zu 425 26, 427 32 und 538 02

In den kommenden Jahren sollen alle niedersächsischen Grundschulen als verlässliche Grundschulen organisiert werden. Einschließlich des Schuljahres 2001/2002 werden ca. 1100 Grundschulen in verlässliche Grundschulen umgewandelt worden sein.

Das Konzept der verlässlichen Grundschule sieht die Einführung eines verlässlichen – täglichen – Zeitrahmens von fünf Zeitstunden vor sowie eine zuverlässige Unterrichtsversorgung durch eine Vertretungsreserve von ca. 5 % der Unterrichtsstunden. Die Schülerinnen und Schüler der 1. und 2. Klasse werden über den Unterricht hinaus je eine Stunde täglich betreut. Dafür können

- zusätzliche Vertretungslehrkräfte und Betreuungskräfte in den Grundschulen eingesetzt werden. – Titel 427 32,
- im Landesdienst stehenden Lehrkräften aus dem Titel 427 32 Mehrarbeits-/Überstundenvergütungen gewährt werden,
- Verträge mit Außenstehenden (z. B. Kommunen, Vereine) für die Betreuung abgeschlossen werden – Titel 538 02 –.

Die Kräfte werden von den Schulen ausgesucht.

Für die Berechnung der den Schulen zur Verfügung stehenden Mittel je Stunde (Betreuungskäfte) bzw. Unterrichtsstunde (Vertretungskräfte) wird ein Betrag entsprechend der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der jeweils geltenden Fassung in Höhe der Mehrarbeitsvergütung für Inhaberinnen oder Inhaber von Lehrämtern des gehobenen Dienstes, deren Eingangsämter mindestens der Besoldungsgruppe A 12 zugeordnet sind (Grund- und Hauptschulkräfte), zurzeit 17,15 EUR, zugrunde gelegt.

Für längerfristige Vertretungen an verlässlichen Grundschulen weisen die BezReg. diesen Schulen zusätzliche Vertretungskräfte zu. Die BezReg. können dafür auch zusätzliche teilzeitbeschäftigte, nichtbeamtete Lehrkräfte (Feuerwehrlehrkräfte für verlässliche Grundschulen) einstellen – Titel 425 26 –.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 27-9	114	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	5.942
427 10-7	129	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen/Praktikanten ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	902.000	893.000	884.330	846
427 21-2	114	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	74.000	70.000	77.716	62
427 27-1	114	Entschädigungen für die nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen stundenweise beschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	4
427 29-8	114	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	5.003.000	4.907.000	5.188.283	4.625
427 32-8	114	Entgelte für Vertretungslehrkräfte und Betreuungskräfte im Rahmen der verlässlichen Grundschule * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 425 26.*	—	—	—	—	3.844
427 34-4	114	Entgelte für befristete Beschäftiugungsverhältnisse für den Ganztagsbetrieb * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11.* *** *Sofern aus haushaltstechnischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese die o.a. Deckungsfähigkeit über § 20 Abs. 1 Nr. 2 LHO hinaus*	—	—	—	—	—
427 39-5	114	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	5.000	5.000	5.113	—
453 01-9	114	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	122.000	122.000	115.041	122
526 01-6	114	Sachverständige	—	86.000	86.000	85.539	130
526 02-4	114	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 59-8	114	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	17.000	17.000	16.515	0
527 01-2	114	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	560.000	530.000	440.376	431
527 02-0	114	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	22.000	22.000	22.395	38
538 02-2	114	Dienstleistungen Außenstehender im Rahmen der verlässlichen Grundschule * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 425 26.*	—	—	—	—	614
546 02-5	114	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte *** *Hieraus können Billigkeitsleistungen gem. § 53 LHO erbracht werden*	—	15.000	15.000	15.339	13
632 11-8	114	Sonstige Erstattungen an Länder * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 425 13.*	—	—	—	—	1.024
671 11-3	114	Erstattungen von Personalkosten für Lehrkräfte an Schulen in freier Trägerschaft	—	164.000	162.000	160.546	155
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**„Stärkung der Hauptschule“ im Rahmen der Umsetzung regionaler Konzepte** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.*	(—) (7.000.000) (—)	(7.000.000)	(7.000.000)	(3.196.392)	(—)
429 61-4	114	Nicht aufteilbare Personalausgaben	— 7.000.000 —	—	—	1.022.584	—
527 61-6	114	Reisekostenvergütungen	—	256.000	256.000	51.129	—
531 61-3	114	Veröffentlichungen	—	256.000	256.000	—	—

Zu 425 27 und 427 27

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten teilzeitbeschäftigten und stundenweise beschäftigten Lehrkräften im Angestelltenverhältnis (insbesondere sog. Feuerwehrlehrkräfte). Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Besoldungsmitteln der ganz oder teilweise freien Planstellen oder Stellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber gem. MuSchG, BErzGG oder ErzUrlVO oder §§ 80 a oder 87 a NBG oder §§ 9 oder 13 der Sonderurlaubsverordnung beurlaubt sind oder deren Arbeitszeit gem. § 87 a NBG ermäßigt ist.

Außerdem sind hier die Komplementärmittel des Landes für diejenigen befristet beschäftigten Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis zu buchen, die als Vertretung für die im Rahmen von Modellversuchen tätigen Lehrkräfte eingesetzt werden (vgl. auch Erläuterungen zu 07 07 – 425 78).

Zu 427 10

Für insgesamt bis zu höchstens 75 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die im Anschluss an ihre Fachhochschulausbildung ein Anerkennungsjahr ableisten.

Bei Bedarf können die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auch an Sonderschulen und Sonderschulklassen (Kapitel 07 11) sowie an Gesamtschulen (Kapitel 07 18) eingesetzt werden.

Zu 427 29

Die evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen, die katholische Kirche und einzelne katholische Orden stellen auf Grund von Gestellungsverträgen für den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen katechetische Lehrkräfte gegen Zahlung von Gestellungsgeldern zur Verfügung. Die Lehrkräfte stehen in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Land.

Zu 427 34

Für ein Netz von Ganztagsschulen im Sekundarbereich I.

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) bezahlt.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Vermögens- und Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Aus Gründen der Billigkeit ist es zulässig, eine lfd. Zahlung ab 1. 7. 1976 in Höhe von mtl. 102,26 EUR, ab 1. 2. 1977 zuzüglich der alljährlichen Erhöhungen der Vergütungen im öffentlichen Dienst zu leisten.

Zu 632 11

Kosten des Einsatzes von Lehrkräften aus den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen in Niedersachsen. Erstattet werden an diese Länder 25 v. H. der Personalkosten.

Ausgaben für Erstattungen dürfen nur geleistet werden, wenn bei Kap. 07 10 Tit. 425 13 Mittel in entsprechender Höhe eingespart werden.

Nach einer Abordnungszeit von 3 bis 5 Jahren und einer besonderen Fortbildung ist eine Übernahme der Lehrkräfte in den niedersächsischen Landesdienst vorgesehen. Die Lehrkräfte werden im Zeitraum von 2001 bis 2003 vereinbarungsgemäß in den niedersächsischen Schuldienst übernommen.

Zu 671 11

Es werden 8 Lehrkräfte, die im Dienst von freien Schulträgern stehen, im Umfange von insgesamt z. Zt. 70 Wochenstunden an öffentlichen Orientierungsstufen eingesetzt. Die anteiligen Personalkosten sind den Schulträgern zu erstatten.

Zu Titelgruppe 61

Im Rahmen der Bildungsoffensive der Landesregierung zur „Stärkung der Hauptschule“ und im Rahmen der Umsetzung regionaler Konzepte ist vorgesehen, fußend auf Empfehlungen des Bildungsrates, einen Wettbewerb der Regionen ins Leben zu rufen, der modellhafte Entwicklungen regionaler Netzwerke der Zusammenarbeit zur Realisierung dieser Zielsetzungen fördert.

Daneben ist Ziel die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule durch spezifische sozialpädagogische Maßnahmen in ihrer Lern- und Leistungsmotivation zu stabilisieren und sie gezielt auf den Übergang in eine Erwerbstätigkeit vorzubereiten.

Neben Angeboten der Schulen sollen auch Dritte bei der Entwicklung von „Regionen des Lernens“ beteiligt werden.

Erläuterungen zu den Zuwendungen:

1. Das Land gewährt die Zuwendungen auf der Basis der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der Hauptschulen im Rahmen der Umsetzung regionaler Konzepte gem. RdErl. d. MK v. 19. 3. 2001 – Nds. MBl. S. 304/SVBl. S. 135.
2. Das Förderprogramm „Stärkung der Hauptschule“ ist Teil der Bildungsoffensive.

429 61 (2001)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	7 000 000	7 000 000
2004 ff.	—	—	—	—

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0710 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 61-8	114	Dienstleistungen Dritter für Aufträge zur Datenverarbeitung	—	256.000	256.000	102.258	—
547 61-7	114	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	511.000	511.000	230.899	—
633 61-0	114	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	4.443.000	4.443.000	1.022.584	—
686 61-7	114	Zuschüsse an Sonstige	—	1.278.000	1.278.000	766.938	—
883 61-7	114	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zum Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Modellversuch Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 63-8	114	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11.*	—	—	—	—	—
546 63-7	114	Vermischte Verwaltungsausgaben * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11.*	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 07 10					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.143.000	1.143.000	752.110	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.143.000	1.143.000	752.110	
		4 Personalausgaben	— 7.000.000 —	3.148.021.000	3.103.327.000	2.972.856.996	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.979.000	1.949.000	964.450	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	5.885.000	5.883.000	1.950.068	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 7.000.000 —	3.155.885.000	3.111.159.000	2.975.771.514	
		Zuschuss		3.154.742.000	3.110.016.000	2.975.019.404	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.029.245.000	974.486.000	872.944.734	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.185.130.000	4.085.645.000	3.848.716.248	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		4.183.987.000	4.084.502.000	3.847.964.138	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Bisher ist die Mittelbewirtschaftung und die Entscheidung über Personalmaßnahmen geprägt vom Auseinanderfallen von Handlungs- und Finanzverantwortung zwischen Schule und Schulbehörde.

Durch ein System der Budgetierung und der damit verbundenen Übertragung personalwirtschaftlicher Befugnisse soll die Eigenverantwortlichkeit der Schulen gestärkt werden. Seit dem 1. 2. 2001 wird eine Personalkostenbudgetierung mit insgesamt 39 Schulen (12 allgemein bildende und 27 berufsbildende Schulen) modellhaft erprobt. Die Schulen werden in die Lage versetzt, über einen Teil der sie betreffenden personalwirtschaftlichen Maßnahmen eigenständig zu entscheiden. Eine wissenschaftliche Begleitung ist vorgesehen.

Die Finanzierung des Modellversuchs erfolgt aus dem Personalkostenbudget über den Titel 422 11, Einnahmen Dritter sowie bei den teilnehmenden berufsbildenden Schulen aus dem Anteil der den Schulen überlassenen Entgelte nach § 54 NSchG.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0711 Sonderschulen und Sonderschulklassen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	124	Gebühren und tarifliche Entgelte		—	—	511	—
119 01-5	124	Vermischte Einnahmen		111.000	111.000	—	—
231 10-9	124	Erstattungen des Bundes für Zivildienst-leistende		200.000	200.000	217.299	218
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				184.065	
		A U S G A B E N					
422 06-0	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	2
422 11-7	124	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	177.962
422 19-2	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-9	124	Vergütungen der Angestellten * *Die Ausgaben sind einseitig deckungs-fähig zu Gunsten 671 11.*	—	—	—	—	23.588
425 05-1	124	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	4.631
425 06-0	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-6	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe-schäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	13.145
425 13-2	124	Vergütungen der ständigen, teilzeit-beschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.063
425 14-0	124	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeit-beschäftigten Lehrkräfte mit Gewähr-leistungsbescheid	—	—	—	—	240
425 27-2	124	Vergütungen der nur vorübergehend zu Ver-tretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.115
427 12-7	124	Vergütungen für Zivildienstleistende	—	588.000	588.000	587.986	498
427 21-6	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	2.000	2.000	2.045	—
427 29-1	124	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	131.000	131.000	136.310	125
427 39-9	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	165.000	163.000	161.415	168
453 01-2	124	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	36.000	36.000	35.790	27
526 01-0	124	Sachverständige	—	17.000	17.000	17.333	14
526 02-8	124	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 59-1	124	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	3.000	3.000	2.812	0
527 01-6	124	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	109.000	109.000	108.803	111
527 02-4	124	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso-nalvertretungs- und Schwerbehindertenange-legenheiten	—	5.000	5.000	4.908	4
546 02-9	124	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2.000	2.000	1.176	3
671 11-7	124	Erstattungen von persönlichen Verwaltungs-ausgaben an Dritte * *Die Ausgaben sind einseitig deckungs-fähig zulasten 425 01.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	331
671 12-5	124	Erstattung von Personalausgaben an Ersatz-schulen für die Wahrnehmung von Augaben eines Förderzentrums	—	15.000	15.000	17.742	14

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 11 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die in öffentlichen Sonderschulen und Sonderschulklassen eingesetzten Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Betreuungskräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben der gem. § 152 Abs. 3 NSchG an Sonderschulen in freier Trägerschaft unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Landesbediensteten veranschlagt.

Zu 231 10

Für die vom Bund zu zahlenden anteiligen Erstattungen für bis zu 80 Zivildienstleistende.

Zu 425 01, 425 05 und 427 39

Persönliche Kosten für die in öffentlichen Sonderschulen und Sonderschulklassen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Betreuungskräfte.

Zu 425 01

Im Umfang von bis zu höchstens 3 Stellen dürfen pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – Medizinische Hilfsberufe – an Gesamtschulen eingesetzt werden.

Zu 425 05 und 427 39

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

11 Lehrkraft nach Verg.-Gr. II a BAT,
10 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
1 Lehrkraft nach Verg.-Gr. IV a BAT,
7 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
20 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
8 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
4 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
1 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Ansatz werden auch die Vergütungen für Lehrkräfte gezahlt, die nach dem Erlass über die Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemeinbildenden Schulen eingestellt worden sind (sog. Springer).

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 12

Aus den veranschlagten Mitteln sollen die Personal- und Sachaufwendungen für bis zu 80 Zivildienstleistende in niedersächsischen Sonderschulen für körperlich und geistig behinderte Schülerinnen und Schüler in der Tätigkeit von Betreuungskräften gezahlt werden (anteilige Erstattung des Bundes s. Titel 231 10).

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gemäß RdErl. d. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) bezahlt.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung ihres Dienstes entstehen.

Zu 671 11

Erstattungen an das Diakonische Werk der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg e. V. aufgrund der Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen vom 5. 11. 1984 für die im Körperbehindertenzentrum im Borchersweg in Oldenburg tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte des Diakonischen Werkes. Im Umfang von bis zu insgesamt 8 Stellen dürfen Erstattungen geleistet werden, wenn bei Titel 425 01 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, dass in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 11 bis zu höchstens 8 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte gesperrt werden.

Erstattungen an den DRK-Kreisverband Wesermünde für die in der Seeparkschule Wesermünde in Langen-Debstedt tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte des DRK. Im Umfang von bis zu insgesamt 3 Stellen dürfen Erstattungen geleistet werden, wenn bei Titel 425 01 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, dass in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 11 bis zu höchstens 3 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte gesperrt werden.

Zu 671 12

Erstattung von Personalkosten an die Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Braunschweig e. V. – als freier Träger der Lotte-Lemke-Schule, Ersatzschule für Erziehungshilfe, Braunschweig, für die Beratung von öffentlichen Schulen mit Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zur Vermeidung eines Sonderschulbesuchs.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0711 Sonderschulen und Sonderschulklassen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 11					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		111.000	111.000	184.576	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		200.000	200.000	217.299	
		Summe der Einnahmen		311.000	311.000	401.875	
		4 Personalausgaben	—	922.000	920.000	923.546	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	136.000	136.000	135.032	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	15.000	15.000	17.742	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.073.000	1.071.000	1.076.320	
		Zuschuss		762.000	760.000	674.445	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0713 Realschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-2	116	Vermischte Einnahmen		274.000	274.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				181.508	
		A U S G A B E N					
422 06-8	116	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-4	116	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer	—	—	—	—	189.470
422 19-0	116	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 06-7	116	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-3	116	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	7.929
425 13-0	116	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	3.896
425 14-8	116	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	1.794
425 27-0	116	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	641
427 21-3	116	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	11.000	11.000	13.651	11
427 29-9	116	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	567.000	567.000	520.802	548
453 01-0	116	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	20.000	20.000	20.452	11
526 01-7	116	Sachverständige	—	9.000	9.000	9.101	14
526 02-5	116	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 59-9	116	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	2.000	2.000	2.352	—
527 01-3	116	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	54.000	54.000	53.941	47
527 02-1	116	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	3.000	3.000	3.323	2
546 02-6	116	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2.000	2.000	1.329	1
		Abschluss Kapitel 07 13					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		274.000	274.000	181.508	
		Summe der Einnahmen		274.000	274.000	181.508	
		4 Personalausgaben	—	598.000	598.000	554.905	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	70.000	70.000	70.046	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	668.000	668.000	624.951	
		Zuschuss		394.000	394.000	443.443	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 13 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an (selbstständigen) öffentlichen Realschulen eingesetzten Lehrkräfte. Die Kosten für Lehrkräfte an mit Hauptschulen verbundenen Realschulen sind bei Kapitel 07 10 veranschlagt.

Zu 119 01, 119 46 und 119 51

Bisherige Titel 119 46 und 119 51 bei 119 01 zusammengefasst.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

38 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
15 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
6 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV a BAT,
16 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
8 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
14 Lehrkräfte nach Verg.- Gr. V c BAT,
23 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
10 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Ansatz werden auch die Vergütungen für Lehrkräfte gezahlt, die nach dem Erlass über die Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemeinbildenden Schulen eingestellt worden sind (sog. Springer).

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 29.

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. Nds. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) bezahlt.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	117	Vermischte Einnahmen		651.000	651.000	—	—
119 11-3	117	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte * *Vgl. K-Vermerk zu 425 13.*		—	—	—	27
119 16-4	117	Einnahmen aus privater Mitbenutzung von Einrichtungen der Nds. Internatsgymnasien ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		9.000	9.000	9.203	7
119 21-0	117	Einnahmen aus der Verpflegung an den Nds. Internatsgymnasien		8.000	8.000	8.232	6
119 24-5	117	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung der Internatsschüler-/innen		897.000	897.000	897.010	887
124 01-0	117	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		96.000	96.000	46.016	38
233 11-0	117	Erstattungen der Gebietskörperschaften zu den Verwaltungsausgaben der vom Land getragenen Internatsgymnasien		767.000	767.000	766.938	767
233 12-9	117	Sachkostenerstattungen kommunaler Schulträger		108.000	108.000	30.678	—
282 13-8	117	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu 546 16.*		1.000	1.000	511	—
381 01-2	990	Zuführungen von 0302 - 981 02 * *Vgl. K-Vermerk zu 427 21.*		46.000	46.000	47.806	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Modellversuch Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** * *Übertragbar.*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 63-6	117	Vermischte Einnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
236 63-2	117	Sonstige Einnahmen von der Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				659.567	
		A U S G A B E N					
422 06-1	117	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-8	117	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 63 und 546 63.*	—	—	—	—	439.219
422 19-3	117	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	117	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	803
425 05-2	117	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	52
425 06-0	117	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-7	117	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	17.864
425 13-3	117	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 11.*	—	—	—	—	10.476
425 14-1	117	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	4.003

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 14 allgemein

Mit dem Haushalt 2002/2003 wurden die bisherigen Kapitel 07 15 (Internatsgymnasien – vom Land getragen) und Kapitel 07 16 (Kollegs – vom Land getragen) nach Kapitel 07 14 (bisherige Bezeichnung: Gymnasien) verlagert. Die bislang bei den Kapiteln 07 15 und 07 16 ausgewiesenen Mittel sind in das Kapitel 07 14 übertragen worden und werden bereits im Ist dieses Kapitels – soweit technisch möglich – dargestellt.

Veranschlagt sind insbesondere die persönlichen Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Gymnasien, Abendgymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs eingesetzten Lehrkräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die
- an dem vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim gem. Vertrag vom 8. 5. 1989 (Anlage zum Gesetz vom 20. 6. 1989 – Nds. GVBl. S. 267 –)
- an dem von der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers getragenen, als anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim gem. Vereinbarung vom 30. 11. 1977 (Anlage zum Gesetz vom 20. 4. 1978 – Nds. GVBl. S. 328 –)

beschäftigten, unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt.

Internatsgymnasien: Das Land Niedersachsen trägt sämtliche Ausgaben für die Internatsgymnasien in Bad Harzburg, Bad Bederkesa und Esens. Die Gebietskörperschaften, in deren Gebiet die Internatsgymnasien örtlich liegen, erstatten dem Land einen Teil der Verwaltungsausgaben.

Kollegs in Trägerschaft des Landes bestehen in Braunschweig, Oldenburg und Wolfsburg.

Das Braunschweig-Kolleg und das Oldenburg-Kolleg sind mit den dortigen Abendgymnasien verbunden. Die Städte erstatten dem Land einen Teil der sächlichen Lasten und Kosten gem. dem NSchG.

Die Stadt Wolfsburg stellt aufgrund einer besonderen Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen für das Wolfsburg-Kolleg die erforderlichen Unterrichtsräume kostenlos zur Verfügung und trägt alle sächlichen Lasten und Kosten gem. dem NSchG.

Das Hannover-Kolleg wird von der Stadt Hannover getragen.

Zu 119 01, 119 46 und 119 51

Bisherige – HPl 2001 – Titel 119 41 (aus Kap. 07 15), 119 46 und 119 51 (aus Kap. 07 14, 07 15 und 07 16) bei 119 01 zusammengefasst.

Zu 119 16

In Abweichung von § 61 Abs. 1 LHO kann auf die Erhebung von Nutzungsentschädigungen für die Inanspruchnahme der Schwimmhalle des Internatsgymnasiums Esens durch Dritte verzichtet werden, soweit in gleichem Umfange Sportanlagen der Gemeinde Esens für den Sportunterricht des Internatsgymnasiums genutzt werden.

Zu 119 21

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Mittagsverpflegung für 9 Landesbedienstete durchschnittlich für 212 Tage; der Satz für das Mittagessen beträgt 4,32 EUR.

Zu 119 24

Durch Erlass des MK v. 11. 11. 1997 – SVBl. S. 416 – ist die Gebühr für die Bereitstellung eines Internatsplatzes ab 1. 2. 1998 auf 700 DM (357,90 EUR) pro Monat, für Kinder von den Inseln auf 600 DM (306,78 EUR), festgelegt worden.

Für 172 Schüler monatl. 357,90 EUR und für 43 Schüler monatl. 306,78 EUR.

Zu 124 01

Hier sind die Einnahmeansätze aus den Kapiteln 07 15 und 07 16 zusammengefasst.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	25	25
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	50	50
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	4	4
4. Sonstige Mieten und Pachten	17	17
Zusammen	96	96

Zu 233 11

Zu erwartende Einnahmen aufgrund der Vereinbarungen mit den Landkreisen Cuxhaven, Goslar und Wittmund über eine Beteiligung der Landkreise an den Sachkosten des jeweiligen Internatsgymnasiums.

Zu 233 12

Anteilige Sachkostenerstattung der Städte Braunschweig und Oldenburg für die Unterbringung der Abendgymnasien in den Räumen des jeweiligen Kollegs.

Zu 381 01

Erstattung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften, die zur Durchführung von Sonderlehrgängen für jugendliche Spätaussiedler freigestellt sind (siehe Kapitel 03 02 Titel 981 02).

Zu 425 05 und 427 39

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte.

Zu 425 06

Für Vergütungen für Mehrarbeiter im Rahmen der Heimaufsicht.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

145 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
17 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II b BAT,
29 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
11 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV a BAT,
33 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
25 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
2 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
7 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
1 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Ansatz werden auch die Vergütungen für Lehrkräfte gezahlt, die nach dem Erlass über die Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemeinbildenden Schulen eingestellt worden sind (sog. Springer).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 27-3	117	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.317
426 01-6	117	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	521
426 06-7	117	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 21-7	117	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 381 01.*	—	159.000	159.000	147.866	113
427 23-3	117	Entschädigungen für ausländische Fremdsprachenassistentinnen / Fremsprachenassistenten ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	665.000	665.000	664.679	573
427 29-2	117	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	2.574.000	2.574.000	2.499.246	2.536
427 39-0	117	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	117	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	77.000	77.000	76.694	100
526 01-0	117	Sachverständige	—	22.000	22.000	22.139	28
526 02-9	117	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 59-2	117	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	6.000	6.000	6.084	1
527 01-7	117	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	137.000	137.000	135.646	114
527 02-5	117	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	10.000	10.000	10.277	13
546 02-0	117	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	11.000	11.000	11.300	8
546 16-0	117	Verwendung der Zuschüsse Dritter * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 13.*	—	1.000	1.000	511	—
981 07-9	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	1.410.000	1.410.000	911.071	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Sachkosten der vom Land getragenen Niedersächsischen Internatsgymnasien**	(—)	(753.000)	(753.000)	(193.984)	(170)
511 61-7	117	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 61, 514 61, 517 61, 518 61, 519 61, 525 61, 547 61, 812 61, 511 64, 514 64, 517 64, 518 64, 519 64, 525 64, 547 64 und 812 64.*	—	94.000	94.000	12.578	13
514 61-6	117	Verbrauchsmaterialien, Unterkunftsgeräte, Haltung v. Fahrzeugen sowie Arznei u. Heilmittel * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	30.000	30.000	869	1
517 61-5	117	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	331.000	331.000	83.392	76
518 61-1	117	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	6.000	6.000	5.726	6
519 61-8	117	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden u. Räumen sowie Pflege u. Unterhaltung der Ziergärten u. Grünanlagen * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	6.000	6.000	5.573	6

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 426 01

Für die Internatsgymnasien sind in den Löhnen sind auch Mittel für 21 ständige, nicht vollbeschäftigte Arbeiter im Reinigungsdienst veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 426 06

Für Vergütungen für Mehrarbeit der Hausmeister.

Zu 427 23

Für insgesamt bis zu 107 ausländische Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten (während eines Zeitraumes von bis zu 10 Monaten).

Bei Bedarf können die ausländischen Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten auch an Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen (Kapitel 07 10), Realschulen (Kapitel 07 13), Gesamtschulen (Kapitel 07 18) und Berufsbildenden Schulen (Kapitel 07 20) eingesetzt werden.

Daneben befinden sich noch direkt vom Bund – pädagogischer Austauschdienst – bezahlte Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten (bis zu 15) im Einsatz.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 527 01

Hier sind auch die Reisekostenmittel für die Lehrkräfte der Nds. Internatsgymnasien und der Kollegs sowie auch Ausgaben für Elternversammlungen sowie Mitglieder des Schulelternrates, der Konferenzen und Ausschüsse gem. § 81 Abs. 3 NSchG an den Nds. Internatsgymnasien veranschlagt.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Nieders. Internatsgymnasien	932	932
Kollegs	478	478
Zusammen	1 410	1 410

Zu Titelgruppe 61 und 62

Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind die sächlichen Verwaltungsausgaben der Nieders. Internatsgymnasien Bad Bederkesa, Bad Harzburg und Esens aus Kapitel 07 15 in diesen Titelgruppen veranschlagt.

511 61

Bisherige – HPl 2001 – Titel 512 01, 513 01, 515 01 und 515 02 (aus Kap. 07 15) bei 511 61 zusammengefasst.

514 61

Bisherige – HPl 2001 – Titel 514 06, 522 11, 522 31 und 532 01 (aus Kap. 07 16) bei 514 61 zusammengefasst.

517 61

Bisherige – HPl 2001 – Titel 517 19 und 517 59 (aus Kap. 07 15) bei 517 61 zusammengefasst.

519 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen		
Pflege und Unterhaltung der Ziergärten und Grünanlagen	6	6

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 61-8	117	Lehr- und Lernmittel * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	75.000	75.000	74.751	68
547 61-1	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	1.000	1.000	869	1
812 61-7	117	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	210.000	210.000	10.226	—
TGr. 62		**Verpflegungskosten der Nds. Internatsgymnasien** ** *Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	(—)	(460.000)	(460.000)	(460.163)	(388)
426 62-8	117	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	188.000	188.000	187.849	156
514 62-4	117	Lebensmittel, Zutaten	—	255.000	255.000	255.441	206
547 62-0	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	17.000	17.000	16.873	25
TGr. 63		**Modellversuch Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 63-2	117	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11.*	—	—	—	—	—
546 63-1	117	Vermischte Verwaltungsausgaben * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11.*	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Sachkosten der vom Land getragenen Kollegs**	(—)	(315.000)	(315.000)	(72.144)	(45)
511 64-1	117	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	73.000	73.000	6.493	8
514 64-0	117	Verbrauchsmaterialien und Unterkunftsgeräte * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	22.000	22.000	1.841	2
517 64-0	117	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	145.000	145.000	25.565	12
518 64-6	117	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	2.000	2.000	2.301	2
519 64-2	117	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden u. Räumen sowie Pflege u. Unterhaltung der Ziergärten u. Grünanlagen * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	4.000	4.000	4.141	4
525 64-2	117	Lehr- und Lernmittel * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	48.000	48.000	31.189	17
547 64-6	117	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	1.000	1.000	614	1
812 64-1	117	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen * *Vgl. D-Vermerk zu 511 61.*	—	20.000	20.000	—	—

812 61 (2003)

Internatsgymnasium Bad Bederkesa:	
– Fortsetzung der Ersatzbeschaffung von Hardware für den Fachbereich Informatik	27 000 EUR
– Neuausstattung des Physikraumes	20 000 EUR
Internatsgymnasium Esens:	
– Fortsetzung der Ausstattung der Klassenräume und der Turn- und Schwimmhalle sowie Anschaffung einer Kehrmaschine für den Großtraktor, Ersatzbeschaffung einer Waschmaschine sowie Werkzeuge für den Hausmeister	29 000 EUR
– Fortsetzung der Ersatzbeschaffung von Mobiliar für den Freizeitbereich, die Aufenthaltsräume und Zimmer der Schüler sowie Vorhänge und Elektrogeräte für den Internatsbereich und Sportgeräte für den Fitnessbereich	54 200 EUR
– Fortsetzung der Ersatzbeschaffung und Ergänzung vorhandener Lehr- und Lernmittel für die Bibliothek, für Physik, Biologie, Chemie, Film-AG, Medien etc.	79 800 EUR
Zusammen	210 000 EUR

812 61 (2002)

Internatsgymnasium Bad Bederkesa:	
– Einrichtung eines multifunktionalen Fachunterrichtsraumes	64 500 EUR
– Ersatzbeschaffung von Hardware für den Fachbereich Informatik	15 000 EUR
Internatsgymnasium Esens:	
– Ersatzbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen für Klassenräume und die Arbeitsräume der Schüler sowie Anschaffung eines Düngerstreuers und Rasenmähers für den Großtraktor etc.	18 700 EUR
– Ersatzbeschaffung von Mobiliar für den Freizeitbereich, die Aufenthaltsräume und Zimmer der Schüler sowie Vorhänge und Elektrogeräte für den Internatsbereich und Sportgeräte für den Fitnessbereich	50 000 EUR
– Ersatz und Ergänzung vorhandener Lehr- und Lernmittel für die Bibliothek, für Physik, Biologie, Chemie, Film-AG, Medien etc.	61 800 EUR
Zusammen	210 000 EUR

Zu Titelgruppe 62

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Für durchschnittlich 247 Schüler für 212 Tage je 8,63 EUR rd.	452	452
2. Für die Verpflegung von Lehrkräften, Personal und Gästen (siehe auch Titel 119 21)	8	8
Zusammen	460	460

Aus den Mitteln werden u. a. bei 426 22 die persönlichen Kosten für das Küchenpersonal (bis zu 7 Lohnempfänger) bestritten. Das Verpflegungsgeld ist monatlich nach der tatsächlichen Kopfzahl zu berechnen.

Zu Titelgruppe 63

Siehe Erläuterung zu Kap. 07 10 TGr. 63.

Zu Titelgruppe 64

Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind die sächlichen Verwaltungsausgaben des Braunschweig-Kollegs und des Oldenburg-Kollegs aus Kapitel 07 16 in dieser Titelgruppe veranschlagt.

511 64

Bisherige – HPl 2001 – Titel 512 01, 513 01, 515 01 und 515 02 (aus Kap. 07 16) bei 511 64 zusammengefasst.

517 64

Bisherige – HPl 2001 – Titel 517 19 und 517 59 bei 517 64 zusammengefasst.

519 64

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen		
Pflege und Unterhaltung der Ziergärten und Grünanlagen	4	4

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0714 Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 14					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.661.000	1.661.000	659.567	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		876.000	876.000	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		46.000	46.000	47.806	
		Summe der Einnahmen		2.583.000	2.583.000	707.373	
		4 Personalausgaben	—	3.663.000	3.663.000	3.388.485	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.297.000	1.297.000	185.446	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	230.000	230.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.410.000	1.410.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	6.600.000	6.600.000	3.573.931	
		Zuschuss		4.017.000	4.017.000	2.866.558	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0715 Internatsgymnasien - vom Land getragen -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 06-5	117	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-1	117	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	4.860
422 19-7	117	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 06-4	117	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	920	0
425 11-0	117	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	70
425 13-7	117	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	30
425 14-5	117	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	83
425 27-7	117	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	21
427 29-6	117	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	—	—	7.721	4
453 01-7	117	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	—	—	—	—
526 01-4	117	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	358	—
527 01-0	117	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	1.329	2
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			2.135.563	
		Abschluss Kapitel 07 15					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	977.333	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	767.449	
		Summe der Einnahmen		—	—	1.744.782	
		4 Personalausgaben	—	—	—	196.490	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	815.458	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	222.872	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	911.071	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	2.145.891	
		Zuschuss				401.109	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 15

Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind die bisher im Kap. 07 15 etatisierten Einnahmen und Ausgaben der vom Land getragenen Nieders. Internatsgymnasien bei Kap. 07 14 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0716 Kollegs - vom Land getragen -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
124 01-7	117	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	59.310	58
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				36.814	
		A U S G A B E N					
422 06-9	117	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
422 11-5	117	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	3.479
422 19-0	117	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	117	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	81
425 05-0	117	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 11-4	117	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	70
425 13-0	117	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	—
425 27-0	117	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	11
426 01-3	117	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	72
427 39-7	117	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
527 01-4	117	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	307	1
981 07-6	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	—	—	281.313	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			250.431	
		Abschluss Kapitel 07 16					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	65.446	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	30.678	
		Summe der Einnahmen		—	—	96.124	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	250.738	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	281.313	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	532.051	
		Zuschuss				435.927	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 16

Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind die bisher im Kap. 07 16 etatisierten Einnahmen und Ausgaben der vom Land getragenen Kollegs bei Kap. 07 14 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0718 Gesamtschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	119	Vermischte Einnahmen		85.000	85.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Modellversuch Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** * *Übertragbar.*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 63-0	119	Vermischte Einnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
236 63-7	119	Sonstige Einnahmen von der Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				122.710	
		A U S G A B E N					
422 06-6	119	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	0
422 11-2	119	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 63 und 546 63.*	—	—	—	—	168.118
422 19-8	119	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-4	119	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	35
425 05-7	119	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-5	119	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-1	119	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	5.783
425 13-8	119	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.839
425 14-6	119	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	2.264
425 27-8	119	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.267
427 21-1	119	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	19.000	19.000	33.848	19
427 29-7	119	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	613.000	613.000	618.408	593
427 39-4	119	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-8	119	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	26.000	26.000	25.565	21
526 01-5	119	Sachverständige	—	15.000	15.000	14.981	16
526 02-3	119	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 59-7	119	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	1.000	1.000	1.023	—
527 01-1	119	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	42.000	42.000	42.386	39
527 02-0	119	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	9.000	9.000	8.539	8
546 02-4	119	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2.000	2.000	1.023	2

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 18 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Gesamtschulen (Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen) eingesetzten Lehrkräfte.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

39 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
18 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
5 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV a BAT,
5 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
17 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
2 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
4 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
2 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Ansatz werden auch die Vergütungen für Lehrkräfte gezahlt, die nach dem Erlass über die Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemeinbildenden Schulen eingestellt worden sind (sog. Springer).

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0718 Gesamtschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Modellversuch Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 63-7	119	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11.*	—	—	—	—	—
546 63-6	119	Vermischte Verwaltungsausgaben * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11.*	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 07 18					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		85.000	85.000	122.710	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		85.000	85.000	122.710	
		4 Personalausgaben	—	658.000	658.000	677.821	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	69.000	69.000	67.952	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	727.000	727.000	745.773	
		Zuschuss		642.000	642.000	623.063	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63
Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 TGr. 63.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 22-6	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs.3 und 4 NSchG ****Vgl. K-Vermerke zu 546 22 und 633 22*		9.000.000	9.000.000	6.135.503	7.393
112 01-0	127	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.000	1.000	1.023	1
119 01-4	127	Vermischte Einnahmen		390.000	390.000	—	—
119 11-1	127	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte * *Vgl. K-Vermerk zu 425 13.*		—	—	—	—
124 01-8	127	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3.000	3.000	3.323	3
282 01-2	127	Zuschuss des Vereins zur Förderung der Deutschen Müllerschule Braunschweig e.V.		49.000	49.000	49.084	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Modellversuch Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** * *Übertragbar.*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 63-4	127	Vermischte Einnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
236 63-0	127	Sonstige Einnahmen von der Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				519.882	
		A U S G A B E N					
422 06-0	127	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1.000	1.000	1.125	0
422 11-6	127	Bezüge und Dienstleistungen der beamteten Lehrerinnen und Lehrer * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 63 und 546 63.* ****Vgl. Vermerk zu 671 11.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 64 u. 546 64.*	—	—	—	—	434.373
422 19-1	127	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	127	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	205.000	205.000	148.735	197
425 01-8	127	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.383
425 05-0	127	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	9
425 06-9	127	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 11-5	127	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	27.009
425 13-1	127	Vergütungen der ständigen, teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 11.*	—	—	—	—	10.164
425 14-0	127	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	174
425 27-1	127	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.822
426 01-4	127	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	32
426 03-0	127	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	8

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 20 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen berufsbildenden Schulen eingesetzten Lehrkräfte und die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven.

Zu 111 22

Gemäß MK-Erlass vom 26. 1. 1999 – Nds. MBl. S. 73; SVBl. S. 26 –, zuletzt geändert durch Erl. v. 5. 7. 2000 – Nds. MBl. S. 521; SVBl. S. 390 –, werden Entgelte für berufliche Umschulungsmaßnahmen und für ergänzende Qualifizierungsangebote an öffentlichen berufsbildenden Schulen nach § 54 Abs. 3 und 4 NSchG sowie für die Beteiligung der Berufsschulen an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen Dritter nach § 15 Abs. 1 Satz 2 NSchG erhoben.

Zu 119 01

Bisherige – HPl 2001 – Titel 119 41, 119 46 und 119 51 bei 119 01 zusammengefasst.

Zu 124 01

Einnahmen aus der Hausmeisterwohnung der staatl. Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven.

Zu 282 01

Zuschuss des Vereins zur Förderung der Deutschen Müllerschule Braunschweig e.V. in Höhe von 20 v. H. der Personalkosten der Deutschen Müllerschule Braunschweig. Nach Umwandlung der Schule in eine öffentliche Schule hat sich der Verein zu einer laufenden Beteiligung verpflichtet.

Zu 425 01, 425 05 und 427 39

Für die Schulsozialarbeit.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

120 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
2 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II b BAT,
25 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
13 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV a BAT,
38 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
46 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
79 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
9 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
16 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Zu 425 27 und 427 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 21-5	127	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	1.915.000	1.878.000	1.954.413	1.790
427 27-4	127	Entschädigungen für die nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen stundenweise beschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	48
427 29-0	127	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	4.592.000	4.503.000	4.430.804	4.354
427 39-8	127	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-1	127	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	56.000	56.000	56.242	66
526 01-9	127	Sachverständige	—	23.000	23.000	22.701	33
526 02-7	127	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
526 59-0	127	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	2.000	2.000	2.096	2
527 01-5	127	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	325.000	325.000	324.568	296
527 02-3	127	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	9.000	9.000	8.948	23
546 02-8	127	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	4.000	4.000	3.272	2
546 22-2	127	Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 63 und 546 63.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0758 - 427 70, 0758 - 525 70 u. 0758 - 547 70.*	—	1.500.000	1.500.000	1.022.584	936
633 22-2	127	Erstattungen von Schülerentgelten an kommunale Schulträger * *Übertragbar.* *** *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.*	—	1.500.000	1.500.000	1.022.584	1.309
671 11-6	127	Erstattungen von persönlichen Verwaltungsausgaben an die Landwirtschaftskammern *** *Ersparnisse bei 422 11 infolge zeitweilig nicht besetzter bis zu drei Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Studienräte) dürfen hier verwendet werden.*	—	—	—	—	16
981 01-8	990	Abführung an 1010-381 10	—	102.000	99.000	95.151	84
981 07-7	990	Abführungen an 1321 - 381 07	—	92.000	92.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Sachkosten für die Staatliche Fachschule - Seefahrt - in Cuxhaven**	(—)	(179.000)	(179.000)	(154.155)	(—)
511 61-5	127	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	27.000	27.000	1.790	—
517 61-3	127	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Räume sowie Reinigungskosten, Heizung und Beleuchtung	—	21.000	21.000	21.219	—
519 61-6	127	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 61-6	127	Lehr- und Lernmittel	—	15.000	15.000	15.339	—
547 61-0	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8.000	8.000	7.669	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 546 02

Für Schadensersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Zu 546 22

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 22 nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG wird den betroffenen Schulen für Verwaltungsausgaben bzw. im Rahmen von Modellversuchen (vgl. Erläuterungen zu TGr. 63 und Kap. 07 58 TGr. 70) zur Verfügung gestellt.

Zu 633 22

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 22 ist nach § 54 Abs. 5 NSchG an kommunale Schulträger zu erstatten.

Zu 671 11

Für Erstattungen an die Landwirtschaftskammern als finanzieller Ausgleich in den Fällen, in denen Bedienstete der Landwirtschaftskammern an landwirtschaftlichen Berufs- und Berufsfachschulen unterrichten.

Zu 981 01

Für die Beschulung im Splitterberuf Forstwirt in der Landesfachklasse in Blockform des Landkreises Northeim durch Bedienstete aus dem Geschäftsbereich des ML.

Zu 981 07

Für die Abführung der für die Staatliche Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 61

Nachdem die Fachschule Seefahrt in Leer durch Zusammenlegung mit dem Fachbereich Seefahrt der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven in den Geschäftsbereich des MWK verlagert wurde, sind hier die Sachkosten der Staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 61-8	127	Zuschüsse für Studienfahrten	—	3.000	3.000	3.323	—
686 61-0	127	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	13.000	13.000	12.782	—
812 61-5	127	Erwerb von Lehrmitteln	—	92.000	92.000	92.033	—
TGr. 63		**Modellversuch Personalkostenbudgetierung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 236 63.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 63-0	127	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11 und 546 22.* *** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 0707 - 527 75.*	—	—	—	—	—
546 63-0	127	Vermischte Verwaltungsausgaben * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 11 und 546 22.* *** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 0707 - 527 75.*	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren** * *Übertragbar.*	(—)	(100.000)	(100.000)	(—)	(—)
427 64-9	127	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse *** *Die Mehrausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 11.*	—	50.000	50.000	—	—
546 64-8	127	Vermischte Verwaltungsausgaben *** *Die Mehrausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 11.*	—	50.000	50.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			24.798	
		Abschluss Kapitel 07 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		9.394.000	9.394.000	6.659.731	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		49.000	49.000	49.084	
		Summe der Einnahmen		9.443.000	9.443.000	6.708.815	
		4 Personalausgaben	—	6.819.000	6.693.000	6.591.319	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.984.000	1.984.000	1.454.984	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.516.000	1.516.000	1.038.689	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	92.000	92.000	92.033	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	194.000	191.000	95.151	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	10.605.000	10.476.000	9.272.176	
		Zuschuss		1.162.000	1.033.000	2.563.361	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 61

Für Zuschüsse an die Schüler aus Anlass von Fahrten, die im Rahmen der Ausbildung entstehen.

Zu 686 61

Beitrag des Landes Niedersachsen zu der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e. V. in Bremen als der zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz sowie Beiträge für die Mitgliedschaft für eine Lehrkraft aus dem Kollegium der Schule bei der Schiffbautechnischen Gesellschaft in Hamburg.

Zu 812 61

Beschaffungsmaßnahmen zum Auf- und Ausbau des „Integrierten Navigationssystems INS“ und des globalen Seenot- und Sicherheitsfunksystems GMDSS.

Zu Titelgruppe 63

Siehe Erläuterungen zu Kap. 07 10 TGr. 63.

Für die am Modellversuch teilnehmenden berufsbildenden Schulen bilden die Mittel zusammen mit den Mitteln für Sachkosten (Kap. 07 07 TGr. 75 – 77 und TGr. 88) sowie den Mitteln für Fort- und Weiterbildungen (Kap. 07 58 TGr. 70) ein gemeinsames Budget.

Zu Titelgruppe 64

Fünfjähriger Modellversuch, bei dem einigen berufsbildenden Schulen durch ein verändertes System von Schulmanagement und Personalsteuerung eine größere Selbstständigkeit und eine umfassendere Gesamtverantwortung eingeräumt werden soll.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0751 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	154	Vermischte Einnahmen		49.000	49.000	14.316	10
119 41-5	154	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	0
124 01-0	154	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	511	0
132 99-3	154	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				25.565	
		A U S G A B E N					
422 01-0	154	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	29.261.000	29.239.000	27.714.832	24.540
422 04-5	154	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ****Vgl. Vermerk zu 425 04 und 427 10*	—	60.161.000	61.500.000	57.820.976	50.619
422 19-3	154	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	154	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.064
425 03-6	154	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	11
425 04-4	154	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	127
425 05-2	154	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	88
426 01-6	154	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 03-2	154	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	25
427 01-2	154	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	20.000	20.000	15.339	20
427 10-1	154	Vergütungen für Lehrkräfte aus den EU-Mitgliedstaaten ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	—	—	—	—
427 32-2	154	Entschädigungen für stundenweise beschäftigte Fachkräfte zur Ausbildung	—	6.000	6.000	5.778	4
427 39-0	154	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	154	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	6.000	6.000	—	6
511 01-3	154	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	451.000	243.000	51.640	55
517 01-1	154	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	288.000	283.000	37.324	41
518 01-8	154	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	730.000	727.000	623.827	609
519 01-4	154	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	0
525 01-4	154	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	182.000	176.000	—	—
526 02-9	154	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	6.000	5.000	—	—
527 01-7	154	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	1.841.000	1.792.000	1.707.204	1.583
527 02-5	154	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2.000	2.000	1.790	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 51 allgemein

Die Ausbildung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Sonderpädagogik erfolgt an 25 Studienseminaren – davon 21 für Grund-, Haupt- und Realschulen und 4 für Sonderpädagogik.

Zum 1. 11. 2001 wurde ein weiteres Studienseminar für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen in Cuxhaven eingerichtet.

Die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien erfolgt an 18 Studienseminaren an den Standorten Braunschweig, Celle, Göttingen, Hameln, Hannover (2), Hildesheim, Leer, Lüneburg, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter, Stade, Stadthagen, Verden, Wilhelmshaven und Wolfsburg.

Die Ausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen erfolgt an 7 Studienseminaren mit den Standorten Braunschweig, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück und Stade.

Der Vorbereitungsdienst für Lehramtsanwärter/-innen (Lehrer/-innen für Fachpraxis) wird regional (bedarfsgerecht) von 4 Ausbildungsseminaren, die den ortsansässigen Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen angegliedert sind, wahrgenommen.

Zu 119 01

Bisherige Titel 119 01 und 119 46 zusammengefasst.

Zu 124 01

Miete für die Dienstwohnung des Hausmeisters in Stade.

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 425 05, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 07 51 wurde ab dem 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
504,19	505,11	496,74	479,12

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	13,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	13,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	0,33	1,41
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,59	—
– Sonstige Veränderungen	—	3,22
Summe Abgänge	0,92	4,63
Bleibt Zugang	—	8,37
Bleibt Abgang	0,92	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	429,15	429,15	—	475
Angestellte	73,97	62,46	11,51	65
Lohnempfänger/-innen	1,07	—	1,07	—
Insgesamt	504,19	491,61	12,58	540

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	430,07	430,07	—	477
Angestellte	73,97	62,46	11,51	65
Lohnempfänger/-innen	1,07	—	1,07	—
Insgesamt	505,11	492,53	12,58	542

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	29 261	29 239

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	29 261	29 239
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	60 516	61 806
43	Versorgungsbezüge	32 179	31 269
44	Beihilfen, Unterstützungen	4 525	4 320
45	Personalbezogene Sachausgaben	6	6
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	634	–88
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		127 121	126 552

In den Vergütungen für Angestellte sind Mittel für 21 ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst (Verg.-Gr. VII BAT), deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt – Titel 425 01 – sowie für eine stundenweise beschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst (Verg.-Gr. VII BAT) – Tit. 425 03 – enthalten.

In den Löhnen sind Mittel für 7 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst (5) – Lohngruppe 1 MTArb – bzw. in der Tätigkeit als Hausarbeiter/-in (2) – Lohngruppe 2 MTArb veranschlagt – Tit. 426 03.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 04

Bezüge für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst entsprechend 4 581 Stellen (HH 2001: 4 360 Stellen).

Zu 425 04

Ausbildungsvergütungen für in einem besonderen arbeitsrechtlichen Ausbildungsverhältnis stehende Angestellte mit der 1. Staatsprüfung für ein Lehramt oder mit einer gleichwertigen Prüfung, die nicht die Einstellungsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst erfüllen (z. B. Ausländer/-innen).

Für jede auszubildende Lehrkraft im Angestelltenverhältnis ist eine der in den Bedarfsnachweisen zu Kap. 07 51 ausgebrachten Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst der Bes.-Gr. A 12 bzw. A 13 zu sperren.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingestellten Angestellten im Verwaltungsdienst. Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Mitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber keine Vergütung erhalten (z. B. infolge Beurlaubung).

Zu 427 01

Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften der Verwaltungsangestellten.

Zu 427 10

Vergütungen für Lehrkräfte aus den EU-Mitgliedstaaten, die – entsprechend der Richtlinie des Rates der EG vom 21. 12. 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mind. dreijährige Berufsausbildung abschließen, für den Beruf des Lehrers/der Lehrerin an Schulen (EG-RL-LehrG) – an einem Anpassungslehrgang teilnehmen und während der Teilnahme in einem befristeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis besonderer Art stehen.

Vergütungen dürfen lediglich für bereits bestehende befristete Dienstverhältnisse geleistet werden. Neue Dienstverhältnisse besonderer Art dürfen nicht begründet werden.

Für jeden Teilnehmer/jede Teilnehmerin an dem Anpassungslehrgang wird eine der in den Bedarfsnachweisen zu Kap. 07 51 ausgebrachten Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst der Bes.-Gr. A 12 bzw. A 13 gesperrt.

Zu 511 01

Bisherige – HPl 2001 – Titel 511 01, 512 01, 513 01, 515 01, 515 02 und 523 01 zusammengefasst.

Zu 517 01

Bisherige Titel 517 01, 517 19 und 517 59 zusammengefasst.

Die Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien und das Lehramt an berufsbildenden Schulen, das Studienseminar für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und die Außenstelle der Bezirksregierung Lüneburg sind gemeinsam in einem landeseigenen Gebäude in Stade untergebracht. Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten sowie die Kosten für Heizstoffe dieser Dienststellen sind bei Kapitel 13 21 veranschlagt.

Das Studienseminar Celle für das Lehramt an Gymnasien und das Studienseminar Celle für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen sind in dem Behördenhaus Celle II (ehemalige Cambridge-Dragoner-Kaserne) untergebracht. Die Hausverwaltung obliegt dem Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Celle (vgl. Nr. 1.1.3 zu § 64 LHO). Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten für die Seminare sind dementsprechend im Kap. 13 21 veranschlagt.

Das Studienseminar Braunschweig für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ist in dem Behördenhaus „Im Holzmoor 106“ in Braunschweig untergebracht. Hausverwaltende Dienststelle ist die Polizeidirektion. Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten für das Seminar sind im Kap. 13 21 veranschlagt.

Zu 527 01

Für das ausbildende Personal einschl. Fachseminarleiterinnen und Fachseminarleiter sowie für die auszubildenden Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst (im Rahmen der Ausbildung und für Seminarkonferenzen).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0751 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 01-1	129	Vermischte Ausgaben	—	9.000	18.000	2.045	1
546 02-0	154	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-8	154	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	10.000	15.339	3
633 10-0	154	Erstattungen von Ausgaben an Gemeinden (GV)	—	28.000	28.000	27.865	28
812 10-2	154	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	120.000	120.000	—	—
981 01-0	990	Abführung an 1321-381 22 zur Refinanzierung des Grundstocks	—	25.000	25.000	24.644	—
981 07-9	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	590.000	590.000	540.384	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.*	(—)	(300.000)	(332.000)	(199.711)	(143)
518 98-0	154	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	154	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-7	154	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
525 99-5	154	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	—	—	—
538 98-1	154	Dienstleistungen des IZN	—	52.000	52.000	—	—
538 99-0	154	Dienstleistungen „Anderer“	—	20.000	20.000	19.940	0
547 99-9	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	109.000	109.000	70.303	108
812 99-4	154	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	119.000	151.000	109.468	35
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			818.732	
		Abschluss Kapitel 07 51					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		49.000	49.000	40.392	
		Summe der Einnahmen		49.000	49.000	40.392	
		4 Personalausgaben	—	89.454.000	90.771.000	85.556.925	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.690.000	3.437.000	3.227.990	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	28.000	28.000	27.865	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	239.000	271.000	229.622	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	615.000	615.000	565.028	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	94.026.000	95.122.000	89.607.430	
		Zuschuss		93.977.000	95.073.000	89.567.038	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		32.179.000	31.269.000	27.007.613	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		126.205.000	126.391.000	116.615.043	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		126.156.000	126.342.000	116.574.651	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 633 10

Für die pauschale Erstattung der Kosten für die Unterbringung des Studienseminars Leer für das Lehramt an Gymnasien aufgrund eines mit dem Landkreis Leer abgeschlossenen Nutzungsvertrages.

Abgegolten werden die Kosten für die Reinigung sowie die Telefon-, Miet- und Nebenkosten.

Zu 812 10

Bisherige – HPl 2001 – Titel 812 15 und 813 23 zusammengefasst.

Zu 981 01

Das Studienseminar – gym. – Celle und das Studienseminar – GHRS – Celle sind im landeseigenen Behördenhaus Celle II (ehemalige Cambridge-Dragoner-Kaserne) untergebracht.

Die eingesparten Mietkosten (Titel 518 01) werden zur Refinanzierung des Grundstocks an das Kapitel 13 21 abgeführt.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Für die Beschaffung und Unterhaltung von Hard- und Softwarekomponenten einschließlich aller hierfür anfallenden Betriebskosten (u. a. Kommunikationskosten) sowie für Dienstleistungen (u. a. Systembetreuung), Programmierung und Schulung in der IuK-Technik.

Zu 812 99

Ausstattung von Seminaren mit PC.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0756 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-3	111	Gebühren und tarifliche Entgelte		2.000	2.000	3.579	0
119 01-4	111	Vermischte Einnahmen		4.000	4.000	1.023	5
		A U S G A B E N					
422 01-9	111	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.520.000	1.551.000	1.483.769	940
422 19-1	111	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	111	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	542
426 01-4	111	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2
427 01-0	111	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	1.000	511	—
453 01-1	111	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	—	—	—	—
511 01-1	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	15.000	15.000	511	—
517 01-0	111	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	64.000	64.000	29.348	16
518 01-6	111	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	137.000	137.000	139.071	109
519 01-2	111	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 01-2	111	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.000	1.000	511	0
526 02-7	111	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	511	0
527 01-5	111	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2.000	2.000	4.397	0
527 02-3	111	Reisekostenvergütungen für Reisen in Per-sonalvertretungs- und Schwerbehindertenan-gelegenheiten	—	1.000	1.000	511	1
546 03-6	111	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1.000	1.000	2.556	—
981 07-7	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	7.000	7.000	6.391	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Prüfungsvergütungen**	(—)	(180.000)	(175.000)	(140.451)	(132)
427 62-2	111	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	6.000	6.000	5.113	—
511 62-3	111	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	36.000	36.000	13.907	16
526 62-0	111	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	511	—
527 62-7	111	Reisekostenvergütungen	—	132.000	127.000	116.830	115
547 62-8	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	5.000	5.000	4.090	1
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikations technik**	(—)	(53.000)	(51.000)	(63.707)	(129)
518 98-9	111	Anmietung für Software	—	—	—	—	—
518 99-7	111	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-5	111	Aus- und Fortbildung durch das Informatik-zentrum Niedersachsen	—	—	—	—	—
525 99-3	111	Aus- und Fortbildung durch andere Dienst-leister	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 56 allgemein

Das Nieders. Landesprüfungsamt für Lehrämter (NLPA) hat seinen Sitz in Hannover.

An den Hochschulstandorten bestehen Außenstellen des NLPA.

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 426 01

Für das Kapitel 07 56 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
30,74	31,74	31,74	31,69

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	1,00	—
Bleibt Abgang	1,00	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	17,00	17,00	—	17
Angestellte	13,71	13,00	0,71	14
Lohnempfänger/-innen	0,03	—	0,03	—
Insgesamt	30,74	30,00	0,74	31

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	17,00	17,00	—	17
Angestellte	14,71	14,00	0,71	15
Lohnempfänger/-innen	0,03	—	0,03	—
Insgesamt	31,74	31,00	0,74	32

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 520	1 551

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 520	1 551
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	19	17
43	Versorgungsbezüge	363	355
44	Beihilfen, Unterstützungen	77	74
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	11	–2
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 990	1 995

In den Vergütungen der Angestellten sind Mittel für 1 ständige, nicht vollbeschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst bei einer Außenstelle des NLPA veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

In den Löhnen sind Mittel für 1 stundenweise beschäftigte Kraft im Reinigungsdienst bei einer Außenstelle veranschlagt.

Zu 427 01

Für Vertretungs- und Aushilfskräfte, insbesondere während der Prüfungszeiten.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 62

Ausgaben im Zusammenhang mit den Lehramtsprüfungen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0756 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 98-0	111	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-8	111	Dienstleistungen „Anderer“	—	16.000	14.000	32.007	90
547 99-7	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	37.000	37.000	31.700	38
812 99-2	111	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			73.678	
		Abschluss Kapitel 07 56					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		6.000	6.000	4.602	
		Summe der Einnahmen		6.000	6.000	4.602	
		4 Personalausgaben	—	1.527.000	1.558.000	1.489.393	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	449.000	442.000	450.139	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	7.000	7.000	6.391	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.983.000	2.007.000	1.945.923	
		Zuschuss		1.977.000	2.001.000	1.941.321	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		363.000	355.000	300.998	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.346.000	2.362.000	2.246.921	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		2.340.000	2.356.000	2.242.319	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 12-6	129	Gebühren und Auslagen für die Prüfung von Schulbüchern ****Vgl. Vermerk zu 526 10.* *Beträge, die in früheren Haushaltsjahren zuviel vereinnahmt worden sind, dürfen durch Absetzung von der Einnahme zurückgezahlt werden.*		78.000	78.000	84.363	79
119 01-1	155	Vermischte Einnahmen		9.000	9.000	1.023	7
119 02-0	155	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	2.556	1
119 12-7	151	Einnahmen für Materialien des technischen Dienstes ** Vgl. K-Vermerk zu 514 11.*		1.000	1.000	5.113	1
119 34-8	151	Einnahmen aus dem Verkauf von Medienkatalogen und Kontextmaterialien ** Vgl. K-Vermerk zu 531 34.*		47.000	47.000	15.339	47
119 41-0	151	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	1.278	2
119 46-1	151	Ersatzleistungen		—	—	511	—
119 62-3	155	Sonstige Verwaltungseinnahmen ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	0
119 70-4	151	Sonstige Verwaltungseinnahmen ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
132 99-9	155	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	—
231 68-7	151	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
232 72-1	151	Zuweisungen aus dem Wirtschaftsförderfonds (Kap. 5081 Tit. 919 67) ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	1.095
235 01-1	155	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		69.000	69.000	69.024	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 67		**Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen**		(—)	(—)	(—)	(140)
119 67-4	151	Sonstige Verwaltungseinnahmen ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	63
231 67-9	151	Sonstige Zuweisungen vom Bund ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	58
232 67-5	151	Erstattungen von anderen Ländern ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	—	19
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				105.019	
		A U S G A B E N					
412 02-9	155	Entschädigungen für sonstige ehrenamtlich Tätige	—	1.000	1.000	869	0
422 01-6	155	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets ** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 427 03 und 525 11.*	—	3.723.000	3.720.000	3.850.897	1.433
422 19-9	155	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	155	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	113.000	153.000	180.128	201
425 01-5	155	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.900

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 58 allgemein

Das Niedersächsische Landesinstitut für Fortbildung und Weiterbildung im Schulwesen und Medienpädagogik erhält mit Wirkung vom 1. 1. 2002 die Bezeichnung „Niedersächsisches Landesinstitut für Schulentwicklung und Bildung (NLI)“ und hat seinen Sitz in Hildesheim.

Die Aufgaben des NLI ergeben sich im Einzelnen aus dem Beschluss der Landesregierung vom 6. 11. 2001 (Nds. MBl. S. 962). Das Institut ist eine selbstständige, dem MK unmittelbar nachgeordnete Dienststelle im Geschäftsbereich des MK.

Das Lehrerfortbildungsheim (LFH) in Wolfenbüttel ist gem. Kabinettsbeschluss v. 12. 12. 2000 zum 1. 8. 2001 geschlossen und vom MJ für Zwecke der Ausbildung des Justizvollzugsdienstes übernommen worden. Soweit Ansatzverminderungen nicht gesonders erläutert worden sind, ergeben sie sich aus der Verlagerung nach Kapitel 11 05.

Zu 111 12

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Gebühren für die Prüfung von Schulbüchern:	30	30
Erstattung von Auslagen für die Prüfung von Schulbüchern: (vgl. Haushaltsvermerk zu Titel 526 10).	48	48

Zu 119 46

Ersatzleistungen von Versicherungen und Privatpersonen, z. B. bei Filmschäden.

Zu 119 62

Leertitel für Einnahmen durch Werbeanzeigen Dritter in Programmheften, Spenden für die Fortbildungsarbeit u. ä., Einnahmen von geringer Bedeutung.

Zu 119 70

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 70.

Zu 231 68

Zuweisungen des Bundes für die Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer), die durch den Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der KMK vermittelt werden.

Vgl. auch Erläuterungen zu TGr. 68.

Zu 232 72

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 72.

Zu Titelgruppe 67

Zu 119 67

Leertitel für Eigenbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Studienfahrten zu Lehrerfortbildungszwecken.

Zu 231 67

Leertitel für Zuweisungen des Bundes als Anteilfinanzierung zur Durchführung besonderer Einzelveranstaltungen der Lehrerfortbildung.

Zu 232 67

Nach der Ländervereinbarung beteiligen sich die Länder Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern entsprechend ihrer Teilnehmerquote an den Aufwendungen für den Bereich Verkehrserziehung.

Zu 412 02

Zur Beratung des NLI wird für jeweils 3 Jahre ein Beirat aus 16 Mitgliedern aus den Bereichen der Lehrerschaft, Schulverwaltung, Hochschulen, Kirchen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet.

Die Mitglieder des Beirates erhalten ein Sitzungsgeld sowie Reisekosten nach BRKG.

Zu 422 01, 422 19, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 07 58 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
74,76	74,76	85,71	80,33

Noch zu 422 01, 422 19, 425 01 und 426 01

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	1,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	11,37
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	0,58
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	11,95
Bleibt Abgang	—	10,95

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	27,75	27,75	—	36
Angestellte	44,28	42,78	1,50	39
Lohnempfänger/-innen	2,73	2,73	—	3
Insgesamt	74,76	73,26	1,50	78

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	27,75	27,75	—	36
Angestellte	44,28	42,78	1,50	39
Lohnempfänger/-innen	2,73	2,73	—	3
Insgesamt	74,76	73,26	1,50	78

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	3 723	3 720

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	3 723	3 720
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	895	933
43	Versorgungsbezüge	598	585
44	Beihilfen, Unterstützungen	233	221
45	Personalbezogene Sachausgaben	19	19
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	33	–5
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben		
Summe der Personalausgaben im Kapitel		5 501	5 473

In den Vergütungen sind Mittel für zwei ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Schreib- und Fernschreibdienst (Verg.-Gr. IX b–VII BAT) enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit $^3/_4$ der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 422 01, 427 03 und 525 11

Um auf sich verändernde Aufgabenschwerpunkte flexibel reagieren zu können, können bis zu 14 VZE gesperrt und die sich daraus ergebenden Einsparungen z. B. für befristet beschäftigtes Personal oder für Werkverträge verwendet werden (vgl. HV zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten zu Kapitel 07 58).

Zu 422 31

Die Planstellen der bei Personalüberhang nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung dienstlich freigestellten lebensälteren Beamtinnen und Beamten sind in den Stellenplan zu Titel 422 31 umgesetzt worden. Sie fallen nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand weg. Die Dienstbezüge der freigestellten Beamtinnen und Beamten sind bei Titel 422 31 zu buchen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 01-1	155	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	108
427 01-8	155	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	9.000	9.000	511	8
427 02-6	151	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	69.000	69.000	69.024	—
427 03-4	155	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 01.*	—	—	—	—	—
427 11-5	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	3.000	3.000	2.556	—
427 39-5	155	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	9
453 01-9	155	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	19.000	19.000	6.136	19
511 01-9	155	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	268.000	268.000	38.909	35
511 10-8	151	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	3.000	3.000	3.170	0
511 11-6	151	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	11.000	11.000	10.942	3
514 01-8	155	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	10.000	10.000	10.226	4
514 10-7	151	Labor- und Fotobedarf	—	2.000	2.000	1.534	0
514 11-5	151	Materialien für den technischen Dienst * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 12.* *** *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	1.000	1.000	5.113	2
517 01-7	155	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	77.000	77.000	30.268	15
518 01-3	155	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	82.000	82.000	82.471	89
519 01-0	155	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5.000	5.000	—	—
525 01-0	155	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	88.000	88.000	10.226	1
525 10-9	151	Kosten für Unterkunft und Verpflegung	—	11.000	11.000	27.047	30
525 11-7	155	Dienstleistungen Außenstehender * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 422 01.*	—	—	—	—	—
526 10-5	129	Entschädigungen für die Prüfung von Schulbüchern * *Übertragbar.* *** *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Ist-Einnahme für Auslagen bei 111 12. Die nicht durch Einnahmen für Auslagen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs.6 LHO nachzuweisen.*	—	51.000	51.000	51.129	68
527 01-2	155	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	18.000	18.000	44.789	45
527 02-0	155	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	1.329	0
531 10-9	155	Veröffentlichungen	—	25.000	25.000	36.199	21
531 34-6	151	Herstellung von Medienkatalogen und Kontextmaterialien * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 34.* *** *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben*	—	47.000	47.000	15.339	44

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 11

Entschädigungen für Referentinnen und Referenten bei der Durchführung von Arbeitstagungen zur Vorbereitung von Kursen.

Zu den Titeln der OGr. 51 – 54

Haushaltsmittel für Lehrplanarbeiten sind in der TGr. 63 veranschlagt.

Zu 511 01

Bisherige – HPl 2001 – Titel 511 01, 512 01, 513 01, 515 01 und 515 02 zusammengefasst.

Zu 511 11

Insbesondere für Geräte in der Fotowerkstatt und im technischen Bereich.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	2	2	2

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	2	2	2

Zu 514 11

Materialien für den Aufnahmedienst sowie Ersatzteile und Zubehör für audiovisuelle Bildungsmittel.

Zu 517 01

Bisherige – HPl 2001 – Titel 517 01, 517 19 und 517 59 zusammengefasst (sämtliche Bewirtschaftungskosten).

Zu 525 01

Bisherige – HPl 2001 – Titel 524 01 und 525 01 zusammengefasst.

Zu 526 10

Vgl. Erläuterungen zu Titel 111 12.

Zu 531 10

U. a. für die Herausgabe von 4 NLI-Berichten und die Erstellung des Schulbuchverzeichnisses.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *531 34-6*		*sind als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen*					
546 01-7	151	Vermischte Ausgaben	—	4.000	4.000	4.090	5
546 02-5	155	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-3	155	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1.000	1.000	1.023	—
811 01-2	155	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-8	155	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	21.000	21.000	—	—
981 07-4	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	95.000	95.000	212.084	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Verwaltungsausgaben der Fortbildungsregionen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.*	(—)	(469.000)	(464.000)	(464.151)	(439)
425 62-7	129	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten Angestellten	—	256.000	261.000	271.394	257
546 62-9	129	Vermischte Ausgaben	—	113.000	113.000	123.221	94
632 62-2	129	Erstattung an die Universität Oldenburg	—	55.000	50.000	41.773	48
685 62-9	129	Erstattungen an die Ostfriesische Landschaft	—	45.000	40.000	27.763	40
TGr. 63		**Lehrplanarbeiten für den Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen**	(—)	(134.000)	(134.000)	(—)	(—)
412 63-0	151	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	10.000	10.000	—	—
527 63-2	151	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	89.000	89.000	—	—
531 63-0	151	Veröffentlichungen ****Abweichend von § 61 Abs.1 und § 63 Abs.3 LHO dürfen Lehrpläne unentgeltlich abgegeben werden.*	—	19.000	19.000	—	—
547 63-3	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.000	16.000	—	—
TGr. 65		**Kommissionen d. berufsbildenden Schulwesens (STAG für CUM)**	(—)	(—)	(—)	(79.710)	(66)
412 65-7	151	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	9.919	5
527 65-9	151	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	45.045	45
531 65-6	129	Veröffentlichungen ****Abweichend von § 61 Abs.1 und § 63 Abs.3 LHO dürfen Lehrpläne unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	—	8.334	4
547 65-0	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	16.412	12
TGr. 66		**Weiterbildung von Lehrkräften in Hochschuleinrichtungen**	(—)	(179.000)	(179.000)	(165.658)	(158)
427 66-2	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	7.000	7.000	8.334	6
525 66-4	151	Reisekostenvergütungen	—	58.000	58.000	51.640	48
547 66-8	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	114.000	114.000	105.684	104
TGr. 67		**Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen** * *Übertragbar.*	(—)	(1.678.000)	(1.673.000)	(360.000)	(454)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 10

Dienstzimmerausstattungen des NLI (bisheriger – HPl. 2001 – Titel 812 15).

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 62

Mittel für persönliche und sächliche Verwaltungsausgaben für die 16 Fortbildungsregionen bei den ehemaligen Schulaufsichtsämtern und der Universität Oldenburg sowie der Ostfriesischen Landschaft (Erl. des MK vom 21. 8. 1998 und Gem. RdErl. d. MK u. d. MWK v. 16. 12. 1999 – Regionale Fortbildung –). Die Mittel für die Durchführung der Kurse der Regionalen Fortbildung sind in TGr. 67 veranschlagt.

Zu 425 62

Mittel für 14 Verwaltungsangestellte der Fortbildungsregionen nach Verg.-Gr. VI b BAT, deren durchschnittliche Arbeitszeit bis zur Hälfte (13) bzw. bis zu 3/4 (1) der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 632 62

Erstattung der sächlichen und persönlichen Verwaltungsausgaben für das Oldenburger Fortbildungszentrum (OFZ), das der Universität Oldenburg zugeordnet ist (Anlage 1 des v. g. Gem. RdErl. v. 16. 12. 1999).

Zu 685 62

Erstattung der sächlichen und persönlichen Ausgaben für das Regionale Pädagogische Zentrum (RPZ) Aurich, dessen Träger die Ostfriesische Landschaft ist (Anlage 2 des v. g. Gem. RdErl. v. 16. 12. 1999).

Zu Titelgruppe 63

Neue Titelgruppe zur Zusammenfassung der Haushaltsmittel für Lehrplanarbeiten für den Bereich der allgemein bildenden (55 000 EUR aus dem Deckungskreis der OGr. 51–54) und der berufsbildenden (79 000 EUR aus der bisherigen TGr. 65) Schulen.
U. a. für die Weiterführung der Rahmenrichtlinien und Arbeitstagungen zu deren Umsetzung, die Erstellung und den Druck einheitlicher Prüfungsanforderungen (EPA) sowie für Entschädigungen und Reisekostenvergütungen für die Mitglieder der Kommissionen und Arbeitsgruppen des berufbildenden Schulwesens (StAG für CUM).

Zu Titelgruppe 65

Wegfall der Titelgruppe; vgl. Erläuterungen zu TGr. 63.

Zu Titelgruppe 66

Zur Weiterbildung von ca. 100 Lehrkräften aller Schulformen zu Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern sowie Fernstudium für die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern für die Fächer Evangelische und Katholische Religion an der Hochschule Hildesheim.

Zu Titelgruppe 67

Mittel für die Durchführung

- der Kurse der Regionalen Fortbildung,
- von zentralen Lehrerfortbildungsveranstaltungen,
- von vorbereitenden Maßnahmen für die Durchführung von Kursen sowie
- für die Fortbildung der schulfachlichen und schulpsychologischen Dezernentinnen und Dezernenten der Schulbehörden.

Die Ansätze sind u. a. um 236 000 EUR als Ausgleich für den Wegfall der Nutzung des landeseigenen LFH Wolfenbüttel erhöht worden.

Die Haushaltsmittel für die Regionale Fortbildung – sächliche und persönliche Verwaltungsausgaben der 16 Fortbildungsregionen – sind in TGr. 62 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 67**		*Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 67, 231 67 und 232 67.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
425 67-8	151	Vergütungen der Angestellten	—	15.000	10.000	10.226	14
427 67-0	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	400.000	400.000	267.661	261
525 67-2	151	Lehr- und Lernmittel, Reisekostenvergütungen, Unterkunft und Verpflegung	—	1.178.000	1.178.000	—	—
531 67-2	151	Veröffentlichungen	—	40.000	40.000	40.443	33
547 67-6	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	45.000	45.000	41.670	146
TGr. 68		**Durchführung von Lehrgängen f. ausländische Lehrkräfte** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 68.* *** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Materialien (z.B. Rahmenrichtlinien,Broschüren,didaktisches Material) unentgeltlich abgegeben werden.*	(—)	(38.000)	(38.000)	(6.647)	(4)
427 68-9	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	5.000	5.000	5.113	1
525 68-0	151	Reisekostenvergütungen, Dienstleistungen Außenstehender	—	31.000	31.000	—	—
547 68-4	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.000	1.534	4
TGr. 69		**Schulinterne Lehrerfortbildung (SchiLF) an allgemein bildenden Schulen**	(—)	(—)	(—)	(—)	(142)
427 69-7	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	—	—	—	134
525 69-9	151	Lehr- und Lernmittel, Reisekostenvergütungen, Unterkunft und Verpflegung * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	—	—	—	—
547 69-2	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.*	—	—	—	—	8
TGr. 70		**Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen an berufsbildenden Schulen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 70.*	(—)	(307.000)	(307.000)	(—)	(—)
427 70-0	151	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.* *** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 0720 - 546 22.*	—	—	—	—	—
525 70-2	151	Lehr- und Lernmittel, Reisekostenvergütungen, Unterkunft und Verpflegung * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.* *** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 0720 - 546 22.*	—	307.000	307.000	—	—
547 70-6	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.* *** *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 0720 - 546 22.*	—	—	—	—	—

Zu 425 67

Für die Vergütung der im Rahmen des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit in der Fortbildung für Verkehrserziehung zwischen den Ländern Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen stundenweise tätigen Verwaltungsangestellten.

Zu 427 67

Für nebenamtlich tätige Kursleiterinnen und Kursleiter, Referentinnen und Referenten und Moderatorinnen und Moderatoren.

Zu 525 67

Bisherige – HPl 2001 – Titel 524 67, 525 67, 527 67 und 538 67 zusammengefasst.

Es handelt sich u. a. um

- Reisekostenvergütungen für Leiterinnen und Leiter, Vortragende und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Kursen einschließlich der Besichtigungsfahrten und Praktikumskurse in Betrieben sowie für Kursleiterinnen und Kursleiter aus Anlass von Vorbesprechungen über abzuhaltende Kurse,
- Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung für Lehrerfort- und -weiterbildungsmaßnahmen,
- Lehr- und Lernmittel.

Die bisher für zentrale und regionale Lehrerfortbildung im Kernbereich der beruflichen Bildung veranschlagten Haushaltsmittel i. H. v. ca. 307 000 EUR wurden in die neu eingerichtete TGr. 70 verlagert.

Zu Titelgruppe 68

Ausgaben zur Vorbereitung und Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer),

1. im Rahmen des Europäischen Kooperationsprogramms nach LINGUA Aktion I b,
2. im Rahmen der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Ländern (z. B. Polen, Ungarn, Slowakei, Litauen),
3. sonstige Lehrgänge für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer).

Zu 525 68

Bisherige – HPl 2001 – Titel 525 68, 527 68 und 538 68 zusammengefasst.

Zu Titelgruppe 69

Neue TGr.-Bezeichnung wg. Neueinrichtung der TGr. 70.

Auch nach Ablauf des Modellversuchs „Budgetierung von Haushaltsmitteln des Landes für öffentliche Schulen“ sind die Ausgaben für die schulinterne Lehrerfortbildung (SchiLF) bei Kap. 07 58 TGr. 69 nachzuweisen. Die Ausgaben sind weiterhin im Rahmen des Schulbudgets bei Kap. 07 07 TGr. 75 – 77 (Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten) und 88 (Kosten der Lernmittelfreiheit) gedeckt.

Zu Titelgruppe 70

Aufbauend auf einen haushaltswirtschaftlichen Modellversuch werden den öffentl. berufsbildenden Schulen (BBS) bis zum 31. 1. 2005 Haushaltsmittel für die Durchführung der Lehrerfortbildung im Kernbereich der beruflichen Bildung, für Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 NSchG (Kap. 07 20 Titel 546 22), für Kosten der Lernmittelfreiheit (Kap. 07 07 TGr. 88) und für Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten (Kap. 07 07 TGr. 75 – 77) in Form eines Budgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen der geltenden Vorschriften zur Verfügung gestellt.

Für die am Modellversuch „Personalkostenbudgetierung an großen Schulen“ teilnehmenden BBS wird der bisherige Budgetumfang um das Sachkosten- und Fortbildungsbudget erweitert (vgl. Erläuterung zu Kap. 07 20 TGr. 63).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 72		**Multimedia und Bildung** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 232 72.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.155)
427 72-7	151	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	48
429 72-0	151	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	165
527 72-1	151	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	367
547 72-2	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	417
633 72-6	151	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	158
812 72-8	151	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 99.*	(—)	(35.000)	(35.000)	(26.076)	(19)
518 98-6	151	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-4	151	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-2	151	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	4.000	4.000	—	—
525 99-0	151	Aus-und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	—	4.295	—
538 98-7	151	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-5	151	Dienstleistungen „Anderer“	—	—	—	511	—
547 99-4	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	31.000	31.000	21.270	19
812 99-0	151	Erwerb von Geräten und sonstigen Gegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			1.812.683	
		Abschluss Kapitel 07 58					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		136.000	136.000	215.202	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		69.000	69.000	69.024	
		Summe der Einnahmen		205.000	205.000	284.226	
		4 Personalausgaben	—	4.630.000	4.667.000	4.741.719	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.752.000	2.752.000	2.531.353	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	100.000	90.000	69.536	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	21.000	21.000	56.242	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	95.000	95.000	212.084	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.598.000	7.625.000	7.610.934	
		Zuschuss		7.393.000	7.420.000	7.326.708	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		598.000	585.000	523.358	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		8.196.000	8.210.000	8.134.292	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		7.991.000	8.005.000	7.850.066	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 72

Das Projekt „Multimedia-Initiative Niedersachsen“ ist im Jahr 2001 ausgelaufen.

Zu Titelgruppe 98/99

U. a. für die Pflege und Ergänzung des im NLI aufgebauten Netzwerkes sowie IZN Entgelte.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0765 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
519 10-0	199	Bauunterhaltung der Schloßpfarrkirche Liebenburg * *Übertragbar.*	—	36.000	36.000	35.790	—
519 11-9	199	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten * *Übertragbar.*	—	4.000	4.000	3.579	4
684 31-4	199	Staatsleistung an die evangelischen Landeskirchen	—	30.639.000	30.042.000	29.846.459	28.897
684 33-0	199	Staatsleistung an die Diözesen	—	7.688.000	7.538.000	7.488.432	7.250
684 34-9	199	Zuschuss an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen	—	801.000	689.000	585.174	562
684 37-3	199	Staatsleistungen an die Freien Humanisten Niedersachsen	—	211.000	207.000	201.398	199
684 39-0	199	Leistung an die Evangelisch-methodistische Kirche in Norddeutschland	—	16.000	21.000	20.452	20
684 51-9	193	Zuschüsse an Vereine für christlich-jüdische Zusammenarbeit	—	5.000	5.000	5.113	5
		Abschluss Kapitel 07 65					
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	40.000	40.000	39.369	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	39.360.000	38.502.000	38.147.028	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	39.400.000	38.542.000	38.186.397	
		Zuschuss		39.400.000	38.542.000	38.186.397	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 10 und 519 11

Für die Bauunterhaltung der Schlosspfarrkirche in Liebenburg auf Grund § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages vom 9. 5. 1974.

Nach Art. 16 des Konkordats vom 26. 2. 1965 und § 10 der Anlage zum Konkordat verzichtet die Diözese Hildesheim auf Ansprüche gegen das Land Niedersachsen, die sich auf die Diözesangebäude und -grundstücke beziehen. Zum Ausgleich überträgt das Land das Eigentum an diesen Gebäuden und Grundstücken auf die Diözese. Eine Eigentumsübertragung entfällt, wenn nur Teile staatlicher Gebäude kirchlich genutzt werden; die gegenseitigen Ansprüche sollen dann durch Einzelvereinbarungen geregelt werden.

Das früher im Eigentum des Landes Niedersachsen stehende, inzwischen verkaufte Schloss Liebenburg wird zu $^{2}/_{5}$ von der Diözese Hildesheim für kirchliche Zwecke genutzt (röm.-kath. Schlosspfarrkirche Liebenburg). Nach § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages obliegt die bauliche Unterhaltung dieses Teiles des Schlosses Liebenburg bis zu ihrer Ablösung weiterhin dem Lande Niedersachsen.

Zu 684 31

Dotation für kirchenregimentliche Zwecke und Zuschüsse für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung gemäß Artikel 16 Abs. 1 des Vertrages des Landes Niedersachsen mit den Evangelischen Landeskirchen vom 19. 3. 1955 (Nds. GVBl. 1955 S. 159).

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß Artikel 16 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages vom 19. 3. 1955 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Nach einem zwischen den Landeskirchen vereinbarten Schlüssel entfallen auf die

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ev.-luth. Landeskirche Hannovers	20 518,8	20 119,0
Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig	3 794,4	3 720,5
Ev.-luth. Kirche in Oldenburg	3 100,0	3 039,6
Ev.-ref. Kirche in Nordwestdeutschland	2 808,1	2 753,4
Ev.-luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe	417,7	409,5
Zusammen	30 639,0	30 042,0

Zu 684 33

Dotation und Zuschuss für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung gemäss Artikel 15 Absatz 1 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen vom 26. 2. 1965 (Nds. GVBl. 1965 S. 192).

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gem. Artikel 15 Abs. 1 Satz 2 des Konkordats vom 26. 2. 1965 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Nach einem zwischen den Diözesen vereinbarten Schlüssel entfallen auf

	2003	2002
	Tsd. EUR	
die Diözese Hildesheim	3 502,7	3 434,3
die Diözese Osnabrück	2 781,5	2 727,2
das Bischöflich-Münstersche Offizialat in Vechta	1 403,8	1 376,5
Zusammen	7 688,0	7 538,0

Zu 684 34

Dotation zu den Ausgaben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und den jüdischen Gemeinden in Niedersachsen für religiöse und kulturelle Bedürfnisse sowie für die Verwaltung gem. Vertrag von 15.07.1999 (GVBI. 1999, S. 364).

Die Landesleistungen sollen von 2002 an schrittweise angehoben werden.

Zu 684 37

Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 7 Abs.1 des Vertrages zwischen dem Lande Niedersachsen und der Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen (jetzt Freie Humanisten Niedersachsen) vom 8. 6. 1970.

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages vom 8. 6. 1970 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Zu 684 39

Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 1 des Vertrages zwischen dem Lande Niedersachsen und der Evangelisch-Methodistischen Kirche in Norddeutschland vom 26. 1. 1978, geändert durch Vertrag vom 9. 8. 1993 (Nds. MBl. 1994 S. 453).

Die Staatsleistung wird letztmals im Jahre 2022 gezahlt (gleitender Ausstieg).

Zu 684 51

Mit den Mitteln sollen Bestrebungen zur Förderung der Verständigung zwischen den Völkern, Religionen und Rassen unterstützt werden. In Niedersachsen werden zehn Vereine für christlich-jüdische Zusammenarbeit gefördert.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0784 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-5	153	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	14
119 46-5	153	Ersatzleistungen		—	—	511	—
125 10-4	153	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in Aus- und Fortbildungsstätten u. ä.		8.000	8.000	38.347	8
132 01-1	153	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen ****Abweichend von § 61 Abs. 1 bzw. § 63 Abs. 4 LHO dürfen Lehr- und Lernmittel sowie Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	—	—
235 01-5	153	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	2
236 01-1	153	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
281 10-6	153	Erstattungen für Kooperationsver-anstaltungen * *Vgl. K-Vermerk zu 541 10.*		—	—	—	48
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Landesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis**		(31.000)	(31.000)	(29.655)	(34)
112 62-2	153	Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen * *Vgl. K-Vermerk zu 685 62.*		—	—	—	0
119 62-7	153	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 62.* ****Abweichend von § 61 Abs. 1 bzw. § 63 Abs. 4 LHO dürfen Lehr- und Lernmittel sowie Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		26.000	26.000	25.565	29
124 62-0	153	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung des Gebäudes der Gedenkstätte Bergen-Belsen		4.000	4.000	4.090	4
282 62-5	153	Spenden für die Gedenkstätten in Bergen-Belsen und in der JVA Wolfenbüttel * *Vgl. K-Vermerk zu 685 62.*		1.000	1.000	—	1
TGr. 63		**Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz**		(—)	(—)	(—)	(766)
119 63-5	153	Rückzahlung von Überzahlungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
232 63-6	153	Zuwendungen für den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz in Polen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	766
TGr. 64		**Bundesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis**		(142.000)	(142.000)	(150.831)	(337)
231 64-8	153	Bundeszuweisungen zur Förderung der Gedenkstättenarbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
235 64-3	153	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
236 64-0	153	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
381 64-0	990	Zuführung von Kap. 0302 - 981 01 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		142.000	142.000	150.831	337
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 281 10

Zuschüsse der Bundeszentrale für politische Bildung u. a.

Zu 124 62

1. Einnahmen aus der Dienstwohnung des Betreuers.
2. Sonstige Einnahmen (Heizkostenbeitrag u. a.)

Vgl. auch Erläuterungen zu Titelgruppe 62.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0784 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
412 01-4	153	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	6.000	6.000	6.136	—
422 01-0	153	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.099.000	2.096.000	2.059.995	840
422 05-2	153	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 19-2	153	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	153	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	32.000	86.920	86
425 01-9	153	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.066
425 06-0	153	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.000	3.000	2.556	1
426 01-5	153	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	74
427 01-1	153	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	0
427 39-9	153	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-2	153	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	—	—	—	—
511 01-2	153	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	113.000	113.000	15.339	17
514 01-1	153	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	5.000	5.000	4.090	4
517 01-0	153	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	34.000	34.000	5.522	6
518 01-7	153	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	10.000	10.000	10.226	12
519 01-3	153	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	1.000	1.000	511	0
525 01-3	153	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	44.000	44.000	3.068	0
527 01-6	153	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	19.000	19.000	19.429	14
531 01-3	153	Veröffentlichungen und Dokumentationen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	96.000	96.000	96.123	119
541 01-9	153	Tagungen und Kurse, Ausstellungen und Aufführungen staatspolitischen Inhalts, Wettbewerbe	—	556.000	627.000	594.121	520
541 10-8	153	Kooperationsveranstaltungen sowie Veranstaltungen im Ausland * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 10.*	—	—	—	—	—
546 03-7	153	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	0
547 01-7	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	14.000	14.000	1.023	3
685 51-7	153	Zuschüsse an politische Stiftungen	—	368.000	368.000	541.969	368
686 10-6	153	Zuschüsse für die Förderung von staatspolitisch bedeutsamen Veranstaltungen	—	179.000	179.000	179.259	143
686 11-4	153	Zuschüsse an Sonstige im Rahmen des Aktionsbündnisses gegen Rechts ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	180.000 180.000 —	682.000	682.000	562.421	—
811 01-6	153	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-6	153	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	61.355	—
981 07-8	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	159.000	159.000	158.194	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 412 01

Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des bei der Landeszentrale gebildeten Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirats für die Gedenkstättenarbeit.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 07 84 wurde ab dem 1. 1. 2000 die Personalbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
40,88	40,88	44,09	39,97

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	1,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	2,00
– Sonstige Veränderungen	—	2,21
Summe Abgänge	—	4,21
Bleibt Abgang	—	3,21

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	16,00	16,00	—	19
Angestellte	22,88	22,88	—	24
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	40,88	40,88		45

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	16,00	16,00	—	19
Angestellte	22,88	22,88	—	24
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	40,88	40,88		45

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	2 099	2 096

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 099	2 096
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	82	112
43	Versorgungsbezüge	330	327
44	Beihilfen, Unterstützungen	110	105
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	15	–2
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		2 636	2 638

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1. 2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1. 2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 525 01

Einschl. Lehr- und Lernmittel sowie Herstellung und Beschaffung von Literatur, Filmen usw.

Zu 531 01

Veröffentlichungen und Dokumentationen im Bereich der politischen Bildungsarbeit.

Zu 541 01

Eigene Tagungen, Kurse, Vortragsveranstaltungen, Studienfahrten und internationale Begegnungen, auch in Zusammenarbeit mit öffentlichen und schulischen Einrichtungen und Organisationen, Beteiligung an Ausstellungen mit Publikumswirkung, die für die Integrierung politischer und staatspolitischer Themen geeignet sind, sowie Preise, die im Rahmen des Wettbewerbs des Niedersächsischen Landtages für Schülerinnen und Schüler vergeben werden.

Mit veranschlagt sind für 2002 71 000 EUR für die Ausstellung „Fremde in Niedersachsen zu Hause – Einwanderungsland Niedersachsen“ im Rahmen der Sondermaßnahmen „Gegen Rechts“.

Durchführung von Seminaren und zur Beschaffung von Informationsmaterial für die Betreuer von Aussiedlern, Ausländern, Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie zur Unterstützung der Arbeit der ehrenamtlichen Betreuerkreise.

Förderung von Veranstaltungen, Informationsfahrten zum Besuch staatlicher Organe des Bundes und des Landes Niedersachsen sowie zur Beschaffung von Informationsmaterial.

Mitveranschlagt sind die Kosten auch für Landesbedienstete. Soweit Angehörige der Landeszentrale dienstlich an einer Veranstaltung beteiligt sind und ihnen darüber hinaus Reisekosten zustehen, werden diese aus Titel 527 01 gezahlt.

Die Förderung des Jugendaustausches kann auch durch Gewährung von Zuwendungen erfolgen.

Zu 541 10

Mit veranschlagt sind die Sachausgaben für den Wettbewerb des Nds. Landtages für Schülerinnen und Schüler zur staatspolitischen Bildung (einschl. Vergütungen, Fahrkosten und sonstiger Nebenkosten).

Zu 685 51

Zuwendungen zur finanziellen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung und der Stiftung Leben und Umwelt in Form von Projektförderungen.

Zu 686 10

Zuwendungen an Verbände und Einrichtungen für Veranstaltungen, die der Aufgabenstellung der Landeszentrale dienen. Hieraus können auch Zuwendungen für zentrale Lenkungsaufgaben und in Ausnahmefällen auch Zuwendungen für einzelne Teilnehmer gewährt werden.

Als Veranstaltungen gelten:
Tagungen, Studienreisen, internationale Begegnungen, Ausstellungen, Vortragsreihen u. ä.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 686 11

Gefördert werden Maßnahmen von Initiativen, Vereinen, Verbänden und Organisationen durch Zuwendungen als Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben (Beratungen, Veranstaltungen, etc.), die sich gegen die Verletzung der Menschenwürde richten und die der Aufklärung von Ursachen gegen Gewalt, der Entgegnung des Extremismus sowie der Prävention dienen.

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	180 000	180 000
2004 ff.	—	—	—	—

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	180 000	—	180 000
2004	—	—	180 000	180 000
2005 ff.	—	—	—	—

Zu 981 07

Abführung für die für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0784 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Landesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis**	(—)	(380.000)	(380.000)	(205.437)	(619)
427 62-3	153	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	68.000	68.000	7.669	7
511 62-4	153	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2.000	2.000	1.534	3
517 62-2	153	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	105.000	105.000	40.903	19
527 62-8	153	Reisekostenvergütungen	—	—	—	4.857	6
531 62-5	153	Veröffentlichungen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 62.*	—	26.000	26.000	25.565	5
541 62-0	153	Tagungen, Kurse, Ausstellungen und Aufführungen	—	49.000	49.000	49.237	410
547 62-9	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	104.000	104.000	50.107	39
681 62-7	153	Zuschüsse an Dritte	—	26.000	26.000	25.565	27
685 62-2	153	Verwendung von Spenden für die Gedenkstätten in Bergen-Belsen und in der JVA Wolfenbüttel * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 62 und 282 62.*	—	—	—	—	1
894 62-0	153	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	102
TGr. 63		**Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 232 63.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(672)
546 63-0	153	Rückzahlungen an die Länder aus nicht in Anspruch genommenen oder zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen	—	—	—	—	—
547 63-7	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	16
687 63-3	153	Zuschüsse an Dritte im Ausland	—	—	—	—	—
896 63-1	153	Zuwendung für den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz in Polen	—	—	—	—	656
TGr. 64		**Bundesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 64, 235 64, 236 64 und 381 64.*	(—)	(142.000)	(142.000)	(141.628)	(336)
427 64-0	249	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 64-0	249	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
547 64-5	249	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	—	—	—	—
632 64-2	249	Erstattung der Kosten aus Bundesmitteln aufgrund des Gräbergesetzes * *Übertragbar.*	—	142.000	142.000	141.628	336
685 64-9	249	Zuschüsse an Dritte	—	—	—	—	—
711 64-0	249	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 62

(siehe auch TGr. 64)

Veranschlagt sind die erforderlichen Ausgaben, die mit Landesmitteln gedeckt werden, für

a) Gedenkstätte Bergen-Belsen,
b) Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel,
c) Zentralnachweis.

Zu a) Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen stehen ein Gebäudekomplex mit Ausstellungshalle, Seminar-, Film-, Bibliotheks- und Büroräumen sowie eine Werkdienstwohnung. In den Räumen der Gedenkstätte Bergen-Belsen werden die Besucher durch eine ständige Ausstellung („Justiz und Strafvollzug in der NS-Zeit“), Seminare, Filme, Vorträge u. a. über das in Bergen-Belsen Geschehene informiert.

Zu b) In der Gedenkstätte JVA Wolfenbüttel werden Führungen durchgeführt. Die Besucher werden durch eine Ausstellung, Seminare, Filme, Vorträge u. a. über das in der JVA Wolfenbüttel Geschehene informiert.

Zu c) Zur Geschichte von Verfolgung und Widerstand während der NS-Zeit auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen wird ein Zentralnachweis erarbeitet.

Kosten:

1. Bewirtschaftung der Gebäude in Bergen-Belsen einschließlich der durch Bauunterhaltung entstehenden Sachausgaben; Ersatz und Ergänzung von Ausstellungseinrichtungen, Dokumentationsmaterial, sonstigen Einrichtungsgegenständen und Geräten,
2. Post- und Fernmeldegebühren, Reisekosten für den Besucherdienst,
3. Tagegeld für Besucher aus Osteuropa (ehemalige Häftlinge),
4. sonstige Kosten.

Die Personalausgaben für die Bediensteten der Gedenkstätten sind bei 422 01 ausgewiesen.

427 62

Für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel.

531 62

Veranschlagt sind die Kosten für Broschüren über die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel, die gegen ein Entgelt abgegeben werden.

Vgl. 119 62.

541 62

Veranschlagt sind die Kosten für internationale Seminare mit Teilnehmern aus Israel und Osteuropa sowie Tagungen, Kurse, Ausstellungen u. a. für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel.

547 62

Veranschlagt sind die Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Miete für Lagerräume, Ergänzung der Bibliothek, Bürobedarf, Unterhaltung der Geräte, Sonstiges (z. B. Übersetzungen, Fotoarbeiten, Zentralnachweis).

681 62

Mittel für Tagegelder der Besucher aus Osteuropa (ehemalige Häftlinge) sowie für die Zusammenarbeit mit Überlebendenorganisationen.

Zu Titelgruppe 63

Die Ministerpräsidenten der Länder haben am 25. 3. 1993 beschlossen, dass sich die Länder unter Anwendung des Königsteiner Schlüssels an den Restaurationsarbeiten der Gedenkstätte Auschwitz mit einem Betrag von 5,1 Mio. EUR, verteilt längstens auf die Jahre 1994 bis 1999, beteiligen.Der Verlängerung des Zeitraumes zur Verwendung der Landeszuwendungen bis zum Jahr 2004 wurde in der Sitzung vom 10.-12.11.1999 zugestimmt. Die Abwicklung dieses Beschlusses wurde dem Land Niedersachsen übertragen.

Zu Titelgruppe 64

(siehe auch TGr. 62)

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel, die mit Bundesmitteln, insbesondere für die Erstattung nach dem Gräbergesetz, geleistet werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0784 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 78		**Förderung der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen**	(128.000) (128.000) (127.823)	(231.000)	(231.000)	(230.081)	(230)
541 78-7	153	Seminare für Gedenkstätteninitiativen	—	2.000	2.000	1.534	—
547 78-5	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	511	—
685 78-9	153	Zuschüsse zur Förderung der Gedenkstättenarbeit	128.000 128.000 127.823	228.000	228.000	228.036	230
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik**	(—)	(28.000)	(28.000)	(20.963)	(19)
518 98-0	153	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-8	153	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-6	153	Aus- und Fortbildung durch Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
525 99-4	153	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	2.000	2.000	1.534	—
538 98-0	153	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-9	153	Dienstleistungen „Anderer“	—	—	—	—	—
547 99-8	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	26.000	26.000	19.429	19
812 99-3	153	Erwerb von Geräten und sontigen Gegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			229.775	
		Abschluss Kapitel 07 84					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		40.000	40.000	69.535	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.000	1.000	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		142.000	142.000	150.831	
		Summe der Einnahmen		183.000	183.000	220.366	
		4 Personalausgaben	—	2.176.000	2.205.000	2.163.276	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.209.000	1.280.000	1.174.438	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	308.000 308.000 127.823	1.625.000	1.625.000	1.678.878	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	61.355	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	159.000	159.000	158.194	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	308.000 308.000 127.823	5.169.000	5.269.000	5.236.141	
		Zuschuss		4.986.000	5.086.000	5.015.775	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		330.000	327.000	302.122	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		5.499.000	5.596.000	5.538.263	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		5.316.000	5.413.000	5.317.897	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 78

Entsprechend dem Beschluss des Niedersächsischen Landtages vom 17.01.1990 wird die Arbeit der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Niedersachsen finanziell gefördert. U. a. sind Zuschüsse für das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager, die Gedenkstätte für das KZ Moringen und die Gedenkstätte KZ Drütte in Salzgitter vorgesehen.

685 78

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	128 000	—	128 000
2003	—	—	128 000	128 000
2004 ff.	—	—	—	—

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	128 000	—	128 000
2004	—	—	128 000	128 000
2005 ff.	—	—	—	—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 07					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		13.449.000	13.449.000	12.322.491	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.737.000	8.723.000	6.463.243	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		188.000	188.000	198.637	
		Summe der Einnahmen		16.374.000	22.360.000	18.984.371	
		4 Personalausgaben	— 7.000.000 —	3.483.394.000	3.428.948.000	3.294.756.496	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1.100.000 1.100.000 1.124.842	45.390.000	45.169.000	50.823.792	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	339.000 308.000 31.351.294	262.130.000	257.629.000	274.774.754	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.300.000 1.300.000 —	10.879.000	15.269.000	4.984.790	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.857.000	2.854.000	2.615.666	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.739.000 9.708.000 32.476.136	3.804.650.000	3.749.869.000	3.627.955.498	
		Zuschuss		3.788.276.000	3.727.509.000	3.608.971.127	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.071.809.000	1.015.891.000	909.678.857	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.876.459.000	4.765.760.000	4.537.634.355	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		4.860.085.000	4.743.400.000	4.518.649.984	
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Kapitel					
		Einnahmen				1.801.793	
		Ausgaben	31.188.805			38.936.870	

Einzelplan 07

Kultusministerium

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Allgemeine Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 07 07 bis 07 20:

1. Eine Kraft (Voll- oder Teilzeitkraft) darf anteilig auf mehreren Stellen geführt werden. Jede Planstelle und jede andere Stelle dürfen mit einer beliebigen Anzahl von Teilzeitkräften sowie Besetzungsanteilen von Vollzeitkräften besetzt werden, soweit die sich aus den Besetzungsanteilen ergebende regelmäßige durchschnittliche Gesamtarbeitszeit die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. Sofern die Besetzung laufbahngruppenübergreifend erfolgt, darf sie nur in der niedrigsten Laufbahngruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird.
2. Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO dürfen Lehrkräfte im Bedarfsfall vorübergehend an Schulen einer jeweils anderen Schulform abgeordnet werden; dies gilt auch für pädagogische Mitarbeiter/-innen sowie Betreuungskräfte.
3. Das Kultusministerium kann im Rahmen der Automation in der Stellenbewirtschaftung abweichend von § 49 Abs. 5 LHO die Planstellen und die Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sowie Stellen für pädagogische Mitarbeiter/-innen und Betreuungskräfte zu sog. Stellenpools – getrennt nach den in den Stellenplänen und den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellenbezeichnungen und Besoldungs- und Vergütungsgruppen – zusammenfassen.
4. Von den Inhaberinnen und Inhabern der bei den Kapiteln 07 10 bis 07 18 ausgebrachten Planstellen der Bes.-Gr. A 12 (Lehrer/-in), A 13 (Realschullehrer/-in) und A 13 (Sonderschullehrer/-in) und entsprechender Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis erhalten gem. Verordnung vom 19. 6. 1978 – Nds. GVBl. S. 559 –, zuletzt geändert durch Art. 18 des Haushaltsbegleitgesetzes 1999 vom 21. 1. 1999 – Nds. GVBl. S. 10 – für die Dauer dieser Tätigkeit bis zu
   - 144, die ein pädagogisches Seminar leiten, eine widerrufliche Stellenzulage in Höhe von mtl. 76,79 EUR
   - 833, die ein fachdidaktisches Seminar leiten, eine widerrufliche Stellenzulage in Höhe von mtl. 63,91 EUR.
5. Die Leerstellen sind für Lehrkräfte bestimmt, die unter Wegfall der Dienstbezüge für eine Tätigkeit im Dienst an Schulen in freier Trägerschaft, in der Erwachsenenbildung oder im Auslandsschuldienst bzw. für andere Tätigkeiten gemäß §§ 7 und 11 der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung oder auf Grund der §§ 80 a Abs. 1 Nr. 3 und 4, 87 a Abs. 1 Nr. 2 NBG oder § 50 BAT beurlaubt oder an Auslandsschulen der Bundeswehr abgeordnet sind.

   Die ausgebrachten Leerstellen sind nicht personengebunden.
6. Lehrkräften, die nach den Eingruppierungserlassen des MK in der jeweils geltenden Fassung bei Bewährung oder nach entsprechender Unterrichtstätigkeit in eine höhere Vergütungsgruppe aufrücken oder aufgerückt sind, kann aus den veranschlagten Stellen Vergütung der höheren Vergütungsgruppe gezahlt werden; das gilt auch für Lehrkräfte, die im Zeitpunkt der Einstellung bereits die Voraussetzungen für die Eingruppierung in die höhere Vergütungsgruppe erfüllen.
7. Im Bedarfsfall dürfen bis zu 53 Lehrkräfte aus ihren Planstellen/Stellen vorübergehend zur Erfüllung von schulfachlichen Aufgaben abgeordnet werden:
   a) an die oberste Schulbehörde (bis zu 10),
   b) an nachgeordnete Schulbehörden (bis zu 17),
   c) an das NLI (bis zu 9),
   d) an Träger der regionalen Lehrerfortbildung – Bez.-Reg. oder andere Stellen der öffentlichen Verwaltung – für Aufgaben einer oder eines Fortbildungsbeauftragten (bis zu 17, höchstens aber bis zu 13 Vollzeitlehrereinheiten).
8. Bis zu 30 Lehrkräfte dürfen im Bedarfsfall aus ihrer Planstelle/Stelle vorübergehend zur Dienstleistung an Schulen u. a. in die Staaten Mittel- und Osteuropas unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden.
9. Von den bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 in den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellen für Lehrkräfte dürfen für jedes Haushaltsjahr bei Bedarf bis zu 50 Stellen abweichend von der ausgewiesenen Beschäftigungsart auch für pädagogische Mitarbeiter/-innen sowie Betreuungskräfte, die in Ganztagsschulen (Kapitel 07 07), im Rahmen der Schulsozialarbeit (Kapitel 07 10 und 07 20) und die in Förderzentren, Integrationsklassen sowie Regelklassen der Sonderschulen (Kapitel 07 11) eingesetzt werden sollen, verwendet werden. Die Abweichungen sind, sofern sie nicht nur vorübergehend erfolgen, in den Stellenübersichten des nächsten Haushaltsplans darzustellen.
10. Bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 können bis zu 1 Mio. EUR für Mehrarbeitsvergütungen und Überstundenvergütungen gewährt werden, wenn in gleichem finanziellen Umfang Planstellen der Bes.-Gr. A 12 (Lehrer/-in) und A 13 (Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin) gesperrt werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 01 Kultusministerium

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	5	Ministerialdirigent/-in
B 3	4	4	6	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	16	16	17	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	19	19	20	Ministerialrat/-rätin
A 15[11])	23	23	24	Direktor/-in
A 14	7	7	9	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 13[12])	32	32	33	Oberamtsrat/-rätin
A 12	22	22	25	Amtsrat/-rätin
A 11	10	10	12	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	—	Oberinspektor/-in
A 9[4])	1	1	2	Amtsinspektor/-in
A 5	2	2	2	Oberamtsmeister/-in
	143	143	157	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	2	3	3	Ministerialrat/-rätin
A 15	—	2	2	Direktor/-in
A 13	1	2	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	3	3	Amtsrat/-rätin
	6	10	11	Zusammen
				Leerstellen[5]):
A 12	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11	2	2	2	Amtmann/-männin/-frau
	3	3	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 NBesO.

[4]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[5]) kw.

[11]) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[12]) Rückverlagerung von 2 Stellen in das Kapitel 07 10 nach Abschluss des Projekts „Personalmanagementverfahren“ (31. 12. 2006).

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	infolge Verlagerung von Kap. 07 10 (unter Ausbringung des HV Nr. 12)
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6 Ministerialdirigent/-in	1	infolge Umsetzung nach Kap. 05 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO im Haushaltsjahr 2001 (einschl. HV Nr. 3)
Bes.-Gr. B 3 Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	2	infolge Umsetzung nach Kap. 05 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO im Haushaltsjahr 2001 (einschl. HV Nr. 2 und Nr. 12)
Bes.-Gr. B 2 Ministerialrat/-rätin	1	infolge Umsetzung nach Kap. 05 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO im Haushaltsjahr 2001
Bes.-Gr. A 16 Ministerialrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	3	
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	3	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	2	
Zusammen	16	
Bleibt Abgang 2002	14	

Stellenhebung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1	von Bes.-Gr. A 9+Z

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Ministerialrat/-rätin	1	Versetzung in den Ruhestand nach § 55 NBG (2002)
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	2	Versetzung in den Ruhestand nach § 55 NBG (2002)
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	Versetzung in den Ruhestand nach § 55 NBG (je 1 in 2001 und 2002)
Zusammen	5	(davon 2002: 1; 2003: 4)

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Bes.-Gr. B 3 ([2]) 1 ku nach Bes.-Gr. B 2 BBesO nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in.) ist entfallen

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 zu Bes.-Gr. B 6 ([3]) 1 kw zum 1. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) ist entfallen.

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 12 (Hj. 2001) zu Bes.-Gr. B 3 ([12]) 1 kw zum 1. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) ist entfallen; ein neuer Haushaltsvermerk Nr. 12 wurde ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
Außertariflich				
(A 16)	1	1	1	
I a	1	1	1	
IV a	2	2	3	
V b[6])[8])	5	5	5	
V c[7])	11	11	11	
VI b[8])	19	19	20	
VII	1	1	1	
VIII	2	2	2	
IX b–VII[9])	20	20	20	
	62	62	64	Zusammen
				Leerstellen[10]):
V c	—	—	1	
IX b–VII	1	1	2	
	1	1	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[6]) 1 kw.

[7]) Eine Angestellte im Bibliotheksdienst ist bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

[8]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[9]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969, S. 829) nachgewiesen.

[10]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung nach Kap. 05 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO im Haushaltsjahr 2001
Verg.-Gr. VI b	1	
Zusammen	2	

Leerstellen: Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 10
Verg.-Gr. IX b–VII	1	
Zusammen	2	

BEDARFSNACHWEISE

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	8	8	8	
3	3	3	3	
2 a	—	—	—	
	11	11	11	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 05 Schulaufsicht

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[1])	68	68	67	Leitende(r) Regierungs-schuldirektor/-in – als Dezernent/-in in der Schulaufsicht auf Bezirksebene –
A 15	144	144	142	Regierungsschuldirektor/-in, Psychologiedirektor/-in – als Dezernent/-in in der Schulaufsicht auf Bezirksebene –
A 15	4	4	4	Sportdirektor/-in
A 14	3	3	3	Sportoberrat/-rätin
A 14	48	48	48	Psychologieoberrat/-rätin
A 13[5])	36	37	37	Psychologierat/-rätin
	303	304	301	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	8	8	8	Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in
A 15	15	15	17	Regierungsschuldirektor/-in
A 15	1	1	1	Sportdirektor/-in
A 14	1	1	2	Psychologieoberrat/-rätin
	25	25	28	Zusammen
				Leerstellen:[4])
A 16	2	2	2	Ltd. Regierungsschuldirektor/-in
A 14	1	1	1	Psychologieoberrat/-rätin
	3	3	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 kw zum 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
[4]) kw.
[5]) 23 kw infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Zugang 2002:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Ltd. Regierungsschuldirektor/-in – als Dezernent/-in in der Schulaufsicht auf Bezirksebene –	1	infolge Umsetzung von Kap. 07 14 in 2001 gem. § 50 Abs. 2 LHO
Bes.-Gr. A 15 Regierungsschuldirektor/-in	3	infolge Umsetzung von Kap. 07 14 und 07 20 in 2001 gem. § 50 Abs. 2 LHO
Zusammen	4	

Abgang 2002:		
Bes.-Gr. A 15 Regierungsschuldirektor/-in	1	infolge ZV bis 2003 (Vollzug HV Nr. 2)
Zusammen	1	

Stellen zu 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	2	infolge Versetzung oder Eintritt in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 14	1	
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Bes.-Gr. A 15 – Reg. Schuldirektor/-in – ([2]) 1 kw zum 1. 3. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).) ist entfallen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 zu Bes.-Gr. A 13 ([3]) 1 kw zum 1.12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) ist entfallen

Erläuterungen für 2003:

Abgang 2003:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Psychologierat/-rätin	1	infolge ZV bis 2003 (Vollzug HV Nr. 3)

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
IV b	—	—	1	
	—	—	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b BAT	1	infolge Beendigung des Projekts „Bewegte Schule“ Umsetzung in das Kap. 07 11 (1.8.2001) – Vollzug HV Nr. 6

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 zu Verg.-Gr. IV b ([6]) Nach Beendigung des Projekts „Bewegte Schule“ ist die Stelle in das Kapitel 07 11 zurückzuverlagern (1. 8. 2001).) ist entfallen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 07 Schulen allgemein

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte
				Aufsteigende Gehälter:
A 10[1])	1	1	1	Jugendleiterin, Jugendleiter
A 9[1])	5	5	5	Jugendleiterin, Jugendleiter
A 7[2])[7])	2	2	1	Obersekretärin, Obersekretär
	8	8	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. V b – Sozial- und Erziehungsdienst –.

[2]) ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. VI b – Sonstige Dienste –.

[7]) Abweichend von § 49 (3) LHO kann eine Stelle mit einem Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 7 Obersekretärin, Obersekretär	1	Stellenumwandlung von Verg.-Gr. VI b (s. Stellenübersichten)

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
				Pädagogische Mitarbeiter/-innen
IV b[3])	3	3	3	Sozial- und Erziehungsdienst
V b	88	88	88	
V c	2	2	2	
VI b	19	19	19	
V b	1	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	1	1	1	
VII	1	1	1	
VI b	633	643	653	Sonstige Dienste
IX b–VII[4])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	749	759	769	Zusammen
				Leerstellen[6]):
				Pädagogische Mitarbeiter/-innen
V b	8	8	8	Sozial- und Erziehungsdienst
VI b	1	1	1	
	9	9	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

[3]) ku in Verg.-Gr. V b.

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[6]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang 2002:	Stellen	
Sonstige Dienste Verg.-Gr. VI b	10	davon 9 Stellenabgänge 2002 gem. ZV bis 2003 (Vollzug HV Nr. 5) 1 Stellenumwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 7 – Obersekretärin, Obersekretär – augrund der Vereinbarung nach § 81 Nds. PersVG über die sozialverträgliche Gestaltung der Verwaltungsreform
Abgang 2003:		
Sonstige Dienste Verg.-Gr. VI b	10	Stellenabgänge 2003 gem. ZV bis 2003 (Vollzug HV Nr. 5)

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 zu Verg.-Gr. VI b – Sonstige Dienste –

([5]) 19 kw infolge ZV bis 2003
davon 9 zum 1. 1. 02 (ZV 2002)
10 zum 1. 1. 03 (ZV 2003).)

ist entfallen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 ist neu ausgebracht.

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
				Schuldienst
A 15	25	25	34	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
A 15	85	85	85	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 15	81	81	81	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –
A 15	3	3	3	Studiendirektorin, Studiendirektor – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –
A 14[2])	1	1	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –
A 14[2])	6	6	6	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –
A 14[2])[12])	5	5	5	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
A 14[2])[12])	43	43	36	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 14[2])[12])	25	25	25	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
A 14[2])[12])	43	43	43	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14[3])	212	212	221	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 14[3])	86	86	86	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –
A 14	1	1	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 –
A 14	3	3	3	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –
	619	619	630	zu übertragen

Haushaltsvermerke

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[7]) ku in Stellen für Studienräte/-innen.

[8]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.

[11]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber bis zum 31. 12. 2002 zur Wahrnehmung von Aufgaben an die Universität Oldenburg abgeordnet werden.

[12]) Soweit an zusammengefassten Schulen für diese Funktion sowohl ein Beförderungsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen als auch ein Beförderungsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen vorgesehen ist, darf jeweils nur eines von beiden Ämtern in Anspruch genommen werden.

[16]) Planstellen vorübergehend gesperrt für die zusätzliche Ausbildung von 161 Anwärterinnen/Anwärtern sowie Referendarinnen/Referendaren

1. 2. – 31. 12. 2002 = 59 Planstellen
1. 1. – 31. 7. 2003 = 38 Planstellen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 10 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	
	619	619	630	Übertrag	
A 14	—	—	—	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die zweite ständige Vertreterin oder der zweite ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 540 –	
A 14	7	7	7	Oberstudienrat/-rätin	
A 14	194	194	214	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 14[12])	10	10	10	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –	
A 14[12])	28	28	28	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	
A 14[12])	29	29	29	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl bis 360 –	
A 14	27	27	27	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit bis zu 180 Schülern –	
A 14[12])	52	52	32	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	
A 14	1	1	1	Rektorin, Rektor – der Förderschule des Landes Niedersachsen in Celle –	
A 14	76	76	76	Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	
A 14	318	318	339	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 14[12])	70	70	49	Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 14	1	1	1	Zweite(r) Konrektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 540 Schülern –	
A 13[4])[12])	63	63	63	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	
A 13[4])[12])	—	—	—	Rektorin, Rektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	
	1 495	1 495	1 506	zu übertragen	

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	
	1 495	1 495	1 506	Übertrag	
A 13[5])	850	850	850	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 13[5])	81	81	81	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	
A 13[12])	6	6	6	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	
A 13	377	377	377	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 13	1	1	1	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters der Förderschule des Landes Niedersachsen in Celle –	
A 13	721	721	721	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –	
A 13[12])	17	17	17	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 13[6])	805	805	805	Studienrat/-rätin	
A 13	63	63	63	Sonderschullehrer/-in	
A 13[6])	3 782	3 655	3 530	Realschullehrer/-in	
A 13[7])	9	9	9	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 12[8])	2	2	2	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 12[9])	791	791	791	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 12[9])	32	32	32	Zweite(r) Konrektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern –	
A 12[10])	197	197	197	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –	
A 12[6])[11])[16])	20 971	20 850	20 028	Lehrer/-in	
A 10	46	46	46	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
A 10	109	109	109	Jugendleiter/-in	
A 9	4	4	4	Jugendleiter/-in	
	30 359	30 111	29 175	Zusammen	
				Stellen zu Titel 422 31:	
A 15	12	12	12	Regierungsschuldirektor/-in	
	12	12	12	Zusammen	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 10 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Leerstellen:	
A 15	1	1	1	Rektor/-in, Studiendirektor/-in	
A 14	20	20	2	Oberstudienrat/-rätin, Rektor/-in Konrektor/-in, 2. Konrektor/-in	
A 14	—	—	18	Rektoren/-in	
A 13	238	238	16	Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin Rektor/-in, Konrektor/-in, 2. Konrektor/-in	
A 13	—	—	31	Konrektoren/-in	
A 13	—	—	190	Realschullehrer/-in	
A 13	—	—	1	Rektorin, Rektor	
A 12	1 265	1 265	1 265	Lehrer/-in	
	1 524	1 524	1 524	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002

Zugang: Stellen

Bes.-Gr. A 13
Realschullehrer/-in 127 davon
60 für ein Netz von Ganztagsschulen im Sekundarbereich I
60 für Förderstunden in den Jahrgängen 5 und 6 und sozialpädagogische Maßnahmen an Hauptschulen und Realschulen
7 für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen

Bes.-Gr. A 12
Lehrer/-in 822 davon
250 für die Unterrichtsversorgung
300 für die Unterichtsversorgung der verlässlichen Grundschulen
150 für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung insbesondere im Sekundarbereich I an Orientierungsstufen, Hauptschulen und Realschulen
60 für ein Netz von Ganztagsschulen im Sekundarbereich I
55 für Förderstunden in den Jahrgängen 5 und 6 und sozialpädagogische Maßnahmen an Hauptschulen und Realschulen
6 für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen
1 von Kapitel 07 58 – Vollzug eines Haushaltsvermerks

Zusammen 949

Abgang: Stellen

Bes.-Gr. A 15
Realschulrektorin
Realschulrektor
– einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig — 9 nach Kapitel 07 11

Bes.-Gr. A 14+Zul.
Rektor/-in
– einer selbstständigen schulformabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern – 2 Verlagerung nach Kapitel 07 51

Bes.-Gr. A 13
Realschullehrer/-in 2 Verlagerung nach Kapitel 07 01 bis 31. 12. 2006 für das Projekt „Personalmanagementverfahren“

Zusammen 13
Bleibt Zugang 936

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 16 ist neu ausgebracht.

Stellenumwandlungen:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 14+Zul. Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540–	7	von Bes.-Gr. A 14+Zul. Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 14 Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	21	von Bes.-Gr. A 14 Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 14 Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	20	von Bes.-Gr. A 14 Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
Zusammen	48	

Erläuterungen für 2003

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
Realschullehrer/-in	127	davon
		60 für ein Netz von Ganztagsschulen im Sekundarbereich I
		60 für Förderstunden in den Jahrgängen 5 und 6 und sozialpädagogische Maßnahmen an Hauptschulen und Realschulen
		7 für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen
Bes.-Gr. A 12		
Lehrer/-in	121	davon
		60 für ein Netz von Ganztagsschulen im Sekundarbereich I
		55 für Förderstunden in den Jahrgängen 5 und 6 und sozialpädagogische Maßnahmen an Hauptschulen und Realschulen
		6 für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Begabungen
Zusammen	248	

Für folgende, gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

1 Realschulrektorin, Realschulrektor
– einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –

6 Realschulrektorin, Realschulrektor
– einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –

3 Rektor/-in
– einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –

3 Realschulrektorin, Realschulrektor
– als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –

2 Realschulrektorin, Realschulrektor
– als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –

— Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –

3 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –

3 Rektor/-in
– einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –

3 Konrektor/-in
– als der/die ständige Vertreter/-in der/des Leiterin/-ters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –

— Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –

1 Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor
– an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –

1 Rektor/-in
– einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –

3 Konrektorin, Konrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –

2 Konrektor/-in
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –

1 Konrektorin, Konrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständigen Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –

1 Konrektor/-in
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –

4 Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor
– an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –

4 Studienrat/-rätin

158 Realschullehrer/-in

1 Konrektor/-in
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –

— Rektorin, Rektor
– als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –

224 Lehrer/-in

1 Fachlehrer/-in
– mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –

425 Zusammen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 10 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	22	22	22	Lehrkräfte
III	234	234	234	
IV a	150	150	150	
IV b[14])	281	281	281	
V b	194	194	194	
V c	508	508	508	
VI b	294	294	294	
VII	12	12	22	
				Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst –
IV b[15])	1	1	3	
V b	24	24	22	
	1 720	1 720	1 730	Zusammen

Haushaltsvermerke

[14]) ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber, die als Sozialpädagogin/Sozialpädagogen eine Vorklasse für nicht schulpflichtige Kinder leiten.

[15]) ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Für folgende, gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sind hier Stellen mit veranschlagt:

	Stellen	
	1	IV b BAT
	3	V c BAT
	3	VI b BAT
	1	VII BAT
Zusammen	8	

Zugang Lehrkräfte	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 6 bei Kap. 03 05 ab 1. 1. 2001 (Zurückverlagerung)
Abgang Lehrkräfte		
Verg.-Gr. VII	11	Verlagerung nach Kap. 07 51
Bleibt Abgang	10	

Stellenumwandlungen:

Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst –		
Verg.-Gr. V b	2	von Verg.-Gr. IV b gem. HV Nr. 15 (Vollzug)

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 11 Sonderschulen und Sonderschulklassen

STELLENPLAN				
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
				Schuldienst
A 15	86	86	77	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –
A 14[1])	125	125	131	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –
A 14[1])	92	92	80	Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –
A 14	65	65	65	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 41 bis 90 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 31 bis 60 –
A 14	120	120	120	Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –
A 14	17	17	17	Zweite Sonderschulkonrektorin, Zweiter Sonderschulkonrektor – an einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 270 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 –
A 13[2])	13	13	13	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl bis 40 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl bis 30 –
A 13	3 599	3 599	3 542	Sonderschullehrer/-in
A 12	103	103	91	Lehrer/-in
A 11[3])	35	35	35	Jugendleiterin, Jugendleiter – als Klassenleiterin oder Klassenleiter an einer Sonderschule –
A 10	10	10	10	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –
	4 265	4 265	4 181	Zusammen
				Leerstellen:
A 15	3	3	3	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
A 14	3	3	2	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor
A 14	—	—	1	Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor
A 13	151	151	151	Sonderschullehrer/-in
A 12	1	1	1	Lehrer/-in
	158	158	158	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[3]) Davon 5 kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –	9	von Kapitel 07 10
Bes.-Gr. A 13 Sonderschullehrerin, Sonderschullehrer	75	für die Unterrichtsversorgung (Bildungsoffensive)
Zugang	84	
Stellenumwandlungen:		
Bes.-Gr. A 14+Zul. Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –	12	davon 6 von Bes.-Gr. A 14+Zul. Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 – 6 von Bes.-Gr. A 13 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in	12	von Bes.-Gr. A 13 Sonderschullehrerin, Sonderschullehrer
Zusammen	24	

Für folgende gem. § 152 Abs. 3 NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an Sonderschulen in freier Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

2 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
– einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –

4 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
– einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –

– Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –

1 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
– einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 41 bis 90 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 31 bis 60 –

— Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –

— Zweite Sonderschulkonrektorin, Zweiter Sonderschulkonrektor
– an einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 270 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 –

2 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
– als Leiterin oder Leiter einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl bis 40 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl bis 30 –

60 Sonderschullehrer/-in

5 Lehrer/-in

1 Jugendleiterin, Jugendleiter
– als Klassenleiterin oder Klassenleiter an einer Sonderschule –

75 Zusammen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 11 Sonderschulen und Sonderschulklassen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	22	22	22	Lehrkräfte
III	48	48	48	
IV a	13	13	13	
IV b	70	70	69	
V b	92	92	88	
V c	63	63	64	
VI b	54	54	57	
VII	4	4	4	
				Pädagogische Mitarbeiter/-innen
IV b	23	23	23	– Sozial- und Erziehungsdienst –
V b[4])	101	101	101	
V c	359	359	358	
VI b	2	2	4	
VII	—	—	—	
V b	—	—	4	– Medizinische Hilfsberufe –
V c	145	145	142	
VI b	4	4	4	
VII	—	—	—	
				Betreuungskräfte
VI b	19	19	14	– Sozial- und Erziehungsdienst –
VII	47	47	47	
VI b	2	2	2	– Krankenpflegedienst –
VII	39	39	39	
VII	—	—	—	– Sonstige Dienste –
	1 107	1 107	1 103	Zusammen
				Leerstellen:
V b	8	8	7	Pädagogische Mitarbeiter/-innen
V c	35	35	23	
VI b	19	19	19	
VII	7	7	6	
	69	69	55	Zusammen

Haushaltsvermerke

[4]) Davon 59 ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:

	Stellen	
Lehrkräfte		
Verg.-Gr. IV b	1	Rückverlagerung von Kapitel 07 05 nach Beendigung des Projekts „Bewegte Schule“ ab 1. 8. 2001
Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Medizinische Hilfsberufe –		
Verg.-Gr. V c	3	von Kapitel 07 18
Zugang	4	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	auf Grund des Bedarfs
Verg.-Gr. V c	12	
Verg.-Gr. VII	1	
Zugang	14	

Stellenumwandlungen:

	Stellen	
Lehrkräfte		
Verg.-Gr. V b	4	von pädagogische Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter – Medizinische Hilfskräfte –
Verg.-Gr. VI b	2	von pädagogische Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter – Sozial- und Erziehungsdienst –
Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst –		
Verg.-Gr. V c	1	von Lehrkräfte
Betreuungskräfte – Sozial- und Erziehungsdienst –		
Verg.-Gr. VI b	5	von Lehrkräfte
Zusammen	12	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 13 Realschulen

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Aufsteigende Gehälter:	
				Schuldienst	
A 15	112	112	112	Realschulrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 14[1])	124	124	124	Realschulrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 14[1])	130	130	130	Realschulkonrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 14	8	8	8	Realschulrektor/-in – einer Realschule mit bis zu 180 Schülern –	
A 14	128	128	128	Realschulkonrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 14	20	20	20	Zweite(r) Realschulkonrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 540 Schülern –	
A 14	—	—	—	Oberstudienrat/-rätin	
A 13	3 854	3 854	3 697	Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 12	63	63	63	Lehrer/-in	
A 10	11	11	11	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
	4 450	4 450	4 293	Zusammen	
				Leerstellen:	
A 15	8	8	8	Realschulrektor/-in	
A 14	15	15	9	Realschulrektor/-in	
				Realschulkonrektor/-in	
A 14	—	—	6	Realschulkonrektor/-in	
A 13	201	201	201	Realschullehrer/-in	
A 12	8	8	8	Lehrer/-in	
	232	232	232	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	225	davon 75 für die Unterrichtsversorgung 150 für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung insbesondere im Sekundarbereich I an Orientierungsstufen, Hauptschulen und Realschulen
Zugang gesamt	225	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in – mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	68	nach Kapitel 07 18
Abgang gesamt	68	
Bleibt Zugang	157	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 13 Realschulen

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
II a	13	13	13	Lehrkräfte	
III	17	17	17		
IV a	8	8	8		
IV b	26	26	26		
V b	34	34	34		
V c	85	85	85		
VI b	54	54	54		
VII	5	5	5		
	242	242	242	Zusammen	

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
				Schuldienst
A 16	195	195	195	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
A 16	9	9	10	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums –
A 16	1	1	1	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Gymnasiums im Aufbau mit mehr als 540 Schülern, wenn die oberste Jahrgangsstufe fehlt –
A 15[1])	11	11	11	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums –
A 15[1])[3])	5	5	5	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –
A 15[1])	195	195	195	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
A 15[1])	10	10	10	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums –
A 15[1])	1	1	1	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines Gymnasiums im Aufbau mit mehr als 540 Schülern, wenn die oberste Jahrgangsstufe fehlt –
A 15	11	11	11	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums –
A 15	5	5	5	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –
A 15[2])	136	136	136	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
A 15[3])[7])[9])	800	800	803	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
A 14[3])[6])[8])	3 591	3 591	3 591	Oberstudienrat/-rätin
A 13[8])	4 201	4 149	4 047	Studienrat/-rätin
A 13[4])	236	236	236	Realschullehrer/-in
A 13[4])	76	76	76	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –
A 12	54	54	54	Lehrer/-in
A 10	1	1	1	Lehrer/-in für Fachpraxis
	9 538	9 486	9 388	Zusammen
				Leerstellen:
A 16	14	14	14	Oberstudiendirektor/-in
A 15	78	78	78	Studiendirektor/-in
A 14	251	251	251	Oberstudienrat/-rätin
A 13	375	375	375	Studienrat/-rätin
A 13	24	24	24	Realschullehrer/-in
A 12	9	9	9	Lehrer/-in
	751	751	751	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.

[2]) davon 1 gesperrt bis zum Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. [10]).

[3]) 3 DW.

[4]) ku in Stellen für Studienräte/-rätinnen.

[6]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber für eine Tätigkeit am Theaterpädagogischen Zentrum in Lingen freigestellt werden.

[7]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber bis zum 31. 12. 2003 an die Hochschule für Bildende Künste, Braunschweig, abgeordnet werden.

[8]) Von den Stelleninhabern/-innen erhalten insgesamt 6 eine ruhegehaltfähige Stellenzulage gem. § 1 Nr. 2 der VO vom 19. 6. 1978 – Nds. GVBl. S. 559 –, geändert durch VO vom 5. 9. 1991 – Nds. GVBl. S. 269 –.

[9]) 1 kw zum 1. 8. 2004

Erläuterungen:

Mit dem Haushaltsplan 2002/2003 sind die Stellen für die Internatsgymnasien (bisher Kapitel 07 15: 111 Planstellen, 29 Angestelltenstellen und 14 Stellen für Arbeiterinnen/Arbeiter) und die Kollegs (Kapitel 07 16: 82 Planstellen, 5 Angestelltenstellen und 2 Stellen für Arbeiterinnen/ Arbeiter) im Kapitel 07 14 zusammengefasst worden. Die Stellenzahl beider bisherigen Kapitel (einschl. Haushaltsvermerke) sind in der Stellenzahl des Haushaltsjahres 2001 des Kapitels 07 14 bereits enthalten.

Gem. Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Kap. 07 58 ist eine Planstelle der Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in beim NLI) in das Kap. 07 14 zurückzuverlagern.

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
Studienrat/-rätin	102	davon 50 für die Unterrichtsversorgung 45 zur Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts 7 für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderer Begabung
Zugang gesamt	102	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines zweizügig voll ausgebauten oberstufengymnasiums	1	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 07 05 im Hj. 2001
Bes.-Gr. A 15		
Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben	2	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 07 05 im Hj. 2001
	1	Wegfall (Einsparung) aufgrund der Zusammenlegung des Abendgymnasiums Braunschweig und des Braunschweig-Kollegs
Abgang gesamt	4	
Bleibt Zugang	98	

Erläuterungen für 2003:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
Studienrat/-rätin	52	davon 45 zur Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts 7 für die Förderung der Schülerinnen und Schüler mit besonderer Begabung
Zugang	52	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist infolge Vollzugs weggefallen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist neu ausgebracht aufgrund der Zusammenlegung des Abendgymnasiums Braunschweig und des Braunschweig-Kollegs.

Für die am von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim und für die am vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim tätigen, unter Fortzahlung der Bezüge aus dem Landesdienst beurlaubten Lehrkräfte sind hier folgende Planstellen mit veranschlagt:

2	Oberstudiendirektoren/-innen – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
2	Studiendirektoren/-innen – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
1	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
8	Studiendirektoren/-innen – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
30	Oberstudienräte/-rätinnen
48	Studienräte/-rätinnen
1	Lehrer/-innen – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung... –
2	Realschullehrer/-innen
94	Zusammen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 14 Gymnasien

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
I b	1	1	1	Lehrkräfte
II a[10])	164	164	164	
II b	50	50	50	
III	46	46	46	
IV a	25	25	25	
IV b	39	39	39	
V b	106	106	107	
V c	—	—	—	
VI b	6	6	6	
VII	1	1	1	
V b	5	5	4	Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst –
VI b	1	1	1	
VII	2	2	2	
V b	3	3	3	Verwaltungsdienst
V c	2	2	2	
VII	4	4	4	
V c	1	1	1	Sonstige Dienste
VI b	3	3	3	
VII	6	6	6	
	465	465	465	Zusammen
				Leerstellen:
V b	1	1	1	Pädagogische Mitarbeiter/innen – Sozial- und Erziehungsdienst –

Haushaltsvermerke

[10]) Davon 1 in der Funktion als Fachberater/-in; diese(r) erhält eine Zulage gem. Nr. 6.1 des Eingruppierungserlasses für die Lehrkräfte an öffentlichen Schulen i. d. F. vom 11. 4. 1986.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Für die am von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim und für die an dem vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim tätigen, unter Fortzahlung der Bezüge/Vergütungen aus dem Landesdienst beurlaubten Lehrkräfte sind hier folgende Stellen mit veranschlagt:

– II BAT
– IV a BAT
1 V b BAT
1 Zusammen

Stellenumwandlungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. V b Lehrkräfte	1	nach Pädagogische Mitarbeiterinnen/ Pädagogische Mitarbeiter – Sozial- und Erziehungsdienst – für das Internatsgymnasium Esens

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
1	5	5	5	Reinigungsdienst
5	1	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
5 a[11])	3	3	3	
2 a	1	1	1	Haus- und Gartendienst
3 a[12])	1	1	1	
4	1	1	1	
1 a[13])	1	1	1	Wirtschaftsdienst
2 a	2	2	2	
5	1	1	1	
	16	16	16	Zusammen

Haushaltsvermerke

[11]) ku nach Lohn-Gr. 4 nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.

[12]) ku nach Lohn-Gr. 2 a nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.

[13]) ku nach Lohn-Gr. 1 nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 18 Gesamtschulen

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Aufsteigende Gehälter: Schuldienst	
A 16	29	29	25	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 16	7	7	9	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 –	
A 15[1])	27	27	27	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15[1])	7	7	7	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 –	
A 15[1])	23	23	23	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000 –	
A 15[1])	16	14	11	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15	18	18	17	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis zu 1 000 –	
A 15	12	12	12	Fachmoderatorin, Fachmoderator – für Gesamtschulen –	
A 15	15	15	15	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –	
A 15	36	36	36	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gsamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I von mehr als 540 –	
A 15	6	6	6	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15	7	7	7	Stufenleiterin, Stufenleiter – im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule als Leiterin oder Leiter einer Stufe mit einer Schülerzahl bis zu 360 –	
A 15	14	14	14	Studiendirektorin, Studiendirektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I von mehr als 540 –	
A 15	15	15	15	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II an einer Integrierten Gesamtschule –	
A 15	7	7	7	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstufe –	
	239	237	231	zu übertragen	

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.
	239	237	231	Übertrag	
A 15	3	3	3	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15	5	5	5	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 130 an einer Kooperativen Gesamtschule ohne Oberstufe –	
A 15	2	2	2	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	
A 15	29	29	29	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	
A 14[2])	1	1	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 14[2])	9	9	5	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 14[2])	12	12	12	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A14[2])	17	17	17	Stufenleiterin, Stufenleiter – im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule als Leiterin oder Leiter einer Stufe mit einer Schülerzahl bis zu 360 –	
A 14	9	9	9	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –	
A 14	2	2	2	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 –	
A 14	12	12	12	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 –	
A 14	—	—	—	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 14	176	164	145	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	
A 14	53	53	57	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	
A 14	32	32	32	Oberstudienrat/-rätin	
A 14	106	106	125	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	
A 14	30	30	30	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	
A 14	16	16	16	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
	753	739	733	zu übertragen	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 18 Gesamtschulen

STELLENPLAN				
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
	753	739	733	Übertrag
A 14	21	21	21	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13[3])	3	3	3	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13[3])	—	—	—	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13[3])	4	4	4	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13[3])	1	1	1	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter eines bei einer Gesamtschule geführten Primarbereichs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –
A 13[3])	—	—	—	Studienrätin, Studienrat – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13	13	13	13	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –
A 13	1	1	1	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter eines an einer Gesamtschule geführten Primärbereichs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360
A 13	84	84	84	Konrektorin, Konrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –
A 13	57	57	57	Konrektorin, Konrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
A 13	1 106	1 108	1 057	Studienrat/-rätin
A 13	13	13	13	Sonderschullehrer/-in
A 13	773	804	765	Realschullehrer/-in
A 13[4])	12	12	12	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –
A 12[5])	7	7	7	Rektorin, Rektor – an einer Kooperativen Gesamtschule als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 180 –
A 12	826	807	785	Lehrer/-in
A 10	5	5	5	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –
	3 679	3 679	3 561	Zusammen
				Leerstellen:
A 14	13	13	12	
A 14	—	—	1	
A 13	91	91	49	
A 13	—	—	42	
A 12	64	64	64	
	168	168	168	Zusammen

Haushaltsvermerke

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[4]) ku in Stellen für Studienräte/-rätinnen.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in	68	von Kapitel 07 13
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	50	für die Unterrichtsversorgung (Bildungsoffensive)
Zugang gesamt	118	

Stellenumwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe –	4	davon 2 von Bes.-Gr. A 16 Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 – 2 von Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in
Bes.-Gr. A 15 Zul. Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	3	von Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin
Bes.-Gr. A 15 Direktorstellvertreterin Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis zu 1 000 –	1	von Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in
Bes.-Gr. A 14 Zul. Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	4	von Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	19	von Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	4	von Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –
Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in	25	von Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in

Erläuterungen für 2003:

Stellenumwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 + Zul. Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	2	von Bes.-Gr. A13 Studienrat/-rätin
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	12	von Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in
Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in	19	von Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 18 Gesamtschulen

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
II a	16	16	16	Lehrkräfte	
II b	9	9	9		
III	24	24	24		
IV a	11	11	11		
IV b	8	8	8		
V b	13	13	13		
V c	40	40	40		
VI b	19	19	19		
VII	7	7	7		
V c	—	—	3	Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Medizinische Hilfsberufe –	
	147	147	150	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

	Stellen	
Abgang:		
Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Medizinische Hilfsberufe – Verg.-Gr. V c	3	nach Kapitel 07 11
Zusammen	3	

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
				Schuldienst
A 16	136	136	136	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
A 15[1])	10	10	10	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
A 15[1])	138	138	138	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –
A 15	3	3	3	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit bis zu 80 Schülern –
A 15	6	6	7	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
A 15	72	72	70	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
A 15[2])	608	608	601	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
A 14[3])	2 478	2 478	2 478	Oberstudienrat/-rätin
A 13[4])[5])	23	23	23	Oberlehrerin, Oberlehrer – bei einer Berufsaufbau-, Berufsfach- oder Fachschule –
A 13[13])	1	1	1	Polizeioberlehrer
A 13[16])	4 207	4 207	4 207	Studienrat/-rätin
A 13[18])	1	1	1	Seefahrtoberlehrerin, Seefahrtoberlehrer
A 12	2	2	2	Technische Lehrerin oder Technischer Lehrer mit der Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen – bei einer Berufs- oder Berufsfachschule –
A 12	120	120	120	Fachlehrer/-in
A 11	95	95	95	Fachlehrer/-in
A 11[7])	11	11	11	Jugendleiterin, Jugendleiter – an einer berufsbildenden Schule –
A 11[19])	1	1	1	Funklehrerin, Funklehrer
A 10[7])[8])	1	1	1	Jugendleiterin, Jugendleiter – soweit an einer berufsbildenden Schule –
A 10[9])	1 078	1 078	1 078	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer fürFachpraxis
A 10[9])[10])	202	202	202	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
A 9[11])[14])	868	868	883	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
A 9[12])	22	22	22	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
	10 083	10 083	10 090	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	4	4	4	Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in – als Dezernent/-in in der Schulaufsicht auf Bezirksebene –
				Leerstellen:
A 16	4	4	4	Oberstudiendirektor/-in
A 15	5	5	5	Studiendirektor/-in
A 14	43	43	43	Oberstudienrat/-rätin
A 13	130	130	130	Studienrat/-rätin
A 12	5	5	5	Fachlehrer/-in
A 10	16	16	5	Lehrkräfte
A 10	—	—	11	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –
A 9	22	22	7	Lehrkräfte
A 9	—	—	15	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
	225	225	225	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.

[2]) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber zur Wahrnehmung von Aufgaben bis zum 31. 7. 2005 an die Universität Göttingen – Seminar für Wirtschaftspädagogik –abgeordnet werden.

[3]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Oberstudienrates/-rätin erhält ein(e) Stelleninhaber/-in als Angestellter eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT II a (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 14 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 13 Anh. NBesO.

[5]) ku in Bes.-Gr. A 13 (Studienrat/-rätin).

[7]) ku in Bes.-Gr. A 11 (Fachlehrer/-in), falls der/die Stelleninhaber/-in die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt.

[8]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 10 NBesO.

[9]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben einer Lehrerin für Fachpraxis, Lehrers für Fachpraxis/Technischen Lehrerin, Technischen Lehrers – bei einer berufsbildenden Schule – erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 NBesO.

[10]) ku in Bes.-Gr. A 10 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

[11]) 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

[12]) ku in Bes.-Gr. A 9 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

[13]) ku nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin.

[14]) 22 Planstellen gesperrt in den Jahren 2002 und 2003 für die Ausbildung von zusätzlichen Lehrerinnen für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis mit den beruflichen Fachrichtungen Bautechnik und Holztechnik (Kap. 07 51).

[16]) Davon 6 Stellen bis zum 31. 12. 2002 gesperrt für das Programm Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten Kapitel 07 72 TGr. 75 –.

[18]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[19]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 11 NBesO.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 20 Berufsbildende Schulen – in kommunaler Trägerschaft –

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht–	2	mehr aufgrund des Bedarfs
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben–	7	davon 6 mehr aufgrund des Bedarfs 1 Verlagerung von Kapitel 07 58 (Vollzug HV Nr. 2 bei Kap. 07 58)
Zusammen	9	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –	1	Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 07 05 im Hj. 2001
Bes.-Gr. A 9 Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis	15	weniger aufgrund des Bedarfs
Zusammen	16	
Bleibt Abgang	7	

Sonstige Veränderungen:

HV Nr. 2 – neu auf Grund des Bedarfs
HV Nr. 14 – neu zur kostenneutralen Schaffung der 60 zusätzlichen Stellen für Lehramtsanwärter/-innen bei Kapitel 07 51

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	158	158	158	Lehrkräfte
II b	7	7	7	
III[21])	47	47	47	
IV a	18	18	18	
IV b	59	59	59	
V b	35	35	35	
V c	139	139	139	
VI b	13	13	13	
IV b[17])	2	2	2	Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst –
V b	55	55	55	
V b	1	1	1	Verwaltungskräfte
VIII	1	1	1	Sonstige Dienste
	535	535	535	Zusammen

Haushaltsvermerke

[17]) ku in Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/der Stelleninhaber.

[21]) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) stellvertretenden Schulleiter(s)/-in kann der/die Stelleninhaber/-in eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT III (zuzüglich des Ortzuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 15 BBesG erhalten.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 51 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:*)
A 16	25	25	25	Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für ein Lehramt des höheren Dienstes –
A 15[1])	25	25	25	Studiendirektorin, Studiendirektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für ein Lehramt des höheren Dienstes –
A 15[2])[8])	375	377	377	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –
A 14[3])	4	4	4	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für das Lehramt für Sonderpädagogik –
A 14[3])	21	21	12	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –
A 14	—	—	8	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen –
A 14	4	4	4	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für das Lehramt für Sonderpädagogik –
A 14	21	21	12	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –
A 13[4])	—	—	8	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen –
	475	477	475	Zusammen
				Leerstellen:
A 15	1	1	1	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –

Haushaltsvermerke

*) Die Stellen für Studiendirektoren/-innen – als Fachleiter/-innen an Studienseminaren – dürfen im Bedarfsfall in dem Umfang mit mehreren Beamten/-innen, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilbeschäftigung der Beamtinnen und Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden.

[1]) Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.

[2]) 1 kw zum 1. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[3]) Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.

[4]) Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

[8]) 2 kw infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 Seminarrektor/-in – als Leiter/-in eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –	1	Verlagerung von Kap. 07 10 aufgrund des Bedarfs infolge Einrichtung des Studienseminars in Cuxhaven
Bes.-Gr. A 14 – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-in eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –	1	
Zusammen	2	

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14+Zul. Seminarrektor/-in – als Leiter/-in eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –	8	von Bes.-Gr. A 14 Seminarrektor/-in – als Leiter/-in eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen – infolge Änderung des NBesG (Stellenüberleitung)
Bes.-Gr. A 14 Seminarkonrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-in eines Studienseminars für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen –	8	von Bes.-Gr. A 13 Seminarkonrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-in eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen – infolge Änderung des NBesG (Stellenüberleitung)
Zusammen	16	

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	2	Stellenabgänge 2002 gem. ZV bis 2003 (Vollzug HV Nr. 2)

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2

(3 kw infolge ZV
davon
2 kw zum 1. 3. 2002 bzw. 1. 6. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)
1 kw zum 1. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).)

ist geändert worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V c	1	1	1	
VI b	2	2	2	
VII	62	62	51	
	65	65	54	Zusammen
				Leerstellen[5]):
VII	1	1	1	

Haushaltsvermerke

[5]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	11	Verlagerung von Kap. 07 10 auf Grund des Bedarfs

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 51 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13[6][7][11])	2 529	2 529	2 505	Studienreferendar/-in Sonderpädagogik-, Realschullehrer-Anwärter/-in
A 12[6][12])	1 872	1 872	1 735	Lehrer-Anwärter/-in (Grund-, Haupt- und Realschulen)
A 9[10])	180	180	120	Lehramtsanwärter/-in (Lehrer/-in für Fachpraxis)
	4 581	4 581	4 360	Zusammen
				Leerstellen:[9])
A 13	69	69	69	Studienreferendar/-in
A 13	22	22	22	Sonderpädagogik-, Realschullehrer-Anwärter/-in
A 12	69	69	69	Lehrer-Anwärter/-in (Grund-, Haupt- und Realschulen)
	160	160	160	Zusammen

Haushaltsvermerke

[6]) Die Stellen sind in dem Umfang gesperrt, in dem sie gemäß den Erläuterungen zu 07 51 – 427 02 bzw. 427 08 für auszubildende Lehrkräfte in einem befristeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bzw. im Angestelltenverhältnis verwendet werden.

[7]) Die Stellen sind folgendermaßen zu verwenden:
571 Stellen für Studienreferendare/-innen (Lehramt an berufsbildenden Schulen)
1138 Stellen für Studienreferendare/-innen (Lehramt an Gymnasien)
456 Stellen für Sonderpädagogik-Anwärter/-innen
364 Stellen für Realschullehrer-Anwärter/-innen.
Von dieser Aufteilung kann mit Zustimmung des MF abgewichen werden.

[9]) kw.

[10]) 60 kw zum 1. 1. 2004.

[11]) 24 kw zum 31. 10. 2003.

[12]) 137 kw zum 30. 4. 2003.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 Studienreferendar/-in	24	infolge des Bedarfs befristet bis 31. 10. 2003 (HV Nr. 11)
Bes.-Gr. A 12 Lehrer-Anwärter/-in	137	infolge des Bedarfs befristet bis 30. 4. 2003 (HV Nr. 12)
Bes.-Gr. A 9 Lehramtsanwärter/-in (Lehrer/-in für Fachpraxis)	60	infolge des Bedarfs befristet bis 31. 12. 2003 (HV Nr. 10)
Zusammen	221	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 56 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 3	—	—	1	Präsidentin oder Präsident des Landesprüfungsamtes für Lehrämter
B 2	1	1	—	Direktorin oder Direktor des Landesprüfungsamtes für Lehrämter
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für das Lehramt an Gymnasien –
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen –
A 15[5])	9	9	9	Direktorin oder Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter
A 15[1])[2])	1	1	1	Direktorin oder Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats Prüfungen für Lehrämter des gehobenen Dienstes –
A 15	1	1	1	Direktorin oder Direktor
A 11	1	1	1	Amtfrau oder Amtmann
A 10	1	1	1	Oberinspektorin oder Oberinspektor
A 9	1	1	1	Amtsinspektorin oder Amtsinspektor
	17	17	17	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.

[2]) Der derzeitige Stelleninhaber erhält des weiteren eine Überleitungszulage nach § 3 des Gesetzes zur Zusammenfassung und Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 27. 3. 1990 Nds. GVBl. S. 115 –.

[5]) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Stellenüberleitung:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 Direktorin oder Direktor des Landesprüfungsamtes für Lehrämter	1	von Bes.-Gr. B 3 Präsidentin oder Präsident des Landesprüfungsamtes für Lehrämter infolge Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes zur Besoldungsordnung B

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
VI b	11	11	11	
VII	3	3	3	
IX b–VII[3])	—	1	1	
	14	15	15	Zusammen

Haushaltsvermerke

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1–3) und VII (Fallgruppen 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang 2003:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Stellenabgang 2003 gem. ZV bis 2003 (Vollzug HV Nr. 4)

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 zu Verg.-Gr. IX b–VII ([4]) kw zum 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) ist aufgrund Vollzugs entfallen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 58 Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung/Fort- und Weiterbildung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen*)
				Feste Gehälter:
B 3	—	—	1	Präsidentin oder Präsident des NLI
B 2	1	1	—	Direktorin oder Direktor des NLI
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	3	3	3	Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim NLI – als Leiterin oder Leiter eines Dezernats –
A 15[1])	5	5	5	Direktorin oder Direktor beim NLI
A 15	1	1	1	Direktor/-in
A 15	—	—	1	Studiendirektor/-in
A 14	3	3	3	Oberrat/-rätin
A 14[3])	12	12	12	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –
A 14	2	2	2	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –
A 13	2	2	2	Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –
A 12	—	—	1	Lehrer/-in
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	2	2	Oberinspektor/-in
A 9[5])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in
	36	36	38	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 15	2	3	3	Direktorin oder Direktor beim NLI
A 13	—	—	1	Realschullehrer/-in, Sonderschullehrer/-in
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	3	4	5	Zusammen
				Leerstellen:[6])
A 13	1	1	1	Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –

Haushaltsvermerke

*) Im Kapitel 07 58 können Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse (Titel 427 03) und Dienstleistungen Außenstehender (Titel 525 11) bis zum Umfang von 14 Stellen aller im Stellenplan und in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 58 ausgebrachten Besoldungs- und Vergütungsgruppen bis einschl. Bes.-Gr. A 15 geleistet werden, wenn im gleichen finanz. Umfang Planstellen und Stellen gesperrt werden.

[1]) Davon 1 Verlagerung nach 07 14 nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[3]) 2 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[5]) Die Stelleninhaberin/der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[6]) kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in	1	Umsetzung nach 07 20 im Hj. 2001 (Vollzug HV Nr. 2)
Bes-Gr- A 12 Lehrer/-in	1	Rückverlagerung nach 07 10 zum 1. 1. 2002 (Vollzug HV Nr. 4)
Zusammen	2	

Stellenüberleitung:

Bes.-Gr. B 2 Direktorin oder Direktor des NLI	1	von Bes.-Gr. B 3 Präsidentin oder Präsident des NLI infolge Änderung des NBesG zur BesO B

Stellen zu 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	infolge Versetzung oder Eintritt in den Ruhestand (je 1 in 2001 bzw. 2002)
Bes.-Gr. A 15	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk *) ist neu ausgebracht worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Bes.-Gr. A 15 – Studiendirektor/-in – ([2]) Rückverlagerung der Planstelle in das Kap. 07 20 nach Wegfall der Aufgaben.) ist aufgrund Vollzugs entfallen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 zu Bes.-Gr. A 12 – Lehrer/-in – ([4]) 1 Verlagerung nach 07 10 nach Ausscheiden der Stelleninhaberin.) ist aufgrund Vollzugs entfallen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 58 Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung/Fort- und Weiterbildung

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte*)
I b	1	1	1	
II a	—	—	1	
IV b	2	2	2	
V b	3	3	4	
V c[8])	9	9	10	
VI b[7])[12])[13])	6	6	5	
VII[9])	6	6	7	
VIII[14])	2	2	2	
IX b[10])	2	2	2	
IX b–VII[11])[15])	8	8	8	
	39	39	42	Zusammen

Haushaltsvermerke

*) Im Kapitel 07 58 können Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse (Titel 427 03) und Dienstleistungen Außenstehender (Titel 525 11) bis zum Umfang von 14 Stellen aller im Stellenplan und in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 58 ausgebrachten Besoldungs- und Vergütungsgruppen bis einschl. Bes.-Gr. A 15 geleistet werden, wenn im gleichen finanz. Umfang Planstellen und Stellen gesperrt werden.

[7]) Die Sekretärin der Direktorin/des Direktors ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer der Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[8]) 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber.

[9]) Nach Beendigung des Projekts „Mobiler Beratungsdienst Leseförderung in Nds.“ ist eine Stelle in das Kapitel 07 07 zurückzuverlagern.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten nach dreijähriger Bewährung in der Tätigkeit als Filmkopienpfleger/-in Vergütung nach Verg.-Gr. VIII BAT.

[11]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[12]) 1 kw zum 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 für MW (i. V. m. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 2001).

[13]) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[14]) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[15]) 2 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b BAT	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 08 20 im Hj. 2001 (vgl. neuen HV Nr. 12)

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a BAT	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 07 84
Verg.-Gr. V b BAT	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO nach Kapitel 11 05 im Hj. 2001 (ehem. LFH Wolfenbüttel)
Verg.-Gr. V c BAT	1	
Verg.-Gr. VII BAT	1	
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk *) ist neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
1	—	—	3	
2	—	—	1	
4	3	3	4	
	3	3	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 1	3	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO nach Kapitel 11 05 im Hj. 2001 (ehem. LFH Wolfenbüttel)
Lohn-Gr. 2	1	
Lohn-Gr. 4	1	
Zusammen	5	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 84 Landeszentrale für politische Bildung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 3	—	—	1	Direktor/-in der Landeszentrale für politische Bildung
B 2	1	1	—	Direktor/-in der Landeszentrale für politische Bildung
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[2])	5	5	5	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[3])	3	3	4	Direktor/-in
A 14[1])	7	7	7	Oberrat/-rätin
A 13[5])	2	2	2	Rat/Rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	19	19	20	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	—	1	1	Leitende(r) Regierungsdirektor/-in
A 15	—	1	1	Regierungsdirektor/-in

Haushaltsvermerke

[1]) 1 kw infolge ZV bis 2003.

[2]) Rückverlagerung einer Stelle in das Kapitel 07 01 nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens mit Ablauf des 30. 6. 2009.

[3]) 1 kw infolge ZV bis 2003.

[5]) 1 kw infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

	Stellen	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Umsetzung nach Kapitel 02 01 gem. § 50 Abs. 2 LHO im Hj. 2001
Stellenüberleitung:		
Bes.-Gr. B 2 Direktorin oder Direktor	1	von Bes.-Gr. B 3 Direktorin oder Direktor in der Landeszentrale für politische Bildung infolge Änderung des NBesG zur BesO B

STELLENÜBERSICHTEN

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	2	2	1	
IV a	1	1	1	
V b	1	1	1	
V c	7	7	7	
VI b[6])	4	4	4	
VII[7])	4	4	4	
VIII	1	1	1	
IX b	—	—	1	
IX b–VII[8])[10])	4	4	4	
	24	24	24	Zusammen

Haushaltsvermerke

[6]) Die Sekretärin des/der Direktors/-in der Landeszentrale für politische Bildung ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[7]) 1 kw infolge ZV bis 2003.

[8]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[10]) 2 kw infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

	Stellen	
Zugang:		
Verg.-Gr. II a	1	infolge Verlagerung von Kap. 07 58
Abgang:		
Verg.-Gr. IX b	1	Stellenabgang infolge ZV bis 2003 (vorzeitiger Vollzug des HV Nr. 9)
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Sonstige Veränderungen:

Zu Verg.-Gr. IX b: Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ([9]) 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens jedoch zum 31. 12. 2002, infolge ZV bis 2003 (2003).) ist entfallen.

BEDARFSNACHWEISE

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	1	1	1	
2 a[11])	1	1	1	
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

[11]) 1 kw infolge ZV bis 2003.

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 08

Ministerium

für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Vorwort zum Einzelplan 08

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 08 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, und zwar

des Ministeriums als oberste Landesbehörde auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Technologie und des Verkehrswesens (Kap. 08 01, 08 02 und 08 03)

der Bergverwaltung
mit dem Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld und den Außenstellen in Celle und Meppen (Kap. 08 10)

des Mess- und Eichwesens
mit dem Landesbetrieb „Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)“ und seinen 10 Betriebsstellen (Kap. 08 11)

der Materialprüfung
mit den fünf Landesbetrieben „Materialprüfanstalten“ (Kap. 08 13)

der Bodenforschung
mit dem Landesamt für Bodenforschung Hannover und einem Außeninstitut in Bremen (Kap. 08 18)

der Straßenbauverwaltung
mit dem Landesamt für Straßenbau, den Fachdezernaten bei den Bezirksregierungen sowie 13 Bauämtern mit 76 Straßen- und Autobahnmeistereien (Kap. 08 20)

der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung
bei der Bezirksregierung Weser-Ems und 3 Hafenämtern (Kap. 08 30/08 31)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

—

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des MW sind im Kapitel 20 71 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0801	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	273.000	72.000	—	345.000	17.212.000	4.451.000
0802	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft	—	2.659.000	116.379.000	40.178.000	159.216.000	—	1.783.000
0803	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr	—	562.000	328.273.000	278.361.000	607.196.000	—	215.786.000
0810	Bergverwaltung	—	261.519.000	417.000	—	261.936.000	4.307.000	669.000
0811	Mess- und Eichwesen	—	—	—	—	—	—	—
0813	Materialprüfanstalten	—	—	—	—	—	—	—
0818	Landesamt für Bodenforschung	—	560.000	1.422.000	256.000	2.238.000	11.786.000	1.764.000
0820	Straßenbauverwaltung	—	5.282.000	66.792.000	77.305.000	149.379.000	159.747.000	64.763.000
0830	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung	—	—	—	1.818.000	1.818.000	1.721.000	105.000
0831	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung - Budgetierung -	—	29.550.000	36.000	—	29.586.000	29.371.000	23.485.000
0896	Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2002	—	300.405.000	513.391.000	397.918.000	1.211.714.000	224.144.000	312.806.000
	Summe 2001	—	273.417.422	564.934.474	350.622.293	1.188.974.189	221.299.860	297.055.367
	2002 mehr/weniger (-)	—	26.987.578	-51.543.474	47.295.707	22.739.811	2.844.140	15.750.633

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
751.000	—	243.000	532.000	23.189.000	-22.844.000	-24.011.137	1.167.137	500.000
43.760.000	—	280.825.000	—	326.368.000	-167.152.000	-158.309.313	-8.842.687	131.622.000
205.067.000	—	292.088.000	199.000	713.140.000	-105.944.000	-110.236.830	4.292.830	387.560.000
2.000	—	18.000	464.000	5.460.000	256.476.000	226.002.565	30.473.435	—
916.000	—	590.000	—	1.506.000	-1.506.000	-2.507.682	1.001.682	—
1.106.000	—	1.199.000	—	2.305.000	-2.305.000	-3.018.923	713.923	—
595.000	—	509.000	94.000	14.748.000	-12.510.000	-11.456.722	-1.053.278	—
2.580.000	49.826.000	94.905.000	7.216.000	379.037.000	-229.658.000	-214.569.725	-15.088.275	40.185.000
—	6.400.000	9.306.000	—	17.532.000	-15.714.000	-9.313.692	-6.400.308	9.000.000
550.000	9.429.000	1.231.000	21.558.000	85.624.000	-56.038.000	-59.150.692	3.112.692	12.000.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
255.327.000	65.655.000	680.914.000	30.063.000	1.568.909.000	-357.195.000	-366.572.151	9.377.151	580.867.000
314.200.518	86.050.423	606.161.169	30.779.003	1.555.546.340				715.367.902
-58.873.518	-20.395.423	74.752.831	-716.003	13.362.660				-134.500.902

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0801	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	273.000	72.000	—	345.000	17.080.000	4.265.000
0802	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft	—	2.659.000	122.186.000	40.178.000	165.023.000	—	1.807.000
0803	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr	—	51.180.000	344.797.000	295.746.000	691.723.000	—	226.595.000
0810	Bergverwaltung	—	261.519.000	428.000	—	261.947.000	4.317.000	669.000
0811	Mess- und Eichwesen	—	—	—	—	—	—	—
0813	Materialprüfanstalten	—	—	—	—	—	—	—
0818	Landesamt für Bodenforschung	—	560.000	1.422.000	230.000	2.212.000	11.408.000	1.768.000
0820	Straßenbauverwaltung	—	5.282.000	66.792.000	77.305.000	149.379.000	159.077.000	64.887.000
0830	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung	—	—	—	1.818.000	1.818.000	1.721.000	105.000
0831	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung - Budgetierung -	—	29.800.000	36.000	—	29.836.000	29.124.000	23.485.000
0896	Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2003	—	351.273.000	535.733.000	415.277.000	1.302.283.000	222.727.000	323.581.000
	Summe 2002	—	300.405.000	513.391.000	397.918.000	1.211.714.000	224.144.000	312.806.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	50.868.000	22.342.000	17.359.000	90.569.000	-1.417.000	10.775.000

Ausgaben					2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
759.000	—	243.000	532.000	22.879.000	-22.534.000	-22.844.000	310.000	500.000
45.434.000	—	276.038.000	—	323.279.000	-158.256.000	-167.152.000	8.896.000	131.522.000
207.933.000	—	362.841.000	199.000	797.568.000	-105.845.000	-105.944.000	99.000	424.373.000
2.000	—	18.000	464.000	5.470.000	256.477.000	256.476.000	1.000	—
925.000	—	470.000	—	1.395.000	-1.395.000	-1.506.000	111.000	—
777.000	—	785.000	—	1.562.000	-1.562.000	-2.305.000	743.000	—
595.000	—	369.000	94.000	14.234.000	-12.022.000	-12.510.000	488.000	—
2.572.000	49.826.000	95.259.000	7.216.000	378.837.000	-229.458.000	-229.658.000	200.000	42.475.000
—	2.200.000	9.306.000	—	13.332.000	-11.514.000	-15.714.000	4.200.000	—
550.000	6.429.000	1.231.000	21.558.000	82.377.000	-52.541.000	-56.038.000	3.497.000	12.000.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
259.547.000	58.455.000	746.560.000	30.063.000	1.640.933.000	-338.650.000	-357.195.000	18.545.000	610.870.000
255.327.000	65.655.000	680.914.000	30.063.000	1.568.909.000				580.867.000
4.220.000	-7.200.000	65.646.000	—	72.024.000				30.003.000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-3	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		120.000	120.000	255.646	109
111 12-9	751	Luftsicherheitsgebühren		90.000	90.000	89.476	19
111 45-5	011	Prüfungsgebühren * *Vgl. K-Vermerk zu 427 41.*		20.000	20.000	19.429	22
112 01-0	011	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	—
119 01-4	011	Vermischte Einnahmen		20.000	20.000	—	—
119 02-2	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		2.000	2.000	5.113	1
119 03-0	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		20.000	20.000	35.790	86
119 04-9	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen an Landesbedienstete * *Vgl. K-Vermerk zu 546 04.*		—	—	—	—
132 01-0	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	4.090	1
235 01-4	011	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-4	011	Erstattung von Verwaltungskosten für die Versicherungsaufsicht		72.000	72.000	71.581	71
331 65-0	751	Zuweisungen für Investitionen vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu 812 65.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				17.384	
		A U S G A B E N					
412 04-8	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs.7 Nds. PersVG.	—	1.000	1.000	511	—
421 01-2	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	153.000	153.000	150.627	150
421 02-0	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	—
422 01-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	14.744.000	14.811.000	14.494.511	7.655
422 09-4	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-1	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	282.000	405.000	496.311	565
425 01-8	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.088
425 03-4	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-9	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	614	2
426 01-4	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	440
426 06-5	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	614	0
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	17.000	17.000	17.231	16
427 02-9	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 31-2	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	4.000	4.000	4.090	2
427 39-8	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—

Zu 111 01

Einnahmen nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO –) vom 22. 9. 1966 (Nds. GVBl. S. 191), in der jeweils geltenden Fassung; sowie für Entscheidungen in Kartellangelegenheiten und Genehmigungen auf dem Gebiet der Börsenaufsicht, der Luftfahrtverwaltung, der Eisenbahnverwaltung und des Straßenverkehrsrechts aufgrund von bundesrechtlichen Kostenvorschriften.

Weniger aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 2000.

Zu 111 12

Aufgrund der LuftKostVO wird von jedem in Braunschweig abfliegenden kontrollierten Passagier eine Gebühr von 8,18 EUR erhoben. Veranschlagt ist das Aufkommen bei geschätzten 11 000 Passagieren.

Zu 111 45

Voraussichtlich aufkommende Gebühren für die Abnahme der Prüfungen von Bewerbern um die Anerkennung als amtl. anerkannte Sachverständige und amtl. anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr sowie von Bewerbern für die Durchführung von Hauptuntersuchungen für Überwachungsorganisationen (Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 26. 6. 1970 – BGBl. I S. 865) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 119 03

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes i. d. F. vom 3. 4. 1979 (Nds. GVBl. S. 105) und der jeweils geltenden Änderung	10	10
2. Ablieferungen auf Grund des § 75 a NBG	10	10
Zusammen	20	20

Zu 261 10

Voraussichtlich aufkommende Erstattungen für die Wahrnehmung der Versicherungsaufsicht gem. § 3 Abs. 1 und 2 des Nieders. Versicherungsaufsichtsgesetzes i. V. m. den Rahmengrundsätzen des MF für die Erhebung und Bemessung von Kosten nach dem Verwaltungskostenrecht.

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Nds.PersVG. – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01

Für das Kapitel 08 01 ist mit Wirkung vom 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
266,10	269,10	280,00	268,64

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,0	8,0
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	1,5
– Sonstige Veränderungen	—	1,4
Summe Abgänge	3,0	10,9
Bleibt Abgang	3,0	10,9

Noch zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	146,73	146,73	—	167
Angestellte	109,27	109,27	—	99
Lohnempfänger/-innen	10,10	10,10	—	12
Insgesamt	266,10	266,10	—	278

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen) gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	Stellen (nachrichtlich)
Beamte/-innen	147,73	147,73	—	168
Angestellte	111,27	111,27	—	101
Lohnempfänger/-innen	10,10	10,10	—	12
Insgesamt	269,10	269,10	—	281

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	14 744	14 811

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	14 744	14 811
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	616	724
43	Versorgungsbezüge	3 098	3 019
44	Beihilfen, Unterstützungen	125	122
45	Personalbezogene Sachausgaben	10	10
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	108	–15
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		18 701	18 671

Zu 422 31

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für die gem. § 15 Sonderurlaubsverordnung vom Dienst freigestellten Beamtinnen und Beamte (sog. Vorruhestand).

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe des als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 41-0	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Prüfung außerhalb der Verwaltung stehender Personen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 75,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 45.*	—	15.000	15.000	14.572	16
441 01-3	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	1.686.000	1.633.000	1.778.938	1.525
441 02-1	940	Beihilfen für Angestellte	—	46.000	44.000	92.493	41
441 03-0	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	44.000	42.000	29.553	39
441 04-8	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 06-4	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	4.000	4.000	14.367	3
443 01-6	940	Fürsorgeleistungen	—	24.000	24.000	23.877	52
443 02-4	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-1	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	9.000	9.000	8.948	12
459 10-9	011	Grubenentschädigungen	—	1.000	1.000	511	—
511 01-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	324.000	324.000	48.880	44
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	39.000	39.000	38.960	46
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	345.000	345.000	148.275	142
518 01-6	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	280.000	280.000	350.235	374
518 02-4	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	70.000	70.000	—	—
519 01-2	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.*	—	8.000	8.000	—	—
525 01-2	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	94.000	94.000	22.088	25
525 10-1	011	Projektmanagement	—	40.000	40.000	40.903	37
525 11-0	011	Personalentwicklungsmaßnahmen * *Übertragbar.*	—	195.000	195.000	204.517	66
526 01-9	011	Sachverständige	—	13.000	13.000	89.067	36
526 02-7	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	74.000	74.000	—	—
526 10-8	011	Gutachten im Wirtschaftsbereich * *Übertragbar.*	—	47.000	47.000	49.084	5
526 11-6	011	Gutachten im Verkehrsbereich * *Übertragbar.*	—	243.000	243.000	255.646	203
526 12-4	011	Kosten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Eisenbahnaufsicht * *Übertragbar.*	—	677.000	663.000	660.078	637
527 01-5	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	137.000	137.000	173.021	140
527 02-3	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	23.000	23.000	23.008	20
529 10-7	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5.000	5.000	5.113	4
529 11-5	011	Kongresse, Symposien, Wirtschaftskontakte ****Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	50.000	50.000	51.129	29
531 10-1	011	Öffentlichkeitsarbeit * *Übertragbar.*	—	130.000	130.000	—	—
531 11-0	011	Landeswerbung * *Übertragbar.* ****Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	500.000 500.000 —	810.000	1.010.000	—	—

Zu 427 41

Veranschlagt sind die Vergütungen für die Tätigkeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses nach dem Kraftfahrsachverständigengesetz. Die Prüfer erhalten 75 v. H. der bei 111 45 aufkommenden Gebühren.

Zu 459 10

Bedienstete des Ministeriums erhalten diese Entschädigung nach den Bestimmungen des RdErl. d. MW vom 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 1979 S. 54).

Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.

Zu 525 10

Veranschlagt sind Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen, durch die die Mitarbeiter in die Lage versetzt werden sollen, unternehmensspezifische Methoden der Führung und Aufgabenerledigung auf die Verwaltung zu übertragen.

Zu 525 11

Fortbildungsmaßnahmen für Nachwuchsführungskräfte an überwiegend international renommierten Ausbildungsstätten sowie für Volontariate bei international tätigen Unternehmen im Ausland.

Zu 526 10

Veranschlagt sind Ausgaben für Gutachten, die als Entscheidungshilfen im wirtschafts- und strukturpolitischen Raum dienen sollen und für deren Erstellung eigenes Personal nicht zur Verfügung steht.

Zu 526 11

Veranschlagt sind Ausgaben für Gutachten, die als Entscheidungshilfen im verkehrspolitischen Raum dienen sollen und für deren Erstellung eigenes Personal nicht zur Verfügung steht.

Zu 526 12

Die Aufsicht über die nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen wird vom MW ausgeübt, das sich zur Beurteilung von Fachfragen externer Sachverständiger bedient. Veranschlagt ist der hierdurch voraussichtlich entstehende Honorarbedarf.

Zu 531 10

Zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums (u. a. Druck von Informationsschriften).

Mitveranschlagt sind Reisekosten für Pressevertreter, die die Ministerin auf Auslandsreisen begleiten.

Zu 531 11

Veranschlagt sind Ausgaben zur Fortführung von imagefördernden Werbemaßnahmen in Kooperation mit der Staatskanzlei.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	500 000	—	500 000
2004	—	—	500 000	500 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	511 000	—	511 000
2003	—	—	500 000	500 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 10-6	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	35.000	35.000	—	—
546 01-0	011	Vermischte Ausgaben	—	5.000	5.000	3.375	3
546 02-8	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1.000	1.000	511	1
546 03-6	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1.000	1.000	511	0
546 04-4	011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrsunternehmen * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 04.*	—	—	—	—	—
631 10-6	751	Erstattung anteiliger Personalkosten für den Flughafenkontrolldienst an den Bund	—	282.000	274.000	266.076	253
632 10-2	011	Erst. der ant. Kosten der gemeinsamen Zulass.-Stelle und d. gemeins. Prüf.-Auss. für Wirtsch.-Prüfer und vereid. Buchprüfer	—	10.000	10.000	25.565	13
632 11-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Berlin	—	16.000	16.000	15.083	12
676 10-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Europäische Hafenorganisation, Brüssel	—	5.000	5.000	4.755	4
686 10-5	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	9.000	9.000	23.417	8
811 01-5	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	16.000	16.000	16.259	16
812 15-1	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 10-7	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	532.000	532.000	531.130	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Kosten der Luftaufsicht**	(—)	(492.000)	(491.000)	(479.234)	(454)
427 62-2	751	Entschädigungen für Luftaufsichtspersonal, das in der Luftaufsicht nebenamtlich tätig ist	—	44.000	43.000	43.153	41
547 62-8	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	24.000	24.000	25.565	17
671 62-0	751	Erstattung von Kosten an Flugplatzhalter	—	424.000	424.000	410.516	396
TGr. 63		**Weltausstellung „EXPO 2OOO“** * *Übertragbar.* ***Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(51.129)	(147)
531 63-2	011	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 63-7	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	51.129	120
547 63-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	27
TGr. 65		**Kosten der Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen Braunschweig** * *Übertragbar.*	(—)	(114.000)	(114.000)	(117.853)	(55)
538 65-3	751	Dienstleistungen Außenstehender	—	98.000	98.000	102.770	53
547 65-2	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.000	3.000	2.710	0
631 65-3	751	Zuweisungen an den Bund ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	5.000	5.000	4.755	—
671 65-5	751	Erstattung von Kosten an die Flughafengesellschaft Braunschweig	—	8.000	8.000	7.618	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 631 10

Mit Wirkung vom 1. 4. 1994 ist das im Kontrolldienst auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen tätige Personal vom Bund übernommen worden. Hierfür sind anteilig Personalkosten an den Bund zu erstatten.

Zu 632 10

Zulassungs- und Prüfungsverfahren nach der Wirtschaftsprüferordnung werden gemeinsam für die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein von der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg durchgeführt (vgl. Gesetz vom 20. 5. 1992 – Nds. GVBl. S. 156 – und Bekanntmachung der StK vom 17. 8. 1992 – Nds. GVBl. S. 223 –). Die durch die Zulassungs-, Prüfungs- und Anerkennungsgebühren nicht gedeckten Kosten werden anteilig von den Ländern getragen. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 632 11

Die vom Land Berlin getragenen Personalkosten für die Geschäftsstelle der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz werden nach dem vorläufigen Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 686 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e.V., Stuttgart	1,60	1,60
2. Deutscher Ausschuss für das Grubenrettungswesen, Essen-Kray	0,30	0,30
3. Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen, Köln	1,70	1,70
4. Gemeinschaft zur Förderung der fachlichen Fortbildung der Straßenbau- und Straßenverkehrsingenieure in Niedersachsen e.V., Hannover	0,60	0,60
5. Hafenbautechnische Gesellschaft, Hamburg	0,20	0,20
6. Gesellschaft der Förderer des Franzius-Instituts der Universität Hannover	0,10	0,10
7. Deutscher Betonverein e.V., Wiesbaden	0,05	0,05
8. Ifo-Institut, München	0,40	0,40
9. Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR), Bonn	3,10	3,10
Zusammen	8,05	8,05
rd.	9,00	9,00

Zu 811 01 (2003 und 2002)

	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung u. a. EUR
Ersatzbeschaffung:		
1 Pkw bis 2 000 ccm	16 000	

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62 allgemein

Zur Durchführung der dem Lande gemäß §§ 29, 31 Abs. 2 des Luftverkehrsgesetzes vom 27. 3. 1999 (BGBl. I S. 550) – LuftVG – in der jeweils geltenden Fassung obliegenden Luftaufsicht bedient sich das Land Angestellter der Flugplatzhalter, Mitglieder der Luftsportvereine und anderer Personen, die vom MW mit der Wahrnehmung der Luftaufsicht auf einzelnen Flugplätzen oder in bestimmten Bezirken beauftragt werden.

Zu 427 62

Aufwendungen für das Luftaufsichtspersonal auf Flugplätzen und in den Aufsichtsbezirken.

Zu 547 62

Mieten (§ 29 a LuftVG), Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren, Reisekosten und andere sächliche Verwaltungsausgaben, die im Zusammenhang mit den bei 427 62 veranschlagten persönlichen Verwaltungsausgaben stehen.

Zu 671 62

Veranschlagt sind Kosten der Luftaufsicht, die den Flugplatzhaltern zu erstatten sind.

Zu Titelgruppe 65

Aufgrund einer Weisung des Bundesministeriums des Innern werden seit Ende 1995 auf dem Flughafen Braunschweig Luftsicherheitsmaßnahmen nach den §§ 29 c, 29 d LuftVG (Personen- und Gepäckkontrollen, Bestreifungen u. ä.) durchgeführt.

Zu 538 65

Veranschlagt sind die Kosten für einen privaten Sicherheitsdienst.

Zu 631 65

Von den bei 111 12 aufkommenden Luftsicherheitsgebühren ist ein Betrag von 0,26 EUR je abfliegenden kontrollierten Passagier an den Bund abzuführen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 65-8	751	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 65.*	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Kosten der Kommissionen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm**	(—)	(5.000)	(5.000)	(4.908)	(4)
412 66-8	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	4.000	4.000	4.090	3
547 66-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	818	0
TGr. 94		**Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-3	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-6	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-1	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(126)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	19
547 96-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	76
711 96-7	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-8	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	32
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(720.000)	(720.000)	(731.147)	(593)
511 99-2	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	77.000	77.000	76.694	255
518 98-9	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-7	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-5	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	6.000	6.000	—	—
525 99-3	011	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	9.000	9.000	15.339	10
538 98-0	011	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	97.000	97.000	—	—
538 99-8	011	Dienstleistungen „Anderer“	—	200.000	200.000	296.549	113
547 99-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	104.000	104.000	115.296	51
812 98-4	011	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	27.000	27.000	—	—
812 99-2	011	Erwerb von Geräten	—	200.000	200.000	227.269	163
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	511.292			2.950.921	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 66

Sitzungskosten für zwei Fluglärmkommissionen, die nach § 32 b des Luftverkehrsgesetzes vom 27. 3. 1999 (BGBl. I S. 550) – LuftVG –, in der jeweils geltenden Fassung, zu bilden sind. Die Kosten trägt das Land, in dessen Gebiet der Flugplatz liegt, für den die Kommissionen tätig werden.

Zu Titelgruppe 98/99

Neben der Weiterentwicklung der vorhandenen IuK-Technik sind der Aufbau des „Elektronischen Archivs“ sowie der Ausbau des „Online-Informationssystems“ zu realisieren. Veranschlagt sind weiterhin die laufenden Wartungs- und Betriebskosten sowie Kosten für Schulungen.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ausbau der Bürokommunikation	200	200
Zusammen	200	200

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 08 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		273.000	273.000	426.928	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		72.000	72.000	71.581	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		345.000	345.000	498.509	
		4 Personalausgaben	—	17.080.000	17.212.000	17.175.011	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	500.000 500.000 511.292	4.265.000	4.451.000	5.802.192	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	759.000	751.000	757.785	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	243.000	243.000	243.528	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	532.000	532.000	531.130	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	500.000 500.000 511.292	22.879.000	23.189.000	24.509.646	
		Zuschuss		22.534.000	22.844.000	24.011.137	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.098.000	3.019.000	2.662.041	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		25.977.000	26.208.000	27.171.687	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		25.632.000	25.863.000	26.673.178	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	011	Vermischte Einnahmen fs		358.000	358.000	357.904	588
119 41-7	011	Rückzahlung von Überzahlungen		256.000	256.000	255.646	78
119 43-3 (GA)	692	Rückzahlung von Überzahlungen aus der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ****Die Bundesanteile dürfen durch Absetzung von der Einnahme an den Bund verausgabt werden.*		2.045.000	2.045.000	2.045.168	1.330
119 44-1	699	Rückzahlung von Überzahlungen aus EU-Programmen ****Die EU-Anteile dürfen durch Absetzung von der Einnahme an die EU verausgabt werden.*		—	—	—	2.210
231 61-6	252	Zuweisungen des Bundes gemäß Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)		3.900.000	3.900.000	3.968.136	1.656
231 66-7	699	Zuweisungen des Bundes für das Ziel 2 Programm 2000 - 2006 ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		101.726.000	101.271.000	109.062.137	—
231 76-4	699	Zuweisungen des Bundes von EU-Mitteln für Förderungen von Existenzgründungen		4.397.000	4.397.000	4.397.110	—
231 78-0	699	Zuweisungen des Bundes von EU-Mitteln für innovative Maßnahmen ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 78.*		1.500.000	—	—	—
331 67-0 (GA)	692	Zuweisungen des Bundes als Anteil zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		39.930.000	39.930.000	43.001.692	31.539
331 93-9	699	Zuweisungen des Bundes für Investitionen - EG - Mittel - „RENAVAL“ ** Vgl. K-Vermerk zu 891 93.*		—	—	—	—
356 77-0	950	Entnahme aus dem Grundstock zur Förderung von Innovationen (Innovationsfonds) ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77.*		—	—	—	12.782
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62 bis 65		**Durchf. von Sonderprogrammen des europ. Fonds f. regionale Entwickl. (EFRE) in ausgewählt. Landesteilen** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		(8.738.000)	(4.886.000)	(6.190.723)	(5.515)
231 62-4	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für das Programm „Ziel 2“		2.183.000	—	3.056.503	5.457
231 63-2	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für das Programm „Ziel 5b“		—	4.387.000	2.026.250	55
231 64-0	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für das Programm „Interreg“		—	—	—	—
231 65-9	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für sonstige Programme		6.555.000	499.000	1.107.970	3
282 65-2	699	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		—	—	—	—
381 63-4	990	Verrechnung mit 09 02 - 981 64		—	—	—	—
TGr. 73		**Zuweisungen des Bundes zur Finanzierung des Institutes für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben**		(2.173.000)	(2.173.000)	(2.172.991)	(115)
231 73-0 (GA)	177	Zuweisung des Bundes gem. Art. 91 b GG für laufende Zwecke		1.925.000	1.925.000	1.925.014	115
331 73-4 (GA)	177	Zuweisung des Bundes gem. Art. 91 b GG für Investitionen		248.000	248.000	247.977	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 01

In dem Ansatz sind überwiegend Zinseinnahmen aus Rückforderungen von Zuwendungen (§ 44 LHO) enthalten.

Zu 119 41

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Richtlinien zu §§ 23 und 44 LHO.

Zu 231 61

Die Ausgaben für Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden zu 78 v. H. vom Bund erstattet.

Vgl. Ausgaben TGr. 61 Titel 681 61.

Zu 231 66

Vgl. Ausgaben TGr. 66.

Zu 231 76

Vgl. Ausgaben TGr. 76.

Zu 231 78

Vgl. Ausgaben TGr. 78

Zu 331 67

Die Ausgaben im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. 10. 1969 (BGBl. I S. 1861) werden gem. § 10 zur Hälfte vom Bund erstattet.

Vgl. Ausgaben TGr. 67/68.

Zu TGr. 62 – 65

EU-Mittel zur Mitfinanzierung ausgewählter Maßnahmen im Rahmen verschiedener Programme.

Vgl. Ausgaben TGr. 65.

Zu TGr. 73

Vgl. Ausgaben TGr. 73.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
546 01-3	692	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	2
547 10-9	699	Begleitung und Evaluation verschiedener EU-Programme * *Übertragbar.*	— — 153.388	179.000	179.000	178.952	42
684 52-1	649	Zuschüsse zur Förderung der Verbraucherberatung	—	1.640.000	1.640.000	1.590.118	1.617
684 54-8	649	Zuschüsse an Verbraucherorganisationen	—	—	26.000	51.129	77
884 10-5	692	Zuführung für den Wirtschaftsförderfonds zur Finanzierung von Investitionen	—	78.378.000	78.436.000	51.689.053	64.318
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)** * *Übertragbar.*	(—)	(5.647.000)	(5.647.000)	(6.135.503)	(769)
547 61-3	252	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	24.000	24.000	25.565	—
671 61-6	252	Erstattungen an die Deutsche Ausgleichsbank	—	1.023.000	1.023.000	1.022.584	580
681 61-1	252	Zuschüsse an die Anspruchsberechtigten	—	4.600.000	4.600.000	5.087.354	189
TGr. 64		**Förderung des Nieders. Instituts für Wirtschaftsforschung e.V.**	(—)	(265.000)	(265.000)	(264.849)	(265)
686 64-8	165	Zuschuß für laufende Zwecke	—	265.000	265.000	264.849	265
893 64-3	165	Zuschuß für Investitonen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Durchführung von Sonderprogrammen des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in ausgewählten Landesteilen** * *Übertragbar.* *** *Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend den genehmigten EU-Programmen. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten EU-Programme als Vorgriff gemäß § 37 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(—)	(6.190.723)	(23.786)
538 65-7	699	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	10.226	61
547 65-6	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 65-0	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
682 65-0	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	1.304
683 65-7	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	400
741 65-7	699	Hafenbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
883 65-6	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	3.708.400	12.685
891 65-9	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	617.641	3.455
892 65-5	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	1.854.456	5.882
TGr. 66		**Ziel-2-Programm 2000 - 2006** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Minderein-*	(50.000.000) (50.000.000) (—)	(101.726.000)	(101.271.000)	(109.062.137)	(—)

Zu 547 10

Veranschlagt sind Mittel zur Begleitung und Bewertung von EU-Programmen.

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung VE EUR
2002	—	150 000	—	150 000
2003	—	150 000	—	150 000
2004	—	—	—	—
Summe	——	300 000	—	300 000

Zu 684 52

Zuwendungen an die Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V. zum Zwecke der Unterrichtung der Verbraucher über marktwirtschaftlich richtiges Verhalten (Verbraucherunterrichtung und -schulung, Vorträge, Vorführungen, Lehrgänge, Ausstellungen und Veröffentlichungen).

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	3 350 000	3 316 000	3 354 000	3 262 000
Einnahmen	870 000	870 000	828 000	792 000
Fehlbetrag	2 480 000	2 446 000	2 526 000	2 470 000

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) das Land – MW –	1 640	1 640
b) das Land – ML –	280	256
c) den Bund	255	245
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	290	290
e) Private	15	15
Zusammen	2 480	2 446

Zu 684 54

Zuschüsse an andere Institutionen im Dienste des Verbrauchers, z. B. an den Deutschen Hausfrauenbund, Landesverband Niedersachsen, und an die Verbraucherberatungsstellen.

Die Zuwendungen dienen dem Zweck, die Stellung des Verbrauchers im Wirtschaftsgeschehen durch Einzelberatungen und allgemeine Aufklärung zu verbessern.

Das Land hat beschlossen, die Förderung zum 31. 12. 2002 einzustellen.

Zu 884 10

Zuführung an den „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen“ entsprechend dem Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung.

Vgl. Anlage 1 zum Epl. 08.

Zu Titelgruppe 61 allgemein

Ziel der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ist es, Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch Beiträge zu den Kosten der Maßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell zu unterstützen.

Die Ausgaben nach diesem Gesetz werden vom Bund zu 78 v. H. und von den Ländern zu 22 v. H. getragen.

Zu 547 61

Verwaltungskosten für die Durchführung des Gesetzes.

Zu 671 61

Das AFBG sieht Förderungen auf Zuschuss- und Darlehensbasis vor.

Die Darlehen werden von der Deutschen Ausgleichsbank gewährt. Der für den Schuldendienst vom Land zu tragende Kostenanteil in Höhe von 22 v. H. muß der Deutschen Ausgleichsbank erstattet werden.

Zu 681 61

Die Zuschüsse werden den Anspruchsberechtigten vom Land ausgezahlt. Von den Zuschussbeträgen werden vom Bund 78 v. H. erstattet, die bei dem Titel 231 61 vereinnahmt werden.

Weniger entsprechend der Ist-Entwicklung.

Zu Titelgruppe 64

Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW), Hannover, leistet wichtige Beiträge zur Wirtschaft- und Politikberatung in Niedersachsen und stärkt damit nachhaltig die Dienstleistungsinfrastruktur des Landes.

Im Gegenzug für die institutionelle Förderung erbringt das NIW Forschungsleistungen und Dienstleistungen für das MW (z. B. Herausgabe des Regionalberichtes).

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	1 117 000	1 090 000	1 063 000	1 109 000
Einnahmen	852 000	825 000	798 000	844 000
Fehlbetrag	265 000	265 000	265 000	265 000

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land – MW – mit	265	265
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	265	265

Zu Titelgruppe 65

Das Programm ist abgeschlossen. Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Mittel für das neue „Ziel 2 Programm“ sind bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 66 neu veranschlagt.

Zu Titelgruppe 66

Das neue EU-Programm beinhaltet ab 1. 1. 2000 u. a. die Mitfinanzierung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, gewerblichen produktiven Investitionsmaßnahmen, F. u. E-Vorhaben, Tourismusprojekten und ökologischen Umstrukturierungsmaßnahmen. Als zentrale Behörde verwaltet MW die Mittel des Fonds auch für MU, MK, MWK, MI.

Die Kofinanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus laufenden Förderprogrammen des Landes im Rahmen verfügbarer Ansätze, aus kommunalen Förderprogrammen sowie aus privaten Mitteln. Die Vereinnahmung der EU-Mittel erfolgt bei Kap. 08 02 Titel 231 66.

Mittel für die ausgelaufenen EU-Programme waren bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 65 veranschlagt.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	15 339 000	35 000 000	—	50 339 000
2004	10 226 000	15 000 000	38 000 000	63 226 000
2005	—	—	12 000 000	12 000 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	28 121 000	—	28 121 000
2003	—	15 339 000	35 000 000	50 339 000
2004	—	10 226 000	15 000 000	25 226 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 66**		*nahmen entsprechend dem genehmigten Ziel 2 Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 LHO nachzuweisen.*					
547 66-4	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	50.000.000 50.000.000 —	—	—	—	—
633 66-8	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	7.618.000	7.618.000	7.618.249	—
682 66-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	3.272.000	3.272.000	3.272.268	—
683 66-5	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	10.891.000	10.891.000	10.890.517	—
883 66-4	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	28.000.000	28.000.000	32.671.551	—
891 66-7	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	5.420.000	5.420.000	5.419.694	—
892 66-3	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	46.525.000	46.070.000	49.189.858	—
TGr. 67		**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** * *Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 200,0 v.H. der Isteinnahmen bei 331 67.* ** *Die Ansätze der Titelgruppe dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.*	(79.822.000) (79.822.000) (79.857.656)	(79.860.000)	(79.860.000)	(86.003.385)	(75.059)
547 67-2 (GA)	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	79.822.000 79.822.000 79.857.656	—	—	—	—
632 67-0 (GA)	692	Erst. an Länder für Forschungsvorhaben	—	—	—	—	—
685 67-6 (GA)	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
686 67-2 (GA)	692	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	683
883 67-2 (GA)	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	27.694.000	27.694.000	27.275.888	16.180
887 67-8 (GA)	692	Zuwendungen für Infrastrukturmaßnahmen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 67-5 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an Betriebe mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung	—	—	—	—	—
892 67-1 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	52.166.000	52.166.000	58.727.497	58.196
893 67-8 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Situation an der Ems** * *Übertragbar.* *** *Eingeworbene Mittel der Region werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(712)
547 70-2	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungausgaben	—	—	—	—	—
761 70-4	699	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
821 70-7	699	Grunderwerb	—	—	—	—	712
981 70-4	990	Verrechnung mit anderen Kapiteln des Landeshaushalts	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 67 allgemein

Finanzierungshilfen im Rahmen des Ges. über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung d. regionalen Wirtschaftsstruktur“ v. 6. 10. 69 (BGBl. I S. 1861) i. d. F. vom 24. 06. 1991 (BGBl. I 1991 S. 1322), die der Bund mit 50 % erstattet. Nach den Festlegungen im Rahmenplan stehen für die niedersächsischen regionalen Aktionsprogramme Mittel in Höhe von 79,86 Mio. EUR sowie 79,822 Mio. EUR als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung. Der Bundesanteilsbetrag ist bei 331 67 ausgewiesen.

Zu 547 67

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	51 260 000	26 720 000	—	77 980 000
2004	24 878 000	28 222 000	26 720 000	79 820 000
2005	—	24 880 000	28 222 000	53 102 000
2006	—	—	24 880 000	24 880 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	53 140 000	26 720 000	—	79 860 000
2003	23 035 000	28 225 000	26 720 000	77 980 000
2004	—	24 878 000	28 222 000	53 100 000
2005	—	—	24 880 000	24 880 000

Zu 883 67

Förderung des Ausbaues der Infrastruktur, soweit es unmittelbar für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist, durch

a) Erschließung von Industriegelände,

b) Wiederherrichtung von brachliegendem Industriegelände,

c) Ausbau von Verkehrsverbindungen, Energie- und Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, Anlagen für die Beseitigung bzw. Reinigung von Abwasser und Abfall,

d) öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen,

e) Errichtung oder Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten, soweit ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Bedarf der regionalen gewerblichen Wirtschaft an geschulten Arbeitskräften besteht,

f) Errichtung oder Ausbau von Gewerbezentren für KMU

entsprechend den Bestimmungen des Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe.

Zu 892 67

Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung und grundlegender Rationalisierung von gewerblichen Betrieben entsprechend den Festlegungen im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe.

Zu Titelgruppe 70

Das Programm ist abgeschlossen. Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 72		**Förderung der NIGAN e.V.** * *Übertragbar.*	(—)	(—)	(150.000)	(818.067)	(1.288)
686 72-9	169	Zuschuß für laufende Zwecke	—	—	150.000	818.067	1.288
883 72-9	169	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 72-1	169	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
893 72-4	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben** * *Übertragbar.*	(—)	(4.346.000)	(4.346.000)	(4.345.981)	(5.706)
685 73-0 (GA)	177	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	3.850.000	3.850.000	3.850.028	5.089
894 73-9 (GA)	177	Zuschüsse für Investitionen	—	496.000	496.000	495.953	617
TGr. 74		**Deutsche Management-Akademie (DMAN)** * *Übertragbar.*	(—)	(1.585.000)	(1.585.000)	(1.585.005)	(1.687)
686 74-5	692	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	1.534.000	1.534.000	1.533.876	1.636
893 74-0	692	Zuschüsse für Investitionen	—	51.000	51.000	51.129	51
TGr. 75		**Investment Promotion Agency (IPA)**	(—)	(1.604.000)	(1.580.000)	(1.556.884)	(1.527)
547 75-3	171	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.604.000	1.580.000	1.556.884	1.527
686 75-3	171	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
TGr. 76		**Förderung von Existenzgründungen** * *Übertragbar.* ***Eingeworbene EU Mittel werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.*	(—) (—) (1.022.584)	(11.782.000)	(10.782.000)	(12.782.297)	(614)
686 76-1	699	Zuschuß für laufende Zwecke	—	6.669.000	5.669.000	7.669.378	614
892 76-0	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	— — 1.022.584	5.113.000	5.113.000	5.112.919	—
TGr. 77		**Förderung von Innovationen (Innovationsfonds)** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 77.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
547 77-0	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
662 77-3	699	Schuldendienstbeihilfen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 77-0	699	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
812 77-5	699	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
862 77-2	699	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 77-0	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 77-2	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 77-9	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 72

Der Ansatz dient der Finanzierung des durch den laufenden Betrieb der Niedersächsischen Gesellschaft zur Aus- und Weiterbildung von Nachwuchs auf dem Gebiet der Mikroelektronik e. V. (NIGAN e. V.) verursachten Fehlbedarfs. Die institutionelle Förderung wird zum 31. 12. 2002 eingestellt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der NIGAN e. V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	—	160 000	850 000	1 338 000
Einnahmen	—	10 000	32 000	50 000
Fehlbetrag	—	150 000	818 000	1 288 000

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	—	150
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	—	150

Zu Titelgruppe 73

Nach Evaluation der „Blauen-Liste-Institute“ ist das „Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechtes gegründet worden (Nds. GVBL. Nr. 25/99 S. 428)

Das Institut betreibt überregionale, angewandte geowissenschaftliche Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Geophysik. Die Finanzierung wird nach der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) vorgenommen. Danach tragen Bund und Länder je die Hälfte der Ausgaben.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	4 475 000	4 475 000	4 475 000	4 513 000
Einnahmen	129 000	129 000	129 000	101 000
Fehlbetrag	4 346 000	4 346 000	4 346 000	4 412 000

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land	2 173	2 173
c) den Bund	2 173	2 173
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	4 346	4 346

Von dem Fehlbetrag zu b) sind in 2002 und 2003 521 520 EUR als Anteil der anderen Länder bei Kapitel 06 07 Titel 232 02 mitveranschlagt.

Der Finanzierungsanteil Niedersachsens beträgt danach in 2002 und 2003 1 651 480 EUR.

Zu Titelgruppe 74

Die Deutsche Management Akademie Niedersachsen (DMAN) wurde 1989 auf Initiative der Niedersächsischen Landesregierung gegründet. Ihr Auftrag ist es, Führungs- und Nachwuchsführungskräfte aus Betrieben und Verbänden durch qualifiziertes Managementtraining mit praxisgerecht aufbereitetem betriebswirtschaftlichen Know-how zu fördern. Zielgebiete für ihre Arbeit sind die Länder Mittel- und Osteuropas, der GUS und die Volksrepublik China. Die DMAN realisiert ihre Programme in enger Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft, insbesondere mit niedersächsischen Unternehmen. Sie eröffnet damit den Führungskräften und Unternehmensvertretern beider Seiten die Möglichkeit zu einem intensiven Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus führt die DMAN Programme und Projekte im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland und der EU mit den genannten Zielländern durch.

Diese intensive Kooperation mit der Wirtschaft ist oft der erste Schritt zu bilateralen Beziehungen zwischen Unternehmen aus Niedersachsen und Unternehmen aus den mittel-und osteuropäischen Staaten, der GUS und China. Die Akademie ist insofern auch ein Instrument des Landes im Sinne weitsichtiger Marktpflege sowie zur Kooperationsanbahnung und dient damit der Förderung der niedersächsischen Außenwirtschaft.

Zu 686 74 und 893 74

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Management-Akademie Niedersachsen gGmbH

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	4 529 000	4 365 000	4 215 000	4 595 000
Einnahmen	2 944 000	2 780 000	2 630 000	2 908 000
Fehlbetrag	1 585 000	1 585 000	1 585 000	1 687 000

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 585	1 585
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	1 585	1 585

Zu Titelgruppe 75

Das Landesministerium hat im Jahre 1991 die Gründung der „Investment Promotion Agency“ (IPA) beschlossen.

Aufgabe der IPA soll es sein, Wirtschaftsunternehmen aus Industrie und Dienstleistungsbereich für ein Engagement in Niedersachsen zu gewinnen. Dabei wird es hauptsächlich darauf ankommen, Niedersachsen als Produktions-, Dienstleistungs- und Finanzstandort national und international bekannter zu machen.

Im wesentlichen sollen folgende Aufgaben übernommen werden:

- Akquisition
- Beratung über öffentliche Förderprogramme
- Projektmanagement
- Seminare
- Betreuung internationaler Repräsentanzen
- Koordinierung mit den zuständigen Verwaltungen
- Erfolgskontrollen

Zu Titelgruppe 76

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer Gründungsoffensive das Meisterprämien- und Gründungszuschussprogramm beschlossen. Dieses Programm zielt besonders auf die Unterstützung von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen, insbesondere im Bereich des Handwerks, ab. Mit dem Programm soll die Selbstständigenquote gesteigert und das Umfeld für Existenzgründungen verbessert werden.

Um die genannten Ziele zu erreichen, sollen Zuschüsse und Prämien an die unter die Vorgaben des Programms fallenden Betriebe geleistet werden. Für Betriebe, die im Ziel-2-Programmgebiet liegen, sollen Kofinanzierungsmittel der EU eingeworben werden.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 022 000	—	1 022 000
2003	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 77

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 77-5	699	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Innovative Maßnahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend dem genehmigten Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 LHO nachzuweisen.*	(—)	(1.500.000)	(—)	(—)	(—)
547 78-8	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 78-1	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	300.000	—	—	—
682 78-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
683 78-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	550.000	—	—	—
883 78-8	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	250.000	—	—	—
891 78-0	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 78-7	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	400.000	—	—	—
TGr. 79		**Zuschuss an die GISMA-Stiftung** * *Übertragbar.*	(—)	(2.600.000)	(2.600.000)	(—)	(—)
686 79-6	156	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	2.600.000	2.600.000	—	—
893 79-1	156	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Förderung wirtschaftlicher Beziehungen zu den Entwicklungsländern und Ländern Osteuropas**	(—)	(110.000)	(110.000)	(109.979)	(110)
547 81-8	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 81-6	023	Zusch. an Angehörige von Entwicklungsld. und Ländern Osteuropas	—	—	—	—	—
686 81-8	023	Zuschüsse an Institutionen und sonstige im Inland	—	110.000	110.000	109.979	110
TGr. 88		**Wettbewerbshilfen an die nieders. Seeschiffswerften** * *Übertragbar.*	(—)	(28.630.000)	(34.260.000)	(47.345.628)	(29.963)
682 88-0	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
683 88-6	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
891 88-8	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
892 88-4	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	28.630.000	34.260.000	47.345.628	29.963
TGr. 93/94		**Gemeinschaftsprogramm zugunsten der Umstellung von Schiffbauregionen (RENAVAL)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 93-4	699	Zuschüsse für Investitionen aus EG-Mitteln * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 93.*	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 78

Veranschlagt sind EU-Mittel zur Mitfinanzierung innovativer Maßnahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und der daraus resultierenden Pilotprojekte. Die Maßnahmen tragen zur Ausarbeitung neuartiger Methoden und Praktiken bei, mit denen die Qualität der bestehenden Strukturförderprogramme verbessert werden soll. Sie sind thematisch ausgerichtet auf die

– Unterstützung der Regionen bei der Anhebung ihres Technologieniveaus,
– Informationsgesellschaft im Dienste der regionalen Entwicklung,
– regionale Identität und nachhaltige Entwicklung.

Innerhalb des Gesamtförderzeitraums 2000 bis 2006 haben die Programme jeweils eine Laufzeit von maximal 2 Jahren. Die EU-Kommision beteiligt sich an den ausgewählten Programmen mit bis zu 3 Mio. EUR.

Die Kofinanzierung der Maßnahmen erfolgt aus laufenden Programmen des Landes und aus öffentlichen und privaten Mitteln der Regionen.

Zu Titelgruppe 79

Gefördert wird die 1999 auf Initiative der Wirtschaft und des Landes Niedersachsen zum Zwecke des Aufbaus und Betriebes einer privaten internationalen Graduate School of Management and Administration sowie die Förderung wissenschaftlicher Studien errichtete Stiftung „German International Graduate School of Management and Administration (GISMA)“.

Die GISMA ist eine deutsch-amerikanische Business School für postgraduierte Management-Ausbildung. Kooperationspartner von GISMA ist die Krannert Graduate School of Management der Purdue University in West Lafayette, Indiana/USA. Die GISMA ist eine sich an den Anforderungen international ausgerichteter Unternehmen orientierende Bildungseinrichtung und bildet hochqualifizierte Arbeitskräfte – insbesondere auch für niedersächsische Unternehmen – aus. Sie bereitet auf diese Weise Nachwuchsführungskräfte der Wirtschaftsunternehmen auf die zukünftigen internationalen Herausforderungen vor.

Die Förderung der Stiftung GISMA erfolgt über einen Matching Fund. Das Land wendet der Stiftung GISMA in den Jahren 2001 bis 2005 jährlich einen Betrag von bis zu 2,557 Mio. Euro unter der Voraussetzung zu, dass der GISMA seitens der Wirtschaft nach dem 1. Januar 2001 Sponsorengelder mindestens in derselben Höhe zugesagt werden.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	11 711 000	10 301 000	9 101 000	—
Einnahmen	6 597 000	5 187 000	3 987 000	—
Fehlbetrag	5 114 000	5 114 000	5 114 000	—

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	2 557	2 557
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	2 557	2 557
Zusammen	5 114	5 114

Noch zu Titelgruppe 79

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	2 557 000	—	—	2 557 000
2004	2 557 000	—	—	2 557 000
2005	2 557 000	—	—	2 557 000
2006	—	—	—	—

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001[1]) ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 557 000	—	2 557 000
2003	—	2 557 000	—	2 557 000
2004	—	2 557 000	—	2 557 000
2005	—	2 557 000	—	2 557 000

[1]) außerplanmäßig

Zu 686 81

Zuwendungen an die Carl-Duisberg-Gesellschaft e.V., Köln, zugunsten ihrer Außenorganisation in Niedersachsen für die Betreuung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern nach Maßgabe von Teil A Abschnitt I Nr.8, II Nr.11 und III Nr.6 der Richtlinien über die Durchführung von Aus- und Fortbildungsvorhaben für Angehörige der Entwicklungsländer vom 19. 5. 1970 (Nds. MBl. S. 639) in Verbindung mit den Grundsätzen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 21. 4. 1967 für die Betreuung von Angehörigen der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Zu Titelgruppe 88

Zu 892 88

Der Bund hat das Wettbewerbshilfeprogramm in der 8. Fortsetzung im Haushaltsjahr 2000 in mehreren Schritten auf insgesamt 490,8 Mio. EUR aufgestockt. Auf niedersächsische Werften entfällt ein Anteil von 26,5 % = 130,1 Mio. EUR. Der vom Land zu leistende nationale Anteil beträgt davon 2/3 = 86,7 Mio. EUR. Laut Beschluss der EU durften mit Mitteln des 8. Fortsetzungsprogramms nur Aufträge gefördert werden, die bis zum 31. 12. 2000 rechtsverbindlich abgeschlossen wurden und eine Schiffsablieferung bis spätestens 31.12. 2003 vorsahen.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	34 260 000	—	—	34 260 000
2003	28 630 000	—	—	28 630 000
2004	—	—	—	—

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 94-2	699	Zuschüsse für Investitionen aus Landesmitteln	—	—	—	—	—
TGr. 95/96		**Zuschüsse zur regionalen Wirtschaftsförderung im Rahmen von EU-Programmen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(1.700.000) (1.800.000) (2.556.459)	(3.427.000)	(3.631.000)	(51.130)	(211)
633 95-1	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	1.700.000 1.800.000 2.556.459	256.000	256.000	—	—
682 95-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 95-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	256.000	256.000	—	—
883 95-8	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	211
883 96-6	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen und Fremdenverkehrsmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	1.432.000	1.534.000	25.565	—
891 95-0	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	639.000	639.000	—	—
892 95-7	699	Zuschüsse für Investionen an private Unternehmen	—	844.000	946.000	25.565	—
892 96-5	692	Zuschüsse für Investitionen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	53.685.648			—	
		Abschluss Kapitel 08 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.659.000	2.659.000	2.658.718	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		122.186.000	116.379.000	125.543.120	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		40.178.000	40.178.000	43.249.669	
		Summe der Einnahmen		165.023.000	159.216.000	171.451.507	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	129.822.000 129.822.000 133.696.692	1.807.000	1.783.000	1.771.627	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.700.000 1.800.000 2.556.459	45.434.000	43.760.000	43.778.396	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— — 1.022.584	276.038.000	280.825.000	284.210.797	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	131.522.000 131.622.000 137.275.735	323.279.000	326.368.000	329.760.820	
		Zuschuss		158.256.000	167.152.000	158.309.313	

Zu Titelgruppe 95/96

Die Landesregierung hat am 27. 6. 2000 beschlossen, für die erforderliche Kofinanzierung der EU-Mittel durch das Land Niedersachsen Haushaltsmittel in Höhe von 15,339 Mio. EUR für den Zeitraum von 2001 bis 2006 bereitzustellen. An EU-Mitteln entfallen auf den niedersächsischen Teil an der EUREGIO Gronau 3,119 Mio. EUR und an der EUREGIO Ems-Dollart-Region 14,981 Mio. EUR. Die Landesmittel sind für grenzüberschreitende Projekte vorgesehen, die im Landesinteresse stehen. Mit diesen Mitteln sind vorrangig Arbeitsplätze zu schaffen. Veranschlagt sind Landesanteile zur Kofinanzierung der im Rahmen des EU-Programms INTERREG III bereitgestellten EU-Mittel.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 000 000	—	1 000 000
2004	—	800 000	900 000	1 700 000
2005	—	—	800 000	800 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 556 000	—	2 556 000
2003	—	—	1 000 000	1 000 000
2004	—	—	800 000	800 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-1	011	Vermischte Einnahmen		51.000	51.000	51.129	151
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		511.000	511.000	511.292	104
231 87-3	741	Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisierungsgesetz zur Förderung sonstiger Maßnahmen, insbes. im Schienenpersonennahverkehr * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87.*		37.072.000	31.357.000	76.483.334	61.801
231 95-4	699	Zuweisungen des Bundes für sonstige Projekte im Bereich Verkehr * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.*		125.000	125.000	—	—
331 83-5	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.*		—	—	51.384.834	308
331 84-3	741	Zuweisungen des Bundes gemäß GVFG für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen Bundesplafond) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.*		13.907.000	—	511.292	6.391
331 89-4	741	Zuweisungen des Bundes gem. GVFG für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Fahrzeugbeschaffungen) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 89.*		28.633.000	18.407.000	18.048.603	17.980
331 91-6	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz für Investitionen des öffentl. Personennahverkehrs (Fahrzeugbeschaffungen) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91.*		146.741.000	128.193.000	29.942.786	70.519
382 10-3	990	Bundesmittel f. d. Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseig. Eisenbahnen * *Vgl. K-Vermerk zu 982 10.*		199.000	199.000	199.404	177
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**SPNV-Betriebsleistungen**		(307.600.000)	(296.791.000)	(294.087.165)	(309.764)
231 64-4	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz zur Bestellung von SPNV-Betriebsleistungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		307.600.000	296.791.000	294.087.165	302.095
281 64-1	741	Sonstige Erstattung zur Bestellung von SPNV- Betriebsleistungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	7.669
TGr. 85		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Landesplafond)**		(33.333.000)	(43.559.000)	(44.219.590)	(42.124)
119 85-2	011	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem GVFG * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		—	—	—	—
331 85-1	741	Zuweisungen d. Bundes gem. GVFG f. Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen Landesplafond) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.*		33.333.000	43.559.000	44.219.590	42.124
TGr. 90		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Baumaßnahmen)**		(123.551.000)	(88.003.000)	(83.649.448)	(90.902)
181 90-6	741	Darlehensrückflüsse * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.*		50.618.000	—	—	—
331 90-8	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen) * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.*		72.933.000	88.003.000	83.649.448	90.902
		A U S G A B E N					
547 10-2	729	Führung der Verkehrsleitzentrale	—	—	—	178.952	179

Zu 119 41

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Richtlinien zu §§ 23 und 44 LHO.

Zu 231 87, 331 90 und 331 91

Ab 1996 erhält das Land Niedersachsen gemäß Regionalisierungsgesetz (RegG) Zuweisungen des Bundes für Angebotsverbesserungen des ÖPNV, insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs – SPNV – (so genannter „X-Betrag“). Nach § 5 Abs. 2 RegG ist über die Höhe der Beträge ab 2002 eine Überprüfung durchzuführen, deren Ergebnis noch offen ist. Für 2002 stehen nach derzeitiger Rechtslage voraussichtlich 270,5 Mio. EUR und für 2003 voraussichtlich 290,5 Mio. EUR zur Verfügung, die bei den Titelgruppen (TGr.) 64/65, 87, 90 und 91 wieder verausgabt werden (vgl. TGr. 64/65, 87, 90 und 91).

Zu 231 95

Der Bund stellt jährlich ein Forschungsprogramm zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden (Forschungsprogramm Stadtverkehr) auf, für das die Bundesländer Themenvorschläge unterbreiten. Einige Forschungsprojekte werden nach Genehmigung durch den Bund unter der Leitung der Länder durchgeführt. Die erforderlichen Haushaltsmittel stellt der Bund bereit.

Weiter stehen EU-Mittel für das Projekt VIKING zur Verfügung. Bei diesem euro-regionalen Vorhaben untersucht Niedersachsen gemeinsam mit den norddeutschen Bundesländern und den nordischen Staaten Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden ein Projekt zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Koordination von nationalen Verkehrsinformations- und -managementsystemen.

Die Mittel werden bei der Titelgruppe 95 wieder verausgabt.

Zu 331 84, 331 85 und 331 89

Der Bund gewährt dem Land aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zweckgebundene Finanzhilfen nach Maßgabe des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG). Das Land hat die Mittel für Investitionen zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verwenden (Bau/Ausbau von Stadtbahn- und DB-Nahverkehrslinien, zentralen Omnibusbahnhöfen, Park and Ride, zentralen Werkstätten und Betriebshöfen, Beschleunigungsmaßnahmen, Haltestelleneinrichtungen, Beschaffung von Linien-Omnibussen und Schienenfahrzeugen). Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleitet und bei den Titelgruppen 84, 85 und 89 wieder verausgabt.

Bei Titel 331 84 sind zweckgebundene GVFG-Mittel aus dem sog. Bundesplafond in Höhe von 13,9 Mio. EUR in 2003 für ÖPNV-Baumaßnahmen mit Gesamtkosten über 51,1 Mio. EUR veranschlagt.

Im sog. Landesplafond stehen für Niedersachsen in 2002 und 2003 jeweils 126,4 Mio. EUR zur Verfügung. Zur Förderung des ÖPNV sollen hiervon 62 Mio. EUR eingesetzt werden (TGr. 85 und 89). Die restlichen Mittel sind für Straßenbauvorhaben kommunaler Baulastträger vorgesehen (vgl. auch Kap. 08 20 Titel 331 10 und 883 13).

Zu 382 10

Der Bund gewährt aus seinen Haushaltsmitteln für Bundesfernstraßen Beiträge an nichtbundeseigene Eisenbahnen für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit Eisenbahnstrecken. Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleitet und bei 982 10 wieder verausgabt.

Zu 231 64

Ab 1996 erhält das Land Niedersachsen gemäß Regionalisierungsgesetz Zuweiseungen für Verkehrsleistungen im SPNV. Die Mittel werden bei TGr. 64/65 verausgabt (vgl. TGr. 64/65).

Zu 119 85

Die Zinseinnahmen werden bei TGr. 85 wieder verausgabt.

Zu 181 90

Darlehensrückflüsse aufgrund von Vorfinanzierungen von Maßnahmen im SPNV-Infrastrukturbereich (vgl. TGr. 83).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 10-0	835	Schadensersatzleistungen im Zusammenhang mit der Flughafen Braunschweig GmbH	—	—	—	—	0
686 10-2	172	Zuschuß an die Deutsche Verkehrswissenschaftl. Gesellschaft	—	—	—	5.215	5
982 10-0	990	Bundesmittel zur Unterhaltung u. zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.*	—	199.000	199.000	199.404	177
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen**	(—)	(4.346.000)	(4.596.000)	(4.596.514)	(3.764)
633 61-0	749	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Betriebskosten eigener Eisenbahnen	—	—	—	—	—
682 61-1	749	Zusch. zu den Betriebskosten von Eisenbahnuntern. des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	1.023.000	1.273.000	1.273.117	744
683 61-8	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	—	—	—	—
883 61-7	749	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen eigener Eisenbahnen	—	—	—	—	—
891 61-0	749	Zusch. zu den Investitionen von Eisenbahnunternehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	2.812.000	2.812.000	2.812.105	2.960
892 61-6	749	Zuschüsse zu den Investitionen sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	511.000	511.000	511.292	60
TGr. 62		**Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen im Straßenverkehr**	(—)	(512.000)	(512.000)	(536.856)	(538)
547 62-5	729	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 62-5	729	Zuschüsse an die Landesverkehrswacht Nds. e. V. und an andere Organisationen für Maßnahmen zur Unfallverhütung	—	512.000	512.000	536.856	538
TGr. 63		**Gesetzliche Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene Eisenbahnen** * *Übertragbar.*	(—)	(4.948.000)	(4.948.000)	(4.948.947)	(4.744)
633 63-7	749	Zuweisungen an Gemeinden	—	102.000	102.000	102.258	—
682 63-8	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Eisenbahnunternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	3.033.000	3.033.000	3.033.495	2.275
683 63-4	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	1.813.000	1.813.000	1.813.194	2.469
TGr. 64/65		**SPNV-Betriebsleistungen** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 64 und 281 64.*	(199.404.000) (199.404.000) (15.338.756)	(307.600.000)	(296.791.000)	(294.087.165)	(309.128)
547 64-1	741	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	199.404.000 199.404.000 15.338.756	226.470.000	215.661.000	212.956.903	227.997
633 64-5	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * *Übertragbar.*	—	44.129.000	44.129.000	44.129.091	44.129
633 65-3	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen an Gemeinden(GV)	—	—	—	—	—
637 64-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände * *Übertragbar.*	—	37.001.000	37.001.000	37.001.171	37.001
682 64-6	741	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Unternehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—

Zu 681 10

Leertitel zur Deckung von Schadenersatzleistungen.

Nach dem Selbstversicherungsprinzip muss das Land entsprechend der Beteiligung an der Flughafen Braunschweig GmbH evtl. Versicherungsschäden tragen.

Zu 982 10

Vgl. Erläuterungen zu 382 10.

Zu Titelgruppe 61

Betriebskosten- und Investitionszuschüsse zur finanziellen Stützung von nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen, die verkehrlich notwendig, aber infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, ihren Betrieb ohne finanzielle Hilfe des Landes zu rationalisieren oder fortzuführen.

Zu 633 61, 682 61 und 683 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Jahresverlust der Osthannoverschen Eisenbahnen AG (OHE) aus dem Vorjahr	400	511
2. Jahresverlust der Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH aus dem Vorjahr	400	460
3. Jahresverlust der Rinteln-Stadthagener Verkehrsgesellschaft aus dem Vorjahr	233	302
Zusammen	1 023	1 273

Zu 891 61

Belastung (2002)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die in 2001 üpl. bereitgestellte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	306 0000	—	306 000

Zu 891 61 und 892 61 (2003 und 2002)

Investitionszuschüsse für Investitionen bei nichtbundeseigenen Eisenbahnen 3 323 000 EUR

Zu 686 62

Zuwendungen zu Projekten der Verkehrsaufklärung und Verkehrserziehung, insbesondere für ausländische Mitbürger, Kinder und ältere Menschen, zur Förderung des Schülerlotsendienstes und für andere unfallverhütende Maßnahmen, ferner für Zwecke der Unfallursachenforschung und der Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Unfallvorbeugung.

Zu 633 63 bis 683 63

Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene Eisenbahnunternehmen aufgrund des § 6 a (Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr) und des § 16 Abs. 1 Nr. 2 und 3 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für auferlegte Ruhegehälter und Renten und für Aufwendungen der Bahnunternehmen zur Erhaltung und zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen (außer Kreuzungen mit Bundesstraßen), die über 50 v. H. der nachgewiesenen Aufwendungen hinausgehen.

Aus diesen Titelansätzen dürfen Ausgleichszahlungen nach § 6 a AEG nur geleistet werden, soweit bereits vor der Regionalisierung des ÖPNV Ausbildungsverkehr auf Schienenpersonennahverkehrsstrecken durchgeführt wurde (Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH auf der Strecke Bremerhaven–Bremervörde–Buxtehude-Hamburg/Neugraben, Inselbahnen Borkum und Langeoog).

Zu TGr. 64/65

Es handelt sich hier um Zahlungen für Betriebsleistungen im Schienenpersonennahverkehr, gemäß § 7 Nds. Nahverkehrsgesetz vom 28. 6. 1995 (Nds. GVBL. S. 180) sowie im Rahmen der Regionalisierung des ÖPNV ggf. erforderliche gesetzliche Ausgleichszahlungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Vgl. Erläuterungen zu 231 64.

Zu 547 64

Die Verpflichtungsermächtigung ist ausgebracht, um für die Folgejahre SPNV-Leistungen für den Zuständigkeitsbereich des Landes bestellen zu können.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE[1]) EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	15 339 000	—	—	15 339 000
2003	304 000	199 404 000	—	199 708 000
2004	6 720 000	—	199 404 000	206 124 000
2005 ff.	44 394 000	—	—	44 394 000

[1]) Enthalten ist eine überplanmäßige VE über 51 418 000 EUR (2003 bis 2005ff.)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 65-4	741	Zahlungen zum Ausgl. v. Mindereinn. aus gemeinwirtsch. Verpfl. an Untern. d. priv. Rechts mit mehr als 50 v.H. öff. Beteil. * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
683 64-2	741	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Unternehmen * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
683 65-0	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen an sonstige private Unternehmen * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Zuschuss an die Flughafengesellschaft Braunschweig mbH**	(—)	(371.000)	(371.000)	(370.686)	(254)
682 66-2	835	Zuschuß zu den Betriebskosten	—	212.000	212.000	212.186	210
891 66-0	835	Zuschuß für Investitionen	—	159.000	159.000	158.500	45
TGr. 67		**Investitionsmaßnahmen für den Fernbahnhof Laatzen** ****Das Land kann seine Verpflichtung auch durch die Erstattung des Schuldendienstes für Darlehnsaufnahmen zur Finanzierung der Investitionszuschüsse durch die NFG erfüllen.* *Bis zum Eingang der von der NFG zu beschaffenden Finanzierungsmittel dürfen die notwendigen Ausgaben aus allgemeinen Kassenmitteln geleistet werden.*	(—)	(4.400.000)	(4.510.000)	(4.755.015)	(4.669)
671 67-9	741	Erstattungen an die NFG	—	1.690.000	1.800.000	2.045.168	1.959
883 67-6	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 67-1	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 67-9	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	2.710.000	2.710.000	2.709.847	2.710
892 67-5	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Investitionsmaßnahmen für den Stadtbahnbau Hannover** ****Das Land kann seine Verpflichtung auch durch die Erstattung des Schuldendienstes für Darlehnsaufnahmen zur Finanzierung der Investitionszuschüsse durch die NFG erfüllen.* *Bis zum Eingang der von der NFG zu beschaffenden Finanzierungsmittel dürfen die notwendigen Ausgaben aus allgemeinen Kassenmitteln geleistet werden.*	(—)	(7.100.000)	(6.902.000)	(7.004.699)	(6.067)
661 81-9	741	Schuldendiensthilfen an die NFG	—	—	—	—	—
671 81-4	741	Erstattungen an die NFG	—	2.498.000	2.300.000	2.403.072	2.110
883 81-1	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 81-7	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 81-4	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	4.602.000	4.602.000	4.601.627	3.957
892 81-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 82		**Investitionsmaßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr in der Region Hannover** ****Das Land kann seine Verpflichtung auch durch die Erstattung des Schuldendienstes für Darlehnsaufnahmen zur Finanzierung der Investitionszuschüsse durch die NFG erfüllen.* *Bis zum Eingang der von der NFG zu beschaffenden Finanzierungsmittel dürfen die notwendigen Ausgaben aus allgemeinen Kassenmitteln geleistet werden.*	(—)	(1.780.000)	(1.717.000)	(1.994.039)	(1.471)
671 82-2	741	Erstattungen an die NFG	—	1.013.000	950.000	1.227.101	704

Zu Titelgruppe 66

An der Gesellschaft ist das Land mit 17,8 % des Gesellschaftskapitals beteiligt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	159 000	—	—	159 000
2003	159 000	—	—	159 000
2004	24 000	—	—	24 000

Die Verpflichtungsermächtigung aus 1997 in Höhe von 818 Tsd. EUR betrifft die Finanzierung der Startbahnverlängerung und die dazu erforderliche Infrastruktur.

Zu Titelgruppe 67

Der Bau eines Fernbahnhofs am Messegelände war ein wichtiger Baustein des Verkehrskonzepts für die EXPO, damit möglichst viele Sonderzüge unmittelbar bis zum Messe- und EXPO-Gelände fahren konnten. Nach der EXPO ist dieser Bahnhof auch für den normalen Messebetrieb von großem Nutzen. Zur Finanzierung der Gesamtkosten gewährte das Land einen Zuschuss in Höhe von max. 35,8 Mio. EUR zu den Investitionskosten sowie max. 2,6 Mio. EUR zu den Planungskosten.

Die Finanzierung erfolgt über die NFG, so dass rd. das 1,5fache, ab 1995 insgesamt 57,5 Mio. EUR (38,4 Mio. EUR x 1,5), veranschlagt sind.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	5 368 000	—	—	5 368 000
2003	5 368 000	—	—	5 368 000
2004	5 368 000	—	—	5 368 000
2005	5 368 000	—	—	5 368 000
2006 ff.	22 527 000	—	—	22 527 000

Zu Titelgruppe 81

Die Finanzhilfen des Landes für den Bau der Stadt-Bahn in Hannover beruhen auf mit der Landeshauptstadt Hannover geschlossenen Vereinbarungen. Ab 1986 ist für die über die Stadtgrenze hinausgehenden Strecken der Zweckverband Großraum Hannover Vertragspartner. Die Finanzhilfen werden seit Beginn der Bauarbeiten 1965 gewährt.

Seit dem 1. 1. 1967 beteiligt sich auch der Bund an der Finanzierung aus zweckgebundenen Mitteln des Mineralölsteuer-Aufkommens (ab 1972 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG). Die zuwendungsfähigen Kosten werden in folgendem Verhältnis aufgeteilt:

Stadtbahn Hannover:

1. 11. 1965 – 1966	Land 25 v. H. Landeshauptstadt Hannover 75 v. H.
1967 – 28. 2. 1972	Bund 50 v. H. Land 25 v. H. Landeshauptstadt Hannover 25 v. H.
1. 3. 1972 – 31. 12. 1991	Bund 60 v. H. Land 25 v. H. Landeshauptstadt Hannover 15 v. H.
ab 1. 1. 1992	Bund 75 v. H. Land 15,6 v. H. kommunale Seite 9,4 v. H.

Für über die Stadtgrenze Hannover hinausgehende Strecken tragen außer dem Bund, dem Land und der kommunalen Seite auch die Hannoverschen Verkehrsbetriebe – ÜSTRA – Kostenanteile.

Für die Jahre 1965 bis Ende 1972 wurde der Landesanteil durch die Übernahme des Schuldendienstes für Darlehen geleistet, die die Landeshauptstadt Hannover aufgenommen hat. 1973 wurde der Landesanteil als Investitionszuschuss gewährt. Seit dem 1. 1. 1974 leistet die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Hannover (NFG), die Finanzhilfen des Landes als Investitionszuschüsse an die Landeshauptstadt Hannover. Das Land erstattet diese Leistungen sowie die für die notwendige Darlehensaufnahme anfallenden Zinsen der NFG.

Noch zu Titelgruppe 81

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	7 197 000	—	—	7 197 000
2003	7 197 000	—	—	7 197 000
2004	7 197 000	—	—	7 197 000
2005	7 197 000	—	—	7 197 000
2006 ff.	35 454 000	—	—	35 454 000

Zuschüsse wurden und werden geleistet für die Stadtbahnlinien A, B, C, die jeweils Tunnel- und oberirdische Strecken umfassen sowie für die oberirdische Anschlussstrecke D West. Die an den Strecken A und B gebauten Stadtbahnbetriebshöfe Glocksee und Döhren sind in die Förderung einbezogen. Damit sind für alle bisherigen Stadtbahnbauvorhaben, die die Förderungskriterien des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) erfüllen, auch Landesmittel eingesetzt worden.

Linie A (Lahe – Mühlenberg/Empelde)

Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten für die Stadt-Bahn-Linie A (Bauzeit 1965 – 1988) beliefen sich auf rd. 297 Mio. EUR.

Die auf das Land entfallenen zuwendungsfähigen Kosten betrugen rd. 63 Mio. EUR.

Linie B (Langenhagen – Laatzen – Sarstedt)

Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten für die Stadt-Bahn-Linie B (Bauzeit 1972 – 1994) belaufen sich auf rd. 353 Mio. EUR.

Die auf das Land entfallenen zuwendungsfähigen Kosten betragen – vorbehaltlich der Abrechnung und ihrer Nachprüfung – für die Haushaltsjahre 1972 bis zum letzten Hj. rd. 85 Mio. EUR. Diese wurden durch eine inzwischen ausgelaufene Schuldendienstübernahme und 1973 durch Barzuschuss abgegolten; seit 1974 leistet die NFG die Investitionszuschüsse des Landes an die Landeshauptstadt Hannover.

Linie C (Garbsen – Kirchrode/Anderten und Königsworther Platz – Schulenburger Landstraße)

Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten für die Stadt-Bahn-Linie C werden nach dem derzeitigen Stand auf 394 Mio. EUR geschätzt.

Für 1978 bis 1994 betragen die auf das Land entfallenen zuwendungsfähigen Kosten – vorbehaltlich der Abrechnung und ihrer Nachprüfung – rd. 94 Mio. EUR. Die Finanzierung ist, wie bei den Linien A und B, der NFG übertragen worden.

Linie D West (Abschnitt Limmer – Ahlem)

Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten betragen 24 Mio. EUR. Bauzeit 1989 – 1994. Landesanteil für 1989 – 1994: 3,5 Mio. EUR.

Zu Titelgruppe 82

Bis zum Jahr 2001 sind für folgende ÖPNV-Projekte in der Region Hannover, die überwiegend aus Mitteln des GVFG und des Regionalisierungsgesetzes finanziert werden sollen, zusätzliche Landeszuschüsse vorgesehen:

1. Stadtbahnlinie D – 50 %iger Planungskostenzuschuss	11,2 Mio. EUR
2. S-Bahn Bennemühlen/Flughafen – Laatzen – 50 %iger Planungskostenzuschuss	14,8 Mio. EUR
Landeszuschüsse insgesamt	26,0 Mio. EUR

Die Finanzhilfen des Landes in Höhe von insgesamt 26 Mio. EUR werden als Investitionszuschüsse von der NFG geleistet und vom Land erstattet, so dass rd. das 1,5fache des Landesanteils, ab 1995 insgesamt 39 Mio. EUR (26 Mio. EUR x 1,5), veranschlagt sind.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 224 000	—	—	2 224 000
2003	2 224 000	—	—	2 224 000
2004	2 224 000	—	—	2 224 000
2005	2 224 000	—	—	2 224 000
2006 ff.	18 812 000	—	—	18 812 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
883 82-0	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 82-5	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 82-2	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	767.000	767.000	766.938	767
892 82-9	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 83		**Investitionsmaßnahmen für den SPNV - Durchfahrt Lehrte -** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 83.*	(—)	(—)	(—)	(51.384.834)	(308)
671 83-0	741	Erstattungen an die NFG	—	—	—	255.646	308
861 83-4	741	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	51.129.188	—
TGr. 84		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Bundesplafond)** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 84.*	(—)	(13.907.000)	(—)	(511.292)	(4.709)
883 84-6	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 84-1	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 84-9	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	13.907.000	—	511.292	4.709
892 84-5	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Landesplafond)** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 85.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 85.*	(30.678.000) (34.257.000) (35.790.432)	(33.333.000)	(43.559.000)	(44.219.589)	(40.967)
883 85-4	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	30.678.000 34.257.000 35.790.432	13.900.000	13.600.000	2.954.244	6.689
887 85-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 85-7	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H öffentlicher Beteiligung	—	17.900.000	28.930.000	41.265.345	34.278
892 85-3	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	1.533.000	1.029.000	—	—
TGr. 86		**Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im nichtschienengebundenen ÖPNV** * *Übertragbar.*	(—)	(82.950.000)	(82.950.000)	(86.408.328)	(85.622)
631 86-3	741	Sonstige Erstattungen an den Bund	—	—	—	—	—
633 86-6	741	Zahlungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	450.000	450.000	511.292	23
682 86-7	741	Zahlungen an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	62.000.000	62.000.000	65.189.715	67.653
683 86-3	741	Zahlungen an sonstige private Unternehmen	—	20.500.000	20.500.000	20.707.321	17.945
TGr. 87		**Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 87.*	(10.226.000) (15.339.000) (—)	(37.072.000)	(31.357.000)	(76.483.334)	(54.479)
547 87-0	741	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	10.226.000 15.339.000 —	—	—	—	83

Zu Titelgruppe 83

Das Land finanzierte in den Jahren 1999 bis 2001 aus Mitteln nach dem Regionalisierungsgesetz im Rahmen des DB AG-Projektes Schnellfahrstrecke „Hannover-Berlin“ den Teilabschnitt „Durchfahrung Lehrte“ mit 51,1 Mio. EUR in Form eines Darlehens vor. Die Vorfinanzierung in den Jahren 1999 und 2000 erfolgt über die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Hannover, (NFG) bis zu 40,9 Mio. EUR. In 2001 erfolgt die Ablösung des Darlehens aus nicht gebundenen Mitteln nach dem Regionalisierungsgesetz. Eine weitere Rate (10,2 Mio. EUR an die DB) wurde in 2001 ebenfalls aus Mitteln nach dem Regionalisierungsgestz geleistet. Die Tilgung dieses gesamten Darlehens erfolgt seitens des Bundes in den Jahren 2003 und 2004 aus Mitteln nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz.

Durch diese Vorfinanzierung soll die Qualität und Quantität des SPNV im Bereich des bereits jetzt schon überlasteten Eisenbahnknotenpunktes Lehrte frühzeitig gehalten und verbessert werden.

Vgl. Erläuterungen zu 181 90.

Zu Titelgruppe 84

GVFG-Mittel aus dem sog. Bundesplafond für ÖPNV-Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von mehr als 51,1 Mio. EUR. Vgl. Erläuterungen zu 331 84.

In 2003 sind Mittel für folgende Projekte veranschlagt:

1. Hannover: Stadtbahnverlängerung von Lahe nach Altwarmbüchen und Misburg/Nord (1. Teilbetrag)	6,1 Mio. EUR
2. Braunschweig: Regionalstadtbahn (1. Teilbetrag)	7,8 Mio. EUR
Zusammen	13,9 Mio. EUR

Zu Titelgruppe 85

Vgl. Erl. zu 119 85, 331 85 und 331 89.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für folgende Baumaßnahmen des ÖPNV:

	2003 Mio. EUR	2002 Mio. EUR
1. Stadtbahnbau Hannover	10,2	20,5
2. Straßengebundene ÖPNV-Projekte	20,6	17,4
3. SPNV-Projekte	2,5	5,7
Zusammen	33,3	43,6

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	15 338 000	—	—	15 338 000
2003	12 782 000	17 128 000	—	29 910 000
2004	7 669 000	12 015 000	15 339 000	35 023 000
2005	—	5 114 000	15 339 000	20 453 000

Zu Titelgruppe 86

Veranschlagt sind Mittel, die gem. § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) an Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr zum Ausgleich von Mindereinnahmen im Linienverkehr gezahlt werden müssen, die ihnen dadurch entstehen, dass sie verpflichtet werden, Zeitkarten an Auszubildende (Schüler, Studenten und Lehrlinge) zu nichtkostendeckenden Preisen zu verkaufen. Infolge Änderung des PBefG sind mit Wirkung ab 1. 1. 91 die Länder auch für die sog. „Bundesunternehmen“ ausgleichspflichtig.

Zu Titelgruppe 87 – allgemein –

Die für die Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs erforderlichen Ausgaben werden aus den ab 1. 1. 1996 zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmitteln („X-Betrag“) finanziert (vgl. Erl. zu 231 87, 331 90 und 331 91).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	5 113 000	—	5 113 000
2004	—	5 113 000	5 113 000	10 226 000
2005	—	5 113 000	5 113 000	10 226 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 87-4	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	4.800.000	4.950.000	4.469.918	27.687
637 87-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	24.140.000	18.290.000	69.047.923	19.676
671 87-3	741	Kostenerstattung an die nds. Landesnahverkehrsgesellschaft	—	3.017.000	2.991.000	2.965.493	2.325
682 87-5	741	Zuschüsse an Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung	—	—	—	—	26
683 87-1	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 87-0	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Invest. zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	—	—	7.000	—	3.652
887 87-6	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	5.115.000	5.119.000	—	—
891 87-3	741	Leistungen an die Landesnahverkehrsgesellschaft Nds. mbH für die Beschaffung von Fahrzeugen u. Geräten im Bereich des SPNV	—	—	—	—	1.029
892 87-0	741	Zusch. an sonstige private Unternehmen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	—	—	—	—	—
971 87-7	988	Globale Mehrausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 89		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Fahrzeugbeschaffungen)** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 89.*	(25.565.000) (—) (3.221.139)	(28.633.000)	(18.407.000)	(18.048.604)	(17.693)
883 89-7	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	25.565.000 — 3.221.139	—	—	1.533.876	—
887 89-2	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 89-0	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	20.452.000	10.226.000	10.379.225	13.152
892 89-6	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	8.181.000	8.181.000	6.135.503	4.541
TGr. 90		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Baumaßnahmen)** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 181 90 und 331 90.*	(51.129.000) (51.640.000) (48.572.729)	(123.551.000)	(88.003.000)	(83.649.448)	(89.815)
661 90-8	741	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	51.129.000 51.640.000 48.572.729	—	2.761.000	5.112.919	4.188
861 90-7	741	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	2.352.000	12.194.000	—	—
883 90-0	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	10.853.000	6.514.000	6.917.166	14.027
887 90-6	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	41.000	—	—
891 90-3	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	108.607.000	66.214.000	71.098.050	64.648
892 90-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	1.739.000	279.000	521.313	6.952
TGr. 91		**Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Fahrzeugbeschaffungen)** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 91.*	(107.371.000) (86.920.000) (123.732.635)	(146.741.000)	(128.193.000)	(29.942.786)	(89.174)
883 91-9	741	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	107.371.000 86.920.000 123.732.635	—	348.000	—	—
887 91-4	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 91-1	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	146.741.000	127.845.000	29.942.786	89.174

Zu 633 87 und 637 87

Gemäß § 7 Abs. 6 des Nieders. Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs (NNVG) vom 28. 6. 1995 erhalten die kommunalen Aufgabenträger des ÖPNV ab 1996 pauschale Finanzhilfen zur Abdeckung ihrer Verwaltungskosten.

Veranschlagt sind auch Mittel für Verbundförderung.

Weiter sind ab dem Jahr 2000 Mittel für die Aufgabenträger des SPNV gemäß § 7 Abs. 7 des Nieders. Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs (NNVG) veranschlagt.

Zu 671 87

Der nds. Landesnahverkehrsgesellschaft wurde als Zentrale Stelle für den öffentlichen Personennahverkehr nach § 8 NNVG 1996 die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen des NNVG übertragen. Die notwendigen Ausgaben sind vom Land zu erstatten.

Zu Titelgruppe 89

Vgl. Erl. zu 331 85 und 331 89.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für Fahrzeugbeschaffungen des ÖPNV. Im einzelnen sind dies:

	2003	2002
	Mio. EUR	
1. Linienomnibusbeschaffungsprogramm	18,4	18,4
2. SPNV-Fahrzeuge	10,2	—
Zusammen	28,6	18,4

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	18 000 000	—	—	18 000 000
2003	—	—	—	—
2004	—	—	10 226 000	10 226 000
2005	—	—	15 339 000	15 339 000

Zu Titelgruppe 90

Vgl. Erläuterungen zu 231 87, 331 90 und 331 91.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für folgende Baumaßnahmen (vgl. auch Erl. zu TGr. 85):

	2003	2002
	Mio. EUR	
1. ÖPNV-Flächenprogramm	20,5	11,7
2. SPNV-Flächenprogramm	10,1	10,7
3. Bahnhofsprogramm	8,7	11,3
4. SPNV-Streckenmaßnahmen	43,5	37,5
5. Sonstige Projekte	40,8	16,8
Zusammen	123,6	88,0

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE[1]) EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	44 431 000	—	—	44 431 000
2003	17 895 000	29 655 000	—	47 550 000
2004	10 225 000	19 429 000	20 963 000	50 617 000
2005	—	2 556 000	30 166 000	32 722 000

Zu Titelgruppe 91

Vgl. Erläuterungen zu 231 87, 331 90 und 331 91.

Veranschlagt ist ein Zuschussbedarf an überwiegend private Unternehmen in 2002 in Höhe von 128,8 Mio. EUR sowie in 2003 in Höhe von 146,7 Mio. EUR für SPNV – Fahrzeugbeschaffungen. Der Umfang der Beschaffungen und die Einsatzstrecken sind u. a. von den Verkehrsunternehmen und der Fahrzeugindustrie abhängig. So soll mit diesen Mitteln die Fahrzeugbeschaffung für die S-Bahn-Verlängerung von Hamburg/Neugraben nach Buxtehude/Stade, für das RE-Netz Hamburg und Niedersachsen finanziert werden.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE[1]) EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	108 394 000	—	—	108 394 000
2003	48 062 000	51 130 000	—	99 192 000
2004	—	35 790 000	43 460 000	79 250 000
2005	—	—	63 911 000	63 911 000

[1]) Enthalten ist eine überplanmäßige VE über 32 723 000 EUR.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
892 91-8	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 95		**Durchführung und Begleitung sonstiger Projekte im Verkehrsbereich** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 95.*	(—)	(125.000)	(125.000)	(—)	(—)
547 95-1	699	Kosten der Begleitung und Durchführung	—	125.000	125.000	—	—
633 95-5	699	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
683 95-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 95-1	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 95-4	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 95-0	699	Zuschüsse für Investionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 08 03					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		51.180.000	562.000	562.421	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		344.797.000	328.273.000	370.570.499	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		295.746.000	278.361.000	227.955.957	
		Summe der Einnahmen		691.723.000	607.196.000	599.088.877	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	209.630.000 214.743.000 15.338.756	226.595.000	215.786.000	213.135.855	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	51.129.000 51.640.000 48.572.729	207.933.000	205.067.000	262.042.151	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	163.614.000 121.177.000 162.744.206	362.841.000	292.088.000	233.948.297	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	199.000	199.000	199.404	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	424.373.000 387.560.000 226.655.691	797.568.000	713.140.000	709.325.707	
		Zuschuss		105.845.000	105.944.000	110.236.830	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 95

Vgl. Erläuterungen zu 231 95.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0810 Bergverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-2	610	Gebühren und tarifliche Entgelte		900.000	900.000	1.073.713	810
112 01-9	610	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.000	1.000	511	1
119 01-3	610	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	4
122 10-3	632	Einnahmen aus Förderabgaben gem. § 31 Bundesberggesetz		260.533.000	260.533.000	230.081.347	140.452
122 11-1	632	Einnahmen aus Feldesabgaben gem. § 30 Bundesberggesetz		76.000	76.000	51.129	249
122 12-0	632	Einnahmen aus Förderzins auf Grund von Gewinnungsverträgen		4.000	4.000	—	5
124 01-7	610	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3.000	3.000	2.556	2
132 01-0	610	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	1.534	4
231 10-7	610	Erstattungen des Bundes für die Durchführung des Gesetzes zur Regelung des Meeresbodenbergbaugesetzes		3.000	3.000	2.556	2
232 10-3	610	Erstattung von Verwaltungsausgaben für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben		375.000	364.000	274.461	274
232 11-1	610	Erstattung von Reisekosten für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben		18.000	18.000	17.895	13
236 10-9	610	Erstattungen von der Bundesanstalt für Arbeit		32.000	32.000	31.905	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	
		A U S G A B E N					
422 01-8	610	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.155.000	4.138.000	4.104.396	2.680
422 04-2	610	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	56.000	56.000	56.498	59
422 19-0	610	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	610	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	7.000	44.891	45
425 01-7	610	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.206
425 03-3	610	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-1	610	Vergütungen der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	16.000	16.000	10.635	—
425 06-8	610	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-3	610	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	116
426 03-0	610	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-8	610	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-4	610	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1
427 01-0	610	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	49.000	49.000	48.828	2
427 31-1	610	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	4.000	4.000	3.835	1
427 42-7	610	Zur Fortbildung von Betriebsangehörigen der bergbaulichen Unternehmungen	—	1.000	1.000	1.432	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 01

Verwaltungsgebühren nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allg. Gebührenordnung – AllGO –) v. 22. 9. 1966 (Nds. GVBl. S. 191) in der jeweils geltenden Fassung.

Weniger infolge der Anpassung an das Ist-Ergebnis 2000.

Zu 112 01

Verwarnungs- und Bußgelder nach den entsprechenden Vorschriften.

Zu 122 10

Grundlage für die Erhebung einer Förderabgabe ist das Bundesberggesetz vom 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 122 11

Gem. § 30 Bundesberggesetz ist eine Feldesabgabe zu entrichten.

Zu 122 12

Aufkommen aus dem Förderzins aufgrund eines privatrechtlichen Gestattungsvertrages (Kalisalz).

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	3	3
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für	—	—
unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	3	3

Zu 232 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Verwaltungskostenbeiträge der Länder		
1. Schleswig-Holstein	281	273
2. Hamburg	56	55
3. Bremen	38	36
Zusammen	375	364

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 08 10 ist mit Wirkung vom 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
89,59	89,59	92,59	90,80

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	3,0
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	3,0
Bleibt Abgang	—	3,0

Noch zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	53,72	53,72	—	56
Angestellte	32,99	32,74	0,25	33
Lohnempfänger/-innen	2,88	2,88	—	3
Insgesamt	89,59	89,34	0,25	92

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	53,72	53,72	—	56
Angestellte	32,99	32,74	0,25	33
Lohnempfänger/-innen	2,88	2,88	—	3
Insgesamt	89,59	89,34	0,25	92

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	4 155	4 138

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 155	4 138
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	160	162
43	Versorgungsbezüge	1 047	1 000
44	Beihilfen, Unterstützungen	35	34
45	Personalbezogene Sachausgaben	36	36
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	30	–4
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		5 463	5 366

Zu 422 31

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für die gem. § 15 Sonderurlaubsverordnung vom Dienst freigestellten Beamtinnen und Beamte (sog. Vorruhestand).

Zu 427 01

Vergütungen für Vertretungen der Kanzleikräfte in Urlaubs- und Krankheitsfällen sowie für AB-Maßnahmen.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 Euro, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 Euro sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 13 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 427 42

Beamte der Bergverwaltung erhalten für Vorträge über Unfallverhütung eine Entschädigung von 6 EUR je Doppelstunde.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0810 Bergverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
453 01-0	610	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	31.000	31.000	30.678	17
453 11-8	610	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fort-bildungslehrgängen	—	—	—	—	—
459 10-8	610	Grubenentschädigung	—	5.000	5.000	5.113	3
511 01-0	610	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	145.000	145.000	16.361	16
514 01-0	610	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	10.000	10.000	11.197	9
517 01-9	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	100.000	100.000	11.402	11
519 01-1	610	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
525 01-1	610	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	22.000	22.000	23.366	24
526 01-8	610	Sachverständige	—	7.000	7.000	187.337	323
526 02-6	610	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	170.000	170.000	—	—
527 01-4	610	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	124.000	124.000	130.737	132
527 02-2	610	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso-nalvertretungs- und Schwerbehinderten-angelegenheiten	—	2.000	2.000	1.790	2
527 10-3	610	Reisekostenvergütungen für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben	—	18.000	18.000	17.895	21
529 10-6	610	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsiden-ten des Oberbergamtes	—	—	—	—	—
531 10-0	610	Veröffentlichungen	—	1.000	1.000	971	—
546 01-9	610	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 10-2	610	Schadensersatzleistungen und Unfallent-schädigungen	—	1.000	1.000	409	1
686 10-4	610	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	409	0
811 01-4	610	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	14.316	18
812 13-4	610	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	13.000	13.000	12.782	12
812 35-5	610	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
981 10-6	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	464.000	464.000	498.765	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Sicherheitsmaßnahmen bei der Erschließung nordwesteurop. Unterwassermineralvorkommen**	(—)	(15.000)	(15.000)	(15.850)	(15)
526 61-1	610	Sachverst.; Gerichts- und ähnl. Kosten	—	—	—	—	—
527 61-8	610	Reisekosten	—	14.000	14.000	15.339	14
547 61-9	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	1.000	1.000	511	1
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(60.000)	(60.000)	(31.394)	(127)
511 99-1	610	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	39.000	39.000	—	—
518 98-8	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-6	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-4	610	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	5.000	5.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 459 10

Bedienstete der Bergverwaltung erhalten für das dienstliche Befahren von Betriebsanlagen eine Entschädigung nach den Bestimmungen des RdErl. d. MW v. 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 1979 S. 54).

Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.

Zu 525 01

Zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der grubensicherheitlichen Aufgaben der Bergbehörde ist die ständige Weiterbildung der technischen Beamten durch vermehrte Teilnahme an Lehrgängen erforderlich.

Zu 527 10

Reisekosten für die auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben für die übrigen Küstenländer. Die Kosten werden erstattet und bei 232 10 vereinnahmt.

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 bei Kap. 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 686 10

Beiträge für nachstehende Institutionen:

1. Deutsche Gesellschaft für Mineralölwissenschaften und Kohlechemie, Hamburg
2. Deutsche Geologische Gesellschaft, Hannover
3. Gesellschaft deutscher Metallhütten und Bergleute, Clausthal-Zellerfeld

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Dienstzimmereinrichtungen	13	—
Fotokopierer für die Bergämter	—	13
Zusammen	13	13

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung bei der Erarbeitung von Sicherheitsbestimmungen für die Erschließung von Unterwasser-Mineralvorkommen ist die Bundesrepublik Deutschland in der Konferenz über Sicherheit und Sicherheitsvorkehrungen gegen Verschmutzung bei der Erschließung von Unterwasser-Mineralvorkommen vertreten. Die Zuständigkeit des OBA ergibt sich aus § 136 des Bundesberggesetzes (BBergG) vom 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310) i.V. mit dem RdErl. des MW v. 11. 4. 1983 (Nds. MBl. 1983 S. 483).

Im wesentlichen geht es um die Erarbeitung von Sicherheitsvorschriften für den Bau und den Betrieb von Bohrinseln und Pipelines auf dem Festlandsockel in der Nordsee.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0810 Bergverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 99-2	610	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	—	—	—	—
538 98-9	610	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	8.000	8.000	—	—
538 99-7	610	Dienstleistungen „Anderer“	—	2.000	2.000	15.339	28
547 99-6	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	1.000	1.000	716	—
812 98-3	610	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	—	—	—	—
812 99-1	610	Erwerb von Geräten	—	5.000	5.000	15.339	98
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			254.777	
		Abschluss Kapitel 08 10					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		261.519.000	261.519.000	231.211.812	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		428.000	417.000	326.817	
		Summe der Einnahmen		261.947.000	261.936.000	231.538.629	
		4 Personalausgaben	—	4.317.000	4.307.000	4.306.306	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	669.000	669.000	687.738	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.000	2.000	818	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	18.000	18.000	42.437	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	464.000	464.000	498.765	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.470.000	5.460.000	5.536.064	
		Überschuss		256.477.000	256.476.000	226.002.565	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.047.000	1.000.000	938.425	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		6.517.000	6.460.000	6.474.489	
		Überschuss einschl. Versorgungsanteil		255.430.000	255.476.000	225.064.140	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ausbau der Bürokommunikation	5	5
Zusammen	5	5

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0811 Mess- und Eichwesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	680	Ablieferungen des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-3	680	Zuführungen an den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen für laufende Zwecke ****Ausgaben dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	925.000	916.000	1.957.788	340
891 01-1	680	Zuführungen an den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen für Investitionen	—	470.000	590.000	549.894	383
		Abschluss Kapitel 08 11					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	925.000	916.000	1.957.788	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	470.000	590.000	549.894	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.395.000	1.506.000	2.507.682	
		Zuschuss		1.395.000	1.506.000	2.507.682	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 08 11 allgemein

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung vom 9. 12. 1997 ist zum 1. 1. 1998 der Landesbetrieb „Mess- und Eichwesen Niedersachsen“ (MEN) gemäß § 26 LHO errichtet worden.

Ab dem Haushaltsjahr 1999 erfolgt die Bewirtschaftung des Landesbetriebs nach Wirtschaftsplan mit kaufmännischem Rechnungswesen nach Kosten- und Leistungsrechnung.

Infolge der Einrichtung des Landesbetriebs wurden im Haushaltsjahr 1998 die bisher im Kapitel 03 08 veranschlagten Personal- und Sachausgaben für die von dem Dezernat S 4 des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes wahrgenommenen mittelinstanzlichen Aufgaben nach Kapitel 08 11 verlagert.

Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen

– Wirtschaftsjahr 2003 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Umsatzerlöse	—	—		Aufwendungen für Material	39 000	39 000	
Gebühren, Entgelte, Bußgelder				Aufwendungen für bezogene			
– Gebühren	7 264 000	7 264 000		Leistungen	44 000	44 000	
– Ordnungswidrigkeiten	125 000	125 000		Löhne, Gehälter, Besoldung			
– Gewerbliche Einnahmen	475 000	475 000		– Löhne für Arbeiter/-innen	915 000	911 000	
Aktivierte Eigenleistungen	—	—		– Gehälter für Angestellte	1 132 000	1 126 000	
sonst. betriebliche Erträge	32 000	39 000		– Nebenbezüge	3 000	3 000	
Skontoerträge	4 000	4 000		– Jubiläumszuwendungen	1 000	1 000	
Erstattung für Aufwendungen	105 000	105 000		– Dienstbezüge Beamte	3 221 000	3 205 000	
Zinserträge	—	—		– Versorg.-Aufw. für Beamte	967 000	962 000	
Außerordentliche Erträge	—	—		– Vergütungen für Praktikanten	4 000	4 000	
				– Verstärkungsmittel	—	—	
				Beihilfen/Unterst. f. Beamte	770 000	766 000	
				Versorgrückl. § 6 NVersRücklG	28 000	21 000	
				Erstattg. f. gesetzl. Unfallvers.	7 000	7 000	
				Miet- und Raumkosten	759 000	774 000	
				Bauunterhaltungsmittel	169 000	169 000	
				geringwertige Wirtschaftsgüter	61 000	61 000	
				Sonstige Personalaufwendungen	98 000	123 000	
				Aufwendungen für Rechte und Dienste	58 000	58 000	
				Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb	358 000	358 000	
				Sonst. Aufwendungen	296 000	296 000	
Erträge	8 005 000	8 012 000		Aufwand	8 930 000	8 928 000	
				Ergebnis des Geschäftsbetriebes	– 925 000	– 916 000	

II. Finanzplan

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Investitionen	478 000	595 000		Erlöse aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	8 000	5 000	
				Zuweisungen für Investitionen	470 000	590 000	
				Zuführungen a. d. Rücklage	—	—	
				Zuführungen aus dem Erfolgsplan	—	—	
Investitionssumme	478 000	595 000		Summe Deckungsmittel	478 000	595 000	

Erläuterungen zum Finanzplan

Fahrzeuge	226 000 EUR
Fachgeräte	57 000 EUR
Betriebs-, Geschäfts- und DV-Ausstattung	195 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Betriebsmittelzuschussbedarf 08 11 Titel 682 01	925 000	916 000	
Investitionszuschuss 08 11 Titel 891 01	470 000	590 000	
Ablieferung 08 11 Titel 121 02	—	—	

Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen

– Wirtschaftsjahr 2002 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Umsatzerlöse	—	—	—	Aufwendungen für Material	39 000	60 000	39 000
Gebühren, Entgelte, Bußgelder				Aufwendungen für bezogene			
– Gebühren	7 264 000	6 186 000	6 055 000	Leistungen	44 000	65 000	36 000
– Ordnungswidrigkeiten	125 000	102 000	168 000	Löhne, Gehälter, Besoldung			
– Gewerbliche Einnahmen	475 000	460 000	432 000	– Löhne für Arbeiter/-innen	911 000	1 178 000	912 000
Aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	– Gehälter für Angestellte	1 126 000	1 289 000	1 128 000
sonst. betriebliche Erträge	39 000	34 000	30 000	– Nebenbezüge	3 000	3 000	2 000
Skontoerträge	4 000	—	4 000	– Jubiläumszuwendungen	1 000	1 000	1 000
Erstattung für Aufwendungen	105 000	—	105 000	– Dienstbezüge Beamte	3 205 000	3 288 000	3 043 000
Zinserträge	—	—	—	– Versorg.-Aufw. für Beamte	962 000	987 000	—
Außerordentliche Erträge	—	—	1 000	– Vergütungen für Praktikanten	4 000	4 000	—
				– Verstärkungsmittel	—	165 000	—
				Beihilfen/Unterst. f. Beamte	766 000	190 000	665 000
				Versorgrückl. § 6 NVersRücklG	21 000	—	—
				Erstattg. f. gesetzl. Unfallvers.	7 000	—	—
				Miet- und Raumkosten	774 000	785 000	143 000
				Bauunterhaltungsmittel	169 000	—	—
				geringwertige Wirtschaftsgüter	61 000	—	61 000
				Sonstige Personalaufwendungen	123 000	74 000	90 000
				Aufwendungen für Rechte und Dienste	58 000	62 000	47 000
				Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb	358 000	385 000	370 000
				Sonst. Aufwendungen	296 000	242 000	238 000
Erträge	8 012 000	6 782 000	6 795 000	Aufwand	8 928 000	8 778 000	6 775 000
				Ergebnis des Geschäftsbetriebes	– 916 000	– 1 996 000	20 000

II. Finanzplan

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Investitionen	595 000	571 000	602 000	Erlöse aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	5 000	21 000	8 000
				Zuweisungen für Investitionen	590 000	550 000	384 000
				Zuführungen a. d. Rücklage	—	—	185 000
				Zuführungen aus dem Erfolgsplan	—	—	25 000
Investitionssumme	595 000	571 000	602 000	Summe Deckungsmittel	595 000	571 000	602 000

Erläuterungen zum Finanzplan

Fahrzeuge	157 000 EUR
Fachgeräte	151 000 EUR
Betriebs-, Geschäfts- und DV-Ausstattung	287 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Betriebsmittelzuschussbedarf 08 11 Titel 682 01	916 000	1 996 000	—
Investitionszuschuss 08 11 Titel 891 01	590 000	550 000	384 000
Ablieferung 08 11 Titel 121 02	—	—	—

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte	[2]) 2 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber
II a	1	1	—		
III	—	—	1		
IV a	1	1	1		
V b	2	2	2		
V c	2	2	2		
VI b	14	14	14		
VII[2])	2	2	2		
VIII	6	6	6		
IX b	1	1	1		
IX b - VII	2	2	2		
	31	31	31	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
MTL 4	1	1	1		
MTL 2	33	33	33		
	34	34	34	Zusammen	

Erläuterung der Haushaltsvermerke:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (2 kw bei automatisierter Erstellung der Kostenbescheide über die zu entrichtenden Eichgebühren – spätestens zum 31. 12. 2001 –) ist weggefallen; dafür neuer Haushaltsvermerk Nr. 2.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0813 Materialprüfanstalten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-7	680	Ablieferungen der Materialprüfanstalten		—	—	—	322
		A U S G A B E N					
682 01-0	680	Zuführungen an die Materialprüfanstalten für laufende Zwecke ****Ausgaben in Höhe von 286.000 EUR im Haushaltsjahr 2002 sowie Ausgaben in Höhe von 288.000 EUR im Haushaltsjahr 2003 dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	777.000	1.106.000	1.918.623	822
891 01-9	680	Zuführungen an die Materialprüfanstalten für Investitionen	—	785.000	1.199.000	1.100.300	1.116
		Abschluss Kapitel 08 13					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	777.000	1.106.000	1.918.623	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	785.000	1.199.000	1.100.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.562.000	2.305.000	3.018.923	
		Zuschuss		1.562.000	2.305.000	3.018.923	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 08 13 allgemein:

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung vom 10. 6. 1997 sind zum 1. 1. 1998 fünf Landesbetriebe „Materialprüfanstalten“ gemäß § 26 LHO errichtet worden. Diese sind:

1. die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (1. MPA),
2. die Materialprüfanstalt für Werkstoffe des Maschinenwesens und Kunststoffe, Hannover (2. MPA),
3. die Materialprüfanstalt für Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Hannover (3. MPA),
4. die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (4. MPA),
5. die Materialprüfanstalt für Nichtmetallische Werkstoffe, Clausthal-Zellerfeld (5. MPA).

Gleichzeitig ist die „Zentrale für Amtliches Materialprüfwesen in Niedersachsen“ (ZAMP) aufgelöst worden. Die Aufgaben der ZAMP sind auf die Materialprüfanstalten übergegangen.

Ab dem Haushaltsjahr 1999 erfolgt die Bewirtschaftung der fünf Landesbetriebe nach Wirtschaftsplan mit kaufmännischem Rechnungswesen nach Kosten- und Leistungsrechnung.

Zu 121 02

Leertitel für die Vereinnahmung der erwirtschafteten Überschüsse des Vorjahres.

Zu 682 01 und 891 01

Haushaltsmäßiges Gesamtergebnis der fünf Materialprüfanstalten 2003 (in Tsd. EUR)

	Gesamt	1. MPA	2. MPA	3. MPA	4. MPA	5. MPA
Betriebskostenzuschuss Titel 682 01	777	121	356	177	23	100
Investitionszuschuss Titel 891 01	785	139	105	23	468	50

Haushaltsmäßiges Gesamtergebnis der fünf Materialprüfanstalten 2002 (in Tsd. EUR)

	Gesamt	1. MPA	2. MPA	3. MPA	4. MPA	5. MPA
Betriebskostenzuschuss Titel 682 01	1 106	185	456	218	84	163
Investitionszuschuss Titel 891 01	1 199	359	144	73	573	50

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover, (1. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2003 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Umsatzerlöse	1 902 000	1 829 000		Personalaufwand	1 561 000	1 571 000	
Sonstige betriebliche Erträge	—	—		Sachaufwendungen	462 000	443 000	
				Steuern und Abgaben	—	—	
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	
Betriebliche Erträge	1 902 000	1 829 000		Betriebliche Aufwendungen	2 023 000	2 014 000	
				Betriebsergebnis	–121 000	–185 000	
				Finanzergebnis	—	—	
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–121 000	–185 000	
				sonstige Steuern	—	—	
				Gewinn/Verlust	–121 000	–185 000	

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Finanzierung	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	56 000	56 000		Abschreibungen	—	—	
Langfristige Anlagegüter	390 000	410 000		Zuschuss für Investitionen	139 000	359 000	
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	
				sonstige Zuführungen	307 000	107 000	
Finanzbedarf	446 000	466 000		Finanzdeckung	446 000	466 000	

Investitionen (1. MPA) (2001)

Software	56 000 EUR
Prüfmaschine für Druck und Zug	307 000 EUR
Unvorhergesehene Ersatzbeschaffungen	83 000 EUR
Zusammen	446 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Ablieferung	—	—	
Betriebskostenzuschuss	121 000	185 000	
Investitionszuschuss	139 000	359 000	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover, (1. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2002 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Umsatzerlöse	1 829 000	1 789 522	1 727 901	Personalaufwand	1 571 000	1 637 668	1 519 451
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	443 000	504 799	257 568
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	1 829 000	1 789 522	1 727 901	Betriebliche Aufwendungen	2 014 000	2 142 467	1 777 037
				Betriebsergebnis	–185 000	–352 945	–49 136
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–185 000	–352 945	–49 136
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	–185 000	–352 945	–49 136

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Finanzierung	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	56 000	58 799	53 683	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	410 000	173 839	193 600	Zuschuss für Investitionen	359 000	232 638	209 118
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	—
				sonstige Zuführungen	107 000	—	38 165
Finanzbedarf	466 000	232 638	247 283	Finanzdeckung	466 000	232 638	247 283

Investitionen (1. MPA) (2001)

Software	56 000	EUR
Prüfmaschine für Druck und Zug	307 000	EUR
Unvorhergesehene Ersatzbeschafffungen	103 000	EUR
Zusammen	466 000	EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	185 000	352 945	49 136
Investitionszuschuss	359 000	232 638	209 118

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (1. MPA)

Verg.-Gr. Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte	
I b	3	3	3		
II a	2	2	2		
III	1	1	1		
IV a	5	5	5		
IV b	1	1	1		
V b	1	1	1		
V c	2	2	2		
VI b	4	4	4		
VII	4	4	4		
	23	23	23	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
8 a	2	2	2		
7	3	3	3		
6	1	1	1		
5	2	2	2		
	8	8	8	Zusammen	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für Werkstoffe des Maschinenwesens und Kunststoffe, Hannover, (2. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2003 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Umsatzerlöse	1 879 000	1 789 000		Personalaufwand	1 634 000	1 653 000	
Sonstige betriebliche Erträge	—	—		Sachaufwendungen	601 000	592 000	
				Steuern und Abgaben	—	—	
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	
Betriebliche Erträge	1 879 000	1 789 900		Betriebliche Aufwendungen	2 235 000	2 245 000	
				Betriebsergebnis	–356 000	–456 000	
				Finanzergebnis	—	—	
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–356 000	–456 000	
				sonstige Steuern	—	—	
				Gewinn/Verlust	–356 000	–456 000	

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Finanzierung	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	10 000	10 000		Abschreibungen	—	—	
Langfristige Anlagegüter	95 000	134 000		Zuschuss für Investitionen	105 000	144 000	
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	
				sonstige Zuführungen	—	—	
Finanzbedarf	105 000	144 000		Finanzdeckung	105 000	144 000	

Investitionen (2. MPA) (2001)

Software		10 000 EUR
Technische Anlagen und Maschinen		95 000 EUR
	Zusammen	105 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Ablieferung	—	—	
Betriebskostenzuschuss	356 000	456 000	
Investitionszuschuss	105 000	144 000	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für Werkstoffe des Maschinenwesens und Kunststoffe, Hannover, (2. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2002 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Umsatzerlöse	1 789 000	2 040 055	1 486 086	Personalaufwand	1 653 000	1 837 855	1 633 582
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	592 000	703 505	360 288
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	1 789 000	2 040 055	1 486 086	Betriebliche Aufwendungen	2 245 000	2 541 361	1 993 870
				Betriebsergebnis	–456 000	–501 306	–507 804
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–456 000	–501 306	–507 804
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	–456 000	–501 306	–507 804

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Finanzierung	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	10 000	46 016	79 985	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	134 000	204 517	205 447	Zuschuss für Investitionen	144 000	199 404	219 856
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	—
				sonstige Zuführungen	—	51 129	65 576
Finanzbedarf	144 000	250 533	285 432	Finanzdeckung	144 000	250 533	285 432

Investitionen (2. MPA) (2001)

Software	10 000	EUR
Technische Anlagen und Maschinen	134 000	EUR
Zusammen	144 000	EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	456 000	501 306	507 804
Investitionszuschuss	144 000	199 404	219 856

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (2. MPA)

Verg.-Gr. Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte	
I a	2	2	2		
I b	3	3	2		
II a	4	4	2		
III	1	—	3		
IV a	1	1	3		
IV b	2	2	2		
V b	8	8	8		
V c	2	2	3		
VI b	1	1	3		
VII	2	2	3		
VIII	—	—	1		
	26	25	32	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
9	1	1	1		
8/8a	2	2	2		
	3	3	3	Zusammen	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Hannover, (3. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2003 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Umsatzerlöse	930 000	900 000		Personalaufwand	912 000	915 000	
Sonstige betriebliche Erträge	—	—		Sachaufwendungen	195 000	203 000	
				Steuern und Abgaben	—	—	
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	
Betriebliche Erträge	930 000	900 000		Betriebliche Aufwendungen	1 107 000	1 118 000	
				Betriebsergebnis	–177 000	–218 000	
				Finanzergebnis	—	—	
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–177 000	–218 000	
				sonstige Steuern	—	—	
				Gewinn/Verlust	–177 000	–218 000	

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Finanzierung	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	12 000	20 000		Abschreibungen	—	—	
Langfristige Anlagegüter	60 000	100 000		Zuschuss für Investitionen	23 000	73 000	
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	
				sonstige Zuführungen	49 000	47 000	
Finanzbedarf	72 000	120 000		Finanzdeckung	72 000	120 000	

Investitionen (3. MPA) (2001)

Software	12 000 EUR
Technische Anlagen und Maschinen	60 000 EUR
Zusammen	72 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Ablieferung	—	—	
Betriebskostenzuschuss	177 000	218 000	
Investitionszuschuss	23 000	73 000	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Hannover, (3. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2002 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Umsatzerlöse	900 000	927 893	861 021	Personalaufwand	915 000	935 333	905 945
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	203 000	255 778	158 149
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	900 000	927 893	861 021	Betriebliche Aufwendungen	1 118 000	1 191 110	1 064 094
				Betriebsergebnis	–218 000	–263 218	–203 073
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–218 000	–263 218	–203 073
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	–218 000	–263 218	–203 073

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Finanzierung	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	20 000	39 881	36 450	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	100 000	57 265	29 282	Zuschuss für Investitionen	73 000	97 145	101 747
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	–36 015
				sonstige Zuführungen	47 000	—	—
Finanzbedarf	120 000	97 145	65 732	Finanzdeckung	120 000	97 145	65 732

Investitionen (3. MPA) (2001)

Software	20 000	EUR
Technische Anlagen und Maschinen	100 000	EUR
Zusammen	120 000	EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	218 000	263 218	203 073
Investitionszuschuss	73 000	97 145	101 747

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (3. MPA)

Verg.-Gr. Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte	
I a	1	1	—		
I b	—	—	1		
IV a	3	3	3		
IV b	4	4	3		
V b	3	3	4		
V c	4	4	2		
VI b	1	1	3		
	16	16	16	Zusammen	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig, (4. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2003 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Umsatzerlöse	6 339 000	6 309 000	5	Personalaufwand	5 084 000	5 074 000	
Sonstige betriebliche Erträge	—	—		Sachaufwendungen	1 278 000	1 319 000	
				Steuern und Abgaben	—	—	
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	
Betriebliche Erträge	6 339 000	6 309 000		Betriebliche Aufwendungen	6 362 000	6 393 000	
				Betriebsergebnis	–23 000	–84 000	
				Finanzergebnis	—	—	
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–23 000	–84 000	
				sonstige Steuern	—	—	
				Gewinn/Verlust	–23 000	–84 000	

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Finanzierung	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	217 000	220 000		Abschreibungen	—	—	
Langfristige Anlagegüter	471 000	473 000		Zuschuss für Investitionen	468 000	573 000	
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	
				sonstige Zuführungen	220 000	120 000	
Finanzbedarf	688 000	693 000		Finanzdeckung	688 000	693 000	

Investitionen (4. MPA) (2001)

PKW		18 000 EUR
Software		199 000 EUR
Technische Anlagen und Maschinen		471 000 EUR
	Zusammen	688 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Ablieferung	—	—	
Betriebskostenzuschuss	23 000	84 000	
Investitionszuschuss	468 000	573 000	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig, (4. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2002 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Umsatzerlöse	6 309 000	6 007 680	6 500 328	Personalaufwand	5 074 000	5 087 674	4 859 716
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	1 319 000	1 233 937	1 291 577
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	6 309 000	6 007 680	6 500 328	Betriebliche Aufwendungen	6 393 000	6 321 611	6 151 293
				Betriebsergebnis	–84 000	–313 931	349 035
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–84 000	–313 931	349 035
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	–84 000	–313 931	349 035

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Finanzierung	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	220 000	148 275	213 735	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	473 000	618 663	347 771	Zuschuss für Investitionen	573 000	511 292	511 292
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	50 214
				sonstige Zuführungen	120 000	255 646	—
Finanzbedarf	693 000	766 938	561 506	Finanzdeckung	693 000	766 938	561 506

Investitionen (4. MPA) (2001)

PKW	18 000 EUR
Software	202 000 EUR
Technische Anlagen und Maschinen	473 000 EUR
Zusammen	693 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	84 000	313 931	—
Investitionszuschuss	573 000	511 292	511 292

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (4. MPA)

Verg.-Gr. Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte	
I b	3	3	5		
II a	14	14	10		
III	7	7	6		
IV a	9	9	7		
IV b	9	9	8		
V b	7	7	8		
V c	8	8	10		
VI b	7	7	9		
VII	7	7	5		
VIII	2	2	3		
	73	73	71	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
8a	19	19	21		
8	4	4	4		
6	2	2	2		
	25	25	27	Zusammen	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für Nichtmetallische Werkstoffe, Clausthal-Zellerfeld, (5. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2003 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR		Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Umsatzerlöse	715 000	705 000		Personalaufwand	735 000	765 000	
Sonstige betriebliche Erträge	—	—		Sachaufwendungen	80 000	103 000	
				Steuern und Abgaben	—	—	
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	
Betriebliche Erträge	715 000	705 000		Betriebliche Aufwendungen	815 000	868 000	
				Betriebsergebnis	–100 000	–163 000	
				Finanzergebnis	—	—	
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–100 000	–163 000	
				sonstige Steuern	—	—	
				Gewinn/Verlust	–100 000	–163 000	

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Finanzierung	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	14 000	13 000		Abschreibungen	—	—	
Langfristige Anlagegüter	40 000	37 000		Zuschuss für Investitionen	50 000	50 000	
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	
				sonstige Zuführungen	4 000	—	
Finanzbedarf	54 000	50 000		Finanzdeckung	54 000	50 000	

Investitionen (5. MPA) (2001)

Software	14 000 EUR
Technische Anlagen und Maschinen	40 000 EUR
Zusammen	54 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Ablieferung	—	—	
Betriebskostenzuschuss	100 000	163 000	
Investitionszuschuss	50 000	50 000	

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für Nichtmetallische Werkstoffe, Clausthal-Zellerfeld, (5. MPA)

– Wirtschaftsjahr 2002 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Umsatzerlöse	705 000	682 575	732 460	Personalaufwand	765 000	786 469	756 361
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	103 000	110 874	103 932
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	705 000	682 575	723 460	Betriebliche Aufwendungen	868 000	897 343	860 292
				Betriebsergebnis	–163 000	–214 768	–127 832
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–163 000	–214 768	–127 832
				832sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	–163 000	–214 768	–127 832

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR	Finanzierung	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Kurzfristige Anlagegüter	13 000	29 144	13 392	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	37 000	40 903	37 736	Zuschuss für Investitionen	50 000	59 821	51 128
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	—
				sonstige Zuführungen	—	10 226	—
Finanzbedarf	50 000	70 047	51 128	Finanzdeckung	50 000	70 047	51 128

Investitionen (5. MPA) (2001)

Software	13 000 EUR
Technische Anlagen und Maschinen	37 000 EUR
Zusammen	50 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	163 000	214 768	127 832
Investitionszuschuss	50 000	59 821	51 128

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (5. MPA)

Verg.-Gr. Lohn.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Haushaltsvermerke
				Angestellte	
Ib	3	3	3		
IV a	3	3	3		
V b	1	1	1		
V c	2	2	1		
VI b	1	1	2		
VII	2	2	1		
VIII	1	1	1		
	13	13	12	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
7/7a	2	2	3		
	2	2	3	Zusammen	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bodenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-1	177	Gebühren und tarifliche Entgelte		500.000	500.000	1.431.617	452
119 01-2	177	Vermischte Einnahmen		14.000	14.000	—	—
119 02-0	177	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 10.* ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		26.000	26.000	25.565	50
119 03-9	177	Einnahmen aus Nebentätigkeiten * *Vgl. K-Vermerk zu 511 01.*		1.000	1.000	1.023	—
124 01-6	177	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung * *Vgl. K-Vermerk zu 518 01.*		3.000	3.000	3.068	3
132 01-9	177	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen * *Vgl. K-Vermerk zu 511 01.*		16.000	16.000	2.045	1
232 10-2	177	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Wahrnehmung des geologischen Dienstes		78.000	78.000	77.716	266
235 01-2	177	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		102.000	102.000	102.258	7
381 10-8	990	Verrechnung mit 1556 - 981 13		153.000	153.000	120.256	132
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Forschungsvorhaben und Untersuchungen für Dritte und nieders. Landesbehörden**		(1.319.000)	(1.345.000)	(1.533.875)	(1.329)
231 64-5	177	Sonstige Zuweisungen vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		327.000	327.000	326.664	—
232 64-1	177	Sonstige Zuweisungen von Ländern * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
271 64-7	177	Erstattungen von der EU * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
281 64-2	177	Sonstige Erstattungen aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		915.000	915.000	914.599	856
286 64-4	177	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	33
381 64-7	990	Verrechnung mit 15 01 - 981 65 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		77.000	103.000	292.612	440
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				18.917	
		A U S G A B E N					
422 01-7	177	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets ****Erstattungen vom Bund im Rahmen des Verwaltungsabkommens vom 17./26.11.1958 dürfen durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.* *Gemäß §17 Abs.1 S.2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	10.067.000	10.375.000	10.081.347	3.229
422 19-0	177	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-9	177	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	182.000	226.000	223.435	261
425 01-6	177	Vergütungen der Angestellten ****Vgl. Vermerk zu 422 01.*	—	—	—	—	6.119
425 03-2	177	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-0	177	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	38

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 08 18

Ab dem Haushaltsjahr 1998 wird bei Kapitel 08 18 der Modellversuch zur Flexibilisierung der Haushaltswirtschaft durchgeführt. Folgende Haushaltsstellen werden in die Flexibilisierung einbezogen:

425 04, 425 06, 426 04, 426 06, 427 01, 427 10, 459 10, 511 01, 514 10, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 519 02, 523 10, 525 01, 525 02, 525 10, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 10, 537 10, 537 11, 537 12, 546 01, 546 03, 631 10, 686 10, 811 01, 812 13, 812 19, 812 35, 511 99, 514 99, 518 98, 518 99, 525 98, 525 99, 538 98, 538 99, 547 99, 812 98, 812 99.

Hierfür wird folgende Bewirtschaftung zugelassen:
Die Ausgaben der HGrn. 4 bis 6 einerseits und innerhalb der HGr. 8 andererseits sind gegenseitig deckungsfähig. Außerdem sind die Ausgaben der HGrn. 4 bis 6 einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben der HGr. 8.

Sämtliche in die Budgetierung einbezogenen Titel sind übertragbar.

Die vereinbarte Effizienzdividende gem. § 5 HG beträgt z. Zt. 3. v. H. der Budgetsumme.

Zu 111 01

Vergütungen und Auslagen für die Erstattung von Gutachten, gutachterlichen Stellungnahmen, Beratungen und für Auskünfte nach der Vergütungsordnung vom 1. 1. 1990 (RdErl. MW v. 21. 12. 1989 – Nds. MBl. S. 91 –), dem Vergütungsverzeichnis für das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung vom 1. 4. 1990 (Erl. d. MW vom 26. 1. 1995 – Nds. MBl. S. 24 –) und der Preisliste für Leistungen des Nds. Landesamtes für Bodenforschung im Bereich Bodenmechanik, Erd- und Grundbau vom 1. 1. 1991 (Erl. MW v. 26. 1. 1995 – Nds. MBl. S. 24 –) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Vergütungssätze wurden mit Wirkung vom 1. 1. 2000 erhöht.

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf von geologischen Jahrbüchern, der Beihefte und von Kartenwerken.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	—	—
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	—
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	2	2
5. Sonstige Mieten und Pachten	1	1
Zusammen	3	3

Zu 232 10

Verwaltungskostenbeitrag der Freien Hansestadt Bremen für die Wahrnehmung des geologischen Landesdienstes gemäß Vertrag vom 23./30. 8. 1999.

Mit dem Beitrag ist die laufende allgemeine Beratung der Bremer Landesdienststellen abgegolten.

Zu 381 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erstattungen der Selbstkosten für Aufträge von Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung, hier: Zuführung aus der Wasserentnahmegebühr		
15 56 – 981 13	153	153

Zu Titelgruppe 64

Weniger aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 2000.

Zu 231 64, 271 64, 281 64 und 286 64

Das Landesamt beantragt im Rahmen seiner geowissenschaftlichen Tätigkeit Zuwendungen für Forschungsvorhaben beim Bund (BMBF, BMU, BMI u. a.) sowie bei sonstigen Dritten (EU, DFG, Wirtschaftsverbände usw.). Die nach den Richtlinien der Zuwendungsgeber geförderten Aufwendungen werden hier vereinnahmt und bei der Ausgabetitelgruppe 64 verausgabt.

Zu 381 64

Erstattungen der Selbstkosten für Aufträge von Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung.

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 08 18 ist mit Wirkung vom 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
188,91	198,41	205,76	190,62

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	7,00	4,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	2,50	3,35
Summe Abgänge	9,50	7,35
Bleibt Abgang	9,50	7,35

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	90,50	90,50	—	92
Angestellte	90,41	90,41	—	95
Lohnempfänger/-innen	8,00	7,00	1,00	7
Insgesamt	188,91	187,91	1,00	194

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	93,00	93,00	—	94
Angestellte	96,41	96,41	—	99
Lohnempfänger/-innen	9,00	8,00	1,00	8
Insgesamt	198,41	197,41	1,00	201

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	10 067	10 375

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	10 067	10 375
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 374	1 439
43	Versorgungsbezüge	1 281	1 275
44	Beihilfen, Unterstützungen	94	93
45	Personalbezogene Sachausgaben	7	7
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	81	–11
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		12 904	13 178

Zu 422 31

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für die gem. § 15 Sonderurlaubsverordnung vom Dienst freigestellten Beamtinnen und Beamte (sog. Vorruhestand).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bodenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 06-7	177	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	4.000	4.000	4.193	—
426 01-2	177	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	247
426 03-9	177	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	19
426 04-7	177	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-3	177	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-9	177	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	331.000	331.000	330.908	111
427 02-7	177	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-8	177	Sonstige Beschäftigungsentgelte	—	—	—	—	—
427 39-6	177	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	5.000	5.000	4.806	—
453 01-0	177	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	1.000	1.000	511	1
459 10-7	177	Grubenentschädigung	—	1.000	1.000	511	—
511 01-0	177	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 03 und 132 01.*	—	148.000	148.000	31.649	41
514 10-8	177	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	—	131.000	131.000	—	—
517 01-8	177	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	57.000	57.000	10.737	11
518 01-4	177	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 01.*	—	224.000	224.000	240.307	215
518 02-2	177	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	2.000	2.000	—	—
519 01-0	177	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.*	—	29.000	29.000	—	1
519 02-9	177	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5.000	5.000	5.113	—
523 10-7	177	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	37.000	37.000	37.324	41
525 01-0	177	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	26.000	26.000	25.565	84
525 02-9	177	Lehr- und Lernmittel	—	1.000	1.000	511	—
525 10-0	177	Zentrale Fortbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet der angewandten Geowissenschaften	—	4.000	4.000	3.528	1
526 01-7	177	Sachverständige	—	16.000	16.000	24.031	13
526 02-5	177	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.000	3.000	—	—
527 01-3	177	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	109.000	109.000	118.824	108
527 02-1	177	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	1.329	0
529 10-5	177	Zur Verfügung der Präsidentin / des Präsidenten des Landesamtes für Bodenforschung	—	—	—	409	0
531 10-0	177	Veröffentlichungen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 02.*	—	136.000	136.000	143.417	198

Zu 459 10

Die Bediensteten des Landesamtes für Bodenforschung erhalten nach den Bestimmungen des RdErl. des MW vom 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 79 S. 54) für das dienstliche Befahren von Betriebsanlagen, die der Bergaufsicht unterliegen, eine Entschädigung in Höhe von je 4,60 EUR für Befahrungen unter Tage und in Höhe von je 2,30 EUR für Befahrungen über Tage bei einer Dauer von mehr als 2 Stunden.

Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.

Zu 518 01

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Zusammen EUR
2002	144 000	—	—	144 000
2003	144 000	—	—	144 000
2004	144 000	—	—	144 000
2005 ff.	288 000	—	—	288 000

Zu 519 01

Bauunterhaltung für Dienstgebäude in Bremen, Grubenhagen, Hannover.

Zu 525 01

Veranschlagt sind die Kosten für Ausbildung und berufsbegleitende Fortbildung insbesondere auf dem Gebiet der EDV sowie für Fachtagungen.

Zu 525 02

Veranschlagt sind die Kosten für Lehr-, Unterrichts- und Anschauungsmaterial für die Ausbildung von Kartographenauszubildende, Chemielaboranten und eines Kfz-Mechanikers.

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 bei Kap. 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *531 10-0*		****Zuschüsse von Autoren und sonstigen Dritten fließen den Ausgaben zu.*					
537 10-8	177	Bohrungen sowie geowissenschaftliche und bodenkundliche Untersuchungen	—	53.000	53.000	53.123	176
537 11-6	177	Rohstoffsicherungsprogramm	—	103.000	103.000	113.302	125
537 12-4	177	Sicherung seismischer Daten aus dem tiefen Untergrund	—	—	—	—	—
546 01-8	177	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	511	0
546 02-6	177	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2.000	2.000	2.045	5
546 03-4	177	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
546 05-0	177	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
549 10-6	989	Effizienzdividende gemäß HG	—	–79.000	–83.000	–82.216	—
631 10-4	177	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	591.000	591.000	591.207	427
686 10-3	177	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	4.000	4.000	3.681	4
811 01-3	177	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	16.000	156.000	—	20
812 05-2	177	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
812 13-3	177	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	26
812 15-0	177	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
812 19-2	177	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	38.347	38
812 35-4	177	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	174.000	174.000	173.839	167
981 10-5	990	Verrechnung mit 13 21 - 381 08	—	94.000	94.000	202.523	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Forschungsvorhaben und Untersuchungen für Dritte und nieders. Landesbehörden** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 64, 232 64, 271 64, 281 64, 286 64 und 381 64.*	(—)	(1.319.000)	(1.345.000)	(1.533.876)	(1.134)
427 64-7	177	Beschäftigungsentgelte f. Aushilfskräfte bei kurzfristigen Geländeeinsätzen	—	—	—	—	—
429 64-0	177	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	812.000	838.000	1.026.521	766
459 64-6	177	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	5.000	5.000	5.113	—
537 64-7	177	Dienstleistungen Außenstehender	—	82.000	82.000	81.807	54
547 64-2	177	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	420.000	420.000	420.435	314
811 64-1	177	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 64-8	177	Erwerb von Spezialgeräten für Untersuchungsaufgaben	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(436.000)	(436.000)	(291.385)	(389)
511 99-0	610	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	144.000	144.000	—	—
514 99-0	177	Verbrauchsmittel	—	12.000	12.000	11.504	42

ERLÄUTERUNGEN

Zu 537 10

Veranschlagt sind die Kosten der Untersuchungsarbeiten und Untersuchungsbohrungen insbesondere für Geländeuntersuchungen und für wirtschaftsorientierte geowissenschaftliche Grundlagenforschung.

Zu 537 11

Das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung wurde von der Landesregierung beauftragt, an einem Rohstoffsicherungsprogramm mitzuarbeiten. Dieses Programm hat zum Ziel, die im Landesraumordnungsprogramm gemachten Aussagen zur Rohstoffsicherung zu ergänzen, für wichtige Planungs- und Genehmigungsentscheidungen präzise Kenntnisse über Rohstoffe und Lagerstätten vorzubereiten und einen umweltschonenden Abbau und Verbrauch zu konzipieren. Außerdem sollen der Rohstoffbedarf und Möglichkeiten untersucht werden, diesen durch Substitution, Recycling und Spartechnologien zu verringern.

Zu 546 01

Ausgaben, die nicht bei einem der vorangehenden Ausgabetitel für sächliche Verwaltungsausgaben nachgewiesen werden können, wie Kranzspenden usw.

Zu 546 02

Veranschlagt für Ersatzleistungen zur Regulierung von Schäden u. a. gem. § 96 NBG.

Zu 549 10

Vereinbarte Effizienzdividende gem. § 5 HG.

Zu 631 10

Nach dem Vertrag vom 7./8. 3. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen über die Errichtung und Nutzung eines gemeinsamen Dienstgebäudes für die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung sind die Personalkosten für den Inneren Dienst und die Sachkosten für die gemeinsame Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude vom Land Niedersachsen anteilig an den Bund zu erstatten.

Veranschlagt sind:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Personalkosten gemäß § 7 des Hausvertrages	187	187
2. Sachkosten gem. §§ 4 und 8 des Hausvertrages	404	404
Zusammen	591	591

Zu 686 10

Mitgliedsbeiträge an die nachfolgend aufgelisteten Vereine, Verbände und Gesellschaften.

1. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V., Eschborn
2. Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle, Hamburg
3. Geologische Vereinigung, Mendig
4. Paläontologische Gesellschaft, Frankfurt/M.
5. Deutsche und Internationale Bodenkundliche Gesellschaft, Oldenburg
6. Oberrheinischer Geologischer Verein e. V., Karlsruhe
7. Verband der Deutschen Höhlen- und Karstforscher e. V., München
8. Deutsche Geologische Gesellschaft, Hannover
9. Verband Deutscher landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten, Darmstadt
10. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V., Frankfurt/M.
11. Deutsche Gesellschaft für Moor- und Torfkunde e.V., Hannover
12. Verein zur Förderung des Deutschen Forschungsnetzes e. V. (DFN-Verein), Berlin

Zu 811 01 (2003)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. Tsd. EUR	Sonderausstattung u. a. Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
1 PKW-Kombi, 2,0 l, 85 KW	14	2
Als Sonderausstattung ist vorgesehen:		
Radio, Heckscheibenwischer und -waschanlage, Nebelscheinwerfer, Fahrer- und Beifahrerairbag, ABS, Kopfstützen hinten, Sicherheitsnetz im Laderaum		
Insgesamt	16	

Zu 811 01 (2002)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. Tsd. EUR	Sonderausstattung u. a. Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
1. Bohrgerät auf Trägerfahrzeug	128	—
2. PKW-Kombi, 2,5 l, 85 KW	26	2
zu 1.: Das Trägerfahrzeug wurde im Jahr 2001 beschafft.		
zu 2.: Als Sonderausstattung ist vorgesehen: Nebelscheinwerfer, Unterbodenschutz, Gummifußboden im Fahrgastraum, Anhängevorrichtung, Standheizung, Fahrer- und Beifahrerairbag, Hartfaserverkleidung.		
Insgesamt	156	

Zu 812 35

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erstbeschaffung:		
Lysimeterstation	61	—
Aufschlussapparatur	18	—
2 Lysimeterstationen	—	118
FOC und TON-Apparatur	—	36
Module für Versuchssystem für Resonant-Columen-Versuche	—	20
Ersatzbeschaffung:		
Atomabsorptions-Spektrometer	95	—
Zusammen	174	174

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 64

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen des Landesamtes, die es im Rahmen seiner geowissenschaftlichen Forschungstätigkeiten aus besonderen Forschungsmitteln des Bundes, der Länder und sonstiger Dritter durchführt.

Zu 429 64

Entsprechend der Zahl und Art der Aufträge werden an Hilfskräften voraussichtlich benötigt:

Verg.-Gr.	Titel 429 64
I a	1
I b	12
II a	14
III	1
IV a	3
IV b	2
V b	3
V c	3
VI b	10
VII	4
VIII	2
IX	1
X	1
Zusammen	57
MTArb	3
Zusammen	60

Für die Daueraufgaben „Erdölgeologischer Austausch“ und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geologie der Kohlenwasserstoffe werden benötigt: 2x Verg.-Gr. I b BAT.

Zu 547 64

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben (Reisekosten, Betriebskosten, Verbrauchsmittel, Kleingeräte, Wartung usw.).

Zu Titelgruppe 98/99

Die geowissenschaftlichen Methoden und Verfahren sind so vielseitig und umfangreich geworden, dass die Lösung anstehender Probleme ohne den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung nicht mehr möglich ist.

Zu 514 99

Veranschlagt sind die Kosten für Verbrauchsmittel und kurzlebige Kleingeräte.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bodenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 98-7	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-5	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-3	610	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	13.000	13.000	—	—
525 99-1	610	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	15.000	15.000	—	—
538 98-8	610	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	5.000	5.000	—	—
538 99-6	610	Dienstleistungen „Anderer“	—	66.000	66.000	—	—
547 99-5	177	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.000	100.929	95
812 98-2	011	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	—	—	—	—
812 99-0	177	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	179.000	179.000	178.952	252
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			562.984	
		Abschluss Kapitel 08 18					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		560.000	560.000	1.482.235	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.422.000	1.422.000	1.421.237	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		230.000	256.000	412.868	
		Summe der Einnahmen		2.212.000	2.238.000	3.316.340	
		4 Personalausgaben	—	11.408.000	11.786.000	11.677.345	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.768.000	1.764.000	1.802.864	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	595.000	595.000	594.888	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	369.000	509.000	495.442	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	94.000	94.000	202.523	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	14.234.000	14.748.000	14.773.062	
		Zuschuss		12.022.000	12.510.000	11.456.722	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.281.000	1.275.000	1.235.639	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		15.515.000	16.023.000	16.008.701	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		13.303.000	13.785.000	12.692.361	

Zu 538 99

Veranschlagt sind die Kosten für den Ankauf von ADV-Programmen sowie für die Datenbank zum Bodenschutzprogramm Niedersachsen, für die Methodendatenbank zum Bodeninformationssystem sowie für hydrogeologische und lagerstättenkundliche Fachinformationssysteme.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erstbeschaffung:		
Hardware		
Hardware für Me-Mas-Internet	28	—
Speichererweiterung für Zentralrechner	52	—
Aufrüstung für Internet-Rechner	—	20
Rechner-Erweiterung Me-Mas-Internet	—	30
RAID-System für digitale Daten	—	26
RAID-System für Bohrdatenbank	—	26
Netzerweiterung	—	23
Software		
Web-Oberfläche (a DIS-Web) für Rechner	20	—
Lernsoftware	—	26
Ersatzbeschaffung:		
Hardware		
DIN A 0-Plotter	8	—
PC für Fachabteilungen 3 und 4	37	—
HP-Plotter	9	—
Netzwerk-Etagendrucker	10	—
Software:		
Standard-Software-Update	15	—
Erstbeschaffung:		
Hardware		
Drucker	—	13
Software		
PC-Software	—	15
Zusammen	179	179

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	711	Gebühren und tarifliche Entgelte		700.000	700.000	766.938	700
112 01-1	711	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3.000	3.000	2.556	0
119 01-6	711	Vermischte Einnahmen		361.000	361.000	511	—
119 02-4	711	Einnahmen aus Veröffentlichungen		436.000	436.000	122.710	155
119 03-2	177	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1.000	1.000	—	—
119 10-5	711	Zinseinnahmen aus Zuwendungen nach dem GVFG * *Vgl. K-Vermerk zu 883 13.*		—	—	—	—
119 73-3	723	Ersatzleistungen für die Beschädigung von Straßenanlagen * *Vgl. K-Vermerk zu 521 73.*		3.107.000	3.107.000	2.300.813	3.107
124 01-0	711	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		185.000	185.000	230.081	185
131 10-5	723	Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken für den Straßenbau		31.000	31.000	30.678	31
132 01-2	711	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		458.000	458.000	347.678	384
231 10-0	723	Sonstige Zuweisungen vom Bund		1.027.000	1.027.000	10.226	11
231 61-4	721	Erstattung von Personalkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Autobahnfernmeldenetzes durch den Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		1.493.000	1.493.000	1.687.263	1.493
231 62-2	721	Erstattungen von Personalkosten für die Unterhaltung und Instandsetzung der Bundesfernstraßen durch den Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		46.460.000	46.460.000	47.038.853	46.460
231 69-0	722	Erst. des Bundes zu d. Kosten d. Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Bundesstraßen und Bundesautobahnen		12.300.000	12.300.000	12.255.666	10.909
231 73-8	722	Erstattungen des Bundes für den Einsatz von Landesstraßenwärtern auf Bundesstraßen		69.000	69.000	40.903	69
233 10-2	724	Erstattungen der Landkreise für die technische Verwaltung der Kreisstraßen		4.852.000	4.852.000	5.112.919	3.332
233 71-4	725	Erstattungen der Gemeinden für die technische Mitwirkung beim Gemeindestraßenbau		29.000	29.000	32.211	29
237 10-8	711	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen		550.000	550.000	766.938	433
311 10-3	920	Fördermittel f.d. Beschaffung von Ersatzwohnraum zur Freimachung von Liegenschaften für Bundeszwecke (Räumungsbetroffene) * *Vgl. K-Vermerk zu 863 10.* ** *Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.*		—	—	—	—
331 10-4	725	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden * *Vgl. K-Vermerk zu 883 13.*		61.966.000	61.966.000	61.847.400	64.433
342 70-0	721	Sonstige Zuschüsse für Investitionen -Inland-		15.339.000	15.339.000	15.338.756	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63 bis 65		**Erstattung des Bundes für die Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Sonderbaumaßnahmen**		(12.000)	(12.000)	(10.225)	(12)
231 63-0	722	An Bundesstraßen		6.000	6.000	7.158	6
231 64-9	723	An Landesstraßen		5.000	5.000	2.556	5

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 08 20

In diesem Kapitel sind die Kosten veranschlagt für

a) das Niedersächsische Landesamt für Straßenbau (NLStB),
b) die 13 Straßenbauämter (SBÄ) Aurich, Gandersheim, Goslar, Hameln, Hannover, Lingen, Lüneburg, Nienburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Verden und Wolfenbüttel,
c) 58 Straßenmeistereien (SM),
d) 18 Autobahnmeistereien (AM),
e) 2 Fernmeldemeistereien (FM),
f) die bei dem NLStB und dem SBA Oldenburg eingesetzten Fachkräfte für Arbeitssicherheit.

Der niedersächsischen Straßenbauverwaltung (SBV) obliegt die Betreuung des Landesstraßennetzes, für dessen Unterhaltung und Instandsetzung, Neu-, Um- und Ausbau, die entsprechenden Haushaltsmittel bei den TGrn 73, 75, 76, 79, 81 und 82 sowie bei dem Titel 821 10 ausgebracht sind.

Daneben hat die niedersächsische SBV im Rahmen der Auftragsverwaltung für die BAB und Bundesstraßen für den Bund und im Rahmen der technischen Verwaltung der Kreisstraßen für 13 Landkreise umfangreiche Haushaltsmittel zu bewirtschaften.

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
A: Im Bundeshaushalt		
1. Für Bundesstraßen und Bundesautobahnen (Kap. 12 10)	442 779	418 237
2. Bundeszuschüsse für Straßenbaumaßnahmen kommunaler Baulastträger (Kap. 12 10)	64 433	64 433
Zusammen	507 212	482 670
B: In den Haushalten der Landkreise		
Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung sowie für den Neu-, Um- und Ausbau von Landesstraßen, deren technische Verwaltung von der SBV wahrgenommen wird, geschätzt auf	48 573	48 573
A und B insgesamt	555 785	531 243

Die Mittel zu A und B laufen nicht durch den Landeshaushalt, mit Ausnahme eines Betrages von 64,433 Mio. EUR bei A 2 (vgl. Erläuterung zu Titel 331 10).

Zu 111 01

Benutzungsgebühren für die Ausübung sowie Gebühren und Auslagen für die Genehmigung von Sondergebrauchsrechten z. B. bei Zufahrten, Zugängen u. ä. an

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Landesstraßen	350	350
2. Bundesstraßen und Kreisstraßen	350	350
Zusammen	700	700

Zu 119 02

Erlöse aus Verdingungsunterlagen für Baumaßnahmen an Bundesstraßen und Bundesautobahnen, an Landes- und Kreisstraßen nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) Teil A.

Zu 119 03

Abführungen aufgrund des § 75 a NBG.

Zu 119 10

Die Zinseinnahmen werden bei 883 10 wieder verausgabt.

Zu 119 73

Ersatzleistungen Dritter für die Beschädigung von Straßenanlagen und Abgeltung von Unterhaltungskosten (Ablösungsbeträge, Unterhaltung von Straßen fremder Baulastträger und militärische Brückenbeschilderung).

Mehr infolge zunehmender Beschädigung von Straßenanlagen.

Zu 124 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Amts- und Dienstwohnungen	170	170
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	15	15
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	185	185

Zu 131 10

Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken, die im Zusammenhang mit dem Um- und Ausbau von Landesstraßen erworben wurden, aber nicht mehr benötigt werden, sowie für Straßengrundstücke, die für den Straßenverkehr infolge Einziehung entbehrlich geworden sind.

Zu 132 01

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf der auszusondernden Dienst- und Nutzfahrzeuge (vgl. 811 01 und 811 73) sowie von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

Zu 231 10

Der Bund erstattet dem Land die Aufwendungen für Fuhrleistungen, die im Rahmen der Auftragsverwaltung mit landeseigenen Nutz- und Sonderfahrzeugen durchgeführt werden.

Die Ausgaben werden bei TGr. 73 nachgewiesen.

Zu 231 61

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61.

Zu 231 62

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 62.

Zu 231 69

Der Beitrag des Bundes zu den Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Bauvorhaben auf den Bundesstraßen und den Bundesautobahnen gemäß Art. 3 des Finanzanpassungsgesetzes – FAnpG – vom 30. 8. 1971 (BGBl. I S. 1426) in der jeweils geltenden Fassung wird in Höhe von 1,0 bzw. 3,0 v. H. des tatsächlichen Bauvolumens hier vereinnahmt.

Das tatsächliche Bauvolumen ist vorher nicht mit Sicherheit vorauszusehen. Es wird jedoch mit folgenden Beträgen gerechnet:

45 000 000 EUR	für kleineren Um- und Ausbau (davon 1,0%)	=	450 000 EUR
395 000 000 EUR	für größeren Um- und Ausbau (davon 3,0%)	=	11 850 000 EUR
	Zusammen		12 300 000 EUR

Zu 231 73

Mehr aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 2000.

Zu 233 10

Die Landkreise erstatten dem Land die Aufwendungen für die technische Verwaltung der Kreisstraßen.

Dazu gehören die Aufwendungen für Fuhrleistungen, die im Rahmen der Auftragsverwaltung mit landeseigenen Nutz- und Sonderfahrzeugen durchgeführt werden (diese Ausgaben werden in TGr. 73 nachgewiesen) sowie die Personalkosten, die für die Bearbeitung von Personalangelegenheiten des Kreisstraßenpersonals entstehen.

Zu 233 71

Kostenerstattung für technische Mitwirkung beim Gemeindestraßenbau einschließlich der Bauaufsicht.

Zu 237 10

Erstattungen Dritter von Verwaltungskosten aus Kreuzungsmaßnahmen.

Weniger aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 2000.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 331 10

Der Bund gewährt dem Land aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zweckgebundene Finanzhilfen für den kommunalen Straßenbau u. d. ÖPNV nach Maßgabe des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVfG), die das Land für Investitionen zur Förderung von kommunalen Straßenbauvorhaben u. d. ÖPNV-Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden verwenden muß. Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleistet und bei 883 13 wieder verausgabt.

Zu 342 70

Die Regionen Ostfriesland, Emsland und Grafschaft Bentheim beteiligen sich mit einem Beitrag in Höhe von rd. 53,7 Mio. EUR, aufgeteilt auf die Jahre 2002 bis 2005, am Bau der A 31 (siehe auch Erläuterung zu Ausgabe TGr. 70).

Haushaltsjahr	Beitrag der Region
2002	15 339 000 EUR
2003	15 339 000 EUR
2004	12 782 000 EUR
2005	10 226 000 EUR
Zusammen	53 686 000 EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
231 65-7	725	An kommunalen Straßen		1.000	1.000	511	1
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				2.708.313	
		A U S G A B E N					
422 01-0	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	56.054.000	57.314.000	55.706.784	14.591
422 04-5	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	301.000	301.000	301.355	126
422 06-1	711	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	1
422 19-3	711	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	711	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	144.000	348.000	713.252	693
425 01-0	711	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	39.012
425 03-6	711	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	75
425 04-4	711	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	373.000	373.000	373.243	269
425 06-0	711	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.000	3.000	2.556	8
426 01-6	711	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.888
426 03-2	711	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	173
426 04-0	711	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-7	711	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5.000	5.000	5.062	48
427 01-2	711	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	90.000	90.000	90.448	1
427 10-1	711	Vergütungen für Praktikanten während des Praxissemesters an Fachhochschulen * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 0820 - 427 10 und 0830 - 427 10.*	—	11.000	11.000	10.737	3
427 31-4	711	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	30.000	30.000	30.217	22
427 39-0	711	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	13.000	13.000	12.680	—
453 01-3	711	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	78.000	78.000	78.228	171
453 11-0	711	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	—	10.000	10.000	10.226	3
511 01-3	711	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	906.000	906.000	222.616	203
511 10-2	711	Ersatz, Ergänzung und Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben sowie Vermessungsmaterial	—	29.000	29.000	4.550	4
514 01-2	711	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	129.000	129.000	129.152	144
517 01-1	711	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	971.000	971.000	138.458	130
518 01-8	711	Mieten und Pachten	—	1.995.000	1.995.000	2.019.756	1.315
518 02-6	177	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	25.000	25.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 08 20 ist mit Wirkung vom 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
1 147,54	1 193,04	1 227,04	1 233,93

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		—
Summe Zugänge	—	1,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	16,00	23,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	29,50	12,00
Summe Abgänge	45,50	35,00
Bleibt Abgang	45,50	34,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	346,56	346,56	—	378
Angestellte	720,84	711,93	8,91	759
Lohnempfänger/-innen	80,14	80,14	—	83
Insgesamt	1 147,54	1 138,63	8,91	1 220

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	349,81	349,81	—	378
Angestellte	763,09	754,18	8,91	791
Lohnempfänger/-innen	80,14	80,14	—	83
Insgesamt	1 193,04	1 184,13	8,91	1 252

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	56 054	57 314

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	56 054	57 314
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	102 834	102 220
43	Versorgungsbezüge	5 698	5 634
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 303	1 259
45	Personalbezogene Sachausgaben	372	372
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 125	–155
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		167 386	166 644

Zu 422 31

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für die gem. § 15 Sonderurlaubsverordnung vom Dienst freigestellte Beamtinnen und Beamten (sog. Vorruhestand).

Zu 427 10

Wegen der Einführung von Praxissemestern für Studentinnen und Studenten der Fachhochschulen sind Vergütungen in Höhe von 11 000 EUR für die Praktikanten bereitzuhalten.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Vergütungen von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Von den nach dieser Regelung erlassenen Prüfungs- und Sitzungsvergütungen ist ein Teilbetrag von 25 v. H., höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtliche Einnahmen aus Nebentätigkeiten, steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. d. § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 518 01

Für eine Neuanmietung in Folge der Zusammenlegung der Straßenbauämter Hannover und Hildesheim mit dem Autobahnneubauamt Hannover sowie der Straßenbauämter Oldenburg-Ost und Oldenburg-West ist in 1999 eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4 857 000 EUR bereitgestellt worden, welche in den Jahren 2001 bis 2010 kassenwirksam wird.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	486 000	—	—	486 000
2003	486 000	—	—	486 000
2004	486 000	—	—	486 000
2005	486 000	—	—	486 000
2006 ff.	2 430 000	—	—	2 430 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-4	711	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.*	—	35.000	35.000	—	—
519 10-3	711	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.000	2.000	2.352	2
525 01-4	711	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	86.000	86.000	85.795	75
525 02-2	177	Lehr- und Lernmittel	—	8.000	8.000	—	—
526 01-0	711	Sachverständige	—	56.000	56.000	169.033	222
526 02-9	177	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	113.000	113.000	—	—
527 01-7	711	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	774.000	774.000	737.334	623
527 02-5	711	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	63.000	63.000	62.940	58
529 10-9	711	Zur Verfügung der Präsidentin / des Präsidenten des Nds. Landesamtes für Straßenbau	—	—	—	409	0
531 10-3	711	Ausgaben für Veröffentlichungen	—	1.000	1.000	767	0
537 10-1	177	Dienstleistungen Aussenstehender * *Übertragbar.*	2.230.000 1.841.000 —	4.381.000	4.381.000	—	—
546 01-1	711	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	1
546 02-0	711	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	182.000	182.000	181.509	171
546 03-8	711	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	28.000	284.000	28.479	19
811 01-7	711	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	84.000	65.000	97.554	76
812 13-7	711	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	61.000	100.000	61.355	—
812 15-3	711	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	89.000	89.000	88.709	11
812 35-8	711	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	138.000	138.000	133.958	93
821 10-1	723	Vorzeitiger Erwerb von Grundstücken für den Bau von Landesstraßen	103.000 102.000 102.258	205.000	205.000	204.517	198
863 10-6	411	Darlehen für Räumungsbetroffene * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 311 10.*	—	—	—	—	—
883 10-7	725	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau von Straßen zur Entlastung von Ortsdurchfahrten * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10, 731 79 und 821 79.*	1.500.000 1.500.000 3.067.751	—	—	3.323.397	1.266
883 11-5	725	Zuweisung der Pflichtanteile des Landes für Maßnahmen an Bahnübergängen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 11 und 883 12.*	256.000 256.000 255.646	409.000	409.000	409.034	543
883 12-3	725	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz * *Vgl. D-Vermerk zu 883 11.*	—	102.000	102.000	102.258	—
883 13-1	725	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Baulastträger * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 10.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10.*	—	61.966.000	61.966.000	61.847.400	63.793
981 10-9	990	Verrechnung mit Kapitel 13 21 Titel 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	—	—	—	—
981 11-7	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	7.216.000	7.216.000	7.092.845	—

Zu 529 10

Die Mittel sind ab 2002 bei Kap. 13 02 Titel 529 14 veranschlagt.

Zu 531 10

Veröffentlichungen zur Aufklärung der Bevölkerung über geplante und im Bau befindliche Straßenbauvorhaben.

Zu 537 10

Ausgaben für Ingenieur- und Vermessungsbüros für Vorhaben an Landesstraßen, Radwegen in der Baulast des Landes sowie Kreisstraßen in der technischen Verwaltung des Landes.

Kosten für die Einstufung von Brückenbauwerken in militärische Lastenklassen im Zuge von Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen. Die Aufwendungen werden in voller Höhe vom Bund erstattet. Kosten für die Herstellung von Kartenwerken durch das LGN sowie Beratungsleistungen Externer.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 841 000	—	1 841 000
2004	—	—	2 230 000	2 230 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 534 000	—	1 534 000
2003	—	—	1 841 000	1 841 000

Zu 546 02

Ersatzleistungen für Folgeschäden aus Anlass der Straßenunterhaltung und Bauvorbereitung.

Abgeltung von Ansprüchen aus Straßenunfällen, für die das Land aufgrund seiner Verkehrssicherungspflicht haften muss.

Schadensersatzleistungen aus Anlass von Verkehrsunfällen, an denen Kraftfahrzeuge der Straßenbauverwaltung beteiligt waren.

Zu 811 01 (2003)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung u. a. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
5 Dienst-Pkw bis 1,9 l Diesel	70 500	13 500

Zur Aussonderung gelangen sechs Dienst-Pkw mit voraussichtlicher Fahrleistung von 220 000 bis 260 000 km nach dem Stand vom 1. 1. 2003. Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Klimaanlage, Standheizung, 4 Türen, Radio, Nebelscheinwerfer.

Zu 811 01 (2002)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. EUR	Sonderausstattung u. a. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
4 Dienst-Pkw bis 1,9 l Diesel	55 000	10 000

Zur Aussonderung gelangen vier Dienst-Pkw mit voraussichtlicher Fahrleistung von 220 000 bis 260 000 km nach dem Stand vom 1. 1. 2002. Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Klimaanlage, Standheizung, 4 Türen, Radio, Nebelscheinwerfer.

Zu 812 13

Vorgesehen sind die Kosten für die Neubeschaffung einer Telefonanlage für das NLStB an dem neuen Standort in Hannover.

Zu 812 15 (2003)

Veranschlagt sind die Kosten für die Ersatzbeschaffung von (in Tsd. EUR):

3 Großformatkopierern	31 EUR
2 Faltmaschinen	30 EUR
4 Baubürocontainern	28 EUR
Zusammen	89 EUR

Die Großformatkopierer und die Faltmaschinen sind als Ersatz für abgängige Maschinen bei den SBÄ vorgesehen.

Die Baubürocontainer werden für das Personal bei der allgemeinen Überwachung von Straßenbaumaßnahmen benötigt.

Zu 812 15 (2002)

Veranschlagt sind die Kosten für die Ersatzbeschaffung von (in Tsd. EUR):

1 Zeiterfassungssystem incl. Zugangskontrolle	30 EUR
3 Großformatkopierer	31 EUR
4 Baubürocontainern	28 EUR
Zusammen	89 EUR

Das Zeiterfassungssystem wird in dem neuen Dienstgebäude des NLStB benötigt.

Die Großformatkopierer sind als Ersatz für abgängige Maschinen bei den SBÄ vorgesehen.

Die Baubürocontainer werden für das Personal bei der allgemeinen Überwachung von Straßenbaumaßnahmen benötigt.

Zu 812 35 (2003 und 2002)

Veranschlagt sind die Kosten für den Erwerb von zwei Totalstationen (elektronische Tachymeter, GPS) für zwei weitere SBÄ sowie für zwei grafische Feldbücher.

Zu 821 10

Erwerb von Grundstücken, die zur Durchführung späterer Baumaßnahmen im Zuge von Landesstraßen benötigt werden.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	102 000	—	102 000
2004	—	—	103 000	103 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	102 000	—	102 000
2003	—	—	102 000	102 000

Zu 883 10

Zur Verringerung der Verkehrsbelastung auf Landesstraßen in Ortsdurchfahrten können den Kommunen Zuweisungen für den Bau von Entlastungsstraßen gewährt werden. Die Zuweisungen dürfen im Einzelfall bis zu 15 v. H. der nach § 44 LHO zuwendungsfähigen Kosten betragen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	—	—
2004	—	1 500 000	—	1 500 000
2005	—	—	1 500 000	1 500 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	—	—
2004	—	—	1 500 000	1 500 000

Zu 883 11

Nach § 13 Abs. 1 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes (EKrG) in der Fassung des Gesetzes vom 21. 03. 1971 (BGBl. I S. 337), trägt das Land einen Teil der Kosten für bauliche Änderungen an Bahnübergängen im Zuge von öffentlichen Straßen, und zwar

a) bei Kreuzungen mit Strecken der Deutschen Bahn AG

$^1/_3$ für Maßnahmen im Zuge von Landesstraßen als Träger der Straßenbaulast

b) bei Kreuzungen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen

$^2/_3$ für Maßnahmen im Zuge von Landesstraßen ($^1/_3$ als Träger der Straßenbaulast und $^1/_3$ als Beitrag)

$^1/_3$ für Maßnahmen im Zuge von Bundesstraßen, von Bundes- und Landesstraßen in der Baulast von Gemeinden sowie von kommunalen und sonstigen öffentlichen Straßen als Beitrag.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	256 000	—	256 000
2004	—	—	256 000	256 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	256 000	—	256 000
2003	—	—	256 000	256 000

Zu 883 12

Gemäß § 8 Abs. 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) ist das Land Anordnungsbehörde für Kreuzungen zwischen öffentlichen Straßen und nichtbundeseigenen Eisenbahnen. Die Anordnungsbehörde soll nach § 17 EKrG den Beteiligten Zuschüsse für Maßnahmen nach den §§ 2 und 3 des EKrG gewähren.

Zu 883 13

Vgl. Erläuterungen zu 119 10 und 331 10.

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
982 01-6	990	Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft ****Der MW ist berechtigt, Verpflichtungen bis zum Betrag von 40 Mio. EU einzugehen und entsprechende Zahlungen zu leisten. Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe bis spätestens zum Buchungsschluß des jeweiligen Haushaltsjahres zu vereinnahmen.*	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Betrieb und Unterhaltung des Autobahnfernmeldenetzes** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 61.*	(—)	(1.493.000)	(1.493.000)	(1.687.263)	(1.491)
425 61-3	721	Vergütungen der Angestellten * *Übertragbar.*	—	1.490.000	1.490.000	1.684.707	1.390
426 61-0	721	Löhne der Arbeiter * *Übertragbar.*	—	—	—	—	99
459 61-5	721	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * *Übertragbar.*	—	3.000	3.000	2.556	—
527 61-0	721	Reisekosten für Straßenbauarbeiter gem. Nr. 11 der SR 2 a MTL II	—	—	—	—	3
TGr. 62		**Unterhaltung und Instandsetzung der Bundesstraßen und Bundesautobahnen** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 62.*	(—)	(46.460.000)	(46.460.000)	(47.038.854)	(46.456)
426 62-8	721	Löhne der Arbeiter * *Übertragbar.*	—	46.429.000	46.429.000	47.008.176	45.674
459 62-3	721	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * *Übertragbar.*	—	31.000	31.000	30.678	5
527 62-9	721	Reisekosten für Straßenbauarbeiter gem. Nr.11 der SR 2a MTL II	—	—	—	—	776
TGr. 69		**Kost. d. Entwurfsbearbeitung u. Bauaufsicht von Bundesstr. und Bundesautobahnen**	(15.103.000) (13.203.000) (9.203.254)	(51.441.000)	(49.072.000)	(41.389.077)	(33.774)
425 69-9	722	Vergütungen der Angestellten ****Die Ausgabe (Maßnahme) darf in Höhe von 3 Mio. EUR nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT geleistet werden.*	—	21.562.000	21.244.000	21.138.187	16.579
426 69-5	722	Löhne der Arbeiter	—	389.000	383.000	380.759	27
459 69-0	722	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	152.000	152.000	151.854	1
527 69-6	722	Reisekosten für Straßenbauarbeiter gem. Nr.11 der SR 2a MTL II	—	—	—	—	2
537 69-1	722	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	15.103.000 13.203.000 9.203.254	25.565.000	23.520.000	15.850.048	14.303
547 69-7	722	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.943.000	1.943.000	2.045.168	1.670
631 69-8	722	Erstattung von Lohnkosten an den Bund für zur Bauüberwachung eingesetzte, aus Bundesmitteln bezahlte Straßenwärter	—	1.017.000	1.017.000	1.017.317	1.166
633 69-0	722	Erstattung von Verwaltungskosten an Gemeinden (GV)	—	228.000	228.000	227.729	—
671 69-0	722	Erstattung von Verwaltungskosten an die Deutsche Bahn AG und an nichtbundeseigene Eisenbahnen	—	534.000	534.000	526.886	20

Zu 982 01

Die Ermächtigung, in begrenztem Umfang Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft zu gewähren, dient der Sicherung eines kontinuierlichen Baufortschritts beim Bundesfernstraßenbau. Ein Leertitel ist ausreichend, weil die Zahlungen vor dem Rechnungsabschluss zurückgezahlt bzw. erstattet werden.

Zu Titelgruppe 61

Aus technischen Gründen ist die Zahlung aus dem Landeshaushalt erforderlich. Der Landeshaushalt wird hierdurch nicht zusätzlich belastet, weil entsprechende Einnahmen aus dem Bundeshaushalt bei Titel 231 61 aufkommen. Die Mittel sind für 28 Angestellte vorgesehen.

Zu Titelgruppe 62

Die hier veranschlagten Mittel sind für das auf Bundesfernstraßen eingesetzte Straßenwartungspersonal vorgesehen. Der Landeshaushalt wird hierdurch nicht zusätzlich belastet, weil die vom Bund zu erstattenden Beträge für die Wahrnehmung der Auftragsverwaltung bei Tit. 231 62 vereinnahmt werden.

Die Mittel sind vorgesehen für 1200 Straßenwärter.

Zu Titelgruppe 69

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Für Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht von Bundesstraßen und Bundesautobahnen werden insgesamt erforderlich (Summe der Titelgruppe)	51 117	49 072
Davon werden gedeckt durch:		
1. den Beitrag des Bundes (vgl. Einnahme bei 231 69)	12 300	12 300
2. Erstattung des Bundes für Sonderbaumaßnahmen an Bundestraßen (vgl. Einnahme bei 231 63)	6	6
Mithin sind aus Landesmitteln zu tragen	38 811	36 766

Für die Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht werden voraussichtlich folgende Stellen für Bedienstete benötigt:

1 Stelle der Verg.-Gr. I a BAT
9 Stellen der Verg.-Gr. I b BAT
34 Stellen der Verg.-Gr. II a BAT
48 Stellen der Verg.-Gr. III BAT
36 Stellen der Verg.-Gr. IV a BAT
13 Stellen der Verg.-Gr. IV b BAT
124 Stellen der Verg.-Gr. V b BAT
43 Stellen der Verg.-Gr. V c BAT
38 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT
18 Stellen der Verg.-Gr. VII BAT
1 Stelle der Verg.-Gr. VIII BAT
33 Stellen der Verg.-Gr. IX –VII BAT
8 Stellen nach MTL.

406 Stellen insgesamt

Zu 537 69

Ausgaben für Ingenieur-, Vermessungsbüros für Vorhaben an Bundesstraßen und Bundesautobahnen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	13 203 000	—	13 203 000
2004	—	—	15 103 000	15 103 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	9 203 000	—	9 203 000
2003	—	—	13 203 000	13 203 000

Zu 631 69

Erstattung von Lohnkosten an den Bund und die Landkreise für zur Bauaufsicht an Bundesstraßen eingesetzte Bundesstraßenwärter.

Zu 633 69

Verwaltungskosten an Gemeinden für Um- und Ausbaumaßnahmen an Bundesstraßen in Ortsdurchfahrten auf Grund von UA-Vereinbarungen.

Erstattung von Lohnkosten an die Landkreise für zur Bauaufsicht an Bundesstraßen eingesetzte Kreisstraßenwärter.

Zu 671 69

Verwaltungskosten an die Deutsche Bahn AG und an nicht bundeseigene Eisenbahnen für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Bundesstraßen und an die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 69-2	722	Erwerb von Geräten für Fach- und sonstige Aufgaben	—	51.000	51.000	51.129	7
TGr. 70		**Bau der Emsland-Autobahn A 31 (Lückenschluss)** * *Übertragbar.* ****Ausgaben, die über 10,226 Mio. EUR hinausgehen, dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 342 70.*	(—)	(25.565.000)	(25.565.000)	(15.338.756)	(—)
547 70-0	723	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
881 70-8	721	Zuweisungen an den Bund	—	25.565.000	25.565.000	15.338.756	—
TGr. 73		**Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung von Landesstraßen** ** *Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu.*	(1.273.000) (1.273.000) (1.278.230)	(66.776.000)	(65.605.000)	(66.101.094)	(63.602)
425 73-7	723	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 73-3	723	Löhne für das Straßenwartungspersonal	—	31.811.000	31.341.000	31.184.663	31.098
459 73-9	723	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	98.000	98.000	97.861	9
511 73-0	711	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.735.000	1.735.000	—	—
514 73-0	723	Haltung von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	1.113.000	1.113.000	2.454.201	2.755
517 73-9	723	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	460.000	460.000	460.163	484
518 73-5	723	Mieten und Pachten	—	205.000	205.000	204.517	71
519 73-1	723	Bauliche Unterhaltung von Betriebsanlagen	—	216.000	216.000	216.379	440
521 73-6	723	Betrieb, Wartung und Unterhaltung * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 73.*	—	20.913.000	20.913.000	20.912.809	19.526
526 73-8	723	Aufwendungen für Sachverständige für Arbeitssicherheit, Baumkontrollen	—	77.000	77.000	76.694	66
527 73-4	723	Reisekosten für Straßenbauarbeiter gemäß Nr. 11 der SR 2 a MTL II	—	562.000	562.000	562.421	557
547 73-5	723	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	205.000	205.000	204.517	451
631 73-6	723	Erstattungen an den Bund für den Einsatz von Bundesstraßenwärtern auf Landesstraßen	—	205.000	205.000	204.517	241
633 73-9	723	Erstattung von Verwaltungskosten an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
671 73-8	723	Erstattung der Kosten der Fortbildungsveranstaltungen zum/r Straßenwärtermeister/-in	—	—	—	—	—
685 73-9	723	Leistungen an Wasser- und Bodenverbände	—	421.000	421.000	421.356	431
711 73-0	723	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Betriebsanlagen der Straßenbauverwaltung	—	—	—	—	—
731 73-0	723	Instandsetzung	1.023.000 1.023.000 1.022.584	3.579.000	3.579.000	3.579.043	5.872
732 73-7	723	Baumaßnahmen vor Abgabe der Baulast im Sinne von § 11 Abs. 4 NStG	250.000 250.000 255.646	562.000	562.000	562.421	8
811 73-4	723	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	3.080.000	2.379.000	3.425.656	—

Zu 812 69 (2002 und 2003)

Veranschlagt sind die Kosten für den Erwerb von Vervielfältigungseinrichtungen für die SBÄ und das NLStB.

Zu Titelgruppe 70

Der Bau der A 31 (Lückenschluss von Wietmarschen bis zur Landesgrenze Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen) wird nach Maßgabe eines zwischen Bund und Land abgeschlossenen Vertrages vom 12. und 19. 12. 2000 gemeinsam finanziert, um die Fertigstellung bis zum 31. 10. 2005 zu ermöglichen. Der Mitfinanzierungsanteil des Landes an den Gesamtkosten in Höhe von 214,743 Mio. EUR beträgt 115,042 Mio. EUR. Von diesem Interessenbeitrag lässt sich das Land 53,686 Mio. EUR von der Region Emsland nach Maßgabe des Vertrages vom 19. 3. 2001 zwischen Land und Region erstatten.

Zu 881 70

Zum Abschluss des Mitfinanzierungsvertrages war eine Verpflichtungsermächtigung erforderlich. Sie deckt die Ermächtigung des Landes zur Mitfinanzierung der anteiligen Bau- und Grunderwerbskosten ab.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	25 565 000	—	25 565 000
2003	—	25 565 000	—	25 565 000
2004	—	25 565 000	—	25 565 000
2005	—	25 565 000	—	25 565 000
2006	—	12 782 000	—	12 782 000

Zu Titelgruppe 73

Aufwendungen an Landesstraßen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und Ordnung, zur Pflege der Anlagen (Betrieb und Wartung), bauliche Sofortmaßnahmen und laufende Maßnahmen kleineren Umfangs ohne nennenswerte Wiederanhebung des Gebrauchswertes (Unterhaltung) und Maßnahmen größeren Umfangs mit deutlicher Wiederanhebung des Gebrauchswertes (Instandsetzung).

Zu unterhalten sind rd. 8 030 km Landesstraßen.

Zu 426 73

Hier sind Lohnkosten für die im Rahmen des Unterhaltungs- und Betriebsdienstes eingesetzten Straßenwärter und Auszubildenden veranschlagt.

	2003	2002	2001
Zahl der Bediensteten – Lohnempfänger – im Straßenwartungsdienst	839	839	839
Auszubildende	100	100	100

Zu 511 73

Kosten der Ersatzbeschaffung von Straßenbaugeräten nur, soweit der Betrag von 5 000 EUR je Gerät nicht überschritten wird, im Übrigen bei 812 73.

Zu 514 73

Kosten für Betriebsstoffe, Instandsetzung und Unterhaltung der Nutzfahrzeuge und Ausgaben für Fuhrleistungen im Rahmen der Auftragsverwaltung f. d. Bund und von den SBV betreute Landkreise.

Bestand an Nutzfahrzeugen (2003)

	Ist 1.1.2002	Soll 1.1. 2002	Für 2003 erforderlich
Nutzfahrzeuge	318	318	318
Anhänger	18	18	18
Radwegeunterhaltungsgeräte	46	46	47

Bestand an Nutzfahrzeugen (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 1.1. 2001	Für 2002 erforderlich
Nutzfahrzeuge	318	318	318
Anhänger	18	18	18
Radwegeunterhaltungsgeräte	46	46	46

Einnahmen aus Fuhrleistungen für Bund und Landkreise im Rahmen der Auftragsverwaltung sind bei 231 10 und 233 10 veranschlagt.

Zu 521 73

Hieraus werden u. a. die Aufwendungen für Streckenwartung, Winterdienst, Reinigung und Pflege der Anlagen bestritten. Außerdem werden Schlaglöcher beseitigt, örtlich begrenzte Oberflächenbehandlungen durchgeführt, kleinere Brückenausbesserungsarbeiten, Reparaturen einzelner Verkehrszeichen und kleinere Ersatzpflanzungen u. ä. vorgenommen.

Zu 526 73

Veranschlagt sind die Kosten für Sachverständige für Arbeitssicherheit und für die Beauftragung Dritter zur Durchführung von Baumkontrollen.

Zu 685 73

Hieraus sind die Beiträge an die Wasser- und Bodenverbände zu bestreiten.

Zu 731 73

Veranschlagt sind die Kosten für Aufbringung bzw. Ersatz von Deckschichten, Oberflächenbehandlung, Beseitigung von Spurrinnen und Aufbringen von Fahrbahnmarkierungen, Ausbesserung bzw. teilweise Erneuerung an Schutzeinrichtungen, Verbesserung des Korrosionsschutzes, Beseitigung von Beton- und Stahlschäden größeren Umfangs an Brücken, Schäden an Entwässerungseinrichtungen (Instandsetzung).

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 023 000	—	1 023 000
2004	—	—	1 023 000	1 023 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 023 000	—	1 023 000
2003	—	—	1 023 000	1 023 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu 732 73

Die veranschlagten Mittel werden benötigt, um Arbeiten vor Abstufung durch die Straßenbauverwaltung selbst oder durch Zahlung einer Ablösungssumme an den neuen Baulastträger zu erfüllen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	250 000	—	250 000
2004	—	—	250 000	250 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	250 000	—	250 000
2003	—	—	250 000	250 000

Zu 811 73 (2003)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. Tsd. EUR	Sonderausstattung u. a. Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
37 Nutzfahrzeuge	2 244	—
1 Anhänger	20	—
6 Hubsteiger	456	—
4 Radwegunterhaltungsgeräte	350	—
Insgesamt	3 080	

Zu 811 73 (2002)

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. Tsd. EUR	Sonderausstattung u. a. Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
35 Nutzfahrzeuge	1 934	—
1 Anhänger	20	—
1 Hubsteiger	75	—
4 Radwegunterhaltungsgeräte	350	—
Insgesamt	2 379	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 73-0	723	Erwerb von Straßenbaugeräten	—	1.534.000	1.534.000	1.533.876	1.593
TGr. 75		**Erhaltung von Landesstraßen** ** *Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu.* *** *Bei Maßnahmen unter 1 Mio. DM entfällt die Vorlage der Unterlagen gem.§ 24 LHO.*	(10.226.000) (10.226.000) (10.225.838)	(25.564.000)	(25.564.000)	(25.564.594)	(27.271)
731 75-7	723	Erneuerung * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 731 75, 732 75, 821 75, 731 76, 821 76, 731 81, 821 81, 731 82 und 821 82.*	10.226.000 10.226.000 10.225.838	11.248.000	11.248.000	11.248.421	18.471
732 75-3	723	Um- und Ausbau * *Vgl. D-Vermerk zu 731 75.*	—	12.782.000	12.782.000	12.782.297	7.546
821 75-6	723	Grunderwerb * *Vgl. D-Vermerk zu 731 75.*	—	1.534.000	1.534.000	1.533.876	1.254
TGr. 76		**Baumaßnahmen an Landesstraßen, ausgelöst durch Maßnahmen Dritter** ** *Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu.* *** *Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gemäß § 24 LHO.*	(7.158.000) (7.158.000) (7.158.086)	(12.782.000)	(12.782.000)	(12.782.297)	(6.874)
731 76-5	723	Baukosten * *Vgl. D-Vermerk zu 731 75.*	7.158.000 7.158.000 7.158.086	12.782.000	12.782.000	12.782.297	6.710
821 76-4	723	Grunderwerb * *Vgl. D-Vermerk zu 731 75.*	—	—	—	—	164
TGr. 79		**Bau von Landesstraßen auf neuer Trasse** ** *Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu.* *** *Bei Maßnahmen unter 0,5 Mio. EUR entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 LHO.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
731 79-0	723	Baukosten * *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	—	—	—	—
821 79-9	723	Grunderwerb * *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Baumaßnahmen zur Beseitigung von Gefahrenstellen** ** *Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu.* *** *Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gemäß § 24 LHO.*	(1.534.000) (1.534.000) (1.533.876)	(3.681.000)	(3.681.000)	(3.681.302)	(3.243)
731 81-1	723	Baukosten * *Vgl. D-Vermerk zu 731 75.*	1.534.000 1.534.000 1.533.876	3.681.000	3.681.000	3.681.302	3.161
821 81-0	723	Grunderwerb * *Vgl. D-Vermerk zu 731 75.*	—	—	—	—	83
TGr. 82		**Anbau von Radwegen an vorhandenen Landesstraßen** ** *Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu.*	(3.000.000) (3.000.000) (4.601.627)	(5.192.000)	(5.192.000)	(8.691.962)	(11.910)

Zu 812 73 (2003)

Nachweisung über die im lfd. Hj. für den Geschäftsbereich der Straßenbauverwaltung zu beschaffenden Geräte:

Ersatzbeschaffungen:		
14 Streuautomaten	je 43 000 EUR	602 000 EUR
3 Radwegestreuer	je 8 100 EUR	24 300 EUR
5 Schneepflüge	je 17 000 EUR	85 000 EUR
5 Schneepflüge f. Radwege	je 6 600 EUR	33 000 EUR
1 Schneeschleuder	je 24 400 EUR	24 400 EUR
1 Schneefräse	je 41 000 EUR	41 000 EUR
1 Hydr. Standentleerung	je 7 100 EUR	7 100 EUR
1 Aufbaumähwerk	je 35 500 EUR	35 500 EUR
6 Randstreifenmäher	je 19 000 EUR	114 000 EUR
9 Motormäher	je 8 600 EUR	77 400 EUR
1 Frontlader f. Unimog	je 10 200 EUR	10 200 EUR
2 Vorbaukehrmaschinen	je 11 200 EUR	22 400 EUR
6 Leitpfostenwaschgeräte	je 9 700 EUR	58 200 EUR
2 Kleinkompressoren	je 6 100 EUR	12 200 EUR
4 Vibrationsplatten	je 5 600 EUR	22 400 EUR
4 Bauwagen	je 7 200 EUR	28 800 EUR
2 Stromerzeuger	je 5 300 EUR	10 600 EUR
2 Buschhacker	je 14 300 EUR	28 600 EUR
1 Mähgerät für RUG	je 10 400 EUR	10 400 EUR
1 Streuautomat für RUG	je 8 200 EUR	8 200 EUR
1 Kehrbesen für RUG	je 6 100 EUR	6 100 EUR
	Summe	1 249 000 EUR
Neubeschaffungen:		
5 Soletanks für Streuautomaten	je 12 200 EUR	61 000 EUR
4 Datenerfassungssysteme für den Winterdienst	je 56 000 EUR	224 000 EUR
	Gesamtsumme	1 534 000 EUR

Zu 812 73 (2002)

Nachweisung über die im lfd. Hj. für den Geschäftsbereich der Straßenbauverwaltung zu beschaffenden Geräte:

Ersatzbeschaffungen:		
11 Streuautomaten	je 42 000 EUR	462 000 EUR
5 Radwegestreuer	je 8 000 EUR	40 000 EUR
3 Schneepflüge	je 6 500 EUR	19 500 EUR
6 Schneepflüge f. Radwege	je 6 500 EUR	39 000 EUR
1 Schneeschleuder	je 24 000 EUR	24 000 EUR
1 Schneefräse	je 40 000 EUR	40 000 EUR
1 Hydr. Standentleerung	je 7 000 EUR	7 000 EUR
2 Aufbaumähwerke	je 35 000 EUR	70 000 EUR
6 Randstreifenmäher	je 18 000 EUR	108 000 EUR
15 Motormäher	je 8 500 EUR	127 500 EUR
1 Frontlader f. Unimog	je 10 100 EUR	10 100 EUR
4 Vorbaukehrmaschinen	je 11 000 EUR	44 000 EUR
4 Leitpfostenwaschgeräte	je 9 500 EUR	38 000 EUR
2 Kleinkompressoren	je 6 000 EUR	12 000 EUR
2 Vibrationsplatten	je 5 500 EUR	11 000 EUR
2 Bauwagen	je 6 600 EUR	13 200 EUR
3 Stromerzeuger	je 5 200 EUR	15 600 EUR
7 Buschhacker	je 14 000 EUR	98 000 EUR
1 Mähgerät für RUG	je 10 000 EUR	10 000 EUR
1 Streuautomat für RUG	je 8 100 EUR	8 100 EUR
1 Kehrbesen für RUG	je 6 000 EUR	6 000 EUR
	Summe	1 230 000 EUR
Neubeschaffungen:		
7 Soletanks für Streuautomaten	je 12 000 EUR	84 000 EUR
4 Datenerfassungssysteme für den Winterdienst	je 55 000 EUR	220 000 EUR
	Gesamtsumme	1 534 000 EUR

Zu Titelgruppe 75

Aufwendungen an Landesstraßen für Maßnahmen zur Wiederherstellung des ursprünglichen Gebrauchswertes (Erneuerung) und zur Verbesserung der Qualität und Kapazität einer vorhandenen Straße (Um- und Ausbau).

(Vgl. Anlage 2 zum Epl. 08).

Zu 731 75 und 732 75

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	10 226 000	—	10 226 000
2004	—	—	10 226 000	10 226 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	10 226 000	—	10 226 000
2003	—	—	10 226 000	10 226 000

Zu 731 75

Veranschlagt sind u. a. Kosten für den Einbau von mehreren Fahrbahnschichten, das Herstellen eines frostsicheren Unterbaus, die Erneuerung von Entwässerungsanlagen, Brücken und Durchlässen.

Veranschlagt sind außerdem Kosten für Kurvenbegradigungen, Straßenverbreiterungen, Änderungen von Kreuzungen, Verbreiterung oder Verstärkung von Brückenbauwerken sowie der Rückbau von Straßen (auch gleichzeitig mit Ersatz, Um- und Ausbau).

Zu 732 75

Diese Aufwendungen dienen der Verbesserung der Qualität einer vorhandenen Straße. Zu diesen Maßnahmen zählen u. a. Kurvenbegradigungen, Straßenverbreiterungen, Änderungen von Kreuzungen, Verbreiterung oder Verstärkung von Brückenbauwerken sowie der Rückbau von Straßen (auch gleichzeitig mit Ersatz, Um- und Ausbau).

Zu Titelgruppe 76

Die Straßenbaubehörden sind Rechtsverpflichtungen eingegangen, durch die sich Verbindlichkeiten des Landes für künftige Haushaltsjahre ergeben.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	7 158 000	—	7 158 000
2004	—	—	7 158 000	7 158 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	7 158 000	—	7 158 000
2003	—	—	7 158 000	7 158 000

Zu Titelgruppe 81

Veranschlagt sind die Mittel für Maßnahmen zur Ausschaltung von Gefahrenstellen im Landesstraßennetz.

Zu 731 81

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 534 000	—	1 534 000
2004	—	—	1 534 000	1 534 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 534 000	—	1 534 000
2003	—	—	1 534 000	1 534 000

Zu Titelgruppe 82

Veranschlagt sind die Mittel für den Bau von Radwegen an Landesstraßen. Außerdem werden auch Gemeinschaftsradwege mitfinanziert, deren Planung, Bau und Finanzierung von Gemeinden und Landkreisen begleitet werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 82**		****Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gemäß § 24 LHO.*					
731 82-0	723	Baukosten * *Vgl. D-Vermerk zu 731 75.*	3.000.000 3.000.000 4.601.627	5.192.000	5.192.000	8.691.962	10.761
821 82-9	723	Grunderwerb * *Vgl. D-Vermerk zu 731 75.*	—	—	—	—	1.149
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(92.000) (92.000) (76.694)	(2.717.000)	(4.717.000)	(2.007.026)	(1.822)
518 98-0	011	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	011	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-7	610	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	53.000	90.000	—	—
525 99-5	711	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	57.000	100.000	47.397	91
538 98-1	610	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	74.000	128.000	—	—
538 99-0	711	Dienstleistungen „Anderer“	—	363.000	737.000	177.112	134
547 99-9	711	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.562.000	2.719.000	481.279	744
631 99-0	711	Zuweisungen an den Bund für Erfassung und Auswertung von Daten im Straßenwesen * *Übertragbar.*	92.000 92.000 76.694	167.000	175.000	125.267	47
812 98-6	011	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	—	—	—	—
812 99-4	711	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	441.000	768.000	1.175.971	806
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	303.196.086			6.460.173	

Zu 731 82

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	3 000 000	—	3 000 000
2004	—	—	3 000 000	3 000 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	4 601 000	—	4 601 000
2003	—	—	3 000 000	3 000 000

Zu Titelgruppe 98/99

DV-Anlagen für Planung, Entwurf, Bau und Betrieb von Straßen sowie Verwaltungsaufgaben. Veranschlagt sind die Kosten für Beschaffungen, den laufenden Betrieb sowie für Schulungen.

Zu 631 99

Erstattung von Kostenanteilen des Landes an den Bund bei Projekten zur Erfassung und Auswertung von Daten im Straßenwesen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2002 EUR	VE aus 2003 EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	92 000	—	92 000
2004	—	—	92 000	92 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	VE aus 2001 EUR	VE aus 2002 EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	76 000	—	76 000
2003	—	—	92 000	92 000

Zu 812 99

Folgende Beschaffungen, basierend auf dem im Jahr 2001 von der WIBERA erstellten IuK-Konzept, sind vorgesehen:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Erneuerung der Server und Netze	88	120
2. Plotter	8	24
3. zusätzliche PCs	120	190
4. Fachsoftware	120	255
5. Software SIB	26	104
6. Software Internet/Intranet	44	75
7. Unified Messaging	35	—
Zusammen	441	768

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 08 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.282.000	5.282.000	6.500.052	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		66.792.000	66.792.000	66.965.430	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		77.305.000	77.305.000	77.186.156	
		Summe der Einnahmen		149.379.000	149.379.000	150.651.638	
		4 Personalausgaben	—	159.077.000	159.747.000	159.014.229	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	17.333.000 15.044.000 10.737.130	64.887.000	64.763.000	53.928.717	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	92.000 92.000 301.738.904	2.572.000	2.580.000	2.530.383	
		7 Baumaßnahmen	23.191.000 23.191.000 24.797.657	49.826.000	49.826.000	53.327.743	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.859.000 1.858.000 3.425.655	95.259.000	94.905.000	89.327.446	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	7.216.000	7.216.000	7.092.845	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	42.475.000 40.185.000 340.699.346	378.837.000	379.037.000	365.221.363	
		Zuschuss		229.458.000	229.658.000	214.569.725	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.698.000	5.634.000	5.331.445	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		384.535.000	384.671.000	370.552.808	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		235.156.000	235.292.000	219.901.170	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	712	Vermischte Einnahmen		—	—	—	0
124 01-2	731	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	7
359 72-9	950	Zuführung der Bauleitungsmittel für landeseigene Hafenbaumaßnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		1.790.000	1.790.000	1.789.522	932
359 73-7	950	Zuführung für d. Bauleitung bei der Durchführung von Baumaßnahmen der Wasserwirtschaftsverw. u. wasserwirtsch. Zweckverb. * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		28.000	28.000	28.121	—
359 82-6	950	Zuführung für die Durchführung von Vorplanungsarbeiten zum Ausbau der Häfen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	22
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven**		(—)	(—)	(—)	(—)
331 61-1	731	Zuweisungen vom Bund		—	—	—	—
332 61-8	731	Zuweisungen von Ländern		—	—	—	—
342 61-3	731	Sonstige Zuschüsse		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
427 10-4	712	Vergütungen für Praktikanten während des Praxissemesters an Fachhochschulen * *Vgl. D-Vermerk zu 0820 - 427 10.*	—	8.000	8.000	8.181	—
517 01-4	712	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	2
682 10-4	731	Verlustausgleich im allgemeinen Hafenumschlag der Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH	—	—	—	—	—
683 10-0	731	Betriebskostenzuschuß an die Emder Hafenumschlagsgesellschaft (EHUG)	—	—	—	—	35
741 10-0	731	Maßnahmen gegen die Verschlickung im Fedderwarder Priel/Siel	—	—	—	—	—
741 11-9	731	Mehrzweckumschlaganlage an der Elbe in Cuxhaven	—	—	—	—	657
881 10-7	731	Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des Mittellandkanals ****Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung hinsichtlich der Verteilung auf die einzelnen Haushaltsjahre verbindlich.*	—	8.283.000	8.283.000	8.282.928	8.283
883 10-0	731	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zur Instandsetzung und zum Ausbau nichtlandeseigener Hafenanlagen * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 883 10 und 892 10.*	—	1.023.000	1.023.000	1.022.584	—
892 10-9	731	Zuweisungen an private Baulastträger zur Instandsetzung und zum Ausbau nichtlandeseigener Hafenanlagen * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 0831 - 741 61.* *Vgl. D-Vermerk zu 883 10.*	—	—	—	—	102
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Bau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven** * *Übertragbar.* ****Ist-Einnahmen der Titel 331 61, 332 61*	(—) (9.000.000) (—)	(2.200.000)	(6.400.000)	(—)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 08 30 allgemein

Ab dem Haushaltsjahr 1997 sind die Haushaltsmittel der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung in dem Kapitel 08 31 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung „Budgetierung“ zusammengefasst.

Im Kapitel 08 31 sind alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die im Zusammenhang mit der Verwaltung der 15 landeseigenen Seehäfen entstehen.

Die sonstigen Kosten der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung werden weiterhin im Kapitel 08 30 veranschlagt.

Zu Einnahmetitelgruppe 61

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61.

Zu 359 72

Die Kosten der Bauleitung für Hafenbaumaßnahmen des Landes sind in den Gesamtkosten der betreffenden Objekte enthalten. Der rechnungsmäßige Nachweis der Ausgaben für die Bauleitung erfolgt zusammengefasst bei Titelgruppe 72. Die nebenstehende Buchungsstelle dient der Verrechnung dieser Ausgaben mit den Bautiteln der Hauptgruppe 7. (Vgl. auch Kap. 08 31 Tit. 741 61).

Zu 359 73

Für die vom Nds. Hafenamt Cuxhaven auftragsweise durchzuführenden Baumaßnahmen der Nds. Wasserwirtschaftsverwaltung sind die hierbei entstehenden Bauleitungskosten unter sinngemäßer Anwendung des RdErl. d. ML vom 20. 6. 1958 – III B 2/603-7 Nr. 1549 – (Nds. MBl. S. 468) an das Kapitel 08 30 abzuführen. In diesem Rahmen übernimmt das Amt auch die Bauleitung für Maßnahmen der wasserwirtschaftlichen Zweckverbände. Die dabei entstehenden Kosten sind nach den RdErl. d. ML vom 30. 6. 86 – 314, 312 – 01 01 06 – (Nds. MBl. S. 704) von den Zweckverbänden zu erstatten.

Zu 359 82

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 82.

Zu 427 10

Wegen der Einführung von Praxissemestern für Studentinnen und Studenten der Fachhochschulen sind Vergütungen in Höhe von 8 000 EUR bereitzustellen.

Zu 683 10

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu 741 11

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu 881 10

Im Rahmen des Programms der Bundesregierung für den Ausbau der Binnenwasserstraßen für die Wasserstraßenklasse IV wird auch der Mittellandkanal zwischen Bergeshövede und der Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt (Rühen) ausgebaut. In Anbetracht der Bedeutung dieser Wasserstraße für die Wirtschaft im nordwestdeutschen Raum ist durch Regierungsabkommen vereinbart worden, dass Niedersachsen zusammen mit Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen das sog. Länderdrittel zu den Gesamtkosten des Ausbaues von 2 796 Mio. EUR aufbringt. Die Bauausführung obliegt der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Nach den Regierungsabkommen sind die Vertragspartner verpflichtet, ihnen gehörige für den Bau unmittelbar beanspruchte Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Der Landeszuschuss beträgt nach dem Preisstand 1997	389 022 052 EUR
1. Rate 1966 bis 35. Rate 2000	260 288 470 EUR
Vorbehalten	128 733 582 EUR

Hierdurch ergeben sich folgende Belastungen für:

2001	8 283 000 EUR
2002	8 283 000 EUR
2003	8 283 000 EUR
2004	8 283 000 EUR
2005 ff.	95 601 000 EUR

Zu 883 10

Veranschlagt sind Mittel für Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum notwendigen Ausbau ihrer Hafenanlagen, soweit die eigenen finanziellen Mittel hierfür nicht ausreichen.

Zu 892 10

Zuweisungen an private Baulastträger zum notwendigen Ausbau der Hafenanlagen, soweit es sich um überwiegend öffentlichen Umschlag handelt und die eigenen finanziellen Mittel hierfür nicht ausreichen.

Zu Titelgruppe 61

Die hier veranschlagten Mittel sind ausschließlich für die Planung des Tiefwasserhafens Deutsche Bucht vorgesehen. Eventuelle Beteiligungen des Bundes oder der Länder werden bei den Titeln 331 61 oder 332 61 vereinnahmt.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 61**		*und 342 61 werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.*					
429 61-1	731	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
526 61-7	731	Gutachten	—	—	—	—	—
547 61-4	731	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
741 61-5	731	Baukosten	— 9.000.000 —	2.200.000	6.400.000	—	—
821 61-9	731	Grunderwerb	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Bauleitungskosten für die Durchführung von Hafenbaumaßnahmen** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 72.*	(—)	(1.790.000)	(1.790.000)	(1.533.875)	(918)
427 72-4	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.688.000	1.688.000	1.431.617	891
547 72-0	960	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	102.000	102.000	102.258	28
TGr. 73		**Bauleitungskosten für Maßnahmen der Wasserwirtschaft und Landeskultur** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 73.*	(—)	(28.000)	(28.000)	(28.121)	(—)
427 73-2	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	25.000	25.000	25.565	—
547 73-8	960	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	3.000	3.000	2.556	—
TGr. 82		**Durchführung von Vorplanungsarbeiten zum Ausbau der Häfen** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 359 82.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
427 82-1	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 82-7	960	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			255.646	
		Abschluss Kapitel 08 30					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.818.000	1.818.000	1.817.643	
		Summe der Einnahmen		1.818.000	1.818.000	1.817.643	
		4 Personalausgaben	—	1.721.000	1.721.000	1.465.363	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	105.000	105.000	104.814	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	— 9.000.000 —	2.200.000	6.400.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	9.306.000	9.306.000	9.305.512	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	255.646	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 9.000.000 —	13.332.000	17.532.000	11.131.335	
		Zuschuss		11.514.000	15.714.000	9.313.692	

Zu 526 61

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 968 000	—	1 968 000

Zu 741 61

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	2 200 000	—	2 200 000
2004	—	4 400 000	—	4 400 000
2005	—	—	—	—
2006	—	2 400 000	—	2 400 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	2 200 000	2 200 000
2004	—	—	4 400 000	4 400 000
2005	—	—	—	—
2006	—	—	2 400 000	2 400 000

Zu Titelgruppe 72

Vgl. Erläuterungen zu 359 72.

Zu Titelgruppe 73

Vgl. Erläuterungen zu 359 73.

Zu Titelgruppe 82

Die allgemeinen Vorplanungsarbeiten größeren Umfangs für den Ausbau der Häfen im nieders. Küstenbereich sind investive Maßnahmen, deren Kosten unter der Hauptgruppe 7 zu veranschlagen sind. Die jeweiligen Ausgaben sind jedoch zum Zwecke der getrennten Nachweisung von persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten endgültig hier zu buchen.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0831 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung - Budgetierung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 10-1	712	Umsatzsteuerrückzahlungen		4.000.000	4.000.000	5.112.919	2.103
162 10-4	712	Einnahmen aus Erbbauzinsen und der Veräußerung von Grundstücken * *Vgl. K-Vermerk zu 981 10.*		1.100.000	1.100.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Einnahmen-Budget**		(24.736.000)	(24.486.000)	(18.953.590)	(19.313)
129 61-1	731	Einnahmen aus dem Betrieb der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		24.700.000	24.450.000	18.917.800	19.025
235 61-6	712	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	118
281 61-8	731	Erstattungen aus sonstigen Bereichen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		36.000	36.000	35.790	170
352 61-2	950	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				6.544.537	
		A U S G A B E N					
981 10-5	990	Verrechnung mit Kap. 1321 Titel 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 162 10.*	—	1.100.000	1.100.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Ausgaben-Budget** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 129 61, 235 61 und 281 61.* *** *Gem. § 17 Abs.1 S.2 LHO sind Ziff. 6 und 7 der Erläuterungen zu „Kapitel 0831 allgemein“ verbindlich. Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 1 Mio. EUR zugunsten 13 20 - 831 29 für Maßnahmen im Bereich Häfen und Schifffahrt.*	(12.000.000) (12.000.000) (10.225.838)	(81.277.000)	(84.524.000)	(89.761.738)	(70.418)
422 61-0	712	Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	12.000.000 12.000.000 10.225.838	2.104.000	2.157.000	2.217.626	2.344
422 62-9	712	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
429 61-5	712	Nicht aufteilbare Personalausgaben für das etatisierte Personal	—	8.052.000	8.246.000	8.024.317	7.543
429 62-3	712	Nicht aufteilbare Personalausgaben für das nicht etatisierte Personal	—	18.231.000	18.231.000	18.139.920	19.012
459 61-1	712	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	30.000	30.000	29.962	2
461 61-6	981	Ausgaben zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben *** *Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	707.000	707.000	706.963	—
546 61-1	731	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	1
547 61-8	712	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** *Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind Erlöse aus der Belieferung Dritter mit Trinkwasser und elektrischer Energie*	—	23.485.000	23.485.000	20.110.439	23.311

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 08 31 allgemein

1. Das Kapitel 0831 enthält die Einnahmen und Ausgaben für die landeseigenen Seehäfen, die im Hafenbudget veranschlagt und bewirtschaftet werden.

   Die anderen von der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung zu tätigenden Einnahmen und Ausgaben sind im Kapitel 08 30 veranschlagt.
2. Die Budgetierung bezweckt eine Dezentralisierung des Haushaltsvollzugs auf die niedersächsische Häfen- und Schifffahrtsverwaltung als ideelle Organisation für einen festgelegten einheitlichen Gesamtfinanzrahmen (Gesamtbudget).
3. Innerhalb der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung soll die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung soweit wie möglich auf die Ortsebene Hafenämter delegiert werden.
4. Die Budgetierung ergänzt folgerichtig die seit dem 1. 1. 1996 für die 15 landeseigenen Seehäfen eingeführte Kosten- und Leistungsrechnung, um einen Hafenbetrieb nach betriebswirtschaftlichen Kriterien führen zu können.
5. Die Budgetierung hat am 1. 1. 1997 begonnen und wird zunächst bis zum 31. 12. 2003 fortgeführt.
6. Für das Hafenbudget wird folgende Bewirtschaftung zugelassen:
   a) Abweichend von § 38 Abs. 2 und Abs. 3 LHO ist eine Mitwirkung des Finanzministeriums bei der Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen nicht erforderlich.
   b) Nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen gelten, wenn das Haushaltsgesetz für das nächste Haushaltsjahr nicht rechtzeitig verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Haushaltsgesetzes. Eine davon abweichende Regelung gilt nicht für das Hafenbudget.
   c) Ausgabereste dürfen gebildet, übertragen und in Anspruch genommen werden. Die insoweit erforderliche Einwilligung des Finanzministeriums gilt als erteilt.
   d) Die Deckungsfähigkeit der Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 zugunsten von Ausgaben anderer Hauptgruppen im Kapitel 08 31 TGr. 61/62 wird abweichend von § 20 Abs. 1 Nr. 1 LHO ausgeschlossen.
7. Die Ergebnisse der Budgetierung werden jährlich ausgewertet und dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen und dem Ausschuss für Häfen und Schifffahrt vorgelegt.
8. Von den bei der Bezirksregierung Weser-Ems als Mittelinstanz der Häfen- und Schiffahrtsverwaltung entstehenden Einnahmen und Ausgaben sind hier
   a) Ausgaben der Obergruppe 42 für das Fachpersonal,
   b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben sowie die
   c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen (ohne Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten und Verwaltungsgebühren)

   veranschlagt.

   Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kapitel 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kapitel 03 05).

Zu 119 10

Abweichend vom RdErl. des MF v. 16. 2. 1968 (Nds. MBl. S. 233) i. d. F. v. 24. 8. 1983 (Nds. MBl. S. 784) – Buchung der Umsatzsteuer – werden sämtliche Umsatzsteuerrückzahlungen bei dem Titel 119 10 als Einnahme veranschlagt und nachgewiesen.

Weniger aufgrund des geringeren Bauvolumens.

Zu 162 10

Die Einnahmen bei diesem Titel werden in voller Höhe an den Einzelplan 13 abgeführt. Bis zum 31. 12. 2001 erfolgte die Abführung nur in Höhe von 50% (bisher mitveranschlagt bei Titel 129 62).

Zu 129 61

Dazu gehören:

– privatrechtliche Nutzungsentgelte (z. B. Hafenentgelte)
– Verkaufserlöse
– Erlöse aus der Veräußerung landeseigener Einrichtungen und sonstige Einnahmen.

Zu 281 61

Veranschlagt sind Erstattungen von Bauleitungsmitteln für Hafenbaumaßnahmen Dritter.

Zu 981 10

Vgl. Erläuterungen zu Titel 162 10.

Zu 422 61

Vorsorglich ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung zur haushaltsrechtlichen Absicherung der bis zum Jahre 2003 vorgesehenen Investitionsmaßnahmen (Tit. 741 61 und 821 61).

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	7 429 000	—	7 429 000
2004	—	—	7 429 000	7 429 000
2005	—	—	—	—
2006	—	4 571 000	4 571 000	9 142 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	10 225 000	—	10 225 000
2003	—	—	7 429 000	7 429 000
2004	—	—	—	—
2005	—	—	—	—
2006	—	—	4 571 000	4 571 000

Zu 429 61

	Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Anzahl der Stellen 2003	2002	2001
I. Angestellte				
	I b	—	—	1
	II a	3	3	2
	III	20	20	20
	IV a	13	13	14
	IV b	10	10	9
	V b[11)]	13	15	17
	V c	23	23	20
	VI b[12)]	44	46	47
	VII[13)]	23	23	21
	VIII	5	5	8
	X[10)]	2	2	2
	IX b-VII	12	12	13
Zusammen		168	172	174
II. Arbeiter/-innen				
Sonstige Dienste	2 a – 8[14)]	5	6	8
Zusammen		5	6	8

[10)] 1 kw ab 1. 5. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)
[11)] 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003
[12)] 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003
[13)] 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003
[14)] 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003

Erläuterungen für 2002:

Zu I. Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a BAT	1	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 2 (1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002))bei Verg.-Gr. II a BAT)
Verg.-Gr. IV b BAT	1	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 3 (3 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)) bei Verg.-Gr. VIII BAT)
Abgänge	2	

Zu II. Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a – 8	2	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 9 (1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)) und des HV Nr. 3 (3 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)) bei Verg.-Gr. VIII BAT)
Abgänge	2	
Abgänge insgesamt	4	

Erläuterungen für 2003:

Zu I. Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b BAT	2	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 4 (3 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)) bei Verg.-Gr. IV b BAT und des HV Nr. 6 (1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)) bei Verg.-Gr. VII BAT)
Verg.-Gr. VI b BAT	2	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 5 (2 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)) bei Verg.-Gr. VI b BAT)
Abgänge	4	

Zu II. Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a – 8	1	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 6 (1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)) bei Verg.-Gr. IX b – VII BAT)
Abgänge	1	
Abgänge insgesamt	5	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 7 (2 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)) bei Verg.-Gr. IV b BAT und Nr. 8 (1 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)) sind weggefallen; dafür wurden der Haushaltsvermerk Nr. 10 bei Verg.-Gr. X BAT sowie die Haushaltsvermerke Nr. 4 bei Bes.-Gr. A 14 BBesO und Nr. 5 bei Bes.-Gr. A 7 BBesO ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 14 wurde neu ausgebracht.

Zu 429 62

Vergütung der Angestellten sowie Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich Entschädigung für nebenamtliche Kräfte.

Nach dem Stand vom 1. 1. 2001 waren eingestellt und eingestuft:

	Anzahl
Verg.-Gr. IV b BAT	1
Verg.-Gr. V b BAT	6
Verg.-Gr. V c BAT	3
Verg.-Gr. VI b BAT	1
	11
Hinzu kommen:	
Arbeiter/Arbeiterinnen	480
Auszubildende	77
	557
Insgesamt	568

Zu 547 61

Der Ansatz setzt sich zusammen aus den Ausgaben für die Bauunterhaltung der Seehäfen (kleine und große Unterhaltungsarbeiten, Unterhaltungsbaggerungen), für Dienstleistungen Dritter sowie für sächliche Verwaltungsausgaben der Häfen- und Schifffahrtverwaltung.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0831 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung - Budgetierung -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *547 61-8*		*sowie Schadensersatzleistungen durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*					
631 61-9	712	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	281.000	281.000	281.211	385
636 61-0	712	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger	—	13.000	13.000	12.782	—
671 61-0	731	Erstattungen an Sonstige im Inland	—	89.000	89.000	89.476	59
686 61-8	731	Beiträge und Zuschüsse an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	167.000	167.000	52.152	183
741 61-9	731	Hafenbaumaßnahmen * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0830 - 892 10.* *** *Bei Hafenbaumaßnahmen fließen abweichend von §35 LHO Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte den Ausgaben der entsprechenden Hafenbaumaßnahmen zu.*	—	6.429.000	9.429.000	17.383.924	16.092
811 61-7	731	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	149.000	149.000	149.297	176
812 61-3	731	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	82.000	82.000	81.807	1.271
821 61-2	731	Grunderwerb sowie Erwerb unbeweglicher Anlagen	—	1.000.000	1.000.000	2.045.168	—
981 61-0	990	Verrechnung mit 13 21 - 381 08 und und 13 50 - 381 08	—	20.458.000	20.458.000	20.436.694	37
		Abschluss Kapitel 08 31					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		29.800.000	29.550.000	30.575.256	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		36.000	36.000	35.790	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		29.836.000	29.586.000	30.611.046	
		4 Personalausgaben	12.000.000 12.000.000 10.225.838	29.124.000	29.371.000	29.118.788	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	23.485.000	23.485.000	20.110.439	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	550.000	550.000	435.621	
		7 Baumaßnahmen	—	6.429.000	9.429.000	17.383.924	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.231.000	1.231.000	2.276.272	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	21.558.000	21.558.000	20.436.694	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	12.000.000 12.000.000 10.225.838	82.377.000	85.624.000	89.761.738	
		Zuschuss		52.541.000	56.038.000	59.150.692	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		778.000	763.000	718.314	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		83.155.000	86.387.000	90.480.052	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		53.319.000	56.801.000	59.869.006	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 631 61

Kostenanteil für die Wahrnehmung des Hafenlotsdienstes in Emden sowie für den Schiffsmeldedienst auf der Unterweser.

Zu 636 61

Erstattung anteiliger Personalkosten für die bei der Betriebskrankenkasse des Bundesverkehrsministeriums (BKK) Versicherten.

Zu 671 61

Erstattung anteiliger Kosten an die Deutsche Bahn AG für Unterhaltung und Betrieb der nieders. Hafenbahn im Hafen Cuxhaven.

Zu 546 61

Vorsorglich Leertitel.

Zu 686 61

Die Beiträge und Zuschüsse werden verteilt an die Nieders. Hafenvertretung e. V., an das Short Sea Shipping Promotion Center sowie an den Verband deutscher Verkehrsunternehmen.

Zu 741 61

Im Rahmen der Umstrukturierung und des Ausbaus der niedersächsischen Seehäfen werden die in der Anlage 3 aufgeführten Investitionsmaßnahmen mit Gesamtkosten von jeweils über 1 Mio. Euro fortgesetzt oder begonnen. Die Gesamtsumme der in der Anlage 3 dargestellten Maßnahmen entspricht nicht den bei Titel 741 61 veranschlagten Mitteln, weil

– die Maßnahmen teilweise aus Ausgaberesten finanziert werden und
– weil kleinere Maßnahmen mit Gesamtkosten bis zu 1 Mio. Euro nicht aufgeführt werden.

Zu 981 61

a) Abführung des Versorgungskostenanteils für die planmäßigen Beamten an 13 50 – 381 08.
b) Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften an 13 21 – 381 08.

Vgl. Erläuterungen zu Titel 162 10.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0896 Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-6	011	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	44
		A U S G A B E N					
746 04-6	731	Errichtung eines Massengutlagers am Rüstersieler Groden in Wilhelmshaven	—	—	—	—	—
749 01-0	731	Mehrzweckumschlaganlage an der Elbe in Cuxhaven	—	—	—	—	2.304
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Projekt Joint European Submicron Silicon (JESSi)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(180)
891 65-8	169	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	180
893 65-0	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 08 96					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 746 04 bis 893 65
Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 08					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		351.273.000	300.405.000	273.417.422	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		535.733.000	513.391.000	564.934.474	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		415.277.000	397.918.000	350.622.293	
		Summe der Einnahmen		1.302.283.000	1.211.714.000	1.188.974.189	
		4 Personalausgaben	12.000.000 12.000.000 10.225.838	222.727.000	224.144.000	222.757.042	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	357.285.000 360.109.000 160.283.870	323.581.000	312.806.000	297.344.246	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	52.921.000 53.532.000 352.868.092	259.547.000	255.327.000	314.016.453	
		7 Baumaßnahmen	23.191.000 32.191.000 24.797.657	58.455.000	65.655.000	70.711.667	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	165.473.000 123.035.000 167.192.445	746.560.000	680.914.000	621.499.925	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	30.063.000	30.063.000	29.217.007	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	610.870.000 580.867.000 715.367.902	1.640.933.000	1.568.909.000	1.555.546.340	
		Zuschuss		338.650.000	357.195.000	366.572.151	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		11.902.000	11.691.000	10.885.864	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.652.835.000	1.580.600.000	1.566.432.204	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		350.552.000	368.886.000	377.458.015	

Nachweisung

über die der alleinigen Verfügung des Landes unterliegenden Sondervermögen, die zu solchen Zwecken bestimmt sind, für die auch allgemeine Landesmittel verwendet werden (§ 26 LHO).

Wirtschaftsförderfonds

Niedersachsen

Das Sondervermögen ist auf Grund des § 1 des Gesetzes „Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen“ vom 8. 11. 1977 (Nds. GVBl. 1977 S. 589) gebildet worden.

Verpflichtungen zu Lasten des Fonds dürfen im Rahmen des Gesetzes und der parlamentarischen Ermächtigungen zum jährlichen Wirtschaftsplan des Fonds eingegangen werden.

Ausgaben dürfen in Höhe der dem Fonds aus eigenen Einnahmen oder Zuführungen aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mitteln geleistet werden.

Soweit die in den Vorjahren ausgebrachten Kreditermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden, bleiben sie in der Höhe weiter bestehen, wie sie zur Erfüllung von in den Wirtschaftsplänen der Vorjahre veranschlagten, aber nicht getätigten Ausgaben, die als Ausgabereste nach § 45 LHO in das nächste Hj. zu übertragen sind, benötigt werden.

Die Kreditermächtigungen dürfen nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtags in Anspruch genommen werden.

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01	Vermischte Einnahmen		—	—	—	92
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen		54.465.000	54.488.000	34.069.935	39.848
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61	**Einnahmen aus dem Bereich Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen Landesdarlehensprogramm -** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 61.*		(41.360.000)	(43.460.000)	(43.459.810)	(36.461)
359 61	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		41.360.000	43.460.000	43.459.810	36.461
TGr. 62	**Einnahmen aus dem Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge, Industriebrachenbeseitigung** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 62.*		(3.650.000)	(3.600.000)	(3.246.703)	(27.712)
119 62	Vermischte Einnahmen		—	—	—	18.991
153 62	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		256.000	256.000	255.646	120
161 62	Zinseinnahmen von öffentl. Unternehmen		153.000	153.000	178.952	4.588
173 62	Darlehensrückflüsse von Gemeinden (GV)		920.000	920.000	818.067	690
181 62	Darlehensrückflüsse von öffentl. Unternehmen		614.000	614.000	613.550	1.365
359 62	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		1.707.000	1.657.000	1.380.488	1.957
TGr. 65	**Einnahmen aus dem Bereich des Technologieprogramms** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 65.*		(1.278.000)	(1.254.000)	(1.278.230)	(1.127)
119 65	Vermischte Einnahmen		51.000	51.000	51.129	431
124 65	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung		26.000	26.000	25.565	33
153 65	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		26.000	26.000	25.565	—
161 65	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		26.000	26.000	25.565	—
162 65	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		179.000	205.000	230.081	175
173 65	Darlehensrückflüsse von Gemeinden (GV)		51.000	51.000	51.129	—
181 65	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen		51.000	51.000	51.129	—
182 65	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		460.000	511.000	562.421	362
359 65	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		408.000	307.000	255.646	125
TGr. 66	**Einnahmen aus dem Bereich des Technologietransfers** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 66.*		(154.000)	(154.000)	(178.953)	(119)
119 66	Vermischte Einnahmen		—	—	—	106
153 66	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		—	—	—	—
161 66	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		26.000	26.000	25.565	—
162 66	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		26.000	26.000	25.565	—
182 66	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		51.000	51.000	51.129	—
232 66	Erstattung von Verwaltungsausgaben und Betriebskosten für das Erfinderzentrum Norddeutschland (EZN)		—	—	—	—
331 66	Zuweisungen des Bundes		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

ALLGEMEINES

Entsprechend dem „Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen“ vom 08.11. 1977, in der Fassung vom 16.10.1997, ist ein Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen gegründet worden, dem ab 01.01. 1978 jährlich mindestens 50,0 Mio. EUR aus Landeshaushaltsmitteln zuzuführen sind (§ 4 FondsG).

Die Mittel sollen für Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und der -struktur des Landes, insbesondere für Maßnahmen zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur etwa durch Gemeindeverbände sowie öffentliche Unternehmen verwendet werden; eine Mitfinanzierung von Programmen nach Art. 91 a und Artikel 104 a GG sowie die Finanzierung anderer Förderprogramme aus Mitteln des Wirtschaftsförderfonds ist nicht statthaft (§§ 1,2 FondsG).

In den vergangenen Haushaltsjahren sind folgende Finanzierungsaufgaben aus dem Kapitel 08 02 in den Wirtschaftförderfonds übernommen worden:

– Regionale Wirtschaftsförderung,
– Maßnahmen der Wirtschaftswerbung,
– Zuwendungen nach dem Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen,
– Außenhandelsförderung der mittelständischen Wirtschaft,
– Förderung der Fremdenverkehrswerbung und
– Technologieprogramme.

Zu Titel 359 10

Der Betrag steht im Landeshaushalt im Kapitel 08 02 Titel 884 10 bereit.

Zu Titel 359 61

Durch eine Einbringung des Fördervermögens in das haftende Eigenkapital der NORD/LB und Übertragung des weiteren zur Wirtschaftsförderung von der LTS-Wirtschaft verwalteten Vermögens an die NORD/LB fließen Tilgungen und Zinsen aus dem Landesdarlehensprogramm nicht mehr dem Land zu.

Gemäß § 5 des Vertrages zwischen dem Land und der NORD/LB kann jedoch das zugeführte Vermögen bis auf einen Bestand mit einem Verkehrswert von mindestens 1,5 Mrd. DM zurückgeführt werden, so daß Entnahmen aus dem Vermögen der NORD/LB möglich sind.

Aus dem Bereich des Landesdarlehensprogramms werden Zinsen und Rückflüsse von Darlehen erwartet, die dem haftenden Eigenkapital der NORD/LB zufließen. Aus dem Vermögen der NORD/LB soll ein Betrag in gleicher Höhe entnommen werden.

Zu den Titeln 153 62, 161 62, 173 62, 181 62

Zinsen und Tilgungen aus den in den vorangegangenen Jahren vergebenen Darlehen an Gemeinden (GV) und öffentliche Unternehmen für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge und Industriebrachenbeseitigung.

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
359 66	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		51.000	51.000	76.694	13
TGr. 67	**Einnahmen aus dem Bereich der Förderung neuer Kommunikationstechnologien** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-Tgr. 67.*		(51.000)	(51.000)	(102.259)	(56)
119 67	Vermischte Einnahmen		51.000	51.000	—	—
162 67	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	25.565	5
182 67	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	25.565	51
359 67	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	51.129	—
TGr. 68	**Einnahmen aus dem Bereich der besonderen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 68.*		(—)	(—)	(12.782.297)	(736)
119 68	Vermischte Einnahmen		—	—	—	736
161 68	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	—
162 68	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	—	—
359 68	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	12.782.297	—
TGr. 70	**Einnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftswerbung** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 70.*		(—)	(—)	(—)	(—)
119 70	Vermischte Einnahmen ****Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
TGr. 72	**Einnahmen aus dem Bereich der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen** ****Vgl. K-Vermerk zu 862 72.*		(4.908.000)	(4.908.000)	(4.908.402)	(5.546)
119 72	Vermischte Einnahmen		51.000	51.000	51.129	271
162 72	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	—	—
359 72	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		4.857.000	4.857.000	4.857.273	5.275
TGr. 73	**Einnahmen aus dem Bereich Tourismus** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 73.*		(—)	(—)	(—)	(99)
119 73	Vermischte Einnahmen		—	—	—	7
231 73	Sonstige Zuweisungen vom Bund		—	—	—	—
282 73	Sonstige Zuschüsse Dritter		—	—	—	92
	A U S G A B E N					
919 10	Abführungen an den Landeshaushalt	—	—	—	1.838.094	—
972 10	Globale Minderausgabe	—	—	—	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61	**Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen - Landesdarlehensprogramm - - § 2 Abs. 1 Nr. 1 Fondsgesetz -** ****Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tgr. 61; Mindereinnahmen sind einzusparen. Gegenseitig deckungsfähig: 50 81 TGr. 61 und 50 83 TGr. 90.*	(5.000.000) (5.000.000) (7.669.378)	(33.690.000)	(35.790.000)	(35.790.432)	(26.745)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 359 72

In Höhe der aus dem Bereich des Förderprogramms für Existenzgründerinnen (s. Titel 862 72) erwarteten Zins- und Tilgungseinnahmen sollen Entnahmen aus dem Vermögen der NORD/LB erfolgen.

Zu Titelgruppe 61

Rechtsgrundlage der Förderung ist die Richtlinie für die Gewährung von Landesdarlehen zur Wirtschaftsförderung in Niedersachsen (RdErl. des MW vom 16.12.1998, Nds. MBl. S. 51, zuletzt geändert durch RdErl. vom 27.04.2001, - 15- 32338 -. Das Programm läuft bis zum 31.12.2004.

Die Förderung von Existenzgründungen und von kleinen und mittleren Unternehmen durch die Gewährung zinsgünstiger Darlehen soll dazu dienen, die Innovations- und Leistungsfähigkeit sowie die Risikobereitschaft zu stärken sowie die bedeutende Rolle dieser Unternehmen und Gründer bei der Entwicklung und Einführung technologisch neuartiger Produkte und Verfahren zu unterstützen, um so die Wirtschaftsstruktur und -kraft des Landes nachhaltig zu verbessern.

Gefördert werden nach Maßgabe des Landesdarlehensprogramms insbesondere

– die Errichtung einer neuen Betriebsstätte,
– Investitionen für die Einführung technologisch neuartiger Produkte und Produktionsverfahren,
– Investitionen, durch die zusätzliche Dauerarbeitsplätze oder Ausbildungsplätze geschaffen oder gesichert werden,
– Verlagerung oder Übernahme einer vorhandenen Betriebsstätte.

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
noch **TGr. 61**	*Einseitig deckungsfähig: TGr.61 zugunsten 862 72.*					
861 61	Darlehen an öffentl. Unternehmen	5.000.000 5.000.000 7.669.378	—	—	—	—
862 61	Darlehen an private Unternehmen	—	33.690.000	35.790.000	35.790.432	26.745
863 61	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 62	**Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge, Industriebrachenbeseitigung** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 62; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Gegenseitig deckungsfähig: 50 81 TGr. 62, 65, 66, 67, 68, 75 und 50 83 TGr. 86, 87.*	(6.500.000) (6.500.000) (6.135.503)	(4.209.000)	(4.209.000)	(3.696.641)	(48.763)
538 62	Dienstleistungen Außenstehender	6.500.000 6.500.000 6.135.503	—	—	—	295
546 62	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
761 62	Tiefbaumaßnahmen des Landes	—	—	—	—	18
853 62	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	1.534.000	1.534.000	1.533.876	4.834
861 62	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	1.534.000	1.534.000	1.533.876	18.320
883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	1.023.000	1.023.000	511.292	5.485
891 62	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	118.000	118.000	117.597	19.810
TGr. 65	**Förderung von Forschungs-, Entwicklungs-, Innovationsvorh. sowie von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten -Technologieprogramm-** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 65; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Vgl. D-Vermerke zu TGr. 62.*	(28.000.000) (28.000.000) (23.008.135)	(35.000.000)	(35.760.000)	(18.181.539)	(23.635)
538 65	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	28.000.000 28.000.000 23.008.135	358.000	358.000	357.904	1.148
547 65	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
631 65	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	—	—	—	—
661 65	Schuldendiensthilfen	—	—	—	—	—
683 65	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	21.063.000	21.823.000	6.237.761	10.120
686 65	Sonstige Zuschüsse	—	6.575.000	6.575.000	6.575.214	7.635
853 65	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 65	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	2.199
862 65	Darlehen an private Unternehmen	—	5.624.000	5.624.000	3.630.172	1.437
883 65	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	102.000	102.000	102.258	—
891 65	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	511.000	511.000	511.292	—
892 65	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	767.000	767.000	766.938	1.097
919 65	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—

Zu Titel 861 61

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	4 090 000	—	4 090 000
2003	—	3 579 000	5 000 000	8 579 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	3 579 000	5 000 000	—	8 579 000
2004	—	—	5 000 000	5 000 000

Zu Titel 862 61

Ausgewiesen sind die für die Vergabe von zinsgünstigen Darlehen vorgesehenen Mittel.

Zu Titelgruppe 62

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung ist es eine Aufgabe der Gemeinden (GV), attraktive Gewerbe- und Industrieflächen zu erwerben, zu erschließen und zu marktgerechten Konditionen ansiedlungswilligen oder expandierenden Gewerbe- und Industrieunternehmen anzubieten. Hierzu zählt auch die Wiedernutzbarmachung solcher Flächen, die brach liegen oder weitgehend aufgegeben wurden. Im Einzelfall kann ein erhebliches Landesinteresse an der Durchführung derartiger Projekte bestehen. Zur Mitfinanzierung dieser Maßnahmen können zinsgünstige Darlehen, in Ausnahmefällen auch nicht rückzahlbare Zuwendungen, gewährt werden.

Zu Titel 538 62

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	4 195 000	—	—	4 195 000
2003	2 355 000	1 840 000	—	4 195 000
2004	—	1 790 000	2 419 000	4 209 000
2005 ff.	—	2 505 000	4 081 000	6 586 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	4 195 000	—	—	4 195 000
2004	1 790 000	2 419 000	—	4 209 000
2005	1 940 000	1 487 000	782 000	4 209 000
2006 ff.	565 000	2 594 000	5 718 000	8 877 000

Zu Titelgruppe 65

Rechtsgrundlagen:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben - FuE-Richtlinie - (RdErl. des MW vom 18.05.2001, - 30 -, Nds. MBl. S. 421). Das Programm läuft bis zum 31.05.2006.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Innovationsförderung für das nieders. Handwerk (RdErl. des MW vom 30.03.2000, - 204/205 -, Nds. MBl. S. 304). Das Programm läuft bis zum 30.06.2003.

Neben diesen Förderungen stellt auch die Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute einen wesentlichen Bestandteil des sog. „Technologieprogramms“ (§§ 23, 44 LHO) dar.

Diesem Programm liegen folgende Zielsetzungen zugrunde:

– Stärkung des Potentials für Innovationen und nachhaltige FuE-Tätigkeit vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen,
– Beschleunigung des Transferprozesses zwischen Wissenschaft und Wirtschaft,
– bedarfsgerechte Innovationsorientierung in den Bereichen Industrie und Dienstleistungswirtschaft.

Die in den Erläuterungen zu den einzelnen Titeln näher dargestellten Maßnahmen dienen der Umsetzung dieser Ziele.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Laserzentrums Hannover e. V., Hannover

	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	5 400 000	5 000 000	5 300 000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	2 300 000	2 500 000	2 400 000
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	900 000	900 000	700 000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	8 600 000	8 400 000	8 400 000
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	7 220 000	7 020 000	7 020 000
Mithin Fehlbetrag	1 380 000	1 380 000	1 380 000

Der Fehlbetrag 2002 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	1 380 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	1 380 000 EUR

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Titelgruppe 65

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Laserzentrums Hannover e. V., Hannover

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Istergebnis 2001 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	5 500 000	5 400 000	—
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	2 300 000	2 300 000	—
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	900 000	900 000	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	8 700 000	8 600 000	—
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	7 320 000	7 220 000	—
Mithin Fehlbetrag	1 380 000	1 380 000	—

Der Fehlbetrag 2003 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	1 380 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	1 380 000 EUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie e. V., Hannover

	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	1 900 000	1 850 000	1 817 000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	600 000	600 000	583 000
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	230 000	250 000	202 000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	50 000	30 000	54 000
Zusammen	2 780 000	2 730 000	2 656 000
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	2 397 000	2 347 000	2 273 000
Mithin Fehlbetrag	383 000	383 000	383 000

Der Fehlbetrag 2002 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	383 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	383 000 EUR

Noch zu Titelgruppe 65

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie e. V., Hannover

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Istergebnis 2001 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	1 950 000	1 900 000	—
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	640 000	600 000	—
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	250 000	230 000	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	40 000	50 000	—
Zusammen	2 880 000	2 780 000	—
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	2 497 000	2 397 000	—
Mithin Fehlbetrag	383 000	383 000	—

Der Fehlbetrag 2003 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	383 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	383 000 EUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Integrierte Produktion gGmbH (ehemals CIM-Fabrik)

	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	2 200 000	2 300 000	2 078 000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	500 000	510 000	482 000
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	185 000	185 000	208 000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	25 000	25 000	27 000
Zusammen	2 910 000	3 020 000	2 795 000
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	2 500 000	2 610.000	2 386 000
Mithin Fehlbetrag	410 000	410 000	409 000

Der Fehlbetrag 2002 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	410 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	410 000 EUR

Noch zu Titelgruppe 65

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Integrierte Produktion gGmbH (ehemals CIM-Fabrik)

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Istergebnis 2001 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	2 300 000	2 200 000	—
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	500 000	500 000	—
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	200 000	185 000	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	25 000	25 000	—
Zusammen	3 025 000	2 910 000	—
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	2 615 000	2 500 000	—
Mithin Fehlbetrag	410 000	410 000	—

Der Fehlbetrag 2003 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	410 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	410 000 EUR

Zu Titel 538 65

Es sind vorrangig Mittel für die Vergabe von Gutachten ausgebracht, die im Rahmen der Durchführung des Technologieprogrammes von externen Stellen erstellt werden. Darüber hinaus beinhaltet dieser Titel Mittel für Dienstleistungen, die zur Begleitung von technologiepolitischen Landesinitiativen in Auftrag gegeben werden.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	9 715 000	13 294 000	—	23 009 000
2003	7 158 000	7 670 000	13 172 000	28 000 000
2004	5 113 000	1 300 000	9 587 000	16 000 000
2005 ff.	—	744 000	5 241 000	5 985 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	14 828 000	13 172 000	—	28 000 000
2004	6 413 000	9 587 000	6 176 000	22 176 000
2005	744 000	4 241 000	13 191 000	18 176 000
2006 ff.	—	1 000 000	8 633 000	9 633 000

Zu Titel 683 65 und 862 65

Diese beiden Titel dienen der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen von kleinen und mittleren Unternehmen in Niedersachsen. Förderschwerpunkte sind die Technologiefelder der

- physikalischen Technologien,
- Produktions- und Fertigungstechnik,
- neue Materialien,
- Mikrosystemtechnik,
- Mikroelektronik,
- IuK-Technik und
- Biotechnologie / Gentechnik.

Die Mittel werden in Form von Darlehen und Zuschüssen vergeben.

Zu Titel 686 65

Aus diesem Titel werden Mittel für die Grundfinanzierung des Laserzentrums Hannover, des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie in Hannover sowie des Instituts für integrierte Produktion Hannover gezahlt.

Einen weiteren Förderschwerpunkt bildet die Innovationsförderung für das niedersächsische Handwerk. Hierdurch soll die Innovationsfähigkeit des Handwerks und damit seine Wettbewerbsfähigkeit insgesamt verbessert werden. Die Mittel werden an die anspruchsberechtigten kleinen und mittleren Handwerksbetriebe in Form von Zuschüssen gezahlt.

Schließlich werden Mittel dieses Titels auch zur Unterstützung der Teilnahme von technologieorientierten kleinen und mittleren Unternehmen auf Inlandmessen verwendet.

Zu Titel 892 65

Es sind Mittel vorrangig zur Vergabe von Zuschüssen für Projekte im Rahmen des Technologieprogramms ausgewiesen, die überwiegend investiven Charakter haben.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds -Gewerblicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
TGr. 66	**Förderung des Technologietransfers, der Technologieberatung u. von Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 66; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Vgl. D-Vermerke zu TGr. 62.*	(3.000.000) (3.000.000) (3.067.751)	(4.090.000)	(4.090.000)	(3.834.690)	(4.751)
538 66	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	3.000.000 3.000.000 3.067.751	460.000	460.000	460.163	907
547 66	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	35
661 66	Schuldendiensthilfen	—	—	—	—	—
683 66	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	639.000	639.000	639.115	370
686 66	Sonstige Zuschüsse	—	2.480.000	2.480.000	2.224.120	3.018
853 66	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 66	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 66	Darlehen an private Unternehmen	—	511.000	511.000	511.292	383
883 66	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 66	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 66	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	38
919 66	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 67	**Förderung neuer Kommunikationstechnologien** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tgr. 67; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Vgl. D-Vermerke zu Tgr. 62.*	(3.000.000) (3.000.000) (1.533.876)	(6.000.000)	(6.000.000)	(1.533.875)	(3.904)
538 67	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	3.000.000 3.000.000 1.533.876	102.000	102.000	102.258	791
547 67	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 67	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
683 67	Zuschüsse an private Unternehmen	—	4.798.000	4.798.000	766.938	1.796
686 67	Zuschüsse an Sonstige	—	1.100.000	1.100.000	664.679	1.316
853 67	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 67	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 67	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 67	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 67	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 67	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 67	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 68	**Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehr-*	(2.500.000) (3.500.000) (—)	(9.301.000)	(8.490.000)	(23.187.087)	(1.379)

Zu Titelgruppe 66

Die zügige Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die wirtschaftliche Praxis ist wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und den Ausbau eines hohen technologischen Standards und damit der Wettbewerbsfähigkeit der nieders. Wirtschaft. Dafür sind der Technologietransfer, die -beratung und die Qualifizierung von Mitarbeitern in Unternehmen von besonderer Bedeutung.

Das Land fördert daher aus Mitteln dieser Titelgruppe zur Verstärkung der hier bereits geschaffenen Grundlagen Projekte und Maßnahmen wie:

N A T I GmbH

– Rechtsgrundlage: §§ 23, 44 LHO.
– Bezeichnung: Agentur für Technologietransfer und Innovationsförderung.
– Laufzeit: zeitlich unbefristet.

P e r s o n a l t r a n s f e r

– Rechtsgrundlage: Personaltransferrichtlinie (RdErl. des MW vom 12.08.1999, - 205.2-7015 -, Nds. MBl. S. 545, zuletzt geändert durch RdErl. vom 19.04.2000, Nds. MBl. S. 305).
– Bezeichnung: Förderung des Einsatzes von Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen als Nachwuchskräfte für Führungs- und Innovationsaufgaben in kleinen und mittleren Unternehmen.
– Beendigung: 31.12.2001.

Nachfolgeregelung für den Zeitraum bis zum 31.12.2006 ist vorbereitet und wird in Kürze veröffentlicht.

BERATUNG WISSENSCHAFT / WIRTSCHAFT

– Rechtsgrundlage: Beratungsrichtlinie (RdErl. MW vom 22. 05.2000, - 205.2-7011 -, Nds. MBl. S. 306).
– Bezeichnung: Beratungsprogramm zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Niedersachsen.
– Beendigung: 30.06.2002.

Nach einer zeitgerechten Auswertung der bisherigen Förderergebnisse wird entschieden, ob das Programm nach dem 30.06.2002 fortzuführen ist.

ERFINDERBERATUNG UND SCHUTZRECHTSICHERUNG DURCH DAS ERFINDERZENTRUM NORDDEUTSCHLAND (EZN)

– Rechtsgrundlage: RE-Richtlinie vom 10.04.1990 - Nds. MBl. Nr. 21/1990, S. 710 -.
– Bezeichnung: Gewährung von Zuwendungen zur Realisierung von Erfindungen.
– Beendigung: zeitlich unbefristet.

INNOVATIONSBERATUNG DER GEWERKSCHAFTEN UND DES HANDWERKS

– Rechtsgrundlage: §§ 23, 44 LHO.
– Bezeichnung: Technologieberatung beim DGB Niedersachsen e. V., Förderung der Beratungsstelle für Technologiefolgen und Qualifizierung im Bildungswerk der DAG im Lande Niedersachsen e. V. sowie Förderung der Innovationsberatung bei den Handwerkskammern.
– Beendigung: vorerst bis Ende 2001.

Über Verlängerungen finden z. Zt. Gespräche statt.

Zu Titel 538 66

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 279 000	1 790 000	—	3 069 000
2003	512 000	1 023 000	1 000 000	2 535 000
2004	—	255 000	1 450 000	1 705 000
2005	—	—	550 000	550 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 535 000	1 000 000	—	2 535 000
2004	255 000	1 450 000	895 000	2 600 000
2005	—	550 000	1 500 000	2 050 000
2006	—	—	605 000	605 000

Zu Titel 686 66

Übersicht über d. Einnahmen u. Ausgaben d. Nieders. Agentur f. Technologietransfer u. Innovationsförderung GmbH

	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	1 711 000	1 646 000	1 344 500
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 243 000	1 207 000	1 123 300
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	20 000	28 000	47 200
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	2 974 000	2 881 000	2 515 000
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	2 207 000	2 114 000	1 614 100
Mithin Fehlbetrag	767 000	767 000	900 900

Der Fehlbetrag 2002 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	767 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	767 000 EUR

Übersicht über d. Einnahmen u. Ausgaben d. Nieders. Agentur f. Technologietransfer u. Innovationsförderung GmbH

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Istergebnis 2001 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	1 762 000	1 711 000	—
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 280 000	1 243 000	—
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	25 000	20 000	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	3 067 000	2 974 000	—
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	2 300 000	2 207 000	—
Mithin Fehlbetrag	767 000	767 000	—

Der Fehlbetrag 2003 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	767 000 EUR
c) den Bund mit	— EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	767 000 EUR

Zu Titelgruppe 67

Rechtsgrundlage der Förderung ist die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der Informations- und Kommunikationswirtschaft -IuKW-Richtlinie- (RdErl. des MW vom 19.10.1999, Nds. MBl. S. 730). Das Programm läuft bis zum 31.12.2004.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien haben für die Wettbewerbsfähigkeit sowohl großer als auch mittlerer und kleiner Unternehmen eine immer größere Bedeutung erlangt. Die Stimulierung und Verwirklichung entsprechender Anwendungen besonders im Bereich der Softwareentwicklung und der Internettechnologien ist daher zu einem Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik entwickelt worden.

Aufbauend auf den Erfahrungen der Multimediainitiative sollen durch Zuwendungen nach der IuKW-Richtlinie innovative Pilot- und Demonstrationsvorhaben verstärkt gefördert werden, da sich gezeigt hat, dass hierdurch positive standort- und beschäftigungswirksame Entwicklungen ausgelöst werden. Eine große Bedeutung kommt außerdem der Weiterentwicklung des elektronischen Geschäftsverkehrs zu, der im Rahmen der e-commerce-Initiative b-online mit Hilfe der erhöhten Ansätze forciert werden soll.

Zu Titel 538 67

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	512 000	767 000	—	1 279 000
2003	103 000	562 000	2 335 000	3 000 000
2004	—	205 000	395 000	600 000
2005	—	—	270 000	270 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	665 000	2 335 000	—	3 000 000
2004	205 000	395 000	934 000	1 534 000
2005	—	270 000	1 164 000	1.434 000
2006	—	—	902 000	902 000

Zu Titelgruppe 68

Für besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur des Landes sowie zur Stärkung der Leistungskraft und der Rahmenbedingungen der niedersächsischen Wirtschaft.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds -Gewerblicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
noch **TGr. 68**	*einnahmen bei TGr. 68; Mindereinnahmen sind einzusparen. Vgl. D-Vermerke zu TGr. 62. Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
547 68	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.500.000 3.500.000 —	—	—	—	1
662 68	Schuldendiensthilfen für Darlehen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	—
671 68	Erstattungen an die NFG	—	592.000	650.000	700.470	235
683 68	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 68	Sonstige Zuschüsse	—	38.000	38.000	38.347	89
697 68	Vermögensübertragungen an Unternehmen	—	—	—	3.579.043	—
761 68	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	264
853 68	Darlehen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 68	Darlehen an Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung	—	—	—	—	—
862 68	Darlehen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	—
883 68	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	8.671.000	7.802.000	18.869.227	—
891 68	Zuschüsse für Investitionen an Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	—
892 68	Zuschüsse für Investitionen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	790
TGr. 70	**Maßnahmen der Wirtschaftswerbung** ****Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 70.*	(512.000) (512.000) (511.292)	(1.279.000)	(1.279.000)	(1.175.971)	(1.338)
531 70	Veröffentlichungen	512.000 512.000 511.292	—	—	—	91
538 70	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.023.000	1.023.000	920.325	1.205
547 70	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	256.000	256.000	255.646	42
TGr. 71	**Außenhandelsförderung der mittelständischen Wirtschaft** ****Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 50 81 TGr. 71, 72, 73, 75 und 50 83 TGr. 88, 89.*	(512.000) (512.000) (511.292)	(1.227.000)	(1.227.000)	(1.175.971)	(1.332)
547 71	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben im Rahmen der Außenhandelsförderung	512.000 512.000 511.292	51.000	51.000	51.129	201
683 71	Zuschüsse an Institutionen und Sonstige im Rahmen der Außenhandelsförderung	—	1.176.000	1.176.000	1.124.842	1.131
TGr. 72	**Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen** ****Übertragbar. Vgl. D-Vermerke zu TGr.71.*	(1.000.000) (1.000.000) (1.022.584)	(7.874.000)	(7.874.000)	(6.621.229)	(7.967)
538 72	Dienstleistungen Außenstehender	1.000.000 1.000.000 1.022.584	1.023.000	1.023.000	1.022.584	263

Zu Titel 547 68

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	2 900 000	2 900 000
2004	—	—	400 000	400 000
2005	—	—	200 000	200 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	2 900 000	—	2 900 000
2004	—	400 000	683 000	1 083 000
2005	—	200 000	968 000	1 168 000
2006	—	—	849 000	849 000

Zu Titel 671 68

Das Land Niedersachsen hat sich als stiller Gesellschafter an der im Jahre 1997 gegründeten Beteiligungsgesellschaft IMH Hannover Venture Capital GmbH & Co. KG (HVC) mit einer Einlage von bis zu 12,91 Mio EUR beteiligt. Die Finanzierung dieser Beteiligung erfolgt über die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Hannover (NFG). Die Einzahlung der Fördereinlage durch die NFG erfolgt in Teilbeträgen und ist abhängig vom Investitionsbedarf der HVC. Zum Abschluss eines stillen Gesellschaftervertrages zwischen der HVC und dem Land Niedersachsen sowie eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der NFG und dem Land Niedersachsen war im Haushaltsjahr 1997 eine VE in Höhe v. 20,45 Mio EUR überplanmäßig bereit gestellt worden. Veranschlagt sind die erforderlichen Zins- und Tilgungsleistungen.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	650 000	—	—	650 000
2003	592 000	—	—	592 000
2004	592 000	—	—	592 000
2005 ff.	14 882 000	—	—	14 882 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	592 000	—	—	592 000
2004	592 000	—	—	592 000
2005	592 000	—	—	592 000
2006 ff.	14 290 000	—	—	14 290 000

Zu Titel 686 68

Die hier veranschlagten Mittel sind vorgesehen zur Finanzierung der

1. Arbeitsgruppe Neue Hanse Interregio	25 000 EUR
2. Geschäftsstelle Grenzüberschreitendes Aktionsprogramm für das Gebiet EUREGIO	13 000 EUR
Summe :	38 000 EUR

Zu Titel 883 68

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinden. Hierdurch soll sowohl die regionale Wirtschaftsförderung entlastet sowie die Kofinanzierung von Projekten in Ziel 2-Gebieten sichergestellt werden.

Zu Titel 531 70

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	255 000	307 000	—	562 000
2003	—	205 000	312 000	517 000
2004	—	—	200 000	200 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	205 000	312 000	—	517 000
2004	—	200 000	312 000	512 000
2005	—	—	200 000	200 000

Zu Titel 538 70

Aufwand für wirtschaftswerbende Maßnahmen.

Zu Titel 547 70

Sonstiger Sachaufwand aus Anlass wirtschaftswerbender Maßnahmen, der dem Ministerium unmittelbar entsteht.

Zu Titel 547 71

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen

- für die Betreuung ausländischer Repräsentanten der Wirtschaft und der Wirtschaftsverwaltungen sowie für die Durchführung außenwirtschaftlich relevanter Veranstaltungen.
- Förderung von nieders. Wirtschaftsrepräsentationen im Ausland.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	512 000	—	512 000
2003	—	—	512 000	512 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	512 000	—	512 000
2004	—	—	512 000	512 000

Zu Titel 683 71

Außenhandelsförderung der mittelständischen nieders. Wirtschaft u. a. bei Auslandsmessen und Außenwirtschaftsberatung.

Zu Titelgruppe 72

Rechtsgrundlagen:

Richtlinie für die Gewährung von Landesdarlehen zur Förderung von Existenzgründungen durch Frauen in Niedersachsen (RdErl. des MW vom 16.12.1998, - 15 - 32351 -, Nds. MBl. S. 53, zuletzt geändert durch RdErl. vom 27.04.01). Das Programm läuft bis zum 31.12.2004.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Messepräsentationen nieders. Handwerksunternehmen (Erl. des MW vom 03.09.1999 - 15.3-69200 -, Nds. MBl. S. 641). Das Programm läuft bis zum 31.12.2003.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Unternehmensberatung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Existenzgründungsberatung in Niedersachsen - Beratungsrichtlinie 2001 - (RdErl. des MW vom 22.11.2000 - 15-45001 -, Nds. MBl. S. 213). Das Programm läuft bis zum 31.12.2005.

Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen vom 30.04.1978 in der Fassung vom 28.05.1993 (Nds. GVBl. S. 132).

Die Förderung hat im Interesse der Sicherung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur des Landes den Zweck, die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu erhalten und zu stärken, insbesondere Wettbewerbsnachteile auszugleichen und die rechtzeitige Anpassung an den wirtschaftlichen und technischen Wandel zu fördern.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen im Sinne des o. a. Gesetzes veranschlagt:

1. Förderung der beruflichen Bildung,
2. Förderung der Unternehmensberatung,
3. Förderung der Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an Messen und Ausstellungen,
4. Darlehen für die Existenzgründung durch Frauen.

Gefördert werden Maßnahmen des Handwerks, des Handels, der Industrie, des Hotel- und Gaststättengewerbes und der freien Berufe, insbesondere solche der Selbstverwaltungsorganisationen.

Zu Titel 538 72

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	767 000	—	767 000
2003	—	255 600	1 000 000	1 255 600

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	255 600	1 000 000	—	1 255 600
2004	—	—	1 000 000	1 000 000

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
547 72	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
683 72	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	—
684 72	Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen	—	102.000	102.000	102.258	42
686 72	Zuschüsse an Organisationen der Wirtschaft	—	2.045.000	2.045.000	1.763.957	3.059
862 72	Darlehen an private Unternehmen, insbesondere Förderung von Existenzgründerinnen ****Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 72; Mindereinnahmen sind einzusparen. Einseitig deckungsfähig: 862 72 zu Lasten TGr. 61.*	—	4.602.000	4.602.000	3.630.172	4.602
892 72	Hilfen bei Unternehmensfortführungen durch Auffanggesellschaften	—	102.000	102.000	102.258	—
TGr. 73	**Förderung des Tourismus** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 73.* *Vgl. D-Vermerke zu TGr. 71.*	(1.600.000) (1.600.000) (1.533.876)	(3.196.000)	(3.196.000)	(2.991.058)	(3.310)
538 73	Dienstleistungen Außenstehender	1.600.000 1.600.000 1.533.876	511.000	511.000	511.292	2.371
547 73	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	51.000	51.000	51.129	2
632 73	Sonstige Zuweisungen an Sachsen-Anhalt	—	—	—	—	—
633 73	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	256.000	256.000	255.646	36
686 73	Zuschüsse an Fremdenverkehrsverbände und andere Organisationen und Sonstige	—	1.099.000	1.099.000	1.099.278	747
883 73	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	1.023.000	1.023.000	818.067	62
891 73	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	205.000	205.000	204.517	93
893 73	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	51.000	51.000	51.129	—
919 73	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 75	**Kofinanzierung von EU-Programmen** ****Übertragbar.* *Gegenseitig deckungsfähig mit 50 81 TGrn. 62, 65, 66, 67, 68, 71, 72, 73 und 50 83 TGrn. 86, 87, 88, 89.* *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
538 75	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	—	—	—	—	—
683 75	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 75	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
883 75	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 75	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 75	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 75	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—

Zu Titel 684 72

1. Mit den Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen steht ein Instrument zur Verfügung, mit dem - durch externe Beratung - zur Klärung der Situation von wirtschaftlich gefährdeten Klein- und Mittelbetrieben beigetragen werden kann, sofern eine auch teilweise Fortführung in Arbeitnehmerhand zu denkbaren Fortführungsalternativen zählt.
2. Förderung von Arbeitnehmerkonferenzen.

Zu Titel 686 72

Zuweisungen insbesondere an die Organisationen des Handels und des Handwerks u. a. zur Durchführung von Betriebsberatungen und sonstiger Maßnahmen zur fachlichen Qualifizierung.

Zu Titel 862 72

Veranschlagt sind die Mittel für Existenzgründungsdarlehen für Frauen.

Zu Titel 892 72

Mit den Hilfen bei Unternehmenfortführungen durch Auffanggesellschaften sollen konzeptionell aussichtsreiche Fortführungsalternativen gefördert werden, die dem Arbeitsplatzerhalt dienen.

Zu Titelgruppe 73

Rechtsgrundlage der Förderung ist die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der touristischen Entwicklung (RdErl. des MW vom 17.10.2000, - 37.1-49.05 - Nds. MBl. S. 686). Das Programm läuft bis zum 31.12.2006.

Ziel ist es, die Freizeit-, Gesundheits- und Kulturwirtschaft (Tourismuswirtschaft) sowohl bei der Qualitätsteigerung als auch zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zu fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branchen zu optimieren und weiterhin Wachstum zu ermöglichen. Mit den hier veranschlagten Mitteln sollen Projekte, die in besonderer Weise einer nachhaltigen Entwicklung dienen, unterstützt und darüber hinaus die in den EU-Programmen veranschlagten Maßnahmen kofinanziert werden.

Zu Titel 538 73

Veranschlagt sind Mittel für Projekte und Initiativen zur Qualitätsteigerung in Produktentwicklung und Marketing der Freizeit-, Gesundheits- und Kulturwirtschaft (Tourismuswirtschaft).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 000 000	—	1 000 000
2003	—	511 000	800 000	1 311 000
2004	—	—	800 000	800 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	511 000	800 000	—	1 311 000
2004	—	800 000	800 000	1 600 000
2005	—	—	800 000	800 000

Zu Titel 686 73

Die veranschlagten Mittel sind zur Unterstützung der Freizeit und Tourismus Niedersachsen GmbH vorgesehen. Die FTN vernetzt die zur Tourismuswirtschaft gehörenden Partner und unterstützt diese bei Produktentwicklung und Marketing.

Zu Titelgruppe 75

Die Einrichtung dieser Titelgruppe erfolgt aus haushaltssystematischen Gründen zur Kofinanzierung von EU-Projekten, für die keine spezielle Förderrichtlinie existiert.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds -Gewerblicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	Abschluss Kapitel 50 81					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.018.000	3.095.000	3.093.317	
	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		102.848.000	104.820.000	96.933.272	
	Summe der Einnahmen		105.866.000	107.915.000	100.026.589	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	46.624.000 47.624.000 37.324.309	3.835.000	3.835.000	3.732.430	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	41.963.000	42.781.000	25.771.668	
	7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.000.000 5.000.000 7.669.378	60.068.000	61.299.000	68.684.395	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	1.838.094	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	51.624.000 52.624.000 44.993.687	105.866.000	107.915.000	100.026.587	
	Überschuss				2	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Anhang zum Wirtschaftsplan des „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen" – Gewerblicher Bereich –

Belastungstabelle
über die Verwendung der für 2002 und 2003 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen derfolgenden Jahre aufgrund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr

Titel/ Titel-gruppe	Zweckbestimmung	2002 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 ff. Tsd. EUR	Tit./TGr. Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
919 10	Abführungen an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
TGr. 61	Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen - Landesdarlehensprogramm - - § 2 Abs. 1 Nr. 1 Fondsgesetz -	35.790	33.690	5.000	—	74.480
TGr. 62	Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge, Industriebrachenbeseitigung	4.209	4.209	4.209	13.086	25.713
TGr. 65	Förderung von Forschungs-, Entwicklungs-, Innovationsvorh. sowie von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten -Technologieprogramm-	35.760	35.000	22.176	27.809	120.745
TGr. 66	Förderung des Technologietransfers, der Technologieberatung u. von Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung	4.090	4.090	2.600	2.655	13.435
TGr. 67	Förderung neuer Kommunikationstechnologien	6.000	6.000	1.534	2.336	15.870
TGr. 68	Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur	8.490	9.301	1.675	16.899	36.365
TGr. 70	Maßnahmen der Wirtschaftswerbung	1.279	1.279	512	200	3.270
TGr. 71	Außenhandelsförderung der mittelständischen Wirtschaft	1.227	1.227	512	—	2.966
TGr. 72	Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen	7.874	7.874	1.000	—	16.748
TGr. 73	Förderung des Tourismus	3.196	3.196	1.600	800	8.792
TGr. 75	Kofinanzierung von EU-Programmen	—	—	—	—	—
	Summe	107.915	105.866	40.818	63.785	318.384

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Anhang zum Wirtschaftsplan des „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen" – Gewerblicher Bereich –

Finanzierungstabelle
über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln

Titel/ Titel-gruppe	Zweckbestimmung	2002 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 ff. Tsd. EUR	Tit./TGr. Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen	54.488	54.465	29.449	29.434	167.836
TGr. 61	Einnahmen aus dem Bereich Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen Landesdarlehensprogramm -	43.460	41.360	39.560	37.160	161.540
TGr. 62	Einnahmen aus dem Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge, Industriebrachenbeseitigung	3.600	3.650	3.700	3.750	14.700
TGr. 65	Einnahmen aus dem Bereich des Technologieprogramms	1.254	1.278	1.328	1.378	5.238
TGr. 66	Einnahmen aus dem Bereich des Technologietransfers	154	154	154	154	616
TGr. 67	Einnahmen aus dem Bereich der Förderung neuer Kommunikationstechnologien	51	51	51	51	204
TGr. 68	Einnahmen aus dem Bereich der besonderen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur	—	—	—	—	—
TGr. 70	Einnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftswerbung	—	—	—	—	—
TGr. 72	Einnahmen aus dem Bereich der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen	4.908	4.908	4.908	4.908	19.632
TGr. 73	Einnahmen aus dem Bereich Tourismus	—	—	—	—	—
	Summe der Finanzierungsmittel	107.915	105.866	79.150	76.835	369.766
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	107.915	105.866	40.818	63.785	318.384
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	—	—	38.332	13.050	51.382

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5082 Wirtschaftsförderfonds -Landwirtschaftlicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 10	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB für den Bereich des Epl. 09. ****Die Bewirtschaftung der Mittel des Kapitels obliegt dem ML.*		—	—	—	—
359 11	Zuführung von 0910 919 10		205.000	205.000	204.517	—
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	—
	A U S G A B E N					
919 10	Abführung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61	**Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur - land- und forstwirtschaftlicher Bereich -** ****Übertragbar* *Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(205.000)	(205.000)	(153.387)	(167)
531 61	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	9
547 61	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50.000	50.000	51.129	74
682 61	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	46
683 61	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	5
686 61	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	155.000	155.000	—	29
893 61	Zuschüsse für Investitionen an sonstige	—	—	—	102.258	5
	Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			51.129	
	Abschluss Kapitel 50 82					
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		205.000	205.000	204.517	
	Summe der Einnahmen		205.000	205.000	204.517	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	50.000	50.000	102.258	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	155.000	155.000	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	102.258	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	205.000	205.000	204.516	
	Überschuss				1	

ERLÄUTERUNGEN

ALLGEMEINES

Die Gewährung von Darlehen an private landwirtschaftliche Betriebe ist seit 1987 beendet. Tilgungensrückflüsse und Zinsen werden zunächst beim Zweckvermögen der Nord/LB vereinnahmt und halbjährlich dem Landeshaushalt zugeführt.

Zu Titelgruppe 61

Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur des Landes Niedersachsen durch Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen von wirtschaftl. Maßnahmen, Herstellung von Kontakten, Messebeschickung und Vermittlung von „know how“ bei der Durchführung von Projekten und Seminaren insbesondere im Hinblick auf die anstehenden EU-Beitrittsverhandlungen mit MOE-Staaten.

Wirtschaftsförderfonds

Niedersachsen

– Ökologischer Bereich –

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5083 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01	Vermischte Einnahmen		—	—	—	1.790
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen		14.713.000	14.748.000	17.619.118	24.470
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 86	**Einnahmen aus dem Bereich: Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 86.*		(460.000)	(460.000)	(460.162)	(278)
119 86	Vermischte Einnahmen		—	—	—	8
162 86	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		179.000	179.000	178.952	43
182 86	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		230.000	230.000	230.081	224
359 86	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		51.000	51.000	51.129	4
TGr. 87	**Einnahmen aus dem Bereich: Umwelttechnologie** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 87.*		(154.000)	(154.000)	(153.388)	(99)
119 87	Vermischte Einnahmen		—	—	—	94
161 87	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	—
162 87	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		102.000	102.000	102.258	5
182 87	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		26.000	26.000	25.565	—
359 87	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		26.000	26.000	25.565	—
TGr. 88	**Einnahmen aus dem Bereich: Umweltqualifikation und Beratung** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 88.*		(6.000)	(6.000)	(5.113)	(1)
119 88	Vermischte Einnahmen		—	—	—	1
162 88	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		1.000	1.000	511	—
182 88	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		5.000	5.000	4.602	—
359 88	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	—
TGr. 89	**Einnahmen aus dem Bereich: Tourismus** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 89.*		(757.000)	(722.000)	(511.292)	(701)
119 89	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
153 89	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		—	—	—	—
359 89	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		757.000	722.000	511.292	701
TGr. 90	**Einnahmen aus dem Bereich: Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 90.*		(—)	(—)	(—)	(4)
119 90	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
359 90	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	4
	Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				639.115	

ERLÄUTERUNGEN

ALLGEMEINES:

Zu den wesentlichen Aufgaben der nieders. Landesregierung gehört die Fortsetzung der Umstrukturierung der Produktionsprozesse auf umweltverträgliche Verfahren mit dem Ziel der Rohstoff- und Energieeinsparung, der deutlichen Reduzierung von Emissionen und der Vermeidung von Abfällen.

Zur Unterstützung und Umsetzung dieser umweltrelevanten Ziele dient der Wirtschaftsförderfonds mit seinem ökologischen Bereich. Dieser sog. „Ökologiefonds“ soll das konstruktive Miteinander von Wirtschaft und Umweltschutz weiterhin unterstützen und nachhaltig gewährleisten.

Zu Titel 359 10

Der Betrag steht im Landeshaushalt im Kapitel 08 02 Titel 884 10 bereit.

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	A U S G A B E N					
	Titelgruppe(n)					
TGr. 86	**Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 86; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Gegenseitig deckungsfähig: 50 83 TGr. 86, 87 und 50 81 TGr. 62, 65, 66, 67, 68, 75.*	(7.000.000) (7.000.000) (7.669.378)	(8.983.000)	(8.983.000)	(6.069.035)	(1.628)
538 86	Dienstleistungen Außenstehender,Gutachten	7.000.000 7.000.000 7.669.378	511.000	511.000	511.292	15
547 86	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
683 86	Zuschüsse an private Unternehmen	—	1.023.000	1.023.000	1.022.584	—
686 86	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
853 86	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 86	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 86	Darlehen an private Unternehmen	—	5.624.000	5.624.000	3.476.785	—
863 86	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
883 86	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 86	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	511.000	511.000	511.292	—
892 86	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	1.314.000	1.314.000	547.082	1.613
893 86	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 87	**Umwelttechnologie** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 87; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Vgl. D-Vermerk zu TGr. 86.*	(3.500.000) (3.500.000) (4.090.335)	(5.625.000)	(5.625.000)	(3.834.690)	(1.852)
538 87	Dienstleistungen Außenstehender,Gutachten	3.500.000 3.500.000 4.090.335	256.000	256.000	255.646	—
547 87	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
683 87	Zuschüsse an private Unternehmen	—	1.023.000	1.023.000	1.022.584	650
686 87	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	179
853 87	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 87	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 87	Darlehen an private Unternehmen	—	3.068.000	3.068.000	2.045.168	—
863 87	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
883 87	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 87	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 87	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	1.278.000	1.278.000	511.292	1.023
893 87	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 88	**Umweltqualifikation und Beratung** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen über-*	(100.000) (100.000) (153.388)	(204.000)	(204.000)	(153.388)	(41)

Zu Titelgruppe 86

Die überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaft Niedersachsens ist in vielfältiger Weise bei der Verwendung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen im Produktionsprozess sowie bei der Entsorgung mit kostenintensiven Umweltschutzmaßnahmen konfrontiert. Die Unternehmen sollen in die Lage versetzt werden, die vom eigenen Betrieb ausgehenden Umwelteinwirkungen systematisch zu erfassen sowie technische Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und umzusetzen. Über den umweltbeeinflussenden Effekt hinaus wirken sich innovative Prozesse in der Umwelt- und Abfallwirtschaft zudem mittel- und langfristig günstig auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus.

Das Land fördert daher aus Mitteln dieser Titelgruppe die verschiedenen Maßnahmen zur verstärkten Umstrukturierung der Unternehmen auf dem Gebiet des produktionsintegrierten Umweltschutzes.

Die Richtlinie des MW „Wirtschaft und Umwelt“ - RdErl. vom 23.09.1997 - 207-32329/1 -, Nds. MBl. S. 1429 - läuft zum 31.12.2001 aus.

Derzeit wird für die weitere Umsetzung des Ökofonds für die Zeit ab 2002 ein adäquates Förderprogramm mit den entsprechenden Instrumentarien als Nachfolgeregelung erarbeitet, wobei im Mittelpunkt der Förderung Investitions- und Betriebsausgaben stehen, die durch Anforderungen des Umweltschutzes ausgelöst und erforderlich werden.

Zu Titel 538 86

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	5 625 000	2 812 000	—	8 437 000
2003	3 580 000	2 557 000	2 346 000	8 483 000
2004	1 790 000	2 301 000	4 392 000	8 483 000
2005	—	—	262 000	262 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	6 137 000	2 346 000	—	8 483 000
2004	4 091 000	4 392 000	500 000	8 983 000
2005	—	262 000	5 900 000	6 162 000
2006	—	—	600 000	600 000

Zu Titelgruppe 87

Aus Mitteln dieser Titelgruppe soll die Entwicklung neuer Umwelttechnologien bzw. -techniken gefördert werden. Die Entwicklung neuer Umwelttechnologien ist vielfach mit einem hohen technischen und wirtschaftlichen Risiko verbunden. Für die überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaft ist daher zur konkreten Unterstützung der innerbetrieblichen umweltelevanten Entwicklungsaktivitäten eine Förderung seitens des Landes erforderlich.

Die Richtlinie des MW „Neue Umwelttechnologien“ - RdErl. vom 23.09.1997 - 207-32329/1 - Nds. MBl. S. 1430 - läuft zum 31.12.2001 aus. Derzeit werden die Möglichkeiten zur Umsetzung des Ökofonds in Richtung Förderung der Entwicklung neuer Umwelttechnologien für die Zeit ab 2002 erarbeitet.

Zu Titel 538 87

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 534 000	2 557 000	—	4 091 000
2003	767 000	1 278 000	1 700 000	3 745 000
2004	—	256 000	1 500 000	1 756 000
2005	—	—	300 000	300 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	2 045 000	1 700 000	—	3 745 000
2004	256 000	1 500 000	1 900 000	3 656 000
2005	—	300 000	1 300 000	1 600 000
2006	—	—	300 000	300 000

Zu Titelgruppe 88

Rechtsgrundlage der Förderung ist die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur beruflichen Weiterbildung und Beratung (RdErl. des MW vom 27.09.1999 - 14.2-86304 - Nds. MBl. S. 741). Das Programm läuft bis zum 31.12.2004.

Bei der Umweltvorsorge kommt der Einführung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren eine wachsende Bedeutung zu. Die erforderlichen Umstellungen bei der Schaffung, der Produktion und beim Vertrieb einschl. der Rücknahme und Wiederverwertung müssen durch gezielte Beratungs- und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen gestützt werden, damit die Umstellungen zügig ohne wirtschaftliche Verluste erfolgen können. Durch eine Förderung von Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen mittelständischen Wirtschaft gestärkt und die regionale Wirtschaftsstruktur verbessert werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollen in die Lage versetzt werden, die vom eigenen Betrieb ausgehenden Umweltwirkungen systematisch zu erfassen und umweltfreundliche Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Das Land Niedersachsen gewährt Zuwendungen für Beratungs- und Schulungsmaßnahmen zur Umstellung auf umweltfreundliche Produkte, Produktion und Produktverwertung, die eine Stärkung der niedersächsischen Wirtschaft zur Folge haben und wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5083 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
noch **TGr. 88**	*schritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 88; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Gegenseitig deckungsfähig : 5083 TGr. 88 89 und 5081 TGr. 71, 72 ,73, 75.*					
538 88	Dienstleistungen Außenstehender,Gutachten	100.000 100.000 153.388	—	—	—	—
547 88	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
683 88	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 88	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
861 88	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 88	Darlehen an private Unternehmen	—	51.000	51.000	—	—
863 88	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
883 88	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 88	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 88	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	153.000	153.000	153.388	41
893 88	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
919 88	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 89	**Tourismus** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 89; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Vgl. D-Vermerk zu Tgr. 88.*	(700.000) (700.000) (639.115)	(1.278.000)	(1.278.000)	(1.150.407)	(807)
538 89	Dienstleistungen Außenstehender,Gutachten	700.000 700.000 639.115	—	—	—	—
547 89	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 89	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	256.000	256.000	255.646	—
683 89	Zuschüsse an private Unternehmen	—	337.000	337.000	337.453	—
686 89	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
853 89	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
862 89	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	807
883 89	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	685.000	685.000	557.308	—
891 89	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 89	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 89	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 90	**Darlehen zur Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen** ****Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 90; Mindereinnahmen sind einzusparen.* *Gegenseitig deckungsfähig: 50 83 TGr. 90 und 50 81 TGr. 61.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
538 90	Dienstleistungen Außenstehender,Gutachten	—	—	—	—	—

Zu Titel 538 88

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	51 000	—	51 000
2003	—	51 000	100 000	151 000
2004	—	51 000	—	51 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	51 000	100 000	—	151 000
2004	51 000	—	100 000	151 000

Zu Titelgruppe 89

Rechtsgrundlage der Förderung ist die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der touristischen Entwicklung (RdErl. des MW vom 17.10.2000, - 37.1-49.05.- Nds. MBl. Nr. 33/2000, S. 686). Das Programm läuft bis zum 31.12.2006. Ziel ist es, die Freizeit-, Gesundheits- und Kulturwirtschaft (Tourismuswirtschaft) sowohl bei der Qualitätsteigerung als auch zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zu fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branchen zu optimieren und weiterhin Wachstum zu ermöglichen. Mit den hier veranschlagten Mitteln sollen Projekte, die in besonderer Weise einer nachhaltigen Entwicklung dienen, unterstützt und darüber hinaus die in den EU-Programmen veranschlagten Maßnahmen kofinanziert werden.

Zu Titel 538 89

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	511 000	—	511 000
2003	—	128 000	350 000	478 000
2004	—	—	350 000	350 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	128 000	350 000	—	478 000
2004	—	350 000	350 000	700 000
2005	—	—	350 000	350 000

Zu Titelgruppe 90

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5083 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
	Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	7.158.086			8.180.670	
	Abschluss Kapitel 50 83					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		543.000	543.000	797.615	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		15.547.000	15.547.000	18.590.573	
	Summe der Einnahmen		16.090.000	16.090.000	19.388.188	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	11.300.000 11.300.000 19.710.302	767.000	767.000	1.022.584	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.639.000	2.639.000	2.689.396	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	12.684.000	12.684.000	15.676.210	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	11.300.000 11.300.000 19.710.302	16.090.000	16.090.000	19.388.190	
	Zuschuss				2	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5083 Anhang zum Wirtschaftsplan des „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen" – Ökologischer Bereich –

Belastungstabelle
über die Verwendung der für 2002 und 2003 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen derfolgenden Jahre aufgrund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr

Titel/ Titel-gruppe	Zweckbestimmung	2002 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 ff. Tsd. EUR	Tit./TGr. Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
TGr. 86	Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft	8.983	8.983	8.983	6.762	33.711
TGr. 87	Umwelttechnologie	5.625	5.625	3.656	1.900	16.806
TGr. 88	Umweltqualifikation und Beratung	204	204	151	—	559
TGr. 89	Tourismus	1.278	1.278	700	350	3.606
TGr. 90	Darlehen zur Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen	—	—	—	—	—
	Summe	16.090	16.090	13.490	9.012	54.682

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5083 Anhang zum Wirtschaftsplan des „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen" – Ökologischer Bereich –

Finanzierungstabelle
über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln

Titel/ Titel-gruppe	Zweckbestimmung	2002 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 ff. Tsd. EUR	Tit./TGr. Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen	14.748	14.713	14.729	14.744	58.934
TGr. 86	Einnahmen aus dem Bereich: Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft	460	460	460	460	1.840
TGr. 87	Einnahmen aus dem Bereich: Umwelttechnologie	154	154	154	154	616
TGr. 88	Einnahmen aus dem Bereich: Umweltqualifikation und Beratung	6	6	6	6	24
TGr. 89	Einnahmen aus dem Bereich: Tourismus	722	757	741	726	2.946
TGr. 90	Einnahmen aus dem Bereich: Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen	—	—	—	—	—
	Summe der Finanzierungsmittel	16.090	16.090	16.090	16.090	64.360
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	16.090	16.090	13.490	9.012	54.682
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	—	—	2.600	7.078	9.678

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5084 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich (Energie) -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt (Kapitel 08 02 Titel 884 10)		9.200.000	9.200.000	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 85	**Einnahmen aus dem Bereich: Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung** ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 85.*		(4.447.000)	(3.972.000)	(639.115)	(1.261)
119 85	Vermischte Einnahmen		—	—	—	16
161 85	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen		—	—	—	—
162 85	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		51.000	51.000	51.129	25
181 85	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen		51.000	51.000	51.129	—
182 85	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		153.000	153.000	153.388	—
359 85	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		4.192.000	3.717.000	383.469	1.220
	A U S G A B E N					
	Titelgruppe(n)					
TGr. 85	**Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung** ****Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 85; Mindereinnahmen sind einzusparen.*	(7.000.000) (7.000.000) (7.158.086)	(13.647.000)	(13.172.000)	(8.180.670)	(14.901)
526 85	Sachverständige	7.000.000 7.000.000 7.158.086	256.000	256.000	255.646	567
547 85	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
683 85	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	—
686 85	Zuschüsse an Sonstige im Inland	—	460.000	460.000	51.129	—
853 85	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	79
861 85	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	511.000	511.000	511.292	—
862 85	Darlehen an private Unternehmen	—	10.018.000	9.543.000	5.419.694	12.433
863 85	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
883 85	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	51.000	51.000	51.129	278
891 85	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	—	51.000	51.000	51.129	—
892 85	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	2.300.000	2.300.000	1.840.651	1.545
893 85	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 85

Der Notwendigkeit der verstärkten Anwendung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen, der Energieeinsparung und der rationellen Energieverwendung soll durch die Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen verstärkt Rechnung getragen werden.

Grundlagen für die Förderungen sind folgende Richtlinien:

a) „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung innovativer Modellvorhaben zur Nutzung der Solarenergie“ vom 21.06.1999 (Nds. MBl. Nr. 20/1999 S. 344),

b) „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Fertigungsanlagen und Entwicklungsvorhaben im Solarenergiebereich“ vom 21.06.1999 (Nds. MBl. Nr. 20/1999 S. 345),

c) „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung innovativer Solarprojekte in Unternehmen“ vom 21.06.1999 (Nds. MBl. Nr. 20/1999 S. 346),

d) „Erneuerbare Energien“ vom 21.06.1999 (Nds. MBl. Nr. 20/1999 S. 347).

Alle vier Richtlinien sind zunächst bis zum 31.12.2003 befristet.

zu a bis c:

Im Rahmen der von der Landesregierung beschlossenen „Solaroffensive“ werden innovative Modellvorhaben zur Nutzung der Solarenergie, eine Qualifizierungsoffensive für Solarenergie, Solarenergienutzung in Siedlungen sowie der der Einstieg in die Produktion von Photovoltaikanlagen in Niedersachsen gefördert.

zu d:

Schwerpunkte der Förderung, die im Regelfall durch die Gewährung zinsgünstiger Darlehen erfolgt, sind:

– Thermische Solarenergieanlagen,

– Wärmeerzeugungsanlagen auf der Basis von Biomasse,

– Pilot-, Demonstrations- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der betrieblichen Abwärmenutzung sowie neue und erneuerbare Energien.

Zu Titel 526 85

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 300 000	4 600.000	—	6 900 000
2003	500 000	1 500 000	3 000 000	5 000 000
2004	—	1 000 000	3 000 000	4 000 000
2005	—	—	1 000 000	1 000 000

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	2 000 000	3 000 000	—	5 000 000
2004	1 000 000	3 000 000	3 000 000	7 000 000
2005	—	1 000 000	4 000 000	5 000 000

Zu Titel 686 85

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Windenergie-Institut GmbH, Wilhelmshaven

	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	2 950 000	1 938.000	—
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 100 000	764 000	—
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	450 000	201 000	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	4 500 000	2 903 000	—
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	4 040 000	2 289 000	—
Mithin Fehlbetrag	460 000	614 000	—

Der Fehlbetrag 2002 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	— EUR
c) den Bund mit	460 000 EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	460 000 EUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Windenergie-Institut GmbH, Wilshemshaven

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Istergebnis 2001 EUR
Ausgaben			
1. Personalausgaben	3 280 000	2 950 000	—
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 230 000	1 100 000	—
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	500 000	450 000	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	5 010 000	4 500 000	—
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	4 550 000	4 040 000	—
Mithin Fehlbetrag	460 000	460 000	—

Der Fehlbetrag 2003 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— EUR
b) das Land mit	— EUR
c) den Bund mit	460 000 EUR
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— EUR
e) Private	— EUR
Zusammen	460 000 EUR

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5084 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich (Energie) -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	Abschluss Kapitel 50 84					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		255.000	255.000	—	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		13.392.000	12.917.000	—	
	Summe der Einnahmen		13.647.000	13.172.000	—	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	7.000.000 7.000.000 —	256.000	256.000	—	
	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	460.000	460.000	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	12.931.000	12.456.000	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	7.000.000 7.000.000 —	13.647.000	13.172.000	—	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5084 Anhang zum Wirtschaftsplan des „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen" – Ökologischer Bereich (Energie) –

Belastungstabelle
über die Verwendung der für 2002 und 2003 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen derfolgenden Jahre aufgrund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr

Titel/ Titel-gruppe	Zweckbestimmung	2002 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 ff. Tsd. EUR	Tit./TGr. Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
TGr. 85	Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung	13.172	13.647	7.000	5.000	38.819
	Summe	13.172	13.647	7.000	5.000	38.819

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5084 Anhang zum Wirtschaftsplan des „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen" – Ökologischer Bereich (Energie) –

Finanzierungstabelle
über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln

Titel/ Titel-gruppe	Zweckbestimmung	2002 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR	2005 ff. Tsd. EUR	Tit./TGr. Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7
359 10	Zuführung aus dem Landeshaushalt (Kapitel 08 02 Titel 884 10)	9.200	9.200	9.200	9.200	36.800
TGr. 85	Einnahmen aus dem Bereich: Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung	3.972	4.447	4.110	3.353	15.882
	Summe der Finanzierungsmittel	13.172	13.647	13.310	12.553	52.682
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	13.172	13.647	7.000	5.000	38.819
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	—	—	6.310	7.553	13.863

In dieser Anlage sind auch diejenigen Maßnahmen aus Bauprogrammen der Vorjahre ausgewiesen, die durch Auflagen im Rahmen der Planfeststellung und/oder durch gestiegene Bau- und Grunderwerbskosten die Grenze von 0,5 Mio. EUR Gesamtkosten überschritten haben.

Lfd. Nr.	Landesstraßen Nr.	Landesstraßen von — bis	Bezeichnung des Bauvorhabens	Gesamtkosten des Landes EUR	Ausgaben bzw. Ansatz in Vorjahren EUR	für 2002 sind aus AM vorgesehen EUR	für 2003 sind aus AM vorgesehen EUR	Vorbehalten bleiben EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
I. Fortsetzungsmaßnahmen über 0,5 Mio. EUR								
1	270	Uelzen – Wittingen	Ausbau der OD Wieren einschl. Radweg km 10,067–11,595 Ges.-Kosten 750 000 EUR KA-Dritter 25 000 EUR GE-Land 25 000 EUR BK-Land 700 000 EUR	725 000	100 000	500 000	100 000	25 000
2	351	Stolzenau – Hoya	Ausbau der OD Marklohe km 45,350–46,580 Ges.-Kosten 925 000 EUR KA-Dritter 150 000 EUR GE-Land 25 000 EUR BK-Land 750 000 EUR	775 000	260 000	465 000	25 000	—
3	127	Wangersen – Buxtehude	Ausbau der OD Ahrenswohlde km 17,882–18,925 Ges.-Kosten 742 000 EUR KA-Dritter 143 000 EUR GE-Land 22 000 EUR BK-Land 577 000 EUR	574 000	109 000	480 000	9 500	—

*) Anmerkung: KA = Kostenanteile
GE = Grunderwerbskosten
BK = Baukosten

Lfd. Nr.	Landesstraßen Nr.	Landesstraßen von — bis	Bezeichnung des Bauvorhabens	Gesamtkosten des Landes EUR	Ausgaben bzw. Ansatz in Vorjahren EUR	für 2002 sind aus AM vorgesehen EUR	für 2003 sind aus AM vorgesehen EUR	Vorbehalten bleiben EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
II. Neue Maßnahmen über 0,5 Mio. EUR								
1	193	Schwarmstedt – Neustadt/Rgbe.	Ausbau der OD Vesbeck mit Brückenerneuerung km 15,873–17,112 Ges.-Kosten 1 175 000 EUR KA-Dritter 150 000 EUR GE-Land 25 000 EUR BK-Land 1 000 000 EUR	1 025 000	—	500 000	500 000	25 000
2	193	Schwarmstedt – Neustadt/Rgbe.	Ausbau der OD und in der Gemeinde Warmeloh km 17,112–18,719 Ges.-Kosten 635 000 EUR KA-Dritter 10 000 EUR GE-Land 25 000 EUR BK-Land 600 000 EUR	625 000	—	225 000	350 000	50 000
3	219	Hohnstorf – Bleckede	Ausbau der OD Hittbergen km 18,680–20,030 Ges.-Kosten 725 000 EUR KA-Dritter 100 000 EUR GE-Land 25 000 EUR BK-Land 600 000 EUR	625 000	—	325 000	250 000	50 000
4	469	Harbarnsen – Langenholzen	Ausbau der OD Sack km 0,0–1,150 Ges.-Kosten 725 000 EUR KA-Dritter 150 000 EUR GE-Land 5 000 EUR BK-Land 550 000 EUR	575 000	—	150 000	400 000	25 000
5	523	Osterode – Landolfshausen	Ausbau der OD Schwiegershausen km 6,347–8,320 Ges.-Kosten 775 000 EUR KA-Dritter 50 000 EUR GE-Land 5 000 EUR BK-Land 720 000 EUR	725 000	—	—	475 000	250 000
6	624	Dahlum – Landesgrenze	Ausbau und Brückenneubau in der Gemarkung Söllingen km 8,123–9,230 Ges.-Kosten 850 000 EUR KA-Dritter — EUR GE-Land 70 000 EUR BK-Land 780 000 EUR	850 000	—	350 000	450 000	50 000

*) Anmerkung: KA = Kostenanteile
GE = Grunderwerbskosten
BK = Baukosten

Lfd. Nr.	Hafenamt	Maßnahme	Gesamtkosten Mio. EUR	Ist bis 2000 Mio. EUR	Soll 2001 Mio. EUR	Soll 2002 Mio. EUR	Soll 2003 Mio. EUR	Vorbehalten 2004 ff. Mio. EUR
Fortsetzungsmaßnahmen mit Beginn spätestens 2001 über 1 Mio. EUR								
1	Jade-Weser (Brake)	Herrichtung des Kasernengeländes	5,87	3,34	0,79	—	—	1,74
2	Elbe (Cuxhaven)	Entwicklung des Sondergebietes Groden	19,15	5,47	0,87	—	—	12,81
3	Ems-Dollart (Emden)	Ausbau des Borkumkais	35,24	19,89	3,78	—	—	11,57
4	Ems-Dollart (Emden)	Abwasserentsorgung für den Hafen Emden	7,66	3,19	1,02	0,51	0,26	2,68
5	Ems-Dollart (Emden)	Neubau der Emspier	21,45	—	1,79	10,21	5,11	4,34
6	Ems-Dollart (Norden)	Instandsetzung hinterer Kaiabschnitt Norderney	2,81	—	0,76	2,05	—	—
		Zwischensumme	92,18	31,89	9,01	12,77	5,37	33,14
Neue Investitionsmaßnahmen mit Beginn ab 2002 und 2003 über 1 Mio. EUR								
7	Jade-Weser (Brake)	Umbau Gleisanlagen Südpier	1,02	—	—	0,76	0,26	—
8	Jade-Weser (Brake)	Großschiffliegeplatz am Südpier	8,68	—	—	—	2,04	6,64
9	Elbe (Cuxhaven)	Erneuerung Brücke 3 Amerikahafen	5,10	—	—	2,55	2,55	—
10	Elbe (Cuxhaven)	Instandsetzung alter Fischereihafen	18,89	—	—	5,10	8,69	5,10
11	Elbe (Cuxhaven)	Grunderneuerung Spundwand Ewerhafen	1,27	—	—	—	0,26	1,01
12	Elbe (Cuxhaven)	Kaianlage „Marina“	1,27	—	—	0,51	0,76	—
13	Ems-Dollart (Emden)	Ausbau der Straßen zum Nordkai	2,45	—	—	0,92	0,77	0,76
14	Ems-Dollart (Norden)	Östlicher Damm Langeoog	1,02	—	—	0,07	0,95	—
		Zwischensumme	39,70	—	—	9,91	16,28	13,51
		Gesamtsumme	131,88	31,89	9,01	22,68	21,65	46,65

Einzelplan 08

Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 01 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 9	1	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 3	4	4	4	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 3	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
B 2	16	16	17	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	16	16	17	Ministerialrat/-rätin
A 15	22	22	22	Direktor/-in
A 14[3])	8	8	9	Oberrat/-rätin
A 13	—	—	1	Rat/Rätin
A 13[4])	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 13[9])	34	34	33	Oberamtsrat/-rätin
A 12	33	33	33	Amtsrat/-rätin
A 11	18	18	18	Amtmann/-männin/-frau
A 9[5])	3	3	3	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	2	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7	—	1	1	Obersekretär/-in
A 5	2	2	2	Oberamtsmeister/-in
	167	168	172	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
B 2	2	2	3	Ministerialrat/-rätin
A 16	2	3	4	Ministerialrat/-rätin
A 13	2	3	4	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin
A 5	—	—	1	Oberamtsmeister/-in
	8	10	14	Zusammen
				Leerstellen:
B 3[6])	1	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
A 16[6])	2	2	2	Ministerialrat/-rätin
A 15[6])	1	1	1	Direktor/-in
A 12[6])	7	7	6	Amtsrat/-rätin

Haushaltsvermerke

[3]) 1 Stelle darf abweichend von § 49 Abs. 3 LHO mit einer Beamtin/einem Beamten des gehobenen Dienstes für die Dauer des Einsatzes als Pressereferentin/-referent besetzt werden.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[6]) kw.

[9]) 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Bamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	Umwandlung von Verg.-Gr. III BAT

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 – Ministerialrat/-rätin –	1	Verlagerung nach Kap. 15 01
Bes.-Gr. A 16 – Ministerialrat/-rätin –	1	Verlagerung nach Kap. 15 01
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 11)
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	Umwandlung in Verg.-Gr. I a BAT
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	1	Verlagerung nach Kap. 15 01
Abgänge insgesamt	5	
Bleiben Abgänge	4	

Stellenumwandlung:

Bes.-Gr. A 13 – Regierungsoberamtsrat/-rätin	1	von Bes.-Gr. 13 – Regierungsrat/-rätin –

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 – Ministerialrat/-rätin –	1	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand der beurlaubten Beamten (58er-Regelung – Titel 422 31 –
Bes.-Gr. A 16 – Ministerialrat/-rätin –	1	
Bes.-Gr. A 13 – Regierungsoberamsrat/-rätin –	1	
Bes.-Gr. A 5 – Oberamtsmeister/-in –	1	
Abgänge	4	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	für eine Beamtin, die unter Wegfall der Dienstbezüge beurlaubt ist

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltvermerke Nr. 2 (1 Stelle darf abweichend von § 49 Abs. 3 LHO mit einer Beamtin/einem Beamten des gehobenen Dienstes für die Dauer des Einsatzes als Persönliche/r Referent/-in besetzt werden.), 11 (1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) und 12 (1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) sind vollzogen worden.
Verlagerung des HV Nr. 7 (1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.) nach Verg.-Gr. I a BAT.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 01 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	1	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitiger Wegfall des HV Nr. 12)

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 – Ministerialrat/-rätin –	1	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand der beurlaubten Beamten (58er-Regelung – Titel 422 31 –
Bes.-Gr. A 13 – Regierungsoberamsrat/-rätin –	1	
Abgänge	2	

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte*)
Außertariflich (B 2)	3	3	3	
Außertariflich (A 16)	2	2	2	
I	5	5	5	
I a[1])	8	8	8	
I b	3	3	3	
II a	2	2	3	
III	13	13	15	
IV a	3	3	3	
IV b	—	1	1	
V b	3	3	3	
V c	18	18	18	
VI b	21	21	21	
VII	2	2	2	
IX b–VII	16	17	18	
	99	101	105	Zusammen
				Stellen zu Titel 425 31:
I a	—	—	—	
IV a	—	—	—	
IX b–VII	—	—	—	
	—	—	—	Zusammen
				Leerstellen:
I[3])	1	1	1	
I a[3])	1	1	1	
III[3])	1	1	—	
IV a[3])	1	1	—	
VI b[3])	3	3	3	
IX b–VII[3])	3	3	3	

Haushaltsvermerke

*) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[1]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[3]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I a BAT	1	Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 g. D.

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I a BAT	1	Verlagerung nach Kapitel 15 01
Verg.-Gr. II a BAT	1	
Verg.-Gr. III BAT	1	
Verg.-Gr. III BAT	1	Umwandlung in Bes.-Gr. A 13 g. D.
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitiger Wegfall des HV Nr. 4)
Abgänge	5	
Bleiben Abgänge	4	

Leerstellen:

Zugänge:		
Verg.-Gr. III BAT	1	für Angestellte, die unter Wegfall der Vergütung beurlaubt sind.
Verg.-Gr. IV a BAT	1	

Sonstige Veränderungen:
Verlagerung des HV Nr. 1 (1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.) von Bes.-Gr. A 13 BBesO.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b BAT	1	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 5)
Verg.-Gr. IX b–VII BAT	1	
Abgänge insgesamt	2	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 4 (1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) und 5 (1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) sind vollzogen worden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 01 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
4	6	6	6		
3/4	6	6	6		
	12	12	12	Zusammen	

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 10 Bergverwaltung

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung	[2]) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Feste Gehälter:	
B 5	—	—	1	Präsidentin oder Präsident des Oberbergamtes	
B 3	1	1	—	Präsidentin oder Präsident des Landesbergamtes Clausthal-Zellerfeld	
B 2	—	—	1	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Oberbergamtes Clausthal-Zellerfeld	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 16	3	3	2	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	9	9	9	Direktor/-in	
A 14	11	11	11	Oberrat/-rätin	
A 13	7	7	10	Rat/Rätin	
A 13	3	3	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	9	9	9	Amtsrat/-rätin	
A 11[2])	8	8	8	Amtsmann/-männin/-frau	
A 10	5	5	5	Oberinspektor/-in	
	56	56	59	Zusammen	
				Stellen zu Titel 422 31:	
A 15	—	1	1	Direktor/-in	
	—	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 16	1	gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668) sowie Neuorganisation der Bergverwaltung
Zugänge insgesamt	2	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 5	1	gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. B 2	1	gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)
Bes.-Gr. A 13 – Rat/-Rätin –	3	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 1)
Abgänge insgesamt	5	
Bleiben Abgänge	3	

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand der beurlaubten Beamten (58er Regelung) – Titel 422 31 –
Abgänge insgesamt	1	

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	2
Bes.-Gr. A 15	8
Bes.-Gr. A 14	9
Bes.-Gr. A 13	7
Zusammen	26

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	2
Bes.-Gr. A 12	7
Bes.-Gr. A 11	7
Bes.-Gr. A 10	3
Zusammen	19

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
I b	1	1	1	
V b	2	2	2	
V c[2])	5	5	5	
VI b	5	5	5	
VII[3])	8	8	8	
VIII	2	2	2	
IX b	1	1	1	
IX b–VII[4])	9	9	9	
	33	33	33	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) 3 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
[3]) 3 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
[4]) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 1).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (1 kw nach Abschluss des Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahrens Gorleben.) wurde vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 2, 3 und 4 wurden neu ausgebracht.

Die Verteilung auf Oberbergamt und Bergämter entfällt, weil die Bergämter mit Wirkung vom 1. 1. 2002 aufgelöst sind.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13	11	11	11	Referendar/-in
				Arbeiter/-innen
4	1	1	1	
1–8[1])	2	2	2	
	3	3	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Dienstwohnung.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 11 Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen

STELLENPLAN — Haushaltsvermerke

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 2	1	1	—	Direktorin oder Direktor des Landesbetriebes für Mess- und Eichwesen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	—	—	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	1	1	1	Direktor/-in
A 14	2	2	2	Oberrat/-rätin
A 13	9	9	9	Oberamtsrat/-rätin
A 12	17	17	17	Amtsrat/-rätin
A 11	19	19	19	Amtmann/-männin/-frau
A 10	11	11	11	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	1	Inspektor/-in
A 9	4	4	4	Amtsinspektor/-in
A 8	10	10	10	Hauptsekretär/-in
A 7	15	15	15	Obersekretär/-in
	90	90	90	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin
	1	1	1	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	Änderung der LBesO
Abgang:		
Bes.-Gr. A 16	1	Änderung der LBesO

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	1
Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 14	2
Bes.-Gr. A 13	—
Zusammen	4

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	8
Bes.-Gr. A 12	17
Bes.-Gr. A 11	18
Bes.-Gr. A 10	11
Zusammen	54

Mittlerer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 9	4
Bes.-Gr. A 8	10
Bes.-Gr. A 7	15
Bes.-Gr. A 6	—
Zusammen	29

STELLENÜBERSICHTEN — Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte*)

*) Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).

BEDARFSNACHWEISE — Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 9	2	2	2	Inspektor/-in-Anwärter/-in
A 5	3	3	3	Assistent/-in-Anwärter/-in
	5	5	5	Zusammen
				Arbeiter/-innen*)

*) Die Stellen für Arbeiter/-innen sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 13 Materialprüfanstalten

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 15	5	5	5	Direktor/-in	
A 14	9	9	9	Oberrat/-rätin	
A 13	4	4	4	Rat/Rätin	
	18	18	18	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamt(e)/-innen

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	1. MPA	2. MPA	3. MPA	4. MPA	5. MPA	Zusammen
A 15	1	1	1	1	1	5
A 14	2	3	—	3	—	9
A 13	1	—	1	3	—	4
Insgesamt	4	4	2	7	1	18

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte*)	

*) Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen der Wirtschaftspläne der Landesbetriebe Materialprüfanstalten dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 13).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 18 Landesamt für Bodenforschung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	1	Vizepräsidentin und Professorin oder Vizepräsident und Professor beim Landesamt für Bodenforschung
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	3	3	3	Leitende(r) Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 15	20	20	20	Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 15	1	1	1	Direktor/-in
A 14[5])	26	26	26	Oberrat/-rätin
A 13	12	14	15	Rat/Rätin
A 13[1])	4	4	4	Oberamtsrat/-rätin
A 12	6	6	6	Amtsrat/-rätin
A 11	10	10	10	Amtmann/-männin/-frau
A 10	8	8	8	Oberinspektor/-in
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in
	92	94	95	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 15	3	3	3	Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 14	1	1	2	Oberrat/-rätin
A 12	—	—	1	Amtsrat/-rätin
	4	4	6	Zusammen

Haushaltsvermerke

Soweit Beamte/-innen des Landesamtes für Bodenforschung aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Dienstbezüge erstattet werden bzw. Beamte/-innen zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Dienstbezüge beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Planstelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einem Angestellten besetzt werden.

[1]) Eine Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[5]) 1 kw zum 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	3
Bes.-Gr. A 15	20
Bes.-Gr. A 14	24
Bes.-Gr. A 13	15
Zusammen	62

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	2
Bes.-Gr. A 12	6
Bes.-Gr. A 11	7
Bes.-Gr. A 10	4
Zusammen	19

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 3)
Abgang insgesamt	1	

Stellen zu 422 31:
Abgänge:

Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand beurlaubter Beamter – Titel 422 31 – (58er-Regelung)
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	
Abgänge insgesamt	2	

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	3
Bes.-Gr. A 15	20
Bes.-Gr. A 14	22
Bes.-Gr. A 13	15
Zusammen	60

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	2
Bes.-Gr. A 12	6
Bes.-Gr. A 11	7
Bes.-Gr. A 10	4
Zusammen	19

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	2	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 4)
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (kw) war bis 2001 für Leerstellen ausgebracht und ist entfallen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 3 (1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) und 4 (2 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) sind vollzogen worden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 18 Landesamt für Bodenforschung

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
I a	1	1	2	
I b[1])	7	7	7	
II a[7])	7	10	11	
III	5	5	5	
IV a	6	6	6	
IV b	11	12	12	
V b	13	13	13	
V c	7	7	7	
VI b[8])	24	24	24	
VII[9])[11])	2	2	3	
VIII[12])	3	3	3	
IX b–VII[10])	9	9	9	
	95	99	102	Zusammen
				Leerstellen:
V c[3])	1	1	1	

Haushaltsvermerke

Soweit Angestellte des Landesamtes für Bodenforschung aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Vergütungen erstattet werden bzw. Angestellte zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Vergütungen beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Stelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einem weiteren Angestellten besetzt werden.

[1]) Eine Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[3]) kw.

[7]) 1 kw zum 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[8]) 1 kw zum 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[9]) 1 kw zum 1. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[10]) 1 kw zum 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003); dafür Streichung der Fußnote [8]) bei Verg.-Gr. IX b–VII BAT.

[11]) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[12]) 2 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I a BAT	1	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitiger Wegfall des HV Nr. 4)
Verg.-Gr. II a BAT	1	
Verg.-Gr. VII BAT	1	
Abgänge insgesamt	3	

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a BAT	3	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitiger Wegfall des HV Nr. 5)
Verg.-Gr. IV b BAT	1	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitiger Wegfall des HV Nr. 6)
Abgänge insgesamt	4	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 4 (1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).), 5 (3 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) und 6 (1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) sind vollzogen worden. Die Haushaltsvermerke Nr. 10, 11 und 12 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	1	1	1	
3–4	6	7	7	
	7	8	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2003:

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3 MTL	1	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitiger Wegfall des HV Nr. 1)

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) ist vollzogen worden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 20 Straßenbauverwaltung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 4	1	1	1	Präsident oder Präsidentin des Niedersächsischen Landesamtes für Straßenbau
B 2	1	1	1	Abteilungsdirektor/-in
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[1])	1	1	1	Leitende(r) Baudirektor/-in
A 16	12	12	13	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	25	25	24	Direktor/-in
A 14	36	36	36	Oberrat/-rätin
A 13[8])[11])	22	22	23	Rat/Rätin
A 13[2])	4	4	4	Oberamtsrat/-rätin
A 13	40	40	38	Oberamtsrat/-rätin
A 12	90	90	92	Amtsrat/-rätin
A 11[3])	110	110	97	Amtsmann/-männin/-frau
A 10[4])[9])[12])	32	32	45	Oberinspektor/-in
A 9[10])[13])	4	4	6	Inspektor/-in
	378	378	381	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 16	—	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	2	2	3	Direktor/-in
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13[2])	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 13	1	4	9	Oberamtsrat/-rätin
A 12	5	6	6	Amtsrat/-rätin
A 10	1	1	1	Oberinspektor/-in
	11	16	22	Zusammen
				Leerstellen:
A 15[5])	1	1	1	Direktor/-in
A 14[5])	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13[5])	1	1	1	Rat/Rätin
A 11[5])	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau

Haushaltsvermerke

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zu den BBesO A und B.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[3]) 39 Dienstwohnungen.

[4]) 53 Dienstwohnungen.

[5]) kw.

[8]) 1 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[9]) 3 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[10]) 2 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[11]) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[12]) 5 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[13]) 2 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2004.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
– Direktor/-in –	1	Umsetzung von Kap. 08 31 gem. § 50 LHO (Häfen- und Schifffahrtsverwaltung)
Zugang	1	
Abgänge:		
Bes.-Gr. A 16		
– Leitender Direktor/-in –	1	Umsetzung nach Kap. 08 31 gem. § 50 LHO (Häfen- und Schifffahrtsverwaltung)
Bes.-Gr. A 13		
– Rat/Rätin –	1	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 6)
Bes.-Gr. A 10		
– Inspektor/-in –	2	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 7)
Abgänge	4	
Bleiben Abgänge	3	
Stellen zu 422 31:		
Bes.-Gr. A 15		
– Direktor/-in –	1	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand der beurlaubten Beamten –Titel 422 31 – (58er-Regelung)
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/-rätin –	5	
Abgänge	6	
Stellenhebungen:		
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/-rätin –	2	von Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 11		
– Amtmann/-männin/ -frau –	13	von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
– Leitender Direktor/-in –	1	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand der beurlaubten Beamten – Titel 422 31 – (58er-Regelung)
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/-rätin –	3	
Bes.-Gr. A 12		
– Amtsrat/-rätin –	1	
Abgänge	5	

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich 2002 und 2003 auf:

Bes.-Gr.	Nieders. Landesamt für Straßenbau	Bezirksregierungen	Straßenbauämter	Zusammen
B 4	1	—	—	1
B 2	1	—	—	1
A 16	2	4	7	13
A 15	13	—	12	25
A 14	14	—	22	36
A 13 (h. D.)	7	—	15	22
A 13 (g. D.)	13	2	29	44
A 12	2	4	84	90
A 11	9	1	100	110
A 10	5	—	27	32
A 9	1	—	3	4
Insgesamt	68	11	299	378

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	12
Bes.-Gr. A 15	23
Bes.-Gr. A 14	29
Bes.-Gr. A 13	20
Zusammen	84

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	35
Bes.-Gr. A 12	77
Bes.-Gr. A 11	97
Bes.-Gr. A 10	22
Zusammen	231

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 (3 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) (s. auch 2 Abgänge Bes.-Gr. A 13 – Bauassessor/-in –) und 7 (2 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) sind vollzogen worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 11 bis 13 sind neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13	—	—	2	Bauassessor/-in
	—	—	2	Zusammen
				Angestellte
I a	4	4	4	
I b[27])	13	13	13	
II a[15])[16])[28])	45	48	51	
III[30])	98	99	99	
IV a[1])[17])[24])[31])	134	136	136	
IV b[18])[19])[32])	24	33	33	
V b[33])	60	62	68	
V c[20])	185	187	187	
VI b[2])[21])[26])[34])	84	92	92	
VII[4])[22])[29])	20	24	26	
VIII[4])	15	15	21	
IX b–VII[23])[25])[35])	77	78	78	
	759	791	808	Zusammen
				Stellen zu Titel 425 31:
II a	—	—	—	
III	—	—	—	
IV a	—	—	—	
IV b	—	—	—	
V b	—	—	—	
V c	—	—	—	
VI b	—	—	—	
VII	—	—	—	
VIII	—	—	—	
IX b–VII	—	—	—	
	—	—	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Diese Stellen dürfen nur mit Bearbeitern von Liegenschaftssachen besetzt werden, deren Tätigkeit sich aus der Tätigkeit der übrigen Liegenschaftssachbearbeiter bei den Straßenbauämtern durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung heraushebt.

[2]) Die Sekretärin des Präsidenten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft erhält eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) 1 Stelle darf nur zu 50 v.H. in Anspruch genommen werden.

[15]) 2 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[16]) 1 kw ab 1. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[17]) 2 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[18]) 9 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[19]) 4 kw ab 1. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[20]) 1 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[21]) 3 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[22]) 5 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[23]) 2 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[24]) 1 Stelle darf nur zu 50 v.H. in Anspruch genommen werden (Einsparung gem. ZV für 2001).

[25]) 1 Stelle darf nur zu 50 v.H. in Anspruch genommen werden (Einsparung gem. ZV für 2001).

[26]) 2 kw zum 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[27]) 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[28]) 2 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[29]) 2 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[30]) 5 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[31]) 16 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[32]) 11 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[33]) 25 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[34]) 15 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[35]) 22 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr.	Nieders. Landesamt für Straßenbau	Bezirks-regierungen	Straßen bauämter	Zusammen
I a	4	—	—	4
I b	13	—	—	13
II a	21	1	26	48
III	21	2	76	99
IV a	8	3	125	136
IV b	1	1	31	33
V b	14	—	48	62
V c	10	2	175	187
VI b	16	—	76	92
VII	2	—	22	24
VIII	1	—	14	15
IX b–VII	11	—	67	78
Insgesamt	122	9	660	791

Beamtete Hilfskräfte

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
– Bauassessor/-in –	2	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 6 bei Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –)

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a BAT	3	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 6)
Verg.-Gr. V b BAT	6	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 7)
Verg.-Gr. VII BAT	2	Finanzierung von Planstellen-hebungen
Verg.-Gr. VIII BAT	6	Einsparungen gem. ZV für 2002) (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 7)
Zusammen	17	
Abgänge insgesamt	19	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 (3 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) und Nr. 7 (6 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) sind weggefallen.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 25 bis 35 sind neu ausgebracht worden.

Erläuterungen für 2003:

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr.	Nieders. Landesamt für Straßenbau	Bezirks-regierungen	Straßen bauämter	Zusammen
I a	4	—	—	4
I b	13	—	—	13
II a	20	1	24	45
III	20	2	76	98
IV a	8	3	123	134
IV b	1	1	22	24
V b	14	—	46	60
V c	9	2	174	185
VI b	14	—	70	84
VII	2	—	18	20
VIII	1	—	14	15
IX b–VII	11	—	66	77
Insgesamt	117	9	633	759

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a BAT	3	Einsparung gem. ZV für 2002 u. 2003 (gleichzeitig Wegfall der HV Nrn. 8 und 12)
Verg.-Gr. III BAT	1	Einsparung gem. ZV für 2002 u. 2003 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 8)
Verg.-Gr. IV a BAT	2	Einsparung gem. ZV für 2002 u. 2003 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 9)
Verg.-Gr. IV b BAT	9	Einsparung gem. ZV für 2002 u. 2003 (gleichzeitig Wegfall der HV Nrn. 10 und 13)
Verg.-Gr. V b BAT	2	Einsparung gem. ZV für 2002 u. 2003 (gleichzeitig Wegfall der HV Nrn. 8 und 14)
Verg.-Gr. V c BAT	2	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 12)
Verg.-Gr. VI b BAT	8	Einsparung gem. ZV für 2002 u. 2003 (gleichzeitig Wegfall der HV Nrn. 11 und 13)
Verg.-Gr. VII BAT	4	Einsparung gem. ZV für 2002 u. 2003 (gleichzeitig Wegfall der HV Nrn. 9 und 12)
Verg.-Gr. IX b–VII BAT	1	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 14)
Abgänge insgesamt	32	(davon 16 aufgrund kw-Vermerks ab 1. 7. 2002)

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 8 (1 kw ab 1. 7. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).), Nr. 9 (2 kw ab 1. 7. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).), Nr. 10 (5 kw ab 1. 7. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).), Nr. 11 (4 kw ab 1. 7. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).), Nr. 12 (2 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).), Nr. 13 (4 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) und Nr. 14 (1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).) sind vollzogen worden.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 25 bis 35 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 20 Straßenbauverwaltung

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13	20	20	20	Baureferendar/-in
A 9	30	30	30	Inspektor/-in-Anwärter/-in
	50	50	50	Zusammen
				Arbeiter/-innen
4	31	31	31	
1–8[1])	52	52	52	
	83	83	83	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 10 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 31 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung – Modellversuch „Budgetierung“

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	4	4	3	Leitende(r) Baudirektor/-in
A 15	5	5	6	Direktor/-in
A 14[4])	3	3	3	Oberrat/-rätin
A 13[1])	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 13	7	7	7	Oberamtsrat/-rätin
A 12	10	10	10	Amtsrat/-rätin
A 11	15	15	16	Amtmann/-männin/-frau
A 10	7	7	7	Oberinspektor/-in
A 9[2])	1	1	1	Inspektor/-in
	2	2	1	Amtsinspektor/-in
	2	2	2	Betriebsinspektor/-in
A 8	3	3	3	Hafenmeister/-in
	5	5	5	Hauptsekretär/-in
A 7[5])	2	4	6	Hafenmeister/-in/Hauptsekretär/-in
	68	70	72	Zusammen
				Stellen wegen Freistellung gem. § 15 UrlVO (Vorruhestand):
A 8	1	1	1	Hafenmeister/-in
	1	1	1	Insgesamt

Haushaltsvermerke

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13.

[2]) 1 Betriebsinspektor/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO; Streichung des Haushaltsvermerks bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

[4]) 1 kw zum 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[5]) 1 kw zum 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 – Leitende(r) Direktor/-in –	1	Umsetzung von Kap. 08 20 gem. § 50 LHO (Straßenbauverwaltung)
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	Umsetzung nach Kap. 08 20 gem. § 50 LHO (Straßenbauverwaltung)
Bes.-Gr. A 7 – Hafenmeister/-in/ Hauptsekretär/-in –	2	Einsparung gem. ZV für 2002 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 3 bei Bes.-Gr. A 10 und des HV Nr. 3 (3 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)) bei Verg.-Gr. VIII BAT)
Zusammen	3	
Bleiben Abgänge	2	

Stellensenkung:		
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	1	von Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-männin/-frau –

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	4
Bes.-Gr. A 15	5
Bes.-Gr. A 14	2
Zusammen	11

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	7
Bes.-Gr. A 12	9
Bes.-Gr. A 11	13
Bes.-Gr. A 10	4
Zusammen	33

Mittlerer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 9	4
Bes.-Gr. A 8	8
Bes.-Gr. A 7	4
Zusammen	16

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 (1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) ist vollzogen worden.

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 7 – Hafenmeister/-in/ Hauptsekretär/-in –	2	Einsparung gem. ZV für 2003 (gleichzeitig Streichung des HV Nr. 4 (3 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003))bei Verg.-Gr. IV b BAT)
Zusammen	2	

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	4
Bes.-Gr. A 15	5
Bes.-Gr. A 14	2
Zusammen	11

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	7
Bes.-Gr. A 12	9
Bes.-Gr. A 11	13
Bes.-Gr. A 10	4
Zusammen	33

Mittlerer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 9	4
Bes.-Gr. A 8	8
Bes.-Gr. A 7	2
Zusammen	14

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 5 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 31 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung – Modellversuch „Budgetierung“

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	*) Die Stellen für Angestellte sind nach Zahl und Vergütungsgruppen in Form einer Übersicht in den Erläuterungen zu Kapitel 08 31 Titel 429 61 dargestellt.
				Angestellte*)	

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	*) Die Stellen für Arbeiter/-innen sind in Form einer Übersicht in den Erläuterungen zu Kapitel 08 31 Titel 429 61 dargestellt.
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 13	2	2	2	Baureferendar/-in	
A 9	2	2	2	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	4	4	4	Zusammen	
				Arbeiter/-innen*)	

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 09

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

– Ernährung und Landwirtschaft –

Vorwort zum Einzelplan 09

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 09 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –, und zwar:

- des Ministeriums (Kap. 09 01)
- der Allgemeinen Bewilligungen – Einzelne Förderungsmaßnahmen – (Kap. 09 02)
- der Allgemeinen Bewilligungen – Erzeugung und Betriebswirtschaft – (Kap. 09 03)
- der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 09 04)
- der Ernährung und Vermarktung (Kap. 09 05)
- der Agrarstrukturverwaltung (Kap. 09 10)
- der Domänenverwaltung (Kap. 09 30)
- der Moorverwaltung (Kap. 09 31)
- der Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung (Kap. 09 40)
- des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Kap. 09 41)
- der Gestütverwaltung (Kap. 09 50)
- der Fischereiverwaltung (Kap. 09 61)
- des Landesinstituts für Bienenkunde (Kap. 09 71)

B. Die **persönlichen Verwaltungsausgaben** sind in den „allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ erläutert.

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen sind im Einzelplan 20 – Hochbauten – in den Kapiteln 20 75 und 20 76 ausgewiesen.

D. Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG)

Die Mittel für die Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind entsprechend der Aufgabenverteilung in den Einzelplänen 09 und 15 veranschlagt.

Die Zuweisungen des Bundes gem. § 10 GAKG werden im Einzelplan 09 insgesamt bei den Titeln 231 11 und 331 11 vereinnahmt. Die Ausgaben sind entsprechend der Maßnahmen in Titeln bzw. Titelgruppen veranschlagt.

Für den 30. Rahmenplan (2002) sind für die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe ausgebracht:

		davon im	
	Mio. EUR	Epl. 09 Mio. EUR	Epl. 15 Mio. EUR
a) aus Mitteln des Bundes	111,679 EUR	67,896 EUR	43,783 EUR
b) aus Mitteln des Landes	66,012 EUR	45,264 EUR	20,748 EUR
insgesamt:	177,691 EUR	113,160 EUR	64,531 EUR
sowie Verpflichtungsermächtigungen			
a) aus Mitteln des Bundes	89,973 EUR	54,960 EUR	35,013 EUR
b) aus Mitteln des Landes	53,164 EUR	36,640 EUR	16,524 EUR
insgesamt:	143,137 EUR	91,600 EUR	51,537 EUR

Für das Haushaltsjahr 2003 stellt sich die Gesamtfinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe wie folgt dar:

		davon im	
	Mio. EUR	Epl. 09 Mio. EUR	Epl. 15 Mio. EUR
a) aus Mitteln des Bundes	103,489 EUR	62,328 EUR	41,161 EUR
b) aus Mitteln des Landes	61,160 EUR	41,552 EUR	19,608 EUR
insgesamt:	164,649 EUR	103,880 EUR	60,769 EUR
sowie Verpflichtungsermächtigungen			
a) aus Mitteln des Bundes	89,973 EUR	54,960 EUR	35,013 EUR
b) aus Mitteln des Landes	53,164 EUR	36,640 EUR	16,524 EUR
insgesamt:	143,137 EUR	91,600 EUR	51,537 EUR

Im Einzelnen wird auf das Kapitel 09 04 und die Anlage 1 verwiesen.

E. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17. 5. 1999 zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ ein Programm mit dem niedersächsischen Titel **„PROLAND“** für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Im Einzelnen wird auf das Kapitel 09 02 Ausgabetitelgruppen 90 und 91 verwiesen.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0901	Ministerium	—	149.000	5.000	—	154.000	13.880.000	927.000
0902	Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-	—	150.000	77.600.000	—	77.750.000	—	227.000
0903	Allgemeine Bewilligungen -Erzeugung und Betriebswirtschaft-	—	112.000	—	1.023.000	1.135.000	15.000	153.000
0904	Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)	—	500.000	26.346.000	41.550.000	68.396.000	—	400.000
0905	Ernährung und Vermarktung	2.950.000	95.000	—	4.600.000	7.645.000	3.104.000	790.000
0910	Agrarstrukturverwaltung	—	915.000	2.275.000	5.040.000	8.230.000	42.618.000	14.148.000
0930	Domänenverwaltung	—	5.592.000	6.000	3.937.000	9.535.000	1.245.000	664.000
0931	Moorverwaltung	—	1.343.000	—	28.000	1.371.000	1.563.000	554.000
0940	Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung	—	232.000	661.000	—	893.000	1.872.000	180.000
0941	Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	—	16.033.000	177.000	—	16.210.000	24.502.000	16.113.000
0950	Gestütverwaltung	—	5.581.000	42.000	—	5.623.000	3.184.000	1.255.000
0961	Fischereiverwaltung	—	157.000	109.000	—	266.000	1.010.000	308.000
0971	Landesinstitut für Bienenkunde	—	95.000	20.000	—	115.000	1.124.000	213.000
	Summe 2002	2.950.000	30.954.000	107.241.000	56.178.000	197.323.000	94.117.000	35.932.000
	Summe 2001	2.965.493	19.712.091	96.525.566	58.302.614	177.505.764	86.874.474	25.359.261
	2002 mehr/weniger (-)	-15.493	11.241.909	10.715.434	-2.124.614	19.817.236	7.242.526	10.572.739

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	284.000	511.000	15.602.000	-15.448.000	-14.646.265	-801.735	—
1.255.000	—	—	78.710.000	80.192.000	-2.442.000	-340.521	-2.101.479	7.520.000
68.830.000	—	—	—	68.998.000	-67.863.000	-67.673.827	-189.173	6.520.000
43.760.000	—	69.000.000	—	113.160.000	-44.764.000	-46.845.176	2.081.176	91.600.000
6.160.000	—	4.600.000	—	14.654.000	-7.009.000	-5.644.047	-1.364.953	700.000
75.000	—	1.044.000	1.773.000	59.658.000	-51.428.000	-52.909.507	1.481.507	1.564.000
1.395.000	3.195.000	—	15.943.000	22.442.000	-12.907.000	-13.810.454	903.454	—
—	133.000	222.000	2.485.000	4.957.000	-3.586.000	-3.650.833	64.833	—
14.334.000	—	10.000	—	16.396.000	-15.503.000	-14.964.390	-538.610	—
—	—	2.958.000	1.670.000	45.243.000	-29.033.000	-25.056.676	-3.976.324	—
446.000	—	796.000	672.000	6.353.000	-730.000	-702.055	-27.945	—
65.000	—	4.457.000	—	5.840.000	-5.574.000	-5.432.629	-141.371	—
—	—	41.000	127.000	1.505.000	-1.390.000	-1.391.683	1.683	—
136.320.000	3.328.000	83.412.000	101.891.000	455.000.000	-257.677.000	-253.068.063	-4.608.937	107.904.000
140.871.755	3.303.304	88.291.414	85.873.619	430.573.827				100.995.489
-4.551.755	24.696	-4.879.414	16.017.381	24.426.173				6.908.511

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0901	Ministerium	—	149.000	5.000	—	154.000	14.064.000	927.000
0902	Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-	—	150.000	78.800.000	—	78.950.000	—	227.000
0903	Allgemeine Bewilligungen -Erzeugung und Betriebswirtschaft-	—	112.000	—	—	112.000	15.000	153.000
0904	Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)	—	500.000	27.498.000	34.830.000	62.828.000	—	400.000
0905	Ernährung und Vermarktung	2.950.000	95.000	—	4.600.000	7.645.000	3.147.000	781.000
0910	Agrarstrukturverwaltung	—	915.000	2.275.000	5.296.000	8.486.000	42.582.000	14.184.000
0930	Domänenverwaltung	—	5.592.000	6.000	4.027.000	9.625.000	1.223.000	664.000
0931	Moorverwaltung	—	1.341.000	—	31.000	1.372.000	1.581.000	554.000
0940	Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung	—	232.000	11.000	—	243.000	1.882.000	180.000
0941	Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	—	16.033.000	177.000	—	16.210.000	24.515.000	16.093.000
0950	Gestütverwaltung	—	5.578.000	42.000	—	5.620.000	3.193.000	1.255.000
0961	Fischereiverwaltung	—	157.000	121.000	—	278.000	1.012.000	338.000
0971	Landesinstitut für Bienenkunde	—	95.000	20.000	—	115.000	1.125.000	213.000
	Summe 2003	2.950.000	30.949.000	108.955.000	48.784.000	191.638.000	94.339.000	35.969.000
	Summe 2002	2.950.000	30.954.000	107.241.000	56.178.000	197.323.000	94.117.000	35.932.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	-5.000	1.714.000	-7.394.000	-5.685.000	222.000	37.000

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	284.000	511.000	15.786.000	-15.632.000	-15.448.000	-184.000	—
980.000	—	—	80.510.000	81.717.000	-2.767.000	-2.442.000	-325.000	—
67.519.000	—	—	—	67.687.000	-67.575.000	-67.863.000	288.000	3.520.000
45.680.000	—	57.800.000	—	103.880.000	-41.052.000	-44.764.000	3.712.000	91.600.000
6.262.000	—	4.600.000	—	14.790.000	-7.145.000	-7.009.000	-136.000	700.000
75.000	—	961.000	1.773.000	59.575.000	-51.089.000	-51.428.000	339.000	4.634.000
1.485.000	3.195.000	—	15.943.000	22.510.000	-12.885.000	-12.907.000	22.000	—
—	133.000	222.000	2.485.000	4.975.000	-3.603.000	-3.586.000	-17.000	—
14.334.000	—	—	—	16.396.000	-16.153.000	-15.503.000	-650.000	—
—	—	2.961.000	1.670.000	45.239.000	-29.029.000	-29.033.000	4.000	—
446.000	—	796.000	672.000	6.362.000	-742.000	-730.000	-12.000	—
65.000	—	1.753.000	—	3.168.000	-2.890.000	-5.574.000	2.684.000	—
—	—	42.000	127.000	1.507.000	-1.392.000	-1.390.000	-2.000	—
136.846.000	3.328.000	69.419.000	103.691.000	443.592.000	-251.954.000	-257.677.000	5.723.000	100.454.000
136.320.000	3.328.000	83.412.000	101.891.000	455.000.000				107.904.000
526.000	—	-13.993.000	1.800.000	-11.408.000				-7.450.000

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0901 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		15.000	15.000	15.339	19
119 01-6	011	Vermischte Einnahmen		6.000	6.000	—	—
119 03-2	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		4.000	4.000	4.090	—
119 11-3	011	Rückzahlung von Überzahlungen		3.000	3.000	2.556	—
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		22.000	22.000	22.088	44
132 10-1	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen * *Vgl. K-Vermerk zu 811 10.*		34.000	34.000	33.745	—
132 11-0	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		45.000	45.000	44.994	46
132 12-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		20.000	20.000	5.113	—
231 10-0	011	Erstattung von Reisekosten vom Bund und der EU * *Vgl. K-Vermerk zu 527 11.*		5.000	5.000	5.113	5
235 01-6	011	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				4.601	
		A U S G A B E N					
412 10-4	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	511	—
421 01-4	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers	—	156.000	156.000	147.559	149
421 02-2	011	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerin oder des Ministers -Übergangsgeld-	—	—	—	—	—
422 01-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	11.469.000	11.394.000	10.713.457	6.476
422 10-0	011	Zahlungen im Sinne der Leistungsprämien- und -Zulagenverordnung vom 05.10.1999 in der jeweils gültigen Fassung	—	—	—	—	—
422 19-3	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	338.000	396.000	449.426	504
425 01-0	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.460
425 04-4	011	Vergütungen der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-0	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.000	3.000	2.556	—
426 01-6	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	369
426 06-7	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3.000	3.000	2.556	1
427 01-2	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	23.000	23.000	6.136	—
427 02-0	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 11-0	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	10.000	10.000	10.226	7
441 01-5	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	1.756.000	1.589.000	1.514.907	1.481

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 01

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragen sind.

Zu 111 01

Gebühren und Auslagen auf dem Gebiet der Veterinärverwaltung.

Zu 119 03

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils gültigen Fassung	4	4
2. Abführungen augrund des § 75 a Abs. 2 NBG	—	—
Zusammen	4	4

Zu 124 01

Mietzahlungen des IZN für Büro- und Technikräume im Dienstgebäude des ML, Calenberger Str. 2 in Hannover.

Zu 132 10

Vgl. Erläuterung zu Titel 811 10.

Zu 132 11

Vgl. Erläuterung zu Titel 811 11.

Zu 132 12

Die Aussonderung von Dienst-Kfz ist vorgesehen.

Zu 412 10

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 73 b Abs. 4 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 103 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 515 EUR.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
216,86	217,86	218,41	205,76

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	19,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	19,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	18,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	1,55
Summe Abgänge	1,00	19,55
Bleibt Abgang	1,00	0,55

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	135,78	135,78	—	151
Angestellte	72,08	72,08	—	66
Lohnempfänger/-innen	9,00	9,00	—	9
Insgesamt	216,86	216,86	—	226

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	135,78	135,78	—	151
Angestellte	73,08	73,08	—	67
Lohnempfänger/-innen	9,00	9,00	—	9
Insgesamt	217,86	217,86	—	227

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	11 469	11 394

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	11 469	11 394
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	622	666
43	Versorgungsbezüge	2 805	2 688
44	Beihilfen, Unterstützungen	263	241
45	Personalbezogene Sachausgaben	42	42
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	85	-12
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		15 286	15 019

Zu 427 01

Für vorübergehende, unvermeidliche Vertretungen in Krankheits- und Urlaubsfällen mit aushilfsweise Tätigen.

Zu 427 11

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder der Prüfungsausschüsse und Lehrvergütungen.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte richtet sich nach dem RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002), in der jeweils geltenden Fassung. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0901 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 02-3	940	Beihilfen für Angestellte	—	21.000	21.000	26.485	17
441 03-1	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3.000	3.000	2.505	3
441 04-0	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	—	—
441 10-4	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	55.000	55.000	54.913	7
443 01-8	940	Fürsorgeleistungen	—	33.000	33.000	44.738	18
443 02-6	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1.000	1.000	1.023	—
443 10-7	940	Ausgaben zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Arbeitssicherheitsgesetzes	—	150.000	150.000	—	—
453 01-3	940	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	42.000	42.000	42.488	54
511 01-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	54
514 01-2	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	43
514 02-0	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
517 01-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	91
518 01-8	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	68
518 02-6	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-4	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	7.000	7.000	—	—
519 02-2	011	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	1
525 01-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	6
526 01-0	011	Sachverständige	—	—	—	—	69
526 02-9	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	139
527 02-5	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	4
527 11-4	011	Reisekostenvergütungen für Vertreter des Landes in Gremien des Bundes und der EU * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	5.000	5.000	5.113	6
529 11-7	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5.000	5.000	5.113	5
531 11-1	011	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation ****Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	—	—	—	49
531 12-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	5.000	5.000	5.113	4
546 01-1	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 02-0	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	41
546 03-8	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	8
546 05-4	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
547 10-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	12

ERLÄUTERUNGEN

Zu 443 10

Kosten für die Bestellung von Betriebsärzten sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit im Rahmen der Umsetzung des Arbeitssicherheitsgesetzes in den Dienststellen des Einzelplans 09.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 11-5	011	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	815.000	815.000	866.640	—
547 12-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
811 01-7	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	35.000	35.000	17.895	—
811 10-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.*	—	34.000	34.000	33.745	—
811 11-4	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	45.000	45.000	44.994	46
812 11-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	60.000	60.000	61.355	42
981 09-5	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	511.000	511.000	510.525	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 94		**Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-5	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-8	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-2	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-3	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-1	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-4	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-9	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-0	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(200.000)	(200.000)	(184.065)	(184)
511 98-6	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstiges Verbrauchsmaterial	—	70.000	70.000	68.513	126
518 98-0	011	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	011	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-7	011	Kosten für Aus- und Fortbildung beim IZN	—	6.000	6.000	—	10
525 99-5	011	Kosten für Aus- und Fortbildung bei anderen Dienstleistern	—	6.000	6.000	—	—
547 98-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8.000	8.000	13.294	42
712 98-1	011	Aus- und Umbaumaßnahmen zur Anpassung des Datennetzes	—	—	—	—	0
812 98-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	110.000	110.000	102.258	6
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			29.860	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
(In 2002 1 Ersatz-/1 Ergänzungsbeschaffung)		
2 Pkw bis zu 2 000 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer) sowie Sonderausstattung (Kopfstützen im Fond, Halogen-Nebelscheinwerfer, rechter Außenspiegel, Außenthermometer, Radio mit Verkehrsdecoder), einschl. Nebenkosten für Überführung und Zulassung	35	35

Die Dienst-Kfz werden zum Zeitpunkt der Aussonderung die Mindestfahrleistung nach den Kfz-Richtlinien erreicht haben.

Zu 811 10

Aufgrund der Kfz-Richtlinien dürfen Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
2 Pkw Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer sowie Sonderausstattung, Nebenkosten für Überführung und Zulassung)	34	34

Zu 811 11

Aufgrund der Kfz-Richtlinie dürfen Dienstkraftfahrzeuge für Ministerinnen, Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1 Pkw für den Minister Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer) sowie Sonderausstattung Nebenkosten für Überführung und Zulassung	24	24
1 Pkw für den Staatssekretär Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer) sowie Sonderausstattung Nebenkosten für Überführung und Zulassung	21	21
Summe	45	45

Zu 812 11

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen:		
1. Büroausstattung (PC-Arbeitsplätze)	26	26
2. Combinorm S-Schnellkochkessel für den Kantinenbetrieb	8	—
3. Geschirrspüler für den Kantinenbetrieb	—	8
4. Combinorm S-Herd mit Glaskeramik für den Kantinenbetrieb	—	8
5. Kippbratpfanne für den Kantinenbetrieb	8	—
6. Verschließbare Aktenschränke für die Registratur	11	6
7. Falz- und Kuvertiermaschine für die Absendestelle	—	12
Ergänzungsbeschaffung:		
1. 1 Salatkühltisch und Arbeitstische aus Chrom-Stahl für den Kantinenbetrieb	7	—
Summe	60	60

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 94

„Nutzerprämie“ der für dieses Kapitel festgestellten Energieeinsparung (Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft).

Zu Titelgruppe 96

Zur Bewirtschaftung von Mitteln aus der in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 erwirtschafteten Reformdividende im Rahmen der Personal- und Stellenbewirtschaftung im Einzelplan 09.

Zu Titelgruppe 98/99

812 98

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Ersatzbeschaffungen für vorhandene Endgeräte auf PC-Arbeitsplätzen nach flächendeckender Einführung der Bürokommunikation	60	40
2. Aufrüstung der zentralen Server des ML (Hard- und Systemsoftware, Massenspeicher, RAM, Tools, Peripherie)	40	20
3. Überlassung von Standardsoftware (Lizenzen)	10	50
Summe	110	110

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0901 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 09 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		149.000	149.000	132.526	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		5.000	5.000	5.113	
		Summe der Einnahmen		154.000	154.000	137.639	
		4 Personalausgaben	—	14.064.000	13.880.000	13.036.768	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	927.000	927.000	976.364	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	284.000	284.000	260.247	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	511.000	511.000	510.525	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	15.786.000	15.602.000	14.783.904	
		Zuschuss		15.632.000	15.448.000	14.646.265	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.805.000	2.688.000	2.373.212	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		18.591.000	18.290.000	17.157.116	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		18.437.000	18.136.000	17.019.477	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		50.000	50.000	25.565	84
119 11-7	529	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln		100.000	100.000	127.823	34
119 14-1	529	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen des soziostrukturellen Einkommensausgleichs (Beteiligungsverhältnis 65:35) ****Rückzahlungen an den Bund sind durch - Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		—	—	—	4
119 90-7	531	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln ****Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		—	—	—	—
271 11-3	528	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln ****Erstattungen an die Tierseuchenkasse sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		1.000.000	1.600.000	3.942.060	4.781
271 12-1 (GA)	521	Erstattungen der EU zur Abwicklung der Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK * *Vgl. K-Vermerk zu 631 12.*		—	—	—	—
271 73-3	528	Erstattungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus EU-Stukturfondsmitteln für Maßnahmen im ehemaligen Amt Neuhaus * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	717
272 90-0	531	EU-Mittel z. Förd. v. Maßnahmen a.d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft(EAGFL) Entwicklungsplan z. Förd. ländl. Räume 2000-06 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.*		77.800.000	76.000.000	59.178.456	55.440
281 11-9 (GA)	521	Erstattungen der Länder zur Abwicklung der Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK * *Vgl. K-Vermerk zu 631 12.*		—	—	—	133
341 11-1	531	Beiträge und Zuschüsse Dritter zur Mitfinan zierung von Maßnahmen aus dem Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) * *Vgl. K-Vermerk zu 893 11.*		—	—	—	668
382 11-0	990	Durchlaufende Gelder für die Gemeinschafts-initiative Pesca (1994 - 1999)		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65/66		**EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung der Entwicklung im ländl. Raum (Ziel 5 b 1994 bis 1999)**		(—)	(—)	(—)	(4.780)
346 65-2	528	Für Investitionen aus dem EAGFL * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	4.780
346 66-0	528	Für Investitionen aus dem EFRE * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	—
TGr. 68/69		**EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung im ländlichen Raum (LEADER II 1994 bis 1999)**		(—)	(—)	(—)	(769)
382 68-3	990	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL * *Vgl. K-Vermerk zu 982 68.*		—	—	—	769
382 69-1	990	Durchlaufende Gelder aus dem EFRE * *Vgl. K-Vermerk zu 982 68.*		—	—	—	—
TGr. 75		**EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER+ 2000 bis 2006)**		(—)	(—)	(—)	(—)
272 75-6	528	Sonstige Zuschüsse aus dem EAGFL * *Vgl. K-Vermerk zu 982 75.*		—	—	—	—
382 75-6	990	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL * *Vgl. K-Vermerk zu 982 75.*		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 90

Rückzahlungen (Rückforderungen) von EU-Mitteln aufgrund einer Förderung nach der VO (EG) 1257/99 sind nach der VO (EG) 1258/99 an die EU zurückzuzahlen.

Zu 271 11

Vereinnahmt werden Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln im Rahmen der

- Effizienzverordnung VO (EWG) 2328/91 für die einzelbetriebliche Förderung
- Entscheidung des Rates 90/224/EWG über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich
- Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig auf Grund der VO (EG) 1221/97

Weniger infolge Umstellung des EU-Finanzierungssystems (vgl. 09 02 TGr. 90).

Zu 271 12 und 281 11

Vgl. Erläuterung zu 631 12.

Zu 271 73

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 73.

Zu 272 90

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 90.

Zu 341 11

Vgl. Erläuterung zu 893 11.

Zu 382 11

Einnahme der Schlusserstattung für die abgeschlossene Gemeinschaftsinitiative Pesca – 1994 bis 1999 –.

Zu 346 65 und 346 66

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65.

Zu 382 68 und 382 69

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 68.

Zu 272 75 und 382 75

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 75.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
631 12-8	521	Erstattung d. Kosten an d. Bundesforschungs anstalt f. Landwirtschaft z. Evaluierung v. Fördermaßnahmen i.R.d. GAK * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 12 und 281 11.*	—	—	—	—	133
636 11-1	529	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die landwirtschaftlichen Alterskassen * *Übertragbar.*	—	500.000	600.000	766.938	617
662 11-2	529	Abwicklung von Schuldendiensthilfen * *Übertragbar.*	—	5.000	10.000	20.452	10
671 11-1	529	Erstattungen an die Nds. LTS-Agrar für die Aufbereitung von EU-Erstattungsfällen	—	—	150.000	209.630	210
893 11-4	531	Zuschüsse Dritter zur Mitfinanzierung von Maßnahmen a. d. Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) -2000 bis 2006- * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 341 11.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	—	—	590
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes** * *Übertragbar.*	(—)	(562.000)	(562.000)	(435.212)	(507)
547 63-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	127.000	127.000	—	–36
686 63-1	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	435.000	435.000	435.212	542
TGr. 65		**Abwicklung der Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (Ziel 5 b 1994 bis 1999)** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 65 und 346 66.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(879)
686 65-8	528	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	122
893 65-3	528	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	757
981 65-0	990	Abführungen an MW und MU aus EFRE	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Abwicklung der Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER II 1994 bis 1999)** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(50.000)	(50.000)	(—)	(4.620)
547 68-2	528	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ****Die Ausgaben des Titels erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechende dem genehmigten EG-Programm bei 382 68. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EG-Programms als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	50.000	50.000	—	1

Zu 631 12

Nationale Fördermaßnahmen, die von europäischen Strukturfonds mitfinanziert werden, sind vom Mitgliedsstaat zu evaluieren. Die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig (FAL) führt die Evaluierung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms in Deutschland für den Zeitraum 2000 – 2006 durch. Niedersachsen koordiniert die finanzielle Abwicklung für diese Fördermaßnahme.

Zu 636 11

Erstattungen von Verwaltungsausgaben an die landw. Alterskasse für die vom Bund finanzierte „Betriebsaufgaberente“ (§§ 17, 19 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit).

Weniger infolge Rückgang der Zahlfälle.

Zu 662 11

Im Stufeninvestitionsplan werden langfristige Kapitalmarktdarlehen, die der Konsolidierung kurzfristiger, hochverzinslicher Verbindlichkeiten dienten, zinsverbilligt.

Veranschlagt sind die noch zu erwartenden Abrufe aus Bewilligungen von Zinsverbilligungen für Kapitalmarktdarlehen in den Jahren 1973 bis 1984. Die Maßnahme wird voraussichtlich 2005 abgeschlossen.

Zu 671 11

Restabwicklung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms im Rahmen der EU-Erstattung aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds – Abt. Ausrichtung bis 31. 12. 2001 –.

Zu 893 11

Kofinanzierungsmittel Dritter zur Bindung von EU-Mitteln im Rahmen des nieders. Programms „PROLAND“.

Zu Titelgruppe 63

Im Rahmen der Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes wurden flächendeckend Dauerbeobachtungsflächen eingerichtet. Die Flächen dienen der Erfassung der langfristig standort-, belastungs- und nutzungsspezifischen Einflüsse und ermöglichen dadurch rechtzeitige Maßnahmen zum Bodenschutz bei drohender Bodenzerstörung und Überbelastung durch Schadstoffe.

Die Personalkosten für das Landesamt für Bodenforschung sind bei Kapitel 08 18 und die der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt sind bei Kapitel 10 06 nachgewiesen.

Zu Titelgruppe 65

In 17 niedersächsischen Landkreisen wurde das von der EU-Kommission und dem Land Niedersachsen gemeinschaftlich aufgelegte Förderprogramm für die Jahre 1994 bis 1999 zur Verbesserung der Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen des Ziels 5 b durchgeführt. Nach dieser Entscheidung wurden in den nachfolgend aufgeführten besonders ländlich geprägten und strukturschwachen Landkreisen Strukturfondsmittel eingesetzt: Ammerland, Aurich, Cloppenburg, Emsland, Friesland, Grafschaft Bentheim, Leer, Oldenburg, Vechta, Wittmund, Diepholz, Nienburg, Cuxhaven, Lüchow-Dannenberg, Rotenburg (Wümme), Soltau-Fallingbostel und Uelzen.

Im Jahr 2002 werden die Maßnahmen spätestens schlussfinanziert.

Zu Titelgruppe 68

Im Rahmen der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (Ziel 5 b der EU-Strukturfondsreform) hatte die EU-Kommission die Gemeinschaftsinitiative LEADER initiiert, mit der die Einrichtung eines Netzes örtlicher Aktionsgruppen verfolgt wurde. Diese Gruppen führten auf lokaler Ebene Maßnahmen auf den Gebieten Umweltschutz, Tourismus und Vermarktung von Agrarprodukten eigenständig unter Zuhilfenahme neuer Informations- und Kommunikationstechnologien durch.

Im Jahr 2002 werden die Maßnahmen spätestens schlussfinanziert.

Zu 547 68

Begleitung und Bewertung des von der EU-Kommission genehmigten Programms „LEADER II“.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
982 68-0	990	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 68 und 382 69.*	—	—	—	—	4.619
TGr. 73		**Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im ehemaligen Amt Neuhaus** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 271 73.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der zwischen den Ländern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern getroffenen Verwaltungsvereinbarung als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(469)
686 73-9	528	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
892 73-8	528	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	469
893 73-4	528	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
894 73-0	528	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 75		**EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER + 2000 bis 2006)** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(50.000)	(50.000)	(—)	(—)
547 75-5	528	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** *Die Ausgaben des Titels erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechende dem genehmigten EG-Programm bei 287 75.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EG-Programms als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	50.000	50.000	—	—
982 75-3	990	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 75 und 382 75.*	—	—	—	—	—
TGr. 81/82		**Förderung ökologischer Maßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen** * *Übertragbar.*	(—)	(40.000)	(60.000)	(61.355)	(39)
683 81-0	529	Abwicklung der Förderung „20jährige Stillegung von Ackerflächen für ökologische Ruhezonen“	—	40.000	40.000	40.903	21
683 82-9	529	Abwicklung der Förderung „Kooperationsmodell Naturschutz und Landwirtschaft“	—	—	20.000	20.452	18
TGr. 90		**EU-Mittel z. Förd. v. Maßnahmen a.d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft(EAFGL) Entwicklungsplan z. Förd. ländl. Räume 2000-06** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 90.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver-*	(—)	(77.800.000)	(76.000.000)	(59.178.456)	(49.784)

Zu Titelgruppe 73

Durchführung von Maßnahmen im Gebiet des ehemaligen Amt Neuhaus aufgrund des Staatsvertrages und einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Ziel-1-Förderung der EU-Strukturfonds.

Zu Titelgruppe 75

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative „LEADER +“ für die Jahre 2000 bis 2006 können in Niedersachsen in ländlichen Gebieten, die bestimmten Kriterien der Leitlinien der EU-Kommission entsprechen, insbesondere gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategien mit Pilotcharakter und die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten gefördert werden.

Das niedersächsische Konzept sieht, basierend auf den Erfahrungen der Vorläuferprogramme, folgende Strategien vor:

Förderung Regionaler Entwicklungskonzepte
Unter Einbeziehung von Kommunen, staatlichen Stellen, Wirtschaft, Verbänden und Privaten einer Region, die sich als lokale Aktionsgruppen konstituieren, soll die effizientere Nutzung von vorhandenem Know-how und die Mobilisierung der Kreativität der Beteiligten unterstützt werden. Die zu erarbeitenden regionalen Entwicklungskonzepte haben sich insbesondere an folgenden Themen zu orientieren:

– Verbesserung der Lebensqualität der Region und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche
– Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse und Dienstleistungen durch Einsatz von neuem Know-how und neuer Technologien
– Aufwertung der lokalen Erzeugnisse durch erleichterten Marktzugang im Rahmen kollektiver Maßnahmen
– Valorisierung des natürlichen und kulturellen Potentials einschl. der Steigerung des Wertes von Flächen im gemeinschaftlichen Interesse, die unter NATURA 2000 ausgewählt wurden.

Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten
Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Regionen und durch die Kombination von Projekten sollen Synergieeffekte ausgenutzt und zusätzliche positive Auswirkungen für die Region erzielt werden.

Zu 547 75

Begleitung und Bewertung des von der EU-Kommission genehmigten Programms „LEADER +“.

Zu 982 75

Kommunale Gebietskörperschaften sind federführend für die finanzielle Abwicklung verantwortlich und stellen grundsätzlich die notwendige Mitfinanzierung der EU-Mittel sicher.

Zu Titelgruppe 81/82

Aufgrund der Verordnung (EWG) 2078/92 wurden Maßnahmen zur Förderung umweltgerechter und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren bewilligt.

683 81

Abwicklung der Fördermaßnahme „20jährige Stilllegung von Ackerland“.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	40 000	—	—	40 000
2003	40 000	—	—	40 000
2004	40 000	—	—	40 000
2005	40 000	—	—	40 000
2006ff.	520 000	—	—	520 000
Summe	680 000	—	—	680 000

683 82

Abwicklung der Fördermaßnahme „Kooperationsmodell extensive Acker- und Grünlandnutzung“.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	20 000	—	—	20 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 90

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17. 5. 1999 zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ ein Programm mit dem niedersächsischen Titel „PROLAND“ für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Es berücksichtigt die unterschiedlichen Anforderungen in den ländlichen Räumen, die sektoralen Probleme im Bereich Landwirtschaft und im Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich land- und forstwirtschaftlicher Produkte sowie die Belange der Umwelt. Die nachfolgend aufgeführten Förderschwerpunkte umfassen sowohl sektorspezifische als auch sektorübergreifende Maßnahmen und tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume bei.

Programm zur ländlichen Entwicklung Niedersachsen – PROLAND –
Indikativer Gesamtfinanzierungsplan lt. Genehmigung der EU vom 29. 9. 2000 für den Geschäftsbereich des ML

Maßnahme-ziffer PROLAND	EU-Maßnahmenbezeichnung	Gesamtbetrag 2000 bis 2006 (EU+LAND und/oder Dritter) EUR	EU-Anteil 2000 bis 2006 (09 02 TGr. 80) EUR	Haushaltsstelle für den Landesanteil und Mitfinanzierung Dritter
	Förderschwerpunkt I: Verbesserung der Produktionsstruktur			
a	**Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben**			
a 1	Agrarinvestitionsförderungsprogramm	256 129 344	64 032 336	09 04 – 663 63 u. 892 63
c	**Berufsbildung**			09 03 – 685 10, 685 12
c 1	Qualifizierung	9 908 353	4 954 177	und 09 02 – TGr. 91
g	**Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlichen Erzeugnissen**			
g 1 a	Vieh und Fleisch	19 053 524	15 877 937	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 b	Kartoffeln	31 235 286	26 029 405	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 c	Obst, Gemüse, Gartenbauerzeugnisse, Baumschulen	22 333 229	18 611 024	09 04 – TGr. 65 bis 69
g 1 d	Gemeinschaftsanlagen zur lokalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte	—	—	09 02 – TGr. 91
h	**Forstwirtschaft**			
h 1	Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen	16 658 819	8 329 410	09 04 – TGr. 74 bis 77
i	**Sonstige forstwirtschaftliche Maßnahmen**			09 04 – TGr. 74 bis 77
i 1	Sonstige forstwirtschaftliche Maßnahmen	50 497 045	25 248 523	und 10 02 – 686 11
i 2	Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern	624 706	312 353	10 02 – 686 13 u. 683 62
	Förderschwerpunkt II: Strukturübergreifende Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung			
k	**Förderung der Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten**			09 04 – TGr. 61, Kommunen und Teil-
k 1	Flurbereinigung	114 069 086	57 034 543	nehmergemeinschaften
n	**Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung**			09 02 – TGr. 91
n 1	Schaffung von Dienstleistungseinrichtungen (ETL)	3 644 117	1 822 058	und Kommunen
o	**Dorferneuerung und -entwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes**			09 02 – TGr. 91, 09 04 – TGr. 62
o 1 a bis d	Dorfentwicklung und ländliches Kulturerbe	261 335 225	130 667 612	und Kommunen
r	**Entwicklung und Verbesserung der mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur**			09 04 – TGr. 72
r 1	Landwirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen (ETL)	133 045 684	66 522 842	und Kommunen
s	**Förderung von Fremdenverkehrs- und Handwerksaktivitäten**			
1 a bis b	Förderung des ländlichen Tourismus und des ländlichen Handwerkswesens (ETL)	7 288 233	3 644 117	09 02 – TGr. 91
s 1 c	Erweiterung eines bestehenden Gartenkulturzentrums um ein Informationsforum sowie ein Arboretum für Ziergehölze	4 456 234	2 228 117	09 02 – TGr. 91
	Förderschwerpunkt III: Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft und der Verbesserung des Tierschutzes			
f	**Agrarumweltmaßnahmen**			
f 1	Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und vom Aussterben bedrohter Rassen	1 192 147	596 073	09 03 – 686 11
f 2 a bis d	Niedersächsisches Argarumweltprogramm (NAU) mit allen Einzelmaßnahmen	92 771 402	46 385 701	09 04 – TGr. 90 bis 93
t	**Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes**			
t 1 a	Polaris – ProduktionsOrientiertes Landwirtschaftliches RaumInformationsSystem	2 342 646	1 171 323	09 03 – 686 71 u. Landwirtschaftskammern
t 1 b	Untersuchungsprogramm zur Bewertung von Bioaerosolen	1 151 541	575 770	09 02 – TGr. 91
t 1 c	Informationen für Tierproduzenten	2 306 309	1 153 155	09 02 – TGr. 91
t 1 d	Bau eines Speicherbeckens	2 082 352	1 041 176	09 02 – TGr. 91
	Andere Maßnahmen:			
v	**Sonstige Maßnahmen**			
v 1	Bewertungsmaßnahmen (Technische Hilfe)	830 983	415 492	09 02 – TGr. 91
v 2	frühere flankierende Maßnahmen	5 618 799	2 809 400	09 04 – TGr. 90 bis 93
	Gesamtbetrag	**1 038 575 065**	**479 462 543**	

Weitere Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen sowie der Landschaftspflege sind im Kapitel 15 02 TGr. 90 dargestellt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 90**		*wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*					
425 90-0	531	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
531 90-5	531	Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
547 90-9	531	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 90-2	531	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
663 90-9	531	Schuldendiensthilfen an Sonstige	—	—	—	—	1.815
682 90-3	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 90-0	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	108
684 90-6	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
685 90-2	531	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	1.082
686 90-9	531	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
883 90-9	531	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	33.205
887 90-4	531	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
892 90-8	531	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	4.030
893 90-4	531	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	9.544
894 90-0	531	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
971 90-5	988	Globale Mehrausgabe (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 90)	—	77.800.000	76.000.000	59.178.456	—
TGr. 91		**Landesmittel zur Kofinanzierung v. Maßnahmen a.d. Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft(EAGFL) Förderung länd. Räume 2000-06** ** Übertragbar.* *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die Mehrausgaben im laufenden Haushaltsjahr sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—) (7.520.000) (6.033.244)	(2.710.000)	(2.710.000)	(2.709.847)	(244)
425 91-9	529	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
531 91-3	529	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 91-7	529	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 91-0	529	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
663 91-7	529	Schuldendiensthilfen an Sonstige	—	—	—	—	—
682 91-1	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 971 90

Veranschlagt sind die für 2002 und 2003 zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehene EU-Mittel. Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

Zu Titelgruppe 91

Veranschlagt sind die für 2002 und 2003 zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehenen Landesmittel zur Kofinanzierung des nieders. Programms „PROLAND“ (vgl. Erläuterung zu 09 02 TGr. 90). Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
683 91-8	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
684 91-4	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
685 91-0	529	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	9
686 91-7	529	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
883 91-7	529	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
887 91-2	529	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
892 91-6	529	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	41
893 91-2	529	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	194
894 91-9	529	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
971 91-3	988	Globale Mehrausgabe (Landesmittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 91)	— 7.520.000 6.033.244	2.710.000	2.710.000	2.709.847	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			232.535	
		Abschluss Kapitel 09 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		150.000	150.000	153.388	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		78.800.000	77.600.000	63.120.516	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		78.950.000	77.750.000	63.273.904	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	227.000	227.000	229.467	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	980.000	1.255.000	1.496.655	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	— 7.520.000 6.033.244	80.510.000	78.710.000	61.888.303	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 7.520.000 6.033.244	81.717.000	80.192.000	63.614.425	
		Zuschuss		2.767.000	2.442.000	340.521	

Zu 971 91

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 710 000	—	2 710 000
2003	—	2 710 000	2 100 000	4 810 000
2004	—	600 000	2 100 000	3 310 000
2005	—	—	2 710 000	2 710 000
Summe	—	6 020 000	7 520 000	13 540 000

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen -Erzeugung und Betriebswirtschaft-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-3	529	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	10.226	8
119 11-0	529	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln		102.000	102.000	102.258	107
231 10-7	529	Zuschuss des Bundes für Modellvorhaben: Einkommensalternativen im ländl. Raum und Ernährungsmaßnahmen sozialschwacher Gruppen * *Vgl. K-Vermerk zu 684 10.*		—	—	—	1.027
271 10-9	529	Erstattungen von der EU für das Versuchswesen * *Vgl. K-Vermerk zu 686 12.*		—	—	—	167
356 10-4	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		—	1.023.000	766.938	—
		A U S G A B E N					
683 10-5	549	Zuschuß an die Braunschweig-GmbH * *Übertragbar.*	—	—	141.000	140.605	141
684 10-1	529	Zuschuss des Bundes für Modellvorhaben: Einkommensalternativen im ländl. Raum und Ernährungsmaßnahmen sozialschwacher Gruppen * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	—	—	—	151
685 10-8	549	Ökologische und umweltschützende Weiterbildungsmaßnahmen nach der VO (EG) 1257/99 * *Übertragbar.*	100.000 100.000 102.258	180.000	180.000	178.952	33
685 11-6	549	Zuschuß (Budget) an die Landwirtschaftskammern für die Erledigung der Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 10 04 Titel 422 01 und Kapitel 10 01 Titel 441 01.* *Der Ansatz erhöht sich um die Personalausgaben und Beihilfen für an die Landwirtschaftskammern versetzten Forstbeamtinnen und Forstbeamte.*	—	57.293.000	57.293.000	57.315.820	57.235
685 12-4	549	Zuschüsse an Deula-Lehranstalten für berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen und an Sonstige * *Übertragbar.*	50.000 50.000 51.129	128.000	128.000	127.823	139
685 13-2	127	Zuschüsse an Deula-Lehranstalten für schulische Maßnahmen, die den berufsbildenden Unterricht ergänzen * *Übertragbar.*	—	1.023.000	1.023.000	1.022.584	922
686 10-4	549	Zuschüsse zur Förderung der Tierzucht * *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 0903 - 686 10, 0903 - 686 11, 0903 - 541 71, 0903 - 547 71, 0903 - 633 71, 0903 - 683 71, 0903 - 686 71, 0903 - 526 72, 0903 - 547 72, 0903 - 683 72, 0903 - 686 72, 0903 - 892 72, 0903 - 893 72, 0903 - 686 73, 0905 - 683 63 und 0905 - 683 73.*	—	560.000	560.000	562.421	553
686 11-2	549	Besondere Tierzuchtmaßnahmen nach der VO (EG) 1257/99 * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	138.000	138.000	143.162	20
686 12-0	549	Zuschüsse für das Feldversuchswesen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 10.*	—	—	147.000	214.998	359

Zu 231 10

Vgl. Erläuterungen zu 684 10.

Zu 271 10

Vgl. Erläuterungen zu 686 12.

Zu 356 10

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 70.

Zu 683 10

Aufgrund des Vertrages mit der Braunschweig-GmbH übernimmt das Land den Verlust aus dem Betrieb des Vollblutgestüts Harzburg bis zu 141 000 EUR jährlich bis zum 31. 12. 2002.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	141 000	—	—	141 000

Zu 684 10

Im Rahmen von Modellvorhaben sollen Wege zur Erschließung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Familien und insbesondere Frauen im ländlichen Raum aufgezeigt werden.

Sozial schwachen Gruppen soll in Modellprojekten aufgezeigt werden, wie mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln eine gesunde Ernährung möglich ist, um damit mangelhafte und unausgewogene Ernährungsgewohnheiten, die zu gesundheitlichen Schädigungen führen, zu ändern.

Zu 685 10

Es sollen zielgerichtet ökologische und umweltschützende Weiterbildungsmaßnahmen, Lehrgänge und Praktika auf Grund der VO (EG) 1257/99 gefördert werden. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	100 000	—	100 000
2004	—	—	100 000	100 000
Summe	—	100 000	100 000	200 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	100 000	—	100 000
2003	—	—	100 000	100 000
Summe	—	100 000	100 000	200 000

Zu 685 11

Zum Ende der Modellphase der Budgetierung des Zuschusses für die Landwirtschaftskammern für die Erledigung der Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten sollte eine Finanzierungsregelung getroffen werden, die die bisherige Regelung des § 31 des Gesetzes über Landwirtschaftskammern ersetzen soll.

Diese Änderung wurde zum Anlass einer grundsätzlichen Überarbeitung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern genommen. Bis zur Änderung bzw. Neufassung des Gesetzes über Landwirtschaftskammern ist es daher erforderlich, die Finanzierung der Landwirtschaftskammern in der bisherigen Form als Zuschuss (Budget) fortzuführen.

Neben dem Zuschuss für die Erledigung der Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten stehen 731 000 EUR zur Finanzierung der im Rahmen der Reform der Landesforstverwaltung umgesetzten Bediensteten entsprechend des Vertrages zwischen dem Land und den Landwirtschaftskammern zur Verfügung. Dieser Betrag ändert sich bei weiteren Umsetzungen von Forstpersonal der Landesforstverwaltung zu den Landwirtschaftskammern.

Unter Berücksichtigung dieses Betrages beträgt das den Landwirtschaftskammern zustehende Budget in den Jahren 2002 und 2003 jeweils 57 293 000 EUR.

Zu 685 12

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	50 000	—	50 000
2004	—	—	50 000	50 000
Summe	—	50 000	50 000	100 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	50 000	—	50 000
2003	—	—	50 000	50 000
Summe	—	50 000	50 000	100 000

Zu 686 10

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Allgemeine Tierzuchtmaßnahmen	250	250
2. EDV-Arbeiten	190	190
3. Besondere Landesmaßnahmen	120	120
Zusammen	560	560

Zu 686 11

Aufgrund der VO (EG) 1257/99 können Maßnahmen zur Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und die Zucht einer vom Aussterben bedrohten Rasse bei Pferden, Schafen und Rindern gefördert werden. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Nach der EU-Verordnung ist es erforderlich, eine mindestens 5jährige Verpflichtung einzugehen.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	15 000	123 000	—	138 000
2003	15 000	123 000	—	138 000
2004	15 000	123 000	—	138 000
2005	15 000	123 000	—	138 000
2006	—	123 000	—	123 000
Summe	60 000	615 000	—	675 000

Zu 686 12

Die Versuchs- und Forschungsvorhaben zur Entwicklung integrierter Anbausysteme werden im Jahr 2002 abgeschlossen.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	147 000	—	—	147 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 13-9	549	Zuschüsse an Rennvereine * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 96,0 v.H. der Isteinnahmen bei 1301 - 055 11.*	—	960.000	960.000	1.533.876	1.337
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung der landwirtschaftlichen Beratung und Maßnahmen des ökologischen Landbaus** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(1.500.000) (4.500.000) (—)	(5.000.000)	(5.000.000)	(—)	(—)
526 61-1	549	Aufwandsentschädigung für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Beirates für den ökologischen Landbau	—	—	—	—	—
531 61-5	549	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentation	—	—	—	—	—
537 61-3	549	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—	—	—	—
547 61-9	549	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
683 61-0	549	Zuschüsse für Beratungsleistungen	—	2.500.000	2.500.000	—	—
686 61-9	549	Zuschüsse für Maßnahmen des ökologischen Landbaus	1.500.000 4.500.000 —	2.500.000	2.500.000	—	—
893 61-4	549	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Förderung von Landesgartenschauen in Niedersachsen** ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(1.023.000)	(—)	(—)
686 70-8	529	sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	1.023.000	—	—
893 70-3	529	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Für Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(370.000) (370.000) (342.565)	(900.000)	(900.000)	(794.036)	(914)
541 71-8	549	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	8.000	8.000	7.669	8
547 71-6	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	140.000	140.000	30.678	29
633 71-0	549	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	25.000	25.000	24.542	—
683 71-7	549	Zuschüsse an private Unternehmen für Zwecke der Tierzucht * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	70.000 70.000 35.790	190.000	190.000	194.291	160
686 71-6	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	300.000 300.000 306.775	537.000	537.000	536.856	717
TGr. 72		**Für Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver-*	(1.500.000) (1.500.000) (1.533.876)	(1.300.000)	(1.300.000)	(1.431.618)	(1.184)

Zu 686 13

Die Rennvereine erhalten auf der Grundlage des Rennwett- und Lotteriegesetzes vom 8. 4. 1922 eine Rückvergütung von 96 v. H. aus der Totalisatorsteuer an dem Wettaufkommen ($16^2/_3$ v. H.) der Pferderennen.

Zu Titelgruppe 61

Maßnahmen zur Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft.

Zu 526 61, 531 61, 537 61, 547 61 und 893 61

Vorsorglich Leertitel (vgl. Erläuterung zu 686 61).

Zu 683 61

Förderung der Beratung zur Entwicklung einer unternehmerisch geführten Landwirtschaft, verbunden mit nachhaltigen, umwelt- und tiergerechten Produktionsverfahren, die zur Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte führen soll. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe soll erhalten und verbessert werden.

Zu 686 61

Landesmaßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus in Niedersachsen mit folgendem „10-Punkte-Programm“:

1. Beirat „Absatzförderung für den ökologischen Landbau“
2. Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Marktausweitung von Bioprodukten.
3. Nds. Aktionstage
4. „Kompetenzzentrum Ökolandbau“ in Verbindung mit Ziffern 5 und 6
5. Förderung der Umstellungsberatung
6. Untersuchung zu neuen Medien im Rahmen der Informationsvermittlung und Beratung
7. Forschungsvorhaben insbesondere hinsichtlich Homogenität und Verarbeitungsqualität in den Bereichen Industriegemüse, Obstanbau und Tierernährung von Geflügeln und Schweinen
8. Bio-Milch Niedersachsen zur Entwicklung einer strukturierten Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung
9. Verbraucheraufklärung
10. Regionale Bildungsprojekte in allgemeinbildenden Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	2 000 000	—	2 000 000
2004	—	1 500 000	500 000	2 000 000
2005	—	1 000 000	1 000 000	2 000 000
Summe	—	4 500 000	1 500 000	6 000 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	2 000 000	2 000 000
2004	—	—	1 500 000	1 500 000
2005	—	—	1 000 000	1 000 000
Summe	—	—	4 500 000	4 500 000

Zu Titelgruppe 70

In Bad Zwischenahn wird im Jahre 2002 eine Landesgartenschau unter Einbeziehung des Gartenkulturcentrums durchgeführt. Sie dient sowohl der Grünflächen- und Umweltgestaltung, der Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner als auch der Wirtschaftsförderung. Es sollen Möglichkeiten der Gestaltung von Freiräumen in Kommunen und die Schaffung von innovativen Lösungen und Impulsen für Wirtschaft und Tourismus aufgezeigt sowie die Sensibilisierung und Aktivierung der Bevölkerung im Umgang mit Natur und Landschaft positiv beeinflusst werden.

Die Ausgaben werden durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds finanziert (vergl. Titel 356 10).

Zu 686 70

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 023 000	—	1 023 000

Zu Titelgruppe 71

541 71

Auszeichnungen für besondere tierzüchterische Leistungen.

547 71 und 633 71

Auftragsforschung, Untersuchungen und Versuche, insbesondere

- im Hinblick auf eine umwelt- und ressourcenschonende Produktion,
- zu aktuellen agrarpolitischen Themen,
- auf dem Gebiet der Tierproduktion,
- zur Lösung umweltrelevanter Fragen des Pflanzenschutzes.

Sachaufwendungen in Vorbereitung und Ausführung des Landeswettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“.

683 71

Zuschüsse für spezielle Tierzuchtmaßnahmen, für die Dotierung von Pferderennen und zur Verbesserung von Qualität und Absatz tierischer Erzeugnisse.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	70 000	—	70 000
2004	—	—	70 000	70 000
Summe	—	70 000	70 000	140 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	35 000	—	35 000
2003	—	—	70 000	70 000
Summe	—	35 000	70 000	105 000

686 71

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Zuschüsse an die Agrarsoziale Gesellschaft (Projektförderung)	20	20
2. Unterstützung innovativer Projekte in der Agrartechnik	77	77
3. Zuschuss an das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. für die Versuchsanstalt Dethlingen (Kartoffelanbau)	44	44
4. Für landwirtschaftliche Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft	291	291
5. Untersuchung psycho-sozialer Probleme in ldw. Betrieben, Betrieb eines Sorgentelefons und Familienberatung vor Ort	35	35
6. Fortbildung der Dorfhelferinnen	35	35
7. Zuschüsse an Betriebshilfsdienste	35	35
Zusammen	537	537

Belastung zu Nr. 2

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	77 000	—	—	77 000
2003	77 000	—	—	77 000
2004	77 000	—	—	77 000
Summe	231 000	—	—	231 000

Belastung zu Nr. 3

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	44 000	—	—	44 000
2003	44 000	—	—	44 000
2004	44 000	—	—	44 000
2005	44 000	—	—	44 000
Summe	176 000	—	—	176 000

Zur Sicherstellung der Finanzierung der KTBL-Versuchsstation Dethlingen, die besonders auf dem Gebiet des Kartoffelbaues und der Kartoffellagerung eine einmalige Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland ist, wurde die zwischen dem ML, dem KTBL, den Landwirtschaftskammern verschiedener Länder und Verbänden der Kartoffelwirtschaft abgeschlossene Verwaltungsvereinbarung bis zum 31. 12. 2005 verlängert.

Belastung zu Nr. 4 (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	100 000	200 000	—	300 000
2004	—	100 000	200 000	300 000
2005	—	—	100 000	100 000
Summe	100 000	300 000	300 000	700 000

Belastung zu Nr. 4 (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	200 000	—	200 000
2003	—	100 000	200 000	300 000
2004	—	—	100 000	100 000
Summe	—	300 000	300 000	600 000

Zu Titelgruppe 72

Das Land fördert Vorhaben in den Bereichen Industrie- und Energiepflanzenbau sowie solche zur technischen Verwertung, Verarbeitung und energetischen Nutzung entsprechend den Zielen und Schwerpunkten des niedersächsischen Förderkonzeptes für nachwachsende Rohstoffe. Auch Maßnahmen der Markteinführung sowie Fachtagungen, Ausstellungen und Symposien werden unterstützt.

Folgende Maßnahmen werden u. a. gefördert:

- Herstellung von Farben, Lacken und Bindemitteln auf Basis von pflanzlichen Ölen und Stärke
- Abgasuntersuchungen an modernen Dieselmotoren beim Einsatz von RME
- Herstellung von Faserverbund- und Konstruktionswerkstoffen aus Pflanzenfasern in biologisch abbaubaren Bindemitteln
- Herstellung von Schmierstoffen und Hydraulikölen aus pflanzlichen Ölen
- Energiegewinnung aus Biomasse.

Der niedersächsische Beirat für nachwachsende Rohstoffe informiert die Landesregierung über neue Entwicklungen und regt F. u. E.-Vorhaben und innovative Maßnahmen an. Weiterhin trifft er Tendenzaussagen über neue Stoffe, Produktlinien und Verfahren sowie über deren Umweltverträglichkeit.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 72**		*wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*					
526 72-7	169	Aufwandsentschädigung für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Beirates für nachwachsende Rohstoffe * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	—	—	—	—
547 72-4	169	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	—	—	10.226	0
683 72-5	169	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	1.500.000 1.500.000 1.533.876	1.300.000	1.300.000	1.022.584	1.184
686 72-4	169	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	—	—	—	—
892 72-3	169	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	—	—	398.808	—
893 72-0	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig aufgrund der VO (EG) 1221/97** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(205.000)	(205.000)	(204.517)	(204)
429 73-0	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	15.000	15.000	15.339	8
547 73-2	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	2
686 73-2	549	Zuschüsse an Imker * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	—	185.000	185.000	184.065	194
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	1.022.584			4.882.837	
		<u>Abschluss Kapitel 09 03</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		112.000	112.000	112.484	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	1.023.000	766.938	
		Summe der Einnahmen		112.000	1.135.000	879.422	
		4 Personalausgaben	—	15.000	15.000	15.339	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	153.000	153.000	161.057	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.520.000 6.520.000 3.052.412	67.519.000	68.830.000	67.978.045	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	398.808	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.520.000 6.520.000 3.052.412	67.687.000	68.998.000	68.553.249	
		Zuschuss		67.575.000	67.863.000	67.673.827	

683 72

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	500 000	750 000	—	1 250 000
2004	250 000	500 000	750 000	1 500 000
2005	—	250 000	500 000	750 000
2006	—	—	250 000	250 000
Summe	750 000	1 500 000	1 500 000	3 750 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	150 000	750 000	—	900 000
2003	—	500 000	750 000	1 250 000
2004	—	250 000	500 000	750 000
2005	—	—	250 000	250 000
Summe	150 000	1 500 000	1 500 000	3 150 000

Zu Titelgruppe 73

Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig aufgrund der VO (EG) 1221/97. Die EG-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Zu 429 73 und 547 73

Forschungsvorhaben zur Untersuchung von Nebenwirkungen von Varroatosebehandlungsmitteln bei dem Nds. Landesinstitut für Bienenkunde (vgl. Kapitel 09 71 TGr. 67).

Zu 686 73

Zuschüsse an Imkerinnen und Imker zur Bekämpfung der Varroatose und verwandter Krankheiten sowie für Schulungsmaßnahmen (Aus- und Fortbildung).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 12-2 (GA)	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) ****Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		500.000	500.000	255.646	771
119 13-0 (GA)	521	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) ****Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	255.646	95
231 11-9 (GA)	521	Zuweisungen des Bundes für laufende Zwecke Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ****Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 537 11 Abs. 1 verbindlich.*		27.498.000	26.346.000	30.847.160	47.047
331 11-3 (GA)	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ****Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 537 11 Abs. 1 verbindlich.*		34.830.000	41.550.000	40.187.542	—
		A U S G A B E N					
537 11-0 (GA)	521	Förderung der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung ****Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 231 11, 331 11 und 537 11 Abs. 1 verbindlich.*	— — 204.517	400.000	400.000	409.034	498
632 11-3 (GA)	521	Anteil Niedersachsen für die Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK	—	—	—	—	17
662 11-0 (GA)	521	Abwicklung der EFP-Zinszuschüsse	—	700.000	950.000	255.646	307
662 12-8 (GA)	521	Abwicklung der Zinszuschüsse für Darlehen zum Bodenzwischenerwerb	—	25.000	200.000	1.278.230	—
683 11-7 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung des freiwilligen Landtausches	250.000 250.000 255.646	500.000	500.000	511.292	324
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung der Flurbereinigung**	(19.000.000) (19.000.000) (19.684.737)	(22.500.000)	(30.500.000)	(23.468.296)	(23.170)
531 61-9 (GA)	521	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—	—	15.339	—
537 61-7 (GA)	521	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—	—	35.790	119
883 61-2 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	2.556.459	570
887 61-8 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
892 61-1 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	1.175.971	723
893 61-8 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	19.000.000 19.000.000 19.684.737	22.500.000	30.500.000	19.684.737	21.758
894 61-4 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 04

Durch Artikel 91 a GG wurde die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt. In Ausführung dessen wurde am 3. 9. 1969 das Gesetz über eine Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG, BGBl. I S. 1573) erlassen.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe, deren Durchführung den Ländern obliegt, wirkt der Bund mit, da sie für die Gesamtheit bedeutsam ist und zur Verbesserung der Lebenverhältnisse beiträgt. Bund und Länder tragen bei der Gemeinschaftsaufgabe gleichermaßen Verantwortung. Diese Verantwortung dokumentiert sich in einer gemeinsamen Planung und Finanzierung der Maßnahmen.

Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe wird von Bund und Ländern ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt. Er enthält die Maßnahmen die durchgeführt werden und gibt die Förderungsarten (Zuschüsse und Zinszuschüsse) sowie die Zielvorstellungen der einzelnen Maßnahmen an. Außer den Mitteln und Maßnahmen enthält der Rahmenplan auch allgemeine Grundsätze für die Vergabe der ausgewiesenen Mittel, um eine einheitliche Förderung zu gewährleisten.

Die Landesrichtlinien werden grundsätzlich entsprechend der jährlichen Beschlussfassung zum Rahmenplan angepasst.

Die Ausgaben im Kapitel 09 04 werden mit einem Anteil von 60 v. H. Bundesmittel mitfinanziert. Die Einnahmen der Bundesmittel sind entsprechend veranschlagt.

Zu 231 11 und 331 11

Die Zuweisungen des Bundes gem. § 10 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG) werden insgesamt bei den Titeln 231 11 und 331 11 vereinnahmt.

Zu 537 11

Gesamtausgaben im Kapitel dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von $^5/_3$ der Isteinnahmen bei den Titeln 231 11 und 331 11 und sind übertragbar. Alle Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen der Titel und Titelgruppen sind gegenseitig deckungsfähig. Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben des Kapitels im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

1. Richtlinie für die Durchführung der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung; RdErl. d. ML v. 5. 6. 1998 (Nds. MBl. Nr. 29/1998 S. 1035)
2. Förderung der Argarstrukturellen Entwicklungsplanung
3. laufend
4. entfällt.

Die agrarstrukturelle Entwicklungsplanung wird als Entscheidungshilfe für den effizienten mit anderen Bereichen abgestimmten Einsatz von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nach dem GAKG und ergänzender Maßnahmen gefördert.

Zu 662 11

1. Richtlinie über die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft (RL-EF) vom 30. 10. 1981 – n.v. – (vgl. Bek. vom 30. 10. 1981, Nds. MBl. S. 1255) in der jeweils geltenden Fassung
2. Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft (RL-EF)
3. Abwicklung der Rechtsverpflichtungen bis 2010
4. entfällt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	950 000	—	—	950 000
2003	700 000	—	—	700 000
2004	500 000	—	—	500 000
2005	350 000	—	—	350 000
2006ff.	650 000	—	—	650 000
Summe	3 150 000	—	—	3 150 000

Zu 662 12

1. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Bodenzwischenerwerbs – RdErl. d. ML v. 21. 5. 1990 (Nds. MBl. 1990, S. 689)
2. Förderung des Bodenzwischenerwerbs
3. Abwicklung von Rechtsverpflichtungen bis 2003
4. entfällt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	200 000	—	—	200 000
2003	25 000	—	—	25 000
Summe	225 000	—	—	225 000

Zu 683 11

1. §§ 103a bis 103i des Flurbereinigungsgesetzes/RdErl. vom 11. 5. 1977 (Nds. MBl. Nr. 25/1977 S. 595) und Richtlinie zur Förderung des freiwilligen Landtausches; RdErl. d. ML v. 17. 11. 1981 (Nds. MBl. Nr. 1/1982 S. 9)
2. Förderung des freiwilligen Landtausches
3. laufend
4. entfällt.

Im Rahmen des freiwilligen Landtauschs können ländliche Grundstücke zur Verbesserung der Agrarstruktur unter Berücksichtigung der Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushalts in einem schnellen und einfachen Verfahren getauscht werden.

Gefördert werden können Vorarbeiten, Vergütungen an Helfer und Aufwendungen, die den Tauschpartnern nach Maßgabe des Tauschplans zur Last fallen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	250 000	—	250 000
2004	—	—	250 000	250 000
Summe	—	250 000	250 000	500 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	250 000	—	250 000
2003	—	—	250 000	250 000
Summe	—	250 000	250 000	500 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Flurbereinigung; RdErl. d. ML v. 1. 12. 1999 (Nds. MBl. 2000 S. 345)
2. Förderung der Flurbereinigung
3. laufend
4. entfällt.

Die Förderung der Flurbereinigung dient der Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und der Gestaltung des ländlichen Raums durch Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur einschließlich von Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushalts. Die Zuwendungen in Form von Zuschüssen und Darlehen können gewährt werden für Vorarbeiten, den Landzwischenerwerb und die Finanzierung der Ausführungskosten. Ausführungskosten entstehen insbesondere

– bei Maßnahmen zur
  wertgleichen Abfindung und
  Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen,
– bei Maßnahmen, die mit Rücksicht auf den Umwelt- und den Denkmalschutz erforderlich sind,
– bei Maßnahmen der Dorferneuerung sowie
– bei allen sonstigen Arbeiten zur Wahrnehmung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Teilnehmer.

Zu 893 61

Die Haushaltsmittel und VE sind bei 893 61 global für die Titelgruppe veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	15 500 000	4 500 000	—	20 000 000
2004	10 400 000	4 500 000	4 500 000	19 400 000
2005	6 400 000	4 000 000	4 500 000	14 900 000
2006	2 500 000	3 500 000	4 000 000	10 000 000
2007ff.	—	2 500 000	6 000 000	8 500 000
Summe	34 800 000	19 000 000	19 000 000	72 800 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	15 600 000	4 500 000	—	20 100 000
2003	11 000 000	4 500 000	4 500 000	19 000 000
2004	6 400 000	4 000 000	4 500 000	14 900 000
2005	2 900 000	3 500 000	4 000 000	10 400 000
2006ff.	—	2 500 000	6 000 000	8 500 000
Summe	35 900 000	19 000 000	19 000 000	73 900 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 62		**Förderung der Dorferneuerung und Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz**	(7.000.000) (7.000.000) (7.260.345)	(12.500.000)	(12.500.000)	(12.782.297)	(11.226)
531 62-7 (GA)	521	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—	—	10.226	—
537 62-5 (GA)	521	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—	—	15.339	—
883 62-0 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.000.000 7.000.000 7.260.345	12.500.000	12.500.000	8.052.847	4.308
887 62-6 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
892 62-0 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	3.067.751	3.375
893 62-6 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	1.636.134	3.543
894 62-2 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Förderung einzelbetrieblicher Maßnahmen**	(25.000.000) (25.000.000) (25.564.594)	(28.000.000)	(27.000.000)	(38.844.889)	(12.952)
662 63-2 (GA)	521	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	22.500.000 22.500.000 23.008.135	24.000.000	24.000.000	30.152.927	8.532
683 63-0 (GA)	521	Ausgleichszulage in Berggebieten und bestimmten anderen benachteiligten Gebieten	—	—	—	—	—
862 63-1 (GA)	521	AFP-Darlehen an private Unternehmer im ehemaligen Amt Neuhaus	—	—	—	—	—
892 63-8 (GA)	521	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.500.000 2.500.000 2.556.459	4.000.000	3.000.000	8.691.962	4.421
TGr. 65 bis 69		**Förderung der Verbesserung von Produktions- und Vermarktungsstrukturen**	(3.700.000) (3.700.000) (4.806.145)	(5.300.000)	(5.300.000)	(6.033.245)	(2.469)
892 65-4 (GA)	521	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse	3.500.000 3.500.000 1.022.584	4.000.000	4.000.000	766.938	222
892 66-2 (GA)	521	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	— — 1.022.584	—	—	511.292	13
892 67-0 (GA)	521	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln	— — 1.533.876	—	—	2.045.168	1.234
892 68-9 (GA)	521	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	— — 1.022.584	—	—	971.455	299
892 69-7 (GA)	521	Zuschüsse zur Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte	200.000 200.000 204.517	1.300.000	1.300.000	1.738.392	701
TGr. 70		**Förderung aufgrund d. Marktstrukturgesetzes**	(500.000) (500.000) (511.292)	(700.000)	(700.000)	(1.917.345)	(205)
683 70-2 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	255.646	132
892 70-0 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	500.000 500.000 511.292	700.000	700.000	1.661.699	73

Zu Titelgruppe 62

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Dorferneuerung; RdErl. d. ML v. 20. 6. 1995, geändert d. RdErl. d. ML v. 11. 2. 2000 (Nds. MBl. 1995 S. 856/Nds. MBl. 2000 S. 216) und Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz; RdErl. d. ML v. 1. 6. 1999 (Nds. MBl. S. 348)
2. Förderung der Dorferneuerung und der Umnutzung
3. laufend
4. entfällt.

Die Maßnahmen der Dorferneuerung dienen der Verbesserung der Agrarstruktur. Förderungsfähig sind in erster Linie Maßnahmen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse und Maßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung land- und forstwirtschaftlicher oder ehemals land- und forstwirtschaftlich geprägter Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter. Außerdem können Maßnahmen gefördert werden, die geeignet sind, land- und forstwirtschaftliche Bausubstanz an die Erfordernisse zeitgemäßen Wohnens und Arbeitens anzupassen, vor äußeren Einwirkungen zu schützen oder in das Ortsbild bzw. in die Landschaft einzubinden.

Die Maßnahmen werden nur in Gemeinden oder Ortsteilen mit landwirtschaftlicher Siedlungsstruktur, in Weilern und landschaftsbestimmenden Gehöftgruppen und Einzelhöfen gefördert.

Zu 883 62

Die Haushaltsmittel und VE sind bei 883 62 global für die Titelgruppe veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	3 200 000	4 000 000	—	7 200 000
2004	—	3 000 000	4 000 000	7 000 000
2005	—	—	3 000 000	3 000 000
Summe	3 200 000	7 000 000	7 000 000	17 200 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	3 200 000	4 100 000	—	7 300 000
2003	—	3 200 000	4 000 000	7 200 000
2004	—	—	3 000 000	3 000 000
Summe	3 200 000	7 300 000	7 000 000	17 500 000

Zu Titelgruppe 63

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für einzelbetriebliche Investitionen an landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen (Agrarinvestitionsförderungsprogramm) – Erl. ML v. 25. 10. 2000; Nds. MBl. S. 714 –
2. Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)
3. laufend
4. entfällt.

Zur Unterstützung einer beständigen Entwicklung der Landwirtschaft können investive Maßnahmen in ldw. Unternehmen gefördert werden, die der Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen dienen. Durch die Förderung sollen in erster Linie

– die Leistungsfähigkeit der Betriebe mit besonderer Ausrichtung auf zukünftige Erfordernisse gesteigert,
– ihre strukturelle Weiterentwicklung gewährleistet
– und dadurch das ldw. Einkommen stabilisiert und verbessert werden.

Dabei sollen auch die Entwicklung des ländlichen Raumes, die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Landwirtschaft sowie die Ziele und Erfordernisse des Tierschutzes berücksichtigt werden.

Zu 662 63

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	16 000 000	7 500 000	—	23 500 000
2004	10 200 000	7 500 000	7 500 000	25 200 000
2005	—	7 500 000	7 500 000	15 000 000
2006	—	—	7 500 000	7 500 000
Summe	26 200 000	22 500 000	22 500 000	71 200 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	12 500 000	5 100 000	—	17 600 000
2003	8 300 000	7 700 000	7 500 000	23 500 000
2004	—	10 200 000	7 500 000	17 700 000
2005	—	—	7 500 000	7 500 000
Summe	20 800 000	23 000 000	22 500 000	66 300 000

Zu 862 63

Die erforderlichen Haushaltsmittel und VE für AFP-Darlehen im ehemaligen Amt Neuhaus werden aus 662 63 und 892 63 in Anspruch genommen.

Zu 892 63

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 210 000	500 000	—	1 710 000
2004	1 300 000	750 000	500 000	2 550 000
2005	—	1 250 000	750 000	2 000 000
2006	—	—	1 250 000	1 250 000
Summe	2 510 000	2 500 000	2 500 000	7 510 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	720 000	5 100 000	—	5 820 000
2003	440 000	770 000	500 000	1 710 000
2004	—	1 300 000	750 000	2 050 000
2005	—	—	1 250 000	1 250 000
Summe	1 160 000	7 170 000	2 500 000	10 830 000

Zu Titelgruppe 65 bis 69

Zu 892 65 bis 892 68

1. Richtlinie über die Förderung von Projekten zur Marktstrukturverbesserung vom 28. 9. 2000 (Nds. MBl. 2001, S. 111)
2. Förderung von Projekten zur Marktstrukturverbesserung
3. 31. 12. 2005
4. entfällt.

Zu 892 69

1. a) Verarbeitung und Vermarktung Fischwirtschaft vom 8. 4. 1997 (Nds. MBl. 1997, S. 733)
   b) Richtlinie (Entwurf) über die Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur in der Fischwirtschaft sowie Förderung der Verbesserung der Ausrüstung von Fischereihäfen
2. Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei, OP außerhalb Ziel 1
3. a) 31. 12. 2001
   b) 31. 12. 2008
4. entfällt.

Zur Anpassung der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Bezug auf Menge, Qualität und Art des Angebots an die Markterfordernisse können vorhandene oder neu zu schaffende Absatzeinrichtungen und Unternehmen des Handels sowie der Be- und Verarbeitung, und zwar in der Regel Erstabnehmer, gefördert werden:

– Einrichtungen zur Verarbeitung und Vermarktung für Obst und Gemüse,
– Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen durch Investitionsbeihilfen,
– Einrichtung zur Be- und Verarbeitung von Kartoffeln durch Investitionsbeihilfen.

Zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für fischwirtschaftliche Erzeugnisse können vorhandene oder neu zu schaffende Verarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen gefördert werden:

– Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich der technischen Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen,
– innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung technischer Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen.

Zu 892 65

Die Haushaltsmittel und VE für die Titel 892 65 bis 892 68 sind bei 892 65 global veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 500 000	2 000 000	—	3 500 000
2004	—	1 500 000	2 000 000	3 500 000
2005	—	—	1 500 000	1 500 000
Summe	1 500 000	3 500 000	3 500 000	8 500 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	3 000 000	—	3 000 000
2003	—	1 500 000	2 000 000	3 500 000
2004	—	—	1 500 000	1 500 000
Summe	—	4 500 000	3 500 000	8 000 000

Zu 892 69

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	200 000	—	200 000
2004	—	—	200 000	200 000
Summe	—	200 000	200 000	400 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	200 000	—	200 000
2003	—	—	200 000	200 000
Summe	—	200 000	200 000	400 000

Zu Titelgruppe 70

1. Richtlinie über die Förderung von Projekten aufgrund des Marktstrukturgesetzes (RdErl. d. ML v. 28. 9. 2001 (Nds. MBl. 2001, S. 116)
2. Förderung von Projekten auf Grund des Marktstrukturgesetzes
3. 31. 12. 2005
4. entfällt.

Durch das Marktstrukturgesetz wird der Zusammenschluss landwirtschaftlicher Betriebe zu Erzeugergemeinschaften oder zu Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften gefördert. Anerkannten Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen können Startbeihilfen und Investitionsbeihilfen gewährt werden. Investitionsbeihilfen können auch Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung land- und fischwirtschaftlicher Produkte erhalten, wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen mit Erzeugergemeinschaften oder deren Vereinigungen langfristige Lieferverträge eingehen.

Zu 892 70

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	500 000	—	500 000
2004	—	—	500 000	500 000
Summe	—	500 000	500 000	1 000 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	500 000	—	500 000
2003	—	—	500 000	500 000
Summe	—	500 000	500 000	1 000 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		**Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch oder regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte**	(400.000) (400.000) (409.034)	(1.500.000)	(1.500.000)	(1.150.407)	(397)
683 71-0 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	255.646	1
892 71-9 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	400.000 400.000 409.034	1.500.000	1.500.000	894.761	396
TGr. 72		**Förderung des ländlichen Wegebaus**	(—) (—) (2.045.168)	(—)	(4.000.000)	(1.022.584)	(8.886)
883 72-8 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	— — 2.045.168	—	4.000.000	1.022.584	8.886
887 72-3 (GA)	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
894 72-0 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 74 bis 77		**Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen**	(15.000.000) (15.000.000) (16.463.600)	(13.000.000)	(13.000.000)	(15.185.368)	(9.594)
683 74-5 (GA)	521	Erstaufforstungsprämie	5.000.000 5.000.000 6.135.503	1.700.000	1.500.000	2.147.426	1.582
683 76-1 (GA)	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—	—	—	57
892 74-3 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	10.000.000 10.000.000 5.726.469	11.300.000	11.500.000	7.158.086	3.494
892 75-1 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen aufgrund neuartiger Waldschäden	— — 3.681.302	—	—	4.192.593	3.372
892 76-0 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	— — 511.292	—	—	920.325	455
892 77-8 (GA)	521	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	— — 409.034	—	—	766.938	633
TGr. 78/79		**Förderung von Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung**	(—)	(2.400.000)	(2.400.000)	(2.403.072)	(2.403)
683 78-8 (GA)	521	Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen	—	1.300.000	1.300.000	1.329.359	1.329
683 79-6 (GA)	521	Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungsprüfungen in der Tierzucht	—	1.100.000	1.100.000	1.073.713	1.074
TGr. 80/81		**Förderung von Maßnahmen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer**	(—)	(50.000)	(75.000)	(314.445)	(223)
683 80-0 (GA)	521	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer	—	50.000	50.000	194.291	44
683 81-8 (GA)	521	Zuschüsse an landwirtschaftliche Betriebe zur Erleichterung der betrieblichen Umstellung	—	—	25.000	120.154	179
TGr. 90 bis 93		**Förderung ökologischer Maßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen**	(20.750.000) (20.750.000) (13.804.881)	(16.305.000)	(14.135.000)	(12.815.020)	(4.597)
683 90-7 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	20.750.000 20.750.000 255.646	16.305.000	14.135.000	1.278.230	6
683 91-5 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	— — 7.669.378	—	—	5.215.177	350

Zu Titelgruppe 71

1. Richtlinie über die Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter Produkte oder regional erzeugter Qualitätsprodukte (RdErl. d. ML v. 28. 9. 2001 (Nds. MBl. 2001, S. 18)
2. Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter Produkte oder regional erzeugter Qualitätsprodukte
3. 31. 12. 2005
4. entfällt.

Durch die Förderung soll die Verarbeitung und Vermarktung zusammengefasster Partien von ökologisch oder regional erzeugten landwirtschaftlichen Produkten an die Erfordernisse des Marktes angepasst werden, um damit insbesondere Voraussetzungen für eine Nachfragebefriedigung nach diesen Produkten und Erlösvorteile für die Erzeuger zu schaffen.

Zu 892 71

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	150 000	250 000	—	400 000
2004	—	150 000	250 000	400 000
2005	—	—	150 000	150 000
Summe	150 000	400 000	400 000	950 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	250 000	—	250 000
2003	—	150 000	250 000	400 000
2004	—	—	150 000	150 000
Summe	—	400 000	400 000	800 000

Zu 883 72

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Entwicklung typischer Landschaften und der ländlichen Räume; RdErl. d. ML v. 17. 11. 1999 (Nds. MBl. Nr. 7/2000, S. 114)
2. Förderung Entwicklung typischer Landschaften und der ländlichen Räume
3. 31. 12. 2007
4. entfällt.

Gefördert werden Wegebauvorhaben zur nachhaltigen Entwicklung und Verbesserung der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	2 046 000	—	2 046 000

Zu Titelgruppe 74 bis 77

1. Richtlinie für die Förderung Forstwirtschaftlicher Maßnahmen im Land Niedersachsen – RdErl. d. ML v. 5. 5. 1999 (Nds. MBl. 1999, S. 293)
2. Förderung der Forstwirtschaft
3. 31. 12. 2003
4. entfällt.

Zur Unterstützung einer beständigen Entwicklung der Forstwirtschaft werden Maßnahmen gefördert, die der Sicherung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes sowie der Verbesserung der Produktions-, Arbeits- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft dienen.

Zu 683 74 und 892 74

Für Vorhaben, Erstaufforstung, langfristige Überführung von Reinbeständen und den Umbau nicht standortgerechter Bestände, Waldbauliche Maßnahmen in Jungbeständen sowie Nachbesserungen von geförderten Pflanzungen können land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und sonstige Betriebsinhaber Zuwendungen erhalten.

Ferner kann als Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Forstbetriebe, insbesondere bei umfangreichen Zwangseinschlägen, die Anlage von Einrichtungen zur langfristigen Lagerung von Holz bezuschusst werden.

Zum Ausgleich von Einkommensverlusten nach Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen kann bis zu 20 Jahre lang eine Aufforstungsprämie gewährt werden.

Zu 683 74

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 200 000	250 000	—	1 450 000
2004	1 200 000	250 000	250 000	1 700 000
2005	1 200 000	250 000	250 000	1 700 000
2006	1 200 000	250 000	250 000	1 700 000
2007ff.	19 690 000	4 000 000	4 250 000	27 940 000
Summe	24 490 000	5 000 000	5 000 000	34 490 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 000 000	200 000	—	1 200 000
2003	1 000 000	200 000	250 000	1 450 000
2004	1 000 000	200 000	250 000	1 450 000
2005	1 000 000	200 000	250 000	1 450 000
2006ff.	17 690 000	3 200 000	4 250 000	25 140 000
Summe	21 690 000	4 000 000	5 000 000	30 690 000

Zu 683 76 und 892 76

Für die erstmalige Beschaffung von Forstmaschinen und -geräten sowie für die Anlage von Holzaufbereitungsplätzen und den Bau von Betriebsgebäuden kann anerkannten forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ein Zuschuss bis zu 40 % der förderungsfähigen Kosten gewährt werden. Die Kosten für Verwaltung und Beratung dieser Zusammenschlüsse werden in den ersten 20 Jahren nach der Anerkennung bezuschusst, wobei die Höhe der Zuwendung von anfangs 40 % schrittweise auf 20 % der Kosten zurückgeht.

Bei Zusammenschlüssen, die überdurchschnittlich mit Jungbeständen ausgestattet sind, kann die Förderung von Verwaltung und Beratung zeitlich ausgedehnt werden.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 892 74

Die Haushaltsmittel und VE für die Titel 683 76, 892 74, 892 75, 892 76 und 892 77 sind bei 892 74 global veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	10 000 000	—	10 000 000
2004	—	—	10 000 000	10 000 000
Summe	—	10 000 000	10 000 000	20 000 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	10 000 000	—	10 000 000
2003	—	—	10 000 000	10 000 000
Summe	—	10 000 000	10 000 000	20 000 000

Zu 892 75

Gefördert werden Vor- und Unterbau, Bodenschutz- und Meliorationsdüngung sowie – nach immissionsbedingter vorzeitiger Endnutzung – die Wiederaufforstung.

Zu 892 77

Der Neubau bzw. die Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege einschließlich der notwendigen Vorarbeiten kann im Privat- und Körperschaftswald gefördert werden.

Zu Titelgruppe 78/79

1. Richtlinie über die Förderung von Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung vom 14. 10. 1987 (Nds. MBl. S. 1008)
2. Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen
3. laufend
4. Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben.

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Wirtschaftsberatung und von Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung durch Beratungs- und Kontrollringe vom 25. 4. 1997 (Nds. MBl. S. 981)
2. Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungsprüfungen in der Tierzucht
3. laufend
4. Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben.

Für die Durchführung von Milchleistungsprüfungen, Kontrolltätigkeiten bei der Schweinemast, bei der Aufzucht von Sauen in Ferkelerzeugerbetrieben, bei der Rindermast und bei der Mast von Lämmern und Jungmasthammeln kann an die Kontrollringe ein nach Tierarten in unterschiedlicher Höhe festgelegter Zuschuss zu den jährlich laufenden Kosten gewährt werden.

Zu 683 78

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Milchkontrollvereine bzw. -verbände im Bereich
der Landwirtschaftskammern Hannover und Weser-Ems

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	17 400 000	17 500 000	19 700 000	18 594 378
Einnahmen	16 100 000	16 200 000	18 400 000	17 265 019
Fehlbetrag	1 300 000	1 300 000	1 300 000	1 329 359

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 300	1 300
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	1 300	1 300

Der Berechnung der Ausgaben liegen folgende Kuhbestände zugrunde:

Lwk	2003	2002	2001	2000
Hannover	310 000	312 000	321 000	318 479
Weser-Ems	305 000	305 000	319 000	311 028
Gesamt:	615 000	617 000	640 000	629 507
Mithin ∅ Kosten je Kuh	28,29	28,36	30,78	29,54

Von den Gemeinschaftsaufgabemitteln entfallen 2003/2002 auf die

Lwk Hannover	50,41 v. H./50,57 v. H.
Lwk Weser-Ems	49,59 v. H./49,43 v. H.

Zu 683 79

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Kontrollringe im Bereich
der Landwirtschaftskammern Hannover und Weser-Ems

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	4 600 000	4 500 000	5 200 000	4 509 631
Einnahmen	3 500 000	3 400 000	4 100 000	3 435 918
Fehlbetrag	1 100 000	1 100 000	1 100 000	1 073 713

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 100	1 100
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	1 100	1 100

Von den Gemeinschaftsaufgabemitteln entfallen 2003/2002 auf die

Lwk Hannover	59,98 v. H./59,98 v. H.
Lwk Weser-Ems	40,02 v. H./40,02 v. H.

Zu 683 80

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Anpassungshilfen älterer ldw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – RdErl. d. ML v. 10. 7. 2000 (Nds. MBl. 2000, S. 439)
2. Zuwendungen für Anpassungshilfen älterer ldw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
3. 31. 12. 2003
4. entfällt.

Die Anpassungshilfe können ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Anspruch nehmen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb oder Teile eines landwirtschaftlichen Betriebs in erheblichem Umfang stillgelegt werden. Weiterhin kann die Anpassungshilfe diesen Arbeitnehmern auch bei Arbeitsplatzverlust im Zusammenhang mit umfangreicheren Maßnahmen zur Produktionseinschränkung oder zur rationelleren Gestaltung des Betriebes gewährt werden.

Zu 683 81

1. Richtlinie über die Gewährung einer Umstellungshilfe für ldw. Unternehmerinnen und Unternehmer – RdErl. d. ML v. 1. 10. 1997 (Nds. MBl. 1997, S. 1791)
2. Gewährung einer Umstellungshilfe für ldw. Unternehmerinnen und Unternehmer
3. 31. 12. 2003
4. entfällt.

Durch die Förderung sollten Landwirte die Möglichkeit erhalten, ihren Betrieb auf eine Bewirtschaftungsweise mit geringerem Arbeitsaufwand umzustellen und an einer Umschulung für eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit teilzunehmen.

Die Förderung lief mit Ablauf des Jahres 1999 aus. Der Ansatz dient zur Abwicklung von Rechtsverpflichtungen.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	35 000	—	—	35 000

Zu Titelgruppe 90 – 93

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Nds. Agrarumweltprogramme (NAU), Erl. d. ML v. 2. 10. 2000 (noch nicht veröffentlicht).
2. Zuwendungen für Nds. Agrarumweltprogramme (NAU)
3. laufend
4. entfällt.

Mit dieser Förderung sollen strukturell bedeutsame Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe für eine umweltfreundliche Landbewirtschaftung unterstützt werden, die deutlich über die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung hinausgehen. Gefördert werden auf Nachhaltigkeit ausgerichtete, besonders umweltfreundliche landwirtschaftliche Produktionsweisen.

Zu 683 90

Gefördert wird die Einführung oder Beibehaltung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen sowie der extensiven Bewirtschaftung von Blühflächen oder -streifen im Ackerbau zur nachhaltigen Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die mit den Belangen des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes vereinbar sind.

Die Haushaltsmittel und VE sind bei 683 90 global für die Titelgruppe veranschlagt und werden entsprechend dem Bedarf in Anspruch genommen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	10 787 000	4 150 000	—	14 937 000
2004	9 857 000	4 150 000	4 150 000	18 157 000
2005	8 435 000	4 150 000	4 150 000	16 735 000
2006	—	4 150 000	4 150 000	8 300 000
2007ff.	—	4 150 000	8 300 000	12 450 000
Summe	29 079 000	20 750 000	20 750 000	70 579 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	9 510 000	2 760 000	—	12 270 000
2003	8 027 000	2 760 000	4 150 000	14 937 000
2004	7 097 000	2 760 000	4 150 000	14 007 000
2005	5 675 000	2 760 000	4 150 000	12 585 000
2006ff.	—	2 760 000	8 300 000	11 060 000
Summe	30 309 000	13 800 000	20 750 000	64 859 000

Zu 683 91

Gefördert wird die Einführung oder Beibehaltung einer extensiven Grünlandbewirtschaftung und die Umwandlung von Ackerflächen in extensiv zu nutzendes Grünland.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
683 92-3 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	— — 5.112.919	—	—	6.065.967	4.241
683 93-1 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	— — 766.938	—	—	255.646	—
		Abschluss Kapitel 09 04					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		500.000	500.000	511.292	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		27.498.000	26.346.000	30.847.160	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		34.830.000	41.550.000	40.187.542	
		Summe der Einnahmen		62.828.000	68.396.000	71.545.994	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— — 204.517	400.000	400.000	485.728	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	48.500.000 48.500.000 43.204.165	45.680.000	43.760.000	50.389.350	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	43.100.000 43.100.000 47.601.277	57.800.000	69.000.000	67.516.092	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	91.600.000 91.600.000 91.009.959	103.880.000	113.160.000	118.391.170	
		Zuschuss		41.052.000	44.764.000	46.845.176	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 683 92

Gefördert wird die Einführung oder Beibehaltung ökologischer Anbauweisen im gesamten Betrieb.

Zu 683 93

Gefördert wird die zehnjährige Stilllegung landwirtschaftlicher Nutzflächen zur nachhaltigen Anpassung der Produktionsstrukturen an die weiter steigenden Anforderungen im Hinblick auf den Schutz der Umwelt, die Sicherung der natürlichen Produktionsgrundlagen sowie die Nachfrage nach umweltgerecht erzeugten Produkten.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	529	Vermischte Einnahmen		25.000	25.000	102.258	17
119 11-8	529	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln		20.000	20.000	25.565	26
346 66-1	528	Zuschüsse für Investitionen von der EU - Abwicklung Ziel 5 a 1994 bis 1999 - * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	5.112.919	—
346 67-0	542	Zuschüsse für Investitionen von der EU - Abwicklung FIAF 1994 bis 1999 - * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		—	—	1.431.617	7.030
		Titelgruppe(n)					
TGr. 68		**EU-Mittel zur Förderung der Fischwirtschaft (FIAF -Förderperiode 2000 bis 2006-)**		(4.600.000)	(4.600.000)	(4.601.627)	(—)
272 68-4	542	Sonstige Zuschüsse von der EU * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
346 68-8	542	Zuschüsse für Investitionen von der EU * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		4.600.000	4.600.000	4.601.627	—
TGr. 71		**Umlage gem. § 22 MFG**		(3.000.000)	(3.000.000)	(2.980.832)	(4.198)
099 71-0	532	Abgabe der Molkereien * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		2.950.000	2.950.000	2.965.493	4.128
162 71-4	532	Zinseinnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		50.000	50.000	15.339	70
		A U S G A B E N					
422 01-5	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	3.111.000	3.104.000	2.588.262	475
422 19-8	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-4	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.115
511 10-7	511	Sachkosten für Prüfungsaufgaben im Rahmen der VO (EWG) 4045/89	—	—	—	—	—
514 02-5	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	7
525 01-9	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	2
527 01-1	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	—	—	4
546 10-5	511	Sachkosten im Rahmen der Überwachung nach den Futtermittel-, Düngemittel-, Handelsklassen- und Saatgutgesetzen	—	—	—	—	502
547 10-1	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	—	—	4
547 11-0	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* ***Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	777.000	777.000	562.421	—
686 11-0	549	Zuschuss an das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik e. V. (DIL) * *Übertragbar.*	—	716.000	614.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 05

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 05 allgemein

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und Vergütungen),
b) Ausgaben für die Durchführung der eigentlichen Fachaufgaben sowie die
c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

zu veranschlagen.

Neben der Durchführung von Fördermaßnahmen im Bereich Ernährung und Vermarktung werden diesbezügliche Prüfaufgaben nach Landes-, Bundes- und EU-Recht wahrgenommen.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Gebühren und tarifliche Entgelte“ (Titel 111 01) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind im Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 346 66

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 66.

Zu 346 67

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 67.

Zu Titelgruppe 68

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 68.

Zu Titelgruppe 71

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 71.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
58,14	58,14	50,14	49,58

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	8,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	8,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang	—	8,00

Noch zu 422 01 und 425 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	8,75	8,75	—	9
Angestellte	49,39	49,39	—	50
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	58,14	58,14	—	59

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	8,75	8,75	—	9
Angestellte	49,39	49,39	—	50
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	58,14	58,14	—	59

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	3 111	3 104

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	3 111	3 104
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	43	6
43	Versorgungsbezüge	216	206
44	Beihilfen, Unterstützungen	69	62
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	22	–3
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		3 461	3 375

Eine Beamtin/ein Beamter als Ausbildungsleiterin/Ausbildungsleiter für den höheren landwirtschaftlichen Dienst erhält eine Lehrzulage nach dem RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils gültigen Fassung. Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 686 11

Das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik e.V. (DIL) in Quakenbrück beschäftigt sich seit seiner vom Land Niedersachsen betriebenen Gründung im Jahr 1985 mit der verfahrenstechnisch orientierten Forschung und Entwicklung im Lebensmittelbereich.

Durch die in den Bereichen Verfahrenstechnik und Lebensmittelphysik, chemische und mikrobiologische Analytik, Maschinenbau und Elektrotechnik sowie Qualitätssicherung gesammelten Erfahrungen kann das DIL die in der Nahrungsmittelproduktion relevanten Probleme unter Nutzung synergestischer Effekte bearbeiten. Die Aufgaben im Einzelnen reichen von der Auftragsanalytik über die Rezeptur- und Verfahrensentwicklung bis zum Bau komplexer Anlagen und Apparate.

Ein wesentlicher Teil der Arbeit des DIL liegt in der vorwettbewerblichen Forschung, die im Rahmen von national und europäisch geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten erfolgt. Die Ergebnisse dieser Projekte werden insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen der Lebensmittelindustrie genutzt. Ein Schwerpunkt der sowohl auf bilateraler als auch gemeinnütziger Ebene umgesetzten Projekte ist es, unter Anwendung des modernen analytischen, technischen und stoffspezifischen Potentials qualitativ hochwertige und sichere Produkte zu entwickeln.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
Deutsches Institut für Lebensmitteltechnik e. V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	3 891 000	3 707 000	3 596 000	3 060 077
Einnahmen	3 175 000	3 093 000	3 017 000	2 688 782
Fehlbetrag	716 000	614 000	579 000	371 295

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	716	614
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	716	614

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Förderung von Projekten zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen im ländlichen Raum** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(350.000) (350.000) (357.904)	(380.000)	(380.000)	(420.077)	(—)
683 63-3	539	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	350.000 350.000 357.904	380.000	380.000	420.077	—
892 63-1	539	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ldw. Produkte -Ziel 5a 1994 bis 1999-** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 66.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(5.112.919)	(5.334)
683 66-8	528	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	15
892 66-6	528	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	5.112.919	5.319
TGr. 67		**EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung der Fischwirtschaft (FIAF -1994 bis 1999-)** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 67.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(—)	(—)	(1.431.617)	(2.527)
686 67-5	542	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	2
892 67-4	542	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	1.431.617	2.525
TGr. 68		**EU-Mittel zur Förderung der Fischwirtschaft (FIAF -Förderperiode 2000 bis 2006)** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 272 68 und 346 68.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(4.600.000)	(4.600.000)	(4.601.627)	(—)
662 68-7	542	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
683 68-4	542	Zuschüsse für laufende Zwecke private Unternehmen	—	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 63

Unterstützung von Initiativen mit dem Zweck der Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen im ländlichen Raum durch Förderung von Maßnahmen zur

- Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen durch innovative Vermarktung
- Diversifizierung des Angebotes
- Unterstützung der vertikalen Zusammenarbeit von Organisationen und Unternehmen
- Erhaltung bzw. Steigerung der regionalen Wertschöpfung
- Unterstützung umwelt- und tiergerechter Produktionsverfahren unter besonderer Berücksichtigung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Produktes.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	100 000	200 000	—	300 000
2004	—	150 000	200 000	350 000
2005	—	—	150 000	150 000
Summe	100 000	350 000	350 000	800 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	250 000	—	250 000
2003	—	100 000	200 000	300 000
2004	—	—	150 000	150 000
Summe	—	350 000	350 000	700 000

Zu Titelgruppe 66

EU-Mittel zur Abwicklung der Maßnahmen zur Verbesserung der Vermarktungs- und Verarbeitungsstruktur landwirtschaftlicher Produkte, die aus dem EAGFL nach der VO (EWG) Nr. 866/90 (Ziel 5 a der Reform des Strukturfonds) gefördert wurden.

Zu Titelgruppe 67

EU-Mittel zur Abwicklung von Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse, die aus dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) nach der VO (EG) Nr. 3699/93 (Ziel 5 a der Reform der Strukturfonds) gefördert wurden.

Zu Titelgruppe 68

Für Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Sektor der Fischerei und Aquakultur sowie Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse, die aus dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) nach den Verordnungen (EG) Nr. 1263/99 und Nr. 2792/99 gefördert werden sollen, können im Rahmen von Förderrichtlinien Zuschüsse bis zur Höhe von 35 v. H. der zuschussfähigen Ausgaben gewährt werden. Diese Förderung löst die bisherige Förderung nach der VO (EG) Nr. 3699/93 (vgl. TGr. 67) ab.

Die nationale Kofinanzierung in Höhe von mindestens 5 v. H. wird bei Kapitel 09 04 Titel 892 69 oder Kapitel 09 61 Titelgruppe 62 oder Titel 892 63 bereitgestellt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
892 68-2	542	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	4.600.000	4.600.000	4.601.627	—
TGr. 70		**Durchführung der Ernährungswirtschafts-meldeverordnung** * *Übertragbar.*	(—)	(40.000)	(13.000)	(—)	(—)
429 70-2	045	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	36.000	—	—	—
547 70-5	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	4.000	13.000	—	—
TGr. 71		**Förderung der Milchwirtschaft** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 71 und 162 71.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(3.000.000)	(3.000.000)	(2.980.831)	(3.789)
683 71-4	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	200.000	200.000	168.726	170
686 71-3	532	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	2.800.000	2.800.000	2.812.105	3.619
892 71-2	532	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 71-9	532	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Ernährungsberatung** ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(50.000) (50.000) (102.258)	(426.000)	(426.000)	(386.025)	(424)
547 72-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	—
684 72-9	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen * *Übertragbar.*	50.000 50.000 102.258	426.000	426.000	386.025	424
686 72-1	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Zuschüsse zur Absatzförderung ernährungs-wirtschaftlicher Erzeugnisse** * *Übertragbar.*	(300.000) (300.000) (409.034)	(1.740.000)	(1.740.000)	(1.789.522)	(1.824)
683 73-0	539	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 686 10.*	300.000 300.000 255.646	360.000	360.000	409.034	445
684 73-7	539	Zuschüsse an die Marketinggesellschaft für nds. Agrarprodukte e. V.	— — 153.388	1.380.000	1.380.000	1.380.488	1.324
686 73-0	539	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	55
892 73-9	539	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			25.564	

Zu Titelgruppe 70

Zur Vorbereitung von Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungssicherung und zur Einweisung in Sicherstellungsfunktionen.

Zu Titelgruppe 71

Die nach § 22 Abs. 1 Milch- und Fettgesetz (MFG) vom 28. 2. 1951 (BGBl. I S. 135) in Verbindung mit der VO über die Erhebung einer Umlage auf dem Gebiet der Milchwirtschaft vom 22. 5. 1973 (Nds. GVBl. S. 179) in der jeweils gültigen Fassung aufkommenden Umlagemittel werden für die im MFG aufgeführten Zwecke insbesondere verwendet für die

- Förderung der Milchgüte
- Verbesserung der Hygiene bei der Milchgewinnung und beim Milchabsatz
- Beratung der Betriebe in milchwirtschaftlichen Fragen und laufende Fortbildung des Berufsnachwuchses
- Werbung zur Erhöhung des Verbrauchs von Milch und Milch· erzeugnissen
- Durchführung von Aufgaben, die nach den Vorschriften des MFG bestimmten Stellen übertragen worden sind, u. a. Notierungskommission.

Zu 686 71

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Landesvereinigung der Milchwirtschaft	2 170	2 170
2. Sonstige Zuwendungsempfänger	830	830
Zusammen	3 000	3 000

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	2 820 000	2 820 000	3 150 000	3 384 044
Einnahmen	650 000	650 000	630 000	930 577
Fehlbetrag	2 170 000	2 170 000	2 520 000	2 453 467

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	2 170	2 170
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	2 170	2 170

Zu Titelgruppe 72

Förderung von Aufklärungs-, Informations- und Beratungsmaßnahmen (Ausstellungen, Seminare, Vorträge und Erstellung von Informationsmaterial) insbesondere zur Schaffung eines verbesserten Verbraucherbewusstseins. Förderfähig sind Personal- und Sachausgaben.

Die Maßnahmen werden schwerpunktmäßig im Bereich der Vollwerternährung u. a. in Schulen, Universitäten, Kantinen und in sozialen Brennpunkten durchgeführt. Die Durchführung obliegt insbesondere der Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V.

Zu 684 72

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	50 000	—	50 000
2004	—	—	50 000	50 000
Summe	—	50 000	50 000	100 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	100 000	—	100 000
2003	—	—	50 000	50 000
Summe	—	100 000	50 000	150 000

Zu Titelgruppe 73

1. Unterstützung der Bemühungen um die weitere Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsstruktur unter dem Gesichtspunkt der Sicherung und Verbesserung des Absatzes sowie zur Förderung der marktorientierten Qualitätsproduktion im Hinblick auf die Wettbewerbsverschärfung durch die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik.

   Insbesondere wird die Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte e. V. in folgenden Bereichen tätig:
   - Unterstützung der Vermarktungsbemühungen der niedersächsischen Landwirtschaft durch Beteiligung an Messen und Ausstellungen, Durchführung von Verkaufsförderungsaktionen und Absatzförderungsmaßnahmen.
   - Beratung von Vermarktungsorganisationen durch Erarbeiten von Konzepten.
   - marktkonforme Angebotserstellung durch Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen
   - Beratung von Erzeugern und Erzeugerzusammenschlüssen
   - Begleitung von Pilotvorhaben
   - Fortbildungsmaßnahmen über die Marketing-Akademie
2. Zuschüsse für überbetriebliche Vorhaben im Hinblick auf Organisation der Vermarktung und Qualitätssicherung. Gefördert werden Aufwendungen für die Tätigkeit von Zusammenschlüssen sowie Erstinvestitionen dieser Zusammenschlüsse.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte e. V.

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	3 106 000	3 189 000	3 170 000	2 841 476
Einnahmen	1 726 000	1 809 000	1 790 000	1 517 466
Fehlbetrag	1 380 000	1 380 000	1 380 000	1 324 010

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	1 380	1 380
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	1 380	1 380

Zu 683 73

Zuschüsse zur Förderung der Marktausrichtung der Landwirtschaft und der ihr nachgelagerten Sektoren sowie zur Förderung der Entwicklung neuer Absatzwege.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	100 000	200 000	—	300 000
2004	—	100 000	200 000	300 000
2005	—	—	100 000	100 000
Summe	100 000	300 000	300 000	700 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	20 000	150 000	—	170 000
2003	—	100 000	200 000	300 000
2004	—	—	100 000	100 000
Summe	20 000	250 000	300 000	570 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 09 05					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		2.950.000	2.950.000	2.965.493	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		95.000	95.000	143.162	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		4.600.000	4.600.000	11.146.163	
		Summe der Einnahmen		7.645.000	7.645.000	14.254.818	
		4 Personalausgaben	—	3.147.000	3.104.000	2.588.262	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	781.000	790.000	587.985	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	700.000 700.000 869.196	6.262.000	6.160.000	5.576.455	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	4.600.000	4.600.000	11.146.163	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	700.000 700.000 869.196	14.790.000	14.654.000	19.898.865	
		Zuschuss		7.145.000	7.009.000	5.644.047	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		216.000	206.000	171.436	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		15.006.000	14.860.000	20.070.301	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		7.361.000	7.215.000	5.815.483	

ERLÄUTERUNGEN

Agrarstrukturverwaltung

Es sind vorhanden:

je 4 Dezernate „Agrarstruktur“ (508) und „Landwirtschaft“ (506) bei den Bezirksregierungen

11 Ämter für Agrarstruktur in Aurich, Braunschweig, Bremerhaven, Göttingen, Hannover incl. landesweite Aufgaben, Lüneburg, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Sulingen und Verden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	511	Gebühren und tarifliche Entgelte ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		179.000	179.000	178.952	147
112 01-0	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.000	2.000	1.534	0
119 01-5	511	Vermischte Einnahmen		75.000	75.000	30.678	2
119 02-3	511	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 531 10.* ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	1.023	0
119 41-4	511	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln		—	—	40.903	52
119 46-5	511	Ersatzleistungen		—	—	—	6
119 73-2	511	Einnahmen aus Planungen für Gemeinden im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	11
124 01-9	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		31.000	31.000	30.678	26
132 01-1	511	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		13.000	13.000	13.294	7
162 10-7	529	Zinseinnahmen von Restkaufgeldern		8.000	8.000	9.715	9
182 10-8	529	Tilgung von Restkaufgeldern		65.000	65.000	74.137	61
235 01-5	511	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		26.000	26.000	—	17
261 10-5	511	Erstattung von Bauleitungskosten in Flurbereinigungs- und Siedlungsverfahren		21.000	21.000	25.565	15
261 11-3	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Teilnehmergemeinschaften		420.000	420.000	357.904	420
261 12-1	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds		95.000	95.000	92.033	95
271 10-0	529	Wiedereinziehungspauschale bei Rückforderungen von EU-Beihilfen * *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		230.000	230.000	230.081	228
281 10-6	529	Erstattung von Verfahrens- und sonstigen Kosten in Flurbereinigungsverfahren * *Vgl. K-Vermerk zu 537 10 und 537 11.*		1.432.000	1.432.000	1.431.617	2.247
281 11-4	529	Erstattung von Zuschüssen und sonstigen Vergünstigungen bei Weiterveräußerung von Siedlerstellen und Siedlungsflächen *** *Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass der Anteil der NLG, den sie für die Erhebung von Einnahmen im Auftrage des Landes erhält,von der Einnahme abgesetzt wird.*		51.000	51.000	51.129	30
281 12-2	529	Erstattungen im Rahmen der Kontrollen nach VO (EG) 2630/97 * *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	—
356 10-6	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		5.296.000	5.040.000	1.789.522	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 72		**Mehreinnahmen aufgrund des Gesetzes zur Änderung der Finanzierung landw. Siedlungen**		(541.000)	(541.000)	(741.373)	(540)
162 72-7	246	Zinsen		31.000	31.000	51.129	31
182 72-8	246	Tilgungen		510.000	510.000	690.244	508
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				28.121	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 10

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 10

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535 und des Titels 812 10) sowie die
c) Einnahmen, die mit den Ausgaben a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Gebühren und tarifliche Entgelte“ (Titel 111 01) und „Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap.03 05).

Zu 111 01

Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass der Anteil der Einnahmen aus Gebühren, der einem beauftragten privaten Unternehmen für die Ausführung von reproduktionstechnischen Arbeiten zusteht, durch Absetzen von der Einnahme verausgabt wird.

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf des Regelleistungsverzeichnisses.

Zu 119 73

Vgl. Erläuterung zu Ausgabetitelgruppe 73.

Zu 162 10 und 182 10

Rückflüsse aus Restkaufgeldern aus dem Bereich des ehem. Siedlungsamtes Oldenburg (gestundete Kaufpreisanteile in abgeschlossenen Siedlungsverfahren).

Zu 261 10

Veranschlagt sind Leistungsentgelte der Teilnehmergemeinschaften sowie Bauleitungsgebühren in Siedlungsverfahren.

Zu 261 11

Erstattung von Kosten durch die Teilnehmergemeinschaften für die Gestellung von ständigen Messgehilfen in Flurbereinigungsverfahren.

Zu 261 12

Erstattung der anteiligen Personalkosten, die durch die Betreuung des Grundbesitzes des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds entstehen.

Zu 271 10

Dem Land steht auf Grund Art. 7 Abs. 1 der VO (EG) 595/91 vom 4. 3. 91 bei Unregelmäßigkeiten und der Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge der Finanzierung der Agrarpolitik eine Wiedereinziehungspauschale zu.

Zu 281 11

Beträge, die die Siedler im Falle der Veräußerung von Siedlerstellen und Siedlungsgrundstücken nach näherer Festsetzung durch die Siedlungsbehörde erstatten müssen.

Der Anteil der NLG beträgt 4 v. H. der von ihr erhobenen Einnahmen = rd. 2 040 EUR.

Zu 356 10

Entnahme zu Haushaltskonsolidierung.

Zu Titelgruppe 72

Durch das Gesetz zur Änderung der Finanzierung landwirtschaftlicher Siedlungen vom 25. 2. 1983 – BGBl. I S. 199 – werden die Zins- und Tilgungsbeträge für Darlehen, die vor dem 1. Januar 1973 bewilligt worden sind, angehoben. Die hierdurch anfallenden Mehreinnahmen sind laut Gesetz zweckgebunden für Eingliederungsmaßnahmen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
412 10-3	511	Entschädigung ehrenamtlicher Beisitzer bei der Spruchstelle für Flurbereinigung	—	9.000	9.000	9.203	6
422 01-0	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	40.748.000	40.714.000	38.921.532	13.851
422 04-4	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	485.000	485.000	469.161	234
422 19-2	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	511	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	89.000	159.000	355.552	414
425 01-9	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	23.662
425 04-3	511	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	657.000	657.000	636.763	534
425 06-0	511	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
425 10-8	511	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	194
426 01-5	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.475
426 04-0	511	Löhne der in der Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 10-4	511	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2
427 01-1	511	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 12 sowie bis zu 50,0 v.H. der Isteinnahmen bei 271 10.*	—	415.000	415.000	415.425	667
427 10-0	511	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten	—	10.000	10.000	10.226	3
427 31-3	511	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	10.000	10.000	10.226	4
427 39-9	811	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	119.000	119.000	84.517	118
453 01-2	511	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	40.000	40.000	25.565	36
453 11-0	511	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	6.136	9
459 10-0	511	Sonstige Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-2	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	286
514 01-1	511	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	236
514 02-0	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	7
514 10-0	511	Schutzkleidungszuschüsse an Praktikanten	—	—	—	—	—
514 11-9	511	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	1
517 01-0	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	40
517 19-3	511	Reinigungskosten	—	—	—	—	135
517 59-2	511	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	159
518 01-7	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	455
518 02-5	511	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-3	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	22.000	22.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 425 01, 425 10, 426 01 und 426 10

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
937,04	942,04	946,18	940,33

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	7,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	7,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,00	9,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen Kürzung gemäß Kabinettsbeschluss vom 10./19. 6. 2001	—	2,14
Summe Abgänge	5,00	11,14
Bleibt Abgang	5,00	4,14

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	348,00	348,00	—	422
Angestellte	550,69	546,79	3,90	528
Lohnempfänger/-innen	38,35	36,76	1,59	39
Insgesamt	937,04	931,55	5,49	989

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	348,00	348,00	—	422
Angestellte	555,69	551,79	3,90	533
Lohnempfänger/-innen	38,35	36,76	1,59	39
Insgesamt	942,04	936,55	5,49	994

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	40 748	40 714

Noch zu 422 01, 425 01, 425 10, 426 01 und 426 10

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	40 748	40 714
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 964	2 007
43	Versorgungsbezüge	5 618	5 387
44	Beihilfen, Unterstützungen	933	857
45	Personalbezogene Sachausgaben	40	40
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	302	–41
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		49 605	48 964

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

1 Beamter als Ausbildungsleiterin/Ausbildungsleiter für den höheren landwirtschaftlichen Dienst erhält eine Lehrzulage nach dem RdErl. d. MF vom 25. 03. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils gültigen Fassung. Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Es sind veranschlagt:

1 Beamter mtl. voraussichtlich 63,91 EUR = 766,94 EUR

Zu 425 04

	2001	2002	2003
Auszubildende	60	60	60

Zu 427 10

Vergütung der Studenten der nieders. Fachhochschulen, die die vorgeschriebenen Praxissemester in der Agrarstrukturverwaltung ableisten.

Zu 427 31

Die Höhe der hier veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte richtet sich nach den auf Grund des RdErl. des MF vom 25.03.1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtl. Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

25% der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Mittel sind erforderlich, um den Lehrbetrieb im bisherigen Umfang aufrechterhalten zu können.

Die Begrenzung der an die einzelne nebenamtliche Lehrkraft zu zahlenden Vergütung auf einen halbjährlichen Höchstbetrag bleibt dem Fachminister vorbehalten.

Die endgültige Höhe des als steuerfreie Aufwandsentschädigung geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-3	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	75
526 01-0	511	Sachverständige	—	—	—	—	54
526 02-8	511	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-6	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	248
527 02-4	511	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	7
531 10-2	511	Veröffentlichungen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 02.* ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu Nr. 2 verbindlich.*	—	17.000	17.000	17.128	17
537 10-0	529	Ausführung von Arbeiten durch Dritte in Flurbereinigungsverfahren * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 281 10.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 537 10 und 537 11.*	—	4.439.000	4.439.000	4.439.036	5.232
537 11-9	521	Gebühren und Reisekosten für Sachverständige in Flurbereinigungsverfahren * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 281 10.* *Vgl. D-Vermerk zu 537 10.*	—	92.000	92.000	92.033	41
538 01-8	521	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	77
546 01-0	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	2.618.326	—
546 02-9	511	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
546 03-7	511	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	6
546 05-3	511	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 59-2	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
547 10-6	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 11-4	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* ***Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	2.990.000	2.990.000	—	—
571 10-4	920	Zinsausgaben an die Deutsche Postbank AG in Bonn * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 571 10 und 591 10.*	—	—	—	—	134
591 10-5	920	Tilgungsausgaben an die Deutsche Postbank AG in Bonn * *Vgl. D-Vermerk zu 571 10.*	—	—	—	1.345.567	889
671 10-9	521	Erstattungen an die Norddeutsche Landesbank für die Verwaltung von Landesdarlehen zur Förderung der Flurbereinigung	—	5.000	5.000	5.113	5
671 11-7	529	Erstattungen an die Norddeutsche Landesbank für die Verwaltung von Landesdarlehen zur Förderung der Siedlung	—	4.000	4.000	4.090	4
671 12-5	529	Erstattungen an die NLG für das Programm „Hilfen für existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe durch Landankäufe“	—	—	—	511.292	268
681 10-4	511	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	19
811 01-6	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	153.000	195.000	157.989	154

Zu 531 10

Zur Herstellung von Informationsmaterial, insbesondere für flurbereinigungsinteressierte Gemeinden und andere Stellen.

Zu 537 10

Um die Leistungsfähigkeit der Ämter für Agrarstruktur elastischer an wechselnde räumliche und sachliche Schwerpunkte der ländlichen Neuordnung anpassen zu können, ist der Stellenbestand der Agrarstrukturverwaltung weitgehend auf die zur behördlichen Leitung der Flurbereinigungsverfahren erforderlichen Arbeiten zugeschnitten, während die übrigen Arbeiten an sachkundige Gesellschaften, Ingenieurbüros u. a. vergeben werden. Es handelt sich im Wesentlichen um folgende Arbeiten:

– Herbeiführung von Abfindungsvereinbarungen und Ausarbeitung von Zusammenlegungsplänen (§ 99 FlurbG);
– Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft;
– beratende Ingenieurtätigkeit im Rahmen der Aufstellung des Wege- und Gewässerplans (Plan nach § 41 FlurbG);
– topographische und bestimmende Befliegung (für Planungsunterlagen);
– Absteckung, Abmarkung und Vermessung des Wege- und Gewässernetzes und der neuen Grundstücke.

Besondere Bedeutung hat die Vergabe von Arbeiten an Dritte im Rahmen von Unternehmensverfahren.

Die Mehreinnahmen bei Titel 281 10 stehen als zusätzliche Haushaltsmittel hierfür zur Verfügung.

Zu 671 10

Laut Treuhandvereinbarung beträgt die jährliche Verwaltungsgebühr 0,25 % der Darlehnsbeträge.

Zu 671 11

Für rd. 1 000 Darlehnsfälle je rd. 4,– EUR.

Zu 671 12

Die NLG kaufte 1986/87 im Auftrage des Landes Flächen von existenzgefährdeten Betrieben an, um hierdurch eine Eigenkonsolidierung zu ermöglichen. Die NLG ist ermächtigt, hierfür Kapitalmarktdarlehen bis 51,13 Mio. EUR aufzunehmen. Das Land erstattet den Kapitaldienst, die Kosten der NLG und Verwertungsverluste; etwaige Überschüsse werden an das Land abgeführt.

Zu 811 01

		2003	2002
		EUR	
Ersatzbeschaffungen:			
a) 4 Kleinbusse (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	à 28 130 EUR		112 520
b) 5 Pkw Kombi (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	à 13 830 EUR		69 150
c) 1 Pkw Kombi (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	à 13 330 EUR		13 330
a) 3 Kleinbusse (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	à 28 130 EUR	84 390	
b) 4 Pkw Kombi (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	à 13 820 EUR	55 280	
Neubeschaffung:			
c) 1 Pkw Kombi (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	à 13 330 EUR	13 330	
Summe (einschl. Überführung, Zulassung pp.)		153 000	195 000

Als Sonderausstattung sind vorgesehen für jedes Fahrzeug:

Zu a)
Standheizung, langer Radstand, Halogen-Nebelscheinwerfer, verstärkte Stoßdämpfer, Unterbodenschutz, Schiebefenster.

Zu b)
Kopfstützen für Rücksitz, Halogen-Nebelscheinwerfer, Komfortsitz.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 05-5	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
812 10-1	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	144.000	185.000	127.823	230
812 13-6	511	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	46.016	26
919 10-0	950	Abführung an 5082 - 359 11	—	205.000	205.000	204.517	—
981 09-4	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	1.568.000	1.568.000	1.597.480	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Beteiligung an der „Grünen Woche“** * *Übertragbar.*	(30.000) (30.000) (30.678)	(66.000)	(66.000)	(66.468)	(66)
671 61-3	549	Erstattung der Hallenkosten	30.000 30.000 30.678	30.000	30.000	66.468	66
686 61-0	549	Zuschüsse	—	36.000	36.000	—	—
TGr. 71		**Umsiedlung landwirtschaftlicher Betriebe im öffentlichen Interesse**	(—)	(511.000)	(511.000)	(511.292)	(274)
862 71-0	529	Darlehen	—	511.000	511.000	511.292	—
892 71-7	529	Zuschüsse	—	—	—	—	274
TGr. 73		**Planungen für Gemeinden bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 50,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 73.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(6)
547 73-4	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 73-0	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	6
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** ****Ausgaben in Höhe von 2.500.000 Euro/Jahr dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	(4.604.000) (1.534.000) (—)	(6.777.000)	(6.741.000)	(4.729.093)	(3.715)
511 99-3	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	736.000	726.000	166.170	233
514 99-2	511	Verbrauchsmittel	—	128.000	128.000	127.823	81
518 98-0	511	Kosten für die Anmietung von Software	1.152.000 — —	358.000	358.000	—	—
518 99-8	511	Kosten für die Anmietung von Hardware	3.452.000 — —	1.330.000	1.330.000	1.533.876	1.259
519 99-4	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	6.000	6.000	2.556	4
525 98-6	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten beim IZN	—	20.000	20.000	—	—
525 99-4	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	70.000	70.000	66.468	75
538 98-0	511	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN)	—	—	—	—	—
538 99-9	511	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte) * *Übertragbar.*	— 1.534.000 —	3.976.000	3.950.000	2.678.812	1.983
812 99-3	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	153.000	153.000	153.388	58

Zu 812 10

	2003 EUR	2002 EUR
Ergänzungsbeschaffungen:		
6 GPS-FKS-Systeme	61 500	
8 RTK-SAPOS-Umrüstungen 4400	61 500	
4 RTK-SAPOS-Umrüstungen 4700	21 000	
2 motorisierte elek. Tachymeter		46 500
1 elektr. Tachymeter		15 500
12 GPS-FKS-Systeme		123 000
Zusammen	144 000	185 000

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Zu 671 61

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	30 000	—	30 000
2004	—	—	30 000	30 000
Summe	—	30 000	30 000	60 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	30 000	—	30 000
2003	—	—	30 000	30 000
Summe	—	30 000	30 000	60 000

Zu 686 61

Zuschüsse an den Träger des nds. Beitrags zur Bund-Länder-Gemeinschaftsschau „Leben auf dem Lande“.

Zu Titelgruppe 71

Umsiedlung landwirtschaftlicher Betriebe zur Ersatzlandbeschaffung sowohl für die Dümmersanierung als auch für andere Gebiete.

Zu Titelgruppe 73

Vorsorglich Leertitel.

Zu Titelgruppe 98/99

518 98

Anmietung von Software für das Betriebssystem und systemnahe Software.

Software
– Windows NT
– Office 97, Exchange
– Softwarenverteilungsprogramm
– Informix, Networker
– Landeslizenz DAVID
– ARC-View GIS

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	358 000	—	—	358 000
2004	184 065	—	288 000	472 065
2005	184 065	—	288 000	472 065
2006	—	—	288 000	288 000
2007	—	—	288 000	288 000
Summe	726 130	—	1 152 000	1 878 130

518 99

Leasing von Hardware.

Hardware
– Entwicklungsrechner und USV
– 38 Server
– 1010 Personalcomputer mit Monitoren
– 375 Drucker

für Grafikprogramm:

– 11 Server Primergy 670-40
– 14 Server Primergy E 200
– 11 USV Master-Guard
– 73 Personalcomputer mit Monitoren
– 47 Drucker
– 28 Laptops
– 5 DIN A3-Scanner
– 1 CD-Kopierer

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 330 000	—	—	1 330 000
2004	276 098	—	863 000	1 139 098
2005	276 098	—	863 000	1 139 098
2006	—	—	863 000	863 000
2007	—	—	863 000	863 000
Summe	1 882 196	—	3 452 000	5 334 196

538 99

Vergabe von Programmierarbeiten insbesondere für
– Flurbereinigung Niedersachsen innerhalb des Geoinformationssystems DAVID sowie Agenda 2000
– Zentralanwendungen und Fernerkundung bei Flächenprämien i.R. „Integriertes Verwaltungskontrollsystem (InVeKos)“
– Durchführung „PROLAND“ (VO (EG) 1257/99)
– Datenabgleiche bei Tierprämien.

Mehr aufgrund Anpassungen und Erweiterungen der vorhandenen Software und Neuprogrammierung für „PROLAND“.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	767 000	767 000
2004	—	—	767 000	767 000
Summe	—	—	1 534 000	1 534 000

812 99

Beschaffung von zusätzlichen Komponenten für den Zentralserver.

Ergänzungsbeschaffungen:

CPU’s, Hauptspeichererweiterung, Festplatten, Netzwerkkasten.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 99-3	511	Zuschuss an die Landwirtschaftskammern für Investitionen im Rahmen der Umsetzung der GAP-Maßnahmen	—	—	—	—	22
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			620.197	
		Abschluss Kapitel 09 10					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		915.000	915.000	1.124.843	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.275.000	2.275.000	2.213.894	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		5.296.000	5.040.000	1.789.522	
		Summe der Einnahmen		8.486.000	8.230.000	5.128.259	
		4 Personalausgaben	—	42.582.000	42.618.000	40.944.306	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	4.604.000 1.534.000 —	14.184.000	14.148.000	13.707.992	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	30.000 30.000 30.678	75.000	75.000	586.963	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	961.000	1.044.000	996.508	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.773.000	1.773.000	1.801.997	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.634.000 1.564.000 30.678	59.575.000	59.658.000	58.037.766	
		Zuschuss		51.089.000	51.428.000	52.909.507	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.618.000	5.387.000	4.813.148	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		65.193.000	65.045.000	62.850.914	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		56.707.000	56.815.000	57.722.655	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0930 Domänenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	811	Gebühren und tarifliche Entgelte		15.000	15.000	15.339	36
119 01-0	811	Vermischte Einnahmen		18.000	18.000	7.669	55
119 41-0	811	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	10.226	8
121 11-2	811	Ablieferung der Domäne Hollanderhof		—	—	—	—
121 12-0	811	Ablieferung der Domäne Kloster Appingen		—	—	—	—
121 13-9	811	Ablieferung der Domäne Derneburg		92.000	92.000	92.033	104
121 14-7	811	Ablieferung der Domäne St. Ludgeri		205.000	205.000	204.517	273
124 11-1	811	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		109.000	109.000	102.258	82
124 12-0	811	Einkünfte von verpachteten Domänen		2.240.000	2.240.000	2.198.555	2.194
124 13-8	811	Einkünfte von Garten-, Acker-, Wiesen-, Weide- und sonstigen Streugrundstücken		1.994.000	1.994.000	1.994.038	1.880
124 14-6	811	Einkünfte von Mühlen, einzelnen vermieteten Gebäuden und sonstigen Nutzungen		153.000	153.000	153.388	129
124 15-4	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen der domänen-fiskalischen Gewässer		145.000	145.000	145.207	123
124 16-2	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen aus dem Steinhuder Meer * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.* *** *Die vertraglich an die fürstliche Hofkammer Schaumburg Lippe abzuführenden Beträge von den Einnahmen für das Befahren des Steinhuder Meeres dürfen auch nach Ablauf des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.*		485.000	485.000	485.727	475
124 17-0	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen aus dem Dümmer		136.000	136.000	136.004	107
132 01-7	811	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
235 01-0	811	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
261 10-0	811	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Lastenausgleichsbank		1.000	1.000	665	1
281 10-1	811	Erstattung von Steuern vom Grundvermögen, öffentlichen Lasten und sonstigen Beiträgen durch Dritte		5.000	5.000	5.113	4
341 11-2	811	Pächterbeiträge zu den Kosten kleiner Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		614.000	614.000	613.550	249
341 12-0	811	Pächterbeiträge zu den laufenden Unterhaltungskosten		41.000	41.000	40.903	2
341 63-5	811	Umlagen für Unterhaltungsarbeiten an Gräben und Wegen des domänenfiskalischen Streubesitzes * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	2
356 10-1	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds * *Vgl. K-Vermerk zu 682 11, 682 12, 682 13 und 682 14.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		3.372.000	3.282.000	3.272.268	3.487
		A U S G A B E N					
422 01-5	811	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.177.000	1.175.000	1.157.463	314
422 19-8	811	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	811	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	37.000	61.000	60.741	68

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 30

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 30

In den Regierungsbezirken Braunschweig und Hannover wird die Flächenverwaltung unmittelbar von den Bezirksregierungen wahrgenommen, während in den Regierungsbezirken Lüneburg (Domänenamt Stade) und Weser-Ems (Domänenämter Norden und Oldenburg) Ortsdienststellen vorhanden sind. Der Gesamtflächenbestand der Domänenverwaltung beträgt rd. 49 547 ha. Zusätzlich werden rd. 10 639 ha im Auftrag der Naturschutzverwaltung (Kap. 15 20) verwaltet.

Zu 121 11 bis 121 14

Ablieferungen der selbst bewirtschafteten Domänen (Unternehmen im Sinne des § 26 LHO) mit landwirtschaftlicher Buchführung. Die Wirtschaftspläne (Erfolgs- und Finanzpläne) der selbst bewirtschafteten Domänen befinden sich in den Anlagen zum Einzelplan 09.

Die Wirtschaftspläne berücksichtigen die seitens der EU vorgegebene Flächenstillegung.

Zu 124 12

Es sind vorhanden:

101 Domänen über je 50 ha mit 12 840 ha LF (13 492 ha Gesamtfläche),
12 Pachthöfe bis zu je 50 ha mit 531 ha LF (581 ha Gesamtfläche).

Der Ansatz berücksichtigt Pachtpreisreduzierungen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 588 500 EUR.

Zu 124 13

Es sind vorhanden: 10 653 ha LF (34 551 ha Gesamtfläche).

Der Ansatz für Pachteinnahmen berücksichtigt Pachtpreisreduzierungen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 717 000 EUR.

Zu 124 15

Einnahmen aus der Verpachtung von domänenfiskalischen Fischerei- und Nebennutzungen der Gewässer.

Der Ansatz berücksichtigt Pachtpreismindereinnahmen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 22 800 EUR.

Zu 124 16

Einnahmen aus der Verpachtung von domänenfiskalischen Fischerei- und Nebennutzungen des Steinhuder Meeres.

Es sind veranschlagt:

1. Entgelte für das Befahren des Steinhuder Meeres		
a) zur Personenbeförderung	51 100 EUR	
⅔ Anteil der Fürstlichen Hofkammer	25 500 EUR	
verbleiben		25 600 EUR
b) für sportliche Zwecke		409 400 EUR
2. Sonstige Einnahmen		50 000 EUR
	Zusammen	485 000 EUR

Zu 261 10

Erstattung von Verwaltungskosten durch die Lastenausgleichsbank für die Verwaltung ehem. Mecklenburgischer Flächen.

Zu 341 11

Pächterbeiträge zu den Kosten der nach dem Domänenbauplan bei 711 01 veranschlagten Baumaßnahmen (ohne Kosten für die Pflege der Baudenkmäler).

Zu 341 12

Pächterbeiträge zu den Kosten der nach dem Domänenbauplan bei 519 01 veranschlagten Maßnahmen der Bauunterhaltung.

Zu 341 63

Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe von den Pächtern des domänenfiskalischen Streubesitzes Umlagen gezahlt werden.

Zu 356 10

Durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds werden die Aufwendungen für Zuschüsse und Kapitalausstattungen an die selbst bewirtschafteten Domänen, für die Folgeeinrichtungsarbeiten auf Anlandungsflächen, für Tiefbauten, für den Wirtschaftswegebau auf domänenfiskalischem Besitz (vgl. Titelgruppen 62 und 63), die Gewässer Steinhuder Meer und Dümmer (vgl. Titelgruppen 66 und 68) sowie die Anteile der Domänenverwaltung zu den Kosten der bei 711 01 veranschlagten Baumaßnahmen – mit Ausnahme der Nutzungsentgelte für das Liegenschaftsmanagement – gedeckt.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
26,22	26,22	27,50	25,46

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen Kürzung gemäß Kabinettsbeschluss vom 10./19. 6. 2001	—	1,28
Summe Abgänge	—	1,28
Bleibt Abgang	—	1,28

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	9,00	9,00	—	9
Angestellte	17,22	17,22	—	19
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	26,22	26,22	—	28

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	9,00	9,00	—	9
Angestellte	17,22	17,22	—	19
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	26,22	26,22	—	28

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 177	1 175

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 177	1 175
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	46	70
43	Versorgungsbezüge	147	148
44	Beihilfen, Unterstützungen	27	25
45	Personalbezogene Sachausgaben	4	4
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	9	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 410	1 421

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
425 01-4	811	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	795
427 01-7	811	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 11-4	811	Entschädigungen für nebenberuflich tätige Aufseher, Schleusen-, Dünen- und Buschwärter	—	5.000	5.000	4.602	3
453 01-8	811	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	4.000	4.000	3.835	—
511 01-8	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	8
514 10-6	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	—
517 10-5	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	268
517 19-9	811	Reinigungskosten	—	—	—	—	3
517 59-8	811	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	5
518 01-2	811	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	1
519 01-9	811	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 711 01.*	—	120.000	120.000	126.852	53
525 01-9	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	2
526 01-5	811	Sachverständige	—	—	—	—	1
526 02-3	811	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-1	811	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	11
546 01-6	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	384.031	—
546 03-2	811	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
546 59-8	811	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
547 11-0	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* ***Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	364.000	364.000	—	—
681 10-0	811	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	2
682 09-2	811	Zuschüsse an selbstbewirtschaftete Domänen für Nutzungsentgelte	—	602.000	602.000	—	—
682 11-4	811	Zuschuss an die Domäne Hollanderhof * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 10.*	—	100.000	10.000	68.462	29
682 12-2	811	Zuschuss an die Domäne Kloster Appingen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 10.*	—	—	—	45.505	—
682 13-0	811	Zuschuss an die Domäne Derneburg * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 10.*	—	—	—	304.934	—
682 14-9	811	Zuschuss an die Domäne St. Ludgeri * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 10.*	—	—	—	191.939	—
711 01-7	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 519 01.* ***Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass Brandentschädigungen von der Ausgabe abgesetzt werden.*	—	1.432.000	1.432.000	1.431.617	1.412

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 11

Die Bezahlung der nebenberuflich tätigen Aufseher pp. erfolgt nach dem Umfang der Tätigkeit unter Berücksichtigung der Größe des Aufsichtsbezirks und der zu leistenden besonderen Arbeiten (z. B. Schleusenbedienung usw.).

Zu 519 01

Veranschlagt sind rd. 8‰ des Friedensneubauwertes von rd. 15 000 000 EUR.

Zu 682 09

Zuschüsse an die Landesbetriebe für Abführungen der festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 682 11

Verlust resultiert aus Umstellungsinvestitionen und der Einrichtung der Domäne als Beispielsbetrieb für den ökologischen Landbau.

Zu 682 12

Die selbst bewirtschaftete Domäne Kloster Appingen dient weiterhin als Forschungsbetrieb für die Universität Göttingen, die den forschungsbedingten Mehraufwand in größeren Teilbereichen erstattet.

Zu 711 01

Der Anteil der Pächter an den nachgewiesenen Baukosten wird bei 341 11 vereinnahmt.

Der Anteil der Domänenverwaltung wird durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds (vgl. 356 10) gedeckt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 10-7	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 09-0	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	15.943.000	15.943.000	16.778.657	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Betriebsausgaben für selbstbewirtschaftete Streugrundstücke** * *Übertragbar.*	(—)	(193.000)	(193.000)	(194.290)	(26)
429 61-3	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
514 61-0	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	3.000	3.000	2.914	—
538 61-7	811	Vergabe von Arbeiten für landeskulturelle Maßnahmen	—	—	—	8.436	—
547 61-6	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	46.000	46.000	38.449	26
671 61-9	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	144.000	144.000	144.491	—
811 61-5	811	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Sicherungs- und Überwachungsarbeiten auf Anlandungsflächen** * *Übertragbar.*	(—)	(580.000)	(580.000)	(579.958)	(81)
429 62-1	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
514 62-9	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	4.000	4.000	3.681	4
538 62-5	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	24.900	25
547 62-4	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	77.000	77.000	51.998	52
671 62-7	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	499.000	499.000	499.379	—
TGr. 63		**Tiefbauten und landschaftspflegerische Maßnahmen sowie Ausbau und Unterhaltung von Wirtschaftswegen und Brücken** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 341 63.*	(—)	(881.000)	(881.000)	(881.723)	(670)
429 63-0	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 63-3	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	3
547 63-2	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	87
671 63-5	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	140.000	140.000	140.350	—
761 63-4	811	Tiefbaumaßnahmen	—	741.000	741.000	741.373	581
TGr. 66		**Steinhuder Meer** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 16.*	(—)	(532.000)	(532.000)	(532.358)	(128)
429 66-4	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 66-2	811	Sturmwarnanlage	—	17.000	17.000	17.282	–1
517 66-0	811	Bewirtschaftungskosten	—	4.000	4.000	3.784	4
547 66-7	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
761 66-9	811	Tiefbaumaßnahmen	—	511.000	511.000	511.292	124

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Es werden im Jahresdurchschnitt 5 Arbeitskräfte für den Weidebetrieb für die Dauer von 6 Monaten beschäftigt. Umgerechnet auf 12 Monate ergeben sich 2,5 volle Arbeitskräfte. Die Entlohnung erfolgt nach dem MTL. Es handelt sich um Arbeitskräfte der Wasserwirtschaftsverwaltung (Epl. 15). Die Kosten werden anteilig aus der Titelgruppe 61 finanziert.

Zu Titelgruppe 62

Kosten für Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen auf den Anlandungsflächen an der ostfriesischen Küste (Bezirksregierung Weser-Ems) einschließlich Kostenerstattung an NLWK.

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10).

Es werden im Jahresdurchschnitt 23 Arbeitskräfte mit je 8 Monaten beschäftigt. Umgerechnet auf 12 Monate ergeben sich 15 volle Arbeitskräfte. Die Entlohnung erfolgt nach dem MTL. Es handelt sich um Arbeitskräfte der Wasserwirtschaftsverwaltung (Epl. 15). Die Kosten werden anteilig aus der Titelgruppe 62 finanziert.

Zu Titelgruppe 63

Kosten für die Unterhaltung und Neuanlage von Kanälen, Ufern und Deichen, für die Unterhaltung der Ent- und Bewässerungsanlagen sowie für landschaftspflegerische Maßnahmen auf

dom.-fisk. Grundbesitz und Baukosten für Wirtschaftswege und Brücken einschl. deren Unterhaltung.

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10), soweit sie nicht aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden. Die Pächter verzinsen die nachgewiesenen Kosten für Dränagen, Wirtschaftswege oder Brücken bzw. beteiligen sich daran einmalig.

Es werden im Jahresdurchschnitt 11 Arbeitskräfte mit je 8 Monaten beschäftigt. Umgerechnet auf 12 Monate ergeben sich 7,5 volle Arbeitskräfte. Die Entlohnung erfolgt nach dem MTL. Es handelt sich um Arbeitskräfte der Wasserwirtschaftsverwaltung (Epl. 15). Die Kosten werden anteilig aus der Titelgruppe 63 finanziert.

Zu Titelgruppe 66

Aufwendungen für die Unterhaltung, ökologische Sicherung sowie Entschlammung des Steinhuder Meeres einschließlich Kostenerstattung an NLWK.

Die bei 124 16 aufkommenden Mehreinnahmen sollen nur für Maßnahmen der TGr. 66 Verwendung finden.

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 67		**Landschaftspflegerische Maßnahmen einschl. Öffentlichkeitsarbeit auf domänenfiskalischen Flächen** * *Übertragbar.*	(—)	(51.000)	(51.000)	(51.129)	(63)
538 67-6	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 67-5	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
761 67-7	811	Tiefbau- und Pflegemaßnahmen	—	51.000	51.000	51.129	63
TGr. 68		**Dümmer**	(—)	(460.000)	(460.000)	(460.163)	(242)
429 68-0	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
517 68-7	811	Bewirtschaftungskosten	—	—	—	—	—
547 68-3	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
761 68-5	811	Tiefbaumaßnahmen	—	460.000	460.000	460.163	242
TGr. 99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(29.000)	(29.000)	(29.655)	(1)
514 99-8	811	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	5.000	5.000	5.215	—
547 99-3	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	24.000	24.000	24.440	1
812 99-9	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 09 30					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.592.000	5.592.000	5.544.961	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		6.000	6.000	5.778	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		4.027.000	3.937.000	3.926.721	
		Summe der Einnahmen		9.625.000	9.535.000	9.477.460	
		4 Personalausgaben	—	1.223.000	1.245.000	1.226.641	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	664.000	664.000	691.982	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.485.000	1.395.000	1.395.060	
		7 Baumaßnahmen	—	3.195.000	3.195.000	3.195.574	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	15.943.000	15.943.000	16.778.657	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	22.510.000	22.442.000	23.287.914	
		Zuschuss		12.885.000	12.907.000	13.810.454	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		147.000	148.000	123.886	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		22.657.000	22.590.000	23.411.800	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		13.032.000	13.055.000	13.934.340	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 68

Aufwendungen für die Unterhaltung und Entschlammung des Dümmers einschließlich Kostenerstattung an NLWK.

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-3	811	Gebühren und tarifliche Entgelte		3.000	3.000	3.068	—
119 01-4	811	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	17
124 01-8	811	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3.000	3.000	2.556	3
124 10-7	811	Einkünfte aus verpachteten kultivierten Moorgrundstücken		327.000	327.000	317.001	414
124 11-5	811	Einkünfte aus verpachteten unkultivierten Moorgrundstücken		990.000	990.000	945.890	1.727
125 02-2	811	Sonstige Einkünfte aus unkultivierten Moorgrundstücken		—	—	511	—
125 10-3	811	Sonstige Einkünfte aus Moorgrundstücken		4.000	4.000	2.556	10
132 01-0	811	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		13.000	15.000	3.579	42
235 01-4	811	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 10-5	811	Erstattung von Steuern und Abgaben aus veräußerten Siedlungsflächen		—	—	—	—
356 10-5	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		31.000	28.000	25.565	58
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in landeseigenen Mooren**		(—)	(—)	(—)	(15)
231 61-2	811	Erstattungen des Bundes für den Zivilen Ersatzdienst * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
281 61-0	811	Erstattungen Dritter für Regenerationsmaßnahmen in landeseigenen Mooren * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	15
282 61-6	811	Zuschüsse Dritter zur Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen und Wegen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-9	811	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	554.000	551.000	495.135	44
422 19-1	811	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	811	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	811	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	419
426 01-4	811	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	9
426 04-9	811	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	811	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	1.000	1.227	1
453 01-1	811	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	1.000	1.000	511	—
511 01-1	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	6
514 02-9	811	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
517 01-0	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	167
517 19-2	811	Reinigungskosten	—	—	—	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 31

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 31

Die Staatliche Moorverwaltung ist in der Staatl. Moorverwaltung Weser-Ems in Meppen zentralisiert.

Die moorfiskalische Gesamtfläche beläuft sich auf 13 072 ha, daneben werden 3 268 ha Flächen der Naturschutzverwaltung betreut.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	—	—
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3	3
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	3	3

Zu 124 10

Die verpachteten moorfiskalischen Flächen betragen 2 176 ha, dabei sind im Ansatz des Titels Pachtpreisreduzierungen zur Stärkung des Naturhaushalts in Höhe von rd. 80 000 EUR berücksichtigt.

Zu 124 11

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Torfheuer	881	881
2. Einnahmen aus der Verpachtung unkultivierter Flächen (einschl. Jagd- und Fischereipacht)	95	95
3. Sonstige Betriebseinnahmen	14	14
Zusammen	990	990

Fläche des Vorjahres: rd. 4 150 ha (Vorjahr: 4 460 ha).

Zu 356 10

Die Aufwendungen bei 711 01 werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt.

Zu 282 61

Leertitel, da sich nicht übersehen läßt, in welcher Höhe Beiträge für die Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen und Wege auf veräußerten Siedlungsflächen bzw. Beiträge zu den Kosten der Entwässerung und Erschließung der Handtorfstichflächen in den ostfriesischen Mooren (sog. Schlötgelder) aufkommen.

Die Käufer von Siedlungsflächen haben aufgrund der Kaufverträge so lange Beiträge zu entrichten, bis die Unterhaltungskosten von Wasser- und Bodenverbänden übernommen werden.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
11,31	11,31	11,31	10,21

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1,00	1,00	—	1
Angestellte	10,00	10,00	—	10
Lohnempfänger/-innen	0,31	—	0,31	—
Insgesamt	11,31	11,00	0,31	11

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1,00	1,00	—	1
Angestellte	10,00	10,00	—	10
Lohnempfänger/-innen	0,31	—	0,31	—
Insgesamt	11,31	11,00	0,31	11

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	554	551

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	554	551
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 026	1 011
43	Versorgungsbezüge	19	18
44	Beihilfen, Unterstützungen	35	31
45	Personalbezogene Sachausgaben	2	2
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	11	–2
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 647	1 611

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 59-1	811	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	2
519 01-2	811	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.* *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 711 01.*	—	10.000	10.000	5.113	10
525 01-2	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	1
527 01-5	811	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	15
527 02-3	811	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	1
546 01-0	811	Vermischte Ausgaben	—	—	—	230.593	—
546 59-1	811	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 11-3	811	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* ***Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	220.000	220.000	—	—
681 10-3	811	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
711 01-0	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 519 01.*	—	23.000	23.000	25.565	28
811 01-5	811	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-0	811	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 09-3	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	2.485.000	2.485.000	2.476.800	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in den landeseigenen Mooren** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 61, 281 61 und 282 61.*	(—)	(1.665.000)	(1.650.000)	(1.700.764)	(1.648)
426 61-8	811	Löhne der Arbeiter * *Übertragbar.*	—	1.024.000	1.009.000	1.004.280	979
427 61-4	811	Vergütungen für Personen, die Zivilen Ersatzdienst leisten * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
459 61-3	811	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * *Übertragbar.*	—	1.000	1.000	1.023	1
511 61-5	811	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Übertragbar.*	—	20.000	20.000	17.793	30
514 61-4	811	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. * *Übertragbar.*	—	87.000	87.000	86.920	90
527 61-9	811	Reisekosten für Moorarbeiter gem.Nr.5 der SR 2i MTL II	—	9.000	9.000	9.050	9
538 61-0	811	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	—	—	20.452	16
547 61-0	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	192.000	192.000	204.517	238
761 61-1	811	Landschaftsbauarbeiten	—	110.000	110.000	82.165	98
811 61-9	811	Erwerb von Nutzfahrzeugen	—	177.000	182.000	166.170	151
812 61-5	811	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	45.000	40.000	108.394	35

Zu 711 01

Die Ausgaben werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 10).

Zu Titelgruppe 61

Übersicht über die durchschnittlich beschäftigten Arbeiter für die Verwirklichung des Moorschutzprogramms in den landeseigenen Mooren einschl. angrenzender Feuchtgrünlandflächen (Renaturierungs- und Pflegearbeiten), Aufforstungsmaßnahmen und die Herrichtung von Flächen als Ersatzland für flächenbeanspruchende öffentliche Planungsvorhaben:

Lohn-Gruppe:	2003	2002
2/2 a	1	1
3/3 a	5	5
4/4 a	3	3
5/5 a	15	15
6/6 a	1	1
7/7 a	1	1
8/8 a	1	1
Zusammen	27	27

Es befinden sich 6 713 ha moorfiskalischer Flächen und rd. 1 116 ha Flächen der Naturschutzverwaltung in der Regeneration.

Hier sind auch Unterhaltung und Ersatzbeschaffung der für die Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in den landeseigenen Mooren benötigten landeseigenen Maschinen und Geräte sowie Nutzfahrzeuge veranschlagt.

Zu 811 61

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und Nutzfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Kombi	4	4	4
Unimog	2	2	2
Radschlepper	6	6	6
Einachsmäher	1	1	1
Planierraupen	3	3	3
Großflächenstreuer	1	1	1
Anhänger	7	7	7
Raupenbagger	2	2	2
Grundwasser-senkungspumpe	1	1	1
Rundballenpresse	1	1	1
Zusammen	28	28	28

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
2 Kombi	39	39
1 Hydraulikbagger	—	143
1 Planierraupe	138	—
Zusammen	177	182

Zu 812 61

Für Ersatz- und Neubeschaffungen von Geräten sind im Jahr 2002 Mittel in Höhe von 40 000 EUR und im Jahr 2003 in Höhe von 45 000 EUR vorgesehen.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0931 Moorverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(16.000)	(16.000)	(16.362)	(12)
511 99-2	811	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	3.000	3.000	3.068	7
547 99-7	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	13.000	13.000	13.294	5
812 99-2	811	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 09 31					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.341.000	1.343.000	1.275.672	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		31.000	28.000	25.565	
		Summe der Einnahmen		1.372.000	1.371.000	1.301.237	
		4 Personalausgaben	—	1.581.000	1.563.000	1.502.176	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	554.000	554.000	590.800	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	133.000	133.000	107.730	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	222.000	222.000	274.564	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.485.000	2.485.000	2.476.800	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.975.000	4.957.000	4.952.070	
		Zuschuss		3.603.000	3.586.000	3.650.833	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		19.000	18.000	14.163	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.994.000	4.975.000	4.966.233	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		3.622.000	3.604.000	3.664.996	

ERLÄUTERUNGEN

Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

Vorbemerkungen:

Es sind vorhanden:

in der Mittelinstanz

4 Dezernate Veterinärangelegenheiten, Verbraucherschutz (509) bei den Bezirksregierungen und

die Staatliche Akkreditierungsstelle Hannover bei der Bezirksregierung Hannover.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-1	511	Prüfungsgebühren		3.000	3.000	2.556	0
111 12-8	549	Gebühren für amtstierärztliche Dienstgeschäfte * *Vgl. K-Vermerk zu 459 11.*		92.000	92.000	92.033	96
111 66-7	549	Verwaltungsgebühren der Akkreditierungsstelle * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		130.000	130.000	102.258	169
119 01-3	511	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	5.113	4
119 64-1	511	Einnahmen aus Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		2.000	2.000	2.045	3
261 10-3	511	Erstattung von Reisekosten * *Vgl. K-Vermerk zu 527 10.*		8.000	8.000	7.669	8
261 64-2	511	Erstattungen von Verwaltungsausgaben * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		3.000	3.000	3.323	6
281 10-4	549	Erstattungen für die zentrale Datenbank des Herkunfts-und Informationssystems für Tiere * *Vgl. K-Vermerk zu 671 10.*		—	—	—	—
281 11-2	549	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln		—	650.000	—	514
382 10-5	990	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen * *Vgl. K-Vermerk zu 982 10.*		—	—	—	13
		Titelgruppe(n)					
TGr. 69		**Außergewöhnliche Stützungsmaßnahmen**		(—)	(—)	(—)	(19)
231 69-7	549	Erstattungen des Bundes für Beihilfen aufgrund außergewöhnlicher Stützungsmaßnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu 683 69.*		—	—	—	16
271 69-9	549	Erstattungen der EU für Beihilfen aufgrund außergewöhnlicher Stützungsmaßnahmen		—	—	—	—
281 69-4	549	Erstattungen für Beihilfemaßnahmen aufgrund außergewöhnlicher Stützungsmaßnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu 683 69.*		—	—	—	3
		A U S G A B E N					
422 01-8	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.485.000	1.475.000	1.670.084	1.002
422 04-2	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	305.000	305.000	304.577	206
422 19-0	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	511	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-7	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	622
425 06-8	511	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	511	—
427 10-9	511	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	58.000	58.000	51.129	58
427 39-7	511	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	8.000	8.000	28.172	7
459 10-8	511	Pauschalentschädigungen für Aufwendungen im Dienst	—	1.000	1.000	1.227	1
459 11-6	549	Gebührenanteile der beamteten Tierärzte * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 25,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 12.*	—	19.000	19.000	19.173	4

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 40

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 40

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.)
b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 515, des Titels 812 35 und der Titelgruppen) sowie die
c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Gebühren und tarifliche Entgelte“ (Titel 111 01) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 111 12

Für amtstierärztliche Dienstgeschäfte gemäß Verordnung über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiete der Veterinärverwaltung in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 111 66

Einnahmen der Akkreditierungsstelle für Lebensmittel untersuchende Laboratorien bei der Bezirksregierung Hannover. Sofern das Nieders. Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit beteiligt wird, sind die entsprechenden Einnahmen im Kapitel 09 41 zu verbuchen.

Zu 261 10

Die bei gebührenpflichtigen Dienstgeschäften dem Land entstehenden Reisekosten werden Gebührenpflichtigen in Rechnung gestellt und hier vereinnahmt.

Zu 281 11

Erstattungen für das System zur Kennzeichnung und Identifizierung von Rindern einschl. Datenbank.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
24,00	24,00	30,00	28,68

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	4,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	4,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	10,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	10,00
Bleibt Abgang	—	6,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	21,00	21,00	—	24
Angestellte	3,00	3,00	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	24,00	24,00	—	24

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	21,00	21,00	—	24
Angestellte	3,00	3,00	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	24,00	24,00	—	24

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 485	1 475

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 485	1 475
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	389	387
43	Versorgungsbezüge	475	452
44	Beihilfen, Unterstützungen	41	37
45	Personalbezogene Sachausgaben	20	20
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	13	–2
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		2 423	2 369

1 Beamter des höheres Dienstes erhält als Ausbildungsleiter für Referendare eine Lehrzulage nach dem RdErl. des MF vom 25.03.1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils gültigen Fassung. Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von voraussichtlich mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die entgültige Höhe der als steuerfrei geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Es sind veranschlagt:

1 Beamter mtl. 38,35 EUR = 460,20 EUR

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 41

Nach der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes des Landes Niedersachsen vom 13. 5. 1976 (Nds. GVBl. S. 91) in der jeweils geltenden Fassung ist für die Einstellung als Veterinärassessor die Ableistung eines Vorbereitungsdienstes erforderlich.

Zu 427 10

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder der Prüfungsausschüsse.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die entgültige Höhe der als steuerfrei geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 459 10

Die Leiter des Tierseuchenbekämpfungsdienstes und des Fischseuchenbekämpfungsdienstes des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erhalten eine Amtsunkostenentschädigung (Aufwandsentschädigung) gem. Verordnung über die Entschädigung von besonderem Aufwand der beamteten Tierärzte und Assistenztierärzte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 4. 1. 1978 (Nds. GVBl. S. 11) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 459 11

Die beamteten Tierärzte bei den Bezirksregierungen erhalten, soweit sie ausnahmsweise gebührenpflichtige amtstierärztliche Dienstgeschäfte wahrnehmen, für den ihnen im Rahmen dieser Tätigkeit entstehenden besonderen Aufwand von einem Gebührenaufkommen bis zu 500 EUR monatlich 25 v. H., von dem darüber hinausgehenden Gebührenaufkommen bis zu insges. 1 000 EUR monatlich 10 v. H. Für ein 1 000 EUR monatlich übersteigendes Gebührenaufkommen werden Gebührenanteile nicht gewährt (Verordnung über die Entschädigung von besonderem Aufwand der beamteten Tierärzte und Assistenztierärzte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 4. 1. 1978 [Nds. GVBl. S. 11] in der jeweils geltenden Fassung).

Davon sind $33^1/_3$ v. H., höchstens jedoch 613,55 EUR im Kalenderjahr, Aufwandsentschädigungen.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF geregelt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-1	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
527 10-3	511	Reisekosten aus gebührenpflichtigen Dienstgeschäften * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 261 10.*	—	8.000	8.000	7.669	3
546 01-9	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
547 11-2	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	28.000	28.000	—	—
671 01-8	910	Erstattung an die Tierärztliche Hochschule für die Durchführung der Veterinärreferendarausbildung	—	18.000	18.000	18.407	—
671 10-7	549	Erstattungen i. R. d. Durchführung der VO (EG) 820/97 und andere * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 281 10.*	—	1.500.000	1.500.000	108.496	340
681 10-2	511	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
981 09-2	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	—	—	—	—
982 10-2	990	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 10.*	—	—	—	—	13
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Tierseuchenbekämpfung aus Landesmitteln**	(—)	(12.809.000)	(12.819.000)	(12.808.680)	(12.487)
459 61-2	549	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 61-4	549	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	12.000	12.000	2.659	5
525 61-5	549	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.000	1.000	971	0
527 61-8	549	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	7.000	7.000	7.414	8
547 61-9	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7.000	7.000	5.113	4
671 61-1	549	Erstattungen an die Tierseuchenkasse * *Übertragbar.*	—	12.782.000	12.782.000	12.782.297	12.470
812 61-4	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	10.000	10.226	—
TGr. 63		**Forschung und Förderung** ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(45.000)	(45.000)	(44.483)	(44)
526 63-8	174	Sachverständige, Gutachten und Forschungsaufträge * *Übertragbar.*	—	26.000	26.000	25.565	44
547 63-5	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
686 63-5	174	Sonstige Zuschüsse * *Übertragbar.*	—	19.000	19.000	18.918	—
981 63-7	990	Abführung an 06 21-381 63 * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—

Zu 527 10

Vgl. Erläuterung zu 261 10.

Zu 671 01

Kosten der im Rahmen der Veterinärreferendarausbildung durchgeführten Fachseminare an der Tierärztlichen Hochschule Hannover – Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes des Landes Niedersachsen vom 13. 5. 1976 (Nds. GVBl. S. 91) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 671 10

Mehr durch EU-rechtliche Verpflichtungen zur Einrichtung einer „Schweinebank“.

Zu 982 10

Die EU beteiligt sich zu 50 v. H. an den Impfstoff- und Auslegekosten der Landkreise und kreisfreien Städte für Tollwutimpfungen von Füchsen.

Zu Titelgruppe 61/62

Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung.

672 61

Erstattungen an die seit dem 1. 1. 1966 bestehende Tierseuchenkasse aufgrund des § 15 Abs. 1–3 des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz – AGTierSG – i. d. F. vom 1. 8. 1994 (Nds. GVBl. S. 411), für Entschädigungen für Tierverluste (Schweinepest, Leukose der Rinder, Tuberkulose der Rinder, Brucellose, Salmonellose der Rinder, Tollwut, Maul- und Klauenseuche u. a.) und für Kosten vorbeugender Seuchenbekämpfungsmaßnahmen (Leukose- und Brucellose-Untersuchungen der Rinder, Aujeszkyschutzimpfungen und -untersuchungen der Schweine u. a.).

	2003	2002
	Tsd. EUR	
A) **Vorbeugende Maßnahmen**		
Leukose-Blut-/-Milch-Untersuchungen – Labor –	327	327
Brucellose-Blut-/Milch-Untersuchungen – Labor –	153	153
Leukose- und Brucellose-Blut-/Milch-Probenentnahmen	184	184
Schweinepestschutzimpfungen	164	164
Untersuchungen auf Schweinepest	1 534	1 534
Aujeszkyschutzimpfungen u. -untersuchungen	1 534	1 534
BHV1-Bekämpfung	3 068	3 068
Salmonellenuntersuchungen	1 675	1 675
Sonstige Maßnahmen	562	562
	9 201	9 201
B) **Entschädigungen**		
Schweinepest	511	511
Rinderleukose	51	51
Rindertuberkulose	153	153
Brucellose (Rinder und Schweine)	26	26
Salmonellose (Rinder u. Schweine)	256	256
Tollwut	—	—
Maul- und Klauenseuche	511	511
Aujeszkysche Krankheit (Rinder u. Schweine)	256	256
Bienenseuchen	51	51
BSE/TSE	767	767
sonstige Tierseuchen	56	56
	2 638	2 638
C) **MKS-Vakzinebank**		
MKS-Vakzinebank	943	943
A)+B+C) insgesamt	12 782	12 782

Auf EU-Ebene wurde beschlossen, die MKS-Schutzimpfungen einzustellen. Dafür wurde 1992 eine MKS-Vakzinebank eingerichtet.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	943 000	—	943 000

Zu Titelgruppe 63

526 63

Auftragsforschung, z. B. durch die Tierärztliche Hochschule Hannover.

686 63

Förderung von Forschungsvorhaben im Rahmen der Tier- und Fischseuchenbekämpfung, der Lebensmittelüberwachung und des Tierschutzes.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 64		**Förderung des Tierschutzes aus Landesmitteln** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64 und 261 64.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(40.000)	(40.000)	(37.835)	(56)
525 64-0	549	Fachtagungen	—	15.000	15.000	15.339	12
526 64-6	549	Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Tierschutzbeirats	—	2.000	2.000	2.147	2
541 64-5	549	Tierschutzpreis	—	—	—	—	—
547 64-3	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8.000	8.000	8.078	5
684 64-0	549	Zuschüsse an Tierschutzvereine	—	15.000	15.000	12.271	15
686 64-3	549	Zuschüsse für Untersuchungen und sonstige Vorhaben auf dem Gebiet des Tierschutzes	—	—	—	—	21
TGr. 65		**Lebensmittelrechtliche Prüfungen**	(—)	(6.000)	(6.000)	(6.136)	(3)
427 65-6	549	Prüfungsvergütungen	—	5.000	5.000	5.113	3
547 65-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	1.023	0
TGr. 66		**Akkreditierungsstelle für lebensmitteluntersuchende Laboratorien** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 90,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 66.*	(—)	(65.000)	(65.000)	(35.791)	(27)
511 66-5	549	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	39.000	39.000	10.226	2
526 66-2	549	Sachverständige, Gutachten und Forschungsaufträge	—	—	—	—	—
527 66-9	549	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	26.000	26.000	25.565	25
547 66-0	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 66-5	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Außergewöhnliche Stützungsmaßnahmen**	(—)	(—)	(—)	(—)	(24)
683 69-5	549	Beihilfemaßnahmen an landwirtschaftliche Betriebe aufgrund von außergewöhnlichen Stützungsmaßnahmen * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 69 und 281 69.*	—	—	—	—	24
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			37.017	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 64

Kosten des Tierschutzbeirats sowie besonderer Vorhaben auf dem Gebiet des Tierschutzes.

541 64

Leertitel.

Es soll alle 2 Jahre ein Preis innerhalb eines Landeswettbewerbs zur Förderung tiergerechter Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere und tierschonender Behandlung beim Transport und bei der Schlachtung von Tieren verliehen werden bis zu insgesamt max. 7 500 EUR.

Zu Titelgruppe 65

Prüfungsvergütungen einschl. Reisekosten und Sachkosten aus Anlass der Prüfungen von Lebensmittelchemikern und Lebensmittelkontrolleuren.

Zu Titelgruppe 66

Vgl. Erläuterungen zu 111 66.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0940 Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 09 40					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		232.000	232.000	204.005	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		11.000	661.000	10.992	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		243.000	893.000	214.997	
		4 Personalausgaben	—	1.882.000	1.872.000	2.079.986	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	180.000	180.000	148.786	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	14.334.000	14.334.000	12.940.389	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	10.000	10.226	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.396.000	16.396.000	15.179.387	
		Zuschuss		16.153.000	15.503.000	14.964.390	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		475.000	452.000	432.860	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		16.871.000	16.848.000	15.612.247	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		16.628.000	15.955.000	15.397.250	

ERLÄUTERUNGEN

Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-6	511	Gebühren und tarifliche Entgelte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		13.056.000	13.056.000	1.789.522	1.582
111 63-6	511	Gebühren für Untersuchungen im Auftrage Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		2.900.000	2.900.000	3.067.751	2.826
111 65-2	511	Gebühren der Grenzkontrollstelle * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		55.000	55.000	55.220	20
112 01-2	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	—
119 01-7	511	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	511	8
119 03-3	511	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		1.000	1.000	511	1
119 46-7	511	Ersatzleistungen		—	—	511	2
124 01-0	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		15.000	15.000	15.339	15
132 01-3	511	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	—
231 10-0	511	Erstattungen von Verwaltungsausgaben für Untersuchungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz * *Vgl. K-Vermerk zu 671 10.*		174.000	174.000	163.613	174
231 64-0	511	Zuweisungen Dritter für Forschungsvorhaben * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	195
235 01-7	511	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	8
281 10-8	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben * *Vgl. K-Vermerk zu 525 10.*		3.000	3.000	2.556	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Untersuchungsbetrieb**		(—)	(—)	(—)	(—)
111 61-0	511	Gebühren für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachung		—	—	—	—
281 61-2	511	Erstattungen des Bundes für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen		—	—	—	—
286 61-4	511	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				2.556	
		A U S G A B E N					
422 01-1	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	21.962.000	21.969.000	19.039.334	3.590
422 19-4	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	511	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	12.591
425 04-5	511	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	403.000	403.000	403.307	297
425 06-1	511	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	511	0
426 01-7	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.128
426 03-3	511	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	34

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 41

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu 111 01

Gemäß Verordnung über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiete der Veterinärverwaltung in der jeweils geltenden Fassung für Amtshandlungen und Dienstleistungen der Staatl. Veterinäruntersuchungsämter bzw. Gebühren sowie Auslagenerstattungen in Beanstandungsfällen nach rechtskräftiger Verurteilung nach der Gebührenordnung für die amtliche Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeuntersuchung vom 18. 8. 1993 (Nieders. GVBl. S. 302) – in der jeweils gültigen Fassung.

Mehr aufgrund der Untersuchungen auf BSE.

An Einnahmen sind vorgesehen:

Institut	
Lüneburg	6 100 EUR
LI Braunschweig	107 400 EUR
LI Oldenburg	143 200 EUR
VI Cuxhaven	14 300 EUR
VI Hannover	1 380 000 EUR
VI Oldenburg	11 405 000 EUR

Zu 111 63

Untersuchungen im Auftrage Dritter, insbesondere Flächenuntersuchungen auf Rinderleukose auf Rechnung der Nieders. Tierseuchenkasse und Untersuchungen im Auftrage privater Dritter bei Tieren und Waren, die für den Export vorgesehen sind sowie fachliche Stellungnahmen.

Zu 111 65

Das Veterinärinstitut für Fische und Fischwaren in Cuxhaven mußte aufgrund entsprechender EU-Richtlinien als Grenzkontrollstelle erklärt werden.

Entsprechend der Richtlinie 91/493 (EWG) sind die personellen sowie sächlichen Kosten durch Gebühreneinnahmen auszugleichen.

Zu 231 10

Für Untersuchungen von Lebensmitteln auf Radioaktivität.

Zu 231 64

Leertitel, weil die Höhe der Zuweisungen sehr stark schwankt.

Zu 281 10

Erstattung von Sachaufwand für die Aus- und Fortbildung Außenstehender (Fisch-Seminare).

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
483,36	485,36	454,65	429,36

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	49,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	49,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,00	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen (Kürzung gem. Kabinettsbeschluss vom 10./19. 6. 2001	—	18,29
Summe Abgänge	2,00	18,29
Bleibt Zugang 2002	—	30,71
Bleibt Abgang 2003	2,00	—

Noch zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	97,00	97,00	—	122
Angestellte	315,00	315,00	—	327
Lohnempfänger/-innen	71,36	65,85	5,51	72
Insgesamt	483,36	477,85	5,51	521

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	97,00	97,00	—	122
Angestellte	315,00	315,00	—	328
Lohnempfänger/-innen	73,36	67,85	5,51	73
Insgesamt	485,36	479,85	5,51	523

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	21 962	21 969

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	21 962	21 969
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	2 547	2 519
43	Versorgungsbezüge	1 630	1 558
44	Beihilfen, Unterstützungen	536	492
45	Personalbezogene Sachausgaben	60	60
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	173	–24
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		26 908	26 574

Zu 425 41

	2001	2000
Auszubildende (Labordienst)	38	38

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 06-8	511	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2.000	2.000	511	—
427 01-3	511	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	51.000	51.000	41.415	56
427 10-2	511	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	160.000	160.000	127.823	139
427 39-0	511	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	79.000	79.000	30.064	79
453 01-4	511	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	60.000	60.000	15.339	11
453 11-1	511	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	25.565	5
511 01-4	511	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	80
514 01-3	511	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	18
514 02-1	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	0
517 01-2	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	128
517 19-5	511	Reinigungskosten	—	—	—	—	179
517 59-4	511	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	467
518 01-9	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	250
518 02-7	511	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-5	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	11.000	11.000	—	72
519 03-1	511	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	5
525 01-5	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	55
525 02-3	511	Lehr- und Lernmittel	—	—	—	—	—
525 10-4	511	Sachaufwand der Aus- und Fortbildung Außenstehender * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 10.*	—	3.000	3.000	2.556	0
526 01-1	511	Sachverständige	—	—	—	—	2
526 02-0	511	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-8	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	42
527 02-6	511	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	3
529 01-0	511	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten	—	—	—	—	—
546 01-2	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	1.716.918	—
546 03-9	511	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
546 59-4	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	25
547 11-6	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.* *Die Ausgaben der OGr. 51-54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 HG sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der OGr. 81 des Kapitels ausserhalb der Titelgruppen, einseitig deckungsfähig zu Lasten der TGr. 63 und gegenseitig deckungsfähig mit den Titelgruppen 61/62 und 98/99.*	—	2.208.000	2.208.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 10

Vergütung für 18 Berufspraktikanten der Pharmazie und Lebensmittelchemie des Lebensmittelinstitutes Braunschweig. Für andere Praktikanten sind die Mindestbeiträge der Sozialversicherung zu entrichten.

Zu 453 01

Hier werden ab Haushaltsjahr 2002 auch die Fahrkosten der Auszubildenden zum Besuch einer auswärtigen Berufsschule nachgewiesen. Erhöhter Bedarf durch die Errichtung des Landesamtes.

Zu 525 10

Vgl. K-Vermerk zu 281 10.

Zu 547 11

Die Ausgaben wurden bisher bei 546 01 veranschlagt. Mehr aufgrund der Errichtung des Landesamtes und wegen erhöhten Bedarfs durch den Aufgabenzuwachs.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
671 10-0	529	Erstattungen an die Landwirtschaftskammern für Untersuchungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.*	—	—	—	—	31
681 10-6	511	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
811 01-8	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	48.000	48.000	—	21
812 10-3	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	20.000	20.000	7.669	32
812 13-8	511	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	40.903	28
981 09-6	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	1.670.000	1.670.000	1.707.868	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Untersuchungsbetrieb** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 70,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.* *** *Mehreinnahmen, die über das in den Erläuterungen zu Titel 111 01 je Institut festgesetzte Soll hinausgehen, dürfen je weils zu 70 v.H. verausgabt werden. Nicht verausgabte Mehreinnahmen sind zu diesem Prozentsatz gem. § 45 LHO übertragen.* *Vgl. D-Vermerke zu 54711 und TGr. 98/99*	(—)	(16.052.000)	(16.029.000)	(4.251.647)	(4.167)
429 61-0	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Übertragbar.*	—	1.128.000	1.108.000	—	—
511 61-8	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Übertragbar.*	—	969.000	969.000	438.177	392
514 61-7	511	Laborbedarf, Röntgenbedarf, Fotobedarf und Versuchstierhaltung * *Übertragbar.*	—	1.746.000	1.746.000	1.522.525	1.655
514 62-5	511	Dienst- und Schutzkleidung * *Übertragbar.*	—	47.000	47.000	46.885	39
538 61-3	511	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	—	—	199.404	176
547 61-2	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	9.371.000	9.371.000	50.618	29
633 61-6	511	Erstattungen an Gemeinden(GV) für Maßnahmen im Rahmen der TSE-Überwachungen	—	—	—	—	—
812 61-8	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	2.791.000	2.788.000	1.994.038	1.876
TGr. 63		**Untersuchungen im Auftrage Dritter** * *Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 70,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 63.* *** *Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 54711 und Titelgruppe 98/99*	(—)	(2.030.000)	(2.030.000)	(2.147.426)	(1.632)
429 63-6	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	665.000	665.000	664.679	688
511 63-4	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	460.000	460.000	460.163	142
514 63-3	511	Verbrauchsmittel	—	700.000	700.000	818.067	461
547 63-9	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	205.000	205.000	204.517	116
812 63-4	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	224

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01 (2003)

Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen mit notwendigen Sonderausstattungen.

Zu 811 01 (2002)

Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen mit notwendigen Sonderausstattungen.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände	20	20

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Mehr aufgrund der Errichtung des Landesamtes und wegen erhöhten Bedarfs durch den Aufgabenzuwachs, insbesondere auch auf Grund der BSE-Untersuchungen.

511 61

Hier werden ab dem Haushaltsjahr 2002 u. a. auch die Mittel für die Beauftragung eines privaten Kurierdienstes mit dem landesweiten Transport der Proben zu den amtlichen Untersuchungs- und Messstellen und für die laufende Anpassung der Software des Labordatensystems nachgewiesen.

812 61

Notwendige Ersatz-, Ergänzungs- und Neubeschaffungen von Labor- und Untersuchungsgeräten für den Untersuchungsbetrieb. Eine Einzelaufführung der Geräte ist nicht erfolgt, um flexibel auf die Angebotssituation bei den Geräten und die Entwicklung der Untersuchungsverfahren reagieren zu können. Im Vordergrund stehen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen. Für Großgeräte erfolgt eine enge Abstimmung mit dem ML.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. 111 63.

Das Veterinärinstitut Oldenburg darf von der Ausgabeermächtigung des Haushaltsvermerks einen Betrag in Höhe von 246 000 EUR nicht in Anspruch nehmen.

Im Veterinärinstitut Oldenburg werden aus der Titelgruppe ständig beschäftigt:

3 Kräfte nach Verg.-Gr. V c BAT
2 Kräfte nach Verg.-Gr. VIII BAT

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 64		**Forschungsvorhaben aus Zuweisungen Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 64.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(101)
429 64-4	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	65
547 64-7	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	36
812 64-2	511	Erwerb von Geräten und sosntigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Grenzkontrollstelle beim Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt für Fische und Fischwaren in Cuxhaven** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 65.*	(—)	(28.000)	(28.000)	(14.827)	(4)
429 65-2	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 65-0	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	18.000	18.000	5.113	1
517 65-9	511	Bewirtschaftung der Grenzkontrollstelle	—	5.000	5.000	5.113	1
527 65-4	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2.000	2.000	2.045	1
547 65-5	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.000	3.000	2.556	1
812 65-0	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Elektronische Datenverarbeitung** ****Vgl. D-Vermerk zu 54711 und TGr. 61/62 und 63*	(—)	(447.000)	(467.000)	(236.677)	(593)
511 99-5	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
518 99-0	511	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	—	59.000	25.000	52.612	32
538 98-2	511	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN	—	—	—	—	—
538 99-0	511	Dienstleistungen Aussenstehender	—	—	—	—	—
547 99-0	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	286.000	340.000	81.807	164
812 99-5	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	102.000	102.000	102.258	397
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			344.406	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 64

Leertitel (vgl. Erläuterung zu 231 64).

Zu Titelgruppe 65

Ausgaben der Grenzkontrollstelle im staatlichen Veterinärinstitut für Fische und Fischwaren Cuxhaven. Vgl. Erläuterungen zu 111 65.

Zu Titelgruppe 98/99

Mehr aufgrund erhöhten Bedarfs durch den Aufgabenzuwachs.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Beschaffungen für die Erstausstattung von PC-Arbeitsplätzen und Ersatzbeschaffungen für vorhandene Endgeräte	40	40
2. Beschaffung und Aufrüstung von Servern	40	40
3. Überlassung von Software	22	22
Zusammen	102	102

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0941 Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 09 41					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16.033.000	16.033.000	4.931.921	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		177.000	177.000	166.169	
		Summe der Einnahmen		16.210.000	16.210.000	5.098.090	
		4 Personalausgaben	—	24.515.000	24.502.000	20.348.548	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.093.000	16.113.000	5.953.482	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.961.000	2.958.000	2.144.868	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.670.000	1.670.000	1.707.868	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	45.239.000	45.243.000	30.154.766	
		Zuschuss		29.029.000	29.033.000	25.056.676	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.630.000	1.558.000	1.255.068	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		46.869.000	46.801.000	31.409.834	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		30.659.000	30.591.000	26.311.744	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0950 Gestütverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	549	Gebühren und tarifliche Entgelte		10.000	10.000	10.226	9
119 01-6	549	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	3.579	10
119 10-5	549	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	511	1
121 12-6	811	Ablieferung des Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück		204.000	204.000	204.517	260
121 13-4	549	Ablieferung aus der Hengstparade		214.000	214.000	214.743	196
124 01-0	549	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		61.000	61.000	61.355	54
125 10-5	549	Deckgelder außerhalb der zentralen Pferdebesamungsstation Celle * *Vgl. K-Vermerk zu 683 10.*		3.600.000	3.600.000	3.579.043	3.611
125 11-3	549	Pensionskosten für fremde Pferde * *Vgl. K-Vermerk zu 514 11.*		332.000	332.000	332.340	310
125 61-0	549	Einnahmen der Pferdebesamungsstation * *Vgl. K-Vermerk zu 683 10.* *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, daß Nebenkosten bis zur Höhe von 0,3 v.H. der Isteinnahmen abgesetzt werden.*		650.000	650.000	613.550	717
132 01-2	549	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		2.000	5.000	—	—
132 10-1	549	Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Gestütpferden * *Vgl. K-Vermerk zu 812 10.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* *** *Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass die Nebenkosten abgesetzt werden.* *Die darin enthaltenen Bewirtungskosten dürfen 0,25 v. H. der Isteinnahmen nicht überschreiten.*		500.000	500.000	306.775	683
261 10-6	549	Erstattung von Verwaltungsausgaben		42.000	42.000	40.903	42
356 10-7	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		—	—	434.598	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	549	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	2.865.000	2.856.000	2.695.838	1.663
422 06-1	549	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	52.000	52.000	51.129	48
422 19-3	549	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	549	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	549	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	378
425 06-0	549	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-6	549	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	590
426 04-0	549	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	110.000	110.000	109.928	113
426 06-7	549	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	9.000	9.000	8.692	9
427 01-2	549	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	8.000	8.000	8.334	8
427 10-1	549	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige *** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Er-*	—	51.000	51.000	51.129	52

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 50

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 50

Es sind vorhanden:

Landgestüt Celle mit Hengstaufzuchtgestüt in Hunnesrück.

Zu 121 12

Der Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Finanzplan) des Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück befindet sich in der Anlage 6 zum Einzelplan 09.

Veranschlagung nach dem voraussichtlichen Wirtschaftsergebnis.

Zu 121 13

Ablieferung des voraussichtlichen Überschusses der Hengstparade (vgl. Anlage 7 zu Kap. 09 50). Die aus Anlass der Hengstparade bei Kap. 09 50 entstandenen Personalkosten für Verwaltungsaufwand werden von der Hengstparadekasse erstattet und bei Kap. 09 50 Titel 261 10 vereinnahmt.

Zu 125 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Deckgeld für rd. 7 200 Stuten mit durchschnittlich 495 EUR	3 564	3 564
2. Zuschlag von rd. 120 EUR für rd. 300 Stuten, die nicht bei einem Zuchtverband in Niedersachsen registriert sind	36	36
Zusammen	3 600	3 600

Zu 125 11

Pensionskosten für Hengste privater Eigentümer im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungsprüfung und Pensionskosten für Stuten privater Eigentümer für die vorübergehende Unterstellung auf den Deck- und Besamungsstellen.

Zu 125 61 und 132 10

Werbungskosten des Landstallmeisters im Zusammenhang mit dem Verkauf von Sperma und von Hengsten können bis zu insgesamt 2 000 EUR von der Einnahme abgesetzt werden; eine Überschreitung dieses Betrages bedarf der Einwilligung des MF.

Zu 261 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erstattungsbeträge		
a) insbesondere vom Verband Hannoverscher Warmblutzüchter	16	16
b) von der Hengstparadekasse	26	26
Insgesamt	42	42

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
91,99	91,99	91,99	88,28

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	1,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	1,00
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	61,00	61,00	—	76
Angestellte	9,00	9,00	—	9
Lohnempfänger/-innen	21,99	21,99	—	8
Insgesamt	91,99	91,99	—	93

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	61,00	61,00	—	76
Angestellte	9,00	9,00	—	9
Lohnempfänger/-innen	21,99	21,99	—	8
Insgesamt	91,99	91,99	—	93

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	2 865	2 856

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 865	2 865
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	267	264
43	Versorgungsbezüge	733	700
44	Beihilfen, Unterstützungen	68	62
45	Personalbezogene Sachausgaben	85	85
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	22	–3
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		4 040	3 964

Zu 426 04

Veranschlagt sind:

Kosten für zu Pferdewirt-/Stellmacher/-innen Auszubildende (Bruttovergütung, Anteile für Kost und Wohnung sowie Sozialversicherungsbeiträge).

Auszubildende: 12 Pferdewirte/-innen
1 Stellmacher/-in

Zu 427 10

Für zusätzliche Arbeitskräfte auf den in Ostfriesland eingerichteten Vertragsdeckstationen. Sie erhalten pro gedeckte Stute ein Drittel des durchschnittlichen Deckgeldes (z. Zt. 440 EUR), das für eine eingetragene Stute erhoben wird.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *427 10-1*		*läuterung verbindlich, Mehrausgaben sind in diesem Umfange zugelassen.*					
427 39-0	549	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	549	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	85.000	85.000	82.011	80
453 11-0	549	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	2.914	3
511 01-3	549	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	21
514 01-2	549	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	23
514 02-0	549	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	0
514 11-0	549	Nutz- und Zuchttierhaltung * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 11.*	—	399.000	399.000	398.808	392
517 01-1	549	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	112
517 19-4	549	Reinigungskosten	—	—	—	—	10
517 59-3	549	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	34
518 01-8	549	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	302
518 02-6	549	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-4	549	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	1
525 01-4	549	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	6
526 01-0	549	Sachverständige	—	—	—	—	—
526 02-9	549	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	549	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	73
527 02-5	549	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	—
527 10-6	549	Bewegungsgelder für besondere Aufwendungen im Deckstellenbereich	—	—	—	—	6
529 10-9	549	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
537 03-9	549	Kosten für Pferde- und Gepäcktransporte zu und von den Deckstellen	—	—	—	—	22
538 01-9	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	3
546 01-1	549	Vermischte Ausgaben	—	—	—	713.252	—
547 11-5	549	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* *** *Gem. § 17. Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	713.000	713.000	—	—
671 10-0	549	Erstattungen an Sonstige	—	13.000	13.000	12.782	9
681 10-5	549	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	3
682 09-8	549	Zuschuss an das Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück für Nutzungsentgelte	—	390.000	390.000	389.451	—
683 10-8	549	Zuschüsse an private Unternehmer als Hengstzüchterprämien * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 1,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 10 und 125 61.*	—	43.000	43.000	41.926	33
811 01-7	549	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	39.000	39.000	—	—

Zu 514 11

Bestand an Hengsten (2003)

	Ist 1.1.2001	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Spezialhengste (Vollblut, Trakehner, Araber)	15	15	15
Hannoveraner	140	140	140
Zusammen	155	155	155

Bestand an Hengsten (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Spezialhengste (Vollblut, Trakehner, Araber)	15	15	15
Hannoveraner	140	140	140
Zusammen	155	155	155

Neben diesen eigenen Deckhengsten werden rd. 40 eigene Junghengste im Training und zur Prüfung gehalten. Daneben werden zeitweise 50–60 fremde Prüfungshengste sowie rd. 30 Hengste bzw. Wallache, die zum Verkauf stehen, gehalten.

Zu 682 09

Zuschüsse an den Landesbetrieb für Abführungen der festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 683 10

Für in Niedersachsen gezüchtete und vom Landgestüt angekaufte Hengste (Landbeschäler), denen überdurchschnittlich viele Stuten in der Decksaison zugeführt werden, erhält der jeweilige Züchter eine Hengstzüchterprämie in Abhängigkeit der von diesem Landbeschäler gedeckten Stuten.

Berücksichtigt werden nur nieders. Züchter.

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Ackerschlepper 75 PS	39	—
1 Pkw Mercedes Benz 300 D	—	39
Sonderausstattung: Anhängerkupplung, Niveauregulierung, Radio, verstärkter Vordersitz links		

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 10-2	549	Ankauf von Zuchthengsten einschließlich Transport- und Nebenkosten * *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 10.*	—	731.000	731.000	731.147	1.105
812 15-3	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	26.000	26.000	25.565	26
821 01-2	549	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	434.598	—
981 09-5	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	672.000	672.000	582.566	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Betrieb der Pferdebesamungsstation** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 60,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 61.*	(—)	(156.000)	(156.000)	(156.456)	(239)
429 61-9	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	13.000	13.000	20.452	123
514 61-6	549	Spermaankauf	—	21.000	21.000	20.452	—
538 61-2	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	2.045	—
547 61-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	122.000	122.000	113.507	116
812 61-7	549	Erwerb von beweglichen Sachen für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			7.669	
		Abschluss Kapitel 09 50					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.578.000	5.581.000	5.326.639	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		42.000	42.000	40.903	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	434.598	
		Summe der Einnahmen		5.620.000	5.623.000	5.802.140	
		4 Personalausgaben	—	3.193.000	3.184.000	3.030.427	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.255.000	1.255.000	1.255.733	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	446.000	446.000	444.159	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	796.000	796.000	1.191.310	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	672.000	672.000	582.566	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	6.362.000	6.353.000	6.504.195	
		Zuschuss		742.000	730.000	702.055	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		733.000	700.000	564.415	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		7.095.000	7.053.000	7.068.610	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.475.000	1.430.000	1.266.470	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
Laborgeräte in den Besamungsstationen	26	26

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0961 Fischereiverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-1	511	Gebühren und tarifliche Entgelte		102.000	102.000	102.258	21
112 01-8	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		8.000	8.000	7.669	10
119 01-2	511	Vermischte Einnahmen		6.000	6.000	5.113	2
119 42-0	542	Rückzahlungen aus Zuwendungen des Landes		—	—	1.023	2
124 01-6	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		38.000	38.000	38.347	35
132 01-9	511	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
182 62-8	542	Rückflüsse aus Landesdarlehen zur Förderung der Seefischerei * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		3.000	3.000	2.556	2
232 01-3	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Bremen		102.000	102.000	102.258	129
271 10-8	542	Erstattungen der EU für Maßnahmen nach der Entscheidung des Rates 2001/431/EG		19.000	7.000	25.565	63
282 10-0	511	Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu 686 11.*		—	—	—	64
282 65-7	511	Erstattungen Dritter im Rahmen von Beweissicherungsverfahren * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	33
		A U S G A B E N					
422 01-7	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.007.000	1.005.000	993.542	420
422 04-1	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	—	—	—	16
422 19-0	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-6	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	301
426 01-2	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	248
426 06-3	511	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	4.000	4.000	4.090	3
453 01-0	511	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	1.000	1.000	511	—
511 01-0	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	4
514 02-7	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
514 10-8	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	—
517 01-8	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	0
517 19-0	511	Reinigungskosten	—	—	—	—	3
517 59-0	511	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	2
518 01-4	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	10
519 01-0	511	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	0
525 01-0	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
527 01-3	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	2
527 10-2	511	Reisekostenvergütungen für Bootsleute	—	—	—	—	2
527 11-0	511	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	—	9
546 01-8	511	Vermischte Ausgaben	—	—	—	66.468	1

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 61

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 61

Es sind vorhanden:

1 Staatl. Fischereiamt Bremerhaven in Bremerhaven mit 2 Außenstellen in Cuxhaven und Norddeich
1 Dezernat Binnenfischerei im Niedersächsischen Landesamt für Ökologie in Hildesheim.

Zu 09 61 allgemein

Für das bei dem Nds. Landesamt für Ökologie tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 515 und der Titelgruppen) sowie die
c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Gebühren und tarifliche Entgelte“ (Titel 111 01) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kapitel 15 03 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 03).

Zu 112 01

Einnahmen aus Bußgeldbescheiden nach dem Seefischereigesetz.

Zu 119 42

Ab dem Haushaltsjahr 2002 ist der Einnahmeansatz bei Titel 119 01 veranschlagt.

Zu 124 01

Einnahmen aus der Erteilung von Fischereierlaubnissen.

Zu 182 62

Tilgungsraten für bei 862 62 gezahlte Landesdarlehen.

Zu 232 01

Erstattung der anteiligen Kosten für das Staatl. Fischereiamt in Bremerhaven durch das Land Bremen.

Zu 271 10

Erstattungen der EU für Investitionen in der Fischereiaufsicht gem. Entscheidung des Rates 2001/431/EG, insbesondere zu Ausgaben der Titelgruppe 66/67.

Zu 282 10 und 282 65

Vorsorglich Leertitel.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
22,71	22,71	23,50	22,44

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	0,79	0,79
Summe Abgänge	0,79	0,79
Bleibt Abgang	0,79	0,79

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	11,00	11,00	—	14
Angestellte	5,71	5,71	—	4
Lohnempfänger/ -innen	6,00	6,00	—	6
Insgesamt	22,71	22,71	—	24

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	11,00	11,00	—	14
Angestellte	5,71	5,71	—	4
Lohnempfänger/ -innen	6,00	6,00	—	6
Insgesamt	22,71	22,71	—	24

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 007	1 005

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 007	1 005
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	10	9
43	Versorgungsbezüge	177	169
44	Beihilfen, Unterstützungen	22	20
45	Personalbezogene Sachausgaben	1	1
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	7	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 224	1 203

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

Beamte des mittleren Dienstes als Schiffsführer der Fischereiaufsichtsfahrzeuge sowie Angestellte und Lohnempfänger, die auf einem Fischereiaufsichtsfahrzeug tätig sind, erhalten eine Bordzulage (Aufwandsentschädigung) nach den Richtlinien für die Gewährung einer Bordzulage im Fischereiaufsichtsdienst von 1,79 EUR für jeden Tag, an dem sie sich mit ihrem Fahrzeug länger als 12 Stunden seewärts der in § 1 der Flaggenrechtsverordnung vom 04. 07. 1990 (BGBl. I S. 1389) – in der jeweils geltenden Fassung – festgelegten Grenze befinden.

Die Aufwandsentschädigung ist im Sinne des § 3 Nr. 12 EStG steuerfrei.

Zu 546 01

Ab dem Haushaltsjahr 2002 ist der Ausgabeansatz bei Titel 547 11 veranschlagt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 59-0	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
547 11-1	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* ***Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	64.000	64.000	—	—
671 10-6	511	Erstattung von Auslagen an ehrenamtliche Fischereiaufseher an den Küstengewässern	—	—	—	—	—
686 10-3	511	Zuschüsse zu den Kosten einer durchzuführenden Enquete in der Deutschen Seefischerei	—	8.000	8.000	7.669	6
686 11-1	511	Verwendung der Zuschüsse Dritter * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 10.*	—	—	—	—	64
812 01-0	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
981 09-1	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Förderung der Kleinen und Großen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 182 62.*	(—)	(556.000)	(556.000)	(558.076)	(54)
547 62-6	542	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	39.000	39.000	40.903	40
662 62-0	542	Schuldendiensthilfen	—	31.000	31.000	30.678	1
683 62-7	542	Zuschüsse an Erzeugerorganisationen gemäß VO (EG) Nr. 104/2000	—	11.000	11.000	10.993	—
686 62-6	542	Zuschüsse an Sonstige	—	15.000	15.000	15.339	9
862 62-9	542	Darlehen an Kutterfischereibetriebe	—	—	—	—	—
892 62-5	542	Zuschüsse für investive Zwecke	—	460.000	460.000	460.163	3
TGr. 63/64		**Sicherung des Seefischverarbeitungsstandortes Cuxhaven** * *Übertragbar.*	(—)	(1.278.000)	(3.952.000)	(3.834.689)	(3.838)
661 63-1	699	Schuldendiensthilfen an die NFG	—	—	—	—	—
661 64-0	542	Schuldendiensthilfen an die Seefischmarkt Cuxhaven GmbH	—	—	—	—	—
761 63-6	699	Erschliessung von Industriegelände im Fischereihafen von Cuxhaven	—	—	—	—	—
891 63-7	699	Zuweisungen für Maßnahmen aus dem Überlassungsvertrag der Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH ****Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 62.*	—	767.000	3.441.000	3.323.397	3.053
892 63-3	699	Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Fischverarbeitung	—	511.000	511.000	511.292	786
TGr. 65		**Beweissicherungsverfahren in der Binnenfischerei** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(31)
429 65-8	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
547 65-0	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	31

ERLÄUTERUNGEN

Zu 686 10

Über die Kosten- und Ertragslage der Betriebe der deutschen Seefischerei wird eine gemeinsam vom Bund, den Küstenländern und den Wirtschaftsverbänden finanzierte Untersuchung durchgeführt. Sie schafft die unerlässlichen Unterlagen für alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, nicht zuletzt im Hinblick auf die EU.

Veranschlagt ist der anteilmäßig auf das Land Niedersachsen entfallende Betrag.

Zu 686 11

Vorsorglich Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe Beiträge aufkommen.

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62

547 62

Für den Bereich der Binnenfischerei sind zusätzliche Erkenntnisse über den Zustand der Fischfauna in den niedersächsischen Gewässern erforderlich, die über Untersuchungen durch Dritte gesammelt werden.

Daneben können im Bereich der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei Ausgaben für Überprüfungen anfallen.

662 62 und 892 62

1. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der niedersächsischen Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei von 2001 (noch nicht veröffentlicht)
2. Zuschüsse an Erzeuger der Seefischerei für Strukturveränderungen in der Kutterflotte
3. laufend
4. entfällt.

686 62 und 892 62

1. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der niedersächsischen Binnenfischerei vom 31. 10. 2001 und 1. 11. 2001 (Nds. MBl. Nr. 42/2001 S. 906 und S. 907)
2. Zuschüsse an Erzeuger der Binnenfischerei für Strukturveränderungen in der Binnenfischerei sowie an Fischereiverbände für die Hege
3. laufend
4. entfällt.

892 62

Die niedersächsische Flotte der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ist teilweise überaltert, sodass ihre Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft gefährdet ist. Um den Betrieben Neubauten, Grunderneuerungen sowie Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen, sind im Rahmen eines von der EU genehmigten 7-Jahres-Programms ab 2000 nationale Finanzierungshilfen im vorgesehenen Umfang notwendig, mit denen EU-Mittel gebunden werden.

Zu Titelgruppe 63/64

891 63

Mittel zur Deckung des Erneuerungsbedarfs zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der landeseigenen Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH als Grundlage des Fischwirtschaftsstandortes Cuxhaven.

Bis zum 31. 12. 2002 ist in den landeseigenen Liegenschaften die Umsetzung der Richtlinie 91/493/EWG zur Festlegung von Hygienevorschriften vorzunehmen.

Belastung (2002)

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 674 000	—	—	2 674 000

Zu 892 63

1. Richtlinie über die Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur in der Fischwirtschaft sowie Förderung der Verbesserung der Ausrüstung von Fischereihäfen vom 21. 9. 2001 (Nds. MBl. Nr. 36/2001 S. 797)
2. Zuschüsse an Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen fischwirtschaftlicher Produkte für Strukturveränderungen in der Verarbeitungsindustrie sowie an Fischereihafenträger für die Verbesserung der Hafeninfrastruktur
3. laufend
4. entfällt.

Förderung von Fischverarbeitungsbetrieben, insbesondere um EU-Mittel zu binden.

Zu Titelgruppe 65

429 65, 547 65 und 812 65

Vorsorglich Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe Beiträge aufkommen. Die Mittel werden von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 65-6	511	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 66/67		**Betrieb der Fischereiaufsichtsfahrzeuge** * *Übertragbar.*	(—)	(250.000)	(250.000)	(252.373)	(144)
514 66-3	511	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	230.000	200.000	247.158	142
514 67-1	511	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	5.000	5.000	5.215	2
811 66-8	511	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 67-6	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 66-4	511	Erwerb von Geräten	—	15.000	45.000	—	—
		Abschluss Kapitel 09 61					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		157.000	157.000	156.966	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		121.000	109.000	127.823	
		Summe der Einnahmen		278.000	266.000	284.789	
		4 Personalausgaben	—	1.012.000	1.010.000	998.143	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	338.000	308.000	359.744	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	65.000	65.000	64.679	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.753.000	4.457.000	4.294.852	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.168.000	5.840.000	5.717.418	
		Zuschuss		2.890.000	5.574.000	5.432.629	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		177.000	169.000	127.823	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		3.345.000	6.009.000	5.845.241	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		3.067.000	5.743.000	5.560.452	

Zu Titelgruppe 66/67

Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung der Fischereiaufsichtsfahrzeuge auf See und zu Lande.

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Wasserfahrzeuge	3	3	3
Personenwagen	2	2	2

812 66

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Hilfsdiesel	—	27
Tageslichtradar	15	—
Neubeschaffung:		
Abfragestation für Satellitenüberwachung	—	18
Zusammen	15	45

An diesen Investitionen beteiligt sich die EU mit bis zu 50 v.H. der Nettokosten (vgl. Titel 271 10).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	165	Gebühren und tarifliche Entgelte		26.000	26.000	25.565	43
119 01-5	165	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	1.023	1
119 65-1	165	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	59
124 01-9	165	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3.000	3.000	3.119	3
132 01-1	165	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	1.790	1
235 01-5	165	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	27
271 67-4	549	Erstattungen für die Durchführung des Forschungsvorhabens zur Verbesserung der Honigqualität i. R. d. VO (EG) 1221/97 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		20.000	20.000	20.452	10
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		**Einnahmen aus Wirtschafts-, Lehr- und Beratungstätigkeit**		(65.000)	(65.000)	(55.066)	(69)
111 66-9	165	Lehrgangsgebühren * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		4.000	4.000	4.090	7
119 66-0	165	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		1.000	1.000	1.023	—
125 66-0	165	Erlöse aus der Imkerei * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		60.000	60.000	49.953	62
		A U S G A B E N					
422 01-0	165	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	995.000	994.000	973.755	26
422 19-2	165	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-9	165	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	890
425 06-0	165	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	2.000	2.045	1
426 04-0	165	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	96.000	96.000	95.560	81
427 01-1	165	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	1.000	767	20
453 01-2	165	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	4.000	4.000	—	—
453 11-0	165	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	4.039	4
511 01-2	165	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	4
514 01-1	165	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	11
514 02-0	165	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
514 10-0	165	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	—	—	18
517 01-0	165	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	5
517 19-3	165	Reinigungskosten	—	—	—	—	27
517 59-2	165	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	26

Aufgaben des Landesinstituts für Bienenkunde:

Die Förderung der Bienenzucht und -haltung liegt zur Sicherung der Unterhaltung der Kulturlandschaft im öffentlichen Interesse. Wegen der hohen Bestäubungsleistung der Honigbiene sind die Anteile für den Bereich der Landwirtschaft und den Gartenbau (Obst, Saatgut und Gemüse), aber auch für die bisherige Pflege der Landschaft unverzichtbar.

Aufgabe des Landesinstituts für Bienenkunde ist die Förderung der Bienenzucht und -haltung sowie der praktischen Imkerei mit dem Ziel, in Niedersachsen eine flächendeckende Versorgung mit Bienenvölkern zu gewährleisten.

Dazu gehören insbesondere

- Unterhaltung eines Imkerberatungsdienstes,
- Aus- und Weiterbildung der Imkerschaft einschl. der überbetrieblichen Ausbildung des Berufsschulunterrichtes,
- Erprobung imkerlicher Techniken,
- Untersuchung von Bienenprodukten und Bienenkrankheitsproben,
- Erstellung und Lieferung von leistungsfähigem und nachzuchtfähigem Zuchtmaterial,
- anwendungsbezogene Forschungsarbeiten.

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 71

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Titelgruppe 66

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 66.

Zu Titelgruppe 67

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 67.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
21,77	21,77	21,77	20,32

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	—	—	—	3
Angestellte	21,77	21,77	—	19
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	21,77	21,77	—	22

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	—	—	—	3
Angestellte	21,77	21,77	—	19
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	21,77	21,77	—	22

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	995	994

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	995	994
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	128	127
43	Versorgungsbezüge	50	48
44	Beihilfen, Unterstützungen	25	23
45	Personalbezogene Sachausgaben	4	4
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	8	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 210	1 195

Zu 426 04

Kosten für Auszubildende (Bruttovergütung, Anteile für Kost und Wohnung sowie Sozialversicherungsbeiträge).

Auszubildende: 10

Zu 453 01

Unter anderem auch für Familienheimfahrten der Auszubildenden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 01-7	165	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
518 02-5	165	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	5
519 01-3	165	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	2.000	2.000	—	2
525 01-3	165	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	1
527 01-6	165	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	10
527 02-4	165	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	—
529 10-8	165	Verfügungsmittel	—	—	—	—	—
546 01-0	165	Vermischte Ausgaben	—	—	—	149.553	—
547 11-4	165	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) * *Übertragbar.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	150.000	150.000	—	—
681 10-4	165	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
811 01-6	165	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	12.000	32.211	—
812 15-2	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	26.000	13.000	25.565	24
981 09-4	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	127.000	127.000	126.903	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Forschungs- und ähnliche Aufträge** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(43)
429 65-0	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 65-3	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	43
812 65-9	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Wirtschafts-, Lehr- und Beratungstätigkeit** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 66, 119 66 und 125 66.*	(—)	(63.000)	(63.000)	(53.736)	(48)
429 66-9	165	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	12.000	12.000	12.373	9
514 66-6	165	Bienenhaltung	—	35.000	35.000	34.563	30
525 66-8	165	Lehr- und Lernmittel	—	7.000	7.000	6.800	9
547 66-1	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	9.000	9.000	—	0
812 66-7	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Honigqualität i. R. d. VO (EG) 1221/97** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 271 67.* *** *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-*	(—)	(20.000)	(20.000)	(20.452)	(10)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
1 absenkbarer Anhänger	—	12

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Mikroskopie-Datensystem	—	13
Elektrophorese-System	26	—
Zusammen	26	13

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 65

Ausgaben für Untersuchungen, Gutachten und andere Aufträge Dritter und des Landes.

Zu Titelgruppe 66

Lehr- und Beratungstätigkeit, Bewirtschaftung der ca. 400 Bienenvölker im Rahmen des Ausbildungsbetriebes sowie der Bereitstellung von Bienenvölkern und -material für Forschungszwecke.

Zu Titelgruppe 67

Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig auf Grund der VO (EG) 1221/97. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 67**		*Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*					
429 67-7	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	15.000	15.000	15.339	8
547 67-0	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	5.000	5.000	5.113	2
812 67-5	549	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar.*	(—)	(21.000)	(21.000)	(5.113)	(3)
547 99-8	165	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	3
812 99-3	165	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	16.000	16.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			8.999	
		Abschluss Kapitel 09 71					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		95.000	95.000	86.563	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		20.000	20.000	20.452	
		Summe der Einnahmen		115.000	115.000	107.015	
		4 Personalausgaben	—	1.125.000	1.124.000	1.103.878	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	213.000	213.000	210.141	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	42.000	41.000	57.776	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	127.000	127.000	126.903	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.507.000	1.505.000	1.498.698	
		Zuschuss		1.392.000	1.390.000	1.391.683	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		50.000	48.000	22.804	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.557.000	1.553.000	1.521.502	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.442.000	1.438.000	1.414.487	

429 67, 547 67, 812 67

Forschungsvorhaben zur Untersuchung von Nebenwirkungen von Varroatosebehandlungsmitteln (vgl. Kapitel 09 03 TGr. 73).

Zu Titelgruppe 99

Elektronische Datenverarbeitung zur Bearbeitung von Forschungs- und Verwaltungsaufgaben.

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Erneuerung von Server und Peripheriegeräten	—	16
Netzwerkerneuerung (1. Abschnitt)	16	—
Zusammen	16	16

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 09					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		2.950.000	2.950.000	2.965.493	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		30.949.000	30.954.000	19.704.422	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		108.955.000	107.241.000	96.558.800	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		48.784.000	56.178.000	58.277.049	
		Summe der Einnahmen		191.638.000	197.323.000	177.505.764	
		4 Personalausgaben	—	94.339.000	94.117.000	86.874.474	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	4.604.000 1.534.000 204.517	35.969.000	35.932.000	25.359.261	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	52.750.000 55.750.000 47.156.451	136.846.000	136.320.000	140.871.755	
		7 Baumaßnahmen	—	3.328.000	3.328.000	3.303.304	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	43.100.000 43.100.000 47.601.277	69.419.000	83.412.000	88.291.414	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	— 7.520.000 6.033.244	103.691.000	101.891.000	85.873.619	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	100.454.000 107.904.000 100.995.489	443.592.000	455.000.000	430.573.827	
		Zuschuss		251.954.000	257.677.000	253.068.063	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		11.870.000	11.374.000	9.898.815	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		455.462.000	466.374.000	440.472.642	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		263.824.000	269.051.000	262.966.878	

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2002 — Einzelpläne 09 und 15 — 30. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
	Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)				
01	Einzelbetriebliches Förderungsprogramm (Abwicklung)				
	09 04	662 11	Abwicklung der EFP-Zinszuschüsse	—	950.000
			Summe 01	—	950.000
02	Agrarinvestionsförderungsprogramm				
	09 04	662 63	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	22.500.000	24.000.000
	09 04	862 63	AFP-Darlehen an private Unternehmer im ehemaligen Amt Neuhaus	—	—
	09 04	892 63	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.500.000	3.000.000
			Summe 02	25.000.000	27.000.000
03	Ausgleichszulage				
	09 04	683 63	Ausgleichszulage in Berggebieten und bestimmten anderen benachteiligten Gebieten	—	—
			Summe 03	—	—
04	Umstellungshilfe (Abwicklung)				
	09 04	683 81	Zuschüsse an landwirtschaftliche Betriebe zur Erleichterung der betrieblichen Umstellung	—	25.000
			Summe 04	—	25.000
05	Forstwirtschaftlicher Wegebau				
	09 04	892 77	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	—	—
			Summe 05	—	—
06	Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse				
	09 04	683 76	Zuschüsse für laufende Zwecke an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
	09 04	892 76	Zuschüsse für Investitionen an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
			Summe 06	—	—
07	Waldbauliche und andere forstliche Maßnahmen				
	09 04	683 74	Erstaufforstungsprämie	5.000.000	1.500.000
	09 04	892 74	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	10.000.000	11.500.000
			Summe 07	15.000.000	13.000.000
08	Beseitigung neuartiger Waldschäden				
	09 04	892 75	Zuschüsse für Investitionen aufgrund neuartiger Waldschäden	—	—
			Summe 08	—	—
09	Milchleistungsprüfungen				
	09 04	683 78	Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen	—	1.300.000
			Summe 09	—	1.300.000

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2002 — Einzelpläne 09 und 15 — 30. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
10	Kontrollringe				
	09 04	683 79	Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungsprüfungen in der Tierzucht	—	1.100.000
			Summe 10	—	1.100.000
11	Anpassungshilfe für landwirtschaftliche Arbeitnehmer				
	09 04	683 80	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer	—	50.000
			Summe 11	—	50.000
12	Absatzeinrichtungen für Obst und Gemüse				
	09 04	892 65	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse	3.500.000	4.000.000
			Summe 12	3.500.000	4.000.000
13	Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen				
	09 04	892 66	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	—	—
			Summe 13	—	—
14	Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln				
	09 04	892 67	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln	—	—
			Summe 14	—	—
15	Maßnahmen aufgrund sonstiger EU-Verordnungen				
	09 04	892 68	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	—	—
			Summe 15	—	—
16	Vermarktung und Verarbeitung fischwirtschaftlicher Produkte				
	09 04	892 69	Zuschüsse zur Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte	200.000	1.300.000
			Summe 16	200.000	1.300.000
17	Marktstrukturgesetz				
	09 04	683 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—
	09 04	892 70	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	500.000	700.000
			Summe 17	500.000	700.000
18	Verarb. und Vermarktung ökol./reg. erzeugter ldw. Produkte				
	09 04	683 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—
	09 04	892 71	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	400.000	1.500.000
			Summe 18	400.000	1.500.000
19	Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung				
	09 04	537 11	Förderung der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung	—	400.000
			Summe 19	—	400.000

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2002 — Einzelpläne 09 und 15 — 30. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
20	Freiwilliger Landtausch				
	09 04	683 11	Zuschüsse zur Förderung des freiwilligen Landtausches	250.000	500.000
			Summe 20	250.000	500.000
21	Flurbereinigung				
	09 04	531 61	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—
	09 04	537 61	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—
	09 04	883 61	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
	09 04	887 61	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—
	09 04	892 61	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—
	09 04	893 61	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	19.000.000	30.500.000
	09 04	894 61	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—
			Summe 21	19.000.000	30.500.000
22	Dorferneuerung				
	09 04	531 62	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—
	09 04	537 62	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—
	09 04	883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.000.000	12.500.000
	09 04	887 62	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—
	09 04	892 62	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—
	09 04	893 62	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—
	09 04	894 62	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—
			Summe 22	7.000.000	12.500.000
23	Bodenzwischenerwerb (Abwicklung)				
	09 04	662 12	Abwicklung der Zinszuschüsse für Darlehen zum Bodenzwischenerwerb	—	200.000
			Summe 23	—	200.000
24	Landwirtschaftlicher Wegebau				
	09 04	883 72	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	4.000.000
	09 04	887 72	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—
	09 04	894 72	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—
			Summe 24	—	4.000.000

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2002 — Einzelpläne 09 und 15 — 30. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
25	Ökologische Maßnahmen auf ldw. genutzten Flächen				
	09 04	683 90	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	20.750.000	14.135.000
	09 04	683 91	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	—	—
	09 04	683 92	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	—	—
	09 04	683 93	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	—	—
			Summe 25	20.750.000	14.135.000
26	Evaluierung der Fördermaßnahmen				
	09 04	632 11	Anteil Niedersachsen für die Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK	—	—
			Summe 26	—	—
27	Hochwasserschutz im Binnenland				
	15 54	685 61	Zuw. an d. Kuratorium f. Wasserwirtschaft	9.356.000	—
	15 54	761 61	Tiefbaumaßnahmen	—	3.887.000
	15 54	821 61	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 61	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—
	15 54	893 61	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	8.185.000
			Summe 27	9.356.000	12.072.000
28	Naturnahe Gewässergestaltung / Gewässerrandstreifen				
	15 54	637 86	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für erhöhten Pflegeaufwand in Gewässerrandstreifen	1.278.000	—
	15 54	681 86	Entschädigung aufgrund von Anordnungen nach § 91a Abs.4 NWG	—	—
	15 54	761 86	Landeseigene Tiefbauten	—	—
	15 54	821 86	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 86	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	1.105.000
	15 54	893 86	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	694.000
			Summe 28	1.278.000	1.799.000
			Summe (Beteil.Verh. 60 : 40) Einzelplan 09	91.600.000	113.160.000
			Summe (Beteil.Verh. 60 : 40) Einzelplan 15	10.634.000	13.871.000
			Gesamtsumme (Beteil.Verh. 60 : 40)	102.234.000	127.031.000

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2002 — Einzelpläne 09 und 15 — 30. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
	Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)				
29	Küstenschutz				
	15 54	761 81	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen	40.903.000	9.919.000
	15 54	893 81	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	30.515.000
			Summe 29	40.903.000	40.434.000
30	Bau eines Emssperrwerkes				
	15 54	761 82	Tiefbaumaßnahmen	—	10.226.000
	15 54	821 82	Erwerb von Grundstücken	—	—
			Summe 30	—	10.226.000
			Summe (Beteil.Verh. 70 : 30) Einzelplan 09	—	—
			Summe (Beteil.Verh. 70 : 30) Einzelplan 15	40.903.000	50.660.000
			Gesamtsumme (Beteil.Verh. 70 : 30)	40.903.000	50.660.000
			Summe Einzelplan 09	91.600.000	113.160.000
			Summe Einzelplan 15	51.537.000	64.531.000
			Gesamtsumme	143.137.000	177.691.000
	Zusammenstellung				
	09 04			91.600.000	113.160.000
	15 54			10.634.000	13.871.000
			Summe Epl. 09 u. 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)	102.234.000	127.031.000
	15 54			40.903.000	50.660.000
			Summe Epl. 09 u. 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)	40.903.000	50.660.000
			Summe Einzelplan 09	91.600.000	113.160.000
			Summe Einzelplan 15	51.537.000	64.531.000
			Gesamtsumme	143.137.000	177.691.000

		Ansatz EUR
I. Einnahmen	Summe Einzelplan 09	68.396.000
	Summe Einzelplan 15	43.783.000
	Gesamtsumme	112.179.000
II. Ausgaben	Summe Einzelplan 09	113.160.000
	Summe Einzelplan 15	64.531.000
	Gesamtsumme	177.691.000
III. Eingesetzte Landesmittel (Summe II. - Summe I.)		65.512.000

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2003 — Einzelpläne 09 und 15 — 31. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
	Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)				
01	Einzelbetriebliches Förderungsprogramm (Abwicklung)				
	09 04	662 11	Abwicklung der EFP-Zinszuschüsse	—	700.000
			Summe 01	—	700.000
02	Agrarinvestionsförderungsprogramm				
	09 04	662 63	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	22.500.000	24.000.000
	09 04	862 63	AFP-Darlehen an private Unternehmer im ehemaligen Amt Neuhaus	—	—
	09 04	892 63	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.500.000	4.000.000
			Summe 02	25.000.000	28.000.000
03	Ausgleichszulage				
	09 04	683 63	Ausgleichszulage in Berggebieten und bestimmten anderen benachteiligten Gebieten	—	—
			Summe 03	—	—
04	Umstellungshilfe (Abwicklung)				
	09 04	683 81	Zuschüsse an landwirtschaftliche Betriebe zur Erleichterung der betrieblichen Umstellung	—	—
			Summe 04	—	—
05	Forstwirtschaftlicher Wegebau				
	09 04	892 77	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	—	—
			Summe 05	—	—
06	Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse				
	09 04	683 76	Zuschüsse für laufende Zwecke an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
	09 04	892 76	Zuschüsse für Investitionen an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
			Summe 06	—	—
07	Waldbauliche und andere forstliche Maßnahmen				
	09 04	683 74	Erstaufforstungsprämie	5.000.000	1.700.000
	09 04	892 74	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	10.000.000	11.300.000
			Summe 07	15.000.000	13.000.000
08	Beseitigung neuartiger Waldschäden				
	09 04	892 75	Zuschüsse für Investitionen aufgrund neuartiger Waldschäden	—	—
			Summe 08	—	—
09	Milchleistungsprüfungen				
	09 04	683 78	Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen	—	1.300.000
			Summe 09	—	1.300.000

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2003 — Einzelpläne 09 und 15 — 31. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
10	Kontrollringe				
	09 04	683 79	Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungsprüfungen in der Tierzucht	—	1.100.000
			Summe 10	—	1.100.000
11	Anpassungshilfe für landwirtschaftliche Arbeitnehmer				
	09 04	683 80	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer	—	50.000
			Summe 11	—	50.000
12	Absatzeinrichtungen für Obst und Gemüse				
	09 04	892 65	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse	3.500.000	4.000.000
			Summe 12	3.500.000	4.000.000
13	Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen				
	09 04	892 66	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	—	—
			Summe 13	—	—
14	Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln				
	09 04	892 67	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln	—	—
			Summe 14	—	—
15	Maßnahmen aufgrund sonstiger EU-Verordnungen				
	09 04	892 68	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	—	—
			Summe 15	—	—
16	Vermarktung und Verarbeitung fischwirtschaftlicher Produkte				
	09 04	892 69	Zuschüsse zur Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte	200.000	1.300.000
			Summe 16	200.000	1.300.000
17	Marktstrukturgesetz				
	09 04	683 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—
	09 04	892 70	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	500.000	700.000
			Summe 17	500.000	700.000
18	Verarb. und Vermarktung ökol./reg. erzeugter ldw. Produkte				
	09 04	683 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—
	09 04	892 71	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	400.000	1.500.000
			Summe 18	400.000	1.500.000
19	Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung				
	09 04	537 11	Förderung der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung	—	400.000
			Summe 19	—	400.000

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
20	Freiwilliger Landtausch				
	09 04	683 11	Zuschüsse zur Förderung des freiwilligen Landtausches	250.000	500.000
			Summe 20	250.000	500.000
21	Flurbereinigung				
	09 04	531 61	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—
	09 04	537 61	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—
	09 04	883 61	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
	09 04	887 61	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—
	09 04	892 61	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—
	09 04	893 61	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	19.000.000	22.500.000
	09 04	894 61	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—
			Summe 21	19.000.000	22.500.000
22	Dorferneuerung				
	09 04	531 62	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—
	09 04	537 62	Zweckforschungen, Erhebungen und Untersuchungen	—	—
	09 04	883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.000.000	12.500.000
	09 04	887 62	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—
	09 04	892 62	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—
	09 04	893 62	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—
	09 04	894 62	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—
			Summe 22	7.000.000	12.500.000
23	Bodenzwischenerwerb (Abwicklung)				
	09 04	662 12	Abwicklung der Zinszuschüsse für Darlehen zum Bodenzwischenerwerb	—	25.000
			Summe 23	—	25.000
24	Landwirtschaftlicher Wegebau				
	09 04	883 72	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
	09 04	887 72	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—
	09 04	894 72	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—
			Summe 24	—	—

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2003 — Einzelpläne 09 und 15 — 31. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
25	Ökologische Maßnahmen auf ldw. genutzten Flächen				
	09 04	683 90	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	20.750.000	16.305.000
	09 04	683 91	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	—	—
	09 04	683 92	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	—	—
	09 04	683 93	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	—	—
			Summe 25	20.750.000	16.305.000
26	Evaluierung der Fördermaßnahmen				
	09 04	632 11	Anteil Niedersachsen für die Evaluierung von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK	—	—
			Summe 26	—	—
27	Hochwasserschutz im Binnenland				
	15 54	685 61	Zuw. an d. Kuratorium f. Wasserwirtschaft	9.356.000	—
	15 54	761 61	Tiefbaumaßnahmen	—	3.000.000
	15 54	821 61	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 61	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—
	15 54	893 61	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	9.072.000
			Summe 27	9.356.000	12.072.000
28	Naturnahe Gewässergestaltung / Gewässerrandstreifen				
	15 54	637 86	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für erhöhten Pflegeaufwand in Gewässerrandstreifen	1.278.000	—
	15 54	681 86	Entschädigung aufgrund von Anordnungen nach § 91a Abs.4 NWG	—	—
	15 54	761 86	Landeseigene Tiefbauten	—	—
	15 54	821 86	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 86	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	1.105.000
	15 54	893 86	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	594.000
			Summe 28	1.278.000	1.699.000
			Summe (Beteil.Verh. 60 : 40) Einzelplan 09	91.600.000	103.880.000
			Summe (Beteil.Verh. 60 : 40) Einzelplan 15	10.634.000	13.771.000
			Gesamtsumme (Beteil.Verh. 60 : 40)	102.234.000	117.651.000

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2003 — Einzelpläne 09 und 15 — 31. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungsermächtigung (VE) EUR	Ansatz EUR
1	2	3	4	5	6
	Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)				
29	Küstenschutz				
	15 54	761 81	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen	40.903.000	13.000.000
	15 54	893 81	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	32.822.000
			Summe 29	40.903.000	45.822.000
30	Bau eines Emssperrwerkes				
	15 54	761 82	Tiefbaumaßnahmen	—	1.176.000
	15 54	821 82	Erwerb von Grundstücken	—	—
			Summe 30	—	1.176.000
			Summe (Beteil.Verh. 70 : 30) Einzelplan 09	—	—
			Summe (Beteil.Verh. 70 : 30) Einzelplan 15	40.903.000	46.998.000
			Gesamtsumme (Beteil.Verh. 70 : 30)	40.903.000	46.998.000
			Summe Einzelplan 09	91.600.000	103.880.000
			Summe Einzelplan 15	51.537.000	60.769.000
			Gesamtsumme	143.137.000	164.649.000
	Zusammenstellung				
	09 04			91.600.000	103.880.000
	15 54			10.634.000	13.771.000
			Summe Epl. 09 u. 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)	102.234.000	117.651.000
	15 54			40.903.000	46.998.000
			Summe Epl. 09 u. 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)	40.903.000	46.998.000
			Summe Einzelplan 09	91.600.000	103.880.000
			Summe Einzelplan 15	51.537.000	60.769.000
			Gesamtsumme	143.137.000	164.649.000

		Ansatz EUR
I. Einnahmen	Summe Einzelplan 09	62.828.000
	Summe Einzelplan 15	41.161.000
	Gesamtsumme	103.989.000
II. Ausgaben	Summe Einzelplan 09	103.880.000
	Summe Einzelplan 15	60.769.000
	Gesamtsumme	164.649.000
III. Eingesetzte Landesmittel (Summe II. - Summe I.)		60.660.000

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne St. Ludgeri, Landkreis Helmstedt, Regierungsbezirk Braunschweig

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 447 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	686 000	679 300	761 168
Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	2 700	2 700	2 712
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	204 800	207 500	208 568
Summe Umsatzerlöse	893 500	889 500	972 448
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–19 364
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	—
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	121 800	148 600	182 277
Betriebliche Erträge	1 015 300	1 038 100	1 135 361

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	186 400	189 900	168 421
Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	103 600	102 500	109 263
sonstiger Materialaufwand	79 800	81 100	79 821
Summe Materialaufwand	369 800	373 500	357 505
Personalaufwand	262 600	255 800	276 656
Abschreibungen	135 200	140 000	148 606
sonstige betriebliche Aufwendungen	—	—	—
Unterhaltung	41 700	41 700	83 520
Betriebsversicherungen	17 000	17 000	17 131
sonstiger Betriebsaufwand	22 500	22 200	23 031
zeitraumfremde Aufwendungen	15 400	17 900	18 427
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	96 600	98 800	142 109
Betriebliche Aufwendungen	864 200	868 100	924 876
Betriebsergebnis	151 100	170 000	210 486
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18 900	18 900	40 392
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Finanzergebnis	18 900	18 900	40 392
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	170 000	188 900	250 878
sonstige Steuern	–11 500	–10 900	–11 708
Gewinn/Verlust	158 500	178 000	239 170

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (65 %)

Anzahl der Arbeiter: 5

Anlage 2 (2003)
(zu Kapitel 09 30 Titel 121 14)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	58 100	26 081	1. Abschreibungen	88 700	113 000	113 594
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	117 800	64 600	89 056	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	29 100	9 700	1 543
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	117 800	122 700	115 137	Finanzdeckung	117 800	122 700	115 137

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

Schlepper 180 PS	81 800 EUR
Rübendrille	20 500 EUR
Kleingeräte für Hof, Büro, Brennerei	15 500 EUR
Zusammen	117 800 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Gewinn/Verlust	158 500	178 000	239 170
+ Abschreibungen	135 200	140 000	147 063
+ Buchwertabgabe des Anlagevermögens	29 100	9 700	1 543
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	117 800	122 700	115 137
Endergebnis: Ablieferung Titel 121 14	205 000	205 000	272 639

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne St. Ludgeri, Landkreis Helmstedt, Regierungsbezirk Braunschweig

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

(LF 447 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	679 300	633 752	761 168
Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	2 700	1 892	2 712
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	207 500	208 122	208 568
Summe Umsatzerlöse	889 500	843 766	972 448
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–19 364
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	—
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	148 600	132 994	182 277
Betriebliche Erträge	1 038 100	976 760	1 135 361

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	189 900	172 817	168 421
Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	102 500	103 963	109 263
sonstiger Materialaufwand	81 100	68 257	79 821
Summe Materialaufwand	373 500	345 037	357 505
Personalaufwand	255 800	258 090	276 656
Abschreibungen	140 000	143 162	148 606
sonstige betriebliche Aufwendungen	—	—	—
Unterhaltung	41 700	43 358	83 520
Betriebsversicherungen	17 000	17 185	17 131
sonstiger Betriebsaufwand	22 200	37 401	23 031
zeitraumfremde Aufwendungen	17 900	—	18 427
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	98 800	97 944	142 109
Betriebliche Aufwendungen	868 100	844 233	924 876
Betriebsergebnis	170 000	132 527	210 486
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18 900	15 339	40 392
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Finanzergebnis	18 900	15 339	40 392
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	188 900	147 866	250 878
sonstige Steuern	–10 900	–11 773	–11 708
Gewinn/Verlust	178 000	136 093	239 170

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (65 %)

Anzahl der Arbeiter: 5

Anlage 2 (2002)
(zu Kapitel 09 30 Titel 121 14)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	58 100	—	26 081	1. Abschreibungen	113 000	74 738	113 594
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	64 600	74 738	89 056	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	9 700	—	1 543
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	122 700	74 738	115 137	Finanzdeckung	122 700	74 738	115 137

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Kläranlage	58 100 EUR

Zu 2.:

Bestellkombination 4 m	24 600 EUR
Rollegge 5 m	18 500 EUR
Pneumatikdüngerstreuer	13 800 EUR
Kleingeräte für Hof, Büro, Brennerei	7 700 EUR
Zusammen	122 700 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Gewinn/Verlust	178 000	136 093	239 170
+ Abschreibungen	140 000	143 162	147 063
+ Buchwertabgabe des Anlagevermögens	9 700	—	1 543
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	122 700	74 738	115 137
Endergebnis: Ablieferung Titel 121 14	205 000	204 517	272 639

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Derneburg, Landkreis Hildesheim, Regierungsbezirk Hannover

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 208 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	277 200	271 955	292 227
Tierproduktion	12 500	12 782	14 015
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	511	160
Summe Umsatzerlöse	289 700	285 248	306 402
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–2 079
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	2 860
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	131 300	135 134	161 313
Betriebliche Erträge	421 000	420 382	468 496

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	81 000	82 829	71 336
Tierproduktion	1 500	1 534	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	25 000	25 565	19 480
Summe Materialaufwand	107 500	109 928	90 816
Personalaufwand	126 000	128 845	128 337
Abschreibungen	46 800	47 806	44 766
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	36 500	39 369	36 655
Betriebsversicherungen	7 600	7 772	9 801
sonstiger Betriebsaufwand	6 000	6 478	9 756
zeitraumfremde Aufwendungen	5 800	4 188	13 349
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	55 900	57 807	69 561
Betriebliche Aufwendungen	336 200	344 386	333 480
Betriebsergebnis	84 800	75 996	135 016
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2 500	2 557	19 168
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Finanzergebnis	2 500	2 557	19 168
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	87 300	78 553	154 184
sonstige Steuern	–8 100	–8 283	–14 166
Gewinn/Verlust	79 200	70 270	140 018

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (40 %)

Anzahl der Arbeiter: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (50 %)

Anlage 3 (2003)
(zu Kapitel 09 30 Titel 121 13)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	34 000	26 076	—	1. Abschreibungen	34 000	26 076	47 727
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	—	—	83 427	2. Betriebserträge	—	—	35 700
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	34 000	26 076	83 427	Finanzdeckung	34 000	26 076	83 427

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Ersatzinvestitionen bei Landmaschinen	34 000 EUR
Zusammen	34 000 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 199/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	79 200	70 270	140 018
+ Abschreibungen	46 800	47 806	47 727
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	34 000	26 076	83 427
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 ..			
Ablieferung Titel 121 13	92 000	92 000	104 318

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Derneburg, Landkreis Hildesheim, Regierungsbezirk Hannover

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

(LF 208 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	271 955	271 036	292 227
Tierproduktion	12 782	12 782	14 015
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	511	511	160
Summe Umsatzerlöse	285 248	284 329	306 402
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–2 079
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	2 860
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	135 134	128 999	161 313
Betriebliche Erträge	420 382	413 328	468 496

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	82 829	76 694	71 336
Tierproduktion	1 534	1 534	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	25 565	23 008	19 480
Summe Materialaufwand	109 928	101 236	90 816
Personalaufwand	128 845	128 846	128 337
Abschreibungen	47 806	48 470	44 766
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	39 369	34 598	36 655
Betriebsversicherungen	7 772	7 772	9 801
sonstiger Betriebsaufwand	6 478	6 647	9 756
zeitraumfremde Aufwendungen	4 188	5 282	13 349
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	57 807	54 299	69 561
Betriebliche Aufwendungen	344 386	332 851	333 480
Betriebsergebnis	75 996	80 477	135 016
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2 557	4 397	19 168
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Finanzergebnis	2 557	4 397	19 168
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	78 553	84 874	154 184
sonstige Steuern	–8 283	–8 283	–14 166
Gewinn/Verlust	70 270	76 591	140 018

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (40 %)

Anzahl der Arbeiter: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (50 %)

Anlage 3 (2002)
(zu Kapitel 09 30 Titel 121 13)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	26 076	33 029	—	1. Abschreibungen	26 076	33 029	47 727
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	—	—	83 427	2. Betriebserträge	—	—	35 700
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	26 076	33 029	83 427	Finanzdeckung	26 076	33 029	83 427

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Fortführung Heizungseinbau Betriebswohnungen	26 076 EUR
Zusammen	26 076 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	70 270	76 591	140 018
+ Abschreibungen	47 806	48 470	47 727
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	26 076	33 029	83 427
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 ..			
Ablieferung Titel 121 13	92 000	92 032	104 318

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Kloster Appingen, Landkreis Aurich, Regierungsbezirk Weser-Ems

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 170 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	—	—	—
Tierproduktion	434 394	434 394	385 572
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	683
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	434 394	434 394	386 255
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–912
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	3 983
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	11 760	11 760	38 623
Betriebliche Erträge	446 154	446 154	427 949

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	18 407	18 407	19 168
Tierproduktion	100 622	100 622	105 993
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	47 550	47 550	38 239
Nachlass/Skonto			–58
Summe Materialaufwand	166 579	166 579	163 342
Personalaufwand	153 388	153 388	136 352
Abschreibungen	46 016	46 016	45 465
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	38 347	38 347	48 665
Betriebsversicherungen	4 244	4 244	4 152
sonstiger Betriebsaufwand	28 172	28 172	27 741
zeitraumfremde Aufwendungen	7 363	7 363	4 373
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	78 126	78 126	84 933
Betriebliche Aufwendungen	444 109	444 109	430 096
Betriebsergebnis	2 045	2 045	–2 147
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	–5
Finanzergebnis	—	—	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2 045	2 045	–2 144
sonstige Steuern	–2 045	–2 045	–1 845
Gewinn/Verlust	—	—	–3 989

Anzahl der Angestellten: 2 davon 1 Teilzeitbeschäftigte

Anzahl der Arbeiter: 3

Anlage 4 (2003)
(zu Kapitel 09 30 Titel 682 12)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	7 669	42 437	6 265	1. Abschreibungen	46 016	46 016	41 476
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	35 791	1 534	17 215	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	3 982	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	2 556	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	2 556	2 045	11 456	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	46 016	46 016	41 476	Finanzdeckung	46 016	46 016	41 476

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Neudränungen	7 669 EUR

Zu 2.:

Güllewagen mit Breitverteiler	17 895 EUR
Kreiselheuer	8 181 EUR
Düngerstreuer	3 068 EUR
Dränagespülgerät	5 113 EUR
kleinere Maschinen und Geräte	1 534 EUR

Zu 6.:

Betriebsmittelaufstockung	2 556 EUR
Zusammen	46 016 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	—	—	– 3 989
+ Abschreibungen	46 016	—	42 465
+ Buchwertabgase beim Anlagevermögen	—	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	46 016	—	–41 476
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 12	—	—	—
Ablieferung Titel 121 12	—	—	—

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Kloster Appingen, Landkreis Aurich, Regierungsbezirk Weser-Ems

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

(LF 170 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	—	—	—
Tierproduktion	434 394	404 943	385 572
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	683
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	434 394	404 943	386 255
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–912
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	3 983
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	11 760	38 347	38 623
Betriebliche Erträge	446 154	443 290	427 949

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	18 407	18 407	19 168
Tierproduktion	100 622	101 236	105 993
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	47 550	44 482	38 239
Nachlass/Skonto			–58
Summe Materialaufwand	166 579	164 125	163 342
Personalaufwand	153 388	150 831	136 352
Abschreibungen	46 016	46 016	45 465
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	38 347	40 903	48 665
Betriebsversicherungen	4 244	3 835	4 152
sonstiger Betriebsaufwand	28 172	28 121	27 741
zeitraumfremde Aufwendungen	7 363	7 414	4 373
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	78 126	80 273	84 933
Betriebliche Aufwendungen	444 109	441 245	430 096
Betriebsergebnis	2 045	2 045	–2 147
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	–5
Finanzergebnis	—	—	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2 045	2 045	–2 144
sonstige Steuern	–2 045	–2 045	–1 845
Gewinn/Verlust	—	—	–3 989

Anzahl der Angestellten: 2 davon 1 Teilzeitbeschäftigte

Anzahl der Arbeiter: 3

Anlage 4 (2002)
(zu Kapitel 09 30 Titel 682 12)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	42 437	40 903	6 265	1. Abschreibungen	46 016	46 016	41 476
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	1 534	5 113	17 215	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	3 982	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	2 556	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	2 045	—	11 456	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	46 016	46 016	41 476	Finanzdeckung	46 016	46 016	41 476

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Modernisierungen im Milchviehstall	33 234 EUR
Befestigung eines Wirtschaftsweges	9 203 EUR

Zu 2.:

kleinere Maschinen und Geräte	1 534 EUR

Zu 6.:

Betriebsmittelaufstockung	2 045 EUR
Zusammen	46 016 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	—	—	– 3 989
+ Abschreibungen	46 016	46 016	45 465
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	46 016	46 016	– 41 476
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 12	—	—	—
Ablieferung Titel 121 12	—	—	—

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Hollanderhof, Landkreis Cuxhaven, Regierungsbezirk Lüneburg

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 150 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	102 800	103 300	78 812
Tierproduktion	69 000	69 000	70 380
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	2 600	3 438
Summe Umsatzerlöse	171 800	174 900	152 630
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	1 500
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	–6 150
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	70 300	67 750	51 262
Betriebliche Erträge	242 100	242 650	199 242

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	14 300	13 800	6 219
Tierproduktion	36 500	36 500	28 880
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	37 800	27 900	21 816
Summe Materialaufwand	88 600	78 200	56 915
Personalaufwand	73 700	97 800	96 323
Abschreibungen	34 100	25 900	25 917
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	22 400	19 900	16 482
Betriebsversicherungen	5 600	5 600	5 063
sonstiger Betriebsaufwand	17 400	16 600	15 064
zeitraumfremde Aufwendungen	4 400	4 200	10 035
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	49 800	46 300	46 644
Betriebliche Aufwendungen	246 200	248 200	225 799
Betriebsergebnis	–4 100	–5 550	–26 557
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	22
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–200	–200	–90
Finanzergebnis	–200	–200	–68
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–4 300	–5 750	–26 625
sonstige Steuern	–3 000	–3 000	–2 718
Gewinn/Verlust	–7 300	–8 750	–29 343

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (30 %)

Anzahl der Arbeiter: 1

Anlage 5 (2003)
(zu Kapitel 09 30 Titel 682 11)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	100 000	—	8 688	1. Abschreibungen	34 100	25 900	25 917
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	26 800	27 150	15 862	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 01)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	126 800	27 150	24 550	Finanzdeckung	34 100	25 900	25 917

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

Baumaßnahmen zur artgerechten Tierhaltung alternative Produktionszweige Tierproduktion	100 000 EUR

Zu 2.:

Ersatzbeschaffung für Hof- u. Feldwirtschaft	24 300 EUR
Geringwertige Wirtschaftsgüter	2 500 EUR
Zusammen	126 800 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	–7 300	–8 750	–29 343
+ Abschreibungen	34 100	25 900	25 917
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	2
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	126 800	27 150	24 550
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 11	–100 000	–10 000	–27 974

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Hollanderhof, Landkreis Cuxhaven, Regierungsbezirk Lüneburg

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

(LF 150 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	103 300	102 000	78 812
Tierproduktion	69 000	68 800	70 380
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	2 600	3 000	3 438
Summe Umsatzerlöse	174 900	173 800	152 630
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	1 500
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	–6 150
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	67 750	58 000	51 262
Betriebliche Erträge	242 650	231 800	199 242

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	13 800	12 000	6 219
Tierproduktion	36 500	38 900	28 880
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	27 900	21 500	21 816
Summe Materialaufwand	78 200	72 400	56 915
Personalaufwand	97 800	96 500	96 323
Abschreibungen	25 900	26 400	25 917
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	19 900	23 000	16 482
Betriebsversicherungen	5 600	5 500	5 063
sonstiger Betriebsaufwand	16 600	16 000	15 064
zeitraumfremde Aufwendungen	4 200	4 000	10 035
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	46 300	48 500	46 644
Betriebliche Aufwendungen	248 200	243 800	225 799
Betriebsergebnis	–5 550	–12 000	–26 557
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	22
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	–200	—	–90
Finanzergebnis	–200	—	–68
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–5 750	–12 000	–26 625
sonstige Steuern	–3 000	–3 000	–2 718
Gewinn/Verlust	–8 750	–15 000	–29 343

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (30 %)

Anzahl der Arbeiter: 1

Anlage 5 (2002)
(zu Kapitel 09 30 Titel 682 11)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	—	8 688	1. Abschreibungen	25 900	26 400	25 917
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	27 150	21 400	15 862	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	27 150	21 400	24 550	Finanzdeckung	25 900	26 400	25 917

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

4-Schar-Volldrehpflug	15 300 EUR
Ersatzbeschaffung für Hof- u. Feldwirtschaft	9 250 EUR
Geringwertige Wirtschaftsgüter	2 600 EUR
Zusammen	27 150 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	–8 750	–15 000	–29 343
+ Abschreibungen	25 900	26 400	25 917
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	2
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	27 150	21 400	24 550
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 11	–10 000	–10 000	–27 974

Wirtschaftsplan des Nieders. Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück, Landkreis Northeim, Regierungsbezirk Braunschweig

für das Wirtschaftsjahr 2002/2003

(LF 455 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	537 400	537 400	570 883
Tierproduktion	387 000	387 000	349 178
Forstwirtschaft, Jagd	2 600	2 600	5 526
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	76 700	76 700	74 845
Summe Umsatzerlöse	1 003 700	1 003 700	1 000 432
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–31 678
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	+50 518
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	191 300	191 300	209 798
Betriebliche Erträge	1 195 000	1 195 000	1 229 070

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	157 500	157 500	136 736
Tierproduktion	232 600	232 600	226 152
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	69 000	69 000	89 190
Summe Materialaufwand	459 100	459 100	452 078
Personalaufwand	275 000	275 000	283 282
Abschreibungen	98 200	98 200	91 448
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	87 300	87 300	85 558
Betriebsversicherungen	25 600	25 600	20 657
sonstiger Betriebsaufwand	16 900	16 900	28 887
zeitraumfremde Aufwendungen	16 900	16 900	15 946
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	146 700	146 700	151 048
Betriebliche Aufwendungen	979 000	979 000	977 856
Betriebsergebnis	216 000	216 000	251 214
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1 000	1 000	920
Finanzergebnis	–1 000	–1 000	–920
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	215 000	215 000	250 294
sonstige Steuern	111 000	11 000	10 812
Gewinn/Verlust	204 000	204 000	239 482

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte/r (75 %)

Anzahl der Arbeiter: 7

Anlage 6 (2003)
(zu Kapitel 09 50 Titel 121 12)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	68 200	28 000	87 498	1. Abschreibungen	98 200	98 200	91 448
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	30 000	70 200	—	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	16 607
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	–20 557
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	98 200	98 200	87 498	Finanzdeckung	98 200	98 200	87 498

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Umbau Maschinenunterstand	30 700 EUR
Bau von 2 Getreidesilos (je 450 t)	37 500 EUR

Zu 2.:

Hofschlepper (70 PS) für Stallarbeiten	30 000 EUR
Zusammen	98 200 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2002/2003 EUR	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	204 000	204 000	239 482
+ Abschreibungen	98 200	98 200	91 448
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	16 607
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	98 200	98 200	87 498
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 ..	—	—	—
Ablieferung Titel 121 12	204 000	204 000	260 039

Wirtschaftsplan des Nieders. Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück, Landkreis Northeim, Regierungsbezirk Braunschweig

für das Wirtschaftsjahr 2001/2002

(LF 455 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Umsatzerlöse			
Pflanzenproduktion	537 400	540 436	570 883
Tierproduktion	387 000	373 754	349 178
Forstwirtschaft, Jagd	2 600	2 556	5 526
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	76 700	76 694	74 845
Summe Umsatzerlöse	1 003 700	993 440	1 000 432
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–31 678
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	+50 518
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
sonstige betriebliche Erträge	191 300	206 562	209 798
Betriebliche Erträge	1 195 000	1 200 002	1 229 070

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	157 500	142 139	136 736
Tierproduktion	232 600	232 638	226 152
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
sonstiger Materialaufwand	69 000	63 911	89 190
Summe Materialaufwand	459 100	438 688	452 078
Personalaufwand	275 000	296 549	283 282
Abschreibungen	98 200	97 145	91 448
sonstige betriebliche Aufwendungen			
Unterhaltung	87 300	92 033	85 558
Betriebsversicherungen	25 600	25 565	20 657
sonstiger Betriebsaufwand	16 900	16 873	28 887
zeitraumfremde Aufwendungen	16 900	16 873	15 946
Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	146 700	151 344	151 048
Betriebliche Aufwendungen	979 000	983 726	977 856
Betriebsergebnis	216 000	216 276	251 214
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1 000	1 023	920
Finanzergebnis	–1 000	–1 023	–920
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	215 000	215 253	250 294
sonstige Steuern	11 000	10 737	10 812
Gewinn/Verlust	204 000	204 516	239 482

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte/r (75%)

Anzahl der Arbeiter: 7

Anlage 6 (2002)
(zu Kapitel 09 50 Titel 121 12)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR	Finanzierung	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	28 000	—	87 498	1. Abschreibungen	98 200	97 145	91 448
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	70 200	97 145	—	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	16 607
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	–20 557
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	98 200	97 145	87 498	Finanzdeckung	98 200	97 145	87 498

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Bodenwaage 60 t	15 300 EUR
Getreideunterflurbelüftung für Lager Erichsburg	12 700 EUR

Zu 2.:

Rundballenpresse	20 500 EUR
Drehflug	20 500 EUR
Schutzgasschweißgerät	2 100 EUR
Zweiter PC für Büro	1 500 EUR
Folienwickelgerät für Silageballen	25 600 EUR
Zusammen	98 200 EUR

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2001/2002 EUR	Ansatz Wj. 2000/2001 EUR	Ist Wj. 1999/2000 EUR
+/– Gewinn/Verlust	204 000	204 516	239 482
+ Abschreibungen	98 200	97 145	91 448
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	16 607
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	98 200	97 145	87 498
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 ..	—	—	—
Ablieferung Titel 121 ..	204 000	204 516	260 039

Wirtschaftsplan der Hengstparade für das Hj. 2003

I. Erfolgsplan

	Aufwendungen				Erträge		
	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2000 EUR
1. Personalkosten	103 000	103 000	109 768	1. Eintrittskarten- und Programmverkauf	691 000	691 000	698 477
2. Personalkosten Turniersportteilnahme	5 000	5 000	7 951	2. Standgelder	6 000	6 000	5 059
3. Dienstleistungen Außenstehender	56 000	56 000	54 266	3. Vermischte Einnahmen	40 000	40 000	46 204
4. Geschäftsbedarf einschl. Werbung	96 000	96 000	110 944				
5. Post- und Fernmeldegebühren	26 000	26 000	31 141				
6. Mieten	153 000	153 000	154 110				
7. Unterhaltung des Paradeplatzes	9 000	9 000	8 810				
8. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20 000	20 000	19 632				
9. Nicht aufteilbarer sonstiger Aufwand	20 000	20 000	21 517				
10. Steuern	2 000	2 000	2 081				
11. Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Landgestüt (09 50 – 261 10)	33 000	33 000	32 940				
Summe der Aufwendungen	523 000	523 000	553 160	Summe der Einnahmen	737 000	737 000	749 740

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

			Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ist 2000 EUR
Erträge			737 000	737 000	749 740
Aufwendungen			523 000	523 000	553 160
+/– Endergebnis:	**Ablieferung**	09 50 –121 13	214 000	214 000	196 580
	Zuschuss	09 50 – 682 ..	—	—	—

Wirtschaftsplan der Hengstparade für das Hj. 2002

I. Erfolgsplan

	Aufwendungen				Erträge		
	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR		Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. Personalkosten	103 000	99 702	109 768	1. Eintrittskarten- und Programmverkauf	691 000	690 244	698 477
2. Personalkosten Turniersportteilnahme	5 000	2 556	7 951	2. Standgelder	6 000	4 090	5 059
3. Dienstleistungen Außenstehender	56 000	56 242	54 266	3. Vermischte Einnahmen	40 000	39 370	46 204
4. Geschäftsbedarf einschl. Werbung	96 000	97 145	110 944				
5. Post- und Fernmeldegebühren	26 000	25 565	31 141				
6. Mieten	153 000	153 388	154 110				
7. Unterhaltung des Paradeplatzes	9 000	10 226	8 810				
8. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20 000	16 873	19 632				
9. Nicht aufteilbarer sonstiger Aufwand	20 000	25 565	21 517				
10. Steuern	2 000	5 112	2 081				
11. Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Landgestüt (09 50 – 261 10)	33 000	31 700	32 940				
Summe der Aufwendungen	523 000	524 074	553 160	Summe der Einnahmen	737 000	733 704	749 740

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

			Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 EUR
Erträge			737 000	733 704	749 740
Aufwendungen			523 000	524 074	553 160
+/– Endergebnis:	**Ablieferung**	09 50 –121 13	214 000	209 630	196 580
	Zuschuss	09 50 – 682 ..	—	—	—

Einzelplan 09

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

– Ernährung und Landwirtschaft –

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 01 Ministerium

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 3	4	4	4	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	12	12	12	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	18	18	17	Ministerialrat/-rätin
A 15	16	16	17	Direktor/-in
A 14[4])	13	13	10	Oberrat/-rätin
A 13[4])	4	4	3	Rat/Rätin
A 13	24	24	23	Oberamtsrat/-rätin
A 12	24	24	25	Amtsrat/-rätin
A 11	15	15	14	Amtmann/-männin/-frau
A 10	11	11	7	Oberinspektor/-in
A 9	—	—	4	Inspektor/-in
A 9[3])	2	2	2	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in
	149	149	144	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
B 3	1	1	2	Ltd. Ministerialrat/-rätin
B 2	2	2	2	Ministerialrat/-rätin
A 16	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 13	2	5	6	Oberamtsrat/-rätin
A 9	1	1	1	Amtsinspektor/-in
	7	10	12	Zusammen
				Leerstellen:
B 2[2])	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 15[2])	—	—	1	Direktor/-in
A 14[2])	1	1	2	Oberrat/-rätin
A 13[2])	—	—	1	Rat/Rätin
A 13[2])	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[2])	3	3	3	Amtsrat/-rätin
A 9[2])	—	—	1	Amtsinspektor/-in
	6	6	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[2]) kw.

[3]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4]) 1 Stelle der Bes.-Gr. A 13 oder A 14 darf nur mit einem/einer Veterinärbeamten/-in besetzt werden, der/die von vornherein für längstens 5 Jahre im Ministerium als Referent/-in beschäftigt werden soll.

Erläuterungen zum Stellenplan

Beamte

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 – Ministerialrat/-rätin	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 16 – Ministerialrat/ -rätin –	1	infolge Umsetzung von Bes.-Gr. B 2
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	4	infolge Intensivierung des Verbraucherschutzes und des ökologischen Landbaues
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 09 05
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	1	infolge Intensivierung des Verbraucherschutzes und des ökologischen Landbaues
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau –	2	infolge Hebung von Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	6	infolge Hebung von Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 10 04 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 09 10
Zusammen	18	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2 – Ministerialrat/-rätin	1	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 16
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 09 05
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1	infolge Bereitstellung Wertigkeit Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau –	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 6
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	2	infolge Hebung nach Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	6	infolge Hebung nach Bes.-Gr. A 10
Zusammen	13	
Bleibt Zugang	5	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 5 (A 16)

[5]) 1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2002 (für die Tierschutzbeauftragte/den Tierschutzbeauftragten) infolge ZV bis 2003 (2003).

und Nr. 6 (A 11)

[6]) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).

sind gestrichen worden.

Erläuterungen für 2002:

Stellen zu 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Ltd. Ministerialrat/-rätin
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrat/-rätin
Zusammen	2	

Erläuterungen für 2003:

Stellen zu 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	3	Oberamtsrat/-rätin
Zusammen	3	

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 14	2	2	2	Oberrat/-rätin
	2	2	2	Zusammen
				Angestellte
I (übertariflich)	1	1	1	
I a	1	1	1	
III	4	4	4	
IV a	3	3	3	
IV b[1])	3	3	3	
V b	4	4	5	
V c	10	10	10	
VI b[1])	21	21	21	
VII	2	2	2	
VIII	2	2	2	
IX b–VII[2])	15	16	17	
	66	67	69	Zusammen
				Leerstellen:
IX b–VII[3])	2	2	3	
	2	2	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/ des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[3]) kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Erläuterungen für 2002:

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge Zunahme der EDV-Prüfungstätigkeit in der EU-Zahlstelle
Zusammen	1	

Abgänge:		
Verg.-Gr. V b	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 4
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge Einsparung zur Abdeckung des Mehrbedarfs für die Stellenhebungen A 9/A 10
Verg.-Gr. III	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	2	

Erläuterungen für 2003:

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 5
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (V b)
([4]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 30. 4. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).)
ist gestrichen worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 (IX b–VII)
([5]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).)
ist gestrichen worden.

Leerstellen:
Abgang:

Verg.-Gr. IX b–VII	1	teilweiser Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 3

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
4	6	6	6		
2 a	3	3	5		
1	—	—	—		
	9	9	11	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a	2	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 1
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (2 a)
([1]) 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).)
ist gestrichen worden.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 05 Ernährung und Vermarktung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 15	4	4	4	Direktor/-in
A 14[2])	3	3	3	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
	9	9	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) 1 Stelle kw zum 30. 11. 2006.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf die Bezirksregierungen.

Beamte

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 09 10
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 09 01
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 10
Zusammen	2	

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[1])
IV a	8	8	9	
IV b	42	42	34	
	50	50	43	Zusammen
				Leerstellen:
IV a	1	1	1	

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf die Bezirksregierungen.

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	8	neue Stellen infolge Durchführung des nationalen Kontrollprogramms bei Futtermitteln
Zusammen	8	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 04 01
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	7	

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[9])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	12	12	12	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	18	18	18	Direktor/-in
A 14	38	38	37	Oberrat/-rätin
A 13	17	17	18	Rat/Rätin
A 13[8])	21	21	21	Oberamtsrat/-rätin
A 12	55	55	55	Amtsrat/-rätin
A 11	85	85	85	Amtmann/-männin/-frau
A 10[1])	75	75	73	Oberinspektor/-in
A 9	25	25	25	Inspektor/-in
A 9[5])	10	10	10	Amtsinspektor/-in
A 8	24	24	24	Hauptsekretär/-in
A 7	24	24	24	Obersekretär/-in
A 6	6	6	7	Sekretär/-in
	410	410	409	Planstellen insgesamt
				Stellen zu 422 31:
A 16	—	1	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	2	2	2	Direktor/-in
A 13	2	5	7	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin
	6	10	13	Stellen insgesamt
				Leerstellen:
A 13[6])	—	—	1	Rat/Rätin
A 11[6])	2	2	3	Amtmann/-männin/-frau
A 10[6])	4	4	3	Oberinspektor/-in
A 9[6])	6	6	5	Inspektor/-in
A 7[6])	1	1	2	Obersekretär/-in
	13	13	14	Leerstellen insgesamt

Von den planmäßigen Beamten/innen entfallen auf die Sonderlaufbahn „technischer Dienst“:

Bes.-Gr.	höherer Dienst 2003	2002	2001	Bes.-Gr.	gehobener Dienst 2003	2002	2001	Bes.-Gr.	mittlerer Dienst 2003	2002	2001
A 16	6	6	6	A 13	15	15	15	A 9	8	8	8
A 15	13	13	13	A 12	42	42	42	A 8	18	18	18
A 14	21	21	20	A 11	55	55	56	A 7	20	20	21
A 13	8	8	10	A 10	27	27	26	A 6	4	4	6
Insges.	48	48	49		139	139	139		50	50	53

Haushaltsvermerke

Allgemeiner HV zum Stellenplan, zu den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen:

55 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge Zielvereinbarung bis 2003. Zahl, Wertigkeit und Zeitpunkt stehen unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung in der Landwirtschaftsverwaltung.

[1]) 13 Stellen kw zum 31. 12. 2006.

[5]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[6]) kw.

[8]) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[9]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bezirksregierungen	29
Ämter für Agrarstruktur:	381

Erläuterungen zu 2002:

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 09 05
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor-in –	3	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 10 04
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 10 04
Zusammen	5	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 05
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 10
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 4
Zusammen	4	
Bleibt Zugang	1	

Stellen zu 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Leitende(r) Direktor/-in
Bes.-Gr. A 13	2	Oberamtsrat/-rätin
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (14 Stellen kw zum 31. 12. 2002.) ist geändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 zu Bes.-Gr. A 6 (1 Stelle kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).) ist gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 10 zu Bes.-Gr. A 10 (1 Stelle kw zum 31. 12. 2001.) ist gestrichen worden.

Erläuterungen zu 2003:

Stellen zu 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Leitende(r) Direktor/-in
Bes.-Gr. A 13	3	Oberamtsrat/-rätin
Zusammen	4	

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 10 Agrarstrukturverwaltung

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte[10])
A 13	—	—	—	Assessor/-in
A 10	5	5	5	Oberinspektor/-in z. A.
A 9	4	4	4	Inspektor/-in z. A.
A 6	3	3	3	Sekretär/-in z. A.
	12	12	12	Zusammen
				Angestellte[10])
I a	1	1	1	
II a	—	—	—	
III	17	17	17	
IV a	128	128	128	
IV b	29	29	29	
V b[22])	16	16	17	
V c[5])[20])	105	105	104	
VI b[13])	86	87	87	
VII[5])[18])[19])[21])	80	84	86	
VIII[17])	30	30	31	
IX b	—	—	1	
IX b–VII[1])[15])[16])	36	36	36	
	528	533	537	Zusammen
				Leerstellen
IV a[3])	1	1	2	
IV b[3])	1	1	—	
V b[3])	2	2	2	
V c[3])	4	4	5	
VI b[3])	10	10	9	
VII[3])	12	12	11	
VIII[3])	5	5	6	
IX b–VII[3])	5	5	4	
	40	40	39	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[3]) kw.

[5]) Je 1 Stelle kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

[10]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[13]) 5 Stellen kw zum 31. 12. 2006.

[15]) 1 Stelle darf auf Dauer nur zu $^3/_4$ besetzt werden.

[16]) 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden.

[17]) 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden.

[18]) 1 Stelle darf auf Dauer nur zu $^1/_4$ besetzt werden.

[19]) 1 Stelle wird zur Hälfte bei Kapitel 09 01 genutzt.

[20]) 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden (Einsparung 1998).

[21]) 7 Stellen kw; davon
2 Stellen kw zum 31. 12. 2004
3 Stellen kw zum 31. 12. 2005,
2 Stellen kw zum 31. 12. 2006.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bezirksregierungen	—
Ämter für Agrarstruktur:	12

Angestellte

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bezirksregierungen	11
Ämter für Agrarstruktur:	517

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 10 04
Zusammen	1	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 12
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 14
Verg.-Gr. VII	2	infolge tlw. Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 21
Verg.-Gr. IX b	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 9
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	4	

Leerstellen:

Zugänge:		
Verg.-Gr. IV b	1	neu ausgebracht wegen Gewährung von Erziehungsurlaub
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	
Zusammen	4	

Abgänge:		
Verg.-Gr. IV a	1	teilweiser Vollzug des Haushaltsvermerks
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. VIII	1	
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 zu Verg.-Gr. IX b (kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).) ist gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 12 zu Verg.-Gr. V b (1 Stelle kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).) ist gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 14 zu Verg.-Gr. VIII (1 Stelle kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).) ist gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr 21 (11 Stellen kw; davon 2 Stellen kw zum 31. 12. 2001, 2 Stellen kw zum 31. 12. 2002, 2 Stellen kw zum 31. 12. 2004, 3 Stellen kw zum 31. 12. 2005, 2 Stellen kw zum 31. 12. 2006.) ist geändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 22 (1 Stelle VI b kw zum 31. 12. 2002, 2 Stellen VII kw zum 31. 12. 2002) ist geändert worden.

Erläuterungen für 2003:

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	4	infolge teilweisen Vollzugs der kw-Vermerke Nr. 21 und Nr. 22 (je 2 Stellen)
Verg.-Gr. VI b	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks Nr. 22
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	5	

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 13	26	26	26	Referendar/-in
A 9	4	4	4	Inspektor/-in-Anwärter/-in
	30	30	30	Zusammen
				Arbeiter/-innen
6	1	1	1	
5a	1	1	—	
5	1	1	1	
4	32	32	32	
2 a[1])	4	4	4	
1	—	—	—	
	39	39	38	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 Stelle kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers der Lohnkostenzuschussmaßnahme.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 5 a	1	umgesetzt von Kap. 13 21 Tit. 429 61

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 30 Domänenverwaltung

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
				Planmäßige Beamte/-innen[1])	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 14	2	2	2	Oberrat/-rätin	
A 12	1	1	1	Amtsrat/-rätin	
A 11	4	4	4	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	2	2	2	Oberinspektor/-in	
	9	9	9	Planstellen insgesamt	
				Stellen zu 422 31:	
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin	
A 11	—	—	—	Amtmann/-männin/-frau	
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in	
	2	2	2	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf die Ortsinstanz.

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
				Angestellte	[2]) 1 Stelle kw gem. Nr. 6 Abs. 2 Allgemeine Bestimmungen 2001.
V b	6	6	6	Verwaltungsdienst	[3]) 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden (Domänenamt Norden).
V c[2])	4	4	4		[4]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
VI b	1	1	1		
VII	3	3	3		
IX b–VII[1])[3])	3	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst	
IV a	1	1	1	Technischer Dienst	
V c	1	1	1		
	19	19	19	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf die Ortsinstanz.

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (1 Stelle kw zum 31. 12. 2001.) ist geändert worden.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 31 Moorverwaltung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
A 11	1	1	1	Aufsteigende Gehälter: Amtmann/-männin/-frau

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[2])
V b	1	1	1	Verwaltungsdienst
V c	1	1	1	
VI b	1	1	1	
VII	1	1	1	
IX b–VII[1])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
I b	1	1	1	Technischer Dienst
IV a	1	1	1	
IV b	2	2	2	
V c	1	1	1	
	10	10	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 40 Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

STELLENPLAN

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	4	4	4	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	5	5	5	Direktor/-in
A 14	9	9	11	Oberrat/-rätin
A 13	6	6	3	Rat/Rätin
	24	24	23	Planstellen insgesamt

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	4	Mehrbedarf durch die Einrichtung einer Task-Force

Stellenabgänge durch Verlagerung der Aufgaben auf das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (09 41).

STELLENÜBERSICHTEN

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[1])
I b	—	—	1	Tierärztlicher Dienst
II a	—	—	2	Technischer Dienst
IV a	—	—	1	
IV b	—	—	2	
VII	—	—	1	
	—	—	7	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Stellenabgänge durch Verlagerung der Aufgaben auf das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (09 41).

BEDARFSNACHWEISE

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst[1])
A 13	22	22	22	Referendar/-in

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 41 Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[4])
				Aufsteigende Gehälter:
B 4	1	1	—	Präsident/-in
B 2	1	1	—	Vizepräsident/-in
A 16	3	3	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	17	17	14	Direktor/-in
A 14	45	45	41	Oberrat/-rätin
A 13	42	42	40	Rat/Rätin
A 12	5	5	2	Amtsrat/-rätin
A 11	5	5	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	—	Oberinspektor/-in
A 9[2])	2	2	2	Amtsinspektor/-in
	122	122	101	Zusammen
				Leerstellen:
A 14[3])	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13[3])	4	4	4	Rat/Rätin
	5	5	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) kw

[4]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

	Stellen	
Zugänge:		
Bes.-Gr. B 4	1	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes
Bes.-Gr. B 2	1	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes
Bes.-Gr. A 16	1	Mehrbedarf durch die Einrichtung einer Task-Force
Bes.-Gr. A 15	3	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes
Bes.-Gr. A 14	4	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes, Umsetzung von 2 Stellen aus Kapitel 09 40 und 1 Stelle für BSE-Diagnostik
Bes.-Gr. A 13	2	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes und eine Stelle Umsetzung aus Kapitel 09 40
Bes.-Gr. A 12	3	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes
Bes.-Gr. A 11	5	davon 4 für Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes 1 für Mehrbedarf durch die Einrichtung einer Task-Force
Bes.-Gr. A 10	1	Umsetzung aus Kapitel 03 05
Bes..-Gr. A 9	1	Umwandlung von einer Stelle der Verg.-Gr. V c
Zusammen	22	
Abgänge:		
Bes.-Gr. A 9	1	Einsparung (infolge Zugang 1 Stelle der Verg.-Gr. IV b aus 03 10)
verbleibt Zugang	21	

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 41 Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[7])
IV a	2	2	—	Verwaltungsdienst
IV b	4	4	—	
V b	5	5	5	
V c	3	3	3	
VI b	2	2	2	
VII[13])	15	15	10	
VIII[1])[13])	7	7	7	
VIII/VII[4])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
IX b–VII[3])[5])[13])	17	17	17	
I b[12])	2	2	1	Technischer Dienst/
II a	4	4	2	Ärztlicher Dienst/
IV a	1	1	—	Sonstiger Dienst
IV b	9	9	7	
V b[8])[14])	52	52	52	
V c[13])[17])	109	109	104	
VI b[13])	60	60	56	
VII[16])[17])	20	21	14	
VIII	4	4	3	
IV a	—	—	2	Datenverarbeitung
IV b	—	—	3	
VII	—	—	2	
I b	4	4	4	Tierärztlicher Dienst
II a	6	6	6	
	327	328	301	Zusammen
				Leerstellen:
VII[2])	1	1	1	Verwaltungsstellen
V c[2])	1	1	1	
IX b–VII[2])	2	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst
V b[2])	1	1	1	Technischer Dienst
V c[2])	8	8	8	
VI b[2])	6	6	6	
VII[2])	3	3	3	
IV b[2])	1	1	1	Datenverarbeitung
	23	23	23	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Eine Stelle darf zur Hälfte für eine Angestellte/einen Angestellten in Anspruch genommen werden, die/der der Funktion Schreib- und Fernschreibdienst zuzuordnen ist.

[2]) kw

[3]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. VIII (Fallgruppe 4) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[5]) 1 Stelle darf mit Halbtagskräften im Schreibdienst besetzt werden, die unter die Fallgruppe 4 der Verg.-Gr. VIII fallen.

[7]) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[8]) 3 Stellen ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber, davon:
2 im LUA Braunschweig und
1 im BUA Lüneburg.

[12]) 1 Stelle ku in eine Halbtagsstelle.

[13]) Folgende Stellen dürfen nur anteilig besetzt werden:
halbtags:
1 Stelle IX b–VII im BUA Lüneburg
1 Stelle VI b (TD) im BUA Lüneburg (siehe auch Nr. 9)
1 Stelle VI b (TD) im LUA Braunschweig
2 Stellen VIII (VD) im LUA Braunschweig
1 Stelle VII (VD) im LUA Braunschweig
1 Stelle V c (TD) im LUA Braunschweig
3 Stellen V c (TD) im VUA Oldenburg
1 Stelle VI b (TD) im VUA Oldenburg
1 Stelle IX b–VII im VUA Oldenburg.
zu einem Viertel:
1 Stelle V c (TD) im VUA Oldenburg.

[14]) 1 Stelle darf im VUA Hannover zur Hälfte nur bis Verg.-Gr. VII besetzt werden.

[17]) 1 Stelle V c (TD) kw zum 31. 8. 2003,
1 Stelle VII (TD) kw zum 30. 9. 2003 infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Zugänge:	Stellen	
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. I b	1	Umsetzung aus Kapitel 09 40
Verg.-Gr. II a	2	
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. IV b	2	
Verg.Gr. V c	5	Mehrbedarf für BSE-Diagnostik
Verg.-Gr. VI b	5	Mehrbedarf für BSE-Diagnostik
Verg.-Gr. VII	7	1 Stelle Umsetzung aus Kapitel 09 40, 6 Stellen Mehrbedarf für BSE-Diagnostik
Verg.-Gr. VIII	1	Mehrbedarf für BSE-Diagnostik
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. IV b	1	Umsetzung auf Dauer aus 03 10
Verg.-Gr. IV a	2	Umwandlung von ADV
Verg.-Gr. IV b	3	Umwandlung von ADV
Verg.-Gr. V c	1	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes
Verg.-Gr. VII	5	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes und 2 Stellen Umwandlung von ADV
Zusammen	36	

Abgänge:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V c	1	Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 9
Datenverarbeitung		
Verg.-Gr. IV a	2	Umwandlung in Verwaltungsdienst
Verg.-Gr. IV b	3	
Verg.-Gr. VII	2	
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. VI b	1	Vollzug kw-Vermerk Nr. 15
Zusammen	9	
Bleibt Zugang	27	

Die Stelleninhaber/-innen, die am Tage vor der Übernahme in den Landesdienst am 1. 8. 1977 im Dienste eines kommunalen chemischen Untersuchungsamtes standen, erhalten eine Grundvergütung nach den tariflichen Regelungen der VkA.

Sonstige Veränderungen:

Wegfall des Vermerks Nr. 15 (1 Stelle kw zum 28. 2. 2001 infolge Zielvereinbarung bis 2003) durch Vollzug.

Erläuterungen für 2003

Abgänge:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VII	1	Vollzug kw-Vermerk Nr. 16

Sonstige Veränderungen:
Wegfall des Vermerks Nr. 16 (1 Stelle VII (TD) kw zum 30. 11. 2002 infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2002).)

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 41 Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Jeweils 1 Stelle ku nach Ausscheiden der Stelleninhaber nach Lohn-Gr. 1 im BUA Lüneburg.
				Arbeiter/-innen	
6	2	2	2	Labordienst/Sonstiger Dienst/ Reinigungsdienst	
5 a	2	2	2	(hiervon 2 Hausmeister)	
5	3	3	3		
4[1])	15	15	14	(hiervon 2 Hausmeister)	
3[1])	12	12	12		
2 a	33	33	33		
2[3])	4	5	5		
1	1	1	1		
	(6)	(6)	(6)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	72	73	72	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes

Die Stelleninhaber/-innen, die am Tage der Übernahme in den Landesdienst am 1. 8. 1977 im Dienste eines kommunalen chemischen Untersuchungsamtes standen, erhalten einen Lohn nach den tariflichen Regelungen der VkA.

Erläuterungen für 2003

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2	1	Vollzug kw Vermerk Nr. 3 (1 Stelle kw zum 31. 12. 2002 infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003)

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 50 Gestütverwaltung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Landstallmeister/-in
A 14[1])	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 11	1	1	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	—	—	1	Oberinspektor/-in
A 9[1])[3])	1	1	1	Erste(r) Hauptsattelmeister/-in
A 8	1	1	1	Hauptsattelmeister/-in
A 7[1])	5	5	5	Obersattelmeister/-in
A 6	5	5	5	Sattelmeister/-in
A 6[2])	12	12	12	Gestüthauptwärter/-in
A 5[2])	42	42	42	Gestütoberwärter/-in
A 4[1])	6	6	6	Gestütwärter/-in
	76	76	76	Planstellen insgesamt

Haushaltsvermerke

[1]) je 1 DW.
[2]) 6 DW.
[3]) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Umsetzung von 10 04
Abgang:		
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Umsetzung nach 10 04

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V c	2	2	2	Verwaltungsdienst
VI b	1	1	1	
VII	1	1	1	
IX b–VII[1])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
I b	1	1	1	Technischer Dienst
V c[2])	1	1	—	
VI b	1	1	1	
VII[6])	1	1	1	Sonstige Dienste
	9	9	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
[2]) DW.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. V c	1	infolge Umwandlung

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	1	1	1	Kraftfahrdienst
4	5	5	6	Gestütbetriebsdienst
4	2	2	2	Handwerklicher Dienst
	8	8	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4 – Gestütbetriebsdienst –	1	infolge Umwandlung

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamte/-innen[4])	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 15	2	2	2	Fischereidirektor	
A 14	3	3	3	Fischereioberrat/-rätin	
A 13	2	2	2	Fischereirat/-rätin	
A 11	1	1	1	Regierungsamtmann/-männin/-frau	
A 9	3	3	3	Fischereiamtsinspektor/-in	
A 8	2	2	2	Fischereihauptsekretär/-in	
	13	13	13	Planstellen insgesamt	

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Landesamt für Ökologie	Staatl. Fischereiamt Bremerhaven	Zusammen
A 15	1	1	2
A 14	3	—	3
A 13	2	—	2
A 11	—	1	1
A 9	—	3	3
A 8	—	2	2
Zusammen	6	7	13

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Beamtete Hilfskräfte	
A 6	1	1	1	Fischereisekretär/-in z. A.	
	1	1	1	Zusammen	
				Angestellte	
V c	1	1	1	Verwaltungsdienst	
VII	1	1	1		
V c	1	1	1	Technischer Dienst	
VI b	1	1	1		
	4	4	4	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Die ausgebrachte Stelle entfällt auf das Staatliche Fischereiamt Bremerhaven.

Angestellte

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr. BAT	Landesamt für Ökologie	Staatl. Fischereiamt Bremerhaven	Zusammen
Verwaltungsdienst			
V c	—	1	1
VII	—	1	1
1			
Techn. Dienst			
V c	1	—	1
VI b	1	—	1
Zusammen	2	2	4

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 61 Fischereiverwaltung

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
8	6	6	6	Bootsleute	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Die ausgebrachten Stellen entfallen auf das Staatliche Fischereiamt Bremerhaven.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 71 Niedersächsisches Landesinstitut für Bienenkunde

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[4])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[1])	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 10	1	1	—	Oberinspektor/-in
	3	3	2	Planstellen insgesamt

Haushaltsvermerke

[1]) Die Stelle darf vorläufig nur nach Bes.-Gr. A 15 ausgeschöpft werden. Ausschöpfung nach Bes.-Gr. A 16 nur mit vorheriger Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Umwandlung

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V b	—	—	1	Verwaltungsdienst
VII	2	2	2	
IX b–VII[1])[4])	1	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
IV b	1	1	1	Technischer Dienst
V c	6	6	6	
VI b	2	2	2	
VII[2])[3])	4	4	4	
VIII	1	1	1	
II a	2	2	2	Sonstige Dienste
	19	19	20	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) 1 DW.

[3]) 1 Stelle kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers der Lohnkostenzuschussmaßnahme.

[4]) Die Stelle darf nur anteilig zu $^4/_5$ in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Umwandlung

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu ausgebracht worden.

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 10

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

– Landesforstverwaltung –

Vorwort zum Einzelplan 10

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

1. Der Einzelplan 10 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Landesforstverwaltung (LFV), und zwar

der Forstabteilung des Ministeriums	(Kap. 10 01)
der Allgemeinen Bewilligungen	(Kap. 10 02)
der Forstverwaltung (Hoheitsdezernate)	(Kap. 10 03)
der Forstämter	(Kap. 10 04)
des Forstplanungsamtes	(Kap. 10 05)
der Forstlichen Versuchsanstalt	(Kap. 10 06)
der Waldarbeitsschule	(Kap. 10 10)
des Personals des Klosterkammerforstbetriebes	(Kap. 10 11)

2. Der LFV sind vielfältige Aufgaben übertragen:
   - Bewirtschaftung von rd. 347 000 ha Landesforsten einschließlich rd. 5 300 ha Forsten des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds sowie rd. 200 ha Treuhandwald gem. § 7 LWaldG,
   - Umsetzung des Regierungsprogramms „Langfristige ökologische Waldentwicklung (LÖWE)“ mit dem Ziel einer naturnahen Bewirtschaftung der Landesforsten auf ganzer Fläche und jährlicher Umwandlung von rd. 2 000 ha in laubholzreiche Mischbestände,
   - Ausführung des Waldschutzgebietskonzepts zur Entwicklung und Sicherung typischer und seltener Waldgesellschaften in den Landesforsten auf rd. 100 000 ha (15 800 ha Nationalpark Harz, 4 200 ha Naturwälder, 62 000 ha Naturwirtschaftswälder, 5 700 ha lichte Wirtschaftswälder, 500 ha Kulturwirtschaftswälder, 3 500 ha Generhaltungswälder, 9 200 ha Sonderbiotope),
   - Betreuung von rd. 91 000 ha Körperschafts- und Genossenschaftsforsten gem. § 8 LWaldG gegen Kostenerstattung,
   - Fachaufsicht über rd. 25 000 ha Forsten des Allgemeinen Hannoverschen Kloster- und Studienfonds,
   - Forstfachliche Beratung von Kommunen auf rd. 23 000 ha,
   - Forst- und jagdhoheitliche Aufgaben einschl. der forstfachlichen Beratung der Forstbehörden (Landkreise/kreisfreie Städte) gem. § 5 LWaldG,
   - Aufstellung der forstlichen Rahmenplanung gem. § 10 LWaldG,
   - Förderung der nichtstaatlichen Forstwirtschaft und des Jagdwesens aus zweckgebundenen Mitteln,
   - Wahrnehmung allgemeiner Angelegenheiten der Holzwirtschaft (Säge- und Holzwerkstoffindustrie, Holzhandel und Werbung für den Holzverbrauch),
   - Erfüllung von Aufgaben in der Aus- und Fortbildung der Laufbahnen des gehobenen und höheren Forstdienstes sowie der Forstwirte,
   - Praxisbezogene Forschung und Entwicklung,
   - Information der Öffentlichkeit über Nutzen, Leistungen und Probleme der Forstwirtschaft, wie z. B. der jährliche Waldschadensbericht,
   - Umweltbildung u. a. durch Jugendwaldeinsätze in den Jugendwaldheimen und Unterstützung der Regionalen Umweltbildungszentren,
   - Unterstützung anderer Dienststellen auf dem Wege der fachlichen Amtshilfe.

3. Aufbau der Landesforstverwaltung

   Die Landesforstverwaltung hat ihre im Jahr 1997 begonnene Neuorganisation mit Ablauf des Forstwirtschaftsjahres 2001 abgeschlossen und ist jetzt in 45 Forstämter (vor der Organisation 80) und 340 Revierförstereien (vor der Organisation 452) gegliedert.

   Sie nimmt die forstbetrieblichen Aufgaben zweistufig wahr, insofern sind die Forstämter direkt dem Ministerium unterstellt.

   Die forst- und jagdhoheitlichen Aufgaben der Forstverwaltung einschließlich Belange des Waldes werden dagegen durch Einbindung jeweils eines Walddezernats in die Bezirksregierungen dreistufig wahrgenommen.

   Als Ergebnis der Organisationsreform, die neben der Strukturreform auch eine tiefgreifende Funktionalreform sowie breit angelegte Personalentwicklungsmaßnahmen umfasste, werden insgesamt 20% des Personals entbehrlich und sozialverträglich abgebaut.

   In dem 1994 eingerichteten Nationalpark Harz nimmt die Nationalparkverwaltung als Sonderdezernat der Bezirksregierung Braunschweig den Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich eines Niedersächsischen Forstamts sowie als obere Forst- und Jagdbehörde wahr. Hierfür sind Personal- und Sachkosten im Kapitel 10 04 mit jährlich rd. 4,6 Mio. EUR vorgesehen.

   Dem Ministerium sind als Stabsstellen das Forstplanungsamt in Wolfenbüttel, die Forstliche Versuchsanstalt in Göttingen und Escherode sowie die Waldarbeitsschule in Münchehof unterstellt.

B. Persönliche Verwaltungsausgaben

Auf die im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ aufgenommene „Allgemeine Bemerkung zur Veranschlagung der Personalausgaben“ wird hingewiesen.

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung – sind im Kapitel 20 77 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

D. Förderung des Privatwaldes

Neben den Ansätzen im Kapitel 10 02 sind im Einzelplan 09 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ je 13 Mio. EUR (2003 und 2002) (davon je 7,8 Mio. EUR Bundesmittel) für forstliche Maßnahmen enthalten. Weitere Mittel in Höhe von 0,7 Mio. EUR für forstliche Spezialberatung und 0,6 Mio. EUR für forstliche Standortkartierung sind in das Budget der Landwirtschaftskammern eingeflossen. Darüber hinaus werden die Personalausgaben für bis zu 30 an die Landwirtschaftskammern versetzte Forstbeamtinnen und Forstbeamte aus dem Einzelplan 10 in das Kammerbudget verlagert.

E. Erläuterungen zu den finanziellen Ergebnissen der LFV

1. Der vorliegende Epl. 10 weist Ausgaben von 184,0 Mio. EUR (2003) bzw 187,1 (2002) Mio. EUR aus. Darin sind alle unter Abschnitt A erläuterten Aufgaben der LFV enthalten.
2. Diese Daten eignen sich jedoch grundsätzlich nicht zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Landesforstbetriebes, da darin auch die Ausgaben für die Erfüllung der nicht forstbetrieblichen Aufgaben enthalten sind.

   Um die Wirtschaftlichkeit beurteilen zu können, sind in der forstlichen Erfolgsrechnung für den Landesforstbetrieb die Förderbeträge des Privatwaldes aus Landesförderprogrammen, die Dienstleistungen für Dritte - vor allem die Betreuung des Körperschafts- und Genossenschaftswaldes - , die Mehraufwendungen für die Waldentwicklung im Nationalpark Harz und die hoheitlichen und sonstigen behördlichen Aufgaben der LFV herauszurechnen.

   So bereinigt wird ausgehend von den Wirtschaftsergebnissen im Forstwirtschafts-/Haushaltsjahr 2000 und im Hinblick auf die immer noch angespannte Marktsituation nach den Sturmwürfen 1999 ein voraussichtlicher jährlicher Zuschuss für den Landesforstbetrieb von 30 Mio. EUR kalkuliert.
3. Bei diesem Betriebsergebnis, das laufend verbessert werden wird, ist zu berücksichtigen, daß die LFV im öffentlichen Interesse und weitergehend als im nicht öffentlichen Wald mit dem geplanten Waldschutzgebietskonzept, dem Waldumbau in Mischwälder und der vorbeugenden Kalkung der Waldböden gegen die Bodenversauerung zusätzliche erhebliche Mehraufwendungen und Mindererträge in Kauf nimmt.

   So verzichtet sie zusätzlich zur Nationalparkfläche (5%) auf 16% der Fläche als Folge der naturschutzrechtlichen Verpflichtungen und Schutzprogramme teilweise oder völlig auf die Nutzung von erntereifem und damit ertragreichem Holz.

   Der Mehraufwand/Minderertrag der LFV für die vorstehenden besonderen Aufgaben wird auf Basis der Ergebnisse des Forstwirtschaftsjahres 2000 mit 14 Mio. EUR kalkuliert.
4. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Landesforsten ein Aufbaubetrieb sind, also kein ausgeglichenes Altersklassenverhältnis der Baumarten aufweisen. Vielmehr überwiegen nach den umfangreichen Übernutzungen der Vergangenheit (Nachkriegsbedarf, wiederholte Sturm- und Brandkatastrophen) junge Waldbestände, die erst langsam in stärkere Dimensionen hineinwachsen und infolgedessen nur eingeschränkt genutzt werden können.

   Als Folge dieses ungünstigen Waldaufbaus können derzeit nur rd. zwei Drittel der insgesamt zuwachsenden Holzmenge genutzt werden. Damit erfolgt ein Aufbau des Holzvorrates, dessen Wert jedoch nur näherungsweise geschätzt werden kann und daher in der forstlichen Erfolgsrechnung nicht veranschlagt wird.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1001	Forstabteilung des Ministeriums	—	1.000	—	—	1.000	2.174.000	35.000
1002	Allgemeine Bewilligungen	1.738.000	4.000	—	—	1.742.000	—	103.000
1003	Forstverwaltung (Mittelinstanz)	—	6.000	—	—	6.000	1.439.000	64.000
1004	Forstämter	—	85.212.000	1.940.000	2.317.000	89.469.000	74.255.000	41.786.000
1005	Forstplanungsamt	—	17.000	—	—	17.000	3.884.000	2.047.000
1006	Forstliche Versuchsanstalt	—	43.000	137.000	—	180.000	4.447.000	964.000
1010	Niedersächsische Waldarbeitsschule	—	32.000	85.000	99.000	216.000	1.219.000	380.000
1011	Personal des Klosterkammerforstbetriebes	—	—	1.135.000	—	1.135.000	873.000	5.000
	Summe 2002	1.738.000	85.315.000	3.297.000	2.416.000	92.766.000	88.291.000	45.384.000
	Summe 2001	1.175.971	80.945.684	3.206.924	2.191.448	87.520.027	81.705.359	46.366.453
	2002 mehr/weniger (-)	562.029	4.369.316	90.076	224.552	5.245.973	6.585.641	-982.453

2002

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 10**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	2.209.000	-2.208.000	-2.366.770	158.770	—
3.512.000	—	—	255.000	3.870.000	-2.128.000	-2.908.638	780.638	—
—	—	—	—	1.503.000	-1.497.000	-1.388.055	-108.945	—
—	3.205.000	2.361.000	44.033.000	165.640.000	-76.171.000	-76.563.913	392.913	750.000
—	—	150.000	180.000	6.261.000	-6.244.000	-6.177.378	-66.622	—
—	65.000	95.000	123.000	5.694.000	-5.514.000	-5.426.390	-87.610	—
—	135.000	219.000	212.000	2.165.000	-1.949.000	-2.081.010	132.010	—
—	—	—	260.000	1.138.000	-3.000	316.233	-319.233	—
3.512.000	3.405.000	2.825.000	45.063.000	188.480.000	-95.714.000	-96.595.921	881.921	750.000
4.199.137	3.880.706	2.887.062	45.077.231	184.115.948				1.283.343
-687.137	-475.706	-62.062	-14.231	4.364.052				-533.343

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1001	Forstabteilung des Ministeriums	—	1.000	—	—	1.000	2.228.000	35.000
1002	Allgemeine Bewilligungen	1.738.000	4.000	—	—	1.742.000	—	103.000
1003	Forstverwaltung (Mittelinstanz)	—	6.000	—	—	6.000	1.361.000	64.000
1004	Forstämter	—	86.422.000	2.003.000	2.317.000	90.742.000	73.142.000	40.483.000
1005	Forstplanungsamt	—	17.000	—	—	17.000	3.803.000	2.047.000
1006	Forstliche Versuchsanstalt	—	48.000	142.000	—	190.000	4.427.000	964.000
1010	Niedersächsische Waldarbeitsschule	—	35.000	85.000	102.000	222.000	1.223.000	380.000
1011	Personal des Klosterkammerforstbetriebes	—	—	1.138.000	—	1.138.000	875.000	5.000
	Summe 2003	1.738.000	86.533.000	3.368.000	2.419.000	94.058.000	87.059.000	44.081.000
	Summe 2002	1.738.000	85.315.000	3.297.000	2.416.000	92.766.000	88.291.000	45.384.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	1.218.000	71.000	3.000	1.292.000	-1.232.000	-1.303.000

2003

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 10**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	2.263.000	-2.262.000	-2.208.000	-54.000	—
3.512.000	—	—	255.000	3.870.000	-2.128.000	-2.128.000	—	—
—	—	—	—	1.425.000	-1.419.000	-1.497.000	78.000	—
—	3.382.000	2.770.000	44.033.000	163.810.000	-73.068.000	-76.171.000	3.103.000	750.000
—	—	101.000	180.000	6.131.000	-6.114.000	-6.244.000	130.000	—
—	23.000	126.000	123.000	5.663.000	-5.473.000	-5.514.000	41.000	—
—	—	30.000	212.000	1.845.000	-1.623.000	-1.949.000	326.000	—
—	—	—	261.000	1.141.000	-3.000	-3.000	—	—
3.512.000	3.405.000	3.027.000	45.064.000	186.148.000	-92.090.000	-95.714.000	3.624.000	750.000
3.512.000	3.405.000	2.825.000	45.063.000	188.480.000				750.000
—	—	202.000	1.000	-2.332.000				—

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1001 Forstabteilung des Ministeriums

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	512	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	2
		A U S G A B E N					
412 10-9	512	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	511	—
422 10-4	512	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
427 31-9	512	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	4.000	4.000	3.835	2
441 01-0	512	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter ****Einseitig deckungsfähig zu Gunsten Kapitel 09 03 Titel 685 11. Der Ansatz vermindert sich um die Beihilfen für an die Landwirtschaftskammern versetzten Forstbeamtinnen und Forstbeamte.*	—	2.067.000	2.013.000	2.147.426	1.988
441 02-8	512	Beihilfen für Angestellte	—	12.000	12.000	14.776	10
441 03-6	512	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	12.000	12.000	11.657	11
441 06-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	19.736	3
443 01-2	512	Fürsorgeleistungen	—	82.000	82.000	68.002	81
443 02-0	512	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	511	—
443 10-1	512	Arbeitsmedizinische Betreuung der Bediensteten der Niedersächsischen Landesforstverwaltung	—	50.000	50.000	—	—
511 13-1	512	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	8
525 01-9	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	5
527 02-0	512	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	22
538 01-3	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	24
546 01-6	512	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
547 11-0	512	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	35.000	35.000	100.827	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-6	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-3	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-4	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 01

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu Kapitel 10 01

Es handelt sich um die Ausgaben der Forstverwaltung innerhalb der Abteilung 4 – Forsten und Holzwirtschaft, Waldökologie, sofern sie nicht bei 09 01 veranschlagt sind.

Zu 412 10

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

Zu 427 31

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses für den höheren Forstdienst. 25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 443 10

Bei diesem Titel werden Ausgaben gem. Arbeitssicherheitsgesetz für das gesamte Personal der Landesforstverwaltung gebucht. Die Aufgaben sind an ein privates Unternehmen übertragen worden.

Zu 511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1001 Forstabteilung des Ministeriums

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 10 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.000	1.000	511	
		Summe der Einnahmen		1.000	1.000	511	
		4 Personalausgaben	—	2.228.000	2.174.000	2.266.454	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	35.000	35.000	100.827	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.263.000	2.209.000	2.367.281	
		Zuschuss		2.262.000	2.208.000	2.366.770	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1002 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 61-7	549	Jagdabgabe * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		1.738.000	1.738.000	1.175.971	1.185
119 01-4	549	Vermischte Einnahmen ****Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		1.000	1.000	2.556	—
119 42-1	549	Rückzahlungen aus Zuwendungen des Landes ****Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		3.000	3.000	2.556	22
		A U S G A B E N					
546 01-0	549	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	—	—	—	—
686 10-5	549	Zuschüsse für Waldbrandversicherungen	—	614.000	614.000	613.550	629
686 11-3	549	Förderung der forstfachlichen Betreuung im Privatwald * *Übertragbar.*	—	700.000	700.000	1.431.617	946
686 12-1	549	Zuschüsse zur Entlastung privater Waldbesitzer von den Beiträgen für Aufgaben nach dem Wasserverbandsgesetz * *Übertragbar.* ****Die Ausgaben in 2003 dürfen nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen geleistet werden.*	—	562.000	562.000	562.421	670
686 13-0	549	Förderung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern * *Übertragbar.*	—	—	—	51.129	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung des Jagdwesens** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(1.738.000)	(1.738.000)	(1.073.713)	(1.175)
547 61-0	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	103.000	103.000	—	—
685 61-3	549	Sonstige Zuschüsse	—	1.380.000	1.380.000	1.073.713	1.175
981 61-1	990	Abführung an 10 04-381 66	—	255.000	255.000	—	—
TGr. 62		**Zuschüsse zur Förderung der Forst- und Holzwirtschaft**	(—)	(256.000)	(256.000)	(357.291)	(295)
683 62-9	549	Zuschüsse für Waldschutzmaßnahmen im Nichtstaatswald * *Übertragbar.*	—	100.000	100.000	204.517	70
685 62-1	549	Zuschüsse an Vereine, Verbände, Gesellschaften u. a. ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	156.000	156.000	152.774	225

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 02

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Zu 099 61

Einnahmen des Landes aus der Jagdabgabe gem. § 22 Abs. 2 des Niedersächsischen Jagdgesetz (NJagdG) vom 16. März 2001 (Nieders. GVBl. S. 100).

Die Einnahmen sollen bestimmungsgemäß für die Förderung jagdlicher Zwecke verwendet werden (vgl. Titelgruppe 61).

Zu 686 10

Nach dem Landeswaldgesetz vom 19. 7. 1978 (Nieders. GVBl. S. 596) gewährt das Land Niedersachsen Waldbesitzern Beihilfen in Höhe von 50 v. H. eines angemessenen Versicherungsschutzes.

Zu 686 11

Zur Sicherstellung der forstfachlichen Betreuung des Privatwaldes sollen Zuschüsse an die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse gewährt werden.

Zu 686 12

Wegen der besonderen Bedeutung des Waldes für die Allgemeinheit, insbesondere für den Wasserhaushalt und unter Berücksichtigung der überwiegend geringen wirtschaftlichen Nutzbarkeit der Grundstücke, sollen die Waldbesitzer durch Zuschüsse von den Beiträgen zur Unterhaltung der Gewässer entlastet werden.

Zu Titelgruppe 61

685 61

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Gestaltung von Lebensräumen (Biotopgestaltung) sowie für die Wiedereinbürgerung von Wild	150	150
2. Förderung der Jagdgebrauchshundehaltung	30	30
3. Jagdliche Ausstellungen	30	30
4. Jagdliche Forschungsaufträge	510	510
5. Förderung des jagdlichen Schießwesens	50	50
6. Jagdschutzmaßnahmen	70	70
7. Seehundaufzuchtstation Norden	15	15
8. Jägerlehrhof Jagdschloss Springe	150	150
9. Bekämpfung von Wildkrankheiten	50	50
10. Anlage von Hegebüschen, Vogelschutzhecken, Wildremisen, Äsungsflächen u. a.	260	260
11. Jagdliche Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung	65	65
Zusammen	1 380	1 380

Zu Titelgruppe 62

685 62

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik	64	64
2. Arbeitsgemeinschaft Holz	35	35
3. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	50	50
4. Deutscher Forstwirtschaftsrat	7	7
Zusammen:	156	156

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1002 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 10 02					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		1.738.000	1.738.000	1.175.971	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.000	4.000	5.112	
		Summe der Einnahmen		1.742.000	1.742.000	1.181.083	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	103.000	103.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3.512.000	3.512.000	4.089.721	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	255.000	255.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.870.000	3.870.000	4.089.721	
		Zuschuss		2.128.000	2.128.000	2.908.638	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1003 Forstverwaltung (Mittelinstanz)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-7	512	Gebühren und tarifliche Entgelte		5.000	5.000	5.113	5
119 01-8	512	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	11
		A U S G A B E N					
422 01-2	512	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.266.000	1.260.000	1.200.411	1.188
422 19-5	512	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	512	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	94.000	178.000	171.794	170
453 01-5	512	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	1.000	1.000	1.534	0
511 13-9	512	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	5
525 01-6	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	3
526 01-2	512	Sachverständige	—	—	—	—	—
527 01-9	512	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	15
546 01-3	512	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
547 11-7	512	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	64.000	64.000	19.940	—
		Abschluss Kapitel 10 03					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		6.000	6.000	5.624	
		Summe der Einnahmen		6.000	6.000	5.624	
		4 Personalausgaben	—	1.361.000	1.439.000	1.373.739	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	64.000	64.000	19.940	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.425.000	1.503.000	1.393.679	
		Zuschuss		1.419.000	1.497.000	1.388.055	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		503.000	509.000	444.466	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.928.000	2.012.000	1.838.145	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.922.000	2.006.000	1.832.521	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 03

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
26,20	26,20	26,20	25,70

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	26,20	26,20	—	24
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	26,20	26,20	—	24

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	26,20	26,20	—	24
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	26,20	26,20	—	24

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 266	1 260

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 266	1 260
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	109	191
43	Versorgungsbezüge	503	509
44	Beihilfen, Unterstützungen	36	37
45	Personalbezogene Sachausgaben	1	1
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	10	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 925	1 997

Beamte:

Lehrzulagen gem. RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002) in der jeweils geltenden Fassung

für 1 planmäßigen Beamten
mtl. 63,91 EUR und 15,98 EUR = 79,89 EUR = 958,68 EUR
rd. 1 000,00 EUR

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	812	Gebühren und tarifliche Entgelte		8.000	8.000	5.113	13
112 01-7	812	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.000	2.000	1.534	0
119 01-1	812	Vermischte Einnahmen		200.000	200.000	306.775	87
119 02-0	812	Einnahmen aus Veröffentlichungen		1.000	1.000	511	2
119 10-0	812	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		40.000	40.000	51.129	35
119 11-9	812	Einnahmen aus Führungen und Vorträgen		20.000	20.000	25.565	14
119 12-7	812	Rückzahlung von Überzahlungen		15.000	15.000	15.339	25
119 13-5	812	Ersatzleistungen		41.000	41.000	40.903	14
119 14-3	812	Haftungsentschädigung		26.000	26.000	25.565	10
121 11-3	812	Anteil am Reingewinn des Stadtforstes Bad Pyrmont		77.000	77.000	76.694	41
124 01-5	812	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung ****Für Dienstposten der Forstbetriebsbeamten des Außendienstes mit Revier oder mit funktionellen Aufgaben wird in der Dienstwohnung ein Arbeitszimmer mietfrei überlassen.*		1.900.000	2.000.000	6.442.278	6.252
124 10-4	812	Einnahmen aus Pacht- und Gestattungsverträgen		4.700.000	4.600.000	—	—
125 11-9	812	Holzverkäufe im Forstwirtschaftsjahr * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.* ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61. Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, daß eine Frühabfuhrprämie von der Einnahme abgesetzt wird.*		71.000.000	70.000.000	66.467.945	62.639
125 13-5	812	Einnahmen aus dem Verkauf von Schmuck- und Deckreisig, Forstsamen und -pflanzen im Forstwirtschaftsjahr		1.700.000	1.600.000	1.533.876	1.673
125 14-3	812	Entschädigungen für vorzeitigen Abtrieb von Beständen, Einn. aus der Ablösung von Berecht. und sonst. einmalige Abfindungen		128.000	128.000	127.823	96
129 01-7	812	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		750.000	750.000	511.292	917
132 01-8	812	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		120.000	120.000	81.807	176
132 02-6	812	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	—	51.129	56
235 01-1	812	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	283
281 10-2	812	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Betreuung von Körperschaftswald		302.000	292.000	281.875	266
281 11-0	812	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Betreuung von Genossenschaftswald		1.573.000	1.520.000	1.468.481	1.465
281 12-9	812	Erstattung von Kosten durch die Treuhandanstalt für die Bewirtschaftung von Forsten		—	—	—	15
281 13-7	812	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	1
282 67-2	512	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zur Förderung des Jugendwaldeinsatzes * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.*		128.000	128.000	127.823	272
282 99-0	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zu den Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	82
356 10-2	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds * *Vgl. K-Vermerk zu 711 01.*		1.500.000	1.500.000	1.533.876	1.345

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 04

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Es sind vorhanden

45 Forstämter
1 Teichwirtschaft in Ahlhorn

Für den Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich, den die Bezirksregierung Braunschweig (Nationalparkverwaltung Harz) als niedersächsisches Forstamt oder als obere Forst- und Jagdbehörde wahrnimmt, sind die Personal- und die Sachkosten in diesem Kapitel mit vorgesehen.

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf amtlicher Drucksachen, Vordrucke usw.

Zu 119 12

U.a. Steueranteile und Steuererstattungen.

Zu 119 14

Entschädigungen aus Anlass von Waldbränden, der Beschädigung forstlicher Anlagen sowie für Manöverschäden – sofern nicht Schäden an Forstwegen –.

Zu 121 11

Nach dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont über die Vereinigung des Gebietsteils Pyrmont mit Preußen vom 29. 11. 1921 in Verbindung mit dem Schlussprotokoll vom selben Tage (Nieders. GVBl. Sb. II, S. 7) sowie der Betriebssatzung für die Stadtforst Bad Pyrmont vom 2. 7. 1999 teilen sich das Land Niedersachsen und die Stadt Bad Pyrmont den Reingewinn oder Fehlbetrag des Eigenbetriebes „Stadtforst Bad Pyrmont“ zu gleichen Teilen.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	1 400	1 450
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	450	500
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	50	50
Zusammen	1 900	2 000

Zu 124 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Einnahmen aus Abbauverträgen	2 600	2 500
2. Sonstige Mieten und Pachten	2 100	2 100
Zusammen	4 700	4 600

Zu 125 11

Es werden voraussichtlich 1 450 000 Festmeter verkaufsfähiges Holz eingeschlagen und zum Preis von 48,28 EUR/Festmeter (2002) bzw. 48,97 EUR/Festmeter (2003) verkauft.

Aus Forstschutzgründen und zur Einsparung von Bekämpfungsmaßnahmen gegen den Borkenkäfer kann in gefährdeten Gebieten zur Beschleunigung der Holzabfuhr als sicherste Vorbeugungsmaßnahme eine Frühabfuhrprämie an den Holzkäufer aus dem bereits gezahlten Holzkaufgeld erstattet werden.

Die Frühabfuhrprämie beträgt 1,50-2,50 EUR/fm.

Zu 125 13

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Einnahmen aus dem Verkauf von		
1. Nicht aufgearbeitetem Derbholz	700	650
2. Weihnachtsbäumen	230	230
3. Schmuck- und Deckreisig	200	200
4. Forstsamen- und -pflanzen	550	500
5. Sonstiges	20	20
Zusammen	1 700	1 600

Zu 281 10 und 281 11

Entschädigung für die Betriebsplanung und Betriebsleitung im Körperschafts- und Genossenschaftswald.

Die Einnahmen liegen rd. 6 500 000 EUR unter dem Aufwand der Landesforstverwaltung für die Betreuung des Körperschafts- und Genossenschaftswaldes.

Zu 356 10

Durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds werden Aufwendungen für Baumaßnahmen (vgl. Titel 711 01) gedeckt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Zuweisungen und Zuschüsse zu sonstigen Betriebsmaßnahmen im Forstwirtschaftsjahr**		(84.000)	(84.000)	(84.363)	(8.714)
125 62-3	812	Sonstige Erlöse der Forstämter durch interne Verrechnung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		84.000	84.000	84.363	8.368
233 62-0	812	Zuweisungen von Gemeinden (GV) zur Unterhaltung von Wegen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	6
235 62-3	812	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	1
272 62-6	812	Sonstige Zuschüsse (Beihilfen) von der EG zur Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
281 62-5	812	Erstattungen von Sachkosten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Naturschutz- bzw. Landeswaldgesetz * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	182
282 62-1	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zur Unterhaltung von Wegen u. ä. * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	159
333 62-5	812	Zuweisungen von Gemeinden (GV) für Wegeneubauten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
342 62-4	812	Zuschüsse (Beiträge) Dritter für Wegeneubauten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		—	—	—	—
TGr. 64		**Jagdwesen**		(4.300.000)	(4.200.000)	(3.834.689)	(3.720)
119 64-0	812	Wildschadenabgeltung		90.000	80.000	—	—
124 64-3	812	Jagdpacht		900.000	800.000	—	—
125 64-0	812	Sonstige Einnahmen aus der Jagd		3.310.000	3.320.000	3.834.689	3.452
235 64-0	812	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
282 64-8	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	268
TGr. 65		**Fischereiwesen**		(225.000)	(225.000)	(214.743)	(228)
124 65-1	812	Fischereipacht		55.000	55.000	—	—
125 65-8	812	Sonstige Einnahmen aus der Fischerei * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		170.000	170.000	214.743	228
TGr. 66		**Schaugehege, einschl. Jagdschau Springe**		(990.000)	(980.000)	(664.679)	(828)
111 66-5	812	Eintrittsgelder aus Schaugehegen in den Forstämtern Saupark und Neuhaus sowie Jagdschloß Springe		—	—	613.550	744
124 66-0	812	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		70.000	60.000	—	—
125 66-6	812	Eintrittsgelder * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		614.000	614.000	51.129	84
129 66-1	812	Sonstige Einnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		51.000	51.000	—	—
235 66-6	812	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 125 64

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Einnahmen aus dem Verkauf von Wild und Wildbret	2 000	2 000
2. Jagdbetriebskostenbeiträge	600	610
3. Entgelt für Jagderlaubnisscheine	700	700
4. Sonstiges	10	10
Zusammen	3 310	3 320

Entgelte für die Jagdausübung werden in bestimmten Ausnahmefällen von Jagdgästen des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gem. Nr. 825 der Jagdnutzungvorschrift der Niedersächsischen Landesforstverwaltung (JNV) nicht erhoben. Der Haushaltsansatz berücksichtigt die entsprechende Mindereinnahme in Höhe von rd. 30 000 EUR.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
282 66-4	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		—	—	—	—
381 66-2	990	Zuführung von 10 02 - 981 61 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.*		255.000	255.000	—	—
TGr. 69		**Einnahmen für gemeindefreie Gebiete**		(350.000)	(350.000)	(255.646)	(348)
119 69-0	812	Gewerbesteuerausgleich * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		350.000	350.000	255.646	348
235 69-0	812	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		—	—	—	—
TGr. 70		**Zuweisungen und Zuschüsse für die Baudenkmalspflege**		(562.000)	(562.000)	(562.421)	(960)
235 70-4	184	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeits-. beschaffung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
333 70-6	184	Zuweisungen von Gemeinden für Baudenkmalspflegearbeiten * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
356 70-6	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		562.000	562.000	562.421	960
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				17.895	
		A U S G A B E N					
422 01-6	812	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets ****Einseitig deckungsfähig zu Gunsten Kapitel 09 03 Titel 685 11. Der Ansatz vermindert sich um die Personalausgaben fuer die an die Landwirtschaftskammern versetzten Forstbeamtinnen und Forstbeamte.*	—	69.034.000	69.887.000	64.914.435	25.154
422 04-0	812	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ****Vgl. Vermerk zu 427 04.*	—	849.000	849.000	849.256	703
422 05-9	812	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 10-5	812	Gebührenanteile und Pauschentschädigungen für Geschäftszimmeraufwand	—	179.000	179.000	178.952	158
422 19-9	812	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	812	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	212.000	422.000	645.864	662
425 01-5	812	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	7.327
425 03-1	812	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	1
425 31-7	812	Vergütung aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 41-4	812	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-1	812	Loehne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	—	—	—	33.745
426 03-8	812	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	714
426 04-6	812	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.500.000	1.500.000	—	1.451
426 06-2	812	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	84.000	84.000	102.258	111

Zu 356 70

Durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds werden die Aufwendungen für die Baudenkmalspflege (vgl. Titelgruppe 70) gedeckt.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
1 651,56	1 676,56	1 706,06	1 672,35

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	2,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	2,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	25,00	26,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	5,50
Summe Abgänge	25,00	31,50
Bleibt Abgang	25,00	29,50

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	606,30	606,30	—	661
Angestellte	186,16	186,16	—	202
Lohnempfänger/-innen	859,10	859,10	—	932
Insgesamt	1 651,56	1 651,56	—	1 795

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	615,48	615,48	—	662
Angestellte	188,98	188,98	—	203
Lohnempfänger/-innen	872,10	872,10	—	955
Insgesamt	1 676,56	1 676,56	—	1 820

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	69 034	69 887

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	69 034	69 887
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	3 410	3 576
43	Versorgungsbezüge	10 055	9 797
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 914	1 868
45	Personalbezogene Sachausgaben	1 018	1 068
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	511	–71
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		85 942	86 125

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 31-3	812	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer	—	—	—	—	55
427 01-8	812	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	67.000	67.000	51.129	67
427 02-6	812	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	381
427 10-7	812	Beschäftigungsentgelte an Praktikantinnen und Praktikanten	—	77.000	77.000	76.694	63
427 31-0	812	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	4.000	4.000	4.090	2
427 39-5	812	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	16.000	16.000	—	15
453 01-9	812	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	350.000	400.000	306.775	480
511 01-9	812	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchgegenstände	—	—	—	—	146
511 10-8	812	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	93
511 11-6	812	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	744
511 12-4	812	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	0
511 13-2	812	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	140
511 14-0	812	Schutzkleidungszuschüsse an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	—	—	—	5
514 01-8	812	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	902
517 01-7	812	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	2.082
517 10-6	812	Beiträge und Kosten im Flurbereinigungsverfahren	—	—	—	—	3
517 19-0	812	Reinigungskosten	—	—	—	—	69
517 59-9	812	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	261
518 01-3	812	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	86
518 02-1	812	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-0	812	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	1.192
519 02-8	812	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
519 10-9	812	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	4
525 01-0	812	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	109
526 01-6	812	Sachverständige	—	—	—	—	72
526 02-4	812	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-2	812	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	394
527 02-0	812	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	—	—	—	1
527 10-1	812	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	—	0
531 10-9	812	Veröffentlichungen	—	—	—	—	10
538 01-4	812	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	9
546 01-7	812	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	4
546 02-5	812	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	51.129	70

Zu 427 10

Studenten der Hochschulen und Fachhochschulen eines forstlichen Studienganges, die die vorgeschriebenen Praxissemester in der LFV ableisten, erhalten eine Vergütung von 153,39 EUR monatlich im ersten und von 306,78 EUR monatlich im zweiten Praxissemester.

Zu 427 31

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses für den gehobenen Forstdienst.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 453 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Trennungsgeld	200	200
2. Umzugskostenvergütungen	150	200
Zusammen	350	400

Zu 459 03

Die Forstbeamten als Revierleiter oder mit funktionaler Zuständigkeit erhalten eine Entschädigung (Aufwandsentschädigung) für die Reinigung, Heizung, Möblierung und Beleuchtung der Arbeitszimmer in Höhe von bis zu 40 EUR monatlich.

Zu 511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Zu 511 14

Die Landesforstverwaltung ist verpflichtet, für Praktikanten, die bei Außenarbeiten eingesetzt werden, die Körperschutzausrüstung zu stellen. Zur Vermeidung des damit verbundenen Verwaltungsaufwands wird den Praktikanten als Abgeltung ein einmaliger Pauschbetrag in Höhe von 103,00 EUR gezahlt.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1004 Forstämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 03-3	812	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	7
546 10-6	812	Geldentschädigungen an Stelle von Naturalabgaben	—	—	—	32.723	36
547 11-0	812	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	7.155.000	7.155.000	6.868.491	—
686 10-2	812	Abführung an den Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds	—	—	—	—	—
686 11-0	812	Anteil am Verlust des Stadtforstes Bad Pyrmont	—	—	—	—	—
711 01-8	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ** Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 356 10.*	—	2.477.000	2.300.000	2.428.636	1.768
711 02-6	812	Neubau und Sanierung von Kleinklär- und Abwasseranlagen für Forstsiedlungen und Einzelgehöfte	—	102.000	102.000	102.258	96
811 01-2	812	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	750.000 750.000 695.357	750.000	750.000	695.357	872
812 13-2	812	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	18
812 15-9	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50.000	50.000	—	6
821 02-6	812	Ablösungen von Berechtigungen Dritter	—	31.000	31.000	30.678	9
981 10-4	990	Abführung an 1321 - 381 10	—	44.033.000	44.033.000	44.566.910	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Holzernte im Forstwirtschaftsjahr** ** Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 35,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 11.* ****Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(20.000.000)	(20.000.000)	(20.489.511)	(16.778)
426 61-5	812	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen (Waldarbeiter/Waldarbeiterinnen)	—	—	—	—	—
547 61-7	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20.000.000	20.000.000	20.489.511	16.778
TGr. 62		**Sonstige Betriebsmaßnahmen im Forstwirtschaftsjahr** ** Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 62, 233 62, 235 62, 272 62, 281 62, 282 62, 333 62 und 342 62.* ****Abweichend von § 22 Landeswaldgesetz können vorübergehend bis zu einer beabsichtigten Änderung die Kosten für die Besetzung von Feuerwachtürmen auf privaten Grundstücken - ohne anteilige Erstattung - aus der Titelgruppe übernommen werden.*	(—)	(11.043.000)	(11.844.000)	(13.912.918)	(14.706)
459 62-9	812	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	12.000	12.000	12.271	3
547 62-5	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	9.593.000	10.639.000	12.363.038	13.441
711 62-0	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Betriebsgebäude)	—	87.000	87.000	86.920	86
761 62-7	812	Bau von Forstwegen und Wasserbauten	—	205.000	205.000	204.517	144

Zu 546 10

Geldentschädigung an Stelle von Berechtigungsholz.

Zu 686 10

Die Forsten des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds mit einer Fläche von 5 256 ha werden von den Dienststellen der Landesforstverwaltung gemeinsam mit den Landesforsten verwaltet.

Wirtschaftsüberschüsse bzw. Fehlbeträge werden, sofern sie 25,56 EUR/ha überschreiten, ausgezahlt bzw. vereinnahmt.

Vorsorglich Leertitel.

Zu 686 11

Nach dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont über die Vereinigung des Gebietsteils Pyrmont mit Preußen vom 29. 11. 1921 in Verbindung mit dem Schlussprotokoll vom selben Tage (Nieders. GVBl. Sb. II, S. 7) sowie der Betriebssatzung für die Stadtforst Bad Pyrmont vom 2. 7. 1999 teilen sich das Land Niedersachsen und die Stadt Bad Pyrmont den Reingewinn oder Fehlbetrag des Eigenbetriebes „Stadtforst Bad Pyrmont“ zu gleichen Teilen.

Zu 711 01

Veranschlagt sind Neu-, Um- und Erweiterungsbauten deren Kosten im Einzelfall 1 000 000 EUR nicht übersteigen.

Zu 811 01

Es ist vorgesehen, weitere Forstbeamte mit Dienstwagen auszustatten.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Neu- und Ersatzbeschaffungen:		
50 Pkw, 4türig		
Grundpreis	740	740
Sonderausstattung u. a.	10	10
Zusammen	750	750

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Anhängevorrichtung, verstärkte Stoßdämpfer, Sonderlackierung, Triebwerkunterschutz, Netztrennwand für Variant-Modell, ggf. Allradantrieb, Schiebedach.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	750 000	—	750 000
2004	—	—	750 000	750 000
Summe	—	750 000	750 000	1 500 000

Zu den Titelgruppen 61 bis 70

Die Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter erhalten Monatslohn.

Die entsprechenden Stellen sind in den Bedarfsnachweisen ausgebracht.

Zu Titelgruppe 61

1. Kosten für Unternehmereinschlag
2. Kosten für Rücken und Lagern von Holz
3. Sonstige Kosten

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 62 (2003)

Sonstige Betriebsmaßnahmen

Aufgabenbereich	Summe	459 62	547 62	711 62	761 62	812 62
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Nebennutzung	20 000	—	20 000	—	—	—
Bestandesbegründung	1 000 000	—	1 000 000	—	—	—
Samen- und Pflanzenbeschaffung, Pflanzenanzucht	1 200 000	—	1 200 000	—	—	—
Bestandespflege	1 900 000	—	1 900 000	—	—	—
Forstschutz	1 200 000	—	1 200 000	—	—	—
Wege- und Wasserbau	1 205 000	—	1 000 000	—	205 000	—
Maschinen und Geräte	2 096 000	—	1 000 000	—	—	1 096 000
Betriebsgebäude	337 000	—	250 000	87 000	—	—
Bewegliche Schutzhütten	300 000	—	250 000	—	—	50 000
Holzkonservierungsanlagen	50 000	—	50 000	—	—	—
Vermessung, Abmarkung, Grenzsicherung	15 000	—	15 000	—	—	—
Sonstige Maßnahmen	212 000	12 000	200 000	—	—	—
Materialankauf	800 000	—	800 000	—	—	—
Naturschutz- und Landschaftspflege, Erholung, Forstliche Öffentlichkeitsarbeit	708 000	—	708 000	—	—	—
	11 043 000	12 000	9 593 000	87 000	205 000	1 146 000

Zu Titelgruppe 62 (2002)

Sonstige Betriebsmaßnahmen

Aufgabenbereich	Summe	459 62	547 62	711 62	761 62	812 62
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Nebennutzung	20 000	—	20 000	—	—	—
Bestandesbegründung	1 100 000	—	1 100 000	—	—	—
Samen- und Pflanzenbeschaffung, Pflanzenanzucht	1 400 000	—	1 400 000	—	—	—
Bestandespflege	2 100 000	—	2 100 000	—	—	—
Forstschutz	1 400 000	—	1 400 000	—	—	—
Wege- und Wasserbau	1 305 000	—	1 100 000	—	205 000	—
Maschinen und Geräte	1 851 000	—	1 000 000	—	—	851 000
Betriebsgebäude	387 000	—	300 000	87 000	—	—
Bewegliche Schutzhütten	300 000	—	250 000	—	—	50 000
Holzkonservierungsanlagen	50 000	—	50 000	—	—	—
Vermessung, Abmarkung, Grenzsicherung	15 000	—	15 000	—	—	—
Sonstige Maßnahmen	212 000	12 000	200 000	—	—	—
Materialankauf	900 000	—	900 000	—	—	—
Naturschutz- und Landschaftspflege, Erholung, Forstliche Öffentlichkeitsarbeit	804 000	—	804 000	—	—	—
	11 844 000	12 000	10 639 000	87 000	205 000	901 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 62-0	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	1.146.000	901.000	1.246.172	1.032
TGr. 63		**Versicherungsbeiträge, Sozialzulagen, Fürsorgeleistungen u.a.f. Waldarbeiter/Waldarbeiterinnen im Forstwirtschaftsjahr**	(—)	(664.000)	(664.000)	(663.810)	(641)
459 63-7	812	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	528.000	528.000	528.318	513
525 63-0	812	Aus- und Fortbildung	—	128.000	128.000	127.823	124
527 63-2	812	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenh. u. in Vertretung d. Interessen d. Schwerbehinderten	—	8.000	8.000	7.669	3
TGr. 64		**Jagdwesen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 235 64 und 282 64.*	(—)	(639.000)	(639.000)	(853.857)	(1.358)
459 64-5	812	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	128.000	128.000	127.823	115
518 64-1	812	Jagdpachtgelder	—	38.000	38.000	37.989	40
547 64-1	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	473.000	473.000	665.037	1.095
681 64-0	812	Schadenersatzleistungen für Wildschäden u. a.	—	—	—	23.008	27
711 64-6	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Jagdeinrichtungen)	—	—	—	—	49
812 64-7	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	32
TGr. 65		**Fischereiwesen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 65.* ****Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für den gleichen Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(112.000)	(112.000)	(60.333)	(104)
514 65-4	812	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	3.000	3.000	2.608	1
547 65-0	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	109.000	109.000	57.725	103
711 65-4	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Betriebsgebäude)	—	—	—	—	—
761 65-1	812	Wasserbauten	—	—	—	—	—
812 65-5	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Schaugehege, einschl. Jagdschau Springe** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 124 66, 125 66, 129 66, 235 66, 282 66 und 381 66.*	(—)	(675.000)	(675.000)	(—)	(—)
547 66-8	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	675.000	675.000	—	—
711 66-2	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 66-3	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Jugendwaldeinsatz** * *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 282 67.*	(—)	(716.000)	(716.000)	(585.071)	(571)
429 67-3	512	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	102.000	102.000	102.258	—

812 62

Notwendige Ersatzbeschaffungen im Rahmen der Abschreibungsbeträge für vorhandene Maschinen und Geräte (Afa) sowie Ergänzungsbeschaffungen. Eine Einzelaufführung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotssituation und Neuentwicklungen der Maschinen und Geräte sowie den aktuellen Bedarf zeitnah einstellen zu können.

Zu Titelgruppe 63

1. Reisekosten der Waldarbeiter zur Teilnahme an Lehrgängen der Waldarbeitsschule; sonstige Kosten.
2. Reisekosten der Waldarbeiter in Personalvertretungsangelegenheiten.
3. Körperschutzausrüstungen und -mittel für die Waldarbeit sowie sonstige personalbezogene Sachausgaben.

Zu Titelgruppe 64

1. Wildpflege
2. Gatterbauten
3. Bau und Unterhaltung jagdlicher Einrichtungen
4. Jagdpachtgelder
5. Schadenersatzleistungen für Wildschäden u.a.

Zu Titelgruppe 65

1. Teichwirtschaft Ahlhorn
2. Sonstige kleine Fischereigewässer

Zu Titelgruppe 66

Es sind die Kosten der Schaugehege in den Forstämtern Neuhaus und Saupark sowie der Jagdschau im Jagdschloß Springe veranschlagt.

Zu Titelgruppe 67

Die Jugendlichen werden in 11 landeseigenen Jugendwaldheimen und -lagern untergebracht und verpflegt.

Veranschlagt sind:

70 000 Anwesenheitstage sowie die Kosten zur Beförderung der Jugendlichen von den Jugendwaldheimen zu den Beschäftigungsstellen.

Daneben werden Jugendwaldeinsätze außerhalb von Jugendwaldheimen und Waldjugendspiele durchgeführt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 67-6	512	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	614.000	614.000	482.813	571
TGr. 69		**Gemeindefreie Gebiete** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 69.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 119 69.*	(—)	(175.000)	(175.000)	(127.823)	(194)
538 69-3	812	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	51.129	85
547 69-2	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	175.000	175.000	76.694	109
TGr. 70		**Baudenkmalspflege** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 70, 333 70 und 356 70.*	(—)	(562.000)	(562.000)	(562.421)	(883)
519 70-2	184	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	51.000	51.000	51.129	32
711 70-0	184	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Baudenkmale)	—	511.000	511.000	511.292	852
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 99.*	(—) (—) (587.986)	(2.254.000)	(2.347.000)	(1.264.629)	(1.387)
511 98-1	812	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
511 99-0	812	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	498.000	792.000	—	—
518 98-6	812	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
525 98-2	812	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
538 98-7	812	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-5	812	Dienstleistungen Außenstehender	—	963.000	926.000	778.902	881
547 98-6	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	—
547 99-4	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	—
812 99-0	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	— — 587.986	793.000	629.000	485.727	506
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			949.674	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 69

Kommunale Maßnahmen in gemeindefreien Gebieten.

Die Aufwendungen werden durch den Gewerbesteuerausgleich gedeckt (vgl. 119 69).

Zu Titelgruppe 70

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 70).

Zu Titelgruppe 98/99

In allen Niedersächsischen Forstämtern sind aktuelle Client-Server-Netzwerke im Einsatz. Sie sind in dem Intranet der Landesforstverwaltung zusammengeführt, welches vom Niedersächsischen Forstplanungsamt administriert wird.

Die Abwicklung der Geschäftsprozesse erfolgt unter Nutzung spezieller Forstsoftware. Betriebliche Analysen auf allen Ebenen erfolgen mithilfe des Forstlichen Informationssystems (NIFIS), welches auf oracle-Datenbanken basiert. Büroanwendungen und -kommunikation entsprechen dem Standard moderner Wirtschaftsbetriebe.

Das Geoinformationssystem (NIFIS-GIS) soll zukünftig direkt von den Dienststellen genutzt werden können.

Die Landesforstverwaltung ist in das Netz des Landes Niedersachsen (IZN-net) integriert. Das IZN erbringt Dienstleistungen im Rahmen der Nutzung des Rechenzentrums und darüber hinaus.

Alle Dienststellen sind an das neue Haushaltsvollzugssystem über das Vorsystem Forstsoftware per Schnittstelle angeschlossen und nutzen besondere Verfahrensteile des HVS im Dialog.

In den Forstrevieren werden mobile Holzdatenerfassungsgeräte eingesetzt. Die mit ihnen erfassten Daten werden elektronisch an die Forstamtssysteme übermittelt.

Zwei Drittel der Revierförstereien sind bereits mit PC-Arbeitsplätzen ausgestattet und voll in das Netzwerk integriert.

812 99

Das Projekt „Erweiterung des Niedersächsischen Forstlichen Informationssystems“ wird gemäß IuK-Ressortplan im Jahr 2002 das verbleibende Drittel der Revierförstereien vollständig in Verfahren und Netz der Landesforstverwaltung wie des Landes integrieren. Dazu wird eine Ausstattung mit Personalcomputern und entsprechender Software vorgenommen.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1004 Forstämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 10 04					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		86.422.000	85.212.000	80.837.293	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.003.000	1.940.000	1.878.179	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.317.000	2.317.000	2.096.297	
		Summe der Einnahmen		90.742.000	89.469.000	84.811.769	
		4 Personalausgaben	—	73.142.000	74.255.000	67.900.123	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	40.483.000	41.786.000	43.094.084	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	23.008	
		7 Baumaßnahmen	—	3.382.000	3.205.000	3.333.623	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	750.000 750.000 1.283.343	2.770.000	2.361.000	2.457.934	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	44.033.000	44.033.000	44.566.910	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	750.000 750.000 1.283.343	163.810.000	165.640.000	161.375.682	
		Zuschuss		73.068.000	76.171.000	76.563.913	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		10.055.000	9.797.000	8.754.697	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		173.865.000	175.437.000	170.130.379	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		83.123.000	85.968.000	85.318.610	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1005 Forstplanungsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-5	512	Vermischte Einnahmen		15.000	15.000	7.669	21
119 11-2	512	Einnahmen für Aufträge Dritter		1.000	1.000	511	0
124 01-9	512	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	2.556	—
125 61-9	512	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	18
132 01-1	512	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	3.068	—
235 01-5	512	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	30
282 61-7	512	Sonstige Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
282 99-4	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zu den Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	2
		A U S G A B E N					
422 01-0	512	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	3.755.000	3.787.000	3.712.797	2.086
422 05-2	512	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 19-2	512	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	512	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	18.000	67.000	113.098	113
425 01-9	512	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.713
425 31-0	812	Vergütung aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	16
426 01-5	512	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	75
427 01-1	512	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	5.000	5.000	5.113	—
427 02-0	512	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	54
427 39-9	512	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-2	512	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	5.000	5.000	5.113	13
511 01-2	512	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	11
511 10-1	512	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	3
511 11-0	512	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	46
511 12-8	512	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	0
511 13-6	512	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	10
514 01-1	512	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	26
517 01-0	512	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	5
517 19-3	512	Reinigungskosten	—	—	—	—	4
517 59-2	512	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	26
518 01-7	512	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	2

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 05

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
84,56	85,56	87,56	90,85

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	2,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	1,00	2,00
Bleibt Abgang	1,00	2,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	48,86	48,86	—	38
Angestellte	33,82	33,82	—	31
Lohnempfänger/-innen	1,88	1,88	—	1
Insgesamt	84,56	84,56	—	70

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	49,43	49,43	—	39
Angestellte	34,22	34,22	—	31
Lohnempfänger/-innen	1,91	1,91	—	1
Insgesamt	85,56	85,56	—	71

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	3 755	3 787

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	3 755	3 787
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	69	115
43	Versorgungsbezüge	803	790
44	Beihilfen, Unterstützungen	101	99
45	Personalbezogene Sachausgaben	5	5
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	27	–4
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		4 760	4 792

Beamte:

Lehrzulagen gem. RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002) in der jeweils geltenden Fassung

für 1 planmäßigen Beamten
mtl. 63,91 EUR und 15,98 EUR = 79,89 EUR = 958,68 EUR
rd. 1 000,00 EUR

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 02-5	512	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-3	512	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	68
519 02-1	512	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
519 10-2	512	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	1
525 01-3	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	35
527 01-6	512	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	21
531 10-2	512	Veröffentlichungen	—	—	—	—	92
531 11-0	512	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	83
538 01-8	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	67
546 01-0	512	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 02-9	512	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
547 11-4	512	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	440.000	440.000	460.163	—
711 01-1	512	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
811 01-6	512	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	21.000	—	42.437	—
981 10-8	990	Abführung an 1321 - 381 10	—	180.000	180.000	176.140	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Forsteinrichtung, Forstvermessung, Standortkartierung und forstliche Rahmenplanung** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 61 sowie bis zu 60,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 61.*	(—)	(1.235.000)	(1.235.000)	(1.007.244)	(1.275)
429 61-8	512	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	20.000	20.000	17.895	29
511 61-6	512	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	15.000	15.000	—	—
527 61-0	512	Reisekostenvergütungen	—	40.000	40.000	46.016	41
531 61-7	512	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 61-1	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	779.720	1.018
547 61-0	512	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.160.000	1.160.000	163.613	187
812 61-6	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 99.*	(—)	(472.000)	(542.000)	(421.816)	(358)
511 98-5	512	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	—
511 99-3	512	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	214.000	214.000	—	—
518 98-0	512	Anmietung von Software	—	1.000	1.000	—	—
525 98-6	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5.000	5.000	—	—
525 99-4	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	15.000	15.000	—	—

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 Kombi		
Grundpreis	19	—
Sonderausstattung u. a.	2	—
Zusammen	21	—

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Radio, ABS, EDS, Airbag für Fahrer und Beifahrer, Anhängevorrichtung, Winterpaket.

Zur Aussonderung gelangt ein VW-Kombi mit einer voraussichtlichen Fahrleistung bis Anfang 2003 von 250 000 km.

Zu Titelgruppe 61

527 61

Bei örtlichen Vermessungsarbeiten ist eine Feldaufwandvergütung von 1,53 EUR täglich nach dem Erlass des ML vom 11. 12. 1986 – 405 F 03500-27 – GültL 82/492 zu zahlen.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1005 Forstplanungsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 98-0	512	Dienstleistungen des IZN	—	40.000	40.000	—	—
538 99-9	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	100.000	100.000	255.646	293
547 98-0	512	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	1.000	1.000	—	—
547 99-8	512	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	15.000	15.000	—	—
812 99-3	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	80.000	150.000	166.170	65
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			247.261	
		Abschluss Kapitel 10 05					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		17.000	17.000	13.804	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		17.000	17.000	13.804	
		4 Personalausgaben	—	3.803.000	3.884.000	3.854.016	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.047.000	2.047.000	1.952.419	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	101.000	150.000	208.607	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	180.000	180.000	176.140	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	6.131.000	6.261.000	6.191.182	
		Zuschuss		6.114.000	6.244.000	6.177.378	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		803.000	790.000	694.079	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		6.934.000	7.051.000	6.885.261	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		6.917.000	7.034.000	6.871.457	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

812 99

Beschaffung von Forsteinrichtungssoftware (neues Verfahren), GIS-Aufrüstung (Speicher u. Platten), GIS-Server, GIS-Lizenzen und Zusatzsoftware.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1006 Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	174	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	10.226	24
124 01-2	174	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		20.000	20.000	20.452	16
129 10-3	174	Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen * *Vgl. K-Vermerk zu 459 10.*		13.000	13.000	12.782	8
132 01-5	174	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5.000	—	3.579	11
235 01-9	174	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 10-0	174	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch andere Länder		142.000	137.000	132.322	196
282 99-8	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zu den Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		—	—	—	0
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Zuweisungen und Zuschüsse für forstwissenschaftliche Untersuchungen**		(—)	(—)	(—)	(1.144)
119 61-2	174	Einnahmen aus Gebühren für Zulassungsprüfungen von Forstschutzmitteln * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
231 61-7	174	Sonstige Zuweisungen vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	70
232 61-3	174	Sonstige Zuweisungen von Ländern * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	49
235 61-2	174	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	41
282 61-0	174	Sonstige Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	984
		A U S G A B E N					
422 01-3	174	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.101.000	4.090.000	3.949.985	1.410
422 05-6	174	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 19-6	174	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	174	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	39.000	76.000	79.199	81
425 01-2	174	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	2.285
425 03-9	174	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-1	174	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-9	174	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	325
426 03-5	174	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 04-3	174	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	12.000	12.000	—	12
427 01-5	174	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	1.000	511	—
427 02-3	174	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	36

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 06

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu 129 10

Vgl. Erläuterung zu 459 10.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	15	15
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	5	5
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	—
Zusammen	20	20

Zu 281 10

Erstattungen von Personalausgaben durch Schleswig-Holstein und andere Länder für die Betreuung von Versuchsflächen.

Zu Titelgruppe 61

231 61

Vorsorglich Leertitel für Zuwendungen des Bundesministers für Forschung und Technologie.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
85,28	86,28	89,28	88,71

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	3,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	1,00	3,00
Bleibt Abgang	1,00	3,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	30,74	30,74	—	22
Angestellte	44,84	44,84	—	41
Lohnempfänger/-innen	9,70	9,70	—	12
Insgesamt	85,28	85,28	—	75

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	31,10	31,10	—	22
Angestellte	45,36	45,36	—	42
Lohnempfänger/-innen	9,82	9,82	—	12
Insgesamt	86,28	86,28	—	76

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	4 101	4 090

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 101	4 090
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	334	363
43	Versorgungsbezüge	570	556
44	Beihilfen, Unterstützungen	117	113
45	Personalbezogene Sachausgaben	9	9
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	31	–4
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		5 162	5 127

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-2	174	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	35.000	35.000	44.994	35
453 01-6	174	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	4.000	4.000	4.090	3
459 10-3	174	Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 40,0 v.H. der Isteinnahmen bei 129 10.*	—	5.000	5.000	5.113	2
511 01-6	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	5
511 10-5	174	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	3
511 11-3	174	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	22
511 12-1	174	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	—
511 13-0	174	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	6
514 01-5	174	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	37
517 01-4	174	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	17
517 19-7	174	Reinigungskosten	—	—	—	—	3
517 59-6	174	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	68
518 01-0	174	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	15
518 02-9	174	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-7	174	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	24
519 02-5	174	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	3
519 10-6	174	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	0
519 11-4	174	Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	—
525 01-7	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	3
526 01-3	174	Sachverständige	—	—	—	—	1
526 02-1	174	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-0	174	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	2
546 01-4	174	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	3
546 02-2	174	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	2.556	3
547 11-8	174	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausga-ben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	222.000	222.000	219.856	—
711 01-5	174	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	23.000	65.000	76.694	9
811 01-0	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	27.000	—	43.460	89
812 13-0	174	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-6	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	20.000	—	10
812 35-0	174	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	30.000	60.000	95.254	72
981 10-1	990	Abführung an 1321 - 381 10	—	123.000	123.000	122.915	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Forstwissenschaftliche Untersuchungen** * *Übertragbar.*	(—)	(597.000)	(591.000)	(423.911)	(1.632)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 459 10

An dem Aufkommen aus der Vergabe von Lizenzen für den Nachbau der Borkenkäferfalle, der Mäuseköderstation, der Schlagfalle und einer Einlassvorrichtung für eine Mehrfachfangeinrichtung für Kleinsäuger sind drei Arbeitnehmer beteiligt.

Zu 511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Zu 711 01 (2003)

Baumaßnahmen an Gewächshäusern (Abt. C.).

Zu 711 01 (2002)

Durchführung von Brandschutzmaßnahmen, Installation einer Alarmanlage sowie Erneuerung von Fenstern im Verwaltungsgebäude zur Wärmedämmung.

Zu 811 01 (2003)

Ersatzbeschaffung:

(Abt. C – Waldgenressourcen)

1 Kombi		
Grundpreis	24 000	EUR
Sonderausstattung u. a.	3 000	EUR
Zusammen	27 000	EUR

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Radio, Klimaanlage, Anhängerkupplung, Winterreifen.

Zu 812 ..

Notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Maschinen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen.

Eine Einzelauflistung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotssituation und auf Neuentwicklungen einstellen zu können.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 61**		*Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 61, 232 61, 235 61 und 282 61 sowie bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 61.*					
425 61-6	174	Vergütungen der Angestellten	—	46.000	46.000	46.016	871
429 61-1	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	170.000	164.000	163.613	90
511 61-0	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	166.000	166.000	—	—
527 61-3	174	Reisekostenvergütungen	—	88.000	88.000	87.533	108
531 61-0	174	Veröffentlichungen	—	4.000	4.000	4.499	0
538 61-5	174	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	104.559	543
547 61-4	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	123.000	123.000	17.691	20
TGr. 62		**Dauerbeobachtungsflächen im Bodenschutzkonzept**	(—)	(200.000)	(131.000)	(95.405)	(99)
429 62-0	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Übertragbar.*	—	13.000	13.000	12.782	—
443 62-2	174	Fürsorgeleistungen * *Übertragbar.*	—	1.000	1.000	511	11
511 62-8	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	34.000	34.000	—	—
514 62-7	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen * *Übertragbar.*	—	13.000	13.000	12.782	9
527 62-1	174	Reisekostenvergütungen * *Übertragbar.*	—	3.000	3.000	2.556	2
538 62-3	174	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	—	—	64.218	61
547 62-2	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	67.000	67.000	2.556	1
811 62-1	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	28.000	—	—	—
812 62-8	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	41.000	—	—	15
TGr. 63		**Programm zur Erhaltung forstlicher Genressourcen**	(—)	(161.000)	(161.000)	(109.621)	(136)
511 63-6	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	51.000	51.000	—	—
514 63-5	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	8.000	8.000	8.181	8
527 63-0	174	Reisekostenvergütungen * *Übertragbar.*	—	5.000	5.000	5.113	5
538 63-1	174	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	—	—	90.703	105
547 63-0	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	97.000	97.000	5.624	18
711 63-5	174	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
811 63-0	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 63-6	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen*	(—)	(83.000)	(98.000)	(10.226)	(86)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 62

Ersatzbeschaffung:

(Abt. D – Umweltkontrolle)
1 PKW, Diesel

Grundpreis	25 000 EUR
Sonderausstattung u. a.	3 000 EUR
Zusammen	28 000 EUR

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Radio, Klimaanlage, Anhängerkupplung, Winterreifen.

Zu 812 62

Notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Maschinen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen.

Eine Einzelauflistung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotssituation und auf Neuentwicklungen einstellen zu können.

Zu Titelgruppe 98/99

Veranschlagt sind die Kosten für die automatisierte Datenverarbeitung im Rahmen der von der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt zu erledigenden landesweiten Aufgaben (Waldschadenerhebung, Luftbildauswertung, Auswertung ertragskundlicher Versuche, Forstpflanzenzüchtung etc.).

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1006 Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 98/99**		*überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 99.*					
511 98-9	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	—
511 99-7	174	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	70.000	70.000	—	—
518 98-3	174	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
525 98-0	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
525 99-8	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.000	1.000	—	—
538 98-4	174	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-2	174	Dienstleistungen Außenstehender	—	10.000	10.000	10.226	5
547 98-3	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 99-1	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	—
812 99-7	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	15.000	—	82
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			321.961	
		Abschluss Kapitel 10 06					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		48.000	43.000	47.039	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		142.000	137.000	132.322	
		Summe der Einnahmen		190.000	180.000	179.361	
		4 Personalausgaben	—	4.427.000	4.447.000	4.306.814	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	964.000	964.000	960.614	
		7 Baumaßnahmen	—	23.000	65.000	76.694	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	126.000	95.000	138.714	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	123.000	123.000	122.915	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.663.000	5.694.000	5.605.751	
		Zuschuss		5.473.000	5.514.000	5.426.390	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		570.000	556.000	438.279	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		6.233.000	6.250.000	6.044.030	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		6.043.000	6.070.000	5.864.669	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1010 Niedersächsische Waldarbeitsschule

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	512	Vermischte Einnahmen		6.000	6.000	5.113	4
119 10-9	512	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	1.000	511	1
124 01-3	512	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		25.000	25.000	25.053	23
125 61-3	512	Sonstige Erlöse durch interne Verrechnung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
132 01-6	512	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		3.000	—	5.113	—
235 01-0	512	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
271 61-0	512	Erstattung von Verwaltungsausgaben * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	114
271 62-8	512	Erstattungen aus dem „LEONARDO PROGRAMM“ * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		50.000	50.000	—	—
282 61-1	512	Sonstige Zuschüsse Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		35.000	35.000	20.452	42
381 10-5	990	Zuführung von 0720-98101		102.000	99.000	95.151	84
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	
		A U S G A B E N					
422 01-4	512	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.111.000	1.107.000	1.036.593	410
422 19-7	512	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-3	512	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	158
426 01-0	512	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	—	—	—	485
426 31-1	512	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	—	—	—	—	—
427 01-6	512	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	3.000	3.000	2.556	—
427 02-4	512	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-3	512	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-7	512	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	1.000	1.000	7.669	—
511 01-7	512	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	2
511 10-6	512	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	3
511 11-4	512	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	54
511 12-2	512	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	2
511 13-0	512	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	2
514 01-6	512	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	—	—	—	6
517 01-5	512	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	15
517 19-8	512	Reinigungskosten	—	—	—	—	4
517 59-7	512	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	26

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 10

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 547 11 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	11	11
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	12	12
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	—
5. Sonstige Mieten und Pachten	2	2
Zusammen	25	25

Zu 271 61

Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, ob und wie viele fremde Teilnehmer die Lehrgänge besuchen werden.

Zu 381 10

Erstattung von Personalausgaben durch den MK (vgl. 422 01).

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
25,20	25,20	25,20	24,93

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Noch zu 422 01, 425 01 und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	9,07	9,07	—	8
Angestellte	4,03	4,03	—	4
Lohnempfänger/-innen	12,10	12,10	—	9
Insgesamt	25,20	25,20	—	21

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	9,07	9,07	—	8
Angestellte	4,03	4,03	—	4
Lohnempfänger/-innen	12,10	12,10	—	9
Insgesamt	25,20	25,20	—	21

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	1 111	1 107

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 111	1 107
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	116	116
43	Versorgungsbezüge	164	156
44	Beihilfen, Unterstützungen	32	31
45	Personalbezogene Sachausgaben	1	1
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	9	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 433	1 410

Beamte:

Die anteiligen Dienstbezüge für Beamte, die Berufsschulunterricht erteilen, werden wieder erstattet (vgl. 381 10).

Lehrzulagen gem. RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002) in der jeweils geltenden Fassung für hauptamtliche Lehrkräfte

a) für 1 planmäßigen Beamten mtl. 63,91 EUR
b) für 7 planmäßige Beamte mtl. je 47,93 EUR*)

Die Lehrzulagen gelten als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

*) Die Zahlung der Lehrzulage erfolgt ggf. auch an Beamte, die unter Inanspruchnahme von Planstellen der Kapitel 10 03, 10 04, 10 05 oder 10 06 vorübergehend an die Waldarbeitsschule versetzt worden sind.

Lohnempfänger:

Lehrzulagen gem. RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002) in der jeweils geltenden Fassung für hauptamtliche Lehrkräfte für 7 Forstwirtschaftsmeister mtl. je 47,93 EUR*)

Die Lehrzulagen gelten als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

*) Die Zahlung der Lehrzulage erfolgt ggf. auch an Forstwirtschaftsmeister, die unter Inanspruchnahme von Stellen des Kapitels 10 04 vorübergehend an die Waldarbeitsschule versetzt worden sind.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1010 Niedersächsische Waldarbeitsschule

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 01-1	512	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	11
518 02-0	512	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	—	—	—	—
519 01-8	512	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	38
519 02-6	512	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
519 10-7	512	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	1
525 01-8	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	3
527 01-0	512	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	2
538 01-2	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	0
546 01-5	512	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 02-3	512	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
547 11-9	512	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.*	—	153.000	153.000	113.302	—
711 01-6	512	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	135.000	470.389	669
811 01-0	512	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	30.000	30.000	47.039	—
812 15-7	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	154.000	34.768	62
981 10-2	990	Abführung an 1321 - 381 10	—	212.000	212.000	211.266	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Allgemeine Schulausgaben und Verpflegung** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 61 und 271 61. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 282 61.*	(—)	(271.000)	(271.000)	(163.615)	(159)
427 61-0	512	Entschädigungen für nebenamtliche Lehrkräfte	—	15.000	15.000	15.339	5
429 61-2	512	Nicht aufteilbare Personalausgaben *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	—	93.000	93.000	86.920	86
511 61-0	512	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	47.000	47.000	—	—
514 61-0	512	Unterhaltung von Dienstkraftfahrzeugen im Schulbetrieb	—	19.000	19.000	18.918	17
517 61-9	512	Elektrische Kraft für den Schulbetrieb	—	5.000	5.000	5.113	3
525 61-1	512	Aus- und Fortbildung	—	12.000	12.000	11.760	7
527 61-4	512	Reisekostenvergütungen	—	5.000	5.000	5.113	6
547 61-5	512	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	—	75.000	75.000	20.452	35
TGr. 62		**Leonardo Programm** * *Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 271 62.*	(—)	(50.000)	(50.000)	(—)	(—)
525 62-0	512	Aus- und Fortbildung	—	25.000	25.000	—	—

Zu 711 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Umbau- und Sanierungsarbeiten im Internats- und Küchenbereich	—	135

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 Kombi		
Grundpreis	—	25
Sonderausstattung u. a.	—	5
Zusammen	—	30
Als Sonderausstattung sind vorgesehen:		
Radio, 2. Wärmetauscher (Ausströmer 1. Sitzreihe), Anhängevorrichtung, Beifahrerdoppelsitzbank mit Dreipunkt-Automatik für den mittleren Sitz, Differentialsperre am Hinterachsgetriebe, Klimaanlage mit mechanischer Regelung, Winterpaket 2 (Warmwasserzusatzheizung), Zentralverriegelung mit Fernbedienung		
1 Kombi		
Grundpreis	25	—
Sonderausstattung u. a.	5	—
Zusammen	30	—
Als Sonderausstattung sind vorgesehen:		
Reserveradhalterung schwenkbar am Heck, Beifahrer-Doppelsitzbank mit Dreipunkt-Automatikgurt für den mittleren Sitz, Sitzbezüge aus Kunstleder, Sitzvorbereitung (für Kombi mit 2. Wärmetauscher an der Stufe zum Fahrerhaus), halbhohe Trennwand mit Polsterleiste, Klimaanlage mit mechanischer Regelung, Anhängevorrichtung, 1. Sitzreihe mit 2er Sitzbank und Einzelsitz, 2. Sitzreihe mit 3er Sitzbank wickelbar, Radio, Zentralverriegelung mit Funkfernbedienung, Winterpaket 3		

Zu 812 ..

Notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Maschinen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen.

Eine Einzelauflistung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotssituation und auf Neuentwicklungen einstellen zu können.

Zu Titelgruppe 61

427 61

Im Rahmen der Ausbildungs- und Fortbildungslehrgänge zur Vorbereitung auf die Prüfung zum Forstwirtschaftsmeister nebenamtlich tätige Lehrkräfte erhalten Lehrvergütungen gem. Nr. 1.5 des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664). Davon gelten je Lehrkraft bis zu voraussichtlich mtl. 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

429 61, 511 61 und 547 61

Es sind rd. 10 000 Verpflegungstage je 17 EUR veranschlagt.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1010 Niedersächsische Waldarbeitsschule

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
547 62-3	512	Nicht aufteilibare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	25.000	25.000	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(14.000)	(49.000)	(2.556)	(5)
511 99-8	512	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs-gegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	11.000	11.000	—	—
525 98-0	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
525 99-9	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
538 99-3	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	3.000	3.000	2.556	5
547 98-4	512	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	—
812 99-8	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	35.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			143.161	
		Abschluss Kapitel 10 10					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		35.000	32.000	36.301	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		85.000	85.000	20.452	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		102.000	99.000	95.151	
		Summe der Einnahmen		222.000	216.000	151.904	
		4 Personalausgaben	—	1.223.000	1.219.000	1.149.077	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	380.000	380.000	320.375	
		7 Baumaßnahmen	—	—	135.000	470.389	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	30.000	219.000	81.807	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	212.000	212.000	211.266	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.845.000	2.165.000	2.232.914	
		Zuschuss		1.623.000	1.949.000	2.081.010	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		164.000	156.000	134.010	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.009.000	2.321.000	2.366.924	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.787.000	2.105.000	2.215.020	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1011 Personal des Klosterkammerforstbetriebes

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
281 10-4	812	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch die Klosterkammer		1.138.000	1.135.000	1.175.971	1.329
		A U S G A B E N					
422 01-8	812	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	875.000	873.000	855.136	901
422 19-0	812	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
511 13-4	812	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	5.000	5.000	4.602	4
981 10-6	990	Abführung an 13 50 - 381 10	—	261.000	260.000	—	—
		Abschluss Kapitel 10 11					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.138.000	1.135.000	1.175.971	
		Summe der Einnahmen		1.138.000	1.135.000	1.175.971	
		4 Personalausgaben	—	875.000	873.000	855.136	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	4.602	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	261.000	260.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.141.000	1.138.000	859.738	
		Zuschuss		3.000	3.000		
		Überschuss				316.233	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		323.000	309.000	277.018	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.464.000	1.447.000	1.136.756	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		326.000	312.000		
		Überschuss einschl. Versorgungsanteil				39.215	

Zu 281 10

Erstattung von Personalausgaben für die Verwaltung der Klosterforsten.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
19,17	19,17	20,17	21,50

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	1,00
Bleibt Abgang	—	1,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	19,17	19,17	—	21
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	19,17	19,17	—	21

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	19,17	19,17	—	21
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	19,17	19,17	—	21

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	875	873

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	875	873
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	11	9
43	Versorgungsbezüge	323	309
44	Beihilfen, Unterstützungen	23	22
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	6	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 238	1 212

511 13

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 17,38 EUR monatlich.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 10					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		1.738.000	1.738.000	1.175.971	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		86.533.000	85.315.000	80.945.684	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		3.368.000	3.297.000	3.206.924	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.419.000	2.416.000	2.191.448	
		Summe der Einnahmen		94.058.000	92.766.000	87.520.027	
		4 Personalausgaben	—	87.059.000	88.291.000	81.705.359	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	44.081.000	45.384.000	46.452.861	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3.512.000	3.512.000	4.112.729	
		7 Baumaßnahmen	—	3.405.000	3.405.000	3.880.706	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	750.000 750.000 1.283.343	3.027.000	2.825.000	2.887.062	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	45.064.000	45.063.000	45.077.231	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	750.000 750.000 1.283.343	186.148.000	188.480.000	184.115.948	
		Zuschuss		92.090.000	95.714.000	96.595.921	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		12.418.000	12.117.000	10.742.549	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		198.566.000	200.597.000	194.858.497	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		104.508.000	107.831.000	107.338.470	

Einzelplan 10

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

– Landesforstverwaltung –

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 03 Forstverwaltung (Mittelinstanz)

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 15	4	4	4	Direktor/-in
A 14	4	4	4	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Rat/Rätin
A 13	—	—	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	8	8	8	Amtsrat/-rätin
A 11	4	4	4	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	3	3	Oberinspektor/-in
	24	24	24	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 15	2	2	2	Direktor/-in
A 14	2	2	2	Oberrat/-rätin
A 12	1	1	1	Amtsrat/-rätin
	5	5	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 04 Forstämter

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 15[2])	40	40	40	Direktor/-in
A 14[2])	37	37	37	Oberrat/-rätin
A 13[2])[13])	1	1	3	Rat/Rätin
A 13[3])	12	12	12	Oberamtsrat/-rätin
A 12[3])	46	46	46	Amtsrat/-rätin
A 11[3])[4])	238	238	221	Amtmann/-männin/-frau
A 10[3])[13])	236	236	267	Oberinspektor/-in
A 9[3])[8])[10])[12])[13])	44	45	51	Inspektor/-in
A 9	—	—	—	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in
	655	656	678	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 15	—	1	2	Direktor/-in
A 14	1	2	2	Oberrat/-rätin
A 13	—	—	—	Rat/Rätin
A 13	—	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	4	6	6	Amtsrat/-rätin
A 11	5	7	8	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	1	Oberinspektor/-in
	11	18	20	Zusammen
				Leerstellen:
A 15[5])	—	—	2	Direktor/-in
A 13[5])	—	—	—	Rat/Rätin
A 13[5])	—	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[5])	—	—	—	Amtsrat/-rätin
A 11[5])	—	—	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10[5])	1	1	1	Oberinspektor/-in
A 9[5])	1	1	1	Inspektor/-in
	2	3	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) 10 (11) DW bei Bes.-Gr. A 15 bis A 13.

[3]) 233 (255) DW bei Bes.-Gr. A 13 bis A 9.

[4]) 20 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 10 ab 1. 1. 2005.

[5]) kw.

[8]) 1 Stelle kw im Jahr 2004.

[10]) 5 Stellen kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998), davon 3 zum 1. 4. 2003 und 2 zum 1. 6. 2003.

[12]) 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[13]) 41 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003, davon
1 Stelle der Bes.-Gr. A 13 h. D.,
1 Stelle der Bes.-Gr. A 10,
39 Stellen der Bes.-Gr. A 9 g. D.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	20	von Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	1	infolge Organisationsänderung Verlagerung von Kapitel 10 11
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 09 50
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D. Rat/Rätin	2	infolge ZV bis 2003 (2002)
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	4	davon 3 infolge Personaltransfer zu den Landwirtschaftskammern 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 50
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	12	davon 8 infolge Personaltransfer zu den Landwirtschaftskammern 1 infolge Organisationsänderung bei den Klosterforstämtern 3 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 10
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	6	davon 1 infolge Personaltransfer zu den Landwirtschaftskammern 2 infolge Organisationsänderung bei den Klosterforstämtern 1 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks mit der Fußnote 8 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 10 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 01
Zusammen	24	
Bleiben Abgänge:	22	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:		
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	infolge endgültigen Ausscheidens eines Bediensteten
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	1	infolge endgültigen Ausscheidens eines Bediensteten
Zusammen	2	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2003:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks mit der Fußnote 8

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-A 15		
Direktor/-in	1	infolge endgültigen Ausscheidens von Bediensteten
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/ -frau	2	
Zusammen	7	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 zu Bes.-Gr. A 10 (1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2001.), 7 zu Bes.-Gr. A 9 (1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2001) und 11 zu Bes.-Gr. A 13 (2 Stellen kw zum 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003.) sind gestrichen worden.
Die Zahlen der durch Haushaltsvermerke ausgewiesenen Dienstwohnungen (DW) haben sich durch Umwandllung in Mietwohnungen bzw. Verkauf der Gehöfte im Rahmen der Organisationsreform bei der Fußnote [2]) um 1 und bei der Fußnote [3]) um 22 verringert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist neu gefasst worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 13 sind neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13	1	1	1	Assessor/-in
A 9[7])	5	5	5	Inspektor/-in z. A.
	6	6	6	Zusammen
				Angestellte[2])[4])
I b	—	—	1	
II a	1	1	1	
III	—	—	—	
IV a[7])	11	12	12	
IV b[6])	1	1	1	
V b[6])	1	1	1	
V c	58	58	59	
VI b[6])	59	59	59	
VII	54	54	54	
VIII[5])	17	17	17	
	202	203	205	Zusammen
				Leerstellen:
IV b[1])	1	1	1	
V c[1])	1	1	2	
VI b[1])	1	1	3	
VII[1])	3	3	3	
VIII[1])	2	2	2	
	8	8	11	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) kw.

[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[4]) Die Stellen im Nieders. Forstamt Carrenzien können in Planstellen umgewandelt werden.

[5]) 8 Stellen kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998), davon
1 zum 1. 3. 2003,
3 zum 1. 4. 2003 und
4 zum 1. 12. 2003.

[6]) kw (5 Stellen) von Angehörigen des ehem. Staatl. Forstamtes Carrenzien ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003, davon
1 Stelle der Verg.-Gr. IV b,
1 Stelle der Verg.-Gr. V b,
3 Stellen der Verg.-Gr. VI b.

[7]) 7 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003, davon
5 Stellen der Bes.-Gr. A 9 g. D. (b. H.),
2 Stellen der Verg.-Gr. IV a.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	infolge ZV bis 2003 (2002)
Verg.-Gr. V c	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 10
Zusammen	2	

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge ZV bis 2003 (2003)

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 zu Verg.-Gr. I b und IV a (kw (2 Stellen) von Angehörigen des ehemaligen Staatl. Forstamtes Carrenzien infolge ZV bis 2003, davon 1 Stelle der Verg.-Gr. I b zum 1. 6. 2001, 1 Stelle der Verg.-Gr. IV a zum 1. 11. 2002.) ist gestrichen worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 04 Forstämter

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	[2]) 7 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
A 13	40	40	40	Referendar/-in	
A 9	45	45	45	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	85	85	85	Zusammen	
				Arbeiter/-innen[1])[2])	
MTW	932	955	955		
	932	955	955	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2003:

Arbeiter/-innen

Abgänge:	Stellen	
MTW	23	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks mit der Fußnote 2

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 (30 Stellen kw infolge ZV bis 2003, davon 23 zum 1. 1. 2003 (2003) und 7 mit Ablauf des 31. 12. 2003.) ist neu gefasst worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 05 Forstplanungsamt

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[3])
				Aufsteigende Gehälter[1]):
A 16[4])	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[5])	6	6	6	Direktor/-in
A 14	2	2	2	Oberrat/-rätin
A 13[6])[8])	12	13	13	Rat/Rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12[1])[5])	4	4	4	Amtsrat/-rätin
A 11[1])	2	2	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10	6	6	6	Oberinspektor/-in
A 9[7])[8])	4	4	4	Inspektor/-in
	38	39	39	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	—	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	1	2	2	Zusammen
				Leerstellen:
A 14[2])	—	1	1	Oberrat/-rätin
A 13[2])	1	1	1	Rat/Rätin
A 11[2])	—	—	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9[2])	1	1	1	Inspektor/-in
	2	3	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[2]) kw.

[3]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[4]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A.

[5]) Die auf den technischen Dienst im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG entfallenden Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[6]) 1 Stelle kw zum 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003.

[7]) 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[8]) 3 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003, davon
2 Stellen der Bes.-Gr. A 13 h. D.
1 Stelle der Bes.-Gr. A 9 g. D.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf den technischen Dienst nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG.

Höherer Dienst

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 12 der VO 2003	§ 1 Nr. 12 der VO 2002
A 15	1	1
Insgesamt höh. Dienst	1	1

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 9 der VO 2003	§ 1 Nr. 9 der VO 2002
A 12	1	1
Insgesamt geh. Dienst	1	1

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2a) der VO 2003	§ 3 Nr. 2a) der VO 2002
A 12	3	3
A 11	2	2
Insgesamt geh. Dienst	5	5

Erläuterungen für 2003:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D.		
Rat/Rätin	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks mit der Fußnote 6

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	1	infolge endgültigen Ausscheidens eines Bediensteten

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 (2 Stellen kw infolge ZV bis 2003, davon 1 zum 1. 1. 2003 (2003) und 1 zum 1. 7. 2003 (2003).) ist neu gefasst worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 05 Forstplanungsamt

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[1])
III	3	3	3	
IV a	9	9	9	
V b	1	1	2	
V c[4])	5	5	5	
VI b	5	5	5	
VII	5	5	6	
VIII[4])	3	3	3	
	31	31	33	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[4]) 2 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003, davon
1 Stelle der Verg.-Gr. V c
1 Stelle der Verg.-Gr. VIII

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Organisationsänderung bei den Bezirksregierungen
Verg.-Gr. VII	1	infolge ZV bis 2003 (2001)
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 2 zu Verg.-Gr. V b (1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2001.) und 3 zu Verg.-Gr. VII (1 Stelle kw zum 1. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).) sind gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[1])
4	1	1	1	

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 06 Forstliche Versuchsanstalt

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[2])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[4])	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	3	3	3	Direktor/-in
A 14	4	4	4	Oberrat/-rätin
A 13	4	4	5	Rat/Rätin
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10	4	4	4	Oberinspektor/-in
A 9[6])	1	1	1	Inspektor/-in
	20	20	21	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 14	—	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	1	2	2	Zusammen
				Leerstellen:
A 10[3])	1	1	1	Oberinspektor/-in
	1	1	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[3]) kw.

[4]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A.

[6]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 13 h. D.
Rat/Rätin 1 infolge ZV bis 2003 (2002)

Erläuterungen für 2003:

Stellen zu Titel 422 31:
Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 14
Oberrat/-rätin 1 infolge endgültigen Ausscheidens eines Bediensteten

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 zu Bes.-Gr. A 15 ((1) DW bei Bes.-Gr. A 15.) und 5 zu Bes.-Gr. A 13 (1 Stelle kw zum 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).) sind gestrichen worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 06 Forstliche Versuchsanstalt

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13	2	2	2	Assessor/-in
	2	2	2	Zusammen
				Angestellte[1])
I a	1	1	1	
I b	1	1	1	
II a	7	7	7	
IV a	2	2	2	
IV b	2	2	2	
V b	2	2	2	
V c	12	12	12	
VI b	11	11	11	
VII	2	2	4	
VIII[2])	—	1	1	
IX b	1	1	1	
	41	42	44	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) 3 Stellen kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003, davon
2 Stellen der Verg.-Gr. VI b,
1 Stelle der Verg.-Gr. VIII.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	2	infolge ZV bis 2003 (2002)

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. VIII	1	infolge ZV bis 2003 (2003)

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[1])
3	1	1	1	
MTW[2])	11	11	11	
	12	12	12	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) 1 Stelle kw zum 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 10 Waldarbeitsschule

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[3])
				Aufsteigende Gehälter:
A 15[1])	1	1	1	Direktor/-in
A 14[1])	1	1	1	Oberrat/-rätin
A 13[1])	1	1	1	Rat/Rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	2	2	Oberinspektor/-in
	8	8	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 2 (2) DW bei Bes.-Gr. A 15 bis A 13.

[3]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist weggefallen.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte[1])
V b	1	1	1	
V c	1	1	1	
VII	—	—	—	
VIII[2])	2	2	2	
	4	4	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) 1 Stelle kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen[1])
1	3	3	3	
MTW[2])	6	6	6	
	9	9	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

[2]) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 11 Personal des Klosterkammerforstbetriebes

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 15	2	2	2	Direktor/-in
A 13	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11	15	15	14	Amtmann/-männin/-frau
A 10	—	—	2	Oberinspektor/-in
	21	21	22	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	2	von Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	1	infolge Organisationsänderung Verlagerung nach Kapitel 10 04

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 11

Justizministerium

Vorwort zum Einzelplan 11

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 11 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Justizministeriums, und zwar:

I. des Ministeriums (Kap. 11 01)
II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 11 02)
III. der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kap. 11 04)
IV. der Justizvollzugseinrichtungen (Kap. 11 05)
V. des Finanzgerichts (Kap. 11 08)
VI. des Oberverwaltungsgerichts und der Verwaltungsgerichte (Kap. 11 10)
VII. des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen (Kap. 11 12)
VIII. der Sozialgerichte (Kap. 11 13)

B. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Justizministeriums sind in den Kap. 20 81 und 20 82 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

C. Wesentliche Veränderungen

a) Gemäß den Beschlüssen der Landesregierung vom 13. 12. 2000, Nds. MBl. S. 768, und 29. 12. 2000, Nds. MBl. Nr. 1/2001 S. 5, sind die Aufgaben des Justizministeriums „Verfassungsrecht“ und „Rechtsvereinfachung“ auf die Staatskanzlei und die Aufgaben des Innenministeriums „Geschäftsstelle des Landespräventionsrates, Erfassung der niedersächsischen Präventionsgremien, Geschäftsabwicklung Landespräventionsrat“ auf das Justizministerium übergegangen.
Die Einzelheiten des Aufgabenübergangs waren bis zum 1. 3. 2001 abschließend zu regeln.

b) Vorbehaltlich des Inkrafttretens eines Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über ein gemeinsames Landessozialgericht wird zum 1. 4. 2002 das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen errichtet. Die im bisherigen Kapitel 11 12 (Landessozialgericht und Sozialgerichte) für die Sozialgerichte veranschlagten Haushaltsmittel sind in das neu eingerichtete Kapitel 11 13 (Sozialgerichte) verlagert worden. Im Kapitel 11 12 (Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen) sind die Haushaltsmittel für das gemeinsame Landessozialgericht veranschlagt.

c) Bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Justizministerium wird die Flexibilisierung der Haushaltsführung mit dezentraler Ressourcenverantwortung mit folgenden Maßgaben fortgeführt:

1. Erfasst sind
   – bei den Einnahmen Titel 132 01 und
   – bei den Ausgaben die Hauptgruppen 5 – ohne Titel 529 10, 532 11 bis 532 20 – und 8.
2. Die Ansätze sind jeweils innerhalb der
   – Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 10 und 532 11 bis 532 20 – sowie
   – Hauptgruppe 8
   gegenseitig deckungsfähig.
   Darüber hinaus sind die Ansätze
   der Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 10 und 532 11 bis 532 20 – deckungsfähig zugunsten der Hauptgruppe 8.
3. Die Ausgabeansätze in Hauptgruppen 5 und 8 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem o. a. Einnahmetitel.
4. Bei den in die Flexibilisierung einbezogenen Titeln dürfen Ausgabereste bis zur Höhe von 80 v. H. gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1101	Ministerium	—	238.000	1.000	—	239.000	29.964.000	1.221.000
1102	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	1.068.000	12.100.000
1104	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	359.822.000	10.000	—	359.832.000	422.898.000	179.270.000
1105	Just.vollz.einrichtungen	—	3.613.000	6.136.000	—	9.749.000	135.567.000	30.825.000
1108	Finanzgericht	—	1.067.000	—	—	1.067.000	6.270.000	874.000
1110	Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte	—	2.678.000	320.000	—	2.998.000	21.761.000	3.352.000
1112	Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen	—	529.000	193.000	—	722.000	4.465.000	1.037.000
1113	Sozialgerichte	—	2.725.000	—	—	2.725.000	9.134.000	7.202.000
1115	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich Rechtspflege-	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2002	—	370.672.000	6.660.000	—	377.332.000	631.127.000	235.881.000
	Summe 2001	—	366.179.827	7.363.114	—	373.542.941	605.222.434	236.711.015
	2002 mehr/weniger (-)	—	4.492.173	-703.114	—	3.789.059	25.904.566	-830.015

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.000	—	25.000	463.000	31.674.000	-31.435.000	-31.758.384	323.384	280.000
2.718.000	—	7.672.000	—	23.558.000	-23.558.000	-23.835.558	277.558	1.200.000
3.206.000	—	722.000	26.023.000	632.119.000	-272.287.000	-262.234.856	-10.052.144	—
12.915.000	—	948.000	13.524.000	193.779.000	-184.030.000	-169.800.546	-14.229.454	2.401.000
194.000	—	—	—	7.338.000	-6.271.000	-5.967.337	-303.663	—
—	—	—	1.004.000	26.117.000	-23.119.000	-22.682.240	-436.760	—
—	—	52.000	234.000	5.788.000	-5.066.000	-20.880.293	15.814.293	—
—	—	13.000	472.000	16.821.000	-14.096.000	—	-14.096.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
19.034.000	—	9.432.000	41.720.000	937.194.000	-559.862.000	-537.159.214	-22.702.786	3.881.000
16.727.373	—	11.981.461	40.059.872	910.702.155				4.355.491
2.306.627	—	-2.549.461	1.660.128	26.491.845				-474.491

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1101	Ministerium	—	238.000	1.000	—	239.000	30.567.000	1.186.000
1102	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	1.068.000	12.671.000
1104	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	360.912.000	10.000	—	360.922.000	419.489.000	179.475.000
1105	Just.vollz.einrichtungen	—	3.632.000	6.844.000	—	10.476.000	138.415.000	31.918.000
1108	Finanzgericht	—	1.067.000	—	—	1.067.000	6.285.000	874.000
1110	Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte	—	2.680.000	320.000	—	3.000.000	21.568.000	3.352.000
1112	Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen	—	529.000	210.000	—	739.000	4.480.000	1.044.000
1113	Sozialgerichte	—	2.725.000	—	—	2.725.000	9.170.000	7.202.000
1115	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich Rechtspflege-	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2003	—	371.783.000	7.385.000	—	379.168.000	631.042.000	237.722.000
	Summe 2002	—	370.672.000	6.660.000	—	377.332.000	631.127.000	235.881.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	1.111.000	725.000	—	1.836.000	-85.000	1.841.000

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.000	—	18.000	463.000	32.235.000	-31.996.000	-31.435.000	-561.000	—
2.616.000	—	7.449.000	—	23.804.000	-23.804.000	-23.558.000	-246.000	1.818.000
3.136.000	—	724.000	26.023.000	628.847.000	-267.925.000	-272.287.000	4.362.000	—
13.106.000	—	948.000	13.524.000	197.911.000	-187.435.000	-184.030.000	-3.405.000	2.867.000
194.000	—	—	—	7.353.000	-6.286.000	-6.271.000	-15.000	—
—	—	20.000	1.004.000	25.944.000	-22.944.000	-23.119.000	175.000	—
—	—	9.000	234.000	5.767.000	-5.028.000	-5.066.000	38.000	—
—	—	18.000	472.000	16.862.000	-14.137.000	-14.096.000	-41.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
19.053.000	—	9.186.000	41.720.000	938.723.000	-559.555.000	-559.862.000	307.000	4.685.000
19.034.000	—	9.432.000	41.720.000	937.194.000				3.881.000
19.000	—	-246.000	—	1.529.000				804.000

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1101 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-1	011	Gebühren und tarifliche Entgelte ****Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*		1.000	1.000	511	0
119 01-2	011	Vermischte Einnahmen		12.000	12.000	4.090	2
119 02-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		220.000	220.000	173.839	220
124 01-6	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		4.000	4.000	4.346	4
132 01-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	—
132 11-6	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	63
235 01-2	011	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
281 10-3	011	Erstattung von Prozesskosten		1.000	1.000	511	0
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				6.135	
		A U S G A B E N					
412 10-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	511	—
421 01-0	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	153.000	153.000	147.559	312
421 02-9	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	—
422 01-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	7.431.000	7.586.000	7.210.545	5.213
422 09-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-9	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	33.000	80.000	110.746	145
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.446
425 04-0	011	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	9.203	—
425 06-7	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	511	—
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	310
426 03-9	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-3	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2.000	2.000	511	1
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	4.000	4.000	3.681	—
427 02-7	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-6	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-1	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	22.328.000	21.531.000	22.112.096	19.921
441 02-0	940	Beihilfen für Angestellte	—	40.000	39.000	41.721	36
441 03-8	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3.000	3.000	3.068	3
441 04-6	940	Beihilfen für Sonstige	—	1.000	1.000	511	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 02

Einnahmen aus Veröffentlichungen im Niedersächsischen Staatsanzeiger.

Zu 412 10

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102,26 EUR.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
151,22	154,22	149,42	145,57

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	9,0
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	9,0
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	3,0	3,0
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	1,2
Summe Abgänge	3,0	4,2
Bleibt Zugang	—	4,8
Bleibt Abgang	3,0	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	105,28	105,28	—	118
Angestellte	37,94	37,94	—	27
Lohnempfänger/-innen	8,0	8,0	—	9
Insgesamt	151,22	151,22	—	154

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	107,28	107,28	—	120
Angestellte	38,94	38,94	—	28
Lohnempfänger/-innen	8,0	8,0	—	9
Insgesamt	154,22	154,22	—	157

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	7 431	7 586

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	7 431	7 586
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	263	301
43	Versorgungsbezüge	2 129	2 096
44	Beihilfen, Unterstützungen	302	298
45	Personalbezogene Sachausgaben	36	36
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	54	–8
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		10 215	10 309

Zu 427 01

Für Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1101 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
441 06-2	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	88.709	23
443 01-4	940	Fürsorgeleistungen	—	386.000	386.000	404.841	386
443 02-2	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	8.000	8.000	511	8
443 10-3	011	Aufwendungen für Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	— 280.000 —	140.000	133.000	132.936	112
443 11-1	940	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	—	—	—	—	—
453 01-0	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	35.000	35.000	30.166	32
459 11-5	011	Außerordentliche Zuwendungen an Bedienstete der Justizverwaltung	—	1.000	1.000	511	—
462 10-8	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	337.000	337.000	54.964	64
514 01-9	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	24.000	24.000	24.031	32
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	190.000	190.000	61.355	51
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	200.000	220.000	276.098	246
518 02-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	57.000	57.000	—	—
519 01-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5.000	5.000	—	—
519 10-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.000	2.000	1.534	0
526 01-7	011	Sachverständige	—	5.000	5.000	35.790	26
526 02-5	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	11.000	11.000	—	—
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	80.000	80.000	80.273	80
527 02-1	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	26.000	26.000	25.565	27
529 10-5	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5.000	5.000	5.113	2
531 10-0	011	Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	74.000	89.000	40.903	76
531 11-8	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	2.000	2.000	1.534	1
546 01-8	011	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-4	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	2.000	2.000	1.534	0
547 10-3	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.000	1.000	1.329	51
681 10-1	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	2
686 10-3	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	511	0
811 01-3	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	63
812 10-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	18.000	25.000	—	—

Zu 443 03

Verpflichtungsermächtigungen zur Eingehung vertraglicher Bindungen für Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	133 000	—	—	133 000
2003	—	—	140 000	140 000
2004	—	—	140 000	140 000
Summe	133 000	—	280 000	413 000

Zu 459 11

Außerordentliche Zuwendungen für besonders rühmenswertes Verhalten, z. B. bei der Ergreifung entwichener Gefangener, bei schweren Störungen des Sitzungsdienstes usw.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	4	4	4

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	4	4	4

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages für das Landesjustizprüfungsamt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002/2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	151 000	—	—	151 000
2003	151 000	—	—	151 000
2004	151 000	—	—	151 000
2005	151 000	—	—	151 000
2006	151 000	—	—	151 000
2007 bis 2008	306 000	—	—	306 000
Summe	1 061 000	—	—	1 061 000

Zu 527 02

Die Mitglieder des beratenden Ausschusses nach § 11 SGG und – für den Fall ihrer Verhinderung – ihre Vertreter/-innen erhalten, soweit sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören, eine Entschädigung für den ihnen aus der Teilnahme an Sitzungen erwachsenden Verdienstausfall und Aufwand sowie Ersatz der Fahrkosten nach den Vorschriften des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter.

Zu 547 10

Für Hilfe bei rechtstatsächlichen Untersuchungen u. ä.

Zu 686 10

Beiträge für den Deutschen Juristentag e.V. in Bonn und die Juristische Studiengesellschaft Hannover.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzung von Ausstattungsgegenständen für Funktionsräume	18	25

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1101 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 11-7	011	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
812 59-1	011	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 11-3	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	463.000	463.000	462.617	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.015)
429 96-8	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	472
547 96-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	411
711 96-5	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-6	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	132
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(165.000)	(165.000)	(8.334)	(75)
511 99-0	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte	—	147.000	147.000	—	—
525 98-3	052	Aus- und Fortbildung durch IZN	—	—	—	—	—
525 99-1	052	Sonstige Aus- und Fortbildung	—	6.000	6.000	7.669	2
538 98-8	052	Dienstleistungen des IZN	—	—	—	—	—
538 99-6	052	Sonstige Dienstleistungen	—	12.000	12.000	665	73
812 99-0	052	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			567.994	
		Abschluss Kapitel 11 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		238.000	238.000	188.921	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.000	1.000	511	
		Summe der Einnahmen		239.000	239.000	189.432	
		4 Personalausgaben	— 280.000 —	30.567.000	29.964.000	30.298.337	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.186.000	1.221.000	1.186.351	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.000	1.000	511	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	18.000	25.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	463.000	463.000	462.617	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 280.000 —	32.235.000	31.674.000	31.947.816	
		Zuschuss		31.996.000	31.435.000	31.758.384	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.129.000	2.096.000	1.636.543	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		34.364.000	33.770.000	33.584.359	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		34.125.000	33.531.000	33.394.927	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

Mittel für die Ersatzbeschaffung und Instandhaltung von Geräten für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Bürokommunikation einschl. Verbrauchsbedarf und Schulungen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1102 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 75		**Kosten des Landespräventionsrates**		(—)	(—)	(—)	(—)
282 75-8	052	Zuschüsse Dritter zur Förderung der Präventionsarbeit * *Vgl. K-Vermerk zu 684 75.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
427 10-1	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung ****Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich. Beträge,die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Ausbildungsverstaltungen der Nds. Justizverwaltung erstattet werden,sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	1.068.000	1.068.000	1.068.344	780
511 01-3	052	Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken	—	2.000.000	2.000.000	2.454.201	1.858
518 02-6	052	Kosten der zentralen Anmietung von Maschinen und Gerät	—	—	—	51.129	—
525 01-4	052	Aus- und Fortbildung der Bediensteten ****Beträge, die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Aus- oder Fortbildungsveranstaltungen der Nieders. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	2.272.000	2.006.000	1.880.787	163
632 10-4	052	Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau	—	150.000	150.000	143.162	130
632 11-2	052	Anteil an den Kosten eines gemeinsamen Prüfungsamts in Berlin	—	3.000	3.000	2.556	0
632 12-0	052	Anteil an den Kosten des Landgerichts Berlin zur Bewältigung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität	—	50.000	50.000	76.694	12
686 10-7	178	Anteil an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle e. V.	—	35.000	35.000	—	—
686 11-5	052	Zuwendungen für die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Strafverfahren gegen erwachsene Täter	205.000 — 562.421	358.000	358.000	357.904	194
686 12-3	052	Zuwendungen für berufsqualifizierende Maßnahmen für Straffällige	413.000 — 795.979	403.000	393.000	383.469	319
686 14-0	052	Zuwendungen an die „Stiftung Opferhilfe Niedersachsen“	—	500.000	500.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 75		**Kosten des Landespräventionsrates**	(—)	(649.000)	(741.000)	(222.770)	(158)
527 75-0	052	Reisekostenvergütungen	—	9.000	9.000	8.692	11
547 75-1	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ****Erstattungen Dritter zu den Veranstaltungen des Landespräventionsrates werden abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt.*	—	214.000	214.000	214.078	147
684 75-9	052	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen und Projekten der Präventionsarbeit * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 75.*	—	425.000	510.000	—	—

Zu 282 75

Geldspenden für die Förderung von kriminalpräventiven Projekten und Maßnahmen.

Zu 427 10

Zentrale Veranschlagung für den Epl. 11

1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	688 000 EUR
2. Prüfungsvergütungen	380 000 EUR
Zusammen	1 068 000 EUR

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), geändert durch Runderlass des MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568), zu beachtenden Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 2.:

Die Höhe der veranschlagten Prüfervergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), geändert durch Runderlass des MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569) und des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 666), geändert durch Runderlass des MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569) zu beachtenden Vorschriften.

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Der/Die Präsident/-in und die Vizepräsidenten/-innen des Landesjustizprüfungsamtes erhalten für ihre nebenamtliche Tätigkeit, die nicht Prüfungstätigkeit ist, eine Vergütung. Der/Die Präsident/-in erhält 153,39 EUR, die beiden Vizepräsidenten/-innen erhalten je 102,26 EUR monatlich.

Zu 511 01

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

Weniger entsprechend dem Bedarf.

Zu 525 01

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

Mehr entsprechend dem Bedarf.

Zu 632 10

Die Deutsche Richterakademie in Trier und Wustrau ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder. Träger sind die Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Die laufenden Kosten tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Anteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht.

Zu 632 11

Anteil an den Kosten eines gemeinsamen Prüfungsamts in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft für Bewerber aus dem Gebiet der EU.

Zu 632 12

Durch die strafgerichtliche Bewältigung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität entstehen beim Landgericht Berlin zusätzliche Personal- und Sachkosten.

Die Mehrausgaben sollen von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen werden. Der danach auf die Länder entfallende Anteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegt.

Weniger infolge Rückgangs der Verfahren.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002/2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	149 000	—	—	149 000
2003	153 000	—	—	153 000
2004	158 000	—	—	158 000
2005	34 000	—	—	34 000
Summe	494 000	—	—	494 000

Zu 686 10

Die Kriminologische Zentralstelle wurde als gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder in Wiesbaden errichtet. Träger ist das Land Hessen. Die laufenden Kosten tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Anteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht. Niedersachsen beteiligt sich ab 2002 wieder an den Kosten.

Zu 686 11

Zuwendungen gemäß der TOA-Richtlinie v. 10. 3. 2000 (Nds. Rpfl. S. 95) an freie Träger zur Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Strafverfahren gegen erwachsene Straftäter.

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen zur weiteren Gewährung von Zuwendungen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	—	—
2004		—	205 000	205 000
Summe	—	—	205 000	205 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	282 000	—	282 000
2003	—	282 000	—	282 000
Summe	—	564 000	—	564 000

Zu 686 12

Zuwendungen gemäß Fördergrundsätzen vom 8. 4. 1992 – 4443 I – 302 91 – an Vereine zum Aufbau von Beschäftigungs- und Wohnraumprojekten.

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen zur weiteren Gewährung von Zuwendungen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	—	—
2004	—	—	413 000	413 000
Summe	—	—	413 000	413 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	393 000	—	393 000
2003	—	403 000	—	403 000
Summe	—	796 000	—	796 000

Zu 686 14

Zuwendungen an die „Stiftung Opferhilfe Niedersachsen“ für die Hilfeleistung zugunsten von Opfern von Straftaten und für die Unterstützung von Maßnahmen, Projekten, Einrichtungen und wissenschaftlichen Untersuchungen, die der Opferhilfe und dem Opferschutz dienen.

Zu 684 75

Förderung von kriminalpräventiven Projekten und Maßnahmen, insbesondere auch zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Land Niedersachsen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1102 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
686 75-1	052	Anteil an den Kosten des Deutschen Forums für Kriminalprävention	—	1.000	8.000	—	—
TGr. 76		**Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und des Ehrenamts**	(—)	(500.000)	(500.000)	(—)	(—)
547 76-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	205.000	185.000	—	—
681 76-8	011	Vergabe eines Preises für vorbildliches freiwilliges Engagement	—	25.000	25.000	—	—
686 76-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	270.000	290.000	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(1.200.000) (1.200.000) (613.550)	(15.816.000)	(15.754.000)	(13.898.090)	(5.702)
511 99-4	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte	—	3.636.000	3.180.000	—	—
518 98-0	052	Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	052	Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
519 99-5	052	Unterhaltung baulicher Anlagen	—	7.000	7.000	6.545	1
525 98-7	052	Aus- und Fortbildung durch IZN	—	37.000	37.000	—	—
525 99-5	052	Sonstige Aus- und Fortbildung	—	1.269.000	1.274.000	1.390.663	738
538 98-1	052	Dienstleistungen des IZN	—	1.579.000	1.458.000	—	—
538 99-0	052	Sonstige Dienstleistungen	—	1.443.000	1.730.000	3.085.084	1.039
632 99-6	052	Erstattungen an Länder	—	227.000	226.000	234.785	225
671 99-1	052	Erstattungen an Inland	—	169.000	170.000	139.583	147
812 99-4	052	Erwerb von Geräten	1.200.000 1.200.000 613.550	7.449.000	7.672.000	9.041.430	3.552
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			3.519.222	
		Abschluss Kapitel 11 02					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	1.068.000	1.068.000	1.068.344	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	12.671.000	12.100.000	12.387.631	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	618.000 — 1.358.400	2.616.000	2.718.000	1.338.153	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.200.000 1.200.000 613.550	7.449.000	7.672.000	9.041.430	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.818.000 1.200.000 1.971.950	23.804.000	23.558.000	23.835.558	
		Zuschuss		23.804.000	23.558.000	23.835.558	

Zu 686 75

Der Bund und die Länder haben gemeinsam die Stiftung „Deutsches Forum für Kriminalprävention“ errichtet, um die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität auch mit kriminalpräventiven Instrumenten voranzutreiben. Die Finanzierung erfolgt - soweit sie nicht durch eigene Einnahmen der Stiftung gedeckt ist - anteilig durch Bund und Länder, wobei der Anteil der Länder nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt wird.

Zu Titelgruppe 76

Veranschlagt sind Aufwendungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement im Land Niedersachsen.

686 76

Förderung von Modellprojekten für eine engagementfördernde Infrastruktur auf kommunaler Ebene, Förderung von Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter, Anschubfinanzierungen für innovative Freiwilligeninitiativen.

Zu Titelgruppe 98/99

Zentrale Veranschlagung der Haushaltsmittel für den nachgeordneten Geschäftsbereich. Mehr infolge Einführung der 2. Stufe des maschinellen Mahnverfahrens (Projekt AGMV).

511 99

Mehr infolge Einführung neuer IuK-Verfahren, insbesondere Wartungskosten im Projekt SolumSTAR.

538 99

Mehr durch Programmierarbeiten, Installationsunterstützungen und Beratungsleistungen insbesondere im Projekt SIJUS-STRAF/WEB.

632 99

Erstattung der anteiligen Programmpflege- und -weiterentwicklungskosten für das Buchführungs- und Abrechnungssystem im Strafvollzug (BASIS) an das Land Nordrhein-Westfalen und das maschinelle Mahnverfahren (AGMV) an das Land Baden-Württemberg.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Neubeschaffungen:		
Beschaffungen für das Projekt SolumSTAR	2 821	2 528
Beschaffungen für das Projekt AGMV	31	213
Ergänzungsbeschaffungen:		
Beschaffungen für das Projekt EUREKA	400	687
Beschaffungen für das Projekt BASIS	60	60
Beschaffungen für das Projekt EUREKA-FACH	100	100
Beschaffungen für das Projekt SIJUS-STRAF/WEB	247	240
Beschaffungen für das Projekt Bewährungshilfe	150	150
Ersatzbeschaffungen:		
Beschaffungen für das Projekt EUREKA	2 140	2 340
Beschaffungen für das Projekt BASIS	600	300
Beschaffungen für das Projekt EUREKA-FACH	400	354
Beschaffungen für das Projekt SIJUS-STRAF/WEB	500	700
Zusammen	7 449	7 672

Verpflichtungsermächtigung für weitere IuK-Ausstattung des IZN-Rechenzentrums und bei Amtsgerichten (Projekt SolumSTAR).

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 200 000	—	1 200 000
2004	—	—	1 200 000	1 200 000
Summe	—	1 200 000	1 200 000	2 400 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	614 000	—	614 000
2003	—	—	1 200 000	1 200 000
Summe	—	614 000	1 200 000	1 814 000

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-9	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen ****Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. Cc des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.* *Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.*		352.000.000	352.000.000	350.746.231	316.607
119 01-3	052	Vermischte Einnahmen		850.000	850.000	1.022.584	754
119 02-1	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	0
119 10-2	052	Ersatzleistungen		200.000	200.000	409.034	112
119 11-0	052	Einnahmen im Rahmen des Modellvorhabens zur Intensivierung von Verfall und Einziehung		7.582.000	6.492.000	5.112.919	930
124 01-7	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		256.000	256.000	255.646	251
132 01-0	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		24.000	24.000	7.669	8
132 11-7	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	16
232 01-4	052	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		—	—	51.129	1
235 01-3	052	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	276
235 10-2	052	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern * *Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		—	—	—	9
281 10-4	052	Erstattung von Prozesskosten		10.000	10.000	20.452	7
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				68.002	
		A U S G A B E N					
412 10-1	052	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	1.845.000	1.845.000	1.840.651	1.691
412 11-0	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (einschl. Reisekosten)	—	38.000	38.000	40.903	29
422 01-8	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	363.424.000	364.334.000	349.306.075	241.560
422 04-2	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	21.349.000	23.829.000	30.503.674	25.462
422 06-9	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	25.000	25.000	23.008	38
422 19-0	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	153.000	172.000	190.916	195
425 01-7	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	98.082
425 03-3	052	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	625
425 04-1	052	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten ****Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.*	—	4.976.000	4.976.000	4.828.641	3.819
425 06-8	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	7.000	7.000	2.556	9
426 01-3	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	5.482

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 04

Es sind vorhanden: 3 Oberlandesgerichte, 11 Landgerichte, 80 Amtsgerichte, 3 Generalstaatsanwaltschaften, 11 Staatsanwaltschaften, 1 Anwaltsgerichtshof, 3 Anwaltsgerichte.

Zu 112 01

1. Gerichtskosten
   Zu den Gebühren und Auslagen gehören auch die vom Gericht bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe festgesetzten Ratenzahlungen.
2. Sicherheitsleistungen:
   Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO

Zu 119 01

Einnahmen aus verfallenen Sicherheiten, ausgebuchten Hinterlegungen, Umsatzprovisionen bei Warenautomaten und dgl.

Weniger entsprechend dem Ist 2000.

Zu 119 10

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

Weniger entsprechend dem Ist 2000.

Zu 119 11

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

Mehr nach Überführung des Modellvorhabens in eine Dauereinrichtung und damit einhergehender Intensivierung der Gewinnabschöpfung u.a. bei der Bekämpfung der Korruptionskriminalität.

Zu 232 01

Erstattungen von Dienstbezügen von einem anderen Dienstherrn und aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen.

Zu 412 11

Für die Betreuung eines/einer Probanden/Probandin erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer/-innen eine monatliche Entschädigung von 51,13 EUR. Daneben werden Reisekosten erstattet.

Es ist die Entschädigung für durchschnittlich 65 eingesetzte ehrenamtliche Bewährungshelfer/-innen veranschlagt.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
9 001,35	9 072,35	9 093,35	8 947,52

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,67	151,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	4,33	2,33
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	6,00	153,33
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	77,00	157,35
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	16,98
Summe Abgänge	77,00	174,33
Bleibt Abgang	71,00	21,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	6 169,92	6 169,92	—	6 451
Angestellte	2 658,54	2 658,54	—	2 626
Lohnempfänger/-innen	172,89	147,93	24,96	110
Insgesamt	9 001,35	8 976,39	24,96	9 187

Noch zu 422 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	6 191,25	6 191,25	—	6 474
Angestellte	2 708,21	2 708,21	—	2 680
Lohnempfänger/-innen	172,89	147,93	24,96	110
Insgesamt	9 072,35	9 047,39	24,96	9 264

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	363 424	364 334

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	363 424	364 334
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	39 992	33 034
43	Versorgungsbezüge	103 003	99 644
44	Beihilfen, Unterstützungen	15 485	15 048
45	Personalbezogene Sachausgaben	26 335	26 335
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	2 774	–385
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		542 013	538 010

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für

a) Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-in von Arbeitsgemeinschaften (für Referendare/-innen und Beamte/-innen in der Amtsanwaltsausbildung) sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664)
b) den/die hauptamtliche(n) Leiter/-in des Ausbildungslehrgangs für Gerichtsvollzieheranwärter/-innen. Er/Sie erhält eine monatliche Lehrzulage (Aufwandsentschädigung) von 63,91 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664)

Die Lehrzulagen zu a) gelten bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Die Lehrzulage zu b) gilt gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 422 04

Veranschlagt sind u.a. auch Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.

Zu 422 06

Mehrarbeitsvergütungen beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten sowie für den Sitzungsdienst.

Zu 425 04

Mittel für 455 Auszubildende.

Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 10, 11 12 und 11 13 verwendet werden.

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit im Sitzungsdienst, beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten u. ä.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
426 03-0	052	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	213
426 06-4	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	40.000	40.000	30.678	34
427 01-0	052	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Übertragbar.* *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.*	—	294.000	294.000	293.993	242
427 02-8	052	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	320
427 10-9	052	Entschädigung der Lehrkräfte in den Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit	—	28.000	28.000	25.565	22
427 11-7	052	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikanten/Praktikantinnen	—	258.000	258.000	235.603	138
427 39-7	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	717.000	717.000	672.093	717
453 01-0	052	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	640.000	640.000	511.292	637
453 11-8	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	195.000	195.000	153.388	195
459 10-8	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	25.500.000	25.500.000	23.775.072	22.805
511 01-0	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	25.412.000	25.412.000	1.278.230	1.871
514 01-0	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	122.000	122.000	97.145	107
514 10-9	052	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	—	15.000	15.000	17.895	15
517 01-9	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	8.600.000	8.400.000	1.315.554	1.387
518 01-5	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	4.526.000	4.458.000	4.661.653	4.283
518 02-3	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	921.000	921.000	—	—
519 01-1	052	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	304.000	304.000	—	—
519 10-0	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	57.000	57.000	51.129	58
519 11-9	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	20.000	20.000	25.565	16
526 01-8	052	Sachverständige	—	30.000	30.000	81.807	79
526 02-6	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	52.000	52.000	—	—
526 10-7	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	190.000	190.000	178.952	191
527 01-4	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	950.000	950.000	920.325	946
527 02-2	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	21.000	21.000	25.565	19
529 10-6	052	Zur Verfügung der Präsidentinnen/Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwältinnen/Generalstaatsanwälte	—	—	—	3.835	4
532 10-7	052	Auslobungen und Belohnungen	—	3.000	3.000	2.556	1
532 11-5	052	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	40.000.000	40.000.000	40.903.350	39.969

Zu 426 06

Überstundenlöhne beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten.

Zu 427 10

Gemäß § 15 NJAVO sind bei mehreren Land- und Amtsgerichten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit eingerichtet.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach dem RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), geändert durch RdErl. d. MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568).

Davon gelten je Lehrkraft bis zu monatlich voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 427 11

Für die Ausbildung von Jahrespraktikanten/-innen in der Bewährungshilfe

Zu 453 01

Mehr entsprechend dem Ist 2000.

Zu 459 10

Es sind veranschlagt

a) die den Gerichtsvollziehern/-innen aufgrund der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 1. 12. 1998 (Nds. GVBl. S. 703) sowie der VO vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) und

b) die den Vollziehungsbeamten/-innen der Justiz aufgrund der AV vom 27. 11. 1990 (Nds. Rpfl. S. 300)

in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Entschädigungen.

Die den Gerichtsvollziehern/-innen gewährte Entschädigung zur Abgeltung der Bürokosten wird in Höhe von 30 v.H. als Aufwandsentschädigung gezahlt. Die Zulagen der Vollziehungsbeamten/-innen sind in voller Höhe Aufwandsentschädigungen.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u.a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	27	27	27
Aktentransportwagen	5	5	5

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	27	27	27
Aktentransportwagen	5	5	5

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigungen für die Miete von Dienstgebäuden für die Amtsgerichte Delmenhorst (üpl. in 2001), Hannover (üpl. in 2001), Nordhorn, Rinteln, Springe, Syke, Walsrode, die Staatsanwaltschaften Göttingen und Hannover (u. a. üpl. in 2001), die Justizbehörden in Oldenburg und Stade sowie die Bewährungshilfe Hannover.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002/2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 742 000	814 000	—	2 556 000
2003	1 672 000	921 000	—	2 593 000
2004	1 679 000	928 000	—	2 607 000
2005	1 679 000	939 000	—	2 618 000
2006	1 679 000	939 000	—	2 618 000
2007 bis 2021	10 429 000	12 823 000	—	23 252 000
Summe	18 880 000	17 364 000	—	36 244 000

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten sowie für Leasing von Transportfahrzeugen für das Projekt SolumSTAR.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
532 12-3	052	Zeugenentschädigungen ****Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Arbeitsgerichtsverfahren dürfen gezahlt werden.*	—	7.000.000	7.000.000	7.669.378	6.717
532 13-1	052	Sachverständigenentschädigungen ****Vgl. Vermerk zu 532 12.*	—	39.000.000	39.000.000	36.813.015	39.102
532 14-0	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	4.700.000	4.700.000	4.857.273	4.606
532 15-8	052	Bekanntmachungskosten	—	8.000.000	8.000.000	8.436.316	7.717
532 16-6	052	Sonstige Verfahrensauslagen ****vgl. Vermerk zu 532 12.*	—	1.170.000	1.170.000	1.175.971	1.162
532 17-4	052	Reisekosten des Gerichts	—	210.000	210.000	204.517	205
532 18-2	052	Kosten der Beratungshilfe	—	4.100.000	4.100.000	4.345.981	4.005
532 19-0	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	33.000.000	33.000.000	34.767.848	34.493
532 20-4	052	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	—	1.005.000	1.005.000	—	—
536 10-2	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	33.000	33.000	33.438	41
546 01-9	052	Vermischte Ausgaben	—	3.000	3.000	2.045	2
546 03-5	052	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	31.000	94.000	30.678	41
632 10-1	052	Anteil an den Verwaltungskosten der Zentr. Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen	—	110.000	110.000	126.391	76
632 11-0	052	Anteil an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme zur Personalbedarfsberechnung	—	—	70.000	—	93
681 10-2	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	205.000	205.000	204.517	87
681 11-0	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	2.800.000	2.800.000	2.812.105	2.430
681 12-9	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe ****Beträge,die erstattet werden,sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	14.000	14.000	14.316	8
686 10-4	059	Zuwendungen für die Fortbildung von Schiedspersonen	—	3.000	3.000	2.250	2
686 11-2	052	Zuwendungen für die Fortbildung zur/zum Verfahrenspflegerin/Verfahrenspfleger	—	4.000	4.000	4.090	—
811 01-4	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	34.000	—	57.265	47
811 11-1	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	16
812 10-0	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	513.000	426.000	315.978	1.120
812 11-8	052	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	177.000	296.000	397.274	518
812 12-6	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
812 59-2	052	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 11-4	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	26.023.000	26.023.000	24.638.900	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			31.021.307	

Zu 532 20

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach §4 a InsO.

Zu 546 03

In 2002 mehr zur Umsetzung des Handelsrechtsreformgesetzes.

Zu 632 10

Nach einer Vereinbarung der Landesjustizverwaltungen ist im Lande Baden-Württemberg eine Zentrale Stelle zur Vorbereitung und Koordinierung der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen errichtet worden. Die Kosten dieser Stelle werden zunächst von Baden-Württemberg verauslagt und werden von den Ländern anteilig erstattet.

Zu 632 11

Beteiligung an den in Baden-Württemberg zu leistenden Ausgaben für die mit externer Hilfe zu entwickelnden neuen Systeme für Personalbedarfsberechnung im höheren und gehobenen Dienst, mittleren Dienst und Schreibdienst (Serviceeinheiten), sowie im Justizwachtmeisterdienst.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002/2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	19 000	—	—	19 000
Summe	19 000	—	—	19 000

Zu 681 11

Entschädigungen für zu Unrecht erlittene Strafverfolgung sowie Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

Zu 681 12

Sachmitteleinsatz zur Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe.

Zu 686 10

Der Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen hält regelmäßig Lehrgänge zur Aus- und Fortbildung der Schiedspersonen ab. Die Kosten werden von dem Verein, von den beteiligten Gemeinden und von dem betreffenden Land (Justizverwaltung) getragen.

Zu 686 11

Zuwendungen an den Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e. V. zur Durchführung von Seminaren zur Fortbildung zum Verfahrenspfleger/zur Verfahrenspflegerin in familiengerichtlichen Verfahren.

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 PKW Kaufpreis einschl. Sonderausstattungspaket	17	—
1 PKW Kaufpreis einschl. Sonderausstattung	17	—
Als Sonderausstattung sind vorgesehen:		
Autoradio, höhenverstellbarer Fahrersitz		
Zusammen	34	—

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
div. Zeiterfassungsgeräte	30	37
Frankiermaschinen	30	7
Beleuchtungsanlagen	98	150
Ausstattungsgegenstände für Funktionsräume	17	32
Registraturanlagen	—	16
Stapelschneidemaschine	7	—
Zusammen	182	242
Ergänzungsbeschaffungen:		
Registraturanlagen	101	54
Personensicherungsanlagen und Detektionsrahmen	230	130
Zusammen	331	184

Zu 812 11

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatz und Erweiterung von Fernsprechanlagen für		
AG Helmstedt	—	43
AG Seesen	—	13
AG Alfeld	31	—
AG Cuxhaven	46	—
AG Langen	30	—
Bewährungshilfe Hannover	—	20
Justizbehörden Stade	—	180
AG Sulingen	30	—
Änderung und Erweiterung kleiner Fernsprechanlagen mit über 5 000 EUR Kosten im Einzelfall	40	40
Zusammen	177	296

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 11 04					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		360.912.000	359.822.000	357.622.085	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		10.000	10.000	71.581	
		Summe der Einnahmen		360.922.000	359.832.000	357.693.666	
		4 Personalausgaben	—	419.489.000	422.898.000	412.434.108	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	179.475.000	179.270.000	178.921.328	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3.136.000	3.206.000	3.163.669	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	724.000	722.000	770.517	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	26.023.000	26.023.000	24.638.900	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	628.847.000	632.119.000	619.928.522	
		Zuschuss		267.925.000	272.287.000	262.234.856	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		103.003.000	99.644.000	90.210.703	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		731.850.000	731.763.000	710.139.225	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		370.928.000	371.931.000	352.445.559	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 10-5	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen ****Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Nr. 2 der „Allgemeinen Erläuterungen“ zum Kapitel 11 05 verbindlich.*		310.000	310.000	302.838	329
111 11-3	056	Erstattung der Pflegekosten des Mutter-Kind-Heimes		229.000	229.000	233.660	—
112 01-2	056	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3.000	3.000	2.556	1
119 01-7	056	Vermischte Einnahmen		110.000	110.000	110.541	68
119 10-6	056	Ersatzleistungen		180.000	180.000	208.607	130
121 10-0	859	Ablieferungen aus Arbeitsbetrieben i.S.d. § 26 LHO - Justizvollzugsarbeitsverwaltung -		2.269.000	2.250.000	1.789.522	2.143
124 01-0	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		339.000	339.000	339.038	302
125 10-6	056	Einnahmen aus den durch die BA geförderten Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgängen * *Vgl. K-Vermerk zu 525 10.*		102.000	102.000	102.258	134
125 11-4	056	Einnahmen aus der Teilnahme an der Verpflegung der Gefangenen		72.000	72.000	71.581	—
125 12-2	056	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in der Fachhochschule		1.000	1.000	25.565	1
125 68-8	056	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in der Justizvollzugsschule		5.000	5.000	102.258	99
129 10-1	056	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		—	—	—	—
132 01-3	056	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		12.000	12.000	7.567	7
231 10-0	056	Erstattungen von Verwaltungskosten durch den Bund		150.000	150.000	306.775	63
232 10-7	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		180.000	180.000	281.211	154
235 01-7	056	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	125
235 64-5	056	Sonstige Zuweisungen der BA für sozialpädagogische Fachkräfte für Umschulungslehrgänge * *Vgl. K-Vermerk zu 425 64.*		118.000	118.000	117.597	98
236 10-2	056	Erstattung von Aufwendungen für Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgänge durch die Bundesanstalt für Arbeit * *Vgl. K-Vermerk zu 525 10.*		409.000	409.000	409.034	391
261 10-7	056	Erst. anteiliger Pers.- u. Sachkosten der Arbeitsbetriebe im Sinne des § 26 LHO		5.700.000	5.000.000	5.624.211	5.445
281 10-8	056	Erstattung von Prozesskosten		3.000	3.000	2.556	1
282 10-4	056	Anteile der Gefangenen an den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung		276.000	268.000	194.291	142
282 69-4	056	Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		8.000	8.000	7.669	6
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				49.288	
		A U S G A B E N					
422 01-1	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	134.274.000	131.593.000	114.359.786	87.323
422 04-6	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	2.355.000	2.048.000	4.701.431	6.086

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 05

1. Es sind vorhanden: 23 Justizvollzugsanstalten, 3 Jugendarrestanstalten und 1 Justizvollzugsschule.
2. Im Kapitel 11 05 sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ gegenseitig deckungsfähig: Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 – ohne die Titel 525 10, 632 10, 671 10, 681 13, 636 10 – sowie der Titelgruppen 61, 62/63, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 –.

   Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62/63, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 129 10.

   Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62/63, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels dürfen überschritten werden bis 65 v. H. der Ist-Einnahmen bei 125 11.

   Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6, 7 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62/63, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels erhöhen oder vermindern sich um 50 v. H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 10, 111 11, 112 01, 119 01, 119 10, 124 01 und 132 01.

   Ausgabereste dürfen gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF bis zur Höhe von 80 v. H. in Anspruch genommen werden. Bei der Obergruppe 81 wird zugelassen, dass von den Erläuterungen abgewichen wird. Minderausgaben der Hauptgr. 8 dürfen abweichend von § 20 Abs. 2 LHO nicht für Mehrausgaben bei den übrigen Titeln verwendet werden.

Zu 111 10

Gefangene, denen gestattet wird, einer Arbeit, Berufsausbildung oder Umschulung auf der Grundlage eines freien Beschäftigungsverhältnisses außerhalb der Justizvollzugsanstalt ohne Aufsicht nachzugehen (Freigang), sind berechtigt, Arbeitsverträge unmittelbar mit dem Arbeitgeber abzuschließen. Von ihren Einkünften wird für Unterkunft und Verpflegung ein Haftkostenbeitrag gem. § 50 StVollzG erhoben.

Zu 111 11

Erstattung der Pflegekosten durch die Träger der Jugendhilfe für die Unterbringung von Kindern im Mutter-Kind-Heim der JVA für Frauen in Vechta.

Zu 119 01

Unter anderem auch Entschädigungen aus Anlass des Einsatzes von Dienstkraftfahrzeugen für Fahrten der Arbeitsbetriebe i. S. des § 26 LHO oder in Fällen des § 35 StVollzG sowie Rückzahlungen von Überzahlungen. Ferner auch Erstattung von Übergangsgeldern und Beileistungen sowie Einnahmen aus Umsatzprovisionen bei Warenautomaten und dgl.

Zu 119 10

Einnahmen aus Ersatzleistungen von Haftpflichtversicherungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle, im Erstattungsverfahren und aus Kassen- und Rechnungsfehlbeträgen.

Zu 121 10

1. Nach den als Anlagen zum Einzelplan 11 abgedruckten Wirtschaftsplänen hat der Landesbetrieb i. S. des § 26 LHO anteilige Personal- und Sachkosten (Tit. 261 10) und Ablieferungen (Tit. 121 10) an den Haushalt abzuführen. Darauf werden Abschlagszahlungen geleistet. Unabhängig von den Wirtschaftsplänen sind hier die Schlusszahlungen des vorhergegangenen und die Abschlagszahlungen des laufenden Geschäftsjahres veranschlagt.
2. Aus den Mitteln der Arbeitsbetriebe werden in besonderen Fällen auch Arbeitsaufseher/-innen oder andere Angestellte bzw. Lohnempfänger/-innen bezahlt, die vorübergehend oder ständig (vgl. Nr. 18 Abs. 4 der Geschäftsanweisung für die Arbeitsverwaltung (GAV)) zur Durchführung bestimmter Arbeitsvorhaben außerhalb der Anstalt oder als Fachkräfte in Eigenbetrieben der Vollzugsanstalten beschäftigt werden.
3. **Übersicht**

   über die aus Mitteln der Arbeitsbetriebe i. S. des § 26 LHO ständig bezahlten Angestellten und Lohnempfänger (Stellenplan)

Beschäftigungsanstalt	Beschäftigungsart	Anzahl 2003	Anzahl 2002	Veranschlagt 2001
Justizvollzugsarbeitsverwaltung	Leiter der JVA	1	1	1
	Betriebswirt	1	1	1
Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel	Buchdruckermeister/-in	1	1	1
	Setzer/-in	1	1	1
	Drucker/-in	1	1	1

Noch zu 121 10

4. **Übersicht**

   über den Bedarf und den Bestand an Dienstkraftfahrzeugen bei den Arbeitsbetrieben i. S. des § 26 LHO

Justizvollzugsanstalt	Art des Fahrzeugs	Ist 1. 1. 2001	Soll 2001	Erforderlich für 2002	Erforderlich für 2003
Celle	Lastkraftwagen	2	2	2	2
Bad Gandersheim	Lieferwagen	1	1	1	1
Hannover	Lastkraftwagen	1	1	1	1
Lingen I	Lastkraftwagen	1	1	1	1
Lingen II	Lastkraftwagen	1	1	1	1
	PKW-Kombi	1	1	1	1
Oldenburg	Lastkraftwagen	1	1	1	1
Wolfenbüttel	Lastkraftwagen	1	1	1	1
	Lieferwagen	1	1	1	1

Zu 125 10

Erlöse aus Reparaturen und aus dem Verkauf von Gegenständen, die in den von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) geförderten Umschulungslehrgängen pp. erzielt werden.

Ausgaben werden bei Titel 525 10 nachgewiesen.

Zu 125 11

Einnahmen aus der Teilnahme von Bediensteten und Besuchern/Besucherinnen an der Gefangenenverpflegung.

Zu 125 68

1.	17 120 Tage für Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer	— EUR
2.	580 Tage für das aus 425 68, 426 01 und 426 68 entlohnte Schulpersonal je 6,50 EUR (zur Verpfl.)	3 770 EUR
3.	200 Tage für das übrige Schulpersonal	1 300 EUR
	17 900 Tage — Zusammen	5 070 EUR
	rd.	5 000 EUR

Zu 129 10

Beteiligung der Justizvollzugsanstalten aus den Überschüssen der Arbeitsbetriebe.

Zu 231 10

Erstattungen des Bundes in Staatsschutz-Strafsachen gem. AV vom 29. 3. 1995 – Nds. Rpfl. S. 81 –. Weniger infolge Rückganges der Erstattungshöhe.

Zu 232 10

Erstattungen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein für die Unterbringung von weiblichen Jugendstrafgefangenen in der JVA für Frauen in Vechta sowie des Landes Bremen aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 23. 12. 1988. Weniger infolge Rückganges der Erstattungshöhe.

Zu 235 64

Vgl. Erläuterungen zu 425 64.

Zu 236 10

Erstattung der Aufwendungen für Grundausbildungs- und Umschulungslehrgänge in Justizvollzugsanstalten durch die BA.

Die Ausgaben werden bei Titel 525 10 nachgewiesen.

Zu 261 10

Vgl. Erläuterungen zu 121 10 und Anlagen zu Einzelplan 11. Weniger als Folge der Anhebung des Arbeitsentgelts der Gefangenen.

Zu 282 10

Mehr infolge Anhebung des Arbeitsentgelts durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des StVollzG vom 27. 12. 2000.

Zu 282 69

Geldspenden Außenstehender zugunsten der Betreuung der Gefangenen (AV v. 20. 09. 1995 – Nds. Rpfl. S. 299).

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
3 842,41	3 792,16	3 605,16	3 090,95

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	55,25	197
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	55,25	197
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,00	13
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	5,00	13
Bleibt Zugang	50,25	184

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	3 422,66	3 422,66	—	3 573
Angestellte	357,66	355,66	2,00	297
Lohnempfänger/-innen	62,09	56,59	5,50	61
Insgesamt	3 842,41	3 834,91	7,50	3 931

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	3 386,16	3 386,16	—	3 532
Angestellte	350,16	348,16	2,00	288
Lohnempfänger/-innen	55,84	50,34	5,50	54
Insgesamt	3 792,16	3 784,66	7,50	3 874

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	134 274	131 593

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	134 274	131 593
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	5 025	4 638
43	Versorgungsbezüge	41 329	38 666
44	Beihilfen, Unterstützungen	5 460	5 151
45	Personalbezogene Sachausgaben	454	454
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	978	–132
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		187 520	180 370

Noch zu 422 01

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für den/die hauptamtliche(n) Leiter/-in und die hauptamtlichen Lehrkräfte der Justizvollzugsschule für das Land Niedersachsen. Sie erhalten eine Lehrzulage von monatlich 63,91 EUR bzw. 47,93 EUR gem. RdErl. des MF vom 28. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte sind gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 28. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) steuerfreie Aufwandsentschädigungen.

Ferner sind veranschlagt:

Vergütungen für nur zu einem geringen Teil ihrer Arbeitskraft beschäftigte Kräfte für den Vollzug von Kurz- und Freizeitarrest und für im Bedarfsfall tätig werdende Hilfskräfte im Aufsichtsdienst (AV vom 12. 7. 88, Nds. Rpfl. S. 180 i. d. F. d. AV v. 21. 9. 92, Nds. Rpfl. S. 209) sowie für 4 Schreibkräfte.

Löhne für 4 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst sowie für 1 ständig nicht vollbeschäftigte Kraft im Wirtschaftsdienst (Justizvollzugsschule), deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Löhne für fünf stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst bei der Justizvollzugsschule, der JVA Celle und der JVA Hannover.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
422 06-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	8.000	8.000	7.669	4
422 19-4	056	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	056	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	17.627
425 03-7	056	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	36
425 06-1	056	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	5.113	1
426 01-7	056	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.681
426 03-3	056	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	33
426 04-1	056	Löhne der in Ausbildung befindlichen Arbeiterinnen und Arbeiter	—	359.000	500.000	649.341	107
426 06-8	056	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	46.000	46.000	51.129	9
427 01-3	056	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	37.000	37.000	36.813	11
427 02-1	056	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	160
427 10-2	056	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten/ Praktikantinnen im Sozial- und Erziehungsdienst	—	51.000	51.000	51.129	38
427 39-0	056	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	80.000	80.000	41.824	80
441 03-2	056	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	—
443 02-7	056	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-4	056	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	450.000	450.000	178.952	295
511 01-4	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.785.000	1.807.000	206.562	—
514 01-3	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	394.000	346.000	368.130	—
514 10-2	056	Beschaffung von Munition	—	47.000	47.000	51.129	—
517 01-2	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	11.782.000	11.171.000	5.879.857	—
518 01-9	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	451.000	437.000	460.163	—
518 02-7	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	83.000	90.000	—	—
519 01-5	056	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	755.000	755.000	—	—
519 10-4	056	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	432.000	337.000	357.904	—
519 11-2	056	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	19.000	19.000	20.452	—
525 10-4	056	Durchführung von Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgängen für Gefangene * *Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 10 und 236 10.*	—	511.000	511.000	511.292	552
526 01-1	056	Sachverständige	—	416.000	416.000	511.292	—
526 02-0	056	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	13.000	13.000	—	—
527 01-8	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	111.000	111.000	112.484	—
527 02-6	056	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	13.000	13.000	15.339	—

Zu 426 04

Löhne für bis zu 60 externe Auszubildende in den Kammerberufen im Rahmen der Beschäftigungsinitiative. Weniger nach Abschluss der Ausbildung.

Zu 426 06

Vergütung für Mehrarbeit insbesondere für Heizer/-innen und Kraftfahrer/-innen.

Zu 427 01

Vergütungen für die Vertretung der med.-technischen Assistenten/-innen beim Anstaltskrankenhaus in Lingen und bei der JVA Hannover, der Heimleiterin/des Heimleiters bzw. der Verwaltungsangestellten und des Hausmeisters in der Justizvollzugsschule, der Reinigungskräfte bei den JVA'en Celle, Bad Gandersheim und der Justizvollzugsschule sowie für 1 Kochfrau bei einer Jugendarrestanstalt.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u.a. auch Dienstkleidungszuschüsse für beamtete und nichtbeamtete Angehörige des allgemeinen (mittleren) Justizvollzugs- und des Werkdienstes. Bedienstete, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigung) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Ferner ist auch veranschlagt die Entschädigung für die Betreuung, Pflege und Fütterung eines Diensthundes oder eines privateigenen Hundes, der zur Verwendung im Dienst zugelassen ist, in entsprechender Anlehnung an die für die Polizei geltenden Regelungen.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw (einschl. Kombi)	22	22	23
Gefangenentransportwagen	53	53	55
Lastkraftwagen	3	3	3
Zugmaschinen	6	6	6
Krankentransportwagen	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw (einschl. Kombi)	22	22	22
Gefangenentransportwagen	52	53	53
Lastkraftwagen	3	3	3
Zugmaschinen	6	6	6
Krankentransportwagen	1	1	1

Zu 518 01

Für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages aus Anlass der Anmietung einer Liegenschaft in Langenhagen für die Abschiebungshaftanstalt ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	389 000	—	—	389 000
2004	389 000	—	—	389 000
2005	389 000	—	—	389 000
2006	389 000	—	—	389 000
2007 bis 2009	874 000	—	—	874 000
Summe	2 430 000	—	—	2 430 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	389 000	—	—	389 000
2003	389 000	—	—	389 000
2004	389 000	—	—	389 000
2005	389 000	—	—	389 000
2006 bis 2009	1 263 000	—	—	1 263 000
Summe	2 819 000	—	—	2 819 000

Zu 519 10

Mehr infolge zusätzlicher betrieblicher Einbauten.

Zu 525 10

Aufwendungen für Grundausbildungs- und Umschulungslehrgänge in Justizvollzugsanstalten.

Die Aufwendungen werden durch Einnahmen gedeckt (vgl. 125 10 und 236 10).

Zu 526 01

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Sachverständigenentschädigung, Gutachten und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	395	395
2. Entschädigung der Anstaltsbeiräte	21	21
Zusammen	416	416

Zu 2: Die Mitglieder der Anstaltsbeiräte erhalten eine Sitzungspauschale von 10,23 EUR, höchstens jedoch bis zu 122,76 EUR pro Jahr (Aufwandsentschädigung). Übersteigt der tatsächliche Verdienstausfall die Sitzungspauschale, so ist diese - unter Anrechnung der Sitzungspauschale - bis zur Höhe der in § 2 Abs. 2 bis 4 des Gesetzes über die Entschädigung ehrenamtlicher Richter festgelegten Höchstsätze zu erstatten. Daneben werden Reisekosten in sinngemäßer Anwendung des Bundesreisekostengesetzes gezahlt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
536 10-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	205.000	205.000	217.810	—
546 01-2	056	Vermischte Ausgaben	—	3.000	3.000	665	—
546 03-9	056	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
632 10-5	056	Erstattung von Ausgaben an die Freie Hansestadt Bremen	—	154.000	154.000	153.388	153
636 10-0	056	Beiträge für Gefangene zur Arbeitslosenversicherung	—	5.277.000	5.050.000	4.857.273	4.697
671 10-0	056	Erstattung von Aufwendungen an die Arbeitsbetriebe im Sinne des § 26 LHO	—	138.000	138.000	138.049	138
681 12-2	056	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	26.000	26.000	25.565	30
681 13-0	056	Durchführung der Unfallversicherung für Gefangene nach der Reichsversicherungsordnung	—	307.000	307.000	306.775	296
681 14-9	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge ****Beträge, die von Gefangenen rückerstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	1.307.000 1.251.000 1.243.360	1.551.000	1.551.000	1.550.646	1.338
681 15-7	056	Taschengeld für Gefangene und Untergebrachte in Justizvollzugsanstalten	—	225.000	225.000	204.517	164
681 16-5	056	Leistungen an Abschiebungsgefangene nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	—	50.000	50.000	51.129	24
686 10-8	056	Zuschuss an die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V.	—	1.000	1.000	511	1
686 11-6	056	Zuschuss an das Kriminologische Forschungsinstitut in Hannover (KFN)	—	10.000	46.000	51.129	103
711 01-3	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	—	—	—	—
811 01-8	056	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	400.000 — —	188.000	162.000	940.777	499
812 10-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	28.000	33.000	391.036	211
812 11-1	056	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	33.950	128
812 12-0	056	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	377.000	377.000	470.389	673
812 59-6	056	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 11-8	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	13.524.000	13.524.000	13.328.050	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Ärztliche Versorgung der Gefangenen**	(—)	(5.754.000)	(5.754.000)	(6.089.486)	(4.150)
427 61-7	056	Nebenamtlich und nebenberuflich tätige Ärzte *** Ersparnisse infolge zeitweilig nicht besetzter oder unbesetzter Stellen für Ärzte bei 422 01 dürfen hier verwendet werden.*	—	491.000	491.000	490.840	485
514 61-7	056	Kleingeräte und Verbrauchsmittel	—	1.836.000	1.836.000	1.953.135	1.546
547 61-2	056	Ärztliche Behandlung und Unterbringung in Krankenanstalten	—	3.427.000	3.427.000	3.645.511	2.119

Zu 536 10

Insbesondere Ausgaben für Krankentransporte von Gefangenen oder sonstigen, aus vollzuglichen Gründen notwendigen Einzeltransporte, sofern dafür keine landeseigenen Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen, und Reisekosten für das Transportbegleitpersonal.

Zu 632 10

Erstattung von Ausgaben für erforderliche Investitionen im Rahmen der Unterbringung nieders. Jugendstrafgefangener im bremischen Jugendvollzug.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	154 000	—	—	154 000
2004	154 000	—	—	154 000
2005	154 000	—	—	154 000
2006	154 000	—	—	154 000
2007 bis 2022	2 310 000	—	—	2 310 000
Summe	2 926 000	—	—	2 926 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	154 000	—	—	154 000
2003	154 000	—	—	154 000
2004	154 000	—	—	154 000
2005	154 000	—	—	154 000
2006 bis 2022	2 464 000	—	—	2 464 000
Summe	3 080 000	—	—	3 080 000

Zu 671 10

Kosten der angemessenen und arbeitstherapeutischen Beschäftigung von Gefangenen (§ 37 Abs. 4 u. 5 StVollzG).

Zu 681 14

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Für die Justizvollzugsanstalten	300	300
2. Für Anlaufstellen für Straffällige	980	980
3. Weitere Organisationen der Gefangenen- und Entlassenenhilfe	271	271
Zusammen	1 551	1 551

Zu 2 u. 3: Gewährung von Zuwendungen in Ergänzung der Vorgaben der §§ 74 u. 154 StVollzG.

Zur weiteren Gewährung von Zuschüssen an Träger der Straffälligenhilfe ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 251 000	—	1 251 000
2004	—	—	1 307 000	1 307 000
Summe	—	1 251 000	1 307 000	2 558 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 251 000	—	1 251 000
2003	—	—	1 251 000	1 251 000
Summe	—	1 251 000	1 251 000	2 502 000

Zu 681 16

Das Asylbewerberleistungsgesetz vom i. d. F. v. 26. 5. 1997, BGBl. I S. 1130, verpflichtet die Justizvollzugsbehörden, Abschiebungsgefangenen einen monatlichen Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens zu gewähren.

Zu 686 10

Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Herstellungskosten der „Zeitschrift für Strafvollzug“, die von der Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V. herausgegeben wird.

Freiwillige Verpflichtung aller Landesjustizverwaltungen.

Zu 686 11

Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Durchführung einer Untersuchung über die Ursachen der Überbelegung der nds. Justizvollzugsanstalten. Die Untersuchung ist im Jahre 2003 beendet.

Ausbringen einer Verpflichtungsermächtigung zur weiteren Gewährung der Zuwendung für die Dauer des Forschungsprojektes.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	10 000	—	—	10 000
2004	—	—	—	—
Summe	10 000	—	—	10 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	47 000	—	—	47 000
2003	10 000	—	—	10 000
Summe	57 000	—	—	57 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu 711 01

Für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung - WEV“.

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
4 Pkw bis zu 1 700 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)	—	56
4 GTW bis zu 1 900 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	—	106
1 GTW bis zu 1 900 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	23	—
4 PKW bis zu 1 700 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)	56	—
1 Zugmaschine	33	—
Zusammen	112	162
Ergänzungsbeschaffung:		
2 GTW bis zu 1900 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	56	—
1 PKW bis zu 1 700 ccm Hubraum Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer) An Sonderausstattung ist vorgesehen: Sicherheitseinrichtungen.	19	—
Zusammen	75	—

Für die Beschaffung von GTW für die neuen JVA’ en Sehnde u. Göttingen ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2004	—	—	400 000	400 000

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzungsbeschaffung:		
2 Zeiterfassungsgeräte	—	33
2 Aufsitzrasenmäher	28	—

Zu 812 12

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzungsbeschaffungen:		
3 Personensicherungsanlagen	377	377

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 62/63		**Andere Dienstleistungen für die Versorgung der Gefangenen**	(1.160.000) (1.150.000) (1.140.181)	(3.750.000)	(3.750.000)	(3.737.901)	(3.187)
427 62-5	056	Nebenamtlich tätige Kräfte	—	77.000	77.000	77.205	41
459 62-4	056	Personalbezogene Sachausgaben	—	4.000	4.000	3.068	2
531 62-7	056	Entschädigung für Nutzungsrechte	—	9.000	9.000	8.896	8
547 62-0	056	Dienstleistungen Außenstehender	—	350.000	350.000	393.695	168
632 62-8	056	Erstattungen für die Unterbringung in Anstalten anderer Länder	1.160.000 1.150.000 1.140.181	1.960.000	1.960.000	1.959.782	1.827
671 62-3	056	Erstattungen für Unterbringung und Verpflegung an die Arbeitsbetriebe	—	58.000	58.000	57.929	52
671 63-1	056	Erstattungen an Kirchenverwaltungen	—	1.292.000	1.292.000	1.237.326	1.089
TGr. 64		**Aus- und Fortbildung der Gefangenen**	(—)	(2.949.000)	(2.855.000)	(2.328.935)	(1.780)
425 64-9	056	Vergütung der Angestellten * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 64.*	—	118.000	118.000	117.597	102
511 64-2	056	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	125.000	125.000	132.936	88
514 64-1	056	Kleingeräte, Verbrauchsmaterial und Betriebsstoffe	—	291.000	291.000	334.896	119
525 64-3	056	Lehr- und Lernmittel	—	66.000	66.000	68.002	62
547 64-7	056	Dienstleistungen Außenstehender	—	198.000	198.000	186.622	174
671 64-0	056	Erstattung von Aufwendungen für Lehrwerkstätten an die Arbeitsbetriebe im Sinne von § 26 LHO	—	307.000	307.000	306.775	307
681 64-5	056	Ausbildungsbeihilfen für Gefangene ****Ausbildungsbeihilfen an Gefangene, die gem.§ 22 Abs.3 SGB III von der Bundesanstalt für Arbeit erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	1.750.000	1.750.000	1.129.955	928
812 64-2	056	Erwerb von Maschinen, Geräten und Werkzeugen	—	94.000	—	52.152	—
TGr. 65 bis 67		**Anderer Sachaufwand für Unterbringung und Versorgung der Gefangenen**	(—)	(8.728.000)	(8.489.000)	(8.639.145)	(—)
511 65-0	056	Gefangenenbücherei	—	27.000	27.000	28.990	—
511 66-9	056	Unterkunftsgeräte und sonstige Geräte zur Versorgung der Gefangenen	—	962.000	913.000	920.325	—
511 67-7	056	Bettzeug, Wäsche und Bekleidung	—	962.000	913.000	920.325	—
514 65-0	056	Lebensmittel für die Verpflegung der Gefangenen.	—	5.908.000	5.652.000	5.879.857	—
514 66-8	056	Verbrauchsmittel und Kleingeräte	—	577.000	577.000	613.550	—
519 65-1	056	Kleine bauliche Veränderungen in den Unterkunfts- und Freizeitbereichen der Gefangenen	—	27.000	27.000	30.678	—
547 65-5	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ****Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Gefangenenzeitungen unentgeltlich abgegeben werden.*	—	4.000	4.000	4.090	—
812 65-0	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	261.000	376.000	241.330	—

Zu Titelgruppe 62/63

427 62

Vergütungen und Auslagenersatz für nebenamtliche Geistliche, Organisten/-innen, Psychologen/-innen und Sozialarbeiter/-innen, Schuldenberater/-innen sowie Dolmetscher/-innen.

459 62

Müheentgelt für die Verpflegung der Arrestanten/-innen auf Rechnung der Justizwachtmeister bei Amtsgerichten (10 Arrestanten/-innen).

531 62

Entschädigung für die Wiedergabe von Tonbildträgern in Aufenthaltsräumen der Justizvollzugsanstalten.

547 62

Auslagenersatz für Maßnahmeträger für sozialpädagogische und sozialtherapeutische Betreuungsarbeit, Dolmetscher- und Übersetzungskosten sowie Kosten der Vertragsfriseure u. a.

642 62

Erstattung der Kosten für die Unterbringung von nieders. Jugendstrafgefangenen im bremischen Jugendvollzug aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 23. 3. 1998.

Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung zur Sicherstellung der Mindesterstattung.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 150 000	—	1 150 000
2004	—	—	1 160 000	1 160 000
Summe	—	1 150 000	1 160 000	2 310 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	1 141 000	—	1 141 000
2003	—	—	1 150 000	1 150 000
Summe	—	1 141 000	1 150 000	2 291 000

671 62

Erstattung der Kosten für Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen, soweit Unternehmer diese Leistungen erbringen und sie der Arbeitsverwaltung in Rechnung stellen.

671 63

Erstattung der Dienstbezüge für 24 Anstaltsseelsorger/-innen.

Zu Titelgruppe 64

425 64

Die Bundesanstalt für Arbeit fördert nach dem SGB III die Beschäftigung von 2 sozialpädagogischen Fachkräften sowie eines Ausbildungsmeisters zur Betreuung von Gefangenen, die an beruflichen Umschulungsmaßnahmen teilnehmen. Die Ausgaben werden durch Einnahmen bei Titel 235 64 gedeckt. Dabei können allerdings durch die Abrechnungsmodalitäten mit der BA zeitliche Verschiebungen eintreten.

Vergütung für drei Angestellte.

547 64

Kursgebühren an Maßnahmeträger im Bereich der schulischen Bildung, Honorare für Lehrkräfte im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie des sozialen Trainings.

681 64

Mehr infolge Anhebung der Ausbildungsbeihilfe durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des StVollzG vom 27. 12. 2000.

812 64

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Gerät und Anlagen für die Ausbildungsbetriebe		
– Metall	56	—
– Lehrküche	38	—
Zusammen	94	—

Zu Titelgruppe 65/67

511 66

Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Zellen, Gemeinschafts- und Mehrzweckräumen für Gefangene, für Kranken-, Küchen- und Speiseräume, für die Wäscherei sowie von Sportgeräten.

511 67

Beschaffung und Unterhaltung von Bettzeug (einschl. Matratzen), Wäsche und Kleidung einschl. Sportbekleidung.

514 66

Geschirr, Bestecke, Kleingeräte und Verbrauchsmittel für die Reinigung und Instandhaltung von Bettzeug, Wäsche und Kleidung sowie für die Körperreinigung; Kleingeräte und Verbrauchsmittel für die kulturellen Veranstaltungen, die Freizeitgestaltung und den Gefangenensport.

519 65

Für kleine bauliche Veränderungen, die die Justizvollzugsanstalten in Eigenregie durchführen.

547 65

Aufwendungen für Anstalts- und Gefangenenzeitungen.

812 65

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Geräte und Anlagen für		
– die medizinische Betreuung	59	129
– die Anstaltsküchen	116	223
– die Anstaltswäschereien	86	24
Zusammen	261	376

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 68		**Kosten für die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer an der Justizvollzugsschule** ** *Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.*	(—)	(180.000)	(179.000)	(124.602)	(87)
425 68-1	056	Vergütungen der Angestellten ****Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für das Küchenpersonal mit Ausnahme der Wirtschaftsleiter zu verausgaben.*	—	5.000	4.000	3.988	—
426 68-8	056	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen ****Vgl. Vermerk zu 425 68.*	—	54.000	54.000	53.941	30
514 68-4	056	Lebensmittel, Zutaten ** *Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	114.000	114.000	59.719	44
547 68-0	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ** *Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.*	—	7.000	7.000	6.954	12
TGr. 69		**Verwendung der Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.*	(—)	(8.000)	(8.000)	(7.670)	(6)
514 69-2	056	Kleingeräte und Verbrauchsmaterial	—	4.000	4.000	3.835	5
547 69-8	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.000	4.000	3.835	—
681 69-6	056	Zuschüsse, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an Gefangene	—	—	—	—	—
812 69-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	0
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			7.883.813	
		Abschluss Kapitel 11 05					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.632.000	3.613.000	3.243.021	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		6.844.000	6.136.000	6.943.344	
		Summe der Einnahmen		10.476.000	9.749.000	10.186.365	
		4 Personalausgaben	—	138.415.000	135.567.000	120.976.925	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	31.918.000	30.825.000	31.521.553	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.467.000 2.401.000 2.383.541	13.106.000	12.915.000	12.030.749	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	400.000 — —	948.000	948.000	2.129.634	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	13.524.000	13.524.000	13.328.050	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.867.000 2.401.000 2.383.541	197.911.000	193.779.000	179.986.911	
		Zuschuss		187.435.000	184.030.000	169.800.546	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		41.329.000	38.666.000	32.550.835	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		239.240.000	232.445.000	212.537.746	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		228.764.000	222.696.000	202.351.381	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 68

17 900 Verpflegungstage für Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer einschl. Schulpersonal je 10,– EUR 179 000 EUR

Zu 426 68

Für 2 Arbeiterinnen und Arbeiter im Wirtschaftsdienst (Lohngruppe 2 MTArb).

Zu Titelgruppe 69

Für die Verwendung von Spenden Dritter.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1108 Finanzgericht

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-3	055	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten ****Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich.*		1.055.000	1.055.000	1.099.278	882
119 01-8	055	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	51.129	10
119 10-7	055	Ersatzleistungen		1.000	1.000	511	0
132 01-4	055	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	511	0
235 01-8	055	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-6	055	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	85.000	85.000	81.807	78
422 01-2	055	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.173.000	6.158.000	5.957.624	3.822
422 19-5	055	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-1	055	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.344
425 06-2	055	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-8	055	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	68
426 06-9	055	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	—
427 01-4	055	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	3.000	3.000	3.375	3
427 02-2	055	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-1	055	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-5	055	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	22.000	22.000	15.339	22
453 11-2	055	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	511	—
511 01-5	055	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	199.000	199.000	13.549	14
517 01-3	055	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	112.000	112.000	38.347	35
518 01-0	055	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	488.000	488.000	494.419	481
518 02-8	055	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	8.000	8.000	—	—
519 01-6	055	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4.000	4.000	—	—
519 10-5	055	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	511	1
526 01-2	055	Sachverständige	—	1.000	1.000	511	3
526 02-0	055	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-9	055	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	3.000	3.000	3.170	2
529 10-0	055	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten des Nieders. Finanzgerichts	—	—	—	511	0
532 11-0	055	Entschädigungen beigeordneter Anwälte	—	8.000	8.000	4.090	8

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht mit der Bewilligung von Prozesskostenhilfe festgesetzten zu zahlenden Beträge.

Zu 119 01

Insbesondere Erstattungen von Dienstbezügen für abgeordnete Richter/-innen und Beamte/-innen u. a.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
119,92	119,92	118,42	104,20

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,50
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	1,50
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang	—	1,50

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	76,32	76,32	—	79
Angestellte	41,60	41,60	—	43
Lohnempfänger/-innen	2,0	2,0	—	2
Insgesamt	119,92	119,92	—	124

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	76,32	76,32	—	79
Angestellte	41,60	41,60	—	43
Lohnempfänger/-innen	2,0	2,0	—	2
Insgesamt	119,92	119,92	—	124

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	6 173	6 158

Noch zu 422 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	6 173	6 158
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	60	51
43	Versorgungsbezüge	1 681	1 605
44	Beihilfen, Unterstützungen	244	235
45	Personalbezogene Sachausgaben	23	23
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	44	–6
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		8 225	8 066

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u.a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 518 01

Für die langfristige Anmietung eines Dienstgebäudes ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung:

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002/2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	483 000	—	—	483 000
2003	483 000	—	—	483 000
2004	483 000	—	—	483 000
2005	483 000	—	—	483 000
2006	483 000	—	—	483 000
2007 bis 2010	1 932 000	—	—	1 932 000
Summe	4 347 000	—	—	4 347 000

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1108 Finanzgericht

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
532 12-8	055	Zeugenentschädigungen	—	16.000	16.000	10.226	16
532 13-6	055	Sachverständigenentschädigungen	—	30.000	30.000	35.790	26
532 16-0	055	Sonstige Verfahrensauslagen	—	1.000	1.000	511	0
532 17-9	055	Reisekosten des Gerichts	—	2.000	2.000	1.534	1
546 01-3	055	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-0	055	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1.000	1.000	511	—
632 10-6	055	Erstattung der Kosten des Gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg	—	194.000	194.000	194.291	114
812 10-4	055	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	10
812 11-2	055	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			261.628	
		Abschluss Kapitel 11 08					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.067.000	1.067.000	1.151.429	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.067.000	1.067.000	1.151.429	
		4 Personalausgaben	—	6.285.000	6.270.000	6.059.167	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	874.000	874.000	865.308	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	194.000	194.000	194.291	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.353.000	7.338.000	7.118.766	
		Zuschuss		6.286.000	6.271.000	5.967.337	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.681.000	1.605.000	1.425.840	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		9.034.000	8.943.000	8.544.606	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		7.967.000	7.876.000	7.393.177	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 632 10

Aufgrund des Staatsvertrages zwischen den Ländern Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vom 8./14./22. 4. 1981 (Nieders. GVBl. S. 408) beteiligt sich Niedersachsen an den Kosten des gemeinsamen Senats beim Finanzgericht Hamburg.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-7	053	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten ****Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich.*		2.550.000	2.550.000	2.658.718	2.431
119 01-1	053	Vermischte Einnahmen		60.000	60.000	102.258	47
119 10-0	053	Ersatzleistungen		64.000	64.000	7.669	63
124 01-5	053	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		3.000	3.000	3.068	3
132 01-8	053	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		3.000	1.000	2.556	—
132 11-5	053	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	20
232 10-1	053	Erstattungen des Landes Schleswig-Holstein zu den Kosten des Oberverwaltungsgerichts und des Disziplinarhofs		320.000	320.000	347.678	300
235 01-1	053	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
235 10-0	053	Zuweisungen von Sozialhilfeträgern * *Vgl. K-Vermerk zu 427 10.*		—	—	—	2
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.022	
		A U S G A B E N					
412 10-0	053	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	155.000	155.000	163.613	131
422 01-6	053	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	21.284.000	21.477.000	21.039.150	14.664
422 19-9	053	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-5	053	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.787
425 06-6	053	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	511	—
426 01-1	053	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	423
426 06-2	053	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	0
427 01-8	053	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	13.000	13.000	12.527	2
427 02-6	053	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 10-7	053	Beschäftigungsentgelte für Hilfskräfte * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 10.*	—	—	—	—	2
427 39-5	053	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	64.000	64.000	16.157	64
453 01-9	053	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	50.000	50.000	33.234	49
511 01-9	053	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	665.000	665.000	40.903	44
514 01-8	053	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	20.000	20.000	18.407	21
517 01-7	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	496.000	496.000	178.952	169
518 01-3	053	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	650.000	650.000	766.938	719

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 10

Es sind vorhanden:

Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Stade.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht mit Bewilligung von Prozesskostenhilfe festgesetzten Ratenzahlungen.

Zu 119 01

Insbesondere Erstattung von Dienstbezügen für abgeordnete Richter/-innen und Beamte/-innen u.a.

Zu 119 10

Mehr in Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 232 10

Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Versorgungslasten des Oberverwaltungsgerichts nach Auflösung des gemeinsamen Oberverwaltungsgerichts.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
428,12	434,12	448,12	418,97

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	6,0	14,0
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	6,0	14,0
Bleibt Abgang	6,0	14,0

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	278,83	278,83	—	311
Angestellte	135,69	135,69	—	124
Lohnempfänger/-innen	13,60	13,60	—	11
Insgesamt	428,12	428,12	—	446

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	282,83	282,83	—	315
Angestellte	137,69	137,69	—	126
Lohnempfänger/-innen	13,60	13,60	—	11
Insgesamt	434,12	434,12	—	452

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	21 284	21 477

Noch zu 422 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	21 284	21 477
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	273	246
43	Versorgungsbezüge	5 877	5 673
44	Beihilfen, Unterstützungen	845	822
45	Personalbezogene Sachausgaben	50	50
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	151	–21
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		28 480	28 247

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 EUR bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 425 06 und 426 06

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungs- und Hausmeisterdienst u. a.

Zu 427 01

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im Abtrage- und Reinigungsdienst sowie für Aushilfen im Schreibdienst in Großprozessen.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u.a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	6	6	6

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	6	6	6

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss langfristiger Mietverträge für die Unterbringung der Verwaltungsgerichte Göttingen und Hannover.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002/2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	578 000	—	—	578 000
2003	578 000	—	—	578 000
2004	578 000	—	—	578 000
2005	578 000	—	—	578 000
2006	578 000	—	—	578 000
2007 bis 2012	2 530 000	—	—	2 530 000
Summe	5 420 000	—	—	5 420 000

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
518 02-1	053	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	52.000	52.000	—	—
519 01-0	053	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4.000	4.000	—	—
519 10-9	053	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	716	4
526 01-6	053	Sachverständige	—	1.000	1.000	1.125	0
526 02-4	053	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-2	053	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	12.000	12.000	12.220	12
527 02-0	053	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	3.000	3.000	3.068	3
529 10-4	053	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts	—	—	—	767	1
532 11-3	053	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/Anwältinnen	—	770.000	770.000	843.632	747
532 12-1	053	Zeugenentschädigungen	—	26.000	26.000	25.565	25
532 13-0	053	Sachverständigenentschädigungen	—	620.000	620.000	613.550	614
532 16-4	053	Sonstige Verfahrensauslagen	—	20.000	20.000	20.452	19
532 17-2	053	Reisekosten des Gerichts	—	10.000	10.000	10.226	9
546 01-7	053	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
546 03-3	053	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	2.000	2.000	1.534	21
681 10-0	053	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	1
811 01-2	053	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	20.000	—	16.361	—
811 11-0	053	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	20
812 10-8	053	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	39
812 11-6	053	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	51
981 10-4	990	Abführung an 13 21 - 381 22 zur Refinanzierung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen	—	39.000	39.000	38.603	13
981 11-2	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	965.000	965.000	952.025	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			994.462	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
1 Kleinbus Kaufpreis einschl. Sonderausstattung	20	—
Als Sonderausstattung sind vorgesehen: Autoradio, Nebelscheinwerfer, Zentralverriegelung		

Zu 981 10

Abführung an 13 21 – 381 22 (ab 2000 bis 2009) zur Refinanzierung des Grundstocks für den Erwerb von Teilflächen der Schlieffen-Kaserne in Lüneburg.

Belastung der Haushaltsjahre:

2002	39 000 EUR
2003	39 000 EUR
2004	39 000 EUR
2005	39 000 EUR
2006	39 000 EUR
2007 bis 2009	85 000 EUR
Summe	280 000 EUR

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 11 10					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.680.000	2.678.000	2.775.291	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		320.000	320.000	347.678	
		Summe der Einnahmen		3.000.000	2.998.000	3.122.969	
		4 Personalausgaben	—	21.568.000	21.761.000	21.265.703	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.352.000	3.352.000	3.532.517	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	20.000	—	16.361	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.004.000	1.004.000	990.628	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	25.944.000	26.117.000	25.805.209	
		Zuschuss		22.944.000	23.119.000	22.682.240	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.877.000	5.673.000	5.089.911	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		31.821.000	31.790.000	30.895.120	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		28.821.000	28.792.000	27.772.151	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-8	054	Gebühren und tarifliche Entgelte ****Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich.*		1.000	1.000	511	0
112 01-4	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		456.000	456.000	1.124.842	1.090
119 01-9	054	Vermischte Einnahmen		63.000	63.000	61.355	48
119 10-8	054	Ersatzleistungen		1.000	1.000	511	1
124 01-2	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		7.000	7.000	10.839	10
132 01-5	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	—
132 11-2	054	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
232 10-9	054	Erstattungen der Freien Hansestadt Bremen zu den Kosten des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen		210.000	193.000	—	—
235 01-9	054	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.022	
		A U S G A B E N					
412 10-7	054	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	42.000	42.000	235.194	218
422 01-3	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.399.000	4.384.000	12.800.090	7.640
422 19-6	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.545
425 06-3	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	511	—
426 01-9	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	279
426 03-5	054	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-0	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	511	—
427 01-5	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	7.669	7
427 02-3	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-2	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	7.000	7.000	34.972	22
453 01-6	054	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	31.000	31.000	40.903	27
511 01-6	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	188.000	200.000	46.016	40
514 01-5	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	5.000	5.000	7.158	8
517 01-4	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	109.000	106.000	20.452	17
518 01-0	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	123.000	101.000	582.873	536
518 02-9	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	9.000	9.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 12

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen mit Ausnahme der Personalkosten und Personalnebenkosten der bremischen Beschäftigten; diese sind im Einzelplan „Justiz und Verfassung“ der Freien Hansestadt Bremen veranschlagt.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe festgesetzten Ratenzahlungen.

Mehr infolge Anhebung der Pauschalgebühren und Einschränkung der Kostenfreiheit in Verfahren vor dem Landessozialgericht.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001 Kap. 11 12 - alt	Ist 2000 Kap. 11 12 - alt
87,25	87,25	304,44	298,06

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	217,19
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	217,19
Bleibt Abgang	—	217,19

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	46,67	46,67	—	53
Angestellte	38,73	38,73	—	37
Lohnempfänger/-innen	1,85	1,85	—	1
Insgesamt	87,25	87,25	—	91

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	46,67	46,67	—	53
Angestellte	38,73	38,73	—	37
Lohnempfänger/-innen	1,85	1,85	—	1
Insgesamt	87,25	87,25	—	91

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
	4 399	4 384

Noch zu 422 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 399	4 384
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	41	36
43	Versorgungsbezüge	1 007	960
44	Beihilfen, Unterstützungen	174	167
45	Personalbezogene Sachausgaben	31	31
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	31	–4
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		5 683	5 574

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 EUR bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich voraussichtlich 38,75 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 426 06

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungsdienst u. a.

Zu 427 01

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im mittleren, im Schreib- und einfachen Dienst.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u.a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Bedienstete des Landes Niedersachsen, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 518 01

Für die Anmietung von Räumlichkeiten für die Zweigstelle in Bremen.

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-7	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	3.000	3.000	—	—
519 10-6	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	1.023	1
526 01-3	054	Sachverständige	—	1.000	1.000	511	0
526 02-1	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-0	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	8.000	8.000	9.203	11
527 02-8	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2.000	2.000	5.113	5
529 10-1	054	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten des Landessozialgerichts	—	—	—	511	1
532 11-0	054	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/ Anwältinnen	—	16.000	16.000	276.098	328
532 12-9	054	Zeugenentschädigungen	—	30.000	30.000	148.275	179
532 13-7	054	Sachverständigenentschädigungen	—	542.000	542.000	6.391.149	5.642
532 14-5	054	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	3.000	3.000	86.920	62
532 16-1	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	1.000	1.000	511	0
532 17-0	054	Reisekosten des Gerichts	—	2.000	2.000	3.068	2
546 01-4	054	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-0	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	1.000	7.000	1.023	—
681 10-8	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	—
811 01-0	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	17.000	—	—
811 11-7	054	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 10-5	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	9.000	22.000	23.519	31
812 11-3	054	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	13.000	—	—
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	234.000	234.000	639.677	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			716.423	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1 PKW Kaufpreis einschließlich Sonderausstattungspaket	—	17

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Diktier- und Wiedergabegeräte	9	—
Ergänzungsbeschaffungen:		
Ausstattungsgegenstände für Funktionsräume	—	14
Inhouse-Notrufmeldeanlage	—	8
Zusammen	9	22

Zu 812 11

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erweiterung der Telekommunikations-anlage für die Zweigstelle in Bremen	—	13

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht Niedersachsen - Bremen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 11 12					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		529.000	529.000	1.199.080	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		210.000	193.000	—	
		Summe der Einnahmen		739.000	722.000	1.199.080	
		4 Personalausgaben	—	4.480.000	4.465.000	13.119.850	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.044.000	1.037.000	8.296.327	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	9.000	52.000	23.519	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	234.000	234.000	639.677	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.767.000	5.788.000	22.079.373	
		Zuschuss		5.028.000	5.066.000	20.880.293	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.007.000	960.000	2.599.970	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		6.774.000	6.748.000	24.679.343	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		6.035.000	6.026.000	23.480.263	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1113 Sozialgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-1	054	Gebühren und tarifliche Entgelte ****Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*		—	—	—	—
112 01-8	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.718.000	2.718.000	—	—
119 01-2	054	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 10-1	054	Ersatzleistungen		—	—	—	—
124 01-6	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		6.000	6.000	—	—
132 01-9	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	—	—
235 01-2	054	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-0	054	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	197.000	197.000	—	—
422 01-7	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	8.919.000	8.883.000	—	—
422 19-0	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-6	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-7	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
426 01-2	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-3	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-9	054	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	8.000	8.000	—	—
427 02-7	054	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	—	—	—	—
427 39-6	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	15.000	15.000	—	—
453 01-0	054	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	30.000	30.000	—	—
511 01-0	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	400.000	400.000	—	—
514 01-9	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	3.000	3.000	—	—
517 01-8	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	138.000	138.000	—	—
518 01-4	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	555.000	555.000	—	—
518 02-2	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	17.000	17.000	—	—
519 01-0	054	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	4.000	4.000	—	—
519 10-0	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	—	—
526 01-7	054	Sachverständige	—	—	—	—	—
526 02-5	054	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-3	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2.000	2.000	—	—
527 02-1	054	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	3.000	3.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 13

Es sind vorhanden: Sozialgerichte Aurich, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe festgesetzten Ratenzahlungen.

Mehr infolge Anhebung der Pauschalgebühren und Einschränkung der Kostenfreiheit in Verfahren vor dem Sozialgericht.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001 Kap. 11 12 - alt	Ist 2000 Kap. 11 12 - alt
215,94	215,94	304,44	298,06

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	217,19
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	217,19
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,25
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	1,25
Bleibt Zugang	—	215,94

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	115,51	115,51	—	121
Angestellte	95,86	95,86	—	96
Lohnempfänger/-innen	4,57	4,57	—	2
Insgesamt	215,94	215,94	—	219

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	115,51	115,51	—	121
Angestellte	95,86	95,86	—	96
Lohnempfänger/-innen	4,57	4,57	—	2
Insgesamt	215,94	215,94	—	219

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

2003	2002
Tsd. EUR	
8 919	8 883

Noch zu 422 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	8 919	8 883
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	92	81
43	Versorgungsbezüge	2 042	1 944
44	Beihilfen, Unterstützungen	354	340
45	Personalbezogene Sachausgaben	30	30
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	63	–9
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		11 500	11 269

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 63,91 bzw. 47,93 EUR bzw. 31,96 EUR gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich voraussichtlich 38,75 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 425 06

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungsdienst u. a.

Zu 427 01

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im mittleren, im Schreib- und einfachen Dienst.

Zu 511 01

Veranschlagt sind u.a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die nicht beamteten Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhelferinnen und Justizhelfer).

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 184,08 EUR.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss langfristiger Mietverträge für die Sozialgerichte Osnabrück und Hannover.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002/2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	503 000	—	—	503 000
2003	511 000	—	—	511 000
2004	519 000	—	—	519 000
2005	519 000	—	—	519 000
2006	519 000	—	—	519 000
2007 bis 2011	1 519 000	—	—	1 519 000
Summe	4 090 000	—	—	4 090 000

Zu 518 02

Für die Anmietung von Ablichtungsgeräten.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1113 Sozialgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
532 11-4	054	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/ Anwältinnen	—	316.000	316.000	—	—
532 12-2	054	Zeugenentschädigungen	—	156.000	156.000	—	—
532 13-0	054	Sachverständigenentschädigungen	—	5.540.000	5.540.000	—	—
532 14-9	054	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	65.000	65.000	—	—
532 16-5	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	1.000	1.000	—	—
532 17-3	054	Reisekosten des Gerichts	—	1.000	1.000	—	—
546 01-8	054	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
546 03-4	054	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
681 10-1	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.*	—	—	—	—	—
811 01-3	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-9	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	18.000	13.000	—	—
812 11-7	054	Erwerb von landeseigenen Telekommunikationsanlagen	—	—	—	—	—
981 11-3	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	472.000	472.000	—	—
		Abschluss Kapitel 11 13					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.725.000	2.725.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.725.000	2.725.000	—	
		4 Personalausgaben	—	9.170.000	9.134.000	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	7.202.000	7.202.000	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	18.000	13.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	472.000	472.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.862.000	16.821.000	—	
		Zuschuss		14.137.000	14.096.000		
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.042.000	1.944.000	—	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		18.904.000	18.765.000	—	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		16.179.000	16.040.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatz von Ausstattungsgegenständen für Funktionsräume	—	13
Ersatz von Diktier- und Wiedergabegeräten	18	—

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1115 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich Rechtspflege-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 26-5	137	Einnahmen für die Verpflegung in der Fachhochschule		—	—	—	10
119 51-6	137	Vermischte Einnahmen		—	—	—	34
124 01-3	137	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		—	—	—	1
232 01-0	137	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		—	—	—	634
		A U S G A B E N					
422 01-4	137	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	—	—	—	825
425 01-3	137	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	119
426 01-0	137	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	56
427 01-6	137	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	4
427 31-8	137	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	17
427 39-3	137	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-7	137	Trennungsentschädigung und Umzugskostenver-vergütung	—	—	—	—	—
453 11-4	137	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	14
511 01-7	137	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	5
517 01-5	137	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	7
517 19-8	137	Reinigungskosten	—	—	—	—	25
517 59-7	137	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	23
518 01-1	137	Mieten und Pachten	—	—	—	—	–2
519 01-8	137	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
519 03-4	137	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	0
525 01-8	137	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	10
527 01-0	137	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	—	—	—	2
546 03-1	137	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	—
546 59-7	137	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-0	137	Schadensersatzleistungen und Unfallent-schädigungen ****Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig*	—	—	—	—	—
812 13-0	137	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-7	137	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-3	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1115 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich Rechtspflege-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 11 15					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 11					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		371.783.000	370.672.000	366.179.827	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		7.385.000	6.660.000	7.363.114	
		Summe der Einnahmen		379.168.000	377.332.000	373.542.941	
		4 Personalausgaben	— 280.000 —	631.042.000	631.127.000	605.222.434	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	237.722.000	235.881.000	236.711.015	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.085.000 2.401.000 3.741.941	19.053.000	19.034.000	16.727.373	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.600.000 1.200.000 613.550	9.186.000	9.432.000	11.981.461	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	41.720.000	41.720.000	40.059.872	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.685.000 3.881.000 4.355.491	938.723.000	937.194.000	910.702.155	
		Zuschuss		559.555.000	559.862.000	537.159.214	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		157.068.000	150.588.000	133.513.802	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.095.791.000	1.087.782.000	1.044.215.957	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		716.623.000	710.450.000	670.673.016	

Wirtschaftsplan

des Landesbetriebes „Arbeitsbetriebe der Justizvollzugs-, Jugendstraf- und Jugendarrestanstalten“
für das Geschäftsjahr 2003

11 Justizministerium

Erfolgs-

Aufwand	Erfolgsplan 2003 EUR	Erfolgsplan 2002 EUR	mithin für 2003 mehr EUR	mithin für 2003 weniger EUR	Erfolgsrechnung 2000 EUR
1. Einsatzstoffe	5 457 600	5 143 300	314 300	—	4 758 495
2. Kalkulierte Arbeitslöhne	14 600 000	12 750 000	1 850 000	—	11 081 555
3. Gemeinkosten:					
a) kalkulatorische Personalkosten	1 950 000	1 800 000	150 000	—	1 496 387
b) kalkulatorische Abschreibungen	620 000	600 000	20 000	—	608 634
c) sonstige kalkulatorische Kosten	260 000	250 000	10 000	—	235 429
d) sonstige Gemeinkosten	1 720 000	1 650 000	70 000	—	1 533 320
4. Sonderkosten:					
a) Löhne usw.	288 500	277 500	11 000	—	180 070
b) Tagegelder usw.	1 000	1 000	—	—	135
c) sonstige Sonderkosten (Ausgangsfrachten pp.)	260 000	250 000	10 000	—	193 290
5. Verwaltungskosten:					
a) zu bezahlende Personalkosten	—	—	—	—	—
b) kalkulatorische Personalkosten	730 000	700 000	30 000	—	668 426
c) sächliche Verwaltungskosten	2 000	2 000	—	—	2 624
6. Bestandsveränderungen	2 900 000	2 900 000	—	—	1 829 138
7. Bilanzmäßige Abschreibungen	660 000	625 000	35 000	—	660 531
8. Sonst. (betriebsfremder usw.) Aufwand	16 000	15 000	1 000	—	65 758
9. Aus dem Ertrag zu deckender Aufwand: Aufwand der Zentralen Arbeitsverwaltung	—	—	—	—	—
10. Rückstellungen	—	—	—	—	—
11. Rücklagen					
a) für Investitionen zu A 1, 2, 4, 13, 19, 25, 27, 28, 29, 41 und 45 des Finanzplans	1 014 000	913 700	100 300	—	600 615
b) zur Verstärkung der flüssigen Mittel	—	—	—	—	—
12. An den Haushalt abzuführen					
a) anteilige Personal- und Sachkosten (Tit. 261 10)	5 551 500	4 822 500	729 000	—	6 795 363
b) Reingewinn (Tit. 121 10)	2 269 400	2 250 000	19 400	—	1 677 091
c) Kapitalrückzahlung (Grundstock) (1302 134 10)	600 000	—	600 000	—	—
d) Dividende an JVA'en (Titel 129 10)	400 000	400 000	—	—	—
Gesamtaufwand:	39 300 000	35 350 000	3 950 000	—	32 386 861

Anlage
zu 11 05 – 121 10 und 261 10

plan

Ertrag	Erfolgsplan 2003 EUR	Erfolgsplan 2002 EUR	mithin für 2003 mehr EUR	mithin für 2003 weniger EUR	Erfolgsrechnung 2000 EUR
1. Umsätze	24 950 000	22 500 000	2 450 000	—	19 666 102
abzüglich Erlösschmälerungen	—	—	—	—	13 305
Netto-Erlöse	24 950 000	22 500 000	2 450 000	—	19 652 797
2. Innerbetriebliche Leistungen:					
a) auf Vorrat gefertigte Erzeugnisse	3 650 000	3 250 000	400 000	—	1 936 799
b) sonstige innerbetriebliche Leistungen	500 000	400 000	100 000	—	276 774
3. Sonstige Erträge:					
a) allgemeiner Art (betriebsfremd usw.)	800 000	750 000	50 000	—	620 274
b) zu den kalkulierten Arbeitslöhnen	5 840 000	5 100 000	740 000	—	6 977 692
c) kalkulatorischer Art	3 560 000	3 350 000	210 000	—	2 922 525
4. Verlust:					
a) in das nächste Geschäftsjahr vorzutragen	—	—	—	—	—
b) aus dem Eigenkapital zu decken	—	—	—	—	—
c) durch Zuschuss aus dem Haushalt (Titel 682 10) zu decken	—	—	—	—	—
Gesamtertrag:	39 300 000	35 350 000	3 950 000	—	32 386 861

11 Justizministerium

Finanzplan

A. Investitionsvorhaben (aufgerundet auf volle 100,— EUR)

Lfd. Nr.	Anzahl	Anlagegegenstand	Betrag EUR	Grund der Investition
R 1	1	Plattenaufteilsäge	80 000	Ers.-Besch. Tischlerei Celle
R 2	1	Kantenanleimmaschine	70 000	Ers.-Besch. Tischlerei Celle
3	1	Streifenschneider	4 300	Ers.-Besch. Koch-Lehrbetrieb Hameln
R 4	1	Motortester	45 000	Ers.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Hameln
5	1	Klimaservicestation	7 700	Erg.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Hameln
6	1	Pendelhaubensäge	600	Erg.-Besch. Tischlerei Hannover
7	1	Eintauchsäge	500	Erg.-Besch. Tischlerei Hannover
8	1	Kombinagler	900	Ers.-Besch. Tischlerei Hannover
9	1	Schweißgerät	2 600	Ers.-Besch. Schlosserei Hannover
10	1	Meisselhammer	1 300	Ers.-Besch. Schlosserei Hannover
11	1	Industriehalle	250 000	Erg.-Besch. versch. U-Betriebe Hannover o. a.
12	2	Computer	2 500	Ers.-Besch. Verw. allgemein Lingen
R 13	1	LKW-Anhänger	25 000	Ers.-Besch. Fuhrpark Lingen
14	2	Hobelbänke	1 400	Ers.-Besch. Arb.therapieb. Lingen-Abt. Hesepe
15	1	Arbeitsgerüst	6 000	Ers.-Besch. Bauabteilung Lingen
16	1	Computer	1 500	Ers.-Besch. Verw. allgemein Meppen
17	2	Schnellnähmaschinen	5 500	Ers.-Besch. versch. U-Betriebe Meppen
18	1	Stoßmessermaschine	4 700	Ers.-Besch. versch. U-Betriebe Meppen
R 19	1	Lochstanze	36 000	Erg.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
20	2	Handgabelhubwagen	2 000	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
21	2	Schweißmaschinen	12 000	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
22	1	Ringbiegemaschine	9 500	Neubesch. Schlosserei Salinenmoor
23	5	Gabelhubwagen	5 000	Ers.-Besch. versch. U-Betriebe Salinenmoor
24	1	Nasskernbohrgerät	3 000	Erg.-Besch. Bauabteilung Salinenmoor
R 25	1	LKW	112 000	Erg.-Besch. Fuhrpark Sehnde
26	1	LKW-Anhänger	19 000	Erg.-Besch. Fuhrpark Sehnde
R 27	4	Wechselkoffer f. LKW	56 000	Erg.-Besch. Fuhrpark Sehnde
R 28	1	Bearbeitungszentrum	134 000	Erg.-Besch. Tischlerei-Lehrbetrieb Vechta
R 29	1	Kantenanleimmaschine	67 000	Ers.-Besch. Tischlerei Vechta
30	1	Profilstahlschere	10 500	Ers.-Besch. Schlosserei Vechta
31	1	Gabelstapler	22 000	Ers.-Besch. Schlosserei Vechta
32	2	Schweißgeräte	5 800	Erg.-Besch. Schlosserei-Lehrbetrieb Vechta
33	1	Rollenbremsprüfstand	16 000	Ers.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Vechta
34	1	Werkstattlader	700	Ers.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Vechta
35	1	Bremsflüssigkeitstester	600	Erg.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Vechta
36	1	Radauswuchtmaschine	4 300	Ers.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Vechta
37	1	Lösungsmitteleinsparanlage	15 100	Erg.-Besch. Fahrzeuglackierer-Lehrbetrieb Vechta
38	1	Querschneider	6 200	Erg.-Besch. Schneiderei Vechta
39	1	Bohrmarkiermaschine	1 900	Erg.-Besch. Schneiderei Vechta
40	1	Bandmesser	10 400	Erg.-Besch. Schneiderei Vechta
R 41	1	Industriehalle	250 000	Erg.-Besch. versch. U-Betriebe Ve.-Frauen o.a.
42	1	EDV-Arbeitsplatz	1 800	Ers.-Besch. Sich. Ing. Verw. allgemein Wolfenbüttel
43	1	Plattensäge	60 000	Ers.-Besch. Tischlerei Wolfenbüttel
44	1	Säulenbohrmaschine	16 000	Ers.-Besch. Schlosserei Wolfenbüttel
R 45	1	Druckmaschine	139 000	Ers.-Besch. Druckerei Wolfenbüttel
46	1	EDV-Grundausstattung	38 000	Ers.-Besch. JVAV
47	1	Unvorhergesehenes	55 000	je Arbeitsverwaltung 2 500 EUR
Mithin insgesamt:			1 386 300	

Anlage
noch zu 11 05 – 121 10 und 261 10

B. Deckungsmittel (abgerundet auf volle 100,— EUR)

	EUR	EUR
1. Abschreibungen		
1.1 nicht in Anspruch genommene Abschreibungsreserven am 31. 12. 1999	—	—
1.2 voraussichtlich nicht in Anspruch zu nehmende Abschreibungen des Geschäftsjahres 2000	—	—
1.3 Abschreibungen des Planjahres	604 300	604 300
2. Erlöse aus den Verkäufen von Anlagegegenständen	—	—
3. Rücklagen		
3.1 aus dem Geschäftsjahr 2000	—	—
3.2 aus dem Geschäftsjahr 2001 (s. Erfolgsplan Pos. 11a Aufwand)	1 014 000	1 014 000
4. Kapitalverstärkungen		
4.1 durch Zuschuss aus dem Landeshaushalt (Titel 891 10)	—	—
Mithin insgesamt:		1 618 300

Wirtschaftsplan

des Landesbetriebes „Arbeitsbetriebe der Justizvollzugs-, Jugendstraf- und Jugendarrestanstalten“
für das Geschäftsjahr 2002

11 Justizministerium

Erfolgs-

Aufwand	Erfolgsplan 2002 EUR	Erfolgsplan 2001 EUR	mithin für 2002 mehr EUR	mithin für 2002 weniger EUR	Erfolgs-rechnung 2000 EUR
1. Einsatzstoffe	5 143 300	4 284 626	858 674	—	4 758 495
2. Kalkulierte Arbeitslöhne	12 750 000	11 759 713	990 287	—	11 081 555
3. Gemeinkosten:					
a) kalkulatorische Personalkosten	1 800 000	1 533 876	266 124	—	1 496 387
b) kalkulatorische Abschreibungen	600 000	562 421	37 579	—	608 634
c) sonstige kalkulatorische Kosten	250 000	255 646	—	—	235 429
d) sonstige Gemeinkosten	1 650 000	1 533 876	116 124	—	1 533 320
4. Sonderkosten:					
a) Löhne usw.	277 500	278 143	—	643	180 070
b) Tagegelder usw.	1 000	511	489	—	135
c) sonstige Sonderkosten (Ausgangsfrachten pp.)	250 000	214 743	35 257	—	193 290
5. Verwaltungskosten:					
a) zu bezahlende Personalkosten	—	—	—	—	—
b) kalkulatorische Personalkosten	700 000	664 679	35 321	—	668 426
c) sächliche Verwaltungskosten	2 000	1 534	466	—	2 624
6. Bestandsveränderungen	2 900 000	2 556 459	343 541	—	1 829 138
7. Bilanzmäßige Abschreibungen	625 000	613 550	11 450	—	660 531
8. Sonst. (betriebsfremder usw.) Aufwand	15 000	12 782	2 218	—	65 758
9. Aus dem Ertrag zu deckender Aufwand: Aufwand der Zentralen Arbeitsverwaltung	—	—	—	—	—
10. Rückstellungen	—	—	—	—	—
11. Rücklagen					
a) für Investitionen zu A 12, 18, 27, 39, 40, 45 und 77 des Finanzplans	913 700	699 192	214 508	—	600 615
b) zur Verstärkung der flüssigen Mittel	—	255 646	—	255 646	—
12. An den Haushalt abzuführen					
a) anteilige Personal- und Sachkosten (Tit. 261 10)	4 822 500	5 344 023	—	521 523	6 795 363
b) Reingewinn (Tit. 121 10)	2 250 000	1 533 876	716 124	—	1 677 091
c) Kapitalrückzahlung (Grundstock) (1302 134 10)	—	—	—	—	—
d) Dividende an JVA'en (Titel 129 10)	400 000	255 646	144 354	—	—
Gesamtaufwand:	35 350 000	32 360 942	3 772 516	777 812	32 386 861

Anlage
zu 11 05 – 121 10 und 261 10

plan

Ertrag	Erfolgsplan 2002 EUR	Erfolgsplan 2001 EUR	mithin für 2002 mehr EUR	mithin für 2002 weniger EUR	Erfolgsrechnung 2000 EUR
1. Umsätze	22 500 000	19 785 206	2 714 794	—	19 666 102
abzüglich Erlösschmälerungen	—	2 045	—	2 045	13 305
Netto-Erlöse	22 500 000	19 783 161	2 716 839	—	19 652 797
2. Innerbetriebliche Leistungen:					
a) auf Vorrat gefertigte Erzeugnisse	3 250 000	2 658 718	591 282	—	1 936 799
b) sonstige innerbetriebliche Leistungen	400 000	357 904	42 096	—	276 774
3. Sonstige Erträge:					
a) allgemeiner Art (betriebsfremd usw.)	750 000	664 679	85 321	—	620 274
b) zu den kalkulierten Arbeitslöhnen	5 100 000	5 879 857	—	779 857	6 977 692
c) kalkulatorischer Art	3 350 000	3 016 622	333 378	—	2 922 525
4. Verlust:					
a) in das nächste Geschäftsjahr vorzutragen	—	—	—	—	—
b) aus dem Eigenkapital zu decken	—	—	—	—	—
c) durch Zuschuss aus dem Haushalt (Titel 682 10) zu decken	—	—	—	—	—
Gesamtertrag:	35 350 000	32 360 941	3 768 916	779 857	32 386 861

11 Justizministerium

Finanzplan

A. Investitionsvorhaben (aufgerundet auf volle 100,— EUR)

Lfd. Nr.	Anzahl	Anlagegegenstand	Betrag EUR	Grund der Investition
1	1	Blechtafelschere	34 000	Ers.-Besch. Schlosserei Celle
2	1	Langwirk- und Teigausrollmaschine	33 500	Ers.-Besch. Bäckerei Celle
3	4	Arbeitsplätze	7 500	Erg.-Besch. Arbeitstherapiebetr. Celle
4	1	Doppelsteppstichmaschine	4 750	Ers.-Besch. Schneiderei Celle
5	1	Doppelsteppstichmaschine	4 750	Ers.-Besch. versch. kleine Betriebe Celle
6	1	Grundausstattung	23 100	Ers.-Besch. Friseurlehrbetrieb Hameln
7	1	Erdaufbereiter	6 200	Ers.-Besch. Gärtnereilehrbetrieb Hameln
8	1	Einachsenschlepper	3 300	Ers.-Besch. Gärtnereilehrbetrieb Hameln
9	1	Aufschnittmaschine	3 600	Ers.-Besch. Kochlehrbetrieb Hameln
10	1	Mikrowelle	4 100	Ers.-Besch. Kochlehrbetrieb Hameln
11	1	Schweißgerät	3 600	Ers.-Besch. Schlosserei Hameln
R 12	1	Industriehalle	250 000	Erg.-Besch. versch. U-Betriebe Hameln o. a.
13	1	Industriesauger	4 700	Ers.-Besch. Tischlerei Hannover
14	1	Bandsäge	7 200	Erg.-Besch. Tischlerei Hannover
15	1	Absauggerät	800	Ers.-Besch. Tischlerei Hannover
16	1	Handoberfräse	600	Ers.-Besch. Tischlerei Hannover
17	1	Lamellogerät	800	Ers.-Besch. Tischlerei Hannover
R 18	1	Backofen	140 200	Ers.-Besch. Bäckerei Lingen
19	1	Schleifmaschine	2 800	Erg.-Besch. Schlosserei Lingen
20	2	Industriesauger	2 600	Ers.-Besch. Arbeitstherapiebetr. Lingen
21	4	Hochschränke	4 400	Erg.-Besch. Arbeitstherapiebetr. Lingen
22	1	Hobelbank	1 200	Ers.-Besch. Arbeitstherapiebetr. Lingen
23	2	Dekupiersägen	3 400	Erg.-Besch. Arb.therapieb. Lingen-Abt. Hesepe
24	2	Trockensauger	700	Erg.-Besch. Arb.therapieb. Lingen-Abt. Hesepe
25	1	Standbohrmaschine	900	Erg.-Besch. Arb.therapieb. Lingen-Abt. Hesepe
26	1	Hobelbank	900	Ers.-Besch. Arb.therapieb. Lingen-Abt. Hesepe
R 27	1	Industriehalle	250 000	Erg.-Besch. versch. U-Betriebe Lingen o.a.
28	1	Kaltkreissäge	700	Erg.-Besch. Bauabteilung Lingen-Abt. Hesepe
29	1	Hubwagen	700	Erg.-Besch. Bauabteilung Lingen
30	1	Schraubenkompressor	8 400	Ers.-Besch. Tischlerei Lingen-Damaschke
31	1	Steuerung für Absauganlage	6 000	Ers.-Besch. Tischlerei Lingen-Damaschke
32	1	EDV-Arbeitsplatz	2 300	Erg.-Besch. Verw. allg. Lingen-Damaschke
33	4	EDV-Arbeitsplätze	5 000	Erg.-Besch. versch. E.-U.-Betr. Lingen-Damaschke
34	1	Schweißgerät	1 300	Ers.-Besch. Bauabteilung Lingen-Damaschke
35	2	Schnellnähmaschinen	5 000	Ers.-Besch. versch. U-Betriebe Meppen
36	1	Stoßmessermaschine	4 500	Ers.-Besch. versch. U-Betriebe Meppen
37	1	Kittelfinisher	9 200	Ers.-Besch. versch. U-Betriebe Meppen
38	7	Computer	10 500	Ers.-Besch. versch. U-Betriebe Meppen
R 39	1	Durchlaufkorpuspresse	85 000	Erg.-Besch. Tischlerei Oldenburg
R 40	1	Dübellochbohrmaschine	35 000	Erg.-Besch. Tischlerei Oldenburg
41	1	Profilstahlschere	15 100	Erg.-Besch. Schlosserei Oldenburg
42	1	Schutzgasanlage	2 000	Erg.-Besch. Schlosserei Oldenburg
43	1	Biegemaschine	5 700	Erg.-Besch. Schlosserei Oldenburg
44	1	Rundbiegemaschine	6 600	Erg.-Besch. Schlosserei Oldenburg
Mithin insgesamt:			1 002 600	

Finanzplan

A. Investitionsvorhaben (aufgerundet auf volle 100,— EUR)

Lfd. Nr.	Anzahl	Anlagegegenstand	Betrag EUR	Grund der Investition
		Übertrag:	**1 002 600**	
R 45	1	Gehrungsbandsägemaschine	27 200	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
46	1	Säulenbohrmaschine	13 000	Erg.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
47	1	Betriebsausstattung	2 300	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
48	2	Gabelhubwagen	2 000	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
49	2	Schweißmaschinen	12 000	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
50	5	Gabelhubwagen	5 000	Ers.-Besch. versch. U-Betr. Salinenmoor
51	1	Bohrgerät	3 000	Neubesch. Bauabteilung Salinenmoor
52	1	Walzenrundbiegemaschine	6 000	Ers.-Besch. Schlosserei Uelzen
53	1	Leit- und Zugspindelmaschine	25 000	Ers.-Besch. Schlosserei Uelzen
54	1	Rohrbiegemaschine	16 000	Ers.-Besch. Schlosserei Uelzen
55	1	Formatkreissäge	5 500	Ers.-Besch. versch. kl. Betr. Uelzen
56	1	Luftqualitätsmessgerät	2 700	Erg.-Besch. Sich. Ing. Verw. allgemein Vechta
57	1	PC-Monitor	1 400	Erg.-Besch. Sich. Ing. Verw. allgemein Vechta
58	1	Feldstärkemessgerät	6 600	Erg.-Besch. Sich. Ing. Verw. allgemein Vechta
59	1	Profilstahlschere	24 000	Erg.-Besch. Schlosserei Vechta
60	1	Diagnosestation	3 500	Erg.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Vechta
61	1	Werkzeugwagen	2 600	Ers.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Vechta
62	1	Reifenmontiermaschine	4 500	Ers.-Besch. Kfz-Lehrbetrieb Vechta
63	1	Rüttelplatte	5 400	Erg.-Besch. Bau-Lehrbetrieb Vechta
64	1	Gerüstsortiment	1 300	Erg.-Besch. Maler- u. Lackier-Lehrbetrieb Vechta
65	1	Tapeziersortiment	1 900	Erg.-Besch. Maler- u. Lackier-Lehrbetrieb Vechta
66	1	Schleifgerät	1 500	Erg.-Besch. Maler- u. Lackier-Lehrbetrieb Vechta
67	1	Druckregelung und Schalldämmung	4 400	Erg.-Besch. Fahrzeuglackierer-Lehrbetrieb Vechta
68	4	Schnellnäher	12 800	Ers.-Besch. Schneiderei JVA f. Frauen Vechta
69	2	Safety Maschinen	14 400	Erg.-Besch. Schneiderei JVA f. Frauen Vechta
70	1	Zuschneidetisch	11 600	Erg.-Besch. Schneiderei JVA f. Frauen Vechta
71	1	Stoßmesser	3 400	Erg.-Besch. Schneiderei JVA f. Frauen Vechta
72	1	Dekupiersäge	900	Erg.-Besch. versch. kl. Betriebe Vechta
73	1	Hobelmaschine	1 600	Erg.-Besch. versch. kl. Betriebe Vechta
74	1	EDV-Arbeitsplatz	1 800	Ers.-Besch. Sich. Ing. Verw. allgemein Wolfenbüttel
75	1	Kl. LKW	56 100	Erg.-Besch. Fuhrpark Wolfenbüttel
76	1	Ausbaustufe für Kantenanleimmaschine	15 700	Erg.-Besch. Tischlerei Wolfenbüttel
R 77	1	Stanzmaschine	126 300	Ers.-Besch. Schlosserei Wolfenbüttel
78	1	Scherenhubtisch für Tafelschere	5 000	Erg.-Besch. Schlosserei Wolfenbüttel
79	1	Papierbohrmaschine	20 800	Ers.-Besch. Druckerei Wolfenbüttel
80	1	Feuchtwalzen-Werk für Druckmaschine	8 500	Erg.-Besch. Druckerei Wolfenbüttel
81	1	Kartonagenhefter	1 500	Ers.-Besch. Druckerei Wolfenbüttel
82	1	Unvorhergesehenes	55 000	je Arbeitsverwaltung 2 500 EUR
Mithin insgesamt:			1 514 800	

Anlage
noch zu 11 05 – 121 10 und 261 10

B. Deckungsmittel (abgerundet auf volle 100,— EUR)

	EUR	EUR
1. Abschreibungen		
1.1 nicht in Anspruch genommene Abschreibungsreserven am 31. 12. 1999	—	—
1.2 voraussichtlich nicht in Anspruch zu nehmende Abschreibungen des Geschäftsjahres 2000	—	—
1.3 Abschreibungen des Planjahres	601 100	601 100
2. Erlöse aus den Verkäufen von Anlagegegenständen	—	—
3. Rücklagen		
3.1 aus dem Geschäftsjahr 2000	—	—
3.2 aus dem Geschäftsjahr 2001 (s. Erfolgsplan Pos. 11a Aufwand)	913 700	913 700
4. Kapitalverstärkungen		
4.1 durch Zuschuss aus dem Landeshaushalt (Titel 891 10)	—	—
Mithin insgesamt:		1 514 800

Einzelplan 11

Justizministerium

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 01 Ministerium

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 9[9])	1	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	3	3	2	Ministerialdirigent/-in
B 3	4	4	4	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	11	11	13	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[1])	9	9	10	Ministerialrat/-rätin
A 15[1])[6])	10	11	11	Regierungsdirektor/-in
A 14[1])	10	10	10	Oberregierungsrat/-rätin
A 13[8])	2	2	1	Regierungsrat/-rätin
A 13	11	11	11	Oberamtsrat/-rätin
A 12[7])	12	13	13	Amtsrat/-rätin
A 11[2])[5])	16	16	13	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	3	4	Oberinspektor/-in
A 9[12])	1	1	—	Inspektor/-in
A 9[10])	7	7	5	Amtsinspektor/-in
A 9	5	5	7	Amtsinspektor/-in
A 8	8	8	7	Hauptsekretär/-in
A 7[3])	1	1	1	Obersekretär/-in
A 6	1	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5	2	2	2	Oberamtsmeister/-in
	117	119	116	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
B 6	—	—	1	Ministerialdirigent/-in
A 16[1])	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	2	2	3	Zusammen
				Leerstellen:
A 12[11])	2	2	2	Amtsrat/-rätin
A 9[11])	2	2	2	Amtsinspektor/-in
A 8[11])	3	3	3	Hauptsekretär/-in
	7	7	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeine Haushaltsvermerke für den Epl. 11

1. Abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen dürfen Leerstellen auch in den Fällen ausgebracht werden, in denen Richter/-innen und Beamte/-innen (auch bis zu einem Jahr) an eine Dienststelle des Bundes abgeordnet und die Dienstbezüge erstattet werden. Diese Leerstellen gelten von Beginn der Abordnung an als ausgebracht.

[1]) Bis zu 24 Stellen dürfen von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden (vgl. 11 04, 11 08, 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).

[2]) 1 Stelle kann bei Bedarf vorübergehend mit einer Beamtin/einem Beamten des mittleren Dienstes besetzt werden.

[3]) 1 Stelle kann bei Bedarf mit einer Beamtin/einem Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden.

[5]) Davon 1 kw mit Abschluss des Projekts „Geschäftsstellenautomation bei niedersächsischen Gerichten (EUREKA)“, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2006.

[6]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[7]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[8]) Die Stellen dürfen von Richtern/-innen oder Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1) verwaltet werden (vgl. 11 04, 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).

[9]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[11]) kw.

[12]) Davon 1 Stelle im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16[1])	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 14[1])	1	Verlagerung von Kapitel 11 04 (bei gleichzeitiger Umwandlung einer Stelle für richterliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1)
Bes.-Gr. A 12	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 11	3	Verlagerungen von Kapitel 11 04 (2 Stellen) und Kapitel 03 01 (1 Stelle)
Bes.-Gr. A 9[12])	1	neu entsprechend dem Bedarf – ohne BV und Budget –
Bes.-Gr. A 8	1	Verlagerung von Kapitel 03 01
Zusammen	8	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2[1])	1	Verlagerungen nach Kapitel 02 01
Bes.-Gr. A 16[1])	1	
Bes.-Gr. A 14[1])	1	
Bes.-Gr. A 12	1	Verlagerungen nach Kapitel 11 04
Bes.-Gr. A 10	1	
Zusammen	5	
Bleibt Zugang	3	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6	1	von Bes.-Gr. B 2
Bes.-Gr. A 9[10])	2	von Bes.-Gr. A 9 –Amtsinspektor –
Zusammen	3	

Senkungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13[8])	1	von Bes.-Gr. A 16[1])
Zusammen	1	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. B 6	1
Zusammen	1

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 12 ist hinzu gekommen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 5
(Davon 1 kw mit Abschluss des Projekts „Geschäftsstellenautomation bei niedersächsischen Gerichten (EUREKA)“, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.)
ist geändert.

Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 2 zum Epl 11
(16 Stellen unbestimmter Wertigkeit infolge Zielvereinbarung bis 2003 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 im Zusammenhang mit zu erwartenden Einsparungen aus noch durchzuführenden Justizreformen (10 Stellen) bzw. weiteren Rationalisierungsgewinnen insbesondere aus P 53 (6 Stellen).)
ist infolge anderweitiger Einbeziehung von Stellen in das gemäß Zielvereinbarung abzubauende Stellenkontingent entfallen.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15[1])[6])	1	infolge Vollzugs der Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7
Bes.-Gr. A 12[7])	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 sind vollzogen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 01 Ministerium

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[9])	1	1	—	Richter/-in/Staatsanwalt/-wältin
	1	1	—	Zusammen
				Angestellte
I b[4])[7])	1	2	2	
IV b	1	1	1	
V b[3])	2	2	2	
V c[5])	2	2	1	
VI b[3])	18	18	15	
VII	3	3	—	
IX b–VII[6])	—	—	5	
	27	28	26	Zusammen
				Leerstellen:
IX b–VII[8])	5	5	4	
	5	5	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[3]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs, die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen, der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-innen (soweit diese/r in Bes.-Gr. B 3 eingestuft sind) sowie der Präsidentin/des Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[5]) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

[6]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII nachgewiesen.

[7]) Davon 1 kw mit Ende der laufenden Legislaturperiode.

[8]) kw.

[9]) Davon 1 kw nach Ablauf der Abordnung eines Beamten an die Staatskanzlei.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1[9])	1	Verlagerung von Kapitel 11 04
Zusammen	1	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c[5])	1	Verlagerung von Kapitel 03 01
Verg.-Gr. VI b[3])	1	neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	2	

Umwandlungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	5	von Verg.-Gr. IX b–VII
Zusammen	5	

Höhergruppierungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b[3])	2	von Verg.-Gr. VII
Zusammen	2	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	gemäß Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist hinzu gekommen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse in Absatz 3 Satz 1 („Die . . . Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage.“) redaktionell geändert worden.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b[4])[7])	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist vollzogen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Davon 1 kw nach Ablauf der Abordnung eines Kraftfahrers in den Geschäftsbereich des MW.
				Arbeiter/-innen	
4[1])	6	6	5		
3	3	3	3		
	9	9	8	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Verlagerung von Kapitel 11 04
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist hinzu gekommen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 04 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

STELLENPLAN				
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
R 8	3	3	3	Präsident/-in des Oberlandesgerichts
R 6	2	2	2	Generalstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen im Bezirk –
R 5	7	7	7	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 5	1	1	1	Präsident/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen –
R 5	1	1	1	Generalstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit bis zu 100 Planstellen für Staatsanwälte/-innen im Bezirk –
R 4	3	3	3	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts
R 4	3	3	3	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 4	3	3	3	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen –
R 3[1])	39	39	38	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberlandesgericht
R 3	1	1	1	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 3	7	7	7	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in an einem Gericht mit 81 und mehr Richterplanstellen einschließlich der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 3	1	1	1	Präsident/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen –
R 3	1	1	1	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in eines Gerichts mit 81 und mehr Richterplanstellen –
R 3				Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin
	5	5	5	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –
	7	7	7	– als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –

Haushaltsvermerke

Allgemeine Haushaltsvermerke:

1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
3. 20 Stellen unbestimmter Wertigkeit kw infolge Zielvereinbarung aus Anlass der Einführung der 2. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens, davon in den Jahren 2003 drei, 2004 acht, 2005 fünf und 2006 vier Stellen, jeweils kw mit Ablauf des 31. 12. des Jahres.
4. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 04 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Aufsteigende Gehälter:
R 2[2])	4	4	4	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2[4])	1	1	1	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2[3])	35	35	35	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 2[5])	1	1	1	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –
R 2[11])	10	10	10	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/-in eines(r) Leitenden Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2[7])	122	122	122	Richter/-in am Oberlandesgericht
R 2[9])	163	163	165	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht
R 2[19])	33	33	33	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –
R 2[81])				Richter/in am Amtsgericht
	29	29	29	– als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –
	35	35	35	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 2[50])				Oberstaatsanwalt/-wältin
	21	21	21	– als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –
	75	75	74	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –
R 1[12])	10	10	10	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 3 Richterplanstellen –
R 1	884	884	907	Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht
R 1[51])	309	309	292	Staatsanwalt/-wältin
A 15[10])	4	4	3	Regierungsdirektor/-in
A 14[10])[24])	6	6	7	Oberregierungsrat/-rätin
A 13[10])	1	1	1	Regierungsrat/-rätin
A 13[14])	13	13	12	Oberamtsrat/-rätin
A 13[15])	10	10	10	Oberamtsanwalt/-wältin
A 13[68])[81])	62	62	62	Oberamtsrat/-rätin
A 13	51	51	51	Oberamtsanwalt/-wältin
A 12[58])[69])[81])	275	276	272	Amtsrat/-rätin
A 12	47	47	47	Amtsanwalt/-wältin
A 11[59])[81])	532	534	539	Amtmann/-männin/-frau
A 10[60])[79])	502	507	502	Oberinspektor/-in
A 9[17])[52])[80])[82])[84])	217	224	224	Inspektor/-in
A 9[26])[62])	129	130	130	Amtsinspektor/-in
A 9[26])	83	83	83	Obergerichtsvollzieher/-in
A 9[63])[67])	334	337	330	Amtsinspektor/-in
A 9	194	194	194	Obergerichtsvollzieher/-in
A 8[64])[67])	485	486	426	Hauptsekretär/-in
A 8	154	154	143	Gerichtsvollzieher/-in
A 8	2	2	2	Justizvollstreckungshauptsekretär/-in
A 7[83])	433	434	471	Obersekretär/-in
A 6[66])	317	319	316	Sekretär/-in
A 6[18])[33])	123	123	125	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5[18])[25])	408	408	422	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 4[18])[20])	60	60		Hauptwachtmeister/-in
A 3[18])[21])	23	23	22	Oberwachtmeister/-in
	6 281	6 304	6 276	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 9[26])	7	7	7	Amtsinspektor/-in
	8	8	8	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon 1 Stelle für die Dauer der Projektarbeit kw spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2004.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[4]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[5]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 10 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[7]) Davon dürfen vorübergehend bis zu 5 Stellen mit Vorsitzenden Richtern/-innen am Landgericht besetzt werden.

[9]) Davon dürfen vorübergehend bis zu 5 Stellen mit Richtern/-innen am Oberlandesgericht besetzt werden.

[10]) Je 1 Stelle der Bes.-Gr. A 15, A 14 und A 13 darf von einem/einer Richter/-in bzw. Staatsanwalt/-wältin (Bes.-Gr. R 1 und – soweit es die Planstellen der Bes.-Gr. A 15 und A 14 betrifft – Bes.-Gr. R 2) verwaltet werden.

[11]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[12]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO.

[14]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[15]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[17]) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[18]) Insgesamt 50 DW.

[19]) Davon 2 ku nach Bes.-Gr. R 1 mit Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO bei Ausscheiden der Stelleninhaber.

[20]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[21]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[24]) Bis zu 4 Stellen können bei Bedarf vorübergehend auch mit Beamten/-innen des gehobenen Dienstes besetzt werden.

[25]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[26]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[29]) kw.

[30]) Von den Leerstellen dürfen 3 Stellen mit Vorsitzenden Richtern/-innen am Verwaltungsgericht und Richtern/-innen am Verwaltungsgericht, die zugleich Professoren/-innen an einer Hochschule sind, besetzt werden (vgl. Kap. 11 10 – Leerstellen –).

[31]) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.

[32]) Von den Leerstellen dürfen 2 Stellen mit Richtern/-innen am Verwaltungsgericht oder Richtern/-innen am Sozialgericht besetzt werden (vgl. Kap. 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).

[33]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[50]) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

[51]) Davon 5 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

[52]) Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

[58]) Davon 3 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002 (1 Stelle) und 31. 12. 2003 (2 Stellen).

[59]) Davon 4 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002 und 31. 12. 2003 (jeweils 2 Stellen).

[60]) Davon 1 Stelle des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden des(r) Stelleninhabers/-in aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[62]) Davon 1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002.

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Leerstellen:
R 2[30])[31]) bzw. R 1[30])[31])	8	8	8	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzen-de(r) Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Landgericht und Richter/-in am Amtsgericht, die zugleich Professor/-in an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG. i.V. m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
R 2[31]) bzw. R 1[31])	20	20	20	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzen-de(r) Richter/-in am Landgericht, Oberstaatsanwalt/-wältin, Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht und Staatsanwalt/-wältin, soweit sie im Justizministerium in freien Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) und A 16 (Ministerialrat/-rätin) beschäftigt werden. (Vgl. 11 01 – Planmäßige Beamte/-innen –)
R 2[31]) bzw. R 1[31])	3	3	3	Richter/-in am Oberlandesgericht,Vorsitzen-de(r) Richter/-in am Landgericht, Oberstaatsanwalt/-wältin, Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht und Staatsanwalt/-wältin, soweit sie im Kapitel 11 04 in den für hauptamtliche Prüfer/-innen bestimmten Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin) oder A 15 (Regierungsdirektor/-in) geführt werden.
R 2[31])	2	2	2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Oberlandesgericht und Oberstaatsanwalt/-wältin sowie
R 1[31])	5	5	5	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht und Staatsanwalt/-wältin, soweit sie an der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege – in freien Planstellen der Bes.-Gr. R 1 und R 2 beschäftigt werden. (Vgl. Stellenplan Kapitel 03 04)
R 1[31])[32])	5	5	5	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht und Staatsanwalt/-wältin, soweit sie am Nieders. Finanzgericht in freien Planstellen der Bes.-Gr. R 2 beschäftigt werden (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen –)
R 2[29])	1	1	1	Richter/-in am Oberlandesgericht
R 2[29])	1	1	—	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht
R 1[29])	47	47	51	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht oder Staatsanwalt/-wältin
A 12[29])	2	2	2	Amtsanwalt/-wältin
A 11[29])	8	8	5	Amtmann/-männin/-frau
A 10[29])	63	63	57	Oberinspektor/-in
A 9[29])	18	18	17	Inspektor/-in
A 9[29])	4	4	4	Amtsinspektor/-in
A 9[29])	1	1	1	Obergerichtsvollzieher/-in
A 8[29])	22	22	23	Hauptsekretär/-in
A 8[29])	2	2	1	Gerichtsvollzieher/-in
A 7[29])	101	101	95	Obersekretär/-in
A 6[29])	56	56	60	Sekretär/-in
A 6[29])	1	1	1	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5[25])[29])	3	3	4	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
	373	373	365	Zusammen

Haushaltsvermerke

[63]) Davon 3 kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[64]) Davon 1 kw mit Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[66]) Davon 2 kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[67]) Davon je 6 Stellen der Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in – und der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in – kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[68]) Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[69]) Davon 6 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[79]) Davon 4 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[80]) Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.

[81]) Je 1 Stelle der Bes.-Gr. R 2 – Richter/-in am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in, Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin, Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin sowie 2 Stellen der Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau – kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.

[82]) Davon 1 Stelle kw infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2002) aus Anlass der Einführung der 1. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.

[83]) Davon 2 Stellen kw infolge Zielvereinbarung bis 2003 (je 1 Stelle 2002 und 2003) aus Anlass der Einführung der 1. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.

[84]) Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellenzahl Insgesamt	davon gehobener Justizdienst Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG: § 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO	Allgemeine Obergrenzen § 26 BBesG	gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungsdienst
A 13[14])	13	13	6	—	1	6	—	—
A 13	62	57	14	5	2	36	5	—
A 12	276	247	135	13	12	87	28	1
A 11	534	452	242	14 (davon 2 Stellen Vollzugsdienst)	11	187	79	3 (davon 2 Stellen § 3 Nr. 1 der VO)
A 10	507	374	167	9	10	188	133	—
A 9	224	185	98	2	1	84	39	—
Summe	1 616	1 328	662	43	37	588	284	4

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9[26])	108	22	130
A 9	273	64	337
A 8	121	365	486
A 7	48	386	434
A 6	13	306	319
Insgesamt	563	1 143	1 706

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 3 – Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberlandesgericht –	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/ -wältin –	17	davon 13 neu entsprechend dem Bedarf 4 Umwandlungen aus Stellen für richterliche/staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/ -rätin –	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	4	davon 3 neu entsprechend dem Bedarf 1 Verlagerung von Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau	5	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	8	davon 7 neu entsprechend dem Bedarf 1 Verlagerung von Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	3	davon 2 Umwandlungen aus Stellen für richterliche/staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1 1 Umwandlung aus Stelle für beamtete Hilfskräfte der Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in z. A. –
Bes.-Gr. A 9[26]) – Amtsinspektor/-in –	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	4	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/ -in –	12	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	14	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	17	davon 8 neu entsprechend dem Bedarf 9 Umwandlungen aus Stellen für beamtete Hilfskräfte der Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in z. A. –
Bes.-Gr. A 3[21])	1	Umwandlung aus Ang.-Stelle der Verg.-Gr. VII BAT
Zusammen	88	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2 – Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht –	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 50
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau –	10	davon 2 Verlagerungen nach Kapitel 11 01 2 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 59 6 infolge ZV bis 2003 (2001) (Vollzug des HV Nr. 70)
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	3	davon 2 Verlagerungen nach Kapitel 11 05 1 Umwandlung in Ang.-Stelle der Verg.-Gr. IV b BAT
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	3	davon 2 infolge Vollzugs des HV Nr. 61 1 Umwandlung in Ang.-Stelle der Verg.-Gr. V b BAT
Bes.-Gr. A 9[26]) – Amtsinspektor/-in –	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 47
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	3	davon 1 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 48 2 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 63
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	2	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 64
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	7	infolge ZV bis 2003 (2001) (Vollzug des HV Nr. 74)
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	14	davon 6 infolge Vollzugs des HV Nr. 49 2 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 66 6 infolge ZV bis 2003 (2001) (Vollzug des HV Nr. 75)
Bes.-Gr. A 6[33]) – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in –	2	infolge ZV bis 2003 (2001) (Vollzug des HV Nr. 76)
Bes.-Gr. A 5[25]) – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in –	14	davon 6 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 53 8 infolge ZV bis 2003 (2001) (Vollzug des HV Nr. 77)
Zusammen	60	
Bleibt Zugang	28	

Umwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2 – Oberstaatsanwalt/ -wältin als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –	1	von Bes.-Gr. R 2 – Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht –
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	6	von Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	6	von Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –
Bes.-Gr. A 8 – Gerichtsvollzieher/-in –	11	von Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –
Zusammen	24	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 – Regierungsdirektor/-in –	1	von Bes.-Gr. A 14 – Oberregierungsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 13[14]) – Oberamtsrat/-rätin –	1	von Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	44	von Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –
Zusammen	46	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2[29]) – Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht –	1	neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 11[29])	3	
Bes.-Gr. A 10[29])	6	
Bes.-Gr. A 9[29]) – Inspektor/-in –	1	
Bes.-Gr. A 8[29]) – Gerichtsvollzieher/-in –	1	
Bes.-Gr. A 7[29])	6	
Zusammen	18	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1[29]) – Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht –	4	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 29)
Bes.-Gr. A 8[29]) – Hauptsekretär/-in –	1	
Bes.-Gr. A 6[29]) – Sekretär/-in –	4	
Bes.-Gr. A 5[29]) – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in –	1	
Zusammen	10	
Bleibt Zugang	8	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.
47 (Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).),
49 (Davon 6 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).),
61 (Davon 2 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.),
70 (Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).),
74 (Davon 7 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).),
75 (Davon 6 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).),
76 (Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).) und
77 (Davon 8 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).)
sind vollzogen.

Der Haushaltsvermerk Nr.
53 (Davon 7 Stellen kw nach Ende der Expo-bedingten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 31. 3. 2001 (3 Stellen) bzw. 30. 9. 2001 (4 Stellen).)
ist hinsichtlich 6 Stellen vollzogen, im Übrigen entfallen.

Der Haushaltsvermerk Nr.
67 (Davon 23 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, darunter 12 Stellen infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).)
ist hinsichtlich 11 Stellen vollzogen, im Übrigen geändert.

Der Haushaltsvermerk Nr.
48 (Davon 4 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (1 Stelle) bzw. 31. 12. 2001 (3 Stellen) (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).)
ist hinsichtlich 1 Stelle vollzogen, im Übrigen entfallen.

Die Haushaltsvermerke Nrn.
34 (Davon 3 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1995/1996).) und
78 (Davon 1 Stelle des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).)
sind entfallen.

Die Haushaltsvermerke Nr.
18 (Insgesamt 54 DW.),
50 (Davon 2 Stellen kw nach Ende der EXPO-bedingten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 30. 9. 2001.),
51 (Davon 5 Stellen kw nach Ende der EXPO-bedingten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 31. 7. 2003.),
52 (Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 7. 2003.),
59 (Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001, 31. 12. 2002 und 31. 12. 2003 (jeweils 2 Stellen).),
64 (Davon 3 kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31.12. 2001 (2 Stellen) und 31. 12. 2002 (1 Stelle).),
66 (Davon 4 kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31.12. 2001 und 31. 12. 2002 (jeweils 2 Stellen).),
68 (Davon 2 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).),
69 (Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).) und
79 (Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.)
sind geändert.

Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 3 sowie die Haushaltsvermerke Nrn. 1 und 84 sind neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 – Amtrat/-rätin –	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 58
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau	2	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 59
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	5	davon 1 infolge Vollzugs des HV Nr. 60 4 infolge Vollzugs des HV Nr. 79
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	7	davon 6 infolge Vollzugs des HV Nr. 80 1 infolge ZV bis 2003 (2002) (Vollzug des HV Nr. 82)
Bes.-Gr. A 9[26]) – Amtsinspektor/-in –	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 62
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	3	infolge Vollzugs des HV Nr. 63
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 64
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in –	1	infolge ZV bis 2003 (2002) (teilweiser Vollzug des HV Nr. 83)
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/in –	2	infolge Vollzugs des HV Nr. 66
Zusammen	23	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 60, 62, 63, 64, 66, 79, 80 und 82 sind vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 58, 59 und 83 sind geändert.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1[1])[2])[49])	89	89	81	Richter/-in/Staatsanwalt/-wältin
A 9[1])[3])	20	20	11	Inspektor/-in z. A.
A 6[1])[4])[5])	61	61	50	Sekretär/-in z. A.
	170	170	142	Zusammen
				Leerstellen:
R 1[19])	20	20	21	Richter/-in/Staatsanwalt/-wältin
A 9[19])	6	6	7	Inspektor/-in z. A.
A 6[19])	3	3	3	Sekretär/-in z. A.
	29	29	31	Zusammen
				Angestellte
I b	4	4	4	
IV a	8	8	8	
IV b[15])[55])	41	41	39	
V b	6	6	5	
V c[6])[24])[25])[41])	171	172	170	
VI b[8])[12])[42])[47])	957	960	803	
VII	768	761	491	
VIII[44])[53])	14	15	17	
IX b	1	1	1	
IX b–VII[1])[11])[13])[17])[38])[46])[52])[53])	656	712	1 182	
	2 626	2 680	2 720	Zusammen
				Leerstellen:
IV b[19])	1	1	—	
VI b[19])	37	37	31	
VII[19])	71	71	69	
IX b–VII[19])	300	300	326	
	409	409	426	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon dürfen je 4 Stellen für Hilfskräfte bei Kap. 11 05, 11 08, 11 10, 11 12 und 11 15 verwendet werden.

[2]) Davon im Rahmen der PKB 10 Stellen ohne BV und Budget.

[3]) Davon im Rahmen der PKB 10 Stellen ohne BV und Budget.

[4]) Davon im Rahmen der PKB 25 Stellen ohne BV und Budget.

[5]) Von den Stellen sind 30 für Hilfskräfte zum Ersatz von Beamten/-innen bestimmt, die unter Beibehaltung ihrer Planstellen, jedoch unter Aufgabe ihrer bisherigen Tätigkeit eine zusätzliche Ausbildung erhalten.

[6]) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[8]) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der 3 Generalstaatsanwälte/-innen, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten Hannover, Braunschweig, Aurich, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden, Oldenburg und Osnabrück, die ersten Sekretärinnen der 11 Präsidenten/-innen der Landgerichte und die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Amtsgerichte Hannover und Braunschweig sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[11]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[12]) Davon 1 befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft einer blinden Richterin/Staatsanwältin.

[13]) Davon 1 Stelle, die nur zu drei Viertel besetzt werden darf.

[15]) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.

[17]) Davon je 35 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2002, 2003 und 2004 – infolge ZV – sowie 36 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 – davon 5 infolge ZV – (Projekt „SOLUM STAR“).

[19]) kw.

[24]) Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.

[25]) Davon 29 Stellen kw Zug um Zug mit Zulegung von im Rahmen von P 53 für die Benutzerbetreuung vor Ort in den Einzelplan 11 umzusetzenden Stellen unter Berücksichtigung des im Jahr 2000 insoweit entstandenen zusätzlichen Bedarfs.

[38]) Davon 13 Stellen kw zum 31. 8. 2002 infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2002).

Der Haushaltsvermerk kann im Einzelfall auch bei Stellen der Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – und auch in anderen Kapiteln vollzogen werden.

[41]) Davon 5 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002 (1 Stelle) und 31. 12. 2003 (4 Stellen).

[42]) Davon 7 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002 (3 Stellen) und 31. 12. 2003 (4 Stellen).

[44]) Davon 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002 und 31. 12. 2003 (jeweils 1 Stelle).

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[46]) Davon 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002 und 31. 12. 2003 (jeweils 1 Stelle). [47]) Davon 19 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003, infolge ZV bis 2003 (2003). [49]) Davon 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. [52]) Davon 1 Stelle kw infolge ZV bis 2003 (2003) aus Anlass der Einführung der 1. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens. [53]) Davon jeweils 1 Stelle des Schreib- und Verwaltungsdienstes, die nur zur Hälfte besetzt werden darf. [54]) Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005. [55]) Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allg. Bestimmungen 2001.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in/ Staatsanwalt/ -wältin	22	neu entsprechend dem Bedarf davon 10 ohne BV und Budget
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in z. A. –	10	neu entsprechend dem Bedarf – ohne BV und Budget –
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in z. A. –	25	neu entsprechend dem Bedarf – ohne BV und Budget –
Zusammen	57	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in/ Staatsanwalt/ -wältin	14	davon 2 Verlagerungen nach Kapitel 11 01 2 infolge ZV bis 2003 (2001) (teilweiser Vollzug des HV Nr. 14) 4 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 49 4 Umwandlungen in Planstellen der Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/-wältin – 2 Umwandlungen in Planstellen der Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in z. A. –	1	Umwandlung in Planstelle der Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in z. A. –	14	davon 2 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 51 3 Umwandlungen in Ang.-Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT 9 Umwandlungen in Planstellen der Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –
Zusammen	29	
Bleibt Zugang	28	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1[19])	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 19)
Bes.-Gr. A 9[19])	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr.
14 (Davon 6 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, darunter 2 Stellen infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).)
ist hinsichtlich 2 Stellen vollzogen, im Übrigen entfallen.

Der Haushaltsvermerk Nr.
49 (Davon 11 Stellen kw nach Ende der EXPO-bedingten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 31. 3. 2001 (7 Stellen) und 30. 9. 2001 (4 Stellen).)
ist hinsichtlich 4 Stellen vollzogen, hinsichtlich 2 Stellen geändert und im Übrigen – teils infolge Verlagerung und Übertragung auf Planstellen der Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in – entfallen.

Der Haushaltsvermerk Nr.
51 (Davon 5 Stellen kw nach Ende der EXPO-bedingten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 31. 3. 2001 (2 Stellen) bzw. 30. 9. 2001 (3 Stellen).)
ist hinsichtlich 2 Stellen vollzogen, im Übrigen infolge Übertragung auf Ang.-Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT entfallen.

Der Haushaltsvermerk Nr.
50 (Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 7. 2003.)
ist entfallen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 2, 3 und 4 sind neu ausgebracht.

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	Umwandlung von Planstelle der Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
Verg.-Gr. IV b	1	Umsetzung von Kap. 03 10 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allg. Bestimmungen 2001
Verg.-Gr. V b	1	Umwandlung von Planstelle der Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
Verg.-Gr. VI b	3	Umwandlung von Stellen für beamtete Hilfskräfte der Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in z. A. –
Zusammen	6	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	3	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 41
Verg.-Gr. VI b	4	davon 1 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 42 3 infolge ZV bis 2003 (2001) (teilweiser Vollzug des HV Nr. 47)
Verg.-Gr. VII	3	davon 1 infolge Vollzugs des HV Nr. 43 1 infolge Umwandlung in Planstelle der Bes.-Gr. A 3 – Oberwachtmeister/-in – 1 sonstige Einsparung
Verg.-Gr. VIII	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 44
Verg.-Gr. IX b	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 45
Verg.-Gr. IX b–VII	34	davon 14 infolge ZV bis 2003 (2001) (teilweiser Vollzug des HV Nr. 38) 2 infolge Vollzugs des HV Nr. 40 17 infolge ZV bis 2003 (2001) (Vollzug des HV Nr. 48) 1 infolge ZV bis 2003 (2001) (teilweiser Vollzug des HV Nr. 52)
Zusammen	46	
Bleibt Abgang	40	

Umwandlungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	434	von Verg.-Gr. IX b–VII

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V c	5	davon 2 von Verg.-Gr. VI b 2 von Verg.-Gr. VII 1 von Verg.-Gr. IX b–VII
Verg.-Gr. VI b	160	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. VII	1	von Verg.-Gr. VIII
Verg.-Gr. IX b	1	von Verg.-Gr. IX b–VII
Zusammen	167	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b[19])	1	neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. VI b[19])	6	
Verg.-Gr. VII[19])	2	
Zusammen	9	

Abgang:		
Verg.-Gr. IX b–VII[19])	26	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 19)
Zusammen	26	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn.
40 (Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1995/1996).),
43 (Davon 1 kw nach Ausscheiden des(r) Stelleninhabers/-in aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.),
45 (kw nach Ausscheiden des(r) Stelleninhabers/-in aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.) und
48 (Davon 17 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).)
sind vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr.
47 (Davon 22 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).)
ist hinsichtlich 3 Stellen vollzogen, im Übrigen geändert.
Die Haushaltsvermerke Nrn.
16 (Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).),
22 (Bis zu 5 % der Stellen können vorübergehend dem Verwaltungsdienst zugeordnet werden.) und
23 (Bis zu 5 % der Stellen können vorübergehend dem Schreib- und Fernschreibdienst zugeordnet werden.)
sind entfallen.
Die Haushaltsvermerke Nrn.
17 (Davon je 35 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2002, 2003 und 2004 sowie 36 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 (Projekt „SOLUM STAR“), darunter in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 jeweils 27 Stellen zugleich infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2002/2003).),
38 (Davon jährlich 14 Stellen kw jeweils zum 31. 8. des Jahres, beginnend 1997 und endend 2001, sowie 13 Stellen kw zum 31. 8. 2002, in den Haushaltsjahren 2001 und 2002 auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001 und 2002). Der Haushaltsvermerk kann im Einzelfall auch bei Stellen der Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – und auch in anderen Kapiteln vollzogen werden.),
41 (Davon 8 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001 (1 Stelle), 31. 12. 2002 (3 Stellen) und 31. 12. 2003 (4 Stellen).),
42 (Davon 8 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001 (1 Stelle), 31. 12. 2002 (3 Stellen) und 31. 12. 2003 (4 Stellen).),
44 (Davon 3 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001, 31. 12. 2002 und 31. 12. 2003 (jeweils 1 Stelle).) und
52 (Davon 2 Stellen kw infolge Zielvereinbarung bis 2003 (je 1 Stelle 2001 und 2003) aus Anlass der Einführung der 1. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.)
sind geändert.
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 8 sind in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse in Abs. 2 Satz 1 (bisher: „Die . . . Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage“) redaktionell geändert worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 54 und 55 sind neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 41
Verg.-Gr. VI b	3	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 42
Verg.-Gr. VIII	1	infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 44
Verg.-Gr. IX b–VII	49	davon 35 infolge ZV bis 2003 (2002) (teilweiser Vollzug des HV Nr. 17) 13 infolge ZV bis 2003 (2002) (Vollzug des HV Nr. 38) 1 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 46
Zusammen	54	

Umwandlungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	7	von Verg.-Gr. IX b–VII

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 38 ist vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 41, 42, 44 und 46 sind geändert.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 04 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
R 1[5])	1 600	1 755	1 818	Referendar/-in
A 9[3])	197	197	197	Rechtspflegeanwärter/-in
A 6[3])	185	185	185	Sekretäranwärter/-in
A 3[3])	11	11	11	Wachtmeisteranwärter/-in
	1 993	2 148	2 211	Zusammen
				Arbeiter/-innen
4[2])	2	2	3	Kraftfahrdienst
1[4])	11	11	11	Reinigungsdienst
6/7	3	3	3	Heizer/-in
5	3	3	3	Hausmeister/-in
3/4	91	91	91	Justizhelfer/-in
	110	110	111	Zusammen
				Leerstellen:
1[1])	1	1	—	Reinigungsdienst
3/4[1])	3	3	3	Justizhelfer/in
	4	4	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) kw.

[2]) 1 ehemaliger Kraftfahrer erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem bis zum 31. 7. 1996 als Chefkraftfahrer gezahlten letzten Lohn und dem ihm tarifvertraglich gewährten Lohn.

[3]) Die Stellen dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 10 und 11 12 verwendet werden.

[4]) 1 Arbeiterin erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen ihrem bis zum 30. 6. 1979 bei der aufgelösten Landesfrauenklinik in Celle gezahlten Lohn und der sich aus der Lohn-Gr. 1 ergebenden Vergütung.

[5]) Davon 20 Stellen kw mit Ablauf des 31. 1. 2002, 40 Stellen kw mit Ablauf des 30. 4. 2002, 30 Stellen kw mit Ablauf des 31. 7. 2002 und 65 Stellen kw mit Ablauf des 31. 10. 2002.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1		
– Referendar/-in –	63	infolge Einsparung

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolge Verlagerung nach Kap. 11 01

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 1[1])	1	neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist neu ausgebracht worden.

Erläuterungen für 2003:

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1		
– Referendar/-in –	155	infolge Einsparung

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist vollzogen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 05 Justizvollzugseinrichtungen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
A 16[2])	1	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 16	14	12	9	Leitende(r) Direktor/-in
A 15[17])	36	33	33	Direktor/-in
A 14[10])[17])	60	52	50	Oberrat/-rätin
A 14	2	2	2	Pfarrer/-in
A 13[10])	48	47	47	Rat/-rätin
A 13[8])[17])	43	40	40	Oberlehrer/-in
A 13[1])[17])	11	10	8	Oberamtsrat/-rätin
A 12[17])	40	38	34	Amtsrat/-rätin
A 11[17])	68	61	50	Amtmann/-frau
A 10[17])[18])	141	142	134	Oberinspektor/-in
A 9[4])[17])	76	75	71	Inspektor/-in
A 9[1])[5])[9])[17])	178	178	154	Amtsinspektor/-in
A 9[1])[9])	7	6	7	Betriebsinspektor/-in
A 9[17])	414	414	378	Amtsinspektor/-in
A 9[1])	24	21	21	Betriebsinspektor/-in
A 8[1])[17])	903	903	892	Hauptsekretär/-in
A 8[1])	47	41	41	Hauptwerkmeister/-in
A 7[1])	1 427	1 429	1 356	Obersekretär/-in
A 7[1])	30	24	24	Oberwerkmeister/-in
	3 570	3 529	3 352	Zusammen
				Leerstellen:
A 13[6])	1	1	1	Oberlehrer/-in
A 10[6])	7	7	7	Oberinspektor/-in
A 9[6])	7	7	7	Inspektor/-in
A 9[6])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8[6])	4	4	5	Hauptsekretär/-in
A 7[6])	26	26	23	Obersekretär/-in
	46	46	44	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeine Haushaltsvermerke:

1. Beamte/-innen und Angestellte, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
4. Soweit Beamte/-innen an das Justizministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Stellen bei Kap. 11 01 gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung von einer Ersatzkraft verwaltet werden.

[1]) Bei den Stellen für Amtsinspektoren/-innen, Betriebsinspektoren/-innen, Hauptsekretäre/-innen, Hauptwerkmeister/-innen, Obersekretäre/-innen und Oberwerkmeister/-innen 30 DW
Oberamtsräte/-rätinnen 1 DW

[2]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.

[4]) Die Stellen dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

[5]) Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.

[6]) kw.

[8]) Bis zu 11 Stellen für Oberlehrer/-innen können im Bedarfsfall mit Sportlehrern/-innen der Verg.-Gr. II b BAT besetzt werden.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[10]) Insgesamt bis zu 3 Stellen können bei Bedarf mit jeweils 2 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

[17]) davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
2 Stellen Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –
1 Stelle Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –
1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberlehrer/-in –
1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –
1 Stelle Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
2 Stellen Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau –
3 Stellen Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
3 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
6 Stellen Bes.-Gr. A 9[9]) – Amtsinspektor/-in –
13 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –
29 Stellen Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –.

[18]) 2 Stellen kw anlässlich Beendigung des justizspezifischen Controllings für das KLR-Modell mit Ablauf des 31. 12. 2002.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst (2003)

Bes.-Gr.	Stellenzahl Gesamt	davon § 3 Abs. 1 Nr. 2a der VO
A 12	40	1
A 11	68	1
A 10	141	2
Insgesamt	249	4

Gehobener Dienst (2002)

Bes.-Gr.	Stellenzahl Gesamt	davon § 3 Abs. 1 Nr. 2a der VO
A 12	38	1
A 11	61	1
A 10	142	2
Insgesamt	241	4

Mittlerer Dienst (2003)

Bes.-Gr.	Stellenzahl Gesamt	davon § 2 Nr. 6 der VO	davon § 3 Abs. 1 Nr. 4 der VO
A 9[9])	178	7 (–)*)	12
A 9	414	23 (7)*)	7
A 8	903	40 (2)*)	22
A 7	1 427	24	8
Insgesamt	2 922	94 (9)*)	49

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden

Mittlerer Dienst (2002)

Bes.-Gr.	Stellenzahl Gesamt	davon § 2 Nr. 6 der VO	davon § 3 Abs. 1 Nr. 4 der VO
A 9[9])	178	7 (–)*)	12
A 9	414	23 (7)*)	7
A 8	903	40 (2)*)	22
A 7	1 429	24	8
Insgesamt	2 924	94 (9)*)	49

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Leitende(r) Direktor/-in	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	2	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	3	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	Umwandlung von Stellen für Inspektoranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	2	Umwandlung von Stellen für Inspektoranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	6	Umwandlung von Stellen für Inspektoranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	2	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	6	Umwandlung von Stellen für Inspektoranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	5	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	2	Verlagerung von Kapitel 11 04
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	3	Umwandlung von Stellen für Inspektoranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9[9]) Amtsinspektor/-in	8	Umwandlung von Stellen für Obersekretäranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	21	Umwandlung von Stellen für Obersekretäranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	45	Umwandlung von Stellen für Obersekretäranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	1	Umwandlung von Verg.-Gr. V c – Sozial- und Erziehungsdienst –
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	74	Umwandlungen von Stellen für Obersekretäranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	1	neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	185	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 3)
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 3)
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	3	infolge Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 14)
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	1	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung einer Stelle für Angestellte
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	2	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung von Hebungen
Zusammen	8	
Bleibt Zugang	177	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Leitende(r) Direktor/-in	2	von Bes.-Gr. A 15
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	2	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	5	von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	1	von Bes.-Gr. A 9[9])
Bes.-Gr. A 9[9]) Amtsinspektor/-in	16	von Bes.-Gr. A 9
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	31	von Bes.-Gr. A 8
Zusammen	58	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 3 zu Bes.-Gr. A 14 (Jeweils 1 Stelle Sozialoberrat/-rätin bzw. Sozialamtmann/-frau kw, zugleich infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2003).) und Nr. 14 zu Bes.-Gr. A 8 (3 Stellen kw nach dem Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.) sind vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist hinzugekommen.

Erläuterungen für 2003:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Leitende(r) Direktor/-in	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	4	
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	8	
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	1	
Bes.-Gr. A 13 Oberlehrer/-in	3	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	4	
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	6	
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 9[9]) Betriebsinspektor/-in	1	neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9 Betriebsinspektor/-in	3	
Bes.-Gr. A 8 Hauptwerkmeister/-in	6	
Bes.-Gr. A 7 Oberwerkmeister/-in	6	
Zusammen	46	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 13)
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	2	infolge Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 18)
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	2	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung von Hebungen
Zusammen	5	
Bleibt Zugang	41	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Leitende(r) Direktor/-in	1	von Bes.-Gr. A 15
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	2	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	5	von Bes.-Gr. A 10
Zusammen	9	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 13 zu Bes.-Gr. A 12 (1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002.) und Nr. 18 zu Bes.-Gr. A 10 (2 Stellen kw außerhalb Beendigung des justizspezifischen Controllings für das KLR-Modell mit Ablauf des 31. 12. 2002.) sind vollzogen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 05 Justizvollzugseinrichtungen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 9	3	3	3	Inspektor/-in
	3	3	3	Zusammen
				Leerstellen:
A 9[5])	1	1	1	Inspektor/-in z. A.
	1	1	1	Zusammen
				Angestellte
I b	1	1	1	
II a[26])	1	1	1	
IV a[9])	10	9	9	
IV b[10])	11	10	10	
V b	7	5	4	
V c[12])	32	32	30	
VI b[22])[28])[29])	87	87	89	
VII	75	75	75	
VIII	9	9	8	
IX b–VII[2])[28])	62	57	56	
Kr. VI	2	2	2	
	297	288	285	Zusammen
				Leerstellen:
V c[5])	1	1	1	
VI b[5])	1	1	1	
VII[5])	4	4	5	
IX b–VII[5])	6	6	5	
Kr. VI[5])	1	1	1	
	13	13	13	Zusammen

Haushaltsvermerke

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) kw.

[9]) ku nach Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau).

[10]) 3 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in) bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

[12]) davon 8 ku nach Bes.-Gr. A 8 } Hauptsekretär/-in

[22]) 5 Angestellte erhalten eine nicht aufzehrbare, an den künftigen allgemeinen Vergütungserhöhungen teilnehmende übertarifliche Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Verg.-Gr. VI b BAT und der sich aus der Verg.-Gr. V c BAT ergebenden Vergütung;
ku nach Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in

[26]) ku nach Bes.-Gr. A 13 – Rat/-rätin – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin.

[28]) davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
2 Stellen Verg.-Gr. IX b–VII
– Schreib- und Fernschreibdienst –
49 Stellen Verg.-Gr. VI b
– Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst –.

[29]) davon 1 Stelle kw nach Fortfall des Küchenbetriebes bei der Nds. Justizvollzugsschule in Wolfenbüttel.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerung von Kapitel 07 58
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. VIII	1	neu entsprechend dem Bedarf
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	1	neu entsprechend dem Bedarf
Sozial- und Erziehungsdienst		
Verg.-Gr. V c	1	neu entsprechend dem Bedarf
Med.-techn. Berufe		
Verg.-Gr. V c	1	neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	7	

Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VI b	2	infolge Vollzugs der Vermerke (kw) (HV Nr. 6 und 27)
Verg.-Gr. VII	1	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung einer neuen Planstelle
Sozial- und Erziehungsdienst		
Verg.-Gr. V c	1	Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in – infolge teilweisen Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 12)
Zusammen	4	
Bleibt Zugang	3	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 12
(davon 8 ku nach Bes.-Gr. A 8 } Hauptsekretär/-in)

ist geändert.
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 zu Verg.-Gr. VI b (Davon 1 befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft eines blinden Beamten.) und Nr. 27 zu Verg.-Gr. VI b (1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.) sind vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 29 ist hinzugekommen.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	5	neu entsprechend dem Bedarf
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. V b	2	
Zusammen	9	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 05 Justizvollzugseinrichtungen

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst
A 9[8])	16	16	34	Inspektoranwärter/-in
A 7[8])	139	139	287	Obersekretäranwärter/-in
	155	155	321	Zusammen
				Arbeiter/-innen
6[10])	3	1	1	Kraftfahrdienst
5[10])	7	5	5	
4	11	11	11	
5	4	4	4	Technischer Dienst
4[10])	3	1	1	
6	2	2	2	Sonstige Dienste
5	12	12	12	
4	7	7	6	
3[10])	3	2	3	
2 a[11])	6	6	5	
1/1 a	3	3	—	
	(16)	(16)	(15)	(hiervon: Botendienst, Pförtnerdienst, Hausmeisterdienst usw.)
	61	54	50	Zusammen

Haushaltsvermerke

[8]) Neue Stellen dürfen für Einstellungen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem geeignete Bewerberinnen oder Bewerber aus dem Reform-Arbeitsmarkt nicht zu gewinnen sind.

[10]) davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
1 Stelle Lohn-Gr. 6 – Kraftfahrdienst –
1 Stelle Lohn-Gr. 5 – Kraftfahrdienst –
1 Stelle Lohn-Gr. 4 – Technischer Dienst –
1 Stelle Lohn-Gr. 3 – Sonstige Dienste –.

[11]) Davon 1 Stelle kw nach Fortfall des Küchenbetriebes bei der Nds. Justizvollzugsschule in Wolfenbüttel.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
Inspektoranwärter/-in	18	infolge Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 6)
Bes.-Gr. A 7		
Obersekretär-anwärter/-in	148	infolge Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 9)
Zusammen	166	

Erläuterungen für 2002:

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Sonstige Dienste		
Lohn-Gr. 4	1	Verlagerung von Kap. 07 58
Lohn-Gr. 2	1	
Lohn-Gr. 1	3	
Zusammen	5	

Abgang:	Stellen	
Sonstige Dienste		
Lohn-Gr. 3	1	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung einer Stelle für Angestellte
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	4	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 zu Bes.-Gr. A 9 (Davon 1 Stelle ku in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –, 2 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –, 6 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau –, 6 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in – und 3 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in – jeweils zum 1. 8. 2002.) und Nr. 9 zu Bes.-Gr. A 7 (Davon 8 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 9[9]) – Amtsinspektor/-in –, 21 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –, 45 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in – und 74 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in – jeweils zum 1. 1. 2002.) sind vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 11 ist hinzugekommen.

Erläuterungen für 2003:

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Kraftfahrdienst		
Lohn-Gr. 6	2	neu entsprechend dem Bedarf
Lohn-Gr. 5	2	
Sonstige Dienste		
Lohn-Gr. 4	2	
Lohn-Gr. 3	1	
Zusammen	7	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 08 Finanzgericht

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
R 6	1	1	1	Präsident/-in des Finanzgerichts
R 3[1])	1	1	1	Vizepräsident/-in des Finanzgerichts
R 3[14])	14	14	14	Vorsitzende(r) Richter/-in am Finanzgericht
				Aufsteigende Gehälter:
R 2[4])[6])[15])	43	43	43	Richter/-in am Finanzgericht
A 13	2	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11[16])	4	4	4	Amtmann/-männin/-frau
A 10[9])	1	1	1	Oberinspektor/-in
A 9[10])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9[17])	4	4	4	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	1	Hauptsekretär/-in
A 7	1	1	1	Obersekretär/-in
A 6[12])	1	1	1	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5[3])[18])	2	2	1	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
	77	77	76	Zusammen
				Leerstellen:
R 2[8])	1	1	1	Richter/-in am Finanzgericht, der/die zugleich Professor/-in an einer Hochschule ist, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
R 2[8])	1	1	1	Richter/-in am Finanzgericht, soweit er/sie im Justizministerium in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16 (Ministerialrat/-rätin) beschäftigt wird
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk:

2. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3 BBesO.

[3]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[4]) Hiervon dürfen bis zu 5 Stellen von Richtern/-innen am Landgericht, Richtern/-innen am Amtsgericht und Staatsanwälten/-innen, Richtern/-innen am Verwaltungsgericht und Richtern/-innen am Sozialgericht verwaltet werden (vgl. Kap. 11 04, 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).

[6]) Hiervon dürfen bis zu 5 Stellen von Oberregierungsräten/-rätinnen verwaltet werden (vgl. Kap. 04 06 – Leerstellen –).

[8]) Bezüge werden aus dieser Stelle nicht gezahlt.

[9]) Die Stelle darf auch für eine(n) Beamten/-in des mittleren Dienstes verwendet werden.

[10]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[12]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[14]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

[15]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

[16]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

[17]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

[18]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 + AZ	1
A 9	4
A 8	1
A 7	1
Insgesamt	7

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 5[3])[18])	1	neu entsprechend dem Bedarf gegen Einsparung
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist hinzu gekommen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 08 Finanzgericht

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Richterliche und beamtete Hilfskräfte
A 6[6])	2	2	—	Sekretär/-in z. A.
	2	2	—	Zusammen
				Angestellte
V b	1	1	1	
V c	1	1	1	
VI b[1])[3])[5])[7])	29	29	28	
VII	1	1	1	
IX b–VII[2])[4])	11	11	11	
	43	43	42	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die erste Vorzimmerkraft des/der Präsidenten/-in des Finanzgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[3]) Davon 1 kw nach Wegfall der Überlast.

[4]) Davon 1 kw nach Wegfall der Überlast.

[5]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

[6]) Davon 2 Stellen im Rahmen der PKB ohne BV und Budget.

[7]) Davon 1 Stelle befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft für einen sehbehinderten Richter, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6[6])	2	neu entsprechend dem Bedarf – ohne BV und Budget –
Zusammen	2	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b[7])	1	neu entsprechend dem Bedarf (als Abweichung von den Stellenübersichten im Hj. 2001 genehmigt)
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 sind hinzu gekommen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse in Absatz 2 Satz 1 („Die . . . Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage.“) redaktionell geändert worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
3/4	1	1	1	
4	1	1	1	
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 10 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
R 8	1	1	1	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts
R 4	1	1	1	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts
R 4	1	1	1	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts – an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen –
R 3	9	9	10	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberverwaltungsgericht
R 3	6	6	6	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen –
				Aufsteigende Gehälter:
R 2[5])	7	7	7	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines/einer Präsdenten/-in der Bes.-Gr. R 3 und R 4 –
R 2[13])	25	27	27	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht
R 2[14])	38	38	42	Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht
R 1[15])[22])	124	125	127	Richter/-in am Verwaltungsgericht
A 14	1	1	—	Oberregierungsrat/-rätin
A 13	2	2	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	5	5	5	Amtsrat/-rätin
A 11	10	10	10	Amtmann/-männin/-frau
A 10	11	11	11	Oberinspektor/-in
A 9[33])	2	2	2	Inspektor/-in
A 9[9])	2	2	2	Amtsinspektor/-in
A 9[34])	8	8	4	Amtsinspektor/-in
A 8[35])	12	12	16	Hauptsekretär/-in
A 7[16])[36])	18	19	19	Obersekretär/-in
A 6	2	2	3	Sekretär/-in
A 6[8])[12])	4	4	4	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5[4])[8])	12	12	12	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 4[2])[8])[38])	6	6	6	Hauptwachtmeister/-in
A 3[6])[8])	—	—	1	Oberwachtmeister/-in
	307	311	320	Zusammen
				Leerstellen:
R 2[3]) bzw. R 1[3])	2	2	2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht, Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht und Richter/-in am Verwaltungsgericht, soweit sie im Justizministerium in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16 (Ministerialrat/-rätin) beschäftigt werden (vgl. 11 01 – Planmäßige Beamte/-innen –)
R 2[3])	2	2	2	Richter/-innen am Oberverwaltungsgericht, die zugleich Professoren/-innen an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
R 2[29]) und R 1[29])	3	3	3	Vorsitzende Richter/-in am Verwaltungsgericht und Richter/-in am Verwaltungsgericht, die zugleich Professoren/-innen an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
R 1[29])	1	1	1	Richter/-in am Verwaltungsgericht, soweit er/sie am Nieders. Finanzgericht in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. R 2 beschäftigt wird (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen –)
R 1[7])	14	14	16	Richter/-in am Verwaltungsgericht
A 10[7])	—	—	1	Oberinspektor/-in
A 8[7])	2	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7[7])	1	1	—	Obersekretär/-in
A 6[7])	2	2	2	Sekretär/-in
	27	27	29	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeine Haushaltsvermerke:

2. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.
3. Stellen des richterlichen Dienstes, deren Inhaber/-innen an kommunale Körperschaften abgeordnet werden, können vorübergehend bis zur Höhe der Ausgaben in Anspruch genommen werden, die die Kommunen dem Land erstatten.
4. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277 –.
5. Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages für die Bearbeitung von Asylsachen im notwendigen Umfang zur Bildung von bis zu vier weiteren Kammern die hierzu erforderlichen Planstellen und Stellen (einschl. Folgepersonal) zusätzlich einzurichten.
6. 40 Stellen unbestimmter Wertigkeit kw gemäß Abbaukonzept
   – Davon 31 Stellen (davon 14 Richterstellen) auch infolge ZV, und zwar mit Ablauf des Jahres 2004 drei, 2005 vier, 2006 sechs, 2007 sechs, 2008 zwölf.
   – Davon 9 Stellen (davon 7 Richterstellen) kw mit Ablauf des 31. 12. 2009.

[2]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[3]) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

[5]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[6]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[7]) kw.

[8]) Insgesamt 1 DW.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[12]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[13]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 gemäß Abbaukonzept; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003).

[14]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 gemäß Abbaukonzept; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003).

[15]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 gemäß Abbaukonzept; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003).

[16]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 gemäß Abbaukonzept; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003).

[22]) Davon 23 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[29]) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.

Im Falle der Inanspruchnahme der Leerstellen müssen die entsprechenden Stellen bei 11 04 freigehalten werden (vgl. 11 04 – Leerstellen –).

[33]) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[34]) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[35]) Davon 2 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[36]) Davon 5 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[38]) Davon 2 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO
A 12	1 (1)*)	1
A 11	—	2
Insgesamt	1 (1)*)	3

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 + AZ	2
A 9	2
A 8	2
Insgesamt	6

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Erläuterungen für 2002:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 3 – Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberverwaltungsgericht –	1	gemäß Abbaukonzept, zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2001)
Bes.-Gr. R 2 – Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht –	4	
Bes.-Gr. R 1	2	
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/in –	1	
Bes.-Gr. A 3	1	infolge Zusammenführung des VG Hannover, zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2001)
Zusammen	9	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	von Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	4	von Bes.-Gr. A 8
Zusammen	5	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 7	1	neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1[7])	2	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 7)
Bes.-Gr. A 10[7])	1	
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 6 sowie die Haushaltsvermerke Nr. 13–16 sind hinzu gekommen.
Die Haushaltsvermerke Nrn.
22 (Davon 41 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.),
35 (Davon 4 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.),
36 (Davon 8 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.),
38 (Davon 4 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.)
sind geändert.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 21 zu Bes.-Gr. R 2
(Davon 16 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.),
37 zu Bes.-Gr. A 6
(Davon 3 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.)
sind infolge Einbeziehung der Stellen in das für die Verwaltungsgerichtsbarkeit beschlossene Stellenabbaukonzept entfallen.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2 – Richter/-in am Oberverwaltungsgericht –	2	gemäß Abbaukonzept, zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2002)
Bes.-Gr. R 1	1	
Bes.-Gr. A 7	1	
Zusammen	4	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 10 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Richterliche und beamtete Hilfskräfte
R 1	4	4	4	Richter/-in am Verwaltungsgericht
A 6	—	—	1	Sekretär/-in z. A.
	4	4	5	Zusammen
				Angestellte
V b	3	3	3	
V c[1])[5])	10	10	10	
VI b[9])[12])	62	62	62	
VIII	2	2	2	
IX b–VII[2])[10])[11])	46	48	51	
IX b	1	1	1	
	124	126	129	Zusammen
				Leerstellen:
V c[3])	1	1	1	
VI b[3])	6	6	5	
VII[3])	2	2	2	
IX b–VII[3])	13	13	12	
	22	22	20	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Oberverwaltungsgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Die jeweilige erste Sekretärin des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts erhält für die Dauer der Wahrnehmung der Vorzimmergeschäfte für den Präsidenten des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs eine jederzeit widerrufliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Vergütungsgruppe V c BAT und V b BAT.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.

[3]) kw.

[5]) Davon 1 Stelle kw Zug um Zug mit Zulegung einer im Rahmen von P53 für die Benutzerbetreuung vor Ort in den Einzelplan 11 umzusetzenden Stelle unter Berücksichtigung des im Jahr 2000 insoweit entstandenen zusätzlichen Bedarfs.

[9])Die jeweiligen Sekretärinnen der 7 Präsidenten/-innen der Verwaltungsgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkräfte übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[10]) Davon 6 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

[11]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 gemäß Abbaukonzept; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003).

[12]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge Zusammenführung des VG Hannover; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6[4])	1	gemäß Abbaukonzept; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2001)
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 zu Bes.-Gr. A 6
(kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren)
ist infolge Einbeziehung der Stelle in das für die Verwaltungsgerichtsbarkeit beschlossene Stellenabbaukonzept entfallen.

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	3	davon 2 gemäß Abbaukonzept; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2001) 1 sonstige Einsparung
Zusammen	3	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b[3])	1	neu gemäß Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. IX b–VII[3])	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 10
(Davon 22 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.)
ist geändert.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 11 und 12 sind hinzu gekommen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 9 sind in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse in Absatz 2 Satz 1 („Die . . . Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage.“) redaktionell geändert worden.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	2	gemäß Abbaukonzept; zugleich infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2002)
Zusammen	2	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 10 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
4	4	4	4		
3/4	5	5	5		
1	2	2	3		
	11	11	12	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 1	1	infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2001)
Zusammen	10	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 zu LGr. 3/4
(Davon 2 kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.)
ist infolge Einbeziehung der Stelle in das für die Verwaltungsgerichtsbarkeit beschlossene Stellenabbaukonzept entfallen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 12 Gemeinsames Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
R 8	1	1	—	Präsident/-in des Landessozialgerichts
R 6	—	—	1	Präsident/-in des Landessozialgerichts
R 4	1	1	—	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts
R 3	—	—	1	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts
R 3	8	8	8	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landessozialgericht
				Aufsteigende Gehälter:
R 2	—	—	3	Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 2	24	24	24	Richter/-in am Landessozialgericht
R 2	—	—	5	Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –
R 2				Richter/-in am Sozialgericht
	—	—	1	– als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –
	—	—	3	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in eines Gerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 1	—	—	51	Richter/-in am Sozialgericht
A 13	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	2	8	Amtsrat/-rätin
A 11	3	3	6	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	9	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	2	Inspektor/-in
A 9[9])	1	1	2	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	4	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	6	Hauptsekretär/-in
A 7	2	2	7	Obersekretär/-in
A 6	—	—	5	Sekretär/-in
A 6[4])	1	1	3	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5[17])	3	3	16	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 4[1])	—	—	1	Hauptwachtmeister/-in
A 3[1])[10])	1	1	4	Oberwachtmeister/-in
	53	53	171	Zusammen
				Leerstellen:
R 2[8])	1	1	1	Richter/-in am Landessozialgericht, soweit er/sie im Justizministerium in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16 (Ministerialrat/-rätin)beschäftigt wird.
R 2[8])	1	1	1	Richter/-in am Landessozialgericht, der/die zugleich Professor/-in an einer Hochschule ist, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
R 1[13])	—	—	1	Richter/-in am Sozialgericht, soweit er/sie am Nieders. Finanzgericht in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. R 2 beschäftigt wird (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-in-nen –).
R 2[16])	1	1	1	Richter/-in am Landessozialgericht
R 1[16])	—	—	3	Richter/-in am Sozialgericht
A 10[16])	1	1	1	Oberinspektor/-in
A 8[16])	—	—	1	Hauptsekretär/-in
A 7[16])	—	—	2	Obersekretär/-in
A 6[16])	—	—	1	Sekretär/-in
	4	4	12	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeine Haushaltsvermerke:

2. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
3. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

[1]) 1 DW.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[8]) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[16]) kw.

[17]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO
A 12	1 (1)*)	1
A 11	—	1
Insgesamt	1 (1)*)	2

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9[9])	1
A 8	1 (1)*)
Insgesamt	2 (1)*)

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Erläuterungen für 2002:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2[3]) Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	3	Verlagerungen nach Kapitel 11 13
Bes.-Gr. R 2 Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –	5	
Bes.-Gr. R 2 Richter/-in am Sozialgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen	1	
– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in eines Gerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen	3	
Bes.-Gr. R 1 Richter/-in am Sozialgericht	51	
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	6	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/-frau	3	
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	8	
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 9[9]) Amtsinspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	3	
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	4	
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	5	
Bes.-Gr. A 6 Sekretär/-in	5	
Bes.-Gr. A 6[4]) Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	2	
Bes.-Gr. A 5[17]) Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	13	
Bes.-Gr. A 4[1])[12]) Hauptwachtmeister/-in	1	
Bes.-Gr. A 3[1])[10]) Oberwachtmeister/-in	3	
Zusammen	118	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. R 8 Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	von Bes.-Gr. R 6 – Präsident/-in des Landessozialgerichts –
Bes.-Gr. R 4 – Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1	von Bes.-Gr. R 3[2]) – Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts –
Zusammen	2	

Leerstellen: Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1[13])	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 16) bzw. Verlagerung nach Kapitel 11 13
Bes.-Gr. R 1[16])	3	
Bes.-Gr. A 8[16])	1	
Bes.-Gr. A 7[16])	2	
Bes.-Gr. A 6[16])	1	
Zusammen	8	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2
(Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3 BBesO.)
ist entfallen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 3 und 12
(Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 bzw. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.)
und 13
(Bezüge werden aus dieser Stelle nicht gezahlt. Im Falle der Inanspruchnahme der Leerstelle muss die entsprechende Stelle bei Kap. 11 04 freigehalten werden.)
sind infolge Verlagerung der dazu gehörenden Stellen zum Kapitel 11 13 hier entfallen.

– Nachrichtliche Darstellung der in Bremen veranschlagten Personal-Stellen des gemeinsamen Landessozialgerichts –

Einzelplan: 01, Kapitel: 01 70, Produktplan: 11 (Justiz), Produktbereich: 11.02 (Fachgerichtsbarkeit), Produktgruppe: 11.01.02 (Landessozialgericht)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	PersGr.	Amts-/Dienstbezeichnung	Zulagen	HaushVk	Anzahl
R 3	08	Vorsitzender Richter LSG	20131		2
R 2	08	Richter am LSG	20131		4
A 12	09	Amtsrat	20122		0,5
A 11	09	Sozialgerichtsamtmann	20122		1
A 10	09	SozialgerichtsOInsp	20122	466	1
A 8	09	Sozialgerichtshauptsekr.	20121		1
A 6S	09	Erster JustizhauptwchtM.	20120		1
		Beamte gesamt			10,5
V c	02	Sekretärin	20121		1
V c	09	VerwAng	20121		1
VII/VI b	01	VerwAng	20121		0,5
VII/VI b	02	Sekretärin	20121		1
		Angestelle gesamt			3,5
		Planstellen gesamt			14

PGr. 08 = Richter bei den übrigen Gerichten
Zulagen: 20120 = Stellenzulage sonst. Dienste – einfacher Dienst –
20121 = Stellenzulage sonst. Dienste – mittlerer Dienst/Angestellte –
20122 = Stellenzulage sonst. Dienste – gehobener Dienst A9–A 13S –
20131 = Stellenzulage sonst. Dienste – R 1–R 8 –
Haushaltsvermerk: 466 = künftig umwandeln in A 9S – Amtsinspektor –

Der Ausgangswert für die Beschäftigungszielzahl im Jahr 2002 ist auf 13,4 Beschäftigte festgelegt. In den Jahren 2002 und 2003 sind nach dem Personalentwicklungsplan des Senats jeweils (gerundet) 0,3 Stellen (Beschäftigte) einzusparen, so dass ein Beschäftigungsvolumen am Ende 2002 i. H. von 13,1 und am Ende 2003 i. H. von 12,9 (gerundet) Beschäftigte anzustreben ist. Das in den Haushalt eingestellte Budget für die Personalkosten ist bereits auf diese Beschäftigungszielzahlen abgestellt. Etwaige Personalüberschreitungen sind im Laufe der Haushaltsjahre zu erwirtschaften.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 12 Gemeinsames Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
V b	1	1	2	
V c	2	2	4	
VI b[1])[3])	17	17	55	
VII	14	14	13	
VIII	3	3	6	
IX b–VII[5])	—	—	53	
	37	37	133	Zusammen
				Leerstellen:
VI b[2])	—	—	1	
VII[2])	—	—	1	
IX b–VII[2])	6	6	21	
	6	6	23	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die jeweilige Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Landessozialgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) kw.

[3]) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

[5]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerungen nach Kapitel 11 13
Verg.-Gr. V c	2	
Verg.-Gr. VI b	40	
Verg.-Gr. VII	12	
Verg.-Gr. VIII	3	
Verg.-Gr. IX b–VII	38	
Zusammen	96	

Umwandlungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	15	von Verg.-Gr. IX b–VII
Zusammen	15	

Höhergruppierungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	2	von Verg.-Gr. VII
Zusammen	2	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b[2])	1	Verlagerung nach Kapitel 11 13
Verg.-Gr. VII[2])	1	
Verg.-Gr. IX b–VII[2])	15	davon 12 infolge Verlagerung nach Kapitel 11 13 3 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 8)
Zusammen	17	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist hinzu gekommen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse („Die . . . Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage.“) redaktionell geändert worden.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	—	—	1	Kraftfahrdienst
5	—	—	1	Sonstige Dienste
4	1	1	1	
	1	1	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Verlagerung nach Kapitel 11 13
Lohn-Gr. 5	1	
Zusammen	2	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 13 Sozialgerichte

STELLENPLAN				
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen
				Aufsteigende Gehälter:
R 2[3])	3	3	—	Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 2	5	5	—	Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –
R 2				Richter/-in am Sozialgericht
	1	1	—	– als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –
	3	3	—	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in eines Gerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 1	51	51	—	Richter/-in am Sozialgericht
A 12	6	6	—	Amtsrat/-rätin
A 11	3	3	—	Amtmann/-männin/-frau
A 10	8	8	—	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	—	Inspektor/-in
A 9[9])	1	1	—	Amtsinspektor/-in
A 9	3	3	—	Amtsinspektor/-in
A 8	5	5	—	Hauptsekretär/-in
A 7	5	5	—	Obersekretär/-in
A 6	5	5	—	Sekretär/-in
A 6[4])	2	2	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5[17])	12	12	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 4[1])[12])	1	1	—	Hauptwachtmeister/-in
A 3[1])[10])	3	3	—	Oberwachtmeister/-in
	118	118	—	Zusammen
				Leerstellen:
R 1[8])	1	1	—	Richter/-in am Sozialgericht, soweit er/sie im Justizministerium in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16 (Ministerialrat/-rätin)beschäftigt wird.
R 1[8])	1	1	—	Richter/-in am Sozialgericht, der/die zugleich Professor/-in an einer Hochschule ist, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
R 1[13])	1	1	—	Richter/-in am Sozialgericht, soweit er/sie am Nieders. Finanzgericht in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. R 2 beschäftigt wird (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-in-nen –).
R 1[16])	3	3	—	Richter/-in am Sozialgericht
A 8[16])	1	1	—	Hauptsekretär/-in
A 7[16])	2	2	—	Obersekretär/-in
A 6[16])	1	1	—	Sekretär/-in
	10	10	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeine Haushaltsvermerke:

2. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
3. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

[1]) 2 DW.

[3]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.

[4]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

[8]) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.

[9]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[10]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.

[12]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.

[13]) Bezüge werden aus dieser Stelle nicht gezahlt. Im Falle der Inanspruchnahme der Leerstelle muß die entsprechende Stelle bei Kap. 11 04 freigehalten werden.

[16]) kw.

[17]) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9[9])	1
A 8	2 (1)*)
Insgesamt	3 (1)*)

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Erläuterungen für 2002:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2[3]) Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	3	Verlagerungen von Kapitel 11 12
Bes.-Gr. R 2 Direktor/-in des Sozialgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –	5	
Richter/-in am Sozialgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen	1	
– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in eines Gerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen	3	
Bes.-Gr. R 1 Richter/-in am Sozialgericht	51	
Bes.-Gr. A 12	6	
Bes.-Gr. A 11	3	
Bes.-Gr. A 10	8	
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 9[9])	1	
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	3	
Bes.-Gr. A 8	4	
Bes.-Gr. A 7	5	
Bes.-Gr. A 6 Sekretär/-in	5	
Bes.-Gr. A 6[4]) Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	2	
Bes.-Gr. A 5[17])	13	
Bes.-Gr. A 4[1])[12])	1	
Bes.-Gr. A 3[1])[10])	3	
Zusammen	118	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8	1	von Bes.-Gr. A 5[17])
Zusammen	1	

Leerstellen: Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 1[8])	2	Verlagerungen von Kapitel 11 12
Bes.-Gr. R 1[13])	1	
Bes.-Gr. R 1[16])	3	
Bes.-Gr. A 8[16])	1	
Bes.-Gr. A 7[16])	2	
Bes.-Gr. A 6[16]) – Sekretärin –	1	
Zusammen	10	

Sonstige Veränderungen:

Die Allgemeinen Haushaltsvermerke Nr. 2 und 3 sowie die Haushaltsvermerke Nr. 1, 3, 4, 8, 9, 10, 12, 13, 16 und 17 sind neu ausgebracht (Übernahme gleichlautender Haushaltsvermerke von Kapitel 11 12).

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 13 Sozialgerichte

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Richterliche und beamtete Hilfskräfte
A 6[3])	3	3	—	Sekretärin z. A.
	3	3	—	Zusammen
				Angestellte
V b	1	1	—	
V c	2	2	—	
VI b[1])[4])	47	47	—	
VII[5])	44	44	—	
VIII	2	2	—	
	96	96	—	Zusammen
				Leerstellen:
VI b[2])	1	1	—	
VII[2])	2	2	—	
IX b–VII[2])	12	12	—	
	15	15	—	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) kw.

[3]) Davon 3 Stellen im Rahmen des PKB ohne BV und Budget.

[4]) Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

[5]) Davon 1 Stelle, die nur zu drei Viertel besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 6[3])	3	neu entsprechend dem Bedarf ohne BV und Budget
Zusammen	3	

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerungen von Kapitel 11 12
Verg.-Gr. V c	2	
Verg.-Gr. VI b	40	
Verg.-Gr. VII	12	
Verg.-Gr. VIII	3	
Verg.-Gr. IX b–VII	38	
– nachrichtlich: –		
Verg.-Gr. VI b[3])	1	buchungstechnische Stellenzulegung – ohne BV und Budget – infolge Aufspaltung des Kap. 11 12 in 2 Einzelkapitel zur korrekten Darstellung der bisherigen tatsächlichen Stellenverteilung (je 1/2 beim LSG/SG) in den Stellenübersichten
Zusammen	97	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VIII	1	sonstige Einsparung
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	96	

Umwandlungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	38	von Verg.-Gr. IX–VII
Zusammen	38	

Höhergruppierungen:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	6	von Verg.-Gr. VII
Zusammen	6	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b[2])	1	Verlagerung von Kapitel 11 12
Verg.-Gr. VII[2])	2	davon 1 Verlagerung von Kapitel 11 12 1 neu gem. Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. IX b–VII[2])	12	Verlagerungen von Kapitel 11 12
Zusammen	15	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 sind neu ausgebracht (Übernahme gleichlautender Haushaltsvermerke von Kapitel 11 12).
Die Haushaltsvermerke Nr. 3, 4 und 5 sind hinzu gekommen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist zudem in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse in Satz 1 (Die . . . . Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage.) redaktionell geändert worden.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 13 Sozialgerichte

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
4	1	1	—		
5	1	1	—		
	2	2	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Verlagerungen von Kapitel 11 12
Lohn-Gr. 5	1	
Zusammen	2	

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 12

Staatsgerichtshof

Vorwort zum Einzelplan 12

Einzelplan 12 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1201	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	161.000	35.000
	Summe 2002	—	—	—	—	—	161.000	35.000
	Summe 2001	—	—	—	—	—	157.478	30.522
	2002 mehr/weniger (-)	—	—	—	—	—	3.522	4.478

2002

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 12**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	196.000	-196.000	-188.000	-8.000	—
—	—	—	—	196.000	-196.000	-188.000	-8.000	—
—	—	—	—	188.000				—
—	—	—	—	8.000				—

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1201	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	160.000	35.000
	Summe 2003	—	—	—	—	—	160.000	35.000
	Summe 2002	—	—	—	—	—	161.000	35.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	—	—	—	—	-1.000	—

2003

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 12**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	195.000	-195.000	-196.000	1.000	—
—	—	—	—	195.000	-195.000	-196.000	1.000	—
—	—	—	—	196.000				—
—	—	—	—	-1.000				—

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof
Kapitel 1201 Staatsgerichtshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	051	Vermischte Einnahmen		—	—	—	0
132 11-8	051	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 10-2	051	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter/Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	—	68.000	65.000	63.196	62
422 01-9	051	Dienstbezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter ****Abweichend von § 8 Abs. 5 Satz 1 und 2 HG 2002/2003 zählt der Titel 422 01 nicht zum PKB-Deckungskreis.*	—	62.000	62.000	62.173	12
422 10-8	051	Dienstbezüge der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 11-6	051	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-1	051	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	051	Vergütungen der Angestellten	—	17.000	17.000	14.930	15
427 12-6	051	Entschädigungen für nebenamtliche Richter/Richterinnen	—	13.000	17.000	17.179	18
511 01-1	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	10.000	10.000	2.761	1
514 01-0	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	2.000	2.000	2.045	1
526 01-9	051	Sachverständige	—	1.000	1.000	511	—
527 01-5	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	5.000	5.000	5.113	2
529 10-7	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Staatsgerichtshofs	—	1.000	1.000	511	0
532 11-6	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 532 11, 532 12, 532 13, 532 16 und 532 17.*	—	1.000	1.000	614	—
532 12-4	051	Zeugenentschädigungen * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1.000	1.000	511	—
532 13-2	051	Sachverständigenentschädigungen * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1.000	1.000	511	—
532 16-7	051	Sonstige Verfahrensauslagen * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1.000	1.000	511	—
532 17-5	051	Reisekosten des Gerichts * *Vgl. D-Vermerk zu 532 11.*	—	1.000	1.000	511	—
546 01-0	051	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	511	—
547 10-5	051	Dienstleistungen Außenstehender	—	10.000	10.000	10.226	8
681 10-3	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	—	—	—	—	—
811 01-5	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen ** *Die Ausgabe (Maßnahme) darf nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT geleistet werden.*	—	—	—	—	—
811 11-2	051	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 132 11

Nach den neuen Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Zu 422 01

Zur Besoldung eines abgeordneten Richters oder der Beschäftigung einer wissenschaftlichen Hilfskraft.

Zu 425 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
0,5	0,5	0,5	0,5

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen		
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				
Angestellte	0,5	0,5		1
Lohnempfänger/-innen				
Insgesamt	0,5	0,5		1

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				
Angestellte	0,5	0,5		1
Lohnempfänger/-innen				
Insgesamt	0,5	0,5		1

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	17	17

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	17	17
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	75	79
43	Versorgungsbezüge	—	—
44	Beihilfen, Unterstützungen	—	—
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1	—
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		93	96

Zu 514 01

Für die anteilige Erstattung an Verwaltungen, deren Dienstkraftfahrzeuge mitbenutzt werden.

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof
Kapitel 1201 Staatsgerichtshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	—
711 96-7	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-8	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			6.186	
		Abschluss Kapitel 12 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	160.000	161.000	157.478	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	35.000	35.000	30.522	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	195.000	196.000	188.000	
		Zuschuss		195.000	196.000	188.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	—	20.145	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		195.000	196.000	208.145	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		195.000	196.000	208.145	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 12					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Personalausgaben	—	160.000	161.000	157.478	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	35.000	35.000	30.522	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	195.000	196.000	188.000	
		Zuschuss		195.000	196.000	188.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	—	20.145	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		195.000	196.000	208.145	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		195.000	196.000	208.145	

Einzelplan 12

Staatsgerichtshof

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof
Kapitel 12 01 Staatsgerichtshof

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Die Stelle darf nur mit einer/einem Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer/eines Vollbeschäftigten besetzt werden.
				Angestellte	
VII[1])	1	1	—		
IX b–VII[1])	—	—	1		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Hebung:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	von Verg.-Gr. IX b–VII

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

Vorwort zum Einzelplan 13

A. Aufgaben und Aufbau des Einzelplans in den wichtigsten Grundzügen

Im Einzelplan 13 sind unter der Bezeichnung „Allgemeine Finanzverwaltung“ im Wesentlichen Einnahmen und Ausgaben vereinigt, die entweder keinen oder mehrere der übrigen Einzelpläne berühren oder für deren Nachweis an dieser Stelle ein besonderes finanzwirtschaftliches Interesse besteht. Im inneren Gefüge des Haushalts stellt der Einzelplan 13 mit seinem erheblichen Überschuss den Ausgleich des Gesamthaushalts her.

Der Einzelplan 13 ist in folgende Kapitel aufgegliedert:

Kapitel 13 01 Steuern
„ 13 02 Allgemeine Bewilligungen
„ 13 03 Neue Techniken im Haushaltsbereich
„ 13 10 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern
„ 13 12 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen
„ 13 20 Vermögensverwaltung
„ 13 21 Liegenschaftsverwaltung
„ 13 25 Schuldenverwaltung
„ 13 50 Versorgung
„ 13 99 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Zum Einzelplan 13 gehören außerdem noch folgende Sondervermögen:

Kapitel 51 31 Allgemeine Rücklage
„ 51 32 Landesliegenschaftsfonds – ohne Agrarstrukturfonds –
„ 51 33 Landesliegenschaftsfonds – Unterabteilung Agrarstrukturfonds –
„ 51 35 Unterabteilung “Zinsen für Diskontkredite“ der Allgemeinen Rücklage
„ 51 36 Unterabteilung “Tilgung der zweckgebundenen Schulden der EXPO 2000 Hannover GmbH“ der Allgemeinen Rücklage
„ 51 39 Landesversorgungsrücklage

B. Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

C. Sonstige Veränderungen

Aufgrund der Änderung des § 64 LHO zum 1. 1. 2001 sind der landeseigene Grundbesitz und die Geldrechnung Grundstock im “Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen“ zusammengeführt worden.
Bisher im Kapitel 13 02 veranschlagte Titel (Zu- und Abführungen) sind – bis auf Nutzungsentgelte – in das Kapitel 13 21 umgesetzt worden.
Die Bezeichnung der Sondervermögenskapitel 51 32 und 51 33 hat sich dadurch ebenfalls geändert.

Im Sondervermögen wurde das Kapitel 51 36 “Tilgung der zweckgebundenen Schulden der EXPO 2000 Hannover GmbH“ neu eingerichtet.

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen sind im Kapitel 20 12 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1301	Steuern	14.505.100.000	—	—	—	14.505.100.000	—	—
1302	Allgemeine Bewilligungen	—	177.976.000	200.000	566.500.000	744.676.000	21.019.000	-33.646.000
1303	Neue Techniken im Haushaltsbereich	—	—	—	—	—	—	2.943.000
1310	Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern	—	—	1.198.000.000	—	1.198.000.000	—	—
1312	Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen	—	25.000	41.562.000	—	41.587.000	—	—
1320	Vermögensverwaltung	—	58.684.000	1.000	16.425.000	75.110.000	—	17.000
1321	Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds	—	209.820.000	—	269.744.000	479.564.000	2.216.000	5.500.000
1325	Schuldenverwaltung	—	56.320.000	208.000	1.350.000.000	1.406.528.000	—	2.400.729.000
1350	Versorgung	—	1.283.000	139.142.000	4.277.000	144.702.000	1.945.584.000	12.000
1399	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	96.120.000	3.068.000	2.390.000	1.000	101.579.000	—	13.471.000
	Summe 2002	14.601.220.000	507.176.000	1.381.503.000	2.206.947.000	18.696.846.000	1.968.819.000	2.389.026.000
	Summe 2001	14.311.980.081	550.908.915	1.432.265.946	2.718.439.589	19.013.594.531	2.014.993.940	2.321.420.266
	2002 mehr/weniger (-)	289.239.919	-43.732.915	-50.762.946	-511.492.589	-316.748.531	-46.174.940	67.605.734

2002

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 13**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	—	14.505.100.000	14.223.117.552	281.982.448	—
4.001.000	—	—	-221.994.000	-230.620.000	975.296.000	771.304.860	203.991.140	—
—	—	578.000	—	3.521.000	-3.521.000	-2.597.363	-923.637	1.200.000
3.000	—	—	—	3.000	1.197.997.000	1.234.256.556	-36.259.556	—
2.458.817.000	—	282.220.000	—	2.741.037.000	-2.699.450.000	-2.684.970.932	-14.479.068	—
55.382.000	—	2.704.000	9.383.000	67.486.000	7.624.000	-564.672.545	572.296.545	—
—	—	98.000	9.098.000	16.912.000	462.652.000	422.282.562	40.369.438	—
—	—	25.000.000	—	2.425.729.000	-1.019.201.000	-358.884.515	-660.316.485	—
8.281.000	—	—	—	1.953.877.000	-1.809.175.000	-1.671.183.842	-137.991.158	—
10.844.000	—	758.000	5.079.000	30.152.000	71.427.000	65.567.304	5.859.696	159.000
2.537.328.000	—	311.358.000	-198.434.000	7.008.097.000	11.688.749.000	11.434.219.637	254.529.363	1.359.000
2.505.545.472	—	902.754.841	-165.339.625	7.579.374.894				214.743
31.782.528	—	-591.396.841	-33.094.375	-571.277.894				1.144.257

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1301	Steuern	14.925.200.000	—	—	—	14.925.200.000	—	—
1302	Allgemeine Bewilligungen	—	180.806.000	200.000	144.998.000	326.004.000	86.786.000	-33.669.000
1303	Neue Techniken im Haushaltsbereich	—	—	—	—	—	—	1.766.000
1310	Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern	—	—	1.230.000.000	—	1.230.000.000	—	—
1312	Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen	—	25.000	25.562.000	—	25.587.000	—	—
1320	Vermögensverwaltung	—	377.322.000	1.000	141.019.000	518.342.000	—	17.000
1321	Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds	—	209.820.000	—	267.695.000	477.515.000	2.267.000	5.552.000
1325	Schuldenverwaltung	—	52.675.000	138.000	1.300.000.000	1.352.813.000	—	2.474.029.000
1350	Versorgung	—	1.283.000	137.940.000	4.281.000	143.504.000	2.062.818.000	12.000
1399	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	96.120.000	3.068.000	2.390.000	1.000	101.579.000	—	13.473.000
	Summe 2003	15.021.320.000	824.999.000	1.396.231.000	1.857.994.000	19.100.544.000	2.151.871.000	2.461.180.000
	Summe 2002	14.601.220.000	507.176.000	1.381.503.000	2.206.947.000	18.696.846.000	1.968.819.000	2.389.026.000
	2003 mehr/weniger (-)	420.100.000	317.823.000	14.728.000	-348.953.000	403.698.000	183.052.000	72.154.000

2003

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 13**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	—	14.925.200.000	14.505.100.000	420.100.000	—
19.835.000	—	—	-226.994.000	-154.042.000	480.046.000	975.296.000	-495.250.000	—
—	—	—	—	1.766.000	-1.766.000	-3.521.000	1.755.000	—
3.000	—	—	—	3.000	1.229.997.000	1.197.997.000	32.000.000	—
2.516.781.000	—	289.309.000	—	2.806.090.000	-2.780.503.000	-2.699.450.000	-81.053.000	—
54.057.000	—	2.196.000	9.136.000	65.406.000	452.936.000	7.624.000	445.312.000	—
—	—	88.000	9.049.000	16.956.000	460.559.000	462.652.000	-2.093.000	—
—	—	25.000.000	—	2.499.029.000	-1.146.216.000	-1.019.201.000	-127.015.000	—
8.281.000	—	—	—	2.071.111.000	-1.927.607.000	-1.809.175.000	-118.432.000	—
11.846.000	—	703.000	5.079.000	31.101.000	70.478.000	71.427.000	-949.000	159.000
2.610.803.000	—	317.296.000	-203.730.000	7.337.420.000	11.763.124.000	11.688.749.000	74.375.000	159.000
2.537.328.000	—	311.358.000	-198.434.000	7.008.097.000				1.359.000
73.475.000	—	5.938.000	-5.296.000	329.323.000				-1.200.000

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1301 Steuern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
011 01-0	910	Lohnsteuer		—	—	11.390.560.529	11.446.044
011 02-9	910	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer		—	—	–1.708.584.079	–1.716.907
011 03-7	910	Bundesanteil an der Lohnsteuer		—	—	–4.840.988.225	–4.864.569
011 11-8	910	Landesanteil an der Lohnsteuer		5.287.850.000	5.025.200.000	—	—
012 01-7	910	Veranlagte Einkommensteuer		—	—	678.484.326	945.535
012 02-5	910	Gemeindeanteil an der veranlagten Einkommensteuer		—	—	–101.772.649	–141.830
012 03-3	910	Bundesanteil an der veranlagten Einkommensteuer		—	—	–288.355.839	–401.852
012 11-4	910	Landesanteil an der veranlagten Einkommensteuer		252.875.000	278.375.000	—	—
013 01-3	910	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		—	—	583.384.036	854.038
013 03-0	910	Bundesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag		—	—	–291.692.018	–427.019
013 11-0	910	Landesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag		327.500.000	336.500.000	—	—
014 01-0	910	Körperschaftsteuer		—	—	1.203.069.796	1.932.136
014 03-6	910	Bundesanteil an der Körperschaftsteuer		—	—	–601.534.898	–966.068
014 11-7	910	Landesanteil an der Körperschaftssteuer		537.500.000	610.000.000	—	—
015 11-3	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)		5.939.315.000	5.798.705.000	5.687.240.200	5.639.255
017 11-6	910	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil innerhalb des LFA)		267.000.000	208.000.000	192.757.039	156.125
017 12-4	910	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil ausserhalb des LFA)		230.000.000	209.000.000	232.637.806	228.183
018 01-5	910	Zinsabschlag		—	—	659.566.527	571.141
018 02-3	910	Gemeindeanteil am Zinsabschlag		—	—	–79.147.983	–68.537
018 03-1	910	Bundesanteil am Zinsabschlag		—	—	–290.209.272	–251.302
018 11-2	910	Landesanteil am Zinsabschlag		303.160.000	298.320.000	—	—
051 11-0	910	Vermögensteuer		17.000.000	22.000.000	21.985.551	40.960
052 11-6	910	Erbschaftsteuer		237.000.000	226.000.000	242.352.352	235.600
053 11-2	910	Grunderwerbsteuer nach dem Gesetz vom 17.12.1982		390.000.000	379.000.000	494.930.541	414.152
053 12-0	910	Grunderwerbsteuer nach dem Gesetz vom 29.3.1940		—	—	—	8
054 11-9	910	Kraftfahrzeugsteuer		890.000.000	877.000.000	800.683.086	737.731
055 11-5	910	Totalisatorsteuer * *Vgl. K-Vermerk zu 0903 - 686 13.*		1.000.000	1.000.000	1.533.876	1.392
056 11-1	910	Sonstige Rennwettsteuer		1.000.000	1.000.000	1.022.584	281
057 11-8	910	Lotteriesteuer		176.000.000	167.000.000	164.124.694	162.261
059 11-0	910	Feuerschutzsteuer		28.000.000	28.000.000	31.188.805	24.350
061 11-5	910	Biersteuer		40.000.000	40.000.000	39.880.767	41.024
		Abschluss Kapitel 13 01					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		14.925.200.000	14.505.100.000	14.223.117.552	
		Summe der Einnahmen		14.925.200.000	14.505.100.000	14.223.117.552	
		Überschuss		14.925.200.000	14.505.100.000	14.223.117.552	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 13 01

Die Ansätze der Steuern und steuerinduzierten Einnahmen (Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) sind im Wesentlichen von der zentralen Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 8. und 9. November 2001 abgeleitet worden, der ein Wachstum des nominalen Bruttosozialprodukts von 1,25 v. H. für 2002 im gesamten Bundesgebiet zugrunde liegt.

Die veranschlagten Beträge beruhen auf geltendem Steuerrecht.

Zu 011 11, 012 11, 013 11, 014 11 und 018 11

Diese neu eingerichteten Titel ersetzen die bisherige Darstellung des Landesanteils durch eine programmierte Sonderroutine und Darstellung als (Gruppe)**. Die Anpassung entspricht auch der Darstellung der Steuern in anderen Bundesländern.

Nach Ablauf der Ausweisung des Vorjahresists wird nur noch der reine Landesanteil (Nettodarstellung) ausgebracht.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Verteilung der Gemeinschaftssteuern auf Bund, Land und Kommunen (bisherige Bruttodarstellung).

Titel	Steuerart	2003	2002
		Tsd. EUR	
011 01	Lohnsteuer	12 442 000	11 824 000
011 02	Gemeindeanteil	-1 866 300	-1 773 600
011 03	Bundesanteil	-5 287 850	-5 025 200
011 11	Landesanteil	5 287 850	5 025 200
012 01	Veranlagte Einkommensteuer	595 000	655 000
012 02	Gemeindeanteil	-89 250	-98 250
012 03	Bundesanteil	-252 875	-278 375
012 11	Landesanteil	252 875	278 375
013 01	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	655 000	673 000
013 03	Bundesanteil	-327 500	-336 500
013 11	Landesanteil	327 500	336 500
014 01	Körperschaftsteuer	1 075 000	1 220 000
014 03	Bundesanteil	-537 500	-610 000
014 11	Landesanteil	537 500	610 000
018 01	Zinsabschlag	689 000	678 000
018 02	Gemeindeanteil	-82 680	-81 360
018 03	Bundesanteil	-303 160	-298 320
018 11	Landesanteil	303 160	298 320

Zu . . . 01

Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie dem Zinsabschlag werden zu 100 v. H. nachgewiesen und um die gesetzlichen Anteile des Bundes und der Gemeinden gemindert.

Zu . . . 02

Gemäß Art. 106 Abs. 5 GG i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) – in der jeweils gültigen Fassung – erhalten die Gemeinden 15 v. H. der im Gebiet des Landes aufkommenden Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) sowie 12 v. H. des im Gebiet des Landes aufkommenden Zinsabschlages (Gemeindeanteil an dem Zinsabschlag).

Zu . . . 03

Gemäß Art. 106 Abs. 3 GG steht das Aufkommen der Einkommensteuer und des Zinsabschlages, soweit es nicht nach Art. 106 Abs. 5 GG den Gemeinden zugewiesen wird, und das Aufkommen der Körperschaftsteuer dem Bund und dem Land gemeinsam (Gemeinschaftssteuer) je zur Hälfte zu.

Zu 015 11

Gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG steht das Aufkommen der Umsatzsteuer dem Bund und den Ländern gemeinsam zu (Gemeinschaftssteuer). Wegen der Erhöhung der Umsatzsteuer auf 16 v. H. ab 1. April 1998 erhält der Bund vom Aufkommen der Umsatzsteuer vorab 5,63 v. H. zur Finanzierung der Senkung der Lohnnebenkosten. Vom Restbetrag erhalten die Gemeinden 2,2 v. H. Der Länderanteil am verbleibenden Aufkommen ist mit 50,4 v. H. angesetzt unter Berücksichtigung des von den Ländern zu leistenden Schuldendienstes im Zusammenhang mit dem Fonds „Deutsche Einheit“ und der zusätzlichen Belastung aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs.

Die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern (einschließlich der Gemeinden) ist in § 1 und die Verteilung unter den Ländern in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der jeweils gültigen Fassung geregelt.

Zu 017 11

Gemäß Art. 106 Abs. 6 GG i.V.m. § 6 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) – in der jeweils gültigen Fassung – haben die Gemeinden eine Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens abzuführen, die entsprechend dem Verhältnis von Bundes- und Landesvervielfältiger auf den Bund und das Land aufzuteilen ist. Veranschlagt ist der Landesanteil.

Zu 017 12

Die Einnahmen aus der Anhebung der Gewerbesteuerumlage zwecks Beteiligung der Kommunen an den einigungsbedingten Lasten des Landes stehen gem. § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz in der jeweils gültigen Fassung diesem allein zu und bleiben bei der Ermittlung der Steuereinnahmen im Finanzausgleich unberücksichtigt.

Zu 053 11 und 053 12

Als Folge der Novellierung des Grunderwerbsteuergesetzes (mit Wirkung vom 1. Januar 1983) werden bei 053 12 die Einnahmen veranschlagt, die aus Erwerbsvorgängen herrühren, für die noch das frühere Recht anzuwenden ist. In diesen Fällen wird der den berechtigten Landkreisen und kreisfreien Städten zustehende Zuschlag von $^{4}/_{7}$ diesen weiterhin von den örtlich zuständigen Finanzämtern unmittelbar überwiesen.

Bei 053 11 wird das gesamte auf Grund der neuen gesetzlichen Regelung (GrEStG 1983) anfallende Grunderwerbsteueraufkommen ausgewiesen.

Zu 059 11

Das Feuerschutzsteueraufkommen ist zweckgebunden für Brandschutzaufgaben einzusetzen. Vom Aufkommen fließen 75 % an die Landkreise und Gemeinden, der Rest wird für Brandschutzaufgaben des Landes verwendet.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-0	062	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 02-8	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen ****Abweichend von §§ 61 Abs. 1 bzw. 63 Abs. 4 LHO dürfen Haushaltspläne und andere haushaltsrechtliche Vorschriften unentgeltlich abgegeben werden.*		1.000	1.000	811	0
119 11-7	062	Rückzahlung von Überzahlungen		10.000	10.000	10.226	—
119 12-5	872	Erbschaft des Fiskus nach § 1936 BGB sowie Einn. aus der Verw. und Verwertung von herrenlosem Gut, beschlagn. Vermögen und dgl.		1.334.000	1.334.000	1.533.876	2.481
122 11-8	856	Konzessionsabgaben aufgrund § 6 NLottG		169.705.000	166.558.000	157.477.899	153.996
122 12-6	856	Konzessionsabgaben für Lotterie Bingo ** Vgl. K-Vermerk zu 0302 - 685 55.*		3.750.000	4.187.000	2.096.297	—
122 13-4	856	Zweckerträge aus der Lotterie Glücksspirale ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 0331 - 61.*		2.270.000	2.266.000	2.096.297	1.914
123 11-4	856	Einnahmen aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie		3.736.000	3.620.000	5.368.565	3.150
133 11-0	872	Erlöse aus dem Verkauf von Landesvermögen ****Kosten können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.*		—	—	63.911.485	—
231 11-1	062	Erstattung von Ausgleichsbezügen gemäß § 87 Abs. 2 des Soldatenversorgungsgesetzes vom Bund		200.000	200.000	204.517	73
231 12-0	231	Erstattung des Bundeskindergeldes und des Zuschlags zum Bundeskindergeld f. Landesbedienstete und Versorgungsempfänger vom Bund ** Vgl. K-Vermerk zu 681 19.* ****Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		—	—	—	18
351 11-7	950	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage		104.998.000	513.500.000	444.943.783	—
356 11-9	950	Rückführung aus dem Wirtschaftsförderfonds		—	—	1.838.094	—
371 11-8	989	Globale Mehreinnahmen		25.000.000	13.000.000	—	—
371 12-6	989	Globale Mehreinnahme wegen verspätet anlaufendem Mahn- und Vollstreckungsverfahren		15.000.000	40.000.000	—	—
372 11-4	988	Globale Mindereinnahmen		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				67.893.682	
		A U S G A B E N					
422 12-0	960	Nachversicherungen für aus dem Landesdienst ausscheidende Bedienstete	—	23.008.000	23.008.000	23.008.135	21.213
424 11-4	018	Zuführungen an die Landesversorgungsrücklage - aktives Personal - ** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 461 11.*	—	32.814.000	24.111.000	—	—
441 11-6	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Beihilfen (ohne Versorgung)	—	–13.000.000	–20.100.000	—	—
461 11-7	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben (ohne Versorgung) ** Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 424 11.* ****Die Ausgaben sind gem. § 20 Abs. 2 LHO im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) Doppelbuchst. aa) LHO genannten Ausgaben.*	—	53.964.000	10.000.000	156.765.107	—
461 13-3	981	Auswirkungen der Altersteilzeit	—	–10.000.000	–16.000.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 02

Einnahmen aus dem Verkauf von Haushaltsplänen, Haushaltsrechnungen und anderen haushaltsrechtlichen Vorschriften. Über unentgeltliche Abgaben wird von Fall zu Fall entschieden.

Zu 122 11

Nach dem Niedersächsischen Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) i. d. F. vom 21. 6. 1997 (Nds. GVBl. Nr. 12/1997, zuletzt geändert durch das HaushaltsbegleitG zum HPE 2001) haben Wettunternehmen Konzessionsabgaben an das Land abzuführen.

Zu 122 12

Gemäß § 7 Abs. 4 NLottG sind abweichend von § 7 Abs. 1 bis 3 NLottG für die Lotterie Bingo die Konzessionsabgaben ausschließlich für Zwecke des Umweltschutzes, vorrangig in Niedersachsen, zu verwenden.

Zu 122 13

Das Land Niedersachsen ist seit dem 1. 1. 2000 neuer Destinatär der Lotterie Glücksspirale. Die anfallenden Zweckerträge sind im Epl. 03 veranschlagt und zweckgebunden für die Sanierung von Sportstätten zu verwenden.

Zu 123 11

Die Nordwestdeutsche Klassenlotterie wird im Namen und für Rechnung mehrerer Länder betrieben. Grundlage ist für Niedersachsen das Gesetz vom 20. 3. 1948 (Nieders. GVBl. Sb. I S. 579). Die Bilanzgewinne werden im Verhältnis der Einwohnerzahlen und der verkauften Lose zwischen den Ländern verteilt. Erfahrungsgemäß entfallen auf Niedersachsen etwa 21 v. H.

Zu 231 11

Inhaber eines Eingliederungsscheines erhalten als Beamte nach § 11a des Soldatenversorgungsgesetzes vom 5. 3. 1987 (BGBl. I S. 843) Ausgleichsbezüge zum Unterhaltszuschuss bzw. zu den Dienstbezügen. Nach § 87 Abs. 2 dieses Gesetzes trägt der Bund die Ausgleichsbezüge. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung werden die vom Bund zu erstattenden Leistungen hier in einer Summe ausgewiesen.

Zu 231 12

Anpassung an das Jahressteuergesetz 1996 vom 11. 10. 1995.

Die Bundeserstattung für das Kindergeld entfällt. Die vom Arbeitgeber gezahlten Beträge sind mit der Lohnsteuerschuld zu verrechnen.

Zu 351 11

Zum Ausgleich des Haushalts.

Zu 356 11

Vgl. 50 81 – 919 10.

Zu 371 11

Anpassung der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) an die Kostenentwicklung.

Zu 371 12

Durch die Einführung eines neuen Haushaltsvollzugssystems konnten in der Anfangsphase Mahnungen nicht in dem üblichen Umfang erstellt werden. Für die Zukunft werden – auch durch die Anbindung weiterer Dienststellen – verstärkt Zahlungen aufgrund des zwischenzeitlich angelaufenen Mahn- und Vollstreckungswesens eingehen.

Zu 422 12

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagt.

Zu 424 11

Zur Durchführung des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes wird für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie der Mitglieder der Landesregierung und der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes ein Sondervermögen eingerichtet.

Hinweis auf das Sondervermögen Kapitel 51 39 – Landesversorgungsrücklage –.

Zu 441 11

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagte Anpassung des Beihilfeniveaus an die gesetzliche Krankenversicherung.

Vgl. 13 50 – 446 11.

Zu 461 13

Zentral im Einzelplan 13 veranschlagte Auswirkungen der Altersteilzeit (Sperrung von Budgetanteilen gem. Nr. 6 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen).

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
461 14-1	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben aufgrund der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung - NLPZVO - ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* ***Die Ausgaben sind gem. § 20 Abs. 2 LHO im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 20 Abs.1 Nr. 2 Buchst. a) Doppelbuchst. aa) LHO genannten Ausgaben.*	—	—	—	—	—
529 11-0	011	Zur Verfügung der Landesregierung * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 5.000 EUR zu Gunsten 529 12. Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 529 11 und 529 13.* ***Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	506.000	529.000	506.179	327
529 12-9	012	Verfügungsmittel für Landesdienststellen bei außergewöhnlichem Aufwand aus dienstlicher Veranlassung und in besonderen Fällen * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 5.000 EUR zulasten 529 11.* ***Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	6.000	6.000	6.136	7
529 13-7	011	Zur Verfügung der Landesregierung im Zusammenhang mit Veranstaltungen von internationaler Bedeutung * *Vgl. D-Vermerk zu 529 11.* ***Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	82.000	82.000	184.065	99
529 14-5	011	Zentral veranschlagte personengebundene Verfügungsmittel ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	51.000	51.000	—	—
531 11-5	062	Drucklegung des Haushaltsplans, der Haushaltsrechnung u.ä. sowie haushaltsrechtl. und haushaltswirtschaftl. Vorschriften	—	589.000	589.000	619.941	387
549 11-1	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.* ***Die Minderausgaben sind gemäß § 20 Abs.2 LHO im Gesamthaushalt für die Rechnungslegung deckungsfähig mit den in § 11 Abs. 1 HG genannten Ausgaben.*	—	–25.000.000	–25.000.000	–5.112.919	—
549 12-0	989	Globale Minderausgabe aufgrund von Einsparungsmöglichkeiten durch das Liegenschafts- und Facilitymanagement	—	–10.000.000	–10.000.000	—	—
681 11-7	019	Leistungen zur Beseitigung von außerordentlichen Notständen * *Übertragbar.*	—	368.000	368.000	368.130	—
681 19-2	231	Bundeskindergeld und Bundeskindergeldzuschlag für Landesbedienstete und Versorgungsempfänger * *Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 12.* ***Rückflüsse sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	—	—	—	13
681 59-1	872	Ausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften n. § 1936 BGB, der Verw. und Verwert. von herrenlosem Gut, beschlagn. Vermögen und dgl.	—	205.000	205.000	204.517	684
682 11-3	981	Personalverstärkungsmittel für Landesbetriebe * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 682 12.* ***MF wird ermächtigt, den Landesbetrieben Mittel in Höhe der Gehalts- und Tariferhöhungen zuzuführen.*	—	16.173.000	1.066.000	7.893.171	—
682 12-1	018	Zuführungen an Landesbetriebe für die Landesversorgungsrücklage * *Die Ausgaben sind einseitig deckungsfähig zulasten 682 11.* ***MF wird ermächtigt, die veranschlagten*	—	2.736.000	2.016.000	—	—

Zu 461 14

MF ist ermächtigt, den veranschlagten Betrag auf die Ministerialkapitel der Einzelpläne zu verteilen. Dort sind ggf. dafür neue Titel einzurichten.

Zu 529 11 und 529 12

Die Inanspruchnahme richtet sich nach den vom LM in der Sitzung am 25. 6. 1986 beschlossenen Richtlinien für die Bewirtschaftung von Verfügungsmitteln und dem Rundschreiben des MF vom 31. 7. 1986 – 10 – 13 02 (40) – (VORIS 64000 03 00 00 030).

Zu 529 14

Zentrale Veranschlagung im Einzelplan 13. Der Ansatz teilt sich wie folgt auf:

Kapitel	03 04	700	EUR[1])
„	03 04	300	EUR
„	03 05	8 000	EUR[1])
„	03 05	12 000	EUR
„	03 09	700	EUR[1])
„	03 09	300	EUR
„	03 20	2 000	EUR[1])
„	03 80	1 000	EUR
„	03 90	1 000	EUR[1])
„	04 05	500	EUR
„	04 20	500	EUR
„	05 15	1 300	EUR
„	05 20	2 000	EUR
„	05 42	500	EUR
„	06 51	500	EUR
„	06 61	1 000	EUR
„	06 76	1 000	EUR
„	08 10	900	EUR[1])
„	08 18	500	EUR[1])
„	08 18	400	EUR
„	08 20	400	EUR
„	09 41	500	EUR
„	09 50	500	EUR
„	09 71	500	EUR
„	11 04	4 600	EUR[1])
„	11 04	3 800	EUR
„	11 08	600	EUR[1])
„	11 08	500	EUR
„	11 10	900	EUR[1])
„	11 10	700	EUR
„	11 12	900	EUR[1])
„	11 12	500	EUR
„	15 03	1 200	EUR
Se:		50 700	EUR

[1]) für Dienstaufwandsentschädigungen

Zu 531 11

Veranschlagt sind die Kosten insbesondere für den Druck des Haushaltsplans und Erstellung des Reindrucks auf CD-Rom, etwaiger Ergänzungen und Nachträge, der Haushaltsrechnung, der Mipla, des Subventionsberichts sowie haushaltsrechtlicher Vorschriften und Vordrucke.

Zu 549 11

Die veranschlagten Minderausgaben sind vorrangig bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Titelgruppen für IuK-Technik zu erwirtschaften, im übrigen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben nach § 11 Abs. 1 HG. MF wird zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres die veranschlagten Minderausgaben auf die Einzelpläne verteilen.

Zu 681 19

Vgl. Erläuterungen zu 231 12.

Zu 681 59

Der Fiskus ist als Erbe gemäß § 1967 BGB verpflichtet, Nachlassverbindlichkeiten zu erfüllen.

Zu 682 11

Bei den Zuweisungen an die Landesbetriebe wurden keine Erhöhungsbeträge berücksichtigt.

Zentrale Veranschlagung im Einzelplan 13.

Zu 682 12

Vgl. Erläuterungen zu 424 11.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *682 12-1*		*Mittel auf die Landesbetriebe aufzuteilen und ihnen zuzuführen.*					
685 11-2	290	Zuschüsse an die „Kinder von Tschernobyl"-Stiftung des Landes Niedersachsen aus Konzessionsabgaben nach dem NLottG ****Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	353.000	346.000	338.987	332
911 11-2	950	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	—	—	—	—	576.874
916 11-4	950	Zuführungen an die Landesversorgungsrücklage	—	—	—	—	13.162
960 11-3	970	Zum Ausgleich von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—	—	—	—
971 11-5	988	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel)	—	—	—	1.533.876	—
972 11-1	989	Globale Minderausgaben	—	–227.000.000	–222.000.000	–214.742.590	—
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 13	—	6.000	6.000	4.448	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 70		**Gutachten u.ä. im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt** * *Übertragbar.*	(—)	(97.000)	(97.000)	(511.292)	(71)
429 70-1	019	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
537 70-9	019	Dienstleistungen Außenstehender	—	97.000	97.000	511.292	71
547 70-4	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			3.982.197	
		Abschluss Kapitel 13 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		180.806.000	177.976.000	232.598.532	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		200.000	200.000	204.517	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		144.998.000	566.500.000	514.572.483	
		Summe der Einnahmen		326.004.000	744.676.000	747.375.532	
		4 Personalausgaben	—	86.786.000	21.019.000	179.773.242	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	–33.669.000	–33.646.000	–1.751.430	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	19.835.000	4.001.000	8.804.805	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–226.994.000	–221.994.000	–210.755.945	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	–154.042.000	–230.620.000	–23.929.328	
		Überschuss		480.046.000	975.296.000	771.304.860	

Zu 685 11

Die Geschäftsführung der Stiftung liegt beim MFAS; das Land trägt die hierfür anfallenden Personal- und Sachkosten. Die Ressortzuständigkeit für die Stiftung liegt beim MF.

Veranschlagt sind die gesetzlich festgelegten Anteile an den zweckgebundenen Konzessionsabgaben (§ 7 Abs. 1 bis 3 Niedersächsisches Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen). Vgl. Erläuterungen zu 13 02 – 122 11.

Zu 916 11

Vgl. 424 11 und 682 12.

Zu 971 11

Globalansatz zur Deckung unvermeidbarer Haushaltsüberschreitungen geringeren Umfangs, die in der Haushaltsrechnung bei den jeweiligen Titeln als „mehr“ gebucht werden.

Die Aufteilung des Betrages wird in einer Anlage zur Haushaltsrechnung nachgewiesen.

Zu 972 11

Zum Ausgleich des Haushalts.

Zusätzlich sind in anderen Einzelplänen globale Minderausgaben wie folgt veranschlagt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
04 01 – 972 01	—	—
05 01 – 972 01	—	—
06 01 – 972 01	- 9 964,0	- 9 964,0
08 01 – 972 10	—	—

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 70

Vorsorgliche Veranschlagung von Gutachterkosten im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1303 Neue Techniken im Haushaltsbereich

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken** * *Übertragbar.*	(—) (1.200.000) (—)	(1.766.000)	(3.521.000)	(2.597.363)	(1.768)
511 99-1	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	15.000	15.000	15.339	—
525 98-4	012	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	51.000	51.000	—	—
525 99-2	012	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	92.000	92.000	51.129	0
538 98-9	012	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	— 1.200.000 —	427.000	458.000	—	—
538 99-7	012	Dienstleistungen „Anderer“	—	1.176.000	2.322.000	1.503.198	789
547 99-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	5.113	9
812 98-3	012	Beschaffung von SW/Lizenzen	—	—	100.000	—	—
812 99-1	012	Erwerb von Geräten	—	—	478.000	1.022.584	969
		Abschluss Kapitel 13 03					
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— 1.200.000 —	1.766.000	2.943.000	1.574.779	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	578.000	1.022.584	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 1.200.000 —	1.766.000	3.521.000	2.597.363	
		Zuschuss		1.766.000	3.521.000	2.597.363	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Im Rahmen der Verwaltungsreform soll das bestehende Haushaltswirtschaftssystem bis zum Jahr 2005 durch ein neues – stärker ökonomisch orientiertes – Steuerungssystem ergänzt und ersetzt werden soweit es rechtlich und tatsächlich möglich ist. Als erste Stufe werden bereits die Bereiche des Haushaltsvollzugs (Kassenverfahren und Haushaltsmittelbewirtschaftung – P 53-Verfahren) sowie stufenweise die Bereiche der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) realisiert. In einer zweiten Stufe sollen die übrigen Verfahren und Teilverfahren im Bereich der öffentlichen Haushaltswirtschaft zu einem integrierten Verfahren vereint werden:
– Aufstellung der Mittelfristigen Planung (Mipla),
– Aufstellung des Haushaltsplans,
– zentrale Maßnahmen der Haushaltsführung und Haushaltsbewirtschaftung,
– Aufstellung der Haushaltsrechnung.

Das derzeitige zentrale Verfahren der Haushaltswirtschaft (MHR-Verfahren – Mipla – Haushalt – Rechnung) wird hierdurch ersetzt.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	347 500	—	—	347 500
2004	347 500	—	—	347 500
2005	—	—	—	—
2006	—	—	—	—
2007 ff.	—	—	—	—
Summe	695 000	—	—	695 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 657 500	—	—	1 657 500
2003	347 500	—	—	347 500
2004	347 500	—	—	347 500
2005	—	—	—	—
2006 ff.	—	—	—	—
Summe	2 352 500	—	—	2 352 500

Zu 538 98

Die Verpflichtungsermächtigung ist für den Abschluss einer mehrjährigen Benutzervereinbarung mit dem Informatik-Zentrum Niedersachsen vorgesehen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	427 000	—	427 000
2004	—	422 000	—	422 000
2005	—	351 000	—	351 000
2006	—	—	—	—
2007 ff.	—	—	—	—
Summe	—	1 200 000	—	1 200 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	427 000	427 000
2004	—	—	422 000	422 000
2005	—	—	351 000	351 000
2006 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	1 200 000	1 200 000

Zu 538 99

Beratung bei der Verfahrenseinführung, landesspezifische Anpassungen. Anpassungsbedarf der Standardsoftware.

Zu 812 98

Erwerb von Lizenzen für ein Auswertungsprogramm.

Zu 812 99

Für den Erwerb von zentraler Hardware.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1310 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
211 11-6	910	Ergänzungszuweisung des Bundes (Art. 107 Abs. 2 GG) ****Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		760.000.000	752.000.000	782.276.578	1.023.712
212 11-2	910	Länderfinanzausgleich (Art. 107 Abs. 2 GG) ****Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		470.000.000	446.000.000	451.982.023	607.382
		A U S G A B E N					
687 11-0	029	Anteil des dem Lande Österreich zustehenden Biersteueraufkommens (Artikel 12 des Vertrages vom 2.12.1890)	—	3.000	3.000	2.045	2
		Abschluss Kapitel 13 10					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.230.000.000	1.198.000.000	1.234.258.601	
		Summe der Einnahmen		1.230.000.000	1.198.000.000	1.234.258.601	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	3.000	3.000	2.045	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.000	3.000	2.045	
		Überschuss		1.229.997.000	1.197.997.000	1.234.256.556	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 211 11 und 212 11

Errechnet aufgrund der Steuerschätzung (vgl. Kapitel 13 01).

Zu 687 11

Nach dem deutsch-österreichischen Vertrag vom 2. 12. 1890 über den Anschluß der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das Zollsystem des Deutschen Reiches (RGBl. 1891 S. 59) ist der Bund Vertragspartner und im Außenverhältnis zu Österreich verpflichtet, den Biersteueranteil abzuführen. Im Innenverhältnis fordert der Bund den von den Ländern vereinnahmten Biersteueranteil zurück. Gem. Beschluß der Finanzministerkonferenz vom 1. 12. 1977 trägt Bayern die Hälfte. Die zweite Hälfte entfällt auf die anderen Länder. Der niedersächsische Anteil hieran beträgt 8,57 v. H.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1312 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 11-9	910	Abwicklung der Gemeinschaftssteuern und der Gewerbesteuerumlage		—	—	—	—
119 01-2	062	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	10.226	0
119 11-0	062	Rückzahlung von Überzahlungen		15.000	15.000	15.339	—
213 11-6	910	Rückzahlung von Gemeinden und Landkreisen aufgrund der Steuerverbundabrechnung des Vorjahres		—	16.000.000	—	—
213 81-7	910	Einnahmen aus der Finanzausgleichsumlage * *Vgl. K-Vermerk zu 613 84.*		25.000.000	25.000.000	25.564.594	35.630
231 11-4	062	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Ämter für Verteidigungslasten durch den Bund		562.000	562.000	562.421	695
		A U S G A B E N					
613 11-4	910	Zuweisungen a.d. Region Hannover f.d. Wahrnehmung d. von der Bez.Reg. Hannover übergegangenen Aufgaben d. übertr. Wirk.kreises	—	676.000	676.000	—	—
633 11-5	062	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Ämter für Verteidigungslasten bei kommunalen Gebietskörperschaften	—	1.176.000	1.176.000	1.175.971	1.092
		Titelgruppe(n)					
TGr. 81 bis 84		**Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise innerhalb des Steuerverbundes** * *Übertragbar.* *** *Für die Berechnung und Aufteilung der Ausgleichsmasse gelten die §§ 1 bis 3 NFVG und die §§ 1, 2 und 16 NFAG. Dadurch sowie durch Rundungen im Vorjahr eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.*	(—)	(2.804.238.000)	(2.739.185.000)	(2.709.947.541)	(2.763.171
613 81-5	910	Bedarfszuweisungen wegen einer außergewöhnlichen Lage *** *Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Bedarfszuweisungen für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	62.000.000	62.000.000	61.355.026	51.640
613 82-3	910	Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	—	379.396.000	371.972.000	360.875.229	353.360
613 83-1	910	Allgemeine Schlüsselzuweisungen	—	2.048.533.000	1.997.993.000	1.981.665.891	2.030.427
613 84-0	910	Finanzausgleichsumlage * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 213 81.*	—	25.000.000	25.000.000	25.564.594	35.630
883 81-2	910	Bedarfszuweisungen aus Anlass besonderer Aufgaben *** *Vgl. Vermerk zu 613 81.*	—	2.000.000	2.000.000	2.556.459	2.347
883 83-9	910	Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	287.309.000	280.220.000	277.930.342	289.766

Zu 213 81

Die Finanzausgleichsumlage wird gem. § 16 NFAG erhoben und fließt den Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben des laufenden Haushaltsjahres zu (vgl. K-Vermerk zu 613 84).

Zu 231 11

Nach den Richtlinien über pauschale Zuschüsse des Bundes zu den laufenden Verwaltungsausgaben der Verteidigungslastenverwaltung vom 6. 12. 1976 und den dazu ergangenen Ergänzungsrundschreiben leistet der Bund zu den persönlichen Aufwendungen und zu den Sachausgaben jährlich für jeden Beschäftigten einen Zuschuß.

Die Einnahme dient zur Teildeckung der Ausgaben bei 633 01.

Zu 613 11

Zuweisungen nach § 14 Abs. 1 des Gesetzes über die Region Hannover für die Wahrnehmung von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, die von der Bezirksregierung Hannover auf die Region Hannover übertragen wurden (§§ 9 und 12 Abs. 2 i. V. m. Abs. 6 des Gesetzes über die Region Hannover).

Zu 633 11

Den kommunalen Gebietskörperschaften werden die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten der Ämter für Verteidigungslasten ersetzt (§ 14 NFAG).

Zu Titelgruppe 81 bis 84

Die Finanzzuweisungen sind nach §§ 1 und 16 NFAG und § 1 NFVG ermittelt worden.

Sie errechnen sich wie folgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Landesanteil an den Steuern		
Summe der Landesanteile an den Steuern bei Kapitel 13 01	14 925 200,0	14 505 100,0
abzüglich GewSt-Umlage Titel 017 11	267 000,0	208 000,0
abzüglich GewSt-Umlage Titel 017 12	230 000,0	209 000,0
abzüglich GrESt Titel 053 11	390 000,0	379 000,0
abzüglich Feuerschutzsteuer Titel 059 11	28 000,0	28 000,0
Zwischensumme	14 010 200,0	13 681 100,0
Länderfinanzausgleich Kap. 13 10 Tit. 212 11	470 000,0	446 000,0
Bundesergänzungszuweisungen Kap. 13 10 Tit. 211 11	760 000,0	752 000,0
Förderabgabe Kap. 08 10 Tit. 122 10	260 533,0	260 533,0
Spielbankabgabe Kap. 13 99 Tit. 093 11	81 500,0	81 500,0
Summe Verbundeinnahmen	15 582 233,0	15 221 133,0
Verbundquote	17,01%	17,01%
	2 650 537,8	2 589 114,7
33 v.H. der Grunderwerbsteuer 053 11	128 700,0	125 070,0
Zuweisungsmasse	2 779 237,8	2 714 184,7
Finanzausgleichsumlage	25 000,0	25 000,0
	2 804 238,0	2 739 185,0

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1312 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 13 12					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		—	—	—	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		25.000	25.000	25.565	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		25.562.000	41.562.000	26.127.015	
		Summe der Einnahmen		25.587.000	41.587.000	26.152.580	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.516.781.000	2.458.817.000	2.430.636.711	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	289.309.000	282.220.000	280.486.801	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.806.090.000	2.741.037.000	2.711.123.512	
		Zuschuss		2.780.503.000	2.699.450.000	2.684.970.932	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	061	Vermischte Einnahmen		50.000	50.000	2.556	37
121 11-0	853	Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des öffentlichen Rechts		14.827.000	14.827.000	14.827.465	14.082
121 12-8	872	Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des privaten Rechts		4.215.000	215.000	255.646	—
133 11-8	859	Erlöse aus dem Verkauf von Aktien, Geschäftsanteilen, Bezugsrechten usw. und aus der Liquidation von Unternehmen ****Kosten können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.*		315.970.000	80.000	—	7
161 11-1	872	Einnahmen aus der Verzinsung des Trägerkapitals des Landes bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und Braunschweig * *Vgl. K-Vermerk zu 686 11.*		193.000	193.000	193.268	176
161 12-0	872	Zinseinnahmen aus einem Darlehen an die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH		—	—	—	—
161 20-0	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen an Landesbetriebe ****Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.*		—	—	103.537	—
161 21-9	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen an Landesgesellschaften ****Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.*		—	—	—	–517
161 22-7	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestandsverstärkungen für Sondervermögen und mitverwaltetes Fremdvermögen ****Zinsausgaben für abgelieferte Kassenmittel können bis zur Höhe des unabweisbaren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.*		—	—	—	—
162 11-8	411	Zinseinnahmen aus Hauszinssteuerhypotheken		4.000	4.000	12.782	7
162 53-3	872	Zinsen aus Geldanlagen ****Im Haushaltsjahr 2002 können die einmaligen Zinsausgaben für die Verwendung der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG von der Einnahme abgesetzt werden.*		4.000.000	4.000.000	2.556.459	5.398
182 11-9	411	Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken		14.000	14.000	40.903	18
359 12-4	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 08 *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		125.000.000	—	—	—
359 13-2	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 09		6.883.000	7.042.000	6.900.395	7.044
382 11-8	990	Bundesanteile an den Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG -Zinsen- * *Vgl. K-Vermerk zu 982 13.*		34.000	65.000	95.100	99
382 12-6	990	Wie 382 11 -Tilgungen- * *Vgl. K-Vermerk zu 982 13.*		834.000	1.019.000	1.202.559	1.175
382 13-4	990	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG -Zinsen- * *Vgl. K-Vermerk zu 982 11.*		1.074.000	1.074.000	1.073.713	1.295
382 14-2	990	Wie 382 13 -Tilgungen- * *Vgl. K-Vermerk zu 982 11.*		7.056.000	7.056.000	7.055.828	8.307
382 15-0	990	Bundesanteile an den Darlehen Flurbereinigung GemAgrG -Zinsen- * *Vgl. K-Vermerk zu 982 12.*		—	—	—	—
382 16-9	990	Wie 382 15 -Tilgungen- * *Vgl. K-Vermerk zu 982 12.*		138.000	169.000	230.081	189

ERLÄUTERUNGEN

Zu 121 11 und 121 12

Die Beteiligungen des Landes Niedersachsen und die zu erwartenden Gewinne sind in der Anlage II zu diesem Kapitel sachlich geordnet und zusammengestellt.

Zu 133 11

Halbierung des Stammkapitals der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH; Erlöse aus der Expo Grundstücks GmbH.

Zu 161 11

Die Zinseinnahmen sind zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Landes aufgrund der Übertragung der Teilträgerschaften bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und Braunschweig zu verwenden (s. Titel 686 11).

Zu 161 20

Zinsen für den Kontenausgleich der Landesbetriebe.

Zu 161 21

Gemäß Vertrag von 4. 3. 1999 zwischen dem Land Niedersachsen und der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH wird das Girokonto der HanBG bei der NordLB in ein automatisches Verstärkungs- und Abführungsverfahren mit der Niedersächsischen Landeshauptkasse einbezogen. Zu diesem Zweck übernimmt das Land in unbegrenzter Höhe positive wie negative Salden vom Konto der Han BG auf das Konto der LHK. Der sich entsprechend ergebende Zinsbetrag wird hier vereinnahmt bzw. von der Einnahme abgesetzt.

Zu 161 22

Zinsen für den Kontenausgleich des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz“.

Zu 162 11 und 182 11

Rückflüsse aus der Abwicklung gewährter Wohnungsbaudarlehen. Bislang veranschlagt bei 13 25 - 162 01 und 13 25 -182 01.

Zu 359 12

Zur Erzielung der ausgebrachten Einnahmen hat der Landtag der hierzu notwendigen Veräußerung von Landesvermögen gem. § 63 LHO zugestimmt. Der Veräußerungserlös wird aus dem haftenden Eigenkapital der Nord/LB entnommen.

Zu 359 13

Entnahme der bei den Landestreuhandstellen aufkommenden Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, vgl. Gesetz über die Einbringung der Fördervermögen des Landes Niedersachsen in das haftende Eigenkapital der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – vom 17. Dezember 1991 (Nieders. GVBl. S. 358); hier: § 5 Nrn. 1 und 2 des Einbringungsvertrages.

Zu 382 11 bis 382 16

Bundesanteile an den Zinsen und Tilgungen für die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gewährten Darlehen.

Die Anteile werden bei 982 11 bis 982 13 verausgabt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Einnahmen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Expo**		(—)	(—)	(—)	(—)
162 63-0	859	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland		—	—	—	—
182 63-1	859	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu 892 63.*		—	—	—	—
331 63-7	960	Zuweisungen für Investitionen vom Bund wegen Eigenkapitalzuführung an die EXPO 2000 Hannover GmbH * *Vgl. K-Vermerk zu 1320 - 831 63.*		—	—	—	—
TGr. 64		**Darlehen aus dem Epl. 03**		(—)	(—)	(—)	(—)
162 64-9	872	Zinsen		—	—	—	—
182 64-0	872	Tilgungen		—	—	—	—
TGr. 66		**Darlehen aus dem Epl. 05**		(291.000)	(293.000)	(306.826)	(349)
162 66-5	872	Sonstige Zinsen		20.000	23.000	53.532	25
173 66-7	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		2.000	2.000	2.045	40
182 66-6	872	Sonstige Tilgungen		268.000	267.000	250.584	284
233 66-0	872	Verwaltungskostenerstattung von Gemeinden (GV)		1.000	1.000	665	0
TGr. 68		**Darlehen zur Förderung des Schulbaues (einschl. Sportstätten)**		(814.000)	(948.000)	(1.139.056)	(1.398)
153 68-2	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	—	—	—
157 68-8	872	Zinsen von Zweckverbänden		—	—	—	—
173 68-3	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		813.000	947.000	1.138.545	1.346
177 68-9	872	Tilgungen von Zweckverbänden		—	—	—	52
182 68-2	872	Sonstige Tilgungen		1.000	1.000	511	1
TGr. 69		**Darlehen zur Studien- und Graduiertenförderung**		(20.578.000)	(20.578.000)	(17.997.474)	(23.820)
162 69-0	872	Zinsen		127.000	127.000	102.258	130
182 69-0	872	Tilgungen		20.451.000	20.451.000	17.895.216	23.690
TGr. 71		**Sonstige Darlehen aus dem Epl. 07**		(—)	(—)	(—)	(—)
162 71-1	872	Zinsen		—	—	—	—
182 71-2	872	Tilgungen		—	—	—	—
TGr. 82		**Darlehen und rückzahlbare Schuldendienst-hilfen für die Wasserwirtschaftsverwaltung**		(6.071.000)	(6.814.000)	(7.987.299)	(4.875)
153 82-8	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	—	—	56
157 82-3	872	Zinsen von Zweckverbänden		—	—	—	—
162 82-7	872	Sonstige Zinsen		—	—	1.278	—
173 82-9	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		3.380.000	3.777.000	4.510.821	3.000
177 82-4	872	Tilgungen von Zweckverbänden		2.686.000	3.032.000	3.470.343	1.819
182 82-8	872	Sonstige Tilgungen		5.000	5.000	4.857	—
TGr. 87		**Sonstige Darlehen aus dem Epl. 09**		(6.338.000)	(6.507.000)	(7.174.192)	(7.012)
162 87-8	872	Sonstige Zinsen		497.000	505.000	511.241	531
182 87-9	872	Sonstige Tilgungen		5.841.000	6.002.000	6.662.951	6.480

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppen 64 bis 98

Es handelt sich um nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Landesdarlehen (zu einem geringen Teil auch auf sonstige Forderungen und Wertpapiere), die hier zentral vereinnahmt werden. Den Rückflüssen liegen verbindliche Zins- und Tilgungspläne zugrunde. Abweichungen gegenüber den Vorjahresansätzen ergeben sich aus jährlichen Neuberechnungen bei einer Vielzahl von Dienststellen und lassen sich nicht im Einzelnen erläutern.

Zu Titelgruppe 64

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 03 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu Titelgruppe 66

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 05 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu 162 66 und 182 66

Die Zinsen und Tilgungen von Darlehen für den sozialen Wohnungsbau sind bei 13 25 – Einnahmetitelgruppe 72 bis 75 veranschlagt.

Zu Titelgruppen 68 bis 71

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus den Epl. 06 und 07 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu 162 69 und 182 69

Die eingehenden Darlehnstilgungen und Zinsbeträge werden vom Bundesverwaltungsamt nach einem Verteilerschlüssel pauschaliert an die Bundesländer abgeführt.

Zu Titelgruppen 82 und 87

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 09 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 92		**Darlehen aus dem bisherigen Epl. 12**		(7.000)	(7.000)	(7.158)	(6)
162 92-4	872	Zinsen		—	—	511	0
182 92-5	872	Tilgungen		7.000	7.000	6.647	6
TGr. 96		**Sonstige Darlehen, Forderungen und Wertpapiere**		(2.641.000)	(2.641.000)	(2.643.839)	(5.288)
153 96-8	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	—	—	1
161 96-0	872	Zinsen von öffentlichen Unternehmen		2.630.000	2.630.000	2.630.597	5.261
162 96-7	872	Sonstige Zinsen		—	—	—	0
173 96-9	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		—	—	—	10
181 96-1	872	Tilgungen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	—
182 96-8	872	Sonstige Tilgungen		11.000	11.000	13.242	16
TGr. 98		**Darlehen zur Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach § 96 Abs. 2 AFG**		(1.310.000)	(1.514.000)	(1.674.532)	(2.874)
153 98-4	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		339.000	344.000	346.247	215
157 98-0	872	Zinsen von Zweckverbänden		52.000	54.000	55.066	20
162 98-3	872	Zinsen von Sonstigen		100.000	101.000	102.412	169
173 98-5	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		347.000	537.000	690.909	1.289
177 98-0	872	Tilgungen von Zweckverbänden		255.000	259.000	262.037	214
182 98-4	872	Tilgungen von Sonstigen		217.000	219.000	217.861	965
		A U S G A B E N					
537 11-1	859	Dienstleistungen Außenstehender im Zusammenhang mit Beteiligungen	—	15.000	15.000	15.339	3
538 11-8	061	Kosten für die Verwaltung von Darlehen durch Kreditinstitute	—	1.000	1.000	511	0
546 01-3	061	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
581 11-0	920	Tilgung für sonstige Darlehen des Bundes aus dem Epl. 05	—	1.000	1.000	562	1
671 11-0	852	Erstatt. an die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH z. Ausgl. des Verlustsaldos v. Zinsaufwand zu Dividendenerträgen	—	—	—	—	—
686 11-7	187	Vertraglich geregelte Zuschüsse an die Stiftung NORD/LB und ÖVB sowie an die Kulturstiftung der ÖVO * *Übertragbar.* *Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 161 11.*	—	193.000	193.000	193.268	176
686 12-5	165	Anspruch der Volkswagen-Stiftung auf den Dividendengegenwert * *Übertragbar.*	—	30.235.000	30.235.000	23.187.087	23.281
831 21-4	853	Kapitalzuführung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau	—	—	—	—	—
831 29-0	859	Für unvorhergesehene oder sonst notwendig werdende Beteiligungen und Beteiligungskosten ****Ausgaben dürfen im Einzelfall vorübergehend zur Vergabe zinsloser Darlehen geleistet werden. Darlehnsrückzahlungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.* *Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 1 Mio Euro zu Lasten 08 31-TGr. 61/62 für Maßnahmen im Bereich Häfen und Schifffahrt.*	—	162.000	170.000	178.952	13

Zu Titelgruppe 92

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, sonstige Forderungen und Wertpapiere, die aus dem bisherigen Epl. 12 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu Titelgruppe 96

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, sonstige Forderungen und Wertpapiere, die aus dem Epl. 13 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu 537 11

Die Mittel sind für Gutachten und ähnliche Arbeiten Dritter, die im Zusammenhang mit Beteiligungen des Landes erforderlich werden, bestimmt.

Zu 671 11

Zur Sicherung des Industriestandortes Salzgitter-Peine hat die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH im Interesse des Landes Aktien des Stammkapitals der Preussag Stahl AG übernommen. Das Land verpflichtet sich, auf die Dauer von sieben Jahren den Unterschiedsbetrag zwischen den Zinsaufwendungen der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH für die Refinanzierung des Kaufpreises und den Dividendenerträgen aus den Aktien der Preussag Stahl AG zu erstatten.

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	—	—
2004	—	—	—	—
2005	—	—	—	—
2006 ff.	35 790 400	—	—	35 790 400
Summe	35 790 400	—	—	35 790 400

Zu 686 11

Gemäß Verträgen vom 17. 3. 1994 zwischen dem Land, dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und vom 29. 3. 1994 zwischen dem Land und der NORD(LB hat sich das Land verpflichtet, die auf die Trägerkapitalanteile des Landes bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg (ÖVO) bzw. Öffentlichen Versicherungen Braunschweig (ÖVB) entfallenden Zinsen der Kulturstiftung der ÖVO bzw. der Stiftung der NORD/LB und der ÖVB für Braunschweig zuzuführen. Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 161 11.

Zu 686 12

Gem. Vertrag über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk GmbH und über die Errichtung einer Stiftung Volkswagenwerk vom 11./12. November 1959 sowie der Stiftungsurkunde und Stiftungssatzung vom 19. Mai 1961 hat die Volkswagen-Stiftung einen Anspruch auf den Dividendengegenwert von z. Z. 30 234 600 Stück VW-Aktien.

Zu 831 29

Soweit bei Beteiligungsunternehmen aus wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen Kapitalerhöhungen notwendig werden, kann sich das Land den Beschlüssen nicht entziehen. Mittel sollen nur bei einer Verpflichtung oder einem wichtigen Interesse des Landes in Anspruch genommen werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
982 11-5	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 13 und 382 14.*	—	8.130.000	8.130.000	8.129.541	9.602
982 12-3	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Flurbereinigung GemAgrG * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 15 und 382 16.*	—	138.000	169.000	230.081	189
982 13-1	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 11 und 382 12.*	—	868.000	1.084.000	1.297.659	1.274
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63/64		**Gründung von Gesellschaften im Zusammenhang mit der Expo**	(—)	(10.686.000)	(11.760.000)	(589.519.539)	(4.222)
661 63-7	859	Schuldendiensthilfen an die NFG * *Übertragbar.*	—	10.686.000	11.760.000	1.533.876	1.235
682 63-4	859	Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten	—	—	—	—	—
831 63-0	859	Kapitalzuführung an die EXPO 2000 Hannover GmbH * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1320 - 331 63 und 1325 - 325 11.*	—	—	—	587.985.663	—
831 64-8	859	Finanzierungsbeitrag Deutscher Pavillon	—	—	—	—	2.988
892 63-9	859	Zuschüsse für Investitionen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 182 63.*	—	—	—	—	—
TGr. 65/66		**Zuschüsse an die Staatsbäder** * *Übertragbar.* *** *Das MF wird ermächtigt, die Sicherungen der Pachtverpflichtungen der Niedersächsischen Bädergesellschaft mbH für den Anbau des Hauses Esplanade in Bad Nenndorf (Speise- und Mehrzweckräume) zu übernehmen.*	(—)	(14.977.000)	(15.728.000)	(15.346.989)	(13.152)
682 65-0	859	Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten aus der Betriebsführung oder für andere laufende Zwecke	—	8.952.000	9.203.000	9.714.546	11.133
682 66-9	859	Zuschüsse für Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaften	—	3.991.000	3.991.000	4.098.567	—
891 65-9	859	Zuschüsse zu den Investitionen *** *Als Vorsteuer erstattete Umsatzsteuer wird durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt.* *Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 3 letzter Satz verbindlich.*	—	2.034.000	2.534.000	1.533.876	2.018

Zu 982 11 bis 982 13

Vgl. 382 11 bis 382 16.

Zu Titelgruppe 63/64

Zu 661 63

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	11 760 000	11 760 000
2003	10 686 000	10 686 000
2004	—	—
2005	3 071 200	3 071 200
2006 ff.	—	—
Summe	25 517 200	25 517 200

Zu Titelgruppe 65/66

Die Staatsbäder Nenndorf, Norderney und Pyrmont sind Betriebe nach § 26 LHO und dienen als Heilbäder der Volksgesundheit.

Die Staatsbäder werden von jeweils einer Betriebsführungsgesellschaft vor Ort geführt. Diese Gesellschaften gehören zum Vermögen der Staatsbäder. LHO-Betriebe und Gesellschaften sind auf die Abdeckung von Verlusten angewiesen, weil die Erträge insgesamt hinter den Aufwendungen zurückbleiben. Entsprechende Mittel sind beim Titel 682 65 veranschlagt. Zuschüsse für Nutzungsentgelte an den Landesliegenschaften sind beim Titel 682 66 gesondert ausgewiesen. Bauten und andere Investitionen der Staatsbäder werden beim Titel 891 65 nachgewiesen.

Die Staatsbäder beabsichtigen, im Jahr 2002 Grundstücke im Wert von 1 Mio. EUR, im Jahr 2003 im Wert von 500 000 EUR zu verkaufen. Verkaufserlöse standen den Staatsbädern in der Vergangenheit für zusätzliche Investitionen zur Verfügung. Seit dem Haushaltsjahr 1999 fließen diese Einnahmen aus haushaltstechnischen Gründen direkt dem Grundstock zu und werden dort bei Titel 131 12 vereinnahmt. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 51 32 Titel 131 12, die auf Veräußerungen der Staatsbäder beruhen, erhöhen oder vermindern die Ausgabeermächtigung bei Titel 891 65.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Wirtschaftplänen der Staatsbäder, die diesem Kapitel als Anlage I beigefügt sind.

Belastung zu 891 65

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—
2003	—	—
2004	—	—
2005	—	—
2006 ff.	63 861 000	63 861 000
Summe	63 861 000	63 861 000

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 13 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		377.322.000	58.684.000	56.868.642	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.000	1.000	665	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		141.019.000	16.425.000	16.557.676	
		Summe der Einnahmen		518.342.000	75.110.000	73.426.983	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	17.000	17.000	16.412	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	54.057.000	55.382.000	38.727.344	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.196.000	2.704.000	589.698.491	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	9.136.000	9.383.000	9.657.281	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	65.406.000	67.486.000	638.099.528	
		Zuschuss				564.672.545	
		Überschuss		452.936.000	7.624.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder

für die Jahre 2002 und 2003

I. Erfolgspläne (EUR)

	Staatsbad Nenndorf				Staatsbad Norderney			
	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Plan 2001	IST 2000	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Plan 2001	IST 2000
A. Erträge								
1. Kurtaxe – Leistung der Betriebsführerin	357 904	357 904	370 687	341 543	4 090 335	4 090 335	4 090 335	3 745 724
2. Erneuerung und Ersatz	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Übernahme von Steuern	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Erbbauzinsen	82 318	82 318	82 318	61 883	35 790	35 790	35 790	35 666
5. Pachterlöse	945 890	920 325	935 664	934 130	639 115	639 115	639 115	654 454
6. Erlöse aus Anlageabgängen	250 000	1 000 000	—	373 243	250 000	—	—	447 380
7. Erlöse aus Rohmoor	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Auslösung von Rückstellungen	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Sonstige Erträge	—	—	—	3 057	—	—	—	—
10. Gewinn aus Anlageabgängen	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Gewinn aus Beteiligungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe der Erträge	1 636 112	2 360 547	1 388 669	1 713 856	5 015 240	4 765 240	4 765 240	4 883 224
B. Aufwendungen								
1. Überlassung der Kurtaxe an die Betriebsführerin zur zweckgerechten Verwendung	357 904	357 904	370 687	341 543	4 090 335	4 090 335	4 090 335	3 745 724
2. Abschreibung auf Sachanlagen	997 019	997 019	997 019	997 019	613 550	613 550	613 550	598 212
3. Abschreibung auf Finanzanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Absetzung für Substanzverzehr	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Steuern von Einkommen, Ertrag, Vermögen	61 355	61 355	61 355	60 422	76 694	76 694	76 694	76 694
6. Gebäudeversicherung	53 686	53 686	53 686	53 442	28 121	28 121	28 121	28 278
7. Instandhaltungen	434 598	424 372	424 372	439 200	276 098	276 098	276 098	296 561
8. Pachtaufwendungen	2 198 555	2 172 990	2 147 426	2 078 773	—	—	—	—
9. Verwaltungskosten	161 057	161 057	161 057	161 057	189 176	189 178	189 178	189 178
10. Sonstige Aufwendungen	82 318	82 318	82 318	62 183	—	—	—	—
11. Verlust aus Beteiligungen	2 489 991	2 617 814	2 919 477	3 323 397	573 158	608 949	685 131	741 373
Summe der Aufwendungen	6 836 483	6 928 515	7 217 397	7 517 036	5 847 132	5 882 925	5 959 107	5 676 020
C. Ergebnis								
Verlust(-) oder Gewinn	-5 200 371	-4 567 968	-5 828 728	-5 803 180	-831 892	-1 117 685	-1 193 867	-792 796
Verlust(-) oder Gewinn Betriebsgesellschaften	-2 489 991	-2 617 814	-2 919 477	-3 323 397	-573 158	-608 949	-685 131	-741 373
übriger Verlust(-) oder Gewinn des Staatsbades	-2 710 380	-1 950 154	-2 909 251	-2 479 783	-258 734	-508 736	-508 736	-51 423
Hinzurechnung Erlöse Grundstücksverk.	-250 000	-1 000 000	—	-373 243	-250 000	—	—	-447 380
ZS:Übriger Verlust(-) oder Gewinn der Staatsbäder	-2 960 380	-2 950 154	-2 909 251	-2 853 026	-508 734	-508 736	-508 736	-498 803
Afa LHO-Betrieb	997 019	997 019	997 019	997 019	613 550	613 550	613 550	598 212
Verlustausgleich(-) oder Gewinn LHO-Betriebe	-1 963 361	-1 953 135	-1 912 232	-1 865 007	104 816	104 814	104 814	99 409
Verlustausgleich(-) Betriebsgesellschaften	-2 489 991	-2 617 814	-2 919 477	-3 323 397	-573 168	-608 949	-685 131	-741 373
Mittelbedarf für die Staatsbäder	-4 453 352	-4 570 949	-4 831 709	-5 179 404	-468 342	-504 135	-580 317	-641 964

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder

für die Jahre 2002 und 2003

I. Erfolgspläne (EUR)

	Staatsbad Pyrmont				insgesamt			
	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Plan 2001	IST 2000	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Plan 2001	IST 2000
A. Erträge								
1. Kurtaxe – Leistung der Betriebsführerin	1 482 747	1 482 747	1 482 747	1 485 303	5 930 986	5 930 986	5 943 769	5 572 570
2. Erneuerung und Ersatz	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Übernahme von Steuern	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Erbbauzinsen	485 727	485 727	485 727	485 727	603 835	603 835	603 835	583 276
5. Pachterlöse	1 482 746	1 482 746	1 482 746	1 406 053	3 067 751	3 042 186	3 057 525	2 994 637
6. Erlöse aus Anlageabgängen	—	—	—	—	500 000	1 000 000	—	820 623
7. Erlöse aus Rohmoor	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Auslösung von Rückstellungen	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Sonstige Erträge	—	—	—	—	—	—	—	3 057
10. Gewinn aus Anlageabgängen	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Gewinn aus Beteiligungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe der Erträge	3 451 220	3 451 220	3 451 220	3 377 083	10 102 572	10 577 007	9 605 129	9 974 163
B. Aufwendungen								
1. Überlassung der Kurtaxe an die Betriebsführerin zur zweckgerechten Verwendung	1 482 747	1 482 747	1 482 747	1 485 303	5 930 986	5 930 986	5 943 769	5 572 570
2. Abschreibung auf Sachanlagen	818 067	818 067	715 809	715 809	2 428 636	2 428 636	2 326 378	2 311 040
3. Abschreibung auf Finanzanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Absetzung für Substanzverzehr	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Steuern von Einkommen, Ertrag, Vermögen	55 220	55 220	55 220	55 440	193 269	193 269	193 269	192 556
6. Gebäudeversicherung	48 573	48 573	48 573	48 939	130 380	130 380	130 380	130 659
7. Instandhaltungen	383 469	383 469	383 469	393 695	1 094 165	1 083 939	1 083 939	1 129 456
8. Pachtaufwendungen	3 195 574	3 195 574	3 195 574	3 188 346	5 394 129	5 368 564	5 343 000	5 267 119
9. Verwaltungskosten	194 291	194 291	194 291	194 291	544 524	544 526	544 526	544 526
10. Sonstige Aufwendungen	383 469	383 469	383 469	389 248	465 787	465 787	465 787	451 431
11. Verlust aus Beteiligungen	2 157 652	2 259 910	2 147 426	3 029 404	5 220 801	5 486 673	5 752 034	7 094 174
Summe der Aufwendungen	8 719 062	8 821 320	8 606 578	9 500 475	21 402 677	21 632 760	21 783 082	22 693 531
C. Ergebnis								
Verlust(-) oder Gewinn	-5 267 842	-5 370 100	-5 155 358	-6 123 392	-11 300 105	-11 055 753	-12 177 953	-12 719 368
Verlust(-) oder Gewinn Betriebsgesellschaften	-2 157 652	-2 259 910	-2 147 426	-3 029 404	-5 220 801	-5 486 673	-5 752 034	-7 094 174
übriger Verlust(-) oder Gewinn des Staatsbades	-3 110 190	-3 110 190	-3 007 932	-3 093 988	-6 079 304	-5 569 080	-6 425 919	-5 625 194
Hinzurechnung Erlöse Grundstücksverk.	—	—	—	—	-500 000	-1 000 000	—	-820 623
ZS:Übriger Verlust(-) oder Gewinn der Staatsbäder	-3 110 190	-3 110 190	-3 007 932	-3 093 988	-6 579 304	-6 569 080	-6 425 919	-6 445 817
Afa LHO-Betrieb	818 067	818 067	715 809	715 809	2 428 636	2 428 636	2 326 378	2 311 040
Verlustausgleich(-) oder Gewinn LHO-Betriebe	-2 292 123	-2 292 123	-2 292 123	-2 378 179	-4 150 668	-4 140 444	-4 099 541	-4 134 777
Verlustausgleich(-) Betriebsgesellschaften	-2 157 652	-2 259 910	-2 147 426	-3 029 404	-5 220 801	-5 486 673	-5 752 034	-7 094 174
Mittelbedarf für die Staatsbäder	-4 449 775	-4 552 033	-4 439 549	-5 407 583	-9 371 469	-9 627 117	-9 851 575	-11 228 951

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder

für das Jahr 2003

II. Finanzpläne (EUR)

	Nenndorf Ansatz 2003	Norderney Ansatz 2003	Pyrmont Ansatz 2003	insgesamt Ansatz 2003	insgesamt Ansatz 2002
A. Finanzbedarf					
1. Investitionen	761 292	761 292	511 292	2 033 876	1 783 876
2. Abführung an den Grundstock	250 000	250 000	—	500 000	1 000 000
3. Überlassungsentgelte	1 081 000	1 455 000	1 455 000	3 991 000	3 991 000
4. Abdeckung Verlust Betriebs-GmbH	2 489 990	573 158	2 157 652	5 220 800	5 486 673
5. Übriger Verlust des Staatsbades	2 960 380	508 735	3 110 190	6 579 305	6 569 079
6. + Kapitaleinzahlung /– Kapitalminderung	-139 823	-139 823	-139 823	-419 469	-424 116
Summe des Finanzbedarfs	7 402 839	3 408 362	7 094 311	17 905 512	18 406 512
B. Deckungsmittel					
7. Abschreibungen auf Sachanlagen	997 019	613 550	818 067	2 428 636	2 428 636
8. Erlöse aus Anlageabgängen	250 000	250 000	—	500 000	1 000 000
9. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 66	1 081 000	1 455 000	1 455 000	3 991 000	3 991 000
10. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 65 insgesamt	4 313 528	328 520	4 309 952	8 952 000	9 203 000
[davon Betriebsgesellschaft]	2 350 167	433 335	2 017 829	4 801 331	5 062 557
[davon Besitzgesellschaft (§ 26 LHO)]	1 963 361	-104 815	2 292 123	4 150 669	4 140 443
11. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 891 65	761 292	761 292	511 292	2 033 876	1 783 876
Summe der Deckungsmittel	7 402 839	3 408 362	7 094 311	17 905 512	18 406 512

Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen

1. Die Betriebsführungsgesellschaften setzen die Kurtaxe nach § 18 des Verwaltungskostengesetzes im Auftrage des Landes fest, ziehen sie ein und verwenden sie im jeweiligen Staatsbad zweckentsprechend.
2. Die Gesamtverluste der Staatsbäder sind aus den Ziffern A 4 und A 5 ersichtlich. Hierauf leistet das Land den unter B 10 genannten Zuschuss.
3. Der Zuschuss für Investitionen in das Grundvermögen der Staatsbäder ist unter Ziffer B 11 ausgewiesen.

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder

für das Jahr 2002

II. Finanzpläne (EUR)

	Nenndorf Ansatz 2002	Norderney Ansatz 2002	Pyrmont Ansatz 2002	insgesamt Ansatz 2002	insgesamt Plan 2001
A. Finanzbedarf					
1. Investitionen	1 511 292	511 292	511 292	2 533 876	4 340 335
2. Abführung an den Grundstock	1 000 000	—	—	1 000 000	—
3. Überlassungsentgelte	1 081 000	1 455 000	1 455 000	3 991 000	—
4. Abdeckung Verlust Betriebs-GmbH	2 617 814	608 949	2 259 910	5 486 673	5 752 034
5. Übriger Verlust des Staatsbades	2 950 154	508 735	3 110 190	6 569 079	6 425 918
6. + Kapitaleinzahlung /– Kapitalminderung	-141 372	-141 372	-141 372	-424 116	-137 026
Summe des Finanzbedarfs	9 018 888	2 942 604	7 195 020	19 156 512	16 381 261
B. Deckungsmittel					
7. Abschreibungen auf Sachanlagen	997 019	613 550	818 067	2 428 636	2 326 378
8. Erlöse aus Anlageabgängen	1 000 000	—	—	1 000 000	—
9. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 66	1 081 000	1 455 000	1 455 000	3 991 000	—
10. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 65 insgesamt	4 429 577	362 762	4 410 661	9 203 000	9 714 548
[davon Betriebsgesellschaft]	2 476 442	467 577	2 118 538	5 062 557	5 615 008
[davon Besitzgesellschaft (§ 26 LHO)]	1 953 135	-104 815	2 292 123	4 140 443	4 099 540
11. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 891 65	1 511 292	511 292	511 292	2 533 876	4 340 335
Summe der Deckungsmittel	9 018 888	2 942 604	7 195 020	19 156 512	16 381 261

Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen

1. Die Betriebsführungsgesellschaften setzen die Kurtaxe nach § 18 des Verwaltungskostengesetzes im Auftrage des Landes fest, ziehen sie ein und verwenden sie im jeweiligen Staatsbad zweckentsprechend.
2. Die Gesamtverluste der Staatsbäder sind aus den Ziffern A 4 und A 5 ersichtlich. Hierauf leistet das Land den unter B 10 genannten Zuschuss.
3. Der Zuschuss für Investitionen in das Grundvermögen der Staatsbäder ist unter Ziffer B 11 ausgewiesen.

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v.H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+ Gewinn, – Gewinn)	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2002 zufließ. Gewinn EUR	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2003 zufließ. Gewinn EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
I.	**Unternehmen des öffentlichen Rechts**					
1	**Kreditinstitute**					
1.1	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a.M.	a) 11 861 972 b) 2,32	1999 + 270 831 309			Eingezahlt sind 1 779 296 EUR. Weitere 8 896 479 EUR wurden als Eigenkapitaleinlage gezahlt. Der Gewinn wurde der gesetzlichen Rücklage überwiesen.
1.2	Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover	a) 150 000 000 b) 40	2000 + 74 500 000	14 827 000	14 827 000	Neben dem Anteil am Stammkapital hält das Land eine besondere Kapitaleinlage in Höhe von 51 129 188 EUR.
II.	**Unternehmen des privaten Rechts**					
1	Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH,	a) 615 977 871 b) 100	2000 + 55 953 229	—	4 000 000	
	– Deutsche Messe AG, Hannover	a) 38 369 100 b) 49,83	2000 + 48 754 825	*)		*) = Dividenden fließen nicht in den Landeshaushalt, sondern werden an die HanBG ausgeschüttet.
	– Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, Hannover	a) 10 737 130 b) 35	2000 – 531 240	*)		
	– Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH, Hannover	a) 1 296 000 b) 36	2000 + 565 378	*)		
	– Salzgitter AG, Salzgitter	a) 40 678 382 b) 25,50	2000 + 70 125 000	*)		
	– Spielbanken Niedersachsen GmbH, Hannover	a) 5 112 919 b) 100	2000 – 1 398 401	*)		
	– Volkswagen AG, Wolfsburg	a) 148 156 716 b) 18,52	2000 +2 062 000 000	*)		
2	**Weitere Beteiligungen**					
2.1	Arzneimitteluntersuchungsinstitut AMI-Nord-GmbH, Bremen	a) 6 391 b) 16,67	—	—	—	
2.2	Brauergilde Hannover AG, Hannover	a) 150 000 b) 1,58%	—			Den Bestand verwaltet der Niedersächsische Landtag.
2.3	Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH, Clausthal-Zellerfeld	a) 25 600 b) 100	—	—	—	
2.4	Deutsche Management-Akademie Niedersachsen GmbH, Celle	a) 132 936 b) 52	—	—	—	
2.5	Deutsches Primatenzentrum GmbH, Göttingen	a) 12 782 b) 50	—	—	—	
2.6	Deutsches Windenergie-Institut GmbH, Wilhelmshaven	a) 25 600 b) 100	—	—	—	
2.7	DSMZ – Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH, Braunschweig	a) 25 565 b) 100	—	—	—	
2.8	Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH, Zeven	a) 3 362 664 b) 58	2000 – 176 296	—	—	
2.9	ekz bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	a) 92 033 b) 4,23	2000 + 937 711	—	—	
2.10	Emder Hafenumschlagsgesellschaft mbH i. L., Emden	a) 25 565 b) 100	—	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v. H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+ Gewinn, – Gewinn)	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2002 zufließ. Gewinn EUR	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2003 zufließ. Gewinn EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
2.11	Fachinformationszentrum Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	a) 1 023 b) 2,17	—	—	—	
2.12	FISCUS GmbH, Bonn	a) 2 000 b) 6,25	—	—	—	
2.13	Flughafengesellschaft Braunschweig mbH, Braunschweig	a) 108 189 b) 17,8	2000 – 206	—	—	
2.14	FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH, Grünwald	a) 10 226 b) 6,25	2000 – 37 033	—	—	
2.15	Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH, Braunschweig	a) 2 556 b) 10	—	—	—	
2.16	Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH Göttingen, Göttingen	a) 26 000 b) 50	—	—	—	
2.17	Gesellschaft zur Entwicklung, Erschließung, Verwaltung und Verwertung von Grundstücken des Geländes der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover mbH, Hannover	a) 2 418 002 b) 47	2000 – 655 634	—	—	
2.18	Gesellschaft zur Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover mbH i. L., Hannover	a) 2 556 500 b) 50	2000 – 825 924 460	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.19	GKSS-Forschungszentrum GmbH Geesthacht, Hamburg	a) 256 b) 0,63	—	—	—	
2.20	Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	a) 2 050 b) 4,16	—	—	—	
2.21	Industriewasserversorgungsgesellschaft Nordwest-Niedersachsen mbH, Wilhelmshaven	a) 79 762 b) 52	2000 + 121 029	—	—	
2.22	Institut Frau und Gesellschaft GmbH i. L., Hannover	a) 102 258 b) 100	—	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.23	Institut für Solarenergieforschung GmbH, Emmerthal	a) 25 565 b) 100	—	—	—	
2.24	IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen	a) 5 113 b) 10	—	—	—	
2.25	Jade Weser Port Entwicklungsgesellschaft mbH, Wilhelmshaven	a) 142 000 b) 71	—	—	—	
2.26	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	a) 1 023 b) 2,44	—	—	—	
2.27	Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung mbH, Hannover	a) 22 497 b) 88	—	—	—	
2.28	Landesnahverkehrsgesellschaft mbH, Hannover	a) 127 823 b) 100	—	—	—	

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) EUR b) v. H.	Jahresergebnis des Unternehmens (+ Gewinn, – Gewinn)	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2002 zufließ. Gewinn EUR	Voraussichtl. im Haushaltsjahr 2003 zufließ. Gewinn EUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
2.29	NATI Technologieagentur Niedersachsen GmbH, Hannover	a) 61 335 b) 70,6	—	—	—	Eingezahlt sind 46 016 EUR.
2.30	Niedersächsische Energie-Agentur GmbH, Hannover	a) 95 867 b) 25	2000 – 17 705	—	—	
2.31	Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Hannover	a) 54 400 b) 70,6	—	—	—	
2.32	Nieders. Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH, Hannover	a) 540 000 b) 15	2000 + 565 378	—	—	
2.33	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	a) 420 920 b) 51,88	2000 + 915 563	—	—	
2.34	Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH, Hoheneggelsen	a) 1 534 000 b) 100	2000 – 364 455	—	—	
2.35	Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH, Hannover	a) 26 076 b) 100	—	—	—	
2.36	Niedersächsisches Institut für Peptid-Forschung GmbH i. L., Hannover	a) 25 565 b) 100	—	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.37	Niedersächsisches Staatsbad Nenndorf Betriebsgesellschaft mbH, Bad Nenndorf	a) 25 600 b) 100	—	—	—	
2.38	Niedersächsisches Staatsbad Norderney Betriebsgesellschaft mbH, Norderney	a) 30 000 b) 100	—	—	—	
2.39	Niedersächsisches Staatsbad Pyrmont Betriebsgesellschaft mbH, Bad Pyrmont	a) 30 000 b) 100	—	—	—	
2.40	NORD MEDIA – Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	a) 400 000 b) 80	—	—	—	
2.41	Osthannoversche Eisenbahnen AG, Celle	a) 4 678 167 b) 40,24	2000 – 1 156 505	—	—	
2.42	Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH, Cuxhaven	a) 4 167 029 b) 100	—	—	—	
2.43	Trägergesellschaft Deutscher Pavillon mbH i.L., Hannover	a) 3 017 b) 5	—	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
2.44	Volkswagen AG, Wolfsburg	a) 514 922 b) 0,06	2000 +2 062 000 000	215 000	215 000	

Zusammenstellung

Lfd. Nr.		Kapitel/ Titel	Summe der unmittelbaren Beteiligungen (Spalte 3 Buchstabe a)	Voraussichtlich im Haushaltsjahr 2002 zufließender Gewinn (Spalte 5)	Voraussichtlich im Haushaltsjahr 2003 zufließender Gewinn (Spalte 6)
I.	1.	13 20 – 121 11	161 861 972	14 827 000	14 827 000
II.	1.	13 20 – 121 12	615 977 871	—	4 000 000
	2.		22 098 877	215 000	215 000
			799 938 720	15 042 000	19 042 000

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	061	Gebühren und tarifliche Entgelte		1.000	1.000	511	—
119 01-1	061	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	0
119 41-0	061	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	511	71
124 01-5	061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung ****Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 2 verbindlich.*		940.000	940.000	1.132.512	1.190
124 03-1	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 03		1.000	1.000	716	—
124 04-0	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 04		1.008.000	1.008.000	609.818	—
124 05-8	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 05		26.148.000	26.148.000	17.840.763	—
124 06-6	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 06		169.464.000	169.464.000	166.037.488	—
124 08-2	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 08		963.000	963.000	953.457	—
124 09-0	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 09		992.000	992.000	990.066	—
124 13-9	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 13		3.991.000	3.991.000	—	—
124 15-5	061	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 15		6.262.000	6.262.000	6.707.025	—
134 01-0	871	Kapitalrückzahlungen von Landesbetrieben zur Refinanzierung des Landesliegenschaftsfonds ** Vgl. K-Vermerk zu 916 11.*		48.000	48.000	103.076	24
356 11-0	950	Entnahme aus dem Landesliegenschaftsfonds (ohne Agrarstrukturfonds)		25.000.000	25.000.000	57.775.983	25.565
356 12-9	950	Entnahme aus dem Landesliegenschaftsfonds - Unterabteilung Agrarstrukturfonds -		562.000	2.562.000	7.669.378	—
381 02-6	990	Zuführung von Einzelplan 02		3.249.000	3.249.000	2.976.895	—
381 03-4	990	Zuführung von Einzelplan 03		46.427.000	46.427.000	45.778.212	—
381 04-2	990	Zuführung von Einzelplan 04		23.478.000	23.478.000	22.638.777	—
381 05-0	990	Zuführung von Einzelplan 05		7.890.000	7.890.000	7.852.574	—
381 06-9	990	Zuführung von Einzelplan 06		6.600.000	6.600.000	7.423.242	—
381 07-7	990	Zuführung von Einzelplan 07		2.730.000	2.730.000	2.495.871	—
381 08-5	990	Zuführung von Einzelplan 08		28.764.000	28.764.000	28.761.958	—
381 09-3	990	Zuführung von Einzelplan 09		22.976.000	22.976.000	23.780.799	—
381 10-7	990	Zuführung von Einzelplan 10		44.548.000	44.548.000	45.077.231	—
381 11-5	990	Zuführung von Einzelplan 11		41.681.000	41.681.000	40.021.270	—
381 12-3	990	Zuführung von Einzelplan 12		—	—	—	—
381 13-1	990	Zuführung von Einzelplan 13		5.314.000	5.314.000	9.274.477	—
381 14-0	990	Zuführung von Einzelplan 14		198.000	198.000	223.435	—
381 15-8	990	Zuführung von Einzelplan 15		4.479.000	4.479.000	4.246.535	—
381 19-0	990	Zuführung von 04 10 - 981 02		422.000	422.000	421.816	422
381 22-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts zur Refinanzierung des Landesliegenschaftsfonds ** Vgl. K-Vermerk zu 916 11.* *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*		3.377.000	3.426.000	2.345.245	3.252

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zum Kapitel 13 21

Der Niedersächsische Landtag hat am 22. 6. 2000 mit der Novellierung der LHO auch § 64 LHO geändert und die Errichtung des Sondervermögens „Liegenschaftsfonds Niedersachsen“ (LFN) beschlossen. Die Änderungen sind zum 1. 1. 2001 in Kraft getreten. Die Verwaltung des LFN obliegt gemäß § 64 LHO dem MF. Für die Erledigung der Aufgaben wird dem LFN eine einstufige Verwaltungseinheit „Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung“ zugeordnet. Den beim Liegenschaftsgeschäft üblichen örtlichen und regionalen Abhängigkeiten und Beziehungen wird in Form von Regionalstellen in Hannover (einschl. Querschnittsaufgaben der Fondsverwaltung), Braunschweig, Göttingen, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück Rechnung getragen. Es ist geplant der Fondsverwaltung in der Endstufe Personal des MF und der Bezirksregierungen (Liegenschaftsdezernate) zuzuweisen. Die Sachkosten für die Fondsverwaltung werden zentral beim Titel 547 01 veranschlagt.

Zu 124 01

Vom Gesamtbetrag von 940 000 EUR entfallen auf die Bewirtschaftung der

Behördenhäuser (Titelgruppe 61/62)

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	31,9	31,9
2. Mietwohnungen und Einzelräume	11,9	11,9
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	1,8	1,8
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	4,3	4,3
Zusammen	49,9	49,9

sonstigen Grundstücke der Allgemeinen Finanzverwaltung (Titelgruppe 70/71)

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	9,5	9,5
2. Mietwohnungen und Einzelräume	507,7	507,7
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	75,0	75,0
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	8,7	8,7
5. Andere Mieten und Pachten	289,2	289,2
Zusammen	890,1	890,1

Die Einnahmen aus der Vermietung des Schlosses Celle sind dem Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds (LFN) solange zur Refinanzierung zur Verfügung zu stellen, bis der kapitalisierte Kostenanteil der Renovierung an den LFN zurückgeführt wurde. Die Abführung ist über 981 70 abzuwickeln.

Zu 124 03 bis 124 15

Einführung eines Liegenschaftsmanagements ab 2001; Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung landeseigener Grundstücke an Landesbetriebe.

Zu 134 01

Der Ankauf von Grundstücken für das Mess- und Eichwesen (Kapitel 08 11) und den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz ist aus dem Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen (LFN) vorfinanziert worden.

Zu 356 11 und 356 12

Entnahme zur Deckung des Haushalts.

Zu 381 01 bis 381 15

Einführung eines Liegenschaftsmanagements ab 2001; Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung landeseigener Grundstücke an Landesdienststellen als haushaltstechnische Verrechnung.

Vgl. Erläuterungen zu Titel 981 . . in den jeweiligen Fachkapiteln.

Zu 381 19

Anteilige Kostenbeteiligung des Bundes an den Unterbringungskosten der Staatshochbauämter, die in Behördenhäusern untergebracht sind.

Vgl. Erläuterung zu 04 10 – 231 01.

Zu 381 22

In zunehmendem Maße werden anstelle von angemieteten Diensträumen Liegenschaften bereitgestellt, die aus dem Sondervermögen Landesliegenschaftsfonds Niedersachsenfonds (LFN) finanziert werden. Die wegfallenden Ausgaben für Mieten sind dem Sondervermögen LFN solange zur Refinanzierung zur Verfügung zu stellen, bis der kapitalisierte Kaufpreis in das Sondervermögen zurückgeführt wurde.

Außerdem werden hier die Erbbauzinsen vereinnahmt, die im Rahmen des Modellversuchs „Budgetierung der Niedersächsischen Häfen- und Schiffahrtsverwaltung“ dem Sondervermögen zuzuführen sind.

Vgl. 03 05 – 981 10, 03 20 – 981 02, 03 26 – 981 03, 04 06 – 981 02, 05 15 – 981 10, 07 51 – 981 01, 08 20 – 981 10, 08 31 – 981 10, 11 10 – 981 10, 13 21 – 981 61, 13 21 – 981 70.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 01-6	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	466.000	466.000	—	—
425 01-5	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-1	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
519 01-0	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	14.000	14.000	—	—
525 01-0	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	20.000	20.000	25.565	—
531 10-9	061	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	—	2.000	2.000	—	—
547 01-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	200.000	200.000	—	—
812 01-9	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
916 11-6	950	Zuführung an den Landesliegenschaftsfonds (ohne Agrarstrukturfonds) * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 134 01 und 381 22.*	—	3.425.000	3.474.000	2.448.321	3.276
981 11-2	990	Abführung an 13 21 - 381 13	—	5.308.000	5.308.000	5.171.462	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Bewirtschaftung der Behördenhäuser**	(—)	(6.851.000)	(6.760.000)	(6.916.399)	(6.000)
427 61-1	061	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	23.000	23.000	13.958	5
429 61-4	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.745.000	1.696.000	1.818.001	1.457
453 61-2	061	Umzugskostenvergütungen	—	—	—	—	4
459 61-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	1.125	1
511 61-2	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	218.000	241.000	—	—
517 61-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.150.000	2.102.000	1.810.433	1.663
517 62-9	061	Reinigungskosten	—	1.483.000	1.464.000	1.235.383	1.142
518 61-7	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	771.000	767.000	1.484.485	1.408
519 61-3	061	Pflege und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	117.000	113.000	81.040	45
525 61-3	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	11.000	11.000	1.023	—
526 61-0	061	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
546 61-0	061	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
547 61-7	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	8.000	8.000	307	8
681 61-5	061	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
812 61-2	061	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	88.000	98.000	214.998	12
812 62-0	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 61-9	990	Abführung an 13 21 - 381 22	—	236.000	236.000	255.646	256

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
8,00	8,00	—	—

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	8,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	8,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang	—	8,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	8	8	—	8
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	8	8	—	8

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	8	8	—	8
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	8	8	—	8

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
	466	466

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	466	466
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 806	1 754
43	Versorgungsbezüge	172	165
44	Beihilfen, Unterstützungen	—	—
45	Personalbezogene Sachausgaben	1	1
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	16	—
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	–2
Summe der Personalausgaben im Kapitel		2 461	2 384

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/62

429 61

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Entschädigung für Hausverwalter	1 300	1 265
2 Lohngr. 2 a MTL II		
5 Lohngr. 3 MTL II		
12 Lohngr. 4 MTL II		
7 Lohngr. 5 MTL II		
1 Vizewirte		
11 Lohn-Gr. 5 a MTL II		
1 Lohn-Gr. 6 MTArb		
1 Verg.-Gr. IX b BAT		
2. Löhne usw. für vollbeschäftigte Haus- und Reinigungskräfte	224	218
6 Lohngr. 1 a MTL II		
1 Lohngr. 2 a MTL II		
3 Lohngr. 3 MTL II		
1 Lohngr. 5 a MTL II		
3. Kosten für stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst	221	213
1 Lohngr. 1 MTL II		
3 Lohngr. 1 a MTL II		
2 Lohngr. 4 MTL II		
Zusammen	1 745	1 696

517 61

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Heizstoffe	873,30	852,6
2. Wassergeld, Licht- und Kraftstrom	845,40	826,1
3. Grundbesitzabgaben	153,85	151,8
4. Bewachungskosten	34,90	33,9
5. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	101,75	101,5
6. Andere Hauswirtschaftskosten	140,80	136,1
Zusammen	2 150,00	2 102,0

518 61

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Diensträume und -gebäude	771	767
2. Wohnungen und Wohngebäude	—	—
3. Unbebaute Grundstücke	—	—
Zusammen	771	767

519 61

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Landeseigene Gebäude	88	85,5
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	29	27,5
Zusammen	117	113,0

812 61

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Beschaffung einer neuen Telefonanlage für die Behördenhäuser in Emden, Delftstr. 27, Verden im Hj.2002 sowie Cuxhaven und Hameln im Hj. 2003 zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	88	98

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70/71		**Bewirtschaftung der sonstigen Grundstücke der Allgemeinen Finanzverwaltung**	(—)	(640.000)	(638.000)	(583.742)	(618)
429 70-3	061	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	32.000	30.000	30.013	28
459 70-0	061	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 70-1	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	—
517 70-0	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	473.000	473.000	435.467	469
517 71-8	061	Reinigungskosten	—	20.000	20.000	19.582	17
519 70-2	061	Pflege und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	31.000	31.000	16.873	24
546 70-0	061	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	1.000	1.000	511	1
547 70-6	061	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.000	1.534	0
681 70-4	061	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	0
812 70-1	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 70-8	990	Abführung an 13 21 - 381 22	—	80.000	80.000	79.762	80
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(30.000)	(30.000)	(28.121)	(—)
511 99-0	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	—
525 99-0	061	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	3.000	3.000	2.556	—
538 98-7	061	Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—
538 99-5	061	Dienstleistungen Anderer	—	26.000	26.000	25.565	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			238.619	
		Abschluss Kapitel 13 21					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		209.820.000	209.820.000	194.273.378	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		267.695.000	269.744.000	240.973.092	
		Summe der Einnahmen		477.515.000	479.564.000	435.246.470	
		4 Personalausgaben	—	2.267.000	2.216.000	1.863.097	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.552.000	5.500.000	5.378.943	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	88.000	98.000	214.998	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	9.049.000	9.098.000	5.506.870	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.956.000	16.912.000	12.963.908	
		Überschuss		460.559.000	462.652.000	422.282.562	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		172.000	165.000	—	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		17.128.000	17.077.000	12.963.908	
		Überschuss einschl. Versorgungsanteil		460.387.000	462.487.000	422.282.562	

Zu Titelgruppe 70/71

429 70

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Entschädigung für Hausverwalter Pauschalentschädigungen (Vizewirte) Lohngr. 2 MTL II 1	1	1
2. Löhne für vollbeschäftigte Haus- und Reinigungskräfte	31	29
3. Kosten für stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst	—	—
Zusammen	32	30

517 70

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Heizstoffe	175,0	174,0
2. Wassergeld, Licht- und Kraftstrom	98,5	99,2
3. Grundbesitzabgaben	65,8	66,1
4. Bewachungskosten	119,9	119,9
5. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	9,5	9,5
6. Andere Hauswirtschaftskosten	4,3	4,3
Zusammen	473,0	473,0

519 70

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
1. Landeseigene Gebäude	31	31
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	—	—
Zusammen	31	31

Zu Titelgruppe 98/99

Zusammenfassung der Kosten für die Unterhaltung und Erweiterung eines Liegenschaftsinformationssystems sowie für die damit verbundenen Aufwendungen.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1325 Schuldenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
281 11-5	920	Erstattung von Schuldendienstleistungen durch Sonstige		138.000	208.000	335.919	353
325 11-2	920	Schuldenaufnahmen zur Finanzierung der Eigenkapitalzuführung der EXPO 2000 Hannover GmbH * *Vgl. K-Vermerk zu 1320 - 831 63.* ****Die Ermächtigung, zweckgebundene Kredite nach § 3 Abs.1 S.2 HG 2001 aufzunehmen, verringert sich um die Höhe der Ist-Einnahmen bei 13 20 - 331 63.*		—	—	587.985.663	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62 64/66		**Netto-Kreditfinanzierung**		(1.300.000.000)	(1.350.000.000)	(1.354.923.486)	(1.484.036
325 61-9	920	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt ****Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF.* *Einnahmen aus Krediten dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden; desgleichen dürfen bis Ende Juni des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Krediten noch zugunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.*		4.930.850.000	4.007.980.000	3.073.375.498	2.795.000
325 62-7	920	Tilgung für Darlehen anderer Darlehensgeber einschließlich Tilgung der Anleihen des Landes Niedersachsen ****Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind mit Ausnahme der Erstattungen bei 281 11 hier zu vereinnahmen.* *Mehrausgaben dürfen gem. § 18 LHO geleistet werden.*		–3.600.170.000	–2.657.980.000	–1.590.629.042	–936.010
325 64-3	920	Vorzeitige Tilgung von Krediten ****Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	–59.051
325 66-0	920	Tilgung kurzfristiger Kredite ****Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	–375.000
326 61-5	920	Schuldenaufnahmen im Ausland ****Vgl. Vermerk zu 325 61.* *Bei Kreditaufnahmen in fremder Währung ist auf die Kreditermächtigung nach § 18 Abs. 2 LHO die sich nach der Absicherung des Wechselkurses in EURO ergebende Rückzahlungsverpflichtung anzurechnen. Der Abschluss einer Wechselkursabsicherung für die Schuldendienstverpflichtung des Landes in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Kreditaufnahme dient zugleich der Vermeidung des Kursrisikos.*		—	—	—	100.000
326 62-3	920	Tilgung von Auslandsschulden ****Vgl. Vermerk zu 325 62.*		–30.680.000	—	–127.822.970	–40.903
326 64-0	920	Vorzeitige Tilgung von Auslandsschulden ****Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	—
326 66-6	920	Tilgung kurzfristiger Kredite - Auslandsschulden - ****Vgl. Vermerk zu 325 62.*		—	—	—	—
TGr. 70/71		**Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen**		(563.000)	(563.000)	(562.421)	(—)
141 70-4	872	Zinsen		307.000	307.000	306.775	—
141 71-2	872	Tilgungen		256.000	256.000	255.646	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 281 11

Erstattung von Schuldendienstleistungen für aufgenommene Darlehen für Neu- und Erweiterungsbauten der Berufsförderungswerke Bad Pyrmont und Bookholzberg durch die Stiftung des Landes Niedersachsen für berufliche Rehabilitation Behinderter.

Zu 325 11

Zweckgebundene Kreditaufnahmen nach § 3 Abs. 1 Satz 2 HG 2001.

Zu Titelgruppe 61/62/64/66

Es handelt sich ausschließlich um nicht zweckgebundene Kredite vom Kreditmarkt.

325 62 und 326 62

Planmäßige Tilgungsverpflichtungen.

325 64, 325 66, 326 64 und 326 66

Leertitel zum rechnungsmäßigen Nachweis des Vollzugs von § 18 Abs. 2 – 4 LHO.

326 61

Nach dem Übergang der währungspolitischen Zuständigkeiten von der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank können angesichts des Vorgehens anderer EWU-Staaten – auch unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung der öffentlichen Hand – Kredite in fremder Währung aufgenommen werden.

Der Haushaltsvermerk legt fest, dass für etwaige Kreditaufnahmen in Fremdwährungen eine Absicherung des Wechselkurses vorzunehmen ist, um daraus für den Haushalt resultierende Risiken auszuschließen. Die sich danach ergebende Rückzahlungsverpflichtung in EUR ist auf die Kreditermächtigung anzurechnen.

Damit werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für das Land geschaffen, sich ggfs. zu günstigeren Konditionen zu finanzieren.

Zu 141 70 und 141 71

Zinsen und Tilgungen auf Forderungen aus vom Land anerkannten und abgerechneten Bürgschaftsausfällen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 72 bis 75		**Bundesanteile aus Darlehensrückflüssen**		(52.112.000)	(55.757.000)	(62.174.575)	(—)
162 72-8	411	Zinsen aus Wohnungsbaudarlehen, die unter die zwischen Bund und Land abgeschlossene Verw.Vereinbarung vom 14.9.1990 fallen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		5.368.000	5.368.000	7.108.593	—
162 73-6	411	Zinsen aus Aufwendungsdarlehen zur Förderung der Bildung von Wohnungseigentum im 2. Förderungsweg * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		6.153.000	6.153.000	6.314.455	—
162 74-4	411	Zinsen aus sonst. Wohnungsbaudarl. einschl. Darlehen zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten an Wohngebäuden * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		—	—	—	—
162 75-2	872	Zinsen aus sonstigen Darlehen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		2.000	2.000	2.556	—
182 72-9	411	Tilgungen aus Wohnungsbaudarl., die unter die zwischen Bund und Land abgeschlossene Verw.Vereinbarung vom 14.9.1990 fallen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		18.403.000	19.554.000	21.720.702	—
182 73-7	411	Tilgungen aus Aufwendungsdarlehen zur Förderung der Bildung von Wohnungseigentum im 2. Förderungsweg * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		22.151.000	24.612.000	26.836.433	—
182 74-5	411	Tilg. aus sonst. Wohnungsbaudarl. einschl. Darlehen zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten an Wohngebäuden * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		4.000	34.000	150.166	—
182 75-3	872	Tilgungen aus sonstigen Darlehen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		31.000	34.000	41.670	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				53.685	
		A U S G A B E N					
546 01-1	920	Vermischte Ausgaben * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 546 01, 572 11, 575 11, 575 12, 575 13, 575 14, 575 15, 576 11, 584 11, 592 11 und 595 11.* *** *Rückzahlungen - auch aus Vorjahren -, sowie Entnahmen aus der Unterabteilung „Zinsen für Diskontkredite“ der Allgemeinen Rücklage sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	—	—	—	0
572 11-0	920	Zinsen für Darlehen der Sozialversicherungsträger sowie der Bundesanstalt für Arbeit -zweckgebundene Darlehen- * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* *** *Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	135.000	163.000	195.313	227
575 11-9	920	Zinsen für Darlehen anderer Darlehensgeber einschließlich Zinsen für Anleihen des Landes Niedersachsen * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* *** *Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	2.275.782.000	2.203.458.000	2.170.119.438	1.999.039
575 12-7	920	Zuführung an die Unterabteilung „Zinsen für Diskontkredite“ der Allgemeinen Rücklage * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* *** *Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	18.122.000	18.122.000	18.122.229	18.122
575 13-5	920	Geldbeschaffungskosten * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* *** *Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	50.840.000	42.620.000	37.237.388	13.926
575 14-3	920	Zinsen für Kassenkredite und sonstige schwebende Verpflichtungen * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* *** *Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	21.000.000	18.000.000	18.789.977	9.376
575 15-1	920	Zinsen aus Grundstücksankäufen * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* *** *Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	—	—	511	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 72 bis 75

Vgl. Gesetz über die Einbringung der Fördervermögen des Landes Niedersachsen in das haftende Eigenkapital der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – vom 17. Dezember 1991 (Nds. GVBl. S. 358); hier § 5 Nr. 2 des Einbringungsvertrages.

Zu 546 01

Kosten der Währungsumstellung.

Zu 572 11, 575 11, 575 12, 575 15 und 576 11

Planmäßige Zinsverpflichtungen.

Zu 575 11

Enthalten sind auch die aus der Schuldenaufnahme zur Finanzierung der Eigenkapitalzuführung der EXPO 2000 Hannover GmbH entstehenden Zinsbelastungen für das Land. Die genaue Höhe dieser Belastung kann erst nach erfolgter Kreditaufnahme ausgewiesen werden (vgl. auch TGr. 80 bis 82).

Zu 575 12

Bis einschließlich 2006 werden rechnerische Zinsbestandteile für 2 im Jahr 1992 abgeschlossene Diskontkredite zu den fiktiven Zinsterminen der Unterabteilung "Zinsen für Diskontkredite" der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Bei Fälligkeit dieser Kredite im Jahr 2007 werden die angesammelten Zinsbestandteile der Rücklage entnommen und durch Absetzen von der Ausgabe bei 575 12 vereinnahmt.

Zu 575 13

Disagio u. ä. Nebenkosten für Haushaltsdeckungskredite.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
576 11-5	920	Zinsen für Auslandsschulden * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* ***Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	36.410.000	35.500.000	39.932.919	39.907
584 11-8	920	Tilgung für Darlehen des Lastenausgleichs-fonds * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* ***Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	1.000	1.000	511	0
592 11-0	920	Tilgung für Darlehen der Sozialversiche-rungsträger sowie der Bundesanstalt für Arbeit -zweckgebundene Darlehen- * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* ***Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	795.000	921.000	1.058.374	1.114
595 11-0	920	Tilgung für Darlehen aus Grundstücksankäufen * *Vgl. D-Vermerk zu 546 01.* ***Vgl. Vermerk zu 546 01.*	—	40.000	40.000	46.016	43
870 11-0	680	Für die Inanspruchnahme und für Aufwendun-gen zur Vermeidung von Verlusten aus Bürg-schafts-, Gewährleistungs- u.ä. Verträgen ***Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.*	—	25.000.000	25.000.000	30.677.513	17.536
		Titelgruppe(n)					
TGr. 72/73		**Schuldendienstleistungen an den Bund** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 162 72, 162 73, 162 74, 162 75, 182 72, 182 73, 182 74 und 182 75.* ***Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	(—)	(53.009.000)	(64.009.000)	(48.740.075)	(—)
561 72-0	920	Zinsen für Wohnungsbaudarlehen des Bundes	—	10.610.000	14.100.000	16.124.050	—
561 73-8	920	Zinsen für sonstige Darlehen des Bundes	—	38.000	43.000	47.039	—
581 72-0	920	Tilgung für Wohnungsbaudarlehen des Bundes	—	42.096.000	49.600.000	32.272.437	—
581 73-9	920	Tilgungen für sonstige Darlehen des Bundes	—	265.000	266.000	296.549	—
TGr. 80 bis 82		**Tilgung der zweckgebundenen Schulden der EXPO 2000 Hannover GmbH**	(—)	(17.895.000)	(17.895.000)	(—)	(—)
595 80-2	920	Zuführung an die Unterabteilung „Tilgung der zweckgebundenen Schulden der EXPO 2000 Hannover GmbH“ der Allgemeinen Rücklage	—	17.895.000	17.895.000	—	—
595 81-0	920	Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	—	—	—
595 82-9	920	Entnahme aus der Unterabteilung „Tilgung der zweckgebundenen Schulden der EXPO 2000 Hannover GmbH“ der Allgemeinen Rücklage	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 13 25					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		52.675.000	56.320.000	62.790.681	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		138.000	208.000	335.919	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zu-weisungen und Zuschüssen für Investiti-onen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.300.000.000	1.350.000.000	1.942.909.149	
		Summe der Einnahmen		1.352.813.000	1.406.528.000	2.006.035.749	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.474.029.000	2.400.729.000	2.334.242.751	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	25.000.000	25.000.000	30.677.513	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.499.029.000	2.425.729.000	2.364.920.264	
		Zuschuss		1.146.216.000	1.019.201.000	358.884.515	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 584 11, 592 11 und 595 11

Planmäßige Tilgungsverpflichtungen.

Zu 595 11

Den Ausgaben liegen nachstehende Grundstücksankäufe zugrunde:

1. Flurstücke in Clausthal-Zellerfeld, Andreasberger Straße	Wert: 23 700 EUR
2. Wohngrundstück in Hannover, Im Moore 9	Wert: 76 700 EUR
3. Grundstück in Osnabrück, Alte Münze 10	Wert: 117 600 EUR

Zu 870 11

In dem Ansatz sind auch die damit im Zusammenhang entstehenden Kosten der Rechtsverfolgung enthalten.

Zu Titelgruppe 72/73

Die Schuldendienstleistungen an den Bund werden aufgrund der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Verzinsung und Tilgung der den Ländern gem. Art. 104 a Abs. 4 GG zur Förderung des Wohnungsbaus sowie der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen ausgeliehenen Bundesmittel vom 14. September 1990 gezahlt.

Die Höhe der Leistungen ist abhängig vom tatsächlichen Rückflussaufkommen im Vorjahr.

Zu Titelgruppe 80 bis 82

Vgl. Erläuterungen zu 575 11.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-6	018	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	5.113	15
119 11-3	018	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 12-1	018	Ersatzleistungen		1.278.000	1.278.000	1.278.230	1.363
231 11-8	018	Erstattung nach § 18 Abs. 2 und 3 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes		1.100.000	1.100.000	971.455	1.096
281 11-5	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen von landeseigenen Krankenhäusern		2.829.000	2.812.000	3.024.547	1.513
281 12-3	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen von den Hochschulkliniken		12.209.000	11.833.000	9.469.126	4.323
281 13-1	018	Erstattung von Versorgungsbezügen durch die Klosterkammer		419.000	419.000	409.034	567
281 14-0	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen aus Hochschulhaushalten mit globaler Steuerung		61.008.000	62.654.000	94.457.136	25.187
281 15-8	018	Versorgungszuschläge für ohne Dienstbezüge beurlaubte Landesbeamte		767.000	767.000	818.067	714
281 16-6	018	Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen von sonstigen Landesbetrieben		4.510.000	4.459.000	1.030.918	121
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
381 03-9	990	Zuführung von Einzelplan 03		643.000	643.000	292.715	5.049
381 04-7	990	Zuführung von Einzelplan 04		1.892.000	1.892.000	1.891.780	1.892
381 05-5	990	Zuführung von Einzelplan 05		320.000	320.000	306.775	312
381 06-3	990	Zuführung von Einzelplan 06		364.000	358.000	374.828	321
381 07-1	990	Zuführung von Einzelplan 07		—	—	—	20
381 08-0	990	Zuführung von Einzelplan 08		—	—	—	13
381 10-1	990	Zuführung von Einzelplan 10		261.000	260.000	—	—
381 15-2	990	Zuführung von Einzelplan 15		801.000	804.000	560.580	684
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge** ****An Erstattungspflichtige zurückzuzahlende Erstattungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.*		(55.098.000)	(55.098.000)	(55.122.379)	(54.211)
231 61-4	018	Vom Bund		53.686.000	53.686.000	53.685.648	52.240
232 61-0	018	Von Ländern		767.000	767.000	766.938	1.216
233 61-7	018	Von Gemeinden (GV) und Landkreisen		77.000	77.000	76.694	75
236 61-6	018	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit		102.000	102.000	127.823	197
237 61-2	018	Von Zweckverbänden		77.000	77.000	76.694	71
281 61-1	018	Von Stellen außerhalb der Landesverwaltung		389.000	389.000	388.582	412
		A U S G A B E N					
431 11-7	018	Ruhegehälter sowie Witwen- und Waisengelder * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 431 11, 432 11, 432 12, 436 11, 436 12, 439 12, 439 13, 439 14 und 461 11.*	—	2.045.000	2.045.000	1.891.780	2.027
432 11-3	018	Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge * *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	1.791.523.000	1.709.700.000	1.566.670.416	1.554.048

ERLÄUTERUNGEN

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger der Landesregierung	Stand 1. 1. 2001	Im Haushaltsplan für Ende 2001 angesetzt	Voraussichtlich Ende 2003	Voraussichtlich Ende 2002
Ruhegehaltempfänger	35	35	35	35
Witwen und Vollwaisen	12	12	12	12
Zusammen	47	47	47	47
der Verwaltung				
Ruhegehaltempfänger (einschl. Beamte im einstweiligen Ruhestand und Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Richter und Beamte)	9 403	9 865	10 660	10 265
Witwen und Vollwaisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	6 659	6 661	6 561	6 661
Ruhelöhne für ehemalige Straßenwärter und Hinterbliebenenbezüge	48	47	45	46
Reichsnährstand	31	30	28	29
Laufende Unterstützungen	3	3	3	3
Sonstige Versorgungsleistungen (Titel 439 13 u. 681 11)	8	8	8	8
Zusammen	16 152	16 614	17 305	17 012
der Polizei einschl. Beamte der Justizverwaltung im Vollzugsdienst				
Ruhegehaltempfänger (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Beamte)	6 766	6 958	7 247	7 078
Witwen und Vollwaisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	4 548	4 523	4 424	4 473
Zusammen	11 314	11 481	11 671	11 551
der allgemein- und berufsbildenden Schulen				
Ruhegehaltempfänger (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Beamte)	20 942	22 492	25 922	24 162
Witwen und Vollwaisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)	7 019	7 086	7 131	7 102
Zusammen	27 961	29 578	33 053	31 264
Insgesamt	55 474	57 720	62 076	59 874

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 12

Erstattungen von haftenden Versicherungsunternehmen.

Zu 231 11

Vgl. zu 439 12.

Zu 281 11 und 281 12

Bei den Landeskrankenhäusern und den Hochschulkliniken handelt es sich um Wirtschaftsbetriebe. Träger der Versorgungslast für die dort beschäftigten Beamten bleibt das Land. Diese Betriebe führen daher Versorgungsanteile in Höhe von 35 v. H. der Dienstbezüge der Beamten an das Land ab.

Zu 281 13

Erstattung von Versorgungsbezügen der Beamten der Klosterkammer Hannover und deren Hinterbliebenen sowie der Beihilfe nach den Beihilfevorschriften durch den Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds.

Zu 281 14

Die nachfolgend genannten Einrichtungen werden als Wirtschaftsbetriebe geführt. Sie erstatten Versorgungsanteile in Höhe von 30 v. H. der Dienstbezüge für die dort beschäftigten Beamten.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Universität Göttingen (06 10)	5 186,4	6 079,4
2. Universität Oldenburg (06 13)	3 612,1	3 578,8
3. Universität Osnabrück (06 14)	4 981,2	4 998,7
4. TU Braunschweig (06 15)	4 175,4	4 386,5
5. TU Clausthal (06 16)	2 216,2	2 277,8
6. Universität Hannover (06 17)	8 138,4	8 737,4
7. Hochschule Vechta (06 18)	768,9	716,1
8. Ti Ho Hannover (06 21)	1 846,7	1 903,0
9. HBK Braunschweig (06 22)	1 287,1	1 280,8
10. HTM Hannover (06 23)	2 028,9	2 018,8
11. Universität Hildesheim (06 29)	535,6	533,7
12. Universität Lüneburg (06 30)	1 772,7	1 783,9
13. FH Osnabrück (06 33)	4 268,9	4 247,8
14. FH Hildesheim/Holzminden/ Göttingen (06 34)	3 408,3	3 391,5
15. FH Nordostniedersachsen (06 36)	2 699,2	2 668,6
16. FH Braunschweig/Wolfenbüttel (06 37)	3 570,7	3 553,0
17. FH Hannover (06 38)	4 389,4	4 409,0
18. FH Oldenburg/Ostfriesland/ Wilhelmshaven	6 122,5	6 089,6
Zusammen	61 008,6	62 654,4

Zu 281 15

Die im Beamtenverhältnis zurückgelegte Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge ist nach § 6 BeamtVG dem Grunde nach nicht ruhegehaltfähig. Die Ruhegehaltfähigkeit kann aber, wenn der Urlaub öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, durch die Zahlung eines Versorgungszuschlags erreicht werden.

Zu 281 16

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (03 17)	1 007,1	1 007,1
2. Informatikzentrum Niedersachsen	1 301,0	1 257,0
3. Verbundzentrale des gemeinsamen Bibliotheksverbundes (06 06)	—	—
4. Versuchswirtschaft Marienstein (06 10)	—	—
5. Versuchswirtschaft Reinshof (06 10)	—	—
6. Versuchswirtschaft Relliehausen (06 10)	—	—
7. Lehr- und Forschungsanstalt Ruthe (06 21)	—	—
8. Staatstheater Braunschweig (06 60)	11,0	11,0
9. Mess- und Eichwesen Niedersachsen (08 11)	967,0	962,0
10. Materialprüfanstalten (08 13)	278,0	276,0
11. Domäne Derneburg (09 30)	—	—
12. Domäne Hollanderhof (09 30)	—	—
13. Domäne Kloster Appingen (09 30)	—	—
14. Domäne St. Ludgeri (09 30)	—	—
15. Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück (09 50)	—	—
16. Hengstparade Celle (09 50)	—	—
17. Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (15 55)	946,3	946,3
Zusammen	4 510,4	4 459,4

Zu allen Einnahmetiteln 381 ..

Werden Beamte bei gebührenpflichtigen Amtshandlungen tätig, oder für die Wahrnehmung von Aufgaben Dritter im Wege der Organleihe oder auf vertraglicher Grundlage eingesetzt, so ist bei der Berechnung der Gebühr bzw. der Kostenerstattung ein Versorgungszuschlag in Höhe von 30 v. H. der Dienstbezüge einzubeziehen. Dieser ist als haushaltstechnische Verrechnung an das Kapitel 13 50 abzuführen, in dem für jeden in Frage kommenden Einzelplan ein Titel der Gruppe 381 – ergänzt um die Einzelplanbezeichnung (z. B. 381 03 für den Einzelplan 03, 381 04 für den Einzelplan 04, ...) – eingerichtet ist. Entsprechendes gilt, wenn Aufgaben des Landes von Dritten oder durch sonstige zweckgebundene Mittel finanziert werden, sofern gesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen. Auf den Rechtsgrund der Zweckbindung kommt es dabei nicht an.

Zu Titelgruppe 61

Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen nach §§ 42, 71 e Abs. 3 Satz 2, 78 a G 131, nach dem BWGöD, von Ruhelöhnen und Hinterbliebenenbezügen für ehemalige Straßenwärter, sowie nach §§ 107 b BeamtVG.

281 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Versorgungsverband Deutscher Wirtschaftsorganisationen für die am 1. 4. 1952 vorhanden gewesenen Versorgungsempfänger der braunschweigischen kaufmännischen Schulen	20,6	20,6
2. Stiftung des Landes Niedersachsen für berufliche Rehabilitation Behinderter	51,3	51,3
3. Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben	209,7	209,7
4. Sonstige	107,4	107,4
Zusammen	389,0	389,0

Zu 431 11

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung i. d. F. vom 3. 4. 1979 (Nds. GVBl. S. 106).

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
432 12-1	018	Ausgleich nach § 48 BeamtVG * *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	1.922.000	1.759.000	1.922.457	1.840
434 11-6	018	Zuführungen an die Landesversorgungs-rücklage - Versorgung - * *Die Ausgaben sind einseitig deckungs-fähig zulasten 461 11.*	—	13.284.000	9.401.000	—	—
436 11-9	018	Ruhelöhne für ehemalige Straßenwärter und Hinterbliebenenbezüge * *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	77.000	102.000	102.258	111
436 12-7	018	Ruhelöhne für ehemalige hamburgische Staatsarbeiter und Hinterbliebenenbezüge * *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	4.000	4.000	4.090	5
439 11-8	018	Kosten der Nachversicherung (§ 72 G 131, § 99 AKG und § 9 Abs. 4 AVG)	—	716.000	716.000	715.809	996
439 12-6	018	Aufwendungen des Landes nach § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsge-setzes * *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.* *** *Erstattungen nach § 42 Abs. 2 G 131 - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	1.176.000	1.176.000	1.175.971	1.176
439 13-4	018	Sonstige Versorgungsaufwendungen * *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.* *** *Leistungen aus Gründen der Billigkeit dürfen nur mit Einwilligung des MF ge-währt werden.*	—	205.000	205.000	204.517	163
439 14-2	018	Übergangsversorgung für Justizvollzugs-angestellte (Nr. 6 Abs. 1 SR 2 n zum BAT) * *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	305.000	293.000	365.062	343
441 11-2	018	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	760.000	737.000	786.367	662
443 01-8	018	Fürsorgeleistungen	—	767.000	767.000	602.813	797
443 02-6	018	Unterstützungen aufgrund der Unterstüt-zungsgrundsätze	—	2.000	2.000	1.943	2
443 11-5	018	Einmalige Unfallentschädigung nach § 43 BeamtVG	—	77.000	77.000	76.694	77
446 01-7	018	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	234.884.000	228.700.000	214.973.694	207.975
446 11-4	018	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Beihilfen	—	–7.000.000	–10.100.000	—	—
461 11-3	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Versorgungs-ausgaben * *Die Ausgaben sind einseitig deckungs-fähig zu Gunsten 434 11.* *Vgl. D-Vermerk zu 431 11.*	—	22.071.000	—	43.863.730	—
526 01-0	018	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	2.000	2.000	1.790	3
546 11-9	018	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	10.000	10.000	10.226	—
632 11-2	018	Erstattung anteiliger Versorgungsaufwen-dungen nach besonderen Vereinbarungen *** *Von Erstattungsempfängern zurückzuzah-lende Erstattungen - auch aus Vorjahren-sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	—	—	409	0
633 11-9	018	Erst. von Versorgungsbezügen für Beamte von komm. Gesundheits- u. Veterinärämtern sowie für frühere kommunale Polizeivollzugsbeamte *** *Vgl. Vermerk zu 632 11.*	—	716.000	716.000	715.809	996
636 11-8	018	Erst. v. Ersatzzusatzrenten an d. LVA sowie Erst. an die Versorgungsanst. d. Bundes und d. Länder f. d. Zahlung v. Rentenzuschüssen *** *Vgl. Vermerk zu 632 11.*	—	7.000	7.000	6.545	2
637 11-4	018	Sonstige Erstattungen an Zweckverbände *** *Vgl. Vermerk zu 632 11.*	—	128.000	128.000	127.823	99
671 11-8	018	Erstattung von Versorgungslasten der Klos-terkammer gemäß Vereinbarung *** *Vgl. Vermerk zu 632 11.*	—	29.000	29.000	28.632	37

ERLÄUTERUNGEN

Zu 432 12

Nach der voraussichtlichen Zahl der in den Ruhestand tretenden Polizeivollzugsbeamten und Beamten des Justizvollzugsdienstes im Aufsichts- und Werkdienst.

Zu 434 11

Vgl. Kapitel 51 39 (Sondervermögen Landesversorgungsrücklage).

Zu 436 12

Rechtsgrundlage: Art. 1 § 1 Ziff. 2 und 6 der Dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 13. 3. 1937 (RGBl. S. 303).

Zu 439 12

Nach § 2 der 30. DVO z. G 131 vom 20. 3. 1964 (BGBl. I S. 221) hat das Land Niedersachsen für die in § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes vom 23. 2. 1961 (BGBl. I S. 119) bezeichneten Personen, die im Landesbereich ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, die dort aufgeführten Zahlungsverpflichtungen aus dem G 131 zu erfüllen. Soweit dadurch die sich aus § 18 Abs. 2 und 3 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes ergebende endgültige Zahlungsverpflichtung überschritten wird, erhält das Land nach § 3 der 30. DVO z. G 131 den Mehrbetrag nach Ablauf eines jeden Hj. erstattet (vgl. 242 03).

Zu 439 13

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Ruhegeldanteile für ehem. Bedienstete des Staatstheaters Oldenburg	112,5	112,5
2. Zwischenumlage an den Versorgungsverband Deutscher Wirtschaftsorganisationen für Weiterführung der Versorgungsempfänger der braunschweigischen kaufmännischen Schulen	22,5	22,5
3. Zuwendungen aus Gründen der Billigkeit	—	—
4. Sonstige Aufwendungen	70,0	70,0
Zusammen	205,0	205,0

Zu 439 14

Nach Nr. 7 der Sonderregelung Nr. 2 n zum BAT treten Angestellte im Justizvollzugsdienst, die im Aufsichts-, Werk- oder Sanitätsdienst tätig sind, mit Vollendung des 60. Lebensjahres ohne Kündigung in den Ruhestand. Sie erhalten dafür bis zum Beginn der Versorgungsrente der VBL, längstens jedoch bis zum Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, eine Übergangsversorgung aus Landesmitteln.

Der Ansatz ist nach der Zahl der voraussichtlich ausscheidenden Kräfte errechnet.

Zu 441 11

Nach Einführung der Pflegeversicherung ist es für bundeseinheitliche Auswertung erforderlich, Pflegebeihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und Hinterbliebene gesondert nachzuweisen.

Zu 443 11

Ein Beamter, der einen Dienstunfall der in § 37 BeamtVG bezeichneten Art erleidet, erhält gemäß § 43 BeamtVG neben einer beamtenrechtlichen Versorgung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eine einmalige Entschädigung von 76 700 EUR, wenn er infolge des Unfalls in seiner Erwerbsfähigkeit zu diesem Zeitpunkt um wenigstens 80 v. H. beeinträchtigt ist. Im Todesfall steht dem in § 43 Abs. 2 BeamtVG genannten Personenkreis ein Anspruch auf Entschädigung zu.

Zu 526 01

Kosten für Zusatz- und Facharztgutachten, die bei ärztlichen (Nach-) Untersuchungen von (dienstunfallverletzten) Versorgungsempfängern entstehen.

Zu 632 11

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den beteiligten Ländern vom 19. 10. 1955 über die Verteilung der Abwicklungskosten des früheren Zentraljustizamtes für die britische Zone werden die Abwicklungskosten für Beamte, die vor oder nach dem 1. 4. 1950 in den Ruhestand getreten sind und vor der Zurruhesetzung nicht von einem anderen Dienstherrn übernommen wurden, gemeinsam getragen. Auf die Versorgungsfälle findet hamburgisches Recht Anwendung. Soweit die Abwicklungskosten von den beteiligten Ländern gemeinsam getragen werden, werden sie auf diese Länder entsprechend der Bevölkerungszahl nach dem Stande vom 31. 3. 1950 aufgeteilt.

Zu 633 11

1. Nach § 55 Abs. 2 des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes vom 20. 5. 1954 i. d. F. vom 23. 4. 1957 (Sammelband I des bereinigten niedersächsischen Rechts S. 513) hat das Land die Versorgungsbezüge der Beamten zu tragen, die zum Zeitpunkt der Kommunalisierung der Gesundheits- und Veterinärämter (1. 1. 1978) das 60. Lebensjahr bereits vollendet hatten.
2. Rechtsgrundlage: § 110 Abs. 1 Nds. Gefahrenabwehrgesetz i. d. F. vom 13. 4. 1994 (Nds. GVBl. S. 172).

Zu 636 11

1. Rechtsgrundlage: § 8 des Abkommens über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angestellte oder angestelltenversicherungspflichtige Arbeitnehmer bei der fr. Reichsverwaltung und der fr. Preuß. Staatsverwaltung vom 9. 10./19. 10. 1928 i. d. F. vom 23. 2./21. 3. 1932 (RBBl. S. 45 / Pr.BBl. S. 81).

   Für Angestellte, die ohne Zusatzrente (mit Überversicherung) aus dem preuß. Staatsdienst ausgeschieden sind. Die Ersatzzusatzrenten werden durch die Landesversicherungsanstalten gezahlt und vom Land erstattet.
2. Erstattung des Mehraufwandes an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder gemäß Ziffer 4 der Durchführungsbestimmungen des fr. RFM vom 10. 12. 1943 (RBBl. S. 215) und des fr. Pr.FM vom 10. 12. 1943 (FMBl. S. 221).

   Es handelt sich um Rentenempfänger, die im Zeitpunkt der Überführung aus der Überversicherung in die Zusatzversicherung (1. 1. 1944) und beim Eintritt des Versicherungsfalles bei solchen ehemaligen Reichs- und Landesbehörden und -dienststellen beschäftigt waren, die im Zuge der staatlichen Umorganisation niedersächsische Landesbehörden bzw. -dienststellen geworden sind. Die Erstattung erfolgt auf Grund der Zusage vom 13. 5. 1950.

Zu 637 11

Durch das Gesetz zur Vereinheitlichung der Landessozialverwaltung in Niedersachsen vom 20. 2. 1974 (Nieders. GVBl. S. 110) sind die Aufgaben des Landessozialhilfeverbandes Oldenburg als überörtlicher Träger der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge auf das Land übergegangen. Nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes hat das Land die Versorgungsbezüge der bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Versorgungsempfänger des Landessozialhilfeverbandes, die bei Eintritt des Versorgungsfalls als Beamte in der Zentralverwaltung des Verbandes, bei dem Landeskrankenhaus Wehnen oder bei der Gehörlosenschule Wildeshausen beschäftigt waren oder Hinterbliebene dieser Personen sind, zu erstatten.

Zu 671 11

Nach Abschn. III der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds vom 30. 8./18. 9. 1963 übernimmt das Land bestimmte Versorgungslasten. Es trägt außerdem die Versorgungslasten der Präsidenten der Klosterkammer anteilig im Verhältnis der Dienstzeiten, die diese bei der Klosterkammer einerseits und bei anderen nieders. Landesbehörden abgeleistet haben.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
671 12-6	018	Erstattung v. Versorgungslasten an Sonstige ****Vgl. Vermerk zu 632 11.*	—	1.687.000	1.687.000	1.687.263	1.769
681 11-3	018	Renten und Rentenzuschüsse	—	6.000	6.000	6.136	3
916 11-0	950	Zuführungen an die Landesversorgungs-rücklage	—	—	—	—	4.010
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge**	(—)	(5.708.000)	(5.708.000)	(5.254.291)	(5.820)
631 65-5	018	An den Bund	—	3.068.000	3.068.000	2.863.235	3.105
632 65-1	018	An Länder	—	2.556.000	2.556.000	2.300.813	2.653
633 65-8	018	An Gemeinden (GV)	—	51.000	51.000	61.355	29
636 65-7	018	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	8.000	8.000	8.436	8
637 65-3	018	An Zweckverbände	—	25.000	25.000	20.452	25
		Abschluss Kapitel 13 50					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.283.000	1.283.000	1.283.343	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		137.940.000	139.142.000	165.302.662	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		4.281.000	4.277.000	3.426.678	
		Summe der Einnahmen		143.504.000	144.702.000	170.012.683	
		4 Personalausgaben	—	2.062.818.000	1.945.584.000	1.833.357.601	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	12.000	12.000	12.016	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	8.281.000	8.281.000	7.826.908	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.071.111.000	1.953.877.000	1.841.196.525	
		Zuschuss		1.927.607.000	1.809.175.000	1.671.183.842	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 671 12

Erstattung von Versorgungslasten an die Landwirtschaftskammern gemäß § 4 des Gesetzes zur Übernahme der von den Landwirtschaftskammern getragenen öffentlichen Schulen vom 11. 12. 1975 (Nds. GVBl. S. 429).

Zu 681 11

Renten auf Grund des Art. 1 § 3 Abs. 2 und 3 des Zivilstaatsdienergesetzes.

Zu Titelgruppe 65

1. Nach der Dritten Novelle zum G 131 traten alle unterwertig wiederverwendeten Beamten, die nicht endgültig zu übernehmen waren, mit Ablauf des 30. 9. 1961 in den Ruhestand. Das Land hat sich ab 1. 10. 1961 an der Versorgungslast zu beteiligen.
2. Erstattung von Versorgungsbezügen nach §§ 107 b, 107 c BeamtVG.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
093 11-8	910	Abgabe von Spielbanken ***Vgl. Vermerk zu 633 11.* *Von dem Landesanteil an der Einnahme sind 5 079 000 Euro 093 13 zuzuführen.*		81.500.000	81.500.000	85.078.969	89.558
093 12-6	910	Tronc-Abgabe		—	—	—	20
093 13-4	910	Abgabe von Spielbanken zum Ausgleich der Aufwendungen für die Spielbankküberwachung * *Vgl. K-Vermerk zu 981 11.* ***Vgl. Vermerk zu 093 11 und 633 11.*		—	—	—	3.497
093 14-2	910	Zusatzleistungen zur Spielbankabgabe		14.620.000	14.620.000	3.783.560	3.560
111 01-9	062	Gebühren und tarifliche Entgelte * *Vgl. K-Vermerk zu 671 11.* ***Durch Absetzen von der Einnahme dürfen verausgabt werden* *a) Anteile des Bundes,* *b) Kosten für Prüfungen nach den Bürgschaftsrichtlinien.*		3.068.000	3.068.000	3.067.751	—
119 41-9	062	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
233 11-4	181	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden (GV)		—	—	2.556.459	2.556
331 11-6 (GA)	960	Zuweisungen des Bundes gemäß § 12 HBFG		—	—	—	17.961
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Erstattungen für sonstigen Sachaufwand für Personal**		(2.391.000)	(2.391.000)	(3.480.619)	(696)
231 63-4	062	Erstattung von Unfallversicherungs-leistungen vom Bund		614.000	614.000	613.550	696
281 63-1	223	Erstattungen von Ausgaben für die gesetzl. Unfallversicherung des Landes Niedersachsen durch Landesbetriebe		1.776.000	1.776.000	2.866.558	—
381 63-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landes-haushalts für die gesetzliche Unfallver-sicherung des Landes Niedersachsen		1.000	1.000	511	0
TGr. 73		**Parkraumbewirtschaftung und Job-Ticket in der Landeshauptstadt**		(—)	(—)	(—)	(939)
119 73-7	960	Verkauf von Fahrausweisen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	928
124 73-0	960	Vermietung von Behördenparkplätzen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.*		—	—	—	11
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.023	
		A U S G A B E N					
546 01-5	960	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
633 11-2	910	Anteil der Spielbankgemeinden an den Brut-tospielerträgen der Spielbanken ***Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 12,5 v. H. des Auf-kommens bei 093 11 und 093 13, höchstens jedoch jährlich 28,67 Euro je Einwohner der Spielbankgemeinde.*	—	9.200.000	8.200.000	6.902.440	6.918
671 11-1	062	Erstattung der Kosten des Landeskredit-ausschusses * *Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 90,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 01.*	—	2.505.000	2.505.000	2.505.330	—
671 12-0	062	Erstattung des Landesanteils an den Kosten der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft deutscher Länder	—	61.000	61.000	60.332	48

ERLÄUTERUNGEN

Zu 093 11

Gemäß § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Spielbankgesetzes – NSpielbG – vom 10. 11. 1989 (Nieders. GVBl. S. 375), geändert durch Gesetz vom 14. 12. 2001 (Nds. GVBl. S. 756) unterliegt der Betrieb einer Spielbank der Spielbankabgabe in Höhe von 70 v. H. des Bruttospielertrages. Der Abgabesatz ermäßigt sich im Jahr der Eröffnung des Spielbetriebes und in den folgenden zwei Geschäftsjahren einer Spielbank auf 65 v. H.

Zu 093 12

Übersteigt das monatliche Troncaufkommen einer Spielbank deren Personalkosten, so erhebt das Land hierauf eine Troncabgabe. Die Abgabe beträgt 10 vom Hundert der Tronceinnahmen; sie darf jedoch den Unterschiedsbetrag zwischen Tronceinnahmen und Personalkosten nicht übersteigen (§ 4 Abs. 2 NSpielbG).

Zu 093 13

Von dem Landesanteil an der Einnahme bei 093 11 werden vom MF 5 079 000 EUR am Jahresschluss nach 093 13 umgebucht.

Zu 093 14

Nach § 3 Abs. 2 und 3 NSpielbG ist neben der Spielbankabgabe auf den Bruttospielertrag eine Zusatzabgabe zu erheben, wenn der Bruttospielertrag einer Spielbank im Geschäftsjahr den Betrag von fünf Millionen EUR übersteigt. Die Zusatzabgabe beträgt 0,0005 v. H. je volle 500 EUR des fünf Millionen EUR übersteigenden Bruttospielertrages, höchstens jedoch 18 v. H. Auf die Zusatzabgabe hat der Spielbankunternehmer für jede Spielbank täglich Vorauszahlungen zu entrichten.

Zu 111 01

Veranschlagt sind die Entgelte für Landesbürgschaften und Landeskredite. Nach der Neuregelung des Geschäftsbesorgungsverhältnisses erhält die C & L Deutsche Revision AG zur Deckung ihrer Aufwendungen von diesen Entgelten einschließlich etwaiger Entgeltermäßigungen einen variablen Anteil von max. 90 v. H., dessen Höhe u. a. von der Gesamthöhe der Entgelte abhängt. Veranschlagt ist ein Anteil von 75 v. H. Der Anteil der C & L Deutsche Revision AG ist bei 671 11 ausgewiesen.

Für die Bürgschaften im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beansprucht der Bund auf Grund seiner 50%igen Garantie 20% der Verwaltungsentgelte. Die C & L Deutsche Revision AG führt den Bundesanteil an den Verwaltungsentgelten unmittelbar aus den bei ihr eingehenden Entgelten ab.

Zu 233 11

Zahlung der Landeshauptstadt Hannover im Zusammenhang mit dem geänderten Vertrag zur Bereinigung der kulturellen und wirtschaftlichen Beteiligungsverhältnisse und zur Sicherung des kulturellen Angebots, durch den das Land u. a. das volle Eigentum an der Staatstheater GmbH Hannover und die damit verbundenen Folgekosten übernimmt.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Ausgabetitelgruppe 63.

Zu 231 63

Veranschlagt sind Erstattungen von Unfallversicherungsleistungen für Bedienstete, die im Interesse des Bundes tätig waren.

Zu 281 63

Die als Landesbetriebe geführten Einrichtungen erstatten Kosten für vom Land Niedersachsen zentral erbrachte Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung.

Zu 381 63

Erstattungen von Kosten für vom Land Niedersachsen zentral erbrachte Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung als Beteiligung von Drittmittelgebern oder anderen Erstattungspflichtigen.

Zuführung von 0512 - 981 11 (Landesversicherungsamt) EUR 1000.

Zu Titelgruppe 73

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 73/74.

Zu 633 11

Nach § 1 der Verordnung über die Höhe des Anteils der Spielbankgemeinde an der Spielbankabgabe vom 26. 1. 1990 (Nds. GVBl. S. 37), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. 12. 1994 (Nds. GVBl. S. 540), erhalten Gemeinden, in denen sich eine öffentliche Spielbank befindet, einen Anteil an der Spielbankabgabe in Höhe von 10 v. H. des Bruttospielertrages, höchstens jedoch jährlich 28,67 EUR je Einwohner. Der Höchstbetrag je Einwohner erhöht sich um die Hälfte des Vomhundertsatzes, um den der Bruttospielertrag aller niedersächsischen Spielbanken im Vorjahr gestiegen ist. Der Gemeindeanteil an der Spielbankabgabe wird monatlich jeweils für den vorausgegangenen Monat als Abschlag ausgezahlt.

Zu 671 11

Es handelt sich um die auf die C & L Deutsche Revision AG entfallenden Anteile an den Entgelten für Landesbürgschaften und Landeskredite.

Vgl. Erläuterungen zu 111 01.

Zu 671 12

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist eine Arbeitgebervereinigung, in der alle Bundesländer Mitglied sind. Die Kosten der Geschäftsstelle werden gemäß Satzung zu gleichen Teilen auf die Länder umgelegt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
682 11-3	692	Zuschuss zu den Verwaltungskosten der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG)	—	80.000	78.000	168.726	73
863 11-8	692	Darlehen an die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH ****Das MF kann zinslose Darlehen unter dem Vorbehalt gewähren, daß diese auf Anforderung binnen 1 Woche, spätestens zum Schluß des Haushaltsjahres an das Land zurückzuzahlen sind. Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.*	—	—	—	—	—
863 12-6	692	Darlehen an die Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH ****Vgl. Vermerk zu 863 11.*	—	—	—	—	—
863 13-4	859	Darlehen an die niedersächsischen Bädergesellschaften mbH ****Vgl. Vermerk zu 863 11.*	—	—	—	—	—
863 14-2	692	Darlehen an sonstige Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist ****Vgl. Vermerk zu 863 11.*	—	—	—	—	—
981 11-0	990	Abführung an 04 06 - 381 11 ** Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 093 13.*	—	5.079.000	5.079.000	4.196.684	3.497
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Sonstiger Sachaufwand für Personal** *** Abweichend von § 20 LHO sind die Ausgaben der Titelgruppe nicht gegenseitig deckungsfähig.*	(—)	(13.399.000)	(13.399.000)	(17.844.087)	(15.971)
542 63-0	960	Ausgleichsabgabe nach § 11 Schwerbehindertengesetz	—	1.399.000	1.399.000	3.834.689	3.571
546 63-5	223	Durchführung der Unfallversicherung für Angestellte und Arbeiter des Landes	—	12.000.000	12.000.000	14.009.398	12.400
TGr. 69		**Sicherheitsmaßnahmen**	(159.000) (159.000) (214.743)	(777.000)	(830.000)	(723.478)	(614)
518 69-0	049	Mieten und Pachten ** Übertragbar.*	—	74.000	72.000	69.024	83
547 69-0	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	4
811 69-0	049	Beschaffungen	159.000 159.000 214.743	159.000	210.000	92.033	—
812 69-6	049	Ergänzung von Anlagen in Dienstgebäuden (soweit nicht Baumaßnahmen) und in besonderen Fällen auch in Wohnungen	—	544.000	548.000	562.421	527
TGr. 73/74		**Parkraumbewirtschaftung und Job-Ticket in der Landeshauptstadt** ** Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 73 und 124 73.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(939)
546 73-2	960	Erwerb von Fahrausweisen ** Übertragbar.*	—	—	—	—	939
547 74-7	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 682 11

Die Verwaltungskosten der NFG werden in Ausführung des Rahmenvertrages vom 17./24. 7. 1973 vom Land getragen.

Vgl. Anlage zu diesem Kapitel.

Zu 981 11

Die Abgabe der Spielbanken zum Ausgleich der Aufwendungen für die Spielbanküberwachung wird an das Kapitel 04 06 (Finanzämter) abgeführt.

Zu Titelgruppe 63

Zu 546 63

Gesetzliche Unfallversicherung im Rahmen des 7. Buches des Sozialgesetzbuches (SGB).

Zu 542 63

Gemäß § 5 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) i. d. F. vom 26. 8. 1986 (BGBl. I S. 1421), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter vom 29. 9. 2000 (BGBl. I S. 1394), haben auch Arbeitgeber der öffentlichen Hand auf einem bestimmten Prozentsatz der Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen. Für die Verpflichtung, je Monat und unbesetztem Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten, gilt das Land als ein Arbeitgeber (§ 11 Abs. 7 SchwbG).

Aus Vereinfachungsgründen wird die vom Land zu entrichtende Ausgleichsabgabe zentral im Epl. 13 nachgewiesen.

Zu Titelgruppe 69

Die Mittel werden den obersten Landesbehörden auf Anforderung zur Bewirtschaftung zugewiesen.

Zu Titelgruppe 73/74

Mit den Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen an Bedienstete wird kostendeckend ein Job-Ticket finanziert.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 13 99					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		96.120.000	96.120.000	88.862.529	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.068.000	3.068.000	3.068.774	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		2.390.000	2.390.000	6.036.567	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.000	1.000	511	
		Summe der Einnahmen		101.579.000	101.579.000	97.968.381	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	13.473.000	13.471.000	17.913.111	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	11.846.000	10.844.000	9.636.828	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	159.000 159.000 214.743	703.000	758.000	654.454	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	5.079.000	5.079.000	4.196.684	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	159.000 159.000 214.743	31.101.000	30.152.000	32.401.077	
		Überschuss		70.478.000	71.427.000	65.567.304	

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG)

Zu 682 11

	Betrag für 2003 Tsd. EUR	Betrag für 2002 Tsd. EUR	Betrag für 2001 Tsd. EUR	Istergebnis für 2000 Tsd. EUR
Ausgaben				
1. Personalausgaben	68	66	65,956	62,481
2. Sachausgaben ohne Abschreibungen	12	12	10,737	13,085
3. Abschreibungen	—	—	—	—
4. Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—
5. Ausgleichszahlungen an die ZVK für ehem. Mitarbeiter der Nds. Hochschulbau-GmbH	—	—	92,033	—
Zusammen	80	78	168,726	75,566
Einnahmen				
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuer-erstattungen	—	—	—	1,726
Abschreibungen	—	—	—	—
Mithin Fehlbetrag	80	78	168,726	73,840

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:		
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	—	—
b) das Land mit	80	78
c) den Bund mit	—	—
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	—	—
e) Private	—	—
Zusammen	80	78

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 13					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		15.021.320.000	14.601.220.000	14.311.980.081	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		824.999.000	507.176.000	550.908.915	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.396.231.000	1.381.503.000	1.432.265.946	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.857.994.000	2.206.947.000	2.718.439.589	
		Summe der Einnahmen		19.100.544.000	18.696.846.000	19.013.594.531	
		4 Personalausgaben	—	2.151.871.000	1.968.819.000	2.014.993.940	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— 1.200.000 —	2.461.180.000	2.389.026.000	2.357.386.582	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	2.610.803.000	2.537.328.000	2.495.634.641	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	159.000 159.000 214.743	317.296.000	311.358.000	902.754.841	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–203.730.000	–198.434.000	–191.395.110	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	159.000 1.359.000 214.743	7.337.420.000	7.008.097.000	7.579.374.894	
		Überschuss		11.763.124.000	11.688.749.000	11.434.219.637	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		172.000	165.000	—	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		7.337.592.000	7.008.262.000	7.579.374.894	
		Überschuss einschl. Versorgungsanteil		11.762.952.000	11.688.584.000	11.434.219.637	

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5131 Allgemeine Rücklage

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01	Vermischte Einnahmen ****Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		—	—	—	—
162 11	Sonstige Zinseinnahmen		—	—	—	—
182 11	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermögen (einschl. Restkaufgelder)		—	—	—	—
359 11	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		—	—	—	576.874
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		104.998.000	618.498.000	1.063.442.630	—
	A U S G A B E N					
546 01	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
919 11	Abführung an den Landeshaushalt	—	104.998.000	513.500.000	444.943.783	—
	Abschluss Kapitel 51 31					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		104.998.000	618.498.000	1.063.442.630	
	Summe der Einnahmen		104.998.000	618.498.000	1.063.442.630	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	104.998.000	513.500.000	444.943.783	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	104.998.000	513.500.000	444.943.783	
	Überschuss			104.998.000	618.498.847	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 359 11

Vgl. Landeshaushalt 13 02 - 911 11.

Zu Titel 361 01

Beim Ansatz für das Jahr 2001 wurde nicht der ursprünglich im HP 2001 enthaltene, sondern der im Zuge des Abschlusses 2000 ermittelte, tatsächliche Bestand ausgewiesen.

Zu Titel 919 11

Vgl. Landeshaushalt 13 02 - 351 11.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5132 Landesliegenschaftsfonds - ohne Agrarstrukturfonds -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01	Vermischte Einnahmen ****Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		—	—	51	36
131 11	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken (ausschl. Restkaufgelder)		33.100.000	23.600.000	20.451.675	12.238
131 12	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken durch Landesbetriebe		500.000	1.000.000	—	447
162 11	Zinsen (einschl. Erbbauzinsen)		1.985.000	1.984.000	843.632	799
182 11	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermögen (einschl. Restkaufgelder)		—	—	—	—
359 11	Zuführung aus dem Landeshaushalt		4.939.000	3.951.000	8.540.364	4.105
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		63.000	10.067.000	53.382.963	—
	A U S G A B E N					
511 01	Geschäftsbedarf	—	20.000	20.000	17.895	13
527 01	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	4.000	4.000	4.090	3
546 01	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	15.000	15.000	15.339	722
711 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßmahmen im Zusammenhang mit der kurzfristigen Nutzbarmachung angekaufter Grundstücke	—	—	—	—	—
821 11	Ankauf von Grundstücken	—	15.500.000	15.500.000	15.338.756	5.199
883 11	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
919 11	Abführung an den Landeshaushalt	—	25.000.000	25.000.000	57.775.983	38.347
	Abschluss Kapitel 51 32					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		35.585.000	26.584.000	21.295.358	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		5.002.000	14.018.000	61.923.327	
	Summe der Einnahmen		40.587.000	40.602.000	83.218.685	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	39.000	39.000	37.324	
	7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	15.500.000	15.500.000	15.338.756	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	25.000.000	25.000.000	57.775.983	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	40.539.000	40.539.000	73.152.063	
	Überschuss		48.000	63.000	10.066.622	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 32

Abweichend von § 64 Abs. 1 S. 4 LHO dürfen die Mittel des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds zur Deckung des Haushalts herangezogen werden.

Soweit der Bestand es zulässt, dürfen höhere Ausgaben geleistet werden.

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird in Einzelfällen zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen i. S. der §§ 136 bis 164 des Baugesetzbuches (BauGB) oder von Entwicklungsmaßnahmen i. S. der §§ 6 und 7 des BauGB-Maßnahmengesetzes i.V.m. den §§ 165 bis 171 des BauGB erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebietes oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von 5 Jahren verpflichtet. Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 31.03.1993 (Bundesanzeiger Nr. 95a vom 25. 05. 1993) entsprechend.

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird zugelassen, dass landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke bei einer Nutzungsbindung von mindestens 20 Jahren für Hochschulzwecke unter dem vollen Wert an Gebietskörperschaften veräußert werden. Der Preisnachlass beträgt bei Liegenschaften, die einer Bauleitplanerischen Vorbereitung bedürfen

- 50 v. H. bis zum Ablauf des dritten Jahres nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes für die geplante Hochschulnutzung und
- 25 v. H. im vierten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem fünften Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.

Bei anderen Liegenschaften beträgt der Preisnachlass – 50 v. H. im ersten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes am Markt für die beabsichtigte Hochschulnutzung.

- 40 v. H. im zweiten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit und
- 25 v. H. im dritten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem vierten Jahr nach Freigabe.

Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze und Richtlinien für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom April 1997 (Bundesanzeiger 1997 S. 153) entsprechend.

Zu Titel 131 11

Vgl. Vermerk zu 919 11.

Zu Titel 131 12

Vg. Erläuterung zu 13 20 TGr. 65/66.

Zu Titel 162 11

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass der Gemeinde Butjadingen das Flurstück 794/58, Flur 11, Gemarkung Langwarden zur Größe von 1.203 qm bis zum 31.12.2032 zwecks Errichtung eines Nationalparkhauses/Museums im Wege des Erbbaurechts unter Verzicht auf die Erhebung eines Erbbauzinses überlassen wird.

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass dem Studentenwerk in Hannover das Flurstück 1796/5, Flur 5, Gemarkung Hannover in Größe von 2.051 qm bis zum Ablauf von 7 Jahren nach Inbetriebnahme des auf dem Grundstück zu errichtenden Studentenwohnheims zu einem ermäßigten Erbbauzins von 2 v.H. des Verkehrswertes überlassen wird.

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass dem Studentenwerk in Göttingen folgende landeseigenen Grundstücke bis zum Ablauf von 7 Jahren nach Inbetriebnahme der auf den Grundstücken zu errichtenden Studentenwohnheime zu einem ermäßigten Erbbauzins von 2 v.H. des Verkehrswertes überlassen werden :

a) Teilfläche des Flurstücks 126/18, Flur 6, Gemarkung Göttingen in Größe von ca. 5.395 qm,

b) Teilfläche des Flurstücks 99/45, Flur 10, Gemarkung Weende in Größe von ca. 7.000 qm,

c) Teilfläche des Flurstücks 111/11, Flur 6, Gemarkung Göttingen in Größe von ca. 3.800 qm,

d) Flurstücke 179/7 und 218/14, Flur 7 und Flurstücke 112/2, 3/3 und 145/1, Flur 9, Gemarkung Weende zur Größe von 15.698 qm.

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass der Deutschen Primatenzentrum GmbH (DPZ) in Göttingen als Forschungseinrichtung der sog. „Blauen Liste“ die für die Errichtung von Labor-, Verwaltungs- und Gehegeeinrichtungen erforderlichen landeseigenen Grundstücke ab 1999 für die Dauer ihrer Aufnahme in der „Blauen Liste“ im Wege des Erbbaurechts unter Verzicht auf die Erhebung eines Erbbauzinses überlassen werden (vgl. dazu Kapitel 06 07 Titel 252 01).

Zu Titel 359 11

Vgl. Landeshaushalt 06 03 – 916 01, 06 04 – 916 01,

13 21 – 916 11, 15 42 – 916 61 und 20 11 – 916 01.

Zu Titel 361 01

Beim Ansatz für das Jahr 2001 wurde nicht der ursprünglich im HP 2001 enthaltene, sonder der im Zuge des Abschlusses 2000 ermittelte tatsächliche Bestand ausgewiesen.

Zu Titel 919 11

Vgl. Landeshaushalt 13 21 – 356 11.

Die Ausgaben erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 131 11

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5133 Landesliegenschaftsfonds - Unterabteilung Agrarstrukturfonds -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01	Vermischte Einnahmen ****Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		51.000	51.000	51.129	148
131 11	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken (ausschl. Restkaufgelder)		6.340.000	6.340.000	6.340.019	15.529
131 12	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken von Landesbetrieben		—	—	—	—
162 11	Zinsen (einschl. Erbbauzinsen)		204.000	204.000	204.517	244
182 11	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermögen (einschl. Restkaufgelder)		51.000	51.000	51.129	—
359 11	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		—	—	—	—
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		7.059.000	16.457.000	27.832.174	—
	A U S G A B E N					
511 01	Geschäftsbedarf	—	36.000	36.000	35.790	29
527 01	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2.000	2.000	1.534	0
546 01	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	154.000	154.000	153.388	138
711 01	Kleinere Neu-, Um und Erweiterungsbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der kurzfristigen Nutzbarmachung angekaufter Grundstücke	—	—	—	—	—
821 11	Ankauf von Grundstücken	—	1.855.000	1.855.000	1.854.456	1.181
919 11	Abführung an den Landeshaushalt	—	11.323.000	13.997.000	17.977.023	7.283
	Abschluss Kapitel 51 33					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		6.646.000	6.646.000	6.646.794	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		7.059.000	16.457.000	27.832.174	
	Summe der Einnahmen		13.705.000	23.103.000	34.478.968	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	192.000	192.000	190.712	
	7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.855.000	1.855.000	1.854.456	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	11.323.000	13.997.000	17.977.023	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	13.370.000	16.044.000	20.022.191	
	Überschuss		335.000	7.059.000	14.456.777	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 33

Soweit der Bestand es zulässt, dürfen höhere Ausgaben geleistet werden.

Zu Titel 131 11

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird in Einzelfällen zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen i. S. der §§ 136 bis 164 des Baugesetzbuches (BauGB) oder von Entwicklungsmaßnahmen i. S. der §§ 6 und 7 des BauGB-Maßnahmengesetzes i.V.m. den §§ 165 bis 171 des BauGB erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebietes oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundtsück innerhalb von 5 Jahren verpflichtet. Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 31.03.1993 (Bundesanzeiger Nr. 95a vom 25.05.1993) entsprechend.

Gem. § 63 Abs. 4 S. 3 LHO wird zugelassen, dass das Aneignungsrecht des Fiskus hinsichtlich des herrenlosen Flurstücks 1078/121, Flur 2, Gemarkung Fleestedt, Landkr. Harburg, ohne Wertausgleich an die Gemeinde Seevetal abgetreten wird.

Gem. § 63 Abs. 4 LHO wird zugelassen, dass landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke bei einer Nutzungsbindung von mindestens 20 Jahren für Hochschulzwecke unter dem vollen Wert an Gebietskörperschaften veräußert werden. Der Preisnachlass beträgt bei Liegenschaften, die einer Bauleitplanerischen Vorbereitung bedürfen

- 50 v.H. bis zum Ablauf des dritten Jahres nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes für die geplante Hochschulnutzung und
- 25 v.H. im vierten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem fünften Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.

Bei anderen Liegenschaften beträgt der Preisnachlass

- 50 v.H. im ersten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes am Markt für die beabsichtigte Hochschulnutzung.
- 40 v.H. im zweiten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit und
- 25 v.H. im dritten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem vierten Jahr nach Freigabe.

Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze und Richtlinien für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 26.03.1996 entsprechend.

Zu Titel 162 11

Gem. § 64 i.V.m. § 63 Abs. 4 S. 3 und Abs. 6 LHO wird zugelassen, dass dem Studentenwerk in Oldenburg das Flurstück 3/242, Flur 49, Gemarkung Emden in Größe von 0,6887 ha bis zum Ablauf von 7 Jahren nach Inbetriebnahme des auf dem Grundstück zu errichtenden Studentenwohnheims zu einem ermäßigten Erbbauzins von 2 v.H. des Verkehrswertes überlassen wird.

Zu Titel 361 01

Beim Ansatz für das Jahr 2001 wurde nicht der ursprünglich im HP 2001 enthaltene, sondern der im Zuge des Abschlusses 2000 ermittelte tatsächliche Bestand ausgewiesen.

Zu Titel 919 11

Vgl. Landeshaushalt 09 03 - 356 10, 09 10 - 356 10, 09 30 - 356 10, 09 31 - 356 10, 09 50 - 356 10, 10 04 - 356 10, 10 04 - 356 70, 13 21 - 356 12, 20 64 - 356 62, und 20 75 - 356 01.

Die Ausgaben erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 131 11.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5135 Unterabteilung „Zinsen für Diskontkredite“ der Allgemeinen Rücklage

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 11	Zuführungen aus dem Landeshaushalt ****Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.*		18.122.000	18.122.000	18.122.229	18.122
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		180.917.000	162.795.000	144.672.901	—
	A U S G A B E N					
919 11	Abführung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
	Abschluss Kapitel 51 35					
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		199.039.000	180.917.000	162.795.130	
	Summe der Einnahmen		199.039.000	180.917.000	162.795.130	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	
	Überschuss		199.039.000	180.917.000	162.795.130	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 35

Entnahmen dürfen nur zur Zahlung von Zinsen für Diskontkredite verwendet werden.

Zu Titel 359 11

Vgl. Landeshaushalt 13 25 - 575 12.

Zu Titel 361 01

Anpassung an das tatsächliche Ist.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5136 Unterabt. „Tilgung d. zweckgeb. Schulden d . EXPO 2000 Hannover GmbH“ d. Allg. Rückl.

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 11	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		17.895.000	17.895.000	—	—
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		17.895.000	—	—	—
	A U S G A B E N					
919 11	Abführung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
	Abschluss Kapitel 51 36					
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		35.790.000	17.895.000	—	
	Summe der Einnahmen		35.790.000	17.895.000	—	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	
	Überschuss		35.790.000	17.895.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 36

Die Tilgung der zweckgebundenen Kredite soll voraussichtlich im Jahr 2011 durch Entnahme in einer Summe aus der Unterabteilung und Einstellung eines entsprechenden Minusbetrages bei dem Titel 13 25 - 595 82 erfolgen.

Zu Titel 359 11

Vgl. Landeshaushalt 13 25 - 595 80.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5139 Landesversorgungsrücklage

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 01	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
162 11	Zinsen		4.419.000	2.354.000	—	—
359 11	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		48.834.000	35.528.000	—	17.172
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		89.468.000	51.586.000	24.283.297	—
	A U S G A B E N					
546 01	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	—
919 11	Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
	Abschluss Kapitel 51 39					
	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		4.419.000	2.354.000	—	
	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		138.302.000	87.114.000	24.283.297	
	Summe der Einnahmen		142.721.000	89.468.000	24.283.297	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	
	Überschuss		142.721.000	89.468.000	24.283.297	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 39

Durch Art. 5 Nr. 4 des Versorgungsreformgesetzes 1998 (BGBl. I S. 1666) ist in das Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) § 14a m.W.v. 1. Januar 1999 neu eingefügt worden. Danach sind beim Bund und in den Ländern Versorgungsrücklagen als Sondervermögen zu bilden, um die Versorgungsleistungen angesichts der demographischen Veränderungen und des Anstiegs der Zahl der Versorgungsempfänger in den Jahren 2014 bis 2028 sicherzustellen.

Durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 wird die Landesversorgungsrücklage als Pendant zur zweiten Stufe der Rentenreform bis 2017 weitergeführt.

In der Zeit vom 1. Januar 1999 bis zum 31. Dezember 2013 werden die Anpassungen der Besoldung in gleichmäßigen Schritten von durchschnittlich 0,2 Prozentpunkten abgesenkt; die dadurch ersparten Beiträge sind dem Sondervermögen zuzuführen. Die Mittel der Sondervermögen dürfen nur zur Finanzierung künftiger Versorgungsausgaben in dem vorgenannten Zeitraum verwendet werden.

Der Wirtschaftsplan umfasst den staatlichen Bereich.

Zu Titel 359 11

Vgl. Landeshaushalt 13 02 - 424 11, 682 12 und 13 50 - 434 11.

Zu Titel 361 01

Der Wirtschaftsplan des Jahres 2002 weist für das Jahr 2001 Zuführungen aus dem Landeshaushalt in Höhe von 27.303.000 EURO aus. Dieser Betrag wurde bei der Berechnung des Bestandsübertrages in das Jahr 2002 zugrunde gelegt.

Wirtschaftsplan für die Niedersächsische Landesversorgungsrücklage

für die Geschäftsjahre 2002 und 2003

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Finanzbedarf	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR[1])	Deckungsmittel	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR[1])
1. Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt				
2. Kursdifferenz	—	—	—	202	– aktiv Beschäftigte	32 814	24 111	20 605	12 583
3. Sonstige Aufwendungen	—	—	—	—	– Versorgungsempfänger	13 284	9 401	6 698	4 010
					2. Zuführungen von Landesbetrieben	2 736	2 016	511	579
					3. Rückflüsse Geldanlagen				
					– langfristig	17 250	—	—	—
					– kurzfristig	114	1 032	901	81
					4. Zinseinnahmen	4 419	2 354	2 122	732
					5. Sonstige Einnahmen	—	—	—	—
					6. Forderungen	—	—	—	1
Summe:	—	—	—	202		70 617	38 914	30 837	17 986
Finanzanlage						70 617	38 914	30 837	17 784

[1]) Als Umrechnungskurs für einen Euro wurde 1,95583 Deutsche Mark (DM) amtlich festgelegt. Rundungsbedingte Summendifferenzen sind möglich.

Erläuterungen zum Finanzplan

Die Ablieferungen an den Landeshaushalt werden ab dem Jahr 2014 erfolgen.

Die Zuführungen aus dem Landeshaushalt für aktiv Beschäftigte und Versorgungsempfänger entsprechen den zu veranschlagenden Haushaltsmitteln, die für die Zuführung an das Sondervermögen auf Basis des MHR-Datenbestandes vom 17. 5. 2001 berechnet worden sind.

Der Ansatz der Zuführungen für 2002 enthält im Gegensatz zum Soll 2001 keine Erhöhung der dynamisierten Bezügebestandteile für das Kalenderjahr 2000 (BBVAnpG 2000).

Das Guthaben auf dem Geldmarktkonto ist als kurzfristige Geldanlage jederzeit verfügbar. Das Konto enthält eine Zinsvereinbarung, die sich eng an den aktuellen Durchschnittszinssatz für Tagesgelder anlehnt.

In den Zinseinnahmen sind die im Kalenderjahr zufließenden Zinsen enthalten.

Der verbleibende Betrag wird nach Abzug der Sach- und sonstigen Ausgaben an den Geld- und Kapitalmärkten angelegt.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Finanzbedarf	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR[1])	Deckungsmittel	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR[1])
1. Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—	1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt			
2. Kursdifferenz	—	—	202	– aktiv Beschäftigte	24 111	20 605	12 583
2. Sonstige Aufwendungen	—	—	—	– Versorgungsempfänger	9 401	6 698	4 010
				2. Zuführungen von Landesbetrieben	2 016	511	579
				3. Rückflüsse Geldanlagen			
				– langfristig	—	—	—
				– kurzfristig	1 032	901	81
				4. Zinseinnahmen	2 354	2 122	732
				5. Sonstige Einnahmen	—	—	—
				6. Forderungen	—	—	1
Summe:	—	—	202		38 914	30 837	17 986
Finanzanlage					38 914	30 837	17 784

[1]) Als Umrechnungskurs für einen Euro wurde 1,95583 Deutsche Mark (DM) amtlich festgelegt. Rundungsbedingte Summendifferenzen sind möglich.

Erläuterungen zum Finanzplan

Die Ablieferungen an den Landeshaushalt werden ab dem Jahr 2014 erfolgen.

Die Zuführungen aus dem Landeshaushalt für aktiv Beschäftigte und Versorgungsempfänger entsprechen den zu veranschlagenden Haushaltsmitteln, die für die Zuführung an das Sondervermögen auf Basis des MHR-Datenbestandes vom 17. 5. 2001 berechnet worden sind.

Der Ansatz der Zuführungen für 2002 enthält im Gegensatz zum Soll 2001 keine Erhöhung der dynamisierten Bezügebestandteile für das Kalenderjahr 2000 (BBVAnpG 2000).

Das Guthaben auf dem Geldmarktkonto ist als kurzfristige Geldanlage jederzeit verfügbar. Das Konto enthält eine Zinsvereinbarung, die sich eng an den aktuellen Durchschnittszinssatz für Tagesgelder anlehnt.

In den Zinseinnahmen sind die im Kalenderjahr zufließenden Zinsen enthalten.

Der verbleibende Betrag wird nach Abzug der Sach- und sonstigen Ausgaben an den Geld- und Kapitalmärkten angelegt.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Erträge	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR[1])	Aufwendungen	Soll 2003 Tsd. EUR	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR[1])
1. Zinserträge					1. Zinsaufwendungen	—	—	—	—
– langfristig	5 516	3 240	2 206	674	2. Kosten				
– kurzfristig	178	52	52	181	bei Geldanlage	—	—	—	—
– sonstige	—	—	—	—	– Kursdifferenz	—	—	—	202
2. Sonstige Erträge	—	—	—	—	3. Sonstige Aufwendungen	—	—	—	—
Summe:	5 694	3 292	2 258	855		—	—	—	202
Jahresüberschuss						5 694	3 292	2 258	653

[1]) Als Umrechnungskurs für einen Euro wurde 1,95583 Deutsche Mark (DM) amtlich festgelegt. Rundungsbedingte Summendifferenzen sind möglich.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

In den Zinserträgen sind die im Kalenderjahr entstehenden Erträge enthalten. Der Zinszufluss kann in einem späteren Kalenderjahr erfolgen.

Das Geldmarktkonto wird als kurzfristige Geldanlage genutzt. Es enthält eine Zinsvereinbarung, die sich eng an den aktuellen Durchschnittszinssatz für Tagesgelder anlehnt.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Erträge	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Ist 2000 Tsd. EUR[1])	Aufwendungen	Soll 2002 Tsd. EUR	Soll 2001 Tsd. EUR	Soll 2000 Tsd. EUR[1])
1. Zinserträge				1. Zinsaufwendungen	—	—	—
– langfristig	3 240	2 206	674	2. Kosten			
– kurzfristig	52	52	181	bei Geldanlagen	—	—	—
– sonstige	—	—	—	– Kursdifferenz	—	—	202
2. Sonstige Erträge	—	—	—	3. Sonstige Aufwendungen	—	—	—
Summe:	3 292	2 258	855		—	—	202
Jahresüberschuss					3 292	2 258	653

[1]) Als Umrechnungskurs für einen Euro wurde 1,95583 Deutsche Mark (DM) amtlich festgelegt. Rundungsbedingte Summendifferenzen sind möglich.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

In den Zinserträgen sind die im Kalenderjahr entstehenden Erträge enthalten. Der Zinszufluss kann in einem späteren Kalenderjahr erfolgen.

Das Geldmarktkonto wird als kurzfristige Geldanlage genutzt. Es enthält eine Zinsvereinbarung, die sich eng an den aktuellen Durchschnittszinssatz für Tagesgelder anlehnt.

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 13 21 Verwaltung des Sondervermögens Landesliegenschaftsfonds

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamte/-innen[2]) **(Titel 422 01)**	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 16	2	2	—	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	2	2	—	Direktor/-in	
A 14	1	1	—	Oberrat/-rätin	
A 13	3	3	—	Oberamtsrat/-rätin	
	8	8	—	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	2	entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 15	2	
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13	3	
Zusammen	8	

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 14

Landesrechnungshof

Vorwort zum Einzelplan 14

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung

Der Einzelplan 14 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Niedersächsischen Landesrechnungshofs, im Einzelnen:

I. des Landesrechnungshofs (Kapitel 14 01),

II. der Staatlichen Rechnungsprüfungsämter (Kapitel 14 03),

III. des Staatlichen Rechnungsprüfungsamts Hannover I – Hochbau Bund – (Kapitel 14 04)

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1401	Landesrechnungshof	—	2.000	—	—	2.000	5.994.000	361.000
1403	Staatliche Rechnungsprüfungsämter	—	6.000	—	—	6.000	6.476.000	526.000
1404	Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I - Hochbau Bund -	—	—	—	1.154.000	1.154.000	1.028.000	84.000
	Summe 2002	—	8.000	—	1.154.000	1.162.000	13.498.000	971.000
	Summe 2001	—	3.067	1.011.489	—	1.014.556	12.312.931	1.042.011
	2002 mehr/weniger (-)	—	4.933	-1.011.489	1.154.000	147.444	1.185.069	-71.011

2002

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 14**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	139.000	161.000	6.655.000	-6.653.000	-6.148.796	-504.204	—
—	—	394.000	37.000	7.433.000	-7.427.000	-6.597.148	-829.852	—
—	—	42.000	—	1.154.000	—	1	-1	—
—	—	575.000	198.000	15.242.000	-14.080.000	-12.745.943	-1.334.057	—
—	—	182.122	223.435	13.760.499				—
—	—	392.878	-25.435	1.481.501				—

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1401	Landesrechnungshof	—	2.000	—	—	2.000	5.985.000	362.000
1403	Staatliche Rechnungsprüfungsämter	—	6.000	—	—	6.000	6.460.000	520.000
1404	Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I - Hochbau Bund -	—	—	—	1.116.000	1.116.000	1.028.000	84.000
	Summe 2003	—	8.000	—	1.116.000	1.124.000	13.473.000	966.000
	Summe 2002	—	8.000	—	1.154.000	1.162.000	13.498.000	971.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	—	—	-38.000	-38.000	-25.000	-5.000

2003

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 14**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	104.000	161.000	6.612.000	-6.610.000	-6.653.000	43.000	—
—	—	58.000	37.000	7.075.000	-7.069.000	-7.427.000	358.000	—
—	—	4.000	—	1.116.000	—	—	—	—
—	—	166.000	198.000	14.803.000	-13.679.000	-14.080.000	401.000	—
—	—	575.000	198.000	15.242.000				—
—	—	-409.000	—	-439.000				—

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1401 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-8	011	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	0
119 03-4	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		1.000	1.000	—	—
119 06-9	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	511	0
119 51-4	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
132 01-4	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	2.045	11
132 11-1	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 11.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 04-1	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	—	—	—	—
412 10-6	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	—	—
422 01-2	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	5.288.000	5.286.000	4.873.021	4.154
422 09-8	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 10-1	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-5	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	78.000	108.000	127.261	129
425 01-1	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	454
426 01-8	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	79
427 39-1	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 01-7	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	606.000	587.000	414.044	548
441 02-5	940	Beihilfen für Angestellte	—	2.000	2.000	562	1
441 03-3	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	0
441 06-8	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	—	—
443 01-0	940	Fürsorgeleistungen	—	1.000	1.000	511	—
453 01-5	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	10.000	10.000	10.226	3
511 01-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Ger äte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstän de, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	79.000	78.000	9.203	6
514 01-4	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	11.000	11.000	10.737	11
517 01-3	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	47.000	47.000	11.248	9
517 19-6	011	Reinigungskosten	—	—	—	21.474	21
517 59-5	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	14.827	19
518 01-0	011	Mieten und Pachten	—	14.000	14.000	13.805	13
519 01-6	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 01-6	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	12.000	16.000	8.181	6
526 01-2	011	Sachverständige	—	41.000	41.000	40.903	5
527 01-9	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	54.000	54.000	53.686	36

ERLÄUTERUNGEN

Zu 412 10

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung im Rahmen einer Höchstbetragsregelung.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
92,94	92,91	91,74	86,98

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,03	0,50
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	0,03	1,50
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	0,33
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	0,33
Bleibt Zugang	0,03	1,17

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	79,00	79,00	—	79
Angestellte	11,94	11,94	—	13
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	92,94	92,94	—	94

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	78,97	78,97	—	79
Angestellte	11,94	11,94	—	13
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	92,91	92,91	—	94

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	5 288	5 286

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	5 288	5 286
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	135	157
43	Versorgungsbezüge	1 762	1 696
44	Beihilfen, Unterstützungen	254	247
45	Personalbezogene Sachausgaben	10	10
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	38	–5
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		7 487	7 391

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	3	3	3

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	3	3	3

Zu 525 01

In den Hj. 2002 und 2003 sind Angehörige des LRH insbesondere auf dem Gebiet der Kosten- und Leistungsrechnung fortzubilden.

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1401 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
527 02-7	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2.000	2.000	—	—
527 03-5	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	2.045	2
529 10-0	011	Zur Verfügung des Präsidenten	—	2.000	2.000	2.045	1
529 11-9	011	Zur Verfügung des Präsidenten Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe (Bund und Länder)	—	4.000	—	—	—
546 59-5	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	511	—
547 10-9	011	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	—
681 01-8	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
811 01-9	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	16.259	21
811 11-6	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	—	—	—	—
812 10-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	27.000	27.000	—	—
812 13-9	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-5	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-1	990	Abführung an 1321 - 381 14	—	161.000	161.000	197.768	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-3	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-6	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-1	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(172.000)	(207.000)	(191.684)	(101)
511 99-6	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	25.000	28.000	—	—
525 98-9	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen	—	5.000	5.000	—	—
525 99-7	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	8.000	8.000	12.527	8
538 98-3	011	Dienstleistung des Informatikzentrums Niedersachsen	—	38.000	38.000	—	—
538 99-1	011	Dienstleistung Außenstehender	—	19.000	16.000	67.491	5
812 99-6	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	77.000	112.000	111.666	87
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			131.862	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 529 11

Der Präsident des LRH ist im Jahr 2003 Gastgeber der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder.

Zu 812 10

Die Diensträume des LRH sollen in mehreren Schritten mit ergonomischeren Möbeln ausgestattet werden.

Zu Titelgruppe 98/99

Das Projekt „Dokumentations- und Informationssystem“ wird fortgesetzt. Abgängige Hardware ist zu ersetzen. Im Hj. 2002 wird der LRH an das Steuer-Daten-Abrufverfahren angeschlossen.

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1401 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 14 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		2.000	2.000	3.067	
		Summe der Einnahmen		2.000	2.000	3.067	
		4 Personalausgaben	—	5.985.000	5.994.000	5.425.625	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	362.000	361.000	400.545	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	104.000	139.000	127.925	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	161.000	161.000	197.768	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	6.612.000	6.655.000	6.151.863	
		Zuschuss		6.610.000	6.653.000	6.148.796	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.762.000	1.696.000	1.443.633	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		8.374.000	8.351.000	7.595.496	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		8.372.000	8.349.000	7.592.429	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1403 Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-5	011	Vermischte Einnahmen		6.000	6.000	—	—
119 51-1	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	1
271 01-1	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Landesbetriebe und sonstige öffentliche Einrichtungen		—	—	14.316	1
		A U S G A B E N					
422 01-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	6.283.000	6.233.000	5.719.311	4.752
422 10-9	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-2	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	174.000	240.000	260.657	281
425 01-9	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	882
425 31-0	011	Leistungen aufgrund von Auflösungensverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	16
427 39-9	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-2	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	3.000	3.000	2.556	—
511 01-2	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	89.000	89.000	14.879	11
514 01-1	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	4.000	4.000	3.068	3
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	82.000	83.000	15.492	14
517 19-3	011	Reinigungskosten	—	—	—	26.383	23
517 59-2	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	42.949	35
518 01-7	011	Mieten und Pachten	—	235.000	235.000	234.632	230
519 01-3	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5.000	5.000	—	—
519 03-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	1.023	0
525 01-3	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	13.000	13.000	10.993	7
526 01-0	011	Sachverständige	—	3.000	3.000	2.505	3
527 01-6	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	45.000	45.000	34.001	32
527 02-4	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	2.000	2.000	—	—
527 03-2	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	2.352	0
537 01-1	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
538 01-8	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	562	—
546 03-7	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	7
546 59-2	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	511	0
547 10-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-5	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
811 01-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
136,01	134,94	134,64	129,72

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	1,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	1,07	2,30
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	1,07	3,30
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	3,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	3,00
Bleibt Zugang	1,07	0,30

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	119,55	119,55	—	120
Angestellte	16,46	16,46	—	17
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	136,01	136,01	—	137

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	118,48	118,48	—	120
Angestellte	16,46	16,46	—	17
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	134,94	134,94	—	137

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	6 283	6 233

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	6 283	6 233
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	240	295
43	Versorgungsbezüge	2 046	1 966
44	Beihilfen, Unterstützungen	306	296
45	Personalbezogene Sachausgaben	3	3
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	46	–6
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		8 924	8 787

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 518 01

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	112 500	112 500
2003	65 700	65 700
Summe	178 200	178 200

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1403 Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 10-1	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
812 13-6	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	4
812 15-2	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	17
981 01-9	990	Abführung an 1321 - 381 14	—	37.000	37.000	25.667	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(100.000)	(441.000)	(67.388)	(3)
511 99-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	16.000	21.000	—	—
525 98-6	011	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen	—	2.000	2.000	—	—
525 99-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	7.000	7.000	7.209	3
538 98-0	011	Dienstleistung des Informatikzentrums Niedersachsen	—	5.000	5.000	—	—
538 99-9	011	Dienstleistung Außenstehender	—	12.000	12.000	11.760	—
812 99-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	58.000	394.000	48.419	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			146.535	
		Abschluss Kapitel 14 03					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		6.000	6.000	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	14.316	
		Summe der Einnahmen		6.000	6.000	14.316	
		4 Personalausgaben	—	6.460.000	6.476.000	5.982.524	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	520.000	526.000	554.854	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	58.000	394.000	48.419	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	37.000	37.000	25.667	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.075.000	7.433.000	6.611.464	
		Zuschuss		7.069.000	7.427.000	6.597.148	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.046.000	1.966.000	1.640.071	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		9.121.000	9.399.000	8.251.535	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		9.115.000	9.393.000	8.237.219	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Abgängige Hardware ist zu ersetzen. Das Staatl. Rechnungsprüfungsamt Hannover II wird im Hj. 2002 an das Steuer-Daten-Abrufverfahren angeschlossen.

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1404 Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I - Hochbau Bund -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
231 01-3	016	Erstattungen der Verwaltungsausgaben für die hochbautechnische Betreuung der Bundesbauanlagen		—	—	997.173	1.162
231 10-2	016	Erstattungen der Verwaltungsausgaben für die hochbautechnische Betreuung der Bundesbauanlagen		—	—	—	—
381 10-4	990	Zuführung von 0410-981 03		1.116.000	1.154.000	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-3	016	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	1.028.000	1.028.000	904.782	52
422 10-2	016	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-6	016	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	016	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	908
425 31-4	016	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
511 01-6	016	Geschäftsbedarf	—	8.000	8.000	2.045	1
514 01-5	016	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
517 01-4	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	18.000	18.000	7.721	7
517 19-7	016	Reinigungskosten	—	—	—	5.675	5
517 59-6	016	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	3.528	3
518 01-0	016	Mieten und Pachten	—	44.000	44.000	43.409	43
525 01-7	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.000	2.000	1.278	1
526 01-3	016	Sachverständige	—	—	—	562	0
527 01-0	016	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	6.000	6.000	3.323	2
527 02-8	016	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	1.000	1.000	—	—
527 03-6	016	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	511	—
546 59-6	016	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	665	0
547 10-0	016	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-9	016	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
812 10-5	016	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
812 13-0	016	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-6	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(9.000)	(47.000)	(7.312)	(—)
511 99-7	016	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	3.000	3.000	—	—
525 98-0	016	Aus- und Fortbildung durch das Informatikzentrum Niedersachsen	—	1.000	1.000	—	—
525 99-8	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	511	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 14 04

Die im Zusammenhang mit der Vorprüfung von Baumaßnahmen des Bundes (vgl. Abschnitt J der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen) entstehenden Kosten werden gemäß dem Verwaltungsabkommen über die Erledigung von Bauaufgaben des Bundes durch die Niedersächsische Staatshochbauverwaltung vom 10. 12./21. 12. 1993 vom Bund erstattet.

Die Erstattung richtet sich nach der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland vom 16. 2. 2001 / 8. 3. 2001.

Zu 381 10

Die Gesamterstattung des Bundes wird im Kapitel 04 10 veranschlagt. Der auf die Vorprüfung entfallende Anteil wird an Kapitel 14 04 weitergeleitet.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
14,50	14,50	17,59	15,71

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	2,43
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	0,66
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	3,09
Bleibt Abgang	—	3,09

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1	1	—	1
Angestellte	13,5	13,5	—	15
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	14,5	14,5	—	16

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1	1	—	1
Angestellte	13,5	13,5	—	15
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	14,5	14,5	—	16

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
	1 028	1 028

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 028	1 028
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1	1
43	Versorgungsbezüge	21	20
44	Beihilfen, Unterstützungen	49	47
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	7	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 106	1 095

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1404 Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I - Hochbau Bund -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
538 98-4	016	Dienstleistung des Informatikzentrums Niedersachsen	—	—	—	—	—
538 99-2	016	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	1.000	1.000	1.023	—
812 99-7	016	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	4.000	42.000	5.778	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			16.361	
		Abschluss Kapitel 14 04					
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	997.173	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.116.000	1.154.000	—	
		Summe der Einnahmen		1.116.000	1.154.000	997.173	
		4 Personalausgaben	—	1.028.000	1.028.000	904.782	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	84.000	84.000	86.612	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	4.000	42.000	5.778	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.116.000	1.154.000	997.172	
		Überschuss				1	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		21.000	20.000	15.850	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.137.000	1.174.000	1.013.022	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		21.000	20.000	15.849	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 14					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		8.000	8.000	3.067	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	1.011.489	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		1.116.000	1.154.000	—	
		Summe der Einnahmen		1.124.000	1.162.000	1.014.556	
		4 Personalausgaben	—	13.473.000	13.498.000	12.312.931	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	966.000	971.000	1.042.011	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	166.000	575.000	182.122	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	198.000	198.000	223.435	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	14.803.000	15.242.000	13.760.499	
		Zuschuss		13.679.000	14.080.000	12.745.943	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.829.000	3.682.000	3.099.554	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		18.632.000	18.924.000	16.860.053	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		17.508.000	17.762.000	15.845.497	

Einzelplan 14

Landesrechnungshof

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 01 Landesrechnungshof

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamte/-innen
				Feste Gehälter:
B 9[1])	1	1	1	Präsident/-in des Landesrechnungshofs
B 7	1	1	1	Vizepräsident/-in des Landesrechnungshofs
B 6	5	5	5	Ministerialdirigent/-in und Mitglied des Landesrechnungshofs
B 2	5	5	5	Ministerialrat/-rätin
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	8	8	7	Ministerialrat/-rätin
A 15	9	9	10	Direktor/-in
A 14	11	11	10	Oberrat/-rätin
A 13[7])	3	3	3	Rat/-rätin
A 13	32	32	30	Oberrechnungsrat/-rätin
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin, Rechnungsrat/-rätin
A 11	—	—	2	Amtmann/-männin/-frau
A 9[3])	1	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	1	Amtsinspektor/-in
	79	79	78	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31:
A 15	1	2	2	Direktor/-in
A 13	1	1	1	Oberrechnungsrat/-rätin
	2	3	3	Zusammen
				Leerstellen:
B 2[6])	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 16[6])	1	1	1	Ministerialrat/-rätin
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

Allgemeiner Haushaltsvermerk:

Für Prüfungsbeamte des LRH, die zum Aufstieg in eine Laufbahn des höheren Dienstes zugelassen sind, können vorübergehend Planstellen des Kap. 14 01 von den Behörden in Anspruch genommen werden, bei denen das Aufstiegsverfahren durchgeführt wird.

[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.

[3]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[6]) kw.

[7]) Die Stellen können bei Bedarf vorübergehend auch mit Beamtinnen/Beamten des gehobenen Dienstes besetzt werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Aufsteigende Gehälter

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	gegen Einsparung
Zusammen	1	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	von Bes.-Gr. A 15
Bes.-Gr. A 13	2	von Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 12	2	von Bes.-Gr. A 11 gegen Einsparung
Zusammen	5	

Erläuterungen für 2003:

Stellen zu Titel 422 31

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Ausscheiden des Stelleninhabers ab 1. 6. 2002
Zusammen	1	

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 01 Landesrechnungshof

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	1	1	1	
V b[1])	2	2	2	
VI b[1])	3	3	3	
VII	1	1	1	
IX b	2	2	2	
IX b–VII[4])[5])	4	4	5	
	13	13	14	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die Vorzimmerkraft der Präsidentin/des Präsidenten des Landesrechnungshofs ist für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhält eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung wird sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die Vorzimmerkraft der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs ist für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) Die derzeitige Stelleninhaberin erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit als Kanzleivorsteherin eine übertarifliche monatliche Zulage in Höhe von 76,70 EUR.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002

Angestellte:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Einsparung
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der HV Nr. 1 Abs. 3 wurde geändert.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
4	2	2	2	
	2	2	2	Zusammen

Haushaltsvermerke

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 03 Staatliche Rechnungsprüfungsämter

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 15	5	5	5	Direktor/-in	
A 13	15	15	15	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	53	53	42	Amtsrat/-rätin	
A 11	47	47	60	Amtmann/-männin	
A 10	—	—	—	Oberinspektor/-in	
	120	120	122	Zusammen	
				Stellen zu Titel 422 31:	
A 14	1	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13	2	3	4	Oberamtsrat/-rätin,	
A 12	2	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	1	1	1	Amtmann/-männin/-frau,	
	6	7	8	Zusammen	
				Leerstellen:	
A 11	—	—	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	—	—	1	Oberinspektor/-in	
	—	—	2	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Aufsteigende Gehälter

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	2	davon 1 Einsparung 1 Stelle infolge ZV für 2003 (2002)
Zusammen	2	

Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	11	von Bes.-Gr. A 11 gegen Einsparung
Zusammen	11	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Ausscheiden des Stelleninhabers zum 1. 9. 2001
Zusammen	1	

Leerstellen

Abgang:	Leerstellen
Bes.-Gr. A 10	1
Bes.-Gr. A 11	1
Zusammen	2

Sonstige Veränderungen:

Der HV Nr. 1 zu den Leerstellen (kw) wurde vollzogen.

Erläuterungen für 2003:

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Ausscheiden des Stelleninhabers zum 1. 3. 2002
Zusammen	1	

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 03 Staatliche Rechnungsprüfungsämter

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) 2 ku nach Bes.-Gr. A 11 und Verg.-Gr. III BAT.
				Angestellte	
III	8	8	8		
IV a[1])	2	2	2		
VI b	4	4	5		
VII	3	3	3		
IX b	—	—	1		
	17	17	19	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. III BAT	1	Verlagerung von Kap. 14 04
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III BAT	1	Stelle infolge ZV bis 2003 (2002)
Verg.-Gr. VII BAT	2	Einsparung
Zusammen	3	

Umwandlung (Allgemeine Bestimmungen 2001 Nr. 2 Abs. 7)

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII BAT	2	davon 1 von Verg.-Gr. VI b BAT 1 von Verg.-Gr. IX b–VII BAT
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b BAT	1	nach Verg.-Gr. VII BAT
Verg.-Gr. IX b–VII BAT	1	nach Verg.-Gr. VII BAT
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der HV Nr. 1 wurde neu ausgebracht.
Der HV Nr. 3 ([3])2 kw infolge ZV bis 2003 (2003).) wurde vollzogen.
Abweichend davon wurden in Abgang gestellt:

	Stellen
Bes.-Gr. A 11	1
Verg.-Gr. III BAT	1

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 04 Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I – Hochbau-Bund –

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
				Planmäßige Beamte/-innen	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 13[1])	1	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
	1	1	1	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[2]) 1 ku nach Ver.-Gr. III BAT. [5]) 1 ku nach Ver.-Gr. III BAT.
				Angestellte	
II a[2])	2	2	2		
III	11	11	14		
IV a[5])	1	1	1		
VI b	1	1	1		
IX b–VII	—	—	1		
	15	15	19	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III BAT	3	1 Verlagerung nach Kapitel 14 03 2 Stellen infolge ZV bis 2003 (2002)
Verg.-Gr. IX b–VII BAT	1	Stelle infolge ZV bis 2003 (2002)
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:

Die HV Nrn. 1 zu Verg.-Gr. II a ([1]) 1 kw infolge ZV bis 2003 (2003).), 3 zu Verg.-Gr. IV a ([3]) 1 kw infolge ZV bis 2003 (2003).) und 4 zu Verg.-Gr. IX b–VII BAT ([4]) 1 kw infolge ZV bis 2003 (2003).) wurden vollzogen.
Abweichend davon wurden in Abgang gestellt:

	Stellen
Verg.-Gr. III BAT	2
Verg.-Gr. IX b–VII BAT	1

Die HV Nrn. 2 und 5 wurden neu ausgebracht.

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 15

Umweltministerium

Vorwort zum Einzelplan 15

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 15 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Umweltministeriums, im einzelnen

I. des Umweltministeriums (Kap. 15 01),
II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 15 02),
III. des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (Kap. 15 03)
IV. der Gewerbeaufsichtsverwaltung (Kap. 15 06),
V. des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 15 20),
VI. der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (Kap. 15 22),
VII. des Nationalparks Harz (Kap. 15 24),
VIII. des Nationalparks Wattenmeer (Kap. 15 25),
IX. der Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten (Kap. 15 40),
X. der Kampfmittelbeseitigung (Kap. 15 42),
XI. der Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen (Kap. 15 50),
XII. der Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein (Kap. 15 51),
XIII. des Gewässerschutzes und der -überwachung; Abwasserbehandlung (Kap. 15 52),
XIV. des Küsten- und Hochwasserschutzes (Kap. 15 54),
XV. des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (Kap. 15 55),
XVI. der Verwendung der Wasserentnahmegebühr (Kap. 15 56).

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

C. Sonstige Veränderungen

Die Kapitel 15 10 und 15 96 sind entfallen.

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Umweltministeriums sind im Kap. 20 90 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

E. Persönliche Verwaltungsausgaben

Für 2002/2003 wird hierzu auf die „Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ verwiesen.

F. Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Für die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind im Einzelplan 15 ausgebracht:

	2002 (30. Rahmenplan)	2003 (31. Rahmenplan)	
a) aus Mitteln des Bundes	43 783 000	41 161 000	EUR
b) aus Mitteln des Landes	20 748 000	19 608 000	EUR
insgesamt:	64 531 000	60 769 000	EUR
sowie Verpflichtungsermächtigungen			
a) zu Lasten des Bundes über	35 013 000	35 013 000	EUR
b) zu Lasten des Landes über	16 524 000	16 524 000	EUR
insgesamt:	51 537 000	51 537 000	EUR

Soweit es sich um Ausgaben nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Gem AgrG) vom 3. September 1969 – BGBl. I S. 1573 –, geändert durch Gesetz vom 8. August 1997 – BGBl. I S. 2027 – handelt, ist in der Spalte „Titel“ der abgekürzte Klammerzusatz „(GA)“ angefügt.

Im einzelnen wird auf die Anlage 1 zu Epl. 09 verwiesen.

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1501	Umweltministerium	—	27.218.000	547.000	256.000	28.021.000	17.658.000	26.480.000
1502	Allgemeine Bewilligungen	—	13.000	10.387.000	—	10.400.000	65.000	325.000
1503	Landesamt für Ökologie	—	3.437.000	622.000	269.000	4.328.000	20.421.000	6.745.000
1506	Gewerbeaufsichtsverw.	—	5.771.000	94.000	—	5.865.000	25.365.000	4.084.000
1520	Naturschutz und Landschaftspflege	—	323.000	6.000	—	329.000	5.355.000	2.745.000
1522	Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz	—	396.000	—	—	396.000	961.000	369.000
1524	Nationalpark Harz	—	20.000	8.000	—	28.000	444.000	352.000
1525	Nationalpark Wattenmeer	—	9.000	154.000	—	163.000	992.000	293.000
1540	Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten	—	10.000	—	—	10.000	—	—
1542	Kampfmittelbeseitigung	—	151.000	4.691.000	—	4.842.000	2.396.000	6.431.000
1550	Wasserwirtschafsverw. bei den Bezirksregierungen	—	99.000	—	2.530.000	2.629.000	10.817.000	549.000
1551	Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein	—	5.000	—	—	5.000	—	—
1552	Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung	33.286.000	153.000	202.000	114.000	33.755.000	469.000	1.165.000
1554	Küsten- und Hochwasserschutz	—	16.000	—	55.387.000	55.403.000	—	—
1555	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz	—	—	—	—	—	—	—
1556	Verwendung der Wasserentnahmegebühr	64.900.000	—	—	—	64.900.000	30.000	8.198.000
	Summe 2002	98.186.000	37.621.000	16.711.000	58.556.000	211.074.000	84.973.000	57.736.000
	Summe 2001	108.393.879	36.884.952	17.218.673	74.993.277	237.490.781	84.342.450	58.259.972
	2002 mehr/weniger (-)	-10.207.879	736.048	-507.673	-16.437.277	-26.416.781	630.550	-523.972

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
533.000	—	325.000	1.446.000	46.442.000	-18.421.000	-17.739.013	-681.987	100.000
1.832.000	—	50.000	10.065.000	12.337.000	-1.937.000	-1.910.240	-26.760	210.000
40.000	—	1.746.000	664.000	29.616.000	-25.288.000	-24.659.811	-628.189	—
—	—	96.000	952.000	30.497.000	-24.632.000	-23.922.170	-709.830	—
6.525.000	51.000	1.875.000	1.880.000	18.431.000	-18.102.000	-17.190.912	-911.088	7.600.000
—	—	59.000	—	1.389.000	-993.000	-953.048	-39.952	—
204.000	—	10.000	—	1.010.000	-982.000	-997.531	15.531	—
1.316.000	—	60.000	—	2.661.000	-2.498.000	-2.246.615	-251.385	2.330.000
5.087.000	—	—	—	5.087.000	-5.077.000	-6.039.125	962.125	1.573.000
—	—	53.000	9.000	8.889.000	-4.047.000	-4.069.015	22.015	—
—	—	61.000	172.000	11.599.000	-8.970.000	-8.699.426	-270.574	—
4.767.000	—	113.000	—	4.880.000	-4.875.000	-4.658.177	-216.823	—
16.157.000	—	9.924.000	1.024.000	28.739.000	5.016.000	1.687.263	3.328.737	4.264.000
—	24.032.000	40.499.000	—	64.531.000	-9.128.000	-19.695.526	10.567.526	51.537.000
37.288.000	—	7.105.000	—	44.393.000	-44.393.000	-46.030.484	1.637.484	4.090.000
17.069.000	—	5.838.000	14.303.000	45.438.000	19.462.000	31.169.988	-11.707.988	21.032.000
90.818.000	24.083.000	67.814.000	30.515.000	355.939.000	-144.865.000	-145.953.842	1.088.842	92.736.000
94.626.118	46.723.386	76.040.709	23.451.988	383.444.623				100.856.873
-3.808.118	-22.640.386	-8.226.709	7.063.012	-27.505.623				-8.120.873

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1501	Umweltministerium	—	26.691.000	547.000	256.000	27.494.000	17.439.000	26.049.000
1502	Allgemeine Bewilligungen	—	13.000	10.376.000	—	10.389.000	65.000	225.000
1503	Landesamt für Ökologie	—	3.340.000	622.000	269.000	4.231.000	20.431.000	6.314.000
1506	Gewerbeaufsichtsverw.	—	5.771.000	44.000	—	5.815.000	25.188.000	3.934.000
1520	Naturschutz und Landschaftspflege	—	322.000	6.000	—	328.000	5.382.000	2.720.000
1522	Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz	—	396.000	—	—	396.000	962.000	369.000
1524	Nationalpark Harz	—	20.000	8.000	—	28.000	446.000	352.000
1525	Nationalpark Wattenmeer	—	9.000	—	—	9.000	935.000	240.000
1540	Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten	—	10.000	—	—	10.000	—	—
1542	Kampfmittelbeseitigung	—	151.000	4.691.000	—	4.842.000	2.396.000	6.442.000
1550	Wasserwirtschafsverw. bei den Bezirksregierungen	—	99.000	—	2.532.000	2.631.000	10.797.000	570.000
1551	Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein	—	5.000	—	—	5.000	—	—
1552	Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung	30.956.000	153.000	207.000	117.000	31.433.000	473.000	1.167.000
1554	Küsten- und Hochwasserschutz	—	16.000	—	54.672.000	54.688.000	—	—
1555	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz	—	—	—	—	—	—	—
1556	Verwendung der Wasserentnahmegebühr	64.900.000	—	—	—	64.900.000	30.000	8.260.000
	Summe 2003	95.856.000	36.996.000	16.501.000	57.846.000	207.199.000	84.544.000	56.642.000
	Summe 2002	98.186.000	37.621.000	16.711.000	58.556.000	211.074.000	84.973.000	57.736.000
	2003 mehr/weniger (-)	-2.330.000	-625.000	-210.000	-710.000	-3.875.000	-429.000	-1.094.000

Ausgaben					2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
533.000	—	279.000	1.420.000	45.720.000	-18.226.000	-18.421.000	195.000	5.566.000
1.708.000	—	—	10.204.000	12.202.000	-1.813.000	-1.937.000	124.000	210.000
40.000	—	1.569.000	661.000	29.015.000	-24.784.000	-25.288.000	504.000	—
—	—	87.000	952.000	30.161.000	-24.346.000	-24.632.000	286.000	1.540.000
6.384.000	67.000	1.845.000	1.880.000	18.278.000	-17.950.000	-18.102.000	152.000	3.375.000
—	—	59.000	—	1.390.000	-994.000	-993.000	-1.000	—
204.000	—	10.000	—	1.012.000	-984.000	-982.000	-2.000	—
1.292.000	—	64.000	—	2.531.000	-2.522.000	-2.498.000	-24.000	890.000
4.971.000	—	—	—	4.971.000	-4.961.000	-5.077.000	116.000	—
—	—	34.000	12.000	8.884.000	-4.042.000	-4.047.000	5.000	—
—	—	39.000	172.000	11.578.000	-8.947.000	-8.970.000	23.000	—
4.255.000	—	113.000	—	4.368.000	-4.363.000	-4.875.000	512.000	—
13.220.000	—	9.180.000	1.029.000	25.069.000	6.364.000	5.016.000	1.348.000	1.030.000
—	17.176.000	43.593.000	—	60.769.000	-6.081.000	-9.128.000	3.047.000	51.537.000
37.078.000	—	7.105.000	—	44.183.000	-44.183.000	-44.393.000	210.000	—
17.221.000	—	5.737.000	16.210.000	47.458.000	17.442.000	19.462.000	-2.020.000	18.197.000
86.906.000	17.243.000	69.714.000	32.540.000	347.589.000	-140.390.000	-144.865.000	4.475.000	82.345.000
90.818.000	24.083.000	67.814.000	30.515.000	355.939.000				92.736.000
-3.912.000	-6.840.000	1.900.000	2.025.000	-8.350.000				-10.391.000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-9	342	Gebühren und tarifliche Entgelte * *Vgl. K-Vermerk zu 981 10.*		2.050.000	2.050.000	1.068.600	3.013
111 65-5	342	Auslagen für die Heranziehung von Sachverständigen in Atomgenehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		23.887.000	24.271.000	24.649.382	24.629
119 01-0	011	Vermischte Einnahmen		7.000	7.000	3.835	5
119 02-8	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		2.000	2.000	2.556	1
119 03-6	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		—	—	—	—
132 01-6	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		1.000	1.000	511	2
132 11-3	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * *Vgl. K-Vermerk zu 811 01.*		66.000	132.000	—	65
231 10-3	342	Sonstige Zuweisungen vom Bund		15.000	15.000	15.339	12
235 01-0	253	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		232.000	232.000	232.382	274
261 10-0	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von der Nds. Umweltstiftung		96.000	96.000	40.903	40
271 10-5	332	Erstattung von Personalausgaben für das European Topic Centre on Catalogue of Data Sources (ETC/CDS)		—	—	113.609	92
271 11-3	332	Erstattungen von Ausgaben für die Zuweisung von Langzeitberaterinnen und -beratern an ein Bewerberland für den Beitritt zur EU		—	—	—	—
272 71-3	332	Zuschüsse von der EU zu den Kosten von F+E-Vorhaben und Kooperationen im Bereich der Umweltinformationssysteme * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	—	269.349	361
381 10-5	990	Zuführung v. 1552 - 981 95 u. 1556 - 981 12 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe u. Wasserentnahmegebühr		256.000	256.000	175.936	275
		Titelgruppe(n)					
TGr. 67		**Einnahmen aus der Verpachtung der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen**		(678.000)	(755.000)	(427.031)	(716)
119 67-2	433	Erstattung von Steuern und Abgaben		—	—	—	32
124 67-6	433	Einnahmen aus Verpachtung * *Vgl. K-Vermerk zu 546 67.*		56.000	133.000	427.031	684
129 67-8	433	Rekultivierungsbeitrag * *Vgl. K-Vermerk zu 546 67.*		622.000	622.000	—	—
TGr. 72		**Koordinierungsstelle Umweltdatenkatalog**		(204.000)	(204.000)	(204.516)	(357)
231 72-3	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		102.000	102.000	102.258	117
232 72-0	332	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.*		102.000	102.000	102.258	239
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				309.842	
		A U S G A B E N					
412 10-8	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	511	0

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 01

Veranschlagt sind allgemeine Verwaltungsgebühren nebst Auslagen sowie Gebühren in Atom-Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren sowie Gebühren nebst Auslagen für die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Atomgesetz.

Zu 111 65

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 65.

Zu 132 11

Vgl. 811 01.

Zu 231 10

Erstattung des Landesanteils an den Unterhaltungskosten der Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Geesthacht (vgl. 547 11).

Zu 235 01

Zuweisungen für die von der Arbeitsverwaltung getragenen Personalkosten für ABM-Kräfte (vgl. 427 02).

Zu 261 10

Die Nds. Umweltstiftung erstattet dem Land die anteiligen sächlichen sowie persönlichen Verwaltungsausgaben (insgesamt für bis zu 1,35 Stellenanteile).

Zu 271 10

Leertitel für ggfs. noch durchzuführende Abrechnungen nach Ablauf der bis zum 31. 12. 2001 laufenden Vereinbarung mit der Europäischen Umweltagentur zum European Topic Centre on Catalogue of Data Sources (ETC/CDS).

Zu 282 71

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 71.

Zu 381 10

Zuführung für Personal- und Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Umsetzung des § 47 h NWG (vgl. 15 52 – 981 95 und 15 56 – 981 12).

Zu Titelgruppe 67

Veranschlagt sind die in den Jahren 2002 und 2003 zu erwartenden Einnahmen des Betriebs gewerblicher Art aus der Verpachtung der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen (SDH) und die Rekultivierungsbeiträge (vgl. Ausgabe-Titelgruppe 67/68).

Zu Titelgruppe 72

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 72.

Zu 412 10

Der/die Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 102 EUR, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 511 EUR.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
421 01-8	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	—	153.000	153.000	147.559	145
422 01-4	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	14.446.000	14.614.000	13.561.301	8.793
422 06-5	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	511	—
422 10-3	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-7	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-6	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	224.000	297.000	306.724	386
425 01-3	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.141
425 06-4	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	511	—
426 01-0	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	448
426 06-0	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	511	—
427 01-6	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	12.782	—
427 02-4	011	Beschäftigungsentgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	—	259.000	259.000	258.202	330
427 10-5	011	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	1.000	1.000	511	—
427 31-8	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1.000	1.000	1.278	2
427 39-3	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	4.000	4.000	—	8
441 01-9	940	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	2.077.000	2.025.000	1.609.751	2.001
441 02-7	940	Beihilfen für Angestellte	—	29.000	28.000	16.310	27
441 03-5	940	Beihilfen für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2.000	2.000	614	2
441 04-3	940	Beihilfen für Sonstige	—	—	—	511	—
443 01-1	940	Fürsorgeleistungen	—	36.000	36.000	19.940	26
443 02-0	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1.000	1.000	511	—
443 06-2	940	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	—	—	—	511	—
453 01-7	011	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	41.000	41.000	22.241	40
511 01-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	248.000	261.000	60.844	46
514 01-6	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	23.000	23.000	28.121	23
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	335.000	335.000	135.492	106
518 02-0	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	122.000	122.000	138.049	117
519 01-8	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	—	—	—	—
525 01-8	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	44.000	44.000	43.460	53
525 10-7	342	Aus- und Fortbildung von Bediensteten im Bereich atomrechtl. Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren * *Übertragbar.*	—	128.000	128.000	—	—
526 01-4	011	Sachverständige	—	80.000	80.000	134.777	142
526 02-2	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	40.000	40.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
262,10	267,27	262,81	254,81

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	12,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	12,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	5,17	2,25
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	5,29
Summe Abgänge	5,17	7,54
Bleibt Zugang (oder Abgang)	– 5,17	4,46

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	167,17	167,17	—	194
Angestellte	82,93	82,93	—	68
Lohnempfänger/-innen	12,00	12,00	—	13
Insgesamt	262,10	262,10	—	275

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	170,34	170,34	—	196
Angestellte	84,93	84,93	—	70
Lohnempfänger/-innen	12,00	12,00	—	13
Insgesamt	267,27	267,27	—	279

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	14 446	14 614

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	14 446	14 614
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	924	1 012
43	Versorgungsbezüge	3 641	3 551
44	Beihilfen, Unterstützungen	398	392
45	Personalbezogene Sachausgaben	41	41
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	108	–15
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		19 558	19 595

Zu 427 02

Zentrale Veranschlagung der Vergütungen für ABM-Kräfte für den gesamten Geschäftsbereich (bis auf Kapitel 15 52, 15 55 und 15 56) (vgl. 235 01).

Zu 427 31

Die Höhe der Prüfungsvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. 25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	4	4	4

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	4	4	4

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
526 10-3	342	Nicht erstattungsfähige Sachverständigenkosten in Atomgenehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren * *Übertragbar.*	—	200.000	200.000	—	—
526 11-1	011	Sachverständigenkosten für den Einsatz von Offshore-Windenergie * *Übertragbar.*	—	170.000	235.000	—	—
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	127.000	127.000	135.492	127
527 02-9	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	11.000	11.000	10.226	13
529 10-2	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5.000	5.000	5.113	3
531 10-7	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	160.000	165.000	184.065	137
546 01-5	011	Vermischte Ausgaben	—	31.000	31.000	3.579	2
546 02-3	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	1.000	1.000	511	—
546 03-1	011	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	2.045	8
546 05-8	011	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Sachschäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
547 10-0	623	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	9.000	9.000	8.590	8
547 11-9	621	Landesanteil an den ungedeckten Betriebskosten der Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Geesthacht	—	15.000	15.000	15.339	13
631 10-1	332	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	13.000	13.000	12.782	12
632 10-8	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 632 10 und 671 10.*	—	10.000	10.000	15.339	—
671 10-3	332	Erstattungen an Landwirtschaftskammern * *Vgl. D-Vermerk zu 632 10.*	—	10.000	10.000	15.339	4
681 10-9	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	—	—	—	—
811 01-0	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.*	—	66.000	132.000	—	65
812 10-6	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	13.000	13.000	12.782	12
981 10-2	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.*	—	180.000	180.000	106.860	301
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	1.163.000	1.163.000	1.162.524	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kosten der Beiräte, Kommissionen, Arbeitsgruppen und dgl.**	(—)	(—)	(—)	(51.130)	(2)
412 61-2	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	20.452	—
427 61-0	011	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	20.452	—
526 61-8	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
547 61-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	10.226	2

Zu 526 11

Der Einsatz von Offshore-Windenergieanlagen kann auch im Bereich der 12-Seemeilen-Zone vor der niedersächsischen Küste in Betracht kommen. Um über die Zulässigkeit solcher Anlagen in diesem Bereich entscheiden zu können, sind bereits vor einzelnen Antragsverfahren Untersuchungen erforderlich. Diese sollen es ermöglichen, später ohne zeitliche Verzögerung festzustellen, ob eine beantragte Anlage errichtet werden kann und wie sich diese am besten realisieren lässt. Eine Bestandsaufnahme von Belangen des Naturschutzes wird dabei ebenfalls erhoben.

Zu 531 10

Die Mittel sind für eine Öffentlichkeitsarbeit bestimmt, die die aktuellen Umweltaufgaben darstellt und in der öffentlichen umweltpolitischen Diskussion die Ziele der niedersächsischen Umweltpolitik zur Geltung bringen soll.

Geplant sind insbesondere Kampagnen mit Forums- und Fachveranstaltungen, Hearings, Aktionen und Veröffentlichungen zur Agenda 21, z. B. Klimaschutz, Abfallvermeidung, Umweltchemikalien und Trinkwasserschutz.

Die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die öffentlichkeitswirksame Behandlung von Fachthemen soll durch Broschüren, Faltblätter und Nutzung des Internets sichergestellt werden.

Zu 547 10

Die Mittel waren bis 2001 im Kapitel 15 02 Titel 685 01 veranschlagt.

	2003	2002
	EUR	
1. Abwassertechnische Vereinigung	750	750
2. Deutscher Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau e.V., Bonn	260	260
3. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V., Eschborn	205	205
4. Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. (DAL)	145	145
5. Deutsches Institut für Normung, Berlin	1 025	1 025
6. Verein zur Förderung des Instituts für das Recht der Wasserwirtschaft an der Universität Bonn e.V.	515	515
7. Verband Deutscher Naturparke – VND	1 330	1 330
8. Föderation der Natur- und Nationalparke Europas	972	972
9. Deutsche Gesellschaft für Moor- und Torfkunde	26	26
10. Deutsche Orchideen Gesellschaft e.V., Hamburg	44	44
11. Deutsche Ornithologen Gesellschaft e.V.	47	47
12. Floristische-Soziologische Arbeitsgemeinschaft	41	41
13. Naturhistorische Gesellschaft Hannover	16	16
14. Europark Föderation Deutschland	3 070	3 070
15. Nds. Ornithologische Vereinigung e.V.	21	21
16. Gesellschaft Deutscher Chemiker	52	52
17. Max-Planck-Institut für Limnologie	82	82
18. Eurosolar e.V., Bonn	125	125
19. Forum für die Zukunftsenergien e.V., Bonn	260	260
Zusammen	8 986	8 986

Zu 547 11

Die Länder betreiben nach dem Atomgesetz Landessammelstellen für die Zwischenlagerung der in ihrem Gebiet anfallenden radioaktiven Abfälle.

Die vier norddeutschen Küstenländer haben eine gemeinsame Sammelstelle in der GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH auf deren Reaktorgelände in Geesthacht errichtet. Die Kapazität der gemeinsamen Sammelstelle ist erschöpft. Neue Einlagerungen finden nicht mehr statt.

Der Bedarf der Länder betrug 38 % der Einlagerungskapazität. Veranschlagt ist der Anteil des Landes Niedersachsen an den laufenden Betriebskosten der Sammelstelle in Höhe von $^4/_9$ von 38 % (vgl. 231 10).

Zu 631 10

Der Bund und die Länder haben eine Verwaltungsvereinbarung über den Aufbau und Betrieb eines gemeinsamen, zentralen Stoffdatenpools Bund/Länder (GSBL) über umweltrelevante und gefährliche chemische Stoffe abgeschlossen.

Nach der Vereinbarung hat Niedersachsen entsprechend den Vorgaben des Königssteiner Schlüssels 13 000 EUR für die Koordinierungsstelle zur Verfügung zu stellen.

Zu 632 10 und 671 10

Erstattungen für die Mitarbeit von Inspektoren/-innen anderer Länder und der Landwirtschaftskammern auf Einhaltung der Grundsätze der Guten Laborpraxis (GLP) entsprechend dem „Leitfaden zur Harmonisierung des GLP-Überwachungsverfahrens in der Bundesrepublik Deutschland“.

Die verausgabten Beträge werden den Antragstellern in voller Höhe als Auslagen berechnet und beim Titel 111 01 vereinnahmt.

Zu 811 01

Ausgaben für personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge sowie für Dienstkraftfahrzeuge für Referenten. Nach den Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Kraftfahrzeuge ersetzt werden, wenn mit dem jeweils zu erwartenden Verwertungserlös mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können (vgl. 132 11).

Zu 812 15

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Dienstzimmerausstattungen	13	13

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl 13.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Niedersächsisches Umweltinformationssystem** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(50.000) (100.000) (51.129)	(145.000)	(146.000)	(153.388)	(199)
429 63-9	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	31.000	30.678	35
538 63-2	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	50.000 100.000 51.129	125.000	95.000	102.258	122
547 63-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	10.000	10.226	37
812 63-7	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	—	10.000	10.000	10.226	5
TGr. 65		**Auslagen in Atomgenehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 65.* *** *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(23.887.000)	(24.271.000)	(24.649.381)	(24.270)
526 65-0	342	Sachverständige	—	23.787.000	24.145.000	24.382.845	23.956
547 65-8	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	23.000	23.000	—	23
981 65-0	990	Abführung an 08 18 - 381 64	—	77.000	103.000	266.536	291
TGr. 67/68		**Betrieb gewerblicher Art „Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen“** * *Übertragbar.*	(5.516.000) (—) (—)	(601.000)	(611.000)	(807.841)	(524)
546 67-8	433	Steuern und Abgaben * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 13,8 v.H. der Isteinnahmen bei 124 67 und 129 67.*	—	61.000	71.000	58.901	68
547 67-4	433	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	40.000	40.000	40.903	27
633 67-8	433	Zuweisung an die Gemeinde Söhlde zum Ausgleich von Nachteilen infolge Betriebs der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	256.000	256.000	255.646	256
671 67-7	433	Erstattung der Kosten für die Unterhaltung der Deponie und der Sickerwasserentsorgung	—	244.000	244.000	452.391	214
761 67-6	011	Komplettierung der Dichtwand im Deponiebereich West *** *Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt ist.*	5.516.000 — —	—	—	—	—
761 68-4	011	Oberflächenabdichtung und Rekultivierung der Deponie II ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt ist.*	—	—	—	—	–41

Zu Titelgruppe 63

Weiterentwicklung und Pflege eines Nieders. Umweltinformationssystems (NUMIS).

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Pflege und Weiterentwicklung der WWW-Komponente,
- Weiterentwicklung des Geo-Informationssystems unter besonderer Berücksichtigung der Fachsysteme des Geschäftsbereichs,
- Fortführung der Einführung des Nieders. Umweltdatenkatalogs, Aktualisierung der Daten,
- Anteil Niedersachsens an der Koordinierungsstelle Umweltdatenkatalog.

538 63

Die Mittel sind vorgesehen für Planungs- und Entwicklungsleistungen Dritter.

Ferner sollen die Arbeiten für das Geographische Umweltinformationssystem „GEOSUM“ befristet an Dritte vergeben werden.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	50 000	—	50 000
2004	—	50 000	50 000	100 000
Summe	—	100 000	50 000	150 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	51 000	25 000	—	76 000
2003	—	—	50 000	50 000
2004	—	—	50 000	50 000
Summe	51 000	25 000	100 000	176 000

812 63

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Neubeschaffung:		
Hardwarekomponenten für das Nieders. Umweltinformationssystem	10	10

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind die Ausgaben, die das Land für die Heranziehung von Sachverständigen in Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren nach dem Atomgesetz zu verauslagen hat. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um Begutachtungen und Stellungnahmen zu Änderungsvorhaben sowie für wiederkehrende Prüfungen in den vier niedersächsischen Kernkraftwerken. Diese Ausgaben werden von den jeweiligen Betreibern als Auslagen erstattet.

526 65

Die Mittel sind bestimmt für die Heranziehung von Sachverständigen im Rahmen von förmlichen Verfahren nach dem Atomgesetz.

981 65

Veranschlagt ist die Abführung für Sachverständigenleistungen durch das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung im Zusammenhang mit den Planfeststellungsverfahren für die Endlagerprojekte Gorleben und Konrad.

Zu Titelgruppe 67/68

Das Land Niedersachsen, vertreten durch das Nieders. Umweltministerium, hat als Betrieb gewerblicher Art „Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen“ mit Betriebs- und Überlassungsvertrag vom 21. 9. 1992 mit der Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH (SDH) vereinbart, dass die SDH unter Beachtung des Planfeststellungsbeschlusses vom 14. 10. 1985 und der dazu ergangenen Planfeststellungs-Änderungsbeschlüsse und Änderungsgenehmigungen die Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen betreibt. Das Land hat der SDH gem. § 2 Abs. 1 des o. a. Vertrages gegen Entgelt die Verwaltung und Nutzung der notwendigen Vermögenswerte überlassen (Grundstücksflächen, Gebäude, Einlagerungseinrichtungen und sonstige technische Anlagen und Maschinen, betriebseigene Kläranlage, Polder im Erweiterungsbereich West).

547 67

Veranschlagt sind u. a. die Kosten der kaufmännischen Buchführung und der Beratung des Betriebs gewerblicher Art in kaufmännischen und steuerlichen Fragen.

633 67

Das Land Niedersachsen gewährt der Gemeinde Söhlde gemäß Vertrag vom 12. 07. 1995 bis zum Ende des Einlagerungsbetriebs am 31. 12. 2005 jährlich eine Zuweisung von rd. 256 000 EUR zum Ausgleich von Nachteilen, die mit dem Betrieb der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen verbunden sind.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	256 000	—	—	256 000
2003	256 000	—	—	256 000
2004	256 000	—	—	256 000
2005	256 000	—	—	256 000
Summe	1 024 000	—	—	1 024 000

761 67

Nach der 10. Änderung vom 21. 2. 1995 des Planfeststellungsbeschlusses vom 14. 10. 1985 ist der Polder West allseitig mit einer Dichtwand zu umschließen. Die südliche Dichtwand wurde bereits vor dem Einlagerungsbeginn errichtet. Mit dem Bau der nörd-, öst- und westlichen Dichtwände ist bei einer Verfüllung der Deponie von 10 m unter Gelände zu beginnen.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2004	—	—	5 516 000	5 516 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		**Kosten von F+E Vorhaben und Kooperationen im Bereich der Umweltinformationssysteme aus Beiträgen Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 272 71.* ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(—)	(269.348)	(306)
429 71-0	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	103.332	75
538 71-3	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	—	—	154.052	184
547 71-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	11.964	47
TGr. 72		**Koordinierungsstelle Umweltdatenkatalog** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 72 und 232 72.* ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(204.000)	(204.000)	(204.516)	(376)
429 72-8	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben ***Die Ausgaben dürfen zur Vergütung von bis zu 3 unbefristet beschäftigten Angestellten verwendet werden.*	—	164.000	164.000	163.613	163
538 72-1	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	35.000	35.000	40.903	206
547 72-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	—	7
812 72-6	332	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche Sachen sowie Software	—	—	—	—	—
TGr. 96		**Reformdividende**	(—)	(—)	(—)	(—)	(47)
429 96-5	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	4
547 96-8	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	19
711 96-2	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	13
812 96-3	960	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	—	—	—	—	11
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar.*	(—)	(404.000)	(394.000)	(308.667)	(201)
511 99-8	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 1501 - 511 99, 1501 - 525 98, 1501 - 525 99, 1501 - 538 98, 1501 - 538 99, 1501 - 547 99, 1501 - 812 99, 1506 - 511 99, 1506 - 518 98, 1506 - 518 99, 1506 - 525 98, 1506 - 525 99, 1506 - 538 98, 1506 - 538 99, 1506 - 547 99, 1506 - 812 99, 1520 - 511 99, 1520 - 518 98, 1520 - 518 99, 1520 - 525 98, 1520 - 525 99, 1520 - 538 98, 1520 - 538 99, 1520 - 547 99 und 1520 - 812 99.*	—	141.000	151.000	—	—
525 98-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	3.000	3.000	—	—

Zu Titelgruppe 71

Die Titelgruppe dient der Abwicklung der aus Zuschüssen und Zuweisungen Dritter (Bund, andere Länder, Europäische Umweltagentur) finanzierten Ausgaben für die gemeinsame Entwicklung und Weiterentwicklung von Umweltinformationssystemen. Hierzu gehörte bisher auch das European Topic Centre on Catalogue of Data Sources ETC/CDS). Die Vereinbarung mit der Europäischen Umweltagentur endete mit Ablauf des 31. 12. 2001.

Zu Titelgruppe 72

Zur Buchung der Ausgaben für die Durchführung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Weiterentwicklung und Pflege des Metainformationssystems „Umweltdatenkatalog“.

Die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle obliegt dem Nieders. Umweltministerium.

Der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den Personal- und Sachkosten wird aus TGr. 63 gedeckt.

429 72

Für die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle „Umwelt-Datenkatalog“ sind die folgenden drei Arbeitsplätze bestimmt:

Angestellte

Verwaltungsdienst:	Arbeitsplätze
Verg.-Gr. I b	1
Verg.-Gr. II a	1
Verg.-Gr. IV a	1
Zusammen	3

Zu Titelgruppe 98/99

In der Titelgruppe sind sämtliche Ausgaben für die Informations- und Kommunikations-Technik im Umweltministerium zentral veranschlagt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 99-9	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch andere Dienstleister * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	18.000	18.000	35.790	25
538 98-5	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	5.000	5.000	—	—
538 99-3	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an andere) * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	47.000	47.000	68.360	7
547 99-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	—	—	—
812 99-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	190.000	170.000	204.517	169
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			625.004	
		Abschluss Kapitel 15 01					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		26.691.000	27.218.000	26.461.757	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		547.000	547.000	876.098	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		256.000	256.000	175.936	
		Summe der Einnahmen		27.494.000	28.021.000	27.513.791	
		4 Personalausgaben	—	17.439.000	17.658.000	16.309.134	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	50.000 100.000 51.129	26.049.000	26.480.000	26.428.728	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	533.000	533.000	751.497	
		7 Baumaßnahmen	5.516.000 — —	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	279.000	325.000	227.525	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.420.000	1.446.000	1.535.920	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	5.566.000 100.000 51.129	45.720.000	46.442.000	45.252.804	
		Zuschuss		18.226.000	18.421.000	17.739.013	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.641.000	3.551.000	2.978.735	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		49.361.000	49.993.000	48.231.539	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		21.867.000	21.972.000	20.717.748	

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1. Zentrale Server des MU	50	30
2. Datenendgeräte für das MU (insbes. zur Bürokommunikation)	75	75
3. Datennetz des MU – Switching Baugruppen, Router u. a.	50	50
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:		
4. Überlassung von Standardsoftware	15	15
Zusammen	190	170

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 01 Umweltministerium

Kapitel Titel	FKT	Zweckbestimmung	H V	Verpflichtungsermächtig. für 2003 EUR	Ansatz für 2003 EUR	Ansatz für 2002 EUR	+ = Mehr – = Weniger	Ist für 2001 in 1 000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
15 01 761 67	433	Komplettierung der Dichtwand im Deponiebereich West	X	5 516 000	—	—	—	—

Einzelnachweis der Baumaßnahmen

Jahr der Kosten-ermittlung	Gesamt-kosten gemäß § 24 LHO EUR	Bis einschl. 2003 sind verfügbar EUR	noch zu veranschlagen					Bis einschl. 2001 wurden verausgabt EUR	Erläuterungen
			2004 EUR	2005 EUR	2006 EUR	später EUR	Insgesamt EUR		
10	11	12	13	14	15	16	17	18	
2001	5 516 000	—	5 516 000	—	—	—	5 516 000	—	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-3	332	Vermischte Einnahmen		13.000	13.000	12.782	9
119 90-0	332	Rückzahlungen von Überzahlungen aus EU-Mitteln ****Rückzahlungen an die EU sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		—	—	—	—
271 71-0	332	Zuweisungen im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.*		—	150.000	127.823	137
271 90-7	332	EU-Mittel zur Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL), Entwicklungsplan 2000 bis 2006 ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.*		10.026.000	9.887.000	8.875.516	3.586
381 70-2	990	Zuführung von 09 02 - 981 66 ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres**		(350.000)	(350.000)	(322.114)	(336)
231 63-8	332	Zuweisungen des Bundes ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		228.000	228.000	204.517	215
281 63-5	332	Erstattungen Dritter ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		122.000	122.000	117.597	121
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				10.226	
		A U S G A B E N					
633 10-8	332	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für lokale Agenda 21-Prozesse ** Übertragbar.*	—	179.000	179.000	178.952	—
681 10-2	332	Umweltpreis des Landes Niedersachsen	—	—	—	25.565	—
684 10-1	332	Leistungen auf Grund des Gesetzes zur finanziellen Förderung der Arbeit von Umwelt- u. Naturschutzverbänden in Nieders.	—	616.000	616.000	615.595	615
686 10-4	332	Finanzhilfe an die Nds. Umweltstiftung gemäß § 7 Abs. 2 NLottG ****Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.*	—	707.000	831.000	813.568	796
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres** ** Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 63 und 281 63.* ****Das MU wird ermächtigt, Teilnehmern am Freiwilligen Ökologischen Jahr durch den Träger monatlich eine Aufwandsbeihilfe auszahlen zu lassen.*	(210.000) (210.000) (214.743)	(674.000)	(674.000)	(613.603)	(387)
412 63-2	332	Kosten des Beirats für das Freiwillige ökologische Jahr	210.000 210.000 —	1.000	1.000	511	—
429 63-2	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	— — 214.743	64.000	64.000	30.678	28
547 63-5	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	225.000	225.000	222.412	198
633 63-9	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	20.000	20.000	20.452	14

ERLÄUTERUNGEN

Zu 271 71

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 71.

Zu 271 90

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 90.

Zu 381 70

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 70.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 63.

261 63

Für Zuwendungen des BMFSFJ zu den Kosten des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ).

281 63

Für die Erstattung von Ausgaben bei der Durchführung des FÖJ, insbesondere für Seminare mit den FÖJ-Teilnehmern, durch Dritte (z. B. Stiftungen).

Zu 633 10

Aus den Mitteln sollen lokale Agenda 21-Prozesse gefördert werden.

Fördergrundlage: „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für kommunale Agenda 21-Prozesse in Niedersachsen (Förderprogramm Lokale Agenda 21)“ vom 19. 6. 2001 (Nds. MBl. Nr. 29/2001, S. 656). Befristung bis zum 31. 12. 2006.

Im Rahmen des EFRE werden lokale Agenda 21-Prozesse aus Mitteln der EU sowie kommunalen Mitteln gefördert. Die Förderung beschränkt sich räumlich auf die Ziel- und Übergangsgebiete (Ziel 2). Um außerhalb dieser Gebiete analog der von der EU genehmigten Richtlinien Agenda 21-Projekte der Gemeinden (GV) finanziell zu unterstützen, ist ein besonderes Landesprogramm aufgelegt worden.

Zu 684 10

Veranschlagt ist die Finanzhilfe des Landes zur finanziellen Förderung der Arbeit von Umwelt- und Naturschutzverbänden gemäß Gesetz vom 6. 6. 1994 (Nds. GVBl. S. 236).

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Von folgenden Verbänden werden voraussichtlich die Fördervoraussetzungen erfüllt:		
BUND LV Niedersachsen	162	162
LBU Niedersachsen e.V.	151	151
NABU LV Niedersachsen	162	162
Naturschutzverband Niedersachsen	141	141
Zusammen	616	616

Zu 686 10

Die Nds. Umweltstiftung erhält aus den Konzessionsabgaben gemäß § 7 Abs. 2 NLottG vom 21. 6. 1997 (Nds. GVBl. S. 289) eine Finanzhilfe für satzungsgemäße Zwecke gemäß § 2 der Stiftungssatzung (Bek. d. MU v. 7. 11. 1989 – Nds. MBl. S. 1221). Danach fördert die Stiftung Maßnahmen in den Bereichen:

a) Verbesserung des Umweltbewusstseins,
b) Verbesserung der Umweltvorsorge,
c) Sicherung des Naturhaushaltes,
d) Sicherung des Ressourcenhaushaltes und
e) ökologische Weiterentwicklung der Industriegesellschaft.

Zu Titelgruppe 63

Aus den Mitteln wird das Freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) gefördert.

Fördergrundlage: „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres“.

In Niedersachsen stehen 140 Plätze für das FÖJ zur Verfügung. Hiervon werden jeweils 30 Plätze durch die Nieders. Umweltstiftung und Nieders. Wattenmeerstiftung getragen. Für die vom Land getragenen 80 Plätze werden den Einsatzstellen aus den veranschlagten Mitteln Zuschüsse für ein monatliches Taschengeld an die Teilnehmer/innen sowie für die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung gewährt. Die Einsatzstellen übernehmen die sonstigen persönlichen und sächlichen Kosten sowie etwaige Kosten für Unterkunft und Verpflegung.

Die pädagogische Betreuung wird für alle Plätze durch das Land gewährleistet. Diese Kosten werden zum größten Teil durch Zuwendungen des Bundes finanziert bzw. anteilmäßig von den beiden Stiftungen erstattet.

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Bewilligung von Förderzusagen für den jeweils im folgenden Haushaltsjahr liegenden Teilzeitraum des FÖJ.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	215 000	—	—	215 000
2003	—	210 000	—	210 000
2004	—	—	210 000	210 000
Summe	215 000	210 000	210 000	635 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
684 63-2	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentl. Einrichtungen)	—	176.000	176.000	175.936	132
686 63-5	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	10.000	10.000	10.226	15
981 63-7	990	Abführung an 15 03 - 381 11	—	178.000	178.000	153.388	—
TGr. 70		**Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum - Ziel 5 b der Reform des EU-Strukturfonds** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 70.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU- Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.932)
883 70-8	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	1.932
887 70-3	332	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Verausgabung von Zuschüssen der EU im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 71.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(150.000)	(127.823)	(391)
547 71-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	100.000	127.823	349
686 71-6	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 71-8	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	—
812 71-1	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 71-0	332	Landeseigener Erwerb von Grundstücken	—	—	50.000	—	43
TGr. 90		**Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL), Entwicklungsplan 2000 bis 2006** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 271 90.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des*	(—)	(10.026.000)	(9.887.000)	(8.875.516)	(6.019)

ERLÄUTERUNGEN

981 63

Abführung von Personalkosten für die pädagogische Betreuung der FÖJ-Teilnehmer/-innen durch Bedienstete des NLÖ.

Zu Titelgruppe 70

Zur Verausgabung von Mitteln der EU, die dem Land im Rahmen des Ziel 5 b-Förderprogrammes „Entwicklung des ländlichen Raumes in Niedersachsen“ aus dem EAGFL und den EFRE zur Verfügung gestellt werden. Verpflichtungen im Rahmen des Programms durften bis zum 31. 12. 1999 eingegangen werden. Soweit es sich um mehrjährige Verpflichtungen handelt, werden Zahlungen noch bis zum Ablauf der Vertragsdauer (spätestens 31. 12. 2003) als Altverpflichtungen aufgrund des bereits ausgelaufenen Programms abgewickelt.

Zu Titelgruppe 71

Zur Verausgabung von Zuschüssen der EU-Kommission, die dem Land im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik gewährt werden.

Förderschwerpunkte sind Maßnahmen in den Bereichen Gewässerschutz und Naturschutz.

Notwendige Komplementärmittel des Landes zur Durchführung der LIFE-Projekte werden bei den jeweiligen Fachkapiteln zur Verfügung gestellt.

Zu Titelgruppe 90

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17. 05. 1999 zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums“ ein Programm mit dem niedersächsischen Titel „PROLAND“ für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Für das Programm ist federführend ML zuständig (s. Kap. 09 02 TGr. 90). Für Maßnahmen des MU sind in diesem Zeitraum insgesamt Landes- und EU-Mittel i. H. v. ca. 128,6 Mio. EUR eingeplant.

Die erforderlichen Komplementärmittel des Landes werden im Rahmen der Erfüllung der Fachaufgaben bei den jeweiligen Fachkapiteln zur Verfügung gestellt. Bei der Landschaftsentwicklung ist ein Teil der Komplementärmittel von den Kommunen zu finanzieren.

Die Förderbereiche im Einzelnen, den hierfür jeweils geplanten Betrag sowie die Haushaltsstelle, aus der der Landesanteil gedeckt wird, sind der folgenden Übersicht zu entnehmen (Stand Juni 2001):

Maßnahmeziffer PROLAND	**EU-Maßnahmebezeichnung** Förderrichtlinie der Umweltministeriums	Gesamtbetrag 2000 bis 2006 (EU + Land) EUR	EU-Anteil (15 02 TGr. 90) EUR 2002	2003	Haushaltsstelle für den Landesanteil
e	**Benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen**				
e 1	Erschwernisausgleich in geschützten Teilen von Natur und Landschaft	9 902 709	766 938	766 938	15 20 – 683 12
f	**Agrarumweltmaßnahmen**				
f 3a	Kooperationsprogramm Biotoppflege	10 632 531	999 998	1 022 396	15 20 TGr. 67
f 3b	Kooperationsprogramm Feuchtgrünland	8 057 047	599 999	613 437	15 56 TGr. 62
f 3c	Kooperationsprogramm Dauergrünland in Naturschutzgebieten und Nationalparken	10 362 314	774 998	792 356	15 20 – 683 13
	Kooperationsprogramm Erhaltung der biologischen Vielfalt				
f 3d	– Nordische Gastvögel, extensive Bewirtschaftung	4 294 852	357 904	357 904	15 20 – 683 14
f 3e	– Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen (Ackerwildkräuter)	3 913 767	292 094	306 653	15 20 – 683 14
f 4a bis e	Trinkwasserschutz in Wasservorranggebieten	17 311 709	1 449 588	1 456 693	15 56 TGr. 80/81
m	**Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen**				
m 1	Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse aus Wasservorranggebieten	3 123 529	140 605	255 646	15 56 TGr. 80/81
t	**Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes**				
t 2a I.	Förderung von Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in bestimmten Gebieten durch das Land Niedersachsen (Verwaltungsvorschrift „Naturschutz“)	9 519 325	984 237	818 067	15 20 TGr. 61 u. 67, 15 56 TGr. 62
t 2a II.	Förderung von Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in bestimmten Gebieten durch andere (Förderrichtlinie „Landschaftsentwicklung“)	9 215 254	766 938	766 938	15 20 TGr. 67, 15 56 TGr. 62
t 2b	Förderung der naturnahen Gewässergestaltung	19 256 594	1 249 997	1 277 995	15 54 TGr. 86
t 3	Maßnahmen zum Schutz von Feuchtgrünland	316 587	49 506	25 560	15 56 TGr. 62
t 4 a bis c	flankierende Maßnahmen zur gewässerschonenden Landbewirtschaftung	8 814 672	585 656	715 781	15 56 TGr. 80/81
u	**Wiederaufbau eines durch Naturkatastrophen geschädigten landwirtschaftlichen Produktionspotentials sowie Einführung geeigneter vorbeugender Instrumente**				
u 1	Küstenschutz	6 237 761	357 904	51 129	15 54 TGr. 81
u 2	Hochwasserschutz im Binnenland	7 638 912	296 038	312 911	15 54 TGr. 61
	Gesamtbetrag	**128 597 563**	**9 672 400**	**9 540 402**	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 90**		*genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*					
425 90-4	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
531 90-9	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation	—	—	—	—	—
547 90-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 90-6	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
681 90-0	332	Entschädigungen und Ersatzleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
682 90-7	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 90-3	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	1.645
686 90-2	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
812 90-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
821 90-7	332	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 90-2	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 90-5	332	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 90-1	332	Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 90-8	332	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	4.374
971 90-9	988	Globale Mehrausgaben (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 90)	—	10.026.000	9.887.000	8.875.516	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			8.590	
		Abschluss Kapitel 15 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		13.000	13.000	23.008	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		10.376.000	10.387.000	9.325.453	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		10.389.000	10.400.000	9.348.461	
		4 Personalausgaben	210.000 210.000 214.743	65.000	65.000	30.678	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	225.000	325.000	350.235	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	1.708.000	1.832.000	1.848.884	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	50.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	10.204.000	10.065.000	9.028.904	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	210.000 210.000 214.743	12.202.000	12.337.000	11.258.701	
		Zuschuss		1.813.000	1.937.000	1.910.240	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-6	331	Gebühren und tarifliche Entgelte * *Vgl. K-Vermerk zu 981 10.* ***Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*		956.000	1.053.000	1.053.261	—
111 69-5	342	Gebühren für das KFÜ ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69/70.*		1.492.000	1.492.000	1.561.997	—
119 01-7	331	Vermischte Einnahmen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		58.000	58.000	58.799	—
124 01-0	331	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		61.000	61.000	61.355	—
132 01-3	331	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		3.000	3.000	2.556	—
231 10-0	015	Erstattungen des Bundes für den Zivildienst		23.000	23.000	23.008	—
381 10-2	990	Zuführung von 15 56 - 981 61		—	—	51.692	—
381 11-0	990	Zuführung von 15 02 - 981 63		178.000	178.000	153.388	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen gemäß § 9 a Atomgesetz**		(30.000)	(30.000)	(29.655)	(—)
111 61-0	342	Gebühren für die Übernahme radioaktiver Abfälle * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
231 61-5	342	Sonstige Erstattungen vom Bund		30.000	30.000	29.655	—
231 62-3	342	Erstattungen der Personalausgaben vom Bund		—	—	—	—
TGr. 68		**Wassergütestelle Weser**		(455.000)	(455.000)	(453.516)	(—)
119 68-8	332	Sonstige Einnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		—	—	—	—
232 68-9	332	Erstattungen für die Unterhaltung der Wassergütestelle Weser * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		364.000	364.000	362.813	—
381 68-4	990	Zuführung von 15 52 - 981 97 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.*		91.000	91.000	90.703	—
TGr. 73		**Überwachung der Umgebungsradioaktivität** ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.*		(520.000)	(520.000)	(469.877)	(—)
111 73-3	342	Gebühren für die Überwachung kerntechnischer Anlagen ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.*		390.000	390.000	342.054	—
231 73-9	342	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.*		130.000	130.000	127.823	—
TGr. 75/76		**Forschungs- und sonstige Aufträge Dritter, Forschungsvorhaben des Bundes**		(455.000)	(455.000)	(449.937)	(—)
119 75-0	331	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		360.000	360.000	360.972	—
119 76-9	331	Einnahmen für Aufträge Dritter ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		20.000	20.000	14.316	—
231 75-5	331	Zuweisungen des Bundes für Forschungen ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		75.000	75.000	74.649	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 03

Das Nieders. Landesamt für Ökologie (NLÖ) hat seinen Sitz in Hildesheim (Wasser, Abfall und Naturschutz) und zurzeit weitere Amtsteile in Hannover (Arbeitsmedizin sowie Immissions- und Strahlenschutz) und auf Norderney (Forschungsstelle Küste). Das Landesamt ist dem MU unmittelbar nachgeordnet und untersteht seiner Dienstaufsicht. Die Fachaufsicht üben MU, ML und MFAS im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aus.

Zu 111 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Gebühren für Grundwasseruntersuchungen	196	254
2. Gebühren für Abwasseruntersuchungen	231	270
3. Gebühren für Untersuchungen von oberirdischen Gewässern	48	48
4. Abfalluntersuchungen	18	18
5. Gebühren im Bereich Arbeitsschutz, Chemikalien, Strahlenschutz und Immissionsschutz	433	433
6. Gebühren im Bereich Naturschutz	26	26
7. Sonstige Gebühren	4	4
Zusammen	956	1 053

Hier werden auch die Auslagen gem. § 13 NVwKostG vereinnahmt.

Zu 1. und 2. weniger ab 2003, da als Folge des Stellenabbaus der Umfang der Untersuchungstätigkeit reduziert werden muss.

Zu 111 69

Gebühren für die Aufsichtsmaßnahmen im Rahmen der Kernreaktor-Fernüberwachung gem. § 21 Abs. 1 Nr. 5 Atomgesetz (AtG) i. V. m. § 5 Kostenverordnung zum Atomgesetz (AtKostV). Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 69/70.

Zu 124 01

Einnahmen aus der Vermietung von Landesmietwohnungen und einer Dienstwohnung.

Zu 231 10

Veranschlagt sind die Einnahmen für Zivildienstleistende im Bereich des Naturschutzes. Die (Sach-)Ausgaben werden bei 546 01 geleistet.

Zu 381 10

Die Finanzierung einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT aus der Wasserentnahmegebühr entfällt mit dem Vollzug eines bei Verg.-Gr. II a BAT ausgebrachten kw-Vermerks (s. Stellenübersichten zu Kap. 15 03, Haushaltsvermerk Nr. 11) im Haushaltsjahr 2001.

Zu 381 11

Zuführung des auf die Personalaufwendungen des NLÖ entfallenden Anteils der Zuwendungen des BMFSFJ zu den Kosten des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ).

Zu Titelgruppe 61/62

Der Bund hat die dem Land im Zusammenhang mit der Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen entstehenden Kosten als Zweckausgaben gem. Art. 104 a Abs. 2 Grundgesetz zu erstatten.

Zu 232 68

Von den für die Wassergütestelle Weser entstehenden Ausgaben werden aufgrund der Verwaltungsvereinbarung erstattet:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Bremen	91	91
Hessen	91	91
Nordrhein-Westfalen	91	91
Thüringen	91	91
Summe	364	364

Zu 381 68

Zuführung aus der Abwasserabgabe (vgl. 15 52 – 981 95) zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Ausgaben für die Wassergütestelle Weser.

Vgl. Ausgabetitelgruppe 68.

Zu Titelgruppe 75/76

Einnahmen aus Aufträgen Dritter, zur Durchführung von Forschungs- und ähnlichen Aufträgen sowie aus Zuweisungen des Bundes für Forschungen.

Vgl. Ausgabetitelgruppe 75.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
235 75-0	331	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.*		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				511	
		A U S G A B E N					
422 01-1	331	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	19.629.000	19.572.000	18.800.918	—
422 06-2	331	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	511	—
422 19-4	331	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	331	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	90.000	132.000	137.998	—
425 01-0	331	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 04-5	331	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	77.000	77.000	69.536	—
425 06-1	331	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	12.271	—
426 01-7	331	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 06-8	331	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	10.226	—
427 01-3	331	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte ** Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 427 01, 511 01, 514 01, 514 10, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 10, 546 01, 546 05, 547 10 und 547 50.* ****Die Ausgaben des Deckungskreises erhöhen sich um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 111 01 (Reformdividende) oder vermindern sich um 100 v.H. der Mindereinnahmen bei Titel 111 01, höchstens jeweils um 77.000 EUR. In Höhe der Reformdividende dürfen Ausgabereste gebildet, übertragen und im nächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden. Infolge von Mindereinnahmen bei Titel 111 01 eingetretene Mehrausgaben sind auf die nächstjährige Bewilligung als Vorgriff anzurechnen.*	—	52.000	52.000	51.129	—
427 11-0	015	Vergütungen für Personen, die Zivildienst leisten	—	39.000	39.000	38.347	—
427 31-5	331	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte der Ausbildung	—	2.000	2.000	1.278	—
427 39-0	331	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	18.000	18.000	46.016	—
453 01-4	331	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	35.000	40.000	51.129	—
511 01-4	331	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände ** Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	1.021.000	1.054.000	102.258	—
514 01-3	331	Haltung von Dienstfahrzeugen ** Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	192.000	192.000	178.952	—
514 10-2	331	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf ** Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	416.000	422.000	434.598	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
389,75	391,16	394,16	377,95

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,00	5,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	1,00	5,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,41	3,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	1,00
– Sonstige Veränderungen	—	4,00
Summe Abgänge	2,41	8,00
Bleibt Abgang	1,41	3,00

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	87,77	87,77	—	101
Angestellte	282,72	282,72	—	294
Lohnempfänger/-innen	19,26	18,53	0,73	17
Insgesamt	389,75	389,02	0,73	412

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	88,10	88,10	—	101
Angestellte	282,97	282,97	—	294
Lohnempfänger/-innen	20,09	19,36	0,73	17
Insgesamt	391,16	390,43	0,73	412

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	19 629	19 572

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	19 629	19 572
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	817	851
43	Versorgungsbezüge	1 635	1 573
44	Beihilfen, Unterstützungen	532	515
45	Personalbezogene Sachausgaben	38	43
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	145	–20
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		22 796	22 534

Zu 425 01

Hieraus werden auch die Vergütungen für 2 ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Schreibdienst gezahlt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 425 04

Auszubildende:	2003	2002	2001
Chemielaboranten/-laborantinnen	6	6	5
Feinmechanikerinnen und Feinmechaniker, Maschinenbaumechanikerinnen und Maschinenbaumechaniker	—	—	1
Vermessungstechnikerinnen und Vermessungstechniker	1	1	1
Zusammen	7	7	7

Zu 426 01

Hieraus werden auch die Löhne für 2 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen gezahlt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 427 01, 511 01, 514 01, 514 10, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 10, 546 01, 546 05, 547 10 und 547 50

In einem ersten Schritt zur Einführung einer flexibilisierten Haushaltsführung beim NLÖ sind die im Kapitel 15 03 veranschlagten sächlichen Verwaltungsausgaben (mit Ausnahme von 547 11 und 547 12) aus dem gesetzlichen Deckungskreis des Einzelplans 15 herausgelöst worden und bilden zusammen mit den Ausgaben bei Titel 427 01 einen eigenen Deckungskreis. Zwischen den Einnahmen bei Titel 111 01 und den Ausgaben dieses Deckungskreises wird eine Korrespondenz dergestalt hergestellt, dass sich die Ausgaben des Deckungskreises um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 111 01, höchstens jedoch um 77 000 EUR, erhöhen (Reformdividende) oder um 100 v.H. der Mindereinnahmen bei Titel 111 01, höchstens jedoch um 77 000 EUR, vermindern. Die Ausgaben des Deckungskreises sind für übertragbar erklärt.

Zu 427 01

Für die Beschäftigung von Zeitarbeitskräften im Rahmen der Durchführung befristeter wissenschaftlicher Projekte.

Zu 427 11

Siehe Titel 231 10 und 546 01.

Zu 427 31

Vergütungen der Prüfungstätigkeiten im Rahmen der Ausbildung des gehobenen bautechnischen Verwaltungsdienstes der Fachrichtung Wasserwirtschaft.

Die Höhe der Prüfungsvergütungen richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. 25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 01

Hier sind u.a. auch die Ausgaben für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung der Hausmeister/Hausarbeiter, Kraftfahrer, des Probenahmedienstes und des Labor-, Schiffs- und Werkstattpersonals sowie für die Schutzkleidung für Beamte, die bei bestimmten Tätigkeiten am Arbeitsplatz zum Schutz gegen Unfälle oder aus Gründen der Hygiene getragen werden muss, veranschlagt.

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	11	11	11
Lkw	1	1	1
Sonderfahrzeuge	8	8	8
Anhänger	20	20	20
Wasserfahrzeuge	11	11	11
Zusammen	51	51	51

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	11	11	11
Lkw	1	1	1
Sonderfahrzeuge	8	8	8
Anhänger	21	21	20
Wasserfahrzeuge	11	11	11
Zusammen	52	52	51

Die vorstehenden Übersichten berücksichtigen die im Eigentum des Landes stehenden Dienstkraftfahrzeuge. Drei Kraftfahrzeuge (Pkw) sollen darüber hinaus als Leasingfahrzeuge gehalten werden.

Zu 514 10

Für den Laborbereich werden hieraus vor allem

- Laborchemikalien
- technische Gase
- Laborverbrauchsmaterial (Glasgeräte, Pipetten etc.)
- Lösungsmittel
- Regenerationsstoffe für Chemikalienaufbereitung sowie
- Film- und Fotoentwicklungen

beschafft.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-2	331	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	895.000	895.000	434.598	—
518 01-9	331	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	1.023.000	1.023.000	1.140.181	—
518 02-7	331	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	36.000	36.000	46.476	—
519 01-5	331	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	61.000	61.000	61.355	—
525 01-5	331	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	100.000	100.000	92.033	—
526 01-1	331	Sachverständige * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	—	—	6.136	—
526 02-0	331	Gerichts- und ähnliche Kosten * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	—	—	—	—
527 01-8	331	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	379.000	384.000	412.561	—
527 02-6	331	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	6.000	6.000	—	—
529 10-0	331	Zur Verfügung der Präsidentin oder des Präsidenten	—	—	—	—	—
531 10-4	331	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	114.000	114.000	111.973	—
546 01-2	331	Vermischte Ausgaben * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	41.000	41.000	66.468	—
546 05-5	331	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	—	—	—	—
547 10-8	331	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*	—	271.000	271.000	270.985	—
547 11-6	331	Dienstleistungen des Deutschen Wetterdienstes * *Übertragbar.*	—	284.000	334.000	383.469	—
547 12-4	331	Kosten für Untersuchungen zur Beurteilung der Luftqualität * *Übertragbar.*	— — 306.775	—	307.000	—	—
547 50-7	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik * *Übertragbar.*	—	600.000	658.000	513.184	—

Zu 518 01

Durch die bis 2000 bei 15 10 – 518 01 in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen ergibt sich folgende Belastung:

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	144 900	—	—	144 900

Zu 531 10

Fachwissenschaftliche Veröffentlichungen und populäre Medien der Öffentlichkeitsarbeit zur Information von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Für die Abgabe von Druckwerken mit Herstellungskosten von über 2,50 EUR/Stück wird grundsätzlich ein entsprechendes Entgelt zuzüglich Versandkosten erhoben.

Zu 546 01

U. a. Sachausgaben für Zivildienstleistende (Pauschalen nach dem Zivildienstgesetz).

Zu 547 10

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen

a) für Unternehmerleistungen im Rahmen des Bund/Länder-Messprogramms Nordsee sowie Stoffeintrag aus Weser und Ems in die Nordsee (Untersuchungskosten für Wasseranalysen, Sedimentuntersuchungen, Miesmuscheluntersuchungen, Schwermetalluntersuchungen, Hubschrauber- und Schiffseinsätze)

b) zur Vergabe von fachlichen Gutachten sowie zum Abschluss von Werkverträgen in besonderen Fällen.

Zu 547 11

Für Dienstleistungen des Deutschen Wetterdienstes.
Aufgrund des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst (DWD-Gesetz) vom 10. 9. 1998 (BGBl. I Nr. 63, S. 2871) ist die Inanspruchnahme von Leistungen des Deutschen Wetterdienstes für die Bundesländer grundsätzlich kostenpflichtig.

Zu 547 12

Zur Umsetzung der Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. 9. 1996 über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität (EU-Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie) und deren Tochterrichtlinien sind Luftuntersuchungen zur Vorbereitung verursacherspezifischer Maßnahmenpläne vorzunehmen.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	307 000	—	307 000

Zu 547 50

Hier sind mit Ausnahme der Ausgaben für das Automatische Gewässerüberwachungssystem, das Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem und das Lufthygienische Überwachungssystem Niedersachsen sämtliche sächlichen Verwaltungsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik im NLÖ veranschlagt, wie Ausgaben für den Erwerb von Gebrauchsgegenständen wie Datenträger, Diskettenaufbewahrungskästen u a., für IuK-spezifische Fortbildungen und Schulungen, für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturkosten der Rechner, Datenendgeräte und Drucker sowie sonstige Kosten für den laufenden Betrieb (einschl. EDV-Möbel) sowie für den Erwerb und die Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege sowie Systemarbeiten Dritter.

Veranschlagt sind hier auch die Ausgaben für die Beschaffung von Daten zu Liegenschaften und Topographie. Das NLÖ beschafft die Daten zentral für den gesamten Geschäftsbereich des Umweltministeriums. Die Bereitstellung der Daten durch die Vermessungs- und Katasterverwaltung ist vom Haushaltsjahr 2002 an kostenpflichtig.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch *547 50-7*		*Vgl. D-Vermerk zu 427 01.* ****Vgl. K-Vermerk zu 427 01.*					
632 10-5	331	Erstattung der Kosten für die Geschäftsstelle der Länderarbeitsgruppe ASYS	—	34.000	34.000	33.234	—
681 10-6	331	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	6.000	6.000	5.113	—
811 01-8	331	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	49.000	44.000	43.971	—
812 10-3	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (ohne Geräte für Fachaufgaben)	—	62.000	62.000	66.468	—
812 11-1	331	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	751.000	948.000	1.047.637	—
812 50-2	331	Investitionen für Informations- und Kommunikationstechnik	—	146.000	103.000	153.388	—
981 10-0	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 3,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.*	—	28.000	31.000	31.598	—
981 11-8	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	633.000	633.000	583.282	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen gemäß § 9 a Atomgesetz** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 61.* ****Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.* *MU ist ermächtigt, die Einrichtung und den Betrieb einer Landessammelstelle im Rahmen des § 9 a Abs. 3 AtG einem Dritten zu übertragen, sofern durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen sichergestellt ist, dass die damit verbundenen Ausgaben durch Gebühreneinnahmen finanziert werden.*	(—)	(30.000)	(30.000)	(29.655)	(—)
511 61-8	342	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
514 61-7	342	Treibstoff, Reinigungsmittel, Laborbedarf * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
517 61-6	342	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
518 61-2	342	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
547 61-2	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	30.000	30.000	29.655	—
547 62-0	342	Beauftragung eines Dritten zum Betrieb einer Landessammelstelle	—	—	—	—	—
631 61-3	342	Sonstige Zuweisungen an Bund * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
811 61-1	342	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-8	342	Erwerb von technischen Geräten	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Wassergütestelle Weser** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 68, 232 68 und 381 68.*	(—)	(455.000)	(455.000)	(259.225)	(—)
425 68-1	332	Vergütungen der Angestellten	—	217.000	217.000	186.622	—

Zu 632 10

In einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Niedersachsen und 13 anderen Bundesländern ist die gemeinsame Erstellung, der Betrieb, die Pflege und die Weiterentwicklung des DV-Verfahrens Abfallüberwachungssystem ASYS für die Überwachung der nachweis- bzw. notifizierungspflichtigen Abfallströme als Fortschreibung des bisherigen ARSYS-Konzeptes geregelt. Die Zusammenarbeit wird durch eine Länderarbeitsgruppe sichergestellt, bei der eine Geschäftsstelle als Koordinierungsstelle eingerichtet ist. An den Kosten beteiligt sich das Land nach dem an die Länderanzahl angepassten „Königsteiner Schlüssel“.

Zu 811 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 VW Passat	—	24
1 VW Golf Variant Syncro	—	20
1 VW Bus	24	—
1 Mercedes Bus einschl. Sonderausstattungen	25	—
Zusammen	49	44

Ausgesondert werden Fahrzeuge nach gutachterlicher Stellungnahme.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Dienstzimmerausstattung	32	32
3 Fotokopiergeräte	30	30
Zusammen	62	62

Zu 812 11

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Ersatzbeschaffungen:		
Probenahmesysteme – org. Analytik	40	
Kalibrierquellen	16	
Dosis- und Dosisleistungsmessgeräte	12	
Mess- und Auswerterechner	9	
Desktop GC/MS Analysator	86	
Feinstaubmessplätze	194	
Gefahrstoffdatenbank auf CD-ROM	30	
Schwingungsmess- und Auswertesystem	81	
Hardware DV-Zentrale LÜN	46	
Reinst-Germanium-Detektor-Messkette	40	
2. Ergänzungsbeschaffungen:		
Befestigungs- und Montagesystem (Alufix)	10	
Softwareanpassung DV-Zentrale LÜN	41	
Softwareanpassung der LÜN-Stationen	36	
3. Neubeschaffungen:		
Wasserspritzraum (IPX5 und IPX6)	12	
Messsystem zur Erfassung von Ultrafeinstäuben	30	
Tropfgerät	7	
Bügeleisen-Fallprüfmaschine mit integriertem Überwachungsgerät	6	
UV (b)-Messplatz	55	
Zusammen	751	

Zu 812 11

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Ersatzbeschaffungen:		
Schallimmissions-Dauermessstation		53
Hardware DV-Zentrale LÜN		66
Analysensystem zur Bestimmung von Ruß		52
12 Stickoxid-Messplätze		132
Gefahrstoffdatenbank auf CD-ROM		25
Rußmessplatz		20
automatischer Probengeber (Autosampler) f. GC		15
Meteorologische Geber		15
Messkette und Detektor für Gammaspektrometrie		41
Schallpegelmesser		20
Prüfgerätesatz für Röntgenanlagen		20
Plotter/Drucker		11
2. Ergänzungsbeschaffungen:		
Softwareanpassung DV-Zentrale LÜN		51
Staubsammelgeräte		30
Softwareanpassung der LÜN-Stationen		51
Datenbankanwendung		25
Software-Ergänzung (Röntgenfluoreszenzspektrometrie und -diffraktometrie)		13
3. Neubeschaffungen:		
Spektroradiometer Infrarot 0,5 bis 100 µm		48
Staubsammler PM 2,5		25
Sprüh- und Spritzwassertest		40
Messplatz Organische Einzelkomponenten		46
Staubtestgerät		30
Oxidantienmessplatz		56
Emissionsmessgerät für organ. Einzelkomponenten		51
Temperatur-Messplatte		12
Zusammen		948

Zu 812 50

Hier sind mit Ausnahme der Ausgaben für das Automatische Gewässerüberwachungssystem, das Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem und das Lufthygienische Überwachungssystem Niedersachsen sämtliche Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik im NLÖ veranschlagt.

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Ersatzbeschaffungen:		
Ausgabegeräte für GIS-Anwendungen	20	—
Server für zentrale Datenhaltung (auch ASYS)	63	—
Server für GIS-Anwendungen	—	21
2. Ergänzungsbeschaffungen:		
Erweiterung der Rechner	63	41
3. Neubeschaffung:		
Hard- und Software für das Internet-Angebot des NLÖ	—	41
Zusammen	146	103

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/62

Veranschlagt sind die Kosten für die Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen im Außenlager Leese der Firma AEA Technology QSA GmbH. Vgl. Erläuterungen zur Einnahmetitelgruppe 61/62.

Zu Titelgruppe 68

Die Weseranliegerländer Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen haben sich in der „Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Weser“ zusammengeschlossen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben – insbesondere die Bekämpfung der Verschmutzung der Weser – ist beim NLÖ in Hildesheim eine „Wassergütestelle Weser“ mit folgenden Aufgaben eingerichtet worden:

- Erarbeitung von Programmen für den quantitativen und qualitativen Messdienst auf der Weser
- Auswerten aller Daten und Untersuchungen
- Aufstellen von Güteberichten
- Erarbeiten von wasserwirtschaftlichen Grundlagen (Bemessungsgrenzen, Güteziele, Einleitungsnormen)
- Ausarbeiten von Wasserwirtschaftsplänen (Nährstoffplan, ökologischer Plan, Wärmelastplan u. ä.).

Finanzierung: Die 5 Mitgliedsländer zahlen zu gleichen Teilen. Die Einnahmen sind bei 232 68 veranschlagt.

Es sind veranschlagt:

	Für das Haushaltsjahr 2001 waren durchschnittlich erforderlich	Für die Haushaltsjahre 2002 u. 2003 sind durchschnittlich erforderlich
Angestellte		
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. I b	1	1
Verg.-Gr. III	2	2
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VI b VD	1	1
Zusammen	4	4

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
459 68-3	332	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	3.000	3.000	2.556	—
547 68-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	235.000	235.000	70.047	—
TGr. 69		**Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem (KFÜ)** * *Übertragbar.* ****Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der den Betrag von 665.000 EUR übersteigenden Isteinnahmen bei 111 69 aufgrund von Erstattungen für die Durchführung des KFÜ.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(827.000)	(827.000)	(649.341)	(—)
511 69-3	342	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	248.000	248.000	—	—
514 69-2	342	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	26.000	26.000	25.565	—
547 69-8	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	128.000	128.000	127.823	—
812 69-3	342	Erwerb von Meßeinrichtungen	—	425.000	425.000	495.953	—
TGr. 73		**Überwachung der Umgebungsradioaktivität** * *Übertragbar.* ****Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der den Betrag von 307.000 EUR übersteigenden Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 73.* *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(213.000)	(213.000)	(129.867)	(—)
511 73-1	342	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	59.000	33.000	—	—
514 73-0	342	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	15.000	13.000	12.782	—
547 73-6	342	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	3.000	3.000	2.556	—
811 73-5	342	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	18.000	—	—	—
812 73-1	342	Erwerb von Meßeinrichtungen	—	118.000	164.000	114.529	—
TGr. 75		**Forschungs- und sonstige Aufträge Dritter, Forschungsvorhaben aus Zuweisungen des Bundes** * *Übertragbar.* ****Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 75 und 235 75 sowie bis zur Höhe der den Betrag von 54.000 EUR übersteigenden Isteinnahmen bei 119 75 sowie bis zu 95,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 76.*	(—)	(400.000)	(400.000)	(410.363)	(—)
427 75-7	331	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
429 75-0	331	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	269.000	269.000	322.625	—
459 75-6	331	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	—	—
547 75-2	331	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	131.000	131.000	87.738	—
812 75-8	331	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			2.111.635	

Zu Titelgruppe 69/70

Das KFÜ ist ein unter staatlicher Kontrolle arbeitendes Umweltüberwachungssystem, dessen Kosten von den Betreibern der zu überwachenden Anlagen aufgrund des Atomgesetzes in vollem Umfang erstattet werden.

Neben den Erstattungen für den Betrieb und die Investitionen des KFÜ werden auch die Kosten des Personals des NLÖ sowie des MU, das mit dem Betrieb des KFÜ betraut ist, in vollem Umfang vereinnahmt (vgl. 111 69).

An das KFÜ angeschlossen sind die vier nieders. Kernkraftwerke.

511 69

Hier sind die Kosten der Unterhaltung, Wartung und Instandsetzung sowie für Ersatzbeschaffungen der Geräte für den Betrieb des KFÜ veranschlagt.

514 69

Verbrauchsmittel für den Betrieb des KFÜ.

812 69

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzungsbeschaffungen:		
Software KFÜ-Zentrale	92	77
Hardware KFÜ-Zentrale	77	92
Mess- und DV-Einrichtungen sowie für das System MODL	256	256
Zusammen	425	425

Zu Titelgruppe 73/74

Nach § 48 Abs. 2 Strahlenschutz-Verordnung erfolgt die Überwachung der Umgebung kerntechnischer Anlagen auf Radioaktivität durch das NLÖ.

811 73

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
1 VW Bus	18	—

Ausgesondert wird ein Fahrzeug nach gutachterlicher Stellungnahme.

812 73

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Ersatzbeschaffungen:		
Messgeräteeinbausatz für radiologische Überwachung	26	—
Soft- und Hardware für Gammaspektrometrie	15	14
Soft- und Hardware für Alphaspektrometrie	15	14
Reinstgermanium-Halbleiter-Detektor	44	—
in-situ-Detektor	—	15
Szintillationszähler	—	82
2. Ergänzungsbeschaffungen:		
Soft- und Hardware für radiologischen Produktionsrechner	10	10
Neutronenmesseinrichtung	—	20
Methandurchflusszähler für Gesamtalphamessung	—	9
3. Neubeschaffung:		
Veraschungsofen	8	—
Zusammen	118	164

Zu Titelgruppe 75

Zur Abwicklung spezieller Aufträge, zur Wahrnehmung von Untersuchungen, Gutachten und anderer Aufträge Dritter im Rahmen des Aufgabenbereiches des NLÖ und zur Durchführung vom Bund finanzierter Forschungsvorhaben.

Vgl. Einnahmetitelgruppe 75/76.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 03					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		3.340.000	3.437.000	3.455.821	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		622.000	622.000	617.948	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		269.000	269.000	295.783	
		Summe der Einnahmen		4.231.000	4.328.000	4.369.552	
		4 Personalausgaben	—	20.431.000	20.421.000	19.731.673	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	— — 306.775	6.314.000	6.745.000	6.722.517	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	40.000	40.000	38.347	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.569.000	1.746.000	1.921.946	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	661.000	664.000	614.880	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— — 306.775	29.015.000	29.616.000	29.029.363	
		Zuschuss		24.784.000	25.288.000	24.659.811	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.635.000	1.573.000	1.391.941	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		30.650.000	31.189.000	30.421.304	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		26.419.000	26.861.000	26.051.752	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-7	254	Gebühren und tarifliche Entgelte * *Vgl. K-Vermerk zu 981 10.*		2.400.000	2.400.000	1.666.812	2.319
111 10-6	254	Erstattungen von Auslagen nach § 13 Verwaltungskostengesetz * *Vgl. K-Vermerk zu 526 10.*		50.000	50.000	76.694	1
111 11-4	342	Gebühren und Auslagen bei Atomgenehmigungsverfahren (Fasslager Gorleben) * *Vgl. K-Vermerk zu 526 11.*		614.000	614.000	613.550	685
112 01-3	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.483.000	1.483.000	1.454.625	1.322
119 01-8	254	Vermischte Einnahmen		11.000	11.000	6.136	—
132 01-4	254	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	—	—	—
235 10-7	254	Ausbildungszuschüsse von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	1
282 11-3	254	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu 547 11.*		44.000	94.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Einnahmen im Rahmen der flexibilisierten Haushaltsführung bei den Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim**		(1.213.000)	(1.213.000)	(1.111.037)	(1.218)
111 61-0	254	Gebühren und tarifliche Entgelte * *Vgl. K-Vermerk zu 981 61.* ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		736.000	736.000	634.002	782
112 61-7	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten ****Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		477.000	477.000	477.035	436
119 61-1	254	Sonstige Einnahmen		—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				435.620	
		A U S G A B E N					
412 10-6	254	Entschädigung für Mitglieder der Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	—	1.000	1.000	1.023	0
422 01-2	254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	24.655.000	24.707.000	23.347.735	16.353
422 04-7	254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	118.000	118.000	118.211	—
422 19-5	254	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	254	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	317.000	441.000	687.739	814
425 01-1	254	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.747
425 04-6	254	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	32.000	33.000	10.635	7
425 06-2	254	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	511	0
426 01-8	254	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	115
427 31-6	254	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	13.000	13.000	10.226	0
427 39-1	254	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	46.000	46.000	37.273	45
453 01-5	254	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	6.000	6.000	5.113	20
511 01-5	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	427.000	427.000	40.903	44

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kap. 15 06

Es sind vorhanden:

4 Dezernate für Abfallwirtschaft, Abfallrecht, Immissions- und Arbeitsschutz bei den Bezirksregierungen und
10 Staatliche Gewerbeaufsichtsämter: Braunschweig, Celle, Cuxhaven, Emden, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42),
b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben sowie die
c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Gebühren und tariflichen Entgelten“ (Titel 111 01) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 111 01

Verwaltungsgebühren und Auslagen.

Hier werden auch die anteiligen Gebührenzuschläge für die Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbehörden bei der Erteilung einer Baugenehmigung oder bei sonstigen Amtshandlungen der kommunalen Bauaufsichtsbehörden gem. der Baugebührenordnung vom 13. 1. 1998 (Nds. GVBl. S. 3) vereinnahmt.

Zu 111 10

Erstattung von Auslagen, die bei 526 10 verausgabt werden.

Zu 111 11

Erstattung von Gutachterkosten gem. § 21 Abs. 2 Atomgesetz für die im Rahmen des Aufsichtsverfahrens über das Fasslager Gorleben hinzugezogenen Sachverständigen.

Zu 112 01

Geldbußen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

Zu 282 11

Veranschlagt sind die Fördermittel der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Durchführung eines Modellprojektes „Offene Umfeldkommunikation für kleine und mittlere Unternehmen“. Siehe Titel 547 11.

Zu Titelgruppe 61

Mit der flexibilisierten Haushaltsführung bei den Staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim ist eine weitgehende dezentrale Ressourcensteuerung eingeführt worden, die im Interesse einer effizienteren Verwaltung Kostenbewusstsein und Motivation in den Ämtern fördern soll. Zur besseren Übersicht sind die Einnahmen und Ausgaben der beiden Ämter – bis auf die Personalausgaben – in einer Einnahme- und einer Ausgabe-Titelgruppe zusammengefasst. Dadurch werden auch Investitions- sowie IuK-Ausgaben in die gegenseitige Deckungsfähigkeit einbezogen. Erzielen die Ämter Mehreinnahmen bei den Titeln 111 61 und 112 61, werden ihnen als Reformdividende 30 v.H. dieser Mehreinnahmen, höchstens jedoch 61 000 EUR, zur eigenen Verwendung zugestanden. Mindereinnahmen bei den Titeln 111 61 und 112 61 führen dazu, dass sich die Ausgaben der Titelgruppe um 30 v. H. der Mindereinnahmen, höchstens jedoch um 61 000 EUR, vermindern. Es wird ferner die Möglichkeit eröffnet, losgelöst vom Grundsatz der Jährlichkeit, in Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben und anteiligen Mehreinnahmen Ausgabereste zu bilden, die in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden und dann für sämtliche Zwecke der Titelgruppe in Anspruch genommen werden dürfen.

Zu 412 10

Nach dem JArbSchG in der Fassung vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), sind bei den Gewerbeaufsichtsämtern Ausschüsse und gegebenenfalls Unterausschüsse zu bilden.

Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung von Entschädigungen für bare Auslagen und Entgeltausfall der Ausschussmitglieder nach Maßgabe der jeweils geltenden Entschädigungsregelungen des MFAS.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
574,64	578,30	581,55	566,35

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	7,00
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	3,00
Summe Zugänge	—	10,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	2,91	13,25
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	0,75	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	3,66	13,25
Bleibt Abgang	3,66	3,25

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	407,01	407,01	—	442
Angestellte	164,31	164,31	—	163
Lohnempfänger/-innen	3,32	3,32	—	3
Insgesamt	574,64	574,64	—	608

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	408,76	408,76	—	442
Angestellte	166,22	166,22	—	165
Lohnempfänger/-innen	3,32	3,32	—	3
Insgesamt	578,30	578,30	—	610

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	24 655	24 707

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	24 655	24 707
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	740	834
43	Versorgungsbezüge	6 628	6 396
44	Beihilfen, Unterstützungen	656	641
45	Personalbezogene Sachausgaben	6	6
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	179	–25
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		32 864	32 559

Bei Titel 422 01 ist veranschlagt die Lehrzulage
für 1 Stelleninhaber/-in mtl. 47,93 EUR 575 EUR

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 425 04

Mehr infolge Verlagerung von 15 50 – 425 04 zur Einrichtung weiterer Ausbildungsplätze.

Auszubildende	2003	2002	2001
Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation	3	3	1

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Höhe der veranschlagten Prüfungsvergütungen richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. 25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

Zu 511 01

Hier sind u.a. auch die Ausgaben für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung sowie für die Gewährung von Dienst- und Schutzkleidungszuschüssen veranschlagt.

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. des MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
514 01-4	254	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	4.000	4.000	4.090	7
517 01-3	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	110.000	110.000	17.895	19
518 01-0	254	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	353.000	353.000	358.313	397
518 02-8	254	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	3.000	3.000	—	—
519 01-6	254	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	6.000	6.000	—	—
525 01-6	254	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	142.000	142.000	121.687	95
526 01-2	254	Sachverständige	—	4.000	4.000	25.565	41
526 02-0	254	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	13.000	13.000	—	—
526 10-1	254	Sachverständige- und Gutachterkosten in Verfahren nach § 13 Verwaltungskostengesetz * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 10.* ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	50.000	50.000	76.694	1
526 11-0	342	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten bei Atomgenehmigungsverfahren (Fasslager Gorleben) * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 11.* ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	614.000	614.000	613.550	685
527 01-9	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	435.000	435.000	432.962	419
527 02-7	254	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	3.000	3.000	3.426	6
531 10-5	254	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	—	1.000	1.000	511	—
546 01-3	254	Vermischte Ausgaben	—	2.000	2.000	2.505	0
546 03-0	254	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	—	—	—	—	15
546 05-6	254	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
547 10-9	254	Kosten von Ersatzvornahmen * *Übertragbar.*	—	52.000	52.000	51.129	23
547 11-7	254	Kosten für Dienstleistungen Außenstehender zur Durchführung eines Modellprojektes * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 11.*	—	44.000	94.000	—	—
681 10-7	254	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	2
811 01-9	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 10-4	254	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	47.000	71.000	38.347	38
981 10-0	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.*	—	240.000	240.000	166.681	232
981 11-9	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	639.000	639.000	639.013	—

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 518 01

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	190 400	—	—	190 400
2003	47 700	—	—	47 700
Summe	238 100	—	—	238 100

Zu 526 01

Für Messungen/Ermittlungen nach §§ 26 und 29 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung vom 14. 5. 1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. 10. 2001 (BGBl. I S. 2785), sowie für Überwachungsmaßnahmen nach § 52 Abs. 2 und 3 BImSchG, sofern das Land die Kosten zu tragen hat (§ 30 Satz 2, § 52 Abs. 4 BImSchG).

Für die Einschaltung von Sachverständigen in Gentechnikverfahren.

Zu 526 10

Für Sachverständigengutachten zur Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und für Untersuchungen von Abfallproben im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Überwachung.

Verauslagte Kosten werden bei 111 10 vereinnahmt.

Zu 526 11

Gutachterkosten zur Überprüfung von Auflagen. Verauslagte Kosten werden bei 111 11 vereinnahmt.

Zu 547 10

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Ersatzvornahmen durch die Gewerbeaufsichtsverwaltung.

Zu 547 11

Veranschlagt sind die Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Außenstehender zur Durchführung eines Modellprojektes „Offene Umfeldkommunikation für kleine und mittlere Unternehmen“. Siehe Titel 282 11.

Zu 812 10

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Schallmesseinrichtungen mit Messwertverarbeitung und -ausgabe einschließlich Zubehör	28	20
1 Zeiterfassungsgerät	7	—
1 Kopiergerät	12	—
Fernsprechanlage für das GAA Braunschweig	—	41
Ergänzungsbeschaffung:		
Beta-Kalibrierstrahler-Flächenquellen	—	10
Zusammen	47	71

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Flexibilisierte Haushaltsführung bei den Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim** * *Abweichend von § 20 Abs. 1 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 547 61, 547 62, 681 61, 811 61, 812 61 und 812 62.* *** *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um 30 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 61 und 112 61, höchstens jeweils um 61.000 EUR.* *In Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben dürfen Ausgabereste gebildet, übertragen und im nächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden. Die insoweit erforderlichen Einwilligungen des MF gelten als erteilt.*	(—)	(1.119.000)	(1.194.000)	(1.186.094)	(1.271)
547 61-3	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	1.031.000	1.121.000	1.109.912	1.193
547 62-1	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Informations- u. Kommunikationstechnik * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
681 61-1	254	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
811 61-2	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-9	254	Ausgaben für Investitionen	—	15.000	—	12.782	—
812 62-7	254	Investitionen für Informations- u. Kommunikationstechnik	—	—	—	—	—
981 61-5	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 61.*	—	73.000	73.000	63.400	78
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar.*	(1.540.000) (—) (—)	(665.000)	(675.000)	(707.934)	(760)
511 99-6	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	52.000	52.000	—	—
518 98-2	254	Kosten für die Anmietung von Software * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	—	—	—
518 99-0	254	Kosten für die Anmietung von Hardware * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	1.540.000 — —	333.000	256.000	204.517	—
525 98-9	254	Aus- und Fortbildung durch das IZN * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	15.000	15.000	—	—
525 99-7	254	Aus- und Fortbildung durch Andere * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	25.000	25.000	40.903	32
538 98-3	254	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	52.000	52.000	—	—
538 99-1	254	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere) * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	112.000	150.000	296.549	177
547 99-0	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	51.000	100.000	165.965	415

Zu Titelgruppe 61/62

Vgl. Erläuterungen zu Einnahme-TGr. 61.

547 61

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	1	1	1

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	1	1	1

Infolge der mit dem 2. Nachtrag zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1998 vorgenommenen Verlagerung von Titel 518 01 ergibt sich folgende Belastung:

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	641 500	—	—	641 500
2003	107 000	—	—	107 000
Summe	748 500	—	—	748 500

812 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
1 Kopiergerät	15	—
Zusammen	15	—

Zu Titelgruppe 98/99

In der Titelgruppe sind sämtliche Ausgaben für die Informations- und Kommunikationstechnik in der Gewerbeaufsichtsverwaltung zentral veranschlagt (einschl. EFÜ).

511 99

Verbrauchsmittel, Formulare.

518 99

Leasingkosten für angemietete Hardware.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2004	—	—	410 000	410 000
2005	—	—	410 000	410 000
2006	—	—	410 000	410 000
2007	—	—	310 000	310 000
Summe	—	—	1 540 000	1 540 000

525 98 und 525 99

Schulungen der Bediensteten.

538 98 und 538 99

Entwicklung und Weiterentwicklung von Software und Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Systemarbeiten Dritter.

547 99

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturkosten sowie sonstige Kosten für den laufenden Betrieb.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-6	254	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	25.000	25.000	—	135
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			580.879	
		Abschluss Kapitel 15 06					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.771.000	5.771.000	4.945.215	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		44.000	94.000	419.259	
		Summe der Einnahmen		5.815.000	5.865.000	5.364.474	
		4 Personalausgaben	—	25.188.000	25.365.000	24.218.466	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1.540.000 — —	3.934.000	4.084.000	4.127.503	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	87.000	96.000	71.581	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	952.000	952.000	869.094	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.540.000 — —	30.161.000	30.497.000	29.286.644	
		Zuschuss		24.346.000	24.632.000	23.922.170	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		6.628.000	6.396.000	5.589.545	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		36.789.000	36.893.000	34.876.189	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		30.974.000	31.028.000	29.511.715	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Erwerb von Fachsoftware	25	25
Zusammen	25	25

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-0	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		2.000	2.000	1.534	1
119 01-1	332	Vermischte Einnahmen		110.000	110.000	40.903	22
119 02-0	332	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	511	—
124 01-5	332	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		150.000	150.000	214.743	147
271 11-5	332	Erstattungen von Ausgaben für die Zuweisung von Langzeitberaterinnen und -beratern an ein Bewerberland für den Beitritt zur EU		—	—	—	—
282 69-9	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.*		—	—	—	3.919
		Titelgruppe(n)					
TGr. 68		**Schutzgebietssystem Elbetal**		(66.000)	(67.000)	(511)	(66)
119 68-2	332	Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen * *Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 683 10.* ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		—	—	—	—
124 68-6	332	Einnahmen aus der Verpachtung von Naturschutzflächen * *Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 683 10.*		60.000	60.000	—	61
132 68-9	332	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	1.000	511	—
231 68-7	332	Erstattungen des Bundes für den Zivildienst * *Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 683 10.*		6.000	6.000	—	6
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				71.581	
		A U S G A B E N					
422 01-6	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	4.856.000	4.838.000	4.888.768	1.240
422 04-0	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	154.000	154.000	154.155	86
422 19-9	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	332	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-5	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.361
425 06-6	332	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	511	—
426 01-1	332	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	30
427 10-7	332	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/Praktikantinnen	—	4.000	4.000	4.908	1
427 39-5	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	2.045	—
511 01-9	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	5.000	5.000	1.023	1
525 01-0	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
546 01-7	332	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
546 05-0	332	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 20

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42),

b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (s. aber Sonderregelung für die Naturschutzstationen und die Schutzgebietsverwaltung Elbetal weiter unten) sowie die

c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Abweichend hiervon werden im Einvernehmen mit dem MI die Ausgaben für den laufenden Betrieb der Naturschutzstationen sowie der Schutzgebietsverwaltung Elbetal mit Ausnahme der Reisekosten grundsätzlich aus dem Kapitel 15 20 geleistet.

Die im Kapiteil 15 20 ausgewiesenen Mittel sollen zu einem großen Teil zur Kofinanzierung von Maßnahmen verwendet werden, die die EU im Rahmen des Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) unterstützt (s. auch Erläuterungen zu Kapitel 15 02, Titelgruppe 90). Insbesondere gilt dies für die bei den Titeln 683 12, 683 13, 683 14 und den Titelgruppen 61 und 67 ausgebrachten Ansätze.

Um in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 neue Verträge im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND abschließen zu können, sind folgende Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:

Förderbereich	Titel	VE 2003 EUR	VE 2002 EUR
Dauergrünlandprogramm	683 13	1 000 000	3 050 000
Kooperationsprogramm Biologische Vielfalt	683 14[1])	375 000	500 000
Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung	429 61	250 000	250 000
Förderrichtlinie Biotoppflege	427 67	625 000	1 000 000

Die Ausgaben für Entschädigungen nach § 50 NNatG, Erschwernisausgleich und Vertragsnaturschutz (Titel 683 10, 683 11, 683 12, 683 13 und 683 14) Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen (TGr. 67/70) sowie für das Schutzgebietssystem Elbetal (Titelgruppe 68) werden nach wie vor aus der Wasserentnahmegebühr (WEG) finanziert. Auf die Erläuterungen zu Kapitel 15 56 wird verwiesen.

[1]) Die bei diesem Titel darüber hinaus ausgewiesenen VE sind für Maßnahmen aus Landesmitteln vorgesehen.

Zu 124 01

Einnahmen aus der Verpachtung landeseigener Grundstücke (Naturschutzverwaltung). Die Einnahmen für Flächen im Gebiet der Schutzgebietsverwaltung Elbetal sind beim Titel 124 68 zu buchen.

Zu Einnahme-Titelgruppe 68

Für das Schutzgebietssystem Elbetal sind die Einnahmen in einer gesonderten Titelgruppe zu buchen. Die Einnahmen bei den Titeln 119 68, 124 68 und 231 68 kommen aufgrund des beim Titel 683 10 ausgebrachten K-Vermerks dem Deckungskreis der aus WEG-Mitteln finanzierten Titel zugute.

124 68

Der Einnahme-Ansatz war bisher beim Titel 124 01 mitveranschlagt.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
86,85	86,85	88,93	85,68

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen (BV)

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—*	—*
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	1,00
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	1,00
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	3,08
Summe Abgänge	—	3,08
Bleibt Abgang	—	2,08

* Hinweis: Der Zugang einer Stelle der Vergütungsgruppe II a für die Zeit der Zuweisung eines Angestellten an ein Bewerberland für den Beitritt zu EU (voraussichtlich ab 2. Hälfte 2001) ist im BV noch nicht berücksichtigt.

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002 und 2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	27,92	27,92	—	36
Angestellte	57,05	57,05	—	57
Lohnempfänger/-innen	1,88	1,88	—	2
Insgesamt	86,85	86,85	—	95

Die Aufteilung ist für 2002 und 2003 identisch.

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	4 909	4 891

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 856	4 838
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	540	528
43	Versorgungsbezüge	530	505
44	Beihilfen, Unterstützungen	140	135
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	38	–5
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		6 104	6 001

Zu 427 10

Die Mittel sind vorgesehen für Zahlungen von Praktikumsvergütungen an Studierende, die am Praxissemester teilnehmen.

Sofern eine solche Vergütung nicht gezahlt wird, sind die Mindestbeträge zur Sozialversicherung zu entrichten.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 01

Neben dem allgemeinen Geschäftsbedarf sind hier auch Mittel für Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse veranschlagt.

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 525 01

Mittel für die Aus- und Fortbildung sind grundsätzlich im Kapitel 03 05 ausgebracht. Die fachliche Aus-, Fort- und Weiterbildung im Natur- und Umweltschutz ist zu dem eine Aufgabe der Alfred-Toepfer-Akademie für Naturschutz, die diese Aufgabe im Rahmen des im Kapitel 15 22 eingeplanten Budgets erfüllt. Aus dem Kapitel 15 20 werden nur die darüber hinausgehenden besonderen fachlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen bezahlt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 10-0	332	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	—	—
683 10-3	332	Entschädigungen nach § 50 NNatG * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1520 - 119 68, 1520 - 124 68, 1520 - 231 68, 1556 - 099 10, 1556 - 119 10, 1556 - 235 10 und 1556 - 272 10.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 1520 - 683 10, 1520 - 683 11, 1520 - 683 12, 1520 - 683 13, 1520 - 683 14, 1520 - 684 10, 1520 - 427 67, 1520 - 429 67, 1520 - 511 67, 1520 - 517 67, 1520 - 518 67, 1520 - 518 70, 1520 - 519 67, 1520 - 531 67, 1520 - 547 67, 1520 - 633 67, 1520 - 683 67, 1520 - 684 67, 1520 - 684 70, 1520 - 711 67, 1520 - 761 67, 1520 - 812 67, 1520 - 821 67, 1520 - 883 67, 1520 - 883 70, 1520 - 893 67, 1520 - 893 70, 1520 - 412 68, 1520 - 427 68, 1520 - 429 68, 1520 - 511 68, 1520 - 517 68, 1520 - 518 68, 1520 - 519 68, 1520 - 531 68, 1520 - 547 68, 1520 - 632 68, 1520 - 633 68, 1520 - 684 68, 1520 - 761 68, 1520 - 811 68, 1520 - 812 68, 1520 - 821 68, 1520 - 883 68, 1520 - 893 68, 1540 - 547 95, 1540 - 661 95, 1540 - 682 95, 1540 - 682 96, 1551 - 637 10, 1551 - 637 11, 1551 - 637 12, 1551 - 685 11, 1551 - 893 11, 1555 - 682 12, 1556 - 633 10, 1556 - 981 10, 1556 - 981 12, 1556 - 981 13, 1556 - 981 14, 1556 - 429 61, 1556 - 459 61, 1556 - 547 61, 1556 - 812 61, 1556 - 981 61, 1556 - 429 62, 1556 - 459 62, 1556 - 547 62, 1556 - 633 62, 1556 - 681 62, 1556 - 683 62, 1556 - 686 62, 1556 - 761 62, 1556 - 812 62, 1556 - 821 62, 1556 - 883 62, 1556 - 893 62, 1556 - 531 63, 1556 - 547 63, 1556 - 547 64, 1556 - 681 63, 1556 - 682 63, 1556 - 711 63, 1556 - 812 63, 1556 - 812 64, 1556 - 891 63, 1556 - 547 80, 1556 - 547 81, 1556 - 633 80, 1556 - 637 80, 1556 - 681 80, 1556 - 682 80, 1556 - 683 80, 1556 - 685 80, 1556 - 685 81, 1556 - 686 80, 1556 - 883 80, 1556 - 887 80, 1556 - 891 80, 1556 - 892 80, 1556 - 892 81, 1556 - 893 80, 1556 - 637 86, 1556 - 681 86, 1556 - 761 86, 1556 - 821 86, 1556 - 883 86, 1556 - 893 86 und 1556 - 981 86.*	—	51.000	51.000	—	34
683 11-1	332	Härteausgleichsleistungen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
683 12-0	332	Erschwernisausgleich nach § 52 Abs. 1 NNatG * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	1.696.000	1.796.000	2.582.024	883
683 13-8	332	Vertragsnaturschutz nach § 29 Abs. 3 NNatG * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	1.000.000 3.050.000 1.022.584	1.352.000	1.352.000	1.198.979	502
683 14-6	332	Vertragsnaturschutz zur Erhaltung der biologischen Vielfalt * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	450.000 575.000 639.115	665.000	665.000	383.469	162
684 10-0	332	Zuschüsse für die Durchführung des Deutschen Naturschutztages * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	— — 40.903	—	41.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 683 10

Nach § 50 NNatG haben Eigentümer oder andere Nutzungsberechtigte, denen durch Maßnahmen aufgrund dieses Gesetzes Beschränkungen ihrer Nutzungsrechte oder Pflichten in einem Ausmaß auferlegt werden, die über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehen, einen Anspruch auf Entschädigung.

Zu den Vermerken (K- und D-Vermerk) wird auf die Erläuterungen zu Kapitel 15 56 verwiesen.

Zu 683 12

Fördermaßnahmen im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer e1) „Erschwernisausgleich in geschützten Teilen von Natur und Landschaft.“ Für Einschränkungen bei der Nutzung von Grünland wird ein Geldausgleich gewährt.

Rechtsgrundlagen: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72); § 52 Abs. 1 NNatG i.V.m. §§ 1 bis 3 der Verordnung über den Erschwernisausgleich und den Vertragsnaturschutz in geschützten Teilen von Natur und Landschaft i.d.F. vom 10. 7. 1997 (Nds. GVBl. S. 344).

Fördergrundlage: Bewilligungsbescheide an die Bewirtschafter von Grünlandflächen.

Ende der Förderung: Das EU-Förderprogramm endet mit Ablauf des Jahres 2006, jedoch ist der Anspruch auf Grund der Verordnung über den Erschwernisausgleich unbefristet.

Die Mittel für den Nationalpark Wattenmeer und für Flächen im Schutzgebietssystem Elbetal sind im Ansatz mit enthalten.

Der Ansatz konnte verringert werden, da die Zahlung des Erschwernisausgleichs im Rahmen von PROLAND von der Europäischen Union mitfinanziert wird (s. 15 02 TGr. 90).

Zu 683 13

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer f3c) „Kooperationsprogramm Dauergrünland in Naturschutzgebieten und Nationalparken.“ Durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten werden diese gegen Zahlung eines Entgelts zu einer Pflege oder zu einer nicht bereits durch Rechtsvorschrift angeordneten Unterlassung verpflichtet, die zur Erreichung oder Verbesserung des Schutzzwecks eines Gebietes gem. §§ 24 oder 25 NNatG beiträgt.

Rechtsgrundlagen: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72); § 4 der Verordnung über den Erschwernisausgleich und den Vertragsnaturschutz in geschützten Teilen von Natur und Landschaft i.d.F. vom 10. 7. 1997 (Nds. GVBl. S. 344).

Fördergrundlage: Bewirtschaftungsvereinbarungen mit den Bewirtschaftern von Dauergrünlandflächen auf Grund der „Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Erhaltung und Entwicklung von Dauergrünland in Naturschutzgebieten, Nationalparken und Biosphärenreservaten“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 722).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Die Mittel für Flächen innerhalb des Nationalparks Wattenmeer und für Flächen im Schutzgebietssystem Elbetal sind im Ansatz mit enthalten.

Eine EU-Erstattung gemäß der Verordnung (EWG) 1257/1999 setzt den Abschluss von mindestens fünfjährigen Vereinbarungen voraus.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für neue Vereinbarungen nach dem Dauergrünlandprogramm bestimmt.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	486 000	610 000	—	1 096 000
2004	840 000	610 000	200 000	1 650 000
2005	320 000	610 000	200 000	1 130 000
2006	164 000	610 000	200 000	974 000
2007ff.	—	610 000	400 000	1 010 000
Summe	1 810 000	3 050 000	1 000 000	5 860 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	322 000	164 000	—	486 000
2003	322 000	164 000	610 000	1 096 000
2004	676 000	164 000	610 000	1 450 000
2005	156 000	164 000	610 000	930 000
2006ff.	—	164 000	1 220 000	1 384 000
Summe	1 476 000	820 000	3 050 000	5 346 000

Zu 683 14

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffern f3d und e) „Kooperationsprogramm Erhaltung der biologischen Vielfalt.“ Gefördert wird die extensive Bewirtschaftung zur Bereitstellung von Nahrungsgrundlagen für nordische Gastvögel an der Mittelelbe, der Unterelbe und im Rheiderland sowie Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Bewirtschaftungsvereinbarungen auf Grund der „Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Bereitstellung von Rast- und Nahrungsflächen für nordische Gastvögel sowie für Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 727).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Die Artenschutzmaßnahmen (Ackerwildkräuterprogramm) waren bis 2001 beim damaligen Titel 685 61 (jetzt 684 61) veranschlagt.

Von den Verpflichtungsermächtigungen sind 500 000 EUR (2002) bzw. 375 000 EUR (2003) für fünfjährige Verträge mit Landwirten zur Bereitstellung von Nahrungsgrundlagen für nordische Gastvögel in den Bereichen Mittelelbe, Unterelbe und Rheiderland bestimmt. Diese Verträge werden im Rahmen von PROLAND von der EU mitfinanziert. Je 75 000 EUR in den Jahren 2002 und 2003 sind für einjährige Verträge ohne EU-Kofinanzierung zur Schaffung von beruhigten Rast-, Überwinterungs- und Nahrungsflächen auf Rapskulturen im Gebiet der Elbtalaue vorgesehen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	582 000	175 000	—	757 000
2004	582 000	100 000	150 000	832 000
2005	582 000	100 000	75 000	757 000
2006	282 000	100 000	75 000	457 000
2007ff.	—	100 000	150 000	250 000
Summe	2 028 000	575 000	450 000	3 053 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte und die 2001 üpl. bewilligte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	300 000	358 000	—	658 000
2003	300 000	282 000	175 000	757 000
2004	300 000	282 000	100 000	682 000
2005	300 000	282 000	100 000	682 000
2006ff.	—	282 000	200 000	482 000
Summe	1 200 000	1 486 000	575 000	3 261 000

Zu 684 10

Mit den Mitteln soll die Durchführung des Deutschen Naturschutztages durch den Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) im Jahre 2002 gefördert werden.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	41 000	—	41 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
981 11-2	990	Abführung an 1321-381 15	—	1.880.000	1.880.000	1.856.961	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege aus der Spielbankabgabe** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(250.000) (250.000) (639.115)	(1.406.000)	(1.406.000)	(1.156.082)	(797)
429 61-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	250.000 250.000 639.115	61.000	61.000	94.589	97
547 61-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	456.000	456.000	48.573	21
632 61-4	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	—	—	—	—	—
633 61-0	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	137.000	137.000	173.839	137
683 61-8	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
684 61-4	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen	—	322.000	322.000	670.355	321
883 61-7	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	414.000	414.000	117.597	205
893 61-2	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	16.000	16.000	51.129	16
TGr. 67/70		**Ausweisung, Entwicklung und Pflege der Naturschutz- und Natura 2000-Gebiete einschließlich Naturschutzstationen** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(1.575.000) (3.625.000) (5.606.315)	(5.392.000)	(5.387.000)	(3.660.032)	(2.314)
427 67-0	015	Vergütungen für Personen, die Zivildienst leisten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	1.575.000 3.625.000 5.606.315	9.000	9.000	6.340	9
429 67-3	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	177.000	172.000	—	—
511 67-1	332	Geräte für Fachaufgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	18.000	18.000	10.226	—
517 67-0	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	302.000	302.000	242.864	224
518 67-6	332	Mieten und Pachten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	11.000	11.000	3.937	4
518 70-6	332	Pachtverträge für „Rote Flächen“ im NSG Lüneburger Heide * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	4.000	4.000	5.726	5
519 67-2	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	25.000	25.000	281.211	12
531 67-2	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	8.000	8.000	511	8
547 67-6	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	1.723.000	1.723.000	46.016	37
633 67-0	332	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	95.000	95.000	255.646	96

Zu Titelgruppe 61

Es sollen vornehmlich

- spezielle Maßnahmen zur Förderung von Pflanzen und Tieren bedrohter Arten,
- die Unterstützung von Betreuungsstationen für verletzte, kranke, beschlagnahmte und eingezogene Tiere,
- Planungen und Maßnahmen mit Vorbildfunktion für die Erhaltung und Wiederherstellung eines Biotopverbundsystems,
- Maßnahmen mit beispielhaftem Charakter und für Lebensräume von Tieren und Pflanzen stark gefährdeter Arten gemäß den Roten Listen

gefördert werden.

429 61

Veranschlagt sind die Vergütungen für Aushilfskräfte. Bezüglich der VE 2002 und 2003 wird auf die Erläuterungen zu Titel 883 61 verwiesen.

547 61

Aus dem Ansatz sind Werkverträge für spezielle Artenschutzmaßnahmen zu zahlen.

632 61

Vorsorglich Leertitel, um bei überregionalen Fragen mit anderen Bundesländern kooperieren zu können.

684 61

Zuwendungen an Betreuungsstationen für verletzt aufgefundene sowie beschlagnahmte und eingezogene besonders geschützte Tiere.

Rechtsgrundlage: Artikel 16 Abs. 3 der Verordnung der EG Nr. 338/1997 (Abl. Nr. L 61 vom 3. 3. 1997, S. 1) §§ 20 g Abs. 4 und 22 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz (BGBl. 1998, S. 2995).

Fördergrundlage: Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und den Betreuungsstationen vom 22. 12. 1993 und 28. 1. 1994 für die Station in Leiferde sowie vom 22. 12. 1993 und 31. 12. 1993 für die Station Düendorf.

Ende der Förderung: 31. 12. 2004.

Die bisher hier veranschlagten Mittel für Verträge auf Grund des Kooperationsprogramms „Biologische Vielfalt – Teilbereich Ackerwildkräuter“ sind einschließlich der Belastung aus den Verpflichtungsermächtigungen 2000 (üpl.) und 2001 beim Titel 683 14 berücksichtigt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	166 000	—	—	166 000
2003	172 000	—	—	172 000
2004	180 000	—	—	180 000
Summe	518 000	—	—	518 000

Zu 883 61

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer t2all) „Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung.“ Gefördert wird der Grunderwerb zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Bewilligungsbescheide aufgrund der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 725).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Die beim ersten Titel der Titelgruppe ausgebrachten VE 2002 und 2003 sind für Förderungen im Rahmen des EAGFL-Programms PROLAND – Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung – bestimmt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	250 000	—	250 000
2004	—	—	250 000	250 000
Summe	—	250 000	250 000	500 000

Zu Titelgruppe 67/70

Gem. § 29 NNatG trägt das Land die Kosten der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten. Es kann die Maßnahmen selbst durchführen oder kommunale Gebietskörperschaften, Verbände o. ä. beauftragen. Dies ist von Fall zu Fall unterschiedlich und von der Geeignetheit der vor Ort jeweils vorhandenen, ggfs. in Frage kommenden Träger abhängig. Da somit der Träger nicht vorhersehbar ist, muss aus Praktikabilitätsgründen die Möglichkeit geschaffen werden, auf die vorhandenen Gegebenheiten flexibel reagieren zu können.

In einigen überregional bedeutsamen Naturschutzgebieten nehmen Naturschutzstationen die Aufgabe wahr, die Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für die auf Dauer zu pflegenden Ökosystemtypen zu koordinieren und zu überwachen sowie die Bevölkerung zu informieren.

Es sind folgende Naturschutzstationen eingerichtet worden:

- Steinhuder Meer
- Dümmer
- Fehntjer Tief
- Unterelbe

In Gebieten von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung sowie an Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben für Naturschutz und Landschaftspflege beteiligt sich das Land finanziell an der Förderung des Bundes. Die notwendigen Mittel sind in dieser Titelgruppe veranschlagt.

Die Zweckbestimmung der Titelgruppe wurde ergänzt, um Maßnahmen in FFH- und Vogelschutz-Gebieten auch dann aus den hier veranschlagten Mitteln abwickeln zu können, wenn die betreffenden Flächen nicht als Schutzgebiet ausgewiesen sind. Der Gesamtansatz der Titelgruppe wurde um ca. 1,17 Mio. EUR erhöht für die Durchführung des „Monitoring in der Niedersächsischen Naturschutzverwaltung aufgrund von EU-Verpflichtungen (EAGFL, Natura 2000).“ Das dem Monitoring zugrunde liegende Konzept, das auf Dauer angelegt ist, setzt sich zusammen aus einer Phase der Ersterfassung und dem Dauerbetrieb. Die Ersterfassung von Daten soll bis zum Jahr 2006 abgeschlossen sein. Danach folgt der Dauerbetrieb mit wiederkehrenden Kartierungen und Erfassungen von Arten und Biotoptypen.

427 67

Zu den Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2002 i.H.v. 3 625 000 EUR und des Jahres 2003 i.H.v. 1 575 000 EUR wird auf die Erläuterungen zu folgenden Titeln verwiesen:

Titel	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
547 67	400	400
683 67	625	1 000
684 70	—	1 675
821 67	250	250
883 67	300	300
Summe	1 575	3 625

ERLÄUTERUNGEN

429 67

Veranschlagt sind Mittel für die auf fünf Jahre befristete Beschäftigung von drei Angestellten (2 Verg.-Gr. II a, 1 Verg.-Gr. IV a BAT) für das Monitoring auf Grund von EU-Verpflichtungen.

511 67

Geräte für die Pflege und Entwicklung der zu betreuenden Gebiete.

517 67

Grundbesitzabgaben für landeseigene Grundstücke (Naturschutzverwaltung). Der Ansatz wurde wegen des fortgesetzten Grunderwerbs erhöht.

518 70

Mittel für den Abschluss von Pachtverträgen für „Rote Flächen“ im NSG Lüneburger Heide.

519 67

Verringerung des Ansatzes, da die VE 2000 ausschließlich zu Lasten des Jahres 2001 in Anspruch genommen wurde und die Mittel für die Förderrichtlinie „Kooperationsprogramm Biotoppflege“ (VE 2001) beim Titel 683 67 veranschlagt sind.

547 67

Für den Abschluss von Werkverträgen (z. B. fachliche Gutachten, kartographische Darstellungen, Pflegeverträge, Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen sowie für Betriebskosten der Naturschutzstationen). Der Ansatz ist erhöht, um das aufgrund von EU-Verpflichtungen erforderliche Monitoring durchführen zu können.

Die VE sind für Verträge über die Pflege von Natura-2000-Gebieten erforderlich.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	150 000	400 000	—	550 000
2004	150 000	—	400 000	550 000
2005	150 000	—	—	150 000
2006	150 000	—	—	150 000
Summe	600 000	400 000	400 000	1 400 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	150 000	—	150 000
2003	—	150 000	400 000	550 000
2004	—	150 000	—	150 000
2005	—	150 000	—	150 000
2006	—	150 000	—	150 000
Summe	—	750 000	400 000	1 150 000

633 67

Zuwendungen an Gemeinden (GV) zur Pflege und Entwicklung schutzwürdiger Flächen. Der Ansatz wurde entsprechend dem Bedarf des Vorjahres reduziert.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
683 67-7	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	1.350.000	1.350.000	—	—
684 67-3	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen) * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	224.000	224.000	888.523	241
684 70-3	332	Vertrag mit dem Verein Naturschutzpark e.V. (VNP) für das NSG Lüneburger Heide * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	335.000	335.000	425.957	426
711 67-0	332	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	64
761 67-8	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	51.000	51.000	127.823	23
812 67-1	332	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	25.565	—
821 67-0	332	Erwerb von Grundstücken * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	255.000	255.000	230.081	128
883 67-6	332	Zuweisungen für Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	300.000	300.000	204.517	133
883 70-6	332	Zuweisungen an Gemeinden (GV) als Landesanteil an der Bundesförderung für GR-Projekte und E+E-Vorhaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	465.000	465.000	659.669	701
893 67-1	332	Zuschüsse zu Ausführungskosten von Flurbereinigungsverfahren und für andere Investitionen an Sonstige im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	40.000	40.000	17.895	22
893 70-1	332	Zuschüsse an Sonstige im Inland als Landesanteil an der Bundesförderung für GR-Projekte und E+E-Vorhaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	227.525	183
TGr. 68		**Schutzgebietssystem Elbetal** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(100.000) (100.000) (3.533.027)	(806.000)	(806.000)	(746.384)	(328)
412 68-1	332	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	— — 1.037.923	2.000	2.000	1.790	—
427 68-9	332	Vergütungen für Personen, die Zivildienst leisten sowie Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	13.000	13.000	10.226	13
429 68-1	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	106.000	102.000	102.258	104
511 68-0	332	Geräte für Fachaufgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	5.000	5.000	5.113	—
517 68-8	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	17.000	17.000	17.895	17
518 68-4	332	Mieten und Pachten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	7.000	7.000	10.226	6
519 68-0	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	15.000	15.000	15.339	1
531 68-0	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	15.000	15.000	25.565	—
547 68-4	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	98.000	98.000	26.945	35

683 67

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer f3a) „Kooperationsprogramm Biotoppflege.“ Gefördert werden im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten freiwillige Leistungen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von bestimmten Biotoptypen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Bewilligungsbescheide aufgrund der „Richtlinie über die Gewährung von Zahlungen für freiwillige Vereinbarungen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von bestimmten Biotoptypen“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 719).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Außerdem sind die Mittel für Zahlungen zur Sicherung der Vogellebensräume auf Grund der EU-Vogelschutzrichtlinie bestimmt. Die VE 2002 und 2003 sind für Verträge aufgrund der Förderrichtlinie Biotoppflege vorgesehen. Die Mittel zur Deckung der im Haushaltsjahr 2001 beim Titel 521 67 (jetzt 519 67) ausgebrachten VE i.H.v. jährlich 179 000 EUR für die Jahre 2002 bis 2006 sind im Ansatz dieses Titels enthalten.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	691 000	200 000	—	891 000
2004	691 000	200 000	125 000	1 016 000
2005	691 000	200 000	125 000	1 016 000
2006	179 000	200 000	125 000	504 000
2007f.	—	200 000	250 000	450 000
Summe	2 252 000	1 000 000	625 000	3 877 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	691 000	—	691 000
2003	—	691 000	200 000	891 000
2004	—	691 000	200 000	891 000
2005	—	691 000	200 000	891 000
2006f.	—	179 000	400 000	579 000
Summe	—	2 943 000	1 000 000	3 943 000

684 67

Kosten der Betreuung und Pflege von Schutzgebieten gem. §§ 29 Abs. 2 und 61 NNatG in Verbindung mit §§ 54 ff. VwVfG durch Naturschutzverbände.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	224 000	—	—	224 000
2003	224 000	—	—	224 000
2004	224 000	—	—	224 000
Summe	672 000	—	—	672 000

684 70

Mittel für den Vertrag mit dem Verein Naturschutzpark e. V. zur Pflege von Flächen im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide. Der Ansatz wurde verringert, da nach einer Vertragsänderung Teile des Vertrags mit Kofinanzierung der EU abgewickelt werden.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	335 000	—	335 000
2004	—	335 000	—	335 000
2005	—	335 000	—	335 000
2006	—	335 000	—	325 000
2007	—	335 000	—	335 000
Summe	—	1 675 000	—	1 675 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	335 000	—	—	335 000
2003	—	—	335 000	335 000
2004	—	—	335 000	335 000
2005	—	—	335 000	335 000
2006f.	—	—	670 000	670 000
Summe	335 000	—	1 675 000	2 010 000

761 67

Verringerter Ansatz wegen des geringen Bedarfs im Vorjahr.

821 67

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer t2al) „Verwaltungsvorschrift Naturschutz.“ Gefördert wird der Grunderwerb zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft durch das Land Niedersachsen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Zahlungen aufgrund der „Verwaltungsvorschrift Naturschutz“ vom 5. 11. 2001 (nicht veröffentlicht).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Die VE sind für Grundstücksankäufe im Rahmen der Verwaltungsvorschrift Naturschutz bestimmt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	250 000	—	250 000
2004	—	—	250 000	250 000
Summe	—	250 000	250 000	500 000

883 67

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer t2all) „Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung.“ Gefördert wird der Grunderwerb zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Bewilligungsbescheide aufgrund der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft“ vom 14. 7. 2001 (Nds. MBl. S. 725).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Die VE sind für die Bewilligung von Grundstücksankäufen durch Kommunen im Rahmen der Förderrichtlinie Landschaftsentwicklung bestimmt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	300 000	—	300 000
2004	—	—	300 000	300 000
Summe	—	300 000	300 000	600 000

883 70 und 893 70

Landesanteil an der Förderung des Bundes für Projekte von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung (GR-Projekte) sowie an Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben (E + E-Vorhaben).

Folgende GR-Projekte werden gefördert bzw. wurde eine Verlängerung beantragt:
- Fischerhuder Wümmeniederung / Landkreis Verden
- Krähenbeer – Küstenheiden / Landkreis Cuxhaven
- Hammeniederung / Landkreis Osterholz
- Lutter / Landkreise Celle und Gifhorn
- Lüneburger Heide / Landkreise Harburg und Soltau-Fallingbostel
- Meerbruch – Steinhuder Meer / Landkreise Hannover, Nienburg und Schaumburg.

E + E Vorhaben werden in den Jahren 2002 und 2003 aus dem Kapitel 15 20 voraussichtlich nicht finanziert. Der Ansatz wurde verringert, da mehrere Projekte auslaufen und vom Bund voraussichtlich nur jeweils ein neues Projekt je Jahr bewilligt wird.

Zu dem Projekt „Dannenberger Marsch“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg siehe Erläuterung zu Titel 883 68.

883 70

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	319 000	—	—	319 000
2004	258 000	—	—	258 000
2005	235 000	—	—	235 000
2006	201 000	—	—	201 000
2007ff.	640 000	—	—	640 000
Summe	1 653 000	—	—	1 653 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	209 000	128 000	—	337 000
2003	191 000	128 000	—	319 000
2004	130 000	128 000	—	258 000
2005	107 000	128 000	—	235 000
2006ff.	73 000	768 000	—	841 000
Summe	710 000	1 280 000	—	1 990 000

Zu Titelgruppe 68

Das „Schutzgebietssystem Elbetal“ in der unteren Mittelelbe-Niederung ist Teil des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservats „Flußlandschaft Elbe“ der Länder Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Abgesehen von den Personalkosten und mit Ausnahme der Ansätze für Erschwernisausgleich, Vertragsnaturschutz und Monitoring sind in der Titelgruppe die Ausgaben der Schutzgebietsverwaltung ausgewiesen. Die Mittel für den Erschwernisausgleich nach § 52 Abs. 1 NNatG und den Vertragsnaturschutz nach § 29 Abs. 3 NNatG sind bei Titel 683 12 bzw. 683 13 und 683 14 sowie die Mittel für Monitoring bei 547 67 zentral veranschlagt.

429 68

Zur vorübergehenden Beschäftigung von 2 Angestellten der Vergütungsgruppe III und IV a BAT bis zum 31. 12. 2002. Eine Verlängerung der Verträge ab 1. 1. 2003 ist noch nicht entschieden.

547 68

Die Mittel sind vorgesehen für Betriebskosten der Schutzgebietsverwaltung sowie die Erstellung fachplanerischer Grundlagen in Form von Gutachten und Werkverträgen, Effizienzkontrollen.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2003)

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Personenkraftwagen	2	2	2
Anhänger	1	1	1
Nutz- und Sonderfahrzeuge	1	1	1
Zusammen	4	4	4

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (2002)

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Personenkraftwagen	2	2	2
Anhänger	1	1	1
Nutz- und Sonderfahrzeuge	1	1	1
Zusammen	4	4	4

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
632 68-1	332	Länderübergreifende Zusammenarbeit * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
633 68-8	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	64.000	64.000	66.775	58
684 68-1	332	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationseinrichtungen und zu anderen Zwecken an soziale oder ähnliche Einrichtungen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	93.000	93.000	93.566	—
761 68-6	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	16.000	—	—	—
811 68-3	332	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	20.000	12.782	—
812 68-0	332	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
821 68-9	332	Erwerb von Grundstücken * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	100.000 100.000 —	100.000	100.000	102.258	93
883 68-4	332	Zuweisungen für Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden (GV) sowie als Landesanteil an Bundesförderungen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	— — 2.495.104	255.000	255.000	255.646	—
893 68-0	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Maßnahmen des Naturschutzes aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(75)
547 69-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
686 69-2	332	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
761 69-4	332	Investive Maßnahmen	—	—	—	—	72
812 69-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik**	(—)	(11.000)	(46.000)	(11.504)	(25)
511 99-0	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	10.000	32.000	10.737	22
518 98-6	332	Kosten für die Anmietung von Software * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	—	—	—
518 99-4	332	Kosten für die Anmietung von Hardware * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	—	—	—
525 98-2	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	1.000	—	—
525 99-0	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	1.000	—	—
538 98-7	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN) * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	—	—	—
538 99-5	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere) * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	—	—	—
547 99-4	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	1.000	2.000	767	3

684 68

Betriebskostenzuschuss für das Informationszentrum in Bleckede.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	93 000	—	—	93 000
2004	93 000	—	—	93 000
2005	93 000	—	—	93 000
2006	93 000	—	—	93 000
2007ff.	465 000	—	—	465 000
Summe	837 000	—	—	837 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	93 000	—	93 000
2003	—	93 000	—	93 000
2004	—	93 000	—	93 000
2005	—	93 000	—	93 000
2006ff.	—	558 000	—	558 000
Summe	—	930 000	—	930 000

811 68

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffung:		
1 Geländefahrzeug	—	20

Veranschlagt ist ein Fahrzeug einschließlich der erforderlichen Sonderausstattung, Überführung und Brief.

821 68

Zur Erreichung des Schutzziels ist der Grunderwerb zwingend notwendig.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	100 000	—	100 000
2004	—	—	100 000	100 000
Summe	—	100 000	100 000	200 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	103 000	—	103 000
2003	—	—	100 000	100 000
Summe	—	103 000	100 000	203 000

883 68

Landesanteil an der Förderung des Bundes für das Projekt von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung „Dannenberger Marsch“/Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	255 000	—	—	255 000
2004	255 000	—	—	255 000
2005	255 000	—	—	255 000
2006	255 000	—	—	255 000
2007ff.	1 220 000	—	—	1 220 000
Summe	2 240 000	—	—	2 240 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	255 000	—	255 000
2003	—	255 000	—	255 000
2004	—	255 000	—	255 000
2005	—	255 000	—	255 000
2006ff.	—	1 475 000	—	1 475 000
Summe	—	2 495 000	—	2 495 000

Zu Titelgruppe 69

Zur zweckentsprechenden Verausgabung von Spenden Dritter für Naturschutzzwecke.

Zu 511 99

Insbesondere für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturkosten.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-0	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software * *Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 511 99.*	—	—	10.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			873.850	
		Abschluss Kapitel 15 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		322.000	323.000	329.783	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		6.000	6.000	—	
		Summe der Einnahmen		328.000	329.000	329.783	
		4 Personalausgaben	1.825.000 3.875.000 7.283.353	5.382.000	5.355.000	5.265.590	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.720.000	2.745.000	1.626.524	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.450.000 3.625.000 1.702.602	6.384.000	6.525.000	6.739.133	
		7 Baumaßnahmen	—	67.000	51.000	127.823	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	100.000 100.000 2.495.104	1.845.000	1.875.000	1.904.664	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.880.000	1.880.000	1.856.961	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.375.000 7.600.000 11.481.059	18.278.000	18.431.000	17.520.695	
		Zuschuss		17.950.000	18.102.000	17.190.912	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		530.000	505.000	491.147	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		18.808.000	18.936.000	18.011.842	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		18.480.000	18.607.000	17.682.059	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1522 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-9	332	Vermischte Einnahmen ****Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 5 der Erläuterungen verbindlich.*		141.000	141.000	204.005	183
282 10-6	332	Zweckgebundene Einnahmen und Spenden		—	—	—	261
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter**		(255.000)	(255.000)	(255.646)	(664)
119 65-5	332	Vermischte Einnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		255.000	255.000	255.646	566
282 65-3	332	Erstattungen Dritter * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	—	—	98
		A U S G A B E N					
422 01-3	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets * *Übertragbar.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 422 01, 425 01, 426 01, 429 10, 546 01, 685 01 und 812 10.*	—	715.000	714.000	680.581	161
422 19-6	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	332	Vergütungen der Angestellten * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	—	—	—	441
426 01-9	332	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	—	—	—	30
429 10-7	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	104.000	104.000	104.150	263
546 01-4	332	Vermischte Ausgaben * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	257.000	257.000	312.450	651
685 01-4	185	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	—	—	1.329	0
812 10-5	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen * *Vgl. D-Vermerk zu 422 01.*	—	59.000	59.000	58.543	22
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		**Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65 und 282 65.*	(—)	(255.000)	(255.000)	(255.646)	(650)
429 65-4	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	143.000	143.000	143.162	225
547 65-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	112.000	112.000	112.484	426
812 65-2	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

1. Rechtsgrundlage

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz wurde 1981 durch Beschluss des Landesministeriums als Norddeutsche Naturschutzakademie gegründet [(Nds. MBl. 10/1981, S. 364) mit den Änderungsbeschlüssen vom 11. 2. 1988 (Nds. MBl. S. 247), 13. 12. 1988 (Nds. MBl. 1/1989 S. 16), 4. 9. 1990 (Nds. MBl. 34/1990 S. 1188) und 17. 10. 1995 (Nds. MBl. 39/1995 S. 1213)]. Gemäß Errichtungsbeschluss verfolgt sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

2. Aufgaben

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz nimmt in Zusammenarbeit mit den Universitäten und Hochschulen, den Dienststellen der niedersächsischen Naturschutzverwaltung und anderen entsprechenden Einrichtungen des In- und Auslandes folgende Aufgaben wahr:

– Aus-, Fort- und Weiterbildung im Natur- und Umweltschutz,
– Öffentlichkeitsarbeit,
– Durchführung eigener Forschungsvorhaben,
– Förderung und Vernetzung der Forschung für Naturschutz,
– Förderung des Erkenntnis- und Erfahrungsaustausches.

3. Verwaltungsaufbau

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz ist unmittelbar dem Nds. Umweltministerium nachgeordnet und hat ihren Sitz auf Hof Möhr im Außenbereich der Stadt Schneverdingen. Der Veranstaltungsbetrieb wird weitestgehend im Camp Reinsehlen (Schneverdingen) durchgeführt, wo die Akademie Büro- und Tagungsräume angemietet hat und wo Unterkunft und Verpflegung vor Ort verfügbar sind. Die Akademie ist damit an zwei Standorten tätig.

4. Ziele der Akademie für die Haushaltsjahre 2002 und 2003

4.1 Allgemeine Ziele

Auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsrechnung sind die Haushaltsmittel zur weiteren Effizienz- und Effektivitätssteigerung ab dem Haushaltsjahr 1999 in einer budgetierten Form veranschlagt (Budgetierung).

Die Budgetierung des Haushalts ermöglicht der Akademie, innerhalb des Haushaltsjahres flexibel auf neue, bzw. veränderte Herausforderungen zu reagieren, wie z.B. zusätzlichen Bedarf nach bestimmten Veranstaltungen. Zusätzlich eingeworbene Finanzmittel für Bildung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit können sowohl im Sach- als auch im Personalhaushalt eingesetzt werden. Jeder Fachbereich der Akademie verfügt im Rahmen des Gesamthaushalts über ein eigenes Teilbudget. Ziel ist es, Kostenbewusstsein zu schaffen, Arbeitsabläufe zu optimieren sowie Sach- und Entscheidungskompetenz zusammenzuführen.

In den Haushaltsjahren 2002 und 2003 wird die Akademie trotz gekürzter Sachmittel in Höhe von 56 695 EUR gegenüber dem Haushaltsjahr 2001, aber bei unveränderter Personalausstattung ihre Aufgaben als Dienstleister für Bildung und Forschung durch bedarfsgerechte, Agenda-21-gemäße und auf Kostendeckung zielende Angebote und Leistungen weiter erfüllen. Einnahmen werden vor allem erzielt aus Teilnehmergebühren, Verkauf von Publikationen, Vermietungen, Aufträge in Forschung, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit.

4.2 Ziele im Aufgabengebiet Bildung

Die Akademie betreibt Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel, ein qualitativ hochwertiges Angebot bereitzuhalten. Kompetente Referentinnen und Referenten aus ganz Deutschland und dem internationalen Raum kennzeichnen das Angebot der Akademie. Korrespondierend hierzu ist eine moderne technische Ausstattung unabdingbar, um den Qualitätsstandard aufrecht zu erhalten. Das zieht in den Planungsjahren einen erhöhten Investitionsbedarf nach sich. Die Akademie konzentriert sich primär auf die Zielgruppen Verwaltung, Entscheidungsträger und Multiplikatoren. Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch findet vor allem im Rahmen von Fachtagungen statt.

In den Haushaltsjahren 2002 und 2003 wird die Akademie ihr Angebot an Seminaren und Fachtagungen an die Haushaltslage anpassen. Das bisherige Angebot von 68 Seminaren und Fachtagungen im Jahr wird auf mindestens 54 Veranstaltungen reduziert. Entsprechend der Einnahmesituation soll diese Zahl im Laufe des Jahres nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Veranstaltungstage und der Teilnehmer wird dieser Entwicklung folgen. Die Akademie wird dabei schwerpunktmäßig Fortbildungsangebote zu aktuellen Rechtsetzungsakten präsentieren. Weiterhin werden die Vermittlung von Methodenkompetenz im kommunikativen Bereich sowie der Einsatz neuer Technologien (GPS, GIS) eine zentrale Rolle spielen.

Spezielle Lehrgänge im Rahmen der Referendarausbildung der Landespflege und des höheren Forstdienstes sowie der Anwärter des gehobenen Forstdienstes, für die Nationalparkwacht in den Nationalparks Nds. Wattenmeer und Harz sowie für die Landschaftswacht werden angeboten. Zusammen mit der Ländlichen Erwachsenenbildung in Niedersachsen e. V. (LEB) werden weiterhin Fortbildungslehrgänge zum/zur „Geprüften Natur- und Landschaftspfleger/Landschaftspflegerin“ durchgeführt.

Die Akademie wird Fortbildungsmaterial und Lehreinheiten entwickeln, erproben und gegen Entgelt vertreiben. Dies geschieht vorrangig im Rahmen der Arbeit als „Regionales Umweltbildungszentrum“ oder im Themenfeld der Agenda 21. U.a. ist die Akademie unter dem Motto „Öffnung von Schule“ am Programm der Bund-Länder-Kommission „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung beteiligt.

Bildungsmaßnahmen im Auftrag Dritter werden nur gegen volle Kostenerstattung realisiert. Im Rahmen des EU-Förderprogramms Leonardo II, mit Förderung durch die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. und in Zusammenarbeit mit dem internationalen Haus Sonnenberg (Harz) wird an einem europaweit einheitlichen Fortbildungsstandard für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Großschutzgebieten gearbeitet.

4.3 Ziele im Aufgabengebiet Öffentlichkeitsarbeit

Zielgruppen sind einerseits die breite Öffentlichkeit, insbesondere alle wichtigen Gruppen entsprechend dem Teil III der Agenda 21, und andererseits das Fachpublikum im amtlichen, ehrenamtlichen und privaten Natur- und Umweltschutz.

In den Haushaltsjahren 2002 und 2003 wird die Akademie die wissenschaftlichen Schriftenreihen „NNA-Berichte“ mit etwa 400 Seiten/Jahr in gewohnter Weise herausgeben. Die „Mitteilungen aus der NAA“ werden in jährlich 2 Ausgaben aktuelle Informationen aus der laufenden Arbeit der Akademie für die interessierte Öffentlichkeit und speziell für die Veranstaltungsteilnehmer der Akademie bereithalten. Die Akademie bedient damit weiterhin über 200 Schriftentauschpartner in ganz Europa. Die Publikationen der Akademie vermitteln auch Handlungskompetenzen für Personen, die in Agenda 21-Prozessen oder/und in Verwaltungen tätig sind. Die Akademie wird darüber hinaus in Agenda 21-Prozessen selbst gestaltend mitwirken.

Das Akademieangebot und die Fachinhalte werden im Internet laufend aktualisiert und erweitert. Anmeldungen zu Veranstaltungen sowie Bestellung von Publikationen sind online möglich. Führungen und Vorträge zum Naturschutzgebiet Lüneburger Heide werden gegen Gebühr angeboten.

4.4 Ziele im Aufgabengebiet Forschung

In den Haushaltsjahren 2002 und 2003 wird die Akademie ihre Zusammenarbeit mit allen in Betracht kommenden niedersächsischen Hochschulen und Fachhochschulen, insbesondere mit der Universität Lüneburg auf der Basis des Kooperationsvertrages vom 17. 10. 1994, durch einen fachbereichsübergreifenden Ansatz fortführen. Sie wird einen von Dritten dotierten Forschungspreis vergeben. Die Fachbibliothek mit über 4500 Bänden (Buchbestand), 400 Zeitschriftenbänden und Schriftenreihen wird durch Einsatz neuer Medien öffentlich verfügbar.

Die Naturschutzakademie koordiniert die Forschung im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide. Unter Einwerbung von Drittmitteln und in Kooperation mit niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen werden etwa 15 Projektarbeiten z. B. zu Fragen des Flächenmanagements auf Heiden und ehemaligen militärischen Übungsflächen, zu Waldökologie und Gewässerrenaturierung durchgeführt, betreut und unterstützt. Das mit Förderung der Nds. Lottostiftung aufgebaute Geografische Informationssystem kommt dabei zum Einsatz. Ein umfangreiches, mit Drittmitteln ausgestattetes Verbundforschungsvorhaben im Rahmen der BMFT-Forschungsförderung „Biotop- und Artenschutz/Integrierte Naturschutzforschung“ zu heidbezogenen Themen wird durchgeführt.

5. Besondere Regelungen für die Budgetierung der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Die Ausgaben des Kapitels erhöhen sich um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 119 01; sie vermindern sich um die Mindereinnahmen bei diesem Titel. Die Einnahmen bei Titel 282 10 erhöhen die Ausgaben.

Darüber hinaus dürfen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 37 LHO überplanmäßige Ausgaben geleistet werden. Die insoweit erforderlichen Einwilligungen des MF gelten als erteilt. Diese Mehrausgaben sind auf die nächstjährige Bewilligung als Vorgriff anzurechnen.

Für eingegangene Verpflichtungen und nicht abgeflossene Ausgabereste aus Vorjahren werden Ausgabereste gebildet und übertragen. Nicht belegte Haushaltsmittel werden in Höhe von 80 v.H. übertragen.

6. Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 429 10

Die Gesamtsumme des Budgets für die Bezüge der Beamten, die Vergütung der Angestellten und die Löhne der Arbeiter sind beim Titel 422 01 ausgewiesen, die sonstigen Personalkosten beim Titel 429 10.

Das Beschäftigungsvolumen 2002 und 2003 beträgt 14 Vollzeiteinheiten (VZE).

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1522 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 22					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		396.000	396.000	459.651	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		396.000	396.000	459.651	
		4 Personalausgaben	—	962.000	961.000	927.893	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	369.000	369.000	424.934	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	1.329	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	59.000	59.000	58.543	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.390.000	1.389.000	1.412.699	
		Zuschuss		994.000	993.000	953.048	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		67.000	64.000	53.430	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.457.000	1.453.000	1.466.129	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.061.000	1.057.000	1.006.478	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-5	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		1.000	1.000	1.023	1
112 01-1	332	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.000	1.000	1.023	1
119 01-6	332	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	5.113	5
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen**		(8.000)	(8.000)	(7.669)	(9)
235 61-0	332	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		—	—	—	—
282 61-8	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		8.000	8.000	7.669	9
TGr. 62		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen**		(13.000)	(13.000)	(12.782)	(9)
119 62-8	332	Einnahmen aus Veröffentlichungen und sonstige Verwaltungseinnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.* ** *Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		10.000	10.000	10.226	9
125 62-8	332	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.*		3.000	3.000	2.556	—
		A U S G A B E N					
412 10-4	332	Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder	—	2.000	2.000	2.045	2
422 01-0	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	436.000	434.000	439.404	168
422 19-3	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	240
427 39-0	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-3	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	1.023	—
517 01-1	332	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
519 01-4	332	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5.000	5.000	5.113	—
525 01-4	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.000	2.000	2.301	4
546 01-1	332	Vermischte Ausgaben	—	—	—	—	0
981 11-7	990	Abführung an 1321-381 15	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 61 und 282 61.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(175.000)	(175.000)	(81.142)	(68)

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 24

Der Nationalpark Harz ist mit Wirkung vom 1. 1. 1994 eingerichtet worden. Derzeitige Rechtsgrundlage ist das Gesetz über den Nationalpark Harz in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 25. 7. 2001 (Nds. GVBl. S. 553).

Ein Nationalpark bedarf nach § 25 NNatG einer eigenen Verwaltung. Diese Verwaltung, die einem Dezernat der Bezirksregierung Braunschweig obliegt, nimmt für den gesamten Bereich des Nationalparks Harz die Aufgaben einer oberen Naturschutzbehörde wahr.

Im Kapitel 15 24 sind die zur Durchführung der Fachaufgaben im Nationalpark nötigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt.

Die übrigen sächlichen Verwaltungsausgaben für den Nationalpark sind bei Kapitel 10 04 veranschlagt.

Zu 125 62

Einnahmen aus der Verwertung von Rechten des Landes, die im Zusammenhang mit dem Nationalpark stehen (z.B. Rechte an einem Signet).

Zu 412 10

Mittel für Entschädigungen einschl. Reisekostenvergütungen der ehrenamtlichen Mitglieder des Nationalparkbeirats sowie des gemeinsamen wissenschaftlichen Beirats (§ 18 des Gesetzes über den Nationalpark Harz).

Der Nationalparkbeirat berät gem. § 18 des Gesetzes über den Nationalpark Harz die Nationalparkverwaltung.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
8,0	8,0	8,0	8,0

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen (BV)

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002 und 2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	4,00	4,00	—	6
Angestellte	4,00	4,00	—	2
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	8,00	8,00	—	8

Die Aufteilung des BV ist in 2002 und 2003 identisch.

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	436	434

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	436	434
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	10	10
43	Versorgungsbezüge	66	63
44	Beihilfen, Unterstützungen	12	11
45	Personalbezogene Sachausgaben	1	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	3	—
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		528	518

Zu Titelgruppe 61

Im Zuge der Durchführung des „Gesetzes über den Nationalpark Harz“ ist im Nationalpark eine Vielzahl von Pflege- und Entwicklungsarbeiten (§ 9 i.V.m. § 17 des Gesetzes über den Nationalpark Harz) zu verrichten. Darüber hinaus führt die Nationalparkverwaltung gem. § 8 Abs. 1 des Gesetzes über den Nationalpark Harz eigene wissenschaftliche Untersuchungen durch.

Für Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen im Nationalpark Harz sind auch im Kapitel 10 04 Haushaltsmittel veranschlagt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 61**		****Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr. 98/99.*					
427 61-6	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 427 61, 429 61, 511 61, 519 61, 547 61, 761 61, 981 61, 427 62, 429 62, 531 62, 547 62, 633 62, 684 62, 812 62, 883 62 und 893 62.*	—	8.000	8.000	7.874	—
429 61-9	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	—	—	—	—
511 61-7	332	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	2.000	2.000	1.278	1
519 61-8	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	63.000	63.000	71.990	48
547 61-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	102.000	102.000	—	19
761 61-3	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	—	—	—	—
981 61-3	990	Abführung an Kapitel 10 04 Titelgruppen 62 und 63 * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62 und 125 62.* ****Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr. 98/99.*	(—)	(171.000)	(171.000)	(170.976)	(176)
427 62-4	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	—	—	—	—
429 62-7	332	Nicht aufteilbare Personalkosten * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	—	—	—	—
531 62-6	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	11.000	11.000	11.760	6
547 62-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	7.000	7.000	6.851	22
633 62-3	332	Zuweisungen zur Unterhaltung von Informationszentren und zu anderen Zwecken an Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	87.000	87.000	86.920	87
684 62-7	332	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationszentren und zu anderen Zwecken an soziale oder ähnliche Einrichtungen * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	66.000	66.000	65.445	61
812 62-5	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	—	—	—	—
883 62-0	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	—	—	—	—
893 62-5	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland * *Vgl. D-Vermerk zu 427 61.*	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Verstärkte Förderung des Naturschutzes** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(—)	(205.000)	(205.000)	(204.517)	(30)
429 63-5	332	Nicht aufteilbare Personalkosten	—	—	—	—	—

511 61

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

519 61

Für den Nationalpark Harz, der fast ausschließlich aus landeseigenen Flächen besteht, werden umfangreiche nichtwaldbauliche Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen notwendig. Für diese nach § 29 NNatG durchzuführenden Maßnahmen entstehen Planungs- und Durchführungskosten.

547 61

Zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Bestandslenkung sowie für wissenschaftliche Untersuchungen.

981 61

Abführung an Kapitel 10 04 für Löhne der Waldarbeiter, soweit sie für die Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen außerhalb des Waldes eingesetzt sind.

Zu Titelgruppe 62

Die Informations- und Bildungsarbeit gem. § 7 des Gesetzes über den Nationalpark Harz ist zentrale Aufgabe der Nationalpark-Verwaltung, um ein wachsendes Verständnis der Einwohner und Gäste des Nationalparks für die Naturschutzmaßnahmen zu erreichen.

531 62

Für die Anfertigung von Informations- und Aufklärungsmaterial sowie die Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und andere Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 2,50 EUR wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

547 62

Mittel für die Werkverträge im Zusammenhang mit der Durchführung von Informationsmaßnahmen.

633 62

Zahlungen aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung mit der Stadt St. Andreasberg zum Betrieb des Nationalparkhauses St. Andreasberg.

Rechtsgrundlage: Verpflichtung der Nationalparkverwaltung zur Unterhaltung von Einrichtungen für die Informations- und Bildungsarbeit (§ 7 Abs. 1 des Gesetzes über den Nationalpark Harz) und zur Zusammenarbeit mit Kommunen (§ 7 Abs. 3 des Gesetzes über den Nationalpark Harz).

Fördergrundlage: Konzeption zur Förderung von Informationszentren im Nationalpark vom 23. 12. 1988 (nicht veröffentlicht).

Ende der Förderung: 31. 12. 2008.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	87 000	—	—	87 000
2003	87 000	—	—	87 000
2004	87 000	—	—	87 000
2005	87 000	—	—	87 000
2006	87 000	—	—	87 000
2007 ff.	174 000	—	—	174 000
Summe	609 000	—	—	609 000

684 62

Zahlungen aufgrund eines Kooperationsvertrags mit dem BUND zum Betrieb des Nationalparkhauses Altenau-Torfhaus.

Rechtsgrundlage: Verpflichtung der Nationalparkverwaltung zur Unterhaltung von Einrichtungen für die Informations- und Bildungsarbeit (§ 7 Abs. 1 des Gesetzes über den Nationalpark Harz) und zur Zusammenarbeit mit Verbänden (§ 7 Abs. 3 des Gesetzes über den Nationalpark Harz).

Fördergrundlage: Konzeption zur Förderung von Informationszentren im Nationalpark vom 23. 12. 1988 (nicht veröffentlicht).

Ende der Förderung: 31. 12. 2009.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	66 000	—	—	66 000
2003	66 000	—	—	66 000
2004	66 000	—	—	66 000
2005	66 000	—	—	66 000
2006	66 000	—	—	66 000
2007 ff.	198 000	—	—	198 000
Summe	528 000	—	—	528 000

Zu Titelgruppe 63

Veranschlagt sind Verstärkungsmittel zum Ausgleich des Wegfalls der Förderung von Naturschutzmaßnahmen nach dem Verkauf der Harzwasserwerke.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
519 63-4	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	133.000	133.000	132.936	—
547 63-8	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	11.000	11.000	10.226	30
633 63-1	332	Zuweisungen zur Ausstattung und Unterhaltung von Informationszentren an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	51.000	51.000	51.129	—
761 63-0	332	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	—
812 63-3	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	10.000	10.000	10.226	1
893 63-3	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** ****Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppen 61 und 62.*	(—)	(15.000)	(15.000)	(14.828)	(14)
511 99-4	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	13.000	13.000	10.226	14
518 98-0	332	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-9	332	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	1.023	—
525 98-7	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	1.000	1.000	—	—
525 99-5	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	1.000	1.000	1.023	—
538 98-1	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN)	—	—	—	—	—
538 99-0	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere)	—	—	—	—	—
547 99-9	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	2.556	—
812 99-4	332	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			103.792	
		Abschluss Kapitel 15 24					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		20.000	20.000	19.941	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		8.000	8.000	7.669	
		Summe der Einnahmen		28.000	28.000	27.610	
		4 Personalausgaben	—	446.000	444.000	449.323	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	352.000	352.000	362.098	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	204.000	204.000	203.494	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	10.000	10.000	10.226	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.012.000	1.010.000	1.025.141	
		Zuschuss		984.000	982.000	997.531	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		66.000	63.000	62.173	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.078.000	1.073.000	1.087.314	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		1.050.000	1.045.000	1.059.704	

ERLÄUTERUNGEN

519 63

Mittel zur Durchführung von Maßnahmen der Renaturierung von Gewässern und Mooren sowie der Wiedervernässung künstlich entwässerter Bereiche.

633 63

Kosten der Informations- und Bildungsarbeit, soweit ein Bedarf über den Ansatz der Titelgruppe 62 hinaus besteht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-9	332	Gebühren und tarifliche Entgelte		5.000	5.000	5.113	2
112 01-5	332	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.000	1.000	1.023	0
119 01-0	332	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	511	0
231 61-8	332	Zuweisungen des Bundes für Forschungsvorhaben		—	—	—	—
282 63-8	332	Zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	—	—
282 65-4	332	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.*		—	154.000	150.320	158
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen**		(2.000)	(2.000)	(4.601)	(3)
119 64-8	332	Einnahmen aus Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Verwaltungseinnahmen * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.* ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.*		2.000	2.000	2.045	3
125 64-8	332	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
235 64-8	332	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
282 64-6	332	Sonstige zweckgebundene Beiträge Dritter aus dem Inland * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	2.556	—
		A U S G A B E N					
412 10-8	332	Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder	—	1.000	1.000	511	0
422 01-4	332	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudget	—	934.000	928.000	878.604	313
422 19-7	332	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-3	332	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	560
427 39-3	332	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-7	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	5.000	5.000	2.045	1
546 01-5	332	Vermischte Ausgaben	—	—	—	511	0
981 11-0	990	Abführung an 1321-381 15	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Trilaterales Monitoring- Programm**	(—)	(149.000)	(67.000)	(2.556)	(1)
429 62-0	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 62-3	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.*	—	149.000	67.000	2.556	1
812 62-9	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 25

Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer ist mit Wirkung vom 1. 1. 1986 eingerichtet worden. Derzeitige Rechtsgrundlage ist das Gesetz über den Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer vom 11. 7. 2001 (Nds. GVBl. S. 443). Nach § 14 dieses Gesetzes obliegt die Nationalparkverwaltung einem Dezernat der Bezirksregierung Weser-Ems.

Im Kapitel 15 25 sind die zur Durchführung der Fachaufgaben im Nationalpark nötigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt.

Zu 112 01

Geldbußen und Verwarnungsgelder aus Verstößen gegen Naturschutzrecht.

Zu 282 65

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65.

Zu 119 64

Die für die kommerzielle Nutzung des Nationalparkemblems abzuführende Agenturgebühr wird gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO von der Einnahme abgesetzt.

Zu 412 10

Mittel für Entschädigungen einschl. Reisekostenvergütungen der ehrenamtlichen Nationalparkbeiratsmitglieder.

Der Nationalparkbeirat berät die Nationalparkverwaltung.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
16,15	16,15	16,15	16,14

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen (BV)

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Abgänge	—	—
Bleibt Zugang (oder Abgang)	—	—

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002 und 2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	6,53	6,53	—	7
Angestellte	9,62	9,62	—	10
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	16,15	16,15	—	17

Die Aufteilung des BV in 2002 und 2003 ist identisch.

Personalkostenbudget:

	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	934	928

Noch zu 422 01 und 425 01

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
42	Bezüge aus PKB-Titeln	934	928
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	4	67
43	Versorgungsbezüge	128	122
44	Beihilfen, Unterstützungen	24	25
45	Personalbezogene Sachausgaben	—	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	7	–1
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 097	1 141

Zu 511 01

Neben dem allgemeinen Geschäftsbedarf, den Mitteln für Bücher, Fachzeitschriften und Geräte für Fachaufgaben sind Mittel für Dienst- und Schutzkleidung veranschlagt.

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu Titelgruppe 62

Dänemark, Deutschland und die Niederlande haben in der am 13. 11. 1991 anläßlich der 6. trilateralen Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres unterzeichneten Ministererklärung unter Ziffer 33 vereinbart, auf dem Gebiet des Monitorings und der wissenschaftlichen Forschung zusammenzuarbeiten und ein gemeinsames Monitoring-Programm zu entwickeln und durchzuführen.

Dabei in Niedersachsen erhobene Daten werden von der Nationalparkverwaltung aufbereitet, digitalisiert und an die vorhandene zentrale Einrichtung weitergeleitet.

547 62

Der Mehrbedarf in 2003 ist für eine alle 5 Jahre durchzuführende Biotopkartierung bestimmt, die in diesem Jahr mit einer Befliegung der betroffenen Gebiete begonnen wird. Die Auswertung der Unterlagen soll im Folgejahr abgeschlossen werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		**Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* *** *Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr. 98/99.*	(260.000) (—) (—)	(86.000)	(96.000)	(60.230)	(52)
427 63-6	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 427 63, 519 63, 547 63, 684 63, 812 63, 427 64, 531 64, 547 64, 633 64 und 883 64.*	—	—	—	—	—
519 63-8	332	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	5.000	5.000	6.238	2
547 63-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	20.000	30.000	4.090	0
684 63-9	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen) * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	260.000 — —	61.000	61.000	49.902	50
812 63-7	332	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen, sonstige Maßnahmen aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 64, 125 64, 235 64 und 282 64.* *** *Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr. 98/99.*	(630.000) (2.330.000) (1.712.572)	(1.318.000)	(1.335.000)	(1.215.545)	(1.161)
427 64-4	332	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	—	—	—	—
531 64-6	332	Ausgaben für Veröffentlichungen und der Dokumentation * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	33.000	45.000	49.186	3
547 64-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	8.000	15.000	15.339	11
633 64-3	332	Zuweisungen zur Unterhaltung von Informationszentren und zu anderen Zwecken an Gemeinden * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	630.000 2.330.000 1.712.572	1.231.000	1.255.000	1.151.020	1.147
883 64-0	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden * *Vgl. D-Vermerk zu 427 63.*	—	46.000	20.000	—	—
TGr. 65		**Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65.* *** *Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	(—)	(—)	(154.000)	(110.950)	(65)
429 65-5	332	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	63.000	107.371	60
547 65-8	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	91.000	3.579	5

Zu Titelgruppe 63

Im Nationalpark sind eine Vielzahl von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen durchzuführen. Das Land kann die erforderlichen Maßnahmen selbst durchführen oder sie durch Dritte durchführen lassen. Die entstehenden Kosten trägt gem. § 29 Abs. 5 NNatG das Land.

519 63

Für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 29 NNatG sowie für Beschilderungen auf landeseigenen Flächen.

547 63

Zum Abschluss von Werkverträgen u. a. zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Bestandslenkung von Seevögeln.

Der Mehrbedarf ist für spezielle Artenschutzmaßnahmen und Biotopentwicklungsmaßnahmen sowie Erfolgskontrollen bestimmt.

684 63

Zuwendungen für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen.

Die 1999 in Anspruch genommene VE ist für die Absicherung der Betreuung zentraler Bereiche des Nationalparks Nieders. Wattenmeer durch Verbände erforderlich gewesen.

Die VE 2003 ist für den Abschluss von Anschlussverträgen für die Jahre 2004 bis 2008 erforderlich.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	47 000	—	—	47 000
2004	—	—	52 000	52 000
2005	—	—	52 000	52 000
2006	—	—	52 000	52 000
2007 f.	—	—	104 000	104 000
Summe	47 000	—	260 000	307 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	47 000	—	—	47 000
2003	47 000	—	—	47 000
Summe	94 000	—	—	94 000

Zu Titelgruppe 64

Die Mittel sind für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gemäß § 15 des Nationalparkgesetzes bestimmt. Zu diesem Zweck beteiligt sich das Land an den Kosten für den Betrieb von Informationszentren im Nationalpark. Daneben werden Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und sonstige Öffentlichkeitsmaßnahmen durchgeführt.

531 64

Zur Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und anderen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Herausgabe von Informations- und Aufklärungsmaterial.

Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 2,50 EUR wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

547 64

Zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Informationsmaßnahmen.

633 64

Aufgrund des besonderen Landesinteresses an gut ausgestatteten und funktionsfähigen Informationszentren ist mit den Trägern der Zentren im Nationalpark jeweils eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen worden, nach der das Land sich an der Unterhaltung jährlich mit einer pauschalen Förderung der Betriebs- und Personalkosten beteiligt.

Rechtsgrundlage: Verpflichtung der Nationalparkverwaltung zur Unterhaltung von Einrichtungen für die Informations- und Bildungsarbeit (§ 15 Abs. 1 des Gesetzes über den Nationalpark Wattenmeer) und zur Zusammenarbeit mit Kommunen und Verbänden (§ 7 Abs. 3 des Gesetzes über den Nationalpark Wattenmeer).

Fördergrundlage: Konzeption zur Förderung von Informationszentren im Nationalpark vom 23. 12. 1988 (nicht veröffentlicht).

Ende der Förderung:

Nationalparkhaus bzw. -zentrum in	Träger	Ablauf der Verwaltungsvereinbarung
Baltrum	Gemeinde Baltrum	31. 12. 2011
Borkum	Stadt Borkum	31. 12. 2011
Carolinensiel	Stadt Wittmund	31. 12. 2005
Cuxhaven	Stadt Cuxhaven	31. 12. 2001 (VE 2001)
Dangast	Stadt Varel	31. 12. 2011
Dornumersiel	Samtgemeinde Dornum	31. 12. 2011
Dorum-Neufeld	Samtgem. Land-Wursten	31. 12. 2010
Fedderwardersiel	Gemeinde Butjadingen	31. 12. 2005
Greetsiel	Gemeinde Krummhörn	31. 12. 2003 (VE 2002)
Juist	Gemeinde Juist	31. 12. 2002 (VE 2001)
Norden-Norddeich	Stadt Norden	31. 12. 2003 (VE 2002)
Norderney	Stadt Norderney	31. 12. 2003 (VE 2002)
Wangerooge	Gemeinde Wangerooge	31. 12. 2011
Wilhelmshaven	Stadt Wilhelmshaven	31. 12. 2005

Der Ansatz für 2003 ist erhöht, um für ein neu einzurichtendes Nationalparkhaus am Dollart eine Zuweisung erteilen zu können.

Die 2001 ausgebrachte VE war für die Verlängerung von Verträgen für die Nationalparkeinrichtungen in Cuxhaven (ab 2002) und auf Juist (ab 2003) um 10 Jahre erforderlich. Die VE 2002 ist für 10-jährige Verwaltungsvereinbarungen für drei weitere Verlängerungen (Norden-Norddeich, Greetsiel und Norderney) bestimmt. Die VE 2003 ist für den Abschluss einer 10-jährigen Vereinbarung zum Betrieb eines neuen Nationalparkhauses am Dollart erforderlich.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 160 000	—	—	1 160 000
2004	930 000	233 000	63 000	1 226 000
2005	930 000	233 000	63 000	1 226 000
2006	930 000	233 000	63 000	1 226 000
2007 ff.	2 651 000	1 631 000	441 000	4 723 000
Summe	6 601 000	2 330 000	630 000	9 561 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	1 156 000	98 000	—	1 254 000
2003	989 000	171 000	—	1 160 000
2004	759 000	171 000	233 000	1 163 000
2005	759 000	171 000	233 000	1 163 000
2006 ff.	2 482 000	1 099 000	1 864 000	5 445 000
Summe	6 145 000	1 710 000	2 330 000	10 185 000

883 64

Zuweisungen für die einheitliche Präsentation des Nationalparks (Gestaltung von Lehrpfaden und Informationshütten).

Zu Titelgruppe 65

Zur Wahrnehmung von Untersuchungen, Gutachten und anderer Aufträge Dritter auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1525 Nationalpark Wattenmeer

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** ****Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppen 63 und 64.*	(—)	(38.000)	(75.000)	(9.204)	(10)
511 99-8	332	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	11.000	26.000	3.375	0
518 98-4	332	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-2	332	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-0	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch das IZN	—	—	—	—	—
525 99-9	332	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch Andere	—	—	—	1.534	—
538 98-5	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an das IZN)	—	—	—	—	—
538 99-3	332	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Andere)	—	9.000	9.000	4.295	9
547 99-2	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-8	332	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	—	18.000	40.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			128.027	
		Abschluss Kapitel 15 25					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		9.000	9.000	8.692	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	154.000	152.876	
		Summe der Einnahmen		9.000	163.000	161.568	
		4 Personalausgaben	—	935.000	992.000	986.486	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	240.000	293.000	220.775	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	890.000 2.330.000 1.712.572	1.292.000	1.316.000	1.200.922	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	64.000	60.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	890.000 2.330.000 1.712.572	2.531.000	2.661.000	2.408.183	
		Zuschuss		2.522.000	2.498.000	2.246.615	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		128.000	122.000	100.264	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.659.000	2.783.000	2.508.447	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		2.650.000	2.620.000	2.346.879	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 98/99

Ausgaben für spezielle Informations- und Kommunikationstechnik für die Fachaufgaben.

511 99

Erhöhter Bedarf für Ersatzbeschaffung von Hardware und Aktualisierung von Software.

538 99

Kosten des Wartungsvertrags für das Geographische Informationssystem.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Server	18	11
Plotter	—	20
Ergänzungsbeschaffungen:		
Notebook	—	3
Daten-/Videoprojektor	—	6
Zusammen	18	40

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1540 Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-7	332	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	12.782	1
		A U S G A B E N					
546 02-0	332	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte * *Übertragbar.*	—	—	—	—	16
		Titelgruppe(n)					
TGr. 93		**Sonderabfälle, Rückholung verbrachter Abfälle** * *Übertragbar.*	(—)	(19.000)	(19.000)	(18.662)	(42)
526 93-3	332	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
547 93-0	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	—	—	—	—	42
632 93-8	332	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	19.000	19.000	18.662	—
TGr. 94		**Kostenerstattung nach § 11 des Nieders. Bodenschutzgesetzes** * *Übertragbar.*	(—)	(118.000)	(118.000)	(255.646)	(173)
633 94-2	332	Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	118.000	118.000	127.823	24
883 94-9	332	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	127.823	143
893 94-4	332	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	5
TGr. 95/96		**SAD Münchehagen**	(—) (1.573.000) (—)	(4.834.000)	(4.950.000)	(5.777.599)	(8.181)
547 95-7	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
661 95-4	332	Schuldendiensthilfe an die Nds. Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Tilgung * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	2.860.000	2.760.000	—	—
661 96-2	332	Schuldendiensthilfe an die Nds. Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Zinsen	—	1.180.000	1.280.000	—	—
682 95-1	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Altlastensicherungsgesellschaft mbH * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	2.570.776	3.568
682 96-0	332	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Nds. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH (SDH) * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	— 1.573.000 —	794.000	910.000	—	—
891 95-0	332	Zuschüsse für Investitionen an die Altlastensicherungsgesellschaft mbH	—	—	—	3.206.823	4.612

Zu 632 93

Erstattung von Personal- und Sachkosten an das Land Baden-Württemberg aufgrund eines Staatsvertrags über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs.1 Satz 7 Abfallverbringungsgesetz.

Zu Titelgruppe 94

Die in dieser Titelgruppe ausgewiesenen Maßnahmen im Altlastenbereich unterliegen seit dem 1. 3. 1999 dem Gesetz des Bundes zum Schutz des Bodens und dem Nieders. Bodenschutzgesetz (NBodSchG) vom 19. 2. 1999 (Nds. GVBl. S. 46). Der ausgebrachte Ansatz ist vorrangig für Kostenerstattungen nach § 11 Satz 1 NBodSchG bestimmt.

Zu Titelgruppe 95

Auf Basis der Beschlüsse des Landtages vom 17. 4. 1991 und vom 16. 10. 1996 wurde für die Sonderabfalldeponie Münchehagen ein Sicherungskonzept entwickelt, das der Landtag in seiner Sitzung vom 22. 01. 1998 zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Der finanziellen Konzeption hat der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtags am 19. 11. 1997 durch Freigabe der Verpflichtungsermächtigung zugestimmt.

Nach Umsetzung der baulichen Sicherung ist ab 2002 die Nachsorge der Altlast sicherzustellen. Das erstellte Nachsorgeprogramm umfasst Regelungen zur Erhaltung und Funktionskontrolle der bestehenden Bauwerke und Anlagen sowie zur Überwachung der Sanierungsziele und Schutzgüter. Mit der Nachsorge für die Altlast soll die Bezirksregierung Hannover, bei der die Zuständigkeit für die Altlast nach wie vor verbleibt, die Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen mbH – SDH – im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages beauftragen.

Der in den Jahren 1998 bis 2001 zur Verfügung gestellte Kredit für die Sicherung der Altlast ist ab dem Jahr 2002 innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren zu tilgen. Hierfür ist eine Schuldendiensthilfe im vertraglich mit der Nieders. Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen – NFG – vereinbarten Umfang (jährlich rd. 4,04 Mio. EUR für Tilgung und Zinsen) zu leisten.

Mit Ausnahme der Zinsen (Titel 661 96) wird der Ansatz der Titelgruppe i.H. von 3,670 Mio. EUR in 2002 und 3,654 Mio. EUR in 2003 aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgem. Erläuterungen zu Kapitel 15 56).

661 95 und 661 96

Bei diesen Titeln ist die Schuldendiensthilfe an die NFG getrennt nach den abzuführenden Anteilen für Tilgung (661 95) und Zinsen (661 96) ausgebracht. Der Titel 661 96 ist nicht Bestandteil des Deckungskreises der aus der Wasserentnahmegebühr finanzierten Titel.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	4 040 000	—	—	4 040 000
2003	4 040 000	—	—	4 040 000
2004	4 040 000	—	—	4 040 000
2005	4 040 000	—	—	4 040 000
2006 ff.	24 201 000	—	—	24 201 000
Summe	40 361 000	—	—	40 361 000

682 96

Der Ansatz wird für die laufenden Kosten der Nachsorge benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigung ist für den Abschluss des Geschäftsbesorgungsvertrags mit der SDH über die Nachsorge bis einschließlich 2004 erforderlich.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	—	794 000	794 000
2004	—	—	779 000	779 000
Summe	—	—	1 573 000	1 573 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1540 Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 40					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		10.000	10.000	12.782	
		Summe der Einnahmen		10.000	10.000	12.782	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— 1.573.000 —	4.971.000	5.087.000	2.717.261	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	3.334.646	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 1.573.000 —	4.971.000	5.087.000	6.051.907	
		Zuschuss		4.961.000	5.077.000	6.039.125	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 40 Siedlungs- und Sonderabfälle/Altlasten

Kapitel Titel	FKT	Zweckbestimmung	H V	Verpflichtungsermächtig. für 2003 EUR	Ansatz für 2003 EUR	Ansatz für 2002 EUR	+ = Mehr – = Weniger	Ist für 2001 in 1 000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
15 40 661 95 und 661 96	332	Durchführung der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen und des Sicherungsbetriebs auf der Altlast Münchehagen (Schuldendiensthilfe)	X	—	4 040 000	4 040 000	—	—
682 96	332	Nachsorge für die Altlast Münchehagen		—	794 000	910 000	– 116 000	—

Einzelnachweis der Baumaßnahmen und größeren Entwicklungsvorhaben

Jahr der Kosten-ermittlung	Gesamt-kosten gemäß § 24 LHO EUR	Bis einschl. 2003 sind verfügbar EUR	noch zu veranschlagen					Bis einschl. 2001 wurden verausgabt EUR	Erläuterungen
			2004 EUR	2005 EUR	2006 EUR	später EUR	Insgesamt EUR		
10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1997	158 910 028	116 941 762	4 040 000	4 040 000	4 040 000	20 161 000	32 281 000	—	
2001	2 483 000	1 704 000	779 000	—	—	—	779 000	—	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 40 Siedlungs- und Sonderabfälle/Altlasten

Kapitel Titel	FKT	Zweckbestimmung	H V	Verpflichtungs ermächtig. für 2002 EUR	Ansatz für 2002 EUR	Ansatz für 2001 EUR	+ = Mehr – = Weniger	Ist für 2000 in 1 000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
15 40 661 95 und 661 96	332	Durchführung der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen und des Sicherungsbetriebs auf der Altlast Münchehagen (Schuldendiensthilfe)	X	—	4 040 000	5 777 598 (Tgr. 95)	– 1 737 598	4 183
682 96	332	Nachsorge für die Altlast Münchehagen		1 573 000	910 000	—	910 000	—

Einzelnachweis der Baumaßnahmen und größeren Entwicklungsvorhaben

Jahr der Kosten-ermittlung	Gesamt-kosten gemäß § 24 LHO EUR	Bis einschl. 2002 sind verfügbar EUR	veranschlagt für 2003 EUR	noch zu veranschlagen				Bis einschl. 2000 wurden verausgabt EUR	Erläuterungen
				2004 EUR	2005 EUR	später EUR	Insgesamt EUR		
10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1997	158 910 028	112 901 762	4 040 000	4 040 000	4 040 000	24 201 000	32 281 000	99 950 465	
2001	2 483 000	910 000	794 000	779 000	—	—	779 000	—	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1542 Kampfmittelbeseitigung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
231 10-8	049	Erstattung von Bergungskosten vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu 547 10.*		4.000.000	4.000.000	5.112.919	1.905
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		**Kampfmittelbeseitigung**		(842.000)	(842.000)	(844.143)	(627)
111 61-7	049	Gebühren und tarifliche Entgelte		150.000	150.000	153.388	91
119 61-8	049	Vermischte Einnahmen		—	—	—	0
132 61-4	049	Erlöse aus dem Verkauf von Munitions-schrott		1.000	1.000	511	1
231 61-2	049	Erstattungen von Kriegsfolgehilfeleistungen vom Bund * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		665.000	665.000	664.679	511
232 62-7	049	Erstattungen von Ländern für die Munitionsvernichtung		26.000	26.000	25.565	25
		A U S G A B E N					
547 10-5	049	Dienstleistungen Außenstehender für Bergungsmaßnahmen * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 10.* ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.*	—	4.000.000	4.000.000	5.112.919	2.638
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Kosten der Kampfmittelbeseitigung** * *Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 61.*	(—)	(4.884.000)	(4.889.000)	(3.108.962)	(2.908)
425 61-1	049	Vergütungen der Angestellten ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1.314.000	1.314.000	1.306.760	1.250
426 61-8	049	Löhne der Arbeiter ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1.081.000	1.081.000	1.075.502	968
459 61-3	049	Sonstige personalbezogene Ausgaben ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	—	1.000	1.000	1.023	1
511 61-5	049	Geräte für Fachaufgaben	—	30.000	30.000	30.678	35
514 61-4	049	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	128.000	128.000	76.694	107
517 61-3	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	20.000	20.000	20.452	20
518 61-0	049	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	77.000	77.000	81.807	75
519 61-6	049	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grund-stücken, Gebäuden und Räumen	—	13.000	13.000	7.669	16
525 61-6	049	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	26.000	26.000	25.565	32
527 61-9	049	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	128.000	128.000	127.823	117
546 61-3	049	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes, die nicht versichert sind	—	7.000	7.000	—	—
547 61-0	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben * *Übertragbar.*	—	2.013.000	2.002.000	102.258	123

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 42

Im Kapitel 15 42 sind die notwendigen Ausgaben für die Aufgaben der Kampfmittelbeseitigung einschließlich der systematischen Luftbildauswertung veranschlagt. Die Aufgaben obliegen dem Dezernat 505 der Bezirksregierung Hannover.

Zu 231 10

Erstattungen vom Bund für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehemals Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden (vgl. 547 10).

Zu 231 61

Erstattungen von Landesaufwendungen (insbesondere Personalkosten) vom Bund für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehem. Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen.

Der K-Vermerk ermöglicht, Mehreinnahmen für Mehrausgaben bei Titelgruppe 61 zu verwenden und trägt damit zur Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung bei.

Zu 547 10

Für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehem. Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden. Der Bund erstattet als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches die angefallenen Kosten (s. Erläuterungen zu Titel 231 10).

Durch den ***Haushaltsvermerk können abweichend von dem Grundsatz der Jährlichkeit die notwendigen Ausgaben geleistet werden, sofern sichergestellt ist, dass eine spätere Einnahme die geleistete Ausgabe deckt. Damit wird das Erstattungsverfahren gegenüber dem Bund erleichtert.

Zu Titelgruppe 61/62

425 61

Für 27 (27) beschäftigte Angestellte, und zwar:

1 Verg.-Gr. III TV-KBD
1 Verg.-Gr. IV b TV-KBD
2 Verg.-Gr. V b BAT[1])
7 Verg.-Gr. V a TV-KBD[2])
10 Verg.-Gr. V c BAT[3])
3 Verg.-Gr. V c TD BAT[4])
2 Verg.-Gr. VI b TD BAT[5])
1 Verg.-Gr. VII BAT

[1]) kw
[2]) 4 (4) kw
[3]) 8 (8) kw
[4]) kw mit Wegfall der Aufgaben
[5]) kw, davon 1 mit Wegfall der Aufgaben

426 61

Für 21 (21) beschäftigte Arbeiter/-innen, und zwar:

4 Lohn-Gr. 5 TV-Mun. Nds.
13 Lohn-Gr. 3/4 TV-Mun. Nds.
4 Lohn-Gr. 5 MTArb

459 61

Hier sind Mittel für die Bewilligung von Beihilfen, Unterstützungen und Trennungsgeld veranschlagt.

Ferner sind hier Ausgaben im Sinne des Haushaltsvermerks zu diesem Titel ohne besondere Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe des tatsächlichen Bedarfs zu buchen. Die Mittel werden am Jahresschluss überplanmäßig bereitgestellt.

514 61

Erhöhung des Ansatzes aufgrund gestiegener Treibstoffkosten.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Pkw	5	5	5
Lkw	6	6	6
Sonderfahrzeuge	7	7	7
Anhänger	3	3	3
Wasserfahrzeuge	1	1	1
	22	22	22

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Pkw	6	6	5
Lkw	6	6	6
Sonderfahrzeuge	8	6	7
Anhänger	3	3	3
Wasserfahrzeuge	1	1	1
	24	22	22

Anmerkung zum Ist am 1. 1. 2001: Vorübergehende Bestandserhöhung, da zum Jahreswechsel zwei Fahrzeuge bereits in den Bestand aufgenommen, aber noch nicht für den Einsatz im Aufgabenbereich des KBD ausgerüstet waren.

547 61

Für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von alliierten Kampfmitteln auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden. Sofern bei der Räumung von alliierten Kampfmitteln gleichzeitig Reichsmunition aufgefunden wird, werden die angefallenen Kosten (insbesondere Personal-, Sach- und Räumkosten) vom Bund anteilig erstattet (s. Erläuterung zu Titel 231 61).

Für die nach § 7 NGefAG Verantwortlichen trägt das Land aus Billigkeitsgründen die mit der Beseitigung im Zusammenhang stehenden Kosten.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1542 Kampfmittelbeseitigung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
681 61-8	049	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	—	—	—	7.669	0
711 61-4	049	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	111
811 61-9	049	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	25.000	53.000	131.913	53
812 61-5	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	9.000	—	100.725	—
916 61-5	950	Zuführung zum Grundstock (51 32 - 359 01)	—	11.000	8.000	7.669	—
981 61-1	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	1.000	1.000	4.755	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			1.804.196	
		Abschluss Kapitel 15 42					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		151.000	151.000	153.899	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		4.691.000	4.691.000	5.803.163	
		Summe der Einnahmen		4.842.000	4.842.000	5.957.062	
		4 Personalausgaben	—	2.396.000	2.396.000	2.383.285	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.442.000	6.431.000	7.390.061	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	7.669	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	34.000	53.000	232.638	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	12.000	9.000	12.424	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	8.884.000	8.889.000	10.026.077	
		Zuschuss		4.042.000	4.047.000	4.069.015	

ERLÄUTERUNGEN

681 61

Für Sprengschäden bei Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen und sonstige Schäden (z. B. Kfz).

811 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 Lkw	—	28
1 Pkw	25	25
Zusammen	25	53

einschließlich der erforderlichen Sonderausstattungen.

812 61

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
Außenbordmotor	9	—
Zusammen	9	—

916 61

Erstattung der aus dem Grundstock verauslagten Kosten für den Ankauf des Depots Achternholt.

981 61

Abführung der für den Kampfmittelbeseitigungsdienst ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1550 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-9	610	Gebühren und tarifliche Entgelte * *Vgl. K-Vermerk zu 981 10.*		84.000	84.000	511.292	85
119 01-0	610	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	2.045	1
124 01-3	610	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		8.000	8.000	2.556	10
132 01-6	610	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5.000	5.000	5.113	7
381 10-5	990	Zuführung von 15 56 - 981 12 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr		1.815.000	1.815.000	2.057.950	1.791
381 11-3	990	Zuführung von 15 52 - 981 95 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe		383.000	383.000	1.278.230	383
381 12-1	990	Zuführung von 15 52 - 981 82 für Personalkosten des Leiters der Sonderstelle zur Bekämpfung vom Meeresverschmutzungen		69.000	67.000	57.162	54
381 99-7	990	Zuführung von 15 52 - 981 95 und 15 56 - 981 12 für die Informations- und Kommunikationstechnik * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 98.*		265.000	265.000	224.968	306
		A U S G A B E N					
422 01-4	610	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets	—	10.410.000	10.430.000	11.597.225	3.967
422 04-9	610	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—	154.000	154.000	190.456	153
422 06-5	610	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	511	—
422 19-7	610	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-6	610	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	193.000	193.000	328.301	400
425 01-3	610	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.994
425 04-8	610	Vergütung der in Ausbildung befindlichen Angestellten	—	—	—	21.270	10
425 06-4	610	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	511	0
426 01-0	610	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	34
427 10-5	610	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	3.000	3.000	3.017	0
427 31-8	610	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	511	—
427 39-3	610	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	16.000	16.000	11.760	16
453 01-7	610	Trennungsentschädigung und Umzugskostenververgütung	—	21.000	21.000	8.896	21
511 01-7	610	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	117.000	119.000	19.429	18
514 01-6	610	Haltung von Dienstfahrzeugen	—	9.000	9.000	7.158	8
517 01-5	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	62.000	62.000	4.602	13
518 01-1	610	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	—	26.000	26.000	92.799	8
518 02-0	610	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	—	11.000	11.000	—	—
519 01-8	610	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Gebäuden, Grundstücken und Räumen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 50

Zum Abschluss der 1998 begonnenen Neuorganisation der Wasserwirtschaftsverwaltung werden 32 Stellen und Mittel im Umfang vom 1 090 439 EUR zum Kapitel 03 05 verlagert. Sie waren nach Auflösung der StÄWA zunächst im Kapitel 15 50 verblieben, aber ausschließlich zur Erledigung allgemeiner Verwaltungsaufgaben eingesetzt worden, die im Kapitel 03 05 zu veranschlagen sind.

Danach verbleiben im Kapitel 15 50 die Ausgaben und Stellen für die allgemeinen Aufgaben der Wasserwirtschaftsverwaltung, für die die Bezirksregierungen (Dezernate 502 – Wasserwirtschaft, Wasserrecht – mit den Außenstellen in Aurich, Brake, Meppen, Cloppenburg, Stade, Verden, Sulingen, Hildesheim und Göttingen) zuständig sind.

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

a) Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42),

b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben sowie die

c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Gebühren und tariflichen Entgelten“ (Titel 111 01) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 auszubringen (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 05).

Zu 124 01

	2003	2002
	Tsd. EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen	2	2
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	2	2
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	—
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	2	2
5. Sonstige Mieten und Pachten	2	2
Zusammen	8	8

Zu 381 10, 381 11, 381 12 und 381 99

Veranschlagung zweckgebundener Einnahmen gemäß den Erläuterungen zu Kapitel 15 52 Titel 981 82 sowie 981 95 und Kapitel 15 56 Titel 981 12.

Zu Hauptgruppe 4

Weniger infolge der Verlagerung von Stellen des allgemeinen Verwaltungspersonals in das Kapitel 03 05 (vgl. die vorstehenden Allgemeinen Erläuterungen).

Zu 422 01, 425 01, und 426 01

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteinheiten (VZE):

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2001	Ist 2000
197,56	198,89	243,93	225,93

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

	2003	2002
Zugänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	—	—
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	—
– Sonstige Veränderungen	—	—
Summe Zugänge	—	—
Abgänge:		
– Veränderungen im Stellenbereich (ggf. anteilig)	1,33	31,29
– Veränderungen im Stellenbereich aus den Vorjahren (Gesamtjahreseffekt)	—	1,00
– Sonstige Veränderungen	—	12,75
Summe Abgänge	1,33	45,04
Bleibt Abgang	1,33	45,04

Noch zu 422 01, 425 01, und 426 01

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2003):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	90,36	90,36	—	105
Angestellte	107,20	107,20		117
Lohnempfänger/-innen	—	—		—
Insgesamt	197,56	197,56		222

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumen (2002):

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	92,11	92,11	—	105
Angestellte	106,78	106,78	—	118
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	198,89	198,89	—	223

Personalkostenbudget:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt	10 410	10 430

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2003	2002
		Tsd. EUR	
42	Bezüge aus PKB-Titeln	10 410	10 430
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	413	406
43	Versorgungsbezüge	1 540	1 474
44	Beihilfen, Unterstützungen	281	273
45	Personalbezogene Sachausgaben	21	21
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	76	–11
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		12 741	12 593

Die Ansätze aus Titeln der Obergruppe 42 beinhalten auch die Zahlung von Lehrzulagen nach dem RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung an 1 Beamten des höheren Dienstes und 4 Beamte des gehobenen Dienstes, die als Ausbildungsleiter für Referendarinnen und Referendare bzw. für Bauinspektoranwärterinnen und -anwärter tätig sind.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. voraussichtlich 38,35 EUR, höchstens jedoch bis zu jährlich voraussichtlich 613,55 EUR sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die endgültige Höhe der als steuerfreie Aufwandsentschädigungen geltenden Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird durch gesonderten Erlass des MF festgelegt.

1 Beamter mtl.	47,93 EUR =	575 EUR
4 Beamte mtl.	je 31,96 EUR =	1 534 EUR
	Zusammen	2 109 EUR
	rd.	2 100 EUR

Zu 425 04

Mittel verlagert nach Kapitel 15 06 Titel 425 04.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 01

Aus diesem Ansatz erhalten die im Außendienst tätigen Bediensteten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2002	Soll 2002	Für 2003 erforderlich
Personenkraftwagen			
Bezirksregierung Weser-Ems/Außenstelle			
Aurich	1	1	1
Brake	1	1	1
Cloppenburg	—	1	1
Meppen	1	1	1
Zusammen	3	4	4

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2001	Soll 2001	Für 2002 erforderlich
Personenkraftwagen			
Bezirksregierung Weser-Ems/Außenstelle			
Aurich	1	1	1
Brake	1	1	1
Cloppenburg	—	—	1
Meppen	1	1	1
Zusammen	3	3	4

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1550 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-8	610	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	14.000	14.000	15.339	11
526 01-4	610	Sachverständige	—	1.000	1.000	1.534	1
526 02-2	610	Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-0	610	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	68.000	68.000	46.016	68
527 02-9	610	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	—	6.000	6.000	3.068	6
537 10-5	610	Wasserwirtschaftliche Planungen, Gutachten und Gemeinschaftsvorhaben	—	9.000	9.000	58.799	38
546 01-5	610	Vermischte Ausgaben	—	1.000	1.000	1.636	0
546 05-8	610	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden des Landes	—	—	—	511	0
811 01-0	610	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	19.000	18.000	40.903	—
981 10-2	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 01.*	—	9.000	9.000	51.129	8
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	163.000	163.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 98/99		**Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 381 99.*	(—)	(265.000)	(265.000)	(179.515)	(121)
511 99-8	623	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	162.000	95.000	13.498	13
518 98-4	623	Kosten für die Anmietung von Software	—	—	—	—	—
518 99-2	623	Kosten für die Anmietung von Hardware	—	—	—	—	—
525 98-0	623	Aus- und Fortbildung durch das IZN	—	—	2.000	—	—
525 99-9	623	Aus- und Fortbildung durch andere	—	20.000	36.000	21.577	16
538 98-5	623	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an IZN)	—	—	—	—	—
538 99-3	623	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	63.000	89.000	44.738	23
547 99-2	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
812 99-8	623	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen sowie Software	—	20.000	43.000	99.702	69
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			153.846	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 01

Für Reisekosten, Wegstreckenentschädigung für anerkannte privateigene und für private Kraftfahrzeuge sowie Pauschvergütung für Verpflegung und Benutzung privater Fahrzeuge für den Transport von Spezialgeräten.

Die Gewährung der Pauschvergütung richtet sich nach Nr. 4 des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317).

Zu 537 10

Veranschlagt sind die Kosten für Gemeinschaftsvorhaben sowie Gutachten und Planungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft, soweit sie nicht den operativen GLD betreffen.

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung für die Bezirksregierung Weser-Ems/Außenstelle:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Brake:		
1 Pkw	19	—

Neubeschaffung für die Bezirksregierung Weser-Ems/Außenstelle:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Cloppenburg:		
1 Pkw	—	18

Veranschlagt sind Fahrzeuge einschließlich erforderlicher Sonderausstattung.

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 98/99

In der Titelgruppe sind die Ausgaben für die Informations- und Kommunikationstechnik in den Bezirksregierungen sowie die behördenübergreifend anfallenden IuK-Kosten der Wasserwirtschaftsverwaltung veranschlagt, mit Ausnahme von Entwicklungskosten für das Fachinformationssystem Wasser (FIS-W) sowie der Ausgaben für die Messnetze, die im Kapitel 15 56 TGr. 63/64 ausgebracht sind.

Enthalten sind u.a. Mittel zum Austausch abgängiger Geräte und die Nachrüstung aufgrund neuer technologischer Anforderungen für die Nutzung im Software-Bereich.

Die TGr. wird in den Jahren 2002 und 2003 gegenüber 2001 vorübergehend um 40 000 EUR verstärkt, um die von der EU-Wasserrahmenrichtlinie explizit verlangte GIS-fähige Berichterstattung vorzubereiten.

In den Ansätzen sind Mittel enthalten, die aus folgenden Aufkommen finanziert werden:

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Wasserentnahmegebühr (vgl. 15 56 – 981 12)	138	138
Abwasserabgabe (vgl. 15 52 – 981 95)	127	127
Zusammen	265	265

538 99

Verkabelungsarbeiten, Weiterentwicklung von Software und Programmen, Wartung der System-Hardware.

812 99

	2003	2002
	Tsd. EUR	
Ergänzung der Ausstattung der Wasserwirtschaftsverwaltung mit EDV	20	43

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1550 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 50					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		99.000	99.000	521.006	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		2.532.000	2.530.000	3.618.310	
		Summe der Einnahmen		2.631.000	2.629.000	4.139.316	
		4 Personalausgaben	—	10.797.000	10.817.000	12.162.969	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	570.000	549.000	484.039	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	39.000	61.000	140.605	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	172.000	172.000	51.129	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	11.578.000	11.599.000	12.838.742	
		Zuschuss		8.947.000	8.970.000	8.699.426	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.540.000	1.474.000	1.654.336	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		13.118.000	13.073.000	14.493.078	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		10.487.000	10.444.000	10.353.762	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1551 Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-3	610	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	5.113	4
119 41-2	012	Rückzahlungen aus Zuweisungen des Landes		—	—	—	10
		A U S G A B E N					
631 10-5	625	Erstattungen an den Bund für Forschung im Küsteningenieurwesen	—	12.000	12.000	12.271	10
632 10-1	623	Zuweisungen an Länder ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	25.000	25.000	—	—
637 10-3	623	Zuweisungen an Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	2.295.000	2.745.000	2.045.168	1.534
637 11-1	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) und Sonstige zu den Deicherhaltungskosten nach § 8 (3) u. (4) NDG * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	154.000	154.000	76.694	266
637 12-0	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) gemäß § 8 Abs. 2 NDG * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	405.000	475.000	894.761	706
685 11-6	623	Zuschüsse an die Genossenschaft der linksemsischen Kanäle in Meppen * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.* *** *Bei Auflösung der Linksemsischen Kanalgenossenschaft (LKG) gehen das Vermögen gemäß § 18 der Satzung und die damit verbundenen Aufgaben auf das Land über; die Aufgaben wären vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und und Küstenschutz (NLWK) wahrzunehmen. In diesem Fall sind die entsprechenden Haushaltsmittel der Titel 685 11 und 893 11 in dem Umfang in das Kapitel 15 55 zu verlagern, wie es auf Grund der neuen Aufgaben erforderlich ist. Das MU ist ermächtigt, zur Wahrnehmung von Unterhaltungsaufben an den übernommenen Gewässern das Personal (bis zu 26 Bedienstete) der LKG zu übernehmen, das für diese Aufgaben benötigt wird.*	—	859.000	859.000	910.100	961
685 41-8	625	Zuschüsse an die Landwirtschaftskammern für die Bisambekämpfung * *Übertragbar.*	— — 2.349.079	505.000	497.000	587.270	—
893 11-8	623	Zuschüsse für Investitionen an die Genossenschaft der linksemsischen Kanäle in Meppen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	113.000	113.000	112.484	112
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			24.542	

Zu 631 10

Nach dem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Küstenländern von 1973 arbeiten die Vertragspartner in der Küstenforschung zusammen, um die Naturvorgänge an den Küsten und im Küstenvorfeld zu erkennen und möglichst weitgehend zu beherrschen.

Die Aufgaben werden seit dem 1. 8. 2001 von der Bundesanstalt für Wasserbau im Rahmen des v. g. Verwaltungsabkommens wahrgenommen. Die Ausgaben sind anteilmäßig zu erstatten.

Zu 632 10

Anteil des Landes Niedersachsen am Länderfinanzierungsprogramm „Wasser und Boden“. Weitere Haushaltsmittel für diesen Zweck werden aus der Abwasserabgabe (15 52 – 632 95) finanziert.

Zu 637 10

Zuweisungen an Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung gem. § 104 NWG i. d. F. vom 25. 3. 1998 (Nds. GVBl. S. 347), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 18. 12. 2001 (Nds. GVBl. S. 806).

Der Ansatz berücksichtigt den zusätzlichen Zuschuss, der den Unterhaltungsverbänden gewährt wird, die durch den Betrieb und die Unterhaltung von Schöpfwerken besonders finanziell belastet sind.

Der Ansatz wird aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgem. Erläuterung zu Kapitel 15 56).

Zu 637 11

Veranschlagt sind Mittel für Zuwendungen in Härtefällen gemäß § 8 Abs. 3 und 4 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) vom 1. 3. 1963 (Nds. GVBl. S. 81), in der geltenden Fassung, zu den Deicherhaltungskosten der Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) sowie der Sonstigen.

Der Ansatz wird aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgem. Erläuterung zu Kapitel 15 56).

Zu 637 12

Veranschlagt sind Mittel in der Höhe, in der voraussichtlich gemäß § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) vom 1. 3. 1963 (Nds. GVBl. S. 81) in der geltenden Fassung Zuschüsse zur Unterhaltung der Schutzwerke im Deichvorland oder im Watt zu leisten sind.

Der Ansatz wird aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgem. Erläuterung zu Kapitel 15 56).

Zu 685 11/893 11

Satzungsmäßiger Zweck der Genossenschaft ist u. a. der Betrieb und die Unterhaltung eines s. Z. vom Staat erbauten Kanalnetzes (111 km) in den linksemsischen Hochmooren. Die Einnahmen aus Kanalabgaben, Liegenschaften usw. reichen zur Erfüllung dieser Aufgabe der Genossenschaft nicht aus.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Genossenschaft der linksemsischen Kanäle

	Betrag für 2003 EUR	Betrag für 2002 EUR	Betrag für 2001 EUR	Istergebnis 2000 EUR
Ausgaben	2 317 000	2 317 000	1 406 000	2 838 000
Einnahmen	1 345 000	1 345 000	383 000	1 764 000
Fehlbetrag	972 000	972 000	1 023 000	1 074 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch Mittel des Landes.

Sollte sich die Genossenschaft – wie beabsichtigt – auflösen, so wird das weitere Verfahren nach den Regelungen im Haushaltsvermerk zu 685 11 abgewickelt.

Zu 685 41

Dem Land obliegen die landesweiten Aufgaben der Organisation und Koordinierung der Bisambekämpfung sowie die Schulung der Bisambekämpfer in Verbindung mit der Ausstellung von Fängerlizenzen und der notwendigen Überwachung (RdErl. vom 9. 12. 1999 Nds. MBl. S. 813) geregelt worden. Die Landwirtschaftskammern sind im Rahmen einer entsprechenden vertraglichen Regelung mit der Durchführung dieser Aufgaben zur Bisambekämpfung betraut worden.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	497 000	—	497 000
2003	—	505 000	—	505 000
2004	—	513 000	—	513 000
2005	—	521 000	—	521 000
Summe	—	2 036 000	—	2 036 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1551 Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 51					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		5.000	5.000	5.113	
		Summe der Einnahmen		5.000	5.000	5.113	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	— — 2.349.079	4.255.000	4.767.000	4.550.806	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	113.000	113.000	112.484	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— — 2.349.079	4.368.000	4.880.000	4.663.290	
		Zuschuss		4.363.000	4.875.000	4.658.177	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 95-4	623	Abwasserabgabe * *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		30.956.000	33.286.000	35.790.432	38.953
119 01-7	610	Vermischte Einnahmen		153.000	153.000	153.388	257
119 10-6	623	Einnahmen aus Finanzierungen der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) * *Vgl. K-Vermerk zu 546 10.*		—	—	—	—
119 63-7	623	Beiträge Dritter für Untersuchungen und wasserwirtschaftliche Rahmenplanung * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.*		—	—	102.258	—
235 95-5	623	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		—	—	—	—
281 84-1	332	Erstattungen für die Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen im Küstengebiet * *Vgl. K-Vermerk zu 631 10.*		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 82		**Sonderstelle der Küstenländer für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen**		(324.000)	(316.000)	(300.179)	(289)
232 82-4	610	Erstattungen für die Unterhaltung der Sonderstelle * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		207.000	202.000	192.092	185
281 82-5	610	Erstattungen für Maßnahmen der Sonderstelle * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		—	—	—	—
381 82-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 95 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		117.000	114.000	108.087	104
		A U S G A B E N					
546 10-1	623	Vermischte Ausgaben der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 10.*	—	—	—	—	—
631 10-9	332	Erstattung der Kosten für die Geschäftsstelle der Gütestelle Nord- und Ostsee * *Übertragbar.* *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 95, 235 95 und 281 84.* *Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 1552 - 631 10, 1552 - 632 10, 1552 - 429 64, 1552 - 459 64, 1552 - 547 64, 1552 - 812 64, 1552 - 547 84, 1552 - 631 84, 1552 - 632 84, 1552 - 881 84, 1552 - 882 84, 1552 - 632 85, 1552 - 632 88, 1552 - 671 85, 1552 - 429 86, 1552 - 459 86, 1552 - 637 86, 1552 - 681 86, 1552 - 761 86, 1552 - 821 86, 1552 - 883 86, 1552 - 893 86, 1552 - 429 95, 1552 - 547 95, 1552 - 633 95, 1552 - 633 96, 1552 - 671 95, 1552 - 685 95, 1552 - 685 96, 1552 - 883 95, 1552 - 887 95, 1552 - 891 95, 1552 - 892 95, 1552 - 981 95, 1555 - 682 11 und 1555 - 682 13.*	—	20.000	20.000	20.452	5
632 10-5	332	Erstattung der Kosten für die Überwachung der Reinhaltung von Gewässern * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	207.000	207.000	207.073	188

ERLÄUTERUNGEN

Zu 099 95

Nach dem Abwasserabgabengesetz des Bundes i. d. Neufassung vom 3. 11. 1994 (BGBl. I S. 3370), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. 8. 1998 (BGBl. S. 2455), und dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz i. d. F. vom 24. 3. 1989 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. 9. 2001 (Nds. GVBl. S. 2331), voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen.

Wegen der verbesserten Reinigungsleistung der Kläranlagen und der dadurch herbeigeführte Rückgang der Schadstofffrachten ist der Einnahmeansatz jeweils jährlich um 7% im Vergleich zum Vorjahr abgesenkt. Auf der Ausgabenseite sind die Erstattungen nach § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz entsprechend gemindert (633 95 und 671 95).

Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind neben der Ausgabetitelgruppe 95/96 folgende Zweckbestimmungen in den Deckungskreis der Ausgaben einbezogen worden, die aus den Einnahmen der Abwasserabgabe finanziert werden:

	2003	2002
	EUR	
– Gütestelle Nord- und Ostsee (15 52 – 631 10)	20 000	20 000
– Erstattung der Kosten für die ARGE ELBE (15 52 – 632 10)	207 000	207 000
– Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (15 52 – TGr. 64)	1 023 000	1 023 000
– Ölunfallbekämpfung (15 52 – TGr. 84)	2 659 000	2 626 000
– Marpol und Bilgenentölung (15 52 – TGr. 85)	263 000	1 102 000
– Gewässerkundlicher Landesdienst beim NLWK (15 55 – 682 11)	1 534 000	1 534 000
– Unterhaltung landeseigener Anlagen (15 55 – 682 13)	4 677 000	3 329 000
Zusammen	10 383 000	9 841 000
– Verwendung der Abwasserabgabe (15 52 – TGr. 95/96)	20 573 000	23 445 000
Summe Deckungskreis Abwasserabgabe	30 956 000	33 286 000

Aus technischen Gründen ist der gesamte Deckungsvermerk bei Titel 631 10 ausgebracht.

Zu 119 10

Das Land Niedersachsen übernimmt ab 2002 für 2 Jahre den Vorsitz der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) und bewirtschaftet die Erlöse aus dem Verkauf von LAWA-Schriften, zugehöriger EDV-Programme und aus Veröffentlichungslizenzen.

Vgl. Erläuterungen zu 546 10.

Zu 232 82

Die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern erstatten 64 v. H. der entstandenen Aufwendungen.

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 82.

Zu 546 10

Vgl. Erläuterungen zu 119 10.

Aus den Erlösen bei 119 10 müssen nach Vorgaben der Geschäftsordnung der LAWA die Ausgaben für LAWA-Schriften, zugehöriger EDV-Programme und ähnliches getragen werden.

Zu 631 10

Der Bund und die Küstenländer haben ein Verwaltungsabkommen über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung der Nord- und Ostsee abgeschlossen. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist die Einrichtung eines übergreifenden Bund/Länder-Messprogramms zur Überwachung der Nord- und Ostsee im Bereich des deutschen Festlandsockels und in Bereichen, in denen Deutschland auf Grund internationaler Regelungen zur Überwachung verpflichtet ist. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist die Gütestelle Nord- und Ostsee beim Bundesamt für Seeschiffahrt und Hydrologie in Hamburg eingerichtet worden.

Die Kosten der Geschäftsstelle werden auf rd. 1 Mio. EUR geschätzt. Sie werden zu 50 % vom Bund und zu 50 % von den Küstenländern finanziert. Der Anteil Niedersachsens beträgt 20 000 EUR und wird aus der Abwasserabgabe bereitgestellt.

Zu 632 10

Die Reinhaltung der Bundeswasserstraßen obliegt den Anliegerländern. Die in diesem Rahmen erforderliche Güteüberwachung muss bei Wasserstraßen, die mehrere Länder durchfließen, nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Güteüberwachung der Elbe ist in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg über die Bildung der Länderarbeitsgemeinschaft Elbe (ARGE Elbe), die am 1. 7. 1993 in Kraft trat, u. a. geregelt, dass diese Länder die Aufwendungen der gemeinsamen Überwachungsstelle mit Sitz in Hamburg tragen.

Veranschlagt ist der voraussichtlich auf Niedersachsen entfallende Kostenanteil. Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Untersuchungen und wasserwirtschaftliche Rahmenplanung aus Einnahmen Dritter** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63.*	(—)	(—)	(—)	(102.258)	(0)
429 63-6	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	10.226	0
459 63-2	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	511	—
547 63-9	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	91.521	—
812 63-4	623	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche n Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Umsetzung der EU - Wasserrahmenrichtlinie** * *Übertragbar.*	(—) (2.148.000) (—)	(1.023.000)	(1.023.000)	(255.646)	(7)
429 64-4	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	— 2.148.000 —	256.000	256.000	255.646	4
459 64-0	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	—	—
547 64-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	767.000	767.000	—	3
812 64-2	623	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche n Sachen * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	—	—
TGr. 82		**Sonderstelle der Küstenländer für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen** * *Übertragbar.* *Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 232 82, 281 82 und 381 82.*	(—)	(324.000)	(316.000)	(300.180)	(286)
425 82-7	610	Vergütungen der Angestellten	—	191.000	187.000	173.635	175
459 82-9	610	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	1.000	1.000	767	—
547 82-5	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	42.000	40.000	49.084	38
981 82-7	990	Abführung an 15 50 - 381 12 und 13 50 - 381 15	—	90.000	88.000	76.694	73
TGr. 84		**Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen** * *Übertragbar.*	(1.030.000) (2.116.000) (—)	(2.659.000)	(2.626.000)	(2.541.121)	(2.599)
547 84-1	332	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	1.030.000 2.116.000 —	—	—	—	7
631 84-2	332	Erstattungen an den Bund * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	774.000	747.000	731.147	964
632 84-9	332	Erstattungen an Länder * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	402.000	334.000	306.775	278
881 84-9	332	Anteil des Landes an den Investitionen * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	10.000	72.000	30.678	188
882 84-5	332	Anteil des Landes an den Investitionen (Beschaffungsprogramm der Länder) * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	1.473.000	1.473.000	1.472.521	1.163
TGr. 85/88		**Schiffsentsorgung von Öl und ölhaltigen Rückständen** * *Übertragbar.*	(—)	(263.000)	(1.102.000)	(1.145.090)	(757)
632 85-7	332	Erstattungen an Länder * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	8.000	8.000	8.181	—

Zu Titelgruppe 63

Die Titelgruppe 63 ist der Abwicklung von Arbeiten der Bezirksregierungen im Auftrage Dritter vorbehalten.

Zu Titelgruppe 64

Ausgaben zur Umsetzung der EU-Wasserrichtlinie.

Es handelt sich um neue Aufgaben:

- Erfassen und Auswerten von zusätzlichen Gewässergütedaten
- Erstellung und Umstellung der erforderlichen Untersuchungs- und Maßnahmenprogramme als Bestandteil von Bewirtschaftungsplänen für Grund- und Oberflächengewässer (techn. Unterstützung durch Dritte)
- Flussgebietsbezogene, länderübergreifende Koordinierung wasserwirtschaftlicher Aufgaben.

Im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben sind insbesondere auch Ausgaben für die Beschaffung spezieller Soft- und Hardware für die Datenbereitstellung im Geographischen Informationssystem (Pläne) enthalten.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

547 64

Für die Durchführung eines niederländisch-deutschen Projekts zur Entwicklung eines gemeinsamen Gewässergütesystems.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	716 000	716 000
2004	—	—	716 000	716 000
2005	—	—	716 000	716 000
Summe	—	—	2 148 000	2 148 000

Zu Titelgruppe 82

Zur Wahrnehmung zentraler Aufgaben, die den Küstenländern auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen und der zwischen den Partnern vereinbarten Aufgabenverteilung obliegen, wurde die „Sonderstelle der Küstenländer zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen“ (SLM) errichtet. Der Vorsitz wird von Niedersachsen geführt. Die Kosten werden anteilig von den Küstenländern getragen (vgl. 232 82). Der nieders. Anteil beträgt z. Z. 36 v. H. der Gesamtkosten (vgl. 381 82) und wird aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.

Es sind veranschlagt:

	Für das Haushaltsjahr 2001 waren	Für die Haushaltsjahre 2002/2003 sind jeweils durchschnittlich erforderlich
Angestellte		
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. III	1	1
Verg.-Gr. IV b	1	1
Verg.-Gr. V b	1	1
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b –VII	1	1
Zusammen	4	4

981 82

Abführung der Personalkosten/des Versorgungszuschlages für den beamteten Leiter der SLM. Die Planstelle A 15 ist im Kapitel 15 50 veranschlagt.

	2003 EUR	2002 EUR
Abführung an:		
13 50 – 381 15	21 000	21 000
15 50 – 381 12	69 000	67 000
Zusammen	90 000	88 000

Die Abführungen werden auf der Basis der tatsächlich entstandenen Besoldung ermittelt und abgerechnet.

Zu Titelgruppe 84

Der Bund und die 5 Küstenländer haben sich durch ein Verwaltungsabkommen zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Küstengebiet verpflichtet.

Der nieders. Anteil beträgt 18 v. H. der Ausgaben für die gemeinsam mit dem Bund und den 5 Bundesländern finanzierten Geräte.

Neue Beschaffungen nach dem Systemkonzept 1994 finanzieren der Bund und die 5 Küstenländer jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich. Der nieders. Anteil beträgt in diesem Fall 36 v. H. der Aufwendungen.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

631 84

Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den laufenden Kosten und den Ausgaben für sonstige Maßnahmen, die keine Investitionen darstellen.

882 84

Anteil Niedersachsens an dem Beschaffungsprogramm 2001.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	920 000	—	920 000
2004	—	1 012 000	110 000	1 122 000
2005	—	184 000	920 000	1 104 000
Summe	—	2 116 000	1 030 000	3 146 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	701 000	—	—	701 000
2003	—	—	920 000	920 000
2004	—	—	1 012 000	1 012 000
2005	—	—	184 000	184 000
Summe	701 000	—	2 116 000	2 817 000

Zu Titelgruppe 85/88

Die Ausgaben der Titelgruppe werden aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.

632 85

Auf Grund eines internationalen Übereinkommens zur Abfallentsorgung der Binnenschiffahrt wird die bundesweite Sammlung der Altöle und ölhaltigen Abwässer (Bilgenöle) durch eine „innerstaatliche Institution“ veranlasst. Diese Institution richtet das Land Nordrhein-Westfalen ein.

Veranschlagt ist der auf das Land Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
632 88-1	332	Erstattung der Kosten für die Bilgenentölung * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	255.000	255.000	255.646	178
671 85-2	332	Erstattungen an private Schiffsentsorgungsunternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	839.000	881.263	579
TGr. 86		**Förderung der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen** * *Übertragbar.*	(—) (—) (1.278.230)	(—)	(—)	(2.198.554)	(2.484)
429 86-5	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	— — 1.278.230	—	—	—	—
459 86-1	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	—	—
637 86-7	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für erhöhten Pflegeaufwand in Gewässerrandstreifen * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	40.903	—
681 86-6	623	Entschädigung aufgrund von Anordnungen nach § 91a Abs.4 NWG * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	102.258	—
761 86-0	623	Landeseigene Tiefbauten * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	25.565	197
821 86-2	623	Erwerb von Grundstücken * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	—	—
883 86-8	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	1.487.859	64
893 86-3	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	541.969	2.222
TGr. 95/96		**Verwendung der Abwasserabgabe** * *Übertragbar.*	(—) (—) (429.485)	(20.573.000)	(23.445.000)	(26.763.778)	(29.376)
429 95-4	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	— — 429.485	25.000	25.000	25.565	—
547 95-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	358.000	358.000	—	—
632 95-4	623	Zuweisungen an Länder ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	138.000	138.000	—	—
633 95-0	623	Erstattungen an Gemeinden(GV) gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	7.579.000	9.726.000	11.248.421	3.766
633 96-9	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Abgeltung des Verwaltungsaufwands * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	500.000	500.000	511.292	266
671 95-0	623	Erstattungen an Sonstige gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	2.454.000	2.500.000	2.556.459	2.198
685 95-0	623	Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung gem. § 13 AbwAG * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	629.000	629.000	766.938	592
685 96-9	623	Zuschüsse an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	254.000	254.000	254.214	249
883 95-7	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	4.672.000	5.303.000	6.208.311	8.915
887 95-2	623	Zuweisungen für Investitionen an Wasser- und Bodenverbände * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	3.025.000	3.076.000	3.579.043	926

632 88

Soweit die Kosten des Sammeldienstes für das auf den Binnenschiffen anfallende Altöl und die ölhaltigen Abwässer nicht durch den Verkauf des gesammelten Altöls gedeckt werden können, sollen sie zwischen den Anliegerländern umgelegt werden.

Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

671 85

Mit dem Angebot zur unentgeltlichen Schiffsentsorgung in den nds. Seehäfen wird zur Reinhaltung der Nordsee das Ziel verfolgt, dass ölhaltige Rückstände aus dem Schiffsbetrieb in dafür geeigneten Anlagen an Land entsorgt werden.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie 2000/59/EG werden die Entsorgungslasten in die Hafenentgelte einbezogen, so dass es der bisherigen unentgeltlichen Schiffsentsorgung ab 2003 nicht mehr bedarf.

Zu Titelgruppe 86

Die Titelgruppe dient zur Abwicklung von Ausgaberesten.

Neue Maßnahmen sind im Rahmen der GA zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes in Kapitel 15 54 Titelgruppe 86 veranschlagt; die Komplementärmittel werden aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (15 56 TGr. 86).

Zu Titelgruppe 95/96

Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe werden Maßnahmen finanziert, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen (umgesetzt von Titelgruppe 97/98).

547 95

Untersuchungen zur Verbesserung der Gewässergüte mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Messprogramm gefährliche Stoffe
- Langfristige Sanierung der Gewässergüte belasteter Gewässer
- Verwertung von Klärschlamm und Nutzung seiner Nährstoffe durch Schadstoffminimierung.

632 95

Zur Finanzierung des Länderfinanzierungsprogrammes Wasser und Boden siehe Erläuterung zu 15 51 – 632 10.

633 95

Erstattungen an Gemeinden (GV) infolge Verrechnung von geschuldeter Abwasserabgabe mit Aufwendungen für die Errichtung oder Erweiterung von Abwasserbehandlungsanlagen gem. § 10 Abs. 3 AbwAG.

633 96

Die kommunalen Körperschaften erhalten pauschale Zuweisungen zur Deckung des Verwaltungsaufwandes, der ihnen durch den Vollzug des Abwasserabgabengesetzes und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes entsteht.

685 96

Zuschüsse an das Deutsche Institut für Bautechnik für die Erteilung von Prüfzeichen und Bauartzulassungen von Abwasserbehandlungsanlagen und Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und für die Durchführung einer Abwasser-Info-Börse durch die Umwelt Aktion Niedersachsen (U. A. N.). (VE aus 2001).

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	254 000	—	—	254 000
2004	254 000	—	—	254 000
2005	111 000	—	—	111 000
2006	111 000	—	—	111 000
2007 ff.	89 000	—	—	89 000
Summe	819 000	—	—	819 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	111 000	143 000	—	254 000
2003	111 000	143 000	—	254 000
2004	111 000	143 000	—	254 000
2005	111 000	—	—	111 000
2006 ff.	200 000	—	—	200 000
Summe	644 000	429 000	—	1 073 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 95-0	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	—	205
892 95-6	623	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	—	—	—	1.243
981 95-9	990	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts * *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.*	—	939.000	936.000	1.613.535	11.017
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			1.124.842	
		Abschluss Kapitel 15 52					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		30.956.000	33.286.000	35.790.432	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		153.000	153.000	255.646	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		207.000	202.000	192.092	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		117.000	114.000	108.087	
		Summe der Einnahmen		31.433.000	33.755.000	36.346.257	
		4 Personalausgaben	— 2.148.000 1.707.715	473.000	469.000	466.350	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1.030.000 2.116.000 —	1.167.000	1.165.000	1.265.447	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	13.220.000	16.157.000	17.891.022	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	25.565	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	9.180.000	9.924.000	13.320.381	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.029.000	1.024.000	1.690.229	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.030.000 4.264.000 1.707.715	25.069.000	28.739.000	34.658.994	
		Überschuss		6.364.000	5.016.000	1.687.263	

ERLÄUTERUNGEN

981 95

	2003	2002
	EUR	
Abführungen:		
– Verwaltungsaufwand Land		
(03 05 – 381 10)	103 000	103 000
(13 50 – 381 15)	92 000	92 000
(15 01 – 381 10)	26 000	26 000
(15 50 – 381 11)	383 000	383 000
– Abwasserabgabe – / Einleiterüberwachung durch EDV		
(15 50 – 381 99)	127 000	127 000
– Wassergütestelle Weser		
(15 03 – 381 68)	91 000	91 000
– Sonderstelle zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen		
(15 52 – 381 82)	117 000	114 000
Zusammen	939 000	936 000

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 01-4	610	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	46.016	5
119 10-3	623	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) ****Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		1.000	1.000	511	—
119 11-1	625	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) ****Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben*		10.000	10.000	10.226	—
331 61-7 (GA)	623	Zuweisungen des Bundes für den Hochwasserschutz im Binnenland ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.*		7.243.000	7.243.000	8.738.029	9.210
331 81-1 (GA)	625	Zuweisungen des Bundes für den Küstenschutz ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.*		32.075.000	28.303.000	32.680.959	38.359
331 82-0 (GA)	625	Zuweisungen des Bundes für den Bau eines Emssperrwerkes ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.*		824.000	7.158.000	12.812.975	28.561
331 83-8	625	Zuweisungen des Bundes für den Bau eines Emssperrwerkes (außerhalb der GA)		—	—	9.970.192	10.226
331 86-2 (GA)	623	Zuweisungen des Bundes für die naturnahe Gewässergestaltung ** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.*		1.019.000	1.079.000	—	—
381 10-0	990	Zuführung von 15 56 - 981 14		12.831.000	10.884.000	4.905.743	15.025
381 86-0	990	Zuführung von 15 56 - 981 86		680.000	720.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel				1.687.263	
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland** ** Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei 331 61.*	(9.356.000) (9.356.000) (8.947.608)	(12.072.000)	(12.072.000)	(14.563.331)	(15.349)
685 61-3 (GA)	623	Zuw. an d. Kuratorium f. Wasserwirtschaft	9.356.000 9.356.000 8.947.608	—	—	—	863
761 61-1 *(GA)*	623	Tiefbaumaßnahmen ****Das MU darf zulassen, daß die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 61 veranschlagten Ausgaben geleistet werden.* *Dies darf in keinem Fall dazu führen, daß von den in den Einzelbauvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird.* *Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden.* *Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung des MF im Rahmen der hier insgesamt veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Tiefbaumaßnahmen finanzieren.*	—	3.000.000	3.887.000	4.848.581	5.986
821 61-4 (GA)	623	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 61-0 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	2.364

ERLÄUTERUNGEN

Zur Gemeinschaftsaufgabe:

Soweit die Zweckbestimmungen nachstehend als Gemeinschaftsaufgabe erläutert sind, handelt es sich um Ausgaben des **30. und 31. Rahmenplans (2002 und 2003)** nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG) vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Gesetz vom 8. August 1997 (BGBl. I S. 2027).

Kofinanzierung von EU-Förderprogrammen:

Fördermaßnahmen im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, u1 **„Küstenschutz“** (TGr. 81) und u2 **„Hochwasserschutz im Binnenland“** (TGr. 61). Gefördert wird im Küstenschutz die Maßnahme zur Erhöhung und Verstärkung des Elisabethgrodendeiches im III. Oldenburgischen Deichband zur Verbesserung der Sturmflutsicherheit zwischen Harlesiel und Schillig und beim Hochwasserschutz im Binnenland das Vorhaben zur Erhöhung und Verstärkung der Elbedeiche im Amt Neuhaus (Sicherung der Siedlungbereiche).

Fördermaßnahmen im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffern t2b **„Förderung der naturnahen Gewässergestaltung“** (TGr. 86). Gefördert werden Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung, durch die eine Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft und die naturnahe Gewässerentwicklung oder Durchgängigkeit der Gewässer erreicht wird.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Fördergrundsätze der GA für die Verbeserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Naturnahen Gewässergestaltung vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 728).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Fördermaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Ziel 2-Fördergebiete im Land Niedersachsen mit dem Förderschwerpunkt des Tourismus und der Kultur – **Ziffer 2.05 Küstenschutz auf den Inseln** (TGr. 81). Gefördert wird der Ausbau der Schutzwerke zur Erhaltung der Inseln (Deckwerke, Strandaufspülungen und Dünensicherungen) mit ihren tourismusbezogenen Anlagen auf den Ostfriesischen Inseln Norderney, Baltrum und Langeoog.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 vom 12. 7. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 213, S. 1).

Fördergrundlage: Fördergrundsätze der GA für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Zu 331 61, 331 81, 331 82 und 331 86

Gemeinschaftsaufgabe (GA), Zuweisungen des Bundes.

Zu Titelgruppe 61

Gemeinschaftsaufgabe.

Es werden Zuwendungen gewährt für Maßnahmen des Hochwasserschutzes.

Die landeseigenen Tiefbaumaßnahmen (s. hierzu auch den Einzelnachweis) wickelt der NLWK auf der Basis seines Wirtschaftsplans ab (s. Kapitel 15 55).

Die bei Titel 685 61 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung gliedert sich wie folgt auf

	2003	2002
	EUR	
Titel		
761 61	2 556 000	2 045 000
893 61	6 800 000	7 311 000
Summe	9 356 000	9 356 000

761 61

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	1 534 000	511 000	—	2 045 000
2004	511 000	1 023 000	511 000	2 045 000
2005	—	511 000	1 534 000	2 045 000
2006	—	—	511 000	511 000
Summe	2 045 000	2 045 000	2 556 000	6 646 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 966 000	676 000	—	3 642 000
2003	—	1 534 000	511 000	2 045 000
2004	—	511 000	1 023 000	1 534 000
2005	—	—	511 000	511 000
Summe	2 966 000	2 721 000	2 045 000	7 732 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 61-5 (GA)	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	9.072.000	8.185.000	9.714.750	6.136
TGr. 81		**Wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 142,86 v.H. der Isteinnahmen bei 331 81.*	(40.903.000) (40.903.000) (40.903.350)	(45.822.000)	(40.434.000)	(46.687.084)	(54.799)
761 81-6 *(GA)*	625	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen ****Das MU darf zulassen, daß die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 81 veranschlagten Ausgaben geleistet werden.* *Dies darf in keinem Fall dazu führen, daß von den in den Einzelbauvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird.* *Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden.* *Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung des MF im Rahmen der hier insgesamt veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Tiefbaumaßnahmen finanzieren.*	40.903.000 40.903.000 40.903.350	13.000.000	9.919.000	14.111.656	20.256
893 81-0 (GA)	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	32.822.000	30.515.000	32.575.428	34.543
TGr. 82		**Bau eines Emssperrwerkes** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 142,86 v.H. der Isteinnahmen bei 331 82.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Das MU darf zulassen, daß die zur Durchführung der Baumaßnahme nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 82 veranschlagten Ausgaben geleistet werden.* *Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt wird.*	(—)	(1.176.000)	(10.226.000)	(18.304.249)	(40.801)
761 82-4 (GA)	625	Tiefbaumaßnahmen	—	1.176.000	10.226.000	18.304.249	40.801
821 82-7 (GA)	625	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
TGr. 83		**Bau eines Emssperrwerkes (außerhalb der GA)** ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.* ****Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt wird.*	(—)	(—)	(—)	(9.305.512)	(54.236)
761 83-2	625	Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	9.305.512	54.236
821 83-5	625	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
TGr. 86		**Förderung der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen** * *Übertragbar.* *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden*	(1.278.000) (1.278.000) (—)	(1.699.000)	(1.799.000)	(—)	(—)

893 61

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	3 476 000	3 068 000	—	6 544 000
2004	1 279 000	2 556 000	2 556 000	6 391 000
2005	—	1 687 000	3 067 000	4 754 000
2006	—	—	1 177 000	1 177 000
Summe	4 755 000	7 311 000	6 800 000	18 866 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	2 813 000	2 300 000	—	5 113 000
2003	920 000	2 556 000	3 068 000	6 544 000
2004	—	1 279 000	2 556 000	3 835 000
2005	—	—	1 687 000	1 687 000
Summe	3 733 000	6 135 000	7 311 000	17 179 000

Zu Titelgruppe 81

Gemeinschaftsaufgabe.

Die landeseigenen Tiefbaumaßnahmen (s. hierzu auch den Einzelnachweis) wickelt der NLWK auf der Basis seines Wirtschaftsplans ab (s. Kapitel 15 55).

Soweit es sich nicht um landeseigene Bauvorhaben handelt, sind hauptsächlich Wasser- und Bodenverbände (Deich- und Sielachten) Träger der Maßnahmen. Da diese die Arbeiten nicht aus eigener Kraft ausführen können, sind Zuschüsse des Landes erforderlich.

Die Gesamtbelastung der folgenden Haushaltsjahre ergibt sich aus den nachstehenden Übersichten.

Die bei Titel 761 81 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung gliedert sich wie folgt:

	2003	2002
	EUR	
Titel		
761 81	16 600 000	16 700 000
893 81	24 303 000	24 203 000
Summe	40 903 000	40 903 000

761 81

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	6 647 000	4 500 000	—	11 147 000
2004	1 022 000	6 200 000	5 200 000	12 422 000
2005	—	6 000 000	6 400 000	12 400 000
2006	—	—	5 000 000	5 000 000
Summe	7 669 000	16 700 000	16 600 000	40 969 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	6 647 000	3 068 000	—	9 715 000
2003	1 534 000	5 113 000	4 500 000	11 147 000
2004	—	1 022 000	6 200 000	7 222 000
2005	—	—	6 000 000	6 000 000
Summe	8 181 000	9 203 000	16 700 000	34 084 000

893 81

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	16 361 000	12 000 000	—	28 361 000
2004	1 534 000	10 000 000	12 000 000	23 534 000
2005	—	2 203 000	10 000 000	12 203 000
2006	—	—	2 303 000	2 303 000
Summe	17 895 000	24 203 000	24 303 000	66 401 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	8 692 000	17 384 000	—	26 076 000
2003	3 579 000	12 782 000	12 000 000	28 361 000
2004	—	1 534 000	10 000 000	11 534 000
2005	—	—	2 303 000	2 303 000
Summe	12 271 000	31 700 000	24 203 000	68 174 000

Zu Titelgruppe 82 und 83

Der Bau eines Emssperrwerkes bei Gandersum mit Staufunktion ist zur Verbesserung des Küstenschutzes und zur Stärkung des Wirtschaftsraumes an der Ems vordringlich. Die Gesamtkosten für diese Maßnahme betragen voraussichtlich 207,074 Mio. EUR nach Fortschreibung im Jahre 2001. Für die Vorplanungen sind 4,09 Mio. EUR (Bund 2,045 Mio. EUR/Land 2,045 Mio. EUR) eingeplant worden. Die Kosten der Bauausführung belaufen sich auf rd. 203 Mio. EUR. Sie sind bei Kapitel 15 54 TGr. 82 und 83 veranschlagt.

Nach der ursprünglichen Planung betrugen die Baukosten	176 396 000 EUR
Mehrkosten durch Planungs- und Ausführungsänderungen	9 587 000 EUR
Mehrkosten durch den Baustopp	13 779 000 EUR
Mehrkosten für die Fahrrinnenänderung während der Bauzeit, für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (einschl. Grunderwerb), für sonstige Folgemaßnahmen und Flurneuordnungskosten	7 312 000 EUR
Gesamtbaukosten neu:	207 074 000 EUR

Von den Mehrausgaben wurden im Haushaltsjahr 2000 durch Umschichtung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe 19 276 000 EUR finanziert. Die restlichen Mehrausgaben sind im Haushaltsjahr 2002 mit 20,0 Mio. EUR und in 2003 mit 1,176 Mio. EUR veranschlagt.

Die Gesamtausgaben für das Emssperrwerk werden finanziert aus:

	Gesamt – EUR	Bund – EUR	Land – EUR
– 15 54 – TGr. 82 (Gemeinschaftsaufgabe)	99 702 000	69 791 000	29 911 000
– 15 54 – TGr. 83 (außerhalb der GA)	107 372 000	39 881 000	67 491 000
Gesamt:	207 074 000	109 672 000	97 402 000

Zu Titelgruppe 83

Die Titelgruppe dient zur Abwicklung von Ausgaberesten.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
noch **TGr. 86**		*bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei 331 86.*					
637 86-4 (GA)	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für erhöhten Pflegeaufwand in Gewässerrandstreifen	1.278.000 1.278.000 —	—	—	—	—
681 86-3 (GA)	623	Entschädigung aufgrund von Anordnungen nach § 91a Abs.4 NWG	—	—	—	—	—
761 86-7 (GA)	623	Landeseigene Tiefbauten	—	—	—	—	—
821 86-0 (GA)	623	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
883 86-5 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	1.105.000	1.105.000	—	—
893 86-0 (GA)	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	594.000	694.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			1.687.264	
		Abschluss Kapitel 15 54					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		16.000	16.000	56.753	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		54.672.000	55.387.000	70.795.161	
		Summe der Einnahmen		54.688.000	55.403.000	70.851.914	
		4 Personalausgaben	—	—	—	1.380.488	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	306.776	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.634.000 10.634.000 8.947.608	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	40.903.000 40.903.000 40.903.350	17.176.000	24.032.000	46.569.998	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	43.593.000	40.499.000	42.290.178	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	51.537.000 51.537.000 49.850.958	60.769.000	64.531.000	90.547.440	
		Zuschuss		6.081.000	9.128.000	19.695.526	

Zu Titelgruppe 86

In der Vergangenheit sind zahlreiche Gewässer fast ausschließlich unter Nutz- und Sicherheitsgesichtspunkten ausgebaut worden. Eine Folge der landw. Entwässerung war u. a., dass intensiv genutzte landw. Flächen bis an die Gewässerränder ausgedehnt wurden. Dadurch verloren die Gewässer ihre natürliche Dynamik und biologische Wirksamkeit. Durch Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung wie die Bepflanzung mit Gehölzen, Böschungsabflachungen, Randstreifen, Beseitigung biologischer Sperren (Wehre, Abstürze) soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

Besonders bedeutsam für den Gewässerschutz ist die Renaturierung zu einem biologisch und ökologisch funktionsfähigen Gewässernetz nach den Vorgaben des niedersächsischen Fließgewässerschutzprogramms.

Durch den naturnahen Gewässerausbau soll eine Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft und die naturnahe Gewässerentwicklung oder Durchgängigkeit der Gewässer erreicht werden.

Die bei Titel 637 86 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für:

Titel	2003 EUR	2002 EUR
883 86	1 100 000	1 100 000
893 86	178 000	178 000
Summe	1 278 000	1 278 000

883 86

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	1 100 000	—	1 100 000
2004	—	—	1 100 000	1 100 000
Summe	—	1 100 000	1 100 000	2 200 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	1 100 000	1 100 000
Summe	—	—	1 100 000	1 100 000

893 86

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	414 000	178 000	—	592 000
2004	—	—	178 000	178 000
Summe	414 000	178 000	178 000	770 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	686 000	—	686 000
2003	—	414 000	178 000	592 000
Summe	—	1 100 000	178 000	1 278 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1555 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 10-1	623	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 10-3	623	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * *Übertragbar.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 876.711 Euro dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.*	—	30.867.000	31.077.000	32.333.894	27.599
682 11-1	623	Zuführungen für den Gewässerkundlichen Landesdienst des Landesbetriebs * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	1.534.000	1.534.000	1.533.876	—
682 12-0	623	Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von landeseigenen Gewässern und Anlagen des Landesbetriebs aus WEG * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	—	1.348.000	6.576.850	6.577
682 13-8	623	Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von landeseigenen Gewässern und Anlagen des Landesbetriebs aus Abwasserabg. * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 10.* *** *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	4.677.000	3.329.000	—	—
682 39-1	610	Zuschuss an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 10-1	623	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs - Fahrzeug- u. Gerätebeschaffungen - *** *Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	—	1.945.000	1.945.000	2.045.168	1.291
891 11-0	623	Zuführungen für Baumaßnahmen des Landesbetriebs - außerhalb der GA - *** *Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlagepflicht der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden.* *Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.*	— 4.090.000 4.090.335	5.160.000	5.160.000	3.540.696	4.416
		<u>Abschluss Kapitel 15 55</u>					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	37.078.000	37.288.000	40.444.620	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— 4.090.000 4.090.335	7.105.000	7.105.000	5.585.864	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 4.090.000 4.090.335	44.183.000	44.393.000	46.030.484	
		Zuschuss		44.183.000	44.393.000	46.030.484	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 55

1. Dem Beschluss der Landesregierung vom 26. 8. 1997 entsprechend wurde im Zuge der Neuorganisation der Wasserwirtschaftsverwaltung durch RdErl. des MU, MI und MF vom 17. 12. 1997 (Nds. MBl. 1998 S. 298) zum 1. 1. 1998 ein „Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz“ (NLWK) gemäß § 26 LHO errichtet. Einzelheiten zum NLWK, insbesondere zu Aufgaben, Aufsicht und Wirtschaftsführung, ergeben sich aus der Betriebssatzung (Nds. MBl. 1998 S. 299).
2. Schwerpunkt der Tätigkeit des NLWK ist zum einen der Ausbau, der Betrieb und die Unterhaltung von Gewässern, die von der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes zu verwalten sind. Zum zweiten ist dem NLWK die Planung, der Bau, der Betrieb und die Unterhaltung von Insel-, Küsten- und Hochwasserschutzeinrichtungen und sonstigen wasserwirtschaftlichen Anlagen des Landes übertragen. Daneben kann der NLWK gegen Entgelt die Planung, den Bau, den Ausbau, den Betrieb und die Unterhaltung von Gewässern, Insel-, Küsten- und Hochwasserschutzeinrichtungen und sonstigen wasserwirtschaftlichen Anlagen für Dritte erbringen. Zudem wurden ihm mit Wirkung vom 1. 7. 1999 die bis dahin bei den Bezirksregierungen angesiedelten Aufgaben des regional wahrzunehmenden Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) übertragen.
3. Der NLWK hat seinen Sitz in Norden (Direktion). Er unterhält derzeit 10 Betriebsstellen in Norden, Aurich, Brake, Cloppenburg, Meppen, Stade, Lüneburg, Verden, Sulingen und Süd sowie Anlagen und Bauhöfe an weiteren Orten. Diese Organisation wird im Zuge eines kontinuierlichen Organisationsentwicklungsprozesses nach fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimiert.
4. Ein großer Teil der für die Wirtschaftsführung geltenden Bestimmungen der Betriebssatzung (z. B. Wirtschaftsplan, doppelte kaufmännische Buchführung, Kosten- und Leistungsrechnung), die denen generell für Landesbetriebe nach § 26 LHO geltenden entsprechen, ist erst zum 1. 1. 2000 in Kraft getreten (§ 10 Abs. 2 der Betriebssatzung). Zu diesem Zeitpunkt hat der NLWK mit Zustimmung des MF seine Wirtschaftsführung auf die Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung umgestellt.
5. Mittel, die der NLWK zur Erfüllung von Landesaufgaben benötigt, werden ihm über den Wirtschaftsplan bereitgestellt, der nach Erfolgs- und Finanzplan gegliedert als Anlage beigefügt ist.

   Da der NLWK auch für den beim Kapitel 15 56 veranschlagten Gewässerschutz bzw. die Gewässerüberwachung sowie für verschiedene Baumaßnahmen zuständig ist, die in den Kapiteln 15 52 und 15 54 (u. a. Bau des Emssperrwerkes) veranschlagt sind, umfasst der Wirtschaftsplan neben den laufenden Zuführungen aus dem Kapitel 15 55 auch Mittel aus diesen Kapiteln.
6. Die vom NLWK zu erbringenden Leistungen werden beginnend mit dem Jahr 2001 jährlich in Zielvereinbarungen zwischen MU und NLWK vereinbart. Aus Gründen des Hochwasserschutzes oder wegen Sturmfluten sowie wegen der Abhängigkeit vieler Baumaßnahmen von der Zuweisung von GA-Mitteln des Bundes unterliegen diese Zielvereinbarungen dem Vorbehalt späterer Anpassungen.

Zu 682 10

Die Zuführungen für laufende Zwecke werden gegenüber 2001 um 1,467 Mio. EUR (2003) bzw. 1,257 Mio. EUR (2002) reduziert. Die Veränderungen beruhen schwerpunktmäßig darauf, dass geringere Nutzungsentgelte für Landesliegenschaften (jeweils –0,445 Mio. EUR) an den Epl. 13 zu zahlen, zentrale Personalverstärkungsmittel um je 0,342 Mio. EUR zu verringern und Personalkosteneinsparungen aufgrund der Zielvereinbarungen zum Stellenabbau mit jeweils 0,154 Mio. EUR zu berücksichtigen sind. Die Ablieferung der entsprechenden, zuführungsfinanzierten Stellen erfolgt gemäß den zum Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerken im Hpl. 2004, in dem auch die monetäre Kürzung für die restlichen 25 Stellen abgebildet werden wird.

Weitere Ansatzveränderungen ergeben sich durch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung (jeweils –0,2 Mio. EUR) und Einsparungen um jeweils 0,16 Mio. EUR beim Reparaturaufwand an wasserwirtschaftlichen Anlagen, die aufgrund umfangreicher Grundinstandsetzungen (vgl. dazu die Erläuterungen zu Titel 891 11) ermöglicht werden.

Für Miet- und Pachtverhältnisse für Büroräume, Garagen und Grundstücke bestehen Rechtsverpflichtungen aus längerfristigen Vertragsverhältnissen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	262 000	—	—	262 000
2004	262 000	—	—	262 000
2005	262 000	—	—	262 000
2006	262 000	—	—	262 000
2007 ff.	275 000	—	—	275 000
Summe	1 323 000	—	—	1 323 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	262 000	—	—	262 000
2003	262 000	—	—	262 000
2004	262 000	—	—	262 000
2005	262 000	—	—	262 000
2006 ff.	537 000	—	—	537 000
Summe	1 585 000	—	—	1 585 000

Für die Zahlung von Nutzungsentgelten für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 sind 6 262 000 EUR vorgesehen.

Zu 682 11

Die Zuführungen für den Gewässerkundlichen Landesdienst werden aus der Abwasserabgabe finanziert (vgl. die Erläuterungen zu Kapitel 15 52 Titel 099 95).

Zu 682 12 und 682 13

Die Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von Gewässern und Anlagen, die bislang ausschließlich aus der Wasserentnahmegebühr finanziert wurden, werden ab 2002 teilweise und im Jahr 2003 vollständig aus der Abwasserabgabe gespeist (vgl. dazu die Erläuterungen zu Kapitel 15 52 Titel 099 95 sowie die Allgemeinen Erläuterungen zu Kapitel 15 56).

Dabei reduziert sich die Summe beider Ansätze gegenüber dem bisherigen Ansatz bei Titel 682 03 um 1,9 Mio. EUR. Hier kommen neben allgemeinen Einsparungen (–0,2 Mio. EUR) die durch die Änderung des § 105 des Nds. Wassergesetzes zu erwartenden Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 1,7 Mio. EUR zum Tragen, die einen entsprechend geringeren Zuführungsbedarf des NLWK zur Folge haben.

Zu 891 10 und 891 11

Die Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs in Fahrzeuge, Geräte und Baumaßnahmen werden ab 2002 nicht mehr aus der Wasserentnahmegebühr, sondern aus allgemeinen Deckungsmitteln finanziert.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 891 10

Die Zuführungen an den NLWK sind für die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderliche Erst- und Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen, Wasserfahrzeugen, Spezialgeräten und Iuk-Ausstattung bestimmt.

Zu 891 11

Die Zuführungen statten den NLWK mit Mitteln für den Neubau sowie zur Grundinstandsetzung und Optimierung von landeseigenen wasserwirtschaftlichen Bauwerken aus.

Der Landesbetrieb hat die im Einzelnachweis dargestellten größeren Baumaßnahmen durchzuführen. Daneben ist eine ganze Reihe kleinerer Maßnahmen erforderlich, die sukzessive in dem Umfang zur Ausführung gelangen, wie der Mittelbedarf für die größeren Einzelmaßnahmen dies zulässt.

Die gegenüber 2001 erhöhten Ansätze dienen insbesondere der Grundinstandsetzung und dem Neubau (Ersatz) verschiedener Brücken, die nach vorliegenden Gutachten dringend erforderlich sind. Im Rahmen der eigenverantwortlichen Prioritätensetzung und Streckung der erforderlichen Maßnahmen in vertretbaren und verantwortbaren Zeiträumen hat der NLWK den zunächst wesentlich höheren Mittelbedarf auf durchschnittlich die Hälfte reduzieren können. Im Zuge dieser Umplanung wird der bereits 2001 mit einer VE ausgestattete Neubau der Schleuse EJK I und der dazugehörigen Brücke EJK 8 um ein Jahr verschoben. Aus diesem Grund ist die vorhandene VE für 2001 gesperrt und wird für 2002 erneut ausgebracht. Die Maßnahme soll nun in den Jahren 2003 und 2004 realisiert werden und ist im Einzelnachweis entsprechend fortgeschrieben worden.

Durch die geplanten Grundinstandsetzungen und Neubauten verringert sich der bisherige Unterhaltungsbedarf um 0,16 Mio. EUR jährlich (vgl. dazu die Erläuterungen zu 682 10).

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	2 045 000	—	2 045 000
2004	—	2 045 000	—	2 045 000
Summe	—	4 090 000	—	4 090 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	—	—	—
2003	—	—	2 045 000	2 045 000
2004	—	—	2 045 000	2 045 000
Summe	—	—	4 090 000	4 090 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 54 und 15 55 – Bauten –

Kapitel Titel	FKT	Zweckbestimmung	HV	Verpflichtungsermächtig. für 2003 EUR	Ansatz für 2003 EUR	Ansatz für 2002 EUR	+ = Mehr – = Weniger	Ist für 2001 in 1 000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
15 54								
761 61	623	Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Binnenland – Tiefbaumaßnahmen –	X	2 556 000	3 000 000	3 887 000	– 887 000	—
821 61	623	– Erwerb von Grundstücken –	X		—	—	—	—
		Erhöhung und Verstärkung der Hochwasserdeiche am Ems-Jade-Kanal auf Teilstrecken						
		Erhöhung und Verstärkung des rechtsseitigen Huntedeiches oberhalb Oldenburg bei Wardenburg und Tungeln						
		Hochwasserrückhaltebecken Salzderhelden						
		Hochwasserrückhaltebecken Wendebach						
		Hochwasserrückhaltebecken Allerknie bei Grafhorst						
		Ledaschöpfwerk						
		Hochwasserrückhaltebecken Reinshof						
		Hochwasserrückhaltebecken Alfhausen-Rieste						
		Sanierung der Talsperre Thülsfeld						
15 54								
761 81	625	Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschtzes – Tiefbaumaßnahmen –	X	16 600 000	13 000 000	9 919 000	3 081 000	—
		Erhöhung und Verstärkung der Deiche und Schutzwerke auf den Ostfriesischen Inseln						
		Küstenschutz an der ostfriesischen Küste (Vorlandarbeiten an der Festlandküste)						
		Küstenschutz an der Butjadinger Küste						
		Erhöhung und Verstärkung der Deiche am Nord- und Südgeorgsfehnkanal						
		Erhöhung und Verstärkung des Elbedeiches im Bereich Belum östlich des Ostedeiches						
		Küstenschutz an der Leybucht, Bauwerk Leysiel und 7,1 km Deichbau						
		Neubau Hadelner Kanalschleuse						
		Ausbauder Sperrwerke im Hafen Cuxhaven (km 533,65 bis km 535,20)						
15 54		**Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes**						
761 82	625	– Bau eines Emssperrwerkes bei Gandersum	X	—	1 176 000	10 226 000	– 9 050 000	—
761 83	625	– Bau eines Emssperrwerkes bei Gandersum	X	—	—	—	—	—
15 55								
891 11	731	Zuführungen für Baumaßnahmen des Landesbetriebes – außerhalb der GA –	X	—	5 160 000	5 160 000	—	—
		Erneuerung und Umbau baulicher Anlagen sowie Ufersicherungen am Ems-Jade-Kanal						
		Neubau (Ersatz) der Schleuse EJK 1 sowie der zugehörigen beweglichen Brücke EJK 8 am Ems-Jade-Kanal						
		Neubau (Ersatz) der Brücke VBK 2 über den Verbindungskanal in Emden						

Einzelnachweis der Baumaßnahmen

Jahr der Kosten-ermittlung	Gesamt-kosten gemäß § 24 LHO EUR	Bis einschl. 2003 sind verfügbar EUR	Noch zu veranschlagen 2004 EUR	2005 EUR	2006 EUR	später EUR	Insgesamt EUR	Bis einschl. 2001 wurden verausgabt EUR	Erläuterungen
10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1996	39 881 000	20 116 000	—	—	500 000	19 265 000	19 765 000		
2000	3 068 000	50 000	—	—	434 000	2 584 000	3 018 000		
1997	130 247 000	129 810 000	150 000	100 000	187 000	—	437 000		
1982	6 136 000	5 657 000	—	—	—	479 000	479 000		
1974	12 272 000	5 900 000	—	—	100 000	6 272 000	6 372 000		
2000	10 738 000	10 738 000	—	—	—	—	—		
1992	27 099 000	264 000	—	—	—	26 835 000	26 835 000		
1997	69 536 000	67 050 000	500 000	500 000	1 000 000	486 000	2 486 000		
2000	10 853 000	4 324 000	2 350 000	2 900 000	1 279 000	—	6 529 000		
	309 830 000	243 909 000	3 000 000	3 500 000	3 500 000	55 921 000	65 921 000		
1998	168 727 000	122 025 000	8 500 000	8 500 000	8 500 000	21 202 000	46 702 000		Die Gesamtkosten erfassen den Zeitraum bis 2010
1993	21 475 000	19 200 000	1 000 000	1 000 000	275 000	—	2 275 000		
1981	19 174 000	15 700 000	500 000	500 000	500 000	1 974 000	3 474 000		
1996	8 283 000	6 050 000	500 000	500 000	500 000	733 000	2 233 000		
1998	1 432 000	1 432 000	—	—	—	—	—		
1998	99 395 000	99 395 000	—	—	—	—	—		
2001	15 339 000	200 000	—	—	4 000 000	11 139 000	15 139 000		
2001	12 783 000	52 000	4 000 000	4 000 000	4 000 000	731 000	12 731 000		
	346 608 000	264 054 000	14 500 000	14 500 000	17 775 000	35 779 000	82 554 000		
	—	99 703 000	—	—	—	—	—		
	—	107 370 000	—	—	—	—	—		
2001	207 073 000	207 073 000	—	—	—	—	—		
2001	8 100 000	7 100 000	180 000	250 000	250 000	320 000	1 000 000		
2000	5 113 000	3 100 000	2 013 000	—	—	—	2 013 000		
2000	1 279 000	1 279 000	—	—	—	—	—		

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 54 und 15 55 – Bauten –

Kapitel Titel	FKT	Zweckbestimmung	HV	Verpflichtungsermächtig. für 2002 EUR	Ansatz für 2002 EUR	Ansatz für 2001 EUR	+ = Mehr – = Weniger	Ist für 2000 in 1 000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
15 54								
761 61	623	Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Binnenland – Tiefbaumaßnahmen –	X	2 045 000	3 887 000	4 849 000	– 962 000	5 986
821 61	623	– Erwerb von Grundstücken –	X		—	—	—	—
		Erhöhung und Verstärkung der Hochwasserdeiche am Ems-Jade-Kanal auf Teilstrecken						
		Erhöhung und Verstärkung des rechtsseitigen Huntedeiches oberhalb Oldenburg bei Wardenburg und Tungeln						
		Hochwasserrückhaltebecken Salzderhelden						
		Hochwasserrückhaltebecken Wendebach						
		Hochwasserrückhaltebecken Allerknie bei Grafhorst						
		Ledaschöpfwerk						
		Hochwasserrückhaltebecken Reinshof						
		Hochwasserrückhaltebecken Alfhausen-Rieste						
		Sanierung der Talsperre Thülsfeld						
15 54								
761 81	625	Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschtzes – Tiefbaumaßnahmen –	X	16 700 000	9 919 000	14 112 000	– 4 193 000	20 256
		Erhöhung und Verstärkung der Deiche und Schutzwerke auf den Ostfriesischen Inseln						
		Küstenschutz an der ostfriesischen Küste (Vorlandarbeiten an der Festlandküste)						
		Küstenschutz an der Butjadinger Küste						
		Erhöhung und Verstärkung der Deiche am Nord- und Südgeorgsfehnkanal						
		Erhöhung und Verstärkung des Elbedeiches im Bereich Belum östlich des Ostedeiches						
		Küstenschutz an der Leybucht, Bauwerk Leysiel und 7,1 km Deichbau						
		Neubau Hadelner Kanalschleuse						
		Ausbau der Sperrwerke im Hafen Cuxhaven (km 533,65 bis km 535,20)						
15 54		**Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes**						
761 82	625	– Bau eines Emssperrwerkes bei Gandersum	X	—	10 226 000	18 305 000	– 8 079 000	40 800
761 83	625	– Bau eines Emssperrwerkes bei Gandersum	X	—	—	—	—	54 236
15 55								
891 11	731	Zuführungen für Baumaßnahmen des Landesbetriebes – außerhalb der GA –	X	4 090 000	5 160 000	3 541 000	1 619 000	4 416
		Erneuerung und Umbau baulicher Anlagen sowie Ufersicherungen am Ems-Jade-Kanal						
		Neubau (Ersatz) der Schleuse EJK 1 sowie der zugehörigen beweglichen Brücke EJK 8 am Ems-Jade-Kanal						
		Neubau (Ersatz) der Brücke VBK 2 über den Verbindungskanal in Emden						

Einzelnachweis der Baumaßnahmen

Jahr der Kostenermittlung	Gesamtkosten gemäß § 24 LHO EUR	Bis einschl. 2002 sind verfügbar EUR	Noch zu veranschlagen 2003 EUR	2004 EUR	2005 EUR	später EUR	Insgesamt EUR	Bis einschl. 2000 wurden verausgabt EUR	Erläuterungen
10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1996	39 881 000	20 116 000	—	—	—	19 765 000	19 765 000	19 491 000	
2000	3 068 000	50 000	—	—	—	3 018 000	3 018 000	16 000	
1997	130 247 000	129 710 000	100 000	150 000	100 000	187 000	537 000	129 442 000	
1982	6 136 000	5 657 000	—	—	—	479 000	479 000	5 647 000	
1974	12 272 000	5 800 000	100 000	—	—	6 372 000	6 472 000	5 698 000	
2000	10 738 000	10 738 000	—	—	—	—	—	5 017 000	
1992	27 099 000	264 000	—	—	—	26 835 000	26 835 000	264 000	
1997	69 536 000	66 800 000	250 000	500 000	500 000	1 486 000	2 736 000	66 240 000	
2000	10 853 000	1 774 000	2 550 000	2 350 000	2 900 000	1 279 000	9 079 000	358 000	
	309 830 000	240 909 000	3 000 000	3 000 000	3 500 000	59 421 000	68 921 000	232 173 000	
1998	168 727 000	112 918 000	9 107 000	8 500 000	8 500 000	29 702 000	55 809 000	98 986 000	Die Gesamtkosten erfassen den Zeitraum bis 2010
1993	21 475 000	18 100 000	1 100 000	1 000 000	1 000 000	275 000	3 375 000	16 053 000	
1981	19 174 000	15 200 000	500 000	500 000	500 000	2 474 000	3 974 000	14 536 000	
1996	8 283 000	5 550 000	500 000	500 000	500 000	1 233 000	2 733 000	4 616 000	
1998	1 432 000	834 000	598 000	—	—	—	598 000	834 000	
1998	99 395 000	98 200 000	1 195 000	—	—	—	1 195 000	91 872 000	
2001	15 339 000	200 000	—	—	—	15 139 000	15 139 000	100 000	
2001	12 783 000	52 000	—	4 000 000	4 000 000	4 731 000	12 731 000	26 000	
	346 608 000	251 054 000	13 000 000	14 500 000	14 500 000	53 554 000	95 554 000	227 023 000	
	—	98 527 000	1 176 000	—	—	—	1 176 000	69 996 000	
	—	107 370 000	—	—	—	—	—	64 719 000	
2001	207 073 000	205 897 000	1 176 000	—	—	—	1 176 000	134 715 000	
2001	8 100 000	7 000 000	100 000	180 000	250 000	570 000	1 100 000	5 997 000	
2000	5 113 000	1 000 000	2 100 000	2 013 000	—	—	4 113 000	4 000	
2000	1 279 000	1 279 000	—	—	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Im Einzelnachweis der Baumaßnahmen sind die Baumaßnahmen mit einem Mittelbedarf von mehr als 1 Mio. EUR im Einzelfall veranschlagt (VV Nr. 1.3 zu § 24 LHO).

Zu 15 54 – 761 61

Beim Hochwasserrückhaltebecken Salzderhelden sind im Rahmen der Flurneuordnung die Grundstückszuordnungen noch abschließend zu regeln.

Die schadlose Hochwasserzuleitung zum Hochwasserrückhaltebecken Alfhausen-Rieste durch das Stadtgebiet von Bramsche wird ausgebaut.

Die Talsperre Thülsfeld wurde vor 70 Jahren gebaut. Die Sicherheitsprüfung hat schwerwiegende Mängel bezüglich der Freibordhöhen der Dämme und deren Lagerungsdichte ergeben. Das Entnahmebauwerk weist ebenfalls Mängel auf und erfüllt nicht die heute geltenden Vorschriften hinsichtlich Bemessung und Sicherheitsauslegung. Das max. zulässige Stauziel mußte bereits um 1,50 m abgesenkt werden. Das Bauwerk ist daher dringend zu sanieren, um wieder einen ausreichenden Hochwasserschutz für die unterhalb der Talsperre liegenden Siedlungsgebiete zu gewährleisten.

Zu 15 54 – 761 81

Im Rahmen des Nieders. Küstenschutzprogrammes werden neben der Finanzierung von Vorhaben der Verbände auch eine Reihe landeseigener Maßnahmen durchgeführt.

- Die Baukosten zur Erhöhung und Verstärkung der Deiche und Schutzwerke auf den Ostfriesischen Inseln sind fortgeschrieben worden, da inzwischen weitere Schutzwerke auf den Inseln – insbesondere auf Norderney und Baltrum – abgängig sind und erneuert werden müssen. Die Inseldeiche sind auf Norderney, Juist und Wangerooge zu erhöhen, um auf diesen Inseln die Schutzdünen zu sichern.
- Mehrkosten bei den Maßnahmen an der Leybucht durch Ersatzleistungen infolge Änderung des Planfeststellungsbeschlusses für den Bereich Leybuchtsiel sowie Baukostensteigerungen.
- Die über 100 Jahre alte Otterndorfer Kanalschleuse, die sowohl der Entwässerung des Hadelner Kanals als auch dem Berufs- und Sportschiffsverkehr dient, ist abgängig und muß erneuert werden.
- Die bestehenden 2 Hafensperrwerke in Cuxhaven sind mit der 2. Stufe der Deichsicherheit auszurüsten. Dadurch wird die bestehende verstärkungsbedürftige Hauptdeichlinie um 1,5 km verkürzt. 14 Deichtore im Hafenbereich entfallen.

Zu 15 55 – 891 11

Mehrkosten bei der Wiederherstellung der Ufersicherungen am Ems-Jade-Kanal durch Preissteigerungen und Einbeziehung weiterer Abschnitte der Ufersicherungen.

Die Brücke über den Verbindungskanal (VBK 2) in Emden (Hamhuser Straße) ist nach über 100-jähriger Nutzung abgängig und muss erneuert werden.

Wirtschaftsplan für den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (NLWK)

für die Geschäftsjahre 2002/2003

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

Aufwendungen		Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Erträge		Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
A.B.1.1	Baustoffe	315 000	315 000	—	A.A.1.1	Verwaltungsgebühren	965 000	197 000	—
A.B.1.2	RHB, Waren	281 000	281 000	—	A.A.1.2	Veröffentlichungen	—	—	—
A.B.1.3.1	Planungen	—	—	—	A.A.1.3	andere Erlöse	1 163 000	1 163 000	—
A.B.1.3.2	Bau	102 000	102 000	—	A.A.1.4	Kostenersätze[1])	6 197 000	6 047 000	—
A.B.1.3.3	Betrieb, Unterhaltung	3 824 000	3 339 000	—	A.A.1.5	Umsatzerlöse	6 095 000	6 095 000	—
A.B.2	Personalaufwand	33 864 000	33 793 000	—	A.A.3.1	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	409 000	409 000	—
A.B.3	Abschreibungen	2 045 000	2 045 000	—	A.A.3.2	Sonstige betriebl. Erlöse/Erträge	146 000	146 000	—
A.B.4.1.1	Instandhaltung Grundstücke, Bauten	1 524 000	1 524 000	—	A.	Fehlbetrag des Erfolgsplans	39 123 000	39 333 000	—
A.B.4.1.2	Instandhaltung Anlagen, Maschinen	952 000	952 000	—					
A.B.4.1.3	Instandhaltung Fahrzeuge	363 000	363 000	—					
A.B.4.1.4	Instandhaltung BGA	38 000	38 000	—					
A.B.4.2.01	Mieten	6 411 000	6 411 000	—					
A.B.4.2.02	Bewirtschaftungskosten	993 000	993 000	—					
A.B.4.2.03	Versicherung, Abgaben, Steuern	—	—	—					
A.B.4.2.04	Betriebs- und Bürobedarf	68 000	68 000	—					
A.B.4.2.05	Bücher, Zeitschriften	27 000	27 000	—					
A.B.4.2.06	Porti, Frachten	159 000	158 000	—					
A.B.4.2.07	IuK, Telefon	197 000	197 000	—					
A.B.4.2.08	Reise-, Fahrtkosten	466 000	466 000	—					
A.B.4.2.09	Dienstleistungen Dritter	1 173 000	1 023 000	—					
A.B.4.2.10	Rechts-, Prüfungs-, Beratungs- und Buchführungskosten	—	—	—					
A.B.4.2.11	Arbeitskleidung	81 000	81 000	—					
A.B.4.2.12	Aus- und Weiterbildung	57 000	57 000	—					
A.B.4.2.13	Öffentlichkeitsarbeit	23 000	22 000	—					
A.B.4.2.14	Verwaltungskostenersatz	—	—	—					
A.B.4.2.15	Sonstiges	1 135 000	1 135 000	—					
Gesamtsumme:		54 098 000	53 390 000	—			54 098 000	53 390 000	—

[1]) darin Kostenersätze aus:
15 56 682 63 (bis 2001 Titel 671 63) 1 975 000 EUR

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2002

Aufwendungen		Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist* 2000 EUR	Erträge		Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist* 2000 EUR
A.B.1.1	Baustoffe	315 000	315 000	545 797	A.A.1.1	Verwaltungsgebühren	197 000	96 000	64
A.B.1.2	RHB, Waren	281 000	281 000	292 712	A.A.1.2	Veröffentlichungen	—	—	—
A.B.1.3.1	Planungen	—	—	821 671	A.A.1.3	andere Erlöse	1 163 000	13 000	—
A.B.1.3.2	Bau	102 000	102 000	102 211 518	A.A.1.4	Kostenersätze[1])	6 047 000	6 035 000	4 022 375
A.B.1.3.3	Betrieb, Unterhaltung	3 339 000	4 089 000	8 394 532	A.A.1.5	Umsatzerlöse	6 095 000	6 095 000	9 889 535
A.B.2	Personalaufwand	33 793 000	34 146 000	33 028 317	A.A.3.1	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	409 000	409 000	256 445
A.B.3	Abschreibungen	2 045 000	511 000	2 260 343	A.A.3.2	Sonstige betriebl. Erlöse/Erträge	146 000	146 000	111 486 114
A.B.4.1.1	Instandhaltung Grundstücke, Bauten	1 524 000	1 487 000	291 143	A.	Fehlbetrag des Erfolgsplans	39 333 000	40 954 000	31 162 592
A.B.4.1.2	Instandhaltung Anlagen, Maschinen	952 000	952 000	233 346					
A.B.4.1.3	Instandhaltung Fahrzeuge	363 000	363 000	663 229					
A.B.4.1.4	Instandhaltung BGA	38 000	60 000	352 199					
A.B.4.2.01	Mieten	6 411 000	6 974 000	267 642					
A.B.4.2.02	Bewirtschaftungskosten	993 000	993 000	1 221 180					
A.B.4.2.03	Versicherung, Abgaben, Steuern	—	—	2 627 663					
A.B.4.2.04	Betriebs- und Bürobedarf	68 000	90 000	339 905					
A.B.4.2.05	Bücher, Zeitschriften	27 000	50 000	57 350					
A.B.4.2.06	Porti, Frachten	158 000	212 000	52 319					
A.B.4.2.07	IuK, Telefon	197 000	204 000	308 548					
A.B.4.2.08	Reise-, Fahrtkosten	466 000	516 000	607 791					
A.B.4.2.09	Dienstleistungen Dritter	1 023 000	908 000	207 511					
A.B.4.2.10	Rechts-, Prüfungs-, Beratungs- und Buchführungskosten	—	—	110 655					
A.B.4.2.11	Arbeitskleidung	81 000	81 000	66 376					
A.B.4.2.12	Aus- und Weiterbildung	57 000	57 000	134 332					
A.B.4.2.13	Öffentlichkeitsarbeit	22 000	22 000	40 043					
A.B.4.2.14	Verwaltungskostenersatz	—	—	—					
A.B.4.2.15	Sonstiges	1 135 000	1 335 000	1 681 002					
Gesamtsumme:		53 390 000	53 748 000	156 817 125			53 390 000	53 748 000	156 817 125

[1]) darin Kostenersätze aus:

15 56 682 63 (bis 2001 Titel 671 63) 1 925 000 EUR

* vorläufiges Ist bei Redaktionsschluss

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2003

Investitionsausgaben		Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR	Deckungsmittel		Soll 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
B.A.1.1	Fehlbetrag des Erfolgsplans	39 123 000	39 333 000	—	B.B.1	Veränderung des Kapitals aus Abschreibungen und Wertverlusten	2 045 000	2 045 000	—
B.A.2.1	Vermehrung des Sachanlagevermögens des NLWK	2 240 000	2 281 000	—	B.B.5.1	Zuführungen zur Fehlbetragsabdeckung[1])	37 078 000	37 288 000	—
B.A.2.2	Vermehrung des Investivvermögens des Landes	22 336 000	29 192 000	—	B.B.5.2.1	Zuführungen und Erstattungen für Investitionen des NLWK in das Sachanlagevermögen[2])	2 240 000	2 281 000	—
					B.B.5.2.2	Zuführungen und Erstattungen für Investitionen in das unbewegliche Landesvermögen[3])	22 336 000	29 192 000	—
Gesamtsumme:		63 699 000	70 806 000	—			63 699 000	70 806 000	—

[1]) Zuführungen aus:

15 55	682 10 (bis 2001 Titel 682 01)	30 867 000 EUR
15 55	682 11 (bis 2001 Titel 682 02)	1 534 000 EUR
15 55	682 12 (bis 2001 Titel 682 03)	— EUR
15 55	682 13 (bis 2001 Titel 682 03)	4 677 000 EUR
Zusammen:		37 078 000 EUR

[2]) Zuführungen/Erstattungen aus:

15 55	891 10 (bis 2001 Titel 891 01)	1 945 000 EUR
15 56	891 63	295 000 EUR
Zusammen:		2 240 000 EUR

[3]) Zuführungen/Erstattungen aus:

15 52	761 86	— EUR
15 54	761 61	3 000 000 EUR
15 54	761 81	13 000 000 EUR
15 54	761 82	1 176 000 EUR
15 54	761 83	— EUR
15 55	891 11 (bis 2001 Titel 891 02)	5 160 000 EUR
Zusammen:		22 336 000 EUR

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2002

Investitionsausgaben		Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist* 2000 EUR	Deckungsmittel		Soll 2002 EUR	Plan 2001 EUR	Ist* 2000 EUR
B.A.1.1	Fehlbetrag des Erfolgsplans	39 333 000	40 954 000	31 162 592	B.B.1	Veränderung des Kapitals aus Abschreibungen und Wertverlusten	2 045 000	511 000	2 260 343
B.A.2.1	Vermehrung des Sachanlagevermögens des NLWK	2 281 000	2 408 000	5 514 218	B.B.5.1	Zuführungen zur Fehlbetragsabdeckung[1])	37 288 000	40 443 000	31 545 240
B.A.2.2	Vermehrung des Investivvermögens des Landes	29 192 000	50 138 000	—	B.B.5.2.1	Zuführungen und Erstattungen für Investitionen des NLWK in das Sachanlagevermögen[2])	2 281 000	2 408 000	2 871 227
					B.B.5.2.2	Zuführungen und Erstattungen für Investitionen in das unbewegliche Landesvermögen[3])	29 192 000	50 138 000	—
Gesamtsumme:		70 806 000	93 500 000	36 676 810			70 806 000	93 500 000	36 676 810

[1]) Zuführungen aus:

15 55	682 10 (bis 2001 Titel 682 01)	31 077 000 EUR
15 55	682 11 (bis 2001 Titel 682 02)	1 534 000 EUR
15 55	682 12 (bis 2001 Titel 682 03)	1 348 000 EUR
15 55	682 13 (bis 2001 Titel 682 03)	3 329 000 EUR
Zusammen:		37 288 000 EUR

[2]) Zuführungen/Erstattungen aus:

15 55	891 10 (bis 2001 Titel 891 01)	1 945 000 EUR
15 56	891 63	336 000 EUR
Zusammen:		2 281 000 EUR

[3]) Zuführungen/Erstattungen aus:

15 52	761 86	— EUR
15 54	761 61	3 887 000 EUR
15 54	761 81	9 919 000 EUR
15 54	761 82	10 226 000 EUR
15 54	761 83	— EUR
15 55	891 11 (bis 2001 Titel 891 02)	5 160 000 EUR
Zusammen:		29 192 000 EUR

* vorläufiges Ist bei Redaktionsschluss

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) Deckungsfähigkeit

Die Ansätze innerhalb des Erfolgsplans (laufender Aufwand) und innerhalb des Finanzplans (investiver Aufwand) sind jeweils gegenseitig deckungsfähig. Zweckgebundene Einnahmen dürfen nur im Rahmen der Zweckbindung verwendet werden.

Der Erfolgsplan ist insgesamt zu Gunsten des Finanzplans deckungsfähig.

Die Aufwandsansätze erhöhen oder vermindern sich um Mehr- und Mindererträge.

(2) Inanspruchnahme der Ansätze

Die Ansätze des Erfolgsplans dürfen bei unabweisbaren Erfordernissen, die aktenkundig zu machen sind, um bis zu 250 000 EUR zu Lasten des Finanzplans überschritten werden. Im Folgejahr ist zwingend ein Ausgleich zu Gunsten des Finanzplans wieder herbeizuführen.

Aufwendungen, die zu einer Erhöhung des Mittelbedarfs gegenüber dem Wirtschaftsplan führen, sind nur unter den Voraussetzungen des § 37 LHO zulässig und bedürfen der Einwilligung des MF.

(3) Personalaufwendungen

Die als Anlage zum Wirtschaftsplan beigefügte Übersicht über die Stellen der auf Dauer beschäftigten, zuführungsfinanzierten Angestellten ist einschließlich der ausgebrachten Bemerkungen verbindlich. Der Landesbetrieb ist befugt, von den Übersichten unter Beachtung des Tarifrechts analog Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen abzuweichen.

Für die auf Dauer beschäftigten, zuführungsfinanzierten Arbeiterinnen und Arbeiter ist die dem Wirtschaftsplan beigefügte Übersicht hinsichtlich der Gesamtzahl der Stellen sowie der Bemerkungen verbindlich.

Soweit Bauleitungs- oder andere Mittel für Vorarbeits-, Planungs- und Bauleitungstätigkeiten sowie zum Betrieb und für die Unterhaltung von Gewässern, Deichen, Sperrwerken, Geräten und dgl. im Auftrage Dritter zur Verfügung stehen, ist der Landesbetrieb ermächtigt, mit bis zu 110 aus diesen Mitteln vergüteten Angestellten und Arbeiterinnen bzw. Arbeitern unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abzuschließen, dass der Abschluss befristeter Verträge aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht rechtswirksam wäre.

Im Erfolgsplan sind Aufwendungen für insgesamt 57 Auszubildende, insbesondere für die Berufe Bauzeichner, Chemielaborant, Fachinformatiker, Wasserbauer, Tischler und Schiffsmechaniker, berücksichtigt.

Infolge der Zielvereinbarung zum Personalabbau sind aus dem Gesamtbestand der im Stellenplan und in der Anlage zum Wirtschaftsplan dargestellten Stellen des zuführungsfinanzierten Personals 18 Stellen bis zum Ende des Haushaltsjahres 2003 abzubauen.

(4) Nicht verbrauchte Zuführungen

Die bis zum Ende des Geschäftsjahres vom Land zugeführten und nicht verbrauchten (nicht gebundenen) Mittel für laufende Zwecke können in Höhe von 80 v. H. einer Rücklage zugeführt werden. Die restlichen 20 % sind als Verbindlichkeit gegenüber dem Land zu behandeln.

Vom Land zugeführte und nicht verbrauchte (nicht gebundene) Mittel für investive Zwecke können in voller Höhe einer Rücklage zugeführt werden.

Die Entnahmen aus diesen Rücklagen sind zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben des NLWK einzusetzen; Dauerverpflichtungen dürfen nicht eingegangen werden.

(5) Anlagevermögen

In der Bilanz werden die Bestandteile des unbeweglichen Anlagevermögens (Grundstücke, Gebäude und wasserwirtschaftliche Anlagen) wegen des Landesliegenschaftsmanagements nicht aktiviert. Investitionen in unbewegliches Anlagevermögen sind wie Investitionen in fremdes Vermögen zu behandeln.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte)

Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
I b	2	2	2	
II a[6])	27	27	27	
III	28	28	27	
IV a	35	34	36	
IV b[9])	2	2	—	
V b[3])	27	25	26	
V c[7])	41	41	41	
VI b[5])[8])	63	63	63	
VII	27	27	27	
VIII	17	17	17	
IX b–VII[1])	20	20	20	
	289	286	286	Zusammen

Bemerkungen

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) unbesetzt.

[3]) Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 20 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[4]) unbesetzt.

[5]) Die jeweilige Vorzimmerkraft der Direktorin/des Direktors ist für die Dauer der Wahrnehmung dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Zugleich erhält sie eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT in Höhe der Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[6]) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) Eine Stelle darf (in Höhe von 10 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[8]) Eine halbe Stelle ist infolge Einsparung gem. Nr. 1 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 dauerhaft gesperrt.

[9]) Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 70 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen

Erläuterungen für 2002:

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	von Verg.-Gr. IV a bzw. V b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001
Verg.-Gr. IV b	1	
Zusammen	2	

Erläuterungen für 2003:

Zugänge:

	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	neu für den Betrieb des Emssperrwerkes
Verg.-Gr. V b	2	
Zusammen	3	

Herabgruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	nach Verg.-Gr. IV b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001

Sonstige Veränderungen:

Die bisherige Bemerkung Nr. 3 (Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.) wurde der eingetretenen Veränderung entsprechend angepasst.
Die bisherige Bemerkung Nr. 4 (kw) ist mit Wegfall der Leerstellen entbehrlich geworden.
Die bisherige Bemerkung Nr. 6 (Eine Stelle darf (in Höhe von 60 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.) wurde der eingetretenen Veränderung entsprechend angepasst.
Die Bemerkung Nr. 9 wurde neu ausgebracht.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	Bemerkungen
1–8[1])[2])	281	281	281		[1]) 5 Stellen der Lohn-Gr. 5a (in Höhe von jeweils bis zu 10 v.H.) und eine weitere Stelle der Lohn-Gr. 7a (in Höhe von bis zu 50 v.H.) dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. [2]) Davon 25 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
	281	281	281	Zusammen	

Erläuterungen

Die bisherige Bemerkung Nr. 1 (Eine Stelle der Lohn-Gr. 5 (in Höhe von 10 v. H.), eine Stelle der Lohn-Gr. 7 a (in Höhe von 60 v. H.) und eine weitere Stelle der Lohn-Gr. 8 (in Höhe von 10 v. H.) dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.) wurde den eingetretenen Veränderungen entsprechend angepasst.
Die Bemerkung Nr. 2 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
099 10-0	623	Wasserentnahmegebühr * *Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 683 10.*		64.900.000	64.900.000	72.603.447	69.799
119 01-1	610	Vermischte Einnahmen		—	—	—	31
119 10-0	623	Einnahmen aus Finanzierungen der Wasserentnahmegebühr * *Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 683 10.*		—	—	—	—
235 10-0	610	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * *Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 683 10.*		—	—	—	14
272 10-3	623	Zuweisungen des Bundes aus EU-Mitteln * *Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 683 10.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
633 10-6	623	Erstattung des Verwaltungsaufwandes an untere Wasserbehörden für die Festsetzung und Erhebung der Wasserentnahmegebühr * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	512.000	512.000	562.421	478
981 10-4	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	158.000	158.000	121.381	—
981 12-0	990	Abführung an andere Kapitel des Einzelplanes 15 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	2.183.000	2.183.000	2.322.339	36.812
981 13-9	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushaltes außerhalb des Einzelplanes 15 für Verwaltungskosten i. S. Wasserentn.geb. * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	358.000	358.000	391.292	331
981 14-7	990	Abführung an 15 54 - 381 10 * *Übertragbar.* *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	12.831.000	10.884.000	4.905.743	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Modell-, Pilot- und Forschungsvorhaben zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung** * *Übertragbar.*	(632.000) (580.000) (1.124.842)	(518.000)	(618.000)	(102.259)	(39)
429 61-4	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	632.000 580.000 1.124.842	28.000	28.000	25.002	29
459 61-0	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	2.000	2.000	5.113	—
547 61-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	488.000	588.000	20.452	10
812 61-2	623	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
981 61-9	990	Abführung an 15 03 - 381 10 * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	51.692	—
TGr. 62		**Naturschutzprogramme zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts** * *Übertragbar.* ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	(3.095.000) (2.812.000) (2.607.589)	(5.564.000)	(5.564.000)	(5.580.751)	(5.692)
429 62-2	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	3.095.000 2.812.000 2.607.589	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 56

Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind neben den Titeln des Kapitels 15 56 folgende Zweckbestimmungen in den Deckungskreis der Ausgaben einbezogen worden, die aus den Einnahmen der Wasserentnahmegebühr finanziert werden:

	2003	2002
	EUR	
– Erschwernisausgleich (15 20 – 683 10, 683 12)	1 747 000	1 847 000
– Vertragsnaturschutz (15 20 – 683 13)	1 352 000	1 352 000
– Vertragsnaturschutz Gastvögel und Ackerwildkräuter (15 20 – 683 14)	665 000	665 000
– Elbetal (15 20 – TGr. 68)	806 000	806 000
– Ausweisung, Entwicklung und Pflege der Naturschutzgebiete (15 20 – TGr. 67/70 und 684 10)	5 392 000	5 428 000
– SAD Münchehagen (15 40 – TGr. 95)	3 654 000	3 670 000
– Zuweisungen an Unterhaltungsverbände nach § 104 NWG (15 51 – 637 10)	2 295 000	2 745 000
– Zuschüsse an die Linksemsische Kanalgenossenschaft (15 51 – 685 11/893 11)	972 000	972 000
– Zuschüsse an die Deichverbände nach § 8 Abs. 3 und 4 NDG (15 51 – 637 11)	154 000	154 000
– Zuschüsse an die Deichverbände nach § 8 Abs. 2 NDG (15 51 – 637 12)	405 000	475 000
– Betrieb und Unterhaltung landeseigener Gewässer und Anlagen durch den NLWK (15 55 – 682 12)	—	1 348 000
Zusammen	17 442 000	19 462 000

Aus technischen Gründen ist der gesamte Deckungsvermerk bei Kapitel 15 20 Titel 683 10 ausgebracht.

Abführungen an Kapitel des Einzelplans 15 sind bei Titel 981 12 und 981 13 veranschlagt.

Kofinanzierung von EU-Förderprogrammen aus der Wasserentnahmegebühr:

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmenziffer f 3b) **„Kooperationsprogramm-Feuchtgrünland“** (TGr. 62). Gefördert wird die Beibehaltung oder Extensivierung der Nutzung von Dauergrünlandflächen in großräumigen Gebieten für die Feuchtgrünlandentwicklung in Niedersachsen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Bewirtschaftungsvereinbarungen aufgrund der „Richtlinie über die Förderung der Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Feuchtgrünland in großräumigen Gebieten“ vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 716).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffern t 2a) I. **„Verwaltungsvorschrift Naturschutz“** (TGr. 62). Gefördert werden landeseigene Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, insbesondere in Naturschutzgebieten und in Flächen, die Bestandteil des europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“ sind.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Fördergrundsätze der Verwaltungsvorschrift Naturschutz vom 5. 11. 2001.

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffern t 2a) II. **„Richtlinie Landschaftsentwicklung“** (TGr. 62). Gefördert werden Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Landschaft auf im einzelnen festgelegten besonders schützenswerten Flächen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72).

Fördergrundlage: Gewährung von Zuwendungen auf Grund der Fördergrundsätze der Richtlinie Landschaftsentwicklung vom 14. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 725).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffer t 4c) **„Modell- und Pilotvorhaben für eine gewässerschonende Land- und Forstwirtschaft“** (TGr. 61). Gefördert werden Modell-, Pilot- und Forschungsvorhaben zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung durch landeseigene Einrichtungen sowie durch Dritte.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72) und entsprechende Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1750/1999 der Kommission vom 23. 7. 1999.

Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/ Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 712).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffern f 4 a–e) **„Trinkwasserschutz in Wasservorranggebieten“** (Titel 681 80). Gefördert werden flächenbezogene Maßnahmen auf Antrag der Flächennutzer zur extensiven Bewirtschaftung und Beibehaltung der Nutzung von Grünland, zur Umwandlung von Ackerflächen in extensiv bewirtschaftetes Grünland, zur grundwasserschonenden Bewirtschaftung von stillgelegten Ackerflächen, zur Bewirtschaftung eines Betriebsteils nach den Grundsätzen des ökologischen Landbaus und Bewirtschaftungsmaßnahmen zur gwässerschonenden ökologischen Bewirtschaftung, soweit sie dem Trinkwasserschutz in Wasservorranggebieten dienen.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72) und entsprechende Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1750/1999 der Kommission vom 23. 7. 1999.

Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/ Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 712).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffern m 1) **„Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen aus Wasservorranggebieten“** (Titel 547 81). Gefördert werden Maßnahmen zur Vermarktung von ökologisch erzeugten landwirtschaftlichen Produkten.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. L 160, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72) und entsprechenden Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1750/1999 der Kommission vom 23. 7. 1999.

Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/ Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 712).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Fördermaßnahme im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND, Maßnahmeziffern t 4 a–b) **„Flankierende Maßnahmen zur gewässerschonenden Landbewirtschaftung“** (Titel 633 80, 685 80, 883 80 u.a.). Gefördert werden Maßnahmen der Wasserversorgungsunternehmen zum Kauf oder zur Pacht von Flächen sowie begleitende Maßnahmen des ökologischen Landbaus innerhalb von Vorranggebieten für die Trinkwassergewinnung.

Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 vom 17. 5. 1999 (Amtsblatt der EG Nr. 170, S. 80) in der Fassung der Berichtigung vom 1. 12. 2000 (Amtsblatt der EG Nr. L 302, S. 72) und entsprechende Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1750/1999 der Kommission vom 23. 7. 1999.

Fördergrundlage: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Vorhaben zum Trinkwasserschutz im Rahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)/ Proland-Kooperationsprogramm Trinkwasserschutz vom 2. 2. 2001 (Nds. MBl. S. 712).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 099 10

Zur Förderung einer sparsamen Wassernutzung wird für bestimmte Entnahmen aus oberirdischen Gewässern und aus dem Grundwasser eine Wasserentnahmegebühr erhoben.

Es werden jährliche Einnahmen in Höhe von 64,9 Mio. EUR erwartet, die sich ergeben aus:

– öffentlicher Wasserversorgung	29,60 Mio. EUR
– Kühlung	32,98 Mio. EUR
– Wasserhaltung	0,21 Mio. EUR
– Beregnung	0,30 Mio. EUR
– Fischhaltung	0,01 Mio. EUR
– Gewerbe und Industrie	1,80 Mio. EUR
rd.	64,90 Mio. EUR

Im Vergleich zu den Vorjahren ergeben sich Mindereinnahmen, die u.a. auf die Umstellung des Kühlwasserkreislaufes in einem Kernkraftwerk zurückzuführen sind. Dies hat entsprechende Kürzungen auf der Ausgabenseite zur Folge.

Über die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel bei den einzelnen Titeln ist sicherzustellen, dass nicht über den Betrag der tatsächlich im Haushaltsjahr eingegangenen Einnahmen hinaus Ausgaben geleistet werden.

In der Regel stehen die Mittel erst in der 2. Hälfte eines Jahres zur Verfügung, sodass sie im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr vollständig verausgabt werden können. Die nicht zur Auszahlung gebrachten Haushaltsmittel sind auf Grund der durch § 47 h Abs. 3 NWG vorgegebenen Zweckbindung als Ausgabereste in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Soweit diese Ausgabereste nicht durch Verpflichtungen belegt sind, erhöhen sie den Verfügungsrahmen des jeweils folgenden Haushaltsjahres.

Das Jahresaufkommen wird entsprechend der Bestimmung des § 47 h Abs. 3 NWG verwendet.

Zu 633 10

Für die Berechnung und Festsetzung sowie für die Erhebung der Wasserentnahmegebühr wird den unteren Wasserbehörden der Verwaltungsaufwand erstattet (§ 47 h Abs. 2 NWG).

Zu 981 10

Abführung an 13 50 – 381 15 für Versorgungszuschläge des beamteten Personals, für das Beträge aus 15 56 – 981 12 an andere Kapitel des Einzelplans 15 und aus 15 56 – 981 13 an andere Kapitel des Landeshaushalts abgeführt werden.

Zu 981 12

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten für die Erhebung und Verwendung der Wasserentnahmegebühr abgeführt, die bei anderen Kapiteln des Einzelplans 15 entstehen.

	2003	2002
	EUR	
Personal- und Verwaltungskosten		
– Nieders. Umweltministerium (Kapitel 15 01 – 381 10)	230 000	230 000
– Wasserwirtschaftsverwaltung (Kapitel 15 50 – 381 10)	1 815 000	1 815 000
– Wasserwirtschaftsverwaltung EDV (Kapitel 15 50 – 381 99)	138 000	138 000
Zusammen	2 183 000	2 183 000

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Zu 981 13

	2003	2002
	EUR	
Abführungen an		
03 05 – 381 10	153 000	153 000
08 18 – 381 64	205 000	205 000
Zusammen	358 000	358 000

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Zu 981 14

Abführungen für die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (Vorhaben des Küstenschutzes). Zur Förderung der naturnahen Gewässergestaltung siehe TGr. 86.

Zu Titelgruppe 61

Forschungsvorhaben, Modell- und Pilotprojekte zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung durch landeseigene Einrichtungen sowie durch Dritte.

547 61

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	358 000	130 000	—	488 000
2004	256 000	200 000	32 000	488 000
2005	—	250 000	200 000	450 000
2006	—	—	400 000	400 000
Summe	614 000	580 000	632 000	1 826 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	5 000	511 000	—	516 000
2003	—	358 000	130 000	488 000
2004	—	256 000	200 000	456 000
2005	—	—	250 000	250 000
Summe	5 000	1 125 000	580 000	1 710 000

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind die Mittel für Naturschutzprogramme „Erhaltung von Feuchtwiesen in Lebensräumen des Weißstorches“, „Fließgewässerprogramm“, „Feuchtgrünlandschutzprogramm“, „Fischotterprogramm“, „Moorschutzprogramm“ und „Unterelbe – Asseler Sand“.

Fördergrundlage sind die fachlichen Fördergrundsätze für die Erhaltung, Renaturierung, Pflege und Entwicklung von besonders schützenswerten Flächen in Gebieten mit Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt.

Soweit Projekte und Maßnahmen der Naturschutzprogramme auf der Grundlage von PROLAND mit EU-Förderung durchgeführt werden (siehe Kapitel 15 02 TGr. 90 – EAGFL-Programme mit den Maßnahmeziffern PROLAND t 2 a) I und t 2a) II) wird die Landes-Kofinanzierung aus den hier veranschlagten Mitteln erbracht. Siehe auch allg. Erläuterung zu Kapitel 15 56.

Die bei 429 62 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen laufen ab:

	2003	2002
	EUR	
bei Titel 683 62	896 000	613 000
bei Titel 821 62	1 636 000	1 636 000
bei Titel 883 62	563 000	563 000
Zusammen	3 095 000	2 812 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
459 62-9	623	Sonstige personalbezogene Ausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
547 62-5	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	813.000	813.000	—	30
633 62-9	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	230.000	230.000	63.911	382
681 62-3	623	Entschädigungen nach § 50 NNatG * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	13.000	13.000	12.782	13
683 62-6	623	Vertragsnaturschutz für freiwillige Nutzungseinschränkungen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	1.051.000	1.051.000	2.096.297	683
686 62-5	623	Zuweisungen an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	77.000	77.000	161.057	77
761 62-7	623	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
812 62-0	623	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche n Sachen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
821 62-0	623	Landeseigener Erwerb von Grundstücken * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	2.296.000	2.296.000	1.994.038	3.137
883 62-5	623	Zuweisungen für den Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	921.000	921.000	1.099.278	900
893 62-0	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	163.000	163.000	153.388	471
TGr. 63/64		**Verwaltungsausgaben für den Gewässerschutz und die Gewässerüberwachung** * *Übertragbar.*	(—) (—) (511.292)	(3.914.000)	(3.885.000)	(3.362.869)	(3.157)
531 63-0	623	Veröffentlichungen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	— — 511.292	25.000	25.000	25.565	—
547 63-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	630.000	550.000	40.903	—
547 64-1	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben für die Ausweisung von Überschwem-mungsgebieten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	614.000	614.000	613.550	275
681 63-1	623	Entschädigungen für Grundwasserbeob-achtungsbrunnen und Pegel * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
682 63-8	623	Erstattungen an den NLWK * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	1.975.000	1.925.000	1.912.232	2.258
711 63-8	623	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
812 63-9	623	Erwerb von Geräten und sonstigen bewegliche n Sachen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	375.000	435.000	—	—
812 64-7	623	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	407.602	447
891 63-6	623	Erstattungen für Investitionen an den NLWK * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	295.000	336.000	363.017	178
TGr. 80/81		**Maßnahmen zum Trinkwasserschutz** * *Übertragbar.*	(14.470.000) (17.640.000) (24.848.785)	(20.740.000)	(20.556.000)	(21.934.422)	(19.113)
547 80-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	14.470.000 17.640.000 —	51.000	153.000	25.565	—
547 81-1	623	Dienstleistungen Außenstehender für Maß-nahmen nach § 47 h NWG * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	— — 24.848.785	5.639.000	5.455.000	5.675.340	7.363

547 62

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	26 000	—	—	26 000
2003	26 000	—	—	26 000
2004	26 000	—	—	26 000
2005	26 000	—	—	26 000
2006 ff.	52 000	—	—	52 000
Summe	156 000	—	—	156 000

633 62

Mit dem Landkreis Stade ist eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen worden, nach der das Land einen Anteil der Personal-, Sach- und Nebenkosten eines im Rahmen des Naturschutzprogramms „Unterelbe – Asseler Sand“ beim Landkreis beschäftigten Naturschutzwartes übernimmt. Die Laufzeit der Verwaltungsvereinbarung über das jeweilige Haushaltsjahr hinaus verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn die Vereinbarung nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird.

683 62

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	746 000	102 000	—	848 000
2004	632 000	102 000	128 000	862 000
2005	604 000	102 000	128 000	834 000
2006	164 000	102 000	128 000	394 000
2007ff.	—	205 000	512 000	717 000
Summe	2 146 000	613 000	896 000	3 655 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	698 000	164 000	—	862 000
2003	582 000	164 000	102 000	848 000
2004	468 000	164 000	102 000	734 000
2005	440 000	164 000	102 000	706 000
2006ff.	—	164 000	307 000	471 000
Summe	2 188 000	820 000	613 000	3 621 000

686 62

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	13 000	—	—	13 000
2003	13 000	—	—	13 000
2004	13 000	—	—	13 000
2005	13 000	—	—	13 000
Summe	52 000	—	—	52 000

821 62

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	640 000	1 534 000	—	2 174 000
2004	—	102 000	1 534 000	1 636 000
2005	—	—	102 000	102 000
Summe	640 000	1 636 000	1 636 000	3 912 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	754 000	1 023 000	—	1 777 000
2003	512 000	128 000	1 534 000	2 174 000
2004	—	—	102 000	102 000
Summe	1 266 000	1 151 000	1 636 000	4 053 000

883 62

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	128 000	563 000	—	691 000
2004	—	—	563 000	563 000
Summe	128 000	563 000	563 000	1 254 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	512 000	—	512 000
2003	—	128 000	563 000	691 000
Summe	—	640 000	563 000	1 203 000

Zu Titelgruppe 63/64

In der Titelgruppe sind sämtliche Verwaltungsausgaben für den Bereich Gewässerschutz und Gewässerüberwachung einschließlich der EDV-Ausgaben für die Messnetze enthalten.

Für die Erstattungen an den NLWK sind die Ausgaben bei den Titeln 682 63 und 891 63 veranschlagt.

547 63

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

547 64

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	512 000	—	—	512 000

ERLÄUTERUNGEN

812 63

	2003	2002
	EUR	
Ersatzbeschaffungen:		
1 Pipetierroboter	—	21 000
1 Probenwechsler für die Gammaspektrometrie	—	34 000
1 Wellenrichtungsmessboje	—	58 000
Ersatzkomponenten für das Produktionsrechnersystem für chem., chem.-phys. und biologische Messdaten	—	17 000
1 Labor-Spülautomat	—	35 000
1 Reinstgermanium-Halbleiter-Detektor	46 000	—
1 Automatisiertes Bildverarbeitungssystem Scanalyser-Lemna Tec	34 000	—
Soft- und Hardware zur Gammaspektrometrie	15 000	—
Soft- und Hardware zur Alphaspektrometrie	15 000	—
1 Trockenschrank	16 000	—
1 Kohlenwasser-Bestimmungsgerät	54 000	—
1 Dokumentationseinheit	46 000	—
Zwischensumme	226 000	165 000
Ergänzungsbeschaffungen:		
1 Quantitative PCR	—	92 000
1 DNA-Sequenziergerät	30 000	—
Soft- und Hardware für radiologischen Produktionsrechner	9 000	—
1 Autosampler für Gaschromatographie	15 000	—
Zwischensumme	54 000	92 000
Neubeschaffungen:		
1 HPLC-Massenspektrometer mit Hochdruckflüssigkeitschromatograph	—	178 000
Einrichtung eines Hälterungsraumes mit Aquarium- und Klimatechnik	35 000	—
1 System für Kurzzeitstrommessungen	60 000	—
Zusammen	95 000	178 000
Insgesamt	375 000	435 000

Zu Titelgruppe 80/81

Die Ausgaben für den Trinkwasserschutz sind in dieser Titelgruppe zusammengefasst.

Fördermaßnahmen für den Bereich des Trinkwasserschutzes erfolgen auf der Grundlage der Richtlinie über der Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts vom ... 2002 (Nds. MBl. S. ...).

Ende der Förderung: 31. 12. 2006.

Zur EAGFL-Förderung siehe allg. Erläuterungen zu diesem Kapitel und Kapitel 15 02 TGr. 90.

Die bei 547 80 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen laufen ab bei

	2003	2002
	EUR	
Titel 547 81	6 136 000	6 136 000
Titel 681 80	7 160 000	10 224 000
Titel 682 80	1 021 000	1 024 000
Titel 685 80	153 000	256 000
Zusammen	14 470 000	17 640 000

547 81

Erkundung und Bewertung von Grundwasserbelastungen sowie zusätzliche Beratung der Forst- und Landwirtschaft und des Erwerbsgartenbaus im Interesse des Gewässerschutzes einschl. der damit im Zusammenhang stehenden Boden- und Gewässeruntersuchungen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	3 579 000	1 534 000	—	5 113 000
2004	2 557 000	1 534 000	1 534 000	5 625 000
2005	1 023 000	1 534 000	1 534 000	4 091 000
2006	1 023 000	1 534 000	1 534 000	4 091 000
2007ff.	1 023 000	1 534 000	1 534 000	2 557 000
Summe	9 205 000	6 136 000	6 136 000	21 477 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	3 067 000	1 023 000	—	4 090 000
2003	2 556 000	1 023 000	1 534 000	5 113 000
2004	1 534 000	1 023 000	1 534 000	4 091 000
2005	—	1 023 000	1 534 000	2 557 000
2006ff.	—	2 046 000	1 534 000	3 580 000
Summe	7 157 000	6 138 000	6 136 000	19 431 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
633 80-7	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und weitere Maßnahmen nach § 47 h NWG * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	153.000	153.000	102.258	171
637 80-2	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverb. für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und weitere Maßnahmen nach § 47 h NWG * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	51.000	51.000	51.129	—
681 80-1	623	Ausgleichsleist. n. § 51a NWG u. Entschädigungsleist. für Nutzungseinschränkungen von Grundst. aufgrund freiwilliger Vereinbarung * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	10.858.000	10.741.000	11.427.374	9.277
682 80-8	623	Zuschüsse an öffentl. Wasserversorgungsunternehmen für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten u.a. Maßnahmen n. §47hNWG * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	1.432.000	1.432.000	1.022.584	45
683 80-4	623	Zuschüsse an private Unternehmen für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten u. andere Maßnahmen nach § 47h NWG * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	51.000	51.000	102.258	20
685 80-7	623	Zuschüsse an Landwirtschaftskammern für gewässerschutzorientierte Beratungen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	767.000	767.000	715.809	829
685 81-5	623	Zuschüsse an Sonstige für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten u. andere Maßnahmen nach § 47h NWG * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	51.000	51.000	—	49
686 80-3	623	Zuschüsse an Kongress und Ausstellung Wasser Berlin e.V. * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	15.000	—	15
883 80-3	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	51.000	51.000	306.775	49
887 80-9	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	205.000	205.000	511.292	174
891 80-6	623	Zuschüsse an öffentl. Wasserversorgungsunternehmen für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	1.176.000	1.176.000	1.073.713	301
892 80-2	529	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für eine gewässerschonende Güllelagerung * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	153.000	153.000	664.679	766
892 81-0	623	Zuschüsse an private Unternehmen für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	51.000	51.000	153.388	54
893 80-9	623	Zuschüsse an Sonstige für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	51.000	51.000	102.258	—
TGr. 86		**Förderung der naturnahen Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen** * *Übertragbar.*	(—)	(680.000)	(720.000)	(—)	(664)
637 86-1	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für erhöhten Pflegeaufwand in Gewässerrandstreifen * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
681 86-0	623	Entschädigung aufgrund von Anordnungen nach § 91a Abs.4 NWG * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
761 86-4	623	Landeseigene Tiefbauten * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	36
821 86-7	623	Erwerb von Grundstücken * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	—
883 86-2	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	188

633 80 und 637 80

Zuweisungen an Gemeinden bzw. Wasser- und Bodenverbände für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und für weitere Maßnahmen nach § 47 h Abs. 3 S. 2 NWG.

681 80

Es sind veranschlagt die Ausgaben für Ausgleichsleistungen nach § 51 a NWG für Einschränkungen einer ordnungsgemäßen Land- oder Forstwirtschaft sowie für Einschränkungen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung auf Grund freiwilliger Vereinbarungen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	7 488 000	2 556 000	—	10 044 000
2004	5 697 000	2 556 000	1 790 000	10 043 000
2005	1 914 000	2 556 000	1 790 000	6 260 000
2006	—	2 556 000	1 790 000	4 346 000
2007ff.	—	—	1 790 000	1 790 000
Summe	15 099 000	10 224 000	7 160 000	32 483 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	3 909 000	3 579 000	—	7 488 000
2003	3 909 000	3 579 000	2 556 000	10 044 000
2004	2 118 000	3 579 000	2 556 000	8 253 000
2005	380 000	1 534 000	2 556 000	4 470 000
2006ff.	—	—	2 556 000	2 556 000
Summe	10 316 000	12 271 000	10 224 000	32 811 000

Die Nutzungseinschränkungen werden bei Abschluss von 6-jährigen freiwilligen Vereinbarungen aus dem EAGFL der EU gefördert. Ein Teil der im Haushaltsjahr 2002 ausgebrachten VE ist für die Durchführung der EAGFL-Programme bestimmt.

682 80

Zuschüsse an öffentliche Wasserversorgungsunternehmen für die Durchführung von Maßnahmen zum Trinkwasserschutz.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	921 000	256 000	—	1 177 000
2004	921 000	256 000	153 000	1 330 000
2005	921 000	256 000	153 000	1 330 000
2006	921 000	256 000	153 000	1 330 000
2007ff.	1 840 000	—	562 000	2 402 000
Summe	5 524 000	1 024 000	1 021 000	7 569 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	—	921 000	—	921 000
2003	—	921 000	256 000	1 177 000
2004	—	921 000	256 000	1 177 000
2005	—	921 000	256 000	1 177 000
2006ff.	—	2 761 000	256 000	3 017 000
Summe	—	6 445 000	1 024 000	7 469 000

685 80

Bei der Erarbeitung von Grundlagen für Maßnahmen im Rahmen von § 47 h NWG ist die fachtechnische Beratung von Dienststellen der Landwirtschaftskammern nötig. Gleichzeitig können die Landwirtschaftskammern Vermittlungs- und Schulungsaufgaben im Auftrag der Wasserwirtschaftsverwaltung erfüllen.

Belastung (2003)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2001 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	durch die 2003 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2003	—	77 000	—	77 000
2004	—	77 000	51 000	128 000
2005	—	102 000	102 000	204 000
Summe	—	256 000	153 000	409 000

Belastung (2002)

der Haushaltsjahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE EUR	durch die 2001 ausgebrachte VE EUR	durch die 2002 ausgebrachte VE EUR	Gesamtbelastung EUR
2002	716 000	—	—	716 000
2003	—	—	77 000	77 000
2004	—	—	77 000	77 000
2005	—	—	102 000	102 000
Summe	716 000	—	256 000	972 000

883 80 und 887 80

Zuschüsse an Gemeinden bzw. Wasser- und Bodenverbände für den Erwerb von Flächen in Wasserschutzgebieten gem. § 47 h Abs. 3 Nr. 1 NWG.

892 80

Die Mittel werden für den Bau von Güllebehältern ausschließlich in Wasserschutz- und Wasservorranggebieten eingesetzt.

Zu Titelgruppe 86

Die Titelgruppe dient u. a. zur Abwicklung von Ausgaberesten.

Neue Maßnahmen sind in Kapitel 15 54 Titelgruppe 86 veranschlagt und werden aus Mitteln der Wasserentnahmegebühr durch Zuführung aus Titel 981 86 (Landesmittel) und Bundesmitteln im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz finanziert.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
893 86-8	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	—	—	—	439
981 86-4	990	Abführung an 15 54 - 381 86 * *Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 683 10.*	—	680.000	720.000	—	—
		Summe für inzwischen gegenüber 2001 weggefallene Titel	—			2.149.982	
		Abschluss Kapitel 15 56					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		64.900.000	64.900.000	72.603.447	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		64.900.000	64.900.000	72.603.447	
		4 Personalausgaben	3.727.000 3.392.000 3.732.431	30.000	30.000	30.115	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	14.470.000 17.640.000 25.360.077	8.260.000	8.198.000	8.551.357	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	17.221.000	17.069.000	18.230.112	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	5.737.000	5.838.000	6.829.428	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	16.210.000	14.303.000	7.792.447	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	18.197.000 21.032.000 29.092.508	47.458.000	45.438.000	41.433.459	
		Überschuss		17.442.000	19.462.000	31.169.988	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 15					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		95.856.000	98.186.000	108.393.879	
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		36.996.000	37.621.000	36.709.067	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		16.501.000	16.711.000	17.394.558	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		57.846.000	58.556.000	74.993.277	
		Summe der Einnahmen		207.199.000	211.074.000	237.490.781	
		4 Personalausgaben	5.762.000 9.625.000 12.938.242	84.544.000	84.973.000	84.342.450	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	17.090.000 19.856.000 25.717.981	56.642.000	57.736.000	58.260.994	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	12.974.000 18.162.000 14.711.861	86.906.000	90.818.000	94.625.096	
		7 Baumaßnahmen	46.419.000 40.903.000 40.903.350	17.243.000	24.083.000	46.723.386	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	100.000 4.190.000 6.585.439	69.714.000	67.814.000	76.040.709	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	32.540.000	30.515.000	23.451.988	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	82.345.000 92.736.000 100.856.873	347.589.000	355.939.000	383.444.623	
		Zuschuss		140.390.000	144.865.000	145.953.842	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		14.235.000	13.748.000	12.321.571	
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		361.824.000	369.687.000	395.766.194	
		Zuschuss einschl. Versorgungsanteil		154.625.000	158.613.000	158.275.413	

Einzelplan 15

Umweltministerium

Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 01 Ministerium

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte[1])
				Feste Gehälter:
B 9[2])	1	1	1	Staatssekretärin, Staatssekretär
B 6	4	4	4	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent
B 3	5	5	5	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat
B 3[14])	1	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat
B 2	15	15	14	Ministerialrätin, Ministerialrat
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	23	23	22	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 15	32	33	34	Direktorin, Direktor
A 14[11])[13])[15])	21	21	17	Oberrätin, Oberrat
A 13[18])	2	2	2	Rätin, Rat
A 13[3])	1	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 13[6])	32	32	32	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12[16])	32	32	31	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[10])[12])[17])	15	16	16	Amtfrau, Amtmann
A 9[4])	2	2	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 9	5	5	4	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8[9])	3	3	4	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	194	196	190	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31[8])
B 2	3	3	3	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 16	1	1	3	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 13	2	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
	6	6	8	Zusammen
				Leerstellen:
B 2[5])	1	1	1	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 16[5])	2	2	2	Ministerialrätin, Ministerialrat
A 16[5])	1	1	1	Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor
A 15[5])	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 14[5])	4	4	4	Oberrätin, Oberrat
A 12[5])	6	6	5	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[5])	1	1	1	Amtfrau, Amtmann
A 9[5])	1	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
	17	17	16	Zusammen

Haushaltsvermerke

1) Für die Geschäftsführung der Nieders. Umweltstiftung werden bis zu 1,35 Stellen und für die Geschäftsführung der Nieders. Wattenmeerstiftung werden bis zu 0,85 Stellen in Anspruch genommen.

2) Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.

3) Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber erhält als Beamtin bzw. Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

4) Die Stelleninhaberinnen bzw. die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

5) kw.

6) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

7) Unbesetzt.

8) kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

9) unbesetzt (Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).)

10) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

11) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).

12) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

13) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

14) ku nach B 2 nach Versetzung oder Eintritt des Stelleninhabers in den Ruhestand.

15) Davon 3 kw mit Ablauf des 31. 12. 2004.

16) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2004.

17) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 6. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

18) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 11. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 2	1	verlagert von Kap. 08 01
Bes.-Gr. A 16	1	verlagert von Kap. 08 01
Bes.-Gr. A 14	4	davon 1 verlagert von Kap. 15 03 3 neu zur kontinuierlichen Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Atomaufsicht (kw mit Ablauf des 31. 12. 2004)
Bes.-Gr. A 12	1	neu zur kontinuierlichen Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Atomaufsicht (kw mit Ablauf des 31. 12. 2004)
Bes.-Gr. A 9 (m. D.)	1	verlagert von Kap. 08 01
Zusammen	8	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	verlagert nach Kap. 15 03
Bes.-Gr. A 8	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9
Zusammen	2	
Bleibt Zugänge	6	

Stellen zu Titel 422 31:
Abgänge:

Bes.-Gr. A 16	2	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8

Leerstellen

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 12	1

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde den organisatorischen Veränderungen angepasst. Die Anteile der Stellen für die Nieders. Umeltstiftung wurden von 0,75 auf 1,35 und für die Nieders. Wattenmeerstiftung von 0,5 auf 0,85 angehoben.
Die Haushaltsvermerke Nr. 15 bis 18 wurden neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert von Kap. 15 03

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	verlagert nach Kap. 15 03
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10
Zusammen	3	
Bleibt Abgänge	2	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 01 Ministerium

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
A 16				
Außertariflich	1	1	1	
I	2	2	2	
Ia	8	8	7	
I b[4])[6])	3	3	1	
II a	2	2	1	
III[5])	8	8	7	
IV a	—	—	1	
V b[1])	5	5	4	
V c	8	8	9	
VI b[1])[7])	21	21	22	
VII	1	1	—	
IX b–VII[2])[8])[9])	9	11	11	
	68	70	66	Zusammen
				Leerstellen:
I b[3])	1	1	1	
II a[3])	1	1	1	
III[3])	1	1	—	
V b[3])	1	1	1	
IX b–VII[3])	5	5	4	
	9	9	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen dem/der Staatssekretär/-in unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-in sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach sechsjähriger Bewährung in der vorgenannten Vorzimmertätigkeit werden sie in Verg.-Gr. VI b eingruppiert. Die vorgenannte persönliche Zulage wird bis zum Ausscheiden aus der Vorzimmertätigkeit weitergewährt.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[3]) kw.

[4]) Davon 1 kw.

[5]) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[6]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003.

[7]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[8]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[9]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I a	1	verlagert von Kap. 08 01
Verg.-Gr. I b	2	neu zur Einleitung des Stilllegungsverfahrens KKW Stade (kw mit Ablauf des 31. 12. 2003)
Verg.-Gr. II a g. D.	1	verlagert von Kap. 08 01
Verg.-Gr. III	1	verlagert von Kap. 08 01
Zusammen	5	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	nach Auslaufen der Vereinbarung mit der EUA zum European Topic Center on Catalogue of Data Sources (ETC/CDS)
Zusammen	1	
Bleibt Zugänge	4	

Höhergruppierung:	Stellen	
Verg.-Gr. V b g. D.	1	von Verg.-Gr. V c gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allg. Bestimmungen 2001
Verg.-Gr. VI b	1	nach Verg.-Gr. VII gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allg. Bestimmungen 2001

Leerstellen

Zugänge:	Stellen
Verg.-Gr. III	1
Verg.-Gr. IX b–VII	1

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde entsprechend dem zu Grunde liegenden Kabinettsbeschlusses vom 20. 4. 1993 im zweiten Absatz um die Sätze drei und vier vervollständigt.
Die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 6 (bisher unbesetzt) sowie 7 bis 9 wurden neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 5. 2004 infolge ZV bis 2003.
				Arbeiter/-innen	
5/5 a	2	2	2		
4/4 a[1])	4	4	4		
3/3 a	7	7	7		
	13	13	13	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 03 Landesamt für Ökologie

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	Stellenzahl 2002	Stellenzahl 2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte
				Feste Gehälter:
B 5	—	—	1	Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Ökologie
B 4	1	1	—	Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Ökologie
B 2	1	1	1	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Landesamtes für Ökologie
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	4	4	4	Leitende Direktorin beim Landesamt für Ökologie und Professorin, Leitender Direktor beim Landesamt für Ökologie und Professor
A 15	8	8	7	Direktorin beim Landesamt für Ökologie und Professorin, Direktor beim Landesamt für Ökologie und Professor
A 15[9])	11	10	10	Direktorin, Direktor
A 14[5])	22	23	24	Oberrätin, Oberrat
A 13[5])[10])	22	22	22	Rätin, Rat
A 13[2])[8])	5	5	5	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12[5])	7	7	8	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[5])	9	9	7	Amtfrau, Amtmann
A 10	4	4	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[3])	4	4	3	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	2	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	100	100	97	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31[7])
B 5	1	1	1	Präsidentin des Landesamtes für Ökologie, Präsident des Landesamtes für Ökologie
A 15	—	1	1	Direktorin, Direktor
A 12	—	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
	1	3	3	Zusammen
				Leerstellen:
A 14[4])	1	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13[4])	2	2	1	Rätin, Rat
A 10[4])	1	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[4])	1	1	—	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
	5	5	3	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) unbesetzt.

[2]) 1 Stelleninhaberin oder Stelleninhaber erhält als Beamtin oder Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[3]) 2 Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[4]) kw.

[5]) Folgende Planstellen dürfen nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in Anspruch genommen werden:

- Bereich Arbeitsschutz
  1 A 14 Oberrätin, Oberrat
  1 A 13 Rätin, Rat
  2 A 12 Amtsrätin, Amtsrat
  1 A 11 Amtfrau, Amtmann
- Bereich Ökologische Gesamtplanung
  1 A 13 Rätin, Rat.

[6]) unbesetzt.

[7]) kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

[8]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 8. 2003 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000.

[9]) unbesetzt (1 Stelle darf (in Höhe von 75 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)

[10]) 1 Stelle darf (in Höhe von 75 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. (1 Stelle darf (in Höhe von 12,5 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 01 im Austausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 14
Bes.-Gr. A 11	2	davon 1 infolge Verlagerung von Kap. 15 06 (gem. §50 Abs. 1 LHO bereits 2000 umgesetzt) 1 infolge Verlagerung von Kap. 15 55 im Austausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 06 (für die Gerätesicherheitsprüfstelle)
Bes.-Gr. A 8	1	
Zusammen	5	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung nach Kap. 15 01 im Austausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 15
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Verlagerung nach Kap. 15 55 im Austausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 11
Zusammen	2	
Bleibt Zugänge	3	

Hebung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 (m.D.)	1	von Bes.-Gr. A 8

Senkung:	Stellen	
Bes.-Gr. B 5	1	nach Bes.-Gr. B 4 gem. Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften v. 30. 10. 2001 (Nds. GVBl. S. 668)

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	3
A 15	6
A 14	4
A 13 (höh. D.)	8
A 13 (geh. D.)	2
A 12	4
A 11	5
A 10	1
A 9 (m.D.)	—
A 8	1
Insgesamt	34

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)	1
Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.)	1
Zusammen	2

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 wurde gestrichen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde geändert.

Erläuterungen für 2003:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 01 im Austausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 14

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung nach Kap. 15 01 im Austausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 15
Bleibt Zu-/Abgang	—	

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7
Bes.-Gr. A 12	1	
Zusammen	2	

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 13	1	1	1	Assessorin, Assessor
				Angestellte
I a	2	2	—	
I b	5	5	7	
II a[11][12][13][18]	32	32	34	
III	29	29	29	
IV a[18]	36	36	37	
IV b	16	16	17	
V b[7][15][18]	34	34	33	
V c[5]	29	29	28	
VI b[1][2][6][18]	54	54	56	
VII[16][19]	35	35	36	
VIII[14][17][20][21]	7	7	5	
IX b–VII[4][20][21]	15	15	15	
	294	294	297	Zusammen
				Leerstellen:
II a[8]	2	2	2	
III[8]	2	2	—	
IV a[8]	3	3	2	
IV b[8]	1	1	2	
V b[8]	2	2	2	
V c[8]	1	1	2	
VI b[8]	2	2	2	
VII[8]	2	2	2	
	15	15	14	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten/der Präsidentin ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

[2]) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte erhalten eine übertarifliche Zulage nach Protokollnotiz Nummer 3 oder 6 zum Teil II Abschnitt N Unterabschnitt I des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT.
Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

[3]) unbesetzt

[4]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

[5]) unbesetzt (1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)

[6]) unbesetzt (1 Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.)

[7]) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. (unbesetzt.)

[8]) kw.

[9]) unbesetzt.

[10]) unbesetzt.

[11]) unbesetzt. (Davon 1 kw.)

[12]) unbesetzt. (Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).)

[13]) unbesetzt. (Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 8. 2001 infolge ZV für 2001 (PKB-Überschuss).)

[14]) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[15]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2004).

[16]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2004).

[17]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2004).

[18]) Davon 1 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[19]) Davon 3 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[20]) Davon 2 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[21]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2004) (ohne Auswirkung auf das BV und das Budget).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	neu (Finanzierung aus Einnahmen bei Kap. 15 03 Titel 119 75 – s. Haushaltsvermerk zu Ausgabe-Titelgruppe 75)

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	3	davon 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 12 gem. ZV bis 2003 (2001) 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 13 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Verlagerung nach Kap. 15 06
Zusammen	4	
Bleibt Abgänge	3	

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. I a	2	von Verg.-Gr. I b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. IV b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001
Verg.-Gr. V c	1	von Verg.-Gr. VI b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Zusammen	4	

Herabgruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	nach Verg.-Gr. V b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. VI b	1	nach Verg.-Gr. VIII gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001
Verg.-Gr. VII	1	nach Verg.-Gr. VIII (als Ausgleich für die Hebung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 8 nach Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.))
Zusammen	3	

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Verg.-Gr. III	2
Verg.-Gr. IV a	1
Zusammen	3

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8
Verg.-Gr. V c	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 5 und Nr. 6 wurden gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 11, Nr. 12 und Nr. 13 wurden vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und Nr. 15 bis Nr. 21 wurden neu ausgebracht.

BEDARFSNACHWEISE

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Arbeiter/-innen
7	3	3	3	
6	2	2	2	
4[5])[6])[7])[8])	10	10	10	
3[1])[7])	1	1	1	
2 a[9])	1	1	1	
	17	17	17	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) DW.
[2]) unbesetzt.
[3]) unbesetzt.
[4]) unbesetzt.
[5]) Davon 1 kw mit Ablauf des 28. 2. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). (Davon 1 kw mit Ablauf des 28. 2. 2003 infolge ZV bis 2003 (nach 2003).)
[6]) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. (1 Stelle darf (in Höhe von 12,5 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
[7]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2004).
[8]) Davon 1 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
[9]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2004) (ohne Auswirkung auf das BV und das Budget).

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Erläuterungen für 2002:

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 7, Nr. 8 und Nr. 9 wurden neu ausgebracht.
Die Haushaltsvermerke Nr. 5 und Nr. 6 wurden geändert.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 06 Gewerbeaufsichtsverwaltung

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte[1])
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	5	5	5	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15[12])	19	19	19	Direktorin, Direktor
A 14[15])	38	38	38	Oberrätin, Oberrat
A 13[14])[18])	33	33	33	Rätin, Rat
A 13[5])[6])	25	25	25	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12[7])[8])	74	74	74	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[14])[19])	95	95	90	Amtfrau, Amtmann
A 10[9])[16])[17])[20])	51	51	56	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9[2])	6	6	6	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 9	25	25	25	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	38	38	39	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7[10])[21])	26	26	28	Obersekretärin, Obersekretär
	435	435	438	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31[11])
A 16	1	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	—	—	3	Direktorin, Direktor
A 14	—	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	4	5	6	Oberamtsrätin, Oberamtsrat (davon 2 mit Amtszulage)
A 12	2	3	5	Amtsrätin, Amtsrat
A 10	2	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	3	5	6	Amtsinspektorin, Amtsinspektor (davon 2 mit Amtszulage)
	12	18	25	Zusammen
				Leerstellen:
A 14[3])	1	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13[3])	1	1	—	Rätin, Rat
A 13[3])	1	1	—	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12[3])	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[3])	3	3	2	Amtfrau, Amtmann
A 10[3])	2	2	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 7[3])	—	—	2	Obersekretärin, Obersekretär
	9	9	9	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 21. August 1992 (BGBl. I S. 1597) vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

[2]) Die Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.

[3]) kw.

[4]) Unbesetzt.

[5]) Vier Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[6]) 1 Stelle darf (in Höhe von 20 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) 1 Stelle darf (in Höhe von 45 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[8]) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[9]) Unbesetzt.
(Davon 4 kw wegen Wegfall des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.)

[10]) Unbesetzt.
(Davon 2 kw wegen Wegfall des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.)

[11]) kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

[12]) Für die Dauer der Beschäftigung eines Landesbediensteten bei der Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH ist die Wiederbesetzung der Stelle ausgeschlossen. (Für die Dauer der Beschäftigung eines Landesbediensteten bei der Altlastensicherungsgesellschaft ist die Wiederbesetzung der Stelle ausgeschlossen.)

[13]) Unbesetzt.

[14]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[15]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[16]) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[17]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2004).

[18]) Davon 6 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[19]) Davon 4 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[20]) Davon 8 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[21]) Davon 5 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	6	neu, für den Vollzug der Gefahrstoffverordnung und des Chemikaliengesetzes im öffentlichen Dienst
Zusammen	6	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 15 10 (jetzt 15 03; gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2000 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 10	5	davon 4 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9 gem. ZV bis 2003 1 infolge Verlagerung nach Kapitel 15 03
Bes.-Gr. A 8	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 1503
Bes.-Gr. A 7	2	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10 gem. ZV bis 2003
Zusammen	9	
Bleibt Abgänge	3	

Soweit Stellenobergrenzen überschritten werden, ist die Umwandlung der die Obergrenzen überschreitenden Planstellen vom Haushaltsjahr 2001 an für einen Zeitraum von längstens 5 Jahren ausgesetzt (§ 26 Abs. 6 BBesG).

Von den Planstellen für Beamte des höheren und des gehobenen Dienstes entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	5
A 15	19
A 14	38
A 13 (höh. D.)	33
A 13 (geh. D.)	25
A 12	69
A 11	86
A 10	51
Insgesamt	326

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 3. 12. 1998 (BGBl. I S. 3434) in der jeweils geltenden Fassung:

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 5 der VO
A 9 mit Amtszulage	6
A 9	25
A 8	38
A 7	26
A 6	—
Insgesamt	95

Die für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gruppe	Bezirksregierungen	Gewerbeaufsichtsämter	Zusammen
A 16	3	2	5
A 15	8	11	19
A 14	10	28	38
A 13 (höh. D.)	2	31	33
A 13 (geh. D.)	4	21	25
A 12	10	64	74
A 11	10	85	95
A 10	—	51	51
A 9 mit Amtszulage	—	6	6
A 9	—	25	25
A 8	—	38	38
A 7	—	26	26
A 6	—	—	—
Insgesamt	47	388	435

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	3	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11
Bes.-Gr. A 13 (geh. D.)	1	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.)	1	
Zusammen	7	

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)	1
Bes.-Gr. A 13 (geh. D.)	1
Bes.-Gr. A 11	1
Zusammen	3

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3
Bes.-Gr. A 7	2	
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 9 und Nr. 10 wurden vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 12 wurde dem veränderten Sachverhalt angepasst.
Die Haushaltsvermerke Nr. 15 bis Nr. 21 wurden neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 (geh. D.)	1	
Bes.-Gr. A 12	1	
Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.)	2	
Zusammen	6	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 06 Gewerbeaufsichtsverwaltung

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Beamtete Hilfskräfte
A 10[14])	7	7	7	Technischer Dienst Oberinspektorin z. A., Oberinspektor z. A.
				Angestellte
I b[10])	1	1	1	
II a	2	2	2	
III	4	4	4	
IV a[5])[6])[10])	23	23	22	
IV b[11])	13	13	13	
V b[11])	5	5	6	
V c[5])[7])[11])	21	22	21	
VI b[6])[10])	11	11	12	
VII[3])	12	12	12	
VIII[8])[12])	14	15	16	
IX b–VII[1])[9])[13])	57	57	59	
	163	165	168	Zusammen
				Leerstellen:
IV a[2])	1	1	—	
IX b–VII[2])	2	2	1	
	3	3	1	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) kw

[3]) Davon 1 kw.

[4]) Unbesetzt.

[5]) Unbesetzt. (Für die Dauer der Beschäftigung von 3 Landesbediensteten (1 Verg.-Gr. IV a und 2 Verg.-Gr. V c) bei der Altlastensicherungsgesellschaft ist die Wiederbesetzung der Stellen ausgeschlossen.)

[6]) Davon 1 kw unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

[7]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998.

[8]) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[9]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[10]) Davon 1 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[11]) Davon 2 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[12]) Davon 4 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[13]) Davon 8 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[14]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2004).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Beamtete Hilfskräfte

Die für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gruppe	Bezirksregierungen	Gewerbeaufsichtsämter	Zusammen
A 10	—	7	7

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 03 (für die Zentrale Unterstützungsstelle IuK)

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	gem. ZV bis 2003(2002)
Verg.-Gr. VIII	1	gem. ZV bis 2003(2002)
Verg.-Gr. IX b–VII	2	gem. ZV bis 2003(2002)
Zusammen	4	
Bleibt Abgänge	3	

Herabgruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	nach Verg.-Gr. V c (als Ausgleich für die Hebung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 8 nach Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.) bei Kapitel 15 20)
Verg.-Gr. VI b	1	nach Verg.-Gr. VII gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 2001
Zusammen	2	

Die für das Haushaltsjahr 2002 ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gruppe BAT	Bezirksregierungen	Gewerbeaufsichtsämter	Zusammen
I b	—	1	1
II a	2	—	2
III	—	4	4
IV a	4	19	23
IV b	—	13	13
V b	1	4	5
V c	4	18	22
VI b	1	10	11
VII	—	12	12
VIII	—	15	15
IX b–VII	—	57	57
Insgesamt	12	153	165

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. IX b–VII	1
Zusammen	2

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 9 bis Nr. 14 wurden neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8 gem. ZV bis 2003 (2002)
Zusammen	2	

Die für das Haushaltsjahr 2003 ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gruppe BAT	Bezirksregierungen	Gewerbeaufsichtsämter	Zusammen
I b	—	1	1
II a	2	—	2
III	—	4	4
IV a	4	19	23
IV b	—	13	13
V b	1	4	5
V c	4	17	21
VI b	1	10	11
VII	—	12	12
VIII	—	14	14
IX b–VII	—	57	57
Insgesamt	12	151	163

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und Nr. 8 wurden vollzogen.

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	
A 10	5	5	5	Oberinspektoranwärterin, Oberinspektoranwärter	
A 7	5	5	5	Obersekretäranwärterin, Obersekretäranwärter	
	10	10	10	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
4	3	3	3		

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 20 Naturschutz und Landschaftspflege

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	3	3	3	Direktorin, Direktor
A 14[2])	14	14	14	Oberrätin, Oberrat
A 13[3])	9	9	9	Rätin, Rat
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[4])	3	3	3	Amtfrau, Amtmann
A 9	1	1	—	
A 8	3	3	4	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	36	36	36	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) unbesetzt.
[2]) 1 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
[3]) 3 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
[4]) 1 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	Umwandlung einer Stelle der Bes.-Gr. A 8

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8	1	Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 9

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	2
A 15	1
A 14	14
A 13	8
A 12	1
A 11	3
A 9	1
A 8	3
Insgesamt	35

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (12 Stellen kw (infolge ZV bis 2003) mit Ausscheiden einer Stelleninhaberin oder eines Stelleninhabers der Laufbahngruppe einschließlich vergleichbarer Angestellter. Wird die frei gewordene Stelle nicht wieder besetzt, so tritt die Wirkung des Vermerks bei der freien Stelle ein. Von einer Wiederbesetzung der freien Stelle ist abzusehen, sofern die gesetzlichen Obergrenzen ausgeschöpft sind.) wurde gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 2 bis 4 wurden neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
I b	1	1	1	
II a[3])[5])[6])	10	10	9	
III[1])	26	26	26	
IV a[7])	17	17	18	
IV b	1	1	1	
VII	1	1	—	
	56	56	55	Zusammen
				Leerstellen:
III	2	2	2	
IV a	2	2	2	
	4	4	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.
[2]) unbesetzt.
[3]) 1 kw.
[4]) unbesetzt.
[5]) 1 kw nach Ende der Zuweisung eines Angestellten an ein Bewerberland für den Beitritt der EU.
[6]) 2 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
[7]) 4 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	Abweichung von der Stellenübersicht gem. § 49 Abs. 7 LHO
Verg.-Gr. VII	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 18
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Vollzugs des bisherigen Haushaltsvermerks Nr. 4 gem. ZV bis 2003
Zusammen	1	
Bleibt Zugang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 (Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.) wurde gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 5 bis 7 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 20 Naturschutz und Landschaftspflege

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	[1]) 1 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.
				Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst	
A 13	10	10	10	Referendarin, Referendar	
				Arbeiter/-innen	
1–8[1])	2	2	2		
	12	12	12	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 22 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	1	Direktorin der Alfred Toepfer Akademie und Professorin, Direktor der Alfred Toepfer Akademie und Professor	
A 14	1	1	1	Oberrätin, Oberrat	
A 13	2	2	2	Rätin, Rat	
A 11	1	1	1	Amtfrau, Amtmann	
	5	5	5	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 14	1
A 13	1

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
II a	2	2	2		
IV a[1])	1	1	1		
IV b	1	1	1		
VII	3	3	3		
IX b–VII[2])	1	1	1		
	8	8	8	Zusammen	

[1]) ku nach Verg.-Gr. IV b.

[2]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Arbeiter/-innen	
4	1	1	1		

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 24 Nationalpark Harz

STELLENPLAN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte	
				Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	—	—	—	Direktorin, Direktor	
A 14	1	1	1	Oberrätin, Oberrat	
A 13	2	2	2	Rätin, Rat	
A 11	1	1	1	Amtfrau, Amtmann	
A 9	1	1	1	Inspektorin, Inspektor	
	6	6	6	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 14	1
A 13	2
Insgesamt	4

STELLENÜBERSICHTEN					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Angestellte	
I b	1	1	1		
II a	1	1	1		
	2	2	2	Zusammen	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 25 Nationalpark Wattenmeer

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	1	Leitende Baudirektorin, Leitender Baudirektor
A 14	3	3	3	Oberrätin, Oberrat
A 13	3	3	3	Rätin, Rat
	7	7	7	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) unbesetzt.

Erläuterungen zum Stellenplan

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (2 Stellen kw (infolge ZV bis 2003) mit Ausscheiden einer Stelleninhaberin oder eines Stelleninhabers der Laufbahngruppe einschließlich vergleichbarer Angestellter. Wird die frei gewordene Stelle nicht wieder besetzt, so tritt die Wirkung des Vermerks bei der freien Stelle ein. Von einer Wiederbesetzung der freien Stelle ist abzusehen, sofern die gesetzlichen Obergrenzen ausgeschöpft sind.) wurde gestrichen.

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 14	1
A 13	2
Insgesamt	4

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
II a	2	2	2	
III	5	5	5	
IV b[2])	1	1	1	
IV a	2	2	2	
	10	10	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) unbesetzt.
[2]) 1 kw ab dem 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.) wurde gestrichen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 50 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	4	4	4	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	12	12	11	Direktorin, Direktor
A 14[3])[7])	17	17	17	Oberrätin, Oberrat
A 13[1])[5])	8	8	7	Rätin, Rat
A 13[4])	5	5	5	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 13	1	1	1	Realschullehrerin, Realschullehrer
A 12[6])	18	18	17	Amtsrätin, Amtsrat bzw. Lehrerin, Lehrer
A 11[9])	31	31	27	Amtfrau, Amtmann
A 10[3])	9	9	9	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	—	—	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8[7])	—	—	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	105	105	100	Zusammen
				Stellen zu Titel 422 31[8])
A 16	—	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	—	1	2	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	3	3	5	Oberamtsrätin, Oberamtsrat bzw. Realschullehrerin, Realschullehrer
A 12	—	—	1	Amtsrätin, Amtsrat
	4	6	10	Zusammen
				Leerstellen:
A 15[2])	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 13[2])	1	1	1	Rätin/Rat
A 12[2])	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
A 11[2])	1	1	1	Amtfrau, Amtmann
A 10[2])	1	1	—	Oberinspektorin, Oberinspektor
	5	5	4	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[2]) kw.

[3]) Davon je 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[4]) 2 (2) Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gemäß Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

[5]) Davon 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003 (ohne Auswirkung auf das BV und das Budget).

[6]) Eine Stelle darf (in Höhe von 55 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[7]) Davon je 1 kw wegen Wegfall des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

[8]) kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

[9]) Davon 4 kw mit Ablauf des 31. 12. 2006 (ohne Auswirkung auf das BV und das Budget).

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	4	neu zur Umsetzung von PROLAND befristet bis 31. 12. 2006 (ohne BV und Budget)
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Umwandlung von Stellen der Verg.-Gr. I b, II a h. D. und IV a
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	7	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	1	verlagert nach Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 8	1	
Zusammen	2	
Bleibt Zugänge	5	

Stellenhebung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	von Bes.-Gr. A 11 (Ausgleich durch Absenkung einer Stelle von Ver.-Gr. I b nach II a g. D.)

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	4
A 15	11
A 14	15
A 13 (höh. D.)	3
A 13 (geh. D.)	4
A 12	16
A 11	31
A 10	9
Insgesamt	93

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8
Bes.-Gr. A 13 g. D.	2	davon 1 mit Amtszulage infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8
Zusammen	4	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	1

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 3, 5 und 9 wurden neu ausgebracht.

Erläuterungen für 2003:

Stellen zu Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8
Bes.-Gr. A 15	1	
Zusammen	2	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 50 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

STELLENÜBERSICHTEN

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Angestellte
I b	—	—	2	
II a[8])	31	31	31	
III[8])	39	39	39	
IV a[5])[11])[13])	18	19	23	
IV b	—	—	1	
V b	5	5	7	
V c[2])	4	4	6	
VI b[12])[14])	14	14	21	
VII[9])[14])	3	3	6	
VIII[4])	2	2	5	
IX b–VII[1])[14])	1	1	10	
	117	118	151	Zusammen
				Leerstellen:
III[3])	1	1	1	
IV a[3])	1	1	1	
V c[3])	1	1	1	
VI b[3])	3	3	3	
VII[3])	2	2	2	
IX b–VII[3])	2	2	2	
	10	10	10	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

[2]) 1 DW.

[3]) kw.

[4]) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

[5]) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 4. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

[6]) unbesetzt.

[7]) unbesetzt.

[8]) Davon je 1 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[9]) Davon 2 kw ab 1. 1. 2004 infolge ZV bis 2003.

[10]) unbesetzt.

[11]) Eine Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

[12]) Davon 1 kw wegen Wegfalls des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

[13]) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

[14]) Davon je 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Erläuterungen für 2002:

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	verlagert nach Kap. 03 05
Verg.-Gr. IV b	2	
Verg.-Gr. V b	2	
Verg.-Gr. V c	2	
Verg.-Gr. VI b	7	
Verg.-Gr. VII	3	
Verg.-Gr. VIII	3	
Verg.-Gr. IX b–VII	9	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10
Verg.-Gr. I b	1	infolge Umwandlung in Stellen der Bes.-Gruppen A 11, A 13 h. D. und A 15
Verg.-Gr. II a	1	
Verg.-Gr. IV a	1	
Zusammen:	33	

Herabgruppierung:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	nach Verg.-Gr. II a zum Ausgleich einer Stellenhebung von Bes.-Gr. A 11 nach A 12
Verg.-Gr. IV a	1	nach Verg.-Gr. IV b
Zusammen:	2	

Sonstige Veränderungen:

Die bisherigen Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 (Davon 1 (1) kw.) wurden mit den zugehörigen Stellen der Verg.-Gr. VIII ins Kapitel 03 05 verlagert.
Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 10 zu Verg.-Gr. IV a (Davon 1 kw unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.) wurde nach Vollzug gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 8, 9, 13 und 14 wurden neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 12 wurde hier neu ausgebracht, da die Stelle der Bes.-Gr. A 8 ohne den dazugehörigen Haushaltsvermerk Nr. 7 ins Kapitel 03 05 verlagert wurde.

Erläuterungen für 2003:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 5

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 50 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

BEDARFSNACHWEISE					Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung	
				Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	
A 13	11	11	11	Referendarin, Referendar	
A 9	8	8	8	Inspektoranwärterin, Inspektoranwärter	
	19	19	19	Zusammen	
				Arbeiter/-innen	
1–8	—	—	1		

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 1–8	1	verlagert nach Kapitel 03 05

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 55 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz

STELLENPLAN

Bes.-Gr.	Stellenzahl 2003	2002	2001	Stellenbezeichnung
				Planmäßige Beamtinnen und Beamte
				Feste Gehälter:
B 3	1	1	1	Direktorin oder Direktor des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft und Küstenschutz
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	4	4	4	Direktorin, Direktor
A 14	7	7	7	Oberrätin, Oberrat
A 13	7	7	7	Rätin, Rat
A 13[5])	10	10	10	Oberamtsrätin, Oberamtsrat bzw. Realschullehrerin, Realschullehrer
A 12[6])	17	17	16	Amtsrätin, Amtsrat
A 11	11	11	12	Amtfrau, Amtmann
A 10	4	4	4	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	1	Deichvögtin, Deichvogt
A 8[1])	4	4	4	Deichvögtin, Deichvogt bzw. Hauptwerkmeisterin, Hauptwerkmeister
	68	68	68	Zusammen
				Stellen zu dem bisherigen Titel 422 31[3])
A 16	—	—	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	1	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	—	—	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	1	Amtsrätin, Amtsrat
	3	3	5	Zusammen

Haushaltsvermerke

[1]) 1 DW.
[2]) unbesetzt.
[3]) kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.
[4]) unbesetzt.
[5]) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
[6]) Eine Stelle darf (in Höhe von bis zu 20 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2002:

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 03 im Austausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 11

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Verlagerung nach Kap. 15 03 im Austausch gegen eine Planstelle der Bes.-Gr. A 12

Von den Planstellen für Beamte entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 15	4
A 14	7
A 13 (höh. D.)	7
A 13 (geh. D.)	8
A 12	17
A 11	11
A 10	4
A 9	1
A 8	4
Insgesamt	64

Stellen zu dem bisherigen Titel 422 31:

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3
Bes.-Gr. A 14	1	
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde dem veränderten Sachverhalt entsprechend angepasst.
Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 4 zu Bes.-Gr. B 3 (Das Amt der Bes.-Gr. B 3 darf der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber erst nach entsprechender Änderung des NBesG übertragen werden.
Bis dahin kann die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber in Bes.-Gr. A 16 eine Amtszulage nach Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO erhalten.) wurde nach Vollzug gestrichen.

Haushaltsplan

für die

Haushaltsjahre 2002 und 2003

Einzelplan 20

(Hochbauten)

Vorwort zum Einzelplan 20 (Hochbauten)

A. Aufgaben und Aufbau des Einzelplanes in den wichtigsten Grundzügen

Im Einzelplan 20 sind die vom Staatlichen Baumanagement durchzuführenden Hochbaumaßnahmen ausgebracht. Der Einzelplan ist nach den Geschäftsbereichen kapitelweise wie folgt gegliedert:

Kapitel	20 11	Allgemeine Hochbauangelegenheiten (Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude; kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten)
Kapitel	20 21	Landtag
Kapitel	20 25	Staatskanzlei
Kapitel	20 31	Innenministerium
Kapitel	20 32	Innenministerium (Landespolizei)
Kapitel	20 35	Finanzministerium
Kapitel	20 42	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)
Kapitel	20 50	Kultusministerium
Kapitel	20 52	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul-Entwicklungsprogramm)
Kapitel	20 53	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtungen)
Kapitel	20 60	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Energiesparmaßnahmen)
Kapitel	20 61	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)
Kapitel	20 62	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Hannover)
Kapitel	20 63	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Braunschweig)
Kapitel	20 64	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Tierärztliche Hochschule Hannover)
Kapitel	20 65	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Clausthal)
Kapitel	20 66	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Medizinische Hochschule Hannover)
Kapitel	20 67	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Oldenburg)
Kapitel	20 68	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Osnabrück)
Kapitel	20 69	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulbaugesellschaft)
Kapitel	20 71	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel	20 75	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Kapitel	20 81	Justizministerium (Gerichte und Staatsanwaltschaften)
Kapitel	20 82	Justizministerium (Justizvollzugsanstalten)
Kapitel	20 90	Umweltministerium

B. Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

C. Sonstige Veränderungen

1. Aufgrund von Änderungen der Verwaltungsvorschriften zur Haushaltssystematik des Landes Niedersachsen ist ab Haushaltsjahr 2002 der Ausgabeansatz des Titels 519 01 bei 519 02 und 538 02 bei 547 01 veranschlagt.
2. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung werden die gemäß § 12 HBFG zu erwartenden Erstattungen des Bundes für Hochschulbaumaßnahmen ab Haushaltsjahr 2002 zentral im Einzelplan 06 veranschlagt.
3. Die Erläuterungen zu den einzelnen Buchungsstellen mussten im Hinblick auf die im neuen Haushaltswirtschaftssystem Niedersachsen (HW-Nds.) anzuwendende Software umgestellt werden. Bei der erstmaligen Umrechnung der DM-Beträge wurden die in Tsd. EUR anzugebenden Beträge grundsätzlich aufgerundet.

D. Allgemeine Erläuterungen

1. **Allgemeine Haushaltsvermerke**

   Die „Allgemeinen Haushaltsvermerke, die nicht auf einzelne Titel oder Titelgruppen beschränkt sind“, sind in den Erläuterungen bei Kapitel 20 11 Titel 729 01 ausgedruckt. Diese Erläuterungen sind durch entsprechenden Einzelvermerk gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für verbindlich erklärt.

2. **Hochschulbau**

   Der Aufbau und Ausbau von Hochschulen (einschließlich der Hochschulkliniken) ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder (Art. 91 a Abs. 1 Nr. 1 GG). Die Ausführung richtet sich nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Hochschulbauförderungsgesetz – HBFG –) vom 1. 9. 1969 (BGBl. I Seite 1556), zuletzt geändert durch § 80 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom 26. 1. 1976 (BGBl. I Seite 185 ff). Für die Erfüllung dieser Gemeinschaftsaufgabe wird entsprechend dem Zeitraum der Finanzplanung ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt, der jährlich der Entwicklung angepasst und fortgeschrieben wird (§ 5 HBFG).

3. **Gesamtkosten der großen Baumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)**

   Insgesamt ergibt sich folgender Stand:

   Gesamtkosten lt. HPl 2002/2003 = rd. 1 793,7 Mio. EUR

4. **Vorbehaltsbeträge der großen Baumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)**

   Vorbehaltsbeträge sind diejenigen Kosten, die in künftigen Haushaltsjahren noch zu veranschlagen sind, um die Maßnahmen auszufinanzieren.

   Insgesamt ergibt sich folgender Stand:

   Vorbehaltsbeträge lt. HPl 2002/2003 = rd. 509 Mio. EUR

2002

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2011	Allgemeine Hochbauangelegenheiten	—	218.000	150.000	—	368.000	—	28.667.000
2021	Niedersächsischer Landtag	—	—	—	—	—	—	—
2025	Nds. Staatskanzlei	—	—	—	—	—	—	—
2031	Nds. Innenministerium	—	—	—	—	—	—	—
2032	Nds. Innenministerium (Landespolizei)	—	—	—	—	—	—	—
2035	Nds. Finanzministerium	—	—	—	—	—	—	—
2042	Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)	—	800.000	—	—	800.000	—	—
2050	Nds. Kultusministerium	—	—	—	—	—	—	—
2052	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)	—	—	—	—	—	—	—
2053	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtg.)	—	—	—	2.034.000	2.034.000	—	—
2060	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Energiesparmaßnahmen)	—	—	—	—	—	—	—
2061	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)	—	—	—	—	—	—	—
2062	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Hannover)	—	—	—	—	—	—	—
2063	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Braunschweig)	—	—	—	—	—	—	—
2064	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Tierärztliche Hochschule Hannover)	—	—	—	—	—	—	—

Ausgaben					2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	34.268.000	—	256.000	63.191.000	-62.823.000	-41.444.301	-21.378.699	115.000.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	773.000	—	—	773.000	-773.000	-2.812.105	2.039.105	—
—	1.044.000	390.000	—	1.434.000	-1.434.000	-1.687.263	253.263	—
—	1.198.000	—	—	1.198.000	-1.198.000	-13.677.058	12.479.058	—
—	1.567.000	—	—	1.567.000	-1.567.000	-1.227.101	-339.899	—
—	4.985.000	—	—	4.985.000	-4.185.000	-2.837.671	-1.347.329	—
—	256.000	—	—	256.000	-256.000	—	-256.000	—
—	4.598.000	—	—	4.598.000	-4.598.000	-9.458.902	4.860.902	—
—	2.668.000	—	—	2.668.000	-634.000	-766.938	132.938	—
—	1.150.000	—	—	1.150.000	-1.150.000	-1.789.522	639.522	—
—	8.463.000	250.000	—	8.713.000	-8.713.000	-10.686.001	1.973.001	—
—	2.147.000	—	—	2.147.000	-2.147.000	-2.735.412	588.412	—
—	3.225.000	151.000	—	3.376.000	-3.376.000	-4.857.273	1.481.273	—
—	—	—	—	—	—	311.888	-311.888	—

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2065	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Clausthal)	—	—	—	—	—	—	—
2066	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Medizinische Hochschule Hannover)	—	—	—	—	—	—	—
2067	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Oldenburg)	—	—	—	—	—	—	—
2068	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Osnabrück)	—	—	—	—	—	—	—
2069	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulbaugesellschaft)	—	—	—	—	—	—	—
2071	Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	—	—	—	—	—	—
2075	Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	—	—	—	—	—
2081	Justizministerium	—	—	—	—	—	—	—
2082	Justizministerium	—	—	—	—	—	—	—
2090	Nds. Umweltministerium	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2002	—	1.018.000	150.000	2.034.000	3.202.000	—	28.667.000
	Summe 2001	—	222.412	104.814	25.232.254	25.559.480	—	31.463.880
	2002 mehr/weniger (-)	—	795.588	45.186	-23.198.254	-22.357.480	—	-2.796.880

gaben und Verpflichtungsermächtigungen **Epl. 20**

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2002 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2001 Überschuss Zuschuss (–)	2002 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	1.023.000	—	—	1.023.000	-1.023.000	-894.761	-128.239	—
—	12.391.000	2.050.000	—	14.441.000	-14.441.000	-15.389.886	948.886	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1.034.000	—	—	1.034.000	-1.034.000	-265.872	-768.128	—
—	323.000	—	—	323.000	-323.000	-281.211	-41.789	—
69.000	1.190.000	—	—	1.259.000	-1.259.000	-1.360.037	101.037	—
—	12.582.000	—	—	12.582.000	-12.582.000	-8.947.608	-3.634.392	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	39.045.000	—	—	39.045.000	-39.045.000	-27.686.457	-11.358.543	—
—	—	—	—	—	—	-255.646	255.646	—
69.000	133.930.000	2.841.000	256.000	165.763.000	-162.561.000	-148.749.137	-13.811.863	115.000.000
81.807	137.138.718	5.112.920	511.292	174.308.617				111.461.630
-12.807	-3.208.718	-2.271.920	-255.292	-8.545.617				3.538.370

2003

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2011	Allgemeine Hochbauangelegenheiten	—	218.000	150.000	—	368.000	—	29.882.000
2021	Niedersächsischer Landtag	—	—	—	—	—	—	—
2025	Nds. Staatskanzlei	—	—	—	—	—	—	—
2031	Nds. Innenministerium	—	—	—	—	—	—	—
2032	Nds. Innenministerium (Landespolizei)	—	—	—	—	—	—	—
2035	Nds. Finanzministerium	—	—	—	—	—	—	—
2042	Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)	—	800.000	—	—	800.000	—	—
2050	Nds. Kultusministerium	—	—	—	—	—	—	—
2052	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)	—	—	—	—	—	—	—
2053	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtg.)	—	—	—	500.000	500.000	—	—
2060	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Energiesparmaßnahmen)	—	—	—	—	—	—	—
2061	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)	—	—	—	—	—	—	—
2062	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Hannover)	—	—	—	—	—	—	—
2063	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Braunschweig)	—	—	—	—	—	—	—
2064	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Tierärztliche Hochschule Hannover)	—	—	—	—	—	—	—

Ausgaben								
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	33.989.000	—	256.000	64.127.000	-63.759.000	-62.823.000	-936.000	115.000.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1.795.000	—	—	1.795.000	-1.795.000	-773.000	-1.022.000	—
—	370.000	—	—	370.000	-370.000	-1.434.000	1.064.000	—
—	3.630.000	—	—	3.630.000	-3.630.000	-1.198.000	-2.432.000	—
—	5.333.000	—	—	5.333.000	-5.333.000	-1.567.000	-3.766.000	—
—	5.572.000	—	—	5.572.000	-4.772.000	-4.185.000	-587.000	—
—	767.000	—	—	767.000	-767.000	-256.000	-511.000	—
—	13.399.000	—	—	13.399.000	-13.399.000	-4.598.000	-8.801.000	—
—	3.824.000	—	—	3.824.000	-3.324.000	-634.000	-2.690.000	—
—	409.000	—	—	409.000	-409.000	-1.150.000	741.000	—
—	17.459.000	—	—	17.459.000	-17.459.000	-8.713.000	-8.746.000	—
—	2.925.000	—	—	2.925.000	-2.925.000	-2.147.000	-778.000	—
—	2.797.000	—	—	2.797.000	-2.797.000	-3.376.000	579.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen						
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen EUR	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen EUR	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR	4 Personalausgaben EUR	5 Sächliche Verwaltungsausgaben; Schuldendienst EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2065	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Clausthal)	—	—	—	—	—	—	—
2066	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Medizinische Hochschule Hannover)	—	—	—	—	—	—	—
2067	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Oldenburg)	—	—	—	—	—	—	—
2068	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Osnabrück)	—	—	—	—	—	—	—
2069	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulbaugesellschaft)	—	—	—	—	—	—	—
2071	Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	—	—	—	—	—	—
2075	Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	—	—	—	—	—
2081	Justizministerium	—	—	—	—	—	—	—
2082	Justizministerium	—	—	—	—	—	—	—
2090	Nds. Umweltministerium	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2003	—	1.018.000	150.000	500.000	1.668.000	—	29.882.000
	Summe 2002	—	1.018.000	150.000	2.034.000	3.202.000	—	28.667.000
	2003 mehr/weniger (-)	—	—	—	-1.534.000	-1.534.000	—	1.215.000

Ausgaben					2003 Überschuss Zuschuss (–) (Sp. 7 – Sp.14)	2002 Überschuss Zuschuss (–)	2003 Verbesserung Verschlechterung (–) (Sp.15 – Sp.16)	Verpflichtungsermächtigungen
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben				
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	1.074.000	—	—	1.074.000	-1.074.000	-1.023.000	-51.000	—
—	16.475.000	1.292.000	—	17.767.000	-17.767.000	-14.441.000	-3.326.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	3.119.000	—	—	3.119.000	-3.119.000	-1.034.000	-2.085.000	—
—	—	—	—	—	—	-323.000	323.000	—
69.000	1.334.000	—	—	1.403.000	-1.403.000	-1.259.000	-144.000	—
—	3.823.000	2.061.000	—	5.884.000	-5.884.000	-12.582.000	6.698.000	—
—	1.023.000	—	—	1.023.000	-1.023.000	—	-1.023.000	—
—	37.342.000	2.804.000	—	40.146.000	-40.146.000	-39.045.000	-1.101.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
69.000	156.459.000	6.157.000	256.000	192.823.000	-191.155.000	-162.561.000	-28.594.000	115.000.000
69.000	133.930.000	2.841.000	256.000	165.763.000				115.000.000
—	22.529.000	3.316.000	—	27.060.000				—

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2011 Allgemeine Hochbauangelegenheiten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-3	018	Rückzahlung von Überzahlungen		175.000	175.000	153.388	195
119 46-4	871	Ersatzleistungen		13.000	13.000	12.782	–1.457
119 51-0	018	Vermischte Einnahmen		25.000	25.000	51.129	13
132 02-9	018	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		5.000	5.000	5.113	0
231 01-9	871	Erstattungen von Bauunterhaltungskosten vom Bund		150.000	150.000	102.258	186
233 01-1	871	Erstattungen von Bauunterhaltungskosten von Gemeinden (GV)		—	—	2.556	—
331 01-3	131	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen gem. § 12 HBFG ** *Der MF darf nicht verwendete Erstattungen des Bundes durch Absetzen von der Einnahme verausgaben.*		—	—	22.031.567	20.277
331 02-1	131	Zuweisung des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen - Dienstgebäude der OFD		—	—	—	—
381 01-0	990	Zuführung von 05 24 - 981 03		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
519 02-0	871	Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen * *Übertragbar.*	—	28.405.000	27.190.000	26.350.961	47.080
519 04-7	871	Ersatz von Beleuchtungsanlagen mit PCB-haltigen Kondensatoren * *Übertragbar.*	—	—	—	1.278.230	516
538 01-7	018	Vergütungen Außenstehender für technische Grundsatzplanungen als Voraussetzung für die Programmierung von Hochbauten * *Übertragbar.*	—	—	—	—	—
547 01-6	018	Dienstleistungen Außenstehender * *Übertragbar.*	—	1.477.000	1.477.000	3.834.689	7.968
711 01-0	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ** *Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.*	—	18.957.000	17.407.000	15.850.048	27.618
711 02-9	871	Maßnahmen im Zusammenhang mit der erstmaligen Herrichtung von angekauften Gebäuden	—	584.000	269.000	255.646	977
711 03-7	871	Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung	—	1.457.000	1.205.000	1.022.584	197
711 04-5	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung in den Hochschulen und Universitäten	—	7.291.000	6.695.000	6.391.149	5.219
712 01-7	871	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	1.278.000	1.406.000	1.022.584	3.687
712 02-5	132	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in den Hochschulen und Universitäten	—	2.045.000	2.045.000	2.045.168	1.779
712 03-3	871	Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung	—	741.000	2.813.000	639.115	402
712 04-1	871	Durchsanierung von Gebäuden, 1. BA ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zur 5. Teilmaßnahme verbindlich.*	—	869.000	1.150.000	2.045.168	1.857
729 01-7	131	Zur Durchführung von Hochbaumaßnahmen ** *Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.*	115.000.000 115.000.000 102.258.376	—	—	—	—
729 02-5	131	Zur Durchführung von Hochschulbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
916 01-1	950	Abführung an 51 32 - 359 01	—	256.000	256.000	511.292	220

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 132 02

Verkaufserlöse im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen.

Zu Titel 331 01

Die Zuweisungen des Bundes für Hochschulbaumaßnahmen gemäß § 12 HBFG werden ab Hj. 2002 zentral im Epl. 06 veranschlagt.

Zu Titel 519 02

Unterhaltung der landeseigenen Gebäude, soweit für sie nicht besondere Buchungsstellen bestimmt sind und Unterhaltung der angemieteten oder gepachteten Gebäude und Gebäudeteile, soweit diese aufgrund rechtlicher Verpflichtungen vom Land Niedersachsen zu tragen sind.

Zu Titel 547 01

Dienstleistungen Außenstehender für die Durchführung von Arbeiten, die das Staatliche Baumanagement mangels geeigneter oder ausreichender eigener Kräfte nicht selbst erledigen kann.

Zu Titel 711 01, 711 02, 711 03 und 711 04

Veranschlagt sind die Kosten für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bis 1 000 000 EUR im Einzelfall.

Zu Titel 712 01 und 712 02

Die hier veranschlagten Mittel sind ausschließlich für die Aufstellung der Haushaltsunterlagen – Bau – und der Ausführungsunterlagen –Bau – gem. § 24 bzw. § 54 LHO der vom Staatl. Baumanagement zu planenden und durchzuführenden großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie zur Programmierung und Schaffung von Rahmenbedingungen, z. B. aller Hochschulbauten, u. a. auf dem Gebiet der Raumordnung, der Energiefragen, der Ver- und Entsorgung vorgesehen. 256 000 EUR für Wettbewerb „Neukonzeption des Plenarsaalbereichs“ des Niedersächsischen Landtages.

Zu Titel 712 03

Gesamtkosten	**12 868**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	12 868	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	7 107	Tsd. EUR
Haushalt 2002	2 813	Tsd. EUR
Haushalt 2003	741	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	2 207	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Vorlage baufachlicher Unterlagen für die Einzelmaßnahmen erfolgt nach Dringlichkeitsgesichtspunkten. Durch HU-Bau- nachgewiesen sind die Kosten für folgende Teilmaßnahmen:

– LKH Lüneburg, Asbestsanierung der Aufnahmeklinik	1 227	Tsd. EUR
– Universität Göttingen, Asbestsanierung im Zentralklinikum, UBFT-Gebäude, Archiv 8	1 678	Tsd. EUR
– MH Hannover, Radiologisches Institut K7 – Asbestentsorgung	488	Tsd. EUR
– TU Braunschweig, Sanierung untergrundverunreinigter Grundstücksflächen im Zentralbereich	1 534	Tsd. EUR
– Uni Hannover, Institut für Organische Chemie, Asbestentsorgung im Gebäude Schneiderberg 1b	1 062	Tsd. EUR
– MH Hannover, Umstellung der Kältezentrale auf umweltfreundliche Kältemittel	4 467	Tsd. EUR
– Oldenburgisches Staatstheater, Ersatz einer Hydraulikanlage und Entsorgung der PCB-haltigen Anlage	2 412	Tsd. EUR

Zu Titel 712 04

Gesamtkosten	**17 051**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	17 051	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	15 032	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 150	Tsd. EUR
Haushalt 2003	869	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Vorlage baufachlicher Unterlagen für die Einzelmaßnahmen erfolgt nach Dringlichkeitsgesichtspunkten. Durch HU-Bau- nachgewiesen sind die Kosten für folgende Teilmaßnahmen:

– JVA Hameln, Sanierung der Unterkunftshäuser	2 654	Tsd. EUR
– Braunschweig-Kolleg, Sanierung der Häuser A, B und D	3 268	Tsd. EUR
– MH Hannover, Erneuerung der Lüftungsanlagen im Rechenzentrum K4-Laborbau	1 000	Tsd. EUR
– LKH Königslutter, Fassadensanierung des ehem. Abt.- und Direktionsgebäudes	691	Tsd. EUR
– Uni Hannover, Grundinstandsetzung der Institute für Sportwissenschaften, Im Moritzwinkel	1 881	Tsd. EUR
– Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld, Grundinstandsetzung	2 130	Tsd. EUR
– Uni Göttingen, Anatomisches Institut, 1. BA, Großer Präpariersaal und Hörsaal	2 411	Tsd. EUR
– Braunschweig-Kolleg, Sanierung der Häuser C und E	3 016	Tsd. EUR

Zu Titel 729 01

1. Allgemeine Haushaltsvermerke, die nicht auf einzelne Titel oder Titelgruppen beschränkt sind:

   MF darf die zur Durchführung der im Einzelplan 20 aufgeführten Maßnahmen erforderlichen Mittel nach dem Baufortschritt in der Höhe zusätzlich in Anspruch nehmen, in der sie bei anderen Titeln oder Titelgruppen entbehrlich sind.

   Grundstückskosten für große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes, die aus dem Allgemeinen Grundstock vorfinanziert werden, sind diesem nach entsprechender Veranschlagung im Einzelplan 20 zu erstatten.

   Bei den Gruppentiteln sind die Ausgaben bis zur Höhe der nach Teil 1 bis 3 der Haushaltsunterlage – Bau – nach § 24 LHO genehmigten Unterlage nachzuweisen.

2. Zur Durchführung von Maßnahmen, die in diesem Einzelplan veranschlagt sind, dürfen Verpflichtungen zu Lasten kommender Haushaltsjahre eingegangen werden, für Einzelmaßnahmen jedoch nur bis zur Höhe der lt. Einzelnachweis noch zu veranschlagenden Ausgaben; die Summe der zu Lasten künftiger Haushaltsjahre einzugehenden Verpflichtungen ergibt sich aus dem nachstehenden Ablaufgitter.

Belastung künftiger Haushaltsjahre durch Vorbehaltsbeträge des Epl. 20

Belastung der Haushaltsjahre	Mio. EUR
Hj. 2004 und später	509

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2011 Allgemeine Hochbauangelegenheiten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Verbesserung des Klimaschutzes, Maßnahmen zur Energieeinsparung in landeseigenen Gebäuden**	(—)	(—)	(—)	(—)	(301)
711 61-4	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	248
712 61-0	871	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	52
TGr. 62/63		**Aktionsprogramm Energieeinsparung/Solaroffensive**	(—)	(767.000)	(1.278.000)	(2.556.460)	(1.733)
711 62-2	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	767.000	1.278.000	2.045.168	1.364
711 63-0	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	369
712 62-9	871	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	511.292	—
712 63-7	871	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 11					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		218.000	218.000	222.412	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		150.000	150.000	104.814	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	22.031.567	
		Summe der Einnahmen		368.000	368.000	22.358.793	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	29.882.000	28.667.000	31.463.880	
		7 Baumaßnahmen	115.000.000 115.000.000 102.258.376	33.989.000	34.268.000	31.827.922	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	256.000	256.000	511.292	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	115.000.000 115.000.000 102.258.376	64.127.000	63.191.000	63.803.094	
		Zuschuss		63.759.000	62.823.000	41.444.301	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**5 113**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	5 113	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	5 113	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62/63

Gesamtkosten	**10 226**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	10 226	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	5 020	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 278	Tsd. EUR
Haushalt 2003	767	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	3 161	Tsd. EUR

Realisierung von rentierlichen Maßnahmen zur Energieeinsparung in landeseigenen Gebäuden.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2021 Niedersächsischer Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Nds. Landtag, Sanierungs- u. Umbaumaßnahmen sowie Modernisierung des Leitungsnetzes, EDV- Verkabelung**	(—)	(—)	(—)	(—)	(29)
712 62-1	011	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	29
812 62-6	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 21					
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**8 240**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	8 240	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	8 240	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2025 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Neubau eines Dienstgebäudes für die Vertretung des Landes beim Bund in Berlin**	(—)	(—)	(—)	(2.812.105)	(9.316)
714 61-0	011	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	2.556.459	5.977
812 61-2	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	255.646	114
821 61-1	011	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	3.225
TGr. 62		**Dienstgebäude für die Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel**	(—) (—) (9.203.254)	(1.795.000)	(773.000)	(—)	(—)
714 62-9	011	Erschließungs- und Baukosten	— — 9.203.254	1.795.000	773.000	—	—
812 62-0	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 62-0	011	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 25					
		7 Baumaßnahmen	— — 9.203.254	1.795.000	773.000	2.556.459	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	255.646	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— — 9.203.254	1.795.000	773.000	2.812.105	
		Zuschuss		1.795.000	773.000	2.812.105	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**22 784**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	15 000	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 050	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	6 734	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	22 784	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**9 204**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	773	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 795	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	6 636	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 9 204 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2031 Nds. Innenministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
381 02-4	990	Zuführung von 03 26 - 981 02 * *Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.*		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Herrichten von Teilen der ehemaligen Husarenkaserne in Braunschweig als ZAST** * *Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 02.*	(—)	(—)	(—)	(—)	(10)
712 64-0	235	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	10
812 64-5	235	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Umbau und Erweiterung der Nieders. Landesfeuerwehrschule in Celle**	(—)	(370.000)	(1.434.000)	(1.687.263)	(1.223)
712 70-5	044	Erschließungs- und Baukosten	—	370.000	1.044.000	920.325	1.136
812 70-0	044	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	390.000	766.938	86
821 70-9	044	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 31					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	370.000	1.044.000	920.325	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	390.000	766.938	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	370.000	1.434.000	1.687.263	
		Zuschuss		370.000	1.434.000	1.687.263	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**4 347**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 193	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	154	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 347	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 70

Gesamtkosten	**14 853**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	12 513	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 884	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	456	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	13 039	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 444	Tsd. EUR
Haushalt 2003	370	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2032 Nds. Innenministerium (Landespolizei)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Polizeidirektion Hannover, Umbau und Erweiterung Hardenbergstraße 1, 1. BA**	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.254)
713 61-6	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	1.196
812 61-4	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	58
TGr. 62		**Polizeidirektion Hannover, Erweiterungsgebäude Am Welfenplatz 1**	(—)	(—)	(—)	(—)	(67)
713 62-4	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	67
812 62-2	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Göttingen**	(—)	(—)	(—)	(766.938)	(1.037)
713 64-0	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	383.469	365
812 64-9	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	383.469	657
821 64-8	042	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	16
TGr. 65		**Ausbau der landeseigenen Polizeiliegenschaft in Hannover, Kastanienallee 1**	(—)	(—)	(—)	(—)	(183)
713 65-9	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	183
812 65-7	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Polizei Delmenhorst, Grundsanierung, Um- und Erweiterungsbau**	(—)	(—)	(—)	(3.195.574)	(—)
713 66-7	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	3.195.574	—
812 66-5	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 66-4	042	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Polizei Göttingen, Um- und Ausbau des Gebäudes Robert-Bosch-Str.**	(—)	(1.295.000)	(1.045.000)	(1.533.876)	(—)
713 68-3	042	Erschließungs- und Baukosten	—	1.295.000	1.045.000	1.533.876	—
812 68-1	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 68-0	042	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 69		**Polizeidirektion Hannover, Umbau und Erweiterung Hardenbergstraße 1, 2.BA**	(—)	(—)	(—)	(511.292)	(—)
713 69-1	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	511.292	—
812 69-0	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Polizeidienstgebäude Buchholz i.d. Nordheide, Umbau und Erweiterung**	(—)	(1.078.000)	(—)	(—)	(—)
713 70-5	042	Erschließungs- und Baukosten	—	1.078.000	—	—	—
812 70-3	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Neubau eines Dienstgebäudes für das 1.Polizeikommissariat Osnabrück**	(—)	(1.078.000)	(—)	(—)	(—)
713 71-3	042	Erschließungs- und Baukosten	—	1.078.000	—	—	—
812 71-1	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 81		**Unterbringung der Polizeidirektion Braunschweig**	(—)	(—)	(—)	(4.601.627)	(—)
713 81-0	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	4.601.627	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**25 200**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	23 988	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 212	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	25 200	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**6 249**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	6 136	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	113	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	6 249	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**28 480**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	26 338	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 784	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	358	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	28 480	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**1 895**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	1 868	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	27	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 895	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 66

Gesamtkosten	**14 439**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	13 077	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	537	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	825	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	14 439	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 68

Gesamtkosten	**8 000**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	-—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 534	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 045	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 295	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	4 126	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 8 000 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 69

Gesamtkosten	**31 100**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	512	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	30 588	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 31 100 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 70

Gesamtkosten	**8 500**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 078	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	7 422	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 8 500 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 71

Gesamtkosten	**5 800**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 078	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	4 722	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 5 800 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 81

Gesamtkosten	**13 036**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	12 761	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	275	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 785	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	8 251	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2032 Nds. Innenministerium (Landespolizei)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
812 81-9	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 82		**Mars-la-Tour-Kaserne in Braunschweig, Umbauten und Instandsetzung**	(—)	(179.000)	(153.000)	(3.067.751)	(1.636)
713 82-9	042	Erschließungs- und Baukosten	—	179.000	153.000	3.067.751	1.622
812 82-7	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	14
		Abschluss Kapitel 20 32					
		7 Baumaßnahmen	—	3.630.000	1.198.000	13.293.589	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	383.469	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.630.000	1.198.000	13.677.058	
		Zuschuss		3.630.000	1.198.000	13.677.058	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 82

Gesamtkosten	**9 500**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	9 377	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	123	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	9 168	Tsd. EUR
Haushalt 2002	153	Tsd. EUR
Haushalt 2003	179	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2035 Nds. Finanzministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Finanzamt Bad Bentheim, Erweiterung**	(—)	(1.334.000)	(567.000)	(255.646)	(—)
715 61-0	016	Erschließungs- und Baukosten	—	1.334.000	567.000	255.646	—
812 61-5	016	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 61-4	016	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Weiterer Ausbau der I u K- Technik in der niedersächsischen Steuerverwaltung (VDV II)**	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.142)
538 63-7	016	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
711 63-0	016	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	616
712 63-7	016	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	526
TGr. 65		**Finanzamt Bad Gandersheim, Erweiterung**	(—)	(1.278.000)	(256.000)	(511.292)	(—)
715 65-2	016	Erschließungs- und Baukosten	—	1.278.000	256.000	511.292	—
812 65-8	016	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Finanzamt Verden, Herrichtung des ehemaligen Landkreisgebäudes**	(—)	(—)	(—)	(460.163)	(1.427)
715 66-0	016	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	460.163	1.048
812 66-6	016	Kosten der erstmaligen Einrichtung	—	—	—	—	379
TGr. 67		**Finanzamt Papenburg, Erweiterung**	(—)	(1.187.000)	(—)	(—)	(—)
715 67-9	016	Erschließungs- und Baukosten	—	1.187.000	—	—	—
812 67-4	016	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 67-3	016	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Finanzamt Soltau, Umbau und Erweiterung**	(—)	(1.534.000)	(744.000)	(—)	(—)
715 68-7	016	Erschließungs- und Baukosten	—	1.534.000	744.000	—	—
812 68-2	016	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 68-1	016	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 35					
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	5.333.000	1.567.000	1.227.101	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.333.000	1.567.000	1.227.101	
		Zuschuss		5.333.000	1.567.000	1.227.101	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**10 500**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstück	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	256	Tsd. EUR
Haushalt 2002	567	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 334	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	8 343	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 10 500 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**20 452**	**Tsd. EUR**
Dienstleistung Außenstehender	1 115	Tsd. EUR
Kleine Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten	8 171	Tsd. EUR
Große Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten	11 166	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	20 452	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**3 580**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	512	Tsd. EUR
Haushalt 2002	256	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 278	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 534	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 3 580 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 66

Gesamtkosten	**2 693**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	2 312	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	381	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	2 693	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 67

Gesamtkosten	**8 700**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 187	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	7 513	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 8 700 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 68

Gesamtkosten	**4 600**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 000	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 534	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	2 066	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4 600 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2042 Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-9	871	Ablieferung der kaufmännisch geführten landeseigenen Krankenhäuser zur Durchführung der Maßnahmen bei Titel 711 01 * *Vgl. K-Vermerk zu 711 01.*		800.000	800.000	—	—
381 01-2	990	Zuführung von 05 21 - 981 01		—	—	102.258	1.099
		A U S G A B E N					
711 01-2	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Landeskrankenhäuser * *Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 02.*	—	800.000	800.000	—	447
712 01-9	312	Landeskrankenhaus Wehnen, Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, 2. BA	—	256.000	1.023.000	894.761	1.507
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**LKH Wunstorf, Sanierung und Umbau Haus 6**	(—)	(1.278.000)	(767.000)	(—)	(—)
712 61-2	312	Erschließungs- und Baukosten	—	1.278.000	767.000	—	—
812 61-7	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Landeskrankenhaus Wunstorf - Sanierungsmaßnahmen, 2. BA -**	(—)	(—)	(—)	(383.469)	(1.696)
712 62-0	312	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	383.469	1.696
812 62-5	312	Kosten der erstmaligen Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		**LKH Lüneburg, Sanierung der Häuser 3, 9, 14 und 23**	(—)	(—)	(—)	(894.761)	(963)
712 63-9	312	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	894.761	963
812 63-3	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Landeskrankenhaus Lüneburg, Sanierung und Umbau der Häuser 20 und 26**	(—)	(1.534.000)	(1.534.000)	(511.292)	(—)
712 67-1	312	Erschließungs- und Baukosten	—	1.534.000	1.534.000	511.292	—
812 67-6	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Landeskrankenhaus Moringen, Anbau eines Kriseninterventionsbereichs**	(—)	(567.000)	(567.000)	(255.646)	(—)
712 68-0	312	Erschließungs- und Baukosten	—	567.000	567.000	255.646	—
812 68-4	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 69		**LKH Moringen, Beseitigung eines Brandschadens (Gebäude 5)**	(—)	(114.000)	(38.000)	(—)	(—)
712 69-8	312	Erschließungs- und Baukosten	—	114.000	38.000	—	—
812 69-2	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 70		**Landeskrankenhaus Göttingen, Sicherheitsbereich**	(—)	(256.000)	(—)	(—)	(—)
712 70-1	312	Erschließungs- und Baukosten	—	256.000	—	—	—
812 70-6	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 76		**LKH Wehnen, Umbau Gebäude 9**	(—)	(767.000)	(256.000)	(—)	(—)
712 76-0	312	Erschließungs- und Baukosten	—	767.000	256.000	—	—
812 76-5	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 712 01

Gesamtkosten	**12 144**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	12 144	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	10 865	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 023	Tsd. EUR
Haushalt 2003	256	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**8 500**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	767	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 278	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	6 455	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 8 500 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**12 243**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	12 243	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	12 243	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**6 929**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	6 786	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	143	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	6 929	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 67

Gesamtkosten	**4 945**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 834	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	111	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	512	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 534	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 534	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 365	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 68

Gesamtkosten	**2 358**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	2 260	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	98	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	256	Tsd. EUR
Haushalt 2002	567	Tsd. EUR
Haushalt 2003	567	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	968	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 69

Gesamtkosten	**1 671**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	1 578	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	93	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 333	Tsd. EUR
Haushalt 2002	38	Tsd. EUR
Haushalt 2003	114	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	186	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 70

Gesamtkosten	**6 100**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	256	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	5 844	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 6 100 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 76

Gesamtkosten	**1 500**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	256	Tsd. EUR
Haushalt 2003	767	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	477	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 1 500 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2042 Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 20 42					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		800.000	800.000	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	102.258	
		Summe der Einnahmen		800.000	800.000	102.258	
		7 Baumaßnahmen	—	5.572.000	4.985.000	2.939.929	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.572.000	4.985.000	2.939.929	
		Zuschuss		4.772.000	4.185.000	2.837.671	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2050 Nds. Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Nieders. Internatsgymnasium Esens, Neubau einer Sporthalle**	(—)	(767.000)	(256.000)	(—)	(—)
712 61-8	124	Erschließungs- und Baukosten	—	767.000	256.000	—	—
812 61-2	124	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 50					
		7 Baumaßnahmen	—	767.000	256.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	767.000	256.000	—	
		Zuschuss		767.000	256.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**1 800**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	256	Tsd. EUR
Haushalt 2003	767	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	777	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 1 800 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2052 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
331 01-8	137	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen gem. § 12 HBFG		—	—	—	3.068
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**FHS BS/WF, Standort Wolfenbüttel, Erweiterungsbau FB Maschinenbau und Werkstatt -Rpl.Nr. 5311 002-**	(—)	(511.000)	(1.150.000)	(1.661.699)	(940)
712 61-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	511.000	1.150.000	1.533.876	940
891 61-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	127.823	—
TGr. 63		**FHS Nordostniedersachsen, Erweiterung u.Umbau für FB Bauingenieurwesen in Suderburg -Rpl.Nr. 5463 001/667/002-**	(—)	(—)	(—)	(153.388)	(835)
712 63-1	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	273
891 63-3	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	153.388	562
TGr. 64		**FHS Braunschweig/Wolfenbüttel, Neubau eines Rechenzentrums in Wolfenbüttel -Rpl.Nr. 5311 186/001-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(16)
712 64-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	16
891 64-1	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		**FHS Braunschweig/Wolfenbüttel, Neubau für Wirtschaftsrecht und Informatik in Wolfenbüttel -Rpl.Nr. 5311 005-**	(—)	(1.023.000)	(—)	(—)	(—)
712 65-8	137	Erschließungs- und Baukosten	—	1.023.000	—	—	—
821 65-1	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 65-0	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		**FHS Osnabrück, Ankauf und Umbau der ehem. Frauenklinik für den FB Gesundheitswesen u. zentrale Einrichtungen -Rpl.Nr. 5500 884-**	(—)	(—)	(—)	(664.680)	(376)
712 66-6	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	511.292	102
891 66-8	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	153.388	274
TGr. 68		**FHS Braunschweig/Wolfenbüttel, Umbau der Aula und der Maschinenhalle im Hauptgebäude in Wolfenbüttel -Rpl.Nr. 5311 006-**	(—)	(818.000)	(358.000)	(—)	(—)
712 68-2	137	Erschließungs- und Baukosten	—	818.000	358.000	—	—
891 68-4	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 69		**FHS Braunschweig/Wolfenbüttel, Umbau und Erweiterung der Mensa im Hauptgebäude in Wolfenbüttel -Rpl.Nr. 5311 007-**	(—)	(767.000)	(—)	(—)	(—)
712 69-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	767.000	—	—	—
891 69-2	137	Zuschüsse für Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 70		**FHS Braunschweig/Wolfenbüttel, Neubau einer Mensa für den FB Produktions-u. Verfahrenstechnik in Wolfsburg -Rpl.Nr. 5313 007-**	(—)	(409.000)	(—)	(—)	(—)
712 70-4	137	Erschließungs- und Baukosten	—	409.000	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**4 541**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 055	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	486	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	2 880	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 150	Tsd. EUR
Haushalt 2003	511	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**16 771**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	14 119	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	2 492	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	160	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	16 771	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**5 252**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 843	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	409	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	5 252	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**10 600**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 023	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	9 577	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 10 600 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 66

Gesamtkosten	**9 281**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 909	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	665	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	3 707	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	9 281	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 68

Gesamtkosten	**3 400**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	358	Tsd. EUR
Haushalt 2003	818	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	2 224	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 3 400 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 69

Gesamtkosten	**3 800**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	767	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	3 033	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 3 800 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 70

Gesamtkosten	**3 700**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	409	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	3 291	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 3 700 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2052 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
821 70-8	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 70-6	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 71		**FHS Nordostniedersachsen, Erweiterung u.Umbau f. FB Architektur- u. Bauingenieurwesen in Buxtehude -Rpl.Nr. 5462 668/001-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(55)
712 71-2	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	55
821 71-6	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 71-4	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 73		**FHS Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Neubau für Immobilienwirtschaft und Labore in Holzminden -Rpl.Nr. 5385 001-**	(—)	(2.045.000)	(1.074.000)	(—)	(—)
712 73-9	137	Erschließungs- und Baukosten	—	2.045.000	1.074.000	—	—
891 73-0	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 74		**FHS Hi/Hol,Neubau f. Betriebswirtsch.,Holztechnik, Bibliothek, RZ, zentrale Einr. in Hi, Goschentor, -Rpl.Nr.5381 289/003/007-**	(—)	(—)	(—)	(1.022.584)	(1.113)
712 74-7	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	766.938	1.113
821 74-0	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 74-9	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	255.646	—
TGr. 75		**FHS Hi/Hol, Neubau f. zentrale Hochschulverwaltung u. sonst.zentrale Einrichtungen in Hi, Hohnsen 4, -Rpl.Nr. 5381 002-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(143)
712 75-5	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	143
891 75-7	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 76		**FHS Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Umbau Hauptgebäude mit Anbau Mensa in Holzminden -Rpl.Nr. 5385 002-**	(—)	(665.000)	(—)	(—)	(—)
712 76-3	137	Erschließungs- und Baukosten	—	665.000	—	—	—
891 76-5	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 77		**FHS OLdenburg, Erwerb, Umbau und bauliche Ergänzungen der ehem. von Hohnhorst-Kaserne in Oldenburg -Rpl.Nr. 5301 783-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(38)
712 77-1	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	38
821 77-5	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 77-3	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 78		**FHS Oldenburg, Umbau des Altbaubestandes für den FB Bauingenieurwesen -Rpl.Nr. 5301 775-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(242)
712 78-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	44
891 78-1	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	198
TGr. 79		**FHS Hannover, Ausbau des Standortes Ricklinger Stadtweg, 1.BA -Rpl.Nr. 5331 591-**	(—)	(—)	(—)	(511.292)	(469)
712 79-8	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	511.292	392
821 79-1	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 71

Gesamtkosten	**6 001 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	5 624 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	377 Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	6 001 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 73

Gesamtkosten	**10 300 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 074 Tsd. EUR
Haushalt 2003	2 045 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	7 181 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 10 300 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 74

Gesamtkosten	**15 513 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	13 234 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 738 Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	541 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	15 513 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 75

Gesamtkosten	**1 877 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	1 693 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	184 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 877 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Die Gesamtkosten haben sich von 1 820 Tsd. EUR um 57 Tsd. EUR auf 1 877 Tsd. EUR erhöht.

Zu Titelgruppe 76

Gesamtkosten	**2 600 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	665 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 935 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 2 600 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 77

Gesamtkosten	**4 756 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 062 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	218 Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	476 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 756 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 78

Gesamtkosten	**2 308 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	1 439 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	869 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	2 308 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 79

Gesamtkosten	**22 968 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	19 290 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	2 403 Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	1 275 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	22 968 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2052 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 79-0	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	77
TGr. 80		**FHS Hildesheim/Holzminden, Baumaßnahmen für den Fachbereich PMF in Göttingen -Rpl.Nr. 5382 005/006-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(67)
712 80-1	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	67
821 80-5	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 80-3	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 81		**FHS Nordostniedersachsen, Neubau für den FB Automatisierungstechnik in Lüneburg -Rpl.Nr. 5461 669-**	(—)	(128.000)	(767.000)	(1.789.522)	(748)
712 81-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	128.000	767.000	1.022.584	236
891 81-1	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	766.938	511
TGr. 82		**FHS Ostfriesland in Emden, Neubau für Elektrotechn.,Informatik, zentrale Veranstaltungsräume u.Einrichtungen-RplNr.5302778/005**	(—)	(—)	(—)	(1.763.957)	(6.248)
712 82-8	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	1.150.407	5.992
891 82-0	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	613.550	256
TGr. 83		**FHS Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven, Erweiterungsmaßnahmen und Umbau für zentrale Einrichtungen und Verwaltung**	(—)	(—)	(—)	(511.292)	(—)
712 83-6	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	511.292	—
891 83-8	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 84		**FHS Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden; Neubau einer Mensa -Rpl.Nr. 5302 003-**	(—)	(1.790.000)	(511.000)	(1.380.488)	(—)
712 84-4	137	Erschließungs- und Baukosten	—	1.790.000	511.000	1.380.488	—
891 84-6	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 86		**FHS Osnabrück, Neubau Techn.Informatik und Rechenzentrum -Rpl.Nr. 5500 008-**	(—)	(971.000)	(—)	(—)	(—)
712 86-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	971.000	—	—	—
891 86-2	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 87		**FHS Osnabrück, Umbau Gebäudekomplex 28/38 für Technische Informatik -Rpl.Nr. 5500 009-**	(—)	(256.000)	(—)	(—)	(—)
712 87-9	137	Erschließungs- und Baukosten	—	256.000	—	—	—
891 87-0	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 88		**FHS Osnabrück, Neubau eines Hörsaal- und Seminargebäudes -Rpl.Nr. 5500 010-**	(—)	(3.556.000)	(738.000)	(—)	(—)
712 88-7	137	Erschließungs- und Baukosten	—	3.556.000	738.000	—	—
891 88-9	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 89		**FHS Osnabrück, Umbau Gebäudekomplex 4,5 und 6 für Kunststoff- und Schweißtechnik -Rpl.Nr. 5500 011-**	(—)	(460.000)	(—)	(—)	(—)
712 89-5	137	Erschließungs- und Baukosten	—	460.000	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 81

Gesamtkosten	**25 830 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	22 697 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	3 133 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	24 935 Tsd. EUR
Haushalt 2002	767 Tsd. EUR
Haushalt 2003	128 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 82

Gesamtkosten	**21 764 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	19 469 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	2 295 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	21 764 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 83

Die Maßnahme wird nicht mehr durchgeführt.

Zu Titelgruppe 84

Gesamtkosten	**6 597 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	6 355 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	242 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 381 Tsd. EUR
Haushalt 2002	511 Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 790 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	2 915 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 86

Gesamtkosten	**7 500 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	971 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	6 529 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 7 500 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 87

Gesamtkosten	**2 600 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	256 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	2 344 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 2 600 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 88

Gesamtkosten	**17 400 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	738 Tsd. EUR
Haushalt 2003	3 556 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	13 106 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 17 400 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 89

Gesamtkosten	**4 600 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	460 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	4 140 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4 600 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2052 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 89-7	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 90		**FHS Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven, Erweiterung u. Umbau der Mensa in Wilhelmshaven, -Rpl.Nr. 5303 007-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
712 90-9	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
891 90-0	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 52					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	13.399.000	4.598.000	7.388.169	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	2.070.733	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	13.399.000	4.598.000	9.458.902	
		Zuschuss		13.399.000	4.598.000	9.458.902	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 90

Gesamtkosten	**4 100**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	4 100	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4 100 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2053 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtg.)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
333 62-6	181	Zuweisung der Stadt Braunschweig zu den Kosten der Sanierungsmaßnahmen für das Staatstheater Braunschweig - Großes Haus -		500.000	500.000	—	—
333 64-2	181	Zuweisung der Stadt Braunschweig zu den Kosten des Staatstheaters Braunschweig, Kleines Haus		—	—	—	—
381 02-7	990	Zuführung von 0661-98162 für Staatstheater Oldenburg		—	—	—	134
		Titelgruppe(n)					
TGr. 67		**Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel**		(—)	(1.534.000)	(1.533.876)	(—)
341 67-0	162	Beiträge von der Gesellschaft der Freunde der Herzog August Bibliothek		—	767.000	766.938	—
381 67-1	990	Zuführung von Kap. 06 09 (VW-Vorab) für den Lesesaalanbau		—	767.000	766.938	—
		A U S G A B E N					
712 02-3	183	Staatstheater Braunschweig, Großes Haus Anpassung der Bühnentechnik an geltende Sicherheitsnormen	—	1.500.000	1.500.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Staatstheater Braunschweig, Sanierung Großes Haus**	(—)	(—)	(—)	(—)	(22)
714 62-0	181	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	22
812 62-1	181	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Nieders. Landesmuseum Hannover, Sanierungsmaßnahmen**	(—)	(523.000)	(517.000)	(511.292)	(—)
712 63-5	183	Erschließungs- und Baukosten	—	523.000	517.000	511.292	—
812 63-0	183	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Staatstheater Braunschweig, Kleines Haus**	(—)	(—)	(—)	(—)	(32)
712 64-3	181	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	32
812 64-8	181	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 64-7	181	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Grundinstandsetzung des Haupt-gebäudes des Nds. Landesmuseums in Hannover**	(—)	(—)	(—)	(255.646)	(391)
712 65-1	183	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	255.646	391
812 65-6	183	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, Lesesaalanbau**	(—)	(767.000)	(128.000)	(1.533.876)	(—)
712 67-8	162	Erschließungs- und Baukosten	—	767.000	128.000	1.533.876	—
812 67-2	162	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Herzog-Anton-Ulrich-Museum, Braunschweig-Anbau und Sanierung des Hauptgebäudes**	(—)	(1.034.000)	(523.000)	(—)	(—)
712 68-6	183	Erschließungs- und Baukosten	—	1.034.000	523.000	—	—
812 68-0	183	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 712 02

Gesamtkosten	**3 861 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 861 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 500 Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 500 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	861 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**20 043 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	19 316 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	727 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	20 043 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**5 070 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 653 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	417 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	512 Tsd. EUR
Haushalt 2002	517 Tsd. EUR
Haushalt 2003	523 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	3 518 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**23 576 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	22 009 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 226 Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	341 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	23 576 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**7 844 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	7 844 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	7 844 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 67

Gesamtkosten	**3 100 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 534 Tsd. EUR
Haushalt 2002	128 Tsd. EUR
Haushalt 2003	767 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	671 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 3 100 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 68

Gesamtkosten	**22 200 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	523 Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 034 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	20 643 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 22 200 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2053 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtg.)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 86		**Landesmuseum für Kunst- u. Kulturgeschichte Oldenburg, Umbau und Sanierung**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
712 86-4	183	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 86-9	183	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 53					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		500.000	2.034.000	1.533.876	
		Summe der Einnahmen		500.000	2.034.000	1.533.876	
		7 Baumaßnahmen	—	3.824.000	2.668.000	2.300.814	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.824.000	2.668.000	2.300.814	
		Zuschuss		3.324.000	634.000	766.938	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 86

Gesamtkosten	**12 838**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	10 995	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 843	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	12 838	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2060 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Energiesparmaßnahmen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
713 01-3	131	Energiesparmaßnahmen in den Universitäten und Hochschulen	—	409.000	767.000	1.789.522	854
713 02-1	131	Energiesparmaßnahmen in den Universitäten und Hochschulen, 2. BA	—	—	383.000	—	402
		Abschluss Kapitel 20 60					
		7 Baumaßnahmen	—	409.000	1.150.000	1.789.522	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	409.000	1.150.000	1.789.522	
		Zuschuss		409.000	1.150.000	1.789.522	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 713 01

Gesamtkosten	**16 520**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	16 520	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	14 935	Tsd. EUR
Haushalt 2002	767	Tsd. EUR
Haushalt 2003	409	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	409	Tsd. EUR

Durch HU – Bau – nachgewiesen sind die Kosten für folgende Teilmaßnahmen:

– TU Braunschweig, Energiemaßnahmen in verschiedenen Gebäuden	1 532	Tsd. EUR
– Uni Göttingen, Umbaumaßnahmen am Heizwerk zur Reduzierung von Schadstoffimmissionen	4 477	Tsd. EUR
– Uni Göttingen, 2. Maßnahmengruppe – Klinikum-UBFT –	10 511	Tsd. EUR

Zu Titel 713 02

Gesamtkosten	**15 351**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	15 351	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	14 968	Tsd. EUR
Haushalt 2002	383	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Durch HU –Bau – nachgewiesen sind die Kosten für folgende Teilmaßnahmen:

– TU Clausthal, Sanierung des Heiznetzes	4 777	Tsd. EUR
– Uni Hannover, Stilllegung des Heizkraftwerkes und Anschluss an die Fernwärme mit Umschlussarbeiten	5 203	Tsd. EUR
– MH Hannover, Zentrales Tierlabor, Optimierung der RLT-Anlagen, 1. BA	2 327	Tsd. EUR
– MH Hannover, Theoretische Institute II, Optimierung der RLT-Anlagen, 1. BA	3 044	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2061 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
713 01-7	131	Brandschutzmaßnahmen im Klinikum, 3.BA -Rpl.Nr. 1039 006-	—	614.000	614.000	511.292	4
713 02-5	131	Gesamtstrukturplanung für das Nordgebiet -Rpl.Nr. 1031 063-	—	153.000	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Pilotprojekt zur Brandschutz- und Asbestsanierung der Bettenhäuser in den Unikliniken -Rpl.Nr. 1039 028-**	(—)	(205.000)	(767.000)	(1.840.651)	(298)
712 61-4	131	Erschließungs- und Baukosten	—	205.000	600.000	1.840.651	298
891 61-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	167.000	—	—
TGr. 62		**Zentrale Leittechnik Nordgebiet -Rpl.Nr. 1031 007-**	(—)	(—)	(—)	(511.292)	(—)
713 62-9	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	511.292	—
891 62-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Neubau für den Fachbereich Physik, 2.BA -Rpl.Nr. 1031 010-**	(—)	(8.669.000)	(1.197.000)	(—)	(—)
713 63-7	131	Erschließungs- und Baukosten	—	8.669.000	1.197.000	—	—
891 63-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Neubau für die Teilbibliothek Naturwissenschaften -Rpl.Nr. 1031 011-**	(—)	(1.659.000)	(—)	(—)	(—)
713 64-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.659.000	—	—	—
891 64-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Brandschutzmaßnahmen einschl. Asbestsanierung im Zentralklinikum, UBFT-Gebäude, 4.BA -Rpl.Nr. 1039 024-**	(—)	(895.000)	(895.000)	(511.292)	(—)
713 65-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	895.000	895.000	511.292	—
891 65-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Umbau der Tiefgarage in der SUB, 1.BA -Rpl.Nr. 1031 005-**	(—)	(767.000)	(2.556.000)	(2.556.459)	(—)
712 66-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	767.000	2.556.000	2.556.459	—
891 66-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 67		**Neubau der Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen -Rpl.Nr. 1030 319-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(–13)
713 67-0	162	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	–13
821 67-7	162	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 67-5	162	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 68		**Verlagerung des Sprachlabors -Rpl.Nr. 1031 014-**	(—)	(256.000)	(—)	(613.550)	(—)
712 68-1	131	Erschließungs- und Baukosten	—	256.000	—	613.550	—
891 68-3	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 713 01

Gesamtkosten	**2 836 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	2 836 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	695 Tsd. EUR
Haushalt 2002	614 Tsd. EUR
Haushalt 2003	614 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	913 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**3 737 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 330 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	407 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	2 932 Tsd. EUR
Haushalt 2002	600 Tsd. EUR
Haushalt 2003	205 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**6 000 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	512 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	5 488 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 6 000 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**41 700 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 197 Tsd. EUR
Haushalt 2003	8 669 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	31 834 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 41 700 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**15 000 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 659 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	13 341 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 15 000 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**4 083 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 083 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	599 Tsd. EUR
Haushalt 2002	895 Tsd. EUR
Haushalt 2003	895 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 694 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 66

Gesamtkosten	**3 687 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 687 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	2 556 Tsd. EUR
Haushalt 2003	767 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	364 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 67

Gesamtkosten	**75 033 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	72 577 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	2 456 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	75 033 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 68

Gesamtkosten	**4 725 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 495 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	230 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	614 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	256 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	3 855 Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2061 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		**Sanierung der alten SUB, 2.BA -Rpl.Nr. 1031 062-**	(—)	(1.676.000)	(—)	(—)	(—)
713 71-8	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.676.000	—	—	—
891 71-3	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Umbau Psychiatrie, 2. BA -Rpl.Nr. 1030 384-**	(—)	(128.000)	(383.000)	(511.292)	(648)
712 72-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	128.000	300.000	511.292	648
891 72-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	83.000	—	—
TGr. 75		**Erweiterung und Herrichtung des Institutsgebäudes für Ethnologie -Rpl.Nr. 1031 064-**	(—)	(307.000)	(—)	(—)	(—)
713 75-0	131	Erschließungs und Baukosten	—	307.000	—	—	—
891 75-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 77		**Schaffung von Parkplätzen, 2. BA -Rpl.Nr. 1030 905-**	(—)	(256.000)	(639.000)	(1.073.713)	(992)
713 77-7	131	Erschließung- und Baukosten	—	256.000	639.000	1.073.713	992
891 77-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 78		**Brandschutz- und Asbestsanierung in den Pflegegebäuden 1 und 2, 2. u. 3. BA -Rpl.Nr. 1039 030-**	(—)	(1.363.000)	(—)	(—)	(—)
713 78-5	132	Erschließungs- und Baukosten	—	1.363.000	—	—	—
891 78-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 79		**Brandschutzmaßnahmen im Klinikum, 1.BA -Rpl.Nr. 1030 038-**	(—)	(383.000)	(895.000)	(1.533.876)	(441)
713 79-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	383.000	895.000	1.533.876	441
891 79-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 85		**Uni Göttingen, Um- und Ausbau des Sammellagers für radioaktive Stoffe etc. -Rpl.Nr. 1030 060-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(250)
713 85-8	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	226
891 85-3	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	24
TGr. 88		**Uni Göttingen, Verbesserung des baulichen Brandschutzes, UBFT, -Rpl.Nr. 1030 010-**	(—)	(128.000)	(767.000)	(1.022.584)	(755)
713 88-2	131	Erschließungs- und Baukosten	—	128.000	767.000	1.022.584	755
891 88-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 61					
		7 Baumaßnahmen	—	17.459.000	8.463.000	10.686.001	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	250.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	17.459.000	8.713.000	10.686.001	
		Zuschuss		17.459.000	8.713.000	10.686.001	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 71

Gesamtkosten	**11 468 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	10 624 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	844 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 676 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	9 792 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 72

Gesamtkosten	**13 675 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	11 950 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 725 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	13 247 Tsd. EUR
Haushalt 2002	300 Tsd. EUR
Haushalt 2003	128 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 75

Gesamtkosten	**4 500 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	307 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	4 193 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4 500 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 77

Gesamtkosten	**7 395 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	7 395 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	6 500 Tsd. EUR
Haushalt 2002	639 Tsd. EUR
Haushalt 2003	256 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 78

Gesamtkosten	**20 500 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 363 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	19 137 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 20 500 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 79

Gesamtkosten	**9 810 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	9 810 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	8 532 Tsd. EUR
Haushalt 2002	895 Tsd. EUR
Haushalt 2003	383 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 85

Gesamtkosten	**4 075 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 896 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	179 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 075 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 88

Gesamtkosten	**10 331 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	10 331 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	9 436 Tsd. EUR
Haushalt 2002	767 Tsd. EUR
Haushalt 2003	128 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2062 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Hannover)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
891 13-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für den Erwerb von landeseigenen Fernmeldeanlagen -Rpl.Nr. 1450 577-	—	—	—	383.469	405
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		**Altbaubereich der Chemie, Sanierung der Grundpraktika im Gebäude 2505 -Rpl.Nr. 1450 009-**	(—)	(—)	(—)	(1.585.005)	(3.349)
713 64-9	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	1.533.876	3.251
891 64-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	51.129	99
TGr. 65		**Herrichtung des Gebäudes Herrenhäuser Str.8 für Architektur -Rpl.Nr. 1450 027-**	(—)	(1.647.000)	(869.000)	(—)	(—)
713 65-7	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.647.000	869.000	—	—
891 65-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Grundinstandsetzung Gebäude Appelstraße 9A -Rpl.Nr. 1450 024-**	(—)	(1.278.000)	(1.278.000)	(766.938)	(—)
713 66-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.278.000	1.278.000	766.938	—
891 66-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 62					
		7 Baumaßnahmen	—	2.925.000	2.147.000	2.300.814	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	434.598	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.925.000	2.147.000	2.735.412	
		Zuschuss		2.925.000	2.147.000	2.735.412	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 891 13

Gesamtkosten	**5 037 Tsd. EUR**
Zuschüsse an Landesbetriebe	5 037 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	5 037 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**4 530 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 427 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	103 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 530 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**8 700 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	8 290 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	410 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	869 Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 647 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	6 184 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 66

Gesamtkosten	**6 568 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	6 568 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 278 Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 278 Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 278 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	2 734 Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2063 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Braunschweig)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
713 01-4	131	Brandschutz und Sanierung technischer Anlagen im Pharmaziegebäude Beethovenstr.55, 2.BA -Rpl.Nr. 1430 004-	—	—	—	766.938	1.432
713 02-2	131	Brandschutz und Maßnahmen zur allgemeinen Gefahrenabwehr im Gebäude Schleinitzstr. 22 -Rpl.Nr. 1430 022-	—	—	383.000	1.022.584	1.303
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**TU Braunschweig, Bibliothek -Rpl.Nr. 1430 105-**	(—)	(—)	(128.000)	(—)	(409)
713 61-8	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	128.000	—	408
891 61-3	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	1
TGr. 62		**TU Braunschweig, Sanierung der Hauptmensa, Katharinenstr., -Rpl.Nr. 1430 263-**	(—)	(485.000)	(2.301.000)	(3.067.751)	(3.188)
713 62-6	131	Erschließungs- und Baukosten	—	485.000	2.150.000	3.067.751	3.188
891 62-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	151.000	—	—
TGr. 63		**TU Braunschweig, Umbau Gebäudekomplex 1328/29 -Rpl.Nr. 1430 028-**	(—)	(511.000)	(256.000)	(—)	(—)
713 63-4	131	Erschließungs- und Baukosten	—	511.000	256.000	—	—
891 63-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		**TU Braunschweig, Neubau Bibliothek -Rpl.Nr. 1430 029-**	(—)	(1.034.000)	(—)	(—)	(—)
713 64-2	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.034.000	—	—	—
891 64-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		**TU Braunschweig, Neubauteil Gebäudekomplex 1328/29 -Rpl.Nr. 1430 032-**	(—)	(767.000)	(308.000)	(—)	(—)
713 65-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	767.000	308.000	—	—
891 65-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 63					
		7 Baumaßnahmen	—	2.797.000	3.225.000	4.857.273	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	151.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.797.000	3.376.000	4.857.273	
		Zuschuss		2.797.000	3.376.000	4.857.273	

Zu Titel 713 01

Gesamtkosten	**4 471 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 471 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 471 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titel 713 02

Gesamtkosten	**4 775 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 775 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 392 Tsd. EUR
Haushalt 2002	383 Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**13 872 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	13 123 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	456 Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	293 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	13 744 Tsd. EUR
Haushalt 2002	128 Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**11 021 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	10 502 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	519 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	8 235 Tsd. EUR
Haushalt 2002	2 301 Tsd. EUR
Haushalt 2003	485 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Die Gesamtkosten haben sich von 10 842 Tsd. EUR um 179 Tsd. EUR auf 11 021 Tsd. EUR erhöht.

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**2 500 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	256 Tsd. EUR
Haushalt 2003	511 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 733 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 2 500 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**16 000 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 534 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	14 466 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 16 000 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**2 900 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	308 Tsd. EUR
Haushalt 2003	767 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 825 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 2 900 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2064 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Tierärztliche Hochschule Hannover)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
356 62-2	950	Entnahme aus dem Grundstock (Agrarstrukturfonds) zur Durchführung der Maßnahme in TGr. 62		—	—	311.888	1.432
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Lehr- und Forschungsgut Ruthe, Errichtung eines Geflügelforschungs- und Ausbildungszentrums sowie Neubau eines Milchviehstalls**	(—)	(—)	(—)	(—)	(2.274)
712 62-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	1.787
891 62-5	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	487
		Abschluss Kapitel 20 64					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	311.888	
		Summe der Einnahmen		—	—	311.888	
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	
		Überschuss				311.888	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**6 668**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	5 938	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	730	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	6 668	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten haben sich von 6 499 Tsd. EUR um 169 Tsd. EUR auf 6 668 Tsd. EUR erhöht.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2065 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Clausthal)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**TU Clausthal, Zentrales Chemikalien- und Abfalllager -Rpl.Nr. 1440 224-**	(—)	(—)	(—)	(383.469)	(867)
713 61-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	383.469	867
891 61-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Erschließung des Feldgrabengebietes zur Versorgung von Institutsneubauten, 2. BA -Rpl.Nr. 1440 209-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
713 62-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
891 62-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Gebäude der Organischen Chemie, Asbestentsorgung und Sicherheitsmaßnahmen -Rpl.Nr. 1440 005-**	(—)	(1.023.000)	(1.023.000)	(511.292)	(—)
713 63-1	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.023.000	1.023.000	511.292	—
891 63-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Nachnutzung IfE durch Anorganische Chemie und Kristallograhpie -Rpl.Nr. 1440 -**	(—)	(51.000)	(—)	(—)	(—)
713 64-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	51.000	—	—	—
891 64-5	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 65					
		7 Baumaßnahmen	—	1.074.000	1.023.000	894.761	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.074.000	1.023.000	894.761	
		Zuschuss		1.074.000	1.023.000	894.761	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**5 589**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	5 159	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	430	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	5 589	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**3 917**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 917	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	3 917	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**3 145**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 145	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	512	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 023	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 023	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	587	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**1 800**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	51	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 749	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 1 800 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2066 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Medizinische Hochschule Hannover)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
342 01-7	132	Zuschüsse der Deutschen Krebshilfe für die Baumaßnahme in TGr. 67		—	—	—	2.914
		A U S G A B E N					
712 04-3	132	Ersatz und Verbesserung der RLT-Anlagen -Rpl.Nr. 1730 004/503, 1739 534/022-	—	256.000	1.023.000	—	38
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Neubau einer Abfallzentrale -Rpl.Nr. 1730 504-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(8)
713 62-7	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	8
891 62-2	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Umbau und Erweiterung der Intensivpflege, 1.BA -Rpl.Nr. 1730 505-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(411)
713 63-5	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	411
891 63-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Umbau und Erweiterung des zentralen Tierlabors -Rpl.Nr. 1739 037-**	(—)	(1.278.000)	(—)	(—)	(—)
713 64-3	132	Erschließungs- und Baukosten	—	1.278.000	—	—	—
891 64-9	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Medizinische Hochschule Hannover, Sanierung und Modernisierung der Sterilisationszentrale, -Rpl.Nr. 1730 013-**	(—)	(—)	(—)	(51.129)	(160)
713 65-1	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	51.129	160
891 65-7	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		**Anbau für die Zentralküche und Umbau freiwerdender Flächen -Rpl.Nr. 1739 030-**	(—)	(3.579.000)	(3.835.000)	(3.834.689)	(2.722)
713 66-0	132	Erschließungs- und Baukosten	—	3.400.000	3.000.000	3.834.689	2.620
891 66-5	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	179.000	835.000	—	102
TGr. 67		**Neubau einer Erwachsenen - Infektionsstation, Zentrales Patientenaktenarchiv -Rpl.Nr. 1730 020-**	(—)	(—)	(869.000)	(4.601.627)	(8.974)
713 67-8	132	Erschließung- und Baukosten	—	—	767.000	4.090.335	6.833
891 67-3	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	102.000	511.292	2.141
TGr. 68		**Umbau und Erweiterung der Intensivpflege, 2.BA -Rpl.Nr. 1739 071-**	(—)	(2.045.000)	(1.789.000)	(—)	(—)
713 68-6	132	Erschließungs- und Baukosten	—	2.045.000	1.789.000	—	—
891 68-1	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 69		**MH Hannover, Umbau des OP-Bereichs im UBF-Bau, 1.BA, -Rpl.Nr. 1730 014-**	(—)	(5.113.000)	(5.113.000)	(5.112.919)	(4.158)
713 69-4	132	Erschließungs- und Baukosten	—	4.000.000	4.000.000	5.112.919	1.601

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 712 04

Gesamtkosten	**8 463 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	8 463 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	7 184 Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 023 Tsd. EUR
Haushalt 2003	256 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**2 196 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	2 194 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	2 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	2 196 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**34 952 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	31 810 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	3 142 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	34 952 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**5 100 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 278 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	3 822 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 5 100 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**4 052 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 668 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	384 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 052 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 66

Gesamtkosten	**20 197 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	18 663 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 534 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	11 249 Tsd. EUR
Haushalt 2002	3 835 Tsd. EUR
Haushalt 2003	3 579 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 534 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 67

Gesamtkosten	**18 768 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	16 288 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	2 480 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	18 001 Tsd. EUR
Haushalt 2002	767 Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 68

Gesamtkosten	**30 183 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	22 871 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	7 312 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	576 Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 789 Tsd. EUR
Haushalt 2003	2 045 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	25 773 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 69

Gesamtkosten	**26 157 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	17 209 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	8 948 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	9 898 Tsd. EUR
Haushalt 2002	5 113 Tsd. EUR
Haushalt 2003	5 113 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	6 033 Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2066 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Medizinische Hochschule Hannover)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
891 69-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	1.113.000	1.113.000	—	2.556
TGr. 70		**Optimierung der Heizregelung und RLT- Anlagen im Zentralen Tierlabor, 2.BA -Rpl.Nr. 1739 017-**	(—)	(895.000)	(1.534.000)	(511.292)	(—)
713 70-8	132	Erschließungs- und Baukosten	—	895.000	1.534.000	511.292	—
891 70-3	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 71		**Sanierung der RLT-Anlagen in den Laboren (Ebene 1-3), UBF Bau, 2.BA**	(—)	(—)	(—)	(511.292)	(—)
713 71-6	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	511.292	—
891 71-1	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Umbau des Zentralen OP-Bereichs im UBF-Bau, 2.BA, -Rpl.Nr. 1739 032-**	(—)	(4.090.000)	(278.000)	(255.646)	(—)
713 72-4	132	Erschließungs- und Baukosten	—	4.090.000	278.000	255.646	—
891 72-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Optimierung der Heizungsregelung und RLT-Anlagen in der Nuklearmedizin**	(—)	(—)	(—)	(511.292)	(—)
713 73-2	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	511.292	—
891 73-8	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 74		**Theoretische Institute, Sanierung des Gebäudes I3, -Rpl.Nr. 1730 038-**	(—)	(511.000)	(—)	(—)	(—)
713 74-0	132	Erschließungs- und Baukosten	—	511.000	—	—	—
891 74-6	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 66					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Baumaßnahmen	—	16.475.000	12.391.000	14.878.594	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.292.000	2.050.000	511.292	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	17.767.000	14.441.000	15.389.886	
		Zuschuss		17.767.000	14.441.000	15.389.886	

Zu Titelgruppe 70

Gesamtkosten	**2 824 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	2 824 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	512 Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 534 Tsd. EUR
Haushalt 2003	778 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 71

Die Maßnahme wird bei Titel 712 04 durchgeführt.

Zu Titelgruppe 72

Gesamtkosten	**12 119 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	9 409 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	2 710 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	256 Tsd. EUR
Haushalt 2002	278 Tsd. EUR
Haushalt 2003	4 090 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	7 495 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 73

Die Maßnahme wird bei Titel 712 04 durchgeführt.

Zu Titelgruppe 74

Gesamtkosten	**27 000 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	511 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	26 489 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 27 000 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2067 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Oldenburg)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Umbaumaßnahmen im Verfügungszentrum und Herrichtung der ehem. PH-Gebäude -Rpl.Nr. 0520 751-**	(—)	(—)	(—)	(—)	(52)
712 61-6	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	52
891 61-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 67					
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**8 649**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	8 035	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	614	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	8 649	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2068 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Osnabrück)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		**Umbau Verfügungszentrum -Rpl.Nr. 0530 879/882-**	(—)	(—)	(—)	(265.872)	(258)
713 62-4	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	265.872	258
891 62-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		**Umbau Gebäudekomplex 29 und 39 für Umweltsystemforschung -Rpl.Nr. 0530 010-**	(—)	(511.000)	(205.000)	(—)	(—)
713 63-2	131	Erschließungs- und Baukosten	—	511.000	205.000	—	—
891 63-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Erweiterungsbau für den Fachbereich Biologie -Rpl.Nr. 0530 011-**	(—)	(2.301.000)	(829.000)	(—)	(—)
713 64-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	2.301.000	829.000	—	—
891 64-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Unbau Gebäude 26 zu Hörsälen und Seminarräumen -Rpl.Nr. 0530 012-**	(—)	(307.000)	(—)	(—)	(—)
713 65-9	131	Erschließungs- und Baukosten	—	307.000	—	—	—
891 65-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 68					
		7 Baumaßnahmen	—	3.119.000	1.034.000	265.872	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.119.000	1.034.000	265.872	
		Zuschuss		3.119.000	1.034.000	265.872	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**7 842**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	7 330	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	512	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	7 842	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**1 900**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	205	Tsd. EUR
Haushalt 2003	511	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 184	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 1 900 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**13 400**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	829	Tsd. EUR
Haushalt 2003	2 301	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	10 270	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 13 400 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**3 100**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	307	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	2 793	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 3 100 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2069 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulbaugesellschaft)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-3	131	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
331 01-6	131	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen gem. § 12 HBFG		—	—	230.081	—
342 01-8	131	Zuweisungen der NFG zu staatlichen Baumaßnahmen gem. HBFG		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Abwicklung der von der HBG begonnenen Maßnahmen des Hochschulbaus**	(—)	(—)	(323.000)	(511.292)	(—)
712 61-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	323.000	511.292	—
821 61-7	131	Kosten der Baugrundstücke	—	—	—	—	—
891 61-5	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 69					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		—	—	—	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	230.081	
		Summe der Einnahmen		—	—	230.081	
		7 Baumaßnahmen	—	—	323.000	511.292	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	323.000	511.292	
		Zuschuss			323.000	281.211	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**87 701**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten der Baugrundstücke	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	87 378	Tsd. EUR
Haushalt 2002	323	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2071 Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
631 01-3	871	Erstattung von Kosten für Unterhaltungs-aufwand des Bundes im gemeinsamen Dienst-gebäude der BGR und des NLFB	—	69.000	69.000	81.807	77
711 01-7	711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Straßenbauverwaltung	—	—	—	766.938	—
881 01-0	169	Zuweisungen an den Bund für Baumaßnahmen im gemeinsamen Dienstgebäude BGR und NLfB	—	—	—	—	560
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**SM-Gehöft Nordenham, Neubau**	(—)	(1.334.000)	(1.190.000)	(511.292)	(—)
712 61-7	711	Erschließungs- und Baukosten	—	1.334.000	1.190.000	511.292	—
812 61-1	711	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 61-0	711	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 71					
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	69.000	69.000	81.807	
		7 Baumaßnahmen	—	1.334.000	1.190.000	1.278.230	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.403.000	1.259.000	1.360.037	
		Zuschuss		1.403.000	1.259.000	1.360.037	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**4 400**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	512	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 190	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 334	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 364	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4 400 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2075 Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
356 01-7	950	Entnahme aus dem Grundstock (Agrarstrukturfonds) für die Maßnahme in TGr. 61		—	—	1.022.584	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Staatliches Lebensmitteluntersuchungsamt Braunschweig, Umbau des ehemaligen Dienstgebäudes des Medizinaluntersuchungsamtes**	(—)	(823.000)	(1.334.000)	(1.022.584)	(—)
712 61-1	511	Erschließungs- und Baukosten	—	823.000	1.334.000	1.022.584	—
812 61-6	511	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		**Lebensmitteluntersuchungsamt Oldenburg, Neubau**	(—)	(5.061.000)	(11.248.000)	(8.947.608)	(486)
716 62-5	511	Erschließungs- und Baukosten	—	3.000.000	11.248.000	8.947.608	—
812 62-4	511	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	2.061.000	—	—	—
821 62-3	511	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	486
		Abschluss Kapitel 20 75					
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		—	—	1.022.584	
		Summe der Einnahmen		—	—	1.022.584	
		7 Baumaßnahmen	—	3.823.000	12.582.000	9.970.192	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.061.000	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.884.000	12.582.000	9.970.192	
		Zuschuss		5.884.000	12.582.000	8.947.608	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**3 100**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung		
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 023	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 334	Tsd. EUR
Haushalt 2003	743	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 3 100 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**26 098**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	22 838	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	2 764	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	496	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	11 084	Tsd. EUR
Haushalt 2002	11 248	Tsd. EUR
Haushalt 2003	3 766	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2081 Justizministerium (Gerichte und Staatsanwaltschaften)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**Amtsgericht Winsen/Luhe, Herrichtung und Umbau für das Grundbuchamt**	(—)	(1.023.000)	(—)	(—)	(—)
712 61-0	052	Erschließungs- und Baukosten	—	1.023.000	—	—	—
812 61-4	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Amtsgericht Gifhorn, Umbau und Erweiterung**	(—)	(—)	(—)	(—)	(111)
712 65-2	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	90
812 65-7	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	21
TGr. 72		**Dienstgebäude für die Justizbehörden in Braunschweig, Eiermarkt- Amtsgericht**	(—)	(—)	(—)	(—)	(34)
712 72-5	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	27
812 72-0	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	6
821 72-9	052	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Umbau und Erweiterung des Amts- und des Landgerichtsgebäudes in Göttingen**	(—)	(—)	(—)	(—)	(171)
712 73-3	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	133
812 73-8	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	38
		Abschluss Kapitel 20 81					
		7 Baumaßnahmen	—	1.023.000	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.023.000	—	—	
		Zuschuss		1.023.000			

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**6 000**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 023	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	4 977	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 6 000 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**6 649**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	6 316	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	333	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	6 649	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 72

Gesamtkosten	**41 251**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	37 800	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 541	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	1 910	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	41 251	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 73

Gesamtkosten	**20 787**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	19 719	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	1 068	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	20 787	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2082 Justizministerium (Justizvollzugsanstalten)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		**JVA Celle I, Sanierung Hauptgebäude**	(—)	(—)	(—)	(—)	(68)
714 61-6	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	27
812 61-8	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	41
TGr. 62		**Jugendanstalt Hameln, Sicherungsmaßnahmen**	(—)	(—)	(—)	(—)	(11)
714 62-4	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	11
812 62-6	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		**JVA Celle, Sicherungsmaßnahmen**	(—)	(3.364.000)	(6.135.000)	(3.783.560)	(2.723)
714 63-2	056	Erschließungs- und Baukosten	—	3.000.000	6.135.000	3.579.043	2.723
812 63-4	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	364.000	—	204.517	—
821 63-3	056	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 64		**Jugendanstalt Hameln, Schaffung zusätzlicher Haftplätze**	(—)	(—)	(—)	(—)	(202)
714 64-0	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	202
812 64-2	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		**Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Oldenburg**	(—)	(—)	(—)	(4.320.416)	(22.353)
714 65-9	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	3.834.689	19.946
812 65-0	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	485.727	2.357
821 65-0	056	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	50
TGr. 66		**JVA Meppen, Schaffung zusätzlicher Haftplätze**	(—)	(—)	(—)	(255.646)	(217)
714 66-7	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	255.646	185
812 66-9	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	32
TGr. 67		**JVA Lingen I, Abteilung Groß-Hesepe, Schaffung zusätzlicher Haftplätze**	(—)	(—)	(—)	(409.034)	(507)
714 67-5	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	409.034	465
812 67-7	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	43
TGr. 68		**JVA Hildesheim, Sicherungsmaßnahmen**	(—)	(567.000)	(567.000)	(—)	(—)
714 68-3	056	Erschließungs- und Baukosten	—	567.000	567.000	—	—
812 68-5	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 69		**JVA Lingen I, Sicherungsmaßnahmen**	(—)	(256.000)	(1.023.000)	(766.938)	(562)
714 69-1	056	Erschließungs- und Baukosten	—	256.000	1.023.000	766.938	562
812 69-3	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 70		**JVA Rosdorf (Göttingen), Neubau**	(—)	(8.000.000)	(1.000.000)	(5.112.919)	(—)
714 70-5	056	Erschließungs- und Baukosten	—	8.000.000	1.000.000	5.112.919	—
812 70-7	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 70-6	056	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Gesamtkosten	**11 813**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	11 220	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	593	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	11 813	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 62

Gesamtkosten	**2 272**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	2 272	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	2 272	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**25 841**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	24 897	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	923	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	21	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	11 190	Tsd. EUR
Haushalt 2002	6 135	Tsd. EUR
Haushalt 2003	3 364	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	5 152	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 64

Gesamtkosten	**4 542**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 300	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	242	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 542	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 65

Gesamtkosten	**54 417**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	46 103	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	3 201	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	5 113	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	54 417	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Die Kostengliederung hat sich geändert.

Zu Titelgruppe 66

Gesamtkosten	**4 195**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 930	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	265	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	4 195	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 67

Gesamtkosten	**3 905**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 618	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	287	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	3 905	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 68

Gesamtkosten	**4 400**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	—	Tsd. EUR
Haushalt 2002	567	Tsd. EUR
Haushalt 2003	567	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	3 266	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4 400 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 69

Gesamtkosten	**3 918**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	3 895	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	23	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	1 360	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 023	Tsd. EUR
Haushalt 2003	256	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 279	Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 70

Gesamtkosten	**56 300**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	—	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	—	Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	—	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	5 113	Tsd. EUR
Haushalt 2002	1 000	Tsd. EUR
Haushalt 2003	8 000	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	42 187	Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 56 300 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2082 Justizministerium (Justizvollzugsanstalten)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		**JVA Stade, Sanierung**	(—)	(767.000)	(256.000)	(—)	(—)
714 71-3	056	Erschließungs- und Baukosten	—	767.000	256.000	—	—
812 71-5	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 72		**Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Großraum Hannover**	(—)	(21.923.000)	(25.563.000)	(10.225.838)	(—)
714 72-1	056	Erschließungs- und Baukosten	—	19.483.000	25.563.000	10.225.838	—
812 72-3	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	2.440.000	—	—	—
821 72-2	056	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 73		**Herrichtung der ZASt Langenhagen als Abschiebehaft**	(—)	(—)	(—)	(1.278.230)	(5.751)
714 73-0	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	1.278.230	5.019
812 73-1	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	732
TGr. 74		**JVA Hannover, Küchenneubau**	(—)	(3.990.000)	(2.456.000)	(766.938)	(—)
714 74-8	056	Erschließungs- und Baukosten	—	3.990.000	2.456.000	766.938	—
812 74-0	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 75		**Schaffung von Haftplätzen in den Sozialtherapien der Justizvollzugsanstalten**	(—)	(1.023.000)	(2.045.000)	(511.292)	(—)
714 75-6	056	Erschließungs- und Baukosten	—	1.023.000	2.045.000	511.292	—
812 75-8	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 76		**JVA Hannover, Neubau eines Pfortengebäudes**	(—)	(256.000)	(—)	(255.646)	(—)
714 76-4	056	Erschließungs- und Baukosten	—	256.000	—	255.646	—
812 76-6	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 86		**JVA Wolfenbüttel, Sanierung Rotes Haus**	(—)	(—)	(—)	(—)	(79)
714 86-1	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	79
812 86-3	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 82					
		7 Baumaßnahmen	—	37.342.000	39.045.000	26.996.213	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.804.000	—	690.244	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	40.146.000	39.045.000	27.686.457	
		Zuschuss		40.146.000	39.045.000	27.686.457	

Zu Titelgruppe 71

Gesamtkosten	**2 100 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	— Tsd. EUR
Haushalt 2002	256 Tsd. EUR
Haushalt 2003	767 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	1 077 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 2 100 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 72

Gesamtkosten	**103 454 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	88 370 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	8 692 Tsd. EUR
Kosten des Baugrundstücks	6 392 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	10 226 Tsd. EUR
Haushalt 2002	25 563 Tsd. EUR
Haushalt 2003	21 923 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	45 742 Tsd. EUR

Zu Titelgruppe 73

Gesamtkosten	**8 823 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	7 991 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	832 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	8 823 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Die Kostengliederung hat sich geändert.

Zu Titelgruppe 74

Gesamtkosten	**11 800 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	767 Tsd. EUR
Haushalt 2002	2 456 Tsd. EUR
Haushalt 2003	3 990 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	4 587 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 11 800 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 75

Gesamtkosten	**4 559 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	4 316 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	243 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	512 Tsd. EUR
Haushalt 2002	2 045 Tsd. EUR
Haushalt 2003	1 023 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	979 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4 559 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 76

Gesamtkosten	**5 700 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	— Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	— Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	256 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	256 Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	5 188 Tsd. EUR

Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 5 700 Tsd. EUR betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Zu Titelgruppe 86

Gesamtkosten	**5 950 Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	5 561 Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	389 Tsd. EUR
Finanzierung	
Bis einschließlich Haushalt 2001	5 950 Tsd. EUR
Haushalt 2002	— Tsd. EUR
Haushalt 2003	— Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	— Tsd. EUR

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2090 Nds. Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		**Umweltministerium Hannover, Grundinstandsetzung**	(—)	(—)	(—)	(255.646)	(1.760)
712 63-5	011	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	255.646	1.760
812 63-0	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 90					
		7 Baumaßnahmen	—	—	—	255.646	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	255.646	
		Zuschuss				255.646	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Gesamtkosten	**9 544**	**Tsd. EUR**
Erschließungs- und Baukosten	9 324	Tsd. EUR
Kosten der Ersteinrichtung	220	Tsd. EUR
Finanzierung		
Bis einschließlich Haushalt 2001	9 544	Tsd. EUR
Haushalt 2002	—	Tsd. EUR
Haushalt 2003	—	Tsd. EUR
Noch zu veranschlagen	—	Tsd. EUR

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-ermächtigung 2003 2002 2001 EUR	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ist 2000 in 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 20					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		1.018.000	1.018.000	222.412	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		150.000	150.000	104.814	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		500.000	2.034.000	25.232.254	
		Summe der Einnahmen		1.668.000	3.202.000	25.559.480	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	29.882.000	28.667.000	31.463.880	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	69.000	69.000	81.807	
		7 Baumaßnahmen	115.000.000 115.000.000 111.461.630	156.459.000	133.930.000	137.138.718	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	6.157.000	2.841.000	5.112.920	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	256.000	256.000	511.292	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	115.000.000 115.000.000 111.461.630	192.823.000	165.763.000	174.308.617	
		Zuschuss		191.155.000	162.561.000	148.749.137	